An Israel.*)

Du raubest unter unseren Füßen
Uns unser deutsches Vaterland:
Ist das dein Leiden? das dein Büßen,
Das deines offenen Grabes Rand?

O Israel, von Gott gekehret,
Hast du dich selbst zum Gott gemacht,
Und bist, durch diesen Gott belehret,
Auf Wucher, Trug und Lug bedacht.

Willst du von diesem Gott nicht lassen,
Nie öffne Deutschland dir sein Ohr!
Willst du nicht deine Knechtschaft hassen,
Nie ziehst du durch der Freiheit Thor.

Hoffmann von Fallersleben.

*) Am 2. April 1798 wurde der nachmalige Dichter Hoffmann von Fallersleben, der Verfasser des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles" geboren. Zum Beweise, daß er sich nicht, wie Juden und Judengenossen gern behaupten, „im Grabe umdrehen würde", wenn er hören könnte, daß sein Lied das Kampflied der antisemitischen Bewegung geworden sei, drucken wir sein obiges Gedicht an Israel ab.

Deutsch-Soziale Blätter
Deutsch-Soziale Partei

902
29q ANNEX LIB.
v.13

Library of

Princeton University.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Deutsch-Soziale Blätter.

Herausgegeben von

Max Liebermann von Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch, Leipzig.

15. Jahrgang 1898.

(Nr. 490—541.)

Leipzig.

Kommissions-Verlag von Hermann Beyer.

Printed in Germany

Digitized by Google

(RECAP)
0902
.296
v.13
1898

Dr. phil. Wilhelm Gründer Oberlehrer
Carl Julius Bodo (Otto Klages)
1898. 10. Januar – 30. Dezember Schülerzahl.
Schülerzahl einmal 1 Mark 50 Pf.
1898. 21. Februar, 30. April 11. Juli, 21. Oktober.
1899 2. Januar Einundsechzig Schüler.
1899. 16. Januar Einundsechzig Schülerzahl
Schülerzahl einmal mit 1 Mark 25 Pf.
1899. Schülerzahl Vierundsechzig.

Digitized by Google

Deutsch-Soziale Blätter.

Herausgegeben von Max Liebermann v. Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Bezugs-Preis: vierteljährlich Mk. 1.50 bei den Postanstalten (Postzeitungsliste Nr. 1730) und Buchhandlungen. Unter Streifband Mk. 2.

Anzeigen: die 4-gespaltene Petit-Zeile 25 Pfennige. Verlagsbücher. Königstraße Nr. 27, Leipzig.

XIII. Jahrgang. | Leipzig, 6. Januar 1898. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Juden-Frage. Otto Glagau. | Nr. 490.

Inhalt: Aus Ungarn. — Die Juden unter Friedrich dem Großen. — Die Psychologie des Judentums. — Auf zum Kampfe gegen den Erbfeind. — Die jüdische Bevölkerung Jerusalems. — Die Juden in Böhmen. — Ausland. — Moskau. — Neue Bücher. — Die Versammlungs-Thätigkeit der deutschsozialen Reformpartei. — Parteinachrichten. — Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Aus Ungarn.

Seit Kaiser Wilhelm in Pest gesagt: „Es muß in allem die Nationalität gewahrt werden", lassen die Madjaren nicht ab, dies den Nichtmadjaren in allen Tonarten zu predigen. Da es nach Meinung jener in Ungarn nur eine Nation, die madjarische, giebt, versteht sich dabei von selbst, daß nur die madjarische Nationalität zu wahren ist. Schulen, Vereine, nicht zum wenigsten die Behörden — alles madjarisiert mit dem größten Eifer, sogar der zu jedem solchen Akte nötige 50-Kreuzer-Stempel soll jetzt abgeschafft werden. Jüngst hat die Ungarische Handels-Aktiengesellschaft ihre sämtlichen Beamten im In- und Auslande aufgefordert, im amtlichen Interesse sich madjarische Namen zuzulegen, damit man auch darin erkenne, daß man es mit Madjaren zu thun habe; die Kosten trägt die Gesellschaft. Der „Direktor" Engel ist gleich mit gutem Beispiel vorangegangen und hat sich Elek taufen lassen, zwanzig Beamte, wahrscheinlich ebenfalls vom Samen Abrahams, sind ihm gefolgt und werden dafür in den siebenten Himmel erhoben.

Das Gesetz über die Madjarisierung sämtlicher Ortsnamen ist nun auch im Oberhause mit unwesentlichen Änderungen angenommen, wodurch also die Karte von den Karpaten bis zur Adria auf einem Schlag urmadjarisch wird. Nur die k. k. Generalstabskarte bleibt bei ihrer demütigenden Vielsprachigkeit, denn ihre Verfasser wollen sich des wahrhaft mittelalterlichen Vorurteils nicht entäußern, daß eine Karte die Namen enthalten muß, die die Bevölkerung kennt und spricht. Deshalb wollen Arpads Söhne jetzt den Ausgleich nicht wieder erneuern, zunächst allerdings nur in Bezug auf das Bank- und Zollgebiet. Einige Blätter verlangen zwar auch Teemung des jetzt noch gemeinsamen Heeres und der Verwaltung der äußeren Angelegenheiten, von den 59 „Unabhängigen" im Landtage hat dies jedoch noch keiner erwähnt, sie schienen zu der Erkenntnis gelangt zu sein, daß sie den Schutz des österreichischen Heeres jetzt nötiger brauchen als je.

Denn selbstverständlich nehmen die Nichtmadjaren den Gesetzentwurf, der nicht nur ihr Dasein, sondern ihre ganze Vergangenheit tilgen will, nicht hin, ohne sich wenigstens dagegen zu verwahren. Die Sachsen haben überall seine erregte Versammlungen gehalten — ohne weitere Störung, da sie nach dem Willen der Regierung jedem „Wähler" Zutritt ließen. Die Rumänen dagegen beriefen die „rumänischen Wähler" nach Hermannstadt, und da es nach Banffy nur noch „madjarische" Wähler giebt, wurde die Versammlung, wie alle früheren seit 1896, verboten. Welche Angst die Madjaren trotzdem hatten, erhellt man aus dem Umstande, daß jeder Ortsvorstand aufgefordert war, das Verbot der Versammlung bekannt zu machen und die Rumänen „taktvoll" zurückzuhalten. Ja, es sollen sogar Hohlwege ungangbar gemacht und Brücken abgebrochen sein, welches Mittel sonst nur bei den Wahlen angewendet wird.

In Hermannstadt selbst war nicht nur die ganze Polizei aufgeboten, sondern auch das Militär zum Ausrücken fertig, doch fügten sich die Rumänen wie bisher, wenn auch mit wachsender Erbitterung. Anderwo (z. B. im Biharer Dobreschl) ist es dagegen schon zu Blutvergießen gekommen, doch ist das etwas alltägliches im glücklichen Ungarn. Je härter der Winter und je größer die Not wird, um so häufiger kommt es vor, daß Leute, die ihr Letztes verlieren sollen, sich dem Steuereintreiber und den ihn begleitenden Landjägern widersetzen und dann einfach niedergeschossen werden. So wurde am 16. v. M. der Rumäne Serb aus Tiszowitza, der drei Gulden schuldete und um acht Tage Aufschub bat, von dem Landjäger erschossen und dabei will die Regierung noch 600 Landjäger ernennen!

Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, daß sich der Sozialismus (unter den Studenten) mit reißender Schnelligkeit verbreitet und in diesem Herbst von Weiten her bis an die Grenze des rumänischen Gebietes gedrungen ist. Die Szabolcsher Gespanschaft ist binnen kurzem von ihm so vollständig erobert, daß die bisher so frommen Leute die Geistlichen einfach auslachen und nur durch die bewaffnete Macht davon abgehalten werden können, die Häuser der Reichen zu plündern oder ihr Land in Besitz zu nehmen. Die Tagelöhner haben statt des Kornes als Entlohnung nur Dreck bekommen, und die Kleinbauern, die den voraussichtlichen Ertrag der Ernte schon im Frühjahr verkauft hatten, werden nun, da sie nichts geerntet und noch weniger Geld haben, den inzwischen aufs Doppelte gestiegenen Preis des Kornes zu bezahlen, Dörferweise ausgewandert. Weiter haben sie deshalb versucht, aus dem Gemeindehause die Grundbücher zu rauben und damit ihre Lasten zu vernichten. Die jüdischen Pächter, die das Volk durch ungerechte Frohndienste erschöpft und ausgewuchert haben, sind ihres Lebens nicht mehr sicher und haben im Verein mit den anderen „Herren" den Innenminister um zahlreiche Truppen und um Unterdrückung des sozialistischen Blattes „Der Landwirt" gebeten.

Was für Kniffe die Juden den Arbeitern gegenüber häufig anwenden, zeigt folgender Fall. Der tschechenklare Gutsbesitzer Löbl fügte, da die Ernte keine Aussichten bot, dem Vertrage mit den Arbeitern heimlich eine Bestimmung hinzu, wonach sie nichts zu fordern hatten, wenn das gemähte Getreide abbrennen sollte. Es brannte ab — wie jeder Kenner Israels voraussehen konnte — und alle Bemühungen der Arbeiter, ihren Lohn zu bekommen, blieben vergeblich. Endlich verklagten sie ihn, und der zornbrote Gerichtshof verurteilte den Juden wegen Urkundenfälschung zu einem Jahr Gefängnis und hundert Gulden Strafe. Bei den oberen Gerichten, vor die Löbl die Sache nun bringen will, werden seine Stammesgenossen ihn aber schon herausreißen.

Diese Mißstände soll ein vom Landtage angenommenes Gesetz über das Verhältnis zwischen Grundbesitzern und Feldarbeitern abhelfen. Es enthält Vorschriften über die Führung von Arbeitsbüchern, über Abschluß und Auflösung des Vertrages, die Erfüllung seiner Bedingungen und ein Mindestmaß der Entlohnung. Die Feldarbeiter können mit Waffengewalt zur Erfüllung ihrer vertragsmäßigen Verpflichtungen angehalten werden, während jede Verabredung zur Erzielung höherer Löhne und jeder derartige Ausstand mit den härtesten Strafen bedroht wird. Die Arbeiter sehen hierin mit Recht das Bestreben, ihnen den Weg zur Verbesserung ihrer Lage abzuschneiden, und haben daher während der Beratung des Gesetzes große Kundgebungen veranstaltet. Dafür sind die Versammlungen, die sie zu Weihnachten halten wollten, bis auf eine in Pest verboten, sie beraten daher überall im Geheimen, nächstes Jahr durch einen allgemeinen Ausstand zur Erntezeit Rechte für sich zu erzwingen.

490510

Digitized by Google

So vom Kampf um das tägliche Brot und die selbstverständlichsten bürgerlichen Rechte ganz in Anspruch genommen, giebt die ungeheure Mehrzahl der Madjaren keinen Pfifferling auf die staatsrechtlichen Kämpfe der „Herren". Die Unabhängigen wollen nämlich jetzt gegen Oesterreich Zollschranken errichten, damit es durch sein Gewerbe sie nicht mehr „austranke". Die Liberalen weisen dem gegenüber mit Recht darauf hin, daß Oesterreich durch hohe Frachtsätze den landwirtschaftlichen Erzeugnissen Ungarns den Weg nach dem Westen einfach versperren und Ungarn damit zu Grunde richten kann. Das Ausgleichsprovisorium hat Ministerpräsident Banffy infolge der Wiener Vorgänge einfach im Wege der Verordnung hergestellt. Dabei verhehlt er keine Gelegenheit, um zu versichern, von den Nicht-Madjaren seien nur wenig Hetzer anzufrieden. —

Neulich meldete die Wiener „Pol. Korr.", zahlreiche rumänische Gemeinden hätten die Errichtung von (madjarischen) Staatsschulen gewünscht und sogar Häuser dazu hergegeben. — Selbstverständlich haben nur die Juden die Staatsschulen gewünscht, und die erhalten sie auch stets, selbst wenn es ihrer nur ein Dutzend sind; die Nichtjuden, denen es nicht einfällt, ihre Kinder dahin zu schicken, können dann die Kosten tragen.

Höchst merkwürdig nehmen sich gegenüber diesen Friedensversicherungen die krampfhaften Anstrengungen aus, die der Rektor der Pester Universität im Auftrage des Unterrichtsministers macht, die nichtmadjarischen Studenten zu gewinnen. Zunächst lud er sie zu einem Verbrüderungsmahle ein, dann forderte er sie unmittelbar und durch zahlreiche Judenspröglinge auf, in den Allgemeinen Studentenbund einzuspringen. Als sie darauf einfach erklärten, in einer Denkschrift die Gründe auseinandersetzen zu wollen, die ihnen jede Gemeinschaft mit den Madjaren unmöglich machen, wurde er suchtig, drohte mit Entziehung sämtlicher Unterstützungen (von denen er keine verliehen hat) und Ausschluß von den beiden Hochschulen Ungarns. Die Blätter, die den Studenten bisher um den Bart gegangen waren und zum Teil schon ihren Eintritt in den „Landesverband" gemeldet hatten, schimpfen jetzt, was das Zeug halten will, auf die „Irredentisten".

Das beste an der Sache ist, daß auch die Sachsen es endlich aussprechen: mit den Madjaren ist kein Auskommen. Die Empörung über die Ausrottung der sächsischen Ortsnamen ist allgemein, fünf Abgeordnete haben das liberale Lager schon verlassen müssen, von den übrigen fordern die Wähler es auf das bestimmteste, mit Ausnahme der fast völlig madjarisierten Zipser und der Mediascher, die dafür von den Jungsachsen in Briefen und Karten aufs gräßlichste verhöhnt werden.

Die sehr vernehmlichen Mißbilligungen aus dem Deutschen Reiche werden von den liberalen Blättern meist gar nicht veröffentlicht. Die unabhängigen Zeitungen berichten zwar darüber, aber häufig mit spöttischen Bemerkungen. So schloß „Magyarorszag" seinen Bericht über Dr. Weigands Aufsatz in der „Lpz. N. N." mit den Worten: Er habe vergessen hinzuzufügen, wo er sich mit solchen Ansichten für Geld sehen lasse. — W. hatte nämlich darauf hingewiesen — was wir schon seit langen Jahren gepredigt —, daß Ungarn keine Stütze, sondern eine Gefahr für Deutschland ist, denn sobald das gemeinsame Heer das Land verläßt, wird sich die bis aufs Blut geschundene nichtmadjarische Mehrheit der Bevölkerung empören. Sämtliche liberalen Blätter haben dies bestätigt, indem sie in den letzten Tagen die übrigen Madjaren beschworen, von der Unabhängigkeit Ungarns abzustehen, weil sie das Ende der madjarischen Alleinherrschaft bedeute. Aber Kossuth und seine Freunde in Berlin scheinen nur durch Schaden klug werden zu wollen.

Karl Friedrich.

Die Juden unter Friedrich dem Großen.

Der Jude handelt nur mit Geld, Gold, Juwelen und alten Kleidern, wirklichen und gefälligen; zum wahren Reichtum der Nation hat er nichts beigetragen.

Thomas Carlyle.

I.

Die Regierung Friedrichs des Zweiten, sagt ein Geschichtsschreiber des achtzehnten Jahrhundert, ist sehr merkwürdig in Bezug auf die Juden. Das stimmt, sie ist sogar einzig in dieser wie in jeder anderen Beziehung, wir erinnern nur an seine fürsorgliche Getreidepolitik. Er schützte aber nicht nur die nichtjüdische Bevölkerung, wenn die Juden ihr schädlich zu werden drohten, sondern er ließ auch den Juden volle Gerechtigkeit zu teil werden, soweit es ohne Schädigung der Nichtjuden möglich war. Damals waren diese allgemein davon überzeugt, daß die Juden ein fremdartiger Teil der Bevölkerung waren; Friedrich huldigte derselben Ansicht, und deshalb mußte jeder einzelne Jude erst von ihm Aufenthaltsrecht und Schutz der Gesetze durch einen besonderen Schutzbrief erwerben.

In den ersten Jahren seiner Regierung verblieb es der friegerischen Ereignisse wegen für die Juden bei dem von seinem Vater am 29. September 1730 erlassenen „Generaljudenprivilegium". Es kam aber bald anders. Als ihm 1747 ein Schutzbrief für einen Juden vorgelegt wurde, sondre er ihn zurück mit dem Bemerken, er habe diesmal noch unterschrieben, es ginge aber zu weit, auf einen Schutzbrief zwei Kinder anzusetzen, weil dadurch der Zweck, die Judenfamilien zu vermindern, ganz verfehlt sei; daher wolle er ein für allemal festsetzen, daß künftig nicht mehr als ein Kind auf den Schutzbrief angesetzt werden solle. Diese Verminderung der Juden war seine Hauptsorge. Am 25. Dezember 1747 verfügte er, daß ein Schutzjude, der eines vorsätzlichen und betrügerischen Bankerotts verdächtig sei, seines Schutzes verlustig gehen solle. 1749 wurde diese Anordnung dahin ergänzt, daß dem König bei solchen Anlässen Bericht erstattet werden mußte, falls die Umstände es rechtfertigten.

Am 17. April 1750 erschien endlich ein von ihm sorgfältig durchgesehenes „Revidiertes General-Privilegium und Reglement vor die Judenschaft im Königreiche Preußen, der Chur- und Mark Brandenburg, den Herzogthümern und Fürstenthümern Magdeburg, Cleve, Hinterpommern, Croßen, Halberstadt, Minden, Camin und Mörs; ingleichen den Graf- und Herrschaften Marck, Ravensberg, Hohenstein, Teckenburg, Lingen, Lauenburg und Bütau".

Es wird darin verordnet:

Kein Judenprivileg oder Schutzbrief, der nicht nach Vorschrift der Verordnungen von 1730 und 7. Februar 1747 erlassen ist, sei giltig. Die Beamten haben zu beachten, daß die Anzahl der für jedes Land oder jede Stadt gestatteten Juden nicht überschritten wird, und die nichtansässigen unvergleiteten Juden nirgends zu dulden. Die Ortsobrigkeit hat zu sorgen, daß bei willkürlicher Strafe dieselben angezeigt werden.

Für Berlin sind an öffentlichen Beamten den Juden gutgeheißen: Ein Rabbi und ein Vizerabbi, vier Beisitzer, ein Ober- und Unter-Kantor mit seinem (unverheirateten) Bassisten und Diskantisten, vier Klepper, deren einer dem Directorio die fremden Juden täglich anmelden muß, zwei Synagogen-Diener, sechs Totengräber, ein Kirchhofwächter, drei Kollers, drei Fleischhacker, ein Scharfrichter nebst Kontrolleur, drei Bäcker und ein Garkoch, ein Gesetzschreiber, zwei Thorsteher und ein Gehilfe, zwei Lazarethgehilfen, ein Medicus, ein Badediener und eine Badefrau, ein Federviehmässer, acht Krankenwärter, zwei hebräische Buchdrucker, zwei verheiratete Mädchenlehrer. Judentöchterschulen werden in Berlin, Königsberg, Halberstadt, Halle, Frankfurt a. O. und Stargard geduldet mit zwei Lehrern. Hat sonst eine Stadt über zehn Familien, so richte man eine Schule mit einem Beweiten Schulmeister ein. Jüdische Studenten, ledige Verwandten und alle andere sonderliche Weibsleute, die sich an

Digitized by Google

einem Orte glauben aufhalten zu dürfen, sollen sich einen „Konzessionszettel“ ausstellen lassen und nicht über die Zeit bleiben.

In den ersten drei Monatstagen, sowie bei Jahresschluß haben die Altesten genaue Auszüge aus ihren Standesbüchern einzusenden.

Zu unterscheiden sind die Schutzjuden und die außer der Ordnung auf Lebenszeit geduldeten Juden (solche, die eine Witwe heiraten). Der Schutz erstreckt sich, so lange der Schutzjude lebt, auch auf seine Kinder, und geht dieser bei dessen Tod nur auf den Primogenitus (Erstgeborenen) über. Alle anderen Geschwister, nebst denen, die sich bei Lebzeiten der Eltern verheirateten, haben kein Anrecht auf dieses Schutzprivileg. Will einer von diesen Schutz nachsuchen, so hat er ein Vermögen von mindestens 1000 Thalern aufzuweisen. Will ein altersschwacher Schutzjude bei Lebzeiten dem ältesten Sohne seine Rechte übertragen, so hat er ebenfalls darum nachzusuchen. Ferner steht es ihm frei, eines seiner Kinder als Nachfolger zu bestimmen. Auf Verwandte erstreckt sich die Folge aber nicht. Fremden Juden soll nicht erlaubt werden, sich ansässig zu machen, ausgenommen die, die darum nachsuchen und ein einzubringendes Vermögen von 10 000 Thalern aufweisen.

Bei Verheiratungen ist darauf zu sehen, daß nur einheimische Juden heiraten und solche zu wählen, die ein eigenes Vermögen haben, damit der Eltern Vermögen nicht geschmälert werde. Will ein begüterter auswärtiger Jude eine inländische Jüdin heiraten und sein Vermögen hereinbringen, so ist um Erlaubnis nachzusuchen.

Damit die Vermehrung der Juden vermieden wird, soll keine Heirat bei Strafe von tausend Thalern geschlossen werden, bis höheren Orts die Angelegenheit genau geprüft ist.

Ein Jude, der eine Eingesessene auswärts heiratet, soll sich nicht über sechs Wochen bei den Schwiegereltern aufhalten, andernfalls täglich einen Speciesdukaten zum Besten des Potsdamer Waisenhauses erlegen.

Die Kinder heruntergekommener Schutzjuden sollen bei anderen Schutzjuden dienen oder sich entfernen. Handel zu treiben ist ihnen untersagt.

Der Schutzjude, der einen im geringsten verdächtigen Bankerott macht und seine Kreditoren nicht bezahlen kann, soll seines Schutzes verlustig gehen, der Schutzbrief „kassiert“ werden. (Ach wenn es doch wieder so würde!) Die Stelle darf durch keine neue Judenfamilie besetzt werden. Stirbt ein solcher Fallitijude, so soll es mit dessen Begräbnis nach Vorschrift der Verordnung vom 24. Dezember 1730 gehalten werden und die Erben auf- oder abſteigender Linie zur Zahlung der Schulden verpflichtet sein. Die Altesten sollen gehalten sein, den Ortsvorständen zeitige Nachricht über solchen in Ausſicht stehenden verdächtigen Bankerott Mitteilung zu machen. (Wie haißt?)

Damit nun den Schutzjuden Gelegenheit gegeben werde, sich ehrlich zu ernähren und der Gemeinde nicht zur Last zu fallen, noch weniger den Kauf-, Handels-, Handwerksleuten und Fabrikanten ohne Konzession Eintrag und Abbruch in ihrer Nahrung und Gewerbe zu thun, dieselbe herunterzubringen und zur Steuerzahlung untüchtig zu machen, so wird bestimmt, daß kein Jude ein Handwerk treiben soll außer Gravieren, Malen, Stein- und Glasschleifen, Gold- und Silberstricken, Bleiwarenmachen, Krätzwaschen usw., wofür keine Zünfte vorhanden. Ferner kein Bier und Branntwein brennen, ausgenommen letzteres, wenn sie als Geleitsjuden dies in Diensten des Adels usw. verübten. Die Siegeltechter haben bei der Ortsbehörde den Eid zu leisten, keine falsche Zoll-, königliche usw. Siegel noch Münzstempel anzufertigen, bei Strafe der Karre und Verlust des Gewerbes.

Gold- und Silberschmelzen und -scheiden ist ihnen bei Leib- und Lebensstrafe verboten laut Edikt vom 1. Oktober 1718. Der, welcher solche Münzen umschmilzt, beschneidet oder außer Landes führt, sowie schlechte Münzen einführt, soll des Schutzes verlustig gehen und an Hab und Gut, sowie Leib und Leben unablässig gestraft werden. Ebenso diejenigen, welche gute Münze gegen schlechte einwechseln und damit wuchern.

Für eigenen Verbrauch mag der Jude Stückweis einkaufen.

Das Großvieh soll im öffentlichen Schlachthaus geschächt werden, und nachdem der Schnitt gethan, soll er das zu Gebrauchende wegnehmen, das übrige den Christenmetzgern (!) zum Verkauf überlassen, doch vor dem Schnitt über den Preis sich einigen. (?) Sie sollen dagegen kein Fleisch an jemanden ablassen oder verkaufen, noch mit inländischem Vieh handeln bei Strafe der Konfiskation.

Ohne besondere Konzession soll kein Jude sich mit Wollgeschäften abgeben bei Strafe der Konfiskation der Webstühle, Handwerkszeug und Materials. Wollseile soll er nicht außer Landes bringen.

Da die Juden Sabbath und Festtag kein Geld anfassen und doch ihre Getränke bezahlen müssen, so sei ihnen erlaubt, Bier und Branntwein (von Christen gekauft) unter sich zu verschenken. Groß- oder Kleinhandel mit Wein ist ihnen untersagt, jedoch steht ihnen frei, den Kauschenwein von außen kommen und einer dem anderen abzulassen, sowie den Meth selbst zu brauen.

Mit rohen oder gegerbten Häuten, mit fremden Wollwaren sei ihnen der Handel von nun an verboten, und sollen sie kein Warenlager halten, ausgenommen, daß sie im Besitze eines besonderen Privilegiums sind.

Gewürze und Spezereien dürfen sie für sich und andere Juden auf öffentlichem Markte zum eigenen Gebrauch einkaufen, weil solche nach ihrer Religion von keinen Würmern bekrochen noch mietig sein dürfen.

Mit keinem unfabrizierten Tabak soll der Jude handeln, noch ihn selbst fabrizieren. Ferner nicht mit Höckerwaren, wie Hering, Butter, Käse, Fische, Salz, Grützen, Getreide im Kleinen, Gemüse, Obst usw.

Damit der Jude wisse, womit er handeln darf, so sei ihm dies nachstehend spezifiziert: Reiche Stoffe und Bänder, gestickte Waren, Gold- und Silbertressen der königl. Manufaktur, Gold- und Silberfäden, Juwelen, Bruch-Gold und -Silber, Taschenuhren, Geldwechseln und Makeln, Häuser-An- und Verkauf, Weiß- und Seidenwaren, Nessel, Cattun, Leinen, Zwirn, Tischzeug, ungefärbtes Leder, inländischen Sammet, baumwollene Waren, rohe Pferde-, Kalb- und Schaffelle, Federn, Haaren, Talg, Wachs, Honig, unverarbeitetes Pelzwerk, Thee, Kaffee, Chokolade, fabrizierten inländischen Rauch- und Schnupftabak; alte Kleider, Möbel, Haus- und Küchengeräte. Dies alles in den ihnen zugestandenen Häusern und Buden.

Da nun hinreichend für den Juden gesorgt, damit er ehrlich und redlich leben, sowie seine Abgaben bezahlen kann, so haben sie sich ernstlich damit zu begnügen und ihr Gewerbe ehrlich und redlich zu treiben bei Strafe der Waren-Konfiskation. Ferner sollen sie außer den Jahrmärkten nicht mit den Waren hausieren, sondern wie die Christen nicht anders als gerufen aus ihren Häusern gehen.

Da viele Juden und Judenjungen sich täglich in Berlin aufhalten und heimlich durch Handel den Christen Schaden zufügen, ferner unsere Kassen durch allerhand Defraudierung und boßhafte Praktiken betrügen und hintergehen, so soll ferner kein ohne Geleit versehener Jude mehr eingelassen werden, ausgenommen die Rabbis, Gelehrten und zu Festlichkeiten eingeladene Juden, wenn sie sich genügend ausweisen können. Letztere haben sich nicht über vier Tage aufzuhalten, andernfalls sie täglich einen Goldducaten an das Potsdamer Waisenhaus abzuliefern haben. Zu dieser Übersicht hat der Aufseher täglich beim Polizeidirektorium eine jüdische Fremden-Liste einzuliefern.

Alle reitenden Juden oder Fußgänger haben das Prenzlauer oder Hallische Thor zu passieren und für genügenden Paß oder Attest zu sorgen.

Die Bettelnden sollen nicht über die Grenzen gelassen werden. Solche, die sich bis Berlin eingeschlichen haben, sollen ins Juden-Armenhaus vor dem Prenzlauer Thor gebracht werden, gespeist und andern Tags der Stadt verwiesen werden.

Sieben ansässige Juden sollen auf das Hausieren und Herumlaufen fremder Juden Acht haben und ähnlich soll es auch in anderen Städten gehandhabt werden.

Da der Geldverkehr auch zur jüdischen Nahrung

Digitized by Google

gehört, so sei ihnen erlaubt, Geld auf Pfänder zu geben. Verboten ist ihnen, von Unteroffizieren und Soldaten etwas zu kaufen oder in Pfand zu nehmen, falls selbe den Eigentumsnachweis nicht beibringen können. Montierungsgegenstände sind ganz ausgeschlossen. Ferner haben sie sich zu vergewissern, daß die Gegenstände nicht gestohlen, von Kindern oder Gesinde ausgeführt sind. (Frommer Wunsch!) Geschehenenfalls ist er verpflichtet, dem Eigentümer die Sachen zurückzustellen. Falls der Jude wissentlich gestohlene Sachen ankauft, soll er des Schutzes nebst Familie verlustig gehen und außer Landes geschafft werden. Kann der Wert des Gestohlenen nicht von ihm ersetzt werden, so haftet die Ortsjudenschaft dafür solidarisch. Wannenhero die Juden selbst sich untereinander genau beobachten, auch wenn sie einen der übrigen auf unrichtigen Wege antreffen, sollen die Altesten es der Ortsbehörde anzeigen (was sagt der Talmud dazu? Choschen ha-mischpat 388,10 und 15), damit solches Gesindel außer Landes geschafft werde.

Hat es mit dem Pfand seine Richtigkeit, so hat der Leiher das Recht, in Jahresfrist es wieder einzulösen, falls keine andere Frist bedungen worden. Verkaufen oder veräußern darf er es nach dieser Frist erst, wenn es dem Leiher angeboten wurde, und zwar mit Vorwissen des Gerichts, wohin er gehört, nach vorheriger Taxation, damit der Überschuß dem Leiher zurückerstattet werde. Der Pfandjude hat ein Buch in deutscher Schriftsprache über alles zu führen, das vom Stadtschreiber eingerichtet und paginiert, sowie auf der letzten Seite von diesem versiegelt und unterschrieben sein muß. Dem Leiher soll eine Abschrift aus diesem Buche gegeben werden. Der Pfandjude, welcher dies unterläßt, geht des Darlehns zu Gunsten des Fiskus verlustig und muß das Pfand herausgeben.

Für zwölf oder weniger Monate soll er nicht mehr wie 12% Zinsen nehmen. Beträgt das Kapital 100 Thlr. und steht über ein Jahr, so soll er nicht mehr als 8% nehmen. Leiht er Thalerweise und beträgt die Summe weniger wie zehn Thaler, so nehme er wöchentlich pro Thaler einen Pfennig Zins ohne irgend ein Einschreibegeld. Von den aufgegangenen Zinsen hat kein Jude bei Kapitalverlust weiteren Zins zu nehmen, selbst wenn die Zinsen dem Kapital gleich kommen. Ferner wird viel geklagt, daß die Pfandjuden die versetzten Sachen selbst gebrauchen oder verleihen. Bei Verlust des Pfandes soll dieses unterbleiben. (Ob das wohl einmal bewiesen wurde?)

Wechsel, die auf höhere Beträge ausgestellt sind als wie der Leiher erhalten, oder worin der Preis für die gelieferten Waren überhoch angesetzt ist, verlieren ihre Wechselkraft. (Noch heute bekommen gewisse Leute, wenn sie Geld aufnehmen, als Zugabe für eine gewisse (?) Teil-Summe schlechte Zigarren und Wein, womit der Jude sich natürlich gegen eine Anklage wegen Wucher und Betrug gesichere hat).

Der Schutzjude soll von jetzt ohne Konzession bei Strafe der Nichtigkeit des Kaufes, keine Häuser ankaufen, worauf die Katasterbeamten zu merken haben. (In Berlin hatten sie 1747 vierzig Häuser. Wie viel jetzt?)

Neubauten können sie mit Genehmigung der Ortsbehörde aufführen, jedoch keine Frei-, Wirts- oder Brauhäuser anschaffen, noch die ihnen verhypothezierten Grundstücke eigentümlich erwerben oder bewohnen. Leiht ein Jude in der Weise einem Christen Geld, um dessen Haus an sich zu bringen, so geht er des Kapitals verlustig, welches zur Hälfte in die Kasse des Potsdamer Waisenhauses fließen soll, und an den Denunzianten zur Hälfte. Landgüter soll er nicht besitzen oder kaufen. (Wenn diese Bestimmung heute auch noch Geltung hätte, so würde das Potsdamer Waisenhaus das Geld gar nicht unterzubringen wissen.)

Ihren Rabbi, Vize-Rabbi und die sieben Altesten mögen sie wählen, doch darauf achten, daß keine zu nahe Verwandten die Ämter zugleich bekleiden.

So wie wir die Juden in ihren Gebräuchen und ihrer Religion schützen, sollen sie bei Leib- und Lebensstrafe, sowie Verbannung sämtlicher Judenschaft, sich des jüdischen Gebetes, anfangend: Aleynu usw., wie in den Editen von 1703 und 1716 nachdrücklich verordnet, sowie andere dergleichen Gebete enthalten. Die Ausschweifungen bei ihren Festen, besonders am Hamans- oder Purim-Fest sollen unterbleiben. Keine Zusammenkünfte zum Beten, außerhalb der Synagoge, seien bei Strafe von zehn Thaler mehr gestattet.

Jeder hat sich den Vorschriften des Rabbi und der Aeltesten zu fügen und seinen Synagogenplatz nicht zu vertauschen oder zu verkaufen. Die Strafen (Bann und Buße über fünf Thaler) sollen nicht ohne des Magistrats-Vorwissen, bei Strafe der Nichtigkeit, auferlegt werden. Die Rechtssachen sollen an's zuständige Gericht verwiesen werden, ausgenommen solche, die in ihren Ritus einschlagen usw. —

Dieses „Privilegium", das im allgemeinen bis 1812 in Giltigkeit blieb, war den Juden sehr unangenehm, sie baten daher den König, es nicht durch Druck zu veröffentlichen, sondern es den Behörden schriftlich zugehen zu lassen. Friedrich genehmigte diese Bitte. Auf Veranlassung der Akademie der Wissenschaften befahl der König aber am 18. Juni 1756, daß „das Juden-Reglement de anno 1750 kommunizieret werden soll, um solches nebst denen übrigen Editen mit zum Druck zu befördern."

Die Psychologie des Judentums

ist nicht leicht zu schreiben. Auf der einen Seite tritt dies Volk als Verkörperung des Mammonismus auf, andererseits sehen wir, wie die kapitalfeindliche Sozialdemokratie gerade von dem Judentume ausgegangen ist und dauernd genährt wird. Es liegt auf der Hand, daß nur eine Rasse von ganz eigenartiger Zähigkeit und Geschmeidigkeit zwischen diesen Schwingungen des Pendels ihrer Schwerpunkt finden kann. In der That, wenn einerseits im Mammonismus die Vorherrschaft des Judentums verbreitet und andererseits im Sozialismus Staat und Gesellschaft zertrümmert würden, so müßte auf den Ruinen der jüdische Zukunftsstaat erblühen. In der Stille seines Herzens hegt das Judentum unzweifelhaft diese Hoffnung, mag es sich als Reformjudentum darstellen oder als Zionismus, der nach Väterart vor sich hin murmelt: „übers Jahr in Jerusalem!" Es ist lehrreich, von Zeit zu Zeit sich dieser Wünsche der Gäste zu erinnern, die wir in unserem deutschen Volke aufgenommen haben. Und glücklicherweise sorgen die Juden selbst dafür, daß wir diese letzten Ziele ihrer eigenartigen Wühlarbeit nicht vergessen. So hielt, nach einem Berichte eines Königsberger jüdischen Blattes, im Vereine für jüdische Geschichte und Litteratur zu Königsberg (Pr.) ein Herr Kandidat der Philosophie mit dem echt deutschen Namen Mohilever einen Vortrag über „die kulturellen Gegenstände um die Makkabäerzeit", in dem er als Hauptträger der Weltkultur drei Völker bezeichnete, darunter nicht etwa die Germanen, sondern die Griechen, Inder und Juden. Befragt nach Sinn, Zweck und Ziel dieser Bestrebungen, was eigentlich die Juden auf irgend einem Gebiete geschaffen haben, sie konnten ja nicht einmal ihren eigenen Tempel bauen, sondern mußten sich dazu phönikische Baumeister verschreiben. In der neuzeitlichen Kunst stellen sie sich bei aller Anerkennung ihres diesbezüglichen Talentes doch immer nur als das auflösende Element dar.

In der Wissenschaft wird doch wohl kein aufrichtiger Jude für sein Volk die Systemstiefe in Anspruch nehmen, die der schöpferischen Kraft des Germanentums eigen ist. Die kulturelle Aufgabe des Judentums kann man vielmehr immer nur in ihrer kosmopolitischen, nie aber in ihrer nationalen Stellung erblicken. Aber freilich entfiele damit für das Judentum die Berechtigung, sich nach wie vor als das auserwählte Volk Gottes zu fühlen. Und das werden die Juden nie zugestehen. Denn man höre nur, wie ihre Jugend die Stellung des Judentumes noch immer auffaßt. Herr Mohilever wies aus geschichtlicher Betrachtung der Makkabäerzeit seinen Hörern nach,

„daß auch heute, nach Jahrtausenden, ein Einfluß jener Zeit bei dem Judentume bestehe. Die Juden sind das elastischste

Digitized by Google

Volke der Erde. Stürme brausen über sie hinweg und drücken sie zu Boden — sie richten sich immer wieder auf und verjüngen sich. Das hat die Geschichte mehr als einmal bewiesen, und das glänzendste Beispiel dafür haben wir in der Makkabäerepoche. Auch jetzt, nach zwei Jahrtausenden, hat sich des Volkes eine leibliche und sittliche Ermüdung bemächtigt — aber wie zur Zeit der Makkabäer erwacht auch jetzt im Herzen des Volkes sein Selbstbewußtsein und seine Lebenslust in all seiner Kraft und man weiß, welche ruhmvolle Epoche jetzt in der Geschichte des Judentumes noch eintreten wird."

Wir sind weit davon entfernt, diese feurigoffene Sprache zu tadeln. Aber sowohl Herr Mohilewer, als seine ihm Beifall klatschenden Zuhörer werden zugeben müssen, daß dies doch nicht gerade die Ziele des deutschen Volkes sind, dessen Gastfreundschaft sie genießen.

Auf zum Kampfe gegen den Erbfeind!

Schon mehrere Male ist in diesen Blättern von dem neuerdings immer weitere Kreise ergreifenden Kampfe gegen den Alkohol die Rede gewesen, und daß die in der allgemeinen Meinung noch herrschende Ansicht von dem großen Stärkungs- und Nährwerte geistiger Getränke von der ärztlichen Wissenschaft bereits ganz allein Eisen geworfen sei.

So will auch ich heute auf einige Schriftchen hinweisen, die recht geeignet sind, die herkömmliche Meinung noch weiter zu erschüttern.

Zunächst sei da erwähnt „Die Alkoholfrage", die beste derartige Flugschrift, die mir bisher in die Hände gekommen ist. (32 S., 25 Pf.) Es ist ein Vortrag des Professors an der Baseler Universität G. Bunge, worin alles, was sich streng wissenschaftlich über diese Frage sagen läßt, dargelegt wird.

Der Weingeist giebt keine Wärme, wiewohl es so scheint; diese Täuschung rührt von einer Lähmung der Nerven her, — in Wahrheit kühlt er uns sogar ab! Eine Lähmungserscheinung sind insbesondere die Wirkungen auf unseren Geist: das klare Urteil wird getrübt, das Schamgefühl geschwächt, das Gewissen oft zum Schweigen gebracht, Kummer und Sorgen werden betäubt. Faulen und hohlen Menschen erweist der Weingeist den unschätzbaren Dienst, sie von dem quälenden Gefühl der Langeweile zu befreien, die uns zur Arbeit zwingen soll; denn ohne Anstrengung würden unsere Muskeln erschlaffen, könnten wir nicht gesund sein, ohne Arbeit würden wir nie das Gefühl der Ruhe und Befriedigung gewinnen und die eigene Leere nicht ausfüllen können, wenn wir nicht — den Alkohol hätten. Dem Trinker und der trinkenden Gesellschaft kommt die eigene Öde und Leere überhaupt nicht zum Bewußtsein. Sie brauchen keine Interessen, keine Ideale; sie haben ja die Wonne, das Behagen der Narkose. Nichts ist für eines Menschen Entwicklung verhängnisvoller, nichts untergräbt und zerstört in dem Grade das beste, was er hat, nichts ertötet mit so unsehlbarer Sicherheit jeden Antrieb zu Begeisterungsfähigkeit und Energie, wie die fortgesetzte Betäubung der Langeweile durch den Alkohol.

Ferner hat er allerhand unnötige Kraftäußerungen zur Folge und viel unnützes Geschwätz. Über das Müdigkeitsgefühl täuscht er uns hinweg.

Es ist nicht wahr, daß das Bier die Verdauung befördere, das Gegenteil ist der Fall; so lange der Weingeist im Magen ist, hört die Verdauung fast völlig auf. Überhaupt wird durch ihn der Geschmack der Menschen völlig verdorben, weil er uns das natürliche Wohlgefallen an süßen Speisen raubt. Auch verleidet er gar vielen die Freude an schöner Natur; für sie beginnt der wahre Naturgenuß doch eigentlich erst, wenn sie in der Kneipe beim geliebten Schoppen angelangt sind.

Vollends verkehrt ist die Behauptung, der Weingeist gebe Kraft; dies ist durch zahlreiche wissenschaftliche Versuche als falsch nachgewiesen. Wer große Anstrengungen vertragen will (Manöver), versagt sich alle geistigen Getränke, wie ihn ja auch Soldaten auf dem Marsche nicht erhalten. Im englischen Heere hat man die Erfahrung gemacht, daß am besten alle Strapazen die ertrugen, die gänzlich enthaltsam lebten, besser denn alle auch nur sehr mäßig Trinkenden. Auch gewähren geistige Lebensversicherungen Enthaltsamen recht beträchtliche Ermäßigungen und machen trotzdem, ihrer geringen Sterblichkeit wegen, mit ihnen noch die besten Geschäfte.

Bisher haben wir nur die Folgen s. g. mäßigen Alkoholgenusses im Auge gehabt; wie aber sieht es mit dem unmäßigen aus! Wie viel Krankheiten hat der zur Folge, wie viel Todesfälle und verwaiste Familien, wie viel Verbrechen (70 bis 80 v. H.), wie viel Selbstmorde und Ehescheidungen, wie füllt er die Irrenhäuser!

Und welche Unsummen verschlingt das Trinken, die volkswirtschaftlich noch dazu fast völlig als vergeudet anzusehen sind! Der zehnte Teil der zivilisierten Menschheit ist es vielleicht, der Tag aus Tag ein im Schweiße seines Angesichts arbeitet, um das Gift herzustellen, das so viel Unheil anrichtet.

Soll dies alles aber besser werden, so muß der Staat eingreifen, der kann es aber erst, wenn die einzelnen sich haben umstimmen lassen. Und darum wendet sich der Verfasser scharf an das Gewissen seiner Leser: „Mit welchem Namen sollen wir es denn bezeichnen, wenn ein Mensch sich sagt: Mögen doch Jahr aus Jahr ein Millionen meiner Mitmenschen in die Krankenhäuser, in die Zuchthäuser wandern, mögen doch Millionen sich und ihre Familie ins Elend stürzen, zur Verzweiflung und zum Selbstmorde getrieben werden — wenn ich nur allabendlich mein Bockbier habe — oder — wenn ich nur mit Muße meine Brauerei-Aktien-Dividende verzehren kann"!

„Kein Mensch, der sich dem Genusse alkoholischer Getränke hingiebt — und sei es auch dem allermäßigsten Weingenuß — kann sich von dem Vorwurfe freisprechen, ein Verführer zu sein. Jeder Trinker war einmal ein mäßiger Trinker. Und jeder, der durch sein Beispiel andere zum mäßigen Trinken verleitet, verleitet auch einen Teil von ihnen zur Unmäßigkeit. Er bringt die Steine ins Rollen; es liegt gar nicht mehr in seiner Macht, sie aufzuhalten.

Der Vorwurf der Verführung trifft nicht die Unmäßigen. Diese haben im Gegenteil das große Verdienst, durch ihr Beispiel abzuschrecken. Die Verführer sind die Mäßigen. Und so lange die Verführung nicht aufhört, wird auch die Unmäßigkeit mit ihren Folgen: Krankheit, Wahnsinn, Verbrechen, nie und nimmer aufhören."

Die kleine Schrift enthält auch eine für uns Antisemiten recht beherzigenswerte Stelle: „Daß in dem Kampfe der semitischen Rasse mit den Völkern Europas die Nüchternheit und Enthaltsamkeit der ersteren eine Hauptwaffe bildet, wird allgemein zugestanden. — Die Antisemiten sollten ihre Agitation doch vor allem damit beginnen, das eigene ekelhafte Biersaufen zu lassen. — Es ist ferner bekannt, daß der Deutsche in Amerika, trotz aller germanischen Tugenden, hauptsächlich deshalb unter den anderen Völkern verschwindet, weil er so unzertrennlich an seinem Biertopfe hängt. Es wird in dem friedlichen Wettkampfe der Völker die Rasse erbarmungslos unter die Füße getreten, die vom Alkohol nicht lassen will." —

Ähnlichen Inhaltes und ebenfalls recht empfehlenswert ist ein Vortrag des Züricher Professors Forel über die Trinksitten und ihre hygienische und soziale Bedeutung. (32 S., 25 Pf.)

Und noch auf ein ausgezeichnetes Schriftchen möchte ich heute hinweisen, voll gewichtiger Warnungen vor diesem unserem ärgsten Erbfeinde, dem Alkohol, das von Staatswegen jeder Familie überwiesen werden sollte, es hat den Titel: Zum Schutze unserer Kinder vor Wein, Bier und Branntwein*).

Ich mache jeden Menschenfreund und alle Behörden, Ärzte,

*) Eine Sammlung von Gutachten über die Einwirkung geistiger Getränke auf die leibliche, geistige und sittliche Gesundheit unserer Kinder, von Dr. Wilh. Bode. Achte (Stereotyp-)Aufl. 27. bis 28. Tausend. 48 S. Preis mit Porto: 20 Pf., 10 Stck. 1 M., 100 Stck. 10 M.

Digitized by Google

Pastoren, Lehrer, Bürgermeister, Schulzen, eindringlich darauf aufmerksam; es handelt sich für sie hier um eine Pflicht gegen die ihrer Obhut Befohlenen. Sie werden durch seine Verbreitung unberechenbaren Segen stiften und viel, viel Thränen und Unheil und Verbrechen verhüten, das dafür verausgabte Geld wird tausendfältige Frucht schaffen. Otto Bt.

Die jüdische Bevölkerung Jerusalems, so schreibt man uns von dort, beträgt heute gewiß 35—40 000, und nimmt trotz des Einwanderungs-Verbots von Jahr zu Jahr zu. Für Schulen wurde in den letzten Jahren viel gethan, mit welchem Erfolg, ist für den Uneingeweihten nicht so sichtbar. Die Handwerkerschule in Jerusalem macht sich insofern den wirklichen Handwerkern fühlbar, als von dieser Schule aus die Presse sehr gedrückt werden und haben darunter auch deutsche Kolonisten zu leiden. Was nun das granse Geschrei über die blühenden jüdischen Kolonien betrifft, so ist das viel Geschrei und wenig Wolle. Ich kenne vier von diesen Kolonien, das in Nr. 483 erwähnte Schron Jacob oder Lamarin, Im Lebes, Rischon el Zion und Ekron. Es sind vom Pariser Rothschild ungählige Millionen dafür verwendet worden, für Rischon el Zion schon über 16 Millionen Franken. Für den ersten Augenblick machen diese Kolonien auch einen schönen Eindruck, aber bei näherer Betrachtung wird man bald inne, wer dort wohnt. Wenn hunte diese Kolonisten trotz der wirklich schönen Anlagen und des vielfach besten Ackerbodens, auf eigene Füße gestellt würden, so sollten Sie mal sehen, wie bald die Herrlichkeit schwinden würde. Denn ernähren auf eigene Faust könnte sich nicht eine Familie, weder durch Ackerbau noch durch den Weinbau. Das geben auch die Aufrichtigen unter den Kolonisten selbst zu, und habe ich schon oft die schmerzliche Frage von solchen jüdischen Kolonisten hören müssen: „Warum kommen eure deutschen Bauern trotz der geringen Mittel vorwärts und wir trotz der gewaltigen Unterstützung nicht?“ Sagt man diesen Leuten, daß außer etwas Geld vor allen Dingen eine ausdauernde Arbeitskraft dazu gehört, da heißt's dann gleich: „Ja, daß wir die nicht haben, da seid ihr Christen dran schuld, weil ihr uns durch tausendjährige Unterdrückung nur an den Handel gewöhnt habt.“ Daß sie in der Reihe von Jahren, die seit der Gründung dieser Kolonien schon verflossen sind, recht gut hätten arbeiten lernen können, das leuchtet ihnen nicht ein. Dazu gehören wahrscheinlich nun auch ein paar tausend Jahre, wenn dem guten Pariser Baron seine Moneten so lange reichen. Ausnahmen giebts natürlich auch unter diesen Leuten; ich habe schon welche kennen gelernt, die recht wacker arbeiten. So habe ich in meiner nächsten Nachbarschaft jüdische Handwerker, die von früh bis abends thätig sind, aber es sind doch nur einzelne, die in der Gesamtheit verschwinden. Allen aber, mit denen ich jetzt in nähere Beziehung getreten bin, ist Rußland das Paradies. Dürften sie dahin zurück, so wären alle Kolonien in kurzer Zeit verwaist. Das sieht man an denen, die von Europa kommen, die meisten gehen in kurzer Zeit wieder hin, wo sie hergekommen sind, weil „hier ist nischt zu machen mit e Geschäft“. Viel, sehr viel könnte ich Ihnen noch darüber schreiben, aber ich habe Ihre Geduld schon zu lange in Anspruch genommen. Gern gäbe ich Ihnen noch eine vergleichende Ueberschicht über den Zustand der deutschen Ackerbaukolonie Larona, die nur wenige Jahre früher gegründet wurde als Im Lebes und Rischon el Zion, um den Beweis zu liefern, daß auch unter den drückenden Verhältnissen der türkischen Regierung und mit geringen materiellen Mitteln, aber mit zäher Ausdauer, hier großes geleistet werden kann. Doch es wird für heute zu viel.

Die Juden in Böhmen sind in ratloser Verlegenheit. Wie in allen Ländern, wo verschiedene Nationalitäten miteinander ringen, stellen sich die Juden auch in Böhmen bald auf diese, bald auf jene Seite, in der Hoffnung, daß sie so am besten für die Interessen des jüdischen Volkes sorgen. Da das Deutschtum in den letzten Jahren arg bedrängt war, nimmt es weiter kein Wunder, daß die Juden sich überall als waschechte Tschechen auspichten; oft wollten sie noch tschechischer sein als die Tschechen selbst. Die Tschechen sind aber trotzdem in ihrer großen Masse antisemitisch gesinnt. Das zeigte sich auch bei dem letzten Aufruhr in Prag, die Häuser der Juden wurden von dem zerstörungswütigen Pöbel keineswegs verschont. Aus diesem Anlaß tagten die „tschechischen“ Juden, wie wir in voriger Nummer schon kurz mitteilten, am 19. Dezember in Prag (natürlich in der „Produktenbörse“). Einer der Redner, ein gewisser Turnovsky, klagte wie folgt: „Unsere tschechische Gesinnung hat uns nicht geschützt, ja nicht einmal die slavische Tritolore. Erblickte man einen von uns mit der Tritolore, wurde ihm zugerufen: ‚Der hat Furcht, warte, wir werden dir geben‘“ Hatte man keine Tritolore, wurde man ebensalls mißhandelt. Die jetzt herrschende tschechische Partei ist uns nicht günstig gesinnt und ich weiß nicht, ob wir weiter mit ihr gehen sollen. Sicher ist, daß wir nur Undank davontragen.“ — Die Verlegenheit ist also groß. Von den Tschechen erhält man Fußtritte und mit den Deutschen kann man erst recht nicht gehen. Denn die sind im Kampfe um ihr Volkstum zielbewußte Antisemiten geworden; bei ihnen beruht die Abneigung gegen das Judentum nicht mehr, wie es wohl bei den Tschechen meist noch der Fall ist, auf bloßem Rassen-Instinkt. Man einigte sich schließlich dahin, daß man es noch weiter mit den Tschechen versuchen wolle. Allerdings erwartet man, wie es in einer Erklärung heißt, „daß diejenigen, die die Exzesse hervorgerufen haben sollen, sich reinwaschen werden“.

Ausland.

Österreich-Ungarn. Undeutsches vom Bruder Magjar. Die Blätter meldeten jüngst: Unter den zehntreichen serbischen und deutschen Dörfern der Batschka hat Batschbaschkut (Eisenbrunn) den übrigen ein rühmenswertes Beispiel gegeben. In der letzten Gemeindeverstässung wurde der Antrag des katholischen Geistlichen Pilger einstimmig angenommen, daß die deutsche Unterrichtssprache durch die madjarische zu ersetzen sei. Außerdem wurde die Einrichtung eines madjarischen Kindergartens beschlossen. — Dasselbe wird vom temeschter Aga gemeldet, wo der wackere Geistliche Neuhor seinen Beruf als Deutscher richtig auffaßte und in Schule und Kirche das Madjarische einführte. Also in zwei Monaten zwei Dörfer. Was mögen diese Judasse vom großen Bansfy belommen haben? — Tazwischen jammert „M. Hirlap“, der ständige Ausschuß der Graner Gespanschaft habe die kirchliche Behörde angewiesen, die Madjarisierung zu fördern, insbesondere bei Besetzung der erledigten Lehrerstellen zu Tschewe. Die Kirchenbehörde habe den Ton als ungehörig zurückgewiesen, und jetzt streitet man sich über den Ton statt einträchtig das hohe Ziel zu fördern! —

Die „Kronstädter Zeitung“ ist wegen ihrer Angriffe gegen die Madjarisierung der Ortsnamen angeklagt — das erste mal, daß dies einem sächsischen Blatte geschieht. —

Bruder Madjar hat in seinem Leibliede: „Der Deutsche ist ein Hundsfott“ das Wort „Deutsche“ in „Österreicher“ umgeändert.— Die Ofener Beste (auf dem Blocksberg) ist der Stadt Pest übergeben, wie vorher schon die Korkskasernen und das Neugebäude, das schon niedergerissen wird, um die unangenehmen Erinnerungen an 1849 zu tilgen (n. a. ist dort der erste „madjarische“ Ministerpräsident standrechtlich erschossen). Kossuth und Genossen brauchen also nicht mehr zu fürchten, daß die Geschütze des Blocksberges ihnen bei Verkündigung des unabhängigen Ungarns einen eisernen Strich durch die Rechnung ziehen. Freuen sich auch nicht wenig darob und wollen da oben das 50 m hohe Freiheitsdenkmal aufpflanzen.—

Zwei rumänische Sachwalter und vier andere Rumänen aus Schomkut sind trotz aller Berufungen zu je 250 Gulden verurteilt, weil sie am Namenstage des Kaisers das Lied „Gott erhalte Franz den Kaiser!“ angestimmt hatten. Das madjarische „Königtum“ scheint zu verlangen, man soll es ernst nehmen!

Am 8. Januar ist Banffy drei Jahre „Reichskoporal“ und

Digitized by Google

hat damit Anspruch auf 8000 Gulden Ruhegehalt. Allem Anschein nach wird er dann abdanken müssen und Appony endlich an seine Stelle treten. —

Palästina. Die „Londoner Gesellschaft zur Verbreitung des Christentums unter den Juden" hat im Sommer in Jerusalem ein neues Hospital eröffnet. Das war den Juden ein Dorn im Auge. Europäische Juden drohten dem Oberrabbiner von Jerusalem, sie würden in Zukunft keine Unterstützungen mehr leisten. Der Oberrabbiner suchte infolgedessen den Fanatismus der jüdischen Bevölkerung an. Wer noch das Hospital oder die Klinik besuchte, wurde mit Schimpfworten beschimpft und mit Steinen beworfen. Als Anfang November eine Jüdin in dem englischen Hospital starb, unterzogte der Rabbiner die Beerdigung auf dem jüdischen Begräbnißplatz. Die Beerdigung sollte nun von amtswegen unter starker militärischer Bedeckung erzwungen werden. Der Judenpöbel bombardierte aber das Militär mit Steinen, und das Militär ließ sich dadurch einschüchtern. Die Leiche mußte auf einem den Engländern gehörigen Grundstück bestattet werden. Wie die „Evangelischen Blätter aus Bethlehem" (herausgegeben vom Pastor Böttcher in Bethlehem) mitteilen, nimmt man wohl nicht mit Unrecht an, daß die ganze militärische Bedeckung nur eine Komödie war, der damalige Gouverneur, Ibrahim Pascha, habe mit den Juden unter einer Decke gesteckt. Ob es aber berechtigt ist, wenn man in Jerusalem vielfach die plötzliche Absetzung des Gouverneurs — ihm wurde aufgegeben, binnen 48 Stunden Jerusalem zu verlassen — mit dieser Angelegenheit in Zusammenhang bringt, das müssen wir dahingestellt sein lassen.

Frankreich. Die Dreyfuß-Geschichte, die gewissen Hetzblättern noch immer Material bieten muß, hat schließlich doch noch etwas gutes gezeitigt. Der „Figaro", der die Schreierei am tollsten betrieb, hat durch seine thörichte Haltung nicht weniger denn zehntausend Abonnenten verloren. Infolgedessen ist der Chefredakteur Rodays veranlaßt worden, von seiner Stelle zurückzutreten. Es wird wahrhaft herzerquickend, von dieser Haltung der zehntausend Abonnenten zu hören; leider wird man in Deutschland vergeblich nach gleichgesinnten Leuten suchen müssen.

Mosaik.

Der Antrag Kanitz hat jetzt größere Aussichten, angenommen zu werden. Der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens wird am 10. d. M., abends 8 Uhr, im Saale der „Gesellschaft der Freunde" zu Berlin, Potsdamerstr. 9, seine Generalversammlung abhalten und dabei durch einen jüdischen Agrarier, den Rittergutsbesitzer Oberamtmann Ludwig Cohn, die „Beteiligung der deutschen Juden an der heimischen Bodenkultur" darlegen. Da werden wir denn erfahren, daß es eine schnöde Verkennung ist, wenn behauptet wird, daß die Juden kein Verständnis für die ländliche Arbeit besitzen, und es unterliegt keinem Zweifel, daß der Oberamtmann (welcher Stand mag ihm den Titel verliehen haben?) nachweisen wird, wie groß das Areal in Deutschland ist, das die Juden im Wege der Subhastation den deutschen Bauern und Gutsbesitzern abgenommen haben und das sie, um sich Gutsbesitzer nennen lassen zu können, von dem Gelde erworben haben, mit dem sie garnichts mehr anzufangen wissen. Das Areal ist sicher bedeutend, und da die Juden es wohl nur recht schwer wieder los werden können, werden sie wohl oder übel den Versuch machen müssen, eine Rente daraus zu ziehen, denn auf die Dauer zusehen, das ist nicht nach ihrem Geschmack. Verbürgten Nachrichten zufolge soll denn auch, wie die „T. Tagesztg." hört, aus den Reihen der jüdischen Agrarier ein Antrag Cohn-Lewinsohn vorbereitet werden, der in nur geringer Abänderung die Idee des Antrages Kanitz zu verwirklichen suchen wird. Es ist aber ein Kniff dabei, der den Juden allein den Vorteil sichert und die bösen germanischen Agrarier leer ausgehen läßt. Also aufgepaßt, wenn dieser Gesetzentwurf dem Reichstage zugeht. Wir wollen es unseren deutschen Mitbürgern gerne gönnen, daß sie diese Generalversammlung, bei der „die Einführung von Gästen erwünscht ist", besuchen, aber vielleicht würden sie dort erfahren, was hinter dem Plane steckt, wenn nicht vorsichtshalber in einem nur Eingeweihten verständlichen Kauderwelsch verhandelt wird.

Juden im Richterstande. Der zum Landgerichtsdirektor in Berlin ernannte Landgerichtsrat Munk ist nicht der erste jüdische Landgerichtsdirektor, wie selbst in jüdischen Zeitungen zu lesen stand. Auf Grund unserer ähnlich lautenden Notiz in voriger Nummer schreibt uns ein Leser, daß der erste jüdische Landgerichtsdirektor in Preußen am 8. Juni 1889 in der Person des Dr. Traumann, jetzt in Köln (Rhein), ernannt worden ist. Das Los, daß der preußischen Justizverwaltung von allen Seiten gejubelt wurde, weil sie die Ernennung eines Juden zum Vorsitzenden eines Gerichtskollegiums „bisher noch immer vermieden hatte", war also nicht am Platze. Übrigens wird uns von anderer Seite noch mitgeteilt, daß Landgerichtsdirektor Munk vor zwei Jahren sich hat taufen lassen.

Über das Wichtigste in der Schlacht läßt sich der russische General Dragomirow im „Rasswedschik" bei einer Schilderung der Verluste, die die französischen Truppen unter Napoleon I. erlitten haben, folgendermaßen aus: „Gerade jetzt, wo man so viel von den künftigen Verlusten spricht, welche die verwollkommneten Waffen mit sich brächten, wo man hiermit gleichsam das Streben nach dem Selbstschutz, der doch gerade in der Selbstverleugnung liegt, zu rechtfertigen sucht, ist es nützlich, an diese Daten zu erinnern. Ohne Zweifel kann und muß man dafür Sorge tragen, daß die Verluste verringert würden, man darf darüber aber nicht vergessen, daß man nicht in den Krieg zieht, um seine Verluste zu verringern, sondern um trotz aller Verluste sein Ziel zu erreichen. Das feige Gepäpper vom Kugeltregen und anderen Schreckgespenstern dient nur dazu, den gewandten Leuten, welche ihr Leben sich haben, eine Rechtfertigung zu verschaffen, wenn sie ihre Pflicht nicht erfüllt haben. Wenn das Feuer so schrecklich ist und dieses Trugbild dann dem Gepäpper jedem im Kopfe spukt, ist es so auf diese Weise keine Schande, davonzulaufen; später läßt sich ja nicht entscheiden, ob einer wegen des schrecklichen Feuers Fersengeld gezahlt hat oder deshalb, weil er selbst ein Jüdchen ist." — Für den russischen General ist also der Jude das Symbol der Feigheit. Welch schlechte Erfahrungen muß dieser Kriegsmann gemacht haben!

Was kein Verstand der Verständigen sieht. . . Lehrer: Was ist also das Kreuzeichen für den Eintritt in die christliche Religion? — Schüler: Die Taufe. — Lehrer: Auf welche Weise kann also z. B. der Jude zum Christen werden? — Schüler: (schweigt!) — Lehrer: Nun, wenn sich ein Jude taufen läßt, was ist er dann? — Schüler (rasch): Ein getaufter Jude!

Neue Bücher.

(Alle hier angezeigten Schriften sind durch unsere Geschäftsstelle, sowie durch jede Buchhandlung zu beziehen.)

Christlicher Sozialismus. Kritische Betrachtungen nebst sozialethischen Erörterungen von C. Mühlemann. 42 S. Bern bei Steiger, 1898. 60 Pf.

Das Schriftchen bietet in der Hauptsache nur eine orientierende Darstellung der Naumannschen Pfarrer Naumanns, in dem es den bedeutendsten Vertreter des christlichen Sozialismus erblickt. Da Naumann für den Verfasser „ein gottgesandter Prophet" ist, hat er wenig an ihm zu kritisieren. Er hätte nur gewünscht, daß N. neben dem Streben nach Beseitigung des materiellen Elends nicht Gewicht darauf legte, daß es sich in der sozialen Frage zugleich auch um die päpstliche, geistige und sittliche Wohlfahrt der Menschheit handele.

Sie.

Die Federviehzucht als Wirtschaftszweig und als Liebhaberei. 1. Die Hühnerhöfe. 476 S. Preis 6 M. Von C. Baldamus, bearbeitet von O. Grünhaldt. Leipzig, Reclam 1896.

Es ist mit über dieses Thema noch kein Buch in die Hand gekommen, daß wie dieses auf so tiefer, wissenschaftlicher Grundlage ruht und trotzdem auch für den Laien so leicht verständlich und belehrend geschrieben ist. Alles was ein Hühnerzüchter braucht, sei es im Kleinbetriebe, sei es im Großbetriebe, zur Mast oder Zucht, stets wird er auf seine Fragen die gewünschte Antwort, Anleitungen und Ratschläge — die nicht der Gesetzentsuche, sondern jahrelanger Praxis entstammen — finden. Landpfarrern und Lehrern, auch kleinen Beamten in der Stadt, namentlich aber allen Landwirten sei dies Buch aufs wärmste empfohlen.

W. Byl.

Andogmatisches Christentum. Betrachtungen eines deutschen Idealisten. Von Otto Dreyer, D. theol., Superintendent in Gotha 3. und 4. Auflage. 103 S. Ungebunden 2 M.

Digitized by Google

Ich freue mich, unsere Leser heute auf eine ganz vorzügliche Schrift, die mit der sogenannte Zufall in die Hände gespielt hat, hinweisen zu können, deren Absehen ist, eine Versöhnung herzustellen zwischen den Anforderungen der modernen Weltanschauung und den ironmen Bedürfnissen unseres Gemütes.

Der Verfasser ist ein Mann, in dem eine vertraute Kenntnis der Religion (Religion ist, sagt er, Leben in Gott: Sehnsucht, Ahnung, Streben, selige Erhebung), wie sie nur wenig Begnadete besitzen, mit vornehmer, moderner Bildung verbunden ist. Daß der Protestantismus solche Geister noch hervorzubringen vermag, zeigt, wie lebenskräftig er noch ist.

Es lasse sich niemand durch den negativen Titel des Buches abschrecken; es ist in seinem Sinne erbauender, positiver. Wer sich abquält mit vergeblichem Grübeln über religiöse Frage, wer in den überlieferten Formen des Christentums vergeblich nach Leben sucht und es nicht findet, wer keinen Ausweg sieht aus dem Widerspruche zwischen dem Glauben seiner Väter und modernem Denken — und gerade in unseren Kreisen werden das gewiß gar manche sein —, der soll nach diesem Buche greifen, mit Recht von maßgebender Seite eine der erfreulichsten Erscheinungen der Gegenwart genannt. Staunend wird er sehen, welch' Jungbrunnen wahrhaftigsten Lebens unter dem alten Gerüst der Kirchenlehre verborgen strudelt! Ein wie voller, beglückender Einklang zwischen den scheinbar nicht zu versöhnenden Gegensätzen möglich ist.

Und auch, wer diese Kämpfe schon überwunden hat, wird diese Anregung und Erquickung daraus schöpfen, ganz gleichgiltig, wie seine theologische Stellung ist. Otto Bt.

Pax vobiscum! Von Karl Nemesfely und Anton Renk. München und Leipzig. 108 S. 1 M.

Die beiden Herausgeber wollen den ewigen, unbewaffneten Völkerfrieden herbeiführen helfen. Sie malen — in Poesie und Prosa — die Schrecken des Krieges aus: die Menschen sollen das Waffenhandwerk verabscheuen lernen. Solche Bestrebungen sind gewiß gut gemeint, werden aber leider nichts daran ändern, daß der ewige Friede bleibt, was er ist: ein schöner Traum. Bn.

Das Geheimnis in der Religion. Vortrag von B. Duhm, D. und ord. Prof. d. Theol. in Basel. 1896. 32 S. 60 Pf.

Ein persönlicher Werkruf mit Gott in Rede und Antwort durch feinempfindendste Ahnung allein oder in wirklichen Worten, vielleicht in unaussprechlichen Worten, das sei das Wesentliche in der Religion! — Und er hat recht! Wenn das zweifelhaft und unerhört erscheint, der lese und prüfe selbst.

System der Stenographie von Karl Schreithauer. 3. Aufl. Leipzig 1897. 12 S. und 4 Schrifttafeln. 60 Pf.

Noch eine neue Stenographie! Es giebt doch wirklich schon genug Systeme, wird mancher denken. In der That ist es nicht leicht, sich für eins von ihnen zu entscheiden, das jeder Stenograph sein System als das beste allein zweckmäßige rühmt. Ich gebrauche das Stolzesche und muß sagen, es hat sich mir ausgezeichnet bewährt. Das soll mich aber nicht abhalten, neidlos auch die Vorzüge anderer Systeme anzuerkennen. Ein abschließendes Urteil über die eine oder andere Methode kann man natürlich erst dann abgeben, wenn man sie in der Praxis erprobt hat. Das Schreithauersche System kenne ich nur seinen Lehrsätzen nach aus Durchsicht des vorliegenden Lehrbuches. Einen in die Augen springenden Vorzug hat es jedenfalls vor allen anderen Systemen, es ist seine leichte Erlernbarkeit. Der ganze Lernstoff wird auf drei Schriftstufeln und zwei Seiten Erläuterungen geboten und ist in einigen Stunden bequem zu bewältigen. Man braucht sich eben nur 26 Zeichen für Konsonanten und 11 für Vokale einzuprägen, um schreiben zu können. Die Schriftzeichen sind zudem so gewählt, daß nur die Schrift-Elemente Verwendung finden, die am leichtesten zu schreiben sind. Ein Unterschied zwischen starken und schwachen Grundrichten wird nicht gemacht; verschiedene Schriftlinien wie bei anderen Systemen giebt es nicht, ebenso wenig sogenannte Siegel (Abkürzungen für häufigvorkommende Wörter). Das alles spricht sehr für Schreithauer, aber, wie gesagt, ein Urteil über die praktische Brauchbarkeit können wir uns nicht erlauben. —un.

Die Moslimwahn der Weiber. Von Vir. München 1897. 96 S. 1,20 Mark.

Ein Junggeselle, der mit „Weibern" schlimme Erfahrungen gemacht hat, will sich, wie er selbst sagt, dafür rächen. Seine Angriffe gelten dem ganzen weiblichen Geschlechte, insbesondere aber den Frauen, die „modil gemacht" haben, um sich die Gleichberechtigung mit den Männern zu erkämpfen. Dabei geigt sich der Verfasser vielfach als Meister in der Kunst, mit wenig Worten möglichst viel klinsinn zu sagen. Die Beschimpfungen, mit denen er das weibliche Geschlecht überschüttet, sind oft in eine sehr unsittliche Form gekleidet. An Einmischung und Kameradie werden die Frauen in einem fort den Juden an die Seite gestellt; „Weiber und Juden", diese Paarliese zieht sich durch das ganze Buch hin. Nicht weil wir der Broschüre irgend welche Bedeutung zumessen, sondern nur, um unseren Lesern an einem Beispiele zu zeigen, was für Zeug heutzutage gedruckt wird, haben wir sie besprochen. Der Verfasser bemüht sich, allen Ernstes den Nachweis zu führen, daß das Weib nur bedingt als zur Spezies „Mensch" gehörig betrachtet werden könne, in Wirklichkeit stelle es den Übergang des Tieres zum Menschen („Mensch" natürlich gleich „Mann") dar. An einer anderen Stelle schlägt er vor, alle Weiber, die sechzig Jahre alt geworden sind, „abzuschaffen", d. h. totzumachen, da sie dann in der Welt nutzlos sind und einen ekelhaften Anblick gewähren. Die Todesart wird ihnen gnädigst gestattet, sich selbst zu wählen. „Die einen können, je nachdem es ihnen beliebt, durch Kohlendampf, die anderen durch Gift, Elektrizität usw. beseitigt werden." — Doch, genug von dem Blödsinn!

Die Leid- und Seelenlar. Eine Lehre über Nerven-, Geistes- und Charakter-Krankheiten und deren Folgen, wie Schlaganfällen usw., deren Verhütung und Heilung ohne Arzt und Arzneien. Von Prof. P. Mayr. Basel und Leipzig. „Gesundheitsblätter"-Verlag. o. J. 3 M.

Der Verfasser ist selbst von der Bedeutung seiner Schrift stark durchdrungen. Er wünscht, daß man sie nicht einmal lese, sondern wiederholt Jahre hindurch jedes Jahr einmal. Einen so hohen Wert können wir dem Buche zwar nicht zuerkennen; immerhin enthält es aber neben starken Übertreibungen, wie man ihnen auch bei anderen Anhängern des Naturheilverfahrens begegnet, und sonstigen Mängeln im einzelnen doch noch genug des Wahren und Richtigen, so daß wir es empfehlen können, namentlich auch jungen Leuten, an die es sich in erster Reihe wendet. Denn das ist gewiß, wer die Ratschläge des „Natur-Professors" genau befolgt, der wird sich nicht schlecht dabei stehen. Ob aber diese Vernunftgründe solche nachhaltige Kraft besitzen, auf die Dauer die Menschen zu einem tugendhaften Lebenswandel, wie er hier gefordert wird, zu bestimmen? Wir bezweifeln es. Das wird immer nur bei einzelnen, besonders starken Naturen der Fall sein. Die meisten Menschen werden erst dann ihren Begierden Herr, wenn sie aus einem lebendigen Glauben immer neue Kraft dazu schöpfen. Bn.

Der Glaube unserer Väter als Grundloge einer kräftigen vaterländischen Volkserziehung von Dr. Herm Hoffmeister.
Statt 5 M für 3 M., so lange der geringe Vorrat reicht.
Herm. Beyer, Leipzig, Königsstr. 27.

Jung-Deutschland Bitter-Liqueur.
●●●● à Liter 2 Mark. ●●●●
Wiederverkäufern bei größerer Abnahme Rabatt.
Alleiniger Fabrikant:
Emil Schükerk, Neu-Rappin,
Groß-Destillation u. Weinhandl.

Bültige, dichte **Dächer** stellt man her aus **Andernach's Asphalt-Dachpappen** Asphaltdachpappenfabrik GmbH Andernach a. Rhein. Rhein. etc. postfrei.

Schmitz & Co., Weingroßhandl., Import aus Wein, Branntweinspirit, 1903 v. Rhein-, Mosel- und Bordeaux-Weine im Preise von 65 Pf. bis 3 M. p. Fl. oder p. Ltr. im Gebinden von 20 Ltr. an. Ausführliche Preisliste umsonst.

Liefere ein Postfaß (9½ Pfund)
feine Leber, Rot- und Sülzwurst
zu 7,50 M. franko.
H. Glauner, Fleischermstr. Papenburg b. Leer (Ostfriesld.).
Ferner:
prima Hammelkeule u. Carrés à Pfund 55 Pf.

Einbanddecken
zu den
Deutsch-Soz. Blättern
1897.
(Leinwand mit reicher Gold- und Schwarzpressung.)
Preis 1,25 Mark.

Sammel-Kästen
zu den **Deutsch-Sozialen Blättern**
bochein aufgestellet!
Preis 1 Mark.

Deutsch-Soziale Blätter 1897.
Vollständiger Jahrgang, fein gebunden. **Preis 7,50 Mark.**

Lese-Mappen
für die Deutsch-Sozialen Blätter à 20 Pfg.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königsstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe in Berlin NW. 5, Stendalerstr. 1.
Druck: G. Reusche in Leipzig.

Digitized by Google

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich Mk. 1.50 bei den Postanstalten (Post-Zeitungsliste Nr. 1750) und Buchhandlungen. Unter Streifband Mk. 2.

Herausgegeben von Max Liebermann v. Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Anzeigen: die 4-spaltige Petit-Zeile 25 Pfennige. Verlagsort: Königstraße Nr. 27, Leipzig.

XIII. Jahrgang. | Leipzig, 13. Januar 1898. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Judenfrage. Otto Glagau. | Nr. 491.

Inhalt: Die Versammlungs-Thätigkeit der deutschsozialen Reformpartei. — Der Kartellgedanke und konservativer Antisemitismus. — Das deutsche Ansehen im Auslande. — Die Stellung des Bundes zu den politischen Parteien. — Ausland. — Moskit. — Innerpolitisches. — Parteinachrichten. — Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Die Versammlungs-Thätigkeit der deutschsozialen Reformpartei

war auch im verflossenen Jahre eine sehr umfangreiche. Wo die Hauptgebiete der Agitation lagen, zeigt anschaulich nachstehende Zusammenstellung, die wir nach den im Laufe des Jahres uns zugegangenen Berichten angefertigt haben, die aber begreiflicherweise auf Vollständigkeit keinen Anspruch macht.

Redner	Provinz oder Staat	Monat	Ort
A. Ritmann (Cotta)	Kgr. Sachsen	Sept.	Lockwitz, Neustra, Oberpoyritz, Cossebaude, Dresden-Plauen.
F. Bindewald (Berlin)	Brandenburg	Febr.	Perleberg.
		April	Lagow, Burschdorf, Bonschow, Reppen.
		Aug.	Glöwen, Rhyow.
		Okt.	Linze, Perleberg.
	Posen	April	Wollstein.
	Schlesien	Febr.	Breslau, Oels, Liegnitz.
	Sachsen	Mai	Aschersleben.
		Okt.	Magdeburg.
	Kgr. Sachsen	März	Reichenswerda.
		Nov.	Dresden, Meißen.
		Dez.	Kötzschenbroda, Radebeul, Neukeußlitz, Böhla, Frauenhain.
	Baden	Jan.	Kirchheim, Neckargemünd.
		Febr.	Wilhelmsfeld, Heiligkreuzsteinach, Rohrbach, Handschuchsheim, Dossenheim, Leimen, Teutschneureuth, Karlsruhe.
		März	Lundenbach, Hoffenheim, Lahr, Villstadt, Lörrach, Schopfheim.
		Mai	Zell, Gretzgen.
		Sept.	Pfeffersort, Rußloch, Spechbach.
		Okt.	Kirchheim.
	Hessen	Jan.	Pfungstadt, Rüsselsheim, Königstädten, Meisel, Auerbach, Kronau, Frankenthal, Lauerbach.
		März	Rohdorf, Oberramstadt, Mainz, Darmstadt
		April	Eberstadt, Crumstadt, Stockstadt.
		Mai	Eidesstattlücken, Godelau, Büttelborn.
		Juni	Großfelde, Kirtorf, Homberg (Kr. Alsf.), Sachsenhausen, Bilbel, Erzhausen, Leebeim, Erlenbach.
		Sept.	Bannerod, Berumtshhain, Angerbach, Maar, Girebenau, Etta, Lindorf, Großfelda, Zell, Romrod, Badien, Laubach.
		Okt.	Gonterskirchen
		Dez.	Sauer-Schwabenheim.
	Reichsland	März	Straßburg-Neudorf
	Brandenburg	Jan.	Kirchorf, Perleberg, Großgerstichow.
		Febr.	Perleberg.
		März	Sommerfeld, Crossen.
		April	Wilsnack.
O. H. Böckler (Berlin)	Brandenburg	Juli	Linze, Lenzen, Großwoop, Lanz, Lauslick, Werbitz, Wittenberge, Perleberg, Rausdorf, Boberow, Targardt, Glücow, Mankmuhl, Wesiten.
		Aug.	Sargleben, Strejow, Teibow, Milow, Pinnow, Dargentin, Düpow, Rambow, Krampfer, Rohlsdorf, Weiten, Großbreese, Kleinlüben, Cumlosen.
		Sept.	Lübzow, Kleinbreese, Lydse, Rabendorf, Großlüben, Wilsnack, Redbahn, Putlitz, Quitzöbel, Großleppin, Sülkenthin, Bendelin, Gulow, Bilsecke, Grube, Klepte, Seddin, Hohenfier, Tacken, Havelberg.
		Okt.	Möblich, Seedorf, Moor, Krimip, Rausdorf, Unbesanden, Kleinwoop, Gandow, Hinzdorf, Wentorf, Bäck, Rerz, Pirow, Quitzöbel, Bodendorf, Seedorf, Targardt, Rhyow, Sargleben.
		Nov.	Stolpe, Falkenrehde, Kehin.
		Dez.	Steverdorf, Dreep.
		Mai	Neppermin (2 mal), Berg, Bauslin, Usedom, Liepe, Ueckeritz.
		Juni	Neuwarp, Swinemünde.
Findeisen (Radig)	Kgr. Sachsen	Sept.	Radebeul, Laubegast, Kötzschenbroda, Blasewitz.
Prof. Dr. Förster (Friedenau)	Brandenburg	Febr.	Berlin.
		März	"
	Pommern	Jan.	Stargardt.
		Mai	Klausdagen, Tempelburg.
	Posen	März	Bromberg.
	Schlesien	Mai	Brieg, Oels, Breslau.
	Schleswig-Holst.	Jan.	Flensburg, Friedrichsstadt, Schleswig, Altona-Ottensen.
	Kgr. Sachsen	Jan.	Dresden-Blasewitz.
		Febr.	Radeberg.
		April	Dresden.
	Thür. Staaten	Juni	Eisenach.
	Freie Städte	Jan.	Hamburg-Eilbeck.
	Schlesien	Jan.	Stroppen.
G. Gockisch (Breslau)		Nov.	Breslau.
F. Goebel (Mannheim)	Baden	Jan.	Mückenloch, Kleingemünd, Eppelheim, Waldwimmersbach, Lobenfeld.
		Febr.	Meckesheim.
		Mai	Rußloch, St. Ilgen, Oberpflockenbach.
		Juli	Zeugelhausen, Dossenheim.
		Aug.	Guuangelloch, Eppelheim, Buchenenthal-Reilsheim.
		Sept.	Handschuchsheim, Mückenloch, Waldwimmersbach.
		Okt.	Gaiberg.
		Nov.	Siebingen, Walldorf.
		Dez.	Hoffenheim.
J. Göhre (Dresden)	Kgr. Sachsen	Sept.	Bleichen, Oppelvorstadt.
H. Grüße (Bischofswerda)	Kgr. Sachsen	Jan.	Bautzen.
		März	Bischofswerda

Digitized by Google

Redner	Provinz oder Staat	Monat	Ort
H. Gräle (Bischofswerda)	Kgr. Sachsen	Juli	Bischofswerda.
		Sept.	Dresden, Kamenz.
Dr. Hackel (Dresden)	Kgr. Sachsen	Sept.	Dresden (4 mal).
O. Herschel (Offenbach, Main)	Brandenburg	April	Lübbichi, Wenker, Gottberg
	Bayern		München, Würzburg, Klein-rinderfeld.
	Baden	März	Bammenthal.
		Mai	Heidelfingen, Rolf, Legelshorst.
		Aug.	Wiehlingen, Wiesenbach, Hand-schuchsheim, Altneudorf, Heddesbach, Wilhelmsfeld.
		Sept.	Kirchheim.
		Okt.	Wiehlingen.
	Hessen	Febr.	Lorgen.
		Mai	Dietzenbach, Homberg (Ohm), Nordheim, Wartenheim.
		Juni	Dietzenbach, Günterod, Bilbel.
		Juli	Glauberg.
		Aug.	Bollartshain.
		Nov.	Rothenberg, Wiebelsbach, Untermoffau.
K. Ikkraut (Großlichterfelde 1)	Ostpreußen	Juni	Königsberg (3 mal).
	Brandenburg	Jan.	Berlin.
	Sachsen	Febr.	Magdeburg.
	Hessen-Nassau	Okt.	Altmannshausen, außerdem in einer ganzen Anzahl Ver-sammlungen in den Kreisen Eschwege, Schmalkalden und Wiesenhausen.
	Rheinland	April	Ruhrort, Mülheim (Ruhr), Barmen, Elberfeld.
	Kgr. Sachsen	Jan.	Dresden-Löbtau.
	Thür. Staaten	Sept.	Meiningen.
Dr. König (Witten)	Westfalen	Nov.	Hamm.
		Dez.	Unna.
	Rheinland	Okt.	Mülheim (Ruhr).
		Nov.	Duisburg.
W. Köster (Heidelberg)	Baden	Aug.	Altwerloch, Walldorf, Nußloch.
		Sept.	Kirchheim.
B. Kreuz (Magdeburg)	Brandenburg	März	Priegnitz Plaue.
	Sachsen	Febr.	Großjühna, Leipzig, Magdeburg-Neustadt.
		April	Magdeburg-Neustadt, Groß-ottersleben.
		Juli	Langenweddingen, Magdeburg-Sudenburg.
		Aug.	Walbeck, Altenweddingen.
		Okt.	Schneidlingen.
		Nov.	Halle.
		Dez.	Magdeburg-Neustadt.
	Anhalt	Okt.	Güsten.
		Nov.	Rathmannsdorf, Bernburg, Mehringen, Cöthen, Gieros-leben, Sandersleben.
Kurzhals (Suhl)	Sachsen	Jan.	Fohr, Schleusingen.
		März	Suhl.
		Mai	Suhl.
		Okt.	Suhl.
	Thür. Staaten	Jan.	Thüma, Wahnungen.
		Febr.	Römhild, Waldorf a W.
		Mai	Zella St. Bl.
		Sept.	Wahnungen, Frauenbreitungen, Bern-shausen, Mehmels, Oberrebhausen, Friedelshau-sen, Sinnershausen, Hild-burghausen, Roßdorf, Wall-dorf a. W., Schwallungen, Meiningen.
P. Laughaus (Gotha)	Thür. Staaten	Sept.	Gotha.
M. Liebermann von Sonnenberg (Großlichterfelde 1)	Ostpreußen	Mai	Königsberg (5 mal).
		Juni	„ (4 mal).
	Brandenburg	Jan.	Berlin (B. D. St.)
		Febr.	„ (B. d. L.)
		„	Berlin (Agraria).
		„	„ (B. D. St.)
		März	Berlin (D. J. B. usw.)
		Juli	Bitterfeld, Perleberg.
		Aug.	Berlin (2 mal).
		Okt.	Lengen, Wittenberge, Havel-berg.
		Nov.	Prenzlau (2 mal), Berlin.
		Dez.	Berlin, Cüstrin.
	Pommern	Jan.	Stettin (2 mal).
		Juli	Swinemünde.

Redner	Provinz oder Staat	Monat	Ort
M. Liebermann von Sonnenberg (Großlichterfelde 1)	Pommern	Okt.	Stettin.
	Schlesien	März	Görlitz.
	Sachsen	Febr.	Erfurt.
	Schlesw.-Holstein	Febr.	Kiel.
		April	Oldenburg, Burg (Fehmarn).
	Hannover	Jan.	Dransfeld.
		Febr.	Clausthal.
		März	Nienburg, Bemerode.
		Mai	Bisborn.
	Kgr. Sachsen	Febr	Pirna.
		März	Bautzen, Bischofswerda.
		April	Meißen, Krummenschau.
		Nov.	Leipzig.
		Dez.	Dresden.
	Oldenburg	Febr.	Jever.
	Braunschweig	März	Braunschweig.
	Thür. Staaten	Jan	Gera (Reuß).
		„	Schleiz, Greiz.
		April	Altenburg.
		Juni	Meiningen.
		Dez.	Eilenach, Meiningen.
	Anhalt	Juli	Güsten.
	Freie Städte	Febr.	Cuxhaven, Hamburg.
Dr. Lindström (Gotha)	Brandenburg	Okt.	Cumlosen, Havelsch, Groß-breese, Großilsen.
	Sachsen	April	Erfurt.
		Mai	Magdeburg, Osterwieck.
		Juni	Gröbeln.
		Nov.	Magdeburg, Fischersleben.
		Dez.	Magdeburg.
	Hannover	Febr	Lehrte.
		März	Fredesloh.
		April	Hetenbüttel.
		Mai	Hamelin.
		Juni	Hamelin, Hannover, Leimbach, Urbach.
		Aug.	Gehlet.
	Kgr. Sachsen	März	Leipzig.
	Braunschweig	Jan.	Helmstedt.
	Thür. Staaten	Juni	Eisenach.
	Schaumb.-Lippe	Nov.	Stadthagen, Müsingen, Sülbeck.
Lope (Dresden)	Kgr. Sachsen	März	Pirna.
Fr. Rampel (Kirchheim, Baden)	Baden	Juli	Bammenthal, Mückenloch.
		Aug.	Gauangelloch, Engelsbrun, Wiesenbach, Handschuchs-heim, Altneudorf, Hedde-bach, Wilhelmsfeld.
		Sept.	Spechbach, Galberg, Wald-wimmersbach.
		Okt.	Wiehlingen.
Curt Michael (Chemnitz)	Kgr. Sachsen	Sept.	Schellenberg, Fischpau, Wolkenstein, Zöblitz, Marien-berg.
Jul. Müller (Aupborn)	Brandenburg	Mai	Sotau
		Okt.	Kleingottschow, Großgott-schow, Krampfer, Rambow, Grube, Bielefe.
	Sachsen	Jan.	Rützeder Zoll, Güntzerode, Hönningen.
	Oldenburg	Nov.	Oldenburg, Berne.
	Waldeck	Juli	Doorenhausen, Bergs, Bring-hausen, Schmillinghausen, Küst., Massenhausen, Bas-bed, Norbenbed, Fiechtorf, Hedden.
		Aug.	Pyrmont.
Muthorst (Hamburg)	Braunschweig	Mai	Braunschweig.
Ph. Pfisterer (Pirkkartofforst)	Baden	April	Sulzbach, Hemsbach Lauden-bach, Heddesheim, Blankstatt, Sandhofen
		Mai	Oberpfloxenbach, Seckenheim.
		Sept.	Pirkartofforst.
Fr. Raab (Hamburg)	Hannover	Okt.	Dofe.
	Schlesw.-Holst.	Febr	Kiedorf, Pinneberg, Barm-stedt.
		März	Bielenhuren, Heide, Marne.
		Mai	Hadby, Flensburg, Gelting, Kellinghusen.
		Juni	Heide.
		Sept	Apenrade, Flensburg.
		Okt.	Altona.
		Nov.	Altona, Wandsbeck.
	Freie Städte	Febr.	Hamburg, Moorurg.

Digitized by Google

Redner	Provinz oder Staat	Monat	Ort
Fr. Raab (Hamburg)	Freie Städte	Juni	Eimsbüttel.
		Sept.	Hamburg, Eilbeck.
		Okt.	Hamburg, Groden.
		Nov.	Rothenburgsort, Barmbeck, Hamburg, Eimsbüttel.
		Dez.	Uhlenhorst.
Graf Reventlow (Kiel)	Schlesw.-Holst.	Jan.	Wettingdorf.
		März	Gaarden, Glückstadt.
		April	Schuldorp.
		Mai	Eimshorn, Kiel.
		Okt.	Kiel.
	Freie Städte	Mai	Hamburg.
B. Schack (Hamburg)	Schlesw.-Holst.	Dez.	Kiel.
	Freie Städte	Nov.	Hamburg.
Scheid (Cassel)	Hessen-Nassau	März	Breitau.
		April	Todtenhausen, Neuenhain.
		Mai	Betterode, Oberbeisheim, Wehren, Lohne.
		Juni	Lamerden, Oberaschb.
		Aug.	Zwergen, Oberaschb., Rodes, Oberaula, Breitenbach.
		Okt.	Unshausen, Homberg, Hebel, Römersberg.
		Dez.	Wernswig, Harle.
B. Schlosse (Bauer)	Schlesien	Jan.	Hermsdorf-Waldau, Bremberg, Prausnitz.
		Febr.	Merzdorf, Bersdorf.
		März	Peterwitz, Altjauer.
		April	Lobenstedberg.
L. Schumann (Berlin)	Ostpreußen	Mai	Königsberg (10 mal).
	Westpreußen	April	Graudenz, Thorn.
	Brandenburg	Febr.	Berlin.
		Sept.	Pillkallen, Pillkallen, Pillkallen.
	Posen	April	Bromberg.
Sondheimer (Meiningen)	Thür. Staaten	Sept.	Basungen, Altenbreitungen, Frauenbreitungen, Berns-hausen, Mehmels, Opfers-hausen, Friedelshausen, Sinnershausen, Humpferts-hausen, Wohldorf, Kalten-lengsfeld, Waldorf, Schwellungen, Basungen.
K. Täuzler (Leipzig)	Kgr. Sachsen	Jan.	Leipzig.
O. Theuerkorn (Chemnitz)	Kgr. Sachsen	Jan.	Stollberg.
		Febr.	Chemnitz.
		März	Chemnitz.
		Sept.	Schellenberg, Zschopau, Bottenstein, Zschitz, Marien-berg, Chemnitz (2 mal).
Dr. Biethaben (Hamburg)	Ostpreußen	Mai	Königsberg.
	Brandenburg	Febr.	Berlin.
		Dez.	"
	Königr. Sachsen	Febr.	Dresden.
	Thür. Staaten	Dez.	Altenburg.
	Freie Städte	Sept.	Hamburg.
B. H. Belcker (Dresden)	Königr. Sachsen	Jan.	Dresden.
		Sept.	Blasewitz, Obergorbitz, Cosse-baude.
		Dez.	Niederseidlitz.
L. Werner (Cassel)	Ostpreußen	Juni	Königsberg (3 mal).
	Brandenburg	Febr.	Berlin, Friesack, Rhinow.
		März	Berlin.
		Aug.	Großgottschow, Reetz, Bärk, Brietz, Pitzow.
		Okt.	Berlin, Lützenwisch, Sarg leben, Bieleke.
	Sachsen	Jan.	Rohr, Schleusingen.
		Febr.	Nordhausen, Oberhof, Ellrich, Sachsa.
	Hannover	Nov.	Seelau, Celle, Schwarmstedt, Dorfmark, Fallingbostel.
	Hessen-Nassau	Jan.	Cassel, Friedendorf, Nieder-beisheim.
		Febr.	Hersfeld.
		März	Bebra.
		April	Neuenhausen, Süß, Frank furt a./M., Niederrad, Nieder-ursel, Bonames.
		Mai	Niedermula, Mengsbausen.
		Juni	Seisershausen, Erkshausen, Schwarzenhasel.
		Sept.	Illien, Bicknu.
		Nov.	Niederthalhsn., Thann, Meck bach, Obereisungen, Herren-berg.

Redner	Provinz oder Staat	Monat	Ort
L. Werner (Cassel)	Hessen-Nassau	Dez.	Bernebung, Rockenfuß, Beise förth, Erdrode, Neuenhausen, Baumbach, Brenna, Ober-worschütz, Steckelshausen, Obereltenbach.
	Thür. Staaten	Jan.	Themar, Wasungen.
		Sept.	Dankmarshausen.
		Okt.	Neustadt, Gerstungen.
C. Wiegand (Friedrichsdorf)	Hessen-Nassau	März	Allmuthshausen, Niederellen-bach.
		Juni	Lamerden, Oberaschb.
		Aug.	Zwergen.
		Okt.	Eisen.
		Nov.	Niedermeiser, Obermeiser.
Dr. Wohlfarth	Brandenburg	Juli	Kleinow, Linze, Lenzen, Groß-wosp, Wittenberge, Perleberg, Rauesdorf.
		Aug.	Sargleben, Milow, Pirnow, Trzgenthin, Pitzow, Kam bow, Krumpler, Rohrsdorf, Kleingartschow.
		Sept.	Kiehle, Seddin, Havelberg.
		Okt.	Bärk, Reetz, Darannbt, Nitzow, Wilsnack, Lockstädt, Putlitz.
		Nov.	Stettin.
		Dez.	Strodehne.
L. Th. Wolff (Breslau)	Schlesien	Febr.	Breslau.
		Sept.	Canth, Breslau (2 mal).
		Nov.	Breslau (2 mal).
O. Zimmermann (Dresden)	Brandenburg	Febr.	Berlin, Prenzlau.
		Okt.	Pillkallen, Lockstädt, Putlitz.
		Dez.	Berlin.
		Juni	Breslau.
	Schlesien	März	Delitzsch.
	Sachsen		
	Königr. Sachsen	Jan.	Köpschenbroda, Schneeberg Neustädtel.
		Febr.	Mittweida, Dresden.
		März	Neckenberg, Dresden, Leipzig.
		Mai	Dresden.
		Juli	"
		Sept.	Dresden (4 mal), Lockwitz, Radebeul, Laubegast, Köp schenbroda, Dresden-Plauen.
		Okt.	Dresden, Großenhain, Gomb len, Bautzen.
		Dez.	Leipzig.

Der Kartellgedanke und konservativer Antisemitismus.

Seit Anfang v. J. ist der Herausgeber der „Deutschen Ztg.“, Herr Dr. Friedrich Lange in Berlin, mit Eifer und Konsequenz für ein Kartell aller nationalgesinnten Parteien bezw. Wähler, für eine Politik der auch von Miquel empfohlenen Sammlung aller nationalen Elemente eingetreten. Wiederholt hat er Worte scharfen Tadels für die deutschsoziale Reformpartei gehabt, wenn sie bei Stichwahlen und sonstigen Gelegenheiten seinem in der Theorie ja so schönen und einfachen Kartellgedanken nicht genügend Rechnung zu tragen schien. Die deutschsoziale Reformpartei hat es sich nun angelegen sein lassen, einmal durch ein drastisches Beispiel zu zeigen, wie sich der „Kartellgedanke“ in der Theorie und in der Praxis ausnimmt.

In dem industriellen Wahlkreise Duisburg-Mülheim-(Ruhr)-Ruhrort trat die deutschsoziale Reformpartei im Jahre 1893 zum ersten Male auf den Plan. Es gelang ihrem Kandidaten, Dr. König (Witten), rund 6000 Stimmen zu gewinnen, ohne eine in Betracht kommende Presse oder Organisation. Der bisherige Inhaber des Mandats, der nationalliberale Abgeordnete Dr Hammacher, für den auch die konservative Parteileitung unter Führung des Herrn von Plettenberg (Mehrum) trotz des vorher angenommenen „Tivolprogramms“ eintrat, erhielt 14251, der ultramontane Kandidat 14309, der sozialdemokratische 6121 und der Deutschfreisinn 1659 Stimmen. Es liegt klar auf der Hand, daß die Entscheidung bei der Stichwahl von den Stimmen der deutschsozialer Reformpartei abhing. Trotzdem nun Dr. Hammacher ein Mitbegründer des „Vereins

Digitized by Google

zur Abwehr des Antisemitismus“ war, was den „Antisemiten“ Herrn von Plettenberg nicht gehindert hatte, aufs wärmste für den Philosemiten Hammacher einzutreten und aufs schärfste gegen den Antisemiten König, der von ihm ungefähr auf eine Stufe mit den Sozialdemokraten gestellt wurde, Front zu machen, obwohl derselbe durch seine Verzichtleistung in dem ihm wiederholt angebotenen, von ihm mit dem besten Erfolge bearbeiteten Kreise Minden-Lübbecke dem konservativen Grafen Roon das Mandat gerettet hatte, trotzdem also übte die deutschsoziale Reformpartei aus patriotischen Erwägungen, wegen der damals zur Entscheidung stehenden Militärvorlage eine beispiellose Selbstverleugnung, indem sie, ohne eine Gegenleistung zu verlangen, bei der Stichwahl Mann für Mann an die Wahlurne trat und den „Judenschützer“ Hammacher zum Siege über die vereinigten Ultramontanen und Sozialdemokraten verhalf. Schweren Herzens waren die Wähler der Partei dieser von Herrn Dr. König ausgegebenen Wahlparole gefolgt, aber sie waren ihr gefolgt, weil Großes auf dem Spiele stand. Gegen Dr. König wurde deshalb in ultramontanen Blättern die unerhörte Beschimpfung geschleudert, er sei ein von den Nationalliberalen erkaufter Verräter.

Nach dem bedeutenden Erfolge im Jahre 1893 wäre es wahrlich keine Anmaßung gewesen, wenn die Parteileitung des Kreises beschlossen hätte, bei der nächsten Reichstagswahl wiederum selbständig vorzugehen. Diese Absicht bestand auch anfangs. Wiederum war es Dr. König, der zu einem Versuch der „Politik der Sammlung“ riet. Auf seinen Rat ging man in der Selbstverleugnung so weit, der nationalliberalen Partei, als der Judenhaberin des Reichstagsmandats, folgendes Kompromiß anzubieten, wenn man dieses beispiellose Entgegenkommen überhaupt noch als Kompromiß bezeichnen kann. Die deutschsoziale Reformpartei verzichtete auf Aufstellung eines eigenen Kandidaten und verpflichtete sich schon im ersten Wahlgange für den nationalliberalen Kandidaten einzutreten, falls dieser nicht „Mitglied des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus“ sei. Weitere Zugeständnisse auf politischem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiete wurden nicht verlangt, die Verhandlung mit der konservativen Partei wurde den Nationalliberalen überlassen. Der bisherige Vertreter Dr. Hammacher, ein Mitbegründer des genannten Vereins, konnte somit natürlich nicht in Frage kommen, doch war von vornherein zu erwarten, daß er seines vorgerückten Alters wegen sich nicht von neuem bewerben würde. Vielleicht ist er in diesem inzwischen zur Thatsache gewordenen Entschluß durch die Stellungnahme der deutschsozialen Reformpartei bestärkt worden.

Von dem früheren Vorsitzenden der nationalliberalen Partei wurde die von der Vertrauensmänner-Versammlung der deutschsozialen Reformpartei gewählte Deputation zunächst an eine falsche Adresse, einen der Sheit unbekannten und anscheinend entfernteren Kommerzienrat in Oberhausen verwiesen, der von dem Vorhandensein einer deutschsozialen Reformpartei bisher so wenig gehört haben wollte, wie die Welt von ihm gehört hatte und zu hören bekommen wird. Die Deputation ließ sich dadurch nicht abschrecken, die Nachforschungen nach dem wirklichen Parteivorsitzenden der nationalliberalen Partei fortzusetzen und auch diesen Herrn aufzusuchen, der den oben gekennzeichneten Vorschlag freudig aufnahm und seiner Partei zu unterbreiten versprach, wobei er schon seiner Überzeugung Ausdruck gab, Dr. Hammacher werde kein Mandat wieder annehmen, so daß das angebotene „Kompromiß“ sehr aussichtsvoll erschien.

Nachdem mehrere Monate vergangen waren, fragte man bei dem Herrn wieder an, ob nunmehr eine endgiltige Entscheidung seitens seiner Partei getroffen sei, worauf erwidert wurde, das sei noch nicht möglich gewesen, da die nationalliberale Partei wohl neu organisiert werden müsse. Nach einer weiteren Wartezeit von einigen Monaten wurde dann auf die baldigst einzuberufende nationalliberale Vertrauensmänner-Versammlung vertröstet, die denn auch nach einigen Wochen stattfand. Aus der nationalliberalen Presse erfuhr man nun, in derselben sei der Kommerzienrat Möller (Brackwede) aufgestellt, der bei der vorigen Wahl in Dortmund durchfiel. Bald darauf las man dann in der Presse, die konservative Partei, die ja auf dem letzten Parteitage in Berlin ihren Antisemitismus wiederum so kräftig betont hat, habe auf Empfehlung des Herrn von Plettenberg (Mehrum), der sein Landtagsmandat der nationalliberalen Partei verdankt, dieser Kandidatur freudig zugestimmt. Dann erst wurde bei dem Wahlvorstande der deutschsozialen Reformpartei angefragt, wie sich diese wohl zu einer Kandidatur des Herrn Möller stellen werde. Nun hatte dieser Herr einst sehr unliebsame Bemerkungen über den Abg. Istraut gemacht, war er nicht die geringste Veranlassung hatte; er hatte als Reichstagskandidat des Wahlkreises Dortmund nicht nur den Antisemitismus auf schärfste verurteilt, sondern auch die konservative und die deutschsoziale Partei in der empörendsten Weise beschimpft, indem er sich zu der Äußerung verstieg, „der Antisemitismus sei eine Pestbeule am deutschen Volkskörper“. Die Antwort auf die Anfrage konnte daher nur lauten, der deutschsozialen Reformpartei verbiete es die Selbstachtung, für diesen Herrn einzutreten, wie es ihm auch wohl die Selbstachtung verbieten werde, antisemitische Stimmen anzunehmen. Nicht im Auftrage der Partei, sondern privatim wandte sich nach diesem offiziellen Schreiben der Vorsitzende der deutschsozialen Reformpartei für die Rheinprovinz an den nationalliberalen Parteivorsitzenden, worin er ihn unter Darlegung der Verhältnisse im Interesse des Friedens bat, von dieser für Deutsch-Soziale sowohl, wie für das Gros der Konservativen, die auf sich die Schmeichelei, als Pestbeule bezeichnet zu werden, ebensogut bezeichnen mußten, absolut unmöglichen Kandidatur Abstand zu nehmen. Privatim und unmaßgeblich wurde in dem Schreiben noch zum Ausdruck gebracht, daß ein neutraler Kandidat, wie Herr Dr. Friedrich Lange, der sich zweifellos der nationalliberalen Partei anschließen werde, sogar der den Nationalliberalen doch gewiß genehme Graf P. von Hoensbroech, um einmal Namen zu nennen, von seinen Parteigenossen unterstützt werden würde, wenn auch für letzteren die Stimmen der katholischen Parteigenossen kaum zu haben sein dürften. Daß Männer, wie der nationalliberale Abg. Prof. Hasse, Vorsitzender des Alldeutschen Verbandes, allseitig genehm seien, war schon in einer früheren Vertrauensmänner-Versammlung der deutschsozialen Reformpartei einstimmig beschlossen und durch die Presse bekannt geworden. Man wollte aber überhaupt nicht die nationalliberale Partei durch offizielle Nennung irgend welcher Namen zu beeinflussen suchen, sondern ihr unter der oben genannten kleinen Einschränkung freien Spielraum lassen. Es dürfte doch für ihren Parteivorstand nicht so schwer gewesen sein, unter den Parteigenossen geeignete Männer zu finden, die nicht gerade zur sog. Judenschutztruppe gehörten und der von der konservativen und deutschsozialen Partei in gleicher Weise für notwendig gehaltenen Lösung der Judenfrage etwas unbesonnener gegenüberstanden, als gerade Herr Möller.

Die deutschsoziale Reformpartei erhielt auf ihr Schreiben keine Antwort, wohl aber machte der Vorsitzende der nationalliberalen Partei von dem ihm zugegangenen Privatbrief in einer Versammlung zu Oberhausen Gebrauch und behauptete, seitens der deutschsozialen Reformpartei seien die Herren Dr. Lange und Graf v. Hoensbroech als Reichstagskandidaten vorgeschlagen, was dem deutschsozialen Wahlvorstand zu folgender öffentlichen Erklärung in der „Mülh. Ztg.“ Veranlassung gab:

1. Es ist nicht zutreffend, wenn Herr Professor Herkmann in der Vertrauensmänner-Versammlung zu Oberhausen behauptet, daß seitens unserer Partei die Herren Dr. Friedrich Lange und Paul von Hoensbroech als Kandidaten für die nächste Reichstagswahl vorgeschlagen seien. In einer Sitzung unseres Wahlvorstandes wurde allerdings angeregt, der nationalliberalen Partei bezüglich der Kandidatenfrage bestimmte Vorschläge zu machen, und es sind bei dieser Gelegenheit u. a. die Namen der Herren Ernst Hasse und Dr. Friedrich Lange genannt worden; jedoch entschied man sich später dahin, die Personenfrage einstweilen offen zu lassen.

2. Daß an eine Aufstellung des Herrn von Hoensbroech unsererseits niemals gedacht ist, bedürfte eigentlich keiner Versicherung, da es wohl zur Genüge bekannt sein wird, daß unsere Partei alles vermeidet, was zur Verschärfung der konfessionellen Gegensätze beitragen könnte.

Digitized by Google

3. Bei den zwischen Herrn Professor Hermann und dem unterzeichneten Wahlvorstande gepflogenen Verhandlungen, zu denen bereits im Mai 1897 unsererseits der erste Schritt gethan wurde, haben wir es, wie schon bemerkt, vermieden, einen bestimmten Kandidaten in Vorschlag zu bringen, weil wir entschlossen waren, der nationalliberalen Partei soweit wie irgendwie angängig entgegenzukommen, um das erwünschte „Zusammengehen aller nationalen Wähler" zu ermöglichen. Wir haben aus diesem Grunde auch keinerlei Zugeständnisse auf politischem oder wirtschaftlichem Gebiete verlangt, sondern lediglich beansprucht, daß man einen Mann aufstellen möge, dem wir unsere Stimmen geben können, ohne uns selbst ins Gesicht zu schlagen.

Im Jahre 1893 haben wir aus patriotischen Erwägungen Selbstverleugnung geübt und dem Herrn Dr. Hammacher, dem Mitbegründer des „Vereins zur Abwehr des Antisemitismus" unter Einsetzung aller Kräfte in der Stichwahl zum Siege verholfen. Bei der nächsten Wahl werden wir als Vorspann für den Herrn Kommerzienrat Möller aus Gründen der Selbstachtung unter keinen Umständen zu haben sein, da man uns nicht zumuten kann, einen Mann zu wählen, der unsere Partei bezw. unseren verehrten Abgeordneten Istraut in gröber Weise beschimpft hat.

Eingeschaltet muß noch werden, daß die deutschsoziale Reformpartei trotz der verschiedenen Zeitungsnachrichten von der Aufstellung Möllers ihre Stellungnahme nicht verändert. Noch am 28. November v. J. betonte Dr. König in einer öffentlichen Versammlung zu Duisburg die Vereinwilligkeit der Parteigenossen mit Nationalliberalen und Konservativen zusammen zu gehen, wenn die Nationalliberalen das kleine, ihnen zugemutete Zugeständnis machen würden. Andernfalls sei die deutschsoziale Reformpartei es ihrer Ehre und ihren Parteigenossen geradezu schuldig, mit einer eigenen Kandidatur auf den Plan zu treten.

Die nationalliberale Partei hat trotz alledem an der Kandidatur Möller, nach den Berichten sogar einstimmig festgehalten, sie hat die dargebotene Friedenshand in der geschilderten Weise nicht nur ausgeschlagen, sondern von sich gestoßen, obwohl verschiedene nationalliberale Blätter nach der Rede Dr. Königs in Duisburg ausdrücklich betonten, dies Verhalten verpflichte die nationale Partei zu dem weitgehendsten Entgegenkommen in der Kandidatenfrage. Welche Konsequenzen die deutschsoziale Reformpartei aus diesem Verhalten ziehen muß und nur ziehen kann, liegt auf der Hand. Auf weitere Verhandlungen mit den Nationalliberalen wird sich wohl niemand mehr einlassen. Wie sich die konservativen Wähler mit dem auch ihnen ins Album geschriebenen Hohnwort: „Pestbeule am deutschen Volkskörper" abfinden werden, ob sie es gerade so lammesgeduldig hinnehmen werden, wie Herr von Plettenberg (Mehrum), lassen wir dahingestellt.

Im Jahre 1893 ist die große Mehrzahl der konservativen Wähler, worunter auch hervorragende Vertrauensmänner derselben hervortraten, der Parole des Herrn von Plettenberg nicht gefolgt. Wenn der auf dem letzten konservativen Parteitage zu Berlin wiederum mit Nachdruck betonte Antisemitismus nicht nur eine Frage sein soll, können sie bei der bevorstehenden Wahl nach obigen Ausführungen erst recht nicht folgen. Doch warten wir's ab! Ihr Führer Herr von Plettenberg hat sich trotz der Erklärung der deutschsozialen Reformpartei, daß sie aus den genannten Gründen für Herrn Möller nicht stimmen könne, trotz der Stellungnahme des Berliner Parteitags zur Judenfrage nicht enthalten können, in der letzten nationalliberalen Vertrauensmännerversammlung am 8. Dezember v. J. in Oberhausen in seinem und seiner Parteifreunde Namen die Kandidatur Möller freudig zu begrüßen, er hat sogar in einer von ihm erbetenen Konferenz den Wahlvorstand der deutschsozialen Reformpartei zu überreden versucht, für Herrn Möller einzutreten. Wenn dem „Antisemiten" v. Plettenberg nach der angeführten Kritik oder vielmehr Beschimpfung seiner Partei durch Herrn Möller die Selbstachtung gestattet, noch für denselben einzutreten, so ist das Geschmacksache. Und über den Geschmack läßt sich nicht streiten.

Der deutschsozialen Reformpartei verbietet es nach dem Vorgekommenen die Selbstachtung, für den Herrn auch nur eine Stimme abzugeben. An dieser Stellungnahme würde auch dann nichts geändert, wenn es wahr wäre, was auf der genannten nationalliberalen Vertrauensmännerversammlung unrichtig mitgeteilt ist, daß Herr Möller die Bekämpfung des Antisemitismus, als einer Pestbeule am deutschen Volkskörper, nur im Hinblick auf die agitatorische Thätigkeit der Herren Istraut und Ahlwardt — welch letzterer übrigens niemals irgend einer Partei angehört hat, die die Lösung der Judenfrage auf ihr Programm schreibt, weder der konservativen noch der deutschsozialen — in den Mund zu nehmen sich nicht gescheut habe. Herr Möller hat bei der Reichstagswahl in Dortmund ohne jede Beziehung auf bestimmte Personen den Antisemitismus im allgemeinen scharf verurteilt und mit obiger Bezeichnung gegeißelt und außerdem in Wiederholten einen Abgeordneten der deutschsozialen Reformpartei, Herrn Istraut, in durchaus ungerechtfertigter Weise verunglimpft. Das ist dem Vorsitzenden der nationalliberalen Partei wiederholt mitgeteilt und als für jeden halbwegs unparteiisch denkenden Menschen als durchaus stichhaltiger Grund hingestellt worden, weshalb die deutschsoziale Reformpartei niemals für Herrn Möller eintreten könne, wenn sie sich nicht selbst ins Gesicht schlagen wolle. Trotzdem hat die nationalliberale Partei unter Zustimmung des konservativen „Antisemiten" von Plettenberg (Mehrum) den Philosemiten Möller einstimmig auf den Schild erhoben und beschlossen, „ihn aufzufordern, in einer demnächst zu berufenden Versammlung der nationalen Parteien zu erscheinen." Damit ist der Würfel gefallen trotz Herrn von Plettenberg (Mehrum), der von dem Wahlvorstand der deutschsozialen Reformpartei einen Aufschub bis zum 15. Januar erlangt hat, um bis dahin einen anderen Beschluß der nationalliberalen Partei herbeiführen zu können, nachdem er eingesehen hatte, daß all seine Liebenswerben für Herrn Möller keine Gegenliebe erwecken konnte. Dieser Aufschub bedeutet nur eine Höflichkeit für Herrn von Plettenberg und die von ihm vertretene konservative Partei. Daß er bei der nationalliberalen Partei irgendwelchen Erfolg haben könne, nachdem sie ohne jede Rücksicht auf die berechtigten Wünsche der deutschsozialen Reformpartei und der konservativen Wähler, denen ihr Parteiprogramm mehr ist, als ein Strohwisch, nachdem Herr Möller ohne Beachtung der deutschsozialen Reformpartei die ihm angebotene Kandidatur angenommen hat, wird er wohl selbst kaum glauben. Aber immerhin, die Frage ist einmal erteilt, darum wird die Agitation der deutschsozialen Reformpartei bis zum 15. Januar ruhen, um pünktlich am 16. wieder aufgenommen zu werden.

Am Schluß fragen wir noch alle Schwärmer für ein nationales Kartell, besonders Herrn F. Lange und die Anhänger einer Politik der Sammlung, nach einem praktischen Rezept zur Verwirklichung ihrer Ideen. Daß keine Partei in der Selbstverleugnung so weit gehen kann, wenn sie nicht Selbstvernichtung üben will, wie in diesem Falle die deutschsoziale Reformpartei gegangen ist, wird jeder halbwegs billig denkende Mensch zugestehen.*) Mögen diejenigen die Folgen tragen, die jedes Gefühl für Recht und Billigkeit über Bord geworfen und in solcher Weise die ihnen angebotene Friedenshand zurückgestoßen haben. Diese Vorgänge im Wahlkreise Duisburg geben allen idealen Schwärmern eine bittere Lehre. Falls nötig, werden wir später durch Veröffentlichung des mit der nationalliberalen Partei gepflogenen Schriftwechsels noch eingehender beweisen, daß die deutschsoziale Reformpartei geradezu gezwungen worden ist, selbständig in den nächsten Wahlkampf einzutreten.

K.

*) Die nationalliberale „Mittener Ztg." schreibt zu diesem Fall: Die deutschsoziale Reformpartei hat der nationalliberalen Parteileitung des genannten Wahlkreises ein bis zur Selbstentäußerung gehendes Entgegenkommen bewiesen. . . . Das nationalliberale Wahlkomitee D.-M.-R. hat sich mit einer geradezu erstaunlichen Wurstigkeit über dieses Kompromißangebot hinweggesetzt, die deutschsozialen Führer zuerst von Pontius zu Pilatus geschickt und dann eine selbständige Entscheidung getroffen, die für die Deutsch-Sozialen geradezu brüskierend war. . . . Wenn man sich überhaupt die gesichteten nationalliberalen Parteileitungen mancher Industrie d.-o niederrheinisch-westfälischen Industriebezirks auf ihre Qualifikation hin betrachtet, dann kann es einem im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen windelweich zu Mute werden.

Digitized by Google

Das deutsche Ansehen im Auslande.

Die niederträchtige Mißhandlung eines deutschen Lehrers in Brasilien hat in letzter Zeit die Öffentlichkeit in Deutschland beschäftigt. Dabei ist wiederholt in der Presse — und auch im Reichstage durch den Abg. Dr. Hahn — auf die Verhältnisse der Deutschen in jenem südamerikanischen Staate hingewiesen und vor allen Dingen eine kräftigere Vertretung unserer Interessen dort gefordert worden. Daß wir thatsächlich in Brasilien mit Verhältnissen zu rechnen haben, die stark einer willkürlichen Unterdrückung des Deutschtums ähnlich sehen, zeigt eine längere Zuschrift, die wir aus der brasilianischen Provinz S. Catharina erhielten. Wir bringen daraus folgendes unseren Lesern zur Kenntnis:

In der der Hauptstadt des Staates S. Catharina, Florianopolis (Desterro), auf dem Festlande gegenüber liegenden Stadt (villa) Palhoça (spr. Paljoße), gelang es vor ungefähr fünf Monaten eine deutsche Schule zu gründen, die dringendstes Bedürfnis daselbst war. Die in Palhoça und Umgegend befindlichen, ungefähr 70 Familien starken, Deutschen bilden gewissermaßen das spitze Ende eines Keiles, der sich zwischen die aus Portugiesen, Italienern, Schwarzen, Mulatten usw. bestehende portugiesisch sprechende Bevölkerung geschoben hat, dessen breites Ende in den Kolonien St. Isabella, Thereziopolis, Capivary, und San Pedro liegt. Palhoça bildet den Endpunkt der Straße, auf der die Kolonisten ihre Produkte zu Lande auf den Markt und von wo sie ihre Waren zu Schiff in die Hauptstadt Florianopolis bringen. Palhoça ist fernerhin Sitz der Municipal-Kammer, und es ist somit klar, daß es ungemein wichtig für die Erhaltung des Deutschtums ist, diesen Ort nicht dem Brasilianertum auszuliefern, sondern in den deutschen Familien das bedrohte Deutschtum zu stärken. Es war soweit gekommen, daß Konfirmanden nicht mehr deutsch sprechen konnten. Vor fünf Monaten nun kam ein junger Deutscher, Herr Roth, hier an, der drüben zwei Jahre das Seminar besucht hatte, und wurde, dank seiner Persönlichkeit, in Palhoça als Lehrer angestellt. Er erwarb sich in kurzem den allgemeinen Beifall, und die Verdeutschung der deutschen Familien zeigte einen sehr erfreulichen Anfang. Der stete Gebrauch des Deutschen in der Schule, besonders der deutsche Gesang, dazu der Hinweis des patriotischen deutschen jungen Mannes auf die Würde deutschen Blutes, ließ alle Einsichtigen sich zu der Besetzung des wichtigen Postens durch diesen Herrn gratulieren.

Anfang Oktober nun unternahm Herr Roth mit seiner Schule einen Ausflug und zog unter Vorausstragung einer deutschen Fahne durch die Hauptstraße der Stadt, während in der Mitte des Zuges, an der Spitze der Mädchen, eine brasilianische Flagge getragen wurde. Die Vorantragung der deutschen Fahne erbitterte schon einige brasilianische Heißsporne, und obgleich auf dem Rückwege beide Fahnen an der Spitze getragen wurden, so wäre Herr Roth damals schon thätlich angegriffen worden, wenn nicht die Begleitung einiger erwachsener Deutschen dies verhindert hätte. Am Abend desselben Tages wurde aber Herr Roth schon von einem Volkshaufen umringt, es wurden Drohungen gegen ihn ausgestoßen, und unter anderem ist die Äußerung gefallen, daß man die deutsche Fahne herunterreißen und mit Füßen treten wolle. Am nächsten Tage wiederholten sich die Drohungen und Tags darauf versammelte sich der Schulvorstand mit Herrn Roth, um den Beschluß zu fassen, Schritte beim deutschen Konsulat in Florianopolis in betreff der Sicherheit des Lehrers zu thun. Als Herr Roth jedoch in der Dunkelheit nach Hause ging, wurde er plötzlich von drei Männern überfallen, von denen einer ihn von hinten umklammerte, einer ihm die Augen zuhielt und der dritte ihn derartig mißhandelte, daß der Unglückliche ohnmächtig wurde. Die Thäter entflohen darauf, wurden aber gesehen; den Unglücklichen fand man bald darauf und trug ihn zu einem Deutschen in's Haus. Sein Unterkörper ist gelähmt und ob er jemals wieder aufstommt, ist die Frage.

Zu dieser Thatsache erlaube ich mir folgende Bemerkungen zu machen: In den drei Südstaaten Brasiliens ist die Bildung eines neuen Deutschlands im Entstehen. Die Übergegenheit der germanischen Rasse macht sich überall bemerkbar. Fazenda auf Fazenda, Kolonie auf Kolonie, Grundstück auf Grundstück fällt in die Hand der Deutschen. Ein- und Ausfuhr liegen ebenfalls in ihren Händen. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann, selbst ohne Einwanderung, diese Lande vollkommen in die Hände der Deutschen kommen. Das einzige, was zu befürchten ist, ist der Charakter der Deutschen selbst, der zu leicht geneigt ist, in fremdem Volkstum aufzugehen. Kirche und Schule jedoch in erster Linie, in zweiter deutsche gesellige Vereine halten den Entdeutschungsprozeß auf, ja sie können sogar nicht blos die Germanen vor der Entfremdung eigenen Wesens bewahren, sondern sogar andere Personen zur Germanisierung veranlassen.

Die in Brasilien herrschenden Portugiesen merken nun den Zerfall ihres Stammes und ihrer Vorherrschaft wohl, und hegen im Innern einen heimlichen Groll gegen die Deutschen, dem wohl der instinktive Rassenhaß der Romanen gegen die Germanen zu Grunde liegt. Es muß andererseits bemerkt werden, daß die Germanen sich hier alle im Gebrauch der deutschen Sprache zusammenfinden: Schweden, Holländer, Dänen, Österreicher, Deutsch-Russen oder »Polen mit den Reichsdeutschen — sie alle fühlen sich hier ebenso instinktiv als Deutsche schlechthin, und wenn es erlaubt ist, die Bemerkung zu machen: es scheint mir ein gutes Vorzeichen für die endliche Vereinigung der Deutschen auch in Europa.

Gemäß dem Charakter der Romanen ist der Widerstand der Portugiesen gegen das Überwuchern des Deutschtums nicht ein systematisch-nachhaltiger, etwa auf dem wirtschaftlichen Gebiet geführter, sondern ein sprunghafter auf der Gebiet der Rechtspflege. In Palhoça z. B. hat sich, da die Deutschen durch Fleiß und Intelligenz stetig vorankommen, die Brasilianer aber durch Faulheit und Verdummung mehr und mehr zurückgehen, ein grimmer Haß gegen die Deutschen gebildet, der nun gelegentlich zum rohen Ausdruck gekommen ist. Derartige Gewaltthätigkeiten stehen nicht vereinzelt, sondern oft genug werden Deutsche überfallen, gemordet, vielleicht auch nur materiell ruiniert, und in der Regel trägt kein Hahn danach. Es liegt dies zum Teil daran, daß die Deutschen nicht mehr Reichsdeutsche geblieben sind, sondern hauptsächlich durch die sogenannte große Naturalisation (1889) ihre deutsche Staatsangehörigkeit verloren haben. Diese Naturalisation machte nämlich mit einem Schlage zehntausende von deutschen Familien dadurch zu brasilianischen Staatsbürgern, daß bestimmt wurde, alle, die zwei Jahre im Lande seien und nicht ausdrücklich erklärten, daß sie fremde Unterthanen bleiben wollten, wären fortan cidadaos brazileiros. Abgesehen davon, daß viele deutsche Familien nichts von dieser Verordnung erfuhren, wurde den übrigen mit allen Lockmitteln klar gemacht, wie groß die Vorteile seien, wenn sie das brasilianische Bürgerrecht erwürben. Hier die lockenden Stimmen, dort der deutsche Staat, von dem man wußte, daß er sich doch nur herzlich wenig um seine Angehörigen bekümmerte, und von dessen Vertretern es in der öffentlichen Meinung bis heute feststeht, daß sie froh sind, wenn sie nicht durch Klagen behelligt werden. — Die Wahl der meisten folgte dem Gesetz der Trägheit, und nun sind sie schutzlos den brasilianischen Übergriffen preisgegeben. Die italienische Regierung hat diese Naturalisation niemals anerkannt, in kluger Würdigung der Handelsinteressen des Heimatlandes; die Regierung des Staates, der den Völkerdünger liefert, beeilte sich aber, hunderttausend Deutsche dem fremden Volkstum auszuliefern. — Der deutsche Mann ist bei den Portugiesen gehaßt und verachtet. Denn ungestraft können sie dem Deutschen Unrecht thun. Hier aber, im Falle Roth, ist dem Deutschen Reich Gelegenheit gegeben, seinen gesunkenen Kredit wieder etwas zu heben, denn Roth ist noch Reichsdeutscher.

Die deutsche Fahne ist beschimpft worden, und in dem Lehrer Roth hat man das ganze Deutschtum töten wollen. Es ist klar, daß wäre etwa anzuführen, um die Nationalliberalen zur Unterstützung einer Interpellation zu veranlassen, daß, wo die Deutschen romanisiert werden, auch der deutsche Handel mit größeren Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Bei dem Kampf um die deutsche Schule, bei der Frage, ob die Deutschen hier ungestraft getreten werden können, entscheidet es

Digitized by Google

sich, ob Deutsche oder Pariser Ware ins Land kommt. Des Kaisers Wort, daß er das größere Deutschland dem heimischen Reiche angliedern wolle, kann unmöglich in Erfüllung gehen, wenn ein Hauptträger des Deutschtums ungestraft auf bestialische Weise verstümmelt oder getötet wird. Die Augen aller Deutschen, die auf 100 von Kilometern auf das tiefste erregt sind, sehen darauf, ob die Thäter bestraft werden. Aber es ist bereits so weit gekommen, daß man sich schämen muß, ein Deutscher zu heißen.

Was that der deutsche Konsul, Kaufmann Karl Höpfe in Florianopolis? Er reichte notgedrungen die Anzeige der Freveltat beim Gouverador ein, und dann dampfte er plötzlich notgedrungen, um den Fragen und dem Drängen der Deutschen aus dem Wege zu gehen, nach Araranguá ab, um der Eröffnung der dortigen Barre beizuwohnen. Dies Benehmen ist .....*), und erst als man ihm in öffentlichem Lokal in Florianopolis die Meinung auf pommersche Weise gesagt hatte, ließ er sich herbei, den Unglücklichen, den Märtyrer des Deutschtums, zu besuchen. Inzwischen haben die Deutschen in Patho;a und Umgegend ein langes Schreiben an die Gesandtschaft geschickt, und jetzt endlich scheint mit der Untersuchung Ernst zu werden. Aber heute nach vier Wochen ist noch keiner der benannten Thäter verhaftet. Im Namen aller Deutschen hier bitte ich dringend, dies Benehmen des Konsuls öffentlich zu brandmarken, und den Antrag zu stellen, daß der Wahlkonsul hier durch einen Berufskonsul ersetzt werde, überhaupt den Fall Roth zur Sprache zu bringen.

Von der dringenden Notwendigkeit der deutschen Kriegsflotte brauche ich in diesem Falle nicht weiter zu sprechen. Nur Furcht regiert die Brasilianer. Mit einiger Energie seitens der deutschen Regierung kann hier in fünfzig Jahren ein neues Deutschland geschaffen werden. —

Der Deutsche im Auslande ist entweder Pessimist oder Optimist und der Schreiber vorstehender Zeilen ist beides! Es ist ja richtig, daß angesichts einer solchen Mißhandlung des deutschen Lehrers sich das Gefühl jedes Deutschen empören muß. Und diese Empörung ist um so heftiger, wenn man sieht, wie die Thäter sich obendrein noch ungestraft auf freiem Fuße befinden — ob mit oder ohne Schuld des deutschen Konsuls ist hier weniger von Belang. Wichtiger ist uns der Umstand, daß thatsächlich die brasilianischen Behörden unsere deutsche Vertretung als nicht vollwertig anzuerkennen scheinen. Und hier hat die Aktion einzusetzen; daß das sich bessere, ist aber in erster Linie Sache der Deutschen im Auslande, die solche Thatsachen nicht nur dem auswärtigen Amte, sondern auch dem Reichstage und der Presse zur Verfügung stellen müssen, damit wirksame Abhilfe geschaffen werden kann. Wenn der Briefschreiber aber etwas von den Nationalliberalen in dieser Hinsicht erwartet, so irrt er wohl sehr. Diese Partei sieht die Verhältnisse viel zu sehr vom Standpunkte der Großindustriellen an, und diese werden nie begreifen, daß ohne eine durchgreifende Reform im Innern eine kraftvolle deutsche Politik nach Außen unmöglich ist. Deutsche Kolonien in allen möglichen fremden Staaten aus solchen Leuten zu bilden, die das Deutsche Reich als Unfriedene verließen, nützt dem Deutschtum wenig oder gar nichts. Wirklichen Nutzen schaffen dem Mutterlande nur unmittelbare Kolonien. Selbstverständlich darf unter dem Streben nach solchen die Fürsorge der Deutschen in anderen Staaten nicht leiden!

*) Das etwas scharfe Wort eignet sich nicht zur Wiedergabe.

Die Stellung des Bundes zu den politischen Parteien

wird in einem kurzen Aufsatze des „Bundeskalenders" für das Jahr 1898 klargelegt. Angesichts der Versuche, den Bund zum Anhängsel der konservativen Partei zu degradieren, halten wir es für zweckmäßig, den Aufsatz wortgetreu hier folgen zu lassen. Der Text lautet:

„Im allgemeinen muß betont werden, daß der Bund der Landwirte nicht parteipolitisch ist und es auch nicht sein darf, weil er die gesamten Streitigkeiten des Mittelstandes unter einen Hut bringen und nur die wirtschaftlichen Interessen vertreten will. Es ist infolgedessen ganz natürlich, daß der Bund sich keiner bestimmten Partei als solcher anschließen kann und wird.

Es wird zwar immer viel versucht, meist seitens der Gegner, den Bund in irgend eine Verbindung mit dieser oder jener Partei zu bringen. Dergleichen Gerüchte sind jedoch grundlos.

Es versteht sich aber von von selbst, daß der Bund, wenn Reichstagswahlen ausgeschrieben sind, Stellung zu denselben nehmen muß, denn es hängen mit den Wahlen wichtige Lebensinteressen des Mittelstandes zusammen.

Der Bund beschränkt sich bei den Wahlen darauf, die vorhandenen politischen Parteien auf ihr wirtschaftspolitisches Programm zu prüfen und gewährt im allgemeinen nur solchen Kandidaten seine Unterstützung, welche sich verpflichten, das Programm des Bundes zur Durchführung zu bringen.

Als Parteien, welche dem Bund grundsätzlich feindlich gegenüberstehen, müssen Freisinn und Sozialdemokratie bezeichnet werden, während die übrigen Parteien: Konservative, Nationalliberale und Zentrum, Freikonservative und deutschsoziale Reformpartei mehr oder weniger Berührungspunkte mit den Bestrebungen des Bundes der Landwirte haben.

Da sind zunächst die Konservativen. Unter ihnen befindet sich eine große Anzahl der sogenannten ostelbischen Junker, von denen die Gegner behaupten, daß sie den Bauern ins Schlepptau nehmen wollen. Wozu eigentlich? — Sie haben heutzutage keine Vorrechte mehr. Sie sind Landwirte, ebenso wie die Bauern, und es geht ihnen gerade so schlecht wie diesen. Im allgemeinen kann man sagen, daß die Konservativen eine stark agrarische Ader aufweisen, wenn sie auch hier und da vielleicht einmal einen Beamten als Kandidaten aufstellen, während ein unabhängiger Landwirt viel geeignetter gewesen wäre. Die konservative Partei ist jedenfalls in ihrer seitherigen Wirksamkeit fast ohne Ausnahme für die Förderung des Mittelstandes eingetreten und ist deshalb der „Bund der Landwirte" bisher auch in der Lage gewesen, für die in den einzelnen Wahlkreisen aufgestellten konservativen Kandidaten einzutreten.

Bei den Nationalliberalen war dies leider nicht immer der Fall. Diese Partei hat sich einst um das Vaterland große Verdienste erworben, indem sie den Geist der deutschen Einheit jahrzehntelang gepflegt hat, sie besitzt jedoch ein einheitliches, wirtschaftliches Programm heute noch nicht, wohl gehören ihr aber eine Anzahl Männer an, die stets agrarische und Mittelstandsinteressen vertreten. Sache des Bundes muß es sein, von der nationalliberalen Partei mit Energie zu verlangen, daß sie als Kandidaten nur solche Herren aufstellt, welche sich auf das Programm des Bundes der Landwirte verpflichten. Im Gegensatz zu den agrarischen Bestrebungen steht die nationalliberale Partei als solche nicht mehr, und wir sind überzeugt, daß sie bei energischem Eintreten des Bundes der Landwirte bereit sein wird, in ihrer größten Mehrheit agrarische Forderungen zu vertreten. Es beginnt sich bereits ein agrarischer Flügel der nationalliberalen Partei zu bilden. Wenn der Bund mit Energie seine Unterstützung der nationalliberalen Partei von einer Verpflichtung der Kandidaten auf das Bundesprogramm abhängig macht, so ist anzunehmen, daß die nationalliberale Partei, die 1883 in ihr Programm aufgenommen hat: Schutz der deutschen Arbeit! Schutz der deutschen Landwirtschaft!, sich dieses Programmpunktes ernstlich erinnern wird.

Die dritte große Partei ist infolge des Kulturkampfes entstanden, sie nennt sich die Zentrumspartei. Dieser Partei paßt die größere Machtentfaltung des Bundes sehr wenig, sie fürchtet dadurch Schaden zu erleiden. Sie sollte sich aber des Wortes erinnern, welches einst Windthorst aussprach:

„Die wirtschaftliche Wohlfahrt des deutschen Volkes geht dem alten Windthorst über den Streit der religiösen Parteien."

Wenn das Zentrum dieses Vermächtnis seines großen Führers beherzigt, so glauben wir, daß auch im Zentrum die Bedeutung der agrarischen Bestrebungen immer mehr anerkannt wird. Wir sehen wenigstens nicht ein, warum heute, wo die gesamte deutsche Landwirtschaft leidet, die katholischen Landwirte

Digitized by Google

andere Interessen haben sollten als die protestantischen. Der Bund der Landwirte jedenfalls kennt einen solchen Unterschied nicht, ihm gehören katholische und protestantische Landwirte an und beide vertragen sich bei der Vertretung ihrer Interessen vorzüglich. Es wird infolgedessen auch der Bund der Landwirte denjenigen Zentrumskandidaten Unterstützung gewähren, welche sich auf ein agrarisches Programm verpflichten.

In der freikonservativen Partei finden sich die verschiedensten Erwerbs- und Berufsstände vertreten. Im ganzen bietet ihr Programm Raum für die wirtschaftlichen Grundsätze des Bundes der Landwirte. Der Bund wird also die Wahl der von der freikonservativen Partei aufgestellten Kandidaten fast immer unterstützen können, wenn wohl auch über die Persönlichkeit des Kandidaten von Fall zu Fall entschieden werden muß.

Die deutschsoziale Reformpartei hat wohl alle Forderungen des Bundes in ihr Programm aufgenommen und ihre Mitglieder haben die Interessen des Bundes auch mit aller Schärfe vertreten. In einigen Fragen geht diese Partei etwas weiter wie der Bund. Allen ihren Kandidaten werden wir unbedingt zustimmen können, wenn dieselben sich im Gegensatz zu den uns feindlichen Parteien befinden.

Stehen sich Kandidaten uns befreundeter Parteien gegenüber und haben dieselben die entschiedene Erklärung abgegeben, daß sie unsere Forderungen vertreten wollen, dann wird im allgemeinen die Majorität der im Wahlkreise vorsteuergesessenen Mitglieder darüber zu entscheiden haben, wer von diesen Kandidaten die Unterstützung des Bundes erhalten soll. Unsere Vorsitzenden an der Spitze der Provinzial-Organisation sind auf das genaueste informiert, wie in solchen Fällen im Interesse des Bundes verfahren werden muß."

Soweit der Text im Bundeskalender.

Wir wollen nur kurz berichtigen, daß die deutschsoziale Reformpartei nicht „alle Forderungen des Bundes in ihr Programm aufgenommen hat", sondern daß sie diese Forderungen schon zahrelang, früher als der Bund der Landwirte entstanden ist, vertreten hat.

Die Bestimmungen des Schlußsatzes, wonach die freiseingesessenen Bundesmitglieder durch Mehrheitsbeschluß darüber zu entscheiden haben, welcher von den Kandidaten bundesfreundlicher Parteien die Unterstützung des Bundes erhalten soll, hat nicht unseren Beifall. Uns würde es vielmehr dem Charakter und den Satzungen des Bundes zu entsprechen scheinen, wenn derselbe in solchen Fällen neutral bliebe. — Da in Ost-Deutschland die Konservativen und in West-Deutschland die Nationalliberalen es verstanden haben, die Stellen der Wahlkreisvorsitzenden mit ihren Leuten zu besetzen, so versteht es sich immer ziemlich von selbst, daß unsere Kandidaten, selbst wenn sie langjährige Bundesmitglieder sind, gegen die konservativen oder nationalliberalen Kandidaten benachteiligt werden.

Dagegen müssen und werden wir uns wehren. „Die Bundes-Interessen" werden wir aber trotzdem jederzeit, wie bisher, „mit aller Schärfe" vertreten.

Ausland.

Österreich-Ungarn. Der „Verein zur Abwehr des Antisemitismus", der nach Berliner Muster vor einigen Jahren in Wien gegründet wurde, will sich jetzt „Verein zur Bekämpfung des Antisemitismus" nennen. Richtiger wäre es jedenfalls noch, man wählte den Namen „Verein zur Bekämpfung der Antisemiten". Denn „Abwehr" und „Kampf wird hier wie dort hauptsächlich in der Weise geführt, daß man die Männer, die in der antisemitischen Bewegung eine Rolle spielen, persönlich angreift. —

Die jüdischen Hörer der Lemberger Hochschulen gründeten im Verein „Zion" eine „zionistische akademische Lesehalle". Es sollen wöchentliche Versammlungen stattfinden, in denen sich die Mitglieder mit jüdischen litterarischen und wissenschaftlichen Arbeiten beschäftigen wollen. —

Das Standrecht ist in Prag wieder aufgehoben, ohne in Thätigkeit getreten zu sein. Die Herren Tschechen haben sich nach Ansicht der k. k. Behörden also beruhigt.

Mosaik.

Gegen Bazare und Warenhäuser will nun auch, ähnlich wie Sachsen gegen die Konsumvereine, das Großherzogtum Hessen vorgehen. Infolge einer Anfrage im Landtage hat Minister Finger erklärt, die Regierung beabsichtige eine Änderung der Gewerbebesteuerung vorzuschlagen. Der Minister fügte aber hinzu, der Stand der kleineren Kaufleute und Handwerker könne, auch im Wege der Selbsthilfe viel zur Verbesserung seiner Lage thun, und zwar durch genossenschaftlichen Zusammenschluß, um sich beim Ein- und Verkauf der Waren und Rohstoffe dieselben günstigen Bedingungen zu verschaffen, die der Großkaufmann und Fabrikant vermöge seines größeren Kapitals vor allen kleineren Geschäften an und für sich voraus habe. Diese einschränkende Bemerkung scheint auf keine sehr Anpaßung der großen Warenhäuser zu deuten!

Juden in der Justiz. Der ordentliche Honorarprofessor an der Universität München, Landgerichtsrat Dr. Heinrich Harburger, ist zum Staatsanwalt am dortigen Oberlandesgericht ernannt worden. Über alle Blätter berichten mit Wohlgefallen, daß sei der erste Fall, daß ein Jurist „jüdischer Konfession" (daß man von jüdischer „Konfession" nicht sprechen darf, können oder wollen die meisten Blätter immer noch nicht kapieren, obwohl doch wahrlich kein übergroßes Maß von Verstand dazu gehört) Staatsanwalt geworden sei. Das ist nun leider nicht der Fall. Denn nach einer Zusammenstellung, die im Jahre 1890 auf dem Bureau des Israelitischen Gemeinde-Bundes gemacht wurde, gab es schon damals in Bayern zwei jüdische Staatsanwälte. In Preußen ist unseres Wissens allerdings noch kein Jude Staatsanwalt. Dafür konnten wir aber erst neulich die Ernennung des jüdischen Landgerichtsrates Munk zum Landgerichtsdirektor melden. Giebt es denn in den Landlogen niemanden, der dies beunruhigende Vordringen des Judentums in der Justiz zu Sprache bringt?

Israel unter sich. Im dem Schalter des Postamts zweiter Klasse in K. tritt Aaron Hirsch, um sich Dreipfennig-Marken zur Frankierung der Neujahrswünsche zu kaufen. Er erhält die gewünschte Menge, merkt aber bald, daß er zu viel Marken gekauft hat und bittet den Beamten, die übrigbleibenden zurückzunehmen. Während des Unterhandelns tritt sein Stammesgenosse Fabian in den Schaltervorraum, um sich ebenfalls Dreipfennig-Marken zu kaufen. Er kauft nun kurzer Hand dem Hirsch die Marken ab, bestellt seine Druckschen und verschwindet wieder. Hirsch ist mit dem Bekleben seiner Gratulationen auch bald fertig, bleibt aber nachdenklich im Schalterraum stehen, geht schließlich an das Schalterfenster und sagt zum Beamten: Verzeihen! Herr Sekretär haben wohl nicht gesehn, ob m'r hat gegeben der Fabian 39 oder 42 Pf. für vierzehn Marken; es fehlen m'r an meinem Gelde drei Pfennig! — Diesen kleinen Scherz entnehmen wir der „D. Postztg.", natürlich nicht um zu beweisen, daß die Postbeamten Antisemiten sind, denn sonst hätten sie sicher in ihrem Organ nicht vom „Stammes"genossen Fabian, sondern vom „Konfessionsgenossen" des Aaron Hirsch gesprochen ....

Schmitz & Co.,
Weingroßhandl., Import von Rum, Arac u. Kognak,
Berlin, Dresdenerstr. 1.
Jerniger, Rumtl. Nr. 1876.
Besonders empfehlen:
1893er Rhein-, Mosel- und Bordeaux-Weine im Preise von 65 Pf. bis 3 M.
p. Fl. excl. p. Nr. in Gebinden von 10 Ltr. an. Ausführliche Preisliste um sonst.

Billige, dichte Dächer
ohne man der aus
Andernach's
Asphalt-Steinpappen
Asphalt-Isolirungspappen
A.W. Andernach a. Rhein.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königsstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe in Berlin NW. 5, Stendalerstr. 1.
Druck: G. Reusche in Leipzig.

Digitized by Google

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich Mk. 1.50 bei der Postanstalten (Post-Zeitungsliste Nr. 1734) und Buchhandlungen. Unter Streifband Mk. 2.

Herausgegeben von Max Liebermann v. Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Anzeigen: die 4-gespaltene Petit-Zeile 25 Pfennige. Verlagsbüro: Königstraße Nr. 27, Leipzig.

XIII Jahrgang. | Leipzig, 20. Januar 1898. | Nr. 492.

Leitwort: Die soziale Frage ist heute vorwiegend Juden-Frage. Otto Glagau.

Inhalt Gegen die Lehrlingszüchterei im Handwerk. — Die Juden an der Arbeit. — „Natürliche" Preisbildung — Monarchie oder Demokratie? — Der deutsche Schulverein. — Das Standesbewußtsein und die Juden. — Von den instinktiven Feinden unseres heutigen Gymnasialwesens. — Portugiesische Juden in Peru. — Rohstoff für Margarine. — Menschenhasen. — Ein Stückchen von den „Genossen". — Ausland. — Mosiek. — Sprechsaal. — Neue Bücher. — Fürst Bismarcks Stellung zum Antisemitismus. — Parteinachrichten. — Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Gegen die Lehrlingszüchterei im Handwerk.

Der Abschnitt im Handwerkergesetze, der über das Lehrlingswesen handelt, will durch seine Bestimmungen größere Sicherheit für die ordnungsmäßige Ausbildung und Erziehung des Lehrlings schaffen. Daran hat es bis jetzt überall sehr gemangelt. Schuld daran trugen weniger die Meister, als die Verhältnisse und die Sucht der jungen Leute nach „Freiheit". Das Gesetz stellt demnach vor allem fest, welchen Anforderungen ein Gewerbetreibender entsprechen muß, wenn er das Recht haben soll, Lehrlinge anzuleiten. Es versteht sich, daß dies nicht zum Nachteil der heutigen selbständigen und bereits Lehrlinge haltenden Gewerbetreibenden geschehen darf. In einer Übergangsbestimmung wird denn auch zu Gunsten dieser Personen der nötige Vorbehalt ausgesprochen. Hiernach sind alle Gewerbetreibenden, die bei Erlaß dieses neuen Gesetzes Lehrlinge halten, berechtigt, sie auszulehren.

Für die Zukunft soll ein Handwerker, der Lehrlinge halten und anleiten will, vor allem eine gewisse Reife des Alters erreichen, und zwar muß er hierzu das 24. Lebensjahr vollendet haben. Bei jüngeren Personen wird also mit Recht angenommen, daß ihnen entweder die sittliche Reife oder die technische und geschäftliche Erfahrung noch mangelt, um den Nachwuchs zu lehren und zu erziehen. Die Begründung sagt, es soll auch verhütet werden, daß junge Leute lediglich in der Absicht, sich in den Lehrlingen billige Arbeitskraft zu verschaffen, einen Handwerksbetrieb begründen.

Der Handwerker soll auch einige Gewähr bieten, daß er das Handwerk, in dem er andere unterweisen will, auch selbst gelernt hat. Zu diesem Zweck wird verlangt, daß er die von der Handwerkskammer vorgeschriebene Lehrzeit, oder so lange die Handwerkskammer eine Vorschrift über die Dauer der Lehrzeit nicht erlassen hat, mindestens eine dreijährige Lehrzeit zurückgelegt und die Gesellenprüfung bestanden hat.

Personen, die beim Inkrafttreten dieser Bestimmungen das 17. Lebensjahr, also nach der Vermutung des Gesetzes auch ihre Lehrzeit vollendet haben, können nach beendetem 24. Lebensjahr die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen auch dann erlangen, wenn ihre Lehrzeit nur zwei Jahre gedauert hat. Diese Ausnahme mußte vorgesehen werden, denn in vielen Fällen war ja möglicherweise nur eine zweijährige Lehrzeit ausgemacht. Aber auch dann könnten noch Härten sich ergeben, insofern etwa ein auf der Schule gut vorgebildeter Junge nur ein Jahr Lehrzeit zurückzulegen brauchte, um als Geselle weiter beschäftigt zu werden oder dergl. Die untere Verwaltungsbehörde ist deshalb ermächtigt, die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen auch solchen Personen zu verleihen, die zur Zeit das 17. Lebensjahr vollendet und nicht einmal die zweijährige Lehrzeit durchgemacht haben.

Im übrigen kann die Landesregierung für einzelne Gewerbe oder Zweige eines Gewerbes bestimmen, daß den bei Erlaß des Gesetzes über das 17. Lebensjahr hinausgereiften Personen die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen auch dann zusteht, wenn sie eine kürzere als zweijährige Lehrzeit zurückgelegt haben.

Es würden nun noch die Gewerbetreibenden ausgeschlossen sein, die ihre Ausbildung in Fabriken genossen, oder aus irgendwelchen, in der modernen Gestaltung der Gewerbethätigkeit leider denkbaren Gründen sich gezwungen sehen, zu einem anderen Gewerbe überzugehen. Zu ihren Gunsten wird angeordnet, daß auch ihnen das Recht, Lehrlinge zu halten, zustehen soll, wenn sie fünf Jahre hindurch persönlich das Handwerk selbständig ausgeübt haben oder als Werkmeister oder in ähnlicher Stellung thätig gewesen sind.

Diese Ausnahmen sind vorübergehender Natur; daß sie nicht dauernde Einrichtungen werden und dadurch den Nutzen wieder aufheben, der der Bestimmung über das Lehrlinghalten innewohnt, ist Sache der Handwerker. Mögen sie deshalb in den Handwerkerkammern aufpassen.

Im übrigen darf der Bundesrat für einzelne Gewerbe Ausnahmen in Bezug auf die Anforderungen erlassen, die nach dem § 129 an den Gewerbetreibenden zu stellen sind, der Lehrlinge halten will.

Die Lehrzeit im Großbetriebe wird ohne weiteres derjenigen im Handwerksbetriebe gleich gerechnet. Die Landesregierungen aber können bestimmen, wie weit die nach dem Besuch von Lehrwerkstätten, Baugewerkschulen usw. abgelegten Prüfungen einer bestandenen Gesellenprüfung gleich zu rechnen sind.

Da der Lehrling der väterlichen Zucht des Lehrherrn untersteht, ist selbstverständlich allen Personen, die sich nicht im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden, vom Gesetz die Befugnis zum Halten und Anleiten von Lehrlingen abgesprochen. Die unteren Verwaltungsbehörden sind außerdem befugt, Personen, die wegen geistiger oder körperlicher Gebrechen zur sachgemäßen Anleitung von Lehrlingen als nicht geeignet erscheinen, ebenfalls auszuschließen.

Wenn Lehrherren sich wiederholt grober Pflichtverletzungen gegen die ihnen anvertrauten Lehrlinge schuldig gemacht haben, oder wenn gegen sie Thatsachen vorliegen, die sie in sittlicher Beziehung zum Halten oder zur Anleitung von Lehrlingen ungeeignet erscheinen lassen, kann ihnen das Recht zum Halten von Lehrlingen für immer oder auf Zeit entzogen werden.

Gegen derartige Verfügungen ist das Verwaltungsstreitverfahren zugelassen. Die entzogene Befugnis kann eine höhere Instanz wieder verleihen, jedoch erst ein Jahr nach der Entziehung.

Durch die letzten Erhebungen über die Verhältnisse im Handwerk hat sich ergeben, daß etwa auf drei Meister je zwei Gesellen und ein Lehrling entfallen. Von den 31200 Meistern, über deren Betriebe Erhebungen veranstaltet wurden, beschäftigte etwa die Hälfte in der Regel weder Gesellen noch Lehrlinge. Die andere Hälfte gab sich zum Teil überhaupt nicht mit Lehrlingen ab oder arbeitete doch im großen und ganzen nur mit Gesellen, neben denen vielleicht ein Lehrling seinen Platz hatte. Dagegen fanden sich Betriebe, wo entweder gar kein oder nur vereinzelt ein Geselle beschäftigt war, während die eigentliche Betriebsleistung im großen und ganzen von Lehrlingen vollbracht wurde. Dieser Lehrlingszüchterei will das neue Gesetz steuern, indem es in § 128 vorschreibt:

Wenn der Lehrherr eine im Mißverhältnis zu dem Umfange oder der Art seines Gewerbebetriebes stehende Zahl von Lehrlingen hält und dadurch die Ausbildung der Lehrlinge

Digitized by Google

gefährdet erscheint, so kann dem Lehrherrn von der unteren Verwaltungsbehörde die Entlassung eines entsprechenden Teiles der Lehrlinge auferlegt werden.

Auch solche Verfügungen können im Verwaltungsstreitverfahren angefochten werden, wie selbstverständlich die untere Verwaltungsbehörde auch in der Lage bleibt, von sich aus ihre Verfügungen zurückzunehmen oder abzuändern.

Unbeschadet dieser Bestimmungen können aber durch Beschluß des Bundesrats für einzelne Gewerbezweige Vorschriften über die höchste Zahl der Lehrlinge erlassen werden, die in Betrieben dieser Gewerbezweige gehalten werden darf.

Die Juden an der Arbeit.

Vor einiger Zeit ging wieder die Nachricht durch die Blätter, die Juden sammelten Geld, um gegen die antisemitischen Volkskämpfer und Zeitungen mit Klagen und Denunziationen vorzugehen und sie dadurch materiell zu ruinieren. Das ist ja nun nichts neues, denn der „Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ hat dieses Geschäft schon seit geraumer Zeit betrieben; er rühmt sich in seinen jährlichen Generalversammlungen auch öfters seiner Erfolge. Unserer Bewegung wird dadurch kein Abbruch gethan, denn den Antisemitismus kann keine Macht der Welt mehr zurückdämmen; trotzdem halten wir es für angebracht, auf den Umstand hinzuweisen, daß anscheinend die Juden augenblicklich eine außergewöhnliche Thätigkeit in dieser Hinsicht entwickeln. Allein bei unserem Blatte haben sie es erreicht, daß die Leipziger Staatsanwaltschaft öffentliche Anklage erhoben hat wegen Beleidigung des Fabrikanten Rosenthal in Hechingen, und daß das Berliner Amtsgericht einer Privatbeleidigungsklage des Schriftstellers Lazarus Goldschmidt Folge gab. Dazu droht uns die Firma Münzer & Co. zu Wien mit einer Klage, falls wir ihr nicht den Verfasser einer Notiz nennen, die wir mit Quellenangabe einem russischen Blatte entnommen hatten. Daß die Herren in Wien gerade auf uns kommen, obwohl der betreffende Artikel durch fast alle russischen Blätter gegangen ist, wundert uns bei den vom semitischen Geiste gegen die judengegnerischen Blätter usw. beliebten Praxis nicht. Die Anklage der Leipziger Staatsanwaltschaft gegen uns ist auch auf Grund einiger Zeilen erfolgt, die unbeanstandet vor Jahren wörtlich in einem badischen Blatte zum Abdruck gekommen sind. Ähnlich wie uns ergeht es augenblicklich verschiedenen antisemitischen Blättern.

Diese außergewöhnliche Thätigkeit der Juden im Anrufen der Gerichte scheint uns mit den kommenden Wahlen zusammenzuhängen; man beabsichtigt wahrscheinlich bis dahin noch einige „Hetzer“ unschädlich zu machen. Das ängstigt uns nun gar wenig. Und das uns auch der Sturm aus Hechingen absolut nicht gekmickt hat, mögen nachstehende Ausführungen zeigen. Bei Erwähnung des Gerüchts, die Juden veranstalteten Sammlungen zum Zwecke der Denunziation usw., wurde der Name Kaulla (Stuttgart) genannt*). Dazu schreibt man uns aus Hohenzollern:

Kaulla! — Kaulla! — ein bekannter Name, begegnete mir in Hechingen zum ersten Male auf dem Grabdenkmal am **Galgen**. In der Gemeinde-Chronik ist über diesen niedergeschrieben, daß die Juden zu Hechingen, ihnen eine Grabstätte mangelte, gegen das Jahr 1760 den Fürsten um einen Begräbnisplatz in der Nähe der Stadt baten. Der Fürst scheint seine Pappenheimer aber genau gekannt zu haben, denn er suhr die Bittsteller also an: „Was habt Ihr hier zu suchen? Gehet zum Galgen, den Wir errichten ließen, damit das Böse aus unserer Mitte vertilgt werde. Dort auf jenem Berge begrabt Eure Toten, denn Ihr seid nicht besser als die armen Sünder, die dort am Galgen hängen.“ Als unsere Väter, so fährt die jüdische Gemeinde-Chronik fort, dieses hörten, waren sie sehr betrübt, sie weinten, mußten sich aber in das traurige Schicksal fügen und begruben ihre Toten unter dem Hohn und Spott der Umgegend immerwährend.

Die Armen!

Wiederum begegnet mir der Name Kaulla in der jüdischen Gemeinde-Chronik, wo unter der Jahreszahl 1825 Berthold Auerbach als Zögling der Talmud Thora (Talmudschule) aufgeführt ist, die die Kinder des reichen Raphael Jacob Kaulla und seine Schwester, die Frau des Aliba Auerbacher im Jahre 1803 aus eigenen Mitteln für jüdische Theologen errichteten. Die Chronik meldet weiter dazu, daß die jetzt noch in Württemberg und Paris blühende Familie von Kaulla aus Hechingen stamme; der Stammvater sei kaiserlicher Rat und während der Kriege Pferdelieferant für die Armee gewesen. — Aha! — Die nicht mehr ungewöhnliche moderne Aristokratie, vom Pferdejuden — vulgo Roßmauschel — zum Baron!

Der Name Kaulla ist hiernach mit der Judengemeinde in Hechingen eng verknüpft. Gerne würden wir dem Herrn Kaulla in der schwäbischen Residenz unsere Abschrift der Chronik zur Orientierung in seiner Urheimat zusenden, wenn der Chronist nicht einige hervorragende Thatsachen vergessen hätte. Er hat zwar sehr erschöpfend angegeben, daß z. B. im Jahre 1852 der Judentempel restauriert und als erstes Paar Isaac Levis und Sarah Höchstaedter kopuliert wurde, daß 1872 Josef Baruch im Komitee zur Errichtung des Kriegerdenkmals gewesen ist, daß Adolf Rosenthal, Josef Baruch, Simon Höchstädter, Louis Liebmann, Albert Moos als Gemeine dem Kriegervereine angehört haben, daß in Hechingen 1873 Berthold Auerbach zu Besuch weilte, und daß 1884 Ludwig Weil mit im Komitee für das Fürstin Eugenie-Denkmal saß, dagegen vermissen wir Angaben über unendlich wichtigere Vorkommnisse in der Judengemeinde. z. B. über die Gründe des Rücktritts des Judenlehrers Louis Levi von der höheren Töchterschule, über die Schicksale des Schächters Heinrich Levi, sowie seines Nachfolgers im Amte, des Karl Bernheimer. Beide Personen haben das — nach der vom Lehrer F. in Dettensee herausgegebenen Anleitung zum rituellen Schächten — wichtigste jüdische Gemeindeamt (die Rabbinerstelle ist seit Jahren nicht mehr besetzt) bekleidet und wären einer Erwähnung wohl wert gewesen. Dann vermissen wir Mitteilungen über die durch den Mordprozeß in weiten Kreisen bekannt gewordene Madame Herz, über den Tübinger Pferdehandel, über die Baruchsche Alimentationsklage, über Vater Kreuzbauers Schicksale, über den Patron von Willingen, über die spanische Weinprobe, über den liebenswürdigen Stelzfuß usw. usw.

Über diese und noch viele andere von der Judengemeinde Hechingens uns gebotene Thematas werden wir uns zur Orientierung gewisser Leute demnächst eingehend aussprechen und zum Schlusse auch eine kleine Reise nach Erfurt nicht scheuen, um im Namen der tief trauernden Witwe Babette Baruch einen Kranz auf das Grab der frühvollendeten Gebrüder Wahl, Inhaber der Firma Moritz Wahl, dort niederzulegen. —

Wir werden ungeschminkte Wahrheit reden und sollten auch die Hechinger Juden in Hinsicht auf die Leute, die sich jetzt zu ihrem Schutz aufwerfen, Ursache haben, auszurufen: „Gott schütze mich vor diesen meinen Freunden“.

*) Die Geschichte spielte schon einmal im Jahre 1893 eine Rolle, damals widerrief sie das Organ der Judenschutztruppe, das angeblich sich an den Geh. Hofrat Rb. von Kaulla und den Hofrat Ed. Kaulla gewandt hatte.

„Natürliche“ Preisbildung.

„Die Getreidepreise bilden sich ganz naturgemäß; die natürlichen Grundlagen für die Preisbildung sind das Ernteergebnis, Angebot und Nachfrage. Daß es Leute giebt, die durch wüste Spekulationen ganz nach Belieben die Getreidepreisbildung à la hausse oder à la baisse beeinflussen können, ist ein ad hoc erfundenes Ammenmärchen der gemeingefährlichen Agrarier, die den armen aber ehrlichen Börsianern ihre paar sauer „verdienten“ Thaler nicht gönnen.“ So konnte und kann man fast täglich in allen börsenfreundlichen Judenblättern lesen. Wie es sich mit dieser „natürlichen“ Preisbildung in Wahrheit

Digitized by Google

verhält, beweist wieder einmal folgende Mitteilung des „Berl. Lokalanz." aus New-York: „Zu den bekanntesten Deutschen des Landes gehört Herr Louis C. Huck, der schwerreiche Mälzer von Chicago. Sein Sohn ist mit der Tochter des Multi-Millionärs Marschall Field in Chicago verheiratet, der mit Herrn Leiter assoziirt ist, dessen Sohn jetzt den Riesenkampf mit Philipp Armour, dem großen Fleischpacker und Weizen-Spekulanten à la baisse, aufzunehmen im Begriff ist. Da beide über fast unbeschränkten Kredit, abgesehen von den eigenen Mitteln, verfügen, so blickt das ganze Land mit Spannung auf das gewaltige Ringen. Während Armour den ganzen Weizen-Vorrat des Westens nach Chicago zu schleppen versucht, um den Gegner damit zu erdrücken, ist Leiter bemüht, das Getreide ostwärts und nach Europa zu schaffen, um Armour in die Klemme zu bringen."

Diese kurze Notiz redet ganze Bände. Nicht etwa weil in Europa in Folge einer Mißernte eine größere Nachfrage nach Weizen vorhanden wäre, kauft der menschenfreundliche Herr Leiter alles nur irgendwie erreichbare Getreide auf, um es nach Europa abzuschieben, und speichert der ebenso edle Herr Armour den ganzen Weizenvorrat des Westens in Chicago auf, sondern diese Biedermänner thun es nur, um sich gegenseitig in die „Klemme zu bringen", um einer den anderen Gegner „zu erdrücken!" Weil es ein paar amerikanischen Millionärjünglingen einfällt, sich gegenseitig einige Millionen abzuknöpfen, ba das Hazardieren um kleinere Summen im Kartenspiel oder am Totalisator ihre abgetümpften Nerven nicht mehr genügend kitzelt, werden die folgenschwersten Verwickelungen auf dem Getreidemarkt hervorgerufen, und je nach dem Ausgang dieses „Spielchens", dieses „kleinen jeu" entweder der Farmer um den Lohn seiner Arbeit gebracht oder der Konsument zur Zahlung eines ganz ungerechtfertigt hohen Brotpreises gezwungen! Und das sollen gesunde wirtschaftliche Zustände sein?! — Das Börsengesetz hat trotz seiner ganz unvollkommenen Ausführung auch schon jetzt in mancher Beziehung recht segensreich gewirkt. Die Einfuhr aus dem Auslande ist beträchtlich zurückgegangen, das große Publikum ist von den Börsenspekulationen fern gehalten; die Jobberein beschränkten sich jetzt noch auf die „intimeren" Börsenkreise. Eine anhaltende Besserung ist freilich erst dann zu erwarten, wenn die Regierung sich endlich entschließt, einen dicken, derben Handschuh anzuziehen und dann recht fest in das Wespennest hineinzugreifen. Ob unser Handelsminister Brefeld der richtige Mann ist, um hier mutig voranzugehen? Wir wollen das Beste hoffen. Vielleicht erkennt er aus der oben angeführten New-Yorker Notiz, daß die Ziele, auf die der Börsen- und Judenliberalismus bei uns lossteuert, d. h. Beseitigung des Terminhandelsverbots und unbeschränkte Preisgebung des Brotgetreides für die wildeste Spekulation, dem Allgemeinwohle, den Interessen der Produzenten sowohl wie der Konsumenten, stark zuwiderlaufen, und daher auch von der Regierung aufs Schärfste bekämpft werden müssen.

Monarchie oder Demokratie?

Der Reichsgerichtsrat a. D. Mittelstädt hat in einem unter dem Titel „Vor der Flut" kürzlich erschienen, viel besprochenen Buche darzulegen gesucht, daß im Deutschen Reiche die Monarchie in großer Gefahr schwebe, durch die Demokratie überwunden und abgelöst zu werden. Er vergleicht den Kampf der Demokratie gegen die Monarchie mit der im Steigen befindlichen Meeresflut, die ohne Rast noch Widerstand Zoll für Zoll dem festen Lande die Herrschaft abringt. Auf Seite der Monarchie und der sie stützenden Kräfte erblickt er überall Niedergang und Schwäche. Die christlichen Kirchen, so sagt er, seien in sichtbarem Verfall begriffen; die Ehrfurcht vor der Person des Monarchen gehe der Menge des Volkes mehr und mehr verloren; die Regierenden seien wankelmütig und ohne feste, weitausschauende Pläne; statt eines gesunden Idealismus und fester religiöser Überzeugungen finde man bei einem großen Teile des Volkes eine zwischen Glauben, Aberglauben und Unglauben ratlos dahertreibende Gesinnung; die Volksvertretung besitze weder Talent, noch Charakter, noch Willenskraft; die politische Tagespresse sei bedeutungslos und meist abhängig von geschäftlichen Interessen; den Beamten pflege geschmeidiger Unterordnungssinn innezuwohnen, anstatt der ehedem sie auszeichnenden freien, selbstlosen Staatsgesinnung; nachhaltige Begeisterung für über das augenblickliche Herrschen und Genießen hinausliegende Ziele sei am ehesten noch bei den Sozialdemokraten zu finden. Um die wegen dieser und anderer Übelstände die Monarchie drohende Gefahr abzuwenden, weiß Mittelstädt kein anderes Mittel vorzuschlagen als — einen Krieg.

Dieser verzweifelte Vorschlag zeugt nicht gerade von einer unbefangenen Würdigung der Einwirkung von Kriegen auf die Zustände im Innern des Volkes. Die nach 1870 von uns gemachten Erfahrungen haben leider bewiesen, daß die mancherlei das deutsche Volk trennenden, auch von Mittelstädt beklagten Gegensätze durch den deutsch-französischen Krieg nicht nennenswert an Schärfe verloren haben. Hat nicht alsbald nach dem Kriege bittere Zwietracht zwischen den protestantischen und katholischen Deutschen sich entsponnen? Oder hat der Krieg etwa verhindert, daß das wirtschaftliche Leben des deutschen Volkes in einen Kampf Aller gegen Alle ausgeartet ist?

Die Erhaltung monarchischer Staatseinrichtungen und die Heilung der vorhandenen Schäden unseres Volks- und Staatslebens muß mit friedlichen, auf die Erneuerung und Stärkung deutscher, christlicher Gesinnung gerichteten Mitteln angestrebt werden. Ein nicht unwichtiges Mittel dieser Art besteht in der Bekämpfung des Einflusses der Juden, denen unser Kaiser, unser König oder Herzog kein angestammter Fürst ist, und die deshalb niemals mit dem Herzen monarchisch gesinnt sein können, sondern es nur so lange sind, wie die Klugheit es ihnen rät.

Letzteres hier besonders hervorzuheben, erschien um so mehr angezeigt, als Mittelstädt zwar alle möglichen, die Demokratie fördernden Umstände aufzuführen weiß, ohne dabei die „antisemitische Verhetzung" zu vergessen, der einer nationalen deutschen Monarchie entgegenwirkende Einfluß der Juden aber — die er zu den Bestandteilen der deutschen Nation rechnet — ihm unbekannt geblieben zu sein scheint.

F. B.

Der deutsche Schulverein.

Der Streit der Nationalitäten in Österreich nimmt solchen Umfang an, daß im deutschen Volk das Interesse daran immer lebhafter wird. Oft hört man freilich die Frage: warum können die Deutschen Österreichs sich mit der Sprachenverordnung nicht abfinden? „Gleichstellung" des Tschechischen mit dem Deutschen ist eine Phrase, die manchen gutherzigen Deutschen besticht. Der ganze Verzweiflungskampf, mit dem die Deutschen Österreichs gegen die Regierung und gegen die parlamentarische Mehrheit ankürmen, ist unverständlich, wenn das eigentliche Wesen dieser Sprachenverordnungen nicht begriffen wird.

Durch die Sprachenverordnung wird befohlen, daß jeder Gerichts- und Verwaltungsbeamte, überhaupt jede behördliche Person, jeder Mann in öffentlicher Dienstlichkeit durch ganz Böhmen die tschechische Sprache in fließender Weise verstehe, spreche und schreibe. Drei Achtteile der Bewohner von Böhmen sind nun nicht blos Deutsche, sondern leben überdies in so geschlossenen Gebieten, daß dort nicht drei v. H. unter ihnen Tschechen sind. Aber auch für sie soll gelten, was für die zerstreuten Deutschen in den überwiegend tschechischen Gebieten natürlich ist und sich längst als notwendig ergeben hat.

Die Söhne der Deutschen in diesen geschlossenen Gebieten müßten ein großartiges Sprachentalent besitzen, um sich das sehr schwierige tschechische Idiom neben der Erfüllung aller sonstigen Anforderungen des Studiums anzueignen. Können sie es nicht oder wollen sie die Sprache nicht lernen, in der ihr Volk seit mehr als dreißig Jahren auf das erbitterste bekehdet wird, so verlieren sie die Aussicht, in ihrem Heimatlande als Beamte,

Digitized by Google

als Rechtsanwälte, als Bezirksärzte, als Bürgermeister, als öffentliche Baumeister, Ingenieure usw. beschäftigt zu werden.

Auf eine zweite, indirekte aber nicht minder wichtige Folge dieser Sprachenverordnungen hat die deutsche Universität Prag in einer Erklärung mitte v. J. aufmerksam gemacht. Denn ihr gerade würde dieser neue Zustand am verhängnisvollsten werden. Wozu sollen deutsche Studenten an die deutsche Universität Prag gehen, wenn sie später in einer anderen Sprache wirken sollen, als in der sie das Recht, die Verwaltungslehre und die Heilkunst erlernt haben? Auch die deutsche technische Hochschule in Prag hat in einer ähnlichen Erklärung klar auseinandergesetzt, daß nicht sie, sondern nur noch ihre tschechische Schwester die jungen Ingenieure Böhmens anziehen wird, da für deren künftige Anstellung ohne Zweifel mehr ihre sprachliche, als wissenschaftliche Befähigung entscheiden wird. Die feste, haßerfüllte Organisation des Tschechentums im ganzen Lande wird dafür hinreichend sorgen.

So erscheint an die Wurzel dieser ältesten deutschen Universität geradezu die Axt gelegt. Verdorbt aber diese höchste Bildungsstätte des Landes, so müssen nach und nach die deutschen Gymnasien ihr Schicksal teilen. Alle Bauern, Fabrikarbeiter und Krämer würden unsere Landleute einer tschechischen Bildungsmehrheit preisgegeben sein. Ist aber erst dem Deutschtum in Böhmen in solcher Weise das Genick gebrochen, so ist auch für die mehr zerstreuten Ansiedelungen in Mähren kein Halt mehr, und die Sudetenländer, der reichste, fleißigste und steuerkräftigste Teil Cisleithaniens, verfallen dem Slaventum.

Das ist genug, um den Widerstand zu erklären, den die Deutschen in Österreich dem Badeni'schen Erlasse leisten. Nicht von den Abgeordneten geht der Hauptwiderstand aus. Sie sind zu ruhige und gebildete Männer, um an Lärmszenen Freude zu empfinden und freiwillig die Verfassungsform, die sie mit großen Opfern aufgerichtet haben, aufs Spiel zu setzen. Die Wähler sind es vielmehr, die sie zu möglichst energischem Auftreten antreiben, wie dies auch Graf Badeni kurz vor seinem Sturze ausdrücklich zugegeben hat. Die Sprachenverordnungen bedrohen die Zukunft so vieler Söhne deutscher Familien in Böhmen, daß auch die Mütter in politische Erregung geraten sind, und die sonst friedfertigen Familien in den Dörfern und auf den Landsitzen von keinen Verhandlungen mit der Regierung wissen wollen, bis dieser Streich gegen sie zurückgenommen ist.

Wenn wir diesen Kampf unserer Landsleute begreifen und würdigen, so wird es sie moralisch ermutigen und kräftigen. Die Sympathien haben zwar nicht auf den Schlachtfeldern der Völker im Donner der Kanonen etwas zu bedeuten, aber sehr viel in den Ratsversammlungen, die den Schlachten vorangehen. Und ein Weg wenigstens ist vorhanden, auf dem wir auch praktisch, nicht blos durch Worte Hilfe leisten können. Viele arme deutsche Gemeinden müßten sich tschechische Schulen aufdrängen lassen, wenn nicht der deutsche Schulverein seit nahezu zwanzig Jahren ihnen einen Teil der Ausgaben für Schulhäuser, Kindergärten und Lehrmittel abnähme. Die Thätigkeit dieses Vereins ist nicht eine laute; er macht nicht viele Worte; er hängt seine Leistungen nicht an die große Glocke; aber er arbeitet, er hält viele Fäden in der Hand und viele Herzen warm; ihm möge Unterstützung zuwenden, wer für das Los unserer Landsleute in Österreich mehr als ein kühles Interesse übrig hat. Den Kopf mag schütteln, wer nur Berichte über die Lärmszenen in den österreichischen Parlamenten liest; wer aber mit dem Schulverein mitarbeitet und die ergreifenden Hilfsgesuche liest, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen an ihn gelangen und aus Mangel an Mitteln leider nur zum geringsten Teil befriedigt werden können, der wird einen Jahresbeitrag gern leisten. Die Tschechen sind durch die opferwillige Unterstützung, die die Wohlhabenden unter ihnen ihren zwei Schulvereinen zuwenden, zu mächtigen Verführern armer deutscher Gemeinden geworden.

Das Standesbewußtsein und die Juden.

Gegen die Krankenkassen in jeglicher Form, gegen sog. Heilvereine und ähnliche Einrichtungen haben die Ärzte seit Jahren in mannichfacher Weise zu kämpfen. Die Kassen machen ihnen das Leben schwer, indem sie besondere Kassenärzte anstellen und denen das Feld überlassen, die die Mindestbietenden sind. Schon mancher weniger gewissenlose Mediziner ist auf diese Weise in die Höhe gekommen. Neuerdings ist es sogar Mode geworden, sozialdemokratische Anschauungen zu bekennen, um damit bei den von „Genossen" geleiteten Gewerkschafts- und anderen Krankenkassen einen gut besoldeten Posten zu bekommen. Die anständig denkenden Ärzte haben sich dagegen gewehrt, indem sie sich zu der sogenannten „freien Arztwahl" verpflichtet haben; d. h. sie schließen nur mit solchen Körperschaften Verträge ab, die ihren Mitgliedern die Wahl des Arztes freistellen. Wie es damit aber mitunter gehen kann, zeigen nachfolgende Zeilen, die der Arzteverein des Kreises Jerichow I veröffentlicht: „Wiederum ist ein Kampf zwischen Krankenkassen und Ärzten ausgekämpft, ein Kampf zwischen der Handwerkerkrankenkasse zu Burg bei Magdeburg und den dort ansässigen „unverschämten" Ärzten, die sich erdreistet hatten, die Minimalsätze der neuen Taxe vom 15. Mai 1895 für ihre Bemühungen zu erstreben, und er hat — wenigstens vorläufig — mit der Niederlage der Ärzte geendet. Einmütig hatten diese den Kampf aufgenommen in dem Bewußtsein, daß, da die Zahl der Ärzte in Burg sich in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt hatte, sich wohl schwerlich jemand finden würde, der diese Zahl noch würde vermehren wollen, zumal Unbilliges von der gutfundierten Kasse nicht verlangt wurde, die trotz Inflnenza usw. stets soloent geblieben ist und einen Reservefonds von etwa 20000 Mark hinter sich hat, und das allein dank dem jahrelangen emsigen Bemühen der Ärzte, jede unnötige Ausgabe zu vermeiden und allen Kranken ihr Recht werden zu lassen. Niemals ist während der langen Zeit, wo die Kasse die freie Arztewahl hatte, auch nur eine Klage über mangelhafte oder sonst nicht entsprechende ärztliche Behandlung entstanden. Mit Stolz wiesen die Mitglieder auf diese Errungenschaft hin und, was für eine Krankenkasse und für unsere Zeit viel sagen will, sie waren mit ihren Ärzten zufrieden. Trotzdem that die Krankenkasse auf Betreiben einzelner Vorstandsmitglieder, die gleichzeitig den Anschluß der Kasse an den Hamburger Zentralverband und den Zusammenschluß mit anderen sozialdemokratischen Zentralkassen durchsetzten, den Rückschritt zur beschränkten Arztewahl. Es fanden sich auch, obwohl rechtzeitig und öffentlich der Gemeinsinn der Kollegen angerufen war, zwei auswärtige Ärzte, denen die Not der Kasse so zu Herzen ging, daß sie es unter Hintansetzung jeglicher kollegialen Rücksichtnahme — von anderen Momenten ganz zu schweigen — fertig gebracht haben, sich die augenblickliche Animosität einiger Vorstandsmitglieder der Kasse gegen die Ärzte Burgs zu Nutze zu machen und sie durch Unterbietung aus ihrer in Jahren mühsam errungenen Stellung hinauszudrängen.

Habeant sibi!

Das kann man nicht hindern; wohl aber kann man verhüten, daß die Namen solcher mit der Not der Kassen so mitleidigen Ärzte der Vergessenheit anheimfallen. Und so seien denn die in Burg zugezogenen Herren genannt zur Warnung besonders für jüngere Kollegen, die noch auf irgend eine Spur von Dankbarkeit und Anerkennung seitens der Krankenkassen zählen, und die ein solches Vorkommnis im ärztlichen Stande bisher für unmöglich gehalten haben; sie heißen: der Arzt Herr Dr. med. Salo Fuß, bisher in Liegnitz und der Arzt Herr Fritz Kassel, bisher in Reinickendorf bei Berlin."

Immer die alte Geschichte! Für den Juden giebt es ein Staatsbewußtsein nicht, für ihn ist eben alles Geschäft, und dann wundert er sich nachher, wo die Gegnerschaft gegen seine Rasse auf einmal herkommt. Dann ruft er die „Toleranz" an, entrüstet sich über den Kampf gegen seine „Konfession" und die biederen Michel unter den „Genossen" — und auch unter den anderen Leuten — fühlen ein menschliches Rühren für die armen

Digitized by Google

Juden! Die eigenen Standesgenossen aber können sich nicht dazu aufraffen, mit solchen Elementen ein für allemal tabula rasa zu machen.

Von den instinktiven Feinden unseres heutigen Gymnasialwesens und besonders des lateinischen Unterrichts sind gewiß in unseren Kreisen nicht wenige zu suchen. Manch einer denkt wohl mit Grimm, ja mit Erbitterung an seine Gymnasialzeit zurück, weil man ihm da, in dem geistigen und körperlichen Zwing-Uri, seine Jugend gestohlen hat.

Nur fehlt leider zu allgemein in weiten Kreisen studierter wie nichtstudierter Väter, die ihre Kinder auf höhere Schulen schicken oder schicken wollen, eine bewußte Einsicht in die Schädlichkeit des lateinischen Unterrichts, wie er jetzt betrieben wird (er tötet den göttlichen Antrieb zum Denken und Forschen), für die ganze geistige Entwicklung ihrer Kinder. Kurz und klar erhält man einen solchen Einblick in dem kleinen Schriftchen „Gegenwart und Zukunft des lateinischen Unterrichts auf den Gymnasien“ *). Auch auf Grund der neueren Forschungen über das allmähliche Wachstum des Gehirns wird der verhängnisvolle Fehler erklärt, junge Kinder, wie sie die Sexta bis Quarta unserer höheren Schulen füllen, schon mit solch rein begriffsmäßigen (abstrakten) Dingen zu quälen wie mit fremden Sprachen.

Auseinandersetzungen mit Einwürfen der Gegner und eine Übersicht, wie der Verfasser (lange Zeit der einzige klassische Philologe, der sich von der Wahrheit der Schulreformbewegung überzeugt hatte und ihr eifriger Förderer schon zu einer Zeit, wo oben der Wind noch nicht wie heute umgeschlagen war), sich eine vernünftigere und erfolgreichere Gestaltung des lateinischen Unterrichts denkt.

Otto Bt.

Portugiesische Juden in Peru. Der Direktor der Nationalbibliothek von Lima, Don Ricardo Palma, berichtet in der dritten Auflage seiner Anales de la Inquisición de Lima (Madrid, Ricardo Fé, 1897) auch über die Juden in dem alten Inkastaate. Die Inquisition von Lima suchte ihre Opfer hauptsächlich unter den Abkömmlingen getaufter Juden, deren Zahl eine sehr bedeutende gewesen sein muß. Das auffälligste dabei ist, daß diese „Judenstämmlinge“ nahezu alle portugiesischen Ursprunges sind, wenn sie selbst auch in Spanien oder in den amerikanischen Kolonien zur Welt gekommen waren. Und diesen portugiesischen Juden begegnen wir nicht nur im Jahrhundert der Conquista, sondern bis ins dritte Jahrzehnt des achtzehnten Jahrthunderts, wenn auch die Blütezeit des Judaismus in das Zeitalter des dreißigjährigen Krieges fällt. Von besonderer Bedeutung ist das Auto da Fé vom 23. Januar 1639, das achtzig angeklagte und verurteilte Juden zählte und das beim Volke unter dem Namen „Strafgericht der Portugiesen“ bekannt blieb. Unter denen, die als hartnäckige Neger verbrannt wurden, nahm den ersten Platz Manuel Bayrista Perez ein, einer der reichsten Minenbesitzer Perus. Dieser aus Portugal stammende Jude war der Großrabbiner der peruanischen Juden. Bei dem Prozesse kam es auch heraus, daß die äußerlich zum Katholizismus sich bekennenden Juden mit ihren Stammesgenossen im Auslande, besonders mit denen von Holland, im ständigen geheimen Verkehre geblieben waren. Auf Veranlassung der Inquisition sollten im Jahre 1646 alle diese „Portugiesen“ aus dem Lande vertrieben werden; man zählte damals 6000, eine unverhältnismäßig große Zahl, deren Richtigkeit aber urkundlich bewiesen ist. Die schon verfügte Ausweisung kam aber nicht zu stande, da die Juden, die alle reiche Kaufleute oder Minenbesitzer waren (trotzdem man ihnen die anderen Erwerbszweige nicht versperrt hatte), dem Vizekönig so viel Geld zahlten, daß er das Austreibungsdekret entweder zurücknahm oder es wenigstens nicht zur Ausführung brachte. Bemerkenswert ist, daß unter den angeklagten „judaisierenden Christen“ sich nicht bloß reinblütige Weiße, sondern auch Farbige befanden. Noch im Jahre 1749 wurde ein jüdischer Grundbesitzer von seinen Dienern und Sklaven angeklagt; er starb während seines Prozesses. Man sieht aus diesen Thatsachen wieder, daß Israel sich überall gleich bleibt.

Rohstoff für Margarine. Gegenüber der überraschenden Erscheinung, daß seines Oeltalg im Kleinhandel schon für fünfzig Pfennig zu haben ist, und daß dieser Stoff Fabrikanten und Händler trotzdem noch sehr hohe Gewinne erzielen läßt, wurde schon vor langer Zeit an das verfallene Reichspatent auf Verwertung von Fetten krepierter Tiere zu menschlicher Nahrung erinnert. Einige Blätter hatten auch darauf hingewiesen, daß die Knochenmehl-Industrie ein sehr billiges Fett liefere, weil den Knochen vor ihrer Verwandlung in Düngemittel das innewohnende Fett entzogen werden muß. Das Pariser „Petit Journal“, das sich in Frankreich der allergrößten Verbreitung erfreut, hat nun kürzlich einen Bericht über die wohlfeile Fettgewinnung gebracht, der jene Andeutungen passend ergänzt. Im Nordwesten von Paris befände danach eine Anstalt, deren Aufgabe es ist, aus den Speiseschüssern der Zweimillionenstadt die auf den Tellern der Gäste zurückgelassenen Speisereste aufzukaufen und daraus das Fett auszuziehen. Dieses „Kehricht des Bauches von Paris“, wie das „P. J.“ sagt, das in großen Bottichen gesammelt wird, bietet natürlich besonders im Sommer einen „unsagbar ekelhaften“ Anblick, denn dann sei das ganze Material nur noch eine wimmelnde dicke Masse, in der die Fische ihren Köder (Maden) fänden. Dieses Zeug würde dann in Kesseln unter Wasserzusatz gekocht, wobei daraus ein unbeschreiblicher Wohlgeruch entströme, der die Luft weithin verpeste. „Das durch das Kochen losgelöste Fett sammelt sich natürlich an der Oberfläche an, wo man es sorgfältig abschöpft, in Fässer bringt und — der Margarine-Fabrik zuschickt.“ So schreibt das „Petit Journal“ nach der Berliner „Mold. Ztg.“, um dann weiter darauf hinzuweisen, daß noch eine andere äußerst billige Fettquelle in Paris fließe: „Zwischen der Brücke von Clichy und der von Saint-Ouen bemerkt man eine Reihe kleiner, aus Balken gebildeter Flöße, die in den Lauf der Seine hineinragen. Was der Strom bringt, bleibt zumeist an diesen Flößen hangen und häuft sich dort zu einer dichten Masse zusammen. Zweimal des Tages bringt ein kleiner Dampfer ein leeres Boot; mit einem Haken wird Alles, was am Floß sich befindet, in das Schiff gebracht. Diese Masse besteht aus Hunden, Ratten, Gras, Gemüseresten, Papier, überhaupt aus allem, was die Großstadt einem Strome anvertraut. Wohin kommt dieses ekelhafte Zeug? Es nimmt denselben Weg wie das Kehricht des Bauches von Paris.“ Wir müssen ja natürlich dem Pariser Blatt die Verantwortung für seine ungeheuerlich klingenden Mitteilungen überlassen, deren Wert oder Unwert seitens der Interessenten leicht festzustellen wäre. Der üble Geruch, der den hier geschilderten Urstoffen für den Rohstoff der Margarine-Fabriken anhaftet, würde ihrer Verwendung zur Oeltalgbereitung übrigens nicht im Wege stehen. Er läßt sich bei der Geschicklichkeit unserer Chemiker jo vollständig beseitigen, daß selbst die Arbeiter und Komtoristen in den Oltalgfabriken dieses Fett später nicht mehr von dem aus besten, frischesten Rindertalg ausgeschmolzenen unterscheiden könnten. Also hätte diese Sache für die Fabrikanten keine Gefahr, aber — unappetitlich scheint's uns doch zu sein!

„Mauschelhofen oder wie Pestalozzi*) über die Juden dachte: . . . Es war ein gesegnetes Dorf, aber Juden, man

*) „Gegenwart und Zukunft des lateinischen Unterrichts auf den Gymnasien.“ Vortrag, gehalten auf der achten Generalversammlung des Vereins für Schulreform am 11. April 1897 in Braunschweig von Oberlehrer Dr. Lenz in Rostenburg (Ostpr.). Preis 40 Pf.

*) Mauschelhofen. 142. Fabel aus J. H. Pestalozzis „Figuren zu meinem A B C-Buche“. 1797. Vergl. Seyffarth, Pestalozzis Werke, 9. Band, Seite 99, 100.

Digitized by Google

sagte mir nicht, ob gelaufte oder ungetaufte, nisteten sich ein, wurden reich und das Dorf arm.

Jetzt sehen die Kinder seiner ehemals gesegneten Häuser täglich als Bettler vor den harten Thüren der Juden, und die armen Leute müssen in allweg thun, was die Judengasse will.

Nenlich wollte sich ein reicher, unabhängiger Mann im Dorfe einkaufen; das behagte der Judengasse nicht, und der Mann hatte in der Gemeinde, welche aus 83 Bürgern besteht, nicht sieben Stimmen.

So ist es jedenzeit, und so lang es so ist, werden die Juden in Manschelhosen gesegnet und die alten Einwohner Bettler bleiben, bis sie endlich vom Gefühle ihres Elendes und ihres Rechts dahin gebracht werden, mit der Judengasse nicht mehr als Schuldner und Bettler — sondern als Gemeinde zu reden... Die guten Leute werden das wohl bleiben lassen, mit der Judengasse als Gemeinde zu reden. Wo Juden und Judengenossen einnisten, da ist außer der Judengasse kein Gemeingeist mehr denkbar; und wo in einer Gemeinde kein Gemeingeist mehr denkbar ist, da ist auch jede Gemeinde keine wirkliche Gemeinde mehr. Diesem Übel sollte freilich mit der größten Sorgfalt vorgebeugt werden. Aber auch dieses geschieht je länger, je weniger. Wo z. B. unpsychologisch und unmoralisch organisierte Volkswahlen eingeführt sind, da sind alle Gemeinderechte und Fundamente aller Segnungen der Gemeinde ein bloßes Spielwerk. Die Gemeinde selber ist im Wesen ihrer Gemeindekraft nicht mehr Gemeinde. Das selbsüchtige Treiben von Juden und Judengenossen wird durch die Einführung solcher Wahlen zum gesetzlichen Fundament der Staatskunst und der Staatsrechte selber, sowie der Privilegien und Freiheiten der Bürger auf der einen und der Lasten und Bedrängnisse derselben auf der anderen Seite.

„Ein Stücklein von den „Genossen". Die „blutsaugerischen Bourgeois" haben nach dem unumstößlich feststehenden Ausspruche der „Obergenossen" insgesamt für den Arbeiter nichts übrig. Alle Wohlfahrtseinrichtungen, ob staatliche oder private, sind lediglich Brocken, die von dem Tische der Champagner schlürfenden Bourgeoisie fallen. Was auch die Gesamtheit oder der Einzelne beginnen mag, in den Augen der „Genossen" ist alles Lug und Trug — das Heil der Zukunft sehen sie nur in dem „großen Kladderadatsch", der ja nach Ansicht des hehren Wahrheitshelden und Zehntausend-Mark-Proletariers Ansgust Bebel in diesem Jahre eintreten soll. Wohin eine derartige Verhetzung führt, hat ein Berliner Tischlermeister jüngst erfahren. Der Meister, der weder konservativen noch antisemitischen Anschauungen huldigt, arbeitet ungefähr mit einem halben hundert Gesellen. Diesen gab er aus Anlaß seines Geburtstages vor einigen Wochen ein Abendessen mit den nötigen Flüssigkeiten. Nach Erledigung seiner Arbeit suchte er die schmausenden und zechenden Gesellen auf und erklärte im Laufe des Abends, daß er für sie zur Gründung einer Unterstützungskasse den Betrag von tausend Mark aussetzen wolle. Die Verwaltung der Kasse solle lediglich in den Händen der Arbeiter liegen, er behalte sich nur vor, ihr gelegentlich weitere Zuwendungen machen zu dürfen. Vergrößert könne ihr Vermögen ja auch dadurch werden, daß für Zuspätkommen, für unentschuldigtes Ausbleiben, für schlechte Behandlung der dem Meister gehörenden Façonshobel usw. zu Gunsten der Kasse eine Strafe ausgesetzt werde, deren Höhe und Einziehungsweise die Gesellen selbst bestimmen sollten. Und was antworteten die immer noch auf Kosten ihres Brotgebers trinkenden Arbeiter? Sie riefen einstimmig: „Darauf wollen wir mal eins singen", und dann gröhlten sie das sozialdemokratische Lied „Bier bleiben frei, wir lassen uns nicht knechten!" — Die Lage wurde bald darauf so bedrohlich, daß der Meister, der nicht ein Wort mehr zu sagen wagte, nur in Begleitung einiger anderen Herren das Lokal verlassen konnte.

So sieht die Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit aus, die uns die Herrschaft der Singer und Genossen in der Reichshauptstadt gebracht hat! Ist solch einer Sippschaft gegenüber noch irgendwelche Rücksicht am Platze? —e.

Ausland.

Österreich-Ungarn. Die Unabhängigen im Pester Landtage haben den Kampf für das ungarische Zollgebiet vorläufig aufgegeben: sie sind zufrieden damit, daß sie die rechtzeitige Erneuerung verhindert haben. Der Gesetzentwurf, wonach bis zum 1. Mai alles beim Alten bleibt, mit (bis Neujahr) rückwirkender Kraft, ist also angenommen. Doch steht er im Gegensatz zu dem Grundsatz, daß nur mit der österreichischen Verfassung, die jetzt a. D. ist, verhandelt werden darf. Die Unabhängigen fühlen sich jetzt nicht stark genug, wollen sich daher zur Entscheidung vorbereiten, doch wird die Regierung die endgiltige Verlängerung des Ausgleichs durchsetzen, nötigenfalls durch einfache Verfügung oder Auflösung des Landtages. —

In Dorotal, der fruchtbarsten Gegend des Banates, ist der Hungertyphus ausgebrochen. Überall werden Hilfsvereine gegründet, jedoch ohne besonderen Erfolg, da die Not allenthalben groß ist; außerdem wohnen dort so gut wie gar keine Magyaren. —

Die Wiener Regierung setzt ihre Bemühungen fort, Deutsche und Tschechen zu versöhnen, hat aber kein Glück damit. Der anmaßende Ton der tschechischen Blätter — „Narodni Listy" verlangt, Gautsch möge sich nach Prag bemühen, wenn er etwas von den Tschechen wolle — hat den Deutschen alle Lust genommen, den böhmischen Landtag zu besuchen, so sie äußern, wenn die Tschechen noch einmal das Leben des Abg. Wolf bedrohen, würden sie an den Tschechen in den deutschen Städten blutige Rache nehmen. Demnach ist wenig Aussicht, daß der vorläufig durch kaiserlichen Erlaß auf ein Jahr verlängerte Ausgleich vom Reichsrate auf längere Zeit genehmigt wird. —

Am 6. d. M. hat eine Linzer Volksversammlung die slavenfreundliche Haltung der Deutschen (?) Klerikalen nachdrücklich gemißbilligt. —

Die Sachsen wollen dem österreichischen Radsahrerverband beitreten, das ist ihnen aber von der ungarischen Regierung verboten. —

In Ungarn ist jetzt sogar das zarteste Kindesalter der Madjarisierungs-Wut in weiten Landstrichen schuldos preisgegeben. Durch ein Gesetz ist für alle Kinder im Alter von vier bis sechs Jahren der Besuch eines Kindergartens zur Pflicht gemacht. Wenn die Kirchengemeinden die Lasten zu tragen imstande sind, ist ihnen die Errichtung und Unterhaltung der Kindergärten gestattet. Sonst tritt der Staat ein. Dann wird aber in den Kindergärten nur madjarisch gesprochen. Fast alle Gemeinden der Siebenbürger Sachsen haben die Errichtung deutscher Kindergärten in die Hand genommen. In den zahlreichen deutschen Gemeinden Süd-Ungarns dagegen scheint die Widerstandskraft unserer Stammesgenossen bereits gebrochen zu sein, sast ausnahmslos haben sie die Pflege ihrer noch nicht schulpflichtigen Jugend dem Zerstörer ihres Volkstums, dem ungarischen Staate, überlassen. —

Entsprechend dem niedrigen Kulturstande, in dem sich das Tschechenvolk befindet, nimmt dessen Kampf gegen das Deutschtum mitunter Formen an, die jeden gesitteten Menschen mit Abscheu erfüllen. So werden in Budweis Spuckmäpse verfertigt, die Studenten der deutschen Verbindungen „Marcomannia" und „Germania" mit ihren Abzeichen darstellen. Pfui, über solche Gemeinheit! —

Mosaik.

Der Innungsausschuß der vereinigten Innungen Berlins hat sich in seiner Mehrheit für Zwangsinnungen erklärt. Die einzelnen Innungen sollen aufgefordert werden, sich eingehend darüber zu äußern.

Die Nationalliberalen haben ein neues Zugmittel entdeckt, sie gehen mit Musik in den Wahlkampf. Die nationalliberale Partei in Duisburg hielt nämlich am 15. d. M. eine öffentliche Versammlung ab, in der „in den Pausen" die Kapelle konzertierte! Wenn das nicht hilft, hilft gar nichts mehr!

Der Zionismus, dessen Streben darauf ausgeht, dem jüdischen Volke einen jüdischen Staat zu schaffen, ist manchen Juden recht unbequem. Der jüdische Professor Ludwig Geiger in Berlin

Digitized by Google

erklärt, die „zionistischen Ideen für ein Hirngespinnst, dessen Durchführung für alle, die sich den Thorheiten der Leiter der Bewegung anvertrauen, das größte Unglück wäre". Ferner erwartet er vom Zionismus „die allerschädlichste Wirkung, insbesondere eine bedeutende Stärkung des Antisemitismus, denn wenn die Juden ein besonderes Volk sind, so hat jeder Deutsche das Recht, ja die Pflicht, Antisemit zu sein". — Nun, der Beweis, daß die Juden ein besonderes Volk sind und nie etwas anderes haben sein wollen, braucht nicht erst noch geführt zu werden. Das ist schon hundert und aberhundertmal geschehen. Das haben auch Juden, die mit dem heutigen Zionismus in gar keinem Zusammenhang stehen, in unbewachten Augenblicken selbst zugegeben. Einige solcher Auslassungen sind im „Antisemiten-Katechismus" abgedruckt. Wer sie noch nicht kennt, mag sie da nachlesen. Also „hat jeder Deutsche die Pflicht, Antisemit zu sein".

Eine eigenartige „schwarze Liste" besitzt, wie Rechtsanwalt Dr. Bieber in einer Versammlung der „Gesellschaft für ethische Kultur" zu Berlin mitteilte, der „Hilfsverein für weibliche Angestellte". Es ist dies ein Verzeichnis der Inhaber und Leiter von Handelsbetrieben,*) die sich ihrem weiblichen Personal gegenüber Uebergriffe in sittlicher Beziehung zu Schulden kommen ließen. Den auf der schwarzen Liste stehenden Arbeitgebern werden vom Verein keine Arbeitskräfte vermittelt. — Schade, daß man die Liste nicht veröffentlicht! Sie würde jedenfalls den Eindruck einer Musterkarte von orientalischen Namen machen.

Eine Entscheidung, die ein gewöhnlicher Sterblicher nicht verstehen kann, hat am 7. d. M. der vierte Strafsenat des Reichsgerichts gefällt. Danach braucht nämlich ein gesetzmäßig berufener und gesetzmäßig ausgelooster und vereidigter Geschworener der deutschen Sprache nicht mächtig zu sein, da das Gesetz nur verlange, daß der Geschworene ein Deutscher sei, nicht aber, daß er auch deutsch sprechen müsse!

Das „Volkskreuz". Das Regierungsblatt des Herzogtums Meiningen erläßt folgende Warnung: „Seit einiger Zeit wird in den Blättern in marktschreierischer Weise gegen die verschiedensten Krankheiten ein sogenanntes ‚Volkskreuz' angepriesen. Dasselbe wird zum Preise von 1,50 M. und mehr verkauft. Der wirkliche Wert des aus zwei Metallplättchen und einem dazwischenliegenden Filz- oder Tuchstückchen bestehenden Kreuzes dürfte höchstens 20 Pf. betragen. Irgendwelche Heilwirkungen kommen dem Volkskreuz nicht zu." Solche schwindelhaften Anpreisungen findet man auch in Blättern, die sich sonst rühmen, mit betrügerischen Anzeigen nichts zu thun haben zu wollen. Übrigens heißt es in manchen „Volks-Kreuz"-Anzeigen: „Für Israeliten Volks-Sterne zu gleichen Preisen!"

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. Herr Manasse Wittgensteiner in Crefeld, Hochstraße 71, firmierte am Ladenfenster erst M. Wittgensteiner und nunmehr Max Wittgensteiner. Warum wohl? —

Die verehelichte Handelsfrau Pauline Pusamentierer (Putzmentyrer), geb. Wolff, zu Breslau, vertreten durch den Rechtsanwalt Friedenthal zu Breslau, klagt gegen ihren Ehemann, den Handelsmann Aron Pusamentierer (Putzmentyrer), früher zu Breslau, jetzt unbekannten Aufenthalts, wegen böslicher Verlassung, mit dem Antrage, die Ehe der Parteien zu trennen und den Beklagten für den schuldigen Teil zu erklären. —

Die Firma Hirsch & Co., Inhaber Albert und Elise Hirsch zu Crefeld, Evertstr. 36, zeigt Handtücher für vier Pfennige das Stück an. Das dünne und durchsichtige Gewebe, das man auf Verlangen erhält, ist 33 Zentimeter breit und lang, verdient also höchstens den Namen „Kindertaschentuch". —

Sprechsaal.

An die Redaktion der „Deutsch-Sozialen Blätter"!

Mit großer Freude habe ich die Weltpachtsbeilage, die „Liste der Welt-berufenen Diebe von Juden, welche So wohl in dem Hamdverrichten, als auch in Anderen Ländern herum vagieren usw.", begrüßt. Sie geben und damit wieder ein wertvolles Agitationsmittel an die Hand, das vorzüglich geeignet ist, unsere Sache verbreiten zu helfen. Durch diese Liste liefert man den einfachsten und faßbarsten Beweis, daß die judengegnerische Bewegung keine „Ausgeburt der Neuzeit" ist, sondern schon am Anfang des vorigen Jahrhunderts — und wohl schon noch bedeutend früher — auftrat, zu zum Schutze der Menschheit auftreten mußte, indem sie den ehrlamen Bürger mittels Listen vor den betrügerischen Juden warnte. Ich hege im Stillen den Wunsch, daß auch jetzt noch ähnliche Listen erscheinen möchten, bisürchte aber, daß sie bald „von mächtiger Hand" unterdrückt werden würden. Denn die Enkel und Urenkel dieser „Welt-berufenen Diebe" haben jetzt vielfach Stellungen inne, die ihnen die größte Macht verleihen und die ihnen erlauben, einen wirksamen Schutz sich und ihrer Sippe zu gewähren. — Falls Sie von den so hübschen Listen noch etwa 500 Stück übrig haben, so bitte ich mir dieselben umgehend zuzuschicken. Betrag folgt nach Empfang der Sendung.

Wollen Sie Ihre Leser nicht auf die Liste noch besonders hinweisen?*)

Straßburg im Elsaß, 6. Jan. 1898.

Hochachtungsvoll

. . . . . .

Erklärung.

Nr 3 der „Mitteilungen des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus" beschuldigt mich, in zwei verschiedenen Artikeln über die Talmudübersetzung von Lazarus Goldschmidt „diametral Entgegengesetztes" gesagt zu haben. Ich erkläre hierauf:

1. Ich hielt mich für verpflichtet, das nur sehr mäßige und bedingte Lob, das meine erste Kritik enthielt, nach eingehender Prüfung in Tadel umzuwandeln, was der von Herrn G. selbst als Sachverständiger vorgeschlagene Herr Prof. Siegfried in Jena auch gethan hat. Übrigens hat die gesamte Fachpresse, jüdische und christliche Autoritäten, sich ebenfalls streng tadelnd über G.'s Unternehmen ausgesprochen.

2. Ich habe, was der Gewährsmann der „Mitteilungen" weiß oder wissen sollte, bereits im vorigen Termin nuter Zeugenbeweis gestellt, daß der noch nicht redigierte erste Entwurf der zweiten Kritik durch Versehen eines Dritten während meiner Sommerreise 1896 irrtümlicherweise an die „Deutsch-Soz. Bl." gelangt ist und mit dem Antisemitismus als solchem nichts zu thun hat.

3. Durch Sachverständige und Zeugen (übrigens fast ausschließlich jüdische Autoritäten) wird die Wahrheit aller meiner Behauptungen gerichtlich erwiesen werden.

4. Meine als „antisemitischer Jargon" bezeichneten ironischen Bemerkungen über Herrn G.'s Anfangsleistungen beruhen direkt auf der „Allgemeinen Israelitischen Wochenschrift", indirekt gehen sie auf Angaben der „Zukunft".

Dr. Bischoff.

Neue Bücher.

Die Prostitution in Berlin. Von Wilhelm Petersen. (Bd. 12, Heft 5 der Festgaben des sittlichen Volkslebens.) 48 S. 1 M. Stuttgart 1897.

Nicht eine Sensationsschrift wollte der Verfasser schreiben; er schildert nach einem kurzen geschichtlichen Überblicke die gegenwärtige Gesetzgebung gegen die Unzucht und die laxe Handhabung der Gesetze, sagt sich darauf mit den verschiedenen Vorschlägen zur Besserung des Übels (15 v. H. aller Krankheiten seien Geschlechtskrankheiten!) auseinander und stellt schließlich seine eigenen Forderungen auf, die manchen beachtenswerten Gedanken enthalten.

Hinzufügen möchten wir unsererseits noch einen Vorschlag von Karl Jentsch, der — verwirklicht — jedenfalls Erfolg haben würde: Uneheliche Kinder sind erbberechtigt und führen den Namen des Vaters! — Das Papier ist schlecht.

*) Geschieht hiermit! Von der Liste kosten tausend Stück zwölf Mark, fünfhundert Stück sieben Mark und hundert Stück zwei Mark!

Digitized by Google

Albert-Theater
(Hotel Stadt Nürnberg),
Bayersche Straße 8/10.
Täglich abends 8 Uhr:
Zusammen-Gastspiel
der Decker'schen Gesellschaft.
Zur Aufführung kommen Opercetten, Lustspiele und Possen unter Mitwirkung erster Kräfte.
Dirigent: Bruno Decker.
Preise der Plätze: Loge 3 M.; Sperrsitz (Stuhlreihen) 2 M.; Sperrsitz (an Tischen) 1,50 M.; 1. Parquet 1 M.; 2. Parquet 75 Pf.; Balkon 1 M.; Parterre 50 Pf.
Eintrittskarten - Vorverkauf ohne Aufgeld **täglich** an der Tageskasse von 11—4 Uhr im Theaterbureau (Bayersche Straße 10, part.).

Deutscher Krug.
Antisemiten-Kneipe, Chemnitz,
Lohgasse 3, Parterre und 1. Etage.
Ausschank:
Böhmisch, Lichtenhainer, Tuchersches Dunkel und Pschorrbräu.
Speisen vorrätig. Flotte Bedienung. Hochachtungsvoll **Emil Krug**

Jung-Deutschland Bitter-Liqueur.
à Liter 2 Mark. ●●●●
Wiederverkäufern bei größerer Abnahme Rabatt.
Alleiniger Fabrikant:
Emil Schükerk,
Neu-Ruppin,
Groß-Destillation u. Weinhandl.

Café Merkur
Leipzig
An der Pleisse 8.
250 Zeitungen, Depeschen und Kursberichte, Städte-Adressbücher v. Berlin, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Hamburg-Altona, Halle a/S., Paris, sowie Handels-Adressbücher aller größeren Staaten liegen zur gefl. Benutzung aus.
Jeden Vormittag Restitos u. Partouten.
Hochachtungsvoll
W. Rühlemann.

Deutsche Schänke von Ad. Klemm
Leipzig, Poststraße 20
empfiehlt **kräftigen Mittagstisch** und **gute Biere.**

Wilhelm Boetzkes
Rheinisches Tuchhaus, ◆ **Düren I,** ◆ Bezirk Aachen,
versendet an den billigsten Preisen die berühmten, vorzüglich ausgerüsteten Aachener und Dürener Tuchwaren, sowie andere deutsche und engl. bewährte Herrenstoffe.

Die neuen Muster	3 m Cheviot	Cheviot	Stoff z. Rock
versendet sofort, Cts- und Nachnahme frei,	3 „ Loden-Cheviot	40	M. 10,80
ausgestattet, damit jedermann sich ohne	3 „ Kammgarn	47	„ 12,75
Kosten von der Güte und Billigkeit über-	3 „ Melton	68	„ 12,90
zeuge. Man schreibe eine Postkarte.		50	„ 13,50

Beim Vergleich beachte man besonders die Qualität. — bis 12 M. der Meter. Jedes Maß.

Uhren liefert zu äußerst billigen Preisen unter reeller Garantie
Gustav Kaniss
Uhrmacher
LEIPZIG, Tauchaerstr. 6.

Stoffe zu Anzügen PALETOTS etc. versenden
Unerreicht billige Preise!
Beweis: Vergleich mit anderen Collectionen.
Reichhaltige Mustersendung unberechnet und portofrei an Jedermann.
in TUCH, Buckskin, Kammgarn, CHEVIOT etc. Meter 2-15 Mark.
Auf Wunsch Lieferung aller erforderlichen Futterstoffe und Zuthaten.
Versand durchaus reell!
Beweis: ca. 5000 Anerkennungsschreiben sind bei dem Bunde hier.
CHRISTIAN GÜNTHER
Tuchversandgeschäft
LEIPZIG-PLAGWITZ

Cacao
garant. rein, sehr ergiebig, wohlschmeckend und leicht verdaulich.
à Pfd. **1,60 M.**
Ferner f. Reconvalescenten, Magenschwache u. Blutarme: **Eisencacao,** à Pfd. 2,20 M., **Haifercacao,** à Pfd. 1,— u. 1,60 M., **Albumin-Cacao,** à Pfd. 2,60 M., **Dr. Lahmanns Nährsalz-Cacao,** à Pfd. 2,00 M., **Prof. Meringe Kraftcacao,** à Pfd. 2,50 M. **Dr. Michaelis' Eichelcacao,** à Pfd. 2,50 M., versendet gegen Nachnahme, bei 9 Pfd. franko,
Otto Heln
vorm. **A. F. Fomm,**
Cacao- u. Chocolade-Versand-Haus,
Leipzig, Kurprinzstr. 1.

Schmitz & Co.,
Weingroßhandl., Import von Rhein. Kreuznacher Gesundheits-Weinen, Berlin, Grenzbaurstr. 1.
Seit 1878 bestehend empfehlen wir unsere Rhein.-, Mosel- und Bordeaux-Weine im Preise von 60 Pf. bis 3 M. p. Fl. oder p. Ltr. in Gebinden von 20 Ltr. an. Ausführliche Preisliste umsonst.

Liefere ein Postfaß (9½ Pfund)
feine Leber, Rot- und Sülzwurst
zu 7,50 M. franko.
H. Glauner, Fleischermstr.
Papenburg b. Leer (Ostfriesld.).
Ferner:
prima Hammelkeule u. Carrés
à Pfund 55 Pf.

Dächer Billige, dichte Muster etc. postfrei
Asbest-Dachpappen
Asbestwerke Louis Hunt

Glagau: „Der Kulturkämpfer".

Der „Kulturkämpfer" ist in Bezug auf die Judenfrage ein förmliches **Hand- und Nachschlagebuch,** er liefert **ein wertvolles Waffenmaterial gegen Israel.**

Wir können Glagaus Schriften aber nicht nur allein mit einem Zeughause für „Geisteswaffen gegen das Judentum" bezeichnen, sondern müssen auch hervorheben, daß die Hefte in allen Sachen der **Sozialpolitik** ein maßgebendes Nachschlagewerk bilden.

Da nun einige Hefte vergriffen sind, so liefere ich bis auf weiteres **100 verschiedene Hefte für 10 M.** Jedes einzelne Heft ist vollständig in sich abgeschlossen und bildet, namentlich bei einem so billigen Preise, ein wertvolles „Verbreitungsmittel unserer Gesinnung".

Da der Vorrat jedoch bald gänzlich vergriffen sein dürfte, so bitte ich möglichst bald zu bestellen. Es bietet sich Ihnen eine wohl nie wiederkehrende günstige Gelegenheit, Ihre Bibliothek zu bereichern.

„**Der Kulturkämpfer**", herausgegeben von Otto Glagau, ist und bleibt eine Zierde jeder Bibliothek.

Mit deutschem Gruß

Herm. Beyer, Leipzig, Königsstraße 27.

Auch durch jede Buchhandlung zu beziehen.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königsstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe in Berlin NW. 5, Stendalerstr. 1.
Druck: G. Reusche in Leipzig

Digitized by Google

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich Mk. 1.50 bei den Postanstalten (Post-Zeitungsliste Nr. 1788) und Buchhandlungen. Unter Streifband Mk. 2.

Herausgegeben von Max Liebermann v. Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Anzeigen: die 4-spaltige Petit-Zeile 25 Pfennige. Verantwortlicher Redakteur Königstraße Nr. 27. Leipzig.

XIII Jahrgang. | Leipzig, 27. Januar 1898. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Juden-Frage. Otto Glagau. | Nr. 493.

Inhalt Lex Heinze. — Die Juden unter Friedrich dem Großen. — Aus Hohenzollern. — Ausland. — Monat. — Innerpolitisches. — Parteinachrichten. — Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen. — Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat. — Jüdische Ritter, Kommissions- und Kommerzienräte usw.

Lex Heinze.

Rede des Abg Jskraut in der 20. Sitzung des Reichstages vom 19 Januar 1898.

M. H., auch ich bin der antragstellenden Partei herzlich dankbar dafür, daß sie uns Gelegenheit gegeben hat, über diese Dinge im Plenum öffentlich zu sprechen. Doch knüpfe ich daran die Bemerkung, daß meine Fraktion nur aus taktischen Rücksichten der Zentrumspartei auf diesen Wege den Vortritt gelassen hat. Wir stehen, vielleicht wegen des Namens, den wir tragen, meiner Meinung nach bei zu Vielen hier im Reichstag sowohl wie in gewissen Schichten der Wählerschaft noch in dem falschen Verdacht, als strebten wir zu viele unnötige Reformen an, und deshalb haben wir oft die Erfahrung gemacht, daß das, was uns gut, was uns vorzüglich schien, um deswillen nicht das Entgegenkommen gefunden hat hier im Reichstag wie in der öffentlichen Meinung, weit es von uns ausgegangen ist. Wenn nun das Zentrum, die stärkste Partei im Reichstage, mit dem Hintertha't, den sie durch ihre Zahl hat — das Zentrum, das heute nicht bloß politisch, sondern auch konfessionell die Regierungspartei par excellence ist —, sich hinter diese Vorlage stellt, dann können Sie versichen, daß wir im Interesse der Sache, um die es sich hier handelt, sehr gern dem Zentrum den Vortritt lassen, weil wir der Meinung sind, daß, wie die Dinge augenblicklich liegen, gerade diese Partei am geeignetsten ist, den schweren Widerstand zu überwinden, der dem entgegensteht, daß das, was hier gefordert wird, bis jetzt noch nicht Gesetzeskraft erlangt hat.

M. H., so liegen die Dinge glücklicherweise nicht, daß der Stumpfsinn sittlichen Empfindens in unseren Volkskreisen schuld daran ist, daß man heute noch mit dieser Vorlage kommen muß, sondern mir fehlt der parlamentarische Ausdruck für die Bezeichnung der Handlung der Regierung, die darin besteht, daß sie durch einen mir gänzlich unbegreiflichen Widerstand dafür gesorgt hat, daß die Gegensätze, die doch ein Jurist am allerersten empfinden muß — und ein Verwaltungsjurist doch in ganz besonderem Maße —, die in §§ 180 und 361 Nr. 6 liegen, nicht freiwillig endlich aus dem Strafgesetzbuch herausgebracht worden sind, indem von seiten der Regierung uns eine entsprechende Vorlage gemacht wurde. Aber weit gefehlt, daß wir von seiten der Regierung auf diesen Gegenstand aufmerksam gemacht worden wären, hat die Regierung mit allen Mitteln, möchte ich fast sagen, deren ein Mensch fähig ist, eine Sache nicht zu sehen die er nicht sehen will, den Reichstag bisher daran verhindert, diesen Widerspruch aus der Welt zu schaffen.

Es hat der erste Redner des Zentrums, wie ich ihm nachempfunden habe, mit einem gewissen Gefühl des Stolzes auf die betreffende Stelle seines Parteiprogramms hingewiesen, die ihn berechtigt, als einer, der diesem Parteiprogramm nachgeht, diese Eingabe hier vorzubringen. M. H., das Parteiprogramm der Zentrumspartei stammt mit dieser Bemerkung aus dem Jahre 1873. Ich kann auf sittliche Empfindungen aus unserem Volksleben verweisen, die noch viel weiter zurückliegen

Seit dem Jahre 1869 wird anhaltenderlich dem Reichstage mit Petitionen — ich sage nicht beläftigt, aber ihm wird mit Petitionen geholfen, endlich dafür zu sorgen, daß das, was das sittliche Volksleben empfindet, im Gesetz den richtigen Ausdruck finde. Seit dem Jahre 1884, wo die sogenannte Berliner Bewegung hier sich besonders auf die religiösen Momente im Volksleben stützte, wird der Reichstag geradezu bestürmt mit derartigen Petitionen, die solche Forderungen stellen. Bis hat sich die Regierung all diesen Bewegungen der Volksseele auf dem Gebiete der Sittlichkeit gegenübergestellt!? Im Jahre 1869, als dem Vorgänger des Deutschen Reichstags, dem Reichstag des Norddeutschen Bundes, eine derartige Eingabe von dem Zentralverein für innere Mission mit vielen, vielen Unterschriften — für die damalige Zeit sehr vielen — eingereicht wurde, hat die betreffende Kommission erklärt, es sei diese Petition sehr wohl begründet, und man solle sie dem Kanzler des Norddeutschen Bundes überweisen. Der betreffende Kommissar der Regierung aber erklärte: es liegen keine Vorkommisse vor, die die Regierung veranlassen sollten, den damaligen § 1999 des Gesetzbuches irgendwie abzuändern. Während der Kriegszeit und unmittelbar nachher war unser Volk nicht veranlaßt, sich mit diesen Dingen näher zu befassen. Im Februar 1877 kommt eine neue Petition von der Konferenz der Sittlichkeit vereine Nordwestdeutschlands an den Reichstag; in der Kommission wird sie aufs eingehendste beraten, man findet, daß das beigebrachte Material mehr als ausreichend ist, um den naheliegenden Gegensatz der Bestimmung der §§ 180 und 361,6 klarzulegen, und andererseits durch überwältigende Beweise zeigt, wie die erwerbsmäßige und gewerbsmäßige Unzucht und Kuppelei in unserem Volksleben um sich gegriffen hat, — und trotzdem erklärt der Kommissar der Regierung, es liege keine Veranlassung vor, von Regierungswegen zwecks Abänderung der §§ 180 und 361,6 einzuschreiten. Am 10. April 1885 erklärt, ich glaube, derselbe Herr Regierungskommissar auf die dringenden Bitten und Vorstellungen der betreffenden Petition, die Regierung hätte sich mit der Sache noch nicht weiter beschäftigt, es läge so offenbar keine Veranlassung vor. So geht die Geschichte fort: in jedem Jahre hat sich die Petitionskommission mit einer derartigen, das sittliche Leben unseres Volkes betreffenden Petition zu beschäftigen; die Regierungskommissäre wollen nichts sehen, sehen nichts, sie erklären jedesmal, es liege eben nichts vor.

Da fällt der Knabe Heinze in den Brunnen. Meine Herren, nach der Art und Weise, wie die Kgl. Regierung in ihren Vertretern sich nach dem Jahre 1891, wo dieses weite Kreise unseres Volkes aufs tiefste erregende Ereignis vor sich ging, benommen hat, muß ich beinahe annehmen: wenn die Kaiserl. Botschaft nicht hier den Finger auf die Wunde gelegt hätte, dann würde von Regierungswegen auch heute noch nicht eine Gesetzesvorlage, wie wir sie nach dem Namen Heinze gewöhnlich benennen, eingebracht worden sein. Die Botschaft erklärte damals, indem der Kaiser spricht:

> Dies läßt Mich hoffen, daß den von Meiner Regierung zu treffenden Maßnahmen diejenige Unterstützung innerhalb der gesitteten Kreise Meines Volkes nicht fehlen wird, ohne welche eine durchgreifende Abhilfe nicht erwartet werden darf.

Die Kreise, auf deren Hilfe hier gehofft und deren Mitwirkung erwartet wird, haben sich auch längere Zeit vorher schon nach dieser Richtung thätig gezeigt, sie haben damals schon die Finger auf die Wunde gelegt; aber weil die Regierung unter keinen Umständen etwas sah oder sehen wollte, darum konnten

Digitized by Google

die Wünsche der gesitteten Kreise in unserem Volke — wie die Botschaft sie nennt — nicht zur That werden.

M. H., sehr interessant ist es, wie sich die Kgl. Regierung, nachdem die lex Heinze damals nicht zum Gesetz erhoben wurde, nachher benommen hat. Wieder kommen dieselben Kreise, nur daß jetzt auch Süddeutschland, und zwar die katholischen Kreise Süddeutschlands sich anschließen und betreten den Weg der Petition an den Deutschen Reichstag, man solle doch endlich in diesen Dingen Wandel schaffen. Da erklärt der Vertreter der verbündeten Regierungen im Jahre 1895: es liegt keine Veranlassung vor, die §§ 180 und 361 der Strafprozeßordnung in Einklang zu bringen. M. H., das ist für mich eine ganz trübe Erscheinung; aber ich muß sagen: es würde eine trübere Erscheinung sein, wenn eine derartige Abstumpfung des Sittlichkeitsgefühls in unseren Volkskreisen sich fände. Wenn das der Fall wäre, dann würden wir es nicht nötig haben, eine derartige Vorlage, wie sie vom Zentrum hier empfohlen wird, zu beraten; sie würde keinen Nutzen haben. Da aber diese Petitionen, diese Bewegung, die ich nur in großen Linien gezeichnet habe, beweisen, daß ein ganz lebendiges Gefühl für Zucht und Sittlichkeit, und zwar in einem ganz bestimmten und prägnanten Sinne für christliche Zucht und christliche Sittlichkeit, in unserem Volke vorhanden ist, darum glaube ich, es ist recht und aussichtsvoll, daß wir über diese Dinge sprechen; denn es wäre der Stumpfsinn des Widerstandes in unserem Volksleben allerdings nicht zu überwinden. Ich glaube aber, daß der Widerstand, der von seiten der Regierungskreise uns bis jetzt entgegengestellt worden ist, sich schließlich überwinden lassen wird; denn man muß zugeben, daß, trotzdem wir seit 1890 über diese Dinge verhandeln, wir im Plenum erst zum zweiten Mal daran kommen, hier öffentlich darüber zu beraten. Ich will hoffen — und deshalb bin ich nicht für eine Verweisung dieser Materie an eine Kommission —, daß wir durch eine Beratung im Plenum endlich einmal in die Lage kommen, daß der Reichstag hierzu Stellung nimmt, indem er durch eine dreimalige Beratung von seiner Seite eine derartige Vorlage zum Gesetz erhebt.

Was die Sache selbst betrifft: stolz lieb' ich den Spanier, scharfsinnig den Juristen, — aber ich kann dem Herrn Abg. Bechh dies Attribut, das ich besonders als Theologe von dem Juristen vielleicht in einem besonderen Maße verlange, nicht zuschreiben. Herr Bechh als Jurist hat über vieles gesprochen, aber er hat über nichts gesprochen, was diese Vorlage angeht. Wer aber auch nur oberflächlich diese Vorlage liest, der liest heraus: es handelt sich um eine Kuppelei, es handelt sich um erwerbsmäßige oder gewerbsmäßige Unzucht, es handelt sich um Verteilung von Schriften unsittlicher Art, die einen unlauteren Geldverdienst im Hintergrunde hat. Der Herr Abg. Bechh hat wohl über Unzucht im allgemeinen, über Sittlichkeit im allgemeinen, über Kunst im allgemeinen gesprochen und über alle möglichen Dinge, aber er hat nicht über Kuppelei und gewerbsmäßige Unzucht gesprochen. Aber darum handelt es sich hier vor allen Dingen. Wie auch mein Herr Vorredner dem Herrn Abg. Bechh nachgewiesen hat, hat er in dem Teil seiner Rede, wo er von der Kunst gesprochen, das Gefühl bekommen, daß er sich am weitesten von der Vorlage entfernt hat. Es ist auch nicht einzusehen, daß die rechte Kunst irgendwie getroffen werden kann durch diese Vorlage. Es handelt sich auch hier gar nicht um eine Stellungnahme von seiten des Reichstags, die etwas Theologisches an sich hätte, — das muß ich wohl sagen, da ich diesem Stand angehöre, da ich dieser Wissenschaft mich gewidmet habe. Es gehört die ganze Unkenntnis der diese Dinge bewegenden Gedanken dazu, wie sie in dem Brief des Oberbürgermeisters Petersen an den hochpreislichen Oberstaatsanwalt von Hamburg sich befindet, aus dem Jahre 1870, in dem er als Oberbürgermeister dieser Stadt das Bordellwesen verteidigt, indem er das religiöse Empfinden religiös christlich gesinnter Kreise entgegensetzt den Forderungen des menschlichen Lebens, wie es sich in einer großen Stadt gestaltet, indem er die ideale Stellungnahme eines Theologen in Gegensatz stellt zu den praktischen Maßnahmen, die ein Bürgermeister einer Großstadt vorzunehmen hat. M. H., vom theologischen Standpunkt, vom christlichen Standpunkt aus ist das ganz gleichgiltig, ob es sich um eine Bordellwirtschaft handelt oder um die geheime Unzucht; vom christlichen Standpunkte aus ist beides etwas unsittliches. Es ist ein großer Vorzug der Vorlage, die uns hier von seiten des Zentrums zur Beratung gestellt ist, daß sie gewisse Seiten der Frage, um die es sich handelt, schon ausgeschieden hat; es ist ein Vorzug, daß wir nicht mehr in die Lage kommen werden, über die Vorzüge des Bordellwesens an sich und die Kasernierung der Unzucht zu sprechen; sie ist eben ausgeschlossen durch die Fassung der betreffenden Paragraphen, wie sie uns vorgelegt sind. Es ist aber ein ungeheurer Nachteil unserer sogenannten lex Heinze, wie sie von der Regierung uns vorgelegt ist, daß sie noch Rücksicht nimmt auf das Bordellwesen, daß sie in einem zwar nicht christlich konfessionellen Staate, sondern in einem nichtkonfessionellen Staate, der der Mehrzahl nach aber aus christlichen Unterthanen besteht, die Möglichkeit vorschlägt, gesetzlich die Regulierung der Unzucht zuzulassen.

Obwohl ich kein Jurist bin, muß ich doch, weil ich die theologische Seite der Frage ausgeschieden wissen will — wir im Reichstag sind keine Versammlung irgendwelcher kirchlicher Art —, auf die juristische Seite der Sache ein wenig mehr eingehen, und ich glaube das Recht dazu zu haben, ohne unbescheiden zu sein, da seit dem Jahre 1869 die Juristen in unserer Verwaltung, wie es scheint, den Gegensatz, der heute in der Gesetzgebung besteht, nicht einmal kennen oder nicht kennen wollen. In beiden Fällen fühle ich mich veranlaßt, einige Worte zu sagen.

Es giebt drei Systeme, von denen aus man die erwerbsmäßige öffentliche Unsittlichkeit behandelt. Das eine ist das deutsche System, mit Recht deshalb so zu nennen, weil es vor Geltung des heutigen Strafgesetzbuches in den meisten deutschen Staaten, mit Ausnahme von Preußen, galt; es ist das System, das von Gesetzwegen erklärt: Kuppelei als Schutz der erwerbsmäßigen Unzucht ist ein strafbares Gewerbe; aber auch die erwerbsmäßige Unzucht wird mit Strafe bedroht. Also das deutsche System, wie es in den meisten Staaten Deutschlands vor der Einigung unseres Vaterlandes bestand, bedroht die Kuppelei ebenso wie die erwerbsmäßige Unzucht mit Strafe.

Das französische System läßt beide Arten der Unzucht straflos, die Kuppelei sowohl wie die Unzucht; aber es können die Subjekte, die sich der erwerbsmäßigen Unzucht hingegeben haben, in eine Liste eingetragen werden, und die Praxis in Frankreich geht sogar so weit, daß die Polizeibehörde, die diese Liste führt, auch die weiblichen Personen, die nur im Verdachte der erwerbsmäßigen Unzucht stehen, in die Liste eintragen darf.

Diesen beiden Systemen, die die Logik für sich haben, steht das preußische System, das die Unlogik für sich hat, als drittes entgegen. Das preußische System erklärt die Unzucht und die Kuppelei für strafwürdig, bedroht sie mit Strafe, aber schützt von Polizei- und Staatswegen die Prostituierten, die sich freiwillig unter Aufsicht der Polizei stellen.

Man braucht doch nicht Jurist zu sein, um einzusehen, daß diese Bestimmung juristisch gänzlich verwerflich ist, weil so ungerecht wie nur etwas. Dies System bestraft die im Geheimen betriebene Unzucht, schützt die öffentlich sich als solche bei der Polizei angebende; es ist auch höchst ungerecht insofern, als es die Männerwelt, die am meisten zum Umsichgreifen der Unzucht beiträgt, nach Möglichkeit vor Krankheit zu bewahren sucht, ihr die Ehre löst und dem weiblichen Geschlecht die Ehre zu Gunsten der männlichen nimmt.

(Sehr richtig!)

Dies seit dem allgemeinen Landrecht in Preußen bestehende System ist in das Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich aufgenommen und ist heute geltendes Recht mit dem alten Widerspruch: § 180 bedroht mit Strafe Kuppelei und Unzucht, aber § 361 Ziffer 6 gewährt der sich bei der Polizei meldenden Prostitution den Schutz des Staates.

Hieraus entsteht der Widerstreit, den Herr Bebel bezüglich der Stadt Hamburg anführte. Er sagte zwar, um diese Streitfrage zu lösen, seien 18 oder einige 20 juristische Fakultäten Deutschlands gefragt worden. Nun giebt es aber nur 16 deutsche

Digitized by Google

juristische Fakultäten; diese wurden damals gefragt, ob auf Grund der jetzt im Strafgesetzbuch festgelegten Gesetzgebung auf Grund des § 180 die Regierung die Bordellwirtschaft verbieten könne oder auf Grund des § 361 Ziffer 6 die Bordellmiete in ihrem Gewerbe schützen müsse. Sieben Fakultäten antworten mit ja, acht oder neun mit nein. Die, welche nein sagten, beriefen sich auf § 361 Ziffer 6, wonach die unter Polizei sich stellende Prostitution den Schutz des Staates genießt. Damals warf Oberbürgermeister Petersen in dem erwähnten Briefe in unmöglicher, falscher und verkehrter Weise religiöse Momente mit in die Debatte und erklärte sich für das Bestehenlassen der Bordellwirtschaft. Die Stadtverwaltung von Kiel erklärte sich ebenfalls dafür. Da entsteht nun — wenn die Sache nicht so ernst wäre, könnte man sagen: jene lächerliche Situation, die näher bezeichnet wird in einer Petition an den Deutschen Reichstag vom Jahre 1895, worin die vereinigten Bordellwirte Kiels bitten, dem Oberstaatsanwalt von Kiel zu verbieten, von Gesetzeswegen gegen ihr Gewerbe vorgehen zu dürfen; sie erzählten, mit dem früheren Staatsanwalt hätten sie, nachdem sie zweimal bestraft wären wegen ihres Gewerbes, einen heimlichen Vertrag abgeschlossen, daß der Staatsanwalt sie von jetzt an ungestraft in ihrem Gewerbe dulden wolle; jetzt sei der neue Staatsanwalt gekommen; der schiene von dem Vertrag nichts zu wissen, deshalb hätte er sie wieder zur Strafe herangezogen und verklagt. Sie erklären in der herzbewegendsten Weise, wie schwer es ihnen ergangen sei, daß sie nach § 361 6 im Recht wären, ein derartiges Gewerbe zu treiben, daß sie Beamten des Staates, Medizinern, die zur Untersuchung der Dirnen herangezogen würden, die Untersuchungszimmer frei in ihren Bordellen überließen. Dennoch komme der Staatsanwalt und wolle sie auf Grund des § 180 wegen ihres Gewerbes verklagen. Ich frage die juristischen Vertreter der königlichen Regierung angesichts dieser Thatsachen, über die man mit dem einen Auge lachen und mit dem anderen weinen möchte: wie kommt sie dazu, diesen unhaltbaren Zuständen nicht endlich ein Ende zu machen? Der Herr Staatssekretär Nieberding erklärte in der vorigen oder vorvorigen Session, als vom Kollegen Hüpeden diese Dinge angeregt wurden, er habe nur ein Interesse bezüglich des Strafvollzuges. Ich verstehe als Nichtjurist das so, daß der Herr Staatssekretär des Reichsjustizamts bei dieser Frage nur ein Interesse habe daran, wie hoch die Strafe etwa festgesetzt werden könne, während das Übrige Sache des preußischen Justizministeriums sei. Das mag sein. Aber wo es sich um Fragen des Reichsstrafgesetzbuches handelt, da ist der Herr Staatssekretär des Reichsjustizamts doch wohl nicht nur verantwortlich für den Strafvollzug, sondern auch für Sinn und Inhalt der einzelnen Paragraphen. Ich glaube nicht, daß ich der einzige bin, der auf diesen Gegenstand in unserer Strafgesetzgebung hinweist. Aber das ist hauptsächlich der Grund gewesen, weshalb ich mich zum Worte zu dieser Diskussion gemeldet habe, um mit klaren und deutlichen Worten im Reichstag festzustellen, daß dieser Gegenstand besteht, und uns ihm heraus die unhaltbarsten Schritte von seiten der Staatsanwaltschaft gegenüber den Bordellwirten vorgenommen worden sind, und eine ganze Anzahl Petitionen von dem Jahre 1883 her in jeder Session von neuem mit der Bitte an uns herantreten, wir möchten doch endlich im Interesse der öffentlichen Sittlichkeit diesen Gegenstand aus der Gesetzgebung herausschaffen. Ich bitte die Herren Juristen der kgl. Staatsregierung, daß sie denen, die hier so herzlich dringend von Jahr zu Jahr immer wieder bitten, endlich ihre Hilfe zu teil werden lassen; und ich ersuche in diesem Sinne ganz besonders den hohen Reichstag, dem Entwurf im großen und ganzen, wie er vorliegt — gewisse Abänderungsanträge vorgesehen —, doch seine Zustimmung zu geben, da ich die Überzeugung habe, daß auf diesem Wege wir wenigstens eine Seite der unhaltbaren Zustände werden aus der Welt schaffen können.

Auf einen Nachteil muß ich, wenn ich auf die einzelnen Paragraphen der Vorlage übergehe, doch aufmerksam machen und zugleich herzlich bitten sowohl die antragstellende Partei, als auch die rechte Seite dieses Hauses, weil ich glaube, daß ich dort am ehesten auf das nötige Verständnis treffe: um Abänderung des Anfangs des § 181. Nach diesem Paragraphen wird nur die Kuppelei bestraft. Ich meine, die Kuppelei steht zur erwerbsmäßigen Unzucht in einem ähnlichen Verhältnis, wie die Hehlerei zum Diebstahl. Ich kenne keine Gesetzgebung, in der nur die Hehlerei bestraft wird. Ich glaube aber, es ist nichts weiter als eine Forderung des Rechts, der Gerechtigkeit und Billigkeit, daß, wenn die Hehlerei bestraft wird, zuerst und in viel höherem Maße noch der Diebstahl zu bestrafen ist. Es kann nicht die Unzucht, aber es muß die erwerbsmäßige Unzucht bestraft werden, wenn man den Antrag stellt, man wolle die Kuppelei bestrafen. Auf diesem Standpunkte stehen die meisten der Petitionen, die aus den Kreisen, die eben Anstoß nehmen an dem jetzigen Stande der Gesetzgebung, an uns gelangt sind. Es ist auch ein durchaus berechtigter Anstoß. Man hat uns zwar gesagt, man könne die erwerbsmäßige Unzucht nicht bestrafen, weil sie durch Strafe nicht aus der Welt herauszuschaffen ist. Es kann nicht die Unzucht, aber es muß die erwerbsmäßige Unzucht bestraft werden, wenn man den Antrag stellt, man wolle die Kuppelei bestrafen. Auf diesem Standpunkte stehen die meisten der Petitionen, die aus den Kreisen, die eben Anstoß nehmen an dem jetzigen Stande der Gesetzgebung, an uns gelangt sind. Es ist auch ein durchaus berechtigter Anstoß. Man hat uns zwar gesagt, man könne die erwerbsmäßige Unzucht nicht bestrafen, weil sie durch Strafe nicht aus der Welt herauszuschaffen ist. Es haben wir im Reichstage, hat man in irgendeiner gesetzgebenden Körperschaft irgend einmal in der ganzen Welt, soweit gesetzgebende Körperschaften existieren, Gesetze gemacht, um die Dinge, die durch das Gesetz mit Strafe bedroht sind, aus der Welt zu schaffen? Keineswegs! Die Gesetze werden gemacht, um zu bestrafen, was unrecht ist, und freizusprechen, was recht ist. Erwerbsmäßige Unzucht, nicht Unzucht im allgemeinen, auch nicht Unsittlichkeit, auch nicht Ehebruch, aber erwerbsmäßige Unzucht, wo das Moment, durch Unzucht Geld zu verdienen, einen Erwerb durch Unzucht sich zu verschaffen, vorliegt, muß, weil dieses im gewissen Sinne einen unlauteren Wettbewerb darstellt, jedenfalls ein unredliches Gewerbe ist, bestraft werden, weil es eine Unsittlichkeit ist, ein Unrecht ist und das Gesetz für Sittlichkeit und für Recht eintreten hat. Da ist es nichts weiter als eine logische Folge, daß die erwerbsmäßige Unzucht bestraft wird. Ich bitte, um die Sache so kurz wie möglich zu machen, die antragstellende Partei, nach dieser Richtung hin den § 181 abzuändern; dann werden wir die Freude haben, mit vollem Herzen der Vorlage zustimmen zu können. Geschieht das nicht, so werden wir, vorausgesetzt, daß § 361 Ziffer 6 im Strafgesetzbuch nicht gestrichen wird, die traurigen Zustände auf der Straße erhalten trotz dieses Entwurfs, wie wir sie heute haben. Denn nur durch Ziffer 6 des § 361 sind unsere Polizeiorgane in die traurige Lage versetzt worden, von der bei der vorigen und heutigen Beratung schon gesprochen worden ist. Ich hielte mich durchaus auf dem Standpunkt des verehrten Herrn Vorredners von Salisch, daß nicht die Polizeiorgane schuld sind an dem, was heute unerhört, was heute schrecklich ist, das sittliche Gefühl aufstößt auf den Straßen der großen Städte unseres Vaterlandes, sondern daß daran schuld ist die unglückliche Lage, in die die anstiftenden Polizeiorgane gesetzt worden sind durch die verkehrten Gesetzesparagraphen und deren Inhalt, auf die ich so oft schon hingewiesen habe.

Ich beneide sehr oft den Herrn Abg. Bebel um seiner parlamentarischen Stellung willen, die es ihm erlaubt, anderthalbstündige Reden halten zu können, ohne mit einem einzigen Satze auf das einzugehen, worum es sich gerade handelt, und doch wird er niemals zur Sache gerufen. Auch das vorige Mal hat Herr Bebel meiner Meinung nach auf diesem Wege sich gezeigt, indem er über alle möglichen Dinge gesprochen hat, aber schließlich über das nicht sprach, worum es sich in dieser Vorlage handelt. Er hat uns allen eigentlich eine Lektion gehalten, nicht bloß dem Herrn Abg. Schall, wie er sagte, meinen Kollegen und Amtsbrüder außerhalb dieses Hauses, sondern eine Vorlesung für uns alle über sittliche Zustände im allgemeinen des sogenannten Bourgeoisstaates, unter dem er als Mitglied der sozialdemokratischen Partei, wie er meint, auch heute noch zu leiden hat. Num. m. H., der allgemeine Zustand unserer Sittlichkeit und des Verkehrs der beiden Geschlechter, der Menschen zu einander in Deutschland ist gar nicht Gegenstand dieser Vorlage. Ich muß immer wieder darauf kommen: es handelt sich nur um erwerbsmäßige Unzucht und Kuppelei. Wenn mein Amtsbruder und Kollege hier im Reichstag, der Herr Abg. Schall, den Herrn Abg. Bebel reizt — das geschieht meiner Meinung nach öfter, als es der rechten Seite lieb sein möchte, — dann

Digitized by Google

turniert regelmäßig — die Erfahrung habe ich gemacht — der Herr Abg. Bebel den Dr. Martin Luther. Nun muß ich sagen: auf diese sozialdemokratische Art und Weise mit dem großen Theologen und anderen Geistesheldeu unseres Volkes Karte zu spielen, zeigt ganz klar und deutlich, daß denn Herrn Abg. Bebel jedes Organ fehlt, Männer der Geschichte vom geschichtlichen Standpunkt aus zu erfassen und als solche zu beurteilen. Es ist gewiß nicht ohne psychologisches Interesse, daß der Abg., der als Katholik in die katholische Kirche ausgenommen, als Sozialdemokrat aus der römischen Kirche ausgetreten ist in den irreligiösen, jedenfalls religionslosen, sozialdemokratischen Zukunftsstaat hinein, bei jeder Gelegenheit, besonders wenn er durch einen evangelischen Geistlichen dazu glaubt Veranlassung zu haben, sich einen Mann zu Hilfe zieht, der allerdings auch aus der römischen Kirche ausgetreten ist, aber nicht in den sozialdemokratischen Zukunftsstaat, sondern in die Gedanken des Evangeliums hineingetreten ist, wie sie die heilige Schrift des Alten und des Neuen Testaments unverfälscht uns darlegt und uns zeigt. Ich habe dabei das Gefühl, als wenn der Herr Abg. Bebel, nicht direkt — er hat selbst das Gefühl, daß er sich dann lächerlich machen würde —, aber indirekt die Geister, zu denen er spricht, auffordern wolle, doch eine Parallele zwischen Luther zu Anfang der Reformation und dem Herrn Bebel in der Gegenwart zu ziehen. Ich jedenfalls bin zu dieser Parallele aufgefordert worden durch dieses eigentümliche Auftreten des Herrn Abg. Bebel, und ich möchte ihm sagen: nach meiner Meinung ist er kein Luther und wird nie ein Luther werden!

(Heiterkeit.)

Zu einem Reformator ist der Herr Abg. Bebel nicht zu brauchen. Er ist einmal ein Revolutionator gewesen

(Heiterkeit);

aber seitdem er gefunden hat, daß es sich in der gesetzgebenden Körperschaft des Bourgeoisstaats von heute, im Deutschen Reichstag, in der Oppositionspartei sehr gemütlich und zufrieden leben läßt, da hat der Herr Abg. Bebel auch das, was er von einem Revolutionär noch in sich gefühlt hat, ganz ruhig draus und drau gegeben, hat das revolutionäre Schwert niedergelegt und den Schlafrock des Oppositionsmannes im Deutschen Reichstag friedlich angezogen.

(Heiterkeit.)

Was die Sache selbst betrifft, so verstehe ich so, wie der Abg. Bebel dazu kommt, Männer heranzuziehen, die geschichtlich geworden sind, besonders so einen Mann, wie Dr. Martin Luther. Herr Bebel gehört zwar nicht mehr der römischen Kirche an, aber er weiß ganz genau, wenn er von Dr. Martin Luther spricht, — —

(Zuruf.)

— Also auch das nicht einmal!

(Heiterkeit.)

— Jedenfalls weiß er so viel von dem geschichtlichen Leben Dr. Martin Luthers, daß er den Mitgliedern dieses hohen Hauses, die der katholischen Konfession des Christentums angehören, wenigstens interessant ist, und daß er, wenn er Schlechtes von diesem Manne redet, wenigstens bei denen, die diesen Mann für ihren Wegweiser auf religiösem Gebiete halten, Ärgernis erregt; wenn man aber auf der einen Seite interessant spricht und auf der andern Seite Ärgernis erregt, so kann man sicher sein, immer ein aufmerksames Auditorium zu haben. Aber, Herr Abg. Bebel, Dr. Martin Luther, der geschichtliche, steht zu hoch, um sich von Ihnen gebrauchen zu lassen, Sie zu einer interessanten Persönlichkeit hier vor dem Deutschen Reichstag in Ihrem Auftreten zu machen, wenn Sie von Ihrem Proletarierstandpunkt anfangen, die bürgerliche Sittlichkeit des deutschen Volkes zu bespötteln.

Was die Sache selbst betrifft, da Sie den Mut hatten, einen Mann wie Dr. Martin Luther mit den Chanteusen, mit den Vordellwirten in eine Reihe zusammenzustellen, so möchte ich Ihnen nur sagen, besonders da Sie immer andeuteten, Sie könnten noch viel mehr von dem Mann erzählen, besonders dem Herrn Abg. Schall, wenn er es hören wollte, — da will ich Ihnen sagen: Dr. Martin Luther hat diese Leute gekannt, die derartig von ihm sprechen, er hat gewußt, daß es Leute giebt, die ihm Worte im Munde herumdrehen. Natürlich hat er nicht gewußt, wer im Deutschen Reichstag sitzt, darum sind die Männer, die im Deutschen Reichstag sitzen, und der Abg. Bebel ausgeschlossen, wenn Dr. Martin Luther in dem einen Satz, den ich vorlesen werde, sagt:

Aber laßt lügen die verkehrten Lügner! Es werden Christo und seinen Aposteln ihre Worte verkehret; sollten sie denn auch nicht mir meine Worte verkehren?

Wenn Sie das für gut halten, weiter zu thun, Herr Abg. Bebel, werde ich Sie nicht daran hindern — das kann ich nicht; aber ich möchte Ihnen gegenüber meine Meinung bezüglich der Persönlichkeit Dr. Martin Luthers gesagt haben.

(Sehr gut!)

Aber, m. H., ich möchte noch Stellung nehmen zu dem einen § 184, der denen, die für die Kunst eintreten, so große Kopfschmerzen zu verursachen scheint. Es waren unter den Debattern die beiden Herren, d die Juristen, vielleicht nicht zufällig, der Abg. Beckh und der Abg. Pieschel, die aus Angst vor der Fassung des § 184 und aus Angst, es möchte die Kunst in ihrem Betriebe beeinträchtigt werden, sich auf den Standpunkt dieses Paragraphen nicht stellen wollen. Auch dieser Paragraph fällt aus dem Rahmen der Gesetzesvorlage, die sich nur mit der erwerbsmäßigen Unzucht und nicht mit der Unsittlichkeit oder Unzucht im allgemeinen befaßt, nicht heraus. Deshalb ist es ein Ding der Unmöglichkeit, daß der Wortlaut oder der Geist des § 184, wie er in diesem Wortlaut in Form gebracht worden ist, jemals angewandt werden könnte, wenn er Gesetz geworden ist, gegenüber einer Bethätigung, die wir mit dem Namen künstlerisches Streben, künstlerisches Schaffen zu bezeichnen pflegen. Was getroffen wird, ist in dem § 184 gar nichts anderes als die Ausnutzung künstlerischen Schaffens zum Erwerb auf unsittliche, gemeine und niederträchtige Art und Weise; darum paßt alles das, was der Abg. Bebel gesagt hat über die Museen, und alles das, was er aus Veranlassung der Besprechung dieses Paragraphen gesagt hat über die Bethätigung der Kunst im öffentlichen Leben, in öffentlichen Gebäuden, durchaus hier nicht her. Dieser Paragraph erlaubt dem Herrn Abg. Bebel z. B, wenn er es will, ohne ihn zu bestrafen, über seinen Schreibstuhl sich ebenso eine nackte Figur, wie sie da prangt über dem Haupte unseres Herrn Vizepräsidenten, in seinem Hause, in seinem Zimmer anzubringen.

(Heiterkeit.)

Auch wenn dieser Paragraph Gesetzeskraft erlangen würde, würde der Herr Abg. Bebel darum nicht bestraft; nur die Figur selbst dürfen Sie nicht nehmen, denn einen derartigen Kommunismus haben wir in unseren heutigen Kulturstaaten noch nicht, daß eine Bethätigung dieses Kommunismus nicht sollte bestraft werden. Aber wenn Sie so viel Freude an Nuditäten haben, wie andere Herren, die für die Kunst als beste Nachahmung der Natur schwärmen, mögen Sie sich ruhig dieser Freude am Nackten hingeben; der § 184 weder seinem Wortlaut noch seinem Inhalt nach wird Sie ungestraft lassen. Aber wenn jemand derartige Nacktheiten da anbringt, wo sie nur zum Erwerb, zum unlauteren Erwerb, zum unlauteren Gelbverdienen angebracht werden, dann wird allerdings dieser Paragraph Geltung haben können. Dann ist es aber auch richtig, Derartiges zu bestrafen. Mit welcher Berechtigung legt man in einen Zigarrenladen derartige Nuditäten aus, mit welcher Berechtigung werden derartige Nuditäten, die ich nicht einmal im Umriß hier mit Worten zu zeichnen wage, hier in Schaufenster gelegt, wo sich Kleidungsstücke für Männer und Frauen zum Verkauf angeboten finden? Mit welchem Recht legt man in Büchergeschäften neben die Bilderbücher, die die Kinder kaufen sollen, derartige, ich möchte beinahe sagen, Niederträchtigkeiten, daß man daraus eben sieht, diese Dinge sind nicht um des künstlerischen Strebens des betreffenden Bilderhändlers im Schaufenster ausgelegt, sondern er will, indem er auf die Lüsternheit und Unerfahrenheit der Jugend und auf die Lüsternheit der alten ausgewachsenen Roues

(große Heiterkeit)

spekuliert, diese heranziehen, damit sie in sein Schaufenster

Digitized by Google

hineinsehen und vielleicht diesen oder jenen Gegenstand, der dort zu verkaufen ist, kaufen.

Deshalb, weil die Dinge so liegen, kann ich nicht dem Wunsch des Herrn Abg. Pieschel entsprechen, der da sagte: ich bin so schlecht nicht, Sie können mir wohl alle ohne Anstoß folgen dahin, wohin man andere nicht gut führen kann. Ich möchte dem Herrn Kollegen Dr. Pieschel aber doch sagen: ich weiß nicht, ob in seinem Wahlkreise es so ist, aber von meinem glaube ich: wenn unsere Wähler wüßten, wo wir hingingen,

(Heiterkeit),

wo wir zu finden wären, wenn wir dem Wunsch des Herrn Abg. Pieichel folgten, dann würde mancher von uns nicht wieder in den Reichstag von seinen Wählern gewählt werden. Also ich möchte Herrn Dr. Pieschel raten, so gut wie er ist, wie er selbst von sich sagt, daß er, da er doch eigentlich nicht besser sein kann als jeder andere gute Mensch, doch hier nach der Seite der Sittlichkeit versuchen möchte, uns nicht aufzufordern, das Anstößige unnötigerweise aufzusuchen. Zwar stellt er sich auf den Standpunkt: was ist anstößig? der eine wird durch eine Sache anstößig berührt, die einem anderen, wie Herr Dr. Pieschel beinahe wörtlich sagt, nicht anstößig ist, und deshalb vorwerf er uns auf, mit ihm einmal so in Berlin herumzugehen. Aber ich will ihm sagen, was für den Reichstag anstößig ist, ich will ihm sagen, was für die gesetzgebende Körperschaft des Reichstages maßgebend ist; ich will ihm sagen, was für die Regierung anstößig ist, die die Gesetze zu verwalten hat. Anstößig ist das, was die öffentliche Meinung der sittlich Denkenden für anstößig erklärt, und durch die Abstimmung im Reichstag über die Fassung dieses Paragraphen werden dem sittlich Anstößigen die nötigen Grenzen gezogen. Darin haben Sie recht: das Anstößige wird zu allen Zeiten nach einem anderen Maßstabe gemessen werden und wird immer einem Wandel unterworfen sein. Aber eben, weil das Anstößige einem Wandel unterworfen ist, darum sage ich: die Gesetzesparagraphen, aus dem preußischen Landrecht in unser jetziges Strafgesetzbuch herübergekommen, sind zu alt. Unser Sittlichkeitsgefühl ist heutzutage ein anderes als zu der Zeit, als die §§ 999 und 1002 des allgemeinen Landrechts gegeben wurden, und die ihre Wiederauferstehung in den §§ 180 und 361 [8] des neuen Strafgesetzbuchs des neuen Deutschen Reichs gefeiert haben. Darum bitte ich die Regierung und bitte ich auch Herrn Pieschel, er möchte seinen Widerstand gegen die Aenderung des Strafgesetzbuches aufgeben, ebenso wie die Regierung, und ich glaube, bezüglich des Herrn Pieschel keine Fehlbitte zu thun, da ich mich an einen guten Menschen wende.

Ich komme zum Schluß. Der Paragraph, der mir mit Herrn Abg. Bebel der wichtigste zu sein scheint, ist der § 182a, in dem diejenigen, die in einem wirtschaftlich untergeordneten Verhältnisse zu ihrem Arbeitgeber stehen, in der von diesem Paragraphen angegebenen Weise geschützt werden sollen. Der Herr Abg. Pieschel hat einen guten Freund, der mir aber nicht genug Selbstbeherrschung zu besitzen scheint, weil er sagt, wenn dieser Paragraph Gesetzesgewalt erhielte, so müßte er seine sämtlichen Dienstmädchen entlassen.

(Widerspruch bei den Nationalliberalen.)

— Sie haben gesagt, Sie hätten einen derartigen Freund, der hätte Ihnen gesagt, wenn dieser Paragraph Gesetzeskraft erhielte, er seine sämtlichen Dienstmädchen entlassen müßte. Dagegen ist nichts zu wollen. Ich habe Ihnen um dieses Freundes willen noch keinen Vorwurf zu machen.

Also, m. H., damit wir zu Ende kommen: ich bitte, die drei Beratungen im Plenum vorzunehmen und nach Möglichkeit die vorgeschlagenen Abänderungen zu beschließen, wenigstens in § 181, wo zur Kuppelei noch hinzugefügen ist, „gewerbsmäßige Unzucht", damit wir auf der sittlichen Höhe uns zeigen, zu der uns die Justizverwaltung der Regierung nicht bemüht hat hinanzuziehen, aber worauf uns zu stellen die vielen Petitionen uns gebeten haben, von denen die letzte von mehr als 11 000 Unterschriften geschrieben ist.

Die Juden unter Friedrich dem Großen.

Der Jude handelt nur mit Geld, Gold, Juwelen und alten Kleidern, wirklichen und gestiftigen; zum wahren Reichtum der Nation hat er nichts beigetragen.
Thomas Carlyle.

II.*)

Bei dem General-Juden-Privilegium vom 17. April 1750 blieb es aber nicht; als es immer offenkundiger wurde, daß man seine Bestimmungen nicht innehielt, erließ der König im Mai des folgenden Jahres einen Befehl, daß die Juden auf dem platten Lande nicht zu dulden seien und daß sie insbesondere „sich der Anfassung der inländischen Wolle und des Wollgarns in Städten und auf dem platten Lande enthalten, damit die Fabrikanten die Wolle aus erster Hand bekommen." Diese Anordnung wurde am 10. Januar 1752 wiederholt, und einige Monate später — am 29. Juni — hieß es aus Anlaß eines besonderen Falles in einer Kabinetsordre, „daß in Wriezen an der Oder aus der Kasse des Ob.-Barnimschen Kreises 2424 Thaler 21 Groschen 6 Pfennige gestohlen worden sind. Es wird angenommen, daß hauptsächlich Juden impliciert sind, da seit einiger Zeit eine ganz außerordentliche Menge von allerhand fremden Bettel- und das Land durchstreichende Juden angetroffen werden, von welchen nicht anders als Dieberegen und anderer Unfug vermutet werden kann. Wir befehlen also, an den pohlnischen Grenzen die Veranstaltung zu treffen, damit die aus Pohlen häufig kommenden Bettel-Juden nicht so ganz frey und ohngescheuet in unser Lande einpassieret, sondern vielmehr gleich wiederum zurückgewiesen werden".

Aber Friedrich war nicht nur vorsichtig bei der Vermehrung der Juden durch Einwanderung, sondern er beobachtete auch ihr Wachstum im Innern, um einer Ueberwucherung der Juden vorzubeugen. Ein solches Abwehrmittel finden wir in einer Kabinetsordre an sämtliche Kriegs- und Domänenkammern vom 25. März 1753, worin es heißt: „Ihr habt alle erfinuliche Mittel anzuwenden, daß die Anzahl der Judenköpfe nicht vermehret werden möge und auf das sorgfältigste Acht haben, damit ihr bei eurer jährlich einzusendenden Tabelle zuverlässig melden könnet, wie viel sich die Anzahl der Juden-Familien und Köpfe diminuiret habe". Kurze Zeit darauf, am 9. August 1753, sieht der König sich abermals veranlaßt, zu verordnen: „Nachdem wir selbst angemerket, wie die kleine und schlechte Judenschaffft in den kleinen Städten, unerachtet aller ergangener Verordnungen, sich mehr und mehr ausbreitet, wir aber dieses der Kaufmannschaft und anderen christlichen Kaufleuten so sehr nachteilige Werk, anderer daher erfolgenden üblen Suiten jetzo nicht zu gedenken — mehr und mehr eingeschränkt wissen wollen, so sollet ihr arbeiten, daß die Anzahl der schlechten und geringen Juden, besonders mitten im Lande, woselbst solche Juden ganz unnötig und vielmehr schädlich sind, bey aller Gelegenheit und Möglichkeit nach der polnischen Grenze weggeschafft werden." Und am 23. Februar 1754 verbietet er den „Tablet- und Oliteten-Kraemern das Umherziehen im Lande, und soll man ihnen die Sachen konfiszieren; aber durchaus nicht durch die Finger sehen bey Strafe der Kassation und Karre für die Ausreiter (Gendarmen) und 10—50 Thaler für die Schulzen und Krügern (Wirte)".

Während Anfang des Jahres 1755 eine scharfe Verfügung gegen den Wucher erschien, schloß Friedrich in demselben Jahre mit dem Hoffjuwelier Veitel Ephraim einen Münzvertrag ab, der mit geringer Unterbrechung bis nach Beendigung des siebenjährigen Krieges in Kraft blieb. Ephraim prägte ungeheure Mengen minderwertigen Geldes aus, das „aus Gnaden" von den kgl. Kassen angenommen wurde. Er machte sich dabei die Dummheit der Leute im Lande zu nutze, indem er Scharen seiner Stammesgenossen hinaussandte zur Herbeischaffung vollwichtiger Silberthaler, für die er einige Stücke mehr den Bauern und Bürgern bieten ließ, durch welchen Kniff er dann auch seine

*) Vergl. Nr. 490.

Digitized by Google

minderwertigen Münzen reißend los wurde. Die Inkonsequenz, die in dieser Handlungsweise Friedrichs lag, erklärt sich durch den großen Kampf, den das kleine Preußen damals außerhalten mußte. Er gestattete deshalb dem Juden Ephraim eine Art von Falschmünzerei und ging dadurch thatsächlich ohne Schulden aus dem Kriege hervor. Ephraim erhielt dafür 1761 die Rechte christlicher Kaufleute „in ihrem Handel und Wandel in und außer den Gerichten". Trotzdem vergaß der König aber die Gefährlichkeit der Juden an und für sich nicht. Während des Krieges sind eine Unzahl Erlasse gegen die Juden erschienen. Als sehr bemerkenswert erscheint uns ein Proklama vom 22. Juli 1758, das sich mit dem Anteil der Juden am Kriege befaßt. Es lautet:

„Da man in Erfahrung gebracht, daß eben zu itziger Zeit, da die Russischen leichten Truppen unterschiedliche invasiones in Hinterpommern und der Neumark vorgenommen, sich viele fremde Juden im Lande setzen lassen, welche sich zu Spionen und Anführern derer Feinde und andern Raubgesindels gebrauchen lassen: so werden alle und jede Gerichts-Obrigkeiten in Städten sowohl, als auf dem platten Lande, hierdurch beschligt, auf die fremden Juden gute Aufsicht zu haben, und alle unbekannte Juden anzuhalten, und nicht ins Land zu lassen. Sollten sich aber dergleichen fremde und unbekannte Juden im Lande betreten lassen, sollen dieselben aufgriffen, in die nächste Vestung gebracht und allda zur Vestungsarbeit angehalten werden, und ist dieses proclama in den Krügen (Wirtschaften) auf den Dörfern, in den Städten aber an öffentlichen Orten und in den Thoren anzuschlagen."

Vorher (25. April 1757) war genau festgestellt, wie die Juden einen gerichtlichen Schwur abzulegen hatten. Hauptsächliche Bestimmung war, daß der Eid von einer Gerichtsperson im Judentempel in Gegenwart eines Rabbiners und neun anderer Juden zu leisten war und nur an einem Montage oder Donnerstage. — Nach dem General-Privilegium sollten in Berlin nicht mehr als vierzig Häuser in den Händen von Juden sein. Das wurde nach dem Kriege dahin ergänzt, daß bei fünfzig Dukaten Strafe diese Zahl nicht überschritten werden durfte, während in der Provinz ohne jedesmalige besondere Erlaubnis die Juden überhaupt kein Haus erwerben konnten. Alles das konnte aber nicht verhüten, daß man schon 1763 siebenzig jüdische Häuser in Berlin zählte. Auch die Maßregeln gegen die Hausierer brachte der König den Behörden in Erinnerung, „weil bey denen auf dem platten Lande vorgegangenen verschiedenen Einbrüchen und Diebstählen wahrgenommen worden, daß solche größtentheils von schlechtem Judengesindel verübt . . ." Diese Verfügung (vom 17. November 1763) mußte jedes Jahr am ersten Sonntage im Mai und im November von den Kanzeln verlesen werden. Das Vieheinkaufen, durch das heute noch so manches Bauer den ersten Schritt zu seinem Ruin thut, muß damals auch schon mit besonderer Vorliebe von den Juden getrieben sein, denn eine Verordnung vom 12. November 1764 verbietet den Juden das Pachten von Kühen. Wie im übrigen Friedrich trotz mancher Ausnahmen über die Emanzipationsgelüste Israels dachte, beweist folgender Vorgang. Der Schutzjude Meyer Benjamin zu Magdeburg kam 1765 — am 11. November 1763 wird Magdeburg in einem Zirkular noch ausdrücklich als eine der Städte bezeichnet, wo „nach dem alten Herkommen und den Verfassungen keine Juden noch Judenfamilien sich etabliren und ansäßig machen dürfen" — um die Bewilligung der Rechte christlicher Kaufleute ein. Der König antwortete eigenhändig: „Der Jude Sol Sich So vohrt aus Magdeburg Paquen, oder der Comandant wird Ihm heraus Schmeißen."

Nach und nach gewannen die Juden doch an Boden. Ein Privilegium ums andere wurde ihnen erteilt und zwar meist gegen entsprechende Zahlung oder gegen die Verpflichtung, wüste Stellen zu bebauen, Fabriken zu errichten, die Erzeugnisse der kgl. Porzellan-Manufaktur nach dem Auslande zu vertreiben oder Gymnasien oder evangelische Kirchen zu unterstützen. Verschiedene Male schlägt Friedrich aber noch böse drein. Infolge Erhöhung der Zölle entstand ein ausgedehnter Schmuggel; darauf erging am 22. November 1766 eine geharnischte Kabinetsordre, „daß diejenigen Juden, welche auf Contrebande-Handel, es bestehe solcher auch in der geringsten Kleinigkeit, betreten werden, nicht nur den Landesgesetzen gemäß bestraft werden und noch überdem ihres Schutz-Privilegii verlustig seyn sollen, sondern auch, wenn dem ohngeachtet dieser Handel nicht unterbleiben sollte, S. kgl. Maj. die sämtliche Juden aus Dero Landen jagen zu lassen resolviren dürften."

Ähnliche Edikte wiederholen sich in späteren Jahren noch öfter. — Erwähnenswert aus den nächsten Jahren sind die Verfügung gegen bankerotte Schutzjuden (7. November 1767), das Verbot des Aufkaufens von Häute und Leder auf dem platten Lande (3. Dez 1769) und der „Judenleibzoll". Juden, die nicht den „Schutzjuden"-Brief besaßen, mußten bei der Durchreise in den Landstädten zahlen: ein Kaufmann drei Rthlr. 15 Gr., eine Knecht zwei Rthlr. 15 Gr. und ein Junge einen Rthlr. 15 Gr. Brachten sie dagegen Rohmaterialien in die Fabriken und hielten sie sich nicht über 24 Stunden auf, so waren sie abgabenfrei. Fremde Juden durften sich außerdem nicht länger als acht Tage in einer preußischen Stadt aufhalten bei Strafe von einem Dukaten für den Tag. Interessant ist noch eine Feuerordnung für die Stadt Königsberg (Pr.), worin die Juden von aller Hilfe beim Ausbruch eines Feuers gegen eine jährliche Zahlung von fünfzig Rthr. in die Feuer-Prämien-Kasse befreit werden. Man muß damals doch schon recht schlechte Erfahrungen mit der Hilfsbereitschaft der Juden gemacht haben.

Moses Mendelssohn, den die Juden als ihren Philosophen preisen und der 1745 als armer Jude nach Berlin kam, stand 1771 mit auf der Liste der neu zu wählenden Mitglieder der Akademie. Friedrich strich ihn aus, „weil ihm der Name nicht gefaller". Die persönliche Abneigung gegen die Juden tritt hieraus klar zu Tage. Auch nach der Erwerbung Westpreußens im Jahre 1772 kommt diese Abneigung zum Durchbruch. Die erste Handlung des Königs war, daß er vertauschen Betteljuden über die Grenze schaffen ließ und in der Kabinetsordre vom 2. Mai 1773 bestimmte: „Bettelnde fremde und einheimische Juden müssen nicht geduldet, sondern bei ihrer Ankunft dem Magistrate oder dem Altesten sogleich gemeldet und, nachdem ihnen ein Almosen gereichet worden, sofort binnen 24 Stunden durch die Altesten bei fünf Rthr. Strafe für jeden Tag des längeren Aufenthalts fortgeschafft werden." Noch drastischer offenbart sich die Gesinnung des Königs gegenüber einem Anfinnen der in den Vorstädten Hoppenbruch, Langfuhr und Stolzenberg angesiedelten 50 ordentlichen und 136 außerordentlichen Schutzjuden. Sie beanspruchten weitere Ausdehnung ihrer Privilegien und insbesondere die Erlaubnis zum Handel mit fremden wollenen, halbwollenen, seidenen und halbseidenen Waren. Darauf erhielten sie am 17. April 1774 die Antwort, daß der König das um so weniger bewilige, „da Allerhöchstdieselben einesteils vor die Juden überhaupt eben nicht portirt sind, anderenteils aber derselben Handel schon zu nachtheilig finden, als daß Sie selbige noch mit Gelegenheiten zu Einschleppung der Contrebande und zum Schleichhandel begünstigen könnten".

Trotz aller Beschränkungen der bürgerlichen Rechte der Juden — ihre „Konfession" blieb völlig unangetastet — zu Gunsten der Nichtjuden vermehrte sich die jüdische Bevölkerung doch in besorgniserregender Weise. Der König war daher darauf bedacht, sie so viel als möglich wenigstens einzuschränken. Auf eine Beschwerde der Breslauer Juden Ephraim und Itzig erklärte er daher im Jahre 1778: „Was wegen ihres Handels ist, behalten sie. Aber daß sie ganze Folkerschaften von Juden zu Breslau anbringen und ein ganzes Jerusalem draus machen wollen, das kann nicht seynd." Die Plage der hausierenden Juden wurde aber von Jahr zu Jahr fühlbarer, weshalb 1780, 1781, 1784, 1785 und 1786 wiederholt scharfe Verordnungen dagegen erlassen wurden. Danach waren Betteljuden ohne Paß das erste Mal mit vierzehn Tagen Gefängnis bei Wasser und Brot und Landesverweisung, das zweite Mal mit sechs Monaten Zuchthaus und Prügelstrafe bei Einlieferung und Entlassung und das dritte Mal mit lebenslänglicher Zwangsarbeit zu bestrafen. Kein Bauer durfte einen hausierenden Juden über Nacht

Digitized by Google

bei sich beherbergen, während die Obrigkeit berechtigt war, militärische Hilfe gegen solches Gesindel in Anspruch zu nehmen. —

Wenn auch manche semitische und philosemitische Geschichtsschreiber behaupten, daß Friedrich in seiner Abneigung gegen die Juden „ganz auf dem Standpunkte des gewöhnlichen Volkes" stand — in anderen Fällen wird der „Volkswillen" immer als der höchste Faktor hingestellt —, so geht doch aus seinem ganzen Verhalten hervor, daß er auch den Juden gegenüber seinen leidenschaftlichen Gerechtigkeitssinn bethätigte.

Das Zeitalter Friedrichs des Großen wird gerade jetzt, wo wir im Zeichen einer straffen Kolonial- und Flottenpolitik stehen, vielfach als Vorbild für unser Thun und Lassen hingestellt; der Rektor der Berliner Universität, Professor Schmoller, wies auf dem letzten Stiftungsfeste des Vereins deutscher Studenten insbesondere auf die kolonialen Bestrebungen des Weisen von Sanssouci hin, sollten allen diesen Historikern die Maßregeln Friedrichs gegen die Juden entgangen sein? Wenn irgendwo, so wäre es hier nötig, mit „gepanzerter Faust" dreinzufahren.

+

Aus Hohenzollern

schreibt man uns:

Im Oktober und November 1892 fand vor dem Lemberger Landesgericht in vierzehntägigen Verhandlungen ein Prozeß gegen eine wohlorganisierte Bande von Mädchenhändlern seinen Abschluß, die viele Jahre hindurch ihre „Ware" aus den österreichischen Kronländern, insbesondere aus Galizien nach dem Orient verkaufte. Hunderte und tausende anständiger Mädchen wurden in der raffiniertesten Weise verschachert, wie ein Sack Korn oder ein Stück Holz. Der Hauptangeklagte Schäfferstein gestand in frecher Weise zu, daß er in dem Verkauf von Menschen nichts Schlechtes erblicke, es sei dies gerade so ein Geschäft, wie der Handel mit Obst oder mit alten Kleidern. So erzählt uns mit dem Ausdruck des größten Abscheues der Naturheilkundige F. E. Bilz in seiner Beigabe zum „Neuen Heilverfahren", die unter dem Titel „Wie schafft man bessere Zeiten", gegenwärtig viele Verbreitung findet. — Bilz übersieht hierbei nur das eine, daß die Anschauung des Schäfferstein nicht allgemein ist, daß sie sogar mit dem herrschenden christlich-germanischen Gefühl in schärfstem Widerspruch steht. Die ganze in Lemberg damals verurteilte Mädchenhändler-Bande bestand aus Juden, und Schäffersteins gab ganz richtig der in diesem Volke herrschenden Anschauung Ausdruck, er bekannte sich eben, wie natürlich, zur Juden-Moral. Derartige Beispiele eines, gelinde gesagt, eigenartigen Rechtsgefühls brauchen wir hier in Hohenzollern nicht im fernen Galizien zu suchen, wir finden sie genau so bei unserer einheimischen Judenbevölkerung. Hiervon ein Geschichtchen: Der jüdische Pferdehändler Weil in Hechingen reiste mit dem Kutscher G. gegen Entgelt nach Tübingen, um nach der leider noch vielfach herrschenden Sitte, beim Pferdekauf zu Gunsten des Kutschers den Schmuser zu machen. Der Handel kam auch richtig zu Stande. Als sich das Pferd jedoch später als unbrauchbar und fehlerhaft erwies, kam es zu einer gerichtlichen Auseinandersetzung zwischen Käufer und Verkäufer, und dieser mußte das Pferd gegen Herausgabe des Kaufpreises zurück nehmen. Dabei kam es an den Tag, daß Weil während des Handels eine kurze Abwesenheit des Kutschers, der ihn bezahlte und dem er bestimmt sollte, benutzt hatte, um sich mit dem Verkäufer gegen Zahlung eines größeren Betrages wider den Käufer zu verbinden. Diese Treulosigkeit ging denn doch auch dem gutmütigen Schwaben über die Hutschnur und er erstattete Anzeige bei der Staatsanwaltschaft in Hechingen. Während der gerichtlichen Verhandlung wurde der Pferdehändler seitens der Staatsanwaltschaft auf die Perfidie einer derartigen Handlungsweise eingehend hingewiesen. Es verstehe gegen das dem Menschen angeborene Rechtsgefühl, erst Bezahlung für zu leistende Dienste von einem vertrauenseligen Mann anzunehmen, und nachher, gegen abermalige Bezahlung von der gegnerischen Seite, direkt gegen sein Interesse zu handeln, also zum Verräter zu werden an Dem, in dessen Diensten man sich doch gestellt. Für diese einem Deutschen doch wirklich klare Rechtsanschauung hatte der Jude jedoch nicht im Entferntesten Verständnis. Er gab an, in seiner Weise unrecht gehandelt zu haben, er sei Schmuser, er schmuse dem Verkäufer wie dem Käufer, das sei sein Geschäft, das sei sein Pflug und seine Egge. Der Jude kennt also thatsächlich keinen Unterschied zwischen einem persönen heimtückischen Schachern und den ehrlichen Arbeiten unserer Landleute mit Pflug und Egge. Der Pferdehändler Weil konnte infolge dieses Vorkommnisses längere Zeit in der engen Zelle des Landgerichtes über die vom Staatsanwalt vertretene Rechtsanschauung nachsinnen; ob er aber in seinem Alter noch dazu befähigt sein wird, sich von angeborenen und jahrelang praktisch geübten Eigentümlichkeiten zu emanzipieren, das bezweifeln wir sehr.

Und so ein Volk, mit ganz anderen Rechtsanschauungen, himmelweit verschieden vom christlich-germanischen Geiste, haben unsere Väter zu sich empor gehoben, haben es im reinsten Toleranz-Dusel emanzipiert. Was ist wohl die Schmach des Jahrhunderts?

Auf, ihr Söhne, machet wieder gut, was die Väter unbedacht einst verdarben, machet es gut auf gesetzlichem Wege, tretet bei der guten Sache zur Befreiung unseres Volkes!

Ausland.

Österreich-Ungarn. Der tschechische Übermut wächst von Tag zu Tag. Hier ein neues Beispiel! Tschechische Techniker veranstalteten am 13. Januar in Prag einen Ball. Dazu erhielt auch der Korpskommandant F.-Z.-M. Graf Grünne eine Einladungskarte. Sie wurde ihm jedoch durch die tschechischen Techniker wieder abgesordert. Da es dem Grafen Grünne nicht möglich war, durch Vermittlung des Statthalters irgend eine Genugthuung zu erhalten, sah er sich genötigt, allen Offizieren den Besuch tschechischer Bälle für die Zukunft zu verbieten. —

Was die offiziöse Presse verschlingt, mag man daraus ermessen, daß die „Reichswehr" in Wien während eines Jahres von der Regierung einen Zuschuß von 320 000 fl. erhalten hat. Weil der neue Ministerpräsident Gautsch solche hohen Summen nicht zahlen und die Bezeichnungen zu der „Reichswehr" deshalb lösen will, wird das genannte Blatt, wie es heißt, auf Einhaltung des von Badeni geschlossenen Vertrages klagen. Dabei könnten ja nette Dinge zum Vorschein kommen! —

In Prag sind in einer Woche vier deutsche Soldaten von ihren tschechischen „Kameraden" ermordet worden! Und bei solchen Zuständen wagt es die Regierung, das Standrecht aufzuheben! —

Rumänien geht daran, seinen Getreidehandel staatlich zu organisieren. Die Regierung hat zwei Gesetzentwürfe in Vorbereitung, die hauptsächlich die bestehenden Mängel in den landwirtschaftlichen Handels- und Kreditverhältnissen beseitigen sollen. Demnach wird beabsichtigt, landwirtschaftliche Vereinigungen zu gründen, die unter gegenseitiger Haftung der Mitglieder den Verkauf der landwirtschaftlichen Erzeugnisse für ihre Mitglieder besorgen. Dadurch hofft man bessere Preise zu erzielen und die das Landvolk ausbeutenden Vermittler und jüdischen Getreidewucherer zu beseitigen. Sämtliche örtliche Vereinigungen sollen unter eine Zentralleitung gestellt werden, durch deren Vermittlung ihnen bei der Nationalbank ein reichlicher Kredit zur Verfügung steht. Außerdem sollen gleichzeitig in den landwirtschaftlichen Zentren Banken gegründet werden. Sodann verlangt die Regierung die Herstellung von sieben großen und dreiunddreißig kleinen Getreidemagazinen mit einem Fassungsraum von insgesamt 60 bis 65 000 Tonnen. Diese nach amerikanischem System einzurichtenden Silos sind für die Bahnstationen in den bislang am meisten vernachlässigten nördlichen Moldaugegenden geplant und zwar die großen in Targul-Frumos, Dorohoi, Vasini, Botoschani, Roman, Tecucin und Berlad, gewissermaßen zur Ergänzung der Dockeinrichtungen in den Donauhäfen.

Digitized by Google

Mosaik.

Der Berliner Magistrat hat im Einverständnis mit den Stadtverordneten dem früheren Bürgermeister von Forlosh, Dr. jur. Münsterberg zu Charlottenburg, das Bürgerrecht verliehen. Man hat den Herrn zum Nachfolger des verstorbenen Stadtrats Borchardt auserlesen; da aber zur Wahlbarkeit ein Aufenthalt in Berlin von mindestens einem Jahre gehört, so griffen die freisinnigen Herren in Berlin zu diesem außergewöhnlichen Mittel, um dem jüdischen Herrn Borchardt einen Stammesgenossen als Nachfolger zu geben.

Ein netter Abgeordneter. Herr H. P. Hanssen, Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, wurde vom Amtsgericht in Rödding wegen Ungebühr vor Gericht mit fünfzig Mark Geldstrafe belegt. Abg. Hanssen ist Däne!

Herr von Kościel-Kościelski, Mitglied des preußischen Herrenhauses, versendet jetzt an sämtliche Reichstagsmitglieder einen „Offenen Brief an Herrn Reichstags-Abgeordneten Dr. Förster", der den edlen Polen im Reichstage „Landesverräter" tituliert hatte Das Schreiben strotzt von Schimpfworten auf die Antisemiten und Polengegner, und das ist auch weiter nicht wunderbar, denn man riecht den Mann der geb. Bloch aus jeder Zeile.

Für die Wahlpflicht, die eine Programm-Forderung der deutschsozialen Reformpartei ist, und die vor nicht langer Zeit noch von allen Seiten verlacht wurde, tritt das Organ Bismarcks, die „Hamburger Nachrichten", ein. Sie schreiben: „Steht sonach die Begründung der „großen Schwierigkeit" oder gar der „Unmöglichkeit" der Durchführung der Wahlpflicht auf schwachen Füßen, so unterliegt es andererseits, wie wir schon oben sagten, keinem Zweifel, daß die Statuierung der Wahlpflicht, das leitherige Ergebnis der Wahl nicht unerheblich verändern würde. Es wird von keiner Seite bestritten, daß die oppositionellen Elemente fast Mann für Mann an der Wahlurne erscheinen, jedoch die 30 bis 40 v. H. der Wähler, die selbst im Falle stärkster Wahlbeteiligung jetzt der Wahlurne fernzubleiben pflegen, insgesamt den gemäßigten, staatserhaltenden Parteien zuzurechnen sind, über deren Indifferentismus so oft und mit vollem Recht geklagt wird. Unter diesen Umständen hat der Staat nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, das seinige dazu zu thun, damit dies künftighin anders werde." Genau aus denselben Erwägungen heraus hat die deutschsoziale Reformpartei als erste politische Partei das Verlangen nach einer Wahlpflicht in ihr Programm aufgenommen.

Sozialdemokratisches. „Genosse" C. Niemann sagte in Chemnitz in einer Besprechung über den sozialdemokratischen „Beobachter", „die Redaktion müsse etwas ruppiger werden, damit das Blatt mehr wie ein Parteiblatt aussähe". Als der Redakteur „Genosse" Rosenow sich verteidigte, griff man ihn dermaßen an, daß er dabei nur das Wort „niederträchtige Verleumdung" hatte. Das nennt man dann „Brüderlichkeit"! —

Der Vorstand des sozialdemokratischen Wahlvereins des zweiten Berliner Wahlkreises ist beauftragt, alle die „Genossen" aus dem Verein auszustoßen, die bei der letzten Stadtverordnetenwahl entweder gar nicht oder sogar freisinnig gewählt haben. Das nennt man „Freiheit"! —

In Goberndorf bei Weimar hatten die „Genossen" einen der Ihrigen zum Bürgermeister gewählt, der kaum schreiben konnte. Er war deshalb nicht bestätigt, „weil er die nötige Bildung nicht besitze und die erforderliche Achtung nicht genieße". Dagegen erhoben die „Genossen" Widerspruch, weil sie wahrscheinlich der Meinung sind, daß Bildung nicht vonnöten ist, um in den Zukunftsstaat hineinzuregieren. Der Bezirksausschuß war aber anderer Ansicht und erklärte die Wahl von neuem für ungültig. —

„Genosse" Hillmann, ein Barrikadenkämpfer aus dem tollen Jahre wurde dieser Tage in Elberfeld unter Entfaltung großen sozialdemokratischen Pompes begraben. Wie nun die „Rh.-W. Z." mitteilt, hat Hillmann in seinem ganzen Leben sehr schwer ums Dasein kämpfen müssen, und niemandem von seinen „Genossen" ist es jemals eingefallen, ihm diesen Kampf zu erleichtern. Den Mann bei Lebzeiten zu unterstützen wäre jedenfalls besser gewesen, als die Spendung teurer Kränze mit roten Schleifen bei seinem Begräbnis, aber das war natürlich als „Demonstration" mehr nach dem Herzen der Herren Zukunftsstaatler. Das heißt dann Brüderlichkeit! —

Zum preußischen Ansiedelungsgesetz. Die österreichisch-polnischen Zeitungen sind über die preußische Regierung unwillig, weil sie auch die neu geforderten hundert Millionen Mark für die Kolonisation der polnischen Landesteile bestimmt hat. Jetzt erst werde die Arbeit der preußischen Hakatisten recht eigentlich beginnen, meinen die polnischen Blätter. Während sie über die Preußen klagen, sollten die Polen jedoch daran denken, — heißt es in einem Telegramm der „Nowy. Wr." — daß sie selbst genau ebenso im östlichen Teile Galiziens verfahren, wo sie mit Hilfe der Juden die russischen Bauern ruinieren und sie nach Amerika auszuwandern zwingen, an ihre Stelle aber ihre Masuren nach Galizien schicken.

Das Medizinische Warenhaus zu Berlin, das ein Teil der deutschen Ärzte in völliger Verkennung ihrer Stellung der wertschaffenden Bevölkerung gegenüber vor einigen Jahren gründete, arbeitet dauernd mit einem großen Fehlbetrage. Im letzten Geschäftsjahre soll dieser allein ungefähr 60 000 Mark betragen haben.

Freisinnige Toleranz. Der Destillateur Max Schulz zu Berlin, Landtags- und Reichstagsabgeordneter der freisinnigen Volkspartei, hat jüngst in einer Kirchen-Wahlversammlung geäußert: „Mancher opfert in der Kirche seine Pfennige und glaubt, damit ein gutes Werk für irgend eine wohlthätige Stiftung zu thun. Wenn er aber vielleicht mal den Regenschirm hat stehen lassen und geht zurück in die Kirche, so kann er womöglich gerade sehen, wie sich Pastor, Küster und Kirchner in das Scherflein teilen."

Die soziale Politik der National-Sozialen. In Halle (Saale) besteht eine Kakao-Kompagnie, die dem Publikum gegenüber in Reklame, Versprechungen und Anschwärzung der Mitkaufleute das Menschenmögliche leistet, trotzdem es gerichtlich bewiesen wurde, daß der „Kompagnie"-Kakao schlechter und teurer ist als z. B. der vom „Verein Stettiner Kaufleute" gelieferte. Das hält die „Kakao-Kompagnie" aber nicht ab, Dumme auf alle mögliche Weise zu suchen. Wie sie das in neuester Zeit anstellt und dabei insbesondere auf die einzelnen Beamten Kategorien einzuwirken versucht, teilt die „Kolonialw.-Ztg." in folgenden Zeilen mit: „Die Kompagnie ließ vor kurzem einem in 92 000 Exemplaren erschienenen Hefte: Der Lehrer und die soziale Frage', das von dem bekannten nationalsozialen Durchfallskandidaten Dumaschke (Oldenburg-Plön) verfaßt war, und an sämtliche Volksschullehrer Deutschlands gratis versandt wurde, Offerten und Bestellkarten beilegen, worin die Lehrer aufgefordert werden, sich familienweise an die Kompagnie zu wenden, und derart Konsumenten-Vereinigungen zu bilden. Das Gebahren der Kompagnie wird immer interessanter, und der Kausalnexus mit gewissen Bestrebungen der Sozialdemokratie tritt immer deutlicher hervor: Konsumenten-Vereinigungen, Kapitalbeteiligung, — Jedermann sein eige er Fabrikant und Lieferant. Und die National-Sozialen schleppen mit ihrem Eifer die Scheite zu dem Holzstoß heran, auf dem der Mittelstand in Handel und Gewerbe verbrannt werden soll. Eine ganz merkwürdige soziale Politik."

Das wunderbare Buch „Der Lehrer und die soziale Frage" ist übrigens in demselben Verlage erschienen, der die letzte Schmähschrift gegen die deutschsoziale Reformpartei unter seine Fittige nahm.

Schmitz & Co.,
Weingroßhandl., Import en gros, Neue u. Kgstr., Berlin, Stendalerstr. 1.
Preisliste: Juli, Nr. 1898.
Besonders empfehlen: 1893er Berl., Mosel- und Bordeaux-Weine im Preis von 65 Pf. bis 1 M.
p. Fl. excl. p. etc. in Gebinden von 30 Ltr. an. Ausführliche Preisliste um gefl.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königsstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe in Berlin NW. 5, Stendalerstr. 1.
Druck: G. Reusche in Leipzig.

Digitized by Google

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich Mk. 1.50 bei den Postanstalten (Postzeitungsliste Nr. 1738) und Buchhandlungen. Unter Streifband Mk. 2.

Herausgegeben von Max Liebermann v. Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Anzeigen: die 6gespaltene Petit-Zeile 25 Pfennige. Verlandbriefe: Königsstraße Nr. 27, Leipzig.

XIII Jahrgang. Leipzig, 3. Februar 1898. Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Judenfrage. Otto Glagau. Nr. 494.

Inhalt: Ungarns Nutzen im Dreibunde. — Die Frauen Israels. — Die Konservativen danken ab. — Kinderfrohn. — Großstadt-Herrlichkeit oder Wohnungsnot. — Aus Hohenzollern. — Jüdische Überhebung. — Die Wirkung der Bäckereiverordnung. — Wie man in Mecklenburg über die Juden dachte. — Eine Liste jüdischer Spione. — Rußland. — Moskit. — Die Antisemiten und der Bund der Landwirte im Regierungsbezirk Cassel. — Parteinachrichten. — Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen. — Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat. — Jüdische Ritter, Kommissions- und Kommerzienräte usw.

Ungarns Nutzen im Dreibunde.

„Wenn es kein Österreich-Ungarn gäbe, müßte man eines schaffen, um das europäische Gleichgewicht zu wahren", hat ein Staatsmann, wenn wir nicht irren Salisbury, einst gesagt, und dieser Ansicht scheinen alle seinesgleichen zu sein. Jeder nicht mit staatsmännischer Weisheit getränkte Verstand sieht aber ein, daß man mit ungleich mehr Recht sagen kann: „Wenn Österreich nicht im vollen Zerfall wäre, müßte man es dahin bringen."

Daß das eigentliche Österreich für die letzte Olung reif ist, zeigt der Ausruf in Wien vor und der unter den Tschechen nach Badenis Entlassung zur Genüge; es wäre nur die Frage aufzuwerfen, ob die Deutschen gut gethan haben, den von den Tschechen angeblich angenommenen Vorschlag Gautschs abzulehnen, daß nämlich Böhmen in einen tschechischen, einen deutschen und einen gemischten Teil zerlegt werde. Kaum, denn mehr werden sie gegenüber der geschlossenen Einheit der Slaven und der deutschen Rümlinge auf keinen Fall erlangen, vielmehr ist die Durchführung der Sprachenverordnung beschlossen, und die deutsche Minderheit kann dagegen nichts thun, wenigstens nicht auf friedlichem Wege. Andererseits werden die Slaven durch den Widerstand einander und den Russen näher gebracht. Läßt man sie sich frei entwickeln, wird das in verschiedener Richtung geschehen.

Wird sich also erfüllen, was ein deutscher Professor in der Frankfurter „Umschau" weissagt, daß die Tschechen in zwanzig Jahren ganz Österreich beherrschen werden bis etwa auf die entlegensten Alpenthäler? Oder wird der Franzose (Ch. Benoist*) Recht behalten, der meint, daß die Deutschen Böhmens, weiterhin die ganz Österreichs, durch die Slaven in ihrem Bestehen bedroht, früher oder später im Deutschen Reiche Schutz suchen und finden werden?

Wenn ein Hund einen anderen vom Wolf angefallen sieht, eilt er ihm zu Hilfe, ohne auf die Zurufe seines Herrn zu achten. Wir hoffen, daß das deutsche Volk trotz aller Abmachungen von Berlin aus im Notfalle nicht wohlgezogener wird sein wollen, als der Hund. —

Wie sieht es nun aber mit dem „Königreich" Ungarn? — Seit den Besuchen der beiden Hohenzollern ist es „der Schlußstein des Dreibundes, in seiner geschlossenen Einheit gegenüber dem zerbröckelnden Österreich die einzige, jedoch völlig ausreichende Stütze der Habsburger" usw. Diese thun dabei alles, die Magyaren in ihrem Größenwahn zu bestärken: die Kaiserin verbittet sich das Lied „Gott erhalte" und läßt dafür den Rakoczy-Marsch spielen und dazu von einer Hofdame vortragen. Der Kaiser setzt das schwarz-gelbe Banner außer Dienst, errichtet madjarischen Aufschriften Denkmäler und verwirklicht die madjarische Hofhaltung Schritt für Schritt, um sie in Pest vorzufinden, wenn in Wien seines Bleibens nicht mehr sein sollte.

Mit Berufung auf Kaiser Wilhelms in Pest gesprochenes Wort: „Es muß in allem die Nationalität gewahrt werden", fordern nicht nur alle Behörden von ihren Angestellten, sondern selbst die Lehrer von ihren Schülern und sogar Aktiengesellschaften Madjarisierung wenigstens der Namen, und das mit solchem Erfolge, daß sich an einem Tage 110 Personen, darunter allerdings viele Juden, ihrer durchweg deutsch klingenden Namen entäußerten.

Und wie sieht es im übrigen in Ungarn aus? Die Siebenbürger Sachsen murren, weil man sie madjarisieren will und damit zuerst bei den Ortsnamen und ihren . . . Kindern begonnen hat. Mit den Rumänen ist es ähnlich, nur daß die Regierung einfach erklärt, Rumänen giebt's in Ungarn nicht, und deshalb alle Versammlungen verbietet, die Rumänen für Rumänen einbernfen wollen. Die Serben sind empört, weil der Ministerpräsident ihren Kirchenkongreß aufgelöst hat, und die Kroaten schlagen jeden tot, der sie madjarisch machen will oder der madjarisch redet, während die Italienen in Fiume offen mit Absall drohen — man versucht sie nämlich rechtlich am Ospepsi anzuglieben. Natürlich ist der Madjar außerhalb seiner Heimat ebenso verhaßt und so kommt es denn, daß die Polizei in Graz dem madjarischen Verein verboten hat, madjarisch zu reden, so kommt es denn, daß die Tschechen die Slovaken und die galizischen Ruthenen ihre Stammesbrüder in Ungarn aufreizen usw.

Daß nun Österreich zum Dank für den 1866er Verrat und was sonst nachher noch geschehen ist, jetzt geneigt sein sollte, den Madjaren die Kastanien aus dem Feuer zu holen, ist bei der augenblicklich von Triest bis Bodenbach herrschenden Stimmung keineswegs sicher. Wenn auch Kossuth mit Revolution droht — ihn nimmt niemand mehr ernst, trotzdem er „das Ungarn, das an die Meere reicht" dazu rechnet er auch die Ostsee!), wiederaufrichten will!

Und dabei breitet sich der Sozialismus, dem schon fast die gesamte Arbeiterschaft der Städte und selbst die Bauern des ungarischen Tieflandes anhängen, immer weiter aus. Dank der Mißernte und der Banffuschen Verwaltung hat der Umstrz im letzten Herbste die Szabolcsher Gespanschaft binnen wenigen Wochen erobert, so daß nur die bewaffnete Macht die Leute am Blutvergießen und der beabsichtigten Anteilung des Großgrundbesitzes verhindern kann. „Wenn ihr uns nicht zu leben gebt, ersticken wir in unseren Kindern den letzten Funken von Vaterlandsliebe!" hat mehr als eine verzweifelte Mutter den Behörden zugerufen. Von Szabolcsh aus wird jetzt das benachbarte Bihar und Satmar in Angriff genommen, und zwar mit bestem Erfolge. Da aber hat das Madjarentum ein Ende, die südöstliche Hälfte beider Gespanschaften ist in den Händen der Rumänen, die sich allen Madjaren und so auch den Sozialisten gegenüber ablehnend verhalten.

Also: die Madjaren in Liberale, Unabhängige und Sozialisten zersplittert, die sich auf Tod und Leben bekämpfen, die Nichtmadjaren nur auf eine günstige Gelegenheit wartend, die Waffen zu ergreifen — das ist in Wirklichkeit „der Schlußstein des Dreibundes, in seiner geschlossenen Einheit die einzige, jedoch völlig ausreichende Stütze der „Habsburger".

Armer Dreibund! Arme Habsburger!

Fragt man sich schließlich, wie es kommt, daß die Berliner leitenden Kreise von alledem nichts wissen, so ist die Antwort die, weil in Berlin seit 1867 der österreichische Botschafter stets ein Madjar gewesen und noch ist, der selbstverständlich die Verhältnisse des Reiches nur in madjarischer Beleuchtung darstellt. Der Hochadel des eigentlichen Österreichs besteht zwar größten-

*) S. Revue de deux mondes: Les nationalités et l'Empereur.

Digitized by Google

teils aus Tschechen, Römlingen oder Hohlköpfen — womit nicht gesagt ist, daß diese drei Vorzüge sich auch in einer Person vereinigt finden —, aber unter dieser Sippe, die Anastasius Grün hervorgebracht hat, findet sich gewiß auch heute noch einer oder der andere gut deutsch Gesinnte.

Nicht nur die österreichischen, sondern auch die Reichsdeutschen können verlangen, daß endlich einmal ein solcher nach Berlin geschickt wird. Bis dahin mögen gewisse Berliner gegenüber der stets wiederholten Behauptung, die Madjaren seien ihre einzigen Verbündeten gegen die Slaven, folgende Zahlen erwägen: In Österreich und südöstlich davon wohnen rund zehn Millionen Deutsche, elf Millionen Rumänen, sechs Millionen Madjaren, fünf Millionen Türken, drei Millionen Griechen, eine Million Albaner, fünf Millionen Tschechen, zwei Millionen Slowaken, vier Millionen Ruthenen, drei Millionen Polen, sechs Millionen Serbo-Kroaten und vier Millionen Bulgaren.

Das sind also sechs Millionen Madjaren gegenüber vierundzwanzig Millionen Slaven. Rechnet man aber auch die Million ungarländischer Juden hinzu, auf deren Kriegstüchtigkeit der Offiziersbestand des deutschen Heeres ein so eigentümliches Licht wirft, so bleibt die Stütze noch immer weit davon entfernt, in die Wage zu fallen. In Erkenntnis dessen hat Deutschland Rumänien zu gewinnen gesucht, doch hat es nur die Regierung gewonnen, die durch ein Dutzend entschlossener Männer gestürzt werden kann, wie Beispiele zeigen.

Will Deutschland also vor unangenehmen Überraschungen sicher sein, so suche es das rumänische Volk zu gewinnen. Dazu ist nichts weiter nötig, als daß es die Madjaren durch Aufkündigung des Bündnisses — wahrscheinlich wird die bloße Androhung genügen — veranlasse, ihre eigenen Grundgesetze, insbesondere das 44. vom Jahre 1868 gegebenenfalls unter Beihilfe Rumäniens und Serbiens, zu halten. Geschieht das nicht, so ist nichts gewisser, als daß im Kriegsfalle in ganz Ungarn Aufruhr ausbricht, von den auch im Frieden zu gewärtigenden Unruhen nicht zu reden. B. M.

Die Frauen Israels.

Während bei uns in Deutschland die Hochflut antisemitischer Broschüren im Abnehmen begriffen ist, haben die jüngsten Zeitereignisse in Frankreich eine gegenteilige Entwickelung der Dinge erzeugt. Konnten noch vor drei bis vier Jahren jüdische und judaisierende Blätter mit Recht darauf hinweisen, daß die französische Nation sich so viel „edelmütiger" gegen ihre ungebetenen Gäste „mosaischen Glaubens" benehme, so wäre jetzt Israel umgekehrt in der Lage, den Franzosen vorzuhalten, wie viel weniger scharf doch die deutschen Barbaren gegen die jüdische Konfession „hetzten", als die sonst so liebenswürdigen Franzosen. Das Blättchen hat sich sacht gewandt! In der demokratischen Republik, wo bisher mit dem Gebdeutel alles zu machen war, hat es jüdischer Übermut fertig gebracht, selbst die mitjam angestrengteste Langmsgeduld der Gleichheits- und Brüderlichkeits-Fanatiker in gährend Drachengift zu verwandeln. Und nun erlebt Israel etwas! Die so hoch gepriesene Freiheit in Presse und Litteratur wird auf einmal nicht mehr gegen die arischen Ideale ins Feld geführt, sondern alle Galle und Schärfe kehrt sich gegen die ebenso unermüdlichen wie eigennützigen Vorkämpfer der freien Unverschämtheit selber! Was die „Libre Parole" in ihren Spalten, was die wie Pilze aus dem Boden schießenden antisemitischen Schriftsteller Frankreichs in ihren Broschüren den Juden zu kosten geben, das erspart ihnen in dem „geknechteten" Deutschland der — Staatsanwalt. Wahr bleibts aber doch! Und gegen Juden kann man gar nicht grob genug sein, sie sind dickfellig. Unter diesen, dem Judentum scharf zu Leibe gehenden Schriften des antisemitischen Frankreichs finden die Kenner der deutschen judengenerischen Litteratur manchen alten Bekannten in französischem Gewande, namentlich, wo es sich um tiefergehende wissenschaftliche Darstellungen handelt; indessen wissen die Franzosen der Sache auch manche neue Seite abzugewinnen und zeichnen sich meistens vorteilhaft aus durch die gefällige Darstellung und lebhafte, schneidige Behandlung des spröden Stoffes. Ein Buch von Raphael Viau und François Bournand fiel uns in dieser Beziehung kürzlich besonders auf, es enthält viel Neues und ist unterhaltend geschrieben. „Les femmes d'Israël" heißt es und handelt von den jüdischen Frauen in der Geschichte und in der Gegenwart. Die beiden galanten Pariser gehen mit Recht von der Annahme aus, daß bisher die arische Auffassung von der Stellung des Weibes die Antisemiten gehindert habe, die Jüdin in den Bereich ihrer Angriffe hineinzuziehen, daß man sich aber doch dazu entschließen müsse in Anbetracht der ungemein einflußreichen Stellung, die die von den alten Banden emanzipierte Israelitin im modernen Leben einnehme. Ihre Schrift verfolgt die soziale Stellung der jüdischen Frau durch alle Zeitalter. Bibel und Talmud geben hierüber für die Vergangenheit ja hinreichend Aufschluß. Schon in der Patriarchenzeit sehen wir die Jüdin in einer höchst würdelosen Stellung, die wir hier nicht schildern wollen, da wir unsere Leser auf das Alte Testament selbst verweisen können. Noch mehr wird die Frau des Juden erniedrigt in den Zeiten, wo der Talmud bei dem Volke Israel Geltung hat, Zeiten, die, wie wir wissen, zur Schande Europas noch lange nicht überall vorüber sind, in Halbasien und im Orient aber noch in voller Blüte stehen.

Den früher oder heute noch in talmudischer Finsternis lebenden Judenfrauen ist das erste Buch des Werkes gewidmet. Das zweite beschäftigt sich mit unseren jüdischen Zeitgenossinnen und ist hochinteressant. Die ersten Kapitel schildern die rege Anteilnahme der jüdischen Frau an der öffentlichen Unsittlichkeit. Die ihnen in Fleisch und Blut übergegangene ungeheuerliche Talmudmoral befähigt sie ganz besonders zur Thätigkeit auf diesem Gebiete. Namentlich als Leiterin und Besitzerin heimlicher und öffentlicher Freudenhäuser entwickelt die Jüdin ein Geschick, das jede Konkurrenz aus dem Felde schlägt. Überall wo diese widerwärtige Einrichtung geduldet wird, befinden sich die öffentlichen Häuser in den Händen jüdischer Weiber. Solche sind es auch anderseits wiederum, die einen lukrativen Erwerb daraus machen, die Jüdinnen für diese Häuser zu beschaffen. Der scheinbar unausrottbare Mädchenhandel wird fast ausnahmslos von Jüdinnen geleitet, während die jüdischen Männer im großen und ganzen nur eine Gehilfenrolle dabei spielen. Die Verfasser führen eine Menge äußerst belehrender Beispiele an. Doch schenken wir uns ein näheres Eingehen auf diese edle Materie; nur beiläufig wollen wir erwähnen, daß zum Schlusse dieses Abschnittes auch zweier politischer Abenteurerinnen gedacht wird, die in der sogenannten vornehmen Gesellschaft eine große Rolle gespielt haben, Madame di Palva*) und Lucy von Kaulla; so gern wir unseren Lesern von diesen beiden Oberjüdinnen erzählen würden, mit Rücksicht auf die angeheirateten und angeborenen Verwandten verzichten wir darauf.

Höchst dramatisch und packend geschrieben sind die nächsten beiden Kapitel „Die Jüdin als Macherin in Leben und Politik" und „Die Jüdin im Handel". Namentlich die letztere ist mit feinster Charakterstik dargestellt. Wir werden davon weiter unten ein kleines Beispiel geben. Für den Handel (das Ladengeschäft) in den modernen Städten ist der Jude selbst, so meinen die beiden Franzosen, nur in beschränktem Maße geschaffen. Er eignet sich mehr für schnell zu erledigende Geschäfte mit fietem Ortswechsel. In dem Manne dieser Rasse steckt eben immer noch etwas Beduinen- und Razzianten-Natur. Die Frauen dagegen, seit Jahrtausenden zwangsweise in den Ghettos eingeschlossen, haben ihre weibliche Nachkommenschaft dazu erzogen, geduldig im Laden zu sitzen, ohne Unterhaltung als den Verkauf und ohne Vergnügen als das, den Goi zu besch . . . . . Ohne die jüdische Frau hätten wir zwar die großen und kleinen raubvogelartigen Geschäftsmacher, die bald hier, bald dort einen Beutezug unternehmen, aber wir hätten wenigstens nicht diese zahllosen Dauerrämsche, die sich in allen Städten ausgebildet haben und in zehn Jahren den ganzen Kleinhandel eines Landes zu vernichten im stande sind, also das Beispiel. Einer der

*) Siehe Antisemiten-Katechismus Seite 278.

Digitized by Google

heben Verfasser sitzt im Zuge nach La Rochelle. In demselben Theil ein jüdisches Brautpaar, Isaac Beschseßerles vom Hause Cohn & Beschseßerles und Noëmi, einzige Tochter der Firma Woschneingeld, reisen gemeinsam zum Orte ihrer Eheschließung. Natürlich sind es „deutsche" Juden und sprechen ein scheußliches Patois. Sie unterhalten sich von ihrem künftigen Glücke:

Noëmi: .... Und denn, wenn wir verheiratet sind, denn wirst de mir kaufen en großen Laden?

Isaac: Gewiß werde ich dir kaufen en großen Laden.

Noëmi: En großen Laden for mich ganz allein.

Isaac: Ja wohl, mein Engel!

Noëmi: Bis oben voll mit Prima-Ware?

Isaac: Ja wohl, mein Schatz.

Noëmi: Solche Prima-Ware, wie sie der Baba kommen läßt aus Berlin und Wien?

Isaac: Ja wohl, mein Dickerchen, aus Berlin und Wien.

Noëmi: Und über den Laden kriege ich eine schöne Firma mit'em schönen Bild?

Isaac: Aber natürlich, mein süßes Mäuschen, en schönes Bild, na, woll'n mer zum Beispiel sagen „Zum heiligen Christoph"!

Noëmi: Das is nischt, nee nee.

Isaac: Gott, werden mers heißen „Zum baischen Haus"!

Noëmi: Nee, nee, was andres.

Isaac: Nu, wie werden mers nennen: „Zur Kaiserstandarte"?

Noëmi: Ach, geh, was andres.

Isaac: Aber nu, jetzt haben mers: „Zur kleinen Konfirmandin".

Noëmi: Gott, Isaac, bist du en Mann, die kleine Konfirmandin, das is recht, da werden uns kommen gelaufen alle frommen Weiber aus der ganzen Stadt. —

Weitere Proben behalten wir uns vor für eine andere Gelegenheit.

Der Inhalt des Buches ist hiermit aber noch nicht erschöpft. Ein ferneres Kapitel ist den Baronninnen und Gräfinnen des Ghettos gewidmet und erzählt von dem Leben und Treiben der weiblichen Rothschilds*), Cahen d'Anvers usw. Sehr belehrend sind die Ausführungen über die Reklamemanöver, mit denen die „Wohlthätigkeit" dieser Art von Aristokratie dem Publikum immer aufs neue unter die Nase gerieben wird. Die kleinen pikanten Geschichten, die die Verfasser sonst in diesem Kapitel erzählen, haben für uns Deutsche nur ein beschränktes Interesse, wir könnten aus unserer Berliner verjudeten „feinen Gesellschaft" mit manchem Aehnlichen dienen. Das letzte, sehr umfangreiche Kapitel behandelt die Kunstjüdinnen, die Rachel, Judic, Sarah Bernhardt, Patti usw. usw. Namentlich der Lebenslauf der beiden „größten", Rachel und Sarah Bernhard, wird ausführlich und seitenlang geschildert. — Ein umfangreicher Anhang giebt dann noch Aufschluß über die religiöse Stellung der jüdischen Frauen, über gewisse talmudische Zeremonien derselben, ferner Beschwörungen der Jüdinnen in Halbsitten und im Orient (Algier), außerdem die wichtigsten Daten über Talmud und Mischna, sowie ein Verzeichnis der heute lebenden Frauen aus dem Hause Rothschild. ekr.

*) Siehe auch: Los Rothschild par Ed. Dernachy, worin altenmäßig der Werdegang des unter dem ersten Kaiserreich unter Polizeiaufsicht stehenden Hauses Rothschild geschildert wird.

Die Konservativen danken ab.

Aus Thorn schreibt man uns (leider zu spät für die vorige Nummer!): Am 22. Januar fand in Culmsee auf Einladung des Kreisdeputierten Rittergutsbesitzer Wegner (Ostaszewo) eine Vorbesprechung der Reichstagswahl im Wahlkreise Thorn-Kulm statt, zu der eine größere Anzahl Angehöriger der deutschen Parteien — etwa 150 — erschienen waren. Die Anhänger der deutschsozialen Reformpartei in diesem Reichstagswahlkreise hatten für den 20. Januar eine Vertrauensmänner-Versammlung einberufen, die sich in vielstündiger Besprechung über das Verhalten unserer Parteifreunde dahin schlüssig machte (und zwar einstimmig), daß folgende „Erklärung der Vertrauensmänner der deutschsozialen Reformpartei im Reichstagswahlkreise Thorn-Kulm" auf der Versammlung in Culmsee am 22. Jan. verlesen und niedergelegt werden sollte:

1. Die Vertrauensmänner der deutschsozialen Reformpartei sind sich der Notwendigkeit des Zusammengehens aller Deutschen, falls ein Sieg über den polnischen Kandidaten erfochten werden soll, vollbewußt.
2. Nach den früheren Erfahrungen ist es jedoch ausgeschlossen, daß ein deutscher Kompromißkandidat in der Hauptwahl siegt, weil einem solchen viele Wahlberechtigte ihre Stimmen nicht geben werden. Aus diesem Grunde erscheint es zweckmäßig, daß in der Hauptwahl alle deutschen Parteien Sonderkandidaturen aufstellen.
3. Die deutschsoziale Reformpartei wird daher ebenfalls einen eigenen Kandidaten aufstellen, um eine Sammlung ihrer Anhänger herbeizuführen.
4. In der Stichwahl werden die Anhänger der deutschsozialen Reformpartei im Interesse des Deutschtums dem deutschen Mehrheitskandidaten (gleichviel welcher politischen Richtung) ihre Stimmen geben und setzen das Gleiche von den anderen deutschen Parteien voraus.

Die Vertrauensmänner der deutschsozialen Reformpartei
J. A.: G. Plehwe.

Soweit die beschlossene Erklärung, zu der die Vertreter der deutschsozialen Reformpartei um so mehr berechtigt waren, als sie schon seit längerer Zeit einen eigenen Kandidaten in der Person des Herrn Oberlehrer Bensemer (Thorn) nominiert hatten, und über die selbst politische Gegner nach Kenntnisnahme sich dahin geäußert haben, daß „man nicht loyaler vorgehen könne."

Mit Abgabe dieser Erklärung war ein Vertrauensmann, der zu der Versammlung in Culmsee deputiert wurde, beauftragt worden. Bedauerlicherweise hat dieser nun im Verlaufe der stundenlangen Verhandlungen in Culmsee des ihm gewordenen bestimmten Auftrages sich nicht entledigt, sodaß es zur Verlesung unserer Erklärung gar nicht gekommen ist. Erklärlich wird dieses Verhalten des beauftragten Vertrauensmannes wohl dadurch, daß er sich von dem auf ihn von allen Seiten eindringenden Worschwall der „Macher" der Versammlung bewegen lassen zu müssen geglaubt hat, seinen (persönlichen) Parteistandpunkt nicht hervorzukehren „im Interesse des Deutschtums" — ein schönes Wort, mit dem aber leider viel Unfug getrieben wird.

So kam es denn, daß in Culmsee nur von der konservativen, der nationalliberalen, der freisinnigen Partei die Rede war, kein einziges Mal aber von der deutschsozialen Reformpartei. Man that so, als ob es eine solche überhaupt nicht gebe, als ob man nicht vor Wochen schon durch sämtliche Provinzial- und Lokalblätter von der Aufstellung einer deutschsozialen Kandidatur Kenntnis erlangt hätte — und die leider nur wenigen Anhänger der deutschsozialen Reformpartei, die zugegen waren, glaubten sich „im Interesse des Deutschtums" an die Wand drücken lassen zu müssen. Ja, sie sollen nach den Berichten sogar die Verpflichtung (!) übernommen haben, daß die Deutsch-Sozialen Mann für Mann für den Nationalliberalen (auf den man sich schließlich „einigte"!) eintreten werden. Die Uebernahme einer solchen „Verpflichtung" erscheint uns nach den Beschlüssen der Vertrauensmänner der deutschsozialen Reformpartei kaum glaublich — höchstens könnte es sich doch um persönliche Verpflichtung gehandelt haben.

Jedenfalls steht für die hiesigen Deutsch-Sozialen folgendes unumstößlich fest: Sie haben bereits vor Wochen gerade „im Interesse des Deutschtums" einen eigenen Kandidaten aufgestellt, sie sind über ihr weiteres Verhalten gar nicht gefragt worden und haben demnach keine Veranlassung, von ihren nach reiflicher Ueberlegung gefaßten Beschlüssen zurückzutreten und sich einfach an die Wand drücken zu lassen. Sie werden im Gegenteil an ihrem Kandidaten festhalten, und das um so mehr, als man in Culmsee bei der Aufstellung eines „gemeinsamen" nationalliberalen Kandidaten gar keinen größeren Mißgriff hätte machen können, als es dort geschehen ist. Der nationalliberale Herr,

Digitized by Google

auf den man sich „einigte", ist nach dem Ausspruche von Anhängern aller deutschen Parteien der deutschsozialen, konservativen, nationalliberalen, freisinnigen) der am allerwenigsten geeignete Kandidat zur Vertretung unseres Wahlkreises. Die Gründe für diese, wie gesagt in allen deutschen Parteien vertretene Ansicht hier anzuführen ist vorläufig nicht erforderlich; daß diese Ansicht aber in weiten Kreisen vorhanden, ist Einsenden in der Lage beweisen zu können.

Daß es aber überhaupt zur Annahme dieser Kandidatur in Culmsee gekommen ist, ist nichts weiter als „freisinnige Mache", die in weitgehendstem Maße von der hier eine Rolle spielenden Logenpartei unterstützt worden ist. Denn hatte man wirklich die ehrliche Absicht, sich auf einen deutschen Kompromiß-Kandidaten zu einigen, so hatte ohne Frage die konservative Partei das Recht zu verlangen, daß der Kandidat ihrer Partei angehöre, zumal es eine eigentliche nationalliberale Partei im Wahlkreise gar nicht giebt. Das beweisen die Ergebnisse der letzten Wahlen. Im Jahre 1893 haben sich von etwa 28000 Wahlberechtigten nur etwa 22000 beteiligt; von ihnen erhielt in der Stichwahl der Pole gegen 12000, der Konservative gegen 10060 Stimmen. Die fehlenden (ungefähr) 6000 Stimmen dürften wohl kaum polnische sein, sondern Deutschen verschiedener Richtung angehören, die überhaupt nicht gewählt haben. In der vorangegangenen Hauptwahl fielen auf die Konservativen 7455, auf die Freisinnigen 1531, auf die Nationalliberalen 861, auf die Sozialdemokraten 1136 und auf die Polen 10976 Stimmen.

Hieraus geht doch unwiderleglich hervor, daß für eine deutsche Kompromißkandidatur ausschließlich ein konservativer Kandidat hätte in Frage kommen dürfen. Darauf hatte denn auch logischerweise in Culmsee der Vertreter des hiesigen konservativen Vereins Anspruch erhoben, hat sich dann aber in unbegreiflicher „Selbstverleugnung", die man einfach als Selbstmord bezeichnen muß, der kläglichen Minorität von 1531 freisinnigen und gar 861 nationalliberalen Stimmen widerspruchslos gefügt — „im Interesse des Deutschtums". Wie man das Interesse des Deutschtums aber in dieser Weise wahrnehmen will, ist uns einfach unbegreiflich. Sonst pflegt man doch überall zu verlangen, daß sich „im Interesse einer Sache" eine winzige Minorität der erdrückenden Majorität zu fügen hat — hier kehrt man hohnlächelnd und alle Logik verspottend den Spieß einfach um, und die erdrückende Majorität läßt mit sich umspringen, als ob sie sich ihres Vorhandenseins schämte!

Nun, wenn die konservative Partei bis zu diesem Grade der Selbstverleugnung gehen will, so hat sie das mit sich allein auszumachen und verdient nur ein Achselzucken des innigsten Beileides; sie begiebt sich aber freiwillig ihres vollbegründeten Rechtes und hat nun nicht mehr die Berechtigung, es übel zu vermerken, wenn eine andere deutsche Partei die verschmähte Erbschaft für sich in Anspruch nimmt. Diese andere Partei aber kann nach Lage der Sache nur die deutschsoziale Reformpartei sein, die unseres Erachtens in unserem Wahlkreise der Lächerlichkeit aller wirklich deutsch Denkenden anheimfallen würde, wenn sie sich gutmütig so bei Seite schieben ließe, wie es in Culmsee in wohl überlegter Absichtlichkeit seitens der winzigen Minoritätspartei geschehen ist. Unseres Erachtens hat die deutschsoziale Reformpartei nunmehr nicht nur das Recht, sondern geradezu „im Interesse des Deutschtums" die Pflicht, ihrerseits eine deutsche Vertrauensmänner-Versammlung einzuberufen, um den in Culmsee von einer Anzahl von Interessenpolitikern „herbeigeführten" Beschluß umzustürzen und einen Kandidaten zu proklamieren, der im wahren Sinne als ein Vertreter des Deutschtums anzusehen ist, und wenn es ein Antisemit wäre. Wollen sich die wenigen Hundert Juden im Wahlkreise einem solchen Beschlusse „im Interesse des Deutschtums" nicht fügen, so mögen sie zu Hause bleiben — sie werden den Ausschlag nicht geben, zumal es nachgerade allgemein bekannt ist, von welcher Sorte ihr „Deutschtum" ist!

Einer, der ein ehrliches, wahrhaft deutsches
Kompromiß wünscht.

Kinderfrohn.

Unter diesem schaudererweckenden Titel läßt das sehr wenig bekannte Organ des Herrn Cohn oder vielmehr das „Organ für Jedermann aus dem Volke (Israel)", seiner orientalischen Phantasie freien Lauf in einem Leitartikel gegen die angebliche verderbliche Ausbeutung der ländlichen Jugend durch die Zuckerrübenbauer. Veranlassung hierzu giebt ihr merkwürdiger Weise eine Verordnung der anhaltischen Regierung, die dem Schutze der Kinder vor Überanstrengungen und sittlicher Gefährdung gewidmet ist. Wir wollen keine Kritik an dieser Regierungsverordnung üben, obschon wir nicht einsehen können, daß die Sittlichkeit bei der in Betracht kommenden ländlichen Jugend zwischen acht und vierzehn Jahren gefährdet sein würde, wenn sie am hellen Tage unter Aufsicht Erwachsener auf freiem Felde Rübenpflanzen verzieht. Die sogenannte „Volks-Zeitung" findet es sehr traurig, daß solche Bestimmungen erst erlassen werden müssen, und sie meint, Kinder unter vierzehn Jahren müßten gänzlich vor einer „derartigen Ausbeutung im Dienste des landwirtschaftlichen Unternehmens" geschützt werden. Bei zehnstündiger Arbeit in gebückter Stellung laute der ganze Körper Gefahr, zu verkrüppeln, auch wenn diese Arbeitszeit durch eine zweistündige Mittagspause unterbrochen ist." Gegen eine Ausbeutung der kindlichen Arbeitskraft durch großstädtische Unternehmer scheint das Blatt weniger eingenommen zu sein. Sollte es für Sittlichkeit und Gesundheit der heranwachsenden Jugend nicht viel verderblicher sein, wenn sie, mit schweren Zeitungspacketen aus den Druckereien der Herren Cohn und Mosse beladen, vor und nach der Schulzeit viele hunderte von Treppen auf und ab rennen, oder im Winter lange vor dem Morgengrauen die Beutel mit den Kaffeebrötchen in den dunklen Treppenhäusern der Weltstadt verteilen müssen? Müssen nicht eben so viel Tausende von Kindern im Dienste der großkapitalistischen Unternehmer vom Stamm Cohns oder Israels frohnen, weil diese die in den großstädtischen Wohnungshöhlen der Arbeiter für ihre glänzenden Warenmagazine geleistete Arbeit so schlecht bezahlen, daß die Kinder den Eltern schon früh mithelfen müssen, um nur den blassen Hunger von der Schwelle zurückzudrängen. Um diese Misere kümmert sich die „Volks-Ztg." nicht, obgleich sie ihr so viel näher liegt, weil hier die Ausbeuter der „frohnenden" Kleinen meistens ihren eigenen Besitzer stammesverwandt sind. Diese „Frohn" dauert ununterbrochen jahraus, jahrein, während die Kinderarbeit auf den Rübenfeldern sich auf ganz kurze Zeit beschränkt und in frischer gesunder Frühlingsluft ausgeführt wird. Daß die Gefahren für Gesundheit und Sittlichkeit für die heranwachsende Jugend auf dem Lande trotz der angeblichen Ausbeutungswut ländlicher Unternehmer weniger groß, als in der Großstadt unter der Ägide von Cohn und Konsorten sind, davon kann sich „Jedermann aus der Volke" leicht überzeugen, wenn er Gelegenheit nimmt, die auf dem Lande heranwachsende Jugend in Bezug auf Moral und Körperbeschaffenheit mit der großstädtischen zu vergleichen. Cohnchen meint in zarter Besorgnis: „Bei zehnstündigem Rübenziehen läuft der Körper der Kinder Gefahr zu verkrüppeln." Sehen die Rekruten und die Dienstmädchen, die vom Lande nach der Großstadt kommen, etwa so verkrüppelt aus? Sind ihre Gliedmaßen nicht gerade und kräftiger entwickelt, als die der Sprößlinge vom Stamme Israel, die meistens von Jugend auf in Moschuswatte gewickelt werden können, und die dann später doch auf gekrümmten Ständern und platten Pedalen dahinlatschen? Wozu also die übertriebene Angstmeierei und das Reden über Dinge, die jüdischem Beurteilungsvermögen so fern liegen? Den Agrariern würde nicht schaden und den Niedergang des Blattes seit der Konfliktszeit nicht aufhalten, nachdem das einst in den Kreisen des demokratischen Volkes so hoch angesehene Blatt durch die Unfähigkeit seiner geistigen Kräfte so weit herabgekommen ist, daß selbst der „große" Eugen, der allmächtige Führer der „Volkspartei" es mit dem Parteibann belegen mußte. Die davon mitbetroffene Ullsteinerin („Bln. Ztg.") flüchtete zu den Droschkenkutschern und Rotundenfrauen, wo aber soll Cohn hin mit seinem Volksorgan? Bei dem jüdischen Volk hat ihm Mosse den Rang abgelaufen, und sein Stammes-

Digitized by Google

genosse Singer, zu dessen Anschauungen er am meisten hinneigt, wird sich trotzdem bedanken, in seinen Volkskreisen Raum für das ehemalige „Organ für Jedermann aus dem Volke“ zu schaffen.

Großstadt-Herrlichkeit oder Wohnungsnot.

In Leipzig hat kürzlich „eine Frau ein seltenes Jubiläum“ gefeiert. Sie hat nämlich 25 Jahre ein und dieselben Räume zur Miete bewohnt, und die Amtsblätter beglückwünschten die Frau in längeren Artikeln. Wenn das kein Zeichen der Zeit ist, dann giebt es keins mehr. In Leipzig sind auch an dem letzten Michaelistermin die Preise der Wohnungen erheblich gesteigert worden und dies oft ohne ersichtlichen Grund. Der Wohnungswechsel war ungeheuer, Möbelwagen waren kaum aufzutreiben, und Ostern dürfte es noch schlimmer werden. Jetzt berichten die Zeitungen, daß die Wohnungsnot außerordentlich steige. Zur Zeit befinden sich etwa zweihundert Familien in sogenannten Ermittierten-Häusern und neue Häuser und Baracken werden gebaut. Die kleinen Wohnungen im Mietpreise bis zu vierhundert Mark werden immer seltener, da die Grundstücksspekulationsgesellschaften alles alte kaufen, niederreißen und „Prachtbauten“ mit Riesengeschäftsräumen und Riesenwohnungen hinsetzen. Ja, es geht sogar das Gerücht, daß der Leipziger Mauerausstand von Leuten unterstützt worden sei, die ein Interesse daran haben, wenn die Grundstückspreise recht in die Höhe gehen. Das Gerücht ist möglicherweise begründet. Es wäre nicht das erste Mal, daß das Großkapital Arbeiteraufstände unterstützt hätte. — Wohin solche Verhältnisse führen werden? wird mancher fragen. Nun, Heimatsliebe, Vaterlandsliebe u. dergl. Dinge soll man von den modernen Großstadt-Nomaden nicht verlangen. Ruheloß werden sie hin- und hergetrieben, heute hier — morgen da. Von der Leipziger Bevölkerung sind kaum 43 v. H. geborene Leipziger. Und wie es hier ist, so ist es anderwärts auch. In Berlin wechseln jährlich mindestens 50 v. H. der Mieter ihre Wohnungen: während der Hauptziehzeit (Ostern und Michaelis) sehen die Straßen der Reichshauptstadt aus als ob die Türken oder Russen vor den Thoren ständen! Großstadt, Großbetrieb! Nur so fort im Größenwahn! Man wird schon sehen, wohin man kommt, wenn nicht eine einschlägige, feste Regierung eines Tages dem großkapitalistisch-monarchischen Treiben zurnft: Bis hierher und nicht weiter!

Aus Hohenzollern. Zur Ergänzung der in Nr. 492 der „Deutsch-Sozialen Blätter“ beigelegten Liste der „Weltberufenen Diebe von Juden“ kann ich Ihnen im Nachstehenden die Verfügung eines fürstlichen Landesvaters vom Jahre 1698 zur Verwendung übersenden, aus der überzeugend hervorgeht, daß das Gebahren der Juden zu allen Zeiten dasselbe war: durch Wucher und Betrug zu Reichtum zu gelangen auf Kosten der ehrlich arbeitenden Bevölkerung. Stets hat es infolgedessen Judengegner gegeben, die sich ihres Volkes annahmen und auf die Gemeingefährlichkeit der Juden hinwiesen, sei es durch aufklärende Worte und Schriften, sei es, wie im vorliegenden Falle, wo der Judenkenner und Gegner Fürst ist, durch gesetzliche Bestimmungen. — Die fürstlich hohenzollernsche Landesordnung, erneuert und verbessert anno 1698 bestimmt unter Tit. XXXV wörtlich: Daß Niemand kein Gült (Schuld) aufnehmen soll. „Wir setzen und gebieten auch mit allem Ernst, und wollen, daß fürhin Unserer Unterthanen Keiner von keinen Juden weder inner, noch außer Landes nichts entlohne, laufe oder verkaufe, weder auf Borg, noch paar Gelt, und in Summa, mit keinen Juden nichts zu thun habe, bei Verlierung seiner Haab, und Güther, davor wisse sich ein Jeder zu verhalten.“

In Tit. LXXXIII heißt es:

„Von denen Juden. Wir wöllen auch gehabt haben, das Niemand Gelt von den Juden, sie seyen innen oder außerhalb Unserer Grafschaft entlehnen soll, dann welcher es übertritt, wollen Wir an Leib und Guth straffen. Der auch Bürg für den anderen gegen einen Juden wird, verfällt Straff zehen Pfund Heller.“ Der Fürst hat gewiß seine guten Gründe gehabt, gerade das Geldausnehmen bei den Juden zu untersagen, und die heutigen Zustände in Hohenzollern beweisen den Scharfsinn jenes weitblickenden Fürsten zur Genüge. Ja, wenn jene Landesordnung nicht außer Acht gelassen worden wäre, stände es besser hier zu Lande. Doch, gegenwärtig haben wir ja begründete Aussicht, die Juden los zu werden, zwar nicht, wie wir täglich zu hören kriegen, weil es den Herren Antisemiten so gefällt, sondern weil anderwärts ihren Lebensbedingungen besser gedeiht ist. Ja, ja, die Nomadennatur kommt zur Geltung, — wenn der Wedelplatz kahl und der Baum abgefressen ist, zieht auch die Raupe und der Maikäfer von dannen.

Jüdische Ueberhebung. Im Vereine für jüdische Geschichte zu Altenstein (Opr.) hielt der Litteraturhistoriker Dr. Kohut (Berlin) einen Vortrag über den Berliner Salon in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts, in dem er das Treiben in den „berühmten“ Salons der Henriette Herz, Rachel Lewin, Sarah Lewi und Amalie Beer behandelt. Die „Allensteiner Ztg.“ berichtet über den Vortrag und sagt dann, sie fühle sich gedrungen, an den allzu tendenziösen Ausführungen des Dr. Kohut Kritik zu üben, obwohl sie „durchaus die Großthaten jüdischer Geister rückhaltlos anerkenne“. Das Blatt verwahrt sich gegen Aeußerungen des Dr. Kohut wie: „Berlin verdankt es ausschließlich den Juden, daß aus dem Spree-Babel ein Spree-Athen wurde“, und „daß Goethe heute allseitig als der erste deutsche Dichter anerkannt wird, ist das ausschließliche Verdienst der Rachel Lewin“, die in ihrem Salon den Goethespöttern energisch entgegengetreten sei. Die „Allenst. Ztg.“ bemerkte dazu, den Geist der Zeit in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts hätten wohl mehr die bedeutenden Männer jener Epoche, als die Leute gemacht, die diese Persönlichkeiten bei sich verkehren sahen. Mit solchen Aeußerungen mache Dr. Kohut sich lächerlich und leiste seiner Sache, der Verbündung des Ruhmes des Judentums, den denkbar schlechtesten Dienst. Man müsse sich dagegen wehren, daß deutsche Arbeit und deutscher Geist zu Gunsten irgend eines anderen Volkes hintenangesetzt werden sollen. — Es ist ein hübsches Zeichen der Zeit, daß man auch in den Kreisen, die bisher dem Antisemitismus feindlich gegenüberstanden, anfängt an die Ueberhebung des Judentums zu glauben und an seinen Handlungen Kritik zu üben. Noch besser will uns aber die Bezeichnung der Juden als „anderes Volk“ gefallen. Von dieser Erkenntnis ist es nicht mehr weit bis zur prinzipiellen Judengegnerschaft!

Aber die Wirkung der Bäckereiverordnung schreibt ein Bäckermeister der „Bäcker-Ztg.“: Am 8. Juli 1896 mußte ich die erste Entlassung vornehmen. Die Gesellen hatten sich betrunken und für acht Tage die Kalendertafel durchlocht. Am 1. August 1896 mußte ich den Werkmeister wegen schlechter Ware entlassen; er gestand zu, die Bundesrats-Verordnung öfter übertreten zu haben. Ich erklärte ihm, ich würde dieselbe Arbeit in der Zeit von zwölf Stunden fertig stellen; darauf wurde er sehr aufgebracht und sagte: „Wenn ich nicht mache, daß ich aus der Werkstelle herauskomme, würde er mich rausbringen!“ Ich ließ den Mann durch die Polizei aus meiner Werkstelle bringen. Der Kneter zog sich an und ließ mir den Teig liegen, machte mir dann aber auf vieles Zureden doch die Arbeit fertig. Im Oktober 1896 war polizeiliche Revision. Der Kneter hatte den ganzen Oktober und verschiedene Tage im November durchlocht, womit ich ihm wegen schlechten Brotes Vorhaltungen gemacht hatte. Zum Leutnant sagte er, daß er alle Tage länger arbeiten müsse. Ich wurde angezeigt und bekam ein Strafmandat von zehn Mark, gegen das ich rechterliche Entscheidung beantragte; ich wurde freigesprochen. Ende Februar 1897 wurde ich wieder vom entlassenen Gesellen angezeigt und bekam wieder zehn Mark!

Digitized by Google

Strafe zudiktiert. Ich erhob abermals Widerspruch; am 27. April fand Termin statt, dieser mußte aber vertagt werden, weil ein Zeuge nicht zu finden war. Am 25. Mai war der zweite Termin: ich wurde wieder freigesprochen. Im Juni entließ ich abermals einen Gesellen und wurde wieder angezeigt. Im September entließ ich wieder einen Gesellen, auch dieser zeigte mich an, trotzdem er mir anbot, er möchte länger arbeiten, worauf ich nicht einging; ich hatte ihm streng verboten, die Bundesrats-Verordnung zu übertreten. Jetzt bekam ich ein Strafmandat von zwanzig Mark, trotzdem die Leute nicht länger gearbeitet. Ich erhob natürlich Widerspruch; am 20. November war Termin, die Zeugen waren aber nicht zu finden; der Termin wurde aufgehoben, aber schon am 10. Januar d. J. bekam ich die Zuschickung, die Zeugen seien gefunden und würden an einem anderen Ort kommissarisch vernommen werden; es wurde mir freigestellt, dieser Vernehmung beizuwohnen. Was aus der Geschichte wird, weiß ich nicht; es kommt ganz auf den Eid der Denunzianten an. Nach vorstehender Schilderung bin ich also, so lange die Bundesrats-Verordnung in Kraft ist, noch nicht vom Gericht fortgekommen. Wer entschädigt mich für die Versäumnis! Die Denunzianten bekommen Zeugen-Gebühren, und ich als Unschuldiger habe Geldkosten und muß zufrieden sein, wenn ich ohne Strafe davonkomme. Ich bin es nun schon bald gewöhnt, wenn ich einen Gesellen entlasse, daß ich dann angezeigt werde, und doch behauptet man immer noch: Das gute Verhältnis zwischen Meister und Gesellen ist nicht gestört! Möchte mal doch einer der Herren vom grünen Tisch die Probe darauf machen, aber unter den gleichen Umständen wie hier geschildert!

Wie man in Mecklenburg über die Juden dachte. Die Bürgerschaft der „Borderstadt" Güstrow erklärte im Jahre 1749*) „. . . . . vielmehr gebe die Erfahrung, daß durch den jetzigen Licent modum, die sonst noch wenige Nahrung in den Städten immer mehr und mehr abnehme; indem sich in unterschiedlichen Städten Juden-Familien niederließen, wodurch den angebohrnen Unterthanen gleichsam das wenige Brode von dem Munde weggenommen werde." —

„Am 4. Aug. (1753) erging ein Edict, darinnen den Barbieren und Badern verboten ward, innerliche Curen zu gebrauchen; wobey zugleich denen Wasserträgern und Olitaeten-Krämern, so aus Böhmen und Ungarn häufig herumliefen und viel Geld aus dem Lande schleppten, wie auch diejenigen, so die Arzneyen des Hallischen Waysen-Hauses herumtrugen, der Eintritt im Lande untersaget ward."

„Es waren unterschiedliche Juden privilegiret, sich im Lande aufzuhalten. Hierüber schienen nun schon die Krämer in den Städten mißvergnügt; wurden es aber noch weit mehr, als sich viele andere Juden, die keine Erlaubnis hatten, zu den privilegirten einfanden. Es erging also d. 20. Apr. (1754) ein Befehl an die Commendanten und Befehlshaber, insonderheit an Burgemeister, Gerichte und Rahtt, dahin zu sehen, daß solche eingeschlichene Juden, innerhalb 4 Wochen, sich mit ihren Habseligkeiten aus dem Lande begeben oder widrigenfalls gewärtigen sollten, daß sie mit militärische Macht aus ihren Häusern geworfen und gänzlich ausgetrieben wurden."

„Durch solche Verordnungen (es waren auch gegen Zigeuner und fremde Werber sehr scharfe Verordnungen erlassen) wurden Ritterschaft und Städte nicht wenig von der Landesväterlichen Gesinnung des Hertzogs (Christian Ludewig, mit dem der Landes-Grundgesetzliche Erbvergleich 1755 abgeschlossen wurde) überzeuget." . . . . .

*) Des Alt- und Neuen Mecklenburgs neunzehntes Buch von Mecklenburgs Beruhigung usw. durch David Franck, Güstrow und Leipzig 1757. Gedruckt und zu finden bey Johann Gottlieb Fritze, Herz. mecklenb. Hofbuchdr.

Ein Liste jüdischer Spione. die 1813 in französischen Diensten standen, finden wir in einem früheren Jahrgange der „Neuen Militärischen Blätter". In einem Aufsatze „Aus dem Parole-Buche der Schlesischen Landwehr des Korps von Dobschütz" ist ein Parole-Befehl abgedruckt, der die vaterländische Thätigkeit der Juden zur Zeit der Befreiungskriege hübsch beleuchtet. Er lautet: Nudersdorf, Sonntags, 21. November 1813. Auf Befehl des Herrn General-Major von Dobschütz wird folgendes, ihm von des General-Lieutenant Grafen von Tauentzien Excellenz zugeschicktes namentliches Verzeichnis mehrerer Juden, die sich Frankreich und Westphalen gegen uns als Spione bedient hat, und noch bedienen soll, den Truppen bekannt gemacht, damit auf selbige in den Cantonnirungen und auf den Wachen vigilirt werde. An der Spitze derselben steht:

1. Wertheimer, ein angeblicher Leinwand-Händler, erst etwa 40 Jahre alt, pockennarbig im Gesicht und untersetzter Statur. Er wohnt jetzt in Dresden auf der Schloß-Gasse, und besitzt ein Vermögen von 40 bis 50000 Thalern. Er war früher als geheimer Agent in Magdeburg angestellt, und erhielt dort 80 Thaler monatliches Salarium. Später hat er sich der Annahme anderer Agenten und Spione für die Regierung angenommen, und dabei, so wie durch Decimirung seiner Unter-Agenten, sein großes Vermögen erworben. Vorzüglich ist er an den Narben, die ihm ein 6 Jahre hindurch getragenes Hals-Eisen verursacht hat, sehr kenntlich. Er wird wegen seiner Schlauheit von seinen Untergebenen sehr geehrt. Diese sind:

2. Der Jude Izig, mit dem Beinamen Quitscher aus Wolfenbüttel, jetzt dort wohnhaft, war früherhin Dieb, und hat als solcher 4 Jahre in Leipzig gesessen.

3. Joseph, genannt Weingarten, in Wolfenbüttel ansässig.

4. Teichfischer, Haupt-Agent des Wertheimer, einer der gewandtesten Spitzbuben, und als solcher überall gefürchtet, und bey den Polizei-Behörden bekannt.

5. Neiß, ein Jude aus Wolfenbüttel, mit dem Beinamen Henning Schmul. Sein Vater ist in Wolfenbüttel ansässig, und vor nicht zu langer Zeit wegen Teilnahme an einem Raubmorde in Untersuchung, indeß bei mangelndem Beweise freigesprochen und gegen Caution entlassen.

6. Krause aus Calbe an der Mulde, hat als Dieb vor nicht langer Zeit in Halle im Gefängniß gesessen, und ist jetzt als Spion bey Wertheimer in Dresden. Die Frau desselben hält sich noch jetzt als Spionin zu Halle auf. Der Mann ihrer Schwester wird als Dolmetscher bei den Russen daselbst gebraucht.

7. Probst Victor, in der Juden-Straße zu Dessau bey seiner Schwiegermutter Marcus wohnhaft, an seinen roten Haaren kenntlich. Er wurde von der Polizey in Magdeburg vorzüglich dazu gebraucht, durch Huren, die er besonders dazu annahm, die Stimmung der Westphälischen Soldaten zu ermitteln. Mehrere, die im Frenden-Taumel sich für Preußen erklärten, sind todt geschossen. Ihren Verrath hat dieser Probst Victor besorgt.

8. Eine Agentin des Wertheimer, mit Vornamen Rebecca, ist gegenwärtig in Potsdam. Sie war hier in Berlin und schrieb vor kurzem nach Magdeburg, daß sie nächstens mit Nachrichten dort aufkommen würde, und trug einen ihrer Bekannten auf, dies dem General-Commissair der hohen Polizey zu sagen.

9. Magnus, ein Jude, in Halle wohnhaft, Schwager des sub Nr. 5 gedachten Neiß. Seine Frau reisete als Spionin für die Franzosen, als dieselben in Schlesien standen.

10. Herrmännchen, ein Jude, aus Glogau gebürtig, wo zur Zeit noch seine Eltern wohnen. Er war gewilliget, hierher nach Berlin zu gehen; er trägt ein kleines Stutzbärtchen und wird wahrscheinlich bey dem Gastwirth Baer an der Spandauerstraßen-Ecke wohnen.

Digitized by Google

Ausland.

Nordamerika. Das letzte Jahrbuch der „Amerikanisch-jüdisch-historischen Gesellschaft“ enthält Angaben über das Wachstum und die Verteilung des Judentums in den Vereinigten Staaten. Der erste planmäßige Versuch, die Zahl der Juden in den Vereinigten Staaten festzustellen, wurde im Jahre 1877 gemacht und ergab 189 756 Köpfe. Im Jahre 1880 hatte sich diese Zahl auf 230 257 gesteigert. Die Gesamtbevölkerung der Vereinigten Staaten betrug damals 50 155 783. Seit dem Jahre 1880 sind mehr als 485 000 Juden eingewandert, und gegenwärtig wird ihre Gesamtzahl auf 938 000 veranschlagt, während sich die Gesamtbevölkerung auf 75 Millionen beläuft. Während der letzten 17 Jahre, in denen die Bevölkerung der Vereinigten Staaten sich um die Hälfte vergrößerte, hat sich also die jüdische Bevölkerung verdierfacht. Am wenigsten zahlreich sind die Juden in den Ackerbaustaaten, in den Großstädten dagegen weisen sie erstaunliche Ziffern auf. Demnach besitzen auch die Staaten mit Großstädten die stärkste jüdische Bevölkerung. In erster Linie kommt natürlich New-York mit 350 000 Juden. Dann folgen Pennsylvanien, Illinois und Kalifornien mit je 85 000, Ohio mit 50 000, Maryland mit 35 000, Missouri und New-Jersey mit je 25 000, während Louisiana und Massachusetts nur je 20 000 Juden beherbergen. Von einer Judenfrage ist trotzdem in den Vereinigten Staaten wenig zu spüren, da die Juden es verstanden haben, sich als Deutsche aufzuspielen und alle Korruption, die von ihnen ausgeht, nun den deutschen Elementen in die Schuhe geschoben wird. Leider ist dieses so dumm, den Juden und seinen Junker-Helfershelfern immer noch die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Das haben die letzte Präsidentenwahl und die Bürgermeisterwahl in Groß-New-York gezeigt. Deutsche Stimmen verhalfen hier den Tammanyten zum Siege und jetzt sind 98 v. H. aller Beamtenstellen mit Juden, Amerikanern und Irländern besetzt, während dem lieben Michel 1 v. H. übrig blieb und zwar nicht in einflußreichen Stellen! Den Juden gehört auch eigentlich ganz Nordamerika, sie sind die eigentlichen Urein wohner. Herr Oskar S. Straus, der Präsident der „Amerikanisch-jüdisch-historischen Gesellschaft“ hat dieses hochbedeutsame Faktum ans Tageslicht gebracht. Die Indianer sind demnach nichts weiter als die Nachkommen der beiden verloren gegangenen jüdischen Stämme, sie sind also Juden und deshalb kann Israel, das heute aus den gesegneten Gefilden Galiziens und Polens in New-York einwandert, mit Recht beanspruchen, bei allen Gelegenheiten an erster Stelle berücksichtigt zu werden. Seine „prominente“ Beschiedenheit wird dazu schon das ihrige weiter beitragen!

Mosaik.

Die freisinnige Volkspartei hat sich in Osnabrück eine Versammlung von 150 Personen geleistet, in der der bekannte Judenschützer Herm. Schöler aus Hannover, einen Vortrag gegen alle „Reaktionäre“ hielt. Das ist ja seine „fraktionsmäßige Pflicht“, wie sein Parteigenosse Mundel sich so schön ausdrückt, aber etwas anders ist bei dieser Versammlung manchem Osnabrücker aufgefallen, der die Vergangenheit kennt. Nach dem „Osnabrücker Tagebl.“ wurde am Schluß auf Herrn Schöler von dem Vorsitzenden Dr. Hilkenkamp ein Hoch ausgebracht. Herr Dr. Hilkenkamp ist Bürgervorsteher (Stadtverordneter) und von einem solchen erwarten seine Wähler doch alles andere als eine Verhimmelung eines Mannes wie Schöler. Mit Rücksicht auf das Strafgesetzbuch müssen wir die Veröffentlichung der Zuschriften unterlassen, die wir über diesen Fall aus Osnabrück erhielten und zwar auch von einer Seite, die dem freisinnigen Herrn Dr. Hilkenkamp nahe steht! Wir beschränken uns deshalb nur auf diese wenigen Zeilen.

Die „sichere Lebensstellung der Beamten“ wird von der preußischen Regierung in der Begründung zu einem Gesetzentwurf hervorgehoben, der die Aufhebung der Amtskaution bezweckt. „Die Staatsregierung“, heißt es da, „sei entschlossen, die völlige Aufhebung des Kautionswesens in Vorschlag zu bringen. Es geschieht dies in dem Vertrauen auf die bewährte Pflichttreue der preußischen Beamten und in der Überzeugung, daß diese Pflichttreue, sowie die angesehene sichere Lebensstellung, in der sich die Beamten befinden, und die sie im Falle von Veruntreuungen auf das Spiel setzen, ungleich stärkere Garantien gegen die Gefahr von Defekten bieten, als die Bestellung einer verhältnismäßig geringfügigen Kaution.“ Wir freuen uns aufrichtig, bemerkt die „Kolonialw.-Ztg.“ dazu, über die außerordentliche Erleichterung, die das Gesetz den preußischen Beamten bringen soll, aber wir wünschten wohl, daß die Regierung ihren Beamten auch sonst ihre „angenehme, sichere Lebensstellung“ vor Augen führte, wenn es sich um Gründung von Konsumvereinen usw., wie um ganz erbärmliche Rabattquetschereien bei einzelnen Geschäftsleuten handelt. Die „angenehme, sichere Lebensstellung“ der Beamten ist also keineswegs ein „Schlagwort“ der „Krämer“ mehr, sondern ein von der Regierung selbst bestätigtes Faktum. — Wenn alle Beamten diesen Mahnruf beachten wollten, wäre ein großer Teil der berechtigten Klagen des gewerblichen Mittelstandes verschwunden.

Sozialdemokratisches. Über den Nutzen der Gottlosigkeit hielt ein „Genosse“ mit dem schönen Namen Woldeck Monosse zu Friedrichshagen einen Vortrag. „Religion ist Privatsache“ soll es ja wohl im Programm der Sozialdemokraten heißen? —

Wegen versuchter Nötigung wurde „Genosse“ Maurer Oskar Hein in Berlin zu vierzehn Tagen Gefängnis verurteilt, weil er einen Arbeiter mit Torschlag bedroht hatte, der nicht gleich ihm ausständig werden wollte. —

Die „Genossen“ in Jena wollen nicht dulden, daß in dem freisinnigen „Jenaer Volksblatte“ auch Berichte über andere als ihre Versammlungen abgedruckt werden und drohen deshalb dem Blatte mit Krieg. Das nennt man dann Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit!

Jüdische Sitten. Herr A. Lindenberg von der Firma Gebr. Lindenberg, Putz-, Kurz- und Modewaren en gros zu Osnabrück, richtete am 18. Januar an Herrn Julius Mendel in Gronau (Westfalen) folgende „Mitteilung“:

Ich beabsichtige an einem ähnlichen Platz wie Gronau ein gleiches Geschäft wie es dort ist zu eröffnen und frage an ob Sie geneigt sind, dieses Geschäft zu übernehmen, ein anständiches tüchtiges junges Mädchen mit einer Mitgift von 7000 Mark kann ich Ihnen dann gleichfalls dabei mitliefern.

Geben Sie mir sofort Nachricht

Achtungsvoll

„Ein anständiches Mädchen kann ich Ihnen mitliefern!“ Liegt hierin nicht mehr Agitationsstoff für die Judengegner als in manchen hypothetischen Ausführungen? Für Israel ist alles Ware, mags ein Stück Vand en gros oder ein „anständiches Mädchen“ sein! Wir sind begierig, ob und welche Judenblätter oder welche ihrer freiwilligen und unfreiwilligen Helfer dieses Stück semitischer Sittengeschichte ihren Lesern vortragen werden.

„Auch die Medizin ist in neuerer Zeit konfessionell geworden,“ schreiben die Gelehrten der Anti-Anti-Mittelkungen. Schlimmer, als es mit solchen Redewendungen geschieht, kann die deutsche Sprache nicht leicht vergewaltigt werden. Was die „Mitteilungen“ meinen, kann man erraten oder aus dem Zusammenhang ableiten. Sie wollen sagen: Der Antisemitismus findet unter den Vertretern der Heilkunde mehr und mehr Anhänger. Zum Beweise für den oben wiedergegebenen Satz werden dann Vorgänge aus der „Berliner gynäkologischen Gesellschaft“ mitgeteilt. Dort ist es nämlich vorgekommen, daß zwei Juden, die sich um die Aufnahme in die Gesellschaft bewarben, zurückgewiesen wurden. Der eine von ihnen ist „der Sohn eines sehr hervorragenden jüdischen Medizinalprofessors und Assistent eines Professors für Frauenheilkunde in Berlin“, der andere hatte sich „sogar berechtigten Hoffnungen auf die Protektion des Präsidenten des Vereins, des Professors Klebhausen gemacht“. „Als traurige Thatsache wird dann weiter hervorgehoben, „daß ein jüdischer Arzt (bei der Abstimmung über die Aufnahme) mit dem antisemitischen Schwarm(!) mitlief.“ Das ist ja geradezu schrecklich! Die jüdischen Gynäkologen wollen nun einen eigenen Verein gründen. Die nichtjüdischen Berufsgenossen werden über diese „reinliche Scheidung“ nicht gerade betrübt sein.

Digitized by Google

Zu einer Art russischer Rothschilds wächst sich die Familie Poljakow aus. In ihren Händen befinden sich: sechs Kommerzbanken mit einem Grundkapital von 31 500 000 Rubel, drei Agrarbanken mit einem Grundkapital von 13 250 000 Rubel, eine Versicherungsgesellschaft mit einem Grundkapital von 1 000 000 Rubel, fünf Eisenbahngesellschaften mit einem Grundkapital von 5 462 500 Rubel, eine Dampfschiffahrtsgesellschaft mit einem Grundkapital von 5 000 000 Rubel, vier industrielle Unternehmungen mit einem Grundkapital von 4 500 000 Rubel. Daß sind insgesamt zwanzig Gesellschaften mit einem Grundkapital von mehr als sechzig Millionen Mark. Außerdem ist eins der Mitglieder dieser Familie, Lasar Poljakow, dessen Vater noch vor vierzig Jahren ein einfacher armer Jude war, Besitzer des größten Bankhauses in Rußland.

Ein Mißverständnis. Im D-Zuge nach Frankfurt (Main) sitzen in einem Abteil zweiter Klasse Herr Cohn aus Posen und ein Artillerie-Offizier. Herr Cohn hat vergebens versucht, mit seinem Gegenüber ein Gespräch zu beginnen. Jetzt hält der Zug in Bitterfeld und kurz nachher kommen noch zwei Offiziere mit dem schwarzen Sameltragen in das Abteil. Ehe sie sich setzen, erfolgt die übliche Vorstellung. Cohn, der zu seinem Erstaunen hört: „v. Schwerin, v. Colmar, v. Freyberg", denkt sofort: „Jetzt ists Zeit", springt auf und mauschelt: „Von Posen!"

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. Ein neues Jerusalem? In Posen wird der Geh. Justizrat Orzler, zugleich Vorsteher des Judentempels, nächstens sein 25jähriges Jubiläum als Stadtverordneten-Vorsteher feiern. Außer dem jüdischen Stadtverordneten-Vorsteher hat die Stadt Posen auch einen Bürgermeister (Witting) und einen Polizeipräsidenten (von Hellman) jüdischer Herkunft. In Posen wohnen zwar sehr viele Juden, 1881 waren es 7060, aber die Zahl der Deutschen und Polen zusammengenommen ist immerhin noch neunmal so groß. — Was würde wohl der „alte Fritz" dazu sagen, wenn der heute lebte? —

Das Schächten ist in der Schweiz durch ein Gesetz verboten. Um die in der Schweiz wohnenden Stammesgenossen, die auf den Genuß koscheren Fleisches nicht verzichten wollen, mit solchem zu versorgen, haben die Juden Pfister und Uhlmann aus Zurzach in Badisch-Rheinheim (gegenüber Zurzach) eine große Schächterei eingerichtet. In Deutschland darf natürlich rubig weiter geschächtet werden! —

Vom 1. Januar bis Ende Juni d. J. liefert der Jude Baum das Rindfleisch für die Truppen und das Lazareth zu Wiesbaden; der Wert der Lieferung ist auf etwa 18 000 Mark zu veranschlagen.

Baron Nathaniel Rothschild ist der „Neuen Freien Presse" zufolge vom Kaiser von Oesterreich die Hofjägbarkeit verliehen worden. Zugleich wurde ihm erlaubt, auf seiner Jacht die österreichische Kriegsflagge zu führen, welches Recht sonst nur den Mitgliedern des kaiserlichen Hauses zusteht! —

Der Vorstand des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens wird gebildet durch folgende Personen: Rechtsanwalt Leopold Torn, Prof. Dr. E. Mendel, Kommerzienrat J. M. Friedländer, Privatdozent Dr. M. Mendelsohn, Fabrikbesitzer Dr. J. Ginsberg, Direktor Dr. R. Löwenberg, Oberlehrer Dr. J. Schneider (Berlin), Justizrat Josefsthal (Nürnberg) und Stadtrat F. Pringsheim (Breslau). Es ist nötig, daß diese Namen recht bekannt werden, da die meisten Angehörigen gegen Antisemiten von diesem Verein ausgehen.

Wer hoch hinaus will, braucht gewöhnlich Heiserkeit und Eselsbrücken, und die sind gefährlich.

Der Glaube unserer Väter als Grundlage einer kräftigen vaterländischen Volkserziehung von **Dr. Herm. Hoffmeister.** Statt 5 M für 3 M., so lange der geringe Vorrat reicht.

Herm. Beyer, Leipzig, Königsstr. 27.

Café Merkur
Leipzig
An der Pleisse 8.
300 Zeitungen, Depeschen und Börsenberichte, Bücher-Ausstellungen v. Berlin, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Hamburg-Altona, Halle a. S., Paris, neue Musikalien-Novitäten-Lieferung aller größeren Staaten liegen vor und gelangen zur Ansicht.
Jeden Vormittag Frühstück v. 8. Pastetchen. Nachmittagskaffee.
W. Rühlemann.

Deutsche Schänke von Ad. Klemm
Leipzig, Poststraße 20
empfiehlt kräftigen Mittagstisch und gute Biere.

Deutscher Krug.
Antisemiten-Kneipe, Chemnitz.
Lohgasse 3, Parterre und 1. Etage.
Ausschank:
Böhmisch, Lichtenhainer, Tuchersches Dunkel und Pschorrbräu.
Speisen vorzügl. Flotte Bedienung.
Hochachtungsvoll **Emil Krug.**

Weltruf
haben weltf. Fleischwaaren
feinste weltf. Schinken 0,90 ℳ p. Pfd.
" „Cervelatw. 1,20 " " "
" „Schinkenw. 1,15 " " "
" „Plockw. 1,10 " " "
" „Mettw. 0,90 " " "
(beste Münchnerwg.)
Garantie Zurücknahme
J. Bartschor, Nietberg, Westf.

Bester ein Postpfund 6⁰/₀ Pfund
feine Leber, Rot- und Sülzwurst
zu 7,50 M. franko.
H. Glauner, Fleischermstr.
Papenburg b. Leer (Ostfriesl.).
Ferner:
prima Hammelkeule u Carrés
à Pfund 55 Pf.

Die **Meierei Stuvenborn** bei **Stäteln** i. Holstein empfiehlt
hochfeine holsteinische
Tafelbutter
in Postpfd. täglich frisch.
Die Verwaltung: Reese.

Hauptagenten von deutsch. Veb.-Vers.-Gesellsch. allerorts gsg. hohe Provis. u. Reisesp. gel. Ges. Offrn. Chiffre **F. 100** an die Geschäftsst. d. Bl.

Oculustro
Reinhalter der Kalte Beschlagen des Glases ohne zu putzen
Wer nicht
blind sein will,
wenn er mit der Brille aus der warmen Stube in die kalte Straße tritt
wer Schaufenster
vor dem Beschlagen schützen will,
verbrauche Oculustro.
Oculustro wird mit einem Tropfen auf das Glas, wo dem Beschlagen zu befürchten steht, in ganz geringer Menge verrieben, das Glas bleibt wieder rein. Der Tropfen verdunstet, dadurch wird weder Aufmachen, noch Temperaturwechsel das Glas zu treiben im Stande sein.
Gegen Einsendung von 60 Pf. zu beziehen durch
Herm. Beyer, Leipzig, Königsstr. 27.

Uhren liefert zu äußerst billigen Preisen unter reeller Garantie
Gustav Kaniss
Uhrmacher
LEIPZIG, Tauchaerstr. 6.

Stoffe zu Anzügen PALETOTS etc. versendet
Unerreicht billige Preise!
Beweis: Vergleich mit anderen Collectionen
Reichhaltige Mustersendung unberechnet und portofrei an Jedermann.
in TUCH, Buckskin, Kammgarn, CHEVIOT etc. Meter 2-15 Mark.
Auf Wunsch Lieferung aller erforderlichen Futterstoffe und Zuthaten.
Versand durchaus reell!
Beweis: ca. 6000 Anerkennungsschreiben aus dem Kundenkreise.
CHRISTIAN GÜNTHER
Tuchversandgeschäft
LEIPZIG-PLAGWITZ

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königsstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe in Berlin NW. 5, Stendalerstr. 1.
Druck: G. Reusche, Leipzig.

Digitized by Google

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich Mk. 1.50 bei den Postanstalten (Postzeitungsliste Nr. 1770) und Buchhandlungen. Direkter Streifband Mk. 2.

Herausgegeben von Max Liebermann v. Sonnenberg.

Begründet von Theod. Zrillich.

Anzeigen: die 4-gespaltene Petit-Zeile 25 Pfennige. Verlagsanstalt Hohlgasse Nr. 27, Leipzig.

XIII Jahrgang. | Leipzig, 10. Februar 1898. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Juden-Frage. Otto Glagau. | Nr. 495.

Inhalt: Postreformen. — Die spanische Weinprobe, oder: Bescheidenheit ist eine Zier. — Aufklärung oder Demagogie und Massenverhetzung? — Der Weg zur endgültigen Lösung der Judenfrage. — Der Reichstagsabgeordnete Lenzmann. — Ausland. — Der konservative Parteitag. — Parteinachrichten. — Zirkel im Konflikt mit den Landesgesetzen. — Mosaik.

Postreformen.

Rede des Abg. Liebermann von Sonnenberg in der Reichstagssitzung vom 4. Februar 1898.

M. H., ich will in bescheidenem Umfange von der Gewohnheit dieses Hauses Gebrauch machen, hier, bei dem Titel „Gehalt des Herrn Staatssekretärs“ Wünsche und Bitten aus dem Publikum und aus Beamtenkreisen zur Sprache zu bringen. Ich will dabei, der Mahnung des Herrn Präsidenten folgend, auf die Gehaltsverhältnisse der Beamten im einzelnen nicht eingehen. Auch diesmal sind zum Postetat mehr Petitionen als bei allen anderen Etats eingereicht worden. Diese Fülle von Einzelwünschen ist nicht verursacht durch den gegenwärtigen Herrn Staatssekretär, sondern sie ist wohl auf die früheren Verhältnisse im Reichspostamt zurückzuführen, die ich am Ende der dritten Lesung im vorigen Jahre folgendermaßen kennzeichnete:

> Ich gebe schließlich einer weit im Lande verbreiteten Meinung Ausdruck, wenn ich sage: man hat vielfach den Eindruck, als ob nothwendige und dringende Verbesserungen in unserem Postwesen hinausgehalten werden, um bei einem über lang oder kurz nothwendig werdenden Personalwechsel an der höchsten Stelle der Verwaltung dem neuen Reichspostmeister Gelegenheit zu geben, als Reformator zu glänzen.

M. H., ich glaube, daß ich damals das Richtige getroffen habe, und bin mit vielen Tausenden im Lande sehr erfreut darüber, daß nicht der, auf den jener Passus gemünzt war, sondern ein anderer Mann in der Lage ist, als Reformator aufzutreten und die angehäuften Mißstände zu beseitigen. Daß nicht alles sofort und auf einmal geschehen kann, daß vielmehr Zeit dazu gehört, das hat der Herr Staatssekretär ja sowohl in der Kommission als hier im Plenum zum Ausdruck gebracht, und man muß ihm darin durchaus zustimmen. Wir werden uns freuen und es dankbar begrüßen, wenn von jetzt ab stetig weiter gearbeitet wird an den nöthigen Reformen, und ein historisches Wort in etwas veränderter Form Platz greift: „Wie Neues! von Podbielski.“

Ich hatte nicht geglaubt, daß die mehr oder minder geistreichen Redewendungen, die in der Presse eine Zeitlang gang und gäbe waren, vom Postwesen, Postgeneral usw., jetzt auch in diesem hohen Hause noch wiederholt werden würden, zumal man mittlerweile wohl Gelegenheit genug gehabt hat, zu bemerken, daß die militärische Vergangenheit unseres Herrn Staatssekretärs ihm keineswegs hinderlich gewesen ist, sein neues Amt mit vollem Verständniß zu erfassen. Erkennen die Herren von der freisinnigen Partei nicht den Mangel an Folgerichtigkeit, der darin liegt, wenn ihr Vertreter sagt, „der dampfende Kavalleriestattel sei nicht die geeignete Vorbildung für einen Staatssekretär des Reichspostamts“? Die Herren haben früher dort niemals bemängelt, daß der General von Caprivi Reichskanzler geworden war. — Allerdings war der kein Kavallerist; aber Herr Lenzmann wird wohl die militärische Ausbildung überhaupt, nicht die kavalleristische allein gemeint haben — Ich bin der entgegengesetzten Meinung. Ein Mann, der als höherer Militär ein Menschenalter hindurch von Berufswegen mit Menschen aller Berufsklassen umzugehen und sie nach ihrer Eigenart zu behandeln genöthigt war, hat eine sehr gute Vorbildung für die Verwaltung eines Reichsamts erhalten, dem ein so gewaltiges Personal unterstellt ist. Es ist auch gar nicht richtig, daß die Verwendung hoher Militärs in derartigen Stellen ein Novum ist. Wir haben an der Spitze des Telegraphenwesens in Preußen, ehe dasselbe mit der Post vereinigt wurde, lange Zeit einen General gehabt, der mit großer Auszeichnung dieses Ressort leitete. Außerdem hat unser gegenwärtiger Herr Staatssekretär sowohl als Soldat als auch später als Kaufmann, Gelegenheit gehabt, organisatorische Talente zu beweisen. Er hat den Offizierverein organisiert und, wie Sie wissen, auch die Einkleidung der Schutztruppe so rasch und prompt durchgeführt, daß diese Leistung damals allgemeines Staunen erregte. Ich würde daher auch, entgegengesetzt der Ansicht des Herrn Abg. Lenzmann, einen Offizier, der lange Jahre im Eisenbahn-Regiment Dienst gethan hat, deswegen nicht ungeeignet zum preußischen Eisenbahnminister ansehen. — Auch die besondere Pflege des Gefühls der Kameradschaft in unserem Offizierkorps ist ein sehr gutes Vorbildungsmittel für hochgestellte Beamte. Man hat ein kameradschaftliches Wohlwollen gegenüber den ihm unterstellten Beamten von der ersten Amtshandlung des neuen Herrn Generalpostmeisters verfolgen können bis zur heutigen Sitzung; dieses Verhalten unterscheidet ihn sehr vortheilhaft, ich will nicht sagen von seinem „großen Vorgänger“, wohl aber von dessen rechter Hand. Wegen der heute abgegebenen Erklärung in Bezug auf den Verband der Postassistenten und wegen der in der Presse berichteten Thatsache, daß man der Bildung von Unterbeamtenvereinen seitens der hohen Postbehörde keine Schwierigkeiten in den Weg legen will, kann man die gegenwärtige Reichspostverwaltung nur beglückwünschen. Durch die früher üblichen kleinen Chikanen wurden Märtyrer geschaffen, und wurde in den Kreisen der kleinen Beamten leider der Boden geebnet für sozialdemokratische Bestrebungen. Das wird aufhören, sobald man in wohlwollender und gerechter Weise den Beamten die Rechte nicht verkümmert, die sie als Staatsbürger haben. Es freut mich, daß der Postassistentenverband, für den wir hier so lange gestritten haben, nunmehr in aller Form in seine staatsbürgerlichen Rechte eingesetzt ist, daß man nicht mehr an seiner loyalen Gesinnung zweifelt, sondern einsieht, daß er nur bestrebt ist, die wirthschaftliche Lage seiner Mitglieder zu heben.

Wenn der Herr Staatssekretär gemeint hat, wir leiden in Deutschland in hohem Grade an der Vereinsmeierei, so mag er Recht haben. Richtiger wäre es aber noch gewesen, wenn er gesagt hätte: wir leiden in Deutschland an der Schwindelei im Gewerbeverkehr. Den Beamten- und Offizierverein, an dessen Gründung er selbst hervorragend betheiligt war, rechnet doch der Herr Staatssekretär sicherlich nicht unter die Vereinsmeierei. Derselbe verfolgt aber im wesentlichen dieselben Ziele wie der Offizierverband und der in Bildung begriffene Unterbeamtenverband. Wir haben das kameradschaftliche Wohlwollen des Herrn Staatssekretärs für die Beamten innerhalb seines Ressorts auch aus seinen eben gehörten Ausführungen in diesem Augenblick aber die Sonntagsruhe entnehmen können.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich zu den Ausführungen meines Herrn Vorredners Dr. Lingens eine kleine Bemerkung einschalten. Er spendete dem Großkapitalisten Rothschild ein besonderes Lob dafür, daß dieser am Sabbath keine Postsendungen, sogar keine Depeschen annehme. Dabei hat er aber übersehen, daß darin keine Förderung der Sonntagsruhe für die christlichen Beamten liegt; denn Rothschild will dafür seine Briefe und Depeschen am Sonntag haben und bekommt sie auch. Ich möchte meinen, daß wir im

Digitized by Google

Deutschen Reiche gegen diese Art der Verkümmerung der Sonntagsruhe unserer Briefträger einmal etwas thun könnten. — In großen Städten wie Frankfurt (Main), Hamburg und anderswo, wo die jüdische Bevölkerungszahl reich vertreten ist und überall die Eigenthümlichkeit hat, viel Geldsendungen zu erhalten, können unsere Briefträger oft die Postanweisungen und Geldbriefe am Sonnabend nicht los werden. Es ist unzweifelhaft das gute Recht der Empfänger, wenn sie am Sabbath nicht schreiben wollen; aber ich sehe nicht ein, warum unsere Briefträger, die am anderen Tage, an ihrem christlichen Sonntage, nunmehr die verdienten Sonnabendüberstunden nachholen müssen, dadurch benachtheiligt werden sollen. Wenn da nicht auf andere Weise Abhilfe geschaffen werden kann, möchte ich vorschlagen, daß die Herren Juden auf ihre Sendungen bis Montag warten müssen, oder daß man für die Sonntagsbestellung jüdische Briefträger für jüdisches Geld anstellt.

(Heiterkeit.)

Noch in einer anderen Beziehung, glaube und hoffe ich, wird die militärische Vorbildung unseres Staatssekretärs des Reichspostamts dem deutschen Volke nicht zum Schaden gereichen. Wenn nämlich wieder einmal der Fall eintreten sollte, daß irgend ein ungezogener Ausländer sich an einem deutschen Beamten vergeht, dann wird der Herr Staatssekretär mit militärischer Schneidigkeit eingreifen und für solche Vergehungen in anderen Formen Sühne schaffen, als es leider seitens der vorigen Verwaltung im Falle Balthord geschah.

Das Wohlwollen des Herrn Staatssekretärs gegen seine Beamten ist auch in den Erklärungen zum Ausdruck gekommen, die er in der Kommission bezüglich einer Zulassung der Postassistenten zu höheren Stellen abgegeben hat. Desgleichen, wenn er sich bei besonders verantwortungsvollem Dienste beschäftigte Unterbeamten erhöhte Gehälter in Aussicht gestellt hat. Wenn er ausgesprochen hat, daß er für eine strenge Scheidung der oberen und mittleren Beamtenlaufbahn sei, so hoffe ich, daß die an diese Erklärung im Lande geknüpfte Befürchtung nicht zutrifft, er beabsichtige, die höhere Beamtenkarriere lediglich Juristen zugänglich zu machen. Ich gehe keineswegs so weit, zu behaupten, die Juristen seien unter allen Umständen in den praktischen Verwaltungsfächern nicht brauchbar; aber ein Ueberhandnehmen der Juristen in den meisten Verwaltungsfächern wird überall unangenehm empfunden und beklagt. Ich hoffe, daß man die höhere Postkarriere nicht nur für Juristen vorbehalten will, sondern, vielleicht auch auf Grund der Kenntnis des Herrn Staatssekretärs von der militärischen Ausbildung des Offizierkorps, ähnlich wie für dieses gestalten wird, daß nämlich der Aspirant alle die Dienstzweige praktisch kennen lernt, über deren ordnungsmäßigen Betrieb er später zu wachen hat. Ich könnte kein besonderes Gefühl darin sehen, wenn z. B. — es sei mir der Ausdruck gestattet — der Postanwärter eine Zeitung Briefträgerdienst thun müßte, — es wird ihm in seiner späteren Stellung als höherer Beamter sehr nützlich sein, wenn er aus eigener Wahrnehmung weiß, wie schwer und anstrengend der Dienst der Unterbeamten ist.

Ich glaube also nicht, daß ein Assessorismus, wie man in Zeitungen sagt, bei der Postverwaltung für die Folge zu befürchten ist.

Nun kurz einige Wünsche und Bitten in Bezug auf die Personalverhältnisse der Postbeamten. Da beschweren sich die Oberpostdirektionssekretäre und Postinspektoren über Schädigung durch Einführung des Altersstufensystems im jährlichen Betrage von 550 Mark. Die Festsetzung der Anfangsstufe auf 2400 Mark statt 2100, also auf das Gehalt, womit sie früher anfingen, läge in der Billigkeit, zumal ja oft betont wurde, daß das Altersstufensystem die einzelnen Beamten nicht schädigen sollte.

Aus den Kreisen der Sekretäre liegen Beschwerden vor, die heute zum Theil schon besprochen worden sind. Die verlangte Gleichstellung mit den Gerichtssekretären erscheint als eine durchaus billige Forderung; ich glaube aber, im Rahmen des gegenwärtigen Etats wird die Erfüllung dieser Bitte nicht mehr möglich sein. Die Forderung ist nun so berechtigter, als die Sekretäre sich thatsächlich nicht in einer Durchgangsstellung befinden; nur ein ganz kleiner Prozentsatz erreicht die Stellung der Oberpostsekretäre oder eine ihr gleichwertige oder kommt in höhere Stellen. Ich würde befürworten, den Sekretären, die nicht weiter avancieren können, vielleicht generell das Endeinkommen um 300 Mark zu erhöhen; dieser Vorschlag ist wohl noch nicht gemacht worden.

In der Kategorie der Sekretäre ist noch eine Anzahl von Beamten vorhanden, die in den Jahren 1865 bis 1871 die vorgeschriebenen Prüfungen zu Postassistenten und Postpraktikanten abgelegt haben — diese Titel entsprachen damals der Stellung unserer heutigen Sekretäre. Diese Beamten können trotz 40jähriger Dienstzeit immer noch nicht in Obersekretärstellen aufrücken. Da es sich nur noch um sehr wenige Beamte handelt, wäre es wohl billig und gerecht, diesen Uebelstand zu beseitigen.

Andere Beschwerden betreffen die Stellung der Postverwalter. Mir ist mitgetheilt worden, daß die Postverwalter, die in ihren Heimatsbezirken blieben und daher mit drei Jahren etatsmäßig angestellt wurden, gegenüber den Postverwaltern um zwei Jahre in Vorteil sind, die ihrer Militärpflicht genügen mußten oder aufschalb des Bezirks verwendet wurden. Denn diese kamen dadurch erst nach fünf Jahren zur Anstellung, und vom Tage der Anstellung rechnet das Besoldungsdienstalter. Ich meine, auch hier ist es berechtigt, eine Gleichstellung eintreten zu lassen, zumal jetzt die Anfangsgehälter gleich geworden sind, was bekanntlich früher nicht der Fall war.

Ich komme nun auf die Post- und Telegraphen-Assistenten; diese haben ja, was sie in Bezug auf die Gehaltsverhöhung wünschten, erreicht und können damit vollständig zufrieden sein. Es wäre nunmehr noch in Erwägung zu ziehen, ob man den Zivilanwärtern unter ihnen, wie der Herr Staatssekretär es in Aussicht gestellt hat, die Möglichkeit, das Sekretärexamen abzulegen, geben will. Die Militäranwärter haben die Berechtigung ja schon ohnehin. Damit zugleich könnten auch die Annahmebedingungen für Postgehilfen etwas erhöht werden.

Als eine Härte wird auch der Umstand beklagt, daß die Militärdienstzeit der Beamten, die in ihre Ausbildungszeit fällt, nur mit einem Jahre bei der Anstellung angerechnet wird. Wir haben jetzt doch überhaupt nur noch eine zweijährige Dienstzeit für das ganze Heer. Also möge man ihm doch diese zwei Jahre auch voll anrechnen wie bei den Unterbeamten. Ebenso widerspricht der Umstand, daß das Probejahr bei Festsetzung des Dienstalters der Militäranwärter nicht in Anrechnung kommt, eigentlich den im Jahre 1882 erlassenen Bestimmungen.

Als eine ungerechtfertigte Zurücksetzung sehen es die Maschinisten und Mechaniker an, die im Range der Assistenten stehen, daß sie in Bezug auf ihre Gehaltsverhältnisse schlechter als diese gestellt sind. Sie haben dieselbe Schulbildung wie die Assistenten, ihre technische Fertigkeit muß aber größer sein als die der Telegraphen-Assistenten; trotzdem fangen sie mit einem Gehalt von 1200 Mark an, während das Anfangsgehalt der Assistenten 1500 Mark beträgt. Sie treten außerdem wohl meist erst im höheren Lebensalter in den Dienst ein und werden also auch dadurch bei der Pensionsberechnung geschädigt. Es handelt sich in diesen Fälle nur um 134 Stellen; darum glaube ich, an das Wohlwollen des Herrn Staatssekretärs des Reichspostamts nicht vergeblich zu appellieren, wenn ich bitte, daß er nach dieser Richtung hin eine Abhilfe eintreten lasse.

Die Postschiffsboten, und zwar die Kategorie derselben, die nur gegen Vergütung beschäftigt werden, bedürfen bezüglich ihrer Stellung auch dringend einer Aufbesserung. Man sollte sie vollständig auf den unmittelbaren Staatsfond übernehmen. Infolge der Auszahlung der Vergütung durch die Postamtsvorsteher geht ihnen jeder Anspruch auf Fortbezug des Diensteinkommens im Krankheitsfalle verloren, und sie sind gezwungen, der Postkrankenkasse beizutreten. Außerdem liegt man ihnen Schwierigkeiten in den Weg, wenn sie später dauernd angestellt sein möchten. Sie können nicht an dem Orte angestellt werden, wo sie wohnen, wo sie meistens eine andere Beschäftigung noch betreiben, vielleicht etwas Grundbesitz, ein eigenes Häuschen und dergleichen haben. Wenn sie auf eine Anstellung außerhalb nicht verzichten wollen, müssen sie das verschleudern. Würde man sie in dem Orte selbst anstellen, dann würden damit diese Beamten in jeder Beziehung gestellt sein gegen die Versuche, sie für die Sozialdemokratie zu gewinnen.

Digitized by Google

Die Wünsche der Postunterbeamten und der Landbriefträger im allgemeinen sind niedergelegt in der uns vorliegenden Petition der deutschen Post- und Telegraphen-Unterbeamten um Verbesserung ihrer Lage. Es ist da eine Reihe von Punkten aufgeführt, die vielleicht nicht überall und im vollen Umfange zu befürworten sein dürften; manches daraus verdient aber ganz entschieden Berücksichtigung, z. B. bei Punkt 1 der Forstzoll der Abrechnung des Probejahres, bezw. -Halbjahres. Auch das müßte — mindestens bei den Militäranwärtern — so geregelt werden, wie es die „Grundsätze für die Besetzung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen bei den Reichs- und Staatsbehörden mit Militäranwärtern" vom 10. September 1882 besagen.

Was die Erhöhung des Anfangsgehalts der Landbriefträger auf 800 Mark betrifft, so möchte ich zunächst die Erhöhung des Anfangsgehalts der Landbriefträger auf 800 und des Höchstgehalts auf 1000 Mark befürworten. Es ist ganz gewiß richtig, was der Herr Abg. Lenzmann zuvor sagte, und auch der Herr Staatssekretär erwähnte, daß nämlich die Lebensverhältnisse im Osten und Westen unendlich verschieden sind — —

(Glocke des Präsidenten).

Ich will also, der Mahnung des Herrn Präsidenten folgend, nicht auf die Gehaltsverhältnisse der Landbriefträger eingehen, sondern möchte dem Herrn Abg. Lenzmann nur bemerken, daß wahrscheinlich ab und zu auch ein Dienstmädchen im Hagen einen Landbriefträger für eine „gute Partie" halten würde.

Über die Urlaubsfrage ist heute schon sehr viel gesprochen worden, und zwar in einer Weise, die auch mir vollständig genügt, sowohl was die Anregungen betrifft, als auch was die Antworten von seiten des Herrn Staatssekretärs anbelangt. Ich möchte nur wünschen, daß eine generelle, einheitliche Regelung erfolgt, nicht, wie es bisher noch der Fall ist, daß man die Oberpostdirektion darüber nach eigenem Ermessen verfügen läßt; es muß auch dafür Sorge getragen werden, daß nicht in allzu großem Umfange der Dienst der Beurlaubten durch Überstunden der Kollegen geleistet, sondern daß ausreichende Stellvertreter beschafft werden.

Ein Wort noch über Abänderung bei den Uniformen. Auch hierin, glaube ich, hat unser Herr Staatssekretär ganz besonders die Fähigkeit, das Richtige und Zweckmäßige zu treffen. Daß unsere gegenwärtigen Schalteruniformen recht unpraktisch sind, hat er selber schon zum Ausdruck gebracht: der dicke Tuchrock hindert beim Schreiben, und trägt man ihn offen, so sieht er schlecht aus. Die Formen, die die Achselstücken an diesen Dienströcken beim Arbeiten allmählich annehmen, können als Vorwürfe für Karrikaturenzeichner dienen!

Ich habe mit großer Freude bemerkt, daß steter Tropfen doch den Stein höhlt, und daß man daran gehen will, die von mir so oft angeregte Sommerkleidung für Landbriefträger zu schaffen. Ich kann dem Herrn Staatssekretär aus eigener Wahrnehmung schon heute mitteilen, daß diese Aussicht große Freude bei den Landbriefträgern erregt. Ich habe in verschiedenen Wahlkreisen gerade in der letzten Zeit Gelegenheit gehabt, darüber Freudenbezeugungen zu hören.

Bei dieser Gelegenheit will ich auch einen anderen Wunsch noch wiederholen, nämlich eine Bitte um Einführung von praktischen Wintertdienstmützen für die Landbriefträger, die in Gebirgsgegenden oder im Osten der Monarchie bei großer Kälte ihren Dienst zu thun haben. Ich schlug schon im vorigen Jahre vor, eine solche Dienstmütze nach dem Muster unserer Forstdienstmützen anfertigen zu lassen, vielleicht von blauen Tuch mit rotem Vorstoß, und daran statt des Forstadlers das Posthorn — das würde ganz schmuck aussehen und die Beamten brauchten sich im Winter nicht Shawl oder dergleichen um den Kopf zu wickeln, was sehr wenig dienstmäßig aussieht. Diese Forstdienstmützen sind, bekanntlich so eingerichtet, daß durch einen einfachen Handgriff eine Kapotte daraus gebildet wird, worin für das Gesicht eine Art von Visiereinschnitt sich befindet; die Augen sind außerdem noch durch einen Schirm geschützt. Also auch hierbei hoffe ich, daß sich in Bälde das Wohlwollen des Herrn Staatssekretärs für seine Beamten verwirklichen wird.

Ich komme nun ganz kurz noch auf einige Wünsche allgemeiner Art. Eingehe in der Kommission angekündigten Pläne des Herrn Staatssekretärs begegnen in der Öffentlichkeit geteilten Empfindungen, z. B. die Absicht, noch mehr weibliches Personal im Postdienst anzustellen. Es dürfte vielmehr den allgemeinen Wünschen entsprechen, wenn die Anstellung von weiblichen Gehilfen auf den Fernsprechdienst beschränkt bleibt.

Es ist heute viel über notwendige Abänderungen bei der Packetannahme gesprochen worden. Ich will nicht auf die Einzelheiten nochmals eingehen; manches von dem, was die Herren Abgg. Singer, Lenzmann und Dr. Lingens darüber gesagt haben, kann ich durchaus unterschreiben; ich möchte nur, daß grundsätzlich alles vermieden wird, um den großen Warenhäusern unter Anwendung von Staatsgedanken Vorschub zu leisten, daß sie ihr Versandgeschäft in noch größerem Umfange betreiben können als bisher. Es wird bereits jetzt in den Kreisen des mittleren und kleinen Kaufmannstandes die Konkurrenz der großen Warenhäuser sehr schwer empfunden; man soll sie nicht noch von Staatswegen in irgend einer Weise begünstigen. Wollen die großen Warenhäuser besondere postalische Einrichtungen für sich haben, dann mögen sie dafür zahlen, sehr viel zahlen; sie sind durchaus dazu im Stande, denn sie nehmen sehr viel kleineren Geschäften die Existenzmöglichkeit.

Es ist auch nicht wünschenswert, daß unsere Postverwaltung in einen anderen Konkurrenzkampf mit den Privatbestellanstalten eintrete, als durch Verbilligung des Briefporto's für Berlin und vielleicht auch durch einen billigeren Tarif für Nahbriefe.

Eine alte Bitte unserer Partei ist es, die Verlegung des Postschalterdienstes am Sonntag von Nachmittags 5 bis 6 Uhr auf die Mittagsstunde von 12 bis 1 Uhr aufzuführen zu wollen, zumal in dieser Stunde ohnehin Telegramme angenommen werden. Das liegt sowohl im Interesse der Postbeamten als auch der Landleute, die jetzt, wenn sie zum Gottesdienst in der Stadt gewesen sind, vier Stunden warten müssen, bis sie auf der Post ihre Geschäfte erledigen können.

Sehr wünschenswert und sehr segensreich wäre es, wenn der Staatssekretär an eine gründliche Änderung des Postzeitungstarifs in dem Sinne herangienge, daß die Post bei Beförderung der billigen Tageszeitungen auf ihre Kosten kommt und nicht dabei zuzetzt. Sie müßte dann das System verlassen, die Postgebühren prozentualiter nach den Bezugspreisen zu bemessen.

In Berlin möge man, wenn überhaupt noch eine weitere Ausgestaltung des Rohrpostbetriebes beabsichtigt wird, dies bald thun und die Stadtteile, die an der Peripherie gelegen sind, dabei berücksichtigen; es kommen jetzt große Unzuträglichkeiten vor; z. B. habe ich im vorigen Jahre nachgewiesen, daß einzelne Rohrpostbriefe nach Monaht viel längere Zeit gebraucht haben als gewöhnliche Briefe.

Eine weitere Bitte, die leicht zu berücksichtigen ist, betrifft die Leerung der Bahnhofpostbriefkasten nach Durchfahrt von Zügen mit Post, oder bei Endbohnhöfen nach Ankunft von Zügen mit Post. Jetzt werden sie nur 5 bis 15 Minuten vor Abgang der Postzüge geleert. Infolgedessen kann es sich ereignen, daß Briefe, die von Durchreisenden während des Aufenthalts auf dem Bahnhofe in den Kosten gesteckt werden, sehr große Verspätung bei der Beförderung erleiden. Wenn z. B. von dem betreffenden Bahnhofe erst nach einigen Stunden ein Postzug fortgeht, bleibt der Brief, der vielleicht auf einen anderen Bahnhof hätte überführt werden müssen, oder der in der Stadt noch hätte ausgetragen werden können, im Kasten stecken und erreicht dann viel später seinen Bestimmungsort, als wenn auch die Bahnhofsbriefkästen in regelmäßigen Zeitabschnitten geleert würden. — Mir sind Einzelfälle bekannt, bei denen sich große Unzuträglichkeiten aus so einfandenen Verspätungen ergeben haben.

Es ist allgemein anerkannt worden, daß die Beförderung der Packete in der letzten Weihnachtszeit in Berlin ganz außerordentlich gut funktioniert hat. Nicht dasselbe Lob kann man aber der Briefbestellung in den Neujahrstagen in Berlin spenden. Darüber sind diesmal viele Klagen laut geworden. Schlechter erklären dies Mißglücken aus einer in bester Absicht getroffenen Maßregel, die sich nicht bewährt hat. Man hat die geübtesten Sortierer des hiesigen Briefpostamtes auf die Endstationen der Fernzüge nach Köln, Frankfurt a. M., Dirschau usw. entsendet, um unterwegs die Briefe vorzusortieren. Als Aushilfskräfte für das

Digitized by Google

Briefpostamt hat man Sortierer von den einzelnen Bestellämtern herangezogen. Nun wissen diese Beamten zwar in ihren eigenen Bestellbezirken sehr gut Bescheid; aber sie sind nicht im Stande, so rasch das Sortieren für alle Bezirke von ganz Berlin zu besorgen, wie die darauf seit Jahren eingearbeiteten Beamten des Briefpostamts. Andererseits verlieren die an die Endstationen gesandten Sortierer dort einen Ruhetag, und ihre ganze Arbeitskraft kann nicht ausgenutzt werden. Im polizeilichen Dingen erfahrene Leute meinen, daß es zweckmäßiger sein würde für die Zukunft, die geübten Beamten hier auf dem Briefpostamte zu belassen und ihnen die unsortierten Briefe zu übergeben.

Ich habe nun noch eine Angelegenheit zur Sprache zu bringen. Es handelt sich um die Auslegung einer postalischen Bestimmung seitens einer Oberpostdirektion, die, wie ich glaube nicht richtig ist. Ich muß voranschicken, daß die Postkarte, um die es sich dabei handelt, keineswegs nach meinem Geschmack ist, und daß ich überhaupt kein Freund von einer Agitation bin, die durch Verbindung von Judenkorrikaturen betrieben wird. Die hier in Betracht kommende Karte ist übrigens ziemlich harmlos. Vor einem Hotel in Frankfurt a. M. steht ein Mann jüdischer Abkunft, und der Pförtner weist ihn auf das Wirtshausschild hin, wo geschrieben steht, daß Juden hier der Eintritt verboten sei. Ein kleines Publikum sieht der Szene zu und freut sich. Das Bild ist also ziemlich harmlos. Die Adresse der Karte lautet: „Neu-Jerusalems deutsch-nationalen Handlungsgehilfen, Frankfurt a. M., im judenreinen Gasthofe Kölner Hof". Der Text lautet: „Holter auf im Sturmgebrauch, Heil und Sieg", dann folgen eine Anzahl Unterschriften. Wie gesagt, über den Geschmack will ich nicht streiten. Diese Postkarte ist nun als unzulässig nach Berlin an den Absender zurückgeschickt.

(Sehr richtig! links.)

— Es ist doch fraglich Herr Lenzmann, ob das richtig ist. Ich würde gar nichts dagegen haben, wenn Bestimmungen existierten, auf Grund derer man solche Karten von der Beförderung ausschließen kann. Die Bestimmung aber, die von der Postbehörde angezogen ist, trifft nicht zu, und nur dagegen richtet sich meine Beschwerde. — Die Bestimmung also, auf die sich das Kaiserliche Postamt 1 in Frankfurt a. M. bezieht, indem es auf die Anfrage der Absender antwortet: „Die Karte mußte von der Beförderung ausgeschlossen werden, weil der Inhalt beleidigend ist," ist enthalten in der Postordnung vom 11. Juni 1892 § 14 und lautet:

> Postkarten, aus deren Inhalt die Absicht der Beleidigung oder einer sonst strafbaren Handlung sich ergiebt usw., sind von der Beförderung ausgeschlossen.

Die Absender haben nunmehr die Postkarte in einem Brief an die Adressaten geschickt und angetragt, ob sie sich durch die Karte beleidigt gefühlt haben würden. Das wurde verneint. Darauf wurde Beschwerde beim hiesigen Reichspostamt erhoben und ausgeführt, es sei nicht verständlich, wie man auf Grund des angezogenen Paragraphen die Karte von der Beförderung ausgeschlossen habe. Darauf erfolgte zunächst keine Antwort. Auf erneute Anfrage kam die Antwort: das Postamt 1 in Frankfurt am Main habe ganz richtig verfahren. Ich kann das nicht zugeben. Vielleicht sind andere Bestimmungen vorhanden, aus denen das eingeschlagene Verfahren gerechtfertigt werden kann, — dann werde ich der letzte sein, der darüber Beschwerde erhebt. Aber aus jenem § 14 ist die Ausschließung der Postkarte nicht zu rechtfertigen. Wenn ich in mein Archiv hineingreifen wollte, so wäre ich in der Lage, dem Herrn Staatssekretär des Reichspostamts eine ganze Anzahl von Postkarten zu überreichen, die höchst beleidigenden Inhalt für den Empfänger haben, aber trotzdem befördert und bestellt worden sind. Ich habe die Sache nur hier zur Sprache gebracht, um zu hören, welche Bestimmungen in dieser Hinsicht vorhanden sind, bezw. um eine korrektere Fassung derselben herbeizuführen.

Ich komme zum Schluß. Das Gehalt des Herrn Staatssekretärs steht zur Debatte. Wir werden auch für die vom Zentrum beantragte Streichung von 6000 Mark stimmen. Ich möchte aber entschieden Einspruch dagegen erheben, daß in einzelnen Zeitungen den Befürwortern dieser Streichung, als Beweggrund kleinliche Chikane unterstellt wird. Ich kann auch nicht zugeben, daß alles zutrifft, was der hochverehrte Herr Kollege Dr. von Levetzow hierüber hier zum Ausdruck gebracht hat. Wir geben vollständig zu, daß auf Grund der Anforderungen, die an die Herren Staatssekretäre überhaupt und in Sonderheit an den Herrn Staatssekretär des Reichspostamts gestellt werden, eine solche Gehaltserhöhung durchaus gerechtfertigt erscheint. Es ist nicht die Schuld des Herrn Staatssekretärs, sondern der Staatsregierung, daß sie sich in diese Lage gebracht hat. Sie war auf Grund der Resolutionen des Reichstags im vorigen Jahre in der Lage, die Regelung aller Gehaltserhöhungen gleichzeitig vorzunehmen. Wo ist, man soll nicht den Standpunkt, den der Abgeordnete, den der gebildete Mann einnimmt, als Maßstab an die Empfindungen vieler kleinen Leute im Lande anlegen, die unangenehm dadurch berührt werden, daß nicht gleichzeitig die Großen und die Kleinen bedacht worden sind. Wir wissen so, daß das ein Zufall ist, daß es vielleicht schwierig war, die Vorarbeiten für die Erhöhung so vieler Einzelgehälter schnell fertig zu stellen. Der kleine Mann und besonders der Postunterbeamte, dem sehr viele Zeitungen durch die Hände gehen, in die er hineinsieht, sagt sich aber einfach: so viel tausend Mark soll der Staatssekretär zu seinem hohen Gehalt noch dazu bekommen, und die armen Briefträger sollen nicht einmal eine geringe Aufbesserung erhalten? das ist ungerecht. — Er überlegt sich dabei nicht, daß die Landbriefträger nach vielen Tausenden zählen, daß also eine sehr große Summe für ihre Aufbesserung herauskommt, und daß bei solchen großen Summen auch sorgfältigste gerechnet und kalkuliert werden muß. Der kleine Mann kann die Unterschiede nicht fassen, die hier gemacht werden, und darum hat meine Partei es sich ein für alle Mal zum Grundsatz gemacht, zu sagen wenn die Staatsmittel es erlauben, daß Gehaltserhöhungen eingeführt werden, so soll man von unten anfangen, nicht von oben. Es wäre zur Verhütung von Unzufriedenheit im Lande viel besser, die Herren Staatssekretäre behielten sich noch mit ihrem zu knappen Gehalt einige Zeit, und man gäbe den Landbriefträgern, die es sehr nötig brauchen, die Erhöhung, als umgekehrt. Man deutete eine Zeitung, die „D. Tageszig.", an, und auch der Herr Dr. von Levetzow eignete sich dieses Argument an, es sei nunmehr für den Herrn Staatssekretär nahezu unmöglich, etwa, in einem Nachtragsetat, diese Angelegenheit zu regeln, weil man ihm sonst vorwerfen würde, er hätte das nur gethan, um seine 6000 Mark zu bekommen. Ich glaube doch, daß niemand, der den Herrn Staatssekretär kennt, und überhaupt niemand, der billig denkt, einen solchen Vorwurf gegen ihn erheben wird. Ich glaube vielmehr, man wird mit Rücksicht auf seine militärische Vergangenheit sagen: er hat das Beispiel Alexanders des Großen vor Augen gehabt, der, als man ihm in der Wüste einen Trunk Wassers reichte, das Wasser wegschüttete und sagte: sir einen zu viel und für alle zu wenig. — Darum hoffe ich, daß der Herr Staatssekretär, ebenso wie der deutsche Offizier grundsätzlich erst für seine Leute, dann erst für sich sorgt, das Möglichste thun wird, um unseren Briefträgern auf dem Lande noch in diesem Jahre die Gehaltserhöhung zuzuwenden, die diese treuen, fleißigen und tüchtigen Beamten redlich verdienen.

Die spanische Weinprobe

oder

Bescheidenheit ist eine Zier ...

Gewiß hat noch niemand Veranlassung gehabt, den Juden übergroße Bescheidenheit zum Vorwurf zu machen; dagegen ist die Gelegenheit schon oft dagewesen, daß man sich ihr unziemliches Vordrängen gefallen lassen mußte, ja ihr vorlautes Wesen — wenn wir uns einmal höflich ausdrücken wollen — ist geradezu eine der sprichwörtlich gewordenen Charaktereigenschaften, die die Juden überall verfaßt machen. Allen jemals nach dieser Richtung hervorgetretenen Bethätigungen in Israel ist neuerdings die Krone aufgesetzt worden durch ein Vorkommnis, vor dem selbst Ben Akiba mit seinem geflügelten Worte „Nichts Neues unter der Sonne" beschämt die Segel streichen müßte. — Zu Ehren des zur Abnahme der Abiturientenprüfung in dem Hohenzollernschen Städtchen Hechingen anwesenden Provinzial-

Digitized by Google

schulrats Dr. Deiters gab der Direktor der dortigen Lehranstalt in seiner Wohnung eine Abendtafel. In der ihm nach dieser Richtung eigenen zarten Rücksichtnahme beehrte der Herr Professor auch den jüdischen Elementarlehrer Louis Levi mit einer Einladung, obgleich Levi mit der Schule in weiter keiner Verbindung steht, als daß er den zehn oder elf Judenjungens den sogenannten jüdischen Religionsunterricht erteilt. Jedenfalls war Levi der Ultimus der Tafelgesellschaft. Nun ist aber Levi ein gar viel beschäftigter Mann und treibt, da es ohne Handel und Schacher nun einmal nicht geht, noch allerhand nebenbei; außer dem Vorsängerdienst im Judentempel versieht er noch den Posten eines Vertrauensmannes für ein Berliner Auskunftsbureau. Dann ist er Korrespondent der „Frankfurter Zeitung" des Herrn Löb Sonnemann, als welcher er sich in Sigmaringen bei Hoffestlichkeiten schon wiederholt unangenehm bemerkbar gemacht hat, weiter vertritt er auch eine Versicherungsgesellschaft und macht endlich in spanischen Weinen. Früher war das Arbeitsfeld dieses vielseitigen Herrn noch ausgedehnter, er erteilte nämlich noch an der Hochinger höheren Mädchenschule Unterricht. Eines Tages zog er es jedoch vor, diese Thätigkeit plötzlich einzustellen, ohne eigentliche Gründe in die Öffentlichkeit gelangen zu lassen. Einige Zeitungen haben jedoch unwidersprochen gemeldet, der Rücktritt Levis erinnere an den des bekannten Kuhhirten von Ulm und sei erfolgt wegen seiner „allzu großen Liebe zum weiblichen Geschlecht im Kinderkleid". —

Doch zurück zum Abendessen bei dem Herrn Professor Röhr! Ob nun besagter Levi, getrieben von seinem Handelsstakete, der Ansicht war, seinen spanischen Weinen im Verlauf des Abends neue Absatzquellen erschließen zu können oder ob er nur in Ermangelung anderer Befähigung die allgemeine Aufmerksamkeit auf seine wichtige Persönlichkeit lenken wollte, genug, er verschwand plötzlich von der Tafel. Nach einigen Minuten aber erschien er wieder mit einem Tablett in den Händen, besetzt mit Gläsern voll perlenden Weines — den seine Magd verabredetermaßen inzwischen von Hause gebracht hatte —, präsentierte sie, beim Provinzialschulrat anfangend, den illustren Festgästen mit dem ihm eigentümlichen verständnisinnigen Grinsen, indem er sprach: „Die Herren gestatten wohl, daß ich eine Prob meiner echten spanischen Weine herumreiche." — Lautlose Stille, niemand rührt sich. . . . . Die Hochinger Herren, die im Laufe der Jahre zwar an gar vieles sich gewöhnt hatten, erstarrten förmlich ob einer solch bodenlosen Unverschämtheit und Rücksichtslosigkeit gegenüber dem festgebenden Herrn Direktor. Der Provinzialschulrat, vor dem Levi noch immer mit seiner „Probe" stand, machte der peinlichen Lage aber ein rasches Ende. Er sah den „Kuchkollegen" Levi mit einem Blick unsäglicher Verachtung an und sprach dann kurz und ausdrucksvoll: „Ich denke, ich bin bei Herrn Professor Röhr zu Gaste!"

Tableau!

Aufklärung oder Demagogie und Massenverhetzung?

Im konservativen Verein zu Plauen hat vor einiger Zeit Herr Justizrat Opitz aus Treuen einen Vortrag gehalten, dem wir folgendes entnehmen:

Geradezu grauenhaft sind auf sittlichem Gebiete die Zustände in unserer Reichshauptstadt; denn nicht bloß, daß in weiten Schichten der sog. gebildeten Stände die Gottentfremdung als ein Beweis vorgeschrittener Bildung angesehen wird, sondern man watet dort ganz ungescheut knietief im Schlamme der zügellosesten Unsittlichkeit. Jegliches Schamgefühl ist geschwunden, selbst die sittliche Reaktion gegen diesen Schmutz beginnt sichtlich nachzulassen, ja in der Verblendung wird offen verkündigt, daß die Moralgesetze nur für die Masse da seien, aber der „Gebildete" ihrer enthoben und aller sittlichen Verantwortung ledig sei. Der Geist, der nur Wert hat, wenn er im Dienste der Sittlichkeit steht, wird in Berlin prostituiert, auf der Bühne, in Romanen, auf allen Gebieten der Kunst. Hier haben wir es allerdings mit weit vorgeschrittener Fäulnis zu thun, und gegen diese Entwickelung der Gesellschaft können wir nicht laut genug Verwahrung einlegen und nicht energisch genug der Verseuchung des ganzen Volkes durch die Hauptstadt entgegenarbeiten.

Mit diesen Erscheinungen auf sittlichem Gebiet sind die politischen und sozialen Kämpfe nicht zu verwechseln, deren Gefahren notwendige Folgen und Begleiterscheinungen der Fortschritte sind, die im letzten halben Jahrhundert gemacht worden sind. Sie wurzeln in dem großen, seit Jahrhunderten bei den Kulturvölkern aufgetretenen Zuge nach Hebung der intellektuellen Kräfte des Menschen, der von der Reformation seinen Ausgang nahm, und hauptsächlich durch die stille Geistesarbeit der großen deutschen Philosophen und Dichter des 18. Jahrhunderts mächtig gefördert worden ist, während die „große" französische Revolution nur das allerdings große Verdienst hat, durch die Praxis gezeigt zu haben, daß eine Bewegung der Geister zu Verirrungen und Tollheiten und schließlich zu cäsaristischem Wahnsinn führen muß, wenn sie des sittlichen Untergrundes entbehrt. Deutsche Männer dagegen sprengten die dogmatischen Bande, mit denen frühere Jahrhunderte die intellektuellen Kräfte gefesselt hatten und gaben damit den Anstoß zu einer stärkeren Betonung der Völkerindividualitäten, also den Nationalitätsbestrebungen und auf sozialem Gebiete zu einer stärkeren Betonung der Einzelpersönlichkeit in deren Verhältnis zum Staat und der Wirtschaftsordnung.

Von den Nationalitätsbestrebungen wurden naturgemäß die Völker und Stämme am heftigsten ergriffen, die sich unter dem Lehensstaat am meisten zersplittert hatten, die deutschen und die italienischen. Auch nach der vollzogenen Vereinigung zu einheitlichen Staatengebilden wirken die nationalen Strömungen noch mächtig fort, wie der Antagonismus zwischen Deutschen und Franzosen und die unser Volk erregende Bewegung über den jenseits der schwarzgelben Grenzpfähle tobenden Kampf beweist.

Die stärkere Betonung der Einzelpersönlichkeit äußert sich vor allem in der Pflege des methodischen Denkens, also der wissenschaftlichen Arbeit und namentlich der Naturwissenschaften. Diesem Zuge verdanken wir die großartigen, in kein Geschichte der Menschheit ohnegleichen dastehenden Erfindungen der Neuzeit, die zu einer Beherrschung der Natur geführt haben, welche den Traum der Weltbeherrschung seiner Erfüllung genähert zu haben scheint.

Gegenüber dem Staat hat aber die stärkere Hervorhebung der Individualität zur Befreiung der die Gewerbe und den Verkehr hemmenden gesetzlichen Schranken und damit zu einer wesentlichen Erweiterung des Rechtes und der Machtsphäre des Einzelnen in Staat und Gesellschaft geführt, ohne daß aber auf der anderen Seite die sittlichen Kräfte, die Kant als „regulatorische" bezeichnet hat, in gleichem Maße gesteigert wären. Darauf ist die bekannte Erscheinung zurückzuführen, daß die großen Errungenschaften, die wir den Wissenschaften verdanken, mit einem gewissen Unsegen, ja Fluche behaftet sind. So hat auf der einen Seite die Dampfkraft die Gütererzeugung verhundertfacht, den äußeren Wohlstand der Massen wesentlich gefördert und die heutige Gesellschaft in ihrer Lebenshaltung auf eine Höhe gehoben, wie sie kein früheres Zeitalter auch nur annähernd kannte, andererseits riß sie die Arbeiter von Haus und Familie, häufte sie in Fabriken zusammen und verwandelte ihre Arbeit, die bis dahin der Ausbildung von Körper und Geist gleichmäßig zu statten kam, in eine mechanische; der Arbeiter wurde zur Maschine. Sie hat weiter das Verhältnis der Besitzenden zu den Besitzlosen in unheilvoller Weise umgestaltet, das unnatürliche Wachstum der großen Städte hervorgerufen, welche Gewerbe zermalmt und der Landwirtschaft fast den Untergang gebracht, mit einem Worte die soziale Frage geschaffen, die immer mächtiger und drohender ihr Haupt erhebt und Staat und Gesellschaft mit der größten Revolution bedroht, die die Weltgeschichte jemals gesehen.

Diese mußte kommen, weil Staat und Gesellschaft der schrankenlosen Entfesselung der wirtschaftlichen Kräfte gegenüber ihre regulatorischen Pflichten verabsäumt haben. Die wohlthätige Wirkung der Erfindungen ist an die innere Bedingung geknüpft, daß wir uns in ihrer Benutzung entsprechende Beschränkung auferlegen. Es ist das Verhängnis der heutigen Gesellschaft, daß sie diesen Elementarsatz nicht zu begreifen ver-

Digitized by Google

mag, sondern nur die freie, nach jeder Seite hin ungezügelte Entwickelung der wirtschaftlichen Kräfte als das einzig Richtige anerkennen will und die regulatorischen Pflichten des Staates und der Gesellschaft als naturwidrige, sogar brutale Einschränkung bestreitet. Wie grundsätzlich diese Auffassung ist, und wohin die weitere Entwickelung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse mit Notwendigkeit führen muß, wenn ihr in Zukunft, wie bisher, freier Lauf gelassen wird, zeigen mit erschreckender Deutlichkeit die statistischen Erhebungen im Kgr. Sachsen über das Verhältnis zwischen den selbständigen und unselbständigen Erwerbsthätigen, über das Verhältnis zwischen der Zahl der Besitzenden und Nichtbesitzenden, wie es sich in der Verteilung des Einkommens ausprägt, und endlich über das Verhältnis der in der Hausindustrie und der in den Fabriken Beschäftigten im Zeitraum von 1883 bis 1895. Hiernach ist in diesen dreizehn Jahren der Prozentsatz der selbständigen Erwerbsthätigen in der Industrie von rund 35 auf 74, im Handel von 45 auf 36 v. H. zurückgegangen, das Einkommen der Steuerklassen von 26600 Mk. aufwärts um 234 v. H., der Klassen von 300 bis 950 Mk. dagegen nur um 50 v. H. gestiegen. Die Zahl der Hausindustriellen hat sich um 35 v. H. vermindert, die Gesamtheit der in der Landwirtschaft Beschäftigten ist von 20 auf 15 v. H. gesunken, der im Dienst von Handel und Industrie Stehenden hingegen von 68 auf 72 v. H. gestiegen.

Denken wir uns diese Entwickelung nur noch auf den doppelten Zeitraum der Beobachtungsperiode, also auf 26 Jahre, fortgesetzt, so wird die Zahl der selbständigen Erwerbsthätigen bei der Industrie auf 2 v. H., im Handel auf 18 v. H. gesallen sein, das Kapital wird sich in den Händen von nicht viel mehr als 10 v. H. der Bevölkerung befinden, die Hausindustrie verschwunden sein und die Landwirtschaft kaum 10 v. H. der Erwerbsthätigen beschäftigen. Und das alles nach einem Zeitraum nicht größer, als der ist seit dem französischen Kriege. Wie die Zustände dann sein werden, läßt sich leicht vorstellen: Auf der einen Seite wenige Tausend Besitzer nahezu des ganzen Kapitals, die Beherrscher der gesamten Gütererzeugung, an der anderen Millionen Besitzloser. Jene haben die wirtschaftliche Macht in Händen, diese dagegen ein erdrückendes Übergewicht an Zahl und physischer Gewalt, von der sie nur Gebrauch zu machen brauchen, um Staat und Kapital in die Hände zu bekommen. Dabei würde diese besitzlose Masse durch die Zusammenhäufung der Arbeiterschaft in den Fabriken und Verkehrszentren, durch die Gleichheit der ökonomischen Lage von selbst organisiert und neun Zehntel des Heeres bilden. Wahrlich, nicht Menschen, es müßten Engel sein, die einen solchen Staat auf die Dauer aufrecht erhalten könnten. Die Besitzenden müßten sich jedes Gebrauchs ihrer Güter zu Gunsten der Nichtbesitzenden entäußern, die letzteren sich des Bewußtseins ihrer numerischen und physischen Übermacht entschlagen und alle Gelüste auf den Mitbesitz irdischer Güter selbstlos unterdrücken. Wenn diese Bedingungen erfüllt sind, dann ist ein solcher Staat möglich, dann ist auch der sozialdemokratische Zukunftsstaat kein Ding der Unmöglichkeit. In der That aber kann von alledem, solange die Menschen warmes Blut und damit Wünsche und Leidenschaften haben, nicht die Rede sein, sondern es würde bei sozialen Zuständen, wie sie nach etwa einem Menschenalter sich herausbilden werden, wenn das „freie Spiel der Kräfte“ ungehemmt fortwirken darf, der wildeste Klassenkampf an der Tagesordnung sein, die Revolution die Anarchie wäre in Permanenz erklärt.

Man sieht also, was „das freie Spiel“ der Kräfte für eine Wirkung hat, wenn die regulatorischen Einwirkungen des Staates und der Gesellschaft unterbleiben. Letztere, die heute noch den Massen als verwerflicher Eingriff in die natürliche Entwickelung der wirtschaftlichen Entwickelung gilt und doch lediglich die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts der sozialen Faktoren zum Ziel hat, ist mit nichten ein Eingriff in „natürliche“ Verhältnisse, sondern eine durchaus naturnotwendige und unerläßliche Erfüllung der Voraussetzungen und Vorbedingungen von Staat und Gesellschaft. —

Von Anfang an haben die deutschsozialen Reformer auf alle die Schäden hingewiesen, über die hier der konservative Herr Justizrat gesprochen hat. Schon längst haben wir die Statistik zur Beweisführung herangezogen, und auch die Schlußfolgerungen unserer Streiter waren längst und in keinem schärferen Tone als den des konservativen Herrn ausgesprochen worden. Und wie wurde diese unsere Thätigkeit von den Sobschreibern der konservativen Kgl. „Leipziger Zeitung“ e tutti quanti, die auch „aus der Politik ein Geschäft machen“, genannt? Demagogie und Massenverhetzung!

Der Weg zur endgültigen Lösung der Judenfrage.

Unter allen Plänen, die bisher entworfen sind, um die Judenfrage einer befriedigenden Lösung entgegenzuführen, ist unleugbar der radikalste der, welcher die vollständige Ausscheidung des jüdischen Elementes aus unserem Volksleben ins Auge faßt. So lange es eine Judenfrage giebt, hat es auch nicht an Männern gefehlt, die diese Forderung aufgestellt haben. Wir wollen nur daran erinnern, daß J. G. Fichte schon im Jahre 1793 schrieb: „Um uns vor ihnen (nämlich den Juden) zu schützen, dazu sehe ich kein anderes Mittel, als ihnen ihr gelobtes Land zu erobern und sie alle dahin zu schicken.“ Andere scharfe Denker, die das Wesen des jüdischen Volkes zum Gegenstand ihrer Untersuchung gemacht haben, sind zu demselben Ergebnis gekommen. Wir nennen nur die Namen Wahrmund und Lagarde. Angedeutet, wenn auch nicht direkt ausgesprochen, hat diese Lösung der Judenfrage auch der Basler Professor Dr. Heman, wenn er in einer 1882 erschienenen Schrift klagte über die Kurzsichtigkeit und Niedrigkeit des Denkens bei den modernen Juden, die den Gedanken einer Rückkehr nach Palästina so sehr verabscheuten.

Nun scheu wir neuerdings bei den Juden selbst eine Bewegung um sich greifen, die auf dasselbe Ziel gerichtet ist. Denn nichts weniger bezweckt der sogenannte Zionismus, als die Juden aus aller Herren Ländern zu sammeln und in einem jüdischen Nationalstaate Palästina zusammenzufassen. Nachdem für diese Idee schon seit ungefähr zwei Jahrzehnten in hebräisch geschriebenen Blättern (hauptsächlich Rußlands) geworben war, haben die Zionisten, wie unsern Lesern bekannt ist, Ende August des vorigen Jahres in Basel ihren ersten Weltkongreß abgehalten und sich dort die Anfänge einer Organisation geschaffen. Über ein eigenes Organ verfügten sie schon seit Juni 1897, es ist die in Wien erscheinende „Welt“.

Der oben erwähnte Professor Heman hat dem Basler Kongresse beigewohnt. Die Eindrücke, die er dort gewonnen hat, haben ihn veranlaßt, aufs neue zur Feder zu greifen. In einem jüngst erschienenen Buche*) äußert er sich über die Ziele des Zionismus, führt uns die Männer vor, die an der Spitze der Bewegung stehen, bespricht die von ihnen geschaffene Organisation, erörtert ihre Aussichten und weist auf die Schwierigkeiten hin, die sich ihnen in den Weg stellen.

Die Juden haben bisher noch immer die Taktik verfolgt, schon das bloße Aufwerfen der Judenfrage für die Ausgeburt eines krankhaften Gehirnes oder für ein Staatsverbrechen zu erklären. Der Staat habe die Pflicht, durch seine Organe den Antisemitismus niederzuschlagen. Denn jüdische Unarten gäbe es nicht, die Juden seien mindestens eben so gute Deutsche wie die übrigen Staatsbürger. Die Deutschen sollten sich eigentlich, wie Heman es ausdrückt, „zu ihrer Aequisition gratulieren“. Ganz anders die Zionisten. Sie geben es offen zu, daß die Juden keine Deutschen, Franzosen, Engländer usw. sind, ja, nicht einmal sein können. Sie machen kein Hehl aus ihrer Erkenntnis, daß die heutige Stellung der Juden unter den Völkern eine unnatürliche ist und für beide Teile Mißstände zur Folge hat. Daß die übrigen Völker die ungebetenen Gäste wieder los zu werden suchen, ist ihnen begreiflich. Die Berechtigung der Judenfrage wird von Seiten der Zionisten also durchaus anerkannt.

*) Das Erwachen der jüdischen Nation. Die Weg zur endgültigen Lösung der Judenfrage von F. Heman. Basel 1897. 114 S. Preis 1 M. (Zu beziehen durch den Verlag dieses Blattes oder jede andere Buchhandlung.)

Digitized by Google

Daß die ganze Judenfrage darin ihren Ursprung hat, daß die Juden ein anderes gearteres Volk sind wie wir, davon geht auch Herman aus. Das sollte ja nun eigentlich bei einem deutschen Gelehrten selbstverständlich sein, fühlt es doch jedes Kind, sobald ihm ein Jude gegenüberritt. Aber leider müssen wir damit als mit einer Thatsache rechnen, daß ein mit aller möglichen Gelehrsamkeit angefüllter Kopf für das, was wir gesunden Menschenverstand nennen, meist keinen Raum mehr hat. Ist es anders, so hatten wir mit unserer Anerkennung nicht zurück, so auch hier, wenn Heman S. 21 bezw. 23 schreibt: „Die Juden waren nie und sind nie und werden nie gewillt sein, ihre nationale Sonderexistenz gänzlich und für immer aufzugeben .... Sie suchen ihr Judentum zu vergessen und können's doch nicht, selbst wenn sie Jahr aus Jahr ein keine Synagoge mehr besuchten." An anderer Stelle, wo von den Bemühungen der Juden, sich die Nationalität ihrer Mitbürger anzueignen die Rede ist, heißt es (S. 88): „Aber sie blieben eben doch Juden und alle Anstrengungen, aus ihrer eigenen Haut zu fahren und sich in die anderer Völker zu kleiden, blieben umsonst."

Diesen Ausführungen können wir durchaus zustimmen, ebenso der Folgerung, die sich daraus von selbst ergiebt, daß die Ausscheidung des Judenvolkes aus unserer Mitte der einzige Weg ist, die Judenfrage endgültig aus der Welt zu schaffen.

Die Hoffnungsfreudigkeit, mit der der Basler Professor von dem Zionismus erwartet, daß er diese Lösung der Judenfrage herbeiführen werde, vermögen wir jedoch — leider! — nicht zu teilen. Ein jüdischer Schriftsteller, Dr. Anton Bettelheim, scheint uns das Richtige getroffen zu haben mit seiner Behauptung, einstweilen fehlten nur noch zwei Kleinigkeiten zum Judenstaat, erstens die Juden und zweitens der Staat. Es ist geradezu eine Naivetät von Dr. Heman, wenn er meint, nur „sehr wenige" der in Deutschland lebenden Juden würden, vor die Wahl gestellt, ob sie fortan jüdische oder deutsche Staatsbürger sein wollten, sich für das letztere entscheiden, so daß nur „ein gesunder Prozentsatz" zurückbleiben würde. Nichts ist verkehrter als die Annahme Hemans, in Deutschland gäbe der Widerstand gegen den Zionismus eigentlich nur von den Rabbinern aus. Die Zionisten klagen ja selbst darüber, daß sie mit ihren Ideen nirgends weniger Anklang finden als bei den deutschen Juden. Ihr Organ, die „Welt", schrieb einmal: „Wenn man die Kugeln einer Rechenmaschine mit allen Namen deutschländischer bemuxter Zionisten beschreiben wollte, es würden wahrscheinlich noch etwelche Kugeln unbeschrieben zurückbleiben." Aber nicht nur, daß die deutschen Juden den Zionismus ablehnen, nein, sie bekämpfen dessen Bestrebungen, wo und wie sie nur können. Hetzjuden, Antisemitenknechte, Ultra-Marin-Juden und mehr solche dem (bekanntlich sehr reichhaltigen) jüdischen Schimpfwörter-Lexikon entnommene Titel regnen nur so auf die Häupter der Zionisten hernieder. Und das finden wir vom Standpunkte der deutschen Juden aus auch ganz begreiflich. Denn woran fehlt es ihnen bei uns? Sie werden sich hüten, freiwillig die Fleischtöpfe Germaniens zu verlassen, um dafür eine Zukunft einzutauschen, von der nur das eine feststeht, daß Milch und Honig ihnen nicht fließen wird, selbst wenn sie es an harter Körperarbeit nicht fehlen lassen.

Nach einem uns vorliegenden Berichte hätten allerdings mehr als 50000 Juden dem Basler Kongresse schriftlich ihre Zustimmung zu den zionistischen Zielen ausgesprochen. Aber was beweist das? Wenn diese verhältnismäßig hohe Zahl nicht ein Produkt orientalischer Phantasie ist, dann stammen die Unterschriften eben aus den Gebieten, in denen der Zionismus thatsächlich begeisterte Anhänger gefunden hat, in erster Linie aus Rußland und Galizien. Daß weite Kreise unter den dortigen Juden dem Dr. Herzl, dem Führer der Zionisten, als einem neuen Sernbabel zujubeln, will uns durchaus einleuchten. Denn dort, namentlich in Rußland, sind die Juden so dicht zusammengedrängt, daß die Jagdgründe für sie nicht ausreichen. Sie haben zum großen Teil nichts zu verlieren, ihre Lage könnte sich in dem Judenstaate nur verbessern. Nicht zu unterschätzen ist ferner der Umstand, daß die russischen und galizischen Juden im Gegensatz zu ihren westeuropäischen Stammesgenossen von der modernen Kultur bisher wenig oder gar nicht berührt sind. Sie sind dem orthodoxen Glauben treu geblieben und harren auf die Erfüllung der Weissagungen, die ihnen eine Zurückführung in das Land ihrer Väter verkünden.

Würde die große Masse der Juden dem Zionismus nicht widerstreben, so wäre die andere Schwierigkeit, die Schaffung eines jüdischen Staates, verhältnismäßig leicht zu heben. Wenn es nun einmal Palästina sein soll (früher hatte Dr Herzl Argentinien für seinen Judenstaat ausersehen), uns soll es recht sein! Dabei hätte freilich die türkische Regierung auch ein Wörtchen mitzusprechen, und die sträubt sich schon heute mit aller Macht gegen jede jüdische Einwanderung. Ganz Palästina den Juden einfach zu opfern, dazu dürfte sie vollends keine Neigung verspüren. Aber der „kranke Mann" in Konstantinopel gebraucht viel Geld. Das wissen die Zionisten, und so sammeln sie schon heute an einem 250 Millionen-Fonds. Dem Sultan stellen sie, um bei ihm Entgegenkommen für ihre Pläne zu finden, eine „Regulierung seiner Finanzen" in Aussicht. Das blinkende Gold dürfte sich am Goldenen Horn wohl schließlich mächtiger erweisen als alle Gründe der Vernunft, zumal wenn die europäischen Mächte mit sanftem Drucke etwas nachhelfen. Und daran werden sie es ja, wenn es nötig thut, nicht fehlen lassen. Die Aussicht, die Juden ohne Anwendung von Gewalt los zu werden, würde für sie so verlockend sein, daß sie mit Vergnügen alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel aufbieten würden, um eine Verwirklichung der zionistischen Ideen herbeizuführen. Freilich dürften diese, wenn sich die Regierungen ihretwegen ins Zeug legen sollten, nicht in der Weise abgeblasst werden, wie es in dem Hemanschen Buche geschieht. Wir können im Augenblick nicht feststellen, ob das das Werk des Verfassers ist oder ob der Gedanke von dem Zionisten selbst herrührt, daß bei Errichtung des jüdischen Staates jeder einzelne vor die Wahl gestellt werden solle, ob er seine bisherige Staatsangehörigkeit behalten oder dem neuen Judenstaate angehören wolle. Zur Auswanderung solle niemand gezwungen werden, auch die nicht, die für Palästina „optieren". Diese würden fortan unter dem Schutze der jüdischen Gesandten und Konsuln bei uns dieselbe Stellung einnehmen, wie jeder andere Ausländer. Es ist uns nicht im mindesten unverständlich, daß sich so aus ganz Deutschland keine 1000 Juden in die Bürgerrollen Jerusalems einschreiben lassen würden, und in den übrigen westeuropäischen Staaten ist es genau ebenso. Das wäre aber keine Lösung der Judenfrage, am allerwenigsten eine „endgültige", wie sie der Verfasser im Titel seines Buches verspricht. Wir würden eben unsere Juden behalten und mit ihnen auch die Judenfrage.

Von denen, die für Deutschland „optieren", soll allerdings — so denkt es sich Heman — der Staat verlangen, daß sie „volle und ganze und unbeschnittene Deutsche" werden. Und er ist wirklich, sagen wir wieder, naiv genug anzunehmen, daß sie das können und werden. Er erwartet allen Ernstes, daß sie allmählich das „jüdische Naturell und Temperament, die jüdische Körper-Konstitution und Physiognomie verlieren und vollständig in der deutschen Rasse aufgehen werden". Es nimmt uns Wunder, daß ein Mann diese Möglichkeit ernstlich erörtern kann, der selbst schreibt: „Die Juden waren nie und sind nie und werden nie gewillt sein, ihre nationale Sonderexistenz gänzlich aufzugeben." (Man muß sich freilich gegenwärtig halten, daß Werk des Glaubens ist, es würden nur „sehr wenige" in Deutschland zurückbleiben.) Es ist eben ganz unmöglich, Deutsche aus den Juden zu machen; man müßte ihnen denn, mit Fichte zu reden, die Köpfe abschneiden und andere aufsetzen, in denen keine jüdische Idee mehr steckt.

Doch brechen wir hier ab! Der ganze Zionismus mutet uns vorläufig an wie eine Schilderung aus dem Märchenlande. Alle Bedeutung wollen wir der Bewegung zwar nicht absprechen. Sie wird das Gute haben, daß sie dem Antisemitismus zeigt, was er als Endziel seiner Bestrebungen ins Auge zu fassen hat. Mögen die Dr. Herzl und Nordau nur ruhig weiter daran arbeiten, den Gedanken des Judenstaates populär zu machen. Schon damit, daß dieser Gedanke überhaupt in die Massen kommt, ist viel gewonnen. Keine Regierung wird

Digitized by Google

so thöricht sein, die Zionisten irgendwie in ihrer Agitation zu beschränken.

Zum Schluß noch ein Wort über Hemans Buch! Manches haben wir mit großer Freude gelesen, z. B. den Abschnitt, in dem er die Redensart der Rabbiner von dem hohen Beruf, den Israel unter den Völkern zu erfüllen hat, auf ihren richtigen Wert zurückführt. Andererseits schreibt er aber sehr vieles, was unseren Widerspruch herausfordert. Der Verfasser zeigt, daß er — unbewußt natürlich (daß er das aufrichtige Streben nach Wahrheit hat, wollen wir gern anerkennen) — hinsichtlich der Beurteilung der Juden noch sehr im Banne der sogenannten öffentlichen, aber in Wahrheit von den Juden fabrizierten Meinung steht. Hier einige Beispiele dafür! Die Judenemanzipation gehört ihm „zu den leuchtendsten und edelsten Thaten unseres Jahrthunderts". „Die Juden sind immer friedliche, treue und gehorsame Unterthanen gewesen." Die jüdischen Soldaten stehen ihren nichtjüdischen Kameraden an Mut und Leistungsfähigkeit nicht nach, „das ist eine von allen (!!) Offizieren anerkannte Thatsache". „Unter Christen und Juden giebt es in gleichem Prozentsatze unsolide und unreelle Geschäfte." All das zu widerlegen, verbietet uns die Rücksicht, die wir unseren Lesern schuldig sind. Was sie schon Dutzende von Malen gehört haben, wollen wir ihnen nicht immer wieder aufs neue auftischen. Zu ihrer Erheiterung wollen wir nur noch hinzufügen, daß die Anti-Anti-Mitteilungen Herrn Professor Heman auf Grund des besprochenen Buches den Antisemiten „als tüchtigen Führer" empfehlen! P.

Der Reichstags-Abgeordnete Lenzmann

hat, wie wir nachträglich aus dem amtlichen Stenogramm ersehen, in Bezug auf die Rede des Abgeordneten Istkraut zur sogenannten Lex Heinze vom 19. Januar d. J., die in Nr. 493 der Deutsch-sozialen Blätter abgedruckt war, folgende Äußerung gemacht:

„Der Herr Abg. Istkraut sprach sein Bedauern aus, daß wir seit 1892 bis jetzt nur zweimal Gelegenheit gehabt haben, hier im Plenum des Reichstages derartige Sachen, wie wir sie neulich und heute diskutiert haben, hier zu erörtern. Wenn man die Rede des Herrn Istkraut gehört hat, sollte man sich eigentlich darüber freuen, daß solche Erörterungen nicht häufig vorkommen

(sehr richtig),

und das nicht bedauern; denn sie hat uns bewiesen, daß es schwer ist, bei einer derartigen Materie die Unzucht der Sprache zu vermeiden.

(Sehr gut!)

Das liegt vielleicht nicht an den Rednern, sondern an der Materie; und ich muß gestehen: es ist schwierig, hier in der Öffentlichkeit vor den leider Gottes auch mit einigen Damen besetzten Tribünen so zu verhandeln, wie es seitens des Herrn Abg. Istkraut geschah."

Wer die ganze Unbefangenheit des Herrn Lenzmann, gerade bei dieser Materie sich so zu äußern, ermessen will, der erkundige sich in Hagen i. W. nach dem merkwürdigen Verlauf, den eine von Herrn Lenzmann gegen Herrn Caspar Voormann in Hagen angestrengte gerichtliche Klage im Jahre 1895 nahm. —

Wir aber rufen dem Herrn Lenzmann zu:

„Du überlustiger Gesell" und bitten ihn den Reim dazu in Goethes Faust erster Teil nachzuspüren.

Ausland.

Nordamerika. In der deutschen Presse der Vereinigten Staaten herrscht große Erregung über das demnächst zur Vorlage kommende Einwanderungsgesetz (das aber trotz alledem wohl von der Volksvertretung angenommen werden wird) und der deutsche Michel ergeht sich in den zahlreichen Protest-Versammlungen in fürchterlichen Schimpfereien über diese „brutale, der Freiheit und Humanität in das Gesicht schlagende" Vorlage. — Der deutsche Michel, schreibt dazu das „Luth. Kirchenbl.", läßt sich hier wieder einmal von den schlauen jüdischen Preßpiraten hinters Licht führen bezw. zum Prellbock benutzen, denn in Wirklichkeit ist kein Grund zur Erregung vorhanden. Die deutsche Einwanderung wird von den beschränkenden Bestimmungen des Gesetzes kaum betroffen, da die allzu großen Härten, die die Vorlage enthält, schon bei der Beratung aus dem Gesetz verschwinden werden. Wenn man also mit protestiert, so thut man es nur aus angeborener Protestsucht, oder aus Denkfaulheit, die beide in diesem Falle einmal wieder von den „leitenden Blättern" ausgenützt werden. Das Einwanderungs-Beschränkungs-Gesetz richtet sich, wie klar erkennitlich, gegen das unerwünschte italienische und russisch-jüdische Element (besonders gegen dieses) und gelingt es, eine Beschränkung dieser Einwanderung zu erzielen, so würde das von allen wahren Freunden des Landes mit Genugthuung zu begrüßen sein.

Österreich-Ungarn. Zu Aussig in Böhmen sollte am 31. Januar der Reichstagsabgeordnete Prof. Paul Förster einen Vortrag halten über das Thema „Ärztliche Kunst und Künstelei, Wissenschaft und Aberglaube". Die Bezirkshauptmannschaft untersagte aber den Vortrag, weil Förster Ausländer sei. Zweifellos wäre auch der österreichische Staat aus den Fugen gegangen, wenn der „Ausländer" Förster seinen gefährlichen Vortrag gehalten hätte.

Wilhelm Boetzkes
Rheinisches Tuchhaus, ◆ Düren I, ◆ Bezirk Aachen
versendet zu den billigsten Preisen die bestbekannten, vielfach ausgezeichneten Aachener und Dürener Tuchwaren, sowie andere deutsche und englische Herrenstoffe.

Die neuen Muster		Qual.	Stoff f. Anz. M.
werden sofort, Hals- und Ärmellänge frei,	3 m Cheviot	40	10,80
ausgesucht, damit jedermann sich ohne	3 „ Loden-Chev.	47	„ 12,75
Kosten von der Güte und preiswürdigkeit über-	3 „ Kammgarn	48	„ 13,80
zeuge. Man schreibe eine Postkarte.	3 „ Melton	50	„ 15,50
	bis 12 M. der Meter.		Jedes Maß.

Beim Vergleich beachte man besonders die Qualität.

Uhren liefert zu äußerst billigen Preisen unter reeller Garantie
Gustav Kaniss
Uhrmacher
LEIPZIG, Tauchaerstr. 6.

Kaufen Sie kein Pianino,
wenn Sie sich noch nicht den Katalog von **August Roth Hagen I. Wf.** Königl. Hof-Pianofabrikant, gratis haben kommen lassen.

Billige, dichte **Dächer** ohne Kies und Teer nach **Anderach's Asphalt-Dachpappen** Muster u. Beschreibung gratis und franco
A. Anderach & Sohn, Rhens.
Monopol-Pappe

Hauptagenten von deutsch. Lebens-Versicherungs-Gesellsch. allerorts geg. hohe Provision u. Reisespes. ges. Off. sub. **F. 100** an die Geschäftsst. d. Bl.

Die **Meierei Stenenborn** bei **Süfteld** i. Holstein empfiehlt
hochfeine holsteinische
Tafelbutter
in Postfolis täglich frisch.
Die Verwaltung: Reese.

Liefere ein Postfoli (5½ Pfund)
feine Leber-, Rot- und Sülzwurst
zu 7,50 M. franko.
H. Glauner, Fleischermstr.
Papenburg b. Leer (Ostfriesld.).
Ferner:
prima Hammelkeule n Carrés
à Pfund 55 Pf.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königsstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hegrese in Berlin NW. 5, Stendalerstr. 1.
Druck: G. Reusche, Leipzig.

Digitized by Google

Deutsch-Soziale Blätter.

Herausgegeben von Max Liebermann v. Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Bezugs-Preis: pränumerando vierteljährlich Mk. 1.50 bei den Postanstalten (Postzeitungsliste Nr. 1795) und Buchhandlungen. Unter Streifband Mk. 2.

Anzeigen: die 4-gespaltene Petit-Zeile 25 Pfennige. Beilagegebühr: Königliche Nr. 27, Leipzig.

XIII Jahrgang. Leipzig, 17. Februar 1898. Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Juden-Frage. Otto Glagau. Nr. 496.

Inhalt: Der konservative Parteitag in Dresden. — Das „Prunemoria“ der österreichischen Judenschutztruppe, oder: „Du sollst und mußt lachen“. — Revision des Dualismus? — Die Juden und die christlichen Feiertage. — Fabrik- oder Hausmädchen? — Friedrich der Große und Westpreußen — Historisches bei den „Genossen“. — Gegen jüdische Anmaßung. — Erklärung. — Sprechsaal. — Ansprache des Abg. Liebermann von Sonnenberg auf der Generalversammlung des Bundes der Landwirte. — Parteinachrichten. — Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen. — Modalk.

Über den konservativen Parteitag in Dresden

schrieb die „Vossische Zeitung“:

„Die Verhandlungen haben zu einer Klärung des Verhältnisses weder zu dem Bunde der Landwirte, noch zu den Antisemiten geführt, sondern überall ist ein Rest übrig geblieben, so daß die Rechnung nicht aufgeht.“

Die „Voss. Ztg.“ befindet sich diesmal in der Lage des blinden Huhnes, das manchmal auch ein Korn findet. Jeder aufmerksame Leser der Berichte über die Dresdner Veranstaltung wird ihr durchaus zustimmen müssen. Damit ist aber dem Parteitage das Urteil gesprochen, daß er seinen Zweck vollständig verfehlt hat, denn die Blätter der Herren Mehnert und Limburg hatten eine Auseinandersetzung mit dem Bunde der Landwirte in einer Form angekündigt, als sei Herr von Plötz ein rebellischer Vasall, der zum Gehorsam zurückgebracht werden solle und zwischen der konservativen Partei und den Antisemiten sollte das Tischtuch glatt zerschnitten werden.

Wie recht wir daran thaten, unsere Besprechung der Dresdner Tagung eine Woche zu verschieben, werden unsere Leser aus den Konflikten entnommen haben, die auf Grund widersprechender und ungenauer Zeitungsberichte sich zwischen der konservativen Partei einerseits und dem Bunde der Landwirte und der Zentrumspartei andererseits entspannen. — Die katholische Presse griff in flammendem Zorne den Herrn von Manteuffel an, weil er von einem „sozialdemokratischen Flügel des Zentrums“ gesprochen haben sollte. Der Angegriffene lieg berichtigen, er habe „demokratischer Flügel“ gesagt. Das ist nun wohl nicht ganz zutreffend. Gesagt hat Herr von Manteuffel zweifellos „sozialdemokratisch“, denn die Niederschriften zweier als Ohrenzeugen anwesender Zeitungs-Berichterstatter melden es gleichmäßig, obwohl wegen der persönlichen Feindschaft der beiden Herren eine Vergleichung der Berichte vor Versendung ausgeschlossen ist. Aber gemeint hat Herr von Manteuffel ebenso zweifellos „demokratisch“, denn der Ausdruck „sozialdemokratisch“ in dieser Verbindung ist ein Unsinn.

Die „Korrespondenz des Bundes der Landwirte“ sah sich auf Grund des Berichts der „Kreuzzeitung“ genötigt, der konservativen Parteileitung sehr scharf zu Gemüte zu führen, daß der Bund nicht ihr „Vasall“ sei. Dieser Konflikt wurde beigelegt, indem Herr von Manteuffel aus dem Stenogramm seiner Rede nachwies, daß die „Kreuzzeitung“ seine Auslassungen völlig entstellt wiedergegeben habe. Mit Recht fordert nun aber die Bundeskorrespondenz, daß die „Kreuzzeitung“ sich darüber rechtfertigen solle, wie gerade in ihren Spalten ein solcher falscher Bericht Aufnahme finden konnte. Eine genügende Antwort der „Kreuzzeitung“ ist unseres Wissens nicht erfolgt. Vielleicht will sie den Herrn Redakteur der konservativen „Elbinger Zeitung“ ins Unrecht setzen, der kürzlich geschrieben hat, daß die „Konservative Korrespondenz“ das schlechtst redigierte Blatt Europas“ sei.

Herr von Manteuffel hat sich durch diese unangenehmen Erlebnisse veranlaßt gesehen, seine Rede in Stenogramm drucken zu lassen, so daß wir jetzt wissen, was er gesagt haben will, wofür wir ihn also verantwortlich machen können. Denn „unkorrigiert“ ist das betreffende Stenogramm nicht, obwohl diese Behauptung darüber gedruckt ist. Wir können wenigstens beweisen, daß Weglassungen erfolgt und Änderungen vorgenommen sind. Das thut aber wenig zur Sache. Auch die Auslassungen, zu denen sich der Führer der Konservativen parteiamtlich bekennt, bieten genug Anlaß zu Richtigstellungen und Zurückweisungen.

Herr von Manteuffel hat unsern Rat, den wir ihm in einer der letzten Nummern gaben, sich bei Vorbereitung auf seine Rede einiges von uns über den gegenwärtigen Streit mit den Konservativen zusammengestellte Material anzusehen, nicht befolgt. — Es wäre auch zu viel verlangt, daß er sich für solche Reden vorbereiten sollte, da er doch allein als Landesdirektor mehr als ausreichend zu thun haben würde, wenn ihn daran nicht sein Reichstags-Mandat hinderte, zu dessen Ausübung er wegen der ihm obliegenden Geschäftsleitung der Vereinigung der Steuer- und Wirthschaftsreformer nicht so viel kommt als es der Fall sein würde, wenn nicht das Amt als Vizepräsident des Herrenhauses ihm so viel Zeit auf Kosten der ab und zu tagenden Generalsynode wegnähme, wodurch die parteiamtliche Beanspruchung der „Konservativen Korrespondenz“ eine vollständige Unmöglichkeit wird; denn schließlich muß doch etwas Erholungszeit übrig bleiben, die ohnehin durch unvermeidliche offizielle Diners so geschmälert wird, daß man kaum die notwendigsten Jagden mitmachen kann, zumal wenn der Parteitag in Aussicht steht und man sich dazu auf die Hauptrede präparieren soll. —

Wir wenden uns nun der Rede des Herrn von Manteuffel über die Stellung der konservativen Partei zu den anderen Parteien zu, wie er sie nach dem „unkorrigierten“ Stenogramm gehalten haben will.

Nach einer kurzen Einleitung behandelte er die innige Zusammengehörigkeit der Deutschkonservativen mit den Freikonservativen (die freilich im ganzen Lande stets als Regierungspartei sans phrase gegolten haben). Dann machte er, wohl der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe eine tiefe Verbeugung vor den Nationalliberalen und erklärte sie für kartellfähig. Uns dünkt, „vor Tische las man anders“ (sämtlich in den „Kreuzzeitungen“). Aber im Kasianien-Wäldchen thront einer, der es so will. — Dann wurde das Zentrum kräftig angeeckt und darauf die Sozialdemokratie unter Bezugnahme auf die Ausführungen „des hochverehrten Freundes Dr. Mehnert“ mit kräftigen Worten bekämpft und ihr gegenüber „alle national gesinnten Männer zum Kampfe gegen den gemeinsamen Feind“ aufgerufen. Nun hat aber „der hochverehrte Freund Mehnert“, wie wir es mehrfach auf Grund der amtlichen Statistik in diesem Blatte nachgewiesen haben, im Königreich Sachsen diejenige nationalgesinnte Partei, die nächst der Sozialdemokratie über die meisten Reichstagswahlstimmen verfügt, gewaltsam von dem Bündnisse gegen die Sozialdemokratie ausgeschlossen. Das weiß aber begreiflicherweise Herr von Manteuffel nicht, denn er hat zum Lesen keine Zeit.

Als nächste Partei wurden nun die Freisinnigen als Vorfrucht der Sozialdemokratie mit wuchtigen Redewendungen bekämpft, und dann wollte der Herr Redner mit „wenigen Worten“ auf unsere Partei übergehen. Aber weß das Herz voll ist, davon geht der Mund über. Nach dem „unkorrigierten“ Stenogramm hat Herr von Manteuffel sich mit uns nahezu eben so lange als mit den anderen Parteien zusammengenommen, beschäftigt. — Seine Rede wider die Antisemiten hub also an:

Digitized by Google

Nun, meine Herren, gestatten Sie mir noch, auf die Antisemiten oder die Reformpartei oder welchen Namen sie auch jeweilig trägt, hier mit wenigen Worten einzugehen. Ich habe mich in meiner schon vorhin angeführten Rede vom 19. Novbr. 1896 längere Zeit mit den Antisemiten beschäftigt, und man hat mir vorgeworfen, ich hätte damals den Antisemiten den Fehdehandschuh hingeworfen, ich hätte den Kampf zwischen den Konservativen und den Antisemiten heraufbeschworen. Meine Herren, nichts ist unrichtiger als das. Die konservative Partei ist unausgesetzt von der antisemitischen Partei angegriffen worden.

Sehr wahr! ruft Herr Mehnert. Nein, sehr falsch, Herr Mehnert, und Sie wissen, daß diese Behauptung falsch ist. Sie haben aus geträumter Eitelkeit den Kampf gegen die Antisemiten im Königreich Sachsen seit Jahren in den unwürdigsten Formen geführt und dadurch eine Erbitterung auf der Gegenseite erzeugt, daß auch hier manchmal nicht die wünschenswerten Formen aufrecht erhalten wurden. Von einem solchen Kampfe war im übrigen Deutschland bis zum 16. Novbr. 1896 nichts zu spüren gewesen. Herr von Manteuffel wolle doch einmal ein wenig zurückdenken. Was war geschehen? Im Kreise Halle-Herford war neben dem offiziell anerkannten konservativen Kandidaten ein zweiter konservativer Kandidat aufgetreten. Dieser erhielt allerdings nur wenig über 300 Stimmen, aber das genügte, um eine Stichwahl herbeizuführen, worin der Konservative unterlag. Nun waren auch, ganz ohne Zuthun unserer Parteileitung, dort 300 und einige antisemitische Stimmen abgegeben. Es war aber doch ganz unlogisch, diese und nicht die konservative Absplitterung für den Mißerfolg verantwortlich zu machen. Aber die „Kreuz-Zeitung" that es, und was Herr Löck in der „Kreuz-Zeitung" schreibt, das wird ohne Prüfung nachgebetet. Ferner ging der Kreis Kolberg-Köslin in der Nachwahl den Konservativen verloren. Vielleicht erinnert sich Herr von Manteuffel noch, wie bereitwillig ihm damals, ein jetzt in der konservativen Presse viel geschmähter antisemitischer Abgeordneter, auf Grund guter Information über die Lage in Kolberg-Köslin riet, dort Stöcker aufzustellen. Dann würde Ahlwardt sich nicht einmischen und der Kreis sei gerettet. Ja, lautete die Antwort, Gerlach (Geheimrat von Gerlach war der bisherige Inhaber des für ungültig erklärten Mandates gewesen) sagt, er sei der Einzige, der dort durchkommen könne. — Er wurde aufgestellt, Ahlwardt fiel in den Kreis ein, es kam zu einer Stichwahl, wobei der Konservative seinem freisinnigen Gegner weit vor war. Aber da Herr v. Gerlach statt die Stichwahl-Agitation zu überwachen, es vorzog, die Einweihungsfeier des Nordostseekanals mitzumachen, gelang es den Freisinnigen, mit Hülfe eines Teiles der Ahlwardtianer und vieler herangeholter Reserven zu siegen.

Und dann kam die Nachwahl im Kreise Ruppin. Dabei wolle sich Herr von Manteuffel erinnern, daß Ruppin in freisinnigen Händen war, von unserer Partei also billigerweise nicht verlangt werden konnte, auf eine eigene Kandidatur zu verzichten. Bei der Stichwahl erließ unsere Parteileitung einen Aufruf für den Konservativen. Er sei trotzdem, weil seine Parteigenossen es nicht verstanden hatten, Reserven heranzuziehen, und weil ein Teil der von uns den Freisinnigen im ersten Wahlgange abgenommenen Stimmen zu ihrer alten Partei zurückschwenkten, was jeder versständige Mensch begreiflich finden muß. Bei jener Gelegenheit beschuldigte die „Kreuz-Zeitung" unsere Parteileitung des Doppelspieles, und als später durch Gerichtsverhandlungen nachgewiesen wurde, daß ein freisinniger Drucker den Namen unserer Partei zu einem Wahlmanöver gemißbraucht hatte, sand jenes Blatt nicht einmal Veranlassung sich zu entschuldigen. Und noch ein bezeichnender Vorfall sei erwähnt. Im Kreise Löwenberg stand Nachwahl bevor, weil der bisherige Abgeordnete von Hollenser ins Ministerium berufen war. Die dortigen Antisemiten fragten bei dem Abgeordneten von Liebermann, ob sie mit einer Versuchslandidatur vorgehen sollten. Dieser riet ab. Der konservative Kandidat Graf Nostitz werde gewiß bereit sein, befriedigende Erklärungen in der Judenfrage abzugeben. Um eine solche Einigung herbeizuführen, schrieb der Abg. v. Liebermann an Herrn von Hollenser. Dieser dankte in einem überaus höflichen Briefe — — und schalt dann in der Wandelhalle des Reichstages öffentlich laut auf die Antisemiten. „Er würde sich gegebenenfalls mit den Freisinnigen gegen die Antisemiten verbünden", betonte mit Nachdruck der Herr Geheimrat. — Der Wahlkreis ging natürlich auch verloren, obwohl die Antisemiten nicht auftraten. — Weiß Herr von Manteuffel von alledem gar nichts mehr und wo hat denn die antisemitische Partei die konservative unausgesetzt angegriffen? U. A. w. g.

Der Parteichef fuhr dann weiter fort:

„Nur in konservative Wahlkreise sind zunächst die Antisemiten, die sich als unsere Freunde ausgaben, eingedrungen, allerdings unter der Vorspiegelung, daß die Konservativen rein gouvernementel seien und daß sie das Vertrauen der Wähler nicht verdienten. Aber, meine Herren, nur in konservative Kreise ist zunächst der Einbruch erfolgt."

Aber Herr Baron, welche Unkenntnis der thatsächlichen Verhältnisse! Sechs Wahlkreise des zunächst noch nicht großen antisemitischen Besitzstandes sind den Freisinnigen und den Nationalliberalen abgenommen, und zwar die Kreise Eschwege, Rinteln, Waldeck, Alsfeld, Gießen, Bensheim. Da darf man doch nicht behaupten, daß die Antisemiten nur in konservative Kreise eingebrochen seien.

Herr von Manteuffel sagte weiter:

„Und doch ist die konservative Partei diejenige gewesen, die zunächst den berechtigten Antisemitismus anerkannt und in ihr Programm die betreffenden Bestimmungen aufgenommen hat. Diese Bestimmungen hält heute die konservative Partei noch fest, wie sie sest auf dem Boden des Tivoli-Programms steht, und sie steht heute noch meiner Ansschauung als einzige wirklich antisemitische Partei, do, denn die Reformparteiler und Radauantisemiten, deren es eine ganze Menge giebt, haben den antisemitischen Boden längst verlassen und sind antikonservativ geworden.

Ja, in ihr Programm aufgenommen hat die konservative Partei einige antisemitische Forderungen, aber was hat sie als starke, einflußreiche Partei gethan, um jene Forderungen zu verwirklichen? Das Tivoli-Programm verlangt z. B. christliche Obrigkeit, christliche Jugenderziehung. Warum haben wir denn noch keinen konservativen Antrag auf Ausschluß der Juden von Richter- und Lehrämtern zu verhandeln gehabt? Wir danken für diese „einzige antisemitische Partei", die immer noch fest auf dem Boden des Tivoli-Programms steht, aber keinen Schritt zur Durchführung desselben thut.

Daß es eine ganze Menge Antisemiten giebt, ist zutreffend. 267000 Wahlstimmen verzeichnet die amtliche Wahlstatistik für 1893; darin sind noch nicht die, schlecht gerechnet, 100000 antisemitischen Stimmen enthalten, die bei jener Wahl im ersten Gange zur Unterstützung hocrefreundlicher Kandidaten abgegeben wurden und also in der Statistik anderen Parteien zugerechnet sind. Außerdem kommen dazu noch die zahlreichen neugewonnenen Stimmen bei den Nachwahlen. Unter diesen Hunderttausenden finden sich auch eine Anzahl sogenannte Radau-Antisemiten, für deren Züchtung bekanntlich der konservative Freiherr von Langen sehr erhebliche Summen, wie er wenigstens behauptet, verwendet hat. — Über das Späßchen, daß die Antisemiten den antisemitischen Boden verlassen hätten, verlohnt es sich nicht, ein Wort zu verlieren, aber „antikonservativ" sind wir allerdings geworden, wenn unter „konservativ" das Treiben der gegenwärtigen konservativen Fraktion im Reichstage verstanden wird. Dabei stehen aber wenigstens $^9/_{10}$ unserer Parteigenossen auf dem Boden christlich-konservativer Weltanschauung. Der Herr Redner sprach dann den höchst bezeichnenden Satz aus:

„Meine Herren, diese antisemitische Partei wird uns bei den Wahlen wahrscheinlich wenig nützen."

Ja, das ist doch auch nicht der Zweck unserer Partei! Zunächst wollen wir uns selbst nützen, uns selbst stark und fähig machen u. A. auch die liegengebliebenen Aufgaben einer wirklich konservativen Partei durchzuführen. Wenn aber Herr von Manteuffel die Befürchtung aussprach, wir würden einen starken Hang zu Freisinn oder Sozialdemokratie bei Stichwahlen bekunden, so täuscht er sich. Was wir in einem Wahlkreise an organisierten antisemitischen Wählern besitzen und was wir im ersten Wahlgange der konservativen Partei abnehmen, führen

Digitized by Google

wir ihr in einer Stichwahl, bei der wir nicht beteiligt sind, wieder zu. Daß wir ein Gleiches nicht für die etwa von Freisinn oder Sozialdemokratie gewonnenen Stimmen versprechen können, erklärt sich aus wahlpsychologischen Gründen, für die in der konservativen Parteileitung vielleicht deswegen so wenig Verständnis vorhanden ist, weil die konservative Partei jede Werbekraft bei Angehörigen anderer Parteien verloren hat. — Es ist also ganz richtig, wenn Herr von Manteuffel sagte:

„Also, meine Herren, auf diese Gefolgschaft werden wir schwerlich zu rechnen haben."

Die Erkenntnis, daß wir eine selbständige Partei und keine „Gefolgschaft" der Konservativen sind, kommt den Herren nur etwas zu spät, um ihnen noch erheblich zu nützen.

Weniger erwandsfrei ist folgender Satz:

„Ich fürchte aber auch die Gegnerschaft der Antisemiten nicht, denn ich glaube schwerlich, daß die Antisemiten und Reformparteien Wahlsitze aus eigener Kraft werden erringen können."

Aus wessen Kraft haben wir denn unsere bisherigen Wahlsitze errungen oder behauptet? Hat uns etwa der Bund der Landwirte oder haben uns die Konservativen dazu verholfen? Daß in 4 Stichwahlen im Königreich Sachsen konservative Stimmen für unsere Kandidaten gegen Sozialdemokraten den Ausschlag gegeben haben, ist richtig; dafür sitzen aber auf der rechten Seite des Hauses 18 Abgeordnete, die unserer Unterstützung ihr Mandat verdanken, wie wir unter Nennung der Namen bewiesen haben.

Was Herr von Manteuffel über die Stellung des Bundes der Landwirte zu den Antisemiten gesagt haben will, und was Herr v. Plötz ihm darauf erwidert hat, ist wichtig genug, ausführlich abgedruckt zu werden. Wir versparen uns das aus Mangel an Raum für die nächste Nummer.

Das „Promemoria" der österreichischen Judenschutztruppe oder: „Du sollst und mußt lachen".

(Eine Posse von Arthur Gundaccer Freiherr von Suttner, Vorsitzenden des „Vereins zur Abwehr des Antisemitismus".)

Vor etlichen Jahren, als die „scheußliche Hydra des Antisemitismus ihren pestilenzialischen Atem über Österreich ausshauchte", lamen in Wien einige Männer, an deren Spitze Baron Suttner stand, auf den drolligen Einfall, einen „Verein zur Abwehr des Antisemitismus" zu gründen. Er sollte alle „besseren Elemente" zum Angriff gegen die „gefährliche Partei der Verhetzung" sammeln. Allein Baron Suttner hatte mit dieser seiner Idee sehr wenig Glück. Die Juden, die sich offenbar selbst nicht zu den „besseren Elementen" zählten, gaben „plötzlich die sonderbare Parole aus, der Verein zur Abwehr des Antisemitismus müsse judenrein bleiben", ein Ausspruch, der, wie Baron Suttner wenigstens behauptet, „einem strammen Antisemiten alle Ehre machen würde". Die Nichtjuden aber hielten sich von dem neuen Vereine selbstverständlich fern, und so liegt es auf der Hand, daß die Sache mit dem „Antisemiten-Töten" nicht recht vom Flecke kam.

Dies schien die Juden sehr erbittert gemacht zu haben, denn sie machten dem neuen Vereine den Vorwurf, daß er „ein stillbescheidenes Dasein führe, während die antisemitische Bewegung immer größere Dimensionen annehme". Einen solchen Vorwurf konnten sich natürlich die Herren von der Judenschutztruppe nicht so ruhig gefallen lassen. In einer, „Promemoria" überschriebenen, Flugschrift unternahm es Baron Suttner deshalb, diesen schwerwiegenden Vorwurf des „Führens eines stillbescheidenen Daseins" durch die Erstattung eines Thätigkeitsberichtes zurückzuweisen.

Das „Promemoria" ist nun in allen seinen Teilen so voll von tollen Einfällen, daß der Leser unwillkürlich die launigste Forchungszeitung vor sich zu haben glaubt. Zur Belustigung unserer Leser, schreibt der in Prag erscheinende „Deutsche Volksbote", wollen wir im nachfolgenden auf dieses drollige „Promemoria" in Kürze eingehen.

„Schon bei der Gründung des Abwehrvereines," sagt Baron Suttner, „war das Ergebnis ein so trauriges und entmutigendes, daß aller Grund vorhanden gewesen wäre, es bei der Probe zu belassen und alle weiteren Versuche aufzugeben". Der Vorstand aber beschloß trotzdem, „in den ihm gezogenen sehr engen Schranken seine Kräfte für die gute Sache einzusetzen". Allein, die Juden gaben sich mit der „Beschränktheit" des Vorstandes nicht zufrieden, sie wollten vielmehr möglichst rasch „gesittete Zustände" an die Stelle „brutaler Vergewaltigung" setzen. Dieser Wunsch der Juden war natürlich für Herrn Suttner und die Seinen Befehl. Die Herren unternahmen daher den „nächsten Schritt", sie veranstalteten eine Protestversammlung. Nach derselben war es ihm aber „nicht erinnerlich, von wohlmeinender Seite auch nur ein Wort der Zustimmung und Ermutigung erhalten zu haben". Das war bitter und um so schmerzlicher, als auch der zweitnächste Schritt, „eine Audienz bei den Ministern" ebensowenig Erfolg hatte, ja sich sogar zu einem „Triumphe für den Antisemitismus" gestaltete. Das lähmte selbst die Kraft des Herrn von Suttner und der Seinen und „benahm ihnen die Zuversicht, noch irgend etwas leisten zu können". Die Vereinsleitung beschloß daher, „ihre Aktion nach außen einzuschränken". Auch die Agitationsreisen, die die Vereinssekretär Amter unternahm, „um neue Anhänger zu gewinnen", hatten keinen Erfolg.

Endlich sollte eine „größere Aktion" aufgenommen werden, es sollte nämlich „die Klasse der Kleingewerbtreibenden" gewonnen werden, aber auch dieser letzte Schritt, so jammert Herr Suttner, mußte „infolge der totalen Teilnahmlosigkeit der berufenen Faktoren (der Kleingewerbtreibenden nämlich) unterbleiben" und so ging auch dieses Projekt in die Brüche.

„Dies in kurzen Zügen," so heißt es in dem „Promemoria" weiter, „die Darstellung unserer Thätigkeit, die trotz der großen Teilnahmslosigkeit und Indolenz immerhin eine ganz ansehnliche Bilanz zu Gunsten unseres Vereines ausweist". (Das muß man den Herren lassen, bescheiden sind sie.)

Mit bitteren Klagen schließt der Thätigkeitsbericht. Die Juden haben für den Verein „so gut wie nichts" geleistet, die mehr oder weniger pünktlich gezahlten Beiträge reichen knapp zur Bestreitung der notwendigen Auslagen hin, das „Freie Blatt" mußte, da es keine Leser fand, aufhören zu erscheinen usw., und darum muß sich der Verein notgedrungen auch weiterhin darauf beschränken, „in sehr bescheidenen Grenzen zu wirken".

Die Posse ist zu Ende. .... Uns beseelt wohl nur der eine Wunsch: Möge der Wiener „Verein zur Abwehr des Antisemitismus" recht recht lange gleich Erspießliches für die Juden leisten, möge er insbesondere aber noch recht oft ähnliche „Promemoria" über seine „Thätigkeit" erscheinen lassen.

Revision des Dualismus?

Unter der Überschrift „Vornehme Banditen" schrieb die Pester Zeitung (liberal) „Szabadság" u. a.: „Wir beschäftigen uns nicht gern mit solchen Vorfällen wie die Erpressungen der Levai (Levi) und Genossen; da sie sich jedoch in letzter Zeit so gehäuft haben, müssen wir uns betroffen fragen: Ist das die Grundlage unseres gesellschaftlichen Lebens? Ein schmutziger Sumpf, wimmelnd von allerlei faulem, gierigem Gewürm?" — Schließlich fordert das Blatt mit solchem Nachdruck eine gründliche Änderung der „ungesunden Verhältnisse", daß man glauben sollte, es wäre ihm ernst damit.

Und doch preist der „Szabadság" ebenso wie seine liberalen Kollegen den „großen" Banffy als den Inbegriff aller Regierungs-Weisheit. Denselben Banffy, der als Ministerpräsident seinen Obergespan in Preßburg in Schutz nehmen ließ, trotzdem man ihn im Landtage anklagte, sich sein Vermögen erschwindelt

Digitized by Google

zu haben. In jedem gesitteten Staate wäre nach einem solchen Vorfalle eine Verleumdungsklage oder mindestens amtliche Klarstellung unvermeidlich, in Pest dagegen wird die gegen Pulszky wegen Unterschlagung von 56000 Gulden (bei Kunsteinkäufen in Venedig) erhobene Anklage als „jeder Begründung entbehrend" endgiltig zurückgewiesen. Und doch war die Unterschlagung im vorigen Frühjahre so klar, daß der Bruder des Übeltäters den Betrag sofort ersetzte, während der Schwindler von einem Irrenarzt zum anderen und endlich zum obersten Gesundheitsrat geschickt wurde, dessen angesehenste Mitglieder ihn jedoch als geistig gesund erklärten. Dafür verloren sie dann ihre Stellen, und jetzt, nach Verlauf eines Jahres, hält die Regierung die Zeit für gekommen, ihrem Mohren weiß zu waschen. Höhnisch schlägt der liberale „Magyarorszag" deshalb vor, zunächst den Minister, der Pulszky anklagte, wegen Verleumdung zu belangen, sodann Pulszky wegen seiner „Verdienste" um die Kunst 100000 fl. zu überreichen, ihn in Amt und Würden wieder einzusetzen und endlich ihm den vom Staate durch seinen Bruder ersetzten Betrag nebst Zinseszins zurückzuerstatten. —

Gleichzeitig mit dem armen Pulszky wurde in Pest ein Ministerialsekretär angeklagt, jahrelang Gesetzbücher zu seinem Vorteil verkauft und so den Staat geschädigt zu haben. Da dabei nichts zu retten war, bekam er vier Jahre. Auf gleiche Weise wurde die Stadt Szegedin durch ihren Kämmerer und einen ihm verbündeten Drucker empfindlich benachteiligt. In H. Vaschartheily erschossen sich der Polizeirat Poka und einer seiner Untergebenen, nachdem sie jahrelang Unterschlagungen verübt hatten, während der Richter Gallovich mit der Mitgift seiner ihm eben angetrauten Frau durchging. Lauter hochgestellte Leute mit mehr als ausreichendem Einkommen, denen niemand etwas Unrechtes zutraute.

Wo sich so viel Schmutz in wenigen Tagen anhäuft, da müssen allerdings die Verhältnisse sehr ungesund sein.

Und diese großen und kleinen Diebe — „Magyarorszag" sagt ganz richtig: Wer Banffy unterstützt oder ihn auch nur ernst nimmt, der ist sein Mitschuldiger, Hehler — sammern in allen Tonarten über Sittenverfall, wenn jetzt das durch die Hungersnot zum Äußersten gebrachte Volk, von dessen Schweiße sie sich gemästet haben, sich wider sie kehrt, von den „Herren" und ihrem „Vaterlande" nichts mehr wissen will und das Brot nimmt, wo es zu bekommen ist. Selbst in dem gesegneten Banate ringen 20000 Menschen mit dem Hungertode; staatlich ist zu ihrer Verpflegung allerdings für den Kopf 6 Kr. (10 Pf.) ausgeworfen, man kann sich aber denken, was da übrig bleibt, nachdem die jüdischen Lieferanten das biechen Fett bei der Lieferung abgeschöpft haben werden.

Die Regierung rühmt sich, fünf Millionen Steuern erlassen zu haben, aber wir meinen doch, wo nichts ist, hat auch der Kaiser sein Recht verloren! Wo auch nur etwas zu holen ist, nimmt es der Steuereinnehmer, und wenn die Armen sich die letzte Metze Korn nicht nehmen lassen wollen, werden sie von den Landjägern einfach niedergeschossen. So ging es jüngst in Bogomir, so ging es den Bergleuten in Anina, denen die Südungarische Berggesellschaft erst nach vierzigjährigem statt wie bisher nach dreißigjährigem Dienste ein Ruhegehalt zubilligen wollte. Da aber ein Bergmann selten älter wird als sechzig Jahre, forderten sie Aufhebung dieser Bestimmung, wobei einige Dutzend erschossen und die übrigen wegen Aufruhrs zu langwieriger Haft verurteilt wurden.

Selbstverständlich wird dadurch die Stimmung der Leute nicht verbessert, und obwohl die Frühjahrsarbeit Anfang März beginnt, hat sich noch kein Feldarbeiter dingen lassen, so daß die Grundbesitzer nicht wissen, was sie anfangen sollen. Unter dem Eindrucke der sozialistischen Kundgebungen sind dem Gesetze über die Feldarbeiter in zweiter Lesung zwar noch einige der schärfsten Spitzen genommen; es sind aber immer noch genug dageblieben, so daß die Führer der Roten leichte Arbeit haben, um die Leute vom Vertragsschließen abzuhalten. Die Vertreter der Landwirte und die Regierungsorgane der gefährdeten Gespanschaften beraten inzwischen, was das Zeug halten will, jedoch ohne jeden praktischen Erfolg. Dagegen haben sie in Pest eine Verbrauchs- und Verwertungsgesellschaft „Ameise" gegründet, um von den jüdischen Zwischenhändlern loszukommen, während die Siebenbürger sich jetzt bemühen, eine landwirtschaftliche Bank ins Leben zu rufen, um den Kornwucher zu verhindern. Im Landtage berechnete der Abg Motschy die Belastung des Grundbesitzes durch den Umstand, daß die Bauern im Frühjahr ihr Korn zu neun bis zehn Kronen (den Doppelzentner) verkaufen und jetzt, da sie nichts geerntet haben, 26 Kronen dafür wieder bezahlen mußten. Dadurch sind viele von Haus und Hof vertrieben, da die Wucherer ihre Forderungen einfach in das Grundbuch eintragen lassen. So kommt es, daß, während 1897 vierzehn Millionen Doppelzentner Weizen in Ungarn weniger geerntet sind als 1896, dennoch in den Monaten August bis Dezember 1897 nur drei Millionen weniger ausgeführt sind als in demselben Zeitraum des Jahres 1896, nämlich 3,8 Millionen. Diese elf Millionen Doppelzentner hat sich also Ungarn vom Munde abgespart, um seine Steuern zu bezahlen.

Wie schlecht das Jahr überhaupt ist, sieht man daraus, daß die Staatsbahn vier Millionen Gulden weniger eingenommen hat als 1896, das ist auf den Kilometer siebenhundert Gulden. Und bei alledem soll die Friedensstärke des Heeres bedeutend erhöht werden — weil alle Welt Frieden will!

Nur innerhalb des Reiches ist kein Friede und keine Aussicht darauf. Die Verhandlungen in Prag zeigen das immer deutlicher; die Tschechen wollen von ihrem „Königreich" nichts aufgeben, andererseits müssen ihre Helfershelfer, die deutschen Römlinge, sich von ihnen losfagen und deutsche Farbe bekennen, wenn anders sie im Reichsrate Sitz und Stimme behalten wollen. Als die Tschechen einen deutschen Farbenstudenten auf dem Prager „Graben" fast erschlagen hatten, verkündigten die deutschen Städte, wenn so etwas noch einmal vorkäme, würden sie an ihren Tschechen Rache nehmen. Seitdem ist das Tragen von Abzeichen verboten; nur bei besonderen (tschechischen) Gelegenheiten wird die Statthalterschaft es auf Ansuchen gestatten. Die Deutschen verlangen jedoch auf dem Badenikriege zu Leimeritz, daß das Farbenverbot bis Ende Januar aufgehoben werde. Da das nicht geschah, beschlossen sie den Ausstand. In Prag, Wien und Innsbruck besuchen nur noch einige Sozialdemokraten die Vorlesungen; die übrigen Universitäten, zunächst Graz, folgen. Freilich finden sich einige Ängstmichel, die ungeheure Mehrzahl jedoch hat gezeigt, daß es nicht leere Worte waren, als sie sangen:

Stoßt an, kühne That lebe!
Wer die Folgen ängstlich zuvor erwägt,
Der beugt sich, wo die Gewalt sich regt.
Frei ist der Bursch!

Und sie thun gut daran. Kampfesmutig, wie sie sind, finden die Burschen auch wenig Gefallen an dem Plane, der in verschiedenen Blättern ernstlich erwogen wird, nämlich die deutsche Universität von Prag in eine deutsche Stadt zu verlegen. Das „Sich rückwärts konzentrieren" mag österreichisch sein; deutsch ist es nicht.

Die neuen Sprachenverordnungen, die den Deutschen etwas günstiger sind, ohne sie jedoch im geringsten zu befriedigen, sollen nun ungeachtet des Widerstandes beider Teile veröffentlicht werden und als Grundlage reichsgesetzlicher Regelung dienen. Der Reichsrat soll Anfang März wieder einberufen werden — ob mit besserem Erfolge als bisher, ist sehr fraglich.

Ebenso fraglich ist die Erneuerung des Ausgleichs. Die österreichischen Minister sind zwar am 20. Januar in Pest gewesen, jedoch sofort wieder abgereist, also wird Banffy den Unerbittlichen gespielt haben. Dem Wortlaute der ungarischen Verfassung gemäß muß er darauf bestehen, daß der Ausgleich von der Wiener Volksvertretung genehmigt werde; die aber verlangt einstimmig eine Erhöhung des Beitrages, den Ungarn zu den gemeinsamen Ausgaben giebt (42 statt 30 v. H.). Badeni gegenüber hatte sich Banffy schon zu 34 v. H. verpflichtet, doch soll er das zurückgenommen haben, um den Kaiser zu einer Revision des Ausgleichs zu zwingen, selbstverständlich zu Gunsten Ungarns und seiner Selbständigkeit. Seine Gegner haben deshalb jeden Kampf aufgegeben, selbst das Recht, ihm dem Staatshaushalt zu beschneiden, und erklärten, daß einer erlasten Mehr-

Digitized by Google

heit gegenüber die Waffen der Überzeugung nichts nützten, weshalb sie sich jeder Kritik enthalten wollten. So wurde der Staatshaushalt von einer halben Milliarde Gulden in einigen Stunden bewilligt. Ebensowenig wuchsen die Kameliken, als der Minister die beiden tüchtigsten Rechtsgelehrten, den Deutschen Exner und den Juden Chorin, von denen namentlich ersterer ihn scharf getadelt hatte, aus dem Rechtsausschuß eigenmächtig entfernte. Auch da tobten die Unabhängigen über diese „Fratze des Parlaments", doch scheint das nur Spiegelfechterei gewesen zu sein, zur Verhüllung ihres thatsächlichen Rückzuges. Denn wenn sie wollten, hätten sie die Annahme des Staatshaushaltes auf Monate verhindern können; da sie jedoch sehen, daß der vielgeschmähte Banffy in ihr Fahrwasser einlenkt, lassen sie ihm freies Spiel.

Auch haben sie die Hetze für eine möglichst herausfordernde Feier des 15. März (an dem vor fünfzig Jahren der Aufruhr ausbrach) sehr herabgestimmt, um Wien nicht unnütz zu reizen, da sie ihr Ziel auch so zu erreichen hoffen. Ihre Begeisterung wird nur dadurch getrübt, daß auch die Rumänen ihr 48 feiern wollen. Da sie nicht für die madjarische Freiheit kämpften (die für sie Knechtschaft bedeutete, wie sie wußten), sondern für den Kaiser, sind die Madjaren außer sich über diese „freche Beleidigung der madjarischen Nation und ihres Königs", ja ein Klausenburger Blatt verlangt kurz und bündig, man solle sämtliche „Verräter" über die Grenze jagen und sämtliche rumänischen Schulen schließen, damit künftig nur madjarische „Patrioten" erzogen würden.

Da jedoch auch die Siebenbürger Sachsen insolge des Gesetzes über die Madjarisierung der Ortsnamen den Madjaren die Freundschaft kündigten, ja eine Abordnung von Frauen an den verhaßten „Kaiser" geschickt haben, die zwar die Aufhebung des Gesetzes nicht hat erreichen können, aber doch einen gewaltigen sittlichen Aufschwung und Erfolg bedeutet, dürfte die Revision des Dualismus leicht etwas anders ausfallen, als die Herren in Pest wünschen. Die Wiener haben Gelegenheit gehabt, in den Sächsinnen Blut von ihrem Blut zu erkennen und werden sie nicht im Stich lassen. Ebenso die Reichsdeutschen, obgleich die „Nordd. Allgem." den Sachsen empfiehlt, „im beiderseitigen Interesse sich aufrichtig der Staatsgewalt anzuschließen", d. h. sich hübsch ruhig erwürgen zu lassen. — Hat das Blatt Kunde von der „walachischen Revolution", worüber die madjarischen Blätter die ganze letzte Woche des Januar zeterten? Um Kronstadt und Klausenburg haben die Landjäger Haussuchungen gehalten, angeblich zahllose aufrührerische Schriften gefunden, Leute verhaftet, und als die rumänischen Blätter Aufklärung verlangten, erklärte „Pester Lloyd" am 2. d. M. das Ganze als eine dumme Erfindung der Blätter, deren Urheber nicht nachdrücklich genug zurückgewiesen werden könnten. —

Seit wann stehen die Landjäger im Dienste der Blätter? Die Regierung muß davon gewußt haben, also war das Ganze wieder nur ein Banffyscher Kniff, die Rumänen zu verdächtigen. Und solcher Leute nimmt sich die „Nordd. Allgemeine" an!

Karl Friedrich.

Die Juden und die christlichen Feiertage

Aus Hohenzollern schreibt man uns:

Von der in letzter Nummer der „Deutsch-Sozialen Blätter" zur Schätzung der jüdischen Bescheidenheit veröffentlichten interessanten Mitteilung über das Benehmen des Judenlehrers Levi auf der Soiree bei seinem Vorgesetzten, dem Herrn Direktor Röhr, haben wir nicht gerade mit denselben Gefühlen hochgradiger Entrüstung Kenntnis genommen, wie sie dem Herrn Einsender beseelt zu haben scheint, denn wir haben in der That schon Schöneres in diesem Genre von Israel erlebt. Das Benehmen des Judenlehrers gegen den Provinzialschulrat zeugt gewiß von einer grandiosen Unverfrorenheit, aber beispiellos ist es gerade nicht, wir können Ihnen vielmehr ein ganz interessantes Gegenstück dazu liefern: In Hechingen giebt es einen Gesügelzuchtverein, an dessen Spitze, horribile dictu, ein Jude steht, der frühere Elementarlehrer und jetzige Fabrikant Jacob Levi. Ob sich dessen Kenntnisse in diesem Fache weiter erstrecken, als auf das Bewußtsein, daß ein frisches Ei auf den Frühstückstisch, eine fette Gans des Mittags und eine knusperige Ente zum Nachtessen sehr begehrenswerte Objekte sind, wissen wir nicht; wir trauen ihm aber mehr Sinn für gastronomische Genüsse zu, als für ideale Bestrebungen zur Hebung der Landwirtschaft. Als Vorsitzender des Geflügelzuchtvereins veranstaltete also Jacob Levi in Hechingen eine Geflügel-Ausstellung, für die er keine bessere und passendere Zeit ausfindig zu machen wußte, als das christliche Osterfest. Nicht genug damit, wurde diese Ausstellung durch ein Festessen am Charfreitag eröffnet und in den in Hechingen erscheinenden „Hohenzollern'schen Blättern" und dem „Zoller" zur Teilnahme öffentlich eingeladen. Für den Fernstehenden sei hier bemerkt, daß die ländliche Umgebung, auf die doch entschieden auch gerechnet wurde, ausschließlich der katholischen Konfession angehört, wie Hechingen selbst unter fast vierfachem Einwohnern nahezu dreifachem Katholiken zählt. Nun ist aber der Charsamstag für die Bekenner des katholischen Glaubens ein dem Charfreitag ganz gleichstehender Festtag. Also am strengsten Fasttage der katholischen Bewohner ladet der Jude sie öffentlich zur Teilnahme an einem Festessen ein, das doch vermutlich keine Vegetarier-Mahlzeit war! Freilich wissen wir nun nicht, ob der Jude Levi als Vorsitzender des Vereins mehr an den Pranger zu stellen ist, als die übrigen, dem christlichen und speziell dem katholischen Bekenntnis angehörigen Vorstandsmitglieder, die doch am Ende auch ein Wort mitzureden gehabt haben. Nur der aus Juden und anderen Heiden bestehende Atheistenklub in Paris thut's dem Hechinger Geflügelzuchtverein noch zuvor, indem er sein Festessen vollends auf den Charfreitag verlegt, während man in Hechingen wenigstens vorläufig noch den Charsamstag dazu ausersieht. — Zur Ehre Levi's glauben wir beifügen zu sollen, daß ein allgemeines Gefaires angestimmt worden wäre — obgleich die hiesige Judengemeinde nur ungefähr 260 Seelen zählt —, wenn eines der nichtjüdischen Vorstandsmitglieder versucht hätte, das Festessen auf den langen Tag (Versöhnungsfest im September) verlegen zu wollen. Nun, Levi scheint zu wissen, was er seiner Umgebung bieten darf; das geht auch daraus hervor, daß er im Hechinger Gewerbeverein allen Ernstes den Antrag zu stellen wagte, man möge an die königlich preußische Regierung zu Sigmaringen das Gesuch um Abschaffung der katholischen Feiertage richten. Damals ging nun allerdings ein Schrei der Entrüstung über jüdische Frechheit und Anmaßung durch das hohenzollerische Ländchen, aber nur für kurze Zeit, bald war die beschauliche Ruhe wieder zurückgekehrt, und in Lethargie versunken, wartet man nun ab, was Israel ferner zu thun gedenkt:

Uns soll es nicht wundern, wenn der nächste Antrag Jacob Levi's dahin geht, den christlichen Sonntag auf den Schabbes zu verlegen, um der „Toleranz und allgemeinen Bruderliebe" neue Triumphe zu bereiten. Es bliebe dann der Zukunft nur noch ein Problem zu lösen übrig: die Beseitigung der letzten trennenden Schranke, was am sichersten und einfachsten durch Einführung der allgemeinen obligatorischen Beschneidung erreicht würde.

Wenn die Herren Zentrumsführer Dr. Lieber und Dr. Bachem Vorstehendes ad notam nehmen wollten, würde doch vielleicht die früher in der Fraktion herrschend gewesene Auffassung in Bezug auf die Judenfrage (siehe „Germania" von 1878) wieder zu ihrem Rechte kommen. Es ist gewiß ein schönes Ding um die christliche Nächstenliebe, aber sie sollte sich doch in erster Reihe dem eigenen Fleisch und Blut zuwenden. Daß man mit der Drohung, der Geduldsfaden könnte endlich zerreißen, und mit der Faust in der Tasche dem anmaßenden Judentum nicht imponieren kann, das muß schließlich jedermann klar sein, denn die Erfahrung lehrt es uns, wie Figura zeigt, täglich. Da ist eben Rosenöl nicht das richtige Medikament, da wirkt nur Scheidewasser.

Digitized by Google

Fabrik- oder Hausmädchen?

Die Zeit naht, wo die jungen Menschenkinder die Schule verlassen und in das Leben eintreten, das sie bisher meistens von der rosigsten Seite ansahen und ansehen konnten. Sie hatten ihr Unterkommen, ihre Pflege, satt zu essen und weiter keine Sorge als die, sind deine Schulaufgaben auch zur Zufriedenheit des Lehrers ausgefallen? Das kommt nun anders. Für die Eltern und Vormünder heißt es, das Kind richtig unterbringen, es so unterbringen, daß es für alle Zukunft sein Fortkommen hat. Leider wird nun in dieser Hinsicht seit Jahrzehnten sehr gesündigt, und vor allen Dingen beim weiblichen Geschlecht.

Die Entwicklung der Technik hat dahin geführt, daß wir eine Menge von Maschinen haben, zu deren Bedienung auch die Kraft und die Geschicklichkeit eines jungen Mädchens ausreicht. Und da weibliche Arbeitskräfte billiger zu bekommen sind als männliche, der heftige Wettbewerb auf allen Gebieten aber zu möglichster Verbilligung der Erzeugnisse nötigt, so ist leicht einzusehen, warum immer mehr Arbeiterinnen in den Fabriken eingestellt werden. Auf der anderen Seite veranlaßt die bedrängte wirtschaftliche Lage manchen Familienvater, nicht nur aus dem Arbeiter-, sondern auch aus dem Handwerker- und Bauernstand — und das erscheint uns so furchtbar gesährlich für die Zukunft unseres Volkstums —, seine Tochter gleich nach der Einsegnung dahin zu senden, wo sie am frühesten und am meisten Geld verdienen kann — in die Fabrik. Es erklärlich das ist und so sehr man auch bedrängten Familien eine Erleichterung ihres Fortkommens gönnen mag, so darf man doch nicht übersehen, daß auch ernste Bedenken im Wege stehen.

Die körperliche Entwicklung des Mädchens erfordert gerade in diesen Jahren eine besondere Aufmerksamkeit und Pflege, wenn nicht der Grund zu allerlei Krankheiten oder gar zu dauerndem Siechtum gelegt werden soll. Hierzu gehört vor allem viel Bewegung in frischer, freier Luft. Diese kann aber die Fabrik nicht in ausreichendem Maße gewähren, und so kommt es, daß manche Fabrikmädchen rasch ihre Frische und Gesundheit verlieren, ja, daß nicht wenige früh ins Grab sinken. Was hilft aber der schöne Verdienst, wenn er mit der Gesundheit oder dem Leben erkauft werden muß!

Dann ist es für junge Leute überhaupt, also auch für junge Mädchen gefährlich, wenn sie, die vorher kaum Geld dem Namen nach kannten, auf einmal regelmäßig Geld unter die Hände bekommen. Geld ist Macht. Wie leicht geraten die Eltern in Abhängigkeit von ihren Kindern, so daß sie ihnen nichts mehr wehren und nichts mehr sagen dürfen, was ihnen nicht gefällt, während es gerade in diesen Jahren besonders not thut, daß die Eltern ihr Recht behaupten, ihre Erziehungspflicht ernst nehmen und die jungen Leute in der Zucht und im Gehorsam zu erhalten suchen. Der leichte Erwerb und die regelmäßigen Einnahmen verleiten zudem zu mancherlei unnötigen Ausgaben, zu übertriebenem Luxus und „Staat", wobei der Sinn für Einfachheit und Sparsamkeit, diese wichtigen Bedingungen späteren Glückes, nur zu leicht in bedenklichem Maß verloren geht. Welchen Nutzen hat man aber von dem verdienten Gelde, wenn es durch die übertriebenen Ausgaben wieder ganz oder nahezu ganz ausgegeben wird, wenn es zudem die Erziehung hemmt und die gesunde Entwickelung des Charakters beeinträchtigt! Die sittlichen Gefahren des Fabriklebens brauchen wir hier wohl nicht besonders zu betonen, wir möchten nur darauf hinweisen, daß die Prostitution in den Großstädten ihre Opfer meist aus der Fabrik holt

Aber noch ein anderer Punkt ist zu berücksichtigen. Die Erfahrung hat gelehrt, daß infolge der weitgehenden Arbeitsteilung und der damit verbundenen einförmigen Gleichartigkeit die Fabrikarbeit verdrend auf Geist und Gemüt des Menschen einwirkt und ihn zur Maschine degradiert. Der Schaden, der hieraus entspringt, ist bei den noch in voller Entwickelung begriffenen jugendlichen Personen besonders groß. Von denen, die nicht dem Laster in die Arme gefallen sind, oder die sich vor dem rohen Tone ekeln, den ihre Mitarbeiterinnen nur zu leicht annehmen, sehen im Laufe der Jahre manche ein, daß auch die Führung eines Haushalteö gelernt sein will. Und so kommt es oft vor, daß das achtzehn- bis zwanzigjährige Fabrikmädchen anfängt, nach einer Stelle als Dienstmädchen sich umzusehen. Natürlich muß es von vorn anfangen zu lernen. Aber weil es schon bei reiferen Jahren ist, möchte es sich doch nicht gern mit einer Anfangsstelle und einem Anfangslohn begnügen. Es wird auch richtig eine bessere Stelle gefunden, weil an Dienstboten und besonders an guten Dienstboten ein großer Mangel herrscht. Aber wie ganz anders ist nun die Aufgabe an der Familie, als bisher in der Fabrik! Wie vielerlei giebt es oft zu denken und zu thun in Wohn- und Schlafräumen, in Küche und Keller und — auf dem Lande — in Hof und Garten! Welche Ansprüche machen vollends die Kinder! Kleinigkeiten sind es ja vielfach, was man zu thun hat, aber gar nichts soll übersehen und vergessen, verdorben und vernachlässigt werden. Wie oft steht dann das Mädchen ratlos und trostlos da! Beim besten Willen weiß und kann es vieles nicht und immer wieder nicht, auch wenn man es ihm wiederholt gesagt und gezeigt hat. Die Folgen der früheren einförmigen und mechanischen Arbeit zeigen sich: Es fehlt so oft der „Kopf", es fehlt der Sinn für das Kleine, die beste Zeit zum Lernen ist vorbei. Dem Mädchen bei seinem vorgerückten Alter kommt es schwer an, immer und überall fragen zu müssen, und der Hausfrau wird es zu viel, wenn sie jeden Tag die gleichen Anleitungen und Belehrungen wiederholen soll. Dem Mädchen fällt das „Dienen" schwer und es klagt über die anspruchsvolle und wunderliche Herrschaft; die Frau aber jammert, daß sie sich auf ihr Mädchen nicht verlassen können. So haben beide Teile schwere Zeit mit einander, auch wenn viel guter Wille vorhanden ist. Es ist ein großes Glück, wenn in solchen Fällen auf seiner Seite die Geduld ausgeht, ehe die Hauptschwierigkeiten überwunden sind; denn dann kann noch alles gut werden. Aber nur zu oft kommt es zu einer vorzeitigen Kündigung oder sogar zu einer plötzlichen Trennung, das Mädchen lebt sich nirgends ein, und wenn es sich endlich verheiratet und einen Hausstand selbständig führen soll, so fängt die Not erst recht an. Denn wo es an tüchtigen, zuverlässigen Dienstmädchen fehlt, da wird in den unteren Ständen auch ein Mangel sein an tüchtigen Hausfrauen. Wieviel aber von der Tüchtigkeit der Hausfrauen für das Glück der Familien abhängt, ist kaum zu ermessen.

Wir sehen, die Klagen über den Rückgang des Familienlebens hängen mit der Dienstbotennot aufs engste zusammen und entspringen teilweise aus derselben Wurzel. Was kann nun aber geschehen, daß es besser werde? Sind nicht die Verhältnisse stärker als die Menschen? Es kann und wird gewiß nicht über Nacht besser werden. Von der Gesetzgebung darf auch nicht zuviel erwartet werden. Daß die Arbeitgeber, wo lange sich genug billige Arbeitskräfte anbieten, aus freiem Entschluß aus Menschenliebe und Uneigennützigkeit die teureren vorziehen, wird man kaum verlangen und erwarten dürfen. Sie sind durch die „Konkurrenz" einfach gezwungen und berufen sich auch gar zu gern auf sie. Es bleibt also in vielen Fällen nur noch eine Instanz, an die man sich wenden kann — die Eltern und Vormünder. An sie soll die herzliche und dringende Bitte gerichtet sein, die körperliche, geistige und sittliche Entwickelung und die hauswirtschaftliche Ausbildung ihres Kindes nicht zu vergessen, wenn sie gezwungen sein sollten, es in die Fabrik zu schicken. Wir können die industrielle Arbeit weiblicher Arbeitskräfte nicht mehr aus der Welt schaffen, aber Eltern und Arbeitgeber haben die Pflicht, den üblen Folgen dieser Thatsache möglichst entgegen zu treten, denn es handelt sich dabei um das Glück und die Zukunft Tausender von Familien unseres Volkes. Der natürlichste und beste Boden für eine normale Entwickelung des jungen Mädchens ist und bleibt die Familie, sei's die eigene, sei's eine fremde. Wenn das wieder mehr beherzigt würde (auch von seiten der Herrschaften, indem sie den Dienstboten Anschluß an die Familie gewähren), so würde manche Klage über die Dienstbotennot und andere Zeitübel verschwinden.

Wer von unseren Freunden in den nächsten Wochen in die Lage kommt, bei der Berufswahl junger Menschenkinder seinen Rat erteilen zu können, möge im Sinne vorstehender Ausführungen handeln — das ist auch ein Stück deutschsozialer Reform!

Digitized by Google

Friedrich der Große und Westpreußen.

Von der Weichsel erhalten wir nachstehende Zeilen:

Beim offiziellen Abschluß der ersten Teilung Polens (5. Aug. 1772) erhielt Rußland den Löwenanteil; dann kam Österreich, und das kleine Preußen mußte sich mit der kleinsten Portion begnügen. Es erhielt ein Gebiet von etwa sechshundert Quadratmeilen mit ungefähr einer halben Million Einwohner, das jedoch den preußischen Staat nach Osten abschloß und ihm mit der Weichselmündung den Schlüssel des polnischen Handels gab, und dessen Bevölkerung immer noch fast zur Hälfte deutsch war. Am 27. September 1772 huldigten die Stände zu Marienburg dem neuen Herrn, aber erst einige Jahre später fügten sich in Warschau die Polen in das Unvermeidliche.

Und nun begann die hingebende Fürsorge des Königs für die neue Provinz, deren Früchte wir heute genießen, und die unsere Herzen unlöslich mit dem Fürstengeschlecht verknüpft, dem wir die Wiedervereinigung mit dem Mutterlande und mit der europäischen Zivilisation verdanken. Einzelne Städte zeigten sich anfangs noch sehr ungeberdig, besonders Danzig und Thorn. Freundlicher verhielten sich die kleineren Städte, die allerdings der schützenden Hand des Königs am meisten bedurften. Adel und Geistlichkeit, die größtenteils polnisch und katholisch waren, bewiesen erst recht Widerspruch und Widerstand, das Landvolk aber war zu tief gesunken, um der neuen Zeit mit Verständnis entgegenzukommen. Da faßte nun Friedrich mit fester Hand zu durch energische Polizeiaufsicht über Bettler und Vagabunden, aber auch über Arbeiter und Handwerker, durch Einführung des strengen preußischen Militärdienstes.

Dank trug das alles dem Könige keineswegs ein; solchen erwartete er zunächst auch wohl nicht. So klagte er denn wiederholt über die unüberwindliche Trägheit und Halsstarrigkeit der arbeitenden Bevölkerung, über ihre Auflehnung gegen Verbesserungen. Seine Ausdauer ließ deshalb aber nicht nach. Mit fester Hand führte er die ersten Streiche gegen die beiden Hauptwurzeln des Übels: gegen die Hierarchie und die Willkürherrschaft des Adels. Er nahm nämlich erstens die geistlichen Güter in staatliche Verwaltung und bezahlte die Inhaber in Geld, „damit sie sich in weltliche Sachen gar nicht zu melieren haben", — und hob zweitens die Leibeigenschaft auf. Ferner ließ er an die Stelle der polnischen Gerichtszustände*) eine unparteiische, gründliche Rechtspflege treten. Die wichtigste Kulturarbeit Friedrichs aber ist die Heranziehung des deutschen Schulmeisters. Schon in den ersten drei Jahren der Besitznahme kamen gegen zweihundert zur Anstellung. Auch für höhere Bildung wurde gesorgt. So wurde 1781 das Jesuitenkolleg in Kulm in ein königliches Gymnasium verwandelt und ebendasselbst das Kadettenhaus gegründet, als Pflanzstätte preußischer Gesinnung und Tüchtigkeit unter den zum Teil verwahrlosten westpreußischen Adel. Aber auch Ackerbau, Handwerk und Verkehr lagen gänzlich darnieder — und auf diesem vielgestaltigen Gebiet hat die Thätigkeit des großen Königs recht eigentlich Wunder gethan. Er brachte Handwerker, Apotheker, Ärzte, Landvieite und Förster ins Land; er sorgte für Anlegung von Straßen, Kanälen, Posten. Die Kanalverbindung zwischen Weichsel und Oder verdanken wir ihm: schon 1773 passierten die ersten Schiffe den Bromberger Kanal.

Als der große König heimging, bildete das alte Ordensland wieder ein aufblühendes, deutsch regiertes und zum Teil auch wieder deutsch empfindendes Kulturgebiet. Die unablässigen Bemühungen des Königs hatten Früchte getragen. Die Städte waren aus ihren Ruinen erstanden, der Bauer fing an, sich als Mensch zu fühlen, die Geistlichkeit fühlte und achtete die Autorität des Staates, Katholiken und Protestanten wohnten in Frieden bei einander.

Es sind ja nachher noch schwere Tage der Prüfung über unsere Ostmark gekommen, aber in ihnen hat sich die friederizianische Pflichttreue und rastlose Thätigkeit glänzend bewährt und die Probe bestanden. Denn sehr bald hatten die Westpreußen Gelegenheit, sich für die landesväterliche Fürsorge dankbar zu zeigen. Bei Großbeeren, Dennewitz, an der Katzbach und bei Leipzig haben sie ihren Eintritt in die preußisch-deutsche Familie so vollwertig gezahlt, wie später ihre Enkel vor Metz, bei St. Quentin, Dijon, Villersexel und Belfort. Und wenn heute die Polen unsere Provinz reklamieren, so sollen sie erst einmal diese Namen aus unserer Geschichte und unseren Herzen löschen! —

*) Zu Polen fand kein Unterer vor Gericht Gehör, wenn nicht ein Edelmann seine Sache vertrat; der Edelmann war gegen seine Hörigen Richter in eigener Sache bis zu den härtesten Leibes- und Lebensstrafen; endlich waren die Richter abhängige Werkzeuge.

„Historisches bei den „Genossen". Jedes Jahr giebt die Zentralleitung der sozialdemokratischen Partei einen Wandkalender heraus, den sie den Beinamen „Historischer" verleiht. In diesem Machwerk kann man Studien anstellen über das, was bei den echten „Genossen" Geschichte heißt. Da findet man wohl den Tod Heinrich Heine's, aber keine Spur von den Ereignissen von 1870/71, nichts von der Kaiserproklamation, dafür aber die Anfrufung der Kommune in Paris verzeichnet. Von den großen Tagen jener Zeit hat der Kalender keine Ahnung, — dafür aber die Mitteilung, daß am 16. Februar 1848 in Mailand die Kalabreserschüle verboten worden sind, dafür die Nachrichten vom Barrikadenwall in München, von „Weibermörder Peters", von der Geburt Mengels, des „Franzosenfressers". Unterm 22. März findet man nur, daß 1897 „Lothe und andere Duellanten" begnadigt und daß 1848 die Märzgefallenen in Berlin beerdigt wurden. Dafür erinnern an den alten Kaiser die Notizen über das Nobiling- und Hödel-Attentat, wie überhaupt von allen möglichen Attentaten, Krawallen, Barrikadenkämpfen, Aufständen, „Schlächtereien", Guillotinierungen usw. sehr getreulich berichtet wird. Vom 1. April erfährt man die welterschütternde Thatsache, daß da der „Genosse" Schultze geboren ist — ein gewisser Bismarck ist ja den Budicker Schultze gegenüber natürlich viel zu unbedeutend, als daß es der sozialdemokratische Geschichtsgelehrte nötig gehabt hätte, ihn erst zu erwähnen. So etwas halten die Herren „Obergenossen" aber gerade gut genug, um ihre Anbeter und Nachtreter weiter in gottesjämmerlicher Dummheit zu erhalten.

Gegen jüdische Anmaßung hat der grimme Richter (Xagen) in letzter Zeit viel zu kämpfen. Die Herren Juden wollen nicht mehr mit dem „zahlen und stimmen" für die freisinnige Partei zufrieden sein, sondern sie wollen auch „bestimmen", d. h. gewählt werden, damit die Sozialdemokratie nicht die einzige Partei im Reichstage bleibt, die auf die große Zahl hervorragender semmer Gesichtserker in ihrer Mitte stolz sein kann. Eugens Nachtausgabe der „Freis. Ztg." giebt der „Allg. Israel. Wochenschr.", die diese Anschauungen wiederholt zum Ausdruck gebracht hat, einen Fußtritt, indem sie sagt, die Wochenschrift vertrete nicht die Anschauungen der Richter'schen Judenschaft. Weiter behauptet die „Freisinnige", in antisemitischen Kreisen herrsche große Freude über die von der „A. J. W." in Aussicht gestellten jüdischen Sonderkandidaturen. Alle Welt weiß ja, daß Herr Richter erheblich weniger gern mit Bürgern orientalischer Rasse Unter den Linden zu Berlin spazieren geht, als sein semitischer Bruder aus Putzig, dem deshalb auch wohl der größere Teil der jüdischen Herzen und Geldbeutel zur Verfügung steht; in der Praxis aber haben die beiden freisinnigen Leitgarben, die in Wasserscheuen sowohl wie die Wodelstrümpfer, die nationaljüdischen Interessen gegen die nationaldeutschen stets mit ganz gleichem Eifer verteidigt. Es wird deshalb allen Leuten, die im bevorstehenden Wahlkampf mit uns für den Schutz ehrlicher deutscher Arbeit in Stadt und Land eintreten wollen, auch völlig gleichgiltig sein, ob ihnen deutschgeborene Mannen in Richter'schen und Rickert'schen Farben oder Vollblutjuden gegenüberstehen. In dieser Überzeugung wird durch die mehr oder weniger heftigen Zänkereien zwischen Richter und Rickert und Israel nichts geändert; alle drei sind und bleiben gleich grimmige Feinde des gesamten deutschen Mittelstandes.

Digitized by Google

Erklärung.

In Nr 5 der „Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus", Seite 36, beschuldigt Herrn Josef Cohn, d. h. der gegnerische Anwalt, mich mit dürren Worten, in meiner Erklärung in Nr. 4 der „Mitteilungen" ein Unwahrheit gesagt zu haben, indem ich mich darauf berief, daß Herr Professor Siegfried-Jena ebenfalls sein früher günstigeres Urteil über Goldschmidts minderwertige Talmud-Ausgabe geändert habe.

Nun steht aber diese Selbstberichtigung Professor Siegfrieds deutlich S. 91 f. des „Theologischen Jahresberichts" (XVI, 1. 1897. Braunschweig, Schwetschke und Sohn) zu lesen und Herr Josef Cohn führt diese Quelle selbst an, allerdings nicht ganz richtig. Jeder Unbefangene dürfte nunmehr „die Kühnheit der Cohn'schen Behauptung bewundern."

Sehr interessant ist ferner, daß Herr Josef Cohn sich am gleichen Orte als Verfasser des beleidigenden Artikels „Kritik mit doppeltem Boden" in Nr. 3 der „Mitteilungen" nennt — wofür ich ihm sehr dankbar bin.

Dagegen verschweigt Herr Josef Cohn, daß ich die 1896 in den „Deutsch-Sozialen Blättern" erschienene Kritik nur als einen flüchtigen Entwurf bezeichnet habe, der vorzeitig aus meinen Händen gekommen, und insinuiert mir — ich nehme an, mißverständlich — die Absicht, die Kritik in dieser unbearbeiteten Form der Zeitschrift der deutschen morgenländischen Gesellschaft einsenden gewollt zu haben. Ferner bin ich nicht wegen „antisemitischer Absichten"(!), sondern wegen einfacher Privatbeleidigung verklagt, mein Gegner aber wegen einfacher und verleumderischer Beleidigung. Bezeichnend für das Vorgehen auf gegnerischer Seite ist nicht nur die vom klägerischen Anwalt begonnene unzeitige Preßpolemik an sich, sondern nicht minder auch der Umstand, daß dabei der Kern meiner Kritik, das vernichtende Urteil über Goldschmidts wissenschaftliche Leistung, nicht berührt wird, weil dieses Urteil — und das ist die Hauptsache — eben unwiderleglich ist!

Dr. Bischoff.

Sprechsaal.

Sehr geehrter Herr Redakteur!

Im Vertrauen auf Ihren Gerechtigkeitssinn gestatten Sie wohl einem Leser Ihrer w. Zeitschrift zu der Mitteilung über Rohfette für Margarine in Nr. 492 vom 20. Januar d. J. ein paar kurze Bemerkungen.

Ohne Fabrikant, Verkäufer oder Vertreter von Margarine zu sein, kann ich es doch nicht unterlassen, einem beliebten N. hrungsmittel großer, allerdings minderbemittelter Bevölkerungskreise das Wort zu reden. Es spricht allen wissenschaftlichen Erfahrungen völlig Hohn, wenn behauptet wird, aus solch unreinen und verdorbenen Bestandteilen, wie sie in dem Artikel des „Petit Journal" bezeichnet sind, könne eine reine und wohlschmeckende Margarine gemacht werden. Jeder Chemiker weiß, daß das eine Unmöglichkeit ist. „Die außerordentliche Empfindlichkeit der Margarine-Schmelzmethode und die verhängnisvollen Folgen jeder Abweichung auf die Einnahme des Schmelzers lassen die Unterstellungen und Verdachtigungen der neuen Erfindung, als würden verdorbene, ekelhafte Fette, sowie solche von krepierten Tieren verwandt, als widersinnig erscheinen. Wenn ein Fett verdorben ist, so ist die Chemie ebensowenig im stande, dasselbe wieder in den früheren Zustand zurückzuführen, als sie Essig wieder in Wein oder Holzkohle wieder in bearbeitbares Holz zu verwandeln vermag. Alle Rezepte hierüber beruhen auf Unwissend, Selbsttäuschung oder Betrug." (E. Frank, Die Kunstbutterfrage.) Im Gegenteil, nur die sorgsamste Auswahl der Rohstoffe, die ja in den aufs schärfste überwachten Schlachthöfen deutscher Städte hergestellt werden, und nur durch die peinlichste Sauberkeit und Akuratesse bei der weiteren Zubereitung der Margarine kann der Fabrikant eine Ware liefern, die ihm bei der starken Konkurrenz auch auf diesem Gebiete lohnenden Verdienst bringt. Sollte aber wirklich jemand in dieser Beziehung dem Fabrikanten laxe Grundsätze zutrauen, sollte jemand glauben, daß die erwähnten Ekel erregenden Substanzen verwendet würden, so mag sich doch der Zweifler bei den Arbeitern erkundigen, die diese Stoffe in den Fabriken verarbeiten müssen und dann später mit ihren Familienangehörigen verzehren. Sind doch in den ca. 80 deutschen Margarinefabriken viele tausend Arbeiter beschäftigt. Sollte unter den vielen nicht einmal einer zum Verräter werden? Und steht denn nicht nach dem Gesetze vom 15. Juni 1897 den Beamten der Polizei der Zutritt in die Margarinefabriken jederzeit frei? Ich glaube, es ist überflüssig, auf die absurden Verdächtigungen des „Petit Journal" noch mehr zu erwidern.

Ein Leser dieser Blätter.

Nachschrift der Schriftleitung: Ob Margarine ein „beliebtes Nahrungsmittel großer Bevölkerungskreise" wäre, wenn jedermann die Denkschrift des Kaiserl. Gesundheitsamtes vom Jahre 1887 durchgelesen hätte, oder wenn er die Feststellungen des „Rheinischen Bauernvereins" (erste Beilage zu „Rheinischer Bauer" Nr. 6 vom 16. Juni 1896) kennen würde, wagen wir zu bezweifeln. Unzweifelhaft ist bewiesen, daß ausländischer Margarine verdorbene und mit Schwefelsäure gereinigte Fette zugesetzt wurden, und daß selbst deutsche Fabriken minderwertiges ausländisches Rohmaterial ankaufen. Dagegen helfen die schärfsten Beaufsichtigungen in unseren deutschen Schlachthäusern doch nichts!

Uhren liefert zu äußerst billigen Preisen unter reeller Garantie
Gustav Kantss
Uhrmacher
LEIPZIG, Tauchaerstr. 6.

Die Meierei Stavenborn bei Süsfeld i. Holstein empfiehlt
hochfeine holsteinische
Tafelbutter
in Postkolis täglich frisch.
Die Verwaltung: Reese.

Liefere ein Postkolli (9½ Pfund)
feine Leber-, Rot- und Sülzwurst
zu 7,50 M. franko.
H. Glauner, Fleischermstr.
Papenburg 6. Ldrs (Ostfriesl.).
Ferner:
prima Hammelkeule u. Carrés
à Pfund 55 Pf.

Kaufen Sie
kein Planino,
wenn Sie sich noch nicht den Katalog von August Roth, Hagen i. W., Königl. Hof-Pianofabrikant, gratis haben kommen lassen.

Billige, dichte
Dächer
sowie man her aus
Asphalt-Steinpappen
Muster u. Preisverzeichnisse gratis und franko
A. M. Andernach & Sons, Rhein.
Muster etc. postfrei

Hauptagenten von deutsch Reb. & Berl. Gesellsch. allerorts ges. hohe Provis. u. Reisesp. gel. Off. u. F. 100 an die Geschäftsst. d. Bl.

Stoffe zu Anzügen PALETOTS etc. versendet
Unerreicht billige Preise!
Beweis: Vergleich mit anderen Collectionen
Reichhaltige Mustersendung unberechnet und portofrei an Jedermann.
in TUCH, Buckskin, Kammgarn, CHEVIOT etc. Meter 2-15 Mark.
Auf Wunsch Lieferung aller erforderlichen Futterstoffe und Zutaten.
Versand durchaus reell!
Beweis: ca. 8000 Anerkennungsschreiben aus dem Kundenkreise.
CHRISTIAN GÜNTHER Tuchversandgeschäft LEIPZIG-PLAGWITZ.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe in Berlin NW. 5, Stendalerstr. 1.
Druck: G. Reusche, Leipzig.

Digitized by Google

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich M. 1.50 bei der Postanstalten (Post-Zeitungsliste Nr. 1758) und Buchhandlungen. Unter Streifband M. 2.

Herausgegeben von Max Liebermann v. Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Anzeigen: die 6gespaltene Petit-Zeile 25 Pfennige. Verlagshandlung: Königsstraße Nr. 27, Leipzig.

XIII. Jahrgang. | Leipzig, 24. Februar 1898. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Juden-Frage. Otto Glagau. | Nr. 497.

Inhalt: Schreiende Ungerechtigkeit. — Der konservative Parteitag in Dresden. II. — Jüdische Moral. — Die Mißstände im Versicherungswesen. — Zur Reichsbank- und Währungsfrage. — Die Änderungen der Konkursordnung. — Der „Konservative Korrespondenz". — Parteinachrichten. — Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen. — Mosaik.

Schreiende Ungerechtigkeit.

„Schreiende Ungerechtigkeit" zetert die französische Judenpresse, „schreiende Ungerechtigkeit" klingt es in der Judenpresse der ganzen Welt wieder, und all die tausend und abertausend Zeitungen, sofern sie nicht direkt antisemitisch sind, drucken dies unüberlegt nach. Es soll nämlich eine „schreiende Ungerechtigkeit" sein, daß in Paris der Angeklagte Zola nicht so kann, wie er, oder besser gesagt, wie die gesamte Judenschaft möchte.

Bei uns in Deutschland könnte ein derartiges Prozeßverfahren nicht vorkommen, wirft sich das „Bln. Tageblatt." in die Brust, und alle die kleinen und großen deutschen Blätter stimmen dem zu. Geschrieben sind bald Bände über die „Rechtswidrigkeit" des Verfahrens usw. Aber nicht ein, auch nicht ein einziger Redakteur einer Zeitung hat sich einmal die Mühe gemacht, die Nase in das französische Prozeßrecht oder auch nur in die deutsche Strafprozeßordnung zu stecken. Alle Zeitungen thun mehr oder minder entrüstet, und nennen es Ungleichheit vor dem Gesetz, daß die französischen Offiziere nicht vor Gericht zu erscheinen brauchen, daß die Richter im Dreyfus- und Esterhazy-Prozeß ihre Anklage im Zola-Prozeß teilweise verweigern, daß öffentliche Beamte der Republik nur brockenhaftes bekunden. Und doch, all Ihr Schreier nach Gleichheit und Gerechtigkeit, ist es denn bei uns im deutschen Reiche anders?

Heißt es nicht in § 48, Abs. 2 der deutschen Strafprozeßordnung: „Die Ladung einer dem aktiven Heere oder der aktiven Marine angehörenden Person des Soldatenstandes als Zeugen erfolgt durch Ersuchen der Militärbehörde."

Einer direkten Ladung der Gerichte braucht daher ein gemeiner Soldat so wenig wie ein Offizier Folge zu leisten.

Wird dem Ersuchen des Gerichtes seitens der Militärbehörde stattgegeben und der Offizier erscheint trotzdem nicht, so ist auch das Gericht bei uns nicht in der Lage, den Offizier zu bestrafen, denn § 50, Abs. 3 der Strafprozeßordnung besagt: „Die Festsetzung und Vollstreckung der Strafe gegen eine dem aktiven Heere oder der aktiven Marine angehörenden Militärperson erfolgt auf Ersuchen durch das Militärgericht."

Es ist aber auch ganz selbstverständlich, daß die Richter der Vorprozesse gegen Dreyfus und Esterhazy ihre Aussagen im Zola-Prozesse verweigern. Das ist ihre verfluchte Pflicht und Schuldigkeit!

Ist es denn bei uns anders? Keineswegs! § 195 des Gerichtsverfassungsgesetzes sagt: „Bei der Beratung und Abstimmung dürfen außer den zur Entscheidung berufenen Richtern nur die bei demselben Gerichte zu ihrer juristischen Ausbildung beschäftigten Personen zugegen sein, soweit der Vorsitzende deren Anwesenheit gestattet." Und § 200 bestimmt: „Schöffen und Geschworene sind verpflichtet über den Hergang bei der Beratung und Abstimmung Stillschweigen zu beobachten." Bei den Richtern ist dies ohne weiteres Amtspflicht. — Was soll also das Gezeter? Es hat doch keinen anderen Zweck als das Volk zu täuschen und für den Juden Dreyfus Stimmung zu machen.

Schließlich sei noch der § 53 der Strafprozeßordnung angeführt. Er lautet: „Öffentliche Beamte, auch wenn sie nicht mehr im Dienste sind, dürfen über Umstände, die sich auf ihre Pflicht zur Amtsverschwiegenheit beziehen, als Zeugen nur mit Genehmigung ihrer vorgesetzten oder der ihnen zuletzt vorgesetzt gewesenen Dienstbehörde vernommen werden."

Daraus erhellt, daß es nach unserer deutschen Prozeßordnung die Zeugen genau so machen können und wohl auch pflichtmäßig machen würden, wie es in Frankreich jetzt beim Zola-Prozeß gemacht ist.

Ja, werden manche sagen, das ist es nicht allein. Der Präsident im Zola-Prozeß gestattet auch nicht, daß auf den Dreyfus-Prozeß zurückgegriffen und die Unrichtigkeit des Urteils nachgewiesen wird. — Nein, das darf er auch einfach nicht! Das geschieht bei uns nicht anders! Wohin soll das auch führen, wenn jeder rechtskräftig abgeschlossene Prozeß immer wieder aufs neue durchgehechelt werden könnte. Das würde ja eine schreckliche Wirtschaft geben!

Wer Zeuge einer deutschen Strafgerichtsverhandlung gewesen ist, wird wohl auch schon gehört haben, wie die Angeklagten bei Verletzung ihrer Vorstrafen versuchen, in den einzelnen Fällen die Rechtswidrigkeit ihrer Bestrafung darzuthun. Stets wird ihnen kurz das Wort abgeschnitten. Die Thatsache der Bestrafung allein kommt in Frage und damit wird gerechnet.

Möge diese kleine Zusammenstellung der blinden Menge die Augen öffnen, damit sie nicht wie bisher unüberlegt nachschwatzt, was die Judenpresse unter wohlweislicher Verschweigung der gesetzlichen Vorschriften ihr vorjammert.

Dem Zola geschieht recht, wenn er exemplarisch bestraft wird, denn es ist, gelinde gesagt, eine Frechheit sondergleichen, Gerichte und deren Urteilssprüche in einer derart unerhörten Weise anzugreifen und zwar lediglich zu dem Zwecke, um auf ungesetzmäßige Weise eine Wiederaufnahme des Dreyfus-Prozesses zu erzwingen. Hier in Deutschland würde ihm ein derartiges Vergehen gehörig angestrichen werden. Möge auch Frankreich ihm — trotz aller Anstrengungen der Alliance Israelite — die rechte Zurechtweisung erteilen. Das wäre gerecht, aber keine „schreiende Ungerechtigkeit."

B. B.

Der konservative Parteitag in Dresden

(II)

insonderheit die dort gehaltene Rede des Herrn von Manteuffel hat uns in voriger Nummer beschäftigt. Wir haben heute noch nachzuholen, was der genannte Führer der konservativen Partei nach einem „unkorrigierten Stenogramm" vom Bunde der Landwirte gegenüber den Konservativen und den Antisemiten verlangt hat. Er leitete die bezüglichen Ausführungen mit folgendem Satze ein:

„Am gefährlichsten für die konservative Partei wird die Situation dann, wenn die antisemitische Partei sich unter dem Titliche des Agrariertums mit dem Bunde der Landwirte verquickt."

Wem fällt dabei nicht das alte Wort des Fürsten Bismarck über die Konservativen ein: „Sie arbeiten nicht nur selber nicht, sondern hindern auch noch andere Leute, die arbeiten wollen." — Also wenn wir Antisemiten die Forderungen unseres Programms bezüglich der deutschen Landwirtschaft zu verwirklichen

Digitized by Google

bestrebt sind, wenn wir infolgedessen nur Kandidaten aufstellen, die sich auf die Forderungen des Bundes verpflichten, und wenn wir auch im Reichstage stets geschlossen für diese Forderungen eintreten, dann werden wir der konservativen Partei „gefährlich". Ganz recht, nämlich wie die Rührigkeit und Energie stets der Trägheit und Schlafsheit gefährlich wird.

Mit Bezug auf die oben angeführte Redewendung des Herrn von Manteuffel hat der Abgeordnete von Liebermann auf der großen Bundesversammlung in Berlin am 14. Februar gesagt: „Wir beabsichtigen nicht unter die Fittiche des Bundes zu kriechen. Wir wollen uns auch nicht an den Schweif des Pferdes klammern, auf dem Herr von Ploetz, wie ein Bild des Kladderadatsch es darstellt, in den Reichstag reitet, sondern wir verlangen nur, daß uns unser Recht werde. Ein Ziegling, wer nicht um sein Recht kämpft."

Nun hören wir, was Herr von Manteuffel, nachdem er seine Zustimmung zu dem Grundsatze des Bundes, keine politische Partei zu bilden, erklärt hat, weiter sagt:

„Und nun kommt der Fall, daß ihm zwei Kandidaten präsentiert werden, die beide alle Forderungen des Bundes der Landwirte erfüllen, die beide durchaus agrarisch sind, von denen beiden man nicht sagen kann, daß der Bund der Landwirte Gefahr laufen werde, daß sie bei irgend einer Abstimmung jemals den Wünschen des Bundes der Landwirte zuwider sein würden. Da tritt die Gefahr ein, die der Antisemitismus für uns in sich birgt, nämlich daß er unter dem Deckmantel des Bundes der Landwirte versucht, teils Wahlkreise zu gewinnen, teils den konservativen Kandidaten, wie ich das vorher schon geschildert habe, Stimmen abzunehmen."

Wieder derselbe Gedankengang. Wenn antisemitische Kandidaten aufgestellt werden, die durchaus bundestreu und zuverlässig sind, so ist das eine „Gefahr" für die Konservativen. Man sieht, Herr von Manteuffel kann sich nicht von der Idee losmachen, daß der Bund eine Hilfstruppe für die konservative Partei sein müsse. Noch deutlicher geht diese Begriffsverwirrung aus folgenden Sätzen hervor:

„Nun, meine ich, wird es die Pflicht des Bundes der Landwirte sein, bei der Prüfung derjenigen, denen er externis paribus seine Unterstützung zuwendet, folgende Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Zunächst der alte Besitzstand. Der Eintritt eines Antisemiten in einen konservativen Wahlkreis, meine ich, muß für den Bund der Landwirte ausschlaggebend sein, zu sagen: nein, hier ist ein konservativer Wahlkreis, ein konservativer Kandidat wird mir präsentiert, der alle die Verpflichtungen erfüllt, die ich ihm aufzuerlegen im stande bin; wir werden für den konservativen Kandidaten eintreten."

Der naheliegende Gedanke, daß der Bund, wenn er wirklich unparteiisch sein will, ein Gleiches auch im antisemitischen Besitzstande den konservativen gegenüber thun muß, also gegen die Unparteilichkeit verstoßen hat, indem er sich in Meißen, in Marburg, in Neustettin usw. für die konservativen Kandidaten erklärte, stößt dem konservativen Führer dabei nicht auf, sondern er fährt fort:

„Das Zweite wird sein die Prüfung der Chancen. Ich meine, einen chancenlosen Kandidaten darf der Bund der Landwirte, wenn es sich um einen scharfen Wahlkampf handelt, nicht unterstützen; er muß die Chancen der beiden Kandidaten aufs genaueste abwägen und demjenigen Kandidaten, der größere Chancen hat, seine Unterstützung weihen, und ich bin unzweifelhaft, daß bei der Gelegenheit stets der konservative Kandidat die Unterstützung des Bundes der Landwirte davontragen wird, denn die Konservativen werden da, wo sie mit einem Antisemiten in die Konkurrenz treten, immer die stärkere Partei sein."

Ist das nicht köstlich? Ja, warum jammert denn Herr von Manteuffel im Anfange seiner Rede (vergl. vorige Nummer) darüber, daß die Antisemiten den Konservativen ihre Wahlkreise fortgenommen hätten. Oder sind die „Starken" dort immer freiwillig zurückgewichen? Und weiter:

„Drittens, meine Herren, muß auf das genaueste geprüft werden die Person des Kandidaten. Der Bund der Landwirte muß gerade bei der Prüfung der Person des Kandidaten sich die größte Sorgfalt auferlegen, und er muß in der Prüfung des Kandidaten alle diejenigen Momente mit hineinbegreifen, die gerade eine so große agrarische Bereinigung wie der Bund der Landwirte notwendig ins Auge zu fassen hat."

Diese Forderung ist selbstverständlich, und ihre Erwähnung würde völlig überflüssig sein, wenn Herr von Manteuffel nicht damit sagen wollte, daß nur konservative Kandidaten nach seiner Meinung alle die Eigenschaften in sich vereinigen können, die für die Unterstützung durch den Bund als Vorbedingung erforderlich sind. Das ergeben auch die Schlußworte, mit denen Herr von Manteuffel auf ein anderes Gebiet der Besprechung überlenkt:

„Wird vom Bund der Landwirte — und ich hege gar keinen Zweifel, daß die umsichtige Leitung des Bundes der Landwirte diesen Vorschlägen, die ich vielleicht hier ganz unnötigerweise mache, Rechnung tragen wird —, wird in einer Weise von der Leitung des Bundes der Landwirte verfahren, dann, glaube ich, können wir auch unbesorgt sein bezüglich unseres Kampfes mit Antisemiten da, wo es sich um Kandidaturen handelt, die ihre wesentliche Unterstützung durch den Bund der Landwirte zu erfahren haben."

Fassen wir kurz aus den obigen wörtlichen Anführungen zusammen, was die Pflicht des Bundes nach Auffassung des Herrn von Manteuffel ist, so ergiebt sich folgendes: Der Bund hat die Konservativen gegen die Antisemiten zu unterstützen, erstens im konservativen Besitzstande. Zweitens hat er sie aber auch überall sonst zu unterstützen, weil sie stets mehr Chancen haben als die Antisemiten und auch ganz andere Kerle sind. Wenn der Bund das thut, so glaubt Herr von Manteuffel, daß die Konservativen „unbesorgt bezüglich des Kampfes mit den Antisemiten" sein können. — Wer will also unter die Fittiche des Bundes der Landwirte kriechen? Wir oder die Konservativen?

Die weiteren Ausführungen des Herrn von Manteuffel interessieren uns dann weniger. Er verspricht dem Bunde der Landwirte, wenn er die oben bezeichneten Wege einschlägt, daß als Gegenleistung keine „pflanzmenzelhaften Kandidaten" konservativerseits aufgestellt werden sollen. Ferner nimmt er den Fürsten Bismarck als den stärksten und besten Bundesgenossen für seine Partei in Anspruch. Dann besann er sich, daß er „leider schon viel zu lange gesprochen habe" und kam zum Schlusse. — Ihm trat sofort Rechtsanwalt Meier (Tilsit) entgegen und betonte, daß man sich die Antisemiten doch besser ansehen müsse. Über die Entgegnung, die Herrn von Manteuffel von dem Führer des Bundes, Herrn von Ploetz, zu teil wurde, sieht uns leider kein stenographischer Bericht zur Verfügung. — Was wir darüber in den verschiedenen Zeitungen gelesen haben, widerspricht sich zum Teil. Nicht alle seine Ausführungen fanden unseren Beifall. Aber wir sind billig genug, zu bedenken, daß Herr von Plötz sich in einer unbequemen Zwitterstellung befindet. Als Fraktionsmitglied der konservativen Partei im Reichstage und Landtage unterliegt er politisch dem Parteiführer Herrn von Manteuffel; als erster Vorsitzender des Bundes der Landwirte muß er aber nichts strenger vermeiden, als sich seine Politik einseitig von dem Parteichef einer Partei vorschreiben zu lassen. Der Führer des Bundes der Landwirte muß nach unserer Meinung zwar seit auf dem Boden christlich-konservativer Weltanschauung, aber außerhalb des sehr engen Rahmens der gegenwärtigen konservativen Fraktionspolitik stehen. Höchst bezeichnend für die ganze Sachlage ist der Umstand, daß trotz den schmeichelhaften Lobsprüchen, die Herr von Manteuffel in seiner oben zergliederten Rede der unsichtigen Leitung des Bundes der Landwirte gezollt hat, die konservative Partei noch immer gar keine Anstalten macht, dem Führer des Bundes einen sicheren Wahlkreis in ihrem Besitzstande zur Verfügung zu stellen.

Wenn Herr von Plötz aus der konservativen Partei austreten und die Verpflichtung übernehmen wollte, demnächst als „Wilder" zu kandidieren, so würde sofort Rat geschafft werden können.

Für einige in Dresden abgegebenen Erklärungen sind wir

Digitized by Google

Herrn von Plötz dankbar. Er hat scharf betont, daß der Bund keine konservative Parteipolitik treiben dürfe, er hat anerkannt, daß unsere Partei ihrer Verpflichtung auf das Bundesprogramm stets nachgekommen sei, und er hat das Märchen zerstört, als ob unsere Partei Geldunterstützung vom Bunde der Landwirte bezogen habe. Hierüber hat er nach einem Zeitungsberichte folgendes erklärt: „Es ist auch nicht wahr, wie die gegnerische Presse schreibt, daß wir die Antisemiten mit Geld unterstützt haben. Kein Pfennig ist nach der Prignitz gekommen. Eher könnten uns die Antisemiten vorwerfen, daß wir sie nicht unterstützen, denn von den 100000 M., die wir zu Wahlzwecken verwendet haben, sind nur 300 M. in einen antisemitischen Wahlkreis in Hannover gekommen, wo ein Konservativer nicht in Betracht kam. Da wir meistens im Osten gearbeitet haben, sind unsere Gelder meist den Konservativen zu gute gekommen." — Aber trotz 99700 Mark Barunterstützung und der sonstigen Wahlhilfe, die der Bund den Konservativen zu teil werden ließ, haben sie seit dem Jahre 1893 keinen der elf Wahlkreise, wo es sich um konservativen Besitzstand handelte, in den Ersatzwahlen behaupten oder wiedererobern können. Sollte da der Bundesleitung nicht der Ausspruch Napoleons III. einfallen, womit er nach dem Jahre 1866 die Zumutung eines Bündnisses mit Österreich zurückwies?

Was Herr von Manteuffel auf die Einwände des Herrn Rechtsanwalt Meier erwiderte, finden wir in dem „unkorrigierten Stenogramm" wie folgt niedergelegt:

„Meine Herren, nur ganz wenige Worte gegenüber den Ausführungen des Herrn Rechtsanwalt Meier-Tilsit. Ich habe, glaube ich, in meinen ersten Ausführungen ganz prägis darauf hingewiesen, daß die Antisemiten auch nicht in einem Ramsch zu behandeln sein würden, sondern daß es verschiedene Arten von Antisemiten gäbe, daß man bei den betreffenden Antisemiten einen Unterschied machen könne. Meine Herren, die Antisemiten haben sich auch verschoben nach verschiedenen Seiten hin; bis jetzt schien in Ostpreußen noch die bessere Tonart des Antisemitismus obzuwalten. Ich bedaure mich sehr wohl, daß, als beim Tivoli-Parteitage von einer Seite auf die Gefahren des Antisemitismus hingewiesen wurde, und als gerade die Erfahrungen, die man im Königreich Sachsen gemacht hatte, von dem betreffenden Redner hervorgehoben wurden, dieser Redner gewissermaßen verhöhnt wurde. Meine Herren, ich habe oft noch an den Herrn Redner gedacht und habe ihm Recht gegeben müssen in meiner Seele; er hat uns damals auf die Gefahren aufmerksam gemacht aus eigener Erfahrung, und deshalb, sage ich, muß man bei der Prüfung der Antisemiten sehr wohl einen Unterschied machen: Sind das solche Antisemiten, die auf dem christlichen Standpunkte stehen, die unter allen Umständen die konservativen Anschauungen auf Grund der christlichen Weltanschauung verfechten wollen, oder solche, die ich — ich will mich kurz ausdrücken — in die Kategorie der Radauantisemiten zusammenfassen will. Das ist der Unterschied, den wir zu machen haben. Die Letzteren können wir niemals als Verbündete gebrauchen, gegen die Letzteren müssen wir zu Felde ziehen, ich bin fest überzeugt, das sind Antisemiten, die gar keine Antisemiten sind; die verheelen durch ihre Abstimmung der Fortschrittspartei zum Siege, und das ist schließlich die Partei, die an und für sich die größte Feindin des Antisemitismus sein muß, weil sie die jüdische Partei ist. Diese Sorte Antisemiten müssen wir unter allen Umständen bekämpfen, denn wo wir Antisemiten finden, die auf brechtigtem Boden stehen, gehen wir mit ihnen, darin gebe ich Herrn Rechtsanwalt Meier Recht, und ich glaube, unsere Meinungen werden sich in diesem Punkte ganz und gar vereinigen.

Wir bedauern Herrn von Manteuffel bemerken zu müssen, daß ihn sein Gedächtnis getrübt hat; wir haben in dem „unkorrigierten Stenogramm" seiner Hauptrede keinen präzisen Hinweis darauf gefunden, daß man die Antisemiten nicht in einem „Ramsch" behandeln müsse, sondern eher das Gegenteil.

Die Erwiderung Herrn von Manteuffels auf die Ausführungen des Herrn von Plötz finden wir nicht in dem uns vorliegenden Stenogramm. Vielleicht ist unser Exemplar nicht vollständig. Wir müssen uns daher mit einem Zeitungsberichte begnügen. Danach hat Herr von Manteuffel erklärt:

„Ich habe nicht gesagt, der „Bund" sei gänzlich antisemitische Kandidaturen, sondern meinte, die Antisemiten könnten für uns gefährlich werden, wenn sie unter die Fittiche des Bundes kriechen. Einen Vorwurf sprach ich gegen die Bundesleitung nicht aus. Wenn Herr von Plötz sagte, meine Ausführungen seien zuerst hart gewesen gegen die Antisemiten, so kann ich nicht verhehlen, daß ich es als eine Hauptaufgabe des Parteitages betrachte, seine Stellung gegen die Antisemiten zu nehmen. Sonst hätte der Parteitag seine Aufgabe nicht erfüllt. Ich gebe zu, daß Herr von Plötz als Führer des Bundes seine konservativen Gefühle zurückstecken muß. Er sagte aber, der Bund sei eine ganz konservative Erscheinung. Es sei das bei der Wahlschlacht nicht anders denkbar. Nun, da wird es ihm nicht schwer werden, objektiv zu bleiben; denn wenn er objektiv bleibt, bleibt er ein erwatio."

Wir überlassen es jedem unbefangenen Leser, zu entscheiden, ob es dem konservativen Parteitage gelungen ist, „feste Stellung gegen die Antisemiten zu nehmen". Wir bezweifeln es und kommen zu dem Schlusse, daß der konservative Parteitag in Dresden seine „Hauptaufgabe" völlig verfehlt hat.

Jüdische Moral

Aus Hechingen schreibt man uns:

Zur Würdigung jüdischer Bescheidenheit in Hechingen mag der Fall des Lehrers Levi als Tischgenosse des Provinzialschulrats (vergl. Nr. 495) wohl etwas beitragen, aber es giebt doch noch verschiedene, mehr drastische Vorkommnisse hier, die geeignet sind, die Lichtseite Israels nach dieser Richtung hin viel heller erstrahlen zu lassen. Wie hier mänuiglich bekannt, hat der Kaufmann Levi auf seiner Geschäftsreise am Bodensee die Abwesenheit des Chefs einer mit ihm in Verbindung stehenden Firma benutzt, um der minderjährigen Tochter des Hauses Gewalt anzuthun. Der jüdische Wüstling wurde dem Gerichte überliefert und trotz alledem und alledem vom Schwurgericht zu Konstanz zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt. Daß der Verbrecher nach Verbüßung seiner Strafe sich wieder ungescheut in Hechingen bewegte und von seinen Stammesgenossen weinglosen in keiner Weise eine Zurücksetzung in gesellschaftlicher Beziehung zu erleiden hatte, wird den Umgewohnten nicht befremden, war ja doch das unehrte Mädchen nur eines Gojims Tochter. Nach talmudischer Weisheit ist ein solches Verachten, wenn überhaupt hiervon die Rede sein kann, äußerst milde zu beurteilen, da der Nichtjude (siehe Talmud Jebamoth 61) überhaupt nicht als Mensch zu betrachten ist. Den Gipfel der weltbekannten jüdischen Bescheidenheit hat Levi aber dadurch erklommen, daß er einige Zeit nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis sich schriftlich um Aufnahme in die erste Gesellschaft hier, nämlich in das von fürstlicher Zeit her bestehende und auch jetzt noch von jener Seite protegierte „Museum" bewarb. Es scheint fast, als habe sich Levi nur seine Vergangenheit ganz besonders etwas eingebildet und gemeint, sie mache Leute seines Schlages in Ermangelung anderweitiger hervorragender Eigenschaften hoffähig. Nur so läßt sich die Anmaßung erklären, die dem Antrage Levi zu Grunde lag in Bezug auf die Museumsmitglieder, die sich infolge der heiligen zahlreichen Baumwollherrn aus den Herren des Landgerichts, Amtsgerichts, der Staatsanwaltschaft und anderer königlicher, fürstlicher und kommunaler Behörden rekrutieren. Und doch hat Levi die Rücksichtsnehmerei und Lesefreiheit hiesiger Kreise gegen Israel zur Genüge gekannt und gewürdigt. Obgleich das Vorleben Levis allbekannt, also auch dem Vorstande des „Museums" nicht fremd sein konnte, obgleich an der „grünen Wiese" vieles verhandelt wird, verwohrte sich doch niemand direkt gegen das unverschämte Ansinnen des Bewerbers. Und so prangte sein Name bald an der schwarzen Tafel der zur Wahl stehenden Kandidaten zur die Ehre der hiesigen Gesellschaft. Das schien dann doch einem Mitgliede des „Museums", das aber hinwiederum die Öffentlichkeit zu wahren

Digitized by Google

nicht für angebracht fand, über das Menschenmögliche hinauszugehen, und eines Tages ging ein Zeitungsausschnitt mit der Gerichtsverhandlung gegen das angesehene vornehme Museumsmitglied bei unserem Vorstehenden ein, worauf endlich ein Wink mit dem Zaunpfahl den Zuchthäusler veranlaßte, sein Aufnahmegesuch unter der Hand zurückzuziehen.

Was uns hierbei geärgert hat, ist das vorzeitige Eintreffen jener Zeitungsmeldung. Richtiger und lehrreicher für die Zukunft wäre es gewesen, wenn die Aufnahme Levis zur Thatsache geworden wäre. Denn für einen Erfolg bei der Ballotage würden die Juden mit dem Schwager Josef Baruch an der Spitze sicherlich gesorgt haben. Ein erhebendes und wohlverdientes Gefühl hätte doch manchen Vater beschleichen müssen, wenn er seine Tochter bei festlichen Gelegenheiten an der Brust eines solchen Brünstlings durch den großen Saal tanzen sehen mußte.

Dieser Fall ist sehr bezeichnend für die hier herrschende bis zur Selbstprostituierung gehende Verzichtleistung auf Charakter einerseits und der hiermit rechnenden Anmaßung der Ritter von den eisernen Gardinen andererseits.

Die Mißstände im Versicherungswesen.

Einer der Anträge der Fraktion der deutschsozialen Reformpartei kam in der 42. Sitzung des Reichstages vom 16. d. M. zur Beratung. Der Antrag lautet: „Den Reichskanzler zu ersuchen, um den vielfach hervortretenden Mißbräuchen auf dem Gebiete des Privat-Versicherungswesens entgegenzuwirken, einen Gesetzentwurf einzubringen, wonach für alle Privat-Versicherungsgesellschaften eine staatliche Prüfung und Genehmigung der von ihnen aufgestellten Versicherungsbedingungen vorgeschrieben wird."

Der Abg Müller (Waldeck) begründete diesen Antrag mit folgenden Worten:

Wenn wir uns entschlossen haben, vorliegenden Antrag einzubringen, so haben wir wohl erwogen, daß der hohe Bundesrat sich bereits mit dieser Materie beschäftigt. Aber der Umstand, daß auf diesem Gebiete so große Mißstände vorliegen, macht, daß die Rufe nach einer Reform in der Bevölkerung immer stärker werden, und das hat uns Veranlassung gegeben, eine erneute Anregung zu schaffen.

M. H., diese Materie ist einer reichsgesetzlichen Regelung vorbehalten, aber die mancherlei Schwierigkeiten, die hier ohne Frage vorhanden sind, bringen es mit sich, daß eine so erhebliche Verzögerung sich in der Durchführung dieser Sache fühlbar macht. Zur Zeit ist diese ganze Angelegenheit abhängig von der Landesgesetzgebung, und während in den meisten deutschen Staaten mehr oder weniger strenge Bestimmungen über das Versicherungswesen vorhanden sind, giebt es andererseits einige Staaten, in denen derartige Bestimmungen vollständig fehlen. Derartige Staaten bieten nun ein Unterkommen für alle möglichen unsoliden Unternehmungen, und es ist sehr interessant, daß erst kürzlich in Bremen in der Bürgerschaft Verhandlungen stattgefunden haben, dem Unwesen auf diesem Gebiete Abhilfe zu schaffen. Ebenso wie in Hamburg bestehen in Bremen gar keine Bestimmungen über die Versicherung, und dieser Zustand ist allmählich so unerträglich geworden, daß er den Vätern der Stadt Bremen Veranlassung gegeben hat, dagegen Front zu machen. Wie weit die Sache in Bremen gediehen ist, kann ich augenblicklich nicht sagen. Daß jedoch eine genügende Abhilfe in Bremen geschaffen werden wird, scheint mit zweifelhaft zu sein nach den Äußerungen der verschiedenen Herren Bürgerschaftsmitglieder, von denen ich einiges mit der Erlaubnis des Herrn Präsidenten vorlesen möchte. Der eine von den Rednern, die sich meistens von vornherein dagegen verwahren, daß sie auf dem Standpunkt der Einschränkung der Gewerbefreiheit stünden, sagt z. B.:

> Was nun die zu ergreifenden Maßregeln anlangt, so bin ich der Überzeugung, daß wir unter keinen Umständen so scharfe Bestimmungen nötig haben, wie Preußen sie erlassen hat.

An einer anderen Stelle sagt er:

> Ich stehe nicht prinzipiell auf dem Standpunkt, daß der Staat Privatpersonen die eigene Prüfung vollständig ersparen müsse. Wenn auch nach diesem Prinzip verfahren würde, wäre doch immer noch die Möglichkeit gegeben, daß einmal ein Malheur passiert, daß eine Gesellschaft einmal ihre Verpflichtungen nicht erfüllen kann, und da der Staat gewissermaßen die Garantie für die Gesellschaft übernommen hätte, käme die Behörde in Mißkredit.

M. H., diesen Standpunkt teile ich durchaus nicht. Wir sind im Gegenteil ganz entschieden der Meinung, daß der Staat so energisch als möglich gegen die unlautere Art und Weise des Geschäftsbetriebes bei einzelnen Gesellschaften einzutreten verpflichtet ist. Und wie schlimm diese Verhältnisse sind, geht aus den weiteren Verhandlungen der Bremer Bürgerschaft hervor, wo z. B. ein Redner schilderte, daß augenblicklich in Bremen die Sachen so lägen, daß jemand, der pekuniär nichts zu risikieren hat und der nur über ein recht weites Gewissen verfügt, dabei vielleicht in seinem sonstigen Beruf Schiffbruch gelitten hat, gar nichts besseres thun könne, als eine Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit zu gründen, um dann von den einkassierten Prämien zu leben. Er schildert dann weiter, wie im April 1891 eine Versicherungsgesellschaft „Fortuna" in Konkurs geriet und aus der Realisierung der Aktiva sich ein Erlös von 5,05 Mark ergeben hat. Er schildert weiter die Persönlichkeit des Direktors und die verschiedenen Bestrafungen, denen der Herr ausgesetzt gewesen ist, ferner die verschiedenen Untersuchungen wegen Betrugs, die gegen ihn eingeleitet waren, die dann mit Freisprechung endigten, weil ihm der dolus nicht nachgewiesen werden konnte. Genug, er schildert das Treiben eines solchen Direktors in sehr eingehender Weise. Ich will hier nicht so speziell auf alle diese Verhältnisse eingehen, sondern möchte nur noch eine Versicherungsanstalt erwähnen, die in Bremen lange ihr Unwesen getrieben hat und nicht nur die unliegenden Gegenden gebrandschatzt, sondern sogar bis nach Baden ihre Arme ausgestreckt hat. Es ist dies eine Bank, die sich den hochklingenden Namen Reichsversicherungsbank zulegte; sie hatte im ganzen 1¼ Millionen an Prämien und Eintrittsgeldern gesammelt; sie verbrachte, nachdem sie bisher noch nicht einen Pfennig an Versicherungsnehmer ausgezahlt hatte, mit einem Kassenbestande von 400000 Mark, der andere Betrag von reichlich einer Million war vollkommen von den Direktoren usw. „verwaltet" worden.

Ich will es mir versagen, auf die verschiedenen Punkte einzugehen, die in so drastischer Weise in der Bürgerschaft in Bremen erörtert sind. Wie ich vorhin schon sagte, bilden solche Staaten förmlich Freistätten für diese Art Gesellschaften, die sich über ganz Deutschland verbreiten und die übrigen Länder in Mitleidenschaft ziehen.

Aber es sind nicht allein diese direkt unsoliden Gesellschaften, nein, auch bei den sogenannten soliden Gesellschaften, die wir in Deutschland haben, und die den Anforderungen der preußischen behördlichen Kontrolle z. B entsprechen — an diesen ist auch manches auszusetzen. Vor allem ist es das Lebensversicherungswesen, das einer Reform dringend bedarf. Der Unterschied zwischen Lebensversicherungen und anderen Versicherungsarten, wie z. B. Feuer- und Hagelversicherung, Versicherung gegen Transportschaden usw. ist ein so ungeheuer großer, daß ich glaube, mit ein paar Worten darauf zurückkommen zu sollen. Bei der Feuerversicherung, der Hagelversicherung usw. übernimmt die Gesellschaft ein thatsächliches Risiko auch ihrerseits, indem sie niemals wissen kann, ob der versicherte Schaden überhaupt eintritt und ob er in diesem Falle klein oder groß sein wird. Die Gesellschaft hat also bei der Uebernahme einer solchen Versicherung mit einem direkten Risiko zu rechnen. Es ist möglich, daß gerade aus diesem Grunde vielleicht diese Arten der Versicherung einen entschieden solideren Charakter haben als wie in der Lebensversicherungsbranche; und wir können wohl die Thatsache konstatieren, daß im großen und ganzen die Feuerversicherungsgesellschaften auch in den Ländern, wo sie neben den staatlichen Versicherungseinrichtungen bestehen, zur Zufriedenheit der Bevölkerung arbeiten. Bei Lebensversicherungen liegt die Sache wesentlich anders. Es handelt sich um die Auszahlung einer vorher festgesetzten Summe zur Zeit eines für jeden Versicherten früher oder später eintretenden Falles. Nun, m. H., dieser Zeitpunkt, der für die Person des Versicherten nicht voraussehen ist, unterliegt schon in Bezug auf die Höhe der Prämienzahlung für die Versicherungsgesellschaften einer ganz bestimmten Kalkulation, welcher die durchschnittliche Lebensdauer eines

Digitized by Google

Menschen zu Grunde liegt. Es ist der Versicherungsgesellschaft im großen und ganzen einerlei, ob der einzelne Versicherte sogleich oder früh oder spät stirbt, denn immer zahlt der Todesfall in den Rahmen der Durchschnittsberechnung hinein; wenn daher der betreffende Versicherte eine hohe Prämie bezahlt und glaubt, diese hohe Prämie bezahlen zu müssen, da er sein Risiko doch auf die Gesellschaft abwälzt, so ist das für seine Person ganz richtig, aber die Versicherungsgesellschaft selbst übernimmt trotz alledem mit diesem Abschluß gar kein Risiko, da sie mit der Durchschnittslebensdauer der Versicherten rechnet. Sie ist eigentlich nicht viel mehr als eine Verwaltungsstelle des Vermögens, das die Versicherten der Gesellschaft übergeben. Von diesem Standpunkte berechnet, scheint es mir wenig gerechtfertigt, wenn eine der nützlichsten und heilsamsten Institutionen der modernen Volkswirtschaft Gegenstand der geschäftlichen Ausbeutung wird, wie es besonders bei den Aktiengesellschaften der Fall ist.

Ein Punkt, der hierbei ganz besondere Berücksichtigung verdient, ist die Aufgabe der Versicherung vor ihrem natürlichen Ende. Die Versicherungsgesellschaften nennen das mit Vorliebe freiwilligen Austritt; diese Bezeichnung ist nach meiner Meinung vollkommen unpassend, es ist kein freiwilliger Austritt, sondern ein Austritt, der meistens durch bittere Not hervorgerufen wird. Der sogenannte freiwillige Abgang ist ein so bedeutender, daß z. B. im Jahre 1894 der Wert des Gesamtabganges an Lebensversicherungen bei sämtlichen Gesellschaften 221 744 450 Mark betrug, nur 37 v. H. hiervon mit 82 509 283 Mark sind durch regulären Abgang, durch Tod oder durch den vertragsmäßig vorgesehenen Ablauf der Versicherung, erledigt worden; hingegen sind 62,79 v. H. mit 139 235 177 Mark Versicherung anormal d. h. vorzeitig durch die Unzahlbarkeit, die Prämien weiter zu bezahlen, oder dadurch, daß der Versicherte zur Einsicht gekommen ist, daß er überversichert war, aufgegeben worden.

Bei diesen Zuständen geht ungezählteS Vermögen der deutschen Bevölkerung verloren, und unermeßliches Kapital könnte der deutschen Bevölkerung zufließen, wenn ihr die Segnungen der Lebensversicherung in unverkürztem Maße zu Teil würden. Man muß dabei bedenken, daß bei der vorzeitigen Aufgabe der Lebensversicherung niemals die sämtlichen eingezahlten Prämien zurückgezahlt werden. Der Prozentsatz der Rückzahlung, wenn von einer solchen überhaupt die Rede ist, richtet sich nicht nach der Prämieneinzahlung, sondern nach der Prämienreserve, die die Versicherungsgesellschaften als Deckung von der Prämie zurückbehalten haben. Die Rückzahlung beträgt nun von dieser Prämienreserve etwa 50 bis 100 Prozent, je nachdem die Versicherung früher oder später aufgegeben ist. Wenn man bedenkt, daß die Prämienreserve nur einen verhältnismäßig kleinen Teil der eingezahlten Prämien überhaupt darstellt, so kann man ermessen, wie gering die Rückzahlung ist, die den versicherten Personen bei dem vorzeitigen Aufgeben der Lebensversicherung zu Teil wird. Wenn man annimmt — das ist sehr weit gegriffen —, daß die Aufgabe der Versicherungen im Durchschnitt nach 15 Jahren stattfindet — einige finden früher, andere später statt; aber ich glaube, die Meisten, die ihre Versicherung aufgeben, thun dies schon in weit früheren Jahren als nach 15 — wenn man dies in Betracht zieht und als Prozentsatz der rückbezahlten Prämie 75 von der Prämienreserve annimmt — das ist ebenfalls sehr hoch gerechnet —, so beträgt immerhin dieser Gesamtverlust durch den vorzeitigen Abgang allein bei den deutschen Gesellschaften alljährlich 38 419 000 Mark. Hierbei ist noch nicht berücksichtigt der große Verlust, der außerdem bei außerdeutschen Gesellschaften erwächst. Im Jahre 1894 hatte die „Equitable" z. B. einen Abgang von 195 Mill. Mark, hiervon einen vorzeitigen Abgang von 182 Mill. Mark. Die New-Yorker Germania hatte einen Abgang von 46,73 Mill., darunter einen vorzeitigen Abgang von 40,67 Mill. Mark gehabt.

Das sind so einige Übelstände. Aber auch direkt auf die Bedingungen, die in den Policen der Versicherungsgesellschaften enthalten sind, muß die Regierung viel mehr als bisher ihr Augenmerk richten. Es würde zu weit führen, wenn ich auf die einzelnen Punkte eingehen wollte, die mir aufgefallen sind, und die in verschiedenen Policen enthalten sind. Man könnte hier so vielleicht erwähnen die Konventionalstrafen, die von manchen Gesellschaften erhoben werden, wenn also jemand einen Antrag auf Versicherung gestellt hat, es ihm dann aber leid thut, und er nicht zum Arzt geht — dafür verlangen viele Gesellschaften eine Konventionalstrafe, was durchaus nicht in der Ordnung ist, weil die Gesellschaft ja versäumig seine Unkosten hatte. Dann die mannigfachen Beschränkungen bei Unfallversicherungen, die die Berufsklassen abgeben, daß mancher eine solche Versicherung bitter bereut, weil dem Versicherten sast alles verboten wird. Es geht eigentlich so weit, daß er sich gar nichts mehr erlauben darf, wenn er nicht mit den Bedingungen der Police in Konflikt kommen will. Dann die Kündigungsparagraphen, die auch sehr schwer sind und bei Eingang der Versicherung nicht genügend beachtet werden.

Die Einwendung, jeder könne sich hinlänglich gegen Übervorteilungen dadurch schützen, daß er die Nase in die Versicherungsbedingungen stecke, kann ich nicht gelten lassen. Die Erfahrung lehrt, daß das nicht geschieht. Ich möchte sagen: von 100 Versicherten überzeugen sich vielleicht 20 genau von dem, was in den Bedingungen steht. Die Erfahrung lehrt weiter, daß die Agenten infolge ihrer unglücklichen Stellung und des Drängens der Gesellschaft und der Notwendigkeit, etwas zu verdienen, direkt darauf ausgehen, die Leute durch Vorspiegelung falscher Thatsachen über den wahren Inhalt der Bedingungen hinwegzutäuschen.

Dabei drängt sich die Frage auf, ob nicht notwendig durch die Reichsgesetzgebung eine direkte Verantwortung der Versicherungsgesellschaft für das, was ihr Agent den Leuten mündlich oder schriftlich mitteilt, herbeigeführt werden muß. Bei dem augenblicklichen Stande, wo die Gesellschaft eine Verantwortung dafür gar nicht übernimmt, fällt allemal der Versicherte hinein, wenn er dem Agenten zu viel Glauben schenkt. Unter Standpunkt ist hier der: wir wünschen eine genaue staatliche Prüfung der Bedingungen.

Ich persönlich — ich will da nicht alle meine Parteigenossen hineinziehen, ich weiß nicht, wie sie sämtlich darüber denken — gehe noch weiter und würde es mit Freuden begrüßen, wenn eine Verstaatlichung des privaten Lebensversicherungswesens erfolgte, deren Durchführung ich durchaus nicht für so schwierig halte. Die Versicherungsbehörden haben ja eine viel größere Aufgabe glänzend durchgeführt: die staatliche Versicherung der großen, breiten Arbeitermassen. Wenn über die Arbeiterversicherungsgesetzgebung verschiedene Meinungen sehr wohl existieren können, so glaube ich doch im Sinne der großen Mehrheit des hohen Hauses sagen zu können, daß wir mit der Durchführung dieses Gesetzes seitens der Behörden im höchsten Maße zufrieden sind und ihnen unsere Anerkennung nicht versagen können. Die Übernahme der Privatlebensversicherung durch den Staat würde im Vergleich zu dieser großen Arbeit nicht so sehr schwierig sein.

Häufig wird hervorgehoben, der Staat arbeite unter solchen Verhältnissen zu teuer. Das ist, wenn man die Statistik ansieht, durchaus nicht der Fall. Nach dem Statistischen Jahrbuch von 1897 haben im vorhergehenden Jahre 31 Alters- und Invaliditätsanstalten insgesamt 4 386 000 Mark Verwaltungskosten gehabt, 64 gewerbliche Berufsgenossenschaften 4 936 000 Mark, Schiedsgerichtskosten 511 000, Unfallunterstützungskosten 992 000 Mark, insgesamt 6 439 000 Mark 48 landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften haben gehabt Verwaltungskosten 1 799 000 Mark, Schiedsgerichtskosten 241 000, Unfallunterstützungskosten 650 000, zusammen 2 690 000 Mark. Dem gegenüber betragen die Verwaltungskosten für nur 40 Lebensversicherungsgesellschaften in Deutschland insgesamt 25 754 000 Mark; hierin begriffen sind die Agenturprovisionen von 11 207 000 Mark.

Es gewahrt ein sehr interessantes Bild, wenn man die direkten Einnahmen der Versicherungsgesellschaften an Prämiengeldern mit der Auszahlung der Entschädigungsgelder an die Versicherten vergleicht. Bei den 40 Lebensversicherungsgesellschaften figurieren die Gesamteinnahmen an Prämien bei Kapitalversicherungen auf Todesfälle mit einem Betrag von jährlich 175 Mill. Mark; die Ausgaben an Entschädigungen hiersür betragen nur 74 Mill., die Prämieneinnahmen für Versicherungen auf Erlebensfälle 17 Mill. Mark jährlich, die Ausgaben an Entschädigungen 8 Mill. Die Prämien für Rentenversicherungen ergiebt eine Einnahme von 14 Mill., eine Ausgabe an Renten von 8 Mill. Die sonstigen

Digitized by Google

Versicherungen figurieren mit 5 Mill Einnahme und an Ausgaben mit 1,4 Mill.

Wenn wir dies zusammenzählen, so müssen wir allerdings dabei berücksichtigen, daß noch ein nicht unwesentlicher Teil an Dividenden an die Versicherten bezahlt wird. Ich kann das statistisch nicht genau feststellen, wie hoch die Dividende für Versicherte ist, weil sie aus dem Nettoüberschuß der Gesellschaften bezahlt werden. Das läßt sich vielleicht zusammenstellen, wenn man die einzelnen Versicherungsgesellschaften in ihrem Abschluß mit einander vergleicht. Ich bin nicht in der Lage gewesen, das machen zu können. Ich schätze die Dividende für Versicherungen auf 10 bis höchstens 15 Mill. Mark.

(Zuruf links.)

— Nun ja, vielleicht etwas mehr. — Es bleibt immer noch eine ganz enorme Spannung übrig; denn nach dem, was ich vorhin zusammengestellt habe, betragen die Einnahmen alljährlich an Prämien 211 Mill. Diesen Betrag bezahlt das deutsche Volk, um sich 91 Mill. an Entschädigung zurückzahlen zu lassen! Es würden dann noch die 10 Mill., oder vielleicht 15 Mill. Dividende hinzukommen, aber auch hierdurch wurde das Bild noch nicht wesentlich verändert.

Der Gesamtüberschuß der Einnahmen über die Ausgaben beträgt bei den 40 Gesellschaften 42 514 735 Mark. Die 13 größten Gesellschaften mit über 100 Mill. Mark Versicherungssumme haben allein einen Überschuß von 35,3 Mill. Von diesem Überschuß werden die Tantièmen gezahlt an die Verwaltungsräte und Dividenden an die Aktionäre und die Versicherten. Es ist hierbei zu berücksichtigen, daß die Verwaltungskosten selbstverständlich in den Ausgabeposten vorher schon verrechnet sind. Infolge der notwendigen Zurückhaltung großer Reservefonds wächst das Vermögen der Lebensversicherungsgesellschaften ins Riesenhafte; es beginnt thatsächlich nach meiner Ansicht in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung eine Gefahr für die Bevölkerung zu werden. An Thüren und Miete schon allein haben diese 13 größten Versicherungsgesellschaften, wie ich sie vorhin genannt habe, zusammen eine Einnahme von 42,6 Mill., die 40 Lebensversicherungsgesellschaften zusammen eine solche von 57,5 Mill. Die Aktiva der 13 ersten Gesellschaften betragen im Jahre 1895 1227,5 Mill., die der gesamten Gesellschaften 1839 Mill. Mark, also nahezu 2 Milliarden.

Ich bin der Meinung, daß in unbestaubt dieser Zahlen eine staatliche Monopolisierung aber kurz oder lang ganz notwendig eintreten muß. Es würde dies nicht anders zu machen sein als dadurch, daß diese Privatlebensversicherungsgesellschaften zur allmählichen Liquidation gezwungen würden. Es sind große Beträge der Bevölkerung zu erparen, die jetzt in die Kassen der Versicherungsgesellschaften fließen. Aber auch wenn man zu einer solchen Verstaatlichung in absehbarer Zeit nicht kommen wird, muß man, glaube ich, doch das anstreben, daß man diese Liquidation der großen Gesellschaften eintreten läßt, vielleicht, wenn sie einen bestimmten Umfang erreicht haben, den ich hier im Augenblick nicht näher präzisieren will.

Zur Begründung meiner Worte sind auch noch einige andere Zahlen von Interesse, nämlich die Verwaltungskosten usw., speziell einiger Versicherungsanstalten, die ich herausgegriffen habe. Die Verwaltungskosten der „Viktoria“ betrugen 1895: 4 931 060 Mark, an Tantièmen hat die Versicherungsgesellschaft 254 191 Mark bezahlt, an Dividenden an die Aktionäre 354 000 Mark — das macht 29 Prozent! Die „Thuringia“ hat an Verwaltungskosten und Agenturprovisionen eine Ausgabe von 659 890 Mark, an Tantièmen 29 591 Mark, an Dividenden für die Aktionäre 390 000 Mark — macht 21 Prozent. Die „Providentia“ hat an Verwaltungskosten und Agenturprovisionen ausgegeben: 547 298 Mark, an Tantièmen 38 238 Mark, an Dividenden an die Aktionäre 260 000 Mark — macht 15 Prozent. Der „Janus“ in Homburg hat 622 000 Mark Verwaltungskosten und Agenturprovisionen, Tantièmen: keine, an Dividenden an die Aktionäre: 70 000 Mark — macht 46 Prozent. Die „Deutsche“ in Lübeck hat 815 000 Mark Verwaltungskosten und Agenturprovisionen, an Tantièmen 18608 Mark, an Dividenden für die Aktionäre 72 250 Mark — macht 17 Prozent. Die „Germania“ in Stettin hat an Verwaltungskosten und Agenturprovisionen die Summe von 2587 000 Mark, an Tantièmen 162 514 Mark, an Dividenden an die Aktionäre 270 000 Mark — macht 15 Prozent.

Ich wiederhole also meine Meinung: diese Riesenvermögen, die sich in den Händen weniger Gesellschaften ansammeln, müssen uns nötigenfalls über kurz oder lang zu einer Verstaatlichung zwingen. Wir gehen uns allerdings nicht der Hoffnung hin, daß diese Verstaatlichung schon bald ausgeführt wird; deshalb haben wir auch diesen Antrag nur gestellt, um die Aufmerksamkeit der verbündeten Regierungen aufs neue auf die vielen Übelstände zu richten, die thatsächlich auf diesem Gebiet vorhanden sind. Wir stehen erstens auf dem Standpunkt, daß die Versicherungsbedingungen, die in der Regel direkte Nachteile für die Versicherten in sich bergen, einer ganz genauen staatlichen Beaufsichtigung unterworfen werden müssen; wir stehen ferner auf dem Standpunkt, daß auch der Geschäftsbetrieb selbst Gegenstand strenger staatlicher Beaufsichtigung sein muß.

Gerade der von Ihnen, der der Meinung ist, daß in dem Versicherungswesen ein großer volkswirtschaftlicher Segen enthalten ist, gerade der muß mit uns dafür wirken, daß dieser Segen dem deutschen Volk im vollsten Maße erhalten bleibt. Ich richte die Bitte an die verbündeten Regierungen, die in der Verfassung verheißene reichsgesetzliche Regelung der Materie bald einleiten zu lassen.

(Bravo!)

*

An die Beratung des so eingehend begründeten Antrages schloß sich eine Aussprache, die einen sehr merkwürdigen Verlauf nahm. Trotzdem die Redner aller Parteien dem Antrage „volle Sympathie“ entgegenbrachten, sprachen die Abgg. Gröber (Zentrum) und Dr. Hammacher (nationalliberal) gegen die Annahme; der Eine, weil am 11. Dezember 1896 der Reichstag schon eine ähnliche Entschließung angenommen hatte und der Andere, weil der Antrag . . . . von der deutschsozialen Reformpartei gestellt war. Da vom Regierungstische im übrigen eine befriedigende Erklärung abgegeben wurde, zog der Abg. Liebermann von Sonnenberg als Mit-Antragsteller den Antrag mit folgenden Worten zurück:

„Gegen unseren Antrag sind von seiten des Herrn Redners aus dem Zentrum formale Bedenken erhoben, deren Berechtigung wir zugestehen müssen, und wir ziehen daraus auch die entsprechenden Konsequenzen. Durch unseren Antrag ist nach außen hin klar geworden, daß über diese wichtige Materie im hohen Hause vollste Übereinstimmung herrscht. Nachdem nun auch der Herr Vertreter der verbündeten Regierungen die Güte hatte, uns mitzuteilen, daß ein Regierungsentwurf zur reichsgesetzlichen Regelung des Versicherungswesens in Vorbereitung sei und bald den gesetzgebenden Körperschaften zugehen werde, so begrüßen wir dankbar diese Erklärung und sind mit diesem Erfolg unseres Antrages durchaus zufrieden. Ich muß also dem Herrn Abg. Dr. Hammacher die Freude, die aus seinen Worten klang und von seinem Gesicht strahlte, daß sogar die Sozialdemokraten und das Zentrum mit ihm gegen den Antrag der bösen Reformpartei stimmen würden, zerstören, indem ich den Antrag zurückziehe.

(Heiterkeit.)“

Zur Reichsbank- und Währungsfrage.

Eine soeben erschienene kleine Schrift*): „Warum zahlt der Deutsche 5%, der Franzose 2% Bankdiskont?“ enthält ein ganz vorzügliches Material zur Beurteilung der Währungsfrage und der Frage der Erneuerung des Privilegs der sogenannten Reichsbank.

Graf von Mirbach hatte im preußischen Herrenhause hingewiesen auf die Höhe des Diskonts der deutschen Reichsbank gegenüber dem von der Bank von Frankreich festgehaltenen viel niedrigeren Satze, und dem Finanzminister anheim gegeben,

*) Preis 50 Pfg. Vorrätig i. d. Gesch. St. d. Bl.

Digitized by Google

Erwägungen darüber anzustellen, ob noch dieser Richtung hin nicht eine Änderung zum Bessern möglich sei.

Gegen diese Ausführungen hatte sich nun der Reichsbankpräsident Dr. Koch gewandt und die Behauptung aufgestellt, daß weder die Bank von England noch die von Frankreich das Wirtschaftsleben ihrer Nationen in gleicher Weise fördere, wie die deutsche Reichsbank.

Nun brachte kurz darauf der „Economiste Européen", aus der Feder des französischen Nationalökonomen Edmond Théry einen Artikel, worin der ziffernmäßige Nachweis geliefert wurde, daß Reichstagspräsident Dr. Koch sich in seinen Angaben über die Bank von Frankreich gründlich geirrt habe, daß aber auch seine Behauptung, der hohe Diskont der deutschen Reichsbank habe mit dem Kampf ums Gold nichts zu thun, in keiner Weise der Wahrheit entspräche.

Hiergegen wandte sich wieder die offiziöse „Berl. Korresp." in einem augenscheinlich von Dr. Koch inspirierten Artikel, und suchte die Beweisführung von Théry zu entkräften und die des Reichsbankpräsidenten aufrecht zu erhalten und zu verteidigen.

Die Antwort von Théry blieb nicht aus, und war in ihrer unbezwinglichen Logik geradezu niederschmetternd für den deutschen Reichsbankpräsidenten und die von ihm vorgebrachten Argumente. Théry verglich zunächst den Metallbestand, das Wechsel- und Lombard-Portefeuille der deutschen Reichsbank mit dem der Bank von Frankreich, und kam dabei für das Jahr 1896 zu folgenden Durchschnittsziffern:

	Metallbestand:	Wechsel ufw.:	Lombard:	Wechsel u. Lomb. zusammen:
Deutsche Reichsbank:	1,114,9	807,8	132,5	940,3 Millionen
Bank von Frankreich:	1,978,0	696,5	362,6	1059,1 „

Darnach hat also die deutsche Reichsbank im Jahre 1896 — nach den wöchentlichen offiziellen Ausweisen — den deutschen Publikum einen Kredit gewährt von 940 300 000 Frs. im Durchschnitt, und die Bank von Frankreich nach den gleichen Veröffentlichungen von 1059 100 000 Frs. im Durchschnitt.

Hält man nun dem gegenüber die Bevölkerungsziffer für:

Deutschland	Frankreich
52 Millionen	39 Millionen

und den Umfang des gesamten Aus- und Einfuhrhandels, nämlich (ungefähr):

Deutschland	Frankreich
9660 Millionen Frs.	7242 Millionen Frs.,

so ergiebt sich, daß die deutsche Reichsbank in der Kreditgewährung, und somit Förderung des Wirtschaftslebens, weit hinter der Bank von Frankreich zurück blieb.

Théry wendet sich auch gegen die zweite Behauptung von Dr. Koch: „daß die Erhöhung des Diskonts nicht dem Monometallismus zur Last gelegt werden könne, sondern ein Resultat sei der größeren wirtschaftlichen Anforderungen".

Wieder läßt Théry Ziffern sprechen und zwar die Reichsbankausweise über Baarvorrat, Vorschüsse an das Publikum und den gleichzeitigen Diskontsatz, und da sehen wir, daß trotz geringerer Vorschüsse dennoch der Diskont erhöht wurde. Eine weitere Tabelle zeigt uns, unter alleiniger Zugrundelegung des Metallbestandes bei der Reichsbank, daß es eben nur der Goldabfluß war, der die Erhöhungen des Diskontos erzwang. Wir geben aus dieser Tabelle nur folgende Ziffern wieder

Reichsbank:

Metallbestand am 22 Aug. 1896 1 156 Millionen, Diskont 3 %.
„ 15. Sept. 1896 1 108 „ „ 4 %.
„ 23. Okbr. 1896 1 051 „ „ 5 %.

Der Metallbestand der Bank von Frankreich nahm im gleichen Zeitraum um 134 Millionen ab, sie steigerte aber trotz des um 29 Millionen höheren Verlustes ihren Diskont nicht, sondern nahm statt dessen zu dem wirksamen Mittel ihre Zuflucht, Gold nur gegen eine Prämie abzugeben, wozu sie nach ihren Satzungen berechtigt war. Während die Diskonterhöhung in Deutschland Industrie, Handel und Landwirtschaft benachteiligte, litten unter der Prämie, die die Bank von Frankreich erhob, nur die Goldexporteure, also die Spekulation, wohingegen die Bank für den inneren Verkehr bereitwillig Gold zur Verfügung stellt, allerdings in älteren, nicht mehr ganz vollwichtigen Münzen, die sich zum Export nicht eignen.

England aber, ebenso wie Deutschland das reine Goldland, war wie dieses gezwungen, seinen Diskont stetig zu erhöhen. Das Recht der Bank von Frankreich also, ihre Noten in Silbergeld einzulösen und die Hergabe von Gold zu verweigern, hat dem Lande während des gleichen Zeitraumes, wo der Zinsfuß in Deutschland und England eine außerordentliche Höhe erreichte, die billige Rate von 2 v. H. Diskont erhalten.

Dies ist doch wohl ein klarer und bündiger Beweis dafür, daß nur die Goldabflüsse und nicht die wirtschaftlichen Anforderungen bei uns die Diskonterhöhung herbeiführten, und daß, hätten wir statt der alleinigen Goldwährung den Bimetallismus, wir ebenfoweig wie Frankreich gezwungen gewesen wären, außergewöhnlich hohe Zinsen zu zahlen.

Dr. Otto Arendt wendet sich in der vorliegenden Schrift denn auch scharf gegen die irreführenden Angaben des Reichsbankpräsidenten und tritt energisch ein für eine Reform der Reichsbank, deren Verstaatlichung und Ausstattung mit einem höheren Metallbetriebsfond er fordert.

Alle Einzelheiten der sehr lesenswerten Schrift lassen sich in einer kurzen Besprechung natürlich nicht wiedergeben, und kann nur jedem, der sich für diese Fragen interessiert, empfohlen werden, das Weitere in dem Hefte selbst nachzulesen.

Weber-Sotano.

Die Änderungen der Konkursordnung.

Die dem Reichstage zur Beschlußfassung vorgelegten Änderungen der Konkursordnung, die am 1. Januar 1900 in Kraft treten sollen, enthalten keineswegs eine Neuordnung des geltenden Konkursrechts, sondern verfolgen hauptsächlich den Zweck, das Konkursrecht mit dem durch das bürgerliche Gesetzbuch und das neue Handelsgesetzbuch veränderten Zustande des bürgerlichen und Handelsrechts in Einklang zu bringen. Insbesondere sind in dem Gesetzentwurf einige Gegenstände, im Anschluß an die bezüglichen Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs, eingehender geregelt worden, die bisher wegen Mangels eines einheitlichen bürgerlichen Rechts eine einheitliche Regelung nicht zuließen. Dies gilt namentlich von der Behandlung des einem Ehepaar gemeinschaftlichen Vermögens im Falle der Eröffnung des Konkurses über das Vermögen des Ehemannes oder der Ehefrau, sowie von dem Verjahren bei Ausbruch des Konkurses über den Nachlaß eines Verstorbenen. Ferner sollen einige mit dem Inhalt des Bürgerlichen Gesetzbuchs nicht zu vereinbarende Vorschriften der Konkursordnung beseitigt werden. Beispielsweise sollen nicht mehr, wie bisher, die Konkursgläubiger es als unzulässig ansehen dürfen, wenn ein in Konkurs geratener Ehemann während der letzten zwei Jahre vor der Konkurseröffnung das Herausgut seiner Ehefrau dieser zurückgegeben oder ihr zur Sicherstellung Vermögensstücke verpfändet hat. Des weiteren werden in dem Entwurfe Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs verschiedentlich zur Ergänzung der Vorschriften der Konkursordnung herangezogen. Endlich ist hie und da die Ausdrucksweise der Konkursordnung der des Bürgerlichen Gesetzbuchs angepaßt worden.

Was an sonstigen Änderungen des bestehenden Konkursrechts vorgeschlagen wird, ist nur wenig. Hiervon verdient folgendes Hervorhebung.

Hatte die in Konkurs geratene Person, der sog Gemeinschuldner, vor der Konkurseröffnung ein Grundstück verpachtet oder eine Wohnung vermietet und den Pacht- oder Mietzins schon im voraus von dem Pächter oder Mieter eingezogen, so soll diese vorzeitige Einziehung nur insoweit giltig sein, als der Zins für das zur Zeit der Konkurseröffnung laufende und für das folgende Kalendervierteljahr einzogen war, für spätere Zeit aber unzulässig, während nach heutigem Recht die

Digitized by Google

vorzeitige Einziehung des Pacht- oder Mietzinses an sich unbeschränkt giltig ist.

Wer aus dem letzten Jahre vor der Konkurseröffnung an den Gemeinschuldner eine Forderung auf Lohn, Kostgeld oder sonstige Dienstbezüge hat, soll mit dieser Forderung allen anderen Konkursforderungen vorangehen, einerlei, ob er dauernd (wie es nach heutigem Recht der Fall gewesen sein muß) oder nur vorübergehend dem Gemeinschuldner zu Diensten sich verdungen hatte.

Die bisherige Befugnis des Gerichts, einen Antrag auf Konkurseröffnung abzuweisen oder ein eingeleitetes Konkursverfahren einzustellen, weil das vorhandene Vermögen des Gemeinschuldners nicht einmal die Kosten des Verfahrens deckt, soll wegfallen, falls die Kosten seitens der Gläubiger vorgeschossen werden, was den Gläubigern z. B. dann ratsam erscheinen kann, wenn der Gemeinschuldner größere, aber bestrittene, Forderungen austehen hat, die erst eingeklagt werden müssen.

Eine andere Erweiterung der Befugnisse der Gläubiger bringt die Vorschrift, daß der Konkursverwalter das dem Gemeinschuldner etwa gehörende Warenlager nur mit Genehmigung des Gläubigeranschusses oder, wenn ein solcher nicht bestellt ist, nur mit Genehmigung einer Gläubigerversammlung im ganzen veräußern darf.

Über alle Personen, die ihr Vermögen so weit heruntergewirtschaftet haben, daß wegen Mangels der zur Bestreitung der Konkurskosten nötigen Mittel ein Konkurs nicht stattfinden kann, sollen hinfort die Amtsgerichte ein, auf Verlangen jedermann zur Einsicht vorzulegendes Verzeichnis führen, mit der Einschränkung freilich, daß jeder eingetragene Name nach Ablauf von fünf Jahren unkenntlich gemacht wird.

Die Strafbestimmungen der Konkursordnung sind in dem Entwurfe teils etwas ausgedehnt, teils etwas verschärft. Wegen einfachen Bankerotts sollen hinfort Konkursmacher auch dann bestraft werden, wenn sie durch Wetten übermäßige Summen verbraucht haben oder schuldig geworden sind (während nach heutigem Recht großer Aufwand, Spiel oder Differenzhandel vorgekommen sein muß), sowie ferner dann, wenn sie in der Absicht, die Eröffnung des Konkursverfahrens hinauszuschieben, Waren oder Wertpapiere auf Kredit entnommen und diese Gegenstände erheblich unter dem Werte in einer den Anforderungen einer ordnungsmäßigen Wirtschaft widersprechenden Weise veräußert oder sonst weggegeben haben: welche letztere Handlungsweise zwar regelmäßig die Gläubiger schädigt, indessen selten als strafbarer Betrug sich darstellt und deshalb jetzt meistens straffrei bleibt. Die höchste zulässige Strafe für einfachen Bankerott aber soll nicht, wie bisher, zwei, sondern fünf Jahre Gefängnis betragen, und es sollen dem leichtsinnigen Bankrotteur auch die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt werden dürfen. —

Die Neuerungen des Entwurfs sind ohne Zweifel durchweg Verbesserungen des bisherigen Rechtszustandes und entsprechen teilweise den Beschlüssen der zur Beratung des Antrages Mittelstein auf Abänderung der Konkursordnung im Winter 1893/94 tagenden Reichstagskommission. Einige der wichtigsten dieser Beschlüsse sind aber leider in dem Entwurfe nicht berücksichtigt worden. Insbesondere enthält der Entwurf keinerlei Vorschriften zur Erschwerung von Zwangsvergleichen zwischen dem Gemeinschuldner und den nicht bevorrechtigten Gläubigern; während die Reichstagskommission verschiedene derartige Vorschriften beschlossen hatte, so z. B. die Vorschrift, daß ein vorgeschlagener Zwangsvergleich auf Antrag zu verwerfen ist, wenn er den Gläubigern nicht wenigstens 25 v. H. ihrer Forderungen gewährt: welche Vorschrift der hervorgetretenen Neigung mancher, meist jüdischer, Schuldner entgegenwirken sollte, vermittelst eines Zwangsvergleichs ihre Schulden bis auf einen ganz geringen Bruchteil abzustoßen und so das Konkursmachen zu einem einträglichen Gewerbe zu gestalten. Ferner hat der Entwurf das von der Reichstagskommission beschlossene Verbot, mit einem Ausverkaufe oder einer Verseigerung der Konkursmasse den Verkauf nicht zur Konkursmasse gehöriger Gegenstände zu verbinden, nicht aufgenommen; obgleich es öfters vorkommt, daß Kaufleute, besonders jüdische, ihre zurückgesetzten, minderwertigen Waren in eine fremde Konkursmasse einschmuggeln und hierdurch einerseits die mit ihnen in Wettbewerb stehenden Geschäfte schädigen, andererseits das kaufende Publikum täuschen. Die Strafbarkeit des Bankerotts ist zwar, wie schon gesagt, in dem Entwurfe erweitert und verschärft. Indessen hinter den Beschlüssen der Reichstagskommission ist der Entwurf auch hierin wesentlich zurückgeblieben; beispielsweise sieht er eine Bestrafung von Bankrotteuren, die aus Leichtsinn ihren Erwerbsbetrieb vernachlässigt haben, nicht vor, ebensowenig eine schärfere Bestrafung rückfälliger Bankrotteure. Alles in allem, die Vorschläge des Entwurfs sind zwar sehr annehmbar, können aber nach verschiedenen Richtungen hin eine Ergänzung wohl vertragen. Z. B.

Wilhelm Boetzkes

Rheinisches Tuchhaus, ◆ Düren I, ◆ Bezirk Aachen,

versendet an den billigsten Preisen die berühmten, vielfach ausgezeichneten Aachener und Dürener Tuchwaaren, sowie andere deutsche und engl. bewährte Herrenstoffe.

Die neuen Muster		Qual.	Stoff p. Anz.
3 m Cheviot	40	M	10,80
3 „ Loden-Chev.	42	„	12,75
3 „ Kammgarn	48	„	13,90
3 „ Melton	50	„	18,80

werden sofort, Ober- und Winterstoffe bei 3 m Abschnitt, angesandt, damit jedermann sich ohne Risiko von der Güte und Billigkeit überzeugen. Man schreibe eine Postkarte. bis 12 M. der Meter. Jedes Muß.

Beim Vergleich bitte man besonders die Qualität.

Wein-Groß-Handlung,
Import von Rum, Arrac, Cognac,
von

Jede Flasche trägt diese Etiquette als Schutzmarke.

Berlin NW., 1 Stendaler Straße 1.
Fernsprecher: Amt Moabit 1326.
Gegründet 1877.
1895er u. 96er Rhein- u. Moselweine, p. Fl. oder 2 Ltr. von 70 Pf. an.
1895er u. 96er Bordeaux-Weine von 1 M. an, sowie sämtliche in- und ausländische Weine usw. zu soliden Preisen. Für absolute Reinheit garantieren

Schmidt & Co.

Kleine Proben und weitere Offerten umsonst.

Für meine Schweizer (25 Jahre: 1 Jahr in Frankreich in Stellung) suche ich in gutem deutschen Hause Stelle als **Stütze der Hausfrau**, womöglich mit Gelegenheit, sich in der feinen Küche auszubilden.
Familien-Anschluß erwünscht; auf Gehalt wird unter Umständen verzichtet.
Gefällige Anerbieten **Künstelaau**, Postfach 25, (Württemberg).

Hauptagenten von deutsch. Gesellsch. allerorts geg. hohe Provis. u. Reisesp. ges. Ev. Firum. Off. u. **F. 100** an die Geschäftsst. d. Bl.

Weltruf
haben weltf. Fleischwaaren
feinste weltf. Schinken 0.90 ℳ p. Pfd.
„ „ Cervelatw. 1.24 „ „ „
„ „ Schinkenw. 1.15 „ „ „
„ „ Plockw. 1.10 „ „ „
„ „ Metw. 0.90 „ „ „
(beste Räucherung).
Garantie Zurücknahme
J. Bartscher, Nienberg, Westf.

Die **Meierei Stuvenborn** bei **Süseld** i. Holstein empfiehlt
hochfeine holsteinische
Tafelbutter
in Postpfunds täglich frisch.
Die Verwaltung: Reese.

Kaufen Sie
kein Planino,
wenn Sie sich noch nicht den Katalog von **August Roth, Hagen I. Wstf.**, Königl. Hof-Pianofabrikant, grats. haben kommen lassen.

Zu vermieten
sauberes Garçon-Logis
bei ruhigen alten Leuten (einzige Vermietung) sofort oder später zu besehen.
Leipzig, Sophienstr. 14, 3 Treppen.

Billige, dichte
Dächer
stets nur bei der ab **Andernach's Asphalt-Steinpappen**
Muster u. Beschreibungen gratis u. franco
Rh. Asphaltwerke Andernach, Rhein.

Muster etc. postfrei

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königsstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe in Berlin NW. 5, Stendalerstr. 1.
Druck: G. Reusche, Leipzig.

Deutsch-Soziale Blätter.

Herausgegeben von Max Liebermann v. Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Bezugs-Preis: vierteljährlich Mk. 1.50 bei den Postanstalten (Post-Zeitungsliste Nr. 1788) und Buchhandlungen. Unser Streifband Mk. 2.

Anzeigen: die 4-gespaltene Petit-Zeile 25 Pfennige. Verantwortliche Redaktion: Königsstraße Nr. 27, Leipzig.

XIII. Jahrgang. | Leipzig, 3. März 1898. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Juden-Frage. Otto Glagau. | Nr. 498.

Inhalt: Talmudisches. — Versuch über die Ungleichheit der Menschenrassen. — Das Antisemitische Jahrbuch für 1898. — Eine Schwindelgeschichte. — Ein Opfer der Romschbanzerei. — Die Reichsausländer in Leipzig. — Großjüdische Verhältnisse — Der erste jüdische Schornsteinfeger. — Die Lehrerin „Volkserziehung". — Rußland. — Mosait. — Innenpolitisches. — Parteinachrichten. — Zitate im Konflikt mit den Landesgesetzen. — Zeitgeist auf dem Wege zum Kommerzienrat. — Jüdische Ritter, Kommissionäre und Kommerzienräte usw. .

Talmudisches.

Am 17. Februar d. J. verhandelte das Schöffengericht Berlin in einer Beleidigungsklage gegen den Privatgelehrten Herrn Dr. Bischoff (Leipzig) und gegen unseren Schriftleiter, der nachstehende Bücherbesprechung aus Nr. 421 (vom 10. Sept. 96) unseres Blattes zu Grunde lag:

Der babylonische Talmud. Text (nach der editio princeps) mit Varianten nebst Übersetzung und Erklärungen herausgegeben von Lazarus Goldschmidt. Berlin. à Lieferung 5 M.

Jedermann ist vor diesem schwindelhaften Unternehmen gewarnt, daß auf 50 Lieferungen berechnet ist und dessen Ausführung direkte Geldvergeudung wäre. Treffend ist profunde Talmudkenner wie die bekannte Else von Schabelsky und Judor Witkowski das Unternehmen über die grüne Wiese loben, ist es doch der Wahrheit zu Ehre gesagt, daß 1) der Text nicht nach der editio princeps gegeben ist, die Ob. überhaupt nicht eingesehen hat, 2) daß die Varianten aus den bekannten Variae lectiones von Rabbinowicz sinnlos abgeschrieben sind, daß 3) die Übersetzung nicht nur auf jeder Seite grobe Fehler, sondern auch grobe Blasphemien enthält, 4) daß die „Erläuterungen" zum großen Teile wörtlich oder mangelhaft sind, 5) daß das Ganze überhaupt so unglaublich überlich gearbeitet ist, trotzdem schon sechs Übersetzungen des Traktats Berachoth des ersten im Talmudi vorlagen, daß keine Seite unter einem halben Dutzend Falschheiten enthält. — Goldschmidt ist, die Ob. überhaupt nicht eingesehen hat, 2) daß die Banan

Versuch des Herrn Cohn, beide Artikeln in einen „diametralen Gegensatz" zu bringen, scheiterte an den prompten Erwiderungen Dr. Bischoffs.

Um nun einen völlig objektiven Wahrheitsbeweis zu erbringen, schlug alsdann Dr. Bischoff vor, im nächsten Termin als Sachverständige zu hören: Professor Dr. Hermann Strack (Berlin), den Privatgelehrten Kahan (Leipzig) und Dr. Hofmann (Dozenten am Rabbiner-Seminar, Berlin), d. h. einen bedeutenden christlichen Talmudkenner und zwei hervorragende jüdische Talmudisten, die sämtlich nichts weniger als Antisemiten sind. Von der Gegenseite wurden alle drei, ihr augenscheinlich ziemlich unbenehmen Sachverständigen als befangen abgelehnt, wobei Goldschmidt gegen Dr. Bischoff die Ausdrücke „Mietling des Herrn Kahan" und „unverschämte Lüge" anstieß, was ihm natürlich eine energische Abrüstigung und hübsche Widerklage eintrug. Den letzteren Ausdruck wollte Goldschmidt nur als eine Äußerung des „Herrn Dr. von Gebhardt, Direktors der Königlichen Bibliothek in Berlin" referiert haben. Es stelle sich aber im Termin vom 17. Februar heraus, daß er Herrn Dr. Karl Gerhardt, Direktor der Druckschriften-Abteilung an der Königlichen Bibliothek, gemeint hatte, der — ebenso wie Herr Bibliotheksdirektor Dr. von Gebhardt (Leipzig) und der von dem Kläger irrtümlich auch genannte Direktor Dr. von Stern (Berlin) Herrn Dr. Bischoff gegenüber schon vorher mündlich und schriftlich — dieses Wort dann peinlich in Abrede stellte.

Man merke sich: Goldschmidt verkehrt wiederholt persönlich mit Dr. Gerhard, erhält auf ein Empfehlungsschreiben des Orientalisten Prof. Schrader (Berlin) monatelang ein sehr seltenes Buch zum Privatgebrauch nach Hause, das gewöhnlichen Sterblichen nur im Lesezimmer der Bibliothek zur Verfügung steht, und weiß dann nicht einmal, wie der Mann heißt, der ihm diese Bergünstigung bereitwilligst zu Teil werden läßt! —

Man einigte sich dann endlich auf die Sachverständigen Prof. Dr. Strack (Berlin), Dr. von Gebhardt (Berlin) — alias Dr. Gerhardt — und Rabbiner a. D. Dr. Hahn (Charlottenburg), der von dem Kläger vorgeschlagen wurde. Dr. Hahn lehnte sich aber selbst ab, da er nicht genügend Sachverständiger sei!*) Infolgedessen wurde von der Gegenpartei der Rabbiner Dr. Rosenzweig (Berlin) geladen.

Vor dem zweiten Termin glaubte Rechtsanwalt Cohn der Sache seines Mandanten dadurch zu nützen, daß er dem Herausgeber der „Liberalen Korrespondenz" die zur Anklage stehende Kritik übergab. Jener Litterat schmiedete daraus einen Artikel mit der Überschrift „Kritik mit doppeltem Boden", der, wie Dr. Bischoff bemerkte, noch zu weiteren Schritten gegen den Verfasser und die Verbreiter führen wird. Herrn Cohn beeilte sich dann auch, zu erklären, daß er nicht Verfasser der belobigenden Äußerungen sei, sondern nur das thatsächliche Material dazu geliefert habe. Dagegen hat Herr Cohn in einer, um mit ihm zu sprechen, „sogenannten" Berichtigung dem Beklagten Dr. Bischoff vorgeworfen, mit der Kritik „antisemitische Absichten" verfolgt zu haben. Was diese „antisemitischen Absichten" sein sollen, konnten wir bis heute noch nicht feststellen, zumal Dr. Bischoff und unser Schriftleiter den Zeugenbeweis dafür anboten, daß zufällig der inkriminierte Artikel durch Versehen in unser Blatt gekommen sei. Dr. Bischoff war dazu in der Lage, die Wahrheit aller seiner wissenschaftlichen Behauptungen zu beweisen. Wenn die unverblümte Wahrheit schreiben daselbe ist, wie „antisemitische Absichten verfolgen" — so nehmen wir den Ausdruck dankend an. Herr Cohn!

Die Verhandlung am 17. Februar drehte sich hauptsächlich um den von Dr. Bischoff angebotenen Wahrheitsbeweis. Zunächst beschwerte sich Dr. B. daß man nicht schon zu diesem Termine seine Zeugen geladen habe, die eidlich aussagen sollten: über G.'s Äußerungen betreffs einer gewissen Viertel-Million, über sein Verhältnis zu Else von Schabelski und zur „Zukunft", über eine „litterarische Fälschung" (so nannte es Dr. B.) Goldschmidt's, über ein damit in Zusammenhang stehendes Schreiben G's an die Alliance israélite und eine interessante Antwort der letzteren betreffs G.'s — alles dies, um den Ausdruck Dr. B.'s „schwindelhaft" zu rechtfertigen; ferner beschwerte er sich über Nichtvorlegung seiner Zeugen darüber, daß ihm kein zweiter Kritik-Entwurf vorgelegt und den Händen und an den Verlag unseres Blattes gekommen sei. Der Herr Vorsitzende meinte, daß die Verhandlung erst ergehen sollte, ob diese Zeugen nötig seien.

Darauf wurde zum Beweise der wissenschaftlichen Vorwürfe Dr. B.'s gegen Goldschmidt geschritten.

Dr. B. präzisierte den ersten dahin, daß G. nicht, wie er im Prospekte angebe, die „editio princeps" (erste Druckausgabe) benutzt habe; denn als solche sei nicht die von G. nachlässig genug benutzte Ausgabe von Venedig 1520 ff., sondern die von Soncino (1484) anzusehen.

Der Sachverständige Herr Prof. Dr. Strack bestätigte die wissenschaftliche Richtigkeit dieser Ansicht Dr. B.'s. Goldschmidt habe zudem um so mehr die Pflicht gehabt, die Sonciner Ausgabe zu benutzen, als die Venediger nur ein fehlerhafter Abklatsch von dieser sei. Die Angabe Goldschmidt's „Text nach editio princeps (Venedig 1520)" sei eine Irreführung, erstens weil viele dann die Venediger Ausgabe für den ersten Druck halten würden, zweitens, weil Goldschmidt den Text nicht genau nach dieser gegeben habe. — Auf weiteres Befragen bekräftigte Herr Prof. Strack auch, daß Goldschmidt, entgegen seinem Versprechen, gewisse Stellen, an denen die Zensur Wörter bezw. Sätze gestrichen oder verändert habe, nicht nach dem Urtexte wiederhergestellt habe, daß er vor allen den Namen Jeschu (= Jesus) ausgelassen habe. Hierbei wurde konstatiert, daß Goldschmidt in seinem „Vorwort an den Leser" ausdrücklich geschrieben habe: „Kann man mir auch nur eine einzige Stelle nachweisen, an der Zensurstellen nicht in Ordnung gebracht sind, so sei hiermit zugegeben, daß meine ganze Textausgabe ganz unzuverlässig ist." — Herr Professor Strack erwähnte noch, daß er beim Durchblättern des ersten Bandes Goldschmidts drei nicht ausgefüllte Zensurlücken bemerkt habe, und faßte sein Urteil dahin zusammen, daß die Goldschmidt'sche Ausgabe „unbedingt als keine wissenschaftlich korrekte Ausgabe zu bezeichnen" sei.

Der Sachverständige Herr Rabbiner Dr. Rosenzweig erklärte vor Beginn seiner Vernehmung, daß er „nicht ganz für Goldschmidt eingenommen" sei, sich aber als unbefangen erachte. Er sehe als editio princeps die erste vollständige Ausgabe an, das sei die Venediger, da die Soncziner nicht vollendet sei. Auch Herr Dr. Gerhardt stimmte im Widerspruch mit Prof. Strack (und, wie Dr. Bischoff sagte, mit allen Litteraturhistorikern) dem bei, trotzdem der Beklagte den Herren gegenteilige Beispiele aus der Litteraturgeschichte (Livius, Schiller usw.) entgegenhielt. Hierüber, sowie über die bestimmte Behauptung des Dr. Rosenzweig, daß im Talmud auf einer Seite von der Zensur höchstens sechs bis acht Zeilen gestrichen seien, kündigte Dr. B. den beiden Herren eine wissenschaftliche Widerlegung an geeigneterem Orte an. Interessant war die Angabe Professor Stracks, daß in manchen Talmudausgaben nicht nur Zeilen, sondern ein ganzer Traktat von 76 Blättern oder 152 Seiten gestrichen sei!

Es kam sodann der zweite wissenschaftliche Tadel Dr. B.'s zur Verhandlung,

daß keine Seite der in Rede stehenden Lieferung Goldschmidt's unter einem halben Dutzend Unrichtigkeiten enthalte.

Herr Dr. B. hatte hierzu (da die Lieferung 80 Seiten enthielt) über 500 Fragen an die Sachverständigen angekündigt. Herr Rabbiner Dr. Rosenzweig, der erst kurz vorher die Vorladung erhalten hatte, erklärte gewissenhaftenweise zur Prüfung dieser Frage der Vorbereitung zu bedürfen. Herr Professor Dr. Strack, der das G.'sche Werk bereits studiert hatte, erklärte auf Befragen des Herrn Vorsitzenden, daß er in dieser Lieferung eine Reihe von Stichproben angestellt habe und dabei auf jeder Seite sechs und auch mehr, durchschnittlich vielleicht sieben Irrtümer habe feststellen können. Die späteren (nicht in Rede stehenden) Lieferungen seien besser geworden. E

*) Die Richtigkeit dieses Präzedenzfalles ist eine ganz außerordentliche, da jetzt in sog. Talmudprozessen unbedenklich jeder Rabbiner als Talmudsachverständiger angesehen wurde.

Digitized by Google

habe den Eindruck gehabt, daß Goldschmidt ohne genügende Vorbereitung*) die erste Lieferung mit möglichster Beschleunigung habe erscheinen lassen, um einem (Leipziger) Herrn, der eine kritische Textausgabe des Talmuds plane, zuvorzukommen. Auch habe er die Ueberzeugung, daß G. mindestens bei der ersten Lieferung Helfer gehabt habe, da er keineswegs damals des Deutschen ja mächtig gewesen sei, wie es bei einer solchen Uebersetzung nötig wäre.

Durch dieses geradezu vernichtende Sachverständigen-Urteil, dem von dem anderen Herrn Sachverständigen nicht widersprochen wurde, geriet Goldschmidt ganz aus dem Häuschen, fuchtelte mit seinen Büchern dem erstgenannten Sachverständigen vor den Augen umher, lief zu den beiden anderen Sachverständigen hin, sodaß der Vorsitzende ihn bitten mußte, die Sachverständigen nicht zu behelligen, da das keinen guten Eindruck mache — kurz, der Mann befand sich in beständiger Bewegung, zumal mit Armen, Beinen und — dem Munde. Vieles verstand man bei seinem jüdisch-deutschen Dialekte gar nicht, das aber war herauszuhören, daß er verlangte, Herr Prof. Strack solle ihm noch dies und jenes beweisen, übersetzen u. dgl. Der Vorsitzende erklärte solches aber für unnütig, sich selbst für befriedigt, und hielt den Zeitpunkt für gekommen, dem Kläger Lazarus Goldschmidt zu raten, einen Vergleich einzugehen. Mit Entrüstung wies Goldschmidt dieses Ansinnen zurück, selbst dann, als sein Rechtsbeistand ihm eindringlichst zuredete. Endlich schien er geneigt und zwar unter der Bedingung, daß Prof. Dr. Strack seine letzten gutachtlichen Aeußerungen zurücknehme. Prof. Dr. Strack lächelte nur und verlas ferner noch ungefähr zwanzig Worte aus der Kritik des Dozenten Dr. Hofmann (Berlin) in der „Zeitschrift für hebräische Bibliographie“ über Herrn Goldschmidt, wogegen die Kritik in den „Deutsch-Soz. Blättern“ noch sanft zu nennen ist. Der Sachverständige bemerkte, daß seines Erachtens dieses Urteil bei gröfterer Verbreitung für Goldschmidt viel gefährlicher, ja vernichtend sein würde. G. wurde aber immer ungeberdiger, so daß der Vorsitzende, dessen Geduld bewundernswert war, die Verhandlungen auf fünf Minuten unterbrach, „damit die Parteien sich vergleichen können“. Die nun folgende Szene war äußerst interessant. Mit Ausnahme der Beklagten sprach alles auf den Kläger ein — selbst seine Stammesgenossen aus dem Zuhörerraum —, um ihn zur Zurücknahme der Klage zu bewegen. Rabbiner Dr. Rosenzweig meinte: „Stein Sie mal ehrlich, Goldschmidt! Was habe ich Ihnen gesagt, als Sie mit dem ersten Korrekturbogen zu mir kamen? Da habe ich gesagt: Goldschmidt, lassen Sie das, Sie können nicht Deutsch!“ Direktor Dr. Gerhardt rief: „Ich würde zurückziehen, Sie erreichen nichts.“ Es schien aber nichts zu nützen, denn als der Gerichtshof wieder eintrat, erklärte Rechtsanwalt Lohn mit bedauerndem Achselzucken: „Er will nicht!“ Dr. Bischoff war nun auch ungeduldig geworden und bat, wenigstens ein paar hundert seiner Fragen jetzt zu erledigen. Als der Vorsitzende wieder begann, legte sich endlich Herr Lohn ins Mittel, indem er Herrn Dr. Bischoff erklärte, er habe es selbst nicht passend gefunden, daß Goldschmidt eine litterarische Kritik mit einer Klage beantworte, und fragte, ob Dr. B. nicht seinen Ausdruck „schwindelhaft“ zurücknähme. Dr. B. erklärte, sich erst nach Zurückziehung der beleidigenden Ausdrücke G.'s zu äußern. Hierauf wieder großes Konfilium um Goldschmidt; dem schließlich Herr Rechtsanwalt Lohn erklärte, er verlange kein Honorar, was die Sachverständigen ebenfalls versicherten. Nun nahm Goldschmidt seine Klage gegen beide Beklagte und seine beleidigenden Ausdrücke gegen Dr. Bischoff zurück, wogegen nach einigem Widerstreben letzterer die Worte „schwindelhaft“ und „Machwerk“ zurücknahm, während unser Schriftleiter schon vorher erklärt hatte, er würde das Wort „schwindelhaft“ gestrichen haben, falls er Manuskript oder Korrektur vor der Drucklegung zu Gesicht bekommen hätte. Die zur Klage stehende Besprechung war nämlich versehentlich gar nicht in seine Hände, sondern sofort in die in Leipzig befindliche Druckerei gelangt. — Dr. Bischoff erklärte noch, seine sämtlichen wissenschaftlichen Anklagen, die auszuführen ihm der Vergleich gehindert habe, aufrecht zu erhalten und in einer besonderen Schrift der Oeffentlichkeit unterbreiten zu wollen.

Wir sind mit dem Ausgange der Sache sehr zufrieden. Der Wahrheitsbeweis ist als vollständig gelungen zu bezeichnen. Zugleich hat sich, wie schon bemerkt, herausgestellt, daß nicht jeder Rabbiner ohne weiteres als Talmud-Sachverständiger angesehen werden kann, was bisher immer geglaubt wurde. Von der weiteren Thatsache, daß ein — nach deutschen Begriffen — wissenschaftlich abkalut nicht vorgebildeter russischer Jude, der nicht einmal des Deutschen völlig mächtig ist*), eine deutsche Uebersetzung des Talmuds herausgibt, die wahrscheinlich später einmal gegen unsere Ansichten über den Talmud ins Feld geführt wird, wollen wir nicht weiter reden!

L. H.

*) Diese war aber genaue im Prospekt G.'s angedeutet!

Versuch über die Ungleichheit der Menschenrassen.

Nachdem durch die mit großem Beifall aufgenommenen Verdeutschungen der „Asiatischen Novellen“ (Reclams Universal-Bibl. Nr. 3104/5) und „Renaissance“ (ebenda Nr. 3511—15) der Graf Gobineau als Autor dem besseren Teile des deutschen Publikums schnell lieb und wert geworden, erschien es an der Zeit, nunmehr auch an die Einbürgerung seines wissenschaftlichen Hauptwerkes, des „Versuchs über die Ungleichheit der Menschenrassen“**), ernstlich zu denken.

Die deutsche Ausgabe von Gobineaus Rassenwerk soll in vier Bänden zu durchschnittlich 20 bis 25 Bogen im Laufe der nächsten Jahre erscheinen und ein Nachtragsband (allgemeine Einleitung, Anmerkungen und Register) später das Ganze zum Abschluß bringen.

Der vorliegende erste Band, der den allgemeinen Teil („Vorbereitungen: Definitionen; Untersuchung und Darlegung der Naturgesetze, die die soziale Welt regieren“) bringt, erscheint so als ein eigenes Ganzes für sich, vorzüglich geeignet, in Gobineaus Gesinnungswelt einzuführen, und besonders über die Hauptprobleme der großen ihn hier beschäftigenden Frage zu orientieren. —

Dieses Buch, das in Frankreich zuerst im Jahre 1853 erschien und dann 1884 wieder aufgelegt wurde, ist in Deutschland so gut wie gar nicht beachtet worden, trotzdem es dem Könige von Hannover gewidmet war. Nur wenige, freilich um so bedeutendere Persönlichkeiten haben seinen wahren, durchaus ungewöhnlichen Wert erkannt und es als ein epochemachendes Werk, gleichsam als eine Kulturgeschichte größten Stiles begrüßt, deren Entdeckungen, deren weittragenden Grundgedanken nicht mehr, wie bisher aus Anlaß vereinzelter Erwähnungen, in verständnisloser Amalgamierung mit Modebegriffen des Tages, sondern als Licht- und Wärmezentrum einer eigenen, ganz neuen geschichtlichen Weltanschauung wirken zu lassen der Zweck der vorliegenden Veröffentlichung des Prof. Ludw. Schemann (Freiburg, Breisgau) ist.

Wie nebelhaft die bisherigen „Kulturgeschichten“ waren, ersieht man am Deutlichsten, wenn man selbst die gewaltigste unter ihnen, Herder's „Ideen“, einmal auf ihre eigentliche Basis hin untersucht. Es sind dort ja gut, wie allerwärts sonst, mein spekulative Gedanken, moralische Raisonnements, abstrakte Formeln. Wohl wird die Menschheit in ihren allgemein kosmischen, wie in klimatischen und sonstigen Zusammenhängen und Abhängigkeiten mit betrachtet, aber im Ganzen doch vorwiegend, wenn nicht ausschließlich, wie wirs auch von einzelnen Menschen nur zu lange gewohnt gewesen sind, als ein Moralisch-Geistiges gefaßt. Gobineau zuerst hat methodisch gelehrt und bewiesen, daß die Menschheit, daß Völker und Generationen, nicht nur als Forschungsobjekt des Anthropologen und Ethnologen, sondern

*) Seine beleidigenden Ausdrücke wurden im Termin mit seiner mangelhaften Kenntnis der deutschen Sprache entschuldigt!

**) Versuch über die Ungleichheit der Menschenrassen. Vom Grafen Gobineau. Deutsche Ausgabe von Ludwig Schemann. Stuttgart. 1898. Preis 3,50 Mk.

Digitized by Google

gerade auch als das des Kulturhistorikers und Sozialethikers, von Allem ein leiblicher Organismus sind, und daß alle größten und kleinsten Leistungen des Menschengeistes, alle Vorzüge und Fehler der Nationen, daß jegliche Erhebung und jeglicher Sturz einer Zivilisation, kurz daß alles und jedes moralische und geistige Moment in der Weltgeschichte auf jenes Leibliche zurückzuführen und aus ihm zu erklären ist. Jenes Leibliche aber ist die Rasse: eine Nation ist in dem Maße nach Anlage, Leistungs- und Entwicklungsmöglichkeit hervorragt, als sie einer bevorzugten Rasse angehört (denn mit dem Märchen der Gleichheit in der Veranlagung der Menschenrassen räumt Gobineau ein für alle Male auf), oder — da die Rassen sich gänzlich unvermischt so gut wie gar nicht erhalten haben, vielmehr die Mischung der Rassen der eigentliche physiologische Hauptprozeß der Weltgeschichte gewesen ist — in dem Maße, als bei ihren Mischungen das Blut der höheren Rasse siegreich geblieben ist.

Stolz und groß hat Gobineau es ausgesprochen, er glaubt zuerst die wirkliche noch unerkannte Basis der Geschichte aufgedeckt zu haben. Schwerlich möchte er sich mit diesem Glauben überhoben haben! Und wäre dem so — auf alle Fälle ist er einer von den Denkern, die aus sich geboren haben, wenn sie ihre eine Kardinaltheje aufgestellt und dann eine solche Fülle tiefer und geistvoller Belehrung zu deren Deutung und Begründung beizubringen wissen, daß am Ende ihre materielle Richtigkeit für den sinnvollen Leser gar nicht einmal ausschlaggebend in Betracht kommt. Übrigens hat sich Gobineau wiederholt mit Recht darauf berufen, daß nicht nur die zahlreichen Entdeckungen und Funde aus der Vergangenheit aller Völker und Länder, sondern namentlich auch die zeitgenössischen und noch immer sich anhahnenden Entwickelungen des Völkerlebens sprechendes Zeugnis für seine Doktrin ablegten.

So scheint es in der That, als ob die Entscheidung über Wahrheit oder Irrtum der Gobineauschen These der Gelehrten, mit ihren Theorieen, von der Weltgeschichte selber, mit ihren wuchtigen Wirklichkeiten, aus der Hand gerissen sei. Der „Nationalitäten-", d. h. eben der Rassen-Gedanke durchzieht das moderne Völkerleben heute mehr denn je, und keiner kann sich mehr der Empfindung erwehren, daß alle modernen Nationen vor eine Entscheidung, eine Prüfung gestellt sind, was sie als Nationen — d. h. eben nach ihrer Rassen-Anlage, ihren Mischungsbestandteilen, dem Ergebnisse ihrer Rassen-Mischungen — wert seien, in wie weit sie dunkel geahnten, vielleicht mit Vernichtung drohenden Stürmen der Zukunft gewachsen sein werden.

Daß Gobineau in jene Zukunft ernst und düster hineingeblickt und, was er da erschaut, mit rücksichtsloser, ja erbarmungsloser Wahrhaftigkeit ausgesprochen hat, gerade das ist wohl, wie ihm selbst nicht entgangen sein mag, vorwiegend mit der Grund gewesen, warum sein im übrigen von Geist wahrhaft überquellendes, von den interessantesten Fragen des Kultur- und Völkerlebens durchzogenes Werk bei den Völkern von heute keine Heimat gefunden hat. Sie hören gemeiniglich ganz andere Wahrheiten lieber, als daß sie degeneriert und daß keine sonderlich großen Dinge mehr von ihnen zu erwarten seien. Und doch steht zu hoffen, daß gerade wir Deutschen den Franzosen Gobineau trotz alledem gerne hören werden. Denn er hat es als unumstößlichen Schlußsatz seiner gesamten ethnographischen Erkenntnisse hingestellt, daß in der germanischen Rasse die er einmal sogar geradezu die „weltordnende" genannt hat) die höchste Blüte weltgeschichtlicher Entwickelung getrieben sei, daß die in sie gelegten Keime die wahrhaft befruchtenden, die edelsten Lebenskeime gewesen seien, und daß noch fort und fort einem Volke in dem Maße Leben beschieden sein werde, als es germanisches Blut in seinen Adern rein bewahrt habe. Nun wohlan — das ist immerhin ein Trost, selbst bei ernstesten Blicken in die Zukunft. Wir sind relativ mit die wenigst Degenerierten, und das ist schon etwas. Wohl uns, wenn uns Gobineaus Wort zum Wort des Lebens werden könnte!

Das Antisemitische Jahrbuch für 1898

ist von seinem Herausgeber, Herrn Dr. W. Giese nunmehr zur Versendung gekommen. Das Buch soll die Parteifreunde mit solchem Material für die kommenden Reichstagswahlen versehen, das sonst nur brauchbarweise in den Tages- und Wochenblättern zu finden ist. Wir glauben das Buch, das zum Preise von 2 Mark von unserem Verlage zu beziehen ist, nicht besser empfehlen zu können, als mit folgenden Worten, die Ende Januar der Abg. Liebermann von Sonnenberg an Herrn Dr. Giese richtete:

Das neue antisemitische Jahrbuch für das Kampfjahr 1898 erfüllt den Zweck, dem es diesmal vor allen Dingen zu dienen berufen ist, in einem, meine Erwartungen weit übertreffenden Maße, indem es unseren Parteifreunden ein reichgefülltes Arsenal weittragender, sichertreffender Waffen nebst Ladebedarf für die bevorstehenden Wahlkämpfe zur Verfügung stellt. Ein großes Stück fleißiger, gewissenhafter und zweckbewußter Arbeit steckt in umfangreichen Aufsätzen unseres unermüdlichen Herrn O. H. Böckler über die Sozialdemokratie, die Deutsch-Freisinnigen, die Nationalliberalen, die Konservativen und den Bund der Landwirte. Reichhaltiger Stoff zu den Flugblättern und Versammlungsreden des bevorstehenden Wahlkampfes ist darin zur Benutzung bereitgestellt. Man muß über die außerordentlich geistige und körperliche Spannkraft staunen, die es dem Herrn Verfasser ermöglichte, neben diesen und seinen sonstigen Berufsarbeiten noch im Laufe des vergangenen Jahres in der Prignitz und anderen Bezirken viele Dutzende, zum Teil sehr schwierige und stürmische Versammlungen siegreich durchzukämpfen.

Sehr wertvoll für unsere Wahlredner, Kandidaten und Kleinagitatoren ist auch der Aufsatz von Herrn Paul Dehn, worin die Ausbeutung unseres Volkes durch den Geschäftsschwindel und die Mittel zu dessen Bekämpfung behandelt werden. Daß in der reichhaltigen Auswahl von Beispielen für unlautere Geschäftskniffe meist jüdische Firmen genannt werden mußten, ist ganz gewiß nicht Schuld des Herrn Verfassers. Unter Benutzung jener Beispiele kann man aber den Wählern klar machen, wer unseren Mittelstand ausbeutet und „wie's gemacht wird".

Die sieben Bilder aus der antisemitischen Bewegung von Dr. Wohlfarth in Rathenow sind sehr geeignet, die uns fortgesetzt neu zuströmenden Anhänger in das Werden und Wachsen unserer Partei einzuführen. Erst wenn man deren Geschichte eingermaßen kennt, kann man den richtigen Standpunkt für die Beurteilung der einzelnen Erscheinungen erkreulicher und minder erfreulicher Art gewinnen und sowohl die Bedenken Wohlmeinender beschwichtigen als die Angriffe der Gegner sachgemäß und wirksam zurückweisen.

Sehr zweckmäßig ist auch der Beitrag, den Herr Amtsrichter Lattmann geliefert hat, worin er die Beschimpfungen, Verdächtigungen und Verleumdungen unserer Partei in dem namentlosen „Handbuch für nationalliberale Wähler" auf ihren Wert oder vielmehr auf ihren Unwert prüft, sie richtig stellt oder widerlegt, und den Herren Nationalliberalen selber einen treuen Spiegel ihres eigenen Verhaltens vorhält.

Das statistische Kapitel am Schluß des Jahrbuches liefert den für unsere Partei höchst erfreulichen Beweis, daß der sogenannte Zug nach links thatsächlich nur eine Abwendung von den alten Kartellparteien aber keineswegs eine Zuwendung zum Freisinn oder zur Sozialdemokratie darstellt.

Die interessanten Beiträge zur Geschichte der Juden im ehemaligen Königreiche Polen von Herrn Dr. Besemer enthalten ein große Fülle ernster Mahnungen zur Wachsamkeit gegenüber dem sich mehrenden Eindringen polnischer Juden in Deutschland.

Ganz besonders erfreut hin ich über den mit dem Herzen geschriebenen Aufsatz Dr. Lindströms, der den Andenken an den großen Vorkämpfer für deutsch-soziale Reform unseres Volkslebens, Paul de Lagarde, gewidmet ist. Möge dies Erinnerungsblatt unseren jüngeren Parteigenossen Anregung geben, sich in Lagardes „Deutsche Schriften" zu versenken zu ihrer eigenen Erbauung und Erhebung und zum Segen der Sache, für die wir kämpfen. —

Das sorgfältig hergestellte Personen- und Sach-Verzeichnis

am Schlusse ermöglicht es auch, während des Meinungskampfes in erregten Volksversammlungen rasch das einschlagende Beweismaterial zu finden. —

Als einen besonderen Vorzug des Jahrbuches habe ich es von neuem empfunden, daß es, abweich nd von dem Gebrauch anderer Parteien, keinen parteiamtlichen Charakter trägt, sondern daß der Herausgeber und die Mitarbeiter mit ihrem Namen für das eintreten, was sie geschrieben haben. Trotzdem wirkt das Ganze, als sei es aus einem Guß geflossen. Daran ändern auch die kleinen Vorbehalte und Meinungsverschiedenheiten nichts, die jeder Leser, darunter auch ich gegenüber dieser oder jener Behauptung des Jahrbuches haben dürfte.

Eine Schwindelgeschichte.

Die Zeitschrift „Deutsche Worte", herausgegeben von dem österreichischen Reichsratsabgeordneten Pernerstorfer, der sich erst als Antisemit geberdete und jetzt Sozialdemokrat geworden ist, veröffentlichte Ende v. J einen Aufsatz von Ignaz Leichner über die Erdöl- und Erdwachsindustrie in Galizien. Darin wird die große Not der Arbeiter, die meist Ruthenen und Polen sind, geschildert. Um seine Ausdrucksweise geschmackvoller zu machen, sagt der Verfasser: „Im Hinblick auf gewisse Zeitrichtungen ist es erwähnenswert, daß wohl die Hälfte der Arbeiter aus Juden besteht, die hier ebenso hilflos und verzweifelt ihr Los tragen, wie die christlichen ruthenischen Arbeiter. Hier sieht man es am deutlichsten, wie die Ausbeutung keine Rassen- und Religionsunterschiede kennt." Nach dieser hübschen Einleitung kommt die Hauptsache, der Beweis nämlich, wie sehr die jüdischen Arbeiter ausgebeutet werden. Es heißt da:

„Bis zu welchem Grade sich Betrug und Rücksichtslosigkeit steigern kann und was Unbildung und Verkommenheit zu ertragen hat, mag aus einem Abrechnungsbeispiel erhellen, das mir ein genauer Kenner dortiger Verhältnisse im Interesse der guten Sache zur Verfügung stellte. Die Abgeleimtheit einer solchen Rechnung wird einem klar, wenn man berücksichtigt, daß sie einem des Lesens und Schreibens unkundigen, die Gewalt des Aufsehers fürchtenden und verkümmerten Wesen vorgelegt wird. Der Aufseher, der oft zugleich die Rolle des Quartiergebers, Geldverleihers, Branntweinwirts und Verpflegers spielt, rechnet nun:

Hast genommen	10	Brode
kosten zusammen	2 fl.	20 Kr.
Schnäpse hast du getrunken alle Tage		
3 Stück, macht	24	Stück
und kosten zu 4 Kr.	96	Kr.
Hast gearbeitet	8	Schichten
kommt mir ein Kassiergeld	32	Kr
Schöffsel mit Erdöpfel und Teig	20	Stück
kosten	1 fl.	20 Kr.
Macht zusammen	5 fl.	30 Kr.
8 Schichten, à 65 Kr.	5 fl.	20 Kr.
Bleibst also schuldig	—	10 Kr.

Der Ton dieser Rechnung ist absichtlich beibehalten. Jeder Kommentar überflüssig."

Das ist so toll, daß die „Mitteil. aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus" es für nötig hielten, ihren Abnehmern diese abscheuliche Ausbeutung der armen Juden in Galizien vor die Augen zu führen. Sicher hat sich manchem jüdischen Leser des famosen Blattes das Herz im Leibe herumgedreht bei der Lektüre dieser furchtbaren Rechnung — wenn er nicht mit verständnisinnigem Schmunzeln vergangener Zeiten gedachte! Die herzzerreißende Schilderung des Ignaz Leichner riecht arisch will uns der Name nicht klingen!) hat aber einen Fehler und zwar einen Fehler, der dem ganzen Aufsatze sofort ein anderes Gesicht giebt oder vielmehr ihm die Maske herunterreißt und seine jüdische Tendenzmache klar erkennen läßt. Ende der achtziger Jahre veröffentlichte die polnische Zeitung „Gazeta Nadd wiestranka" eine Rechnung, die in dem Bezirksbezirk von Borzslaw in Galizien ein Jude einem polnischen Arbeiter ausgestellt hatte. Die Abrechnung lautete:

	Fl.
Du hast gearbeitet 7 Tage	—.07
jeder Tag zu 12 Stunden, also	—.12
auf einen Tag, verstehst	—.01
hast genommen von mir 2 Laib Brot	—.02
einen Laib Brot zu	—.27
also für 2 Laib	—.02
hast Du zu zahlen	—.54
und für das Brot für 7 Tage hast Du zu zahlen	3.78
hast getrunken während 7 Tage, d. i.	—.07
täglich 2 Gläschen Schnaps	—.02
und für 1 Gläschen	—.01
4 Kreuzer	—.01
folglich für 2 Gläschen Schnaps	—.08
also für Schnaps für 7 Tage	—.56
Kost für 7 Tage	—.07
für einen Tag	—.01
haben wir ausgemacht 20 Kr., also	—.20
für Kost für 7 Tage	1.40
für 7 Nächte Quartier	—.07
und pro einer Nacht	—.01
abgemacht zu 10 Kr., d. i.	—.10
zusammen pro Nachtquartier für 7 Nächte	—.70
hat man Dir gestohlen einen Kessel	—.01
im Werte von	—.50
Du bist mir also schuldig	3.08
zu fordern hast Du für Arbeit für 7 Tage zu 80 Kr.	5.60
Bleibst mir also noch schuldig	8.68

Man vergleiche den Ton beider Rechnungen und wird dann finden, daß eine von der anderen abgeschrieben oder daß beide von demselben Branntweinwirt ausgestellt sein könnten. Daß diese Rechnung, die ein polnisches Blatt feinerzeit als Beweis für die ausraubende Thätigkeit der Juden den umwohnenden Polen gegenüber ans Licht zog, nach zehn Jahren wieder zum Vorschein kommen konnte, um eine Ausbeutung der jüdischen Arbeiter durch die katholischen Christen glauben zu machen, wird sich die „Gazeta Nadd-niestranska" nicht haben träumen lassen. Dies Beispiel zeigt aber recht deutlich, zu welchen Fälschungen Juda greift, um den verhaßten Gegnern ordentlich eins auszuwischen!

Ein Opfer der Ramschbazare.

Dem Vorsitzenden des Wahlvereins Berlin der deutschsozialen Reformpartei ist am 25. v. M nachstehendes Schreiben zugegangen:

Sehr geehrter Herr!

Durch Zufall ist beigehendes Blatt*) in meine Hände gelangt, und wollte ich mir erlauben, Ihnen mitzuteilen, daß auch ich ein Opfer „Wertheims" indirekt geworden bin und durch ihn vielleicht in wenigen Tagen dem Hungertode verfalle, wenn mir nicht unvermutet Hilfe kommt. Als mittellose Offizierswaise bildete ich mich im Letterverein im Putzfach aus und errichtete mir, da sich Privatkundschaft schwer fand, mit Hilfe einiger Damen ein kleines Putzgeschäft mit 750 M. Miete. Ich wurde verschiedentlich unterstützt, verkaufte mein Klavier und hatte mir nun in drei Jahren ein hübsches kleines Warenlager und einen Kundenkreis geschaffen. Natürlich mußte ich sehr sparsam und fleißig sein, aber es ging leidlich. Nun wurde im Sept. in der . . . . . str. ein Bazar G . . . . & Comp. errichtet, dann Wertheims Palast eröffnet und die Omnibusteilstrecken für 5 Pf.

*) Ein Flugblatt des Wahlvereins, das unter Hervorhebung der durch die Ramschbazare usw. verursachten Schäden zu drei Versammlungen einladet, in denen diese Schäden besprochen werden sollten.

Digitized by Google

eingeführt. Seitdem stockte mit einem Schlage mein Geschäft so vollständig, daß ich 370 M. Miete schuldig bin, und ich mich nicht zu ernähren vermag. Da das einzig lohnende Schneiderei zu sein scheint, bat ich meinen Wirt, mich freizugeben. mietete mir in der . . . . . str. . . eine kleine Hofwohnung pt. und sparte von Näharbeiten 20 M. als erste Rate für einen Kursus auf der Schneider-Akademie . . . . . für. . . . Eben Monat habe ich hinter mir, aber nun ist mein Geld bis auf 10 Pf. (thatsächlich mein letzter Notgroschen!) zusammengeschmolzen. Von 8 Uhr morgens bis abends bin ich von Hause fort, das Lernen ist geistig wie körperlich gleich anstrengend. Am 15. d. M. habe ich zuletzt etwas zu Mittag gegessen — ich lebe nur noch von fünf Pf. Semmel, die mir der Bäcker schickt. Letzten Sonntag blieb ich den Wochenbetrag von 35 Pf. schuldig, borgt er nun nicht weiter — dann? — — Ich habe nie daran gedacht, daß ich Hungers sterben könnte — mein Magen ist so geschwächt, daß ich kaum noch die Semmel vertrage und dabei heißt es in der Klasse aufpassen, damit ich nichts verstümme! Es ist einzig der Fluch der Ramschbazare, der mich in so große Not treibt. Weihnachten habe ich sowohl wie ein Posamentierfräulein nicht einen einzigen Pfennig eingenommen und dabei erzählen Hunderte, daß sie bei Wertheim schlechte Erfahrungen gemacht haben. Die Damen brachten im Herbst Hüte und Band zu mir, die sie dort gekauft, nun, meine Ware ist ein Drittel billiger und viel besser. Vor Weihnachten stellte ich meine Warenbestände zum Ausverkauf — bis zum 1. Februar war auch nicht ein Mensch im Laden gewesen, um etwas zu kaufen. Ich kann Ihnen nur aus vollstem Herzen beipflichten und jedes Ihrer Worte unterschreiben, aber was hilft es: ich fühle den Hunger und Wertheim hat das Geld.

Wollte Gott, es gäbe mir ein Bankhaus für mäßigen Zins 300 M., damit ich in Kraft und Gesundheit meinen Kursus beenden und nach Ostern meine Schneiderei eröffnen könnte.

Zu sittlichen Zwecken erhält keine Dame ein Darlehn, und es hat nicht jede den Mut, lieber dem Hungertod als dem Laster anheimzufallen.

Mir bluten die Füße; ich bin in den drei Jahren gar nicht aus dem Geschäft herausgekommen und der Weg ist zu Fuß ungewohnt weit für mich, in arg gestopften Strümpfen. Nicht einmal reine Wäsche kann ich mir beschaffen. — Ich habe viel Geschick und außerordentliche Lust zu Putz und Schneiderei — werde ich die Lehrzeit überstehen?! Dies ist ein Fall von Tausenden, mein Herr.

Mit Hochachtung

. . . . . .

Diesen Zeilen haben wir nichts weiter hinzuzufügen, als daß die Briefschreibern weder eine Ahnung davon hatte, was die „deutschsoziale Reformpartei" ist, noch mit Personen aus unserer Partei verkehrte. — Vorläufig ist der drückendsten Not durch Mitglieder des Berliner Wahlvereins abgeholfen worden. Das reicht aber nur vorläufig. Wer deshalb sein Scherflein zu diesem Liebeswerke mit beitragen will, sende es so rasch als möglich an Herrn Weinhändler L. Schmitz, Berlin NW. 5, Stendalerstraße 1.

Die Reichsausländer in Leipzig. Die Bevölkerung Leipzigs wies nach den Ergebnissen der letzten Volkszählung 391 069 Reichsangehörige und 8891 Reichsausländer auf. Unter diesen waren 5494 aus Österreich-Ungarn, 936 aus Rußland, 422 aus Großbritannien, 437 aus der Schweiz, 988 aus dem übrigen Europa, 556 aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika und 61 aus den übrigen außereuropäischen Ländern. Seit der Volkszählung von 1890 hatte die Zahl der Reichsausländer um 989 zugenommen. Hiervon entfielen 781 allein auf Österreich-Ungarn, 152 auf Rußland und 87 auf die Vereinigten Staaten von Nordamerika. — Zu diesen Mitteilungen der „Lpz. Neuesten Nachr." bemerken wir folgendes: Da die Bevölkerung Leipzigs von 1890 bis 1895 um 42 841 Personen zugenommen hat, so ergiebt sich aus dem Vergleiche der Zahlen, daß die Gesamtbevölkerung um nicht ganz 12 v. H., die Zahl der Reichsausländer aber um 12,52 v. H. gestiegen ist. Dieselbe Erscheinung, nämlich das unverhältnismäßige Wachstum des fremden Elementes unter uns, stellte schon das Statistische Jahrbuch für das Königreich Sachsen 1894 fest. Danach hatte Sachsen im Jahre 1871 unter 10 000 sächsischen Bewohnern 95 Reichsausländer, im Jahre 1890 aber auf ebensalls 10 000 sächsische Bewohner 226 Reichsausländer. Von den 79 191 Reichsausländern in Sachsen waren im Jahre 1890 allein 66 470 Österreicher. Diese Zahlen sollten in Aubetracht der Behandlung, die die Deutschen in Österreich-Ungarn erfahren, recht zu denken geben. Nebenbei sei bemerkt, daß nach Hübners Statistischen Tabellen (1897, S. 9) in ganz Österreich sich nur 19 000 Reichsdeutsche befinden, während im deutschen Reiche 195 000 österreichische Reichsangehörige wohnen.

Aber unseren industriellen Aktionären, Großkapitalisten und Grundstücksspekulanten, die oft ein und dieselben Personen sind, ist das ganz gleich. Sie brauchen überschüssige Arbeitskräfte für die „Exportindustrie", damit die Arbeiter möglichst billig arbeiten; sie brauchen Nachfrage nach Wohnungen in der Industrie-Großstadt, damit die Grundstückspreise recht in die Höhe gehen; sie brauchen mit großstädtischen Vergnügungsdusel besallene Leute, die das Aktienbier trinken und recht fleißig das Geld auf den Straßenbahnen verfahren.

Merkwürdig sind auch nachstehende Angaben über die Religionsverhältnisse in Leipzig. Die Zahl der Lutheraner fiel seit 1871 von 94,04 auf 93,06 v. H., die der Reformierten von 2,26 auf 1,43 v. H., die der Katholiken stieg dagegen von 2,04 auf 3,60 v. H. und die der Juden stieg von 1,06 auf 1,21 v. H.

Juden gab es im Jahre:

1832 =	140 Personen	1871 =	1739 Personen
1849 =	320 „	1875 =	2551 „
1858 =	713 „	1880 =	3179 „
1861 =	786 „	1885 =	3749 „
1864 =	1027 „	1890 =	4225 „
1867 =	1148 „	1895 =	4844 „

Während die Gesamtbevölkerung Leipzigs von 1890 bis 1895 nur um 12 v. H. gestiegen ist, hat die Zahl der Juden um fast 15 v. H. zugenommen. Wieviel mögen dabei Reichsausländer aus Galizien und Polen sein? K. Tzr.

Großstädtische Verhältnisse. Die Leipziger Immobilien-Gesellschaft verteilt in diesem Jahre eine Dividende von 9 ½ Prozent. Man sieht, daß mit dem Bestreben „großstädtische Straßen anzulegen und großstädtische Kauf- und Wohnhäuser zu errichten" d. h. mit anderen Worten: mit der Grundstücksspekulation immer noch ein gut Stück Geld verdient wird. Wie durch Wegreißen ganzer Stadtteile die kleineren Wohnungen immer seltener werden, wie die Wohnungsnot für die Arbeiter und kleinen Leute immer größer wird und die Mietpreise in unverantwortlicher Weise künstlich gesteigert werden, danach fragt niemand.

Die ganze Grundstücksspekulation wird aber noch dadurch unterstützt, daß die Stadtgemeinden selbst dabei mitmachen. Sie kaufen oft Grundstücke zu unverhältnismäßig hohen Preisen, um

Digitized by Google

„großstädtische Projekte" auszuführen. Dann werden diese Grundstücke wieder verkauft. Natürlich soll dies auch nicht ohne Gewinn abgehen, und die neuen Käufer wollen auch ihr Schnittchen machen.

Bei dem Verkaufe städtischer Grundstücke ließe sich vielfach eine Bedingung wegen des Baues kleinerer Wohnungen anknüpfen. Auch ließe sich wohl recht gut Bau und Verwaltung von Wohnhäusern mit kleineren Wohnungen als städtische Unternehmen ausführen. Besitzen doch jetzt schon die Städte Wohnhäuser genug, warum sollte dieses System nicht weiter zu entwickeln sein? Auch wohlthätige Stiftungen und Privatunternehmen dieser Art giebt es schon. In Leipzig z. B. das Salomonsstift, das Schumannstift, wo hunderte kleiner Leute Wohnung finden. Außerdem die Häuser des wohlthätigen Gustav de Liagre. Freilich verzinsen sich diesem seine Häuser kaum mit 4 v. H., wie er in seinem Vortrage „Wohnungen für Unbemittelte" ausführt, und Arbeit giebt es auch viel dabei. Aber es soll eben jeder arbeiten, der Geld einnehmen will, dann wird vieles anders und besser werden. — —

In Leipzig haben sich mehrere Baugesellschaften aufgethan. Die Immobilien-Gesellschaft ist die älteste und größte. Sie und die Allgemeine Deutsche Kreditanstalt nebst der Leipziger Bank haben einen Ableger, den Leipziger Bauverein gegründet. Aktionäre sind meist dieselben Leipziger Kreise, in deren Händen sich auch die Aktien der Leipziger Wollkämmerei, der Leipziger Kammgarnspinnerei, der Leipziger Dünger-Export-Aktiengesellschaft, der Großen Leipziger Straßenbahn und noch einer Anzahl recht rentabler Unternehmen befinden. Dann giebt es noch eine Leipziger Baubank und eine Bank für Grundbesitz. Alle sind sie daran, Leipzig „im Interesse des Allgemeinwohles (?)" umzugestalten und „großstädtisch" zu machen. In Berlin ist es ja noch schlimmer. Man braucht nur einmal das Berliner Adreßbuch auf die Namen der Grundstücksbesitzer und der Leiter oder Vertreter der großen Hypothekenbanken hin durchzusehen.

Ja, wir haben es schon herrlich weit gebracht in unserm Großstadtkitzel. Hier großartige Paläste mit Wohnungen, die nur Großkapitalisten oder mit 50 000 M. bezahlte Fabrikdirektoren mieten können; Paläste mit Geschäftsräumen, in denen der Jude bei elektrischer Beleuchtung seine „billigen Waren" verkauft und wegen der „teuren Ladenmiete" leichter zum Bankerott kommen kann. Daneben endlose Reihen von Mietkasernen, in denen durch dünne Wände von einander geschieden, die Arbeiterfamilien zusammengepfercht bis unters Dach hinauf die hohe Wohnungsmiete abwohnen. Zugige, staubige Straßen und Höfe! Und in all dem Glanz und Elend lungern hungernde und frierende, meist jugendliche Gestalten umher. Die Wohnungen der Miethäuser „klopfen sie ab"; zur Villa des Reichen können sie nicht vordringen. Und wenn die Nacht kommt, dann strömen diese Gestalten zu hunderten nach den Asylen für Obdachlose und den Zwangsarbeitsanstalten. Unnatürliche Verhältnisse! Zugige, staubige, gefahrvolle Straßen! Nichts Grünes, — oder doch nur künstlich aufgeppäppelte Bäume und Sträucher, die genau so aussehen, wie die unter ihnen wandelnden bleichen Menschenkinder! Im Jahre 1880 waren von der Bodenfläche in Alt-Leipzig noch 20 v. H. Gartenland, im Jahre 1893 jedoch nur 5 v. H. In anderen Großstädten ist es zum Teil noch schlimmer. — Arme Kinder der Großstadt, die ihr unter solchen Verhältnissen enere Jugend verleben müßt! Einer Spielplatz ist die enge Stube, der zugige Hof und die gefahrvolle Straße. Die Natur, die den Kindern des Landes in reicher Abwechselung als Spielgenosse dient und ihnen Gesundheit bringt, sie bleibt euch fremd! Keine Natur, keine natürlichen und gesunden Menschen! Das werden auch die deutschen Nationalfeste nicht bessern.

tzr.

Der erste jüdische Schornsteinfeger ist von den „Mitteilungen zum Verein zur Abwehr des Antisemitismus" entdeckt worden. Armin (!) Straßny heißt er und ist im Januar in Ofen-Pest getorben. Jetzt ist Israel gerettet! Wenn die Antisemiten noch einmal mit der Behauptung auftreten, die Juden mieden die körperliche Arbeit, dann wird man sie widerlegen mit dem „ersten jüdischen Schornsteinfeger Armin Straßny". Leider macht die Geschichte in allen ihren Einzelheiten ganz den Eindruck des Erfundenen. Wenn die „Mitteilungen" ihren Lesern zumuten, alles, was sie ihnen von dem braven Schornsteinfeger erzählen, für bare Münze zu nehmen, so stellen sie damit so geringe Anforderungen an deren Urteilskraft, daß das eigentlich einer Beleidigung gleichkommt. Man höre nur! Der „christe und anständige Mann", der auch ein „ausgezeichneter Turner" war, konnte nur, weil er Israelit war, „nirgends" Arbeit finden, also auch nicht bei seinen Glaubens- und Stammesgenossen. Das würde ein sehr schlechtes Licht auf die zahlreichen Juden in Ungarn werfen. In seiner Not wandte sich Armin an den österreichischen Kaiser. Dieser empfing ihn auch in besonderer Audienz und sagte ihm seine Hilfe zu. (!) Trotz dieses kaiserlichen Versprechens und trotz „reichlicher Unterstützungen" seitens der „gräflich Karolyi'schen Familie", die ihn als ihren „Herrschafts-Rauchfangkehrer" anstellte, ist der bedauernswerte Mann im Armenhause gestorben. Wer's glaubt, giebt einen Thaler. Mit diesem „ersten jüdischen Schornsteinfeger" ists also nichts; aber wie wärs, wenn die „Mitteil." und die Biographie des Herrn Schornsteinfegermeisters Blumenthal zu Hamburg schreiben wollten? Das ist thatsächlich der erste jüdische Schornsteinfegermeister im Deutschen Reiche! Wenn es den „Mitteil." an Stoff zu einem solchen Lebensbilde fehlen sollte, helfen wir gern aus.

Die Lohn'sche „Volkszeitung" gehört zu den Blättern, die wir nie aus der Hand legen, ohne das Gefühl, als müßten wir uns schleunigst die Finger waschen. Es ist die Zeitung, die beim Hinscheiden Wilhelms I. im Jahre 1888 den greisen Heldenkaiser mit einem Nachtwächter verglich, der schon zwanzig Jahre früher hätte gehen müssen. — In den Gepflogenheiten dieses Judenblattes gehört es auch, seine Nase in die Angelegenheiten der christlichen Kirche zu stecken. So hatte die „Volkszeitung" kürzlich wieder die Frechheit zu schreiben: „Noch viel mehr muß die Parole der Berliner bei den Kirchenwahlen werden: Hinaus mit der Orthodoxie aus den Kirchen, in die sie nicht gehört! Hinaus mit der Orthodoxie aus dem öffentlichen Leben in das Dunkel ihrer frommen Konventikel, wo sie hübsch unter sich bleibt, wie sie's verdient!" Einige Tage später verhöhnte dasselbe Blatt die Mitglieder der christlichen Jünglingsvereine als „männliche Betschwestern". Daß die „Frömmler" eine internationale Konferenz (eine solche ist von den Jünglingsvereinen für den 6. bis 10. Juli nach Basel einberufen) abhalten, will Lohn gnädigst gestatten; er verlangt aber, „man solle dann auch andere Leute gewähren lassen, wenn sie ihre Ziele durch Vereinigung mit Gleichgesinnten zu erreichen suchen." Es kommt aber doch wohl darauf an, was die „anderen Leute" sich als Ziel setzen. Soweit es sich um die Verfolgung rein religiöser Bestrebungen, die für den Staat nicht gefährlich sind, handelt, ist den „anderen Leuten" noch nie ein Hindernis in den Weg gelegt. — Uebrigens, sollten wir meinen, müßte doch mancher der Berliner liberalen Kirchenwähler über die Thatsache stutzig werden, daß die Lohn'sche „Volkszeitung", wenn es die Bekämpfung der Orthodoxen gilt, mit ihm an einem Strange zieht. Freilich, die „Macher" der liberalen Kirchenwahlen in Berlin sind zum Teil so wenig kirchlich interessiert, daß sie nicht einmal wissen, für ihre Zwecke Geld von den freisinnigen Bezirksvereinen anzunehmen, deren Kassen hauptsächlich von Juden gefüllt werden.

Ausland.

Österreich-Ungarn. Die „Tetschen-Bodenbacher Ztg." feierte vor einigen Tagen das Fest der vierhundertsten Beschlagnahme seit ihrem Bestehen. Es lebe die Preßfreiheit! —

Der Schriftleiter der „Egerer Nachr.", Herr L. Hofer, der wegen seiner Rede im „Bowarad" zu Leipzig eine Anklage wegen

Digitized by Google

Hochverrats erblickt und sogar verhaftet wurde, ist außer Verfolgung gesetzt. Wozu also der Lärm? —

Die Deutschen sind endlich auch dem Prager Landtage insgesamt ausgezogen und haben damit den Tschechen das Feld allein überlassen. Anlaß zu diesem außerordentlichen Schritte bot ihnen der Adreßentwurf, der die deutschen Wünsche vollständig unberücksichtigt ließ. Leider kann man nicht die Hoffnung hegen, daß es nun um die deutsche Sache besser stünde. —

Mosaik.

Freisinnige Konsequenz. In der Reichstagssitzung vom 24. Januar sagte der freisinnige Abgeordnete Hermes, Vertreter für Jauer-Bolkenhain, in seinen Ausführungen gegen die Besteuerung des Saccharins u. a., man würde einfach eine Industrie ruinieren, deren Angestellte zwingen, andere Berufe zu wählen usw. — Nun hat die Fabrikation des Saccharins ein sehr eng begrenztes Arbeitsfeld — von größerer Bedeutung ist wohl nur eine einzige Fabrik —, und doch das mitfühlende Herz des Freisinns, das absolut verknöchert ist, wenn es ein Wort gegen die großkapitalistischen Warenhäuser, Konsumvereine usw. gilt, die nicht nur viele Angestellte des Kleinhandels hindern, in dem erlernten Berufe ihr Brot zu verdienen, sondern die auch zahlreiche selbständige Existenzen zwingen, „sich einen anderen Beruf zu wählen". Die „konservativen", d. h. erhaltenden Anschauungen der „Krämer", schreibt dazu, die „Kolonialw.-Ztg.", sind in den Augen der Freisinnigen doch manchmal zu etwas gut, schade nur, daß die freisinnige Konsequenz in solchen Fällen ein Loch bekommt, ein Loch im Schafspelz, durch das die Wolfshaare herauslugen. Unseren Freunden, so weit sie politischen Vereinen angehören, empfehlen wir, bei den Worten an die Worte des Freisinnigen Hermes zu denken, wenn von diesen freundlichen Politikern der Untergang der zahlreichen Kleinhandeltreibenden gar als „bedauerlich", aber doch als „unabänderlich" bezeichnet wird. — Man sieht aus dieser unverblümten Absage, daß es anfängt, auch bei den Kauflenten zu tagen, die bisher glaubten, „freisinnig" und „liberal" zu sein, sei in unserem aufgeklärten Zeitalter einfach selbstverständlich.

Jeder Mensch darf über die Thorheiten der anderen lachen, wenn er es auch über die seinigen thut. Sonst hat er das Recht dazu verwirkt.

Israel hat wiedermm einen Triumph zu verzeichnen! In Gotha erschien seit einiger Zeit ein Tageblatt unter dem Titel „Gothaer Neueste Nachrichten". Es trat scharf ein für die produktive Arbeit in Stadt und Land und nahm deshalb ständig an Leserzahl, selbstverständlich unter der wildesten Befehdung der anderen Gothaer Zeitungen. Zeit sind die „Nachr." plötzlich von einem jüdischen Konsortium aufgekauft, das sie angeblich mit der amtlichen „Gothaischen Ztg." verschmelzen will. Thatsächlich handelt es sich um eine Beseitigung des Blattes und seiner, gewissen Leuten unbequemen Schriftleitung. Mit diesem Streich ist für absehbare Zeit jede Arbeit gegen die Sozialdemokratie unnütz geworden.

Freisinn und Lehrer. Der Verleger der „Nannb. Nachr.", einem Blatte der freisinnigen Volkspartei, ließ einem Lehrer zwei Glas Bier zukommen als Honorar für mehrere größere wissenschaftliche Aufsätze, die wochenlange Arbeit erforderten.

Ein Satzungsbruch. In der „Deutschen Ztg." vom 2. v. M. lesen wir (man wolle vorher tief Atem holen!): „Der elektrische Wolffans macht in neuester Zeit, seitdem Majorana von der Akademie der Lincei es fertig gebracht hat, durch einen Druck von 50 000 Kilo auf einen Quadratzentimeter den im elektrischen Ofen gesch molzenen Kohlenstoff in größeren Krystallen als ein Millimeter Kante zu erhalten, womit die Aussicht eröffnet ist, daß die künstliche Bildung von Diamanten dermaßen sich hebt, daß sie den Bedürfnissen von Gewerbe und Wissenschaft genügt, immer größeres Aufsehen." — —! — —

Über den Wohllaut der jüdischen Sprache ist in dem Roman „Die Hansbrüder" von Ernst Muellenbach (vergl. „Gartenlaube" 1897, Seite 48) eine so prächtige Schilderung enthalten, daß wir nicht umhin können, sie unseren Lesern zur Kenntnis zu bringen. Man höre: „Denn der berühmte Philologe (Oberbibliothekar und unbestrebter Ehrenprofessor der Philologie Doktor Isaac Bernstein) war Jude, von einer Strenggläubigkeit, die hier zu Lande seinen aufgeklärten Stamm-genossen in Wissenschaft und Finanz schon fast sagenhaft erschien. Lange bevor er sich den Ruf des bewährtesten Büchertenners und zugleich gelehrtesten Erforschers griechischer Philosophie errungen hatte, war er bereits der Stern einer rabbinatischen Hochschule weit im Osten gewesen; und aus dieser Vergangenheit hatte er sich unter anderm auch den eigenartig musikalischen Nerv herübergerettet, eine Art pfalmodierenden ewiger Melodie, die sich in einem regelmäßigen Wechsel von jonstem Andante und kurzen animierenden Allegri bewegte." Schöner ist das Mauscheln der Juden noch nie umschrieben worden!

Von einem jüdischen Diplomaten weiß Dr. A. Feilchenfeld in der „Jüdischen Presse" allerlei zu erzählen. Der portugiesische Jude Manuel Texeira war Resident der schwedischen Königin Christine in Hamburg. Dieser Jude hatte sich dermaßen in die Gunst der Fürstin zu drängen verstanden, daß sie für den Hamburger Senat erklärte, sie werde jede dem Juden zugefügte Kränkung als persönliche Beleidigung ansehen. Um es mit der Schwedenkönigin nicht zu verderben, ließen die Hamburger stets die Hauptwache ins Gewehr treten, wenn der Jude Texeira über den großen Neumarkt fuhr. Was uns von den Mitteilungen der „Jüdischen Presse" besonders interessiert, ist die Angabe, daß die Königin vor ihrem Ende dem Texeira eine „Generalquittung" ausstellen mußte, worin ihm zugeschwört wurde, daß er wegen des durch die Verbindung mit der Königin erlangten „Gewinnes" nach deren Tode in keiner Weise belästigt werden dürfe. Daß der Jude sich diese Zusicherung schriftlich geben ließ, spricht doch zum mindesten dafür, daß er kein gutes Gewissen hatte. — Seinen größten Einfluß machte Texeira wiederholt zu Gunsten seiner Stammesgenossen geltend. Als die Juden 1670 aus Wien vertrieben wurden, wandte sich T. ihretwegen an mehrere römische Kardinäle und an die Gemahlin des Kurfürsten von Sachsen, die einmal in seinem Hause gewohnt hatte.

Wilhelm Boetzkes

Rheinisches Tuchhaus, ◆ Düren I, ◆ Bezirk Aachen,

verkauft zu den billigsten Preisen die bestbekannten, vielfach ausgezeichneten Tuchwerke und Buckskin-Tuchwerke, sowie andere bewährte und engl. bewährte Herrenstoffe.

Die neuen Muster	Stück	Elle	Ztr.
werden soeben, Elbs- und Buckskin-Tuche, Cheviot	80	M. 10,80	
angekauft, damit jedermann sich ohne	3 „ Loden-Cheviot	47	„ 12,75
Kosten von der Güte und Billigkeit über-	3 „ Kammgarn	48	„ 12,90
zeuge. Man schreibe eine Postkarte.	3 „ Nelken	50	„ 13,50
	bis 12 M. per Meter. Jedes Maß.		

Beim Bezgleich bitte man besonders die Qualität.

Gesucht:

Sekretärs Internationale Monatsschrift, Jahrgang 1882 ganz, von 1883 vom April—Dezember, 1884 ganz.

Das Zwanzigste Jahrhundert, erster Jahrgang, Nr. 1, 2, 3, 4, 9, 12, dritter Jahrgang, Nr. 4, 5, 6, 10, 11, 12.

Gefällige Angebote bitte an den Verlag der „Deutsch-Soz. Blätter" zu richten.

Herm. Beyer, Leipzig,
Königsstr. 27.

Dächer

Billige, dichte Muster etc. postfrei

Asphalt-Dachpappe

Für meine Schwester (25 Jahre: 1 Jahr in Frankreich in **Stellung**) suche ich zu gutem deutschen Hause Stelle als **Stütze der Hausfrau**, womöglich mit Gelegenheit, sich für der feinen Küche auszubilden.

Familien-Anschluß erwünscht; auf Gehalt wird unter Umständen verzichtet.

Gefällige Anerbieten **Küngelsau**, Postfach 25, (Württemberg).

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königsstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: P. Hogrefe in Berlin NW. 5, Stendalerstr. 1. — Druck: G. Reusche, Leipzig.

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich Mk. 1.40 bei den Postanstalten (Postzeitungsliste Nr. 1738) und Buchhandlungen. Unter Streifband Mk. 2.

Herausgegeben von Max Liebermann v. Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Anzeigen: die 4-gespaltene Petit-Zeile 25 Pfennige. Verlandsort: Königsstraße Nr. 27, Leipzig.

XIII. Jahrgang. | Leipzig, 10. März 1898. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Juden-Frage. Otto Glagau. | Nr. 499.

Inhalt: Ist das Recht? — Das Glück und das Unglück der Völker. — Der Kampf um das Deutschtum. — Jüdische Mädchenhändler. — Die Unabhängigkeit der liberalen Presse. — Staatsbahnen, Privatbahnen und Juden. — Ausland. — Mosaik. — Parteinachrichten. — Israel im Kreuzfeuer mit den Landesgesetzen. — Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat. — Jüdische Ritter, Kommissions- und Kommerzienräte usw.

Ist das Recht?

Unsere Dissidenten werden mit Recht gezwungen, ihre Kinder dem Religionsunterrichte einer unserer christlichen Konfessionen anzuvertrauen. Unsere christlichen Gymnasial-Abiturienten werden mit Recht auch auf ihre Kenntnisse und Geistesausbildung in der Religion hin geprüft. Mit Recht vertraut also Staat und Reich auch kein Amt einem christlichen Staatsbürger an, dessen geistige Ausbildung nicht durch die Weihe des Unterrichts in der christlichen Religion hindurch gegangen ist. Von den Kindern „unserer jüdischen Mitbürger" dagegen genießt wohl kaum die Hälfte überhaupt Religionsunterricht, und was diesen kleineren Teil noch anbetrifft, so dürfen wir zudem billige ernste Zweifel darüber hegen, ob die Ausbildung der Jugend in den Lehren des Talmud und des Schulchan Aruch die jungen Herzen für die Aufnahme der in unserem Volke nun einmal lebenden sittengesetzlichen Grundsätze besonders erspriesslich sei.

Unsere jüdischen Gymnasial-Abiturienten werden aber auch nicht einmal bezüglich ihrer Ausbildung in den Grundsätzen der jüdischen Religion geprüft, Gleichwohl aber werden ihnen Staats- und Kommunalämter anvertraut, in denen sie berufen sind, in dem Sinne unserer christlichen Wettanschauung Religion, Sitte und Ordnung zu wahren und auch auf die christliche Bevölkerung Autorität auszuüben. Nun schätzen aber die Juden in ihrer überwiegenden Mehrzahl ihre Abstammung und Rasse immer noch höher ein als das deutsche Reichsbürgerrecht. Deshalb wird auch dem deutschen Juden beispielsweise der französische viel näher stehen als sein germanischer Mitbürger. Unter diesen Umständen ist es unfaßlich, daß unser Staat Leuten, die nach ihrer eigenen Stellungnahme zu ihm und zu der Hauptmasse seiner Bevölkerung offenbar sich nicht einmal der Ehre des Reichsbürgerrechts vollbewußt sind, gar noch öffentliche Ämter mit autoritären Befugnissen anvertraut, obwohl sie nicht durch die von allen anderen Volksgenossen zwangsweis geforderte Weihe eines regelmäßigen Religionsunterrichtes hindurch gegangen sind. Glaubt denn jemand wirklich, daß der jüdische Jüngling aus seiner angeborenen Natur und Rasse heraus das dem Germanen ohne die Weihe christlichen Religionsunterrichts Fehlende von selbst ersetze? Ist man aber wirklich der Ansicht, eine jeweilige Beschäftigung mit den Lehren des Talmud und des Schulchan Aruch vermöge die Weihe des christlichen Religionsunterrichts zu ersetzen, dann muß mindestens zunächst eine nähere Feststellung der in diesen Büchern enthaltenen religiösen und sittlichen Grundsätze gefordert werden. Sollte eine solche Untersuchung wider das eigene Erhoffen der Juden ein für sie günstiges Ergebnis liefern, so würde gleichwohl ein staatliches Abiturienten-Examen in der jüdischen Religion verlangt werden müssen, bevor den Juden die Gleichberechtigung mit den christlichen Staatsbürgern eingeräumt werden könnte.

Im übrigen fordern wir nur gleiches Recht.

Das führt aber mit Notwendigkeit dahin, „unsere jüdischen Mitbürger" bis nach Klarstellung ihrer Religionsverhältnisse von allen öffentlichen Ämtern mit autoritärer Stellung völlig auszuschließen.

Das Glück und das Unglück der Völker.

Geprüft an der Hand der Wahlparolen der alternden Parteien von dem Reichstagsabgeordneten Dr. Bielhaben.

In Sorge um ihre Zukunft haben die alten und alternden Parteien frühzeitig für die nächsten Wahlen ihre Parolen ausgegeben und sich bemüht, die Wähler um sich zu scharren. Viele, denen die angestrengte Berufsarbeit nicht Zeit noch Kraft läßt, selbst über die Dinge nachzudenken, sprechen gedankenlos das ihnen Vorgesprochene nach.

Mit der Sorglosigkeit der goldenen Jugend, die ihre Kraft in sich spürt und die fühlt, daß die Zukunft ihr gehören müsse, kümmert sich unsere Partei wenig darum, vertrauend dem inneren Drange, der sie bislang so mächtig vorwärts getragen hat. Wer aber in die Zukunft schauen und dazu beitragen will, sie zu gestalten, der darf sich auf kein instinktives Gefühl und seinen inneren Drang nicht allein verlassen; er muß den Verstand umsomehr zu Rate ziehen, je mehr er nicht für sich allein, sondern für viele seiner Mitbürger zu handeln gedenkt.

Die Dinge entwickeln sich für Alle auf die beste Art, wenn die Zukunft in ebenmäßigem Fortschreiten sich als ein Produkt der Vergangenheit ergiebt. Plötzliche Übergänge sind ein Übel, das sich für jeden empfindlich geltend macht. Ein Kurpfuscher, nicht ein vernünftiger Arzt ist darum die Sozialdemokratie, die das Übel auf die Spitze treiben will, in der Annahme, daß eine Krankheit, nachdem sie den Höhepunkt erreicht hat, doch schwinden müsse.

Wollen wir energisch mithelfen, die Zukunft zu gestalten und nicht den blinden Kräften es überlassen, welchen zufälligen Weg sie einschlagen wollen, so müssen wir vorerst die Vergangenheit kennen, aus der die Zukunft sich entwickelt. Sie ist in ihren Fehlern wohl kaum besser zu zeichnen als mit den Worten Gierke's:

> „Die Entwicklung aus der scheinbar unüberwindlichen Mannichfaltigkeit zur Einheit stellt nur die eine Seite des gesellschaftlichen Fortschritts dar. Alles Geistesleben, alle menschlichen Vorzüge müssten erstarrend darin untergehen, wenn der Einheitsgedanke allein und ausschließlich vorherrschte. Mit gleicher Gewalt und gleicher Notwendigkeit drängt sich der entgegengesetzte Gedanke dahin, die Einheit der in jeder zusammenfassenden Einheit fortbestehenden Vielheit, der in der Allgemeinheit fortlebenden Besonderheit — der Gedanke des Rechts und der Selbständigkeit aller in der höheren Einheit zusammenstrahmenden geringeren Einheiten bis herab zum einzelnen Individuum — der Gedanke der Freiheit.
>
> Der Kampf dieser beiden großen Prinzipien bestimmt eine der mächtigsten Bewegungen in der Geschichte. Ihre Versöhnung in einer der Zeit, Nationalität, Bildung und allen anderen Verhältnissen angemessenen Form ist das Glück, einseitiges Vorherrschen des einen oder des anderen, ungleiche oder unpassende Teilung ihrer Gebiete das Unglück der Völker. Und gleich wie bisher noch alle jene glänzenden Weltreiche zusammengefügt sind, welche über die Einheit der Freiheit vergaßen, so hat auch kein Volk den Stürmen der Geschichte zu trotzen vermocht, das die Selbständigkeit der Glieder nicht zu Gunsten eines höheren Ganzen zu beschränken verstand."

In dem Liberalismus lebte die Zeit der einseitigen Freiheit; er beseitigte veraltete Schranken, entwickelte die Freiheit des Individuums und — vergaß der Einheit. Er überlah, daß der Einzelne nicht nur sich selber etwas schuldet, sondern auch der Gesamtheit.

Er gebar und zog groß den Sozialismus: die entgegen-

Digitized by Google

gesetzte Einseitigkeit der übermäßigen Betonung der Einheit. Der Sozialismus denkt den Einzelnen nur als Glied eines Ganzen.

Vergaß der Liberalismus über die Freiheit der Einheit, so vergaß der Sozialismus über die Einheit der Freiheit.

Das Extrem der ungebundenen Freiheit weckte das andere Extrem des unbeschränkten Zwanges.

Freies Räuberleben — Zuchthaus sind die zwei Bilder, unter denen der gemeine Mann sich beide Zeitverirrungen vorstellt. Beide sind, wie Gierke treffend sagt, ein Unglück der Völker.

Die Theorie der Wissenschaft, die das praktische Leben nicht kannte, schuf das System der Freiheit; begeistert für sie stürzte die Menschheit in die Verwirklichung dieses Ideals.

Bald zeigte sich, daß schon Aristoteles Recht hatte, als er sagte: „Wenn die Möglichkeit gegeben ist, so thut jeder, was ihm am meisten zusagt, und hat einer die Macht, so wird er regelmäßig zum Tyrannen an Anderen."

Diese heutigen Tyrannen nennt man Kapitalisten.

Die Erkenntnis des Richtigen wird schwer und nur mit der Zeit gewonnen. Als sich zeigte, daß die Menschheit in ihrer großen Mehrheit nicht die Kraft in sich trägt, solche Freiheit zu nützen, ab eintrat, was Aristoteles als das Regelmäßige bezeichnet, da verfiel nicht nur die Sozialdemokratie auf ein System des vollendeten Zwanges, sondern auch die Regierung und die ganze Zeitrichtung.

Überall und unmittelbar griff der Staat selbst mit Zwangsmitteln ein, als ob einzelne gefehlt hätten, während doch das herrschende System an sich wegen seiner Einseitigkeit falsch war.

Mit Arbeiterversicherungsgesetzen, Umsturzgesetzen, Reglementierung der Berufe, Beschränkung der Arbeitszeit und wie die Errungenschaften der Neuzeit alle heißen, vermeinte der Staat das Übel, das doch tiefer sitzt, heben zu können. Die, die die Zeit der Freiheit an die Wand gedrückt hatte, jubeln ihm zu und stammen diese Einrichtungen des Zwanges an.

Doktrinär, wie das System der Freiheit, ist doktrinär das System des Zwanges. Der praktische Mann, der erst jetzt allmählich wieder zu seinem Rechte kommt, will die goldene Mitte. Er will dem Liberalismus gegenüber den Zwang, dem Sozialismus gegenüber die Freiheit, d. h. er will die Ordnung.

Aufgabe des Staates ist nicht, dem Einzelnen einen Polizeibeamten an die Seite zu stellen, der ihn den rechten Weg führt, sondern dem Beteiligten die Mittel zu bieten, das Rechte durch Selbstbeschränkung zu schaffen. Dazu bedarf es besonderer Einrichtungen.

Wie die Vergangenheit das absolute Regiment auf dem Gebiete des Staatslebens beseitigte, so ist nunmehr für das Wirtschaftsleben das absolute Regiment zu beseitigen. Wie bei der Staatsverwaltung in den Selbstverwaltungskörpern ein Mittel der Beteiligung für jeden gegeben ist, so ist eine Selbstverwaltung, so sind Selbstverwaltungskörper auch für das Wirtschaftsleben zu schaffen. Die Notwendigkeit ist hier noch größer als dort, denn das Wirtschaftsleben ist vielgestaltiger und weit mehr der Veränderung unterworfen als die Staatsverwaltung.

Es muß von unten nach oben, nicht von oben nach unten regiert werden. Dazu sind die Berufsgruppen zu organisieren und dem Staat ist nur ein Oberaufsichtsrecht einzuräumen. Der Staat hat nur unter den sich selbstverwaltenden Berufsgruppen die Gerechtigkeit zu wahren und zu sorgen, daß die eine in Ausnutzung momentaner Machtmittel die andere nicht unterdrücke. Das hat er nicht durch unmittelbaren Zwang, nicht durch direkte Zuwendung von Staatsmitteln zu thun — die beide nur ein äußerster Notbehelf sind —, sondern dadurch, daß er die Existenzbedingungen der einen Gruppe erleichtert, der anderen erschwert, in steter Sorge das richtige Gleichgewicht zu erhalten. Nicht der ist ein guter Lehrmeister, der seine Schüler durch unmittelbaren Zwang nötigt, das Rechte zu thun, sondern der, der die Dinge so gestaltet, daß sie es in freier Entschließung thun. —

Diese neue Aufgabe der Zukunft bedarf zu ihrer Verwirklichung neuer Männer. Denn gleich wie ein Mann, der seine Lebenszeit in einem Berufe zugebracht hat, nicht mehr umlernen kann, wenn das Geschäft neue Bahnen einschlägt, oder auf neuen Grundlagen weitergeführt werden muß, so die alten und alternden Parteien, die in der Erringung anderer Ziele groß und — alt geworden sind.

Gleich wie aber der alte Mann die neue Zeit nicht versteht, sich ihr anzubequemen nicht mehr die Beweglichkeit hat, sich aber nicht bei Seite schieben und auf das Altenteil setzen lassen will, sondern sich darin gefällt, auf die neuerungssüchtige Jugend zu schelten, so die alten Parteien.

Unhaltig, die neue Zeitrichtung und die neu sich gestaltenden Kräfte zu erkennen, noch weniger befähigt als ihre Führer sie zu leiten und sie vor dem Abirren zu bewahren, suchen sie ihre Gefolgschaft durch künstliche Reizmittel in Bewegung zu setzen und zu erhalten.

„Zusammenschluß aller nationalen Parteien gegen die Sozialdemokratie" lautet der eine Schlachtruf. Welche unserem Vaterlande, wenn die gesetzgebende Körperschaft sich für volle fünf Jahre mit Rücksicht auf einen solchen Hauptzweck zusammensetzt! Wäre das wirklich ihre Aufgabe? Zweifellos wäre auch den bisherigen Erfahrungen, daß sie sie nicht lösen würde. Die Vergangenheit berechtigt uns viel eher zu glauben, daß sie das Gegenteil bewirkte.

Kampf deutscher Männer gegen deutsche Arbeiter, ein nationaler Kampf! Welche Thorheit! Kampf gegen das Judentum hingegen eine Schmach des Jahrhunderts! Welcher Unsinn!

Weder haben Gesetze den Liberalismus geschaffen, noch werden sie ihn beseitigen, weder haben Gesetze den Sozialismus erzeugt, noch werden sie ihn aufheben. Die ringenden Kräfte im Volksleben haben im Überschäumen die einseitige Freiheit des Liberalismus geboren und ihn bekämpft, Gesetze zu machen.

Seine einseitige Betonung der Freiheit mußte den einseitigen Zwang des Sozialismus zeitigen, dessen gährende Kräfte sich gleichfalls in den Gesetzen Geltung verschaffen.

Keine Garde, keine Polizei eines Umsturzgesetzes, keine sogenannten Waffen, kein alterender Reichstag wird die Sozialdemokratie beseitigen, sondern die von der einseitigen Freiheit wie von dem einseitigen Zwange gepeitschte Jugend wird beide gleichmäßig überwinden und zwar um nichts weniger den Liberalismus als die Sozialdemokratie. Die Weltgeschichte wird nicht in der Studierstube ausgerechnet, nicht durch Gesetze bestimmt, sondern im frischen, fröhlichen Ringen finden die instinktiven Kräfte des Volkes mit der Nase des Jagdhundes vielleicht unter manchen Irrungen den rechten Weg.

Nicht Garde, nicht Polizei, nicht Gesetze, nicht ängstliches Zusammenscharren — freie Bahn für die neuen Kräfte!

Es ist eine lächerliche Überschätzung, von der Sozialdemokratie behaupten zu wollen, sie müsse der deutschen gesetzgebenden Körperschaft auf fünf Jahre die Richtung weisen! Wir wenigstens fürchten unsere deutschen Arbeiter nicht, daß wir auf fünf Jahre alles beiseite setzen und aus purer Angst auf weiter nichts zu sinnen vermöchten, als darauf, sie zu vernichten.

Wer hetzt uns denn gegen sie? Die Liberalen, die der Beseitigung früher anheimfallen müssen, weil ihre Herrschaft älter, ihre Fehler bereits gründlicher gekannt werden!

Wenn wir auch glauben, daß die Arbeiter auf unrichtigem Wege sich befinden, wenn wir auch die Form mißbilligen, in der sie sich Geltung zu verschaffen suchen, so schlagen wir sie doch darum nicht tot, als ob sie wilde Tiere und nicht Männer von dem nämlichen deutschen Stamme wären wie wir.

Ihr unpatriotisches Gerede ist, wie vieles bei ihnen ebensowohl als bei den Liberalen graue Theorie ohne praktische Folgen.

Deutsche Arbeiter wenigstens in ihrer Gesamtheit lassen ihr deutsches Vaterland nicht im Stich, dessen sind wir gewiß. Mag der Diener über seinen Herrn schimpfen, besonders wenn ihm Ungerechtigkeit widerfahren ist; er zundet ihm darum noch lange nicht das Haus über den Kopf an, noch giebt er ihn seinen Widersachern preis.

Man vergesse auch nicht, daß auch der billig denkende Arbeiter die Sünden des Liberalismus nicht ruhig über sich ergehen lassen kann. Schreibt er die Fehler einer Zeitrichtung

Digitized by Google

bestimmten Personen zu, so thut er nur, was die große Masse stets thut, er hält sich möglichst an konkrete und gegenwärtige Dinge.

Doch genug! Die Sozialdemokratie ist für uns zu klein, man gebe uns größere Ziele!

„Zusammenschluß aller schaffenden Stände (der nationalen Arbeit) gegen — die Drohnen" lautet die andere Parole. Wer sind die Drohnen? Fehlt der Mut, es zu sagen? Doch nicht etwa die Juden?!

Das Ziel wäre — uns wenigstens — ebenfalls zu gering. Wer bliebe denn übrig? Gegen die liberal-sozialistische Regierung? Das ließe sich hören! Aber das kann nicht gemeint sein, denn die Rufer zu diesem Kampfe sind gewiß nicht gegen die gegenwärtige Regierung. Soll man sich vielleicht mit gutem Grunde überhaupt nichts dabei denken?

Wie vereinigt sich diese Parole mit der anderen, die von denselben Männern ergeht?

Gehören die Arbeiter mit zu den schaffenden Ständen, zur nationalen Arbeit? Sie rechnen sich wenigstens so ziemlich allein dazu. Und der eingefleischteste Gegner der Sozialdemokratie wird zugeben, daß sie eher dabei mitzuzählen sind als ein Fabrikant von Pariser Gummiartikeln.

Man denke sich aber einmal die Vereinigung der produktiven Stände in dem Bilde Margarine-Mohr und Butter-Ploetz Hand in Hand ihr Jahrhundert in die Schranken fordernd, und man wird schon hieraus erkennen, zu was für Thorheiten man gesunde Leute in der Theorie begeistern kann.

Die schöne Parole ist denn ebensolcher Unsinn wie die vorige.

Wenn ich auch nicht der Meinung bin, daß die Schaffung von Gütern und das Aufschreiben von solchen in möglichst großen Mengen die Hauptsache des Lebens sei, so ist doch eine genügende und gerechte materielle Unterlage eine Vorbedingung für alle anderen Lebensäußerungen. Und da denn diese materielle Unterlage für das Leben gerade gegenwärtig stark verbogen ist, so ist es zwar nicht unsere Hauptaufgabe, aber jedenfalls unsere nächste, sie zurecht zu biegen.

Wie werden nun diese wirtschaftlichen Fragen gelöst? Gewiß nicht dadurch, daß man die verschiedenen drängenden Kräfte einfach mechanisch aneinanderkoppelt, sondern daß man sie frei gewähren läßt, damit die rechte sich ausweise. Freilich sind die ringenden Kräfte noch zu sehr zerplittert, so daß sie sich manchmal ohne Not gegeneinander aufbeben. Die Regierung muß ihnen eben helfen, sich zu finden, indem sie die Zusammengehörigen organisiert.

Als die Naturwissenschaften sich entwickelten, Maschinen die Kräfte der Menschen steigerten, die Verkehrsmittel seinen Blick erweiterten, da hat der Mensch in manche geheimen Falten der Natur und des Menschenlebens geschaut, die ihm bislang unbekannt waren. In dem Liberalismus hat alsdann die Menschheit sich einen schweren Übertheben schuldig gemacht. Die großen Fortschritte, die freilich im Hinblick auf die übrige Natur doch immerhin jämmerlich klein sind, machten sie trunken. Sie hielt sich für den Mittelpunkt des Weltalls, glaubte alles durch ihren übergegenen Verstand selbst regeln zu können. Und doch hatte sie nur eine Steigerung rein mechanischer Mittel erreicht.

Als der Mensch seine Anschauungen in die Praxis umsetzte, da zeigte sich der Irrtum, seine Ohnmacht trat klar zu Tage.

Glaubte er vorher der Herr aller Dinge zu sein, alles selber lenken und regieren zu können, so verfiel er jetzt in Kleinmut; ein Mißtrauen in seine Kraft trat an Stelle der früheren Überhebung. Dem Sozialismus entwickelt sich dementsprechend die Dinge naturnotwendig in einer unabänderlichen Bahn. Dem Menschen bleibt nichts übrig, als mit Hoffnung oder hohnlachend dieser Entwicklung zuzuschauen.

Die Überhebung des Liberalismus ist uns schon nicht mehr eigen, die Zeit hat uns davon geheilt. Zu überwinden haben wir aber noch den Kleinmut des Sozialismus. Wir wollen mit vollem Vertrauen, aber auch mit rechter Bescheidenheit auf unsere Kräfte schauen und sie nicht verrosten lassen, denn zum Gebrauche sind sie uns gegeben.

Wir wollen dem lieben Gott, wie das der Liberalismus thut, seinen Platz nicht rauben, aber nach und unter ihm uns geltend machen.

Das Leben und Weben im menschlichen Dasein ist zwiegestaltig, der Millionen Kräfte sind zu viele, ihre Stärke ist zu wechselnd, als daß der Geheimrat in Berlin alles regieren, daß die Professoren der Wissenschaft alles vorher berechnen könnten.

Ganzzwiel Geheimrat, ganzzwiel Professor hat der Liberalismus, hat der Sozialismus. Anstatt daß die Regierung, wie eine alte Mamsell überall hineinreglementiert, anstatt daß ein Professor ein System macht, in das die Welt nun doch einmal nicht hineingeht, lasse man den praktischen Männern einmal freie Bahn und zwar auch den Arbeitern!

Man gebe die eigensinnige Hartnäckigkeit auf, ein System aufzustellen und im Kampfe gegen Alle die Menschheit hineinzuzwängen. Eine System ist schön und gut, um einen wissenschaftlichen Überblick über die tausendfältige Mannigfaltigkeit der Dinge zu bekommen; aber man halte nicht das System für das Wirkliche, sondern die tausendfältige Mannigfaltigkeit. Man erkenne, daß man sie nicht meistern, sondern nur in geringem Grade lenken kann.

Die Kunst der Menschen, alle zu regieren, ist nur klein, ein jeder muß mithelfen.

Keiner, auch nicht die schönste Regierung, kann für alle die Welt verbessern, sondern selbst der Tüchtigste ist nur im stande, die Beteiligten anzuleiten und ihnen zu helfen, dies selbst zu thun.

Damit aber Alle selbstthätig zu einem einheitlichen Schaffen zusammenwirken, dazu ist ein Ordnen der vorhandenen Kräfte notwendig und zwar gegenwärtig unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten.

Denn die materielle Gestaltung ist zwar nicht die Hauptsache, aber, wie oben bemerkt, das Nächste.

Gerechtigkeit in der Verteilung der materiellen Güter ist der Gedanke, der die Gegenwart bewegt.

Diese Gerechtigkeit zu bestimmen sind einzelne, selbst wenn sie Minister sind, nicht befähigt, noch weniger aber, sie praktisch zu verwirklichen.

Die Regierung muß diese Aufgabe nicht für alle ihrerseits lösen wollen, sondern die Beteiligten anleiten, sich selbst an die Lösung zu machen, dazu ist einerseits ein Ordnen der Kräfte, andererseits ein Ringen der Kräfte (die darum nicht unter „produktiven Ständen" zusammenzuschweißen, sondern gegeneinander loszulassen sind) nötig.

Ordnung in die Reihen der Kämpfer, Ordnung in den Gebrauch der Kampfmittel!

Also fordern wir, daß die Regierung die Berufsgruppen organisiert, damit diese thun, was die Regierung zu thun sich nach dem Dargelegten als ohnmächtig erwiesen hat und erweisen mußte. Die Organisation muß bei den Schwächsten beginnen, die vereinzelt von dem Großen erdrückt werden. Begonnen werden muß mit den kleinen selbstständigen Existenzen, die am schwersten daran sind, dann mit den Arbeitern.

Alle zugleich zu organisieren würde falsch sein, weil die Regierung nicht allen zugleich bei diesem Übergange helfend zur Seite stehen könnte, um zu verhindern, daß einige Rücksichtslose die in der Vorbereitung zum Kampfe Begriffenen überfallen.

Die Volksvertretung aber nach Berufsgruppen zu organisieren, wie v. Massow und andere vorschlagen, halte ich für falsch, was ich bemerke, um nicht mißverstanden zu werden. Die materielle Seite des Lebens ist, wie oben gesagt, nicht die einzige, nicht einmal die hauptsächlichste, sondern nur die zunächstliegende. Darum darf die Staatsverwaltung und Gesetzgebung nicht auf den wirtschaftlichen Zweck allein zugeschnitten werden.

Die alten Parteien und die Regierung waren schon einmal durch die drängenden Volkskräfte auf die Probe gestellt, ob sie denn die Forderungen ihrer Zeit verständen, nämlich bei der Handwerks-Organisation. Kläglich haben sie die Probe bestanden, sie haben ein Gesetz geschaffen, das nur den einen Wert hat, den Geschichtsschreiber späterer Zeiten ein Beweisstück zu liefern, wie verständnislos die herrschenden Parteien und die herrschende Regierung den Dingen gegenübergestanden haben.

Digitized by Google

Was will es helfen, daß Herr von Rathusius unter der Überschrift „Politische Ideale“ für die kommenden Wahlen in der „Kreuzzeitung“ Nr. 83 vom 19. Februar d. J. in schönen Worten aussührt, was ich vergeblich den Konservativen und dem ganzen Reichstage vorgetragen habe, als es galt, zu handeln, der Regierung zu sagen, daß man anstatt des vorgelegten blutleeren Monstrums von Handwerks-Organisation eine lebenswarme Organisation haben wolle.

Die nächste Aufgabe ist also: Schaffung der erforderlichen Ordnung im Wirtschaftsleben durch die Beteiligten selbst, nicht durch die Regierung oder den Bundesrat, die dieser Aufgabe garnicht gewachsen sein können. Zu dem Ende Schaffung von Selbstverwaltungskörpern der Berufsgruppen, in die jeder hineingehört, der den Beruf ausübt. Zwang also zur Organisation wie bei den politischen Gemeinden. Oberaufsicht des Staates, wie bei diesen. Freiheit, soweit als möglich, für den Einzelnen in diesen Berufsorganisationen, das ist die Verbindung von Freiheit und Einheit, die das Glück des Volkes auf wirtschaftlichem Gebiete schafft.

Kampf gegen die Vertreter der einseitigen Freiheiten, gegen die Nationalliberalen und Freisinnigen und wie sich die Liberalen benennen; Kampf gegen die Vertreter der einseitigen Betonung der Einheit und des Zwanges, gegen die Sozialisten; Kampf endlich für die aus Zwang und Freiheit in rechter Weise gemischte Ordnung! Das sei unsere Parole!

Warum ist dies eine antisemitische Parole? Weil jene Gruppen es ausschließlich sind, die die Juden schützen oder vielfach gar von den Juden geleitet und beeinflußt werden! Und weil eine segensreiche Ordnung auf dem wirtschaftlichen Gebiete die Macht der Juden von selber bricht!

Der Kampf um das Deutschtum

Unter diesem Namen erscheint jetzt auf Veranlassung des Alldeutschen Verbandes, von sachkundigen Männern verfaßt, eine Sammlung von Schriften, die die Lage des Deutschtums in der Welt unter eingehender Berücksichtigung der geschichtlichen und volkswirtschaftlichen Entwickelung übersichtlich und erschöpfend schildern sollen; auch Sprachkarten, die aber leider noch ausstehen, sollen zum besseren Verständnisse den Heften beigegeben werden. Der hohe Wert solchen Werkes für die Erstarkung des deutschen Volksbewußtseins bei uns wie vor allem bei den über alle Welt verstreuten Volksgenossen springt in die Augen.

Hoffentlich hält das Ganze, was das erste Heft verspricht, in dem Fritz Bley, der unerschrockene Leiter der „Ostpreuß. Ztg.“, starker Begeisterung und ehrlichen Zornes voll, eine Übersicht giebt über die Weltmachtstellung des Deutschtums*). Wahrend weist er hin auf die ernste Lehre der Geschichte — könnte man sie unserer Jugend doch einimpfen! —, daß Völker groß werden an Macht wie an Gesittung durch völkisches Zusammenhalten, aber ohne dies zu Grunde gehen trotz alles Heldenmutes, alles Edelsinnes, aller Begabung (Griechen, Goten). Stamme doch all unser Unglück von jeher aus unserer Uneinigkeit und unseren unseligen auf Menschheit-Beglückung gerichteten Träumereien, die, entsprungen aus unserer Neigung zu abgezogenem (abstraktem) Denken, uns immer wieder hinderten, im Kampfe der Völker ums Dasein unsere Interessen wahr zu nehmen.

Und doch hätte uns auch dies die Geschichte lehren können, daß man der Menschheit nur nützt, wenn man sich selbst nützt, daß wir unsere Gesittung, dies höchste Gut der Menschheit, nur bewahren können in der starken Schale der völkischen Entwickelung, daß nur ein starkes, reiches in aller Welt geachtetes Volk Kunst und Wissenschaft vor Vernichtung schützen kann. „Mit reuevollem Schmerze hat man das auch in Deutschland erkannt, als Weltbürgerei und Geringschätzung des Staatsgedankens die französische Zwingherrschaft herbeigeführt hatten.“ Dabei sucht er auch eine der wichtigsten und schwierigsten Fragen unserer Zeit der Lösung näher zu führen: das Verhältnis von Christentum zu völkischer Sittlichkeit, und er hat da manches Wertvolle gesagt, wiewohl alle Schwierigkeiten doch noch keineswegs beseitigt sind.

Die Aufgabe der Zukunft sei für uns durch Zusammenschluß aller Germanen ein mitteleuropäisches Wirtschaftsgebiet zu bilden unter Anschluß der Balkanstaaten und Italiens und der dazugehörigen Kolonien. Gelingt das nicht, so sei es um die Zukunft unserer Rasse geschehen, die sich dann nicht mehr behaupten könne, nicht wirtschaftlich und daher auf die Dauer auch nicht mehr national, gegen das russische Riesenreich und die in der Bildung begriffenen Wirtschaftsgebiete von All-Amerika und Größer-Britannien.

Ohne Kampf freilich werden wir Englands Widerstand gegen diese alldeutschen Pläne nicht überwinden können. Aber dann wird die Bahn frei sein für den Weltsieg des deutschen Adlers, dann wird die Zeit hereinbrechen, die des Dichters Seherwort verkündet:

Und es wird an deutschem Wesen
Dermaleinst die Welt genesen!

Das zweite Heft der Sammlung*) enthält eine zusammenfassende Darstellung der Entwickelung des nationalen Vereinswesens von dem durch seine Geschichte des deutschen Nationalgefühles u. a. bekannten Dr. G. Schultheiß.

Mit Recht rühmt er den Gustav-Adolf-Verein als den erfolgreichsten deutschen Schutzverein, der daher auch, allein schon aus diesem Grunde, unsere allerausgiebigste Unterstützung verdient. — Aber mit Staunen und Verwunderung haben wir gelesen, daß er (wenigstens im Jahre 1896 noch) madjarische Gemeinden unterstützt hat! O Michel, Michel, geht denn die Zipfelmütze gar nicht herunter?! Wenn es nicht inzwischen schon abgeändert sein sollte, so erhebe doch dagegen Widerspruch, wer es irgend in der Lage ist!

Besondere Anerkennung wird auch der Thätigkeit des katholischen Raffael-Vereins gezollt für die Deutsch-Erhaltung unserer amerikanischen Auswanderer.

Nach Erscheinen dieser Schrift ist die Reihe solcher Vereine um einen weiteren sehr wertvollen vermehrt worden: den Evangelischen Afrika-Verein zur Versorgung unserer evangel. Soldaten und Ansiedler mit deutschen Frauen und zur Ausbildung geeigneter Handwerker und Landwirte für jene Gegenden.

Ganz unzureichend ist der Deutschbund geschildert, dessen Kern doch die Verpflichtung zu thätiger Liebe fürs Deutschtum sein soll.

Und warum sind die nationalen Vereine Deutscher Studenten in Deutschland wie in Österreich in den Kreis der Darstellung einbegriffen? Sind sie doch die unbedeutendsten nicht, wo doch die Jugendbünde aufgeführt sind, die doch ihre Entstehung, wie ihren Zielen nach nur Ausläufer der studentischen sogen. Kyffhäuser-Bewegung sind, was dem Herrn Verfasser unbekannt geblieben zu sein scheint.

Leider fehlt bei mehreren Vereinen für Beitrittslustige die Angabe von Adresse und Jahresbeitrag.

Gleichfalls von Fritz Bley ist das elfte Heft: Die alldeutsche Bewegung und die Niederlande.**). Dr. Th. Jünsch hat in der „Deutschen Ztg.“ u. a. folgende trefflichen Worte darüber geschrieben: „Ach ja, diese „Alldeutschen“! Sie sind wie die Fliegen: kaum hat man sich's auf dem reichlichen Globus“ bequem gemacht und will im seligen Bewußtsein seiner Unübertrefflichkeit als politisches Faulbett einen kräftigen Schnarcher thun, da kommt so einer von den dreihundert, denen es Altmeister Bebel bescheinigt hat, daß sie nichts bedeuteten, wenn nur leider nicht ein allzu Einflußreicher darunter wäre, und bläst einen an der Nase, daß man die Weise „Lieb' Vaterland, schlaf' ruhig ein“ nicht mehr finden kann. Und wie sie es hier zu Hause trieben, so machen sie es überall: in die An-

*) 48 S., 80 Pf. beim Bezuge des ganzen Werkes zu 60 Pf.

*) Deutschnationales Vereinswesen. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Nationalgefühls. Von Dr. Guntram Schultheiß. 82 S., Preis 1 M. 20 Pf. oder 1 M.

**) 72 S., 1 M. 20 Pf. oder beim Bezuge des ganzen Werkes 1 M.

Digitized by Google

gelegenheiten fremder Staaten und befreundeter Regierungen mengen sie sich ein, zwischen Berlin und Pretoria, Brüssel und Amsterdam drahten sie hin und her, erklären Österreicher und Niederländer für Deutsche, Reichs-Inden, Hottentotten oder gar christliche Basutos wo der Missionsstation dagegen für Nichtdeutsche, daß einem der Kopf raucht und sich alle polizeilich genehmigten Begriffe verwirren, schmieden Flottenpläne, bei deren Ausführung jeder zehnte Staatsbürger ins nasse Wasser fallen müßte, schimpfen auf den Reichstag, wallfahrten nach Friedrichsruh, reiben sich an der Dresdener Polizei und dem Grafen Badeni, geben keinen Pfifferling auf Ministerstühle, Fraktionen und Parteien, feiern den norwegischen Nacht- und Eisjournalisten Nansen, der uns gar nichts angeht und dabei, wie doch Max Nordau bewiesen, den Nordpol noch nicht einmal entdeckt hat, als Stammesbruder, benörgeln die Berliner Stadtobrigkeit und die madjarische Tausendjahrfeier, pfeifen auf alle Grenzpfähle und machen gemeinsame Sache mit den staatsgefährlichen Obstruktions-Politikern vom Schlage eines Karl Wolf oder gar Schönerer, daß die k. k. befreundete österreichische Polizei das Nachsehen hat, kurz, sie verüben allen möglichen groben Unfug, der einen ins Lachen bringen kann, ehe man sich's versieht. Und der Alte im Sachsenwalde, der doch für die unverdiente hohe Handlanger-Pension, die er nun schon Jahre lang genießt, wenigstens das Seinige thun könnte, diesen unruhigen Schreiern den Mund zu stopfen, reibt sich wohl noch heimlich die Hände, wenn man so seine Not mit ihnen hat, und denkt: ‚Dor lach' ick öwer!' Am Ende freut er sich gar, daß seine unverantwortliche Radieschensaat so gefährliche Früchte zeitigt. Man sollte wirklich die dreihundert jungen Leute, um weiterem Unglück vorzubeugen, rechtzeitig einstecken, den Katheder-Alldeutschen Hasse und seine Genossen Wislicenus, Eimer usw. an der Spitze; sonst bekommen wir wirklich noch eine deutsche Seemacht, und das größere Reich, in dem Einen der Sturm um die Ohren pfeift, und der gesunde Philisterverstand still sitzt, ist fertig. Dann ade, Gemütlichkeit und Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei hinter dem warmen Ofen; dann können wir uns mit Engländern, Russen, Franzosen und anderen Völkern, die den Beruf dazu haben mögen, draußen auf dem großen Wasser herumschlagen und finden keinen Winkel mehr, wo wir uns ducken und der Sonntagsruhe pflegen können, wenn es heißt: Michel, geh weg; hier ist es für Dich zu gugig!" Am besten wäre es, die alldeutschen Unruhstifter schlitteten den Staub von ihren Kanonenstiefeln und wanderten aus, etwa in die unglückseligen Kolonien, deren Erwerbung sie im Grunde ja auch auf dem Gewissen haben. Europa ist ihnen ohnehin zu klein, mögen sie doch draußen nach Gefallen ihr Weltreich gründen! —

Doch, Scherz bei Seite; denn die Sache ist ernst genug.... Das kleine Heft vertritt durchaus den Standpunkt, daß reichsdeutsche und außerreichsdeutsche Deutsche sich lediglich als gleichberechtigte Blutsbrüder zum Bunde die Hand reichen sollen, ihre höchsten Güter und ihr Gebiet jeder für sich und eben dadurch für das Ganze schirmend, daß aber weder gewaltsame Einverleibungsgelüste noch sprachliche Unterdrückungs-Maßregeln im Rahmen der alldeutschen Bestrebungen Raum finden. Im Gegenteil; Achtung der gegenseitigen Eigentümlichkeiten ist ihre erste Grundlage, und alle Wünsche, die auf größere Einheit zielen, dürfen nur auf dem Wege freier Vereinbarung ihrer Erfüllung näher gebracht werden. In diesem Sinne verlangt der Verfasser sogar für die Zukunft eine größere Berücksichtigung des Niederdeutschen im Reiche, in dessen Norden es ebenso gut seine Heimat hat wie im Mündungslande des Rheins und der Schelde. Nicht blos verficht er die Forderung Hermann von Pfisters, es für die reichische Flotte als Befehlsgangssprache einzuführen, sondern er wünscht auch mit Harold Arjuna und dem Schreiber dieser Zeilen, daß die Grundlage des Niederländischen, als einziger bestehender Schriftsprache des gesamten Niederdeutsch, wenigstens im Norden an unseren höheren Schulen gelehrt werde, gleichwie es in Niederland mit dem Hochdeutschen geschieht. auf daß jeder höher gebildete Deutsche neben dem einen Deutsch, daß er spricht, auch das andere, das Schweizerdeutsch, wenigstens verstehe. Im übrigen schließt er sich, namentlich betreffs der Rechtschreibung, völlig den sprachlichen Bestrebungen Hansens und des Unterzeichneten an. Viel einzelnes noch bietet die Schrift an geschichtlichen und schriftlichen Hinweisen; ich erwähne besonders, daß auch die lütgelburgische Frage und die Hochdeutschen Belgiens sowie die Verhältnisse des unter Frankreichs Herrschaft stehenden See-Blanderns und der wunde Punkt des Neutralismus' Besprechung finden. Erfreulich ist es, daß endlich einmal auch das bei uns noch so gut wie unbekannte Buch des wackeren holländischen Germanisten Dr. Johann Winkler zu Haarlem: ‚Nederland in Frankryk en Duitschland' gewürdigt wird." —

Eine erwünschte Ergänzung zu dieser Schrift bildet die etwa gleichzeitig erschienene Vlämische Bewegung"*). Sie ist zusammengesetzt aus einer Reihe selbständiger Aufsätze in der „D. Ztg.", weshalb und das Bild der Bewegung nicht recht einheitlich geworden zu sein scheint. Ihr Hauptwert liegt in einer recht anschaulichen Geschichte der vlämischen Bewegung und in dem scharfen Betonen der geistigen und sprachlichen Einheit Vlamlands mit uns anderen Deutschen, während die wirtschaftliche Zusammengehörigkeit leider nur gestreift wird.

Das kraftstrotzende, von germanischem Gemeinbewußtsein erfüllte Buch bringt viel Belehrung und Anregung und verdient gelesen und beherzigt zu werden. B.

Jüdische Mädchenhändler. Die liberale „Weser-Ztg." berichtet aus Hamburg: „Ein Mobilienhändler erstand auf einer Auktion einen altmodischen Sekretär, den er alsbald an einen Handwerker weiter verkaufte. Bei eingehender Besichtigung des Sekretärs stieß der Käufer auf ein geheimes Fach, das zahlreiche, nach Hunderten zählende Schriftstücke enthielt. Die Briefe, die aus allen Weltgegenden stammen, bieten ein erschreckendes Bild sittlicher Verkommenheit, denn alle ohne Ausnahme sind die Bestätigungen für erhaltene ‚Menschenware', junge Mädchen, die der Briefempfänger verkauft hatte. Jeder Brief trug genau die Summe verzeichnet, die der Menschenhändler für seine ‚Ware' erhalten hatte. Der Adressat selbst ist noch nicht gefunden; doch muß er, den Briefen nach zu urteilen, ein überaus weitverzweigtes Geschäft gehabt haben; denn die Schreiben sind aus London, Paris, Amsterdam, vielen Städten Österreich-Ungarns, der Türkei, Rumäniens, Spaniens, Portugals, Nord-Amerikas und sogar Deutschlands datiert. Die Polizei hat die Briefe beschlagnahmt und sofort die geeigneten Maßnahmen zur Ermittelung der Schuldigen getroffen." Wir geben wohl nicht fehl, wenn wir aus dem Umstande, daß der Name des „Adressaten" verschwiegen wird, auf seine nichtdeutsche Abstammung schließen. — Zugleich mit dieser Nachricht wird bekannt, daß die Rabbiner Ehrenreich (Rom), Gidemann (Wien), Hirsch Hildesheimer (Berlin), Hirsch (Hamburg), Horovitz (Frankfurt, Main) und Zadoc Kahn (Paris) ein Warnungsschreiben in hebräischer Sprache erlassen haben und zwar an alle Rabbinate in Galizien, Rumänien und Rußland. Das Schreiben warnt vor „Leuten zweifelhaften Rufes" und verpflichtet die Rabbiner, alle Eltern auf den Umstand aufmerksam zu machen, daß durch verlockende Versprechungen ehrbare Mädchen zu unsittlichen Zwecken nach Afrika und Amerika gelockt würden. Zugleich werden die Rabbiner aufgefordert, ohne Mitleid alle die aus der Gemeinde auszuschließen, die sich mit dem Mädchenschacher befassen. — Die „Mitteil. aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus" glauben angesichts dieses Rundschreibens die Hoffnung aussprechen zu dürfen, die Bewegung gegen den Mädchenhandel „sollte völlig aus dem Repertoir der antisemitischen Agitation gestrichen werden". Und warum? Weil sie sich lediglich gegen jüdische Mädchenhändler richte, wobei gestissentlich übersehen würde, daß „namentlich auch (!) Jüdinnen Opfer dieses Schandgewerbes" seien. Trotzdem das Blatt sich auf „die amtliche Denkschrift" (welche, sagt es nicht!) beruft, möchten wir diese Angabe etwas bezweifeln. Schon die Thatsache, daß die meisten der europäischen Großrabbiner das

*) Von Harold Arjuna. 83 S. 1,20 M.

Digitized by Google

erwähnte Rundschreiben an ihre Stammesgenossen erließen, scheint uns zu beweisen, daß auch sie ihre Pappenheimer kennen, und daß das Übel bedeutend größer ist als man bisher annahm. Und dann die „amtlichen Berichte"! Wollen die „Mitteil." sich nicht einmal freundlichst die Denkschrift des Auswärtigen Amtes ansehen, die am 15. März v. J. im Reichstage zur Sprache kam? In dieser Denkschrift heißt es: „Es ist bekannt, daß eine weitverzweigte, mit großen Mitteln und guten Verbindungen arbeitende Kupplerbande, die fast durchweg aus galizischen oder russischen Juden besteht, fortwährend in europäischen Ländern, besonders in Deutschland, Österreich-Ungarn und der Schweiz, Mädchen unter falschen Vorspiegelungen nach Südamerika lockt, die sie dort an die Bordelle verkaufen."

Wir meinen, der „Erlaß" der Rabbiner paßt vorzüglich hierzu, oder wollen die „Mitteil." vielleicht behaupten, daß die aus Deutschland, Österreich-Ungarn und der Schweiz „exportierten" Mädchen „namentlich" Jüdinnen sind? Das würde nicht einmal Herr Heinrich Rickert glauben! So lange also solche einwandfreie amtlichen Berichte vorliegen, wird der jüdische Mädchenhandel nicht „aus dem Repertoire der antisemitischen Agitation getrichen werden." †

Die Unabhängigkeit der liberalen Presse. In der großen Stadt Newyork ist es einem „Reformjuden" aufgefallen, daß die „Schmach des Jahrhunderts" auch dort anfängt, die Gemüter zu bewegen. Er hat deshalb eine Zuschrift an das Newyorker „Morgen-Journal" gerichtet und um Auskunft über die Ursachen dieser Erscheinung gebeten. Dem liberal-demokratischen Blatte ist das nicht sehr angenehm, sein Redakteur führt deshalb aus: „Ich müßte Bände schreiben, anstatt blos Aperçu's, wollt' ich die Sache ernst, wie sie's verdient, behandeln. Doch eins mag ich dem Fragesteller sagen: er sehe oft'nen Aug's um sich, vorurteilsfrei — vielleicht wird er die Antwort selbst dann finden. Ich bin, aus manchem Grund, gewiß kein Judenfreund. Und deshalb darf ich einen Grund der großen Haß wohl sagen: es fehlt dem Juden nur an Takt in jeder Lebenslage, ob er ein Börsenfürst nun sei, ob nur ein Schutzschnür'-Peddler in Attorney Street — er drängt sein Elend, seine Millionen bei jedem Anlaß zu sehr vor, wie auch den scharfen Geist.... Hier ist ein Winkelchen des Spiegels nur. Ich will dem Freund ein weiter Stück ein nächstes Mal dann zeigen." — — Weshalb aber das „Morgen-Journal" den Juden den Spiegel nicht ganz vorhalten kann oder vielmehr darf, offenbart es in einer Briefkasten-Antwort in derselben Nummer, die da lautet:

„Hat der Einsender ‚Reformjude' wirklich auf seine Frage noch keine Antwort bekommen? Ich selbst hab' diesen Gegenstand, trotz seiner Kitzlichkeit, schon wiederholt berührt. Doch darf man da nicht offen sein und frei wie sonst — meint man's noch so gut, so schreit ganz Juda: ‚Ihr seid nicht liberal!' Und rächt sich gleich dafür ...."

Hier hat man also das Zeugnis einer unverdächtigt liberalen und judenschutzerischen Zeitung, daß Juda für die „liberale" Presse ein Kräutlein Rührmichnichtan sein muß. Ob hüben oder drüben, es ist ganz egal!

Staatsbahnen, Privatbahnen und Juden. Die deutschen Bahnen sind als Staatsbahnen den Juden ein Dorn im Auge. Es ist bei uns nicht mehr wie in Frankreich, wo der Hauptmacher der Bahn, die am meisten abwirft, der Nordbahn, Herr Alphonse de Rothschild ist. Die schönen Zeiten sind bei uns vorüber. Daher das Geschimpfe wegen der Eisenbahnunfälle, deren Zahl gar nicht mehr zu zählen sei. Die Tante Voß, die „Nation" u. a. überbieten sich in dem Gezetere. Es wird gesagt, das Staatsbahnsystem habe seine Unfähigkeit bekundet, die Sicherheit des Verkehrs im üblichen Umfange zu verbürgen, und es habe jene Hoffnungen getäuscht, die Erleichterungen im Verkehr erwartet hätten. Der Unglücksfall sei nicht mehr eine Ausnahme, sondern erscheine als ein notwendiges Erzeugnis der vorhandenen Einrichtungen. — Merkwürdig! Wenn in einem Bergwerk, das Privatkapitalisten gehört, hunderte von Bergleuten auf einmal tötlich verunglücken, da werden die armen Leute wohl kurze Zeit bedauert, aber es werden keine langen Erörterungen über Sparsysteme und Einrichtungen gepflogen. Hingegen muß an jedem Unglück auf einer Staatsbahn das Staatsbahn-System die Schuld tragen. Freilich, die Juden sähen sicher am liebsten, wenn die deutschen Staaten es mit ihren Bahnen so machen würden wie Österreich vor fünfzig Jahren mit den seinen; sie nämlich wieder verkaufen. Das gäbe ein Fest für die Börsenleute. Dann könnte das Publikum mit Hilfe der Aktienkurse und der Tarife doppelt gerupft werden. Dann würde auch das Gefaire über die vielen Unfälle und Übelstände im Staatsbahnwesen mit einem Schlage verschwinden. Denn schon jetzt verlieren die Zeitungen kaum ein Wort darüber, daß auf Privatbahnen unzählige Unfälle vorkommen. So haben z. B. die elektrischen Straßenbahnen in Leipzig, die nur wenige Kilometer lang sind, in einem Jahre ungefähr ein Dutzend Menschen totgefahren, der unzähligen kleineren Unfälle kaum zu gedenken. Aber man hat in den Zeitungen noch keine Warnung vor Straßenbahngründerei und Konzessionierern gelesen. Die Straßenbahnen und Kleinbahnen schießen empor wie Pilze aus der Erde. Und wie heißen auch hier wieder die Macher? R. Warschauer & Co., H. Bachstein, A. Ellau usw. usw. — Wir werden ausführlicher darauf zurückkommen.

Ausland.

Österreich-Ungarn. Die Badenische Sprachenverordnung ist von dem Ministerium Gautsch durch einen neuen Erlaß ersetzt, der allerdings eine Besserung bedeutet, aber weder die Forderungen der Deutschen wie der Tschechen befriedigt. Infolge des scharfen Widerstandes von tschechischer Seite ist nun das gesamte Kabinet zurückgetreten. Ziel also der Pole Badeni über die Entrüstung der Deutschen, so jetzt Gautsch über die von ihm geplante und sogar begonnene Versöhnung mit den Tschechen. Dieses Ereignis zeigt, daß von den Wenzelsköhnen weder Entgegenkommen noch Nachgiebigkeit zu erwarten ist. Es wird also für die Deutschen nichts übrig bleiben, als ihren Widerstand aufs äußerste fortzusetzen. Etwas ähnliches ist auch schon auf der deutschvölkischen Tagung am 27. v. M. in Eger beschlossen worden. Es scheint sicher zu sein, daß diese neue Wendung der Dinge die Monarchie in noch heftigere Kämpfe stürzen wird. —

Bei der Nachwahl im Aiszolnyaer Bezirk setzte die ungarische Regierung die Wahl des Juden Mandel unter Aufgebot von einer Kompagnie Infanterie, zwei Schwadronen Husaren und Ulanen, sowie 45 Gensdarmen durch. Auch sonst wurde die Wahlverschaft in ungeheuerlicher Weise terrorisiert. Trotz alledem erhielt der Volkspartteiler Marsovszky, dessen frühere Wahl für ungiltig erklärt war, 1134 Stimmen gegen 1226, die auf den Juden fielen.

Frankreich. Das Verbrechen der Juden! Dieser Ruf kennzeichnet die gegenwärtige Lage. An der Spitze der antisemitischen Bewegung marschieren die verschiedensten Elemente: Ultramontane, Freidenker, Radikale und selbst — darüber herrscht jetzt kein Zweifel mehr — ein beträchtlicher Teil der protestantischen Bevölkerung. Wenn ihre politischen, religiösen und wirtschaftlichen Anschauungen auch noch entgegengesetzt sind, schreibt die „Libre Parole", sie stimmen alle überein in einem Punkte: Der Jude muß verschwinden! — Der Zahl nach bilden die Juden den fünfhundertsten Teil der Bevölkerung Frankreichs. Durch verhältnismäßige und auch durch nicht gut zu heißende Mittel die Antisemiten behaupten: mehr durch nicht zu billigende Mittel haben die Juden ein Viertel des gesamten Landeseigentums sich angeeignet. Der Jude ist der Beherrscher der Märkte und betrachtet die Exekutive, die gesetzgeberische und die richterliche Gewalt als seine Domaine. Jetzt beansprucht er auch die Vorhand in der Armee; aber das ist der Felsen, an

Digitized by Google

dem die jüdische Anmaßung in tausend Stücke zerschellen wird. — So weit die „Libre Parole". Diese Auslassungen geben ein ziemlich deutliches Bild der in Frankreich augenblicklich herrschenden Stimmung.

Mosait.

Über den Antisemitismus in Frankreich soll sich ein höherer französischer Offizier, wie der „Köln. Ztg." aus Petersburg (!) geschrieben wird u. a. geäußert haben: „... Der Antisemitismus ist in Frankreich vielleicht noch stärker als in anderen Ländern; er hat einen besonderen Charakter. Bei uns heißt das Juden keine unmittelbaren Beziehungen zum Volke. Sie halten aber in ihren Händen die weitaus überwiegende Zahl großer finanzieller und industrieller Unternehmungen, und das giebt ihnen, sogar in Staatssachen, eine ungeheure Macht. Mit den Juden muß die Regierung und müssen alle Staatsmänner rechnen. Die hohe Finanzwelt ist die größte Macht, und die Finanzwelt, das sind die Juden. Alle erinnern sich daran, wie die Finanzleute die besten Anläufe und Reformen gehemmt haben, und alle beneiden sie um ihre Macht. Und wie soll man mit ihr kämpfen? Ist doch ein so bedeutender Staatsmann, wie Gambetta es war, durch die hohe Finanzwelt, d. h. durch die Juden, gestürzt worden! Zufolge der Grenze weiß man wenig davon, daß Gambetta durch die Juden zu Fall kam. Dennoch ist es so. Er wollte die französischen Bahnen und die Bank verstaatlichen. Die Juden wollten dies nicht, und Gambetta wurde besiegt. Jetzt ist jede Regierung genötigt, bei jeder Reform die Interessen der Hautfinanz zu schonen. So sind unsere Minister an Händen und Füßen gebunden, obwohl sie den jüdischen Tyrannen verabscheuen. Unser eigentliches Volk hat mit den Juden wenig zu thun, es kennt sie nicht." — Und doch sollen „alle sich daraus erinnern", daß diese Finanzleute die besten Reformen gehindert haben?

Sozialdemokratisches. „Genosse" Bernstein, Stadtverordneter zu Leipzig, hat den Versuch gemacht, persönlichen Nutzen aus dem Verkauf des Hauses eines Dritten an die Stadtgemeinde zu ziehen. Dafür legten ihm die „Genossen" nahe, sein Amt niederzulegen. Wozu? „Genosse" Bernstein hat lediglich das sozialdemokratische Programm in die Wirklichkeit umgesetzt, weshalb ihn also maßregeln? —

Mit den sogen. „Arbeitslosen" haben die „Genossen" in den Großstädten schon böse Erfahrungen gemacht. Diese Ballonmützen, die sich meist aus Arbeitsscheuen und Zuhältern rekrutieren, sind jetzt von den Gewerkschaften der Maurer und Zimmerer in Berlin in Acht und Bann gethan. In ihren öffentlichen Versammlungen wollen sie nämlich nur solche Kollegen dulden, die ihrer Beitragspflicht in jeder Hinsicht nachgekommen sind. Die Maßregel erschien ihnen nötig, weil verschiedene Versammlungen infolge des Radaus der „Arbeitslosen" der Auflösung verfielen. —

Die Parteigelder hat „Genosse" Buchdrucker Franz Schulze zu Berlin so gut verwaltet, daß eine öffentliche Parteiversammlung im vierten Wahlkreise ihn für unwürdig und ungeeignet erklärte, fernerhin ein Amt innerhalb der Parteiorganisation zu bekleiden.

Wie sich die Verstaatlichung gemeinnütziger Betriebe lohnt. Die Stadt Zwickau (Sachsen) kaufte vor zehn bis fünfzehn Jahren von einem Aktienverein die Gasanstalt. Seitdem hat diese 1 300 000 Mark Reingewinn ergeben, das ist mehr, als die Kaufsumme seiner Zeit betrug. Trotz solcher Erfahrungen überlassen unsere großen Gemeinwesen die Gasanstalten, elektrischen Werke, Straßenbahnen usw. immer noch dem Großkapital!

Gegen Warenhäuser, Konsumvereine usw., hat auf Veranlassung des Herrn Pastor Hofstadt (Speichendorf) der Hallesche Pfarrerverein drei Leitsätze angenommen. Es wird darin für eine patriotische und soziale Pflicht erklärt, die kleineren Handwerker und Kaufleute in ihrem schweren Existenzkampfe dadurch zu unterstützen, „daß man seine Bedürfnisse möglichst von ihnen und nicht aus den großen Warenlagern und Konsektionsgeschäften bezieht." Im weiteren will der Verein darauf hinwirken, daß Weihnachts- und Konfirmationsgeschenke lediglich in christlich-deutschen Geschäften gemacht werden. — Wunderbarerweise hat die Judenpresse von dieser „konfessionellen Unduldsamkeit" noch kein „Geziere" gemacht.

Heil! Moses ist beim Glatteis zu Fall gekommen und kann vor Schreck nicht gleich wieder aufstehen. Seine Sarah sagt deshalb besorgt: „Wei geschieen, Moses, bist de doch noch heil?" — Moses: „Gott der Gerechte, wie heißt „Heil", laß mir das verfluchte Wort aus dem Mund!"

„So muß es kommen", schreibt jemand der „Kolonialw. Ztg.", „der Konsumverein zu Bieuenburg veranstaltete kürzlich eine Familienfeier mit Ball, und zwar auf Kosten seiner Lieferanten. Das giebt eine schöne Perspektive auf die Zukunft, denn wenn wir uns so weiter entwickeln, wird schließlich jeder Kaufmann seinen Kunden jährlich wenigstens ein Kaffeekränzchen geben müssen. Vielleicht kommen wir auf diesem Wege unvermutet zur Lösung der sozialen Gegensätze." — Nun, die Sache hat bereits ein Vorbild in der Nähe von Leipzig, wo ein Kaufmann, um den Konsumverein totzumachen, einen hohen Rabatt bewilligte, und im Sommer seinen sämtlichen Kunden einen Ball gab, wobei er die Musik, das Bier und einen Posten Würstchen aus seiner Tasche bezahlte. Der Spaß soll an fünfhundert Mark gekostet haben.

„Die Antisemiten gehören ins Zuchthaus!" Die Äußerung hammt von dem freisinnigen Stadtverordneten Roßbach in Köthen (Anhalt), der im Wahlkreise Bernburg-Ballenstedt für die freisinnige Volkspartei kandidiert. Wir erlauben uns dazu zu bemerken, daß Herr Roßbach weder ins Zuchthaus noch in den Reichstag gehört. Die Sorge für jenes überlassen wir Herrn Roßbach, während für dieses die hohen Antisemiten Sorge tragen werden.

Schicksal und Wille stehen stets in Fehde, so daß der Wille sich am Schicksal bricht, nur der Gedanke ist dein, der Ausgang nicht.

Das freie Spiel der Kräfte feiert in der freisinnigen Charlottenburger Stadtvertretung seine höchsten Triumphe. Der Magistrat wünschte nämlich für die städtische Volksbibliothek einen Zuschuß von 25,300 M. Davon hat aber der Haushaltsausschuß 10 000 M. gestrichen, „damit den Leihbibliotheken keine allzugroße Konkurrenz erwachse". Und da soll einer noch behaupten, der Freisinn thäte nichts „fürs Volk"!

Jüdische Tyroler. Es scheint fast, schreibt unser Hechinger Mitarbeiter, als ob die ächten Juden in der Museumsgesellschaft, unter den durch Bildung und Stellung hervorragenden hiesigen Elementen sich immer noch wohl fühlten, oder haben wir ein letztes gewaltsames Vordringen zur Zeit vor unseren Augen? einen letzten Versuch? Daß das sich Wohlgefühlen nicht gegenseitig ist, könnten sie doch wohl endlich auf den letzten Museumsball eingesehen haben. Von allen verschiedenen höheren Gerichtsbeamten z. B. war nur ein einziger da. Israel that sich dann in seiner Weise um und zwar in der von ihm beliebten Tyroler Maske, ja, wenn der dicke Leib und der Kropf den Tyroler ausmachten! So lange diese Leute in den Kreisen sich breit machen, die ihnen es ipso verschlossen sein sollen, gestalten sich die hiesigen Verhältnisse nicht besser. Es besteht eben eine natürliche Kluft, und die ist unüberbrückbar, das sagt nicht nur der Verstand und gesunde Sinn, das sagt sogar der Instinkt. Ein Emil Weil, Rudolf Levi oder Ludwig Levi als Salontyroler und der berühmte Judenlehrer und Rabbinatsverweser Louis Levi nebst Ehefrau zur Bervollständigung des reizenden Bildes! — Ist das noch die Elite der hiesigen Bevölkerung? Ja, die Isra-Elite!

Vom Submissions-Unwesen. Die Maurerarbeiten für die Friedhofshalle zu Apolda sind mit 18 645 Mark und die Zimmerarbeiten mit 6000 Mark veranschlagt. Vergeben wurden sie an die Mindestbietenden mit 8500 und 3000 Mark. —

Für die Ufermauer zwischen der Gertraudenbrücke und der Wallstraße zu Berlin war die Lieferung und Aufstellung eines schmiedeeisernen Geländers ausgeschrieben. Die Forderungen der beteiligten Firmen gingen von 19 513 Mark 60 Pf. bis herab zu 5307 Mark 95 Pf.! —

Die Herstellung von Verbindungsdämmen zum Schutze der Nordsee-Halligen Langeneß und Oland will ein Unternehmer für 187 502 Mark und ein anderer für 70 546 Mark übernehmen.

Jüdische Tapferkeit. Im Armee Verordnungsblatte für 1873 ist eine recht bezeichnende Bekanntmachung zu finden. Es heißt da: Das Kommando des Füsilier-Bataillons Infanterie-Regiments Nr. 59 wünscht Auskunft über den Verbleib von vermißten Mann-

Digitized by Google

schaften des Bataillons und zwar: 1) Füsiliere Stanislaus Zidinski und Peter Sleyat, beide bei Weißenburg verwundet; 2) Füsilier Wolf Ostrowski, vor dem Gefecht bei Weißenburg vermißt. — Diesen jüdischen Helden empfehlen wir den Herren Eugen Richter und August Bebel für die nächste Debatte über die jüdischen Militärärzte.

Firmen-Verschiedenes. Inhaber der Firma Ed. Moniac zu Berlin ist der Kaufmann Paul Heckscher. —

In das Handelsregister zu Gommern ist eingetragen die Firma M. A. Loewe und als deren Inhaberin Frau Friederike Loewe geb. Saalheim. —

Als Inhaberin der Firma Heinr. Burkert Nachf. zu Berlin ist Frau Marie Levy eingetragen.

Zola und die Hohenzollern. Auch aus Hechingen sind zwei Telegramme an Zola abgesandt worden, eines von Juden, eines von ihren Lakaien. Herrgott, ist das eine Ehre, wenn Zola erst die Naturgeschichte seiner Verehrer kennen würde! Auch auf diese beziehen sich nun die Worte des übergeschnappten Schriftstellers, des zum „Schmutz" gewordenen Judenknechts. Der wilde, wilde Schmerzensschrei, den Israel ausgestoßen, hat nicht nur Frankreich bewegt, sondern auch etliche „Deutsche", die mit ihm der Übereugung sind, daß das Volk Israels „der Sonne gleich über die Erde schreite". Ihnen gilt daher auch Zolas Wort: „Frankreich (Positiv) — die Welt (Komparativ) — Zola (Superlativ) bewundert Sie, ich küsse Sie!" Eugen Zola." Prost die Mahlzeit!! Hinsichtlich seiner Einbildungskraft kann Zola, der sich über Frankreich und sogar die ganze Welt stellt, ruhig dem Stamm Sem zugezählt werden, wir verzichten recht gern und haben keinen Grund, unsern Gegner um eine solche Acquisition zu beneiden. — Nur in der Hinsicht sollt uns die Bescheidenheit Zolas auf, als der dem Größenwahn Besessene sich demüthiglich dem Erlaßlein Dreyfus unterordnet und sich wohl dabei zu fühlen scheint, denn er sagte in Bezug auf den Verräter: „Frankreich mordet den besten seiner Söhne, den Stolz des großen Volkes", wir dachten bis jetzt, solche Attribute könnten sich nur auf Zola bezieben und sind nun eines Besseren belehrt; einer ist ihm über und das ist der verrätersche Jude Dreyfus, glückliches Frankreich!

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. Berlin hat unter seinen Einwohnern 27 087 Reichsausländer, darunter allein 11 761 aus Oesterreich, 4338 aus Rußland und 1601 aus Ungarn. Rechnet man davon selbst die Hälfte als Nichtjuden, so bleiben doch noch immer über zehntausend russisch polnische, gallizisch-polnische und madjarische Juden übrig! Insgesamt wohnen in der Reichshauptstadt 86 152 Juden, während 1890 erst 75 000 und 1880 erst 53 900 gezählt wurden. —

In Hildesheim besteht ein „Verein zur Förderung von Handwerkern und sonstigen bürgerlichen Berufsarten unter den Juden der Tempelgemeinde und des Landrabbinatbezirkes Hildesheim." An der Spitze stehen Landrabbiner Dr. Lewinsky, Rechtsanwalt Oppenheimer, Gustav Sabel, M. Friedheim und D. Goldberg; dawon betreibt keiner ein Handwerk. Der Vereinsbericht für 1896, der jetzt erst herauskommt, weist eine Einnahme von 777,81 und eine Ausgabe von 626,42 Mark nach. Verhilfen erhielten sieben Lehrlinge, ein Maler, ein Tabakspinner, ein Schlosser, ein Mechaniker, ein Buchdrucker, ein Schneider und einer aus der Erziehungsanstalt für Bodenkultur in Ahlem bei Hannover. Dieser Erfolg scheint uns nicht sehr groß zu sein. —

Die Pferdebahnhalterstelle in der Leipzigerstraße zu Berlin, die sich bisher vor dem Kriegsministerium befand, ist vor die große Blendlaterne von Wertheim verlegt, und die Schaffner rufen jetzt auf „höheren Befehl" aus: „Warenhaus Wertheim!" —

Gestorben ist der Chef des Bankhauses S. Bleichröder in Berlin, der Geheime Kommerzienrat J. L. Schwabach, großbritannischer Generalkonsul und spiritus rector einer großen Anzahl von Aktien- usw. Gesellschaften. Er stand z. B. an der Spitze des Aufsichtsrats des Wolff'schen Telegraphenbureaus. Der Beerdigung des gewaltigen Mannes wohnten nicht nur Finanzgrößen aus Israel, sondern auch Minister und hohe Hofbeamte bei. —

Wie die „Akademische Turnzeitung" mitteilt, sind von den im laufenden Semester in Berlin studierenden 188 Damen 48 Jüdinnen. Das sind 25,5 p. H. —

Von den drei Inhabern des Warenhauses Wertheim zu Berlin ist der älteste Wertheim jetzt Katholik geworden, während seine beiden Brüder Juden geblieben sind.

Wegen eines zunehmenden Augenleidens beabsichtige ich meinen gesamtl. Verlag mit Verlagsrechten und Stereotyp-Platten zu verkaufen. Mein auf die antisemitische Bewegung bezügliches Adressen-Material und Sammlungen werden mit abgegeben.
Leipzig, Königsstr. 27. Herm. Beyer.

Heinrich Thiessen,
Telephon Amt I, 2221.
Schneidermeister
Brühl 23 (Blauenscher Hof), Tr. A, II, Brühl 23
liefert nur nach Maß und nur gegen bare Zahlung, aber dafür zu den billigsten Preisen elegante Anzüge von 42—75 M., Sommer-Überzieher von 36—55 M. unter Garantie für gute Arbeit und guten Sitz. Großes Stofflager. Lieferzeit: Auf Verlangen in 24 Stunden. Bei Selbstlieferung des Stoffes rechne für einen Anzug nur 27 M.

Stoffe zu Anzügen PALETOTS etc. versendet
Unerreicht billige Preise!
Beweis: Vergleich mit anderen Collectionen
Reich haltige Musterversendung unberechnet und portofrei an Jedermann.
TUCH, Buckskin, Kammgarn, CHEVIOT etc. Meter 2-15 Mark.
Auf Wunsch Lieferung aller erforderlichen Futterstoffe und Zuthaten.
Versand durchaus reell!
CHRISTIAN GUNTHER Tuchversendergeschäft LEIPZIG-PLAGWITZ
Beweis: ca. 5000 Anerkennungsschreiben aus dem Kundenkreise.

Uhren liefert zu äußerst billigen Preisen unter reeller Garantie
Gustav Kaniss
Uhrmacher
LEIPZIG, Tauchaerstr. 6.

Seiler-, Bürsten-, Besen-Detail u. Einselwaren Engros
Spezialität.: Polster-Waren.
Oscar Mühler, Windm.-Str. 25.

H. Heintze, Hutfabrik
gr. Fleischergasse 5, Kurprinzstraße 4.
Spezialität: 2,80-Hüte.

Gesucht:
Schmeltzners Internationale Monatsschrift, Jahrgang 1882 ganz, von 1883 vom April—Dezember, 1884 ganz;
Das Zwanzigste Jahrhundert, erster Jahrgang, Nr. 1, 2, 3, 4, 9, 12, dritter Jahrgang, Nr. 4, 5, 6, 10, 11, 12.
Gefällige Angebote bitte an den Verlag der „Deutsch-Soz. Blätter" zu richten.
Herm. Beyer, Leipzig, Königsstr. 27.

Kaufen Sie
keln Planino,
wenn Sie sich noch nicht den Katalog von August Roth, Hagen i. W., Königl. Hof-Pianofabrikant, gratis haben kommen lassen.

Billige, dichte Dächer
sowie man hier aus Andernach's Asphalt-Steinpappen
D
Muster etc. postfrei!

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königsstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe in Berlin NW. 5, Stendalerstr. 1.
Druck: G. Reusche, Leipzig.

Digitized by Google

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich Mk. 1.50 bei den Postanstalten (Post-Zeitungsliste Nr. 1705) und Buchhandlungen. Einzel-Exemplar Mk. 2.

Herausgegeben von Max Liebermann v. Sonnenberg.
Begründet von Theod. Fritsch.

Anzeigen: die sechsgespaltene Petit-Zeile 25 Pfennige. Verlagsbuchhandlung. Königsstraße Nr. 27, Leipzig.

XIII. Jahrgang. | Leipzig, 17. März 1898. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Juden-Frage. Otto Glagau. | Nr. 500.

Inhalt. Zum achtzehnten März — Mehltau. — Deutsche Nationalfeste. — Eine Erinnerung an die Emanzipation der Juden. — Aus Treitschkes literarischem Nachlaß. I. — „Mitteilungen des Theater-Erinnerungen." — Talmudisches. — Ausland. — Mosaik. — Neue Bücher. — Parteinachrichten. — Zeugen im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Zum achtzehnten März.

Neben dem Haupteingange der Reichshauptbank in der Jägerstraße zu Berlin ist im Mauerwerk eine einfache eiserne Tafel befestigt. Ihre Inschrift besagt, daß an dieser Stelle am 18. März 1848 der Grenadier Theißen vom Regiment Kaiser Franz in treuer Erfüllung seiner Pflicht „durch Meuchelmord" den Tod gefunden hat. Die Tafel wurde einst auf Befehl Friedrich Wilhelms des Vierten an dem Eingange der damaligen preußischen Hauptbank angebracht. Als sich später ein Umbau des Gebäudes notwendig machte, hofften die Freisinnshelden in der städtischen Verwaltung, daß die Gedenktafel auf immer beseitigt würde, weil sie doch auf den „Ruhm" der Berliner „Märzhelden" einen gar bedenklichen Schatten warf. Diese Hoffnung wurde aber bös zu Schanden, zum größten Aerger und Verdruß der „maßgebenden fortschrittlichen Kreise", denn auf ausdrücklichen Befehl des alten Kaisers wurde die Tafel da wieder angebracht, wo sie heute noch zu sehen ist. —

Der Verlauf dieses feigen Meuchelmordes war lange Zeit in Dunkel gehüllt. Der Mann aber, der genau vierundzwanzig Stunden vorher an derselben Stelle Posten stand, hat nach langem vergeblichen Suchen durch einen Augenzeugen den wirklichen Sachverhalt ermittelt. Demokratische „Geschichtsschreiber" haben Jahre hindurch es so dargestellt, als ob der Posten vor der Bank in wirklichem Kampfe Mann gegen Mann gefallen sei. Das ist einfach, wie so vieles andere aus den tollen Tagen, gelogen, um die „Märzhelden" mit dem erforderlichen Nimbus zu umgeben. Thatsächlich war es folgendermaßen. Kurz vor und nach den verhängnisvollen beiden Schüssen auf dem Schloßplatze, die nicht von den dort stehenden Truppen, sondern aus der Mitte der Volksmenge abgefeuert wurden, kam durch die noch stille Jägerstraße (also einige hundert Schritte vom Schloßplatze) ein junger Jude gelaufen. Er schwang einige Handwaffen und rief in unverkennbar jüdischem Dialekte: „Revolutiaun! Revolutiaun!" Als er an der Ecke der Oberwallstraße angekommen war, trat ihm der Grenadier Theißen entgegen, um ihn zur Ruhe zu bringen oder ihn festzunehmen. Ehe der Soldat aber ein Wort sagen konnte, sah er sich plötzlich von einer Rotte Bummler — Ballonmützen würde man heute sagen — umringt, von denen einer ihn hinterrücks mit einem Stockdegen niederstach. Theißen schrie laut auf, taumelte und verlor den Helm. Nun rissen die „Märzhelden" aus und der tötlich Verwundete schleppte sich bis auf die unterste Treppenstufe des Hofkonditors Weiß. Hier fand ihn später sterbend eine Patrouille. Der Stich hatte die Lunge durchbohrt. Der Mörder ist der Gerechtigkeit entgangen, er wird als ein Mann mit großem rotem Vollbart geschildert. Er soll sogar in den nächsten Monaten in den Straßenaufläufen usw. eine Rolle gespielt haben.

War hier ein Jude die mittelbare Ursache zum Blutvergießen, so ist es ebenso sicher, daß die hinter den Kulissen thätigen Hetzer zum überwiegend größten Teile dem Stamm Sem angehörten. Insbesondere über den Anteil der jüdischen Zeitungsschreiber an den Ereignissen von 1848 berichtete der nachmalige Vorleser des alten Kaisers, Geh. Hofrat L. Schneider, damals in einer Wochenschau:

„Die ‚Zeitungs-Halle', 1847 von einem spekulativen, rührigen und schlauen Juden, dem Doktor Julius, gestiftet. . . . . In Verbindung mit dem großartigen Zeitungsbüro-Institut unter demselben Namen sagt man nicht zu viel, wenn man diese Zeitung beschuldigt, eine der Hauptursachen der März-Ereignisse gewesen zu sein; denn ihr Redaktions-Bureau und jenes Lese-Institut waren die Hauptquartiere der bewaffneten Verschwörer, Polen und Franzosen, am 18. und 19. März. Die ganze Redaktion, alle Mitarbeiter und Neuigkeits-Zuträger waren und sind noch jetzt Juden und zwar von der gistigsten Sorte, denen eben alle Mittel recht sind, um zu ihrem Zwecke zu kommen.

Von der Nichtswürdigkeit und Gemeinheit des Tones in diesem Blatte hat man gar keinen Begriff in einem geordneten Staate — und Heil jedem Staate, wo man keinen Begriff davon hat! Unmittelbar nach dem 19. März brach die lange verhaltene revolutionäre Galle plötzlich in so heftigen Strömen aus, daß es selbst den damals noch nicht so von Grund aus verderbten Berlinern zu viel wurde, und mehrere Personen auf das Redaktions-Bureau kamen und Herrn Julius mit der Bedrohung durchprügelten, daß man ihn niederschießen würde wie einen tollen Hund, wenn er sich unterstände, weiter so fort zu schimpfen. Darauf wurde die ‚Zeitungs-Halle' einige Wochen sanft und gemäßigt; als aber die Pöbel-Herrschaft in Berlin um sich griff, fing Herr Julius sofort toller als je an, zu revolutionieren, appellierte fortwährend an die blutige Gewalt und schraubte sich zu einer wahrhaft gefährlichen Macht in die Höhe, die endlich an dem Einrücken der Truppen in Berlin scheiterte. — General v. Wrangel verbot sofort die Zeitung, die Schuldner meldeten sich, Herr Julius wurde von allen Seiten wegen Beteiligung an den früheren Straßen-Krawallen, sowie wegen Schulden angegriffen, entfloh und wurde mit Steckbriefen verfolgt; sein Lese-Institut hörte aus Mangel an Besuch auf, weil die Demokraten sich nicht gern da sehen ließen, wo man sie beobachten konnte, und auch der Buchdrucker weigerte sich, weiter zu drucken, weil er schon neuntausend Thaler von der Zeitung zu fordern hatte. Die ganze Bande von demokratischen Judenjungen, die nun nicht wußten, wohin sie ihre Krokodill-Eier hinlegen sollten, gingen nach Neustadt-Eberswalde, einem kleinen Städtchen, vier Meilen von Berlin entfernt, und fuhren nun dort fort, einjwielen das Blatt in sehr beschränktem Maßstabe für die wenigen Abonnenten fortzudrucken bis der Belagerungszustand aufgehoben sein wird. Dann bricht aber sicher die Flut der Gemeinheit wieder mit doppelter Kraft hervor; wird man künftig noch oft und viel von dem Treiben dieser Zeitung hören? — Die ‚Zeitungs-Halle' erwartet eine Revolte, um wieder Einfluß zu gewinnen, und hilft einstweilen eine solche hervorrufen. Mit dem Dr. Julius, der, wie man hört, sich in Köthen bei dem demokratischen Zentralkomité zur Revolutionierung Deutschlands aufhalten soll, hat das Blatt doch seinen eigentlichen Nerv, namentlich die geschickte industrielle Spekulation verloren und nur die Schimpfer behalten, die denn ihre Pflicht thun und wie Rohrsperlinge auf alle und alles schimpfen. General v. Wrangel ist begreiflich schlecht bei ihnen angeschrieben. Glücklicherweise ist das aber gegenseitig der Fall! . . . . Die ‚Reform' ultra-radikal, lauter Juden, offenes Predigen der Republik, gemein und alles in den Kot ziehend. Natürlich mit der ‚Zeitungshalle' verloren, so lange der Belagerungszustand dauert. So wie dieser endet, ist sie natürlich wieder da usw." —

Digitized by Google

So wie man damals immer auf Juden sagte, wenn man den Dingen genauer nachging, ist es auch heute noch im Lager der Roten. Damals die Dr. Julius, Marx, Jacoby und Genossen und heute die „Genossen“ Singer, Arons, Wurm, Schönlank, Haase usw. Daß die Juden in der Berliner Stadtvertretung diese Leute jetzt durch ein Denkmal „ehren“ wollten, war bei ihrer Gesinnung vorauszusehen, daß aber die Berliner Bevölkerung ein solches Beginnen mit verschwindend wenig Ausnahmen ruhig hinnahm, ist bezeichnend für den Geist, den die Zeitungsjuden von heute ihr eingeflößen verstanden haben!

Mehline.

Die Philologen des amerikanischen Handels — oder sollen wir sagen „Humbugs“? — befolgen eine einfache Methode, um einen unechten Artikel auch im Namen einem echten ähnlich zu machen, indem sie die Silbe „ine“ anhängen. So hat man Butterine, was beinahe dasselbe sein soll, wie Butter; Olme, als ein Produkt ähnlich dem Öl. Jetzt ist das technisch-chemische Wörterbuch um einen weiteren Namen bereichert worden, und das ist „Flourine“, was man deutsch Mehline nennen würde und ein Artikel sein soll, „so gut“ wie Mehl, aber nicht so teuer. Welches Bewenden es mit dieser neuen Ware hat, die denselben Namen trägt, wie der französische Ministerpräsident, kann der Leser ungefähr erraten. Mehl ist jetzt in Amerika ziemlich hoch im Preise und das hat die Geschäftsleute, bei denen der Geldbeutel mehr in Betracht kommt, als das Gewissen, auf den Gedanken gebracht, aus dem Mehl einen größeren Profit herauszuschlagen, indem man ihm irgendeine billige Masse beimischt. Gyps und Schwerspath wurden zwar schon früher versucht, aber das Publikum wehrte sich doch zu sehr gegen Schwerspath-Klöße und Gyps-Knödel, auch griffen die Behörden zu kräftig ein, als daß diese Methode der Verfälschung sich hätte lange behaupten können. Ein anderer Erfolg bot sich in dem vom Mais herrührenden sogen. Kornmehl, dessen Vermengung mit Weizenmehl schon seit längerer Zeit bekannt ist. In Bezug auf den Profit war die Mischung ganz gut, denn Kornmehl ist bedeutend billiger als Weizenmehl, und bei einer Beimischung von einem Drittel Kornmehl mußte der Müller ein reicher Mann werden. Allein auch diese Sache hatte ihre Schattenseiten. Mais schmeckt nämlich bedeutend anders als Weizenmehl und verrät sich durch die Zunge, die ja jedem Konsumenten von der Natur verliehen ist. Der Scharfsinn der Mantscher und Pantscher strengte sich deshalb an, ein Material zu finden, das sich weder den Augen, noch der Zunge, noch der Nase als betrügerisch offenbart und Heureka! es ist da! Der Entdecker bleibt der Mitwelt vorläufig verborgen, aber die Verkäufer sind jene Vereinigung von Menschenfreunden, die man in Amerika unter dem Namen „Glukose-Trust“ kennt. Glukose wird bereits einer ganzen Anzahl Nahrungsmittel beigemischt: den Konserven, dem Syrup, dem Bier, dem Zuckerwerk usw. Es ist also nur eine Fortsetzung der schon bestehenden Dinge, ein logischer Ausbau, daß man jetzt auch Glukose dem Mehl beimischt. Aber es besteht ein Unterschied zwischen Glukose und Glukose. Der mit Schwefelsäure behandelte Mais, den die biederen Yankees bisher genossen haben, ist zu grob und zu undiplomatisch, als daß man ihn dem Mehl beimischen könnte. Dazu war ein weiterer Prozeß notwendig, eine Verbesserung der Glukose, und diese ist vollständig gelungen. Wie der Trust triumphierend mitteilt, stellt er eine Masse her, die so weiß wie Mehl ist und so billig, daß sich an jedem Faß mit Leichtigkeit ein Extra-Profit von einem Dollar herausschlagen läßt. Einen Nährwert hat das Zeug natürlich nicht, aber das ist Nebensache. Sie besitzt dafür die vom Standpunkt des Profitwütcherichs größere Tugend, daß man die Fälschung nicht entdecken kann. Selbst Müller, die doch gewiß etwas vom Mehl verstehen sollten, vermögen den unechten Artikel nicht zu erkennen, da er völlig geschmack- und geruchlos ist und selbst die Probe mit den Fingern, die hauptsächlich beim Mehl angewandt wird, siegreich besteht. Nur ein besonders starkes Mikroskop vermag den Betrug zu offenbaren. Da nun dieses wissenschaftliche Instrument noch nicht in den Küchengeräten gehört, so ist wohl anzunehmen, daß schon jetzt viele Leute, wenigstens in Amerika, ihrem Magen diesen Ballast zuführen, so daß ihr Küchenzettel sich nach folgender vom „Cincinnati Volksbl.“ gedichteten Melodie abspielt:

Glukose in der Früh'
Glukose in der Brüh'
Glukose auch zur Abendzeit
Glukose in alle Ewigkeit!

Deutsche Nationalfeste.

Über dieses Thema schreibt der als Germanist hochangesehene Prof. H. von Pfister-Schwaighusen (Darmstadt) folgende Worte, die uns nicht ganz unberechtigt erscheinen wollen:

Ob ein Baum aus der Fülle strotzender Triebe sich mit neuem Lenze in Schmuck leuchtender Blüten und saftigen Laubes kleide, oder ob äußerlich man ihn mit solchem Gewinde behänge, das ist seelisch wohl nicht einerlei. Künstlicher Ausputz verrät vielmehr kein Innen waltendes, webendes und wogendes Leben. Zu einer Zeit, da griechisches Volk auf der Höhe sittlichen wie geistigen Erschaffens, im Kerne überquillender Kräfte stund, da drängte alle diese vielgestaltige Begabung mit zeugerischer Urgewalt auch nach außen — im Wettbewerbe wollten alle Anlagen und ihre Werke nun auch freudig stolz in vergleichsame Erscheinung treten.

Mit sittlichem wie völkischem Niedergange des Hellenentums erloschen auch die allgriechischen Spiele zu Olympia. Hätte man sie künstlich am Leben erhalten, sie wären ebenwohl ohne Nutzen und Frommen geblieben; was morsches Holz auch nur blendend durch deckenden Olsarben-Anstrich verkleiden mag.

Krank ist unser deutsches Volk in breiten Schichten bis auf Lebens innerste Faser: sittlich, leiblich, geistig. Verloren bei gar vielen die Ehrfurcht vor allem, was einstens ehrbaren Ahnen hehr und heilig galt; eingebüßt Kraft und Gesundheit leuchter schlichter Vorwelt, und leider schon nicht alleine in verderbten Großstädten: diesem Krebse am Leibe jedes Volkes zu alter wie neuer Zeit; verjuxpfest das Schriftentum unserer Diet, das in sprachlich zerrütteter Form, zum Hohne und zur Schändung klassischer Schöne, sein Gift in immer weitere Kreise städtischer wie dörflicher Bevölkerung trägt.

Krank ist unser Volk! Das Heilungs-Mittel, was ihm ebenso volkisch-treue als glaubig-fromme Männer wie Arndt und Jahn gewiesen hatten: ein Lauterungs-Bad*), eine Neugeburt von innen heraus, wird im Hasten flacher Zeit, der alle Vertiefung abgeht, verschmäht. Erwerbs-Geschäftigkeit und genußliche Sucht — beides um jeden Preis — sind kennzeichnendes Merkmahl für neutümliche Bevölkerungen in Menge. Baut euch innerlich wieder auf, im Ausblicke auch auf seelische Güter; bauet hienieden in allem irdischem Dichten und Trachten aber an unserem unter Verschüttung begrabenen Volkstume! Werdet wiederum erst deutsch: im Glauben, in Sitte und Tracht, in Sprache und Schrift, in Rechts-Pflege und Gerechtigkeit gegen Weib und Mann, im Wohnbaue, in allem und jedem! Solche Wiedergeburt erfordert ein Ringen etlicher Geschlechts-Folgen.

Die heute geplanten, schimpflich „National“ benannten Feste sollten weit eher eine Gesinnung bergen — ob auch von ihren Gesinnern unbeabsichtigt — die wohl in höherem Grade das Gepräge jener Losung: panes et circenses trüge, denn daß sie etwa an ein olympisches Vorbild gemahnte. Übrigens wäre auch solches Muster uns Deutschen, als fremdes Vorbild, doch unrühmlich.

Verlehrs-Verhältnisse, Beförderungs-Mittel des alten Griechenlandes zur Zeit seiner Olympiaeien waren mäßige, also daß solche die da kamen, wirklich vom Triebe ihres Könnens und Wißens alleine geführt wurden; sei es um durch Schauen und Hören zu

*) Kein Druckfehler! Verfasser ist der Ansicht, daß die Umlautsbezeichnung auf das u gehört. D. Schriftl.

Digitized by Google

lernen — sei es um in leiblichem oder in geistigem Ringen zwischen eigenem und anderer bestem Vermögen die Palme des Sieges zu erstreiten.

Wie sollte das jedoch heute wohl sich gestalten? heute im Zeitalter der Eisenbahnen mit ihren Zonen-Sätzen, Fahrpreises-Ermäßigungen zu Festen? im Zeitalter prickelnder Vergnügungs-Sucht? Da käme kein Ikkus zu Fuße gepilgert durch einsame Gegend etwa — nein, Tag und Nacht keuchende Sonderzüge spien immer neue Zehntausende aus; und wes Geistes Kinder alle!

Der Gedanke solcher Massen-Anhäufung*) ungezählter Vergnügungs-Süchtiger, aus deutschen fernen wie nahen Gauen, ist ein ungeheurer. Beschränken dürfte man die Scharen nicht einmalen, wo es doch um ein Fest gesamter Diet sich handelt soll. Die Veranstalter gerieten da nur mit sich selbst ja in Widerspruch. Ungeund ist der Gedanke schier unter jedem Gesichts-Punkte. Vornehme Kunst möchte kamm sich in solchem Gewühle ganz wohl fühlen; die bedarf derartiger Schaustellungen auch mit Nichten. Sittsame Musen wohnen da nicht gerne.

Belaße man bildenden wie darstellenden Künstlern, Tonspiels-Reihen, Sänger-Bänden, Turner-Verbänden, Schützen-Gilden usw. ihre nüglichen, anregenden Sonderseite an wechselnden Orten auf der Runde durch das ganze deutsche Vaterland, dessen unser Österreich einen wesentlichen Teil bildet. Gerade in solchem Wandern offenbart sich, trotz engerer Heimats-Liebe, völtischer Schlaß und tiefe Gemüts-Veranlagung.

Ein „deutsch-nationales Olympia", welche erste barbarische Benamsung von sprachlichem Widersinne und völtischer Entweihung ersonnen war, sollte allmählich zu einer Baracken-Stadt: einer Pestbeule in deutschem Lande gedeihen, wo im Schutze neutümlicher Freizügigkeit Kneipen-Wirte und Bordells-Halter glänzende Geschäfte machen. — — — —

Eine Erinnerung an die Emanzipation der Juden.

In der Judendebatte des ersten vereinigten Landtages im Jahre 1847 ergriff Prinz Wilhelm von Preußen zweimal das Wort. Als nämlich am 16. Juni der Abg. v. Winke mit überfließender Beredsamkeit beantragte, den Juden alle Ämter zu eröffnen, namentlich auch das Lehramt, fragte der spätere deutsche Kaiser, ob es an jüdischen Schulen christliche Lehrer gäbe. Als dies verneint wurde, stellte der Prinz den Antrag, die Juden wenigstens als Lehrer von den Schulen auszuschließen, wozu der Landtag um so mehr berechtigt sei; weil er schon so viele Beweise von Toleranz gegen die Juden gegeben habe. Die meisten Redner erklärten aber in holder Schwärmerei, die völlige Emanzipation der Juden werde sie auch völlig zu Deutschen machen. Minister von Thiele führte dem gegenüber ganz richtig aus, Juden könnten von Grund und Seele ebensowig Deutsche als Preußen sein, darum dürften sie auch keine obrigkeitlichen Stellungen bekleiden. — Eine vortreffliche Rede ist auch die des Abg. Gregor. Er sagte am 15. Juni: „Man schlägt die Vorzüge der Juden zu hoch an, auch sind sie nicht so sehr gedrückt. In Handel und Wandel sind sie gesichätzt. Erhielten sie die höchsten Stellen, so würden sie die Christen unterdrücken. Man sagt, sie lieben das Vaterland so sehr. Je nun, sie halten das Motto fest: Ubi bene, ibi patria. Dann sagte man, sie wären Hauptgenies; ja Hauptgenies darin, das Geld an sich zu bringen. Man sagt ferner, sie wären mitleidig; ja, sie werfen mit Groschen nach dem Thaler. Sie gebrauchen alle Mittel, um Geld zu erlangen, die der Christ verabscheut."

Die „Bossische Zeitung" jener Tage ist voll von Anzeigen, durch die die Juden die öffentliche Stimmung zu beeinflussen suchten. Komisch berührt darunter ein Brief aus dem Jahre 1832, den ein holländischer General, Baron Chassée, an einen Berliner Juden geschrieben haben soll und worin die jüdischen Soldaten als die eigentlichen Musterfoldaten hingestellt werden. Dieser geniale Kriegsmann schreibt angeblich: „Wenn ich noch einen Feldzug zu beginnen hätte, würde ich mich glücklich schätzen, den Befehl über einige Tausend dieser braven Soldaten zu haben." — Doch fehlt es auch nicht an Meinungsäußerungen von judengegnerischer Seite. Am 16. Juni findet man nämlich in der Tante Voß nachstehendes „Eingesandt":

Eine neue Philosophie:

Ein Jude sagt, daß er nicht Jude sei! —

Ein Ochs nicht Ochs — das duldet die Polizei?,

und am 21. Juni giebt ein F. von Bülow der Regierung den Rat, bei der herrschenden Hungersnot lieber auf die Kornwucherer als auf die Juden-Emanzipation zu achten. — Solche Erinnerungen zeigen nur zu deutlich, warum sich die Wut des „Volkes" vor fünfzig Jahren gegen den Bruder des König richtete. Sie zeigen uns aber auch, wer eigentlich das „Volk" war, und wenn man damals nicht so furchtbar tief im Toleranzdusel gesteckt hätte, so hätte der unheimliche, klar zu Tage liegende Einfluß der Juden schon gleich nach den Putschereien des März zur Aufhebung der Gleichstellung der Juden führen müssen.

*) Kein Druckfehler! Verfasser ist der Ansicht, daß die Umlaute bezeichnung auf das u gehört. D. Schriftl.

Aus Treitschkes litterarischem Nachlaß.

I.

Grimmige Ernte hat Freund Hein in den letzten Jahren unter den besten unseres Volkes gehalten. Es sind bittere Verluste, die wir von Bismarcks Ausscheiden an mit Lagarde anfangend über Moltke und Freytag bis zu Treitschke und Riehl hin erlitten haben. Und nun hier wie an anderen Orten weit klaffende Lücken, in die wir, ob unseres gleichheitwütigen Zeitgeistes, neue Männer nicht zu stellen haben.

So werden wir um so williger nach ihren Werken greifen, um sie uns daraus wieder lebendig werden zu lassen.

Besonders eifrig wird von seinen Schülern und Freunden jetzt an Treitschkes litterarischem Nachlaß gearbeitet, und wir danken ihnen schon manche wertvolle Gabe.

Wir liegen vor, herausgegeben von Prof. Liefegang, die Deutschen Kämpfe, N. Flg., und der vierte Band seiner historischen und politischen Aufsätze.

Wer ihn kennt, persönlich oder aus seinen Schriften, für den bedarf es ja keiner Empfehlung dieser Bücher, aber für andere darf ich es vielleicht in tiefer Dankbarkeit hier aussprechen, daß ich — und viele andere mit mir — seinen wunderbaren Einflusse fast alles danke, was ich geworden bin: vor allem eine Persönlichkeit, die ich früher nicht zu sein wagte.

Wenn auch dieser große, mein ganzes Wesen umgestaltende Erfolg von dem gewaltigen Zauber des lebendigen Treitschke gewirkt war, so lebt diese mächtige, Leben wedende Kraft seiner Persönlichkeit doch auch noch weiter in seinen Werken.

Dabei denke ich z. B. an die beiden Aufsätze über Luther und Gustav Adolf in den historischen und politischen Aufsätzen:*) Wer fühlte sich nicht tief ergriffen und im Innersten erhoben bei seinem hohenliede unserer deutschen Lutherspracht: „In Kämpfen geboren, kann diese Sprache des Freimuts und der Wahrhaftigkeit bis zum heutigen Tage die Zeichen ihres Ursprungs nicht verleugnen. Gewaltig ernnag sie zu stürmen, übermütig zu spielen in toller Laune, zu den Höhen des Gedankens steigt sie kühn empor, für jedes holde Geheimnis des Herzens findet sie ein liebliches Wort; doch wer sie zwingen will, ihre Meinung zu bemänteln oder tückisch hinterm Zaune hervorzuleuchten oder gar den überbildeten Geschmad durch das Pikante und Charmante zu reizen, dem schenkt sie wenig, den läßt sie betteln gehen an den Tischen der Fremden"; oder wenn er von Luther, daß Blut auch in seinen Adern rollte, schreibt: „... Keine andere der neueren Nationen hat je einen Mann gesehen, der so seinen Landsleuten jedes Wort von den Lippen genommen, der so in Art und Unart das innerste Wesen seines Volkes verkörpert hätte. Ein Ausländer mag wohl ratlos fragen: wie

*) 4. Bd., Biographische und historische Abhandlungen vornehmlich aus der neueren deutschen Geschichte. 664 S. 8 M., sein geb. 10 M.

Digitized by Google

nur so wunderbare Gegensätze in einer Seele zusammenliegen mochten: diese Gewalt zermalmenden Zornes und diese Innigkeit frommen Glaubens, so hohe Weisheit und so kindliche Einfalt, so viel tiefsinnige Mystik und so viel Lebenslust, so ungeschlachte Grobheit und so zarte Lebensgüte, und wie derselbe ungeheure Mensch, der einen Brief an Seine fürstliche Ungnaden Herzog Georg von Sachsen kurzab unterzeichnete „Von Gottes Gnaden Martin Luther, Evangelist zu Wittenberg", dann wieder zerknirscht vor Gott in den Staub sinken konnte. Wir Deutschen finden in alledem kein Rätsel, wir sagen einfach: das ist Blut von unserem Blute. Aus den tiefen Augen dieses urwüchsigen deutschen Bauernsohnes blitzte der alte Heldenmut der Germanen, der die Welt nicht sieht, sondern sie zu beherrschen sucht durch die Macht des sittlichen Willens."

Zum Greifen lebendig tritt uns aus seiner Schilderung des großen Schwedenkönigs dessen leuchtende Heldengestalt entgegen: „. . . Sein Herz, das sah man bald, war bei den Waffen. Bilder von Kampf und Sieg schritten durch seine Träume. Wie war er froh des reinen gothischen Heldenblutes in seinen Adern. Ungetrennlich, ununterscheidbar für sein eigenes Bewußtsein, verflocht sich mit diesem riegerischen Nationalstolze der Ernst des evangelischen Glaubens. . . . Mit königlichem Blicke die religiösen Kämpfe der Zeit überschauend, forderte er nur, daß die Kirchen, die einander nicht mehr bezwingen konnten, vielmehr lernen müßten, sich zu vertragen. Aber er sah auch nicht, wie Richelieu oder Wallenstein, in der Kirche blos ein Mittel für politische Zwecke; er lebte im evangelischen Glauben, er kannte die Kraft des Gebots, und aus vollem Herzen sang er sein Lied: Verzage nicht, du Häuflein klein! . . . Durch die Sicherheit unserer Nachbarn, so sagt er zu seinen getreuen Ständen, müssen wir unsere eigene Sicherheit erringen, denn des Kaisers Sieg hätte auch seinen eigenen Thron gefährdet durch die polnischen Wasas, und in feuriger Rede fügte er, der nie heuchelen lernte, die Betheuerung hinzu: ich will die unterdrückten Religionsverwandten vom päpstlichen Joche befreien. Die politische und die religiöse Pflicht wiesen ihn beide auf dasselbe Ziel. Den Ausschlag gab doch, wie bei allen weltgeschichtlichen Entschlüssen, der dunkle Drang des Genius, die geheime Ahnung ungeheurer Erfolge und einer göttlichen Berufung. . . . Eine leuchtende Gestalt, ganz durchglüht von heldenhafter Zuversicht tritt er unter Deutschlands Fürsten, die zaudernden und schwankenden. Ich sage Euch, geht nicht den Mittelweg — so klingt es wieder in allen seinen Reden — der Rubicon ist überschritten, der Würfel ist gefallen; hier streiten Gott und der Teufel, es giebt kein Drittes; was ist das für ein Ding, Neutralität? ich kenne es nicht! . . . Zum ersten Male seit Martin Luthers Auftreten ersteht unserem Volke wieder ein Mann, zu dem jeder in Haß oder Liebe aufblicken muß."

Und Preußens schöne Königin, wie persönlich nahe tritt sie uns in seiner Darstellung: „Ihre wahrhaftige Natur duldet keine Phrase, keinen halbverstandenen Begriff. Etwas Liebenswürdigeres hat sie kaum geschrieben als die naiven Briefe an ihren alten freimütigen Freund, den Kriegsrat Schessner. Da fragt sie kindlich treuherzig, damals schon eine reife Frau und vielbewunderte Königin: was man eigentlich unter Hierarchie verstehe, und wann die Grachischen Unruhen, die punischen Kriege gewesen; fragt man aber nicht und schämt sich seiner Einfalt gegen jeden, so bleibt man immer dumm, und ich hasse entsetzlich die Dummheit."

Ein Meisterstück ist auch seine große Abhandlung über seinen Stammesgenossen Samuel Pufendorf, den ihm auch wahlverwandten großen Geschichtsschreiber unseres Kurfürsten Friedrich Wilhelm, erfüllt gleich ihm von jenem schrossen Wahrheitstrotze, der, in natürlichem Rückschlage gegen die glatte schmeigsame Feinheit des obersächsischen Stammes, zuweilen einzelne Söhne des Landes beherrscht hat. Der ganze Reichtum seines tiefen politischen Wissens, durchwärmt von seiner starken Vaterlandsliebe, spricht aus diesem Aufsatze zu uns.

Und man höre, was er in seiner musterhaften Besprechung von Heyses Ludwig dem Bayern sagt: „Sollen wir einen politischen Gedanken nicht blos mit dem Hirn verstehen, nein, leidenschaftlich uns für ihn begeistern, dann müssen wir sehen wie sein Gegensatz entsittlichend auf den Menschen wirkt. Jedermann mag diese dem Künstler wichtige Wahrheit alltäglich beobachten an dem sicheren Gefühle der Frauen, die lediglich durch eine schöne sittliche Entrüstung zum Verständnisse einer politischen Idee gebracht werden."

Die vielverhandelte Streitfrage über nationale Kunst ist hierin ein paar Sätzen unwiderleglich erledigt. Der ganze politische Jammer in den Kleinstaaten wird vor unseren Augen lebendig in den Aufsätzen aus Süddeutschland und Sachsen.

Doch ich muß mich beschränken und weise nur kurz noch hin auf einige hervorragende Aufsätze, so über Stein, Max Duncker, Gottfried Keller, das politische Königtum des Antimachiavell und besonders die Schilderung der Schlacht bei Eckernförde, die ein Glanzpunkt des sechsten Bandes der deutschen Geschichte geworden wäre. In einem Anhange sind hundertsechsundzwanzig Bücherbesprechungen aus dem litterarischen Zentralblatte aus den Jahren 1858—1867 wiedergegeben, die uns einen deutlichen Einblick in das Werden von Treitschkes Ansichten verstatten.

Der Plan zur Herausgabe dieser Sammlung stammt noch von Treitschke selbst, sowie er genügend Stoff haben würde, — die Auswahl der in der Neuen Folge der Deutschen Kämpfe*) vereinigten Aufsätze hat er auch noch selber getroffen.

Diese Schriften zeigen ihn als den bedeutenden Politiker, der nach den in der Geschichte erkannten Gesetzen nun auch das gegenwärtige Leben zu gestalten sucht. Er bewährt hier jene beiden Gaben, die er an Pufendorf rühmt, die den großen Publizisten machen: „den Sinn für das Lebendige, Wesentliche, der hinter dem Scheine der Macht und des Rechts die Wirklichkeit der Dinge erkennt, und die Sicherheit einer mächtigen Phantasie, die in den unsertigen Gebilden der Gegenwart schon das bleibende Ergebnis zu ahnen vermag". Das macht, daß diese Abhandlungen auch für unsere heutige Politik noch nicht veraltet sind; so besonders seine Aufsätzungen über das deutsche Gymnasial- und Volksschulwesen, über unsere Kolonialpolitik und unseren Parlamentarismus.

Hervorzuheben sind noch die Aufsätze über das Ende des Kulturkampfes, den Eintritt Hamburgs und Bremens in das Reichszollgebiet und über die Geschichte der preußisch-russischen Freundschaft in diesem Jahrhundert. Auch einige seiner hinreißenden gelegentlichen Ansprachen, die unvergeßlich sest wohl in jedes Hörers Erinnerung haften werden, sind aufgenommen. — Hierbei möchte ich einer Aufforderung des Herausgebers an Treitschkes alte Schüler zu weiterer Verbreitung helfen: wo jemand derartige Nachschriften besitze, daß er sie ihm mitteile.

„Allerlei Theater-Erinnerungen" erzählt Karl Schultes in der „Gegenwart". Darunter zum Schluß auch folgende erbauliche Geschichte von dem Vater der „genialen Tragödin" Rachel-Felix, die Schultes aus unantastbarer Quelle hat, nämlich von dem Bruder der Rachel:

Als die Rachel zuerst in Berlin gastierte, ließ ihr der König das große Opernhaus unentgeltlich zur Verfügung stellen, und sie soll infolge dieser fürstlichen Munificenz eine Einnahme von circa 16000 Thalern gehabt haben. Auch für eine Privatvorstellung im Königlichen Schlosse zu Potsdam erhielt sie eine so fürstliche Gabe, daß der gute Felix mit vollem Lachen sagte: „Pour cette fois ma soeur n'a pas travaillé pour le roi de Prusse!" Der Doppelsinn, den Felix in dieses französische Sprüchwort: „Umsonst arbeiten" legte, war der: „Indem meine Schwester vor dem Könige von Preußen spielte, arbeitete sie doch nicht umsonst" für den König von Preußen."

Papa Felix erklomm nun, nach diesen schwerwiegenden

*) 421 S., 6 M., Halbfrz. 8 M. — In Sonderdrücken sind hiervon erschienen: Der letzte Akt der Zollvereinsgeschichte. Die Zukunft des deutschen Bismarckismus. Die Kgl. Bibliothek in Berlin. Zwei Kaiser. Der Entwurf des preußischen Volksschulgesetzes. Von den Aufsätzen aus jener Sammlung: Königin Louise, Luther, Gustav Adolf.

Digitized by Google

Besessen königlicher Held, den Gipfel der Unver . . . frecenheit — sein Sohn nannte es freilich „ruse de métier“ (Geschäftslist) — indem er bei dem Ausgaben des Honorars mit der größten Naivetät fragte: „Aber wo bleibt denn die Bezahlung für die große Königliche Loge, die doch wollgestopft gewesen ist?“ — Als ich Felix fragte: „Wurde denn Ihr liebenswürdiger Herr Papa nicht gelinde an die Luft befördert?“ entgegnete er: „Das du tont, mon cher camarade! Der König soll über diese Geschäftsschlauheit des Alten herzlich gelacht haben. Die Forderung wurde für richtig befunden, da meiner Schwester das ganze Opernhaus zur Verfügung gestellt war. Et du reste: mein Papa erhielt 150 Friedrichsdor nach Wien nachgesendet, und wir schenkte der Gute bei der Rückkehr noch Connes aus Freude . . . einen ganzen Franc!“

Ich stimmte in sein Lachen ein und meinte: „Na, dieses Jahr sind Sie Herr, und Ihr Papa kann sich mit dem Sprüchworte trösten: Les os sont pour les absents! Was im Deutschen lautet: Wer nicht da ist zur rechten Zeit, der muß nehmen, was übrig bleibt!“ —

Wenn man noch nicht gewußt hätte, daß die Rachel vom Stamm Sem war, so hätte diese Geschichte auf alle Fälle aufklären müssen, denn eine solche Frechheit ist außer einem Juden höchstens noch einem Griechen oder Armenier zuzutrauen!

Talmudisches. Herr Rechtsanwalt Cohn zu Berlin, der Rechtsbeistand des Herrn Lazarus Goldschmidt, schreibt uns: „Der Artikel ‚Talmudisches‘ enthält in wesentlichen Punkten Unrichtigkeiten. — Das Preßgesetz versagt in diesem Falle, diese Zeilen genügen mir indessen.“

Herrn Rechtsanwalt Cohn sieht sowohl die „Liberale Correspondenz“ als auch das Blatt des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus zur Verfügung. Trotzdem haben wir nirgends auch nur die leiseste Andeutung über den Verlauf des Talmud-Prozesses gelesen. Wir haben volle vierzehn Tage darüber hingehen lassen, ehe wir die Gerichtsverhandlung zur allgemeinen Kenntnis brachten, da wir der Ansicht waren, daß der Kläger und sein Rechtsbeistand ihrerseits die Öffentlichkeit auch nicht scheuen würden und wir dann ihren Bericht zur Grundlage nehmen konnten. Wir haben uns in dieser Annahme geirrt und mußten deshalb nach unseren an Ort und Stelle gemachten Aufzeichnungen und Wahrnehmungen einen Bericht geben. Wir glauben uns hierbei scharf an die Thatsachen gehalten zu haben; wenn Herr Cohn vom Gegenteil überzeugt ist, so können wir ihm nur raten, gleich uns auch den Weg der Öffentlichkeit zu beschreiten. Erforderlichenfalls werden wir die Antwort nicht schuldig bleiben.

Ausland.

Österreich-Ungarn. Ein Erlaß an die Schulleitungen in Böhmen macht die Runde durch die Presse. Den Lehrern wird darin zur Pflicht gemacht, sich die Förderung der nationalen und konfessionellen Duldsamkeit angelegen sein zu lassen. Die Schulkinder sollen zu einer verträglichen Gesinnung „auch gegenüber den Angehörigen der israelitischen Konfession“ angeleitet werden, und die Lehrer selbst sollen ihnen hierin ein gutes Beispiel geben. — Auf eine diesbezügliche Interpellation des Abg. Iro hat der Statthalter im böhmischen Landtage geantwortet, solch Erlaß bestände nicht. Wir haben daher keine Veranlassung, weiter darauf einzugehen. —

Mosaik.

Was uns die Handelsverträge einbringen. Im Jahre 1897 hat Deutschland Waren im Werte von einer Milliarde oder tausend Millionen Mark mehr vom Auslande bezogen, als es an dieses verkauft hat.

Bei den achtundfünfzig **deutschen Lebensversicherungs-Gesellschaften** waren Ende 1896 nahezu $6^1/_4$ Milliarden Mark versichert, von denen 5,1 Milliarden der Lebensversicherung auf den Todesfall im engeren Sinne, fast $439^1/_2$ Millionen der Lebensversicherung auf den Erlebensfall im engeren Sinne oder der Aussteuerversicherung, 279 Millionen der Militärdienstversicherung, 231 Millionen der Volks- und Arbeiter- und $122^1/_2$ Millionen der Sterbekassenversicherung zufielen. Dazu kam noch die Rentenversicherung bei denselben Lebensversicherungs-Gesellschaften mit versicherten Jahresrenten in Höhe von fast 14 Millionen Mark.

Auf Grund der Ausführungen des Abg. Müller (Waldeck) in der 42. Sitzung des Reichstages vom 16. v. M. kann man sich aus diesen Zahlen ein Bild machen, welche Summen auf diese Weise dem deutschen Volke alljährlich verloren gehen.

Gegen Bernstein-Becker ist die von der preußischen Regierung in Aussicht gestellte Anklage wegen Beamtenbeleidigung immer noch nicht erhoben. Am 3. Februar erklärte im preußischen Abgeordnetenhause der konservative Abg. von Bockelberg als Berichterstatter der Kommission, daß die Disziplinar-Untersuchung gegen die vom Geheimen Kommerzienrat Becker beschuldigten Beamten noch nicht abgeschlossen sei. Deshalb schwebe die ganze Sache noch. Die „Deutsche Tageszig.“ hat diese Mitteilung sofort als unrichtig bezeichnet. Bis heute hat aber die preußische Regierung weder das Gegenteil erklärt, noch den kgl. preußischen Geheimen Kommerzienrat vor den Strafrichter gefordert!

Sozialdemokratisches. In Zürich-Außersihl haben die „Genossen“ der Kirche einen Pfarrer gegeben, der vor der Wahl versprach, daß er dem Proletariat auf der Kanzel „etwas bieten“ wolle. Er stellte dann Predigten in Aussicht über Texte wie: „Das Zündhölzchenmonopol“; „Wie ist das Strafgesetz nach sittlichen Grundsätzen zu verbessern?“ „Ist der Beruf einer Balletkänzerin der Würde des Weibes angemessen?“ —

Die Sozialdemokratie will weder den gewaltsamen Umsturz, d. h. die Revolution, noch ein allgemeines Teilen, so hört man jetzt fast alle Tage von den „Genossen“-Führern predigen. Die Unterhaltungsbeilage des „Vorwärts“ brachte nun kürzlich ein Bild aus der Pariser Februar-Revolution; man sieht darauf die Ballonmützen den Thronsaal verwüsten. Darunter steht eine Erklärung mit folgendem Schlußsatze: „Die weltgeschichtliche Bedeutung der Februar-Revolution ist aber die, daß hier das moderne Proletariat zum ersten Male klassenbewußt und bis zu einem gewissen Grade selbständig in die Weltgeschichte der Neuzeit eingreift.“ —

Zwei „Genossen“ hatten die Friedenseiche in Tulsburg angegehört und mit Salzsäure begossen. Für diese Heldenthat erhielten sie zwei Jahre bezw. sechs Wochen Gefängnis. —

Nichts schmerzt so sehr, als ungerechter und verleumderischer Weise beschuldigt zu werden. Aber nichts trägt auch so sehr den Stempel einer unedlen, zu elenden Seele, als das Treiben einer verleumderischen Zunge.

Von der Findigkeit der Reichspost. Ein Einschreibebrief aus dem Norden unseres Vaterlandes nach Bockaug marschierte erst nach Tomlin, ehe er seinen Bestimmungsort im Schwabenlande erreichte. Und eine von uns an einen Herrn Ernst Fritz in einer grüßeren nordbentschen Stadt gesandte Drucksache kam zurück, weil in der genau angegebenen Wohnung nur ein Fritz Ernst zu finden war!

Elektrische Licht- und Kraftanlagen-Aktien-Gesellschaft heißt ein neues Unternehmen, das sich in Berlin gebildet hat. Im Aufsichtsrate sitzen neben dem Kommerzienrat H. Oppenheim, in Firma Robert Warschauer & Co. (Berlin), dem Bankier Theodor Stern, in Firma Jacob S. H. Stern (Frankfurt, Main) und dem früheren freisinnigen Abgeordneten, Eisenbahn-Direktor a. D. Karl Schrader (Berlin), unter anderen der frühere Präsident des Reichsversicherungsamtes Dr. Bödiker und der frühere Oberpräsident von Pommern-Eiche. Trotzdem die Gesellschaft noch ihren eigenen Angaben nach keine Geschäfte abgeschlossen hat, legte sie am 12. d. M. Aktien im Betrage von fünfzehn Millionen Mark zur Zeichnung auf und zwar zu 15 v. H. über den Nennwert. Das Publikum darf also die Ehre, der Gesellschaft Geld zur Verfügung zu stellen, vorläufig mit ungefähr zwei Millionen Mark bezahlen!

Digitized by Google

Eine Organisation der nichtsozialdemokratischen Arbeiter kann den „Genossen" wohl Abbruch thun. Das haben die Gewerbegerichtswahlen zu Krefeld gezeigt, wo die Liste der christlichen Arbeiter mit 980 gegen die der Sozialdemokraten mit 735 Stimmen siegte.

Die russischen Juden erfahren in dem offiziellen Berichte des englischen Konsulats in Odessa, der in dem „Moskowskija Wiedomosti" zu lesen ist, folgende Charakteristik: „Man muß alle englischen Fabrikanten davor warnen mit den hiesigen russischen Juden in geschäftliche Beziehungen zu treten, welche Waren auf Kredit oder in Kommission entnehmen. Die Erfahrung lehrt, daß die russischen Juden jedes Geschäft von vornherein mit dem festen Entschluß beginnen, die leichtgläubigen Firmen früher oder später um ihr Geld zu prellen."

Klauschon für die Juden. Wie der „Berl. Aktionär" meldet, haben die Verhandlungen mit der Deutsch-Asiatischen Bank wegen Konzessionierung von Eisenbahnen und Vergebung gewisser Bergwerksgerechtsame begonnen. Dem Konsortium gehören an: die Disconto-Gesellschaft, Darmstädter Bank, Dresdener Bank, Berliner Handels-Gesellschaft, Nationalbank für Deutschland, A. Schaffhausenscher Bankverein (Köln) und die Bankhäuser S. Bleichröder, Mendelssohn & Co. und Robert Warschauer & Co. — Da sieht mans wieder: die deutschen Steuerzahler geben das Geld für die Flotte, für die Kriegsschiffe und für die „Subvention" von Dampferlinien her, die deutschen Matrosen verlieren ihr Leben und — die Juden machen das Geschäft! — Und die deutschen Zeitungen? Sie bringen spaltenlange Berichte über den Dreyfus-Rummel und machen sich lustig über die Franzosen, die aber in ihren Kolonialbestrebungen ohne Juden so staunenswerte Erfolge erringen.

Übrigens äußert sich die „Ostasiatische Korrespondenz" zu der Frage der Gründungen in Kiautschou wie folgt: „Eines der machtvollsten Syndikate, gebildet aus den hervorragendsten deutschen Bank- und Industriefirmen, macht sich in einer, von jeder einzelnen der teilnehmenden Firmen unterzeichneten Eingabe der deutschen Reichsregierung bereits erkühnt, von China an Deutschland erteilten Konzessionen für Eisenbahnbauten, industrielle Anlagen und Werke und alle anderen öffentlichen Unternehmungen auszuführen. Anscheinend wird hier eine Art Monopol auf alles erstrebt, was an Begünstigungen auf jene Unternehmungen von China an Deutschland eingeräumt werden würde. Es wird an der deutschen Reichsregierung liegen, eine gleichmäßige Berücksichtigung der Bestrebungen aller deutschen Interessenten eintreten zu lassen, damit die großen Errungenschaften der deutschen Reichspolitik in China dort auch den deutschen Reichsangehörigen gleichmäßig zu Gute kommen können."

Die Spielbank von Monaco. Kürzlich wurde die Generalversammlung der Aktionäre der „Société des Bains de Mer de Monaco" abgehalten, die sich mit allen Abschlüssen der Direktoren zufrieden gab. Besonders freudig begrüßte sie natürlich die Erneuerung ihres Vorzugs zur Ausbeutung Monte-Carlos auf weitere fünfzig Jahre. Der alte Vertrag läuft nämlich am 1. 1. M. ab, und wenn er nicht erneuert wäre, so hätte die Spielbank im Jahre 1913 zu bestehen aufgehört. Da hat nun der Fürst ein Einsehen gehabt und großmütig gestattet, daß noch ein halbes Jahrhundert die Dummen unter seinem Szepter geplündert werden dürfen. Da natürlich nichts umsonst ist, hat die Spielbank auch einige Gegenleistungen übernehmen müssen. Nämlich Zahlung von fünfundzwanzig Millionen Franken zur Privatschatulle St. Hoheit, davon zehn Millionen sofort und den Rest im Jahre 1914; fünf Millionen zur Errichtung eines neuen Hafens, zwei Millionen zur Erbauung eines neuen Opernhauses und Unterstützung der Neuaufführung neuer Opern — von denen vierundzwanzig vorgesehen sind — mit 25 000 Franken. Sollte trotz dieser Schröpfungen die Bank jährlich mehr als fünfundzwanzig Millionen Franken Reingewinn haben, so darf sie von dem Mehr noch fünf v. H. der fürstlichen Kasse überweisen. Um die Mittel zur ersteren Befriedigung der fürstlichen Forderungen zu bekommen, ist die Ausgabe von neuen Aktien beplant.

Wir möchten nun wohl gern wissen, was die Fürstin, verwitwete Herzogin Richelieu, geb. Heine, dazu sagt. Vor zehn Jahren, bei ihrer Verheiratung, berichteten die Judenblätter, sie hätte schon vieles gethon und würde noch alles daran setzen, daß der Skandal mit der Spielbank aufhören müsse??

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. Zum Andenken an den verstorbenen Professor Raphael von Erlanger wird die in Neuenheim bei Heidelberg zu erbauende katholische Kirche den Namen „Raphaelskirche" erhalten. Die Freifrau von Erlangen hat sich bereit erklärt, einen marmornen Hochaltar zu stiften und für entsprechende Ausstattung des Chors zu sorgen. Die Kirchenbaukommission hat der Freifrau den innigsten Dank der katholischen Gemeinde aussprechen lassen. —

In Rußland ist nach der Monatsschrift „Wjestnik Jewropy" seit 1889 kein einziger Jude zum Advokaten ernannt worden. —

Die „Mitteil." des Abwehrvereins erklären in ihrer letzten Nummer, daß der bisherige Präsident der Hamburger Bürgerschaft Sigmund Hinrichsen „mit 131 von 138 Stimmen wiedergewählt" sei. Dieselbe Behauptung stellen eine große Anzahl von Juden- und judenfürchtigen Blättern auf. In Wirklichkeit hat die Neuwahl des Bürgerschafts-Präsidenten in Hamburg noch gar nicht stattgefunden. So wird für einen Juden schon im voraus die Reklametrommel gerührt! Wenn das eine antisemitische Zeitung fertig gebracht hätte, würden die „Mitteil." mit dem Anstand, den sie niemals hatten, schreien: „Das und das Blatt lügt!" So aber — —

Dem Echten und Bortrefflichen steht bei seinem Auftreten das Schlechte im Wege, von welchem es seinen Platz bereits eingenommen findet und das eben für jenes gilt. Wenn es nun auch, nach langer Zeit und hartem Kampfe, ihm wirklich gelingt, den Platz für sich zu windizieren und sich in Ansehen zu bringen, so wird es wieder nicht lange dauern, bis sie mit irgendeinem manierierten, geistlosen plumpen Nachahmer herangeschleppt kommen, um, ganz gelassen, ihn neben das Gesie, auf den Altar zu setzen: denn sie sehen den Unterschied nicht, sondern meinen ganz ernstlich, das wäre nun wieder auch so einer.

Neue Bücher.

(Alle hier angezeigten Schriften sind durch unsere Geschäftsstelle, sowie durch jede Buchhandlung zu beziehen.)

Fürst Bismarcks Reden. Mit verbindender geschichtlicher Darstellung herausgegeben von Philipp Stein. 7. Bd. 349 S. Ungebd. 60 Pf., in brauner Leinwand 1 M.

Von den Reklamschen Ausgabe der Reden des Fürsten Bismarck (vgl. unsere Einführungen in die Bismarck-Schriften in den Nrn. 398 und 428) liegt und das siebente Bändchen vor. Es umfaßt die Jahre 1878—1880 und enthält vor allem die Kämpfe um das Sozialistengesetz und die „kümmerlichen Epigonen Lassalles", jenes „im großen Stil ehrgeizigen Mannes", der auch ein heutiges Kolorerich erstrebte, aber noch menschlichen war, ob unter der Dynastie Hohenzollern oder Lassalle, und den großen Streit um den Übergang des Reiches zum Schutzzoll und seine Befreiung von der wirtschaftlichen Bevormundung durch die Bundesstaaten — das Reich sollte nicht mehr ein lästiger Kostgänger bei den Einzelstaaten sein; deshalb verlangt Bismarck Verstaatlichung der Eisenbahnen und das Tabakmonopol im Reichstage. In der Orientpolitik legt er Deutschlands Stellung dahin fest, daß es sich begnügen müsse, zwischen den beteiligten Staaten den ehrlichen Makler zu spielen. Otto B.

Deutscher Agrarspiegel. Wochenhefte für die politischen Interessen der deutschen Landwirtschaft. Herausgeber: Edmund Klapper. Preis vierteljährlich 5 M., Einzelhefte 50 Pf.

Für die Förderung des landwirtschaftlich-technischen Fortschritts der deutschen Landwirtschaft ist durch einige Fachzeitungen und durch eine große Reihe guter provinzieller Fachblätter ausgiebig gesorgt. Aber die Beobachtung der besten Betriebstechnik giebt beim finanziellen Erfolge der deutschen Landwirtschaft nicht mehr allein den Ausschlag. In immer steigendem Maße bestimmt die wirtschaftliche Gesetzgebung des Reiches und der Einzelstaaten das Fazit der Rechnung dieses wichtigsten deutschen Gewerbes, und es liegt — bei Fortdauer dieser Einstufung in der seitherigen Richtung — der Zeitpunkt nicht mehr fern, wo, trotz ausgezeichneter Betriebstechnik, die deutsche Agrikultur durch den Wettbewerb des Auslandes und durch die politische Betriebsfremdheit anderer inländischen Berufsgruppen den ihr gebührenden Anteil am nationalwirtschaftlichen Arbeitserdienst vollständig eingebüßt haben wird. Dieser wirtschaftlichen Entwickelung entgegenzuarbeiten ist in erster Reihe die Tagespresse berufen, die auf dem Boden einer gesunden wirtschaftspolitischen Entwickelung steht. Aber in der klaren Erkenntnis der Größe der Gefahr ist auch ein großer Teil der landwirtschaftlichen Fachpresse diesen Bestrebungen seit Jahren bereits aufmerksam gefolgt. Hierbei ist jedoch — nach Meinung des Herausgebers der „Deutschen Agrarztg." — die landwirtschaftliche Fachpresse auf dieselbe Schwierigkeit gestoßen, der auch di

Digitized by Google

politische Tagesspreise bei der Behandlung wirtschaftlicher Fragen oft begegnet: Beide sind, da sie vielerlei bringen sollen und wollen, sehr oft wegen Raummangel nicht in der Lage, wichtige volkswirtschaftliche Fragen in der für gründliche Urteilsbildung bisweilen erforderlichen ausführlichen Darlegung zu behandeln. So blieb für die ausführliche Erörterung vieler wirtschaftspolitischen Fragen bisher nur der sehr unbefriedigende Weg der Broschüren-Litteratur übrig — oder sie blieben überhaupt ungelöst.

Diese Erwägung gab den Anlaß, unter dem Gesamt-Titel „Deutsche Agrar-Zeitung" eine wöchentlich erscheinende agrarpolitische Broschürenfolge herauszugeben, in deren einzelnen Heften je eine das Landwirtschaftsgewerbe berührende politische Frage, ohne Rücksicht auf allgemeinpolitische Parteistellungen, lediglich vom Standpunkt der nationalwirtschaftlichen Zweckmäßigkeit, ausführlich besprochen und durch Herbeiziehung sachlichen Materials gestützt werden wird. Diesen Zwecken des Einzelheftes schließt eine kurz gehaltene Kritik agrarpolitischer Tagesereignisse sich an.

Die neue Wochenschrift ist hiernach geeignet, allen, die ein besonderes Interesse an der wirtschaftspolitischen Entwickelung im Deutschen Reiche nehmen, eine vollkommene sachliche Orientierung über jede wirtschaftliche Einzelfrage zu bieten. Die bisher erschienenen Hefte haben im vollen Maße gezeigt, daß der Herausgeber seiner Aufgabe gewachsen ist. Mit rücksichtsloser Energie hat er u. a. den Konkurswirren ein Spiegelbild ihres Thuns vorgehalten, das von der ganzen konservativen Presse widerschwiegen ist.

Die große Neuigkeit oder das Geheimnis von la Salette. Veröffentlicht von Monsignore Graf von Zola (Bischof von Lerce und Ligoni), verdeutscht und erläutert von Prof. Dr Aug Rohling. 3. ergänzte Aufl. Jglau (Mähren), 1897. 53 S. Preis 1 M.

Die Pilgerfahrt im Reichsadler schildert der Politische Bilderbogen Nr. 26, der von Freunden der Flotte bereits in einer großen Anzahl von Exemplaren vorausbestellt wurde und zweifellos bei seinem billigen Preis in die weitesten Volkskreise dringen wird. Er geshelt in Bild und Text die Gegner der Flottenvorlage und demgemäß die Tüchtigkeit ihrer politischen und wirtschaftlichen Gründe auf das Schlagendste. Das von Künstlerhand entworfene Vorderbild zeigt unter anderem die Porträts von Bebel, Singer, Liebknecht und Eugen Richter, letzteren in der Tracht eines Reichs-Nachmächtlers. Während diese Mattengegner das Aussinken der neuen Schiffe fortwährend zu verhindern suchen, erscheint in lichten Höhen Bismarcks wohlgetroffener Kopf, der wie der Gott des Windes das Segel der Reichsflotte zur fröhlichen Fahrt bringt. Der Text aus der Rückseite des Bilderbogens rechnet äußerst drastisch mit den Freisinnigen und Sozialdemokraten ab, während den schwankenden Zentrumsmitgliedern sehr übrigenswerte Gedanken vorgeführt werden. Der Schluß des Textes bildet folgendes kurze Seelied:

Hinaus in die träumende, schäumende See,
Heb wohl nun, ihr Städte, ihr Flecken, ade!
Mein Vaterland lasse mich fahren!
Wir wollen hinaus in die herrliche Welt,
Denn were mit dem Mutigen auf Erden hält,
Den wird auch der Himmel bewahren!

Wie stürmt unter Pauker so lustig und so schnell,
Wie tuchten die Segel so frisch und so hell,
Wie schön für Deutschland zu fahren!
Und wäre die See vom Feinde erfüllt,
Der ringe mit Geschützen entgegen uns brüllt,
Wir reichen ihn donnernd zu Paaren!

Und müssen wir einst entgegen ihm zieh'n,
Denn denk' ich an Blücher und denke an Schwerin,
Die herrlich im Felde gestanden.
War Deutschland zu Lande noch immer ein Held,
So steht es gut See auch den größten der Welt,
Den jemals die Wasser umbranden!

Und liegt es im Willen des ewigen Herrn,
Daß stürmend wir sterben, so lasse ich gern
Mein Blut im Meere verschäumen,
Denn haben die Brüder nur oben gesiegt,
Dann kann auch, wer drunten am Grunde liegt,
Noch selig vom Vaterland träumen!

Fürst Bismarck hat für die kommenden Wahlen zum Reichstag bekanntlich das Schlagwort „Bienen und Drohnen" empfohlen, da er bei den wirtschaftlichen Kämpfen unserer Zeit eine Verstärkung der wirklich produzierenden Elemente in der Gesetzgebung für notwendig hält. „Bienen und Drohnen" ist daher der erschienenen 25. Politischen Bilderbogen betitelt, der das Bismarckliche Wort ungemein deutlich erläutert. Die Mitte des Blattes zeigt einen Bienenkorb, auf dessen linker Seite alle wirtschaftlich schaffenden Stände und auf dessen rechter Seite die kommunierenden Müßiggänger und Schädlinge unserer Volkswirtschaft sind; sehr amüsant nehmen sich dort die in Honigwaben eingenisteten Mitglieder eines Berliner Drohnenklubs" aus. Vom Bienenkorb selbst will Singer, der jüdische Führer der Sozialdemokratie, Besitz nehmen, der aber vom Bund der Landwirte unter Führung von „Vater Bloerp" mit Mistgabeln kräftig angegriffen wird. Das von Künstlerhand entworfene Blatt ist eine dauernd wertvolle Illustration zu den Kämpfen unserer Tage, es kostet mit den ausführlichen Text auf der Rückseite nur 20 Pf. und ist gleich den 24 früher erschienenen Bilderbogen durch unsere Geschäftsstelle, sowie durch jede Buchhandlung zu beziehen.

Die rechtliche Behandlung der Arbeit im Privatrecht. Von Dr. B. Endemann. Jena 1896. 92 S. Preis 2,40 M.

Das Buch bringt eine Übersicht der hauptsächlichsten Vorschriften des römischen und kanonischen Rechts, des preußischen Landrechts, des Code civil und des deutschen Bürgerlichen Gesetzbuchs betreffs solcher Verträge, deren Gegenstand in Arbeit des einen Vertragsschließenden besteht; wobei zugleich eingehend dargelegt wird, wie die Rechtsgelehrten jene Vorschriften auslegehalt und zurechtgelegt haben. Vom deutschen Bürgerlichen Gesetzbuche sagt der Verfasser, es zeige in Bezug auf die Behandlung der Arbeit zwar manche Fortschritte, trage aber in dieser Hinsicht den Forderungen der Volkswirtschaftslehre noch längst nicht genügend Rechnung, namentlich insofern nicht, als es nicht von dem umfassenden, einheitlichen Begriffe eines auf Leistung von Arbeit irgendwelcher Art gerichteten Arbeitsvertrages oder „Arbeitsgeschäftes" ausgehe. Sondern verschieden den Arbeitern Rechte folge, daß die Übernahme der Pflicht zur Verrichtung einer Arbeit ähnlich behandelt wie das Vermieten einer Sache. Dem Verfasser ist hierin durchaus zuzustimmen. Eine in den Grundlagen einheitliche privatrechtliche Behandlung aller Verträge über Arbeit im weitesten Sinne, über geistige wie körperliche Arbeit jeder Art, wäre um so willkommener gewesen, als eine gewisse grundsätzliche Gleichbehandlung aller solcher Verträge nach Privatrecht den heutigen Rechtsanschauungen des deutschen Volkes entspricht.

Ein Blick hinter Freimaurer-Kulissen, oder: Taxil übertroffen. Bearbeitet nach authentischen, bisher unbenutzten Quellen von Franz Ewald. Mit einer Einleitung von Benedikt Fink. Stuttgart. XII und 104 S. Preis 1 M.

Man erinnert sich der Taxilschen „Enthüllungen". Daß viele ihrer Geistlichen und höheren Würdenträger dem Baughan-Schwindel zum Opfer gefallen sind und dafür manchen berechtigten Spott über sich ergehen lassen müssen, ist den Katholiken natürlich höchst peinlich. Die vorliegende Broschüre verfolgt den Zweck, diesen Peinlichkeit dadurch erträglich zu machen, daß innerhalb der Freimaurerei noch viel plumpere Schwindeleien Gläubige gefunden haben. Zugleich soll natürlich den Freimaurern damit zu Gemüte geführt werden, daß sie selbst zu sehr im Glashause sitzen, als daß sie zu sogen dürften. Die Katholiken aber werden den Text gegenüber bereits vorliegenden Veröffentlichungen mit Steinen zu bewerfen. Der Reihe nach werden Rosa, Johnston, Gugomos, Schrepfer und Cagliostro mit ihren Betrügereien vorgeführt. Der an zweiter Stelle genannte Johnston ist Jude, sein richtiger Name war Johann Samuel Jacobs. Die vorgeführten angeführten Zitaten sind durchgängig freimaurerische Schriften. —nn.

Gewissenszeugnis eines Duckmalen gegen das Duck. Van einem Schleswig-Holsteinischen Kampfgenossen 1848—51. Stettin 1897. 52 S. Preis 1 M.

Ist deutsch! Die Dichter des Deutschtums haben sich hier vereinigt und bringen zu Schutz und Trutz für das Deutschtum in Böhmen eine Kundgebung, wie sie schöner und herzerhebender nicht gedacht werden kann. Herrliche mannhafte Liederworte sind es, die hier in einem stattlichen, schmuckreichen Bande zu den bedrängten Brüdern und Schwestern in Böhmen, zu allen Deutschen eindringlich reden. Das wahrhaft deutsche Buch, das zum Besten der Wehr gegen die Unterdrückung der deutschen Sprache in Böhmen erschienen ist, sollte in jedem deutschen Hause zu finden sein, um seinen doppelzweck zu erfüllen, nämlich zum Innerlichsteit zusammenstreben und gleichzeitig das Wehrgeld für den Sprachenkampf zu erhöhen. Es ist in drei Ausgaben (in Lederpapier-Umschlag 3 M., in Leinen-Einband 4,80 M. und in Elfenbein-Prachtband 7,50 M.) erschienen und gegen Einsendung des Betrags postfrei von unserem Verlage zu beziehen.

Noel's Reisehandbücher. Seine Lowenzeit und seine Umgebung. 58 Seiten, Preis 50 Pf. Ausführlicher, billiger Führer durch die Umgebung des an der Riviera di Levante so herrlich gelegenen Städtchens. Der von dem Kurarzt Dr. Sarnow besorgten Bearbeitung ist eine ausführliche Karte beigegeben.

Gegen die Flut. Sechs Antworten auf Otto Mittelstädts Briefe „Vor der Flut", von B. B., Hagen i. W. 18 S, 47 Seiten, Preis 1 M.

Der Verfasser macht sich zur Aufgabe, den Reichsgerichtsrat a. D. Mittelstädt, als Vertreter des politisch unklügen Juristentums hinzustellen und eine Reihe von praktischen Vorschlägen zu entwickeln, die gegen die Flut die notwendigen Dämme errichten helfen." Seine Hauptvorschläge sind: Erweiterung des Wirkungskreises des preußischen Handelsministeriums in der Weise, daß für den Handel, die Industrie, das Handwerk, die Arbeit und die Fachlitteratur je eine Abteilung des Ministeriums eingerichtet wird; Zerrtrümmerung der Hierarchie der römisch-katholischen Kirche, Einziehung des Kirchenvermögens aller Konfessionen und Trennung der Kirche von der Schule; Herstellung einer Gegenorganisation gegenüber den Organisationen vom Sozialdemokratie und katholischen „Hepvereinen"; endlich die Beschränkung des Einflusses der Juristen auf unsere Staatsverwaltung. Für den wichtigsten Vorschlag hält der Verfasser den letzten. Nach seiner Ansicht giebt es in unserem Staatsleben kaum irgend einen Mißstand, der nicht mit Sicherheit sich beseitigen ließe, wenn der maßgebende Einfluß der Juristen, den er geradezu für unser „hauptnationalunglück" erklärt, hinwegfiele und anstatt der Juristen „praktische Männer" unseren Staat regierten. Es liegt auf der Hand, daß der Verfasser den Einfluß der Juristen auf unsere Staatsverwaltung sehr übershätzt und mit Verringerungsmaßregeln beurteilt, desgleichen, daß die von ihm vorgeschlagenen kirchenpolitischen Maßregeln nicht geeignet sind, einen Damm zum Schutze der deutschen Monarchie zu bilden. Wohin wir steuern würden, wenn solche „praktische Männer" wie der Verfasser zu maßgebendem Einfluß gelangten, kann man auch daraus abnehmen, daß der Verfasser die Deutschen in Protestanten, Katholiken und Juden einteilt, daß er zwar „die Hetze gegen die Juden" tadelnswert findet, nirgends aber das Überwuchern des jüdischen Einflusses erwähnt, und daß er den im deutschen Reiche wohnenden Juden nachrühmt, bei ihnen seien seindliche Bestrebungen gegen das deutsche Reich niemals hervorgetreten!

F. B.

Digitized by Google

Café Merkur Leipzig An der Pleisse 8.

200 Zeitungen, Depeschen und Berichte, Städte-Adressbücher v. Berlin, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Hamburg-Altona, Halle a/S., Paris, sowie Handels-Adressbücher aller grösseren Plätze liegen zur gefl. Benutzung aus. Jedes Vermittelt Resultion v. Postalon. Beobachtungsgeist. W. Rühlemann.

Deutsche Schränke von Ad. Klemm Leipzig, Poststraße 20 empfiehlt kräftigen Mittagstisch und gute Biere.

Wein-Groß-Handlung, Import von Rum, Arrac, Cognac, von

Jede Flasche trägt diese Etiquette als Schutzmarke.

Berlin NW., I. Stendaler-Straße 1. Fernsprecher: Amt Moabit 1376. Gegründet 1877.

1893er u. 95er Moder- u. Moselwein, p. Fl. oder b. Ltr. von 75 Pf. an. 1887er u. 95er Bordeaux-Weine von 1 M. an, sowie sämtliche ital. und spanische Weine usw. zu soliden Preisen. Für edelste Reinheit garantieren

Schmitz & Co.

Kleine Proben und Preisliste umsonst.

Deutscher Krug. Antisemiten-Kneipe, Chemnitz, Lohgasse 3, Parterre und 1. Etage. Ausschank: Böhmisch, Lichtenhainer, Tuchersches Dunkel und Pschorrbräu. Speisen vorzügl. Flotte Bedienung. Hochachtungsvoll **Emil Krug**

Biete ein Postkoll (9½ Pfund) **feine Leber-, Rot- und Sülzwurst** zu 7,50 M. franko. **H. Glauner,** Fleischermstr. **Papenburg** b. Leer (Ostfriesld.). Ferner: **prima Hammelkeule u Carrés** à Pfund 55 Pf.

Hauptagenten von deutsch Leb.-Vers.-Gesellsch. allerorts geg. hohe Provis. u. Reisesp. ges. Ed. Fiesun. Off. u. F. 100 an die Geschäftsst. d. Bl.

Wilhelm Boetzkes Rheinisches Tuchhaus, Düren I. Bezirk Aachen.

verbindet zu den billigsten Preisen die bestbekannten, vielfach ausgezeichneten Buckskin- und Tiroler Tuchstoffe, sowie andere deutsche und engl. bewährte Herrenstoffe.

Die neuen Muster		Qual.	Stoff 3 Mtr.
werden sofort, Ihr- und Rückporto frei,	3 m Cheviot	40	M. 10,80
zugesandt, damit jedermann sich ohne	3 „ Loden-Cher.	47	„ 12,75
Reisen von der Güte und Billigkeit über-	3 „ Kammgarn	48	„ 12,90
zeuge. Man schreibe eine Postkarte.	3 „ Melton	50	„ 13,50

bis 12 M. per Meter. Jeder Muß.

Beim Vergleich beachte man besonders die Qualität.

Seiler-, Bürsten-, Besen- Detail u. **Pinselwaren** Engros Spezialität.: **Polster-Waren.** **Oscar Mühler,** Windm.-Str. 25.

H. Heinze, Hutfabrik gr. Fleischergasse 8, Kurzwaarenhdlg. 4. Spezialität: 2,50-Hüte.

Kaufen Sie keln Planino. wenn Sie sich noch nicht den Katalog von **August Roth, Hagen i. W.,** Königl. Hof-Pianofabrikant, gratis haben kommen lassen.

Die **Meierei Stwendorn** bei **Süsseld** i. Holstein empfiehlt **hochfeine holsteinische Tafelbutter** in Postfüllis täglich frisch. Die Verwaltung: **Reese.**

Dächer Billige, dichte Muster eingesandt. Muster gratis. Dachpappe, sowie man der gut. **Andernach's** Asphalt-Dachpappe. Asphalt-Isolirpappe, Asphalt-Isolirplatten, Asphalt-Isolirmasse. **A.M. Andernach & Sohn, Rhein.**

Zu vermieten **sauberes Garçon-Logis** bei ruhigen alten Leuten (einzige Vermietung) sofort oder später zu besehen. Die früheren Mieter wohnten stets lange Zeit zur größten Zufriedenheit daselbst. Preis nach Übereinkunft. Leipzig, Sophienstr. 14, 3 rechts

Leinen- und Baumwoll-Waren von **Wilhelm Michael** Hainstrasse 7, LEIPZIG, Hainstrasse 7. **Wäsche- und Ausstreuer-Geschäft.** Leinen eigenes Fabrikat. Ausverkauf eines großen Postens Tischzeug, Handtücher, Taschentücher, Gardinen- und Kongressstoffe, Kleiderstoffe und Teppiche zu herabgesetzten Preisen. **Alleinverkauf** der echten Dr. Lahmannschen Unterkleidung.

Gardinen-Fabrik gegr. 1869. Gardinen Teppiche Möbelstoffe Decorationen illustrirte Kataloge etc. franco Tisch- und Divan-Decken etc. **A. Drews Nachf.** P. Meusel & Co. **Leipzig,** Königsplatz. Man verlange illustr. Katalog.

Weltruf haben westf. Fleischwaaren feinste westf. Schinken 0,90 ℳ p. Pfd „ „ Cervelatw. 1,20 „ „ „ „ „ Schinkenw. 1,15 „ „ „ „ „ Plockw. 1,10 „ „ „ „ „ Metw. 0,90 „ „ „ (beste Räucherung). **Garantie Zurücknahme** **J. Bartscher, Rietberg,** Westf.

Einen großen Dienst leistet man unserem Blatte und unseren Sache, wenn man seine Einkäufe bei solchen Handlungen deckt, die uns durch Ankündigungen unterstützen.

Tapeten. Linoleum Nur beste Fabrikate. Muster frei. — Bei Mehrbedarf hohen Rabatt. — Muster frei. **Stirnemann & Krausche,** LEIPZIG. Zwei Geschäfte. Grimmaische. Steinweg Ecke Querstr., part. u. 1. Et. Hofer-Fleischhof Hinter der Fleischbank, Gebäude Petersstr.

Heinrich Thiessen, Telephon Amt I. 5221. Schneidermeister Brühl 23 (Plauenscher Hof), Tr. A, II, Brühl 23 liefert nur nach Maß und nur gegen bare Zahlung, aber dafür zu den billigsten Preisen elegante Anzüge von 42—75 M., Sommer-Überzieher von 36—55 ℳ unter Garantie für gute Arbeit und guten Sitz. Großes Stofflager. Lieferzeit: Auf Verlangen in 24 Stunden. Bei Selbstlieferung des Stoffes rechne für einen Anzug nur 27 ℳ.

Stoffe zu Anzügen PALETOTS Versendet **Unerreicht billige Preise!** **Beweis:** Vergleich mit anderen Collectionen. Reichhaltige Musterlendung unberechnet und portofrei an jedermann. in TUCH, Buckskin, Kammgarn, CHEVIOT etc. Meter 2-15 Mark. Auf Wunsch Lieferung aller erforderlichen Futterstoffe u. und Zutaten. **Versand durchaus reell!** **Beweis:** ca. 5000 Anerkennungsschreiben aus allen Kundenkreisen. **CHRISTIAN GÜNTHER** Tuchversandgeschäft LEIPZIG-PLAGWITZ.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe in Berlin NW. 5, Kruppstr. 13b. Druck: G. Reusche, Leipzig.

Digitized by Google

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich Mk. 1.50 bei den Postanstalten Post-Zeitungspreisliste Nr. 1791) und Buchhandlungen. Unter Streifband Mk. 2.

Herausgegeben von Max Liebermann v. Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Anzeigen: die 4-spaltige Petit-Zeile 25 Pfennige. Verlagsbriefe: Königstraße Nr. 27, Leipzig.

XIII. Jahrgang. | Leipzig, 24. März 1898. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Juden-Frage. Otto Glagau. | Nr. 501.

Inhalt: Jüdische hohe Politik. — Der achtzehnte März im Reichstage. — Aus Treitschkes litterarischem Nachlaß. II. — Der wahrheitliebende Pfarrer Istraut. — Nationalliberale Gehirnerweichung. — Mosaik. — Die Politik der Sammlung. — Parteinachrichten. — Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Jüdische hohe Politik.

Nachklänge zum Zola-Prozeß.

Bevor unsere raschlebige Zeit den Märtyrer für Gerechtigkeit und Humanität, Herrn Emile Zola, und seinen Beleidigungsprozeß vergißt, mögen noch ein paar Rückblicke gestattet sein. Wir hofften, es würde sich nachträglich etwas mehr Licht über die Veranlassung verbreiten, die Zola hatte, um eines verurteilten Hebräers willen sein eigenes Vaterland in Gefahr zu setzen. Aber das Dunkel hat sich nicht gehellt. Vielleicht handelt es sich um einen reinen Don Quixote-Streich, der gar nicht einmal auf einer besonderen Vorliebe des großen Epikers für die Juden beruhte. Es ist allerdings merkwürdig, daß in seinen doch so zahlreichen Kulturromanen oder wie man sie nennen will, der Hebräer nie unter seiner richtigen Firma hervortritt. Geschildert wird das jüdische Treiben wiederholt, aber nie wird es ausdrücklich als von einem Juden ausgehend hingestellt.

In der vorzüglichen Darstellung Rr Schlacht von Sedan, die Zola „Débacle“: Zusammenbruch nennt, kommt ein deutscher Spion vor, der es an Schandthaten nicht fehlen läßt. Der Kerl ist ohne alle Frage ein Jude. Schließlich kriegen ihn die Franktireurs zu fassen und, wütend wie sie auf ihn sind, bereiten sie ihm eine qualvolle aber charakteristische Todesart: sie schächten ihn nämlich. Das würde keinen Sinn haben, wenn der Hallunke nicht als Hebräer gelten sollte. Aber — genannt wird er nicht so. Und derartige Figuren hat er mehrfach, die dem Juden auf den Leib geschrieben sind, aber doch eine Maske vorhaben, soweit Ihig eben überhaupt mit Erfolg eine Maske tragen kann. Es ist gar nicht daran zu zweifeln, daß der größte Epiker unserer Zeit einen hinlänglich scharfen Blick für die faulen Stellen unserer Kultur besitzt, um die Bazillusrolle des Hebräers würdigen zu können. Aber es scheint, daß der „Vertreter der Wahrheit“ in dieser Beziehung Vertreter einer Theorie ist, daß er den „Rassenunterschied“ nicht gelten lassen will! Vielleicht hat er den sonderbaren Brief vom 13. Januar geschrieben, nur um seine Theorie bis zur äußersten Konsequenz durchzuführen, nicht trotzdem, sondern weil es sich um einen Juden handelte. Vielleicht würde er Frankreichs militärische Oberleitung unangetastet gelassen haben, wenn Dreyfus ein gewöhnlicher Arier gewesen wäre. Daß Zola vom Syndikat durch irgendwelche materielle Mittel gewonnen wäre, ist ganz undenkbar. Umsonst hat er sich jener Gaunerbande angeboten. Das gerade sucht einen so bei der verrückten Geschichte, daß die Hebräer eine so wuchtige Unterstützung artfremderweise wahrscheinlich auch noch gratis haben.

Wie mag jene Sippschaft sich ins Fäustchen lachen und unter vier Augen den arischen Prinzipienreiter verhöhnen!

Die Freundschaft zwischen ihnen beiden wird jedenfalls nicht lange dauern. Sie ist auch ganz gewiß nicht alten Datums. Es waren gerade die jüdischen Federn, die seit zwanzig Jahren sich die äußerste Mühe gegeben haben, ihre Tinte in Gift zu verwandeln, wenn es Zola galt. Wir wissen genau, was wir an Zola haben: den Arzt der Kultur, der mit scharfblickendem Auge pessimistische Diagnosen stellt. Seine Werke sind eine furchtbare Anklage gegen unsere Zivilisation, wie sie schneidiger noch niemand erhoben hat. Wer hat, wie Zola, es vermocht, den Untergang des Mittelstandes, der Detaillisten, durch den Großbazar darzustellen? Wer hat das Börsentreiben greller geschildert? Wer die Folgen des Alkohols furchtbarer gemalt, als der Dichter des Assommoir? Wer kann Germinal lesen, ohne überzeugt zu werden, daß die Basis unserer Gesellschaft gegenwärtig ein Schlammvulkan ist: das Proletariat?! Alle diese Werke sind keine Unterhaltungslektüre, sie haben nicht die Spur von Lüsternheit, wie einfältige Leute meinen. In ihnen waltet ein grimmiger, in der Regel dabei aber fast langweilig düsterer Ernst. Solche Lektüre paßt dem Hebräer am allerwenigsten. Er gedeiht in der Fäulnis unserer Kultur, wie die Laus in der Schafswolle. Deshalb schätzt er sie. Bei Zolas Schriften war es dem Hebräer von jeher ungemütlich. Man hat ihn, so lange es irgend ging, bei der Lesewelt diskreditiert. Richard Wagner wurde verhöhnt, Zola wurde verleumdet. Der Philister, der auf sein Leibblatt schwört, hält Zola für unsittlich und scheut vor ihm zurück. Hysterische Frauenzimmer lesen ihn bei uns insgeheim — Männer lesen ihn nicht. Und nur für Männer hat der große Franzose geschrieben! Jetzt natürlich lauten die Stilübungen der Judenpresse über ihn anders. Jetzt ist er der Heros des Lichts, der erhabene Märtyrer der Wahrheit. Eine Zeitlang wird man so fortfahren, auch sogar seine Werke, zwar nicht selber kaufen, aber anderen zum Verkauf empfehlen. Damit wird man aber sehr bald seine Dankesschuld bezahlt zu haben glauben.

Im ganzen genommen haben die Herren Hebräer ein glänzendes Geschäft mit der Geschichte gemacht. Man glaube doch nicht, daß sie sich viel daraus machen, daß ein Rassegenosse von ihnen dem Schicksal der Deportation verfallen ist, und erst recht nicht, daß der Zola-Prozeß verloren ging. Letzteres wußte man natürlich von vornherein. Ein berühmter Franzose gab sich als Opfer her: Ehi bien, das Judentum nahm dies Opfer an. Die Liebe und Verehrung, die das Volk gegen seinen Dichter hegte, diente als Granate, um die heiligsten Interessen des Staates mit ihr zu beschießen. Die Granate ist geplatzt, ihre Trümmer sind jetzt altes Eisen. Nein Gott kann sie wieder zusammenfügen. Aber beim Zerplatzen hat sie Schaden genug gethan.

Es ist nicht zu leugnen, daß das Judentum dem französischen Staat auf sehr geschickte Weise ein Bein gestellt hatte. „Sie legen mir Fallstricke, Herr Advokat“, rief der wackere General Gonse Herrn Labori zu, wie dieser im Kreuzverhör versuch, von dem Zeugen Antwort über nicht zur Sache gehörige Punkte herauszupressen. Aber der ganze Prozeß Zola, wie vorher die Angelegenheit Esterhazy waren ja nichts wie Fallstricke oder unterirdische Minen, die jene Todfeinde arischen Volkstums geschickt gelegt hatten. — Man vergegenwärtige sich kurz den Verlauf der Angelegenheit. Ohne Frage müssen 1894 in dem Spionageprozeß Dreyfus Dinge zur Sprache gekommen sein, die nicht für die Öffentlichkeit geeignet waren. Den Umständen nach erscheint nur eine bestimmte europäische Großmacht als der Auftiftung zur Spionage oder der Benutzung derselben in diesem Falle verdächtig, und vielleicht war es gerade diese, die am wenigsten bloßgestellt werden durfte.*) Jetzt glaubte

*) Es unterliegt kaum noch einem Zweifel, daß Dreyfus in russischem Solde spioniert hat.

Digitized by Google

man jüdischerseits Frankreich zu „haben“: „Entweder ihr gebt unseren Raffegenossen frei oder — wir zwingen euch, Staatsgeheimnisse zu enthüllen und Frankreich zu schädigen.“ Und nun begann das Gebrüll nach „Licht“.

Nie ist in dreisterer Weise etwas verlangt worden, wonach man gar kein Verlangen hatte. Wehe der Regierung, die es gewagt hätte, dem jüdischen Gezeter nachzugeben und politische Indiskretionen zu begehen! Die Entrüstung des Volkes hätte sie weggefegt, und dieselben Judenblätter, die jetzt nach Licht schrieen, wären die ersten gewesen, die die nachgiebige Regierung des Landesverrats bezichtigt und zu Fall gebracht hätten. Man bedenke, daß Frankreich zur Zeit siedewütige und besonnene Männer an der Spitze hat, die vor allen Dingen befreiet sind, die inneren Kräfte des Volkes zu entwickeln, Landwirtschaft und Gewerbe zu heben, die dem Umsichgreifen von Proletariat und Kapitalismus kräftige Dämme entgegenbauen. Die Bedeutung Mélines liegt auf wirtschaftlichem Gebiet. Dort ist er überall unser Verbündeter, ja unser Freund. Er giebt sich freilich den Anschein des Chauvinismus uns gegenüber und benutzt die Revanche-Illusionen seines Volkes, aber nur als Werkzeug zu höheren Zwecken. Thäte er das nicht, so könnte er überhaupt nichts machen. Nichts bildet einen so festen Kitt für den französischen Staat und ein so kräftiges Anregungsmittel für seine innere Entwickelung als diese Revanche-Idee. Sie repräsentiert in ihrer Wirkung auf das Volk dasselbe, was bei uns früher die Einheitsbestrebungen darstellten: Ein elektrischer Strom der Idealisierung geht stets von ihr aus. Sie hält das Philister-Schlafmützentum in Schranken.

Aber Männer wie Méline wissen ganz genau, daß das Heil der französischen Nation nicht in einem Massenmordfest an den Ufern des Rheins liegt. Wir Völker des europäischen Festlandes haben jetzt andere Ziele, andere Interessen als uns untereinander beim Kragen zu nehmen. Je kräftiger sich die großen einzelnen Nationen, Franzosen, Deutsche, Russen, entwickelt haben, desto mehr kommt es ihnen zum Bewußtsein, daß sie nicht Feinde, sondern Freunde sind. Der gemeinsame Feind wohnt jenseits des Grabens. Die Begeisterung der Franzosen für das größte Erzeugnis deutscher Kunst: für die Wagnersche Musik, ist ein sicherer Beweis dafür, daß die Feindschaft gegen uns nicht allzu tief in ihrer Seele sitzt, daß sie mehr eine Ausdrucksform kräftigen Nationalbewußtseins ist, die eines Tags ein Zusammengehen mit uns nicht hindern wird. —

Glaubt man, daß derartiges dem Herrn Hebräer angenehm sein würde? Seine Stunde hat geschlagen, sobald die Völker des europäischen Kontinents brüderlich zusammenstehen. Deshalb ist sein Bestreben, diesen Moment hinauszuschieben. Kräftige Unterstützung findet er dabei von zwei Seiten: Wir kennen die Weltmacht, deren internationale Regierungskunst bisher darin bestanden hat, wie ein riesiger Krake andere Völker mit Fangarmen zu umschlingen und ihnen das Herzblut auszusaugen. Dieser Krake ist ein Seetier. Er ist verloren, wenn er aufs Trockene gerät. Und nur die vereinigte Macht des europäischen Festlandes kann ihn aufs Trockene setzen. Der Ton, in dem die übrigens auch jüdisch geleitete Presse dieser Weltmacht die Dreyfus- und Zola-Affäre besprach, übertraf an Frechheit, Verleumdung und Verhetzung noch unsere werte deutschhiberale Presse. Den Teufel auch, sie hatte Ursache so zu schreiben! Ein besseres Mittel, zwei Völker, die sich einander nähern, wieder auseinanderzubringen, gab's allerdings nicht. Und noch einer ist da, dem der Gedanke einer internationalen Freundschaft der europäischen Festlandsstaaten ein Gräuel ist: die rote Internationale, die Anarchie. Mit welcher staunenswerten Frechheit hat der französische Teil dieser Gesellschaft unter der Maske des Patriotismus jetzt das eigene Vaterland angegriffen und in Gefahr gebracht, auch thatsächlich geschädigt, blos, um dem Judentum zu Hilfe zu kommen! Ist nun diesen drei würdigen Genossen mit dem Dreyfus-Esterhazy-Zola-Rummel ein Teil ihrer Bestrebungen gelungen?

Ganz gewiß.

Man hat die Verlegenheit, in der sich patriotisch denkende Männer an der Spitze der französischen Regierung befanden, benutzt um, was Rücksichtnahme auf Staatsinteresse war, als geflissentliche Ungerechtigkeit hinzustellen. Man frage mal hundert gebildete Deutsche über ihre Meinung, nennundneunzig werden sagen, daß in Frankreich vieles faul sein muß und daß man den Juden geopfert hat, um sich nicht selbst zu kompromittieren. So lächerlich und dumm diese Ansicht ist, thatsächlich ist sie überall verbreitet. Gerade in meinen (des Verfassers dieser Zeilen) Kreisen ist mir in dieser Hinsicht Erstaunliches vorgekommen. Alles das ist nun — Tells Geschoß, freilich ein etwas krummbeiniger Tell! Einstimmig heulte unsere Judenpresse über die schändlichen Franzosen, bis — der deutsche Philister es glaubte und sich mit Absehen von einem Lande abwandte, das so verrottete Zustände aufwies. Und die Franzosen? Sie lesen die deutschen Zeitungsartikel, ohne sich klar zu machen, daß die Alliierten des Syndikats sie geschrieben hatten und wurden erbittert über so viel flegelhafte Taktlosigkeiten, die sie uns Deutschen zur Last legten. Ohne alle Frage hat der Dreyfusfall die Verstimmung zwischen den Franzosen und uns verstärkt. Ist das kein Erfolg? Freilich, das Geschäft ist nicht ohne Unkosten gewesen. Das französische Volk hat sich in zornigem Schmerz gegen die Rasse der Unterminierer erhoben. Ueber Frankreich hin ist jener apokalyptische Reiter gezogen, den man „Judenhetze“ nennt. Aber eine Judenhetze ist nicht so gefährlich wie sie aussieht. Es bleibt doch in der Regel beim Hinauswerfen und Prügeln, und das thut dem Hebräer nicht weh, beseitigt ihn jedenfalls ganz gewiß nicht. Im Gegenteil, hat sich der Paroxismus gelegt, so pflegt der jüdische Weizen erst recht zu blühen.

Vor der Hand hat freilich der Hebräer in Frankreich seine Rolle ausgespielt, wenigstens seine öffentliche. Im Stillen wirtschaftet er natürlich weiter. — Dafür . . . hat er sich uns genähert! Inda hat uns Deutschen seit einiger Zeit sehr unverhohlen Herz und Hand zum engen Freundschaftsbunde angetragen, und wir sind Esel genug . . . nun uns von ihm reiten zu lassen. Was ist denn der Sprachenverordnungs-Rummel in Österreich anderes als das gleiche Bestreben der Verhetzung, der Ablenkung Deutschlands, um es dem Judentum in die Arme zu treiben, wie im Westen durch die Dreyfus-Affäre den Franzosen gegenüber, so im Osten gegenüber den Slaven! Ein Meistercoup der Alliance Israelite, durch den sie erst einen polnischen Staroſten, der ihren Interessen gefügig war, an die Spitze der Regierung brachte und dann ihn veranlaßte, den Erlöapfel zu schleudern!

Selbstredend waren es dann Deutsche, die am eifrigsten in der Richtung thätig waren, in der die Alliance sie thätig wünschte! Es war schon nahe daran gewesen, daß ein politischer Kopf wie Carl Lueger Österreichs Völker von der Solidarität ihrer Interessen überzeugte. Das durfte ja nicht so weiter gehen. Wie das Ministerium Méline als korrumpiert, so wurde Carl Lueger als Volksverräter hingestellt und damit, wenigstens für einige Zeit, aus der Bahn gedrängt. Und tschechische Pöbelmassen durchzogen tobend die Gassen Prags unter dem Wutgebrüll: „Nieder mit den Juden und Deutschen!“ Treibt sie uns nicht die Schamröte in die Wangen, diese Solidarität, der man uns beschuldigt? Wir gelten als Verbündete der Juden bei den Völkern des Ostens sowohl wie des Westens! Wahrlich, der Hebräer wird dieses Bündnis, und wenn es auch nur ein Schein-Bündnis ist, auszunutzen versuchen! Aber — auf unsere Kosten!

Zola-Rummel und Badeni-Rummel stehen sich ganz gleich: Es sind Manöver der jüdischen Geheimregierung, die viel höheren Zwecken dienen, als um einen schuftigen Spion zu bestrafen oder zu verhindern, daß ein tschechischer Amtsrichter in Komotau amtiert. Wahrlich, diese Manöver werden geschickt in Szene gesetzt. Humanität, Freiheit, Sittlichkeit, Licht, Wahrheit, Deutschtum, das sind köstliche Waren, und mit alten diesen Waren ist der jüdische Trödeladen ausstaffiert. Wie drängen sich diese Leute hinein in diese politischen Schwindelbagare! Genau so, wie sie sich balgen um den Eintritt in jene großen Geschäfte à la Wertheim, wo man die Produkte aller Zonen des Erdballs auf einem Fleck vereint findet. Es ist das Charakteristische aller Waren, die in Judenläden geführt werden, daß man einen Ekel

Digitized by Google

vor ihnen bekommt. So auch gehts diesen schönen Begriffen von Wahrheit, Gerechtigkeit, Humanität und Toleranz. Man wird schon übel, wenn man von ihnen reden hört. Sie sind jüdische Bazarramschware geworden.

Der Prozeß Zola war ein langweiliger Prozeß. Ihn in seinen Einzelheiten zu verfolgen ist nicht lohnend. Die Taktik des Advokaten Labori war eine durchsichtige, aber monotone. Er stellte Fragen, von denen er wußte, daß sie nicht beantwortet werden durften oder die gar nicht zur Sache gehörten, und erhob ein ezerndes Lamento, wenn ihm seine Manöver abgeschnitten wurden. Das deutsche Publikum hat nur entstellte Berichte zu lesen bekommen, in denen Lappalien aufgebauscht und wichtige Dinge weggelassen waren. Es glaubte dem Lamento! Hier den Versuch einer Berichtigung zu machen, würde ganz vergebens sein, denn niemand würde auch nur zuhören! Der Prozeß war eben, wie gesagt, zu langweilig. Und auch dies kam dem Juden zu statten. So manche Dinge dieser Welt erfordern eine Aufklärung, die, wenn sie gegeben würde, den jüdischen Interessen sehr nachteilig sein würde. Warum wird sie nicht gegeben? Das Gähnen der Zuhörer schreckt ab! Das Publikum ist zufrieden mit dem ersten Eindruck von der Sache, und diesen ersten Eindruck verschafft ihm die Judenpresse! Der Eingeweihte wird sagen, die Dreyfus-Affäre ist weiter nichts als ein Schwindel allerersten Ranges. Aber was nützt die Stimme des Eingeweihten der Indolenz des deutschen Philisters gegenüber?

E. H. M.

Der achtzehnte März im Reichstage

Den Erinnerungstag der Berliner Revolution versuchte Herr Bebel am 18. d. M. planmäßig in die Debatte über das Militärstrafgesetzbuch hineinzuziehen, was ihm auch bei der Nachsicht, die der Präsident Herr von Buol gegenüber sozialdemokratischen Rednern zu üben pflegt, thatsächlich gelang. Aber Bebel fand aus den Reihen aller bürgerlichen Parteien keinen Mitkämpfer als die freisinnigen Herren Becky und Munckel, von denen der erstere wie gewöhnlich und mit Recht ausgelacht wurde. Auf die begeisterte Verherrlichung der Revolutionskämpfer dienten dem Abg. Bebel eine Reihe von Rednern der rechten Seite des Hauses, so z. B. von Puttkamer (Plauth), von Langen, Dr. Kropatschek, Liebermann von Sonnenberg und schließlich von der linken Seite auch der Abg. von Bennigsen. Herr Munckel, der unter Nennung des Namens des Abg. von Liebermann bestritten hatte, daß Juden, Polen und Franzosen die Schürer und Hetzer in der Revolution gewesen wären, holte sich eine gründliche Schlappe. Der Abg. von Liebermann konnte unter allgemeiner Zustimmung schließlich feststellen, daß Herr Munckel nur zwischen zwei Möglichkeiten die Auswahl habe — entweder litte er an einer unverantwortlichen Unkenntnis der Geschichte des Jahres 1848, oder er habe wissentlich Falsches darüber behauptet. Wir lassen den Wortlaut der Ausführungen des Abg. von Liebermann folgen:

M. H., ich möchte von vornherein feststellen, daß ich zu denen gehöre, die mit Namen provoziert worden sind, und zwar von dem Herrn Abg. Munckel, und daß ich daher die Rechtswohlthat von dem Herrn Präsidenten in Anspruch nehmen darf, auch außerhalb des von § 172 gesteckten Rahmens

(Heiterkeit),

auf den Vorwurf des Herrn Abg. Munckel einzugehen.

M. H., der § 172 soll die Möglichkeit geben, Offiziere, die sich vergehen, der Gerechtigkeit zu übergeben; andererseits soll er aber auch verhindern, daß die Offiziersuniform, der Rock des Königs, nicht unnützerweise angetastet werden kann. Meine Partei glaubt, daß die Kommissionsfassung diesem Zwecke ausreichend entspreche, und wird dafür stimmen.

Es ist nun bei dieser Gelegenheit sehr viel von der Revolution des Jahres 1848 gesprochen worden, und der Herr Abg. Bebel hat sich sogar sehr befriedigt über den Verlauf der heutigen Verhandlungen erklärt; ich glaube, m. H., etwa mit denselben Rechte, mit dem man sich früher „für gnädige Strafe bedankte“

(Heiterkeit);

die Sozialdemokratie, die heute hier eine feierliche Ehrung für den aus dem Gefängnis entlassenen Herrn Liebknecht durch Spendung des dort auf dem Tisch liegenden roten Kranzes vorbereitet hatte, hat eine vernichtende Niederlage erlitten. Ich will aber Herrn Bebel zu seinem Trofte in Schutz nehmen vor manchen Auffassungen, die hier ausgesprochen worden sind.

Er hat sich darüber beschwert, daß der Herr Kriegsminister über ihn zweimal das Witzchen gemacht hätte, wie er sich wohl an der Spitze einer Armee ausgenommen haben würde. Ich will gern bekunden, daß ich von ihm annehme, er würde sich in solchem Falle besser benommen haben als weiland Herr Bamberger, der damals bei Kirchheimbolanden Fersengeld gab; von ihm nehme ich an, daß er sich ehrlich totschießen lassen würde. Der Fanatismus, den er heute entwickelt hat, giebt zu denken, und man muß bei der Fassung des § 172 in Betracht ziehen, daß in politisch aufgeregten Zeiten die Revolutionäre leicht den Versuch machen werden, wenn sich irgend ein Anhalt aus dem Wortlaut des Gesetzes dafür ergiebt, die Offiziere persönlich anzutasten.

Herr Bebel hat von dem preußischen Junkertum gesprochen, dem man nichts Großes zu verdanken habe, das vielmehr Widerstand geleistet hätte gegen jede große That. Nun, ich denke, das preußische Junkertum hat seiner Zeit die Stütze und den Rückhalt abgegeben für die Durchführung der Armeereorganisation gegenüber den politischen Vorgängern Herrn Bebels, die heute zum Teil noch auf der anderen Seite des Hauses sitzen. Durch die Armeereorganisation aber wurde schließlich doch das Jahr 1870 erst möglich. Außerdem möchte ich den Herrn Bebel bitten, wenn er von 1806 spricht und die Junker verantwortlich macht für die Niederlage von Jena, daß er doch auch eine Autorität einmal nachsehen wolle, die er früher manchmal für sich angezogen hat. Er hat von dem Buch des Generals von der Goltz über Gambetta und seine Armeen seiner Zeit mit größter Anerkennung gesprochen; dann möge er doch „Rokbach und Jena“ von demselben Verfasser lesen. Er wird sich dann überzeugen, daß das preußische Junkertum damals im großen und kleinen seine Schuldigkeit gethan hat, und daß unglückliche Verhältnisse anderer Art mitwirkten, die den Zusammenbruch der Armee Friedrichs des Großen herbeiführten. Aus jenen Unglücksfagen verzeichnet die Geschichte Heldenthaten preußischer Junker, die für alle Zeiten glänzend dastehen.

Herr Bebel hat hier die Barrikadenkämpfer gepriesen und davon gesprochen, daß unter der Liste der, ich glaube 123 Gefallenen, keiner zu finden sei, auf den der Ausdruck „Gesindel“ passen würde. Es ist ihm schon gesagt worden, daß niemand diese Männer mit dem Ausdruck „Gesindel“ belegt hat, wohl aber, daß „ausländisches Gesindel“ zur Aufregung des Volkes hierher gekommen sei. Diese Leute waren darum nicht unter den Gefallenen, weil sie sich wohlweislich verkrochen, wenn die Kugeln zu pfeifen anfingen. Hat er niemals etwas gehört von jenem Kandidaten der Medizin Stroßmann, der im März 1848 kleinen Kadetten unter den Linden zu Berlin die Kokarde abriß, der nachher aber von der Barrikade an der Königstraße, als die Kugeln zu pfeifen begannen, fortlief und in der „alten Post“ in den Strohsack bei einer alten Frau kroch?

(Große Heiterkeit.)

Und solche Revolutionshelden giebt es noch sehr viele.

Herr Abg. Munckel sagte: nach unserer Auffassung seien ja Juden, Polen und Franzosen an der Revolution schuld gewesen; das sei eine falsche Geschichtsauffassung, ja, es stehe sogar dahin, sagte er — und deswegen spreche ich vor allen Dingen —, ob es nicht eine wissentliche Fälschung sei. Nun, m. H., ich muß die Juden, die Sie, Herr Munckel, ja zuerst nannten, weil Sie meinten, sie seien mir am sympathischsten, doch gegen Sie in Schutz nehmen. Die Juden sind gerade außerordentlich stolz darauf, an der Revolution mitgewirkt zu haben. Gestatten Sie mir, daß ich Ihnen einige jener Juden nennen darf, die in Deutschland und in Berlin besonders zur Revolution schürten

Digitized by Google

und hetzten: Dr. Ababarnell, Dr. Benary, Dr. Bensey, A. Bahn, Cohn, Dr. A. Cohnfeld, Marcus Cohnheim, J. Fernbach, Dr. Gustav Julius, Dr. Oppenheim, Dr. Moritz Löwinson — der das „National-Eigentum" anschrieb —, Louis Löwinson — der beim Zeughausſturm beteiligt war —, A. Lewinsohn, Dr. Waldeck — nicht der Freisinnige —, Dr. Rieß, Buchhändler Rieß, Gabriel Rießer, Gumbinner, Heinrich Simon, Ludwig Simon, Buchhändler Simion, Robert Ottensaſſer, Hirſchfeld, Hirſch, Edelhirſch,

(Wiederholt ſtürmiſche Heiterkeit)

Löwenthal, Lipke, Lewald, Walesrode — recte Cohn. — — —

(Der Präſident unterſagt die weitere Vorleſung als nicht zur Sache gehörend.)

Es gehört — möge mir der Herr Präſident es ausſprechen geſtatten — dieſe Darlegung zur Rechtfertigung gegen den Angriff Herrn Munckels, der es als einen Irrtum oder als eine wiſſentlich falſche Angabe erklärte, wenn man die Juden für die Revolution beſonders verantwortlich macht und von der Beteiligung von Juden, Polen und Franzoſen bei der Revolution ſpricht. Ich beſchelde mich aber gern bei den ſchon verleſenen Namen, obwohl ich eine dreifache Anzahl davon noch in der Hand habe.

(Heiterkeit.)

Wenn der Herr Abg. Munckel hier noch die Polen ausnehmen wollte, ſo möchte ich ihn als Juriſten an das „Cui bono?" erinnern. Er wird doch wohl wiſſen, daß man damals in Berlin die polniſchen Führer aus den Gefängniſſen befreite und im Triumph durch die Straßen führte. Daß Polen auch bei Schürung der Revolution beteiligt waren, darüber können Ihnen unter Umſtänden auch die Kollegen unſerer polniſchen Fraktion Auskunft geben. Im preußiſchen Abgeordnetenhauſe giebt es ja wohl noch einen Herrn, der damals am Aufſtand aktiv beteiligt war, — von ſeinem Standpunkt aus übrigens mit einer gewiſſen innerlichen Berechtigung.

Der Herr Abg. Bebel hat alſo gar keine Veranlaſſung, auf dieſe Debatte mit beſonderer Freude zurückzublicken! Wir meinen, daß die ſchwarzweißrote Fahne, die heute über dem deutſchen Reich flattert, entſtanden iſt aus dem ſchwarzweißen Banner des Königlichen Preußen, deſſen Armee gerade an dem heutigen Tag einen Ehrentag ohne Gleichen begeht; die preußiſchen Garden, die unter den Schmähungen und Beſchimpfungen, unter den Stein- und Kotwerfen der Aufrührer damals auf den Befehl ihres Königs Berlin in feſtem Tritt in hochaufgerichteter Haltung verließen, traugen in ſich den Keim, der ſich zu den Großthaten der Armee von 1864, 1866 und 1870/71 ſpäter herrlich entfaltete. — Preußiſches Blut iſt es geweſen, das zuſammen mit dem preußiſchen Schwarzweiß das ſchwarzweißrote Banner geſchaffen hat.

(Bravo! rechts.)

Die Gegenrede Bebels, der behauptete, die Beweisführung des Abg. von Liebermann ſei verunglückt, denn unter den Gefallenen habe ſich ja ein Jude befunden, alſo hätten ſie ſich doch nicht feige benommen und außerdem ſeien es ja doch deutſche Juden, keine Ausländer geweſen, beantwortete Abg. von Liebermann mit folgender perſönlichen Bemerkung:

Ich muß mich zunächſt gegen den Herrn Abg. Bebel wenden; er meinte, ich ſei mit meiner Beweisführung verunglückt, denn unter den Gefallenen befinde ſich ein Jude. Daß bei der Menge von Namen jüdiſcher Aufrührer, die ich ihm angeben konnte, nur ein einziger geblieben iſt, beweiſt, glaube ich, gerade für meine, nicht für ſeine Anſſaſſung.

Über die Frage, ob ein Jude ein Deutſcher ſein könne, kann ich mich jetzt hier nicht auslaſſen; ich bitte Sie aber, Herr Bebel, die parlamentariſche Verhandlung aus dem Jahre 1848 über die Judenemanzipation nachzuleſen. Da ſagte z. B. ein Mitglied der preußiſchen Kammer — ich glaube, es war Herr Peter Reichensperger —, daß die Taufe zwar die Erbſünde abwaſchen, aber keinen Juden zum Deutſchen machen könne.

(Glocke des Präſidenten.)

Herr Munckel verſuchte nun, ſich mit einem Witz aus der Schlinge zu ziehen und ſagte: er freue ſich, dem Abg. von Liebermann Gelegenheit zur Vorleſung ſo vieler ſchöner Namen gegeben zu haben. Darauf antwortete der Abg. v. Liebermann:

Gegenüber dem Herrn Abgeordneten Munckel bemerke ich, daß ich ihm zu danken habe, er nicht mir. Herr Munckel hat, nachdem er nunmehr zugeben mußte, daß ich mit meiner Geſchichtsauffaſſung recht gehabt habe, nur noch die Ausweh zwiſchen folgenden zwei Möglichkeiten: entweder hat er ſo wenig von der Geſchichte des Jahres 1848 gewußt, daß er ſeine Behauptungen machen konnte, — oder er hat mehr davon gewußt, und dann hat er wiſſentlich hier eine falſche Behauptung aufgeſtellt.

(Glocke des Präſidenten.)

Ich habe ausdrücklich von einer doppelten Eventualität geſprochen. Übrigens ſteht auch in einer Meldung des Generals von Prittwih über die damaligen Barrikadenkämpfe wörtlich: „unter den Gefangenen befanden ſich viele Juden, einige Ausländer, ein Franzoſe; der Reſt beſtand aus echten, für ihre Verhältniſſe mit vielem Geld verſehenen Proletariern."

Nun verſuchte Herr Munckel nochmals eine Rückzugsdeckung. Er erklärte in Beantwortung einer Bemerkung des Abg. von Stumm, daß er Schamgefühl beſäße und das dadurch beweiſen wolle, daß er dem Abg. von Liebermann nicht antworte. Aber dieſer bejaht das letzte Wort:

Ich freue mich, daß Herr Munckel bekundet hat, daß er noch eines Gefühls der Scham fähig ſei. Denn für die von ihm aufgeſtellten Behauptungen, hätte er wirklich keine andere Entſchuldigung mehr vorbringen können, als etwa noch nach dem Grundſatz: si tacuisti, nega!

(Unruhe links.)

Aus Treitſchkes literariſchem Nachlaß.

II.

Etwa ein Drittel der „Deutſchen Kämpfe" bilden die Äußerungen Treitſchke's über die Judenfrage. Obwohl einer der mutigſten Vorkämpfer gegen das Judentum, iſt er doch mit uns nicht gleicher Meinung hinſichtlich der Abwehrmaßregeln gegen dieſe Plage, da er es für das Wünſchenswerteſte hält, daß wir den Kampf nur mit geiſtigen Waffen führen.

Der von anſtodernde Judenſtreit (1879) erſcheint Treitſchken nur als das traurige Vermächtnis einer langen Epoche erſchlafften Nationalitätsgefühls und unſicherer religiöſer Empfindung. — Wenn das richtig wäre und er hiermit das Weſen des Streites zutreffend bezeichnete, ja, wie kommt es da, daß in unſerm Nachbarlande Frankreich, von dem er ja rühmt, daß gerade wegen ſeines größeren Nationalſtolzes das Judentum dort keine Geſahr geworden ſei, heute die Judenfeindſchaft viel gewaltiger losbricht, als bei uns ſelbſt in den erſten Zeiten der Bewegung anfangs der achtziger Jahre? Nein, die Geſahr iſt doch wohl viel größer: die Franzoſen haben eingeſehen, daß die Macht des Judentums bereits ſo weit gewachſen iſt, daß es jetzt für ſie einen Kampf gelte um Sein oder Nichtſein. Und weil trotz des größeren Nationalbewußtſeins die Verjudung bei ihnen doch noch größer iſt, denn bei uns, darum vor allem jetzt dort die gewaltthätigere und leidenſchaftlichere Form der Abwehr. — Nein, ſeine Anſicht, daß das Judentum in Deutſchland mächtiger ſei, denn in irgend einem anderen Volke (S. 34), iſt heute nicht mehr richtig, ebenſo wie auch die andere nicht, daß die Juden in Frankreich und England ein unſchädliches und vielfach wohlthätiges Element der bürgerlichen Geſellſchaft ſeien (S. 27); die Franzoſen wenigſtens ſind dieſer Meinung nicht mehr.

Welche Juden nun des weiteren es ſein ſollen, von denen er ſagt, daß ihrer viele zu ihrem (ja, aber auch) zu unſerem Glücke(!) Deutſche geworden ſeien (S. 34), das iſt mir unbekannt. Oder was hätte uns Mendelsohn z. B. für Heil gebracht? Würde unſer deutſches Geiſtesleben ohne ihn ärmer

sein? Und wenn Treitschke, wie auch Lagarde, behauptet, es gebe Juden, die durch ernstliche Beschäftigung mit deutscher Geschichte und deutschem Rechte Deutsche geworden seien, so ist es Schade, daß man diese Herren nicht einmal sehen oder ihren Stammbaum feststellen kann. Denn auch ich habe einen jüdischen Arbeiter kennen lernen, habe es dem blauäugigen, hellblondgelockten Manne aber nicht eher geglaubt, daß er Jude sei — trotz meines recht scharfen Auges dafür —, bis er mir seinen Geburtsschein zeigte. — Das Rätsel löst sich wohl so, daß diese Leute eben nicht eigentliche Juden waren, daß das germanische Blut in ihnen ausnahmsweise einmal stärker war als die jüdische Beimischung: ebenso bei dem einzigen mir bekannten Ausnahmejuden. In seinen sieben Söhnen freilich war die alte Rasse wieder herrschend geworden.

Und das ist es auch, was gegen die Bekehrungsversuche an Juden zu sagen ist — vom nationalen Standpunkte aus, so lange es noch kein Gesetz verbietet, daß Juden durch die Taufe uns gleichberechtigt und Deutsche werden. Denn wenn unter zehn Getauften sich auch einmal einer befindet, der in Wahrheit Christ geworden ist, so wird in seinen Nachkommen allermeist doch wieder das alte Judenblut bestimmend sein. Blut ist eben kein Wasser! wenn man heutzutage auch nichts davon wissen will.

Doch Treitschke sieht die Zukunft rosiger an; ich teile nicht, schreibt er, die pessimistische Ansicht Mommsens, daß überall in der Welt die Juden weltbürgerliche Gesinnung verbreiteten und eben damit national zersetzend wirkten („ein wirksames Ferment nationaler Dekomposition"), sondern ich lebe der Hoffnung(!) es werde der Emanzipation auch die innere Verschmelzung und Versöhnung folgen. Er hofft auf diese Verschmelzung. Man sieht also, das ist Gefühlssache. Viele vermögen sich zu solcher Hoffnung nicht zu erheben, sondern erwarten nur Unheil von einer Verschmelzung.

Und Treitschke selbst sagt ja auch in seiner Politik, daß die Natur selber die Vermischung zweier Rassen nicht wolle. Denn es siegten dabei immer die schlechten Eigenschaften beider; wie auch schon bei den Tieren: die Kreuzung zwischen Esel und Pferd heißt nicht zufällig Maulesel.

Und welches sind denn die Erfahrungen, die man mit Judensprößlingen gemacht hat? Doch derartige, daß die nationalen Vereine, die zuerst nur Juden die Mitgliedschaft verweigert haben, nun auch mehr und mehr dazu schreiten, Judensprossen gleichfalls zurückzuweisen. Wenn die nun schon mit den national fein wollenden Mischlingen, also doch den besseren Elementen unter ihnen, solche trüben Erfahrungen gemacht haben, was würden wir da erst an ihrer großen Mehrheit für Freude erleben?!

Da kommt mir noch eine recht hierher passende Mitteilung in den Sinn, die mir s. Z. von den Beteiligten gemacht wurde, und die es wohl verdient, bekannt zu werden: Ein Schickselchen wird außer der Ehe von einem Deutschen Mutter eines Mädchens, das sie gleich nach der Geburt zu deutschen Leuten in Pflege giebt. Es wächst nun wohlgemerkt in völlig deutscher Umgebung auf, spielt nur mit deutschen Kindern — oder es spielt vielmehr nicht mit ihnen, sondern zieht sich in eine Ecke zurück, thut dort ein Geschäft auf — und schachert (als ich das hörte, war das Kind sieben Jahr); eine förmliche Gier hatte es aber auf Geld, in Ermangelung dessen es sich indes auch mit blanken Metallstückchen begnügte, die es sorgsam vor anderen verbarg, und dann war ihr am wohlsten, wenn sie sich ganz einsam an diesen ihren Schätzen erlaben konnte. — Spricht das nicht Bände? Und solche Beispiele ließen sich häufen.

Neuerdings wird auch von namhaften Forschern der Untergang Roms *ganz wesentlich auf die Verschmelzung der alten Bevölkerung mit den meist semitischen Sklaven zurückgeführt.

Treitschke wie Lagarde verlangen jedoch von den Juden nur, daß sie sich ändern sollen, jener, daß sie tolerant und eingermaßen pietätvoll werden gegen unsere deutsche Art, dieser, daß sie in die geistig sittliche Eigenart unseres Volkstums aufgehen, sonst könnten wir ihnen zum mindesten in unserm öffentlichen Leben keinen Einfluß zugestehen. So bleiben, wie es jetzt ist, könne es keinesfalls. Wir wollen nicht, sagt Treitschke, daß zu den drei Kulturmächten des klassischen Altertums, des Christentums und des Germanentums noch das neujüdische Wesen als vierte hinzutrete; denn wir haben schon einmal erfahren, zu Börnes und Heines Zeiten, zu welch tiefem sittlichem und geistigem Verfalle das führt.

Ja, wie aber, wenn es nun doch wieder dahin kommen sollte? Was dann, wenn sich die Juden um diese Forderungen nicht kümmern? — Zwanzig Jahre sind nun bereits ins Land gegangen, seit Treitschke diese Mahnung an sie gerichtet hat, — und was ist geschehen?

Die Juden sind mit nichten Deutsche geworden oder haben auch nur den Versuch gemacht, sich uns zu nähern, sondern wir stehen in Gefahr, jüdisch zu werden; in großen Schichten unseres Volkes, ich denke namentlich an Teile unseres Adels, unserer Kaufleute und der Herren „Genossen", sind thatsächlich schon jüdische Grundsätze herrschend geworden. Rothschild hat Schule gemacht mit seinem berühmten „Nimmst du mir mein Geld, so raubst du mir meine Ehre". Immer mehr nimmt die Verschätzung des Menschen nach seinem Gelde überhand, die Gesinnung, daß der Arme eben ein „armer Lump" sei. Man rede darüber von Weltverbesserung und modernem Geiste, was man wolle, so bleibt es doch wahr: es widerstrebt deutschem Empfinden, andere zu Gunde zu richten und auf den Trümmern ihres Glückes seinen Wohlstand zu bauen. Die vielgeliebten „Mitbürger" haben sich indes hierin unter uns schon gelehrige Schüler erzogen. Die Gefahr der Verjudung ist aber deshalb so gefährlich, weil die Verwesung schneller vorwärts schreitet als das Wachstum des Lebens (Lagarde).

Da nun also die Juden so gar keine Miene machen, die Bedingungen zu erfüllen, „unter denen allein wir ihnen Heimatrechte einräumen können" (Lagarde), sondern im Gegenteil wir Gefahr laufen, unser Bestes, unsern idealen deutschen Sinn durch sie zu verlieren — man denke nur an die Verheerungen, die die zuallermeist doch auch wieder jüdischen Führer und Prezjuden unter den Sozialdemokraten angerichtet haben, denn nie und nimmer würde ohne die Juden die Sozialdemokratie bei uns eine solche sittliche Entartung der Masse bewirkt haben —, so heißt es eben nach einem anderen wirksamen Mittel Umschau halten, um die Judenseuche zu bekämpfen.

Und da sehe ich nur den einen Weg: Hinaus mit ihnen! Denn alle Beschränkungen helfen, wie die Geschichte zeigt, nur auf kurze Zeit, bis ein Geschlecht lebt, das die Herrschaften nicht mehr kennt und ihnen aus irgend welchen Gründen wieder die Freiheiten gewährt. — worauf dann eben das alte Lied von vorne beginnen würde. Drum, will man sie immer heilen, so bleibt nur die Ausweisung; eine Forderung, die Treitschke übrigens keineswegs so ohne weiteres von der Hand weist, sondern selbst erhebt für den Fall, daß die Juden fernerhin Anerkennung ihrer Nationalität verlangen sollten.

Mit welchem Rechte da Theodor Schiemann bei Besprechung dieses Buches in der „Kreuz-Ztg." von dem ungeheuren Unterschiede spricht, der Treitschke von den heutigen Antisemiten trennt, verstehe ich nicht. Er lese doch nach a. S. 136: „Schreitet das Judentum weiter auf der neuerdings betretenen Bahn, dann werden wir diesen jüdischen Staat im Staate noch erleben, und dann müßte sich unter den Christen unfehlbar der Ruf erheben: Hinweg mit der Emanzipation!"

Und so sagt auch Lagarde 1887 in Jud. u. Jndoger.: „Mit Trichinen und Bazillen wird nicht verhandelt, Trichinen und Bazillen werden auch nicht erzogen, sie werden so rasch und so gründlich wie möglich unschädlich gemacht."

Ja, aber die Juden ausweisen, das ist doch unmöglich! so ertönt es in allen möglichen Tonarten von allen Seiten. — Warum? Was schon so oft möglich war in den verschiedensten Ländern und Zeiten, warum sollte das heute nicht wieder möglich sein? Was für neue Hindernisse, die nicht zu beseitigen sind, haben sich denn inzwischen erhoben, die eine Ausweisung in unseren Tagen unmöglich machen würden?

Da doch alljährlich unser beständig wachsender Bevölkerung wegen viele Tausende aus dem Vaterlande auswandernt

Digitized by Google

müssen, weshalb können denn das nicht die Juden sein? statt daß wir unser eigen Fleisch und Blut in die Fremde ziehen lassen, wo sie ihre deutsche Art doch bald verlieren und dann als fremder Völker beste Glieder unsere Feinde werden im nationalen und wirtschaftlichen Kampfe ums Dasein?

Es ist dieselbe Sache wie mit den Polen: Wir haben doch wirklich eine Lammesgeduld! Lassen wir uns da Tag um Tag von ihnen etwas vorjammern oder auch „zeigern über ihre gedrückte Lage und ungerechte Behandlung, — warum erwidern wir ihnen nicht kalt: nun, so geht doch, wohin ihr wollt und werdet so glücklich, als es nur irgend möglich ist. Wir verzichten ja mit Freuden auf euch undankbare Gesellschaft und wollen euch gar nicht zu Deutschen machen und unsere germanische Edelart noch weiter durch trenlosen Slavenblut verderben.

Statt dessen sehen wir ruhig zu, wie sie im Herzen germanischen Landes, auf altem Weistalenboden, auf unsre Kosten Eroberungen machen.

Wann wird ein Ende kommen solcher Not?

Otto Bt.

Der wahrheitsliebende Pfarrer Iskraut.

In der Reichstagssitzung vom 22. v. M. benutzte der jüngste jüdische Abgeordnete der Sozialdemokraten, Rechtsanwalt Hugo Haase aus Königsberg (Preußen), den Titel Naturalverpflegung bei der Beratung des Militäretats, um die in der von ihm vertretenen Stadt herrschenden hohen Fleischpreise zur Sprache zu bringen. Abg. Haase stellte dabei die Behauptung auf, daß diese hohen Fleischpreise lediglich durch die wegen der Maul- und Klauenseuche angeordnete Sperre der russischen Grenze veranlaßt seien. Er forderte deshalb entsprechend einer Bittschrift der städtischen Körperschaft zu Königsberg (Pr.) Aufhebung dieser Grenzsperre. Er glaubte diese Forderung um so mehr erheben zu können, als die Maul- und Klauenseuche in England keine Verbreitung gefunden habe, obwohl dort eine Abschließung der Grenze gegen ausländisches lebendes Vieh nicht bestehe. Eine solche völlige Sperre sei auch absolut unnötig. Durch entsprechende andere Maßregeln könne der Seuchen-Einschleppung ebenso sicher vorgebeugt werden. Als Beweis zog der Abg. Haase einen Artikel des amtlichen Organs des Bundes der Landwirte, der „Allgem. landwirtschaftlichen Ztg." heran. Als der konservative Abg. Rettich die Ausführungen des Abg. Haase über England als „absolut unrichtig und irrig" bezeichnete und erklärte, daß aus Deutschland, Dänemark und Holland kein Stück lebendes Vieh in England zugelassen werde, hielt der Abg. Haase seine gegenteilige Behauptung aufrecht. Nachträglich ist Herr Haase nun in der Presse durch den Abg. Rettich der Fälschung überführt worden. In dem von ihm erwähnten Zitat der „Allgem. landw. Ztg." hat Herr Haase nämlich eine Stelle weggelassen, damit seine „Beweisführung" nicht ein Loch erhielt.

Doch das nur nebenbei, um zu zeigen, wie Herr Haase arbeitet.

Vor dem Abg. Rettich antwortete der Abg. Iskraut Herrn Haase u. a. folgendes:

M. H., was der Herr Abg. Haase hier vorgebracht hat, ist nichts Neues. Die Stadtverwaltung von Königsberg hat sich an den Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen gewendet mit der Bitte, die Grenzsperre gegen Rußland aufzuheben, da nachgerade die Kleinfleischpreise in Königsberg unerschwinglich für die ärmere Bevölkerung geworden seien; hier sei geradezu ein Notstand eingetreten, man könne mit viel größerer Berechtigung, als wie man von einem landwirtschaftlichen Notstande spreche, jetzt von einem Notstand der städtischen Bevölkerung sprechen. Sehr verständig hat der Herr Oberpräsident von Ostpreußen nicht sofort im Sinne der Petenten geantwortet, sondern hat sich erst an die Sachverständigen gewandt und diese Petition der Landwirtschaftskammer für Ostpreußen vorgelegt. Diese Kammer hat sich die Mühe genommen, in einer ganz ausführlichen Broschüre zahlenmäßig sowohl, wie mit Hilfe der graphischen Darstellung nachzuweisen, daß alles, was von Seiten der Petenten vorgebracht ist, alle Gründe, welche die unmäßige Höhe der Fleischpreise in der Stadt Königsberg hervorgerufen haben, auf Unwahrheit beruhen. Die Broschüre weist nach, daß die Produktion bei Schlachtvieh in der Provinz Ostpreußen nicht nur relativ, im Verhältnis der Bevölkerung, sondern auch in höherem Prozentsatz als diese zugenommen hat; sie beweist ganz besonders, daß die Erhöhung der Fleischpreise unabhängig ist von der Maßregel, welche die russische Grenze und gegenüber bezüglich der Einfuhr des Fleisches gesperrt hat; sie weist nach, daß auch nicht über die ganze Provinz Ostpreußen diese Erhöhung der Fleischpreise nachzuweisen ist, sondern nur für Königsberg; sie weist weiter nach, daß diese Fleischpreise bezüglich des Großhandels nicht nur nicht dieselben sind und sogar seit längerer Zeit heruntergegangen sind, sondern daß die Fleischpreise für den Einzelverkauf in Königsberg erhöht worden sind. Dieser Gegenstand ist ein so ungemein in die Augen fallender, daß ich es Ihnen leider nicht mit Worten darstellen kann. Hätte ich die graphische Darstellung hier, dann würden Sie sich sagen: hier muß gerade, wenn es noch Wunder gäbe, ein Wunder vorliegen, wie eine derartige Differenzierung der Großfleischpreise und der Preise im Kleinhandel hat möglich werden können.

Glücklicherweise beschränkt sich die Untersuchung der Landwirtschaftskammer nicht darauf, die Thatsache festzustellen, sondern sie weist auch die Gründe nach. Die Stadt Königsberg hat ungemein viel gethan, den Viehhandel, den Viehmarkt dort zu begünstigen. Es wird erzählt, daß ganz besonders große Anlagen für den Schlachthof gemacht worden sind; aber man klagt von Seiten der Stadtverwaltung, daß die Anlage von der ländlichen Bevölkerung nicht benutzt werde, d. h. es wird von der Provinz kein Vieh auf den Viehmarkt von Königsberg getrieben. Die Kammer antwortete darauf: der Versuch ist öfter als einmal gemacht worden. Großproduzenten für Schlachtvieh haben auf den Königsberger Markt ihr Vieh angetrieben, sie haben aber feststellen müssen, daß ihr Vieh unverkäuflich geblieben ist. Infolge dieser merkwürdigen Erscheinung haben sie den Dingen nachgeforscht, und da hat sich herausgestellt, daß in Königsberg ein Konsortium von fünf Viehhändlern besteht, in welchem die Religion des Herrn Abg. Haase in ganz besonders hohem Prozentsatz vertreten ist. Dieses Konsortium von fünf Viehhändlern hat ein ganz besonderes Interesse daran, die Kleinfleischpreise in Königsberg möglichst hoch zu halten. Da aber die Provinz so viel Schlachtvieh bereit stellt, daß der Konsum Königsbergs und der Provinz nicht nur gedeckt wird, sondern noch mehr herausgeschafft wird, als nötig ist, so sind die Herren vom Konsortium auf den Gedanken gekommen, möglichst das beste, auf anderen Märkten konkurrenzfähige Vieh aus Königsberg nach Berlin und in andere Großstädte zu schaffen, und das wenige gute Vieh, das auf anderen großen Märkten nicht mehr konkurrenzfähig ist, wird in Königsberg nicht mehr angetrieben auf den Markt, sondern es wird von Unterhändlern des Konsortiums der fünf Großviehhändler aufgekauft und unter der Hand an die „sogenannten" Schlachter — in diesem Fall ist das Wort „sogenannt" einmal angebracht — verkauft. „Sogenannt" bezeichne ich diese Schlächter insofern, als sie nicht selbst schlachten, sondern das Fleisch des von dem Konsortium geschlachteten Viehes nehmen und in ihren Fleischerläden verkaufen; sie sind wirtschaftlich nicht selbständig, sondern abhängig von dem Konsortium der fünf Herren. Und nun wird von dem Konsortium ein ungeheuer hoher Preis von den Schlächtern gefordert, die das Fleisch haben müssen, um ihren Laden zu füllen. Die Schlächter, die hier nur Zwischenhändler sind, müssen natürlich auch verdienen, und das Publikum muß bluten.

Sehr verehrter Herr Abgeordneter Haase, Ihnen müssen doch diese Verhältnisse genau bekannt sein; Sie haben sich also an eine durchaus falsche Adresse gewandt. Sie müssen nicht hier dem Herrn Kriegsminister bitten, Wandel zu schaffen; Sie müssen nicht die Regierung bitten, Wandel zu schaffen; die Petition, die Sie eingereicht haben, ist an eine ganz falsche Schmiede gerichtet. Wenn Sie sich an die fünf Herren in Königsberg, die Ihnen auch religiös so so nah stehen, zum großen Teil wenigstens, wie ich mir

schon anzudeuten erlaubte, und die Ihnen ja auch gesellschaftlich, wie ich genau weiß nahe stehen — denn Sie stehen ja mit den Herren in gesellschaftlichem Verkehr. Da wenden Sie sich hin oder sagen Sie die Wahrheit den Herren von der Stadtverordnetenversammlung in Königsberg und dem Magistrat dieser Stadt, in welchem das Konsortium allerdings großen Einfluß hat, denn diese Leute sind mit der Zeit durch ihre Geschäftsmanipulationen nicht mehr notleidend, sondern schon zu ganz bedeutendem Wohlstand gestiegen. Auch in anderen Städten unseres Landes macht man ja die Erfahrung, daß jemand, der wohlhabend oder reich ist, auch Einfluß hat. Also das ist erklärlich, daß die Verwaltung einer großen Stadt wie Königsberg hineingefallen ist, für die Interessen von fünf ihrer so angesehenen Einwohner einzutreten. Aber die Politik, die Sie im Sinne des Freihandels betreiben, hier zu verlangen, es soll die Grenzsperre nicht blos für Ost- und Westpreußen, sondern für den ganzen östlichen Teil unseres Vaterlandes aufgehoben und dadurch die Gesundheit unseres Viehbestandes gefährdet werden, ist durchaus unberechtigt.

Herr Haase wußte darauf nichts zu erwidern, als daß er sagte: „Wenn es wahr wäre, daß jene fünf Herren, die in Königsberg den Großviehhandel betreiben, lediglich Schuld seien an der Fleischpreisteuerung, — weshalb haben wir dann in Königsberg dieselben hohen Preise nicht schon vor der Grenzsperrung gehabt?“ Abg. Ickraut konnte diese Frage prompt dahin beantworten, „daß die Fleischpreise schon vor der Grenzsperrung eine für die Stadt Königsberg ungewöhnliche Höhe erreicht hatten.“ Nun schwieg Herr Haase natürlich ganz mäuschenstill, obwohl er vorher mit seiner falschen Beweisführung gegen die „Agrarier“ zu Felde gezogen war. Sehr unangenehm scheint ihm aber die Bemerkung gewesen zu sein, daß ein Teil der Fleischverteuerer zu seinen Stammesgenossen gehöre, denn zwei Tage später benutzte er die Abwesenheit des Abg. Ickraut, um vor Eintritt in die Tagesordnung nachstehende Erklärung abzugeben:

M. H., der Herr Abg. Ickraut hat in der Sitzung vom 22. Febr. d. J. — wie der soeben erschienene stenographische Bericht ausweist — erklärt, daß die fünf Fleischermeister, welche nach seiner ökonomischen Ansicht unsichtlichlich die Fleischverteuerung in Königsberg verschulden sollen, mir religiös und gesellschaftlich nahe ständen und, wie er an einer anderen Stelle sich ausdrückt, mir nach verschiedenen Richtungen bekannt seien und auch sonst nahe ständen. Diese Behauptung, welche, als sie ausgesprochen wurde, auf der linken Seite des Hauses nicht gehört wurde, widerspricht in allen Teilen der Wahrheit. Die sämtlichen fünf Herren gehören zu der Religionsgemeinschaft, der auch Herr Ickraut angehört; ich stehe zu ihnen in gar keiner gesellschaftlichen Beziehung und bin auch in keiner anderen Weise mit ihnen verbunden. Ich bin insbesondere auch über den Gegenstand der Beratung weder mündlich noch schriftlich mit ihnen im Verkehr gestanden.

Natürlich machte diese „Erklärung“ sofort die Runde durch die semitischen und philosemitischen Blätter. Die „Mittel.“ des Abwehrvereins hatten sogar die Stirne, der betreffenden Notiz die Überschrift zu geben, die wir an die Spitze des Artikels setzten. Keines dieser Blätter war aber so ehrlich, um den ganzen Verlauf der Angelegenheit und den unglaublichen Reinfall des jüdischen „Genossen“ Haase wahrheitsgetreu darzustellen. — Dieser begeht nun in obiger Erklärung wieder eine Fälschung, wenn er dem Abg. Ickraut unterschiebt, er habe die Behauptung aufgestellt, daß die fünf Großhändler Schuld an der Fleischverteuerung in Königsberg seien. Wie aus der Rede des Abg. Ickraut klar hervorgeht, hat er lediglich das wiederholt, was die Landwirtschaftskammer für Ostpreußen feststellte. Herr Haase hatte bei Abgabe obiger Erklärung nach seiner eigenen Behauptung den stenographischen Bericht bereits eingesehen, er kann also entweder nicht lesen oder er hat das Entgegengesetzte von dem gethan, was eigentlich im deutschen Parlamente Sitte sein sollte.

Abgesehen davon, daß der Abg. Ickraut keineswegs behauptet hat, alle fünf Viehhändler seien Juden, sondern nur von einem unverhältnismäßig großen Teile sprach, stimmt aber auch die Angabe des Herrn Haase nicht, „die sämtlichen fünf Herren gehören zu der Religionsgemeinschaft, der auch Herr Ickraut angehört“. Nach den uns gewordenen Mitteilungen ist mindestens einer der Königsberger Großviehhändler Jude und das ist bei der Verjudung, die in der alten preußischen Königsstadt herrscht, ja auch weiter nicht verwunderlich. Sitzen doch im Magistrats-Kollegium allein neun jüdische Stadträte und von den 102 Stadtverordneten, die bis zum 1. Januar d. J. unter jüdischer Führung standen, können sich sechszehn jüdischer Abstammung rühmen. Darunter befindet sich auch Herr Haase, und es wäre doch merkwürdig, wenn er noch nie mit seinen Stammesgenossen unter den Viehhändlern zusammengekommen sein sollte.

Auf welcher Seite bei dieser Angelegenheit also am meisten Wahrheitsliebe zu finden war, mögen unsere Leser jetzt selbst beurteilen!

Nationalliberale Gehirnerweichung.

Die „Mitteilungen für die Vertrauensmänner der nationalliberalen Partei“ vom 10. d. M. schreiben:

Die Auflösung der deutschsozialen Reformpartei in ihre Bestandteile vollzieht sich mit der in der Natur der Dinge begründeten Sicherheit. Zur Zeit schwenkt der „Mitteldeutsche Bauernbund“ in Hessen ab, als dessen Vertreter die Abg. Köhler, Bindewald und Hirschel einstweilen noch dem Reichstag, und zwar mit Liebermann von Sonnenberg derselben Partei angehören. Wie erinnerlich, hat der Abg. Köhler (Gießen) bereits im vorigen Sommer angekündigt, daß er im Falle der Wiederwahl sich von der Partei Liebermann von Sonnenbergs trennen und als Hospitant dem Bayerischen Bauernbund anschließen werde. In Bayern hat man dies an der Stelle, an die es sich richtete, wohl vernommen. Auf Grund einer ergangenen Einladung war der Abg. Hirschel im Spätherbst 1897 in der Lage, bei einer Versammlung des Bayerischen Bauernbundes in Lohr als Redner mitzuwirken. Jetzt sind diese Dinge reif geworden. Auf den 31. März ist die Generalversammlung des Mittelrheinischen Bauernbundes nach Langenselbold einberufen, und dort wird der städtische Führer des Bayerischen Bauernbundes, Anton Memminger aus Würzburg, einen Vortrag halten. Das Kartell des Mitteldeutschen Bauernbundes mit dem Bayerischen dürfte dann perfekt werden. Mit der bisherigen Antisemiten macht also Liebermann von Sonnenberg demnächst vergebliches, sofern eben der eine oder andere von ihnen wieder gewählt wird. Hingegen darf man sich auf das Hervorreten einer ansehnlichen Gruppe des Bauernbundes gefaßt machen. Er selbst rechnet, daß er zu seinen bisherigen vier Sitzen noch zwei in fränkischen, sechs in altbayerischen Wahlkreisen und zwei bis drei in Schwaben-Neuburg gewinnen werde. Etwa ebensoviele zu verlieren muß das Zentrum in der That befürchten.

Gleich der hessischen verschwindet aber auch die sächsische Gruppe der Antisemiten. Dort sind die Konservativen am Ende ihrer Gutmütigkeit angelangt; sie wollen den Antisemiten nicht nur nichts mehr weiter ablassen, sondern sie wollen wieder in Besitz nehmen, was sie bisher den Antisemiten eingeräumt haben. Das wird ihnen auch in aller Hauptsache gelingen.

Bleibt also nur die bisher aus fünf Köpfen bestehende kurhessisch-waldeckische Gruppe übrig (Liebermann von Sonnenberg, Ickraut, Müller, Werner, Wiesbaden), die aber günstigstenfalls nur noch zwei Mandate wird behaupten können. Dazu gesellen sich vielleicht noch zwei mit einiger Aussicht auf Erfolg im Kampfe stehende Antisemiten, die auch von den Konservativen unterstützt werden, einer in Ostelbien, einer in Mitteldeutschland, und diese wer stellen dann den Rest der mit so großen Erwartungen ins Leben getretenen deutschsozialen Reformpartei dar. Der Umstand, den die Partei Liebermann von Sonnenbergs in vier Jahre getrieben hat, ist also seinem Ende nahe, und ob von den Altwardtisten auch nur ein einziger wiedergeht, ist im höchsten Grade zweifelhaft.

So malt sich in nationalliberalen Köpfen die Welt! Für unsere Freunde, die auch nur ein ganz klein wenig mit den politischen Verhältnissen bekannt sind, brauchen wir nicht besonders zu bemerken, daß diese Unkenrufe jeder Berechtigung entbehren. Für besonders ängstliche Gemüter aber bemerken wir folgendes:

Erstens wird sich der Abg. Köhler kaum dem Bayerischen Bauernbunde anschließen, weil dieser noch der erwähnten Erklärung des Abg. Köhler seinerseits in der Presse betonte, er sei ein Bayerischer Bauernbund und wolle das bleiben, der Abg. Köhler aber sei kein Bayer. Übrigens stehen die beiden im Reichstage sitzenden drei Mitglieder des Bayerischen Bauernbundes (Hilpert, Brnckmaier, Bachmaier) mit unserer Partei im

besten Verhältnisse und werden bei Verteilung der Kommissionssitze usw. mit ihrer Einwilligung uns offiziell zugerechnet.

Zweitens wo den aus dem Großherzogtum Hessen mutmaßlich statt der bisherigen drei Abgeordneten (Bindewald, Hirschel, Köhler) sechs Antisemiten wiederkehren, die der Fraktion beitreten.

Drittens werden die sächsischen Antisemiten nicht verschwinden, sondern haben alle Aussicht, in gleicher Anzahl, vielleicht sogar um zwei Sitze verstärkt in den neuen Reichstag einzuziehen.

Viertens dürfen wir hoffen, daß die lutzesische Gruppe statt mit fünf mit sechs Mandaten erscheinen wird, indem sie nämlich den Wahlkreis Marburg mit einem Fraktions-Antisemiten erobert. Sie würde sogar Aussicht haben, ein siebentes Mandat, das des Kreises Kassel-Melsungen, zu erobern, wenn nicht allerdings anzunehmen wäre, daß bei einer voraussichtlich sehr scharfen Stichwahl zwischen dem Antisemiten und dem Sozialdemokraten die nationalliberalen „Ordnungsfäulen" in Kassel dem Sozialdemokraten zum Siege verhelfen werden.

Fünftens darf unsere Partei mit ziemlicher Sicherheit auf die Eroberung der Kreise Goslar, Eisenach, Uckermünde-Pasewalk, Schleswig, Heidelberg und Bretten rechnen.

Sechstens ist noch eine lange Reihe von anderen Kreisen angegriffen, in denen wir mindestens so viel Aussichten haben, als die Nationalliberalen in ihren besten Kreisen.

Wenn man die oben bezeichneten Kreise zusammenrechnet, so ergiebt sich eine Mindestzahl von dreiundzwanzig Fraktionssitzen für unsere Partei.

Ob die Nationalliberalen in dieser Stärke wiederkehren?

Wer weiß es?

Mosaik.

Strolchjuden. Kronprinz Friedrich Wilhelm — später Kaiser Friedrich III — schrieb, wie die Memoiren des Königs Karl von Rumänien erzählen, am 28. Mai 1870 an diesen über die Verfolgung der rumänischen Juden: „Die ewigen Judenhetzereien bei Dir sind eine wahre Kalamität; ich weiß wohl, wie der Jude insgemein von den Strolchjuden in Rumänien zu unterscheiden ist und ärgere mich daher stets von neuem, wenn Nachrichten von Krawallen eintreffen, gegen welche die auswärtigen Schutzmächte Protest erheben." Also steht in einer älteren Nummer der Mitt. des Abwehrvereins zu lesen, deren Redakteure sicher in dem Glauben gewesen sind, den Juden einen besonderen Gefallen mit der Hervorsuchung dieses Ausspruchs gethan zu haben. — Wieviel solcher Strolchjuden mögen nach Deutschland ausgewandert sein und hier jetzt zu den „Edelsten der Nation" gehören?

„Religion ist Privatsache." Daß dieser Satz der Sozialdemokratie nur als Deckmantel dient, um desto ersolgreicher ihren Hoß gegen das Christentum zu bethätigen, zeigt wieder ein Vorgang, der aus Stettin berichtet wird. In einer Versammlung des Vereins der Fabrikarbeiter sagte ein „Genosse" an, ob seine Familie im Falle seines Todes oder des Todes seiner Frau den vom Verein gespendeten Kranz mit der roten Schleife annehmen müsse. Er wolle einen solchen Kranz nicht haben, denn er und seine Frau wünschten bei ihrer Beerdigung einig einen Geistlichen zu haben. Er behalte seinen Glauben und niemand solle ihm daran rütteln. Was ihm die Genossen über Religion vorredeten, wäre alles dummes Zeug. Der Vorsitzende machte ihm darauf begreiflich, daß er im Falle der Ablehnung des Kranzes mit roter Schleife auch kein Recht auf die dreißig Mark Sterbegeld habe, die der Verein zahle. Er brauche aber deshalb nicht aus dem Verein auszutreten; er wüßte eben noch nicht, was eigentlich ein Sozialdemokrat sei. Übrigens könne er sich trotzdem ruhig einen Pastor nehmen. — Natürlich heißt es nach wie vor: „Religion ist Privatsache!" Damit kann man ja auch so schön Bauernfang treiben.

Wahlgeometrie. In Fechenheim, einem Dorfe von 2600 Einwohnern im Kreise Hanau, sind 375 Perf. wahlberechtigt, davon zwei in der ersten und drei in der zweiten Klasse. Fünf Gemeindemitglieder haben also doppelt so viel zu sagen wie die übrigen 970! Daß die Wähler der ersten beiden Klassen keine Bauern oder Junker sind, geht daraus hervor, daß der Höchstbesteuerte der dritten Klasse 13 145 Mark an Steuern entrichtet! —

Die neue Stadt Groman (Westf.) hat 24 Stadtverordnete, es kommen also auf jede Klasse acht. Die erste Klasse besteht nun aus zwei Brüdern und die zweite aus ihren drei Söhnen und ihrem Teilhaber. Diese sechs Personen aus einer Familie „ernennen" demnach doppelt so viel Stadtverordnete wie die sämtlichen übrigen stimmberechtigten Bürger zu wählen haben. —

Sozialdemokratisches. Eine versuchte Nötigung der schlimmsten Art hat „Genosse" Maurer Gustav Thümen zu Berlin begangen. Während des letzten Maurer-Ausstandes setzte er mit anderen „Genossen" einem arbeitenden verheirateten Maurer so zu, daß dieser die Arbeit aufgeben mußte. Das Gericht konnte in einer solchen „Zuwiderhandlung gegen Einheit" weder Freiheit noch Gleichheit oder sogar Brüderlichkeit finden und gab dem jungen Weltverbesserer deshalb Gelegenheit, drei Monate hinter schwedischen Gardinen über die Zweckmäßigkeit seines Vorgehens nachzudenken. —

Der österreichische Reichsratsabg. „Genosse" Dr. Verkauf wurde wegen Beleidigung zu dreißig Gulden Geldstrafe verurteilt. Er hatte einen Antisemiten der Bahnbestechung beschuldigt.

Das Spiritusmonopol in Rußland sipt den Hebräern hüllisch im Magen. Sie suchen es auf alle mögliche Art und Weise zu umgehen. So haben sich jüdische Händler in Warschau, die die Erlaubnis zum Schnapsausschank nicht bekommen konnten, nach dem „Lodz. Tagebl." folgenden schlauen Kunstgriff ausgedacht. Sie verkaufen gleichzeitig zwei Spyhose, von denen das eine Wasser, das andere Spiritus enthält. Der Gast kann sich dann den Schnaps, je nach seinem Geschmack, selbst herstellen und zahlt für die beiden Spyhose 1 Rbl. 20 Kop. Äußerlich unterscheiden sich diese in keiner Weise von den Gefäßen mit Sodawasser.

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. Von den 7850 Juden, die die Provinz Sachsen beherbergt, wohnen 7655 in den Städten, 186 in den Landgemeinden und neun in Gutsbezirken. Wieviel „Bauern" mögen wohl darunter sein? —

Bei einem Ho ball in Ofenpest am 19. v. M. waren u. a. von Juden anwesend: Leo Lánczy, Präsident der Handelskammer, die Reichstagsabgeordneten Dr. Acsányi, Arthur Gyurdi, Dr. Rosenberg, Dr. Visontai, Berthold Weiß, Theodor Wolfner und die Konsulen: Dr. Brüll, Dr. Molnár, Josef Franki und Arthur Alschut. —

Man erzählt, so schreiben die Judenblätter, daß der König von Griechenland beim Empfang des Großrabbiners von Korfu wörtlich gesagt habe, einer der glücklichsten Tage seines Lebens werde der sein, an dem ein Jude im Parlament sitzen werde. — Hoffentlich sind die edlen Griechen nun so tolerant und wählen bald einige Rabbiner als „Volks"vertreter. In den Banditenbezirken hat das bei Aufwendung einiger Mittel ja nicht schwer. —

Mit Rücksicht auf das Pessachfest haben die beiden städtischen Kollegien zu Schildberg (Posen) auf Antrag des Rabbiners Dr. Bamberger beschlossen, den Wochenmarkt vom 8. auf den 7. April zu verlegen. In Strehlen (Schlesien) dagegen hat der Vorstand der jüdischen Gemeinde auf Antrage erklärt, der Feiertag sei kein hoher Festtag. Während die Rabbinerblätter die Nichtachtnahme einer deutschen Behörde auf das jüdische Fest ganz natürlich finden, ertheben sie über die Entscheidung ihrer Stammesgenossen in Strehlen ein großes Geschrei! —

In Montreal (Kanada) hat die erste jüdische Zeitung das Licht der Welt erblickt. Sie heißt „Jewish Times" und erscheint alle vierzehn Tage. —

Graf Victor di Cortrobia, der eine Tochter des „Ritters" von Gutmann zur Frau hat, ließ im Palais seines Schwiegervaters sein erstes Kind „in den Bund Abrahams" aufnehmen.

Seiler-, Bürsten-, Besen-
Detail u. **Pinselwaren** Engros
Spezialit.: **Posser-Waren.**
Oscar Mühler, Windm.-Str. 25.

Billige, dichte
Dächer
stets mit der aus
Andernach's
Asphalt-Steinpappen
Muster etc.
postfrei
A. M. Andernach's Asphalt-Werke, Rhein

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe in Berlin NW. 5, Klopstr. 13 p.
Druck: G. Reusche, Leipzig.

Digitized by Google

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich Mk. 1.50 bei der Postanstalten (Post-Zeitungsliste Nr. 1709) und Buchhandlungen. Unter Streifband Mk. 2.

Herausgegeben von Max Liebermann v. Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Anzeigen: die 6-gespaltene Petit-Zeile 25 Pfennige. Verlandbuch: Königstraße Nr. 27, Leipzig.

XIII. Jahrgang. | Leipzig, 31. März 1898. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Juden-Frage. Otto Glagau. | Nr. 502.

Inhalt An Israel. — Zum Schlagworte von der Zweiteilung Böhmens. — Personenfahrgeld der Eisenbahnen. — Die Konservativen. — Die Radowitzblätter. — Ein Kampf für die Juden. — Ein Judenland. — Ausland. — Mosaik. — Jüdische Ritter des eisernen Kreuzes. — Parteinachrichten. — Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

An Israel.*)

Du raubest unter unseren Füßen
Uns unser deutsches Vaterland:
Ist das dein Leiden? das dein Büßen,
Das deines offenen Grabes Rand?

O Israel, von Gott gekehret,
Hast du dich selbst zum Gott gemacht,
Und bist, durch diesen Gott belehret,
Auf Wucher, Trug und Lug bedacht.

Willst du von diesem Gott nicht lassen,
Nie öffne Deutschland dir sein Ohr!
Willst du nicht deine Knechtschaft hassen,
Nie ziehst du durch der Freiheit Thor.

Hoffmann von Fallersleben.

*) Am 2 April 1798 wurde der nachmalige Dichter Hoffmann von Fallersleben, der Verfasser des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles" geboren. Zum Beweise, daß er sich nicht, wie Juden und Judengenossen gern behaupten, „im Grabe umdrehen würde", wenn er hören könnte, daß sein Lied das Kampflied der antisemitischen Bewegung geworden sei, drucken wir sein obiges Gedicht an Israel ab.

Digitized by Google

Zum Schlagworte von der Zweiteilung Böhmens.

Unsere Politik ist, daß kein Fußbreit deutscher Erde verloren gehen solle, und daß ebenso kein Titel deutschen Rechtes geopfert werden solle".

Fürst Bismarck,
18. Julmonds 1863.

„Zweiteilung Böhmens!"

Dieses Schlagwort haben die vergangenen Jndenliberalen erfunden, ihre Epigonen, die „Deutschfortschrittlichen", haben es als Erbstück übernommen und auch die „Deutsche Volkspartei" in Böhmen hat diese Forderung in ihr Programm eingereiht.

Der Raubzug tschechischer Horden in Prag im November v. J. hat unterschiedliche deutsche Politiker, ja sogar eigene Gesinnungsgenossen, veranlaßt, dieses Schlagwort von der Zweiteilung Böhmens wiederum mit agitatorischer Lebhaftigkeit in die deutsche Bevölkerung hineinzurufen.

Es hat sich bei dieser Gelegenheit auch gezeigt, daß trotz der vorgeschrittenen nationalen Bewegung die alte Schmeykalsche „Resolutions-Maschine" noch immer arbeitet, und daß es noch viele Leute giebt, die hingeworfene Schlagworte haftig gedankenlos aufgreifen, statt erst nach ruhiger und ernster Überlegung gegenüber einer so hochwichtigen Frage Stellung zu nehmen, wie sie die nationale Zweiteilung eines einstmals vollständig deutschen Bundeslandes ist.

Wir müssen vom deutschnationalen Standpunkte und stets Gegner einer Zweiteilung Böhmens sein, ganz abgesehen davon, daß angesichts der staatsrechtlichen Forderungen der Tschechen (die sich im Vertretungskörper des Landes in der Mehrheit befinden und die einer Zweiteilung nicht zustimmen werden) die geforderte Zweiteilung auf dem Boden der heutigen Verfassung Österreichs niemals zur Durchführung kommen wird.

Wenn „verjüngte" gestimmte deutsche Politiker von einem „Ausgleich", von einer „zwei- oder Dreiteilung Böhmens sprechen, sagen die tschechischen Führer stets: „Verhelfen Sie uns erst zum „böhmischen Staatsrecht", dann werden wir im „böhmischen Staate" über derartige Fragen verhandeln und ihre nationalen Rechte sicherstellen".

Die Deutschen, die seit Jahrhunderten die Herren im Lande waren, sollen also den tschechischen Feinden, die durch den geistigen Einfluß des deutschen Volkes erst zu einem Kulturvolke aufgepäppelt wurden, zuerst zur unumschränkten Herrschaft verhelfen, dann würden die Herren Tschechen angeblich an die Deutschen Gnaden austeilen.

Wir glauben das nicht, und wir wollen das nicht!

Im Falle der Verwirklichung der Staatsrechtsträume der Tschechen ginge es uns Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien gerade so, wie es seinerzeit nach dem 1867er Ausgleich den Deutschen in Ungarn ergangen ist und wie es den Deutschen in Siebenbürgen noch heute ergeht.

Unser deutsches Volkstum würde trotz etwa vorhergegangener nationaler „Ausgleiche", „Abgrenzungen" und „Nationalitätengesetze" durch die fortgesetzten Slawisierungsbestrebungen der tschechischen Machthaber einfach vernichtet werden.

Die Deutschen müßten, wie dies seinerzeit in Ungarn der Fall war, der ewigen Draufalierungen müde, ihren seit Jahrhunderten urdeutschen Besitz verlassen und sich in fremder Welt eine neue Heimat suchen; oder die weniger Volksstolz oder weniger Volksgefühl Besitzenden, deren es leider in unserem deutschen Volke trotz alledem und alledem doch noch viele giebt, würden sich einfach ruhig tschechisieren lassen, ähnlich, wie dies auch seitens der Italiener in Welschtirol geschieht und schon früher in vielen einst deutschen Dörfern Oberitaliens (in Friaul) geschehen ist, wo der Katholizismus zuerst das deutsche Volksbewußtsein unterdrückt und damit der gänzlichen Ertötung des Volkstumes Vorschub geleistet hat.

Ehe dieser Fall eintritt, wollen wir denn doch lieber den Spieß umdrehen und sagen: Tschechisches Volk, wenn du weiter friedlich im deutschen Lande Böhmen leben willst, so mußt du dir die Vorherrschaft der Deutschen im Staate Österreich gefallen lassen, oder andernfalls*) — — —

Die liberalen Politiker, die heute für eine nationale Zweiteilung Böhmens eintreten, möchten wir bei dieser Gelegenheit an die Worte eines hervorragenden Liberalen erinnern.

Der liberale Professor Knoll sagte im Jahre 1871 im Kampfe gegen die Fundamentalartikel in seiner Eigenschaft als Deutschböhme:

„Es ist unser wohlerworbenes und im Laufe von Jahrhunderten wohlbewährtes nationales Recht, in untrennbarer staatlicher Gemeinschaft mit den übrigen deutschen Ländern Österreichs verbunden zu sein, mit diesen Ländern einheitliche Gesetze und Verwaltung zu genießen. Wir haben die uns vor 11 Jahren verliehene Verfassung mit ihren späteren Aenderungen nur darum angenommen und anerkannt, weil sie diese nationale Zusammengehörigkeit der Deutschen in Österreich nicht ausstieß. Eine Lostrennung Böhmens allein oder mit anderen Ländern von dem übrigen deutschen Österreich, welche uns der Vergewaltigung eines anderen Volksstammes preisgiebt, wenn sie sich auch nicht auf alle Zweige der Gesetzgebung und Verwaltung erstreckt, bedeutet eine gewaltthätige Verletzung unseres ererbten Rechtes und wird — mag sie unter welchen Formen immer zu stande kommen — von uns niemals als giltiges Recht anerkannt werden. Keine Regierung und keine Vertretung, sondern nur das ganze deutsche Volk in Österreich ist ermächtigt, auf jenes nationales Recht der Zusammengehörigkeit Verzicht zu leisten."

Es liegt darin gewiß nicht nur eine entschiedene Verwahrung gegen das tschechische Staatsrecht, sondern auch eine offene Vertretung des Standpunktes der Interessengemeinschaft aller Deutschen in Österreich und der Anerkennung des Charakters Gesamt-Böhmens als deutsches Bundesland.

Angesichts der heutigen politischen Verhältnisse in Österreich und angesichts der Zusammensetzung unserer gesetzgebenden Körperschaften mag eine Forderung im Sinne des Linzer Programmes heute allerdings (und man muß noch dazu leider) einen etwas utopistischen Anstrich haben — sie mag vielleicht manchem „Realpolitiker" lächerlich erscheinen, — diese Forderung muß aber trotz alledem, und zwar nicht in Betrachtung der augenblicklichen innerpolitischen Lage, sondern im Hinblick auf die historische Vergangenheit dieses deutschen Staates und auf die Zukunft des deutschen Volkes stets erneuert werden; diese Forderung darf heute deshalb nicht zurückgestellt werden, weil uns infolge der nationalen Lässigkeit vergangener deutscher Regierungsparteien und der slawenfreundlichen Politik Österreichs in den letzten Jahrzehnten der slawische Einfluß auf die Leitung dieses Staates fast schon über den Kopf gewachsen ist. In diesem Staate werden alle deutschnationalen Forderungen insolange einen utopistischen Anstrich behalten, als nicht die Sonderstellung Galiziens vollzogene Thatsache ist und damit der heute in der Gesetzgebung ausschlaggebende Einfluß des Polentums aus dem österreichischen Parlamente verschwunden ist.

Die Lösung dieser Frage ist innig verknüpft mit der Verwirklichung aller unserer völkischen Wünsche.

Wenn die Sonderstellung Galiziens einmal zur Thatsache geworden ist, dann ist die zweite Notwendigkeit, daß in unserem deutschen Volke die Flamme des Nationalgefühles noch mächtiger auflodere und damit die heute volksfremdliche Vertretung des deutschen Volkes, die einerseits immer noch mehr direkt und indirekt, bewußt und unbewußt die Interessen des Judentums — andererseits rein hierarchische Interessen vertritt — aus den gesetzgebenden Körperschaften herauskommt und einer christlichen und rücksichtslos nationalen Volksvertretung Platz macht.

Bei Betrachtung und Vertretung der nationalen Frage müssen überhaupt größere und weitere Gesichtspunkte ins Auge gefaßt werden. Die „deutsche Frage" wird in Österreich noch viel zu engherzig und ängstlich aufgefaßt. Wir dürfen uns in nationalen Dingen nicht auf den Standpunkt stellen, den der liberale Gistra in der sozialen Frage eingenommen hat. — —

Nationale Streitfragen sind noch niemals durch einseitige Ausgleiche und Abmachungen geschlichtet worden; da muß allezeit der Kampf die Entscheidung bringen, und wir werden den Kampf um unsere nationalen Rechte in der festen Zuversicht des endlichen, wenn auch vielleicht erst nach langen Jahren zu erringenden Sieges weiterführen — eingedenk des Ausspruches unseres Führers Schönerer: „Um unsere Zukunft als Angehörige der großen deutschen Nation kann uns unter keinen Umständen jemals bange sein."

Bei der derzeitigen staatsrechtlichen Gestaltung Österreichs können die Deutschen auf keine andauernde Sicherung und Berücksichtigung ihrer nationalen Vorrechte rechnen.

Losgelöst vom großen deutschen Mutterreiche werden sie zwischen dem stets regen und hochentwickelten Nationalbewußtsein der slawischen Völkerschaften, der der Kopfzahl nach die Mehrheit der Staatsbürger bilden — erst national und dann wirtschaftlich zermalmt werden.

Die Stellung der Deutschen in Österreich war (wenigstens in nationaler Beziehung) eine gesicherte und klare, so lange Österreich zum deutschen Bunde gehörte. Diese Sicherung unserer nationalen Interessen hörte auf, als wir Deutsch-Oesterreicher nach der Schlacht bei Königgrätz aus dem Bunde ausgeschieden wurden und nun fernab der nationalen Mutterpolitik des deutschen Bundes, eingefeilt in eine Mehrheit fremder, zumeist deutschfeindlicher Nationalitäten — nur auf unsere eigene nationale Kraft angewiesen waren. — Bismarck mußte damals die eine Schritt vollziehen, um unbeeinflußt von der bisherigen engherzigen österreichischen Bureaukratenpolitik die Einigung der deutschen Stämme anbahnen konnen.

Wie Deutsch-Nationale in Österreich haben deswegen dem Fürsten Bismarck nie gegrollt — im Gegenteil —, wir haben allezeit seinen nationalen Scharfblick bewundert und entsprechend seiner Nationalitätspolitik unsere politische Arbeit in der Ostmark nur um so ernster aufgefaßt und dem Nationalitätsgrundsatze angepaßt. Nach 1866 war es Aufgabe der Deutschen in Österreich, ihre nationale Eigenart und ihren deutschen Nationalstolz nur um so schärfer hervortreten zu lassen und bei voller Anerkennung der derzeitigen österreichischen Verfassung, auf die Zusammengehörigkeit des gesamten deutschen Volkes bei jeder Gelegenheit hinzuweisen.

Die politischen Anhänger Schönerers haben auch die jeweiligen österreichischen Regierungen stets darauf aufmerksam gemacht, daß es im Interesse des deutschen Volkes sowohl, als auch des Staates gelegen ist — den engsten Anschluß an das deutsche Reich zu suchen. — Wir Deutsch-Nationalen haben verlangt, daß das von Bismarck geschaffene deutsch-österreichische Bündnis durch einen Staatsvertrag gesetzlich werde und angesichts der heute in polnischen, tschechischen, christlich-sozialen und klerikalen Kreisen immer lauter werdenden Forderung nach einer föderalistischen Umgestaltung Österreichs zu Gunsten der Slawen gehen wir Deutsch-Nationale mit unserer Forderung noch weiter, indem wir (nebenbei bemerkt, stets auf dem Boden der Verfassung bleibend) den Wunsche Ausdruck geben: Die deutschnationale Einigungspolitik Bismarcks möge in der Weise ihre Fortsetzung erhalten, daß der österreichische Kaiser mit seinen einstmals deutschen Bundesländern dem Staatenbunde „Deutsches Reich" als deutscher Bundesfürst beitritt.

Damit sich solche ängstliche Herren beruhigen, die vor jedem „Schönerianer" als verruchtem „Hochverräter" wie vor dem leibhaftigen Gottseibeiuns das Kreuz vor sich schlagen, bevor sie ihn beschimpfen, wollen wir hier den Urteilsspruch eines österreichischen Richters anführen, der in öffentlicher Gerichtsverhandlung gefallen ist. Anläßlich eines Einspruches der Schriftleitung der „U. D. Worte" gegen die Beschlagnahme eines Aufsatzes, in dem der soeben erörterte Standpunkt vertreten wurde — sagte der Kremser Gerichtsrat Steiner in der Begründung seines freisprechenden Urteils u. a.:

> „Es kann eine solche Vereinigung aller Deutschen in irgend einem künftigen, jetzt nur ideal vorschwebenden Staatengebilde — entstanden im friedlichen und freiwilligen Zusammentreten der jetzigen gesetzgebenden Gewalten — als möglich immerhin gedacht werden."

Und in einer Urteilsbegründung des Kremser Kreisgerichtes vom 21. April 1896 heißt es:

> „Die Belebung des Bewußtseins des nationalen Zusammenhanges u. dgl., was noch alles im Programme eines nationalen Vereines vorkommen darf . . . . so heißt das, dieser Verein möge eingedenk des durch die Natur, durch die gemeinsame Abstammung begründeten, durch keine Grenzen und keine künstigen Trennungsmittel aufhebbaren Zusammenhanges einer Nation, wie dieser die Interessen des Stammes versorgen. Damit ist aber nichts Unerlaubtes gesagt. Es ist nicht erwiesen und kann nicht als selbstverständlich gelten, daß Schönerer sich mit hochverrätherischen Unternehmungen befasse."

Digitized by Google

Wenn österreichische Richter so sprechen, kann unsere Forderung bezüglich des Anschlusses der einstmals deutschen Bundesländer Oesterreichs als Bundesstaat an das „Deutsche Reich", bewerkstelligt auf verfassungsmäßigem Wege, von keinem ehrlichen und vernünftigen Menschen als „Hochverrat" gedeutet werden.

Wenn das tschechische Volk den österreichischen Kaiser zum König von Böhmen gekrönt wissen will und verlangt, daß dieses selbstständige tschechische Königreich aus drei einstmals deutschen Bundesländern zusammengesetzt werde, so ist der von uns Deutsch-Nationalen geäußerte Wunsch, daß der Kaiser mit den einstmals deutschen Bundesländern als Bundesfürst dem Deutschen Reiche beitrete, mit Hinweis auf das bis 1866 bestandene Bundesverhältnis jedenfalls geschichtlich berechtigter, als die Forderung des tschechischen Volkes. Auf jeden Fall verdient unsere Anregung eher eine ernstliche Besprechung; als unterschiedliche Ideen slawischer Politik. In dem Kopfe des tschechischen Politikers Skrejschowsky spukte z. B. ein großer slawischer Bund, worin der Kaiser von Oesterreich als König von Böhmen, Dalmatien usw. mit seinen Ländern eine ähnliche Stellung einzunehmen hätte, wie etwa der König von Sachsen innerhalb des Deutschen Reiches.

Auch bezüglich des Wertes des „guten österreichischen Patriotismus" der Tschechen kann man zu keinem festen Glauben gelangen. Der Jungtschechenführer Dr. Gregr sagte am 16. April 1890 im österreichischen Abgeordnetenhause: „Graf Taaffe hat durch Nichtgewährung des tschechischen Staatsrechtes und der böhmischen Königskrönung das einzige Band zerrissen, welches das Königreich Böhmen an die Dynastie Habsburg bindet."

Die Tschechen haben also durchaus kein Recht, uns „antipatriotische" Absichten zu unterschieben, wenn wir eine friedliche Verfassungsänderung in dem von uns angedeuteten Sinne anstreben. Was die Verwirklichung unserer Idee anbelangt, so steht ihr wohl auch kein größeres Hindernis entgegen als der Idee der Zweiteilung Böhmens. Die Tschechen werden beiden Anregungen den hartnäckigsten Widerstand entgegensetzen. Dieser Widerstand kann aber im Laufe der Zeit gebrochen werden, wenn die Deutschen in Oesterreich sich nach der Seite des rücksichtslosen, entschiedenen Nationalismus hin einigen und ausdauernd im nationalen Kampfe verbleiben, statt durch undurchführbare böhmische Zweiteilungsprojekte den deutschen Stamm in Böhmen wiederum in den nationalen Schlaf einzulullen.

Es geht nicht an, in der hochwichtigen Frage des künftigen Schicksals des gesamten deutschen Ostmarkvolkes sich ermüdet auf den deutschböhmischen Standpunkt zurückzuziehen, statt sich eingehend mit dem Geschicke des ganzen Deutschvolkes zu befassen.

Die etwaige Einwendung, daß der Kaiser von Oesterreich dem Deutschen Reiche nicht als Bundesfürst beitreten könne, weil er auch König von Ungarn sei, ist durchaus nicht stichhaltig. Ein ganz gleichartiger Fall war in der deutschen Reichsverfassung schon vorhanden: der Großherzog von Hessen, der im Jahre 1866 dem norddeutschen Bunde beigetreten ist (und das gegenwärtige Deutsche Reich ist nur eine Erweiterung und Ausgestaltung des ehemaligen Deutschen Bundes), trat nur bezüglich des nördlich vom Main gelegenen Gebietes dem norddeutschen Bunde bei — nicht auch bezüglich des südlich vom Main gelegenen Gebietes. — Der Kaiser von Oesterreich könnte als deutscher Bundesfürst geradeso seine Sonderrechte erhalten, wie z. B. die Könige von Bayern, Sachsen und Württemberg, denen ganz bedeutende Sonderrechte eingeräumt sind. Der Kaiser von Oesterreich bliebe trotz eines solchen, für uns Deutsche in Oesterreich in nationaler und wirtschaftlicher Beziehung hochwichtigen Beitritts zum deutschen Staatenbund, mit den anderen Gebietsteilen seines Reiches noch immer Monarch von Oesterreich-Ungarn, er würde daher auch durchaus nichts von seiner derzeitigen Würde und seinem derzeitigen Ansehen einbüßen.

Mit einem solchen Schritte wäre der nationalen Not der Deutschen in Oesterreich ein für allemal ein Ende gemacht, und die Slawen müßten sich einfach vor der Macht von sechzig Millionen staatsrechtlich geeinten Deutschen beugen und mit jenem, ihr Volkstum schützenden Nationalitätengesetz vorlieb nehmen, das ihnen vom großen Deutschen Reiche geboten würde.

Nur eine solche staatsrechtliche Neugestaltung der ehemals deutschen Bundesländer ist der richtige Weg, die nat-onalen Interessen der Deutschen in der gesamten Ostmark zu schützen. — Unsere Ansicht geht dahin, daß es mit den Tschechen keine Verständigung giebt, die Deutschen müßten denn auf alle Forderungen der Tschechen widerspruchslos eingehen, das heißt, ihre eigene nationale Daseinsberechtigung in Oesterreich vollständig aufgeben.

Ein „Ausgleich" würde uns Deutschen von vornherein den Tod bedeuten, das wäre das ätzende Mittel, das unsere völkische Erstlingsberechtigung in diesem Staate aus dem Wege räumen soll, das wäre der Anfang vom deutschen Ende in Oesterreich. —

Vom deutschvölkischen Standpunkte aus*) — — erschweren.

Wir wollen keine Sprachenverordnungen, keinen einseitigen „Ausgleich", keine Zweiteilung Böhmens — sondern die volle Anerkennung der Vorherrschaft der Deutschen in Oesterreich, oder nach vollzogener Sonderstellung Galiziens eine friedliche Aenderung der Verfassung im Sinne der Angliederung der einstmals deutschen Bundesländer als Bundesstaat an das „Deutsche Reich".

Karl Iro,
österr. Reichsrats- und böhm. Landtagsabgeordneter.

Personenfahrgeld der Eisenbahnen.

Der durch die außerordentliche Entwicklung unseres Eisenbahnnetzes vernrsachte lebhafte Verkehr hat nachgerade auf dem Gebiet des Fahrkartenwesens förmliche Ungeheuerlichkeiten gezeitigt, deren schwerlästige Gestaltung nur deshalb nicht allseitig unangenehm und hindernd empfunden wird, weil sie allmählich sozusagen aus sich selbst entstanden sind und somit als selbstverständliche Last ge- und ertragen werden. Unter dieser Last seufzen aber nicht nur die Reisenden, sondern auch die Verwaltung.

Die Bemessung des Fahrpreises nach der Entfernung stammt aus der Zeit vor Errichtung der Schienenwege, wo die Personenpost es nur mit verhältnismäßig wenigen Orten und Reisenden zu thun hatte. Jetzt machen die Beziehungen der einzelnen Eisenbahnstationen untereinander, selbst innerhalb eines einzigen Direktionsbezirkes, viele tausende verschiedenwertiger Fahrkarten notwendig, die an jeder einzelnen Stelle vorrätig gehalten werden müssen. Für jede einzelne Strecke sind z. B. zehn bis zwölf verschiedene Kartensorten vorhanden. Selbst kleine verkehrsarme „Blockstationen" weisen viele hunderte verschiedener Fahrkarten auf, und Stellen größeren Verkehrs, Anschluß- oder wichtige, viel benutzte Kreuzungsstellen können leicht auf zwölf und mehr tausende Fahrkarten kommen. Die Gesamtzahl der verschiedenen Fahrkartensorten beläuft sich auf Dutzende von Millionen.

Bei dem raschen Ausbau des Kleinbahnennetzes ist dauernd eine weitere wesentliche Vermehrung der Fahrkartensorten erforderlich — aber diese nachgerade erstaunlich werdende Mannigfaltigkeit muß auch ihre Grenze finden.

Heute ist an den Schaltern großer Stationen beim Ablösen der Beamten untereinander eine ordnungsmäßige Uebergabe der Fahrkartenbestände, die doch für die Beamten bares Geld bedeuten, so gut wie unmöglich, denn sie ist, soll sie ordnungsmäßig und gewissenhaft ausgeführt werden, nur mit enormem Zeitaufwand zu bewerkstelligen.

Die verschiedensten Vorschläge zur Vereinfachung auf diesem Gebiete sind schon gemacht und zum Teil eingeführt: Zonentarif, Kilometerhefte, Monats- und Jahreskarten usw. Alles das trifft aber nicht den Kern der Sache; warum tritt man denn nicht dem Gedanken näher, eine Tarif- und Fahrkartenreform zu schaffen nach Art der eine völlig neue Verkehrsordnung begründenden Vereinfachung des Briefportos?

Man lasse, wie bisher Schnellzüge („Fernzüge") laufen, die nur an wenigen wichtigen Verkehrspunkten halten und Personenzüge („Nahzüge"), die eine jede Haltestelle behalten müssen; auf den Stationen, wo „Fernzüge" halten, werden für diese besondere

*) Dieser Satz ist beschlagnahmt!

Digitized by Google

...und Ausgänge hergestellt, welche Einrichtung ja thatsächlich ...allen Berliner Bahnhöfen in Bezug auf den Stadt- und ...- und Vorortsverkehr schon besteht. Und nun gebe man ...die einzelnen Wagenklassen Fahrkarten aus mit einheitlichem Preis für alle Entfernungen und unterscheide nur zwischen Nah- und Fernzügen.

Wer nun sehr große Entfernungen mittels Nahzuges zurücklegen will, wird das selbstverständlich nur mit ganz bedeutend größerem Zeitaufwand ausführen können; außerdem wird die Benutzung dieser Züge eine natürliche Grenze finden dadurch, daß jede Fahrkarte ohne Ausnahme beim Verlassen des Bahnsteigs abgenommen wird, daß niemand ohne Fahrkarte einen Bahnsteig betreten kann, und daß nur die Fern(Schnell)zugbahnsteige Erfrischungsgelegenheit bieten. Dann würden wir z. B. nur solgende Fahrkartenwerte haben, wobei besonders Rücksicht darauf genommen ist, daß die Kartenwerte in geläufigsten Münzsorten ausgedrückt sind, wodurch nicht nur eine vereinfachte Kassenführung, sondern auch der automatische Kartenverkauf gefördert wird:

Fernzüge:		Nahzüge:	
I. Klasse	30,— Mark	I. Klasse	5,— Mark
II. „	5,— „	II. „	1,50 „
III. „	1,— „	III. „	—,40 „
		IV. „	—,10 „

Sämtliche Karten gelten für nur einmalige Benutzung. Als solche wird die Zeit angesehen, die zwischen Betreten und Verlassen des Bahnsteigs liegt. Alle bisher vorhandenen Abstufungen nach Entfernung fallen weg, auch sämtliche Rückfahr-, Rundreise-, Sonderfahrt-, Bahnsteig-Karten und vor allem das Freigepäck. —

Die preußischen Eisenbahnen haben im Jahre 1897 zwischen 430 und 440 Millionen Reisende benutzt und zwar:

I. Klasse rund	1 400 000	Personen	= 0,3 %	10,9 %
II. „ „	46 000 000	„	= 10,6 %	
III. „ „	227 000 000	„	= 52,2 %	
IV. „ „	155 000 000	„	= 35,6 %	89,1 %
Militär „	6 000 000	„	= 1,3 %	
	435 400 000	Personen.		

Eingenommen hat die Verwaltung dafür:

I. Klasse rund	12 Mill.	Mark	= 4,3 %	28,2 %
II. „ „	67	„	= 23,9 %	
III. „ „	113	„	= 40,2 %	
IV. „ „	81	„	= 28,8 %	71,8 %
Militär „	8	„	= 2,8 %	
	281 Mill.	Mark.		

Es sind zurückgelegt worden:

I. Klasse rund	147 000 000	Kilometer	= 1,4 %	15,5 %
II. „ „	1 456 000 000	„	= 14,1 %	
III. „ „	4 112 000 000	„	= 39,8 %	
IV. „ „	4 057 000 000	„	= 39,5 %	84,5 %
Militär „	538 000 000	„	= 5,2 %	
	10 331 000 000	Kilometer.		

Eine jede Reise hat sich also durchschnittlich erstreckt in der

I. Klasse über die Strecke von 105 Kilometern
II. „ „ „ „ „ 32 „
III. „ „ „ „ „ 18 „
IV. „ „ „ „ „ 26 „
beim Militär „ „ „ „ „ 90 „

und hat gebracht unter Zugrundelegung des nach amtlicher Statistik für einen Kilometer durchschnittlich fälligen Personengeldes in der

I. Klasse von 7,97 Pfennigen = 8,37 Mark
II. „ „ 4,62 „ = 1,48 „
III. „ „ 2,75 „ = 0,50 „
IV. „ „ 1,98 „ = 0,51 „
Militär „ 1,52 „ = 1,36 „

Diese Zahlen zeigen unwiderleglich die erdrückende Wucht des Verkehrs in der dritten und vierten Klasse neben dem der ersten und zweiten. Wenn also diesem verblüffend deutlich ausgesprochenen Verkehrsbedürfnis, das außerdem auch noch den größten Teil der Einnahme verschafft hat, durch Neueinrichtungen gebührend Rechnung getragen wird, so ist irgendwelche Beeinträchtigung der Zukunftseinnahmen im Vergleich zu den jetzigen nicht zu befürchten. Dazu kommt, daß die Reisen der letzten beiden Klassen zu weitaus größtem Teil nur kurze Strecken betragen, also hauptsächlich durch den dazu notwendigen Zeitaufwand Gestaltung erhielten; sie werden also selbst bei allenfallsiger Verbilligung kaum wesentlich länger ausgedehnt werden, als bisher, wohl aber vielleicht an Zahl zunehmen. Die Reisen erster und zweiter Klasse sind meist auf längeren Strecken ausgeführt, und diese größeren Reisen, die fast ohne Ausnahme Leute betreffen, deren Einkommen wesentlich über dem Durchschnitt das der sämtlichen Eisenbahnreisenden liegt, werden auch bei mäßiger Verteuerung keinen Rückgang erleiden.

In der vorliegenden Eisenbahnstatistik ist keine Rücksicht auf den Unterschied zwischen Schnell- und Personenzugverkehr genommen. Die Benutzung der Züge würde sich unter Zugrundelegung gleicher Reisezahlen in Zukunft etwa folgendermaßen gestalten:

	Fernzüge	Nahzüge	Summa
I. Klasse	100 %	—	= 100 %
II. „	33 1/3 %	66 2/3 %	= 100 %
III. „	33 1/3 %	66 2/3 %	= 100 %
IV. „	— „	100 %	= 100 %
Militär	— „	100 %	= 100 %

Fahrkarten würden dementsprechend auszugeben sein:

	Fernzüge:	Nahzüge:	Summa:
I. Klasse	1,4 Mill.	— Mill.	= 1,4 Mill.
II. „	16 „	30 „	= 46 „
III. „	76 „	151 „	= 227 „
IV. „	— „	155 „	= 155 „
Militär	— „	6 „	= 6 „
	93,4 Mill.	342 Mill.	= 435,4 Mill.

Der Erlös würde sich stellen bei oben angeführten Einheitspreisen:

	Fernzüge:	Nahzüge:	Summa:
I. Kl. 30 Mk.	= 42 Mill.	5,— Mk. = — Mill.	= 42 Mill.
II „ 5 „	= 80 „	1,50 „ = 45 „	= 125 „
III. „ 1 „	= 76 „	0,40 „ = 60,4 „	= 136,4 „
IV. „ — „	= — „	0,10 „ = 15,5 „	= 15,5 „
Militär	— „	0,10 „ = 0,6 „	= 0,6 „
	198 Mill.	121,5 Mill.	= 319,5 Mill.

Der Gesamterlös würde also die heutige Einnahme um etwa 38 Mill. Mark übersteigen. Dieser Überschuß vermindert sich um den Betrag, um den der jetzt bestehende Stadt- und Vorortverkehr billiger als der Durchschnitt geleistet wird. Immerhin liefert diese hypothetische Berechnung ein Ergebnis, das nicht unbefriedigend genannt zu werden verdient.

durchschnittlich:

Bei 147 Mill. Reise-km I. Kl. stellt sich also 1 km auf 28,57 Pf.
„ 1456 „ „ II. „ „ „ 1 „ „ 8,58 „
„ 4112 „ „ III. „ „ „ 1 „ „ 3,30 „
„ 4057 „ „ IV. „ „ „ 1 „ „ 0,31 „
„ 538 „ „ Militär „ „ „ 1 „ „ 0,11 „

Die bedeutende Heraufsetzung des Fahrpreises für die erste Klasse wird dem in dieser Klasse entfalteten Luxus mehr gerecht als der bisher übliche Satz. Die Kilometerberechnung für die zweite Klasse ändert nicht viel am bisherigen Durchschnittspreis und dürfte sich auch noch durch die weitere Reiseerstreckung etwas ermäßigen.

Der Kilometerpreis für die dritte Klasse ändert sich durchschnittlich nicht, während die vierte Klasse beträchtliche Ermäßigung aufweist.

Wenn aber die durchschnittlichen Kilometerfahrpreise für Fern(Schnell)- und Nah(Personen)züge getrennt betrachtet werden, so ändert sich das Bild beträchtlich, denn es stellt sich 1 Kilometer

Digitized by Google

	Fernzüge:	Nahzüge:
in I. Klasse auf	28,57 Pf.	9,52 Pf.
„ II. „ „	15,61 „	4,69 „
„ III. „ „	5,55 „	2,22 „
„ IV. „ „	— — „	0,33 „
für Militär „ „	— — „	0,11 „

Diese Ausgestaltung der Reisekosten erlaubt die Annahme, daß unser Bild sich noch verhältnißmäßig günstiger gestalten dürfte, als diese Berechnung ergiebt; denn es ist ziemlich sicher anzunehmen, daß mehr Reisende als bisher sich der Fern-(Schnell)-züge bedienen werden, und es werden sehr viele vorziehen, auch der bisher benutzten vierten, dritten oder zweiten Klasse zur dritten, zweiten oder ersten überzugehen.

Durch solche einheitliche Feststellung der Fahrpreise wird auch dem großen Aufwand für die schnellere Fahrt und reichere Ausstattung der Fern-(Schnell)züge entsprechend Rechnung getragen, während die Nah-(Personen-Lokal)züge im Preis entlastet werden gemäß ihrer langsameren Fahrt und einfacheren Ausstattung.

Unsere Berechnung ergiebt nämlich für Fern-(Schnell)züge eine Einnahme von 198 Mill. Mark und für Nah-(Personen-Lokal)züge 121,5 Mill. Mark.

Durch die Beschränkung der nötigen Fahrkarten auf sieben Sorten wird außerdem eine ungeahnte Vereinfachung des betreffenden Verwaltungszweiges herbeigeführt, wodurch wieder Millionen erspart werden. Aber auch der Verkehr wird sich zweifellos besser entwickeln, als es unter den heutigen Verhältnissen möglich ist.

Eine Fahrpreisreform, wie hier vorgeschlagen, dürfte auch wesentlich zu stärkerer Ausnützung der jetzt durchschnittlich nur mangelhaft besetzten Personenwagenplätze führen, die fast überall nur zu ganz bestimmten Zeiten und Zügen befriedigend zu nennen ist. Gerade der Nah-Verkehr wird dadurch besonders erschwert. Heute sind ja gerade die Züge am vollständigsten besetzt, die diesem Nah-Verkehr dienen.

Die Geldsätze selbst sind hier nur willkürlich angenommen. Sie dienen, da ein derartiger Vorschlag nicht ohne bestimmte Zahlen sein kann, nur zu spezialisirweiser Berechnung; und wenn von anderer Seite dieser Sache näher getreten wird, so kommen vielleicht durch Benutzung genauerer Grundlagen auch etwas andere Festsetzungen zum Vorschein.

Eine Erörterung der volkswirtschaftlichen Tragweite solcher Fahrpreisneuordnung würde dem Zweck dieses Aufsatzes nicht entsprechen. Dieser soll vielmehr nur nachweisen, daß mit dem bestehenden Fahrkartenunwesen nicht lange mehr gewirthschaftet werden kann und zugleich einen Vorschlag für die Zukunftsentwicklung unseres Eisenbahnwesens bieten.

Eduard Wolff.

Die Konservativen sind kuriose Leutchen. Wenn ein Antisemit in einem Wahlkreise aufgestellt wird, auf dem sich die Konservativen ein Anrecht ersessen zu haben glauben, dann können sie sich nicht genug darüber ereifern. In der „Kons. Korr." lesen wir nämlich: „In den „Deutsch-Sozialen Blättern" wird die Liste der bis jetzt aufgestellten antisemitischen Reichstagskandidaten veröffentlicht. Es sind deren 81, davon kandidieren acht in konservativen Wahlkreisen, abgesehen von einzelnen Kreisen, wie Westprignitz u. a., die infolge antisemitischer Einbrüche unserer Partei bei Ersatzwahlen verloren gingen, und in denen ebenfalls Antisemiten kandidieren sollen. Aus der Aufstellung ist zu ersehen, daß die von der Leitung des Bundes der Landwirte als angehörig erachteten Kandidaturen gegen die konservativen Parteimitglieder von Winterfeldt (Preußlau) und Dr. von Levetzow (Königsberg, N.-M.) aufrecht erhalten sind. Der Bund der Landwirte unterstützt diese antisemitischen Sonderkandidaturen nicht; er sollte aber in Gemäßheit der Resolution seiner letzten Generalversammlung die nötigen energischen Schritte thun, um die antisemitischen Einbrüche, die nur die „antagonistischen" Richtungen stärken, noch in letzter Stunde zu verhindern." Die Anmaßung, die in dieser Auslassung liegt, berührt uns nicht, denn die deutschsoziale Reformpartei ist mindestens so selbständig wie die konservative Partei und fragt deshalb nicht danach, ob ihre Kandidaturen anderen Leuten genehm sind oder nicht. Wir möchten zunächst feststellen, daß wir nur 81 Wahlkreise aufgezählt haben, von denen bis jetzt noch dreißig unbesetzt sind. Merkwürdigerweise rechnet die „Kons. Korr." zu den „konservativen Wahlkreisen" auch Goslar-Zellerfeld, der jetzt in den Händen der Reichspartei ist, die öffentlich erklärte, keinen Kandidaten stellen zu können und deshalb den Nationalliberalen das Feld überließ.

Natürlich darf die „Kreuz-Ztg." nicht fehlen, wenn es gegen die bösen Antisemiten geht. Sie schrieb am 18. d. M voller Entrüstung: „Also wieder ein neuer Einbruch der deutschsozialen Reformpartei in konservativen Besitzstand." (Von dem badischen Wahlkreise Bretten-Sinsheim ist die Rede.) Und dabei fühlt sich die konservative Partei so ohnmächtig, daß sie gar nicht den Versuch macht, ein Mandat zu erlangen, das ihr, wenn sie etwas „Schneid" in sich hätte, wahrscheinlich zufallen würde. Wir denken dabei an den Wahlkreis Weßlar-Altenkirchen. Konservative und Nationalliberale haben sich in diesem Kreise ungefähr die Wage. 1884 wurden für jede der beiden Parteien rund 5000 Stimmen abgegeben. Da das Zentrum den Ausschlag giebt, sind die Aussichten für den Konservativen natürlich günstiger als für den Nationalliberalen. 1884 kam denn auch in der Stichwahl der Konservative gegen den Nationalliberalen durch. Dennoch haben beide Parteien ein Kartell geschlossen: Bei gegenseitiger Unterstützung sollte abwechselnd ein Konservativer und Nationalliberaler als gemeinsamer Kandidat aufgestellt werden. 1887 wurde ein Konservativer, der Prinz Hermann zu Solms-Braunfels, gewählt, 1890 der Nationalliberale Kraemer. 1893 hätte also wieder ein Konservativer an die Reihe kommen müssen. Die Konservativen verzichteten aber auf das Mandat, und Kraemer wurde wieder gewählt. Und jetzt? Die Konservativen machten einen schüchternen Versuch, diesmal den gemeinsamen Kandidaten zu ernennen. Sie trugen dem früheren Landrat, jetzigen Oberpräsidialrat Stackmann in Koblenz die Kandidatur an. Dieser lehnte ab, und die Konservativen verzichteten wieder — und damit wohl für immer — auf das Mandat. Wie verschiedene Zeitungen übereinstimmend melden, werden sie wieder für Kraemer stimmen. Wir fragen: Eine Truppe, die eine aussichtsreiche Schlacht ohne Schwertstreich verloren giebt, verdient die etwas anderes, als daß sie schleunigst von einer anderen, zuverlässigeren, abgelöst wird? Jedenfalls, wenn dies geschieht, so hat sie nicht den mindesten Grund, sich noch obendrein darüber zu beklagen.

Die ganze Hilflosigkeit der Konservativen tritt auch darin zu Tage, daß sie nun schon bei ihren grimmen Feinden, den National-Sozialen, um Unterstützung bitten. Das ist in Erfurt geschehen (nach der „National-sozialen Volksztg."). Unter Teilnahme von Pastor Göhre haben darauf die National-Sozialen beschlossen, zu Gunsten der Konservativen auf eine eigene Kandidatur zu verzichten (das hätten sie ohnedies jedenfalls auch gethan), wenn sich der konservative Kandidat Jacobs-Kötter verpflichte, dahin zu wirken, daß der nationalsoziale Tischendörfer ein 1. Berliner Wahlkreise seinen konservativen Gegenkandidaten bekomme. Daraus wird nun wohl nichts werden, denn Herr Jacobs-Kötter hat in Berlin absolut keinen Einfluß.

Die Rabbinerblätter wird der harmlose Deutsche, der noch keine Gelegenheit gehabt hat, sie kennen zu lernen, für etwas Ähnliches halten wie die christlichen Kirchenzeitungen oder auch Sonntagsblätter. Wie müßte er daher erschrecken über die Fülle von Gemeinheit und Unrat, die hier aufgespeichert ist, würde er einen Blick in diese Blätter werfen. Es ist in der That so, alles, was uns die jüdische Presse so widerwärtig macht, tritt uns in den Rabbinerblättern in potenzierter Form entgegen. Es ist ganz dienlich, von Zeit zu Zeit eine Probe von diesen Schamlosigkeiten der Rabbiner zu geben. Hören wir heute einmal, wie

Digitized by Google

die vom Rabbi Dr. Bloch herausgegebene „Österreichische Wochenschrift“ die Deutsch-Nationalen bekämpft! In einem „Die Wotanisten“ überschriebenen Aufsatze finden sich u. a. folgende Kraftstellen: „Es sind dieselben Deutsch-Nationalen, die den Rückfall in jene Zeiten verbreitern, wo ihre Ahnen beinahe zwei Jahrtausende, nachdem unsere Ahnen (also die Juden!) von Mamma sich genährt, mit gewissen Tieren um die Wette an Eicheln sich mästeten und zur Abwechslung wohl auch das Blut ihrer Kriegsgefangenen, die von deutschen Jungfrauen geschächtet wurden, sich hinter die Binde gegossen. Ihren brutalen Instinkten ist das Zerrbild eines Wuotan sympathischer als die Lichtgestalt des Juden Jesus, und sie ziehen die Aselehre dem durch und durch semitischen Christentum vor. Freilich für das deutschnationale Aas ist die Aselehre eben gut genug. Ihr ganzes Gebaben riecht ja nach Asa foetida.“

Ein Kampf für die Juden. Man schreibt uns: Es ist zu bedauern, daß die antisemitische Presse es nicht längst erkannt hat, daß der gegenwärtige Kampf in Österreich weniger für die Deutschen, als für die Juden geführt wird. Nach dem Sturze Badenis hat dies kein anderer als der Abg. Wolf enthüllt, indem er sofort proklamierte: Jetzt muß Lueger fallen. Das Judentum hat stets einen feinen Fühler für seine Lebensinteressen gehabt, und es fühlt sich im höchsten Maße durch die von der österreichischen christlichsozialen Partei inaugurierte Wirtschaftspolitik für die Gemeinde Wien bedroht. Ebenso die gesamte Plutokratie; und so wirken beide zusammen, um ein ausgesprochen judenliberales Kabinet zu bekommen, das dann gegen die Christlich-Sozialen eben so scharf auftritt wie gegen die Tschechen. Deshalb wird der verfassungstreue Graf Thun just so wütend angegriffen werden, wie seine Vorgänger, um, nachdem die judenliberale Partei den Boden im Volke verloren hat, durch das schließlich als Rettungsanker erscheinende liberale Ministerium von oben in Verbindung mit der Judenpresse unter der Parole „für das Deutschtum“ der jüdischen Finanz die Jahrzehnte lang zum großen Schaden der Bevölkerung innegehabte maßgebende Stellung wieder zu verschaffen. Die Tschechen erkannten den casus belli viel besser als die dortigen gutmütigen Deutschen, indem nach dem Sturze Badenis in Prag und Umgebung bei den von uns absolut nicht gebilligten Ausschreitungen, zuerst und hauptsächlich den jüdischen Geschäftseinhabern die Schaufenster eingeworfen wurden. Möchten daher diese Zeilen dazu beitragen, daß nicht auch die antisemitische Presse sich durch die falsche Flagge „Für das Deutschtum“ täuschen läßt, wenigstens nicht die von Judengenossen bedeutete liberale Presse Deutschlands und Österreichs durch Verbreitung der einseitigen Sensationsnachrichten und dadurch das Judentum selbst unterstützt wird.

Ein Judenland. Zu den Provinzen der österreichisch-ungarischen Monarchie, und zwar der Verwaltung nach zum cisleithanischen Österreich, gehört auch das Herzogtum Bukowina (d. h. Buchenwald), im obern Dnjestr- und Pruth-Gebiet, mit 190 □ M., ⅓ Mill. Einwohner und der 30 000 Bewohner zählenden Hauptstadt Czernowitz. Ist Österreich überhaupt schon ein „gelobtes Land“ für die Juden, so ganz besonders die Bukowina. Dieses Herzogtum zählte schon 1850 14 331 Juden, aber im Jahre 1870 deren 47 754, und hatte sich somit ihre Zahl in zwanzig Jahren mehr als verdreifacht. Unter den Gläubigern, die die Grundstücke ihrer Schuldner versteigern ließen, befanden sich im Jahre 1876 82,9 v. H. und im folgenden Jahre 81,5 v. H. Juden. Die Forderungen, weswegen die Grundstücke zur Zwangsversteigerung kamen, waren meistens nur gering, teilweise nur durch den Wucherzins angeschwollen. „Wer da Wild, wer da Jäger“, sagt der berühmte Volkswirt Plattner, „wird hieraus mehr als deutlich“. Die versteigerten Grundstücke werden zumeist von den Juden gekauft; gleichwohl wird dort der Jude nur in den seltensten Fällen Landwirt. — Tout comme chez nous! Mit besonderer Vorliebe beteiligen die Juden sich dort am Konkursmachen. Unter 57 Personen dieser Art befanden sich in jenen beiden Jahren auch ganz bestimmt erkennbar 39 Juden = 68,4 v. H., wahrscheinlich, wie Plattner vermutet, auch noch weitere 8 Juden = demnach also 82,5 v. H. Das Konkursmachen bildet oft ein profitables Parallel-Geschäft zum Konkursdrängen vorhin bezeichneter Geltung, man muß es nur verstehen und das nötige Gewissen dazu haben. Erscheinungen beider aufgeführten Arten kommen übrigens, wenn auch vielleicht nicht in dem Umfange, wie in der Bukowina, so doch in gleichem Grade, qualitativ und intensiv, überall vor, und man braucht sich, um diese Wahrheit zu erkennen, oft nur in nächster Nähe umzusehen.

Ausland.

Österreich-Ungarn. Die Schönerer-Gruppe im Reichsrate ist durch die in letzter Woche erfolgte Wahl des Herausgebers der „Egerer Nachr.“, J. L. Hofer, auf sechs Abgeordnete gestiegen. Abg. Hofer wurde im Städtewahlbezirke Königsberg (Böhmen) mit 1198 gegen 435 volksparteiliche und 400 sozialdemokratische Stimmen gewählt.

Auch in **Belgien** beginnt der Antisemitismus sich zu regen. Die Kammer lehnte kürzlich alle von Juden eingereichten Gesuche um Naturalisation bis auf eins ab, während allen anderen Gesuchen, über die gleichzeitig entschieden wurde, anstandslos Folge gegeben wurde.

Mosaik.

Etwas von den „Politischen Bilderbogen“. Gegenüber den Äußerungen des demokratischen Abgeordneten Lenzmann in der Reichstagssitzung vom 19. Februar, daß die Politischen Bilderbogen, die von manchen Seiten verschickt würden, wohl geeignet seien, das Sittlichkeitsgefühl zu verletzen, erklärt der Glöbsiche Verlag: Daß diese Äußerung nur auf einer Privatempfindung des philosemitischen Abgeordneten beruhen kann, beweist die Thatsache, daß gegen die „Politischen Bilderbogen“ niemals vorher ein „sittliches“ Bedenken erhoben wurde, obschon ich bisher gegen 300 000 Exemplare druckte, die in alle Kreise der Bevölkerung gedrungen sind: Geistliche, Offiziere, Juristen, Lehrer, Ärzte, Landwirte sind unter den ständigen Bestellern. Die zahlreichen gerichtlichen und polizeilichen Anklagen, die sich an die Bilderbogen knüpften, waren lediglich politischer Natur: von sämtlichen 24 Bogen ist nur Nr. 9 „Bismarck in Berlin“ wegen Capitulbeleidigung beanstandet worden; im Text dieses Bogens, der zur Glanzzeit Caprivis erschien, war auf die kraftlose Amtsführung des damaligen Reichskanzlers hingewiesen worden, der „vielleicht eher noch als Bismarck ein Denkmal brauche“, damit er in Kürze nicht schon ganz vergessen sei. Ein Berliner Staatsanwalt konstruierte daraus den Vorwurf der Amtsunfähigkeit für Caprivi und beantragte vier Monate Gefängnis, das Gericht erkannte jedoch nur auf hundert Mark Geldstrafe; auch in der anderweiten Verhandlung wurde ein Erkennen auf Gefängnis trotz mehrstündiger Verhandlung abgelehnt. Der Bogen blieb konfisziert, trotzdem er durch den Gang der Ereignisse inhaltlich voll gerechtfertigt wurde. Heute würde eine Beschlagnahme kaum erfolgen. Die übrigen Klagen gegen die Bilderbogen waren Privatklagen von jüdischer oder judenfreundlicher Seite; aber auch diese waren niemals auf „sittliche“ Bedenken, sondern nur auf den Beleidigungs- oder groben Unfugsparagraphen gestützt; sie richteten sich vorzugsweise gegen das öffentliche Aushängen der Bilderbogen. Zu dieser Bezlehung haben jedoch die höchsten und meist auch schon gleich die unteren Instanzen für die völlige Freiheit der Wogen entschieden, in denen ein berechtigtes politisches Kampfmittel erkannt wurde. Mit dieser richterlichen Beurteilung der politischen Bilderbogen stimmen auch zahlreiche Urteile der Presse überein so urteilt ganz im Gegensatz zu dem Abg. Lenzmann Hans von Wolzogen in den „Bayreuther Blättern“: „Diese mutigen Bilderbogen sind ein volkstümliches Mittel zur Erweckung der Geister, deren dauernder Wert in der ernsten und geistvollen Sprache beruht, die im Rücken der sehr aktuellen Abbildungen geführt wird.“

Digitized by Google

Eine vernünftige Ansicht des General-Postmeisters. Im „Buch für Alle“ erzählt jemand von einer Unterredung mit Herrn von Podbielski. Bei der Besprechung des immer mehr anschwellenden Verkehrs läßt der Berichterstatter den Chef der Reichspostverwaltung sagen: „Wir sind in der Postverwaltung fast an der Grenze der Beamtenvermehrung angekommen. Ich habe jetzt in meinem Ressort mehr als zweihunderttausend Beamte und muß davor zurückschrecken, diese Armee noch zu vermehren. Wir können in einem Kulturstaate nicht so weit kommen, daß der größere Teil der männlichen erwachsenen Einwohner schließlich aus Beamten besteht, die vom Staate ernährt werden, und daß nur eine Minorität übrig bleibt, die vor allem dafür zu arbeiten hat, um die Gehälter dieser Beamten aufzubringen . . .“ Diese Worte werden manchen der Herren vom grünen Tische nicht besonders berühren, desto freudiger sind sie aber in den Kreisen der erwerbsthätigen Bürger begrüßt. Die „Kolonialw.-Ztg.“ fordert nun Herrn von Podbielski auf, seine Worte in die That umzusetzen. Das Organ des Zentralverbandes deutscher Kaufleute fragt nämlich: „Wie stellt sich nun der Herr Staatssekretär zu der Thatsache, daß die von den Bürgern ernährten Beamten in das Erwerbsgebiet eben dieser Bürger einbrechen und selber Kaufmann spielen, wie es in den Postkonjunkturen der Fall ist?“

Zola ist, wie die „Wok. Web.“ mitteilen, von der Moskauer Sektion des russischen Tierschutz-Vereins zum Ehrenmitgliede ernannt worden. Daß das vielleicht eine Ehre für Zola, gleichzeitig aber auch eine schwere Kränkung für seinen Schützling Dreyfus ist, das haben die Herrschaften offenbar gar nicht bemerkt.

Wahlversammlungen mit Musik kannten wir vor einiger Zeit aus dem nationalliberalen Lager melden. Jetzt haben auch die Wasserstiefler in Hagen (Westf.) eine „große öffentliche Partei-Zusammenkunft“ einberufen, in der eine Musikbande mitwirkte. Trotzdem waren aber nur sechzig Zuhörer erschienen! Uns soll es wundern, welches Zugmittel der große Eugen demnächst herausstecken wird, wenn selbst die edle Musika keine Anziehungskraft mehr ausübt.

Wie herrlich weit ist doch der ärztliche Stand gekommen, schreibt uns ein praktischer Arzt, wenn in einer Fachzeitung folgende duftige Blüte aufsprießen kann: Für Johnärzin mit nachgewiesener Praxis, jung, hübsch, best. Familie, auch wirtschaft. sehr gewandt, m. kl. Vermög., Assistenter u. volls. kohnärztl. Einricht. wird Arzt hier od. auswärts zwecks Heirat gesucht. Off. sub V. L. 3240 on d. Exped. d. Berl. Tageblattes, Berlin C., Königstr. 56 Diese von Anod. Mosse vermittelte Anzeige stand zu lesen im „Ärztlichen Zentral-Anzeiger“ (Gebr. Lüdeking, Hamburg) vom 24. Febr. d. J. Sie ist so hold und niedlich, daß sie die Leser der „Deutsch-Sozialen Blätter“ sicher ergötzen wird!

Im Vertrauen gesagt. Eine ergötzliche Szene spielte sich jüngst vor einem oberschlesischen Amtsgericht ab. Hier sollte bei einer Verhandlung der Bewohner eines russischen Grenzstädtchens als Zeuge vernommen werden. Auf die Frage des Richters nach seinem Stande gab er, nach der „Kattow. Ztg.“, an, „Handelsjude“ zu sein, während er seine Religion als „griechisch-katholisch“ bezeichnete. Der Richter, welcher glaubte, der Zeuge wolle sich einen Scherz erlauben, stellte ihn deshalb zur Rede und forderte Aufklärung. — Sehen Sie, Herr Gerichtshof, die Sache ist so. Der vorige Kaiser konnte die Juden nicht leiden und verlangte, daß wir, in K., entweder auswandern oder uns taufen lassen sollten. Da wir fürchteten, daß unser Städtchen ohne Juden bald zu Grunde gehen würde, beschlossen wir, Christen zu werden, und das Los entschied, daß ein Drittel protestantisch, eines römisch-katholisch und eines griechisch-katholisch werden solle. Ich gehöre zu den letzten. — Ach was, meinte der Richter, das glaube ich nicht. Ich kenne doch K. genau, komme sehr oft dahin, habe dort aber noch nie eine protestantische oder römische Kirche gesehen. Also heraus mit der Wahrheit! — Nu, Herr Gerichtshof, im Vertrauen gesagt, antwortete der biedere Zeuge, am Sabbath treffen wir uns alle in der Synagoge.

Die am häufigsten vorkommenden „Judensünden“ sind, wie ein Dr. Julius Moses im „Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ ausführte, Prunksucht, grundlose Überhebung, ungehöriges Benehmen, Mangel an Takt und Eindrängen in Gesellschaftskreise, wo man nur mit scheelen Augen angesehen wird. Verwerflich sei auch die übel angebrachte Solidarität mit allen jüdischen Verbrechern und Missetätern. Der Redner wies hier besonders auf den Fall Dreyfus hin. Das Bertuschungssystem solle man aufgeben, das nütze nur dem Antisemitismus. — Was der Antisemitismus doch alles zu Wege bringt! Noch vor wenigen Jahren hätte ein Jude kaum so sprechen dürfen. Damals hieß es nach dem Rezept des Professors Nothnagel schlankweg: Es giebt keine jüdischen Unarten. — In derselben Versammlung machte übrigens ein Herr Levin unter allerlei Ausfällen auf die jüdischen Kapitalisten Propaganda für die National-Sozialen.

Güterschlächter in Rußland. In der Krim ist eine unverhältnismäßige Steigerung der Güterpreise eingetreten, „so daß einem geradezu unheimlich dabei werden kann“, wie eine Dresdner Zeitung berichtet. Nachdem das Blatt einige kleinere Beispiele aufgezählt hat, fährt es fort: „Der großartigste Kauf aber ist der Kauf des Gutes „Berulitschi“, das in den letzten Jahren eine traurige Berühmtheit erlangt hat. Es umfaßt 18 000 Dessj und gehörte einst dem Herrn Wsmeinow. Von dem Enkel dieses Herrn hat es einst der Länderspekulant Karl Turonte für 900 000 Rubel erworben Nachdem D. verkracht war, wurde das Gut von der Staatsbank, die eine Forderung von mehr als einer Mill. an D. hatte, angekauft. Nun hat es die Bank für 1 200 000 Rubel an Baron (Aron) Günzburg abgetreten. Wie es den Anschein hat, fallen nun Bauern herangelockt werden, die mit Hilfe der Bauernbank einen noch höheren Preis zahlen sollen. Da jedoch das Land zum großen Teil schlecht ist, so wäre zu wünschen, daß die Bauernbank mit der nötigen Vorsicht vorginge, damit nicht durch ihre Vermittelung unwissende Bauern ins Elend gestürzt werden. — Ob sie sich nicht überall gleichbleiben, die Herren Hebräer?

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. Am 16. d. M. wählte die Hamburger Bürgerschaft mit 111 Stimmen den Bankier Siegmund Hinrichsen wiederum zum Präsidenten. Nachdem im hessischen Landtage Herr Wolfeckel vom Präsidentenstuhle heruntergewählt wurde, ist das Hamburgische Parlament das einzige im Deutschen Reiche, das sich des Vorzugs rühmen darf, einen Juden an der Spitze zu haben. —

Lilli Guttmann, älteste Tochter des Direktors der Dresdener Bank, Konsul Gutmann, wird sich am 1. Mai mit Leutnant Freiherrn von Holzing verheiraten. Der Großherzog von Baden hat vor einigen Tagen der Braut einen Blumenkorb geschickt und Prinz Max von Baden, Leutnant im Garde-Kürassier-Regiment, wird den Brautführer spielen. —

Der Oberbürgermeister der Reichshauptstadt, Herr Zelle, dankt ab. „Auch ein Märzgefallener“ bemerkt dazu höhnisch das Leibblatt Paul Singers, des eigentlichen Regenten im Berliner Rathause. Damit nun der unwürdige Zustand aufhört, daß neben einem Vollblutjuden auch ein Christ oder Deutscher, wie man es nehmen will, in die Verwaltung Berlins reingerochen hat, planen einflußreiche jüdische Personen, einen der ihrigen für den Oberbürgermeisterposten in Vorschlag zu bringen.

Uhren liefert zu äußerst billigen Preisen unter reeller Garantie
Gustav Kaniss
Uhrmacher
LEIPZIG, Tauchaerstr. 6.

Seifen-, Bürsten-, Besen-Detail u. Fabrik-Lager
Pinselwaren
Spezialität: Pofler-Waren.
Oscar Mühler, Windm.-Str. 25.

Billige, dichte Dächer
sowie nach der neuen Anderlan'schen Asphalt-Steinpappe
Asphalt-Isolirplatten
Anderlan & Hunt, Plauen.
Muster und Preisliste gratis und franco.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hegrede in Berlin NW. 5, Kruppstr. 13 p.
Druck: G. Reusche, Leipzig.

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich Mk. 1.50 bei den Postanstalten (Postzeitungsliste Nr. 1718) und Buchhandlungen. Unter Streifband Mk. 2.

Herausgegeben von Max Liebermann v. Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Anzeigen: die 4-gespaltene Petit-Zeile 25 Pfennige. Verlag: Königstraße Nr. 27, Leipzig.

XIII. Jahrgang. | Leipzig, 7. April 1898. | Nr. 503.

Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Juden Frage. Otto Glagau.

Inhalt: Industrie und Landwirtschaft. — Die gesetzliche Festlegung der Organisation und Stärke unsrer deutschen Kriegsflotte. — Der Schöpfer der deutschen Sozialdemokratie. — Polenwirtschaft. — Goldvorräte. — Mosaik. — Parteinachrichten. — Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen. — Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat. — Jüdische Ritter, Kommissions- und Kommerzienräte usw.

Industrie und Landwirtschaft.

Der beste und sicherste Käufer aller Industrie-Fabrikate ist und bleibt unsere heimische Landbevölkerung. Die Industriellen, die ihre Kunden nur in heimischen Gewerbetreibenden und Geschäftsleuten besitzen, deren Wiederverkauf sich zum größten Teil auf die Landbevölkerung erstreckte, hatten von jeher in diesen die sichersten Abnehmer ihrer Fabrikate. Da die Wiederverkäufer unter der Landbevölkerung eine sichere, zuverlässige und stets kaufkräftige Kundschaft besaßen, so waren in diesem Kreise die Konkurse eine Seltenheit. Heute ist das leider schon vielfach anders geworden. Fragen wir in landwirtschaftlichen Gegenden nach den noch vor wenigen Jahren blühenden größeren Geschäften, so werden wir zu unserm Bedauern hören, daß viele zum Teil ganz erheblich zurückgegangen sind, weil ihre Kundschaft, die Landwirte und Kleinhandwerker, infolge des Niederganges der Landwirtschaft zu den weitgehendsten Einschränkungen sich gezwungen sehen und somit der Verbrauch von Waren bei den früher so kaufkräftigen Kunden erheblich nachgelassen hat. Daß dadurch der Umsatz, den der Geschäftsinhaber mit dem Fabrikanten früher machte, nicht steigt, und daß ein überseeischer Abnehmer einem soliden Fabrikanten noch lange nicht einen genügenden Ersatz für den Rückgang seines heimischen Umsatzes bietet, liegt auf der Hand.

Von einem anderen Standpunkte aus ergiebt sich noch klarer der innige Zusammenhang der Interessen von Industrie und Landwirtschaft oder die Abhängigkeit der Industrie von der Landwirtschaft. Wer längere Zeit in einem Industrieorte gelebt hat, wird die Beobachtung gemacht haben, daß der Industrieort ebenso wie jede Großstadt, ein Heißen ist, in dem die gesunde, vom flachen Lande ihm zugeführte Bevölkerung nur allzuschnell verbrannt und verbraucht wird. Beobachtet man die Arbeiter, die vom flachen Lande in einen großen Fabrikort einziehen, einige Jahre hindurch, so wird man ihr blühendes Aussehen, ihre kraftstrotzende Gestalt nicht selten bald hinschwinden sehen. Urteile von Ärzten über die Kinder dieser Arbeiter lauten oft geradezu trostlos. In einzelnen großen Industriestädten kann man in den von Fabrikarbeiterfrauen besuchten Schulen nach ärztlichen Urteilen kaum 15 bis 20 v. H. Kinder finden, an denen nicht skrophulöse oder tuberkulöse Erkrankungserscheinungen festgestellt werden können. Nicht viel besser steht die Sache bei den jugendlichen Fabrikarbeitern und Fabrikarbeiterinnen. Dennoch gehen diese Arbeiter und Arbeiterinnen in oft viel zu jugendlichem Alter und manchmal in recht leichtsinniger Weise untereinander Ehen ein. Welcher Art dann die Nachkommenschaft sein wird, bedarf keiner Beschreibung.

Diese Abnahme der Körperschaft und Gesundheit unter den Fabrikarbeitern, die allerdings nicht der Industrie allein, sondern weit mehr dem ungesunden und nicht naturgemäßen Leben in den Städten zur Last zu schreiben ist, wurde bisher aufgehalten durch den Zufluß von Arbeitern und Arbeiterinnen vom Lande. Neues Blut wird unter die körperlich Zurückgehenden gebracht. Wäre dies seinen normalen Gang weiter gegangen, so wäre auch weiterhin das platte Land der Lieferant von gesunden Arbeitern und Arbeiterinnen für die Industriebezirke geblieben. Bei dem allgemeinen Niedergange der Landwirtschaft erwacht aber allerorten ein ungestümer Drang nach der Fremde. Tausende verlassen die verschuldete, ererbte Scholle, um in fremden Industrieorten Arbeit und Unterkommen zu suchen. Noch einige Jahrzehnte so weiter und unser Land ist von Arbeiterfamilien entvölkert; ein regelmäßiger Zuzug vom Lande nach den Industrieorten ist dann unmöglich. Welche gewaltigen Nachteile dies aber für unsere Industrie haben müßte, ist leicht ersichtlich.

Wenn gerade jetzt von allen Seiten der drohende Wettbewerb Ostasiens, besonders Japans, gerade wegen der billigen und reichlichen Arbeitskräfte dieser Länder als besonders gefährlich angesehen wird, so wird man bei Zeiten auf die Erhaltung unserer Fabrikarbeiter wenigstens in der heutigen Zahl und in der heutigen Güte bedacht sein müssen. Dies ist aber nur möglich, wenn ein mäßiger Zuzug vom Lande für alle Zeiten gesichert ist, und das kann nur dauernd erfolgen, wenn der Verarmung auf dem Lande Einhalt geboten wird und dadurch die Landbevölkerung auf ihrer Scholle wieder Befriedigung und ein behaglicheres Leben findet, so daß sie dauernd seßhaft bleibt und nur die überzähligen ihr Unterkommen in der Fremde suchen. Dazu ist aber die Verminderung der hohen Abgaben und die Erhöhung der Getreidepreise nötig. Wenn der Bauer an jedem Zentner Getreide eine Mark zusetzen soll, wie dies bei den heutigen Getreidepreisen thatsächlich der Fall ist, so muß er zu Grunde gehen. Alle sogenannten kleinen Mittel haben keinen oder nur vorübergehenden Erfolg, wenn nicht in der einen oder andern Form eine Steigerung der Getreidepreise gelingt.

Die Industrie kann ohne eine blühende Landwirtschaft auf die Dauer nicht bestehen. Mit der unterge henden Landwirtschaft werden aber auch die meisten andern Erwerbsstände dem Niedergange verfallen. Ist es da nicht ratsamer, kleine Opfer zu bringen, wenn es gilt, nicht nur den größten Abnehmer der Industrie, sondern den Jungbrunnen frisch und kräftig zu erhalten, aus dem alle anderen Stände bis jetzt ihre Kraft geschöpft haben?

Die gesetzliche Festlegung der Organisation und Stärke unsrer deutschen Kriegsflotte

ist in der Fassung der Kommissions-Beschlüsse vom Reichstage in zweiter und dritter Lesung bewilligt worden. — Unsre Partei hat mit Ausnahme der Herren Abgeordneten Köhler, Hirschel und Bindewald für das Gesetz gestimmt. Ebenso stimmten dafür die Abgg. Förster (Neustettin), Lieber (Meißen) und Ahlwardt, sowie die unsrer Partei nahestehenden, keiner Fraktion angehörigen Abgg. Hilpedeu, von Dallwitz und Hahn. Als Redner für die Mehrheit der Partei sprach der Abg von Liebermann; für die Minderheit der Abg. Bindewald.

Da die Rede des Abg. von Liebermann etwa elf Spalten füllen würde, können wir sie in dieser Nummer nicht bringen, sondern werden sie in den folgenden Nummern abdrucken. Heute wollen wir eine kurze Schilderung der unsern Lesern zum Teil wohl schon aus den Tagesblättern bekannt gewordenen Verhandlungen bei der Flottenberatung geben, die wieder einmal die schwierigen Verhältnisse kennzeichnen, womit unsre Partei im Reichstage noch zu kämpfen hat.

Digitized by Google

Am 23. März begann die zweite Beratung der Flottenvorlage. Es sprachen an diesem Tage zum § 1 des Gesetzes zunächst der Berichterstatter Dr. Lieber, dann Graf Hompesch für die Rechtheit des Zentrums zustimmend, und desgleichen Dr. von Levetzow für die Konservativen. Dann entgleiste der gegen die Vorlage sprechende Sozialdemokrat Schönlank derartig, daß er unter großer Heiterkeit des Hauses seine Ausführungen vorzeitig abbrechen mußte, und, wie es den Anschein hatte, von Herrn Bebel dafür gerüffelt wurde. Darauf erhielt ein zweiter Zentrumsredner, Frhr. von Hertling, für die Vorlage das Wort. Ihm folgte als Gegner des Gesetzes der süddeutsche Demokrat Galler. Herr Rickert erklärt sich im Namen der freisinnigen Vereinigung für, Fürst Radziwill als Vertreter der polnischen Fraktion gegen die Vorlage. Für die kleine Gruppe der Deutsch-Hannoveraner kündigte Graf Görz von Ohlenhusen die Ablehnung an und dann sprach als dritter Zentrums-Redner Dr. Schaedler für die ablehnende Minderheit dieser Partei.

Noch vor Schluß dieser Sitzung hatte sich der Abg. v. Liebermann für die deutschsoziale Reformpartei zum Worte gemeldet und wiederholte diese Meldung vor Beginn der nächsten Sitzung, die am 24. März stattfand als erster. Nach dem Wortlaut der Geschäftsordnung hätte er nunmehr auch als erster zum Worte kommen müssen. Aber es hat sich schon seit lange der Gebrauch eingebürgert, daß der Präsident nach eigenem Ermessen die Reihenfolge der Redner bestimmt, und so berliefe es Herrn von Buol zuerst als Vertreter der drei bayerischen Bauernbündler den Abg. Hilpert sprechen zu lassen. Dann erhielt Eugen Richter das Wort zu einer langen Rede, darauf für die Nationalliberalen Dr. von Bennigsen, und dann durfte Herr Bebel, obwohl doch von dessen Partei schon ein Redner gesprochen hatte, mehre Stunden das Haus langweilen. Auf mehrmalige Anfragen war unsrer Partei der Bescheid geworden, daß der Abg. von Liebermann hinter Bebel zu Wort kommen solle. Das änderte Herr von Buol wieder und erteilte Herrn von Kardorff das Wort für die Freikonservativen. Nunmehr waren **alle** Fraktionen und Gruppen, mit Ausnahme der Antisemiten, vertreten worden. Es mußte nunmehr endlich deren Redner herankommen. Aber Herr von Buol hielt es mit der Gerechtigkeit und Billigkeit vereinbar, jetzt den **vierten** Redner aus der Zentrumspartei, den Abg. Spahn, aufzurufen. Während dieser sich aufsprach, hatte der professionsmäßige Schlußmacher der Konservativen, der Abg. von Massow, auf eigene Hand den Versuch unternommen, unsre Partei mundtot zu machen. Ein von ihm eingereichter Schlußantrag trug außer seiner Unterschrift die Namen Gröber (Zentrum), Frhr. v. Stumm (freikonservativ), Cuny (nationalliberal). Daß der Präsident von Buol diesen Schlußantrag unmittelbar nachdem der Abg. Spahn gesprochen hatte, zur Abstimmung brachte, widersprach direkt den Auskünften, die unsrer Partei von den Schriftführern bekommen hatte. Danach sollte erst nach dem Redner der deutschsozialen Reformpartei Schluß gemacht werden. Sofort nachdem Herr von Buol den Eingang des Schlußantrages verkündet hatte, verlangte der Abg. von Liebermann mit sehr lauter Stimme das Wort zur Geschäftsordnung. Der Präsident hörte es aber nicht, sondern stellte für den Schlußantrag die Unterstützungsfrage. Es erhob sich dafür ein großer Teil des Hauses. Statt nun jetzt dem Abg. von Liebermann das Wort zur Geschäftsordnung zu geben, wie es diese vorschreibt, belehte Herr von Buol zu erklären: „Die Unterstützung genügt. Das ist zugleich die Mehrheit; damit ist die Diskussion geschlossen". Infolge dieses direkt geschäftsordnungswidrigen Verfahrens konnte der Abg. von Liebermann nicht — wie es seine Absicht war — das Haus darauf aufmerksam machen, welch eine Vergewaltigung beabsichtigt war, sondern mußte sich damit begnügen, hernach zu erklären: „Ich stelle fest, daß alle Fraktionen, alle kleinen Gruppen zum Worte gekommen sind, und lediglich meiner Partei durch diesen Schluß der Debatte das Wort abgeschnitten ist. Ich werde den Versuch machen, unsre Stellung bei § 2 zu entwickeln."

Daß der Schlußantrag wahrscheinlich abgelehnt worden wäre, wenn diese Erklärung vor der Abstimmung hätte abgegeben werden können, geht aus folgendem hervor. Der Abg. Gröber entschuldigte sich sofort beim Abg. v. L. und sagte, er habe nicht gewußt, daß die deutschsoziale Reformpartei noch nicht zu Worte gekommen sei. Dasselbe erklärte gesprächsweise Frhr. von Stumm und Herr von Levetzow, daß Führer der konservativen Partei, ließ am nächsten Tage ausdrücklich Herrn von Liebermann bestellen, er bedaure diese unberechtigte Wort-Abschneiderei und habe vorher nichts davon gewußt. Von dem nationalliberalen Herrn von Cuny mußt angenommen werden, daß er wissentlich an dem Handstreiche beteiligt war.

Wenn der Herr Präsident, durch die lange Sitzung ermüdet, vielleicht die Sachlage nicht mehr übersehen konnte, so hätten die neben ihm sitzenden Schriftführer Bassermann (nationalliberal) und Prof. Kropatschek (konserv.) die Pflicht gehabt, ihn darauf aufmerksam zu machen, daß unsre Partei gröblich benachteiligt war. Als der Hauptschuldige muß aber der Abg. von Massow angesehen werden, dem man die Freude über den gelungenen Streich vom Gesichte geradezu ablesen konnte. Übrigens spricht dieser Vorgang nicht gerade vom Vorhandensein von Disziplin innerhalb der konservativen Fraktion, was sich die „Kons. Korr." merken möge, wenn sie gelegentlich wieder einmal von „Disziplinlosigkeit" in der Fraktion der deutschsozialen Reformpartei herzieht.—

Beim Beginn der nächsten Sitzung wurde die Beratung mit § 2 fortgesetzt. Der Präsident ersuchte vor Eintritt in die Diskussion die Redner, sich streng an die Sache zu halten und nicht in eine Generaldiskussion zurückzufallen. Zwar war dem Abg. von Liebermann von Zentrums-Abgeordneten mitgeteilt worden, der Präsident beabsichtige bei ihm eine Ausnahme zu machen und ihm volle Redefreiheit über das ganze Gesetz zu gestatten. Unser Abgeordneter glaubte aber, wir wir meinen mit Recht, nicht von einer solchen Ausnahme-Begünstigung Gebrauch machen zu sollen, zumal sie wider die Geschäftsordnung verstoßen hätte. Er erklärte daher: „Nach der eingangs ausgesprochenen Bitte des Herrn Präsidenten, heute nur zur Sache zu sprechen, ist es mir selbstverständlich unmöglich, das Recht meiner Partei zu wahren und in derselben ausgiebigen Weise, wie alle andern Parteien und kleinen Gruppen vorgestern es thun durften, auch unsre Anschauungen über die Flottenvorlage zum Ausdruck zu bringen. Ich behalte mir vor, dieses Recht bei der dritten Lesung zu wahren, und behalte mir weiter vor, gegebenen Falls hier Politik der Sammlung zu treiben, d. h. die Herren dann hier zu versammeln, wenn es ihnen am unbequemsten ist (Unruhe und Heiterkeit."

Wir haben diese beiden Erklärungen deshalb wörtlich zum Abdruck gebracht, um nachzuweisen, daß die Herren Richter und Bebel wissentlich falsche Angaben machten, als sie behaupteten, der Abg. v. L. habe seine Rede als ganz besonders wichtig und bedeutend zweimal angekündigt. Thatsächlich hat er nichts weiter gethan, als das Recht unsrer Partei gewahrt.

In der 71. Sitzung, bei der Generaldiskussion der dritten Lesung des Flottengesetzes am 28. März erhielt der Abg. von Liebermann endlich das Wort und sprach etwa anderthalb Stunden. Wir werden — wie wir schon eingangs bemerkten — diese Rede später im Wortlaut nach dem Stenogramm zur Kenntnis unserer Leser bringen, die daraus ersehen können, daß sowohl Herr Bebel als Herr Richter in ihrem Leben schon langweiligere Reden gehalten haben.

Herr Eugen Richter antwortete dem Abg. von Liebermann in sehr gereiztem Tone. Wir geben seine Ausführungen, soweit sie sich gegen unsern Abgeordneten richten, hier wörtlich wieder:

M. H., ich habe einige Bemerkungen zu machen, die sich, vom kleineren zum größeren aufsteigend, zuerst gegen Herrn Liebermann von Sonnenberg, dann gegen Herrn Rickert und zuletzt gegen Herrn von Bennigsen richten werden.

(Heiterkeit.)

Was den Abgeordneten Liebermann von Sonnenberg betrifft, so hat derselbe zweimal mit Stentorstimme, am Sonnabend und am Donnerstag, seine heutige Rede uns angekündigt. Wir waren daher berechtigt, etwas ganz Außerordentliches von ihm zu erwarten; aber wir sind allseitig sehr enttäuscht worden.

(Sehr richtig!)

Digitized by Google

Auch die Freunde der Vorlage, glaube ich, sind der Meinung, die Vorlage hat an Vertiefung und Verstärkung der Gründe nichts gewonnen, sie hätte diese Rede missen können und wäre ebenso gewesen wie jetzt.

Herr Liebermann von Sonnenberg erklärte, er werde die Länge seiner Rede von der Haltung des Hauses abhängig machen. Herr Liebermann scheint sich also als einen Strafredner des Reichstages anzusehen.

(Große Heiterkeit.)

Er scheint jede Sitzung, in der er spricht, als eine Strafsitzung des Reichstages anzusehen, die er in dem Maße ausdehnt, wie der Bestrafte sich ungeduldig zeigt. Er hat auch z. B. angedeutet, daß jede seiner Reden eine Krafiprobe auf seine Lunge sei. Ich habe diese athletische Anschauungsweise im Parlament bisher nicht gekannt.

(Heiterkeit.)

Herr von Liebermann sprach mit viel Emphase von „unsrer" Partei, die noch nicht zum Wort gekommen sei — er meinte seine Partei, die bei den nächsten Reichstagswahlen so große Aussicht hätte, es auf 600 000 Stimmen statt 300 000 zu bringen. Nun, wer ist denn diese „unsre" Partei? Es sind zwölf Herren, von denen einer, Herr Dr. Bielhaben, bei den Abstimmungen gefehlt hat, von den übrigen elf haben drei gegen und acht für die Flottenvorlage gestimmt; drei neutralisieren also drei von acht, so daß die ganze große Partei nur mit fünf Stimmen für die Flottenvorlage in die Wagschale gefallen ist. Um über den Unterschied keinen Zweifel zu lassen, hat so auch Herr Bindewald sich soeben bemüht, uns darzulegen, daß er in Bezug auf die Flottenvorlage ganz andrer Ansicht ist als Herr von Liebermann, der namens der Partei sprach. Das erinnerte mich an eine Kundgebung eines seiner Parteigenossen, des Herrn Köhler, der unlängst in einem öffentlichen Blatte erklärte, er bliebe noch vorläufig bis zu den Wahlen bei der Partei des Herrn von Liebermann, da Liebermanns Führung ganz und gar nicht vorhanden ist.

(Zuruf.)

— Nein, wörtlich habe ich es so hier; ich kann es Ihnen vorlesen: da Liebermanns Führung ganz und gar nicht vorhanden ist.

(Erneuter Zuruf.)

Ich brauche auf die einzelnen Ausführungen des Herrn von Liebermann nicht weiter einzugehen; ich glaube mich einfach damit abfinden zu können, daß ich das vorlese, wie der Herr Abg. Dr. Förster, als er aus der Fraktion von Liebermann austrat, diese Partei in einem öffentlichen Blatte charakterisierte. Er schilderte, wie mißlich es mit den Fraktionssitzungen, mit der Übereinstimmung beschaffen sei, mit der Vertretung der Presse, und schloß dann seine Kundgebung damit:

Demgemäß wird unsre Bewegung auch im Lande keinen rechten Fortschritt machen. Stillstand und Mangel an Leben überall — oder zu viel Leben, d. h. oberflächliche Radau- oder verbrauchte Schlagworte.

(Heiterkeit.)

Dem habe ich zur Charakteristik nichts weiter beizufügen.

(Große Heiterkeit.)

Dann wendete sich Herr Richter seinem Kollegen Rickert zu und griff ihn vor versammeltem Reichstage derartig heftig an, daß jedermann daraus einen tiefen Einblick in das Verhältnis der Freisinnigen unter sich bekommen konnte.

Auch der Abg. Bebel ging mit einer Lebhaftigkeit gegen unsern Abgeordneten vor, die an sich ein Gegenbeweis gegen die von ihm eingangs aufgestellten Behauptung war, daß Herr v. L. mit behaglicher Langweiligkeit geredet habe. Was er gegen Herrn v. L. vorbrachte, geht aus dessen Erwiderung hervor, die wir nun wörtlich folgen lassen. Als der Präsident ihm das Wort erteilte, entstand lebhafte Unruhe links. Herr v. L. begann:

M. H., ich werde sehr kurz sein; aber Sie werden mir gestatten müssen, daß ich mich meiner Haut wehre. Der Herr Abg. Bebel irrt, wenn er sagt, ich hätte eine besonders hervorragende Rede angekündigt: ich habe nur mehrmals ankündigen müssen, daß ich das Recht meiner Partei wahren würde, sich hier über die Flotte auszusprechen. Der Herr Abg. Bebel sagte dann, ich hätte eingangs meiner heutigen Rede eine epische Breite angekündigt, statt dessen sei ich langweilig geworden. Ich habe wörtlich gesagt:

Wenn man erst in dritter Lesung zur Generaldiskussion zu Worte kommt, so hat man die Möglichkeit, in epischer Breite einmal die ganzen Verhandlungen an seinem geistigen Auge vorüberziehen zu lassen — wenn man nämlich will.

Und ich setzte hinzu:

Ob ich es wollen werde, das wird zum großen Teil von der Haltung des Hauses selber abhängen.

Nun, die Haltung des Hauses war danach, daß auch ich langweilig wurde.

(Große Heiterkeit.)

Herr Bebel sieht also, daß mir die Fähigkeit zur Selbstkritik nicht fehlt.

Wenn Herr Bebel mich aber gestragt hat, woher ich das Recht nehme, über die Äußerungen andrer Parteien hier zu sprechen und zwar im Schutzmeisterione, erlaube ich mir ihm zu erwidern, daß ich dies Recht ebenso wie er gelegentlich aus meinem Mandat herleite. Herr Bebel hat seine Veranlassung, mir daraus einen Vorwurf zu machen, er kanzelt die andern Parteien auch ab. Ich bin noch viel höflicher gewesen als er vorgestern. Daß mein Parteistandpunkt in meiner Rede besonders zu kurz gekommen wäre, kann ich nicht zugeben. Es ist auch nicht richtig, daß ich mit meinem Kollegen Bindewald in besondern Gegensatz geraten bin. Herr Bindewald hat die Interessen der Landwirtschaft, des Kleingewerbes und des Mittelstandes nicht wärmer betont, als ich es vor ihm getan habe. Nur kommt er zu dem Schluß, das dieselben mit der gegenwärtigen Flottenvorlage unvereinbar seien, während ich sie mit der Mehrheit meiner Freunde damit für vereinbar halte. Das ist der Unterschied zwischen uns beiden, sonst weiter nichts.

(Heiterkeit.)

Der Meinungsunterschied ist jedenfalls nicht größer als der zwischen den beiden Gruppen im Zentrum auch vorhandene. Herr Bebel hat dann weiter zugegeben, es sei ihm doch etwas sehr interessant in meinen Äußerungen gewesen — ich bin erstaunt, daß nicht alles langweilig für ihn war. Allerdings habe ich festgestellt, daß nach meinen Beobachtungen im Lande wohl die Mehrheit der Gebildeten, die geistigen Führer im Volke, hinter dieser Vorlage stehen, daß aber die große Masse der Wähler sie noch nicht so weit verstanden hat, um ihr voll zuzustimmen. Das habe ich gesagt und halte es auch aufrecht; ich erachte es auch für nützlich, daß so etwas ausgesprochen wird, damit man in gewissen Kreisen sich keinen solchen Illusionen hingiebt, sondern dafür sorgt, daß möglichst die Masse des Volks auch Freude an der Stärkung unserer Wehrkraft zur See gewinnt. Herr Bebel meinte, wir müßten der Regierung allerdings dankbar sein, daß sie den Reichstag nicht aufgelöst habe, denn mit der Flottenvorlageparole würden wir gerade schlechte Geschäfte gemacht haben. Nein, Herr Bebel, für einen so ungeschickten Taktiker müssen Sie mich nicht halten. Wir würden diese Flottenvorlageparole im Falle einer Auflösung gar nicht für uns anerkannt, sondern erklärt haben, daß wir unseren Kandidaten in dieser Frage völlig frei Hand lassen müßten. So wären wir auch darüber hinausgekommen.

(Heiterkeit.)

Viel lieber ist es mir aber allerdings gewesen, daß jetzt die große Mehrheit unserer Partei für das Gesetz stimmen konnte. Herr Bebel hat auch falsch über unsere Haltung zur Militärvorlage im Jahre 1893 referiert. Er sprach zuerst allgemein davon, die Antisemiten hätten ihren Wählern das Versprechen gegeben, nicht dafür zu stimmen. Das ist ganz unrichtig; die deutschsoziale Partei, die damals noch gesondert ging, ist unter meiner Führung im Gegenteil gerade sehr lebhaft für die Militärvorlage eingetreten; bis zur Selbstaufopferung. Ich hätte ohne das manches Mandat erobern können.

(Heiterkeit.)

Die Herren von der Reformpartei aber haben ebenfalls nicht das von Herrn Bebel behauptete Versprechen gegeben. Sie haben im Gegenteil das Versprechen gegeben, unter gewissen Bedingungen für die Heeresverstärkung zu stimmen; da sie diese Bedingungen wirklich erreichten, mußten sie mit Ja stimmen. Ich betone nochmals, daß die Versprechungen der Regierungen nach meiner Ansicht thatsächlich gehalten worden sind. Herr Bebel selbst hat das ge-

Digitized by Google

legentlich zugeben müssen. Was für neue Steuern haben wir denn bekommen, Herr Bebel? Bitte, sagen Sie es mir doch. Nur das „Bischen Börsensteuer", und dagegen waren Sie wohl aber wirklich nicht, Herr Bebel! Ich will, um ganz gewissenhaft zu sein, übrigens zugeben, daß ein Versuch, die Biersteuer einzuführen, allerdings gemacht worden, aber nicht zur Ausführung gekommen ist.

Herr Bebel meinte, ich hätte ihm einen Vorwurf daraus gemacht, daß er nichts Neues gesagt habe. Ich habe eben mein Stenogramm nachgelesen. Ein Vorwurf lag in meinen Worten: „Herr Bebel hat auch nicht viel neues gesagt" nicht. Ich stimme ihm vollständig zu, wenn er selber betont, es wäre nicht viel neues zu sagen gewesen. Er wird mir dann wohl auch zugeben müssen, daß es am schwersten von allen Rednern für mich war, etwas neues vorzubringen, weil ich erst reden durfte, nachdem mir anderthalb Dutzend Redner alles vorweg genommen hatten.

Ich habe ihm auch keinen Vorwurf aus seiner Internationalität gemacht; wie könnte ich das? er nimmt diese Bezeichnung ja selbst für sich in Anspruch. Ich habe ihn nur gebeten, von seiner Internationalität nützlichen Gebrauch zu machen und den Weltfrieden dadurch zu erhalten, daß er den Leuten in Frankreich klar macht, was wir hier für friedliche Leute in Deutschland sind. Ich wüßte wirklich nicht, wo da der Vorwurf gegen ihn zu suchen ist, den er als nicht vereinbar mit meinem christlichen oder germanischen Standpunkt ansieht. Wenn er dann schließlich sagte, mein dem Zentrum gespendetes Lob würde dieses wohl stutzig machen und dergleichen mehr, so erinnere ich ihn, daß ich ausdrücklich die auf das Zentrum bezüglichen Sätze mit den Worten einleitete: „auf jede Mißdeutung hin will ich erklären, daß usw."

Was ich über die Beschlüsse des Zentrums in meiner ersten Rede gesagt habe, hatte ich für wahr, und ich werde mich in diesen meinen Meinungsäußerungen durch keinerlei Mißdeutungen, mögen sie hier oder im Lande ausgesprochen werden, irgendwie irre machen lassen. Ich will keinen Mischmasch und kein Zusammenschmelzen der Konfessionen in einander, Herr Bebel; ich will aber eine Ueberbrückung der Kluft, die jetzt vorhanden ist, und ich bleibe bei der Ueberzeugung, daß nur, wenn die Kluft überbrückt wird, und wenn man sich darauf besinnt, daß die beiderseitigen Bekenntnisse aus einer gemeinsamen Grundlage erwachsen sind, es erst wirklich besser werden kann im deutschen Volke.

(Sehr wahr! rechts.)

Und jetzt den tiefen Sprung von Herrn Bebel herab auf das Niveau, auf dem ich Herrn Richter antworten la n.

(Heiterkeit.)

Ich habe in meiner ersten Rede den Herrn Abg. Richter, seiner gegenwärtigen Bedeutung entsprechend, nur in wenigen kurzen Sätzen behandelt, sodaß ich gar nicht annahm, er würde noch eine große Rede gegen mich vom Stapel lassen. Vielleicht werde ich auch das bald nicht mehr nötig haben, denn Herr Rylwerdt, der bekanntlich nicht zu uns gehört, wird vielleicht dafür sorgen, daß wir Herrn Richters Gegenwart hier entbehren müssen. Spuren wird er nicht zurücklassen, wie der selige Kollege Windthorst, daß man ihn so oft wie jenen hier im Reichstage erwähnen kann; oder höchstens Spuren, von denen es heißt: vestigia terrent.

(Heiterkeit.)

Wenn Herr Richter gemeint hat, er sei enttäuscht von meiner Rede gewesen, so habe ich schon Herrn Bebel gegenüber zugestanden, daß ich selber nicht sonderlich von meiner heutigen Rede erbaut bin.

(Heiterkeit.)

Das kann jedem passieren, auch Ihnen, Herr Richter; Sie haben ja on langweiligere Reden gehalten als ich heute.

Wenn er mir nun unterlegte, ich hätte beabsichtigt, mit meiner Rede die Vorlage zu ändern, aber die sei noch ganz ebenso geblieben, so mache ich ihm bemerklich, daß ich gar keine Aenderungsanträge gestellt habe, im Gegenteil mich mit ihr einverstanden erklärt habe. Viel eher könnte ich ihm den Vorwurf machen, daß selbst seine geistreiche Rede gar nichts daran geändert hat. Also, man muß vorsichtig sein, wenn man im Glashause sitzt, Herr Richter, und darf nach anderen dann nicht mit Steinen werfen.

Den Ausdruck „Strafredner" habe ich mir selbst notiert, den hat er mir nachempfunden. Es ist keine bequeme Lage für eine Minderheit, in der Form ihr Recht wahren zu müssen, wie ich dazu gezwungen wurde. Ich habe aber die Empfindung, daß man nur aus Furcht vor den Unbequemlichkeiten, die Herr Bebel mit seinen Freunden dem Hause machen könnte, Herrn Bebel vorgestern seine 22 Spalten reden ließ, während man uns das Wort abschnitt. Ich mußte alles im Interesse meiner Partei bekunden, daß wir unter Umständen auch imbequem werden können auf Grund der Geschäftsordnung; man möge uns nicht dazu nötigen.

Herr Richter hat nun meine Redeverdauung, daß ich mit meinen Lungen es aushalten könnte, unter Umständen recht lange zu sprechen, dazu benutzt, um mir zu unterstellen, daß ich Lungenkraft etwa gleichwertig schätzte mit geistiger Arbeit im Hause. Aber, hochverehrter Herr Richter, Sie sind länger im Hause als ich. Sie wissen doch, daß seit meinem ersten Auftreten hier, bei meiner parlamentarischen Fuchstaufe vor 8 Jahren, Ihre Partei mich oft genug genötigt hat, von meiner Lungenkraft Ihnen gegenüber Gebrauch zu machen. Sie haben das Unglaubliche geleistet mit Ihrer Clique, mit ihrem Chor der Lacher und Schreier auf Ihrer linken Seite, um mich zu stören und außer Fassung zu bringen. Später hat das nachgelassen, nachdem Sie die Vergeblichkeit einsahen. Dabei habe ich meine Lunge sehr nötig gehabt; ich habe oft genug den Lärm, den Sie und die Ihren gemacht haben, übertönen müssen.

Herr Richter hat dann auch unsere Abstimmung kritisiert, und zwar mehrwöchigerweise genau mit denselben Worten, mit denen höchst überflüssiger Weise die „Konservative Korrespondenz" es getan hat. Ist Herr Richter vielleicht neuerdings Mitarbeiter der „Konservativen Korrespondenz"? Dann würde ich die Haltung jenes Blattes besser verstehen, dann würde ich begreifen, warum es die Erbitterung zwischen Antisemit und Konservativ noch mehr zu schüren sich fortwährend bemüht. Aber dann hat er auch Teil an der Kritik, die ein konservativer Redakteur in Elbing neulich über das genannte Blatt gefällt hat, indem er schrieb: es sei „das schlechtredigierteste Blättchen in ganz Europa". Im übrigen haben wir immerhin noch fünf Stimmen für die Flottenvorlage gestellt. Also eine kleine positive Leistung. Sie um Sie, Herr Richter, haben das Viersache in der Negation geleistet. Was ist da nützlicher?

Herr Richter unterlegte mir dann, daß ich von meiner „großen" Partei gesprochen hätte. Das ist mir nicht eingefallen, ich überjehe die Verhältnisse ganz klar und neige nicht zur Renomage. Wir sind noch keine große Partei, aber Herr Richter kann eigentlich auch nicht von seiner großen Partei sprechen.

Er hat dann — und das finde ich von seinem Standpunkt aus nahezu unbegreiflich — versucht, aus den Fährungen innerhalb unserer Partei besondere Vorwürfe gegen uns abzuleiten. Er hat solch zitiert, als er davon sprach, daß der Abg. Köhler geschrieben haben soll: die Führung Liebermanns sei nicht vorhanden. Er hat geschrieben: „ist nicht für mich vorhanden", und wenn in Ihrem Blatt die Worte „für mich" ausgelassen sind, so ist das nicht meine Schuld. Nur in der von mir zitierten Form haben die Worte im Zusammenhang einen Sinn. Der Abg. Köhler ist aber doch Mitglied in unserer Partei geblieben und wird auch nach den nächsten Wahlen, wenn er wiederkommt, mit seinen Freunden in die Partei eintreten. Darüber können Sie sich trösten.

Auch die Kritik des Abg. Förster über unsere Partei hat Herr Richter erwähnt. Nun, Herr Richter, sie sind erst durch mich in die Lage gekommen, diese Kritik überhaupt kennen zu lernen. Wir hielten die Kritik für so übertrieben und so wenig geschmackvoll, daß wir sie selbst abgedruckt haben; Herr Professor Förster hatte dieselbe nur in einem Briefe an uns gesendet. Wenn wir uns selbst davor nicht fürchten, sie der Öffentlichkeit zu unterbreiten, wird es wohl so schlimm damit nicht sein. Man soll doch im Hause des Gehenlten nicht vom Strick sprechen, Herr Richter; wenn Sie meiner Partei Unsinnigkeit zum Vorwurf machen in demselben Augenblick, wo Sie den Bruderzwist mit Herrn Rickert vor uns in wenig angenehmen Formen, vor unseren Augen und Ohren ausfechten, so kann ich das in der That für nicht übermäßig geschickt halten. Ich werde Ihrem Beispiel nicht folgen und werde nicht etwa meine abweichenden Anschauungen von einzelnen Herren meiner Partei hier zum Gegenstand der Verhandlungen machen, wie Sie es bezüglich Herrn Rickerts beliebt haben. Thatsächlich sind jene Meinungsverschiedenheiten gar nicht

Digitized by Google

so schroff, wie Sie vielleicht meinen. Jede junge Partei macht Gährungen durch, und in solcher Gährung befinden wir uns.

(Heiterkeit.)

Wie absurd sich auch der Most manchmal geberden möge, es giebt schließlich doch guten Wein. Es giebt aber auch eine saure Gährung, und die ist bei dem Freisinn eingetreten. Da wird Essig draus.

(Heiterkeit rechts; Lachen links.)

Ich muß schließlich dem Herrn Richter ins Gedächtnis rufen, daß wir aus ganz kleinen Anfängen zu einer Partei geworden sind. Bei ihm ist es umgekehrt gegangen. Er kam in eine große, reiche, mächtige Partei. Was hat er im Laufe der Jahre daraus gemacht? Ich glaube, wenn man ihm einmal außerhalb dieses Hauses ein Denkmal setzt, wird man mit Recht darauf schreiben: „Die deutsche Fortschrittspartei ihrem Eugen Zugrunde-Richter!"

(Stürmische, andauernde Heiterkeit.)

Herr Richter antwortete wie folgt:

Der zweite Aufguß der Rede des Herrn Liebermann von Sonnenberg

(Unruhe; Zurufe rechts)

war womöglich noch inhaltloser, noch dünner und langweiliger als der erste. Es war ein allgemeines Gerede, eine ganz allgemein gehaltene Ausführung ohne irgend eine Spur der sachlichen Erwiderung auf das, was ich ihm vorhalte, und ich finde ihn hinlänglich gerichtet dadurch, daß Herr Abg. Ahlwardt ihn hier so lebhaft applaudiert hat.

(Heiterkeit.)

Ich muß anerkennen, diese beiden geehrten Herren Kollegen stehen vollständig auf demselben Niveau, so daß ich nicht begreife, warum sie sich getrennt haben; vielleicht schließen sie sich wieder einmal brüderlich zusammen.

Nun mischte sich Herr Ahlwardt in die Verhandlungen und ging Herrn Richter zu Leibe. Dieser entgegnete und kam dabei nochmals auf den Abg. von Liebermann zu sprechen und sagte:

Dann habe ich heute erwähnt, daß Herr Ahlwardt gelacht hat. Wenn man thatsächt, muß man sich auch gefallen lassen, daß das entsprechend notiert wird, und übrigens habe ich das gar nicht gegen ihn notiert, sondern gegen Herrn Abgeordneten von Liebermann, und ich freue mich, daß die Äußerungen des Herrn Ahlwardt bekundeten, daß diese beiden edlen Seelen sich wieder gefunden haben.

In einer persönlichen Bemerkung antwortete darauf der Abg. v. L:

Dem Herrn Abg. Ahlwardt gegenüber erwidere ich, daß ich meine persönliche Stellung und Überzeugung in keiner Weise geändert habe; und wenn er glaubt, daß er nunmehr mit mir übereinstimmt, so täuscht er sich.

Der Herr Abg. Richter hat geglaubt, feststellen zu sollen, daß der zweite Aufguß meiner Rede noch dünner und langweiliger gewesen sei als meine Rede selber. Daran glaubt er selber wohl kaum. Das ist entschuldbar, denn er war in zu großer Aufregung, um zu wissen, was er sprach.

Herr Richter hat außerdem eine Reihe unrichtiger Behauptungen aufgestellt. Er sagte, ich hätte auf seine sachlichen Erwiderungen nicht geantwortet. Herr Richter hat erstens überhaupt keine sachlichen Behauptungen gemacht, sondern mich persönlich angegriffen.

Präsident: Das ist nicht persönlich.

Liebermann von Sonnenberg: Zweitens habe ich Satz für Satz seiner Angriffe beantwortet. Herr Richter quittierte jetzt wieder mit einer beschimpfenden Äußerung, mit einer Beleidigung. Herr Richter, Sie können mich überhaupt nicht beleidigen!

(Große Unruhe. Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Das ist keine persönliche Bemerkung.

Liebermann von Sonnenberg: Ich glaube, das war sehr persönlich.

Herr Ahlwardt antwortete nochmals und ebenso dann noch einmal der Abg. v. L. mit folgenden Worten:

Ich bin dem Herrn Abg. Ahlwardt dankbar, daß er meinen Namen genannt hat; ich darf dann wenigstens dem Herrn Abg. Richter noch sagen, daß ich mir sein Benehmen gar nicht anders erklären kann, als daß er, weil ihm mittlerweile aller Humor ausgegangen ist, jeden beneidet, der noch fähig ist, einen treffenden Scherz zu machen.

Darauf entgegnete Herr Richter:

Was den Ausdruck bei Herrn Liebermann von Sonnenberg betrifft, ich hätte ihn beschimpft, so ist mir nicht bewußt, in welcher Weise es geschehen ist. Oder findet er etwa in der Zusammenstellung seiner Person mit der des Herrn Ahlwardt eine Beschimpfung? Darüber muß ich den Herren überlassen, sich auseinanderzusetzen; denn sie schlagen sich und vertragen sich.

Herr von Liebermann ließ Eugen dem Lauen diesmal das letzte Wort — wahrscheinlich weil er Mitleid mit dem großen Freisinnshelden hatte, der vielleicht noch niemals, so lange er im Parlamente ist, so ausgelacht wurde, wie an diesem Tage, und der sich in einer Aufregung befand, daß es von der Tribüne aus schien, als ob er vor einem Schlaganfalle stände.

Unsere Leser mögen sich nunmehr selbst ein Urteil bilden, was von den Behauptungen einiger nationalliberalen Blätter, z. B der „Köln. Ztg.", zu halten ist, die von einer Niederlage des Antisemitenführers von Liebermann faseln!

Der Schöpfer der deutschen Sozialdemokratie.

Karl Marx (geb. zu Trier 1818, gest. zu London 1883) wird seitens der jetzigen deutschen Sozialdemokratie als der geistige Vater ihrer Bestrebungen angesehen. Seine Schriften, vor allen sein auf englischen Industrie-Verhältnissen aufgebautes, umfangreiches „Kapital" betrachten die Sozialdemokraten als die Grundlage ihres Wissens. In der That kann man Karl Marx, soweit dessen Schriften in Frage kommen, großen Sammelfleiß und eine gewisse Gelehrsamkeit nicht abstreiten, die belehren könnte, wenn nicht talmudische Witzelei und Haarspalterei in Verbindung mit berechnender Sophistik abstoßend wirkten. Wesentlich marxistischen Einflüssen entsprungen ist der internationale Zug der deutschen Sozialdemokratie, denn Marx, als Sohn eines Juden geboren, huldigte in der That und Wort ausgesprochen internationalen Grundsätzen. Bisher sind von antisozialistischer Seite nur die Schriften und Grundgedanken von Karl Marx bekämpft worden und es würde auch nicht unsre Sache sein, Streitschriften auf seine Persönlichkeit zu werfen. Hätte nicht jetzt Liebknecht in einer Schrift den Versuch gemacht, den Menschen Marx zu verherrlichen. Wir sind weit davon entfernt, allgemein menschliche Schwächen zu rügen oder solche bei einem Gegner absichtlich hervorzurufen. Wenn aber, wie es Liebknecht thut, versucht wird, Karl Marx zu einem Idealmenschen empor zu schrauben, wenn neben dem großen Geist desselben nun auch sein großes Herz verherrlicht wird, so fordert das die Kritik mit Recht heraus.

Um ganz unparteiisch zu sein, wollen wir über den Charakter von Karl Marx nur solche seiner Zeitgenossen zu Worte kommen lassen, die ihm persönlich nahe standen, deren Geistesrichtung der seinen verwandt war und von denen man annehmen kann, daß sie ihr Urteil ohne Nebenabsichten, auf Grund ehrlicher Überzeugung abgaben

Da ist zunächst Arnold Ruge, der demokratische Publizist, der mit Karl Marx zusammen im Jahre 1844 die „deutsch-französischen Jahrbücher" in Paris herausgab. Ruge verkehrte längere Zeit intim mit Marx und schwärmte anfangs sehr für ihn. Er nennt ihn in seinen Briefen aus dem Jahre 1843 mit Hochachtung einen „ausgezeichneten Kopf". Allmählich fühlte sich jedoch dieser Enthusiasmus bei Ruge gewaltig ab, nament-

Digitized by Google

lich als Karl Marx mit unbegründeten Geldforderungen an Ruge herantrat, die dieser nicht zu erfüllen im stande war. Ruge lernte nunmehr das „auflösende sophistische Naturell" seines Freundes kennen. „Fanatiker des Egoismus", „ganz gemeiner Kerl und unverschämter Jude", der „zähneknirschend und grinsend alle schlachte, die ihm, dem neuen Baboeuf den Weg vertreten", mit diesen und ähnlichen Ausdrücken charakterisierte Ruge nunmehr seinen ehemaligen Mitarbeiter Marx. Er schreibt: „Marx ist nur die gewissenlose, die grundlose Kritik, die Charakterlosigkeit, die Untreue, die Wüstheit als Maxim."

Anshührlicher noch als Ruge äußert sich Karl Heinzen, der ultrademokratische Schriftsteller und Publizist der Revolutionsjahre. Auch er hat Karl Marx persönlich sehr genau gekannt und als Mitarbeiter der von Marx redigierten „Rheinischen Ztg." Gelegenheit gehabt, das Wesen von Marx zu studieren. In seiner Lebensbeschreibung, die unter dem Titel „Erlebtes" in Boston (Amerika) erschien, beschreibt er genau seinen Verkehr mit dem Sozialistenführer und dessen äußere Erscheinung. „Der ganzen Gesinnungspartie des Marxismus fehlte, wie seinen Zügen, das Element des edlern und des idealen. In den kleinen dunkeln Augen spielte ein aus Geist und Bosheit gemischtes Feuer. Man begreift sofort, daß eine so gebildete Natur einem Feind nicht offen und ehrlich zuleibe geht, sondern daß ihre entsprechendsten Mittel Lüge und Verleumdung, Tücke und Intrigue sein müssen. Von Treue und Verlaß, Ehrlichkeit und Gewissenhaftigkeit, Ehre und Charakter ist bei einem solchen Menschen keine Rede, darauf muß man von vornherein verzichten. Bei allem Talent ist Herr Marx geistig ein bloßer Dialektiker und Sophist und den überspst sein gemeinsamer Charakter in die Praxis unmittelbar als Lügner und Intriguanten." Als hervorragende Charaktereigenschaft von Marx bezeichnet Heinzen, der übrigens für dessen Talent durchaus nicht blind war, den Neid gegen Mitstrebende. „Der Natur dieses Menschen ist nichts unerträglicher als die Auszeichnung eines andern. Wen er nicht erreichen oder ausstechen kann, den muß er herunterseßen. Als Herwegh durch seine Gedichte so großes Aufsehen erregte, ärgerte sich niemand so sehr wie Karl Marx. „Man muß dem Menschen zeigen, daß man auch Gedichte machen kann', sagte er. Freilich, wenn er es gekonnt, so hätte er es auch ohne Herwegh „gezeigt". Schon daß ein Mensch ihm an Körperkraft überlegen war, machte ihm Kopfschmerzen."

Anderwärts beschildigt Heinzen Marx der Falschheit. „Ich habe diesem Menschen zehe Schlechtigkeit zutrauen gelernt, von der gemeinsten Intrigue bis zum infamsten Verrat, es braucht sich blos um einen Gegner zu handeln, der eine öffentliche Macht zu werden und seine Macht ehrlich für die Freiheit zu benutzen droht Bei einem Menschen, der die Verleumdung systematisch betreibt, und zwar blos aus persönlichen Motiven der Scheelsucht und der Rangläuferei, hat die Schlechtigkeit keine andere Grenze, als die seines Mutes und der physischen Möglichkeit. Es ist nicht prinzipielle Eifersucht, nicht Eifer für den Sieg der Vernunft und Wahrheit, was diesen Marx treibt, diesen oder jenen anzugreifen, weil er in seiner Anerkennung die Dummheit und Lüge triumphieren sieht. Nein, es mag ein Schriftsteller genau dasselbe sagen und ein Revolutionär genau dasselbe wollen, was Herr Marx sagen und wollen würde, er wird ihn herabsetzen, verleumden und Intriguen gegen ihn anspinnen, sobald er ihn sich auszeichnen und einen Einfluß erlangen sieht. Eine gelungene Intrigue oder ein wirksamer Angriff gegen einen Schriftsteller und Politiker, den er als Rivalen ansieht, gilt ihm mehr, als jedes siegreiche Prinzip, und die größte Freude, die dieser bösliche Egoist in der Welt kennt, ist die Schadenfreude ... Das also ist das Haupt der deutschen Kommunisten, der Chef der „Schwefelbande", der Erfinder des „Klassenkampfs". Und glauben etwa die Kommunisten, dem Herrn Marx sei es Ernst mit dem Kommunismus? Er glaubt so wenig daran wie ich, und niemand würde sich in einer kommunistischen Gesellschaft weniger am Platze finden als er. Der Kommunismus hat ihm blos als Mittel gedient, etwas Apartes zu repräsentieren und eine „Partei" figurieren zu lassen, die allen andern opponiert. Man gebe ihm heute alle Macht, den Kommunismus zu verwirklichen, so wird er morgen Reißaus nehmen, um nicht beim Wort genommen zu werden. Der Hauptcharakterzug dieses Menschen besteht darin, für andere, die etwas schaffen wollen, ein Hindernis zu sein und als solches anerkannt zu werden; der Wunsch, ein Förderungsmittel zu sein, liegt nicht in einer solchen Natur. Und da er weder den Trieb, noch die Kraft hat, etwas Positives zu schaffen, findet er seine höchste Satisfaktion darin, andere als negative Kraft zu lähmen und von ihnen für „geschrieb" gehalten zu werden."

Waren diese beiden Gewährsmänner Journalisten, die, ebenso wie Marx, publizistisch für die 48er Bewegung kämpften, so ist der dritte, dessen Urteil uns vorliegt, ein ehemaliger preußischer Offizier von Techow, der, nachdem er wegen seiner demokratischen Ansichten flüchtig geworden, Karl Marx kennen lernte. Auch er ist voll Bewunderung für seinen Geist, aber ebenso abgeschreckt von seinem Charakter. Techow schreibt in einem Briefe aus dem Jahre 1850: „Ich bedaure es nur unsres Zieles willen, daß dieser Mensch (Marx) nicht neben seinem eminenten Geist ein edles Herz zur Verfügung zu stellen hat. Aber ich habe die Überzeugung, daß der gehässliche persönliche Ehrgeiz in ihm alles zerfressen hat. Er lacht über die Narren, welche ihm seinen Proletarierkatechismus nachbeten, so gut wie über die Kommunisten à la Willich, so gut wie über die Bourgeois. Die einzigen, die er achtete, sind ihm die Aristokraten, die reinen und die es mit Bewußtsein sind. Um sie von der Herrschaft zu verdrängen, braucht er eine Kraft, die er allein in dem Proletariat findet; deshalb hat er sein System auf dieses zugeschnitten."

Es wäre nicht schwer, schreibt die „D. Tagesztg.", aus der Litteratur der 40er und 50er Jahre ähnliche Stimmen von Freunden und Gesinnungsgenossen über Karl Marx zu sammeln, so von Georg Herwegh, Michael Bakunin und andern. Jedenfalls beweist der Umstand, daß drei einwandfreie Zeugen, wie Ruge, Heinzen und von Techow, die unabhängig von einander (darunter zwei in Privatbriefen) ihre Beobachtungen über Karl Marx aufzeichneten, sich in gleichem Sinne ungünstig aussprachen, wie weit entfernt der Charakter von Marx davon war, einen idealen Märtyrer der Arbeitersache darzustellen. Der Versuch, für sozialdemokratische Zwecke aus der Person von Karl Marx einen Parteiheiligen zu konstruieren, dessen großes Herz so warm schlug für alles Menschliche und für alles, was Menschenantlitz trägt", wie ihn Liebknecht gewagt hat, muß als gescheitert gelten. Als Urbild eines großen „Mannes" können die Sozialdemokraten Karl Marx der Welt nicht mehr präsentieren. Wahrhaft große Geister sehen anders aus, als der kleine Jude aus Trier!

Paschawirtschaft.

Wie die Hohenzollernschen Blätter" melden, ist letzte Woche auf dem Juden-Friedhofe zu Hechingen eine erhebliche Anzahl Grabsteine beschädigt worden. Einigen Heißspornen — so schreibt man uns dazu aus Hechingen —, die den Leuten weiß zu machen suchen, dieser Frevel sei die Folge der in diesen Blättern in letzter Zeit erschienenen Abhandlungen über unsre hiesigen Juden, sei hiermit erwidert, daß wir selbstverständlich einem solchen Gebahren fernstehen und es verdammen. Auch der lärmende Bierbank-Antisemitismus ist nicht nach unserm Geschmack. Wir zeichnen die Juden in ihren Eigentümlichkeiten, die eine unsinnige Emanzipation seiner Zeit nicht beachten zu müssen glaubte in der Hoffnung auf ein nicht vorhandenes Anpassungsvermögen, und wir haben nichts anderes im Auge, als unser Volk aufzuklären zu seinem Nutzen und Frommen in Handel und Wandel. Denn wir sind der Überzeugung, daß Sperber und Taube für die Dauer nicht gleichberechtigt nebeneinander leben können, weil die Daseinsbedingung des einen den Ruin und Untergang der andern bedeutet.

Was die Beschädigung der Grabsteine auf dem jüdischen Totenhofe angeht, dürfte doch wohl mit Leichtigkeit eine näher liegende Veranlassung zu finden sein, als die uns gegenüber beliebte böswillige Aussstreuung. — Der Fall ist nicht vereinzelt,

Digitized by Google

daß sich das gekränkte Volksgewissen und verletzte Rechtsbewußtsein nach der verkehrten Seite hin Luft gemacht hatte. Nicht entschuldigen, wohl aber erklären können wir uns das Vorkommnis in Hinsicht auf die nicht weit vom Begräbnisplatze belegene Fabrik von B. Baruch & Söhne. Das Treiben des dortigen Baruch ist seit langen Jahren bekannt in Stadt und Land, ohne daß bis jetzt jemand Miene gemacht hätte, öffentlich dagegen aufzutreten. Zum Hohn gegen alle Fabrikinspektion huldigt Baruch in Bezug auf seine Arbeiterinnen nämlich den Grundsätzen seines Stammesbruders Heinrich Heine, des Schmutzfinken im deutschen Dichterwalde, der da sagt: „Den Leib, den will ich haben, den Leib so schön und jung, die Seele magst behalten, habe selber Seele genung!“

Wenn die Folgen des unsittlichen Umgangs ersichtlich werden, dann wimmelt man das zu Grunde gerichtete Mädchen ab und schickt es nach Amerika, wo es im Elend verkommen kann.

Geht das nicht nach Wunsch und ist der Judensprößling einmal da, dann schent man sich nicht einmal, die Vaterschaft selbst vor Gericht abzuleugnen und dafür sogar den Reinigungseid anzubieten. Meistens gelingt es, die armen entehrten Mädchen zum Schweigen zu bringen, zum Glück aber doch gerade nicht immer. Ein bezeichnendes Schlaglicht auf die in der Baruchschen Fabrik bestehenden Zustände wirft eine Verhandlung, die am 8. Juni 1895 vor der zweiten Zivilkammer des Kgl Landgerichts zu Hechingen in Sachen des Clemens Josef Beck gegen Adolf Baruch wegen Alimentation stattfand. Die Zeugen bekundeten, daß sie den Baruch abends zwischen zehn und 11 Uhr im Schlafrock in das Häuschen seiner Arbeiterin, der Theresia Beck, haben wandeln sehen. Diese wurde in der Fabrik auffällig bevorzugt, sie aß besonders gut und erhielt keine Strafen, wie die anderen Arbeiterinnen.

Die Verhandlung, Zeugenaussagen und das Urteil dieses Prozesses sind abschriftlich bei der Redaktion der „Deutsch-Sozialen Blätter“ niedergelegt, und jeder gutmütige Zweifler hat Gelegenheit, sich dort zu überzeugen, daß Baruch gerichtlich gezwungen werden mußte zur Alimentation des Clemens Josef Beck, eines seiner eigenen Kinder. Und da spricht noch mitunter jemand von „noblen Juden“!

Ist es da ein Wunder, wenn ein rechtlich denkender Mensch innerlich knirscht und seiner Empörung in nicht zu billigender Weise Ausdruck verleiht? Die „sittliche Entrüstung über die Grabschändung“ sollte übrigens seitens der Hechinger Juden und ihrer Lakaien nicht so laut in die Welt hinausposaunt werden, denn das erweckt Erinnerungen, die man vorsichtigerweise weiterschlummern lassen sollte. Blättern wir doch etwas zurück, nicht in Eglers Stadt-Chronik, denn da finden wir derartiges nicht, auch nicht in den Annalen der Juden-Gemeinde, aber in den Akten des Gerichts- und Stadtschultheißen-Amtes. Da können wir finden, daß die öffentliche Prügelstrafe auf dem Hechinger Marktplatze zuletzt an einem alten Juden, namens Löwengard, vollzogen wurde. Und warum? Wegen gemeiner, unsittlicher Beschmutzung und niederträchtiger Verunreinigung des Innern der St. Luzerkirche zu Hechingen.

Es gereicht uns zur besonderen Befriedigung, dem versuchten Entrüstungsrummel mit dieser Erinnerung einen Dämpfer aufzusetzen. Und wenn das Gesagte nicht reichen sollte, steht noch mehr zur Verfügung, und es würde uns sehr angenehm berühren, wenn die „Mitteilungen“ des Abwehrvereins einen Staatsanwalt ausfindig machen wollten, vor dem das angeschnittene Thema weitergesponnen werden könnte!

Goldvorräte.

Ein magyarisches, liberales Blatt zu Ofen-Pest, der „Magyarország“ bringt unter dieser Überschrift einen längeren Artikel, der nach einer geschichtlichen Einleitung schildert, wie das zunächst aus England, dann aus Deutschland und aus dem lateinischen Münzbunde verdrängte Silber nach Amerika, Indien und Japan wanderte, wo es überall Gewerbe und Ausfuhr in die Höhe brachte. Die darauf folgende Darstellung der Verhältnisse in Ungarn ist so drastisch und so bezeichnend, daß wir sie unsern Lesern nicht vorenthalten wollen. „Magyarország“ schreibt: Selbst unser armes mit Papier gesegnetes Reich fühlte den wohlthätigen Einfluß des Silbers. In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre gewahrten wir mit Staunen, wie die schmutzigen Guldenzettel mehr und mehr durch das glänzende Silber verdrängt wurden. Die gesetzlich bestehende Silberwährung war auf dem Punkte, sich zu verwirklichen. Die beiden Regierungen erblickten darin jedoch eine große Gefahr und verboten daher 1879 die freie Silberprägung durch einfache Verordnung. Daß dies gesetzwidrig war, bemerkte damals niemand.

So kamen wir in die verzwickte Lage, daß unsere Papiergulden mehr galten als die silbernen, aber weniger als die Goldgulden. Erstere Thatsache würdigte das Bestreben, zur Goldwährung überzugehen; letzte drückte das Mißtrauen aus, das man in die Durchführbarkeit dieses Planes setzte. Seitdem schweben unsere Gulden zwischen Himmel und Erde wie Mohammeds Sarg, da man die wirtschaftliche Kraft, zumal die Ungarns, nicht genügend gewürdigt hatte. Doch hätte es der Mühe wohl verlohnt, denn indem wir den festen Grund des Silbers, vielleicht für immer, unter den Füßen fortstießen, thaten wir einen Sprung ins völlige Dunkel.

Und mit verbundenen Augen ging es weiter. 1892 wurde die Goldwährung gesetzlich festgelegt, zugleich der Wert unsrer Papiergulden zwischen Gold und Silber, zu 84 bestimmt. Ja, wir haben sogar schon wirklich Kleingeld: Kupfer, Nickel und Silber nach Kronenwährung, bei dessen Prägung der Staat einen tüchtigen Schnitt gemacht hat. Jetzt hat nun auch der stehende Parlamentsausschuß in seinem Jahresbericht mitgeteilt, daß der erforderliche Goldbestand vorhanden ist: nicht weniger als 160 Millionen Kronen. Es bleibt also nur noch der letzte Schritt zu thun, diese Goldmenge dem Verkehr zu übergeben.

Das ist der entscheidende Schritt. Damit werfen wir das ärmliche aber warme Gewand der schlechten Währung ab und treten in den großen Kampf ein, den die Völker Europas um das Gold kämpfen, und der täglich heftiger wird. Er hat auch schon sein Opfer gefordert: Italien, dem seine heimströmenden Wertpapiere nicht nur sein Gold, sondern selbst seine Scheidemünze abgenommen haben. Aber an seine Stelle tritt ein viel gefährlicherer Gegner: Rußland, dem seine Macht, sein Reichtum und seine Regierungsform den Sieg sichert. Wir dagegen treten in den Kampf ein, bewaffnet mit vier Milliarden Schulden, mit zu Grunde gerichteten Gewerbe, mit notleidender Landwirtschaft, mit Bauernaufruhr und Ausgleichswehen . . . wie Don Quixote, als er gegen die Windmühlen loszog.

Und jetzt steht die Regierung auf dem Gipfel. Vor ihr der Abgrund der Goldwährung, hinter ihr der steile Hang der Weder-Papier- noch- Silber-Währung. Vorwärtsgehen bedeutet den sicheren Sturz, zurückweichen Schande und Verlust. Wird die Goldwährung eingeführt, so werden unsre Wertpapiere, in denen bisher nur unsre schlechte Währung das Heimweh unterdrückt hat, uns sogleich auf den Kopf kommen und das letzte Goldstück nehmen, so daß wir im wahrsten Sinne des Wortes ohne Geld bleiben. Kehren wir dagegen zur Silberwährung zurück — was mit einigem Holterdipolter möglich wäre — so könnten wir mit der Zeit wieder ins Geleise kommen, zugleich aber würden wir vor Europa unsre Armut offenbaren und damit das Ansehen des Reiches in Frage stellen. Wir würden mit den armen Ländern wie Indien und Japan auf eine Stufe gelangen.

Die festgesetzte Zeit ist schon abgelaufen, aber die Regierung kann sich noch nicht entschließen. Der Ausschuß zählt das wohlverschlossene Gold noch und geht heim. Alles bleibt beim Alten, auch unsere Währung, die weder Papier, noch Silber, noch Gold ist, zum unberechenbaren Schaden unsrer ganzen wirtschaftlichen Entwicklung.

So weit kann ein Volk durch eine „Verordnung“ der Regierung kommen. Hätten wir 1879 die freie Silberprägung belassen, so stünde unsre gesetzliche Silberwährung jetzt fest, die unsrer wirtschaftlichen Schwäche zukommt. Das hereinströmende Silber hätte unser Gewerbe, unser Landwirtschaft in Aufschwung

Digitized by Google

bringen können. Unsre drückenden Schulden wären leichter geworden, ohne daß die Rechte unsrer Gläubiger beeinträchtigt worden wären. In unserm Großgrundbesitz haben wir den beschiedenen aber sicheren Boden verlassen, ein künstliches Aufgeld geschaffen und so unsre Schulden ungeheuerlich erhöht. Kurz, wir haben eine Lage geschaffen, der wir nur durch unabsehbare Wirren und um den Preis der schwersten Opfer entgehen können.

Welche Bevölkerung dem gegenüber, daß wir 160 Millionen Kronen in Gold vorrätig haben! — An dieser vernünftigen Ansicht der Liberalen in Ofen-Pest könnten sich unsre deutschen Liberalen und ihre Nachbeter ein Beispiel nehmen!

Mosaik.

Die Anziehungskraft der Großstadt. Auf eine Anzeige in einem großstädtischen Lokalblatte, in dem eine Arbeitskraft gesucht wurde, meldeten sich an zwei Tagen zusammen etwa achthundert Personen. Unter den Stellensuchenden befanden sich Leute aus allen Lebenslagen, Kassierer, Buchhalter, Handlungsgehilfen, Handwerker, Arbeiter usw. Diese Thatsache wird von der Mehrzahl der Blätter natürlich unter der Spitzmarke „Soziales Elend“ berichtet. Wir sind aber der Meinung, daß derartige Vorgänge als Beweise sozialen Elends völlig hinfällig sind; man sollte so etwas einfach als einen Beitrag zur Anziehungskraft der Großstadtluft verzeichnen. Während in den Großstädten Überfluß an Arbeitskräften jeglicher Art ist, ist die Beschaffung von Arbeitskräften in der Provinz mit den größten Schwierigkeiten verbunden. Viele tausende unselbständiger Existenzen verdungern oder verbummeln lieber in der Großstadt, als daß sie sich dazu entschließen könnten, in einer Provinzialstadt in auskömmlicher Stellung sich solide zu ernähren. Also nicht um „soziales Elend“ handelt es sich in diesen Fällen, sondern um den Hang zu dem ungebundenen, abwechslungsreichen und vielfach auch üppigeren Leben der Großstadt! Mag man den jungen Leuten sein von Berlin, Breslau, Hamburg oder Leipzig höheres Gehalt oder besseren Lohn bieten — die Vergnügungen, die reichen Gelegenheiten zum Ausruhschen auf der Bahn der Solidität und Ehrbarkeit, die ihnen in der Großstadt geboten werden, versagt ihnen die Provinz! Deshalb bleiben sie in der Großstadt und nähren sich kümmerlich und liefern den Humanitätsdusslern Attenstöße an Material zu den beweglichen Klagen über das „soziale Elend“ und oft auch gleichzeitig den Kriminalstatistikern die gewaltigen Ziffern, mit denen die Zunahme der Verbrechen und Vergehen bewiesen wird!

Wie man in früherer Zeit über die Blutbeschuldigung dachte, zeigt nachfolgender Auszug, den wir dem zwölften Bande des Buches „Vollständiges Staats-, Post- und Zeitungs-Lexikon von Sachsen“ entnehmen, das im Jahre 1825 zu Zwickau (Sa.) im Verlage der Gebr. Schumann erschien. Es heißt dort: Auch zur Geschichte der Heiligen tiefert Weißensee (Thüringen) einen Beitrag. Als nämlich die Juden im Jahre 1303 in der Charwoche einen Knaben Conrad Bochner ermordet, mit Priemen durchstochen und sein Blut ausgefangt hatten, der Leichnam aber in einer Weinbergshütte hängend gefunden wurde, so trug man denselben, nachdem man der Ermordungsart auf die Spur gekommen war, in die Stadtkirche, wo, im Beisein des Landgrafen Friedrich, der kleine Märtyrer unter dem Namen St. Conrad unter die Heiligen versetzt wurde. Es folgte nun eine allgemeine Judenvertilgung durch Thüringen.

Ein Bittredner möchte auch meist ein Vielvisser sein. Er läßt jedoch den andern keine Pause, um ihn zu belehren.

Wissenschaftliche Sozialdemokratie. In der „Neuen Zeit“, dem Blatte, in dem die Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie „wissenschaftlich“ mit den verschiedensten Gebieten der Wissenschaft operiert werden, steht über die Märztage des Jahres 1848 und ihre Opfer zu lesen: Der geringste der Toten, die im Friedrichshaine schlummern, hat größeren Anspruch auf den Dank der Nachwelt, als ein Bismarck oder Wilhelm, der sogenannte Große. — — Man weiß wahrhaftig nicht, wer dümmer ist: die „Wissenschaftler“ der Neuen Zeit oder die „wissenschaftlichen“ Genossen, die sich solchen Kohl vorsetzen lassen.

Jüdisches Geständnis. Der Dreyfus-Rummel hat auch in Frankreich eine Menge Federn in Bewegung gesetzt. Für den edlen Kapitän, dessen Liebesgeschichten in Berlin unter den Linden feilgeboten werden und dessen „Bildnis“ man neben dem neuesten Zola-Roman auf den Proben-Tischen des Berliner Tiergartenviertels finden kann, streiten die edlen Federhelden aus dem Stamme Nimm, die modernen Papier-Makkabäer Lazare, H. Strauß u. a. Dem letztgenannten ist dabei ein köstliches Geständnis entschlüpft. Er schreibt nämlich: „Ich bin überzeugt, wenn die hervorragenden Juden (Rothschild usw.) sich mit der Angelegenheit Dreyfus befaßt hätten, so erstreute sich der Kapitän der Freiheit, selbst wenn er schuldig wäre. Nirgends ist man so den Nebenverdiensten (!) so zugänglich wie in Frankreich und bei den Juden.“ — Das läßt tief blicken!

Firmen-Verschleierung. Unter der Firma P. C. Schenk & Co. ist mit dem Sitze zu Frankfurt (Main) am 8. März 1898 eine offene Handelsgesellschaft errichtet worden, deren Gesellschafter sind die Kaufleute Paul Carl Schenk, Rudolf Salomon Mayer und Sally Salamon. Der Gesellschafter Paul Carl Schenk ist zur Vertretung der Gesellschaft und Zeichnung der Firma aber nicht berechtigt. —

Das Kassee Bauer zu Frankfurt (Main) wurde bisher von einer Kommandit-Gesellschaft unter der Firma Th. Bauer & Co. betrieben. Nunmehr ist die Gesellschaft aufgelöst und das Handelsgeschäft auf den Kaufmann Max Abeles übergegangen, der es unter unveränderter Firma als Einzelkaufmann fortführt.

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. Die erste Gymnasiallehrerin in Österreich heißt Goldblatt Springe Kammerling. —

In einem Artikel gegen das „Berliner Tagebl“ erklärt Eugen Richter in seinem Blatte: „Die „Freisinnige Zeitung“ ist eben Organ einer politischen Partei und nicht eines Inseraten- und Reklame-Geschäfts.“ Der große Volksredner bestätigt also jetzt, wo es ihm selbst an den Kragen geht, die Auffassung, die die bösen Antisemiten seit vielen Jahren verfochten haben. Nur hätte er nicht das Wörtlein „jüdischen“ vergessen sollen! —

Gegen das Verbot der rituellen Beköstigung der jüdischen Strafgefangenen in den preußischen Gefängnissen ist die jüdische Gemeinde zu Berlin beim Justizministerium vorstellig geworden. Sie hat aber nichts ausgerichtet, da der preußische Rechtsminister der Ansicht ist, daß dem jüdischen Gauner keine Extra-Wurst gebraten werden soll. —

Die „Köln. Volksztg.“, das Hauptorgan des rheinischen Zentrums, brachte vor einiger Zeit Erinnerungen an die Franzosenzeit in Rom und eine Schilderung der Behandlung des Papstes Pius VI. Es heißt darin: „Nach der Abreise des Papstes aus Rom wurde ein großer Teil des Mobiliars des vatikanischen Palastes, namentlich die Gala-Equipagen, an die Juden verschachert mit der Weisung, sie sofort zu zerschlagen. Die Juden waren es ganz besonders, die in jenen Tagen den Franzosen zujubelten und sich durch die Plünderungen bereicherten.“

Uhren liefert zu äußerst billigen Preisen unter reeller Garantie
Gustav Kaniss
Uhrmacher
LEIPZIG, Tauchaerstr 6.

Seiler-, Bürsten-, Besen-
Detail u. **Binselwaren** Engros
Spezialit.: **Pofler-Waren.**
Oscar Mühler, Windm.-Str.25.

Billige, dichte
Dächer
sowie nur der ewig
Anderna
Asphalt-Dachpappen
Muster etc.
postfrei

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe in Berlin NW. 5, Kruppstr. 13 p.
Druck: G. Reusche, Leipzig.

Digitized by Google

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich Mk. 1.50 bei den Postanstalten (Postzeitungsliste Nr. 1730) und Buchhandlungen. Unter Streifband Mk. 2.

Herausgegeben von Max Liebermann v. Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Anzeigen: die dreigespaltene Petit-Zeile 25 Pfennige. Verantwortliche: Königsstraße Nr. 97, Leipzig.

XIII. Jahrgang. | Leipzig, 14. April 1898. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Juden-Frage. Otto Glagau. | Nr. 504.

Inhalt Arbeit und Lohn. — Zur Flottenfrage. — Deutsche und jüdische Kaufleute. — Dividenden, Tantièmen und „Liebesgaben". — Ein jüdischer Tennyjaint. — Wie kann man durch Lotterieloose reich werden? — Jüdische Ehen. — Ein ehrlicher Jude — Die Spielbank von Monaco! — Die Juden in der Kunst. — Mosaik. — Der dritte deutsche Handlungsgehilfentag. — Sehr geehrter Herr Rickert! — Parteinachrichten.

Arbeit und Lohn

In der vorchristlichen Zeit wurde die Arbeit als etwas des freien Mannes unwürdiges angesehen; nur Sklaven durften arbeiten. Auch in der Gegenwart finden wir bei heidnischen Völkern ähnliche Anschauungen. Erst das Christentum hat der Arbeit zu ihrem Recht verholfen. Erst aus dem Geiste des Christentums heraus war das Schillersche Wort, „Arbeit ist des Bürgers Zierde, Segen ist der Mühe Preis!" möglich und verständlich. In der That ist die Arbeit eine Zierde und ein Segen, doch nicht nur für den Bürger, sondern für alle Menschen.

Die Arbeit wirkt beruhigend und befreiend, sie erleichtert des Kummers Last und lichtet der Sorge Dunkel. Es giebt nichts, was die Seele freier und frischer, fester und widerstandsfähiger machen könnte, als die Arbeit. Wer einmal unter dem dumpfen Drucke eines schweren seelischen Schmerzes gestanden hat, wird ihre befreiende und hebende Kraft unmittelbar empfunden haben. Wahre Befriedigung im Leben ist nur möglich in dem Bewußtsein, treu gearbeitet zu haben. Nur dann ist Ruhe ein Genuß, wenn sie der Arbeit folgt. Dem Müssiggänger wird schließlich alles, selbst sein eigenes ich zur Last, und das Sprichwort hat recht, wenn es sagt: „Müssiggang ist aller Laster Anfang!" Der Müssiggang ist nicht nur der Nährboden der Sünde, sondern auch der Anfang der seelischen Verkümmerung.

Für die sittliche Auffassung giebt es keinen Unterschied zwischen den einzelnen Arten der Arbeit, so lange sie ehrlich ist. Möge sie im tiefen Dunkel der Erde nach dem gleißenden Silber spüren und schürfen oder auf dem sonnigen Lande die Furchen durch den braunen Acker ziehen, möge sie die schweren Steine richten und schichten zum Bane oder in der Werkstatt die Gabe der Erde umbilden und ausgestalten nach den Bedürfnissen der Menschheit: Jede ehrliche Arbeit hat Anspruch darauf, geachtet zu werden!

Aber nicht der allein verdient den Ehrennamen des Arbeiters, der mit der schwieligen Hand das Werkzeug führt, der mit der Muskelkraft des Körpers schafft, sondern auch der Herr, der die Arbeit überwacht, der die Gelegenheit giebt, Arbeit in Lohn umzusetzen, — auch der Unternehmer, der dafür sorgt, daß neue Arbeitsmöglichkeiten entstehen, auch der Kaufmann, das notwendige Bindeglied zwischen dem Erzeuger und Verzehrer, auch der Gelehrte, der hinter dem Schreibtische sinnt und sichtet, damit neue Wahrheiten neue Arbeitswege zeigen, auch der Soldat, der im Waffendienste sich übt, damit das Vaterland des Schutzes sich freue, ohne den keine Arbeit gedeihen kann: Sie alle sind Arbeiter, nützliche Glieder der menschlichen Gesellschaft, jeder von ihnen ist seines Lohnes wert.

Daß dieser Lohn verschieden sein muß, ist klar. Wenn auch der sittliche Wert der Arbeit überall gleich ist, sind der Gebrauchswert und der Tauschwert verschieden. Es kommt vor allem darauf an, wie hoch sich das Ergebnis der Arbeit verwerten läßt, wie sehr es geeignet ist, wirtschaftliche Bedürfnisse des Menschen zu befriedigen. Dann aber ist es billig und gerecht, daß die Arbeit, die einen größeren Verbrauch geistiger Kräfte, die eine kostspielige und lange Vorbildung, die eine schwerere Verantwortung fordert, höher gelohnt werde als die minder schwere, minder verantwortliche, geringere Vorbildung heischende.

Den Gleichheitsbestrebungen auf diesem Gebiete, mit der die Sozialdemokratie ihre Verhetzung betreibt, steht ein großer Teil der Arbeiter (im landläufigen Sinne des Wortes) heute schon mißtrauisch gegenüber. Denn es will ihnen nicht in den Kopf, daß aus ihren Taschen den führenden „Genossen" jährlich so viele Tausende zufließen müssen, wie sie selbst kaum Hunderte einzunehmen haben. Deshalb lernen sie auch wieder begreifen, daß größere Geschicklichkeit und bedeutendes Wissen entsprechender Entschädigung bedürfen, sie gönnen darum dem geistigen Arbeiter und dem Betriebsleiter gern den größeren Verdienst.

Die richtige Verbreitung dieser Erkenntnis entzieht den berufsmäßigen Hetzern unter den „Genossen" bald überall den Boden.

B.

Zur Flottenfrage.

Rede des Abg. Liebermann von Sonnenberg in der 71. Sitzung des Reichstages am 28. März 1898.

M. H., es hat auch seine Vorzüge, wenn man erst in dritter Lesung zur Generaldiskussion zum Wort kommt und die Möglichkeit hat, in epischer Breite einmal die ganzen Verhandlungen an seinem geistigen Auge vorüberziehen zu lassen

(Heiterkeit),

— wenn man nämlich will. Ob ich es wollen werde, das wird zum großen Teil von der Haltung des Hauses selber abhängen.

(Große Heiterkeit.)

M. H., es haben in der zweiten Lesung zu § 1 mit allergrößter vom Herrn Präsidenten gestatteter Freiheit Redner von allen Parteien, von allen Gruppen des Hauses gesprochen; es kamen vom Zentrum außer dem Referenten vier Redner, von der Sozialdemokratie zwei, von jeder andern Fraktion einer zu Worte; von den Deutsch-Hannoveranern, den Polen, den bayerischen Bauernbündlern hat auch je einer gesprochen; nur unsrer Partei hat man es für gut gehalten, das Wort abzuschneiden. Es wurde mit der Unterstützungsfrage für den Schlußantrag seitens des Herrn Präsidenten gleichzeitig die Abstimmung verbunden, so daß die geschäftsordnungsmäßige Pause wegfiel, in der ich vielleicht zur Geschäftsordnung das Haus auf die Ungerechtigkeit hätte aufmerksam machen können, die es zu begehen im Begriff stand; denn ich bin davon fest überzeugt, daß die große Mehrheit von diesem kleinen Gewaltstreich nichts wußte; andernfalls hätte man ihn nicht mitgemacht.

Der Herr Abg. Richter führte ganz zutreffend in seiner Rede folgendes aus: „Was ist der Parlamentarismus anders, als daß durch öffentliche Rede und Gegenrede dem Volke zum Bewußtsein gebracht wird, daß die Gesetze unerläßliche sind, auch wirklich notwendig sind."

M. H., wenn Sie beschließen wollten, daß nach eingehenden Verhandlungen in der Kommission, nach gründlicher Besprechung in den Fraktionen lediglich hier kurze Erklärungen abzugeben wären, so wäre ich der erste, der dem zustimmte. Da das aber noch nicht beliebt worden ist, so muß man es auch unsrer Partei, die bei den letzten Wahlen 300 000 Wähler, bei den nächsten Wahlen wohl eine halbe Million hinter sich haben wird

(Widerspruch),

Digitized by Google

— ja, m. H., vielleicht auch mehr, das wird sich seinerzeit herausstellen.

(Heiterkeit.)

— man muß es unserer Partei gestatten, ebenfalls ihren Wahlerkreisen, die die Reden des Herrn Richter und die Reden der andern Fraktionsführere nicht lesen, Ruz zu machen, daß die Flottenvorlage eine ganz notwendige war; unsre Partei hat um so mehr diese Aufgabe, als ja leider in dieser Frage keine volle Einmütigkeit bei uns vorhanden ist.

Im allgemeinen gestalteten sich die Verhandlungen über die Flottenvorlage hier im Hause diesmal etwas einfacher als sonst bei ähnlichen Gelegenheiten, weil seitens der Regierung in sehr ausgiebiger Weise für Aufklärungsmaterial gesorgt worden war. Eine Reihe der Reden gegen die Vorlage waren eigentlich im voraus schon widerlegt. Jemand, der die Zeit dazu übrig hat, hatte an den Rand mancher Reden im gedruckten Stenogramm nur die Nummern der „Freisinnigen Zeitung“ anzugeben brauchen, worin gleiches schon behauptet war, und die Nummer der „Nordd. Allgem. Ztg.“, wo diese Behauptungen widerlegt worden sind, oder auch die Seitenzahl der kleinen Broschüre, worin die vollständige Widerlegung enthalten gewesen ist. Ich will deshalb auch ohne Not nicht auf zu viele Einzelheiten eingehen. Zunächst übergehe ich die „machtvolle“ Rede des Herrn Abg. Schoenlank.

(Heiterkeit.)

Der Herr Abg. Bebel hat so nachher durch die Liebenswürdigkeit des Herrn Präsidenten in 22 spaltigen Ausführungen die Gelegenheit gehabt, seinen Kollegen etwas herauszuhauen. Ich würde es für zweckmäßiger gehalten haben, wenn ich vor ihm das Wort zu kurzen Ausführungen erhalten hätte, und Herrn Bebel seine Rede durch Schlußantrag abgeschnitten worden wäre, da er ja der zweite Redner von seiner Fraktion war.

(Heiterkeit.)

M. H., die Tragweite der Flottenvorlage möchte ich jener Heeresvorlage gleichsetzen, die in den sechziger Jahren das preußische Abgeordnetenhaus beschäftigte, jener Reorganisation der preußischen Armee, auf Grund deren erst die großen Erfolge Preußens und damit Deutschlands möglich wurden. Die Ähnlichkeit tritt auch insofern hervor, als damals jene Armeereorganisation das eigenste Werk des Königs von Preußen war, und daß hinter der gegenwärtigen Flottenvorlage der Erbe jenes Königs von Preußen, der Deutsche Kaiser, mit seiner ganzen Persönlichkeit steht. Aber auch die Gegner von damals, die ja viel stärker waren als die heutigen, gleichen diesen in vieler Beziehung. Die Gegner von heute sind die Erben jener sogenannten Fortschrittspartei. Als ihre Nachkirucht ist die Sozialdemokratie üppig ins Kraut geschossen. M. H., die Gegner, die diese Vorlage im Hause gefunden hat, müssen sehr verschieden beurteilt werden. Zum Teil sind es geschworene Gegner, die jedweder Stärkung der nationalen Wehrkraft zu Wasser und zu Lande stets widersetzt haben, zum andern Teil entstammen sie aus den Reihen unzweifelhaft nationaler Parteien.

Von Freunden der Vorlage ist hier mehrfach die Meinung geäußert worden, daß die Stimmung im Lande außerordentlich günstig für die Flottenverstärkung sei. Das muß ich bestreiten und kann der Regierung nur meinen Dank dafür aussprechen, daß sie sich nicht zu einer Aufklärung hat hindrängen lassen.

M. H., die Herren Gegner, die aus den Reihen der unzweifelhaft national gesinnten politischen Parteien kommen, haben sämtlich zum Ausdruck gebracht, daß sie nur gegen die Flottenvorlage in der gegenwärtigen Form, nicht gegen die Stärkung unserer Wehrkraft zur See überhaupt seien, und diese Herren Gegner werden später — das kommt auch in den Reden der Herren Schaedler, Prinz Radziwill, von Götz, Hilbert zum Ausdruck — für die Erhaltung der neu geschaffenen Flotte zweifellos einzutreten bereit sein.

Wir haben mancherlei theoretische, mancherlei praktische Bedenken gehört; die theoretischen Bedenken überwogen aber. Diejenigen Mitglieder des Hauses, die aus praktischen Bedenken gegen die Vorlage stimmten, haben sich rednerisch mehr zurückgehalten. Ich möchte ganz klipp und klar aussprechen: es wäre vom größten Nachteil für das Schicksal der Vorlage gewesen, wenn jeder Abgeordnete wirklich im Laude umher gefragt und sich nach der Mehrzahl seiner Wähler gerichtet hätte. Die Mehrzahl der Wähler steht der Flottenvermehrung nicht sonderlich verständnisvoll und freundlich gegenüber — das kann ich aus genauer Kenntnis der Verhältnisse in den verschiedensten Teilen unsers Vaterlands bezeugen. Selbst in den Küstengegenden begeistert sich nicht die Mehrzahl der Bauern für die Flottenvorlage.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten. Unruhe und Widerspruch rechts und in der Mitte.)

Aber daraus kommt es auch gar nicht an. Die Abgeordneten sind nicht dazu da, die wechselnden Stimmungen und Verstimmungen oder den Mangel an Aufklärung bei ihren Wählern sich sofort zu eigen zu machen. Die Abgeordneten sollen in großen nationalen Fragen die Führer ihrer Wähler sein, und da in diesem Falle die Mehrheit des Hauses überzeugt ist von der Notwendigkeit der gesetzliche Festlegung unsrer Macht zur See, so wird diese Vorlage auch Gesetz werden. Die Massen des Volks werden sich später auch damit befreunden, wenn die gegenwärtig herrschende berechtigte Unzufriedenheit geschwunden ist, wenn die schönen Worte, die wir seit einiger Zeit vom Regierungstische hören, sich in Thaten umgesetzt haben werden. Außer der Genugthuung darüber, daß die Vorlage ohne Verzögerung noch in diesem Reichstage zur Annahme gekommen ist, habe ich noch einen andern wichtigen Grund, mich zu freuen, daß eine Auflösung des Reichstags nicht erfolgte. Derartige patriotische Wahlparole wie Flottenvermehrung oder Heeresverstärkung führen sehr leicht zu ganz unnatürlichen wirtschaftlichen Gruppierungen bei den Wahlen. Ich hatte es aber für außerordentlich wünschenswert und wichtig, daß die nächsten Wahlen sich unter wirtschaftlichen Wahlparolen vollziehen. Das wird geschehen, und das ist ein großer Vorteil, den die Annahme des Flottengesetzes noch in diesem Reichstage mit sich bringt.

Nun zu einigen Meinungsäußerungen der Flottengegner.

Der Herr Abg. Galler entwickelte kriegswissenschaftliche Ansichten, die er, wie der Abg. von Kardorff nachwies, aus Leitartikeln des Pariser „Figaro“ entnommen hatte. Was er sagte, war ziemlich genau das Gegenteil von dem, was man aus ernstem Studium der Kriegsgeschichte jener Zeiten, auf die er sich bezog, entnehmen kann. Daß Napoleons Weltereroberungspläne gerade an dem Widerstande Englands, an der Kontinentalsperre gescheitert sind, glaubte ich, sei nachgerade Gemeingut aller Gebildeten geworden. Und wenn der Herr Redner auf Englands Truppenlandungen in Spanien einging, so vergaß er ganz, daß jene Linien von Torres Vedras von Wellington mit seiner geringen Streitmacht nur gehalten werden konnten, daß sie nur darum das Rückgrat für die spanische Insurrection abgeben konnten, weil die Besatzung sich auf eine Flotte stützte, die ihr Munition, Ersatz, Proviant und, was eine Truppe sonst braucht, zuführte. Herr Galler hat einzelne drollige Sätze ausgesprochen, die festgelegt zu werden verdienen, oder die vielmehr schon im Stenogramm festgelegt sind. Er sagt unter anderm:

> 1859 — ebenfalls ein großer Krieg — war der französischen Flotte eine große Rolle zugedacht. Sie schiffte auch 8000 Mann im adriatischen Meere aus, denen sofort 30000 Österreicher entgegenrotten.

Konnten denn die alle Wasser treten, daß sie im adriatischen Meere ausgeschifft wurden?

(Heiterkeit.)

Der Herr Abg. Schaedler hat nach meiner Meinung mehr für seine Person als für die innerhalb bedeutende Zahl der Zentrumsmitglieder gesprochen, die gegen den Entwurf stimmten. Seine Bedenken schienen mir wesentlich theoretischer Natur zu sein. Er wollte das Bewilligungsrecht nicht binden, er wollte den Art. 71 der Reichsverfassung nicht so gedeutet haben, wie es seitens der Mehrheit geschehen ist. Er gebrauchte mehrfach die Schlagworte „Bettpotirt“, „Flottenschwärmerei“ und dergl. mehr. Ich glaube, für die Minderheit im Zentrum hat der Abg. Hilbert vom bayerischen Bauernbunde viel zutreffender den sachlichen Inhalt ihrer Gegenstellung ausgedrückt indem er sagte:

> M. H., ich glaube, daß wir ebenso gut patriotisch gesinnt sind als diejenigen Herren, die hier für die Vorlage stimmen. Die landwirtschaftliche Lage ist gegenwärtig nicht als rosig anzusehen; seitens der Reichsregierung ist bisher für die Besserung

Digitized by Google

der Landwirtschaft so gut wie nichts geschehen. Hoffen Sie daher nicht, m. H., daß wir für die Vorlage eintreten! Damit spreche er kurz die Gründe aus, die sowohl Vertreter landwirthschaftlicher Kreise im Zentrum als auch landwirtschaftlicher Kreise aus anderen Parteien bestimmt haben, gegen die Vorlage zu stimmen.

Herr Schaedler sagte in seinen Ausführungen: der Art. 71 erlaube uns zwar, Bewilligungen auf längere Dauer als ein Jahr zu machen, aber wir seien deshalb noch nicht gezwungen, so zu verfahren. Das entlockte Herrn Richter den Verwunderungsausruf: Herr Schaedler hat damit den Nagel auf den Kopf getroffen. Meine Herren, ich meine, der Nagel hatte einen sehr großen Kopf, und man konnte wirklich nicht gut daran vorbeischlagen.

(Heiterkeit.)

Es versteht sich einfach von selber, daß das richtig ist, was Herr Schaedler behauptete: aber es versteht sich ebenso von selber, und, um im Bilde zu bleiben, man müßte vollständig vernagelt sein, wenn man nunmehr gegen diejenigen, die von dieser Genehmigung des Art. 71 Gebrauch machen, einen Vorwurf daraus ableiten wollte.

Herr Richter hat eine längere Rede gehalten, die diesmal sehr viel weniger interessant war als manche seiner früheren Reden. Wir machte es den Eindruck, als ob seine Schüsse vorgestern eben so wenig sicher trafen, wie im allgemeinen die Kanonen der Strandbefestigung auf 10 000 Meter bewegliche Schiffsziele treffen werden. Seine Rede fordert am allerwenigsten zu Widerlegungen heraus, weil sie ihrem Inhalte nach bereits in der angegebenen Weise vorher widerlegt worden ist. Herr Richter allerdings bezeichnet die Aufklärung über Flottenfragen, die durch zahlreiche Broschüren und Versammlungen versucht wurde, als gewissermaßen nicht zulässig. Das widerspricht aber doch eigentlich seiner Erklärung von der Bedeutung des Parlamentarismus, die ich vorhin verlas. Herr Richter kann doch nicht leugnen, daß die Bundesregierungen und der Kaiser Faktoren der Gesetzgebung sind. Er wird ihnen nicht gut das Recht vorenthalten können, auch ihrerseits dem Volke das Bewußtsein zu verschaffen, daß die von der Regierung vorgeschlagenen Gesetze zweckmäßig und die Aufwendungen dafür nothwendig seien. Wir erkennen es mit Dank an, daß im Reiche wie früher in Preußen noch immer von höchster Stelle zu rechter Zeit der Warnungs- und Weckruf erschallt, wenn es für das Volk nöthig ist, selbst auf die Gefahr hin, daß dadurch einzelne Niederungsbewohner aus ihrem Schlummer gestört werden und tönnintieren, weil sie nicht so weit sehen können, um die Nothwendigkeit jenes Rufes zu erkennen.

Herr Richter hat das, was seinen sachlichen Ausführungen an Interesse abging, zu ersetzen versucht, indem er einen häuslichen Streit mit seinem Kollegen Rickert in ziemlich breiter Form hier ausbreitete. Das entlockte, wie man mir erzählte, Herrn Rickert den schmerzlichen Ausruf „und das nennt man Beziehungen haben!“

Der Herr Abg. Richter hat eine eigenthümliche Gewohnheit — das ist auch hernach von dem Herrn Staatssekretär des Marineamts besonders betont worden —, jedes Mal, wenn er etwas verweigern will, erzählt er breit, was er unter Umständen, wenn etwas andres gefordert worden wäre, alles bewilligt haben würde. Ich bin aber ganz fest davon durchdrungen, daß, wenn dieses Andre wirklich gefordert würde, er nicht um Gründe verlegen sein würde, um sich selbst und uns alle zu überzeugen, daß er nicht dieses, sondern wieder nur etwas andres bewilligen könne. Er ist im Laufe der Jahre geradezu eine Verpersönlichung des Neinsagens geworden, und ich würde es für einen viel besseren Architektenscherz als den bekannten Kameelritt gehalten haben, wenn man hier über der Reichstür an Stelle des Widderkopfes die Züge des Herrn Richter verewigt hätte.

(Heiterkeit.)

Der Herr Staatssekretär Tirpitz hatte Herrn Richter gegenüber ein leichtes Spiel und entkräftete seine Behauptungen durch schlagende Erwiderungen. Auf die Ausführungen, die bei der gleichen Gelegenheit der Herr Staatssekretär über Import und über Versorgung unsres Vaterlandes mit Lebensmitteln machte, muß ich noch an andrer Stelle eingehen. Diesen kann ich allerdings von meinem Standpunkt nicht die Anerkennung zollen, die ihnen beispielsweise von Herrn Bebel, vom „Berliner Tageblatt“ und andern gleichgereisten Zeitungen zu Teil wurde.

(Schluß folgt.)

Deutsche und jüdische Kaufleute.

Gelegentlich der jüngsten Handelskammerwahlen hat sich zu Düsseldorf unvermutet ein Kampf zwischen christlich-deutschen und jüdischen Kaufleuten abgespielt und das ging folgendermaßen zu. Nach dem neuen Handelskammer-Gesetz mußten sämtliche Mitglieder neu gewählt werden und zwar von der ersten und zweiten Gewerbesteuerklasse zusammen acht, und von der dritten und vierten Klasse zusammen vier Mitglieder. Die beiden ersten Klassen wünschten von den bisherigen Mitgliedern acht wiedergewählt zu sehen, die alle dem Großhandel und der Industrie angehören, und bei einer auf Veranlassung einiger Mitglieder der Handelskammer einberufenen Versammlung der Wähler dritter und vierter Klasse schlug man noch fernere drei der bisherigen Mitglieder vor, worunter sich auch ein Herr Levison, ein harmloser Jude, befand. Die Versammlung glaubte aber zum mindesten zwei Herren für die letzten beiden Klassen selbständig aufstellen zu müssen und nahm dazu zwei der empfohlenen früheren Mitglieder an, wovon ein sehr bewährtes den Großhandel, das andere die Spedition vertritt, ließ aber Herrn Levison, der auch dem Großhandel angehört, fallen. Für den Kleinhandel wurde ein Detaillist der Manufakturwaren-Branche und der Inhaber eines technischen Gummiwaren-Geschäfts, Herr H. de Bruyn, aufgestellt. Herr de Bruyn war vor ungefähr vier Jahren ohne sein Beisein und gegen seinen Willen zum Vorsitzenden des Reformvereins zu Düsseldorf gewählt und hat auch diesen Posten seinen Freunden zu lieb eine zeitlang vorgestanden, obschon man mit seiner Ansicht über die Judenfrage nicht ganz einverstanden war. Herr de Bruyn ist durchaus kein Judenfresser, er vertritt den Standpunkt, daß der einzelne Jude für uns gleichgiltig sei und auch seine Existenzberechtigung habe. Er wünscht aber nicht, daß die Juden über uns herrschen, daß sie uns unsre Ideale, den christlichen Glauben und die deutschen Grundsätze rauben und uns auch zu Mammonsknechten machen sollen. Daß Herr de Bruyn diesen Standpunkt vertritt, können ihm die Juden nun aber nicht verzeihen, noch weniger konnten sie verschmerzen, daß ihr Stammesgenosse Levison nicht mehr zur Handelskammer gehören sollte, und nun ging der Kampf los, d. h. von Seiten der Juden. Sie versandten kurz vor der Wahl ein Rundschreiben, in dem sie die erwähnte Versammlung als eine kleine Vereinigung von Herren bezeichneten und den Wählern vorjammerten, daß das langjährig bewährte Mitglied Levisohn durch de Bruyn verdrängt werden solle. Den Mut, einen Namen unter dieses Rundschreiben zu setzen, hatten die Männer (?) nicht, sie zogen es vielmehr vor, bescheiden im Dunkeln zu bleiben und schrieben deshalb nur darunter „Viele Wähler“. Mit Nachdruck muß aber gearbeitet sein, denn die Juden hatten 150 Stimmen aufgebracht, obwohl nur ungefähr 110 jüdische Firmen wahlberechtigt sind; Herr de Bruyn erhielt dagegen 135 Stimmen und war somit unterlegen. Ein Wahlprotest war nicht eingegangen und doch wurde die Wahl vom Wahlvorstande für ungiltig erklärt. Aus der Bekanntmachung zur Neuwahl ist zu schließen, daß gefälschte Vollmachten von nicht wahlfähigen Firmen benutzt worden sind. Da die Freunde des Herrn de Bruyn den nicht wahlfähigen Firmen-Inhabern keine Einladungen zugesandt hatten, so ist kaum anzunehmen, daß von dieser Seite solche Vollmachten abgegeben sind. Bei der Neuwahl wurde noch weit mehr gewählt und wie wieder „Viele Wähler“ durch ein Flugblatt bekannt machten, schlug man auch jetzt von Seiten der Handelskammer das langjährig bewährte Mitglied Levison vor. Es sind auch wirklich von der Handelskammer Stimmzettel mit dem Namen Levison an die Wähler versandt und verteilt. Unter diesen Umständen war natürlich für Herrn de Bruyn keine Aussicht mehr. Die Juden, deren Freunde und Knechte haben für Herrn

Digitized by Google

Levison 185 Stimmen zusammengeschachert, während auf Herrn de Bruyn 153 fielen. Nach diesem Ergebnis müssen wir wohl in absehbarer Zeit damit rechnen, daß die Juden demnächst mal die ganze Handelskammer in Düsseldorf besitzen. Vielleicht gehen dann den Judenschützern auch die Augen auf, wie sie den Judenknechten schon lange, aber leider zu spät, aufgegangen sind. — Recht im Tone des arroganten Judentums läßt sich die „Frankf. Zeitung" über den Fall aus Düsseldorf schreiben: „Am 12. März fanden hier die Wahlen zur Handelskammer statt. Zu diesen Wahlen war für den ausscheidenden Herrn Levison der Antisemit de Bruyn als Kandidat aufgestellt. Der Antisemit de Bruyn blieb jedoch gegen Herrn Levison in der Minderheit. Da diese Wahl der zweiten Abteilung beanstandet wurde, sand die Wahl gestern noch einmal statt." Das Resultat war die Wahl der Herren Frsbahn (334 Stimmen), Bischoff (332 Stimmen) und Levison (185 Stimmen). Der Antisemit fiel auch diesmal aus." Es ist ja selbstverständlich, daß nur ein Sprosse des auserwählten Volkes Anspruch auf die Bezeichnung „Herr" hat, dagegen ein christlich-deutscher Kaufmann in den Augen der Juden sich einfach mit der Bezeichnung „Antisemit" begnügen muß. In welcher Weise sich Herr Levison bewährt hat, ist nicht bekannt, gerade von Herrn de Bruyn weiß man aber, daß er seit vielen Jahren Vorsitzender des kaufmännischen Vereins zu Düsseldorf ist, und daß nur seinem Vorgehen die Düsseldorfer Kaufmannsschule ihr Dasein zu verdanken hat. Diese Schule, an der Herr de Bruyn auch mehre Jahre Unterricht in Handelswissenschaften erteilt hat, wird von ungefähr zweihundert jungen Kaufleuten besucht. Was hat dagegen Herr Levison geleistet? —

Aus der ganzen Angelegenheit sieht man aber wieder, wie gern sich gewisse kurzsichtige deutsche Männer zu Schleppenträger des Judentums gebrauchen lassen!

A.

Dividenden, Tantièmen und „Liebesgaben".

Wer hätte nicht schon in den freisinnigen Blättern, in den Zeitungen des Judentums und in jenen liberalen „Organen", die ausschließlich den Interessen des internationalen Handels und der Export-Industrie dienen, von der „Begehrlichkeit der Agrarier" zur Genüge gelesen? Wem wäre noch nicht aufgefallen, wie der Liberalismus durch den Ausdruck „Liebesgaben" jede Unterstützung in Verruf zu bringen sucht, die der deutschen Landwirtschaft, dem Grundstocke des deutschen Staates, dem Erneurer der deutschen Volkskraft durch die Gesetzgebung gewährt wird?

Da ist es denn recht am Platze, wenn man von Zeit zu Zeit auch einmal danach sieht, warum der Liberalismus nicht auch selbst noch energischer recht viele „Liebesgaben" verlangt, und da bemerkt man, daß er es gar nicht nötig hat. Die Industrie, der Handel, der großstädtische Boden- und Grundstückswucher und alle jene Zweige, mit denen sich die liberalen Kapitalisten und Aktiengesellschaften am liebsten beschäftigen, bringen mehr ein, als das Handwerk der „Agrarier". Die Landwirtschaft ist noch nicht auf Aktien gegründet worden, und ihre Vertreter sitzen nicht beim Liberalismus. Brächte sie so viel ein, wie die Liberalen immer sagen, so hätte sich das Aktienkapital längst zur „Ausbeutung" an sie herangemacht. —

Alljährlich, wenn der Schnee schmilzt und die Schneeglöckchen den Frühling einläuten, da trommeln auch die Aktiengesellschaften ihre Aktionäre zur großen Abrechnung und zur „Ausschüttung" der Dividende zusammen. „Das Jahr war gut, braun Bier war geraten", so klang heuer das Chorus, so klingt und schallt er noch hinaus in die Lande und übertönt die Klagen der Handwerksmeister und des unrettbar untergehenden Mittelstandes. —

Die Abschläge der Großbanken sind gewaltig und die beteiligten Finanzmänner reiben sich vergnügt die Hände.

Die fünf ersten Berliner Banken haben für das Jahr 1897 nicht weniger als 42,75 Millionen Mark an Dividende und 9,28 Millionen Mark an Tantiemen — zusammen also 52 Mill. Mark Gewinn, verteilt. Es entfiel auf

	Dividende	Tantième
die Deutsche Bank	10,0 Millionen,	2,97 Millionen,
„ Diskontogesellschaft .	11,5 „	2,22 „
„ Dresdner Bank . . .	7,65 „	1,86 „
„ Handelsgesellschaft .	7,2 „	1,27 „
„ Darmstädter Bank. .	6,4 „	0,96 „

Aber auch in der Großindustrie sieht es recht gut aus. Die Maschinenfabriken stehen im allgemeinen oben an. Die Grundstücks- und Bodenspekulation in den Großstädten wirft auch hübsche Prozente ab; kurz, das „Geschäft" blüht überall besser als in der Landwirtschaft und beim deutschen Handwerke.

In bunter Reihe mögen hier einige Aktiengesellschaften und ihre in diesem Jahre verteilten Dividenden folgen. Wer nur einige Tage lang die wirtschaftlichen Berichte der Zeitungen verfolgt, wird die folgenden Angaben leicht ergänzen und vermehren können.

Für das Jahr 1897 verteilten:

	Dividende
Polyphon-Musikwerke Wahren-Leipzig . .	23 %
Leipziger Bank	10 % „
Leipziger Hypotheken-Bank	8 % „
Thüringer Gasgesellschaft zu Leipzig . .	12 % „
Leipziger große Straßenbahn	8 % „
Leipziger Immobilien-Gesellschaft (Bau- und Grundstücks-Spekulations-Gesellsch.) . .	9 1/2 % „
Leipziger Feuerversicherungs-Gesellschaft .	33 1/3 % „
Maschinenfabrik Dürkopp, Bielefeld . . .	25 % „
Wollkämmerei Döhren bei Hannover . . .	8 % „
Lugauer Kammgarn-Spinnerei	7 % „
Waffenfabriken Karlsruhe	25 % „
Ludwig Löwe & Co., Berlin	24 % „
Ilseder Hütte, Peine	54 % „
Zwickauer Steinkohlenbv. „Vereinsglück" .	188 % „
Steinkohlen-Ver. Gottes Segen, Lugau . .	32 % „
Leipziger Baumw.-Spinnerei, Lindenau . .	12 1/2 % „
Kammgarn-Spinnerei Stöhr & Co., Leipzig .	15 % „
Altenburger Aktienbrauerei	13 1/3 % „
Leipziger Vereinsbrauerei	15 % „
Bierbrauerei Riebeck & Co.	10 % „
Malzfabrik Schkeuditz	11 % „
Papierfabrik Najork, Leipzig-Plagwitz . .	8 1/2 % „
Auers Gasglühlicht-Gesellschaft 1896, Berlin	100 % „
Gerber Zuckerspinnerei	14 % „
Mechanische Treibriemen-Weberei, Treuen .	9 % „
Schlesische Feuerversicherungs-Gesellschaft .	25 % „
Aktienfärberei München	6 % „
„Rhenia", Versicherungs-Ges., Frankfurt (M.)	29 1/3 % „
Chemnitzer Baugesellschaft	15 % „
Leipziger Westend-Baugesellschaft	9 % „
Aktienbrauerei Löbau	81 1/3 % „
Maschinenfabrik Germania, Chemnitz . . .	9 % „
Berliner Allgem. Straßenbahn	10 % „
Landbank, Berlin	7 % „
Dresdner Baugesellschaft	15 % „
Sächs. Glasfabrik Radeberg	12 % „
Berliner Spediteur-Verein	10 % „
Dresdner Straßenbahn	8 % „
Deutsche Cognatbrennerei Siegmar . . .	8 % „

Was sind gegen solche Gewinne die 2 3/4, 3 oder 3 1/2 v. H. der Gemeinde-Sparkassen, wo die armen Schlucker ihre Sparpfennige niederlegen müssen, weil sie bei andern Unternehmen nicht „rankommen" und weil zur Anlage in Grund und Boden oder zur Eröffnung eines wirklich lebensfähigen Geschäfts heutzutage mehr gehört als ein kleines Ersparnis von der Hände Arbeit. Und diese Ersparnisse, die bei den Sparkassen angelegt sind, dienen als billige Hypotheken dem großstädtischen Grundstückswucher in vieler Beziehung. Dabei geht man überall mit dem Gedanken um, die von den Sparkassen gezahlten Prozente noch zu ermedrigen.

Digitized by Google

Freilich, wenn man dann so die recht erheblichen Gewinne, vor allem der gemeinnützigen Unternehmen und Betriebe betrachtet, so kommt man unwillkürlich immer wieder auf den Gedanken der Verstaatlichung. Wie sich diese „Verstaatlichung" für die Allgemeinheit lohnt, das haben wir schon öfter, zuletzt in Nr. 499, an einem Beispiele aus der Stadt Zwickau gezeigt. Das Volk sollte überall darauf hinwirken, daß Bereine, wie Straßenbahnen, Gasanstalten, Versicherungsgesellschaften, Bergwerke usw. verstaatlicht oder Gemeinde-Eigentum würden.

Aber auch die Landwirtschaft hat allen Grund, den Vorwurf von der „Begehrlichkeit der Agrarier", der so oft von den Herren der Börse, des Handels und der Industrie erhoben wird, zurückzuweisen. Denn angesichts des Jubels in der Finanzpresse, angesichts der fieberhaften Thätigkeit der Banken und Industrie-Aktiengesellschaften, die sich überall in der Erhöhung der Aktienkapitalien kundgiebt, wird auch die Landwirtschaft darauf bedacht sein müssen, daß bei dem neu gemischten Kartenspiele sie nicht der alleinige Verlierer sein wird, sondern sich ihren Fortbestand unbedingt zu erhalten hat.

K. Tr.

Ein jüdischer Denunziant.

In Schmalkalden erscheint ein freisinniges Blättlein, das in seinen Äußerungen der Cohnschen „Volksztg." (Berlin) nichts nachgiebt. Bei der Ersatzwahl im Jahre 1895 ging dieses von dem früheren freisinnigen Reichstagsabgeordneten Wilisch herausgegebene Blatt, das sich „Thür. Hausfreund" nennt, Arm in Arm mit dem sozialdemokratischen „Schmalkalder Kreisbl." für die armen bedrängten Juden dem Pastor Ickraut in der schmählichsten Weise persönlich zu Leibe. Insbesondere war dem „Thür. Hausfreund" der Ort Barchfeld aus Herz gewachsen, der abseits der großen Verkehrswege als Exklave im Meiningischen liegt. Reine Schandermärchen verbreitete damals die Judenpresse, voran das „Berliner Tagebl.", über den „Terrorismus", den die Antisemiten in Barchfeld ausüben sollten. Und doch war gerade das Umgekehrte richtig, denn die verhältnismäßig große Judenkolonie — während im Deutschen Reiche ein Jude erst auf achtzig Einwohner kommt, zählt Barchfeld auf zehn Einwohner schon einen Juden — verstand es, die Leute so im Schach zu halten, daß es uns nicht möglich war, dort einen Vertrauensmann zu bekommen.

Im Laufe der letzten Jahre sind uns nun aus Barchfeld viele hübsche Geschichten über die Juden mitgeteilt, wir haben sie aber nie in die Öffentlichkeit gebracht, weil uns die Einsender und ihre Zeugen hinmelhoch baten, sie nicht zu nennen, und das hätten wir unter Umständen thun müssen. Jetzt aber enthüllt der „Thür. Hausfreund" selbst solch ein Stücklein und zu Nutz Frommen der nächsten Wahlagitation drucken wir hier wörtlich die Auslassungen des freisinnigen Blattes ab. Sie lauten:

„In weiten Kreisen erregte es großes Aufsehen, daß auf Denunziation des israelitischen Lehrers Oppenheim zu Barchfeld hin die Staatsanwaltschaft Anklage gegen den Schwager des Bahnhofswirtes Herrn Nette in Wernshausen wegen Verstoßes gegen das Nahrungsmittel-Verfälschungsgesetz erhob. Der Denunziant, Herr Lehrer Oppenheim in Barchfeld, behauptete und beschwor, daß ihm von dem Schwager des Herrn Nette, Herrn Max Knoblauch, an einem bestimmten Tage ein Glas Tröpfelbier verabreicht worden sei, und das Amtsgericht zu Salzungen gelangte trotz der Aussagen der Entlastungszeugen auf Grund der beschworenen Aussage des Herrn Lehrer Oppenheim und trotz des anerkannt vorzüglichen Rufes der Bahnhofs-Restauration zu Wernshausen zu einer Verurteilung des pp. Knoblauch zu 30 M. Geldstrafe. — Es giebt noch Richter in Meiningen', dieser Spruch kam am Sonnabend, wo der Fall Oppenheim contra Tröpfelbier in der Berufungsinstanz zur Verhandlung kam, wieder einmal so recht zur Geltung; denn der Angeklagte wurde auf Grund des vom Verteidiger, Herrn Rechtsanwalt Sebald, ganz vorzüglich zusammengestellten Beweismaterials, und da alle Zeugen — außer dem Herrn Oppenheim, der als Denunziant nun zugleich Zeuge war, als solcher auch die entsprechenden Gebühren bezieht — für den Angeklagten aussagten — glänzend freigesprochen. Sogar der Staatsanwalt befürwortete die Freisprechung, so daß nur im Interesse der Gesamtheit zu bedauern ist, daß die öffentliche Anklage überhaupt erhoben wurde, wodurch es bedingt ist, daß sämtliche Kosten auf die Staatskasse übernommen werden müssen, während von Rechtswegen dem die Kosten zur Last fallen müßten, der eine im besten Ruf stehende Bahnhofs-Restauration in so unverantwortlicher Weise schädigt. — Es fragt sich noch, ob auf Grund dieser Entscheidung Herr Restaurateur Nette nicht gegen den pp. Oppenheim wegen Schädigung seines Betriebes vorgehen kann. Soviel steht aber fest: Die Freude darüber, daß die Strafkammer in Meiningen ein der Volksstimme entsprechendes, so gerechtes Urteil gefällt hat, ist eine allgemeine."

Ob die Denunziation des Judenlehrers Oppenheim mit dem Umstande in Zusammenhang zu bringen ist, daß im Jahre 1895 die Abgg. Ickraut und Liebermann von Sonnenberg längere Zeit bei dem fälschlich Beschuldigten wohnten, wissen wir nicht — aber bei der Rachsucht Israels ist ja alles möglich! Jedenfalls zeigt dieser Fall wieder einmal klar und deutlich, welche Mittel die Juden anwenden, um eine ihnen nicht genehme Person zu vernichten. Der freisinnige „Thür. Hausfreund" wird aber vielleicht aus diesem Beispiel sehen, daß es doch jüdische Unarten giebt, daß diese Unarten mitunter für Nichtjuden recht gefährlich werden können, und daß die Behauptungen der Gegner dieser jüdischen Unarten oder Eigenheiten am Ende doch einer objektiven Prüfung wert sind!

L. H.

Wie kann man durch Lotteriespiel reich werden?

Diese Frage richtete einst jemand an einen jüdischen Lotterie-Kollekteur und erhielt zur Antwort: „Spielen Sie nicht, dann sparen Sie Ihr Geld!"

An diesen Ausspruch erinnerten wir uns, als wir in der Wochenschrift „Die Deutsche Schulreform" nachstehende Zeilen lasen:

Die Lehrer gehören zu den Glücklichen, denen die Lotterie-Kollekteure Gelegenheit zum Reichwerden geben. Man bekommt ein Los zugeschickt, ein frankiertes Kuvert ist beigefügt, ein beweglicher Prospekt preist die „von Glück begünstigte Kollektion" an, und der eine oder der andere fällt doch hinein. Die meisten dürften sich die Mühe des Zurücksendens machen, viele aber werfen die ganze Sendung unbesehen in den Papierkorb. Wie sehr mitunter diese letzteren Recht haben mögen, beweist ein höchst sonderbarer Fall, von dem uns die Beweise vorliegen. Ein Leipziger Schriftsteller hat die drei geschilderten Verfahren von hinten nach vorn durchprobiert und war schließlich am Meinfall angelangt als glücklicher Besitzer des Viertel-Loses 16707 A der Braunschweiger Lotterie. Er bekam alle Erneuerungslose ziemlich regelmäßig bis zur vierten Klasse, dann aber stutzt der fünften — ein bis aufs kleinste Detail gleiches Duplikat seines Loses der dritten Klasse. Woher kommt dieses Duplikat? Wie hat es entstehen, wie in den Verkehr gelangen können? Werden vielleicht in — Voraussicht des Papierkorbschicksals etlicher Lose mehrere Nummern auf Vorrat gedruckt? Und was geschieht, wenn die Nummer gewinnt und beide Lose präsentiert werden? — Das Versehen scheint dem Kollekteur sehr peinlich zu sein; noch zwei Tagen folgte der Übersendung des Duplikates das dringende Ersuchen zur Rücksendung, das aber wiederum höchst sonderbar abgefaßt ist. Die erste Zeile lautete ursprünglich: „Es ist ein Versehen von einem meiner jungen Leute" und ist dann in den Text korrigiert, so daß es lautete: „Es ist ein Versehen von Herzoglicher Druckerei" (sic).

Ein Schreiben der Lotterieverwaltung besagt, das Verfahren sei, darauf zurückzuführen, daß beim Beschneiden der Lose 25 laufende Nummern verunglückten und — gegen die bestehende Vorschrift — ohne Zuziehung des Oberkatoris aus den vorhandenen Blanketibogen ersetzt werden sollten; dabei hat sich der Drucker vergriffen

Digitized by Google

und statt Bogen 5. Klasse solche der 3. Klasse, die dicht daneben aufbewahrt wurden (wo kamen die aber her? D. Red.), gegriffen. Unglücklicherweise Weise ist nun auch dem regierungsseitig betrauten Revisor dieser Irrtum entgangen, und ebenso wenig ist er bei der Verteilung der Lose seitens des Hauptkollekteurs bemerkt worden. Wir haben Fürsorge getroffen, daß derartige Irrtümer nicht wieder vorkommen können (?) . . . .“

Das ist ein schlimmes Beruhigungsmittel; denn wer soll den Losen noch Vertrauen schenken, wenn in der Druckerei und in der Revision solche Versehen überhaupt möglich sind? — Wir gehören nicht zu den unbedingten Gegnern der Lotterien, sähen es aber gern, wenn die Geschäftsgebahrung jeder staatlichen Lotterie und ihrer Kollekteure einwandfrei wäre.

Dieser merkwürdigen Geschichte möchten wir nachstehende Ausführungen anreihen, die im Jahre 1879 — so viel uns bekannt unwidersprochen — die „Pfälzer Presse“ brachte. Damals ging man in Bayern mit dem Plan um, eine eigene Klassenlotterie zu errichten; weil durch die fremden Staatslotterien viel Geld aus dem Lande gezogen wurde. Da schrieb das erwähnte Blatt:

„Bei jeder Prämienlotterie werden wir gewahr und durch die gesamte Presse geht die Kunde, wer der glückliche Gewinner des höchsten Treffers irgendeiner Kirchbaulotterie war. Seit zehn Jahren aber machen wir unsre Beobachtungen und nie konnten wir in der Presse den Namen oder Wohnort des Glücklichen erspähen, dem Fortuna das große Los der Hamburger oder Braunschweiger Lotterie nebst der großen Prämie in den Schoß geschüttet habe. Das große Los, die höchste Prämie, bald in diese oder jene Gegend gelpielt, würde eine größere Zugkraft noch geübt haben, als dreihunderttausend Schwindelbriefe, als alle Prospekte, mit denen alle kleineren und größeren Städte, ja hauptsächlich auch die Landbevölkerung überschwemmt wird. Wo aber das große Los oder die hohe Prämie bleibt, das sollten wir bei der zuletzt ausgespielten Braunschweiger Lotterie erfahren. Einem uns bekannten Agenten waren nämlich durch alle sechs Klassen hindurch die Losnummern 15200 bis 15300 zugegangen und nur die Losnummer 15289 allein nicht. War uns dies schon auffallend, so war es uns noch auffallender, daß gerade in der sechsten Klasse auf das fehlende Nr. 15289 die Prämie von dreihunderttausend Mark entfallen war. Am allerauffallendsten aber war es uns, als wir uns nach Braunschweig wandten mit der Bitte, uns den Namen und Wohnort des glücklichen Gewinners mitzuteilen, und uns die lakonische Antwort wurde: „Der Gewinn ist in Braunschweig geblieben!“ Das war's, was wir seit einem Jahrzehnt vermuteten und was uns nun zur Gewißheit geworden war . . . die hohen Treffer mit Prämien bleiben in Braunschweig!“

Ob diese Annahme heute noch zutrifft, können wir natürlich nicht sagen; die Thatsache, daß man selten etwas davon hört, wo die großen Lose bleiben, trifft aber auch heute noch zu. Dabei ist es vielleicht von kulturgeschichtlichem Interesse folgendes festzustellen. Während nämlich in unsrer zerfahrenen Zeit der Schwindel und Betrug in allen Klassen der Gesellschaft seine Helden zu Tage fördert, haben wir beim Lotteriewesen noch nie etwas gefunden, das den Steckbrief usw. nach sich zog, und es wäre wahrhaft erhebend, wenn einzig auf diesem von Israel so stark kultivierten Gebiete die Treue und Redlichkeit ein Asyl gefunden hätte. — — Wie dem aber auch sei, so tritt an den Staat dennoch eine Mahnung heran; an den Staat, der die Steuerkraft seiner Bürger möglichst genau zu kennen das Recht und die Pflicht hat. Aus diesem einfachen und gewiß einleuchtenden Grunde erlauben wir uns den Vorschlag, daß die Bekanntmachung der Namen der glücklichen Gewinner in den einzelnen Staats- und großen Privat-Geld-Lotterien vorgeschrieben werde. So hört man alle Augenblicke, daß ein „Achtel“ des großen Loses auf arme Leute gefallen sei. Wo die übrigen sieben Achtel geblieben sind, das weiß Merkur, der Gott der Kaufleute und der — — „Götterbote.“ Wenn es nun also — und wir wagen nicht daran zu zweifeln — ausbündig ehrlich in dem verwickelten Mechanismus des Lotteriewesens zugeht, der Tausende und Tausende von Semiten beschäftigt, so wäre es doch wünschenswert im Interesse des Steuerwesens, daß die Heimlichtuerei mit den Namen der Gewinner der großen Treffer endlich einmal aufhörte. Es bleibt ja den Dummen, die „nie alle werden,“ unbenommen, ihr Geld nach wie vor zum Lotterieljuden zu bringen.

Jüdische Ehen.

Wir erhalten aus Hechingen nachstehende Zeilen:

Über die glücklichen jüdischen Ehen kann man hier in Hechingen täglich salbadern hören und der denksaule schläfrige Bierphilister nickt mit dem mehr von Alkohol als Gehirn beschwertem Haupte stets zustimmend. Zu einigem Nachdenken sich aufzuschwingen, ist ihm zu zu mühsam, und doch wäre gerade hier so recht Gelegenheit, sich über diese Frage ein äußerst treffendes Urteil zu bilden.

Die Verheiratung seiner Kinder ist bei den Juden selten mehr als ein Geschäft, bei dem absolut keine Rücksicht genommen wird auf etwaige Neigung des Herzens. Es ist ein Handel genau so, wie er sich auf dem Markte abspielt; giebt der Izig seiner Tochter nicht die geforderte Mitgift, so kommt das Geschäft einfach nicht zu stande, giebt er aber die verlangten „Mille“, dann gut, dann ist der schmachtende Jüngling im Handumdrehen ein liebender Bräutigam und sie die musterhaft verliebte Braut, die jetzt erst weiß, was Leben heißt, die mit der ganzen Inbrunst ihres Wesens dem einzig Geliebten entgegenjubelt, beiden Herz von Gott Amor mittelst der achtzig Mille ihr so unendlich weit geöffnet worden ist. In der That verlaufen auch viele der also geschlossenen Ehen äußerlich glücklich. Es kommt eben ganz darauf an, was man unter Glück versteht und welche Anforderungen in idealer Beziehung gestellt werden. Da erweist sich die Jüdin jedem aufmerksam Beobachtenden als Repräsentantin einer anderen Rasse mit ganz eigenartiger Anschauung. Sie hat eine schöne Wohnung, einen feinen Salon mit doppelten Gardinen, alles mit Teppichen belegt, hochelegante Kleidung, wie sie als reizende Neuheit die Rosa von Paris und die Hermine von Berlin mitbringt, um hier Aufmerksamkeit zu erregen und im Artikel „Mode“ mustergültig zu erscheinen, was ihnen in der Großstadt nicht gelingen will. Dazu kann sie jeden Nachmittag durch das Städtchen spazieren, Besuche machen, sich begucken und begaffen lassen, was ihr unbändige Freude zu gewähren scheint; sie ist ja die Trägerin der neuesten Mode, und das ist das einzigste und erstrebenswerteste Ziel einer richtigen Jüdin. Etwas Höheres kennt sie nicht. Nur so erklären sich die tagtäglich bis zum Ekel und Überdruß der arbeitenden einheimischen Bevölkerung sich breit machenden, die ganze Straße einnehmenden Gruppen von wandelnden Judenweibern, aufgedonnert und mit Flitter behangen, wie der Festhammel bei den schwäbischen Hammeltänzen im württembergischen Unterland. Und erst ihr Bildungsniveau, in welch kolossalem Kontrast steht es mit der äußerlich zur Schau getragenen Feinheit!! Im reinsten Frankfurter Judenjargon kann man von den Trägerinnen der reizendsten Neuheiten vernehmen: „Hobe Se schunn gehärt, daß de Frau Rosenbahl mit einem Mädche entbunde worde ist“, oder: „Gibst de hait Abend mit im Theater?, nain, ich zieh vor, im Bett zu gehe.“ Trotz der materiell meist günstig gestellten Judenehen und trotz der den Frauen vielfach zu Gebote stehenden Mitteln zur Befriedigung ihrer Wünsche und Bedürfnisse, wodurch mancher Unzufriedenheit vorgebeugt und manche Veranlassung zu Hader vorweg beseitigt wird, rächt sich der jüdische Ehebrecher oft in ganz schrecklicher Weise, und gerade hier haben wir Beispiele vor Augen, die in ihrem Verlaufe unwiderleglich gezeigt haben, wie es mit dem „Glück jüdischer Ehen“ oftmals bestellt ist.

Doch hiervon demnächst ausführlicher.

Ein ehrlicher Jude. In einem humoristisch, zum Teil satyrisch sein sollenden Buche, das vor einigen Jahrzehnten (Jahreszahl fehlt ebenso wie der Verfasser) bei Albert Unflad in Leipzig unter dem Titel „Die Reise wider Willen — Empfind-

Digitized by Google

same launige Skizzen eines harmlosen Touristen" erschienen ist, findet sich eine ernsthaft gemeinte Darstellung, wie Rothschild zu seinem Vermögen kam, die den Lesern wahrscheinlich denselben Spaß machen wird wie dem Einsender. Der ungenannte Verfasser spricht von der „eigentümlichen Gründung des Rothschildschen Vermögens, die ebenso ehrenvoll als interessant ist", und fährt dann fort:

„Im Jahre 1795 mußte der Landgraf von Hessen-Kassel sein Land verlassen, und da er niemanden kannte, dem er wohl eine Summe von zwei Millionen Gulden anvertrauen konnte, so erholte er bei einem zuverlässigen Freunde Rats. Der Freund bezeichnete ihm den rechtschaffensten Mann, denn er kannte, einen Hebräer, mit dem er schon manches Geschäft gemacht hatte. Der Landgraf ließ den Hebräer zu sich bescheiden und übergab ihm die Summe. Mayer Amschel sagte, ob das Geld ein Depositum oder ihm zum Spekulieren anvertraut sei. Der Landgraf hatte Eile. Tyut damit, was Ihr wollt, sagte er.

Der Landgraf von Hessen-Kassel ward mit einer Anzahl anderer deutscher Fürsten vertrieben und aus den Besitzungen desselben das Königreich Westfalen und das Großherzogtum Frankfurt gebildet. Endlich aber, Anno 1814, erstatteten der Pariser Friedensvertrag jedem dieser Fürsten den ungefähren Wert seines früheren Reiches. Der Landgraf zog wieder in seine Hauptstadt ein. Eines Tages ward ihm ein Jude angemeldet. Wenn die Juden eine Petition einzureichen haben, so sollen sie sich an die Minister wenden, war die Weisung des Landgrafen, der die Juden nicht sonderlich liebte. Der Hebräer aber wollte den Fürsten selbst sprechen und hatte ein Anliegen, das er nur diesem anvertrauen konnte, und so wurde demselben endlich Audienz gewährt.

Es war der Jude von 1795: derselbe Rock, nur etwas fadenscheiniger; dasselbe Gesicht, nur etwas dünner; dasselbe Haar, nur etwas grauer; derselbe Bart, nur etwas weißer und länger. Ah, Ihr seid es, mein wackerer Mann? hub die Hoheit an; ich erwartete kaum, Euch wieder zu begegnen. Und was für eine Nachricht wollt Ihr mir bringen? Ist mein Geld entdeckt und gestohlen worden? Das ist schade; aber was kann in so vielen Jahren nicht begegnen? Ich bin zum Glück nicht ganz arm und kann meine zwei Millionen verschmerzen.

Mit Nichten, erwiderte der Sohn Abrahams, mit einer tiefen Verbeugung bei jedem Worte. Dank dem Gotte Israels, ist Eurer Hoheit Geld nicht gestohlen worden, aber Eure Hoheit haben mir erlaubt, damit zu spekulieren. . . . .

Aha, ich merke! rief der Fürst. Ihr habt so geschickt spekuliert, daß mein Geld nun auf dem Grunde des Ozeans liegt? Nun ja, diese unglücklichen Zeiten waren dem Handel nicht günstig.

Auch dies ist nicht der Fall, Hoheit! Die Millionen sind nicht verunken.

Wie? Ihr habt mir meine zwei Millionen zurückgebracht?

Nicht so ganz, Hoheit! Ich habe nicht zwei Millionen zurückzugeben, sondern sechs — das Geld hat sich vermehrt.

Um so besser! Aber welche Teilung schlagt Ihr vor, Mann?

Ich behalte mir meine Kommissionsgebühr von 6 Prozent, aber dies ist nicht in die Millionen eingerechnet. —

Und Ihr glaubt, ich werde die ganze Summe nehmen? Ich werde meine zwei Millionen zurückuehmen, aber das Uebrige gebe ich Euch. Ich spekuliere nicht — ich bin ein Fürst. Wenn Ihr noch ein Wort sagt, so nehm' ich keinen Gulden!

Aber, Hoheit, es giebt noch Gesetze, sogar für den armen Juden; ich werde Sie zwingen, Ihr Geld zurückzunehmen!

Wie? Ich sollte sechs annehmen, wenn ich nur zwei gegeben habe? Bei allen Göttern des Olymps, Ihr verlangt zu viel!

Nein, versetzte der Hebräer noch einem kurzen Nachdenken —, nein, ich kann allerdings Ihre Hoheit nicht zwingen, da Sie leugnen könnten, mich zum Spekulieren ermächtigt zu haben. Wir haben kein schriftliches Abkommen getroffen. . . . .

Ganz recht; es existiert kein Vertrag. Ich habe Euch einmal ermächtigt, die beiden Millionen nutzbar anzulegen, und wenn Ihr noch ein Wort sagt, werde ich Euch wegen Vertrauens-Mißbrauch belangen!

Es ist keine Treue und Glauben mehr in der Welt geblieben, murmelte der Hebräer zwischen den Zähnen.

Was sagt Ihr da? fragte der Landgraf.

Nichts, Hoheit; ich sage nur, Sie seien ein vornehmer Herr und ich ein armer Jude. Hier sind zwei Millionen in guten Noten der Wiener Nationalbank. Und was die andern vier Millionen anlangt, so muß ich offenbar, da Sie die Annahme derselben verweigern, — setzte er seufzend hinzu — mich derselben annehmen. —

Und der Jude, welcher Mayer Anselm von Rothschild war, nahm seine vier Millionen wieder nach Frankfurt zurück und konnte nicht begreifen, wohin es mit dieser treulosen Welt noch kommen würde."

Soweit der Erzähler. Es ist nichts an seiner Erzählung verändert, hervorgehoben oder hinzugesetzt worden. Hat sie den Lesern nicht einige köstliche Minuten bereitet? namentlich wenn sie sie noch einmal mit besonderer Beachtung der schlagendsten Stellen lesen. — Ich wenigstens habe mich geradezu geschüttelt vor Lachen. So, und nur so muß sich ja die Geschichte zugetragen haben — was haben denn die bösen Antisemiten noch an der Ehrlichkeit der Juden zu zweifeln?!

Aber die Spielbank von Monaco*) hat sich kürzlich auch der Herr des Ländchens, der Fürst von Monaco, ausgesprochen. Dieser widmet sich seit Jahren der Erforschung des Atlantischen Ozeans und hat im vorigen Sommer südlich der Azoren eine bisher unbekannte Untiefe entdeckt, die er nach seiner zweiten Frau, verwitwete Herzogin Richelieu, geb. Heine, Prinzeß Alice Bank genannt hat. Seine Forschungen sind nicht ohne Bedeutung. Umso merkwürdiger erscheint es daher, wie er über seine Spielbank denkt. Dem Berichterstatter des „B. L. A." sagte er nämlich: „Meine Privatmeinung hierüber kommt absolut nicht in Betracht, allein ich bin ein Fürst, und als solcher habe ich nur das Wohl meines Landes und meines Volkes in Betracht zu ziehen. Bedenken Sie, was Monaco früher war und was es geworden ist. Jetzt ist es ein blühendes, wirtschaftlich gesundes Land, in dem ein glückliches Volk lebt, es giebt keine armen Mowegassen Bewohner von Monaco), ein jeder hat hier sein Auskommen. Würde ich meinem Lande die Spielbank nehmen, dann würde ich ihm den Lebensnerv durchschneiden, und der Ausbruch berechtigter (?!) Volksempörung wäre zu befürchten. Ein jeder Fürst, ob groß oder klein, hat nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht, in allererster Reihe an das Wohl seines Landes zu denken, und mit dem Glück meiner Unterthanen, hängt die Existenz der Spielbank zusammen. Dieser Umstand muß für mich ausschlaggebend sein, alles andere darf mich nicht kümmern. Ich bekenne offen, die Nachricht, daß ich die Konzession der Spielbank um fünfzig Jahre prolongiert habe, entspricht den Thatsachen, und daß ich hierbei im Sinne und Wunsche meiner Unterthanen gehandelt habe, das zeigt mir der in diesem Jahre ganz besonders warme Empfang, den mir die Monegassen bereitet haben. Den größten Teil der mir von der Spielbank-Administration gezahlten Pachtsumme verwende ich für meine Forschungen, über die ich im Uebrigen in der geographischen Gesellschaft in London einen Vortrag halten werde." — Sehr richtig bemerken dazu die „Leipziger Neuesten Nachrichten": „Alles andere kümmert also den Fürsten nicht; das namenlose Elend, das die Spielwirklichkeit in Monaco über unzählige Familien aller Staaten der Welt gebracht hat, die unzähligen Selbstmorde usw., das alles kümmert den Fürsten nicht, wenn nur der Geldgier seiner paar Unterthanen und dem sogenannten Wohle seines bischen Landes genug gethan wird!"

Die Juden in der Kunst. „Libre Parole" erzählt, daß der Direktor des Columbus-Theater in New-York die spanische Flagge auf den Fußboden der Gänge nageln ließ, so daß die Theater-

*) Vgl. u. a. auch wegen ausführlicher näherer Angaben die Nummern 484 u. 500 der „Deutsch-Sozialen Blätter".

Digitized by Google

Besucher sie beschmutzen und mit Füßen treten mußten, ob sie wollten oder nicht. Der Direktor heißt . . . Jach. H. Kahn. Dieser Jude ist einer der unzähligen jemitischen Barnums, die die amerikanischen Theater aussaugen. —

In New-York allein haben mindestens zwei Drittel aller Theater jüdische Direktoren. Wir zählen hier nur einige auf: Bijou-Theater (Rudolph Aronson), Kasino (George W. Lederer), Columbus-Theater (Jach. H. Kahn), Empire-Theater und Garden-Theater (Charles Frohmann), Germania-Theater (Adolph Phillip), Harlem Opern-Haus (B. Lichtenstein), Ironig-Platz-Theater (H. Conried), Knickerbocker-Theater (A. L. Haymann), Lexington-Ave Opern-Haus (W. Heumann), Lyceum-Theater (Daniel Frohmann), Metropolitan Opern-Haus (Moriz Grau), Olympia-Theater (Oscar Hammerstein), Thalia-Theater (Adler & Edelstein), Third-Avenue-Theater (H. Hammerstein), Wallacks-Theater (Theodor Moses) und Windsor-Theater (Adler & Edelstein). —

Aber nicht allein in New-York sind diese lyrisch-dramatischen Ghettos die Stätten, wo die abgelegten jüdischen Schauspielerinnen aus Europa und vor allem aus Paris immer eine gastfreundliche Aufnahme finden. Jüdische Besitzer haben fast alle Theater der Vereinigten Staaten, die sich unter dem Joch des Theater-Trust befinden, dessen Mitglieder ohne Ausnahme der edlen jüdischen Rasse angehören!

Mosaik.

Ein guter Rat für Herrn Heinrich Rickert. In Nr. 14 der „Mitteilungen“ aus der Judenschutz-Truppe entrüstet sich Herr Rickert darüber, daß die Zeitung „Das Volk“ Briefe veröffentlicht hat, die ihm zugeschrieben werden, deren Echtheit er aber in Abrede stellt. Angeblich hat auch ein Dr. P. vor fünfzehn Jahren bereits zugestanden, daß er die Briefe frei erfunden habe. — Dieser Herr, der — wenn wir nicht irren — Dr. Prowe heißt und ein Schwager Herrn Rickerts sein soll, lebt noch. Wäre es da nicht am zweckmäßigsten, wenn Herr Rickert gegen den verantwortlichen Schriftleiter der Zeitung „Das Volk“ klagte? Er kann dann mit einem Schlage die Verwunderungen auf der vielen Leute widerlegen, die ihm die Offenherzigkeiten jener Briefe doch zutrauen. Oder vielleicht versucht es die Schriftleitung der Zeitung „Das Volk“ mit einer Klage gegen die „Mitteilungen“ wegen Beleidigung? Wir würden in der Lage sein auch etwas zur Aufklärung der Angelegenheit beizutragen.

Die Ernennung des Reichstags-Abgeordneten Dr. von Buchka zum Kolonial-Direktor findet nur in den Kreisen ungeteilten Beifall, die das alte Sprüchwort vom „Amt“ und vom „Verstand“ für eine ausnahmslose Regel halten. Wir wollen im Interesse unserer Kolonial-Politik hoffen, daß diese starkgläubigen Leute Recht behalten mögen gegenüber den Zweiflern.

Sozialdemokratisches. Die Genossenschaftsbäckerei zu Flensburg ist bankrott. Das gesamte Kapital ist verloren. Es muß sogar noch 75 v. H. von der Haftsumme nachgezahlt werden. Beteiligt sind nur „Genossen“. —

Theodor von Wächter, der als „Genosse“ 1895 in Rinteln-Hofgeismar Wolfhagen landrätlich bietet und dann später von denen um Singer abgewimmelt wurde, bietet sich in einer Italienischen Zeitung als Lehrer des Deutschen, Lateinischen, Griechischen und Hebräischen an. —

Die Angestellten der sozialdemokratischen Konsumvereine des Königreich Sachsens haben am 20. v. M. zu Dresden eine Versammlung abgehalten. In einer Entschließung verlangen sie eine wöchentliche Geschäftszeit von höchstens 78 Stunden, zwei Stunden Mittagspause, Geschäftsschluß an Sonn- und Festtagen und ein festes Gehalt. Da scheint es bisher ja recht nett in den eigenen Betrieben der „Genossen“ hergegangen zu sein. 78 Stunden Arbeitszeit in der Woche soll also die Zukunft bringen! Wie viel mögen es jetzt sein? Und der Acht-Stunden-Tag? —

Auf der Parteikonferenz der „Genossen“ des Wahlkreises Offenbach-Dieburg wurde festgestellt, daß die Opferwilligkeit der „Genossen“ zu wünschen übrig lasse und daß in der Wahlkreislasse ein „bedeutender finanzieller Rückgang“ zu verzeichnen sei. Dem Kreis-Vertrauensmann Orb sind im letzten Jahre nur 14,91 Mark Beiträge zugegangen!

Vom besten aller Wahlgesetze. In Mocker bei Thorn gehören zur dritten Abteilung 498 Gemeindewähler. Davon üben bei der letzten Wahl 29 = 6 v. H. ihr Recht aus, von den 122 Wählern der zweiten Klasse erschienen 13 = 10 v. H. und von den 22 der ersten Klasse 7 = 33⅓ v. H. an der Urne. Nichts kann wohl besser die Güte unsers Dreiklassen-Wahlsystems kennzeichnen als diese Zahlen!

Dreyfus nannte die Flobert-Schützengesellschaft „Tell“ zu Neu-Isenburg (Kr. Offenbach) beim diesjährigen Eröffnungsschießen ihre „Ehren“scheibe!

Merkwürdiges aus der Juristerei. Das Landgericht zu Köslin verurteilte einen Kaufmann aus Kolberg wegen Anpreisung von Geheimmitteln zu einer Geldstrafe, trotzdem dasselbe Gericht vor sechs Monaten einen andern Kaufmann aus Kolberg wegen Anpreisung derselben Geheimmittel freisprach! Dieses Urteil wurde damals vom Kammergericht zu Berlin bestätigt. Die merkwürdige Zwiespalt, der in den beiden Entscheidungen ein und derselben Strafsammer liegt, hängt anscheinend mit der in der Zwischenzeit vor sich gegangenen anderweitigen Besetzung der Kammer zusammen — aber der schlichte Menschenverstand wird es trotzdem nie begreifen lernen, daß eine Handlung, die einem erlaubt ist, dem andern Strafe einbringt.

Einen heruntergekommenen ist der bisherige Ehefredakteur der „Kreuz-Ztg.“, Dr. phil. G. Loeck, denn in dem Berliner Adreßbuche für 1898 wird er nur noch als Redakteur bezeichnet, während man ihn 1897 dort als Chefredakteur finden konnte. — Wenn das so fortgeht, kann es Herr Loeck ja noch zum Redaktionsboten bringen.

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. Der Magistrat zu Rogasen (Posen) macht bekannt: „Der am Freitag, den 8. April d. J., hierselbst stattfindende Wochenmarkt wird mit Genehmigung des Bezirks-Ausschusses wegen des auf diesen Tag fallenden jüdischen Feiertages auf Mittwoch, den 6. April d. J., verlegt. Rogasen, den 31. März 1898. Der Magistrat. gez. Welke.“ Also nicht weil am 8. April Karfreitag war, sondern weil die Juden ihr Passah feierten, durfte der Wochenmarkt nicht stattfinden. Wir bemerken ausdrücklich, daß Rogasen im Deutschen Reiche liegt und nicht etwa ein kleines, nur von Juden bewohntes Dörfelein, sondern eine Stadt von mehr als fünftausend Einwohnern ist! —

In Berlin haben einige höhere Privatschulen die Aufnahme jüdischer Schülerinnen verweigert. Darob großes Geweiner im Denunzianten-Verein und im Jerusalemer Straßen-Blatte von Ruben Moses. Man verlangt nichts mehr und nichts weniger als daß solche Anstalten alten Aufnahmesuchenden offen stehen sollen. Angesichts der Haltung des preußischen evangelischen Oberkirchenrats wäre das ja immerhin möglich. Dann wird man aber die Väter, die ihre Kinder nicht mit jüdischen Sprossen in Berührung bringen wollen, einfach zwingen, sich im Auslande judenreine Erziehungs-Institute zu suchen oder gemeinsam sich eigene Lehrer zu halten. —

Aus Anlaß einiger „Restortitel“, die sich einzelne Judenblätter zu Ostern leisteten, macht die „D. Tagesztg.“ den **zeitgemäßen** Vorschlag, in das Preßgesetz folgende Bestimmung einzufügen: „Zeitungen, die im Besitze von Juden sind oder von Juden geleitet werden, dürfen über christliche Feste nichts schreiben.“ Diese Ansicht haben wir schon viele Jahre vertreten.

Verwandte Seelen finden sich . . . Der frühere Direktor des Belle-Alliance-Theaters zu Berlin, Charles Maurice (Karl Moritz), der infolge allerlei Schwindeleien steckbrieflich verfolgt wird, ist glücklich in Paris gelandet. Er wird dort als Sekretär in eine Theateragentur eintreten, die der wegen seiner „Genialität“ aus dem Deutschen Reiche verschwundene frühere Rechtsanwalt Dr. Fritz Friedmann gegründet hat.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe in Berlin NW. 5, Kruppstr. 13 p.
Druck: G. Reusche, Leipzig.

Digitized by Google

Deutsch-Soziale Blätter.

Herausgegeben von Max Liebermann v. Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Bezugs-Preis: vierteljährlich Mk. 1.50 bei den Postanstalten (Postzeitungsliste Nr. 1706) und Buchhandlungen. Unter Streifband Mk. 2.

Anzeigen: die 6-gespaltene Petit-Zeile 25 Pfennige. Verlagsbureau: Königstraße Nr. 27, Leipzig.

XIII. Jahrgang. | Leipzig, 21. April 1898. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Juden-Frage. Otto Glagau. | Nr. 505.

Inhalt: Heil König Albert! — Bauschwindel und dergleichen. — Jüdische Kawalle. — Zur Flottenfrage. (Schluß.) — Zwang oder Freiheit. — Ausland. — Mosaik. — Parteinachrichten. — Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Heil König Albert!

Zugleich mit seinem siebzigsten Geburtstage begeht Seine Majestät König Albert von Sachsen am 23. d. M. sein fünfundzwanzigjähriges Regierungs-Jubiläum.

Unter den Fürsten, die an diesem Tage sich in Sachsens Hauptstadt versammeln, ragen an erster Stelle hervor der Deutsche Kaiser und der Kaiser von Österreich. Aber nicht allein dieser Umstand zeigt die hohe Bedeutung der Feier, sondern auch die allgemeine Teilnahme des ganzen sächsischen Volkes weit über die engeren Grenzen des Königreichs hinaus.

Und man muß sagen: König Albert verdient die ihm dargebrachten außergewöhnlichen Ehren. Er ist der einzige noch lebende Heerführer aus dem letzten großen Kriege und unter den Rittern des eisernen Kreuzes der einzige Überlebende, der sich im Besitze des Großkreuzes befindet.

Von der Thätigkeit des ritterlichen Greises für das Wohlergehen seines Landes und seiner Unterthanen zeugt das geradezu beispiellose Aufblühen der gesamten Monarchie.

Mit dem sächsischen wird deshalb auch das ganze deutsche Volk am 23. April seine Blicke nach Dresden richten, mit dem Wunsche, dem erlauchten Senior des Hauses Wettin möge noch ein langes Leben beschieden sein zum Wohle des Deutschen Reiches und des deutschen Volkes!

Bauschwindel und dergleichen.

Durch einen Antrag des konservativen Abgeordneten Felisch ist am 4. März im preußischen Abgeordnetenhause eine kleine Aussprache über den Befähigungsnachweis erfolgt. Abg. Felisch hatte nämlich beantragt:

die Regierung zu ersuchen, sie wolle im Bundesrat ihren Einfluß dahin geltend machen, daß dem Reichstage baldigst ein Gesetzentwurf vorgelegt werde, durch den die Ausübung des so verantwortlichen Baugewerbes von dem Nachweis der Befähigung zum selbständigen Betriebe abhängig gemacht wird.

Dieser Antrag scheint sich aus den Bestrebungen verdichtet zu haben, die in letzter Zeit vorzugsweise in der Reichshauptstadt an die Öffentlichkeit traten, um den Bauhandwerkern einen gewissen Schutz zu gewähren vor ihrer Ausbeutung durch schwindelhafte Unternehmer. Daß die preußische Regierung dem Antrage nichts weniger als wohlwollend gegenüberstehen würde, war angesichts ihrer Haltung zur Handwerksorganisation klar. Der preußische Herr Handelsminister hat aber versprochen, sich „mit den beteiligten Herren Ministern in Verbindung zu setzen und zu erwägen, ob es nicht angemessen sei, die Einleitung von solchen Erhebungen, die unter allen Umständen die Grundlage einer gesetzgeberischen Ordnung bilden müssen, nunmehr bei der Reichsregierung in Anregung zu bringen".

Wenn man sich nicht mehr helfen kann
Stellt man schleunigst Erwägungen an!

Die bösen „Erwägungen"! Was haben die nicht schon alles angerichtet. Erwägungen verdichten sich im Laufe der Jahre allmählich zu Umfragen bei den nachgeordneten Behörden, dann zu statistischen Erhebungen und zuletzt zu einem im Ministerium ausgearbeiteten Gesetzentwurfe, der gewöhnlich das Entgegengesetzte von dem darstellt, was die betreffende Bevölkerungsklasse braucht oder sehnlichst wünscht. Mittlerweile sind aber Tausende ausgebentet oder zu Grunde gegangen.

Ist nun die Klage über den sogenannten Bauschwindel, der mit der Frage des Befähigungsnachweises aufs engste zusammenhängt, erst jüngeren oder jüngsten Ursprungs, so daß erst die beteiligten Ministerien in Erwägungen eintreten müssen? Ganz und gar nicht, denn schon im Jahre 1893 stellte die deutschsoziale Partei im Reichstage einen Antrag, der sich mit dieser Sache beschäftigte, 1894 wurde er wiederholt, ohne daß beide je zur Beratung gekommen wären. Ebenso wäre es wohl dem 95er Antrage ergangen, wenn nicht die Nationalliberalen damals etwas Ähnliches verlangt hätten. Daß die Beratung dann wie das Hornberger Schießen ausließ, war nicht die Schuld der deutschsozialen Reformpartei (vergl. Nr. 390).

Außerdem hat aber der Reichstag 1897 bei der Beratung der jetzt in Kraft getretenen Handwerkervorlage eine Entschließung angenommen, worin die Regierung ersucht wird, „in der nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den für die handwerksmäßigen Gewerbe, insbesondere für das Baugewerbe . . . der Befähigungsnachweis eingeführt wird". Die beteiligten Herren Minister wußten also schon lange Bescheid. Der preußische Handelsminister gab das auch zu, ja er teilte dem versammelten Kriegsvolke sogar mit, daß Anfang der 90er Jahre bereits „eingehende Erhebungen" angestellt wurden, dadurch daß

Digitized by Google

man die Kreisbaumeister befragte. Diese hatten im allgemeinen die Einführung des obligatorischen Befähigungsnachweises befürwortet, da die ganze technische Entwicklung des Baugewerbes eigentlich darauf hinweise, eine Prüfung der Befähigung der Bauhandwerker vorzuschreiben, weil thatsächlich die Anforderungen an ihre Leistungen immer mehr stiegen.

Und trotzdem jetzt wieder nur „Erwägungen"? Da muß ja der nicht in die Geheimnisse des grünen Tisches eingeweihte Normal-Bürger zu der Erkenntnis kommen, daß man „oben" nicht will oder nicht kann. Denn gerade im Bauwesen unserer modernen Großstädte ist das Großkapital mindestens in hervorragendem Maße beteiligt, thatsächlich aber wohl ganz allein, denn Hunderttausende, die heutzutage ein Grundstück in der Großstadt kostet, sind nicht immer in jedermanns Hand. Das Großkapital, die großen Hypotheken- und andre Banken haben deshalb ein nicht geringes Interesse daran, daß an den heutigen Zuständen wenig oder gar nichts geändert wird, jedenfalls nicht so, daß es ihnen Schaden bringen könnte.

Ähnlich liegt es auch mit den Forderungen der Bauhandwerker, daß ihre Lieferungen oder Leistungen für einen Neu- oder Umbau auf alle Fälle sicher gestellt werden sollen, damit sie nicht durch irgendwelche Schiebereien der Frucht ihres Fleißes verlustig gehen können. Hier glaubt die Regierung dadurch helfen zu können, daß sie die Eintragung einer sogenannten Bauhypothek in das Grundbuch zuläßt, vor der aber noch eine Baugeldhypothek stehen kann. Bei einer etwaigen zwangsweisen Versteigerung des Grundstückes nützt nun in diesem Falle eine solche Bauhypothek nichts, wenn ihr oder ihre Inhaber keine Mittel besitzen, um das Grundstück erwerben zu können. Hier wäre das einzig durchgreifende Mittel das in dem Antrage der deutschsozialen Reformpartei aus dem Jahre 1895 angegebene, nämlich: „. . . Lieferanten, Handwerkern und Arbeitern für ihre aus Lieferungen und Arbeiten an Neubauten erwachsenen rechtmäßigen Forderungen ein Vorrecht von sämtlichen auf diese Bauten eingetragenen Hypotheken oder Kautionen . . ." einzuräumen. Um jeden Irrtum auszuschließen, wäre es vielleicht gut gewesen, im letzten Absatze nicht von „Banten", sondern von „Grundstücken" zu reden; dann hieße es einfach: alle derartigen Forderungen kommen vor jeder andern Belastung des Grundstücks. Würde dann noch die Bestimmung in die neue Subhastations-Ordnung aufgenommen, daß derartige Bauhypotheken auf jeden Fall in dem amtlich festzustellenden Mindestgebote eingegriffen werden müssen, so wäre dem Bauschwindel ein für allemal ein Riegel vorgeschoben.

Weshalb die Regierung diesen einfachen Weg nicht beschreitet, ist ziemlich unklar. Der Einwand, daß das Baugeschäft in die Hände großer Baubanken übergehen könne, wenn das Banen auf diese Weise unbedingt sicher würde, ist nach unserer Ansicht hinfällig, da es auch jetzt schon derartige Banken in Hülle und Fülle giebt und es außerdem weiter kein Schade wäre, wenn in den Großstädten nicht mehr so toll und hastig gebaut würde, wie in den letzten Jahrzehnten.

Im großen und ganzen geht aus der Behandlung dieser Angelegenheiten hervor, daß die beteiligten leidenden Kreise auf eine durchgreifende Änderung vorläufig nicht zu hoffen haben. Da aber jeder Tropfen den Stein höhlen soll, so ist es nötig, daß die Bauhandwerker nsw. in ihrer Agitation nicht erlahmen.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir auf eine neue Art von Schwindel aufmerksam machen, der seit einigen Jahren in Berlin mit bebauten Grundstücken getrieben wird und der unsers Wissens bisher noch in keiner Weise öffentlich zur Sprache gebracht wurde. Gewisse Unternehmer erhöhen nämlich den Wert eines Hauses auf folgende Weise. Nachdem der Bau von der Baupolizei abgenommen und vorschriftsmäßig befunden ist, läßt der Eigentümer die nicht zum dauernden Aufenthalt von Menschen geeigneten Kellerräume schleunigst zu einem Laden oder dergleichen herrichten. Ein Mietherist bald gefunden und nun hat das Grundstück plötzlich einen um zehn bis fünfzehntausend Mark höheren Verkaufswert. Die Rechnung, die zu diesem Ergebnis führt, ist sehr einfach. Vorher waren die Halbkeller nichts wert, da sie höchstens als Wirtschaftsräume den Mietswohnungen beigegeben werden konnten. Jetzt bringen sie fünfhundert und mehr Mark Miete, die zu dem in Berlin üblichen Zinsfuße kapitalisiert die vorhin erwähnte Summe ergeben. Hat das Verhältnis nun einige Zeit so bestanden, wird für das neue Grundstück ein Käufer gesucht und auch leicht gefunden, da der Verkäufer natürlich infolge seiner betrügerischen Handlungen einen größeren Überschuß herausrechnen kann als sonst Norm ist. Manches Jahr geht nun die Sache gut, bis auf einmal durch irgendwelchen Zufall eine bautechnische Nachprüfung erfolgt und dann die unvorschriftsmäßige Ausnutzung der Kellerräume ermittelt wird. Selbstverständlich müssen diese nunmehr sofort geräumt werden und der derzeitige Eigentümer des Hauses ist um die Summe ärmer, die der erste Besitzer durch diesen Streich aufgeschlagen hat. Allerdings steht ihm gegebenfalls der Weg der Klage gegen den oder die Vorbesitzer offen; gewöhnlich hat diese aber keinen Erfolg, da entweder die Sache verjährt oder von dem zu Verklagenden nichts zu holen ist. Auf diese Weise sind manche Familien schon vollständig ruiniert worden, ohne daß sie im stande gewesen wären, den Urheber ihrer Not zu fassen. Ja, uns ist ein Fall bekannt, wo der Betrogene rechtskräftig verurteilt wurde, dem Betrüger noch ein große Summe herauszuzahlen. Jener konnte nämlich nach dem Eingreifen der Baupolizei das Grundstück nicht mehr halten und bei der zwangsweisen Versteigerung erwarb es der betrügerische Vorbesitzer, der noch eine größere Rest-Hypothek auf dem Grundstücke hatte, wieder. Natürlich bot er nur bis zu seiner Hypothek, wodurch diese ausfiel und er nun den Subhastaten um diese Summe verklagen konnte. „Im Namen des Königs" mußte dieser nach dem Stande unsrer heutigen Gesetze auch verurteilt werden!

Gegen derartigen Schwindel kann sich der Einzelne schwer schützen. Das Übel liegt in unsren ganzen Grund- und Boden-Verhältnissen.

L. H.

Jüdische Krawalle.

Die von uns in der Nr. 481 ausführlich geschilderte Bedrängung unsrer badischen Parteifreunde durch die Juden gelegentlich einer in dem Orte Walldorf (Kr. Wiesloch) angesetzten Versammlung, sollte am 31. v. M. eine Sühne vor dem Amtsgerichte zu Wiesloch finden. Es wurde dort durch längere und eingehende Zeugen-Vernehmungen festgestellt, daß die Störung der Versammlung planmäßig durch die Juden bewirkt war. Der jüdische Tabakhändler Bernhard Kramer hatte als Mitglied des Militärvereins seine „Kameraden" zwei Stunden vor Beginn der Versammlung in das Versammlungslokal „eingeladen" und spendete dort 240 Liter Freibier. Am Tage vorher beorderte er telegraphisch den „Genossen" Heilmann aus Heidelberg nach Walldorf. Die Depesche unterschrieb er „Genosse Schell"! Eine halbe Stunde vor dem von der deutschsozialen Reformpartei festgesetzten Beginn der Versammlung eröffnete er diese und ließ sich von der trunkenen Rotte auf Vorschlag des Juden Hermann Kramer, der eine Kiste Zigarren hatte verteilen lassen, zum Vorsitzenden wählen. Der herbeitelegraphierte „Genosse" Heilmann durfte nun sein Sprüchlein auffagen. Als dann die Abgg. Bindewald und Pfisterer und der Kandidat der deutschsozialen Reformpartei, Herr Konsul Köster (Heidelberg), erschienen, erhob sich ein derartiger Lärm, daß die Herren es vorzogen, das Feld zu räumen und mit ihren Anhängern nach dem Gasthause „Zum Lamm" zu gehen.

Das hatte aber den Radauhelden nicht. Sie folgten deshalb unter Führung des jüdischen Lehrers Samuel Liesberger zum Teil den Aufsemiten und dieser Jngendzieher rief im „Lamm" ohne jede Ursache dem Abg. Bindewald zu: „Sie sind ein unverschämter frecher Mensch!" Als dann der Konsul Köster als Vorsitzender der Versammlung dem Lieberger entgegnete: „Jetzt halten Sie aber Ihr Maul!", griffen die „Genossen" zu ihren „geistigen Waffen", so daß der Vorsitzende und die Abgg. Bindewald und Pfisterer sich in die oberen Stockwerke des Gasthauses begaben. Aber auch dahin drangen die

Digitized by Google

Ruhestörer, fortwährend schreiend: „Wo ist der Köster? Runter muß er, raus muß er!“ Der Gastwirt Koppert will als Anführer dieser Abteilung den Lehrer Liesberger erkannt haben. Unterdeß war eine andre Kolonne mit Bernhard Kramer an der Spitze in das Gasthaus „Zum Ochsen“ marschiert, wo der Jude wieder ein Bis anderthalb Faß Bier zum Besten gab. Dann begab man sich auch zum „Lamm“, wo Herr Bernhard Kramer auf einen Stuhl stieg und — wie er sagte — „zur Ruhe mahnte“! Vor dem Gasthause hatten sich mittlerweile mehre hundert Personen eingefunden, in deren Mitte der Jude Heinr Herz, genannt Sternweiler eine Rede hielt, während die Menge Thor, Thür und Fenster einschlug, um „den Köster“ rauszuholen. Dabei äußerte der Lehrer Liesberger: „Wenn das Lamm zusammengeschlagen ist, schlagen wir auch das Haus von Riemensberger zusammen.“

Riemensberger war ein Vertrauensmann der deutschsozialen Reformpartei! Liesberger giebt eine ähnliche Äußerung zu, er will damit aber nur eine Besürchtung ausgesprochen haben!

Das Ergebnis der Verhandlung war die Freisprechung Liesbergers und die Verurteilung der beiden Kramer zu vier und drei Wochen Haft **wegen groben Unfugs**, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt gelten.

Man vergegenwärtige sich alles vorher gesagte, das eidlich von einwandfreien Zeugen erhärtet wurde. Dann nehme man die Thatsachen hinzu, daß der Verteidiger Katz ausdrücklich von einer „brüllenden Menge“ sprach, die „jemand zu lynchen getrachtet habe“, daß Hermann Kramer vor der Versammlung einem Zeugen einen Hundertmark-Schein zeigte mit den Worten: „Ich habe meinem Vater gesagt, daß er den nicht mehr zu sehen bekommt.“ Ferner, daß der herbeitelegraphierte „Genosse“ Heilmann von Bernhard Kramer fünf Mark Entschädigung erhielt, daß Herz, genannt Sternweiler, den Abg. Pfisterer, „um ihn zu schützen“, wiederholt so heftig anpackte, daß der keineswegs schwache Herr Abgeordnete an der Brust stark blutete, daß Bürgermeister und Polizeidiener ruhig den stundenlangen Krawall mit ansahen, ohne auch nur einen Versuch zum Eingreifen zu machen, daß noch am nächsten Morgen der Jude Moritz Oppenheim Freibier spendete, und nun rufe man sich das Urteil ins Gedächtnis zurück.

Es ist begreiflich, wenn die jüdischen Blätter die ganze Geschichte mit wenigen Worten abthun und erklären, „daß die Sache lediglich durch die Antisemiten so ungeheuerlich aufgebauscht war“. Den Gipfel der Naivetät erklimmt aber — wie immer in solcher Fällen — das Organ der Judenschutztruppe. Es behauptet mit der ihm eigenen Anpassungsgabe: „Von einem mit jüdischem Gelde angestifteten Krawalle konnte die Rede nicht sein .... weder die Juden in Wallhorf, noch die der Gegend sind durch die Sache kompromittiert worden, kurz, es war „viel Lärm um Nichts“.“ Da die unsichtbaren Redakteure des Schutztruppen-Blattes die antisemitische Presse sehr genau durchstöbern, wird ihnen sicher folgende Äußerung des Amtsanwalts nicht entgangen sein:

„Bei aller Objektivität muß man sagen, daß die Vorgänge beispiellos sind. Seitens der Juden ist absichtlich und planmäßig vorgegangen worden.....“

Den Kulissenschiebern der „Anti-Anti-Mitteilungen“ wird auch sicher bekannt geworden sein, daß der Vorsitzende des Gerichts die Übernahme der Leitung der Versammlung durch den Juden Bernhard Kramer „einer unerhörte Herausforderung der Antisemiten“ nannte. Wie man da zu erklären vermag, von einem mit jüdischem Gelde angestifteten Krawall sei keine Rede, wäre uns unfaßbar, wenn wir nicht die Wahrheitsliebe der Herren vom Judenschutzblatte kennen würden.

Doch Schwamm drüber!

Für unsere Leser noch eine Stimme aus dem konservativen Lager. Die „Bad. Landpost“, ein Blatt, das uns nichts weniger als günstig gesonnen ist, schreibt:

Daß das Urteil viel zu milde ausgefallen ist —, darüber existiert nur eine Stimme, die Stimme der israelitischen Mitbürger ausgenommen natürlich; ja, man kann sagen, das Urteil wird wirken, wie eine Prämie auf Inszenierung von jüdischen Angriffen auf deutsche Bürger, die ihre verfassungsmäßigen politischen Rechte ausüben wollen.

Gerichtlich festgestellt ist, daß die Juden in frecher und unverantwortlicher Weise den Skandal und die Schlägerei herbeigeführt haben. Die Juden haben die Deutschen an ihrer schwächsten Stelle, an ihrer Tributpflichtigkeit gegenüber dem Sausteufel, gefaßt, um sie zu Kombattanten der jüdischen Streitmacht zu gewinnen .... Vier Wochen hat Herr Bernhard Kramer — der als Jude im Vorstand des Militärvereins ist — in der sehr bequemen Untersuchungshaft zugebracht; sie wird ihm als verbüßte Strafe angerechnet: vier schönere Wochen der Erholung und des Nichtsthuns kann sich Herr Kramer gar nicht wünschen .... Die Judenschaft wird diese Verneteilung, wie gesagt, nicht als Strafe empfinden; sie wird mit Zuhilfenahme charakterloser Deutscher, die ein Glas Freibier über ihre Manneswürde stellen, immer wieder aufs neue versuchen, den Antisemitismus mit dem Knüppel totzuschlagen. Wenn sich nicht einmal ein Gerichtshof und ein Staatsanwalt findet, der diese Schläger und Anstifter nicht mindestens sechs Monate hinter die schwedischen Gardinen steckt, werden die Fanatiker dieser Rasse, die, statt sich zu bessern und ihre Volksgenossen zur Mäßigung, zur Bescheidenheit zu raten, immer wieder loschlagen. Wenn dann weiter der deutsche Michel erwacht, in „Zorn gerät“ und ein paar Juden totschlägt, dann wird das ganze Judentum von Wallhorf bis Konstantinopel „Wehe“ schreien und die Judenschutztruppe wird gehorsam akkompagnieren. Aber man wird nicht bedenken, daß es die Anmaßung und Frechheit rabiater „Volksgenossen“ war, die das Unheil entzündete, und daß die Milde deutscher Gerichtshöfe gegenüber dieser brutalen Gesellschaft gleicher Weise jüdische „Thatkraft“ großzog.

Wir haben wohl dieser konservativen Stimme nichts weiter hinzuzufügen!

Einen ähnlichen Verdunkelungsversuch macht Juda in Bezug auf eine jüdische Revolte, die im vorigen Jahre in Minsk (Rußland) stattfand.

Die Juden Gubitsch, Feimann, Aronitschut, Rumanow, Frumkin u. a. wurden nämlich beschuldigt, daß sie, von Feindschaft gegen die Militärchargen und überhaupt gegen die christliche Bevölkerung beseelt, sich der öffentlichen Menschenansammlung angeschlossen hätten, die in Minsk am 27. April 1897 mit vereinten Kräften gewaltthätig gegen die Militärchargen und andre Personen christlicher Konfession vorging und den bewaffneten Patrouillen, die zum Schutz der angegriffenen Militärchargen berufen, Widerstand entgegensetzte. Während in der Verhandlung vor dem Gerichte zu Wilna am 27. März d. J. und folgende Tage fünf Juden zu je zwei Jahren Gefängnis verurteilt wurden, sprach man neun der Angeklagten frei. Übereinstimmend berichteten die jüdischen Blätter außerhalb Rußlands über den Prozeß, das Gericht habe festgestellt, „daß keine Bethätigung des Hasses gegen Christen oder Militär vorliege“. Nun ist genau das Gegenteil richtig. Die Anklagebehörde und das Gericht sind ausdrücklich zu dem Schlusse gekommen, daß die jüdischen Angeklagten sich der genannten Verbrechen schuldig gemacht haben. Das geht auch schon daraus hervor, daß dem Regimente zu Minsk ausdrücklich das Recht zuerkannt ist, die Zivilklage gegen die Juden zu erheben. In diesem Falle gelang es sofort, die Quelle zu ermitteln, die diese falsche Nachricht verbreitet hatte, es war nämlich die jüdisch liberale Zeitung „Nowosti“, die durch den offiziösen Telegraphen ihre erlogenen Angaben in die Welt setzen ließ.

Handelt es sich um jüdische Missethaten, so ist die jüdische

Digitized by Google

Presse und ihr Anhang von jeher bereit gewesen, den Thatbestand totzuschweigen oder zu verschleiern. Deutlicher wie an dem Wallhorfer Falle konnte das nicht bewiesen werden und deshalb soll er uns für die Aufklärung im Lande hochwillkommen sein, wenn auch seine gerichtliche Behandlung hinter den berechtigten Erwartungen zurückgeblieben ist. —e.

Zur Flottenfrage.

Rede des Abg. Liebermann von Sonnenberg in der 71. Sitzung des Reichstages am 28. März 1898.

(Schluß.)

Herr von Bennigsen hatte einen sehr glücklichen Tag. Besonders erfreulich war sein Hinweis darauf, daß in seinem Parlamente der Welt die Bewilligungen für die nationale Wehrkraft so zum Exerzierplatz für Budgetfragen gemacht würden, wie durch Herrn Richter im Deutschen Reichstage. Auch noch einige andre Mahnungen an dessen Adresse waren schlagender Natur. Daß Herr von Bennigsen am Schlusse seiner interessanten Rede, die gewissermaßen als sein Schwanengesang gelten kann, noch auf den Kulturkampf kam, war vielleicht im Interesse der Einheitlichkeit seiner Rede nicht ganz glücklich; immerhin kann man es verstehen: on revient toujours à ses premiers amours. Herr Bebel hatte recht, als er in seiner Erwiderung dem Herrn von Bennigsen auf einen Widerspruch aufmerksam machte, den dieser in seiner Rede begangen hatte. Zuerst hatte er gesagt, er glaube, die Stimmung im Lande sei wesentlich zu Gunsten der Flottenvorlage umgeschlagen; hernach warnte er vor einer Auflösung und meinte, eine solche sei doch am Ende nicht zweckmäßig gewesen. Ich wiederhole: nach meiner Beobachtung ist die Stimmung in den gebildeten Kreisen, die die Tragweite dieser Vorlage zu beurteilen vermögen, überwiegend flottenfreundlich. Viel weniger ist dies aber der Fall in den großen Kreisen, die sich nicht eingehend mit der Frage beschäftigt haben.

Wenn jemand jenseits der Begriffe von Gott, Vaterland, Monarchie, Kaiser und Reich steht wie die Herren von der Sozialdemokratie, so haben solche Redner bei vaterländischen Fragen einen außerordentlich freien Spielraum; sie können ganz anders sprechen als diejenigen, die noch an diesen, nach sozialdemokratischer Auffassung veralteten Begriffen mit Liebe hängen. Herr Bebel hat uns trotzdem viel Neues auch nicht gesagt. Er warnte wie die Gegner aus den bürgerlichen Parteien vor der Verschleuderung der Rechte des Reichstags, „er schämte sich“, daß dieser Reichstag in einer Weise auf seine Rechte verzichte wie kein Parlament der Welt; er erzählte uns, daß, nach Aussage seiner Freunde in Frankreich, die Franzosen nur darum alle Heeres- und Flottenvorlagen ohne Widerspruch bewilligten, weil sie der Ansicht seien, Deutschland wolle im geeigneten Augenblick über sie herfallen. Er setzte hat, wie er erzählte, seinen Freunden diese falsche Auffassung auszureden versucht; aber vergeblich. Vielleicht würde es ihm aber doch gelingen, wenn er von seiner Internationalität Gebrauch machte, französischer Bürger würde, sich dort in das Parlament wählen ließe und dann mit der Wucht seiner Rede und dem Ansehen, das ihm dies Amt verleihen würde, den Franzosen klar machte, daß wir Deutsche den Weltfrieden nicht stören wollen. Herr Bebel kann es uns doch aber nicht verdenken, daß wir gegenüber der von ihm geschilderten Gesinnung der Franzosen alles zu thun verpflichtet sind, was zur Stärkung unsrer Wehrkraft zu Lande und zu Wasser nötig ist. Wir müssen für den Fall gerüstet sein, daß ein Funke in der Pulverfaß drüben jenseits der Vogesen hineinfällt. Herr Bebel brauchte eine Reihe von Ausdrücken, die gar nicht auf jemanden aus dem Hause gemünzt waren, sonst aber wohl nicht ganz parlamentarisch gewesen wären. Er erklärte es für „verrückt“, wenn jemand glaubte, daß unsre Flotte, selbst wenn sie nach dem vorliegenden Plane ausgebaut sei, es mit der englischen Flotte aufnehmen könnte. Ja, m. H., es handelt sich doch dabei um die Voraussetzungen, unter denen ein solcher Kampf sich abspielt. In unsern heimischen Gewässern wird es unsre Flotte nicht nur mit den Engländern aufnehmen können, sondern wird es mit ihnen aufnehmen müssen; sie würde ohne jede Frage mit voller Siegeszuversicht der englischen Flotte entgegengehen; denn einmal kann England nicht seine ganze Stärke in unsre Gewässer hineinwerfen, ferner ist es aber auch die Verpflichtung unsrer Flotte, unter Aufopferung ihrer selbst, die heimische Küste zu schützen und zu decken. Unsre deutsche Flotte würde gegebenenfalls genau so handeln wie die 300 Spartaner in den Thermopylen, die es auch kaum für wahrscheinlich halten konnten, daß sie bei der Millionen-Armee des Xerxes dauernd widerstehen könnten.

Herr Bebel war übrigens in seiner Rede, wie häufig, witzig und interessant. Er neckte Herrn Rickert, das Zentrum und die Nationalliberalen; er droht dem Zentrum mit dem Schicksal der nationalliberalen Partei. Er meinte, die nationalliberale Partei sei daran zu Grunde gegangen, weil sie stets zu bereitwillig Verstärkungen der Wehrkraft bewilligt habe. M. H., da, glaube ich, hat der Herr Abg. Bebel doch nicht recht. Wenn das Zentrum sich für die Folge weiter keine andern politischen Sünden zu Schulden kommen läßt, als die Stärkung unsrer nationalen Wehrkraft mit der Wucht seiner Zahl zu unterstützen, so wird ihm das ganz gewiß bei seinen Wählern nichts schaden, sondern seine Stellung im Lande noch mehr befestigen. Die nationalliberale Partei ist deshalb zurückgegangen, weil sie in wirtschaftlicher Beziehung nicht die Fühlung mit ihren Wählern aufrecht zu erhalten verstand. Das Zentrum hat das bisher noch immer verstanden — vielleicht nicht im vollen Umfange bei der Agrarfrage, und nach der Richtung hin wird jene Partei zweifellos im geeigneten Augenblick auch wissen, was sie zu thun hat.

Zuletzt zitierte Herr Bebel noch Goethe; aber er zitierte ihn nicht richtig. Er sagte:

Heute darf man sagen: das Unglaubliche, hier wird's Ereignis, das Unerwartete, hier ist's geschehen.

Er hätte einen bessern Witz machen können, wenn er wörtlich zitiert hätte:

Alles Vergängliche ist nur ein Gleichnis, das Unzulängliche, hier wird's Ereignis, das Unbeschreibliche, hier ist's getan, das ewig Weibliche zieht uns hinan,

und er hätte dann eine Anspielung auf den Freisinn weiblicher Linie machen können.

(Heiterkeit.)

Die Herren Gegner, soweit sie von den Herren Richter und Bebel vertreten werden, sollten doch konsequent sein; sie sollten nicht mit Aussichten und Redewendungen ihre Abneigung gegen Stärkung der Seegewalt des Reichs bemänteln, sondern sie sollten ehrlich von ihrem Standpunkt aus erklären: wir bewilligen nichts mehr für die Flotte, wir verlassen die vorhandenen Schiffe — denn eine ungureichende Flotte ist viel schlechter als gar keine, weil sie die Erwartungen und Hoffnungen, die man auf sie setzt, im geeigneten Augenblick täuscht. Sie müßten dann konsequenterweise, wenn sie das Vaterland doch schützen wollen — wenigstens die Herren Freisinnigen —, Sperrforts in großer Anzahl und Verstärkungen des Landheeres bewilligen, damit auch die hunderttausend Mann, die nach Herrn Richter im gegebenen Augenblick jeder landenden Armee entgegentreten können, nicht bei der Feldarmee fehlen. Sie müßten unsre Kolonien verschenken. Unsre Handelsmarine könnte ja unter den Schutz unsrer britischen Vetter gestellt und die Wahrung der Interessen unsrer Volksgenossen in den überseeischen Ländern dem Bruder Jonathon anvertraut werden. Die beiden würden gewiß in bekannter und bewährter Uneigennützigkeit und zartsinniger Gerechtigkeitsliebe dafür sorgen, daß Better Michel nicht zu schaden kommt. Dann könnten die Herren Flottengegner nach der Melodie: „Es braust ein Ruf wie Donnerhall“ dem Michel die Schlafmütze über die Ohren ziehen und ihm vorsingen: Lieb Michelein, kannst ruhig sein.

Herr von Kardorff brachte einen durchschlagenden Gedanken in die Debatte herein, indem er ausbrach, daß der gegenwärtige Augenblick, die Flottenvorlage einzubringen, der geeignetste wäre, der bis jetzt vorhanden gewesen sei. Denn im gegenwärtigen Augenblick seien außerordentliche Mittel dazu vorhanden, ohne daß die Steuerkraft des Landes von neuem angespannt zu werden brauche.

Digitized by Google

Der Herr Abg. Spahn, der als letzter Redner zu § 1 sprach, zerstörte gründlich die Legende, daß Dr. Windthorst in Anspruch zu nehmen wäre für die Herren Gegner; die Herren Schoenlank, Richter, Bebel und andre können sich thatsächlich auf den verstorbenen Kollegen Windthorst in keiner Weise berufen, und weiteres Beweismaterial dafür brachte schließlich auch der Herr Referent in seinem Schlußwort noch herbei. Wenn der Herr Abg. Spahn hernach auch in sehr eingehender Weise auf die Flottengeschichte seit den Kreuzzügen gekommen ist, so will ich ihm hierin nicht nachfolgen. Ich will nicht anfangen bei vorgeschichtlichen Zeiten, nicht untersuchen, warum Japan nicht von China seiner Zeit unterjocht ist, auch nicht auf die Phönizier kommen, sondern ich will auf einen andern Punkt seiner Ausführungen kurz hinweisen.

Er meinte, die deutsche Landwirtschaft sei sehr wesentlich interessiert an der Kauftraft der deutschen Industrie; er meinte ferner, auch die deutsche Landwirtschaft habe ein großes Interesse an dieser Vorlage, und vermöge dabei auf den Zuckerexport. Nun, m. H., ich glaube doch, daß die deutsche Industrie ein weitaus größeres Interesse an der Kauftraft der deutschen Landwirtschaft hat als umgekehrt, und ich werde auf diesen Punkt hernach noch zurückkommen.

(Oho! und Zurufe.)

— Ja, meine verehrten Herren, wollen Sie die Freundlichkeit haben, geduldig zuzuhören; dann beschränke ich mich vielleicht. Sonst mache ich von meinem Recht durchaus Gebrauch, und Sie wissen ja aus früheren Zeiten, daß meine Lungen vollkommen ausreichen für eine recht lange Rede.

(Heiterkeit.)

M. H., es ist in den Debatten von der veränderten Stellung des Zentrums viel die Rede gewesen und Äußerungen über den Kulturkampf spielten dabei auch eine Rolle. Auf die Gefahr jeder Mißdeutung hin scheue ich mich nicht zu erklären, daß noch meiner Überzeugung das Zentrum, insonderheit die Mehrheit desselben und deren Führer sich wohlverdient um das Vaterland gemacht haben; sie haben mit unendlich großem Aufwande von Geduld, Mühe, Scharfsinn und taktischem Geschick es möglich gemacht, eine Vereinbarung zwischen den Regierungen und den flottenfreundlichen Parteien herbeizuführen. M. H., ich halte das für eine erfreuliche Anknüpfung an die Überlieferungen vom Jahre 1878. Damals hat, trotzdem der Kulturkampf noch tobte, das Zentrum unter Führung des Herrn von Schorlemer-Alst, des Bauernkönigs, dem Fürsten Bismarck geholfen, sein, dem Vaterlande so segensreiche Politik des Schutzes der nationalen Arbeit einzuleiten und durchzuführen. Es ist mit eine große Freude gewesen, daß aus den einzelnen Ausführungen der Herren Zentrumsredner, wo sie auf den Kulturkampf zu sprechen kamen, ein Ton der Versöhnlichkeit hindurchklang und die Anerkennung, daß die Zeiten sich wesentlich geändert haben. M. H., solche nationale Thaten, wie sie das Zentrum jetzt durch die Durchbringung der Flottenvorlage vollführt hat, reihen sich wie Tragpfeiler aneinander und werden schließlich doch einmal noch die Kluft überbrücken, die leider noch zwischen den Angehörigen beider christlichen Konfessionen klafft. Ich lebe der Überzeugung, daß ohne eine vollständige Beseitigung des unglückseligen Kulturkampfes und seiner Nachwehen kein erfolgreicher Kampf gegen die Mächte des Umsturzes im deutschen Vaterlande durchzuführen ist,

(sehr richtig!),

daß es nicht möglich ist, unser Volk zur wirtschaftlichen und sittlichen Gesundung zu bringen, wenn nicht erst die christlichen Deutschen beider Konfessionen sich vertragen gelernt haben.

(Sehr richtig!)

M. H., die gesetzliche Festlegung der Flottenorganisation war nach unsrer Meinung durchaus notwendig, und wenn Herr Richter geglaubt hat, den Abg. Windthorst dafür anführen zu können, daß er eine einjährige Bewilligung für wünschenswerter gehalten hätte, so mag das damals richtig gewesen sein. Die Zeiten haben sich aber geändert; die Nachfrucht des Freisinns, die Sozialdemokratie, ist üppig ins Kraut geschossen. Es kommt jetzt darauf an, solche wichtigen Grundpfeiler unsrer ganzen Staatsordnung auch gesetzlich zu fundamentieren. Wir sehen die Aufgabe der Flotte in der Verteidigung der Küsten auf hoher See, in dem Schutze unsrer Häfen vor Blockaden und der Bereitelung von Landungsversuchen in der Entlastung des Landheeres, in dem Schutz unsrer Kolonien in der Wahrung der Ehre und Interessen des Deutschen Reichs und der Interessen der Deutschen im Auslande. Wir meinen, daß diese Aufgaben wichtig genug sind, um eine Belastung der Gesamtheit, wie sie durch die Flottenvorlage unter allen Umständen herbeigeführt wird, zu rechtfertigen. Wir stimmen der gewählten Form der Deckung durchaus zu; wir glauben, daß neue Steuern nicht nötig sein werden, zumal ja vom Jahre 1900 ab 46 Millionen, die jetzt im Etat stehen, für Ergänzung von Materialbeständen der Artillerie frei werden. Wir meinen aber, daß selbst, wenn im ungünstigsten Fall doch zurückgegriffen werden müßte, auf neue Mittel, dann die schwächeren Schultern geschützt sind durch die feierlichen Erklärungen der Regierung, die diesmal sogar im Gesetze festgelegt sind.

M. H., trotzdem stimme ich aber auch der Ansicht zu, die Herr von Hertling aussprach, daß man nicht allzusehr einen Unterschied machen solle zwischen denjenigen, denen die Flotte zu gute kommt und denen, die die Lasten tragen. Auch in Bauernkreisen teilt man diese Meinung. Wo die deutschen Bauern schon die Überzeugung von der Notwendigkeit der Verstärkung unsrer Seemacht gewonnen haben, sind sie auch gern bereit, ihr Teil an Opfern auf sich zu nehmen; die sind sich bewußt, daß sie damit dem Vaterlande gegenüber einer Pflicht genügen. Von einem märkischen Bauern ist mir das deutlich ausgesprochen.

Es mag nicht unnütz sein, daran zu erinnern, daß die Zusage, die bei der Heeresverstärkung im Jahre 1893 seitens der Regierung gegeben wurde, durchaus eingehalten worden ist. Ich setze deshalb nicht ein, weshalb wir diesmal Mißtrauen haben sollten, zumal jetzt eine gesetzliche Festlegung erfolgt ist: wir haben damals keine neuen indirekten Steuern bekommen. Die Heeresmacht-Entwicklung ist bezahlt worden aus den bereiten Mitteln, zu denen nur das „böhmische Börsensteuer", wie Herr Rickert sehr richtig sagte, gekommen ist. Ich hoffe, daß in jener Bezeichnung kein Einverständnis eingeschlossen ist, wenn später einmal die Schraube bei der Börsensteuer etwas mehr angezogen werden sollte.

Die bekannten Schlagworte, die wir aus der Presse und den Versammlungsreden kennen, sind ebenso, wie in früheren Marinedebatten, auch diesmal vielfach von Rednern angewendet worden. Vor allen Dingen mußte die „Weltpolitik" als Abschreckungsmittel dienen. Aber, ich glaube, die Herren, die uns jetzt mit der „Weltpolitik" ängstlich machen wollen, kommen doch viele Jahre mit ihren Warnungen zu spät. Es trifft wirklich zu, was Paul Dehn in seinem kleinen Schriftchen „Kommende Weltwirtschaft" sagt:

> Deutschland steht schon längst in der Weltpolitik mitten drin, nicht, um nach Weltherrschaft zu jagen, sondern um sich die ihm gebührende Stellung in der Weltherrschaft zu sichern.

Dieser Aufgabe kann sich Deutschland, zumal seine Handelsflotte schon die zweite Stelle einnimmt, unter keinen Umständen entziehen, und die Herren drüben (links) werden den Gang der Geschichte nicht aufhalten. Deutschland wird mit oder ohne Ihre Genehmigung seine nationale Pflicht thun und seine weltgeschichtliche Mission erfüllen. Man kann das Rad der Zeit nicht aufhalten; aber eine weise Staatskunst muß versuchen, das Rad zu lenken. Darum ist es Aufgabe unsrer Staatsregierung, unsre ausgleichige Teilnahme an der Weltwirtschaft in Einklang zu bringen mit dem Schutz der nationalen Arbeit. Das ist möglich; aber es ist allerdings nicht möglich auf dem Wege, den der Herr Rickert als den einzig gangbaren hingestellt, nämlich die Fortführung der gegenwärtigen Handelspolitik. — Ich widerstehe der Versuchung, ausführlich auf die darauf bezüglichen Ausführungen des Herrn Rickert einzugehen; sie wurden leider gewissermaßen verdeckt durch eingelne Darlegungen des Herrn Staatssekretärs Tirpitz. Nun gebe ich zu, daß sich diese Ausführungen im Stenogramm besser lesen, als sie sich anhörten. Als er vorgetragen sprach, hatte ich das Gefühl des Dankes ihm gegenüber, daß er mir gelehrt hatte, die Abneigung einzelner meiner politischen Freunde gegen das Flottengesetz milder zu beurteilen. Er sprach aus, daß wir Nahrungsmittel importieren müßten. Ja, m. H., die Thatsache mag vorläufig noch zugegeben werden; aber es wäre wünschenswert gewesen, wenn er hinzugefügt hätte, daß die Regierung es

Digitized by Google

als ihre wichtigste Aufgabe ansehe, Deutschland sehr bald dahin zu bringen, daß alle notwendigen Nahrungsmittel im Lande gebaut werden. Das ist leicht zu erreichen, wenn man nur der deutschen Landwirtschaft den Schutz gewährt, den sie braucht, um stetig fortarbeiten zu können.

(Sehr richtig! rechts.)

In einer Menge von Schriften wird das nachgewiesen: ich will nur den Titel der einen hier nennen, „die Landwirtschaft in China und Europa“ von August W. Schencking; da will auch auf die Zahlenverhältnisse, die Vergleiche zwischen Europa und China nicht näher eingehen. In China leben nach jener Schrift 12 Menschen von den Erträgnissen eines Hektars, bei uns kommen auf ein Quadrat-Kilometer erst 91 Bewohner. Also, m. H., die Möglichkeit der Steigerung unsers Landbaues steht außer allem Zweifel, zumal große Flächen noch in intensivere Kultur genommen werden können, andre überhaupt noch nicht in Kultur genommen sind. Wir müssen unsern Verbrauch an Lebensmitteln unter allen Umständen im Inlande erzeugen. Daraufhin muß von Seiten einer weisen Regierung gearbeitet werden.

M. H., die Fleischversorgung in Deutschland durch die einheimische Landwirtschaft hat in schwierigen Verhältnissen nicht versagt; als durch unvorhergesehene Umstände im Jahre 1896 infolge des Verbots der Schweineeinfuhr gegen Frankreich, Rußland, Oesterreich-Ungarn) die Einfuhr plötzlich gewaltig zurückging, wurde trotzdem das Fleisch nicht teurer. Ich will Sie nicht mit Zahlen ermüden, obwohl ich hier sehr beweiskräftige Tabellen zur Stelle habe. — Ich wiederhole kurz: sowohl was die Nahrungsmittel, die Brotfrüchte betrifft, als was die Fleischversorgung anlangt, ist unsre Landwirtschaft durchaus einer Produktionssteigerung fähig. Es ist ganz irrtümlich, wenn angenommen wird, daß nationale Wirtschaftspolitik und Schutz der nationalen Arbeit sich nicht in Einklang bringen lassen sollte mit dem Wettbewerb auf dem Weltmarkt. Die Zahlen sprechen dagegen. Gerade in jener Zeit, als der Freihandel herrschte, ging unser Import zurück; die Unterbilanz wuchs, in den Jahren 1872/79 betrug die Einfuhr durchschnittlich 3621 Millionen, die Ausfuhr 2549 Millionen, die Unterbilanz also 1072 Millionen. Als Barometer für diese Verhältnisse sehen wir die Spareinlagen von 126 Millionen im Jahre 1873 zurückgehen im Jahre 1878/79 bis auf 22 Millionen. Sobald dann die nationale Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck einsetzte, haben wir sofort eine Änderung: in den neun Jahren von 1880 bis 1888 betrug im Durchschnitt die Einfuhr jährlich 3070 Millionen, die Ausfuhr 3079 Millionen, also eine Überbilanz von neun Millionen. Gleichzeitig steigerten sich auch wieder die Spareinlagen von 22 Millionen im Jahre 1878/79 bis auf 142 Millionen im 1888/89. Es ist beachtenswert, dadurch bestätigt zu sehen, daß gerade auf der Unterlage eines gesicherten inländischen Marktes sich auch die Konkurrenzfähigkeit der inländischen Industrie auf dem Weltmarkt hebt. Da müßten doch die Herren Freihändler jetzt einsehen, daß ihre Theorie nicht mehr aufrecht zu erhalten ist, jetzt, wo ihre Idealländer, Amerika und England, das eine einen größerschützenden Zollverband zu schaffen, das andre panamerikanische Tendenzen durchzuführen bemüht sind. Sie könnten einsehen lernen, daß wir in eine Zeit der Schutzzollpolitik hineinkommen müssen, daß es notwendig ist, im Interesse unsrer Industrie selber diese Schutzzollpolitik durchzuführen. England hat erst Jahrhunderte lang durch ein Schutzzollsystem strengster Art seine Industrie konkurrenzfähig auf den Weltmarkt gemacht und ist dann erst übergegangen auf den Freihandel. Es konnte dann den Freihandel sehr gut gebrauchen, weil seine Industrie den Industrien andrer Länder durchaus überlegen war.

Wir hoffen also, daß die Regierung den Mahnungen des Abg. Rickert nicht folgen wird; wir hoffen, daß sie im Gegenteil brechen wird mit der gegenwärtigen Handelsvertragspolitik, und daß sie allmählich wieder Zufriedenheit im Lande schaffen wird vor allen in den großen breiten Schichten des Mittelstandes, die jetzt jeder Belastung der Steuerkraft mit Sorgen und Bangen entgegensehen; diese breiten patriotischen Schichten des Volkes werden sich, wenn die allgemeinen Verhältnisse sich bessern, leicht mit dem Gedanken befreunden, daß zu unsrer Armee nun auch als zweiter Pfeiler für die Größe und Macht unsres Reichs, unsre Flotte auf gesetzliche Grundlagen gestellt ist. Unsre Flotte aber wird durch ihre Thaten selber dafür sorgen, daß sie sehr bald an Volkstümlichkeit nicht gegen unser Kriegsheer zurückstehen wird.

(Bravo! bei den Antisemiten.)

Zwang oder Freiheit?

Eine wichtige Frage für den Handwerker ist jetzt, wie er sich organisieren soll. Die Ansichten darüber sind verschieden. Der eine sagt, daß bei der seit Jahren bestehenden Zeitströmung, wo nur Geld noch Wert hat, bei dem Niedergange der guten Eigenschaften und Sitten auch der gute Boden für das Handwerk verloren gegangen sei. Und allein durch Einführung von Zwangs-Innungen könne dieser Boden nicht geschaffen werden Nur durch das Herbeischaffen eines guten Bodens und durch Befeitigung des jetzt vorhandenen könne dem Handwerker geholfen werden. Denn so käme der Handwerker endlich in die Lage, bei Arbeit und Sparsamkeit, Treue und Redlichkeit sich selbst zu helfen. Mit der jetzt bestehenden Unsicherheit im gesamten Geschäftsleben, wo jeder über seine Kräfte und Mittel ginge, wo ein großer Teil des gewerblichen Lebens als unrell bezeichnet werden müßte und ein förmlicher Größenwahnsinn herrsche, da könnte ein ehrbares Handwerk nicht bestehen und da würde auch mit Zwangs-Innungen nichts geholfen werden.

Von andrer Seite dagegen hofft man gerade von Zwangs-Innungen, daß sie Zusammenhang und Einigkeit unter dem Handwerk herbeiführen und auch mancherlei andre Mängel mit der Zeit beseitigen werden.

Bei der Betrachtung des ganzen menschlichen Lebens findet man, daß Ordnung ohne einen gewissen Zwang überhaupt nicht bestehen kann. Mit Zwang muß schon das Kind zur Schule angehalten werden; mit Zwang muß der Lehrling und Geselle sich der Haushaltung und dem Geschäfte fügen, und wohl der größte Zwang besteht im Fabrik- und Großbetriebe und in Beamtenstande. Überall, wo man hinsieht, herrscht der Zwang. Und was sollte wohl daraus werden, wenn dieser Zwang beim Lehrling und Gesellen oder im Beamtenstande nicht bestände. Von Ordnung und Selbständigkeit würde dann wohl keine Rede sein.

Allerdings sind in den verflossenen zehn Jahren Beispiele von Ungehörigkeiten im Geschäftsleben hervorgetreten, die auf wenig Zwang und Ordnung haben schließen lassen, wo Schwindel und Betrug in erschreckender Weise an der Tagesordnung waren. Diese Erscheinungen aber können nur darauf zurückgeführt werden, daß die zwangsweise Kontrolle nicht gehörig ausgeübt worden ist. Nur so konnten Treue und Redlichkeit, Glauben und Vertrauen ihren Wert verlieren, vermochte die Gier nach Geld und Genuß immer mehr hervorzutreten, und galt der als ein kluger Mann, der dieses Treiben am besten verstand und sich nicht fassen ließ. Das kann aber nur als eine natürliche Folge davon bezeichnet werden, daß die richtige Fachbildung in den nicht zwangsweise organisierten Berufszweigen im Niedergange begriffen war.

Bei einem solchen allgemeinen Verfall kann die Ordnung für die Dauer allerdings nicht bestehen. Daher war es auch nicht möglich, daß ein ehrbares Handwerk Stand halten konnte. Denn ihm schwand der gute Boden unter den Füßen. Bei dieser Zeitströmung aber werden auch die Fabriken und Großbetriebe für die Dauer nicht bestehen können und ebenfalls dem Untergange entgegengehen.

Zwang bedeutet Ordnung, und hat das Handwerk seine Zwangs-Innungen, so ist zu erwarten, daß auch die Ordnung bei ihm einkehren wird. Auf Grund des Gesetzes aber kommt das Handwerk auch in die Lage, sich selbst Ordnung zu verschaffen; denn durch Selbsthilfe hat das Handwerk sich von jeher am besten fortgeholfen und wird dies auch für die Folge thun müssen, wenn ihm nur der Boden dazu geschaffen wird. Deshalb halten wir die Einführung von Zwangs-Innungen für den geeigneten Boden zur gedeihlichen Entwicklung des Handwerks

Digitized by Google

Wer auf diesem Wege später so viel erworben hat, um als Rentner leben zu können, der mag den Zwang ablegen und sich als freier Mann des Lebens erfreuen. Aber, wie schon Goethe sagt, ist der der freieste Mann, der seine Pflicht erfüllt, einen guten Charakter hat und die richtige Bildung besitzt. Und da jede Pflichterfüllung mit Zwang verbunden ist, so wende man sich von der schranken-, daher oft zügellosen Freiheit zu der vernunftgemäßen Beschränkung. Denn die seit Jahren herrschende Zwangslosigkeit, die Leidenschaften und Begierden einer zügellosen Gewerbefreiheit sind gerade dem Handwerk und dem Kleinbetriebe sehr teuer zu stehen gekommen. Schon mancher ehrbare Handwerker ging dabei zu Grunde.

Die Zwangs-Innung führt gesetzlich alle Glieder desselben Faches eines Innungs-Bezirkes zu gemeinsamer Arbeit, zu gemeinschaftlicher Thätigkeit zusammen. Jedem Einzelnen kommt der Wert des engen Zusammenschlusses der Berufsgenossen bald zum Bewußtsein, denn er lernt einsehen, daß weder seine Launen noch sein eigener Wille allein maßgebend sind, sondern daß er sich den Interessen der Allgemeinheit zu fügen hat, weil jeder verpflichtet ist, die gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben zu erfüllen, wodurch wieder einer auf den andern angewiesen ist. Und dieses Gefühl der Zusammengehörigkeit wird allmählich dazu führen, daß der alte Geist wieder im deutschen Handwerk zur Herrschaft gelangt, und davor fürchten sich alle die Leute, die heute die Anhänger der Zwangs-Organisation als Reaktionäre und Jünstler bezeichnen.

Wenn auch das am 1. d. Ms. in Kraft getretene Gesetz nicht alle Forderungen des Handwerks erfüllt, so muß doch mit ihm vorläufig gerechnet werden, wer es deshalb ehrlich mit dem deutschen Handwerk meint, muß seine Stimme dafür erheben, daß überall nicht freie, sondern Zwangs-Innungen entstehen. Nur das ist der Weg, der zu besseren Zuständen führt!

B.

Ausland.

Österreich-Ungarn. Die liberale oder, wie sie sich augenblicklich nennt, die deutschfortschrittliche Partei kann nie entrüstet genug thun, wenn sie als „judenliberale" Partei bezeichnet wird. Daß die Herren sich ganz unnötig ereifern, daß man durchaus berechtigt ist, sie die Judenliberalen zu nennen, das wird ihnen an einem treffenden Beispiel von einem der Ihren, dem bekannten Rabbi Dr. Bloch nachgewiesen. In seiner „Österreichischen Wochenschrift" beschäftigt sich der Genannte mit der Gemeinderatswahl im ersten Bezirke der Stadt Wien. — Er führt aus: 1410 Wähler haben ihre Stimme abgegeben. Davon entfielen 569 auf den liberalen und 823 auf den antisemitischen Kandidaten. „Da aber", so rechnet er weiter, „dem dritten Wahlkörper der inneren Stadt rund 600 jüdische Wähler angehören, so hat der liberale Kandidat ausschließlich die Stimmen der Juden auf sich vereinigt." Wenn der Rabbi dann hinzufügt, „die Rechnung stimmt", so müssen wir ihm beipflichten und ziehen daraus den Schluß: Die deutschfortschrittliche Partei ist eine ausschließlich jüdische Partei. —

Der niederösterreichische Landtag hatte einen Beschluß gefaßt, wonach die Landeszuschläge zur Steuer bei den Aktiengesellschaften weit höher bemessen werden sollten als sonst die Zuschläge zur Erwerbsteuer. Leider ist dem Beschlusse die kaiserliche Sanktion verlagt worden, so daß er nicht Gesetz wird.

Mosaik.

Deutsche und jüdische Kaufleute. Zu dem unter dieser Überschrift in voriger Nummer mitgeteilten Vorfall schreibt man uns noch: Nach dem „Düsseldorfer General-Anzeiger" vom 8. April ist bei der Zusammensetzung der neugewählten Handelskammer nochmals ein Zwischenfall eingetreten, der mit den Wahlen zusammenhängen dürfte. Der bisherige Vorsitzende, Kommerzienrat Schieß, der sehr für die Wiederwahl des Herrn Levison bemüht war, ist nicht wieder Vorsitzender geworden, sondern der Kaufmann und Fabrikbesitzer Adolf Möhlau. — Herr Schieß ist jetzt ausgetreten und mit ihm der Kommerzienrat Bagel, obschon dieser dazu keine Veranlassung hatte, zumal er allseitig als erfahrener, ruhiger Kaufmann bekannt ist. Für die beiden Herren ist deshalb eine Neuwahl erforderlich. Ob bei der Wahl des Vorsitzenden Herr Levison wohl für seinen Protektor Schieß gestimmt hat?

Eine Anleitung, deutsche Namen zu madjarisieren, wird in Ungarn von regierungswegen an die Behörden verteilt. Verfaßt ist diese Anleitung von Simon Teltes, der früher Turtelbaum hieß. In Klausenburg haben kürzlich 106 Staatsbahnbeamte Gesuche um Namensmadjarisierung eingereicht. Ob freiwillig oder auf einen Druck von oben, wird man sich selbst beantworten können, trotzdem der ungarische Handelsminister Dániel (!) neulich erklärt hat, die Namensmadjarisierung erfolge nicht durch irgend welchen amtlichen Druck, es handle sich blos um eine Bewegung auf gesellschaftlichem Gebiete. (Schon gelagt!) — Also berichten die „Alldeutschen Blätter". Daß Herr Dániel und Herr Simon Teltes (früher Turtelbaum) dem Judenvolke angehören, das stets entweder als geheimer oder als offener Feind den Deutschen gegenüber auftritt — das vergessen die „Alldeutschen Blätter" leider zu sagen.

Die Frauen-Emanzipation hat einen neuen Fortschritt zu verzeichnen: Fräulein Dr. med. Katharina Tussenbrock, Spezialistin für Frauenkrankheiten in Amsterdam, ist zum Mitgliede der ärztlichen Prüfungskommission ernannt worden. — Wir haben gewiß nichts dagegen einzuwenden, wenn Frauen Medizin studieren und sich als Ärztinnen für Frauen- und Kinderkrankheiten bethätigen. Aber diese Ernennung, die von den Frauenrechtlerinnen als ein neuer Triumph gefeiert wird, will uns doch als durchaus ungehörig erscheinen. Zu den Obliegenheiten der betreffenden jungen Damen gehört nämlich, die Studenten der Medizin in der Geburtshilfe zu prüfen! Muß da nicht alles Schamgefühl verloren gehen? Es fehlt nur noch, daß die Dame auch Vorlesungen mit Demonstrationen in ihrem Spezialfache für Studenten abhält! Die Ernennung kommt uns gerade als eine Roheit, als eine Beleidigung des weiblichen Geschlechts vor. Daran wird nichts geändert, auch wenn die betr. junge Dame selbst schon so „emanzipiert" sein sollte, daß sie bei ihrer Beförderung „nichts findet".

Reichstags-Wähler-Notiz-Buch.

Statistik der Wahlen zum Deutschen Reichstag in den Jahren 1871—1897 (mit allen Nachwahlen) unter Angabe der in den Wahlkreisen belegenen größeren Orte und der Namen der Abgeordneten, sowie **Schemas zum Eintrag der Wahlergebnisse von 1898** nebst einem Anhang: Wahlgesetz, Wahlreglement, Fraktionbewegung, Verzeichnisse der Wahlkreise, der Mitglieder des gegenwärtigen Reichstages und der Fraktionen nach dem Stande vom 1. Februar 1898. **Preis** mit Porto 1,20 M., 10 Stück für 10 Mark.

Von der Presse aller Parteien anerkennend besprochen und jedem Wähler zur Anschaffung empfohlen.

Digitized by Google

Fortsetzung meines Ausverkaufs
fertiger
Herren- und Knaben-Garderoben
zu jedem nur annehmbaren Preise.
Heinrich Weigang
I Kurprinzstraße I.

Bad Kissingen
Logirhaus Renner
jenseits der Saale
Gartner Straße 24
empfiehlt schön frei gelegene Wohnungen zu billigen Preisen.
Neu angelegter großer Garten.

Deutscher Krug.
Antisemiten-Kneipe, Chemnitz.
Lobgasse 3, Parterre und 1. Etage.
Ausschank:
Böhmisch, Lichtenhainer, Tuchersches Dunkel und Pschorrbräu.
Hochfeine Küche. Billige Bedienung.
Hochachtungsvoll **Emil Krug**

Wein-Groß-Handlung,
Import von Rum, Arrac, Cognac,
von

Jeder Flasche trägt diese Etiquette als Schutzmarke.
Berlin NW., I Stendaler-Straße 1.
Fernsprecher: Amt Moabit 1376.
Gegründet 1877.
1893er u. 95er Rhein- u. Moselweine, p. Fl. oder p. Ltr. von 70 Pf. an.
1890er u. 95er Bordeaux-Weine von 1 M. an, sowie sämtliche in- und ausländische Weine also, zu soliden Preisen für erfolgreiche Kundschaft garantiren
Schmitz & Co.
Kleine Flaschen und Portofreie zulässig.

H. Heintze, Hutfabrik
gr. Fleischergasse 5, Auswahlsendung.
Spezialität: 2,80-Hüte.

CAFE MERKUR
Leipzig ★ ★ ★ ★
★ ★ An der Pleisse 8.
300 Zeitungen, Depeschen u. Kursberichte, Städte-Adressbücher v. Berlin, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Hamburg-Altona, Halle a/S., Paris, sowie Handels-Adressbücher aller grösseren Staaten liegen zur gefl. Benutzung aus.
Jeden Vormittag Bouillon und Pasteten.
Geöffnet bis morgens ¼4 Uhr.
Hochachtungsvoll
W. Rühlemann.

Eldorado
Pfaffendorferstrasse 4, LEIPZIG. Fernspr. Amt I, Nr. 2162.
Restaurant und Gesellschaftshaus 1. Ranges.
Vereinslokal des Deutsch-sozialen Reform-Vereins.
Versammlungslokal der Deutsch-nationalen Handlungsgehilfen.
Spezialität:
Vorzügliche Küche, ½ Portionen mit Suppe 80 Pf.
Abend-Stamm von 30 Pf. an.
Zimmer von 1,50 M. an.
Adalbert Heinrich.

Deutsche Schänke von Ad. Klemm
Leipzig, Poststraße 20
empfiehlt kräftigen Mittagstisch und gute Biere.

Stoffe zu Anzügen PALETOTS etc. versendet
Unerreicht billige Preise!
Beweis: Vergleich mit anderen Collectionen
Reich haltige Musterzusendung unberechnet und portofrei an Jedermann.
in TUCH, Buckskin, Kammgarn, CHEVIOTS etc. Metern 2-13 Mark.
Auf Wunsch Lieferung aller erforderlichen Futterstoffe und Zuthaten.
Versand durchaus reell!
Beweis: ca. 5000 Anerkennungsschreiben aus dem Kundenkreise.
CHRISTIAN GUNTHER Tuchversandgeschäft LEIPZIG-PLAGWITZ.

Weltruf
haben westf. Fleischwaaren
feinste westf. Schinken 0,95 ℳ p. Pfd.
„ „ Cervelatw. 1,25 „ „ „
„ „ Schinkenw. 1,20 „ „ „
„ „ Plochw. 1,15 „ „ „
„ „ Mettw. 0,95 „ „ „
(beste Räucherung).
Garantie Zurücknahme
J. Bartscher, Rietberg, Westf.

Sämtliche
Delikatessen, Südfrüchte, Gemüse-Konserven, frische, geräucherte, gesalzene, marinierte und konservierte Fisch- u. Seefische. ff. Wurst- u. Fleischwaren w. versendet in Waggon-, Bahn- und Postsendungen p. Nachnahme
Markworth & Co.
Magdeburg.

Liefere ein Postkoll (9½ Pfund)
feine Leber-, Rot- und Sülzwurst
zu 7,50 M. franko.
H. Glauner, Fleischermstr.
Papenburg b. Leer (Ostfries.).
Ferner:
prima Hammelkeule u. Carrée
à Pfund 55 Pf.

Sehr zu empfehlen nach Einnahme von Speisen ist
Ludwigs Magenwasser
ein feiner Likör.
Zu beziehen in ½ Ltr.-Flaschen à Mk. 1,50, in Gebinden von 8 Ltr an à Mk. 1,30 Mk. excl. Fässer u. Fuhr.
Ludwig Magenwasser-Likörfabrik
Inh.: Herm. Ludwig
Clingen-Grenzen.
Preisliste div. anderer Liköre gratis und franko.

Seiler-, Bürsten-, Besen-
Detail u. **Einselwaren** Engros
Spezialität: **Polster-Waren.**
Oscar Mühler, Windm.-Str. 25.

Zins-Haus
Leipzig-Ost zu verkaufen. Preis 68 000 M. bei 10 000 M. Anzahl. Rest kann stehen bleiben. Anzahlung vermindert sich zu 12—13 %. Näheres durch die Geschäftsstelle d. Bl.

Dächer Billige, dichte
Asphaltpappen-Fabrik Leipzig-Lindenau

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: P. Hogrefe in Berlin NW. 5, Kruppstr. 13 p.
Druck: G. Reusche, Leipzig.

Digitized by Google

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich Mk. 1.50 bei den Postanstalten (Postzeitungsliste Nr. 1788) und Buchhandlungen. Unter Streifband Mk. 2.

Herausgegeben von Max Liebermann v. Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Anzeigen: die 4-spaltige Petit-Zeile 25 Pfennige. Verlagsbuchhandlung Hofbuchhandlung Nr. 27, Leipzig.

XIII. Jahrgang. | Leipzig, 28. April 1898. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Juden-Frage. Otto Glagau. | Nr. 506.

Inhalt: Mittelstandspolitik. — Die „unterdrückten und verfolgten" Juden des Mittelalters. — Weibliche Beamte. — Wat Schultenadder von Berlin vertellt. — Schiffers Briefe. — Jüdische Tapferkeit — Die Sozialdemokratie als Menschenschinderin — Jüdische Handwerker. — Herunter mit der Maske. — Der Zionismus in reformjüdischer Beleuchtung. — Thut die Volksschule überall ihre Pflicht? — Ausland. — Mosaik. Parteinachrichten. — Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen. — Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat. — Jüdische Ritter, Kommissions- und Kommerzienräte usw.

Mittelstandspolitik.

Es giebt Leute, die es für unmöglich halten, daß eine Politik, eine Partei, die Bedürfnisse und Forderungen der einzelnen Gruppen des Mittelstandes gleichermaßen befriedigen könnte. Sie meinen, daß die Interessen der einzelnen Gruppen sich sehr oft widersprächen, mindestens nicht übereinstimmten. Insbesondere sind gewisse Leute der Ansicht, daß die wirtschaftlichen Bedürfnisse von Landwirtschaft und Handwerk in einer gemeinsamen Mittelstandspolitik nicht zusammengefaßt werden könnten. Und doch ist ist das Gegenteil nachgewiesen. Man hat den Beweis dafür mehrfach erbracht, daß eine vernünftige Agrarpolitik ebenso dem Handwerke, dem Kleinhandel und den andern Mittelstandsgruppen zu gute komme, wie der Landwirtschaft selbst, während anderseits eine falsche oder nachlässige (manchesterliche) Agrarpolitik die einzelnen Gruppen des Mittelstandes in Kampfstellung zu einander bringen müßte. Geschieht nichts, um die Landwirtschaft zu fördern und kaufkräftig zu erhalten, so wird sie gezwungen, zu solchen Nothelfen zu greifen, die auch das Handwerk schädigen können. Weil sie aber das nicht will, deshalb fordert sie eine vernünftige, kraftvolle Agrarpolitik. Es ist eine alte Erfahrung — so alt, daß man sie kaum zu wiederholen wagt —: eine blühende Landwirtschaft erzeugt blühendes Handwerk und Gewerbe und blühenden Kleinhandel. Daß umgekehrt eine hinsiechende Landwirtschaft das Handwerk und Kleingewerbe nach sich zieht, beweist die jüngste Vergangenheit. Wo in aller Welt liegen denn die Punkte, in denen sich die Interessen der Landwirtschaft und der andern Gruppen des Mittelstandes widersprechen? Wir können solche Punkte trotz schärfster Anstrengung nicht entdecken. Die Gegner einer nationalen Wirtschaftspolitik wiederholen nun zum Überdrusse, daß die Landwirtschaft durch Gründung von Genossenschaften zur Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte eine Beeinträchtigung der Handwerksinteressen vornehme. Die Vertreter der Landwirtschaft haben aber ausdrücklich betont, daß sie die Gründung solcher Genossenschaften nirgends empfohlen haben und gerade ihrer sozialen Wirkung wegen nicht zu empfehlen gedenken. Die Erfahrungen, die man damit gemacht hat, sind außerdem zum größten Teile so bedenklich, daß sie vor einem Weiterbetreten dieser Bahn warnen. Der weitschauende Landmann wird sich niemals zur Gründung solcher Genossenschaften entschließen, wenn er noch irgend ein andere Mittel, sich zu halten, entdecken kann. Nur eine falsche, lane und lässige Agrarpolitik könnte ihn in diese Zwangslage hineindrängen. Ist die Lage der Landwirtschaft so, daß der Bauer vom Ertrage seiner Arbeit leben kann, dann fällts ihm nicht ein, seinen Betrieb und seine Arbeit mit solchen schweren Genossenschaftslasten zu belasten. — In den einsichtigen Kreisen des Gewerbestandes, des Handwerks und des Kleinhandels erkennt man diese Sachlage ebenfalls. Man bemüht sich, den städtischen Mittelstand enger zusammenzuschließen und zeigt sich geneigt, dem bäuerlichen Mittelstande, d. h. den verschiedenen Bauernbünden, Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. — Hier und da giebt es unter den kleineren Gewerbetreibenden allerdings noch einige rückständige Kreise, die an der vom Manchestertum s. Z. geschürten Idee des Gegensatzes von Stadt und Land kleben, aber diese Kreise verringern sich dauernd.

Die Einsicht, daß sich die Kreise unsrer Kleingewerbetreibenden ganz allgemein vom Manchestertum loszureißen begonnen haben, erfüllt die Organe des Börsengroßkapitals und des Jobbertums allerdings mit banger Sorge. Um den unabänderlichen Umschwung der wirtschaftspolitischen Grundanschauung unter den Kleingewerbetreibenden wenigstens möglichst zu verzögern, graben die liberalen Tagesblätter mit rührender Gewissenhaftigkeit jede Äußerung auch des kleinsten Fachorgans aus, die von Mißtrauen oder mangelhaftem Verständnis für gemeinsame Mittelstandspolitik zeugt. Kürzlich lochten die Manchesterzeitungen breite Betteissuppen aus einer Auslassung eines Dachdecker-Organs. In einem schlesischen landwirtschaftlichen Blatte hatte — ein Handwerksmeister den Landwirten Anweisungen gegeben, wie sie kleine Schäden an Dächern ausbessern könnten. Das wurde von dem Dachdeckerblatte als eine beabsichtigte Schädigung des Handwerks angesehen. Eine solche Auffassung steht auf derselben Höhe, wie wenn man den Rat, sich einen Knopf selbst anzunähen oder eine Naht anzubessern, als eine Schädigung des Schneiderhandwerks verurteilen wollte. Es ist, wie gesagt, erfreulich, daß die anerkannten trefflichen Organe des deutschen Handwerks und des soliden Kleinhandels sich durch solche Kleinigkeiten und Kindereien nicht bloßstellen. Sie wissen, daß die Interessen des Mittelstandes in Stadt und Land die gleichen sind.

Als Beweis mögen hier einige Stellen aus einem Wahlartikel zum Abdruck kommen, den wir in der „Kolonialwaren-Ztg.", dem Organ des Zentralverbandes deutscher Kaufleute, finden: . . . Hat die Börse selbst jemals gemeinnützige Reformen angestrebt? Noch immer spielt jene „ideale" Form des Handels, der die Preisbildung vollzieht, ohne jegliche Berührung mit der Ware, der Terminhandel mit seinen kolossalen preistreibenden und preisverrückenden Umsätzen die Hauptrolle, noch immer sitzt ungestört die Liquidationskasse in Hamburg Blankovertäufe in Kaffee, Zucker usw. gegen Bagatell-Entree in den Warenmarkt ein. . . . Weiter und weiter wuchert um den Erdball der Polyp der Goldwährung, die Silber-Ersparnisse überall entwertend und ganze Völker verarmend. Indem die Goldwährung den stark wachsenden Verkehr von reellem Edelmetall mehr und mehr entblößt, treibt sie ihn einer der Spekulation ausgesetzten Papierwirtschaft zu, die mehr als alles andre geeignet ist, alle in Schweiß und Not erarbeiteten menschlichen Werte in wenige schlaue, rücksichtslose (meist jüdische!) Hände zu vereinigen, unter Verarmung der übrigen Menschheit . . . Deshalb gehört alles, was Bürger und Bauer heißt, zusammen in dem Kampfe gegen den (jüdischen!) Spekulantenring und seinen Anhang . . . Die Forderungen der Agrarier treten deutlich und klar hervor, darüber läßt sich verhandeln. Die Lage der Landwirtschaft ist verschlimmert durch den Preisdruck des Terminhandels und die Produktenverschiebungen, die der Terminhandel mit sich bringt. Bei normaler Preisbildung sind so enorme Schwankungen nicht nötig und Einigungen leichter zu erzielen. Die Ansprüche des Neukapitalismus lassen sich nicht berechnen, sie verbergen sich hinter den Börsenkulissen, und nur die Hartnäckigkeit, womit die Börse die goldene Freiheit verteidigt, läßt ahnen, was sie verlangt: die Preisbildung aller Werte und damit den Lohn aller Arbeit."

Also, der Zusammenschluß der werkthätigen Arbeit in Handel

Digitized by Google

und Wandel, Gewerbe, Handwerk und Landwirtschaft verträgt sich nicht allein mit einer gesunden Politik, sondern er ist sogar geboten, sollen überhaupt praktische Erfolge erzielt werden!

Die „unterdrückten und verfolgten" Juden des Mittelalters

Die Vorstellung ist ganz und gäbe, daß die Juden im „finstern" Mittelalter „um ihres Glaubens willen" allerlei Unterdrückungen und Verfolgungen ausgesetzt gewesen seien. Selbst in wissenschaftliche Werke hat sie Eingang gefunden. Und ist genug kann man Leute, die die schlechten Charakter-Eigenschaften der Juden nicht leugnen können, das als Entschuldigungsgrund anführen hören: „In den langen Jahrhunderten der Knechtung mußte den Juden das aufrechte Ehrgefühl verloren gehen. Weil man sie von allen ehrlichen Gewerben ausschloß, so waren sie gezwungen, auf unredliche Weise, namentlich durch den Wucher, sich die Mittel für ihren Lebensunterhalt zu suchen. Kein Wunder, daß davon noch manches zurückgeblieben ist. Wenn die Juden nur erst noch länger dieselben Rechte wie die übrige Bevölkerung genossen haben, dann wird sich schon herausstellen, daß sie um nichts schlechter sind als andre Menschen. Die Folgen einer Jahrhunderte langen Unterdrückung lassen sich nicht von heute auf morgen überwinden."

Nun meinen wir zwar, wenn die Juden sich bessern wollten oder könnten, so hätten sie in den fünfzig Jahren, die sie jetzt schon der christlich-deutschen Bevölkerung völlig gleichgestellt sind, wenigstens einen Anfang dazu machen können. Wir wollen aber heute einmal der Sache auf den Grund gehen und untersuchen, was es mit der Unterdrückung der Juden im Mittelalter auf sich hat. Nehmen wir uns einen Abschnitt aus der Geschichte des Mittelalters, die Regierung Heinrichs IV., vor, und sehen wir, welche Rolle das „auserwählte Volk" in jenen Tagen gespielt hat!

Zwei Urkunden, die sich mit den Juden beschäftigen, sind uns aus der Zeit Heinrichs IV. erhalten. Aber, merkwürdig! Keine Silbe von Unterdrückung der Juden steht darin, nicht die geringsten Beschränkungen werden ihnen auferlegt. Im Gegenteil! Mit geradezu unerhörten Vorrechten gegenüber der eingeborenen Bevölkerung werden sie ausgestattet. Wer diese Urkunden gelesen hat, den wird es nicht weiter Wunder nehmen, wenn er bei dem Chronisten Kosmas in seinen Aufzeichnungen zum Jahre 1091 die Stelle findet: „Die Juden strotzen von Gold und Silber." (Monumenta Germ. IX, 98.)

Das erste Privilegium ist am 13. Sept. 1084 ausgefertigt und gewährt den Juden hauptsächlich drei Vergünstigungen*): 1) Christen, die von Juden betrogen sind, werden an den Rabbiner gewiesen, um ihr Recht zu suchen. Das bedeutet nichts anders als: die Juden dürfen ungehindert die christliche Bevölkerung ausplündern und betrügen. Einen Juden bei seinem Rabbi belangen, das kommt auf dasselbe hinaus, als wenn man den Teufel bei seiner Großmutter verklagt. 2) Von den Zöllen, die jeder christliche Kaufmann und Gewerbetreibende zu entrichten hatte, werden die Juden befreit. Dadurch hatten die Juden im Handel und Verkehr einen gewaltigen Vorsprung vor der nichtjüdischen Konkurrenz. 3) Entgegen den kirchlichen Bestimmungen wird den Juden das Recht eingeräumt, sich christliche Ammen, Knechte und Mägde zu halten.

Waren schon diese Vergünstigungen empörend, so geht das zweite kaiserliche Privilegium, datiert vom 18. Febr 1090, das zunächst den Juden in Speyer galt, noch viel weiter. Es mußte von der eingeborenen Bevölkerung geradezu als ein Faustschlag in das Angesicht empfunden werden. Diese Urkunde ist so bezeichnend, daß wir einzelnes aus ihr wörtlich wiedergeben. Man höre: „Niemand, weß Standes er sei, kein Großer, kein Kleiner, kein Freier, kein Sklave erkühne sich, einen Juden ungerechter Weise zu belästigen oder ihm sein erbliches Eigentum an Hofraithen, an Bauernhäusern, an Gärten, Weinbergen, Äckern, an Hörigen, an jeglichem beweglichen oder unbeweglichen Eigentum zu rauben. (Weinberge, Äcker usw. besaßen also die Juden. Das ist eine klassische Illustration zu der Redensart, sie seien von jedem ehrlichen Gewerbe ausgeschlossen gewesen.) Wer zuwider handelt, zahlt an unsern Reichsschatz oder an die Kammer des Bischofs eine Buße von einem Pfund Goldes und muß überdies dem beschädigten Juden den Wert des Geraubten doppelt ersetzen. Die Juden sollen volle Freiheit haben, ihre Sachen mit Leuten aller Stände auszutauschen (d. h. sie durften Gold gegen ein Unterpfand an Land oder beweglichem Gut ausleihen), im ganzen Umfange des Kaiserreiches frei und friedlich herumreisen, Handelsschaft und Warengeschäfte zu treiben. Niemand darf von ihnen Zoll oder irgend eine andre Abgabe fordern, sei es im Namen des Staates, sei es aus Privattiteln. (Wenn also beispielsweise ein Unternehmer Schlesien oder Fahrstraßen angelegt hatte, um dadurch Gewinn zu erzielen, so durfte er von allen übrigen Menschen, nur nicht von den Juden Abgaben erheben). — Ihre Häuser sollen ohne ihre Einwilligung nicht mit Quartierlast belegt werden, noch ist es statthaft, daß man sie anhalte, Pferde für den Dienst des Königs oder des Bischofs zu stellen, oder sonstige Frohnden zu leisten. Wird gestohlenes Gut bei einem Juden gefunden und behauptet der Jude, daß er besagtes Gut gekauft habe, so soll der Jude nach seinem Gesetze schwören, um welchen Preis er es erstand, und hat dann das Recht, eben diesen Preis von dem (bestohlenen) Eigentümer zu fordern, ehe er das Gut an denselben zurückgiebt. (Man denke nur einmal über die Ungeheuerlichkeit dieser Bestimmung nach! Hatte der Jude etwas gestohlen, so brauchte er nur zu sagen: Ich habe es gekauft. Und für Diebshehlerei wurde ihm ausdrücklich Straflosigkeit zugesichert) . . . Jeder, der den Glauben seiner Väter verläßt, verliert eben damit allen Anspruch auf Erbrecht. (Wenn ihre Kinder zum Christentum übertraten, so konnten die Juden sie also deswegen enterben.) Die Juden dürfen christliche Arbeiter mieten, um durch sie ihre Geschäfte verrichten zu lassen, doch sind hiervon Fest- und Sonntage ausgenommen. Entstehen gerichtliche Streitigkeiten zwischen Juden und Christen, so mag ein jeder Teil nach seinem Gesetze die Klage verfolgen und die Beweise führen. Insbesondere verbieten wir, Juden zur Probe des heißen oder kalten Wassers oder des glühenden Eisens anzuhalten oder sie auszupeitschen oder in das Gefängnis zu werfen. Sondern der Jude schwört einfach auf sein Gesetz, auch kann er nicht durch Zeugen in irgend einer Sache überführt werden. (Damit war in den meisten Fällen die Möglichkeit, einen Juden eines Verbrechens zu überführen durch das Gesetz abgeschnitten. Mit andern Worten, die Juden konnten thun und lassen, was sie wollten; Strafe hatten sie nicht zu befürchten.) Wer gegen dieses unser Gebot verstößt, verfällt in die Buße des Königsbannes oder von drei Pfund Silber. Wer einen Juden verwundet, also daß die Verwundung den Tod nicht zur Folge hat, der muß ein Pfund Gold als Buße entrichten . . . Hat ein Freier einen Juden verwundet oder totgeschlagen, und besitzt der Thäter nicht Geld genug, um das Wehgeld zu decken, so werden ihm . . . die Augen ausgestochen und die rechte Hand abgehauen. Haben Juden Streit untereinander, so dürfen sie nur von Glaubensgenossen überführt und gerichtet werden . . . Endlich sollen die Juden volle Freiheit haben, Wein, Gewürze und Spezereien, desgleichen Arzneimittel an Christen zu verkaufen."

Wir meinen, das Angeführte genügt, den ganzen Erlaß brauchen wir nicht abzudrucken. Danach mag man ermessen, welche Berechtigung das Gerede von der Knechtung der Juden im Mittelalter hat. Gewiß, es fand eine Bedrückung statt, und zwar eine recht grausame; aber die Bedrücker waren die Juden, die sich während des damaligen „Kulturkampfes" (wir meinen den sogenannten Investiturstreit) in die Gunst des Kaisers zu

*) Die Urkunden entnehmen wir einer im vorigen Jahre erschienenen Schrift von Dr. Gottfried Wolf: Das Judentum in Bayern. Skizzen aus der Vergangenheit und Vorschläge für die Zukunft. — Auf das Büchlein, das eine wertvolle Bereicherung der antisemitischen Litteratur bildet, kommen wir wohl noch zurück. Es kostet eine Mark.

Digitized by Google

drängen wußten, und die, die unter ihrer Knechtschaft seufzten, das waren die christlichen Deutschen.

Und aus solchen Verhältnissen erklären sich auch die blutigen Judenverfolgungen, die bald hier bald dort während des ganzen Mittelalters ihre Opfer forderten. Eben weil das Volk sich schutzlos der jüdischen Habgier und Grausamkeit preisgegeben sah, griff es zur Selbsthilfe, denn jeder Rechtsschutz wurde ihm ja versagt. So wird es uns begreiflich, wenn wir beispielsweise hören, daß in Mainz an einem Tage, am 28. Mai 1696, gegen 900 Juden im Vorhofe des bischöflichen Palastes hingeschlachtet wurden, und daß der Erzbischof Rinhard sich selbst dabei betheiligte. Sn.

Weibliche Beamte.

In den letzten beiden Jahrzehnten hat die Industrie immer mehr weibliche Arbeitskräfte eingestellt. Den Arbeitgeber leitete dabei das Bestreben, das Riesenangebot der Großstädte an überschüssigen Arbeitnehmern für sich so vortheilhaft als möglich auszunutzen, um einerseits seinen eigenen Verdienst mühelos zu vergrößern und andererseits sich die Konkurrenz durch Preisunterbietungen vom Halse zu halten. Da nun weibliche Arbeitskräfte immer billiger zu haben sind als männliche, so mußte mit der Zeit auch in gewissen Industriezweigen, z. B. in der Textilindustrie, die Arbeiterin den Arbeiter zum großen Teil verdrängen.

Dieser Vorgang ist ja immerhin begreiflich, das Kapital, insbesondere das internationale, hat nie danach gefragt, ob seine raffende Thätigkeit dem Allgemeinwohl förderlich war oder nicht. Und doch unterliegt es keinem Zweifel, daß die fortgesetzt vergrößerte Anzahl von Fabrik-Arbeiterinnen usw. in sittlicher, moralischer und sozialer Hinsicht eine schwere Gefahr bildet, deren Folgen vielleicht erst kommende Generationen einsehen werden, wenn sie sie am eigenen Körper spüren. Kann man also mit dem Kapital nicht rechten, sondern hat man dem Gesetzgeber solche Zustände zur Last zu legen, so muß man aber vom Staate verlangen, daß er nicht in derselben Weise sich vergeht.

Zwei große Staats-Verwaltungen im Deutschen Reiche haben nun seit vielen Jahren ihr Beamtenpersonal durch Aufnahme weiblicher Angestellten sozialgen verbilligt, nämlich Eisenbahn und Reichstelegraphie. Die dabei gemachten Erfahrungen schienen eine Zeit lang hierin eine Änderung herbeizuführen Thatsächlich blieb es auch bei der Verwaltung der Eisenbahnen trotz aller Anstrengungungen von Seiten der sogenannten Frauenrechtler im wesentlichen bei dem bisherigen Bestand an weiblichen Beamten (zumeist Fahrkarten-Verkäuferinnen). Anders aber bei der Post. Die von dem jetzigen Leiter unsres Reichspostwesens angestrebte Personalreform soll sich auch insbesondere darauf erstrecken, daß im rein postalischen Dienste nunmehr ebenfalls junge Mädchen beschäftigt werden. Herr von Stephan war hierin der richtigen Ansicht, daß höchstens im Fernsprechdienst eine weibliche Bedienung vonnöthen und vortheilhaft ist, nicht aber im Postdienste, selbst nicht einmal im eigentlichen Telegraphendienst. Herr von Podbielski dagegen hat sich in dieser Hinsicht das Prinzip der Industrie zu eigen gemacht und will sparen mit Hilfe weiblicher, d. h. billigerer Beamten. Diese sollen nicht nur im Kanzleidienst der einzelnen Provinzialbehörden und der Postanstalten der Großstädte, sondern auch am Schalter der großen Postämter als Markenverkäuferinnen usw. und als Gehilfinnen der kleinen Postämter dritter Klasse auf dem platten Lande verwandt werden. Ein sehr bedenkliches Beginnen!

Herr von Podbielski mußte reformieren und will reformieren. Denn nirgends anders ist Stillstand eher als Rückschritt aufzufassen als bei den Verkehrsanstalten. Er wird deshalb auch die geradezu krankhafte Neuschaffung von Postanstalten, die in den letzten Jahren unter seinem Vorgänger eingerissen war, nicht in demselben Maße fortsetzen, sondern vor allen Dingen neben der Bedürfnißfrage in Betracht ziehen, ob die geplante Neueinrichtung die entstehenden Unkosten einigermaßen deckt. Darum sollen auch solche Postämter dritter Klasse, die jährlich mehr als zweitausend Mark Zuschuß gebrauchen, wieder in Postagenturen verwandelt werden. Eine derartige praktische Finanzpolitik darf aber bei einer Staatsverwaltung nie dazu führen, daß sie sozialpolitisch angreifbar ist. Nun ist die verfügte größere Berücksichtigung von weiblichen Beamten im Postdienste weder sozialpolitisch noch verkehrspolitisch zu billigen. Sie nimmt zuerst einer großen Anzahl Männer das Brot. Wer soll demnächst noch eine Familie gründen, wenn in jedem Berufe der weibliche Wettbewerb immer größer wird und das Einkommen der Männer immer geringer? Außerdem wird z. B. die Verdrängung der jungen Gehilfen von den Postämtern dritter Klasse durch ihre weiblichen Kollegen der Verwaltung insofern nachteilig als dadurch die Ausbildung des Beamten-Nachwuchses gefährdet wird. Bisher schien es den Ober-Postdirektionen mit Recht vortheilhaft, wenn der junge Zivilanwärter bei einem kleinen Postamte unter der steten dienstlichen und außerdienstlichen Überwachung seines Vorgesetzten den Postdienst im gesamten Umfange erlernte. Erst nach einer solchen mehrjährigen Thätigkeit fand er als Helfer in den großen Betrieben Verwendung. Hier tritt naturgemäß eine Arbeitsteilung ein und deshalb wird eine allgemeine Ausbildung des eben erst in den Postdienst eingetretenen jungen Mannes bei den großen Postanstalten unüberwindliche Schwierigkeiten haben, soll sie nicht eine höchst einseitige werden. Von einer durchgreifenden Ueberwachung auch außerhalb des Dienstes kann aber in diesem Falle nie die Rede sein. Das sind praktische Bedenken, denen sich die Postverwaltung nicht verschließen sollte.

Aber auch die Beschäftigung junger Mädchen in den Großbetrieben der Post wird Unzuträglichkeiten zeitigen, an die die Herren wohl kaum gedacht haben, die diese Maßregel angeordnet oder ihr zugestimmt haben. Man denke sich z. B. folgenden Fall. Ein Beamter hat sich im Dienste vergangen und kommt deshalb nicht nur in disziplinarische, sondern auch in strafrechtliche Untersuchung. Um sich vor dem Gefängnis und seiner Familie das Ernährer zu retten, läßt er sich für geistig defekt erklären. Das entsprechende ärztliche Zeugnis zieht das Beweis geschlechtliche Vertrauungen an, die man kaum andeuten kann. Ueber die ganze Angelegenheit wird ein Bericht an die Oberbehörde gemacht und diesen Bericht bekommt der weibliche Kanzleibeamte in die Hände, um ihn mittels Schreibmaschine abzuschreiben.

Wir haben uns erzählen lassen, daß derartiges in jüngster Zeit thatsächlich vorgekommen ist.

Wir könnten noch eine ganze Anzahl durchschlagende Gründe gegen die Anstellung weiblicher Beamten im Verkehrsdienst vorbringen, wir verzichten aber darauf, um nicht zu sehr in technische Erörterungen zu verfallen. Da es sich aber bei dem Plane des General-Postmeisters wesentlich um die Großstädte handelu wird, machen wir nur noch darauf aufmerksam, daß heute schon zum Schutze der Beamten in den Schalterhallen großer Postämter zu gewissen Zeiten Polizeibeamte anwesend sein müssen.

Im übrigen werden sich ja bei den entsprechenden Beratungen im Reichstage die kaufmännischen Ansichten des Reichspostamts leicht mit einem Tropfen sozialpolitischen Öls salben lassen.

+

Wat Schultenvadder von Berlin vertellt.

Von siene Reis' torüggekehrt, sitt Schultenvadder in den Krog;
Wat malt he sör en lernst Gesicht, as Schnieder Fips em wedder frög:

„Na Vadder Schult, so redt doch mau, wo süht dat ut da in Berlin?
Jd frög all tweemal dl da üm, schenk uns doch nu mal kloren Wien!"
„Jawoll, vertell mal!" seggt oll Witt, „wat hest da hürt un wat hest sehn;
Jck denk, t'wat woll so sin as hier, de Minschen loopen up twee Been."
„S' kann sind . . . ok nich" — meent Köster Snur, „die Minschheit is dort sicht getiert,

Digitized by Google

Sie schwemmt den Mest mit Wasser weg, un brukt nich Wagen oder Pierd;
Und well der Wassermeß bruk Land, was man damit good misten kann,
Kauft alle Johr de Stadt een Gut mit Hülfe von de Juden an,
Bis jeder Börger von Berlin för sienen Meß een Landgut hat,
Wofür er Zins und Steuern zahlt, die Schulden äwernimmt de Stadt." —
Oll Schult, de passt ut siene Plep, um sücht so recht verdreitlich ut;
He will verteilu, doch as dat schient, willt em nich ut den Mund herut.
„Na, Kinnings!" fängt he endlich an, un drinkt 'n Schluck good Wirowsch Bier,
„Na Kinnings! ick bün doch man froh, dat ick mang juch un wedder hier.
Wen't doran denk, wat ick hew schun, denn äwerlöppt mi't kolt un heet,
Denn ist mi, as wier ick in Drom, as wenn dat Unnerst baben stekt.
Berlin, dat is ne grote Stadt . . . wovon Minschen hem't da wenig sehn,
Doch dafür Juden dusendwies', da schwarmt von Juden groot und kleen.
Un as de Rupen mehrn se sich, un as dat Unkrut wassens von Und jeden Dag von nah un fiern kümmt frische Judentosuhr an.
Wo will dat hen, dat Judenvolk frett jo den Christen weg dat Brot,
Dat sugt und födt up Christenblod, dat mäst sich jo up Christennot.
De Gös' un Höhner, Wild und Fisch sün för de Christen dal to fein.
De töfft und frett dat Judenvolk, för Christen möten Tüsten*) sien.
Dat upgeputzte Judenweiw, de Judenbengel mit' Lorgnett,
De Wuchrer und Wedreiger-Jud, in Kutschen führens üm de Wett.
Woher dat Geld, wovon de Jud so leben un so prunken kann?
Dat nimmt he jo den Christen af, dat quetscht he ut den Arbeitsmann.
Klelt in't Gesicht den Juden blot, denn weit ji, wat de Kierl is wiert,
Dat freche Rottenangesicht, dat lütge Oog juch glick bellert.
Ne, Kinnings, ne, da in Berlin de Judenplag is würklich groot.
Wo dat noch ends't, ick weit dat nich, de Christen sinn da för in Not.
Wer Judenbrot nich äten mag — un drög un bitter satt mon sien,
De nehm 'n Strick und häng sich up, so weit ist kamen in Berlin."

Schillers Briefe.

Die Größe der klassischen Zeit unsers Schrifttums lernen wir jetzt erst recht würdigen, seit wir ihren Briefwechsel kennen, in erster Reihe den ungefähr tausend Briefe umfassenden zwischen Schiller und Goethe**), ein Schatz unsers Volkes, wie er ähnlich in der ganzen Weltliteratur nicht mehr vorhanden sein dürfte, an den nur etwa noch heranreicht Schillers Briefwechsel mit seinem Freunde Körner.

Körner, der selbst nur wenig schöpferisch beanlagt war, besaß eine ganz außerordentliche Gabe scharf treffender Beurteilung und von ihm rief sich Schiller denn auch immer das Urteil über seine Werke sprechen. Wie sehr unser Verständnis von ihnen dadurch gefördert wird, wo in Beantwortung seiner Briefe der Meister selber sagt, was er dabei empfunden habe, wie sie aufzufassen seien, läßt sich denken. So, wenn er an ihn schreibt: „Ich habe in diesen 14 Tagen noch zu keinem festen Entschlusse in Absicht auf meine künftige Arbeit kommen können. In meinen Jahren und auf meiner jetzigen Stufe des Bewußtseins ist die Wahl eines Gegenstandes weit schwerer, der Leichtsinn ist nicht mehr da, womit man sich in der Jugend so schnell entscheiden kann, und die Liebe, ohne die keine praktische Thätigkeit bestehen kann, ist schwerer zu erregen. In meiner jetzigen Klarheit über mich selbst und über die Kunst, die ich treibe, hätte ich den Wallenstein nicht gewählt. — Ich habe große Lust mich nunmehr in der einfachen Tragödie nach der strengen griechischen Form zu versuchen, und unter den Stoffen, die ich vorrätig habe, sind einige, die sich gut dazu bequemen. Den einen davon kennst Du, die Maltheser; aber noch fehlt mir das punctum saliens zu diesem Stück; alles andere ist gefunden. Es fehlt an derjenigen dramatischen That, auf welche die Handlung zueilt, und durch die sie gelöst wird; die übrigen Mittel, der Geist des Ganzen, die Beschäftigung des Chors, der Grund, auf dem die Handlung vorgeht, alles ist restlich ausgedacht und besinnen. — Ein anderes Sujet, das ganz eigene Erfindung ist, möchte früher an die Reihe kommen; es ist ganz im reinen und ich könnte gleich an die Ausführung gehen. Es besteht, den Chor mit gerechnet, nur aus zwanzig Szenen und aus fünf Personen. Goethe billigt den Plan ganz, aber es erregt mir noch nicht den Grad von Neigung den ich brauche, um mich einer praktischen Arbeit hinzugeben. Die Hauptursache mag sein, weil das Interesse nicht sowohl in den handelnden Personen, als in der Handlung liegt, sowie ein Oedipus des Sophokles; welches vielleicht ein Vorzug sein mag, aber doch eine gewisse Kälte erzeugt. Noch habe ich zwei andere Stoffe, die zu ihrer Zeit gewiß auch an die Reihe kommen, aber sich bis jetzt der Form noch nicht haben unterwerfen wollen. Der eine davon ist Warbeck, ein Betrüger im 15. Jahrhundert, der sich für den im Tower getöteten Herzog von York ausgab, und gegen Heinrich VII. von England als Gegenkönig auftrat. Das punctum saliens zu dieser Tragödie ist gefunden, sie ist aber schwer zu behandeln, weil der Held des Stückes ein Betrüger ist, und ich möchte auch nicht den kleinsten Knoten im moralischen zurücklassen. — Außer einigen anderen, noch mehr embryonischen Stoffen, habe ich auch eine Idee zu einer Komödie, fühle aber, wenn ich darüber nachdenke, wie fremd mir dieses Genre ist. Zwar glaube ich mich derjenigen Komödie, wo es mehr auf eine komische Zusammensetzung der Begebenheiten, als auf komische Charaktere und auf Humor ankommt, gewachsen, aber meine Natur ist doch zu ernst gestimmt; und was keine Tiefe hat, kann mich nicht lange anziehen."

Oder wenn er in einem früheren Briefe an Böttiger über die Charaktere im Wallenstein schreibt: „So lag es z. B. nicht in meiner Absicht, noch in den Worten meines Textes, daß sich der Octavio Piccolomini als einen so gar schlimmen Mann, als einen Buben, darstellen sollte. In meinem Stück ist er das nie, er ist sogar ein ziemlich rechtlicher Mann, nach dem Weltbegriff, und die Schadenlichkeit, die er begeht, sehen wir auf jedem Welttheater von Personen wiederholt, die, so wie er, von Recht und Pflicht strenge Begriffe haben. Er wählt zwar ein schlechtes Mittel, aber er verfolgt einen guten Zweck. Er will den Staat retten, er will seinem Kaiser dienen, den er nächst Gott als den höchsten Gegenstand aller Pflichten betrachtet. Er verrät einen Freund, der ihm vertraut, aber dieser Freund ist ein Verräter seines Kaisers, und in seinen Augen zugleich ein Unsinniger. Auch meiner Gräfin Terzky möchte etwas zu viel geschehen, wenn man Tücke und Schadenfreude zu Hauptzügen ihres Charakters macht . . . Indem ich diese beiden Personen in Ihrer Achtung nun zu restituieren suche, muß ich den Wallenstein selbst, als historische Person, etwas in derselben herunter setzen. Der historische Wallenstein war nicht groß, der poetische sollte es nie sein. Der Wallenstein in der Geschichte hatte die Präsumtion für sich, ein großer Feldherr zu sein, weil er glücklich, gewaltthätig und keck war, er war aber mehr ein Abgott der Soldateska, gegen die er spleudid und königlich freigebig war, und die er auf Unkosten der ganzen Welt in Ansehen erhielt. Aber in seinen Betrugen war er schwankend und unentschlossen, in seinen Plänen phantastisch und exzentrisch, und in der letzten Handlung seines Lebens, der Verschwörung gegen den Kaiser, schwach, unbestimmt, ja sogar ungeschickt. Was an ihm groß erscheinen, aber nur scheinen konnte, war das Rohe und Ungeheure, also gerade das, was ihn zum tragischen Helden schlecht qualifizierte. Dieses mußte ich ihm nehmen, und durch

*) Kartoffeln.

**) Schillers Briefe, herausgeg. und mit Anmerkungen versehen von Fritz Jonas (vgl. Nr. 454 d. Bl.) 4. Bd. 564 S., 5. Bd. 576 S., 6. Bd. 579 S., 7. Bd. 415 u. CXXVIII S. kartoniert je 3 M., in feinem Halbfrzbd. 4,80 M. (vollständig in 7 Bdn. oder 90 Lieferungen zu 25 Pf.).

Digitized by Google

den Ideenschwung, den ich ihm dafür gab, hoffe ich ihn entschädigt zu haben."

Es wurde Körner nicht ganz leicht, auf schriftstellerische Thätigkeit zu verzichten, aber er tröstete sich in der Erwägung, wer denn eigentlich lesen solle, wenn alle schrieben; und das Lesen sei doch auch nicht so leicht.

Die letzten vier Bände des Briefwechsels enthalten nebst einem Nachtrage bisher ungedruckter Briefe zumeist an Göschen, ferner eine große Anzahl Briefe an Cotta und den durch Begründung der Horen und des Musenalmanachs, veranlaßten Briefverkehr mit deren bedeutenden Mitarbeitern Herder, Fichte, W. von Humboldt, Matthissun, Frd. Jacobi, den Gebrüdern Schlegel u. a.

So erhalten wir in diesen Briefen einen vollständigen Überblick über Schillers Beziehungen zu seinen Zeitgenossen und über seine äußeren Lebensverhältnisse (so besonders in den Briefen an seine Verwandten) und sehen vor unsern Augen seine Werke entstehen und ins Leben treten. Trotz ihrer Unvollständigkeit gewähren diese Briefe ein wunderbar klares Bild seines Lebens und Wirkens und sind gewissermaßen die Belege, wie er unablässig daran gearbeitet hat, sein Denken und Empfinden zu veredeln und zu bereichern, um der Menschheit Würde, die den Künstlern in die Hand gegeben, zu bewahren und zu heben.

Eine gediegene, zusammenhängende Schilderung aller dieser Verhältnisse und der Entwickelung Schillers aus der Feder des Herausgebers bilden den Schluß des Werkes.

Hoffentlich läßt die in Aussicht genommene Herausgabe aller Briefe an Schiller nicht allzulange auf sich warten.

B.

Jüdische Tapferkeit. Kürzlich verstieg sich ein angeblicher Veteran von 1870 für die Tapferkeit der jüdischen Soldaten aus dieser Zeit einzutreten und das veranlaßt mich, meine eigene Erfahrung aus dieser großen Zeit mitzuteilen. Ich diente, so schreibt jemand der Zeitung „Deutsche Eiche" zu Neuwied, von 1867—69 beim 2. Bataillon 7. thüringischen Infanterie-Regiments Nr. 96 (Gera), wir hatten keine Juden. Im Jahre 1870, im September, erhielten wir Ersatz, und da kamen auch drei vom auserwählten Volke. Das Regiment, das zum 4. Armeekorps gehörte, hatte bei der Belagerung von Paris das Terrain am Mont Valerien besetzt, zu dem die Ortschaften Houilles, Bezon, Sartrouville und Maison gehörten, und war je ein Bataillon in einem dieser Plätze einquartiert. Einer dieser jüdischen Kameraden kam zu meiner Kompagnie und speziell zu meiner Korporalschaft, derselbe war Reservist aus dem 65er Jahrgange und zu den 71ern nach Erfurt eingezogen, hatte sich aber erst gedrückt und kam dann zu unserm Regiment. Er war dekoriert mit der silbernen Tapferkeitsmedaille von 66 und erzählte Wunder von seiner erwiesenen Tapferkeit bei Gitschin und Königgrätz, so daß ich, der ich zwei Jahre jünger, ganz verblüfft war. Am dritten Tage kam unser Bataillon auf Vorposten, und ich wurde mit meiner Korporalschaft zum Patrouillendienst kommandiert. Wir unternahmen auch sofort eine Schleichpatrouille und kamen an einem Gehöft vorbei, das wir durchsuchten. Es war ein stürmischer Tag, und als wir die drei Mann, die den Hof abgesucht, meldeten, daß sie nichts gesehen, wollten wir weiter marschieren. An der vordern Front waren große Fensterläden, die nicht angehakt waren. Ein kräftiger Windstoß schlug nun mit Gewalt einen dieser Fensterläden so kräftig gegen die Wand, daß mein jüdischer mit der Tapferkeitsmedaille dekorierter Reservist sich platt auf den Erdboden machte und behauptete, es wäre eine Granate. Wir mußten nun alle herzlich lachen und unser Jüdchen konnte sich nirgends mehr sehen lassen. Er gab dann später an, an Rheumatismus zu leiden und kam zurück. Die beiden andern Juden hatten sich ähnliche Krankheiten erheuchelt und kamen ebenfalls zurück, bemerken muß ich hier noch, daß beim Rückmarsche über Comes, Rheims, Metz überall sich Juden herandrängten, die sich als freiwillige Krankenträger gerierten, im Wahrheit aber die Mannschaften zum Diebstahl verführten, indem sie alle fragten, ob sie silberne Löffel oder sonstige Wertgegenstände mitbrächten und offen aufforderten, daß seiner etwas zu besürchten habe, sie sollen nur immer nehmen, was sie bekommen könnten, sie, die jüdischen Krankenträger, würden hohe Preise bezahlen.

Jedenfalls wird mir jeder, der den großen 70er Feldzug mitmachte, Ähnliches bestätigen können. Das waren meine Erlebnisse von der Tapferkeit der Juden.

Die Sozialdemokratie als Menschenschinderin. Die Angestellten der sozialdemokratischen Konsumvereine im Königreich Sachsen erlrteben, wie wir neulich berichteten, die Herabminderung ihrer wöchentlichen Arbeitszeit auf 78 Stunden. Die daran geknüpfte Frage: „Wie viel mögen es jetzt sein?" können wir heute beantworten. Kürzlich fand auch in Halle (Saale) die Generalversammlung des Verbandes der Lagerhalter in sozialdemokratischen Konsumvereinen statt. Es wurde festgestellt, daß eine wesentliche Besserung der Lage noch nicht erreicht sei; trotz aller Agitation erreiche die Geschäftszeit noch eine Höhe von 96 Stunden in der Woche. 96 Stunden, das macht, die Woche zu sechs Arbeitstagen gerechnet, auf den Tag sechszehn Stunden Arbeitszeit! Welcher staatliche oder Privat-Betrieb läßt sich, fragen wir, eine so schamlose Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft zu Schulden kommen? Und das sind dieselben Sozialdemokraten, die sich nicht genug darin thun können, gegen die „blutsaugenden Bourgois" zu wettern! Den Acht-Stunden-Tag, fordern sie in ihren Versammlungen und Zeitungen bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit, und sie selbst beschäftigen ihre Leute sechszehn Stunden! Und dabei wäre es so leicht, hier Abhilfe zu schaffen: man brauchte nur auf einige Prozent Dividende zu verzichten. Die Konsumvereine werfen nämlich eine hohe Dividende ab, 4½ bis 18 v. H., wie wir in der oben erwähnten Versammlung festgestellt wurde. In ihren Worten — und das kostet ja nichts — sind die Sozialdemokraten die edelsten Volksbeglücker; in der Praxis aber — und das bringt hohe Prozente ein — sind sie die gemeinsten Volksbedrücker! Die Leute, die nach solchen Proben nicht den Glauben an den sozialdemokratischen Zukunftsstaat verlieren, muß man wahrlich bemitleiden.

Jüdische Handwerker will die jüdische Gemeinde in Bukarest jetzt in Massen erziehen. Sie hat deshalb einen Aufruf erlassen, den wir unsern Lesern nicht vorenthalten wollen. Er lautet: „Israelitische Glaubensgenossen! Die Notwendigkeit der Errichtung einer Gewerbeschule ist im Schoße unsrer Gemeinde schon längst empfunden worden. Dieses Bedürfnis ist jetzt geradezu gebieterisch geworden, um so mehr, als die öffentlichen Unterrichtsanstalten für unsre Kinder sich immer mehr verschließen und allmählich die Hoffnung schwindet, daß dieselben das freie Gewerbe eines Arztes, eines Advokaten, eines Lehrers, eines kommerziellen Beamten usw. je ausüben dürfen. Ein Industrieller, ein Handwerker sein, heißt nicht gebunden sein an die Scholle, auf welcher wir leben, heißt die Möglichkeit, sich auf welchem Welkteil immer frei und unabhängig zu bewegen und uns in Ehren von unsrer Hände Arbeit zu ernähren. Diese Wohlthat für unsre Nachkommen zu verwirklichen, ist bereits der Anfang gemacht worden durch Anschaffung eines geräumigen Terrains und eines geeigneten Lokales, deren Kaufpreis von einer Anzahl Religionsgenossen teilweise beschafft wurde. Das Lokal in der Calea Dubeffi 137 bedarf aber Verbesserungen und Reparaturen und ebenso sind Fonds für die Installationen und die Unterhaltung der Schule nötig. Deshalb appellieren wir an unsre Glaubensgenossen, daß sie sich mit uns zu diesem Werke der Kultur vereinigen und jeder sein Scherflein dazu beitrage."

Als vor einiger Zeit die rumänische Regierung die nicht naturalisierten Juden vom Militärdienst ausschloß, wurden die Juden nicht müde, in Dutzenden von Versammlungen ihre

Digitized by Google

glühende Liebe zum „Vaterlande" Rumänien zu betonen. In der richtigen Voraussetzung, daß die Maßregel des rumänischen Kriegsministers der erste Schritt zur endgiltigen Umtaufung des Berliner Vertrages sei, verlangten sie mit orientalischem Ungestüm, ihrer „Pflicht" gegen das „Vaterland" genügen zu dürfen, denn sie mit allen Fasern ihres Herzens zugethan seien. Und jetzt? Wenige Monate sind ins Land gegangen und die amtlichen Vertreter Judäs in Bukarest sordern ihre Stammesgenossen auf, Handwerker zu werden, um nicht gebunden zu sein an der heimatlichen Scholle! Als ob die Nachkommen Sems schon jemals eine „Heimat" gekannt hätten, als ob nicht gerade die Verkörperung des ruhe- und rastlosen Gewissens „der ewige Jude" genannt würde. „Frei und unabhängig" sich bewegen, auf welchem Weltteil es auch immer sei, das war und ist die wahre Parole Israel. Kennt diese Internationalität, die nach dem Grundsatze handelt, wo es mir gut geht, ist mein Vaterland, überhaupt ein „Vaterland"? Die Bukarester Juden sollen es daher nur ruhig aufgeben, die rumänischen Schnorrer zu Handwerkern zu erziehen, Erfolg werden sie doch nicht haben, und das, was sie wünschen, der Zug nach andern „Weltteilen", ist leider schon mehr als genügend verbanden!

Herunter mit der Maske! So betitelt sich die neueste Schmähschrift gegen die Antisemiten. Das Buch ist in Zürich bei dem berüchtigten Verleger Caesar Schmidt erschienen. Der Verfasser will Antisemit sein und nennt sich Hans Arndt. Hinter diesem Pseudonym soll nach der Versicherung eines dem Buche beigegebenen Waschzettels einer „unserer bekanntesten Parlamentarier" stecken. Wer nur einigermaßen in unserem politischen Leben Bescheid weiß, erkennt diese Behauptung beim Lesen der Schmutzschrift sofort als Lüge. Herumtergerissen wird in der Broschüre zuerst der Abg von Liebermann, dann folgen in bunter Reihe Stöcker, Dr. Bachler, Lenß, Werner, Dr. Bödel, von Hammerstein, Zimmermann, Frhr. von Langen, Pückenbach, von Borcke, Theod. Fritsch und Ahlwardt. Bedingungsweise gelobt wird Prof. Dr. Förster, eine lobende Erwähnung erhält Lehrer Kleeberg (Leipzig) und die große goldene Medaille Herr . . . Karl Paasch!! Wo der Verfasser also zu suchen ist, brauchen wir wohl nicht weiter zu erörtern. — Ebenfalls aus Zürich von dem Verleger der meisten Schimpfstudien Paasichs, Verlags-Magazin J. Schabelitz, stammt ein Buch mit dem Titel „Emporgepeitscht". Es beschäftigt sich auch mit dem Antisemitismus und nennt das Erfurter Programm der „Deutsch-Sozialen" ein „jämmerliches, anachronistisches Machwerk", die Juden aber sind die „einheimischen wirtschaftlichen Schrittmacher", die durch „Anpassung", durch staatliche und private „Entjudungskliniken", durch humane „Assimilierungsvereine" usw. von uns „heruntergeschluckt" werden müßten. Aus dem zeichnenden Verfasser P. N. O'Bickedone ist der eigentliche Verfasser leicht zu erraten. — Ein kleines Büchlein, das sich mit den Forderungen der Bauhandwerker beschäftigt, beschimpft im Schlußkapitel ebenfalls die Judengegner. Der namenlose Verfasser behauptet, die Antisemiten hätten nicht „einen brauchbaren, durchgreifenden Vorschlag mit praktischen Maßregeln gebracht", sie ständen „genau auf demselben Standpunkte wertloser Unfähigkeit wie die Sozialdemokratie" und hätten „es nicht verstanden, brauchbare Fortschritte vorzuschlagen", um „Schutzdämme gegen den Betrug und Schwindel zu errichten". Der Herr scheint weder unser Programm zu kennen, noch eine Ahnung von dem Buche Theod. Fritsch's „Bodenwucher und Börse" oder von den Anträgen unserer Fraktion im Reichstage zu haben. Legen wir ihn also zu den übrigen!

Alle diese Broschüren sind auf die kommende Wahl zugeschnitten, und da sich ein gegen die Antisemiten gerichteter Tendenzroman „in Arbeit" sein soll, werden wir bis zum 16. Juni noch allerlei erleben.

Der Zionismus in reformjüdischer Beleuchtung. Der Zionismus wird von Wien aus geleitet. Es ist daher nicht zu verwundern, daß der dortige Oberrabbiner sich vor der Welt berufen glaubt, sich über die Frage zu äußern*). Natürlich will er, wie fast alle Rabbiner, von der Gründung eines Judenstaates nichts wissen. Seine Argumente gegen die unheimliche Bewegung decken sich mit den landläufigen reformjüdischen Anschauungen. Seine Unterstützung über den Nationalitätsbegriff und diesen Bedeutung in der jüdischen Religion kommt zu dem Schluß, Israel dürfe als „Volk Gottes" nicht mit andern Nationen auf eine Stufe gestellt werden, auf die „Zufälligkeiten" der Geburt und Heimat habe es keinen Wert zu legen, das Judentum habe vielmehr von Gott die Mission bekommen, die Völker durch Aufhebung der nationalen Unterschiede zu versöhnen und zu einer einzigen großen Menschheitsfamilie zu verschmelzen. Gerade zu dem Zwecke, um diesen hohen messianischen Beruf besser ausüben zu können, sei das Volk von Gott in alle Länder zerstreut worden. Um ihrer selbst und vor allem auch um ihres hohen Berufes willen, den die Juden an der Menschheit zu erfüllen hätten, müßten sie den Zionismus ablehnen. — In diesen hochtönenden Redensarten von dem Missionsberufe Israels können wir nur einen Ausfluß maßlosen jüdischen Dünkels erblicken. Die Juden sollten der Menschheit und so auch uns christlichen Deutschen Humanität und Sittlichkeit vermittelt haben oder noch vermitteln?! Allerdings hat auch das Judentum seinen weltgeschichtlichen Beruf. Was das für einer ist, das kann niemandem entgehen, der in der Geschichte zu lesen versteht. Das Judentum spielt immer dann in der Weltgeschichte eine Rolle, wenn sich irgendwo im Völkerleben Katastrophen vorbereiten. Wenn Völker und Reiche ihrer Auflösung entgegengehen, dann wirkt das Judentum zersetzend und zerstörend, als „Ferment der nationalen Dekomposition", wie es Mommsen ausdrückt. Sein Beruf ist also ein im wesentlichen negativer. Im Alten Testament, auf das sich der Herr Oberrabbiner fortwährend beruft, steht auch nichts davon zu lesen, daß die Juden in der Zerstreuung einen Missionsberuf zu erfüllen hätten. Im Gegenteil! Die Zerstreuung ist nach der Schrift das schwerste Strafgericht, das Gott über das Volk verhängt. Sa.

*) Nationaljudentum. Von Dr. M. Güdemann (Oberrabbiner in Wien). 43 S. Leipzig und Wien, 1897.

Thut die Volksschule überall ihre Pflicht? Eine solche Frage glaubte die „Koblenzer Ztg." stellen zu müssen, als sie nachfolgende Zeilen veröffentlichte: „Bei der Bismarckfeier der Nationalen Vereinigung wurde die bezeichnende Thatsache erwähnt, daß Rekruten der hiesigen Garnison auf die Frage: Wer ist Bismarck? keine Antwort zu geben wußten. Wir sind heute in der Lage, hierüber Genaueres mitzuteilen. Von 38 Rekruten einer hiesigen Kompagnie wußten nur neun Bescheid. Zwei sagten, Bismarck sei irgend ein Minister; zwei: er sei ein württembergischer Minister; sieben: er sei Kriegsminister, General oder Feldmarschall; sechs: er sei der jetzige Reichskanzler, einer: er sei ein hochangesehener evangelischer Fürst, zwei: er sei ein Hoch- oder Landesoberärzter. Neun wußten von Bismarck überhaupt nichts. Wir haben allen Respekt vor unserer Volksschule. Aber angesichts solch beschämender Antworten, beschämend nicht blos vom erziehlichen, sondern auch vom nationalen Standpunkte, möchten wir doch an die Stellen, die es angeht, die Frage richten: Thut die Volksschule überall ihre Pflicht?"

Natürlich hat diese Anslassung die Runde durch alle Blätter gemacht, die auf dem deutschnationalen Standpunkte stehen. In der „Deutschen Ztg." fanden wir sogar folgende Antwort auf die Frage der „Koblenzer Ztg.": „Diese Einschränkung gilt zu gutem Teil den Schulbezirken der „Pfaffengasse", der Trierer Gegend usw., wo der Ultramontanismus an der Arbeit ist. Selbst ein Einjähriger bei der Artillerie wußte dort nicht, wer Bismarck ist! Auch wie der Kaiser heißt, wissen die wenigsten Rekruten, den Namen des Papstes aber kennen sie alle."

Digitized by Google

Gewiß mag solch eine Thatsache allen denen beschämend erscheinen, die vermöge ihrer Bildung und ihres Berufs sich fast tagtäglich mit derartigen Sachen befassen. Trotzdem geht die Schlußfolgerung der „D. Ztg." zu weit, denn man braucht wirklich nicht nach Koblenz oder der „Pfaffengasse" zu gehen, um von unsern Rekruten ähnliche Antworten zu bekommen. Wir wetten, daß in jeder Korporalschaft des Gardekorps Leute zu finden sind, die keine Ahnung von Bismarck haben. Dafür können wir zwei Beispiele bringen. In einem Berliner Regimente fragte der Unteroffizier in der Instruktionsstunde einen Rekruten: „Was weißt Du von Bismarck?" und erhielt zur Antwort: „Der is in die Freiheitskriege gestorben!" Ein anderer Rekrut im selben Regimente erwiderte auf die Frage: „Wie heißt Dein Kaiser?" rasch und zuversichtlich: „Napolinm!"

Was die Schule anbetrifft, so behaupten wir, daß in unsern Großstädten die Sache absolut nicht anders liegt, als vielleicht in der Trierer Gegend. Auch hier können wir mit einigen Beispielen aufwarten und zwar ebenfalls aus der Reichshauptstadt. In einer dortigen Gemeindeschule wußte ein dreizehnjähriges Mädchen auf die Frage nach dem Namen des Kaisers keine Antwort zu geben. Von fünfzig gleichaltrigen Schülerinnen konnten nur drei angeben, wo das Brandenburger Thor zu suchen sei. Das Denkmal des Freiherrn von Stein und den Döhnhofsplatz kannte nur ein Mädchen und die war . . . nicht aus Berlin! Als aber der Lehrer empört und entrüstet über diese Unwissenheit die Frage stellte: „Wer weiß, wo Bertheim wohnt?", flogen fünfzig Hände in die Höhe! Wir denken, das sagt genug. Es ist also vollständig falsch, wenn das aus Koblenz berichtete Vorkommnis allein der Volksschule oder den „Pfaffen" in die Schuhe geschoben wird. Ohne Unterstützung der Familie und ohne gute Volksschriften sind die Lehrer in dieser Hinsicht machtlos. Von unserer verjudeten Presse erwarten wir auf diesem Gebiete keine Hilfe.

Ausland.

Frankreich. Eduard Drumont, der bekannte Herausgeber von „La Libre Parole", ist für die bevorstehenden Wahlen von den Antisemiten in Algier als Kandidat aufgestellt worden. Gegenwärtig bereist er den Kreis, überall, wo er sich sehen läßt, jubelt man ihm als dem Befreier des Landes zu. Die Versammlung in Algier, in der seine Kandidatur einmütig beschlossen wurde, war von 7000 Personen besucht. Von der Begeisterung, die dieser Beschluß hervorrief, kann man sich kaum eine Vorstellung machen.

Mosaik.

Liberale Sammlungspolitik. Die „National-Ztg.", die mit der „Nationalliberalen Korrespondenz" eng zusammenhängt, schreibt: „Es giebt ernste, ihrer politischen Verantwortlichkeit sich wohl bewußte Männer, die für das Sozialistengesetz sind und für jede Erneuerung desselben eingetreten sind und trotzdem dazu entschlossen sind, bei der Wahl zwischen einem Kuhjäger der Partei Ploetz und einem Sozialdemokraten nicht für den ersteren zu stimmen." Gewisse nationale „Sammlungs"-Anhänger schweigen sich über diese „nationale" Politik vollständig aus!

Baron Henry Wormschild in Paris hat kürzlich eine Reise nach Italien gemacht.

„Haben Sie auch Briganten getroffen?" fragt ihn ein Freund.

„Oh, mit den Briganten bin ich schon fertig geworden!"

„Und wie haben Sie das angefangen?"

„Ganz einfach! Jedesmal, wenn ich unterwegs einen schlecht gekleideten Menschen traf, ging ich schleunigst auf ihn zu und bot ihm um ein Almosen. Das half, und obendrein brachte es mir so viel ein, daß ich meine Zigarren damit bezahlen konnte.".

(Labre Parole.)

Auch eine „deutsche" Zeitung! Man schreibt uns: Seit ungefähr drei Jahren erscheint in Brüssel eine Wochenschrift „Deutsche Zeitung". Anfangs befand sie sich in durchaus deutschen Händen. Der Verleger Diez sowohl als auch der intelligente Redakteur Dünau, waren beide Deutsche. Plötzlich drängte sich ein polnischer Jude, namens S. M. Lewins, in die Redaktion. Lewins brüstete sich damit, ehedem Schreiber in Reuters Bureau zu London und Göttinger Student gewesen zu sein, und brachte es im Laufe der Zeit fertig, den deutschen Dünau aus der Schriftleitung zu entfernen. Natürlich kündigten infolgedessen die bis dahin deutschen Mitarbeiter ihren Dienst, da sie nicht gewillt waren, einer Judenzeitung ihre Feder zur Verfügung zu stellen. Aber was schert sich da ein Jude drum. Er hat die ganze Mischpoke hinter sich und, wenn es einmal an Stoff mangeln sollte, so wird ihm der Jude Strauß, dessen Vater die Kosher der armen Auswanderer im Hafen von Antwerpen erbrach und gewerbsmäßig bestahl, wie es ihm von unserm Landsmann G Scheunemann in Antwerpen, dem Sohne eines verstorbenen ostpreußischen Hauptmanns, vor einer öffentlichen Versammlung einfach ins Gesicht gesagt worden ist, rasch ein „Artikelche von fainstem Stüt" schreiben. Also ein polnischer Jude vertritt die Interessen der Deutschen in Belgien. Aber wie? — Das Blatt soll allwöchentlich 2000 Abnehmer finden. Bis hierher haben alle Deutschen dringend, sich von dem Geiste dieses Blattes nicht anwehen oder gar durchwehen zu lassen. Er atmet gar stark Knoblauch!

Nur Abends. Moses: Gott über die Welt, Levy, was hast De für kumme Bein'! — Levy: Schweig' ruhig, Moses, das ist nur des Abends; da laß' ich mer gehen.

Sozialdemokratisches. Einige „Genossen" aus Mühlhausen (Thür.), die am zweiten Ostertage in Heyerode bei Treffurt durch Freiher die Bauern stirre machen wollten, entgingen nur mit Mühe und Not den derben Bauernfäusten, als sie den Ortsvorrrer zu schmähen begannen. Religion ist Privatsache? —

Das sozialdemokratische Zentralorgan, der „Vorwärts", erklärt in einem langen Artikel, daß die Partei gezwungen sei, „in Detailfragen die Anschauungen früherer Zeit zu überwinden". Dunkel ist der Rede Sinn oder weiß das auf die Bauern hin? —

Die Genossenschaftsbäckerei zu Wien ist zusammengebrochen. Die eingelegten Gelder der Arbeiter sind verloren trotz des jüdischen „Direktors" und trotz jüdischer Brotausträger. —

Als **der Gedanke der Juden-Emanzipation** im Jahre 1803 in Frankfurt (Main) zu spuken begann und viele jüdische und judengegnerische Broschüren ins Leben rief, erhielt Goethe auch einige solche zugesandt. Er schrieb darauf (Bettina Arnim, Goethes Briefwechsel mit einem Kinde): „Es war mir sehr angenehm, zu sehen, daß man dem jakobinischen Israelssohn so tüchtig nach Hause geleuchtet hat. . . Es sind treffliche Stellen darin; leider ist das Ganze nicht rasch, kühn und lustig genug geschrieben, wie es hätte sein müssen, um jenen Humanitätsjaladen vor der ganzen Welt ein für allemal lächerlich zu machen."

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. Die Frankfurter „Kleine Presse" erinnert an nachstehende Bekanntmachung der „Frankfurter Frag- und Anzeigungs-Nachrichten" vom 17. April 1818: „Dr. Baruch macht seinen Freunden und allen, mit welchen er die Ehre hat, in Verbindung zu stehen, die Änderung seines Namens bekannt. Von jetzt an nennt und unterzeichnet er sich Dr. Ludwig Börne. Frankfurt, den 17. April 1818." —

Der praktische Arzt Dr. Lebiohn aus Tirschtiegel wurde zum Stabsarzt in Klausthal ernannt. —

In Berlin hat sich ein „Deutscher Froeuclub" gegründet, dessen Vorstand aus sieben Damen besteht. Darunter befinden sich Frau v. Hayfemann, Frau M. Friedenthal und Frau Oppenheim. —

In Schnitz (Posen) ist zum Stadtverordneten-Vorsteher ein Jude gewählt worden. Die Stadt zählt unter 4300 Einwohnern sechzehn jüdische Haushaltungen mit insgesamt 96 Köpfen. Unter den Stadtverordneten ist ein Jude. Bei der Wahl stimmten die Christen für den Juden, so daß dieser vier Stimmen erhielt, während ein christlicher Kaufmann auch nur vier Stimmen bekam. Das Los entschied dann zu Gunsten des Juden. Allgemein erzählt man, daß die Wahl nur unter dem Drucke eines Philosemiten zu Stande kam. Ist es nicht ein jüdisches Zeichen, wie reif manche Gemeinden für die Selbstverwaltung sind, wenn 4200 Einwohner einer Minderheit von nicht ganz hundert das Regiment überlassen? Solche Wähler verdienen wirklich, daß sie unter die Zuchtrute der Juden kommen.

Digitized by Google

Fortsetzung meines Ausverkaufs
fertiger
Herren- und Knaben-Garderoben
zu jedem nur annehmbaren Preise.
Heinrich Weigang
I. Kurprinzstraße I.

Kaufen Sie
keln Planino,
wenn Sie sich noch nicht den Katalog von **August Roth, Hagen i. W.,** Königl. Hof-Pianofabrikant, gratis haben kommen lassen.

H. Heintze, Hutfabrik
gr. Fleischergasse 2, Kurprinzstraße 4.
Spezialität: 2,80-Hüte.

Dächer Billige, dichte aller Art aus der aus Andernach's Asphalt-Steinpappen Dach- u. Isolirungsfabrik-Depot A. Andernach a. Rhein
Muster etc. postfrei

Lesenswert
für jeden, der **Interesse** an der **sozialen Frage** hat.

Gustav de Llagre, Wohnungen für Unbemittelte. . . . . 40 Pf.
Hermann Kötzschke, Der christliche Standpunkt in der Frauenfrage 50 Pf.
Graf Wartensleben, Die von der Sozialdemokratie geforderten Eigentums- und Produktionszustände. . . . . 50 Pf.

10 Stück, entweder eines Werkes oder beliebig aus allen drei zusammengestellt, liefere ich für nur 3 M.
Herm. Beyer, Leipzig, Königsstr. 27.

Tapeten. / Linoleum.
Nur beste Fabrikate.
Muster frei. — Bei Mehrbedarf hohen Rabatt. — Muster frei.
Stirnemann & Krausche,
LEIPZIG.
Zwei Geschäfte:
Grimmaisch. Steinweg (Schwan Quartier, part. u. 1. Et) | Petersteichhof (Hinter der Reichsbank, Schwan Petersstr)

Leinen- und Baumwoll-Waren
von
Wilhelm Michael
Hainstrasse 7, LEIPZIG, Hainstrasse 7.
Wäsche- und Ausstreuer-Geschäft.
Leinen eigenes Fabrikat.
Ausverkauf eines großen Postens Tischzeug, Handtücher, Taschentücher, Gardinen- und Kongressstoffe, Kleiderstoffe und Teppiche zu herabgesetzten Preisen.
Alleinverkauf
der echten Dr. Lahmannschen Unterkleidung.

Heinrich Thiessen,
Telephon Amt I, 2021.
Schneidermeister
Brühl 23 (Plauenscher Hof), Tr. A, II, Brühl 23
liefert nur nach Maß und nur gegen bare Zahlung, aber dafür zu den billigsten Preisen elegante Anzüge von 42—75 M., Sommer-Überzieher von 36—55 M unter Garantie für gute Arbeit und guten Sitz. Großes Stofflager. Lieferzeit: Auf Verlangen in 24 Stunden. Bei Selbstlieferung des Stoffes reduziere für einen Anzug nur 27 M.

Uhren liefert zu äußerst billigen Preisen unter reeller Garantie
Gustav Kaniss
Uhrmacher
LEIPZIG, Tauchaerstr. 6.

Stoffe zu Anzügen PALETOTS etc. versendet
Unerreicht billige Preise!
Beweis: Verglich mit anderen Collectionen
Reichhaltige Musterzendung unberechnet und portofrei an Jedermann.
in TUCH, Buckskin, Kammgarn, CHEVIOT etc. Meter 2-15 Mark.
Auf Wunsch Lieferung aller erforderlichen Futterstoffe und Zutaten.
Versand durchaus reell!
Beweis: ca. 6000 Anerkennungsschreiben aus allen Kundenkreisen.
CHRISTIAN GÜNTHER Tuchversandgeschäft LEIPZIG-PLAGWITZ

Wilhelm Boetzkes
Rheinisches Tuchhaus, Düren I, Bezirk Aachen,
versendet zu den billigsten Preisen die berühmten, vielfach ausgezeichneten Aachener und Dürener Tuchwaren, sowie andere deutsche und engl. bewährte Herrenstoffe.

Die neuen Muster		Cmtr.	Stoff 1 Anz.
werden sofort, Hbs. und Rückporto frei,	3 m Cheviot	40	M. 10,80
zugesandt, damit jedermann sich ohne	3 „ Loden-Chev.	47	„ 12,75
Kosten von der Güte und billigkeit dieser	3 „ Kammgarn	48	„ 12,90
ertige. Man schreibe eine Postkarte.	3 „ Melton	50	„ 13,50
	4 „		bis 12 M. per Meter. Jedes Maß.

Beim Vergleich beachte man besonders die Qualität.

Zur Beurteilung der antisemitischen Strömungen Frankreichs empfehlen wir das berühmte Werk des Herausgebers der „Libre parole", **Edouard Drumont:**
Das verjudete Frankreich.
2 Bände. 900 Seiten. Preis 2 M.
Wir haben nur noch einige Exemplare abzugeben.
Geschäftsstelle der „Deutsch-Sozialen Blätter".

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königsstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe in Berlin NW. 5, Kruppstr. 13 p.
Druck: G. Reusche, Leipzig.

Deutsch-Soziale Blätter.

Herausgegeben von Max Liebermann v. Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Bezugs-Preis: vierteljährlich Mk. 1.50 bei den Postanstalten (Postzeitungsliste Nr. 1780) und Buchhandlungen. Unter Streifband Mk. 2.

Anzeigen: die 4-gespaltene Petit-Zeile 25 Pfennige. Verlagsbüro, Königstraße Nr. 27, Leipzig.

XIII. Jahrgang. | Leipzig, 5. Mai 1898. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Juden-Frage. Otto Glagau. | Nr. 507.

Inhalt: Ein Krach-Jubiläum. — Die Handwerksräthe. Ihre Geschichte. Ihr Wesen. Ihre Zukunft. — Von den Hohenzollernschen Juden. — Der Zug in die Städte. — Was soll mit den Juden geschehen? — Weibliche Studenten. — Die Entwicklung der Berufsstände von 1882 bis 1895. Der grauenhafteste Judikumord des neunzehnten Jahrhundert. — Ausland. — Mosaik. — Herr Bäckel landdiner in Marburg. — Parteinachrichten. — Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen. — Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat. — Jüdische Ritter, Kommissions- und Kommerzienräthe usw.

Ein Krach-Jubiläum.

Am 9. Mai sind es fünfundzwanzig Jahre her, daß in Wien auf wirtschaftlichem Gebiete ein ungeheurer Krach zum Ausbruch kam, der tausende und abertausende von Existenzen ruinierte und hunderten von Leuten das Leben kostete. Österreich hat länger als zehn Jahre nötig gehabt, um sich von den Folgen dieses Raubzuges des Kapitals zu erholen. Mit heuchlerischer Miene hat die Börsenpresse von Anfang an den Versuch gemacht, für den Krach die „Gründer" im allgemeinen und die nichtjüdischen im besondern verantwortlich zu machen. Niemals ist es dieser Presse aber eingefallen, dem wahren Urheber zu Leibe zu gehen. Damit er nicht in Vergessenheit geräth, wollen wir heute eine kurze Geschichte dieses Krachs geben.

Die Hauptursache des wirtschaftlichen Rückganges, der dem Krach vorhergieng, erblickten damals Kundige in einer Art von geheimen Nebenregierung in Österreich, die jede Maßregel der einzelnen Ministerien erfolgreich für sich zu verwerten verstand. Das öffentliche Wohl galt natürlich dieser Finanzgruppe, die sich an das Haus Rothschild anlehnte, nichts. Man brachte es fertig, jede ausständige Kapitalskraft zurückzudrängen, sobald sie dem Staate ihre Dienste anbot. Dadurch machte man sich immer unentbehrlicher und hielt die Regierung hübsch im Zaum. Zugleich wurde bei jeder neuen Finanzangelegenheit die Landeswährung verschlechtert und der Rentenkurs geworfen. Die käufliche Presse that natürlich alles, was die Herren von der Finanz wollten, sie stellte Österreich als einen kranken Mann dar, der jene Finanzdoktoren nicht entbehren könne.

Als dem Hause Rothschild aber die Verbündeten zu reich, zu mächtig und gefcheidt wurden, sölle es in den fünfziger Jahren alle ihm unbequem gewordenen Verbindungen. Sein Übergewicht wurde zuletzt so fühlbar, daß der damalige Minister von Bruck dem Hause Rothschild durch Gründung der Österreichischen Kreditanstalt eine Macht entgegenzustellen versuchte. Rothschild wußte sich aber bald in den Besitz der meisten Aktien zu setzen, er konnte infolgedessen die Verwaltungsräte aus seinen Leuten ernennen und schob darauf der Kreditanstalt alle möglichen unsicheren Geschäfte zu.

In den letzten zehn Jahren entstanden allmählich wieder neue Banken, deren Aufblühen Rothschild vorläufig nicht hinderte. Sah und sieht er doch in jeder neuen Konkurrenz eines Schwächeren eine willkommene Sprachsicht, die man allfälthich einige Mal ausüben soll. Man braucht dazu nur den Kurs der Aktien herunterzudrücken und sie aufzukaufen, um die Differenzen einzuheimsen. Das nennt die Börsensprache „Besitzwechsel". Durch die täglichen Kurschwankungen und die dadurch in Aussicht stehenden Gewinne konnten die Zutreiber der Bankhäuser tausende von Spekulanten aus allen Schichten der Bevölkerung herbeilocken. Die große Zahl von Spekulationspapieren wurde deshalb bald zu klein und das Ende war die Gründung neuer Banken und Industriegesellschaften. Rothschild und seine Statisten saßen natürlich nicht abseits; unmittelbar an der Verwaltung nahmen sie Teil bei 46 österreichischen und elf fremden Aktiengesellschaften. Außerdem hatten sie ihre Leute nach einer bis ende 1874 reichenden Zusammenstellung bei mehr als zweihundert österreichischen Aktien-Unternehmungen angestellt. Kraft dieser umfassenden „Kontrol"-Einrichtung gelangte nicht nur jeder Pulsschlag auf dem österreichischen Geld- und Effektenmarkte zur Kenntnis Rothschilds, sondern er sicherte sich auch einen nahezu souveränen Einfluß auf die Nationalbank, die Hypothekenbanken und die großen Eisenbahnen. Durch die Zeninsund Gruppenwahlen konnte er auch bald über ungefähr sechzig Abgeordnetenmandate gebieten.

Diese umfassende Thätigkeit des Hauses Rothschild konnte natürlich nicht ganz verborgen bleiben, und schon in den Jahren 1871 und 1872 fanden sich einige Zeitungen, die im Interesse der bedrohten Banken usw. darauf hinwiesen, daß es dem „Welthause" ein leichtes sei, alle vorhin erwähnten Sparbüchsen mit einem Ruck zu leeren und alle übrigen Konkurrenz-Banken zu zertreten. Ein solcher Vorstoß sei bei der Rücksichtslosigkeit Rothschilds sehr nahe und müsse ihm Milliarden eintragen. Der Staat müsse dann froh sein, wenn ihm Rothschild in Anleihe-Nöten für eine Verschreibung von hundert Gulden nur fünfzig Gulden biete. Diese Warnungen verhallten aber in den Wind.

Im April 1872 veranstaltete dann Rothschild eine Generalprobe. Gegen ende März wickelte er seine ganzen Hausse-Engagements ab und ging allmählich nach unten, selbstverständlich folgten seine Intimen von der Kreditanstalt. Beide nahmen nun plötzlich große Depotkündigungen vor und verweigerten jede Beleihung (Lombardierung) von Wertpapieren. Der hierdurch entstehende Schrecken wirkte insbesondere in Prag sehr verheerend. Das Ungewitter zog aber noch einmal vorüber, man hatte die Kräfte gemessen und sie für ausreichend befunden. Deshalb ließ man auch gern weitere Gründungen zu, für die Geld in Massen aus der Provinz und dem Auslande herbeiströmte. Ja, man unterstützte den Schwindel noch energisch durch die Zeitungen, denn man sagte sich, daß der nächste „Besitzwechsel" um so ergiebiger ausfallen müsse, je mehr der Markt überladen werde.

Im Februar 1873 wurde es klar, daß auch der Berliner Markt überladen war. Der Augenblick für den großen „Besitzwechsel" war gekommen. Ende Februar zog sich Rothschild aus allen Engagements zurück und ging in die sogenannte Kontremine. Am 26. März und 7. April wurden seine sämtlichen Zweigstellen angewiesen, sich derart zu decken, daß die Kurse nach unten gehen mußten. Sie erhielten zugleich die Nachricht, ende April oder anfang Mai würde sich über die Wiener Börse ein großes Gewitter entladen Ende April toch die Börse Bunte. Jeder Tag brachte hunderttausende von Aktien an den Markt, die natürlich nicht dazu beitrugen, die Kurse zu bessern Es war thatsächlich schon schwer geworden, irgendein neues Wertpapier in großen Posten unterzubringen. Aber die Masse der Spekulanten wollte nicht an die Fallstricke glauben, vor denen einzelne warnten; man vertraute den Börsenblättern, die Rothschild als den Schutzherrn der Börse feierten, der das meiste Interesse an deren Erhaltung habe.

Am 8. Mai kamen wieder große Depot-Kündigungen durch Rothschild und die Kreditanstalt. Und am folgenden Tage gings los. Der Prokurist Rothschilds, Julius „Ritter" von Goldschmidt, kam am 9. ganz gegen seine Gewohnheit schon Vormittags zur Börse. Kaum war er angelangt, als ihn einige Makler bestürmten, für eine halbe Million Gulden Bankpapiere zu be-

Digitized by Google

leiten. Er schnauzte aber die Drängen wild an und sagte: „Was? Es sind ja Eure sämtlichen Banken am Schottenring keine hunderttausend Gulden wert!" Dieser Bescheid hatte dieselbe Wirkung wie 1848 die berüchtigten Schüsse auf dem Schloßplatze zu Berlin; in der preußischen Hauptstadt kam die Revolution und in Wien der Krach. Ein entsetzliches Geheul durchdrang die Börsenräume. „Verrat, Betrüger, Hallunken, an die Laterne" und wer weiß was sonst noch, schrie fluchend und tobend der furchtbar erregte Haufen. Goldschmidt ward zum Tempel hinausgedrängt, der Saal leerte sich und auf der Straße wütete die Masse: „Wer wollte sich von diesen Hallunken, diesem Gesindel, diesen Dieben, diesen Betrügern noch anstrauben lassen." Doch es nützte nichts, der große allgemeine Raub war bereits verübt. Man zahlte keine Differenzen mehr, man übernahm keine Effekten mehr und erklärte die ganze Börse für einen sogenannten „Bambertutsch". Von elf Uhr an war keine Seele mehr im Börsensaal, die Thüren schlossen sich und eine der reichsten Börsen der Welt hatte aufgehört zu zahlen. — — —

Die Verwüstung war ungeheuer. In wenigen Tagen betrug der Kurs-Unterschied über eine Milliarde Gulden. Die ältesten und achtbarsten Firmen wankten. Selbst die Flucht war unmöglich, da größere Posten Aktien einfach unabringlich waren Als alles zusammenzustürzen drohte, deckten sich Rothschild und Konsorten, wodurch auf einige Tage jene flüchtigen Kursbesserungen entstanden, die die Unentgeweihten für eine Wendung zum Bessern hielten. Rothschild zertrat indessen eine Bank nach der andern. Er wollte frei sein von allem Wettbewerb. In der Presse ließ er predigen, daß keine einzige mittlere Bank eine Existenzberechtigung habe. Er drückte deshalb den Kurs dieser Banken von Tag zu Tag. Die Kreditanstalt hatte hunderttausende von Bankaktien beliehen, und je mehr Rothschild d n Banken bei seinen Konsorten den Wechselkredit entzog und je weiter der Kurs ihrer Aktien sank, desto mehr verringerten sich die Barmittel bei den betreffenden Banken und desto vollkommener gelang der Zerschlag Rothschilds.

Ähnlich erging es den Eisenwerken, die nicht schon Eigentum Rothschilds waren. Ihre Lahmlegung lag umsomehr in seinem Interesse als es mit dem Bau neuer Bahnen nun auf lange Zeit vorbei war. Das Welthaus besaß und besitzt die größten Eisenwerke Österreichs, und indem es etwa sechszehn österreichische Transport-Anstalten direkt beherrschte und eine noch größere Anzahl indirekt unter seinem Einflusse standen, so wagte es keine Bahn Österreichs, sich ihren Bedarf an Schienen, Wagen Eisenteilen usw. anzuschaffen, ohne vorher bei Rothschild anzufragen, ob seine Werke beschäftigt seien oder nicht. Wenn die Antwort verneinend ausfiel, so wurde die Bestellung sicher bei Rothschilds gemacht.

Ebenso wurden die Versicherungs-Gesellschaften dem „Welthause" unterthan. Es hatte auch in diesen seine Leute und sorgte dafür, daß die Gelder der Versicherten zumeist nur in solchen Papieren angelegt wurden, die bei ihm und der Kreditanstalt gegründet waren.

Die Regierung stand ratlos vor und bei der Katastrophe. Statt sich aber zu energischen Schritten aufzuraffen, wandte sich der Finanzminister Baron Depretis, der Schwiegersohn des Barons Böckhmann, eines Rothschildschen Busenfreundes, um Rat an das . . . „Welthaus"! Und dieses riet dem Minister, nichts für die Banken zu thun, damit nicht der Kurs der Staatsrente in Gefahr komme; denn wenn alles zusammenstürze, würden die zinsenlitternden Kapitalisten ihr Geld zum Staate flüchten und sich Rente kaufen, arbeite jedoch der Staat zu Gunsten der Börse, werde er seine Kräfte erschöpfen, schließlich werde dann der Kurs der Rente fallen und endlich der Staatskredit selbst zusammenstürzen. Als der nordamerikanische Präsident seinen Hausfinden wegen der neu entdeckten Goldfelder in Kalifornien befragte, sagte dieser: „Schicken Sie mich hin und übertragen Sie mir allein die Aufsicht. . ."

Wie Rothschild die Aufsicht über die österreichische Finanz- und Volkswirtschaft besorgte, ist bekannt. — Nicht genug an dem ungeheuren direkten und indirekten Gewinn, den ihm der sorgfältig vorbereitete Krach einbrachte, ging er weiter in Maßregeln, um die mittleren und kleinen Besitzer völlig zu ruinieren. Durch unrichtige Schätzung des Vermögens der großen österreichischen Baugesellschaft wurden die Kurse ihrer Aktien unerhört in die Höhe getrieben und die entwerte Ware an den Mann gebracht. Als auf Grund der falschen Berechnung eine neue Einzahlung glücklich herein war, ließ man die Sache laufen und die gänzlich ausgeplünderten armen Teufel durften sich dann von der Presse als „reingefallene Tölpel" verhöhnen lassen.

Um das Unheil voll zu machen, häufte man die Schuldenlast der Südbahn, eines der besten Eisenbahnnetze der Welt, derart an, daß auch dieses Unternehmen bald seine Zahlungen einstellte. Rothschild hatte die Südbahn in seiner Macht, jede Vermehrung der Schulden vergrößerte sein Vermögen, die Verschleierungen der Bilanz gingen straflos aus, die gemachten Schulden wurden zum Teil zur Begahlung guter Dividenden verwendet. Dieses Zugmittel und die Lockvögel in den käuflichen Blättern thaten ihre Schuldigkeit, die Aktien, Prioritäten und Obligationen der Südbahn waren überall hochbegehrte Effekten, bis mit einem Male die Dividenden aufhörten. Wieder waren zahllose Existenzen an den Bettelstab gebracht, aber Rothschilds Allmacht stieg!

Ende der siebziger Jahre wagte ein ehemaliger Angestellter Rothschilds, der listige, findige, gewandte und verwegene Bontoux, einen neuen Versuch, um das „Welthaus" zu stürzen. Der kühne Spekulant fand die Unterstützung französischer Geldleute, katholischer Politiker und österreichischer Staatsmänner. Die Bundesgenossenschaft schien einen guten Erfolg zu versprechen, und im Anfang ging auch alles flott Bontoux griff seinen mächtigen Gegner in seinen stärksten Stellungen zugleich an: in Wien und Paris. Hier durch die „Union Générale" und dort durch die „Österreichische Länderbank". Rothschilds Stillleben war dadurch unangenehm gestört. Er durfte nicht so auf die österreichische Rente drücken, wie er es wohl gewollt hätte, um der Länderbank beizukommen, da ihm das ungarische Goldrentengeschäft einen hohen Gewinn versprach der sicher ausblieb, wenn die österreichische Rente fiel. Dazu schien im Volke, im Parlamente, in der Regierung und selbst am Hofe allmählich eine Stimmung in die Höhe zu kommen, die schließlich vor einem gewaltsamen Bruche mit dem Ausbeutungssystem des Hauses Rothschild nicht zurückzuschrecken drohte. Er deste ßigste sich also einer „loyalen" Haltung, um die Regierung zu einem „anständigen" Benehmen den Juden gegenüber zu bestimmen. Die Verhältnisse waren für Bontoux demnach ungeheuer günstig Er brachte denn auch Rothschild mehrere schwere Niederlagen bei, aber zuletzt erlag er doch. Rothschild verstand es vorzüglich in dem republikanischen Frankreich die „Union Générale" als „klerikal" zu verdächtigen, und so gelang es ihm, einen von längerer Hand vorbereiteten und allein auf Paris gerichteten Angriff siegreich durchzuführen. Bontoux flog auf und damit war auch das Schicksal der Länderbank besiegelt. Rothschild hatte aus guten Gründen Wien diesmal ziemlich ungeschoren gelassen, dafür aber Paris um so schlimmer mitgenommen.

Einen ähnlichen Raubzug wie 1873 in Wien unternahm Rothschild im November 1878 in Paris, der allerdings erst durch die republikanische Regierung möglich wurde. Sie ließ nämlich die Umwandlung der Rente durch das „Journal des Débats" ruhig ankündigen, ohne sofort zu berichtigen. Erst als die Börse acht oder zehn Tage lang auf diese Umwandlung bin den Stand der Rente herabgedrückt hatte, beschloß das Ministerium, auf Antrag des Finanzministers Leon Say, die Umwandlung werde nicht stattfaben. Say soll dies zuerst seinem Freunde Rothschild mitgeteilt haben, der entsprechend an der Börse vorging. Erst am Schlusse derselben erfuhren die andern Börsenleute den Beschluß. Nun entspelsete sich ein Sturm und eine Wut, wie man sie sich kaum vorstellen kann. Die Leute fielen übereinander her, prügelten sich, schrieen und tobten wie Besessene. Der Börsensaal und seine Umgebung wurden zu einem Schlachtfelde, auf dem sogar Blut floß. Zwei- bis dreihundert Millionen sind aber auch keine Kleinigkeit: Rothschild und sein Anhang hatten diese gewonnen, die andern natürlich verloren.

Digitized by Google

Noch einmal versuchte jemand dem „Welthause" die Herrschaft streitig zu machen und zwar diesmal in London. Das Haus Baring Brothers war ebenso wie Bontoux auf dem besten Wege hierzu; aber auch es mußte die Segel streichen als Rothschild die argentinische Rente, in der Baring Brothers stark engagiert waren, so weit, daß sein Gegner fremde Hilfe in Anspruch nehmen mußte, um . . . zu liquidieren!

So befestigt Rothschild seine Macht nach und nach an allen wichtigen Plätzen; wird er wirklich Alleinherrscher der Welt sein und bleiben?

Anscheinend soll ihm jetzt von Berlin aus das Leben schwer gemacht werden. Denn die letzte große Anleihe der Stadt Wien, die ihr antisemitischer Bürgermeister dort nicht unterbringen konnte, fand entgegenkommende Aufnahme bei der „Deutschen Bank", die heute auch schon mit der Riesensumme von einhundertfünfzig Millionen arbeitet und damit die sogenannte Deutsche „Reichsbank" bereits um dreißig Millionen übertrifft. Dadurch aber würde nicht viel gebessert werden, denn bei der Eröffnung des gewaltigen Erweiterungsbaues der Deutschen Bank in der Behrenstraße zu Berlin machte vor wenigen Wochen der Geheime Kommerzienrat Herz die Honneurs. . . .

Die Handwerkszünfte.
Ihre Geschichte Ihr Wesen. Ihre Zukunft.

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Vielhaben schreibt uns: „Durch die nachfolgenden Zeilen möchte ich die Aufmerksamkeit Ihrer Leser auf ein Buch richten, das geeignet ist, den Mut auch unserer Handwerker zu stärken. Durch die liberale Presse ist leider so mancher unserer Handwerker in der Zuversicht zu seiner Sache irre gemacht worden, und der Glaube in ihm erweckt, als sei sein Untergang unvermeidlich.

Schauen schon seit einiger Zeit unsre Bauern nach Frankreich hinüber, so werden auch unsre Handwerker leider erkennen müssen, daß dort in den Ministerien für ihre Bedürfnisse ein besseres Verständnis herrscht als bei uns.

Ich glaube eine deutsche Verlagsbuchhandlung würde sich sehr verdient machen, wenn sie die Übersetzung des nachstehend besprochenen Buches in die Hand nehmen möchte."

Ein hoher französischer Beamter Hippolyte Blanc, hat ein auf gründlichen Studien beruhendes Werk geschrieben, in welchem unter obigem Titel überaus interessante Aufschlüsse über Entstehung und Entwicklung der Zünfte in Frankreich bis zur französischen Revolution gegeben werden. Der Verfasser verräumt nicht, den Vergleich mit den Zuständen im Handwerk seit der Zertrümmerung der Zünfte zu ziehen und giebt schließlich auch seine Ansicht über die Art, wie er einen Wiederaufbau, eine Wiederbelebung des Zunftgedankens in unsern modernen Verhältnissen für möglich hält.

Überaus fesselnd ist die von ihm geschilderte Geschichte des Zunftwesens und die durch zahlose Beispiele belegte, durch moderne Vorurteile nicht getrübte Darstellung der Organisation des Handwerks, wie sie in Frankreich seit den Tagen des frühen Mittelalters bis zur französischen Revolution Jahrhunderte hindurch sich lebenskräftig und fruchtbar erwiesen hat.

Wir lernen von Herrn Blanc, daß die Innungen sich eigentlich in Meister, Gesellen und Lehrlinge gliederten, und daß eine feste Ordnung mit gerechter und zweckmäßiger Verteilung der Rechte und Pflichten die Mitglieder der Zunft umfaßte.

Die Lehrlinge gehörten zur Zunft wie zur Familie des Meisters, welcher für ihre jugendlichen Seelen verantwortlich war. Er mußte ihnen nicht nur die Handfertigkeit des Gewerbes beibringen, sondern sie überhaupt zu nützlichen und ehrbaren Mitgliedern heranbilden. Die Zahl der Lehrlinge war beschränkt, damit nicht zu zahlreiche Gesellen herangebildet und dadurch Arbeitslosigkeit verursacht wurde. Das Lehrlingswesen stand unter Aufsicht der Zunft, welche die Beobachtung ihrer Vorschriften streng überwachte. Die Lehrzeit war zwar nicht kurz gemessen; dies war aber auch nicht möglich, weil zu einer gründlichen Ausbildung Zeit gehört, denn nur Übung macht den Meister. Die Gesellen nahmen an der Verwaltung der Zunft teil und waren dadurch um so enger mit ihrem Handwerk wie mit ihrem Meister verbunden. Soweit sie nicht verheiratet waren, lebten sie im Hause des Meisters unter dessen patriarchalischem Regiment. Jeder Geselle, auch der ortsfremde, konnte Meister werden, freilich nicht wie heute, wo jeder Pfuscher ein beliebiges, ihm nach so fremdes Handwerk selbständig ausführen darf; damals stellte man noch die Bedingung, daß einer, der Meister und dadurch aber Gesellen und Lehrlinge gesetzt werden wollte, sein Handwerk konnte und den Beweis dafür durch das Meisterstück lieferte; aber auch, daß er durch einen ehrenwerten Charakter die Garantien für die Erfüllung der Anforderungen bot, die an einen Zunftmeister gestellt werden mußten.

Für die Meister bestanden ihrer verantwortlichen Stellung wegen ganz besonders strenge Vorschriften, um die Ehrbarkeit der Zunft und die Güte der Arbeit zu gewährleisten. Sehr merkwürdig ist das von Herrn Blanc erwähnte Koalitionsverbot für die Meister. Man wollte nicht, daß durch Vereinigungen der kapitalkräftigeren Meister die kleineren Meister bedrängt oder gar vernichtet wurden; eine frühzeitige Abwehr gegen den Kapitalismus im Handwerk, deren Weisheit Blanc rühmt, indem er auf die Erscheinungen unsrer Tage hinweist, wo man eine Menge kleiner Betriebe jedesmal dort sich schließen sehen muß, wo die großen Bazare errichtet werden.

Wie von den Vertretern der Meister- und der Gesellenschaft die Zünfte verwaltet wurden, wie über die Einhaltung der Statuten gewacht und die Ehre der Handwerker gewahrt wurde, wie die Zünfte durch ihre Organisation und Ansehen auch zu hohem politischen Einfluß gelangten — all dieses weiß Blanc durch Hinweis auf eine Fülle historischer Thatsachen zu berichten.

Freilich konnte eine solche Macht nur erworben und erhalten werden, indem die Zünfte auch von der Staatsgewalt privilegiert und geschützt waren.

Das Handwerk gehörte der Zunft; es war ihr Patrimonium, das ihr nicht genommen werden konnte, welches die Gesamtheit der Mitglieder zu verwalten und den Nachkommen unversehrt zu überliefern hatte. Wen die Zunft unter ihre Fittiche genommen hatte, der war sicher und für sein Leben geborgen. Die Zunft war aber nicht nur eine Erwerbsgenossenschaft; sie faßte ihre Aufgabe höher auf, und wie die Zünfte auch äußerlich schon in naher Verbindung mit der Kirche standen, so ging durch ihre Institutionen ein religiöser Zug, der ihnen ihr Gewerbe, ihre Arbeit gewissermaßen als eine, ihnen anvertraute Aufgabe und Mission erscheinen ließ; und diese Auffassung adelte das Handwerk, welches der Kunst ebenbürtig war und nicht von ihr unterschieden wurde.

Mit welcher Weisheit die Zünfte ihre Grundlagen auszubauen und zu befestigen wußten, zeigt Blanc an vielen Beispielen. Er erzählt von strengen Maßregeln gegen kapitalistische Ausbeutung; gegen Überproduktion; gegen Schundwaare und Fälschungen — jeder Meister mußte seine Ware mit seiner Marke versehen; gegen Betrug, gegen Reklame und unlauteren Wettbewerb; gegen Fillalgeschäfte; gegen heimliche Hausarbeit, unter welcher die Güte der Arbeit litt; gegen Frauen- und Kinderarbeit; er weiß zu berichten von Vorschriften der Zünfte über die Arbeitsruhe an Sonn- und Festtagen, die damals recht zahlreich waren, und über die Arbeitszeit in den Werkstätten. Er erzählt uns von den Einrichtungen der Barmherzigkeit; der Kranken- und Totenladen, der Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, der Hilfe bei unverschuldeter Not. Er weist nach, daß die Besoldung dieser Grundsätze für Jahrhunderte eine Harmonie des Kapitals und der Arbeit gewährleistet hat, wie wir sie heute vergebens erstreben; er erinnert mit Recht daran, daß die Zeit der Zünfte zugleich die Zeit der höchsten Blüte des Handwerks ist, daß die Arbeiten aus jener Zeit noch heute in Güte, Solidität und Schönheit unerreicht dastehen und unsere neidische Bewunderung erregen; daß damals die Zeit der Rechtschaffenheit und Ehrlichkeit in der Arbeit war, wie uns sogar ein heftiger Gegner des Zunftwesens, Delacroix, hervorgehoben habe. Als Beispiel führt

Digitized by Google

er an, daß ein einziger Goldschmiede-Arbeiter damals vermöge seiner technischen Ausbildung alles das allein machen konnte, wozu es heute, dank der ungenügenden Ausbildung, zehn Arbeiter bedarf.

Blanc erblickt in den Zünften die Ursache einer Reihe jetzt verloren gegangener Tugenden: der Frömmigkeit, Arbeitsamkeit und Genügsamkeit; der Achtung vor den Frauen; des patriarchalischen Respekts vor dem Alter und der Erfahrung; der Pflichttreue und Ehrlichkeit; der in gegenseitiger Hilfe und Beistand in allerlei Not sich zeigenden Barmherzigkeit. Das Privilegium, sagt er, war der wahre Antrieb und Ursache zur guten Arbeit. Seitdem die französische Revolution den Zünften ihr Eigentum am Handwerk genommen habe, seien die Expropriierten zu den Feinden des Privateigentums übergegangen.

Gegen die zahlreichen Einwendungen, die man gegen das alte Zunftwesen erhoben hat, wie gegen die landläufigen Phrasen, welche immer wieder gegen sie ins Feld geführt werden, wendet sich Blanc mit Eifer. Er widerlegt den Vorwurf, daß die Meister aus Eigennutz die Lehrzeit zu lange ausgedehnt hätten; vor allem aber, daß die Gesellen sich in einer Art von Sklaverei befunden hätten, in der sie einer schmählichen Ausbeutung ausgesetzt gewesen wären. Mit Recht weist Blanc darauf hin, daß es niemandem verboten war, außerhalb der Zunft zu bleiben und zu arbeiten; wer die Vorteile, die ihm das organisierte Handwerk darbot, nicht wollte, weil er die dadurch bedingte Gebundenheit scheute, der konnte eben draußen bleiben.

Der Verfasser erinnert daran, daß man sich nicht allzu sehr von den volltönenden Phrasen über Gewerbefreiheit, Selbstbestimmung des Einzelnen, freies Spiel der Kräfte usw. hetzhören und verwirren lassen sollte; warum sei denn das privilegierte Handwerk etwas so unerhörtes, unmögliches, da doch gerade unsre moderne Gesellschaft Privilegien in Hülle und Fülle geschaffen habe? Jede Konzession zum Betriebe einer Eisenbahn, einer Omnibuslinie, jedes Monopol oder Patent begründet doch ein ausschließliches Recht zu Gunsten Einzelner, an dem niemand Anstoß nehme; warum sollte man also dem Handwerk ein Privileg versagen, das gleichzeitig dem Handwerk wie den Konsumenten zu statten kommen würde?

Natürlich ist Blanc nicht so thöricht zu behaupten, daß der Organisation des Handwerks keinerlei Mängel anghaftet hätten; er giebt selbst Beispiele von Ausartungen und Auswüchsen an. Er behauptet aber, daß die heutige Form des gewerblichen Lebens das Handwerk geschädigt und die Handwerker nicht glücklich gemacht habe; ja, daß die jetzt herrschenden Zustände eine Ablehr von den seit 1789 befolgten Grundsätzen dringend verlange; freilich nicht in der Weise, daß einfach Vergangenes wieder hervorgeholt wird. Es müssen die Grundgedanken des alten Zunftwesens neu belebt und den modernen Verhältnissen und Lebensformen angepaßt werden. Alle bisherigen Versuche, das gewerbliche Leben auf neue Grundlagen zu stellen, seien fehlgeschlagen, weil man dabei ausschließlich von materialistischen Gedanken ausgegangen sei und die ideelle Seite der Sache gänzlich außer Acht gelassen habe. Nur die mit dem christlichen Gedankeninhalt der Pflichttreue, der Liebe zur Arbeit und zum Nächsten erfüllte Korporation werde das Ziel der Versöhnung der Gegensätze nach innen und der Wiederbelebung der Blüte des Handwerks und seiner Ehrbarkeit erreichen können.

In großen Linien entwirft der Verfasser ein Bild davon, wie er sich die Zukunft des Handwerks denkt und wünscht: Die Religion (in dem oben erörterten Sinne) soll die Grundlage der Zunft bilden. Die Dauer der Lehrzeit wird je nach dem Erfordernis der einzelnen Handwerke bestimmt. Rechte und Pflichten des Lehrlings sind gesetzlich festgelegt und gewährleistet, ebenso wie diejenigen der Gesellen. Er verlangt die Meisterprüfung durch Lieferung des Meisterstücks; einem Jeden soll die Meisterschaft kostenlos zugänglich sein, der seine Befähigung nachgewiesen hat. Meister und Gesellen ernannten Zunftgenossen zur Beaufsichtigung des Gewerbes und der Werkstätten sowie zur Entscheidung von Streitigkeiten; jede Innung muß für ihre Armen, Kranken und Invaliden sorgen. Zur Leitung der Innung sind die Meister berufen. Die Zünfte, wie er sie sich denkt, sollen nicht wie früher einen lokalen Charakter haben, sondern sich über ein ganzes Land erstrecken. Er verlangt gleichzeitig Maßregeln gegen den kapitalistischen Betrieb des Handwerks durch Vereinigung großer Kapitalien; das Mittel hierzu erblickt er in dem Verbot der gleichzeitigen Ausübung einer großen Menge gänzlich verschiedener Gewerbe in einem und demselben Betriebe. All dieses aber selbstverständlich unter der Bedingung, daß das Eigentum an dem Handwerk ausschließlich der Innung vorbehalten werde; denn ohne ein solches Privilegium wäre keines der gesteckten Ziele erreichbar. Nur auf diesem Wege wird man den Frieden in der Werkstatt und auf der Straße herstellen; nur so wird man auch das Streben nach der Vorzüglichkeit der Leistungen wieder erwecken.

Wenn ein hoher Beamter im französischen, republikanischen Ministerium des Innern auf Grund eingehender Sachkenntnis angelangt zu denselben Forderungen gelangt, wie sie die Handwerkerbewegung in Deutschland vertritt, so läßt sich das nicht mit einigen Phrasen über mittelalterliche und reaktionäre Zünftlerei abthun; und wenn er feierlich erklärt, daß auf andern Wege der anerkannten Not des Handwerks, die auf Meister wie Gesellen und Lehrlinge gleichmäßig drückt, nicht abgeholfen werden kann, so muß eine solche Autorität den Bestrebungen diesseits der Vogesen eine Ermunterung und Stütze sein. Auch unsre Handwerker, die Zwangsinnung und Befähigungsnachweis fordern, sind sich wohl bewußt, daß sie damit nicht nur Rechte für sich fordern, sondern schwere Verpflichtungen auf sich nehmen wollen: daß sie nicht nur die materielle Hebung ihrer Lage erstreben, sondern auch und vor allen Dingen den alten Geist der Pflichttreue, der Liebe zur Arbeit und der Gemeinsamkeit wiederbeleben wollen, ohne den das ehrbare Handwerk nicht bestehen kann.

Von den Hohenzollernschen Juden.

Man schreibt uns aus Hechingen:

Mit welcher Dreistigkeit der in den „Deutsch-Sozialen Blättern" wiederholt nachdrücklichst beleuchtete Rabbinatsverweser Louis Levi hier wieder aufzutreten wagt in öffentlichen Versammlungen und bei festlichen Veranstaltungen, ist jedem wohlanständigen Menschen geradezu unbegreiflich. Er scheint sich über alles hinwegzusetzen und der öffentlichen Meinung in jüdischer Arroganz ein Schnippchen schlagen zu wollen. Nicht nur in der Versammlung der Eisenbahninteressenten macht er sich breit und wichtig, nein, er spricht auch bei Gelegenheit des Festes, das die evangelische Gemeinde in Hechingen dem Herrn Stadtpfarrer Damm aus Anlaß seiner fünfundzwanzigjährigen Anwesenheit in Hohenzollern bereitet, und spricht ausdrücklich im Namen der „israelitischen Gemeinde". Nicht einmal dieser, so meinen viele, wäre ein solcher Vertreter gut genug, wenn sie nicht etwas an Gebächtnisschwäche litte, wie das gänzliche Vergessen jener Skandalaffaire vulgo Stelzfußgeschichte mit den Plakaten über einen Ehebrecher an den hiesigen Straßenecken zur Genüge darthut. Damals freilich rüstete sich der Rabbinatsverweser zur Abreise und stand zur Wahl in einer süddeutschen Großstadt, jetzt scheint er aber wieder fest im Sattel zu sitzen und das seiner Umgebung auch zeigen zu wollen. — Hat er sich nun gebessert, oder sind die Ansprüche an einen Rabbi in dieser Richtung noch geringere geworden, das ist die Frage, die man sich hier vorlegt. Doch es sollen uns die internen Verhältnisse der Judengemeinde mit ihren Reform- und orthodoxen Juden keine Schmerzen machen, uns ists ganz egal, ob der Talmijude dem Talmudjuden predigt, oder umgekehrt, wir wissen beide gebührend zu würdigen und zitieren im Geiste jenen bekannten Vers vom „Alexander". Nur das finden wir etwas sonderbar, daß der Rabbinatsverweser Levi in der genannten Festversammlung den Stadtpfarrer Damm feiert, weil dieser stets zu den lieblichen Boten gehört habe, die den Frieden verkündigen. Hiermit preist er doch unzweideutig den Frieden und spricht sich selbst eine Friedensliebe zu, deren Bethätigung wir ihm jedoch energisch

Digitized by Google

bestreiten müssen. Wie reimt sich Lewis Festrede zu seinem Artikel in der „Allgemeinen Zeitung des Judentum", in dem die christliche Taufe verächtlich entstellt, herabgesetzt, und ob aus Bosheit oder Unverstand oder aus beiden Ursachen in echt jüdisch-zynischer Weise mit Spott und Hohn begossen wird?

Um einem geschwächten Gedächtnis entgegen zu kommen, sei erwähnt, daß Rabbinatsverweser Levi in dem betreffenden Artikel sein Zusammentreffen mit dem berüchtigten Türkenhirsch in Bad Ems schildert. Von letzterem spricht er natürlich mit Bewunderung und in orientalischer Überschwenglichkeit nennt er ihn den größten Philanthropen aller Zeiten. Ob er ihn auch angepumpt hat, wird verschwiegen. Nun, die Lobhudeleien aus solchem Munde werden wohl auch nicht im Stande sein, das selbstverständliche Urteil über den Türkenhirsch, den größten Lumpen selbst unter Israel, den nur seine österreichische Staatsangehörigkeit dem wohlverdienten Galgen entzog, — zu erschüttern. Das geistreiche Gespräch beider Helden dreht sich dann um die Vorzüge der Judenschaft und klingt aus in einer blödsinnigen, höhnischen Abhandlung über die „wirkungslose christliche Taufe", wörtlich: „die drei Tropfen Wasser". Bethätigt man so die Friedensliebe im Lande des Gastfreundes? Als mildernder Umstand mag für den Rabbinatsverweser allenfalls gelten, daß er gleich seinem saubern Stammesgenossen Heine, mit dem er zwar manches, aber nicht den Esprit gemein hat, auch die jüdischen Institutionen mit der Lauge seines Spottes begießt und sich dadurch zu den netten Vögeln gesellt, die ihr eigenes Nest beschmutzen; hat doch der Vizerabbi es fertig gebracht, den mit dem Beschneidungsgeschäft betrauten Juden Wolf, genannt Götschelli mit der Schabbeslampe, in einer Festschrift zum Purim den „Herrenschneider" zu nennen.

Der Zug in die Städte.

Die Not der Landwirte im Kampfe mit dem sichtlich zunehmenden Landarbeitermangel ist im stetigen Wachsen begriffen und hiermit auch das zur Überzeugung gewordene Bewußtsein in diesem Kampfe unterliegen zu müssen, wenn nicht bald durch eine umfassende staatliche Regelung der Landarbeiterfrage helfend eingegriffen wird.

Das Verlassen der Scholle und die Flucht vom Lande in die Stadt ist ein soziales Übel, dem man in neuerer Zeit überall zu begegnen gewöhnt wird. So finden wir eine getreue Widerspiegelung dieses bei uns herrschenden Übelstandes, des ländlichen Arbeitermangels auch in Kurland, einer der blühendsten baltischen Provinzen Rußlands. Von Alters her bearbeitet hier der Grundbesitzer die vaterländische Scholle mit dem einheimischen lettischen Knecht, dem Ureinwohner der Provinz. Wer noch vor 25 Jahren einem kurischen Gutsbesitzer gesagt hätte, die Zeit sei nicht mehr fern, wo infolge einheimischen Arbeitermangels ein Zuzug heilender Kräfte aus dem benachbarten Litthauen und aus Polen, aus Wilna und Kowno für Bebauung des Bodens erforderlich werden würde, der hätte sich einfach für immer lächerlich gemacht. Und doch ist jetzt auch hier dieser Übelstand zur That geworden. Trotzdem die Landarbeiterlöhne in Kurland beständig in die Höhe gehen, sinkt dennoch das Arbeitermaterial in der Güte wie in der Menge stetig. Die besten und leistungsfähigsten Arbeiter wenden sich den Städten und damit der Industrie zu, in der Absicht, hier lohnenderen und leichteren Gewinn zu finden. Die zurückbleibenden Landarbeiter geben aber, abgesehen von ihrer physischen Minderwertigkeit, zu vielen Klagen gerechten Anlaß, namentlich ist bei ihnen die willkürliche Auffassung eingegangener Kontraktverhältnisse an der Tagesordnung. Angesichts dieses zu einer ernsten Notlage gewordenen Arbeitermangels hat sich nach Angaben des „St. Petersburger Herolds" der Mitauer Landwirtschaftliche Verein genötigt gesehen, für seine Mitglieder mehrere hundert Arbeiter aus den Gouvernements Wilna, Kowno und Kalisch zur bevorstehenden Bestellung des Ackers zu verpflichten. Wie groß aber der Mangel an Landarbeitern im Kurland ist, geht deutlich aus einer vergleichenden Gegenüberstellung der Ergebnisse der Kurländischen Volkszählung von 1893 und der der (baltischen) Volkszählung von 1881 und 1897 hervor. Im Jahre 1863 war das flache Land in Kurland von 511424 und die Städte von 62492 Personen bewohnt, im Jahre 1881 das flache Land von 553000 und die Städte von 97000 und im Jahre 1897 zählte man auf dem flachen Lande 524500 Einwohner und in den Städten 148134. In dem Zeitraume von 1863 bis 1881 hat sich also die Einwohnerzahl auf dem flachen Lande in Kurland nur sehr wenig vermehrt, wogegen von 1881 bis 1897 ein merklicher Rückschritt festzustellen ist. Als besonders belehrend mögen hierüber die beiden folgenden Beispiele gelten: der Baußesche Kreis (ohne Städte) hatte im Jahre 1863 48704 Einwohner, im Jahre 1897 dagegen nur 43783. Im Doblenschen Kreise betrug die Einwohnerzahl auf dem flachen Lande im Jahre 1863 68645, im Jahre 1897 dagegen nur 60057. Dabei ist hervorzuheben, daß diese beiden Kreise zu den fruchtbarsten Kurlands gehören.

Weiterer Beispiele bedarf es kaum, um die Entwölkerung des platten Landes und die Flucht von der Scholle in die Stadt, in die Arme der Industrie genügend zu illustrieren. Ebenso wie bei uns ist man auch in Kurland auf den Zuzug polnischer Arbeiter angewiesen, um einen Ausgleich für den Ausfall einheimischer Kräfte herbeizuführen. In einer Beziehung sind die Kurländer hier nur in günstigerer Lage als wir, ihnen kann nicht heute oder morgen mittels Befehls der russischen Regierung die Benutzung polnischer Arbeiter untersagt werden, wie solches sehr leicht bei uns im Osten aus politischen Gründen der Fall sein dürfte.

Was soll mit den Juden geschehen? Sahen da vor einiger Zeit in einer Gastwirtschaft am Kerstenplatz zu Elberfeld mehrere Deutsche an einem Tische und unterhielten sich über das Warenhaus N. Schmaller & Co., das von der gesamten verjudeten Elberfelder Presse bei der Geschäftseröffnung freudig begrüßt wurde. Die Tischrunde war jedoch andrer Meinung und man gab ziemlich unverblümt seinen Unmut über die Judenwirtschaft kund. Inzwischen trat noch ein bekannter Elberfelder mit einem Begleiter ein. Beide setzten sich mit in den antisemitisch angehauchten Kreis und beteiligten sich auch am Gespräch. Bald zeigte es sich, daß die Neuangekommenen auch keine Judenfreunde waren, besonders der unbekannte Begleiter des Elberfelders, denn er schimpfte weidlich drauf los, obwohl er ein nicht ganz einwandfreies Äußere hatte. Als man sich so weit geeinigt hatte, daß an ein Zusammenleben von Deutschen und Juden auf die Dauer nicht zu denken sei, erörterte man die etwa anzuwendenden Mittel, um die Juden endgiltig loszuwerden. Sie nach Palästina zu verschicken, wurde als unzweckmäßig verworfen, da unsre Nachkommen im Humanitätsdusel die „armen Verstoßenen" doch bald wieder aufnehmen würden. Es gab deshalb jeder sein eigenes Rezept zum Lösen der Judenfrage zum Besten. Einer wollte die Gesellschaft nach einem alten Vorschlage des „Kladderadatsch" auf Schiffe packen und diese auf der Fahrt nach Palästina anbohren. Ein zweiter wünschte mit ihrem Blut die ausgesogenen Länder zu düngen. Ein dritter war sogar der Meinung, ein mittelalterlicher Morgenstern sei zu diesem Zwecke ein sehr brauchbarer Gegenstand. Ein kräftiger Schlag mit solch einem Dinge auf das der ganzen Menschheit Hohn sprechende Angesicht eines Juden ließe seinen Zweifel an Erfolg aufkommen. Einen verblüffend einfachen Vorschlag machte aber der zuletzt angekommene Unbekannte, denn er rief: „Aufhängen muß man die Bande."

Als die Judenfrage also abgethan war, brach man auf. Zuvor jedoch erkundigte unser Gewährsmann sich aber bei dem Elberfelder Begleiter des Unbekannten, wer denn dieser eigentlich sei. Die Antwort lautete: „Herz aus Frankfurt (Main), Schuhfabrikant und Jude." . . .

Digitized by Google

Weibliche Studenten. Die Frauenrechtlerinnen können sich nicht genug darüber ereifern, daß den Mädchen und Frauen immer noch nicht dieselben Rechte zu Gebote stehen wie den Männern. Sie wollen mit Gewalt vor allen Dingen auch studieren dürfen, um als Richter, Rechtsanwälte, höhere Beamte und womöglich als Parlamentarier fungieren zu können. Nicht wenige Leute haben sich von der Phrase „Gleichberechtigung" einfangen lassen und ziehen an demselben Strange wie die „Genossin" Lili Braun und der Philosemit Sanitätsrat Dr. Küster von der Frauen-Gruppe der Deutschen Ärztevereinigung. Man kann nun insofern sich mit den Bestrebungen der Frauenrechtler vielleicht einverstanden erklären, als bei den gewissenlosen Handlungen mancher Frauen-Ärzte sich die scheinbare Notwendigkeit herausgestellt hat, in dieser Hinsicht weibliche Ärzte zu verlangen. In wie weitem Felde eine durchgreifende Änderung auf diesem Gebiete aber noch liegt, erzählt die „Zeitschrift für weibliche Bildung". Ein 23jähriges Mädchen, die mit seltener Willensstärke und wirklich außergewöhnlicher Begabung versehen ist, erhielt von ihren wohlhabenden Eltern die Erlaubnis, in Zürich Medizin zu studieren. Nach zweijähriger Vorbereitung wurde sie dort denn auch zugelassen, mußte aber nach dem ersten Semester bereits zu den Eltern zurückkehren, da ihre Gesundheit vollständig zerrüttet war. Sie selbst schreibt darüber: „Die größten Hindernisse liegen in unserer natürlichen körperlichen und geistigen Veranlagung, nicht in der ungureichenden Erziehung. Letztere ist jedoch nur eine Folge der ersteren, und ich glaube nicht, daß je Kultur und Schule aus dem Weib eine produktive Arbeitskraft züchten werden. Arbeitskraft — da liegt der Haken; zwei Begriffe, die sich decken und im Mann ihren Ausdruck finden. Der weibliche Organismus, als der lebenerhaltende, hat eben darauf seine ganze Kraft zu verwenden. Ich glaube nicht, daß der Frau das nötige geistige Fassungsvermögen fehlt, sie versteht manches leichter, manches schwerer als der Mann; aber die Gründlichkeit, das langsame, sachliche logische Denken hat sie nicht; sie macht lieber Sprünge und begnügt sich mit Thatsachen, ohne deren Notwendigkeit genau bewiesen zu sehen. — Unsre studierten Frauen wandeln einen wirklichen Dornenweg und werden ihn immer wandeln, wenn er auch mit der Zeit ebener und weniger beschwerlich wird. Der Kampf bleibt bestehen, denn er wird nicht nur mit äußeren Verhältnissen, sondern gegen die eigene nimmer wankende Natur geführt. Wo bleibt da die Harmonie? Nur die vereinzelten Ausnahmen (vereinzelt im Verhältnis zur Masse) mit männlicher Ausdauer und Kraft sind harmonisch, vollkonnd und ganz, die andern, die Halben, sind eine der großen Dissonanzen unsrer Zeit."

Was geht aus diesem Urteil eines Weibes hervor? Wenige kommen der ganzen weiblichen Natur wegen dazu, die Vorbereitungen zum Studium durchzuführen. Von diesen wenigen erlahmt der größere Teil schon nach ganz kurzer Zeit und die Ausnahmen, die es wirklich zu einem Erfolge bringen, fühlen sich in ihren Stellungen keineswegs glücklich und befriedigt, weil sie eben . . . Ausnahmen sind. Wir bleiben deshalb dabei: die deutsche Frau gehört ins Haus, dort hat sie einen Wirkungskreis, in dem sie Befriedigung findet und in dem sie dem schwerringenden Mann mehr nutzen kann, als wenn sie sich an den sozialen Kämpfen aktiv beteiligt.

Die Entwicklung der Berufsstände von 1882 bis 1895. Die Zusammenstellung der letzten Berufszählung weist unwiderleglich nach, daß die Kleinbetriebe gewaltig abgenommen und die Riesenbetriebe bedeutend zugenommen haben. Die Betriebe ohne jede Hilfskraft (Alleinbetriebe) haben fast überall abgenommen. Wesentlich zugenommen haben sie nur in der Gärtnerei, Tierzucht, in den künstlerischen Gewerben, im Handels- und Bauversicherungsgewerbe. Auch die Betriebe mit Hilfskräften bis zu fünf Personen haben vielfach abgenommen, während die Großbetriebe eine mit der Größe verhältnismäßig ansteigende Zunahme erfahren haben. Noch am stärksten ist der Kleinbetrieb vertreten in der Tierzucht, Fischerei und Gärtnerei, im Bekleidungs-, Gastwirts- und Handelsgewerbe. Großbetriebe sind am stärksten vertreten im Bergbau, in der chemischen, Textil-, Maschinen- und Papierindustrie.

Im einzelnen ergeben sich folgende Zahlen:

	1882	1895	gegen 1882
1. Landwirtschaft, Gärtnerei, Tierzucht, Forstwirtschaft, Fischerei:			
a) im Hauptberuf selbständig	8236496	8292692	+ 0,7 v. H.
b) Dienende	424913	374697	— 11,8 „ „
c) Angehörige	10564046	9833918	— 6,9 „ „
2. Industrie, Bergbau, Hüttenwesen, Bauwesen:			
a) im Hauptberuf	6696465	8281230	+29,4 v. H.
b) Dienende	302561	320134	+ 5,8 „ „
c) Angehörige	9359054	11651877	+24,5 „ „
3. Handel und Verkehr:			
a) im Hauptberuf	1570318	2338508	+48,9 v. H.
b) Dienende	295451	283979	— 3,9 „ „
c) Angehörige	2665311	3344358	+25,5 „ „
4. Öffentlicher Dienst:			
freie Berufsarten überhaupt	2222982	2835222	+27,6 v. H.
5. Ohne Beruf und Berufsangabe überhaupt	2246222	3326862	+48,1 v. H.

Den bedenklichen Zug vom Lande in die Städte zeigen die Zahlen unter 1 klar und deutlich, ebenso wie die in der Bevölkerungszunahme nicht begründete Ausdehnung des Handels aus den Zahlen unter 3 leicht bewiesen werden kann. Thatsächlich betrug das Wachstum der Bevölkerung des Deutschen Reiche vom 1880 bis 1895 nur 15,51 v. H., nämlich von 45234061 auf 52250894.

Der grauenhafteste Justizmord des neunzehnten Jahrhunderts. Verbannt! Lebendig begraben ist der unschuldig wegen Verrats seines Vaterlandes verurteilte Kapitän Dreyfus. Teuflische Pläne, ein Lügengewebe ohne Gleichen, Haß, Neid und Mißgunst haben den schönen, jungen, hochelegant gekleideten Offizier, den ritterlichen Liebling der Frauen, den Mann, der von Reichtum und Liebe umgeben war, in den Abgrund des Elendes und der Verzweiflung hinabgestoßen. Unter dem Schleier des Geheimnisses wurde die Untersuchung gegen Kapitän Dreyfus geführt, der Todesstrafe war jedem der Richter und den Zeugen verboten, ein Wort darüber an die Öffentlichkeit zu bringen. Die Zelle, in welcher Dreyfus indessen schmachtete, sie war — so sagt Major Forgineti, der Direktor des Militärgefangenenhauses selbst — eine gemauerte Gruft!!! Vier Monate schmachtete der Unschuldige in diesem verschlossenen Grabe. Major Forgineti sagt über diese Leidenszeit Dreyfus': Vom Korridor aus hörte man ihn ächzen, schreien und laut seine Unschuld beteuern. Er zerschellte förmlich seinen Körper an den Möbeln und Wänden, der Beulen nicht achtend, die er sich dabei beibrachte; er hatte nicht einen Augenblick der Ruhe, und wenn er, von Leiden und Müdigkeit überwältigt, sich angekleidet auf das Bett warf, war sein Schlaf von wüsten Träumen gestört. Am 24. Oktober morgens schien sein Geisteszustand an Wahnsinn zu grenzen! — Doch noch viel Fürchterlicheres stand dem Belagenswerten bevor. Vor seinen Soldaten, die ihn, den strengen, aber gerechten Offizier geliebt und vergöttert, wurden ihm die Zeichen seiner Würde vom Körper gerissen, er selbst ins Gesicht geschlagen — erniedrigt, degradiert! Und dann? — — — Dann wurde er mit Mördern und Dieben auf ein Schiff geladen und nach Cayenne — weit übers Meer — nach der Teufelsinsel gebracht. Die Teufelsinsel! Sie ist noch schlimmer als ihr Name. Das Klima, die grausame Behandlung, die entsetzlichen Raubtiere, Skorpionen, Schlangen, die Giftnebel und die Verzweiflung, stumm und einsam zu sein, sie töten die Gefangenen der Teufelsinsel mit unfehlbarer Sicherheit in spätestens — fünf Jahren. Dreyfus weilt bereits drei Jahre dort und jetzt sieht man ein, daß man einen Unschuldigen langsam mordet!

Digitized by Google

Die reizend schöne, junge Gattin Dreyfus', sein treuer Bruder Mathieu haben gerungen und gekämpft, um den Heißgeliebten zu befreien, ihn zu retten. — Ein geheimnisvolles, dämonisches Weib arbeitet gegen sie, sie will Dreyfus verderben — denn sie hat ihn einst geliebt und — sie hätte einst den Himmel für ihn herbeigeholt und jetzt — — —? . . .

Diese „wahrheitsgemäße" Schilderung werden unsre Leser sehr erstaunt gelesen und dabei vielleicht gedacht haben: „Na, jetzt haben sich die ‚Deutsch-Sozialen Blätter' aber ein Kuckucksei ins Nest legen lassen, wie das Judenschutzblatt kürzlich so schön sagte." — Aber fehlgeschossen! Obige Zeilen bilden die Anpreisung eines „Sensationsromans", den eine Berliner Romanfabrik in hundert Heften zu je 10 Pf. auf den Markt wirft. Auf diese Weise werden dann „Volksstimmen" erzeugt!

Ausland.

Österreich-Ungarn. Bei der Neuwahl des Vorstandes der Wiener Handelsgehilfenschaft, die am 24. April vorgenommen wurde, drang der Kandidat der Sozialdemokraten, der jüdische Kommis Karl Pick, mit 1415 Stimmen durch. Der bisherige Obmann, der christlichsoziale Reichsratsabgeordnete Axmann, blieb mit 2614 Stimmen in der Minderheit. Wollte man aus diesem Ergebnisse auf einen Rückgang des Antisemitismus schließen, so wäre das verfehlt. Denn die Sozialdemokraten haben ihren Sieg nur auf die Weise erlangt, daß sie Stunden lang die ganze Umgebung des Wahllokals besetzten und nur ihren Anhängern den Eintritt in dasselbe gestatteten. Übrigens zeigte sich auch bei dieser Gelegenheit wieder der vollständige Zusammenbruch der liberalen Partei, sie brachte es auf wohlgezählte 90 Stimmen. Die deutschnationalen Antisemiten brachten 1466 Stimmen zusammen. —

Das Abgeordnetenhaus nahm am 26. April mit 175 gegen 167 Stimmen einen Antrag auf Überweisung des Anklageantrages gegen Badeni an einen 36gliedrigen Ausschuß an. Dieser Beschluß kam ganz unerwartet. Der einzusetzende Ausschuß hat das Recht, Erhebungen einzuleiten, Beamten vorzuladen und zu vernehmen. Der eigentliche Anklagebeschluß kann vom Hause erst nach erfolgter Berichterstattung des Ausschusses gefaßt werden. —

Frankreich. Die Ausschreitungen des antisemitischen Kandidaten Drumont in Algier werden von Tag zu Tag noch gefährlicher. In ihrer Verblendung haben die Juden nun gar noch ein Attentat auf Drumont ausgeübt oder doch angestiftet. Nach einem Telegramm der „Libre Parole" wurden aus einem Hinterhalt zwei Schüsse auf Drumont und seine Gefährten abgegeben. Es wurde jedoch niemand verletzt.

Mosaik.

Freisinn und National-Soziale. Im Kreise Sangerhausen-Eckartsberga kandidiert für die National-Sozialen Herr Pastor a. D. Köhschke. Er bewarb sich so sehr um die Gunst der freisinnigen Volkspartei, daß diese sich veranlaßt sah, in den „Sangerh. Nachr." zu erklären: „Es wird niemals einem Liberalen einfallen, einen so unklaren Politiker wie Herrn Köhschke bei den kommenden Reichstagswahlen seine Stimme zu geben. . . Daß Herr Pastor a. D. Köhschke als Politiker nicht ernst zu nehmen ist, haben seine konfusen Auslassungen am Sonntag uns zur Genüge bewiesen."

Wer steckt hinter der brutalen Vergewaltigung Spaniens? Unwidersprochen wird seit Wochen gemeldet, daß die amerikanischen Millionäre Cuba nur deshalb „frei" machen wollen, weil es ihnen mit seinen Erzeugnissen zu große Konkurrenz macht. Und der „Bln. Lokalanz.", ein gewiß unverfängliches Blatt, ließ sich aus Washington telegraphieren: „Der spanische Botschafter konferiert täglich mit den hiesigen Rothschildschen Agenten. Dies zusammen mit den fortdauernden Interventionsbemühungen der europäischen Mächte, einschließlich des Vatikans, stützt das umlaufende Gerücht, daß Spanien endlich 250 Millionen Dollars von einem Rothschildschen Syndikat für den Verzicht auf Cuba annehmen werde." Wenn irgendwo etwas faul ist, ist der Jude zuerst auf dem Posten!

Immer derselbe. Henri Rothschild (Paris) fragt kürzlich den Oberkellner eines Hotels nach dem Preise eines Zimmers.

„Vier Franks auf den Tag, Herr Baron."

„Na, ich werd's Zimmer nehmen, aber Se müssen's mer lassen für 3,50. Sehen Se, de Tage sind ja doch noch so kurz." (Libre Parole.)

Sozialdemokratisches. Auf dem Titelbilde der von dem sozialdemokratischen Zentralorgan herausgegebenen Mai-Festnummer fegt ein Arbeiter mit strupyigem Besen allerlei Dinge wie alte Scharteken hinweg. Da sieht man u. a. einen Helm, Aktien und Dividenden, Orden, einen Grenzpfahl usw. Mit dem Fuße aber schiebt der Mann ein großes, zerbrochenes Brett beiseite, auf dem das Wort „Privateigentum" zu lesen ist. Und dabei suchen die „Genossen" den Bauern weiszumachen, daß der ländliche Besitz bei dem großen „Kladderadatsch" von ihnen geachtet werden würde! —

Der sozialdemokratische Parteivorstand fordert die Gewerkschaften auf, bis Beendigung der Reichstagswahlen keine Versammlungen abzuhalten, damit die Wahlagitation nicht gestört werde. — Was in aller Welt haben die unpolitischen Gewerkschaften mit der sozialdemokratischen Wahlagitation zu thun? — .

„Die Antisemiten dürfen in Bernsdorf und Chemnitz ohne polizeiliche Erlaubnis Versammlungen abhalten." Diese unwahre Behauptung stellte „Genosse" Leander in Chemnitz auf. Wegen Beleidigung der Amtshauptmannschaft darf er nun dreißig Mark Geldstrafe zahlen. —

Der Frühjahrs-Pferdemarkt in Neu-Jerusalem am Main hat sich nicht anders gestaltet wie alle bisherigen. An der Konkurrenz von Arbeitspferden beteiligten sich L. Neumond und Gebr. Blumenthal (Alzey), Heinr. Wolf & Sohn (Kreuznach), Meier & Kaufmann und Lehm. Kohn (Bischenfeld), Marx Nathan (Bingen), W. Strauß (Meerheld) und Sig. Nathan & Sohn (Ober-Ingelheim). Wagenpferde führten vor Bender & Strauß (Frankfurt, Main), Jacob Strauß (Offenbach, Main), Sig. Schott, Gebr. Heß Söhne, Wolf und Gebr. Strauß, M. & S. Straus, J. Stern & Söhn, Gebr. Löwenthal (Fredeberg) und Isenburger & Co. In dem Bericht der Frankfurter Zeitungen ist auch nicht eine einzige deutsche Firma aufgeführt. Trotzdem behauptet Herr Naumann selbst in Frankfurt, wo er sich jetzt während der Wahlvorbereitungen wieder dauernd aufhält, der Antisemitismus sei ohne Berechtigung!

Vom Verdingungs-Unwesen. Für die Pflasterung der Erfurterstraße, des Untermarktes, der Feldchoerstraße und Wanfriedestraße zu Mühlhausen (Th.), zu denen die Stadt das Material liefert, fordert eine Firma 31 000 und eine andre 70 000 Mark. Den Zuschlag erhält wahrscheinlich ein Bewerber, der 51 000 Mark beanspruchte.

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. Ein getaufter Jude, H. Litwin in St. Petersburg, veröffentlichte in der „Nowoje Wremja" antisemitische Artikel und zu gleicher Zeit unter dem Namen H. Efron eine Novelle in dem jüdischen Blatte „Woschod", für das jüdische Familienleben. Ein vielseitiger Herr! —

Das Hervordrängen des jüdischen Elementes in den Berliner Gymnasien besprach jüngst in einer pommerschen Stadt ein wackerer Handwerksmeister in scharfen Worten. Ein anwesender Tischlermeister, der sich zu freisinnigen Grundsätzen bekennt, bemerkte darauf: „Die Deutschen sind eben zu faul zum Studieren!" Wohlgemerkt, der Mann ist selber Deutscher! —

Die Häuserspekulation ist in Warschau in vollem Gange, bebaute und unbebaute Grundstücke werden gekauft und verkauft und wechseln in wenigen Wochen mehrere Male ihre Besitzer. Besonders lebhaft wird die Spekulation in den jüdischen Stadtteilen betrieben, wo in den letzten Wochen mehr als zweihundert Häuser gekauft und verkauft wurden. —

Sechszig jüdischen Familien zu Liebe lassen sämtliche Fleischer des badischen Städtchens Eberbach ihr Schlachtvieh schächten. Die Schweine sind natürlich ausgenommen. —

Das Bankgeschäft Weil & Benjamin zu Mannheim wird in eine Kommanditgesellschaft umgewandelt. Kommanditisten sind Jakob Hirsch & Söhne, Kommerzienrat Lenel und der konservative Reichstagsabgeordnete Graf Douglas! —

Digitized by Google

Bad Kissingen

Logirhaus Renner
jenseits der Saale
●● **Maxthor Straße 24** ●●
empfiehlt schön frei gelegene Wohnungen zu billigen Preisen.
Neu angelegter großer Garten.

Deutscher Krug.
Antisemiten-Kneipe, Chemnitz.
Lohgasse 3, Parterre und 1. Etage.
Ausschank:
Böhmisch, Lichtenhainer, Tuchersches Dunkel und Pschorrbräu.
Speisen verzügl. Flotte Bedienung.
Hochachtungsvoll **Emil Krug.**

Deutsche Bürger und Bauern
deckt euern Bedarf an **Wein** direkt beim Winzer, nicht beim jüdischen Schmierer und Pantscher!
Empfehle meine selbstgezogenen reinen Weine in Flaschen und in Fass zum billigsten Preise.
Proben umsonst.
Johann Schmitt-Fels,
Heddesheim b. Bingerbrück (Rhein)

Wein-Groß-Handlung,
Import von Rum, Arrac, Cognac,
von

Jede Flasche trägt diese Etiquette als Schutzmarke.

Berlin NW., 1 Stendaler-Straße 1.
Fernsprecher: Amt Moabit 1576.
Gegründet 1877.
1895er u. 96er Rhein- u. Moselweine, p. Fl. über 9. Ltr. von 70 Pf. an.
1895er u. 96er Bordeaux-Weine von 1 M. an, beste staatliche in- und ausländische Weine zum zu billigen Preisen. Für absolute Reinheit garantieren
Schmitz & Co.
Bisher Proben und Preisliste umsonst.

Sämtliche
Delikatessen, Südfrüchte, Gemüse-Konserven, frische, geräucherte, gesalzene, marinierte und konservierte Fisch- u. Seefische, ff. Wurst- u. Fleischwaren versendet in Waggon-, Bahn- und Postsendungen p. Nachnahme
Markwarth & Co.
Magdeburg.

CAFE MERKUR

Leipzig ★ ★ ★ ★
★ ★ **An der Pleisse 8.**

300 Zeitungen, Depeschen u. Kursberichte, Städte-Adressbücher v. Berlin, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Hamburg-Altona, Halle a. S., Paris, sowie Handels-Adressbücher aller grösseren Staaten liegen zur gefl. Benutzung aus.

Jeden Vormittag Bouillon und Pasteten.

Geöffnet bis morgens 1/4 4 Uhr.

Hochachtungsvoll
W. Rühlemann.

Eldorado

Pfaffendorferstrasse 4, **LEIPZIG.** Fernspr. Amt I, Nr. 2102.

Restaurant und Gesellschaftshaus 1. Ranges.

Vereinslokal des Deutsch-sozialen Reform-Vereins.
Versammlungslokal der Deutsch-nationalen Handlungsgehilfen.

Spezialität:
Vorzügliche Küche, 2/1 Portionen mit Suppe 80 Pf.
Abend-Stamm von 30 Pf. an.
Zimmer von 1,50 M. an.
Adalbert Heinrich.

Deutsche Schänke

von **Ad. Klemm**
Leipzig, Poststraße 20
empfiehlt **kräftigen Mittagstisch** und **gute Biere.**

Broschüren

von **Theod. Fritsch, Dr. Boeckel, Dr. König** (Rittmst.), **Liebermann v. Sonnenberg, G. v. Schönerer, Hofprediger Stöcker** usw.
50 Stück gemischt 3.50 M., 100 Stück gemischt 10 M.

Zur Gewinnung von gebildeten, einflussreichen Leuten empfiehlt es sich, diese Broschüren an Stelle der Ansichtskarte zu benutzen. Jetzt, wo der Verkehr so viel ins Haus geschickt erhalten, bleibt ein Ansichtskarte leicht unbeachtet.
Gegen vorherige Einsendung des Betrages zu beziehen von der
Geschäftsstelle der „Deutsch-Soz. Blätter",
Leipzig, Königstr. 27.

Stoffe zu Anzügen PALETOTS und versendet **Unerreicht billige Preise!**
Beweis: Vergleich mit anderen Collectionen.
Reichhaltige Musterlendung unberechnet und portofrei an Jedermann.
in **TUCH,** Buckskin, Kammgarn, CHEVIOT etc. Meter 2-15 Mark.
Auf Wunsch Lieferung aller erforderlichen Futterstoffe u. und Zutaten.
Versand durchaus reell!
Beweis: ca. 5000 Anerkennungsschreiben aus allen Kundenkreisen.
CHRISTIAN GUNTHER
Tuchversandgeschäft
LEIPZIG-PLAGWITZ

Sehr zu empfehlen nach Einnahme von Speisen ist
Ludwigs Magenwasser
ein feiner Likör.
Zu beziehen in 1/1 Ltr.-Flaschen à Mk. 1,50, in Gebinden und Fässern à Mk. 1,50 Mk. exkl. Kiste u. Zoll.
Ludwig Magenwasser- u. Likörfabrik
Inh.: Herm. Ludwig
Lüngen-Bremsen.
Preisliste bin. anderer Liköre gratis und franko.

Liefere ein Postkoll (9 1/2 Pfund) **feine Leber-, Rot- und Sülzwurst**
zu 7,50 M. franko.
H. Glauner, Fleischermstr.
Papenburg b. Leer (Ostfriesl.).
Ferner:
prima Hammelkeule u. Carrés
à Pfund 55 Pf.

Weltruf

haben weltf. Fleischwaaren
feinste weiß Schinken 1.00 M. p. Pfd.
„ „ **Cervelatw.** 1.30 „ „ „
„ „ **Schinkenw.** 1.20 „ „ „
„ „ **Plockw.** 1.15 „ „ „
„ „ **Metzw.** 0.95 „ „ „
(beste Räucherung).
Garantie Zurücknahme
J. Bartscher, Rietberg, Westf.

Verfosst zu werfen Hausfrauen ist auch hiermit das Nähen-Maschinengeschäft von **F. Heydeck, Leipzig, Sternwartestr. 31,** als eine der vorteilhaftesten Einkaufsstellen empfohlen.
Große Vorräte und reiche Auswahl in compl. **Gewehr- u. Pistolen-Etageren** von 1—21 M., **Portefeuilles, Steingut u. Emaillegeschirr, Holzwaren, Bestecke** Messer und Gabel, **Cöffel, pa. Wiegemaschinen, franz. Kaffeemühlen, Reibmaschinen, Nähtischkasten, Brotkapseln, Plätten** mit geschmiedeten Bolzen, **Lampen** unter Garantie tadellosen Brennens usw.

Kaufen Sie

kein Planino,
wenn Sie sich noch nicht den Katalog von **August Roth. Hagen i. W.,** Königl. Hof-Pianofabrikant, gratis haben kommen lassen.

Billige, dichte Dächer
stellt man her aus **Andernach's** Asphalt-Steinpappen
Muster etc. postfrei.
Asphaltwerke Andernach a. Rhein.
A. M. Andernach & Comp., Rhein.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe in Berlin NW. 5, Kruppstr. 18 p.
Druck: G. Reusche, Leipzig

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich Mk. 1.50 bei den Postanstalten (Postzeitungsliste Nr. 1758) und Buchhandlungen. Unter Streifband Mk. 2.

Herausgegeben von Max Liebermann v. Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Anzeigen: die 4-spaltige Petit-Zeile 25 Pfennige. Verlagsort. Königstraße Nr. 27, Leipzig.

XIII. Jahrgang. | Leipzig, 12. Mai 1898. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Juden-Frage. Otto Glagau. | Nr. 508.

Inhalt: Zu den Wahlen. — Von der „Reichsbank". I. — Kapitalrente, Grundrente und Arbeit. — Auch ein unlauterer Wettbewerb. — Jüdische Kunstbegabung. — Rußland. — Mosait. — Parteinachrichten. — Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen. — Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat. — Jüdische Ritter, Kommissions- und Kommerzienräte usw.

Zu den Wahlen.

Am 16. Juni finden die Neuwahlen zum Reichstage statt, die für unser ganzes Volk, im besondern aber auch für unsre deutschsoziale Reformpartei von hervorragender Bedeutung sind.

Herausgewachsen aus den Bedürfnissen und Gedanken einer neuen Zeit, ringt sich unsre junge Partei auf Kosten der alten Parteien empor und wird darum von allen Seiten heftig befehdet. Gegenüber dem hier und da unternommenen Versuche uns außerhalb der sogenannten staatserhaltenden und nationalen Parteien einen Platz anzuweisen und uns als verwandt mit der Sozialdemokratie hinzustellen, betonen wir, daß wir in unweigerlicher Treue zu Kaiser und Reich stehen und als eifrigste Befürworter umfassender zeitgemäßer sozialen Reformen gerade die schärfsten Gegner aller sozial revolutionären Bestrebungen sind.

Die noch kurz vor Schluß des Reichstages erfolgte gesetzliche Regelung unsrer Wehrkraft zur See vereinfacht den bevorstehenden Wahlkampf erheblich.

Unter mißbräuchlicher Ausnutzung „nationaler Wahlparolen" sind in früheren Zeiten oft unnatürliche Bündnisse geschlossen, bei denen die wirtschaftlichen Lebensinteressen der schaffenden und arbeitenden Stände des Volkes Schaden erlitten.

Auf Grund der Überzeugung, daß nur ein in seinen verschiedenen Erwerbsgruppen wirtschaftlich gesundes Volk die Macht des Deutschen Reiches nach außen und seine Blüte im Innern dauernd zu gewährleisten vermag, glauben wir die beste nationale Politik zu treiben, wenn wir den Wählern empfehlen, die Wahlkandidaten in erster Linie auf ihre Stellung zu den wirtschaftlichen Schäden der Zeit zu prüfen.

Mit Genugthuung dürfen wir darauf hinweisen, daß der Kaiser selbst am 18. Juni v. J. auf dem Sparenberge bei Bielefeld den „Schutz der nationalen Arbeit aller produktiven Stände und Kräftigung eines gesunden Mittelstandes" als sein Programm hingestellt, und daß der Finanzminister von Miquel dann am 15. Juli diese Worte seines Herrn in einer Rede zu Münsten bei Solingen also erläutert hat: „Der Staat hat die Aufgabe, soweit seine oft überschätzten Kräfte überhaupt reichen, denen vor allem seine Fürsorge zuzuwenden, die sich in schwieriger Lage befinden und unter besonderer Ungunst der Zeiten leiden. Eine objektive und gerechte Beurteilung wird nicht leugnen, daß heute die Mittelklassen in Stadt und Land, daß vor allem die landwirtschaftttreibende Bevölkerung zu diesen gehört."

Wir stellen fest, daß in diesen Worten die von uns beharrlich betonte und uns so oft bestrittene Notlage des gesamten Mittelstandes zugegeben und die Berechtigung anerkannt wird, die Mittelstandsfrage zum Kernpunkte eines Programms zu machen.

Aber wir müssen leider auch feststellen: Seit den Reden auf dem Sparenberge und in Münsten ist nichts geschehen, was darauf schließen ließe, daß in den leitenden Kreisen für den Schutz des Mittelstandes nun auch wirklich „mehr Dampf" gegeben werde.

Das Organisationsgesetz für das Handwerk ist völlig ungenügend ausgefallen, gerade die ausschlaggebenden Forderungen des Handwerks erfüllt es nicht.

Im preußischen Abgeordnetenhause hat Herr von Miquel erst jüngst erklärt, die Regierung beabsichtige nicht, die Kleingewerbetreibenden durch eine Reichs-Umsatzsteuer auf Großwarenhäuser gegen die Vernichtung durch das Bazarunwesen zu schützen. Das Schreckbild, das Herr von Miquel vorführte, es könnten, wenn man den Kleinkaufmann schütze, auch die Kleinen in allen andern Gewerben ähnlichen Schutz verlangen, entmutigt uns nicht. Wir wünschen vielmehr, daß in allen Ständen die Kleinen ihre Stimmen laut erheben und das fordern, was die Programmreden vom Sparenberge und von Münsten ihnen verheißen haben.

Ähnliches zeigt der Verlauf der Besprechung über die Interpellation wegen der Einfuhr gesundheitsschädlicher Fleischwaren, die für alle Konsumenten schwere Gefahren birgt, unsern Landmann und das Schlächtergewerbe aber empfindlich schädigt. Auch hier nur allgemein behndare Erklärungen, aber kein entschlossenes Zugreifen, nicht das unerläßliche Einfuhrverbot.

Ebenso ist es unsern Bemühungen wegen der Aufbesserung der kleinen und mittleren Beamten noch nicht gelungen, dem Grundsatze Geltung zu verschaffen, daß man dabei von unten anfangen muß und nicht von oben.

Auf die eigene Einsicht, auf Selbsthilfe, ist also der Mittelstand nach wie vor angewiesen. Der gute Wille, der Oben vorhanden ist, bedarf der Unterstützung mitten aus dem Volke heraus, um die Hemmungen zu beseitigen, die der versprochenen Mittelstandspolitik, der unerläßlichen Sozialreform, von dem Großkapital und dem Judentum gemacht werden. Daß den Worten auch segenbringende Thaten folgen, dafür müssen die Wähler selbst sorgen, indem sie die Reformpartei schaffen, die der vorläufig noch rastlosen Regierung die Wege weist.

War im abgelaufenen Reichstage unsre Aufgabe vorwiegend die Kritik der durch die alten Parteien begangenen Fehler und der Hinweis auf die Mittel zur Abhilfe, so müssen wir nun mehr auf Verstärkung unsrer Partei bedacht sein, denn der neue Reichstag wird vor Fragen von höchster Bedeutung für die Lebensinteressen des gesamten Volkes gestellt werden, die unsre Mitarbeit erheischen.

Von allen Parteien hat allein die deutschsoziale Reformpartei geschlossen die Caprivischen Handelsverträge bekämpft, die in den Jahren 1903 und 1904, also während der nächsten Reichstagsperiode ablaufen. Eine Erneuerung dieser Verträge, bei denen die deutsche Erzeugung schweren Schaden genommen hat, lehnen wir ab. Wir werden nur einer Handelspolitik zustimmen, die der deutschen Landwirtschaft den zehn Jahre lang vermißten Schutz gegen die Erzeugnisse des russischen und amerikanischen Raubbaues gewährt und dadurch die einheimische Kaufkraft stärkt.

Bei dem Neuabschluß von Verträgen mit auswärtigen Staaten werden wir zugleich unser Hausrecht gegen ausländische Juden zu wahren haben. Es war eine beschämende Thatsache, daß der Antrag auf Verbot der Judeneinwanderung vom Regierungstische als mit den bestehenden Handelsverträgen nicht vereinbar erklärt werden konnte.

Mit dem Schlusse des Jahrhunderts läuft das Privilegium der unter dem Namen „Reichsbank" bestehenden Aktienbank ab. Eigentümer der Reichsbankanteile waren am 31. Dezember

Digitized by Google

1897: 6218 Inländer und 1802 Ausländer; diese letztern besaßen 10353, also mehr als den vierten Teil der Anteile. Der neue Reichstag hat zu bestimmen, ob er weiterhin die Verlängerung des Reichsbankprivilegiums, wie der Reichstag von 1889, bestätigen oder ob er eine wirkliche Nationale Reichsbank schaffen will. Die Verstaatlichung der Reichsbank erscheint uns als das geeignete Mittel, um der Bevorzugung des Großkapitals eine Grenze zu ziehen und die dem Handwerke, dem Gewerbe und der Landwirtschaft dienenden Institute durch Zuführung billigen Geldes zu unterstützen. Keine andere Partei hat bisher offen und frei die Umgestaltung der Reichsbank vertreten, wie sie von hervorragenden Sozialpolitikern seit lange gefordert wird. Die Reichsbankfrage wird zugleich Anlaß geben zu einer Nachprüfung der Börsenreform und zu Erwägungen, wie dem unheimlichen Wachstum der Großbanken eine Grenze gezogen werden kann.

Die gefährliche Wirkung des Großkapitalismus sehen wir gleichzeitig in dem Emporwuchern der Großbazare und Warenhäuser, die Tausende von fleißigen kleinen Existenzen ruinieren, ohne dem kaufenden Publikum nennenswerten Nutzen zu bieten. Wir werden nach wie vor allen Auswüchsen im Gewerbeleben entgegentreten und die Gesetzgebung in diesem Sinne zu beeinflussen bemüht sein. Unsre Forderungen an die Gesetzgebung lassen sich kurz dahin zusammenfassen:

Schutz der ehrlichen deutschen Arbeit in Stadt und Land.

Über die Durchführung dieses Schutzes für die einzelnen Berufsgruppen verbreitet sich eingehend unser Programm, das wir im Gegensatz zu den Gewohnheiten der alten Parteien den weitesten Kreisen der Wählerschaft nach Möglichkeit zugänglich machen.

„Nicht alles von oben erwarten" soll das Volk nach einem unvergeßlichen Worte des Königs von Sachsen. Deshalb wollen wir mitten aus dem Volke Helfer schaffen zur Durchführung des Kaiserlichen Programms, wie wir es oben angegeben haben. Der Stimmgettel ist die Waffe, die dem schaffenden Volke gegeben ist, um sich seiner Bedrücker und Ausbeuter zu erwehren.

Im Gegensatz zu den lauen Freunden und geheimen Feinden des allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts verteidigen wir das bestehende Reichstagswahlrecht und wollen es in keiner Weise beschränkt wissen. Der Ausbau eines freien Versammlungs- und Vereinsrechtes ist anzustreben unter Verwerfung all der Kürzungen und Beschränkungen, wie sie neuerdings von alten Parteien in selbstsüchtiger Sorge um die Erhaltung ihrer Machtstellung, aber ohne Rücksicht auf das Allgemeinwohl, versucht werden.

Durchgreifende Reformen auf wirtschaftlichem Gebiete einerseits, Erhaltung wohlerworbener Volksrechte anderseits — in der Verbindung dieser beiden Grundforderungen unterscheiden wir uns von den Parteien links und rechts.

Geeint ziehen die Antisemiten, Reformer wie Deutsch-Soziale, in die Wahlschlacht; eine Reihe von Wahlkreisen ist ernstlich in Angriff genommen. Dort, wo nicht unter Zuziehung unsrer Parteigenossen bindende Abmachungen für bestimmte Kandidaten getroffen sind, richten wir an unsre Parteifreunde das Ersuchen, bekannte Führer der Partei als Zählkandidaten aufzustellen, um zu zeigen, daß auch in diesen Kreisen der antisemitische Gedanke Wurzel gefaßt hat.

Das Vaterland erwartet in dieser ernsten Zeit, daß jedermann am Wahltage seine Schuldigkeit thut!

Berlin, den 6. Mai 1898.

Die Fraktion der deutschsozialen Reformpartei.
J. A.:
Liebermann v. Sonnenberg. Zimmermann.

Von der „Reichsbank".

Nachdruck verboten.

I.

Über die Reichsbank ließ sich Otto Glagau schon 1881 im „Kulturkämpfer" ausführlich vernehmen. Er hoffte damals, die „Reichsbank" würde mit Ablauf ihres Privilegiums vom Jahre 1891 ab eine wirkliche Reichsbank werden. Seine Hoffnung ist zu Schanden geworden. Da der nächste Reichstag wieder über die Verlängerung des Privilegiums zu befinden hat, wird nachstehende ausführliche Darstellung bei der Wahlagitation gute Dienste leisten. —

Die sogenannte „Reichsbank" ist eine unter Aufsicht und Leitung des Reichs" stehende Aktiengesellschaft, wenn sie auch im juristischen Sinne als solche nicht gilt und deshalb auch den entsprechenden Bestimmungen des Handelsgesetzbuches und des Aktiengesetzes nicht unterworfen ist. Diese wundersame Schöpfung ist in der Hauptsache das Werk der Parlamentarier Bamberger, Lasker, Sonnemann, von Kardorff, Eugen Richter und der Regierungsmänner Delbrück, Camphausen und Michaelis. Sie war eine Forderung der „Liberalen", die diese zu Gunsten der Großfinanz und der Börse gegen die Regierung durchzusetzen wußten. An Stelle der Preußischen Bank, die bis zum Jahre 1846, wie es sich gebührt, als „Kgl. Giro- und Lehnbank zu Berlin" eine wirkliche und reine Staatsbank gewesen, später freilich auch eine Mitbeteiligung des Privatkapitals gestattet hatte, trat Neujahr 1876 die „Reichsbank", welche jeden Einschuß von Reichswegen ausschloß. Die Preußische Bank ward der „Reichsbank" für fünf Millionen Thaler abgetreten. Ein wahres Spottgeld, eine unverantwortliche Verschleuderung, denn 1866 hatte der Gewinn-Anteil des preußischen Staates bereits 1 359 620 Thaler betragen; 1869 waren es 1 002 578 Thaler, 1870: 1 511 824 Thaler, 1871: 1 626 555 Thaler, 1872: 1 839 230 Thaler, 1873: 3 166 436 Thaler, und selbst 1874, also schon in der Krachperiode, noch 1 645 000 Thaler. Eine Kapitalisierung des Durchschnittsertrages der letzten zehn Jahre, gleich 1 346 293 Thaler, hätte die Abfindungssumme statt auf fünf auf zwanzig bis fünfundzwanzig Mill. Thaler festsetzen müssen. Trotzdem berechnete Bamberger, daß der preußische Staat beim Verkauf der Bank ein glänzendes Geschäft gemacht habe! Die Preußische Bank hatte schließlich, neben einem Staatseinschuß von 1 906 800 Thaler, ein Aktienkapital von zwanzig Mill. Thaler. Das Grundkapital der Reichsbank ward mit vierzig Mill. Thaler ausgeworfen, und die Hälfte der „Reichsbankanteile", wie die neuen Aktien heißen, den Aktionären der Preußischen Bank überlassen. Die Überlassung von zwanzigtausend Anteilen mit zusammen zwanzig Mill. Thalern bedeutete, wie selbst Herr Sonnemann berechnete, ein Geschenk von fünf Mill. Thaler; in Wahrheit waren es aber acht bis zehn Mill. Thaler, da die „Reichsbankanteile", von denen Engen Richter befürchtete, daß sie zu einem angemessenen Kurse kaum würden begeben werden können, schon vor der Ausgabe bis 150 bezahlt wurden. Die „Meistbeteiligten" der Preußischen Bank, vorwiegend Finanzbarone und Börsenhäuptlinge, Gründer und Juden, avancierten also mit einem Schlage zu Aktionären der „Reichsbank". Die andere Hälfte der Anteile sollte dem „Publikum" überlassen werden, wurde am 4. und 5. Juni 1875 zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt, und zwar zum Kurse von 130. Allein, wie die „Bln. Börs.-Ztg." schrieb, hatten bereits am 1. Juni bei der Preußischen Hauptbank „überaus zahlreiche Zeichnungen" stattgefunden. Von wem? — Doch wahrscheinlich von den Hauptaktionären der Preußischen Bank, ihren Freunden und Klienten. Als am 4. Juni das „Publikum" zugelassen wurde, fand es den Tisch bereits abgeräumt. „Ein dreistes, an die schlimmsten Zeiten des Gründungsschwindels erinnerndes Spiel ist wohl selten mit dem großen Publikum gespielt worden", schrieb damals die „Staatsb.-Ztg.". „Mit dem Namen des Fürsten Bismarck ist ein empörender Mißbrauch getrieben." Der Reichskanzler war nämlich der Vorsitzende des Reichsbank-Kuratoriums, und er hatte die Aufforderung zur öffentlichen Zeichnung erlassen. Das Agio für die zwanzigtausend Anteilscheine, die zu 130 aufgelegt

Digitized by Google

wurden, floß in den Reservefond der „Reichsbank", also indirekt in die Taschen der Aktionäre. Trotz des hohen Aufgeldes konnten die glücklichen Zeichner ihre Anteilscheine sofort mit einem Nutzen von 150 bis 200 Thaler für das Stück verkaufen.*)

Schon aus diesen Daten läßt sich berechnen, wie viele Millionen Thaler Preußen und das Reich bei Abtretung der Preußischen Bank und bei Gründung der „Reichsbank" verschenkt haben. Die Dividenden der Preußischen Bank betrugen von 1864 bis 1874: $10^{19}/_{20}$, $10^{14}/_{18}$, $13^{1}/_{8}$, $8^{1}/_{16}$, 8, $9^{1}/_{6}$, $11^{2}/_{3}$, $12^{2}/_{10}$, $13^{1}/_{3}$, 20 und $12^{1}/_{4}$ v. H. Dagegen hat die „Reichsbank" von 1876 bis 1897 durchschnittlich an Dividenden nicht ganz 7 v. H. abgeworfen. Dies hat seinen Grund hauptsächlich darin, weil das Aktienkapital mit vierzig Mill. Thaler — wahrscheinlich um der Agiotage willen — viel zu hoch gegriffen ist. Preußen hatte Ende 1875 eine Bevölkerung von 25,75 Mill. Bewohnern, die übrigen Staaten des Deutschen Reiches 15 Mill. Bewohner; eine Verdoppelung des Grundkapitals war daher viel zu viel, zumal so unmittelbar nach dem Krach. Während die Preußische Bank den preußischen Staate in den letzten zehn Jahren durchschnittlich 1346293 Thaler abwarf, trug die „Reichsbank" dem ganzen Reiche viel weniger ein. Von 1877 bis 1897 sind nämlich aus der „Reichsbank" in die Reichskasse geflossen durchschnittlich jährlich 3,7 Mill. Mark. Ein neuer Beleg, wie „liberal" sich das Wirtschaftssystem der „Liberalen" gestaltet. Trotz der nur mäßigen Dividenden behaupten die „Reichsbank-Anteilscheine" einen hohen Kurs; sie jetzten 1875 mit 160 ein und stehen heute noch auf dieser Höhe. Die Anteilseigner erhalten vorweg, ehe noch die Reichskasse einen Pfennig bekommt, 3,5 v. H. (bis zum 1. Januar 1891 sogar 4,5 v. H.!, also ein Zinsfuß, den heute kein sicheres Staats- oder Kommunalpapier, keine sichere Hypothek mehr bringt). Außerdem hat der hohe Kurs seine Ursachen in den mächtigen, geradezu souveränen Vorrechten der „Reichsbank".

Die Anteilscheine betragen je dreitausend Mark. Bei Beratung des Bankgesetzes tauchte in der betreffenden Kommission des Reichstages der Antrag auf, die Aktien nur in Stücke von eintausend Mark zu zerlegen. Dagegen erklärte sich aber der sittenstrenge Lasker; er bekämpfte den Antrag „im Interesse des kleinen Kapitals", das sich gar leicht von „momentanen Strömungen" beeinflussen lasse, aber von allen „flottierenden Interessen" fern gehalten werden müsse. Diese lasterhafte „Ethik", von Bamberger dem Reichstag vorgetragen, rührte die Börsenliberalen fast zu Thränen, und das „kleine Kapital", das man bei allen andern Gründungen ohne Gewissensbisse konfiszieren hatte, ward von dieser Riesengründung, wo es jedem Aktionär gut gehen mußte, mit sittlichem Hochgefühl ausgeschlossen. Die Anteilscheine lauten auf Namen, und nichts wäre belehrender, als die Namen der Anteilseigner mal kennen zu lernen, aber selbstverständlich werden sie als tiefes Geheimnis bewahrt. Semiten und Börsenfürsten sind ohne Zweifel die Hauptaktionäre der „Reichsbank"; manche von ihnen sollen Hunderte, ja Tausende von Anteilscheinen besitzen; doch dürfen auf den Generalversammlungen sich in einer Hand nur hundert Stimmen vereinigen. So verschwiegen, d. h. so allgemein gehalten die Verwaltungsberichte der „Reichsbank" sind, so geben sie doch ein Bild von dem Besitz und Besitzwechsel der beneidenswerten Aktionäre. In den Stammbüchern der „Reichsbank" waren für die vierzigtausend Anteile eingetragen Ende 1876: 8177, Ende 1880: 7632 und Ende 1897: 8020 Eigner. Man bemerke, wie die Zahl der Eigner schwankt; in einer Hand häufen sich immer mehr Anteile. Durchschnittlich kommen jetzt auf den Eigner fünf bis sechs Anteile. Aber viel merkwürdiger ist folgende Thatsache. Es gab im Jahre 1876: 6803 Inländer mit 29033 Anteilen und 1374 Ausländer mit 10967 Anteilen, 1880: 6164 Inländer mit 29697 Anteilen und 1468 Ausländer mit 10303 Anteilen, 1897: 6218 Inländer mit 29647 Anteilen und 1772 Ausländer mit 10353 Anteilen. Mithin ist die Zahl der inländischen Eigner im Abnehmen begriffen, während die Zahl der ausländischen Eigner dagegen steigt. Bereits sind mehr als ein Fünftel der Aktionäre Ausländer, und sie besitzen mehr als ein Viertel der Anteilscheine. Unter Umständen könnte also allmählich die ganze Deutsche „Reichsbank" in den Besitz von Ausländern übergehen. Vermutlich besitzen der französische Rothschild und der französische Bamberger ebensogut „Reichsbankanteile" wie der Frankfurter Rothschild und der Berliner Bamberger.

Nicht mit Unrecht hat Perrot die „Reichsbank", eine privilegierte Aktiengesellschaft von und für Juden" genannt. „Der Zentralausschuß ist die ständige Vertretung der Anteilseigner gegenüber der Verwaltung", heißt es in dem „Reichsbank"-Gesetz vom 14. März 1875. Er besteht aus 15 Mitgliedern, neben welchen 15 Stellvertreter zu wählen sind. Die Mitglieder und die Stellvertreter werden von der Generalversammlung aus der Zahl der im Besitze von mindestens je drei auf ihren Namen lautenden Anteilsscheinen befindlichen Anteilseigner gewählt. Dem Zentralausschuß werden in jedem Monat die wöchentlichen Nachweisungen über die Diskonto-, Wechsel- und Lombardbestände, den Notenumlauf, die Barsonds, die Depositen, über den An- und Verkauf von Gold, Wechseln und Effekten usw., sowie die Ansichten und Vorschläge des Reichsbank-Direktoriums über den Gang der Geschäfte im allgemeinen und über die etwa erforderlichen Maßregeln mitgeteilt. Die fortlaufende besondere Kontrolle über die Verwaltung der „Reichsbank" üben drei von dem Zentralausschuß oder deren gleichzeitig zu wählende „Stellvertreter". Der Zentralausschuß ist sonach eine über der Verwaltung thronende Macht, und die drei Deputierten oder deren Stellvertreter dürfen als die eigentlichen Regenten der „Reichsbank" bezeichnet werden. Den letzten Zentralausschuß bildeten: Geh. Kommerzienrat und österr.-ung. Generalkonsul A. v. Hansemann, Geh. Kommerzienrat und dänischer Generalkonsul Ernst v. Mendelssohn-Bartholdy, Geh. Kommerzienrat und großbrit. Generalkonsul Jul. Schwabach (Chef des Hauses Bleichröder), Bank-Direktor und Stadtrat Kaempf, Kommerzienrat Emil Hecker, Bankier Julius Bleichröder, Rittergutsbesitzer Freiherr Ernst v. Eckardstein, Bank-Direktor Rud. Koch, Geh. Kommerzienrat Eb. Veit, Geh. Kommerzienrat Ad. Frentzel, Justizrat Max Bünterseile, Berliner Handelsgesellschaft), sämtlich zu Berlin, Kaufmann Jd. Woermann zu Hamburg, Freiherr Wilh. Karl v. Rothschild, Bankier Theodor Stern zu Frankfurt (Main) und sächs. Generalkonsul Frhr. Albert v. Oppenheim zu Köln. Wie die Namen verraten, besteht die übergroße Mehrzahl dieser Herren aus Juden und Judensprossen. Als Deputierte und Regenten der „Reichsbank" walteten: Bleichröder, Hecker, Veit. Ähnlich sieht es mit den Bezirks-Ausschüssen aus, die an andern Börsenplätzen bestehen. In dem zu Frankfurt (Main) sitzen: v. Neufville, Rudolf Bamberger, Emil Ladenburg und Theodor Stern. In dem Ausschuß zu Breslau sind versammelt: Heinrich Heimann, Friedenthal, Schottländer, von Wallenberg-Pachaly, Fromberg, Kauffmann und Moritz-Eichborn. In Köln tagen: Seligmann und v. Oppenheim. In Mannheim: Ladenburg, Diffené, Hirsch, Reiß, Hohenemser, Bassermann. In Posen: Goldenring, Hepner, Kantorowicz, Milch. In Hannover: Beusey, Siegm. Meyer, Emil L. Meyer, Ernst Meyer.

Wem hauptsächlich dient die „Reichsbank"? — Auf diese Frage antwortet neben diesen Namen u. a. das „Verzeichnis der Inhaber von Giro-Konten bei der Reichsbank". Über diese 13090 Firmen übersliegt, denen die „Reichsbank" in ihrem Girobuche ein Folium bewilligt hat, stößt sich fortlaufend auf jüdische Namen. Unter den Folien-Inhabern spielen die erste Rolle die Bank- und Kommissionsgeschäfte und überhaupt die Kaufleute; sodann folgen die Großindustriellen. Für den kleinen Geschäftsmann, für den Landwirt oder gar für den Handwerker ist die „Reichsbank" so gut wie nicht vorhanden. Wem sie ein Folium eröffnen oder ein Darlehn gewähren oder einen Wechsel diskontieren will, hängt allein von ihrer Entscheidung ab; Gründe dafür braucht sie nicht anzugeben. Am 3. März 1881 erhob sogar Herr Sonnemann im Reichstage folgende Anklage: „Die Reichsbank hat sich nicht abhalten lassen, den ganzen (vorjährigen) Sommer über an der Börse Wechsel zu 2 und $2^{1}/_{2}$

*) Nähres in „Des Reiches Not" und „Liberale Freiheiten" von Otto Glagau. Osnabrück 1879.

Digitized by Google

v. H., ja bis 1½ v. H. zu diskontieren. Dieser Unterschied ist jedoch nicht nutzen Industriellen, Kaufleuten und Landwirten zu gute gekommen, sondern den Zwischenhändlern, den Bankiers und Spekulanten; denn wer zur Bank kam, hat immer den offiziellen (höheren) Zinsfuß zahlen müssen; zu gute gekommen ist das nur der Börsenspekulation, der Einführung fremder Papiere usw. Das Inland wurde infolge des künstlich herabgedrückten Zinsfußes mit fremden Staatspapieren vollgepfropft. Die Bankverwaltung hat nach meiner Ansicht die Situation des Geldmarktes so wenig erkannt, daß sie noch anfangs August zu 2 bis 2½ v. H. auf privatem Wege Wechsel kaufte, während bald darauf ein gewaltiger Umschwung eintrat. . . Es kam plötzlich eine erhebliche Geldausfuhr und ein großer Geldbedarf. Da sah sich die Reichsbank genötigt, am 18. August den Zinsfuß auf 5 v. H. zu setzen, am 6. September auf 5½ v. H.; so blieb er dann bis 6. Oktober, wo er auf 5 v. H. herunterging und dann am 18. Oktober auf 4½ v. H. Während dieser ganzen Zeit war in Paris und London der Zinsfuß 2½ v. H. Welcher Nachteil dadurch unserm legitimen Handel zugefügt worden ist, ist leicht ausgerechnet; es ergiebt sich, daß jeden Monat, so lange der große Zinsunterschied gegen London und Paris bestand, unser Verkehr etwa zehn Millionen aus seiner Tasche zu bezahlen hatte." Der damalige Bank-Präsident von Dechend verteidigte sich nicht ungeschickt, indem er die Meinung äußerte, Sonnemann und nach ihm Bamberger, der dasselbe Lied sang, vertraten mehr die Interessen der Bankiers als der übrigen Gewerbetreibenden. Die „Reichsbank" habe den Privat-Diskonteuren Konkurrenz gemacht, und darüber seien diese so ungehalten. Thatsächlich wurde in Börsenblättern gejammert, die „Reichsbank" nehme, indem sie gleichfalls für Dritte Wertpapiere annahm und verkaufe, indem sie überall hingehe und Wechsel zum möglichst niedern Zinsfuß diskontiere, den Bankiers die beste Kundschaft weg, sie reiße den armen Bankiers das Brot aus dem Munde. Die „Bln. Börsenztg." des Herrn Kilisch, der sich „Kilisch von Horn" nennen ließ, vertrat damals die Politik des Reichsbank-Präsidenten und damit auch die Doppelwährung, während der „Börsen-Kurier" der Gebrüder Davidsohn, als Organ des im Zentralausschuß sitzenden Geh. Kommerzienrats Gerson von Bleichröder, für die Goldwährung zu fechten und Herrn von Dechend heftig anzugreifen beliebte. Der edle „Börsen-Kurier" klagte die Regierung an, sie bewege sich mit der „Reichsbank", die doch ein „reines Staats-Institut" (!) sei, „auf der abschüssigen sozialistischen Bahn"!! Die Wahrheit, die der „Börser-Kurier" aber gar nicht auszusprechen wagte, ist die, daß mit Hilfe der „Reichsbank" die großen Juden allmählich die kleinen Juden aufpreßen. Im übrigen beweisen die Klagen der Börsen-Philosophen, Sonnemann und Bamberger, wie einerseits das viel zu große Aktienkapital der „Reichsbank" damals nach Beschäftigung suchen mußte, anderseits seit dem „Krach" auch das Geld in den Kassen der Bankiers überlief, daß also das Geschrei der verkrachten Gründer und Fabrikanten, um „Hebung und Verwohlfeilerung des Kredits" durch Vermehrung des Geldvorrats und Steigerung des Geldumlaufs, durch Fabrikation von Papiergeld und Sumterschen „Warennoten", einfach unsinnig war. Selbstverständlich muß der Wettbewerb zwischen „Reichsbank" und Privat-Diskonteuren die Wechselreiteren fördern und herausforderu. Die sogenannten „Reinwechsel", die, bloß um Geld zu machen, von einer Bank auf die andre oder von einem Bankier auf den andern gezogen werden, waren von der Preußischen Bank grundsätzlich ausgeschlossen, scheinen aber bei der „Reichsbank" vorzüglich in den ersten Jahren sehr in Flor gestanden zu haben.

Die „Reichsbank" kauft oder diskontiert nur Wechsel, die drei, mindestens aber zwei „reine" Unterschriften tragen. Ihr Trachten und Werben richtet sich gegen „Börsenwechsel", d. h. solche mit „unbedingt sichern" Unterschriften. Trotzdem hat die „Reichsbank" sehr böse Erfahrungen machen müssen, ist sie wiederholt tief hineingefallen. An fälligen, aber unbezahlt gebliebenen Wechsel- und Lombardforderungen waren im Jahre 1877 vorhanden 3 225 347 Mark, im Jahre 1880 3 577 500 Mark, im Jahre 1891 524 920 Mark und im Jahre 1897 63 932 Mark bei 61 Mill. Mark nicht zur rechten Zeit eingelösten Wechseln. Solche Summen figurieren trotz der „feinen" Unterschriften als „zweifelhafte Forderungen"!

An Banknoten, die nur zu einem Drittel bedeckt zu sein brauchen, dürfen die Deutschen Zettelbanken fabrizieren soviel sie wollen. Dieses Hoheitsrecht ist ihnen vom Reiche abgetreten worden, und zwar auch so ziemlich umsonst. Von den Banknoten mit Drittel-Deckung dürfen 385 Mill. Mark steuerfrei umlaufen, und davon entfallen auf die „Reichsbank" beinahe dreihundert Mill. Mark. Die Regierungsvorlage verlangte eins v. H. Steuer, zumal der Diskonto- und Lombardsatz der Zettelbanken gewöhnlich 5 bis 6 v. H. beträgt. Sogar Herr Camphausen meinte, daß es eigentlich doch widersinnig sei, gewöhnliche Wechsel zu versteuern und privilegierte, d. h. ungedeckte Noten frei zu lassen. Sogar Herr Lasker äußerte: „Was will eins v. H. Steuer jährlich von 385 Mill. Mark Noten bei einer Anlage von fünf bis sechs Milliarden in Diskonten oder diskontfähigen Papieren bedeuten!" Dennoch fiel, Dank den „Liberalen", die Steuer, weil sie ja kein bankpolitisches, sondern nur ein „fiskalisches" Interesse habe! Namentlich ward sich Eugen Richter ins Zeug. Es sei schon sehr hart, daß die „Reichsbank" zu den Gemeindesteuern herangezogen werde; solle sie nun auch noch ihre ungedeckten Noten versteuern, so fürchte er, daß ihre Aktien zu einem angemessenen Kurse kaum begeben werden möchten, so erscheine ihm die Beteiligung des Privat-Kapitals, auf die er den größten Wert lege, höchst gefährdet. Hätte die Regierung auf der Notensteuer fest und ernsthaft bestanden, wäre sie leicht und gern bewilligt worden. Aber Herr Michaelis verteidigte sie in der Kommission so kühl, daß sie gerade deshalb mit abgelehnt wurde; dieselbe klassische Haltung beobachteten Camphausen und Delbrück, und Minister Falk, der Chef der „Kulturkämpfer", stimmte beim „Hammelsprung" ganz offen für die Zettelbanken und gegen die Regierung.

An Banknoten hatte die „Reichsbank" in Umlauf gesetzt: im Jahre 1876 durchschnittlich 684 Mill. Mark bei 74,53 v. H. Metall-Deckung, 1880 durchschnittlich 735 Mill. Mark bei 76,47 v. H. Metall-Deckung, 1891 durchschnittlich 972 Mill. Mark bei 91,99 v. H. Metall-Deckung, 1897 durchschnittlich 1085 Mill Mark bei 80,27 v. H. Metall-Deckung. Der Gesamtbetrag der von der „Reichsbank" in den Betrieb gegebenen Banknoten betrug 1877: 2 047 564 597 Mark, 1880: 1 412 305 415 Mark, 1891: 1 976 633 460 Mark, 1897: 2 270 643 025 Mark. Die einzigen Unkosten bestehen in der Ausfertigung der Banknoten, die 1877: 259 000 Mark, 1880: 64 000 Mark, 1891: 91 380 Mark und 1897: 410 105 Mark erforderten. Eins v. H. Steuer von 385 Mill. Mark Banknoten würde die Summe von 3 850 000 Mark ergeben. Herr Mosle aus Bremen berechnete aber, daß bei einem Umsatz der Zettelbanken von fünf bis sechs Milliarden die einprozentige Steuer einen Unterschied von fünfzig bis sechzig Mill. Mark bedeuten würde, schlug jedoch diesen Umsatz weit höher an. In der That betrug denn auch allein bei der „Reichsbank" der Gesamtumsatz im Jahre 1876: 36 Milliarden, 1880: 52 Milliarden, 1891: 110 Milliarden und 1897: 142 Milliarden Mark. Hiernach läßt sich ermessen, welches kolossale Geschenk alljährlich den Zettelbanken überhaupt und der „Reichsbank" insbesondere durch das Notenprivileg und durch die steuerfreien Noten gemacht wird. Wahrlich, unsre „Liberalen" haben mehr als „liberal" gewirtschaftet!

Kapitalrente, Grundrente und Arbeit.

Es geschieht vielfach, daß man die klagende Landwirtschaft mit dem Hinweis auf die sinkende Kapitalrente zu Ruhe mahnt. Es ist ja richtig, daß der Zinsfuß zurückgegangen ist, kann man aber diesen Rückgang mit dem Rückgang der Grundrenten vergleichen? Der Zinsfuß ist in einem Zeitraum von fünf bis sechs Jahren um ½ v. H., d. h. also etwa um ein Achtel gewichen. Die Getreidepreise sind im gleichen Zeitraum um etwa den vierten Teil zurückgegangen. Das bedeutet nun aber nicht etwa, daß die Getreidebauer nur doppelt so viel eingebüßt haben,

Digitized by Google

sondern erheblich viel mehr. Denn bei den Kapitalisten ist der Zins Reinertrag, bei den Getreidebauern geht der untere Teil des Preises für die Herstellungskosten drauf. Je nachdem dieser untere Teil bis zur halben Höhe oder bis zu drei Vierteln des Preises hinaufging, haben die Getreidebauer also nicht nur ein Viertel, sondern die Hälfte oder das Ganze ihres Einkommens eingebüßt. Schon aus diesem Grunde wäre eine Vergleichung der Landwirte mit den Kapitalisten unmöglich. Der Unterschied geht aber weiter. Der Kapitalist als solcher arbeitet nicht. Anders der Landwirt. Mit zahlenmäßig verschwindenden Ausnahmen ist die Kapitalanlage bei ihm nichts weiter als der Kauf einer sicheren Arbeitsgelegenheit. Vergleichen wir den Landwirt z. B. mit Staatsbeamten derselben Bildung oder derselben sozialen Schicht, so wird er in der Regel trotz seines Kapitalbesitzes weder besser leben können, noch weniger arbeiten dürfen. Es wird schwer zu sagen sein, ob die Leitung eines großen Gutes nicht mindestens dieselben, wahrscheinlich aber vielseitigere geistige Fähigkeiten erfordert, als die richterliche oder Verwaltungsthätigkeit. Trotzdem wird ein Gutsbesitzer mit 60 bis 80 000 Mark Vermögen auch in besseren Zeiten nicht höhere Ansprüche ans Leben stellen können, als etwa ein Gerichtsdirektor oder Regierungsrat mit fünf- bis sechstausend Mark Gehalt ohne Vermögen. Sollen also durchaus zwischen den verschiedenen Erwerbskreisen Paralellen gezogen werden, so können die Landwirte mit demselben Rechte sagen: Seit Jahren und Jahren sind die Löhne der Arbeiter gestiegen und der Staat hat durch seine Sozialpolitik dazu beigetragen, indem er auf eine Verminderung der Arbeitsleistung hinwirkte und ihre Bezahlung auf Umwegen steigerte. Ebenso sind die Gehälter der Beamten erhöht worden. Erst kam der Wohnungsgeldzuschuß, dann kam die Erhöhung der Zivilliste, dann die Aufbesserung der Gehälter der unteren und mittleren Beamten, jetzt sollen die höheren berücksichtigt werden und die mittleren kommen auch schon wieder. Wir ziehen aber diese Parallele nicht; wir halten es für thöricht, in das Staatsleben den Grundsatz der Gerechtigkeit einführen zu wollen, den ein guter Pensionsvater seinen Zöglingen gegenüber beobachten mag. Dieser Grundsatz ist nur im sozialistischen Staat durchführbar, also undurchführbar. Ein Blatt, wie die „Post Ztg.", wirtschaftet mit Vorliebe mit diesem unmöglichen Grundsatz; sie hat die Parallele Kapitalrente — Grundrente erfunden, sie stellt neben die Agrarier die Hausagrarier und sagt, sichert der Staat jenen ihr Einkommen, so muß er es auch bei diesen thun. Weshalb? Weil der Staat sonst Gefahr liefe? Keineswegs, weil es gerecht ist. Wir aber verlangen Staatshilfe für die Landwirtschaft, nicht, weil andre Leute im Staat viel verdienen, weil Rothschild oder Bleichröder reich geworden sind, sondern weil die Zukunft unsers Staates und unsrer Nation gefährdet ist, wenn der Landwirtschaft nicht geholfen wird.

Auch ein unlauterer Wettbewerb.

Am 21. Januar d. J. erzählte der Abg. Liebermann von Sonnenberg in einer zur Stellungnahme gegen die Ramschbazare usw. einberufenen Versammlung u. a. folgende Geschichte. Bei Wertheim habe eine Dame einen Teppich gekauft, den sie später bei Hertzog in der Stadt Gera bedeutend billiger gesehen habe. Auf eine entsprechende Mitteilung an Wertheim sei ihr anstandslos der Mehrbetrag herausgezahlt worden. Auf Grund dieser Thatsache klagte die Firma Wertheim durch den Rechtsanwalt M. Meschelsohn gegen unsern Herausgeber auf Zahlung einer Buße von tausend Mark und auf Unterlassung der Weiterverbreitung dieser Erzählung. Andernfalls verlangte sie für jeden weiteren Fall fünfhundert Mark. Auch die Behauptung unsers Herausgebers, daß der Wertheimsche Betrieb kleine Geschäfte bis zur Vernichtung schädige, daß Wertheim thatsächlich Lockartikel ohne Nutzen verkaufe und der Nutzen im übrigen 15 bis 20 v. H. betrage, waren unter Anklage gestellt. Als aber hierfür der Wahrheitsbeweis angetreten werden sollte, ließ Herr Meschelsohn diese Punkte ohne weiteres fallen. Wegen der Teppichgeschichte verlangte er aber den Beweis. In der ersten Verhandlung war dafür eine Zeugin genannt, der dieser Vorgang nach den mündlichen Versicherungen eines alten und durchaus glaubwürdigen Abgeordneten, der nicht der deutschsozialen Reformpartei angehört, passiert sein sollte. Inzwischen stellte sich aber heraus, daß in der Person der Zeugin ein Irrtum vorgekommen war, auf ihr Erscheinen und ihre Vernehmung wurde deshalb verzichtet. Es war aber nicht möglich, bis zu dem zum 30. v. M. angesetzten Verhandlungstermin vor der vierzehnten Handelskammer des Landgerichts I zu Berlin die Zeugen zu beschaffen. Als Vertreter des Abg. von Liebermann beantragte deshalb Herr Rechtsanwalt Jansen die Verhandlung auszusetzen oder dem Kläger Wertheim einen Eid darüber zuzuschieben, daß eine solche Teppichgeschichte in seinem Geschäfte überhaupt nicht vorgekommen sei. Herr Meschelsohn widersprach dem, bot aber einen Eid dafür an, daß die Rede des Abg. Liebermann von Sonnenberg dem Wertheimschen Unternehmen sechstausend Mark Schaden verursacht habe, er verlange trotzdem aber nur eine Buße von tausend Mark. Das Urteil ist dem Beklagten noch nicht zugestellt, Zeitungsnachrichten zufolge ist Wertheim aber die verlangte Buße zuerkannt, falls er den angebotenen Eid leistet.

Die ganze Klage stützt sich auf den § 6 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb, der also lautet: „Wer zu Zwecken des Wettbewerbs über das Erwerbsgeschäft eines andern, über die Person des Inhabers oder Leiters des Geschäfts, über die Waren oder gewerblichen Leistungen eines andern Behauptungen thatsächlicher Art aufstellt oder verbreitet, welche geeignet sind, den Betrieb des Geschäfts oder den Kredit des Inhabers zu schädigen, ist, sofern die Behauptungen nicht erweislich wahr sind, dem Verletzten zum Ersatze des entstandenen Schadens verpflichtet. Auch kann der Verletzte den Anspruch geltend machen, daß die Wiederholung oder Verbreitung der Behauptungen unterbleibe. Die Bestimmungen des ersten Absatzes finden keine Anwendung, wenn der Mitteilende oder der Empfänger an ihr ein berechtigtes Interesse hat."

Kein Mensch wird behaupten können, daß der Abg. von Liebermann „zum Zwecke des Wettbewerbes" jene Thatsachen in der Versammlung vorgetragen habe, denn dazu gehört nach landläufiger Auffassung immerhin doch mindestens der Umstand, daß Beklagter ein ähnliches Geschäft wie Kläger besitzt oder doch von anerkannten Konkurrenten des Klägers gegen irgendwelche Vorteile zu seinem Vorgehen aufgestachelt ist. Nichts trifft aber in diesem Falle zu; Wertheim hat auch gar nicht versucht, dementsprechende Behauptungen aufzustellen. Und doch eine solche Verurteilung, ohne daß der angebotene Beweis geführt werden konnte? Auch nicht ein Abgeordneter wird bei der Beratung des Gesetzes an eine derartige Möglichkeit auch nur gedacht haben. Sollte thatsächlich die Rechtsprechung der Gerichte sich weiter in der von der Berliner Kammer für Handelssachen eingeschlagenen Richtung bewegen, so müßte daraus entschieden schon in der nächsten Session des Reichstages auf eine Aenderung des Gesetzes Bedacht genommen werden. Vorläufig glauben wir aber nicht, daß die zweite Instanz sich die Anschauung der ersten zu eigen machen wird, selbst wenn der angebotene Wahrheitsbeweis nicht gelingen oder auf das bei einem Vertreter der deutschsozialen Reformpartei zweifellos vorliegende berechtigte Interesse keine Rücksicht genommen werden sollte.

Zu welchen Folgerungen eine derartige schiefe Auffassung der Gesetze führen kann, möchten wir hier nicht weiter ausführen; klar ist es aber, daß jede Kritik unsrer heutigen gewerblichen Verhältnisse auf diese Weise unmöglich ist, ja wir würden uns gar nicht wundern, wenn auf Grund irgendeiner Rede über die lex Heintze oder ähnliches eine Halbweltdame oder ihr Zuhälter den betreffenden Redner wegen „Geschäftsschädigung" sich vornehmen würde. —

In Anschluß an die Berurteilung des Abg. von Liebermann haben wir nun noch einige Merkwürdigkeiten festzustellen. Vor Beginn der Verhandlung am 30. v. M. erschien der Ehemann der irrtümlich genannten Zeugin, um diese krank zu melden. Trotzdem der Beklagte auf ihr Zeugnis verzichtet hatte, verlangte

Digitized by Google

aber Herr Meschelsohn doch diese Vernehmung. Zu dem Ehemann aber sagte er: „Es kann Ihnen als Geschäftsmann doch nicht angenehm sein, wenn nachher in der Öffentlichkeit der Name Ihrer Frau mit der Sache in Verbindung gebracht wird, denn selbstverständlich wird der Prozeß durch alle Zeitungen gehen. Außerdem will ich wissen, durch wen Herr Liebermann von Sonnenberg den Namen Ihrer Frau erfahren hat.' Ev. genügt es mir auch schon, wenn Sie hier vor dem Gericht erklären, daß Sie oder Ihre Frau Herrn Liebermann von Sonnenberg nicht kennen und ihm nie so etwas gesagt haben."

Zu welchen Zwecken das alles gebraucht werden sollte, zeigt die Thatsache, daß durch die ganze Berliner Presse — selbst in der „Staatsb.-Ztg.", im „Volk" usw. lasen wir es — die Nachricht ging: „Die Beweisaufnahme fiel vollständig zu Ungunsten des Beklagten aus. Die Zeugin hatte schon vor der Versammlung (!) erklärt, nicht das Geringste von der ganzen Sache zu wissen, auch niemals dem Herrn Liebermann von Sonnenberg eine darauf bezügliche Mitteilung gemacht zu haben, so daß der Beklagte auf ihre Vernehmung verzichtete."

Gegenüber diesen durchaus unwahren Angaben, deren Quelle nach den Äußerungen des gegnerischen Rechtsanwalts nicht zweifelhaft sein kann, weisen wir noch einmal besonders auf folgende Thatsachen hin. Erstens war die Zeugin überhaupt nicht im Termin; zweitens ist es zu einer Beweisaufnahme gar nicht gekommen und drittens hat die Zeugin weder Herrn Meschelsohn noch Herrn von Liebermann gegenüber eine Erklärung abgegeben. Unsern Herausgeber sind aus Anlaß des falschen Berichts über den Ausgang des Prozesses eine Fülle von Zuschriften geworden, die sich in „hämischer" Weise über den „teuren" Teppich auslassen; zugleich sind ihm aber auch eine Anzahl von Thatsachen zur Verfügung gestellt, die in der Berufungsinstanz Verwertung finden werden. Die Firma Wertheim wird dann für die Zukunft sich vielleicht doch besinnen, ob es für sie vorteilhaft ist, noch mehr solche Prozesse zu führen! —

In derselben Sitzung kam noch eine andere Klage der Firma Wertheim zur Erledigung. Abg. Istraut sprach im März d. J. in dem Berliner Stadtteile Moabit über die Schädlichkeit der Ramschbazare usw. Er meinte im Laufe der Rede, nach der Ansicht des urteilsunfähigen Publikums lasse man in den großen Warenhäusern besonders billig. Daß sei aber nur bedingungsweise der Fall, nämlich bei den sogenannten Lockartikeln, die meist unter Einkaufspreis zur Abgabe gelangten. Andererseits erhalte man für sein Geld auch Waren, deren Preis bestechend billig erscheine, die aber wegen ihrer Beschaffenheit doch noch angenessen bezahlt seien. Als Beispiel zog der Herr Abgeordnete folgenden Vorfall an. In einem Gasthause habe man sich am Stammtische über den zersetzenden Einfluß der Warenhäuser unterhalten und sich dabei insbesondere mit Wertheim beschäftigt. Darauf hätte der Gastwirt erklärt, daß das alles nicht so schlimm sei, denn er habe wirklich billig bei Wertheim eingekauft und zwar Champagnergläser, die sonst nirgends zu dem gezahlten Preise zu haben wären. Zufällig sei aber ein Sachverständiger am Tische gewesen und der habe an den herbeigeschafften Gläsern nachgewiesen, daß sie mehr oder minder schief gewesen seien.

In dieser Thatsache sah die Firma Wertheim eine Geschäftsschädigung und verlangte auf Grund der oben angedeuteten Bestimmung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb ebenfalls eine Buße von tausend Mark usw. Als aber Abg. Istraut den Beweis der Wahrheit antreten wollte, zog Herr Meschelsohn im ersten Termin die Klage zurück. Dem widersprach aber der Beklagte, und da in einem solchen Prozesse eine einseitige Zurücknahme nicht angängig ist, wurde die Sache am 30. v. M. ebenfalls vorgenommen. In der Beweisaufnahme stellte sich der obige Thatbestand heraus, zugleich aber auch, daß die Firma Wertheim durch ihre Angestellten derartige Versammlungen überwachen läßt. Über den Vortrag des Abg. Istraut sagte nun der Wertheimsche Abgesandte etwas vollständig Falsches aus, so daß es auch in diesem Falle zu einer Verurteilung gekommen wäre, wenn nicht von einwandfreier Seite eine erschöpfende Darstellung des entsprechenden Teiles des Vortrages hätte gegeben werden können. Der angebotene Wahrheitsbeweis über das erzählte Vorkommnis wurde nicht erhoben, sondern der Beklagte ohne weiteres freigesprochen. Auch hier liegt das Erkenntnis noch nicht vor, so daß uns die Gründe nicht bekannt sind. Bemerkenswert war die Bekundung des Herrn Meschelsohn, die Champagnergläser seien wahrscheinlich ausdrücklich als „schief" verkauft, womit zugegeben ist, daß bei Wertheim nicht lauter tadellose Waren zu haben sind.

Über die Freisprechung des Abg. Istraut giebt der oben gekennzeichnete Bericht folgende Gründe an: „Eine ähnliche Klage derselben Firma vor dem gleichen Gerichtshofe gegen den Abg. Pastor Istraut endete mit der Abweisung der Klägerin, weil Beklagter in Abrede stellte, irgend etwas gesagt zu haben, was der Klägerin nachteilig sei, er habe im Gegenteil betont, daß die Waren der Klägerin preiswert seien." Das ist natürlich vollständig unrichtig; dem Abg. Istraut ist es gar nicht eingefallen, durch solch eine Äußerung noch Reklame für Wertheim oder ähnliche Geschäfte zu machen. Er hat im Gegenteil besonders betont, daß die scheinbare Billigkeit der von den Bazaren usw. verkauften Waren auf irgendeine Weise seine Ursachen haben. Der Herr Abgeordnete setzte dann ausdrücklich hinzu: „Deshalb kaufe ich nie in solchen Warenhäusern". Zum Schluß empfahl er besonders den Frauen dringend, sich nicht durch das Äußere blenden zu lassen, sondern an die Zukunft ihrer eigenen Kinder zu denken und die kleinen Gewerbetreibenden im Kampfe uns Dasein zu unterstützen.

Der Verlauf beider Prozesse ist für unsere Aufklärungsarbeit sehr wertvoll; wir haben deshalb hier ausführlich davon Kenntnis genommen und bitten nun, uns durch Mitteilung ähnlicher beweiskräftiger Fälle in unserm Kampfe zu unterstützen.

L. H.

Jüdische Kunstbegabung.

Giebt es überhaupt eine jüdische Kunst? O ja! Wenn wir nämlich den „großen" Kritikern glauben wollen, die heute die nach ihrer Ansicht tonangebenden Richtungen in Mode bringen. Jüdische „Künstler" ragen auf allen Gebieten hervor, und da ihrer Stammesgenossen unter den Bank- und Börsenfürsten nicht wenige sind, da die Pollini, L'Arronge usw. neben den jüdischen Konzertagenturen, Kunsthändlern usw. im Verein mit der Presse der Moise, Davidsohn und Ullstein ihre volle Schuldigkeit thun, ist der deutsche Michel allmählich zu der Überzeugung gekommen, daß wir ohne jüdische Kunst noch heute nichts weiter als von Eichelmast lebende Barbaren wären.

Gehen wir aber der Sache auf den Grund, so finden wir nur erborgten Flitter und Tand, hinter dem sich der greelste Eigennutz verbirgt. Eine jüdische Kunst hat es nie gegeben und wird es nie geben! Welche Fundgrube an falschen Schätzen stellen z. B. die zerfallenen und zerstörten Bauten der alten Griechen und Römer dar. Und ist schon jemals derartiges aus Palästina zu melden gewesen? Nein, denn was wir an den Hellenenvolke bewundern, hat bei den Hebräern überhaupt gar nichts Analoges, nichts Vergleichbares. Israel hat nicht nur keinen Apelles, keinen Phidias erzeugt, es hat überhaupt keine Malerei, keine Skulptur, keine Architektur besessen. Der Sinn für das Plastische ist dem jüdischen Volke durchaus abzusprechen. Man halte uns nicht Salomos Tempel entgegen. Er ist deutlich nach dem Modelle der heidnischen Götterhäuser der umliegenden Völker gebaut, nicht nach dem alten, soweit wir wissen völlig kunstlosen Tempel Gottes im heiligen Lande, wie er ja etwas neues, fremdartiges für das damalige Israel war. Dabei ist er überaus einfach, wo nicht plump in seiner Anlage. Und doch zimmern, hämmern, steinmetzen für Salomo tyrische Werkleute, und der Meister, der die Säulen und Tempelgeräte giegt, ist (väterlicherseits wenigstens) gleichfalls tyrischer Herkunft.

Gerade wenn wir Israel mit dem, freilich reich begabten Hellenenvolke vergleichen, wird uns die große Monotonie seines Geisteslebens klar. Es hat kein Epos, gar nichts, was sich mit Ilias und Odyssee, denen wir die Nibelungen, die Finnen ihre

Digitized by Google

Kalevala an die Seite stellen, vergleichen ließe; es hat auch nicht einmal die leisesten Ansätze zu einem Drama.

Und das sollte jetzt in der Zerstreuung anders geworden sein? Das wird selbst der wütendste Philosemit nicht behaupten wollen. Die „Kunst" ist heutzutage nur eine zu meidende Ruh für Israel, ein Ausbeutungsobjekt, wie alles andere, auf das sich der Jude stürzt. Am schlimmsten wird diese Ausbeutung in den kleineren Theatern und den sogenannten „Variété's" getrieben. Diese Dinger stellen wahre Lasterhöhlen vor. Ein typisches Beispiel dieser Art wird uns aus Bukarest gemeldet. — In Pest genießt der Variété-Besitzer Somossy allenthalben den Ruf eines Unternehmers von niedrigster Gewissenlosigkeit, der besonders seine weiblichen Mitglieder auf das schändlichste ausbeutet und sein Unternehmen zu einem gemeinen Prostitutionshaus macht. Durch gewissenlose Agenten sind immer wieder junge, unerfahrene Mädchen, die ein leichtes Auskommen unter einer gewissen Maske der Anständigkeit einem Leben in unerquicklichen häuslichen Verhältnissen oder mühsamer Arbeit vorziehen, anzulocken, die der Jude sich dann dienstbar macht.' Die Pester Sicherheitsbehörde duldet übrigens solche Brutstätten der Unsittlichkeit und Unternehmer von dem Schlage eines Somossy sui läßt sie ihr Handwerk seit Jahren in Ruhe betreiben.

Nun scheint das „Geschäft" in Pest aber nicht mehr besonders zu gehen, denn Somossy schickte vor einigen Wochen eine aus vierzig weiblichen Mitgliedern bestehende Gesellschaft nach Bukarest, die im dortigen Zirkus das „Damen-Bataillon" zur Aufführung bringen sollte. Die Bezüge der „Primadonna" Carola betrugen 120 Franks für den Abend, während die Mädchen eine Gage von 60 bis 70 Franks monatlich zu beziehen hatten. Nun wurden den armen Frauenzimmern am Gagetage von diesem kleinen Honorar noch Abzüge gemacht, so daß die meisten oft kaum die Hälfte ihrer Gage in die Hand bekamen. Die Mädchen gingen in die ihnen fremde Stadt aus Furcht, ihre Stelle zu verlieren. Doch kaum waren sie in der Hauptstadt Rumäniens angelangt, erhielten sie alle von Pest aus ihre Kündigung. Kontraktlich war der Unternehmer selbstverständlich verpflichtet, den Mitgliedern die Rückreise nach Pest zu bezahlen. Der Zirkus aber wurde geschlossen und der Ehrenmann Somossy erklärte, daß den Mitgliedern die Rückreise nicht bezahlt werden könne, jedes Mädchen möge schauen, wie es auf eigene Faust in seine Heimat zurückgelange. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, um sich die Fortsetzung dieses Schauspiels auszumalen. Der armen jungen Geschöpfe werden sich die Stammesgenossen des menschenfreundlichen und kunstliebenden Herrn Somossy bald annehmen und ihnen weit hinten in der Türkei „angenehme" Stellen besorgen, aus denen kein Entrinnen möglich ist. Die jüdische „Primadonna" legte bei dieser Gelegenheit ein hübsches Zeugnis von dem so gerühmten jüdischen Wohlthätigkeitssinn ab. Diese Dame ist nämlich sehr reich; der Schmuck, den sie allabendlich zur Schau trägt, soll einen Wert von hunderttausend Franks repräsentieren. Fräulein Carola wußte es nun zu erzwingen, daß man ihr von dem eingenommenen Gelde nicht nur das ausbedungene Honorar, sondern auch noch tausend Franks ausbezahlte, die sie als rückständige Gage von Pest aus zu fordern hatte, und als die edle Dame hörte, in welch trostloser Lage die weiblichen Soldaten ihres Bataillons in der ihnen fremden Stadt zurückbleiben mußten, nahm sie ihr ganzes Honorar . . und fuhr erster Klasse, Schlafwagen, rasch nach Pest!

So ist die eine Art der jüdischen „Kunstbegabung" beschaffen, die andre zeigt uns die „Österreichische Musik- und Theater-Ztg." vom 15. März d. J. Sie läßt sich aus San Franzisko, der Hauptstadt Kalifoniens, melden: „Seit einigen Wochen haben wir hier eine German Hebrew Opera Co., die im Bushstreet Theatre gastiert. Das Haus ist allabendlich ausverkauft. Das mußte ich mir doch mal anhören. Mit großen Erwartungen trat ich ein und fand: polnisch-deutsch redende, altjüdische Melodien singende, absolut unmusikalische und schauspielerisch auf einem nicht zu bezeichnenden Niveau stehende Herren und Damen. Von wannen sie kommen, wohin sie gehen? Ich weiß es nicht. Jedes der Mitwirkenden „macht pro Abend" etwa hundert Dollars. Es wäre unrecht, die Leute zu tadeln. Sie verdienen Geld; das entschuldigt hier alles."

Es ist jammerschade, daß sich bei uns fast kein wirklich Kunstverständiger findet, um dem Publikum die Augen zu öffnen. Der berufsmäßige antisemitische Schriftsteller ist leider heutzutage noch so oberflächlich, daß er selbst ernsthaft an diese Sache nicht heranzugehen kann. Unsre Anhänger unter den Künstlern aller Art sind aber nicht wenige, so daß wir hoffen dürfen, mit der Zeit auch hier eine ernsthafte Aktion beginnen zu können.

+

Ausland.

Österreich-Ungarn. Aus Siebenbürgen schreibt man uns: Am 19. April wurde in Klausenburg gegen Herausgeber, Leiter und Drucker der „Bistritzer Zeitung" verhandelt, die einen Aufsatz in Hazank, der die Sittlichkeit der Sächsinnen antastete, gebührend zurückgewiesen hatte. Obgleich nachgewiesen wurde, daß die Verfasserin eine in Berlin lebende Sächsin, Regina Zigler, ist und obgleich der Verteidiger, Dr. Karl Lurtz, die „starken" Madjaren um Wohlwollen gegenüber den „schwachen" Sachsen bat, wurden Leiter und Drucker wegen „Beleidigung der madjarischen Nation" verurteilt. Als Lurtz die Unparteilichkeit der madjarischen Geschworenen gegenüber den Sachsen anzweifelte, wurde er vom Vorsitzenden belehrt: Hier giebt es keine Sachsen und Madjaren, sondern nur — madjarische Staatsbürger. —

Der Bürgermeister von Bistritz, der sich gegen die Madjarisierung der Ortsnamen ausgesprochen hat, ist am 1. April abgesetzt worden. —

Dasselbe sieht dem Bürgermeister Acker von Brooz bevor, unter welchem der Magistrat ebensalls einen Beschluß gegen die Madjarisierung der Ortsnamen angenommen hatte. Der Beschluß ist nachträglich von der Gespanschaftsvertretung für ungiltig erklärt worden. —

Übrigens haben jetzt auch die Bistritzer Sachsen ihren Abgeordneten aufgefordert, aus der liberalen Partei auszutreten. Spät, doch besser als gar nicht. —

An Schönerer, der Anfang April in einer Versammlung gesagt hat: „Wir wollen uns nicht entdeutschen lassen wie die Sachsen", haben die Jungschönen in der „Kronst. Ztg." einen offenen Brief gerichtet, worin sie ihn einladen, sich durch den Augenschein zu überzeugen, daß sie nicht daran denken, Madjaren zu werden. Die Jungschaften hat Schönerer auch gewiß nicht bei seiner Anwesenheit im Auge gehabt. —

Am 20. April ist vom Pester Landtage das Gesetz über die Staatsunterstützung für die nichtkatholischen Geistlichen schließlich doch angenommen worden, obgleich es von vielen Seiten auf das heftigste bekämpft war, weil die Regierung „Staatsfeindlichen Geistlichen" die Unterstützung zu entziehen das Recht haben soll. Wenn selbst die Madjaren die Beförderung äußerten, es möchte an Stelle des ohnehin so sehr behinderten und nirgends näher bestimmten Begriffes staatsfeindlich der Begriff regierungsfeindlich treten — was sollen da die Nichtmadjaren sagen? Alles trieste von Anteilnahme für die Geistlichen „ohne Unterschied des Bekenntnisses", nur Graf Bethlen hat die wahre Absicht des Gesetzes verraten, indem er, allerdings nicht im Saale selbst, es als eine Jange für die Altgläubigen (Rumänen und Serben) bezeichnete. Erstere verlangen deshalb Berufung einer Generalsynode, die die Annahme dieser Unterstützung ein für allemal verbieten soll, wie sie die Annahme der kaiserlichen Unterstützung verweigert haben, nachdem der Minister sich gesetzwidrig die Verteilung derselben, ebenfalls vom „patriotischen" Gesichtspunkte aus, angemaßt hatte. —

Hegedüs, der nach Amerika entsandt war, hat Ende März über die dortigen Madjaren in Pest einen Vortrag gehalten und dorin u. a. berichtet: Die Amerikaner nennen die Madjaren „ungewaschene Kerle, dumm und betrügerisch", ebenso verwelden alle sonstigen Eingewanderten die Berührung mit ihnen. — So ganz unrecht dürften die Amerikaner wohl nicht haben!

Digitized by Google

Rumänien. Dem Königreich Rumänien wurde von dem Berliner Kongreß 1878 die Juden-Emanzipation aufgenötigt; nur so konnte das Land die Anerkennung seiner Unabhängigkeit erlangen. Es ist aber ordentlich herzerfrischend, zu beobachten, wie sich die kleine Nation der Juden zu erwehren sucht. Kürzlich hat die Deputiertenkammer mit 107 gegen 7 Stimmen einen Gesetzentwurf über das höhere Schulwesen angenommen, und der rumänische Senat schloß sich diesem Beispiele an, indem er sich einstimmig für das Gesetz erklärte. Es richtet sich in erster Linie gegen die Juden; wo von „Fremden" die Rede ist, da sind immer die Juden gemeint. § 2 des Gesetzes sagt kurz und bündig: „Fremde werden von jetzt ab auf Gymnasien, Realschulen und Universitäten nur zugelassen, soweit Plätze frei sind. Für alle Rumänen ist der Unterricht unentgeltlich." Dann wird festgesetzt, daß in Zukunft jede Klasse der höheren Lehranstalten nur fünfzig Schüler zählen darf (gegenwärtig sind es achtzig bis hundert). Es ist also kaum anzunehmen, daß jüdische Schüler noch auf den höheren Lehranstalten Aufnahme finden. Und wenn es doch vorkommen sollte, so müssen sie Schulgeld bezahlen, die Höhe desselben wird noch gesetzlich bestimmt werden. Die fast einstimmige Annahme des Gesetzes ist um so bedeutsamer, als die Juden seit November vorigen Jahres alle Hebel in Bewegung gesetzt haben, um das Gesetz zu Falle zu bringen. Z. B. wurde eine Broschüre des Juden Bonetti Roman, betitelt „Zweierlei Maß", in Millionen von Exemplaren ins Volk geworfen. Darin wurde der König in unverblümten Worten daran erinnert, daß der Staat der Hochfinanz $1\frac{1}{2}$ Milliarden schulde. König Karl aber hat darauf erwidert: Wenn der Staat so in Schulden steckt, dann liegt es allein daran, daß er von den Glaubensgenossen des Bonetti Roman betrogen und bestohlen ist. — Die Annahme des Gesetzes, das sofort vom König unterzeichnet und veröffentlicht wurde, rief im ganzen Lande ungeheure Begeisterung hervor, überall wurden Freudenfeiern veranstaltet. Ministerpräsident Stourdza erklärte, in der Durchführung dieses Gesetzes erblicke er die glorreichste That seines ganzen politischen Lebens. Seit 25 Jahren habe er darauf hingewirkt.

Mosaik.

Putschereien gegen den Bund der Landwirte scheinen von gewisser Seite wieder im Gange zu sein. Zuerst erschien im nationalliberalen „Hann. Kurier" eine Niederträchtigkeit gegen den Abg. Dr. Hahn. Als sich die ganze Geschichte als Lüge herausstellte, versuchte die „Schles. Ztg." den Abg. v. Plötz gegen den Abg. Dr. Hahn auszuspielen und zwar auf Grund eines nach der Behauptung der „Kons. Korr." fälschen Berichts über die letzte Fraktionssitzung der Konservativen. Wer mag hinter diesen Dingen stecken? Darüber scheint man sich im konservativen Lager noch nicht einig zu sein, eine durchgreifende Untersuchung wäre aber sicher am Platze. Sehr aufgefallen ist es, daß der von uns schon oft festgenagelte Herr „Konsul" Renó aus Stettin sich während einer der letzten Sitzungen des Reichsrates dem Abg. von Manteuffel wieder zu nähern und ihn sogar in eine Unterredung zu ziehen verstand.

Die Nationalliberalen sind auch auf den .... Goldberger gekommen. In ihrer letzten Delegierten-Versammlung zu Berlin, wo der Abg. von Bennigsen seine Abschiedsrede hielt, führte als Sammlungspolitiker der Geheime Kommerzienrat Goldberger (Berlin) das Wort! Herr Goldberger arbeitet zusammen mit dem Großbesitzlateur und freisinnigen Reichs- und Landtagsabg. Max Schulz gegen die Sonntagsruhe.

Volkskreuze und Volkstherme werden von allen Seiten gegen alle nur denkbaren Krankheiten angeboten, selbst in deutschnationalen Blättern. Die Sterne sind für Juden, die nicht gern ein Kreuz sehen (falls es nicht irgend ein „Ritter"-Kreuz ist) und noch weniger gern tragen. Zur größeren Wirksamkeit sind die Dinger mit einigen hebräischen Schriftzeichen sogar als geschütztes Warenzeichen eingetragen. Was es mit diesen „Heilmitteln" auf sich hat, ergiebt nachstehende Bekanntmachung des Berliner Polizeipräsidiums: „Auf Grund eines Gutachtens eines gerichtlichen Sachverständigen haben in letzter Zeit in mehren Geschäften auf Antrag der Kgl. Staatsanwaltschaft Beschlagnahmen von Volkskreuzen und Volkssternen, sowie von auf den Vertrieb dieser angeblichen Heilmittel bezüglichen Geschäftsbücher und Korrespondenzen stattgefunden und sind gegen die Vertreiber Anklagen wegen Betrugs erhoben. Selbstverständlich sind die Volkskreuze nicht im stande, einen konstanten elektrischen Strom zu erzeugen und eine Heilwirkung oder auch nur eine Beeinflussung von Krankheiten auszuüben. Der reelle Wert eines Volkskreuzes beträgt etwa zehn Pfennige." Daß trotzdem dieser Betrug noch Musterschutz finden konnte, muß füglich verwundern!

Sozialdemokratisches. Der Maienumzug der Waisenzöglinge zu Stuttgart wurde amtlich als „anstößig" verboten, während man den Mai-Festzug der „Genossen" ruhig gestattete! —

Freie Liebe. Die Tochter des Juden Marx, Eleanor Marx, hat sich vor einiger Zeit zu London vergiftet und zwar im Beisein ihres angeblichen Ehemanns, des „Genossen" Dr. Aveling. Lebensüberdruß galt erst als Grund des Selbstmords. Jetzt kommts aber heraus, daß die Marx und Aveling in wilder Ehe lebten und er andern Frauen nachlief. Der „Vorwärts" schweigt und Dr. Aveling wurde von den „Genossen" aus dem Zentralvorstande der englischen Arbeiterpartei ausgestoßen. —

Einige Liebenswürdigkeiten sagt die „Sächs. Arbeiter-Ztg." ihrem Bruderorgan, dem „Vorwärts", sie schreibt nämlich: „Ist doch der „Vorwärts" schon längst zu einem öffentlichen Übel geworden. Die Redaktion arbeitet systematisch auf eine sozialreformerische Richtung hin und läßt in ihren Spalten niemand zu Worte kommen, der es wagt, sich dagegen aufzulehnen. Stellt man sie darüber zur Rede, so hat sie stets die gleiche Antwort: Ein Kübel voll abgestandener Redaktionsmäßchen und persönlicher Verunglimpfungen." —

Der **Konsumverein** zu Reutlingen hat bei einem Umsatze von 67 061 Mark in den ersten drei Monaten dieses Jahres 12 184 Mark Reingewinn für diese Zeit erzielt. Welcher Kleinkaufmann kann sich solcher Ergebnisse rühmen?

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. Nach der sozialdemokratischen „Volksstimme" wurde eines schönen Sonntags durch die Polizei bei der Firma K. Obenheimer zur Frankfurt (Main) festgestellt, daß sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen in voller Thätigkeit waren. Während der „Chef" den Beginn der Arbeit auf $\frac{1}{2}$11 Uhr angab, erklärten die Arbeiterinnen einstimmig, sie hätten schon um $\frac{1}{2}$8 Uhr früh antreten müssen. —

„Vor dem Sturm" betitelt sich eine Flugschrift, in der ein Dr. Bernhard Cuhn seinen Stammesgenossen den Rat giebt, zur Sicherung ihrer Zukunft Sozialdemokraten zu werden. Ob dieser Rat angesichts der Singer, Stadthagen, Wurm, Schönlank, Haase, Arons usw. noch nötig ist, bezweifeln wir. —

In Ofenpest empfiehlt die sozialdemokratische Parteileitung gegen einen Gewinnantell den „Genossen" die Zündhölzer aus der Fabrik von Markus Klein & Co. Diese stattete außerdem ihre Schachteln mit den Bildnissen von Marx und Lassalle aus und gab ihnen die Umschrift: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" —

Ein Tedeum im Judentempel. In der in Florenz erscheinenden Zeitung „Fieramosca" stand zu lesen: „Freitag, den 4. März wird Nachmittags 5 Uhr beim Abendgottesdienste in dem festlich beleuchteten israelitischen Tempel in der Straße Farini ein feierliches Tedeum mit Ansprache des Rabbiners Dr. J. Margulies gehalten werden aus Anlaß des Verfassungsfestes." —

Billige, dichte Dächer
sowie auch der aus Anderegnen's Asphalt-Steinpappen
Dachpappen-Fabrik
C. Anderegg, Aarau, Bern
Muster etc. postfrei.
H. Heinze, Hutfabrik
gr. Fleischergasse 6, Burgerzeughöfe 4.
Spezialität: 2,80-Hüte.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königsstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe in Berlin NW. 5, Kruppstr. 13 p.
Druck: G. Reusche, Leipzig.

Digitized by Google

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich Mk. 1.50 bei den Postanstalten (Post-Zeitungsliste Nr. 1734) und Buchhandlungen. Unter Streifband Mk. 2.

Herausgegeben von Max Liebermann v. Sonnenberg.
Begründet von Theod. Fritsch.

Anzeigen: die 6-gespaltene Petit-Zeile 25 Pfennige. Verlagshelle: Königsstraße Nr. 27, Leipzig.

XIII. Jahrgang. | Leipzig, 19. Mai 1898. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Juden-Frage. Otto Glagau. | Nr. 509.

Inhalt: Von der „Reichsbank". II. — Die wichtigsten Neuerungen der Reichsmilitär-Strafgerichtsordnung. I. — Jüdische Kultusdramen. — „Sein einziger Feind." — Von dem großen Krach in Wien. — Arbeitermangel auf dem Lande. — Ausland. — Mosaik. — Innerpolitisches. — Parteinachrichten. — Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Um zu verhüten, daß die Vertreter der roten und goldenen Internationale in größerer Anzahl in den neuen Reichstag kommen, ist eine außerordentliche Agitation unsererseits nötig.

Helfe jeder unsrer Freunde mit, die Wähler aufzuklären.

Ein 5 Kilo-Postpacket geeignete Aufklärungsschriften — **Flugblätter, Reden unsrer Abgeordneten, Broschüren** liefern wir für 5 Mark frei ins Haus.

Außer den Sammellisten empfehlen wir die Spritzenbücher der **„Freiwilligen Reichs-Feuerwehr"**, zur **Löschung der brennenden Judenfrage"**, zur gefälligen Benutzung. Dieselben sind gegen Erstattung der Selbstkosten (20 Pf. pro Stück, 10 Stück 1,50 Mark) von uns zu beziehen.

Mit den hübsch ausgestatteten Kuponbüchern (dreifarbig gedruckt), von den Herren Th. Fritsch und Liebermann v. Sonnenberg entworfen, werden Sie gute Erfolge für die „Kasse zur Anschaffung von Aufklärungsschriften für die Wahlen" erzielen können.

Mit deutschem Gruße

Geschäftsstelle der „Deutsch-Sozialen Blätter"
Herm. Beyer, Leipzig, Königsstr. 27.

Von der „Reichsbank".

(Nachdruck verboten.)

II.

Das eigentliche Geschäft der „Reichsbank" ist der Giro-, Wechsel- und Lombard-Verkehr.

Auf Giro-Konto wurden

	1876	1880	1891	1897	
vereinnahmt	8392	17746	40761	57997	Mill. Mark
verausgabt	8318	17615	40503	57665	„ „ „

Von Behörden, Personen und Firmen, die kein Giro-Konto haben, wurden für Giro-Kunden an andern Plätzen bar eingezahlt: 1876: 133, 1880: 1168, 1891: 11966 und 1897: 18946 Mill. Mark. Die Giro-Guthaben betrugen durchschnittlich 1876: 70, 1880: 124, 1891: 237 und 1897: 236 Mill. Mark.

Für Rechnung des Reiches und der Bundesstaaten wurden

1877	1880	1891	1897	
eingezahlt 1106	709	2127	1874	Mill. Mark
ausgezahlt 1078	691	2082	1875	„ „ „

Der Gesamtumsatz in Einnahme und Ausgabe im Giro-Verkehr betrug 1880: 36606 Mill., 1890: 83804 Mill. und 1897: 119057 Mill. Mark.

An Wechseln wurden diskontiert (Platzwechsel):

1877:	557956	Stück im Betrage von	1128	Mill. Mark
1880:	491109	„ „ „	1034	„ „
1891:	845491	„ „ „	1837	„ „
1897:	1106023	„ „ „	2569	„ „

Die durchschnittliche Anlage in Diskonto-Wechseln hat im Jahre 1897 357 Mill. Mark betragen; die höchste Anlage 459 Mill. Mark am 30. September, die niedrigste Anlage 280 Mill. Mark am 15. März. Die durchschnittliche Größe aller diskontierten Wechsel ist 2323 Mark gewesen, ihre Verfallzeit 13 bis 76 Tage. Die durchschnittliche Verfallzeit betrug 50 Tage. Unter den 1106023 Platzwechsel befanden sich nur 56544 Stück im Betrage von hundert Mark*) und darunter!

*) Aus diesen Zahlen ergiebt sich klar und deutlich, daß die „Reichsbank" nicht dem Handwerk, dem Gewerbe und der Landwirtschaft dient.

Die Gesamtsumme aller diskontierten, angekauften und zur Einziehung übernommenen Wechsel betrug im Jahre 1897 angekaufte Wechseln aufs Inland

3826057	Stück über	6007091324	M.	95 Pf.
Wechseln aufs Ausland				
12837	„ „	54064753	„	36 „
Wechseln zur Einziehung				
429397	„ „	1019979627	„	71 „
Überhaupt 4268291	Stück über	7681135706	M.	2 Pf.
1890: 3605251	„ „	6449297903	„	66 „
1880: 2329485	„ „	3549189762	„	20 „
1876: 2577760	„ „	4150513781	„	42 „

Im Lombard-Verkehr wurden ausgeliehen:

1876	467	Mill. Mark
1877: 5585 Darlehne mit	492	„ „
1880: 6283 „	839	„ „
1891: 7095 „	1208	„ „
1897: 93383 „	1552	„ „
Die durchschnittliche Anlage im Lombard betrug 1897	108	„ „
Die höchste Anlage am 30. Juni	178	„ „
Die niedrigste Anlage am 23. November	84	„ „
Ende 1897 standen aus: 7897 Darlehne mit	172	„ „
Davon: 8150 Mark auf Gold oder Silber		
4693900 „ „ Waren		
167967020 „ „ Wertpapiere*)		

Für 1897 betrug der Gewinn aus den Wechselgeschäften 23967568 Mark

„ 1891	20293783 „
„ 1880	13739991 „
„ 1877	16116795 „

Für 1897 betrug der Gewinn an Lombard-Geschäften 4989254 Mark

„ 1891	4461297 „
„ 1880	2571470 „
„ 1877	2682191 „

*) Aus diesen Zahlen ergiebt sich klar und deutlich, daß die „Reichsbank" nicht dem Handwerk, dem Gewerbe und der Landwirtschaft dient.

Digitized by Google

Gesamt-Einnahmen:

1877	1880	1891	1897
19915932 M.	17640343 M.	28428698 M.	32699101 M.

Gesamt-Ausgaben:

9145702 M.	7759078 M.	9762882 M.	13302270 M.

Davon Verwaltungskosten:

5648997 M.	5399798 M.	7565618 M.	9991765 M.

Der Bestand an Gold in Barren oder ausländischen Münzen, das Pfund fein zu 1392 Mark gerechnet, betrug

am 31.	Dezember	1877:	71947266 Mark
„ 31.	„	1880:	67724512 „
„ 31.	„	1891:	383821061 „
„ 31.	„	1897:	304874631 „

Am 31. Dezember 1897 betrug der Kassenbestand

an kursfähigem deutschen geprägten Gelde	522689665 M.
„ Reichskassenscheinen	15660930 „
„ eigenen Banknoten	892633510 „
„ Noten andrer Banken	11077600 „
	1442061705 M.

Am 31. Dezember 1891: 1378850381 „
„ 31. „ 1877: 1663674850 „

Der Reservefonds hat seit 1892 die vorgeschriebene Höhe von dreißig Mill. Mark erreicht.

Die preußische Bank hatte die Bestimmung: „den Geld-Umlauf des Landes zu befördern, Kapitalien nutzbar zu machen, Handel und Gewerbe zu unterstützen und einer übermäßigen Steigerung des Zinsfußes vorzubeugen“ Als Aufgabe der „Reichsbank“ wird dagegen bezeichnet: „den Geld-Umlauf im gesamten Reichsgebiet zu regeln, die Zahlungs-Ausgleichungen zu erleichtern, und für die Nutzbarmachung verfügbaren Kapitals zu sorgen“. Schon aus dieser Fassung erhellt, daß die „Reichsbank“ nicht sowohl zur Unterstützung von Handel und Gewerbe, als um der Börse willen gegründet ist, und thatsächlich steht sie im Dienste der Börse, ist sie Eigentum und Werkzeug der semitischen Finanz, der „Goldenen Internationale“. Mit der „Reichsbank“ ward, wie Bamberger jubelnd schrieb, „der dreifache Kreis geschlossen, in dem das Geldsystem des Deutschen Reiches ruhen und sich entwickeln soll“. Die „Reichsbank“ ist der Schlußstein der unnatürlichen Goldwährung und der neuen Münzgesetzgebung. Dank der den Privaten eingeräumten „Prägefreiheit“, teilt das Reich die Münzhoheit mit Goldhändlern und Münzschächtern. Nach der Forderung von Bamberger, Sonnemann und Lasker, gestattet Artikel 12 des Gesetzes vom 9. Juli 1873 „Privatpersonen“, auf allen Münzstätten des Reichs Zwanzigmarkstücke für ihre Rechnung prägen zu lassen. Lasker protestierte feierlich dagegen, daß man den Einzelstaaten eine besondere Münzhoheit belassen solle, forderte und erhielt aber diese Münzhoheit für sein Volk, für die Kinder Israel. Die Prägegebühr beträgt nur drei Mark für das Pfund Feingold, und nach Abzug der Unkosten bleibt der Reichskasse ein Nutzen von ganzen 25 Pfennig! Dafür muß das Reich die „nicht mehr umlaufsfähigen“ (zu stark abgenutzten oder auch beschnittenen) Goldstücke auf seine Kosten einziehen, und sind bis ende Dezember 1897 wieder eingezogen worden 6226015 Mark. Bis ende März 1897 sind insgesamt ausgeprägt: 2258090 Pfund Feingold oder 3138959765 Mark; darunter auf Privatrechnung 1308130 Pfund Feingold oder 1814250130 Mark, welche letztere der Reichskasse einen Verdienst von 327032 Mark abwarfen. Von dieser kolossalen Summe ist aber nur ein verschwindender Bruchteil im Lande geblieben, denn mit der Goldwährung und Goldausprägung begann auch die Goldausfuhr, oder wie der „geistreiche“ Bamberger sich ausdrückt, die „Freizügigkeit des Goldes“, Schon mitte 1875 war der Abfluß des „Reichsgoldes“ so stark, daß die preußische Bank ihren Zinsfuß erhöhte, um so die Wechselkurse aufs Ausland zu drücken, was aber wenig half.

Ebenso wurde infolge des spanisch-amerikanischen Konflikts mitte April d. J. der Zinsfuß von drei auf vier v. H. erhöht, trotzdem zwei Wochen vorher der Reichsbankpräsident Dr. Koch im preußischen Herrenhause erklärte, daß gegründete Hoffnung vorhanden sei, der Diskont von drei v. H. werde sich noch länger aufrecht erhalten lassen!

Erst die „Reichsbank“ beseitigte die Schranken, die der „Freizügigkeit des Goldes“ noch entgegenstanden, und der § 14 des Bankgesetzes, das „liebe Kind“ Bambergers, wie es sein Rassengenosse, der Advokat Isaac Wolffsohn aus Hamburg, nannte, ist der eigentliche Schlüssel zum internationalen Goldhandel und Geldverkehr. Dieser Paragraph besagt: „Die Reichsbank ist verpflichtet, Barrengold zum festen Satze von 1392 Mk. für das Pfund fein gegen ihre Noten umzutauschen.“ Die Ergänzung hierzu ist § 18, und er lautet: „Die Reichsbank ist verpflichtet, ihre Noten a) bei ihrer Hauptkasse in Berlin sofort; b) bei ihren Zweiganstalten, so weit es deren Barbestände gestatten, dem Inhaber gegen kursfähiges deutsches Geld einzulösen.“ Diese beiden Paragraphen erleichtern nun gar sehr die Geschäfts-Operationen. Wenn der Goldhändler Barrengold einliefert, empfängt er den festen außerordentlich hohen Preis zunächst in Noten, kann dies aber im selben Augenblick zur baren Einlösung präsentieren. So braucht er das Barrengold nicht erst in die Münze zu tragen und dort die Prägung abzuwarten, worüber er Zeit und Zinsen verliert; die „Reichsbank“ erhebt auch nur den winzigen Schlagsatz von drei Mark für das Pfund Feingold oder $^3/_4$ v. H. Allerdings darf die „Reichsbank“ im Notfall auch in Silberthalern zahlen und deshalb ist die im Mai 1879 erfolgte Einstellung der Silberverkäufe und der Einschmelzung der Silberthaler für die Juden ein unüberwindlicher Schmerz, Bisher hat die „Reichsbank“ bei ihrer Hauptkasse in Berlin die Einlösung ihrer Noten gegen Gold, wenn es verlangt wurde, noch nie verweigert, wohl aber bei ihren Filialen, namentlich bei denen an der Grenze. Darob bitterböses Geschrei in Israel! Die Goldhändler verlangen, daß die „Reichsbank“ ihnen die Ausfuhr erleichtern, ihnen die Transportkosten bis zur Grenze ersparen soll. Am 3. März 1881 erhob Herr Sonnemann im Reichstag Beschwerde: die „Reichsbank“ habe an große Seeplätze wie Hamburg und Bremen während einiger Tage kein Gold abgegeben. Eduard Frege & Co. in Hamburg präsentierten an der dortigen Reichsbankkasse 1200000 Mark in Noten, wurden aber ab- und nach Berlin gewiesen. Eduard Frege & Co. mußten extra nach Berlin fahren, wurden angeblich hier sieben Stunden aufgehalten, versäumten den Nachmittags-Schnellzug, kamen erst um $5^3/_4$ Uhr morgens in Hamburg an und hatten große Mühe, das „Reichsgold“ noch auf den um sieben Uhr abgehenden Dampfer zu schaffen. Schauderhaft! Der Reichsbank-Präsident antwortete damals ungerührt: Wenn Frege & Co. in Liverpool Gold verlangt hätten, würde man sie dort auch nach London gewiesen haben. Hierauf erzählte Bamberger eine andre ebenso schreckliche Mähr: Die Scheidenanstalt zu Frankfurt (Main) habe zu verschiedenen Malen von der dortigen Filiale Gold gefordert, es aber nicht bekommen. Der Bankpräsident verletzte: Die Scheidenanstalt verlangte, man solle ihr nach Frankfurt Millionen senden, weigerte sich aber, das Porto zu bezahlen. — Bei dieser Gelegenheit wurde Bamberger sentimental und versicherte, ohne daß ein Mensch ihn darnach gefragt hätte: „Seitdem ich in den Reichstag eingetreten, bin ich den Geschäften so fern wie irgend einer und lebe wie der kleinste Rentier hier in Berlin leben kann, weil ich die Verleumdungen längst habe kommen sehen.“ — Thatsächlich saß Bamberger 1871 im Reichstag und zugleich im Verwaltungsrat der von ihm mitbegründeten „Deutschen Bank“, bei der er und die andern „ersten Zeichner“ sich solch klobige Vorrechte gegönnt hatten, daß sogar die jüdische Börsenpresse Lärm schlug. Erst als in solcher Weise die „Verleumdung“ in Gestalt seiner Rassegenossen gegen ihn auftrat, schied Bamberger aus dem Aufsichtsrat der „Deutschen Bank“.

Die „Reichsbank“ hat bis Ende 1897 an Goldbarren und ausländischen Goldmünzen erworben für 2204662218 Mark, und sie verzeichnet in ihren Verwaltungsberichten an „Gewinn auf Gold“:

1877:	94168 Mark	1891:	4096 Mark
1880:	39153 „	1897:	16852 „

Es wäre interessant, wenn festgestellt werden könnte, wieviel von dieser Summe wieder ins Ausland abgeflossen ist und wieviel heute bei uns noch umläuft. —

Digitized by Google

Bamberger wünschte dringend, die „Reichsbank" möge in ihren Wochenübersichten doch angeben, wieviel Gold und wieviel Silber der jedesmalige Barbestand enthalte, aber der Bankpräsident meinte, diese Angabe sei im Interesse der Bank und und des Landes bedenklich Bamberger versicherte, die „Reichsbank" stelle eine dicke silberne Unterlage mit dünner, goldener Oberfläche dar, und Sonnemann behauptete, daß nur der kleinste Teil des zirkulierenden Goldvorrats in den Händen der „Reichsbank" sei — wie man höre, kaum ein Sechstel. Beide Börsenphilosophen werden wohl das Richtige getroffen haben, denn sie besaßen in diesen Dingen eine feine Nase, und sie hatten die besten Verbindungen.

Seit dem 1. April 1879 ist den Münzstätten Prägegold auf Reichsrechnung (bis Ende März 1897) nur noch in Höhe von 3347 Pfund Feingold überwiesen, das dazu gedient hat, die die nicht mehr umlaufsfähigen Münzen zu ergänzen. Von den bis Ende März 1897 für Reichsrechnung ausgeprägten 949 960 Pfund Feingold, gleich 1 325 195 391 Mark, ergab sich ein „Brutto-Münzgewinn" von 8 198 294 Mark. An Landes-Silbermünzen sind überhaupt eingezogen 1 080 486 138 Mark. Davon wurden 696 797 069 Mark zur Herstellung von Silberbarren verwendet und 382 684 841 Mark den Münzstätten als Prägesilber überwiesen. Verkauft wurden 7 104 895 Pfund Feinsilber für 577 139 922 Mark, was für das Reich einen Verlust von 96 481 135 Mark bedeutet! Die noch nicht eingezogenen Silberthaler schätzt man jetzt noch auf 500 Mill. Mark und ihr Verkauf würde einen weiteren Verlust von 80 bis 90 Mill. Mark zur Folge haben!! Dazu treten die großen Zinsen-Verluste, sowie die Unkosten für Einziehung und Einschmelzung der alten, für Ausprägung der neuen Münzen, so daß bei völliger Durchführung der sogenannten „Münzreform" sich für Deutschland eine Einbuße von weit über 200 Mill. Mark berechnen läßt!!! An Reichs-Silbermünzen sind bis Ende 1897 dem Verkehr übergeben:

in Fünfmarkstücken	92 114 350	Mark
in Zweimarkstücken . . .	118 958 600	„
in Einmarkstücken	188 967 343	„
in Fünfzigpfennigstücken . .	71 475 586	„
in Zwanzigpfennigstücken . .	22 712 388	„
An Nickelmünzen wurden ausgeprägt:		
in Zwanzigpfennigstücken . . .	5 005 776	Mark
in Zehnpfennigstücken . . .	33 090 976	„
in Fünfpfennigstücken . . .	17 346 093	„
An Kupfermünzen:		
in Zweipfennigstücken . . .	6 213 136	Mark
in Einpfennigstücken . . .	7 252 523	„

„Brutto-Münzgewinn" haben diese Summen ergeben:

a) der Silbermünzen	47 305 516	Mark
b) der Nickelmünzen	37 561 484	„
c) der Kupfermünzen	6 985 456	„
Zusammen	91 852 456	Mark

Dieser angebliche „Gewinn" steht indeß nur auf dem Papier. In Wahrheit handelt es sich um eine Schuld, da die betreffenden Münzen tief unterwertig ausgeprägt sind.

Die §§ 14 und 18 des Bankgesetzes erleichtern nicht nur die „Freizügigkeit des Goldes": sie haben noch eine weit tiefere Bedeutung, von der das große Publikum keine Ahnung besitzt, und die, wie man wenigstens annehmen muß, auch der Regierung ein mit sieben Siegeln verschlossenes Geheimnis ist. Vermöge dieser beiden Paragraphen ist die „Reichsbank" genötigt, einerseits so viel Noten auszugeben, andrerseits so viel Goldstücke prägen zu lassen, als die Börse will und in ihrem Interesse für nötig hält. Je mehr Gold die Börse einliefert, desto mehr Noten hat die „Reichsbank" herzugeben, und je mehr Noten die Börse zur Einlösung vorzeigt, desto mehr „fruchtbringendes deutsches Geld" hat die „Reichsbank" anzuschaffen. Es ist dies, was man im gewöhnlichen Leben eine Zwickmühle nennt. Also regelt „den Geldumlauf im gesamten Reichsgebiet" nicht die Regierung, auch nicht die „Reichsbank", sondern die Börse. Die Börse kann nach ihrem Belieben und Gefallen die Wertzeichen, Papier wie Metall, vermindern und vermehren; sie kann Geld knapp und flüssig machen, Geldklemmen und Geld-Überfluß erzeugen, Geldkrisen hervorrufen, Handels- und Industrie-Krisen verschärfen und ausbeuten Wenn die Börse durch massenhafte Vorzeigung der Noten die „Reichsbank und die übrigen Zettelbanken nötigt, mit ihren Barbeständen zurückzuhalten, im Diskontieren von Wechseln und im Lombard-Verkehr schwieriger zu werden, und wenn sie dazu das „Reichsgold" ausführt, entsteht eine Geldklemme. Umgekehrt erzeugt sie durch übermäßige Einlieferung von Goldbarren, indem sie Banknoten und Goldmünzen über Bedürfnis in Umlauf setzt, Geldüberfluß. Selbstverständlich bedarf es, den Zettelbanken gegenüber, keines starken Druckes; sie lassen die Notenpresse arbeiten, sobald es irgend lohnt. Während das Reich auf Befehl der Börse vollwichtige Goldstücke gegen einen Lohn von $^{3}/_{4}$ v. H. schlagen, und „abgenutzte" beschnittene Goldstücke auf seine Kosten wieder einschmelzen muß, münzen die souveränen Zettelbanken wertloses Papier gegen einen Schlagschatz von 99 v. H. Sie können Milliarden in Banknoten ausgeben, ohne ihren Metallbestand um eine Mark zu verringern, indem sie die zurückströmenden Noten mit dem Gelde einlösen, das sie sich durch Wiederausgabe derselben Noten beschaffen. Ein großer Teil der deutschen Industrie lebt vom wohlfeilen Bankkredit, von ungedeckten Noten, die man gegen „Reitwechsel" bezieht, und dies ist mit eine Ursache der zahllosen Bankerotte und der regelmäßig wiederkehrenden Krisen.

Vermöge der Goldwährung, der Prägefreiheit, des Banknoten-Regals und der „Reichsbank", ordnet und beherrscht die souveräne Börse das deutsche Geldwesen, hat sie der Reichsregierung eine dienende Stellung angewiesen, beutet sie das Münz- und Bankwesen in kolossaler Weise auf Kosten des Publikums und des Staates aus, behauptet sie eine staats- und gemeingefährliche Übermacht. Es läßt sich nicht annehmen, daß die Herren Camphausen, Delbrück und Michaelis mit vollem Bewußtsein so gehandelt, die verheerenden Wirkungen ihrer Konzessionen an die Börse übersehen, das Deutsche Reich absichtlich der „Goldenen Internationale" ausgeliefert haben; es kann nur angenommen werden, daß sie im Gefühl ihrer Unkunde sich eines eigenen Urteils begaben, und sich den Forderungen und der Dialektik der Bamberger, Lasker und Sonnemann unterwarfen.

Aber das deutsche Volk hat den Schaden davon gehabt. Allein 172 Millionen hat die „Reichsbank" seit ihrem Bestehen an die Inhaber der Anteilscheine als Zinsen und Dividenden bar gezahlt. Das ist aber indessen nur eine verschwindend kleine Summe im Vergleich mit den ungeheuerlichen Vorteilen, die das mobile Kapital aus der gegenwärtigen Reichsbank-Organisation im Laufe des letzten Vierteljahrhundertes gezogen hat.

Mit dem Jahre 1900 läuft zum zweiten Male das Reichsbank-Privilegium ab. Der am 16. Juni d. J. neu zu wählende Reichstag wird darüber zu entscheiden haben, ob aus der „Aktiengesellschaft von und für Juden", wie Perrot einst das Institut in einer Broschüre nannte, eine „wirklich nationale Reichsbank zur Unterstützung und Beaufsichtigung der dem Handwerk, der Landwirtschaft und dem Kleingewerbe dienenden Institute" werden soll, wie es das Programm unserer deutschsozialen Reformpartei fordert oder ob gar Fremde der Juden und Judengenossen alles beim Alten bleiben soll.

Die Verstaatlichung der Reichsbank würde der erste Schritt sein, dem Staate sein Münzhoheitsrecht wiederzugeben. Wir schließen mit einer Stelle aus de Lagardes „Deutschen Schriften", worin dieser große Denker sich wie folgt ausspricht:

Als die Fürsten aller Länder die Verkehrsmittel der neuen Zeit, die Posten, Eisenbahnen, Telegraphen, monopolisierten — wo das noch nicht geschehen ist, wird es (trotz Israel) geschehen —, da sind sie von der Ueberlegung geleitet worden, daß jener Verkehrsmittel niemand entraten könne und daß diese Mittel deshalb nur im Interesse der Gesamtheit verwaltet werden dürfen. Aber das größte Verkehrsmittel, das es giebt, ist jetzt das Geld: es ist die Folge der Verstaatlichung der Posten, Eisenbahnen und Telegraphen, daß auch der Verkehr mit dem Gelde verstaatlicht werde. — So wie es geschehen sein wird, hört die

Digitized by Google

Notwendigkeit, Staatssteuern zu erheben, mit einem Schlage auf. Denn die Gesammtheit genießt dann die Prozente, die jetzt die Banken und Bänklchen genießen. So wie es geschehen ist, hört Israel auf zu schaden. Denn Israel existiert überhaupt nur noch durch das Geld. L. H.

Die wichtigsten Neuerungen der Reichsmilitär-Strafgerichtsordnung.

I.

Darüber, was für Handlungen als militärische Verbrechen oder Vergehen zu betrachten und mit was für Strafen die einzelnen militärischen Verbrechen und Vergehen zu belegen sind, gelten schon seit dem 1. Oktober 1872, i. seit dem Tage des Inkrafttretens des Reichs-Militär-Strafgesetzbuches, im ganzen Deutschen Reiche einheitliche Vorschriften. Das bei Anwendung dieser Vorschriften auf die im Heere und in der Marine vorkommenden Strafsachen zu beobachtende Verfahren richtet sich dagegen zur Zeit im Deutschen Reiche nach vier verschiedenen Gesetzen, nämlich: für die preußischen Truppen und die unter preußischer Militärverwaltung stehenden Kontingente, sowie für die Marine nach der preußischen Militär-Strafgerichtsordnung von 1845, für die sächsischen Truppen nach der mit der preußischen genau übereinstimmenden sächsischen Militär-Strafgerichtsordnung von 1867, für die württembergischen Truppen nach der im Großen und Ganzen auf ähnlicher Grundlage beruhenden württembergischen Militär-Strafgerichtsordnung von 1818, für die bayerischen Truppen endlich nach der von wesentlich andern, modernern Grundsätzen beherrschten bayerischen Militär-Strafgerichtsordnung von 1869. Diese Rechtsverschiedenheit zu beseitigen ist der Zweck des dem Reichstage im November 1897 zugegangenen Entwurfs einer Militär-Strafgerichtsordnung, der in mehrfach abgeänderter Fassung am 4. Mai 1898 vom Reichstage angenommen ist und, dem bezüglichen Einführungsgesetze zufolge, spätestens am 1. Januar 1901 Gesetzeskraft erlangen soll.

Der Entwurf weicht von den erwähnten vier, zur Zeit im Deutschen Reiche geltenden Militär-Strafgerichtsordnungen sehr erheblich ab, am erheblichsten von der württembergischen, der sächsischen und der preußischen. Seine hauptsächlichsten Abweichungen von der preußischen Militär-Strafgerichtsordnung sollen in folgendem kurz dargelegt werden.

Der Entwurf bestimmt den Kreis der unter die Militär-Strafgerichtsbarkeit fallenden Personen und strafbaren Handlungen im wesentlichen ebenso wie die preußische Militär-Strafgerichtsordnung. Die wichtigste Abweichung liegt darin, daß Militärpersonen des aktiven Heeres und der aktiven Marine, die innerhalb eines Jahres nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Dienste sich aus Anlaß der früheren dienstlichen Beziehungen einer Beleidigung, Körperverletzung oder Herausforderung zum Zweikampfe gegenüber einem früheren militärischen, noch im aktiven Dienste befindlichen Vorgesetzten schuldig machen, dieserhalb der Militär-Strafgerichtsbarkeit unterstehen sollen.

Die Scheidung der Militär-Strafgerichtsbarkeit in eine „niedere“ und „höhere“ wird in dem Entwurf aufrecht erhalten. Und zwar soll, wie nach preußischem Recht, die niedere Gerichtsbarkeit ausschließlich auf Personen ohne Offiziersrang sich erstrecken und lediglich die leichteren Strafthaten solcher Personen umfassen; im einzelnen wird die Grenzlinie zwischen den der niederen und der höheren Gerichtsbarkeit zugewiesenen strafbaren Handlungen etwas anders gezogen als in der preußischen Militär-Strafgerichtsordnung.

Der sogenannte Gerichtsherr soll nach dem Entwurf dieselbe Stellung behalten, wie er sie zur Zeit nach preußischem Rechte hat; insbesondere soll also die Leitung der Strafverfolgung, der Untersuchung und der Strafvollstreckung, wie bisher, in seiner Hand liegen. Als Gerichtsherren der niederen Gerichtsbarkeit zählt der Entwurf (hierin ausführlicher als die preußische Militär-Strafgerichtsordnung) auf, einerseits im Heere: den Regimentskommandeur, den Kommandeur eines selbständigen Bataillons, den Kommandeur eines Landwehrbezirks, den Kommandanten von Berlin und den Kommandanten einer kleinen Festung, anderseits in der Marine: den Kommandeur einer Matrosen- oder Werft-Division und den Kommandeur eines selbständigen Bataillons oder einer selbständigen Abteilung; als Gerichtsherren der höheren Gerichtsbarkeit bezeichnet der Entwurf im Heere: den kommandierenden General, den Divisionskommandeur, den Gouverneur von Berlin, den Gouverneur oder Kommandanten einer großen Festung, sowie den Gouverneur, Kommandanten oder sonstigen Befehlshaber eines im Kriegszustand (Belagerungszustand) erklärten Orts- oder Distrikts, in der Marine: den kommandierenden Admiral und den Chef einer heimischen Marinestation. Daneben bestimmt der Entwurf, daß im Verordnungswege auch andern Befehlshabern die Gerichtsbarkeit verliehen werden kann.

Die erkennenden Gerichte werden dem Entwurf zufolge sowohl ihrer Zahl als auch ihrer Zusammensetzung nach wesentlich geändert werden.

Während es nach der preußischen Militär-Strafgerichtsordnung für Personen des Soldatenstandes nur zwei Arten von erkennenden Gerichten giebt (die dort Spruchgerichte genannt werden), nämlich Standgerichte und Kriegsgerichte, giebt es nach dem Entwurf sowohl für die Personen des Soldatenstandes als auch für die Militärbeamten vier Arten von erkennenden Gerichten: Standgerichte, Kriegsgerichte, Oberkriegsgerichte und das Reichsmilitärgericht.

Die preußischen Standgerichte werden, außer aus einem nicht stimmberechtigten Anführer oder untersuchungsführenden Offizier, aus fünf Richterklassen gebildet, deren erste eine einzige Person (den Vorsitzenden), die letzten vier aber je zwei Personen zählen, bestehen also aus überhaupt zehn Personen, von denen neun stimmberechtigt sind. Nur die Richter der ersten drei Klassen sind ausnahmslos Offiziere, hingegen die Richter der vierten Klasse stets Unteroffiziere und die Richter der fünften Klasse entweder Unteroffiziere oder Gemeine, je nachdem ob das Gericht über einen Unteroffizier oder einen Gemeinen zu urteilen hat. Und die preußischen Kriegsgerichte bestehen — außer aus einem nicht stimmberechtigten Anführer — wenn ein mit dem Tode oder mit lebenslänglicher Freiheitsstrafe bedrohtes Verbrechen zur Aburteilung steht, aus dreizehn Personen (dem Vorsitzenden und vier ferneren Richterklassen von je drei Personen), in den übrigen Fällen bei Offizieren aus neun Personen (dem Vorsitzenden und vier ferneren Richterklassen von je zwei Personen), bei Unteroffizieren und Gemeinen aus elf Personen (dem Vorsitzenden, zwei Richterklassen von je zwei und zwei Richterklassen von je drei Personen); und zwar werden, wenn über Unteroffiziere oder Gemeine zu urteilen ist, die vierte und fünfte Richterklasse, ähnlich wie bei den Standgerichten, aus Unteroffizieren bezw. Gemeinen, andernfalls, gleich den ersten drei Klassen, aus Offizieren gebildet. Ganz anders nach dem Entwurfe. Hiernach sollen hinfort von den Personen des Soldatenstandes nur noch Offiziere, keinesfalls Unteroffiziere oder Gemeine zu Richtern berufen, und es sollen nicht mehr verschiedene Klassen von Offizieren, sondern einzelne Offiziere verschiedenen Ranges berufen werden.

Und zwar sollen die Standgerichte hinfort aus drei Offizieren bestehen: aus einem Stabsoffizier als Vorsitzenden, einem Hauptmann (Rittmeister, Kapitänleutnant) als erstem Beisitzer und einem Premierleutnant (Leutnant zur See) als zweitem Beisitzer. Die Kriegsgerichte sollen hinfort aus fünf Richtern bestehen: bei leichteren Strafthaten aus einem richterlichen Militärjustizbeamten, einem sogenannten Kriegsgerichtsrat, und vier Offizieren, bei Strafthaten aber, die mit Freiheitsstrafe von mehr als sechs Monaten oder mit Todesstrafe bedroht sind, aus zwei Kriegsgerichtsräten und drei Offizieren. An Offizieren sollen bei schweren Strafthaten in das Kriegsgericht berufen werden: wenn der Angeklagte ein Gemeiner oder ein Unteroffizier ist, ein Major, ein Hauptmann (Rittmeister) und ein Premierleutnant; wenn der Angeklagte ein Subalternoffizier oder ein Hauptmann (Rittmeister) ist, ein Oberstleutnant, ein

Digitized by Google

Major und ein Hauptmann (Rittmeister); wenn der Angeklagte ein Major ist, ein Oberst und zwei Oberstleutnants oder Majors; wenn der Angeklagte ein Oberstleutnant ist, ein Generalmajor, ein Oberst und ein Oberstleutnant; wenn der Angeklagte ein Oberst ist, ein Generalmajor und zwei Obersten; wenn der Angeklagte ein Generalmajor ist, ein Generalleutnant und zwei Generalmajors; wenn der Angeklagte ein Generalleutnant ist, ein General und zwei Generalleutnants; wenn der Angeklagte ein General oder ein in höherem Range stehender Offizier ist, zwei Generale oder ein Generalleutnant. Die Oberkriegsgerichte sollen aus sieben Richtern bestehen: aus zwei richterlichen Militärjustizbeamten, sogenannten Oberkriegsgerichtsräten, und fünf Offizieren. An Offizieren sollen hineinberufen werden: wenn der Angeklagte ein Gemeiner oder ein Unteroffizier ist, ein Oberstleutnant, zwei Majors, ein Hauptmann (Rittmeister) und ein Premierleutnant; wenn der Angeklagte ein Subalternoffizier oder ein Hauptmann (Rittmeister) ist, ein Oberst, ein Oberstleutnant, ein Major und zwei Hauptleute (Rittmeister); wenn der Angeklagte ein Major ist, ein Oberst, zwei Oberstleutnants und zwei Majors; wenn der Angeklagte ein Oberstleutnant ist, ein Generalmajor, je zwei Obersten und zwei Oberstleutnants; wenn der Angeklagte ein Oberst ist, ein Generalmajor, drei Obersten und ein Oberstleutnant; wenn der Angeklagte ein Generalmajor ist, ein Generalleutnant, drei Generalmajors und ein Oberst; wenn der Angeklagte ein Generalleutnant ist, ein General, drei Generalleutnants und ein Generalmajor; wenn der Angeklagte ein General oder ein in höherem Range stehender Offizier ist, drei Generäle und zwei Generalleutnants. Eine völlig neue Schöpfung ist das Reichsmilitärgericht, das in Berlin seinen Sitz haben und aus richterlichen Militärjustizbeamten und Offizieren zusammengesetzt werden soll. Dies Gericht wird sich sowohl von den bisherigen Stand- und Kriegsgerichten als auch von den Stand-, Kriegs- und Oberkriegsgerichten des Entwurfs ganz wesentlich dadurch unterscheiden, daß es nicht, wie alle diese Gerichte, nur auf Berufung des Gerichtsherrn und nur für den einzelnen Fall zusammentreten, daß es vielmehr ein ständiges Gericht von im Gesetze nicht bestimmter Mitgliederzahl sein wird, bei dem, ähnlich wie bei den höheren bürgerlichen Gerichten, Senate gebildet werden, die, so oft es nötig ist, nach eigenem Ermessen zu einer Sitzung zusammentreten. Die einzelnen Senate sollen im allgemeinen ihre Beschlüsse und Urteile in der Besetzung von vier militärischen und drei juristischen Mitgliedern abgeben; handelt es sich jedoch bei einem Beschlusse lediglich darum, ob eine prozessuale Vorschrift oder ein Rechtsgrundsatz der allgemeinen bürgerlichen Gesetze verletzt ist, so entscheiden die Senate in der Besetzung von vier juristischen und drei militärischen Mitgliedern.

Die Kriegsgerichtsräte und die Oberkriegsgerichtsräte sollen durch den zuständigen Kontingentsherrn, in der Marine durch den Kaiser, die Senatspräsidenten und die Räte des Reichsmilitärgerichts aber durch den Kaiser auf Vorschlag des Bundesrats auf Lebenszeit ernannt, die militärischen Mitglieder des Reichsmilitärgerichts sollen für mindestens je zwei Jahre vom Kaiser auf Vorschlag der Kontingentsherren bestimmt werden.

Jüdische Kultusbeamte.

Aus dem badischen Städtchen Eberbach konnten wir vor einiger Zeit melden, daß dort die Metzger-Innung ihr Schlachtvieh, mit alleiniger Ausnahme der Säue, schächten lasse, damit die sechzig dort ansässigen Judenfamilien koscheres Fleisch erhalten können. Die Kosten haben natürlich die Metzger und die in ihrer größeren Mehrheit christlich-deutschen Konsumenten zu zahlen, also besonders die Christen den Schächter. — Genau dasselbe reizende Schauspiel haben wir in Hechingen. Um 250 Juden das Vergnügen zu gewähren, unter Umständen koscheres Fleisch zu genießen, lassen die christlich-deutschen Metzger fast alle schächten, bezahlen den Schächter bar durch Überlassung der vorgeschriebenen Fleischteile und erhalten der jüdischen Gemeinde so einen ihrer Kultusbeamten in Nahrung. Wirklich komisch wirkt diese Naivität der Hechinger Metzger, wenn man sieht, daß der Jude selbst sich blutwenig um seine Speise-Gesetze kümmert, daß er in ausgesprochenen Schweineschlächtereien zu sehen ist, in öffentlichen Wirtslokalen seine Portion Schinken verzehrt und besonders in der Saison an der Metzelsuppe (Sauerkraut, Speck und Leberwurst) mit einem Feuereifer sich labt, daß das Schweinefett links und rechts dem koschern Mäulchen entquillt. Welche Sorte von Schächtern die Hechinger Juden-Gemeinde sich auserwählt, dürfte auch für fernere Gegenden interessant genug sein, um hier Erwähnung zu finden. Der eine, der am längsten seines Amtes gewaltet hat, war zugleich Führer der Sozialdemokraten; diese Thätigkeit scheint sich aber gut mit dem Amte eines Kultusbeamten der Juden-Gemeinde zu vertragen, es wurde wenigstens nicht bekannt, daß ihm Schwierigkeiten deshalb entstanden wären. Erst als Schächter Levi wegen betrügerischen Bankrotts vom Schwurgericht zu mehrjähriger Zuchthausstrafe verurteilt und insolgedessen in die enge Zelle nach Köln transportiert wurde, mußte die Gemeinde auf seine bewährte Dienstleistung verzichten.

Weniger Kunstfertigkeit, wenigstens in Ausübung seines Schächteramtes, scheint sein Nachfolger, Karl Bernheimer, besessen zu haben. Als dieser nämlich ein Stück Vieh im Schlachthause schächtete, schnitt er, wahrscheinlich aufgeregt durch das Bewußtsein der Wichtigkeit der großen Aktion, nicht nur der Kuh die Gurgel durch, sondern auch dem seitshaltenden Metzgerknecht des A. Haid in den Arm. Die Schuld wurde ihm jedoch nachsichtiger Weise nicht zur Last gelegt; es mußte sie vielmehr die Kuh auf sich nehmen, die jetzt durch die Geschicklichkeit des Schlächters treife geworden und deshalb nur noch für die Christen gut genug gewesen sein soll.

Als Karl Bernheimer späterhin von einem Geschäftsausflug nicht zurückkehrte, sondern unter Zurücklassung seiner Frau und sechs Kindern nach Nordamerika ausrückte, hatte Israel wieder Ursache zu trauern, denn abermals war einer seiner Besten in bevorzugter Stellung ihm entrissen worden.

Das Mißgeschick beim Schächten hatte nämlich den Bernheimer nicht zur heimlichen Abreise veranlaßt, dieser hatte vielmehr einen triftigeren Grund, denn die königliche Staatsanwaltschaft suchte des sechszigjährigen Juden habhaft zu werden, um ihn wegen Notzucht zur Verantwortung zu ziehen, die er an einem minderjährigen armen Waisenmädchen begangen hatte, das ihm unvorsichtiger Weise in Dienst gegeben war.

Während das arme Geschöpf wegen der erlittenen gemeinen Mißhandlung in das Hospital aufgenommen werden mußte, fand der alte Sünder unterwegs leider Unterstützung genug, sich der rächenden Nemesis zu entziehen.

Nicht wahr, eine schöne Kollektion Hechinger Schächter! Nun wollen wir abwarten, ob uns die Mitteilungen des Abwehrvereins der Umwahrhaftigkeit zeihen werden, andernfalls sprechen wir ihnen hiermit unser Beileid zu solchen Freunden aus.

„Sein einziger Feind".

König Albert von Sachsen hat den gegen die Sozialdemokratie gerichteten Politischen Bilderbogen Nr. 27, der in Dresden unter dem Titel „Sein einziger Feind" als Gedenkblatt an den siebzigsten Geburtstag des Königs erschien „mit Dank angenommen", wie dem Verleger, Herrn Druckereibesitzer Glöß, durch ein Schreiben von zuständiger Stelle eröffnet wurde. Wir lassen aus dem sieben Seiten umfassenden Text des schnell volkstümlich gewordenen Blattes, das auch in der Wahlzeit gute Dienste gegen die Sozialdemokratie leisten dürfte, einige Verse folgen. Nachdem die revolutionären Ziele der „Genossen", die auf den Sturz des Thrones ausgehen, deutlich gekennzeichnet wurden, wird weiter gesagt:

Digitized by Google

Doch edler König sei getrost!
Nicht aus dem Herzen Deiner Landeskinder
Ward dieser unruhvolle Geist geboren!
Ein Volk aus fremdem, altverfluchtem Land
Hat jenen Drachensamen mit geschickter Hand
Auf des Reiches Flur gesät!
Lassalle und Marx begannen seine Saat.
Und hunderte von Juden
Erschüttern nun den Staat!
Sieh! Während Deine besten Bürger,
Selbst die Gelehrten Deines Land's,
Die Träger Deiner Ämter
Durch ihrer Arbeit Beispiel,
Die weise Lehre der Vernunft
Und der Gesetze freundlich-strenge Ordnung
Den fürchterlichen Feind zu bänd'gen suchen,
Und selbst der Landeskirche priesterliche Diener
Ihn mit dem Kreuze heilig ernst beschwören,
Gebot dem frevlen Treiben dieses Volks
Noch niemals Einhalt ein — Rabbiner!

Die Juden, denen feierlich geboten:
„Nie sollt ihr einem andern Volke dienen,
Denn ihr sollt selbst bereinst die Kön'ge sein,
Und jaugen sollen euch der Fürsten Brüste,
Denn alle Schätze sollen euer sein". . . . .
Sie träufeln gerne jedem andern Volke
Ein schleichendes Verderben ein!

Sie sehen ruhig zu, wie auf dem Lande
In Wucherhand der Bauer fällt,
Wie aus dem Massenkampf der Städte
Der Notschrei der Verzweiflung gellt,
Des Handwerks Wohlstand untergraben
Sie ohne menschliches Gefühl,
Des Kaufmanns Fleiß, des Adels Ehre
Ist ihnen nur ein — Wechselspiel,
Das Recht vergiften sie, die Sitte
Mit ihrem tiefgeborknen Geist
Und reißen aus der Brust der Armen,
Was Glauben noch und Hoffnung heißt,
Und wenn das Volk dann in Verzweiflung
Das helle Beil des Aufruhrs schleift,
Dann fühlen sie, wie die Verheißung
Von ihrer Zeit zur Wahrheit reift!

Sie sind es, die die falsche Lehre
Der Gleichheit predigen überall,
Denn ist erst alles „gleich" geworden,
Und kam der letzte Thron zu Fall,
Verschwand, was ritterlich und edel
Und vornehm war auf dieser Welt,
Dann ist es einzig nur der Jude,
Der noch aufs — Auserwähltsein hält!
Dann aus der stumpfgewordnen Masse
Der Völker als die Herrenrasse
Tritt er die Weltenherrschaft an,
Wie Ihr im Alten Testament
An mancher Stelle lesen könnt!

Das von Künstlerhand entworfene Blatt hat großen Anklang in allen bürgerlichen Kreisen des Volkes gefunden und wird zweifellos bei seinem billigen Preis von 30 Pf. noch eine weit größere Verbreitung finden. Auch Prinz Friedrich August von Sachsen hat in einem Schreiben an Herrn Druckereibesitzer Glötz seinen Dank für das Blatt aussprechen lassen, das, wie die früheren „Politischen Bilderbogen", durch die Geschäftsstelle dieses Blattes direkt zu beziehen ist.

Von dem großen Krach in Wien, den wir in Nr. 507 ausführlich behandelten, entwirft in der „Wln. Abendpost" ein Zeitgenosse eine längere Schilderung, der wir nachstehendes entnehmen:

„Die großen Kapitalisten und Banken in Wien wußten sehr wohl, daß die zahlreichen kleinen, aber außerordentlich waghalsigen Spekulanten daran dachten, sich während der Weltausstellung nach und nach ihrer Börsenengagements und ihres Effektenbestandes zu entäußern, um sich dann, noch vor dem Hereinbrechen des großen Kraches als behäbige Rentiers prosit negotiis zurückzuziehen. Wäre ihnen dies gelungen, so wäre die Folge davon gewesen, daß bei dem endlichen Ausbruch des Kraches die ungeheure Mehrzahl fragwürdigster Werte sich in den Portefeuilles der großen Kapitalisten und Banken angehäuft hätte und diese die Kosten der Katastrophe zu tragen hätten. Kurzer Hand entschloß sich die haute finance, einer solchen Kalamität(!) vorzubeugen und die Kosten der Katastrophe so viel wie möglich auf die Schultern der kleinen Spekulanten zurückzuweisen. Es wurden mehrere Millionen à fond perdu gezeichnet und mittels derselben am 9. Mai 1873 der große Krach vorzeitig inszeniert.

Als an dem unheilvollen Tage zur Mittagszeit der große Börsensaal am Schottenring geöffnet wurde, postierten sich die Agenten der verschworenen haute finance sofort in allen Ecken des weiten Raumes, und nun begann unter einem Tohuwabohu, wie es wohl noch nie zuvor in einem Börsensaal gehört worden, eine wilde Treiberei à la baisse; die Aktien der bis dahin beliebtesten und gesuchtesten Banken wurden förmlich diminuendo ausgeboten. Die Aktien der Wechsler-Bank, die lange Zeit hindurch an der Wiener Börse stimmführend gewesen waren, wurden in weniger als fünf Minuten von 335 auf Null, d. h. auf völlige Wertlosigkeit herabgedrückt. Der große Krach mit allen seinen Schrecken war da!

Wer jemals zur Geschäftszeit eine größere Börse besucht hat, der wird doch nur einen leisen Vorgeschmack haben von den entsetzlichen Szenen, welche sich an diesem Tage in den großen Saal der Wiener Börse abspielten. Man wennte, kehrte, fluchte, tobte wie rasend, verfiel in Krämpfe und Ohnmachten. Von einem Geschäft war keine Rede mehr. Eine ganz besondere Wut richtete sich gegen den ersten Vertreter des Hauses Rothschild, den erst vor einigen Jahren hochbetagt verstorbenen Baron Goldschmidt. Dem alten Herrn wurde der Hut aufgetrieben und Püffe und Stöße prasselten wie Hagelwetter auf ihn nieder. . . .

Schon die Abendblätter brachten schauerliche Berichte über die Katastrophe; noch mehr die Morgenblätter vom 10. Mai, in denen sich ganze Listen von Selbstmorden, Wahnsinnsausbrüchen, Kriminalfällen usw. fanden. Wochenlang sprach man in Wien, ja in ganz Österreich-Ungarn, von nichts anderm als von dem großen Krach und seinen schrecklichen Folgen. . . .

Ein recht eigenartiges Nachspiel hatte der große Krach in den Liquidationen der zusammengestürzten Banken und sonstigen Aktiengesellschaften, wie in den zahlreichen Konkursverhandlungen. Da blühte der Weizen der Wiener Hof- und Gerichts-Advokaten, die es vortrefflich verstanden, die spärlichen Aktiva der Verkrachten für Gerichtskosten und die sogenannten „Expensen" draufgehen zu lassen, sodaß die Aktionäre und Gläubiger zumeist auch nicht einen Heller bekamen. So standen bei der schon genannten Wechslerbank einer Summe von einigen vierzig Mill. Gulden an Passiven nur Aktiva von etwa 700 000 Gulden gegenüber, die bis auf den letzten Kreuzer von den Gerichtskosten und den „Expensen" des Reichsratsabgeordneten und Hof- und Gerichtsadvokaten Professor Dr. Jacques absorbiert wurden. Thatsache ist es, daß sehr viele Wiener Advokaten erst reich wurden durch die Bestattung der Opfer, die der große Krach gefordert hatte."

Diese Ausführungen eines Blattes, das über den Verdacht des Antisemitismus erhaben ist, sprechen für sich selbst. Die kleine Verschleierung, die in der Behauptung liegt, daß die haute finance geschlossen den Krach veranstaltet habe, ist nicht von Belang. Sie wird durch die Erwähnung der Prügel, die der

Digitized by Google

„Baron" Goldschmidt als „erster Vertreter Rothschilds" erhielt, wieder wettgemacht. — Bedauerlich ist nur, daß unsre deutsche Presse so wenig Notiz genommen hat von jener vor einem Vierteljahrzehndert geschehenen gewaltigen Knebelung des deutschen Volkes durch die Juden. Nichts kann doch die unheimliche Thätigkeit der jüdischen Geldmächte besser zeichnen als eine derartige Erinnerung.

•

Arbeitermangel auf dem Lande. Durch die Berliner Blätter ging vor einigen Tagen die Kunde, daß in der Zeit vom 10. bis zum 24. April über tausend junge Leute im Alter von 15 bis 21 Jahren der Reichshauptstadt von außerhalb zugezogen seien und eben so viel unverheiratete Männer im Alter von mehr als 21 Jahren. An demselben Tage, als wir diese Bekanntmachung des Vereins zur Fürsorge Jugendlicher lasen, ging uns von befreundeter Seite die erste Beilage der Nr. 90 des „Rostocker Anzeiger" zu. Darin werden von ländlichen Besitzern, die sämtlich ihre Namen angeben, gesucht: acht Kutscher, zwei Gärtner, drei Schweizer, fünf Stellvolter, sechzig Knechte, neun Schafmeister und Schäfer, zwanzig Tagelöhner, drei Kuhfütterer, sechs Kuhhirten, zwei Schweinefütterer, sechs Pferdeknechte, vier Milchmädchen, vierzehn Hausmädchen, drei Dienstmädchen, drei Köchinnen, neunzehn Wirtschafterinnen, zwei Meierinnen und außerdem noch eine ganze Anzahl junger Mädchen als sogenannte Stützen mit und ohne Gehalt. — Damit ist aber die Liste der verlangten Arbeitskräfte noch nicht abgeschlossen. Ländliche Arbeitgeber wünschen weiter (immer unter Nennung ihres Namens) fünf Rademacher, fünf Stellmacher, acht Schmiede, zwei Schlosser, sieben Klempner, mehrere Dachdecker, vier Böttcher, drei Tischler, vier Sattler, verschiedene Schneider, zwei Schuhmacher, fünf Müller und einen Bäckergesellen. Und weiter: vier Barbier-, drei Maler- und einen Tapezierergehilfen, zwölf Kopfsteinpflästger und eine Anzahl Ziegeldecker. Man sieht, daß alle Gewerke vertreten sind. Aber selbst der hohe Lohn, selbst das Anerbieten, den Anfängern fünfzig Mark zur Kuh zu schenken, nützt nichts. Alles zieht in die Stadt und möglichst in die Großstadt, wo nach den Schilderungen der Judenpresse die gebratenen Tauben nur so in der Luft herumfliegen. In den dumpfen Werkstätten und Hinterhäusern der modernen Stadt quält der Arbeiter vom Lande sich heute lieber ab als in der frischen freien Luft. Wenn er dann durch das Überangebot an Arbeitskräften mehr als die Hälfte des Jahres ohne lohnenden Erwerb ist, wird der kleine Gewerbetreibende durch Anpumpen gebrandschatzt, die Miete nicht gezahlt, die Armenverwaltung und die Wohlthätigkeitsanstalten in Anspruch genommen, und ist eine Straße abgegrast, zieht man in die nächste oder in ein ganz entgegengesetztes Viertel. Jede Klage der Betrogenen ist nutzlos, da die Betrüger nur das Notwendigste besitzen und durch die „Genossen" und allzeit getreue Nachbarn schon darin unterrichtet werden, wie den „kapitalistischen Bourgeois" und den Gesetzen ein Schnippchen geschlagen wird. Es ist selbstverständlich, daß nicht alle Zugezogenen und nicht alle Arbeiter sich so benehmen. Es giebt auch viele, viele recht ehrenwerte Leute darunter, die sich schlecht und recht unter großen Mühsalen durchs Leben schlagen, und die sich sehr oft in ihr kleines Dörflein zurücksehnen. Man sehe sich aber einmal die vielen Tausenden an, die z. B. an der Peripherie Berlins wohnen und frage dort die beteiligten Grundbesitzer, Grünkram-, Milch-, Backwaren-, Kohlen- und Kolonialwarenhändler! Wenn es möglich wäre, die Summe zu ermitteln, die diesen Leuten durch solche Betrüger verloren geht, würden die guten und urteilslosen Anhänger des Freisinns und der Sozialdemokratie doch etwas über den Segen der Freizügigkeit nachdenken! ‡

Ausland.

Frankreich. Drumont ist in Algier mit einer erdrückenden Mehrheit gewählt worden. Er erhielt 11732 Stimmen, seine beiden Gegenkandidaten brachten es auf zusammen 4032 Stimmen. Als die Nachricht von Drumonts Sieg in Paris bekannt wurde, fanden vor der „Libre Parole" Kundgebungen gegen Zola und die Juden statt. Drumont tritt als erster ausgesprochener Antisemit in die französische Kammer ein. —

Am Balkon der Schriftleitung der „Libre Parole" ist in Riesenlettern die Inschrift „Nieder mit den Juden" angebracht. Der Pariser Polizeipräsident ließ durch den jüdischen Polizeikommissar Archer ihre Entfernung fordern. Die Schriftleitung erklärte aber, nur der Gewalt zu weichen und dann anzuklagen „Auf Befehl des Herrn Polizeipräsidenten: Es leben die Juden!" Auf dem Boulevard Montmartre ist heute noch zu lesen: A bas les Juifs!

Mosaik.

Vom liberalen Freisinn. Ein tschechischer und ein polnischer Turnverein haben bereitwilligst vom Berliner Magistrat mehrere städtische Turnhallen zur Benutzung überwiesen bekommen, während den deutschen Turnvereinen „Eiche" und „Amerikanischer Turnverein" dieselben Hallen verweigert wurden. Die vorwiegend aus den Geldern deutscher Steuerzahler unterhaltene Leitung der Reichshauptstadt scheut sich also nicht, die eingewanderten Tschechen und Polen den Deutschen vorzuziehen. Alle Achtung vor diesem Freisinn!

Herr v. Podbielski als Kaufmann. Der „General-Anzeiger" zu Frankfurt (Main) berichtet am 3. d. M.: „Im Besitzd des Hauptpostamts ist eine Verkaufsstelle für Briefpapier, Kuverts, Schreibmaterialien, Postkarten mit Ansicht usw. eingerichtet, die heute eröffnet worden ist. Der Verkaufskiosk, der sehr elegant eingerichtet ist, hat drei Schalter, die von einem pensionierten Beamten, dem der Verkauf übertragen ist, bedient werden." Das scheint uns denn doch etwas zu weit zu gehen. Die staatlichen Verkehrsanstalten sind nicht dazu da, den Bürgern Wettbewerb zu bereiten, sondern haben vielmehr dem Allgemeinwohl zu dienen. Wir erwarten dringend, daß sich obige Nachricht bald als ein Mißgriff der Frankfurter Ober-Postdirektion herausstellt. Denn schon jetzt beschuldigt die beteiligte Presse Herrn von Podbielski des unlauteren Wettbewerbes und was bei einer solchen Klage herauskommen kann, haben wir neulich beim Prozeß Wertheim gesehen!

Aus dem Nachlasse. Buchhändler: Hier sind Heyse's „Verse aus Italien". Oder befehlen Sie „Aus dem Nachlasse Mirza Schaffy's"? — Frau Getreidehändler Cohn: Aus dem Nachlasse? Wie heißt! Seit der letzten Hausse in Weizen kaufen wir nichts mehr aus zweiter Hand.

Majestätsbeleidigung in der Belenchtung der „Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus". In Siebenshausen bei Lehrte hat am 25. v. M. der Allg. Zistraut eine Versammlung abgehalten. Bei dem Kaiser-Hoch standen einige Sozialdemokraten absichtlich nicht mit auf. Dies wird von den „Mitteilungen" folgendermaßen geschildert: Sofort wurde ein Hoch auf den Kaiser ausgebracht, wobei sieben Personen das Maltheer passierte, daß sie sitzen blieben. — „Das Maltheer passierte", ist schön gesagt!

Die Kölnische „Wettersahne" berichtet kürzlich von dem Verscheiden des Bauern August Thürnagel in Fischbeck, eines Jugendgenossen des Fürsten Bismarck. In dem Bericht heißt es: „August Thürnagel war eben so alt wie Fürst Bismarck; er war der weitaus größte und reichste Bauer der Umgegend und hatte mit dem Fürsten Bismarck an demselben Strange gezogen, als ersterer noch Deichhauptmann in Schönhausen war. August Thürnagel war ein Mann der Selbsthilfe; über die Notlage der Landwirtschaft hat er nie geklagt". Da seht ihrs, Bauern! Es giebt keine Notlage der Landwirtschaft, weil August Thürnagel, der „weitaus größte und reichste Bauer der Umgegend", niemals darüber geklagt hat! — Ja, wer es nur richtig anzufassen versteht! So erzählt man sich sogar, daß der verstorbene Bleichröder, der weitaus größte und

Digitized by Google

reichste Bankier Berlins, niemals darüber geklagt haben soll, daß er nicht satt zu essen hätte. Sonderbar, höchst sonderbar!

Sozialdemokratisches. Die „Genossen" zu Stendal feierten den ersten Mai recht patriotisch. Nicht nur den Hohenfriedberger und Torgauer Marsch ließen sie sich von ihrer Musik vorspielen, sondern auch die Wacht am Rhein. Und beim Ausmarsche wurden ihnen zwei Fähnlein in den preußischen und deutschen Farben vorangetragen! —

Anders in Jena. Dort brachten die „Genossen" mit Weib und Kind und unter Begleitung der Stadtkapelle (!) vor dem Auseinandergehen auf dem städtischen Turnplatze ein Hoch auf die „revolutionäre, internationale Sozialdemokratie" aus. In Jena landdiert Herr Pfarrer Naumann. . . . —

Der Maurer Anton Leselolz zu Berlin, Liesenstraße 3, verfiel dem Verfolgungswahnsinn, weil er einen Ausstand nicht mitmachte und deshalb von den „Genossen" verhöhnt und mißhandelt wurde. Der Ausstand entstand aus geringfügigem Grunde. Drei Maurer entließ der Bauherr wegen ungenügenden Leistungen und sofort legten 27 „Genossen" die Arbeit nieder. —

Die „Genossen" im Bürgerausschuß zu Ladenburg bei Mannheim stimmten gegen den Forstbestand der dortigen Realschule und gegen eine Geldbewilligung zur Gründung einer Gewerbevereins-Bibliothek. Sehr wissensdurstig scheinen die Herren nicht zu sein. —

Religion ist Privatsache. In unsittiger, nicht wiederzugebender Weise beschimpfte und belästigte „Genosse" Eisendreher Adam Ewald zu Nedarau einen Kaplan, der sich mit den Sterbesakramenten auf dem Wege zu einem Schwerkranken befand. Der brüderliche „Genosse" muß dafür drei Monate brummen. —

Ausständige Maurer in Essen (Ruhr) belästigten ihre arbeitenden Kollegen, und als zu ihrem Schutze ein Polizeibeamter einschreiten mußte, lauerten acht „Genossen" diesem auf und schlugen ihn mit einem Pfahl nieder.

Die Zeit ist der Stoff, woraus das Leben gemacht ist, und in keinem Kaufladen finden wir neuen.

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. Nach der „Altenb. Ztg." ist am 8. d. M. auf Verlangen der Mitreisenden in Breitingen (Strecke Leipzig-Reichenbach) ein jüdischer Handelsmann aus dem Zuge ausgestoßen, „weil der Mann von Ungeziefer förmlich gestarrt hat". In den Eisenbahnzügen aus Rußland werden besondere Wagen für „russische Auswanderer" eingestellt. Diese Maßregel scheint auch anderswo nötig zu sein. —

Der erste Vorsitzende des Vereins „Rote Kreuz" zu Frankfurt (Main) ist Herr Dr. Emanuel Cahn, Rentenweg 61.

Durch herzogliche Entschließung vom 25. April d. J. ist dem Kaufmann Paul Moses zu Köthen (Anhalt) gestattet worden, sich künftig „Moser" zu nennen. —

Der preußische Kultusminister hat daran erinnert, daß ausländische Kultusbeamte bei jüdischen Gemeinden in Preußen nicht mehr bestätigt werden. Damit ist einer großen Anzahl von galizischen und russischen Rabbinern, Schächtern usw. ein sehr lukrativer Erwerb verschlossen. —

In Newyork hat sich eine jüdische Legion gebildet und zwar aus russischen Juden von Baron Hirschs Ackerbaukolonie in Newjersey. Jetzt wirds den Spaniern aber schlecht gehen! —

Die „Pädagogische Ztg.", herausgegeben vom Berliner Lehrerverein, erscheint im Verlage von W. & L. Loewenthal in Berlin!

CAFE MERKUR

Leipzig ✦ ✦ ✦ ✦
✦ ✦ An der Pleisse 8.

300 Zeitungen, Depeschen u. Kursberichte, Städte-Adressbücher v. Berlin, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Hamburg-Altona, Halle a. S., Paris, sowie Handels-Adressbücher aller grösseren Staaten liegen zur gefl. Benutzung aus.

Jeden Vormittag Bouillon und Pasteten.

Geöffnet bis morgens ½4 Uhr.

Hochachtungsvoll
W. Rühlemann.

Deutsche Schänke von Ad. Klemm
Leipzig, Poststraße 20
empfiehlt kräftigen Mittagstisch und gute Biere.

Bad Kissingen
Logierhaus Renner
jenseits der Saale
●● Gartner Straße 24 ●●
empfiehlt schön frei gelegene Wohnungen zu billigen Preisen.
Neu angelegter großer Garten.

Deutsche Bürger und Bauern
deckt euren Bedarf an Wein direkt beim Winzer, nicht beim jüdischen Schmierer und Pantscher!
Empfehle meine selbstgezogenen reinen Weine in Flaschen und im Faß zum billigsten Preise.
Proben umsonst.
Johann Schmitt-Fels,
Heddesheim b. Bingerbrück (Rhein)

Liefere ein Postfaß (9½ Pfund)
feine Leber-, Rot- und Sülzwurst
zu 7,50 M. franko.
H. Glauner, Fleischermstr.
Papenburg b. Leer (Ostfriesl.).
Ferner:
prima Hammelkeule u. Carrés
à Pfund 55 Pf.

Deutscher Krug.
Antisemiten-Kneipe, Chemnitz.
Lohgasse 3, Parterre und 1. Etage.
Ausschank:
Böhmisch, Lichtenhainer, Tucherschen Dunkel und Pilsner Bräu.
Speisen verabf. Stete Bedienung.
Hochachtungsvoll **Emil Krug.**

Wein-Groß-Handlung,
Import von Rum, Arrac, Cognac, Weinen.

Etiquette als Schutzmarke.

Von Flasche trägt diese

Berlin NW., Stendaler-Straße 1.
Fernsprecher: Amt Moabit 1376.
Gegründet 1877.
1897er u. 96er Rhein- u. Moselweine, p. Fl. ohne u. mit Etikett von 70 Pf. an.
1896er u. 97er Bordeaux-Weine von 1 M. an, feurige ital. u. span. Rot- u. Weißweine, sowie Südweine in Originalfässern.
Schmitz & Co.
Kleine Proben und Preisliste umsonst.

Weltruf
haben westf. Fleischwaaren
feinste westf. Schinken 1.00 ℳ p. Pfd.
„ „ Cervelatw. 1.20 „ „ „
„ „ Schinkenw. 1.20 „ „ „
„ „ Plockw. 1.15 „ „ „
„ „ Mettw. 0.95 „ „ „
(beste Räucherung).
Garantie Zurücknahme
J. Bartscher, Rietberg, Westf.

Kaufen Sie
Kohlen Planino.
wenn Sie sich noch nicht den Katalog von **August Roth, Hagen i. W.,** Königl. Hof-Pianofabrikant, gratis haben kommen lassen.

Billige, dichte
Dächer
sowie alles hier aus Anderpacher's Asphalt-Steinpappen
Muster etc. postfrei!
Anderpacher & Comp., Wien.

Stoffe zu Anzügen PALETOTS etc. versendet
Unerreicht billige Preise!
Beweis: Vergleich mit anderen Collectionen.
Reich haltige Musterversendung unberechnet und portofrei an Jedermann.
in TUCH, Buckskin, Kammgarn, CHEVIOT etc. Meter 2-15 Mark.
Auf Wunsch Lieferung aller erforderlichen Futterstoffe und Zuthaten.
Versand durchaus reell!
Beweis: ca. 5000 Anerkennungsschreiben aus dem Kundenkreise.
CHRISTIAN GÜNTHER Tuchversandgeschäft LEIPZIG-PLAGWITZ.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe in Berlin NW. 5, Kruppstr. 13 p.
Druck: G. Reusche, Leipzig.

Digitized by Google

Deutsch-Soziale Blätter.

Herausgegeben von Max Liebermann v. Sonnenberg.
Begründet von Theod. Fritsch.

Bezugs-Preis: vierteljährlich Mk. 1.50 bei den Postanstalten (Postzeitungsliste Nr. 1780) und Buchhandlungen. Einzel-Exemplar Pf. 2.

Anzeigen: die 4-gespaltene Petit-Zeile 25 Pfennige. Verlandbriefe: Königstraße Nr. 27, Leipzig.

XIII. Jahrgang. | Leipzig, 26. Mai 1898. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Juden-Frage. Otto Glagau. | Nr. 510.

Inhalt: Die Hypotheken-Verschleierung. — Was ist es mit der Judenfrage? — Staatliche Begünstigung der Großbetriebe. — Die wichtigsten Neuerungen der Reichsmilitär- u. Strafgerichtsordnung. II. — Der unglückliche Karl Paasch. — Suprema lex Itzigs voluntas. — Ausland. — Mosaik. — Parteinachrichten. — Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Um zu verhüten, daß die Vertreter der roten und goldenen Internationale in größerer Anzahl in den neuen Reichstag kommen, ist eine außerordentliche Agitation unserseits nötig.

Helfe jeder unsrer Freunde mit, die Wähler aufzuklären.

Ein 5 Kilo-Postpacket geeignete Aufklärungsschriften — **Flugblätter, Reden unsrer Abgeordneten, Broschüren** liefern wir für 5 Mark frei ins Haus.

Außer den Sammellisten empfehlen wir die Spritzenbücher der **„Freiwilligen Reichs-Feuerwehr“**, zur **Löschung der brennenden Judenfrage“**, zur gefälligen Benutzung. Dieselben sind gegen Erstattung der Selbstkosten (20 Pf. pro Stück, 10 Stück 1,50 Mark) von uns zu beziehen.

Mit den hübsch ausgestatteten Kuponbüchern (dreifarbig gedruckt), von den Herren Th. Fritsch und Liebermann v. Sonnenberg entworfen, werden Sie gute Erfolge für die „Kasse zur Anschaffung von Aufklärungsschriften für die Wahlen“ erzielen können.

Mit deutschem Gruße

Geschäftsstelle der „Deutsch-Sozialen Blätter“
Herm. Beyer, Leipzig, Königsstr. 27.

Die Hypotheken-Verschleierung

> Nur zwei Arten giebt es, mit dem Volke umzugehen, wenn man folgerecht und wirksam handeln will: **völlige Heimlichkeit** oder **völlige Offenheit**. Ihm gänzlich die Kenntnis der Angelegenheit zu verschließen, oder es in den Stand zu setzen, ein in jeder Hinsicht begründetes Urteil zu bilden; es als Kind zu behandeln, oder als vernünftigen Menschen: dies sind die beiden Pläne, zwischen welchen man zu wählen hat.
>
> Jeremy Bentham.

Schon im Anfang unserer Jahrhunderts sagte Staatsminister v. Stein in einer Verordnung, „daß es für die allgemeine Übersicht des Nationalvermögens und Wohlstandes nötig werde, alljährlich bestimmt zu erfahren, wie viel gerichtlich konsentierte Schulden auf ländliche Grundstücke eines jeden Bezirks, auf den adligen Gütern und auf den Grundstücken einer jeden Stadt eingetragen sind, und daß zu diesem Zwecke zunächst die sämtlichen am 1. November 1805 eingetragenen Schulden aufgerechnet und bezirksweise nachgewiesen, für die späteren Jahre aber die Vermehrung oder Verminderung der Schulden notiert, bei den Obergerichten zur Hauptnachweisung angesammelt und diese dem statistischen Bureau zur weiteren Bearbeitung zugefertigt werden sollten.“

Diese wichtige Verordnung des großen Staatsmannes von Stein fand aber leider keine weitere Durchführung, und erst hauptsächlich auf Anregung seitens der Steuer- und Wirtschaftsreformer wurde von 1886 an in Preußen eine Hypothekenstatistik aufgenommen. Aber diese ist eine verschleierte, denn die weltbeherrschende Geldverleiherpartei muß ein lebhaftes Interesse dabei haben, es den ausgebeuteten Völkern möglichst wenig zum Bewußtsein kommen zu lassen, wie ungeheuerlich solches geschieht.

Die bestehende preußische Hypothekenstatistik hat den Fehler, die Verschuldungssummen, die auf den Grundstücken ruhen, gar nicht anzugeben, sondern nur den jährlichen Hypothekenzugang und Abgang. Sie trennt ferner nicht richtig, und zwar auf eine Irrtum erregende Weise, ländliche und städtische Hypotheken. Es ist nämlich angeordnet und zugleich in das persönliche Ermessen der einzelnen Hypothekenbuchführer gestellt, alle die Dörfer, in denen der Grundstückswert durch andre Beziehungen als den Betrieb der Landwirtschaft bedingt wird, insbesondere Bade-, Kur-, Vergnügungs-, Fabrik-Orte, vorstädtische Ortschaften usw. nicht den ländlichen Bezirken, sondern den städtischen Bezirken in hypothekarischer Beziehung zuzurechnen. In welcher Anordnung solches geschehen ist, weiß kein Mensch! Nichtsdestoweniger hört man in agrarischen Versammlungen häufig diese Zahlen als ländliche Verschuldungszahlen erwähnen, während aus dem eben Angeführten zu ersehen ist, daß sie thatsächlich weit größer sein müssen! Will der Wucherer einem Grundbesitzer ausbeuten, so ist es für jenen am vorteilhaftesten, wenn dieser sich in einem geistig gedrückten Zustande befindet, so daß er gar nicht mehr recht weiß, wie seine Vermögensverhältnisse eigentlich sind.

Ein ähnliches Spiel treibt das internationale Geldherrentum mit der deutschen Nation! Der hypothekarische Zustand, in dem sich das tief verschuldete deutsche Volk befindet, kann aus der preußischen Statistik nicht genügend ermittelt werden. Um solches annähernd zu bewerkstelligen, müssen die Hypothekenaufnahmen zweier andrer deutscher Staaten als Handhabe dienen, die es gewagt haben, ihre Hypothekenverschuldungssumme anzugeben. Es sind dieses das Königreich Sachsen und das Herzogtum Braunschweig. Berechnet man zunächst nach der preußischen Statistik die Hypotheken-Mehreintragungen für das ganze deutsche Reich, so kommt folgende Zahlenreihe zum Vorschein:

1886—1887	1887—1888	1888—1889	1889—1890
878	1013	1308	1539 Mill. Mark
1890—1891	1891—1892	1892—1893	1893—1894
1340	1495	1484	1415 Mill. Mark.

Da die Mehreintragung im ganzen eine steigende ist, so darf angenommen werden, daß jetzt dem deutschen Volke jährlich rund tausendfünfhundert Millionen Mark Hypothekschulden den bereits vorhandenen zugefügt werden. Rechnet man nun dreihundert Arbeitstage im Jahre, und täglich zehn Arbeitsstunden, also dreitausend Arbeitsstunden für das Jahr, so wird das fleißige deutsche Volk nach jeder vollbrachten Arbeitsstunde mit einer halben Million Hypothekschulden mehrbehaftet. Eine höchst erfreuliche Erscheinung für das internationale Zinsherrentum!

Digitized by Google

Die Hauptsache aber bleibt es, zu ermitteln, wie tief die deutsche Nation bereits in diesen Hypothekensumpf hineingesunken und hineingeritten worden ist.

Da das Königreich Sachsen wegen seiner großartigen Industrietätigkeit wohl verhältnismäßig mehr Hypotheken haben wird, wie andre Teile Deutschlands, so möge bei dieser Ermittelung die Statistik des Herzogtums Braunschweig die Handhabe darbieten. In Millionen Mark hat dasselbe nachstehendes fröhliches Wachstum seiner Hypotheken aufzuweisen:

Summe der ingrossierten Hypothekenkapitale.						
1856	1860	1865	1870	1874	1894	1896
88	95	112	134	181	425	453

Das Herzogtum Braunschweig ist etwa $^1/_{146}$ vom Deutschen Reich. Demzufolge würde letzteres ungefähr 60 Milliarden ingrossierte Hypothekenschulden haben. Berücksichtigt man nun, daß diese Hypotheken verhältnismäßig hoch verzinst werden, in einem Goldwährungsgelde mit steigender Kaufkraft; also zur Erschwingung der Zinsen fortwährend mehr Arbeit und Anstrengungen erforderlich sind, selbst wenn die Zinsen immer dieselbe Geldsumme ausmachten und nicht lawinenartig anschwöllen und wüchsen, so kann eine Anschauung darüber gewonnen werden, in welchem bedauerlichen Grade die fleißige, sparsame und tapfere deutsche Nation in Zinssklaverei versinkt ist und steigend immer mehr versinkt wird, und wie der jetzige volkswirtschaftliche Zustand geradezu bodenlos genannt werden muß! Die öffentliche Presse, deren Pflege und Schuldigkeit es doch wäre, diese bedeutlichen Zustände zu besprechen, ist mit wenigen Ausnahmen zu sehr unter der Fuchtel des Geldbeutelthums, um den Mut zu besitzen, solches zu thun. Sie schweigt sich über diese Sache aus, und leitet pfiffig die Masse der Zeitungsleser auf politische Nebenfragen, auf ganz untergeordnete Dinge, um sie überhaupt ja nicht auf die Entschuldungsfrage kommen zu lassen! In agrarischen Kreisen scheint vielfach das Vorurteil zu herrschen: Die Zeit ist noch nicht gekommen, die Entschuldungsfrage in Angriff zu nehmen! Die umstürzlerischen Sozialdemokraten aber sehen mit Vergnügen auf diese Zustände, die mit mathematischer Sicherheit zum erhofften allgemeinen Kladderadatsch führen müssen. Es ist zutreffend, was Rickert von Rosengaf in einer agrarischen Broschüre schon vor achtzehn Jahren sagte: „Zur Zeit ist, mit nur verschwindenden Ausnahmen, der gesamte Stand der Landwirte ein unfreier, nicht in dem Sinne der Leibeigenschaft von damals, sondern in einen viel schlimmeren, der Stand ist in die Knechtschaft des mobilen Kapitals, der goldenen Internationale, gekommen; es ist dies das Schlimmste, was ihm je passieren konnte, und dieser Umstand allein ist die Quelle alles Übels."

Einen eigentümlichen Eindruck macht es, zu sehen, wie die jetzigen Agrarier in großen Versammlungen über sogenannte große und kleine Mittel eifrig reden, um die todkranke vaterländische Landwirtschaft wieder zu heben, wie aber die Entschuldungsfrage gar nicht auf die Tagesordnung gesetzt wird; und doch, würden alle diese sogenannten großen und kleinen Mittel durchgeführt, so träte zunächst allerdings eine Werterhöhung des Grundes und Bodens ein. Unter unsrer jetzigen kapitalistischen Gesetzgebung muß aber jede Werterhöhung des Grundes und Bodens schließlich zu vermehrter Hypothekenbelastung führen, mithin kann die Durchführung der auf die Tagesordnungen agrarischer Versammlungen gesetzten bekannten Mittel nur dann dem Landmanne dauernd zu gute kommen und nicht zum Vorteil des Zinsherrentums später ausschlagen, wenn das allergrößte Mittel zur Gesundung vaterländischer Landwirtschaft durchgesetzt wird: **Entschuldung mit dem Endziel: Unbeleihbarkeit der vaterländischen Erde.**

J. Baring (Ersteher).

Was ist es mit der Judenfrage?*)

Ihr alle habt schon von dem Streit um die Juden gehört. Leiden kann sie kein deutscher Mann. Dennoch streiten sich die Leute um sie, die einen sagen, alles Unheil kommt von den Juden, andre sagen, was gehts uns an, in unsrer Gegend giebt es keine Juden, und die dritten meinen, was können uns die 600 000 Juden, die in Deutschland leben, groß anhaben, sind wir doch unser über 50 Millionen Deutsche. Nun laßt uns zusehen, wie es damit steht. Wie viel Juden 1895 in Deutschland gezählt wurden, ist noch nicht bekannt. 1890 waren es 567 844. Das ist keine große Zahl, aber die Sache bekommt ein andres Gesicht, wenn man bedenkt, daß davon 1895 allein in Berlin 86 000, in Hamburg 18 000 und ähnlich in allen Großstädten, in Breslau, Posen, Frankfurt a. M., Köln, München ganz gewaltige Mengen wohnten, während die Juden auf dem flachen Lande meist sehr selten sind.

Die Juden drängen sich überall in den großen Städten zusammen. Von den Großstädten hängt heute jedermann, Bürger und Bauer im ganzen Lande ab, in den Großstädten sind die Großwarenhändler und Versandtgeschäfte, die den kleinen Kaufmann tot machen, in den Großstädten wurden an den Börsen die niedrigen Preise für das Getreide gemacht, die den Landmann zu Grunde richteten (jetzt ist das durchs Börsengesetz besser geworden), in den Großstädten werden die großen Zeitungen geschrieben, die von der ganzen Provinzialpresse nachgedruckt werden, so daß ihre Aufsätze bis in die entfernteste Hütte im ganzen Lande dringen, und bei alledem haben die Großstadt-Juden ihre Hand im Spiele, das lehrt die Berufsstatistik.

Wie sich die Juden ganz ungleich im Lande verteilen, so beteiligen sie sich auch an den verschiedenen Berufsarten ganz ungleich. In der Landwirtschaft waren 1895 nur 3371 Juden beschäftigt, während es nach der Bevölkerungszahl 95 000 hätten sein müssen. Die harte Laudarbeit gefällt ihnen also nicht! Aber unter den Selbständigen im Handelsgewerbe gab's 76 471 Juden (statt 6646!). Die Zahl ist um so merkwürdiger, als es im ganzen überhaupt nur 245 000 erwerbsthätige Juden gab. Von ihnen wirft sich also fast der dritte Teil auf den Handel. Im Staatsdienst und der Rechtspflege waren 1900 (statt 459), als Schriftsteller und besonders als Zeitungsschreiber 412 (statt 63) thätig. Das gilt für das Reich als ganzes. Noch schlimmer sieht es aus, wenn wir uns die großen Städte genauer ansehen. In Berlin waren unter 33 000 selbständigen männlichen Kaufleuten 7747 Juden, also fast der vierte Mann ein Jude. Im Waren- und Produktenhandel gar unter 18 000 Selbständigen 4758 Juden; im Geld- und Kredithandel unter 780 Selbständigen 431 Juden, mehr als die Hälfte; in der Handelsvermittelung 1952 Juden unter 4900; in Staatsdienst und Rechtspflege 497 Juden unter 2750; in der Gesundheitspflege 850 unter 2239; unter den Journalisten 178 unter 1035. So sieht es in allen Großstädten aus. Nun wißt Ihr, wer da die Kaufmannschaft vertritt, wer die Zeitungen schreibt, wer die Preise bestimmt, wie's um die Rechtspflege steht.

Das Bestreben der Juden geht dahin, den sogenannten gebildeten und bestehenden Mittelstand deutschen Stammes durch einen solchen jüdischen Stammes zu ersetzen. Es wird darüber geklagt, daß es heutzutage dem Arbeiter kaum noch möglich sei, in diesen Stand sich hineinzuarbeiten. Das ist schlimm. Wenn wir aber erst den gebildeten Mittelstand jüdischen Blutes haben werden, dann ist es noch schlimmer, denn der wird keine Deutschen mehr in seiner Mitte dulden, und wie sich der Arbeiter auch mühen möge, ein Jude kann er niemals werden, wirds auch nicht werden wollen! Das deutsche Volk braucht eine deutsche Verwaltung, deutsche Rechtsprechung, deutsche Lehrer, ehrliche deutsche Kaufleute, und die lassen sich aus jüdischem Holze nicht schnitzen!

*) Dieser Artikel ist auch in Flugblattform erschienen. Wegen des Bezuges setze man sich mit dem Verlage von W. Giese, Berlin W., Kurfürstenstr. 44, in Verbindung.

Digitized by Google

Wie grundverschieden die Juden von uns Deutschen sind, das lehrt ein Blick auf die Kriminalstatistik. Die Juden werden wegen Verletzung der Wehrpflicht und wegen falscher Anschuldigung verhältnismäßig mehr als doppelt so oft bestraft wie die Deutschen. Sie werden wegen Zuwiderhandlung gegen die Arbeiterschutzgesetze mehr als achtmal so oft; wegen Münzvergehens fast dreimal so oft; wegen Erpressung mehr als zweimal; wegen gewerbs- oder gewohnheitsmäßiger Hehlerei mehr als fünfmal; wegen Hehlerei im wiederholten Rückfalle, wegen Betruges und wegen Meineides mehr als zweimal; wegen Verleitung zum Meineide fast dreimal; wegen Verfälschung von Nahrungs- und Genußmitteln fast zweimal; wegen betrügerischen Bankerotts einmal; wegen einfachen Bankerotts zwanzigmal; wegen Verbrechen und Vergehen in Bezug auf ein Konkursverfahren fünfmal; wegen Wuchers neunzehnmal; wegen Verletzung von Absperrungsmaßregeln bei Viehseuchen zweimal; wegen Herstellung und Feilhaltens gesundheitsschädlicher Nahrungsmittel einmal; wegen Bestechung dreiundzwanzigmal so oft verurteilt wie Deutsche. Diese Angaben beziehen sich auf die Kriminalität der Jahre 1882 bis 89. Es ist aber kein Grund vorhanden, anzunehmen, daß sich das Verhältnis inzwischen geändert haben sollte.

Die Juden sagen, sie kämen zu den meisten von diesen Verbrechen nur dadurch, daß sie Kaufleute seien. Auch die übrigen Kaufleute seien daran meistens stärker beteiligt als die Bevölkerung im ganzen. Es ist ihnen aber vorgerechnet worden, daß sie trotz alledem immer noch stärker beteiligt sind, als ihrer Beteiligung am Handel entspricht. Der Mohr läßt sich nun einmal nicht weiß waschen. Ja, diese Zahlen würden noch viel schlimmer aussehen, wenn die Juden nicht so gerieben wären und deshalb viel häufiger freigesprochen würden als die Deutschen. Auch das ist statistisch erwiesen.

Aber die trockenen Zahlen lassen das eigentliche Wesen des Judentums noch nicht erkennen, das kann die Statistik nicht erfassen, da muß jeder die Augen aufmachen und selbst genau hinsehen. Dann wird er erkennen, daß das jüdische Geschäftswesen noch seine ganz besondere Eigentümlichkeit hat, die in einem schranken- und rücksichtslosen Bereicherungstriebe besteht. Verdienen will der deutsche Geschäftsmann ja auch, das muß er, um mit Frau und Kind bestehen zu können, aber er nimmt dabei Rücksicht auf Recht und Billigkeit. Anders der Jude. Auf dem Lande kennt man ihn als Wucherer und Güterschlächter, der es darauf anlegt, den Bauern in Schulden zu verstricken, in den Städten treibt er es mit dem Handwerker ebenso. Wer das nicht glauben will, der lese die folgenden Sätze aus einem jüngst ergangenen Erkenntnis des Schöffengerichtes zu Neumark in Westpreußen: „Daggegen haben an dem Gebahren des Markus nicht nur der Verkäufer und die drei Enten handelnden Frauen, sondern auch noch andere Marktbesucher Ärgernis genommen, und dies umsomehr, als besonders unter den jüdischen Händlern in Neumark die Unsitte überhand nimmt, den mit ihren Erzeugnissen den Markt besuchenden Landleuten ihre Waren ohne weiteres vom Wagen und nach Hause zu nehmen. Die Verkäufer sind dann gezwungen, alles andere im Stiche zu lassen und zu folgen. Dort — meist im Laden — angekommen, erhalten sie in seltenen Fällen Geld und auch dann nur einen sehr niedrigen Preis; meist werden ihnen aber geringwertige Waren in einer Art und Menge aufgeschwatzt, wie sie dieselben z. Zt weder gebrauchen noch bezahlen können. Anstatt auf dem Markte Geld zu lösen, haben sie sich dann in unnötige, drückende Schulden gestürzt . . .“

In den Großstädten sind es hauptsächlich Juden, die den Kleinhandel durch Großwarenhäuser, Ramsch- und Schleudergeschäfte, durch das Filialensystem und den Ausverkaufsschwindel zu Grunde richten und unseren deutschen Kaufmannsstand durch Untergrabung seiner soliden Grundsätze entehren.

Auch in den wissenschaftlichen Berufen ist der Jude Geschäftsmann, unsere Ärzte klagen, daß roh geschäftliche Grundsätze und Streberei von Juden in den ärztlichen Stand hineingetragen werden, in unsere Rechtsprechung bringen neben den verderblichen römischen jetzt durch jüdische Richter und mehr noch durch die überhandnehmenden jüdischen Rechtsanwälte spitzfindige talmudische Grundsätze ein, die dem deutschen Volksgeist fremd und widerlich sind.

In der Politik drängt sich der Jude hauptsächlich durch die jüdisch geleiteten Zeitungen vor; auch auf die Fachzeitschriften wirft er sich. Unsern von Haus aus gesunden und berechtigten Liberalismus hat er bereits auf falsche Bahnen gebracht und zu Grunde gerichtet. Am stärksten sind die jüdischen Politiker jetzt in der revolutionären Sozialdemokratie vertreten. Auch dort schieben sie den eigentlichen Parteizielen Dinge unter, mit denen die Sozialdemokratie nichts zu thun hat. So sehen wir diese denn jetzt als Verfechterin der Börse und des Großkapitals. Natürlich wird auch diese Partei an der Verleugnung ihrer wahren Grundsätze, d. h. an dem jüdischen Einflusse zu Grunde gehen, wie vor ihr der Liberalismus.

Auf ihren Geld- und Zeitungseinfluß gestützt, nehmen sich die Juden bereits die gröbsten Freiheiten heraus. Dafür nur ein Beispiel: Weil die Berührung mit jüdischen Kindern für das Gemüt eines deutschen Kindes und besonders deutscher Mädchen unendlich verderblich ist, giebt es in Berlin eine Anzahl von Mädchenschulen, die jüdische Schülerinnen zurückweisen. Als das jüngst zur Sprache kam und festgestellt wurde, daß auch eine Staatsanstalt Jüdinnen zurückgewiesen hätte, verstiegen sich die Judenzeitungen dazu, zu fordern, daß den Leitern von Privatschulen bei der Konzessions-Erteilung die Aufnahme von Jüdinnen zur Pflicht gemacht werden sollte, und zu behaupten, daß die Zurückweisung von Jüdinnen durch eine Staatsanstalt eine Verfassungsverletzung sei!! So entstellt der Jude den Sinn der Gleichberechtigung, so furcht er sich in alle Kreise einzudrängen, so sucht er die berechtigte Abwehr des deutschen Volkes dahin zu legen.

Leiden mögt Ihr die Juden alle nicht, wem wäre nicht schon der Jude im geschäftlichen und gesellschaftlichen Verkehr lästig geworden? Aber bei seiner schon oben gekennzeichneten Zudringlichkeit ist es unmöglich, ihn auf die Dauer abzuwehren, so lange man ihn überhaupt im Lande duldet und gesetzlich als einen Menschen, wie wir es sind, anerkennt. Das ist er eben nicht! Er hat nicht unser Ehrgefühl, nicht unser Gerechtigkeitsgefühl, nicht unsere sittlichen Ansichten, nicht unsre Redlichkeit im Handel und Wandel, und er hat überall das freche Bestreben, uns seine jüdische Art aufzudrängen! Die Rabbiner-Zeitungen nennen das in ihrer Sprechweise „die Mission des Judentums“. Wir danken dafür!

Im Grunde giebt es nur ein ganz zuverlässiges Mittel gegen den Juden: Verfit ihn hinaus!

Aber alle alten Parteien wegen sich an diese Aufgabe nicht heran, sie sagen, das sei eine Unmöglichkeit, man könne ja gar nicht angeben, wer denn eigentlich Jude sei, und was dergleichen Ausflüchte mehr sind. Ja, sie leugnen wohl gar, daß es eine Judenfrage gebe, oder treten vollends für die Juden in die Schranken, wie z. B. die Sozialdemokratie und die Freisinnigen. Die Nationalliberalen pendeln natürlich nach ihrer Gewohnheit auch hier hin und her. Vor den Wahlen gebärden sie sich wohl antisemitisch, aber nach den Wahlen sind sie wieder Judenschützer. Die Konservativen machen es trotz ihres Tivoli-Programms nicht besser. Nur eine Partei bleibt sich in dieser Beziehung, wie auch in allen andern Dingen, stets treu, die deutschsoziale Reformpartei, die sich deshalb auch des uneingeschränkten Hasses der gesamten Judenschaft und der gesamten jüdischen Presse erfreut. Daran könnt Ihr sehen, daß sie es ehrlich mit dem deutschen Volke meint. Das deutsche Volk und das Judentum können nebeneinander nicht bestehen.

Was das Judentum für einen Einfluß hat, das haben wir Euch oben in Zahlen gezeigt. Die Feindschaft der Juden ist schwerer zu tragen als die der Regierung und aller alten Parteien. Dennoch fürchtet sich die deutschsoziale Reformpartei nicht vor dem Groll des Judentums, sie fordert, daß die Juden als „ausnahmsloses Volk“ auch ausnahmslos behandelt werden, d. h. wieder unter Ausnahmegesetze gestellt werden sollen, wie es zur Zeit unserer Vorältern der Fall war. Vom ganzen politischen Leben, von allen Stellen in der Rechtspflege und

Digitized by Google

Verwaltung usw. sollen sie ausgeschlossen werden, damit nicht ein fremder Geist herrsche in Deutschland. Wenn das den Juden nicht gefällt, so werden sie sich hoffentlich ein gastlicheres Land für „ihre Mission" suchen, sie sind ans Wandern ja von Alters her gewöhnt.

Das alles zu erkämpfen wird bei der großen Macht, die die Juden schon haben, nicht leicht sein. Aber die Antisemiten sind eine Kampfpartei und werden das auch im kommenden Reichstage zum Heile des deutschen Volkes und seines schwer bedrückten Mittelstandes allen Mächten gegenüber bewähren, möge es sich dabei um die alten Parteien oder um das Judentum oder, wenn es sein muß, um die Regierung handeln. Die Antisemiten wissen, was unserm Volke not thut, und sind entschlossen, die Abhilfe um jeden Preis zu erkämpfen.

Darum wähle man überall die Kandidaten der deutschsozialen Reformpartei!

Staatliche Begünstigung der Großbetriebe.

Auf allen Gebieten des gewerblichen Lebens beginnen die Großbetriebe die kleinen zurückzudrängen und zu unterdrücken. Es vermindert sich insolgedessen überall die Zahl der selbstständigen Gewerbetreibenden, die Zahl der Abhängigen dagegen, der Lohnarbeiter, wächst. Damit schwinden die Kräfte der staatserhaltenden Elemente, während das Rekrutenmaterial für die große Umsturzarmee ins Riesige anschwillt. Die Sozialdemokraten begrüßen diese Entwicklung natürlich mit Freude, die bürgerliche Demokratie, die süddeutsche unter dem Heckerhut sowohl wie die norddeutsche in Waffeisttiefel und Wadenstrumpf, hat nur das gewöhnliche Achselzucken dafür. Diese sogenannten Volksparteien sind ja eng mit dem Großkapitalistentum verbunden, das aus diesem Anwachsen der Großbetriebe zunächst Vorteil zieht, sie sind aber anderseits auch abhängig von der Unterstützung der sozialdemokratischen Massen bei den Wahlen und dürfen deshalb nichts gegen die Interessen dieser Umsturzpartei unternehmen. Das zeigt sich bei jeder Gelegenheit, wo es gilt, für die bedrohte Selbständigkeit der Handwerker und der Kleingewerbetreibenden einzutreten, so noch jüngst bei der Verhandlung über die Möglichkeit gesetzlichen Eingreifens gegen das Überwuchern der Groß- und Ramschbazare, deren jeder einzelne vielen Hunderte selbständiger Kleingewerbetreibende zu Grunde richten muß. Daß die im schirmenden Schatten des sozialdemokratischen Gisthanmes zusammengerotteten Männer von Links nichts von solchen Eingriffen wissen wollen, ist, wie gesagt, ganz natürlich; wunderbar bleibt die kühle abwartende Haltung der Staatsregierung in dieser Frage, noch wunderbarer, daß die Reichsregierung auf anderm Gebiete die Entwickelung von Riesenbetrieben auf Kosten der kleinen sogar geradezu fördert. Wir haben dabei das Mühlengewerbe im Auge.

In den zwanzig Jahren von 1875 bis 1895 ist die Zahl der größeren Mühlen in Preußen von 495 auf 1227 gestiegen, die Anzahl der selbständigen Müller aber ist zurückgegangen von 57 228 auf 30 635, also beinahe um die Hälfte. Das ist ein Verlust von nahezu 27 000 Angehörigen des staatserhaltenden Mittelstandes, der noch größer wird, wenn man berücksichtigt, daß auch die abhängigen Arbeiter und Gehilfen den Lehren der Umsturzapostel desto leichter zugänglich werden, in je größerer Zahl sie in einem Betriebe vereimigt sind. Als im Jahre 1875 bei 57 228 selbständigen Müllern nur 62 335 abhängige beschäftigt waren, haben die Feinde unsrer heutigen Staatsordnung auch unter diesen Abhängigen sicher ein ungleich weniger dankbares Agitationsfeld gehabt als im Jahre 1895, wo ihrer 73 481 auf 30 000 selbständige Müller entfielen. Wo ein Meister nur einen, zwei oder drei Gehilfen beschäftigt, steht er ihnen näher, da ist weniger Spielraum für die sozialdemokratischen Volksverheyer als in Betrieben mit hundert oder mehren Hundert Abhängigen. Gerade diese Betriebe sind aber in den letzten Jahren besonders stark gewachsen. Die Zahl dieser ganz großen Mühlen, die zwischen 51 und 200 Arbeiten beschäftigen, hat sich in Preußen von 1882 bis 1895 mehr als verdoppelt (von 21 zu 44). Soweit diese in sozialpolitischer Hinsicht beklagenswerte Entwickelung hier, wie in andern Gewerben, auf natürlichen Ursachen, auf den Fortschritten der modernen Technik und dem Eingreifen des Großkapitals beruht, läßt sich nicht viel dagegen machen; höchstens könnte man ihr durch stärkere Staffelung der Gewerbesteuer entgegenarbeiten. Bedauerlich und unbegreiflich aber ist es, wenn das Anwachsen der Großbetriebe auf Kosten der kleinen und auf Kosten der einheimischen Landwirtschaft noch geradezu durch Staatsbeihilfen gefördert wird. Dieses geschieht leider auf die verschiedenste Art und Weise, zunächst durch die falsche Handhabung der Prämienzahlung bei der Mehlausfuhr. Bei der Ausfuhr von Roggenmehl wird für 65 Kilogramm der Zoll für hundert Kilogramm Roggen zurückerstattet. Nun zogen aber die Exportmühlen 85 bis 90 v. H. Mehl aus dem vermahlenen Getreide und erhielten also um ein Drittel mehr am Zoll vergütet, als sie bezahlt hatten. Auch nach Einführung der sogenannten Mehltypen (Mustern, die den Zollbehörden zur Prüfung der Ausfuhrmehle dienen sollen), ist die Mißwirtschaft auf diesem Gebiete, wie der „Deutsche Müller" schreibt, nicht kleiner geworden. Dieses Fachblatt behauptet, daß Mehle, aus denen nach Vorschrift wirklich 35 v. H. Kleie (bei Weizen 25 v. H.) herausgezogen sind, niemals so ausfehen können wie die als Muster bei den Zollbehörden liegenden Mehltypen. Diese sind nach Farbe und Zusammensetzung lediglich Schwarzmehle, also Nebenprodukte und Abfall-Stoffe. In der Sitzung der Ostpreußischen Landwirtschaftskammer erklärte Graf Klinkowström, daß er der Zollbehörde Mehl vorgelegt habe, das zu 85 v. H. gezogen sein sollte, und daß dieses von den Beamten anstandslos als besser wie ihre Mehltype bezeichnet worden sei, die doch nur 65prozentig sein soll. Es muß nun auch jedem Laien ohne weiteres klar sein, eine wie große Vergünstigung für die Exportmühlen darin liegt, wenn sie für 65 Doppelzentner Mehl bei der Ausfuhr die Erlaubnis zur zollreien Einfuhr von 100 Doppelzentnern erhalten, aus denen sie wieder 85 Doppelzentner Exportmehl herstellen. Es liegt hierin auch ein Antrieb zu stets vermehrter Einfuhr ausländischen Korns.

Ebenso wirken die Zollfreude und Transitlager, um deren Beseitigung noch kürzlich wieder der mittelrheinische Zweigverband deutscher Müller beim Bundesrat vorstellig zu werden beschlossen hat. Landwirte und Kleinmüller haben an der Beseitigung dieser staatlichen Bevorzugung, die nur einigen wenigen Großmühlen zu gute kommt, ein gemeinsames Interesse. Die Zollkreditgewähr bedeutet im Grunde nichts anders, als daß der Staat den ohnehin beim Mehlexport begünstigten Großmüllern auch noch eine Prämie für die Bearbeitung ausländischen Getreides zahlt, indem er ihnen den ein Viertel bis ein Drittel des Kaufpreises betragenden Zoll lange Zeit stundet. Dadurch schädigt er sowohl die deutschen Getreidebauer als auch die Kleinmüller, denen der Wettbewerb mit den so begünstigten Großmühlen erschwert wird; denn unsern Kleinmüllern schießt keine Staatskasse ein Drittel des Kaufpreises zinsfrei vor, wenn sie Einkäufe in deutschem Getreide machen. Anstatt auf diese Weise unter gleichzeitiger schwerer Schädigung der deutschen Landwirte den Untergang des Kleinmühlengewerbes zu fördern, sollte man lieber alles anstieten, um diese Angehörigen deutschen Mittelstandes in ihrer Existenz zu sichern. Zu diesem Zwecke scheint uns die auf der Generalversammlung des mittelrheinischen Zweigverbandes deutscher Müller zu Darmstadt geforderte „Kontingentierung der Mühlenproduktion" erforderlich zu sein.

Die wichtigsten Neuerungen der Reichsmilitär-Strafgerichtsordnung.

II.

Bei den Vorschriften über das Verfahren lehnt sich der Entwurf im wesentlichen an die bürgerliche Strafprozeßordnung an.

Sobald der zuständige Gerichtsherr durch eine Anzeige oder

Digitized by Google

auf anderm Wege von dem Verdachte einer militärgerichtlich zu verfolgenden strafbaren Handlung Kenntnis erhalten hat, soll er zunächst in einem sogenannten Ermittlungsverfahren durch einen Gerichtsoffizier oder einen Kriegsgerichtsrat den Sachverhalt erforschen lassen. In Bezug auf dieses Verfahren sowie auf einzelne Untersuchungsmaßregeln, z. B. in Bezug auf die Vernehmung und die Verhaftung des Beschuldigten, auf Zeugenvernehmungen, auf Beschlagnahmen und Durchsuchungen, bringt der Entwurf sehr ausführliche Vorschriften.

Nach Abschluß des Ermittlungsverfahrens soll keinesfalls noch eine gerichtliche Voruntersuchung stattfinden, wie das nach der bürgerlichen Strafprozeßordnung bei den zur Zuständigkeit der höheren Gerichte gehörigen Sachen teils geschehen kann, teils sogar geschehen muß, sondern auf das Ermittlungsverfahren soll, falls gegen den Beschuldigten hinreichender Verdacht einer strafbaren und militärgerichtlich verfolgbaren Handlung vorliegt, die — dem jetzigen Militär-Strafverfahren unbekannte — Erhebung der Anklage unmittelbar folgen. Die Entscheidung darüber, ob die Anklage zu erheben oder aber der Beschuldigte außer Verfolgung zu setzen sei, steht dem Gerichtsherrn zu.

Das Verfahren vor den erkennenden Gerichten wird sich in Zukunft ganz anders gestalten als bisher. Während nach dem geltenden Recht vor den erkennenden Gerichten weder eine ausführliche Vernehmung des Angeklagten, noch die Vernehmung von Zeugen, noch der Vortrag eines Verteidigers stattfindet, vielmehr die Gerichte auf Grund des vom Auditeur vorzulesenden Akteninhalts, einer etwaigen Erklärung des Angeklagten und eines in Abwesenheit des Angeklagten erfolgenden Vortrages des Auditeurs über die Lage der Sache und das anzuwendende Gesetz ihr Urteil abgeben, soll hinfort vor den erkennenden Gerichten, ebenso wie es im bürgerlichen Strafverfahren geschieht, nach der Verlesung der Anklage die Vernehmung des Angeklagten über die ihm zur Last gelegte Straftat, sodann die Vernehmung der Zeugen und schließlich die mündliche Stellung und Begründung der Anträge einerseits des öffentlichen Anklägers, andererseits des Angeklagten oder dessen etwaigen Verteidigers vor sich gehen. Und am Schlusse einer derartigen Verhandlung (der sogenannten Hauptverhandlung) sollen nicht, wie es bisher — außer im Verfahren gegen Militärbeamte — der Fall ist, verschiedene Richterklassen je für sich berathschlagen und urteilen, sondern die gesamten Richter sollen, ebenso wie bei den bürgerlichen Gerichten, gemeinsam beraten und dann, nach geschehener Abstimmung (bei der für jede dem Angeklagten nachteilige Entscheidung in der Schuldfrage Zweidrittelmehrheit erforderlich ist, sonst aber einfache Stimmenmehrheit entscheidet), ihr Urteil abgeben; bei der Urteilsfindung sollen sie, anders als nach geltendem Recht, an keinerlei gesetzliche Beweisregeln gebunden sein, sondern ihrer freien, aus dem Inbegriffe der Verhandlung geschöpften Überzeugung folgen. Des weiteren sollen nicht mehr, wie bisher, sowohl der Inhalt der Verhandlungen als auch das Urteil stets geheim gehalten werden, sondern fortan soll die Verkündigung des Urteils ausnahmslos, die Hauptverhandlung aber wenigstens der Regel nach öffentlich sein; nur wenn die Öffentlichkeit der Hauptverhandlung eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung, insbesondere der Staatssicherheit, oder eine Gefährdung militärischer dienstlicher Interessen oder eine Gefährdung der Sittlichkeit besorgen läßt, sowie auch aus Gründen der Disziplin kann durch Gerichtsbeschluß die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden.

Der Entwurf läßt die Verteidigung des Angeklagten in erheblich weiterem Umfange zu als die preußische Militär-Strafgerichtsordnung, ohne indeß so weit zu gehen wie die bürgerliche Strafprozeßordnung. Während nach preußischem Recht die angeklagte Person des Soldatenstandes — (für angeklagte Militärbeamte gelten die einschlägigen Vorschriften der bürgerlichen Strafprozeßordnung) — in Friedenszeiten bei gemeinen Verbrechen des Beistandes eines Verteidigers sich dann bedienen darf, wenn das ihm zur Last gelegte Verbrechen mit einer härteren Strafe als dreijähriger Freiheitsstrafe bedroht ist, bei militärischen Verbrechen aber dann, wenn das Verbrechen mit mehr als zehnjähriger Freiheitsstrafe oder mit Todesstrafe bedroht ist, und während nach geltendem Recht der Verteidiger bei gemeinen Verbrechen die Verteidigung entweder schriftlich einreichen oder zu gerichtlichen Protokoll erklären muß, keinesfalls also sie vor dem erkennenden Gerichte mündlich vortragen darf, und während jetzt bei militärischen Verbrechen der zugezogene Verteidiger eine Militärperson sein muß, soll hinfort der Angeklagte bei allen nicht zur Zuständigkeit der Standgerichte gehörigen Sachen, sobald das Ermittlungsverfahren vorüber ist, sich des Beistandes eines Verteidigers bedienen dürfen, der, wie schon erwähnt, in der Hauptverhandlung die Verteidigung mündlich führen darf, und der weder bei bürgerlichen noch bei militärischen Verbrechen und Vergehen eine Militärperson zu sein braucht, sondern in allen Fällen ein von der obersten Militärjustizverwaltung ernannter Rechtsanwalt, ja bei bürgerlichen Verbrechen und Vergehen auch ein beliebiger andrer bei einem deutschen Gerichte zugelassener Rechtsanwalt sein darf, das letzte freilich nur unter der Voraussetzung, daß nicht (worüber der Gerichtshof zu befinden hat) von der Zulassung des betreffenden Rechtsanwalts eine Gefährdung militärdienstlicher Interessen oder eine Gefährdung der Staatssicherheit zu besorgen ist.

Während die preußische Militär-Strafgerichtsordnung im Verfahren gegen Militärbeamte nur ein einziges ordentliches Rechtsmittel, d. h. einen Rechtsbehelf, wodurch gegen eine noch nicht rechtskräftige Entscheidung eines Gerichts ein höheres Gericht angerufen werden darf, kennt, nämlich das Rechtsmittel der weiteren Verteidigung bezw. der Aggravation, im Verfahren gegen Personen des Soldatenstandes aber Rechtsmittel überhaupt nicht kennt, will der Entwurf, im Anschlusse an die bürgerliche Strafprozeßordnung, drei ordentliche Rechtsmittel einführen, nämlich einmal, in Bezug auf Urteile der erkennenden Gerichte, die Berufung und die Revision, ferner, in Bezug auf Beschlüsse und Verfügungen, die Rechtsbeschwerde. Bei der Berufung soll, wie nach der bürgerlichen Strafprozeßordnung, das angefochtene Urteil in jeder Beziehung, sowohl betreffs der thatsächlichen Feststellungen als auch betreffs der rechtlichen Beurteilung und der Strafzumessung, der Prüfung des höheren Gerichts unterliegen; bei der Revision dagegen soll das angefochtene Urteil von dem höheren Gerichte nur daraufhin geprüft werden dürfen, ob es eine Gesetzesverletzung enthält. Die Berufung läßt der Entwurf gegen alle Urteile erster Instanz zu, mit andern Worten gegen alle Urteile der Standgerichte und gegen die vorinstanzlichen Urteile der Kriegsgerichte, die Revision nur gegen die (in zweiter Instanz ergangenen) Urteile der Oberkriegsgerichte. Allein gegen die im Felde und die an Bord eines Schiffes ergangenen Urteile soll Berufung oder Revision niemals eingelegt werden dürfen. Um einer mißbräuchlichen Einlegung unbegründeter Berufungen entgegenzuwirken, ist dem Berufungsgerichte das Recht gegeben, falls es die Überzeugung gewinnt, daß der Angeklagte zur Verschleppung der Sache oder aus Mutwillen die Berufung eingelegt hat, neben der erkannten Strafe gegen Personen des Soldatenstandes Arrest, gegen andre Angeklagte aber Haft bis zu vierzehn Tagen als Ordnungsstrafe zu verhängen.

Die in der preußischen Militär-Strafgerichtsordnung für alle Urteile der Standgerichte und der Kriegsgerichte als Voraussetzung der Rechtsgiltigkeit vorgeschriebene Bestätigung durch den Gerichtsherrn bezw. den dazu ermächtigten Befehlshaber oder den König soll nach dem Entwurfe nur noch betreffs der im Felde und an Bord eines Schiffes ergangenen Urteile eine Voraussetzung der Rechtsgiltigkeit bilden. Betreffs andrer Urteile der militärischen Gerichte soll zwar gleichfalls fernerhin Bestätigung erforderlich sein, indessen eine weitere Bedeutung als die einer Rechtskraftbescheinigung nicht mehr haben.

Hinsichtlich der Aburteilung leichter Straftaten, sogenannter Übertretungen, führt der Entwurf die Neuerung ein, daß der zuständige Gerichtsherr befugt sein soll, nach stattgehabtem Ermittlungsverfahren durch schriftliche, von ihm und einem Gerichtsoffizier oder einem Kriegsgerichtsrat zu unterzeichnende Strafverfügung ohne vorgängige Hauptverhandlung eine Strafe

Digitized by Google

festzusetzen, die jedoch nur in einer Geldstrafe oder in einer Haftstrafe von längstens vierzehntägiger Dauer bestehen darf.

Ob ein Strafverfahren gegen eine Person des Soldatenstandes oder gegen einen Militärbeamten gerichtet ist, macht nach dem Entwurf, abweichend vom bisherigen Recht, keinerlei Unterschied.

Die Vorschrift der preußischen Militär-Strafgerichtsordnung, wonach gegen Fahnenflüchtige trotz deren Abwesenheit im Wege des Ungehorsamsverfahrens auf Strafe erkannt werden kann, ist in den Entwurf nicht aufgenommen worden. Hingegen soll dem Gerichtsherrn ganz allgemein das Recht zustehen, dann, wenn ein Abwesender wegen eines Verbrechens oder eines Vergehens im Falle seiner Anwesenheit vor ein Kriegsgericht zu stellen wäre, das im Deutschen Reiche befindliche Vermögen des Abwesenden mit Beschlag zu belegen.

Schließlich sei noch hervorgehoben, daß der Entwurf vorschreibt, die Beeidigung der Zeugen und Sachverständigen solle nicht vor, sondern nach ihrer Vernehmung erfolgen, und daß er bei Feststellung des Amtseides der militärischen Richter, sowie des Zeugen- und des Sachverständigen-Eides dem Schwörenden ausdrücklich erlaubt, den Schlußworten der Eidesformel eine seinem Glaubensbekenntnis entsprechende Bekräftigungsformel hinzuzufügen.

Dies die wesentlichsten Neuerungen der vom Reichstage angenommenen Militär-Strafgerichtsordnung, durch die, wie aus dem Angeführten hervorgeht, das preußische Militär-Strafverfahren von Grund aus umgestaltet wird. Man darf mit gutem Grunde erwarten, daß die Neuerungen in seiner Weise das Ansehen der militärischen Vorgesetzten bei ihren Untergebenen herabmindern, und daß sie dazu beitragen werden, das Vertrauen auf eine gerechte Handhabung der Strafgewalt der Befehlshaber bei allen Mitgliedern des Heeres und der Marine in der Zukunft ungeschmälert zu erhalten. Außerdem wird, so dürfen wir hoffen, die durch die Reichs-Militär-Strafgerichtsordnung ihren Abschluß findende Einheitlichkeit unsrer militärischen Strafrechtspflege bei den Angehörigen der verschiedenen Heereskontingente das Gefühl ihrer Zusammengehörigkeit womöglich noch verstärken und vertiefen.

Z. B.

Der unglückliche Karl Paasch in Zürich, bei dem zu den Symptomen des Verfolgungswahns auch immer deutlicher die des Größenwahns sich gesellen, versucht wieder von sich reden zu machen. Er versendet ein Rundschreiben an Zeitungsredaktionen und antisemitische Vereine, worin er unter den bei ihm üblichen groben Beschimpfungen gegen meine Person behauptet, ich hätte ihn in den „Deutsch-Sozialen Blättern“ als den Verfasser zweier Schmähschriften gegen die Antisemiten, die unter dem Titel „Emporgepeitscht“ und „Herunter mit der Maske“ vor kurzem in dem bekannten pornographischen Verlage von Cäsar Schmidt in Zürich erschienen sind, bezeichnet. Für die Leser der „Deutsch-Sozialen Blätter“ brauche ich nur auf die Nr. 506 hinzuweisen. Die darin enthaltene Besprechung der beiden Broschüren beweist jedem, der lesen kann, daß Paasch dort nicht als der Verfasser bezeichnet ist, sondern daß man den Verfasser von „Herunter mit der Maske“ in seiner Nähe sucht. Paasch bestätigt übrigens, daß dies zutrifft, denn er giebt nun, der Verfasser habe persönlich sich von ihm die Erlaubnis des Abdrucks einzelner Stellen aus seiner Schrift gegen den Freiherrn von Langen erbeten. Über das andre Pamphlet aber ist in der Besprechung der Ansicht Raum gegeben, daß das Pseudonym „P. R. O. Wickedone“ den Verfasser erraten lasse. Paasch scheint zu glauben, daß die Buchstaben seines Namens sich in dem Vorgenannten wiederholen.

Übrigens stammt die Besprechung gar nicht aus meiner Feder, sondern sie ist, während ich verreist war, von dem verantwortlichen Redakteur dieses Blattes verfaßt worden. Die Schmähschrift „Herunter mit der Maske“ habe ich überhaupt noch nicht in der Hand gehabt oder zu Gesichte bekommen, und aus dem gleichwertigen Machwerke „Emporgepeitscht“ kenne ich eine einzige Seite, auf die ich besonders aufmerksam gemacht wurde. Ich würde von der neuesten Gehirnausschwitzung des Paasch überhaupt keine Notiz genommen haben, wenn nicht ein Ableger der „Kölnischen Ztg.“, die „Straßburger Post“, unverschämterweise sein Rundschreiben abgedruckt hätte — wahrscheinlich um auf meine in Straßburg geplante Zählkandidatur ungünstig einzuwirken. Ich habe dem Blatte sofort eine Berichtigung geschickt und gerichtliche Schritte eingeleitet. Sollten auch noch andre Zeitungen auf den Paasch hineinfallen, so bitte ich jeden, dem ein derartiger Abdruck zu Gesichte kommt, mir die betreffende Nummer unter Kreuzband zukommen zu lassen.

Großlichterfelde 1, den 19. Mai 1898.
Jägerstr. 10.

Liebermann von Sonnenberg,
M. d. R.

Suprema lex Itzigs voluntas. In Frankfurt (Main) werden die beiden großen Säle, der Saalbau und der Saal des Zoologischen Gartens, zu politischen Versammlungen nicht mehr hergegeben. Da der Zoologische Garten eine hohe Unterstützung von der Stadt bezieht, wurde die Sache mit Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen in der Stadtverordneten-Versammlung zur Sprache gebracht, und Herr Justizrat Dr. Caspari erklärte dabei als Mitglied der Verwaltung des Zoologischen Gartens folgendes:

Ich kann bestätigen, daß die Verwaltung beschlossen hat, den Saal für politische Versammlungen nicht mehr herzugeben. Die Erwägungen, die dazu führten, waren sehr einfache. Wenn der Saal an eine Partei gegeben wird, so muß er an alle Parteien gegeben werden („Natürlich!“). Ja, meine Herren, das ist ja ganz schön, aber was glauben Sie, welches Geschrei sich erheben würde, namentlich von den Abonnenten des Gartens, wenn der Saal an die Antisemiten gegeben würde (Widerspruch), doch, meine Herren, Sie können sich darauf verlassen, ich weiß das ganz genau, es ist uns sogar schon gedroht worden, daß die Abonnenten ihr Abonnement aufgeben würden, sobald die Antisemiten den Saal bekämen. Der Garten würde sicherlich einen bedeutenden Schaden erleiden. Schließlich ist auch der Saal erst frisch hergestellt worden, und es können leicht Beschädigungen r/w. vorkommen, die in der aufgeregten Zeit des Wahlkampfs nicht zu vermeiden wären.

Die Offenherzigkeit des Herrn Justizrats ist sehr erfreulich, und man möchte wünschen, daß auch bei allen sonstigen wichtigen Entschließungen in städtischen Angelegenheiten die jeweils geübte Rücksichtnahme auf die Wünsche und Drohungen der Judenschaft in gleicher Weise kundgegeben würde. Denn wenn die Herren Hebräer für die paar Mark Abonnementsgeld für den Zoologischen Garten schon solche Ansprüche machen, so werden sie für die Steuern, die sie der Stadt zahlen, doch erst recht verlangen, daß alles nach ihrer Pfeife tanzt. Die Bescheidenheit ist eben eine jüdische Rasseneigentümlichkeit gleich der edlen Toleranz, und diese Bürgertugenden werden in Neu-Jerusalem am Main nur noch übertrumpft von der Jammerlappigkeit der christlich-deutschen Bürgerschaft, die sich den Wahlsprach erkoren zu haben scheint: „Wir Frankfurter fürchten die Juden und sonst nichts auf der Welt“.

Ausland.

Rußland. Aus Baku sind ende März auf Verfügung des neuen Polizeichefs, des Fürsten Wolkowsky, alle Juden — mehr als hundert Familien — ausgewiesen worden.

Frankreich. „In Algier giebt es keine Judenfrage“, dieser Ausspruch rührt von dem höchsten Beamten des Landes, dem Statthalter Lépine, her. Herr Lépine war früher Polizeipräfekt in Paris, auf des allmächtigen Rothschilds Wunsch mußte er den Posten in Algier übernehmen; denn man setzte das Vertrauen in

Digitized by Google

ihn, er werde der antijüdischen Bewegung in Algier das Lebenslicht ausblasen können. Lépine hat sich redlich bemüht, dies Vertrauen zu rechtfertigen, aber mit Gewaltmitteln läßt sich solche mächtige Bewegung wie die antijüdische („antisemitisch" sagt man dort nicht), weil sich die Bewegung ausschließlich gegen die Juden und nicht auch gegen die Araber, die gleichfalls semitischer Abkunft sind, richtet) in Algier nicht niederschlagen. Die Kammerwahlen haben gezeigt, daß die Bevölkerung von Algier in ihrer Mehrheit die Judenfrage für die dringlichste aller Fragen ansieht. So viel Stimmen wie Drumont hat kaum je ein Bewerber auf sich vereinigt. In der Regel wurden in dem ersten algerischen Wahlbezirke nur 5000 Stimmen abgegeben, Drumont allein brachte es auf annähernd 12 000. Aber damit nicht genug! Drumont ist nicht der einzige gewählte Antisemit. Algier zerfällt in sechs Wahlbezirke, und drei von ihnen haben Antisemiten gewählt, und in einem vierten Bezirke steht ein Antisemit in aussichtsreicher Stichwahl. Auch im übrigen Frankreich standen die diesjährigen Kammerwahlen durchaus im Zeichen des Antisemitismus. Wenn sich auch wenige der Kandidaten direkt als Antisemiten bezeichneten, so ist die Zahl derer um so größer, die in ihren Wahlreden nicht müde werden, ihren Antisemitismus zu betonern, mochten sie sich nun christlich-sozial, national oder revisionistisch-national nennen. Wo sich Juden um ein Mandat bewarben, da haben sie meist recht kläglich abgeschnitten. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die antisemitische Gesinnung des französischen Volkes sortan auch in den Kammerverhandlungen zum Ausdruck kommen wird.

Mosaik.

Die Sozialdemokratie als Judenschutztruppe. Die Wahlen stehen vor der Thür, da hält es der „Vorwärts", das sozialdemokratische Zentralorgan, für nötig, noch einmal seine Visitenkarte bei der jüdischen Hochfinanz abzugeben. Er thut das, indem er aus Anlaß der französischen Kammerwahlen schreibt: „Wenn aber deutsche Bourgeois-Zeitungen darüber jammern, daß ein paar Judenhetzer in der neuen französischen Kammer sitzen, so zeigt sich in diesem Gejammer die ganze Jämmerlichkeit des bürgerlichen Liberalismus. Ein Sozialist ist eine bessere Wacht gegen den Antisemitismus und andere Barbarelen der kapitalistischen Dekadenz, als ein Dutzend liberaler oder demokratischer Bourgeois." — Gewußt haben wir es ja schon immer, daß die Sozialdemokratie nicht anderes ist und sein will als eine Schutztruppe für das Judentum. Interessant ist uns nur, daß man sich jetzt nicht mehr scheut, das auch öffentlich einzuräumen. Der Beweggrund ist wohl nur darin zu suchen, daß die Herren Sozialdemokraten fürchten, die Freisinnigen möchten sie bei dem Wettlaufen um die Gunst des jüdischen Geldsacks überflügeln.

Die Firma A. Wertheim in Berlin fährt fort, alle Leute, die sich ein Wort der Kritik über ihre Geschäftsführung erlauben, zu verklagen. Nunmehr hat sie wider den Rechtsanwalt Ulrich, den stellvertretenden Vorsitzenden des konservativen Wahlvereins in Berlin bei der Anwaltskammer eine Klage eingereicht „wegen einer in öffentlicher Versammlung gethanen, die Geschäftsthätigkeit der Firma herabsetzenden Äußerung". Rechtsanwalt Ulrich hatt, der „Staats-Z.-Ztg." zufolge, seine Behauptung, das Warenhaus Wertheim habe ein mit 100 000 Mk. bewertetes Warenlager, dessen Besitzer in Not geraten war, für 25 000 Mk. erstanden, auf Grund der ihm in dem Bureau eines anderen Anwalts gewordenen Mitteilungen vollständig entrecht, erklärt jedoch gleichzeitig, es habe ihm jede persönliche Beleidigung des Inhabers der Firma Wertheim fern gelegen, er habe diesem auch nicht die Anstrengung fremder Rollage zum Vorwurfe machen, sondern lediglich den Geschäftsbetrieb der Warenhäuser im allgemeinen kennzeichnen wollen.

Von der nationalliberalen Partei giebt der Redakteur Wilhelm Hoppenstädt, der 1893 nationalliberaler Reichstagskandidat für Altena-Iserlohn war, in der „Wittener Ztg." folgende **Schilderung**: „Eine Partei sind wir schon lange nicht mehr, sondern eine lockere Vereinigung von Leuten, die früher einmal geschlossen aufs Ziel marschierten und jetzt noch eine Weile infolge des politischen Trägheitsgesetzes in der früher scharf verfolgten Richtung hintrotteln. Langsamer, immer langsamer geht es, gehemmt von anziehenden Kräften rechts und links, bis das Gebilde schließlich auseinanderfliegt . . . . . Leider sind wir heute dahin gekommen, daß wir nur noch unsichere Kantonisten haben, insofern als man nicht mehr zwei nationale Wähler zusammenbringen kann, die politisch und wirtschaftlich mit einander harmonieren." — Herr Hoppstädter würds wohl wissen, wie es in seiner Partei aussieht.

Sozialdemokratisches. Dem Dr. Adelling, dessen „Verhältnisse" seine „Frau", die Eleanor Marx, in den Tod getrieben haben, wird der europäische Boden zu heiß unter den Füßen. „Gesundheitshalber" geht er nach Neu-Seeland.

von Podey. Der Hofrat Manché, dessen Treiben seinerzeit von Ahlwardt enthüllt wurde, hat schon einen Vorgänger gehabt, allerdings nicht in Preußen, sondern in Bayern. Der König Max I. hatte als Chef seines Geheimen Kabinettes den jüdischen Staatsrat Grandaur. Seine einflußreiche Stellung benutzte dieser Jude, um seinen Stammesgenossen allerlei Begünstigungen zuzuwenden. Durch ihn wurden auch die Adelsverleihungen an Juden, die unter Max I. vorkamen, vermittelt. Seine Stellung behielt Grandaur auch unter Ludwig I. Unter dieses Fürsten Regierung hatte er aber nicht so leichtes Spiel. Das zeigte sich so recht, als einer der unter Max I. geadelten Juden nun auch einen recht vornehmen Namen haben wollte. Er hatte sich das alte Kloster Andechs, den Stammsitz des alten Geschlechts der Grafen von Andechs und Herzoge von Meran, gekauft und wollte in seiner Frechheit nun nicht bloß Herr „von Andechs" sein, sondern auch heißen. Eine dahingehende Bittschrift an den König wurde natürlich von Grandaur befürwortet. Ludwig I. aber schrieb eigenhändig auf das Gesuch:

Von Andechs? Das laß er bleiben!
Doch von Podey mag er sich schreiben!

Die erste Gymnasiallehrerin in Österreich heißt Goldblatt Springe Kammerling, so berichteten wir in unsrer Nr. 503 vom 7. April. Jetzt hat die „Allg. Deutsche Universitäts-Ztg." (herausgegeben von Dr. Konrad Küster) auch etwas von der Sache erfahren. In ihrer am 15. Mai erschienenen Nummer schreibt sie, daß „vor einigen Tagen" eine junge Dame die Prüfung für das Mittelschullehramt mit gutem Erfolg abgelegt habe. Dann wird allerhand aus dem Leben der betreffenden Dame erzählt, u. a. die weiterspürende Kunde: „Nach der schriftlichen folgte die mündliche Prüfung". (Ist es schon jemals anders gewesen?) Ja, sogar alle Prüfungskommissare werden mit Namen aufgeführt. Aber — was uns am meisten interessiert — aus der Goldblatt Springe Kammerling ist in der „A. D. U.-Ztg." „Fräulein Josefine Kamerling" geworden, und aus der Jüdin ist „eine junge Österreicherin (Polin)" gemacht.

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. Der in Warschau zur Besichtigung neu erbauter Häuser eingesetzte Ausschuß hat festgestellt, daß von 150 neu erbauten oder im Bau begriffenen Häusern nur siebzehn Nichtjuden gehören, während alle übrigen, also 133, von Juden erbaut werden bezw. erbaut sind. —

Die Londoner Judenmission hat im Jahre 1897 in Berlin 740 Hausbesuche machen lassen, 73 Versammlungen veranstaltet und 7100 Druckschriften verteilt. Und der Erfolg? Kein einziger Jude wurde durch die Gesellschaft für das Christentum gewonnen! „Schade um das schöne Geld", schreibt die „Allg. Ztg. des Judentums" dazu. Ganz unsre Meinung.

Großer Nutzen

erwächst unseren Bestrebungen dadurch, wenn unsere Leser die **„Deutsch-Sozialen Blätter"** nicht nur überall empfehlen, sondern sie auch in allen Bahnhofsbuchhandlungen, Wirtshäusern, Gasthöfen, Cafés usw. immer und immer wieder verlangen. Wo die „Deutsch-Sozialen Blätter" nicht gehalten werden, dringe man auf sofortige Bestellung.

Digitized by Google

Deutsche Schränke von **Ad. Klemm**
Leipzig, Poststraße 20
empfiehlt **kräftigen Mittagstisch** und **gute Biere.**

CAFE MERKUR
Leipzig ✦ ✦ ✦ ✦
✦ ✦ An der Pleiße 8.
Geöffnet bis morgens ½4 Uhr.
300 Zeitungen, Depeschen u. Kursberichte, Städte-Adressbücher v. Berlin, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Hamburg-Altona, Halle a. S., Paris, sowie Handels-Adressbücher aller grösseren Staaten liegen zur gefl. Benutzung aus.
Jeden Vormittag Bouillon und Pasteten.
Hochachtungsvoll
W. Rühlemann.

Heinrich Thiessen,
Telephon Amt I, 2221.
Schneidermeister
Straße 23 (Plauenscher Hof), Tr. A, II. Straße 23
liefert nur nach Maß und nur gegen bare Zahlung, aber dafür zu den billigsten Preisen elegante Anzüge von 42—75 M., Sommer-Überzieher von 36—55 ℳ unter Garantie für gute Arbeit und guten Sitz. Großes Stofflager. Lieferzeit: Auf Verlangen in 24 Stunden. Bei Selbstlieferung des Stoffes rechne für einen Anzug nur 27 ℳ

Unglaublich billig
sind Strümpfe, Socken, Normalhemden, nur garantiert reine Qualität bei Oskar Jahn, Spezial-Versandhaus, Leipzig, Poniatowskistraße 10. — Preisliste kostenfrei! —

H. Heinze, Hutfabrik
gr. Fleischergasse 5. Burgstraße 4.
Spezialität: 2,80-Hüte.

Bad Kissingen
Logierhaus Renner
jenseits der Saale
●● Gartier Straße 24 ●●
empfiehlt schön frei gelegene Wohnungen zu billigen Preisen.
Neu angelegter großer Garten.

Deutscher Krug.
Antisemiten-Kneipe, Chemnitz.
Lobgasse 3, Parterre und 1. Etage.
Ausschank:
Böhmisch, Lichtenhainer, Tucherschen Dunkel und Pschorrbräu.
Speisen vorzügl. Flotte Bedienung.
Hochachtungsvoll **Emil Krug.**

Ladebeck's
selbstthätige
Sitz-Douche
Patentiert in allen Kulturstaaten.
Dieser sanitäre Reinlichkeits-Apparat ist in jedem Zimmer ohne Heizvorrichtung o. Wasserleitung stets fertig zum Gebrauch, bedarf selbst zu mehrmaliger Benutzung nur 2 Eimer Wasser, erfordert kein vollständiges Auskleiden und ersetzt vollkommen Sitzwanne, Bidet, Fussbad etc.
Von medizinischen Autoritäten empfohlen. Zahlreiche Anerkennungsschreiben. Gebrauchsanweisung wird beigegeben.
Preis 28 Mark per Nachnahme.
Hauptdepot:
H. Ladebeck, Leipzig,
Alexanderstrasse 14.
Vertreter im Auslande gesucht.

Russische Cigaretten.
● Spezialgeschäft. ●
Anerkannt vorzügliches, bestens eingeführtes, eigenes Fabrikat.
Cigarren nach vorzüglicher Auswahl in jeder Hinsicht **preiswert.**
Leipzig, Wintergartenstr. 20. **M. Früchtel,** Leipzig, Wintergartenstr. 10.

Wein-Groß-Handlung,
Import von Rum, Arrac, Cognac,
von

Jede Flasche trägt diese Etiquette als Schutzmarke.
Berlin NW., 1 Stendaler-Straße 1.
Fernsprecher: Amt Moabit 1376.
Gegründet 1877.
1892er u. 95er Rhein- u. Moselweine,
p. Fl. ober p. Ltr. von 70 Pf. an.
1893er u. 95er Bordeaux-Weine von 1 M. an, sowie sämtliche in- und ausländische Weine usw. zu billigen Preisen. Für absolute Reinheit garantieren
Schmitz & Co.
Kleine Proben und Postsätze umsonst.

Weltruf
haben weltf. Fleischwaaren
feinste weltf. Schinken 1,00 ℳ p. Pfd.
„ „ Cervelatw. 1,30 „ „ „
„ „ Schinkenw. 1,20 „ „ „
„ „ Plockw. 1,15 „ „ „
„ „ Mettw. 0,95 „ „ „
(beste Räucherung).
Garantie Zurücknahme.
J. Bartscher, Rietberg, Westf.

Liefere ein Postkolli (9½ Pfund)
feine Leber-, Rot- und Sülzwurst
zu 7,50 M. franko.
H. Glauner, Fleischermstr.
Papenburg b. Leer (Ostfriesl.).
Ferner:
prima Hammelkeule u. Carrés
à Pfund 55 Pf.

Höhere Verdienst durch neue patentamtl. geschützte Erfindung. Kein Laden, kein Betriebskapital. Off. „Alleinverkauf" Nr. 729 poste. Aachen.

Seifen-, Bürsten-, Besen-
Detail u. **Pinselwaren** Engros
Spezialit.: **Polster-Waren.**
Oscar Mühler, Windm.-Str. 25.

Kaufen Sie
kein Pianino,
wenn Sie sich noch nicht den Katalog von **August Roth, Bagen i. W.,** Königl. Hof-Pianofabrikant, gratis haben kommen lassen.

Stoffe zu Anzügen PALETOTS etc. versendet
Unerreicht billige Preise!
Beweis: Vergleich mit anderen Collectionen
Reich haltige Musterzusendung unberechtet u. portofrei an Jedermann.
in TUCH, Buckskin, Kammgarn, CHEVIOTstoff. Meter 2-15 Mark.
Auf Wunsch Lieferung aller erforderlichen Futterstoffe und Zuthaten.
Versand durchaus reell!
Beweis: ca. 3000 Anerkennungsschreiben aus dem Kundenkreise.
CHRISTIAN GÜNTHER
Tuchversandgeschäft
LEIPZIG-PLAGWITZ

Erprobte
Herrenstoffe
zu Anzügen und Paletots. Prachtvolle neueste Musterwahl franko.
Wilhelm Bartzkes, Düren 1. (*Christl. Tuchversand.*)
Anerkannt beste und billigste Bedienung.

Zins-Haus
Leipzig-Ost zu verkaufen. Preis 68 000 M. bei 10 000 M. Anzahl. Acht kann stehen bleiben. Angebinn verzinst sich zu 12—13%. Näheres durch die Geschäftsstelle d. Bl.

Dächer
Billige, dichte
ohne man der von **Andernach's** Asphalt-Steinpappen
A. M. Andernach a. Rhein.
Muster etc. postfrei.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königsstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe in Berlin NW. 5, Kruppstr. 13 p.
Druck: G. Krausche, Leipzig.

Digitized by Google

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich **M. 1.50** bei den Postanstalten (Postzeitungsliste Nr. 1788) und Buchhandlungen, unter Streifband **M. 2.**

Herausgegeben von Max Liebermann v. Sonnenberg.

Begründet von Theod. Frisch.

Anzeigen: die 4-gespaltene Petit-Zeile **25 Pfennige.** Verlandbureau: Königsstraße Nr. 27, Leipzig.

XIII. Jahrgang. | **Leipzig, 7. Juni 1898.** | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Juden-Frage. Otto Glagau. | **Nr. 511.**

Inhalt: Unsre Reichstags-Kandidaturen. — Vom Segen der Handelsverträge. — Die Schlacht bei Spenge. — Warum die jüdischen Spitzbuben immer unter sich bleiben. — Talmud-Thora. — Feste Getreidepreise. — Die Sozialdemokratie und der Mittelstand. — Rußland. — Mosaik. — Parteinachrichten. — Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Unsre Reichstags-Kandidaturen.

Die in Nr. 499 von uns veröffentlichte vorläufige Liste der von der deutschsozialen Reformpartei in Angriff genommenen Wahlkreise hat verschiedentliche Änderungen erfahren, so daß wir zur Orientierung unsrer Leser nochmals eine berichtigte Zusammenstellung hier folgen lassen.

In den Wahlkreisen, die vor der laufenden Nummer mit einem Stern (*) versehen sind, wird der von der deutschsozialen Reformpartei vorgeschlagene Kandidat von allen rechtsstehenden Parteien unterstützt; ein Kreuz (†) bedeutet, daß uns die Unterstützung des Bundes der Landwirte sicher ist.

Lfde. №	Wahlkreis	Kandidat	Jetzt vertreten
	Ostpreußen:		
1	Königsberg Stadt	Glasermeister Stürmer	soz.
	Westpreußen:		
2	Thorn-Kulm-Briesen	Maurermeister G. Plehwe (Thorn)	poln.
	Brandenburg:		
*3	Berlin 3	Schriftsteller Dr. Bachler (Berlin)	soz.
*4	Berlin 5	Zahnarzt A. Strumpf (Berlin)	soz.
5	Westprignitz	Rechtsanw. Dr. Wohlfarth (Rathenow)	freis. Volksp.
6	Ruppin-Templin	Kaufmann Schüteck (Neuruppin)	freis. Vereinig.
7	Prenzlau-Angermünde	O. H. Bücker (Berlin)	kons.
*8	Potsdam-Osthavelland-Spandau	Tischlermeister Pauli (Potsdam)	kons.
9	Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg	Kaufmann E. Frölich (Potsdam)	soz.
10	Königsberg (Neumark)	Obermeister E. Beck (Berlin)	kons.
11	Kottbus-Spremberg	Schneidermstr. F. Liebrecht (Magdeburg)	kons.
	Pommern:		
*12	Ueckermünde-Usedom-Wollin	Gutsbesitzer Schröder (Poggelow)	freis. Vereinig.
	Schlesien:		
13	Wartenberg-Oels	Lint. a. D. Jenzen (Kottbus)	Reichsp.
14	Breslau, östlicher Teil	Abg. Zimmermann	soz
15	Breslau, westlicher Teil	Abg. Liebermann von Sonnenberg	soz.
16	Breslau-Neumarkt	Rentner Dittmer (Strehlen)	kons.
17	Landeshut-Jauer-Bolkenhain	Maurermstr. J. Timm (Hirschberg, Schles.)	freis. Volksp.
	Sachsen:		
18	Magdeburg	Dr. Lindström (Gosslar)	soz.
19	Aschersleben-Calbe	Abg. Bindewald	nationallib.
20	Oschersleben-Halberstadt-Wernigerode	Schuhmacher-Obermeister L. Schumann (Berlin)	nationallib.
21	Halle (Saale)	Schriftleiter B. H. Welcker (Dresden)	soz.
*22	Nordhausen	Gutsbes. Emil Aschendorff (Großhorn)	freis. Volksp.
23	Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück	Kaufmann W. Schack (Hamburg)	kons.
	Schleswig-Holstein:		
†24	Apenrade-Flensburg	Vorzellanmaler u. Bürgerschaftsmitglied F. Raab (Hamburg)	nationallib.
†25	Pinneberg-Segeberg	Ziegeleibes. Herm. Ehler (Elmshorn)	soz.
†26	Kiel-Rendsburg-Plön	Gutsbes. Graf L. Reventlow (Wulfshagen)	soz.
†27	Altona-Stormarn	Porzellanmaler F. Raab (Hamburg)	soz.
	Hannover:		
†28	Berlenbrück-Osnabrück-Iburg	Generalsekr. Bergmann (Osnabrück)	nationallib.
†29	Hannover-Linden	Dr. Lindström (Goslar)	soz.
30	Hameln-Springe	Hofbesitzer H. Holzgreve (Elbagsen)	nationallib.
†31	Hildesheim		welf.
†32	Northeim-Einbeck-Osterode-Uslar		nationallib.
†33	Göttingen-Duderstadt-Münden		welf.
†34	Goslar-Zellerfeld-Ilfeld	Dr. Lindström (Goslar)	Reichsp.
35	Celle-Peine-Gifhorn-Burgdorf	Dr. med. Bock (Peine)	nationallib.
	Hessen-Nassau:		
†36	Rinteln-Holzminden-Wolfhagen	Abg. Dr. Viehhahn	antisem.
†37	Kassel-Melsungen	Kaufmann W. Schack (Hamburg)	christl.-soz.
†38	Fritzlar-Homb.-Ziegenhain	Abg. Liebermann von Sonnenberg	antisem.
†39	Eschwege-Schmalkalden-Witzenhausen	Abg. Ikkaut	antisem.
40	Marburg-Frankenberg-Kirchhain	Bauer Karl Wiegand jr. (Friedrichsdorf)	antisem.
41	Hersfeld-Rotenburg-Hünfeld	Abg. L. Werner	antisem.
42	Hanau-Gelnhausen	Bürgermeister Weitenhelmer (Eichelsachsen)	kons.
43	Frankfurt (Main)	Abg. Liebermann von Sonnenberg	soz.
	Westfalen:		
44	Münster-Koesfeld	Abg. Liebermann von Sonnenberg	Zentrum
	Rheinprovinz:		
45	Stadt Köln	Abg. Liebermann von Sonnenberg	Zentrum
46	Wilhelm (Ruhr)-Duisb.	Dr. med. König (Witten)	nationallib.
47	Beyslac-Altenkirchen	Abg. Zimmermann	nationallib.
	Königr. Sachsen:		
48	Bautzen-Kamenz	Abg. Gräfe	antisem.
49	Dresden rechts der Elbe	Rentner Andreas Dietz (Radeberg)	antisem.
50	Dresden links der Elbe	Abg. Zimmermann	antisem.
51	Dresden-Land	Schriftsteller B. H. Welcker (Dresden)	soz.
52	Meißen-Großenhain	Gutsbesitzer B. Gäbel (Kleffig)	antisem.
†53	Pirna	Abg. Lohe	antisem.
54	Leipzig-Stadt	Dr. med. Max Haedicke (Leipzig)	nationallib.
55	Leipzig-Land		soz.
56	Stollbg.-Lößnig-Schneebg.	Patentanwalt Theuerkorn (Chemnitz)	soz.
57	Marienberg		kons.
58	Annaberg-Schwarzenberg		nationallib.
	Baden:		
59	Lörrach-Müllheim-Staufen-Breisach		nationallib.

Digitized by Google

Lfde. №	Wahlkreis	Kandidat	Jetzt vertreten
60	Kehl-Oberkirch-Offenburg	Dr. Rud. Vogel (Oberweier)	Zentrum
61	Mannheim-Schwetzingen-Weinheim	Konsul Kölster (Heidelberg)	nationallib.
62	Heidelberg-Eberbach-Mosbach	Dr. Rud. Vogel (Oberweier)	nationallib
63	Bretten-Eppingen-Sinsheim	Dr. Rud. Vogel (Oberweier)	kons.
	Hessen:		
64	Gießen	Abg. Köhler	antisem.
65	Friedberg-Büdingen	Gutsbesitzer Georg Leopard (Sladecken)	nationallib.
66	Lauterb.-Alsf.-Schotten	Abg. Bindewald	antisem.
67	Darmstadt-Großgerau	Hauptkassenbuchhalter F. Bormet (Darmstadt)	nationallib.
68	Dieburg-Offenbach	Landwirt Gg. Hand III (Schaafheim)	soz.
69	Bensheim-Erbach	Abg. Hirschel	antisem.
70	Bingen-Alzey	Weinhändler M. Wolf VI (Sladecken)	freis. Volksp.
71	Mainz-Oppenheim	Weinhändler M. Wolf VI (Sladecken)	Zentrum
	Sachsen-Weimar:		
472	Eisenach-Dermbach	Rittergutsbes. R. Schrader (Zechlau)	freis. Volksp.
	Braunschweig:		
73	Braunschweig-Blankenburg	Schuhmacher-Obermeister L. Schumann (Berlin)	soz.
	Sachsen-Meiningen:		
74	Meiningen-Hildburghausen	Kaufmann Herm. Kurzhals	nationallib.
75	Sonneberg-Saalfeld	Abg. Liebermann von Sonnenberg	soz.
	Sachsen-Koburg-Gotha:		
476	Koburg	Dr. Kreubel (Halle, Saale)	freis. Volksp.
77	Gotha	Kaufmann Wilh. Schack (Hamburg)	soz.
	Anhalt:		
78	Dessau-Zerbst	Abg. Liebermann von Sonnenberg	liberal
79	Bernb.-Ballenstedt-Köthen	Kanzlei-Inspektor Reh (Berlin)	nationallib
480	**Waldeck**	Abg. Müller	antisem.
81	**Schaumburg-Lippe**	Pastor Jacobsen (Scherrebek)	freis. Volksp.
	Freie Städte:		
482	Lübeck	Gutsbes. F. C. Lauenstein (Schönböken)	freis. Vereinig.
83	Bremen	Abg. Dr. Bielhaben	freis. Vereinig.
84	Hamburg-Ost	Portzellanmaler Fr. Raab (Hamburg)	soz.
85	Hamburg-West		soz.
86	Geest- und Marschlande		soz.
	Elsaß-Lothringen:		
87	Stadt- u. Landkreis Metz	Weinhändler L. Schmitz (Berlin)	protestl.

Vom Segen der Handelsverträge.

Der nächste Reichstag soll neue Handelsverträge abschließen, die tief in das Leben jedes Einzelnen eingreifen werden.

Die Handelsverträge bezwecken für die von uns auszuführenden Waren niedrige Eingangszölle in fremden Ländern zu erlangen; das ist natürlich nur möglich, wenn wir den von dorther zu uns einzuführenden Waren gleichfalls billige Zölle gewähren.

Nach dem statistischen Jahrbuch des Deutschen Reiches übertrifft die Einfuhr die Ausfuhr an Rohstoffen im Jahre 1889 um 1102,6 Mill. Mark und im Jahre 1896 um 1112,8 Mill. Mark, das ist also eine Zunahme von 10,2 Mill. Mark.

An Nahrungs- und Genußmitteln und Vieh wurde im Jahre 1889 um 528,1 Mill. Mark und im Jahre 1896 um 1031,3 Mill. Mark mehr eingeführt als ausgeführt. Die Zunahme beträgt also 203,2 Mill. Mark.

Dagegen übertrieg die Ausfuhr die Einfuhr an Fabrikaten im Jahre 1889 um 1106,0 Mill. Mark und im Jahre 1896 um 1362,0 Mill. Mark, mithin Zunahme 256,0 Mill. Mark.

Wir führen demnach fertige Fabrikate aus, dagegen Rohstoffe und Nahrungs- und Genußmittel und Vieh ein. Wollen wir in andern Ländern niedrige Zölle für unsere Fabrikate, so müssen wir den fremden Rohstoffen und den fremden landwirtschaftlichen Erzeugnissen bei der Einfuhr zu uns niedrige Zölle gewähren. Je niedriger diese Zölle, um so größer der Vorteil für die Großindustrie und den Großhandel, um so größer der Nachteil für die Landwirtschaft.

Die Großindustrie hat sogar einen doppelten Vorteil: besseren Absatz für ihre Fabrikate, billigere Nahrungsmittel für ihre Arbeiter und damit niedrige Löhne.

Je mehr eingeführt und je mehr ausgeführt wird, gleichgiltig welche Dinge ein- oder ausgeführt werden, desto mehr verdient der Großhandel.

Haben die Handwerker und Kleinkaufleute etwas von diesem Verdienst? — Nein! — Ihnen geht es wie der Landwirtschaft, sie sind in steigender Not. Großindustrie und Großhandel sind dagegen die gehätschelten Kinder des Staates!

Besser wohl noch als an diesen großen Zahlen wird an einer bestimmten Ware gezeigt, daß Bauer, Handwerker und Arbeiter gerade eben so sehr an den Handelsverträgen beteiligt sind wie Großhandel und Großindustrie. Fabrikate sind in sieben Jahren für eine Viertel Milliarde mehr aus-, Nahrungs- und Genußmittel und Vieh für eine Zünftel Milliarde mehr bei uns eingeführt. Nehmen wir da heraus einmal Vieh und Fleisch, einen Artikel, der doch für jeden Bauern, für jeden Schlächter und für jedermann, der Fleisch ißt, von Bedeutung ist.

Die Einfuhr an Fleisch ist in einem einzigen Jahre von 261/4 Millionen Kilogramm im Jahre 1896 auf 48 Mill. Kilogramm im Jahre 1897, also um über 90 v. H. gestiegen. Wie rasch aber die Einfuhr zunimmt, möge man aus nachstehenden Zahlen entnehmen, die die Einfuhr allein über Hamburg darstellen. Nach Deutschland kam:

Schmalz:	Januar 1897	9 569 000	Pfd. engl.
	Januar 1898	17 647 000	„ „
Mehr im Januar 1898, 84½ v. H. oder		8 078 000	Pfd. engl.
Speck:	Januar 1897	1 404 000	Pfd. engl.
	Januar 1898	3 207 000	„ „
Mehr im Januar 1898, 128 v. H. oder		1 803 000	Pfd. engl.
Schinken:	Januar 1897	292 900	Pfd. engl.
	Januar 1898	719 000	„ „
Mehr im Januar 1898, 145 v. H. oder		426 100	Pfd. engl.
Fleisch:	Januar 1897	1 181 000	Pfd. engl.
	Januar 1898	3 899 000	„ „
Mehr im Januar 1898, 230 v. H. oder		2 718 000	Pfd. engl.
Wurst:	Januar 1897	14 500	Pfd. engl.
	Januar 1898	293 750	„ „
Mehr im Januar 1898, 1915 v. H. oder		279 250	Pfd. engl.

Wie darunter die Landwirtschaft und die Schlächterei leiden, braucht doch gewiß nicht erst ausgeführt zu werden. Die Lage der Schlächter an den Orten, die eine gute Verbindung mit den Einfuhrplätzen haben, ist eine geradezu verzweifelte. Hat der Großhandel erst seine Verbindungen weiter aufs Land erstreckt, so werden auch dort die Schlächter zu Grunde gerichtet. Ein Umstand verschlimmert die Sache noch. Der Zoll auf Fleischfabrikate ist in unsern Handelsverträgen nicht höher als auf frisches Fleisch. Da nun etwa 25 v. H. auf Sehnen, Knochen usw. entfallen, 25 v. H. beim Räuchern an Feuchtigkeit verloren gehen, so steht der, der das Vieh im Auslande schlachtet und in Form von Schinken, Speckseiten und Wurst einführt, sich um 50 v. H. des Zolls besser als unsre Schlächter. Daher kommt es denn, daß in Holland unmittelbar an der deutschen Grenze die Wurstfabriken sozusagen aus der Erde wachsen, daß in Dänemark, in Schweden zum Teil mit staatlicher Unterstützung große Ausfuhrschlächtereien und Wurstfabriken errichtet werden, um das Fleisch alter Milchkühe und von Tieren, deren Einfuhr verboten ist, uns in Form von Wurst zu verabreichen. Die

Digitized by Google

Herstellung der Fleischwaaren, von denen bei uns ein kerniger und tüchtiger Berufsstand lebt, wird also durch die Handelsverträge in das Ausland verlegt, unsere Arbeiter brotlos gemacht.

Wird unser Bauer schon durch die Einfuhr von ausländischem Vieh schwer bedrängt, so ist ihm in den schlechten aber darum eben erheblich billigeren Fleischfabrikaten des Auslandes ein noch viel drückenderer Wettbewerb geschaffen. Daß die Landwirtschaft und das Fleischgewerbe bedroht und beim Fortbestehen dieser Verhältnisse zu Grunde gerichtet wird, kann nicht bezweifelt werden. Wie aber steht es mit dem Verbraucher? Es wird der Preis der Nahrungsmittel doch billiger, je geringer der auf sie gelegte Einfuhrzoll ist?

Wohl wahr, was aber nutzen uns billige Nahrungsmittel, wenn sie mit dem Untergange wichtiger Berufsgruppen erkauft werden? Bei unserer politischen Lage könnten uns die zeitweise billigen Nahrungsmittel später recht teuer zu stehen kommen. Haben wir im Kriege nicht die nöthigen Nahrungsmittel im Lande, fehlen uns die kräftigen Bauern unter den Soldaten, dann würden wir bei unserer Lage auf dem Festlande schwerlich an den günstigen Ausgang eines Krieges denken dürfen.

Aber es giebt noch andre schwere Bedenken gegen die niedrigen Zölle. Es liegt auf der Hand, daß niedrige Zölle die Einfuhr minderwerthiger Produkte begünstigen. Wenn z. B. in Amerika ein Pferd 126 Mark, in Deutschland 20 Mark Zoll kostet, so ist klar, daß minderwerthige Pferde in Amerika überhaupt nicht eingeführt werden können, wohl aber in Deutschland, und daß ein dritter Staat die besseren Pferde nach Amerika, die schlechteren nach Deutschland bringen wird. Ebenso ist es bei allen Nahrungsmitteln, auf die Deutschland wegen seiner Handelsverträge zu ziemlich die niedrigsten Zölle hat legen müssen. Auch hierfür ein Beispiel: Wurstwaaren zahlen in Frankreich 57, in Schweden 56, bei uns 20 Mark auf 100 Kilogramm. Darum ist denn die Klage über die Gesundheitsschädlichkeit und Schlechtigkeit der eingeführten Nahrungsmittel wegends größer als in Deutschland. Was man namentlich unsern ärmern Klassen zu bieten wagt, kann man daraus ersehen, daß in Amerika zu Beginn dieses Jahres eine große Gesellschaft gegründet worden ist für die Ausfuhr von Pferdefleisch nach Deutschland. Diese Gesellschaft mußte aber Sicherheit dafür stellen, daß sie in Amerika selbst nichts verkaufe. So berichtet die „New-Yorker Handelszeitung". Was den Amerikanern zu schlecht ist, preist unsre Presse als herrlich billige Nahrungsmittel für den Arbeiter. Nach dem amtlichen Bericht des französischen Konsuls sind schon in den ersten drei Monaten des Jahres 1897 700 200 Pfund Pferdewurst und 2 734 000 Pferdefleisch nach Deutschland ausgeführt.

Seit Jahren ergehen amtliche Warnungen vor dem Genuß namentlich der amerikanischen Erzeugnisse. Erst jüngst machte der Magistrat von Emden bekannt: „In hiesiger Stadt sind seit einiger Zeit kleine amerikanische Schinken — sogenannte Picknickschinken — in den Handel gebracht worden, welche nach sachverständigen Gutachten eine bedeutende Menge Borsäure enthalten. Da die Borsäure nach ärztlichem Gutachten als ein Gift wirkt, dessen Genuß schon in kleinen Mengen die menschliche Gesundheit zu schädigen geeignet ist, so nehmen wir Veranlassung, vor dem Genusse hiermit zu warnen."

An allen Orten werden Erkrankungen festgestellt; noch vor kurzem kam eine ganze Schiffsbesatzung infolge Genusses solchen Fleisches in schwere Lebensgefahr. Groß ist die Entwicklung der amerikanischen Nahrungsmittel-Versälschungschemie. Um das Fleisch für den Transport zu konservieren und bereits in Zersetzung übergegangenem Fleisch wieder den Schein der Frische zu geben, besitzt sie die verschiedensten Mittel. Ob sie der Gesundheit schädlich sind, darauf wird natürlich weniger geachtet, als darauf, daß sie bei der Untersuchung nicht zu entdecken sind.

Der Oberbürgermeister von Köln verfügte im vorigen Jahre: „Es sind in Köln amerikanische Schinken, die zur Konservierung mit Borsäure bestrichen waren, in den Handel gebracht. Obschon sie vor dem Verkaufe sorgfältig abgewaschen waren, war nach dem Ergebnisse der chemischen Untersuchung das Fleisch sehr stark mit Borsäure durchsetzt, und am Knochen hatten sich Borkristalle gebildet. Die Borsäure ist aber nach ärztlicher Feststellung ein Gift, das geeignet ist, die menschliche Gesundheit zu schädigen. Das Feilhalten und der Verkauf von Fleisch, das mit Borsäure konserviert ist, ist daher unzulässig, und es wird bei Zuwiderhandlungen auf Grund des Reichsgesetzes vom 14. Mai 1879, betreffend den Verkehr mit Nahrungsmitteln, strafrechtlich vorgegangen werden."

Schöne Aussichten für den Klein-Kaufmann.

In neuerer Zeit erstreckt sich die Einfuhr auch schon auf „frische" Lebern und Herzen zur Wurstfabrikation. In Berlin sind die im städtischen Schlachthause gewonnenen, von den untersuchten deutschen Schweinen stammenden Kleinfleische, Lebern, Herzen usw. nur noch zu Schleuderpreisen verwerthar, weil in neuester Zeit wöchentlich ganze Waggonladungen amerikanischer Lebern, die nachweislich mit Borsäure frisch erhalten sind, von Hamburg eintreffen und hier in den heimischen Würsten verschwinden.

Ebenso arge Schwindel, wie mit Trichinen, Fleisch und Pferdewurst treiben die Amerikaner mit baumwollenem Schweineschmalz.

Der amerikanische Statistiker Wood Davis giebt im Februarhefte des „Forum" eine Berechnung, wonach die Produktion des künstlichen Schweineschmalzes „Raffined Lard", eines Gemisches von Talgabfällen, Baumwollsamenöl und etwas wirklichem Schmalz, gegenwärtig rund 450 Millionen Pfd. beträgt

Über die Vorgänge bei der Herstellung dieses Schmalzes urteilt der Sekretär des amerikanischen Fleischverbandes von St. Louis in einem an den deutschen Fleischerverband gerichteten Briefe: „Es ist eine Schande, daß solche Schmalzverfälschungen in einem zivilisierten Laude noch erlaubt werden."

Das glückliche Frankreich, das mit unsern Handelsverträgen nicht belastet ist, konnte sofort sich gegen diese Dinge schützen; es erhöhte den Zoll auf sämtliche Fleischpräparate — auf Wurst, das verdächtigte, sogar bis hundert Franks für hundert Kilogramm Uns sind durch Handelsverträge die Hände gebunden, ein Einfuhrverbot scheint man nicht zu wagen. Am 27. und 29. April wurde die Regierung hierüber im preußischen Abgeordnetenhause zur Rede gestellt. Sie wußte keinen Rat als obligatorische Fleischbeschau. Der Fleischbeschauer kann uns aber bei Handelswaare, bei der jedes Stück von einem andern Tiere herrührt, nur helfen, wenn er den ganzen Vorrat — selbst auffißt. Unser Nahrungsmittelgesetz, unsre inländische Fleischbeschau sind unnütz, so lange fertige Ware überhaupt hereingelassen wird.

Eine kleine Minderheit, bestehend aus Großhandel, Großindustrie und Spekulantentum haben ein Interesse, die Handelsverträge auf lange Zeit zu erneuern. Der Bauernstand, der städtische Mittelstand und die Arbeiter aber sind solidarisch in ihrem Interesse gegen die Handelsverträge, die uns der Wettbewerb minderwertiger Völker und der Einfuhr minderwertiger Waren aussetzen.

Was nützt uns ein Fernhalten des Kuli, wenn der deutsche Arbeiter durch die Handelsverträge mit ihm in einen ungleichen Wettbewerb gebracht wird! Die deutschsoziale Reformpartei hat, so lange sie besteht, darauf hingewiesen, daß alle Stände des deutschen Volkes solidarisch sind, und nur im Großhandel, im Großkapital, in der Spekulation und in der Ausfuhrindustrie ihren gemeinsamen Feind haben und bekämpfen müssen.

Die jetzt zur deutschsozialen Reformpartei vereinigten Antisemiten haben seit 1890 geschlossen gegen alle diese Handelsverträge gestimmt, weil sie allein ihre volle Verderblichkeit klar erkannt hatten. Wer die ehrliche deutsche Arbeit schützen will, sorge also dafür, daß unsre Kandidaten am 16. d. M. den Sieg davon tragen.

Die Schlacht bei Spenge.

Sozialdemokraten, Freisinnige und Judenschützer aller Grade fallen von Zeit zu Zeit über den Abg. Jskraut her, indem sie ihn mit dem schönen Namen „Knüppelpastor" belegen. Die

Digitized by Google

„Genossen" machen sich sogar das kindische Vergnügen, in den Versammlungen, wo der Abg. Ickraut auftreten soll, unter dem üblichen Radau mit einem Dreschflegel zu erscheinen. Als Scheingründe für ihr „flegelhaftes" Benehmen führen die „Genossen" die Thatsache an, daß einst bei dem westfälischen Orte Spenge eine Anzahl sozialdemokratischer Heyer aus Bielefeld für ihre aufreizenden Reden und ihr herausforderndes Verhalten von den empörten Bauern unsanft aus dem Orte hinausgeleitet wurden. Schuld daran soll der Abg. Ickraut sein, der in Bielefeld damals Vereinsgeistlicher war. Um unsern Freunden Gelegenheit zu geben, eine Richtigstellung anbringen zu können, wo es in der jetzigen Wahlbewegung vielleicht nöthig ist, werden wir in folgendem jene Vorkommnisse genau darstellen.

Der sozialdemokratische Parteitag im Jahre 1890 hatte beschlossen, nunmehr die Bauern zu proletarisieren oder mit andern Worten „aufs Land zu gehen". In Ausführung dieses Beschlusses verbreiteten die „Genossen" von Bielefeld aus ihre Flugblätter im Ravensberger Lande und setzten dann Sonntags im Mittelpunkte des jeweiligen Vertheilungsgebietes eine öffentliche Versammlung an. Eine dieser Versammlungen sollte am 2. August 1891 in Spenge sein. Hierzu war Herr Pastor Ickraut auf ausdrückliches Verlangen der Gemeinde erschienen und verlangte die Vornahme einer Büreauwahl, weil er in der Stadt Bielefeld den „Genossen" in seinen Versammlungen dasselbe Recht zugestanden hatte und infolgedessen ständig unter einem sozialdemokratischen Vorsitzenden sprechen mußte. Da aber in Spenge die Bauern die Oberhand hatten, weigerten sich die „Genossen". Darüber entspann sich eine mehrstündige Aussprache, die nach verschiedenen Pausen mit der Auflösung der Versammlung endete.

Die Entrüstung in der Umgegend war allgemein, und als für den 9. August (Sonntag) eine neue öffentliche Versammlung von den Bielefelder „Genossen" ausgeschrieben wurde, faßten die Bauern das natürlich als eine Herausforderung auf. „Zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung ist es erforderlich, daß mindestens dreihundert Bielefelder Genossen an der Versammlung in Spenge teilnehmen" hieß es in einem sozialdemokratischen Flugblatte. Dieser Massenaufzug wurde denn auch in Szene gesetzt; teils auf Möbelwagen und andern Fuhrwerken, teils zu Fuß pilgerten die „Genossen" mit Frauen und Mädchen und den nötigen Fässern voll Bier aufs Land. Eine rote Fahne, rote Regenschirme und andre rote Abzeichen ließen keinen Zweifel darüber aufkommen, mit wem man es zu thun hatte. Schon der Beginn war vielversprechend. Ein „Genosse" ging ostentativ mit aufgespanntem roten Regenschirm durch die Menge. Als er aber diese Promenade zum zweiten Male wiederholte, nahmen ihm die Bauern einfach das unnütze Möbel ab und vernichteten es. Die Versammlung selbst sollte auf der sogenannten Schweinekoppel stattfinden, die zum Teil sehr feucht war. Der trockene Teil war vollständig von 600 „Genossen" besetzt; da diese zugleich Eintrittsgeld erhoben, hatten sich etwa 3000 Bauern längs der Landstraße aufgestellt, während nur Herr Pastor Ickraut mit ungefähr sechzig Freunden in dem durstigsten abgezäunten Platze sich befand. Als die Versammlung eröffnet werden sollte, bat der „Genosse" Einberufer um Vorschläge für den Vorsitzenden. Die Mehrheit rief: „Ickraut", aber der Einberufer erklärte den „Genossen" Groth für gewählt. Als Pastor Ickraut um die Gegenprobe ersuchte, trat der Einberufer, daß die außerhalb stehenden Bauern nur „Zuschauer" seien und deshalb nicht mitstimmen dürften. Auf den Vorschlag des Pastors Ickraut: „Sozialdemokraten links, Christlich-Konservative rechts" gingen die „Genossen" mit der Begründung nicht ein, daß es „links" zu naß sei. In diesem Augenblicke brach der nicht widerstandsfähige Lattenzaun und nun schlugen die „Genossen" mit den Zaunstücken auf die Bauern ein, so daß eine etwa acht Fuß lange Stange auf den Köpfen der Bauern zu liegen kam. Da in diesem jetzt entstehenden Handgemenge die „Genossen" jämmerlich nach der Polizei riefen, setzten vier reitende Gendarmen über den Tisch am Eingange weg auf die Wiese, und der „Genosse" Groth schrie: „Ich schließe die Versammlung!" Die Frage des Pastors Ickraut, ob der Schluß auch ernstlich gemeint sei, wurde bejaht, und nun gab Pastor Ickraut den außerhalb der Wiese auf gestellten Posaunenchören der Jünglingsvereine den Befehl zum Blasen, um die natürlich in großer Erregung befindlichen Bauern von den „Genossen" abzulenken. Diese fürchteten sich nämlich entsprechend dem Verlangen des Amtsvorstehers die Wiese zu räumen, weil sie durch die draußen stehende Menge hätten gehen müssen. Während die fünf reitenden Gendarmen, der Amtsvorsteher und Pastor Ickraut die Bauern von den „Genossen" trennen, singen jene das „Heil dir im Siegerkranz". Dann zieht Pastor Ickraut unter Vorantritt der Bläser und den Klängen eines Marsches mit etwa sechshundert Bauern rückwärts auf einen andern Platz und bringt dort nach einer kurzen Rede ein Hoch auf den Kaiser aus. Auch jetzt wagten die „Genossen" noch nicht die Koppel zu verlassen, deshalb kehrte Pastor Ickraut wieder um und ließ geschlossen nach dem Dorfe zu marschieren. Aus der noch stehenden Menge schlossen sich natürlich die meisten an. Mittlerweile haben sich die „Genossen" ebenfalls zusammengeschlossen und ziehen gleichfalls dem Dorfe zu. Da sich die Massen wieder stauen, macht Pastor Ickraut Halt und läßt die „Genossen" unbehelligt vorbeiziehen, wobei die Bauern unter Begleitung der Posaunen das Lied singen „Wer will ein Streiter Christi sein". Da die Bauern aber wieder eine drohende Haltung annehmen, als die „Genossen" es sich in einer Wirtschaft des Dorfes bequem machen, veranlaßt der Amtsvorsteher, daß sie sich im geordneten Zuge unter Bedeckung der Gendarmerie sofort auf den Rückmarsch nach Bielefeld begeben. Plötzlich steht der sozialdemokratische Zug; die Bauern wittern dahinter eine neue Finte und drängen auf die „Genossen" ein. Bei den seitgesetzten Bemühungen des Amtsvorstehers, der Gendarmerie und des Pastors Ickraut, die Bauern zurückzuhalten, erhält letzterer einen Schlag über den Kopf und zwar nicht von einem „Genossen", sondern von einem Bauer, der der gleichartigen Kopfbedeckung wegen den Pastor Ickraut für den „Obergenossen" Groth hielt. Ehe dieser Irrtum aufgeklärt werden kann, stürzen die Bauern unter dem Ruf „Pastor Ickraut ist geschlagen" auf die Sozialdemokraten. Es gelingt aber doch, sie zurückzuhalten und nunmehr folgt der größere Teil dem Pastor Ickraut nach Spenge. Als die „Genossen" auf diese Weise Luft bekamen, fingen sie an, die einzelnen ihnen begegnenden Bauern zu verhöhnen, ja in Klein-Aschen drangen sie sogar in ein Haus ein und mißhandelten einen achtzigjährigen Hofbesitzer. In Zöllendeck, unweit Bielefeld, bekamen die „Genossen" dann später eine ordentliche Portion ungebrannte Asche zu kosten, weil einer von ihnen einen Bauern die Schnapsflasche auf dem Kopfe zerschlug, da man ihnen keinen Schnaps mehr verabfolgen wollte. Pastor Ickraut und seine Freunde waren aber an diesen Vorkommnissen nicht beteiligt, denn sie waren ja sofort nach Haus gezogen, als die „Genossen" aus Spenge hinaus waren. Das ist auch wiederholt gerichtlich anerkannt. Die sozialdemokratische „Volkswacht" in Bielefeld hatte in einem Bericht den Gendarmen vorgeworfen, sie hätten ihre Pflicht nicht gethan. In dem daraus entstandenen Strafverfahren gegen den „Genossen" Groth, das mit einer Verurteilung endigte, war Pastor Ickraut Zeuge. Der Staatsanwalt erklärte bei dieser Gelegenheit, es sei allein der aufopfernden Umsicht Pastor Ickrauts zu danken gewesen, daß größeres Unglück vermieden wurde.

Die „Genossen" konnten ihre böse Niederlage natürlich nicht verwinden. Ihre Hauptwut richtete sich selbstverständlich gegen den Pastor Ickraut, der es gewagt hatte, ihrem wüsten Treiben entgegenzutreten. Er wurde wiederholt auf offener Straße in Bielefeld angefallen und in der widerlichsten Weise beschimpft; seinen Freunden warf man die Fensterscheiben ein und wo sich ein Bauer aus Spenge sehen ließ, rotteten sich die „Genossen" zusammen — selbstverständlich nicht, um ihn besonders zu feiern. Außerdem riefen sie die Staatsanwaltschaft gegen den Pastor Ickraut an und zwar wegen Sachbeschädigung, Haus- und Landfriedensbruches. Daneben hatten sie noch 23 Bauern angeklagt, darunter auch einen, der nachweislich gar nicht in Spenge gewesen war! Sämtliche Anklagte wurde nach eingehender Untersuchung durch das Landgericht in Bielefeld außer Verfolgung

Digitized by Google

gesetzt, zu einer Verhandlung ist es also gar nicht gekommen.

Aus dem am 9. Dezember 1892 gefaßten Gerichtsbeschlusse heben wir folgende Stellen hervor:

Es ist nicht erwiesen, daß die Angeschuldigten in andrer Absicht als den Iskraut zu hören, zusammengekommen sind, insbesondere daß sie untereinander sich verabredet haben, etwa auf das Hutschwenken des Iskraut hin den Zaun einzudrücken, vielmehr erscheint die Aussage des Iskraut glaubhaft, das Hutschwenken habe den Zweck verfolgt, Stillschweigen zu gebieten.

Auch ist nicht erwiesen, daß die Landleute auf Iskrauts Aufforderung hin sich zum Einreißen des Zaunes zusammengethan haben, vielmehr als festgestellt erachtet, daß Iskraut nur, als einige Sozialdemokraten über den Zaun stiegen, gesagt hat zu den Landleuten „spart auch Ihr den Groschen und steigt ebenfalls herüber". . . Gewaltthätigkeiten sind erst dadurch hervorgerufen, daß seitens der Sozialdemokraten gegen das Eindringen reagiert wurde.

Es ist nicht festgestellt, daß die dem Zaun zunächst stehenden Angeschuldigten anders als infolge des Drängens der Menschenmenge nach dem Versammlungsplatze zu — das Drängen erklärt sich aus der Absicht der Außenstehenden besser hören zu wollen —, also ohne ihren Willen den Zaun eingedrückt haben und über den Zaun hinaus in den Platz eingedrungen sind. . .

Die öffentliche Zusammenrottung muß verneint werden, bezüglich der „gegen Personen" — die Sozialdemokraten — verübten Gewaltthätigkeiten, weil abgesehen von der mangelnden Feststellung, daß die Landleute von vornherein in der Absicht, die Sozialdemokraten zu mißhandeln, zusammengekommen seien — die Reiberei begann vielmehr der Sozialdemokrat mit dem roten Schirme — auch nicht erhellt, daß sie unter Iskrauts Leitung sich auf dem Wege zur und vor der Heimannschen Wirtschaft zum Zwecke der Mißhandlung zusammengethan hätten. Denn die Aussage des Iskraut, er habe vermöge Abhaltung der Rede die Bauern um sich gesichert und die Redensart „wir wollen sie aus Spenge hinausblasen" gebraucht und die Posaunisten blasen lassen gerade in der Absicht, die Bauern von den Sozialdemokraten ab- und auf die Musik zu lenken, erscheint glaubhaft. . .

Eine Verübung von Gewaltthätigkeiten mit vereinten Kräften liegt nicht vor, . . . weil nur Ausschreitungen Einzelner gegen Einzelne festgestellt werden konnten.

Aus dieser Darstellung geht zweifellos hervor, daß Pastor Iskraut auf Wunsch der ländlichen Bevölkerung sich lediglich bemüht hat, die damals lebhaft und planmäßig betriebene sozialdemokratische Agitation vom Lande fernzuhalten. Dahingegen hat er aber in der sogenannten Schlacht bei Spenge die Vertreter des Umsturzes vor Thätlichkeiten seitens der Bauern bewahrt. Es ist also eine grobe Unwahrheit, wenn die Sozialdemokratie mit der entgegengesetzten Behauptung hausieren geht.

L. H.

Warum die jüdischen Spitzbuben immer unter sich bleiben.

In den Jahren 1734 und 1735 wurde vor dem Gerichte in Koburg die Untersuchung gegen eine „diebische Juden Bande" geführt. Die nächste Veranlassung gab ein Einbruch in die Gold- und Silber-Fabrik zu Koburg. Nach langer Mühe kam man den Thätern auf die Spur: es waren sieben Juden. Ja, mehr noch! Die mit der größten Peinlichkeit vorgenommene Untersuchung führte zu dem überraschenden Ergebnis, daß die zahlreichen Diebstähle, die in den Jahren 1725 bis 1734 in Mitteldeutschland vorgekommen waren, sämtlich auf das Konto der Judenschaft zu setzen waren, die sich förmlich für Spitzbübereien organisiert hatte. Ein Auszug aus den Koburger Akten ist im Druck erhalten. Die Schrift führt den Titel: „Actenmäßige Designation Derer Von einer Diebischen Juden-Bande verübten Kirchen-Räuberegen und gewaltsamen mörderischen Einbrüche, Sambt Angefügter Beschreibung Derer meisten Jüdischen Ertz-Diebe, Wie solche In der Anno 1734 & 1735 Allhier in Coburg geführten Inquisition, von denen famosen Hoyum Moyses oder Johann Ingolstädter von Trenchlingen im Anspachischen, Damm Joseph Samuel vulgo Joseph Braunum von Wilmers im Würtzburgischen und Emanuel Heinemann sonst Mendel Carbe von Groß-Carbe bey Frankfurth am Mayn würthig, auch andern mit-inhafftirten Jüdischen Complicibus bekannt, angegeben und ex Actis zusammen getragen worden." Dem Richter war es aufgefallen, daß die vielen Einbruchs-Diebstähle — die Schrift zählt 72 verschiedene auf — ausschließlich von Juden verübt waren. Hören wir, was er darüber festgestellt hat! Es heißt in der genannten Schrift wörtlich:

Übrigens widerleget Inquisit Hoyum das allgemeine Vorurtheil, daß diese Juden-Rotte ohne Beyhülffe anderer Diebs-Gehülffen von Christlicher Religion dergleichen gewaltsame Diebereyen ohnmöglich hätte ausüben können, durch folgende Argumenta:

Erstlich behauptet er, daß Jüdische Diebe um deswillen mit andern, so keine Juden wären, sich nicht gerne einliessen, weilen diese durch ihre Aufführung sich bald verdächtig machten und leichtlich in Inquisition gezogen würden; dahingegen jene ohne Verdacht der Dieberey nachgehen und von andern Handels-Juden dem äußerlichen Ansehen nach nicht distinguiret werden könnten.

Zweytens, wann ein Christ in Verhafft käme, so wäre leicht wider denselben zu inquiriren, aber bei Juden-Inquisitionibus ermanglete es gemeiniglich an Indiciis, weilen kein Jude, und wenn es auch der allerehrlichste wäre, einen Diebs-Juden bey Obrigkeit angeben, und viel weniger durch Zeugschafft die Wahrheit eröffnen, sondern viel lieber einen Meineyd begehen würde.

Drittens hätte bey denen Rißlichen und Lipß Tullianischen Inquisitionibus die Erfahrung gelehret, daß Christen gar leicht zur Bekennung und Entdeckung ihrer Cammeraden zu bringen wären und in dem Fall die Jüdischen Complices gemeiniglich vor allen andern verraten hätten, weswegen die Jüdischen Diebe von der Zeit an denen Christlichen sich nicht mehr vertraueten.

Hingegen wären die Jüdischen Diebe so geartet, daß sie die Tortur ausständen und doch nichts confessirten, oder wenn sie auch gleich bekenneten und sich selbst nicht mehr helffen könnten, so würden sie doch meistentheils ihre Diebs-Consorten biß in den Tod verschweigen. Überdem und viertens hätten die Diebs-Juden (Achproschim), welche unter der gantzen Judenschafft Chochumen, das ist kluge und gescheide genennet würden, nicht nöthig von einem Christen instruction oder Anweisung zu nehmen, weilen sie unter sich selbsten viel vorsichtiger, stärker und erfahrener wären, aller Orten unter dem Vorwand ihrer Handelschafft Gelegenheit zum stehlen ausfindig machen und unter ihrer Nation das gestohlene Guth gantz sicher unterbringen könnten.

Hiernächst pflegten die Diebe allezeit denen Abkäuffern den Ort, wo die Waren gestohlen worden, anzuzeigen, damit sich diese im Verkauff behutsam darnach achten könnten und nichts in solche Orte, wo man das gestohlne Guth kennen möchte, bringen dürffen, wie dann überhaupt zwischen denen Gnoven, Achproschen oder Dieben, Baldobern, Rädelsführern oder Anweisern, Sassern oder Unterhändlern und Konim*) oder Abkauffern ein Bund und solche Vertraulichkeit wäre, daß keiner dem andern verrathen, sondern lieber alles über sich ergehen lassen würde.

Bey allem dem bleibet noch ein einziger Zweiffel übrig, wie nemlich die Juden, da sie derer Christen Gottes-Dienst und Kirchen nicht frequentiren dürffen, einen Kirchen-Raub ab-

*) Die fremden Ausdrücke sind dem „Judendeutsch" entnommen.

Digitized by Google

sehen und solchen ohne der Christen Beyhülffe begehen können. Alleine auch dieses Problema solviren die hiesigen Inquisiti ganz leichtlich und behaupten, daß nichts leichter als eine Kirche zu bestehlen sey, weilen eines theils bey denen Herren Catholiken öffters Processiones gehalten würden und dabey die Kostbahrkeiten zu sehen wären und andern theils von diesen und denen in Evangelischen Kirchen verwahrlichen Schätzen öffters von gemeinen Leuten im Beyseyn derer Juden vieles geplrochen würde, welches denen Dieben zur Reitzung und Nachricht diencte. Überdem wären viele Diebe unter der Baude, die sich zuweilen vor Christen ausgegeben und einen Diebstahl auszuüben in die Kirchen gegangen wären, wie solches insonderheit der Mendel Schmalkalden, blinde Abraham Schlosse Gottels*), Bleschmmet Selig und Mortie Polack öffters praticiret hätten."

Talmud-Thora.

Bekanntlich schreien die Juden stets nach Gleichberechtigung und wissen über Zurücksetzung in Verwaltung und Armee ein Lamento anzustimmen, das ganz rührend wirkt, freilich nicht auf den Kenner der Verhältnisse, sondern nur auf den blöden Bierphilisiter, der in seinem Toleranzdusel noch nicht einmal merkt, daß der Jude bereits Vorzugsrechte genießt. Der Jude schächtet im Schlachthause das arme gequälte Vieh in namenloser Marter, während der Deutsche zur Anwendung der Schlachtmaske, zur Betäubung seines Opfers vor dem Todesschnitt gesetzlich gezwungen ist. Der Jude leistet vor Gericht einen Eid, der nur insoweit für ihn von Bedeutung ist, als die gesetzliche Meineidsstrafe in Betracht kommt, aber mit seinen religiösen Gefühlen absolut nichts zu thun hat, denn ein bindender Eid, ein ritueller Eid ist für den Juden nur der im Tempel vor dem Rabbiner geleistete Schwur, du bist nicht in derselben glücklichen Lage, bei dir fällt der religiöse Eid mit dem gerichtlichen Eide zusammen, sie decken sich. Es ist nicht Gleichberechtigung, die der Jude verlangt, die hat er leider schon in viel zu reichlichem Maße erhalten, nein, Vorrechte will er, eine Sonderstellung, um seine unheilvollen Fähigkeiten im Ränkieren der Umgebung noch unbeschränkter entwickeln zu können. Schon lange vor der Judenemanzipation, als ihnen durch weise Einschränkung ein engerer Wirkungskreis angewiesen war und nachdrücklicher auf die Finger geschen wurde, machte sich das Bestreben der Juden, sich der staatlichen Rechtsspiege zu entziehen und die Jurisdiktion ihrer Rabbiner für sich als maßgebend in Anspruch zu nehmen, auch in Hohenzollern geltend. Interessant ist ein vor dem Appellationsgericht zu Hechingen am 20. Mai 1847 zum Austrag gekommener Prozeß zwischen der jüdischen Gemeinde und den Erben des J. C. Levi wegen eines Legates für die Talmud-Thora, ausgenommen im Jahre 1803 vom Rabbiner Auch. Nach den vorliegenden Akten wirft dieser Prozeß ein scharfes Licht auf die Lage und die Ansprüche des Judentums im Fürstentum Hohenzollern-Hechingen im Anfange unsers Jahrhunderts. Die Juden maßten sich förmlich an, einen Staat im Staat zu bilden, der Landes-Gerichtsbarkeit nicht unterworfen zu sein, sondern nur jene der Rabbiner anerkennen zu wollen, sie verweigerten geradezu die gesetzlich vorgeschriebene Eidesleistung und behaupteten mit einer unglaublichen Dreistigkeit, es unterliege gar keinem Zweifel, daß für sie ihre Ritualgesetze die alleinige Norm sein müßten. —

So schon die Lumpen- und Betteljuden von dazumal! Das Appellationsgericht setzte den Juden die Köpfe zurecht in einer Weise und mit einer Schneidigkeit, die wir leider gegenwärtig bei ähnlichen Vorkommnissen vermissen. —

Die Prozeßakten und das erlassene Erkenntnis, das im Wortlaut vorliegt, besagen in den Hauptpunkten nämlich wie folgt:

1. Es ist unwahr, daß durch eine Verordnung der fürstlichen Regierung vom 22. Juni 1807 die Gerichtsbarkeit der Rabbiner auf Streitgegenstände im Betrag von 50 Gulden gesetzlich beschränkt worden sei, da der Gegner weiß, daß schon vorher, im Jahre 1806, dem Rabbiner die Anmaßung aller und jeder Art von Gerichtsbarkeit strenge verboten und diese für einen strafbaren Unfug erklärt wurde. Die Gerichtsbarkeit wird von der Staatsgewalt verliehen, was in Bezug auf den Rabbiner nicht geschehen ist.

2. Die Gegner werfen auf, daß „alle Vorsteher, Häupter und Stämme Israels der Gemeinde Hechingen und Friedrichstraße dem Rabbiner für zu erlassende Rechtssprüche bestimmte Diäten zusicherten"; allein die Gemeinde hat eben selbst keine Jurisdiktion, und der Landesherr hat auch ihr die Jurisdiktion nicht übertragen. In dem landesherrlichen Reskript vom 28. Dezember 1784 wird die Übertragung der Gerichtsbarkeit auf den Rabbiner mit keiner Silbe erwähnt. Wenn die Ansprüche des Rabbiners als Ausflüsse der Gerichtsbarkeit betrachtet werden wollen, so sind sie nichtig, da sie gegen das öffentliche Recht verstoßen, kraft dessen nur der Landesherr Gerichtsbarkeit übertragen kann, nicht aber eine Gemeinde, zumal nicht eine solche, die in so untergeordnetem Verhältnis zum Landesfürsten steht, wie die israelitische Gemeinde zu Hechingen.

3. Betreffs eidlicher Vornahme der Zeugen Moses, Sohn Abrahams, und Simon, Sohn Jacobs, genügt es nicht, daß der Zeuge „beschworen worden, Zeugnis abzulegen". Zeugen müssen selbst schworen, seien es Juden oder Christen, für beide ist die Eidesformel festgesetzt.

4. Die Behauptung, „daß es keinem Zweifel unterliege, daß die Ritualgesetze der Juden die richterliche Norm sein müssen", ist falsch; die Norm muß das gemeine Recht sein.

5. Es wird Bezug genommen auf eine Verordnung vom 25. August 1806, wonach „mit gerechtem Mißfallen wahrgenommen wurde, daß die Judenschaft sich in ihren Privatstreitigkeiten, Testaments- und Erbschaftsverhandlungen mit Vorbeigehung ihrer gesetzlichen obrigkeitlichen Stelle, nämlich Hochfürstl. Kanzlei, an ihren Rabbiner gewendet. — Dem Rabbiner wird bei schwerer Strafe und Amtsentsetzung jede Einmischung in Akte der Gerichtsbarkeit untersagt.

Soweit das Erkenntnis.

Interessant für uns sind die im Verlauf des Prozesses zu Tage getretenen Bestrebungen der Juden, alles zu verdunkeln, was auf den Talmud als Lehrgegenstand Bezug hatte, und mit rabbinischer Spitzfindigkeit drückten sie sich uns dazu herum, was für uns des Pudels Kern darstellt. Nach dem Zeugnis des Isaak Kahn und des Wolf Itzi bestand damals (1847) seit wenigstens zwanzig Jahren keine Talmud-Thora (Talmudschule) mehr in dem Sinne, wie sie zur Zeit der Errichtung der Stiftung bestand. Am 22. Mai 1846 erklärte jedoch die israelitische Deputation in ihrem eingereichten Berichte: „sich darüber auszusprechen, ob Talmud-Thora jetzt nicht mehr bestehe, vermag die unterzeichnete Stelle nicht, da sie aus eigener Erfahrung nicht bestimmen kann, was früher unter den Worten Talmud-Thora begriffen war (!!), sie glaube aber, daß sie den dem Rabbiner Dr. Mayer zur Pflicht gemachten und von ihm auch erteilten Unterricht als Talmud-Thora, Talmudunterricht für sich anerkenne." Aha! Für uns ist ganz einerlei, ob es Talmudschule oder Talmudunterricht genannt wird, sicher geht jedoch heraus hervor, daß der Talmud Geltung hatte, und daß der Inhalt des Talmuds somit auch die Grundlage ist für die jüdische Sittenlehre, was gerade deshalb festgenagelt zu werden verdient, weil gewisse Leute gleich bei der Hand sind mit der Ausrede: „was geht uns der Talmud an". Um den Talmud und die aus ihm entsprungene, in Fleisch und Blut übergegangene Anschauung abstreiten zu können, müßte der Jude aus der Haut fahren, das ist unsre durch Vorsichtsedes noch mehr gekräftigte Überzeugung.

*) Natürlich ist „blind" nur ein Spitzname. An einer andern Stelle des Buches heißt es von dem blinden Abraham: „ist mit den Augen übersichtig, worvon er auch den Beynahmen bekommen". — Danach hat er wohl geschielt, so fassen wir das Wort „übersichtig" auf.

Digitized by Google

Zelle Getreidepreise. Die „National-Ztg." behauptet, es sei nicht wahr, daß der sogenannte Antrag Kanitz „mittlere Preise" sichern will. Denn selbst in der Fassung von 1896 heiße es zwar, daß die Verkaufspreise nach dem Durchschnitt der Preise von 1850 bis 1890 zu bemessen seien und weiter, daß ein Reservefonds gebildet werden solle, durch den der Verkauf des ausländischen Getreides auch bei höheren Einkaufspreisen zu jenen Durchschnittspreisen ermöglicht werden solle; bei Erschöpfung des Reservefonds aber seien die Verkaufspreise um so viel zu erhöhen, daß sie der Reichskasse nicht nur den Einkaufspreis des Weltmarktes, sondern auch die durchschnittliche Getreidezollein nahme erstatten. Also auch in dieser Fassung sichere der Antrag Kanitz keine „mittleren Preise". Denn wäre er auch 1896 angenommen worden, so würde gegenwärtig sicherlich kein Reservefonds vorhanden sein, der eine nennenswerte Ermäßigung der Weltmarktpreise ermöglichte. — Soweit die „National-Ztg.", gegen die selbst König Salomo der reine Dummkopf gewesen ist. In diesem Falle scheint sie aber die salomonische Erkenntnisthat etwas im Stiche gelassen haben. Denn einmoder sind die Weltmarktspreise im allgemeinen niedriger als die im Antrage Kanitz festgelegten Durchschnittspreise, und dann wirkt der Antrag Kanitz, um mit der „National-Ztg" zu reden, „brotverteuernd", aber dann wird auch gleichzeitig aus dem Unterschiede zwischen Weltmarkt- und Inlandspreis ein bedeutender Reservefonds angesammelt, der es ermöglicht, in Zeiten der Teuerung das Getreide immer zu dem festgesetzten Durchschnittspreis oder mit einem ganz geringen Aufschlag im Inlande abzugeben. Oder die Weltmarktspreise entsprechen im Großen und Ganzen dem vierzigjährigen Durchschnitt, dann wird allerdings kein großer „Reservefonds", den die „National-Ztg." mit „Humbug" zu bezeichnen beliebt, angesammelt, dann übt aber auch der Antrag Kanitz keine „brotverteurende" Wirkung aus, ist also im letzteren Falle auch durchaus harmlos und nicht „gemeingefährlich", da er auf die Preisbildung gar keinen Einfluß ausüben würde. Es handelt sich im Antrag Kanitz weder um Mindest- noch um Maximalpreise, sondern um durchaus feste, unverrückbare, sich stets gleichbleibende Durchschnittspreise. Und daß diese für beide Parteien, den Konsumenten sowohl wie den Produzenten gleich segensreich sein würden, muß jedem Einsichtigen ohne Weiteres einleuchten. Daß der internationale Getreidehändler, der Börsenspekulant und Getreidebesitzer dabei der Leidtragende sein würde, läßt sich allerdings nicht leugnen. Mit den so einträglichen Spekulationen à la baisse sowohl wie à la hausse wäre es dann freilich ein für allemal vorbei. Aber wir können nicht recht einsehen, warum das Interesse der Gesamtheit dem Interesse einiger internationalen Getreidejuden zu Liebe beschädigt werden soll.

Die Sozialdemokratie und der Mittelstand. Nie wird so viel gelogen als vor den Wahlen. Vor allen andern Parteien zeichnen sich darin die Sozialdemokraten aus. Ihre Gesolgschaft bei den Wahlen rekrutiert sich zu einem sehr großen Teile aus Leuten, die aus irgend einem Grunde mit den bestehenden Verhältnissen unzufrieden sind, aber von den eigentlichen Zielen der Umstürzler keine Ahnung haben. Wüßten sie, was die Sozialdemokraten am letzten Ende bezwecken, sie würden sich bedanken, ihnen ihre Stimmen zuzuwenden. Drum gilt es, die Wähler über die Ziele der sozialdemokratischen Partei aufzuklären. Wir greifen heute ein Kapitel heraus, die Stellung der Sozialdemokratie zum Mittelstande. Natürlich spielen sich die Sozialdemokraten vor den Wahlen auch als die berufenen Schützer des Bauernstandes, der Handwerker und der kleinen Kaufleute auf. Daß die, so diesen Versicherungen Glauben schenken und sozialdemokratisch wählen, sich damit in ihr eigenes Fleisch schneiden, mögen die folgenden Auslassungen darthun. Wir lassen die Sozialdemokraten selbst reden.

1. Der sozialdemokratische Kongreß in Basel beschloß im Jahre 1869: „Der Kongreß erklärt, daß die Gesellschaft das Recht hat, das individuelle Eigentum an Grund und Boden abzuschaffen und den Grund und Boden in Gemeineigentum zu verwandeln." „Genosse" August Bebel bemerkte hierzu: „Man müsse in Deutschland die Frage noch vorsichtig behandeln; denn der Bauer sei in seinen Eigentumsbegriffen verbohrt." (Der Sache nach ist also Bebel auch durchaus dafür, daß den Bauern ihr Besitz an Grund und Boden genommen wird. Mit Rücksicht auf die „verbohrten" Bauern soll das aber vorsichtig behandelt d. h. möglichst verschwiegen werden.)

2. Der „Vorwärts", das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei, schrieb am 6. Dezember 1891 (Nr. 286): „Uns kann es nicht in den Sinn kommen, den Privateigentums-Bestrebungen der Bauern auf Grund und Boden irgendwie förderlich zu sein. Die Ernte gehört nicht den Bauern, sondern allen Menschen; privates Eigentum an Grund und Boden ist niemand zuzubilligen."

3. Die „Sächsische Arbeiterztg." schrieb im Mai 1890: „Wir erklären nicht bloß den großen Gutshöfen, sondern auch dem kleinsten Bauernhaus den Krieg."

4. „Genosse" Fischer sagte auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Breslau im Oktober 1895: „Die Sozialdemokratie kann den Bauern erst gewinnen, wenn er von seinem Eigentum losgelöst, durch Juden bankerott gemacht ist."

5. Die „Sächsische Arbeiterztg." erklärte im Juli 1890: „Wir werden immer und überall bestrebt sein, den Untergang des Kleingewerbes zu beschleunigen."

6. Der Jude und Sozialdemokrat Engels schrieb im Mai 1890: „Wenn das Kapital die kleinen Handwerker und Kaufleute vernichtet, so thut es ein gutes Werk."

Wir hoffen, daß man diese Worte den „Genossen" allerorts gehörig unter die Nase reiben wird. Die Sozialdemokraten schlägt man am wirksamsten mit ihren eigenen Waffen.

Ausland.

Frankreich. Die Zola-Komödie hat eine neue Auflage erlebt. Der Kassationshof, zu dessen Mitgliedern die bekannten Panamaschützer Beaurepaire und Manau gehören, hatte eine Hinterthür gefunden, um das Urteil erster Instanz, durch das Zola wegen Beleidigung des Ehrenhauptes des Kriegsgerichtes zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wurde, aufzuheben. Es wurde geltend gemacht, daß der Strafantrag gegen Zola von einem Unbefugten, nämlich dem Kriegsminister, gestellt sei; nicht der Kriegsminister, sondern die Mitglieder des Kriegsgerichtes selbst hätten den Strafantrag einreichen müssen. Daher sei das Verfahren einzustellen. Dabei hatte sich in die Rechnung der Treyfußleute nur ein kleiner Rechenfehler eingeschlichen. Sie hatten ganz übersehen, daß die Beleidigung noch nicht verjährt sei. Schleunigst traten daher die Mitglieder des Kriegsgerichtes zusammen und stellten ihrerseits gegen Zola einen Strafantrag. Es fehlten übrigens nur noch wenige Tage, dann wäre die Beleidigung verjährt. So muß denn die ganze Sache noch einmal breitgetreten werden. Zunächst kam es aber nicht zur Verhandlung. Zolas Verteidiger lehnte das Schwurgericht zu Versailles, vor das die Sache verwiesen war, als unzuständig ab. Als er damit abgewiesen wurde, legte er Beschwerde bei dem Kassationshofe ein. Die Verhandlung mußte vertagt werden, bis der Kassationshof eine Entscheidung gefällt hat.

Die Zahl der reinen Antisemiten, die der neugewählten Deputierten-Kammer angehören, beträgt, nachdem die Stichwahlen noch einigen Zuwachs gebracht haben, neun.

Mosaik.

Die Börsensteuer hat im April d. J. 3 892 816 Mark gegen 1 776 068 Mark im April vorigen Jahres eingetragen. Davon entfallen auf Effektenstempel 2 753 434 Mark und die Umsatzsteuer 1 139 382 Mark. Sowohl die Emissionsthätigkeit als auch das Spekulationsgeschäft, namentlich in Bergwerksaktien, stehen gegen-

Digitized by Google

wärtig in höchster Blüte. Als es sich um die Einführung der Börsensteuer handelte, konnten die Börsenleute nicht genug darüber jammern, daß ihnen jetzt das ganze Geschäft unterbunden sei. Die obigen Zahlen beweisen aber besser als alles andere, daß die Börse noch viel höhere Steuern vertragen kann.

Was den Freisinnigen als Sünde gilt. Im Jahre 1881 erschienen in dem freisinnigen Partei-Verlage „Fortschritt, Aktiengesellschaft“ zwei Schriften, betitelt „Neues Sündenregister der Konservativen“ und „Neues Sündenregister der Nationalliberalen“. In beiden Broschüren ist es den betreffenden Parteien als Sünde angerechnet, daß sie für den Erlaß eines Gesetzes gegen den Wucher eingetreten sind. Wer der „Ausbeutung der Notlage“, wer dem schamlosen Treiben des Darlehns-, des Pfeb-, Grundstück- und Waren-Wuchers durch Zustimmung zu einem Strafgesetz entgegentritt, macht sich also nach freisinniger Anschauung einer Handlung schuldig, die unter dem Titel „Sündenregister“ zu buchen ist! Wenn die Freisinnigen die Bestrafung des Wuchers für Sünde halten, muß ihnen natürlich der Wucher selbst als ehrenwertes Gewerbe erscheinen.

Sozialdemokratisches. Über den „Genossen“ Georg Schumacher in Solingen ist von den Obergenossen der große Bann verhängt worden. Als Grund giebt der „Vorwärts“ an, Schumacher habe sich eines Wortbruches schuldig gemacht; seine abermalige Kandidatur in Solingen stehe im Widerspruch mit einem Versprechen, das Schumacher dem Parteivorstande gegeben habe. Der sozialdemokratische Parteivorstand läßt gegenwärtig eine in 30 000 Exemplaren gedruckte Erklärung im Wahlkreise verbreiten, wonach Schumacher nicht mehr zur Partei gehöre, deren Mitglied er seit dreißig Jahren gewesen sei. Die „Genossen“ hätten nicht für Schumacher zu stimmen, sondern für Scheidemann aus Gießen. — Wir begreifen gar nicht, wie sich die „Genossen“ über einen einfachen Wortbruch so ereifern können. Das Ehrenwort zu brechen ist ja gerade ein sozialdemokratischer Grundsatz, und vielleicht hat das Schumacher auch erst innerhalb der sozialdemokratischen Partei gelernt. Wir erinnern daran, daß Ende Juni 1878 in der Wahlagitations-Nummer des „Vorwärts“, des Zentralorgans der deutschen Sozialdemokratie, unter der Aufschrift „An die Arbeiter!“ mit fetten Lettern wörtlich folgendes zu lesen war: „Arbeiter, gebt Euer Ehrenwort, gebt Eure Unterschrift ab, um das Ehrenwort zu brechen, um die Unterschrift zu verleugnen.“ Wozu also die Aufregung? —

An dem Eifer, den die Sozialdemokraten bei den Wahlen entfalten, können sich andre Parteien ein Beispiel nehmen. Der „Vorwärts“ teilt mit, daß am Sonntag vor Pfingsten in Stettin 31 000, in Schleswig 18 000, in der Provinz Hannover 170 000, in Elberfeld 30 000, in Mainz 40 000, in Zwickau 40 000, in Dresden-Land 65 000, in München 200 000 Flugblätter, in Hessen 181 000, in Breslau 100 000, in Magdeburg 50 000 und in Hamburg 13 000 Wahlzeitungen — zusammen also fast eine Million Flugschriften verteilt worden sind. Diese riesige Agitation, zu der natürlich große Summen Geldes gehören, muß man im Auge behalten, um die Erfolge der Sozialdemokraten richtig würdigen zu können. Müßten die „Genossen“ mit so knappen Geldern wirtschaften wie wir Antisemiten, sie würden kaum ein Zehend Kreise erobern. —

Einen Vorgeschmack von dem Wohlleben im sozialdemokratischen Zukunftsstaate erhielt in der vergangenen Woche der Fabrikarbeiter Heinrich Lau in Berlin, Stegmundshof 7 wohnhaft. Er wollte nicht streiken, weil er mit seinem guten Verdienste sehr zufrieden war. Deshalb überfielen ihn etwa zwanzig „Genossen“, als er abends aus einer Schankwirtschaft kam, und bearbeiteten ihn entsetzlich mit Stöcken und Messern. Lau liegt schwer krank darnieder, u. a. hat er vier Stiche in den Rücken bekommen.

„Sie sehen mir zu jüdisch aus“, es thut mir leid, Sie deshalb nicht engagieren zu können.“ Der Chef, der also sprach, heißt Cohn, schreibt die „Allg. Jür. Wochenschrift“, und ist Inhaber der Engros-Detktlation Gebrüder Richter in Potsdam. — Es ist ja aber auch einfach haarsträubend, wenn nun schon die Juden anfangen, Antisemiten zu werden!

„Arbeiterpartei“ nennt sich gerne die Sozialdemokratie. Unter den sozialdemokratischen Abgeordneten sind aber die eigentlichen Arbeiter so gut wie gar nicht vertreten. Von den im Jahre 1893 gewählten 43 sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten waren nach amtlichen Angaben 13 Redakteure und Schriftsteller, 4 Gastwirte, 4 Buchdruckereibesitzer, 5 Zigarrenfabrikanten und -Händler, 1 Kehlleistenfabrikant, 2 Kaufleute, 1 Lederhändler, 2 Schuhmachermeister, 2 Schneidermeister, 1 Tischlermeister, 1 Schriftsetzer, 1 Zigarrenarbeiter, 1 Drechsler, 1 Bergmann, 1 Lithograph, 1 Instrumentenmacher; bei Singer und v. Vollmar war kein Beruf angegeben. An und für sich wäre das nun ja weiter kein Unglück, daß die eigentlichen Arbeiter so spärlich unter den sozialdemokratischen Abgeordneten vertreten sind. Wenn nur die gewählten Abgeordneten wirklich die Interessen der Arbeiterschaft wahrnähmen! Aber das ist ganz und gar nicht der Fall. Wenn sich im Reichstage einmal die Gelegenheit bietet, etwas zur Besserung der Lage der Arbeiter zu thun, dann stimmen die Sozialdemokraten dagegen. Unbegreiflich soll es ihnen bleiben, daß sie auch die Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung abgelehnt haben. Daß dies verkehrt war, gab im Oktober vorigen Jahres selbst ein sozialdemokratisches Blatt, der in Hannover erscheinende „Volkswille“ zu, allerdings wollte er nur einen „taktischen“ Fehler gelten lassen. — Wer steht denn aber dafür ein, daß in Zukunft nicht immer wieder solche „taktischen“ Fehler begangen werden?

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. Die Polizeiverwaltung zu Schönlanke macht bekannt, daß der Wochenmarkt vom 27. Mai auf den 26. verlegt werde wegen eines jüdischen Feiertages.

Zins-Haus
Leipzig-Ost zu verkaufen. Preis 68 000 M. bei 10 000 M. Anzahl. Rest kann stehen bleiben. Anzahlung verzinst sich zu 12–13%. Näheres durch die Geschäftsstelle d. Bl.

Billige, dichte Dächer
stets zu haben bei
Andernach's
Asphalt-Dachpappen
Kunststein-Fabrik
A. Andernach & Sohn, Linz a. Rhein

Um zu verhüten, daß die Vertreter der roten und goldenen Internationale in größerer Anzahl in den neuen Reichstag kommen, ist eine außerordentliche Agitation unsererseits nötig.

Helfe jeder unsrer Freunde mit, die Wähler aufzuklären.

Ein 5 Kilo-Postpacket geeignete Aufklärungsschriften — **Flugblätter, Reden unsrer Abgeordneten, Broschüren** liefern wir für 5 Mark frei ins Haus.

Außer den Sammelliſten empfehlen wir die Spritzenbücher der **„Freiwilligen Reichs-Feuerwehr“,** zur **Löschung der brennenden Judenfrage“,** zur gefälligen Benutzung. Dieselben sind gegen Erstattung der Selbstkosten (20 Pf. pro Stück, 10 Stück 1,50 Mark) von uns zu beziehen.

Mit den hübsch ausgestatteten Kuponbüchern (dreifarbig gedruckt), von den Herren Th. Fritsch und Liebermann v. Sonnenberg entworfen, werden Sie gute Erfolge für die „Kasse zur Anschaffung von Aufklärungsschriften für die Wahlen“ erzielen können.

Mit deutschem Gruße

Geschäftsstelle der „Deutsch-Sozialen Blätter“
Herm. Beyer, Leipzig, Königstr. 27.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe in Berlin NW. 5, Kruppstr. 13 p.
Druck: G. Reusche, Leipzig.

Digitized by Google

Deutsch-Soziale Blätter.

Organ-Preis: vierteljährlich Mk. 1.50 bei den Postanstalten (Postzeitungsliste Nr. 1788) und Buchhandlungen. Unter Kreuzband Mk. 2.

Herausgegeben von Max Liebermann v. Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Anzeigen: die 4-gespaltene Petit-Zeile 25 Pfennige. Verlagsbuchh. Königstraße Nr. 27, Leipzig.

XIII. Jahrgang. | Leipzig, 9. Juni 1898. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Juden-Frage. Otto Glagau. | Nr. 512.

Inhalt: Wahl-Aufruf. — Die Verdienste der freisinnigen Partei. — Eine Fabrikordnung. — Ein Handelskammerurteil über das Börsengesetz. — Undeutsches in der Sprache. — Die „Jüdische Presse" über die Wahlen. — Noch einmal die Sozialdemokratie und der Mittelstand. — Ausland. — Mosait. — Parteinachrichten. — Iduna im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Wahl-Aufruf.

Am 16. Juni finden die Neuwahlen zum Reichstage statt, die für unser ganzes Volk, im besondern aber auch für unsre deutschsoziale Reformpartei von hervorragender Bedeutung sind.

Herausgewachsen aus den Bedürfnissen und Gedanken einer neuen Zeit, ringt sich unsre junge Partei auf Kosten der alten Parteien empor und wird darum von allen Seiten heftig befehdet. Gegenüber dem hier und da unternommenen Versuche uns außerhalb der sogenannten staatserhaltenden und nationalen Parteien einen Platz anzuweisen und uns als verwandt mit der Sozialdemokratie hinzustellen, betonen wir, daß wir in unweigerlicher Treue zu Kaiser und Reich stehen und als eifrigste Befürworter umfassender zeitgemäßer sozialer Reformen gerade die schärfsten Gegner aller sozial-revolutionären Bestrebungen sind.

Die noch kurz vor Schluß des Reichstages erfolgte gesetzliche Regelung unsrer Wehrkraft zur See vereinfacht den bevorstehenden Wahlkampf erheblich. Unter mißbräuchlicher Ausnutzung „nationaler Wahlparolen" sind in früheren Zeiten oft unnatürliche Bündnisse geschlossen, bei denen die wirtschaftlichen Lebensinteressen der schaffenden und arbeitenden Stände des Volkes Schaden erlitten.

Auf Grund der Überzeugung, daß nur ein in seinen verschiedenen Erwerbsgruppen wirtschaftlich gesundes Volk die Macht des Deutschen Reiches nach außen und seine Blüte im Innern dauernd zu gewährleisten vermag, glauben wir die beste nationale Politik zu treiben, wenn wir den Wählern empfehlen, die Wahlkandidaten in erster Linie auf ihre Stellung zu den wirtschaftlichen Schäden der Zeit zu prüfen.

Mit Genugthuung dürfen wir darauf hinweisen, daß der Kaiser selbst am 18. Juni v. J. auf dem Sparenberge bei Bielefeld den „Schutz der nationalen Arbeit aller produktiven Stände und Kräftigung eines gesunden Mittelstandes" als sein Programm hingestellt, und daß der Finanzminister von Miquel dann am 15. Juli diese Worte seines Herrn in einer Rede zu Mümgsten bei Solingen also erläutert hat: „Der Staat hat die Aufgabe, soweit seine oft überschätzten Kräfte überhaupt reichen, denen vor allem seine Fürsorge zuzuwenden, die sich in schwieriger Lage befinden und unter besonderer Ungunst der Zeiten leiden. Eine objektive und gerechte Beurteilung wird nicht leugnen, daß heute die Mittelklassen in Stadt und Land, daß vor allem die landwirtschaftttreibende Bevölkerung zu diesen gehört."

Wir stellen fest, daß in diesen Worten die von uns beharrlich betonte und uns so oft bestrittene Notlage des gesamten Mittelstandes zugegeben und die Berechtigung anerkannt wird, die Mittelstandsfrage zum Kernpunkte eines Programms zu machen.

Aber wir müssen leider auch feststellen: Seit den Reden auf dem Sparenberge und in Mümgsten ist nichts geschehen, was darauf schließen ließe, daß in den leitenden Kreisen für den Schutz des Mittelstandes nun auch wirklich „mehr Dampf" gegeben werde.

Das Organisationsgesetz für das Handwerk ist völlig ungenügend ausgefallen, gerade die ausschlaggebenden Forderungen des Handwerks erfüllt es nicht.

Im preußischen Abgeordnetenhause hat Herr von Miquel erst jüngst erklärt, die Regierung beabsichtige nicht, die Kleingewerbetreibenden durch eine Reichs-Umsatzsteuer auf Großwarenhäuser gegen die Vernichtung durch das Bazarunwesen zu schützen. Das Schreckbild, das Herr von Miquel vorführte, es könnten, wenn man den Kleinkaufmann schütze, auch die Kleinen in allen andern Gewerben ähnlichen Schutz verlangen, entmutigt uns nicht. Wir wünschen vielmehr, daß in allen Ständen die Kleinen ihre Stimmen laut erheben und das fordern, was die Programmreden vom Sparenberge und von Mümgsten ihnen versprochen haben.

Ähnliches zeigt der Verlauf der Besprechung über die Interpellation wegen der Einfuhr gesundheitsschädlicher Fleischwaren, die für alle Konsumenten schwere Gefahren birgt, unsern Landmann und das Schlächtergewerbe aber empfindlich schädigt. Auch hier nur allgemein dehnbare Erklärungen der Regierung, aber kein entschlossenes Zugreifen, nicht das unerläßliche Einfuhrverbot.

Ebenso ist es unsern Bemühungen wegen der Aufbesserung der kleinen und mittleren Beamten noch nicht gelungen, dem Grundsatze Geltung zu verschaffen, daß man dabei von unten anfangen muß und nicht von oben.

Auf die eigene Einsicht, auf Selbsthilfe, ist also der Mittelstand nach wie vor angewiesen. Der gute Wille, der Oben vorhanden ist, bedarf der Unterstützung mitten aus dem Volke heraus, um die Hemmungen zu beseitigen, die der versprochenen Mittelstandspolitik, der unerläßlichen Sozialreform von dem Großkapital und dem Judentum gemacht werden. Daß den Worten auch segenbringende Thaten folgen, dafür müssen die Wähler selbst sorgen, indem sie die Reformpartei schaffen, die der vorläufig noch rationen Regierung die Wege weist.

War im abgelaufenen Reichstage unsre Aufgabe vorwiegend die Kritik der durch die alten Parteien begangenen Fehler und der Hinweis auf die Mittel zur Abhilfe, so müssen wir nunmehr auf Verstärkung unsrer Partei bedacht sein, denn der neue Reichstag wird vor Fragen von höchster Bedeutung für die Lebensinteressen des gesamten Volkes gestellt werden, die unsre Mitarbeit erheischen.

Von allen Parteien hat allein die deutschsoziale Reformpartei geschlossen die Caprivischen Handelsverträge bekämpft, die in den Jahren 1903 und 1904, also während der nächsten Reichstagsperiode, ablaufen. Eine Erneuerung dieser Verträge, bei denen die deutsche Erzeugung schweren Schaden genommen hat, lehnen wir ab. Wir werden nur einer Handelspolitik zustimmen, die der deutschen Landwirtschaft den zehn Jahre lang vermißten Schutz gegen die Erzeugnisse des russischen und amerikanischen Raubbaues gewährt und dadurch die einheimische Kaufkraft stärkt.

Bei dem Neuabschluß von Verträgen mit auswärtigen Staaten werden wir zugleich unser Hausrecht gegen ausländische Juden zu wahren haben. Es war eine beschämende Thatsache, daß der Antrag auf Verbot der Judeneinwanderung vom Regierungstische als mit den bestehenden Handelsverträgen nicht vereinbar erklärt werden konnte.

Mit dem Schlusse des Jahrhunderts läuft das Privilegium der unter dem Namen „Reichsbank" bestehenden Aktienbank

Digitized by Google

ab. Eigentümer der Reichsbankanteile waren am 31. Dezember 1897: 6218 Inländer und 1802 Ausländer; diese letzteren besaßen 10353, also mehr als den vierten Teil, der Anteile. Der neue Reichstag hat zu bestimmen, ob er weiterhin die Verlängerung des Reichsbankprivilegiums, wie der Reichstag von 1889, bestätigen oder ob er eine wirkliche Nationale Reichsbank schaffen will. Die Verstaatlichung der Reichsbank erscheint uns als das geeignete Mittel, um der Besorzung des Großkapitals eine Grenze zu ziehen und die dem Handwerke, dem Gewerbe und der Landwirtschaft dienenden Institute durch Zuführung billigen Geldes zu unterstützen. Keine andre Partei hat bisher offen und frei die Umgestaltung der Reichsbank vertreten, wie sie von hervorragenden Sozialpolitikern seit lange gefordert wird. Die Reichsbankfrage wird zugleich Anlaß geben zu einer Nachprüfung der Börsenreform und zu Erwägungen, wie dem unheimlichen Wachstum der Großbanken eine Grenze gezogen werden kann.

Die gefährliche Wirkung des Großkapitalismus sehen wir gleichzeitig in dem Emporwuchern der Großbazare und Warenhäuser, die Tausende von steißigen Klein-Gewerbetreibenden zu Grunde richten, ohne dem kaufenden Publikum nennenswerten Nutzen zu bieten. Wir werden nach wie vor allen Auswüchsen im Gewerbeleben entgegentreten und die Gesetzgebung in diesem Sinne zu beeinflussen bemüht sein. Unsre Forderungen an die Gesetzgebung lassen sich kurz dahin zusammenfassen:

Schutz der ehrlichen deutschen Arbeit in Stadt und Land.

Über die Durchführung dieses Schutzes für die einzelnen Berufsgruppen verbreitet sich eingehend unser Programm, das wir im Gegensatz zu den Gewohnheiten der alten Parteien den weitesten Kreisen der Volksschaft nach Möglichkeit zugänglich machen.

„Nicht alles von oben erwarten" soll das Volk nach einem unvergeßlichen Worte des Königs von Sachsen. Deshalb wollen wir mitten aus dem Volke Helfer schaffen zur Durchführung des oben erwähnten Kaiserlichen Programms. Der Stimmgettel ist die Waffe, die dem schaffenden Volke gegeben ist, um sich seiner Bedrücker und Ausbeuter zu erwehren.

Im Gegensatz zu den lauen Freunden und geheimen Feinden des allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts verteidigen wir das bestehende Reichstagswahlrecht und wollen es in seiner Weise beschränkt wissen. Der Ausbau eines freien Versammlungs- und Vereinsrechtes ist anzustreben unter Verwerfung all der Kürzungen und Beschränkungen, wie sie neuerdings von alten Parteien in selbstsüchtiger Sorge um die Erhaltung ihrer Machtstellung, aber ohne Rücksicht auf das Allgemeinwohl, versucht werden.

Durchgreifende Reformen auf wirtschaftlichem Gebiete einerseits, Erhaltung wohlerworbener Volksrechte andererseits — in der Verbindung dieser beiden Grundforderungen unterscheiden wir uns von den Parteien links und rechts.

Geeint ziehen die Antisemiten, die sich früher in Reformer und Deutsch-Soziale schieden, in die Wahlschlacht. Zahlreiche Wahlkreise sind ernstlich in Angriff genommen. Dort, wo nicht unter Zuziehung unsrer Parteigenossen bindende Abmachungen für bestimmte Kandidaten getroffen sind, richten wir an unsre Parteifreunde das Ersuchen, bekannte Führer der Partei als Zählkandidaten aufzustellen, um zu zeigen, daß auch in diesen Kreisen der antisemitische Gedanke Wurzel gefaßt hat.

Das Vaterland erwartet in dieser ernsten Zeit, daß jedermann am Wahltage seine Schuldigkeit thut!

Berlin, den 6. Mai 1898.

Die Fraktion der deutschsozialen Reformpartei.
J. A.:
Liebermann v. Sonnenberg. Zimmermann.

Die Verdienste der freisinnigen Partei.

Die Fortschritts- (freisinnige) Partei erklärte sich in Reden und Abstimmungen:

1)	gegen die Armee-Reorganisation 1862—66 in jeder Session,	
2)	gegen die Norddeutsche Flotte,	
3)	gegen den dänischen Krieg,	
4)	gegen den Krieg von 1866 (in Reden und Resolutionen),	
5)	gegen die Indemnität	3. Sept. 1866
6)	gegen die Vertrauenskundgebung für die Fortführung der deutschen Politik Bismarcks .	23. Sept. 1866
7)	gegen die Vertrauenskundgebung des Zollparlaments für die deutsche Politik König Wilhelms („daß es Ew. Majestät vergönnt sein werde, — — den Ausbau des gemeinsamen Werkes zu vollenden, dessen Abschluß Sicherheit, Macht und Frieden nach außen, wie materielle Wohlfahrt und gesetzliche Freiheit nach innen verbürgt")	7. Mai 1868
8)	gegen die Anleihe für Heer und Flotte zur Fortführung der deutschen Politik . . .	23. Sept. 1866
9)	gegen die Ergänzung des Staatsschatzes (Ausgaben für den Krieg)	23. Sept. 1866
10)	gegen die bleibende Armee-Reorganisation	18. Dez. 1866
11)	gegen den Fortbestand der Flotte . . .	15. Juni 1868
12)	gegen die Beibehaltung der starken Armee (Abrüstungs-Antrag Virchow)	5. Nov. 1869
13)	gegen die Norddeutsche Bundesverfassung (im Norddeutschen Reichstag)	16. April 1867
14)	gegen die Norddeutsche Bundesverfassung (im Preußischen Abgeordnetenhause) . . .	31. Mai 1867
15)	gegen die Dotationen für Bismarck und Roon*)	6. Dez. 1866
16)	gegen alle Dotationen für Bismarck, Roon, Moltke, Herwarth von Bittenfeld, Steinmetz, Vogel von Falckenstein (nach Ablehnung von Nr. 15)	6. Dez. 1866
17)	gegen das einheitliche Strafgesetzbuch . .	25. Mai 1870
18)	gegen die Reichsverfassung (Vertrag mit Bayern)	9. Dez. 1870
19)	gegen den Zollanschluß von Hamburg . .	25. Mai 1881
20)	gegen die einheitlichen Justizgesetze . .	21. Dez. 1876
21)	gegen den Reichskriegsschatz	6. Nov. 1871
22)	gegen das Armee-Pauschquantum, 16 April 67,	1. Dez. 1871
23)	gegen das Septennat	14. April 1874
24)	gegen dasselbe	10. Mai 1880
25)	gegen dasselbe	14. Jan. 1887
26)	gegen dasselbe	11. März 1887
27)	gegen die Ergänzung der Flotte	1. Febr. 1889
28)	gegen den Neubau von Panzerschiffen . .	10. Jan. 1890
29)	gegen die notwendig gewordene Zerlegung der Admiralität in Marine-Amt (Verwaltung) und Oberkommando (nach Analogie der Landarmee)	21. März 1889
30)	gegen den Ausschluß der Öffentlichkeit bei Gerichtsverhandlungen, die eine Gefährdung der Staatssicherheit (Landesverrats-Prozesse) oder der Sittlichkeit besorgen lassen . .	7. März 1888
31)	gegen die Stellvertretung des Reichskanzlers	11. März 1878
32)	gegen die Stelle eines dritten Direktors im Auswärtigen Amte**)	15. Dez. 1884
33)	gegen die Reichsgarantie zum Erwerb von Plantagenbesitzungen in Samoa	27. April 1880

*) In ihrem Haß gegen Bismarck und Roon hatte die Partei zuerst beantragt, die beiden verdienten Männer von der Liste zu streichen; vergl. Nr. 31.

**) Der vollständige Nachweis der Überlastung war geliefert worden, die „Freisinnigen" wollten durch Verweigerung der Mittel in ihrer Weise dem Kanzler ein Mißtrauens-Votum erteilen. Angesichts des sich erhebenden Entrüstungssturmes stimmten in dritter Lesung einige für die Bewilligung. Vergl. Nr. 15, 16, wo die Fortschrittler den Kanzler aus der Liste der zu Tötenden strichen.

Digitized by Google

34) gegen die staatliche Unterstützung der Postdampfer nach Australien, Ostasien . . . 23. März 1885
35) gegen die staatliche Unterstützung der Postdampfer nach Ostafrika . . . . . 20. Jan. 1880
36) gegen die Erhöhung des Reichsbeitrages zur Erforschung von Afrika (150 000 Mark statt 100 000) . . . . . 9. Jan. 1885
37) gegen die Bekämpfung des Sklavenhandels in Ostafrika . . . . . 14. Dez. 1889
38) gegen die Ausrüstung der Wissmannschen Expedition . . . . . 3. Jan. 1889
39) gegen den Nachtrags-Kredit für die Wissmannsche Expedition . . . . . 28. Nov. 1889
40) gegen das Kranken-Versicherungs-Gesetz der Arbeiter . . . . . 31. Mai 1883
41) gegen die Unfallversicherung der Arbeiter . 27. Juni 1884
42) gegen die Invaliditäts- und Altersversorgung der Arbeiter . . . . . 24. Mai 1889
43) gegen die Zölle zum Schutze der deutschen Industrie und Landwirtschaft . . . . 12. Juli 1879
44) gegen die Erhöhung der Schutzzölle . . 22. Febr. 1885
45) gegen die Erhöhung derselben . . . . 26. Nov. 1887
46) gegen den Antrag betreffend den Schutz der deutschnationalen Interessen in den östlichen Provinzen . . . . . 30. Jan. 1886
47) gegen die Beförderung deutscher Ansiedlungen in den östlichen Provinzen . . . . . 7. April 1886
48) gegen den ausschließlichen Gebrauch der deutschen Sprache im Landes-Ausschuß für Elsaß-Lothringen . . . . . 30. April 1881
49) gegen das Bürgermeister-Gesetz in Elsaß-Lothringen (die aus Gemeindewahlen hervorgegangenen französirenden Bürgermeister betr.) 18. Juni 1887
50) gegen die Unteroffizier-Schule in Neubreisach (Elsaß) . . . . . 15. Febr. 1883
51) gegen dieselbe (Vorlage z. T. aus politischen Gründen, um die dortige Bevölkerung zu interessiren und aus ihnen einen Stamm von Unteroffizieren zu gewinnen) . . . . 21. März 1887
52) gegen die Eisenbahn-Verstaatlichung . . 12. Dez. 1879
53) gegen das Einfuhrverbot von mikroskopischem Schweinefleisch . . . . . 9. Jan. 1883
54) gegen das Verbot der Weinverfälschung . 4. Jan. 1887
55) gegen jede Maßregel zur Einschränkung der Börsen-Zobberei . . . . . 5. Dez. 1881
56) gegen das Wuchergesetz . . . . . 7. Mai 1880

Hiermit ist das freisinnige Stundenregister*) natürlich noch lange nicht erschöpft, namentlich sind die letzten Jahre fast ganz unberücksichtigt geblieben. Das Angeführte mag aber genügen, um zu beweisen, daß alle Gesetze, die die Machtstellung unsers Staates nach außen sowie die Wohlfahrt im Innern des Landes zu fördern geeignet sind, nur gegen den Willen der Freisinnigen zu stande kommen. Es ist durchaus nicht übertrieben, wenn man behauptet, wir hätten heute kein geeintetes Deutsches Reich, wenn die freisinnige Partei jemals eine ausschlaggebende Rolle gespielt hätte. Wir hoffen, daß sich die Wähler dessen erinnern werden, wenn sie am 16. Juni zur Wahlurne gehen.

Eine Fabrikordnung.

Die kürzlich in diesen Blättern erwähnte Fabrikordnung der mechanischen Buntweberei von B. Baruch & Söhne in der Friedrichsstraße bei Hechingen hat dort zu vielen Erörterungen geführt, und zwar besonders wegen der §§ 6 und 13.

Ersterer lautet: Verspätetes Eintreten in die Arbeit ohne genügende Entschuldigung wird nach vorausgegangener fruchtloser Verwarnung bei einer Versäumnis bis 10 Minuten mit 20 Pf., bis 15 Minuten mit ¼ Taglohn bestraft. Laut § 13 müssen die Strafen ohne Verzug festgesetzt und den Bestraften bekannt gegeben werden. Selbststrafen, heißt es weiter, werden in ein Verzeichnis eingetragen, das den Namen des Bestraften, den Tag der Beitragung, sowie Grund und Höhe der Strafe ergiebt. Alle Strafgelder werden bei der nächstfolgenden Lohnzahlung in Abzug gebracht und fließen in einen Stock zu Gunsten kranker und bedürftiger Arbeiter der Fabrik, welche bei der Verwaltung der Filialkasse der Spar- und Leihkasse hier zinstragend angelegt werden. — (Herrliches Deutsch!! Man merkt wohl, daß der Redakteur dieses Machwerks bei uns nicht heimisch ist, da seine Schreibweise noch sehr an das Bezirksamt Jerusalem erinnert, es sollen nämlich nicht etwa die kranken und dürftigen Arbeiter, sondern die weiter oben genannten, in einen Stock fließenden Strafgelder der Spar- und Leihkasse überantwortet werden.)

Nach L. Eglers Stadtchronik ist die Baruchsche Fabrik im Jahre 1862 angelegt worden und befindet sich hiernach seit 36 Jahren im Betriebe. Jedermann weiß, daß das Strafabzugsverfahren jederzeit florirt hat, aber niemand weiß die Höhe anzugeben, auf die jener „Stock“ in der langen Reihe von Jahren angewachsen ist. Wird nun, so fragen sich viele, dieser Angelegenheit auch seitens der Fabrikinspektion einige Aufmerksamkeit geschenkt, werden die Strafregister geprüft, wird das Vorhandensein dieses geheimnisvollen „Stockes“ genau kontrolliert? Die Strafgelder sollen zu Gunsten kranker und bedürftiger Arbeiter verwendet werden. Nun kennt Verfasser dieses Arbeiter, die dreißig Jahre und mehr bei Baruch gearbeitet haben und inzwischen invalide geworden sind; sie beziehen von Baruch absolut nichts, ihre einzige Einnahme fließt ihnen aus der staatlichen Alters- und Invaliditätsversicherung zu. Soll der „Stock“ in Permanenz erklärt werden, oder sollen etwa die kranken und bedürftigen Arbeiter der kommenden Jahrhunderte genießen, was im sauern Schweiß die gegenwärtig lebenden Arbeiter verdient haben? Ist diese Angelegenheit vollständig ans Belieben der Firma Baruch gestellt, oder ist jemand vorhanden, der über die Verwendung der Strafgelder ein Wort mitzureden hat? Das ist die berechtigte Frage der Baruchschen Arbeiter, und kein Mensch kann es ihnen verdenken, wenn sie wissen wollen, was mit den von ihnen gezahlten Geldern geschieht. — Daß diese Frage zeitgemäß ist, geht daraus hervor, daß nach den Schätzungen der Beteiligten das angesammelte Kapital, der ominöse „Stock“, sich auf mindestens zwanzigtausend Mark belaufen dürfte. —

Verschiedene Schwarzseher fürchten, wenn Baruch demnächst seine Fabrik zu einem Aktienunternehmen umgestalten und den Staub Hechingens von seinen Füßen schütteln wird, um dahin zu ziehen, „wo seinen Lebensbedingungen besser gedient ist“, wie schon einmal drohend ausgesprochen worden, dann möchte der fatale „Stock“ als nicht zum Inventar der Fabrik gehörig betrachtet werden. — Wieder andre zweifeln zwar nicht an der Verwendung der Strafgelder, fürchten aber, es möchten allenfalls die von Adolf Baruch „ausgezeichneten“ Arbeiterinnen damit prämiiert werden und seine Wöchnerinnen so mit den kranken und dürftigen Arbeitern, zu deren Gunsten der Stock doch verwendet werden soll, in Verwechslung geraten. Auch hört man mitunter immer noch: „Baruch ist todt, er pensioniert seine alten Arbeiter.“ Es soll auch faktisch schon einmal jemanden gegeben haben, der zwei dieser Pensionäre gesehen hat. Gegenwärtig soll es allerdings nur noch ein einziger sein. Sollte nun dieser aus den Erträgnissen der Strafgelder seine Pension beziehen? Nein, das glauben wir bei Baruchs Charakter nicht, denn die Pensionierung wird ja als grandiose Wohlthat hingestellt und soll auch schon als Aushängeschild der Großmütigkeit der Fabrikherren bei hohem Besuche figuriert haben; flösse jedoch die Pension aus den Strafgeldern, dann brauchte sich kein armer Teufel bei Baruch zu bedanken, denn dann bezahlte nicht er die Pension, sondern die Arbeiter selbst.

*) Bei der Zusammenstellung haben wir uns im wesentlichen an die Angaben in der Flugschrift „Deutsch-Freisinniges“ angeschlossen. In dieser Schrift ist eine Fülle wertvollen Agitationsmaterieles zusammengetragen. Sie ist bei Peter Neußer in Bonn erschienen und kostet 60 Pf. (Bei größeren Bezügen tritt Preisermäßigung ein.)

Digitized by Google

Um all diesen Gerüchten die Spitze zu nehmen, ist unseres Erachtens auf die Beantwortung der Frage zu dringen: „Wo bleiben die Baruchschen Strafgelder, und wer hat über ihre Verwendung zu bestimmen?“

Ein Handelskammerurteil über das Börsengesetz.

Während die börsenfreundliche Judenpresse nach wie vor in allen Tonarten über die verderblichen, unheilvollen Folgen des Getreide-Terminhandels-Verbots zetert, mit dem ersichtlichen Bestreben, auf die Regierung sowohl wie auf die Volksvertretung einen Druck zu Gunsten der Aufhebung des Verbots auszuüben, mehren sich die Stimmen des soliden, reellen Handels, die unumwunden die segensreichen Wirkungen des Terminhandels-Verbots anerkennen. So giebt der Jahresbericht der Dresdener Produktenbörse zu, „daß in den ersten Monaten nach Aufhebung des börsenmäßigen Getreide-Terminhandels manchem die täglichen Berliner Terminpreise für Getreide fehlten. Heute aber ist auch dies überwunden, und es läßt sich behaupten, daß durch den Abgang dieser Notizen das Getreidegeschäft seinen vielfach nervösen Charakter verloren hat, und daß durch Aufhebung des börsenmäßigen Getreide-Terminhandels das Effektiv-Geschäft in unabhängigere, solidere Bahnen geleitet ist“.

Noch günstiger lautet das Urteil der Handelskammer zu Duisburg. In ihrem Jahresbericht für das Jahr 1897 heißt es: „Die Aufhebung des börsenmäßigen Terminhandels in Getreide hat sich als äußerst günstig für den Handel in wirklicher Ware erwiesen, weil durch die Aufhebung das Geschäft in regelmäßige Bahnen gelenkt wurde und nicht mehr unter den Beunruhigungen und Machenschaften der Berliner Terminbörse zu leiden hatte, wie es früher der Fall war. Obgleich das Geschäft ebenso reich an Wechselfällen war wie in andern Jahren, so erwachsen auf dem Duisburger Fruchtmarkte aus dem Mangel von Berliner Terminhandels-Notierungen keinerlei Schwierigkeiten für die Preisbestimmung. Wir glauben übrigens auch nicht, daß börsenmäßige Termingeschäfte unumgänglich notwendig sind, um die Preise zu bestimmen. Der thatsächliche Bedarf und der Ausfall der Ernte können recht wohl allein die Unterlage für die Preisbestimmung bilden, deren richtige Beurteilung durch die Willkür der reinen Börsenkäufe und -Verkäufe nur erschwert wird. Dem Getreidehandel könnte es nur zum Vorteil dienen, wenn auf den amerikanischen Märkten der börsenmäßige Terminhandel, der das Börsenspiel oft im kühnsten Umfange betreibt, ebenfalls aufgehoben würde; damit würde ein weiterer unsicherer Faktor aus dem Getreidegeschäfte verschwinden. Der Hinweis, daß in London der Terminhandel in Weizen eingeführt werde, beweist für die deutschen Verhältnisse nichts, weil nach der dortigen Börsenordnung ganz bestimmte, wirklich gute Qualitäten die Grundlage des Handels bilden, und die Börse die Macht und auch den Willen besitzt, die Lieferung in jenen Qualitäten durchzusetzen. Im übrigen ist es noch zweifelhaft, ob sich trotzdem auf dem Londoner Markte das Börsenspiel in Getreide nach früherer deutscher und jetzt noch in Nordamerika bestehender Art einbürgern wird. Wahrscheinlicher ist, daß der solide Londoner Getreidehandel das Börsenspiel ebenso abweisen wird, wie es in Amsterdam geschehen ist. — Es wird uns als erfreulich bezeichnet, daß dem Mißbrauch des Börsenspiels auf deutschen Getreidemärkten jetzt ein Ende gemacht ist. Gegen seine Wiedereinführung, wie sie von der Handelskammer in Bromberg unlängst befürwortet wurde, würde von der hiesigen Mühlen-Industrie und vom größeren Teile des hiesigen Getreidehandels entschiedener Einspruch erhoben werden.“ — Soweit der Jahresbericht der Duisburger Handelskammer. Es ergiebt sich aus demselben mit vollkommener Klarheit, daß die Interessen des soliden Getreidehandels mit den Interessen der Getreideproduzenten vollkommen solidarisch sind, und daß nur der Feind beider, das internationale, großkapitalistische Börsen-Jobbertum und die in ihrem Solde stehende liberale Judenpresse ein Interesse an der Wiedereinführung des Getreide-Terminhandels haben — Wird sich nun der Herr Handelsminister angesichts dieser Thatsachen endlich entschließen können, die vollkommene Durchführung des Börsengesetzes durchzusetzen?

Undeutsches in der Sprache.

Man kämpft mit Recht gegen den Mißbrauch der Fremdwörter in der deutschen Sprache. Sie werden nicht nur da vielfach angewandt, wo sie ganz entbehrlich sind und recht wohl durch gute deutsche Wörter ersetzt werden können, sondern sie werden häufig auch an ganz verkehrter Stelle gebraucht, wobei es sogar vorkommt, daß sie bisweilen das Gegenteil von dem ausdrücken, was man eigentlich sagen will. Man wirft mit französischen und lateinischen Brocken um sich, ohne daß man oft ihre eigentliche Bedeutung versteht, — nur um zu zeigen, daß man zu den sogen. Gebildeten gehört, während man doch gerade durch die vielen Fremdwörter und ihre oft ganz unrichtige Anwendung beweist, daß man die deutsche Sprache nicht beherrscht und also zu den Ungebildeten oder Halbgebildeten gehört.

Nicht minder unstatthaft, ja geradezu widerlich ist es aber, wenn man zwar deutsch spricht, aber den Sinn der Rede durch ganz entstellte oder verkürzte Form so verunstaltet, daß der Angeredete sich nichts Vernünftiges dabei denken kann und die Worte höchst albern und lächerlich erscheinen. Auch dies gehört zum undeutschen Wesen und zu den Modenarrheiten, die nur zu häufig von andern nachgeahmt nachgeahmt werden. Deutsch und deutlich gehört zusammen, wenn nicht sprachlich, so doch sachlich, denn zum deutschen Wesen gehört Geradheit, Offenheit und Wahrheit und darum auch Klarheit und Deutlichkeit. Wer also deutsch sprechen will, der muß sich wenigstens deutlich und verständlich auszudrücken und seine Muttersprache nicht durch Halbheiten, durch Auslassung der Hauptsachen, durch nichtssagende, mehrdeutige, lächerliche und sinnlose Redensarten jämmerlich verstümmeln. Wer es doch thut, hat keinen Anspruch darauf, sich im vollen Sinne des Wortes einen Deutschen zu nennen. Mancher hat sich aber dergleichen Undeutlichkeiten angewöhnt, ohne daß er sich dessen immer klar bewußt ist.

Wie oft hört man z. B. vor und nach Tisch, selbst von solchen, die sich zu den Gebildeten zählen, das lächerliche Wort „Mahlzeit“! Was soll damit bezeichnet werden? Die Redensart ist entstanden aus einem frommen Wunsche und müßte vollständig lauten: „Ich wünsche Ihnen eine gesegnete Mahlzeit!“ Wem dieser Wunsch zu viel Zeit und Mühe in Anspruch nimmt, der mag ihn ja immerhin abkürzen und sagen: „Gesegnete Mahlzeit!“ Man würde dann wenigstens noch den Sinn der Worte einigermaßen verstehen. Aber das „Gesegnete“ bringt man häufig gar nicht mehr über die Lippen und läßt nur das Wort „Mahlzeit“ bestehen. Dieses nichtssagende Wort muß dann gewissermaßen das mangelnde Tischgebet und den Segen ersetzen. Kann es aber wohl etwas Abgeschmackteres und Lächerlicheres geben? Wenn ein Fremder, der mit solchen Unsitten unbekannt ist, dies zum ersten Male hörte, so konnte er sich dabei nichts anderes denken als: „Ich habe soeben eine Mahlzeit gehalten“ oder: „Es wird sogleich die Mahlzeit eingenommen werden“; das braucht man aber doch keinem erst zu sagen.

Vollständiger und verständlicher zwar, aber doch eben so leer, nichtssagend und albern klingt es, wenn man jemand nach Tisch zuruft: „Wünsche wohl gespeist zu haben!“ Dieser Wunsch ist mindestens vollständig überflüssig. Hat der Betreffende nicht wohl gespeist, so ändert der nachträgliche Wunsch nichts mehr daran. Hat er aber wohl gespeist, so kommt er ebenfalls zu spät. Etwas verständlicher wäre es allenfalls, wenn man sagte: „Ich wünsche, daß es Ihnen wohl bekommen möge.“

Auch in den Begrüßungsformen treten die Modenarrheiten oft recht stark hervor, da sie in vielen Fällen zu einer leeren Formel herabgesunken sind, so daß man gern die schönen und

Digitized by Google

inhaltsreichen alten deutschen Begrüßungsformen wieder hervorwünschen möchte. In einigen Gegenden unseres Vaterlandes war es früher Sitte, daß man jemand bei der Arbeit mit den Worten: „Gott helfe!“ begrüßte, und daß der andre dafür dankte. Diese Sitte ist längst aus der Mode gekommen; denn man schämt sich vielfach, den Namen Gottes außer etwa beim Fluchen noch im öffentlichen Verkehr zu gebrauchen. Die gewöhnlichen und modernen Grüße, die man statt dessen hört, sind aber zum Teil wieder so verunstaltet, daß man sich oft gar nichts mehr dabei denken kann. Da hört man z. B. bei einer Begegnung zweier Personen das Wort: „Diener!“, während es vollständig heißen müßte: „Ich bin Ihr gehorsamer oder ergebener Diener“. In diesen Worten liegt aber meistens eine große Unwahrheit, denn der Grüßende möchte, wenn es einmal Ernst werden sollte, in der Regel gewiß nichts weniger sein als unser gehorsamer Diener. Diese innere Unwahrheit des Grußes mag wohl auch mancher fühlen, deshalb wird die Sache so entstellt, daß man die eigentliche Bedeutung kaum noch versteht und nur ein leeres, nichtssagendes Wort übrig bleibt.

Auch bei dem gewöhnlichen Morgengruß hört man nur noch das letzte Wort: „Morgen!“ Das könnte viel eher bedeuten, daß es jetzt Morgen ist — was man doch schon längst weiß — als daß uns jemand einen guten Morgen wünscht. Ebenso ist es mit dem Nachmittags- und Abendgruß.

Beim Abschied hört man gewöhnlich nur das französische „Adieu!“ Dieses Wort hat zwar einen sehr guten Sinn und ist seinem Inhalte nach weit besser und vielsagender als das moderne: „Ich empfehle mich Ihnen!“, auch noch besser als der Wunsch: „Leben Sie wohl!“; denn es bedeutet: „Mit Gott!“ oder: „Gott befohlen!“ Wie viele aber denken bei dem Gebrauche des Wortes an seinen eigentlichen Sinn? Wenn nun selbst die Franzosen, die doch den lieben Gott in Kirche, Schule und Staat schon mehrfach abgesetzt und sein Dasein öffentlich geleugnet haben, sich nicht schämen, mit diesem schönen Gruße sich in ihrer eigenen Sprache beim Abschiede öffentlich anzureden und zu begrüßen, so sollten die Deutschen, zu deren Charaktereigenschaften vor allem auch Ernst und Wahrhaftigkeit und die Vermeidung des leeren Schein- und Formenwesens gehört, noch viel weniger Bedenken dagegen haben, und daher das Adieu oft verstümmelt wiedergegeben durch Ade, Adjes, Adjüs) lieber in gutes Deutsch übersetzen. Freilich thuts ja das Wort allein nicht, wenns nicht auch aufrichtig und herzlich gemeint ist. Da sich nun einmal das „Grüß Gott“ oder „Mit Gott“ schwer allgemein einführen läßt, so haben die Deutsch-Nationalen die altdeutsche Grußform „Heil“ seit Jahren erfolgreich zur Anwendung gebracht. Und es wäre wirklich zu wünschen, daß das aus einer fremden Sprache entlehnte „Adieu“ bald allgemein der verdienten Lächerlichkeit verfiele.

Wenn man jemand nach seinem Begehr fragen will, so könnte das etwa mit den Worten geschehen: „Was wünschen Sie?“ oder: „Was ist gefällig?“ oder: „Womit kann ich dienen?“ Statt dessen hört man aber vielfach das Wort: „Wie beliebt?“ oder gar: „Wie beliebt?“ mit Dehnung des ersten Wortes. Wenn man den Satz durchaus verkürzen will, so sollte man wenigstens sagen: „Was beliebt?“ Ebenso unsinnig klingt die verkürzte Frage: „Gefällig?“, die noch dazu zweideutig ist. Aus Bequemlichkeit oder Modesucht läßt man aber oft auch noch die Partikel fort und sagt einfach: „Gefällig?“ Dann wird die Sache vollends lächerlich.

Zu den Modenarrheiten in der Umgangssprache könnte man auch die vielen leeren Gespräche über das Wetter rechnen, die gewöhnlich nur dann angeknüpft werden, wenn man sonst nichts Rechtes zu sagen weiß. Sie dürfen jedoch nicht zu hart verurteilt werden; mitunter äußert sich ja doch in ihnen ein wirklicher Ausdruck der Freude über die herrliche Natur, und man hat dabei den lieben Gott vor Augen, der das Wetter macht. Sind es aber nur leere Redensarten, bei denen man nichts denkt und fühlt, oder ergeht man sich gar in Klagen über das schlechte, abscheuliche, unausstehliche Wetter, so können solche Reden wirklich unausstehlich werden, weil man dabei den lieben Gott in seinen Werken tadelt. Daß übrigens auch unschuldige Wettergespräche recht lächerlich werden können, beweist folgende kleine Geschichte. Ein junger Mann, der vermutlich nicht sehr geistreich war, traf auf der Reise mit einem etwas schwerhörigen älteren Herrn zusammen, und es entspann sich zwischen den beiden folgendes Gespräch:

Junger Mann: Schönes Wetter!
Schwerhöriger: Was meinen Sie?
J. M. (etwas lauter): Schönes Wetter!
Schwerhöriger: Ich verstehe nicht.
J. M. (lauter): Es ist schönes Wetter.
Schwerhöriger: Ich verstehe Sie wirklich nicht!
J. M. (ihm in die Ohren brüllend): Es — ist — heute — schönes — Wetter!
Schwerhöriger: Nun, wenn Sie weiter nichts wollen, das sehe ich ja selbst.

Der Schwerhörige hätte auch antworten können: Ja, Sie haben's getroffen. Aber, wozu geben Sie sich so viel Mühe, um mir eine Wahrheit mitzuteilen, die jedermann vor Augen hat, und die von niemand angezweifelt wird?

Daß auch im schriftlichen Verkehr und besonders in Briefen an Höherstehende sehr viele Modenarrheiten zu Tage treten, soll hier nur angedeutet werden. Höflich und bescheiden sein ist ja recht schön. Wenn es aber auf Kosten der Wahrheit und Aufrichtigkeit geschieht, wenn ein Redeschwall angewandt wird, nur um damit zu glänzen, um allerlei Lobhudeleien zu sagen, oder um die eigenen Gedanken zu verbergen; wenn man anstatt mit wenigen Worten viel, mit vielen Worten wenig oder gar nichts sagt und vor lauter Unterthänigkeit und Höflichkeit ersterben möchte: so macht dies wegen der inneren Unwahrheit, die darin liegt, und die man leicht herausfühlt, einen widerlichen Eindruck. Es ist daher erfreulich, daß neuerdings das Unwesen, das man früher mit übertriebenen Höflichkeitsformeln in Schreiben an Höherstehende getrieben hat, durch die Behörden selbst ganz bedeutend eingeschränkt ist. Ganz hat es freilich noch keineswegs aufgehört.

Die „Jüdische Presse“ über die Wahlen.

Während bisher die Judenblätter die Taktik befolgten, von dem „toten Antisemitismus“ zu sprechen und die Antiemiten als eine ganz bedeutungslose Gruppe hinzustellen, ist ihnen jetzt vor den Wahlen angst und bange geworden. Sie geben bereitwilligst zu, daß den Antisemiten aufs neue Erfolge winken, ja — in leicht zu durchschauender Absicht — übertreiben sie die Aussichten der deutschsozialen Reformpartei. Recht charakteristisch ist, was Hirsch Hildesheimer in seinem Schimpfblättchen, der „Jüdischen Presse“, schreibt. Es heißt da u. a:

„Wohl ist es zweifellos wahr, daß der Antisemitismus diesmal scheinbar eine untergeordnete Rolle spielt, daß die Verleumdung und Verdächtigung sich nicht mit so dreister Schamlosigkeit an die Öffentlichkeit wagt, wie dies früher bei gleicher Gelegenheit der Fall gewesen. Aber es wäre trotzdem eine Selbsttäuschung, wollte man übersehen, daß unter der stillen Oberfläche die Stürme mit unverminderter Stärke und Bedrohlichkeit weiter toben (ein verwegenes Bild, das beredtes Zeugnis für die sprüchwörtliche Vertrautheit der Juden mit dem Meere ablegt. D. Schr.), daß die gesellschaftlich geübte Zurückhaltung um so sicheren Erfolg verheißt. Die brutale Judenhetze ist unmodern geworden und hat ihre Zugkraft eingebüßt; aber es besteht dieser Gewaltanstrengungen nicht mehr: der im Stillen schleichende Judenhaß, die „mildere Tonart“ führt zum gleichen Ziele. Was verschlägt's, daß die Deutsch-Sozialen, die offizielle antisemitische Partei, in ihrem Wahlaufrufe Mäßigung heuchelnd und nur durch eine gegen die Juden gerichtete Forderung an dasjenige Programm erinnern, aus dem allein sie ihre Existenzberechtigung schöpfen können? (Dauach scheint es ja fast, als ob uns die „Jüdische Presse“ nun mit einem Male einige Existenzberechtigung zuerkennen will! D. Schr.) Haben sie durch die erkünstelte Harmlosigkeit die Massen getäuscht und Wahlsitze erschlichen, dann werden sie die Maske fallen lassen und

Digitized by Google

nicht zögern, ihre letzten Ziele zu offenbaren und zu — verwirklichen. . . . . Nur unaufmerksame Beobachter können übersehen, daß die Antisemiten mit begründeter Aussicht auf die Eroberung einer ganzen Anzahl von Bezirken in den Wahlkampf eintreten. Von berufener Seite ist kürzlich auf die erstaunliche Ausdehnung hingewiesen worden, welche die antisemitische Partei-Organisation während der letzten fünf Jahre genommen hat, so daß sie jetzt fast alle Teile des Reiches umspannt. Es wird deshalb nicht überschätzen, daß sie in nahezu hundertfünfzig Wahlkreisen eigene Kandidaten aufgestellt haben, welche in ihrer größeren Mehrzahl (giebt es auch eine kleinere Mehrzahl, Herr Dr. Hildesheimer? D. Schr.) durchaus ernst zu nehmen und mehr als bloße Zählproben sind (!). Die sichere Folge wird eine Steigerung der gesamten Stimmensahl sein, welche im Jahre 1893 beläuftlich 250000 betrug und, wie Kundige fürchten, diesmal auf das Doppelte anwachsen dürfte. Schon das bedeutet einen Triumph, dessen Unterschätzung Selbstbetäugung wäre. . . . . Endlich — und diese bedauerliche Thatsache kann kein Einsichtiger gering anschlagen — steht der Rührigkeit der Antisemiten eine so laze Unthätigkeit der übrigen Parteien gegenüber, daß ihnen in einzelnen Bezirken der Erfolg kaum streitig gemacht wird, und daß, wo dies geschieht, bei der mangelnden Energie die Aussichten auf die Abwehr des heftigen Ansturms sehr geringe sind. Das gilt, um nur einige Beispiele anzuführen, von Friedberg-Büdingen, Wetzlar-Altenkirchen, Kirchheim-Ziegenhain (wo liegt der Kreis Kirchheim-Ziegenhain? Sie meinen wohl Homburg-Fritzlar-Ziegenhain, Herr Hildesheimer? D. Schr.), Marburg und bisher auch noch von Löbau. Andern sich die Chancen nicht in letzter Stunde, was leider kaum der Fall sein dürfte, so können die Antisemiten diese Sitze aus eigener Kraft erobern. . . .“

Wir wollen der „jüdischen Presse“ gerne verraten, daß wir selbst unsre Aussichten nicht für so rosig halten. Allerdings würden wir uns anheischig machen, fünfzig Wahlkreise zu erobern, wenn uns für ganz Deutschland so viel Geld zur Verfügung stände, wie die Freisinnigen in zehn Kreisen verbrauchen.

Noch einmal die Sozialdemokratie und der Mittelstand. Den sechs Aussprüchen von Sozialdemokraten, die wir in der vorigen Nummer anführten, um zu zeigen, wie die sozialdemokratische Partei in Wahrheit über den Mittelstand denkt, können wir heute noch einige weitere anreihen. Wo die Sozialdemokraten ihre wahren Absichten verheimlichen, oder wo sie gar, um Stimmenfang zu treiben, den Wählern vorreden, sie träten für den Mittelstand ein, da benutze man diese Aussprüche zur Aufklärung.

7. Als in Hamburg ein großes Warenhaus eröffnet wurde, schrieb das „Hamburger Echo“ (am 3. März 1897): „Zweifellos wird der Riesenbazar einen großen Kundenkreis anfangen, der bisher einer erheblichen Anzahl kleiner Geschäfte die Existenz sicherte. Diese werden den Boden unter den Füßen verlieren und der großkapitalistische Unternehmer wird triumphieren. . . . Das ist eine erfreuliche Erscheinung.“

8. Der sozialdemokratische Abgeordnete Max Schippel schrieb im „Sozialpolitischen Zentralblatt“ vom 28. Januar 1895: „Nicht die Erhaltung, sondern die Auflösung der zwischen Arbeit und Kapital haltlos hin- und hergeworfenen Mittelschichten liegt im Interesse der Lohnarbeiter.“

9. Von dem „Übergenossen“ Engels rührt das Wort her: „Jeder Jude und jeder Exekutor besorgt die Geschäfte unsrer Partei.“

10. Am 6. Dezember 1893 äußerte Singer im Reichstage: „Wir könnten ja die Erhaltung der Börse wünschen, ebenso wie Marx als Schutzzöllner für den Freihandel eintrat, um den Wagen noch rascher den Abhang hinunterrollen zu lassen.“

11. In der Nr. 166 des „Vorwärts“ von 1893 heißt es: „Es ist uns nicht eingefallen, die fortschreitende Entwicklung des Großbetriebes, auch im Warenverkehr, und die allmähliche Vernichtung des Kleinbetriebes durch den Großbetrieb als bekämpfenswert hinzustellen. . . . Es ist im Gegenteil zu wünschen, daß dieser Entwicklungsprozeß sich möglichst rasch vollende.“

12. In dem „Hamburger Echo“ vom 30. Juli 1897 ist zu lesen: „Nun, wir hielten die Schaffung mittlerer und namentlich kleinerer Bauern nicht gerade für eine Bewegung nach vorwärts.“

Ausland.

Österreich-Ungarn. In der Ostmark steht das Wetterglas wieder auf Sturm. Das Mißtrauen, das man dem neuen Ministerpräsidenten, dem Grafen Thun, von Anfang an entgegenbrachte, haben die jüngsten Ereignisse als durchaus berechtigt erwiesen. Die Auflösung des Grazer Gemeinderates ist eine Maßnahme, die ganz den Badenischen Geist atmet. Um sie richtig würdigen zu können, muß man sich ihre Vorgeschichte ins Gedächtnis rufen. Im November fanden in Graz wie allerorten in der Ostmark, wo Deutsche wohnen, Kundgebungen gegen den Grafen Badeni statt. Gegen die demonstrierende Bevölkerung wurde das in Graz garnisonierende Bosniaken-Regiment aufgeboten, und dies ging mit einer übergroßen Energie vor, den Eindruck hatte jedermann in Graz. Bei dem Zusammenstoße war ein Arbeiter Getöter worden. An seinem Leichenbegängnis beteiligte sich die ganze Bevölkerung, an ihrer Spitze der Gemeinderat, geführt von dem Bürgermeister. Seit jener Zeit zeigte sich eine dauernde Spannung zwischen der Bevölkerung und dem bosnischen Regiment. Verschärft wurde dieselbe, als kürzlich 33 Studenten, die Reserveoffiziere waren, wegen ihrer Beteiligung am Leichenbegängnis degradiert wurden. Dazu kam noch, daß der frühere Minister Graf Gleispach, dem die deutsche Steiermark seine Mitwirkung an den Badenischen Sprachenverordnungen nie verzeihen wird, weil er aus einem uralten deutschen Geschlechte hervorgegangen ist, nach Graz als Oberlandesgerichts-Präsident versetzt wurde. Zum Überfluß begann die Kapelle des bosnischen Regimentes, die seit Dezember vorigen Jahres nicht mehr öffentlich aufgetreten war, wieder in der Stadt zu konzertieren. Bei diesem Anlaß machte sich der Unmut der Bevölkerung wieder Luft, die Weisen der Militärmusik wurden übertönt durch die „Wacht am Rhein“, die man anstimmte; das wieder wurde beantwortet, indem die verhaßten Bosniaken mit Waffengewalt gegen die Bevölkerung vorgingen. Um den Quell für weitere Reibereien zu verstopfen, nahm nun der Gemeinderat eine Entschließung an, in der die Regierung um Verlegung des bosnischen Regimentes gebeten wird. Gleichzeitig wurde allerdings auch gegen die Ernennung des Grafen Gleispach und gegen die Bestrafung der 33 Reserve-Offiziere protestiert. Die Antwort der Regierung war die sofortige Auflösung des Gemeinderates. In der Stadt wurden 250 Gendarmen zusammengezogen, so daß der Ort den Eindruck macht, als sei der Belagerungszustand über ihn verhängt. Die Bevölkerung hat in den letzten Tagen eine meisterhafte Ruhe bewahrt, aber zweifellos wird sie der Regierung bei den neuen Gemeinderatswahlen die Antwort geben. Was die Deutschen des ganzen Landes so furchtbar erbittert, ist dies, daß die Regierung offenkundig mit zweierlei Maß mißt. Man stellt unwillkürlich Vergleiche an zwischen Prag und Graz: in Prag loderte tagelang der Aufruhr, es floß Blut, es wurde geplündert, geraubt, kein Deutscher war seines Lebens sicher. Die tschechische Prager Gemeindevertretung blieb ohne den leisesten Tadel, der Prager Bürgermeister, auf den die Welt als den mächtigsten Beschützer der Meuterer wies, wurde kurz darauf durch die Regierung sogar in auffälliger Weise ausgezeichnet. Und in Graz, wo dem Gemeinderat weiter nichts am Herzen lag als Wiederherstellung geordneter Verhältnisse, erfolgt dessen Auflösung. Für den Einsichtigen kann es gar keinen Zweifel unterliegen, daß die Regierung in Graz schließlich eine eben so schimpfliche Niederlage erleiden wird wie seiner Zeit bei der Bürgermeisterwahl in Wien.

„Sage mir, mit wem du umgehst, und ich will dir sagen, wer du bist“, an dies alte deutsche Sprichwort dachte wohl manch einer, der am Pfingstmontage den Ministerpräsidenten Grafen

Digitized by Google

Thun auf dem Rennplatze in der Freudenau sah, wie er in eifrigem Gespräche mit einem der unrichtigsten Wiener Zeitungsjuden war. Graf Thun scheint gar kein Gefühl dafür zu haben, daß ihm seine hohe Stellung gewisse gesellschaftliche Pflichten auferlegt, die er nicht außer Acht lassen kann, ohne berechtigte Empfindungen der heimischen Bevölkerung zu verletzen.

Es ist seinerzeit viel darüber gesprochen und geschrieben worden, daß Herr von Plener nach seiner Ernennung zum Minister bei Rothschild-eine Art Antrittsvisite machte; Graf Thun scheint darin Herrn von Plener nachzueifern, nur daß er gesellschaftlich noch etwas tiefer greift.

Rumänien. Das Gesetz über das höhere Schulwesen, von dessen Annahme wir kürzlich berichten konnten, zeigt schon jetzt seine segensreichen Wirkungen. Es werden fürs erste keine jüdischen Kinder, die die Primärschulen durchlaufen haben, auf den Gymnasien aufgenommen; außerdem aber müssen etwa 1000 Knaben, die jetzt noch die höheren Schulen besuchen, dieselben am 1. August verlassen. Juden werden eben nur noch so weit auf den höheren Lehranstalten geduldet, als die Plätze, deren Anzahl durch das Gesetz genau bestimmt ist, nicht von den Kindern der eingeborenen Bevölkerung besetzt werden können. Übrigens ist es den Juden durchaus unbenommen, sich auf ihre Kosten jüdische Gymnasien einzurichten, und das werden sie auch wohl thun, nachdem die Frau „Baronin" Hirsch ihre Unterstützung hierfür in Aussicht gestellt hat.

England. Ein Gesetzentwurf gegen die unbeschränkte Einwanderung Fremder beschäftigte das Haus der Lords in seiner letzten Sitzung vor den Pfingstferien. Die geplanten Maßnahmen richten sich in erster Linie gegen den weiteren Zustrom der polnischen Juden. Allein während der letztern drei Jahre sind nach der „Deutschen Ztg." über 4500 russische und polnische Juden in England eingewandert, und fast alle bleiben sie im Osten Londons. Nicht nur, daß sie dort den Lohn herunterdrücken, auch sonst sind die Verhältnisse in den von ihnen heimgesuchten Bezirken geradezu grauenerregend. Vor nicht langer Zeit wurde im östlichen London eine junge Jüdin von einem ihrer Stammesgenossen niedergeschossen, weil man einem christlichen Liebhaber bei ihr gefunden hatte! Die Sache kam selbstverständlich vor den zuständigen Londoner Gerichtshof; die dabei zu Tage gebrachten Zustände grenzten geradezu an das Unglaubliche. Es ist deshalb nicht zu verwundern, wenn selbst die außerordentlich langmütige englische Regierung sich gegen einen derartigen Fremdenzufluß zur Wehr zu setzen beginnt. Lord Satisbury erklärte, daß er den von Earl von Hardwick eingebrachten Gesetzentwurf im Namen der von ihm vertretenen Regierung durchaus zustimme.

Frankreich. Die vier antisemitischen Abgeordneten Algiers, Drumont, Faure, Morinaud und Marchal, langten am 29. Mai in Marseille an. Unter großem Zudel der Bevölkerung betraten die neuen Abgeordneten das Land. Auf ihrer Fahrt zum Hotel stürzten sich gedungene Mordbuben auf sie, Morinaud wurde an den Schläfen durch einen eisenbeschlagenen Stock schwer verwundet. Der Schlag war wohl eigentlich für den neben ihm sitzenden Drumont bestimmt. Man beschuldigt in französischen Blättern die Polizei von Marseille, an deren Spitze der Jude Schrameck steht, sie habe das von Juden besoldete Gesindel ruhig gewähren lassen. — In Paris, wo die Abgeordneten am nächsten Tage ankamen, wurde ihnen ein großartiger Empfang bereitet Wie ein Triumphator zog Drumont in Paris ein; die Menge, die ihn vor dem Lyoner Bahnhofe erwartete, zählte nach Tausenden. Vor der Ankunft des Zuges wurden einige der anwesenden Damen von anarchistischem Gesindel mißhandelt. Da aber sechs der Burschen von der Polizei sofort unschädlich gemacht wurden, kam es zu keinen weiteren Ruhestörungen. Drumont wurde unter einem wahren Blumenregen von seinen Freunden auf den Schultern zu seinem Wagen getragen. Auf der Fahrt zur „Libre Parole" nahmen die Rufe: „Hoch Drumont! Nieder mit Zola! Nieder mit den Juden!" kein Ende. An einer Stelle kam es noch zu einer Schlägerei. Zwölf, mit knüppelartigen Stöcken bewaffnete Anarchisten wurden verhaftet. Erst nach 1 Uhr nachts zerstreute sich die Menschenmenge.

Mosaik.

Eine jüdisch-philosemitisch-antisemitische Versammlung hat am 3. Juni in Berlin stattgefunden. Der jüdische Professor Lehmann-Hohenberg, der in Kiel längere Zeit in Sozialpolitik, Bodenspekulation, Zeitungsunternehmungen und ethischer Kultur machte, hielt einen Vortrag über: „Die Schaffung eines Volksrates als geistige Autorität gegenüber dem Reichstage." An der Besprechung beteiligten sich, in wesentlich zustimmendem Sinne, ersteus der Sanitätsrat Küster, Herausgeber der ultraphilosemitischen „Allgemeinen Deutschen Universitäts-Zeitung," worin fortgesetzt wütend auf den Verein deutscher Studenten gescholten wird, und zweitens der Reichstagsabgeordnete Professor Förster, der als antisemitischer Kandidat der Richtung Mosch in Neustettin gewählt werden will.

Ein buntscheckigeres Mäntelchen konnte man für diese Ausgeburt der Professorenphantasie kaum ersinnen. Aber es paßt dazu.

Abgelehnt. Ein Magdeburger Jude hatte die Unverfrorenheit, den Deutschen Kaiser zu bitten, bei seinem siebenten Knaben eine Stelle als Beschneidungs-Pathe zu übernehmen. Durch das Regierungspräsidium in Magdeburg wurde ihm folgende Antwort zu teil: „Auf das an S. M. den Kaiser und König gerichtete auf allerhöchsten Befehl mir zur Prüfung und weiteren Veranlassung übersandte Immediatgesuch vom . . . erhalten Sie hierdurch den Bescheid, daß die Eintragung des allerhöchsten Namens als Taufzeuge in das Kirchenbuch bei Kindern mosaischer Religion ausgeschlossen ist." — Übrigens will uns scheinen, könnte man auf einem preußischen Regierungspräsidium auch wohl wissen, daß jüdische Kinder nicht getauft, sondern beschnitten werden, und daß füglich auch nicht von einer Eintragung als Taufzeuge geredet werden kann.

Unlauterer Wettbewerb. Der „Ostpreußische Generalanzeiger" in Königsberg i. Pr. hat seit seinem Bestehen den Inseratenteil der „Königsberger Allg. Ztg." nachgedruckt, besonders die kleinen Inserate, Wohnungsanzeigen, Stellenangebote usw. Das Gericht verurteilte den „Generalanzeiger" bei Androhung von 100 Mk. Strafe für jeden einzelnen Fall dazu, den Nachdruck in Zukunft zu unterlassen. In der Begründung des Urteils wurde der Nachdruck der Anzeigen als „schwindelhafte Reklame" bezeichnet. —

In einem Schaufenster in Solingen war ein Regenschirm ausgestellt, den 98 Pfg. kosten sollte. Einem jungen Manne, der den Schirm zu diesem Preise kaufen wollte, wurde aber bedeutet, er sei nicht verkäuflich, er koste der Firma im Einkaufe schon 1,80 Mark. Daraufhin wurde der Schirm polizeilich beschlagnahmt, der Geschäftsinhaber wird sich wegen unlauteren Wettbewerbes zu verantworten haben.

Hechingen. Wie in Hamburger Blättern zu lesen, ist der Fabrikant Leopold Liebmann, Teilhaber der „Mechanischen Trikotweberei Hechingen, Liebmann & Levi," zur Zeit in Hamburg anwesig, vom dortigen Gericht wegen Betrugs zu fünf Tagen Gefangnis und achthundert Mark Geldstrafe verurteilt worden. Fast zu gleicher Zeit ist laut Bekanntmachung des Amtsgerichts zu Hechingen (Nr. 71 der „Hohenzollernschen Blätter") der Frau des andern Teilhabers, Jacob Levi, Namens Kathie Levi geb. Heller, die Prokura erteilt worden. Liebmann ist hier eine sehr bekannte Persönlichkeit, und wir glaubten deshalb täglich, in dem hiesigen sogenannten nationalliberalen Organe, den „Hohenzollernschen Blättern", und in dem demokratischen „Neuen Abboten" der „Freiheitsschwan" Hauptmann I. und II. der führenden Geister der Balinger Politik, das Nähere lesen zu können, hatten diese beiden Blätter doch kürzlich die Verurteilung eines ihnen völlig fremden Berliner Redakteurs mit sichtlichem Behagen mitgeteilt. Leider vermissen wir bis heute jede Andeutung über die erfolgte Verurteilung des Juden — nun dafür nennt sich diese Presse auch „unabhängig."

Sozialdemokratisches. Die sozialdemokratische Krankenkasse in Teplitz in Böhmen ist in Konkurs. Der Fehlbetrag beläuft sich auf 4000 fl. Die Geschäftsbücher wurden beschlagnahmt, der Leiter Seliger befindet sich in Untersuchungshaft.

Die Judentaufen, namentlich in den Großstädten, bedürfen

Digitized by Google

dringend einer schärferen Überwachung seitens der Kirchenbehörden. Es scheinen da Dinge vorzukommen, die geeignet sind, Ärgernis in den weitesten Kreisen der evangelischen Christenheit zu erregen. Die „Allg. Ztg. des Judentums“ vermutet, die hin und wieder veröffentlichte Statistik über die Judentaufen sei nicht zuverlässig, und schreibt dann wörtlich: „Diese Vermutung wird uns fast zur Gewißheit, wenn wir die in den statistischen Berichten angegebenen Zahlen mit denen vergleichen, die uns bekannt sind und leider fast alltäglich mitgeteilt werden. . . . Fast in jedem Falle wird darüber berichtet, wie leicht einzelne protestantische Geistliche — es werden besonders zwei oder drei Namen genannt — den Übertretenden den Taufakt machen. Darf man diesen Mitteilungen Glauben schenken, so wird nicht einmal immer das vorgeschriebene Glaubensbekenntnis verlangt. Auch sonst wird den Täuflingen jede Erleichterung gewährt.“ Wir fordern hiermit das Konsistorium in Berlin als das zunächst beteiligte auf, zu untersuchen, ob die Vorwürfe, die das Mosessche Blatt gegen gewisse Geistliche erhebt, berechtigt sind. Wenn das der Fall sein sollte, so würden alle gläubigen Christen aufs tiefste empört werden durch die Herabwürdigung des heiligen Sakraments, deren sich jene Geistlichen schuldig machen würden.

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. Jüdische Industriertter sind in Galizien auf einen neuen Erwerbszweig verfallen. Nach dem Lemberger Blatte „Ruch Katolicki“ durchziehen Juden als chaldäische Mönche verkleidet das Land und sammeln, gestützt auf siebenfach gefälschte) Empfehlungsschreiben auswärtiger Kirchenfürsten, für „den katholischen Kirchen in Asien.“ —

Der jüdische Zeitungsschreiber Rosenthal, der es liebte, sich Jacques St. Cère zu nennen, ist kürzlich in Paris gestorben. Er stammte aus Bayern und ist weiteren Kreisen durch die Schmähartikel gegen sein „Vaterland“ und den deutschen Kaiser, die er im „Figaro“ ablagerte, bekannt geworden. Russischen erregte er seiner Zeit auch, als er mit der Frau seines Stammesgenossen Paul Lindau, einer geborenen Kalisch, von Berlin nach Paris durchging. In Paris steckte man ihn vor einigen Jahren ins Gefängnis, weil er sich an den Erpressungen gegen einen gewissen Lebaudy beteiligt hatte. —

Ein jüdischer Frauenorden mit dem Namen „Orden der Töchter Zion“ ist türzlich begründet worden. Angeblich wollen sich die Mitglieder nur der Armen-, Kranken- und Kinderpflege widmen. Der Hauptsitz des Vereins ist Jerusalem. —

Zum Vorsitzenden des Ausschusses, der die Vorbereitungen für den Empfang des deutschen Kaisers in Palästina zu treffen hat, ist nach der „Allg. Ztg. des Judentums“ „unser Glaubensgenosse Se. Exzellenz Bechor Effendi Aschkenasi, Subpräfekt von Konstantinopel“, ernannt worden. —

Dem neuen italienischen Kabinet gehört der Jude Luzzatti als Finanzminister an. —

Heinrich Thiessen,

Telephon Amt I, 2221. Schneidermeister

Brühl 23 (Blauenscher Hof), Tr. A, II, **Brühl 23**

liefert nur nach Maß und nur gegen bare Zahlung, aber dafür zu den billigsten Preisen elegante Anzüge von 42—75 M., Sommer-Überzieher von 30—55 M. unter Garantie für gute Arbeit und guten Sitz. Großes Stofflager. Lieferzeit: Auf Verlangen in 24 Stunden. Bei Selbstlieferung des Stoffes rechne für einen Anzug nur 27 M.

Die selbsthätige Sitz-Douche ist eine hervorragende Erfindung Hermann Ludeck's, des erfahrenen früheren Schwimm-Meisters und jetzigen Direktors des Sophienbades zu Leipzig. Der Apparat besteht aus zwei zylindrischen Hohlgefäßen aus starkem Zinkblech. Der innere dieser Teile, der am Boden mit einer Brausefeinung und seitlich mit einem Dichtungsring versehen ist, gleitet teleskopartig in dem äußeren Teile und zwingt bei einem auf ihn aufgesetzten Druck das im unteren (äußeren) Teile befindliche Wasser als kräftiger Strahl durch die Brausefeinung nach oben zu entströmen. Der hierzu erforderliche Druck wird in der einfachsten Weise allein durch das Körpergewicht der den Apparat benutzenden (sich darauf setzenden) Person erzeugt. Der Apparat ist also unabhängig von jeder Druckleitung und Heizvorrichtung, zu seiner Füllung genügen 1 - 2 Eimer Wasser in beliebiger Temperatur (wenn gewünscht mit medizinischen Zusätzen), er ist leicht transportabel, daher in jedem — besonders im Schlafzimmer — zu gebrauchen, er erfordert keine Reparaturen, läuft nicht über, ist stets sauber, erlegt Schwamme, Bidet und sitzt sich auch als Fußbad — oder partielles Dampfbad verwenden. Die Handhabung des Apparates ist die denkbar einfachste. Man schiebt den inneren Zylinder völlig in den äußeren hinein, füllt den Apparat bis dicht unter den oberen Rand der Brause, tritt mit beiden Füßen auf das Fußgestell des Apparates und zieht nun den inneren Zylinder langsam in die Höhe. Hierdurch fließt das Wasser durch ein am Boden befindliches Ventil in den äußeren Zylinder. Ist dies geschehen, so ist der Apparat fertig zum Gebrauch. Man setzt sich nun darauf, wobei man sich durchaus nicht völlig zu entkleiden braucht; durch das Gewicht des Körpers entsteht ein Druck auf den inneren Zylinder, sowie auf die unter demselben befindliche Wassersäule, und, da das Ventil sich inzwischen von selbst geschlossen hat, entströmt das Wasser in Form einer kräftig angeordneten, nicht zu heftigen Douche durch die Brause nach oben. Seitlich am äußeren Zylinder befinden sich Handhaben; ergreift man dieselben während der Benutzung und zieht sich damit nach unten, so kann man nach Wunsch den Druck auf die Wassersäule noch erhöhen. Anerkennungsschreiben können bei der Firma eingesehen werden.

Um zu verhüten, daß die Vertreter der roten und goldenen Internationale in größerer Anzahl in den neuen Reichstag kommen, ist eine außerordentliche Agitation unsererseits nötig.

Helfe jeder unsrer Freunde mit, die Wähler aufzuklären.

Ein 5 Kilo-Postpacket geeignete Aufklärungsschriften — **Flugblätter, Reden unsrer Abgeordneten, Broschüren** liefern wir für 5 Mark frei ins Haus.

Außer den Sammellisten empfehlen wir die Spritzenbücher der „**Freiwilligen Reichs-Feuerwehr**“, zur **Löschung der brennenden Judenfrage**“, zur gefälligen Benutzung. Dieselben sind gegen Erstattung der Selbstkosten (20 Pf. pro Stück, 10 Stück 1,50 Mark) von uns zu beziehen.

Mit den hübsch ausgestatteten Kuponbüchern (dreifarbig gedruckt), von den Herren Th. Fritsch und Liebermann v. Sonnenberg entworfen, werden Sie gute Erfolge für die „Kasse zur Anschaffung von Aufklärungsschriften“ für die Wahlen“ erzielen können.

Mit deutschem Gruße

Geschäftsstelle der „Deutsch-Sozialen Blätter“
Herm. Beyer, Leipzig, Königstr. 27.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe in Berlin NW. 5, Kruppstr. 13 p. Druck: G. Reusche, Leipzig.

Digitized by Google

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich Mk. 1.50 bei den Postanstalten (Post-Zeitungsliste Nr. 1788) und Buchhandlungen. Unter Streifband Mk. 2.

Herausgegeben von Max Liebermann v. Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Anzeigen: die 4-spaltige Petit-Zeile 25 Pfennige. Verantwortl. Redakteur: Königsstraße Nr. 27, Leipzig.

XIII. Jahrgang. Leipzig, 16. Juni 1898. Nr. 513.

Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Judenfrage. Otto Glagau.

Inhalt: Die Wahlentscheidung. — Wissentlich falsche Anschuldigung? — Freisinnige Wahltlügen. — Nationalliberaler Bauernlang. — Der Rabbiner-Verband. — Ein getreuer Diener. — Rußland. — Molair. — Neue Bücher. — Parteinachrichten. — Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen. — Israel auf dem Wege zum Kommerzialrat. — Jüdische Ritter-, Kommissions- und Kommerzienräte usw.

Die Wahlentscheidung

fällt heute, während unsre Leser diese Nummer in die Hände bekommen. Wir dürfen daher, ohne befürchten zu müssen, daß wir unsern Gegnern Angriffspunkte bieten, uns ganz rückhaltlos über die Erfolg-Aussichten in einer Reihe von Kreisen aussprechen, mit denen wir in näherer Verbindung stehen.

Sicher im ersten Gange gewählt werden in Kurhessen die Abgg. von Liebermann und Werner. Dieser hat keinen ernsthaften Gegenkandidaten und wird, da er viel im Kreise Hersfeld-Hünfeld-Rotenburg reist und Versammlungen abhält, auch zweifellos einen bedeutenden Stimmenzuwachs gegen 1893 erhalten. Abg. von Liebermann konnte, weil er die Wahlleitung in Hessen und Thüringen zu besorgen hat, in seinem Kreise Fritzlar-Homberg-Ziegenhain nur eine einzige Versammlung abhalten. Seine Gegner sind der hessische Rechtsparteiler Rechtsanwalt Martin (Kassel) und der Sozialdemokrat Jordan (Kassel). Beide werden gegen früher etwas an Stimmen zunehmen: Jordan, weil die gesamten Juden für ihn eintreten, denn Martin gilt als antisemitisch angehaucht. Martin aber dürfte eine Anzahl Stimmen aus dem nationalliberalen und konservativen Lager erhalten, abgegeben von Leuten, die den Groll nicht überwinden können, daß der Abg. von Liebermann die Aussichten ihrer Parteien im Kreise auf immer vernichtet hat. Möglicherweise taucht sogar in den letzten beiden Tagen noch ein konservativer Zählkandidat auf. Der Bruder des Landrats vom Kreise Ziegenhain, A. von Schwertzell, hatte nämlich dem Abg. von Liebermann den artigen Kuhhandel vorschlagen lassen, daß die Konservativen des Kreises für seine Kandidatur eintreten würden, wenn Lr. darauf verzichte, bei den Landtagswahlen dem Abg. von Baumbach gegenüberzutreten. Auf diesen Vorschlag ist die einzig richtige Antwort erfolgt, nämlich gar keine, und es bleibt abzuwarten, ob die an das Aufsehen geknüpfte Drohung, andernfalls mit einer Sonderkandidatur vorzugehen, im letzten Augenblicke noch wahr gemacht wird. Einen großen Stimmenzuwachs dürfte übrigens Abg. von Liebermann nicht zu verzeichnen haben, obgleich der Bund der Landwirte sich für ihn erklärt hat, denn die Wahlbeteiligung wird mangels persönlicher Agitation mutmaßlich nur eine schwache sein. Hätte von Liebermann in seinem Wahlkreise arbeiten können, so wäre es ihm ein Leichtes gewesen, wenn Zehntel aller abgegebenen Stimmen auf sich zu vereinigen.

Wahrscheinlich im ersten Wahlgange wird auch Rechtsanwalt Dr. Bielhaben in Rinteln-Hofgeismar-Wolfhagen durchkommen; es sei denn, daß noch im letzten Augenblicke der bekannte konservative Landtagsabgeordnete von Pappenheim sich selbst als Zersplitterungskandidaten aufstellt, wozu er — wie man hört — nicht übel Lust gehabt haben soll. Daran konnte es zu einer Stichwahl zwischen dem Sozialdemokraten und unserm Abgeordneten kommen. Im zweiten Wahlgange siegt Dr. Bielhaben unbedingt.

Auch in Waldeck ist der Sieg unsers Abg. Müller in der Hauptwahl nicht ausgeschlossen. Ihm gegenüber stehen außer dem Sozialdemokraten, der ein paar hundert Stimmen Zuwachs bekommen dürfte, zwei veruneinigte Liberale, Herr Rickert für die Wadenstrümpfler und der Senator Zinl (Hannover) für die Nationalliberalen. Der Zeitungskrieg zwischen den beiden feindlichen Brüdern ist sehr erbaulich. Von besonderer Agitationsarbeit der Herren merkt man allerdings ziemlich wenig.

Die Vertrauensmänner des Bundes der Landwirte sind für unsern Kandidaten Müller mit allen gegen drei Stimmen eingetreten, aber auch diese drei Herren haben in auerlennenswerter Weise sich dem Beschlusse ihrer Berufsgenossen gefügt. Abg. Müller selber ist seit Pfingsten im Kreise unermüdlich thätig. Wenn wir trotzdem nur in die Stichwahl kommen sollten, so würde das nur an dem Zusammentreffen ungünstiger Umstände in Pyrmont liegen, wo alle unsre hauptsächlichsten Vertrauensmänner während der letzten Wochen vor der Wahl ortsabwesend waren. Der Sieg in der Stichwahl dürfte zweifellos sein.

Sehr interessant hat sich der Wahlkampf in Kassel-Melsungen entwickelt. Von dem Augenblicke an, wo in der großen Bundesversammlung zu Kassel am 30. Januar d. J. der Vorsitzende der konservativen Partei, Herr von Löbbecke, den Versuch machte, den Bund mit der Kandidatur des nationalliberalen Kommerzienrats Wegemann zu überrumpeln, und der anwesende Abg. von Liebermann diese Gelegenheit benutzte, statt dessen Herrn W. Schack (Hamburg) vorzustellen und ihm zum Wort zu verhelfen, hat unsre Partei Erfolg auf Erfolg zu verzeichnen gehabt. Die Auerkennung Herrn Schacks als Bundeskandidat hat die sogenannten Konservativen veranlaßt, sich mit den Nationalliberalen und Freisinnigen zusammen für den freisinnigen Kandidaten Endemann zu erklären. Im Kampfe gegen diesen Widersinn wird Herr Schack voraussichtlich viel mehr Stimmen in Stadt und Land erhalten als seiner Zeit der Professor Paul Förster und zweifellos in die Stichwahl mit dem Sozialdemokraten kommen. Was dann weiter geschehen wird, vermögen wir nicht zu prophezeien. Die Freisinnigen folgen jedenfalls dem Zuge ihres Herzens und schwenken auf den Sozialdemokraten ab. Den Kasseler Konservativen und Nationalliberalen aber trauen wir jede deutsche Thorheit zu, sogar, daß sie für den Sozialdemokraten eintreten, um den Antisemiten zu stürzen und das nachher Sammlungspolitik nennen.

Sehr unerfreulich und besorgniserregend haben sich die Dinge im Kreise Eschwege-Schmalkalden-Witzenhausen gestaltet. Die von den Landräten dort aufgestellte Kandidatur des Freikonservativen von Ehrsten, für die mit allen Mitteln gearbeitet wird, kann leicht den Sozialdemokraten den ersten ländlichen Wahlkreis in die Hände spielen. Das tritt unsichtbar ein, wenn es gelingt, unsern Kandidaten Pfarrer Fskraut an die dritte Stelle zu drängen. Erreichen wir dagegen durch die großen Anstrengungen, die wir dort gemacht haben, die Stichwahl, so siegen wir wieder wie im Jahre 95. Verlieren wir diesen mit großem Arbeitsaufwande im Jahre 93 erroberten und 95 unter den schwierigsten Umständen in der Nachwahl behaupteten Kreis, so werden rücksichtslos die unliebsamen Dinge aus der eigenen Partei aufgedeckt werden müssen, die zur Erschütterung der Stellung unsers Kandidaten geführt haben.

Der Bund hat sich dort einstimmig für Pfarrer Fskraut erklärt; da aber die Zeitungen diesen Beschluß totschwiegen und der Kreisvorsitzende erst in den letzten Tagen einen Aufruf für ihn veröffentlichte, so werden wir lediglich auf unsre eigene Kraft

Digitized by Google

angewiesen sein. Ein Kampfmittel der Landratspartei dort ist unter anderm auch, daß sie die Kreisblätter den andern Parteien sperrt. An Arbeit zur Behauptung des Kreises hat es unsre Partei nicht fehlen lassen. Verlieren wir ihn, so muß er wieder genommen werden.

Der Kreis Marburg dürfte für unsre Partei vorläufig verloren sein. Bis vor vier Wochen standen die Dinge dort sehr gut. Unser Kandidat, der Landwirt Wiegand (Friedrichsdorf), hatte eine lange Reihe erfolgreicher Versammlungen abgehalten und war entschieden der stärkste von allen Bewerbern, deren es dort nicht wenige giebt. Die Konservativen haben, nachdem ihnen drei Kandidaten nacheinander abgeschnappt waren, schließlich in dem General a. D. Bartenwerffer eine ganz ausschtslose Zählkandidatur aufgestellt. Die Sozialdemokraten wühlen fleißig und werden sicher wachsen. Mit ihnen um die Wette wühlt der nationalsoziale Agitator von Gerlach und der sogenannte Demokrat Bader, der sich als Nachfolger Böckels einführte und mit Genehmigung der Frankfurter Juden den Antisemiten spielte, um Bauernfang zu treiben. Nun stellte vor vier Wochen der bisherige Abgeordnete Böckel sich unerwarteterweise wieder auf und zwar mit ausdrücklicher Genehmigung des Bundes der Landwirte, dessen Beamter er ist. Diese Genehmigung wird dem Bunde noch einmal sehr unbequem werden. Böckel hat eine große agitatorische Thätigkeit entfaltet, und da er der einzige von allen Kandidaten ist, der wirklich weiß, wie praktische Wahlarbeit geleistet werden muß, so ist er vor allen andern im Vorteil. Allerdings sprechen gegen ihn die vorläufig hier noch nicht näher zu erörternden Umstände, derentwegen er aus Hessen fortgehen mußte. Trotz alledem und alledem würden bei dieser Wahl, die geradezu ein Lotteriespiel geworden ist, die Aussichten unsers Kandidaten Wiegand nicht schlecht stehen, wenn, was wir heute nicht wissen, es Herrn Wiegand und seinen Wahlhelfern gelungen sein sollte, alle Wahlorte mit Stimmzetteln zu versehen. Wir müssen das leider bezweifeln. Die Mitwirkung unsers, eigens zu diesem Zwecke errichteten hessischen Wahlbureaus ist durch eigene Schuld der Marburger Gesinnungsgenossen unmöglich geworden. Auch darüber werden wir uns später in voller Öffentlichkeit aussprechen.*)

Für Eisenach-Dermbach, wo in der Nachwahl 95 der Antisemit Niemann und der Bündler Rösicke nicht durchdrangen, hat der Abg. von Liebermann für dieses Mal die Wahlarbeit in die Hand genommen. Unser Kandidat Schrader (Zechlau) wird vielleicht im ersten Wahlgange siegen, wahrscheinlicher aber ist es, daß er mit dem Sozialdemokraten in die Stichwahl und dann durchkommt.

In Meiningen und in Erfurt stehen die Aussichten für die Herren Kurzhals (Suhl) und Schack (Hamburg) nicht ungünstig. In der Stichwahl ist für beide der Sieg wahrscheinlich. Daß die „Staatsb.-Ztg." diese beiden Kandidaturen lediglich als Zählkandidaturen betrachtet, zeugt von vollständiger Unkenntnis der Verhältnisse. Die Herren Schack und Kurzhals haben so aussichtsvolle und so ernst gearbeitet, daß wir ihnen von Herzen den besten Erfolg wünschen. —

Sicher gewählt wird in Goslar Dr. Lindström, ob im ersten oder zweiten Wahlgange, möchten wir dahingestellt sein lassen.

Für sehr aussichtsvoll halten wir auch die Kandidatur Raab in Flensburg, während Aschendorff in Nordhausen mit einer zweifelhaften Stichwahl zu rechnen hat.

Auch im pommerschen Kreise Ueckermünde-Usedom-Wollin dürfen wir auf einen Erfolg, wenn nicht gleich, so doch in der engern Wahl rechnen. Dort hat ebenfalls der Abg. von Liebermann, wie im Kreise Eisenach, eine Einigung der Konservativen und Bündler auf unsern Kandidaten Dr. Schröder (Poggelow) zu stande gebracht.

*) Diese Zeilen waren schon im Druck, als wir aus der Tagespresse die überraschende Nachricht erfuhren, daß Herr Wiegand nach Aussprache mit Herrn Böckel seine Kandidatur zu Gunsten Böckels zurückgezogen habe. Dieser Schritt überrascht uns noch allen Vorbringungen nicht. Im Interesse der Partei ist aber jetzt eine ausführliche Darlegung der in Marburg vorgekommenen Quertreibereien dringend am Platze.

Höchst überraschende Nachrichten sind aus Metz zu uns gelangt. Wir lesen in dem klerikalen Blatte „Der Elsässer", daß es dort möglicherweise zu einer Stichwahl zwischen dem Protestler Pierson und unserm Kandidaten Schmitz (Berlin) kommen könne. Gleiches berichtet auch unser Vertrauensmann. Wir würden uns darüber selbstverständlich sehr freuen, aber vorläufig fehlt uns doch noch der Glaube für diese Botschaft.

So stehen die Dinge in den fünfzehn Wahlkreisen, die mit der Wahlgeschäftsstelle in Wabern direkte Beziehungen unterhalten oder wo der Abg. von Liebermann in letzter Zeit mitgearbeitet hat.

Interessant ist es, die Angst zu beobachten, die in der Rabbiner-Presse gegenwärtig bezüglich unsrer Wahlaussichten zum Ausdruck kommt. Man sieht uns schon mit dreißig und mehr Mandaten in den Reichstag einziehen. So weit sind wir leider noch nicht. Aber es wird auch kommen.

Die halbe Million Stimmen, die uns Hirsch Hildesheimer prophezeit, dürften wir allerdings erreichen. — Wir freuen uns schon mit gutem Humor auf den Augenblick, wo die „Jüdische Presse" ihre jetzt geäußerten überschwenen Befürchtungen als Hoffnungen hinstellen wird, die wir gehegt hätten und mit denen wir schmählich herumgekniffen seien, und gönnen dem Hirsch dies billige Vergnügen. Nur eine Legendenbildung möchten wir im voraus zerstören. Hirsch meint, der Bund der Landvirte arbeite für uns mit „feinen koloffalen Mitteln". Darin irrt er. Wir bringen unsre knappen Wahlgelder selbst auf. Der Bund hat in den obigen fünfzehn Kreisen, soweit wir davon unterrichtet sind, bisher nur in Kassel-Meisungen 150 (einhundert und fünfzig) Mark zu den Wahlkosten zugeschossen. Darüber braucht der Hirsch also nicht zu schreien.

Wissentlich falsche Anschuldigung?

In ganz überraschender Weise haben sich in den Wochen vor den Wahlen die Anklagen gegen antisemitische Abgeordnete und Schriftsteller gemehrt, so daß es auch für den, der die Kampfesweise des Judentums nicht genauer kennt, auf der Hand liegt, daß es sich dabei nicht um einen Zufall handelt.

Über die Klage Wertheimns gegen die Reichstagsabgeordneten Ickraut und Liebermann von Sonnenberg sind unsre Leser unterrichtet. Ebenso wissen sie, daß gegen den Rechtsanwalt Ulrich in Berlin ein Verfahren von Wertheim eingeleitet ist. — In Krefeld schwebt eine Klage gegen den Redakteur der dortigen „Deutschen Zeitung" wegen eines Artikels über den Talmud und den jüdischen Eid, der lediglich Behauptungen enthält, die sich ganz unbeanstandet schon seit Jahren in weitverbreiteten Büchern finden, und derentwegen bereits andre Redakteure angeklagt und — freigesprochen sind.

Eine ganze Reihe zusammenzehöriger Prozesse knüpft sich an die Verteilung von Weihnachtsflugblättern, durch die die Antisemiten die christlichen Deutschen auffordern, nur bei deutschen Kaufleuten und nicht in jüdischen Kaufschläden ihre Weihnachtseinkäufe zu machen. Über den Ausgang zweier dieser Prozesse haben wir in der vorigen Nummer berichtet. Die Angeklagten wurden freigesprochen. — Das „Antisemitische Monatsblatt" (Gotha) hatte zu Weihnachten einen Leitartikel aus der Feder des Herrn Dr. Lindström (Goslar) gebracht, in dem gleichfalls auf die Schädlichkeit der jüdischen Ramschgeschäfte hingewiesen und zum Einkauf bei deutschen Geschäftsleuten gemahnt wurde. Wegen dieses Artikels erhob die Staatsanwaltschaft zu Gotha Klage gegen die Herren Lindström als Verfasser und Langhans als Redakteur des „Monatsblattes". Allein das Amtsgericht und in zweiter Instanz das Landgericht lehnten die Eröffnung des Hauptverfahrens ab, da der Artikel weder eine Aufreizung zu Gewaltthätigkeiten, wie der Staatsanwalt behauptete, noch groben Unfug enthalte.

Der Abg Hirschel stand kürzlich vor Gericht wegen Beleidigung der jüdischen Richter und wurde auch zu einer

Digitized by Google

Geldstrafe verurtheilt. Er hatte einen Artikel nachgedruckt, in dem die Anklage eines Frankfurter Juden kritisiert wurde, der zu seinem früheren Kompagnon sagte: „Bedenken Sie auch, daß es heutzutage viele jüdische Richter giebt!" Dadurch sollte der Kompagnon eingeschüchtert und davon abgehalten werden, vor Gericht sein Recht gegen einen Juden zu suchen.

So könnten wir noch eine Reihe von Klagen gegen Antisemiten aus der jüngsten Zeit anführen. Gemeinsam ist ihnen meist das Merkmal, daß sie sehr schwach begründet, vielfach geradezu an den Haaren herbeigezogen sind. Schon darin verräth sich ein gewisser innerer Zusammenhang bei all diesen Prozessen, das Ganze macht einen planmäßig angelegten Eindruck, und der Anstoß dürfte denn auch in vielen, wenn nicht den meisten, Fällen vom Berliner „Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" gegeben sein, der das Denunziren von antisemitischen Rednern und Schriftstellern ja zu seiner Hauptaufgabe gemacht hat. Er greift die allerzweifelhaftesten Fälle auf und sucht durch seine „Rechtsschutzkommission" die Staatsanwälte und Richter zu überzeugen, daß die Antisemiten das Strafgesetz vertetzt, groben Unfug verübt oder zu Gewaltthätigkeiten aufgereizt haben. Gewöhnlich lehnt der Staatsanwalt es ab, die Anklage auf die leichtfertige Anzeige hin zu erheben. Nach dem ersten Berichte der „Rechtsschutzkommission" erging es ihr in der ersten Zeit ihrer Thätigkeit mit achtzehn Denunziationen so, während sie nur eine einzige Verurteilung durchsetzte. Wenn sie vom Staatsanwalt abgewiesen wurde, berühigte sie sich nicht, sondern rief den Oberstaatsanwalt an und setzte auch wirklich auf diese Weise in zwei Fällen die Erhebung der Anklage durch, wo sie ursprünglich zurückgewiesen worden war. Nicht genug damit, sie ließ sogar ein Buch erscheinen: „Dr. Parmond, Strafrechtspflege und Antisemitismus", in dem der Beweis versucht wurde, daß von Rechtswegen bei den abgewiesenen Denunziationen die Antisemiten wegen groben Unfugs, wegen Aufreizung zur Gewaltthat ahnbestraft angeklagt und verurteilt werden müssen. Man will eben durchaus die Rechtsprechung zur Unterdrückung des Antisemitismus mißbrauchen. Am 7. April d. J. erstattete die „Rechtsschutzkommission" (Rechtsanwalt Lövinsohn) im „Zentralverein" wieder einmal Bericht, da hirz es denn nach Zeitungsberichten: „In Sachen des Juden-Boykotts sei nur in Potsdam ein Erfolg erzielt worden, während sich anderwärts die Gerichte nicht entschließen konnten, die Verbreitung von Flugblättern mit der Devise „Kauft nicht bei Juden" als groben Unfug anzusehen und zu bestrafen."

Wir sehen hier deutlich, wo die treibende Kraft für alle diese Prozesse zu suchen ist. Es giebt Leute, die planmäßig und, sofern sie vom „Zentralverein" besoldet werden dürften, wahrscheinlich auch berufsmäßig darauf ausgehen, die Antisemiten auch in ganz zweifelhaften, ja in zweifellos nicht strafbaren Fällen zu denunzieren. Der Zweck ist klar. Es sollen den politischen Gegnern Schwierigkeiten bereitet werden, verursacht doch auch ein Prozeß, der mit Freisprechung endet, dem Angeklagten Arbeit und Kosten. Bis man eine Zivilklage erhebt, klärt man freilich Gegner, daß einem selbst diese Kosten auferlegt werden; wird aber die Anklage vom Staatsanwalt erhoben, dann ist das bei der von unsern Gerichten geübten Praxis weniger zu befürchten. Darum hat der „Zentralverein" bei seinen Denunziationen die ausgesprochene Tendenz, Zivilklagen zu melden, und die Anklage durch den Staatsanwalt erheben zu lassen. Dem gegenüber sei doch darauf hingewiesen, daß gegen solche Querulanten der § 501 unserer Strafprozeß-Ordnung angewendet werden könnte, der gestattet, ihnen die Kosten auszuerlegen.

Im übrigen werden die Antisemiten, wenn diesem Treiben nicht bald von unsern Staatsanwälten und Gerichten Einhalt gethan wird, gezwungen sein, ihrerseits zur Abwehr einen Verein nach dem Muster des „Zentralvereins" zu gründen, der es sich zur Aufgabe machen müßte, alle jüdischen Vergehen und Verbrechen zur Anzeige zu bringen, die es ihm zu ermitteln gelingt. Dieser Verein würde u. a. auch die Aufgabe haben, unsre Staatsanwälte zu veranlassen, daß sie in allen Fällen unbegründeter jüdischer Denunziation ernstlich erwägen, ob gegen die Denunzianten nicht die §§ 164 und 165 unsers Strafgesetzbuches zur Anwendung zu bringen sind, die mit Gefängniß nicht unter einem Monat den bedrohen, der wider besseres Wissen jemanden der Begehung einer strafbaren Handlung beschuldigt. Unter den in der letzten Zeit vorgekommenen Denunziationen sind einzelne, auf die dieser Paragraph durchaus anwendbar erscheint; und bei wie vielen Denunziationen mag das noch weit mehr zutreffen, von denen die Öffentlichkeit gar nichts erfahren hat, weil sie von der Staatsanwaltschaft sofort zurückgewiesen wurden!

Freisinnige Wahllügen.

Niemals wird so viel gelogen, wie vor einer Wahl, während eines Krieges und nach einer Jagd, das ist eine alte Geschichte. Was aber die demokratisch-freisinnige Presse vor der Wahl in Lügen geleistet hat, das geht doch so sehr über die bekannte Hutschnur, daß man dies Uebermaß von Lügen kaum mit der Not entschuldigen kann, in welcher sich die Parteien des jüdischen dem deutschen Volke gegenüber befinden, dem sie in Wirklichkeit so rein gar nichts zu bieten haben. Weil man dem Bauer nicht zu lohnenden Preisen für Getreidebau, Viehzucht, Wein-, Obst- oder Gemüsebau verhelfen will, hetzt man ihn gegen den angeblich bevorzugten Großgrundbesitzer auf, dem alle solche Maßnahmen zahlenmäßig alsdings höheren, verhältnismäßig aber nur denselben Nutzen bringen würden. Die Lüge, daß nur der Großgrundbesitzer Vorteil von höheren Preisen für Landwirtschaftsprodukte habe, ist kürzlich auch von einem ehrlichen liberalen Blatte Süddeutschlands, dem „Schwäbischen Merkur", widerlegt worden. Derselbe konstatierte am 1. Juni zahlenmäßig, daß die württembergischen Bauern selbst noch in der vorgeschrittenen Jahreszeit beträchtliche Mengen Getreide hätten verkaufen können, und schließt seinen Protest gegen das demokratisch-freisinnige Lügengewebe, daß die kleinsten Landwirte Schaden von hohen Getreidepreisen hätten, mit den Worten: „Jeder Bauer in Württemberg, auch der kleinste, der Söldner, baut so viel Brotgetreide, als er zu seinem eigenen Bedarf braucht (— und verkauft namentlich Hafer, Gerste u. a.). — Diejenigen Grundbesitzer auf dem Lande, die nicht so viel Getreide bauen, als sie selbst brauchen, sind eben keine eigentlichen Landwirte, sondern Handwerker usw., die daneben noch etwas Landwirtschaft treiben. Diese profitieren aber auch davon, wenn der Bauer etwas verdient, denn sie müssen in erster Linie von den Bauern leben."

Um die Masse des Volkes gegen alle Maßnahmen zur Sicherung lohnender Getreidepreise einzunehmen, stützte die gesamte freisinnig-demokratische Presse im Gefolge des sozialdemokratischen „Vorwärts" in den letzten Tagen 15 der größten Grundbesitzer namentlich auf, die zusammen fast 4 Millionen Hektare, angeblich $^1/_3$ der gesamten in Anbau genommenen Bodenfläche Deutschlands besitzen sollen, die also angeblich den vierten Teil des Nutzens der Getreidezölle für sich allein in Anspruch nehmen. Abgesehen davon, daß noch niemand den Vorschlag gemacht hat, den Berliner Tiergarten abzuholzen, weil ein großer Teil der von dieser Hauptlunge Berlins exzergten frischen Luft von den reichen Juden des Tiergartenviertels verbraucht wird, so beruht auch das ganze in heyerischer Absicht aufgebaute Lügengerempel auf ganz falschen Zahlen. Man hat einfach den gesamten Besitz der angeführten Großgrundbesitzer zusammengefaßt, gleichviel ob er aus Acker oder Wiese oder Wald besteht und ihn der in Anbau genommenen Ackerfläche Deutschlands gegenübergestellt. Der allergrößte Teil des gesamten Großgrundbesitzes besteht aber nicht aus Ackerland, sondern aus Wald. Als Beispiel hierfür mögen die beiden Gutsbezirke Satyr-Wittgenstein-Berleburg und Hohenstein in Westfalen dienen, die zu dem mit 1 230 000 Hektare angeführten Fürstlich Wittgensteinschen Besitz gehören. Dieser Großgrundbesitz umfaßt zusammen 24 688 Hektar, davon sind aber nur 198, schreibe einhundertachtundneunzig Hektar Acker. Die beiden fürstlich Wittgensteinschen Groß-

Digitized by Google

grundbesitzer von Bertesung und Hohenstein sind also an Getreidezollschutzzöllen und lohnenden Getreidepreisen auch rein zahlenmäßig weniger interessiert, als ein westfälischer Bauer, der nur 200 Hektar Acker bebaut. Sehr interessant wäre es übrigens gewesen, wenn die demokratischen Hetzapostel angegeben hätten, wo der ganze ungeheure Fürst Wittgensteinsche Grundbesitz liegt, in Deutschland können wir nur einen kleinen Teil jener 1 230 000 Hektar auffinden, dagegen giebt es in Rußland große Besitzungen dieser Familie, die ja zum Teil an die Fürstin Hohenlohe gefallen waren. Sollten die demokratisch freisinnigen Rechenkünstler nicht etwa zum Zweck ausgiebiger Volksverhetzung so weit gegangen sein, auch die jenseits der deutschen Grenzpfähle befindlichen Besitzungen der Wittgensteins, Thurn und Taxis und anderer als an hohen deutschen Getreidezöllen interessiert mitzuzählen? Zutrauen kann man Leuten vom Schlage dieser Demagogen, welche nicht einmal Wald von ausgebautem Acker unterscheiden, alles. Ähnlich wie das Verhältnis zwischen Wald- und Ackerboden auf dem Wittgensteinschen Großgrundbesitz in Westfalen ist, liegt es aber auch bei dem übrigen Großgrundbesitz. Das beweist, daß der Großgrundbesitz im Verhältnis nicht mehr an der Aufrechterhaltung genügender Getreideschutzzölle interessiert ist als die mittleren und kleineren Grundbesitzer. Wer aber allein aus dem Grunde, daß ein Teil des Nutzens aus landwirtschaftlichen Schutzzöllen auch einigen reichen Großgrundbesitzern zu Gute kommt, diesen ganzen Schutz beseitigen will, ohne Rücksicht auf die gleichfalls daran dringend interessierten Hunderttausende und Millionen von Bauern und der von ihrem wirtschaftlichen Gedeihen abhängigen Landarbeiter, Handwerker usw., der müßte auch ebenso und noch viel entschiedener für Beseitigung aller Maßnahmen zu Schutz und Förderung von Industrie und Gewerbe eintreten, weil ein verhältnismäßig viel größerer Teil des Nutzens davon den reichsten Großkapitalisten in den Schoß fällt.

Auch auf anderen Gebieten bewährt sich die demokratisch-freisinnige Logikkunst in volksverhetzendem Sinne ebenso rücksichtslos. Durch den ganzen Blätterwald auf jener Seite rauschte die Mär von der Verteuerung aller Nahrungs- und Genußmittel durch Zölle und Steuern. Selbst der Rechenkunst eines Eugen Richters wird es aber unmöglich sein, festzustellen, ein wie großer Teil des Zolles vom Inlande getragen wird und so direkt verteuernd wirkt. Die Aufhebung der französischen und italienischen Getreidezölle hat keine entsprechende Verbilligung des Brotes in diesen Ländern zur Folge gehabt, sollte das bei uns anders sein, sollte es anders sein bei Fleisch, bei Schmalz, Petroleum und allen anderen Lebensbedürfnissen? Selbst direkte Verbrauchssteuern, wirken nicht unter allen Umständen Pfennig um Pfennig entsprechend verteuernd auf die Produkte, wie wir am Zucker sehen können, der trotz der hohen Verbrauchssteuer heute billiger ist, als vor Einführung derselben. Es ist eine demagogische Behauptung wider besseres Wissen, wie sie nur von der volksverhetzenden Sozialdemokratie und ihrer freisinnigen Gefolgschaft erhoben werden kann, wenn jeder Pfennig Zoll als Steuer für den armen Mann in Rechnung gestellt wird. Wie wollen denn die Herren Volksvertführer die vielen Hundert Millionen in der Reichskasse ersetzen, wenn sie alle diese Zölle und Steuern beseitigen? Wollen sie sie alle durch Erhöhung der Einkommensteuer in den höheren Stufen aufbringen? Das trauen wir ihnen, abgesehen davon, daß es an und für sich unmöglich ist, gar nicht zu, denn sie haben sich schon mit Händen und Füßen dagegen gesträubt, daß die ihnen verhaßte Miquelsche Steuerreform die größeren Einkommen mit 4 v. H. belastete, während die untersten Stufen überhaupt frei blieben, und die spätern mit ½ v. H. herangezogen wurden. Das „Waigeschrei“ auf Seiten der Linken ist noch in allzu frischem Gedächtnis, welches laut wurde, als Herr von Miquel die großen, meist jüdischen Gehälter in Preußen unsers Erachtens noch viel zu zart anfaßte mit Einkommen- und Ergänzungssteuer und dafür die ungerechte Doppelbesteuerung, die Grund- und Gewerbesteuer, als Staatssteuer aufhob. Es ist nichts als lügnerisches Demagogentum, wenn man gegen die indirekten Steuern wettert und nicht gleichzeitig Ersatz für dieselben auf dem Wege der direkten Steuer anbietet, oder angiebt, wo Ersparnisse im Reichshaushalt gemacht werden können. Wollen die Herren Freisinnigen etwa mitteilen, wo das Letztere geschehen könnte? Wollen sie etwa Deutschlands Wehrkraft zu Lande und zu Wasser vermindern und uns wehrlos machen, wie die Sozialdemokraten es möchten? Will man die Zahl oder die Gehälter der Beamten herabsetzen? Das können wir auch nicht glauben, denn noch vor wenigen Tagen verfuchte die „Frei. Ztg.“ die Stimmen der Beamten durch gleißnerischen Hinweis auf ihre oft recht zweifelhafte Thätigkeit*) zur Herbeiführung besserer Besoldungsverhältnisse einzufangen. Solche schönen Redensarten mit nach Versprechungen für die Zukunft leben zwar nichts, aber man kann doch Angesichts derselben nicht an Ersparnisse im Betrage von vielen Hundert Millionen denken. Sie gehören also mit in das große Gebiet der Bauernfänger-Kunststücke.

Nationalliberaler Bauernfang. Um einige Stimmen zu ergattern, ist auch der „nach Bildung und Besitz maßgebenden Partei“ jedes Mittel recht. In Baden, wo die ländliche Bevölkerung durch und durch antisemitisch ist, ließen es die Nationalliberalen, sich vor den Wahlen ein antisemitisches Mäntelchen umzuhängen. Wenn die Wahlen vorüber sind, wird man es natürlich nicht wahr haben wollen; da heißt es dann von der harmlosesten antisemitischen Redewendung, sie spekuliere auf die niedrigsten Leidenschaften usw. Wir kennen das. Aber vor den Wahlen machen sich Konservative und Nationalliberale mit einigen antisemitischen Äußerungen gerne „populär“. — Nach Altlußheim hatten die Mannheimer Nationalliberalen ihren Renommierarbeiter Nagel als Redner geschickt. Dieser fand es denn auch nach den Worten der jüdischen „N. Bad. Landes-Ztg.“ „für angebracht, seine Ausführungen durch eine Reihe antisemitischer Redensarten zu würzen“. Und das, trotzdem als zweiter nationalliberaler Redner ein waschechter Jude, der Getreidehändler Kuhn, neben ihm saß! Es war nun höchst ergötzlich, zu beobachten, wie der nationalliberale Jude den in antisemitische Gefilde abschweifenden Parteigenossen an den Rockschößen „zu einer verständigeren politischen Auffassung“ (N. B. Landes-Ztg.) zurückzuziehen versuchte. Aber dieser sagte ein eingelerntes antisemitisches Sprüchlein bis zu Ende auf. Nachher gab's natürlich erregte Auseinandersetzungen zwischen den feindlichen Brüdern. Aber, das Interessanteste, das nationalliberale Organ, der Mannheimer „Generalanzeiger“, nahm am nächsten Tage für den antisemitischen Redner Partei und erteilte ihm eine gute Zensur. Herr Nagel, hieß es, habe eine „interessante Rede“ gehalten, die „großen Eindruck“ gemacht und die „dankbaren Zuhörer“ in „helle Begeisterung“ versetzt habe. — Ja, ja, es sind böse Zeiten für die lieben „israelitischen Mitbürger“. Zu welcher Partei können sie da noch Vertrauen haben? Vor den Wahlen sind sie ja alle mehr oder weniger antisemitisch angehaucht.

Der Rabbiner-Verband, eine Vereinigung, die die meisten Rabbiner Deutschlands beider Richtungen, der orthodoxen und der liberalen, umfaßt, hielt am 1. und 2. Juni in Berlin seine Generalversammlung ab. Aus den Verhandlungen interessiert uns besonders, daß man sich fast einstimmig gegen den Zionismus aussprach. Die scharfe Erklärung, die der Vorstand des Verbandes im vergangenen Jahre gegen die zionistische Bewegung erlassen hat, fand die Billigung der Versammlung. Die Ansiedelung von Juden in Palästina dagegen soll nach Kräften gefördert werden. Bekanntlich hat der Sultan jede jüdische Einwanderung verboten; ebenso bedarf jeder Landkauf

*) Für die Lehrer auch in den Ämtern und in Bezug auf Lebensunterhalt bisjüten Türken forderten die Freisinnigen bekanntlich 1200 Mk. Anfangsgehalt, weil sie wußten, daß die Regierung das jetzt nicht bewilligen konnte. In dem reichen und teuren Berlin wollte man hinterher nur 1000 Mk. aus freisinnigen Taschen zahlen. An diesem Beispiel mögen alle Beamten die freisinnige Freundschaft richtig einschätzen.

in Palästina seiner besonderen Genehmigung; für jedes Haus, das erbaut werden soll, muß die Pforte erst um Erlaubnis angegangen werden. Diese Erlaubnis würde wohl nie erteilt werden, wenn man am Bachschisch spärte. Auf diese Weise kommt die sogenannte Kolonisation Palästinas auf eine Einschmuggelung der Juden hinaus. Kein Wunder, wenn die Zionisten für dies von den Rabbinern empfohlene System nur Hohn und Spott haben; sie bezeichnen es mit Vorliebe als „heimliches Infiltrationssystem".

Um die rituelle Verpflegung der jüdischen Strafgefangenen wiederzuerlangen, wollen die Rabbiner jetzt direkt bei Sr. Majestät vorstellig werden. Ein dahingehendes Gesuch ist bekanntlich von den Ministerien des Innern und der Justiz abschlägig beschieden worden.

Aus den Verhandlungen über die „Stellung der Rabbiner in Deutschland" haben wir ersehen, daß es jetzt stellenweise Sitte ist, die Rabbiner mit einer sechsmonatlichen Kündigung anzustellen. — Bei der Besprechung der Gründung einer Reliktenkasse wurde mitgeteilt, daß der Privatbeamten-Verein zu Magdeburg den Rabbinern mannigfache Vorteile zu gewähren bereit sei.

Wenn schließlich auch die Forderung erhoben wurde, die jüdische Religionslehre solle unter die Prüfungsgegenstände bei den Abgangsprüfungen an den höheren Schulen aufgenommen werden, so ist das ein Verlangen, das wir aus Gründen der Billigkeit befürworten. Bei der heutigen Praxis sind die jüdischen Schüler vor den christlichen in einem unberechtigten Vorteil; während diese sich einer Prüfung in ihrer Religion unterziehen müssen, sind jene gänzlich davon befreit.

Ein getreuer Diener. Philipp Lang von Langenfels, Kammerdiener Kaiser Rudolfs II., war ein getaufter Jude, der im Jahre 1601 mit einem Karren nach Prag kam und hier nach dem Sturze des obersten Kammerdieners Makowsky sich an die Gunst des Kaisers derartig einzuschmeicheln wußte, daß seinen Einfluß selbst die Brüder Rudolfs, die Minister und Staatsmänner zu fühlen bekamen. Lang war von der schmutzigsten Habsucht beseelt und benutzte den Kaiser und die kaiserliche Kunstkammer ununterbrochen. Als in dieser einmal zwei Tage hindurch alle Thüren offen standen, weil die Schlüssel vermißt wurden, fand man sie zuletzt bei Lang. Der Kammerthürhüter Heronymus Schönfeld bezeugte hierauf in einer Schrift, die er vor Langs Verhaftung seinem Herrn überreichte: „ist, wenn Lang in seine Wohnung gehe, müßten seine Diener manches von dem, was Seiner Majestät zugeschickt werde, unter dem Mantel nach Hause tragen". Lang trieb sein Wesen selbst dann noch geraume Zeit fort, als der Edelsteinschneider des Kaisers, Mathäus Kratzsch, auf dem Totenbette bekannt hatte: er habe dem Juden Silbergeschirr und Edelsteine im Werte von 700 Thalern geschenkt, damit er ihn dem Verdacht entreiße, als hätte er dem Kaiser Granaten gestohlen. Als Kaiser Rudolf ihm dies vorhielt, leugnete er frech und sagte: „Kaiser Eure Majestät den Kratzsch nun aufhängen!" Damit war die Sache abgethan. Mit welcher Unverschämtheit der betrügerische Kammerdiener zu Werke ging, ist daraus zu ersehen, daß er nicht allein Zobelpelze und Schwarzfüße, sondern auch alte Goldmünzen und „italienische Sachen", die darauf auf seinen Gnade Jünglingen bei Augsburg gefunden wurden, entrendet hatte. Ebenso werden in der Untersuchung türkische Kleider, Vasen von Jaspis, Säcke mit Gold, die nächtlicherweise durch Langs Diener über den Schloßgang getragen worden, eine Kiste mit wertvollen Instrumenten usw. erwähnt. Ganz besonders beutete Lang den Ankauf von Kunstgegenständen zu seinem eigenen Gewinn aus, da die Käufer einzig durch ihn zum Kaiser gelangen konnten. Eine Gebühr von fünf und mehr v. H. war das Geringste, was sie an ihn zu entrichten hatten. — — Dabei blieb es aber selten, denn von einem Mailänder ließ er sich reiche Kostbarkeiten „schenken", damit er ihm zum Verkauf vieler türkischer Sachen behilflich sei. Als später der Mailänder als Kaufpreis 20000 Gulden erhielt, mußte er auch davon noch einen Teil an Lang abtreten. An einen Edelsteinhändler stellte der Jude das Begehren, er müsse ihm von allem, was er dem Kaiser verkaufen werde, zehn v. H. zusichern. Als jener darauf nicht eingehen wollte, nahm ihm Lang 72 goldene Knöpfe und und eine wertvolle Gemme weg. Ein Händler, namens Friedrich Meyther, klagte, im Jahre 1603 habe er dem Lang verschiedene Topase, Opale und weiße Saphire im Werte von 600 Thalern übergeben, damit er sie dem Kaiser anbiete. Hierfür habe man ihn dann neun Tage eingesperrt! Ein Graf Gräbella erkaufte sich durch eine hohe Summe Langs Verwendung beim Kaiser. Am 31. Mai 1608 gelang es endlich, den geriebenen jüdischen Betrüger zu entlarven.

Ausland.

Österreich-Ungarn. In Judenblättern ist neuerdings wieder viel von „antisemitischen Ausschreitungen" in Galizien die Rede. Das Lemberger Blatt „Ruch Katolicki" versichert, die angeblichen Exzesse seien zum größten Teil erfunden. Die thatsächlichen Vorkommnisse seien ganz unbedeutend. Übrigens wäre es gar nicht zu verwundern, wenn die bis aufs Blut ausgesogene Bevölkerung zur Selbsthilfe griffe.

Rußland. Unter der Regierung Alexanders III. war für alle Lehranstalten genau festgesetzt worden, ein wie großer Prozentsatz jüdische Zöglinge zulässig sei. Diese Bestimmungen waren aber mit der Zeit mehr und mehr außer Acht gelassen worden. Der Kultusminister hat sich daher veranlaßt gesehen, daran zu erinnern, daß nie mehr als 3 v. H. der Studenten Juden sein dürfen. Nächsten Herbst dürfen an der Moskauer Universität nur 30 Juden aufgenommen werden. Außerdem hat der Minister darauf aufmerksam gemacht, daß jüdischen Lehrern, gleichviel ob sie an Gemeinde- oder Staatsschulen angestellt sind, die Rechte der Staatsbeamten nicht verliehen werden dürfen. Ebenso sei es verboten, ihnen die kürzlich für den Lehrerstand eingeführte Medaille Alexander III. oder andre Auszeichnungen zuzuerkennen.

Frankreich. In der französischen Kammer hat sich eine antisemitische Fraktion gebildet. Sie nennt sich „Groupe nationaliste et antijuive" und ist viel stärker als Freund und Feind bisher annahmen. Außer den zehn „reinen" Antisemiten haben sich ihr nämlich noch elf andre Kammer Mitglieder angeschlossen, so daß sie über 21 Stimmen verfügt.

Mosait.

Die Handelsangestellten für sich zu gewinnen sind bekanntlich die Sozialdemokraten eifrig bemüht. Seitdem sich der „Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband" gebildet hat, bekommen diese Bestrebungen noch einen ganz besonderen Beigeschmack. Die neueste Nummer des „Handelsangestellten", des Organs der sozialdemokratischen Organisation, beschäftigt sich fast von A bis Z mit den deutschnationalen Konkurrenten, mit dem Antisemitismus überhaupt und ganz besonders mit der Person des Herrn Schack. Diese Bestissenheit in der Bekämpfung des Antisemitismus kann freilich nicht wunder nehmen, wenn man liest, daß der Verleger des Blattes Herr Julius Elsner in Charlottenburg ist, daß die „Freie Vereinigung der Kaufleute" ihren Aufruf von B. Friedländer unterzeichnen läßt, und daß Herr Albert Cohn, Schriftmanufkr. 11, Vertrauensmann dieser Organisation ist. Ist das nun bloß ein Ausfluß der allgemeinen Verjudung, die in der Sozialdemokratie überhaupt herrscht, oder ist diese Organisation überhaupt nur da, um Judenschutz zu betreiben?

Freisinnige Großmannssucht. In der „Rhein.-West. Ztg." lesen wir folgende Mitteilung aus Hagen: „Nachdem Herr Eugen Richter vor kurzem einer hiesigen Stammtisch-Gesellschaft sein Bildnis verliehen (!), hat er jetzt bei seiner Anwesenheit in Wetter dem Fabrikanten Wilh. Bönhoff daselbst „ob seiner hervorragenden Verdienste um die freisinnige Sache" seine Büste höchst eigenhändig (!) überreicht." — Wenn es sich nicht

Digitized by Google

um seine eigene ehrenwerte Person handelt, sondern etwa um Bismarck oder einen andern unserer Nationalheroen, so ist Eugen Richter „aus Prinzip“ gegen jeden Personenkultus.

Wie die alten Jungen, so zwischern die Jungen. Knaben kommen aus der Schule. Da sagt der eine: „Moses, hast Du aber eine krumme Nase!“ — „Sei still!“ — erwidert dieser — „der Herr Professor hat gesagt, wir sollen uns nicht streiten über religiöse Fragen.“ („Fl. Bl.“)

Sozialdemokratisches. In der Generalversammlung der Bildhauer Deutschlands teilte der Hauptkassierer Behrends mit, zahlreiche „Genossen“, die durch die Vertrauensstellung eines kassierers ausgezeichnet seien, hätten sich Unterschlagungen, oft in beträchtlicher Höhe, zu schulden kommen lassen. In verschiedenen Fällen läge weiter nichts als Böswilligkeit der betreffenden „Genossen“ zu Grunde, eine Notlage sei ganz ausgeschlossen. Behrends fügte noch hinzu, daß die örtlichen Verwaltungen von dem Vorwurf, durch Nachlässigkeit der Unterschlagung Vorschub geleistet zu haben, nicht ganz frei zu sprechen seien. In der sich hieran knüpfenden längeren Aussprache fand die Behauptung des Hauptkassierers ihre Bestätigung. — Dieselben „Genossen“, die sich von unterschlagenen Arbeitergroschen mästen, können sich natürlich in öffentlichen Versammlungen nicht genug über die Ausbeutung der arbeitenden Klassen durch die Bourgeois entrüsten. Wie soll das erst im Zukunftsstaate werden, wo keiner mehr arbeiten will, sondern jeder darauf aus ist, dem andern das Fell über die Ohren zu ziehen!

Die Schützengesellschaft zu Bruchsal hat kürzlich folgende Mitglieder zu Ehrenmitgliedern ernannt: Alexander Dreyfus, Albert Eliasser, Ludwig Groß, Willi. Keller, J. G. König, Emil Marx, Salomon Reiß und Willi. Schrag. — Da soll noch mal jemand sagen, die Juden könnten kein Pulver riechen!

Als Kaiser Franz Joseph eines Tages in Begleitung seines Adjutanten einen Spaziergang an den Ufern der Donau machte, erkundigte er sich nach den Namen der Besitzer der zahlreichen Domänen, Schlösser, Landhäuser und Fabriken, die man links und rechts am Wege sah. Auf jede Frage des Monarchen antwortete der Adjutant mit dem Namen eines Juden, so daß der Kaiser die Bemerkung nicht unterdrücken konnte, daß die Juden doch ungemein überhand genommen hätten. „Was glauben Ew. Majestät“, sagte der Adjutant, „diese Halunken — — “ „L“, unterbrach ihn der Kaiser, „vergessen Sie nicht, Ernst, daß Sie zum „Könige von Jerusalem“ sprechen.“ Der Kaiser von Österreich führt nämlich gleichzeitig den Titel König von Ungarn, von Böhmen, von Galizien, Markgraf von Mähren usw., und schließlich auch „König von Jerusalem“, so kann man wenigstens im Gothaer Almanach lesen.

Was die Juden mit den Antisemiten anfangen möchten, verrät die „Bukowinaer Zeitung“. Der Artikel strotzt so voller Gemeinheiten, daß Hirsch Hildesheimer wohl ernstlich besorgt werden wird, daß ihm der Stammesgenosse in der Bukowina in der Schimpfgeschicklichkeit den Rang ablaufe. Als Probe für die jüdische Kampfesweise wollen wir den frechen Artikel z. T. abdrucken. Es heißt da: „Als die Juden aufingen, Schweinefleisch zu essen, grunzten die Säue zornig über die neue Ordnung, rotteten sich zusammen und wurden sämtlich Antisemiten. Darum atmet die antisemitische Bewegung die Modelluft des Sumpfes, darum duftet sie nach dem Odeur der Pfütze. Die gütige Vorsehung hat es höchst weise eingerichtet, daß den Schweinen keine Hörner wachsen, die Meute verfügt über keine gefährlicheren Waffen als Lärmen, Schmutz und Gestank, was redlichen Leuten (die „reinlichen Leute“ sind natürlich die Juden. Der vorliegende Artikel ist Beweis genug dafür. D. Schr.) wohl Ekel, nicht aber Angst einflößen darf. Das Zurückweichen vor der ränkigen Antisemitenbande mag sich aus hygienischen Gründen rechtfertigen lassen, ist jedoch weder klug noch praktisch, die Seuche gewinnt immer mehr und mehr durch solche Taktik an Terrain, wodurch ihre Vernichtung immer schwieriger gemacht wird. Der große Fehler lag in der Verschmähung der Abwehrwaffe. Die Parole muß Vernichtung und nicht Abwehr heißen. Der Stake vermag den Feind abzuwehren, der Schwache wird von den Schwelnen gestreift. Gegen den Antisemitismus, das politische Glaubensbekenntnis der Kanaille, muß ein geschlossenes Kesseltreiben arrangiert werden mit Wachs in der Nase und Wachs in den Ohren, bis die Bestie aus den letzten Schlupfwinkeln heraus der totalen Vernichtung zugetrieben ist. Gegen den Vergiftungsversuch der Massen sind die schärfsten Desinfektionsmittel in Anwendung zu bringen, es muß endlich statt des vorsichtigen Rückzuges energisch Front gemacht werden zum tötlichen Borstoß. Gesetz, Moral und Pflicht heben auf unserer Seite (!), die Vernunft gebietet zu den Waffen zu greifen, wer wäre thöricht, sich selge zu verbrechen? Nur unsre Rattherzigkeit hat den Feind so frech und verwegen gemacht. Schlagen heißt die Devise, nicht sich beklagen, denn der sich bückt, der kriegt den Bückel voll. Über den Antisemitismus muß das Strafgericht verhängt werden, Kopf ab der Hydra, wo sie sich zeigt. Greift den Antisemiten überall heraus, ob er nun im Amte sitzt oder dessen des Kaisers Rock mit seiner Gesinnung beschmutzt, die Kanzel besteigt oder seine Pobelspektakelei auf dem Markte ausübrakt, überall haltet für ihn den Pranger bereit. Heraus an die Öffentlichkeit mit ihnen, das Licht wird an den Mobchen seine Schuldigkeit thun. Man soll sie nennen, man soll sie kennen, und jeder soll Feind und Schmke heißen.“

Ein neues Opfer des Dreyfus-Skandals. Herr August Hörle, Finkenhofstraße 26 in Frankfurt (Main), hat seinen neugeborenen Sohn am 3. Mai unter den Vornamen Zola August Labori in das Frankfurter Standesamtsregister eintragen lassen. Wir bedauern das arme Kind.

Spaniens Geschick in den Kriege gegen die Vereinigten Staaten von Nordamerika ist jetzt wohl besiegelt. Das „erste jüdische Freiwilligen-Regiment“ ist jetzt wirklich in Philadelphia gebildet. Nach einer Ansprache des Rabbiners Rosencranz meldeten sich am 15. Mai über 200 jüdische Rekruten, mehr als 50 von ihnen haben bereits Dienstzeugnisse aus dem russischen Heere aufzuweisen. Benjamin Gordon soll an die Spitze der streitbaren Makkabäer treten. — Wir zweifeln nicht, daß die Spanier unter dem Eindruck dieser Nachricht sich gefügig zeigen werden, um jeden Preis einen sofortigen Frieden mit Amerika zu schließen.

Einen eigenartigen Geschäftskniff hat sich der Pfandleiher Isidor Deutsch in Ofen-Pest erfunden. Eines schönen Tages ließ er sich mehrere tausend Verlagsscheine drucken, dann kaufte er einen Haufen wertloser Sachen, wie z. B. Meßingringe, Ketten und Nickeluhren, die er dann auf den Verlagsscheinen als wertvolle Gegenstände mit großen Summen beliehen erscheinen ließ. Als er des glücklich vollbracht hatte, spazierte er in den Straßen der Hauptstadt herum und war mit Sorgfalt darauf bedacht, wo Zeit zu Zeit einen der Verlagsscheine unbemerkt zu verlieren. Seine Spekulation schlug nicht fehl. Viele der „christlichen Finder“ eilten in das Verlagsgeschäft, um die wertvollen Gegenstände einzulösen. Sie waren dann natürlich sehr betroffen, wenn sie sich geprellt sahen, wagten aber keine Anzeige, da sie sich ja selbst einer strafbaren Fundunterschlagung schuldig gemacht hatten. Er hatte auch der Tagelöhner Andreas Horvath einen Verlagsschein gefunden, und da es gerade Sonnabend war und er seinen Wochenlohn in der Tasche hatte, ging er sofort hin, um die auf 10 Gulden bewertete und mit nur 3 Gulden beliehene „silberne“ Uhr einzulösen. Er bekam dieselbe in einer Schachtel verpackt, die er erst zu Hause öffnete; dabei machte er die unangenehme Wahrnehmung, daß das Material der Uhr mit Silber auch keine entfernte Ähnlichkeit habe. Er wagte jedoch nicht, irgend welche Schritte bei der Polizei zu thun und gab sich schweren Herzens mit seinem Verlust zufrieden. Noch einiger Zeit ladenfen fand Horvath wieder einen solchen Verlagsschein, wieder auf eine Uhr lautend, die mit 3 Gulden beliehen war. Er löste sie ein, und da er sich wieder betrogen sah, war er über den Schwindel im klaren, weshalb er nun gegen Isidor Deutsch die Strafanzeige erstattete. Die Polizei nahm sich der Sache an und ermittelte bald, daß Deutsch diesen Kniff schon seit langem zur Anwendung bringe. Ein gerichtliches Verfahren gegen den gerieberen Hebräer ist eingeleitet.

Eine neue Spielbank nach dem Muster der von Monte Carlo soll in Belgien unweit der deutschen Grenze in Rochefort bei Jemelles errichtet werden. Eine jüdische Firma, Ludw. Emrich & Co., „Bureau für Handel und Industrie“ in Frankfurt (Main), sucht auch deutsches Kapital für die Gründung zu interessieren. Sie

Digitized by Google

verfendet einen als „streng vertraulich" bezeichneten Prospekt einer „Société anonyme des Grottes de Rochefort Save". Die erbärmliche Kapitalistengesinnung, die nur das eine Interesse kennt, möglichst viel Geld mühelos zusammenzuraffen, ganz gleichgiltig auf welche Weise — nach dem Volkssprüche „Non olet" —, diese Gesinnung findet in dem „Prospekte" einen unverhüllten Ausdruck. Es wird da ausgeführt: „Das Ideal (!) aller Kapitalisten könne nur der eine Wunsch sein, bei absoluter Sicherung in der Anlage der Gelder zugleich das höchstmögliche Zinserträgnis zu erzielen. Von allen Unternehmungen sei aber unbestritten eine Spielbank die ertragreichste, wie es das Beispiel von Monte Carlo beweise." Dann wird eine Dividende von mindestens 21% in Aussicht gestellt. Übrigens scheint die Sache doch auch ihren Haken zu haben, denn sonst wären die tausend Aktien zu je 1000 Frcs. doch wohl in Belgien unterzubringen gewesen. Denn, daß die belgischen Kapitalisten von anständigerer Gesinnung wären als die andrer Länder, ist doch nicht anzunehmen.

Neue Bücher.

(Alle hier angezeigten Schriften sind durch unsere Geschäftsstelle, sowie durch jede Buchhandlung zu beziehen.)

Arbeit im Lichte der Bibel. Der Sozialismus und die Frau in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Von Germontrud. 1. Teil. Leipzig 1898. Preis 2,60 M.

Der Verfasser bekennt in der Einleitung, sein Politiker, sein Nationalökonom, sein Nachmann" zu sein. Er „will niemand ins Handwerk pfuschen, sondern allein die Grundgedanken der Bibel ins Auge fassen". Er denkt und sagt nichts andres, „als Freunde des Christentums, des Vaterlandes und der Familie zuvor gedacht und gesagt haben". So bekennen sich Germontrud alle ernsthaft, so bekundet sich sein vorliegendes Werk aus der Hand. Was wir meine Gesinnungsfreunde ausgesprochen und dargelegt haben, daß die Heilige Schrift unsre Heiles und einziges Heilmittel ist, das zeigt der Verfasser auch seinerseits in sehr anschaulicher Weise. Vortrefflich beleuchtet er die Verderbtheit der antichristlichen sozialen Gesetzgebung. Fein ist seine Bemerkung: „Denn von jüdischer Seelenkunde durchdrungenen Juristen erscheint Rechte ist alle Gedankenschaft in tiefster Seele zuwider. Die Juden haben sie in Schwung gebracht — wenigstens ein Beweis, daß die Bibel, die jene verdammt, nicht jüdischen Geistes ist." Germontrud thut, wie vor ihm besonders Gloagau, die Verderblichkeit des römischen Rechts dar. Wenigstens er kein „Nachmann" sein will, so verfügt er doch über ein sehr gediegenes Urteil. Seine Kenntnis der einschlägigen Litteratur ist außerordentlich. Manchmal erinnert er etwas an Naumann, so wenn es den Herrn den „größten Parteimann" nennt. Aber er ist nicht so „modern", daß er nicht den Herausgeber der „Hilfe", mit berechtigter Besorgnis. Er ist christlich-sozial in Stöckers Sinn. Er will nicht die äußeren Nöte von außen, sondern von innen her kurieren. Da man Jesu Geist ausgeht, wird der Idealismus sertig. Mit Radikal und mit der Wurzel will Germontrud Abhilfe schaffen, der Mensch sei nichts als ein Produkt der ihn umgebenden Verhältnisse. Die Änderung dieser genügt nicht, im Herzen muß die Reform den Anfang nehmen. Das ist bekannt, aber oft vorher vergessen. Germontrud hat einen Anspruch auf unsern Dank sich erworben, daß er nachdrücklich im Sinne der Schrift auf diese alte Wahrheit hingewiesen hat.

Sein Hauptziel, den großen Schaumschlägen Bebel auch seinerseits zu widerlegen, hat er noch Ansicht des Referenten aufs glücklichste erreicht.

Allen, denen im Sinne wohnt, ist sonservativer Politik zu wirken ernstlich, sei es mit der Feder, sei es durchs mündliche Wort, soll das vorliegende Werk, das positiv christlich, echt antisemitisch und in dem auch wohlthat sozial gehalten ist, aufs allerangelegentlichste empfohlen sein!

Das kleine Heft von Eduard Goldbeck, **„Jolas Brüder"** (Preis 50 Pf.) verfolgt das Ziel, den Juden das feingefühlten Romanschriftstellers für Treuwus auf Anschauungen und Charaktereigenschaften zu erklären, die sich am deutlichsten in seinem Roman „Paris" widerspiegeln. Hierin will er eine Beichte Zolas über sich selbst finden. Beim Verfasser am Schluß seiner Abhandlung, nachdem er von Zolas Urteil gesprochen hat, zusammenfassend sagt: „. . . Seine Visionen gewannen über sein Urteil Macht, sein Dichten bestimmen sein Handeln, seine im Unbewußten schwelgende Phantasie, seine Hammächtigkeit führen ihn hier und erhalten ihn im Irrtum" — so mag es denn psychologisch annehmend das Richtige getroffen haben, überzeugt aber wohl, daß, aller Wahrscheinlichkeit nach, andre interessierte Personen diese Eigenschaften des Dichters für ihre Zwecke auszunutzen gewußt haben und den der Wirklichkeit entrückten reinen Mann zu seinem vollen Unglück aufstachelten.

Im übrigen haben wir über die Zola-Dreyfus-Angelegenheit schon so viel in Deutschland gehört, daß sicher kein Bedürfnis vorlag, darüber noch eine Broschüre zu schreiben.

Die Gedankübrung in Anfang 1898. Studie von H. Wittmanns Preis 1 Mark.

Diese Broschüre ist eine ganz vorzügliche, nicht genug zu empfehlende Arbeit, die in klarer, überzeugender Weise an der Hand eines großen statistischen Materials den Nachweis führt, daß der Übergang zur Goldwährung der schwerste Nachteil war, den wir uns selbst zugefügt haben. Der Verfasser beleuchtet klar und scharf die durch wechselvolle Währungsexperimente in den Vereinigten Staaten entstandenen Übelstandszustände in Landwirtschaft, Handel und Industrie; verweist ferner längere Zeit bei den durch die Währungspolitik Englands in Indien hervorgerufenen volkswirtschaftlichen Notständen wie ähnlichen und zieht schließlich Chinesen, Mexico, Rußland usw. in den Bereich seiner Betrachtungen. Verwüstungen, die so tiefgreifend sind, daß sich kein unparteiischer Leser ihrer Übergangsfrage entziehen kann.

Es ist unmöglich, in einer kurzen Besprechung den reichen Inhalt des Werkes wiederzugeben, doch sei hier insbesondere auf die Lehren, die der Verfasser seinen statistischen Tabellen über Gold- und Silberproduktion, Ausfuhr- und Einfuhr-Handel, Getreide- und Warenpreise, Metallvorräte und Verbindlichkeiten der Banken usw. entnimmt, hingewiesen, da solche geradezu unwiderlegbar sind.

Das Buch sei jedem, der sich Verständnis für die alles regierende Währungsfrage verschaffen will, aufs beste empfohlen.

Bebel-Solano.

Kehrt zur Natur zurück! Die naturgemäße Lebensweise als einziges Mittel zur Heilung aller Krankheiten und Leiden des Leibes, des Geistes und der Seele von Rd. Just. Braunschweig 1896. X und 256 S. Preis 3 ℳ.

Daß der moderne Mensch naturwidrig lebt, und daß die meisten Krank heiten darin ihre Ursache haben, muß ohne weiteres zugegeben werden. Der Ruf „Kehrt zur Natur zurück!" ist daher durchaus berechtigt. Man darf das nur nicht in der Weise übertreiben, wie es das vorliegende Buch thut. Sein Verf. geht von dem Grundsatze aus: Alles was die Tiere instinktmäßig thun, das ist auch für den Menschen das allein Richtige, um gesund und glücklich zu werden. So kommt er zu manchen Forderungen, die der Kritik nicht gut standhalten können. Wir heben einiges heraus. Weil die Tiere beim Baden nur den Unterleib ins Wasser bringen und dabei die Genitalien reiben, muß es der Mensch ebenso machen. (Diese Art des Badens, das sogen. Reibesitzbad, ist übrigens auch schon von Kühne, wenn auch in etwas andrer Form, empfohlen worden. Ein abschließendes Urteil darüber ist wohl noch nicht möglich.) Weiter, weil die Tiere sich die Wunden lecken, so empfiehlt sich das auch für den Menschen. Außer Lecken soll man auch bei größeren Wunden nur einen Verband von feuchter Baumwolle (!) anwenden. Weil Tiere und Kinder die kranken Stelle reiben, soll auch der Mensch ganz nackend (höchstens unter einer Steppdecke) auf dem bloßen Erdboden schlafen. Für eine naturgemäße Ernährung kommen dem Verf. in erster Linie Nüsse in Betracht, daneben lässt er noch Beeren und Obst gelten. Letzteres ist er, weil Tiere und unverzärtelte Kinder Gefallen daran finden, zuerst zu essen. (!) Ebenso wie Fleisch wird auch die Nahrung der Vegetarier (Brot, Gemüse, Hülsenfrüchte) verworfen. Die Haut- und Streitsucht, die Verf. bei dem Wegkommen Bedürfnis haben will, leitet er aus ihrer Entstehung, namentlich aus dem reichlichen Genusse des Schweinefleisches her. „Pferde werden zu Tode bei der Ernährung mit Körnern besorgt." — Die alten Kinder heißen heute z. B. Typhus, Cholera, Diphtheritis) sind ein Segen für die Menschheit und bestehen mit Freude zu begrüßen, wo sie auftreten." Dieser Satz wird dem Verf. wohl schwerlich neue Anhänger zuführen. Wir möchten jedenfalls seine Kur nicht am eigenen Leibe erproben. Wen es danach gelüstet, der findet Gelegenheit dazu, in dem von Herrn Just geleiteten Lustkurorte „Jungborn" in Ederthal bei Stapelburg im Harz.

Kapital und Schulden. Von Georg Bontenu in Podolien (Süd-Rußland). Deutsch von Dr. Otto Sattler.

Der vorbereitenden Schrifte des russ. Finanzministers Herrn von Witte zur Einführung der Goldwährung im russischen Reiche sind die Veranlassung zur Entstehung der vorliegenden kleinen Schrift gewesen, in der der Verfasser das Bedenkliche einer solchen Maßregel in schärfer Weise kritisiert. „Unsere, wie alle Staaten, in denen die Goldwährung bereits eingeführt wurde, Neuse pasticren lisst, kommt er zu dem Schlusse, daß deren zunehmende Verschuldung, das Sinken der Warenpreise, die Not der Landwirtschaft usw. hauptsächlich dem Bestehen des dinnetallistischen Systems zuzuschreiben sind. Er verweist dann auf die Silberländer, die sich wachsenden Preisperiode erfreuten, und warnt davor, sich der trügerischen Goldwährung, den Lockungen der Kapitalisten folgend, in die Arme zu werfen.

Die kleine Broschüre ist zwar mit Verständnis aller einschlägigen Verhältnisse geschrieben, enthält aber sehr der eingehenden Beweisführung und springt zu sehr von einem Gegenstand zum andern über, so daß sie kaum als eine Bereicherung des bimetallistischen Kampfmaterials zu bezeichnen ist.

Bebel-Solano

Großer Nutzen

erwächst unseren Bestrebungen dadurch, wenn unsere Leser die **„Deutsch-Sozialen Blätter"** nicht nur überall empfehlen, sondern sie auch in allen Bahnhofsbuchhandlungen, Wirtshäusern, Gasthöfen, Cafés usw. immer und immer wieder verlangen. Wo die „Deutsch-Sozialen Blätter" nicht gehalten werden, dringe man auf sofortige Bestellung.

Digitized by Google

Bad Kissingen

Logierhaus Renner
– jenseits der Saale –
●● **Gartier Straße 24** ●●
empfiehlt schön frei gelegene Wohnungen zu billigen Preisen.
Neu angelegter großer Garten.

Deutscher Krug.
Antisemiten-Kneipe, Chemnitz.
Lohgasse 3, Parterre und 1. Etage.
Ausschank:
Böhmisch, Lichtenhainer, Tuchersches Dunkel und Hofbräubräu.
Speisen vorzügl. Flotte Bedienung.
Hochachtungsvoll **Emil Krug.**

Wein-Groß-Handlung,
Import von Rum, Arrac, Cognac, von

Jede Flasche trägt diese Schutzmarke.
Berlin SW., I Stendaler Straße 1.
Fernsprecher: Amt Moabit 1576.
Gegründet 1877.
1895er u. 96er Rhein- u. Moselweine, p. Fl. oder p. Ltr. von 70 Pf. an.
1895er u. 96er Bordeaux-Weine von 1 M. an, sowie sämtliche in- und ausländische Weine also zu soliden Preisen. Für absolute Reinheit garantieren
Schmitz & Co.
Kleine Proben und Preisliste umsonst.

Weltruf
haben weltf. Fleischwaaren
feinste weltf. Schinken 1.00 „ℳ p. Pfd.
„ „ Cervelatw. 1.35 „ „ „
„ „ Schinkenw. 1.25 „ „ „
„ „ Plockw. 1.20 „ „ „
„ „ Mettw. 1.00 „ „ „
(beste Räucherung).
Garantie Zurücknahme
J. Bartscher, Riesberg, Westf.

Höher Verdienst durch neue patentamtl. geschützte Erfindung. Kein Laden, kein Betriebskapital. Off. „Alleinvertrieb" Nr. 729 postl. Sachen.

CAFE MERKUR
Leipzig ★★★★
★ ★ An der Pleisse 8.
300 Zeitungen, Depeschen u. Kursberichte, Städte-Adressbücher v. Berlin, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Hamburg-Altona, Halle a. S., Paris, sowie Hmdels-Adressbücher aller grösseren Stanten liegen zur gefl. Benutzung aus.
Jeden Vormittag Bouillon und Pralcten.
Geöffnet bis morgens 1/4 4 Uhr.
Hochachtungsvoll
W. Rählemann.

Eldorado
Pfalzendorferstrasse 4, **LEIPZIG.** Fernspr. Amt I, Nr. 2102.
Restaurant und Gesellschaftshaus 1. Ranges.
Vereinslokal des Deutsch-sozialen Reform-Vereins.
Versammlungslokal der Deutsch-nationalen Handlungsgehilfen.
Spezialität:
Vorzügliche Küche. 1/1 Portionen mit Suppe 80 Pf.
Abend-Stamm von 30 Pf. an.
Zimmer von 1,50 M. an.
Adalbert Heinrich.

Verlobt in 4 weiten Raumen ist auch hiermit das Abonnements-Annoncen-Geschäft von F. Herbrich, Leipzig, Sternwartestr. 54, als eine der vorteilhaftesten Gelegenheiten empfohlen.
Grosse Berichte und reiche Auswahl in kompl. **Gewehr- u. Gewehr-Etagren** von 1—21 M. **Porzellan-, Steingut- u. Emaillewaren, Besteck, Holzwaren, Solinger Messer und Gabel, Löffel, Putz, Wringmaschinen, franz. Kaffeemühlen, Reibmaschinen, Nobelmaschinen, Bratspieße, Pfannen** und sonstige Artikel. **Kamper** unter Garantie vorzüglichen Gerätschaften.

Deutsche Bürger und Bauern
deckt euren Bedarf an **Wein** direkt beim Winzer, nicht beim jüdischen Schmierer und Pantscher! Empfehle meine selbstgezogenen reinen Weine in Flaschen und im Faß zum billigsten Preise.
Probem umsonst.
Johann Schmitt-Fels,
Heddesheim b. Bingerbrück (Rhein)

Russische Cigaretten.
● Spezialgeschäft. ●
Anerkannt vorzügliches, bestens eingeführtes, eigenes Fabrikat.
Cigarren nach vorzüglicher Auswahl in jeder Hinsicht **preiswert.**
Leipzig, Wintergartenstr. 10. **M. Früchtel,** Leipzig, Wintergartenstr. 10.

Bebel im Lichte der Bibel.
Von **Germanicus.**
I. 2,60.
Bebels Nihilismus im Lichte der Bibel betrachten zu lernen, ist dies mit großartiger Sachkenntnis geschriebene Buch vortrefflich geeignet.
A. Deichert Verl. (G. Böhme) Leipzig.

Antisemit. Postkarten,
4 Sujets,
d. Hundert 7 Mark franko gegen Nachnahme, empfiehlt
Carl Zanger, Freiburg i. B.
Postkarten u. Schreibmaterialien en gros.

Unglaublich billig
Gut. Strümpfe, Socken, Normalwäsche, nur garantiert reinste Qual. bei Oskar Jahn, Spezial-Strumpfhaus, Leipzig, Poniatowskystraße 19. Preisliste kostenfrei! —

Kaufen Sie kein Piano,
wenn Sie sich noch nicht den Katalog von **August Roth, Hagen i. W.,** Königl. Hof-Pianofabrikant, gratis haben kommen lassen.

Billige, dichte Dächer Muster etc. postfr.
stellt man her aus Anderach's Asphalt-Steinpappen
Asphalt- u. Dachpappenfabrik
A. W. Anderach & Sohn, Rhein

Zins-Haus
Leipzig-Ost zu verkaufen. Preis 68 000 M. bei 16 000 M. Anzahl. Rest kann stehen bleiben. Anzahlung verzinst sich zu 12–13 %. Näheres durch die Geschäftsstelle d. Bl.

Einen großen Dienst leistet man unserem Blatte und unserer Sache, wenn man seine Einkäufe bei solchen Handlungen deckt, die uns durch Anländigungen unterstützen.

Reichstags-Wähler-

Notiz-Buch.

Statistik der Wahlen zum Deutschen Reichstag in den Jahren 1871—1897 (mit allen Nachwahlen) unter Angabe der in den Wahlkreisen belegenen größeren Orte und der Namen der Abgeordneten, sowie **Schemas zum Eintrag des Wahlergebnisses von 1898** nebst einem Anhang: Wahlgesetz, Wahlreglement, Fraktionsbewegung, Vergeichnisse der Wahlkreise, der Mitglieder des gegenwärtigen Reichstages und der Fraktionen nach dem Stande vom 1. Februar 1898. **Preis** mit Porto 1,20 M., 10 Stück für 10 Mark.

Von der Presse aller Parteien anerkennend besprochen und jedem Wähler zur Anschaffung empfohlen.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königsstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hegrese in Berlin NW. 5, Kruppstr. 13 p. Druck: G. Reusche, Leipzig.

Digitized by Google

Deutsch-Soziale Blätter.

Herausgegeben von Max Liebermann v. Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Bezugs-Preis: vierteljährlich Mk. 1.50 bei den Postanstalten (Post-Zeitungsliste Nr. 1750) und Buchhandlungen. Unter Streifband Mk. 2.

Anzeigen: die 4-gespaltene Petit-Zeile 25 Pfennige. Verlagsbuchh. Königstraße Nr. 27, Leipzig.

XIII. Jahrgang. | Leipzig, 23. Juni 1898. | Nr. 514.

Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Juden-Frage. Otto Glagau.

Inhalt: Verlust an Mandaten und Wahlstimmen. — Eine Judenmatrikel. — Das Elend in der Hausindustrie. — Eine Liste jüdischer Diebe. — Sozialdemokratische Großgrundbesitzer. — Ein jüdisch-freisinniges Fälscher-Kunststück. — Ausland. — Mosaik. — Parteinachrichten. — Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Verlust an Mandaten und Wahlstimmen,

statt des gehofften Zuwachses für unsre Partei. Das ist das wenig erfreuliche Ergebnis der diesmaligen Reichstagswahl. Gewählt sind im ersten Wahlgange nur die Abgg. Gräfe, von Liebermann, Lotze, Dr. Bielhaben und Werner. In Stichwahl stehen von den früheren Abgeordneten die Herren Bindewald, Köhler und Müller (Waldeck), von den neuen Kandidaten: Aschendorff in Nordhausen, Gäbel in Meißen, Schröder in Ueckermünde und Raab in Flensburg. Endgültig unterlegen sind die Abgg. Zimmermann, Ickraut und Hirschel. Besonders schmerzlich empfinden wir den Verlust von Dresden-Altstadt, wo Herr Oswald Zimmermann bei 36000 abgegebenen Stimmen mit nur 386 Stimmen hinter dem Konservativen zurückblieb, so daß dieser in die Stichwahl mit dem Sozialdemokraten kam. Wenn man bedenkt, mit welchen wenig schönen Mitteln die Konservativen schon seit Jahren Herrn Zimmermann bekämpfen und ihn aus dem Vertrauen seiner Wähler in Dresden zu verdrängen suchen, so muß man sagen, daß dieses Endergebnis geradezu als ein glänzendes Vertrauensvotum der Wählerschaft aufzufassen ist. —

Es scheint unthunlich vor den Stichwahlen, die erst morgen stattfinden, die Ursachen unsrer Mißerfolge hier zu besprechen. Geschehen muß es später mit vollster Freimütigkeit, denn nur eine Partei, die aus ihren Fehlern nicht mehr zu lernen vermag, ist verloren.

Das Eine kann schon heute gesagt werden: Wir haben unsre Kräfte weit überschätzt und haben uns nicht als Meister in der Beschränkung auf Erreichbares gezeigt.

Die noch bei keiner Wahl so in Erscheinung getretene Wahlfaulheit, die wir am 16. Juni haben beobachten können, steht in merkwürdigem Gegensatze zu dem vom Zentrum und den Parteien der Linken erhobenen Geschrei über angebliche Bedrohung der Wahlfreiheit!

Das Endergebnis der diesjährigen Wahlen wird jedem einsichtigen und vaterlandsliebenden Manne, und hoffentlich auch der Regierung, die Augen darüber öffnen, daß es nur ein Mittel giebt zur Eindämmung des weiteren Anschwellens der Umsturzpartei, **nämlich Erweiterung des allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechts zur Wahlpflicht.** Andernfalls wird die Wahlflucht bei den staatstreuen Elementen immer mehr zunehmen. Das Ende vom Liede muß dann die Revolution oder der Staatsstreich sein!

Möge für die Regierung und für die staatserhaltenden Parteien dieser Wahlausfall der Ansporn zur rettenden That sein.

Eine Judenmatrikel.

Von einem Freunde unsrer Zeitung wird uns geschrieben:

Häufig wird gegen die antisemitischen Bestrebungen von den Juden der Einwand erhoben, daß die Antisemiten im Grunde ja selbst nicht wüßten, was sie unter einem Juden verstehen sollten, und die judenfreundlichen deutschen Michel sagen wohl: „Es ist ja doch unmöglich etwas gegen die Juden zu machen". Richtig ist, daß die Juden, was nur in ihren Kräften stand, gethan haben, um die Feststellung ihrer Abstammung zu erschweren, darum waren sie z. B. so eifrig für die Einführung der Zivilehe und der bürgerlichen Standes-Register. Aber unmöglich ist es keineswegs, den Juden auch jetzt noch zu fassen. Die folgenden Zeilen sollen den Nachweis dafür erbringen.

Es ist die Form eines Gesetzentwurfes mit Begründung gewählt worden, weil sich so die zahlreichen zu berücksichtigenden Einzelheiten am kürzesten zusammenstellen lassen. Selbstverständlich handelt es sich nur um einen Rohentwurf, der auf das Detail nicht eingeht. Bekanntlich bringt ja auch unser Reichstag kaum noch ein Gesetz zustande, zu dem nicht der Bundesrat nachher die „Ausführungsbestimmungen" erlassen müßte.

Der Gesetzentwurf mit seiner Begründung soll den Freunden, allen deutschen Antisemiten, zur Anregung und zur Begutachtung hiermit übergeben sein. Die Gegner mögen ihn begeifern, mögen sich nach ihrer Art mit Verdrehungen daran versuchen, das soll uns nicht anfechten.

Entwurf eines Gesetzes über die Beurkundung des Personenstandes und der Eheschließung von Personen jüdischen Stammes.

§ 1. Jüdischen Stammes (Jude) im Sinne dieses Gesetzes ist

a. Jede in Deutschland zur Zeit, wo dieses Gesetz erlassen wird, lebende Person, die der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört oder angehört hat.

b. Jede in Deutschland zur Zeit, wo dieses Gesetz erlassen wird, lebende Person, von deren Eltern oder Großeltern einer (oder mehrere) der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört hat.

c. Jede in Deutschland einwandernde Person, die der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört oder angehört hat oder die nicht nachweisen kann, daß unter ihren Eltern und Großeltern kein Angehöriger der jüdischen Religionsgemeinschaft gewesen ist.

d. Die sämtlichen Nachkommen, der unter a., b. und c. aufgeführten Personen.

§ 2. Für die Juden sind besondere Standesregister zu führen. Ehen zwischen Juden und Nichtjuden sind in das Register für Juden einzutragen. Die beglaubigten Auszüge aus diesen Registern (siehe §§ 15 und 16 des Gesetzes über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung) sind ausdrücklich als solche kenntlich zu machen, die sich auf Juden beziehen, und sollen sich auch im Format und in der Farbe des Papiers deutlich von den sonst üblichen unterscheidet.

§ 3. Jede Person, auf die die Bestimmungen des § 1 Anwendung finden (Jude), hat innerhalb eines Jahres nach

Digitized by Google

Erlaß dieses Gesetzes ihre Eintragung ins Judenregister und ihre Löschung im allgemeinen Register selbst zu beantragen.

Wer den Antrag unterläßt, verliert die Reichs- und Staatsangehörigkeit.

Bei Unmündigen wirkt die Unterlassung des Antrages durch die Eltern oder durch den Vormund wie eigenes Verschulden.

§ 4. Die Standesbeamten haben bei jeder Eintragung in die Standes-Register zu prüfen, ob sie in die allgemeinen oder in die Juden-Register gehört. Das erforderliche Beweismaterial beizubringen ist Sache dessen, der eine Eintragung beantragt. Wenn Juden hierbei den Standesbeamten täuschen, so zieht das für den Antragsteller und denjenigen, auf den die Eintragung sich bezieht, den Verlust der Reichs- und Staatsangehörigkeit nach sich.

§ 5. Bei Personen, die in das Reich eingewandert sind, ist jede Eintragung in die Standes-Register so lange auszusetzen, bis von dem Beteiligten der nach § 1 c für die Eintragung in die allgemeinen Register erforderliche Nachweis nichtjüdischer Abstammung erbracht worden ist.

§ 6. Die Standesamts- und Polizeibehörden sind, sobald ein Jahr seit Erlaß dieses Gesetzes verstrichen ist, verpflichtet, auf Antrag das Verfahren zur Ermittelung der Abstammung einer jeden ihnen genau bezeichneten lebenden Person einzuleiten, die in den allgemeinen Standesregistern geführt wird. Jeder großjährige Angehörige des Deutschen Reiches, der sich im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befindet, ist berechtigt, einen solchen Antrag zu stellen. Einer Begründung bedarf der Antrag nicht.

§ 7. Das Verfahren ist ohne Vorwissen desjenigen, auf dessen Abstammung es sich bezieht, zu führen. Es erstreckt sich auf die Frage, ob unter seinen Eltern und Großeltern Angehörige der jüdischen Religionsgemeinschaft waren. Finden sich unter diesen Personen, die in das Reich eingewandert sind, so wird es Sache desjenigen, um dessen Abstammung es sich handelt, den Nachweis zu erbringen, daß sich unter seinen außerhalb des Reiches geborenen Vorfahren innerhalb der durch § 1 gezogenen Grenzen keine Juden befunden haben.

§ 8. Ergiebt das Verfahren, daß die Person im Sinne des § 1 jüdischen Stammes ist, so ist sie in den allgemeinen Standesregistern zu löschen und in die Juden-Register einzutragen. Zugleich erlischt die Staats- und Reichsangehörigkeit, wovon den zuständigen Polizeibehörden Kenntnis zu geben ist. Die Polizeibehörden haben zu veranlassen, daß das Verfahren auch bezüglich der Verwandten des ermittelten Juden eingeleitet wird.

§. 9. Bei Personen, über die das Verfahren zur Ermittelung der Abstammung eingeleitet ist, und die innerhalb eines Jahres nach ergangener Aufforderung den durch § 6 geforderten Nachweis über die Religionsgemeinschaft, der ihre außerhalb des Reiches geborenen Vorfahren angehört haben, nicht erbracht haben, wird angenommen, daß sie jüdischer Abstammung sind und nach § 8 dieses Gesetzes verfahren.

§ 10. Personen jüdischer Abstammung, die den rechtzeitigen Antrag auf Löschung im allgemeinen Register ꝛc. zu stellen unterlassen, oder die eine fälschliche Eintragung in die allgemeinen Register erschlichen haben und deshalb ihrer Reichs- und Staatsangehörigkeit verlustig gegangen sind (§§ 3, 7 und 8 dieses Gesetzes), sind aus dem Reichsgebiet auszuweisen, sobald sie wegen eines Vergehens oder Verbrechens rechtskräftig verurteilt sind. Die Ausweisung hat binnen vierzehn Tagen, nachdem das Urteil rechtskräftig geworden ist, zu erfolgen.

Begründung und Erläuterung.

Zu § 1. Die Begriffsbestimmung über die Zugehörigkeit zum jüdischen Stamme ist so gefaßt, daß sie sowohl auf alle zur Zeit in Deutschland lebenden Personen (Position a und b), als auf jede zukünftig in Deutschland lebende Person (Position c und d) anwendbar ist.

Wer aufmerksam liest, wird sogleich erkennen, daß die vorgeschlagenen Bestimmungen lediglich den Zweck haben, die Personen jüdischen Stammes zu treffen, nicht die jüdische Religion. Wenn dennoch auf die formale Zugehörigkeit zur jüdischen Religionsgemeinschaft zurückgegriffen wird, so geschieht das lediglich, weil über diese Zugehörigkeit unsre Standes- und Polizei-Register Auskunft geben, so daß darüber unanfechtbare Dokumente vorhanden sind, und weil sich thatsächlich ganz überwiegend die formale Zugehörigkeit zur jüdischen Religion mit der jüdischen Abstammung deckt, die jüdische Abstammung also dadurch erwiesen werden kann, daß jemand zur Religionsgemeinschaft gehört oder gehört hat, oder daß seine Vorfahren dazu gehört haben.

Bei dem Vorwurf, daß durch unsern Vorschlag die Verfolgung der jüdischen Religion, die religiöse Intoleranz erwiesen sei, dürfen wir uns nicht fürchten. Daß die Sache so verdreht wird, versteht sich von selbst. Die Juden sind durch ihre Schmarotzernatur darauf angewiesen, alles zu verdrehen, sie können sich nicht anders wehren, als durch Entstellung dessen, was ihre Gegner thun und sagen, und sie wollen demgemäß alles verdrehen. Wer sich vor jüdischen Entstellungen seiner Worte und Thaten fürchtet, wer sich dadurch einschüchtern läßt, kommt in dem antisemitischen Kampfe auch nicht um einen Schritt vorwärts.

Es muß zugegeben werden, daß in einzelnen Fällen Personen deutscher Abstammung in die jüdische Religionsgemeinschaft eingetreten sind, und daß umgekehrt einzelne Personen jüdischer Abstammung durch die Bestimmungen des § 1 nicht gefaßt werden würden. Aber es werden das nur verschwindend wenig Fälle sein. Kein Gesetz erreicht seinen Zweck mit absoluter Vollkommenheit, und praktisch wird es nur sehr wenige Gesetze geben, die das, was sie anstreben, vollkommener erreichen, als es unser § 1 mit der Feststellung darüber erreicht, wer in Deutschland vor dem Gesetz als Jude gelten soll.

Zu § 1a. Durch die Bestimmung, daß als Jude auch der gilt, der früher einmal der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört hat, ist klar ausgesprochen, daß der Übertritt zum Christentum oder die formelle Erklärung „Dissident" zu sein, den Juden nicht davor schützt, durch dieses Gesetz gefaßt zu werden. Es geht aus dieser Bestimmung klar hervor, daß nicht die Religion, sondern die Abstammung gefaßt werden soll.

Zu § 1b. Ob bei Bestimmung der Abstammung auf die formale Zugehörigkeit der Eltern, der Großeltern oder der Vorfahren überhaupt zur jüdischen Gemeinschaft zurückgegriffen werden soll, ist selbstverständlich ein Punkt, über den sich sprechen läßt, und über den die Meinungen auseinandergehen werden. Im Entwurf ist bei der Zugehörigkeit der Großeltern zur jüdischen Gemeinschaft Halt gemacht worden, weil angenommen werden darf, daß jedermann genau darüber Bescheid weiß, ob unter seinen Großeltern Juden waren oder nicht. Durch die gewählte Beschränkung wird es möglich gemacht, den Juden die Anzeigepflicht aufzuerlegen, wie es durch § 3 des Entwurfes geschieht.

Die Frage, ob man nicht für die Kinder getaufter Juden eine Ausnahme machen solle, oder ob man nicht vielleicht die Kinder, die von Deutschen mit Jüdinnen gezeugt sind, als Deutsche betrachten dürfe, muß auf das bestimmteste verneint werden. Wollten wir die Kinder getaufter Juden als Deutsche anerkennen, so hieße das eine Prämie auf entheuchelten Religionswechsel setzen. Und was die Kinder aus deutsch-jüdischen Mischehen betrifft, so ist bekanntlich in nationaler Hinsicht der Einfluß der Mutter bestimmender, als der des Vaters. Man denke an das bedeutungsvolle Wort „Muttersprache", man denke an die zahlreichen Polen mit deutschen Namen (Bolzslegier, Salez ꝛc.). Was aber die Hauptsache ist, die Mischlinge aus Geldehen von Deutschen mit Jüdinnen sind besonders gefährlich. Sie haben vom Vater den vornehmen Namen und von der Mutter die Geldmacht, ihnen ist es am leichtesten gemacht, sich in die leitenden Kreise einzuschleichen und dort einen Geist zu verbreiten, der diese Kreise dem deutschen Volke entfremdet. Gründlich ist es auch keine Härte, solche Mischlinge unter die Juden zu verweisen, sind doch diese deutsch-jüdischen Geldehen in der Volksmeinung die verächtlichsten von allen, und die Kinder büßen

Digitized by Google

nur, wie überall in der Welt, die Sünden ihrer Väter, die ihre eigene Würde um des Geldes willen verkauft haben.

Übrigens ist die Zahl der deutsch-jüdischen Mischlinge keineswegs so groß, wie man gewöhnlich annimmt. In Preußen dürfte es im Jahre 1890 in keinem Falle mehr als 40000 Halbblutjuden gegeben haben, ja, die amtliche Statistik schätzte sie sogar nur auf 16900. Diese Zahl ist vermutlich aber zu niedrig gegriffen. Daß ihre Zahl vielfach so stark überschätzt wird, hat wohl darin seinen Grund, daß sie meist in den großen Städten und in bevorzugter Lebensstellung vorkommen und sich daher der Wahrnehmung unverhältnismäßig aufdrängen.

Zu § 1c und d. Grade unter der jüdischen Bevölkerung sind die Einwanderer sehr zahlreich, deshalb mußten für sie besondere Bestimmungen getroffen werden, wie sich denn auch die §§ 5, 7 und 9 noch ganz besonders mit ihnen beschäftigen. Zweifellos würden die vorgeschlagenen scharfen Bestimmungen auch von nichtjüdischen Einwanderern schwer empfunden werden. Das sollen sie auch; denn wir brauchen in unserm übervölkerten Lande durchaus keinen Bevölkerungszuwachs von außen her. Es kann garnichts schaden, wenn in unserm Zeitalter des Verkehrs gesetzliche Bestimmungen getroffen werden, die den Zuzug fremdartiger Elemente von außen her erschweren.

Es wird vielleicht gegen diese Bestimmungen eingewendet werden, daß das Ausland Repressalien gegen die dort lebenden Deutschen üben könnte. Die Deutschen hätten sie nicht zu fürchten, weil es ihnen unter allen Umständen leicht sein würde, den erforderlichen Nachweis aus der Heimat erhalten. Man könnte es vielmehr nur wünschen und mit Freuden begrüßen, wenn das Ausland auch seinerseits mit ähnlichen Gesetzen gegen das Judentum vorginge. Das wird auch nicht ausbleiben, wenn Deutschland vorangeht.

Zu § 2. Die jüdischen Standesregister sind selbstverständlich ganz entsprechend wie die allgemeinen bei jedem Standesamte zu führen. Die Personen, welche in das jüdische Register eingetragen werden, sind gleichzeitig in dem allgemeinen Register zu löschen. — Die Auszüge aus den Judenregistern (Eintragsbescheinigungen, Bescheinigung über Ehen ꝛc.) durch besonderes Format ꝛc. kenntlich zu machen, das ist eine wesentliche Forderung. Nach Einführung des Gesetzes würde es dadurch leicht sein, bei jedermann festzustellen, ob er Jude ist oder nicht: Man braucht ihn nur zu ersuchen, die Bescheinigung über die Eintragung seiner Person in das Geburtsregister vorzuzeigen.

Zu § 3. Dieser Paragraph enthält eine der Hauptbestimmungen des Entwurfes. Die Schwierigkeiten bei der Ermittelung der jetzt in Deutschland lebenden Juden würden keine geringen sein. Am besten wissen es natürlich die Beteiligten selbst, welches Stammes sie sind. Dadurch, daß man ihnen die Verpflichtung auferlegt, selbst die Eintragung zu veranlassen, und die Nichterfüllung dieser Verpflichtung mit dem Verluste der Reichsangehörigkeit bestraft, erleichtert und beschleunigt man die Anlegung der neuen Standesregister wesentlich. — Außerdem giebt der Verlust der Reichsangehörigkeit die Möglichkeit, renitente Juden sofort auszuweisen. Beiläufig gesagt, wird es sich auch später ihn, wenn wir es einmal soweit bringen, besondere Strafgesetze gegen die Juden zu erlassen, empfehlen, in möglichst vielen Fällen als Zusatzstrafe den Verlust der Reichs- und Staatsangehörigkeit bei jüdisch-jüdischen Delikten in Anwendung zu bringen, um unser Land von den ausgesprochen kriminellen jüdischen Elementen zu säubern. Unser Strafgesetzbuch kennt ja schon jetzt den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

Es könnte der Einwand erhoben werden, daß solche Juden, die nach § 3 ihre Reichsangehörigkeit verlieren, dann überhaupt jeder Staatsangehörigkeit entbehren und heimatlos sein würden, und die Frage aufgeworfen werden: Wohin mit ihnen, falls die Ausweisung über sie verhängt wird (siehe § 10)? Darauf ist zu antworten, daß wir die Sorge, wo sie bleiben sollen, ruhig ihnen selbst überlassen können, sie werden sich auch ohne die deutsche Reichsangehörigkeit durch die Welt finden, wie sie sich früher durchgefunden haben. Sollten einzelne von ihnen erklären das nicht zu können, so würde man sie eben dauernd internieren müssen. Dann würde sich der gute Wille, anderswo unterzukriechen, bei ihnen ohne Zweifel sehr schnell einfinden.

Zu § 4. Dieser Paragraph wiederholt im wesentlichen nur diejenigen Bestimmungen, die schon jetzt durch die §§ 21 und 45 des Gesetzes über die Beurkundung des Personenstandes getroffen sind, wie sich denn überhaupt der ganze Entwurf in allen Punkten an das jetzt bestehende Gesetz anschließt und im wesentlichen nur eine Novelle zu diesem darstellt. Neu ist in der Hauptsache nur die unerläßliche Strafsandrohung gegen solche Juden, die das Gesetz zu umgehen suchen.

Die Bestimmung, daß die Eintragung in die Standesregister solange auszusetzen ist, bis die erforderlichen Nachweise über die Abstammung erbracht sind, könnte die Befürchtung erregen, daß dadurch nach und nach eine Klasse von Menschen entstehen könnte, die in die Geburtsregister überhaupt garnicht eingetragen sind. Das ist nun zwar kaum zu befürchten, weil die Angehörigen jedes Neugeborenen und später er selbst ein Interesse an seiner Eintragung in das Geburtsregister haben; denn auf diese stützen sich alle familienrechtlichen Ansprüche (wie z. B. Erbansprüche). Immerhin könnten zur Beschwichtigung solcher Befürchtungen Aushilfs-Register geschaffen werden, durch die für die in sie Eingetragenen jetzt sämtliche Pflichten (wie z. B. die Verpflichtung zum Heeresdienst), aber keine persönlichen und staatsbürgerlichen Rechte begründet würden.

Zu § 6. Die Bestimmungen dieses Paragraphen sind geeignet, die Besorgnis zu erregen, daß sie uns in eine Aera der Judenreicherei hineinführen könnten. Das sollen sie auch. Wenn die Juden nicht unter dem Einfluß dieser Besorgnis stehen, werden sie sich nicht bequemen, ihre Eintragung in die Judenregister zu beantragen. Daß durch die Judenreicherei etwa Personen deutschen Stammes belästigt werden könnten, das beispielsweise etwa gegen jemanden die Denunziation, er sei Jude, eingereicht werden könnte, nur um ihm einen Possen zu spielen, ist ausgeschlossen, weil die Bestimmung getroffen ist, daß das Verfahren ohne Wissen des Beteiligten geführt werden muß (s. § 7). Durch ein Verfahren, von dem er nichts weiß, kann niemand belästigt werden. Es erstreckt sich ja wesentlich nur auf die Rückfrage von Behörde zu Behörde, ob die Eltern oder Großeltern desjenigen, auf den das Verfahren sich bezieht, der jüdischen Gemeinschaft angehört haben.

Die Bestimmung, daß der Antrag keiner Begründung bedürfe, erscheint unerläßlich; denn es wird in vielen Fällen, wo der Antrag sachlich durchaus gerechtfertigt ist, dem Antragsteller sehr schwer sollen, ihn in irgend einer Form zu begründen, es müßte denn sein, daß man als Begründung zuließe: „Der Kerl hat eine Judennase“, oder „er manscheli“, oder „er zeigt ausgesprochene jüdische Charaktereigenschaften“. Dem Antragsteller die Pflicht einer ausführlichen Begründung zuzuschieben, hieße in den allermeisten Fällen den ganzen Zweck des Paragraphen vereiteln. Sollte aber dennoch dem Antragsteller diese Verpflichtung zugeschoben werden, so müßte zum mindesten die Bestimmung getroffen werden, daß die Geburts- und Polizei-Register jedem auf Wunsch zur Einsicht vorzulegen sind, damit jeder imstande ist, das für die Begründung des Antrages erforderliche Material zu beschaffen. Unter diesen beiden Möglichkeiten ist jedenfalls der Vorzicht auf eine Begründung diejenige, der die geringeren Bedenken entgegenstehen.

Zu § 7. Die Besorgnis, daß durch die Einleitung des Verfahrens gegen zahlreiche Personen ein ungeheures Schreibwerk herumgeschworen werden könnte, ist ungerechtfertigt. Wir benützen heutzutage die Arbeit einer Volkszählung, soweit es sich dabei um die Beschaffung des Rohmaterials handelt, in wenigen Wochen. Ein Verfahren zur Ermittelung der Abstammung aller in Deutschland gegenwärtig lebenden Personen würde nicht mehr als 100 Millionen Fragekarten erfordert machen, d. h. die doppelte Arbeit einer Volkszählung, ganz abgesehen davon, daß die Fragestellung in unserem Falle unvergleichlich viel einfacher ist, als in dem einer Volkszählung. Dazu käme noch freilich noch die Ermittelung der Abstammung bei der vorausgegangenen Generation, die aber sehr viel weniger Anfragen nötig machen würde, da durchschnittlich aus jeder Ehe

Digitized by Google

etwas mehr als drei Kinder entsprungen. Nun aber handelt es sich nicht nur um 50 Millionen Deutsche, sondern nur um 500000 bis 600000 Juden, von denen sich obendrein ein großer Teil freiwillig zur Eintragung melden wird.

Zu § 9. Bei der heutigen Entwickelung des Weltverkehrs erscheint die für den Nachweis der Abstammung gewährte Frist von einem Jahre nicht zu knapp bemessen. Eventuell könnte aber die Zurückschreibung in die allgemeinen Register vorgesehen werden, wenn der Nachweis nichtjüdischer Abstammung nachträglich noch gelingt.

Zu § 10. Die Bestimmung gehört streng genommen nicht in unseren Gesetzentwurf. Sie soll nur andeuten, in welcher Weise mit solchen Personen jüdischen Stammes, die ihre Eintragung in das Judenregister nicht beantragt haben x, zu verfahren ist, um sie los zu werden. Die Bestimmung soll also den praktischen Wert des ganzen Gesetzes veranschaulichen.

Wenn wir dann späterhin noch ein besonderes Strafgesetzbuch für Juden schaffen, das der jüdischen Eigenart angepaßt ist, das heißt für die einzelnen Vergehen und Verbrechen Definitionen giebt, die ebenso dehnbar sind, wie das talmudisch geschulte jüdische Gewissen; wenn in diesem Strafgesetzbuch vorgesehen ist, daß bei den eigentlich jüdischen Verbrechen auf Verlust der Reichsangehörigkeit erkannt werden muß, und daß eine Verurteilung im Rückfalle unweigerlich die Ausweisung nach sich zieht, so steht zu hoffen, daß die Juden nach und nach unter der Einwirkung einer solchen Gesetzgebung sich von selbst entschließen, den deutschen Staub von ihren Pantoffeln zu schütteln, und daß wir dann schließlich nur noch jene „anständigen" Juden im Deutschen Reiche behalten, die es ja bekanntlich „auch" geben soll. Es werden das nicht so viele sein, daß wir nicht mit ihnen fertig werden könnten.

Schlußbemerkungen. Nach den landläufigen Begriffen über Rechtssicherheit würde vielleicht noch die Schaffung eines Rechtsmittels als notwendig erscheinen, das denen Schutz gewährt, die etwa durch einen Mißgriff der beteiligten Behörden zu Unrecht in die Judenregister eingetragen worden sind. Die große Frage wird nur sein, wie soll die Behörde, der Gerichtshof oder die Jury, die über solche Fälle zu befinden hat, zusammengesetzt werden, wenn sie Sicherheit dafür bieten soll, daß durch diese Instanz nicht etwa die Juden vor der vom Gesetz gewollten Eintragung in die Matrikel beschirmt werden? Denn ganz sicher würden die Juden mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln dahin streben, den Gerichtshof zu beeinflussen.

Es bleibt nur noch die Frage zu erörtern, ob das Gesetz eine Verfassungsänderung erforderlich machen würde. Die Frage ist mit Entschiedenheit zu verneinen. Die Gesetzgebung über die Beurkundung des Personenstandes usw. ist Sache des Reiches und wird durch die gesetzgebenden Körperschaften des Reiches ohne jede erschwerende Nebenbestimmung ausgeübt. Die Reichsverfassung bestimmt, daß die Reichsgesetze den Landesgesetzen vorgehen. Auch die Landesverfassungen sind nur Landesgesetze und ihre Bestimmungen müssen den Reichsgesetzen weichen, darunter auch diejenigen Bestimmungen, aus denen die Juden ihre Ansprüche auf Gleichberechtigung als verfassungsmäßig gewährleistet abzuleiten versuchen. Es bleibt also nur die Frage, ob etwa die Reichsverfassung irgend welche Bestimmungen enthält, aus denen die Juden derartige Ansprüche herleiten könnten. Das ist aber nicht der Fall!

Das Elend in der Hausindustrie

ist in Berlin so groß, daß selbst ein Judenblatt vom reinsten Wasser wie die „Berl. Ztg." des Herrn Ullstein an der Hand von Aussagungen eines Fräulein Gertrud Dyrenfurth über die Arbeitsverhältnisse in der Blusen-, Unterrock-, Stürzen- und Trikotschneiderei in den Ruf ausbricht: „Der Menschheit ganzer Jammer faßt mich an!" Trotzdem es sich hier um einen verhältnismäßig jungen Industriezweig handelt, so ist derselbe doch durch einen energischen, kaufmännisch gut geschulten Unternehmerstand, der sich, weil er fast ausschließlich zur orientalischen Rasse gehört, selbst nach Illsteinschem Zeugnis durch besonders große Skrupel- u. h. Rücksichtslosigkeit auszeichnet, äußerlich zur großen Blüte emporgetrieben. Die Berliner Unternehmer haben sich auf dem Inlandsmarkte in kurzer Zeit eine Monopolstellung erobert, der nur in ganz vereinzelten Artikeln überhaupt ein Wettbewerb aus andern Orten gegenübersteht. Daneben blüht der Export nach Frankreich, Belgien, Holland, der Schweiz und Südamerika. Die Zahl der Berliner Firmen, die derartige Fabrikate fertigen, ist in raschem Wachstum begriffen. Trotzdem beträgt der Jahresumsatz selbst bei den kleinsten 100000 Mark, durchschnittlich aber doppelt und dreimal und bei einzelnen sogar zehn mal so viel. Die fertige Ware kostet etwa nur die Hälfte dessen, was der Käufer dafür entrichten muß, die gesamten Löhne aber machen nur 12 bis höchstens 20 v. H. des Umsatzes aus. Sie werden je nach Eingang der Bestellungen festgesetzt und richten sich anderseits nicht nach der Erfindungsgabe und Arbeitskraft der Arbeiterin, sondern danach, ob viel Hilfskräfte an dem Berliner Menschenmarkt vorhanden sind. Bei der großen Überfüllung desselben können die jüdischen Unternehmer allein die Arbeitsbedingungen festsetzen; sie sind jederzeit in der Lage, ihr Arbeitspersonal zu ergänzen und rücksichtslos wieder abzulohnen, auf die Straße zu setzen. Dementsprechend sind die Arbeitslöhne entsetzlich niedrig. Sie betragen durchschnittlich bei voll ausgenutzter zehn- bis vierzehnstündiger Arbeitszeit an allen sieben Tagen der Woche — Sonntagsarbeit ist Regel — fünf bis sieben Mark wöchentlich. Dabei dauert die sogenannte „Saison" nur ein halbes Jahr, in der übrigen Zeit sinken die erst angeführten Löhne auf einen „schier unglaublichen Tiefstand", und während eines Vierteljahres giebt es durchschnittlich überhaupt keine Arbeit.

Unter dem Wohnungselend der Großstadt leiden diese Arbeiterinnen ganz besonders, weil sie durch ihren Beruf an das Haus gefesselt sind und der Wohnraum zugleich als Arbeitsstätte benutzt wird. Dadurch entsteht große Ansteckungsgefahr bei Krankheiten, aber auch davon abgesehen, muß die Gesundheit von Frauen und Mädchen allmählich vollständig zerrüttet werden, die tagtäglich, selbst ohne Ruhepause am Sonntag, zehn bis vierzehn Stunden in dumpfer Stube für das Geschäft angestrengt arbeiten und daneben doch auch noch ihre häuslichen Arbeiten für sich und ihre Familie verrichten müssen.

Berechtigte Ursache zu weiteren Klagen bieser Haussklaven im Hungerlohn der jüdischen Großconfektionäre bietet der Verkehr mit den Geschäften, so namentlich: „Daß Fehler von Stücken beim Zuschneiden, langes Warten bei der Ablieferung, drakonische, rücksichtslose Bestimmungen der Arbeitsordnung bei der Prüfung und Bezahlung der Arbeit. So dieses düstere, aber dem Leben getreu nachgezeichnete Bild!" Mit diesen Worten muß selbst ein Illstein diese Schilderung schließen, die wir möglichst getreu wiedergegeben haben. Sicher hat das Judenblatt schon aus Rücksicht auf die jüdischen Arbeitgeber und Nutznießer nicht zu schwarz geschildert, sondern eher noch manches mit dem Mantel jüdischer Stammesliebe zugedeckt. So die sittlichen Gefahren, die Frauen und Mädchen bei dem Aufsuchen der Arbeit und bei der Ablieferung derselben ausgesetzt sind. Nur zu oft wird die aus bitterer Not erflehte Einstellung als Arbeiterin, ebenso eine wohlwollende Prüfung der abgelieferten Arbeit nur zu erreichen sein, wenn den Geschäftsinhabern oder ihren lüsternen Kommis auf sittlichem Gebiete weitgehende Zugeständnisse gemacht werden. Nur zu oft werden Frauen und Mädchen in dieser schnell aufgeblühten glänzenden Konfektionsindustrie, in der die Verkaufspreise durchschnittlich das Doppelte der Produktionskosten betragen, nach dem Rat des Kompagnons des obersten Arbeiterführers und Obergenossen Singer, der seine Millionen auch diesem selben Industriezweige verdankt, handeln und „auf den Strich gehen" müssen.

Solch gräßliches Elend verbirgt sich in der prächtigen Millionenstadt unter dem Deckmantel einer glänzenden Industrie, die nicht nur beinahe ein Monopol auf dem inneren Markt,

Digitized by Google

sondern auch einen schwunghaften Export nach dem Auslande hin besitzt. Und was läßt sich gegen dieses zum Himmel schreiende Elend thun? Verbieten kann man diese Hausindustrie nicht, darin müssen wir Fräulein Durnsturth beistimmen, aber die von ihr empfohlenen kleinen Mittel werden ebensowenig Abhilfe schaffen können, wie die von der „Berl. Ztg." als Allheilmittel angepriesene Organisation der Arbeiterinnen. So lange die Arbeiter und Arbeiterinnen wie die Motten nach dem Licht aus allen Landestheilen nach der glänzenden Großstadt strömen, und dort ein fortwährendes Überangebot von männlichen und weiblichen Arbeitskräften schaffen, wird kein Mittel sie vor der Ausbeutung durch das großkapitalistische Unternehmertum dort schützen. Man muß die Quelle des Übels verstopfen, wenn man gründlich heilen will. Fesselt die Arbeitskräfte dort, wo sie sesshen, auf dem Lande, und mit dem Überangebot von Arbeitskräften in den Großstädten wird auch die rücksichtslose Ausbeutung ihrer Nothage von selbst schwinden. Nicht durch Zwangsmittel irgendwelcher Art aber wollen wir die Arbeiter an die Ackerscholle, an die Werkstätten in Kleinstädten und Dörfern fesseln, sondern dadurch, daß unsre wirtschaftspolitische Gesetzgebung Bahnen einschlägt, die die Arbeit an der heimischen Scholle, in der eigenen kleinen Werkstatt, im Kleingewerbe wieder lohnender machen. Diese Wirtschaftspolitik zum Schutze der nationalen Arbeit würde den Arbeitersharen in den Großstädten mindestens ebenso zu Gute kommen wie den Landbewohnern. Trotzdem bekämpfen sowohl die sozialen wie die freisinnigen Demokraten diese Politik; sie richten durch die von ihnen begünstigte falsche Wirtschaftspolitik die Landwirthschaft und das selbständige Kleingewerbe zu Grunde und beklagen es nachher, allerdings mit heuchlerischem Jammern, wenn die Nothage der vom Lande vertriebenen Menschen in den Großstädten rücksichtslos ausgebeutet wird, wenn sie dort körperlich und sittlich zu Grunde gehen. Wo giebt es auf dem Lande solch pekuniäres und moralisches Elend, wie es ein Berliner Blatt selbst aus der großstädtischen Hausindustrie geschildert hat? Diese entsetzliche Schilderung sollte doch allen, die ein Herz für das deutsche Volk, ein Verständnis für die furchtbare Gefahr dieser Lage haben, ein Antrieb zur Umkehr von den Bahnen jener falschen Wirtschaftspolitik werden, die nur das großkapitalistische Unternehmertum begünstigt, unsers deutschen Volkes beste Kräfte aber dem Untergange verfallen läßt.

Eine Liste jüdischer Diebe,

ganz ähnlich der, die unsre Leser aus unsrer Sonderbeilage im Dezember kennen, nur viel umfangreicher, findet sich in der „Actenmäßigen Defignation usw.", aus der wir in Nr. 511 schon einiges mitteilten. Diese im Jahre 1735 zu Koburg erschienene amtliche Schrift*) wollte alle Behörden Deutschlands auf die jüdischen „Raubvögel" aufmerksam machen. Daher sind die Mitglieder der „diebischen Juden-Bande" nach „Merkmahlen und Kennzeichen" beschrieben, damit sie verhaftet werden konnten, wo sie sich blicken ließen. Ein weiterer Zweck der Veröffentlichung war der, die bereits „ausbaldowerten" Diebstähle, zu deren Ausführung es noch nicht gekommen war, zu vereiteln. Die in Koburg gefänglich eingezogenen Juden hatten nämlich eine ganze Reihe dieser Art verraten.

In dem ersten Teile der Schrift werden die Diebstähle, von denen man im Laufe der in Koburg geführten Untersuchung Kunde erhalten hatte, kurz aufgeführt. Um eine Probe hierfür zu geben, greifen wir aus den 72 Nummern eine heraus. Unter VIII lesen wir wörtlich:

„Einen gewaltsamen Einbruch zu Riesta, zwey Stunden weit von Cassel, bey dem nunmehr verstorbenen Wirth Gruckel, welcher dahey hart gebunden und geschlagen worden, und wovon der Werth des gestohlenen Guthes auf 2000 rthlr. angegeben wird, haben in der Nacht den 26. Octobr. 1734 verübet: 1) Schmul Bauer, 2) Der blinde Affrom, 3) Berge Barbierer, 4) Der zu Fulda inhaftirte Mortie Polack, 5) Der hier inhaftirte Hoyum Moyses, 6) Jacob Geiß vulgo Geiß Jecof, 7) Hoyum Ilefeld, 8) Der schwartze Löwe, 9) Hertz Taschenspilecer, 10) Löwe Biller, 11) Der zu Cassel inhaftirte Meyer Grund hat diesen Diebstahl als Baldober*) angewiesen und nebst dem gleichfalls zu Cassel sitzenden Silber-Juden Salomon Michel verschiedenes von dem gestohlnen Guthe denen Dieben abgehandelt."

Im zweiten Teile folgt dann die Beschreibung der „jüdischen Erz-Diebe". An erster Stelle ist Meyer Sprengling genannt. Von ihm heißt es:

„Meyer Sprengling, Meyer Aschaffenburg, Meyer Salomon, Meyer Moyses, Meyer Bar Schloma, hat wie die Juden insgemein vierlerley Nahmen, ist mittelmäßiger und hagerer Statur, mit schwartz aufgelauffenen Haaren, schwartbraunen Angesichts, mit eingefallenen Backen und gelblichten Bart, über 50 Jahre alt, redet nach dem Frankfurther Dialecto, hat zu Reichensachßen in Hessen gewohnt und ist jetzund flüchtig. Dessen Weib Rosina oder Reiß und 18 jähriger Sohn Isaac oder Essig sitzen hier in Verhafft."

Diesen Meyer Sprengling finden wir im ersten Teile des Buches recht oft. Bei nicht weniger als dreizehn großen Diebstählen ist seine Beteiligung angegeben, dabei sind nicht mitgerechnet „die verschiedenen zu Darmstadt und andern Orten verübten", derentwegen er „zu Offenbach in Verhafft gesessen, woselbst er, als er gestortert werden sollen, echappiret". „Zu Franckfurth am Mayn hat, testantibus Actis**), Meyer Sprengling schon vor vielen Jahren mit andern Complicibus zwey Diebe vom Galgen, welche seine Cammeraden gewesen, stehlen und begraben helffen." Der vielseitige Mann konnte aber auch recht unkameradschaftich handeln. Joseph Samuel vulgo Josseph Braunnun hat ihn in Koburg beschuldigt, er habe gelegentlich seine Diebsgesellen betrogen. Bei einem Diebstahl „bey einem Geistlichen hinter Wesel, welcher vor acht Jahren im Herbst geschehen, hätte Meyer Sprengling die Gold-Beurse vor sich allein heimlich behalten und die andern Complices bey der Theilung hintergangen, daß einer nur 5 biß 6 fl. Silber-Geld bekommen". Man achte übrigens darauf, wie weit ihr Handwerk die Bande in das Land führte; von Hessen bis hinter Wesel ist doch für die damaligen Verkehrs-Verhältnisse eine gehörige Entfernung. Die Diebe gingen natürlich nicht zu Fuß, sondern sie ritten, schon aus dem Grunde, weil sie so mehr fortschleppen und sich und ihren Raub schneller in Sicherheit bringen konnten.

Die Personalien der übrigen Spitzbuben — im ganzen werden 81 aufgezählt — geben wir nicht vollständig wieder. Wir heben einiges hervor. Von Mannes, Manasse, Manache Jacob, sonsten zu Reichensachßen wohnhaft, wird berichtet: „Redet nach dem Schlesischen Dialecto, hat an jedwedem obern Arm drey aufgelauffene Leisten von Schnüren, und auf beyden Seiten hinter denen Brüsten unter denen Armen zwey Flecken eines halben Bogen Papiers groß, vom brennen, welches er zu Breßlau seinem vorgeben nach auf der Tortur bekommen."

Solche Erinnerungszeichen an frühere Sünden werden in den Steckbriefen häufig erwähnt. Z. B. hören wir von Mortie oder Marcus Zierenburg von Zierenburg in Hessen: „hat in Paderborn die Daumenschrauben ausgestanden und davon sehr kentliche Merkmahle". Mendel Schmalkalden hat gar „einen unheilbaren Schaden von ausgestandener Tortur an einem Arm, weßwegen sein Hembde immer blutig ist". Der letztere scheint sich besonders gut auf sein Geschäft verstanden zu haben, nach Bedarf ist er „bald Jude, bald Christ" und „ist nach Aussage derer vor drey Jahren zu Anspach justificirten***) Diebs-Juden der größte Autor und Folio-Dieb im Römischen Reich". Bei all seiner Geriebenheit hat er doch mehrmals dem

*) Der genaue Titel ist auf Seite 173 in Nr. 511 angegeben.

*) Der Baldober hatte die Diebstähle auszukundschaften, an der Ausführung beteiligte er sich in der Regel nicht, erhielt aber den Löwenanteil von der Beute.

**) nach Ausweis der Akten.

***) hingerichteten.

Digitized by Google

Gefängnis nicht entgehen können; „zu Würzburg, Geißmar und Ansbach hat er schon gefangen gesessen". Hertzig oder Herz Stumpfarmige hat von der Tortur zu Fulda seinen lahmen Arm und dadurch auch seinen Beinamen bekommen. Ein „Gevatter" dieses Hertzig war der Mendel Hirsch, Juden-Vorsteher zu Herrnbreitungen, der ihm auch eine Zeitlang Unterschlupf gewährte, „bis er weiter flüchtig worden".

Natürlich waren die listigen Hebräer mit Fleiß darauf bedacht, die Spuren, die von früheren Torturen bei ihnen zurückgeblieben waren, möglichst zu beseitigen. Von „Selig Meschumet oder Selig Holländer, so sich vor diesem in Leipzig taufen lassen, hernach aber wieder ein Jude geworden", wird nur gesagt, er soll gebrannt markert seyn, von dem Kennzeichen sei aber nichts mehr zu sehen. Außerdem trug dieser Selig Meschumet, um sich Verfolgungen zu entziehen, eine Perrücke, und so „praesentiret er eine feine Person". „Sein Schwieger-Vater hat Schwarz Selig geheissen, ist zu Fürstenberg gehangen und vom Galgen wieder herabgetohlen worden." Einmal hat Selig Meschumet zu Blankenburg in Arrest gesessen. Diese Gelegenheit (!) hat er dazu benutzt, den Einbruch „bey dem sel. Kirchen-Rath und Superintendenten Lieberkühn zu Blankenburg" auszusiechen. Gestohlen wurden „3000 rthlr. an baarem Gelde", Seligs Baldober-Antheil betrug 250 rthlr.

Wie eintrüglich das Geschäft war, ist daraus zu ersehen, daß „Böhmisch Selig, aus dem Jülicher Land bürtig, sich auf 10tausend Reichs-Thaler reich gestohlen" hat. Danach konnte er den seinen Herrn spielen. Es heißt von ihm: „führet sich propre auf, indem er nicht nur eine Sack-Uhr von 100 rthlr. werth bey sich trägt, sondern auch Kleider mit silbern Knöpffen besetzet hat. hat öffters vor 1000 rthlr. Waaren bey sich, ist an seinem schwartz brannen bockenmarbigten Angesicht und einem Gewächßgen einer Warzen gleich an der Nase in der Ecke rechter Hand sehr kenntlich. Dieser ist über einen Kirchen-Raub außerhalb Prag ertappet, nach Prag geführet, allda gebrannt-marcket, hernach aber gegen Erlegung einer Summe Geldes wieder loß gelassen worden. Ingleichen ist zu Anspach ein Stück Geldes auf diesen Böhmisch Selig wegen des Weissenburger Kirchen-Raubes gesetzet, wodwegen auch seine beyde Weiber zu Catolsburg sind hingerichtet worden".

Ein einziger Einbruchs-Diebstahl soll sogar „über zweymahl hundertausend Gulden" eingebracht haben. Berauht wurde das Kloster Kayserheim an der Donau, die That lag aber mehr als zwanzig Jahre zurück. Eine hervorragende Rolle hat dabei gespielt „Jechiel Tiegersfeld oder Jechiel Nordheim, vor kurtzer Zeit zu Nordheim an der Röhn wohnhafft und jetzund flüchtig. Dieser ist einer von rechten Haupt-Dieben, hat etliche Jahre in Böhmen, woselbst er echappiret, innen gesessen und testantibus Actis schon vor vielen Jahren einen Kirchen-Raub zu Ochsenfurth, dann verschiedene grosse Furta zu Heylsbronn, Langenzenn verüben helffen".

Hervorgehoben seien ferner noch: „Löwe Ascenas, sonsten auch der lange Löwe und Löw Jehuda, wohnete sonsten zu Malsenroda dritthalbe Stunden von Göttingen. Dieser Erz-dieb sitzet mit seinem Tochter-Mann Laus Löwge zu Cassel und dessen anderer Tochter-Mann Joseph Braunum hier*)."

„Joseph Braun, oder mit seinem eigentlichen Nahmen Joseph Samuel, 40 Jahre alt, des vorigen Eydam, ein Kirchen-Räuber und Ertz-Dieb, welcher seinen Schwieger-Vater, daß er ihn zur Dieberey verführet und angewiesen, imputiret, hat ein Weib Nahmens Hanna, welche zu Fulda sitzet. Dieser wird ehester Tagen von hier nach Mühlhausen geliefert werden und wegen daselbst verübten Kirchen-Raubes und gewaltsamen Einbruchs auch ander confessirter Ubelthaten seinen Lohn empfangen."

„Löwge, Laus Löwge, oder mit seinem rechten Nahmen Löwe Hone, des Löwen Ascenas zweyter Eydam, der mit seinem Schwieger-Vater in Cassel gefangen sitzet, ist ein Erz-Dieb und Kirchen-Räuber, hat vor zwey Jahren zu Oertingen im Cölnischen gesessen, wo er echappiret, da seine zwei andern Cammeraden David Kopp und Borich Gemmingen mit Feuer hingerichtet worden."

„Berige Barbierer, der auch seiner Profession ein Barbierer, hat sonsten im Grunde bey Eschwegen in Hessen, zuletzt aber zu Wilmers an der Röhn im Würtzburgischen gewohnt, hat gelblich krauße Haare, trägt aber auch zuweilen eine Perrque, kan gut singen, redet Französisch und schreibet Teutsch, dieser ist vor ohngefehr 2 Jahren um Kirchen-Raubes willen zu Oertingen im Cöllnischen am Rhein ohnweit Crevel in Arrest gesessen und echappiret, sitzet aber allen Umständen nach abermahlen in Cassel, wo er sich Berle Moyses nennet, inmassen diese Beschreibung mit seiner Persohn vollkommen übereintrifft."

„Mortie Polack, sitzet dermahlen zu Fulda und nennet sich Marcus Aron, so sich sonst zu Reichenschachen in Hessen, letztens aber zu Wilmers im Würzburgischen aufgehalten, hat lohlschwarze etwas krauße Haare, hat ehehin keinen Bart gehabt und sich zuweilen vor einen Christen ausgegeben, seine Waden sind eingebogen und die Schienbeine gehen sorne in die Höhe."

Von Nathan Mainzer, so im Grunde oder zu Wipperothe bey Reichenschachen in Hessen gewohnet, wird erzählt, er habe im Grund bei Reichenschachen in Arrest gesessen, „worauf er aber mittelst eines Pusters, womit er einen Wächter in Leib geschossen, echappiret ist."

Jacob Geiß vulgo Geiß Jecof wurde zwar bei einem Kirchen-Raube zu Haßfurth im Würtzburgischen auf frischer That ertappt, aber nachdem er „zu Würtzburg torquiret, gebrannt marcket und ausgepeitschet worden", wieder entlassen, „worauf er testantibus Actis sein Diebs-Handwerck fleißig continuiret."

Von Schlome Cottels, das zu Amsterdam justificirten Hirschle Cottels Sohn, heißt es: „redet Brandenburgisch, weilen er 10 Jahre zu Spandau in Arrest gesessen." Seligmann Gottlieb, aus Lothringen bürtig, „mit einem schwappelechten Kinn, lächelt immer und brauchet öffters Schnupff-Toback, den er mit gröster Geschwindigkeit zu nehmen pfleget". Sein Bruder, Itzig Gottlieb, ist ihm „in Geberden und Mienen sehr ähnlich und nimmet gleichfalls öffters Schnupff-Toback in dreyen Tonqui mit gröster Geschwindigkeit."

Dem Löwge Weßler oder Stutzohr, einem listigen Erz-Diebe, hat man zu Weßlar, wahrscheinlich zur Strafe für Diebereien, beide Ohren abgeschnitten. Damit man ihn daran aber nicht erkenne, hat er sich seine schwartzgrauen Haare „stark darüber wachsen lassen".

Hiermit müssen wir uns für heute begnügen. Vielleicht nehmen wir uns einzelne der Herrschaften später noch einmal genauer vor.

*) nämlich in Koburg.

Sozialdemokratische Großgrundbesitzer.

Die meisten sozialdemokratischen Kandidaten in Ostpreußen waren merkwürdigerweise Großgrundbesitzer. Schade, daß sie so wenig Ansicht haben in den Reichstag zu kommen, wird wohl besonders Herr v. Vollmar sagen, der sich unter all den Judengesichtern in seiner Fraktion doch im Grunde nicht so ganz sicher fühlen kann. Daß die sozialdemokratischen Großgrundbesitzer sich aber keineswegs alle durch besonders große Arbeiterfreundlichkeit auszeichnen, scheint aus einer Notiz der „Ostpr. Ztg." vom 16. Juni hervorzugehen, die wir unverändert wiedergeben wollen:

„Der Arbeiter Kunsteller aus Friedenberg (Kreises Gerdauen) brach am 31. März d. J. beim Brettschneiden auf einem in der Nähe gelegenen Gute den Fuß. Der Gutsherr, obwohl gesetzlich verpflichtet, auf seine Kosten für die ärztliche Behandlung des Verunglückten zu sorgen, kümmerte sich nicht um ihn, gab ihm nicht einmal Fuhrwerk zur Heimfahrt und wies auch späterhin die Bitte um Fürsorge ab. Erst am 17. April fand Kunsteller durch fremde Mildthätigkeit Aufnahme im Johanniter-Krankenhause in Gerdauen. Es war zu spät. Infolge der langen Vernachlässigung der Wunde stellte sich Eiterfieber ein und trotz teilweiser Amputation des Fußes ist Kunsteller am 10. Juni im

Gerbauer Krankenhause seinen Qualen erlegen. Gegen den harterzigen Gutsherrn ist Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet. Wir nehmen keinen Anstand seinen Namen öffentlich zu nennen: es ist der Rittergutsbesitzer Braun-Mehleden, Kandidat der sozialdemokratischen Partei, die sich gern als die „einzig wahre Freundin der Arbeiter auftspielt".

Welch ein Sturm der Entrüstung würde nicht nur in der gesammten sozialdemokratischen, sondern auch in der freisinnigen Presse losgebrochen sein, wenn der p. Braun Agrarier, Konservativer oder gar Antisemit wäre; jetzt hört man natürlich auf jener Seite nichts davon, und die sozialdemokratischen Führer haben auch keinen Anstand genommen den edlen Arbeiterfreund als Vertreter der Interessen des arbeitenden Volkes auf den Schild zu erheben. Dieses Verhalten paßt trefflich zu den Hungerlöhnen in Herrn Singers, des jetzigen Millionärs, Mäntelnähern, zu den Arbeitsverhältnissen in gewissen sozialistischen Genossenschaftsbetrieben und zu dem feindseligen Verhalten der Sozialdemokraten gegenüber der so wohlthätigen sozialpolitischen Gesetzgebung. Ja, ja, es ist nicht alles arbeiterfreundliches Gold, was sozialdemokratisch glänzt.

Ein jüdisch-freisinniges Fälscher-Kunststück. Die freisinnige Partei ist in allen Berliner Wahlkreisen zurückgegangen, auch im zweiten und dritten. Denn in der Zahl der Freisinns-Stimmen stecken auch alle, über die die Nationalliberalen verfügen. Laut Parteibeschluß traten die nationalliberalen Wähler diesmal von vornherein für die freisinnigen Bewerber ein. Den Rückgang offen einzugestehen, das wäre doch zu schmerzlich gewesen. Das „Berliner Tageblatt" wußte sich aber zu helfen. Es fälschte in seiner Nummer vom 17. Juni einfach die Resultate, indem es in zwei Wahlkreisen die konservativ-antisemitischen Stimmen der freisinnigen Partei zurechnete und umgekehrt. Im sechsten Wahlkreise waren auf Hofprediger Stöcker 15416 Stimmen gefallen, auf den Freisinnigen Heinz Krieger aber nur 10435. Das bedeutet für die Liberalen im Vergleiche zu 1893, wo 12593 Freisinnige und 320 nationalliberale Stimmen abgegeben wurden, eine Einbuße von 2478 Stimmen. Flugs werden also Herrn Krieger die Stöckerschen 15000 Stimmen zugerechnet, und Stöcker muß sich mit den 10000 Kriegers begnügen. Nachdem man so das Wahlglück korrigiert hat, ist es dann leicht zu beweisen, was man beweisen wollte, nämlich, daß der Freisinn allein im stande sei, der Sozialdemokratie einen Halt zu gebieten, und daß er selbst dann seine werbende Kraft entwickele, wenn „ein wenig hervorragender Tagesschriftsteller wie Herr Heinz Krieger und ein nicht gerade in den ersten Reihen der Advokatur stehender Anwalt wie Herr Sonnenfeld" kandidieren (diese nicht eben sehr schmeichelhaften Zensuren erteilt das „Bln. Tagebl." seinen Parteigenossen). An der Hand der gefälschten Wahlergebnisse kann man dann auch den Satz aufstellen, daß „es seiner der in Berlin um den politischen Besitzstand kämpfenden Parteien gelungen sei, den bürgerlichen Liberalismus über die Grenzen von 1893 zurückzudrängen". Daß es daneben nicht versäumt wird, von dem „enormen Zurückgehen" der konservativ-antisemitischen Stimmen zu sprechen, braucht kaum noch besonders erwähnt zu werden.

Ein bloßes Versehen des „Berliner Tageblattes" kann man aus dem Grunde nicht gut annehmen, weil es genau so wie mit dem sechsten auch mit dem vierten Wahlkreise gemacht ist. Die 7037 Stimmen des christlichsozialen Arbeiters Prietz sind dem oben erwähnten Rechtsanwalt Sonnenfeld zugerechnet. Und außerdem findet sich dieselbe Mogelei auch in der demselben Mossefchen Verlage erscheinenden „Berliner Morgenzeitung".

Ausland.

Österreich-Ungarn. Der Bürgermeister von Pest, der sich schon am Tage seiner Wahl dadurch lächerlich machte, daß er, wiewohl er noch immer weit besser deutsch als magyarisch spricht, seinen deutschen Namen Haberhauer in „Halmos" übersetzte, forderte jüngst in einem amtlichen Rundschreiben die Angestellten der Stadt zur Magyarisierung ihrer „fremdklingenden" Familiennamen auf. „Nur Vorurteil oder kleinliche Besorgenheit", meinte der Herr Bürgermeister, „kann als ein Opfer ansehen, was die obgelährte öffentliche Meinung als eine patriotische Pflicht betrachtet." Anlaß zu diesem frechen Eingriff in das Privatleben der städtischen Beamten scheint das letztjährige erschienene Adreßbuch von Ofen und Pest geboten zu haben, aus dem zweierlei hervorgeht: daß das schmucke „Budapest" alles andere, nur keine magyarische Stadt ist, und daß die mit Dampf betriebene Magyarisierung selbst bei den Juden nicht die gewünschten Fortschritte macht. An der Spitze sämtlicher Familiennamen der Hauptstadt marschieren nämlich der Zahl nach nicht weniger als 1078 Träger des „fremdklingenden" Namens Weiß. Die Zahl der entsprechenden auf „Fehér" Magyarisierten beträgt bloß 69. Nach den Weiß kommen selbstredend die Schwarz, 619 an der Zahl. In „Feketes" haben sich nur 67 magyarisieren lassen. Dann folgen die Klein in 514 Exemplaren, die Kohn mit 416 Familien, 353 Mal kommt der Name Deutsch vor. Den Namen Polak tragen 252, den Namen Schlesinger 211 Familien. Auch die Kranz, Steiner und Roth zählen mehr als 200 Träger. Von nichtjüdisch-deutschen Familien trifft man 219 Müller, 174 Schmied. Alles andere ist tief unter 100, wobei slowakische Namen am häufigsten vorkommen, daß echt magyarische Element befindet sich in der Minderheit. Dem möchte nun der besorgte Herr „Halmos" mit seinem Ukas abhelfen.

Frankreich. Frankreich hat wieder einmal eine Ministerkrise. In dieselbe greift außer den parlamentarischen Streitfragen auch die Dreyfus-Angelegenheit ein. Der Präsident Felix Faure gilt, und wohl nicht ohne Grund, als entschiedener Gönner der Militärpartei. Er kann nicht gut anders. Aber die Verteidiger des jüdischen Hauptmanns nehmen ihm das übel und lassen es an offenen und versteckten Drohungen nicht fehlen. Der Streit um Dreyfus verschärft sich jetzt mitten in der Regierungskrisis. Der Kassationshof hat kürzlich die Berufung, welche Zola gegen die Zuständigkeit des Versailler Schwurgerichts erhoben hatte, verworfen. Sein Strafverfahren kommt also wieder vor den Gerichtshof der alten Königsresidenz, wahrscheinlich über vier Wochen. Jetzt hat der Kriegsminister aber auch den früheren Deputirten Josef Reinach, den Führer des Dreyfus-Syndikats, disziplinarisch belangt. Reinach ist Rittmeister der Landwehr. In dieser Eigenschaft hätte er seine Bekämpfung des Generalstabes, dem er angehört, ein wenig mäßigen sollen. Statt dessen veröffentlichte er neulich im „Siècle" einen Artikel, welcher die Generalstabsoffiziere der Lüge zieh und ihnen mit einem „moralischen Sedan" drohte. Die Beweise von Dreyfus' Unschuld, so behauptet Reinach, seien in den Händen des deutschen Kaisers, der sie bei Beginn eines deutsch-französischen Krieges veröffentlichen und mit ihnen eine ähnliche sittlich vernichtende Wirkung erzielen könnte, wie Bismarck mit den Schriftstücken Benedettis. Natürlich ist kein Wort davon zu glauben. Aber von vorn herein war in dieser unseligen Geschichte jede Lüge gut, wenn sie nur Eindruck zu machen versprach. Reinach soll sich für die seinige jetzt vor einem militärischen Untersuchungsrat verantworten.

Mosaik.

Die Vernichtung des Kleinhandels durch Großwarenhäuser und Filialgeschäfte ist bekanntlich eine Folge davon, daß man die verständige ältere Gewerbegesetzgebung durch die sogenannte Gewerbefreiheit ersetzt hat. Nicht alle Völker sind so thöricht gewesen, das zu thun. Die Norweger z. B., die doch gewiß die „Freiheit" lieben, haben noch heute ihr Handelsgesetz vom Jahre 1842, bei dem sie sich sehr wohl fühlen. Zum Beweise, daß sie es nicht für eine Segnung der Freiheit halten, sich durch

Digitized by Google

Hausierer und Filialgeschäfte konnieren zu lassen, führen wir hier § 6 des Handelsgesetzes an, der lautet: „Ein jeder, der nach § 1 oder 2 zum Handel berechtigt ist, hat Erlaubnis, innerhalb der Handelsgrenzen der in Frage kommenden Stadt zu handeln; im großen und im kleinen mit aller Art in- und ausländischer Waren und Produkte, sofern sie nicht in dem Folgenden ausdrücklich ausgenommen sind. Keiner darf mehr wie eine Verkaufsstelle, wo der Handel vor sich geht, haben. Wenn Waren von Speichern oder andern Aufbewahrungsorten aus geliefert werden, wird dies nicht für eine andre Verkaufsstelle angesehen. — Es ist dem Handelnden verboten, Waren durch Umhertragen feilzubieten oder außer den Marktzeiten die Waren auf öffentlichen Stellen zum Verkauf auszustellen."

Die armen National-Sozialen, sie hatten sich so eifrig um die Gunst der Juden bemüht, und doch haben sie vielfach nicht Gnade gefunden vor den Augen Israels. Die Rabbiner-Blätter haben ausdrücklich vor der Wahl nationalsozialer Kandidaten gewarnt. Ja, ja, wer sich nicht gleich mit Haut und Haaren dem Judentum verschreibt, der hat auf keinen Dank zu rechnen, auch wenn er sich noch so energisch „gegen Ausnahmegesetze jeder Art" erklärt. (In diese Formel wird meist der nationalsoziale Philosemitismus gebracht.)

Der Prozeß des Pastors Witte gegen Hofprediger Stöcker, der nun schon eine Reihe von Jahren hindurch in der Schwebe ist, beschäftigte am 18. Juni nochmals das Gericht, diesmal die zweite Strafkammer des Landgerichts zu Potsdam. In erster Instanz war Stöcker bekanntlich wegen verleumderischer Beleidigung seines Amtsbruders Witte zu 600 Mark Geldstrafe verurteilt worden, in zweiter Instanz wurde nur einfache Beleidigung als vorliegend erachtet und die Strafe auf 500 Mark herabgesetzt. Nachdem das Kammergericht das Urteil aufgehoben hatte, wurde Stöcker in dritter Instanz gänzlich freigesprochen. Das Urteil wurde wegen mangelnder Begründung wieder aufgehoben, und jetzt in vierter Instanz wurde Stöcker wieder freigesprochen, und dem Pastor Witte wurden die gesamten Kosten auferlegt. Möglicherweise sind die Kosten Pastor Witte noch nicht hoch genug und legt er nochmals Revision ein. — Wir zweifeln nicht, daß die Judenblätter, die das erste in der Sache ergangene Urteil nicht genug ausnutzen konnten, die abermalige Freisprechung Stoekers wieder totschweigen werden.

Die Firma Wertheim unterhielt als zweig ihres Geschäftsunternehmens auch eine Buchhandlung. Die Inhaber des Geschäfts haben es aber für gut befunden, ihrer Buchhandlung eine besondere Firma zu geben, in der nichts an das Warenhaus Wertheim erinnert, warum, das werden sie wohl selbst wissen. „Globus-Verlag G. m. b. H." nennt sich die Wertheimsche Buchhandlung. Im „Börsenblatt für den deutschen Buchhandel" wird folgendes festgestellt:

1) das Stammkapital der Gesellschaft Globus-Verlag im Betrage von 100 000 Mark ist laut handelsgerichtlicher Eintragung zur Hälfte von der Handelsgesellschaft A. Wertheim, zur Hälfte von derem Mitinhaber Georg Wertheim gezeichnet.

2) Die Geschäftsführer der Buchhandlung Globus-Verlag, sowie die Prokuristen, Otto Berger und Max Prengel, sind Angestellte der Firma A. Wertheim

3) Das Geschäftslokal der Buchhandlung befindet sich Poßstraße 31, das Haus ist Eigentum von A. Wertheim und gehört zum Warenhaus.

4) Die vom Globus-Verlag angekündigten Postkarten mit Ansichten von Berlin und Potsdam werden 5 Stück zu 10 Pf., in Umschlag mit der Firma „Warenhaus A. Wertheim Verlagsabteilung" im Warenhaus A. Wertheim verkauft.

Lieber einen Sozialdemokraten als einen Agrarier, zu diesem Grundsatze hat sich öffentlich der nationalliberale Reichstagskandidat in Norden-Emden-Leer, Herr Justizrat Franzius aus Blankenburg a. H., bekannt. Nach einem uns vorliegenden Zeitungsbericht sagte er in Nordernen wörtlich: „Wenn ihr mich nicht wählen wollt, so wählt lieber einen Sozialdemokraten als Graf Knyphausen." So treiben die Nationalliberalen nationale (!) Sammlungs-Politik! Auf dem Zeitungsblatte, das uns zugegangen ist, hat der Absender ein kräftiges „Pfui!" daneben geschrieben. Mit diesem einen Worte ist die nationalliberale Politik der Sammlung in der That am besten beurteilt.

Wegen seiner Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei aus dem Schulvorstande entfernt wurde von der Regierung zu Gumbinnen der Gutsbesitzer Hofer in Gr.-Skaisgirren, der bei den letzten Wahlen eine Kandidatur einer Partei übernommen hatte. In der Begründung heißt es: „Da die Sozialdemokratie der christlichen Religion und der Monarchie feindlich gegenübersteht, wie notorisch, so können wir als Schulaufsichtsbehörde nicht dulden, daß ein Anhänger der Sozialdemokratie dem Vorstande einer Schule angehört, einer Anstalt, die vornehmlich zur Pflege des Christenglaubens, der Vaterlandsliebe und der Treue und Liebe zu dem erhabenen Herrscherhause Preußens bestimmt ist."

Wie die Freisinnigen ihre Flugblätter verbreiten. Vor uns liegt ein gedrucktes Anschreiben, unterzeichnet: „Mit freisinnigem Gruß Der Zentralausschuß der freisinnigen Volkspartei im 2. oldenburgischen Wahlkreise." Darin heißt es: „Anbei erhalten Sie eine Anzahl Flugblätter. Wo kein geeigneter zuverlässiger Mann zum Verbreiten zu haben ist, können unter der Hand (!) durch ein Trinkgeld vielleicht die Landbriefträger dazu veranlaßt werden. Die Kosten trägt der Wohlsonds." — Bekanntlich ist es den Postboten streng verboten, irgendwelche private Besorgungen zu machen. Wenn sie einem armen Menschen aus Gefälligkeit Medizin aus der Apotheke mitbringen, und dabei werden sie abgefaßt, so werden sie bestraft. Noch viel weniger ist ihnen natürlich das Verteilen von freisinnigen oder sonstigen Flugblättern gestattet, und noch dazu für eine Geldentschädigung! Das wissen die freisinnigen Herren auch. Aber was kümmert es sie, wenn die armen Landbriefträger nachher bestraft werden, wenn sie nur billig, „für ein Trinkgeld", ihre Flugblätter verbreiten können! Echt freisinnig!

Sozialdemokratische Ausschreitungen sind aus Anlaß der Reichstagswahlen mehrfach vorgekommen. In Barmen nahmen sie fast den Charakter eines Aufruhrs an. Nachdem der Sieg ihres Kandidaten Mollenbuhr festgestellt war, zogen die Sozialdemokraten von ihrem Wahllokreau zum Alten Markt, wo das Wahlbureau der vereinigten reichstreuen Parteien war, johlten, stießen und schlugen Personen, die das Wahlbureau verließen. Die Polizei wurde verhöhnt, mit Steinen beworfen und bedroht; sie machte daher von der Waffe Gebrauch und verwundete mehrere. Schließlich wurde der Alte Markt, auf dem über 10 000 Mann versammelt waren, durch etwa siebzig Polizisten geräumt. Erst nach drei Stunden war die Ruhe wieder hergestellt.

Nicht besser ging es in Stralsund am Abend vor der Wahl her. Der Konservative v. Langen wollte sprechen, konnte aber kaum einen Satz beenden. Dann wurde er durch Bierzeidel, die nach ihm geworfen wurden, verletzt. Als v. Langen in ein Nebenzimmer flüchtete, suchten die Sozialdemokraten nachzudrängen. Auf der Straße wurde dann noch ein Fuhrwerk beschädigt. Da sich die Polizei außer stande sah, Ruhe zu schaffen, mußte militärische Hilfe aus der Frankenkaserne herbeigeholt werden. Unter Führung eines Offiziers rückte eine Abteilung Soldaten mit aufgepflanztem Seitengewehr im Geschwindschritt an und stellte Ruhe und Ordnung wieder her.

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. Einen jüdischen Schützenkönig hat das Fabrikdorf Reichenau bei Zittau aufzuweisen. Jakob Haller heißt er. —

Unglaublich billig
sind Stiefmütze, Hosen, Normalwäsche, nur garantiert leinene Qualität, bei Oskar Jahn, Spezial-Versandhaus, Leipzig, Poniatowskistraße 16.
— Preisliste kostenfrei! —

Billige, dichte Dächer
1000 m² wie der gute Ardeypapp's Isolirt-Steinpappen
Muster & Beschreibungen gratis und franco
A. Ardeypapp-Fabrik, Ahrweiler

Muster etc. gratis

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königstr. 27. — Verantwortlicher Schriftsteller: L. Hogrefe in Berlin NW. 5, Kruppstr. 13 p.
Druck: G. Reusche, Leipzig.

Digitized by Google

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich Mk. 1.50 bei den Postanstalten (Post-Zeitungsliste Nr. 1726) und Buchhandlungen. Einzel-Exemplar Mk. 2.

Herausgegeben von Max Liebermann v. Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Anzeigen: die 4-gespaltene Petit-Zeile 25 Pfennige. Beilagebeilage: Königstraße Nr. 27, Leipzig.

XIII. Jahrgang. | Leipzig, 30. Juni 1898. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Juden-Frage. Otto Glagau. | Nr. 515.

Inhalt: Unsre Verlustliste. — Handlungsgehilfen und Handlungslehrlinge nach dem neuen Handelsgesetzbuche. —. Ein kaiserliches Zukunftsbild. — Sozialdemokratie und Schutzzoll. — Der Kampf gegen das Kapital. — Heil! Hello! Heilan! — Ausland. — Mosait. — Professor Paul Förster. — Parteinachrichten. — Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Unsre Verlustliste

bei den Reichstagswahlen steht in Bezug auf die Mandate nunmehr fest. Die Fraktion zählte am Schlusse der letzten Session zwölf Mitglieder und zieht mit zehn in den neuen Reichstag ein. Nicht wiedergewählt sind die Herren Zimmermann, Hirschel und Tetrau. Nicht mehr kandidiert hat Herr Klemm. Neu gewählt sind die Herren Raab in Flensburg und Gaebel in Meißen. — Die Fraktion besteht also nunmehr aus den Herren Abgeordneten Bindewald, Gaebel, Gräfe, Köhler, v. Liebermann, Lotze, Müller, Raab, Dr. Viel haben und Werner. Von den nicht zur Fraktion gehörigen Antisemiten Ahlwardt, Böckel und Förster sind die beiden ersteren in der Stichwahl gegen konservative Gegner wiedergewählt. An Stimmen-Zahl im ganzen Reiche scheinen wir nicht zurückgegangen zu sein. Wenigstens wird ein etwaiger geringfügiger Rückgang sich aus der allgemeinen Wahlträgheit erklären lassen, unter der alle bürgerlichen Parteien gelitten haben.

Die Wahl im Kreise Eschwege-Witzenhausen-Schmalkalden wird auf Grund nachweisbarer Verletzungen des Wahlgesetzes angefochten werden.

Im Königreich Sachsen haben wir mit 73000 Stimmen die dritte Stelle unter den Parteien behauptet. Ein neuer Beweis dafür, wie frevelhaft es war, die Antisemiten planmäßig aus dem Ordnungskartell herauszudrängen.

Wir wollen jetzt einige Wochen ins Land gehen lassen und dann auf Grund der abgeschlossenen statistischen Ergebnisse und des sonstigen vollständig vorliegenden Materials die Lehren festzustellen versuchen, die sich für unsre Partei daraus ergeben.

Handlungsgehilfen und Handlungslehrlinge nach dem neuen Handelsgesetzbuche.

Die Vorschriften des neuen Handelsgesetzbuchs in Bezug auf die Handlungsgehilfen und Handlungslehrlinge sind bekanntlich bei Beginn des laufenden Jahres in Kraft getreten, ausgenommen die Vorschriften betreffs der auf Provision gestellten Handlungsgehilfen, die, mit dem übrigen Inhalt des neuen Handelsgesetzbuchs, erst vom 1. Januar 1900 ab Geltung erlangen. Ein kurzer Überblick über die hauptsächlichsten Unterschiede des jetzigen Rechtszustandes von dem früheren wird daher manchem unserer Leser willkommen sein.

Während das alte Handelsgesetzbuch eine Begriffsbestimmung der Handlungsgehilfen nicht enthält und zu den Handlungsgehilfen auch die Handlungslehrlinge rechnet, ist in dem neuen Handelsgesetzbuche ausdrücklich gesagt, daß die in einem Handelsgewerbe zur Leistung kaufmännischer Dienste gegen Entgelt angestellten Personen hinfort als Handlungsgehilfen gelten sollen.

Die Art und der Umfang der von dem Handlungsgehilfen zu leistenden Dienste sollen, wie bisher, in erster Linie nach der einschlägigen Vereinbarung zwischen Handlungsgehilfen und Prinzipal, beim Mangel einer derartigen Vereinbarung aber nach dem Ortsgebrauche sich richten. Für den Fall, daß es an einem bezüglichen Ortsgebrauche fehlt, stellt das neue Handelsgesetzbuch die in dem alten Handelsgesetzbuch wenigstens in dieser Form nicht enthaltene Vorschrift auf, daß dann der Handlungsgehilfe die den Umständen nach angemessenen Dienste leisten muß, u. a. z. B. Dienste, die mit häuslichen Verrichtungen auf seine Persönlichkeit, andererseits auf die Bedürfnisse und Gepflogenheiten des betreffenden Geschäfts angemessen erscheinen. Hiernach muß beispielsweise der Handlungsgehilfe, mangels einer entgegenstehenden Verabredung, bei der Aufnahme des Inventars im allgemeinen sog. Überstunden leisten. Ob und inwieweit ein Handlungsreisender zu anderen Diensten verpflichtet ist als zu solchen, die seine Reisen betreffen, wird in dem neuen Handelsgesetzbuch eben so wenig entschieden wie in dem alten; hierüber haben also, wie bisher, die Gerichte unter Berücksichtigung der besonderen Umstände des einzelnen Falles zu entscheiden.

Während nach bisherigem Recht der Handlungsgehilfe Geschäfte für eigene oder fremde Rechnung überhaupt nicht machen durfte, ist ihm dies nur noch in dem Handelszweige des Prinzipals verboten.

Die Zahlung des dem Handlungsgehilfen zukommenden Gehalts hat sortan mindestens am Schlusse jedes Monats zu erfolgen. Es darf also wohl eine häufigere, nicht aber eine seltenere als monatliche Gehaltszahlung vereinbart werden. Eine Vereinbarung der letzteren Art ist selbst deshalb ungiltig, wenn sie vor dem 1. Januar 1898 getroffen worden ist.

Eine ähnliche Schutz- und Fürsorgepflicht, wie sie die Gewerbeordnung für den Gewerbeunternehmer in Bezug auf dessen Arbeiter feststellt, wird durch das neue Handelsgesetzbuch dem Prinzipal gegenüber seinen Gehilfen auferlegt. Das neue Handelsgesetzbuch verpflichtet nämlich den Prinzipal, die Geschäftsräume und die für den Geschäftsbetrieb bestimmten Vorrichtungen und Gerätschaften so einzurichten und zu unterhalten, auch den Geschäftsbetrieb und die Arbeitszeit so zu regeln, daß der Handlungsgehilfe gegen eine Gefährdung seiner Gesundheit, soweit die Natur des Betriebes es gestattet, geschützt und die Aufrechterhaltung der guten Sitten und des Anstandes gesichert ist. Hiernach können z. B. die Handlungsgehilfen im allgemeinen verlangen, daß ihnen zur Einnahme der Mahlzeiten freie Zeit gegeben wird. Gegenüber den in die häusliche Gemeinschaft aufgenommenen Handlungsgehilfen geht die Schutz- und Fürsorgepflicht des Prinzipals noch weiter: in Bezug auf derartige Gehilfen muß der Prinzipal ferner hinsichtlich des Wohn- und Schlafraums, der Verpflegung sowie der Arbeits- und Erholungszeit diejenigen Einrichtungen und Anordnungen treffen, die mit Rücksicht auf die Gesundheit, die Sittlichkeit und die Religion des Handlungsgehilfen erforderlich sind; er muß also z. B. derartigen Gehilfen an den Feiertagen ihrer Religionsgemeinschaft auf Verlangen Gelegenheit zum Besuche des Gottesdienstes geben. Verabredungen, wodurch die gesetzliche Schutz- und Fürsorgepflicht des Prinzipals im voraus aufgehoben oder beschränkt wird, sind ungiltig.

Digitized by Google

Wird ein Handlungsgehilfe durch unverschuldetes Unglück, z. B. durch unverschuldete Krankheit, an der Leistung seiner Dienste verhindert, so behält er seinen Anspruch auf Gehalt und Unterhalt (nicht auch auf Provision) für längstens sechs Wochen nicht allein, wie bisher, in dem Falle, daß die Verhinderung nur von kurzer Dauer ist und also keinen Grund zu sofortiger Entlassung abgiebt, sondern auch dann, wenn die Verhinderung länger dauert und deshalb Entlassung erfolgt. Hinsichtlich des Rechtsverhältnisses bei Verhinderung des Handlungsgehilfen durch eine militärische Übung gilt für Übungen von längstens achtwöchiger Dauer einstweilen (bis Ende des Jahres 1899) noch das bisherige Recht, wonach es zweifelhaft erscheint, ob wenigstens eine gewisse Vergütung, wenn auch nicht voller Gehalt und Unterhalt, gewährt werden muß, während bei militärischen Dienstleistungen von längerer als achtwöchiger Dauer dem Prinzipal in dem neuen Handelsgesetzbuche ausdrücklich das Recht sofortiger Entlassung beigelegt ist, ohne daß ihm zugleich zur Pflicht gemacht wäre, eintretenden Falls den Handlungsgehilfen in der einen oder anderen Weise zu entschädigen. Am 1. Januar 1900 tritt insofern eine Änderung ein, als von da an das bürgerliche Gesetzbuch den Handlungsgehilfen (ebenso wie allen anderen in einem Dienstverhältnis stehenden Männern) für Fälle einer verhältnismäßig kurzen militärischen Übung (eine feste Zeitbestimmung findet sich im Gesetze nicht) einen Anspruch auf Fortbezug des Gehalts und Unterhalts während der Uebung zubilligt.

Die Vorschrift des alten Handelsgesetzbuches, wonach ein für unbestimmte Zeit eingegangenes Dienstverhältnis 6 Wochen vor Ablauf jedes Kalendervierteljahres gekündigt werden darf, ist unverändert geblieben, so daß, wenn nichts anderes verabredet ist, auch jetzt noch für Prinzipal wie Handlungsgehilfen der 17. Februar (im Schaltjahr der 18. Februar), der 19. Mai, der 19. August und der 19. November die äußersten gesetzlichen Kündigungstermine sind. Hingegen ist die Befugnis der Prinzipale und Handlungsgehilfen, eine andere Kündigungsfrist zu verabreden, durch das neue Handelsgesetzbuch insofern eingeschränkt, als danach die vertragsmäßige Kündigungsfrist für den Prinzipal und Handlungsgehilfen gleich sein und mindestens einen Monat betragen muß, und als die Kündigung nur für den Schluß eines Kalendermonats zugelassen werden darf. Nur bei Annahme eines Handlungsgehilfen zu vorübergehender Aushilfe kann, wenn die Aushilfe längstens 3 Monate dauert, verabredet werden, daß die Kündigungsfrist weniger als einen Monat betragen und auch auf einen anderen Tag als den letzten des Monats zulässig sein soll, nicht jedoch, daß für den Prinzipal eine andere Kündigungsfrist gelten soll als für den Gehilfen. Die Annahme eines Handlungsgehilfen zur Probe kann hiernach jetzt nicht mehr unter der Abrede erfolgen, das Dienstverhältnis solle unbestimmt lange dauern und jederzeit auflösbar sein. Da bei Anstellungen auf unbestimmte Zeit eine kürzere als eine einmonatliche Kündigungsfrist nicht verabredet werden darf, und da für Anstellungen auf bestimmte Zeit eine Mindestdauer nicht vorgeschrieben ist, so wird es sich empfehlen, Probeanstellungen hinfort stets auf bestimmte kurze Zeit vorzunehmen.

Die Vorschrift des alten Handelsgesetzbuchs, daß Prinzipal wie Gehilfe ihr Dienstverhältnis ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen dürfen, wenn ein wichtiger Grund dazu vorliegt, ist bestehen geblieben. Jedoch weicht das neue Handelsgesetzbuch bei der Hervorhebung einzelner wichtiger Gründe von dem alten in mehreren Punkten ab: während z. B. früher der Prinzipal bei erheblicher, der Gehilfe aber erst bei schwerer Ehrverletzung das Dienstverhältnis lösen durfte, gilt jetzt für beide Teile erhebliche Ehrverletzung als hinreichender Grund zu sofortiger Aufhebung des Verhältnisses; zum Schutze besonders der Handlungsgehilfinnen ist jetzt als wichtiger Grund auch der Fall angeführt, daß der Prinzipal sich unsittliche Zumutungen gegen den Handlungsgehilfen (die Handlungsgehilfin) erlaubt, oder daß er gegen unsittliche Zumutungen anderer Angestellter oder seiner Familienmitglieder den Handlungsgehilfen (die Handlungsgehilfin) nicht schützt.

Einem mehrfach geäußerten Wunsche der Handlungsgehilfen entspricht die neue Vorschrift, daß der Handlungsgehilfe bei Beendigung des Dienstverhältnisses ein schriftliches Zeugnis über die Art und Dauer seiner Beschäftigung fordern darf, das auf besonderes Verlangen auch auf seine Führung und Leistungen auszudehnen ist.

Der durch das alte Handelsgesetzbuch nicht eingeengten Befugnis des Prinzipals, mittelst Vertrages den Handlungsgehilfen für die Zeit nach Beendigung des Dienstverhältnisses in seiner gewerblichen Thätigkeit zu beschränken, insbesondere ihm die Errichtung eines Konkurrenzgeschäftes oder den Eintritt in ein solches zu verbieten, werden durch das neue Handelsgesetzbuch neue Schranken gezogen. Ein derartiges Verbot kann sortan höchstens für einen Zeitraum von 3 Jahren nach dem Dienstaustritt des Handlungsgehilfen giltig festgesetzt werden. Im übrigen ist es nur insoweit zulässig, als es nicht das Fortkommen des Handlungsgehilfen unbillig erschwert. Ob eine unbillige Erschwerung des Fortkommens vorliegt, darüber haben die Gerichte unter Berücksichtigung der allgemeinen Verkehrsanschauung zu entscheiden. Das mit einem minderjährigen Handlungsgehilfen getroffene Abkommen, der Konkurrenzenthaltung ist stets unzulässig, auch dann, wenn es unter Zuziehung des gesetzlichen Vertreters des Handlungsgehilfen abgeschlossen ist.

Die Rechtsverhältnisse der Handlungslehrlinge sind in dem neuen Handelsgesetzbuche völlig neu geregelt worden. Das neue Handelsgesetzbuch legt dem Lehrherrn die Pflicht auf, dafür zu sorgen, daß der Lehrling in den bei dem Betriebe des Geschäfts vorkommenden kaufmännischen Arbeiten unterwiesen wird, und die Ausbildung des Lehrlings entweder selbst oder durch einen geeigneten, ausdrücklich dazu bestimmten Vertreter zu leiten. Es verpflichtet den Lehrherrn ferner, den Lehrling zur Arbeitsamkeit und zu guten Sitten anzuhalten und dem Lehrling die zum Besuche des sonntäglichen und festtäglichen Gottesdienstes, den noch nicht achtzehnjährigen Lehrling außerdem auch die zum Besuch einer Fortbildungsschule erforderliche Zeit zu gewähren; und es verbietet ihm geradezu, dem Lehrling die für dessen Ausbildung nötige Zeit und Gelegenheit durch Verwendung zu anderen Dienstleistungen zu entziehen.

Für das Lehrverhältnis begründenden Vertrag, den Lehrvertrag, ist eine Form nicht vorgeschrieben. Da jedoch der Lehrherr Schadenersatzansprüche gegen den Lehrling wegen unbefugten Austritts aus der Lehre nur dann soll geltend machen dürfen, wenn der Lehrvertrag schriftlich geschlossen ist, so empfiehlt sich schriftlicher Abschluß des Lehrvertrages.

Die Dauer der Lehrzeit richtet sich nach dem Lehrvertrage, beim Mangel vertragsmäßiger Festsetzung nach den örtlichen Verordnungen oder dem Ortsgebrauche.

Der erste Monat der Lehrzeit gilt, wenn nicht eine noch längere Probezeit verabredet ist, als Probezeit. Während der Probezeit darf das Lehrverhältnis sowohl durch den Lehrherrn als auch durch den Lehrling ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist gekündigt werden. Die Vereinbarung einer längeren als einer dreimonatlichen Probezeit ist unstatthaft. Nach Ablauf der Probezeit darf, ebenso wie beim Dienstverhältnis der Handlungsgehilfen, eine sofortige Auflösung des Lehrverhältnisses nur aus einem wichtigen Grunde erfolgen. Für den Lehrling soll als wichtiger Grund auch der Umstand gelten, daß seine Gesundheit, Sittlichkeit oder Ausbildung durch pflichtwidriges Verhalten des Lehrherrn gefährdet wird. Im Falle des Todes des Lehrherrn kann das Lehrverhältnis innerhalb eines Monats gelöst werden.

Will der Lehrling zu einem anderen Berufe übergehen, und erklärt er oder sein gesetzlicher Vertreter dies dem Lehrherrn schriftlich, so muß ihn der Lehrherr spätestens nach Ablauf eines Monats entlassen. Der Lehrling darf vor dem Ablauf von 9 Monaten nach seiner Entlassung nicht in ein anderes Geschäft als Handlungslehrling oder Handlungsgehilfe eintreten; thut er es, so ist er seinem früheren Lehrherrn schadenersatzpflichtig, desgleichen auch sein neuer Lehrherr oder Prinzipal, falls dieser den Sachverhalt kannte.

Die für den Handlungsgehilfen geltenden, oben angeführten Vorschriften, betreffend das Verbot eigenen Geschäftsbetriebes

Digitized by Google

den Anspruch auf Gehalt und Unterhalt bei unverschuldetem Unglück, die Schutz- und Fürsorgepflicht des Prinzipals und die Einschränkung der Vertragsfreiheit beim Konkurrenzverbot, finden auch auf den Handlungslehrling Anwendung.

Bei Beendigung des Lehrverhältnisses hat sowohl der Lehrherr dem Lehrling stets ein schriftliches Zeugnis über die Dauer der Lehrzeit und die während dieser erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten, sowie über sein Betragen auszustellen.

Dies der wesentliche Inhalt des schon jetzt in Kraft befindlichen Abschnittes des neuen Handelsgesetzbuches. Der Grundzug der getroffenen Neuerungen ist: Erhöhung der Pflichten der Geschäftsherren auf der einen, der Rechte der Gehilfen und Lehrlinge auf der andern Seite. Sie verdienen das Lob, daß sie weder nach der ersteren noch nach der letzteren Richtung hin zu weit gehen, sondern die berechtigten Wünsche sowohl der Geschäftsherren als auch der Gehilfen und Lehrlinge im großen und ganzen erfüllen, und daß sie das Gemeinwohl zu fördern geeignet sind. F. B.

Ein kaiserliches Zukunftsbild.

Der Kaiser der Zukunft, dessen machtvolles Auftreten gegen Sozialdemokratie und Judentum von dem neuesten Glöß'schen Bilderbogen veranschaulicht wird, ist dort als Redner gedacht. An die um ihn versammelten Vertreter des Judentums läßt der beigegebene Text den Monarchen folgende Ansprache halten:

„Ich habe Sie antreten lassen, um Ihnen frei und offen zu sagen, daß es mit Ihrem Treiben ein Ende nehmen muß. Seit nahezu zweitausend Jahren wohnen Sie unter uns; man hat Sie bedrückt und emanzipiert; Sie sind stets dieselben geblieben, und niemals waren Sie dem Lande von Segen! Den Fürsten eine Last und Sorge, waren Sie dem Volke eine ewige Quelle der Beunruhigung. Schon die fränkischen Kaiser hatten ein scharfes Auge auf Sie, im Mittelalter hielt Sie die Kirche unter ihrer Faust; Luther mühte sich vergebens mit Ihnen ab; Friedrich der Große trug die Sorge, daß Breslau „ein ganzes Jerusalem" werde, und ich muß heute sehen, daß mehr als die Hälfte aller Häuser der Reichshauptstadt in Ihrem Besitz ist. Den preußischen Adel haben Sie zum großen Teil entgütert, was schon meinen alten Ahnen, den Kaiser Friedrich III., am Ende des vorigen Jahrhunderts zu dem Ausspruch bewegte, daß man früher etwas gegen Sie hätte thun sollen! Er glaubte damals, es sei schon zu spät. Ich halte dafür, daß es heute noch nicht zu spät ist; wo ein Wille gegen Sie ist, da ist auch ein Weg für Ihren Abmarsch! Es kann nicht nur, es muß sogar etwas gegen Sie geschehen; denn ich will nicht, daß eine Zeit kommt, wo Sie höhnisch sagen können, daß die Deutschen in Deutschland, in den Städten und auf dem Lande, bei Ihnen zur Miete wohnen! Ich weiß, daß dies ein Zustand ist, der sehr wohl in Ihre Volksideale paßt. Es ist Ihnen in Ihren alten Prophezeiungen geboten, überall, wohin Sie kommen, die Völker unter Ihre ausbeutende Gewalt zu bringen. ‚Du wirst alle Völker fressen, und du sollst ihrer nicht schonen', heißt es gebieterisch im fünften Ihrer mosaischen Bücher. Und an andrer Stelle: ‚Völker sollen dir dienen und alle Reichtümer der Welt sollen dein eigen sein', und ferner: ‚Ihr sollt die Güter der Völker verzehren', und endlich: ‚Du sollst aussaugen die Milch der Völker, und der Könige Brüste sollen dich säugen!'

Sie sehen, daß ich Ihre Statuten kenne! Ich sehe auch aus der Geschichte alter Völker, und leider auch des deutschen, daß Sie auf dem besten Wege sind, diesen liebsosen und seligen Weg durch alle Nationen hindurch zu vollenden. Nirgends haben Sie Liebe für ein Volk, immer nur Begierde nach seinen Gütern; heißt es doch in Ihrem Talmud von allen übrigen Völkern, ‚sie haben nur die Seele, die dem Vieh und den Tieren gegeben ist', während es dort von Ihnen selbst heißt, daß die Sonne die Erde nur bescheint, weil Sie darauf wohnen!

Wie man Sie bei dieser offenkundigen Feindschaft so lange unter den europäischen Völkern ertragen hat, ist schwer zu begreifen. Daß dieser Zustand nunmehr ein Ende nehmen muß, wird jedem Volk und jedem Staatsmann klar sein, dem an der Erhaltung seiner Stammesart gelegen ist. Man hat Sie überall brüderlich aufgenommen, um auch an Ihnen die Liebesgebote des Christentums bis zur Neige zu erschöpfen. Auch die Deutschen haben Ihnen mit einer Treuherzigkeit ohne gleichen alles gegeben, was sie selbst besitzen, ihr Vaterland mit allen seinen Rechten. Sie haben das Dargebotene mit kalter Berechnung dahingenommen, ohne auch nur ein Jota von Ihren völkerfeindlichen Prinzipien aufzugeben. Viele Fremdlinge hat Deutschland in seinen Volksverband gastfreundlich aufgenommen. Hugenotten, Niederländer, Salzburger und in früherer Zeit die Wenden, mit denen vor einigen Jahrhunderten noch nach Lüneburgischem Stadtrecht der Eingang einer Ehe bei Verlust des Bürgerrechts untersagt war. Aber alle diese Fremdlinge sind mit ihrem Blut und Gut in das deutsche Leben einund aufgegangen. Aus Fremden wurden Brüder; so gedachten wir es auch mit Ihnen zu halten, aber Sie sind geblieben, was Sie waren, das alte hochmütig isolierte Volk, das sich zur Herrschaft über alle übrigen Völker berufen glaubt, das weder mit uns denselben Sonntag feiern, noch auf demselben Kirchhof ruhen, noch dieselben Speisen mit uns genießen will und selbst noch in seinen Gebetbüchern die hebräischen Schriftzeichen den landesüblichen vorzieht. Ein solches Volk ist wie ein unheimlicher Gast im eigenen Hause, unter dessen Anwesenheit eine behagliche Daseinsfreude nicht aufleben kann. Das deutsche Volk aber hat es wie kein anderes verdient, in seinen eigenen Mauern, die es so oft und so schmerzlich gegen äußere Feinde verteidigt hat, des Lebens froh zu werden! Mit Ihnen geht das nicht; denn der häusliche Kampf gegen Sie kann wohl, wie die Jahrhunderte gelehrt haben, vorübergehend erlahmen, aber das Gefühl seiner Notwendigkeit ist immer wieder von neuem im Gewissen unsers Volkes erwacht, ihm neue Mühen und Sorgen bereitend und ihm immer wieder die alterserbte Landesruhe vorenthaltend. Und dieser uralte Kampf gegen Sie wird so lange dauern, bis eines der beiden Völker geistig und wirtschaftlich vor dem andern kapituliert. Daß es das deutsche sei, das verhüte Gott, das dessen Wertzeug ich mich in diesem mehr als tausendjährigen Kampfe betrachten will! Denn ich habe nicht nur die Pflicht, als Deutscher, sondern auch als Christ zu Ihnen zu sprechen. Ein christliches Volk aber wäre infam und christos, wenn es sich jemals von dem Geist des Volkes beugen und knechten lassen wollte, das den Sinister seiner heiligen Religion unter Spott und Hohn gekreuzigt hat, und das bis auf den heutigen Tag seine tiefe Abneigung gegen ihn dadurch beweist, daß es wohl die Früchte seiner Liebeslehre in Rechten und Freiheiten entgegennimmt, seiner Lehre aber keinen Eingang in sein altverstocktes Herz gestattet! Obschon Sie zahllose Wohlthaten, zuletzt sogar das Geschenk der vollen Bürgerrechte, von den christlichen Völkern empfangen haben, sind Sie niemals auf den Einfall gekommen, daß diese in Wahrheit das Volk Gottes sein könnten, vielmehr halten Sie trotz Ihres jahrtausendlangen Elends an dem Gedanken fest, daß Sie unter allen übrigen Völkern das auserwählte Gottesvolk sind! Offen und heimlich verhöhnen Sie unsre christlichen Überzeugungen und suchen sie durch Schrift und Wort den Gläubigen als Märchen oder Aberglauben auszureden, indem Sie ihnen an Stelle des Dienstes für ein überirdisches Ideal den alten Dienst vor dem goldenen Kalb empfehlen! Unser Volk hat als Christenvolk an Ihnen gehandelt, indem es Ihnen seine Hände liebend entgegenstreckte; aber Sie behandeln es genau mit demselben Hohn, mit dem Sie Christus selbst behandelten, dessen gütiges Herz Sie unter Spott und Wunden zum letzten Schlage brachten! Das treibt mir das Blut in die Schläfe! Als der Frankenkönig Chlodwig zum ersten Male die bittere Leidensgeschichte des Herrn vernahm, da sprang er auf wie ein echter Deutscher und rief: ‚Wäre ich nur mit meinen Franken dabei gewesen, ich hätte es nicht gelitten!' Und ich sollte es als deutscher Kaiser leiden, daß

Digitized by Google

dieselbe Rolle, die der Heiland unter Ihnen spielen mußte, nun mein ganzes Volk ertragen soll? Da sei Gott vor! Hätten Sie sich und seien Sie nicht allzu gewiß in Ihrem siegesgewissen Dünkel! Unser Gott ist milde bis zum sterbenden Ergeben, aber dieselbe Hand, die so freundlich die kindlichen Gemüter, so barmherzig die Sünder und die Zöllner an sich zog, dieselbe Hand geißelte auch Ihre schamlosen Vorfahren zum Tempel hinaus! Auch Ihnen unverschämten Stammesshochmut hat Christus schon damals wohl erkannt und prophetisch in die Ferne der Zukunft die Worte gerichtet:

Wahrlich, ich sage euch, das Reich Gottes wird von euch genommen und einem andern Volke gegeben werden, das seine Früchte hervorbringt!

In der lutherischen Übersetzung ist diese Stelle leider nicht wortgetreu wiedergegeben worden, aber im griechischen Urtext steht sie genau so, wie ich sie gegen Sie anführe. An diesen Text will ich mich halten und Christi Wort an meinem Volke wahr zu machen mich bestreben, wie alle übrigen christlichen Völker ein Gleiches versuchen mögen, damit Christi Wahrheitstreue nicht an Ihrem Sieg über die christlichen Völker zu Schanden werde! Schon Kaiser Wilhelm II. erkannte einen göttlichen Beruf in den deutschen Völke, indem er 1896 auf der Friedenskeier zu Frankfurt mit religiösem Ernst davon sprach, daß der Weltenschöpfer sein Volk nicht aus dem Auge gelassen habe, durch das er den Frieden bereiten wollte und das er zum Hüter des Friedens ausersehen habe!

Sie sind nach Ihren alten Geboten für alle übrigen Völker ein feindseliges Volk, wir Deutsche wollen allen andern ein leutseliges Volk sein; wir haben den Frieden der Völker gehütet und die Segnungen unsrer Kultur über China und Afrika gebreitet, von allen gefürchtet, aber von niemand gehaßt. Sie aber sind unter alle Völker des Erdballs zerstreut worden, Liebe haben Sie nirgends, Zorn und Verachtung aber überall gefunden. Und da wollen Sie im Ernst noch den Glauben an Ihr göttliches Völkervorrecht aufrecht erhalten? Als zu Ende des vorigen Jahrthunderts die Amerikaner jede Einwanderung in ihr Land verbieten wollten, da sie die endliche Bildung eines ausgeprägten Nationalstaates wünschten, verlangten vierzehn Staaten noch eine weitere Einwanderung von Deutschen, die in allem gesichtet seien', zwölf verlangten Skandinavier, sieben Engländer und Schotten, sechs Irländer, auch Schweizer, Franzosen, Holländer und Belgier wurden genommen, aber nach Juden trug kein einziger Staat Verlangen. Und so wie diese Amerikaner denken alle übrigen Völker der Erde, denn es ist keins unter ihnen, das die Juden, die es schon hat, am liebsten nicht wieder los werden möchte! Neue will niemand! Aber das alles hindert nicht, daß Sie in Ihrem auserwählten Dünkel verharren, entschlossen, die Güter und die Fürsten der Welt auf Ihren dunklen Wegen in ihre Gewalt zu bekommen. Sie fühlen sich heute mitten in den reichsten Erfolgen, ja schon nahe dem Gipfel Ihrer höchsten Erwartungen, aber in solchem Augenblick ist dem Bedrängten auch Gott am nächsten!

Und so will ich mich von dem göttlichen Geist unsrer christlichen Religion erfüllen lassen und den in unserm Evangelium vorausgekündigten Kampf mit Ihnen auf mich nehmen. Er steht ja auch in voller Übereinstimmung mit Ihren eigenen Prophezeiungen, nach welchen Sie zwar unter allen Völkern eine gefährliche Rolle spielen, aber endlich auch zu einer letzten Auflösung Ihres Stammes mit Schiffen voll wieder nach Egypten zurückgeführt werden sollen. Das Neue und das Alte Testament erwartet also die Ertilgung ganz bestimmter Verheißungen, an deren endlicher Verwirklichung kein bibelgläubiger Monarch seine Mitarbeit versagen sollte.

Ich will diese heilige Verpflichtung auf mich nehmen und, gestützt auf den tausendfach kundgegebenen Willen meines Volkes, dem so schwere von Ihnen totgefagten Christentum ein neues, großes volkspolitisches Ziel geben, damit es wieder einmal seine ewig-innere Wahrheit auch an äußeren Ereignissen in der Geschichte der Völker bekunde, den Gläubigen zum Trost und zur Erhebung, den Ungläubigen zu neuem Staunen und Schrecken über die ungeahnten weltgeschichtlichen Kräfte, die in seinem göttlichen Schoße schlummern!

Ich will mich, daß mein Volk mit Ihrem Volk dem Mammon lebe und seine Gestalt und Züge in Ihrem niedrigen Blut verwische; es soll eingedenk sein, daß alle seine wahrhaft großen Geister es zum Kampf gegen das Judentum angefeuert haben, und daß es in diesem Kampf nicht eher nachlassen darf, als bis es ihn siegreich bestanden hat. Luther, Goethe, Schiller, Fichte, Richard Wagner, Bismarck und Moltke haben jeder in seiner Art ihre Stimme gegen Sie erhoben. Ja, selbst der Geist, den Sie für Ihren besonderen Schutzgeist halten, Lessing, spricht heute das Todesurteil über Sie! Durch die taschenspielerhafte Gleichstellung unsrer mit Ihrer Überzeugungswelt hat er Ihnen noch endgiltig, sondern nur provisorisch unsre Duldung verschafft. Er wies ausdrücklich darauf hin, daß es sich ja in Zukunft deutlich zeigen müsse, wer den echten Ring besitze, der angenehm vor Gott und Menschen mache. Daß Sie nun inzwischen das Glück gehabt hätten, sich vor den Menschen besonders angenehm zu machen, werden Sie wohl angesichts der antisemitischen Bewegung in Deutschland, Österreich und Frankreich sich kaum selber vorlügen wollen. Den echten Ring' haben Sie somit ganz gewiß nicht! Also auch Lessing bricht gleich Luther und allen übrigen großen Geistern unsres Volkes den Stab über Sie! Diese übereinstimmenden Urteile seiner großen Männer soll mein Volk stets im Gedächtnis tragen, damit es nicht den falschen und niedrigen Geistern glaube, die lieber an Ihrer als an der Seite ihres eigenen Volkes fechten!

Ich selbst aber will mich jedes armen Bauern erinnern, den Sie dereinst von seinem Erbhof vertreiben, der Handwerker, die Sie ruinierten, und der zahllosen jungen Offiziere, die Sie in ihrer Leichtlebigkeit bis zum Selbstmord trieben! Gutes haben Sie an meinem Volke wahrlich nie gethan; überall, wo Sie auftauchten, ist deutsche Werkthätigkeit zerstört worden und ihr unnützes Parasitentum aufgeblüht. Sie sind und waren immer ein Übel in unserm Lande, und dazu ein völlig überflüssiges! Denn alles, was unser Volk zu seinem Leben braucht, kann es sich vollkommen allein beschaffen; es besetzt seine Äcker, es baut seine Häuser, es zieht seine Straßen und Kanäle, baut Brücken und Eisenbahnen ohne jeden Juden, es hat seine Wissenschaft und Kunst und hat in der Hansazeit auch seinen Handel viel großartiger und ehrenvoller betrieben, als Sie mit Ihren Börsentum. Sie sind also vollständig überflüssig im deutschen Lande, und da Sie noch dazu absolut schädlich sind, so weiß ich wirklich nicht, warum man Sie nicht schon früher des Landes verwiesen hat! Sie sind es ja auch, die das sozialdemokratische Revolutionskorn in den deutschen Boden gesenkt haben, das heute noch an meinem Thron emporschießt; zwei von den Ihrigen, Marx und Lassalle, begannen mit seiner Saat, und zahllose Juden schürten seitdem diese satanische Bewegung durch Schrift, Wort und heimliche oder offene Hingabe von Geld. Ich weiß sehr wohl, daß die Sozialdemokratie nur ein Mittel in Ihrer jüdischen Hand sein soll, den Thron meiner Väter unter meinen Füßen zu untergraben und Ihnen den Weg zur republikanischen Herrschaft zu bereiten. Aber ich stehe Ihnen fest gegenüber; denn ich weiß auch, daß, wer deutsch ist und deutsch handelt, christlich glaubt und christlich handelt, niemals vor einem Juden zu Schanden werden kann!

Und nun entfernen Sie sich aus meinen Augen!

Ich aber will geloben, daß, wenn die Prophezeiungen über den vollen Sieg des Christentums über Ihr Volk in Erfüllung gehen, daß überall in meinen Landen, wo eine Synagoge stand, sich eine Kapelle zu Ehren des Gottes der Deutschen und der Christen erheben soll."

Während die Juden abziehen, geht die Sonne über dem kaiserlichen Schloß in ungewöhnlichem Glanze auf.

Dieser neue Bilderbogen (Nr. 28), dessen Text wir hier nur zur Hälfte wiedergaben, kostet vollständig nur 30 Pf. und ist, wie die früheren 27 Bogen, stets durch die Geschäftsstelle dieses Blattes zu beziehen.

Digitized by Google

Hans v. Wolzogen schrieb kürzlich über die Bilderbogen in den „Bayreuther Blättern“: „Diese mutigen Bilderbogen haben einen dauernden Wert in ihrem ernsten und geistvollen Text auf der Rückseite der sehr aktuellen Abbildungen; sie sind ein volkstümliches Mittel zur Erweckung der Geister...“

Sozialdemokratie und Schutzzoll.

Während noch in der letzten Sitzung des verflossenen Reichstages der Abg. Bebel offen erklärte, die Sozialdemokratie sei ebenso wie die Freisinnigen Gegnerin aller Schutzzölle, nicht nur der landwirtschaftlichen, sondern auch der industriellen, tritt die „Neue Zeit“, das wissenschaftliche Organ der sozialdemokratischen Partei, für ein mitteleuropäisches Zollbündnis ein. Es heißt dort wörtlich: „Die mitteleuropäischen Länder müssen wohl oder übel über ihre politischen Vorurteile und Gegensätze hinweg sich über ein gemeinsames zollpolitisches Vorgehen einigen. Sie müssen das eigene Wirtschaftsgebiet durch gegenseitigen handelspolitischen Anschluß zu erweitern trachten, um gemeinsam nach außen hin dann den handelspolitischen Konkurrenten auf gleich machtvoller Grundlage die Spitze auf dem großen Weltmarkte bieten zu können.“ Nur einer solchen machtvollen Vereinigung werde es möglich sein, die Hochschutzzollpolitik der Amerikaner wirksam zu bekämpfen und sich den eigenen Markt gleichfalls durch hohe Schutzzölle zu sichern. Diese Ansicht der wissenschaftlichen Sozialdemokratie teilen früher auch sozialdemokratische Praktiker, wie z. B. der verstorbene Abgeordnete Kayser, der bezeichnenderweise dafür besonders heftig von dem zu den blutigen Anarchisten übergegangenen Most angegriffen wurde. Noch auf dem Brüsseler Kongreß konnten zukünftige „Genossen“ es wagen, offen schutzzöllnerische Anschauungen kundzugeben. „Die Notwendigkeit, zur gewyte Schutzzölle einzutreten, sei den deutschen Arbeiter willen, sei nicht abzuleugnen. Man müsse nun einmal, so lange die Sozialdemokratie nicht zum Siege gelangt sei, der Trennung der Nationen in wirtschaftlichen Fragen zu Gunsten der Arbeiter Rechnung tragen.“

Daß die Sozialdemokratie im Grunde ihres Herzens auch heute noch von dem Nutzen richtig bemessener Schutzzölle überzeugt ist, ging daraus hervor, daß man in Wahlflugblättern den anzuwerbenden Rekruten hohe Schutzzölle in Aussicht stellte, wenn nur erst die sozialdemokratische Gesellschaftsordnung durchgeführt sein würde. Bis dahin stehen die „Genossen“ der Praxis im Gegensatz zu den theoretischen, wissenschaftlichen Weltverbesserern ebenso auf schutzzollfreundlichem Standpunkt wie die Anarchisten, weil ihnen viel weniger an der Förderung des Arbeiterwohls als an der Vermehrung der unzufriedenen Masse durch Proletarisierung des noch selbständigen Mittelstandes gelegen ist. Deshalb sehen wir heute die angeblichen Vertreter der Unterdrückten Hand in Hand mit den bernsenen Vertretern des großhändlerischen Geldsackes stehen, deshalb entstand das unnatürliche Bündnis zwischen der roten und der goldenen Internationale. Nicht im Interesse der Arbeiter, sondern aus Feindschaft gegen die deutschen Bauern haben die Sozialdemokraten mit den Freisinnigen gegen das Börsengesetz gestimmt. Gerade diesem Gesetz verdanken wir es, daß die Getreidepreise bei uns nicht so weit in die Höhe getrieben werden konnten wie in Amerika, daß sie trotz unsers Schutzzolles um über 100 Mark hinter den dortigen zurückblieben. Sogar ein Blatt, das etwa in der Mitte zwischen Freisinn und Sozialdemokratie steht, Löb Ullsteins „Berl. Ztg.“, hat zugeben müssen, daß Handel und Industrie, also auch die von ihnen beschäftigten Arbeiter, an dem Gedeihen der deutschen Landwirtschaft auf das dringendste interessiert seien, weil dieselbe für beide den inneren Markt darstellt, der zehnmal so viel Ausnahmefähigkeit habe wie unser gesamter Exportmarkt. Trotzdem haben die Sozialdemokraten mit den Freisinnigen für die Caprivyverträge gestimmt, die diesen inneren Markt zu Gunsten kleiner Vorteile auf dem Exportmarkt aufs schwerste schädigten, trotzdem treten sie weiter für völlige Beseitigung aller Schutzzölle und damit völlige Preisgabe des inneren Marktes ein, obschon damit gleichzeitig auch unser Export gefährdet werden würde. Ist es nicht ein offenes Geheimnis, daß ein großer Teil unsrer Industrie zu Preisen exportieren muß, die absolut keinen Nutzen lassen. Sie würde das nicht durchführen können, wenn sie nicht auf dem geschützten inneren Markte für dieselben Artikel so viel höhere Preise ansetzen könnte, daß für die Gesamtproduktion noch ein entsprechender Gewinn erzielt wird. In der wissenschaftlich gebildeten Sozialdemokratie erkennt man die Wichtigkeit des inneren Marktes an und fordert deshalb hohe Schutzzölle und ein mitteleuropäisches Zollbündnis. Die Männer der Praxis stehen auf entgegengesetztem Boden. Selbst unter offenbarer Schädigung der deutschen Arbeiterinteressen soll auf den Preisgabe des inneren Marktes hingearbeitet werden, damit zunächst der deutsche Mittelstand in Landwirtschaft und Gewerbe, der allein auf diesen Markt angewiesen ist, vernichtet und damit das letzte Hindernis für den ersehnten Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung, von Thron, Altar, Vaterlands- und Familiensinn beseitigt werde. Wenn man den inneren Markt der ausländischen Konkurrenz ungeschützt preisgiebt, wenn man so immer mehr selbständige Existenzen des Mittelstandes vernichtet und zu unfreien Lohnarbeitern macht, dann bleibt der durch diese fortwährend zuströmenden neuen Arbeiter zu größerer Thätigkeit angespornten Industrie nichts weiter übrig als unter allen Umständen in gesteigertem Export Ersatz für die vermehrte Produktion und den verminderten Absatz im Inlande zu suchen. Wenn dann einmal, wie es unausbleiblich kommen muß, dieser Export stockt, dann ist der sogenannte große „Kladderadatsch“ von selbst da. Das hat schon Karl Marx vorausgesehen, als er unbeschränkten Freihandel forderte, weil dieses System die soziale Revolution beschleunigt. Von ähnlichem Gesichtspunkt aus erklärte Obergenosse Liebknecht einmal in Paris: „Der Sozialismus sieht in der amerikanischen Konkurrenz eine der besten Bürgschaften seines Erfolges!“ Je mehr unsere Schutzzölle herabgemindert werden, um so gefährlicher wird naturgemäß die amerikanische und andere Auslandskonkurrenz, um so mehr wachsen die Bürgschaften für den endgiltigen Erfolg der sozialistischen Umsturzpartei. Das sind die Ziele, welche den sozialdemokratischen Führern bei ihren zollpolitischen Verhalten maßgebend sind; im Blick auf ihr Endziel setzen sie sich rücksichtslos darüber hinweg, daß ihre Mandatare, die Arbeiter, durch das Verschwinden des Zollschutzes in erster Reihe geschädigt werden. Diese klar zu Tage liegende sozialdemokratische Taktik in Zollfragen sollten sich unsere freisinnigen und andere Manchesterleute vor Augen halten, wenn sie gemeinsam mit den Umstürzlern an der Beseitigung unsrer zollpolitischen Schutzwehr arbeiten. Wer diese Schutzwehr schwächt, der hilft in gleichem Maße die soziale Revolution näher bringen, wenn auch vorübergehend der Großhandel und die reine Exportindustrie einige Vorteile davontragen sollten. Der gesicherte Absatz auf dem Inlandsmarkt ist zehnmal wichtiger für die nationale Arbeit als der gesamte Export, das erkennt selbst ein Ullstein an. Der innere Markt muß die unerschütterliche Grundlage unseres nationalen Wirtschaftslebens, unserer ganzen deutschen Staats- und Gesellschaftsordnung bleiben, deshalb können nur Feinde dieser nationalen Staatsordnung an der Preisgabe ihrer Grundlage, an der Preisgabe des innern deutschen Marktes für schrankenlosen internationalen Wettbewerb und den internationalen Handel arbeiten.

Der Kampf gegen das Kapital.

Niemand, der ein einigermaßen nationalökonomisches Verständnis besitzt, wird leugnen wollen, daß das Kapital notwendig ist zur Schaffung neuer Werte, und daß, so lange das Kapital in einer den wirtschaftlichen Verhältnissen eines Landes angepaßten Wechselwirkung zur Produktion verharrt, Niemand Ursache hat, sich über irgendwelche schädliche Wirkungen des

Digitized by Google

Kapitalismus zu beschweren. Das entgegengesetzte Verhältnis trifft ein, wenn das Kapital aus diesem ihm von der Vernunft angewiesenen Kreise heraustritt, die wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes nicht berücksichtigt, und Unsere ihm zu schaffen versucht, die außerhalb dieser natürlichen Wechselwirkung liegen, und lediglich um des Gelbes und seiner ihm anhaftenden Macht willen schaffen werden. Unter diesem Zeichen stehen wir augenblicklich, und das liegt daran, daß die Regierung viel zu wenig Rücksicht genommen hat auf die Gleichberechtigung der Gesamtheit des deutschen Volkes, und daß hierdurch die weniger kapitalkräftigen Stände in eine sich immer fühlbarer machende Abhängigkeit vom Kapital hineingedrängt wurden. Die nächste Folge dieser Abhängigkeitsverhältnisse machte sich bemerkbar, indem diesen minder wohlhabenden Volksmassen plötzlich der Wert des Geldes als Machtmittel bekannt wurde und nun auch hier ein Hasten und Eifern nach Geldbesitz entfesselte, das zunächst dem Anstandsgefühl einen schärferen Stoß versetzte, als es vertragen konnte. Das aller guten Sitte Hohn sprechende Verhalten jenes unproduktiven jüdischen Kapitals hat also zweifelsohne die Schuld an der Entsittlichung, unter der vorzugsweise unser gewerbliches Leben leidet.

Aber es zeitigt auch außer diesem bedauerlichen Zustande noch einen andern, in seinen Folgen gleich betrübenden; es steigert die Besorgnis des kleinen Gewerbetreibenden um die eigene Existenz, und treibt ihn sichtbar in die Verarmung. Daß hierdurch die Ehrlichkeit und Sittlichkeit im gewerblichen Leben nicht gefördert werden würde, lag auf der Hand, leider läßt sich aber auch nicht bestreiten, daß wir immer noch auf dem besten Wege sind, weiter in diesen Pfuhl hinein zu geraten. Damit würde nun eigentlich das Schuldkonto des schädlichen jüdischen Kapitalismus hoch genug bemessen, aber wir sind damit noch nicht am Ende, weil wir die sozialpolitischen Folgen jenes unwirtschaftlichen Verhaltens noch nicht gekennzeichnet haben. Im Grunde genommen sind die Folgen ja auch bekannt genug, sie bestehen in dem immer stärkeren Anwachsen des sogenannten Proletariats, dessen scharfes haßerfülltes Auftreten darin begründet ist, daß es dem Arbeiter noch bedeutend schwerer fällt, als den Kleingewerbetreibenden, sich in den Besitz des Machtmittels „Geld" zu setzen, und daß von ihm gleichzeitig diese Macht drückender empfunden wird.

Der Kampf gegen dieses Kapital ist also ein durchaus begründeter, an dem sich zu beteiligen, ebenfalls eine vornehme Lebensaufgabe des deutschen Mittelstandes ist. Im Verfolg des jetzigen Raubsystems wird der Mittelstand ohne Zweifel an die Wand gedrückt. Erkennen wir die Berechtigung des Mittelstandes eben an, so ist es auch unsre Pflicht, diesen Kampf in Bahnen zu lenken, die zum Nutzen des Ganzen zum Siege führen, und vor jenem Wege zu warnen, dessen Endziel außerhalb der Berechnung, außerhalb des Willens derer liegt, die ihn als den zur Rettung der Menschheit allein gangbaren empfehlen.

Wir wissen ganz genau und leugnen gar nicht, daß das Gebäude, das wir gemeinsam bewohnen, manchen bemerkenswerten Fehler aufweist. Weil aber das Gebäude im übrigen wohnlich ist, und wir uns sonst heimisch in ihm fühlen, deshalb wollen wir die Schäden mit sorgsamer Hand beseitigen, wir wollen unsre Wohnung so einrichten, daß sie uns und andern gefällt.

Nicht so die Sozialdemokratie, und hier gehen eben die Wege zur Bekämpfung des Kapitals weit auseinander; sie will das Gebäude, weil es Fehler aufweist, einfach niederreißen, alle Bewohner in die Ungewißheit hinausstoßen, ohne doch in der Lage zu sein, die geringste Garantie zu bieten, daß das neu zu errichtende Gebäude auch nur halb so wohnlich, halb so heimisch ist, als das von uns jetzt bewohnte.

Damit ist die Stellung, die der deutsche Mittelstand in dem sozialpolitischen Kampfe der Gegenwart einzunehmen hat, klar gekennzeichnet. Nicht niederreißen, sondern aufbauen, keine Zukunftsmusik, sondern ein der Wirklichkeit angepaßtes Vorgehen, das muß seine Losung sein, und deshalb ist es außerordentlich zu bedauern und zeugt von totaler Verkennung der thatsächlichen Verhältnisse, wenn heute selbst im Mittelstande und vorzüglich in dem vom Freisinn beherrschten städtischen Mittelstande Stimmen laut werden, die das Heil bei der Sozialdemokratie suchen. Hierbei kann der Mittelstand nichts gewinnen, wohl aber seine Selbständigkeit vollständig einbüßen, und ebensalls eine, allerdings schäbbare, Erwerbung des Proletariats werden.

Nicht gehässig, sondern mit ruhiger Überlegung muß deshalb der Kampf gegen das schädliche Kapital geführt werden, denn Haß macht blind und läßt das Gute unter dem Schlechten ungesehen.

Heil! — Heilo! — Heilan! Über die Berechtigung dieser Formen schreibt Herr v. Pfister-Schwaighusen:

Durchaus bin ich dafür, wiedermn tönende Selbstlaute anstatt blaßer matter e in Ausgänge unsrer Wörter tuenlicht einzuführen. Treffend äußerte schon Jakob Grimm: der Neudeutsche sei zaghaft und schüchtern in seinem Austreten gewonden; als ob er nicht mehr wage, mit vollen Lauten vor aller Öffentlichkeit sich einzusetzen. Unsere bäuerischen, zumal auch gebirgischen Bevölkerungen sind noch nicht so angekränkelt. In vorarlbergischer Mundart heißt es z. B.: „mi'm Buebi si Vadiro sich nüi ganga in vinstrar Nachtu, ant niomero widar kuart". Der Brise sagt: „wi willo nie Stippu stürt" (wollen unsre Schiffe steuern).

Mit „Heilo" griff man in der Form nur fehl. Es ist Mehrzahla Wesfall. Ich lage bei den Burschenschaften mit „Heilo Heil" (salutava salutem) zutrinken, und mit bloßem „Heil" Beschied tuen. Einfaches „Heilo" ist unstatthaft. Jene Verknüpfung ist ähnlich wie saecula saeculorum.

Ein verstärkter Vokativ ist „Heilio"; just wie Dorio, Diebio, Feindio, Feurio, Helfio, oder Hülfio, Mordio usw. Inwieder ist „Heilan" gebildet wie „Wolan". Niemand nimmt Anstoß daran, falls einer in Not „Hülfe!", und etwa Anderer lauteres „Hülfio!" rufe. Man hüte sich vor Versteinerung der Sprache.

Ausland.

Österreich-Ungarn. Ein neuer nationaler Schutzverein, der „Bund der Deutschen Südmährens", soll ins Leben gerufen werden. Aus Znaim wird gemeldet, daß unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Branner daselbst eine Versammlung von Vertrauensmännern aus Südmähren stattfand, die die Gründung eines Bundes der Deutschen Südmährens als nationalen Schutzvereins einhellig beschlossen und die Satzungen für denselben feststellten. Ein „Bund der Deutschen Nordmährens", an dessen Spitze der Obmann der Deutschen Volkspartei Mährens, Hermann Broß, steht, entwickelt schon seit Jahren seine segensreiche Thätigkeit. Möge der neue Verein ihm ein würdiger Nachfolger sein!

Frankreich. Josef Reinach, der bekanntlich im „Siècle" die Generalstabsoffiziere der Lüge schuldig hat, hatte sich deshalb vor dem militärischen Ehrenrat zu verantworten. Der Gerichtshof sollte einstimmig den Beschluß, den Reinach seiner Würde eines Rittmeisters der Reserve zu entkleiden.

Mosaik.

Ultramontane Wahlthätigkeit. Die Wahlen in katholischen Gegenden werden fast nur von der Geistlichkeit gemacht. Etwas neues ist das zwar nicht. Es ist aber gut, wenn das hin und wieder durch Thatsachen belegt wird. Der Wahlaufruf der Zentrumspartei im Wahlkreise Steg-Waldkraiburg ist unterzeichnet von 44 (!) Pfarrern und Kaplänen und von nur 23 Nicht-Geistlichen. — In einer Wahlversammlung zu Siegburg am 12. Juni erklärte der Pfarrer Brenner: Politik und Religion gehörten zusammen! In der gleichen Versammlung erzählte der Abg. Dr. Lingens, erst nach Rücksprache mit den Jesuitenpatres habe er sich im Jahre 1871 entschlossen, eine Wahlkandidatur anzunehmen. — In einer Versammlung zu Kalkar, auf der die klerikal-agrarische Gegen-

Digitized by Google

kandidatur Schreiner gegen den offiziellen Zentrumskandidaten Dr. Marcour beförwortet wurde, sagte ein Tischlermeister Janssen aus Uedem ganz treuherzig: „Alles, was ich heute gehört habe, hat mir sehr gut gefallen. Aber ich wähle Dr. Marcour, weil die Geistlichkeit es will; sie hat uns zu führen.“ —

Der vom Freiherrn von Schorlemer-Alst gegründete „Westfale“ in Münster macht darauf aufmerksam, daß in den Wahlkreisen Büren-Paderborn und Lüdinghausen-Warendorf die katholischen Geistlichen von der Kanzel herab für die Zentrumskandidaten agitiert haben. Ebenso seien von geistlicher Seite in der Volksschule Wahlzettel an die Schüler verteilt worden. Das seien Ungehörigkeiten und Ungesetzlichkeiten, die zur Kassierung der Wahlen führen könnten. Es sei das ein unerlaubter Wahldruck unter Ausnutzung des geistlichen Ansehens des vom Bischofe übertragenen geistlichen Amtes.

Im Durchgange des Leipziger Rathauses hängt ein Plakat, das in tschechischer Sprache für die Ausstellung in Prag Reklame macht. Dort, wo das Plakat klebt, müssen die Leipziger Ratsmitglieder tagtäglich vorübergehen. Hat noch niemand Anstoß daran genommen? Und was sagt dazu Herr Prof. Hasse?

Sozialdemokratisches. Johannes Scherr sagte einst: „Die Führer der Sozialdemokratie verhalten sich zu den Arbeitern wie verworfene Dirnen zu ihren thörichten Opfern. Während sie ihnen von Liebe lispeln, stibitzen sie ihnen die Börsen aus den Taschen.“ — Die Berechtigung dieses Ausspruches thun die vielen Unterschlagungen dar, deren sich die „Genossen“, die Ehrenmänner in der Partei befleißen, schuldig machen. Heute wird uns wieder solch ein Fall aus Eger bekannt. „Genosse“ Bartl, der Löwman des dortigen „Bauarbeiter-Vereins“, hatte die Beiträge der Mitglieder des Gewerkschaftsvereins einzusammeln. Einen Teil derselben unterschlug er. Der Schriftführer des Vereins bob in einer Versammlung hervor, daß nicht die Not den p. Bartl zur Unterschlagung getrieben habe, sondern einzig und allein die „Freude am Leben“, da sich Bartl bei Kaffee, Pilsener Bier, Chokolade, Krapfen usw. mehrmals in der Woche im „Kronprinzen“ gütlich gethan habe. Das Billardspiel sei bei ihm schon zur förmlichen Gewohnheit geworden. Anstatt diesen Menschen hinzurichten aus dem Vereine auszustoßen, beantragte der Vorsitzende Nitsche, man solle demselben den „abhanden gekommenen“ Betrag schenken. Und als dieser Antrag nicht durchdrang, legten mehrere Vorstandsmitglieder ihre Ämter nieder!

Israel in den Handelskammern. Uns liegt der Bericht der Handelskammer für den Regierungsbezirk Posen vor, der auch ein Mitglieder-Verzeichnis enthält. Dabei finden sich unter 31 Handelskammer-Mitgliedern nicht weniger als 19 ausgemachte Hebräer und vier bis fünf Namen zweifelhaften Klanges vor. Nur elf oder zwölf Mitglieder scheinen Nichtjuden zu sein und verteilen sich gleichmäßig auf deutsche und polnische Namen.

Hechingen. Eine dieser Tage gemachte erfreuliche Wahrnehmung veranlaßt uns, zum Artikel „Paschawirtschaft“ in Nr. 503 dieser Blätter einen Nachtrag zu liefern. Der ledige, aber nichtsdestoweniger liederliche Adolf Baruch von der Friedrichstraße mußte kürzlich gerichtlich gezwungen werden zur Alimentation eines seiner Kinder, weshalb dem reichen Juden Mangel an Noblesse vorgeworfen wurde. Im Interesse der Gerechtigkeit müssen wir nun doch konstatieren, daß sich Baruch edlen Regungen doch gerade nicht grundsätzlich zu verschließen scheint. Während er nämlich der Emilie Regenhold gegenüber in Bezug auf seinen Sohn Otto den Reinigungseid leistete, die Therese Beck unter schwerwiegenden Umständen nach Amerika lieferte und nach ihrer unliebsamen Rückkehr zur Alimentation seiner Tochter sich zwingen ließ, bereitet er seiner herzallerliebsten Katharina Riester doch ein besseres Los. Seine mit dieser erzeugten Tochter, namens Rosa, wird nämlich auf die höhere Töchterschule nach Hechingen geschickt und erhielt in diesen Tagen, wie wir zu unserer aufrichtigen Freude erfahren, ein Klavier, das die Fabrikschreiner der Baruchschen Fabrik vor der Wohnung ihrer Mutter abluden. — Welch ein Kontrast!! — Ist das gänzlich veränderte Verfahren Baruchs dieser seiner Tochter gegenüber und die hierbei an den Tag gelegte Noblesse, wenn man es so nennen darf, wirklich eine Anwandlung von Wohlanstand, um geschehenes Unrecht gut zu machen? So leid es uns thut, wir müssen an der Möglichkeit einer anständigen Regung zweifeln. Wie in Hechingen männiglich bekannt, ist die bessere Behandlung der Katharina Riester und ihrer Tochter Rosa gar nichts anderes als eine Belohnung für das im Gegensatz zu den andern Verführten bisher geübte Schweigen, also eine Prämie für die Verzichtleistung der Riester, ihre Ansprüche für sich und ihr Kind event. gerichtlich geltend zu machen. Es gilt also auch hierbei: der Jude giebt nichts umsonst und ohne Profit.

Pfarrer Mechterscheimer, der im Wahlkreise Speyer-Frankenthal kandidierte, läßt zur Empfehlung seiner Wahl das Gerücht, er sei Antisemit, in dem „Anzeiger für die Kantone Oberwolchel und Rockenhausen“ ausdrücklich widerlegen. Es heißt da: „Wer unsern Kandidaten kennt, weiß, daß er kein Antisemit, sondern sehr liberal und tolerant ist, daß er mit Israeliten im Kasinos von jeher verkehrt hat und den größten Teil seiner Bedürfnisse an Kleidung usw. gerade von Israeliten bezogen hat.“ — Was sagen die Glaubens- und Stammesgenossen des Herrn Pfarrers zu solcher Bevorzugung der Juden?

Weinpanscher. Wie wenig erbaulich die Zustände im ungarischen Weinhandel sind, zeigen die Ergebnisse der Untersuchungen, die bereits an Ort und Stelle vorgenommen werden. Die Weinprüfungskommission in Pest hat im letzten Jahre 179 Weinuntersuchungen vorgenommen, wovon 82 Proben, also ungefähr 45 v. H. als Kunstwein bezeichnet wurden. Viezig Proben erwiesen sich als mit Wasser gestalscht, zwei mit denaturiertem Spiritus, drei mit Wasser und Rosinen, achtzehn aus Trestern hergestellt, während nur in sieben Fällen ein auf künstlichem Weg erzeugter, also ein „echter Kunstwein,“ zur Untersuchung gelangte. Im Laufe des dreijährigen Bestandes der Prüfungskommission wurden nicht mehr als 370 Proben begutachtet, unter denen sich im ganzen 154 als wahre Weinfälschungen herausstellten. Wenn man sich die Namen der Fälscher und Händler ansieht, erfährt man, daß es größtenteils wieder Madjaren noch Deutsche, sondern Juden sind!

Zur Sonntagernhe. Nachahmung verdient das Vorgehen des Bischofs von Straßburg. Dieser hat im Diözesanblatt eine Verfügung an die Geistlichkeit erlassen, Sendungen von Briefen und Packeten an Sonntagen überhaupt nicht abgehen zu lassen und diese im übrigen so einzurichten, daß sie noch am Sonnabend Abend oder am Vorabend von Festtagen zur Bestellung gelangen. Es ist dieser Verfügung die Bemerkung angehängt, daß sich der Bischof und die Vorsteher der Diözese an Sonn- und Feiertagen überhaupt nur solche Poststücke und Briefe aushändigen lassen, die den Vermerk „Eilt“ tragen.

Sozialdemokratischer Wahler-Betrug. Im Dorfe Allendorf (Kreis Rotthor) haben die Sozialdemokraten die stets katholischen Wähler dadurch zur Stimmabgabe für Bebel bewogen, daß sie einen Genossen vor das Wahllokal stellten, der mit ernster Miene den Leuten einen Rosenkranz vorzeigte, dessen sich Bebel bei seinen täglichen Gebeten für die Arbeiter bediene. Bebel mit einem Rosenkranz für die deutschen Arbeiter betend, dieses Motivs werden sich zweifellos die Wahlblätter alsbald bemächtigen. Es geht aber doch nichts über die Schamlosigkeit, mit der die „Genossen“ diesmal ihre Agitation betrieben haben.

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. „In New-Orleans haben zwei Redakteure jüdischer Blätter, Lehmann und Philipps, ihre journalistischen Differenzen nach der Sitte der Südstaaten mit Messern auf der Straße ausgefochten, worauf die Polizei das gesamte Redaktionspersonal der genannten jüdischen Presse von New-Orleans verhaftete.“ So zu lesen in der „Allg. Ztg. des Judentums“. —

„Der Wert des jüdischen Eides“ ist der Titel eines Flugblatts, das auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft zu Landsberg a. W. beschlagnahmt ist. Wegen des Flugblatts ist schon zu wiederholten Malen ein gerichtliches Verfahren eingeleitet worden. Zweifellos steckt der Temmzianten-Verein dahinter.

Digitized by Google

CAFE MERKUR

300 Zeitungen. Depeschen u. Kursberichte, Städte-Adressbücher v. Berlin, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Hamburg, Altona, Halle a. S., Paris, sowie Handels-Adressbücher aller grösseren Staaten liegen zur gefl. Benutzung aus.

Leipzig Jeden Vormittag Bouillon und Pasteten.

Geöffnet bis morgens 1/4 4 Uhr.

Hochachtungsvoll

W. Rühlemann.

Deutsche Schänke, Leipzig,

Poststrasse 20.

empfiehlt **kräftigen Mittagstisch** und **gute Biere.**

Gesellschaftszimmer noch einige Tage frei.

Hochachtungsvoll

H. Singer.

Eldorado

Pfaffendorferstrasse 4, **LEIPZIG.** Fernspr. Amt I, Nr. 2162.

Restaurant und Gesellschaftshaus 1. Ranges.

Vereinslokal des Deutsch-sozialen Reform-Vereins.
Versammlungslokal der Deutsch-nationalen Handlungsgehilfen.

Spezialität:

Vorzügliche Küche, 2/3 Portionen mit Suppe 80 Pf.
Abend-Stamm von 30 Pf. an.

Zimmer von 1,50 M. an.

Adalbert Heinrich.

Weltruf

haben weltf. Fleischwaaren

feinste weltf. Schinken 1,00 M. p. Pfd.
„ „ Cervelatw. 1,35 „ „ „
„ „ Zungenwurst 1,25 „ „ „
„ „ Plockw. 1,20 „ „ „
„ „ Mettw. 1,00 „ „ „
(leckte Räucherung).

Garantie Zurücknahme

J. Bartscher, Metberg, Westf.

Liefere ein Postfaß (9½ Pfund)

feine Leber-, Rot- und Sülzwurst

zu 7,50 M. franko.

H. Glauner, Fleischermstr.

Papenburg b. Leer (Ostfriesl.).

Ferner:

prima Hammelkeule u. Carrés

à Pfund 55 Pf.

Bad Kissingen

Logierhaus Renner

jenseits der Saale

Gartige Straße 24

empfiehlt sich hiesigen und fremden Kurgästen bestens. Schöne Wohnungen zu billigen Preisen. **Neu angelegter großer Garten.**

Deutscher Krug.

Antisemiten-Kneipe, Chemnitz.

Lobgasse 3, Parterre und 1. Etage.

Ausschank:

Böhmisch, Lichtenhainer, Tucherisches Dunkel und Pschorrbräu.

Speisen vorzügl. Flotte Bedienung.

Hochachtungsvoll **Emil Krug.**

H. Heinze, Hutfabrik

gr. Fleischergasse 5, Laurentiusstraße 4.

Spezialität: 2,80-Hüte.

Wein-Groß-Handlung,

Import von Rum, Arrac, Cognac,

von

Jede Flasche trägt diese Etiquette als Schutzmarke.

Berlin NW., I Stendaler-Straße 1.

Fernsprecher: Amt Moabit 1376.

Gegründet 1877.

Jahrg. u. 8jer Rhein- u. Moselweine, p. Fl. oder p. Ltr. von 70 Pf. an.

Jahrg. u. 8jer Bordeaux-Weine von 1 M. an, sowie sämtliche in- und ausländische Weine alte, in halben Flaschen, über ebhafte Reichnis garantiert.

Schmitz & Co.

Kleine Proben und Preisliste umsonst.

Unglaublich billig

und Sträupfe, Socken, Normalwäsche, nur garantiert reinste Qualität, bei Oskar Jahn,

Spezial-Versandhaus, Leipzig, Poniatowskistraße 16.

Preisliste kostenfrei!

Billige, dichte Dächer

sowie man der aus **Andernacher Asphalt-Steinpappen** hat. Anleitungsbuch gratis!

A. W. Andernach a. Rhein.

Münster a. Stein bei Bingen a. Rhein.

Antisemitische Pfeifen

mit Ornamenten und Sprüchen aus Elfenbein-Steingut, à Stück portofrei gegen Einsendung von 65 Pf. in Briefmarken.

J. Korzillius, Postsekretär, **Köln-Ehrenfeld.**

Wo kaufe ich? Von allen Seiten viel Angebot, viel Reklame. Mit billigen Preisen und geringer Ware sollen meist die Käufer hereingelockt werden. Um so angenehmer berührt das Bestreben des Tuchversandes Pülheim Boegges in Düren i, das Beste und Feinste zu einem verhältnismäßig niedrigen Preise zu bringen. Die Muster-Auswahl, die an jede Adresse portofrei versandt wird, enthält außer den Dürener Fabrikaten auch andre bewährte deutsche, sowie englische Stoffe zu Preisen, wie sie nur der Regel sonst geringere Ware erlebt.

Ladebeck's

selbstthätige

Sitz-Douche

Patentiert in allen Kulturstaaten.

Dieser sanitäre Reinlichkeits-**Apparat** ist in jedem Zimmer **ohne fleiatorrichtung o Wasserleitung** stets fertig zum Gebrauch, **bedarf** selbst zu mehrmaliger Benutzung **nur 2 Liter Wasser,** erfordert kein vollständiges Auskleiden **und ersetzt vollkommen Sitzwanne, Bidet, Fussbad etc.**

Von medizinischen Autoritäten empfohlen. Zahlreiche Anerkennungsschreiben. Gebrauchsanweisung wird beigegeben.

Preis 28 Mark per Nachnahme.

Hauptdepot:

H. Ladebeck, Leipzig,

Alexanderstrasse 14.

Vertreter im Auslande gesucht.

Zur Beurteilung der antisemitischen Strömungen Frankreichs empfehlen wir das berühmte Werk des Herausgebers der „Libre parole", **Edouard Drumont:**

Das verjudete Frankreich.

2 Bände. 900 Seiten. Preis 2 M.

Wir haben nur noch einige Exemplare abzugeben.

Geschäftsstelle der „Deutsch-Sozialen Blätter".

Commissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe in Berlin NW. 5, Kruppstr. 13 p.
Druck: G. Reusche, Leipzig.

Digitized by Google

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich Mk. 1.50 bei den Postanstalten (Postzeitungsliste Nr. 1738) und Buchhandlungen. Einzelne Streifband Mk. 2.

Herausgegeben von Max Liebermann v. Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Anzeigen: die 4-gespaltene Petit-Zeile 25 Pfennige. Beilagegebühr: Tausendstück Nr. 27. Leipzig.

XIII. Jahrgang. | Leipzig, 7. Juli 1898. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Juden-Frage. Otto Glagau. | Nr. 516.

Inhalt: Geheimes Judentum. — Materialismus oder Idealismus. — Ausländische Arbeiter. — Wahlbilder. — Die Doppelmährung und die Beamten. Der Arbeiterführer „Genosse" Singer. — Aus Lothringen. — Der jüdische Weltbund. — Eine zeitgemäße Erinnerung. — Der tote Antisemitismus. — Mosaik. — Die Ergebnisse der Wahlen. — Ausland. — Parteinachrichten. — Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen. — Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat.

Geheimes Judentum.

Im Jahre 1896 starb zu Hamburg Herr Seligmann Salomon Sternberg. Der Erwerber eines Schranks aus seinem Nachlasse fand hinter einer Schublade eingeklemmt einige merkwürdige Dokumente, die ein bezeichnendes Licht auf den jüdischen Charakter werfen.

Da ist zunächst ein hebräisch geschriebener Schuldschein*), der in der Übersetzung folgendermaßen lautet:

Ich Endesunterzeichneter bescheinige, daß ich von Herrn Selig Sternberg empfangen habe Spth. 1000 — welche nach dem Recht des Geschäfts zur Hälfte als Lohn und zum Drittel als Schadenersatz bestimmt sind und damit ich ihm die Rechnung nicht ganz in Geld zu zahlen brauche, habe ich mit ihm verabredet, ihm nach seinem Teil in Zwischenräumen 45 Mark jährlich zu geben, so oft das Geld in meiner Hand ist. Zum Beweise unterschreibe ich

Hamburg, 19/4 60. Elia Bar Calmann.

Darunter steht in deutscher Schrift:

NB. Vorstehender Schein bezieht sich auf den im Hause des Unterzeichneten Englische Planke Nr. 10 dem Herrn Selig Salomon Sternberg versicherten Posten von Spth. 1000. — sobald dieser also gelegt oder das Haus einen andern Besitzer erhält, erlischt mithin die Gültigkeit dieses Scheines, welcher nur zur Erfüllung einer religiösen Vorschrift ausgestellt ist.

Hamburg, 19. April 1860. E. Calmann.

Dieser Schuldschein erhält aber erst seine Bedeutung durch den gleichfalls vorgefundenen Brief, der nachstehenden Inhalt hat:

Hamburg, 19. April 1860.

Herrn S. S. Sternberg Wohlgeb.

Da nach streng religiöser Vorschrift das Zinsen-Geben, oder Nehmen zwischen jüdischen Glaubensgenossen verboten ist, es sei denn, daß die jährliche Vergütung als Geschäfts-Anteil betrachtet wird, so erlaube mir Ihnen einen hierauf lautenden Schein für Sie und Ihre Frau Schwiegermutter zuzustellen, mit der Bitte, solche bis nach etwa erfolgender Tilgung der Pöste, oder Besitz-Veränderung des Hauses, gefälligst aufzubewahren, da ich als streng orthodoxer Jude auch in dieser Beziehung gern gewissensfrei bin.

Achtungsvoll

E. Calmann.

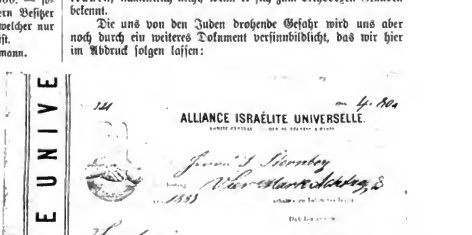
Der Sachverhalt ist darnach also folgender: Calmann hat von S. S. Sternberg eine Hypothek auf sein Haus im Betrage von tausend Mark erhalten, die er mit 4½ v. H., also jährlich mit 45 Mark zu verzinsen hat.

Da er nun aber streng religiös ist und sich der jüdischen Religionsvorschrift erinnert, wonach Zinsennehmen oder -geben zwischen Glaubensgenossen verboten ist, so fühlt er sich wegen dieser Religionsverletzung in seinem Gewissen beschwert und schafft sich dadurch Gewissensfrieden, daß er zur Täuschung seines Herrgotts greift. Er giebt dem Sternberg ein Schriftstück mit der Bitte, es aufzubewahren bis zur Tilgung der Schuld oder bis das Haus in andre Hände übergeht, worin er das auf sein Haus erhaltene Darlehen von tausend Mark gar nicht als verzinsliches Darlehen erhalten haben will, sondern zur Hälfte als Lohn und zum Drittel als Schadenersatz und der Rest, wovon gar nicht in dem Schriftstück die Rede ist, soll dargestellt werden als geliehenes Geld, worauf Calmann verspricht, jährlich 45 Mark (das sind nämlich die verpönten Zinsen) zurückzuzahlen.

Fürwahr, es sind dieses lehrreiche Dokumente für die Art und Weise, in welcher ein Jude sein Gewissen wegen der Umgehung religiöser Vorschriften glaubt beschwichtigen zu können, nämlich durch versuchte Täuschung seines Gottes.

Wer seinen Gott sogar zu täuschen versucht, der wird vor der Täuschung aller nichtjüdischen Mitbürger gewiß nicht zurückschrecken. Die Sache ist also ein neuer Beleg dafür, wie recht wir Antisemiten haben, einem Juden nie und nimmer zu trauen, namentlich nicht, wenn er sich zum orthodoxen Glauben bekennt.

Die uns von den Juden drohende Gefahr wird uns aber noch durch ein weiteres Dokument verständlich, das wir hier im Abdruck folgen lassen:



Wie die Leser ersehen werden, ist es eine Quittung der Alliance Israelite Universelle über einen Beitrag des Herrn Sternberg. Was darin aber am wichtigsten ist, ist zunächst die Unterschrift: „Das Lokal-Komitee", woraus wohl der Schluß gezogen werden darf, daß es auch noch ein „Zentral-Komitee" in Deutschland giebt, und dann das Wappen: die auf dem Erdball errichtete jüdische Gesetzestafel und die unter ihr sich von West und Ost zusammenschließenden Hände.

Dadurch soll doch augenscheinlich angedeutet werden, daß unterm jüdischen Gesetz sich alle Juden der Erde, mögen sie auch im Osten oder Westen wohnen, die Hand reichen und den ganzen Erdball mit ihren Armen umspannen. Das sagt ja

*) Ein Lichtbild des Schuldscheines befindet sich in den Händen der Schriftleitung.

Digitized by Google

auch schon der Name: „Alliance Israelite Universelle“, und die Einteilung in Zentral- und Lokal-Komitees*) bestätigt diese Schlußfolgerung. Es besteht also unter uns eine internationale, geheime Gesellschaft, ohne daß der Staat eingreift oder auch nur sein Überwachungsrecht ausübt.

Da müssen wir denn doch aufs neue fragen: „Ist es gerechtfertigt, den jüdischen Versicherungen, daß die Alliance Israelite Universelle nur ein Wohlthätigkeits-Verein ist, Glauben zu schenken, wenn wir sehen, wie ein streng religiöser Jude sich sogar nicht scheut, seinen Gott täuschen zu wollen?“

Es muß endlich einmal klar gestellt werden, welche Zwecke diese über die ganze Erde reichende Verbindung der Alliance Israelite Universelle im Geheimen verfolgt, und nur um dieses wieder anzuregen, haben wir obige Dokumente heute veröffentlicht, da sie die Gemeingefährlichkeit des jüdischen Volkes so recht zu illustrieren geeignet erschienen.

Materialismus oder Idealismus?

Am Tage seines zehnjährigen Regierungsfestes beehrte der Kaiser die Künstler der Berliner Hofbühne mit einer Ansprache. Eine Stelle darin lautete:

„Ich war der Ansicht, daß das königliche Hoftheater vor allen Dingen dazu berufen sei, den Idealismus in unserm Volke zu pflegen, an dem es, Gott sei Dank, noch so reich ist, und dessen warme Wellen noch in seinem Herzen reichlich quellen. Ich war der Überzeugung und hatte nur dies vorgenommen, daß das königliche Theater ein Werkzeug des Monarchen sein sollte, gleich der Schule und der Universität, die die Aufgabe haben, das heranwachsende Geschlecht heranzubilden und vorzubereiten zur Arbeit für die Erhaltung der höchsten geistigen Güter unsres herrlichen deutschen Vaterlandes.“

Den Idealismus in unserm Volke zu pflegen, die Weltanschauung unter den Deutschen zur herrschenden zu machen, die an ein sittliches Ideal glaubt und das Bestreben unterstützt, den Forderungen dieses Ideals gemäß die eigene Lebensführung zu gestalten, das ist wahrlich eine schöne und hohe Aufgabe, die der Kaiser der dramatischen Kunst und dem Theater stellt. Es war notwendig, von so hoher Stelle aus zu betonen, daß unsre dramatische Kunst in erster Reihe deutsch zu sein hat. Denn undeutsch ist jener Materialismus in der Kunst, der nur darauf bedacht ist, ein Abklatsch des alltäglichen Lebens zu sein. Undeutsch ist jene Richtung in unserer Litteratur, die man mit dem Worte „Naturalismus“ zu bezeichnen sich gewöhnt hat, und die zumeist von Leuten getrieben wird, deren Name und Abstammung nichts mit dem Deutschtum gemein hat. In Litteratur und Kunst den Idealismus, die alte heilige Kraft des deutschen Herzens wieder ganz zur Geltung zu bringen, das ist eine der wichtigsten Forderungen für eine gesunde Fortentwickelung unsers geistigen Lebens.

Doch uns scheint, die Worte unsers Kaisers gelten nicht nur der Kunst und Litteratur, sondern auch dem politischen Leben der Nation. Die Wasser der Wahlbewegung haben sich verlaufen. Wochen und Monate lang haben im ganzen Deutschen Reich die Redemühlen lustig geklappert. Und was ist das Ergebnis? Ein Reichstag, nicht schwarz, nicht weiß, nicht Fisch nicht Fleisch, undeutsch wie es bisher noch keiner war. Die größte Partei des deutschen Reichstages ist wiederum das Zentrum, das seinen Schwerpunkt nicht in Deutschland, sondern in Rom hat, ultra montes. Eine Partei, deren Führer einst der Gründung des Deutschen Reiches entgegengearbeitet haben, eine Partei, die es nicht verwinden kann, daß es das protestantische Hohenzollernhaus war, das den neuen deutschen Kaiserthron zimmerte und befestigte! Eine Partei, deren heutige Führer sich nicht schämen, zur Wahl eines Sozialdemokraten aufzufordern oder den judenfreundlichen Freisinn zu Ungunsten eines Sozialreformers zu unterstützen.

Und neben dieser Partei hat die den größten Stimmenzuwachs erhalten, die sich offen und frech als eine internationale bezeichnet, die Sozialdemokratie. Diese ist nicht nur undeutsch, sondern auch jedes idealen Zieles ledig, eine Partei des Materialismus in seiner höchsten Form. In der Erlangung der grob sinnlichen, rein materiellen Güter sieht sie allein das Glück des Lebens. Nicht in der Welt des Gemütes und in ehrlicher Arbeit und und Pflichterfüllung, nicht in der Zufriedenheit eines reinen Gewissens, nicht in der Macht der Liebe und des Glaubens sieht sie die höchsten Güter des Lebens, sondern in einer möglichst reichlichen Befriedigung materieller Bedürfnisse. Die Lohn- und Magenfrage ist ihr Ein und Alles. Auf fremdem Boden erwachsen, ist ihre Lehre heute noch durch und durch undeutsch. In drei glänzenden Kriegen haben die Deutschen wieder ihre nationale Unabhängigkeit gewonnen; die deutsche Wissenschaft hat sich frei gemacht von jeder Beeinflussung ausländischer Doktrinen; die Sozialdemokratie aber nährt sich noch immer von dem Abhub französischer und englischer Tische. Sie will nicht nur die Herrschaft des Parlaments nach französischem und englischem Muster, sie will die Herrschaft des „süßen Pöbels“, der Crapule. Sie untergräbt systematisch das monarchische Gefühl, das in jedem ehrlichen Deutschen lebendig ist, sie untergräbt deutsche Sitte, Zucht und Ordnung.

Gegen dieses undeutsche Wesen, gegen diesen Materialismus aufzurufen, das war, so scheint uns, auch die Absicht des Kaisers in seiner Rede an seinem zehnjährigen Regierungsfeste. So ausgelegt ist sie ein Stück einer hohen, idealen Weltanschauung und ein Regierungsprogramm von unzweideutiger Klarheit. „Ich bitte Sie,“ so schloß der Kaiser seine Rede an seine Künstler, „daß Sie mir ferner bestehen, jeder in seiner Weise und an seiner Stelle, im besten Gottwertnamen, dem Geiste des Idealismus zu dienen und den Kampf gegen den Materialismus und das undeutsche Wesen fortzuführen.“ Die Verwirklichung dieses Programms anzustreben, das wird und muß auch die Aufgabe des politischen Kampfes der nächsten Jahre sein.

Ausländische Arbeiter.

Der nationalliberale Abg. Möller hat am 29. März d. J. im preußischen Abgeordnetenhause an die Regierung die Anfrage gerichtet, ob ausländischen Arbeitern im Interesse einiger Industrien (Spinnereien usw.) ein längerer Aufenthalt im Deutschen Reiche als bisher gewährt werden könne. Minister v. d. Recke hat darauf ablehnend geantwortet. —

Angesichts der fortdauernden Klagen der Landwirte über Arbeitermangel und angesichts der Arbeitslosigkeit und Zunahme des „lieben Bettels“ in den industriellen Großstädten ist es wohl berechtigt, an der Hand der Berufsstatistik, Arbeitslosenstatistik, Ausländerstatistik usw. einmal eine Prüfung der Fragen zu versuchen, ob wir überhaupt so große Mengen Ausländer im Deutschen Reiche brauchen, oder ob es nicht besser sei, die Entvölkerung des platten Landes durch irgendwelche Mittel zu hindern und den massenhaft einwandernden Ausländern einfach die Grenzen zu sperren und die vorhandenen zum guten Teile auszuweisen.

Zunächst sei hier noch einmal auf die Zahlen über die Verschiebung der Berufsstände während der Jahre 1882 bis 1895 verwiesen, die die „Deutsch-Soz. Blätter“ in Nr. 507 veröffentlicht haben. Die folgenden Zahlen sind entweder den neuesten Heften der Statistik des Deutschen Reiches und verschiedenen Jahrgängen des Statistischen Jahrbuches für das Königreich Sachsen direkt entnommen, oder sie stützen sich in den meisten Fällen auf Angaben dieser Veröffentlichungen.

Wir wollen zuerst das Wachstum der Bevölkerung des Deutschen Reiches betrachten und zwar für einen Zeitraum, der ungefähr dem entspricht, der zwischen den beiden Berufszählungen von 1882 und 1895 liegt.

*) Auch der Führer der Sozialdemokratie, Paul Singer, stand einst einem solchen Komitee vor.

Digitized by Google

Die Bevölkerung des Deutschen Reiches betrug:

2. Dezember 1880:	2. Dezember 1895:
45 234 061 Personen	52 250 894 Personen

Es ist also eine Vermehrung um 7016 833 Personen oder um 15,51 v. H. eingetreten.

Nun zu den Ausländern! Reichs-Ausländer wohnten im Deutschen Reiche am

2. Dezember 1871	=	206 755	Personen.
2. „ 1880	=	276 057	„
2. „ 1890	=	433 254	„
2. „ 1895	=	486 190	„

Die Zahl der Reichs-Ausländer hat sich also seit 1880 fast **verdoppelt**, ist um 76 v. H. gewachsen, während die Gesamtbevölkerung nur um etwa ein Sechstel gestiegen ist. —

Wir fügen nun gleich die Zahlen über die Arbeitslosen an, allgemeine Betrachtungen auf später verschiebend.

Arbeitslose gab es im Deutschen Reiche nach der Berufszählung vom 14. Juni 1895 und nach der Volkszählung vom 2. Dezember 1895

am 14. Juni	am 2. Dezember
299 352 Personen	771 005 Personen.

Im Durchschnitt des Jahres 1895 hatten wir also rund 535 000 arbeitslose Menschen und beherbergten doch 486 000 Reichs-Ausländer in unsern Grenzen.

Daß im Winter weniger Arbeit vorhanden ist als im Sommer, ist eine Thatsache, die man immer mit der hergebrachten Redensart abzuthun sucht, die Zahl der Arbeitslosen werde im Winter besonders durch beschäftigungslose landwirtschaftliche Arbeiter erhöht. Wir wollen einmal sehen, was daran Wahres ist. Von den in den verschiedenen Berufsarten Beschäftigten waren, in Prozenten ausgedrückt, beschäftigungslos:

	am 14. Juni	am 2. Dez.
in der Landwirtschaft	0,67 %	3,61 %
„ „ Industrie	2,57 %	5,96 %
im Handel	2,50 %	3,88 %
in Lohnarbeit wechselnder Art	2,81 %	5,81 %

Aus diesen Angaben sieht man deutlich, daß es nicht nur in der Landwirtschaft im Winter mehr Arbeitslose giebt als im Sommer, sondern auch, daß die Arbeitslosen in der Industrie sogar im Winter noch verhältnismäßig mehr zunehmen als bei der Landwirtschaft. Und dies wurde im Jahre 1895 nicht etwa durch sogenannten schlechten Geschäftsgang hervorgebracht. Denn wie uns die Produktions-, Ein- und Ausfuhr-Zahlen beweisen, ist das Jahr 1895 wohl hinter den Jahren 1896 und 1897 im allgemeinen zurückgeblieben, aber ein schlechtes Geschäftsjahr ist es auch nicht gewesen.

Wollen wir uns aber noch weiter umsehen, so brauchen wir nur die Zahlen für das Industrieland par excellence, für das Königreich Sachsen heranzuziehen.

Hier wurden Arbeitslose gezählt (die wegen vorübergehender Arbeitsunfähigkeit — Krankheit — Beschäftigungslosen nicht mitgerechnet) am

14. Juni 1895	2. Dezember 1895
16 871 Personen	25 848 Personen.

Wenn man aber nun etwa glaubt, die Ausländer, die einwandernden Polen, Russen, Italiener, Tschechen und . . . Juden würden sich etwa als eine „Stütze" für unsre Landwirtschaft erweisen und sich ihr in der Mehrzahl zuwenden, so irrt man sehr. Schon der Umstand, daß die Klagen der Landwirte über Arbeitermangel jetzt wieder besonders laut ertönen und daß die Zahl der „Dienenden" in der Landwirtschaft von 1882 bis 1895 um 11,8 v. H. abgenommen hat, beweist den Andrang der Ausländer zur Industrie und zum . . . Handel. Nehmen wir hier wieder das Industrieland Sachsen, in dem ein Viertel der Reichs-Ausländer wohnt und das unverhältnismäßige Wachstum ihrer Zahl ganz auffällig ist, als Beispiel. Im Jahre 1871 hatte Sachsen unter 10 000 Bewohnern nur 95 Reichs-Ausländer, während man im Jahre 1890 unter ebenfalls 10 000 Bewohnern schon 226 Reichsausländer zählte. Dabei stammten von den 79 191 Ausländern Sachsens im Jahre 1890 allein 66 470 aus Österreich, und man wird nicht fehlgreifen, wenn man hierunter zum größten Teile Tschechen vermutet, die sich verschiedenen Industrien zuwenden und zum kleineren Teile galizische Juden wittert, denen die Ausbreitung des Handels ein willkommenes Arbeitsfeld bietet. Hat doch die Zahl der im Handel und Verkehr thätigen Personen von 1882 bis 1895 um 50 v. H. zugenommen, und von den 1885 in Leipzig hausenden 3750 (1895 = 4872) Juden stammten allein ein Viertel aus Galizien und Rußland. Aus den Religionsangaben für Leipzig ergiebt sich ferner, daß die Zahl der Lutheraner und Reformierten relativ abgenommen, die Zahl der Katholiken und Juden aber zugenommen hat.

Aber nicht nur Sachsen zeigt den Zudrang der Ausländer zur Industrie. Das sehen wir auch an dem rheinisch-westfälischen Industriebezirk, wo die Zahl der Polen über 100 000 beträgt, wo sie mehre polnische Zeitungen besitzen und zahlreiche polnische Vereine gegründet haben, denen wir übrigens auch in Mitteldeutschland vielfach begegnen. Politisch schließen sich die Landsleute Kościuszkos entweder dem Zentrum oder der sozialdemokratischen Partei an. Namentlich in jüngster Zeit sind viele sozialdemokratisch-polnische Vereine entstanden, so auch kürzlich ein solcher in Leipzig. —

Wenn wir nun beobachten, wie die politischen Parteien sowohl wie auch die Regierungen sich mit der Frage der Arbeitslosen-Unterstützung beschäftigen und sich abmühen, ein verzwicktes System dafür zu ersinnen, so ist angesichts der oben angeführten Zahlen wohl die Frage berechtigt: Wozu?

Wir sehen aus all den Angaben, daß wir die vielen Ausländer gar nicht brauchen, daß wir zunächst auf Mittel sinnen müssen, unsre deutschen Arbeitskräfte besser zu verteilen, als es jetzt der Fall ist.

Die Polen, Tschechen und andern ausländischen Arbeiter sind für uns nicht nur eine nationale, sondern auch eine wirtschaftliche Gefahr. Sie stellen eine, dem Großkapitalisten freilich erwünschte Konkurrenz für unsre deutschen Arbeiter dar, deren Löhne sie drücken. Auch das Geld, das die Ausländer verdienen, bleibt nicht im Lande. Wer je in gewissen Gegenden auf Postämtern und Postagenturen den stillen Beobachter gemacht hat, der wird wissen, wie die buntbekittelten Weiber und die langbestiefelten Männer sich besonders Sonntags einstellen und ihre „Spargroschen" in die Heimat schicken.

Aber nicht nur die Lebensbedingungen des deutschen Arbeiters werden herabgedrückt, was einen Rückschritt sondergleichen bedeutet, auch manche Blutsmischung ist unausbleiblich. So wird doppelt an der körperlichen und geistigen Verarmung unsers Volkskörpers gearbeitet. Die Industrie entnervt die Menschen, die Slaven und Juden verderben das Blut.

Die Militärstatistiker wissen, daß die Zahl der zum Militärdienst tauglichen jungen Männer nicht gleichen Schritt hält mit dem Wachstum der Bevölkerung, und den Kriminalisten ist bekannt, daß die Zahl der jugendlichen Verbrecher von 1885 bis 1894 fast um 50 v. H., also viel mal schneller als die Bevölkerung gestiegen ist. Solche Erscheinungen hängen eng zusammen mit dem unnatürlichen Wachstum der Großstädte und Großbetriebe, mit der Vernichtung unsrer selbständigen Handwerker und Kleingewerbetreibenden, mit der Züchtung von Fabrikarbeiter-Familien, wo Mann und Frau „in die Fabrik" gehen und den Kindern eine echte Erziehung mangelt.

Soll diese Volksverhunzung so weiter gehen?

Im Königreich Sachsen ist die ländliche Bevölkerung von 1834 bis 1890 von 67,2 auf 36,5 v. H. der Gesamtbevölkerung gesunken, die städtische Bevölkerung dagegen von 32,8 auf 63,5 v. H. gestiegen. Da das platte Land der Ernenerer der Bevölkerung sein soll, so läßt sich ermessen, wohin wir kommen, wenn es so weiter geht. Die Landbevölkerung ist gesünder als die großstädtische; auch finden wir unter jener die meisten alten Leute, wie die Berichte der Invaliden- und Altersversicherung uns zeigen, während es in den Großstädten viel weniger alte Leute giebt, und hier wieder hat Leipzig die wenigsten unter den

Digitized by Google

Großstädten des Deutschen Reiches. Das Königreich Sachsen darf sich rühmen, daß hier die Zahl der Selbstmörder von 1892 bis 1894 um 7,29 v. H. gestiegen ist, während die Bevölkerung nur um 3,1 v. H. zugenommen hat. — —

Aber . . . selbst in liberalen Köpfen dämmert es. So wurde z. B. auf der Versammlung der sächsischen Nationalliberalen am 30. Mai v. J. auch von einer „Degeneration" der Bevölkerung gesprochen, und der Leipziger Oberbürgermeister Dr. Georgi betonte in seiner 1896er Neujahrsansprache an die Stadtverordneten, „es sei ganz günstig, wenn das Wachsthum unserer großen Städte kein zu schnelles werde". Doch davon ein andermal.

Am Sonntag, den 8. Mai, just während ich diesen Artikel niederschrieb, sprachen in meiner Wohnung zwischen vormittags elf und nachmittags vier Uhr sechs sogenannte „arme Reisende" um Almosen vor. Ähnlich geht es fast jeden Tag. Wenn man hiergu bedenkt, daß die Asyle für Obdachlose, die Arbeitsstätten für Arbeitslose und Zwangsarbeitsanstalten besonders im Winter überfüllt sind, so muß man das Verlangen des Abgeordneten Möller geradezu als Frevel bezeichnen.

Nein, nicht noch mehr Reichs-Ausländer wollen wir herein haben! Im Gegenteil! Man sollte tausende von ihnen ausweisen und die Grenzen sperren; es bleiben ohnehin genug bei uns hängen.

Ferner müssen Mittel gefunden werden, unsre Arbeitskräfte besser zu verteilen. Dazu wird sich vielleicht eine Durchsicht des Gesetzes über die Freizügigkeit nötig machen. Warum auch nicht? Hat man doch auch der Gewerbefreiheit durch neuere Gesetze wieder einige Fesseln angelegt. Warum sollte man nicht auf verwandtem Gebiete begangene Fehler wieder gut zu machen suchen? Es ist Pflicht der Männer in den gesetzgebenden Körperschaften, Pflicht der leitenden Staatsmänner unsrer Regierungen, diese Dinge nicht aus den Augen zu lassen, — videant consules, ne quid res publica detrimenti capiat!

K. Tänzler (Leipzig).

Wahlbilder.

In einer preußischen Kreisstadt mit überwiegend katholischer Bevölkerung erhielt bisher noch bei jeder Wahl ein Zentrumsgähklandidat mehrere hundert Stimmen. Angesichts der Parole, die die Zentrums-Wahlleitung dieses Mal ausgegeben hatte, mußte man annehmen, daß auch am 16. Juni die entsprechenden Maßnahmen von dem katholischen Geistlichen getroffen werden würden. Unser Wahlausschuß machte deshalb weiter keine Anstrengungen, da nach den Erfahrungen früherer Jahre auf einen Erfolg in jener Stadt doch nicht zu rechnen war. Um so erstaunter war der betreffende Wahlleiter, als er einige Tage vor der Wahl von einem angesehenen Zentrumswähler die Aufforderung erhielt, schleunigst für ausgiebige Verteilung von Flugblättern und Stimmzetteln zu sorgen, da der katholische Dechant nach Rücksprache mit hervorragenden Gemeindemitgliedern von der Aufstellung einer Zählkandidatur Abstand genommen habe. In einer persönlichen Unterredung mit dem Briefschreiber und andern bekannten Zentrums-Anhängern stellte unser Wahlleiter die Richtigkeit dieser Angaben fest und sorgte infolgedessen dafür, daß sofort von Haus zu Haus die nötigen Stimmzettel usw. ausgetragen wurden. Alle Herren, mit denen auf ihr eigenes Ansuchen mündlich verhandelt war, gaben als Grund für ihr Verhalten und die Stellungnahme des Dechanten an, daß der wiederaufgestellte bisherige Abgeordnete seither in vollstem Maße seine Pflicht gethan und insbesondere für ihre Stadt sich wiederholt erfolgreich verwandt habe. Befriedigt warteten wir deshalb den Wahltag ab.

Und was geschah?

Am Morgen des 16. Juni ließ der Dechant Stimmzettel auf den Namen eines Zentrums-Abgeordneten austragen; von den eingetragenen Wählern übten nur 18 v. H. ihr Wahlrecht aus und davon stimmte für den bisherigen Abgeordneten auch nur ein Teil — — —

* * *

Bei dem Besuche unsers Kandidaten in einem lothringischen Dörflein, erklären verschiedene einflußreiche Einwohner kräftig für die Wahl des deutschen Antisemiten wirken zu wollen. Freiwillig geben sie sämtlich die Hand darauf, nehmen die nötige Anzahl Stimmzettel in Verwahrung und einer der Herren trägt unserm Kandidaten sogar einen Gruß an einen bekannten Abgeordneten unsrer Partei auf. Kurz vor der Wahl kommt die Regierung mit einem eigenen Kandidaten, und am Wahltage wird in besagtem Dörflein nicht eine einzige Stimme für unsern Kandidaten abgegeben!

* * *

Einer unsrer Wahlhelfer besucht in einer nicht großen preußischen Stadt den katholischen Kaplan und stellt die bescheidene Anfrage, ob für die Wahl wieder eine Zählkandidatur beliebt werde. Die Antwort fiel weder bejahend noch verneinend aus und als unser Freund sich dann erkundigte, inwieweit die Verteilung unsrer Stimmzettel von Nutzen sein könne, erklärte der Kaplan: „Sagen Sie in der Stadt nur, dies (der antisemitische) sei der richtige Stimmzettel und berufen Sie sich nur auf mich." — Es geschah wie gewünscht, die Stimmzettel landen willige Abnahme und . . . am Wahltage ging nicht ein katholischer Wähler zur Urne!

* * *

Im Wahlkreise Rostock-Doberan ist der sozialdemokratische Jude Dr. Herzfeld gewählt. Eine Frau in dem Badeorte Bademünde hatte schon seit längerer Zeit für eine dortige Kaufmannsfamilie die Wäsche besorgt. Als sie jüngst (zwischen Haupt- und Stichwahl) wieder einmal das gereinigte Linnenzeug ablieferte, wird ihr der Zeitpunkt angegeben, wann sie das nächste Mal die schmutzige Wäsche abholen kann. „Ja," meint da die Frau nach einigem Besinnen, „ich weiß nicht, ob ich das thue; wenn Herzfeld gewählt wird, dann brauche ich ja nicht mehr zu waschen!"

* * *

Bei der Ermittelung des Wahlergebnisses in einem Wahllokale des Hansaviertels zu Berlin, das gleich nach dem Tiergartenviertel die meisten Juden beherbergt und deshalb außer der Kaiser Friedrich-Gedächtniskirche auch einen eigenen Judentempel besitzt, liest der Wahlvorsteher plötzlich von einem Zettel

Max Liebermann von Sonnenberg
Großlichterfelde.

Sofort schreit ein unmittelbar neben dem Wahlvorsteher stehender Mann — kein Arbeiter, denn die wohnen in jenem Viertel nicht —: „Alimenten-Böckel!" Weder der Wahlvorsteher noch sonst jemand aus dem Wahlbureau fühlte sich veranlaßt, dem vorlauten Schreier den Mund zu stopfen.

* * *

Zu einem Gutstagelöhner im 6. mecklenburgischen Wahlkreise kommt gleich nach der Hauptwahl ein seiner Herr in Begleitung eines andern, der einen blanken Aktendeckelbogen unter dem Arm trägt. „Sie heißen X?" fragt der seine Herr. — „Jawohl, Herr!" — „Haben Sie nicht kürzlich Ihre Kuh verloren." — „Jawohl, Herr!" — „Haben Sie Ersatz dafür bekommen?" — „Ja, 150 Mark aus der Versicherungskasse und 50 Mark von meinem Herrn." — „Mehr nicht? Das muß anders werden! (Zu dem Aktendeckelmann:) Notieren Sie mal! Nein, lieber Mann, das kann ja unmöglich so bleiben, da lassen Sie mich nur sorgen! Adieu! . . . A propos, wie ist es dem mit der Wahl?" — „Ich habe für Herrn von Treuenfeld gestimmt." — „Hm . . . wenn Knappe (Sozialdemokrat) gewählt würde, ja dann könnte schon etwas für Sie geschehen. Na, adieu!" — Der Tagelöhner bedankt sich vielmals bei dem gütigen Herrn und wählt . . . den „Genossen".

* * *

Digitized by Google

„Johann, hast Du schon gewählt?" Diese Frage stellt eine kleine Besiterin im Bablitzerie Eschwege an ihren einzigen Knecht. — „Nee," sagt Johann. — „Dann nimm diesen Zettel-Zettel und trag ihn zum Bürgermeister." — Nach einer Viertelstunde kommt Johann zurück. „Hast Du den Zettel abgegeben?" — „Nee!" — „Warum denn nicht?" — „Da stand so'n Kerl und der nahm ihn mir weg und sagte, es wäre net der richtige und da habe ich den dem Bürgermeister gegeben, den der Kerl mir gab." — Sooo, was stand denn da drauf?" — „Hugo aus Eschwege!"

Hugo war der sozialdemokratische Kandidat! — — —

Die Doppelwährung und die Beamten.

In der Goldwährungspresse taucht des Öfteren die Meinung auf, daß die Einführung der internationalen Doppelwährung eine Schädigung der Beamten und aller Personen, die ein festes Geldeinkommen bezichen, sein würde. Ab und zu wird auch eine Fassung beliebt, die die Meinung erwecken muß, daß ein Beamter selbst zu der Frage das Wort ergreift. Derartiges war vor einiger Zeit in dem Organ der Postassistenten der Fall. Was nun eine derartige Urheberschaft anbelangt, so hat man alle Ursache, ihr zweifelnd gegenüber zu stehen: vor allen Dingen deswegen, weil man einem Beamten, der in der Frage das Wort ergreift, kaum einen so kurzsichtigen Standpunkt, wie ihn diese Äußerungen einnehmen, zutrauen darf. Zur Sache selbst ist zu bemerken, daß für die überwiegende Mehrzahl der Beamten die Detailpreise ihrer tagtäglichen Bedürfnisse maßgebend sind; die Detailpreise sind aber, der Geldwertsteigerung entsprechend, nicht gesunken, sie werden daher nach Aufhören der Geldwertsteigerung auch nicht in die Höhe gehen. Wenn wir uns die Verhältnisse von vor 1873 vergegenwärtigen, so finden wir im Allgemeinen dieselben Detailpreise wie heute, während die Großpreise erheblich höher waren; es liegt eben daran, daß die Kleinpreise sich nach anderen Faktoren regeln, nur bei den Großpreisen kommt die Warenmatur des Geldes bezw. der Metallwert zum Ausdruck. Man wird daher nicht fehlgehen in der Annahme, daß nach Einführung der internationalen Doppelwährung die Großpreise sich heben werden, ohne eine Abwälzung auf die Kleinpreise zu finden.

Aber auch ohne Berücksichtigung dieses Umstandes muß der Standpunkt eines Beamten, der allein mit Rücksicht auf die Kauffähigkeit seines Einkommens die Währungsfrage beurteilt, ein sehr kurzsichtiger und engherziger genannt werden. Der Beamte hat den Anspruch, so viel zu erhalten, wie er zu einer standesgemäßen Lebensführung braucht, und es wäre geradezu unmöglich für jeden Staat und jede Kommune, die ganze Allgemeinheit des Beamtenstandes unter dem notwendigen Niveau der Lebensführung zurückzuhalten. Wenn Beamte über unzureichende Besoldung klagen, so handelt es sich meistens um eine besondere Klasse, die, im Vergleich mit andern Beamtenklassen, schlechter gestellt zu sein glaubt und eine Aufbesserung für erforderlich hält. Der gesamten deutschen Beamtenschaft aber die Gehaltsaufbesserung zu verlagen, wenn die gesamte Lebenshaltung wirklich kostspieliger werden sollte, wäre ein Ding der Unmöglichkeit, um so mehr, als eine etwaige Verteuerung der Lebensverhältnisse unter allen Umständen mit einem Aufschwung im Handel und Verkehr, mit einer Verbesserung der landwirtschaftlichen Verhältnisse und folgerichtig auch mit einer wesentlichen Aufbesserung der Staatseinkünfte zusammenfallen müßte. Die gegenwärtigen Verhältnisse sind im Gegenteil gerade den Beamten in hohem Grade schädlich. Wie wir vorher sahen, zahlen sie für ihre Bedürfnisse im Allgemeinen dieselben Preise wie früher, während die Gehaltsaufbesserung bisher nicht allen Wünschen gerecht werden konnte.

Gerade unter heutigen Verhältnissen muß von dem Mittel Gebrauch gemacht werden, daß man mit Rücksicht auf die schlechten Finanzverhältnisse notwendige Gehaltsaufbesserungen zurückhält, etatmäßige Stellen aus Sparsamkeitsrücksichten durch Diätare verwalten läßt und so das natürliche Aufrücken des Einzelnen in eine höhere Gehaltsstufe verhindert. In dieser Weise zeigt sich der schädigende Einfluß der Goldwährung den Beamten gegenüber, während er sich bei den Angestellten der Industrie- und Handelswelt noch fühlbarer macht. Hier befinden wir uns bereits seit längerer Zeit in einer Periode der Verschlechterung. Leider allzuoft wird beim Stellenwechsel dem Neuengagierten nicht mehr das Einkommen bewilligt, das der frühere Inhaber der Stelle bezog, und so mancher muß beim Eintritt in eine neue Stellung mit einem geringeren Einkommen vorlieb nehmen, als wie er es früher gehabt hat. Wenn die Staatsbeamten auch in absehbarer Zeit noch keine derartigen Gehaltsminderungen unter den heutigen Währungsverhältnissen zu erwarten haben, so haben sie doch durch den Verschluß der Gehaltsaufbesserung und das teilweise Aufhören des Einrückens in besser besoldete Stellen Schaden genug, ohne aus dem unaufhörlich sich steigernden Goldwerte Nutzen ziehen zu können.

Der Arbeiterführer „Genosse" Singer.

In den Versammlungen unsrer Partei ist es nicht selten nötig, daß gegenüber den auftretenden „Genossen", die „ihren Führer" Singer bis in die abschgrane Pechhütte loben, die gerichtlich festgestellte Äußerung des früheren Teilhabers des Herrn Singer erwähnt werden muß.

Sind unter den Anwesenden nur wenige „Genossen", so heißt es dann: „Die Geschichte ist ja richtig, aber ‚Genosse' Singer ist sofort aus der Firma ausgetreten, als er Kenntnis von den Ansichten seines Teilhabers Rosenthal bekam." Kann sich der gegnerische Redner dagegen auf seine Schutzgarde verlassen, so erklärt er mit donnernder Stimme: „Das ist gelogen." Und dann verlangt er den Wortlaut des Urteils. Wird ihm dieser nun unter die Nase gehalten, so lautet die Antwort einfach: „Genosse" Singer hat mir erklärt, daß alles aus dem Urteil Singer gegen Dopp vorgebrachte infam erlogen ist." Selten dagegen versteigt sich eine sozialdemokratische Zeitung dazu, so etwas zu widerholen; in der Regel wird darüber mit einigen Schimpfworten hinweggegangen. Eines von den wenig bekannten Provinzialblättern der „Genossen", die „Sonntagszeitung" in Halberstadt, hat es bei der Wahlagitation aber fertig gebracht, in dem Berichte über eine Versammlung des deutschsozialen Reformvereins zu Osterwieck (Harz) zu schreiben: „Herr Schumann verstand sehr gut, die Sozialdemokratie in den Schmutz zu ziehen. So tischte er auch die alte Lüge der Antisemiten wieder auf, daß Singer früher als Konfektionär zu seinen Arbeiterinnen gesagt habe, wenn sie mit ihrer Löhnen nicht auskämen, so sollten sie des Abends auf den Strich gehen. Wir wollen zur Ehre des Herrn Schumann annehmen, daß es ihm unbekannt ist, daß diese Geschichte vor Gericht als eine ganz gemeine Verleumdung festgestellt worden ist, und daß schon einige antisemitische Verleumder dieserhalb verurteilt worden sind. Der Herr sollte sich in Acht nehmen, daß ihm nicht etwas ähnliches passiert."

Natürlich hat Herr Obermeister Schumann nicht behauptet, von Singer stamme jene schamlose Äußerung, sondern er hat vielmehr von Rosenthal, dem Teilhaber Singers gesprochen. Und dieser Umstand ist von uns schon in hunderten von Versammlungen öffentlich erwähnt; das betreffende Urteil, das ausdrücklich Singer für jene Worte Rosenthals mit verantwortlich macht, ist schon oft öffentlich verlesen und abgedruckt worden, ohne daß bis jetzt irgendjemand als Verleumder bestraft worden wäre. Wir fordern darum die „Halberstädter Sonntagszig." auf, uns das Gericht und das Urteil zu nennen, welches festgestellt hat, daß der Kaufmann Rosenthal als Teilhaber des Abg. Paul Singer nicht gesagt hat: „Laßt doch die Mädels auf den Strich gehen, aber liefert die Mäntel billiger!" Wir fordern die „Halberstädter Sonntagszig." weiter auf, uns die „antisemitischen Verleumder" namhaft zu machen, die verurteilt sind, weil sie jene Behauptung öffentlich vertraten.

Digitized by Google

Vermag die „Halberstädter Sonntagsztg." nicht knapp und klar solche Thatsachen vorzubringen, so wird sie sich gefallen lassen müssen, daß wir unserseits ihre Angaben als bewußte Verleumdungen kennzeichnen, und daß wir diesen Umstand in Sachsen mit allen Kräften gegen sie und ihren vollsverdummenden Einfluß ausnützen werden.

Aus Lothringen

schreibt man uns:

Der Ausfall der Reichstagswahl im Kreise Metz hat gezeigt, daß die Ziele der deutschsozialen Reformpartei hier noch die alte Sympathie besitzen, und daß es nur die eigene Kurzsichtigkeit der Regierung verschuldete, wenn unser Kandidat nicht zur Stichwahl gelangte. Es war doch ein seltsames Unterfangen, durch einen wenig berühmten Herrn Brauß fünf Tage vor der Wahl den Hauptmann a. D. Hoffmann aufzustellen und dadurch eine Verwirrung in die Wählerschaft hineinzutragen, die nicht mehr gut zu machen war.

Uns muß es nachgerade vorkommen, als hätte die reichsländische Regierung kein Interesse daran, endlich auch einmal deutsche Vertreter ans dem Mittelstande für Elsaß-Lothringen im Reichstage sitzen zu sehen. Die merkwürdigen Vorgänge auch bei dieser Wahl sind sonst wirklich unbegreiflich. Rufen wir uns doch die Dinge ins Gedächtnis zurück! Im ganzen Lande ist kein deutscher Kandidat zu finden. Protestler und Sozialdemokraten sind die einzigen auf dem Plane. Da kommt die deutschsoziale Reformpartei, um wenigstens zu zeigen, daß es trotz und alledem hier noch deutsche Männer giebt. Kaum hat sie aber die Agitation für ihren Kandidaten begonnen, so weht es in den Meyer Schichten lebendig, die bisher am Biertische achselzuckend jede Arbeit gegen den Protestler Pierson für mehr als unnütz erklärten. Die Versammlungen unsers Kandidaten hatten auf einmal Interesse für sie, und Herr Hauptmann Hoffmann verschmähte es vor seiner Aufstellung nicht, gegen unsern Kandidaten aufzutreten und den Versuch zu machen, seine Ausführungen und unser Programm ins Lächerliche zu ziehen. Als Beifallspender traten aber nur die Sozialdemokraten auf, und daß Herr Hoffmann thatsächlich die Geschäfte dieser Umstürzler besorgt hat, wird er dem Wahlaufsatz entnommen haben. Ganz unverblümt bekam er es auch in der Zusammenkunft zu hören, die die Macher seiner Kandidatur behufs Stellungnahme zur Stichwahl am 22. v. M veranstalteten. Ein Amtsgerichtsrat ging scharf mit Herrn Hoffmann ins Gericht. Er betonte mit Recht, daß die 2604 Stimmen nur durch den Druck von „gewisser Seite" aufgebracht seien, und daß Herr Hoffmann das nächste Mal es nur probieren solle, ob er wirklich diese Stimmenzahl wieder bekommen würde. — Der beste Beweis, daß nur unsre Partei den Protestler hier ablösen kann, liegt in der Thatsache, daß unser Kandidat auf dem Lande mehr Stimmen erhielt als Herr Hoffmann, trotzdem für diesen insgesamt beinahe die dreifache Anzahl von Stimmen gezählt wurde wie für Herrn Schmitz. Zu verwundern war das auch nicht, da im letzten Augenblicke die Hoffmann-Stimmzettel doppelt so groß wurden als die unsern!

Und mit welchen Schwierigkeiten hatten wir nicht zu kämpfen. Die Land-Bürgermeister, die anstandslos für den Protestler Pierson und für den Regierungsmann Hoffmann die Stimmzettel austeilen und die Wahlaufrufe anschlagen ließen, weigerten sich unsre Plakate anzunehmen. Während die Versammlung der Hoffmann-Leute am 22. v. M. ohne vorherige Anmeldung anstandslos stattfand, mußten wir die dreitägige Anmeldefrist streng innehalten. Die Annahme unsers Wahlmaterials wurde selbst von kaiserlichen Postbeamten verweigert und deutsche Vereinigungen — wie der Alldeutsche Verband — thaten nicht einen Federstrich für unsre Kandidatur, die wochenlang die einzig deutsche war!

Während unser Kandidat für die Stichwahl offen die Parole ausgab „Gegen die vaterlandslose und christentums-feindliche Sozialdemokratie", brachten solches die Regierungsmänner nicht übers Herz. Das hat Herrn Hoffmann den letzten Rest von Sympathie geraubt. Wir aber können mit Zuversicht das Kommende abwarten, denn die Stimmen, die wir aufbrachten, sind von übergezogenen Antisemiten abgegeben, und hätten wir nur annähernd die Mittel zur Verfügung gehabt, die die Protestler, Regierungsmänner und Sozialdemokraten verwenden konnten, dann wäre Metz heute deutsch vertreten, denn dann wäre nicht die Hälfte der Wählerschaft zu Hause geblieben.

Wir schließen mit der Hoffnung, die unser Kandidat in seinem Dank an die Wähler zum Ausdruck brachte: Auf Wiedersehen bei nächster Gelegenheit!

Der jüdische Weltbund. In Anschluß an den Artikel „Geheimes Judentum" entnehmen wir dem Mitglieder-Verzeichnis von 1883 der Alliance Israelite Universelle für das hohenzollernsche Städtchen Hechingen folgende Namen:

Baruch, Adolf	Levy, Max
Baruch, Benno	Liebmann, Leop.
Baruch Joseph	Loewengard, A.
Beisinger, Marx	Loewengard, Sim.
Bernheim, Gebr.	Löwenthal, Abrh.
Bernheim, Max J.	Löwenthal, Heinr.
Einstein, Jos.	Mattes, M.
Einstein, Rudolf	Moos, Albert
Ewald, A.	Moos, Elias
Frohlich, Max	Moos, Louis
Hayum, Heinr.	Moos, Löwe., Sara
Heilbronner, Sim.	Philipp, Herm
Hilb, Maier	Reringer, Js.
Kaufmann, Carl	Rosenthal, Ad.
Levy, Lehrer	Rosenthal, M.
Levy, Jacob	Senger, M.
Levi, Julius	Stern, Joseph
Levi, Louis	Stern, Moritz
Levi, Leopold	Weil, Adolf
Levi, Michael	Weil, Ludwig
Levi, Löwe., Fanny	Weil, Hermann
Levi, Löwe., Peppi	Weil, Sigmund.
Levy, M. A.	

Man ersieht hieraus, daß dem Bunde alle Juden und Jüdinnen angehören, die etwas zu bedeuten haben. Daß eine derartige weitverzweigte Einigung auf die Dauer als harmlos angesehen werden könnte, halten wir nicht für möglich.

Eine zeitgemäße Erinnerung finden wir in dem österreichischen Hauptorgan der Alliance Israelite Universelle, der „Neuen freien Presse". Aus Anlaß einiger angeblich antisemitischen Ausschreitungen in Kalwarya bei Krakau, wobei zwei Nichtjuden erschossen und viele andere verwundet wurden, druckte das Blatt folgende Zuschrift ab: „Ich habe oftmals Gelegenheit gehabt, das berühmte Kloster in Kalwarya zu besuchen, zu dem bekanntlich jedes Jahr tausende von Menschen wallfahrten, und bemerkte dort zu meinem Erstaunen ein auffallend großes Bild, an der rückwärtigen Wand der Klosterkirche befindlich, welches die Fabel von einem durch Juden verübten rituellen Mord darstellt. Ist es da ein Wunder, daß Exzesse gegen Juden vorkommen, wenn gebuldet wird, daß ein derart aufreizendes, jeder positiven Grundlage entbehrendes Bild in der Kirche aufgehängt wird! Zweifellos wird der Fanatismus der bigotten Menge durch eine solche Darstellung auf das bedenklichste geschürt." Diese Zeilen lasen wir zufällig am 29. v. M. und erinnerten uns dabei, daß an demselben Tage im Jahre 1891 der schandbarste Mord an dem fünfjährigen Johann Hegemann in Xanten begangen wurde, daß man den blutleeren Leichnam in dem Hause des Schächters und Vorbeters Wolff Buschoff auffand, und daß bis heute der Thäter nicht entdeckt werden konnte!

Digitized by Google

Der tote Antisemitismus. Tagtäglich wird der Antisemitismus im allgemeinen und die deutschsoziale Reformpartei im besondern in allen semitischen und philosemitischen Blättern totgesagt. Als Beweis müssen die Zahlen von der letzten Wahl herhalten. Es liegt in der Natur der Sache, daß Juden bei dieser Gelegenheit nicht vor Fälschungen und Lügen zurückschreckt, obwohl gerade unsre Presse sofort möglichst ausführlich alle Zahlen veröffentlicht hat, die unsre Kandidaten betrafen. Gegenüber diesen tendenziösen Machenschaften berührt es ordentlich wohlthuend, wenn man auch einmal eine andre Meinung zu hören bekommt. Die „Zägl. Rundschau" hat als einzige in ganz Deutschland dies Wagstück unternommen. Sie schreibt in der letzten Sonnabend-Nummer: „Die deutschsoziale Reformpartei hat bei den Wahlen schlecht abgeschnitten, und liberale Blätter kündigen schon triumphierend die endgiltige Niederlage des Antisemitismus an, obwohl doch der Antisemitismus eine Gesinnung ist, die heute mehr Boden hat in Deutschland, denn je, während die Reformpartei lediglich den Versuch darstellt, den antisemitischen Gedanken zum Träger einer politischen Partei zu machen. Dieser Versuch hat eine Niederlage erlitten, deren Gründe ein anders Mal darzulegen sein werden. Für heute können wir nur unsre Freude aussprechen, daß die deutschsoziale Reformpartei durch die Wahl des trefflichen Raab wieder mehr als bisher an ihren Beruf als soziale Reformpartei erinnert werden wird. Im Reichstage dürfte die Partei wahrscheinlich zusammen mit dem bayerischen Bauernbunde, der dem Zentrum 60000 Stimmen abgenommen und in Dr. Ratzinger einen kenntnisreichen, wenn auch die Sonderwege liebenden Führer gewonnen hat, eine Fraktion bilden. Möge sie sich endlich zu festerem Zusammenschluß und größerer Arbeitskraft läutern!"

Das Blatt bemerkt außerdem noch: „Schade, daß nicht auch eine weitere koloniale Autorität Dr. Schröder-Poggelow gewählt worden ist, der von der Reformpartei in Usedom-Wollin aufgestellt war und dem gänzlich unbekannten freisinnigen Amtsrichter Gaulke, der sich im Reichstage noch gar nicht bemerkbar gemacht hat, erlegen ist. Gegenüber dem Ansturm der Kolonialgegner ist die sachverständige Vertretung der kolonialen Ideen im Reichstage meist eine sehr laue und ungenügende; eine Stärkung der nationalen Verteidigungsinie wäre hochwillkommen gewesen."

Mosaik.

Ein Kornjude aus dem Jahre 1390. Das im Jahre 1804 zu Berlin erschienene „Taschenbuch für die Kinder Israels oder Almanach für unsere Leute" erzählt folgende Geschichte: „Zu Dantgarten, im jetzigen schwedischen Pommern wohnte unter der Regierung des Herzogs Bogislavs VI. ein Kornkäufer Namens Pantelij. Einige hinter einander eingefallene Mißwachs-Jahre hatten fast einen allgemeinen Kornmißwachs mit sich gebracht und die Teuerung war allgemein. Bei solchen Konjunkturen spekulierte der Kaufmann von jeher gern. Pantelij hatte daher auch alle Böden mit Korn belegt, und wenn nun noch ein teures Jahr eintrat, so war ein ansehnlicher Gewinn sein. Das Ding lief aber anders ab, als Pantelij dachte. Das folgende Jahr lohnte reichlich, und die Felder schwammen gleichsam in Segen. Pantelij läßt seine Garben in der Ernte einfahren und fügt oben auf dem Wagen; sein Knecht, froh über den Segen der Ernte, singt und dankt Gott. Pantelij, den die reiche Ernte so schon wurmte, fragt ihn, warum er so fröhlich sei, und der Knecht antwortete: „Wer wollte das nicht sein? Mir ist's lieb, daß unser Herrgott wiederum so gute Zeit gegeben, daß die Armen nun auch wieder zu essen bekommen." — Mit fröhlichem Gesange fuhr der Knecht weiter, und in Pantelijens Seele wurde es immer dunkler. Vielleicht brachte ihn dies gute Jahr, wo nicht um einen großen Teil des Kapitals, doch wenigstens um einen ansehnlichen Gewinn. Er nahm den Strick, womit der Webebaum befestigt war, schürzte ihn um den Hals, sprang vom Wagen und erhing sich. Unwissend was sein Herr gethan, fuhr der gute Knecht in die Stadt und schleppte seinen erhängten Herrn hinter sich her ... Also sollte es billig allen Wucherern gehen, die so der Armut nichts gönnen und allein wollen reich werden."

Jüdische Aufrichtigkeit. Auf einem Akademiebankett sprach D'Israeli, der „große" englisch-jüdische Staatsmann, mit großer Beredtsamkeit von der Phantasie, die die Künstler in den ihn umgebenden Werken bewiesen hätten. Nach dem Essen nahm er den Dichter Browning bei Seite und sagte zu ihm: „Was mir an diesen Bildern besonders auffällt, ist der gänzliche Mangel an Phantasie, den sie alle verraten." Browning erzählte diese Geschichte während eines Frühstücks, an dem auch Gladstone teilnahm, und er meinte, sie sei recht amüsant. „Sie nennen das amüsant", bemerkte Gladstone mit blitzenden Augen „ich nenne es höllisch". — Gladstone hätte statt „höllisch" sagen können (er hat es vielleicht auch gesagt) „jüdisch"!

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. In der St. Ilie-Kirche zu Berlad (Rumänien) trat „unter großem Pomp" die aus acht Mitgliedern bestehende jüdische Familie Brumaner zum orthodoxen Glauben über. Die Feier leitete der Bischof von Huschi unter Beistand des gesamten Klerus. Taufpathen waren der Präfekt Theodor Jon nebst Frau und ein Fräulein Nanu . . . —

Jizdor Bittkowski, genannt Maximilian Harden, der erst vor kurzem wegen eines Artikels über den unglücklichen König von Bayern bestraft wurde, hat jetzt in seiner „Zukunft" in widerlicher Weise sich mit dem Geburtstage an den vor zehn Jahren erfolgten Regierungsantritt unsres Kaisers beschäftigt. Die wohlverdiente Anklage wegen Majestätsbeleidigung ist nicht ausgeblieben. —

In Breslau sind im Jahre 1897 acht Evangelisch-Lutherische zum Judentum übergetreten und 36 Juden in die evangelisch-lutherische Kirche aufgenommen. —

Ohne Widerspruch wurde „Genosse" Singer in die städtische Schuldeputation gewählt, also in die Körperschaft, die den maßgebenden Einfluß auf die Schulen der Reichshauptstadt hat. In Intelligenz marschieren die Berliner Stadtväter doch noch immer an der Spitze der Zivilisation! —

Von der schwedischen Hochschule Upsala war vor kurzem der Studenten-Sängerchor „Orphei Drängar" in Berlin, der auch die Ehre hatte, vor dem Kaiser zu singen. Nachträglich stellt sich nun heraus, daß der ganze Zug von einem jüdischen Impresario geleitet wurde und deshalb einen mehr geschäftlichen Anstrich erhielt. Die studentischen Korps in Berlin beteiligten sich aus diesem Grunde auch nicht an den zu Ehren der schwedischen Komilitonen veranstalteten Festen.

Früh übt sich, was ein Meister werden will. Das Judenthum hat unschuldigerweise vom Lehrer ein paar hinter die Ohren bekommen; nicht er, sondern sein Vordermann hatte Lärm in der Stunde gemacht.

„Werden Sie nun haben eingelehrn, Herr Lehrer", ruft er weinerlich, „daß ich die Ohrfeigen nicht habe verdient; werden Se se mir freundlichst gutschreiben!" (D. Michel.)

Um den neuen Lesern

unsres Blattes auch die Anschaffung früherer Jahrgänge zu erleichtern, haben wir uns entschlossen, deren Preise erheblich herabzusetzen.

Wir liefern — soweit der Vorrat noch reicht — die

Jahrgänge 1890 bis 1895 für je 5 M. gebd., 3 M. ungebd., alle 6 Jahrgänge zusammen für 25 M. gebd., 15 M. ungebd., Jahrgang 1896 und 1897 gebd. für je 6 M., ungebd. 4 M.

frei zugesandt!

Die Jahrgänge der „Deutsch-Sozialen Blätter" bilden ein Nachschlagewerk von hervorragendem Werte. Wir müssen notwendigerweise die Leser öfters auf frühere Jahrgänge verweisen, da es nicht thunlich ist, alle wichtigen Fragen und Verbesserungen in jedem Jahrgange aufs neue zu behandeln.

Verlag der „Deutsch-Sozialen Blätter"
Leipzig, Königsstr. 27.

Digitized by Google

Eldorado

Pfaffendorferstrasse 4, **LEIPZIG**, Fernspr. Amt I, Nr. 2162.

Restaurant und Gesellschaftshaus 1 Ranges.

Vereinslokal des Deutsch-sozialen Reform-Vereins.
Versammlungslokal der Deutsch-nationalen Handlungsgehilfen.

Spezialität:

Vorzügliche Küche. ²/₄ Portionen mit Suppe 80 Pf.
Abend-Stamm von 30 Pf. an.

Zimmer von 1,50 M. an.

Adalbert Heinrich.

CAFE MERKUR

Leipzig
An der Pleisse 8.

300 Zeitungen, Depeschen u. Kursberichte, Städte-Adressbücher v. Berlin, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Hamburg-Altona, Halle a. S., Paris, sowie Handels-Adressbücher aller grösseren Staaten liegen zur gefl. Benutzung aus.

Jeden Vormittag Bouillon und Pasteten.

Geöffnet bis morgens ½4 Uhr.

Hochachtungsvoll
W. Rühlemann.

Deutsche Schänke, Leipzig,
Poststrasse 20.
empfiehlt **kräftigen Mittagstisch** und **gute Biere.**
Gesellschaftszimmer noch einige Tage frei.
Hochachtungsvoll *H. Singer.*

Bad Kissingen

Logierhaus Renner
jenseits der Saale
Garitzer Straße 24
empfiehlt schön frei gelegene Wohnungen zu billigen Preisen.
Neu angelegter grosser Garten.

Deutscher Krug.
Antisemiten-Kneipe, Chemnitz.
Lohgasse 3, Parterre und 1. Etage.
Ausschank:
Böhmisch, Lichtenhainer, Tuchersches Dunkel und Pschorrbräu.
Speisen vorzügl. Flotte Bedienung.
Hochachtungsvoll **Emil Krug**

Antisemitische Pfeifen
mit Ornamenten und Sprüchen aus Elfenbein-Steingut, à Stück portofrei gegen Einsendung von 65 Pf. in Briefmarken.
J. Korzilius, Hoflieferant, **Köln-Ehrenfeld.**

Ist das
Radfahren
gesund?

Ärztliche Gutachten über das Radfahren.
Herausgegeben von **Theoph. Weber.**
2. Auflage.
Um mit dem geringen Restvorrate zu räumen, statt 2 Mk. für **1 Mark.**
Herm. Beyer, Leipzig, Königsstr. 27.

Ladebeck's
selbstthätige
Sitz-Douche

Patentiert in allen Kulturstaaten.
Dieser sanitäre Reinlichkeits-**Apparat** ist in jedem Zimmer **ohne Heizvorrichtung u. Wasserleitung** stets fertig zum Gebrauch, **bedarf** selbst zu mehrmaliger Benutzung **nur 2 Eimer Wasser,** erfordert kein vollständiges Auskleiden **und ersetzt vollkommen Sitzwanne, Bidet, Fussbad etc.**

Von medizinischen Autoritäten empfohlen. Zahlreiche Anerkennungsschreiben. Gebrauchsanweisung wird beigegeben.

Preis 28 Mark per Nachnahme.

Hauptdepot:
H. Ladebeck, Leipzig,
Alexandrinenstrasse 14.
Vertreter im Auslande gesucht.

Unglaublich billig
sind Strümpfe, Socken, Normalwäsche, nur garantiert feinste Qualität, bei **Oskar Jahn,** Spezial-Versandhaus, **Leipzig,** Peterssteinweg 16. — Persönliches Interesse! —

Billige, dichte Dächer
ohne man her gut **Andernach's** Asphalt-Steinpappen
Muster gratis, portofrei.
A. W. Andernach a. Rhein.

Vergleichen Sie
alle Angebote in Herrenkleiderstoffen in Bezug auf **Auswahl, Qualität** und **Preise,** dann kaufen Sie bestimmt bei
Christian Günther
LEIPZIG-PLAGWITZ
Bekanntestes Tuch-Versandgeschäft.
Fordern Sie mit 5 Pfg-Karte kostenlose Zusendung von Mustern.

Wein-Groß-Handlung,
Import von Rum, Arrac, Cognac,
von

Jede Flasche trägt diese Etiquette als Schutzmarke.

Berlin NW., I Stendaler-Straße 1.
Fernsprecher: Amt Moabit 1376.
Gegründet 1877.

1892er u. 95er Rhein- u. Moselweine, p. Fl. oder p. Ltr. von 70 Pf. an.
1893er u. 95er Bordeaux-Weine von 1 M. an, sowie ähnliche in- und ausländische Weine usw. zu soliden Preisen. Für absolute Reinheit garantieren
Schmitz & Co.
Kleine Proben und Preisliste umsonst.

Weltruf
haben westf. Fleischwaaren
(Winterware)

feinste westf. Schinken	1,05	ℳ p. Pfd.
„ „ Schinkenw.	1,35	„ „ „
„ „ Plockw.	1,20	„ „ „
„ „ Mettw.	1,00	„ „ „

(beste Räucherung).
Garantie Zurücknahme
J. Bartscher, Rietberg, Westf.

Liefere ein Postfaß (9½ Pfund)
feine Leber-, Rots- und Sülzwurst
zu 7,50 M. franko.
H. Glauner, Fleischermstr.
Papenburg b. Leer (Ostfriesld.).
Ferner:
prima Hammelkeule u. Carrés
à Pfund 55 Pf.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königsstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe in Berlin NW. 5, Kruppstr. 13 p.
Druck: G. Reusche, Leipzig.

Digitized by Google

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich Mk. 1.50 bei den Postanstalten (Post-Zeitungsliste Nr. 1788) und Buchhandlungen. Einzelne Spreeblatt Mk. 2.

Herausgegeben von Max Liebermann v. Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Anzeigen: die 4-gespaltene Petit-Zeile 25 Pfennige. Verlandbüro: Königstraße Nr. 27, Leipzig.

XIII. Jahrgang. | Leipzig, 14. Juli 1898. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Juden-Frage. Otto Glagau. | Nr. 517.

Inhalt Die Kultur und der Staatssozialismus im Inkareich. — Israel im Wahlkampf. — Zum Stillstand der sozialpolitischen Gesetzgebung. — Jüdische Preßstimmen über die Wahlen. — Die antisemitische Partei ist völlig vernichtet bei den Wahlen. — Zar Ruhwandering nach Palästina. — Hechingen. — Ausland. — Mosait. — Die Ergebnisse der Wahlen. — Parteinachrichten. — Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen. — Jüdische Ritter, Kommissions- und Kommerzienräte usw.

Die Kultur und der Staatssozialismus im Inkareich.

Von Fr. W. Toussaint.

I.

Nach der Schrift des Professors Dr. Schäffle über „die Quintessenz des Sozialismus“ (Gotha 1879) streben die Sozialisten unserer Tage ein geregeltes Staatswesen an, in dem es weder Privatvermögen noch bares Geld, weder Reichtum noch Armut, kein Erbgut, sondern nur Kollektiv-Vermögen, eine Buchführung über geleistete Arbeiten und die dafür verabfolgten Tauschmittel giebt. —

Es soll das Reich des ewigen Friedens und der Humanität daraus hervorgehen, wenn der heute alles beherrschende Mammon, „das Geld“, aus der Welt geschafft wird, denn ohne dies Radikalmittel müsse die gegenwärtige Zivilisation unter denselben Bedingungen in Anarchie untergehen, welche z. B. auch den Zusammensturz des römischen Reiches und seiner Kultur veranlaßt haben. — Das ist ein trauriges Prognostikon, das man unserer heutigen Kulturrichtung stellt, und im Hinblick auf die fortschreitende Ausbreitung der sozialen Ideen nicht nur in den Kreisen der Arbeiter, sondern auch in den leitenden Kreisen der Staatsgesellschaft, liegt es nahe, diesem wichtigen Gegenstande ernstlich näher zu treten.

Nach des weisen Ben Akiba bekanntem Ausspruch ist alles schon einmal dagewesen, und in der That hat, wie die Geschichte uns belehrt, ein großer und mächtiger Kulturstaat ohne das goldene Tauschmittel, das Geld, ja selbst ohne Eisen, mehrere Jahrhunderte bestanden und Millionen zufriedener, vielleicht auch glücklicher Menschen gesehen. — Emile de Laveleye und Dr. G. Brehm, ersterer in seinem Werke über das Ureigentum (Leipzig 1879) und letzterer in seiner Schrift über das Inkareich (Jena 1885), teilen uns folgendes darüber mit:

Als die Spanier unter Franz Pizarro im Jahre 1526 nach Peru kamen, waren sie erstaunt, daselbst eine Kultur und ein Staatssystem zu finden, die namentlich in humanistischer, landwirtschaftlicher und sozialer Beziehung alles bisher Dagewesene in Schatten stellten, obwohl die natürliche Fruchtbarkeit des Bodens vieles zu wünschen übrig ließ, derselbe im Gegenteil steril und trocken war. — In dieser sehr unfruchtbaren Gegend mit heftigen Regenbüssen Ecuador, Peru, Bolivia und Chile. — Außer einem schmalen, sandigen Küstenstrich besteht das Land im westentlichen aus Hochplateaus, die zwischen einer zwei- und dreifachen Gebirgskette von 5000 bis 7000 Metern Kammhöhe liegen. — Die alt-peruanische Kultur und Gesittung sind allem Anscheine nach von diesen Hochebenen ausgegangen und sind dieselben dem gemäßigten Klima, dem Lama, der Kartoffel und der Kinoahirse zu danken.

Vor grauer Vorzeit, heißt es in den aufgezeichneten Überlieferungen, waren die Völker Perus in Roheit und innere Verwirrung versunken; sie befriegten sich und aßen das Fleisch ihrer Feinde. Da erbarmte sich ihrer die Sonne, die Mutter der Erde, und sandte zwei ihrer Kinder aus: Manco Capac und Mama Ocllo Huaco, dessen Schwester und Weib, welche sie in Gemeinden sammeln und sie die Künste des gesitteten Lebens lehren sollten.

Im Thale von Cuzco schlugen die Sonnenkinder ihren ersten Wohnsitz auf, lehrten die Männer den Ackerbau und die Frauen spinnen und weben. Manco schaffte den Götzendienst ab und setzte an seine Stelle den des Kultus der Sonne, der er einen prachtvollen Tempel baute, und für deren Dienst er den Orden der Sonnenjungfrauen stiftete. — Unter dem milden Zepter der Nachkommen dieses Schöpfers der Inka-Dynastie breitete sich das Reich bald aus. — An der Spitze desselben stand der Inka, der Vertreter der Gottheit, der für das Volk wie ein Vater für seine Kinder zu sorgen hatte. Die Bewohner schieden sich in zwei Stände, Adel und Volk. Nur die direkten Nachkommen der Inkas, welche dem höchsten Adel angehörten, wurden von den Priestern in der höheren Bildung unterwiesen, während die Curacas, eine niedriger stehende Adelsklasse, die direkten Vorgesetzten der unterworfenen Völker und ihrer Nachkommen waren.

Das Volk zerfiel, wie es scheint, in patriarchalische Familiengruppen von je 10, 50, 100, 500 und 1000, welche sich also mit den altdeutschen Hundertschaften und den römischen Gentes, Kurien und Tribus vergleichen lassen. An der Spitze jeder Abteilung stand ein aus ihr selbst gewählter Vorsteher. Zehntausend Familien bildeten einen Bezirk unter einem Statthalter aus dem Inka-Adel, und das ganze Reich war endlich nach den vier Himmelsrichtungen in vier Provinzen geteilt, deren Bewohner sich durch ihre Kleidung unterschieden. Der Grund und Boden war in drei Teile geschieden, einen für die Sonne, einen für den Inka und einen für das Volk, wobei die Flächengröße des Volkslandes von der größeren oder kleineren Anzahl der Bevölkerung und der Güte des Bodens abhängig war. — Das Sonnenland lieferte seinen Ertrag für die Unterhaltung der Heiligtümer und einer zahlreichen Priesterschaft, das Inkaland für den Herrscher und den Inka-Adel, der Rest wurde unter das Volk und die Curacas verteilt. Über das Volksland hatte der Inka ebenfalls das Eigentumsrecht; die Unterthanen waren nur Nutznießer. Die Verteilung des Landes fand alljährlich, nach Abzug des für den Curaca des Bezirks bestimmten Landes, unter alle Familien, und zwar nicht gleichmäßig, sondern je nach Bedürfnis und Mitgliederzahl statt.

Über die Ländereien wurden sorgsam gesührte Grundkataster gehalten, welche in der Hauptstadt deponiert waren. Ebenso wurden durch das ganze Land hin genaue Geburts- und Sterberegister geführt und der Regierung jedes Jahr statistische Übersichten über den Stand der Bevölkerung nach Zahl, Alter, Geschlecht, Gesundheitszustand, allgemeiner und spezieller Arbeitsfähigkeit durch hierzu besonders angestellte Beamte eingesendet. Danach wurde dann der Anteil bestimmt, welchen die einzelnen Familien aus den Staatsspeichern, je nach dem Ausfall der Ernte, zur Unterhaltung ihrer Existenz zu beziehen hatten. — Wir sehen, die Bevölkerung des ganzen Reiches wurde wie eine einzige große Familie behandelt. — Die genaue Standesbuchführung war schon deshalb nötig, weil jeder Peruaner gehalten war, sich in einem bestimmten Alter zu verheiraten. Nur die Angehörigen derselben Gemeinde oder desselben Bezirks durften untereinander heiraten; ebenso nahmen Adel und Curacas, welche letzteren im wesentlichen dem Beamtenstande angehörten, nur ihresgleichen. An einem bestimmten Tage

Digitized by Google

im Jahre wurden die heiratspflichtigen Bewohner auf dem Dorfplatze der Gemeinde versammelt, wo der Vorstand die Hände der zu vermählenden Paare in einander legte. Die Gemeinde hatte ihnen eine Wohnung zu bauen, und das nötige Land wurde ihnen alljährlich zur Bearbeitung zugeteilt, und in den Städten den Arbeitern die Teilnahme an den betreffenden Gewerben vorgeschrieben.

Die landwirtschaftlichen Arbeiten waren auf das genaueste geregelt. Zuerst wurde der Acker der Sonne, hierauf das Feld der Greise und Kranken, der Witwen und Waisen und der im Dienste des Staates befindlichen Handwerker und Krieger bestellt. Erst dann konnte jeder sein eigenes Feld bestellen, hatte aber die Verpflichtung, dem Nachbar zu helfen, wo dieser dessen bedurfte. Jede Abweichung von dieser Regel wurde mit dem Tode bestraft. Erst ganz zuletzt wurde unter großer Feierlichkeit der Acker des Inka bestellt.

Der Ackerbau stand als eine göttliche Einrichtung bei den Peruanern in einem hohen Ansehen; also ähnlich wie dies heute z. B. noch bei den Chinesen der Fall ist, deren Staatswesen überhaupt mit dem Inkareich viel Ähnlichkeit hat. — An einem bestimmten Festtage führte auch der Inka, in Gegenwart des ganzen Hofes und des Volkes, den Pflug. — Durch die großartigsten Werke wurde das Wasser der Flüsse aus den Anden auf die meist trocken gelegenen Feldfluren geleitet. Eine dieser Wasserleitungen war über 500 englische Meilen lang; zu ihrer Herstellung mußten Felsen durchbohrt und Flüsse überbrückt werden. Genaue Vorschriften regelten die Verteilung des Wassers an die einzelnen Nutznießer des Bodens; königliche Aufseher hatten darüber zu wachen, daß es zu keinem andern Zwecke verwendet wurde als zur Ansechtung der Felder. Diese Bestimmung zeigt uns genau den Wert an, welchen die Regierung der Inkas auf die Sicherstellung der Produktion der Lebensbedürfnisse legte. In der That, die gesetzgebenden Faktoren des modernen Staates könnten von dieser weisen Maßnahme manches lernen, um der Not und dem Elend in vielen Tausenden von Familien vorzubeugen, welche ihren ersten Ursprung darin finden, daß man den Grund und Boden zum spekulativen Kaufobjekt gemacht, die Produktion unsrer notwendigsten Lebensbedürfnisse in den Grenzen des Staates nicht sicher gestellt, den Landbau in seiner Bedeutung als wichtigsten staatswirtschaftlichen Faktors vor der Macht des Kapitals und des Wuchers nicht genügend geschützt hat, und uns eine eigentliche Wasserwirtschaft zur besseren Förderung der Bodenkultur überhaupt noch fehlt.*)

An den Abhängen der Anden, welche wegen ihrer Steilheit das Pflügen unmöglich machten, wurden mittelst cyklopischer Mauern Terrassen angelegt, die gegen den Fuß der Gebirge ihn breite Felder bildeten, nach dem Kamme zu immer schmäler wurden, so daß sie oft nur für wenige Reihen indischen Korns Raum boten. Man schaffte die nötige Erde aus den Thälern auf die felsigen Höhen, und dies alles mit den primitivsten Hilfsmitteln ohne Kenntnis des Eisens. — Namentlich war nach dem Urteile der Spanier das Bewässerungssystem auf das Möglichste durchgebildet.

Man düngte die Felder mit kleinen Fischen und benutzte schon zu jener Zeit den Guano der Chincha-Inseln, welcher daselbst oft bis zu einer Höhe von 200 Fuß aufgespeichert lag. Die Verteilung dieses Düngers an die Landbevölkerung war genau geregelt, so daß jeder einzelne seinen entsprechenden Anteil bekam. Die Seevögel wurden geheget, zur Brutzeit durfte niemand eine Insel betreten; Todesstrafe stand während dieser Zeit auf die Tötung eines Vogels. Der Anbau der verschiedenen Kulturpflanzen war von den klimatischen Verhältnissen der einzelnen Höhenzonen und der Ortslage gegen die Himmelsrichtung abhängig. Entstand in dem einen Teile des Reiches Mißwuchs, so wurde dem Mangel mit den Vorräten der öffentlichen Magazine abgeholfen. — Es war ein Grundgesetz des Inkastaates, daß niemand müßig gehen durfte, und sowit jeder einzelne, in seiner Stellung und in seinem Berufe zu arbeiten hatte. Da man den Vorteil der Arbeitsteilung im Inkastaate sehr wohl kannte, so wurde jedem nach seinen Fähigkeiten die Arbeit zugeteilt, und damit keine ungleichmäßige Belastung der einzelnen stattfände, waren die Arbeiter desselben Berufes, wie dieses heute z. B noch bei den Bergleuten geschieht, in verschiedene Schichten geteilt, die einander in bestimmten Stunden ablösten. Handwerke, welche eine besondere technische Vorbildung erforderten, waren in gewissen Gegenden und Familien erblich.

Die Kleidung war vorschieden für die Bewohner der Küste und die der rauhen Berge; hier aus Wolle, dort aus Baumwolle bestehend. Ungeheure Herden von Lamas und Alpacas wurden von der Regierung gehalten; viele derselben streiften frei in den Bergen umher. Zu gewissen Zeiten wurden sie durch große Treiberscharen mittelst des Lassos, wie dieses thatsächlich noch heute daselbst durch die Gauchos geschieht, eingefangen und geschoren. — Die Frauen verrichteten die Arbeit des Spinnens und Webens, und die Spanier preisen ihre wunderbare Geschicklichkeit. War jede Familie versorgt, so mußte das Volk für den Inka und den Adel arbeiten. — Quantität und Qualität des Tuches wurden für jeden Landesteil von Cuzco aus bestimmt, und königliche Aufseher überwachten die Verteilung und Bearbeitung der Wolle; sie hatten darauf zu sehen, daß jede Familie den ihr angewiesenen Anteil gewissenhaft verwende und niemand Mangel leide. Die Regierung befand sich im alleinigen Besitz der Fabrikation von Rohstoffen, welche den Handwerkern zur weiteren Bearbeitung überwiesen wurden. Für die Gesundheit der Arbeiter, z. B. in den Bergwerken, existierten genaue Vorschriften. — In großen Vorratshäusern fanden die Spanier Mais, Coca, Kinoa, wollene und baumwollene Stoffe der feinsten Art, Geräte aus Gold, Silber und Kupfer, überhaupt alle notwendigen Gebrauchs- und Luxusgegenstände. Genaue Verzeichnisse hielten die Regierung über den Bestand dieser Vorräte auf dem Laufenden. — Für die Vergnügungen des Volkes waren seitens der Regierung jährliche Feste angeordnet. Wohlstand und Zufriedenheit herrschten allgemein: Diese Menschen waren glücklich, trotz der Frohnden, welche sie für den Inka und den Staat zu leisten hatten. — Denn der größte Reichtum, sagt Pater Acosta in seinen, auf eigene Anschauung begründeten, Mitteilungen, „dessen sich diese Barbaren-Kaiser erfreuten, bestand darin, daß alle Unterthanen ihre Sklaven waren, deren Dienste sie benutzten. Was aber besondere Verwunderung verdient, ist, daß sie diese Sklavenverpflichtungen in solcher Ordnung und so guter Leitung aufzulegen verstanden, daß die Verpflichtungen nicht als Frohndienste erschienen, die Frohnenden sie vielmehr als ein ihnen zu teil gewordenes Glück ansahen". In der That sprechen alle Berichte der wichtigeren Chronisten dafür, daß die Unterthanen der Inka in den auf ihnen lastenden Frohndiensten nicht drückende Steiner erblickten.

Einen belehrenden Einblick in die gesamte Organisation des Inkastaates erhalten wir durch die Kenntnis der von den Zeitgenossen aufgezeichneten Grundgesetze dieses merkwürdigen Volkes, mit deren Hilfe es gelungen war, überall Wohlstand, Überfluß an Lebensbedürfnissen, überhaupt ein so glückliches, harmonisches Volksleben zu schaffen, wie es auf der Welt wohl nur einzig in dieser Art dagewesen ist.

Diese Grundgesetze des Staates waren folgende:

1. Alle Unterthanen, wenigstens alle Beamten, Richter, Handwerker und Gemeindevorstände, sollen sich der Kitschuasprache bedienen, so, wie sie in Cuzco der Hauptstadt gesprochen wird.
2. In jeder Ortschaft, oder doch in den einzelnen Bezirken, sollen sämtliche Handwerke durch Meister und Gesellen vertreten sein.
3. Zur Zeit der Feldbestellung und zur Erntezeit ist jeder verpflichtet, mit seinen Ackergeräten herbeizueilen und mit zu arbeiten, vom Herrscher herab bis zum letzten Unterthanen.
4. Jeder soll die Beschaffenheit seines Ackerbodens kennen und wissen, für welche Getreideart, Gemüse oder Frucht sich

*) Vgl Toussoini, Die ökonomische Verteilung und Benutzung von Boden und Wasser. Berlin 1884.

Digitized by Google

sein Feld am besten eignet, und nur diese Feldfrüchte darf er bauen.

5. Die Eltern sollen die Neigungen ihrer Kinder sorgfältig beobachten und sie später nur diejenige Beschäftigung erlernen lassen, zu welcher sie Anlage und Geschick zeigen; zweckmäßig ist es jedoch, daß der Sohn beim Gewerbe seines Vaters verbleibt.
6. In jeder Provinz sind Speicher zu unterhalten, in welchen hinreichend Lebensmittel für etwaige Hungerjahre, Kriegsfälle usw. aufgehäuft werden. Diese Vorräte, welche nur obigen Zwecken dienen, sind von den Überschüssen zu sammeln, welche ein jeder auf seinen Feldern erzielt.
7. Desgleichen sollen größere Viehherden vorhanden sein, um aus ihnen die Opfertiere sowie für die Kranken die nötige Nahrung zu entnehmen.
8. In dem Umfreise jeder Ortschaft sollen die Ländereien gleichmäßig verteilt werden. An dieser Verteilung haben weder der Herrscher noch die Vornehmen zu rütteln. Sollte der Inka genötigt sein, im Interesse des Staates diese Ordnung auszuhahmsweise zu ändern, so soll später alles wieder auf den früheren Fuß gebracht werden.
9. Jedermann soll sich kleiden und schmücken nach seinem Stande: der Hatunruna (der Arbeiter) wie ein gemeiner Mann, der Vornehme wie ein Adeliger, keiner aber darf denen des Inka ähnliche Kleider oder Schmuckgegenstände tragen.
10. Im Essen, besonders aber im Trinken soll jedermann Mäßigkeit beobachten. Sinnlos Betrunkene sollen beim ersten Mal nach Gutdünken, beim zweiten Mal mit Verbannung und im Wiederholungsfalle durch Arbeit in den Bergwerken bestraft werden.
11. Der Mord ist mit dem Tode zu bestrafen. Wer Hand an Vater oder Mutter, überhaupt an ein Glied seiner Familie legt, soll enthauptet oder gesteinigt werden. Wer Hand an seinen Vorgesetzten legt, werde in Stücke zerrissen.
12. Wer einen kaiserlichen Beamten, einen Priester oder eine Sonnenjungfrau tötet, werde zu Tode geschleift.
13. Wer sein Weib beim Ehebruche betrifft und tötet, werde auf eine bestimmte Zeit verbannt; dieselbe Strafe erleidet derjenige, welcher den Ehebrecher umbringt.
14. Wer bei einer drei Monate Schwangeren durch Arzneimittel oder Mißhandlungen eine Fehlgeburt herbeiführt, in deren Folge sie stirbt, werde gehenkt oder gesteinigt.
15. Wer den regierenden Inka, die Kaiserin oder den Kronprinzen ermordet, werde zu Tode geschleift, sein Haus zerstört und dem Erdboden gleichgemacht; seine Kinder und Kindeskinder sollen bis zum vierten Gliede zeitlebens verachtet und ehrlos sein. Dieselbe Strafe soll die Landesverräter treffen. (Ähnlich in China.)
16. Der Ehebrecher, sowie die Ehebrecherin sollen mit dem Tode bestraft werden. Diese Verbrechen sind sofort zur Anzeige zu bringen.
17. Wer eine Jungfrau entehrt, werde gesteinigt; will sie sich aber mit dem Verbrecher verheiraten, so bleibt er ungestraft, ist jedoch gezwungen, sofort zu heiraten. Wer einer verheirateten Frau Gewalt anthut, werde gehenkt. Wer eine unverheiratete Frau mit ihrer Einwilligung schwängert, dem werde das Haar geschoren, er werde gepeitscht und an den Pranger gestellt.
18. Wer mit seiner eigenen Tochter Unzucht treibt, soll mit ihr von einem Felsen gestürzt werden. Gleiche Strafe treffe diejenigen Mitglieder der Familie, welche ähnliche Verbrechen unterewinander begehen.
19. Unzucht zwischen Oheim und Nichte, Tante oder Neffen, zwischen Geschwister-Kindern bis zum zweiten Grade werde an beiden Teilen mit dem Tode bestraft; waren sie weder Jungfrauen noch verheiratet, so scheere man beiden Verbrechern das Haar und sende die Männer in die Bergwerke, die Weiber als Mägde in die Tempel.
20. Sodomiter sollen gehenkt oder geschleift und mit den Kleidern verbrannt werden.
21. Wenn einer der Vornehmen ein todeswürdiges Verbrechen begangen, so wird der Herrscher nach eingegangenem Berichte die Strafe bestimmen und den Ort bezeichnen, wo sie zu vollziehen ist. Ist es eine vornehme Dame oder deren Tochter, so soll die Enthauptung im Gefängnis stattfinden.
22. Kuppler sind mit dem Tode durch Erhenken zu bestrafen. Andere werden, wenn sie Ehebruch vermittelt haben, zu Strafarbeiten in den Bergwerken oder für die Gemeinde verurteilt.
23. Wer Lebensmittel, Kleider, Silber oder Gold entwendet hat, bei dem werde zunächst untersucht, ob er es aus Not gethon hat; ist dies der Fall gewesen, so bestrafe man den Beamten, welcher für des Diebes Notdurft zu sorgen hatte. Den Dieb versehe man mit dem Nötigen und bedeute ihm, daß er mit dem Tode bestraft werde, wenn er je wieder stehlen sollte. Ergiebt die Untersuchung, daß er nicht aus Not gestohlen, und beträgt der Gegenstand den Wert einer Ananas, so soll der Dieb, wenn er ein Gemeiner, im Fall er ein liederlicher Mensch und Faulenzer ist, gehenkt; ist er der Sohn eines Vornehmen, im Gefängnis enthauptet werden.
24. In jeder Ortschaft soll ein Richter angestellt sein, welcher Streitze und Faulenzer bestraft und zur Arbeit anhalte.

Diese Grundgesetze, die sich im wesentlichen auf die feste Begründung und Sicherstellung der Familie, sowie auf die Organisation der Gesamtarbeit des Volkes beziehen, zeigen uns, außer einer weisen Fürsorge für Beschaffung der notwendigsten Lebensbedürfnisse jedes einzelnen Staatsangehörigen, tene eiserne Strenge und Charakteristik, welche mit derjenigen unserer militärischen Gesetze im Kriege große Ähnlichkeit haben.

Trotz einer Verordnung Kaiser Karl V., wonach an diesen Grundgesetzen bis auf weiteres festzuhalten sei, haben die spanischen Eroberer in entgegengesetzter Weise gehandelt und dadurch Verwirrung, ja den Verfall des Reiches herbeigeführt. — So klagt namentlich Pater Blas Valera, welcher als Zeitgenosse sich über diese Zustände, wie folgt, ausspricht:

„Wenn die Söhne jener Beamten und Handwerker heute noch nach den Verordnungen leben würden, welche die Gesetzgebung der Inka eingeführt und Kaiser Karl V. bestätigt hat, würde der Indianerstaat jetzt viel reicher und blühender sein als er es in Wirklichkeit ist. Es würde wie früher Überfluß an allen Lebensbedürfnissen herrschen und die Empfänglichkeit der Eingeborenen für das Evangelium größer sein. Die Verschlimmerung ist leider einzig und allein Folge unserer Nachlässigkeit, unsers Mangels an Sorgfalt. — Aus diesem Grunde murren die Curacus und Vornehmen bei ihren Zusammenkünften über die jetzige Regierung und verfluchen sie, wenn sie die Jetztzeit mit den früheren unter der Inkaherrschaft bestehenden Verhältnissen vergleichen."

Ein anderer Zeitgenosse, Cieza de Leon, spricht sich in ähnlicher Weise aus:

„Bei uns aber", klagt er, „muß es tiefes Bedauern erregen, daß die Inka, Halbwilde und Götzendiener, eine so vorzügliche Ordnung in ihrem Reiche einzuführen, und dasselbe so weise zu regieren verstanden haben, während wir Christen so viele Reiche verwüsteten. Denn da, wo nur immer spanische Christen entdeckend und eroberend eingedrungen sind, haben sie alles in Wüsten verwandelt, und das von ihnen betretene Land erscheint, als ob es das Feuer verzehrt habe."

Diese Urteile spanischer Priester mögen genügen, um zu beweisen, daß hier ein großes Reich gesitteter Heiden von christlichen Barbaren in sehr kurzer Zeit zertrümmert worden ist.

(Fortsetzung folgt.)

Digitized by Google

Israel im Wahlkampf.

Die „Berliner (Ullstein-) Zeitung," die Hand in Hand mit dem Cohn'schen Organ für „Jedermann aus dem Volke Israel" stets ganz offen für ein enges Bündniß der freisinnigen Demokratie mit den Umsturzgenossen eingetreten ist, entrüstet sich darüber, daß israelitische Wähler in Karlsruhe-Bruchsal ihre Stammesgenossen zur Unterstützung des nationalliberalen Kandidaten aufgefordert haben. Das betreffende Zirkular lautete:

„Wir fordern Sie dringend auf, in der bevorstehenden Stichwahl ohne Rücksicht auf Ihre sonstige Parteistellung für den nationalliberalen Kandidaten Rechtsanwalt Dr. Schneider zu stimmen. Es handelt sich jetzt nicht darum, sich durch die Abstimmung für oder gegen das nationalliberale Programm zu erklären. Wir wollen vielmehr darthun, daß die israelitischen Staatsbürger ebenso wie alle treuen Unterthanen auf der Seite der staatlichen Ordnung stehen. Zugleich wollen wir die Verleumdung widerlegen, daß die Juden aus selbstsüchtigen Gründen die zersetzenden Bestrebungen der Sozialdemokratie in irgend einer Weise unterstützen. Also keine Wahlenthaltung! Unter den bestehenden Verhältnissen kommt jede Stimmenthaltung einer Unterstützung der Sozialdemokratie gleich. Mehrere israelitische Wähler."

Trotzdem es sich hier um ein schlau begründetes Eintreten für einen sicher liberalen Mann gegen einen Umsturzkez handelt, ist das Berliner Judenblatt so wütend über dieses Verhalten seiner Stammesgenossen, daß es sich zu der rücksichtslosen Verdächtigung versteigt: „Hinter diesem Aufruf steckt wohl irgend ein jüdischer Kommerzienrat oder Ordens-Rabbiner, dem es im Knopfloch juckt — es giebt auch solche Käuze —!" Es sei übrigens überaus naiv von den „israelitischen Wählern", zu wähnen, daß sie durch ein so untaugliches Mittel wie „Dokumentierung ihrer Ordnungsschwärmerei" die Verleumdung (?) widerlegen könnten, „die Juden förderten aus Selbstsucht die zersetzenden Bestrebungen der Sozialdemokratie. Das genannte jüdisch-freisinnige Blatt ist nicht abgeneigt, anzunehmen, daß die Aufforderung „ein Wahlmanöver irgend welcher dunklen Ehrenmänner sei, die mit dem Judentum gar nichts zu thun haben." Wir sind ja auch mit Herrn Ullstein darin einverstanden, daß ein einmaliges Eintreten der Juden für einen „liberalen Ordnungsschwärmer" nicht ausreicht, um die Gesamtheit der jüdischen Stammesgenossen von dem nur zu wohl begründeten Verdacht zu reinigen, sie förderten im allgemeinen die Staat, Gesellschaft und Familie zersetzen den Bestrebungen der sozialdemokratischen Umsturzpartei. Das ist auch einfach unmöglich gegenüber der Thatsache, daß eine große Zahl der hervorragendsten Führer dieser Partei Juden sind; es ist uns möglich gegenüber dem ganz offenkundigen Verhalten der gesamten in deutscher Sprache gedruckten Judenpresse von dem Hauptorgan der republikanischen süddeutschen Demokratie, — Besitzer Loeb Sonnemann, — den Familienjournalen der Cohn und Ullstein an bis zu den etwas vorsichtigeren Blättern der Mosse — Levysohn und Levy. Sie alle haben ja in dem jüngsten Wahlkampfe ihre Stammesgenossen und die in ihrem Bannkreise stehenden noch mehr oder weniger christlich gesinnten Männer deutscher Abstammung fortwährend zur Unterstützung der „zersetzenden Umsturzpartei" gegen alle rechts vom Freisinn stehenden Verteidiger der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung aufgereizt. Wenn die Karlsruher Israeliten ihre Aufforderung zur Unterstützung des liberalen gegen den sozialdemokratischen Kandidaten aber auch wirklich ernst gemeint haben, so braucht man hinter denselben mit Ullstein noch keineswegs besonders dunkle Ehrenmänner, Ordens-Rabbiner oder Kommerzienräte, denen es im Knopfloch juckt, zu wittern. Auch das gewöhnliche Geschäftsinteresse, das jedem guten Hebräer über alles geht, kann doch viele von ihnen veranlaßt haben, sich auf die Seite einer liberalen Ordnungspartei zu stellen, besonders wenn diese, wie in Baden, gleichzeitig Regierungspartei ist. Wir können dem Ullstein-Blatte zu seiner gewiß noch größeren Entrüstung ein heliographiertes Schreiben mitteilen, das der Vorstand „des Zentral-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" vor der Stichwahl zur Versendung gebracht hat. Dasselbe lautet:

„Mit Rücksicht auf die bevorstehende Stichwahl ersuchen wir Sie ganz ergebenst um gefällige umgehende Mitteilung, ob Sie für den Fall Ihrer Wahl zum Abgeordneten gegen jeden im Reichstage, sei es von den Regierungen, sei es aus der Mitte des Parlaments, etwa eingehenden Antrag, welcher auf Beschränkung der Rechte deutscher oder ausländischer Juden im Deutschen Reiche gerichtet ist, stimmen würden.

Wir erbitten Ihren gefälligen umgehendsten Bescheid unter Benutzung des anliegenden Frei-Umschlages und des anliegenden Formulars, falls letzteres Ihrer Auffassung entsprechen sollte."

Nach diesem Schreiben gewinnt es doch den Anschein, als wenn der Vorstand des genannten Vereins, den wenigstens Herr Ullstein und die anderen Berliner Zeitungsjuden kaum zu den „dunklen Ehrenmännern" rechnen werden, sogar die Unterstützung national gesinnter Kandidaten bei der Stichwahl in weiterem Umfange hätte in Erwägung ziehen wollen. Ob freilich, wenn der betreffende Kandidat die verlangte Zusicherung gegeben hätte, auch alle Israeliten im Wahlkreis für ihn eingetreten wären, das steht allerdings dahin. Bei der geheimen Wahl ist es ja schwer, eine Kontrolle darüber auszuüben, ob Versprechungen gehalten werden. Im übrigen ändern, das sei zur Ehrenrettung der Israeliten in Ullsteinschem Sinne von vornherein versichert, solche vereinzelten Vorkommnisse durchaus nichts an der sonst allgemein feststehenden Thatsache, daß das Judentum in deutschen Landen im allgemeinen mit seiner ganzen Kraft und seinem ganzen Einfluß auf Seiten der Umsturzpartei selbst oder doch wenigstens auf Seiten derjenigen politischen Parteien steht, die dieser Partei die Wege ebnen. Dies Zeugnis, daß die Stammesgenossen der Ullstein, Cohn, Mosse, Levy, Levysohn, Sommemann, Singer, Stadthagen, Schönlank usw. ihrer historischen, völkerzersetzenden Mission nicht untreu geworden sind, können wir ihnen nicht vorenthalten. Bei den letzten Wahlen haben sie diese ihre Gesinnung ja auch zu klar unter Beweis gestellt.

Zum Stillstand der sozialpolitischen Gesetzgebung.

Man hat sicherlich ganz Recht, wenn man die Arbeiter mehr auf ihr Koalitionsrecht und die ihnen dadurch ermöglichte Selbsthilfe verweist als auf eine weitere direkte Einmengung der Regierung. Der Staat hat das Wohl der Gesamtheit zu besorgen und kann sich nicht ganz einem einzigen Stande widmen, welcher immer es sei. Allerdings hat er ein vorwiegendes Interesse an der seelischen und leiblichen Gesundheit und an der Konsumfähigkeit der großen Masse der Bevölkerung, und diese setzt sich eben aus Arbeitern zusammen. Nur faßt man den Begriff Arbeiter in der Regel sehr viel zu eng. Es ist eine ganz falsche und, man darf sagen, sophistische Auffassung, daß nur diejenigen Arbeiter seien, die gegen Lohn und in abhängiger Stellung arbeiten. Die Unternehmer sind ebenfalls Arbeiter, auch wenn sie nicht mit eigener Hand den Pflug lenken oder den Hammer niederfausen lassen. Und wenn es auch unter ihnen Bummler und Tagediebe giebt, so fehlt es an solchen auch unter den Lohnarbeitern nicht.

Es ist ein Fehler, die soziale Frage lediglich als eine Auseinandersetzung zwischen Unternehmer und Lohnarbeiter anzusehen, wie sie etwa neuerdings in England gelegentlich des Ingenieur-Streiks sich abspielte. Und es ist das Werk derer, die gestiftetsucht die Kunst betreiben, „Irrtum statt Wahrheit zu verbreiten", diese Kunst zu erneuern, wie es die Sozialdemokratie thut. Dies geschieht nur, um das Nachdenken darüber zu verhindern, wo denn eigentlich der Kernpunkt der sozialen Frage liege, und wo also die eigentlichen Aufgaben der sozialen Reformen zu suchen seien. Ist der Fall Seeger schon vergessen, durch den es doch evident wurde, daß dieser Arbeitgeber

Digitized by Google

und die von ihm „abhängigen" Arbeitnehmer sehr solidarische gemeinsame Interessen hatten? Und wie kann das soziale Reformwerk zum Stillstand gebracht werden, ehe nicht diesen solidarischen Interessen des gesamten erwerbsthätigen und produktiven Volkes Genüge geschehen ist?

Allerdings, der Kreis der Solidaritäts-Verhältnisse werden uns noch ganz außerordentliche Naivetäten zugemutet. Alle Welt scheint darüber einig zu sein, daß der Staat, d. h. die Gesetzgebung, absolut außer stande wäre, dafür zu sorgen, daß der Bauhandwerks-Unternehmer zu seinem Gelde komme, die von ihm für einen Bau ausgelegten Arbeitslöhne zurückerhalte. Es gäbe keine Möglichkeit, so hört man in allen Tonarten behaupten, dem Bauschwindel beizukommen, ohne die pupillarische Sicherheit der von den Banken auf Grund von imaginären Bodenwerten verkauften Pfandbriefe zu beeinträchtigen. Dies Pfandbrief-Gebäude, in dem Israel thront, und vor dem der Staat nur als Schildhalter und Karyatide dient, wird als das Allerheiligste hingestellt. Deshalb dürfe der Staat auch keine Konsols mehr verausgaben, um seinerseits in China freiere Hand zu gewinnen. Denn durch die Veranlassung von solchen staatlich garantierten aber nicht hypothekarisch studierten Konsols würde die Ausgabe und der Preis der Pfandbriefe sowie der Agiogewinn jener Bodenspekulationsbanken geschmälert. Und daher ließ sich denn die Regierung von dem Dreigestirn Lieber—Richter—Singer ganz gedultig die Ablösung von jährlich 13 Millionen Konsols aufnötigen, während gleichzeitig England bereit ist, 320 Millionen aufzulegen, um damit eine chinesische Anleihe regierungsfeitig begeben zu können.

Man faßt sich an den Kopf und fragt sich: Giebt es denn im Deutschen Reich für Volk und Staat gar keine anderen maßgebenden Interessen mehr als die der Hypothekenbanken auf Aktien und ihrer Gründer in der Behrenstraße oder auch in Lombardstreet? Laßt die Seeger sich aufhängen! Deutschland hat nur eins zu thun: Pfandbriefe zu kaufen, so teuer wie möglich! Und alle die, welche dies Lied singen, nennen sich „staatserhaltende Parteien". Sie blähen sich pharisäisch an den Straßenecken und nennen alle anderen Leute subversiv, „grundstürzend" (schönes Wort!) und revolutionär. Es scheint also, Herr Singer sei mit einem Male mit Lieber und Richter staatserhaltende Säule geworden.

Laßt uns, die wir Ehrlichkeit im Gewerbe und eine starke Regierung haben wollen im Innern sowie nach außen hin, nun den Staub von unsern Pantoffeln schütteln und auswandern, da weder den Geboten Gottes noch des Kaisers irgend Rechnung getragen, sondern nur dafür Sorge getragen wird, daß die Pfandbriefe steigen und in ihrer Allherrlichkeit unbeeinträchtigt bleiben. Wie kommt ein Volk, das sein Vaterland alle Tage für hochbemessene hypothekarische Schuldverschreibungen aufs neue kaufen muß, dazu, Weltpolitik treiben und ausgelegte Arbeitslöhne wieder haben zu wollen? Erst unsre erschwindelten, ergaunerten und erpreßten Bodenwerte, dann, wenn es dann noch geht, alles Übrige!

Das ist der Zustand, in dem wir leben, und dabei redet man von einer unerläßlichen Ruhepause in der Sozialreform und nennt den schwächlichen Versuch der Herren Gehermärte, den Bauhandwerkern ihr Recht zu verschaffen, einen unerhörten oder doch unbedachten Eingriff in bestehende Institutionen. Und die Banken drohen bereits, wenn dieses Paragraphenwerk Gesetz würde, uns die Bude vor der Nase zuzumachen und den Bau-Unternehmertum den Boden sowie den Kredit vorenthalten zu wollen. Das deutsche Volk soll, wenn es dem Raube und Betruge, der Erpressung und dem Wucher zu steuern sich erdreiste, fernerhin ohne Dach über dem Haupte ein verschimpfiertes Dasein führen und auf freiem Felde nächtigen müssen.

Qui trop embrasse, mal étreint. Wer zu viel behauptet, dem wird auch das, worin er Recht hat, noch abgestritten. Aber auch wer zu viel droht, beweist schließlich seine Ohnmacht. Ich denke, bange machen gilt nicht. Wenn der Realkredit nicht mehr funktionieren: über Bord mit ihm! Wenn England ohne ihn auskommt, dann werden auch wir ohne ihn fertig werden, und vielleicht ebenso wie England, sogar um so viel besser. Dann werden wir eben auch wieder Konsols, d. h. Staats- und Genossenschafts-Anleihen machen, ohne unser Erfigeburtsrecht, unsern Grund und Boden, den Banken zu verschreiben.

Kann man weniger sagen, als ich es hier gethan habe? Kann man eine Zeile davon ableugnen? Ist der Selbst- und und Familienmörder Seeger ein von mir erfundenes Gespenst? Ist es nicht wahr, daß wir unsre Konsols ablösen, damit die Pfandbriefe steigen sollen? Ist es nicht wahr, daß wir ratlos dastehen, während sich England und Rußland mit Angeboten von 16 Millionen Pfund Sterling zu 3 v. H. an China überbieten?

Man hat bei uns acht Banken ersucht, doch auch Deutschland bei diesem Handel zur Geltung kommen zu lassen. Die Antwort war: So lange sich unser Geld noch mit 20 v. H. im Hypotheken- und Pfandbriefgeschäft verzinst und der Staat für die pupillarische Sicherheit unsrer Eintragungen ins deutsche Grundbuch garantiert, wären wir ja die „größten Esel", wenn wir unser Geld nach China trügen. Wenn England oder Rußland eine solche Anleihe auflegen und garantieren, dann werden wir sehen, ob auch für uns etwas Kreszgenug dabei herausschaut.

Die Herren der sogenannten deutschen haute finance haben ganz Recht. Nur stellen sie sich zu dumm, wenn sie wähnen, daß der Punkt, wo die Sozialreform einzusetzen hat, um all diesen Elend, diese politische und soziale Hilfstosigkeit bei Hoch und Niedrig gegenüber ihrem Hohn zu beseitigen, nicht erkannt wäre.

Ich habe in früheren Artikeln bereits Beispiele und Beweise gegeben, wie in höchsten Regierungskreisen hierüber doch wohl gedacht wird, wenn Worte und Thaten etwas zu bedeuten haben. Jedenfalls haben wir einen Kaiser, dem es um Deutschlands Weltpolitik ernst ist. Der Fall Seeger ist ihm wahrscheinlich nicht zu Ohren gekommen, denn, so heißt es ja, minima non curat praetor; aber daß wir das Nachsehen haben, wo es sich darum handelte, durch finanzielle Staatsoperationen große politische Ziele zu fördern, weil wir dabei auf die Gnade der haute finance angewiesen sind, während andere Regierungen mit einigermaßen gesunden und vernünftigen Sozialgesetzen, deren Völker auf noch nicht mobilisierten Boden leben, freie Hand haben, das dürfte ihm doch wohl kaum entgangen sein. Und so hoffen wir denn, nicht daß die Sozialreform in Stillstand geraten, sondern daß die eigentliche Sozialreform nun erst wirklich beginnen werde.

O. Beta.

Jüdische Preßstimmen über die Wahlen.

Die „Jüdische Presse" des Herrn Hirsch Hildesheimer brachte in ihrer Nummer vom 29. v. M. eine Berechnung der Stimmenverluste der Antisemiten bei den Reichstagswahlen, die in höchst leichtfertiger Weise zusammengestellt war und grobe Unrichtigkeiten enthielt. Dies wurde in der antisemitischen Presse sofort nachgewiesen. Herrn Hildesheimer boten sich nun zwei Wege, aus dieser unangenehmen Lage herauszukommen, entweder er konnte ehrlich zugeben, daß seine Aufrechnung sehr erhebliche Irrtümer enthielt, oder er konnte versuchen, durch ein recht forsches Auftreten wenigstens den Schein des Rechts zu wahren.

Er wählte letzteren Weg, jedoch mit recht wenig Glück. Denn in seinem Eifer, seine ersten Zahlen noch zu überbieten und nun sogar herauszurechnen, die Antisemiten hätten nahezu 100000 Stimmen verloren, kommt er zu den abenteuerlichsten Behauptungen. So erzählt er seinen Lesern ganz keck, der Bund der Landwirte habe „überall" (!) für die Antisemiten gestimmt, wodurch allein diese sich einigermaßen gehalten hätten. Sie würden in ihrer Stimmenzahl, führt er ferner aus, noch weiter gedrückt sein, wenn nicht in zahlreichen (!) Kreisen die Konservativen sofort für die Antisemiten gestimmt hätten.

Digitized by Google

Daß die Antisemiten anderseits vielfach zu Gunsten des Bundes der Landwirte, der Konservativen oder sogenannten Kompromißkandidaten auf eigene Kandidaturen verzichtet haben, auch in solchen Kreisen, in denen sie 1893 Tausende von Stimmen aufbrachten, wird selbstverständlich wohlweislich verschwiegen. Hirsch Hildesheimers Rechenkunststücke sind derart, daß sie nicht einmal auf die jüdisch-rabbinische Presse Eindruck machen. Die „Allgemeine Israelitische Wochenschrift“ vom 8. Juli) bemerkt z. B.: „Die von Herrn Dr. Hirsch Hildesheimer gemachte Aufstellung, die den Antisemiten einen Rückgang von über 60000 Stimmen nachrechnet, ist Phantasie-Arbeit: sie sieht aus wie eine Hildesheimerische Rechnungsaufgabe.“ Der „Wochenschrift“ machen offenbar die vom Professor Hickmann aufgestellten Zahlen Bellemmungen, wonach die Antisemiten mit 310000 Stimmen einen Zuwachs von mehr als 40000 Stimmen erzielt haben sollen; sie tröstet sich damit, es müßten in der Hickmannschen Zahl die National-Sozialen (!) und Christlich-Sozialen mitgerechnet sein. Auch vermißt sie die Stimmen der Bauernbündler und will somit durchblicken lassen, daß auch diese noch mit zu den Antisemiten gezählt sein könnten. Vielleicht macht sich Herr Hildesheimer diese Andeutung zu Nutze und stellt nun folgende Berechnung auf.

In den antisemitischen Stimmen stecken:

200000 Stimmen des „Bundes der Landwirte“,
50000 christlichsoziale,
26000 nationalsoziale,
140000 bauernbündlerische.

Insges. 416000.

Das ergiebt, abgezogen von der Hickmannschen Zahl, daß für die Antisemiten nicht nur keine Stimmen abgegeben sind, sondern sogar noch 106000 weniger als 0; der Antisemitismus ist also todter als tot. Was zu beweisen war.

Zum Schluß sei noch auf den Leitaufsatz des dem Juden Szeps gehörenden „Wiener Tageblattes“ vom 18. Juni hingewiesen, in dem triumphierend berichtet wird, „die sogenannte antisemitische Partei in Deutschland hat fast alle Mandate verloren“, „der einzige Ahlwardt, der famose „Rektor aller Deutschen“, soll Aussicht haben, in der Stichwahl ein Mandat zu bekommen“. — Man geht wohl kaum fehl, wenn man annimmt, daß diese falsche Meldung nicht etwa in der über das Maß hinausschießenden hebräischen Phantasie ihren Ursprung hat, sondern gefliſſentlich wird den Lesern eine unrichtige Vorstellung beigebracht in der Erwägung, daß erfahrungsgemäß der erste Eindruck, „die antisemitische Partei ist vernichtet“, haften bleibt, selbst wenn man nachher mit aller Vorsicht zugeben muß, daß doch ein Dutzend oder mehr zielbewußte Judengegner im Reichstag sitzen.

Die antisemitische Partei ist völlig vernichtet bei den Wahlen, das soll jetzt um jeden Preis der Welt bewiesen werden. Da sich alle andern dem Judentum dienenden Blätter an dieser Aufgabe abmühten, wollen auch die „Mitteilungen aus dem Vereine zur Abwehr des Antisemitismus“ ihren Beitrag dazu liefern. „Und bist du nicht willig, so brauch' ich Gewalt“, das ist das Rezept, nach dem das ehrenwerte Blatt verfährt. Der Wahlkreis Krefeld muß herhalten, um darzuthun, daß es mit dem Antisemitismus rapide zu Ende geht. In Krefeld wurden nämlich 171 Stimmen für Herrn Dr. Bielhaben abgegeben. Die Krefelder Gesinnungsgenossen waren mit diesem Erfolge vollständig zufrieden; und sie hatten allen Grund dazu, da sie den Namen ihres Zählkandidaten überhaupt erst zwei Tage vor der Wahl veröffentlichten. Den Anti-Anti-Mitteilungen giebt das aber Anlaß, von dem „auffallend starken Rückgang der antisemitischen Stimmen“, besonders auf dem Lande, im Vergleich zu 1893, zu sprechen. 1893 wurde nämlich für die antisemitische Partei im Wahlkreise Krefeld, nach Ausweis der amtlichen Statistik — keine einzige Stimme abgegeben, wenn nicht etwa in den 58 zersplitterten, die die Statistik aufführt, auch eine oder die andere antisemitische steckt.

Das thut aber nichts! Der auffallend starke Rückgang der antisemitischen Stimmen soll bewiesen werden; und wenn's nicht anders geht, wird eben ein bischen geflunkert. Um seine Flunkerei glaubhafter zu machen, erzählt das Blättchen sogar noch, wie sich die 319 antisemitischen Stimmen, die angeblich 1893 abgegeben sind, auf Stadt und Land verteilen. 81 wären in der Stadt und 238 im Landkreise abgegeben, während in diesem Jahre nur noch eine einzige Stimme auf dem Lande aufzubringen war. Die 171 Stimmen, die auf Dr. Bielhaben bei der letzten Wahl fielen, stammen nämlich, mit Ausnahme einer, alle aus der Stadt, da man von einer Agitation auf dem Lande gänzlich absah.

Wir dachten erst, den „Mitteilungen“ wäre nur ein Irrtum unterlaufen, aber an der Spitze der Schwindelei steht ausdrücklich: „Aus Krefeld wird uns geschrieben“. Und dann ist noch der amtlichen Statistik beim besten Willen kein anderer rheinischer Kreis zu finden, auf den die Angaben passen würden.

Zur Auswanderung nach Palästina suchen die Zionisten ihre Stammesgenossen zu überreden. Daß weder die bemittelten noch die unbemittelten Juden Lust haben, die Heimat ihrer Stammväter aufzusuchen, ist einigermaßen begreiflich, wenn man die Schilderung liest, die ein russischer Jude von den Zuständen in Jerusalem entwirft. Es heißt darin: „Die in Jerusalem wohnenden Israeliten sind zu neun Zehnteln bettelnde und unterstützungsbedürftige Individuen, und nur ein Zehntel nährt sich mühsam durch Handel und Gewerbe. Sämtliche Lebensmittel, einschließlich Brot, kosten mindestens das Doppelte der hiesigen Preise, Kartoffeln sogar das Vierfache, nur Südfrüchte sind sabelhaft billig, eine schöne Apfelsine kostet höchstens einen Kopeken, kleinere bekommt man schon mehrere für diesen Betrag.“

Während man selten etwas davon hört, daß nach Deutschland, England und Frankreich ausgewanderte Juden mittellos nach dem Lande des Wuchs und der Knute zurückkehren, liest man derartiges von den nach Palästina gezogenen Juden sehr oft. Vorläufig ist also leider nicht daran zu denken, daß wir unsre Juden auf diese Weise los werden.

Aus Hechingen erhalten wir eine Zuschrift, die wir zur Ergänzung des früher bereits Mitgeteilten wörtlich folgen lassen wollen:

Der Artikel „Baschawirtschaft“ in Nr. 503 ist sehr zeitgemäß und findet allseitige Zustimmung. Wenn aber jemand glaubt, er mache auf den Betreffenden selbst Eindruck und werde geeignet sein, die Zustände in der Baruchschen Fabrik auf der Friedrichstraße zu bessern, so weiß der noch nicht, daß Ehre und Schamgefühl gewissen Leuten total fremd ist. — Wenn man den Baruch mit der Witwe der Erfurter Gebrüder Wahl auf der Hechinger Promenade (im Volksmunde: Knoblauch-Allee) in süßester Harmonie lustwandeln sieht, wird es jedermann klar: sie fühlen sich doch als die Auserwählten, sie dürfen sich gestatten, über Gesetz, Brauch und Herkommen hinwegzusehen und alle Schranken zu ignorieren.

Anders ließe sich ja Baruchs Lasterleben mit seiner hier vorliegenden „Arbeitsordnung der mechanischen Buntweberei in Friedrichstraße von B. Baruch & Söhne“ vom 25. April 1892 nicht in Einklang bringen.

In § 4 verlangt diese Arbeitsordnung nämlich, daß man sich in der Fabrik, auf dem Wege von und zur Fabrik ordentlich betrage, insbesondere sei der unnötige, der guten Sitte widerstreitende Verkehr der Arbeiter beiderlei Geschlechts strengstens untersagt. Also nur den Arbeitern, von den Herren steht nichts da; demnach besteht für sie noch talmudischer Weisheit auch der Paragraph nicht. Dasselbe gilt vom § 14, wo vom Meister und Aufseher gegenüber den Arbeitern und Arbeiterinnen Anstand verlangt wird.

Digitized by Google

Die größten Geschichten kommen noch nicht einmal heraus, und das ist unter den zur Zeit noch herrschenden Verhältnissen auch gar nicht auffallend; erst wenn eine tief Eingeweihte einmal sprechen wird, kommt Licht in das dunkle Treiben auf der Friedrichstraße, das wohl geeignet sein dürfte, jenen endlich die Schamröte ins Angesicht zu treiben, die sich heute noch so weit wegwerfen, vor diesem Barnch den Hut abzuziehen.

Barnch ist nicht orthodox, er zieht das Treifere dem Koscheren vor oder genießt, besser gesagt, beides nebeneinander; doch hat er eine ganz eigentümliche Gepflogenheit, für zugebrachte Meyelsuppe seinen Dank abzustatten, und wenn jemand hierüber ein Kapitel schreiben will, steht ihm Material zur Verfügung.

Ausland.

Frankreich. Dreyfus und kein Ende! In der vorigen Woche hatte die französische Kammer einen großen Tag, eine Interpellation von Castelin über die Dreyfus-Angelegenheit stand auf der Tagesordnung. Castelin betonte in seiner Begründung, die Regierung habe die Pflicht, der Hetze des Dreyfus-Syndikates endlich ein Ende zu machen. Sie hätte schon lange einschreiten müssen. Wenn die bestehenden Gesetze dazu nicht ausreichten, möge man neue schaffen. — Der Kriegsminister Cavaignac beantwortete die Anfrage sofort und zwar mit einer Entschiedenheit, die über die Haltung des neuen Kabinets Brisson in dieser Frage keinen Zweifel übrig läßt. „Die Regierung hat die absolute Gewißheit von der Schuld Dreyfus'," erklärte der Kriegsminister unter allgemeinem Beifall; die Richter der beiden Kriegsgerichte hätten vollkommen gewissenhaft geurteilt, und ihrem Urteilssprüche werde Achtung verschafft werden.

Im weiteren Verlaufe seiner Rede verlas der Kriegsminister einige Briefe, die die Schuld des Dreyfus zur Gewißheit machen. In einem, vom März 1894 datierten, heißt es: „Da ich morgen nicht zu Ihnen kommen kann, bitte ich Sie, Vormittag zu mir zu kommen, denn D. hat mir viele sehr interessante Sachen gebracht, und wir müssen die Arbeit teilen, da wir nur zehn Tage Zeit haben."

In einem zweiten Schreiben finden sich die Worte: „Beiliegend zwölf Pläne von sfolgt der Name einer Festung, die Cavaignac bei der Verlesung unterdrückte), welche diese Kanaille von D. mit für Sie gegeben hat."

Ein dritter Brief lautet: „Ich habe gelesen, daß ein Deputierter über Dreyfus interveliieren wird. Wenn (hier — so bemerkt Cavaignac — folgt ein Satz, den ich nicht verlesen kann), dann werde ich sagen, daß ich niemals Beziehungen zu diesem Juden gehabt habe, das ist abgemacht. Wenn man Sie fragt, sagen Sie auch so, denn niemand darf jemals wissen, was mit ihm vorgegangen ist."

Von wem die Briefe herrühren, und für welches Lund Dreyfus spioniert hat, darüber konnte der Kriegsminister aus naheliegenden Gründen keine Mitteilung machen. Weiter erwähnte Cavaignac das, wenigstens teilweise, Geständnis, das Dreyfus bei seiner Degradierung abgelegt hat. Der Redner schloß mit den Worten: „Durchdrungen von der Wahrheit der Sache, welche sie verteidigt, wird die Regierung nicht zugeben, daß die nationalen Interessen, deren Hut ihr anvertraut ist, verletzt werden. (Stürmischer Beifall, Rufe: Hoch Frankreich!) Die Regierung hofft, daß alle Franzosen darin einig sein werden, zu erklären, daß die Armee, die ihren Stolz und ihre Macht bildet, nicht nur stark ist durch das Vertrauen des Landes, sondern auch durch die Gerechtigkeit ihres Handelns." (Lauter Beifall.)

Ein Deputierter stellte den Antrag, die Rede Cavaignacs in ihrem Wortlaute in allen Gemeinden Frankreichs öffentlich anschlagen zu lassen Dieser Antrag wurde mit 572 gegen 2 Stimmen angenommen. Die Leute, die sich von der Schuld des Dreyfus nicht überzeugen lassen wollen, werden auch jetzt noch fortfahren, zu behaupten, daß ihm Unrecht geschehen sei.

Die deutschen Judenblätter äußern sich ausnahmslos in diesem Sinne. Das „Berl. Tagebl." spricht beispielsweise von „einem Pyrrhus-Sieg der Gegner der Wahrheit und des Lichtes".

Ein Gesuch, das Frau Dreyfus um Wiederaufnahme des Verfahrens an den Justizminister richtete, wurde von diesem abschlägig beschieden. —

Der aus dem Panama-Schwindel bekannte Exgauner Cornelius Herz, der schon mehrmals fälschlich totgesagt wurde, ist jetzt wirklich gestorben. Einen größeren Spitzbuben hat die Sonne selten beschienen. Der Panama-Gesellschaft nahm er mit einem Griff zehn Millionen ab. Er war aber vorsichtig genug, seine sonst erworbenen Millionen nebst seiner eigenen ehrenwerten Person jenseits des Kanales bei Zeiten in Sicherheit zu bringen.

Mosaik.

Der Reichskanzler, ein Parteigänger des „Nordosts". Im Baltikreise Stolp-Lauenburg wurde von freisinniger Seite ein Flugblatt verbreitet, das folgende Stelle enthält: „Auf unserer Seite steht auch der Reichskanzler Fürst Hohenlohe. Auch er, der Reichskanzler, will nichts wissen von den Uebertreibungen der Junker. Er hat sich offen für die liberale Sache ausgesprochen, weil er nicht die Regierung zum Segen des Vaterlandes führen kann, wenn die Junker obenauf kommen." — Der Reichskanzler, hoffen wir, wird nicht sonderlich über seine neuen Parteigenossen erbaut sein.

Leichte Sommerröcke für die Postboten einzuführen hat der Abg. Liebermann von Sonnenberg zuerst im Reichstage angeregt und mehrmals befürwortet. Die Erfüllung dieses Wunsches ist jetzt seitens der Postverwaltung für das nächste Jahr in Aussicht genommen worden.

Der jüdische Denunzianten-Verein zu Berlin fährt fort, die Gerichte zu belästigen. Am 5. Juli hatte sich auf Betreiben des Vereins der Schriftleiter der in Krefeld erscheinenden „Deutschen Zig" wegen angeblicher Beschimpfung der jüdischen Religionsgesellschaft zu verantworten. Der Anklage lag eine Auslassung des Blattes über den jüdischen Gib zu Grunde. Das Gericht erkannte auf Freisprechung. Wann wird endlich dem Unfug, die Antisemiten und mit ihnen die Gerichte grundlos zu belästigen, ein Ende gemacht werden?

Sozialdemokratisches. „Die Pfarrer belügen das Volk auch", rief „Genosse" Arbeiter Bromberg in der Kirche zu Hochlowitz dem Pfarrer Tünkel zu. Dem Freiheits- und Gleichheitsmann bekam diese Störung des Gottesdienstes schlecht, denn die Bauern machten ihm „handgreiflich" klar, daß er seine Weisheit an einem anderen Orte besser verwerten könne.

Kgl. preußischer Gerichts-Assessor ist der Sohn des „Obergenossen" Liebknecht jetzt geworden. Das sieht nicht danach aus, als ob der Liebknecht an den baldigen „Kladderadatsch" selbst glaubte! —

Für einen Zuchthäusler, Meyer mit Namen, der gegenwärtig seine Strafe verbüßt, haben die „Genossen" am 16. Juni im Wahlkreise Borken-Recklinghausen ihre Stimmen abgegeben. Die 2080 Stimmen wurden natürlich samt und sonders für ungiltig erklärt.

Zur Schächtfrage. Der Petitions-Kommission der 2. badischen Kammer liegt gegenwärtig ein Gesuch mehrer Tierschutzvereine vor, das eine gesetzliche Regelung der Schlachtweisen, vor allen Dingen aber die Einführung des Schächtverbots verlangt. Im Plenum wird diese Petition erst im Herbst zur Beratung kommen, da der Landtag bald geschlossen wird.

Die National-Sozialen, die vor der Wahl so furchtbar große Rosinen im Sacke hatten, haben ihre letzte Tageszeitung eingebüßt: Die „Volkszeitung" in Erfurt. Sie hat ihr Erscheinen noch vor Beendigung des vorigen Vierteljahres eingestellt. Ob die Herren von Gerlach, Wenck usw. nun endlich einsehen werden, daß man mit hochtrabenden Redensarten und mit höhnischen Verunglimpfungen andrer sozialen Reformparteien nicht die geringsten positiven Erfolge erringen kann?

Digitized by Google

Sozialdemokratische Ehrenmänner. „Genosse" Wibrandt zu Lautermingen im Elsaß, der bei den Wahlen noch eine eifrige Thätigkeit für seine Partei entfaltete, ist sofort nach der Wahl nach Amerika gegangen. Die sozialdemokratische Parteikasse, ungefähr 6000 Mark, hat er mitgenommen. —

Die „Reußische Tribüne" hatte im vorigen Jahre ohne erschöpfliche Veranlassung gegen den eben in den Ruhestand getretenen Direktor der höheren Töchterschule zu Gera schwere Vorwürfe erhoben. Der Artikel ließ durchblicken, Herr Direktor Kühn habe sich unsittliche Handlungen zu Schulden kommen lassen. Die Verleumdung nahm sich der allgemein geachtete Mann so zu Herzen, daß er in einer Art von Verfolgungswahn selbst Hand an sich legte. Der Schriftsetzer Rojcek wurde als verantwortlicher Redakteur wegen des Artikels zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt. Auf dem vorjährigen Parteitage der reußischen Sozialdemokratie wurde zur Sprache gebracht, daß der frühere Bildhauer, jetzige Zigarrenhändler H. Rödiger, der Reuß j. L. auch einmal im Reichstage vertrat, der Verfasser des Artikels sei; die leichtfertigen Beschuldigungen unbescholtener Männer gingen selbst den „Genossen" über die Hutschnur. Der Staatsanwalt sah sich veranlaßt, nun auch gegen Rödiger ein Verfahren einzuleiten; dasselbe endete mit dessen Verurteilung zu einem Jahre und acht Monaten Gefängnis. —

„Genosse" Redakteur Frehse in Zwickau (Sachsen) hat das Weite gesucht, um nicht mit dem Strafgesetze in Berührung zu kommen. Seine „Obergenossen" und Protzgeber entließen ihn bei Zeiten. —

Höhere Mathematik. Lehrer: „Also, Lohn, wenn Du beim Kaufmann statt zehn Pfennige ein Fünfzig-Pfennigstück herausbekommst, was machst Du da?" — Lohn: „Bierhundert Prozent Profit!"

Teure Zähne. 10580 Franks oder 8569,80 Mark verlangt der Zahnarzt J. Landau zu Paris, Rue de la Paix 3, für zahnärztliche Behandlung von seinem Stammesgenossen, dem Rittergutsbesitzer Ernst Schwabach, zuletzt in Berlin, Wilhelmplatz 7 wohnhaft, jetzt unbekannten Aufenthalts. (So steht in einer Bekanntmachung im „Reichsanzeiger" zu lesen. Ein Rittergutsbesitzer unbekannten Aufenthaltes ist wohl eine seltene Erscheinung.) Wenn man nicht gerade annehmen will, daß Herr Schwabach sich nicht wie andre Sterbliche goldene Plomben, sondern gleich ganze Zähne von Gold habe einsetzen lassen, muß man sagen: Herr Landau hat keine niedrigen Preise.

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. Graf Wilhelm Douglas (Karlsruhe) ist Teilhaber der Bankfirma Weil & Benjamin in Mannheim mit Zweigniederlassung in Karlsruhe geworden. Die andern Inhaber der Firma sind Viktor Lenel und Jakob Hirsch Söhne in Mannheim. —

Um den neuen Lesern

unseres Blattes auch die Anschaffung früherer Jahrgänge zu erleichtern, haben wir uns entschlossen, deren Preise erheblich herabzusetzen.

Wir liefern — soweit der Vorrat noch reicht — die

Jahrgänge 1890 bis 1895 für je 5 M. gebd., 3 M. ungebd.,
alle 6 Jahrgänge zusammen für 25 M. gebd., 15 M. ungebd.,
Jahrgang 1896 und 1897 gebd. für je 6 M., ungebd. 4 M.

franco zugesandt!

Die Jahrgänge der „Deutsch-Sozialen Blätter" bilden ein Nachschlagewerk von hervorragender Weise. Wir müssen notwendigerweise die Leser öfters auf frühere Jahrgänge verweisen, da es nicht thunlich ist, alle wichtigen Fragen und Verbesserungen in jedem Jahrgange aufs neue zu behandeln.

Verlag der „Deutsch-Sozialen Blätter"
Leipzig, Königsstr. 27.

Das Judentum im Hopfenhandel

von **Dionys Danzer**

Preis 50 Pf.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung, sowie gegen vorherige Einsendung des Betrages in Marken (solche aller europ. Länder werden in Zahlung genommen) unmittelbar vom Verleger

Herm. Beyer, Leipzig, Königsstr. 27.

Unglaublich billig
Gut Strümpfe, Socken, Normalwäsche, nur garantiert feinste Qualität bei Oskar Jahn, Spezial-Versandhaus, Leipzig, Poniatowskistraße 10. — Preisliſten kostenfrei! —

Billige, dichte Dächer
stets von der pur Anderegger's Asphalt-Steinpappen hergestellt.
A. Anderegger, Basel, Rhein.
Muster etc. postfrei

Ladebeck's selbstthätige Sitz-Douche

Patentiert in allen Kulturstaaten.
Dieser sanitäre Reinlichkeits-Apparat ist in jedem Zimmer ohne Betriebsvorrichtung o. Wasserleitung stets fertig zum Gebrauch, bedarf selbst zu mehrmaliger Benutzung nur 2 Liter Wasser, erfordert kein vollständiges Ausklei den und ersetzt vollkommen Sitzwanne, Bidet, Fussbad etc.
Von medizinischen Autoritäten empfohlen. Zahlreiche Anerkennungsschreiben. Gebrauchsanweisung wird beigegeben.
Preis 28 Mark per Nachnahme.
Hauptdepot:
H. Ladebeck, Leipzig,
Alexanderstrasse 14.
Vertreter im Auslande gesucht.

Antisemitische Pfeifen

mit Ornamenten und Sprüchen aus Elfenbein-Steingut, à Stück portofrei gegen Einsendung von 65 Pf. in Briefmarken.

J. Korzilius, Hofbeinsend., **Köln-Ehrenfeld**

Vergleichen Sie
alle Angebote im Herrenkleiderstoffen im Betreff auf Auswahl, Qualität und Preise, dann kaufen Sie bestimmt bei
Christian Günther
Leipzig-Plagwitz
Bekanntestes Tuch-Versandgeschäft.
Fordern Sie mir 5 Pfg-Karte kostenlose Zusendung von Mustern.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königsstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hoegrefe in Berlin NW. 5, Kruppstr. 17 p. Druck: G. Reusche, Leipzig.

Digitized by Google

Deutsch-Soziale Blätter.

Preis-Notiz: vierteljährlich Mk. 1.50 bei den Postanstalten (Postzeitungsliste Nr. 1789) und Buchhandlungen. Unter Streifband Mk. 2.

Herausgegeben von Max Liebermann v. Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Anzeigen: die 4-spaltige Petit-Zeile 25 Pfennige. Verlagsbüro: Königstraße Nr. 27, Leipzig.

XIII. Jahrgang. | Leipzig, 21. Juli 1898. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Juden-Frage. Otto Glagau. | Nr. 518.

Inhalt: Der Juden gute Tugend. — Warenhäuser. — Vergleichende Statistik über die Beteiligung des jetzigen Deutschen Reiches durch die Juden in den Jahren 1820 und 1890. I. — Die Kultur und der Staatssozialismus im Inkarcrik. II. — Judentum und Sozialdemokratie. — Ausland. — Mosait. — Parteinachrichten. — Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen. — Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat. — Jüdische Ritter, Kommissions- und Kommerzienräte usw.

Der Juden gute Tugend.

Seitdem Juden mit andern Völkern zusammenwohnen, giebt es auch eine Judenfrage. Und, merkwürdig, diese Judenfrage hat zu allen Zeiten und in allen Ländern im wesentlichen dasselbe Gesicht. Genau dieselben Vorwürfe, die wir heutzutage gegen die „israelitischen Mitbürger" erheben, klingen uns aus zahlreichen Schriften früherer Jahrhunderte entgegen, nur daß die angeblich geknechteten und verfolgten Juden dazumal ihre Begierden noch weniger zu zügeln brauchten als in unserer Zeit. Das bestätigt uns auch eine im Jahre 1581, also vor mehr denn 300 Jahren, zu Prag erschienene Schrift mit dem Titel:

Ware beschreibung der Juden guten Tugent und wolthaten

gegen den Christen / So ein guter Freund dem andern zur warnung vor Jhnen / zuschreibet.

Wir greifen aus dem überaus seltenen Schriftchen heute einen Absatz heraus, um eine Probe von dem Treiben der „unterdrückten" Juden des 16. Jahrhunderts zu geben. Andre Stellen werden wir vielleicht später folgen lassen. Ausdruck und Schreibart behalten wir unverändert bei, um die Wirkung der Worte nicht abzuschwächen; wir hoffen, daß allen Lesern der Sinn trotzdem ohne Mühe verständlich wird.

Uber die Sittlichkeit der Juden und ihre freche Verhöhnung des christlichen Glaubens wird uns folgendes berichtet:

Item / Das grawsam vbel / als die Hurerey / die in dieser Stadt geschicht / die geschicht am meisten durch sie[1]) / sonderlich mit den Eheleuthen / es sey Mans oder Weibsbildt / darob sich dann zu entsetzen ist / sonderlichen die fromb / vnd die fürnembsten vor den Leuthen wöllen sein / vnd keinem Christen vertrawen dörffen / die vertrawen sich den Juden / vnd kommen bey jnen in jren Heusern zusammen / das ein sehr erschrecklich ding ist / so es ein fromb Man bedencht / Vnd so einer der etwan ein schönes Kindt hat / sonderlich arme leuth / der muß gros glück haben / das sie zwölff oder dreitzehen Jar erreicht / das sie jnis nicht verkuppeln / vnd thuns mit dieser Practicen / denn wo sie ein schöns Megdlein wissen in einem Haus / vnd anders nicht zu jm komen können / das sie mit jm reden möchten / so thun sie eins / sonderlich der Juden Weiber / vnd nemen etlich ding zu sich / als gülden Hauben / Porten[2]) vnd dergleichen / das zu verkauffen ist / gehen damit in dasselbige Haus / zeigen der Mutter an / das sie haben gehört / das sie jrer Tochter gern ein schöne Hauben wolt kauffen / vnd weisen sie der Jungfrawen vnd sprechen: Ey liebe Fraw setzt jrs auff / seht wie schön stehets jr / Ey kaufft jrs / vnd so es offt die Eltern nicht vernügen / oder sonst nicht wöllen / vnd sie mit der Jungfrawen auff dasselbige mal / nicht zu red können komen / so thun sie eins vnd haben auffmercken / wenn die Jungfraw etwa aus dem haus gehet / denn so sprechen sie es an / vnd sagen: Schawt liebe Jungfraw die Mutter hat euch die hauben nicht kauffen wöllen / ich weis einen Herren oder Edelman / der kaufft sie euch bald / wenn jr jn ansprecht vnd solchs an jn begert / so wöllen sie denn wissen / wer derselbige ist / wie junge vnd fürwitzige Leut thun / die schön ding lieb haben / Ey trawn sagen denn die Jüdin / ich wil jn nicht nennen / allein kompt bis Sontag zu mir / da wird er bey mir sein / so kömt jr mit jm reden / darnach so sie kömpt / so gehen an / geben der Jungfrawen Wein zu trincken / bis sie truncken wird / darnach verwilliget sie zu allem / vnd verfüren also die jungen / vnd nicht allein die Megdlein / sondern auch die Eheweiber / vnd sonst auch in viel vnd mancherley wege / aber zu lang hierinnen zu ergelen. Summa sie verfüren uns vnsere Weiber / Söne vnd Töchter / vnd treiben selbst auch grosse Hurerey mit den Christen / rhümen sich jrer / halten gut rundt gesagt / Es sey den Jüden zu Leitemischel von wegen eines Kinds / das sie kaufft sollen haben / vnrecht geschehen / sie dörffens[3]) nicht das sie Christen Kinder kauffen / sie haben jr gnug vnter jnen / die sie selber machen / Wie dann ein Jud hat dörffen von einem Christen begeren / das er jhm vergünne / das er seine Tochter zur zeit / wenn des Juden Weib jre Weibliche krancheit hat / gebrauchen möchte / dagegen wolle er den Eltern ein einkomen machen: Jch mein das sey vns Christen ein schöne Ehr. Sie gehen auch bey Nechtlicher weil mit Lauten vnd andern Jnstrumenten in die Schenckheuser / wo sie junge Weiber wissen / mit Wehren vnd in Banthen / schlagen die Christen / spotten vnsers Gottesdiensts / gehen in der Mummerey in Münchskutten / einer vnter jnen tregt ein Becher oder ein gestolen Kelch voll Wein / hebt jn denn in die höch / vnd treibt viel gespöts damit / gibt den andern zu trincken daraus / das thun sie alles vns Christen vnd vnserm Gottesdienst zu spott / Es ist auch ein Jud / der sol sein tag wie man sagt / den Raufleuten mehr Gelt gestolen haben / als er selber schwer ist / der sol zu Krumaw[4]) das Crucifix von der wandt haben gerissen / vnd seinem Roß vnterworffen / vnd mit füssen darauff lassen vmbgehen.

[1]) nämlich die Juden, von denen vorher die Rede ist.

[2]) Was für ein Schmuckgegenstand mit den Porten gemeint ist, haben wir nicht feststellen können.

[3]) dürfen steht hier natürlich im Sinne von brauchen. Also, die Meinung ist, sie hätten es nicht nötig, sich Christen-Kinder zu kaufen; es liefen unter den Christen genug Kinder umher, deren Väter sie, die Juden, seien.

[4]) das heutige Krumau, eine Stadt in Böhmen.

Warenhäuser.

Was den reellen Handel am schwersten schädigt, das ist die Unreellität der modernen Warenhäuser, und dagegen schützt den Kaufmann weder Fleiß noch Tüchtigkeit. Die Ausnutzung dieser beiden Eigenschaften wurde der deutschen Kaufmannschaft kürzlich von einer liberalen Korrespondenz als Allheilmittel gegen die Riesenbazare empfohlen. Diese liberale Alterweisheit wurde getreulich von der großen Mehrzahl der liberalen Zeitungen nachgebruckt, und der kleine Geschäftsmann,

Digitized by Google

der schwer um seine Existenz ringt, liest sie zum Morgenkaffee, steckt den Hohn und Spott, der in diesen Worten liegt, ein und — schweigt. Es fällt ihm gar nicht ein, auf sein liberales Musterblatt zu verzichten und die deutsche Presse zu unterstützen, durch die seine Interessen vertreten werden. Man muß nur einmal eine Zeit lang die Erfahrung machen, wie konservativ der deutsche Michel an seiner liberalen oder — angeblich — parteilosen Zeitung festhält, trotzdem ihm dort zum Schaden auch noch der Spott aufgetischt wird — ja, da möchte einem zuweilen der ehrliche deutsche Zorn übermannen, aber was hilft es? Man ballt die Faust in der Tasche, weil es kein Mittel giebt, um das ganze leide, jüdisch-liberale Preßgesindel zum Teufel zu jagen, um unser deutsches Heim zu reinigen von dieser gefinnungslosen Lumpenpresse, die sich die „tonangebende" nennt. Kein Mittel? O ja, ein Mittel giebt es, und das wird auch endlich wirken. Die Erfahrung am eigenen Leibe wird schließlich auch den dümmsten aller deutschen Michel über das Wesen des wirtschaftlichen Liberalismus aufklären und ihn erkennen lassen, wie unheilvoll die Grundsätze seines „Leib- und Magenblattes" sich in der Praxis bewähren.

Die Warenhäuser sind — und das soll festgehalten werden — erst möglich geworden durch die gesetzgeberische Praxis des wirtschaftlichen Liberalismus. „Der Mensch soll frei sein auch in wirtschaftlicher Beziehung", das war der Grundsatz, nach dem die Gesetzgebungsmaschine in der liberalen Aera arbeitete. Die Theorie klingt edel. Aber die Praxis? In der Theorie sagt man: „Wenn Jeder wirtschaftlich vollständig frei und unabhängig schalten und walten kann, wie es ihm beliebt, dann wird ein friedlicher Wettkampf entbrennen, und die Fleißigen und Tüchtigen werden in diesem Wettkampf an die Spitze treten. Man muß diesen nur Gelegenheit geben, ihre Ellenbogen zu gebrauchen, um die Faulen und Trägen bei Seite zu schieben, dann werden sie auch vorwärts kommen. Der Staat soll sich darum nicht kümmern, der Staat hat nur so eine Art Nachtwächterrolle zu spielen, um allenfalls das Eigentum zu schützen." Und nun die Praxis? Wo sind denn heute die Tüchtigen und Arbeitsamen an der Spitze? Sehen wir uns doch einmal an, welche Anarchie heute im Wirtschaftsleben herrscht! Da ist nichts zu spüren von einem friedlichen Wettkampf, da sehen wir im Gegenteil einen wilden, zügellosen Kampf aller gegen alle. Und gerade der Handelsstand bietet heute schon ein Bild der Vernichtung, wie es durch solchen Kampf naturgemäß hervorgerufen werden muß. Wer redlich vorwärts strebt, unterliegt, und wer noch glaubt, durch Treue und Redlichkeit etwas vor sich zu bringen, der wird bald gewahr, wie ihm der Besitzer des modernen Warenhauses mit seinem weiten Gewissen den Fuß auf den Nacken setzt. Eine Existenz nach der andern wird vernichtet und versinkt ins Proletariat. Durch die Aktiengesetzgebung nahm man den Angestellten ihren Brotherrn und schuf das kalte, nüchterne Verkaufsobjekt, die Arbeitskraft. Alle andern Bande, die Prinzipale und Angestellte noch mit einander verknüpften, wurden erbarmungslos zerschnitten. Die unbeschränkte Gewerbefreiheit ermöglicht es irgend einem Bandjuden, morgen eine „Schuhfabrik" zu eröffnen und dem Handwerker in dessen Fach zu pfuschen. Durch die Freizügigkeit wurden auch die wirtschaftlich abhängigen Schichten dorthin getrieben, wo sie scheinbar zuerst aus der Abhängigkeit herausgelangen konnten — in die großen Städte. Und da alle nach dem gleichen Ziel trachteten, entbrannte auch zwischen ihnen der „friedliche Wettkampf". Sozialdemokraten pflegen solche Leute, die sich das Gesetz der Freizügigkeit zu Nutze machen, „Streikbrecher" zu nennen. Und wir im Handelsstand? so fragt die „Deutsche Handelswacht", die Zeitschrift des „Deutsch-nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes". Seit wann kennen wir die schändliche Ausnutzung der Frauen- und Kinderarbeit, seit wann kennen wir denn Konkurrenzklauseln? Sind nicht auch diese neuzeitlichen Erscheinungen Folgen des erbitterten Konkurrenzkampfes, der nach dem Grundsatz „Billige Arbeitskräfte um jeden Preis" geführt wird? Und die Warenhäuser? Ja, hätten wir Ordnung im Wirtschaftsleben, hätten wir zweckmäßige Berufsorganisationen, in denen die Angehörigen eines Standes neben einander und nicht gegen einander arbeiteten, hätten wir einen Befähigungsnachweis und nur einen reellen festhaften Kaufmannsstand, der sich seiner Standesehre bewußt ist — wie bald würden die Warenhäuser auch bei der großen Masse des Volkes als das erkannt werden, was sie sind, als eins der besten Mittel, um die Grundlagen unseres Staatswesens zu unterwühlen. In den Jahren 1882—1895 haben sich die selbständigen Existenzen im Handel um 18 v. H. vermindert, die abhängigen dagegen um 66⅔ v. H. vermehrt. Jedes neue Warenhaus verringert den Angestellten die Möglichkeit, einmal selbständig zu werden, und wir haben über die Selbständigkeit doch etwas andere Gedanken wie z. B. das „Berliner Tageblatt". Dieses Blatt, das vor einiger Zeit einmal über eine Sonntags-Kellerei, an der angeblich Handlungsgehilfen teilgenommen hatten, unter der Spitzmarke „Folgen der Sonntagsruhe" berichtete, erzählte seinen Lesern kürzlich etwas vom Segen der Warenhäuser. „So und so vielen Familienvätern, die als Ladeninhaber schwer um das tägliche Brot für sich und ihre Familien zu kämpfen hatten, wird die Sorge abgenommen durch die Warenhäuser, die sie als Angestellte gegen festen und sicheren Gehalt beschäftigen". Was die alten deutschen Sprichwörter „Eigner Herd ist Goldes wert" und „Lieber ein kleiner Herr als ein großer Knecht" bedeuten, und welcher Sinn ihnen innewohnt, davon hat das jüdisch-liberale „Berliner Tageblatt" anscheinend keine Ahnung und wird sie nicht haben, die Warenhäuser mit ihren Riesenanzeigen sind ja gute Kunden. In der Brust jedes deutschen Mannes schlummert die Sehnsucht nach einem Besitz, nach Selbständigkeit und nach der Freiheit, die ihm der wirtschaftliche Liberalismus verhieß, die ihm aber bis auf den letzten Rest genommen werden soll, „um ihm die Sorge ums tägliche Brot zu ersparen." Wir wollen doch auch nicht die Bedeutung vergessen, die selbständige, festhafte Existenzen für den Staat haben; sie sind die Eckpfeiler, auf denen er ruht. Wir haben in der Weltgeschichte genügend Beispiele vom Untergange der Staaten, die ihre selbständigen Schichten zu Grunde gehen ließen. Rom und Polen, diese einst blühenden Staaten sollten uns ein Warnungszeichen sein, und uns zeigen, wohin wir steuern, wenn wir die Dinge sich so weiter entwickeln lassen.

Das ist ja gerade die Entwicklung, auf welche sich die Theorie der Sozialdemokratie stützt, der Zusammenbruch des Mittelstandes, und es ist daher auch nicht verwunderlich, sondern ganz folgerichtig, wenn sich die Sozialdemokratie ganz besonders der Warenhäuser annimmt und sie als eine „ersprießliche Erscheinung in der ökonomischen Entwicklung" begrüßt. Man könnte daher der Sozialdemokratie das Geschäft auch gar nicht besser verderben, als wenn man diese Henker des Mittelstandes selber ausmünzte, ehe es zu spät ist und ehe ihnen noch einige Tausende von selbständigen Existenzen zum Opfer gefallen sind.

Aber wie soll das geschehen? Was Fabrik und Maschinenindustrie für den Handwerker, das sind die Warenhäuser für den Handelsstand. Den Betrieb der Warenhäuser kann man eben so wenig durch Gesetz verbieten wie die Benutzung von Maschinen.

Wenn das Großkapital sich des Kleinhandels bemächtigt, so läßt sich volkswirtschaftlich dagegen nichts einwenden, so lange es in Formen geschieht, die der Allgemeinheit zu gute kommen. Schließlich ist ja doch nicht das Publikum des Handels wegen da, sondern umgekehrt. So wird kein vernünftiger Mensch dem Großhandel seine Berechtigung absprechen wollen. Auch im Kleinhandel würde jedes Mittel, das dazu dient, dem Konsumenten seinen Bedarf zu verbilligen, durchaus am Platze sein. Das thun aber die Warenhäuser nur scheinbar. Vielerlei Dinge, auf die der reelle Kaufmann Wert legen muß, bleiben im Warenhaus einfach unbeachtet. Dahin gehören die Sorgfalt beim Aussuchen der Waren, beim Bedienen der Kundschaft, die Fachkenntnisse, die Möglichkeit einer Übersicht des ganzen Geschäfts, das Eingehen auf Sonderwünsche der Kundschaft, die freundschaftlichen Beziehungen zu alten Kunden, die dem Geschäftshause Vertrauen entgegenbringen usw. Charakteristisch für die

Digitized by Google

Warenhäuser sind ferner allerlei unlautere Geschäftsmanöver, wie z. B. Verkauf sogenannter „Lockvögel" unter Einkaufspreis. Hierin und auch in dem Auszeichnen der Waren in Schaufenstern mit ungeraden Pfennigen (1,49 Mk., 0,99 Mk. usw.) liegt ganz zweifellos eine Täuschung des Publikums, das in den Glauben versetzt werden soll, als werde in dem Warenhaus durchweg unter Einkaufspreis verkauft oder als ob die Preise bis auf den Pfennig genau berechnet und deshalb äußerst niedrig seien. Nun ist es aber doch ganz selbstverständlich, daß der Nutzen, der an einigen Artikeln verloren geht, an anderen wieder eingeholt werden muß. Der Inhaber des Warenhauses weiß, wie gern unsre Frauen auch das gern kaufen, was sie im Augenblick gar nicht gebrauchen. Um einen billigen Gegenstand zu erhandeln, betritt die Frau den Bazar und verläßt ihn in der Regel mit allerlei andern Gegenständen, über deren Wert oder Unwert ihr leider meist zu spät die Augen aufgehen. Die übliche Entschuldigung, eine Frau allein könne doch nichts ausrichten, ist gerodezu dumm. Jede Frau, die derartiges sagt, giebt damit zu, daß sie einem Herdentrieb gefolgt sei, anstatt sich zu bestreben, anderen als Vorbild zu dienen. Die Männer sind allerdings auch nicht viel besser; erstens sollten sie ihren Frauen das Kaufen in den Bazaren einfach verbieten, und zweitens sollten sie selber es auch unterlassen. Der Porzellanwarenhändler, der sich ein paar Stiefel in einem Ramschbazar kauft, handelt genau ebenso unklug, wie der Schuhmacher, der in demselben Ramschbazar eine Porzellantasse ersteht. Keinen Schritt in ein Warenhaus! Das muß unbedingt die Parole für jeden Deutschen sein, dem daran liegt, unserm Staat seine mittleren selbständigen Schichten zu erhalten.

Was die Mittel anbetrifft, mit denen die unheilvollen Wirkungen der Warenhäuser beseitigt werden können, so wird es sich im wesentlichen darum handeln, dafür zu sorgen, daß die Bazare nicht billiger verkaufen können als die reellen Ladeninhaber. Dann werden die Kunden schon von selbst zu diesen zurückkehren. In dieser Richtung energisch thätig zu sein, hat der Staat, ganz abgesehen von der oben bereits berührten Bedeutung eines kräftigen Mittelstandes für seinen eigenen Bestand, auch ein hervorragend fiskalisches Interesse. Denn es liegt doch auf der Hand, daß dem Staat durch die Vernichtung der selbstständigen Existenzen zahlreiche Steuerzahler entzogen werden. Dieser Ausfall wird auch nicht entfernt durch die Warenhäuser gedeckt. Das glaubt doch kein Mensch, daß ein Bazar, der fünfzig kleinere Geschäfte überflüssig gemacht hat, nun auch so viel an Steuern entrichtet wie die fünfzig Geschäfte zusammen. Ja, es ist schon vorgekommen, daß große Warenhäuser überhaupt keine Steuern gezahlt haben; weil sie angeblich nichts verdient hatten. Jeder Kaufmann weiß, wie manche Ausgaben des Prinzipals auf Geschäftsunkosten-Konto verbucht werden können, ohne daß die gesetzlichen Vorschriften dadurch verletzt werden. Wir sind überzeugt, daß hiervon in der Buchführung der Warenhäuser der ausgiebigste Gebrauch gemacht wird, da man ja dort allgemein in der Geschäftspraxis nicht allzu gewissenhaft ist.

Man muß also die Warenhäuser mit einer andern Steuer treffen. Eine Mietssteuer, wie sie vorgeschlagen ist, würde zu keinem Ergebnis führen und nur die Hausbesitzer schädigen. Die Personalsteuer, die man ebenfalls empfohlen hat, muß als verwerflich bezeichnet werden. Eine solche Steuer würde zu einer ungeheuren Ausnutzung des Personals führen, das heute schon in den Warenhäusern ganz gewiß nicht auf Rosen gebettet ist. Man kann auch nicht gekend machen, daß sich das Personal gegen allzu große Ausnutzung schon selber schützen werde. Dazu ist es schon heute nicht in der Lage, sondern bedarf zu seinem Schutz ebenso der Hilfe des Staates, wie die selbständige Kaufmannschaft. In Frankreich geht man jetzt darau, die Personalsteuer wieder abzuschaffen, da sie sich als nicht wirksam erwiesen hat und für die Handelsangestellten eine Plage bedeutet.

Vorteilhaft würde dagegen eine Umsatzsteuer oder auch eine Branchensteuer, am besten beide mit einander verbunden, wirken. Beide müßten natürlich auf die Städte beschränkt bleiben, da ja auf dem Lande der Kaufmann seit Alters her mit allen möglichen und möglichst vielen und verschiedenen Waren handelt. Es ist hier nicht unsre Aufgabe, die Skala dieser Steuern, die stufenweis aufsteigend sein müßte, im einzelnen auszuarbeiten. Das ist zweifellos, weil eine solche Skala auch der verschiedenen Größe der Städte entsprechend verschieden groß sein müßte. Ein Umsatz von 100 000 Mark wird in Berlin von einem mittleren Geschäfte erreicht, in einer kleineren Stadt teilen sich zehn bis zwanzig Geschäfte in diesen Umsatz und finden dabei noch alle ihr Auskommen. Wir sind deshalb auch überzeugt, daß eine solche Steuer von den einzelnen Gemeinden ihren Bedürfnissen entsprechend eingerichtet werden müßte. Die Gemeinden sind hiezu ganz zweifellos berechtigt, und einzelne von ihnen sind auch schon mit gutem Beispiel vorangegangen. Mögen alle übrigen bald nachfolgen, der reelle, schaffte Kaufmannsstand wird es ihnen Dank wissen. Sollten aber die liberalen Gemeindevertretungen, die wir leider noch fast überall in den Städten haben, sich nicht zu energischen Maßregeln aufraffen können, dann würde es Sache des Reiches sein, mit etwas weniger Nachsicht als bisher einen Druck auf die Gemeinden auszuüben oder selber einen Steuerplan auszuarbeiten, der den verschiedenen Verhältnissen gerecht wird.

Vergleichende Statistik über die Besetzung des jetzigen Deutschen Reiches durch die Juden in den Jahren 1820 und 1890.

Etwas Juden-Statistik.

I.

Im Jahre 1820 war das jetzige Deutsche Reich mit Ausnahme von Elsaß-Lothringen und Schleswig-Holstein in folgender Weise von Juden bewohnt.

№	Staat	Gesamt-Bevölkerg.	Anzahl der Juden	Juden auf 0.-Hundert der Gesamt-Bevölkerung
1	Frankfurt (Main)	52 200	5 200	9,96
2	Hamburg	134 500	8 000	5,95
3	Großherzogtum Hessen	681 761	15 000	2,20
4	Hohenzollern-Hechingen	14 900	300	2,01
5	Nassau	329 470	5 395	1,68
6	Baden	1 099 910	16 930	1,55
7	Anhalt	128 100	1 990	1,55
8	Bayern	3 743 880	53 402	1,43
9	Sachsen-Meiningen	58 100	650	1,12
10	Preußen	11 663 177	127 315	1,09
11	Hohenzollern-Sigmaringen	38 000	400	1,05
12	Lübeck	40 700	400	0,98
13	Sachsen-Koburg-Saalfeld	82 700	800	0,97
14	Kurhessen	585 100	5 170	0,94
15	Waldeck	54 000	500	0,93
16	Mecklenburg-Strelitz	40 000	265	0,85
17	Sachsen-Hildburghausen	32 000	250	0,81
18	Mecklenburg-Schwerin	413 005	2 952	0,71
19	Hessen-Homburg	21 500	150	0,69
20	Württemberg	1 477 103	9 068	0,63
21	Sachsen-Weimar-Eisenach	205 960	1 100	0,53
22	Braunschweig	230 400	1 152	0,50
23	Hannover	1 434 126	6 400	0,45
24	Reußische Länder	75 900	300	0,40
25	Oldenburg	240 700	700	0,29
26	Sachsen-Gotha-Altenburg	192 674	400	0,21
27	Schwarzburg-Rudolstadt	55 300	75	0,14
28	Schwarzburg-Sondershausen	46 500	60	0,13
29	Sachsen	1 386 900	1 250	0,09
30	Bremen	48 500	—	—
31	Lippe-Detmold	71 200	—	—
32	Lippe-Schaumburg	25 500	—	—

Schleswig-Holstein zählte damals 662 664 Einwohner, darunter 2233 Juden oder 0,34 v. H. Für Frankreich, das in jener Zeit in 44 Departements (42 waren also judenfrei) 60 000 deutsche, italienische, spanische und portugiesische Juden zählte, fehlt leider im Stein, Handbuch der Geographie und Statistik, Leipzig 1824, die betreffende Angabe über Elsaß-Lothringen. In runden Zahlen hatten die deutschen Staaten mit Ausschluß der Nord- und Westmark im Anfang der 20er

Digitized by Google

Jahre unsers Jahrhunderts ungefähr 24 720 000 Einwohner, darunter etwa 356 100 Juden, also 1,42 v. H.

Wie ist nun das Verhältnis zwei Menschenalter später?

№	Staat	Gesamt-Bevölkerg. 1890	Anzahl der Juden	Juden auf das Hundert der Gesamt-Bevölkg.	Zunahme oder Abnahme in 10 Jahren auf das Hundert
1	Hamburg	662 530	17 887	2,88	— 2,07 *)
2	Großherzogtum Hessen	992 883	25 517	2,57	+ 0,47
3	Elsaß-Lothringen	1 603 506	34 645	2,15	?
4	Baden	1 657 992	26 735	1,61	+ 0,06
5	Preußen	29 957 367	372 059	1,25	+ 0,14
6	Waldeck	57 283	696	1,19	+ 0,26
7	Bayern	5 594 982	53 885	0,96	— 0,47 *)
8	Lippe-Schaumburg	39 183	366	0,94	+ 0,04
9	Lübeck	76 485	654	0,85	— 0,13
10	Braunschweig	201 428	1 635	0,81	+ 0,31
11	Lippe-Detmold	128 495	989	0,77	+ 0,77
12	Sachsen-Meiningen	223 832	1 401	0,63	— 0,47 *)
13	Württemberg	2 035 443	11 887	0,58	— 0,08
14	Bremen	179 714	960	0,54	+ 0,54
15	Anhalt	271 963	1 580	0,56	— 0,06 *)
16	Mecklenburg-Strelitz	97 678	489	0,50	— 0,35
17	Oldenburg	355 000	1 430	0,40	+ 0,11
18	Sachsen-Weimar-Eisenach	326 091	1 290	0,39	— 0,14
19	Mecklenburg-Schwerin	578 342	2 182	0,38	— 0,33
20	Sachsen	3 502 684	9 368	0,27	+ 0,18
21	Schwarzburg-Sondershausen	73 606	147	0,20	+ 0,09
22	Reußische Länder	62 759 | 119 555	238	0,13	— 0,27
23	Sachsen-Koburg-Gotha	206 329	549	0,26	+ 0,26
24	Schwarzburg-Rudolstadt	85 838	81	0,09	+ 0,05
25	Sachsen-Altenburg	170 867	62	0,05	+ 0,05

Das Deutsche Reich zählte im Jahre 1890 ungefähr 49 430 000 Einwohner, davon waren etwa 567 900 Juden, also 1,11 v. H., es ergiebt sich demnach, daß die Juden der Gesamtbevölkerung gegenüber um 0,31 v. H. zurückgegangen sind, eine Erscheinung, die sich wohl daraus erklärt, daß die Juden dem wohlhabenden, weniger Kinder erzeugenden Teile der Bevölkerung angehören. Von der sogenannten goldenen 10 000, bei der Israel bedeutend vertreten ist, bleibt ja leider ein guter Prozentsatz unverheiratet, nicht zum Segen der Proletarierkinder: naturalia sunt quondam turpissima. Auch dürfte der Übertritt zahlreicher Juden zum Christentum in Betracht zu ziehen sein, der zum großen Teil besser unterblieben wäre, da dabei nur kühle Berechnung eine Rolle spielte und die germanische Volkseele dadurch nicht gewonnen hat. Das Streben[1]) turn in Preußen rekrutiert sich hauptsächlich aus diesen Renegaten und ihrer Nachkommenschaft.

Als am Ende der 60er Jahre in der Schweiz das Denkmal für die heldenmütig gefallenen Urgermanen bei St. Jakob an der Birs enthüllt wurde, sollen einige Frankfurter Judensprößlinge, die sich vor der preußischen Wehrpflicht nach der Schweiz geflüchtet und sich dort als Bürger eingekauft hatten, gesagt haben: „Hier haben unsre Väter einst gestritten!" Si non è vero, è bene trovato.

Prof. Dr. E. F. Niemann (Leipzig).

*) Der sogenannte vierte Stand nahm hier bei der Entwicklung der Handelsstadt zur Großstadt durch die Bauthätigkeit, die Hafenarbeiter und den Zug vom platten Lande nach der Stadt gewaltig zu, die jüdische Einwanderung konnte damit nicht Schritt halten, zumal Hamburg über einen Kaufmannsstand verfügt, der den Juden gewachsen ist.

*) Der Rückgang bei Bayern ist auffällig, München zog die Hebräer entschieden weniger an als Berlin, wie auch die Statistik der Juden in den Städten des Deutschen Reiches ergeben wird.

*) Meiningen war durch Hildburghausen und Saalfeld, wo weniger Juden saßen, bedeutend vergrößert worden.

*) Der beträchtliche Rückgang der Juden in Anhalt, wo sie auch jetzt noch eine nicht unbedeutende Rolle spielen (Hofbankier Cohn), hängt entschieden mit ihrem Zuzug nach Berlin, Magdeburg und andern Großstädten seit der Freizügigkeit zusammen.

Die Kultur und der Staatssozialismus im Inkareich.

Von Fr. W. Toussaint.

II.

Die Inkas waren nicht nur Mehrer des Reichs und bemüht, auf Grund der wunderbaren Organisation der Arbeit den Wohlstand im Innern des Reiches zu fördern, sondern sie trugen auch Sorge, daß der Frieden des Landes durch eine gut organisierte Wehrverfassung und großartig angelegte Festungswerke gesichert werden konnte. Namentlich war die Hauptstadt Cuzco, wo die Fäden der Regierung zusammenliefen, durch drei erheblich über einander liegende Umwallungen geschützt, wozu die Mauern und Türme aus behauenen Quadern zusammengefügt waren. — In den Türmen befanden sich die Brunnen, welchen das Wasser aus einer tief unter der Oberfläche des Bodens liegenden, von den Bergen herabkommenden Röhrenleitung zugeführt wurde. Die Lage dieser Wasserleitung war nur den vertrautesten Dienern des Staates bekannt, und Todesstrafe war auf Exforschung derselben gesetzt. — In der Nähe der feindlichen Grenzen des Reiches waren befestigte Lager eingerichtet, die während des Krieges bezogen, mit allen erforderlichen Kriegsmaterial versehen und als strategische Stützpunkte für die nötigen Operationen benutzt wurden. Humboldt sagt bei Gelegenheit der Beschreibung einer mexikanischen Festung oder Verschanzung von viertausend Meter Umfang, daß er auf dem Rücken der Kordilleren von Peru noch weit größere Denkmäler dieser Art gesehen habe.

Jeder waffenfähige Mann eines bestimmten Alters war verpflichtet, sich dem Inka zum Kriegsdienste zu stellen. Alle Dienstpflichtigen hatten sich monatlich unter bestimmten Führern in den Waffen zu üben, und die Anzahl derselben mehrte sich mit der Zunahme der Bevölkerung. — Auf diese Weise war es den Inkas möglich, in sehr kurzer Zeit ein Heer von zwei- bis dreimalhunderttausend Streitern aufzubieten. Je zehn Mann standen unter dem Befehle eines Gefreiten, fünfzig wurden von einem Waibel, hundert von einem Oberwaibel, fünfhundert von einem Hauptmann, tausend von einem Oberst, fünftausend von einem Feldherrn und zehntausend von einem Feldzeugmeister, einem Apu, geführt. Oberbefehlshaber war der Hatun Apu, welcher letztere für gewöhnlich ein kriegserfahrenes Mitglied der Inka-Familie war. Die Führerstellen bis zum Befehlshaber von fünftausend Mann gingen prinzipiell auf die Söhne derselben über. — Die Waffen der Inka-Krieger befanden aus Bogen und Pfeilen, Streitäxten, Streitkolben, Lanzen und Schleudern aus Bronze für die Gemeinen, aus Silber für die Führer und aus Gold für den Inka-Adel. — Trommeln, Muschelhörner, kupferne Trompeten und Rohrpfeifen riefen zum Kampfe und feuerten die Streiter an. — Die Eroberungs-Kriege wurden meistens zur Gewinnung von Land zur Urbarmachung bei eintretender Übervölkerung geführt.

Vortrefflich unterhaltene Heerstraßen hatte man, an denen in bestimmten Entfernungen, unter dauernder Bewachung, stehende Vorrathshäuser sich befanden, wo nicht nur große Getreidevorräte, sondern überhaupt alle zum Kriege erforderlichen Materialien aufgespeichert waren. — Während des Krieges ruhte jeder Frohndienst, und jeder Oberbeamte hatte eine bestimmte Anzahl von Kriegern, Arbeitern und Lastträgern zu stellen, teils um die nötigen Straßen anzulegen oder zu bessern, teils alle diejenigen Materialien herbeizuschaffen, welche erforderlich waren, um den Krieg mit aller Energie führen zu können. Das Heer des aus seiner Hauptstadt ausziehenden Inka mehrte sich infolge dieser vorzüglichen Organisation von Meile zu Meile, und die Anzahl der Krieger wuchs in demselben Verhältnisse, in welchem er vorrückte. — Jedem Kriege ging eine dreimalige Aufforderung zum Frieden voran, erst dann begannen die Feindseligkeiten. — Während die Truppen an der Grenze mit Errichtung eines verschanzten Lagers beschäftigt waren, durchzogen Abgesandte, gleichzeitig aber auch Kundschafter das feindliche Land und die benachbarten Gebiete. — Jene überbrachten in

Digitized by Google

feierlicher Weise die Botschaft ihres Herrschers, des Sohnes der Sonne, um den in wilder Barbarei lebenden Nachbaren die Segnungen seines Glaubens und der damit im Einklange stehenden Reichsgesetze zu überbringen; sie handelten also genau in derselben Weise wie die Spanier, welche sich als Abgesandte des römischen Kaisers zur Einführung des Christentums mit Feuer und Schwert einführten. — Scheiterten die Unterhandlungen, so kam es zur Schlacht, und nach gewonnenem Siege wurde oft in grausamster Weise die Unterwerfung durch die Ausrottung oder Versetzung ganzer Völkerstämme nach den alten Provinzen durchgeführt.

Die Rückkehr der Sieger wurde durch ehrenden Empfang derselben und große Festlichkeiten in der Hauptstadt gefeiert. Die eroberten Provinzen wurden meist durch Heranziehung von Familien aus dem Reiche besetzt und die Arbeit mit gleichzeitiger Anlage von Dörfern, Straßen, Wasserleitungen usw. organisiert. — Zehn- bis zwölftausend Familien solcher Zwangsstedler sandte der Inka in jede neu eroberte Provinz; und eben so viele Familien der Besiegten wurden in das Innere des Reiches versetzt, um so in oft sehr kurzer Zeit eine gleichmäßige Kultur im Lande zu verbreiten. — In der That, zu jener Zeit haben die Staatsmänner Europas, namentlich unter Ludwig XIV., die gleichen Grundsätze in Anwendung gebracht; sie waren nur nicht immer von so segensreichen Folgen begleitet, als dies bei den Inkas der Fall war.

Diese Mitteilungen, die den Berichten von Zeitgenossen entnommen wurden, erschienen uns heute, den Angehörigen des modernen Staates, wie Märchenbilder, und doch sind sie nur der Wahrheit genäht Thatsachen entsprechend, die den Beweis dafür liefern, daß unter gewissen Bedingungen der Staatssozialismus nicht nur möglich, sondern auch als eine Staatsform bezeichnet werden muß, in welcher die Bevölkerung humane Bildung, Wohlstand und Zufriedenheit erlangen kann. — Noch ist es von Interesse zu wissen, daß die Organisation der Verwaltung im Inkastaate auf einer bis ins Kleinste geführten Statistik beruhte, die, da man weder Zahlen noch Buchstaben kannte, mit sogenannten „Kipus" geführt wurde. Es waren dies Schnürenbündel in allen möglichen Farben, in die man knotenartig in verschiedener Zahl und Größe nach dem Dezimalsystem einknüpfte und je nach dem betreffenden Gegenstande ordnete und in der Hauptstadt des Landes deponierte. — Zur Führung derselben waren Beamte angestellt, deren Kinder in die Geheimnisse der Bedeutung dieser statistischen Objekte von Jugend auf eingeweiht wurden, um dieselben nach dem Tode der Eltern weiter führen zu können. Die ehemals auch bekannte Schriftsprache hatte man wieder abgeschafft, weil sie dem Volke mehr Unheil als Gutes gebracht hatte. — Diese straffe Organisation eines durchaus kommunistischen Staatswesens unter der Autorität eines mit großer Pietät verehrten Kaisers ist in der Gegenwart nur zu vergleichen mit unserer Militärorganisation, die bekanntlich in ethischer, technischer, wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Beziehung das Vollkommenste in unserm modernen Staatswesen als organische Gesamtheit erreicht hat; denn auch bei dieser arbeiten Intelligenz, mechanisches Geschick und Willenskraft unter der Autorität eines mit gutem Beispiel vorangehenden und großer Pietät verehrten Kaisers nach einem bestimmten Ziele hin. — Nur durch eine unbedingte Unterordnung unter die Befehle der Vorgesetzten war es der staatlichen Organisation des Inkareiches gelungen, ohne Geld, ohne Eisen und auswärtigen Handel die Bevölkerung auf eine Stufe der Kultur zu erheben, die namentlich in Bezug auf intensive Bodenkultur eine Großartigkeit der Meliorationen zeigte, wie sie heute weder von dem kapitalkräftigen Großgrundbesitzer der Gegenwart noch trotz unserer gewaltigen Kulturhilfsmittel in der bestehenden Organisation des modernen Staates auch nur entfernt erreicht werden konnte. — Diese Stufe der Kultur konnte nur mit Hilfe der organisierten Gesamtarbeit eines großen Volkes, auf Grundlage des Gemeindebesitzes, der anerzogenen Pietät gegen die Hoheit des Landesfürsten und die Pflege der Nächstenliebe, freilich auch nur mit Hilfe eines eisernen Zwanges erreicht werden, welcher jeden Widerspruch mit dem Tode bestrafte. — Wie klein und unbefriedigt stehen wir, jeder in seiner Individualität und Lebensanschauung, bei den uns anerzogenen Vorurteilen und den vielen wirklichen, aber auch eingebildeten täglichen Sorgen diesem Reiche des Friedens, der geregelten Arbeit und des harmlosen Glückes gegenüber, wo es weder Nahrungssorgen noch Neid noch Strafen, aber auch nur die Wahl zwischen Leben und Tod gab. Wie klein und unvollkommen stehen wir diesem Volke gegenüber mit unserer vielgepriesenen Kultur, in der die eigentliche Grundlage des Glückes und der humanen Bildung, die Kindlichkeit der Seele und der Glaube an wahre Freundschaft und Nächstenliebe uns mit den Jahren der Kindheit verloren gehen; wo jeder nur für sich bestrebt ist, ohne große Arbeit, fast immer auf Kosten eines seiner Mitmenschen, möglichst schnell zu Ehren und Reichtum zu gelangen; wo endlich der Ursprung des bei weitem größten Teiles der Verbrechen in der herrschenden Geldwirtschaft zu suchen und zu finden ist. — In der That, es wäre sehr zu wünschen, daß, anknüpfend an den Funken von Menschenliebe und Vertrauen, welcher noch in uns glimmt, wir mit Aufmerksamkeit die sozialen Maßnahmen in Erwägung ziehen, welche von Seiten Kaiser Wilhelms I. in Vorschlag gebracht wurden, um einerseits dem Arbeiter ein Recht auf Arbeit sicher zu stellen, seine Lebenssorgen für die Tage des Alters zu vermindern und andererseits der Ausbreitung eines grenzenlosen Materialismus Einhalt zu thun, von welchem die Gemüter der Menschen aller Klassen mehr oder weniger erfüllt sind.

Im Heft 10 der „Sozialen Zeitfragen" (Verlag von J. C. C. Bruns in Minden) ist in einer gestwollen Abhandlung von M. Schippel über die „staatliche Lohnregulierung" ein der Praxis entnommener Beweis geliefert, daß, wenn der Staat nicht selbsttätig in die Reorganisation der Arbeit eingreift, wir unzweifelhaft einer Katastrophe entgegengehen, wie sie Prof. Dr. Schäffle in seiner oben genannten Schrift vorausfagt.

Der Inkastaat wurde, um dies noch einmal ganz speziell hervorzuheben, von einer straffen Bureaukratie regiert, und zwar nur mit Hilfe der Kipus, welche thatsächlich noch heute bei den Bauchos in Südamerika im Gebrauch sind. Öffentliche und geheime Beamte kontrollierten das gesamte Staatswesen, mit Hilfe von Läufern wurde ein exakt arbeitendes Postwesen unterhalten, dessen Zentralstelle in Cuzco, also in der Hauptstadt, sich befand. — Bei diesen Mitteilungen dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, daß die ganze gesellschaftliche Gliederung des peruanischen Staates ein auf Grund der Feldgemeinschaft konsequent durchgeführtes kommunistisches System ist, ausgebildet durch eine starke, in sich geschlossene Aristokratie und ausgebreitet über ein Volk, in welchem die geistige Initiative nur bei einem kleinen Bruchteil der Bevölkerung geweckt war und die große Masse des Volkes sich dem härtesten Zwange willig unterordnete. — Die Urvölker Amerikas haben den Eigentumsbegriff offenbar nur im sozialen Sinne gekannt, aber keines ist darin weiter gegangen als die Inka-Peruaner; auch bleibt es keinem Zweifel unterworfen, daß die Jesuiten in Paraguay, mit dem ihnen eigenen Scharfblick die Anschauungen und Traditionen der dortigen Bewohner benutzend, ihre berühmte Agrarverfassung an die bereits bestehenden Institutionen nur angeknüpft, sie, wie Karl Bücher sagt, ins Christlich-katholische übergeführt haben. — Wir finden es begreiflich, daß es unter diesen Umständen, nach den Mitteilungen der Zeitgenossen, in Peru keinen Diebstahl, kein Geld, keinen Handel, keine Armut, keinen Reichtum, kein Vermögen, kein Erbgut, aber — meist harmlose und zufriedene Menschen gab. — Jedem Peruaner war sein Lebensgang durch seine Geburt ein für allemal vorgeschrieben. War er ein Inka, so lebte er vom Schweiße anderer; war er ein Unterthan, so war sein Leben Mühe und Arbeit. Es war ihm nur in einem beschränkten Rahmen möglich, seine Individualität zu entwickeln, aber er konnte auch nie bis zur äußersten Stufe des Elendes herabsinken; er war wirtschaftlich und moralisch gehalten und getragen von dem großen Ganzen, das sein Schicksal bestimmte. Das gab seinem Wesen jene Sanftmut und Nachgiebigkeit des

Digitized by Google

leidenden Gehorsams, welcher noch heute die Indianer jener Gegend kennzeichnet.

In jedem Falle hat der Inkastaat den Beweis geliefert, daß der wirtschaftliche Individualismus, welcher sich auf das römische Eigentumssystem aufbaut, nicht allein eine kulturschaffende Kraft besitzt, und daß die durchgebildete Humanität der Inka-Peruaner an das Urbild des Christentums erinnert, in welchem der Meister lehrte: „Wie du dich selber liebst, sollst du den Nächsten lieben.“ — Und dieser Kulturstaat, in welchem wir das goldene Zeitalter der Menschheit durchgeführt sehen, wurde von christlichen Barbaren, im wesentlichen aus Goldhunger, mit Feuer und Schwert vernichtet. — Stellen wir den heidnischen Peruaner mit seiner herzlichen Nächstenliebe, seiner sittlich ernsten, tief sozialen Auffassung des Menschendaseins dem heutigen christlichen Bewohner der Vereinigten Staaten mit seiner unfriedenen Hast nach Gewinn und seiner rücksichtslosen Selbstsucht gegenüber, so muß der Menschenfreund es bedauern, daß es der von Osten kommenden höheren geistigen Kultur Europas nicht gelungen ist, diese edle Gesittung und den ausgebildeten Kulturstaat der alten Amerikaner im Interesse und zum Segen der gesamten Menschheit, d. i. im Sinne des Stifters der christlichen Kirche, zu benutzen.

Diese einfache Geschichte eines arbeitsamen, ohne Zweifel glücklichen, und mit einer so erhabenen Auffassung des Menschendaseins begabten Volkes, welches der rohen Gewalt unterlegen ist, dürfte gerade in der Gegenwart zu vergleichenden Betrachtungen mit den sozialen und wirtschaftlichen Fragen der Zeit geeignet erscheinen. Eine solche Vergleichung wird uns darauf aufmerksam machen:

1. daß der von den Sozialisten unserer Tage angestrebte kommunistische Staat nur unter einer ähnlichen eisernen Disziplin und klassifizierten Gesellschafts-Ordnung seiner Mitglieder organisiert und lebensfähig gemacht werden kann, wie dieselbe im Inkastaat zur praktischen Durchführung gelangte;
2. daß die Möglichkeit nicht ausgeschlossen ist, unter der Autorität der kaiserlichen Gewalt dem modernen Staatswesen mit Hilfe unserer Militär-Organisation und einer sorgsamen religiösen und nationalen Volkserziehung im Laufe der Zeit, wenn auch langsam, ähnliche kommunistische Institutionen, auf Grund besserer Arbeitsteilung und gerechterer Würdigung der natürlichen Anlagen jedes Einzelnen, einzuflößen.
3. daß in den Bestrebungen der Landwirte und Handwerker zu genossenschaftlichen Verbindungen und in den bereits über ganz Deutschland verbreiteten patriotischen Vereinen sich eine nationale und soziale Macht in den Arbeiterkreisen zu organisieren beginnt, welche seiner Zeit als ordnende Faktoren für den Staat und die Gesellschaft von größter Bedeutung sein werden.

Als Übergang in ein erweitertes militärisch organisiertes soziales und nationales Volksleben dürfte es vor allen Dingen nötig erscheinen:

1. An die Einführung von Gesetzen zu denken, welche den gewerblichen Arbeiter vor der spekulativen Ausbeutung seiner Arbeitskraft und den Landwirt vor dem Wucher schützen, und wodurch der Gemeingeist im Sinne des deutschen Rechts mehr und mehr gekräftigt und unterstützt wird.
2. Im Hinblick auf die rapide Vermehrung der Bevölkerung die Produktion unserer notwendigsten Lebensbedürfnisse in den Grenzen des deutschen Vaterlandes durch erweiterte genossenschaftliche Unternehmungen, sowie durch Einführung einer besseren Boden- und Wasserwirtschaft möglichst zu vermehren und sicher zu stellen. — Mit kurzen Worten, es müssen nationalökonomische Einrichtungen geschaffen werden, die den Wirtschaftsbetrieb des Staates im allgemeinen, und die materielle Existenz des einzelnen Staatsbürgers im besonderen möglichst unabhängig von den Konjunkturen des Weltmarktes machen. Erst durch die Sicherstellung der ländlichen und gewerblichen Arbeit gegenüber der Ausbeutung derselben durch den Zwischenhandel und die Großindustrie, sowie durch die Förderung der allgemeinen Bildung des Volkes und besserer Benutzung der natürlichen Anlagen jedes Einzelnen werden wir die Produktion von Getreide, Fleisch und sonstigen Rohprodukten nicht nur vermehren, sondern die Menschen auch zufriedener machen und Tausende fleißiger Handwerker und Ackerbauer von der Auswanderung in überseeische Länder zurückhalten, weil wir in diesem Falle ihnen ein glücklicheres Erdenloos zu bieten im stande sind, als dieselben bisher unter dem Druck der gewerblichen Konkurrenz und des mobilen Kapitals sich durch dessen im alten Europa zu erfreuen hatten.

Im Hinblick auf die Einleitung zu diesem Aufsatze bleibt es keinem Zweifel unterworfen, daß die erste Ursache der sozialen Verwirrung und Unzufriedenheit nicht nur in den Arbeiterkreisen, sondern auch in der gesamten Staatsgesellschaft in dem heute alles beherrschenden Faktor, dem Gelde, zu suchen ist, und daß durch die Sicherstellung des Privatvermögens, mit Hilfe des Wechsel- und Hypothekenrechtes, der Tanz um das goldene Kalb und das Streben jedes Einzelnen nach materiellem Reichtum gesetzlich sanktioniert worden sind. — Die Ansammlung von Reichtümern in einer Hand und der individuelle Ehrgeiz sind also die belebenden Elemente und der Schwerpunkt, um den sich das gesamte moderne Staatswesen in den einzelnen Ländern und das Wirtschaftsgetriebe der ganzen Welt dreht; mit kurzen Worten: der soziale Zweck des Christentums, das wahre Glück der Menschheit, ist uns im heidnischen Materialismus, in der Sklaverei der Geldinteressen verloren gegangen.

Wir leben auf einem Vulkan, welcher nur ruht, und in Anbetracht dieser Thatsache erscheint es als eine heilige Pflicht der gebildeten Klassen der heutigen Staatsgesellschaft, zur Lösung der sozialen Zeitfragen dem obigen von der Sozialdemokratie aufgestellten Gedanken nach dem Vorgange bewährter Lehrer unserer Hochschulen wissenschaftlich und praktisch näher zu treten, sei es auch nur, um die goldene Mittelstraße zu finden, wodurch die Herzen der zur Zeit ethisch und wirtschaftlich getrennten Glieder der menschlichen Gesellschaft im Sinne der christlichen Kirche einander wieder näher geführt werden.

(Schluß folgt.)

Judentum und Sozialdemokratie. Unter den neugewählten Reichstagsabgeordneten sind neun Juden oder Juden-Abkömmlinge. Einer aus dieser Zahl, nämlich Dr. Arendt, der Vertreter von Eisleben, gehört zur freikonservativen Partei. Die übrigen acht sind Sozialdemokraten. Zu den Juden Singer, Stadthagen, Wurm, Schönlank, Haase, die schon dem letzten Reichstage angehörten, kommen jetzt noch hinzu Dr. Gradnauer (Dresden-Altstadt), Dr. Herzfeld (Stostock) und Gumbel Hoch (Hanau). Außerdem waren noch in einer ganzen Reihe von Wahlkreisen seitens der Sozialdemokratie jüdische Kandidaten aufgestellt worden. Während manchen Arbeiter bereits bedenklich den Kopf schütteln mag über viel Vorherrschen des jüdischen Elements in seiner Partei, scheint den leitenden Kreisen in der Sozialdemokratie der bisherige Grad der Verjudung noch nicht zu genügen. Als eine hohe Auszeichnung betrachtet es die „Schwäbische Tagwacht“, wenn man ihrer Partei nachsage, sie sei verjudet. Das Blatt schreibt wörtlich: „Man hat der Sozialdemokratie schon oft vorgeworfen, sie sei verjudet; möge man uns diesen Vorwurf ruhig machen; wir sind stark genug, ihn hinnehmen zu können, ohne Schaden dabei zu leiden. Es ist unser vornehmstes Ziel, für Befreiung der ganzen Menschheit zu schaffen und zu wirken, und wir zählen es mit zu unsern Aufgaben, auch für unsre in ihrer bürgerlichen Gleichberechtigung bedrohten jüdischen Mitbürger einzutreten. Wenn wir deshalb als verjudet gelten, betrachten wir diese Bezeichnung als einen Ehrentitel.“

In demselben Artikel wird über die gleichgiltige Haltung der Juden während des Wahlkampfes geschimpft. „Wahrlich“,

Digitized by Google

heißt es da, „es scheint, den Juden ist im Laufe der Jahrhunderte der Erniedrigung und Bedrückung das Gefühl der Menschenwürde abhanden gekommen, sonst wäre ihre Haltung im Wahlkampfe eine andre und wären sie an Seiten derjenigen Partei, nämlich der Sozialdemokratie, welche die Befreiung der ganzen Menschheit auf ihre Fahne geschrieben hat, zu treffen gewesen, was aber leider durchaus nicht der Fall war. . . . . Wenn wir betrachten, wie sämtliche bürgerlichen Parteien mehr oder weniger antisemitisch angehauchet sind, von den waschechten Rassen-Antisemiten bis zu den den Antisemitismus im Stillen begünstigenden Nationalliberalen, wenn wir sehen, wie selbst die bürgerlich freisinnigen und demokratischen Parteien nicht wagen, offen und ehrlich gegen den Antisemitismus aufzutreten, so möchten wir beinahe wünschen, es möchte noch schlimmer kommen, damit den Juden endlich durch den harten Zwang der Verhältnisse die Augen geöffnet und sie mit Gewalt in das Lager der Partei, welche keinen Antisemitismus kennt, nämlich zur Sozialdemokratie, gedrängt würden."

Diese stürmischen Liebeswerbungen wird sich das Judentum schmunzelnd gefallen lassen. Aber zu einer Veränderung seiner Haltung wird es sich durch diese Buhlen um seine Gunst nicht bestimmen lassen, in der Überzeugung, daß es für seine Sonderinteressen am besten sorgen kann, wenn es zwei oder mehr Eisen zugleich im Feuer hat. Bei dem gegenwärtigen Zustande, wo das Judentum die Sozialdemokratie und den Liberalismus zugleich mit seinen unsichtbaren Fäden lenkt, fühlt es sich jedenfalls am sichersten.

Ausland.

Österreich-Ungarn. In Eger fand am 10. Juli ein deutscher Volkstag statt zur Erinnerung an den vorjährigen Volkstag, der so einschneidende Bedeutung erlangte. Es hatten sich zwar diesmal nicht so viel Teilnehmer eingefunden wie in der erregten Zeit des Vorjahres, immerhin waren aber 2000 deutsche Männer zusammengekommen. Ansprachen hielten die Abgeordneten Schönerer, Iro und Hofer sowie die Herren Schriftleiter Stein und Landwirt Hoyer. Die Versammelten erklärten einmütig, daß sie an dem im Vorjahre aufgestellten Grundsatze festhalten, daß kein Vertreter des deutschen Volkes in irgend welche Verhandlungen über die Sprachenfrage eintreten kann, solange nicht die Sprachenverordnungen bedingungslos aufgehoben sind. „Jedwedem deutschen Stammesgenossen, der sich, entgegen dem Volksschwure von Eger, in Verhandlungen einläßt, wird die größte Verachtung zum Ausdruck gebracht. Die Versammelten werden, eingedenk dessen, daß sie Glieder des großen deutschen Volkes sind, auch in Zukunft rücksichtslos ihre Pflicht zu erfüllen wissen und den Kampf für Ehre, Freiheit, Recht, für Wohlfahrt, Reinheit und Macht, für Sicherung der nationalen Eigenart und Schutz des nationalen Lebens der Deutschen in Österreich mit Entschiedenheit bis zum endlichen Siege führen." — Am Nachmittag fand ein Ausflug auf bayrisches Gebiet nach Waldsassen statt. Der dorthin abgelassene Zug war 80 Wagen lang. —

Der vom niederösterreichischen Landtage angenommene Gesetzentwurf, wonach an allen öffentlichen Volks- und Bürgerschulen Niederösterreichs die Unterrichtssprache ausschließlich die deutsche sein soll, hat nicht die kaiserliche Bestätigung erhalten. Auf deutscher Seite muß es ernste Beunruhigung erregen, wenn ein einstimmig gefaßter Beschluß, der sich als eine unter den gegenwärtigen Verhältnissen geradezu unerläßliche nationale Schutzmaßregel darstellt, einfach zurückgewiesen wird. —

Bekanntlich hatte Badeni mit dem Herausgeber der „Reichswehr" David einen Vertrag geschlossen, nach dem dieser sich verpflichtete, gegen Geldentschädigung die Politik der Regierung zu vertreten. Der Nachfolger Badenis, Freiherr von Gautsch, weigerte sich, den Vertrag als für ihn verbindlich anzuerkennen. Darauf klagte David gegen Badenis Nachfolger auf Einhaltung des Vertrages oder Zahlung einer Entschädigung von 280 000 Gulden. Die Regierung ihrerseits leitete gegen den Revolver-Journalisten ein Verfahren wegen Erpressung ein. Man fürchtete sich in den leitenden Kreisen aber doch vor den Enthüllungen, die der David machen konnte, und so hat man es vorgezogen, sich mit ihm zu vergleichen. An Stelle der geforderten 280 000 Gulden bot Graf Thun dem David 60 000 Gulden, diese wurden dann im Laufe der Verhandlungen auf 100 000 Gulden erhöht, und die Erpressungsklage wurde zurückgezogen. Unbegreiflich mußte David sich verpflichten, die mit der Angelegenheit im Zusammenhange stehenden Beleidigungsklagen gegen die „Zeit" und die „Arbeiterzeitung" zurückzuziehen. Das Ansehen der jetzigen Regierung ist durch diesen schmutzigen Handel wahrlich nicht erhöht worden. —

Der Statthalter von Böhmen, Graf Coudenhove, hat gegenwärtig genügend Gelegenheit, Beweise für seine Unbeliebtheit in dem von ihm verwalteten Lande zu erhalten. Er befindet sich auf einer Inspektionsreise in Südböhmen. In Budweis hat sich die Gemeindevertretung sowie die deutsche Bevölkerung vom Empfange ferngehalten, während das deutsche Schützenkorps und der Veteranenverein zum Empfang von der Bezirkshauptmannschaft befohlen wurden. In Krumau haben Stadtvertretung, Bezirksvertretung und sämtliche Vereine beschlossen, jeden Empfang abzulehnen, und die Bewohnerschaft hat diesem Beschluß lebhaft zugestimmt.

Dänemark. Trotzdem Dänemark sehr wenig Juden beherbergt und, abgesehen von der Hauptstadt, fast ganz judenfrei ist, regt sich ein gewisses Verständnis für das, was wir Judenfrage nennen. Die Kopenhagener Zeitung „Dagens Nyheder" schreibt: „Die Juden spielen in Kopenhagen eine Rolle, die man in gewisser Hinsicht und im Verhältnis, zu ihrer Anzahl als bedeutend bezeichnen muß. Das beruht natürlich auf ihren besonderen, mehr oder weniger erfreulichen Fähigkeiten und Charaktereigenschaften, die aber jedenfalls von denjenigen der andern Dänen grundverschieden sind. Der Unterschied zeigt sich auch im Wesen und Auftreten vieler Juden andern gegenüber und macht sich gewiß noch mehr bemerkbar, wenn sie unter sich sind."

Frankreich. In dem Verleumdungsprozesse der Schreibsachverständigen gegen Zola und den Herausgeber der „Aurore" wurde Zola zu 2000 Franks Geldstrafe und 15 Tagen Gefängnis verurteilt. Ferner wurden Zola und der Herausgeber der „Aurore" solidarisch zur Bekanntgabe des Urteils in zehn Zeitungen und zur Zahlung von 5000 Franks Schadenersatz an jeden der drei Schreibsachverständigen verurteilt. —

Mosaik.

Vom preußischen Dreiklassen-Wahlsystem wird in den nächsten Wochen wieder viel die Rede sein. In Berlin sind die Wählerlisten bereits ausgelegt. In der ersten Klasse wählen nur die, welche jährlich mindestens 5067,80 Mark an Steuern entrichten. Die zweite Klasse umfaßt den Steuerbetrag von 5067,80 Mark bis 892 60 Mark, alle übrigen, d. h. alle die nicht ein Einkommen von 3000 Mark jährlich haben, wählen in der dritten Klasse.

Von den National-Sozialen erwartete die „Kölnische Ztg." in einem Artikel, daß sie in Zukunft eine brauchbare Hilfstruppe im Kampfe gegen die Sozialdemokratie abgeben würden. Die wenig berechtigte diese Hoffnung ist, und wie unsichere Kantonisten die National-Sozialen in nationaler Beziehung sind, das geht aus einer Korrespondenz aus Sangerhausen in der letzten Nummer der „Hilfe" hervor. Dort ist über die Stichwahl im Kreise Sangerhausen-Eckartsberge berichtet. Wörtlich heißt es: „Die Sozialdemokratie ist in der Stichwahl um ziemlich 3000 Stimmen gewachsen, die zum nicht geringen Teil von National-Sozialen abgegeben worden sind. . . . Thatsächlich haben viele National-Soziale den Sozialdemokraten bevorzugt." — Das nationalsoziale Organ hat kein Wort des Tadels für ihre Parteigenossen in Sangerhausen, billigt also wohl deren Vorgehen. Vermutlich rührt die Einsendung von dem nationalsozialen Kandidaten, Pastor a. D. Köhschke, selbst her; denn der Anfangsbuchstabe seines Namens ist als Korrespondenten-Zeichen gebraucht.

Digitized by Google

Joseph Kainz, der jüdische Schauspieler, der einst mit König Ludwig von Bayern „befreundet" war und nach dem Tode des Königs in der „Gartenlaube" durch Sarah Huxley allerhand Indiskretionen über den König veröffentlichen ließ, war bekanntlich deshalb einige Zeit an den deutschen Bühnen geächtet. Auf Betreiben der Judenpresse wurde der „berühmte" Darsteller aber wieder in Gnaden aufgenommen, und er glänzt jetzt als Stern erster Größe in Berlin. Er hat sich jetzt, wie die Zeitungen sich beeilen zu berichten, wieder verheiratet. In Helgoland, wo er vor dreizehn Jahren mit seiner ersten Frau, der vor einigen Jahren verstorbenen, oben erwähnten Sarah Huxley, sich vermählte, hat er sich kürzlich mit einer jungen Berliner Schauspielerin M. Nathanson, die sich Margarete Nanjen nennt, trauen lassen. — Nein, wie romantisch!

Als ein Schächtverbot stellte sich die Polizeiverordnung dar, die in Hof für das neuerbaute Schlachthaus erlassen war. Denn es war darin ausgesprochen, daß Schlachttiere nur nach vorhergehender Betäubung getötet werden dürften. Deshalb beschwerten sich die Juden wegen angeblicher Beeinträchtigung ihrer Rechte bei der Regierung in Bayreuth. Nachdem sie hier abgewiesen waren, wandten sie sich nicht etwa an die nächste höhere Instanz, **sondern** an — die Münchener Synagogen-Gemeinde. Und siehe da! Mächtiger als die Provinzialregierung und die Hofer Stadtbehörde erwiesen sich der Münchener Synagogen-Vorsteher, Rechtsanwalt Ofner, und der dortige Rabbiner; sie „erstickten die Gefahr im Keime", wie der „Israelit" triumphierend berichtet, d. h. der Hofer Magistrat hat sortan für bequeme Durchführung des barbarischen Schächtgebrauchs zu sorgen.

Die **Mannheim-Bremer Petroleum-Aktiengesellschaft** machte im vorigen Jahre mit einem Aktienkapital von nur drei Millionen Mark einen Reingewinn von 1 408 253 Mark und verteilte 43$^2/_4$ v. H. Dividende. Die Aktien sind zum größten Teil in den Händen des amerikanischen Millionärs Rockefeller und seiner Freunde. Als vor einigen Jahren die deutschsoziale Reformpartei im Reichstage eine Interpellation wegen den Preistreibereien auf dem Petroleummarkte einbrachte, da gab die Regierung die tröstliche Versicherung ab, es seien Erwägungen im Gange, um das deutsche Publikum vor der amerikanischen Raubsucht zu schützen. Wo sind die Maßregeln geblieben? Betrachtet man 43$^3/_4$ v. H. vielleicht als einen normalen Gewinn?

Mädchenhändler sind, wie der „Hamb. Korr." aus Buenos Ayres meldet, wieder unterwegs nach Deutschland und der Schweiz. Die Namen der Edlen, die uns also nächstens mit ihrer Geschäftsthätigkeit heimsuchen werden, sind: A. Neubrück, Goldmann, Hersch Berwan, Jesuitzki, Mordche Garabilde. Zufällig lauter Leute von unsre Lait.

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. In Bamberg wurde der Grundstein für ein Denkmal des Prinzregenten Luitpold gelegt. Zu der Hoftafel, die aus diesem Anlaß stattfand, wurden auch die Juden Dr. Eckstein und Dr. Werner hinzugezogen. —

Der christlichsoziale Reichstags-Abgeordnete Pater Stojalowski wurde von der ungarischen Regierung aus Lacsa ausgewiesen, wie es heißt, wegen antisemitischer Agitationen. —

Jüdische Familien, die in der Umgegend Warschaus eine Sommerfrische bezogen hatten, erhielten den Befehl, sich binnen 24 Stunden zu entfernen, weil es nicht zulässig sei, daß sich Juden auf Bauernlande ansiedeln. —

In Okmolinsk verurteilte das Bezirksgericht mehre Personen wegen ihres Übertritts von der orthodoxen Kirche zum Judentum zu harten Strafen. Der Unteroffizier der Reserve, Durow, erhielt vier Jahre Zwangsarbeit in den sibirischen Bergwerken, und der Reservist Wannstein wurde aus dem gleichen Grunde auf 3$^1/_2$ Jahre in eine Arrestanten-Kompagnie gesteckt. Das klingt etwas russisch! Für die Wahrheit können wir uns auch nicht verbürgen, wir fanden die Nachricht in der „Allgem. Ztg. des Judentums".

Für die Reisezeit:

Kleißes u. Schnohkes

Ritzelle Scherze und koscher Schmonzes fürs auserwählte Volk.

▲▲▲▲ Preis 1 M. ▲▲▲▲

Lustige Ringellocken.

Eine Sammlung heiterer Erzählungen.

▲▲▲▲ Preis 1 M. ▲▲▲▲

Leipzig. *Herm. Beyer.*

Unglaublich billig

sind Serienmäntel, Roben, Normalwäsche, nur garantiert reines Dual., bei Oskar Jahn, Spezial-Versandhaus, Leipzig, Peniskenstraße 10. — Preisliste kostenfrei! —

Kaufen Sie

kein Pianino,

wenn Sie sich noch nicht den Katalog von **August Roth, Hagen i. W.,** Königl. Hof-Pianofabrikant, gratis haben kommen lassen.

H. Heinze, Hutfabrik

gr. Fleischergasse 8. Bauerngasse 4.

Spezialität: 2.80-Hüte.

Erprobte

Herrenstoffe

zu Anzügen und Paletots. Prachtvolle neueste Musterwahl franko.

Wilhelm Batzkes, Düren 1. (*Christl. Tuchversand.*)

Anerkannt beste und billigste Bedienung.

Dächer

Billige, dichte

Muster etc. portofrei

aspha mit Anderna Asphalt-Steinpappen

C. Andernach & Comp., Neuß a. Rhein

Seiler-, Bürsten-, Besen-

Detail u. **Binselwaren** Engros

Spezialität: **Polster-Waren.**

Oscar Mühler, Windm.-Str. 25.

Ladebeck's

selbstthätige

Sitz-Douche

Patentiert in allen Kulturstaaten.

Dieser sanitäre Reinlichkeits-Apparat ist in jedem Zimmer ohne Heizvorrichtung o. Wasserleitung stets fertig zum Gebrauch, bedarf selbst zu mehrmaliger Benutzung nur 2 Eimer Wasser, erfordert kein vollständiges Ausklei den und ersetzt vollkommen Sitzwanne, Bidet, Fußbad etc.

Von medizinischen Autoritäten empfohlen. Zahlreiche Anerkennungsschreiben. Gebrauchsanweisung wird beigegeben.

Preis 28 Mark per Nachnahme.

Hauptdepot:

H. Ladebeck, Leipzig,

Alexanderstrasse 14.

Vertreter im Auslande gesucht.

Der Glaube unserer Väter als Grundlage einer kräftigen vaterländischen Volkserziehung von Dr. Herm. Hoffmeister

Statt 5 M für 3 M., so lange der geringe Vorrat reicht.

Herm. Beyer, Leipzig, Königstr. 27.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königsstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: i. V. Herm. Beyer, Leipzig.
Druck: G. Reusche, Leipzig.

Digitized by Google

Deutsch-Soziale Blätter.

Preis: vierteljährlich Mk. 1.50 bei den Postanstalten (Postzeitungsliste Nr. 1734) und Buchhandlungen. Unter Streifband Mk. 2.

Herausgegeben von Max Liebermann v. Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Anzeigen: die 6gespaltene Petit-Zeile 25 Pfennige. Verlagsbüro: Königstraße Nr. 27, Leipzig.

XIII. Jahrgang. | Leipzig, 28. Juli 1898. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Juden-Frage. Otto Glagau. | Nr. 519.

Inhalt: Die Palazky-Feier. — Vergleichende Statistik über die Betheiligung des jetzigen Deutschen Reiches durch die Juden in den Jahren 1820 und 1880. II. — Die Kultur und der Staatssozialismus im Anfang. (Schluß.) — Der Juden gute Tugend. (Fortsetzung.) — Erntenachsichten und Brotpreistaxen. — Gegen die Warenhaus-Steuer. — Professor Dr. Kaufch. — Ausland. — Mosait. — Die Ergebnisse der Wahlen. — Parteinachrichten. — Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Die Palazky-Feier.

Das slavische Verbrüderungsfest, das unter der Flagge der Palazky-Feier an den beiden letzten Sonntagen des Juni in Prag und Umgegend stattfand, beschäftigt die öffentliche Meinung diesseits und jenseits der Leitha noch immer sehr lebhaft, obgleich schon ein Monat darüber hingegangen ist, in dessen Laufe die Reichsdeutschen die Sache wohl schon vergessen haben. Doch ist das Ereignis zu wichtig, als daß es nicht auch in diesen Blättern gewürdigt werden müßte. Rufen wir es uns daher kurz ins Gedächtnis zurück.

Das Leitmotiv schlug „Nowoje Wremja" schon gelegentlich der Sitzung des Petersburger Stadtrates an, in der dieser einen Kranz auf Palazkys Grab niederzulegen beschloß. Die guten Beziehungen zwischen Wien und Petersburg schützen die russischen Teilnehmer vor jedem Verdacht; die Teilnahme der Russen ist nur ein Beweis dafür, daß Rußland wünscht, die österreichischen Slaven möchten sich ihr Volkstum erhalten, ohne das Österreichs Bestand und Unabhängigkeit nicht aufrecht zu erhalten ist.

Selbst der alttschechische Führer, Rieger, verstieg sich in seine Festrede die unmittelbare Aufforderung, Habsburg möge seine Stütze in den Slaven suchen, dort werde es sie finden. Die Jungtschechen forderten ungestümer; im allgemeinen jedoch hielten sie sich, wie die übrigen Redner, einige Bombasterei abgerechnet, an dem Gedanken, Habsburg und die Slaven sind auf einander angewiesen. Das war vorsichtig ausgedrückt, wenn auch deutlich genug, da ja u. a. auch die Habsburger Deutsche sind.

Um so moskowitischer redete „General" Komaroff. Er freute sich der errungenen Erfolge, wies jedoch auf die feindlichen „Wölfe" hin, die schon unter Karl dem Großen sich auf die Slaven gestürzt hätten. Aber die slawischen Apostel, führte er aus, haben Tschechen, Polen und Russen mit dem Geiste des Hasses gegen die feindlichen Mörder erfüllt, und in diesem Geiste leben wir noch jetzt. Ebenso sind die deutschen Ritter, die Nordrußland erobern wollten, mit vereinten Kräften zurückgeschlagen, und jetzt will Deutschland uns wieder vernichten (!), zunächst die Tschechen und Polen. In solcher Lage ist nicht Raum für kleine Mißverständnisse (!), sondern wir müssen uns ertheben wie ein Mann, eingedenk, daß wir nicht zwei Feinde haben, sondern nur einen. Deshalb ist Rußland, vom Zaren bis zum Bettler mit euch. Eure Sache ist unsre, wir dulden keine Ungerechtigkeit und werden nicht ruhen, bis die deutsche Welt wieder weit zurückgeworfen ist, dahin, wohin sie gekommen ist.

Für diese Brandrede forderten die deutschen Blätter mit Ausnahme der Ihnschen Reptilien, wie „Reichswehr", einmütig Genugthuung, aber bei den „guten Beziehungen" zu Petersburg beschränkte sich Wien darauf, halbamtlich eine Erklärung aus Petersburg zu erwarten. Sie erfolgte denn auch in dem Sinne, Komaroff gelte in Rußland gar nichts, und erst da wagte man dem Moskowiter mitzuteilen, wenn er noch einmal so gegen die Deutschen reden würde, müßte man ihn bitten, seinen Aufenthalt in Österreich abzukürzen. Demnach schwieg er bei der Schlußfeier in Kuttenberg, wo Pacak sich zu der Behauptung verstieg, die Tschechen hätten den Deutschen gar nichts zu verdanken — im Gegenteil.

Viel weniger russenschwärmerisch als die Tschechen erwiesen sich die andern Slaven, vor allen die Polen, die die russische Kunde kennen. „Dziennik Polski" erklärte den allslavischen Gedanken für „Mist" und empfahl den Tschechen, die polnische Geschichte zu studieren, so würden sie von ihrer Russenschwärmerei geheilt werden. Ein Lemberger Blatt meinte sogar, wie der Deutsche Zimmermann aus Eger ausgewiesen sei (bevor er geredet), so hätte auch Komaroff ausgewiesen werden müssen.

Ebenso wenig will die serbische „Narodnost" von Komaroff wissen und meint, vor dem deutschen „Drange nach Osten" würden sich die Serben schon selber schützen. Desgleichen weisen die Rumänen jede Gemeinschaft mit dem Allslaventum nachdrücklich ab, obgleich bei der Eröffnungsfeier auf der Prager Sofieninsel zuerst ihre Volkslieder gespielt sind und dann erst die „übrigen" slavischen. (Die Slaven sehen die Rumänen noch immer als die ihrigen an)

Noch entrüsteter sind die Madjaren, denn sie sehen ihre Vorherrschaft durch die Slaven aufs äußerste gefährdet. „P. Hirlap" sagt im Leitaufsatze vom 22. Juni: Wo sind die Bajonette, welche die Deutschen zu Eger auswenden getrieben haben? Statt dessen fand in Prag alles unter polizeilicher Aufsicht und in schönster Ordnung statt. — Schließlich fordert das Blatt Abhalsen der verderblichen slavischen Politik auf der ganzen Linie, denn mit einem slavischen Österreich wolle Ungarn nichts gemein haben. „Bud. Napló" bezeichnet Komaroffs Rede als eine unerhörte Herausforderung sowohl Österreichs als Deutschlands. Sehr man davon auch noch so viel auf Rechnung des Fanatismus eines einzelnen, so bleibe doch tausendmal mehr übrig, als das Selbstgefühl des deutschen Volkes ruhig hinnehmen könnte. — Das deutsche Selbstgefühl ist also tausendmal geringer, als das ungarische Blatt es schätzt; uns wenigstens ist eine amtliche Kundgebung nicht zu Augen gekommen, überhaupt, abgesehen von den „Alldeutschen" und ähnlichen Blättern, nur eine Auslassung in den „Hamb. Nachrichten", wonach es eine öffentliche Meinung in Rußland nicht gebe und Komaroff die berühmten guten Beziehungen so wenig trüben könne, wie seiner Zeit Skobeleff.

Das mochte damals zutreffen, als Bismarck in Petersburg war: seitdem ist aber ein halbes Jahrhundert vergangen und hat sich eine öffentliche Meinung gebildet, mit der auch der Zar rechnen muß und rechnet. Und daß die eben so deutschfeindlich ist wie Komaroff, das leidet keinen Zweifel. Die russische Regierung aber hat durch ihr Bündnis mit Frankreich — um von der Behandlung der Balten nicht zu reden — jedem, der sehen will, deutlich genug gezeigt, daß ihr an den guten Beziehungen zu Deutschland gar nichts liegt. Sie erhält sie nur deshalb aufrecht, weil der Ausgang eines Kampfes bis jetzt noch zweifelhaft sein kann, der etwa ein Drittel der 120 Millionen bildenden, vielfach unzufriedenen, Nichtrussen wegen. Sobald der Koloß diese, insbesondere die Polen, verdaut und sich auch wirtschaftlich selbständig gemacht haben wird, kommt der Entscheidungskampf.

Im übrigen wird ja das polnische Blatt nicht so ganz unrecht haben, welches den allslavischen Gedanken für „Mist" erklärt. Denn die Gegensätze zwischen Russen und Polen, polnischen Adel und polnischen wie ruthenischen Bauern (s. die noch dauernden

Digitized by Google

Unruhen in Galizien), zwischen Kroaten, Serben und Bulgarien (sie Rüstungen letzterer gegen einander, die russischen Waffensendungen nach Montenegro und Niktas Wühlereien gegen den serbischen Herrscher) sind so tief, daß Menschenalter zu ihrer Ausgleichung erforderlich sind.

Die Gefahr, die uns vom Slaventum droht, wollen wir aber noch weniger unterschätzen. Im Verlaufe von zwanzig Jahren ist Bessarabien von Rußland vollständig „verdaut" worden. Bis auf den Grenzstrich am Pruth ist dort alles russisch geworden, nur die alten Leute sprechen noch rumänisch. Wien wird nach zwanzig Jahren eine tschechische Stadt sein, das sprechen die Tschechen offen als Ziel ihres Strebens und Hoffens aus. Sie erwarten, daß die durch Wohlleben verweichlichten Wiener nicht mehr lange im Stande sind, ihrem Ansturm zu widerstehen — zumal die Regierung den deutschen Unterthanen die Waffen aus den Händen windet. Etwas anderes ist es nicht, wenn der deutschböhmische Städtebund verboten wurde, und wenn dem Gesetze, das das Deutsche in Niederösterreich zur Staatssprache erheben wollte, die Bestätigung verzagt wurde. Man sollte meinen, die Erhaltung des Deutschtums in der Ostmark könnte dem Deutschen Reiche nicht so gleichgiltig sein, wie es den Anschein hat.

Karl Friedrich.

Vergleichende Statistik über die Besetzung des jetzigen Deutschen Reiches durch die Juden in den Jahren 1820 und 1890.

Etwas Juden-Statistik.

II.

Im Nachfolgenden sollen eine Reihe preußischer Städte zusammengestellt werden, über deren Judenbevölkerung vor siebzig Jahren zuverlässige Zahlen vorliegen.

№	Stadt	Zahl der Einwohn. um 1820	Juden	Prozentsatz der Juden
1	Königsberg (Pr.)	63 869	1027	1,61
2	Danzig	54 754	2148	3,92
3	Jastrow bei Deutsch-Krone	2 568	400	15,57
4	Berlin	192 646	3699	1,92
5	Landsberg a. d. Warthe	8 751	304	3,47
6	Breslau	78 865	4092	5,95
7	Glogau	11 183	1238	11,07
8	Jülz (Schles.)	2 281	1059	46,03
9	Posen	24 598	4025	12,30
10	Schwerenz (Pos.)	2 633	1091	41,43
11	Rogasen	5 847	1173	20,49
12	Oberstyke	1 873	715	38,17
13	Samter	1 500	623	41,53
14	Meseritz	3 855	850	22,05
15	Schwerin a. d. Warthe	3 567	1053	29,52
16	Wollstein	1 887	699	37,04
17	Fraustadt	5 790	648	11,19
18	Lissa (Posen)	7 690	3644	47,39
19	Rawitsch	7 725	1316	17,03
20	Schroda	1 502	150	9,92
21	Santomischl	1 261	150	11,89
22	Wreschen	2 350	1216	51,91
23	Krotoschin	4 091	1586	38,89
24	Jdunty	3 412	200	5,86
25	Ostrowo	3 820	718	18,79
26	Kempen	4 729	2406	50,35
27	Polnisch Fordon	2 043	1290	63,14
28	Exin	2 019	410	20,36
29	Schubin	1 798	400	22,25
30	Bartschin	621	40	6,44
31	Jnowrazlaw	3 863	1784	45,36
32	Schocken	1 008	391	38,79
33	Gnesen	4 775	710	14,87
34	Schönlanke	3 335	756	22,67
35	Kolmar (Ghodzlez)	2 599	906	35,31
36	Schneidemühl	2 497	908	36,34
37	Margonin	1 708	383	22,42
38	Lobsens	1 949	700	35,92
39	Nakel	1 991	289	14,52
40	Mrotschen	871	164	18,83
41	Magdeburg	36 647	330	0,90
42	Halberstadt	14 718	479	3,25
43	Neuwied	4 769	215	4,51

Wir geben nun zunächst diese 43 Städte geordnet nach dem Prozentsatze der jüdischen Bevölkerung.

a) 63 v. H. bis 40 v. H.

№	Stadt	Regierungsbezirk	Prozentsatz
1	Polnisch Fordon	Bromberg	63,14
2	Wreschen	Posen	51,91
3	Kempen	„	50,35
4	Lissa	„	47,39
5	Jülz	Oppeln	46,03
6	Jnowrazlaw	Bromberg	45,36
7	Samter	Posen	41,53
8	Schwerenz	„	41,43

b) 40 v. H. bis 30 v. H.

9	Schocken (Stokki	Bromberg	38,79
10	Oberstyke	Posen	38,17
11	Wollstein	„	37,04
12	Schneidemühl	Bromberg	36,34
13	Lobsens	„	35,92
14	Kolmar (Ghodzlez)	„	35,31
15	Krotoschin	Posen	31,89
16	Rogasen	„	30,49

c) 30 v. H. bis 20 v. H.

17	Schwerin a. d. Warthe	Posen	29,52
18	Schönlanke	Bromberg	22,67
19	Margonin	„	22,42
20	Schubin	„	22,25
21	Meseritz	Posen	22,05
22	Exin	Bromberg	20,36

d) 20 v. H. bis 10 v. H.

23	Mrotschen	Bromberg	18,83
24	Ostrowo	Posen	18,79
25	Rawitsch	„	17,03
26	Jastrow bei Deutsch-Krone	Marienwerder	15,57
27	Gnesen	Bromberg	14,87
28	Nakel	„	14,52
29	Posen	Posen	12,30
30	Santomischl	„	11,89
31	Fraustadt	„	11,19
32	Glogau	Liegnitz	11,07

e) Unter 10 v. H.

33	Schroda	Posen	9,92
34	Bartschin	Bromberg	6,44
35	Breslau	Breslau	5,95
36	Jdunty	Posen	5,86
37	Neuwied	Coblenz	4,51
38	Danzig	Danzig	3,92
39	Landsberg a. d. Warthe	Frankfurt a. d. Oder	3,47
40	Halberstadt	Magdeburg	3,25
41	Berlin	Stadtkreis Berlin	1,92
42	Königsberg	Königsberg	1,61
43	Magdeburg	Magdeburg	0,90

Es folgt nun die Verschiebung des Judenbelegs innerhalb siebzig Jahren nach dem Prozentsatz.

a) Orte, die 1890 25 v. H. bis 15 v. H. Juden aufweisen.

№	Stadt	Einwohn. 1. 12. 90	Juden	Prozentsatz der Juden 1890	1820	Unterschied
1	Kempen	5 465	1 418	25,39	50,35	— 24,96
2	Rogasen	5 035	958	19,02	30,49	— 11,47
3	Lobsens	2 251	378	16,79	35,92	— 19,13
4	Samter	4 292	710	16,77	41,53	— 24,76,
5	Oberstyke	1 544	252	16,32	38,17	— 21,85
6	Kolmar	3 257	528	16,21	38,31	— 19,10
		21 844	4 244			

b) 15 v. H. bis 10 v. H.

7	Schwerenz	3 155	472	14,96	41,43	— 26,47
8	Schocken	1 374	191	13,90	38,79	— 24,89
9	Gnesen	9 890	1 351	13,66	14,87	+ 1,21
10	Wreschen	5 227	653	12,49	51,91	— 39,42
11	Wollstein	2 932	345	11,82	37,04	— 25,22
12	Schönlanke	4 113	482	11,72	22,67	— 10,95
13	Ostrowo	9 718	1 080	11,11	18,79	+ 7,68
14	Bartschin	1 009	112	11,09	6,44	+ 4,56
15	Polnisch Fordon	2 348	267	10,37	63,14	— 52,77
16	Exin	2 814	291	10,34	20,36	— 10,02
17	Lissa	13 116	1 347	10,27	47,39	— 37,12
18	Schubin	3 047	309	10,14	22,25	+ 12,11
		58 743	7 009			

Digitized by Google

c)	10 v. H. bis 5 v. H.				
19	Krotoschin	10 646	927	9,21	31,89 — 22,68
20	Meseritzen	1 869	164	9,06	18,83 — 9,77
21	Inowrazlaw	16 503	1 485	9,00	45,36 — 36,36
22	Samtomischel	1 301	116	8,92	11,89 — 2,97
23	Posen	69 627	6 126	8,79	12,30 — 3,51
24	Rakel	6 766	561	8,58	14,32 — 5,94
25	Margonin	1 834	132	7,19	22,42 — 15,23
26	Rawitsch	12 437	875	7,03	17,03 — 10,00
27	Schneidemühl	14 443	798	5,52	36,34 — 30,92
28	Breslau	335 186	17 734	5,32	5,95 + 0,63
29	Schroda	4 988	257	5,15	9,92 — 4,77
30	Jastrow b. D.-Krone	5 288	272	5,14	15,57 — 10,43
31	Berlin	1 560 928	79 286	5,08	1,92 + 3,16
32	Meseritz	5 167	260	5,03	22,05 — 17,02
		2 046 923	109 033		
d)	5 v. H. bis 1½ v. H.				
33	Glogau	20 529	863	4,20	11,07 — 6,87
34	Fraustadt	6 473	288	4,19	11,19 — 7,00
35	Schwerin a. d. Warthe	6 560	243	3,70	29,52 — 25,82
36	Neumied	11 062	405	3,66	4,51 — 0,85
37	Fülz	2 760	70	2,54	46,03 — 43,49
38	Königsberg	161 666	4 068	2,48	1,61 + 0,89
39	Landsberg a. d. Warthe	28 065	666	2,16	3,47 — 1,31
40	Danzig	120 338	2 535	2,11	3,92 — 1,81
41	Halberstadt	36 786	727	1,98	3,25 — 1,27
42	Lduny	3 477	52	1,52	5,86 — 4,34
43	Magdeburg	202 254	2 091	1,03	0,90 + 0,13
		609 350	11 887		

In den 43 preußischen Städten zählte man somit am 1. Dezember 1890 eine Bevölkerung von 2 727 860 Seelen; darunter waren 132 164 Juden oder 4,85 v. H. Diese Städte hatten uns Jahr 1820 589 253 Einwohner, darunter 46 970 Juden, also 7,97 v. H., woraus hervorgeht, daß nicht allein Berlin, sondern auch andre Teile Preußens bezw. Deutschlands die aus der Provinz Posen auswandernden Juden aufnahmen. In der Provinz Posen besaßen die Juden uns Jahr 1820 noch nicht die Rechte der Staatsbürger, während sie im übrigen Preußen durch das Edikt vom 11. März 1812 zu Inländern und Staatsbürgern geworden waren. Nach einer Kabinetsordre vom 17. November 1814 war der Übertritt vom Christentum zum Judentum in Preußen verboten. Auch sollten nach der Kabinetsordre vom 18. August 1822 die Juden wegen der bei der Ausführung sich zeigenden Mißverhältnisse ferner nicht zu akademischen Lehr- und Schulämtern zugelassen werden. Im Fürstentum Neuenburg in der Schweiz, das durch Personal-Union mit Preußen verbunden war, hatten die Juden in der napoleonischen Ära ihren Eintritt gehalten, mußten aber vor dem 1. Mai 1819 dieses Ländchen verlassen. Die Schweizer Eidgenossenschaft, die damals noch ein Staatenbund war, hatte die Juden aus allen Kantonen ausgeschlossen, sie durften sich nur in zwei Gemeinden des Kantons Aargau, in Endingen und Längnau aufhalten, wo 1681 Hebräer saßen; sie mußten, solange sie die aargauische Regierung nicht zum persönlichen Militärdienst anhielt, 1000 Franken jährlich als Equipierungsbeitrag an die Militärkasse zahlen.

Die Kultur und der Staatssozialismus im Inkareich.

Von Fr. W. Foerster.

III. (Schluß.)

Im Anschluß an diese Betrachtung ist es von großem Interesse, auch einen Blick auf den vielgerühmten sozialen Staat der Jesuiten in Paraguay zu werfen, der ohne Zweifel nur in Folge der bereits vorhandenen kommunistischen Erziehung der dortigen Indianer möglich gewesen ist.

Näheres über die Agrar-Verfassung der Jesuiten, die offenbar an die herrschenden Gebräuche der zum Teil bereits wieder verwilderten Bewohner dieses Landes nur angeknüpft haben, teilt uns die Schrift: „Der christliche Kommunismus in den Reduktionen*) von Paraguay“ von Kobler (Würzburg 1877) mit, wo auf Seite 26 der Absichtlich über die Verteilung des Grund und Bodens, wie folgt, lautet:

„Aller Grund und Boden, der zu einer Reduktion gehörte, war Eigentum der Gemeinde und unterstand der Gemeindeverwaltung. Ein Teil derselben, gewöhnlich ganz nahe beim Dorfe selbst, war als eigentlicher Gemeindegrund ausgeschieden und mußte von allen gemeinsam bebaut und bearbeitet werden; das ganze Erträgnis aber wurde den Gemeinde-Vorratskammern oder Magazinen, wie man sie jetzt nennen würde, zugeführt. Von dem übrigen Grund und Boden erhielt jeder Kazike nach der Zahl der Familien, die unter ihm standen, einen mehr oder minder großen Anteil zugewiesen, den er dann wieder unter seine Leute zur Bebauung und Bepflanzung verteilte. Niemand durfte die ihm angewiesenen Äcker verkaufen, sowie auch nicht das Haus, in dem er wohnte; er hatte von allem nur die Nutznießung, konnte aber immerhin, was er sich durch Fleiß erwarb, sein Eigentum nennen und sich mehr oder minder bequem einrichten. So wurde jedermann in seiner Reduktion zur Arbeit angehalten und ermuntert, und es war eine der vorzüglichsten Sorgen der Missionäre, darauf zu sehen, daß niemand müßig gehe, der nur immer arbeiten konnte.“

Die Arbeit war aber auch hier in Verbindung mit den täglichen religiösen Übungen wie bei den Inka-Indianern kommunistisch organisiert und wurde von den an der Spitze stehenden Alkalden d. i. den gewählten Ältesten des Dorfes geleitet, nach strengster Einteilung der Tagesstunden.

Es ist von Interesse, hierzu das Zeugnis eines Mannes über diesen kommunistischen Staat zu hören, dem die katholische Kirche, wie Kobler sagt, ein Greuel war; es ist dies der Protestant Robertson, der sich in seiner Geschichte Kaiser Karls V. über das Wirken der Jesuiten im südlichen Amerika vom Humanitätsstandpunkte aus in folgender Weise ausspricht: „Amerika war vorzüglich der Schauplatz, wo alle göttlichen und menschlichen Tugenden der Jesuiten in ihrem höchsten Glanze strahlten. Die ersten Eroberer und jene, welche ihnen folgten, hatten bis dahin keinen anderen Zweck gekannt, als zu rauben, zu morden und sich zu bereichern; blutige Spuren bezeichneten jeden ihrer Schritte; zertreten war überall der schönste Segen der Provinzen; ehemals herrlich blühende Gegenden waren in schauerliche Einöden verwandelt; ganze Geschlechter und Völkerschaften ausgerottet usw. — — — So war der Zustand dieses unglücklichsten Teiles unserer Erdkugel, bis die Jesuiten allda ankamen. Diese waren die ersten, welche bei ihrer Niederlassung auf diesen durch alle Laster und Verbrechen Europas besudelten Boden ganz allein einen reinen, bloß auf Beglückung der leidenden, so tief gebeugten Menschheit berechneten Zweck hatten. — — — Die Jesuiten beredeten die vorher einzeln umherschweifenden Wilden, mit einander in gemeinschaftlichen Dörfern zu leben, führten sie dann zu mechanischen Künsten und Manufaktur-Arbeiten an und verschafften ihnen auf diese Weise alle Annehmlichkeiten eines mit Ruhe und Ordnung verbundenen geselligen Lebens*). Mit unbedingtem Gehorsam überließen diese dankbaren Völker sich nun der Leitung ihrer Wohlthäter; und allgemein geehrt, geliebt, ja man darf sagen, angebetet, waren einige wenige Jesuiten hinreichend, um mehrere Hunderttausende Indianer zu regieren. Eine vollkommene Gleichheit herrschte unter allen Gliedern einer Gemeinde! Jedes war verbunden, zu arbeiten, aber nicht für seinen eigenen, sondern für den gemeinschaftlichen Nutzen. Der Ertrag der Ländereien, sowie die Erzeugnisse der Industriezweige wurde in öffentlichen Magazinen niedergelegt, aus welchen jeder einzelne nun alles erhielt, was zur Befriedigung seiner Bedürfnisse notwendig war. Durch diese Einrichtung waren alle Leidenschaften, welche so oft die bürgerliche Gesellschaft stören und sie für manches Mitglied so verderblich werden, gänzlich aus dem Kreise dieser Völker gebannt. Etliche obrigkeitliche Personen, von den Indianern selbst gewählt, wachten über die öffentliche Ruhe und sicherten den Gesetzen den notwendigen Gehorsam. Todesstrafen, so gewöhnlich unter jeder anderen Regierung, waren

*) Reduktionen hießen die von den Jesuiten in Paraguay eingerichteten Missionsbezirke.

*) Also die Jesuiten handelten ganz so, wie es von Seiten der Stifter der Inka-Dynastie geschehen war. Der Verfasser.

Digitized by Google

hier gänzlich unbekannt. Ein Verweis von einem Jesuiten, eine öffentliche Beschämung und, obschon nur selten, einige Rutenstreiche waren d[as] hinreichend, um Ordnung unter diesen unschuldigen und glücklichen Kindern der Natur zu erhalten." — Wir sehen, daß es ganz dieselben Prinzipien sind, nach denen die Gründer der Inka-Dynastie die ehemals wilden Peruaner in gesittete Menschen umzubilden suchten. Nur mit dem großen Unterschiede, daß nicht die Schrecken des Todes, sondern die christliche Liebe der Kitt ist, der die Menschen hier im Familien-, Gemeinde- und Staatsleben zusammenhält. — Der Reiz der Neuheit, verbunden mit dem Gepränge und der ernsten Majestät kirchlicher Zeremonien zog die Indianer hier in die christlichen Tempel. Es war die ganze Gewalt der christlichen Nächstenliebe, welche man hier auf diese verwilderten Naturkinder walten ließ; und wer wollte es bezweifeln, daß auch noch in der Gegenwart, wo man in dieser Weise dem in Kummer und Sorgen durch die Gewalt der Verhältnisse zum Vagabunden herabgedrückten Arbeiter unserer Tage in gleicher Weise entgegenträte, ähnliche Resultate erzielt werden könnten? Herr Pastor v. Bodelschwingh hat in Wilhelmsdorf den praktischen Beweis dafür geliefert.

Es ist wahr, die christlichen Europäer stehen auf einer ungleich höheren Stufe der Allgemeinen Bildung als jene heidnischen Indianer in den Urwäldern von Amerika gestanden haben; aber es dürfte immerhin die Frage erlaubt sein, ob nicht ein großer Teil der Bevölkerung in den zivilisierten Staaten Europas zur Zeit moralisch tiefer gesunken ist, als jene Amerikaner es waren, ehe sie den wahren Gott kennen gelernt? — Der Indianer war roh und zügellos in seinen Leidenschaften und schrecklich in seiner Rache; allein das Verbrechen hört nicht auf ein Verbrechen zu sein, wenn es sich in gefälligere Formen hüllen kann.

Welch ein Unterschied ist zwischen einem heranschleichenden Indianer und einem betrunkenen Europäer, zwischen der Grausamkeit eines Wilden und jener eines zivilisierten Wucherers, der mit kaltem Blute Hunderte, selbst Tausende seiner Mitmenschen dem Elende preisgiebt, nachdem sie ihm ihre Kräfte, ihren Fleiß und ihre Gesundheit zum Opfer gebracht haben? In der That, das Pochen auf unsre Kultur und den Fortschritt auf allen Gebieten der Wissenschaft ist, vom Standpunkte des Christentums aus betrachtet, ein großer Irrtum. — Im Hinblick auf die Gesamtorganisation des Inka-Reiches ist es von großem Interesse zu wissen, daß in einer im Jahre 1516 in lateinischer Sprache veröffentlichten Schrift: De optimo reipublicae statu deque nova insula Utopia von Thomas Morus, dem berühmten Großkanzler Heinrichs VIII. von England, im wesentlichen alle diejenigen Grundgedanken über das beste Staatswesen zu finden sind, welche in dem genannten Indianerreich thatsächlich bereits seit Jahrhunderten bestanden. In der deutschen Litteratur ist das genannte Werk unter dem Titel: Thomas Morus und sein berühmtes Werk Utopia von E. M. Oettinger (Leipzig 1846) im Buchhandel erschienen; dasselbe fordert im Hinblick auf die Bestrebungen der Sozialdemokratie, sowie auf die Teilnahme der deutschen Reichsregierung zur Beförderung und Sicherstellung des Wohles der arbeitenden Klassen jeden denkenden Menschen zu eingehenden Betrachtungen über die Bedeutung der sozialen Fragen in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft auf. — In den Mitteilungen über das Land Utopia, ein ideales Staatswesen, in dem unter einer kommunistischen Staatsverfassung nur glückliche Menschen wohnen, lesen wir auf Seite 62 in Form eines Dialogs folgendes:

„Überall, wo das Eigentumsrecht herrscht, wo man alles mit Geld mißt, wird von Billigkeit und gesellschaftlichem Wohlbefinden nie die Rede sein können. Sie müßten es denn billig finden, daß sogar das Schätzenswerteste sich in den Händen der Unwürdigsten befindet, und einen Staat vollkommen glücklich nennen, wo das öffentliche Vermögen einer Handvoll von Individuen zur Beute wird, die im Genusse unerlaubt sind, während die Masse vom Elend verschlungen wird.

So kann ich, wenn ich die utopischen Einrichtungen mit denjenigen anderer Länder vergleiche, auf der einen Seite nicht genug die Weisheit und Menschlichkeit bewundern und dagegen auf der andern die Unvernunft und Barbarei beklagen. In Utopien ist die Zahl der Gesetze gering; die Regierung verbreitet ihre Wohlthaten über alle Klassen der Bürger. Das Bedürfnis empfängt dort seine Belohnung; und zugleich ist der nationale Reichtum so gleich verteilt, daß jeder dort im Überfluß alle Annehmlichkeiten des Lebens genießt. In andern Ländern gilt der Grundsatz des „Mein und Dein", durch eine Organisation festgestellt, deren Mechanismus eben so verwickelt als seltsethaft ist. Wir finden Tausende von Gesetzen, deren Zahl gleichwohl noch zu beschränkt ist, als daß jedes Individuum einen Besitz erlangen, denselben sichern und von dem Besitze eines andern absondern könnte. Zum Beweise dient diese Menge von Prozessen, die täglich entstehen und niemals endigen.

Wenn ich mich diesen Betrachtungen hingebe, muß ich dem Plato völliges Recht widerfahren lassen, und ich wundre mich nicht mehr, daß er es verschmähte, Völkern, die die Gütergemeinschaft von sich wiesen, Gesetze vorzuschreiben. Dieser große Geist hatte klar vorhergesehen, daß das einzige Mittel, öffentliches Glück zu begründen, in der Anwendung des Prinzips der Gleichheit bestehe. Die Gleichheit aber, meine ich, ist in einem Staate, wo der Besitz Einzelrecht und unbeschränkt ist, unmöglich; denn jeder sucht sich dort, mit Hilfe verschiedener Vorwände und Rechte, so viel anzueignen, als er kann, und der Nationalreichtum fällt endlich, so groß er auch sein mag, in den Besitz weniger Individuen, die den übrigen nur Mangel und Elend lassen." Unter den Mitteln, welche dieses Übel nicht heilen, sondern nur mildern sollen, finden wir als Beispiel: „Ein Maximum des individuellen Eigentums an Ländereien und Geld aufzustellen." — Daß dies Mittel für die Gegenwart nicht genügen, sondern im Gegenteil die soziale Krankheit nur verlängern würde, ist einleuchtend; eben so wenig wird man durch die Gütergemeinschaft das Glück der Menschen zu begründen im Stande sein. — Was wir brauchen, das sind Gesetze, wodurch der Grundbesitz unveräußerlich gemacht, die Hypotheken also mit Hilfe des Staates abgelöst und der Bauernstand durch ein Heimstättengesetz überhaupt gegen den Wucher sicher gestellt wird. Auf dieser Basis werden sich dann die uns heute bereits zur Verfügung stehenden Milliarden von Maschinenkräften als Arbeitssklaven für das allgemeine Wohl der Menschheit besser verwerten lassen, als dies heute nach Lage der Verhältnisse möglich ist. — Mag das seither bestandene Alte gut, groß und erhaben gewesen sein, die Zeit ists, die alles ändert, Ansichten und Thaten; beständig allein nur bleibt der Wechsel. Die junge Welt findet sich in Sturm- und Drangperioden einer neuen Zeit rascher und besser zurecht als die sinnende alte Welt. — Genie und Ideale drängen die Jugend zu Thaten und zur Entscheidung; es sind Frühlingsblüten im Leben der Völker, mit Weisheit geführt und benutzt, müssen sie der Menschheit zum Segen gereichen. — Fürst Bismarck begreift sicher am ehesten die anbrechende Morgenröte einer neuen Zeit, die große Umgestaltungen auf allen Gebieten des staatlichen Lebens im Gefolge haben wird; er weiß aber auch, daß das Deutsche Reich, an dem er den besten Teil gebaut hat, nur dann fortlebt und wächst wenn es seine große Friedensmission auf dem Gebiete der Arbeit erfüllt und seinen Einfluß auf die Konjunkturen des Weltmarktes nicht verliert. Ein großes einiges und starkes Volk kann in seinem Vertrauen auf die Zukunft und die eigne Kraft nicht irren, und auch unsre neue soziale Entwicklung kennt nicht den gefürchteten „Sprung ins Dunkle". Gleichet ist der Pfeil, gegenet der Forschheit auf der Bahn der Gesittung, und die Internationale, einst ein Schreckbild als rotes Gespenst, wird zur Flamme, welche den wahren Rittern der Arbeit den Weg zum sozialen Frieden, zum Völkerfrieden zeigt.

Was thuts, wenn bei dieser Jagd nach dem Glück ein Kämpe müde wird, und sei er ein Gigant; den Jungen, Kühnen und Mutigen gehört die Welt! — Glücklich, du wirklich neue und freie Zeit der Arbeit und des Segens! — Heilig ist die Zeit der Ostern, wo ein junger, starker und frommer Fürst dir den Weg zum weltthätigen Christentum zeigt; wo eine Zeit der Auferstehung und der Erlösung der Welt von einem großen

Digitized by Google

Übel in die Erscheinung tritt. — Die große Masse der deutschen Nation darf also mit frohen Hoffnungen den Blick in die Zukunft richten, und mit vollem Vertrauen werden die Männer der Wissenschaft, des Landbaues, des Handwerks und der gemeinsamen Arbeit an den Ausbau einer neuen Kulturperiode herantreten, deren Ziel, gestützt auf eine bessere Organisation der Arbeit, in unserm deutschen Vaterlande das soziale Kaisertum ist.

Der Juden gute Tugend.

(Fortsetzung.)

Aus der im Jahre 1581 in Prag gedruckten Schrift geben wir heute eine weitere Stelle wieder, die geeignet ist, das Märchen zerstören zu helfen, als seien die Juden in früheren Jahrhunderten unterdrückt und verfolgt worden. Nicht geknechtet waren sie, sondern Vorrechte hatten sie vor der eingeborenen Bevölkerung.

In unmittelbarem Anschluß an das in der vorigen Nummer bereits Mitgeteilte heißt es:

Summa / alles vbel geschicht durch sie / denn wir Christen können nicht darauff dencken / mit was practicken sie vmbgehen / vnd durch sie aufftommen / wer hat die Partiten[1]) erstlich auffbracht als die Juden / darburch so viel Leut sein verdorben / Edel vnd Vnedl / und sonst ander falscherey / damit sie gut vnd gelt bekomen / vnd vns Christen ausgesaugen / es ist ein eintziger Jud zu Prag / der hat sein tag die Leut vmb so viel tausent bracht / glaub mehr als ein Graff schafft wert ist / man bedenct nur was für ein grosse summa Juden auff diß mal hie zu Prag ist / denn so einer auff den Marckt gehet / findt er allzeit vier / fünff Juden an ein Christen[2]) / der keiner nichts arbeit / vnd alle essen vnd trincken vnd darüber noch reich werden / wo nemen sie es / dieweil sie nichts arbeiten / auch sonst kein auffrichten handel führen / müssen sie es nicht alles mit liegen / triegen / vnd von den Dieben die jns zutragen / vberkomen / Wo man sonst ein schädlichen Menschen in einem Lande oder Stadt weiß / so stelt man jhm so lang nach / biß man jhn hinweg thut / Aber hie helt man sie zu Tausent weiß / die vns blinde Christen verderben / das ein grosse verhengknus von Gott auff vns ist / vnd vns Gott damit straffet von vnser sünd wegen / denn kein gröſſer / gifft / kein gröſſer vnglück / in summa / ein vbel vber alles vbel / kündt auff vns Christen nicht kommen / es ist uns auch nichts so schedlich / weder Türck noch kein vnglück als sie / es were denn Land Behemb[3]) vielleichter / Ihre Kayserliche Maiestet zu halten / vier oder fünff Tausent Mann stetiglich auff vnsern vnkosten im Feld / vnd schadet dem Land nicht so viel / als vns die Juden schaden / Nu können vnd wöllen wirs blinden Christen nicht verstehen / biß vns das Wasser gar ins maul wird gehen / vnd wenn sie nun Land vnd Leut verderbt worden haben / dann so werden sie vns zuletzt auch gar aus dem Land schlagen / es sehlt jhn nur an einem Musterplatz / darauff sie zusammen möchten komen / vnd wenn sie den hetten / denn so würden die Christen sehen / was die Juden thun würden.[4])

Es sol ein Jud auff ein zeit zu Franckfurt gesagt haben / Er wolt wündschen das hundert tausent Christen weren vnd hundert tausend Juden / vnd wenn gleich der Juden wol weniger weren / die sich mit einander schlagen sollen / dann so solt man sehen / wer oblege / dabey man abnemen kan / was sie von vns dencken / Wenn wir nur ein Beyspiel oder ein Exempel nehmen von andern Ländern / Völckern vnd Städten / als Vlm / Augspurg / Nürnberg / die den gemeinen nutz auch nachdencken / vnd was verstehen / vnd wenn sie einen nutz bey den Juden spüreten / sie würdens auch halten / sie wissen aber daß es ein schädlich Volck vnd vnglück der Christen ist / vnd vnsere gegen freu freund dem Türcken verräter sein / wie möcht der Türck bessere verreterey haben / als durch sie / denn vorhin die Zigeuner sein gewest / Jtzund sein die Juden die alle ding auskundtschaffen / alle Landt durch reisen / wissen alle Wasserflüß / alle Fürt / alle Brücken / alle Vestigung / alle Clausen / alle Stedt wie fest sie sein / wie vnd was es für ein gelegenheit darumb hat / wie vnd wo am besten darzu zu komen / vnd sie zu gewinnen weren / vnd so es darzu keme / da Gott vor sey / vnd der Türcke ins Land solt komen / so würd man sehen / das die Juden die fördersten würden sein / die jm Wege vnd Steige würden weisen. Sie wissen in Summa nicht allein des gantzen Lands / sondern eines jetzlichen Herren vermögen / denn sie sich befleiſſigen das sie sich zu den grossen Herrn halten / da hören vnd erfaren sie alle heimligkeit / auch was ein jeder gesinnet / vnd für ein eigenschafft an jm hat / darnach der Türck all vnser vermögen vnd fürnemen leichtlichen erfaren kan / darzu sie denn Türcken / der jres Glaubens ist[1]) / vnd alle jre hoffnung / das sie durch jn / vnd durch seine hülff noch zu hauff werden komen / setzen / mehr vergönnen / als vns Christen / sie entzihen auch vns Christen die besten hendel / das wir leider das nachsehen müssen haben / geben sich in alle kauffmanschafft / nemlich / mit Getreide / Reß / Schmalz / Wollen / vnd anders / lauffen auch alle Jar vnd wochenmerckt aus im gantzen Land / vnd alle zeit nicht Juden denn Christen kaufleut da zu sehen sein / damit sie vns Christen das Brot vor den maul abschneiden / vnd thewrung machen / haben fast die gantze alte Stadt[2]) Prag innen / dann selten ein Hauß darinnen ist / das die Juden jre Zimmer oder gewelber nicht darin hetten / sonderlich am Ring / vnd ehe ein kleine zeit wird vergehen / so werden die Juden den Ring innen haben / vnd die Christen werden in die Juden Stadt müssen ziehen / denn so wird man nicht mehr sagen in der alten Stadt Prag / sondern in der newen Judenstad / haben auch den gantzen Tendelmarckt dermaſſen eingenommen / das kein Christ mehr ein stell oder Gewölb möcht bekomen / das er sein Wahr anslegen vnd verkauffen könt / haben in summa mehr freiheit als kein Christ / ein Christ der ein Warung will füren / der mus erstlich jme das Bürgerrecht aus richten / vnd offt ein oder zwey Jar darumb stehen / viel Lent darzu brauchen / ehe ers bekömpt / mus erstlich sein Geburtsbrieff / darnach seiner Eltern herkomen vnd verhalten auffweisen / vnd noch ein Summa Gelts darzu erlegen / vber das alles mus er dem Bürgermeister vnd Rath mit hand vnd mund angelohen / trew vnd gehorsam zu leisten / vnd darzu mit Bürgen verbürgen / Aber der Jud ist solches alles frey / kömpt in die Stadt geritten oder gefahren wenn es jm gefelt / sagt sich weder Bürgermeister noch niemandt an / legt seine Wahr etwa ein meil zwo oder drey ausserhalb Prag wo Juden wohnen ab / darnach let ers puter einem fuder Stro / oder auff einem Gutschwagen heimlich herein in sein Hauß führen / zeigts in der Maut[3]) nicht an / damit entzeucht er der Obrekeit den Zoll / vnd das kan er sein Wahr darnach desto wolfeiler geben / denn ein Jud offt auff einem Gutschwagen in einer truhen darauff er sitzt / vnd mehr Hundert Gülden Wahr / als Zobel / Marder / vnd ander thewre Wahr herein fürht / die er nicht verzolt / denn mancher Kauffman auff vier oder fünff Wagen / das darff der Christ nicht thun / denn der Christ mus zum aller ersten sein Wahr in Zoll führen / da mans denn besichtiget vnd beschreibt / den Zoll dauon begalet / darnach erst heim

[1]) Das Wort Partiten wird gebraucht für Kniffe, Ränke, mitunter bedeutet es auch Posten (Summen Geldes), die in Rechnung gestellt werden. Hier sind augenscheinlich irgendwelche unreellen Gebräuche beim Handel gemeint; welcher Art dieselben waren, das wird sich wohl schwerlich noch feststellen lassen.

[2]) „auf einen Christen wie bis fünf Juden" würden wir heute sagen.

[3]) Böhmen.

[4]) Die prophetischen Drohungen der Juden scheint der Verfasser wirklich für ernst genommen zu haben, wie auch das Folgende zeigt. Jedenfalls ist das ein Beweis für die übergroße Zahl der Juden, die damals in Böhmen lebten.

[1]) Daß Türken und Juden denselben Glauben haben, diese Vorstellung findet sich öfter in Schriften jener Zeit.

[2]) In der Altstadt wohnten die Juden hauptsächlich.

[3]) Maut ist noch heute im Österreichischen gebräuchlich für Zoll.

Digitized by Google

in sein Hauß / vnd so er jm anders thet / vnd sein Wahr vor vnd ehe ließ in sein Hauß führen / denn ers im Zollhauß anlaget / vnd den Zoll bezalet / so würde es jhm on alle gnade genommen / darzu die Juden in keinen Krieg nicht ziehen / vnd wenn sich etwas solches zutregt / als das man Volck ins Feldt solt schicken / oder Stewer geben / so ziehen sie heimlich mit jhren Händlen hinweg / biß solches alles füruber gehet / darnach kommen sie wider / aber die Christen müssen stehen / solt jhnen Leib vnd Leben darüber auffgehen / Es leit ein Bürgermeister vnd Rath zu zeiten bey den Bürgern vmbfragen / was sie für Gäst in jhren Heusern haben / Ja so man bey den Juden suchet / würde man seltzame Gäst vnter jnen finden / denn teglich frembde Juden hieher komen / die wol Türcken oder Juden aus der Türckey mögen sein / die leichtlich alle ding auskundschafften / vnd so sie was erfahren / so zihen sie wider dauon / vnd verkundschaffens dem Türcken / vnd sein darzu so stolz vnd so trotzig / das so ein Christe ein Juden / ein wort sagt / so sagen sie jm allweg wol zehen lügen, straffen die Christen / heissen sie schelm / drawen jn mit schlagen / sagen sie sein so gut als wir / vnd es sey jnen so frey als uns Christen / derhalben jn kein Christ kein wort darff sagen / sondern müssens also dulden / das denn uns Christen schwer ist / das wir Christen solchs von jnen leiden müssen / ich glaub wenn einer einem Juden ein maultaschen geb / er dörfft grössere beschwernuß dadurch bekomen / als wenn ein Jud ein Christen erschlüg.

(Fortsetzung folgt.)

Ernteaussichten und Brotverteurer.

Eine Erinnerung.

Die anhaltend ungünstige Witterung verursacht schon jetzt hier und da in den Getreidebeständen der deutschen Landwirtschaft empfindlichen Schaden und eröffnet, da es so weiter zu wettern scheint, recht trübe Ernteaussichten. In den Kreisen der Landwirte und der Bevölkerung, die inmitten der „allein selig machenden Industrie“ noch nicht ganz das Gefühl für die Landwirtschaft verloren hat, verfolgt man ängstlich den Stand der Witterungsverhältnisse.

Aber es giebt auch Kreise, in denen Freude und Wohlgefallen herrscht, wenn dem Landmanne die Früchte seines Fleißes vernichtet werden, das sind die Kreise der wirklichen Brotverteurer. Es dürfte zeitgemäß sein, an ein Schreiben zu erinnern, das vor vier Jahren die „Ulmer Schnellpost“ ans Tageslicht gezogen hat. Es war ein Zirkular des Getreidegeschäfts Mühsam & Co. in Berlin, Neue Promenade 5 (Inhaber P. Mühsam, A. Cohn in Berlin und Alex. Bernstein in Charlottenburg). Es war aus Berlin, 26. Mai 1894, datiert und hatte folgenden Wortlaut: „Die Situation des Getreidehandels ist schon seit geraumer Zeit eine so hoffnungslose, daß man eine Wendung zum Besseren vorläufig für ausgeschlossen hielt, wenn nicht in der Witterung etwas passieren würde. Daher wurde der Frost, welcher in der Nacht zum Sonntag die Felder in den nordöstlichen Provinzen Deutschlands von Ostpreußen bis Mecklenburg betroffen hat, von unserer Börse mit einer gewissen Genugthuung begrüßt, steht doch auf den Feldern so viel des Segens, daß dem Getreidehandel Deutschlands eine schlimme Zeit bevorstände, wenn alle Ähren sich mit Körnern füllen würden. Zum Teil stand der Roggen schon in voller Blüte, zum Teil hatte diese noch nicht begonnen, aber spurlos sind die kühlen Nächte sicherlich nicht an der Roggenpflanze vorübergegangen, wenn auch ein zuverlässiges Bild erst während der Körnerbildung gewonnen werden kann. Der Effekt der aus so vielen Bezirken eingegangenen Frostberichte kam an der Montagsbörse in einer Steigerung der Roggenpreise von 5 Mark für Roggen zum Ausdruck. Die plötzliche Kursverschiebung hatte aber so gewaltige Beziehungen von Südrußland zur Folge, daß schon an den nächsten Börsen das Terminangebot von seiten der Importeure das Übergewicht erlangte und ein bedeutender Teil der Kursavance wieder verloren ging.“

Während der Landmann inbrünstig zu Gott flehte, das Werk seiner Hände vor Schaden zu bewahren, die ausgestreute Saat gedeihen zu lassen, und besorgten Blickes die Schwankungen der Witterung verfolgt, vor den verwüstenden Spätfrösten zittert und bebt, befreit ansatmet, wenn das Wetters Graus gnädig vorüberzugehen ist, betrachtet der Spekulant mit ärgerlichen Blicken die „Fülle des Segens auf den Feldern“ und heißt mit hämischer Schadenfreude Frost und Unwetter willkommen, weil ihre Verwüstungen dem Handel, d. h. der Spekulation, förderlich sind. Dieses Rundschreiben spricht mehr als tausend antisemitische Reden. Möchte jeder Politiker von seinem Inhalte Kenntnis nehmen.

Wir haben den Bemerkungen, die damals das Ulmer Blatt zu dem Schreiben machte, und die auch heute noch vollauf zutreffen, nichts weiter hinzuzufügen.

Gegen die Warenhaus-Steuer

hat man von freisinniger Seite bekanntlich alle möglichen Bedenken vorzubringen gewußt, da man es durchaus hintertreiben möchte, daß der Staat diesen gefährlich wuchernden wirtschaftlichen Gebilden, welche das Kleingewerbe mit Vernichtung bedrohen, ernstlich zu Leibe gehe. In Beuthen hat nun kürzlich die Stadtvertretung beschlossen, ihrerseits eine kommunale Warenhaussteuer einzuführen, durch welche z. B. die große dortige Filiale des Warenhauses „Barasch“ (!)“ mit einer Extrasteuer von etwa 10 800 M. belastet werden würde. Dies Vorgehen einer einsichtigen Kommunalverwaltung ist im Interesse der bedrohten selbständigen Kleingewerbetreibenden mit Genugthuung zu begrüßen. In Israel und bei seinen freisinnigen Beschützern und Freunden aber herrscht eine gewaltige Aufregung über diesen nur allzu vorsichtigen ersten Griff in das Wespennest der Ramschbazaristen. Das Ullsteinsche Familienorgan tuscht vor weiterer Fortsetzung der „Störungsversuche“ dadurch abzuschrecken, daß es verkündet, Ehren-Barasch habe erklärt, er werde die Steuer einfach seinen Angestellten am Gehalte abziehen. Das Angebot für derartiges Geschäftspersonal sei so groß, daß die Firma mit Handlust Kräfte aufzutreiben im Stande sei, die ihr gegen viel niedrigeren Gehalt dienen würden. Es ist ja leider eine anerkannt traurige Thatsache, daß auf dem Arbeitsmarkt für diese Geschäfte, ebenso wie für die jüdischen Großkonfektionäre z. B. ein Ueberangebot von Arbeitskräften herrscht, so daß der weibliche Teil derselben besonders aufs Schonungslosefte ausgebeutet oder auf Nebenverdienst verwiesen werden kann. Wir glauben trotzdem aber nicht, daß die Herren Barasch und Genossen ihren Angestellten die Steuern am Lohn werden abziehen können, weil gerade diese Gattung von Großgewerbetreibenden unter den obwaltenden Verhältnissen schon jetzt kaum höhere Löhne zahlen wird, als gerade zur Beschaffung des für ihre Zwecke brauchbaren Personals durchaus notwendig sind. Es wäre aber jedenfalls grundfalsch, wenn man sich aus Mitleid mit den Angestellten durch das drohende „Barasch-wort“ von dem steuerlichen Einschreiten gegen die überwuchernden Großbazare abschrecken lassen wollte; gerade diese sind ja Schuld daran, daß so viele selbstständige Existenzen im Kleingewerbe zu Grunde gehen und mit ihren Angehörigen das Angebot von billigen Arbeitskräften auf dem großgewerblichen Arbeitsmarkt vermehren müssen. Wäre das nicht der Fall, könnte diesem Übelstande gesteuert werden, dann würden die Herren Barasch und andre ähnliche Menschenfreunde dieser Brauche auf den Versuch, die Steuern von den Löhnen ihrer Angestellten, statt von ihrem übermäßig großen Geschäftsgewinn abzuschreiben, sicher verzichten müssen. Hoffentlich gelingt es, trotz des freisinnig-jüdischen Widerstandes dieses Ziel zu erreichen, zum Heil des selbständigen gewerblichen Mittelstandes.

Digitized by Google

Professor Dr. **Kautzsch** in Halle a. S. hat bei Antritt seines Rektorats einen Vortrag über den Zusammenhang des Rassencharakters der semitischen Volksstämme mit ihrer Stellung zur Kunst, zur Wissenschaft, zur staatlichen Organisation und zur Religion gehalten. Der Vortragende hatte folgende Thesen aufgestellt:

1. Der echte Semitismus entbehrt auf dem Gebiete der Kunst des Organs für die bildenden Künste. Alles, was die Baukunst auf semitischem Boden Großes geleistet hat, ist entweder von Ausländern, also von Nichtsemiten, hervorgebracht worden, wie das schon Salomons Tempelbau zeigt, oder es ist, wie z. B. in Spanien, nicht mehr das Produkt rein semitischer Stämme, sondern vielmehr das Erzeugnis von Völkern, bei denen schon eine starke Mischung semitischen und fränkischen Blutes stattgefunden hatte. Ebenso giebt es auf semitischem Boden kein Heldengedicht und kein Drama. Wohl aber hat der Semit das Organ für Lyrik, Musik und Schauspielkunst, wobei es nämlich vor allem auf Geltendmachung des Subjekts ankommt.

2. Auf dem Gebiete der Wissenschaft fehlt das Organ für streng wissenschaftliche Geschichtsforschung und auf dem Gebiete der Philosophie das Organ für Metaphysik. Auch hier gestaltet der semitische Geist die Dinge subjektiv um, wobei hauptsächlich das religiöse Motiv mitwirkt.

3. Der Semit hat es zu allen Zeiten nie zu Anstalten höherer staatlicher Organisation gebracht. Der Staat ist den Semiten ein Geschäft. Im Interesse des eigenen Nutzens thut man sich zusammen unter einem König, um aus den unterworfenen Völkern Gewinn zu ziehen. Kam es doch vor, daß jeder einzelne Volksgenosse jährlich einen bestimmten Prozentsatz der Einnahmen erhielt, welche die Regierung von den unterjochten Stämmen bezog. Der Drang, alle, die die gleiche Sprache reden, zu einer Nation zusammenzufassen, der die indogermanische Rasse auszeichnet, ist den Semiten fremd. Ebensowenig verstehen sie es, daß eine Regierung Geld giebt, statt zu nehmen, daß von Staats wegen für Verkehr und für Volkswohl gesorgt werden kann. Wenn manche dieser Eigentümlichkeiten der semitischen Rasse uns heute nicht so ins Auge fallen, so liegt das nur daran, daß unsre heutigen Juden eben schon sehr viel germanischen Geist entgegengenommen haben, was ja infolge des Zusammenlebens selbstverständlich ist. (Von dem Einwirken des germanischen Geistes ist leider nicht allzuviel zu spüren, so daß die von Professor Kautzsch hervorgehobenen Eigentümlichkeiten jedem, der in das Wesen des Judentums tiefer eindringt, auch heute noch entgegentreten. D. Schr.)

4. Der subjektive Grundzug der semitischen Rasse ist endlich auch der natürliche Boden, auf dem der Monotheismus erwachsen konnte, der ja die größte Betätigung des Subjekts fordert. Es ist ein Akt der Weisheit Gottes, daß er sich diese ganz besonders veranlagte Rasse schuf, um vom jüdischen Volke aus seiner Offenbarung im Christentum in alle Welt ausgehen zu lassen. —

Interessant ist es, daß der „Vorwärts“ zu diesen Ausführungen ganz trocken bemerkt, „es werde damit wohl seine Richtigkeit haben“. Nur seien diese Ansichten über den jüdischen Charakter, „deren Unanfechtbarkeit nicht geleugnet werden soll“, schon vor 50 Jahren von Heine dargethan worden. Solche „antisemitischen“ Anwandlungen wagen sich in den Spalten des „Vorwärts“ allzuhäufig hervor, wenn die leitenden Männer in der Sommerfrische weilen.

Ausland.

Österreich-Ungarn. Der Fürstbischof von Trient, Dr. Eugen Valussi, hat vor einiger Zeit das Lesen der deutschnationalen „Bozener Ztg.“ von der Kanzel herab verboten und das Blatt mit dem Bannfluch belegt. Nachdem das Kreisgericht zu Bozen zunächst ein Vorgehen gegen den Bischof abgelehnt hatte, ist neuerdings auf Veranlassung des Oberlandesgerichts Innsbruck ein Verfahren wegen „Vergehens gegen die Ehre anderer“ gegen ihn eingeleitet worden. —

Der israelitische Landeslehrerverein Ungarns hat 416 seiner Mitglieder bestimmt, ihre „deutschen“ Namen zu madjarisieren, und auch eingeleitet, daß sämtliche jüdischen Lehrer noch in diesem Jahre ihre Namen madjarisieren. —

Verabeaux lächerlich machen sich gewisse Regierungsorgane in Österreich mit ihrem Schnüffeln nach staatsgefährlichen Handlungen. Schüler und Schülerinnen aus Jitton hatten in Begleitung ihrer Lehrer einen Ausflug nach der gut deutschen Stadt Reichenberg in Böhmen unternommen und stimmten dort im Ratskeller das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ an. Darauf richtete die K. K. Bezirkshauptmannschaft Reichenberg ein amtliches Schreiben an die Amtshauptmannschaft zu Jitten, in dem darum ersucht wird, Vorsorge dafür zu treffen, daß sich so etwas nicht wiederhole, da es dazu angethan sei, die patriotischen Gefühle jedes Oesterreicher zu verletzen.

Rußland. Ein Knabenraub, der Unruhen gegen die Juden zur Folge hatte, macht in Baku viel von sich reden. Im „Kaspi“ lesen wir darüber folgendes: Am 19. Juni machte der Einwohner Kerbalay-Ilsein-Guli-Oglu dem Pristaw des 2. Stadtteils die Anzeige, daß sein achtjähriger Neffe verschwunden sei. Bald darauf brachte ein Kubatscher Einwohner den Knaben in die Polizeiverwaltung und erklärte, daß er auf der Straße zwei Hebräern begegnet sei, von denen der eine einen Sack getragen habe, in dem sich etwas bewegt habe. Er habe den Sack dem Träger abgenommen und in demselben den Knaben gefunden. Der in Rede stehende Hebräer, namens Raphael Ragmilow, wurde infolgedessen festgenommen, entlief jedoch auf dem Wege in die Polizeiverwaltung der ihm beigegebenen Wache, konnte aber noch am selben Tage von neuem verhaftet werden. Unter der muhamedanischen Bevölkerung der Stadt verbreitete sich schnell das Gerücht von dem Knabenraub; es scharten sich ungefähr 200 Muhamedaner zusammen und mißhandelten die sich auf der Straße zeigenden Hebräer. Die Mißhandelten, etwa zwanzig an der Zahl, flüchteten sich in das Polizeigebäude und wurden von hier unter dem Schutz von Polizei in ihre Wohnungen gebracht. An demselben Tage trafen aus Kuba vierzehn Hebräer mit drei Fuhrwerken in Baku ein, wurden auf dem Marktplatz von Muhamedanern, die sich in großer Zahl versammelt hatten, umringt und mit Stöcken gehörig bearbeitet, wobei sie von kleinen Buben mit Steinen bewerfen wurden. Einige Hebräer wurden am Kopf verletzt und den Exzessen wurde erst durch das Auftreten der Polizei Einhalt gethan. Über die gewaltsame Entführung des Knaben ist dem Untersuchungsrichter Anzeige gemacht worden; R. Ragmilow befindet sich einstweilen im Bakuschen Gefängnis.

Mosaik.

Eine Besteuerung der Großbazare und Filialgeschäfte erklärte in der zweiten badischen Kammer der Staatsminister Dr. Buchenberger für notwendig. Gleichzeitig teilte er mit, die badische Regierung stehe mit der preußischen diesserhalb in Unterhandlung. — Hoffentlich bleibt man bei den sogenannten „Erwägungen“ nicht stehen, sondern entschließt sich bald zu einem energischen Vorgehen zum Schutze des bedrängten Mittelstandes.

Hechingen. Endlich ist doch der Schleier etwas gelüftet und das himmelschreiende Thun und Treiben des Baruch in der Friedrichstraße öffentlich gebrandmarkt. Wir empfinden es wirklich als eine befreiende That, daß endlich in den Augustaskall hineingeleuchtet worden ist. Nicht nur über Ansand und gute Sitte, nein, über die elementarsten Grundlagen von Recht und Gerechtigkeit hat man sich, und zwar leider nur zu lange, ungestraft hinwegsetzen dürfen. Wenn aber Baruch richtig gezeichnet werden soll, dann helfe's rückwärts, rückwärts, Don Rodrigo, denn dann muß man ein viertel Jahrhundert zurückgreifen, so lange treibt der saubere Patron schon sein Gewerbe; damals hat er in seiner Affaire mit der Emilie Negerhold wegen ihres Kindes Otto den Reinigungseid geschworen. Erst wollte man die Genannte auch nach Amerika schicken, und ein „feiner“ Vertreter und Teilhaber der

Digitized by Google

Firma B. Baruch u. Söhne verhandelte mit ihr in einem Hôtel in Ulm (Name steht zur Verfügung) wegen ihrer Überfahrt nach der neuen Welt. Als die Regerhold jedoch vorzog, im Vaterland zu bleiben, da leistete Baruch nach Erschöpfung aller sonstigen Machinationen endlich den Reinigungseid!! — Also wohlgemerkt, erst dann, als die Verhandlungen mit der Mutter ergebnislos geblieben waren!! — Wer nun heute den Otto Regerhold und den Schwärer von Saalaß besieht, braucht gar kein hervorragender Rassenkenner zu sein, um herauszufinden, wer einstens einen Meineid geschworen hat. — — Otto Regerhold, Rosa Riester, Clemens Beck, Adolf Baruch eine Visage ... eine Mispoche!

Sozialdemokratisches. In Solingen fand die Kandidatur des bisherigen sozialdemokratischen Abgeordneten Georg Schumacher bekanntlich nicht die Zustimmung der Parteileitung. Schumacher ließ es aber auf einen Krach ankommen und hielt seine Kandidatur gegenüber dem von den „Obergenossen" empfohlenen Scheidemann durch Gießen aufrecht. Der Erfolg war, daß der offizielle Kandidat der Sozialdemokratie mit einem Freisinnigen in Stichwahl kam, Schumachers Anhänger verhalfen nun dem Freisinnigen zum Siege. Neuerdings ist „Genosse" Schumacher samt fünf seiner Anhänger förmlich aus der sozialdemokratischen Partei ausgestoßen worden. —

Bei der Reichstagswahl in Speyer hat Landgerichtsrat Feldbausch in öffentlicher Versammlung in Frankenthal aufgefordert, für den sozialdemokratischen Kandidaten Ehrhart zu stimmen. Gegen Feldbausch, der inzwischen von Frankenthal nach Landau versetzt worden ist, ist daraufhin ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden.

Das Ende eines jüdischen Wucherers. In Przemysl (Galizien) hat der Offizier-Stellvertreter Rudolf Stumm den bekannten Wucherer Hopfinger, der seine „Geschäfte" namentlich in Offizierskreisen machte, niedergeschossen, weil dieser ihn wegen einer ganz geringfügigen Schuld beim Regimentskommando angezeigt hatte.

Ein Spielerneft wurde von der Polizei in Horzburg ausgehoben. Die Verführer waren, wie fast immer, auch hier einige Juden. Ein Schlächtermeister, der um 1700 Mark erleichtert worden war, erstattete Anzeige. Beim besten Hazardspiel wurden etwa zwölf Personen von der Polizei überrascht. Die Bank wurde von dem jüdischen Kaufmann Reinhold Amboß aus Schmiedeberg gehalten. Nachdem ihm mehre hundert Mark Spielgelder abgenommen waren, wurde er nach Nummer „Sicher" gebracht. Als weitere Bankhalter gab er die „Kaufleute" Julius Kronheim und Simon Tischauer aus Berlin an. Diese beiden sind jedoch unter Zurücklassung ihres Gepäcks und ohne Kopfbedeckung geflüchtet. Die Einsätze hatten 5 bis 25 Mark, in einzelnen Fällen sogar 75 bis 100 Mark betragen.

Über jüdische Ehen in Mähren und die Abstammung des Fürst-Erzbischofs Dr. Kohn plaudert das „Jüdische Volksblatt" folgendes aus: Von seiten der österreichischen Antisemiten hat der Erzbischof von Olmütz, Dr. Theodor Kohn, heftige Angriffe erfahren, man warf ihm unter anderm auch vor, er begünstige die Juden ganz besonders auf seinen Gütern. Es ist darum interessant, auf authentische Mitteilungen über Dr. Kohns Abstammung hinweisen zu können, die in dem soeben erschienenen Buche: „Geschichte der Juden in Kremsier", Band II, von Rabb. Dr. Frankl-Grün enthalten sind. Vorausschicken müssen wir, daß bis zum Jahre 1848 in Mähren nur eine bestimmte Anzahl jüdischer Familien (5400) bestehen durfte. Ein Jude in Mähren durfte erst dann heiraten, wenn durch den Tod eines Familienvaters eine „Familie" vakant geworden. Dieses pharaonische Gesetz wurde aber von den Juden vielfach umgangen (wie immer! D. Schriftl.), indem sie sich von irgend einem Glaubensgenossen rituell trauen ließen, da der Rabbiner als Beamter eine solche Trauung nicht vornehmen durfte. Es war dies ein offenes Geheimnis, und wenn auch diese Ehen staatlich nicht anerkannt und die Kinder aus ihnen den Vermerk „unehelich" im Geburtsregister führten, so wurden doch in der Synagoge und im sozialen Gemeinleben solche Ehen als vollgiltig und die Kinder auch denselben als ehelich angesehen. Anders lag aber die Sache, wenn offizielle Anzeige von dem Bestande einer solchen Ehe bei der Regierung erfolgte, dann traten harte Strafen nach dem Gesetze ein. Auch der Großvater des Erzbischofs hatte nun ohne Recht der „Familie" geheiratet, und dies gelangte durch einzelne seiner Stammesgenossen und Landsleute, mit denen er in Unfrieden lebte, zur Kenntnis der Behörde. Um sich nun einer gerichtlichen Strafe zu entziehen, verließ er seinen Glauben, soll aber später die Lundenburger Juden, die seinen Uebertritt verursacht hatten, so gehaßt haben, daß, wie er sagte, er sich im Zorne leicht hinreißen lassen könnte, einen von ihnen zu hängen. Er erlebte noch die Priesterweihe seines am 22. März 1845 zu Brezuie geborenen Enkels, dessen Vater Josef im Alter von drei Jahren getauft worden war.

Bei den politischen Kämpfen,

die sich ja heute vorzugsweise auf dem sozialen Gebiete abzuspielen haben, handelt es sich vor allem darum, die Gleichgiltigen zu gewinnen, möglichst große Massen in Mitleidenschaft zu ziehen, sie gewissermaßen für die zu erstrebenden Ziele zu erziehen.

Das ist der einzige Weg für eine sozialpolitische Partei, um zum Siege zu gelangen. Redensarten und Kannegießern am Biertische bringen uns nicht weiter auf dem eingeschlagenen Wege.

Aber auch das gesprochene Wort thut es nicht allein; wenn dies nachhaltig wirken und die Geister zum Nachdenken zwingen soll, so ist es nötig, daß wir mit der Presse nachhelfen.

Und da fehlt es gerade bei uns am allermeisten! Wenn auch nur die Hälfte derer, die ihrer antisemitischen Gesinnung bei den Wahlen Ausdruck gegeben haben, eins der anerkannten Parteiblätter halten, lesen und unterstützen würde, so stände es anders mit uns.

Was nützt es uns, daß am Wahltage ein Stimmzettel in unserm Sinne in die Urne geworfen wird, wenn der Abstimmende sonst sich mit der Kost sogenannter „parteiloser" Blätter begnügt und daraus seine Weisheit schöpft?

Unterstützt deshalb die Parteipresse, sorgt für ihre Weiterverbreitung und vor allen Dingen: lest sie und handelt danach!

H. Heinze, Hutfabrik
er. Ritterstraße 5. Burgerstraße 4.
Spezialität: 2,80-Hüte.

Billige, dichte Dächer
Muster etc. portofrei
Asphalt-Steinpappen
A. Andernach & Comp., Riesa.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: i. V. Herm. Beyer, Leipzig.
Druck: G. Reusche, Leipzig.

Digitized by Google

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich Mk. 1.50 bei den Postanstalten (Postzeitungsliste Nr. 1788) und Buchhandlungen. Unter Streifband Mk. 2.

Herausgegeben von Max Liebermann v. Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Anzeigen: die 6-gespaltene Petit-Zeile 25 Pfennige. Verlagsbüro: Königstraße Nr. 27, Leipzig.

XIII. Jahrgang. | Leipzig, 4. August 1898. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Juden-Frage. Otto Glagau. | Nr. 520.

Inhalt: Fürst Bismarck †. — Fragen und Antworten über das Juden-Thema. — Stimmungsbild aus Österreich-Ungarn. — Vergleichende Statistik über die Belegung des jetzigen Deutschen Reiches durch die Juden in den Jahren 1820 und 1880. (Schluß.) — Der Juden gute Tugend. (Fortsetzung.) — Mißglückte Wohnungssuche. — Ausland. — Parteinachrichten. — Israel im Konflikt mit den Bundesgesetzen. — Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat. — Jüdische Ritter, Kommissions- und Kommerzienräte usw.

Fürst Bismarck †.

Trauernd steht das deutsche Volk an der Bahre seines größten Helden: Unser Bismarck ward uns am 30. Juli durch den Tod entrissen.

Was er unserm Volke gewesen ist, das läßt sich in den kurzen Worten eines Nachrufes nicht nach Gebühr würdigen. Wir versuchen es darum nicht erst; es ist ja auch ein überflüssiges Beginnen. Wer von des deutschen Volkes und des Deutschen Reiches Geschichte etwas weiß, der weiß auch, was wir unserm Bismarck zu danken haben.

Er ist gestorben, aber er lebt. Solange noch Deutsche auf dem Erdenrund wohnen, wird der Name Bismarck ihre Herzen höher schlagen machen, und der Name Bismarck wird auch in Zukunft der Prüfstein sein für die Echtheit nationaler Gesinnung.

Halten wir unsers Bismarcks Andenken in Ehren! Geloben wir an seiner Bahre, zu sein

gut Bismarckisch allerwege!

Digitized by Google

Fragen und Antworten über das Juden-Thema.*)

1. Was versteht man unter Antisemitismus?

„Anti" heißt „gegen", und „Semitismus" bezeichnet das Wesen der semitischen Rasse. Der Antisemitismus bedeutet also die Bekämpfung des Semitentums.

Da die semitische Rasse in Europa fast ausschließlich durch die Juden vertreten ist, so versteht wir unter den „Semiten" im engern Sinne die Juden. „Antisemit" heißt also in unserm Falle „Judengegner" — „Judenfeind".

2. Wie kann man nur in unsrer aufgeklärten Zeit die Juden noch ihrer Religion wegen verfolgen?

Es fällt niemandem ein, die Juden ihrer Religion wegen zu bekämpfen. Ihren Gottesdienst trachtet niemand zu stören; er erfreut sich der gänzlichsten Schonung bei allen Klassen, auch bei den Antisemiten.

Die Zurückführung des Antisemitismus auf religiöse Gehässigkeit ist eine grobe Entstellung der Sachlage. Gerade unter den Freigeistern finden sich die entschiedensten Antisemiten (Voltaire, Schopenhauer, Johannes Scherr, Dühring usw.).

Wie schon der Name sagt, richtet sich der Antisemitismus gegen die „Semiten", also gegen eine Rasse, nicht gegen eine Religion. Wenn die Antisemiten die Religion der Juden bekämpften, so müßten sie sich „Anti-Israeliten" nennen. Es verrät also eine große Gedankenlosigkeit oder geringes Sprachverständnis, wenn jemand den Antisemitismus mit der „Religion" in Zusammenhang bringt. — Im übrigen aber wird die Begriffsfälschung von gewisser Seite absichtlich gepflegt, um das Volk über das wahre Wesen der Judenfrage zu täuschen.

3. Hat man aber nicht im Mittelalter die Juden ihrer Religion wegen verfolgt?

Auch das ist eine unrichtige Auffassung. Die Ursache der Volkswut gegen die Juden im Mittelalter, wie zu allen Zeiten, war — der jüdische Wucher und die Anspielung aller Volksklassen durch jüdische Ränke und Kniffe. Zahlreiche Beschwerden, die damals von der Bürgerschaft verschiedener Städte an die Regierung gerichtet wurden und heute noch im Wortlaut vorliegen, beweisen dies deutlich.

Nur war man zu jenen Zeiten sich nicht klar darüber, daß man es in den Juden mit einer fremden Nation und fremden Rasse zu thun hatte, und deshalb mußte die „Religion" als Unterscheidungs-Merkmal dienen.

4. Was wollen die Antisemiten eigentlich?

Sie wollen den jüdischen Einfluß auf verschiedenen Gebieten durch gesetzliche Mittel beschränkt sehen, weil sie denselben für verderblich halten. Sie erstreben deshalb eine Revision der Gesetzgebung in dem Sinne, daß die Juden gewisse Einschränkungen erfahren sollen.

Im weiteren wollen sie zunächst nur aufklärend wirken über die wahre Natur des Judentums, vor dessen geschäftlichen Kniffen und Ränken warnen und alle Reformen unterstützen, die zur wirtschaftlichen, geistigen und sittlichen Wiedergesundung unsers Volkstums beitragen.

5. Warum sollen aber die Juden nicht dieselben Rechte haben wie die übrigen Bürger?

Erstlich: weil sie dieselben nicht verdienen; zweitens: weil sie dieselben mißbrauchen!

Eine jede Nation hat das Anrecht auf ihren Grund und Boden dadurch erworben, daß sie denselben durch Jahrhunderte langen Fleiß urbar machte und kultivierte oder durch überlegene kriegerische Kraft erkämpfte und so mit ihrem Blute erkaufte. — Die Juden haben weder durch die eine noch durch die andere Art das Heimatsrecht in unserm Lande erworben. Sie haben keinen Teil an der Kulturarbeit des deutschen Volkes genommen und eben so wenig an den blutigen Kämpfen, die unsre Vorfahren für Altar und Herd bestehen mußten.

Die Gleichberechtigung, die die Juden heute besitzen, ist ein Gnadengeschenk, das man ihnen im Jahre 1848 gemacht hat. Bisher haben sie sich aber derselben nicht würdig erwiesen, denn sie bilden noch heute politisch, gesellschaftlich und gesetzlich eine Sondergemeinde, die ihren Vorteil auf Kosten der anderen Staatsbürger sucht.

6. Sind die Juden nicht eben so gut Deutsche wie wir?

Sie stellen sich gern so, als ob sie es wären, aber — sie glauben es selber nicht! Es liegen zahlreiche Äußerungen von maßgebenden jüdischen Männern vor, die das Beweis erbringen, daß die Juden noch heute sich als eine besondere Nationalität betrachten und nicht in den anderen Nationen aufgehen mögen. Das duldet schon ihr Hochmut nicht, da sie sich ja den Namen des „auserwählten Volkes" beigelegt haben.

7. Haben nicht auch viele Juden in den letzten Kriegen ihr Blut für das Vaterland vergossen?

Es wird so arg nicht sein! Allerdings haben die Juden, nachdem man ihnen die vollen Bürgerrechte verliehen hatte, auch die Bürgerpflichten mit auf sich nehmen müssen, und dazu gehört der Militärdienst. Aber gern gehen sie wahrhaftig nicht hin. In eingeweihten Kreisen ist bekannt genug, wie die jungen Juden allerlei Mittel anwenden, um vom Militärdienst loszukommen. (In dem Militär-Befreiungsprozeß, der vor einigen Jahren im Elsaß spielte, und in den etwa 70 Individuen verwickelt waren, handelte es sich fast ausschließlich um Juden!)

Der Jude ist aber schon von Natur zum Heeresdienst wenig tauglich, denn heldenhafter Gliederbau gehört nicht zu den Vorzügen der jüdischen Rasse. Schon deshalb ist der Prozentsatz der in der Armee stehenden Juden ein außerordentlich geringer.

Im Felde haben sich noch zudem sehr viele dieser jüdischen Soldaten krank gemeldet und während des Kriegszuges in den Lazaretten gelegen. Sollte wirklich der eine oder andere mit ins Feuer gekommen sein, so ist das gewiß nicht aus Kampfesdurst geschehen, sondern nur unter dem unvermeidlichen Zwang der Umstände. Der Jude, der sich freiwillig in den Kampf stürzt, wo es das Leben kosten kann, der soll erst noch gefunden werden. — Die Begeisterung für das Vaterland war es gewiß nicht, die einzelne Juden an unsern Schlachten teilnehmen ließ.

8. Aber die Juden sind doch auch Menschen, sie wollen auch leben!

Zugegeben, die Juden sind Menschen, so ist es doch ein eigentümliches Verfahren, diese Thatsache gewissermaßen als eine Entschuldigung für ihr Treiben anzuführen.

Wer als Mensch leben will, muß auch menschlich fühlen und handeln und seine Pflichten gegen die Mitlebenden in menschlicher Weise erfüllen. Das thut der Jude sehr oft nicht. Er stützt sein Fortkommen meist auf den Ruin anderer; sein ganzes Denken und Handeln ist ein fortwährender feindseliger Krieg gegen die Menschheit. Und er bedient sich dabei meist der niedrigsten Mittel: der Lüge, des Betrugs und Verrates.

Ist es nun aber nicht geradezu einfältig, die Missethaten jemandes damit entschuldigen zu wollen, daß man auf sein Menschentum hinweist? Dürfte man dann nicht auch zur Verteidigung eines Raubmörders sagen: „Er ist doch auch ein Mensch, er will auch leben!" —

Gerade dieser Satz beweist die ungeheure Gedankenlosigkeit vieler Leute, — er beweist auch, wie schlecht es um das Gewissen der Juden bestellt sein muß, daß sie keine andre Daseinsberechtigung anzuführen wissen, als ihre Zweibeinigkeit, und daß sie mit dem Hinweis auf dies zoologische Merkmal ihre unlauteren Handlungen entschuldigen wollen.

Das „Menschsein" berechtigt niemanden zum Schlechtsein, es verpflichtet ihn vielmehr erst recht, gut zu sein. Der schlechte nichtsnutzige Mensch hat keine Daseinsberechtigung und muß, wie jeder Verbrecher, durch gesetzliche Maßnahmen für die Menschheit unschädlich gemacht werden.

*) Auszug aus dem „Antisemiten-Katechismus". 400 Seiten, 25. Aufl., gebd., Preis 1 M., 10 Stück 6 M.

Digitized by Google

Übrigens könnte man — in allem Ernst! — das Menschentum der Juden in Zweifel ziehen. Was ist denn das ausschlaggebende Merkmal für den Menschen? Doch nicht, daß er auf zwei Beinen läuft? — Das kann der Bär, der Affe, der Pudel und das Känguruh auch. Auch die Sprache ist kein entscheidender Maßstab, denn auch der Papagei und der Staarmatz können sprechen lernen. Auch an Verstandesfähigkeiten ist der Mensch nicht immer den Tieren überlegen. Es giebt nur einen entscheidenden Grenzstein: das ist die schöpferische Gestaltungskraft des Menschen, die „Erfindungsgabe", die Kunst, Mittel zu schaffen, die in voraussehender Berechnung weitergehenden Zwecken dienen. Man hat den Menschen deshalb zutreffend als das „werkzeugmachende Säugetier" bezeichnet. Und in der That: Auf dem „Werkzeug" beruht alle Kultur.

Die jüdische Rasse hat nun erwiesenermaßen niemals „Werkzeuge" geschaffen, nie etwas erfunden, nie eine bauende oder gestaltende Thätigkeit entwickelt, nie eine eigene Kunst und Kultur erzeugt. —

Ist also das „Menschsein" der Juden wirklich so sehr über allen Zweifel erhaben? —

9. Führen die Juden nicht ein musterhaftes Familienleben?

Das ist in gewisser Hinsicht wahr, aber der Nutzen dieser Musterhaftigkeit kommt nicht uns, sondern nur den Juden selbst zu gute.

Wir sind weit entfernt, alle Eigenschaften der Juden verwerflich zu finden, gestehen im Gegenteil zu, daß unser Volk in manchen Punkten von ihnen lernen könnte. Im allgemeinen aber sind die guten Eigenschaften der Juden nur solche, die ihnen selbst Nutzen bringen. Nach außen wirkende Tugenden hat der Jude nicht. Das vielgerühmte „musterhafte Familienleben" erklärt sich aus folgenden Umständen:

1. Die feindselige Haltung gegen die ihn umgebende Menschheit und die daraus folgende Anfeindung von außen zwingen den Juden, unter seinen Angehörigen um so engeren Anschluß zu suchen. Er bedarf der „inneren Einigkeit" in der Familie zu der erfolgreichen Feindseligkeit nach außen.

2. Die große Selbstbeherrschung des jüdischen Naturells und die damit verbundene Geschmeidigkeit des Wesens erleichtern das Zusammenleben und die Eintracht im engen Kreise. Wahre Leidenschaften sind dem Juden fremd, und so ist er in seiner kühlen Berechnung jederzeit im Stande, um des allseitigen Vorteils willen den Frieden unter den Seinigen zu wahren. Die natürliche Anlage zur Heuchelei und Kriecherei erleichtert das Spiel bei allen Mitgliedern.

3. Die jüdische Frau ist sich bewußt, daß sie nach talmudischem Gesetz dem Manne sich blindlings unterordnen muß gleich einer Sklavin oder noch Schlimmerem, und daß sie vor der jüdischen Gemeinde dem Manne gegenüber nie Recht erhält. Sie wagt deshalb selten, dem Manne eigenmächtig gegenüberzutreten, und das ist ein wesentliches Moment für den häuslichen Frieden.

4. Der Jude betrachtet die Ehe wesentlich vom Nützlichkeitsgesichtspunkte; er erblickt in der Frau einen Gegenstand der Annehmlichkeit und des Vergnügens, gleichsam ein nützliches und angenehmes Möbel. So wie ein Kluger und Sparsamer Mann seine kostspieligen Möbel gut hält, so pflegt der Jude seine Frau, um sich den Gegenstand des Luxus und des Genusses möglichst lange — und ohne viel Reparaturkosten zu erhalten.

Die letzte Wurzel der ganzen jüdischen Ehemusterhaftigkeit ist also schließlich — die Sparsamkeit und die kaltberechnende Genußsucht. Die scheinbare Tugend wurzelt also eigentlich in niedrigen Beweggründen. Schließlich aber kommt hinzu, daß in der jüdischen Ehe alle höheren Interessensphären ausgeschlossen sind und das Gespräch sich meist um geschäftliche Angelegenheiten dreht, in denen der Mann eine natürliche Überlegenheit besitzt, oder wobei die Harmonie in der Gesinnungsniedertracht rasch zur Einigkeit führt. Ohne größere Leidenschaften, ohne höheres Streben, ohne wesentliche Unterschiede in der geistigen und moralischen Beanlagung fehlt den jüdischen Ehegatten fast jeder Anlaß zu tieferen Zwisten.

10. Was haben die Juden eigentlich begangen?

Mehr als man in zehn dicken Bänden schildern kann. Die den Juden zur Last gelegten Vergehen an der Menschheit bilden schon eine ganze Litteratur von vielen hundert Schriften, und nur der Umstand, daß die in den Händen der Juden befindliche öffentliche Presse alle jene bedeutsamen Kundgebungen totgeschwiegen hat, ist daran schuld, daß heute noch jemand obige naive Frage stellen kann.

Das jüdische Sündenregister ist in Kürze folgendes:

Die Juden bilden unter dem Deckmantel der „Religion" in Wahrheit eine politische, soziale und geschäftliche Genossenschaft, die, im heimlichen Einverständnis unter sich, auf die Ausbeutung und Unterjochung der nichtjüdischen Völker hinarbeitet. Die Juden aller Länder und aller Sprachen sind in diesem Ziele einig und arbeiten zu diesem Zwecke einander in die Hände. Deshalb ist es dem Juden auch unmöglich, in dem Lande, wo er sich zufällig aufhält, irgend einen ehrlichen Anteil an dem Schicksal seiner nichtjüdischen Landesgenossen zu nehmen. Kurz: er kann niemals ehrlichen Patriotismus hegen; er fühlt sich immer und überall nur als Mitglied der „auserwählten" Nation Juda, und wenn er den Deutschen, Franzosen und Engländer zu spielen sucht, so ist das meist nur wohlberechnete Heuchelei.

In seiner Sonder-Stellung sieht das Judentum alle Nichtjuden als seine Feinde an, die es mit List und Verrat zu bekämpfen hat. Durch seine besonderen Sittengesetze (Talmud und Schulchan aruch) betrachtet sich der Jude als außerhalb aller übrigen Gesetzesvorschriften stehend und hält sich berechtigt, alle Landesgesetze zu übertreten — aber immer auf solche Art, daß ihm dieser Mißbrauch nicht nachgewiesen werden kann.

Auf Grund der talmudischen Lebens-Anschauung, die nur dem Juden den Namen „Mensch" zugesteht und die übrigen Völker unter die Tiere rechnet, ist der Jude jedes Pflichtgefühls und jedes Gewissens den übrigen Menschen gegenüber enthoben. Die talmudische Sittenlehre berechtigt ihn, jeden Lug und Betrug an der Menschheit zu begehen, nur ist ihm vorgeschrieben, seine Handlungen so einzurichten, daß man ihm mit dem Buchstaben des öffentlichen Gesetzes nicht beikommen kann.

Diesen Grundzug der jüdischen „Moral" muß man kennen, um das Folgende begreiflich zu finden.

Eine weitere Direktive für die jüdischen Betrebungen findet sich in den abergläubischen „Vorschreibungen" der alten jüdischen Schriften: „Alle Völker sollen Dir dienen, und Du sollst ein Herr sein über alle Deine Brüder." „Du sollst alle Völker fressen" usw.

Die Juden halten sich in ihrem Dünkel für die „natürliche Aristokratie" der Menschheit und glauben als solche die Welt-Herrschaft erstreben zu müssen. Da sie dies aber keineswegs durch Tapferkeit und wirkliche überlegene Kraft vermögen, so versuchen sie es durch List und Trug und — Geld.

Die Judenschaft glaubt als tiefste Lebensweisheit erkannt zu haben, daß das „Geld die Welt regiert". Sie glaubt, wer das Geld hat, sei der natürliche Beherrscher der Welt. Die Juden verschmähen deshalb keinerlei Mittel und Wege, um Geld zusammen zu scharren. Jeder Betrug und Verrat, der zur Bereicherung führt, erscheint deshalb in ihren Augen nicht nur erlaubt, sondern geboten und geheiligt!

In diesem Sinne erscheinen ihnen der Wucher, der Diebstahl, der betrügerische Bankerott usw. als unschuldige Gewerbe. Sie halten jede Lüge, jeden Verrat, jeden Meineid für gerechtfertigt, wenn sie dadurch einen Vorteil für sich erlangen können.

Mit Hilfe dieser gewissenlosen Grundsätze haben sie nun seit Jahrzehnten und Jahrhunderten folgendes an unserm Volke — wie an andern — verübt:

1. Sie haben durch Aussaugung viele Bauern, Gewerbetreibende, Beamte, Offiziere usw. vollständig ruiniert und nicht nur dem materiellen, sondern auch dem moralischen Untergang preisgegeben.

Digitized by Google

2. Sie haben durch unehrliches Gebahren und geheimes Zusammenwirken den soliden Handels- und Gewerbestand untergraben und viele Geschäftszweige so vollständig in ihre Hände gebracht, daß der ehrliche nichtjüdische Geschäftsmann kaum mehr neben ihnen bestehen kann.

3. Sie haben das ehrliche Handwerk fast vollständig vernichtet, so daß der frühere selbständige Meister zum Lohnsklaven des jüdischen Ladenbesitzers geworden ist und um einen Hungerlohn für denselben arbeitet.

4. Sie haben die Arbeitslöhne und die Preise aller Produkte so sehr herunter gedrückt, daß es immer unmöglicher wird, sich durch ehrliche Arbeit zu ernähren. Das soziale Elend und die gesellschaftliche Unzufriedenheit wird dadurch immer größer und die Gefahr blutiger Volksaufstände immer näher gerückt.

5. Sie haben sich der öffentlichen Presse bemächtigt und bedienen sich derselben dazu, das Volk über die wahren Ursachen des allgemeinen Notstandes zu täuschen und dessen Unzufriedenheit nach einer falschen Richtung (auf die Regierung, auf „Pfaffen", „Junker", Polizei, Beamtentum usw.) abzulenken. Auch hierbei schüren sie, durch Untergrabung aller Autorität, die soziale Revolution, bei der sie im Trüben zu fischen gedenken! —

6. Sie fördern durch ihre Zeitungen die sittliche Verwilderung, indem sie das Volk mit allerhand „pikanten" Skandal- und Verbrechensgeschichten unterhalten und dadurch das moralische Bewußtsein abzustumpfen suchen. Sie vergiften durch die in der Presse sich breitmachende semitische Gesinnung die Denkweise unsres Volkes und drücken das gesamte öffentliche Leben auf ein niedrigeres geistiges Niveau herab, indem sie in Kunst, Litteratur, Theater usw. den gemeinsten Geschmack kultivieren und den niedrigsten Leidenschaften schmeicheln.

7. Sie haben (mit Hilfe der Presse) durch den Börsenschwindel in den 70er Jahren hunderte von Millionen aus dem Volke herausgezogen, dadurch viele Existenzen vernichtet und so enorme Werte in ihre Hände gebracht, daß sie dadurch den gewaltigsten Druck auf alle Verhältnisse ausüben können. Die in der Periode des Gründungsschwindels an den Börsen verkehrenden Firmen und Personen waren zu 9 Zehnteln jüdisch. — (Vergl. Germanicus: „Die Fransfurter Juden und die Aufsaugung des Volkswohlstandes"; und Glagau: „Der Gründungsschwindel in Deutschland".)

8. Sie haben durch jüdische Parlamentarier (Lasker, Bamberger usw.) sowie durch nichtjüdische bezahlte Personen in der Volksvertretung die Gesetzgebung dahin beeinflußt, daß den jüdischen Gelüsten möglichst viel Spielraum gegeben wurde (z. B. zum betrügerischen Bankerott, Börsen-Spiel, Gründungsschwindel usw., sowie durch schrankenlose Gewerbefreiheit, Freizügigkeit usw.). Ja, sie haben eine Gesetzgebung schaffen helfen, die den Schurken fast mehr schützt als den ehrlichen Mann!

9. Sie verschulden durch ihren Geldeinfluß und durch ihre gewissenlosen Gelüste die gesellschaftliche Korruption in jeder Hinsicht. Alles machen sie käuflich, Amter, Titel, Namen, Ehre, Liebe und so fort. Sie richten besonders in der weiblichen Jugend unsres Volkes eine unerhörte sittliche Verwüstung an. Das niedrig-sinnliche Naturell der Juden und ihr Mangel an Scham und Gewissen macht sie zu den verwegensten Verführern. Die Mädchen, die in großen Städten in ein dienendes Verhältnis zu Juden treten, verfallen meist der Prostitution. Man wird kaum zu viel behaupten, wenn man sagt, daß zwei Drittel der unglücklichen unter Kontrolle stehenden Mädchen zuerst von Juden verführt wurden.

10. Sie haben viele Personen in hervorragenden Stellungen in ihre Netze zu locken gewußt und dieselben durch ihren Geldeinfluß sich dienstbar gemacht, zum mindesten deren Schweigen gesichert. Die wenigen ehrlichen Männer, die diesen Verlockungen widerstanden haben und als Anklager des Judentums auftraten, wurden vor dem Volke durch die jüdische Presse in jeder Weise verdächtigt und beschimpft.

11. Sie haben selbst die Regierungen durch schlaue Finanzoperationen in ihre Fesseln geschlagen und von der Gunst des Judentums abhängig gemacht, so daß dem Volke auch von dieser Seite her kaum Hilfe gebracht werden kann. Durch ihre internationalen Beziehungen beeinflussen die Juden alle Staatskabinette und halten die Regierungen gegenseitig in Schach, so daß kein einzelner Staat wagen kann, gegen die Judenschaft vorzugehen — ohne sofort die Nachbarstaaten auf den Hals gehetzt zu erhalten.

11. Müßte man nicht schon von diesen erstaunlichen Thatsachen gehört haben, wenn sie auf Wahrheit beruhten?

Von wem soll das Volk diese Dinge erfahren? Der größte Teil des Publikums schöpft all sein Wissen aus den Zeitungen. Diese stehen aber fast ausnahmslos unter jüdischer Leitung und jüdischem Geldeinfluß. Das Judentum hat die Wichtigkeit der öffentlichen Presse erkannt und deshalb bei Zeiten sich derselben bemächtigt. Wie der Major Osman Bey in seinem Buche: „Die Weltherrschaft der Juden" berichtet, hat ein hervorragender Jude (man vermutet: Montefiore) auf dem Sanhedrin zu Krakau im Jahre 1840 gesagt: „So lange wir nicht die Zeitungen der ganzen Welt in den Händen haben, um die Völker zu täuschen und zu betäuben, bleibt unsre Herrschaft ein Hirngespinst". —

Und das Ziel, das sich die Judenschaft damals steckte, hat sie erreicht. Der wichtigste Teil der öffentlichen Blätter in allen Ländern ist in den Händen der Juden und besorgt das „Täuschen und Betäuben" der Völker mit übertreffendem Erfolg.

Stimmungsbild aus Österreich-Ungarn.

Ein Mitarbeiter schreibt uns aus Ungarn:

Um weitere Zugeständnisse vom Kaiser herauszupressen, hat der Reichskorporal Banffy einen selbständigen Zolltarif ausarbeiten lassen, mit dem Österreich ins Bockshorn gejagt werden soll. Das Machwerk ist aber so plump, unverschämt und unmöglich, daß selbst die madjarischen Blätter sich seiner schämen und damit in Wien nur ein Heiterkeitserfolg erzielt ist. Doggen hat die Verschwörung, den Kaiser in die Luft zu sprengen, die Banffy entdeckt haben will, in Wien tiefen Eindruck gemacht. Am 14. Juli aber hat „Hazank", das Blatt der Landwirte, auch das sist Schwindel erklärt, der den Eindruck eines Papierdrachens im Kaisperletheater mache. Thatsache ist, daß drei Madjaren verhaftet sind, weiter verlautet nichts.

Da nun auch die Verhandlungen zwischen Deutschen und Tschechen, die der unermüdliche Thun immer wieder angeknüpft hat, wegen des Widerstandes der letzteren gegen eine Teilung „ihres" Wenzelreiches wohl endgiltig gescheitert sind, ist es kein Wunder, daß das Gerücht, der Kaiser wolle Ende des Jahres abdanken, immer von neuem auftaucht und auch Glauben findet. Die Madjaren sind davon wenig erbaut, denn der Thronfolger hat sich nicht Nandor umtaufen lassen, sondern bleibt auch in Ungarn Ferdinand, und hat ihnen noch ungleich empfindlichere Nasen gegeben. So hatte der bukowiner Rumäne Vasilko in der Delegation beklagt, daß die Politik der ungarischen Regierung (gegen die Rumänen) mit der Friedenspolitik Bolucchowskis nicht im Einklange stehe, und hatte auf die möglichen üblen Folgen nachdrücklich hingewiesen. Die madjarischen Blätter waren außer sich und überhäuften ihn mit den saftigsten Schimpfworten. Bei nächster Gelegenheit aber ließ der Kronprinz ihn sich vorstellen und unterhielt sich ganz außergewöhnlich lange mit ihm. Kurz darauf, bei der Huldigung der österreichischen Jäger, hat er den Herrscher nur als Kaiser angeredet. Die madjarischen Blätter waren empört, so nannte „Debrecen" vom 28. Juni es eine „Taktlosigkeit" und fragte: Wo bleibt der ungarische König?

Wahrscheinlich ist auf den Thronfolger, der ja seit einiger Zeit an der Spitze des Heeres steht, auch die Verordnung zurückzuführen, wonach alle Offiziere die Regimentssprache zu erlernen haben, d. h. die, welche die Mehrzahl der Mannschaft spricht. Diese Verordnung wurde in sämtlichen madjarischen Blättern gleichlautend auf das heftigste angegriffen: in Ungarn gebe es nur madjarische Regimenter usw.; am Schlusse hieß es:

Digitized by Google

Die Staatssprache auf eine Stufe mit den Nationalitätensprachen zu stellen ist eine solche Erniedrigung, daß wir Zurücknahme dieser Verordnung verlangen. Selbstverständlich bleibt die Verordnung in Kraft, denn Banffy wird sich hüten, mit dem Reichskriegsminister anzubinden, der ungleich weniger willfährig ist als seine Mameluken.

In diesen Tagen hat sich Banffy den ihm unbequemen Handelsminister Daniel vom Leibe geschafft, und damit das Volk seine Freude teile, verfügt, daß die (infolge der vorjährigen Mißernte sehr hohen) Steuerrückstände samt den 6 v. H. Versäumniszinsen bis Ende August auf jede Weise einzutreiben sind, da die Ernte dies Jahr gut sei. Im allgemeinen ist das freilich wahr, doch ist die „gute Mittelernte" durch die schrecklichen Hagelwetter Ende Juni sehr beeinträchtigt, die besonders längs der Donau an 70 Millionen Gulden Schaden angerichtet haben. Außerdem sind in den Karpathen einige Dutzend Dörfer durch Wolkenbrüche fortgeschwemmt, das meiste Vieh und selbst Menschen ertrunken; in der Verchovina schneit es, so daß der Mais erfriert und die sich zeigende Pellagra im Winter dort seuchenartig auftreten wird. Der Minister, der neulich unter den Ruthenen war, erklärte, ihnen helfen zu wollen, wenn sie sich madjarisierten. So wenigstens erklären die Blätter seine Worte: durch Verbesserung ihrer Lage würden sie (die Ruthenen) empfänglicher für den einheitlichen madjarischen Staat werden, und preisen dies als das neueste und wirksamste Mittel der Madjarisierung, das mit der Zeit überall angewendet werden müsse. Mit andern Worten: Werdet Madjaren oder verhungert! Madjarische Großmut!

Demnach hat der Unterrichtsminister für die nächste Zeit die Errichtung weiterer tausend Staatsschulen in Aussicht gestellt. Um Platz für sie zu finden, werden besonders rumänische Schulen haufenweise unter den nichtigsten Vorwänden geschlossen und obendrein noch vielfach den Gemeinden die Neubauten aufgebürdet. Noch schlimmer aber ist, daß eben am Schlusse des Schuljahres (Ende Juni) mehrere Lehrerversammlungen die Verstaatlichung sämtlicher Lehrerbildungsanstalten verlangt haben, und daß die Blätter der Regierung diesem Plane sehr geneigt sind. Denn erst, wenn jede Dorfschule ihren im Dusel des „madjarischen Staatsgedankens" ausgebildeten Lehrer hat, kann von volklicher Erziehung der Nichtmadjaren keine Rede mehr sein. Diese bereiten sich demnach vor, den geplanten Schlag abzuwehren, doch wird das ebenso vergeblich sein, wie bei den früheren Angriffen auf die Autonomie der Kirchen und Schulen. Inzwischen schreitet auch die Madjarisierung der Namen so „erfreulich" fort, daß z. B. unter den Beamten der Kaschau-Oderberger Bahn an einem Tage 740 Seelen zum neuesten Heile bekehrt haben. Da kürzlich sämtliche Minister sie bei Strafe der Entlassung befohlen haben, wird Widerstand selten versucht, nur von einigen Rumänen, und, o Wunder! auch in Pest weigert sich Lampl nicht nur selbst, sondern reizt auch seine Mitbeamten auf, da kein Gesetz sie zwinge, den Namen ihrer Väter abzulegen. Dafür zerreißen ihn die Blätter förmlich. — Da ist doch Haberhauer ein andrer Kerl. Zwar ist auch er als Halmosch ein Erzschwindler geworden, aber neulich hat auch er zur Madjarisierung aufgefordert, mit der Begründung, nur Beschränktheit könne etwas gegen eine so rühmliche That haben. Auch der jüdische Lehrerverband hat, wie wir bereits berichtet haben, seine noch immer zu $^4/_5$ fremdnamigen Mitglieder aufgefordert, reinen Tisch zu machen.

Von der in Ungarn herrschenden Korruption legt folgender Fall ein beredtes Zeugnis ab: Karl Pulsky giebt jetzt ein Buch über Kunstwissenschaft heraus. Geschrieben hat er's, während er unter dem Verdachte der Gehirnlähmung im Irrenhause war, damit er wegen der gestohlenen 150000 fl. nicht zu brummen brauchte. Mit der endlosen Reihe der übrigen Helden wollen wir den Leser nicht behelligen, sondern nur erwähnen, daß ein hoher Beamter im Ministerium, Pettko, in aller Unschuld gestand: Unterschlagung sei „üblich". Selbst „Pester Lloyd" schreibt über das „Räubernest" am 29. Juni: Die Romantik der Puszta feiert ihre fröhliche Auferstehung, aber nicht im Bakonywalde usw. . . . nein, die Romantik der Puszta hat sich in der Hauptstadt niedergelassen. Nachdem er die schweren Verbrechen der letzten drei Tage aufgezählt hat, fragt er selbstzufrieden: Das genügt doch? und fügt als würdigen Schluß noch eins hinzu, das sich auf dem Platze ereignet hat, auf dem die Denkmäler der größten Madjaren stehen und als besonderer Schmuck noch das Gebäude der Polizeihauptmannschaft. — Nicht weniger als 165 Verbrechen gegen das Leben (ungerechnet die zahllosen Selbstmorde, täglich im Durchschnitt drei) sind in einem Monat in Pest vorgekommen, außerdem 2270 Verbrechen gegen das Eigentum usw.

Diebe und Mörder zu verfolgen ist bisweilen gefährlich. Daher bethätigen sich Polizei und Landjäger mit Vorliebe in andrer Weise. So hat der Biltrixer Polizeihauptmann Gyárk beim Besuche des Erzherzogs Josef das deutsche „Willkommen!" und die rot-blauen Fahnen abgerissen und von Haus zu Haus geschickt, daß nur die madjarischen auszustecken seien. Deshalb und wegen andrer Ungehörlichkeiten hat Dr. Lang ihn verklagt, ebenso den Obergespan, weil er in der sächsischen Stadt die sächsischen Farben für fremd erklärt habe. Erfolg wird die Klage selbstverständlich nicht haben, so wenig wie die der Rumänen deswegen, daß in Tschermoš durch vierzig Landjäger und eine Eskadron Husaren die Fahne aus der Kirche geholt, anderswo den Pferden die Bänder aus der Mähne gerissen, ja Häuser erbrochen und die Fensterverhänge geraubt sind — nur weil sie rot-blau-gelb waren. Ja in Campeni sind den Frauen die zur Volkstracht gehörigen Gürtel abgerissen und die Bänder aus dem Haar gerissen; und dann wurde die Beute abgeführt. Kaum aber ward diese Heldenthat ruchbar, so versammelten sich die Motzen vor dem Gebäude und erklärten dem Führer kurz und rund, wenn er die Frauen samt den Bändern nicht sofort herausgäbe, würden sie ihn nebst seinen Landjägern in Stücke reißen. Was denn auch Erfolg hatte. Infolge dieser und ähnlicher Vorfälle — in Dol (Daal) sind ein Dutzend Rumänen niedergeschossen, weil sie von dem madjarischen Gutsbesitzer verlangten, er solle seinen Verpflichtungen nachkommen — sollen die Landjäger, deren es schon über 10000 giebt, noch erheblich verstärkt werden.

Karl Friedrich.

Vergleichende Statistik über die Besetzung des jetzigen Deutschen Reiches durch die Juden in den Jahren 1820 und 1890.

Etwas Juden-Statistik.

III. [Schluß.]

Wie gegenwärtig, hatte auch vor siebzig Jahren Preußen den größeren Teil der Juden in Deutschland. Es folgen nun noch die Orte der sonstigen deutschen Staaten vor siebzig Jahren, deren Judenbevölkerung im Stein verzeichnet ist.

№	Ort	Zahl der Einwohn.	Juden um 1820	Prozentsatz der Juden
1	München	70000	365	0,52
2	Braunschweig	16375	350	2,15
3	Fürth	16736	7000	41,23
4	Schwabach	9515	200	2,10
5	Bamberg	20560	384	1,87
6	Hildesheim	917	150	16,36
7	Zweibrücken	6332	150	0,24
8	Kassel	23296	500	2,15
9	Hanau	9634	540	5,61
10	Friedberg (Hessen)	2448	460	18,07
11	Dreizigacker (Meiningen)	312	75	24,04
12	Altstrelitz	2841	487	17,14
13	Mirow (Mecklenburg)	1131	38	3,36
14	Dessau	9000	900	9,47
15	Frankfurt (Main)	42800	5200	12,15
16	Lübeck	22000	48	0,22
17	Hamburg	100000	6000	6,00

Von diesen siebzehn Orten folgt der bezw. Prozentsatz an Judenbevölkerung:

a) 42 v. H. bis 20 v. H.

1	Fürth	Königreich Bayern	41,23
2	Dreizigacker	Herzogtum Meiningen	24,04

Digitized by Google

b) 20 v. H. bis 10 v. H.

3	Friedberg	Großherzogtum Hessen	18,07
4	Altstrelitz	Großherzogt. Mecklenb.-Strel.	17,14
5	Lissingen	Königreich Bayern	16,36
6	Frankfurt (Main)	Freie Stadt	12,15

c) 10 v. H. bis 5 v. H.

7	Dessau	Herzogtum Anhalt-Dessau	9,47
8	Hamburg	Freie Stadt	6,60
9	Hanau	Kurfürstenthum Hessen	5,61

d) 5 v. H. bis 0,22 v. H.

10	Mirow	Großherzogt. Mecklenb.-Strel.	3,36
11	Ansbach	Königreich Bayern	2,15
12	Kassel	Kurfürstenthum Hessen	2,15
13	Schwabach	Königreich Bayern	2,10
14	Bamberg	" "	1,57
15	München	" "	0,52
16	Zweibrücken	" "	0,24
17	Lübeck	Freie Stadt	0,22

Die Verschiebung des Verhältnisses der Semiten zu den Germanen innerhalb siebzig Jahren gestaltet sich folgendermaßen:

№	Ort	Einwohn.	Juden	Prozentsatz der Juden 1890	1820	Unterschied
		1. 12. 90				
1	Kissingen	2 245	341	15,19	16,36	— 1,17
2	Frankfurt (Main)	180 020	17 426	9,67	12,15	— 2,48
3	Friedberg	5 313	458	8,43	18,07	— 9,64
4	Fürth	43 206	3 175	7,35	41,23	—33,88
5	Bamberg	35 815	1 187	3,31	1,87	+ 1,44
6	Altstrelitz	3 494	121	3,19	17,14	—13,95
7	Hamburg	573 198	17 786	3,10	0,00	— 2,90
8	Kassel	72 477	2 017	2,78	2,15	+ 0,63
9	Zweibrücken	11 204	287	2,56	0,24	+ 2,32
10	Hanau	25 029	608	2,43	5,61	— 3,18
11	Ansbach	14 258	264	1,84	2,15	— 0,31
12	München	350 594	6 109	1,74	0,52	+ 1,22
13	Schwabach	8 104	112	1,38	2,10	— 0,72
14	Dessau	34 658	406	1,18	9,47	— 8,29
15	Lübeck	63 560	640	1,07	0,22	+ 0,85
16	Mirow	1 866	16	0,88	3,36	— 2,48
17	Dreißigacker	618	—	—	24,04	—24,04

In den Staaten des früheren Deutschen Bundes zeigt sich dieselbe Erscheinung wie in Preußen, die Großstädte ziehen die Juden an, während die kleineren Städte bezw. Dörfer ein entschiedene Abnahme aufweisen, bei Frankfurt (Main) und Hamburg ist der Zugang an Arbeiterbevölkerung so groß, daß der Judenzuwachs damit nicht Schritt halten kann, Fürth gab auf jeden Fall nach Nürnberg, dann auch nach München und Berlin zahlreiche Semiten ab. In Dreißigacker zogen sämtliche Hebräer im Jahre 1867 ab, nachdem das Dorf abgebrannt war, wie uns das dortige Schulzenamt auf eine Anfrage mitteilte. Die Gesamtzahlen der siebzehn Orte sind folgende: Bevölkerungsziffer um 1820 = 351 497 Seelen, dabei Hebräer 22 847, also 6,50 v. H.; Bevölkerungsziffer am 1. Dezember 1890 = 1 425 623 Seelen, dabei Hebräer 50 953, also 3,58 v. H., mithin ein Rückgang von etwa 3 v. H. Straßburg zählte ums Jahr 1820 auf 49 056 Einwohner 1400 Juden, in Schleswig-Holstein hausten damals im ganzen 2233, die ziemlich in ihrer Gesamtheit in Altona saßen, man unterschied daselbst deutsche und portugiesische Juden, letztere konnten auch das Bürgerrecht erlangen.

Prof. Dr. E. F. Riemann (Leipzig).

Der Juden gute Tugend.

(Fortsetzung.)

Item / wir können und dörffens nicht klagen noch sagen / was für grosse scheden und nachteil uns Christen von den Juden entstehet / wenn man nur betrachtet / das / wo Juden wonen / das es an denselbigen orten wenig fleissige / sondern viel arme leut / und viel Dieb und schelk hat / denn sie machen niemands reich / und wenn sie nicht weren / würde mancher Christ seines thuns fleissiger sein / der sich also auff die Juden verlest / derhalben die Juden gern im Land behenn sein / sonderlich zu Prag / vrsach / sie haben gute weid darinnen. Summa / jr thun ist nur lügen / triegen / bescheissery / machen Huren vnd Buben / Dieb vnd Schelk / wie vor angezeigt ist / verkuppeln manchem guten man sein weib vnd kindt / verfüren uns vnsere Sön / das sie uns stelen ab / vnd jnen zutragen / das die Oeter schier nicht wissen / was sie mit den kindern thun sollen / etlich nüssens aus dem Land schicken / etlich haltens im gefengnus / etlich lassens gar vermauern / etlich werden erhangen / etlich betteln / etlich stelen vnd rauben / die alle durch die Juden darzu komen / vnd von jnen verfüret werden / Es hat der Herman Jud einem Bürger hie in der alten Stadt seinen Son angefürt / das er dem Vater ein eisserne truhen sol auffbrechen / jme sein Silbergeschir stelen / vnd wie derselbigen Son hat gesagt / es sey nicht müglich / denn es sey wol mit acht schlössern verschlossen / darauff jm der Jud gesagt hat / er sol nur ein eisserne stangen ausrichten / so wol er jm helffen / vnd wollen das Silber zu jm heimtragen / da wöls der Jud bey jm verschmelzhen / dann so würde niemands wissen / wo das hinkomen ist / wie dann derselbige Jud hernach derselbigen Burger hat auff ein abendt ausgespecht*) / das er auff ein Hochzeit ist gangen / vnd der Son nur allein daheim im haus gewest / hat auff ein andere Hochzeit sollen gehen / da ist der Jud komen / vnd gesagt / schaw jtzundt wer ein rechte zeit / das er das Silbergeschirr nene / ehe er selbst weggienge / denn sein Vater werde kaum zwo mitternacht heimkomen / so möcht er hernach ein gethewy machen / als hetten dieweil die Dieb eingebrochen / vnd solches gethan / denn sonst kein Mensch dieselbe zeit im Haus ist gewest.

Weiter hat er jn angefürt / das er seinem Vater sol mit Gifft vergeben / hat jm das Gifft selber wollen ausrichten / vnd gesagt / er wisse ein Juden der könne es zurichten / das der Mensch sterb in vier oder acht wochen / in einem viertel oder halben Jar / vnd in Summa wie man wil / derselbe Jud woll gehen Taler nemen vnd solchen Gifft zu richten / vnd den Jungen vnterweisen / wie man es den Menschen sol eingeben / vnd wie der Jung hat gesagt warumb solt ich das thun / darauff jm der Jud gesagt hat ey so wirstu darnach allein dein herr sein / vnd wirst dich für Niemands fürchten dürffen. Mehr hat er mit sampt seinen Bruder Salomon falsche schuldbrieff lassen auff denselbigen jungen vmb viel hundert Taler machen / vnd mit etlichen Leuten gehandelt / vnd practiciert / das sie es mit jnen sollen halten / wie sie nicht gemölt, haben sie vmb Siglung gebeten / das sie auff solche falsche Brieff soln zur zeugnuß drucken / sein darnach mit etlichen dergleichen Brieffen zu den Kauffleuten geloffen vnd practiciert / das sie sollen Kauffmans Warn darauff geben / von dem jungen Quittungen genomen / das er die Wahr empfangen hab / der doch nie vnd keinen pfenning von jm bekomen hat / Sondern haben biß auff Dato / Brieffe vnd Quittungen noch alles bey einander behalten / vnd sonst viel böser stück / die dieser Jud in dieser Stadt gebraucht hat / vnd sonderlich mit kuplerey brauchen / Vnd so sonst kein ander pbel in dieser Stadt nicht geschech / allein was diese zween Juden Herman vnd Salomon thun / so wer gnug das vnser Herr Gott fewer vom Himel lies herab fallen / vnd die Stadt verbrennet / vnd nur derhalben / das man solche pbel nicht strafft / vnd so solchs in Deudschlandt geschech / wird nicht allein der Jud / sondern alle Juden so in derselbigen Stadt oder Land wern erschlagen / sie felschen auch nicht allein die Müntz / gehen auch mit falschen Brieffen vnd falschen zeugen vmb / geschehen in Summa alle falsche vnd böse anschlege / vnd bubenstück durch sie / das denn teglich an tag kömpt / und wer ein bös stück wil brauchen / der neme nur ein Juden darzu / der richt jms am besten aus / es kömpt auch nimer kein Jud für gericht / das man nicht allein betrug vnd falsch bey jm finde / Sie haben diesen brauch / vnd können dis meisterstück / das sie mit iren arglistigen worten / die Christen offt dahin bringen / das sie jnen ver-

*) ausgespäht.

Digitized by Google

trawen / denn so wern sie ein mal zwey oder drey auffrichtig mit jnen handlen, thuns aber nur derhalben / damit sie es deste tiefer vnd vmb gröffere Summa hinein vnd hinder sich bringen / vnd wenn solches geschicht / vnd sie sich vmb ein grosse Summa geschuldiget haben / als denn so schawen sie / wie sie einen darumb bringen / es sey mit ablugnen oder sonst in ander wege / vnd so sich einer nicht gar wol für sicht mit zeugnus / vnd sie einem was ablaugnen können / so thun sie es. Wie denn nicht lengst der obbemelt Hersman Hoffet Jud / im Rath in der alten Stadt hat gethan / hat wider einn ehrlichen man / dem er eine grosse summa geliehen gelts ist schuldig gweft / darumb er dann ein Schuldbrieff von jm hat gehabt / falsche Zeugen / das er jms bezalt solt haben / auffbracht vnd fürgestellt / auch darnach zu Hoff anhaltung gethan vnd ein befehl / das man denselbigen sol straffen dem er schuldig ist gewest / das er jn / den Juden / vmb bezalte schuldt mane / das sich hernach befunden / vnd der Jud selbst bekent hat / das er solchen brieff jm wider gestolen / ja in viel scheutlicher weg vnd mittel / die hierinnen schande halben zu schreiben vnterlassen / bekommen hat / noch wird solche büberey alle vntergedruckt / vnd ist jr büberey jetzunder so gros / das man schier mit den Juden auff den Rathefuern mehr zuthun hat / als mit den Christen / vnd die Christen offtmals mit jren auffrichtigen sachen von jrend wegen werden auffgehalten / vnd mit gefördert können werden / sie stelen auch wo sie nur zu weh[1]) können komen, sonderlich jre weiber / denn wenn sie zu einem Christen komen in ein haus, gewöll' / oder in ein kram / im schein was zu kauffen / so kömpt nicht eine allein / sondern gemeinlich zwo oder drey mit einander / eine kaufft / die andern die stelen / vnd so sie anders nicht können / so schawen sie ann wider hinweg gehen / wo etwa ein schüssel / oder kandel[2]) / ein leuchter / oder etwas anders was es auch ist / das sie hinweg können bringen / so nemen sie es / vnter jre mentel oder röck / vnd gehen also mit darmon. Gott wöll sich vnser armen Christen erbarmen / denn wir je beschwert gnug sein / eins mit dem Türcken / mit geschwinder vnd thewer zeit. Zum andern / mit vnsern Weibren / Kindern / vnd schwerer Narung / vnd sollen noch mit dem gröften Vnglück / als mit dem Juden auch geplagt werden / das sey Gott geklagt.

Nun wer es alles leidlicher / wenn sie nur vns / vnsere Weiber vnd kinder nicht verstireten / denn was ist lieber als die Kinder / vber weh[3]) freewen sich die Eltern so sehr / also wenn sie wolgeraten kinder bekommen / widerumb / vber weh[3]) haben sie so grosse bekümmernüß vnd hertzleid / als wenn jn die kinder vmbschlahen vnd nicht geraten / denn alle mühe und arbeit die die Eltern haben / das ist alles von der Kinder wegen / denn mancher kein trit vor ein Hauß thet / wenn die Kinder nicht wern / schickens hin vnd wider in ander Landt / in die Schulen / wenden groß vnkosten darauff / das sie was sollen lernen / vnd was die Eltern gut machen / das verderben die heimlichen Dieb die Juden wider / die sie vns heimlich auff alles böses anführen / das denn ein vnbleiblich ding vnd vnser gröst vnglück ist / O wie haben wir vns Christen so gröblichen an Gott müssen verfündigen / das er solches vber vns verhengt / vnd wir Christen also verblend sein / das wir mit offnen augen nicht sehen / derhalben wir auff vnsere knie solten fallen / vnd nimer dauon auffstehen / vnd beten / das Gott vnser Obrigkeit wölle erleuchten / vnd jnen zu erkennen geben / was doch für ein schedlich ding vns Christen die Juden sein / welches anderswo nicht so sehr zu merken ist / als wo viel Juden sein / oder wohnen / als in Polenlandt vnd Behem.

Die Kayserliche Maiestat / die denn groß vnd hoch von Gott dem HErrn / mit weisheit vnd verstandt begabt ist / auch viel verstendiger Rechte vnd Menner vmb sich hat. Nun laß jr Maiestat einen herfür tretten / der so geschickt ist / das er der Juden thun könne probieren / das es gerecht sey / aber ich halt wenig daruon / das man die für auffrichtig erkennen vnd probieren möge / sie sagen wol sie sein auch Leut / vnd Gott hab sie auch geschaffen / Das ist nun war / Dieweil sie aber mit vns nit glauben / noch essen vnd trincken / sondern vns für verflucht halten / vnd alle tag fasten / schreien vnd beten / das vns Gott wölle vertilgen vnd verdammen / das sie nicht laugnen können / Vnd ist jr gemein Sprichwort / Wenn ein Jud mit dem andern zweins wird / oder zanckt / so spricht er / Ey ich bin die so feindt als einem Goy / aber widerumb / so er ein ding nicht thun wil / so spricht er / ja wenn ichs thue / so wil ich mich bey Adoney tauffen lassen / daraus wir abnemen können / für weh[4]) sie vns halten / oder was sie vns guts gönnen / vnd so sie vns Christen / alle auff einen tag köndten erschlagen vnd vertreiben / so theten sie es gerne / Vnd wenn sonst kein ander ursach nicht were / allein das man so spöttlich von diesem Landt vnd Cron Behem redet / gleich als wer kein Recht / noch gerechtigkeit darin / das denn alles geschicht / derhalben das die Juden so grosse freiheit binnen haben / so viel Bubenstück durch sie geschicht / dauon man darnach in andern Landen redt / auch kein vnterscheid vnter den Christen vnd Juden gehalten wird / vnd den Juden alle jre böse stück fort gehen / derhalben sol man sie im Land nicht leiden / Derwegen sich mancher / der von innen hinaus in ein ander Land kömpt / nicht wol nennen darff / das er von hinnen ist / daran die Juden die grösten vrsacher sein / mit jren bösen stücken / die durch sie geschehen / damit sie dem Land ein böse geschrey machen / viel mehr das man solche jre böse thaten nicht straft. Darumb solt man sie nur dem Türcken zuschicken / aber sie sein wol zu geschickt / vnd wissen den Nagel in der wand / daran jr hut henget / wol zuerwaren / damit er nicht heraus falle! Es were auch eine frage zu thun / ob wir Christen so mechtig weren, das wir sie wider aus dem Landt vertreiben möchten / denn sie haben schon die zwey Königreich als Behem und Polen / dermassen eingenomen / das schier leichter wer / alle Tauben oder alle Sperlinge daraus zuvertreiben / als die Juden: Darzu was sie von vns bekomen / das bleibt bey jnen / kömpt nimmer vnter vns Christen.

(Fortsetzung folgt.)

[1]) wem.
[2]) Kanne.
[3]) wen.

Mißglückte Mohrenwäsche.

Selbst ein Blatt, das für Ottalg und amerikanische Fleischwaren als Volksernährungsmittel schwärmt, die „Frankf. Ztg." des bekannten Herrn Loeb Sommemann, sieht sich veranlaßt, mit hämischer Freude über eine „mißglückte Mohrenwäsche" in Bezug auf die Güte amerikanischer Würste zu berichten. Bekanntlich beschäftigt sich die berühmte Ottalg- — in Amerika sagt man Negertalg — Firma A. L. Mohr nebenbei auch in weitestem Umfange mit dem Vertriebe von Mohren-Kaffee, Mohren-Kakao und Mohren-Würsten amerikanischer Herkunft. Wie ebenso bekannt sein dürfte, haben sich die Würste ebenso wie andere amerikanische Fleischwaren häufig als Schlupfwinkel für Pankeetrichinen erwiesen. Aus dieser Veranlassung hatte das Dresdener Fachblatt „Gewerbeschutz" vor den importierten Fleischwaren der Firma A. L. Mohr gewarnt und dadurch eine geharnischte Erwiderung der streitbaren Anna Luise Mohr hervorgerufen. In dieser wurde es zwar als unwahr bezeichnet, daß die Trichinenwurst in Mohr'schen Filialgeschäften beschlagnahmt worden sei, es mußte aber zugegeben werden, daß die betreffende Wurst von der Firma geliefert worden und amerikanischen Ursprungs sei. Und darauf kommt es bei der Bewteilung der amerikanischen Mohrenwurst doch allein an. Der Mohr hatte, wie wir ihm auf Grund seiner Versicherung gern glauben wollen, seine Schuldigkeit gethan, indem er nur solche amerikanische Fleisch-

[4]) wen.

Digitized by Google

waren zum Verkauf brachte, die drüben amtlich untersucht waren. Er bemerkte nun angesichts der lebenden Beweise für die Unzulänglichkeit der Yankee-amtlichen Untersuchung ganz schüchtern: „Ich halte es für „möglich!“ daß sich ein Fleischbeschauer in Amerika versehen haben kann!“ Das ist nicht nur möglich, sondern sicher, und es scheint leider dieses „Versehen oder das „Übersehen“ der kleinen aber gefährlichen Parasiten bei den Yankee-Fleischbeschauern zu den gewöhnlichen Gepflogenheiten zu gehören, wie die täglichen Trichinenbefunde in Fleischwaren dortiger Herkunft beweisen. Die amerikanische Regierung selbst scheint kein übermäßiges Vertrauen zu ihren Untersuchungsbeamten zu haben, denn sie hat bekanntlich in letzter Zeit die Ausstellung amtlicher Gesundheitsatteste für Export-Fleischwaren eingestellt. Die yankeestreuliche Mohren-Firma aber machte den Versuch, die amerikanischen Fleischbeschauer und „Trichinenüberseher“ zu entschuldigen und die Gefahr der Trichinengenusses von dort in weniger bedenklichem Lichte erscheinen zu lassen, in dem sie erklärte: „Es komme so etwas auch in Deutschland vor; erst kürzlich habe das Polizeiamt in Krefeld bekannt gemacht, daß sich ein dortiger Fleischbeschauer geirrt habe, indem er trichinöses Fleisch für gesund erklärte.“ Eine Anfrage bei der betreffenden Polizeiverwaltung veranlaßte dieselbe zu einer sofortigen Berichtigung der Angaben der Firma A. L. Mohr dahin, daß diese Angabe über einen dort bei den Fleischbeschau vorgekommenen Irrtum unrichtig und demgemäß auch keine entsprechende Bekanntmachung der Polizei erfolgt sei. Richtig sei nur, daß auch dort — (wie an unzähligen andern Orten) — in amerikanischen Fleischwaren Trichinen gefunden seien. Also der Krefelder Fleischbeschauer hat nicht inländisches trichinöses Schweinefleisch für gesund erklärt, wie der Mohren-Anwalt zum Beweise für die Gleichwertigkeit der amerikanischen mit der deutschen Untersuchung behauptet hatte, sondern er hatte im Gegenteil die von dem Yankee-Kollegen „übersehenen“ Trichinen im Fleisch entdeckt. Der gewerbliche Ausschuß in Krefeld bemerkt nach dem „Frankf. Ztg.“ zu dieser Feststellung: „Wir glauben, daß die Leichtfertigkeit mit der die Firma A. L. Mohr in einer für sie allerdings sehr unangenehmen Sache, die Krefelder Fleischbeschau verdächtigte, gar nicht scharf genug verurteilt werden kann.“ Zu dieser scharfen Verurteilung kommt der „gewerbliche Ausschuß“ einer deutschen Großstadt doch nicht nur, weil er sich verpflichtet fühlte, dem eines kleinen Irrtums bezichtigten deutschen Fleischbeschauer beizuspringen, sondern weil er es für im höchsten Grade bedenklich erachtet, wenn im deutschen Publikum der Glaube verbreitet wird, daß auf Yankeemanier untersuchte amerikanische Fleischwaren ganz ebenso sorglos genossen werden dürften, wie die von deutschen Fleischbeschauern kontrollierten inländischen. Ja, in diesem „gewerblichen Ausschuß“ sitzen doch sicher keine wilden Agrarier, die nur die Interessen der viehzüchtenden Großgrundbesitzer und „ostelbischen Junker“, im Auge haben. Es sind jedenfalls aber Leute darin, die die Gesundheit des Volkes vor Gefährdung durch amerikanische Parasiten und das reelle deutsche Gewerbe vor der schweren Schädigung durch amerikanische, höchst verdächtige Raucherwaren bewahren möchten. Der deutsche Fleischer kann Wurst- und Fleischwaren aus scharf untersuchtem tadellosem Material nicht so billig herstellen, wie die freien Yankee-Massenschlächter, denen überhaupt nicht ernstlich auf die Finger gesehen wird. Deshalb protestiert jener „gewerbliche Ausschuß“ gegen die Mohrschen Versuche den Unterschied zwischen Fleischwaren amerikanischer und deutscher Herkunft möglichst zu verwischen. Wenn das „Voh Sonnemannsche“ Demokratenblatt in Neu-Jerusalem a. M. diesmal diesen Protest so wohlwollend unterstützt, so geschieht das wohl nur aus persönlicher Animosität gegen die Firma Anna Luise Mohr. Der neue Verein zur Förderung der Einfuhr amerikanischer Fleischwaren, den man schon kurz und treffend als „Trichinenschutzverband“ (nach dem Muster des Börsen- und Juden-Schutzverbandes) — bezeichnet hat, wird jedenfalls ähnlich operieren müssen wie die Mohren-Firma, wenn er Erfolge erringen will. Als erstes Zeichen der Wirksamkeit dieses Schutzverbandes dürfen wir es wohl ansehen, daß kürzlich durch die freisinnig-demokratische Judenpresse die Nachricht ging, von allen in Deutschland in den Jahren 1883—97 erfolgten Erkrankungen an Trichinosis — (3003) seien fast die Hälfte (41,35 v. H.) von den Todesfällen fogar 49,7, auf den Genuß europäischen in Deutschland untersuchten Fleisches zurückzuführen. Man läßt dabei einfach unberücksichtigt, daß das amerikanische Fleisch kaum den 40. Teil des im Ganzen verbrauchten ausmachte und trotzdem mehr als die Hälfte der Erkrankungsfälle verursacht. Nach Hamburger Untersuchungen ist die Trichinengefahr bei Genuß amerikanischen Fleisches weit mehr als 40 mal so groß wie bei dem von europäischen Schweinen. Seitdem infolge der Grenzsperren die Zufuhren aus Rußland, Galizien u. a. O. nachgelassen und fast ausschließlich deutsche Schweine verbraucht werden, hat sich das Verhältnis für die amerikanischen Fleischwaren besonders ungünstig gestaltet. Trotzdem sind wir sicher, daß die Frankfurter und gesamte übrige demokratisch-freisinnige Judenpresse dem mit so groben Täuschungsversuchen arbeitenden „Trichinenschutzverbande“ treu zur Seite stehen und ihn gegen die „böswilligen“ Angriffe der Agrarier, wie auch gegen die des reellen deutschen Kleingewerbes in Schutz nehmen wird. Wozu also die erheuchelte Entrüstung über die Handlungsweise des einen Mohrenknaben, der so viele Genossen in deutschen Landen hat, die genau eben so schwarz sind?

Ausland.

Österreich-Ungarn. Was bei der Madjarisierung der Namen herauskommt, zeigt ein offenes Schreiben, daß ein gewisser Magyar Gyula, ein richtiger Madjare, an die Adresse des Simon Tetkes (früher Turtelbaum), des Vorsitzenden des Zentralmadjarisierungsvereins, im „Hazank“ richtet. Nachdem alle möglichen Leute, die früher Kohn, Schleisinger, Ungar oder sonstwie hießen, jetzt den Namen „Magyar“ angenommen hätten, könne er sich vor den vielfachen Verwechslungen gar nicht mehr retten. So habe man von ihm, dem Magyar Gyula, die Steuern für fünf bis sechs verschiedene Leute mit dem Namen „Magyar“ eintreiben wollen. Aus Wien bekam er eine Rechnung über 5000 Gulden für eine Lokomotive, die er gekauft haben soll, obwohl er damit nichts zu thun hat. Ja, eines Tages erhält er eine gerichtliche Vorladung in — Ehescheidungsangelegenheiten, worüber seine Gattin außer Rand und Band gerät. Und so geht's weiter.

Rußland. Es verlautet, daß die Regierung dem Baron Günzburg die Genehmigung erteilt habe, sein im Weichselgebiet gelegenes Gut an seine Glaubensgenossen unter der Bedingung zu verkaufen, daß sich diese letzteren daselbst mit der Bodenbearbeitung befassen.

Bismarck! Bismarck!

Für Postkarten-Sammler:

Bismarck-Glückwunsch-Karte.

Statt 30 Pf. nur 10 Pf., 10 Stück 50 Pf., 100 Stück 3 M.

Gegen vorherige Einsendung des Betrages deutsche und österreichische Marken werden in Zahlung genommen) erfolgt portofreie Lieferung. Vorrat nur noch gering.

Leipzig. Herm. Beyer, Verlags-Buchhandlung.

Billige, dichte Dächer
wenn man nur auf Andernach's Asphalt-Dachpappen sieht
Andernacher Asphaltirwerke Actien-Gesellschaft
Andernach a. Rhein

Muster und Preisliste gratis

H. Heinze, Hutfabrik
gr. Fleischergasse 5, Kurzwarenladen 4.
Spezialität: 2,80-Hüte.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: i. V. Herm. Beyer, Leipzig.
Druck: G. Reusche, Leipzig.

Digitized by Google

Deutsch-Soziale Blätter.

Herausgegeben von Max Liebermann v. Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Bezugs-Preis: vierteljährlich Mk. 1.50 bei den Postanstalten (Postzeitungsliste Nr. 1788) und Buchhandlungen. Unter Streifband Mk. 2.

Anzeigen: die 4-spaltene Petit-Zeile 25 Pfennige. Verlagsbureau: Königstraße Nr. 37, Leipzig.

XIII. Jahrgang. | Leipzig, 11. August 1898. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Juden-Frage. Otto Glagau. | Nr. 521.

Inhalt: Die „Vorfrucht" der Sozialdemokratie. — Der Juden gute Tugend. (Fortsetzung.) — Darf amerikanisches Fleisch zur Ernährung unsers Heeres verwendet werden? — Armut. — Wie Moses Mendelssohn zu seiner Frau kam. — Ein vielseitiger Mann. — Die zionistischen Studenten. — Ausland. — Mosaik. — Parteinachrichten. — Aus der Handlungsgehilfen-Bewegung. — Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen. — Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat. — Jüdische Richter, Kommissions- und Kommerzienräte usw.

Die „Vorfrucht" der Sozialdemokratie.

Die Vorfrucht fällt, der von ihr bisher beschattete und gahr gemachte Boden wird für die Nachfrucht, die rote Umsturzpartei, klar. Diese Kennzeichnung der innerpolitischen Lage bei uns ist bei dem letzten großen Wahlkampfe so deutlich zu Tage getreten, daß sie selbst von der zumeist unter jüdischer Leitung stehenden Presse, die sich doch immer durch große — Selbstüberschätzung hervorgethan hat, nicht mehr abgeleugnet werden kann. Erst versuchte man wohl durch gewaltiges Gejaire über die angeblichen Mißerfolge des Agrarzentrums darüber hinwegzutäuschen, aber auf die Dauer geht's nicht. Die Presse der drei in Betracht kommenden Parteien der Linken, der süddeutschen Volks- und der beiden freisinnigen Parteien, ist in Ermangelung eines „Paris" eifrig an der Arbeit, sich den faulen Apfel der Schuld an dem unbestreitbaren Niedergange der sogenannten „bürgerlichen Demokratie" gegenseitig zuzuwerfen. In der „Frankf. Ztg." konstatiert Loeb Sonnemann: „Es ist vor allem richtig, daß weite Kreise der Bevölkerung, die einst zum Liberalismus hielten, von ihm sich abgewandt haben. Es giebt niemanden, der dies ernsthaft bestreiten könnte."

Die Ursache sucht der findige Politiker darin, daß die Liberalen — mit diesem Gattungsnamen bezeichnen sich jene Herren von links immer, wenn sie sich schwach fühlen und einschmeicheln wollen — es nicht verstanden hätten, die liberalen Ideen mit dem sozialen Geiste zu durchtränken, was dem Zuge der Zeit entsprochen haben würde. Ja, wie hätten die von dem „liberalen" Geiste nach dem Sinne der Sonnemann, der Cohn und Ullstein, der Mosse und Levy, der Richter und Rickert „besessenen" Linksmänner es anfangen sollen, ihre „liberalen" Ideen mit sozialem Geiste zu durchtränken? Der soziale Geist ist ein zwiefältiger. Es giebt einen deutsch-nationalen christlichen und einen interconfessionalen vaterlands- und gottlosen „sozialen Geist!" Die erstgenannte Art verhält sich zu „liberalem Geiste" wie Wasser zu Feuer; ein Durchtränken mit dieser hätte zu einem Erlöschen derjenigen „liberalen" Flammen führen müssen, die von den vorhergenannten Priestern des Freisinns und der Demokratie genährt werden. Mit der zweiten Sorte des sozialen Geistes, der international-atheistischen, die etwa im Verhältnis des Petroleums zum Feuer steht, haben die Führer der Linken und besonders die Judenpresse eifrig genug gearbeitet; wenn sie für ihre Parteien keinen Erfolg damit erzielt haben, so liegt das eben daran, daß ihnen die Leute am Singer und Bebel in der Geschicklichkeit, Petroleum ins Feuer zu gießen, weit über sind. Derjenige Teil des deutschen Volkes, der an dieser Art Brandstiftung überhaupt Gefallen fand, hat sich natürlich von den ungeschickten, durch mancherlei Bedenken — in erster Linie Rücksicht auf die Geldsäcke — gehemmten, zu den geschickten, weil völlig skrupellosen sozialen Brandstiftern begeben. Das ist ganz gleicherweise in dem Agitationsgebiet der süddeutschen Demokratie, die — nach der „Frankf. Ztg." selbst — in Bayern mehr als die Hälfte, in ihrem Stammsitze Württemberg etwa ½ Stimmen (vor fünf Jahren 105 617, diesmal 75 105) verloren hat, wie in dem größten Teil des von der freisinnigen Volkspartei beackerten Gebietes der Fall. Das wadenstrümpflerische „Deutsche Reichs-Blatt" bietet uns in seiner Wut über die Richtersche Behauptung, daß der ganze „Nordost" eine Fehlgeburt und all das schöne Geld, welches aus der reichen Kriegskasse der „Börsen- und Judenschutztruppe" für seine künstliche Aufpäppelung ausgegeben wurde, rein weggeworfen sei, in dieser Hinsicht sehr wertvolles Zahlenmaterial. Danach haben die Wasserstiefler in ihren „Hauptdomänen" Ostpreußen und Niederschlesien 29 202 resp. 16 591, zusammen also 36 801 Stimmen gegenüber der 1883er Wahl verloren — zu Gunsten der Sozialdemokratie. Außerdem führt das „Reichs-Blatt" 16 mitteldeutsche Wahlkreise namentlich auf, in denen die Vereinigung der Volkspartei im Interesse des lieben Friedens das Feld überlassen habe, und zwar mit dem traurigen Erfolg, daß diesmal dort 26 382 freisinnige Stimmen weniger abgegeben wurden als 1893. Das Organ des Herrn Richter hält dagegen den seinlichen „Brüdern in dem Wadelstrumpf" vor, daß sie es heuer in der Provinz Schleswig Holstein, welche sie seit 1893 zum „Kristallisationspunkt" für alle entschieden liberalen Elemente zu machen versuchten, nur noch auf 18 899 gegen 45 671 Stimmen im Jahre 1893 gebracht hätten. Das sind nur einige kleine Proben aus dem umfangreichen Material, das die demokratisch-freisinnigen Wanderdoktoren zur Entscheidung der Streitfrage: „Wer von uns ist Schuld daran, daß ein Gieb nach dem andern an dem Körper des Manchesterliberalismus abstirbt und von den sozialdemokratischen Geiern verschlungen wird?" gegen einander aufsuhren.

Das Organ der wadelstrümpflerischen Gruppe, das „D. R.-Bl.", bringt sein Erschrecken über die Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen auf dem Lande offen zum Ausdruck: „Wie notwendig die Bekämpfung der Sozialdemokratie auf dem platten Lande ist, beweisen ihre Erfolge in Mecklenburg." Allerdings sind die Erfolge hier besonders groß, weil die Partei in diesem ganz überwiegenden „Agrarland" in fast allen Wahlkreisen ihre Kandidaten in die Stichwahl brachte. Wenn das „Nordost"-Blatt die Schuld hieran der „Politik der Junker und Agrarier" zuschiebt, so erinnert dies Verhalten an den bekannten Gaunerkniff, daß verfolgte Verbrecher durch den Ruf: „Haltet den Dieb!" die Verfolger irre zu leiten versuchen. Seit dem Scheiden des nun verewigten Fürsten Bismarck aus dem Reichskanzleramte ist doch in Deutschland in der Hauptsache überhaupt keine agrarische, sondern nur noch Export- und Großhandelspolitik gemacht worden. Das haben selbst leitende Staatsmänner des „neuen Kurses" anerkannt. Unsere gesamte Wirtschaftspolitik steht doch unter dem Zeichen der Caprivi-Handelsverträge; bilden die etwa die Krönung einer deutschen Agrarpolitik? Sind etwa die Preise für Agrarprodukte bei uns gestiegen, wenn man von der wahrlich nicht in agrarischem Interesse erfolgten vielen Preisreiheret der Levi Leiter und Genossen absieht? Und trotzdem überall wachsende Unzufriedenheit im Volke und besonders auf dem platten Lande, die in der Abgabe sozialdemokratischer Stimmzettel zum Ausdruck kommt! Gerade die von freisinniger Seite betriebene gewissenlose Agitation mit den unbewiesenen und und unbeweisbaren Behauptungen von der Lebens- und Genußmittel-Verteuerung durch Zölle und Steuern, vor allem der Liebesgabenschwindel und die Verhetzung der Landarbeiter und der kleinen gegen die größeren Grundbesitzer sind es gewesen, die der Sozialdemokratie zu unnatürlich schnellem Wachstum

Digitized by Google

verholfen haben. Das beweist nicht nur Schlesien und Ostpreußen, sondern besonders auch Mecklenburg. Hier fällt ja gerade das rapide Wachstum der Sozialdemokratie mit dem Beginn der verheißenden Thätigkeit des Nordost-Ablegers, des freisinnigen mecklenburgischen Schutzverbandes, zusammen. Umgekehrt ist in dem „Agrarlande“ Bayern, wo es aber fast gar keine Freisinnigen giebt, die Sozialdemokratie zurückgedrängt worden. Was bedürfen wir weiter Zeugnis dafür, wem das größte Verdienst um das Wachstum der sozialdemokratischen Stimmen zuzuschreiben, wo die Vorsprecht zu suchen ist, nach welcher der sozialdemokratische „rote Mohn“ am üppigsten blüht. Die ersten Führer der roten Genossen haben die Freisinnigen ja schon lange öffentlich als tüchtige Vorarbeiter, als „Vorfrucht“ anerkannt. Noch kürzlich aber hat ihr Hauptorgan, der „Vorwärts“, den süd- und norddeutschen Demokraten — die sich selbst gern so schüchtern nur „entschieden liberal“ nennen — schriftlich ihre Qualität als beste Vorfrucht bestätigt, indem er dem Berliner Ulstein-Organ gegenüber schrieb: „Endlich hat wohl der völlenhafte Skribifax ganz vergessen, daß die Sozialdemokratie in hervorragendem Maße in denjenigen Städten und Landesteilen Fortschritte gemacht hat, wo zuvor Freisinn und Demokratie herrschten.“

Das ist jedenfalls deutlich, und das Urteil kommt von kompetentester Stelle. Auf dem ganzen Gebiete, wo Freisinn und Demokratie längere Zeit gedeihen sind, räumen sie allmählich der sozialdemokratischen Nachfrucht das Feld; sie suchen diesen Schaden aber dadurch auszugleichen, daß sie immer neue Gebiete brackern, und bahnen so der Umsturzpartei den Weg auch in Kreise, wo sie ohne diese „Vorfrucht“ nie Wurzel fassen könnte. Für alle, die dem Umsturz unserer ganzen Staats- und Gesellschaftsordnung entgegen arbeiten wollen, ist es deshalb erste Pflicht, die Vorfrucht auszurotten zu helfen. Nur durch reichliches Tränken unserer ganzen Gesetzgebung mit wahrhaft deutschnationalem Geiste, durch energisches Vorgehen zu Schutz und Förderung aller christlichen deutschen Arbeit in Land und Stadt wird man mit der Erhaltung eines kräftigen und gesunden selbständigen Mittelstandes in Landwirtschaft, Handwerk und Gewerbe, der jüdisch-internationalen „Vorfrucht“ und ihren antinationalen umsturzlerischen Erben gleichermaßen den Boden gründlich verderben können. Vorwärts in diesem Sinne, ehe es zu spät ist!

Der Juden gute Tugend.

(Fortsetzung.)

Sie sagen desgleichen / auch etliche böse Christen / die in anhangen / wenn die Juden nicht wern / so würden die Christen viel erger sein als sie / das aber thun nur diese Christen die nichts verstehen / kein gewissen Glauben nicht haben / weder recht Christen noch Juden sein / nennen sie darzu wol in jre Heuser auff / bedencken aber nicht das sie feind Christi sein / die seinen heiligen Namen / sonderlich in jrer Ehreichen spruch schenden und lestern / heissen Christum ein verfürer des Volcks / ein erhangenen / er sey auch ans dem schendlichen Ehebruch geboren / desgleichen die Jungfraw Maria / die sie auch in jrer Ehreichen spruch und zungen lestern / und nennen sie ein Henckerin / ein offenbare sünderin / und die in aller vureinigkeit gelebt / Das Sacrament heissen sie das vureine Brot / und so man die Christen mit speist / so sagen sie man wöll eins vergifften / Unsere Priester heissen sie beschorne / blatner[1]) / Kelchhund / unser Kirchen schendbeuser / die Apostel oder Jünger Christi vertitliger / die Lateinische sprach[2]) die vureine sprach / dem heiligen Creutz sein sie so hessig / das wo sie etwan sehen / das am weg etwas creutzweis yber einander ligt / so können sie es nicht leiden noch sehen / sondern stossens mit den füssen von einander / aber wo Creutz auff Güldener oder Silbern Müntz sein / die dulden sie / und schewen sich gar nicht darfür[1]) / sie gehen auch mit willen und wissen yber kein Christen Kirchoff / und so er darüber gieng / aber in einer Kirchen höret auff der Orgel schlagen / so glaubet er / sein gebet werd darnach in dreissig tagen nicht erhört. Sie haben auch zwey sonderlich gebet / die sie in Ehreischer sprach sprechen / das eine alle tage dreymal sprechen / das sol lauten also: Zu den gelauffen ist kein hoffnung / und alle unglaubigen sollen bald vergehen / auch alle feind des volcks von Israel verdruckt und vertilget werden. Das ander gebet thun sie an jrem langnen tag / nach jrer vermeinten beicht / auff solche meinung / Gott sol zerstören die gedancken und räthe jrer feind / mit Mort / Hunger / Pestilentz / und sondern plagen umb jrent willen / Dieses gebet sprechen sie alle wieder uns Christen / die sie für jre feind halten. Sie haben auch ein gewonheit / wenn ein Christ in jre Heuser kömpt / so sagen sie Seth willkom das in jrer Ehreischen sprach das wort / Seth / der Teuffel heist. Mehr so ein Christ mit oder yer einem Juden aus einem Becher / aber / trinkt gesicher getrunken hat / so trincket er förder nimer daraus / es sey dann drey oder vier mal ausgewaschen / also für yurein und verdampt sie nu haben / aber dieselben Christen / wie vorgemelt / die sie also zu jnen in jre Heuser nemen / die thun es one zweiffel derhalben / das sie von jnen lernen / und jre händel mit jnen treiben / solche sollen nicht für Bürger / viel weniger für Christen gehalten werden / sondern man sol sie aus der Christlichen gemein absondern / und kein gemeinschafft mit jnen haben / Vor[2]) het sich ein Christ geschemet / das er mit einem Juden vor pod[3]) Leuten het reden sollen / sonderlich auff dem Ring / und wenn er ja mit jm hat reden wollen / so ist er etwa auff die seiten / in ein gassen oder in ein Haus gangen / und mit jme gered / aber jetzund schemen sie sich nicht / sondern nemens wie obgemelt gar zu jnen in jre Heusser / Die Juden wöln haben / das man sie an jren Feiertag / sol zufrieden lassen / aber sie schonen yrer nicht / sondern yns am meisten am Sontag verlachen / sie thun auch eins / und reden viel Christen auff / die des wuchers nicht bedürfftig / das sie auff yrn gut leihen / oder sonst Jüdische händel brauchen / auch die einfeltigen Christen die nicht sie wohnen / machen sie jm Glauben gantz jrre und verfüren sie / das sie leyblich nicht wissen / was sie glauben sollen / was albier in diesem Land von allerley schönen kleinotern und Edelgestein / auch gut Müntz geweset ist / das haben sie alles zu wegen und in jre hend bracht / und aus dem Land gefürt / das nichts mehr hinnen zu sehen ist / Auch was hie in diesen Land gestolen wird / das füren sie in Poln / und was dergleichen in Poln gestolen wird / das füren sie herein in das Landt / und also die Länder / sonderlich das löblich Königreich Behem / darob menniglich ein erbarmung soll haben / auswuchern / und verderben / den Christen ist ausgemessen / was einer vom andern nemen sol / Nemlich von hundert sechs / kömpt vom taler ein wochen ein halber pfenning / und so er mehr nemb / müsse er ehe vnd gut verlieren / jnen aber ist zween pfenning für voll erlaubt / aber sie nemens wol nicht / sondern nan nmo vier pfenning / bis in die sechs pfenning / vom taler geben / kömpt ein Jar zu zweiffelpfenning / das ist / zwen Sechs pfenning / XXIIII taler vom hundert / zu zweie weispfenning XLVIII taler / zu creutzern LXXII taler[4]) / darzu

[1]) wohl „Blattrer“, die mit einer Platte (Tonsur) Versehenen.

[2]) wegen ihres Gebrauches in den katholischen Gottesdiensten.

[3]) Vor 300 Jahre später gelebt hätte, so würde der Verfasser auch darauf hingewiesen haben, daß sie Orden in Kreuzgestalt gerne auf der Brust tragen.

[4]) Deutschesser für „oder“.

[5]) vordem, früher.

[6]) hier ist wohl ein Wort ausgefallen, etwa „unter“.

[7]) Die Richtjuden durften also in der Woche von 1 Thaler ¹/₆ Pfennig Zinsen nehmen, das macht 6 vom Hundert. Die Juden hatten das Vorrecht vor der eingeborenen Bevölkerung, vom Thaler wöchentlich 2 Pfennig oder 1 weißen Pfennig zu nehmen, das sind 24 vom Hundert. In Wirklichkeit nahmen sie aber vom Thaler wöchentlich 4 Pfennig (= 1 weiße Pfennig) oder 48 vom Hundert, oder gar 6 Pfennig (= 1 weiße Pfennig oder 1 Kreuzer), das sind 72 vom Hundert. Ja, in einzelnen Fällen haben sich die Wucherzinsen, wie eine Stelle weiter unten zeigt, auf 2 Kreuzer für den Thaler und die Woche belaufen, das sind 144 vom Hundert. — Weiße Pfennige sind Silberpfennige im Unterschied von den schwarzen oder Kupferpfennigen.

Digitized by Google

zwifechtig[1]) pfandt geben / vnd weins einer zu genandter zeit nicht aus löst / so verfelcht[2]) es / Derhalben verstehet alle jar vnter jnen so viel / allein hie zu Prag / das sich ein Graff darauff möcht enthalten / vnd ein Jar nicht so viel vergeret / man finde noch wol Christen / die einem Herrn / einem Edelman / oder sonst einem guten Freund / ein gelt in einer eyl auff ein kurtze zeit fürstrecketen / vnd nemen ein klein Pfenning von jme ein wochen / vom taler / kömpt ein Monat ein taler von hundert[3]) das doch ein jeder gern geb / damit er nicht dörfft vnter die Juden gehen / vnd zu vier / fünf / bis zu sechs pfenning zahlen / vnd verstehet jm sein pfand nicht / aber es darff kein Christ thun / sondern es denckt / dörffen die Juden so viel nemen / Nemlich fünff / vnd sechs pfenning / vnd wir nur ein halber pfenning erleubt / so wil ich mein gelt lieber in der Truhen lassen liegen / vnd sagen ich hab keins / wolts vnd ein halben pfenning nicht zehlen / derhalben mus mancher von einem Christen hinweg ungelehnet / und vnter die Juden gehen. Vnd so gleich die Christen vnter einander wuchern / so ist doch der Wucher klein vnd nicht so gros als bey den Juden / den der Christ gern zehen per Cento neme / vrsach das Gelt jhm offt lang leit[4]) / vnd so er gleich ein kurtze zeit / ein kleinen pfenning neme / so kömpt dennoch ein jar kaum sechs per Cento / wenn er rechnet / was jm das gelt wider dagegen feiert / aber bey den Juden mus man zu weissen pfenning geben / wie vor angezeiget ist / aber sie nemen vnter vier / fünff pfenning / bis in die sechs pfenning nicht / es sey denn von den grossen Herrn an denen was leit[5]). Vnd wo sie einem bedrengten vnd einselligen menschen / auff ein genante zeit was leihen / so rechnen sie den wucher was von solcher summa kömpt / vnd zihen jm bald an der geliehenen Hauptsumma abe / vnd nichts desto weniger mus der Christ die Hauptsumma für vol bezalen. Nun wer es je besser / das mans den Christen vergönnet / das sie einem guten freund in einer eil auff ein kurtze zeit vmb ein klein pfenning liehe / so dörfft mancher nicht vnter die Juden gehen / vnd was die Christen gewinnen / das bliebe bey den Christen / denn sie verzehrens wider mit jnen / das thun die Juden nicht. Wenn einer gern wunder wolt sehen / so stelle er sich nur etwa von ferne bey der Juden thor / da wird er sehen / was für ein aus vnd ein laufften ist einen gantzen tag / anders nicht als wenn er in ein Ameshauffen sehe / einer tregt das / ein anderer was anders heim / Desgleichen was für schöner weibsbilder / zu jn hinein gehen / schöne junge mägdlein zu zehen / zwölff faren / weibhalben sie aber hinein gehen / wil ich andere lassen urteilen / Dergleichen gehe einer in die eussersten winckel vnd gassen / in der gantzen Stadt / wird einem nicht in einer jetzlichen gassen / Juden begegnen / so wil ich zugereicht sein / welche Juden vnd Jüdin ein gantzen tag also vmbzihen / tragen etwas mit jnen das zu verkaufen ist / aber nur auff ein schein / darnach wo sie ein haus offen / oder einen Menschen vorm haus stehen sehen / so gehen sie hinzu / bieten etwas feil / vnd schawen nur das sie zu reden können komen / vnd wenn sie sich in red geben / so forschen sie darnach ein jetzlichen menschen aus / was sein thun ist / sein vermögen / denn sie können reden was die leut gern hören / damit betrieget sie jederman / vnd erforschen alles von jnen / vnd konten sellen on ein nutz heraus / können sie mit dem man nichts schaffen / so verluchen sie es mit der Frawen / mit der Tochter / mit der Magd / oder sonst mit einem im haus / damit sie on ein nutz nicht heraus komen / vnd geschichts auff denselbigen tag nicht so geschichts auff ein andern / dann wo sie kundschafft vberkommen / da kann man jr nimer ledig werden / also forschen sie alles aus / wer / wie vnd was jetzlicher vermag / vnd was eines jetzlichen thun ist / ꝛc.

Vnd so jr thun alles solt beschrieben werden / so würd einer ein lange zeit / vnd wol ein Rieß Papirs darzu bedürffen / denn das ist nur der stamb von oben herab / von jren bösen thaten / es wer auch einem gefehrlichen / so er alles jr thun vnd böse Jüdische stück / vnd argklistigkeit solt beschreiben / denn es würd nicht schlen das er nicht etwa etliche personen damit ergürnet / darumb lieber Herr Paul[6]) nemet auff dismal vergut / wenn ichs erleb das ich ein Orteil mit jn würd halten[7]) / so wil ich euch mehr von jrem vnd meinem thun schreiben / vnd so man aber ja die Juden wolt halten / so solt man jnen ein herter gepiß einlegen / vnd jnen nicht so viel gewalt vnd freyheit lassen / sondern den wucher auffheben / aber ja minderen / vnd sie arbeiten lassen wie wir Christen thun / müssen darnach gewaltig hand darob halten vnd so sie sich nicht also verhalten / wolten sie gnut Landt auffzagen / so solchs nit geschicht / so werden sie Land vnd Leut in einer kurtzen zeit in grund verderben / wie man den sehen wird ehe Zehen jar vergehen / darzu verrathen vnd verkaufften / auch das sie uns Christen nicht also mit dem wucher beschwerdten / denn sie beim weissenpfenning nicht bleiben / sondern mus jn mancher mensch / bis in die zwen crentzer vom Taler die wochen geben / sonderlich die armen / Derhalben sie wol müssig können gehen / die Christen arbeiten tag vnd nacht / vnd können sich mit jhren kindern nicht wol ernehren / sie sagen wenn sie gleich gern arbeiten wolten / so gestattet man jns nicht / das denn nicht war ist / denn jr keiner nicht arbeiten wil sondern wir müssens als faule schelmen vnd müssiggeher erhalten / die vns auswuchern / vnd nur fressen / sauffen vnd müssig vmbgehen / sonderlich jre Weiber / vnd so jr eine das haus oder Stuben solt keren / so müssen sie ein Christen haben / der es für sie thut.

Wir halten sie wie vnsere Herrn / vnd dulden sie das sie vns auswuchern / dann keiner ja nichts arbeit / man möcht jn wol bawen oder fretzen in die hand geben / vnd auff die Weingärten schicken / denn viel Bürgerskinder / deren jre Väter in grossen Emtern vnd ansehen sein gewest / auff die Weingärten gehen vnd das taglohn arbeiten / derhalben sie auch wol möchten darauff gehen / aber[8]) wo man baut / brauchen / die weil man sonst nicht arbeiter gnug haben kann / Es ist jn auch aufferlegt / das ein jetzlicher ein gelb ringel sol tragen / damit man sie vor den Christen kenne / welches sie wol lassen / aber das weis man wol / das etlich sonderlich auff der strassen / sich klaiden wie die Edelleut / vnd gülden ketten an helsen füren / vnd nicht gelbe Ringle.

Summa sie werden vns Christen gar zu narren machen / vnd werden vns an stadt jrer gelben Ringle / gelbe Narrenkappen auffsetzen / das wir auf die letzt nicht werden wissen / was wir thun sollen / den wir Christen on das haben vbel gefisten[9]) / das vnser thun gar vbel stinckt. Erstlich für Gott / darnach vor Türcken vnd Juden / Gott wölle vns Barmhertzig sein / Amen.

(Fortsetzung folgt.)

Darf amerikanisches Fleisch zur Ernährung unsres Heeres verwendet werden?

In Altona erkrankten vor kurzem plötzlich 100 Mann des 31. Infanterie-Regiments, sowie 22 Mann des gleichfalls daselbst garnisonierenden Infanterie-Regiments Nr. 76 an Vergiftungssymptomen und mußten schleunigst ärztlicher Behandlung unterworfen werden. Ebenso wurde aus Lübeck in Schlesien über Massenerkrankungen unter den dortigen Soldaten berichtet.

[1]) zweifältig, doppelt.
[2]) verfällt.
[3]) also 12 v. H.
[4]) liegt.
[5]) „Dem Edlen und vesten Paulo Grünmüller" ist die Schrift gewidmet.
[6]) Der Verfasser hatte einen Prozeß mit Juden.
[7]) Druckfehler für „oder".
[8]) Den derben Ausdruck würde wir wohl nicht zu erklären; der geneigte Leser merkt wohl so, was gemeint ist.

Digitized by Google

Von der Krankheit, die einen ruhrartigen Charakter hat, wurden 70 Dragoner ergriffen.

Wie nun verschiedene Blätter zu melden wissen, sollen die Erkrankungsfälle in Altona zweifellos auf den Genuß von Fleisch amerikanischen Ursprunges zurückzuführen sein. Die daselbst dem Hospital eingelieferten 122 Mann wurden unmittelbar nach dem Genuß von, zu Frikandellen verarbeitetem, amerikanischen Schweinefleisch von heftigem Erbrechen und hochgradigem Fieber ergriffen. Die Schuld an diesem Vorfall soll den Lieferanten Weiß in Altona treffen. Weiß, der Name klingt verdächtig, vielleicht heißt der Mann mit Namen Abrahams? Von dem gewissenlosen Lieferanten ist es bekannt geworden, daß er ein großes Quantum amerikanischen Schweinefleisches aufgekauft und im Hamburger Kühlhause hatte hängen lassen.

Als festgestellt darf es erachtet werden, daß die Verpflegung der Garnison mit amerikanischem Fleische in dem Altonaer Falle den kontraktlichen Abmachungen mit dem Lieferanten Weiß ausdrücklich zuwider lief. Leider scheint aber die Frage der Zulässigkeit des amerikanischen Fleisches zur Ernährung unserer Soldaten keineswegs grundsätzlich geregelt zu sein. Wenigstens scheint sich die Marine-Verwaltung des amerikanischen Büchsenfleisches zu bedienen. Die Landwirtschaftskammer für Schleswig-Holstein hatte sich nämlich, unter Hinweis darauf, daß nach unwidersprochenen Zeitungsnachrichten die im vergangenen Winter nach China gesandten Kriegsschiffe mit amerikanischen Büchsenfleisch verproviantiert worden seien, an das Reichsmarineamt gewandt und bei ihm die Errichtung einer Konservenfabrik angeregt, da es doch selbstverständlich sei, daß das deutsche Heer in erster Linie mit deutschem Fleisch versorgt werden müsse. Vom Staatssekretär des Reichsmarineamts ist hierauf nun der Landwirtschaftskammer eine Antwort zugegangen, in der zwar auseinandergesetzt wird, daß die Marineverwaltung bereit sei, der gegebenen Anregung Folge zu leisten, wenn die Verhältnisse in der kaiserlichen Marine dies gestatten oder rechtfertigen würden, zugleich aber hinzugefügt wird, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen darauf verzichtet werden müsse. — Diese abschlägige Antwort des Reichsmarinenamts ist als durchaus bedauerlich zu bezeichnen, zumal wie die Verhältnisse es gelehrt haben, unsere Soldaten durch den Genuß so zweifelhafter Fleischwaren, wie die amerikanischen es sind, der größten Lebensgefahr ausgesetzt werden. Durch die Bevölligung des Gesuchs der Landwirtschaftskammer für Schleswig-Holstein wäre nicht nur ein für alle mal der Verproviantierung der Marine durch amerikanisches Büchsenfleisch ein Ende bereitet, sondern auch der heimischen Landwirtschaft ein wesentlicher Dienst in materieller Beziehung geleistet worden.

Hervorgehoben zu werden verdient es noch, daß auch in dem französischen Heere in mehreren Fällen Massen-Erkrankungen nach Art der in Altona vorgekommen sind. Auf eine Interpellation in der Kammer erklärte der Kriegsminister Cavaignac ausdrücklich, nach den von ihm eingezogenen Erkundigungen seien die in der Armee konstatierten Erkundigungsfälle durch den Genuß amerikanischen Konservenfleisches hervorgerufen worden.

Auch bei uns wäre wohl eine Interpellation über die Frage im Reichstage am Platze.

Armut.

Skizze von Robert Overweg.

Nachdruck verboten.

Er läuft durch die Kaiserstraße — atemlos — verstört. Vor einem schönen, großen Hause macht er Halt und sieht hinauf: Nr. 64. Ja, hier mußte es sein. Er stürzt durch das große, offene Thor, und da — da war es ja schon: „Rechtsanwalt Boehme, Komptoir". Er nimmt den Hut vom Kopfe und bleibt vor der Thür stehen. Sein Atem geht immer schneller, er konnte ganz deutlich hören, wie sein Herz schlug. Das hämmerte und hämmerte. — Nun hebt er die Hand und klopft schüchtern an. Eine mürrische Stimme antwortet. Und dann tritt er ein.

Die Leute im Komptoir heben die Köpfe und sehen zu ihm hin. „Ich möchte den Herrn Rechtsanwalt gern sprechen, nur eine Minute — eine — —."

„Da drüben in dem Zimmer", lispelte ein langer, hagerer Herr aus der Ecke herüber. Und dabei zwinkert er mit den grauen Augen über seine Brillengläser hinweg und wußt den Fremden mit einem erhabenen Blick. Er konnte sich denken, warum er den Chef sprechen wollte — hi — hi — hi. Und dann vergnügt er sich mit einem leisen Kichern wieder in seine Akten.

Er hatte richtig gedacht, Paul Hartung wollte sich um die ausgeschriebene Schreiberstelle bewerben. Er steht in dem prächtig ausgestatteten Privat-Komptoir vor dem Rechtsanwalt. „Ich möchte mich gern um die vakante Stelle bei Ihnen bewerben", stößt er hastig hervor.

„Bedaure, ist gestern wieder besetzt worden".

„O, ich bitte, bitte so sehr darum, meine Mutter ist so krank, und wir haben nichts zu essen, kein Stück Brot, und — —"

„Aber, mein lieber Mensch, ich sage Ihnen doch, die Stelle ist besetzt."

„Besetzt?" Jetzt begreift er es erst. Er droht zusammen zu fallen — seine Brust arbeitet hörbar — und dann macht er plötzlich Kehrt. „Ja, ja, besetzt — — ja, ja — —." Er stürmt zur Thür hinaus — durch das Bureau.

Der lange, hagere Herr sieht ihm wieder nach. „Das war wohl schon der Achtzigste, hi — hi — hi."

Er rennt auf die Straße, — immer weiter — in die Anlagen. Auf einer Bank sinkt er erschöpft hin und fährt sich an die Stirn. Was sollte er nun machen? Er hatte so sicher geglaubt, die Stelle zu bekommen, und dann hatte er den Rechtsanwalt gleich um einen Vorschuß bitten wollen. Er hatte sich alles so schön ausgedacht. Wenn er heute Mittag schon eingetreten wäre und heute Abend etwas Vorschuß erhalten hätte, wie er dann die Medizin aus der Apotheke und Fleisch holen wollte. Es war so alles für sie. Aber nun? — Arme, arme Mutter! Verzweifelt stützt er den Kopf in die Hände. Als er wieder aufsieht, steht ein Schutzmann vor ihm. Und nun erhebt er sich hastig und läuft — läuft. — An einer Straßenecke macht er Halt. Er war so müde, so todmüde. Und in seiner Brust sah etwas, was er nicht beschreiben konnte, etwas, was seinen ganzen Körper durchzog, und was ihn so wild umhertrieb. Er wußte es wohl, das war der Hunger — der Hunger! Seine Augen starren hohl und glanzlos über die Straße hin. Herren mit kostbaren Anzügen gehen an ihm vorüber, er hört das Rauschen seidener Kleider und das Getrappel der Vierergespanne. Und nun ballt er die Hand. Er hätte sie auf diese ganze Welt, die ganze Menschheit schleudern mögen, mit ihren Gesetzen, ihren Einrichtungen. Seine Finger krampfen sich zusammen, er möchte alles vernichten, zermalmen. Und wieder starrt er mit den schrecklichen, glanzlosen Blicken vor sich hin, und diese Blicke werden immer furchtbarer. Wie ein Schleier liegt es vor seinen Augen. Was hatte er nur? Sollte er wahnsinnig werden? Ja, ja, er fühlte schon ein Stechen in seinem Hirn, ein Pochen, ein Hämmern. Aber nein, das war kein Wahnsinn, das war der Hunger — der Hunger. Aber aus dem Hunger konnte der Wahnsinn kommen, und — — — — da zuckt es plötzlich durch seinen Kopf. Und er läuft — läuft die Straße hinunter. In eine Seitengasse biegt er ab. Und dann verkleinern sich seine Schritte plötzlich, und er geht immer langsamer. Dort hinten, der kleine Bäckerladen — — — Sollte er es thun? Wie zum Gebet faltet er die Hände und flüstert „Mutter, Mutter". Er sieht die Gasse hinauf. Kein Mensch ist in derselben zu sehen. Und dann wartet er vor dem Laden, bis niemand mehr darin ist. Mit einem Satz springt er hinein und reißt zwei Brötchen und ein Stück Kuchen an sich. Und dann wieder hinaus. —

Sie stürzen hinter ihm her — der Bäcker, die Gesellen. Und er hört sie rufen „Dieb — Dieb — haltet ihn — —". Er glaubt, die ganze Stadt liefe hinter ihm drein. Aber er ist schneller als sie. Schweißtriefend, mit fliegendem Atem findet

Digitized by Google

er sich vor seiner Wohnung. Er sieht zum Himmel auf und flüstert ein Dankgebet. Und dann in die Kammer zu seiner Mutter.

„Hier, Mütterchen, hier, zwei Brötchen und ein Stück Kuchen."

Sie streckt den hageren Arm aus und verschlingt alles — in zwei, drei Bissen.

Er sieht zu, und er muß sich zusammennehmen, daß er sich nicht auf sie stürzt und es ihr aus den Fingern reißt, und daß er nicht schreit: „ich habe auch Hunger, Heißhunger".

Mit dankbaren Blicken sieht sie zu ihm auf. Und ein paar dicke, helle Thränen laufen ihr über das eingefallene Gesicht, und sie zieht ihn an sich und flüstert ihm ins Ohr: „Guter, lieber Paul, Du bist so gut. O, ich danke Dir so — — und wenn ich sterbe, dann — —"

Er schreit gellend auf: „Mutter, nein, nicht sterben. Du bist ja das Einzigste, was ich noch habe — —, Mutter — Mutter —"

Und er wirft sich über sie und läßt sie, daß sie fast nuter seiner Liebe erdrückt wird. Und dann stürmt er wieder hinaus. „In einer Stunde bin ich wieder da", ruft er noch zurück.

Auf der Treppe begegnet ihm Marie. „Marie, bitte, geh' doch etwas zu meiner Mutter, ich bin gleich wieder da."

„Das wollt' ich auch schon, Paul — — und dann hör' noch", setzte sie leiser hinzu, „der Arzt hat heute Morgen gesagt, sie müsse unbedingt schweren Rotwein trinken, sonst — — —"

Weiter hörte er nichts mehr. In fliegender Hast rennt er hinaus. Draußen wird er wieder etwas ruhiger. Er sinnt nach: „Rotwein, ja, Rotwein — aber den wollte er auch schon schaffen. Mit dem machte er es gerade so wie mit den Brötchen — hahaha. Den stahl er einfach — stehlen — stehlen —" Und er sieht wieder, wie die Mutter die dürren Arme ausstreckt, und wie sie flüstert: „Du bist so gut, so gut." Arme, arme Mutter! Aber sie sollte keinen Hunger mehr leiden, sie durfte nicht! Und wenn er seine Arbeit fand, dann wollte er betteln gehen — dann wollte er stehlen.

Er stürmte über das breite Trottoir, an den großen, prächtigen Schaufenstern vorbei. Vor einem derselben bleibt er stehen. Ja, da standen unzählige Flaschen Wein, auch Rotwein, und davor lagen Orangen, Mandeln, Büchsen mit Hummer, Schüsseln mit Lachsmayonnaise — Er starrt sie alle an, diese Leckerbissen, und wieder stimmert es so vor seinen Augen. Ja, das war für diese Geldmenschen, für die Menschen, die nicht wußten, was ihrem Gaumen am besten schmeckte, für diese — — — Und er hatte daheim eine Mutter, eine arme, kranke Mutter, die nicht wußte, wie sie ihm danken sollte, daß er ihr zwei trockene Brötchen mitgebracht hatte, — für ihren Hunger, ihren schrecklichen, nagenden Hunger! Ob sie ahnte, daß er diesetben gestohlen hatte? Nein, sonst hätte sie ihn gestraft und hätte nicht gesagt: „Du bist so gut, so gut." Wenn er nur eine von den Flaschen, die hier vor ihm standen, ergingen könnte — wenn er hineinginge und vielleicht schnell eine in die Tasche — — — doch nein, das ging nicht. Er wollte warten, bis es dunkel wurde, und dann wollte er sehen, ob er nicht in einer kleinen Gasse in einem Laden eine erhalschen konnte.

Er stürmt wieder weiter. An einer Straßenecke bleibt er eine Weile stehen. Ein köstlicher Bratenduft steigt neben ihm aus einer Hotelküche auf. Und gerade steckt ein Koch seinen Kopf durch das kleine Fenster, und die vollen, roten Lippen eines Küchenmädchens lachen ihn an. Da hat er wieder dieses Gefühl, das ihm das Herz zusammenschnürt, das sein Gesicht verzerrt und das ihn auf der Stelle zum Mörder machen könnte. Seit über zwei Tagen hatte er nichts mehr gegessen. Er hatte schon geglaubt, er hätte sich nun an den Hunger gewöhnt und brauche überhaupt nichts mehr zu essen — hahaha. Er lacht wie ein Irrer vor sich hin. Aber nun dieser Bratenduft, dieses Schmoren —. Er schüttelt die Fäuste, und seine Augen scheinen aus den Höhlen herausstreten zu wollen. Und dann krampft er die Nägel in seinen Leib ein, da, wo der Magen liegt. Wenn ihm das lachende Mädchen da doch etwas für seinen Hunger geben wollte! Er wollte ja nichts von den Leckerbissen, die da gebraten und geschmort wurden, wenn sie ihm nur ein Stückchen Brot geben wollte für — nein, nein, nicht für sich, sondern für seine arme, arme Mutter.

Da fallen ihm Maries Worte wieder ein: „Der Arzt hat gesagt, sie müsse unbedingt schweren Rotwein trinken, sonst — —" Ja, sonst? — — „Mutter," schreit es in ihm, „Mutter". Und er eilt wieder weiter, immer weiter.

Da packt ihn jemand am Arm. Hastig dreht er sich um: „Richard, Du?"

„Ja, ja, ich. Aber Mensch, wie siehst Du denn aus? Um Gotteswillen, was ist Dir?"

„Mir? Hahaha, nichts, wirklich nichts."

Der andere sieht ihn mitleidig an, und er sieht seine zerrissenen Schuhe und den Rock, aus dem das Hemd hervorschimmert. War das Paul Hartung? — Daß sie in ärmlichen Verhältnissen lebten, wußte man ja überall, aber daß es so stand — — Armer Paul! Und dann sagte er leise: „Komm, Paul, wir wollen ein Glas Bier trinken."

„Nein, nein, ich habe wirklich keinen Durst — ich danke Dir — —" Aber da schießt plötzlich ein Gedanke durch seinen Kopf, und nun hat er das Richtige. „Na, wenn Du zuwel Geld hast, dann könnten wir — — —" Er lächelt ein wenig — schmerzlich, wüde. Und dann gehen sie in das nächste Restaurant.

Paul wankt hinein und sinkt auf einen Stuhl. Und dann sieht er mit seinen eingesunkenen, hohlen Augen umher — auf das Büffet. Dort liegt Braten, Schinken, alles, alles — — — Er hätte sich wie ein wildes Tier darauf stürzen und alles verschlingen mögen.

An dem Nebentische erhält gerade ein Herr ein Beefsteak. Und nun wendet er die Augen dahin. Und er legt die Hand auf Richards Knie und krallt die Nägel darin ein. „Du — — Du —", haucht er kaum verständlich, „sieh mal." Und dabei stiert er auf das Beefsteak mit irren, furchtbaren Blicken.

Den anderen überläuft ein kalter Schauer. „Um Gottes willen, Paul, bist Du krank?"

„Nein, nein, ich bin nicht krank", antwortet er mit einem heiseren Lachen.

Der Kellner bringt zwei große Glas Bier. Und er trinkt — trinkt das kalte Bier in den nüchternen Magen. In einem Zuge hat er das ganze Glas fast geleert. Und dann trinkt er noch eins. Ha, wie das schmeckte, das verschaffte ihm Linderung! Und sein Geist wird wieder neu belebt, und wie ein Hauch umschwebt es ihn. Vor seinen Augen entstehen große Gesichte mit bunten Blumen, und er hört die Vögel singen — überall Frühling, blühender Frühling. Und er berauscht sich, bis er trunken ist. — Wie wohl er sich jetzt fühlt, wie frei! Wenn er noch einige Zeit so sitzen bliebe, dann käme auch das Vergessen seiner Leiden — völliges Vergessen.

Sein Freund stößt ihn an, aber er achtet nicht darauf. Er will Ruhe haben, Frieden. Stunde auf Stunde verrinnt. Aber da — plötzlich, wie ein Ruck geht es durch seinen Körper. Er springt auf und streckt die Hände von sich. — Er hatte geschlafen — —

Und nun faßt er sich an den Kopf und sinnt. Dann schaut er um sich — das ganze Lokal ist leer. Was war denn nur geschehen in der letzten Stunde? Ach so, Richard war gekommen und — — ja, ja, nun weiß er wieder alles. Er faßt sich wieder an den Kopf und schlickt die Augen einen Augenblick. Es tanzte ja alles um ihn her, die Tische und Stühle und die Bilder an der Wand. Und nun taumelt er selbst, und nur mit Mühe hält er sich an einem Tische fest. Aber da — plötzlich, er stößt einen Schrei aus und springt aus Fenster. Er reißt es auf und beugt sich hinaus, und seine Augen werden immer größer. Wie sie lief! — — Er möchte ihr nachstürmen und möchte schreien: „Marie, Marie, — was ist mit der Mutter?" — Und er verschlingt sie fast mit seinen Blicken, bis sie in einem Haus verschwunden ist. Er wußte, dort wohnte der Arzt — der Kassenarzt — —. Er schlägt die Hände vors Gesicht und schluchzt laut auf: „Mutter, liebe, gute Mutter, nur nicht tot — nicht tot — —" Und er spürt wieder den weichen Arm um seinen Hals, und in seinen Ohren klingen die Worte wieder, die ihm Marie auf der Treppe zugeflüstert. Und nun hatte er hier ge-

Digitized by Google

sessen und hatte geschlafen — — — In einem Sprung ist er am Büffet. Er reißt eine Flasche Wein herunter und stürmt hinaus.

Der Wirt tritt gerade ins Gastzimmer und sieht noch, wie er mit dem Wein verschwindet. Aber er läuft immer weiter, und hinter ihm her laufen die andern — der Wirt und ein Schutzmann. Er achtet nicht darauf, nur weiter, weiter! Er wundert sich gar nicht darüber, daß er plötzlich so nüchtern geworden ist — er denkt immer nur an seine Mutter. Wenn sie tot wäre, dann wäre er daran schuld — ja, er ganz allein.

Jetzt ist er da. Er fliegt die Treppe hinauf und stürzt ins Zimmer. Aber an der Tür bleibt er stehen und hält sich mit beiden Händen an der Wand. Dort in der Ecke liegt eine bleiche, tote Gestalt mit gefalteten Händen — seine Mutter! Und er starrt sie an, wieder mit jenen furchtbaren Blicken, aus denen der Wahnsinn spricht. Und dann springt er plötzlich mit einem markerschütternden Schrei zu ihr hin und wirft sich über sie und umschlingt sie so fest, wie wohl noch nie in seinem Leben. „Mutter," schreit er auf, „Mutter, geh' nicht fort, bleib' doch bei mir, liebe, gute Mutter." Und er küßt sie auf die welken Lippen, und die dicken Thränen laufen ihm dabei über die bleichen Wangen. „Mutter, geh' nicht fort," ruft er unaufhörlich. „Bleib doch bei mir!" —

Am andern Tage fährt man ihn in einem geschlossenen Wagen durch die Straßen der Stadt. Er sitzt in einer Ecke und stiert lachend durch das kleine Fenster. „Wie mich die Leute draußen ansehen!" sagt er zu dem schwarzgekleideten Herrn, der neben ihm sitzt. „Es ist doch schön, was?" Und er lacht laut auf. „Sie wissen alle, daß ich nun ein reicher Mann geworden bin, ein Graf — —. Aber kommt denn mein Schloß bald?"

„Jawohl, wir sind gleich da."

„Meine Mutter kommt heute Abend nach, was?"

„Heute Abend, ja."

Vor einem großen Hause macht der Wagen Halt und Paul Hartung steigt am Arme des Herrn aus. Und dann bleibt er einen Augenblick stehen und wirft einen Blick über das graue, finstere Gebäude. „Mein Schloß," schreit er auf, „mein Schloß." Mit einem Ruck macht er sich los und stürzt durch die schwere Thür hinein, die sich mit lautem Krachen hinter ihm schließt. —

Ein kleiner, ärmlicher Leichenzug geht am anderen Tage an dem Hause vorüber. Das Mädchen, das dicht hinter dem Sarge schreitet, schaut weinend zu dem Hause hinauf, hinter dessen vergitterten Fenstern man die Köpfe einiger unheilbaren Irren sieht.

Wie Moses Mendelssohn zu seiner Frau kam. Der jüdische Philosoph war bekanntlich von der Natur recht stiefmütterlich behandelt; er war nicht nur buckig, sondern auch sonst sehr häßlich. Wie er trotzdem eine sehr reiche Frau bekam, wird in einem jüdischen „Familienblatt" erzählt. Es trug sich, wie folgt, zu. Mendelssohn hatte einen Bankier Guggenheim in Hamburg und dessen Tochter kennen gelernt. Nun hielt nicht etwa Mendelssohn um die Hand der Tochter an, sondern der Vater sagte ihm, es sei sein sehnlichster Wunsch, ihn durch innige Bande an seine Familie zu fesseln. „Aber", fuhr er fort, „unglücklicherweise haben Sie eine Mißgestaltung, welche der Verwirklichung meines Wunsches Hindernisse in den Weg legt, und die, ich darf es Ihnen nicht verhehlen, auf meine Tochter einen sehr üblen Eindruck gemacht hat."

Gerade sehr zartfühlend wird man es nicht nennen können, daß der alte Guggenheim, noch dazu ohne jede Notwendigkeit, seinen Freund in dieser Weise auf sein körperliches Gebrechen aufmerksam machte. Einem deutschen Manne wäre es danach jedenfalls nicht mehr in den Sinn gekommen, das Mädchen zu heiraten. Anders der Jude, dem das Geld in die Augen sticht! Vor seiner Abreise also bat Mendelssohn den Bankier um die Erlaubnis, von der Tochter Abschied nehmen zu dürfen. Dies wurde ihm gern gestattet, und so verfügte er sich in deren Zimmer. Dort traf sich folgendes zu. Fräulein Guggenheim ging dem Philosophen entgegen und richtete gleich auf eine etwas schnippische Weise folgende Frage an ihn: „Herr Mendelsohn, glauben Sie, daß die Ehen zum voraus im Himmel geschlossen werden?" — „Gewiß, Fräulein!" entgegnete dieser sofort, „jedesmal, wenn ein Knabe geboren werden soll, so wird ihm zuvor im Himmel die ihm bestimmte Gattin gezeigt, so sehr Hafid, der weise Perser. Und wollen Sie wissen, welche Gattin mir vor meiner Geburt gezeigt wurde? Sie, mein Fräulein. Jedoch waren sie damals nicht so schön, als ich Sie nunmehr vor mir sehe. O nein! Sie waren durch einen Höcker verunstaltet, welch trauriger Anblick mich zu dem Ausspruche veranlaßte: Großer Gott, die schöne Guggenheim mit einem Höcker — wie wird sie dies ertragen? O, himmlischer Vater, bat ich sodann, nimm ihr den häßlichen Höcker weg und belasse mich damit! Und der Herr gewährte mir meine Bitte. Sie sehen nun, mein Fräulein, weshalb ich mit diesem Hocker behaftet bin, weshalb ich Ihnen so sehr mißfalle." — Fräulein Guggenheim hatte ihm mit Erstaunen und Rührung zugehört und bot ihm darauf freundlich und versöhnt lächelnd ihre Hand. Kurze Zeit nachher wurde sie Mendelssohn Gattin. — „Originell" nennt das jüdische Blatt, dem wir die Geschichte entnehmen, diese Brautwerbung, wir finden sie geradezu widerwärtig.

Ein vielseitiger Mann ist Lorenzo da Ponte, der Dichter des Textes zu Mozarts „Don Juan", gewesen. Von jüdischen Eltern in Ceneda, nördlich von Venedig, geboren, hieß er ursprünglich Emanuela Conegliano. 16 Jahre alt, trat er zum Christentum über; bei dieser Gelegenheit verlieh ihm der Bischof von Treviso seinen eigenen Namen: Lorenzo da Ponte. Der Neubekehrte that sogleich sehr glaubenseifrig und widmete sich dem Priesterstande. Im Alter von 22 Jahren erhielt er die Weihen und wußte sich trotzdem das Vertrauen seiner geistlichen Oberen zu gewinnen, daß ihm trotz seiner Jugend sogleich eine Professur an einem Priesterseminar übertragen wurde. Wenig Jahre später wurde er nach Venedig berufen, und hier kam seine jüdische Natur bald wieder zum Durchbruch. Das untergehende Venedig war bekanntlich die Hochschule für allerlei Abenteurer und Hochstapler, wir erinnern nur an die Namen Cagliostro und Casanova. In diesen Kreisen suchte und fand der „fromme" Priester Anschluß, und bald that er es allen andern an Frivolität zuvor, so daß er sein Priestergewand ablegen mußte und sich vor die Wahl gestellt sah, unter die Bleidächer zu wandern oder aus dem Gebiete von San Marco zu fliehen. Er wählte natürlich das letztere und suchte im Jahre 1775 in Dresden Zuflucht. Am sächsischen Hofe fand er rasch Freunde und Gönner. Vor allem der Schutz der Prima Ballerina des Hoftheaters eröffnete ihm die höchsten Kreise und verschaffte ihm reichliche Einnahmen. Aber es dauerte doch nicht lange, so wurde ihm der Boden von Elbflorenz zu heiß unter den Füßen, und er brachte sich nach Wien in Sicherheit. Hier trat er mit Mozart in Verbindung und schrieb ihm die Texte zu „Figaros Hochzeit" und „Don Juan". Er erhielt infolgedessen den Titel „kaiserlicher Theaterdichter", und wenig fehlte, so wäre er zum „Hofpoeten" ernannt worden. Ein Liebeshandel vertrieb ihn schließlich aus Wien. Er hatte zu viel Glück bei einer Primadonna gehabt, die sich der Gunst eines Erzherzogs erfreute. Einige Jahre später finden wir da Ponte in London als Impresario der italienischen Oper. Da nun ein Judenleben ohne das nicht vollständig wäre, machte er hier Bankerott. Mit den englischen Schuldgesetzen war aber nicht zu spaßen, und da Ponte schiffte sich schleunigst nach Amerika ein. Bei seiner Landung in New-York bestand seine ganze Habe aus einem Anzug und einer Schachtel Violinsaiten. Mit den letzteren eröffnete er ein Geschäft „italienischer Spezialitäten", das er durch einige Flaschen selbst fabrizierter italienischer Weine und einige Kisten selbst gebackener Maccaroni bereicherte. Das Schwindelgeschäft brachte so viel ein, daß da Ponte bald an die Gründung einer italienischen Oper gehen konnte. Natürlich sah dies als verfehlte Spekulation jeder, der es hörte, mit Ausnahme des Juden, der sich der Sache annahm. Und siehe da, sie gelang. Da Ponte wurde ein reicher Mann. Jetzt endlich konnte er auch seinen Lieblingswunsch verwirklichen, einen Buchhandel und das Verlagsgeschäft. Sein Hauptverlagswerk waren seine eigenen Memoiren, ein Buch, in dem er all

Digitized by Google

seine pikanten Abenteuer erzählte, das aber wenig Käufer fand, weil in Amerika niemand italienisch verstand. So blieb dem findigen Hebräer nichts übrig als wieder Maccaroni und italienische Weine zu fabrizieren und damit das Publikum zu betrügen. Diesem Berufe blieb er bis an sein Lebensende treu. Der Gemeinderat von Vittorio (Cenedo bildet heute einen Teil der Stadtgemeinde Vittorio) hat es sich kürzlich nicht nehmen lassen, die Hauptstraße des Ortes nach seinem „großen Sohne", dem Gauner Conegliano-da Ponte, zu benennen. Fehlt nur noch, daß ihm auch ein Denkmal in Marmor errichtet wird!

Die zionistischen Judenlen wollen im Anschluß an den Zionistenkongreß, der im August in Basel stattfindet, einen allgemeinen jüdischen Studententag und einen Delegiertentag für die zionistischen Studenten-Vereine abhalten. In dem Aufruf, den die jüdische akademische Jugend zur Teilnahme auffordert, findet sich folgende Stelle: „Die jüdischen Protestftheologen, die unbewußt oder bewußt im Dienste der jüdischen Börse stehen, spinnen die Lüge aus, die Juden seien keine Nation und dürften es auch nicht sein, weil sie die Mission haben, den Monotheismus in der Welt zu verbreiten. Dieser der Wirklichkeit widersprechende, in die Rumpelkammer der veralteten Theologie und des philosophischen Schwindels gehörende Gedanke ist viel zu albern, als daß er noch ernst diskutiert werden könnte. Er klingt nur noch wie ein Hohn der wenigen faulen Juden über das Elend und den Jammer der Gesamtheit."

Für die Ehrlichkeit, mit der die Zionisten von der Anerkennung der Thatsache ausgehen, daß die Juden eine eigene Nation bilden und sich mit den übrigen Völkern gar nicht verschmelzen können, haben die „Protestftheologen" natürlich keine Spur von Verständnis. Die zionistischen Studenten müssen es sich daher auch gefallen lassen, daß sie von den Rabbinern in ihren Blättern gehörig abgekanzelt werden. „Ein kecktes und unreifes Gerede" nennt beispielsweise die „Allg. Ztg. des Judentums" die obige Anslafung.

Ausland.

Österreich-Ungarn. Das Lied „Deutschland, Deutschland über alles" scheint nicht nur das Mißfallen der Bezirkshauptmannschaft zu Reichenberg erregt zu haben, sondern in Österreich allgemein verboten zu sein. In Asch wurde an den Schriftleiter Tins seitens der Bezirkshauptmannschaft das Ansinnen gestellt, er solle sich protokollarisch verpflichten, dafür zu sorgen, daß auf dem deutschen Volkstage am 21. August das staatsgefährliche Lied nicht gesungen werde. Als Herr Tins das ablehnte, wurde ihm eröffnet, wenn etwa das Lied auf dem Kommers angestimmt würde, werde sofort die polizeiliche Auflösung erfolgen. Desgleichen würde auch jeder Verein, in dem das Lied noch gesungen würde, der Auflösung verfallen. — Die Melodie des Liedes können die k. k. Behörden, gewiß zu ihres großen Leidwesen, nicht verbieten, da bekanntlich die österreichische Nationalhymne nach derselben Weise gesungen wird. — In Asch scheint man übrigens ganz besonders schnelbig gegen die Deutschnationalen vorzugehen. Die „Ascher Ztg." wurde wegen eines dem Fürsten Bismarck gewidmeten Nachrufes beschlagnahmt!

Tschechische Gewaltthätigkeiten gegen Deutsche sind nach wie vor an der Tagesordnung. In Komotau wurden ein Lehramtskandidat und ein Kaufmannslehrling, von vier Tschechen überfallen und gemißhandelt, weil sie Kornblumen im Knopfloch trugen. Schließlich zog gar einer der Raufbolde einen Revolver und schoß den Lehramtskandidaten in den rechten Arm. —

Der Prager Bürgermeister Dr. Podlipny, der, wie allgemein bekannt sein dürfte, in seinen Mitteln zur Verfolgung des Deutschtums stets sehr wenig wählerisch gewesen ist, hat wieder das Bedürfnis gefühlt, seinem Deutschenhaß Luft zu machen. Bei der Grundsteinlegung einer neuen Brücke in Prag schloß er seine Ansprache mit den Worten: „Trotzet den Deutschen und seid hart! Hart sei auch der böhmische Schädel!"

Mosaik.

Was von der Bauernfreundlichkeit des Freisinns zu halten ist, geht daraus hervor, daß im „Berliner Tageblatt" dazu aufgefordert wird, die Auswanderung der hinterpommerschen Landarbeiter nach dem Westen Deutschlands zu organisieren. Der Bauernverein „Nordost" solle die Sache in die Hand nehmen, hier habe er ein großes Feld, sich zu bethätigen. Die pommerschen Bauern, die sich vom „Nordost" haben bethören lassen, werden nun hoffentlich einsehen, was sie vom Freisinn zu erwarten haben. Denn unter dem Arbeitermangel, den der „Nordost" herbeiführen soll, würden die Bauern doch nicht weniger zu leiden haben als die Großgrundbesitzer. Die letzteren würden sich schließlich noch eher zu helfen wissen als die Bauern. Nur schade, daß der Freisinn nicht schon vor den Wahlen mit seinen bauernfreundlichen Plänen herausgerückt ist!

Jüdische Berichterstatter. Die Zeitungsschreiber werden vielfach über die Achsel angesehen. Wer hat Schuld daran? Die zahlreichen Juden, die in der Presse beschäftigt sind. Die „D. Tages-Ztg." erzählt einige charakteristische Fälle von dem Treiben der Reporter in Berlin. Als vor einiger Zeit die Prostituierte Singer ermordet wurde, fanden sich bei deren Wirt, dem Schneidermeister Nickel, an einem einzigen Tage nicht weniger als 32 Reporter ein und belagerten förmlich die Wohnung. Nur einem ist es gelungen, den Mann auszuforschen, und der hat bei ihm eine — Hose bestellt. — Wer das kein so schlechter Gedanke, so ging es gelegentlich der Beisetzung einer vor nicht gar langer Zeit verstorbenen hochgestellten Persönlichkeit ärger zu. Anderwandte hatten die Weisung erteilt, Fremde von dem Trauerzimmer fernzuhalten. Nachdem schon verschiedene schwarzgelockte Reporter mit Achselzucken heimgeschickt waren, fiel ein Mann auf, der erbärmlich schluchzte, sich für einen früheren Kammerdiener des Verstorbenen ausgab und durch seine rührenden Bitten auch wirklich Zutritt zum Orte der Aufbahrung erlangte. Am Abend stand in einer jüdischen Zeitung ein geschmackloser Bericht über das, was man von seiten der Angehörigen nicht breitgetreten haben wollte. — Mit besonderer Dreistigkeit, die wohl noch ein unangenehmes Nachspiel haben wird, operierte neulich ein angeblicher Reporter eines Berliner Sensationsblattes. Er erbrecherische Krämpfe und erklärte in der Ubersee, als er sich entdeckt sah, es sei ihm nur um einen intimen Bericht für sein Blatt zu thun gewesen. — Ein besonderes Steckenpferd der jüdisch freisinnigen Presse sind übertriebene Berichte über das Prügeln auf den Berliner Polizeiwachen. Kommt es zur gerichtlichen Verhandlung, so schrumpft der Thatbestand fast immer arg zusammen. Auf den Einfall, sich der Mißhandlung halber auf der Polizeiwache mal selbst durchprügeln zu lassen, ist aber bis jetzt begreiflicherweise noch keiner jener Revolverreporter gekommen. Aus diesen Beispielen dürfte hervorgehen, daß die Presse insgesamt nicht so in der öffentlichen Achtung dastehen kann, wie sie es nach ihrer Bedeutung sollte. Und das wird sich auch nicht ändern, so lange sensationslüsterne, zumeist jüdische, Zeitungsverleger Reporter ihrer Rasse auf das Publikum loslassen.

Die Internationalität der Sozialdemokratie erweist sich vor allem darin, daß die Partei in aller Herren Ländern gleich viel Spitzbuben unter ihren Führern hat. Kürzlich wurde in Hamburg „Genosse" Holm aus Kopenhagen dingfest gemacht, der dort eine große Rolle spielte. Er war Stadtverordneter und Vizepräsident des Stadtverordnetenkollegiums. Als solchem wurden ihm manche Dinge früher bekannt als andern Menschen. Sein Wissen um die Kassenlöne der Stadt verwendete er dazu, sich seine Taschen zu füllen. Auf seine Veranlassung lauste sein Freund Larsen die Grundstücke, derer die Stadt bedurfte, vorher an, und verkaufte dann einen bedeutend höheren Preis. Der Profit wurde dann zwischen Holm und Larsen geteilt, aber in der Weise, daß „Genosse" Holm den Löwenanteil erhielt.

„In einem fühlen Grunde." Lehrer (in der Singstunde den Text des von der Klasse gesungenen Liedes erklärend): „Nun, was war das für ein Ring, von dem der Dichter hier sagt: das Ringlein sprang entzwei —?" — Der kleine Löb Veitelstein, (dessen Vater Juwelier ist): „'s wird sein gewesen einer von die ganz billigen!"

Digitized by Google

Die ganze Unehrlichkeit der Sozialdemokratie wird einem sofort klar, sobald man einen Blick auf ihre intimen Beziehungen zum Großkapital werfen kann. Dem Großkapital vor allem gilt der Kampf der sozialdemokratischen Partei, so wird es Tag für Tag in Wort und Schrift verkündet, und doch wird die Partei von eben demselben Großkapital ausgehalten. Um einen ehrlichen Kampf kann es sich da doch unmöglich handeln; so dumm ist niemand, zu glauben, daß die Kapitalisten ihre ärgsten Gegner mit Waffen ausrüsten würden, die müssen also von deren Ungefährlichkeit oder Unehrlichkeit überzeugt sein. — In Prag haben die tschechischen Sozialdemokraten von großkapitalistischen deutschen Firmen (vermutlich werden die meisten deutschen Namen einen altestamentlichen Klang haben) wiederholt Geldunterstützungen empfangen, bis zu 2000 Gulden im einzelnen Falle. Ein gewisser Vodička, der die Gelder selbst eingesammelt hat, hat das dieser Tage „enthüllt", nachdem er mit seinen früheren Parteigenossen in Zwistigkeiten geraten ist. Auf die erste Anschuldigung hin suchte sich das Organ der „böhmischen" Sozialdemokratie mit der Ausschrei aus der Schlinge zu ziehen, Vodička habe niemals gelagt, woher das von ihm gesammelte Geld stamme. Als aber ganz bestimmte Namen genannt wurden, erklärte das in die Enge getriebene Blatt, daß Vodička die eingesammelten Beträge von deutschen Firmen überhaupt nicht abgeführt habe. Darauf antwortet nun Vodička jetzt energisch, daß die von den Kassenverwaltern der Prager sozialdemokratischen Parteileitung ausgestellten Quittungen über die von Vodička bei den Prager Großkapitalisten zu Gunsten der sozialistischen Fonds eingesammelten Beträge zu jedermanns Einsicht in der Redaktion der „Teln. L." aufliegen. — Das kann ja noch recht heiter werden!

Schulden zu machen ist den Soldaten streng verboten. In den Kriegsartikeln, die zu belesen sie in den Fahneneide sich verpflichten müssen, ist es ausdrücklich mit Strafe bedroht. Als eine Gewissenslosigkeit sondergleichen muß es daher bezeichnet werden, wenn jemand einen Soldaten zu verleiten sucht, Schulden zu machen. Das thut das „Warenhaus für Bekleidung und Wohnungseinrichtung" von G. Guttmann zu Mainz, Schusterstr. 43, vor längerer Zeit gethan, indem es sich in gedruckten Schreiben, die an Unteroffiziere der Garnison mit „Legitimations-Karten" auf den Namen des Adressaten lautend, gerichtet waren, erbot, ohne jede Anzahlung Waren auf Kredit zu verabfolgen. Ein solches Anschreiben mit der sogenannten Legitimationskarte ging uns neulich zu. Auf der Rückseite der Karte steht folgende Bitte: „Diese Karte bitte ich wohl aufzubewahren, damit dieselbe nicht von unberufener Seite sie zu Ihrem Nachteil benutzt werden kann."

Das Wort „Jude", auf einen Juden angewandt, ist von deutschen Gerichten schon mehrfach als Beleidigung erklärt und bestraft worden. Das in Hamburg erscheinende „Israelitische Familienblatt" schreibt in seiner letzten Nummer, der vom 27. Juli: „Der Name Jude ist trotz allen Gegetes und Gesolfes unserer heidnischen Feinde (Sind damit die christlichen Deutschen gemeint? D. Schr.) ein Ehrenname, ein Adelsdiplom, ein Adelsdiplom, dem gegenüber das der ältesten der adligen Geschlechter moderner Völker einem dürren Blatte gleicht, das der leiseste Windhauch in den Kehricht weht." — Wenn die Juden selbst einen so hohen Wert auf den Namen „Jude" legen, dann sollten, meinen wir, die Gerichte doch den Gebrauch des Ausdrucks, sofern Juden damit getroffen werden, für strafbar erklären.

Sozialdemokratische Lebenskunst. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dreesbach in Karlsruhe hatte einen Parteigenossen, der in einer Weinwirtschaft erklärt hatte, daß, wenn er die Dreesbachschen Einnahmen von 7—8000 Mark hätte, er auch Klavischen gehen würde, beim Kragen gepackt, der Krawatte beraubt und bedroht: „Ich nahe Ihnen auf die Schnut!" Der sozialdemokratische Redakteur Kessler hatte den auswanderungslustigen Parteigenossen einen Schuft genannt. Vor Gericht kam ein Vergleich zu stande. Dreesbach erklärte, er habe keine beleidigende Absicht gehabt. Er übernahm sämtliche Gerichtskosten und erklärte sich bereit, 20 Mark an das Diakonissenhaus der Niederdrunner Schwestern zu zahlen. Der Redakteur Kessler spendete diesen Anstalten 30 Mark.

Das Wesen des Konkurses erklärte ein australischer Häuptling, der durch den Bankerott eines weißen Ladeninhabers 800 Mark verloren hatte, seinen Unterthanen in folgender Weise: „Der Palehu" (weiße Mann), der „pakarapu" (bankerott) werden will, fängt ein Geschäft an, kauft einen Haufen Waren und zahlt nichts für sie. Er schart dann so viel Geld zusammen, als er kann, sagen wir 10 000 Mk. und bringt alles, außer 100 Mk. bei Seite, wo es niemand finden kann. Mit den 100 Mk. geht er zum Richter und sagt ihm, er wünsche „pakarapu" zu werden. Der Richter ruft dann alle Advokaten zusammen und alle die Leute, denen der „Palehu" Geld schuldet, und sagt: Dieser Mann ist „pakarapu", aber er möchte Euch also geben, was er hat, und er bittet mich deshalb, diese 100 Mk. unter Euch zu verteilen. Der Richter giebt dann den Advokaten 80 Mk. und die übrigen 20 Mk. den andern Leuten. Dann geht der „Palehu" nach Hause." — Den Kern der Sache hat der australische Mann jedenfalls richtig erfaßt.

Bezüglich des Impfzwanges hat auch das englische Oberhaus einem Gesetzentwurfe zugestimmt, wonach diejenigen Personen dem Impfzwange nicht unterliegen, die vor zwei Richtern die Erklärung abgeben, daß sie gegen die Impfung Gewissensbedenken haben.

Unlauterer Wettbewerb. In der Stuttgarter Filiale des bekannten Großbazars **Hermann Tietz** sah jemand eine imitierte Ebenholzsäule von mehr als einem Meter Höhe, die im Schaufenster mit 2,75 M. ausgezeichnet war. Er wollte dieselbe kaufen; im Laden wurde ihm aber eröffnet, der Preis sei 5,50 M. Die Preisangabe 2,75 M. bezieht sich auf eine daneben hängende Uhrkette. Als der Käufer dann einen Schutzmann holte, war die Preisnotierung bereits entfernt, doch sah p. Tietz veranlaßt, die Säule doch zum angegebenen Preise abzugeben.

Sozialdemokratische Ehrenmänner. Wegen Verunreinung von Parteigeldern in Höhe von 7—8000 Mark wurde in Bremerhaven der sozialdemokratische Stadtverordnete Grunow in Haft genommen. Der „Vorwärts" nennt die unterschlagene Summe, wie zur Entschuldigung, eine „koppelle" und meint, in den bürgerlichen Parteien käme so etwas auch vor. Ganz gewiß! Aber in keiner Partei sind die Unterschlagungen so an der Tagesordnung wie in der sozialdemokratischen. Es vergeht ja kein Monat, ohne daß mehrere solche Fälle bekannt würden.

Wie sich der Herr Minister-Präsident amüsiert. Kürzlich fand in Wien in dem zur Jubiläums-Ausstellung gehörigen „Wie nedig in Wien" das Fest der „Typen von Alt- und Neu-Wien" statt. Da fehlte auch nicht eine einzige der bekannten Wiener Typen: der Fiaker, der Wasserer, die Naschmarkt-Standlerin, die hannakische Kindsmagd, der Hausmeister, sie waren alle vertreten und wurden reichlich mit Papierschnitzeln beworfen. Dasselbe Schicksal widerfuhr aber auch einem hochgebauten, hageren Herrn, dessen Gestalt stets dort zu sehen war, wo die Schnitzelschlacht am heftigsten tobte. Sorglos und mit affektierter Jugendlichkeit stürzte er sich in das Treiben, dabei verschiedene Späße zum Besten gebend. So klopft er einer jungen Dame auf die Schulter, sie dreht sich um und — hat auch schon eine Hand voll mit grüner Kreide geschredderter Papierschnitzel im Gesicht. Die zarten Augen thränen zwar, doch sie ist keine Zeit mehr zu irgend einer Bemerkung, denn schon „arbeitet" der belegte Herr zwanzig Schritte weiter entfernt. Er lüftet seinen Hut vor einer feinen Jüdin, und auf das weiße Haar derselben ergießt sich der unter der Hutkrempe verborgen gewesene Schnitzel. Sie lächelt holdselig und wirft dem Kavalier eine Hand voll Papierschnitzel zu, sie hat ihn erkannt und flüstert es glückstrahlend dem an ihrer Seite einherwackelnden Gatten zu: „Moritzl, denk der, dös is der — Thun!" Und sie hatte Recht, die Dame aus der Leopoldstadt: es war der Kabinettschef Graf Thun, der sich nach den Bitternissen der unverbindlichen Konferenzen allabendlich nach „Venedig" flüchtet, mit Halbverkleidamen ein verbindliches Lächeln tauscht und der Welt so den Nachweis zu erbringen trachtet, daß es um des Staates Angelegenheiten nie besser bestellt gewesen sei als gegenwärtig.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königsstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: i. V. Herm. Beyer, Leipzig.
Druck: G. Reusche, Leipzig.

Digitized by Google

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich Mk. 1.50 bei den Postanstalten (Post-Zeitungsliste Nr. 1196) und Buchhandlungen. Unter Kreuzband Mk. 2.

Herausgegeben von Max Liebermann v. Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Anzeigen: die 6-gespaltene Petit-Zeile 25 Pfennige. Beilagegebühr: Königstraße Nr. 27, Leipzig.

XIII. Jahrgang. | Leipzig, 18. August 1898. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Juden-Frage. Otto Glagau. | Nr. 522.

Inhalt: Was soll mit der „Reichsbank" geschehen? — Auf dem Wege zum Industriestaate. — Der Kampf gegen das Slawentum. — Johann von Schwarzenberg. — Tänische und polnische Frechheiten. — Der Hausierhandel mit Vieh. — Das Ziel der Sozialdemokratie. — Die hornbummen Juden. — Englische Sorgen. — Das christliche Bekenntnis ist . . . Unsinn! — Jüdische Schüler auf höheren Lehranstalten in Preußen. — Ausland. — Mosaik. — Parteinachrichten. — Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen. — Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat. — Jüdische Ritter, Kommissions- und Kommerzienräte usw.

Was soll mit der „Reichsbank" geschehen?

Die Hochfinanz wird eine solche Frage einfach lächerlich finden und erklären: die „Reichsbank" bleibt was sie ist, nämlich eine Einrichtung für die große Bankwelt, um auf Kosten der Allgemeinheit stetig billiges Geld zu haben.

Billiges Geld? Wieso? wird mancher gute Deutsche fragen, dem unsre Geld- und Währungsverhältnisse ein Buch mit sieben Siegeln geblieben sind. Denn es ist leider nicht hinwegzuleugnen, daß die übergroße Mehrzahl der deutschen Bürger und Bauern einen Artikel oder eine Schrift sofort ungelesen aus der Hand legt, wenn darin etwas dergleichen behandelt wird. „Wie kann es billiges und teures Geld geben!" Dieser verwunderte Ausruf ist uns schon oft entgegengeschallt, wenn wir in kleinem Kreise die Rede auf dieses anscheinend schwierige und doch so einfache Thema brachten.

Wird eine Ware knapp und bleibt die Nachfrage dieselbe, so ist es doch natürlich, daß ihr Preis steigt. Kommt dagegen die Ware plötzlich in Massen zum Angebot, so bewegt sich der Preis rasch nach abwärts. Genau so ist es mit dem Gelde oder vielmehr mit dem Golde. Fließt der „Reichsbank" mehr Gold zu als sie brauchen kann, so setzt sie den Zinsfuß für den Wechsel- und Lombard-(Beleihungs-)verkehr herab. Nun steigert sich aber plötzlich der Begehr nach Gold. Oder es fällt irgend einem Großbankier ein, einige Millionen Gold ins Ausland zu verkaufen. Er nimmt dann seine beleihbaren Wertpapiere oder das „Papiergeld der „Reichsbank" oder Wechsel, läßt sich dafür entsprechend den Bestimmungen nach § 18 des Bankgesetzes „kursfähiges deutsches Gold" auszahlen und schafft dieses nach Argentinien, Serbien oder Griechenland. Das Gold wird infolgedessen bei uns knapp, und da die „Reichsbank" immer eine bestimmte Reserve in Metall haben muß, setzt sie schleunigst den Zinsfuß hinauf, um den weiteren Goldabfluß zu verhüten. Beide Bewegungen macht der gesamte Handels- und gewerbliche Verkehr mit, denn die Geschäftswelt ist doch nun einmal von den vielen großen und kleinen Banken abhängig. Es leiden also unter solchen Zuständen alle Kreise im Deutschen Reiche, nicht nur die unmittelbar beteiligte große und kleine Geschäftswelt, sondern auch alle andern Leute, mögen sie mit der „Reichsbank" in Verbindung stehen oder nicht. Ja, die Schwankungen des „Reichsbank"-Zinsfußes (Diskont) beeinflussen sogar den Zinsfuß der Hypotheken. Nur die Hochfinanz geht immer unbehelligt aus, denn sie ist es ja meist, die solche Bewegungen ins Werk setzt und sich infolgedessen frühzeitig vorsehen kann und auch versteht. Die „Reichsbank" nun selbst schafft sich auf Grund des ihr leider gesetzlich zugestandenen unen Vorrechtes billig Geld in Hülle und Fülle, indem sie Papier mit den Worten „Hundert Mark" oder „Tausend Mark" bedrucken läßt und auf diese Weise „Reichsbanknoten" herstellt. Dafür hat sie nichts weiter zu tragen als die höchst geringen Herstellungskosten und die Verpflichtung, für ein Drittel aller ausgegebenen Noten in ihren Geldschränken Deckung in gemünzten oder ungemünzten Gelde liegen zu haben. Für die andern beiden Drittel sind gute Wechsel oder zinstragende sichere Papiere aufzuweisen. Das Exempel ist demnach furchtbar einfach. Die „Reichsbank" hat ein Aktienkapital von einhundertzwanzig Mill. Mark zu verzinsen, das ist also ihr eigenes Geld. Sie hat im letzten Jahre an eigenen Noten ausgegeben durchschnittlich elfhundert Millionen Mark. Davon mußte ein Drittel baar gedeckt sein, wodurch es natürlich keinen Gewinn bringt; achthundert Millionen Mark aber verzinsen sich, ohne nach irgendeiner Seite irgendwelche Abgaben zu leisten zu haben. Die Aktionäre der „Reichsbank" arbeiten also Jahr aus Jahr ein durch dieses Banknotenprivilegrecht insgesamt mit ungefähr neunhundert Millionen, wovon nur der neunte Teil von ihnen selbst hergegeben war. Die Zinsen für dieses ungeheure Kapital sollen natürlich nicht vom Himmel, sondern irgend jemand muß sie doch bezahlen, denn der Gesamtgewinn betrug im vorigen Jahre beinahe zwanzig Millionen Mark. Woher diese Summe stammt, kann man in den Nummern 508 und 509 der „Deutsch-Sozialen Bl." aus den dort angegebenen Zahlen sich berechnen. Zu denselben Schlüssen, nämlich daß die kleinere Geschäftswelt die hohen Gewinne der „Reichsbank" aufbringen muß, kommt jetzt auch die „Köln. Volksztg.". Sie schreibt:

„Der Giro-Verkehr, der den Hauptumsatz der deutschen Reichsbank ausmacht, trägt nur wenig zur Verzinsung des Kapitals der Reichsbank bei; fast neun Zehntel des Überschusses der Bank rühren vom Beleihungs- und Wechsel-Verkehr her, an dem aber die gesamte, und namentlich auch die kleinere Geschäftswelt beteiligt ist. Diese hat im Jahre 1897 im Wechsel- und Beleihungs-Geschäft die Reichsbank 29 Millionen Mark verdienen lassen, während die Bank von Frankreich bei einem Zinsfuß von 2 v. H. (gegen 3,8 v. H. der Reichsbank) statt der 24 Millionen Mark nur 13,2 Millionen Mark im Wechsel-Verkehr und im Beleihungs-Geschäft bei 3 v. H. (gegen 4,8 v. H.) statt 5 nur 3,1 Millionen Mark, zusammen also blos 16,3 Mill. Mark, oder 12,7 Millionen Mark weniger als die Deutsche Reichsbank, alles bei gleichen Umsätzen wie diese, berechnet haben würde; mithin hätte der deutsche Handels- und Gewerbestand, wenn er seine Wechsel- und Beleihungs-Geschäfte mit der Bank von Frankreich hätte machen können, im Jahre 1897 die Kleinigkeit von 22,7 Millionen Mark ersparen können.

Allein damit ist die Höhe seiner Mehrbelastung noch lange nicht erschöpft. Nach dem amtlichen Zinsfuß der Deutschen Reichsbank richtet sich nämlich bekanntlich nahezu das gesamte Zins-, Kredit-, Leih- und Diskont-Geschäft im ganzen Deutschen Reiche.

Nun hat aber die Deutsche Reichsbank nur ein Grundkapital von 120 Mill. Mk., die Gesamtheit der 146 andern deutschen Noten-, Kredit- und Hypotheken-Banken aber ein solches von 1853 Mill. Mark; man wird daher kaum fehl gehen, wenn man annimmt, daß diese letztern etwa den fünfzehnfachen Umsatz der Reichsbank im Kreditverkehr machen. Läßt man dies gelten, so kommt man zu den Ergebnisse, daß der Verlust der deutschen Geschäftswelt im Jahre 1897 gegenüber der französischen auf 15×12,7 Mill. Mark oder auf rund 190 Mill. Mark sich berechnet. Neben all' diesen Bank-Instituten bestehen aber in Deutschland noch viele zum Teil sehr bedeutende — wir erinnern nur an M. A. v. Rothschild & Söhne in Frankfurt a. M. — Privat-Bankgeschäfte, Darlehens- und Spar-Kassen, deren Zinsfuß mittelbar oder unmittelbar von den Schwankungen des amtlichen Zinsfußes der Reichsbank berührt wird, und man wird

Digitized by Google

nicht zu weit gehen, wenn man den Umsatz all' dieser Banken im Wechsel- und Beleihungs-Geschäfte dem Jünftlichen der Reichsbank gleichstellt. Dann würde man also zu den Ergebnis gelangen, daß das geld- und kreditbedürftige Publikum in Deutschland insgesamt um wenigstens das Zwanzigfache dessen höher belastet wird, was die Deutsche Reichsbank ihren Kunden mehr abnimmt, als die Bank von Frankreich, oder daß der Verlust der deutschen Geschäftswelt im Vergleich mit der französischen im Jahre 1897 die Höhe von 254 Millionen Mark erreicht hat. Was diese Summe für die Schwächung der Wettbewerbskraft des deutschen Handels, des deutschen Gewerbes und der deutschen Landwirtschaft bedeutet, brauchen wir wohl nicht einmal anzudeuten. Und wer hat den Vorteil davon? Das Bankgeschäft in seiner verschiedenartigen Form. Wo aber ist der Ausgangspunkt dieser Schwächung der deutschen Wettbewerbskraft zu suchen? Bei der Zinsfußpolitik der Deutschen Reichsbank.

Die Reichsbank ist nicht dazu da, eine Erwerbs-Gesellschaft zu bilden; dies geht schon daraus hervor, daß § 24 des Bankgesetzes für den Fall eines 6 v. H. überschreitenden Gewinnes ganz bestimmte Verteilungs-Bestimmungen hinsichtlich des Gewinn-Überschusses vorsieht.*) Die Reichsbank ist auch nicht dazu da, eine Einnahmequelle für den Reichs-Fiskus zu sein, und wenn sie es doch ist, so sollte man schon darauf den Schluß ziehen, daß sie der Umgestaltung bedarf, um ihrer ursprünglichen Aufgabe wieder näher gebracht zu werden.

Läßt unser Geldumlauf nicht zu wünschen übrig? Haben wir nicht stets mit der Sorge um die Behauptung unsrer Goldbestände zu thun? Mußten wir nicht, um nicht die Opfer der Jagd nach dem Golde zu werden, innerhalb fünfzehn Monaten hundert Tage einen amtlichen Wechsel-Zinsfuß von 5 v. H hinnehmen, während die Bank von Frankreich gegen den Gold-Abfluß mit leichter Mühe sich schützt, indem sie die Noten mit Silber einlöst, wenn sie merkt, daß das Ausland ihr Gold abzapfen will, oder so viel Aufgeld für das Gold verlangt, daß entweder die Goldjäger mit langer Nase abziehen, oder sie selbst in der Lage ist, das ihr dennoch entzogene Gold von audrer Seite wieder an sich zu ziehen?

Freilich, ein amtlicher Zinsfuß von 3, geschweige denn 2 v. H., wie ihn die Bank von Frankreich nunmehr seit Jahren festhält, hätte der deutschen Reichsbank im Jahre 1897 nur eine Verzinsung mit etwa 5 v. H. gebracht, und das Reich wäre dabei ziemlich leer ausgegangen. Allein was würde für dieses eine Einbuße von etwa zehn Millionen Mark bedeuten haben, gegenüber einer Ersparnis von 254 Millionen Mark, die der deutschen Geschäftswelt, wie wir dargelegt haben, dann beschieden gewesen wäre? Auf diese sollte aber doch in erster Reihe Rücksicht genommen werden. So aber, wie die Dinge heute liegen, haben nur die großen Geldmächte den Vorteil von den Einrichtungen der Reichsbank. Sie sehen im Giro-Verkehr mit ihr 119 Milliarden Mark um, die kleinen Wechsel-Einreicher und Beleihung Suchenden aber nur $9^{1}/_{4}$ Milliarden; trotzdem muß die letztere Gruppe neun Zehntel des Ertrages der Reichsbank aufbringen, während der Giro-Verkehr nahezu gar nicht belastet wird. Die große Geldwelt erspart durch den Giro-Verkehr sämtliche Beförderungskosten für die Baarsendungen im Ein- und Ausgang*); den weitaus größten Teil der Lasten aber müssen die kleinen, unmittelbaren Kunden der Bank tragen, obwohl die Ausdehnung des Giro-Verkehrs die Umsätze der Reichsbank verdoppelt hat, womit selbstverständlich auch die Selbstkosten der Verwaltung der letzteren ganz erheblich gestiegen sind. Wer diesen Erwägungen zugänglich sich zeigt, wird nun leicht die dithyrambischen Lobsprüche verstehen, mit welchen die Vertreter der großen Geldmächte bei jeder Gelegenheit die Verwaltung der Reichsbank in Reden und in der Presse so reichlich zu übergießen pflegen.

Das Zentrumsorgan hat also die Schäden wohl erkannt, die der sogenannten „Reichsbank" anhangen. Die Frage ist nun: Wie kann aus der jetzigen „Reichsbank" eine wahre und volle Nationalbank werden, deren Hauptaufgaben in der Regelung des Geldumlaufes, Beschaffung von Geldern und Erleichterung der Zahlungsausgleichungen bestünden und zwar nicht nur für die Hochfinanz. Und diese Frage beantwortet die „Köln. Volksztg.", indem sie sich gegen die Verstaatlichung ausspricht! Eine „Nationalbank" in Privathänden als Aktien-Unternehmen! Wie kann da noch davon die Rede sein, daß für die Allgemeinheit wirklich etwas ersprießliches herauskommt! Israel wird es genau wie bisher einzurichten wissen, daß nur ihm der Vorteil eines solchen Unternehmens zukommt, wie es stets im Stande gewesen ist, alles für sich zum Besten zu lenken.

Als im November 1889 das jetzt zu Recht bestehende Bankgesetz dem Reichstage zuging, rief die „Frankf. Ztg." des Herrn Löb Sonnemann triumphierend aus: „Es gereicht uns zur Befriedigung, daß die verbündeten Regierungen in dem vorliegenden Gesetzentwurfe sich unsern Vorschlag bis auf die kleinsten Einzelheiten angeeignet haben." Wir meinen, wenn ein Blatt von der Richtung der „Frankf Ztg." mit einer gesetzgeberischen Maßregel auf dem Gebiete des Finanzwesens zufrieden ist, dann ist es hohe Zeit, das Entgegengesetzte zur That werden zu lassen. Die letzte Verlängerung des Reichsbank-Privilegiums bedeutete einen Sieg des vereinigten Großkapitalismus und des Parikularismus und Bedenken letzterer Art scheinen uns auch aus der Stellung der „Köln. Volksztg." zu blicken. Es ist ein offenes Geheimnis, daß man in süddeutschen Regierungskreisen deshalb einer Verstaatlichung der „Reichsbank" abhold ist, weil dadurch die Reichsgewalt und der Reichsgedanke gekräftigt und zugleich mit den noch bestehenden Zettelbanken*) leichter aufgeräumt werden könnte. Diese Banken glauben aber gewisse süddeutsche Politiker nicht entbehren zu dürfen. Sie überlehen dabei ganz, daß der Staat wohl jene Banken entbehren, aber die Banken nicht den Staat oder vielmehr ihr Banknoten-Privilegium. Nimmt man ihnen dieses, so hören ihre großen Gewinne und damit die Grundlagen ihres Bestehens auf. Da liegt der Hund begraben!

Es ist wirklich schlimm, daß drei Jahrzehnte nach Begründung des Deutschen Reiches der Reichsgedanke noch mit solchen Vorurteilen zu kämpfen hat. Was dem Ganzen frommt, kommt auch den einzelnen Teilen zu Gute und das sollte man auf jener Seite wirklich endlich einsehen.

Diese Stellungnahme des Zentrums, das zweifellos aus der „Köln. Volksztg." spricht, rückt die Verstaatlichung der „Reichsbank" mindestens auf weitere zehn Jahre hinaus. Denn daß Nationalliberale, Freisinnige und Sozialdemokraten ganz damit einverstanden sein werden, liegt bei diesen Börsen- und Manchesterparteien klar auf der Hand. Wie es scheint, ist von der Regierung auch nicht zu erwarten, daß sie sich aufraffen und die Staats- und Volksinteressen gegen die Interessen des Großkapitals wirksam vertreten wird. In bimetallistischen Kreisen wird nämlich seit einiger Zeit glaubwürdig versichert, die maßgebenden preußischen Bundesrats-Bevollmächtigten hätten sich den Anschauungen jener süddeutschen Staatsmänner angeschlossen.

Man kann also in diesem Falle mit dem seligen Dr. Windthorst ausrufen: Die Börse hat schon mehr zu sagen als der Bundesrat!

Damit es besser werde, muß die erste und nächste Sorge jedes Deutschen sein: Dauernde Aufklärung aller Volkskreise über die wahre Bedeutung der Reichsbank-Frage! Und das ist eine Aufgabe für die Redner und Vereine der deutschsozialen Reformpartei, die sich besser lohnt als manche öde Phrasendrescherei und manches kleinliche Parteigezänk. Also frisch ans die Arbeit!

L. H.

Auf dem Wege zum Industriestaate.

Im Interesse einer kleinen Minderheit von Fabrikanten und Börsenjobbern hält es der Liberalismus und das mit ihm eng verbundene Manchestertum für nötig, das vorwiegend acker-

*) Die aber in der jetzigen Form erst aus dem Jahre 1891 stammen.

**) Und entgiebt dadurch dem Reichsäckel noch weitere Summen, die ihm sonst in Gestalt von Post-Beförderungsgebühren zufließen würden.

*) Banken, die wie die „Reichsbank" das Recht zur Ausgabe eigener Noten haben.

Digitized by Google

bauptreibende Deutsche Reich allmählich in einen Industrie- und Handelsstaat umzuwandeln. Seit Jahrzehnten ist unsre Gesetzgebung darauf zugeschnitten, das mobile Kapital derart zu bevorzugen, daß es den Grund und Boden vollständig in seine Klauen bekommt. Um dies in immer größerem Umfange bewerkstelligen zu können, mußte das platte Land entvölkert werden. Zu dem Zwecke war es nur nöthig, die industrielle Thätigkeit in den Städten so zu heben, daß vorübergehend eine Art von Arbeitermangel entstand, und nun hatte man es leicht der ländlichen Arbeiterbevölkerung vorzurechen, sie könne nichts besseres thun, als die lästige „Knechtschaft" der Großgrundbesitzer abzuschütteln und sich das Zuckerbrot der Fabrikanten in der Großstadt zu Gemüte zu führen.

Die goldenen Zeiten des ersten „Aufschwungs" waren bald vorbei. Die zu Anfang wirklich hohen Löhne bildeten den Anziehungspunkt für weitere Arbeitskräfte. Das derart entstandene Massenangebot machten sich die Unternehmer bald zu Nutze, sie „verbilligten" ihre Arbeitslöhne und stellten zu gleicher Zeit weibliche und jugendliche Arbeiter ein, die natürlich keine großen Ansprüche machten. Dazu kam noch ein andrer Punkt. Durch die sprungweise Entwickelung der Großstädte trat nämlich eine Steigerung der Wohnungspreise ein, die den Vorteil der höheren Löhne gegenüber den ländlichen Verhältnissen nicht nur aufwog, sondern sogar überwog. Daraus haben sich nun die Zustände entwickelt, die wir heute in dem Häusermeer der Großstadt beobachten können, und die nach außen hin die Gefängnisstatistik und die Zahlen der sozialdemokratischen Stimmen bei den Wahlen zum Reichstage bekunden.

Die Wehrzahl der europäischen Staaten, aus denen mehr oder minder brauchbare Nachweisungen zu Gebote stehen, führen die Landwirtschaft und die ihr verwandten Zweige der Urproduktion als die Berufe auf, die erheblich mehr Bewohner ernähren als alle andern Berufsarten. So leben von den agrarischen Gewerben in der Schweiz 42 v. H., in Dänemark 45,2 v. H., in Frankreich 48,8 v. H., in Schweden 54,8 v. H., in Norwegen 55,2 v. H., in Österreich 58,8 v. H. und in Ungarn sogar mehr als 75 v. H. der Gesamtbevölkerung. Eine solche über die Gesamtheit aller übrigen Berufsarten hinausgehende Verbreitung der land- und forstwirtschaftlichen Verhältnisse ist im Deutschen Reiche nicht mehr vorhanden.

Selbstverständlich muß auch das Handwerk unter diesen veränderten Verhältnissen leiden. Es wurde mit in den Strudel hineingezogen, der in dem reißenden Strome „Industriestaat" sein Ende findet. Wohin das führen muß, ist klar und deutlich aus den Ergebnissen der letzten Gewerbezählung zu entnehmen. Noch und noch erst kommen die die einzelnen Landesteile betreffenden Zahlen in die breite Öffentlichkeit, trotzdem die eigentliche Zählung schon Mitte Juni 1895 vorgenommen wurde. So finden wir die in den nachfolgenden Ausführungen benutzten zahlenmäßigen Angaben in einer Beilage des württembergischen „Staats-Anzeigers" vom 28. Juni d. J.

Danach sind im Königreich Württemberg seit dem Jahre 1882, in dem die letzte Berufszählung im Deutschen Reiche vor sich ging, bis auf die Hälfte oder noch weniger zusammengeschmolzen die Nagelschmiede, Schlosser, Spinner und Weber aller Art, Häkeler, Stricker, Brauer und Korsettmacher, die allein, also ohne Gesellen, Gehilfen oder Lehrling ihr Handwerk betrieben. Diese selbständigen Alleinbetriebe sind bei den Schlossern von 664 auf 332, bei den Seidenwebern von 139 auf 9, bei den Wollenwebern von 451 auf 107, bei den Baumwollenwebern von 1757 auf 240, bei den Leinenwebern von 1597 auf 726, bei den Häkelern und Strickern von 872 auf 390 und bei den Brauern von 332 auf 143 zurückgegangen. Dafür sind die Fabrikbetriebe auf diesen Gewerbegebiete ganz enorm gewachsen. Die Zahl der beschäftigten Personen in der fabrikmäßigen Schlosserei ist gestiegen von 437 auf 2303, in der Seidenweberei von 552 auf 1465, in der Baumwollweberei von 7230 auf 14094, in der Leinenweberei von 552 auf 1465 und in der Häkelei und Strickerei von 1832 auf 7566.

Auch bei allen andern Alleinbetrieben zeigt sich die Abbröckelung zu Gunsten der Fabrikbetriebe mehr oder minder stark. Die Kleineren unter diesen wurden aber ebenfalls weiter zurückgedrängt oder vielmehr von den Größeren wieder aufgesaugt. Der handwerksmäßige Betrieb der Spinnerei, Weberei, Strickerei, Seilerei usw. ist am Aussterben, während eine ganze Anzahl andrer Handwerker und zwar hauptsächlich in den Landstädten und auf dem platten Lande selbst zu ihrem eigentlichen Berufe, aus dem sie hervorgegangen sind, zurückkehren. Das betrifft vor allem die Klempner, Schmiede, Schlosser, Stellmacher, Uhrmacher, Sattler, Tüchler, Böttcher, Bäcker, Fleischer, Schuhmacher, Maurer, Zimmerer, Töpfer usw. Sie haben früher aus dem Handwerk ihre Hauptnahrung gezogen und nur nebenbei ihren Grundbesitz bewirtschaftet. Jetzt lohnt sich jenes nicht mehr und nun ist dieser der Hauptstützpunkt geworden. Es ist aber klar, daß bei den heutigen Grund- und Boden-Verhältnissen ein Hinabsinken in den Stand der einfachen Handarbeiter auch bei diesen Leuten nur eine Frage der Zeit ist.

Ganz ungehener zugenommen hat der Handel aller Art, nämlich um 70,5 v. H., während die Zunahme in der Industrie wenigstens nur 29,5 v. H. darstellt. Es kann also hier mit Recht von einem förmlichen Herandrängen in den Handel gesprochen werden. Geradezu beängstigend wird aber die Vermehrung der Schankstätten und Wirtschaften. 1882 gab es auf diesem Gebiete nur 12 513 beschäftigte Personen, 1895 dagegen 25 879. Auch hier haben die Alleinbetriebe, die Betriebe ohne Gehilfen, abgenommen, nämlich von 3983 auf 1263. Die Wirtschaften mit Gehilfen dagegen sind von 3646 auf 10 685 angewachsen, darunter allein 329 (1882 : 126) Betriebe mit zwölf und mehr Gehilfen.

Also überall dasselbe Bild: Zurückdrängung der kleinen, Vernichtung der Einzel-Existenzen zu Gunsten der großen Betriebe. Eine einzige Ausnahme macht die Landwirtschaft; hier haben beide Betriebsarten derart abgenommen, daß für die Zukunft das Schlimmste zu befürchten ist. Unbestreitbar fest steht, daß vom Acker her die Lebensströme in alle andern Wirtschaftsgebiete fließen, denn das Land bildet vornehmlich für die gewaltigen Steinhaufen, die man Großstädte oder auch Wasserköpfe nennt, einen Quell für die Erneuerung und Kräftigung ihres Menschenmaterials. Es stellt aber auch den Brunnen dar, aus dem sich unser Heer verjüngt. Was soll also aus beiden werden, wenn der stete Kräfteabfluß die Landbevölkerung immer weiter degenerirt und sie von der Scholle entfernt?

Das unbeweglichste Landeigentum giebt dem Gemüte eine einfache, sittliche und gesetzmäßige Stimmung, dem Geiste ein beharrliches Festhalten am Alten, Hergebrachten, Bestehenden, dem Charakter ledenschaftslose Ruhe und nüchterne Besonnenheit. Menschen mit diesen Eigenschaften halten es für das Wünschenswerteste, daß in der Gesellschaft wie in der Natur die Bewegungen einen regelmäßigen, ununterbrochenen und immer gleichen Gang haben möchten. Das ist ein fester Stützpunkt für die gesellschaftliche Ordnung, der es allein verhindern kann, daß unser Staat leicht aus den Angeln gehoben werden wird. Der von der Großstadt- und Großmannssucht noch nicht angekränkelte Bauer und ackerbautreibende Handwerker bildet in der politischen Welt also eine Kraft der Beharrung, die den Staat in seiner Bahn festhält und es verhindert, daß er aus einem Winkel in den andern geschleudert wird.

Industrie und Handel haben durch besondre Gesetze sich reichlichen Schutz zu verschaffen gewußt, und dem Bauern werden heute ähnliche Bestrebungen als etwas ganz unerhörtes verdacht. Dem Handwerker rechnet man es als „traktionäre Zunftbestrebungen" an, wenn er seinen Stand von unlauteren Elementen freihalten und sich mit Seinesgleichen zusammenschließen will. Beide Stände haben leider zu lange die einführende Thätigkeit der Volksvertretungen bei der Gesetzgebung unterschätzt und übersehen. Es ist deshalb Pflicht einer einsichtreichen Regierung, sich nicht erst drängen zu lassen, sondern selbst mit anzupackenden Reformvorschlägen zu kommen.

Kleine Mittel und Mittelchen helfen hier nichts oder doch nur vorübergehend. Hilfe muß aber im Interesse der ganzen deutschen Bevölkerung bald geschaffen werden, mag es nun den Herren vom Stamme Sem und ihrem Troß angeuehm sein oder nicht. Die erste Hilfe werden uns hoffentlich die neuen Handels-

Digitized by Google

verträge bringen und die zweite erwarten wir von der Verstaatlichung der Reichsbank. Sollten sich im Reichstage Männer finden, die unsre Freizügigkeit entsprechend einschränken, und in den Einzel-Landtagen solche, die mit dem Konsumvereins-Unwesen und der Bazar-Wirthschaft aufräumen könnten, so würden wir das alles recht gern mit in den Kauf nehmen und von den nächsten Wahlen weiteres erhoffen.

Leider sieht es bis jetzt nicht danach aus, als ob die Mehrheit im Palaste am Königsplatze zu Berlin die Absicht hätte, dafür Sorge tragen zu wollen, daß unsre ganze Wirtschaftsgesetzgebung ihren Ausgang von der Landwirtschaft nehme, und daß damit der künstlichen Entwicklung des Deutschen Reiches zum Industrie- und Handelsstaate Einhalt gethan werde.

Pt.

Der Kampf gegen das Slaventum.

Wie uns die Vorgänge in Österreich-Ungarn und in unsern eigenen polnischen Landesteilen lehren, gewinnt die allslavische oder panslavistische Bewegung von Jahr zu Jahr an Umfang und Festigkeit. Völker, die noch vor kurzem still in ihrem Volkstume dahinlebten, sind von dem alles durchdringenden und belebenden allslavischen Gedanken erfaßt worden und mit Hintansetzung und Nichtachtung aller politischen Staatsverbände jenem großen Heerlager zugeführt worden, in dem sich Völker befinden, die früher von einander kaum eine Ahnung, geschweige denn ein Gefühl der Gemeinsamkeit hatten. Verschiedene Sprache und Gesittung waren kein Hindernis, das die Herzen, die Gefühle und Bestrebungen auseinander gehalten hätte; alle fühlen sie sich als Glieder der großen slavischen Völkerfamilie.

Und wenn wir nun fragen, was ist es, das jene seither einander feindlen Völker zusammengeführt hat, was sie eine Bewegung hat ins Leben rufen lassen, die von der größten Innigkeit und Brüderlichkeit getragen ist?

Wer die Antwort noch nicht gewußt haben sollte, dem sei sie kurz gegeben: Der Haß gegen das Germanentum, der tötliche Haß gegen alles, was germanisch heißt und ist, der ist das feste, dauernde Bindemittel, das jene Völker unauflösbar zu einander geführt. Er hat den Weg, die Brücke über jene Kluft gebildet, die seither verschiedene Sprache und Gesinnung hatten, entstehen lassen.

Der Gegensatz zwischen Germanentum und Slaventum bildet Anfang und Ende aller jetziger europäischer Politik.

Nach dem Osten hat deshalb das germanische Volk seine Augen zu richten, der Westen bringt ihm keine Gefahr. Er bereitet sich ein Rassenkampf des All-Slaventums gegen das All-Germanentum vor.

Vorerst ist die panslavische Bewegung vor allem gegen das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn gerichtet.

Wie jeder Kampf durch Vorpostengefechte eingeleitet wird, so auch der unausbleibliche Kampf der slavischen und germanischen Welt.

Das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn stehen auf der Grenzwacht, gegen sie richten sich daher vorerst jene Ausbrüche des Hasses, die wir in den Reden und Thaten der Panslavisten finden.

Wären diese Staaten von der slavischen Welt überwunden, dann würde sich unabweislich die allslavische Bewegung gegen die andern germanischen Staaten: gegen England, Schweden, Norwegen, Holland, Dänemark, Vlamland, Luxemburg und die Schweiz kehren.

Es wird kein Kampf politischer Staaten bleiben, es wird ein Kampf der Rassen werden.

Überall, wo Germanen und Slaven an einander stoßen, ist dieser Kampf ohne Kriegserklärung schon entbrannt, überall sucht Slaventum das Germanentum zurückzudrängen.

Der Schwede in Finnland wird vom Slaven in seinem germanischen Volkstum eben so bedrängt und angefeindet, wie der Deutsch-Österreicher und der Deutsch-Balte. Diesen Haß auf slavischer Seite zu entfernen, wird keiner Staatskunst der Welt gelingen, dem slavischen Kinde wird er in der Wiege schon eingeimpft; das Hochbild eines All-Slaventums, das über das Germanentum siegend herrschen müsse, leuchtet der slavischen Welt als ein verlockendes und begeisterndes Siegeszziel vor Augen. — Welche Gegenbestrebungen finden wir nun auf unsrer Seite!

Das Deutsche Reich als solches ist bestrebt, als stolze achtunggebietende Macht dazustehen; und ein trotziger Wall ist es auch.

Doch, wer jenen ruhigen Blick in die Zukunft gethan hat, wer das uns feindliche Zusammenarbeiten so vieler menschenreicher Völker sieht, wer zu der Ansicht gekommen ist, daß sich ein Kampf vorbereitet, wie ihn die Welt noch nie gesehen hat, ein Ringen zweier großer mächtiger Völkerfamilien, der muß und wird sich sagen, daß es nicht genug sein darf, wenn sich bei uns einzelne Staaten kampfbereit halten, nein, es muß ein Bewußtsein der Zusammengehörigkeit und der gemeinsamen Gefahr alle germanischen Völker durchziehen, es muß ein gesprochener oder sich in der Brust verschlossener Treuschwur obwalten: nicht zu lassen von einander in Stunden der Gefahr, nicht zu lassen von dem Bewußtsein, Glieder zu sein jener großen und herrlichen Germanenwelt. Mit einem Wort: Wir müssen eine allgermanische Bewegung der allslavischen oder panslavistischen gegenüberstellen.

Nicht sind es Gefühle der Furcht und des Zagens, die uns bewegen. Wir möchten auch wohl noch einzeln, wie in den Tagen der Völkerwanderung, trutzig der Welt die Stirn zeigen und sagen, daß das Germanentum den Adel der Menschheit bildet, daß germanische Kraft andrer Kraft weit überlegen ist. Aber, wenn es in unsern Tagen, wo infolge der Bewaffnung die Masse so sehr minwirkt, wider Erwarten beim Kampf einzelner germanischer Staaten unglücklich ausgehen sollte, dann wollen wir uns nicht den Vorwurf zu machen haben: unterlassen zu haben, was wir hätten thun können. Darum wollen wir unser Streben dahin lenken, die germanischen Völker in Stunden der Gefahr als eine einmütige Schar dastehen zu sehen.

Die allgermanische Sache ist vorerst Sache der einzelnen Volksgenossen. Wenn wir ihren Geist siegreich durch die Gaue unsers Deutschen Reiches geführt haben, dann wird sich der Hochgedanke des All-Germanentums auch unhaltsam über die Grenzen des Reiches in alle germanischen Lande wie ein starker jugendfrischer Strom ergießen; und wenn er in den Herzen der germanischen Völker eine warme Stätte gefunden, dann wird er sich auch den Regierungen mitteilen. Ist dieses Ziel erreicht, dann kennt die Welt einen Felsen, an dem alle Anstürme abprallen werden.

Johann von Schwarzenberg (1463—1528), erster Rat der Bischöfe von Bamberg, später der Markgrafen von Brandenburg, war, wie alle aufgeklärten Leute, kein Judenfreund. In seinem „Memorial der Tugend", einer Anleitung zum tugendhaften Leben durch gute und abschreckende Beispiele, ist auch ein schöner Holzschnitt enthalten, der einen Juden darstellt, der stolz und überlegen hinter Rechentafel und Geldsack sitzt und sich von einem armen Bauersmann um ein Darlehen bitten läßt. Dazu gehören folgende Verse.

Der Jude:

Was meiner Herrschaft Leut' angeht,
Der Gulden noch drey Heller steht.

Zur Zeit des Ziels summ' ich all Sach'
Und Wuchergeld zu Hauptgut mach'.
Ohn' Maß ich sonst den Fremden leih',
Nehm' Pfand von Raub und Dieberey.
Also setzt mich mein Herrschaft frey.

Der Bauer:

Ich bitt' euch, Jud', leiht mir zuhand
Bar Geld auf Bürgen oder Pfand;
Was euch gebürt, gebt mir verstand (zu verstehen).

Digitized by Google

Der Jude:
Dein Pfand, das du mir setzest ein,
Vergeht die Frist, so bleibt es mein.

Der Verfasser:
Wer Übles übet oder hegt,
Daß gleiche Schuld ihrer jeder trägt;
Auch bannt die Kirch' Werk, Hüft' und Rath
In wücherlicher Missethat. —
Der dritt' gar selten erben thut
Bös' schnöd gewonnen Wuchergut;
Das merkt ihr Herren ohn' Verdruß,
Die Juden halten um Genuß
Und sonst gebrauchen ihren Spieß.

Man sieht, der Dichter stellt Juden und Judenschützer auf eine Stufe. Noch heute dürften sich manche Leute in hoher Stellung Schwarzenbergs Mahnung zu Herzen nehmen. Auch seine Nachkommen in Böhmen, die ihren edlen Vorfahren mit samt dem deutschen Vaterlande vergessen zu haben scheinen.

ctr.

Dänische und polnische Frechheiten. Ein dänischer Zeitungsschreiber nimmt einen Schulausflug zum Anlaß, um in der Flensburger „Danevirke" zu schreiben: „Bei der Marienkirche, wo die Deutschen ein Denkmal errichtet haben für den Eroberer unsers Landestheils, Kaiser Wilhelm I., halten sie gewöhnlich, und nach einer Rede des Lehrers singen die Kinder: Heil Dir im Siegerkranz'; die Schulen, welche Musik mit sich führen, spielen, und der Zug geht weiter unter dem Singen des Rufruhrliedes. Man sieht hieraus, wie es hier zugeht, und was auf diesen Schulausflügen getrieben wird, und damit dürfte gegeben sein, wie dänisch gesinnte Eltern sich zu ihnen zu stellen haben."

Das „Aufruhrlied" ist das . . . . „Heil Dir im Siegerkranz"! . . . .

Der „Wielkopolanin", ein in Posen erscheinendes polnisches Blatt, erlaubte sich nachstehende niedliche Zeilen: „In unser polnischen Stadt veranstalten heute Abend die deutschen Einwanderer zu Ehren Bismarcks eine politische Demonstration; anders können wir dies nicht nennen, denn ein echt christliches Empfinden dürfte nach dem Verlust geliebter Personen lediglich in der Kirche zur Geltung kommen; es darf aber keineswegs im Singen patriotischer, das hier anfässige Publikum aufreizender Lieder seinen Ausdruck finden."

Leben wir eigentlich noch in deutschen Landen??

Der Hausierhandel mit Vieh ist in Württemberg wegen der Seuchengefahr verboten. Der Erfolg dieser Maßregel ist ein sehr guter, nicht nur für das Zurückdrängen der Maul- und Klauenseuche, sondern auch für die Bauern. Sie fallen nun nicht mehr so leicht in die Hände der Juden. Aber gerade deswegen hört der Widerspruch der gewerbsmäßigen Viehhändler gegen jene Schutzmaßregel nicht auf. Und da das nichts hilft, wird sie jetzt förmlich umgangen. Statt mit dem Hausierviehe selbst zu kommen, erscheinen nämlich die jüdischen Händler in den Ortschaften, wo sie ihre herkömmliche Kundschaft haben, allein, um ihr daheim befindliches Vieh zu verkaufen; sie ziehen auch einen „Gewährsmann" bei, der von ihnen vorher bestellt wurde, um das gerade zu verkaufende Stück zu besichtigen und dann nach Kräften anzupreisen. Nun wird vereinbart, der Bauer solle zu bestimmter Stunde die Kuh oder das Rind selbst besichtigen; dies geschieht, der Bauer wird überredet, wenn nicht gar übertölpelt, und der Kauf wird fertig — ganz nach der Art der Hausierpraktik, nur mit dem Unterschied, daß der Bauer auf diese Weise zugleich des Juden „Trebbinde" wird, indem nun er die Umführung der Kuh in den neuen Stall besorgt. Wenn die Juden jedoch wissen, daß die behördlichen Aufsichtspersonen (Bürgermeister usw.) gerade ortsabwesend sind, treiben sie ihr Vieh ruhig auf die Straße und durch die Dörfer. Fragt man den voranseilenden Viehknecht nach dem Ziel seiner beschleunigten Wanderung, so antwortet er meist: „nach Stuttgart" — als ob dort eitel Milch- und Zugkühe geschlachtet würden! Man ersieht daraus, wie groß auch heute noch die Gefahr der Verschleppung von Seuchen ist, und daß die Behörden den Juden besser auf die Finger zu sehen haben, soll dem wohlgemeinten Verbot eine gute Wirkung zugeschrieben werden.

Das Ziel der Sozialdemokratie ist zugestandenermaßen die Vertiefung und Verbreiterung der Kluft zwischen Unternehmern und Arbeitern. Während nach natürlichem Begriffe zwischen beiden Interessengemeinschaft herrscht oder herrschen sollte, hat es die Sozialdemokratie schon vielfach so weit gebracht, daß ein Interessengegensatz zu bestehen oder sich auszubilden scheint. Die Thatsache der Interessengemeinschaft aber läßt sich durch die sozialdemokratische Hetze nicht aus der Welt schaffen. Es ist eine von den Binsenwahrheiten, die man zu wiederholen sich scheut, weil man sie beinahe an den Schuhen abgelaufen hat, daß es dem Arbeiter in der Regel gut geht, wenn die Verhältnisse des Arbeitgebers gedeihlich sind, und umgekehrt. Weil aber die Sozialdemokratie des Hetzmittels des Interessengegensatzes nicht entraten kann, sucht sie ihn künstlich zu schaffen oder künstlich zu schüren. Am leichtesten fällt es ihr im Großgewerbe, wo der Unternehmer seinen Arbeitern, je größer der Betrieb ist, um so ferner gerückt zu werden pflegt, wo sehr oft an Stelle des persönlichen Unternehmers die unpersönliche Aktiengesellschaft tritt. Gerade in diesem Falle hat sie es leicht, die Arbeiter glauben zu machen, daß der Wunsch, höhere Dividenden zu erzielen, notwendigerweise einen Lohndruck erzeugen müsse. Deshalb ist die übermäßige Ausdehnung der industriellen Aktiengesellschaften nicht gesund und für das Verhältnis der Arbeiter zu den Arbeitgebern nicht gedeihlich.

Stärker als im Großgewerbe ist das Bewußtsein der Interessengemeinschaft noch im Handwerke, in dem oft noch der Geselle die Hoffnung hegen kann, Meister zu werden. Deshalb sucht die Sozialdemokratie dieses Gesellenverhältnis zu lösen und an seine Stelle das reine Arbeitnehmerverhältnis zu setzen, um dem Gesellen nach und nach beizubringen, daß er im Gegensatze zu seinem Meister und nicht in natürlicher Gemeinschaft mit ihm stehe. Da dieses Bestreben an den Handwerksmeistern sehr entschiedene und meist erfolgreiche Gegner findet, wendet sich die Wut der Sozialdemokratie mit besonder Schärfe gegen die zünftigen Handwerksmeister. Ähnlich liegt's in der Landwirtschaft.

Der deutsche Landwirtschaftsarbeiter, ob Tagelöhner oder Knecht, empfindet die Interessengemeinschaft mit seinem Herrn ganz unmittelbar, und solange dieses unmittelbare Empfinden vorhanden und mächtig ist, so lange wird die Sozialdemokratie nicht allzu große Erfolge auf dem Lande erringen können. Sie strebt darum auch hier darnach, die Landarbeiter aus der Interessengemeinschaft mit ihrem Herrn herauszuzerren, sie zusammenzufassen zu einer kompakten Masse der Arbeitnehmer, die, wie in der Industrie, den Arbeitgebern feindlich gegenüberstehen soll. Leider wird sie in diesem Streben durch jene träumerischen Querköpfe unterstützt, die sich „national" nennen. Die Sozialdemokraten wissen, daß sie den Kampf wollen; die „Nationalen" hetzen aber zum Kampfe und bilden sich ein, den Frieden dadurch zu fördern. Jene sind zielbewußt, diese, wie Fritz Reuter so unübertrefflich sagt, unbewußte Menschen. Der alte natürliche Satz von der Interessengemeinschaft des Unternehmers und des Arbeiters wird durch alle diese Bestrebungen nicht um ein Härchen bedeutungsloser. Wer die Interessengemeinschaft stört und zu vernichten sucht, der versündigt sich viel mehr an dem Arbeiter als an dem Arbeitgeber. Das Ende seiner Verhetzung ist der wüste Kampf aller gegen alle, während das Bewußtsein der Interessengemeinschaft, das nach beiden Seiten gleich stark vorhanden sein muß, den Frieden fördert und sichert.

Digitized by Google

Die hornbummen Juden. Über die Beschießung von Frankfurt (Main) durch die Franzosen erhielt Goethe von seiner Mutter einen Brief, der am 1. August 1796 geschrieben ist und in dem es heißt: „Mit alledem wäre allerwahrscheinlichst nach kein Haus ganz abgebrandt, wenn der fatale Gedancke (den sich niemand ausreden ließe) die Franzosen würden plündern, nicht die Oberhandt behalten hätte, das war das unglück von der Judengaße, denn da war alles ausgeräumt, beynahe kein lebendiges wesen drinnen — der Unsinn ging so weit, daß sie vor die lehren Häuser große Schlösser legten. Da es nun anfing zu brennen, so konnte ersilich niemandt als mit Gewalt in die angeschlossenen Häuser, zweytens waren keine Judeu zum löschen da, drittens waren ganz nathürlich in den Häusern nicht die mindeste anstalt, wenn es die Christen eben so hornbumm angefangen hätten, so wäre die halbe Stadt abgebrandt — in allen Häusern waren die größten Bütten mit Wasser oben auf die Böden der Häuser gebracht, so wie eine Kugel zündete waren naße Tücher, Mist u. d. g. bey der Hand — so wurde Gott sei dancke die gantze Zeit, die große und kleine Eschenheimer gaße, der Roßmarkt, die Tönges und Fahrgaße gerettet, daß nicht ein Haus gantz niedergebrandt ist — sei besser zu sagen gar nichts das der Mühe werth wäre zu sehen." Goethes Mutter hätte diese „hornbummheit" auch noch anders bezeichnen können. Sie hätte die Sache sicher richtiger getroffen, wenn sie von der großen Feigheit der Juden gesprochen hätte. Erkennt doch schon Moses den übergroßen Mangel an Mut bei den Juden an, indem er sagt, „daß sie ein rauschend Blatt jagt und sollen übereinander hin, gleich als vor dem Schwerte und doch sie niemand jaget."

Englische Sorgen. Die englische Zeitschrift „Contemporary Review" stellt Betrachtungen an über die Gefahren, die der englischen Ausfuhr-Industrie durch die wirtschaftliche Erschließung Chinas drohen. Es heißt darin u. a.: „Der Sovereign hat heutzutage in England eine Kaufkraft bezüglich der Arbeit wie im Jahre 1872, aber er wird, in Silber gewechselt, mehr als das Doppelte asiatischer Arbeit verschaffen. Das gewährt der Arbeit im Osten eine Prämie oder einen Vorteil vor der unsern um über hundert Prozent. Kurz gesagt, wenn wir ein Land mit Silberwährung erschließen, in dem die Arbeitslöhne außerordentlich niedrig sind und das Rohmaterial in großer Menge und billig erhältlich ist, wenn wir dabei an der Gold-Einzelwährung festhalten, so schaffen wir uns unfehlbar für die Zukunft selber Zustände, durch die unsre Fabrikanten jeder Art aus den Absatzgebieten der Welt durch den östlichen Wettbewerb verdrängt werden. Unsre Fabriken werden nach und nach sämtlich schließen und unsre Arbeiter zu Zehntausenden zur Auswanderung gezwungen werden."

Wir befinden uns in genau derselben Lage (vergl. den Artikel „Auf dem Wege zum Industriestaate"), wenn nicht bei Zeiten auf die eine oder andere Weise für Kräftigung des Absatzmarktes im Innern gesorgt wird. Mancher freisinnige Politiker und Goldwährungsmann giebt ja auf die Warnungsrufe von deutscher Seite nichts. Am Ende steckt ihm diese englische Stimme ein Licht auf!

Das krilliche Bekenntnis ist . . . Unsinn! Der große englische Staatsmann Gladstone war ebenfalls ein eingefleischter Judengegner. Nach seinem Tode kommen die semitischen Schriftsteller zur Feststellung dieser Thatsache, um daran dann ihre Verunglimpfungen knüpfen zu können. Wenn es bei der Person Gladstones bliebe, wäre das weiter nicht auffallend; Gladstone teilt dieses Schicksal mit vielen andern. Der Jude benutzt aber diesen Anlaß, um seinen Haß gegen das Christentum besonders zu bethätigen, und zeigt damit wieder einmal, weß Geistes kind er überhaupt ist. Die „Neue Freie Presse" in Wien, das österreichische Organ der „Alliance Israelite", das einst der wiener evangelische Superintendent Haase als die „Fürstin der österreichischen Journalistik" bezeichnete, schreibt nämlich: „Wenig oder gar nicht bekannt ist wohl, daß Gladstone in älterer Zeit dem Antrage auf bürgerliche Gleichstellung der Juden entgegentrat. Eine Schwenkung machte er erst, als Baron Rothschild zum Unterhaus-Mitgliede für die Londoner Altstadt erwählt wurde. Nichts stand nach englischem Gesetze selbst damals solcher Wahl und dem Eintritte ins Parlament entgegen, wenn ein Jude nur den vorgeschriebenen Eid leistete. Dieser Eid bestand zufällig darin, daß der Eintretende sich als — Christ bekennen mußte. An solchen Scherzen ist die englische Gesetzgebung ziemlich reich. Es hat mancherlei Kämpfe gekostet, bis der Unsinn abgethan wurde. Als Gladstone sich schließlich in das Unvermeidliche fügte, that er es nicht mit grundsätzlichem Übertritt zur Gerechtigkeit und Vernunft, sondern mit der gewundenen Erklärung: „er habe sich früher gegen die Gleichstellung ausgesprochen, weil er vorausgesehen, daß, wenn man den Juden in Gemeinde-Angelegenheiten, im Richterstande und in der Verwaltung dieselben Rechte zuerkenne wie den Christen, man ihnen zuletzt auch das Amt als Gesetzgeber nicht verweigern könne. Da man nun aber die Juden einmal zu jenen Rechten zugelassen habe, so lasse sich auch ihr Eintritt ins Parlament, wenn sie von Christen erwählt würden, nicht mehr hindern. Um indessen ein Gegengewicht gegen dieses Zugeständnis zu schaffen, das Parlament nicht zu entchristlichen und die Beziehungen zwischen Kirche und Staat nicht schwächen zu lassen, müsse man nun Maßregeln treffen, durch die der Kirche hinfort größere Kraft verliehen werde."

Die ganze Feechheit des Juden spiegelt sich in diesen Zeilen wieder. Daß sich jemand in einem christlichen Staate als Christ bekennen muß, wenn er in die gesetzgeberische Körperschaft berufen wird, ist nach Ansicht des Juden ein Unsinn. Es wird gar nicht lange dauern und Israel bezeichnet es auch als „Unsinn", daß in den deutschen Einzel-Landtagen das Gelübde der Treue gegen den Landesherrn und die Verfassung abgelegt werden muß. Denn es ist doch eigentlich zu viel verlangt, wenn der internationalen, religions- und fürstenfeindlichen Sozialdemokratie angehörende Jude noch gezwungen werden soll, die zwölf oder fünfzehn Mark Tagegelder durch solch einen Eid zu ekaufen. Obwohl ihm zu ein derartiger Eid nach seinen talmudischen Vorschriften nicht besonders zu seinem Thun und Lassen stört, ist es aber doch gegen sein Prinzip, das nur in der Zerstörung des Bestehenden Befriedigung findet. Räumen wir also schleunigst mit derartigem „Unsinn" auf, damit Juda auch nicht die geringsten Gewissensbisse empfindet, wenn es Lust verspürt, sich mit der Gesetzgebung zu befassen.

Jüdische Schüler auf höheren Lehranstalten in Preußen. Während unter der männlichen Bevölkerung Preußens sich nur 1,3 v. H. Juden befinden, waren von hundert Schülern an den höheren Lehranstalten Preußens in den Winter-Halbjahren

1859/60	6,8	1890/91	9,3
1867/68	8,4	1891/92	9,3
1871/72	8,8	1892/93	9,2
1875/76	9,6	1893/94	9,0
1880/81	10,1	1894/95	8,8 u.
1883/84	10,0	1895/96	8,6
1885/86	9,7	Juden	
1886/87	9,6		

Die jüdische Bevölkerung Preußens ist also durchschnittlich ungefähr siebenmal stärker auf den höheren Lehranstalten vertreten wie die deutsche. Das ist etwa kein Beweis von größerem Bildungsdrange bei den Juden, sondern lediglich eine Folge der immer mehr in jüdischen Händen zusammenfließenden Geldmacht. Und trotzdem klagt Israel ständig über „pariasische" Zurücksetzung!

Digitized by Google

Ausland.

Österreich-Ungarn. Als Muster einer „Berichtigung" empfehlen wir nachstehendes Schreiben, das die k. k. Bezirkshauptmannschaft zu Aich (Böhmen) an die „Aicher Ztg." richtete: „Es ist nicht richtig, daß Herrn Tins von seiten der k. k. Bezirkshauptmannschaft in Aich ernstlich wurde, daß dieses Lied (nämlich „Deutschland über alles") verboten sei, richtig dagegen ist, daß demselben nahe gelegt wurde, dafür Sorge zu tragen, daß dieses Lied während des für den 21. August l. J. in Aussicht genommenen Volkstages in Aich nicht nach der Melode der österreichischen Kaiserhymne gesungen werden möge, weil dies unter den gegenwärtigen Verhältnissen als eine politische Demonstration angesehen würde. Unrichtig ist es ferner, daß dem Herrn Tins von seiten der k. k. Bezirkshauptmannschaft in Aich gesagt wurde, daß der Kommers, im Falle das genannte Lied angestimmt werden sollte, sofort aufgelöst werden würde; richtig dagegen ist, daß derselbe darauf aufmerksam gemacht wurde, daß eine Auflösung erfolgen könnte, wenn das Lied „Deutschland, Deutschland über alles" nach der Melodie der österreichischen Kaiserhymne gesungen würde. Unrichtig ist schließlich, daß Herrn Tins von seiten der k. k. Bezirkshauptmannschaft in Aich gesagt wurde, daß jedem Verein, in welchem „Deutschland, Deutschland über alles" gesungen wird, das Schicksal der Auflösung ereile; richtig dagegen ist, daß dem Herrn Tins zur Illustrierung der Sache bedeutet wurde, daß ein Verein, der das Lied „Deutschland, Deutschland über alles" nach der Melodie der österreichischen Kaiserhymne (demonstrativ) singe, Gefahr laufe, aufgelöst zu werden."

In Wirklichkeit bestätigt diese „Berichtigung" die einfache Thatsache, daß in Österreich das deutsche Lied verboten ist, oder sollte die k. k. Bezirkshauptmannschaft von irgendeinem jüdischen oder tschechischen Komponisten eine neue Melodie auf Lager haben und damit die Deutschen beglücken wollen? Vorläufig wird man aber jenes deutsche Kampflied nach wie vor nach der eigenen alten Weise singen. Daß diese zufällig auch die des Liedes „Gott erhalte Franz den Kaiser" ist, sollte doch die österreichischen Behörden gerade günstig stimmen, aber wer vermag der österreichischen Zensur ins Herz zu schauen?

Rußland. In den mittleren Lehranstalten dürfen nur 5 v. H. jüdische Schüler aufgenommen werden, so daß auf zwanzig Schüler ein Jude kommen soll. Da sich nun bei dieser Berechnung alljährlich Bruchteile ergeben, so haben die Direktoren der Rigaschen Gymnasien diese Bruchteile stets zu Gunsten der Juden abgerundet. Dergestalt ist der Satz der jüdischen Schüler allmählich auf zehn, elf, ja dreizehn v. H. der Gesamtzahl gestiegen. In Anbetracht dessen hat der Kurator, Geheimrat Lamowskij, im vorigen Jahre eine Vorschrift erlassen, daß in die Rigaer mittleren Lehranstalten kein Jude mehr aufgenommen werden solle, bis der vorschriftsmäßige Satz von 5 v. H. wieder erreicht sei. Im Mai dieses Jahres hat demgemäß nur ein einziger jüdischer Schüler aufgenommen werden können, und zwar im Alexander-Gymnasium. 37 Meldungen lagen aber vor, wozu in diesem Monat sicher noch ein ganzer Teil kommt. Das Stadt-Gymnasium und das Nikolai-Gymnasium nahmen gar keine Meldungen von Juden an. Der neue Minister für Volksaufklärung, Bogoljepow, will nunmehr die bisher nur für Knabenschulen geltenden Grundsätze auch auf die Mädchenschulen anwenden. Die Kuratoren werden für genaue Befolgung der Bestimmungen persönlich verantwortlich gemacht. Der Landwirtschafts-Minister Jermolow ist sogar dafür, daß an den höheren landwirtschaftlichen Lehranstalten überhaupt kein Jude Aufnahme findet.

Mosaik.

Dem Verdienste seine Krone. Dem Pfarrer an der St. Johannes-Evangelist-Gemeinde zu Berlin, Superintendenten Schoenberner, ist der Rote Adler-Orden vierter Klasse verliehen worden. Herr Schoenberner nannte im Gotteshause der Sophiengemeinde zu Berlin die gesetzlichen Vertreter dieser Gemeinde „Revolutionäre und Empörer", weil sie es gewagt hatten, mit großer Mehrheit den Pfarrer Jskraut wiederholt zu ihrem Geistlichen zu wählen, trotzdem eine so einflußreiche Persönlichkeit wie Herr Schoenberner sich gegen diese Wahl ausgesprochen hatte.

Die Abneigung der germanischen Völker gegen die Semiten beruht nicht auf der Verschiedenheit von Religion und Dogma — so urteilt Viktor von Scheffel —, sondern auf Verschiedenheit von Blut, Rasse, Abstammung, Volkssitte und Volksgesinnung, sie läßt sich weder schaffen, noch in Abgang dekretieren, sie wird auch bei der freiesten, religiösen und politischen Anschauung beider Parteien fortbestehen, wie die der Amerikaner und Chinesen, die auf dem freien Boden von Texas neben und miteinander leben.

Ansiedlung des Grund und Bodens in oder um Königsberg hat sich die „Königsberger Immobilien- und Baugesellschaft" mit dem Sitze zu Königsberg (Pr.) als Ziel gesetzt. Die Gründer der Aktien-Gesellschaft bestehen aus der Aktien-Gesellschaft Nordeutsche Kreditanstalt, der offenen Handelsgesellschaft Marcus Cohn & Sohn, der offenen Handelsgesellschaft Wilhelm Zirmer, der Firma Rudolph Schlegelberger und der Firma D. Sommerfeld & Goldberg, sämtlich zu Königsberg, und der Breslauer Diskonto-Bank zu Berlin. Diese sechs Firmen, unter denen sicher vier jüdische sind, haben das gesamte Aktienkapital von zwei Millionen Mark gezeichnet. Wie gehen kann fehl, wenn wir diese neueste „Ausnutzung" des sowieso in der alten preußischen Krönungsstadt unverhältnismäßig teuren Grund und Bodens mit dem Umstand in Verbindung bringen, daß die deutsche Heeresverwaltung demnächst zum Zwecke der Stadterweiterung einen Teil der Festungswerke abreißen will. Königsberg ist wohl die dichtest bebaute Großstadt im Deutschen Reiche, ihre Erweiterung ist dringend nötig. Und wer schöpft wieder das Fett von der Suppe? In einer Stadt, die einen jüdischen Sozialdemokraten in den Reichstag sendet, wo der Geheime Kommerzienrat Becker, genannt Bernstein-Becker, eine Hauptrolle spielen kann, wo die maßgebenden Zeitungen in den Händen von Juden sind, ist ja auch etwas anders nicht zu erwarten.

Sozialdemokratisches. Als „schofel" bezeichnete die „Volkszeitung" zu Kiel das Vorgehen der kaiserlichen Werftverwaltung, die während der Bewegung unter Werftarbeiter wegen hervorragender sozialdemokratischer Agitation in den Werkstätten entlassen hatte. Der verantwortliche Redakteur erhielt für diese unberechtigte Kritik einen Monat Gefängnis. —

So treiben die „Genossen" die Volksverdummung! In dem zu Hannover erscheinenden „Volkswillen" ist nämlich zu lesen: „Vorn an erster Stelle wird genügend hohen Getreidepreisen das Wort geredet, im lokalen Teile dagegen zugegeben, daß hier in Hannover Hunde gestohlen werden, um — verzehrt zu werden. Daß es die äußerste, bitterste Not, hervorgerufen durch die hohen Getreide- und Viehpreise, ist, welche wir den schreienden Agrariern verdanken — das vermag die „H. P." nicht zu begreifen. Wir kondolieren." . . . Wir auch! —

Konsumvereine. Den Magdeburger Gewerbeverleibenden macht neben einer ganzen Anzahl andrer Vereine auch der „Konsumverein Magdeburger Beamten" das Leben schwer. Zu seinen Mitgliedern zählen 92 Postbeamte (darunter zwei Räte und drei Direktoren), 31 Militärbeamte (darunter ein Auditeur), 23 Polizeibeamte (darunter der Präsident (!) und zwei Räte), 33 Gerichtsbeamte (darunter ein Landgerichtsdirektor und ein Rat), 71 Regierungsbeamte (darunter 13 Räte), 215 Lehrer (darunter vier Direktoren und 43 Professoren) und endlich 55 städtische Beamte. Unter 585 staatlichen und städtischen Beamten befinden sich nur 14 Unterbeamte. Das beweist also, daß das Konsumvereins-Unwesen hauptsächlich in den besser gestellten Beamtenkreisen seine Stütze findet. Gegenüber dieser überraschenden Feststellung wird natürlich der schwer ringende kaufmännische Mittelstand sich mit Recht fragen, wofür zahlen wir denn eigentlich die schweren Steuern, wenn uns die königlichen Beamten ruhig unser Brot nehmen können?

Aus der Bazarwirtschaft. Das Warenhaus Schmoller & Co. zu Elberfeld klagte beim Stadt-Ausschuß gegen die Gemeinde- und Polizeiverwaltung, weil sie ihm die Erlaubnis zum Betriebe des Kleinhandels mit Likören in verschlossener Flasche verweigert hatte. Weil sie Sachen aller Art feilhalte — so führte die Firma Schmoller aus —, müsse es ihr auch gestattet sein, ihren Kunden auf Verlangen Liköre in geschlossener Flasche verabfolgen zu können

Digitized by Google

In andern Städten sei dies ebenfalls erlaubt, da es sich nicht um einen Ausschank geistiger Getränke handle. Der Stadtausschuß ging aber mit Recht von der Ansicht aus, daß hier die Bedürfnißfrage ebenso in Betracht komme wie bei Errichtung neuer Schankstätten. Ein Bedürfniß liege aber nicht vor, weshalb die Errichtung als einfach verneinend wurde.

Firmen-Verschleierung. Der Buchhändler Hugo Bloch ist alleiniger Inhaber der Firma S. Calvary & Co. zu Berlin. —

Die Gesellschafter der am 1. April 1898 zu Berlin begründeten offenen Handelsgesellschaft M. Schuster & Co. sind die Kousleute Meyer Schuster und Siegfried Cohn. —

Das Handelsgeschäft Hugo Rosenfeld & Co. zu Berlin ist durch Vertrag auf den Kaufmann Julius Morcuse übergegangen, der es unter unveränderter Firma fortsetzt. —

Inhaber der Firma Gebr. Adler zu Fulda ist der Kaufmann Jonas Eschwege. —

Der Kaufmann Samuel Weinberg zu Berlin firmiert S. Herz junior. —

Alleiniger Inhaber der Firma Gebr. Kaufmann zu Castrop ist der Kaufmann Moritz Oppenheimer. —

Die Fräulein Anna und Emmy Bernstein bilden die „Handelsgesellschaft" Friedrich David zu Halle (Saale)!

Sozialdemokratische Ehrenmänner. Bei einem Maurer-Aufstande in Naumburg (Saale) bedrohten die Aufständigen den Bauführer, den Polier und eine Anzahl fremder Maurer derart, daß sie den Bahnhof nicht verlassen konnten. Einer der Rädelsführer, „Genosse" G. Voigt, suchte seine Frau zu bestimmen, einige Zeugen zu falschen Aussagen zu verleiten. Das brachte ihm insgesamt vierzehn Monate Zuchthaus ein. „Genosse" Schneidermstr. Knauer bekam sechs Wochen und „Genosse" Maurer Gehlfuß vier Wochen Haft. —

Tausend Mark Parteigelder steckte „Genosse" Stadtverordneter Grunow in Bremen in die eigene Tasche. Da seine „Genossen" diese praktische Anwendung der Freiheits- und Gleichheitstheorie nicht gutheißen wollten, ließen sie den Herrn Stadtverordneten verhaften.

Ultra montes. In der Erzdefanalkirche zu Eger erklärte der Stadtkaplan Pater Adler in seiner Predigt: „Ein altes Kerzelweib ist mir lieber, wie eine mit Kornblumen geschmückte Dame, indem die erstere wenigstens weiß, warum sie die Kerzeln anzündet, während die letztere die Bedeutung der Kornblume nicht weiß. —

Der Klosterbeichtvater M. Lorenz stellt in einem „Eingesandt" in der Waldhüttener „Grenz-Ztg." die evangelisch-lutherische Kirche mit dem Heidentum auf eine Stufe und nennt sie gottlos, revolutionär und staatsgefährlich. —

Über den sterbenden Bismarck äußert sich die „Germania", das Hauptorgan des deutschen Zentrums: „Wie Bismarck mit seiner Rechnung stand, das weiß nur er und der ewige Richter. Für uns Lebende bot er das Bild des verwundeten Löwen, der sich grollend zurückzog in den dunkelsten Winkel seiner Höhle, um einsam zu sterben. Das ist nicht der Tod, wie er einem Christen zu wünschen ist. (!!) Nirgendwo hat man gefesen, daß der Altreichskanzler geistlichen Trost gesucht oder seine Gedanken auf die Verantwortung im Jenseits gerichtet habe . . . Was wird drüben sein?" —

Der „Osservatore Romano", in dem man die päpstlichen Kundgebungen zu lesen gewohnt ist, schreibt zu sehr bündig, die Ehe der katholischen Prinzessin Dorothea Sachsen-Koburg mit dem evangelischen Herzog Ernst Günthe Schleswig-Holstein sei vom katikanischen Standpunkte aus ei unklubkat. Dabei ist die Ehe sowohl von einem katholischen als auch von einem evangelischen Geistlichen eingesegnet worden! —

Massenaustritt aus den Kriegervereinen empfiehlt die polnische „Goz. Grudzionsko" mit folgenden Worten: „Entweder — oder! Entweder du bist ein Pole, Katholik und Gläubiger, oder Mitglied des lutherischen Kriegervereins, lutherischer Kamerad. Wir bitten also alle Glaubensgenossen, und die Namen derjenigen Polen, die jetzt noch in einem Kriegerverein bleiben, anzugeben. Wer wahrhaftiger Pole und Glaubensgenosse ist, der kann einem Kriegerverein nicht angehören."

Gebrechlich ist alles, was man in Buchstaben faßt und auf Tafeln schreibt. Gesunde Gesetze müssen lebendig sein!

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. Selbst geschächtet hat sich der Rabbiner Bach zu Salzburg. Er benutzte dazu eine Kuchenbäckerei und das Schächtmesser. —

Dem Rechtsanwalt Abraham Goldschmidt zu München ist durch Beschluß der kgl. Polizeidirektion vom 3. Juni d. J. gestattet worden, seinen Vornamen in „Albert" umzuändern. Warum wohl? —

Der Regierungspräsident zu Kassel, Graf d'Haussonville, macht bekannt, daß sämtliche vormals kurhessischen Staatsanleihen zur Nachzahlung gekündigt sind. Die Schuldverschreibungen werden entweder bei der Regierungshauptkasse zu Kassel oder dem Bankhause M. A. von Rothschild & Söhne zu Frankfurt (Main) eingelöst (vergl. Nr. 5041). —

In verschiedenen Schaufenstern zu Hochspeyer (Pfalz) sind Bismarck-Postkarten, „Aufbahrung auf dem Paradebette", ausgestellt, deren Hersteller den schönen Namen Max Moreus trägt. Angepriesen finden wir diese Postkarten auch in dem Anzeigenteile deutschnationaler Blätter! —

Der Schriftsteller Prof. Georg Ebers ist gestorben. Er war ein Nachkomme des unter Friedrich dem Großen „berühmt" gewordenen Münzjuden Ephraim, wurde aber schon als Kind getauft. Trotzdem hat er keineswegs Abneigung oder gar Haß gegen das Judentum zur Schau getragen, so berichten die Judenblätter triumphierend. Seine Romane zeugen auch davon, sie sind zum großen Teil eine Verherrlichung der orthodoxen Talmud-Juden. —

Im letzten Prüfungsjahre sind im Deutschen Reiche 1294 Ärzte approbiert, darunter etwo 130 jüdische. Da auf ungefähr achtzig Deutsche erst ein Jude kommt, sind also die Juden im ärztlichen Stande mehr als achtmal über dem Durchschnitt vertreten.

Ist das Radfahren gesund?

Ärztliche Gutachten über das Radfahren.
Herausgegeben von Theoph. Weber.
2. Auflage.
Um mit dem geringen Restvorrate zu räumen, statt 2 Mk. für
1 Mark.
Herm. Beyer, Leipzig, Königsstr. 27.

Wer einmal Bolan versucht hat, wird ihn sicher seinen Bekannten empfehlen.

Bolan.

Ein hochmoderner Herrenhut für feine Anzüge und Überzieher. Bolan verbindet Chevalet und Komfortern, ist vornehm-sport und sehr haltbar.

Prachtvolle Musterwahl auf Verlangen frei unter Kreuzband.

Man überführe:
Barzikes' Tuchhaus in Düren 11
(Bez. Aachen.)

Etwa nicht gefallende Sorte nehme auf meine Kosten zurück. Preis dein Wagnis.

Viele freiwillige Anerkennungen.

Zu Ostern und Pfingsten unübertroffen.

H. Heinze, Hutfabrik
gr. Fleischergasse 5. Ecke Ritterstraße 4.
Spezialität: 2,80-Hüte.

Billige, dichte
Dächer
eignet man der mit Andernach's Asphalt-Dachpappen
Muster u. Broschüren gratis und franko durch
A. Andernach & Comp., Neuss.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königsstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: i. V. Herm. Beyer, Leipzig.
Druck: G. Reusche, Leipzig.

Digitized by Google

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich Mk. 1.50 bei den Postanstalten (Post-Zeitungsliste Nr. 1788) und Buchhandlungen. Unter Streifband Mk. 2.

Herausgegeben von Max Liebermann v. Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Anzeigen: die 4-gespaltene Garmond-Zeile 25 Pfennige. Verlagsbuchhandlung Königstraße Nr. 37, Leipzig.

XIII. Jahrgang. | Leipzig, 25. August 1898. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Juden-Frage. Otto Glagau. | Nr. 523.

Inhalt: Ein Mißerfolg des Kommunismus. — Juden und Chinesen. I. — Der Juden gute Tugend. (Schluß.) — Konsumvereine, Beamtenvereine und die Lage des Kleinhandels. — Sozialdemokratische Verhetzung. — Ausland. — Mosait. — Winke für die preußischen Landtagswahlen. — Herr v. Gerlach und die Wahrheit. — Parteinachrichten. — Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Ein Mißerfolg des Kommunismus.

Vor zwei Jahren entließ der Besitzer der Glasfabrik in Carmaux (Frankreich) den Glasbläser Bandot, weil er acht Tage hintereinander unentschuldigt von der Arbeit weggeblieben war. Bandot war ein bekannter Führer der „Genossen“ und hatte die acht Tage benutzt, um sich als Agitator praktisch zu erproben. Durch die sozialistische Parteileitung in Paris, die sich natürlich sofort in die Sache einmischte, wurden die übrigen Arbeiter so aufgebracht, daß sie sich mit dem Entlassenen „solidarisch“ erklärten und gemeinsam die Arbeit verließen, als die Fabrik es ablehnte, den „Obergenossen“ Bandot bedingungslos wieder einzustellen. Die Fabrikleitung war aber nicht einzuschüchtern, sie ließ einfach die Oefen ausblasen und stellte den Betrieb überhaupt ein. Damit war nun den Arbeitern nichts weniger als gedient. Weder die Hetzer noch die Pariser Parteileitung oder ihr Abgeordneter „Genosse“ Jaurès konnten ihnen Ersatz für den nun vollständig ausgefallenen Verdienst schaffen. Ein großer Teil der Irregeführten erschien deshalb bald wieder bei ihrem früheren Arbeitgeber und bat um Arbeit, so daß allmählich die Oefen von neuem in Gang gesetzt werden konnten.

Ein andrer Theil wurde aber entweder nicht mehr angenommen oder ließ sich von den berufsmäßigen Hetzern verführen, weiter aufständig zu bleiben. Dabei tauchte der Plan auf, eine eigene Glasfabrik zu gründen, die allen dabei Beschäftigten gemeinsam gehören sollte. Das war ein Trost in dem großen Unglück, das die Leute nun schon monatelang trugen! Dieser kommunistische Vorschlag fand Anklang; im ganzen Lande rührte man die Werbetrommel und ging mit der Sammelbüchse umher. Wirklich brachte man auch eine halbe Million Mark zusammen. Vier Fünftel davon wurden zum Bau der Fabrik verwendet und ein Fünftel als Betriebskapital zurückgelegt.

Aber schon der Anfang verbreitete eine Enttäuschung für die Arbeiter in Carmaux. Die Fabrik wurde nämlich nicht an diesem Orte errichtet, trotzdem doch gerade von Carmaux aus die Bewegung ausgegangen war, sondern in dem benachbarten Albi. Außerdem zahlte die sozialistische Bauleitung Löhne, die sie selbst den „kapitalistischen“ Betrieben gegenüber sicher als „Hungerlöhne“ bezeichnen würde. Die Arbeiter erhielten nämlich durchschnittlich nur eine Mark 20 Pf. den Tag. Man nahm aber das alles vorläufig in Kauf und ließ sich gern auf die Zukunft, das heißt auf die Eröffnung der Fabrik vertrösten. Diese kam endlich im letzten Viertel des Jahres 1896 zu Stande. Unter großen Feierlichkeiten und noch viel größeren Redensarten über Kollektivismus, über Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zündete Rochefort, der als Herausgeber des Hetzblattes „Intransigeant“ ganz besonders dazu geeignet erschien, eigenhändig den ersten Ofen an. Aber schon einige Stunden später gerieten die „Genossen“ aneinander. Nachdem nämlich der Eröffnungsrummel in Albi vorbei war, fuhren Rochefort und Jaurès nach Carmaux, um auch dort ihr Sprüchlein aufzusagen. Die ihnen zu Teil gewordene Zurücksetzung hatte die „Genossen“ hier aber so erregt, daß sie ihren Abgeordneten und Obergenossen mit faulen Aepfeln empfingen; die Herren aus Paris zogen es deshalb vor, lautlos zu verduften, während die Keilerei zwischen den „Genossen“ von Albi und Carmaux durch die Gensdarmerie geschlichtet werden mußte.

Im Betriebe der Glashütte selbst aber, den der in Carmaux an die Luft gesetzte „Genosse“ Bandot leitete, stellten sich bald arge Mißbräuche heraus. Die Löhne waren schlechter als in den „Bourgeois“-Fabriken, aus denen man sich „gerettet“ hatte.

Das Elend, das auf diese Weise durch die gewissenlosen Parteiführer hervorgerufen ist, schildert die „Revue des Deux Mondes“ folgendermaßen: „Ich betrete eine Arbeiterwohnung, und schon der bloße Anblick des Gemaches und seiner Insassen schnürt mir das Herz zusammen. Der Mann ist fahl und abgemagert; er sitzt auf einem Schemel, seine Frau dahinter auf einem zerbrochenen Stuhle, und bei jedem ihrer Worte rollen ihnen die Thränen über das Gesicht. Ich erkundige mich bei dem Manne nach dem Mietpreise seines Gelasses, aber wie er antworten will, versagt ihm die Sprache, und seine Frau antwortet mir statt seiner, indem sie zugleich ein Kind, welches sie auf dem Schoße hält, am Weinen zu hindern sucht: zehn Franks monatlich, mein Herr! Wie anders in Carmaux, wo der Arbeiter doppelten Verdienst hatte, wo man seinen fälligen Lohn pünktlich ausgezahlt erhielt, wo es monatlich 5 Franks Wohnungsgeld und freie Kohle gab! Hier bekommt man gar nichts. In Carmaux durften in 7½ stündiger Arbeitszeit nicht mehr als sechshundert Flaschen gemacht werden. Hier sind Überstunden eingeführt. In Carmaux war die Sonntagsarbeit untersagt, hier hat man sie wieder eingeführt. In Carmaux wurden die Ausschußflaschen zerbrochen, das Geschäft hatte somit keinen Anlaß, den Arbeiter damit zu belasten; hier werden sie nicht zerbrochen, aber auch nicht bezahlt, obgleich die Direktion sie dennoch verlangt, also ein Interesse daran hat, recht viel Flaschen als Ausschußware zu bezeichnen. — Also man bezahlt Euch so schlecht? — Man bezahlt nach Willkür, mein Herr. Die Mutter eines Burschen sagte es dem Direktor gerade ins Gesicht: Sie haben Geld für die, deren Gesicht ihnen ansteht, für die andern haben Sie nichts. Und so ist es in der That. Die Bande! Sobald es von einem Arbeiter heißt, er habe ein mißliebiges Wort fallen lassen, oder wenn man ihn nur mit jemandem hat reden sehen, dessen Umgang gemieden werden soll, fällt die Bande über ihn her!“

Die Fabrikordnung war also ebenfalls schärfer und strenger als in Carmaux oder anderswo und zu sagen hatten die „Genossen“ Arbeiter gar nichts, trotzdem die Hütte gemeinsames Eigentum sein sollte. „Obergenosse“ Bandot regierte demnach schlimmer als irgendeiner der „kapitalistischen Fabrikanten“. Für ihn und die übrigen Aufsichtsrats-Mitglieder hatten jährlich insgesamt 65 000 Franks verbraucht werden, während die „gewöhnlichen“ Glasbläser wegen Mangel an Baargeld ihren sauer verdienten Lohn sich stunden lassen und ihn zum Teil sogar einklagen mußten. Bandot persönlich kümmerte sich den Teufel um die von ihm gemachte Fabrikordnung, wenn aber ein Arbeiter auch nur zehn Minuten verspätete, wurde ihm sofort der Lohn für eine Stunde abgezogen. Diese Mißstände veranlaßten vier „Genossen“, sich beim Aufsichtsrat zu beschweren. Das war zweifellos ihr gutes Recht als Mitinhaber der Hütte. Aber was geschah? „Genosse“ Bandot setzte sie einfach auf die Straße! Als die also Gemaßregelten sich an den Aufsichtsrat wandten, bestätigte dieser ganz gelassen den Übergriff Bandots und verweigerte auch die Beteiligung an einem Ausschusse, den die Arbeiter-Vereine von Albi zur Prüfung der

Digitized by Google

Angelegenheit eingesetzt hatten. Als in Carmaux der Fabrikdirektor Reßéguier die unbrechtigten Forderungen der Mitarbeiter des mit Recht entlassenen Bandot nicht erfüllen wollte, wußte dieser es zum allgemeinen Ausstande zu treiben. Als er selber in die Lage kam, mit den Mitteln armer Arbeiter, die von der Hand in den Mund leben, sich eine Stellung zu schaffen, nahm er das Recht für sich in Anspruch, jeden hinauszuwerfen, der seinen willkürlichen Anordnungen sich nicht ohne weiteres fügte. Die Entlassenen sind also jetzt wieder in derselben Lage, wie vor zwei Jahren, sie könnten den „Genossen" Bandot durch einen allgemeinen Ausstand ebenso zwingen, wie er damals den „kapitalistischen" Ausbeuter zu zwingen gedachte. Aber dieses Mal liegt die Sache doch etwas anders; die Arbeiter sinken in der Partei, bei den Herren Abgeordneten in Paris oder bei den sozialistischen Blättern nicht die geringste Unterstützung. Nur die Arbeitervereine in Albi sammeln für sie. Haben sie nun nicht Recht, wenn sie in einer öffentlichen Erklärung schreiben: „Da seht Ihr, wie diese angeblichen Sozialisten es machen; wir überlassen es Eurer Unparteilichkeit, ihnen die richtige Bezeichnung zu geben."

Das Unternehmen selbst ist am Zusammenbrechen trotz der ungeheuren Mittel, die von allen Seiten hineingesteckt sind, um die Sache zu halten und trotz der geradezu unglaublichen Lohndrückerei. Ohne Schulden hat man vor anderthalb Jahren begonnen und heute sind solche in der Höhe von 190 000 Franks vorhanden. An rückständigen Löhnen hatten die Arbeiter am 30. April noch zu fordern 40 000 Franks, der rechnungsmäßige Verlust betrug am 31. Dezember v. J. — also nach einer zwölfmonatlichen Betriebszeit — schon 25 000 Franks und trotzdem schreibt das Organ der französischen Sozialisten, die „Petite République", daß „der Stand des Unternehmens niemals so gut war, wie gerade jetzt". Am 6. Juni haben nämlich die Pariser Arbeiter wieder 13 200 Franks der Glasfabrik in den Rachen geworfen. Diese Summe ist aber nicht etwa zur Aufbesserung der Löhne benutzt, sondern sie hat zur Deckung von Prozeß- und anderen Kosten dienen müssen. In der Rechnung findet man allein 7477 Franks Gerichtskosten „für den ersten Prozeß", wie viele mögen nun noch schweben?

Der Kommunismus hat hier eine vernichtende Niederlage erlitten, wie bisher überall dort, wo derartige Versuche angestellt wurden. Uns ist nicht ein sozialdemokratisches Unternehmen bekannt, aus dessen Arbeiterschaft heraus nicht schon die bittersten Klagen über Lohndrückerei, lange Arbeitszeit, Willkür der geschäftsleitenden „Genossen", schlechte Behandlung usw. laut geworden wären. Selbst der Druckerei des „Vorwärts" sind in dieser Hinsicht öffentlich schon die allerschimmsten Vorwürfe gemacht worden, ohne daß die Herren von der Redaktion sie zu entkräftigen vermochten.

Ganz zynisch meint „Genosse" Bebel nur: „kein Schornstein raucht ohne Profit". Gewiß nicht; nimmt nun der „Bourgeois" diesen Grundsatz sich auch zur Richtschnur, dann nennt Herr Bebel solches „Münzen aus dem Schweiß der Arbeiter schlagen". Die „Genossen" selbst aber als Arbeitgeber . . . ja, Bauer, das ist ganz was anders!

er.

Juden und Chinesen.

I.

Der Vergleich zwischen Juden und Chinesen ist sehr lehrreich und — sehr naheliegend, obschon die Chinesen noch weit hinter der Türkei im Osten Asiens wohnen. Aber was will in unsern Tagen, der Zeit der Elektrizität, des Dampfes, des Telephons, der Zeitungen und des Panamaschwindels eine solche Entfernung besagen? In Wirklichkeit sind uns die Chinesen näher wie wir denken. Sie kommen uns außerdem täglich näher durch die im Interesse der deutschen Industrie für nötig gehaltene Beteiligung des Deutschen Reiches an der „Aufschließung" Chinas durch die Erwerbung von Kiautschau. Man thut darum gut, die uns von jenem asiatischen Volke drohende Gefahr im Auge zu behalten.

Zur Erhaltung unserer wirtschaftlichen Selbständigkeit und unserer Volkseigenart ist es durchaus notwendig, daß wir uns beständig den Gegensatz zwischen den Völkern Asiens und denen Europas, die indogermanischen Stammes sind, vor Augen halten, damit wir nicht eines schönen Tages auch noch von einem neuen asiatischen Feinde überrumpelt werden, während die alten Erbfeinde, die Juden, noch in unsern Marken weilen.

Vergegenwärtigen wir uns die Geschichte und rufen wir uns in das Gedächtnis zurück, welche Gefahren unserm Volke beständig von den Asiaten gedroht haben. Zuerst schlichen sich Juden ein, die gefährlichsten und auch feigsten unter den Asiaten. Dann kamen ihre Vettern, die Araber. Mit den Juden verglichen sind sie ein edler Stamm, hervorragend durch Wissenschaft und Kunst und ebenso ausgezeichnet durch Kriegskunst, Mut und persönliche Tapferkeit. Aber bei Tours und Poitiers schlug Karl Martell, „der Hammer", sie aufs Haupt und rettete dadurch Frankreich und Deutschland vor arabischer Herrschaft. Später waren es die Hunnen, ein mongolischer Volksstamm, den heutigen Chinesen verwandt, die die Freiheit Deutschlands bedrohten. Sie hatten es so weit gebracht, daß ein Teil unsers Vaterlandes ihnen tributpflichtig war, bis ein deutscher Held, König Heinrich der Vogler aus dem Hause Sachsen, ihren Abgesandten an Stelle des Tributs einen räudigen Hund vor die Füße werfen ließ. Er schlug sie dann auf dem Lechfelde und verjagte die Horde für immer aus Deutschlands Gauen.

Alle diese Völker, selbst kriegerisch und tapfer, kannten der Tapferkeit der Deutschen auf die Dauer nicht widerstehen, ebensowenig wie die Türken, die sich zuletzt ihre Köpfe an den Mauern von Wien zerschellten.

Anders dagegen erging es und mit dem friedlichen Einfall der Juden. Sie haben es verstanden, sich zwischen uns festzusetzen, trotz des Widerwillens, den die deutsche Bevölkerung gegen sie hegte. Nicht durch ehrliche, männliche Tapferkeit und Waffengewalt ist es den Juden gelungen, uns zu besiegen und zu unterwerfen, sondern durch hartnäckige, ausdauernde Zähigkeit, durch Betrug und List. Es ist unglaublich, aber leider nur zu wahr, daß diese kleine Minderheit den größten Teil des Nationalvermögens an sich gerissen hat und dadurch uns unumschränkt beherrscht. Damit nicht zufrieden, ist es ihr sogar gelungen, unser Denken und Trachten in die von ihr gewünschten Bahnen zu lenken, unsre Volksseele zu vergiften und unser Nationalbewußtsein einzuschläfern. Nicht oft genug kann daran erinnert werden, wie das fremde Volk unsern Glauben, unsre Gebräuche, unsre Einrichtungen, unsre Volkskraft beständig mit Geringschätzung bewirft und zwieträcht zwischen den einzelnen Ständen säet.

In allen Kriegen, die wir geführt haben, von Anbeginn der deutschen Geschichte bis in die neueste Zeit, haben die Juden stets unsre Feinde durch Geld und Spionendienste unterstützt, wie aus den Aufzeichnungen der Heerführer aller Zeiten hervorgeht. Während unsre Väter den heimischen Boden gegen Römer und Welsche, gegen Hunnen, Slaven, Türken, Schweden und Franzosen verteidigt und jeden Zoll breit deutschen Bodens thatsächlich mit ihrem Blute gedüngt haben, pflücken in unsern Tagen die schlauen und geriebenen Fremdlinge die Früchte des Schweißes unsrer Väter, versagen den Edelmann, den Bürger und den Bauern von der Scholle und treiben ihn hohnlachend übers Meer in die „neue Welt", damit er dort im Schweiße seines Angesichts den Baum pflanze, von dem Juda dann später die reifen Früchte pflücken will, wie wir es ja heute schon erleben. Damit nicht genug, werfen sich die Nachkommen jener Spione, die Lasker und Bamberger, die Marx und Lassalle, die Singer und Stadthagen, die Lewyhohn und Löwenstein, die Lindau, Ibzig, Pinkus, Wurm und Haase sogar zu politischen und geistigen Führern des Volkes auf, des Volkes, von dem Freiligrath sang:

„Herrgott im Himmel, welche Wunderblume
Wird einst vor Allen dieses Deutschland sein."

Jawohl, aber die Wunderblume fängt an, durch den rings umher emporwuchernden Knoblauch zu verkümmern, so daß ohne

Digitized by Google

die jetzige Thätigkeit eines energischen Gärtners ihr Eingehen in absehbarer Zeit nicht unmöglich ist. —

Nachdem sie einen großen Teil unserer bisherigen gesellschaftlichen und staatlichen Einrichtungen zerstört haben, wühlen die Juden jetzt an dem Bestande der Monarchie, um uns eine jüdische Börsenjobber-Republik à la Frankreich-Panama oder den jüdischen sozialdemokratischen Zukunftsstaat à la Mäntel-Singer zu bescheeren.

Wir danken!

Daß aber dergleichen Versuche und noch manches andre möglich ist, möglich kaum dreißig Jahre nach der langersehnten, ertäumten, erfungenen und blutig erkämpften Wiederaufrichtung des deutschen Kaisertums, das ist wahrhaftig traurig. Sollten Hermann der Cherusker, Alarich, Martell, Karl und Otto der Große, Heinrich I. und Friedrich Barbarossa, der große Kurfürst, Friedrich der Große und Moltke mit ihrem thatenreichen und ruhmvollen Dasein, mit ihrem Leben voll Sorge, Mühe und Arbeit nur dem internationalen Börsen-Judentum den Boden bereitet haben? Nein, nein, tausendmal nein! Solch blutiger Hohn treibt die Geschichte nicht.

Der geehrte Leser denkt nun: Das ist ja alles richtig, aber was hat das mit den Chinesen zu thun?

Wir antworten: Sehr viel, denn Juden und Chinesen haben als Asiaten eine überaus große Charakterähnlichkeit miteinander. Nur ist der Chinese dem Juden an Schachergeist, an geriebener Hinterlist und an Fleiß und Anstelligkeit ganz entschieden überlegen. Nun bedenke man folgendes: Die Einwohnerschaft Chinas wird auf 420 Millionen Menschen geschätzt, also auf fast ein Drittel mehr als ganz Europa. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika, Australien und Indien mit allen Inseln wissen sich kaum mehr der Überflutung durch chinesische Einwanderer zu erwehren. Die praktischen Amerikaner haben daher schleunigst die schärfsten Ausnahmegesetze gegen diese Seuche erlassen. Sollte nun nach unserer Festsetzung in Kiautschau die Sorge ganz unbegründet sein, daß sich dieses Volk, aus andern Ländern zurückgewiesen, gleich einem hungrigen Heuschreckenschwarm auf Europa und besonders auf das gutmütige Deutsche Reich stürzen könnte?

Der seefahrende Holländer, der seit Jahrhunderten in allen Ländern der Welt Handel getrieben hat und die Macht und Verderblichkeit des Chinesentums am eigenen Leibe in seinen Kolonien erfährt, hat ein drastisches Sprüchwort: Twee jooden weten wat de beil kost, maar een chineés weet het alleen.*)

Schon vor Jahren war die Rede davon, daß man dem Mangel an Landarbeiter im Osten der Monarchie durch die Einführung von Kulis abhelfen wollte. Wehe uns, wenn ein solcher Vorschlag jemals zur Ausführung käme. Dann sehen nur noch, daß wir die gelben Söhne des Himmels aus Humanitäts-Rücksichten schleunigst zu gleich berechtigten deutschen Staatsbürgern machen und ihnen umgehend alle Staatsämter offen stellen würden. Wir selbst könnten uns dann sofort nach Kamerun oder nach Sibirien auf die Strümpfe machen, denn einem Wettbewerbe der Juden und Chinesen sind wir nicht gewachsen

Schon lange haben ausgezeichnete Männer in Deutschland, Frankreich und England, die die Chinesen genau kannten, vor der furchtbaren Gefahr gewarnt, die uns und unsern ganzen Erdteil von jener Seite droht. Alle Angriffe, die wir im Laufe der Jahrhunderte erfahren haben, alle Not und alles Elend, das wir erduldet, es wäre nur ein Scherz gegenüber einer Einwanderung der Chinesen. Bis jetzt ist bei allen Zusammenstößen mit andern Völkern der Europäer stets der Sieger geblieben. Diese Probe ist in Bezug auf die Chinesen aber noch zu machen. Von Kennern ist nun die Befürchtung ausgesprochen worden, daß der Europäer in diesem Kampfe unterliegen wird. Wer mit Chinesen zu thun gehabt hat, kann sich dieser Befürchtung auch kaum verschließen, besonders da die Ähnlichkeit zwischen Juden und Chinesentum eine so ausgesprochene ist und man sich deshalb ganz richtig sagt, was einem so kleinen Völkchen wie den Juden gelungen ist, wird dem Chinesenvolke gewiß nicht schwer fallen.

Ich habe die Chinesen in holländisch Indien, auf den großen Sunda-Inseln Java, Sumatra, Borneo und Celebes kennen gelernt, und zwar um so genauer, da ich drei Jahre in unmittelbrochenem, geschäftlichen Verkehr mit ihnen gestanden habe. Man kann dort ihre staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse genau studieren. Einige Andeutungen mögen hier Platz finden. Greifen wir eine einzelne der großen Inseln heraus, z. B. Java. Die überwiegende Hauptmasse der Bevölkerung besteht aus etwa zwanzig Millionen eingeborenen Javanen verschiedener Stämme und Sprachen. Das herrschende Volk sind dagegen die Holländer, die in den Haupthandelsplätzen an der Küste, in mehren Städten im Innern und auf dem ganzen Lande zerstreut, auf Kaffee-, Zucker-, Indigo-, Thee-, Chinin- usw. Plantagen als Eigentümer, Buchhalter, Ingenieure, Aufseher usw. wohnen. Dazu kommen die Regierungsbeamten und die Offiziere und europäischen Soldaten. Die Holländer und alle andern eingewanderten Europäer und die von ihren Eltern anerkannten Mischlinge bilden rechtlich und gesellschaftlich die herrschende und daher durchaus bevorzugte Klasse. Die Javanen sind auf dem Lande Ackerbauer, in den Städten Handwerker, Lastträger, Dienende usw. Außerdem giebt es noch eine dritte Bevölkerungsklasse, amtlich „fremde Orientalen" genannt, das sind die eingewanderten Chinesen und Araber. Diese mögen zusammen einige Hunderttausend zählen, während die Zahl der Europäer nur einige Tausend beträgt, denn der Europäer ist hier nicht eigentlich Kolonist, das läßt das Klima nicht zu, sondern kehrt fast ausnahmslos nach längerem oder kürzerem Aufenthalt nach Europa zurück.

Durch geschickte und kluge Politik verstehen es die seit Jahrhunderten in kolonialen Dingen wohlbewanderten Holländer, trotz ihrer geringen Anzahl, diese vielen Millionen Menschen zu beherrschen und im Zaume zu halten. Dies haben sie hauptsächlich dadurch erreicht, daß sie die Fürsten und Vornehmen für sich gewannen, sie in ihren Rechten schützten und ihnen eine gewisse Selbständigkeit ließen. So haben denn die Eingeborenen sowohl, wie die eingewanderten Chinesen und Araber ihre eigenen höheren Beamten, Richter, Bezirks- und Gemeindevorsteher, Priester usw., alles natürlich unter Aufsicht der europäischen Beamten. Dabei herrscht unbeschränkte Religionsfreiheit, und alle Bekehrungsversuche irgendwelcher Art sind streng verboten.

Betritt man eine indische Stadt, so zeigt sich dem aufmerksamen Beschauer dieses Verhältnis gleich äußerlich. Er wird ein europäisches Viertel finden, ganz in europäischem, wenn auch indischen Verhältnissen angepaßtem Stil gebaut; betritt er das chinesische Viertel, so glaubt man sich nach einem der Hauptplätze des himmlischen Reiches versetzt, und ganz ähnlich ist es im arabischen und javanischen Viertel.

Der Unterschied in der Rasse und der dadurch bedingten gesellschaftlichen Stellung zeigt sich auch in der Kleidung. Der Holländer hat stets auf strenge Kleiderordnung gehalten, und es muß jeder bei Strafe seine Nationaltracht tragen. Die Sprache, in der sich all diese verschiedenartigen Völker verständigen, ist das Malaische. Auch darin besteben Vorschriften, so daß offiziell ein Javane, Chinese oder Araber einen Europäer nicht holländisch ansprechen darf, selbst wenn er dazu im stande ist. Außerdem bestehen Vorschriften über die Art des Grußes und sonstige dem Europäer, also dem Herrscher zu erweisende Ehrerbietung. Die Erfahrung von Jahrhunderten spricht aus die en Anordnungen, die das holländische Ansehen und die holländische Herrschaft aufrecht erhalten.

Die ostindischen Inseln haben seit Jahrtausenden unter Fremdherrschaft gestanden. Die heutigen eingeborenen Fürsten und Großen auf Java sind z. B. Nachkommen der Hindufürsten, die in vorgeschichtlicher Zeit Java eroberten; dann kamen die Araber und zwangen der Insel ihre Herrschaft und den Islam auf. Sie wurden im fünfzehnten Jahrhundert durch die Portugiesen abgelöst, bis endlich im sechzehnten Jahrhundert die Holländer mit unglaublicher Tapferkeit, Mühsal und Ausdauer die Portugiesen vertrieben. Mit Ausnahme einer kurzen Zeit im Anfang dieses Jahrhunderts, wo das Land unter französischer

*) Zwei Juden wissen was die Brille kostet, aber ein Chinese weiß es allein.

Digitized by Google

und dann unter englischer Herrschaft stand, ist es bis jetzt in ihrem Besitze geblieben, und es sind ungezählte Schätze aus diesem indischen Paradiese nach Holland geflossen. Und heute? Offiziell und dem Namen nach gehören die Kolonien den Holländern, in Wirklichkeit — den Chinesen, diesen gelben, schlitzäugigen, bezopften, durchtriebenen und reinigen asiatischen Hunden.

Betreten wir einmal um die Geschäftszeit das Chinesenviertel von Semarang auf Java. Unser Weg führt uns aus dem europäischen Teil, der eine große Aehnlichkeit mit einer mittleren holländischen Stadt hat, vorbei am Hause des deutschen Konsuls, vorbei am Kontor der Gebr. Salomon (echte „Europäer"), vorbei an einer Apotheke und einer Kaserne in die breite Straße Pekodjan. Schon kommen uns elegante Zwei- und Einspänner entgegen, in denen feiste Chinesen, die weiße oder schwarze Jacke mit Diamantknöpfen besetzt, in die Stadt und wahrscheinlich zum englischen Vizekonsul fahren, wo eine Art Börse gehalten wird. Die „Babahs", wie man sie hier nennt, beherrschen dort das Feld vollständig, denn sie haben das meiste Geld. Wir gehen vorbei am Marktplatze und am Hause des reichen chinesischen Brotbäckers, vorbei am Warenlager eines arabischen Großen, namens Alkaun, und befinden uns nun in einer Straße, in der sich ein Toko an den andern reiht. Toko ist ein Warenhaus, in dem man alles kaufen kann, was überhaupt auf der Welt zu kaufen ist. Auf Java ist ein Toko jedoch meistens ein Laden, in dem Konserven und Getränke oder aber Hüte, Schuhe und sonstige Kurzwaren verkauft werden. Des Morgens kommen die Damen der europäischen Gesellschaft, um ihre Einkäufe zu machen. Der alte Chinese und ein halbes Dutzend junge Ladendiener (meistens nur mit einer Hose bekleidet) helfen der Dame aus dem Wagen und schwätzen ihr dann ihren Kram auf. Es giebt auch europäische Tokos, o ja, aber „Meverouw" kauft beim Chinesen „billiger" und dann, nun ja, dann . . . diese hübschen, jungen, halbnackten Kerlchen, die so unterthänig bedienen. Der Holländer hält sonst sehr auf äußere Formen, aber die armen Chinesen können ja auch nicht wissen, was sich schickt, und dann bedenke man, daß es in Indien sehr heiß ist und daß die Frauen der holländischen Offiziere und Beamten häufig von sehr . . . gewöhnlicher Herkunft sind.

Wir schieben uns zwischen Lastpferden, Wagen, chinesischen Häusern, zwischen javanischen Priestern, europäischen Kaufleuten und Kuliö weiter; Gerüche aller Art dringen uns aus den Häusern entgegen, besonders ein durchdringender Opium- und Myrrhengeruch. Ab und zu bemerken wir einen Chinesen, der betend vor seinem Hausaltar steht, oder einen andern, der zur Besiedigung seiner religiösen Bedürfnisse bunte Papierschnitzel vor der Hausthür verbrennt. Nachdem wir ein mit chinesischen Buchstaben bedecktes Thor und die Kanalbrücke passiert haben, befinden wir uns in einem ruhigeren Teil der Straße. Hier sind die Geschäftshäuser der Großhändler; aus allen Fenstern tönt das Geklimper der Gebetstücke, und wir sehen ernste und ernsige chinesische Kommis an den Rechentafeln die Holzkugeln hin und herschieben. Wenden wir uns von einer Barbierstube zur Linken ab, wo an der Hausthür die Chinesen sich ihre geehrten Köpfe mit Ausnahme des Zopfes glatt rasieren lassen, so fällt unser Blick zur Rechten auf ein geheimnisvolles Haus mit verschlossenen, Drachen bemalten Thüren. Hier bewahrt man die Götzen auf, die an Festtagen mit vielen Geschrei und Spektakel umhergetragen werden. Noch einige Schritte weiter stehen wir vor einer Anzahl von Gebäuden, die nach der Straße zu durch eine Mauer abgeschlossen sind.

Die äußere und innere Ausstattung ist hier geradezu fabelhaft prächtig. Hier wohnt nämlich der Major der Chinesen, wie sein offizieller Titel lautet, der oberste Beamte der Chinesen. Er und seine ihm untergebenen Bezirksbeamten, die Kapitäns und Leutnants der Chinesen bestimmen die Steuern, halten eigene Polizei und sind für ihre Handlungen dem europäischen Residenten verantwortlich. Der Major-Chinese, dessen Vermögen sich jeder Berechnung entzieht (er zahlte 1886 für sechzig Millionen Gulden Einkommensteuer), ist der erste Bankier, er kontrolliert sämtliche Konzessionen, das sind die geheimen Gesellschaften, er ist durch seine Beamten über alle Chinesen, ihre Handelsunternehmungen und Privatverhältnisse unterrichtet, alle zu Schiff neu Ankommenden werden auf seinen Kontoren gebucht und den Kongsiés zugeteilt. Durch seine Hände gehen ungeheure Summen, die die reich gewordenen Chinesen in China deponieren oder an die dortigen Geheimbünde ablösern, denn die Chinesen der ganzen Welt bleiben stets mit ihrem Mutterlande in Verbindung. Von allen größeren Handelsunternehmungen seiner Landsleute ist er unterrichtet, und er hat seinen Anteil daran. Hier wird beschlossen über die europäischen Beamten, die sich nicht an die „indischen Verhältnisse gewöhnen können". d. h. die sich nicht von den Chinesen schmieren lassen und ihnen zu scharf auf die Finger sehen. Hier ist der Ursprung mancher oft unerwarteten und plötzlichen Entlassung oder Beförderung europäischer Beamten. Hier spricht man Achtungen und Todesurteile aus, die geheimnisvoll und in aller Stille vollzogen werden. Welcher europäische Fürst besitzt wohl ähnliche Machtvollkommenheiten?

Verlassen wir den Sitz des obersten Chinesen. Beim Weiterschreiten fällt uns in einer Nebenstraße das Haus eines reichen Chinesen auf. Es ist das Haus des Opiumpächters Si hiang loo. Der Mann hat von der Regierung das Recht des Alleinverkaufs von Opium für den dritten Teil der Insel Java gepachtet. Es ist das kein schlechtes Geschäftchen, denn der Mann zahlt monatlich 175000 Gulden Pacht. Man kann sich seinen Gewinnschlag ungefähr vergegenwärtigen, wenn man bedenkt, daß etwa einhalb Liter gereinigter Opium einen Wert von ungefähr siebenhundert Gulden vorstellt, und daß beständig ganze Schiffsladungen davon von den Inseln Banda und Bandaneira einlaufen. Dort sind die größten Mohnpflanzungen der Welt und ungeheure Mengen des Höllensaftes gehen von hier aus nach allen Himmelsgegenden. Der Ethinese nun hat in weiten Bezirken, im größten Drittel der Insel, seine Verkaufsstellen. Hier kauft der wohlhabende Javane seine Kügelchen gereinigten Opium und der arme Kuli seine Stroh-Zigarette, deren Tabak mit Opiumabfall gewengt ist. Weite Landerstriche, deren Bevölkerung vor etwa zwanzig Jahren den Opium nicht einmal dem Namen nach kannte, sind heute von diesem schrecklichen Zeug so durchseucht, daß die frühere glückliche und zufriedene Bevölkerung körperlich und sittlich verdorben und verarmt ist. Geistigen Getränken ist der Asiate abhold, aber was bei uns der Zisel, bewirkt dort der Opium. Das Reiskorn auf dem Halm und das Kalb im Leibe der Büffelkuh gerät in die Hände des gierigen, unersättlichen Chinesen für ein paar Tropfen Opium. Dabei beträgt er natürlich die Regierung alljährlich um ungezählte Millionen an Pacht und Eingangszoll. Die eigens, teilweise mit hohem Rang und Gehalt angestellten Zollbeamten sind dabei seine gefügigsten Werkzeuge.

Ich sah eines Morgens, als ich mich bei einem Verwandten des Opiumpächters anstieht, einen Staatsbeamten der höchsten Rangklasse, der gerade zu einem der höchsten Posten nach Batavia berufen wurde, mit seiner Gemahlin dem Opiumpächter einen Abschiedsbesuch machen. Was thut der vornehme holländische Herr mit Frau bei dem Chinesen, und gerade bei diesem, der sein Amt irgendwelcher Art bekleidet? Man vergesse nicht, daß der Chinese dem Europäer in seiner Weise gleichberechtigt ist und weder europäische Kleidung tragen noch zwischen Europäern wohnen darf. Ein Chinese kann nicht einmal in Indien Soldat werden, in Indien, wo selbst von den Eingeborenen nur der Abschaum der Bevölkerung dient. Der Mann, dem der vornehme Besuch galt, ist aber unermeßlich reich und Opiumpächter. Das sagt alles. Der andre Chinese, der Vetter des Pächters, bei dem ich mich anstieht, machte gerade sein Kassenbuch in Ordnung, und ich sah, wie er buchte (in malayischer Sprache): „Soembajan tocan v. B. f. 3000" — zu deutsch: „Schmiere, Herr v. B. f. 3000". Auf meine naive Frage, was das für Schmiere sei, die Herr v. B. der eben erwähnte Beamte, gebrauche, erwiderte mir der Chinese mit einem unnachahmlich verächtlichen Gesichtsausdruck: „Sie wissen doch, daß die europäischen Beamten und Offiziere bei Versetzungen ihr Mobiliar versteigern lassen, und daß man sich bei der Gelegenheit kleine Freundschaftsdienste leistet. Nun, der Posten, den ich gerade buche, ist das Geld, das wir für einige Möbel auf der Auktion gezahlt haben."

Digitized by Google

Als ich wiederum ganz harmlos fragte, ob es schöne Möbel seien, und ob ich sie einmal sehen könne, deutete er schweigend auf den Hof, wo ein Kuli Holz zerkleinerte . . . ein paar alte Tische und Stühle

Bei einer neuen Zigarre, die wir uns anzündeten, sagte mein Bekannter: „Haben Sie schon einmal das Grab des Präsidenten van R. auf dem hiesigen Kirchhofe gesehen?“ — „Jawohl“, erwiderte ich, „auf der linken Hälfte, ein Obelisk steht darauf.“ — „Ganz recht!“ lautete die Antwort des Chinesen, der dabei einem verschlossenen Schranke ein altes, abgegriffenes Buch entnahm, es aufschlug und mir folgende Eintragung zeigte: „Schmier, Herr v. R. f. 1 000 000.“ Dann fuhr er fort: „Es war Ende der sechziger Jahre, ein andrer Verwandter von uns war Opiumpächter; dessen Bücher haben wir übernommen, und der hat mir die Geschichte mitgeteilt. Also Herr van R. war Resident. Auf der Rhede lagen eines Tages vier große Schiffe, zum Schein mit Holz, in Wirklichkeit mit Opium beladen. Nun machte aber diesmal der Resident, der „treue Geschäftsfreund“, Schwierigkeiten, die Ladung unverzollt hereinzulassen, da er bei dem ungeheuren Wert, den das Geschäft darstellte, Verrat fürchtete und für seine Stellung bangte. Der Opium mußte aber herein und der Zoll, der ein paar Millionen betragen hätte, mußte gespart werden. Nun zieht sich am äußersten Weichbilde von Semarang landeinwärts eine längere Chaussee hin. Hier wohnen in kleinen Hütten arme chinesische Handlanger, Tagelöhner und Handwerker. — Der folgende Tag war ein schöner Sonntag. Nachmittags brach in den elenden Hütten plötzlich Feuer aus, das in kürzester Frist sich fast einen Kilometer lang erstreckte und die ganze Stadt ernstlich bedrohte. Kein Wunder, daß der Resident die Garnison alarmierte, alle europäischen Beamten aufbot, und daß alles, auch Hafenmeister und Zollbeamte, sich auf der Brandstelle einfanden, um die Stadt zu schützen. Nach unsäglichen Anstrengungen gelang es, den Brand zu löschen. Aber der Brand hatte auch zur Folge, daß der Opium in unsern Magazinen lag, und die Schiffe wieder auf hoher See waren. Am nächsten Tage buchte der Pächter, wie Sie hier sehen: Schmier, Herr v. R. f. 1 000 000 und darunter einige Summen für die Vorsteher der geheimen Gesellschaften, zu denen die Bewohner der abgebrannten Häuser gehörten.“

Ein Chinese ist im allgemeinen einem Fremden gegenüber verschlossen und zurückhaltend, niemals verrät er wichtige Geheimnisse. Mein Gewährsmann machte bei der ganzen Erzählung ein so trockenes, gleichgültiges Gesicht und sprach in einem so oberflächlichen Tone, daß ich annahm, die ganze Affäre sei zu alltäglich und unwichtig, um damit hinter dem Berge zu halten oder gar Aufhebens davon zu machen.

Ich hat einige Züge aus meiner Manila und schaute nachdenklich den Rauchwolken nach. Mir war manches klar geworden. Es fiel mir aber auch ein, daß ich einmal in Major Percelaur's Buch „Herinneringen mit de loopbaan vand een indisch Offizier“ gelesen hatte, daß es in seiner Leutnantszeit in der Garnison Magelang einen reichen Chinesen gegeben habe, der mit einer breiten, schweren Schmarre im Gesicht verziert war. Dieser Mann war Armeelieferant und hatte einen Offizier zu bestechen versucht, der ihn als Antwort mit einem eisenbeschlagenen Lineal ins Gesicht schlug.

Das war früher, heute giebt es keinen Chinesen mehr, der eine solche Schmarre bekommt.

Zu Anfang dieses Jahrhunderts regierte auf den Inseln der Marschall Daendels, der brave und schneidige Gouverneur, der je dagewesen ist. Ebenso ausgezeichnet wie er es verstand, das Land zu kultivieren und Straßen und Wasserwege anzulegen, ebenso genau hatte er damals schon die Gefahr erkannt, die von den schlauen, gelben Fremdlingen drohte, und er hielt sie ganz energisch unter den Daumen. Ein sprechendes Beispiel dafür ist die Statue eines Chinesen mit einem Pfennig in der Hand, die in dem Vororte Simpang in Soerabaya vor dem Hospital zu sehen ist. Der Platz, auf dem das Hospital steht, gehörte jenem Chinesen. Er war aber in seinen Forderungen sehr unverschämt und wurde immer unverschämter, je länger die Unterhandlungen dauerten. Schließlich riß dem Marschall die Geduld. Man gab dem schlitzäugigen Zopfträger einen Kobang (etwa zwei Pfennig) in die Hand und hängte ihn auf der Stelle auf. Dann ließ der Marschall zum Andenken daran das Denkmal setzen und das Hospital bauen.

Die Nachfolger des Marschalls und die ganze Beamtenschar haben es nun glücklich so weit gebracht, daß ganz Indien von Chinesen überschwemmt und ausgesogen ist, daß der ganze Handel sich in ihren Händen befindet, und daß sie anfangen, den Europäer für einen dummen Jungen anzusehen. Aber für den holländischen Beamten ist es ja auch viel bequemer, den Eingeborenen durch den Chinesen ausplündern zu lassen und seinen Anteil an der Beute als „Schmier“ ausbezahlt zu bekommen, als selbst nach dem Rechten zu sehen und ehrlich und fest zu arbeiten.

Der Juden gute Tugend.

(Schluß.)

Ursprünglich wollten wir nur einige charakteristische Stellen aus der „Wahren Beschreibung der Juden guten Tugend und Wohlthaten gegen die Christen“ wiedergeben. Mehrfache Zuschriften aus unserm Leserkreise zeigten uns aber, daß der Abdruck mit großem Interesse aufgenommen wurde, so daß wir uns entschlossen, diese Schrift ihrem ganzen Inhalte nach zu veröffentlichen. Anfang und Schluß, die noch fehlen, bringen wir heute, so daß hiermit die ganze Schrift abgedruckt ist. Daß die ursprüngliche Reihenfolge zerrissen ist, wird nicht allzusehr als Mangel empfunden werden, da ein eigentlicher Gedankenfortschritt nicht vorhanden ist.

Hinsichtlich des Äußeren möchten wir noch bemerken, daß das Büchlein 32 Seiten in klein 4° umfaßt. Auf dem Titelblatt ist ein Jude mit recht langer Nase und struppigem Haar dargestellt. Auf dem Rock hat er das Abzeichen der Juden, das auch in der Schrift selbst erwähnte „gelbe Ringel“; davon hat er auch seinen beigedruckten Spottnamen „Der gelbe Geckl“.

Nun also zunächst den Anfang:

Dem Edlen und vesten /
Paulu Grünmüller z. Strebfka Obristen
Landtsprobierer / im Königreich Behmen /
meinem günstigen Herrn.

VEster vnd Günstiger lieber Herr Paul / Nachdem Ir mich am Jüngsten gefraget habt / wie mein sach stehe mit den zweyen Juden / mit welchen ich ein Recht[1]) hab / von wegen meines Sons / darauff thue ich euch zu wissen / das ich mit jhnen verhört bin / vnd die sache auff einem Außspruch[2]) ist / aber ich bin sehr vbereilt worden mit der verhör / denn mir ist ein Citation zukommen von den Herren Comissarien / als heut / darinnen ist mir aufferlegt worden / das ich auff morgen frue mit aller notdurfft vnd beweis sol stehen / das mir denn nicht müglich ist gewest / mich in einen tag aber[3]) vber nacht fertig zu machen / vnd wenn ich gleich ein viertel Jar zeit darzu helt gehabt / so het ichs dennoch nicht euden können / vrsach / denn etlich zeugen daran mir denn am meisten ist gelegen / nicht anheimb sein gewest / vnd etlich in andern Landen / als im Land zu Poln zu Posen / vnd andern Steden wohnen / die ich so eilendts nicht hab füren können / hab aber doch / so viel müglich gewest / gethan / vnd mein Supplication biß auff einen Artickel / der nicht zubeweisen / vnd doch war ist / beweisen.

Vnd dieweil ich so viel böser stück auff die Juden beweisen / hab ich begert / man sol mir vergönnen / das peinlich Recht auff sie zu verbengen[4]) / vnd so sich der Artickel darauff betreffent nicht bey jnen finden würd / was ich Suppliciert hab / so wil ich Jrer Kayserlichen Mayt. Tausent gülden Reinisch in Jhr Kammer verfallen / darauff stehet

[1]) einen Prozeß.
[2]) Druckfehler für „Ausspruch“.
[3]) oder.
[4]) einen Strafprozeß wieder sie einzuleiten.

Digitized by Google

nun solche sach / bitz ein Ausspruch geschicht / Gott aber weis / würd ich so lang leben oder nicht / ich hab viel anhaltens vnd Supplicierens gethan / aber nichts damit können ausrichten / darzu seind die Juden alsbaldt Ihr Kay. Mayt. von Prag verreist / aus dem gefangknus gelassen worden / vnd hab bis auff diese zeit noch kein Urtel erlangen können / allein die Juden treiben nur das gespöt daraus / vnd trutzen mich darzu / vnd thun mir als zuwider / wo sie können vnd mügen / Also haht ihr den bericht von gedachter handlung / ꝛc.

Wenn ich aber zeit vnd weill hett gehabt / vnd ich meine Zeugen hett können führen / wolt ich dermassen auff diese Juden bewiesen haben / das sich darüber zu verwundern wer gewest / denn von der Juden bösen stücke ist nicht zu schreiben noch zu sagen / es ist kein Christen mensch der es kan ausprechen / noch dahin gedencken / mit weh[1]) sie vmbgehen / wie denn täglich an tag kompt / vnd zu sehen ist / vnd dennoch schweigt jederman still darzu / wie viel verderben sie nur Junger Leuth / noch bey der Eltern leben / wiewol nicht allein die Jungen / sondern auch Alte / noch bleibt es alles vngestrafft / vnd wird also vnterdruckt.

Haben sie nicht einen Jungen menschen von Pilsen / noch bey seines Vaters leben / vmb viel Tausend gülden bracht / dermassen das sich sein Vater zu todt hat kümmert / Haben sie nicht viel seiner Junger gesellen vnd Bürgers Kinder / nicht allein hie zu Prag / sondern auch in den vmbliegenden Städten / als Königgrätz / Satz / Leitemeritz / vnd andern Städten / vmb viel Tausent bracht / viel seiner junger Kauffleut / die jnen von Hundert ein Jar / bis in hundert haben müssen wucher zalen / deren man ein grosse summa nach einander köndt nennen / die jetzundt in kurtzer zeit her / alle durch jre argkistigkeit / vnd Jüdische practica sein vmb jre güter komen / ausgenommen die aus den Herrnstand vnd die vom Adel / die der Juden nicht bedürfft hetten / auch jr lebenlang darauff nicht gedacht / noch dencken hetten können / mit weh sie von jnen sein verfüret worden / vnd noch teglich weret / denn die Juden den brauch haben / wo sie junge Leuth wissen / die was von jren Eltern zugewarten haben / so schleichen sie jhn so lang vnd viel nach / bis sie mit jnen zu red kommen / vnd kundschafft mit jnen machen / bitten jhn selbest Geltt an zu leihen / damit sie es nur hinder sich bringen / denn sie wissen wol / das es mit einem Jungen menschen nur vmb den anfang zu thun ist / darnach komen sie selber wol / vnd wer ein mal vnter sie geredt / der kan jr nimmer los werden / vnd mus darnach jr Liedlein singen / vnd wenn sie einem Zehen taler leihen / oder auf das meist zwantzig / so mus er ein hundert darfür auff ein zeit verschreiben / wenn darnach die zeit kömpt / das sie zaleu sollen / vnd die jungen das gelt nicht haben / so drähen sie jn / sagen sie wollens den Eltern klagen / vnd schrecken die Jungen / denn so müssen sie jnen newe Briefe machen / geben jn ein lengere zeit / aber sie müssen ja noch so viel darzu verschreiben / damit sie es nur den Eltern nicht anzeigen / darnach wenn die Eltern sterben / so kommen sie mit solchen Briefen herfür / vnd bringen die Jungen damit vmb jre Güter / die jn die Eltern gelassen haben / als denn werden sich die Leut verwundern / das die Kinder jre Güter so bald nach jres Vaters tod verthan haben / gedencken aber nicht darauff / das sie es bey der Eltern leben den Juden heimlich verschrieben haben. Sie geben jnen auch raht vnd that / wie sie sich bey den Kauffleuten sollen schuldigen / vnd Waren von jnen nemen / bringen jns selbest solche Wahr von den Kauffleuten zuwegen / sagen jn zu / sie wollens wider von jn kauffen / vnd wann solches geschicht / vnd sie die Wahr von Kauffleuten nemen / so wissen sie darnach nicht / was sie darmit thun sollen / müssens den Juden nicht vmb halb gelt / sondern vmb ein dritteil geben / wie denn eins Bürgers son von Pressla / auff ein zeit für Neun hundert taler gute Wahr wolfeil / vnd in einem rechten Kauff / von einem Kauffman genomen / darauff jn ein Jud angefüret hat / darumb er jne derselbige Jud hernach nicht mehr geben hat / denn zweyhundert taler / vnd ein Ring vor Funffzig Taler / das der Christ bald Sechshundert vnd Funffzig Taler verloren / vnd der Jud an jm gewunnen hat / daraus denn kömpt / das offt die Juden wolfeiler geben / als die Christen / wenn sie die Wahr neher denn halb vmbsonst haben / durch solche hendel die man Parhsta[1]) heist / komen viel Leut vmb jre Güter / sie füren auch die jungen Leut an / das sie Gelt auff Brieff nemen / vnd wenn man jnen leihet hundert / so verschreiben sie allzeit Zwey oder Drey / vnd dis alles wird durch die Juden gehandelt / denn sie nemen gschenck von beiden teilen / sie leihen jm selbest auch / vnd lassen die Brieff auff einen Christen stellen / der es dann solcher Christen auch hie hat in dieser Stadt / die sich mit einem Geschenck darzu bringen lassen / das sich offt zutregt / das ein Jud vber Funffzig Schock[2]) neicht leihet / vnd nimpt ein Brieff der auff Fünffhundert laut darfür an / vnd bringen also die Leut in die schuldt / das sie darnach nimmermehr daraus komen können / wie denn der Herrman Kolleck Jud hat gethan / der hat einem Jungen Burgers Son geliehen / Dreyundzwantzig Taler / der hat jhm Hundert darfür verschreiben müssen. Mehr / hat er einm andern Jungen menschen bey viertzehen Jahren alt / Neunundzwantzig Schock geliehen / darfür hat er jhm müssen verschreiben Zweyhundert vnd achtzig Schock / vnd darzu ein hohen Ayd schweren / das ers niemandts sagen wölle / welchs geschicht auch viel / vnd am meisten denen vom Adel / wie viel Bürgers Söhn seind hie zu Prag / die also vnd das jre komen sein / vnd jetzt schier halweg betteln müssen / schemen sich / dörffens vor schanden nicht klagen noch sagen / wie sie vmb das jre kommen sein / das ist nun ausserhalb anderer bösen thaten die sie brauchen / Nemlich mit der Müntz / die sie beschneiden vnd schuellen / denn nicht zwey Schod Münz vnter sie kompt / nicht allein grob gelt / sondern auch die Weissenpfennig[3]) / die sie nicht auffziehen auff einem Wägl / die schweren brennen[4]) vnd die leichten geben sie wider aus / sehen Kinder darüber / die einen jetzlichen Weissenpfenning auffziehen / hat man doch ganze Töpff voller abschnitel bey jnen gefunden / die sie von den Groschen vnd anderer Müntz haben abgeschnitten / das man genugsam bewiesen hat / darzu führen sie alle gute Müntz aus dem Land / vnd böse dargegen herein / damit kein gute Müntz im Land bleibt / wie denn nicht lengst zwen Juden hie zu Prag sein erwischt worden / die gar aus dem Niderlandt herkommen / vnd haben jhnen wöllen lassen Stempfel machen / vnd auff den Behemischen Schlag münntzen[5]) / was machen sie denn Dieb vnd Schelk / Huren vnd Buben / Rauber vnd Kirchenbrecher derhalben sie ein eigenen Goldschmidt vnter jnen halten / der jhnen das gestolen silber / sonderlichen was Kelch vnd Monstrantzen / auff welchen auch der Leut Wappen vnd zeichen / dabey es zu kennen wer sein / damit vnd mit welchem sie nicht vnter die Christen dörffen / verschmeltzt.

Item / Wir können keinen getrewen Knecht / Dienstmagdt oder Köchin bekomen oder behalten / die nicht von jnen vorfüret weren / die vns ab / vnd jhnen solches zutragen / vnd vmb halbes gelt verkaufften / als Zingeschirr / Bettgewandt vnd anders / das sie die Juden alles von jnen annemen / das sonst nicht geschech / wenn sie nicht wern / denn wer der Heler nicht / so wer der Steler nicht / wie das alt Sprichwort laut.

) mit w.m, wemit.

[1]) Das Wort findet hier also seine Erklärung; vgl. auf Seite 237 die erste Anmerkung.

[2]) Zuzumal rechnete man die Groschen nach Schock, 60 Kaiser-Groschen = 1 Schock.

[3]) ferner.

[4]) Vgl. Anm. 5 auf S. 250.

[5]) Alle Münzen wurden von den Juden gewogen. Die schweren wurden entweder beschnitten oder eingeschmolzen und dann umgeprägt.

[6]) Aus geringwertigem Metall haben die niederländischen Juden böhmische Münzen herstellen wollen.

Digitized by Google

Hier schließt sich nun an, was wir in den Nummern 518 bis 521 bereits abgedruckt haben.

Dahinter kommt dann noch folgender Passus:

Post Scripta.

Es ist ein gros wunder / das so wenig unter uns Christen sein / die die sach bedechten / wie es ein lecherliches ding ist / das man den Christen verbeut / dz sie nicht mehr dürffen zins nemen / denn sechs vom hundert / vnd den Jüden Vierundzwentzig erlaubet / wer es nicht gnug wenn man jnen Zwölff vergönnet / das sie doch vnter einen Creutzer nicht nemen / sonderlich von dem gemeinen man / da kömpt vom hundert zwey vnd siebentzig taler / es sey dann von grossen Herrn / derhalben andere Nation billich vnser spotten / das wir die Jüden also erheben / vnd selbst noth leiden.

Mehr[1]) das wir / wenn einer an einem Artickel des Christlichen glaubens zweiffelt / aber[2]) sich nicht in einem jetzlichen mit andern vergleichet / also an einander verbrennen / ertrencken / vnd sonst grawsam einander vmbbringen / Vnd wir die Jüden / die sich doch in keinem Artickel mit vns vergleichen / darzu den Namen Christi / vnd vns Christen auff das höchste / als sie immer können vnd mügen / lestern / schenden vnd schmehen / dennoch vnter vns / vnd in vnsern Landen leiden vnd dulden / das die Jüden selbst vnd die Türcken vnser wol lachen mügen / rc. O schand vber schand / rc.

Darmit gehabt euch lieber Herr Paul wol / vnd wolt auff dismal mit diesem meinem einfeltigen schreiben vor gut nemen / vnd ob ich auch gern mehr / vnd die rechten Hauptartickel von den Jüden / damit sie Land vnd Leut / verderben / verrhaten vnd verkauffen / geschrieben hett / so hab ich nicht gedürfft / auff das ich nicht jemands damit erzürne / Der Allmechtige Gott wol uns für allem vbel behüten / Amen. 1581.

Konsumvereine, Beamtenvereine und die Lage des Kleinhandels. Wie außerordentlich die Ausbreitung der Konsumvereine vorgeschritten ist, zeigt ein Bericht der Handelskammer zu Halle (Saale). Ihr Bezirk zählt auf 84119 qkm 1014258 Einwohner, und in 64 Orten 75 Konsum- und Beamtenvereine. Landwirtschaftliche Genossenschaften sind nicht mit eingerechnet. Hier zeigt sich eine geschickt durchgeführte Taktik, hier liegt der Beweis, daß in diesem Kampfe des Großbetriebes gegen den Kleinbetrieb nicht nur mit rechtschaffenen wirtschaftlichen Waffen, sondern vielfach mit Zuhilfenahme recht bedenklicher politischer Werkzeuge gefochten wird.

Treten hier die unmittelbaren Folgen in der Ertödtung und Vernichtung des Kleinhandels in die Erscheinung, und bleiben, nach Aussage der Besitzer, selbst größere Geschäfte nicht unberührt, so sind die mittelbaren Folgen: Entwertung der Grundstücke, Ausfall vieler, nicht ersetzbarer Steuerzahler für den Staat und die Gemeinden, schwere Rückschläge auf den Fabrikanten und Großhändler. In letzter Beziehung sind die Bestrebungen einer großen Anzahl von Konsumvereinen zur Organisation des Großeinkaufs bereits in die Erscheinung getreten, und die Großeinkaufs-Genossenschaften zeigen dem dem Großhandel erstehenden Wettbewerb.

Zahlen reden eine deutliche Sprache! Der Allgemeine Konsumverein zu Halle hat im Geschäftsjahre 1896/97 2067798 Mark umgesetzt gegen 1338885 Mark im Vorjahre.

Das sind Zahlen, die den Rückgang des Kleinhandels auch ohne dessen beweglicke Klage klar vor Augen führen, denn die 1193 Mitglieder, die dieser eine Konsumverein in einem Geschäftsjahre gewonnen hat, bilden (die Familie zu fünf Personen gerechnet) einen Zuwachs von 5965 Personen allein für diesen Verein! Das bedeutet den gleichen Ausfall von Konsumenten für das Kleingeschäft. Der Geschäftsbericht des Vereins zeigt zweierlei Thatsachen: zunächst liegt hier der Betrieb eines Großhandels vor; dann wird der Marktpreis zwar eingehalten, jedoch geht der Überschuß — nach Abzug der für einen solchen Großbetrieb verschwindend geringen Unkosten — in Gestalt einer verlockenden Dividende wieder an den Konsumenten zurück. Das ist ein Geschäftsbetrieb, den der Kaufmann nicht mitmachen kann, es sei denn unter Darangabe jeglichen Nutzens, und dann kann er eben nicht bestehen. —

Erscheinen nun da, wo Konsumvereine bestehen, unbedingt diese als die schärfste Konkurrenz des Kleinhandels, so werden doch auch fast durchweg die Beamtenvereine mit Recht als den Kleinhandel schwer schädigend angesehen. Ebenso erwächst dem Betriebe zahlreicher Geschäfte Konkurrenz durch das Warenhaus für Armee und Marine, und das Warenhaus für deutsche Beamte, die von Berlin aus an ihre Mitglieder die verschiedensten Artikel aus fast allen Branchen zum Verkauf bringen.

Auch auf diesem Gebiete einige Zahlen. Das Warenhaus des Postassistenten-Verbandes zu Berlin mit seinen vierzehn Zweiggeschäften im Reiche, das jetzt in eine Genossenschaft umgewandelt wird, kann in der ersten Hälfte dieses Jahres auf eine Steigerung seines Umsatzes um 21 v. H. zurückblicken. Insgesamt betrug er während dieser Zeit 366140 Mark.

Neben den Konsum-, Beamten- und Warenein kaufs-Vereinen sind die bedeutendsten Konkurrenten des Kolonial-Kleinwarenhandels vornehmlich die Warenhäuser, die Bazare und Versandhäuser. Schwindelhafte, aufdringliche Reklame in Zeitungs-Anzeigen, Anstegung sog. Lockartikel zu niedrigeren als Einkaufspreisen in den Schaufenstern, Durchführung von Schleuderpreis-Ausverkäufen, die sich wochenlang hinziehen, und deren Lager mutmaßlich erneuert werden, Ausbietung scheinbarer Restbestände und sog. Rester zu unerhört billigen Preisen, sind die Kampfmittel einer großen Anzahl dieser sog. Bazare und Warenhäuser, die dann noch häufig Filialen in mehr oder weniger entfernten Nachbarorten auftun.

Gegen eine solche überhandnehmende Entwickelung dieser Art von Vereinen und Geschäften ist selbst die höchste geistige und physische Anstrengung wertlos, hier muß die Gesetzgebung eingreifen. Wir sind die Letzten, die bei jeder Gelegenheit nach Staatshilfe rufen. Manchmal ist sie aber nicht zu entbehren und in diesem Falle scheint sie uns sogar sehr notwendig zu sein. Anstehung jederlei amtlicher Unterstützung von Beamtenvereinen, ein Verbot der Teilnahme von Beamten an Konsumvereinen usw. und eine entsprechende Besteuerung dieser würde dem Kleinhandel schon Luft verschaffen. Dauoben müßte aber der Kleinhandel sich auch selbst anstaffen, sich mehr wie bisher organisieren und alle jene Elemente ausstoßen, die unlautere Praktiken anwenden und womöglich noch mit Rabatt- und Sparvereinen usw. in Verkehr treten, um nur ja recht viel Kundschaft anzuloden.

+

Sozialdemokratische Verhetzung. Die Bäcker-Innung zu Berlin hat vor einiger Zeit zwei treue Gesellen, die auf eine fünfzigjährige Thätigkeit in ihrem Berufe zurückschauen konnten, mit einer Ehrengabe von je einhundert Mark bedacht. Ein solches Vorgehen scheint jedem klardenkenden Menschen dazu angethan, wohlthuend auf das Verhältnis zwischen Arbeiter und Arbeitgeber einzuwirken, zumal hier die Innung, also die Gesamtheit der Meister die Sisterin war. Die derart bekundete Gemeinsamkeit der Interessen zwischen Meister und Gesellen ist der Sozialdemokratie aber ein Dorn im Auge. Die sozialdemokratische „Deutsche Bäcker-Ztg." giebt ihren Lesern deshalb obige Thatsache in folgender Form zu kosten:

> Aus Berlin. Im Innungsvorstande wurde dem alten Gesellen U., welcher sein 50jähriges Jubiläum als Geselle feierte, 100 Mk. unter belobigenden Worten überreicht. Der Glückliche! Für 50jährige Abrackerung 100 Mk. Belohnung macht für das Jahr 2 Mark. Wie viele hundert Mark hat er wohl in diesen 50 Jahren seinen Ausbeutern verdient, die dafür ein herrliches Leben führen!

Hätte die Innung den Ehrentag jener alten Gesellen nicht beachtet, so wäre sicher die „Bäcker-Ztg." ebensowenig am Hohnworte verlegen gewesen wie jetzt. Es ist ja eben das Bezeich-

[1]) ferner.
[2]) oder.

Digitized by Google

wende an der Sozialdemokratie, daß ihr nichts recht gemacht werden kann. Die ganze Partei ist einmal auf der Hetzerei gegen das Bestehende — mag es auch noch so gut sein — aufgebaut und deshalb muß jede Handlungsweise der „Bourgeois" verlästert werden.

Ausland.

Rußland. General Dragomiroff giebt in dem militärischen Fachblatte „Rasswjedschik" dem Chef des Militärbezirks Wilna, General Trotzki, allerdings ohne dessen Namen zu nennen, eine bittere Lehre. In Minsk wurden vor einigen Monaten Militär-Patrouillen von einer Judenmenge verhöhnt und thätlich angegriffen, ohne daß man mit der Waffe einschritt. In der Form einer Antwort an einen Offizier, der sich angeblich bei dem General Rat geholt haben soll, ob nicht die Patrouille dieselben Rechte hätte wie ein Wachtposten, sagt Dragomiroff: „Allerdings. Die Patrouille ist ein mobiler Wachtposten und der Wachtposten eine mobile Patrouille; das ist der ganze kein äußerliche Unterschied . . . Wenn der bewaffnete Mensch vergißt, seine Waffe in dem Augenblicke zu gebrauchen, wo er dazu das Recht und die Pflicht hat, so ist er sogar gegen die einfache Faust wehrlos, denn seine Hände sind mit der schrecklichen Waffe belastet. Dann ist er einfach ein Lastträger für seine Waffen, aber kein Bewaffneter, und dann ist es überhaupt besser, ihm die Waffen fortzunehmen und dafür den freien Gebrauch der Faust zurückzugeben."

Mosaik.

Die Vereine Deutscher Studenten haben auf der letzten Tagung des Kyffhäuser-Verbandes beschlossen, daß auf je 25 Mitglieder ihrer 21 Vereine allsemestrich je ein Student nach Prag auf die deutsche Universität oder technische Hochschule gehe. Die Vereine Deutscher Studenten wollen damit innerhalb der akademischen Grenzen an den Tag legen, daß die nationale Studentenschaft im Deutschen Reich tiefste Teilnahme, volles Verständnis für den schweren Barkampf hat, in dem die deutsche Studentenschaft zu Prag auf der zur Zeit bedrohtesten Schanze unsers Volkstumes steht; durch die That soll bewiesen werden, daß die Vereine der Deutschen Studenten es für einen Schimpf an der Ehre des deutschen Namens halten, wenn auf den Straßen des vom deutschen Kaiser Karl IV. in Blüte gebrachten Prag, wenn in den Sälen und vor den Thüren der ältesten deutschen Universität die deutsche Sprache verfehmt, das deutsche Burschentum verlästert, die deutsche Wissenschaft ausgerottet werden soll.

Wer vertenert unsern Grund und Boden? Die Terrain-Aktien-Gesellschaft „Neues Hansaviertel" zu Berlin (Grundkapital 3 600 000 Mark will den „Erwerb, die Verwaltung und Verwertung von Grundstücken im Neuen Hansaviertel zu Berlin und andrer zu Berlin und den Vororten belegenen Grundstücke" betreiben. Zu diesem Zwecke haben sich folgende Leute zusammengethan: der Bankier Richard Abel und der Ingenieur Max Jacobsohn zu Charlottenburg, Der Geschäftsführer Paul Bartz, der Kaufmann Simon Staub und der Kaufmann August Beyer zu Berlin. Welchem Stamme die Mehrzahl dieser Gründer angehört, brauchen wir nicht besonders hervorzuheben!

Die Demut ist der jungen Ehrlichkeit Leiter; der Aufwärtsklimmer kehrt den Blick ihr zu, doch hat er erst den höchsten Tritt erreicht, den Rücken wendet er der Leiter dann, blickt wolkenwärts und lacht der niedern Sprossen, die ihn emporgeführt.

Jüdische Armeelieferanten. Durch Verfügung der Intendantur des zweiten Armee-Korps sind die Kaufleute Lewin und Lesser Heymann zu Zempelburg (Westpreußen) von allen Lieferungen und Leistungen für die Militärverwaltung ausgeschlossen worden. Den Grund der Ausschließung kann uns der Einsender dieser Nachricht nicht angeben; reelle Kaufleute pflegt man aber nicht auszuschließen.

Lehrer und Juden. Man schreibt uns: Kommt mir da ein Blatt unter die Hand mit dem Gesicht „Pädagogische Zeitung" und dem Zusatze „Hauptorgan des Deutschen Lehrervereins". Als Herausgeber zeichnet der „Berliner Lehrerverein". Und wem ist der buchhändlerische Vertrieb übergeben, wer hat die Anzeigen-Annahme und wer druckt das Blatt? Die Firma W. u. S. Löwenthal zu Berlin, Inhaber Dr. Wilhelm und Sala Löwenthal! — In der Nummer, die ich vor Augen habe, steht ein Bericht über die deutsche Lehrerversammlung zu Breslau, Pfingsten 1898. In den Begrüßungsworten des Vorsitzenden heißt es: „Ich wünsche, daß unsre Beratungen getragen werden von echter Pfingstbegeisterung, von wahrer Pfingstklarheit und von edlem Pfingstfrieden."

Muß dem Leser nicht der Verstand stillstehen, daß zur Verherrlichung dieser Idealgaben des christlichen Pfingsten in dem Organ deutscher und christlicher Jugend- und Volksbildner eine jüdische Druckerei nötig ist?

Wenn der Kreis der Ostertage, die hehre Weihnachtszeit, wenn Fragen der christlichen Religion zur Besprechung kommen, werden nicht die beiden Löwenthal sich freuen, daß man mit derselben Druckerschwärze kann drucken für die Christen und für „unsre Kalk"? Ich meine, es giebt selbst in Berlin genug deutsche und christliche Buchdrucker und Buchhändler, denen eine solche Arbeit von einem deutschen Lehrerverein anerbrannt werden könnte, ganz abgesehen davon, daß ein derartiger Verein vor allen Dingen sich an den Spruch halten sollte: Lasset uns Gutes thun, zunächst an den Glaubens- und Rassegenossen!

Sozialdemokratisches. Besondre Achtung vor der Heiligkeit eines Gotteshauses bekundete „Genosse" Brombocz zu Eintrachtshütte (Oberschlesien). Er rief in der Kirche während der Predigt dem Pfarrer Tunkel die Worte zu: „Du Donnerwetter lügst!" Drei Monate Gefängnis bekam der liebe „Genosse" für diese freche Störung des Gottesdienstes. —

Dem „Genossen" Dr. Lütgenau erteilte der Parteitag für den Wahlkreis Bochum eine scharfe Mißbilligung für sein Verhalten bei der letzten Reichstagswahl. —

Mit der ganzen Familie ausgerückt ist „Genosse" Tischler Döbbelin aus Stendal. Er war Vertrauensmann des Holzarbeiter Verbandes und hat als solcher tausend Mark mitgehen heißen. In Stendal scheinen schöne Zustände in der sozialdemokratischen Partei zu herrschen, denn es ist noch nicht lange her, daß im Kassenbuch sich die „Genossen" buchstäblich „an die Köpfe kriegten". Kompromißer dort und in dem benachbarten Tangermünde ist ein ehemaliger Schneidermeister, der als sozialdemokratischer Reichstagskandidat in der Westprignitz auftrat. —

Kapital und Arbeit. Die Fahrradfabrik „Corona", vorm. Ad. Schmidt, Aktiengesellschaft zu Brandenburg (Havel) hat im letzten Rechnungsjahre 16 v. H Dividende verteilt. Außerdem erhielten Vorstand und Aufsichtsrat je 6311 Mark 65 Pf. „Tantième", der Arbeiter- und Beamten-Unterstützungsfonds wurde dagegen mit ganze tausend Mark abgespeist! Es ist selbstverständlich, daß solche Zahlen Wasser auf die Mühle der sozialdemokratischen Agitation sind.

Die zwölf Apostel. Lehrer: Müller, nenne mir die Namen der zwölf Apostel.

Müller: Ruben, Simeon, Levi, Juda, Isaschar, Schalow, Dan, Naphtali, Gad, Asser, Joseph, Benjamin.

Lehrer: Falsch! Das ist ja Unsinn! Das sind doch nicht die zwölf Apostel. Tulpenthal, sag es den unwissenden Menschen: Was sind das für Leute, die er da genannt hat!

Tulpenthal: Das sind die Rechtsanwälte von Landgericht I Berlin.

Billige, dichte Dächer
Muster etc. postfrei
aus man der aus Andersmann's Asphalt-Dachpappen
Asphalt-Isolirungspappen
Asphalt-Isolirungsfilz-Lose
A. W. Andersmann, Berlin, Rixdorf.
Einen großen Dienst leistet man unserem Blatte und unserer Sache, wenn man seine Einkäufe bei solchen Handlungen deckt, die uns durch Anzeigen unterstützen.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königsstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe, Berlin NW. 5, Kruppstr. 13.
Druck: G. Reusche, Leipzig.

Digitized by Google

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich **Mk. 1.50** bei der Postanstalten (Post-Zeitungsliste Nr. 1738) und Buchhandlungen. Unter Streifband **Mk. 2.**

Herausgegeben von Max Liebermann v. Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Anzeigen: die 4-spaltene Petit-Zeile 25 Pfennige. Verlagsbuchhandlung Hohlfeldstraße Nr. 27, Leipzig.

XIII. Jahrgang. | Leipzig, 1. September 1898. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Juden-Frage. Otto Glagau. | Nr. 524.

Inhalt: Jüdische „Gleichberechtigung". — Landwirtschaft und Industrie im Deutschen Reiche. — Juden und Chinesen. II. — Großjüdische Hypothekenverhältnisse. — Die Lage in Österreich. — Die Änderung des Vor- und Familiennamens — Zettelbanken. — Thörichte Freudheiten — Zur Psychologie des Judentums. — Parteinachrichten. — Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen. — Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat. — Jüdische Ritter, Kommissions- und Kommerzienräte usw. — Mosait.

Jüdische „Gleichberechtigung".

Es vergeht kaum eine Woche, ohne daß nicht die Juden in ihren Blättern sich über die Verletzung der Gleichberechtigung beschwert hätten, die ihnen auf irgendeinem Gebiete angeblich zugefügt ist.

Will eine Tischrunde von deutschen Gerichtsreferendaren von dem Eindringen jüdischer Kollegen nichts wissen, ist die „Gleichberechtigung" in Gefahr, und schleunigst müssen die „intoleranten" Leute gemaßregelt werden.

Läßt sich ein Verkehrsbeamter die Frechheiten eines Judenjünglings nicht gefallen, schreien alle Juden nach dem Minister, wenn nicht gar nach dem Staatsanwalt. Selbstverständlich thut die „Gleichberechtigung" auch hier ihre Dienste.

Nimmt ein deutsches Bad oder ein deutsches Gasthaus keine Juden auf, um nicht die gute deutsche Kundschaft zu verlieren, ruft die Judenpresse im Namen der „Humanität" alle Semiten und Philosemiten zur Verteidigung der bedrohten „Gleichberechtigung" auf die Schanzen.

Wird zahlenmäßig bewiesen, daß unsre höheren Schulen eine ganz unverhältnismäßig hohe Besuchsziffer jüdischer Schüler aufweisen, tütteln nach Ansicht der Herren Mosse und Cohn die „reaktionären" Ansässigen an der von weitschauenden Staatsmännern zum „Heile" des ganzen deutschen Vaterlandes eingeführten „Gleichberechtigung".

Und so weiter mit Grazie ad infinitum! —

Gleichberechtigung! Giebt es heute überhaupt eine Gleichberechtigung in den deutschen Landen? Gesetzlich ja, in Wirklichkeit aber nicht. Der Beweis für diese Behauptung wird uns nicht schwer fallen.

Die Eidesleistung hat vor deutschen Gerichten nach einer bestimmten Form durch Aufhebung der unbekleideten rechten Hand und entblößten Hauptes zu erfolgen. Die Juden verlangen nun, daß ihnen, entgegen unsern klaren gesetzlichen Bestimmungen, bei der Eidesleistung gestattet werde, den Hut aufzusetzen. Übereinstimmend ist in letzter Woche aus Halberstadt, Braunschweig und Dresden von jüdischen Zeugen berichtet, die eine solche Zumutung an das Gericht stellten. In Halberstadt hat der Jude mit seiner Berufung auf die jüdischen Religionsvorschriften kein Glück gehabt, obwohl er erklärte, daß ihm von einigen Gerichten das Aufsetzen der Kopfbedeckung anstandslos gestattet sei. In Braunschweig ebenfalls nicht, in Dresden dagegen hat das Gericht dem Verlangen des Juden nachgegeben.

Vor einem andern Gericht kam an einem Sonnabend die Klage eines Juden gegen einen Bettler zur Verhandlung. Der Jude weigerte sich, den vorgeschriebenen Eid zu leisten, weil es den Juden verboten sei, am Sabbath zu schwören. Der Gerichtshof erkannte, „religiöse Bedenken seien allerdings generell nicht als ausreichendes Motiv für das Gesuch um Dispensation vom Eid anzuerkennen; trotzdem habe der Gerichtshof beschlossen, den Termin zu vertagen". Die „Allgem. Ztg. des Judentums" nennt diese Entscheidung „tolerant" und wünscht eine gesetzliche Regelung der Angelegenheit!

In Köln (Rhein) wird der Kaufmann Samuel K. beschuldigt, wiederholt an Sonn- und Feiertagen nachmittags seine Gehilfen beschäftigt zu haben. Vor Gericht erklärt der Angeklagte: „Ich bin Israelit und habe Sonnabends mein Geschäft geschlossen; die Leute, die ich an Sonntagen nachmittags interne Arbeiten erledigen ließ, waren ebenfalls Israeliten, und ich habe nie christliche Gehilfen zu der fraglichen Zeit beschäftigt." Hier hatte der Jude mit seinen merkwürdigen religiösen Anschauungen kein Glück, er wurde zu zehn Mark Geldstrafe verurteilt.

Man sieht hieraus ganz genau, daß die Juden bestrebt sind, sich auf Grund ihrer angeblichen Religionsgebräuche mit unsern Gesetzen in einen Gegensatz zu bringen. Sie wollen kein Gehör dafür haben, daß sie sich in ihrer verschwindenden Minderheit den Anordnungen der deutschen Behörden unweigerlich fügen müssen, weil ihnen einmal die gesetzliche Gleichberechtigung zugestanden wurde. Unter dieser verstehen sie aber einfach eine Vorberechtigung. Alle Vorteile, die ihnen die Emanzipation gebracht hat, benutzen sie ruhig, um auf Grund ihrer angeblichen Religionsvorschriften sich eine ganze Anzahl Sonderrechte herauszunehmen und dabei das deutsche Gefühl ständig zu beleidigen und herauszufordern.

Kein Mensch wird die Anhänger irgendeines Religionsbekenntnisses an der Ausübung ihrer Religionsgebräuche hindern. Stehen diese aber mit unsern sittlichen Anschauungen und staatlichen Anordnungen im Gegensatze, so verbitten wir sie uns ganz energisch. Die deutsche Anschauung verlangt bei ernsten und heiligen Handlungen das Entblößen des Hauptes und sie verlangt unbedingte Achtung vor unsern Sonntagen. Wem das nicht paßt, den lassen wir unsre Gesetze fühlen, sonst mag er dahin gehen, wo er glaubt, sich ungestraft solche Freiheiten herausnehmen zu dürfen.

Deshalb verlangen wir auch, daß die Juden mit ihrer Schlachtmethode sich unsern Gesetzen anpassen sollen. Dazu haben sie aber nicht die geringste Neigung. Im Gegenteil, sie bringen es fertig, daß das Umgekehrte eintritt. Erst jüngst wurde es bekannt, wie es dem Einfluß der Rabbiner zu München gelang, der Stadt Hof die Schächterlaubnis für das städtische Schlachthaus abzutrotzen, trotzdem dort die Polizei die vorherige Betäubung der Schlachttiere angeordnet hatte.

Aber damit geben sich die Juden nicht zufrieden. Sie zwingen vielmehr das von ihnen verworfene, also in ihren Augen „unreine", Fleisch den Nichtjuden auf und zwingen diese außerdem zur Unterhaltung der jüdischen Kultusdiener. Der Fleischer muß nämlich für die „Erlaubnis", schächten zu dürfen, an die Kasse des betreffenden Judentempels für jedes geschächtete Stück Vieh eine bestimmte Gebühr zahlen.

Welche „Vorschriften" außerdem die Juden den Fleischern noch geben, mögen folgende „Bestimmungen für den Verkauf von Koscherfleisch" zeigen, die „Die Religionsbehörde" zu Eichwege am 15. April 1897 „erlassen" hat:

§ 1. Die Berechtigung zum Koscherfleisch-Verkauf hängt von der gewissenhaften Beobachtung der nachfolgenden Bestimmungen ab.

§ 2. Zur Aufbewahrung und zum Verkauf von Koscherfleisch hat jeder Metzger in seinem Laden einen bestimmten Platz zu reservieren, wo zu gleicher Zeit kein andres Fleisch hängen darf. Ebenso dürfen weder auf dem Tische noch anderswo Koscherfleisch und andres auf- und nebeneinander liegen.

Digitized by Google

§ 3. Fleisch, welches nach Ausweis der daran hängenden Schächtzettel nicht mehr koscher ist, muß alsbald aus diesem in § 2 bezeichneten Raume oder Ladenteile entfernt werden.

§ 4. In unmittelbarer Nähe dieses Raumes muß jeder Metzger für den Koscherfleisch-Verkauf einen besonderen Hackklotz nebst Hackbeil (Hackmesser), Knochensäge und einigen Messern haben.

§ 5. Über diesem Koscherklotz muß stets, wenn derselbe nicht gebraucht wird, ein mit breitem Rand versehener Deckel gestülpt sein, und zwar derart, daß die erwähnten Geräte (Beil, Säge, Messer) darunter auf dem Klotz ganz verdeckt liegen.

§ 6. Dieser Klotz und diese Geräte, welche mit einem entsprechenden Koscherzeichen versehen werden, dürfen niemals für trefenes (unreines, d. h. für die christlich-deutschen Eschweger) Fleisch verwendet werden.

§ 7. Wenn eine besondere Wage für Koscherfleisch nicht vorhanden ist, so darf die für andres Fleisch bestimmte Wage zum Wiegen des Koscherfleisches nur dann gebraucht werden, wenn regelmäßig reines Pergamentpapier darauf gelegt wird.

§ 8. Die Bestimmungen treten mit dem 29. April a. c. in Kraft und wird deren genaue Beobachtung seitens der hierzu bestellten Beamten strenge überwacht werden.

Den Bestimmungen haben sich in der preußischen Kreisstadt Eschwege, die unter zehntausend Einwohnern kaum sechshundert Juden zählt, fast sämtliche Fleischer gefügt, ganz Eschwege ist also geschächtetes oder das von den Schächterne „verworfene" Fleisch!

Es scheint uns wirklich, als ob man in Eschwege keine Ahnung davon hat, daß die Juden mit diesen unerhörten „Bestimmungen" die deutsche Bevölkerung einfach zu Menschen zweiter Klasse herabsetzen, die gut genug sind, das „trefene" Fleisch zu essen, das für die Herren Semiten zu schlecht ist.

Man hat uns erzählt, daß selbst evangelische Geistliche in Eschwege diesen Zustand ganz in Ordnung finden, und zwar aus Toleranzrücksichten. Eine solche „Toleranz" können sich die Juden allerdings wohl gefallen lassen, nach unserm Geschmack ist sie aber nicht, das müssen wir offen gestehen, ganz abgesehen davon, daß das Schächten eine Tierquälerei ersten Ranges darstellt. —

Hübsche Bilder von der so gerühmten „Gleichberechtigung", nicht wahr? Das Schönste an der ganzen Sache ist aber, daß weder das Bedecken des Kopfes noch das Nichtschwören am Sabbath irgendwo im Talmud vorgeschrieben ist.

Ein Rabbinerblatt giebt das unumwunden zu, während ein andres die Frechheit hat, zu schreiben: „. . . und so ist es jedem Juden zu raten, mit mannhafter Entschiedenheit seine Gewissensfreiheit zu wahren und mit Berufung auf das Religionsgesetz die Erlaubnis zu erbitten, das Haupt bedecken zu dürfen." Berechtigen uns diese Gegensätze nicht immer und immer wieder zu der Forderung: Staatliche Übersetzung des Schulchan aruch?

Im übrigen aber verlangen wir von den deutschen Behörden, daß sie sich haarscharf an die giltigen deutschen Gesetze halten und keine Ausnahmen eintreten lassen, selbst dann nicht, wenn es sich um . . . einen Juden handelt.

Daß wir ein solches Verlangen überhaupt stellen müssen, ist bedauerlich, aber nach den vorstehenden Ausführungen gerechtfertigt. Wir bestärken sonst einfach die Juden in ihrem Bestreben, einen Staat im Staate zu bilden. L. H.

Landwirtschaft und Industrie im Deutschen Reiche.

In Schmollers „Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft" finden wir eine bemerkenswerte Abhandlung von Dr. Ballod, die zu der Frage, ob und inwieweit das Deutsche Reich ein Industriestaat sei, ein reiches statistisches Material beibringt.

Dr. Ballod beweist zahlenmäßig, daß der Getreideverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung bei uns von durchschnittlich 315,8 Kilogramm in den Jahren 1879 bis 1884 auf 382,5 Kilogramm in den vier Jahren 1894 bis 1897 gestiegen ist. Die Theorie der Sozialdemokratie von der steigenden und stetig fortschreitenden „Verelendung der Massen" läßt sich also diesen Zahlen gegenüber nicht mehr aufrecht erhalten.

In den Erörterungen über unsern gesamten auswärtigen Handel und über unsern Einfuhrbedarf an Rohstoffen und Lebensmitteln werden drei Gruppen von Ländern unterschieden, mit denen wir im Warenaustausch stehen. Zuerst die „Rohrungsstaaten", nämlich solche, die uns vorwiegend mit Rohstoffen, Genuß- und Nahrungsmitteln versorgen. Das sind: Rußland, Nordamerika, Argentinien, Brasilien, Kapland, Ostindien und Australien. Dann folgen die, die vorwiegend halbfertige Waren und Industriegegenstände liefern: Schweiz, Frankreich, Belgien, Niederlande und England. Zuletzt sind Österreich-Ungarn und Italien zu berücksichtigen und zwar als Länder mit gemischtem Warenumsatz. Für die drei Jahre 1893, 1894 und 1895 läßt sich aus der amtlichen Statistik der Umsatz der ersten Gruppe (Nahrungsstaaten) auf 6,8 Milliarden Mark berechnen, der der zweiten Gruppe (Industriestaaten) auf 8,1 und der der letzten Gruppe auf 3,6 Milliarden Mark.

Die Gesamtausfuhr des Deutschen Reichs an Fabrikaten hat in den Jahren 1894, 1895 und 1896 durchschnittlich 2594 Millionen Mark betragen; dem steht aber eine Einfuhr von Metallen, Fabrikaten und einfach bearbeiteten Gegenständen von 1308 Millionen Mark gegenüber. Die Mehrausfuhr von Rohstoffen und Industrie-Erzeugnissen bedeutet also nur eine Wertvermehrung unsere Nationalvermögens von ungefähr tausend Millionen Mark. Nun berechnet sich aber die Mehreinfuhr an fremden Nahrungsmitteln und Rohstoffen in demselben Zeitraum im Jahresdurchschnitt auf 2159,6 Millionen Mark. Zur Deckung dieses Betrages reichen die von der Industrie erzeugten Werte aber nur etwa zur Hälfte (genauer 57 v. H) aus, während die andre Hälfte von dem Rhederei- und Handelsgewinn, von dem im Auslande angelegten Kapitalien und von unserm Zuckerrübenbau aufgebracht werden muß.

Um die Sache noch anschaulicher zu machen, wird auf Grund der Unfallversicherung die Zahl der von der gesamten Ausfuhrindustrie beschäftigten Arbeiter berechnet. Sie stellt sich auf etwa zwei Millionen oder ein Viertel aller in unsrer Industrie Erwerbsthätigen. Für die Mehrausfuhr aber kommen nur etwa eine Million oder ein Achtel aller Industriearbeiter in Betracht.

Hieraus ergiebt sich ganz klar, daß bei aller Wichtigkeit unsrer Ausfuhr, die Mehrausfuhr an industriellen Erzeugnissen weder eine ausschlaggebende Bedeutung besitzt, noch eine solche je besitzen wird. Ja, sie muß sogar in dem Maße an Bedeutung verlieren, in dem sich die Nahrungsstaaten der Industrie zuwenden. Nach diesen haben wir nämlich in den Jahren 1892 bis 1895 im Durchschnitt für 808 Millionen Mark weniger Waren ausgeführt, als wir von ihnen bekommen haben! Außerdem ist zu befürchten, daß die fortschreitende industrielle Entwicklung jener Staaten sie dazu befähigt, ihre Schutzzölle abzutragen, um dann uns die Abgabe von Nahrungsmitteln zu verweigern oder dafür die höchsten Preise zu fordern. Allerdings kann nach der Annahme Dr. Ballods in den nächsten Jahrzehnten von einem derartigen Zurückfließen der Kapitalien aus den Nahrungsstaaten noch nicht die Rede sein. Wie aber, wenn es den jüdischen Finanzmächten einfällt, eine solche „Operation" in die Wege zu leiten? Hat nicht erst jüngst ein Leiter in Newyork es fertig gebracht, uns durch seine unheimlichen Getreide-Spekulationen um Millionen zu erleichtern?

Gegen die oben angedeutete Gefahr empfiehlt Dr. Ballod nur zwei Wege als gangbar, entweder Hebung der heimischen Nahrungsmittel-Erzeugung, damit sie den eigenen Bedürfnissen in stärkerem Maße gerecht werden kann oder Schließung eines Zollbündnisses mit den südamerikanischen Ländern der gemäßigten Zone.

Eine vollständige Produktionsstatistik fehlt uns im Deutschen

Digitized by Google

Reiche leider noch, die Werte, die Landwirtschaft und Industrie hervorbringen, lassen sich also nur annähernd feststellen. Eine solche Berechnung ist aber nötig, um beurteilen zu können, wie viel jede zum Nationaleinkommen beiträgt und in welchem Maße jede durch die Einfuhrzölle unterstützt wird. Sehr eingehend legt nun Dr. Ballod an der Hand statistischer Zahlen den Gesamtwert der landwirtschaftlichen Erzeugnisse dar, soweit sie zur menschlichen Ernährung dienen. Für die Rechnungsjahre 1894/95 bis 1896/97 ergiebt sich da im Jahresdurchschnitt folgendes: Fleisch 1800 Millionen Mark, Milch usw. 1600, Brotgetreide und Braugerste 1350, Kartoffeln 350, Gartenbau 350, Zuckerrüben 240 und Getreide und Kartoffeln zur Brennerei 85 Millionen Mark. Dreizehn Millionen Schafe gaben außerdem für vierzig bis fünfzig Millionen Mark Wolle; Flachs, Hanf, Raps und Rüben hatten einen Wert von 150 Millionen Mark, und die deutschen Forsten warfen 500 bis 550 Millionen Mark ab. Land- und Forstwirtschaft würden also für ungefähr 6,5 Milliarden Mark Werte erzeugt haben, wovon mindestens für vier Milliarden Mark an die übrige Bevölkerung verkauft worden sind. Diese vier Milliarden erfuhren durch den Verdienst der Müller, Bäcker, Fleischer und der Zwischenhändler mindestens eine Wertsteigerung von 1,3 Milliarden Mark, während die ganze industrielle Mehrausfuhr uns nur eine Milliarde Mark einbrachte! Die zu gleicher Zeit in Deutschen Reiche erzeugten sechzig Millionen Hektoliter Bier stellten — abzüglich von dreihundert Millionen Mark für Steuern und Nebstoffe — einen Wert von etwa 970 Millionen Mark dar, der Zucker ist nach Abzug der Steuer auf dreihundert Millionen Mark zu schätzen und der Branntwein auf 220 bis 240 Millionen einschließlich Steuern. Vom Auslande kamen für eine Milliarde Mark Lebensmittel, und die landwirtschaftliche Bevölkerung selbst verzehrte für 2,5 Milliarden. Der Gesamtwert der Nahrungsmittel beträgt also 9,5 Milliarden Mark, wovon 8,5 Milliarden im eigenen Lande erzeugt wurden. Hinzuzurechnen wäre noch der Ausschlag der Gastwirte, Kleinhändler usw. mit einer Milliarde Mark!

Die Industrie kann dagegen ihre Erzeugnisse auf höchstens 7,5 bis 8,5 Mark berechnen, selbstverständlich sind hiervon die auf die Nahrungsmittel-Industrie entfallenden 2,5 Milliarden bereits abgezogen. Den Nahrungsmittelwert der Landwirtschaft von 8,5 Milliarden Mark (ohne ausländische Zuthaten) stehen somit im günstigsten Falle für 8 Milliarden Mark industrielle Erzeugnisse gegenüber. Es ist also außer allem Zweifel, daß gegenwärtig unsere heimische Landwirtschaft einschließlich der Nahrungsmittel-Industrie mindestens dieselben Werte hervorbringt wie die ganze übrige Industrie. Dabei wird aber diese durch Schutzzölle viel ausgiebiger geschützt wie jene, trotzdem doch wohl kein vernünftiger Mensch zu bestreiten wagt, daß die Wohlfahrt und Größe des Deutschen Reiches und seine Volkskraft nicht in der Entwickelung der Industrie, sondern einzig und allein in der Landwirtschaft liegt.

Deshalb empfiehlt Dr. Ballod auch landwirtschaftliche Schutzzölle, Pflege des inneren Absatzmarktes und innere Kolonisation im großen Stil. So lange uns überseeische Ackerbau-Kolonien fehlen, in denen wir die Massen der anwachsenden Bevölkerung unterzubringen vermögen, bleibt uns eben nichts anderes übrig. Ballod sagt ganz richtig: „In Deutschland ist heute und wohl so lange als die Schutzzölle nicht erniedrigt werden, eine Steigerung der Erträge der Landwirtschaft um das Doppelte nicht nur technisch, sondern auch wirtschaftlich möglich; wahrscheinlich ist eine schnelle Steigerung jedoch nur dann, wenn dafür ein ganz bedeutender Anreiz durch hohe Preise gegeben werden wäre, mit andern Worten, wenn die Gewinnchance in der Landwirtschaft wenigstens für das Betriebskapital die gleiche wäre wie in der Industrie." Durch Hebung der Preise und der Kaufkraft muß eben die Landwirtschaft zur Mehrerzeugung gewissermaßen gereizt werden. Dann kann auch mit Erfolg an die Verdichtung der landwirtschaftlichen Bevölkerung gedacht werden, wozu sich die verschuldeten oder wirtschaftlich rückständigen Güter sehr gut eignen. Nach der Ansicht Ballods sind hierzu fünf Milliarden Mark von staatswegen bereitzustellen, wofür dann auch eine erfolgreiche innere Kolonisation durch Schaffung von drei Viertel Millionen bäuerlicher Kleinbetriebe möglich sei, die dann wieder willkommene Abnehmer der Industrie darstellen. Natürlich würde diese Maßregel mindestens ein Menschenalter in Anspruch nehmen und zur Voraussetzung haben, daß eben der „innere Markt" wirklich an Kaufkraft gewinnt. Denn die jetzige innere Kolonisation im Osten Preußens, die Thätigkeit der sogenannten Ansiedelungskommission hat bisher nicht besonders anregende Erfolge gehabt. Es sind vielmehr bei der Bewirtschaftung der angekauften, aber noch nicht angesetzten und an kleinere Besitzer weitergegebenen Güter mehrere Millionen Mark zugesetzt (bis anfang vorigen Jahres ungefähr fünf Millionen!).

Ein mecklenburgischer Landwirt machte im vorigen Jahre den Vorschlag, vermögende fremde Landwirte sollten sich vereinigen, im Frühjahr die Ansiedlungsgüter Preußens bereisen und folgende Fragen ausführlich beantworten: Jahr der Aufteilung, Größe des Hofes, Kaufpreis, nach wie viel Jahren hat der erste, zweite, dritte Besitzer Konkurs gemacht, wie viel Geld haben die einzelnen Besitzer durchschnittlich verloren, werden sich Einige davon voraussichtlich im Besitz erhalten können und ein wie großer Prozentsatz? Wie viel Opfer kostet es dem Staate durchschnittlich, eine Familie mehr oder weniger unglücklich zu machen? Sind noch erhebliche Stellen los zu werden, unter einigermaßen möglicher Lebensfähigkeit?

Solche Fragen bewiesen doch, wie gefährlich unter der heutigen Wirtschaftspolitik die innere Kolonisation ist. Selbst wenn es uns gelingen sollte, den ausländischen Absatzmarkt unserer Industrie zu erhöhen — man verspricht sich ja von Kiautschau goldene Berge —, so würden wir doch nach absehbarer Zeit wieder vor denselben Zuständen stehen wie heute, solange die Landwirtschaft in unsrer Gesetzgebung immer als nebensächlich behandelt wird. Einen Zollbund mit den überseeischen Nahrungsstaaten halten wir für einen großen Fehler, solange uns nicht andre Verhältnisse die Gewißheit geben, daß wir dort maßgebenden Einfluß haben, z. B. durch eine überwiegend deutsche Bevölkerung usw. Wir haben einen solchen Zollbund auch gar nicht nötig, wenn wir uns nur darauf besinnen, daß wir ein Agrarstaat waren und bleiben müssen.

Uebrigens wäre es uns nicht uninteressant gewesen, zu wissen, wie Herr Dr. Ballod sich zur Grund- und Bodenfrage verhält, die doch den Hauptanteil an unsrer schlechten wirtschaftlichen Lage hat. Gerade bei einer inneren Kolonisation nach dem Vorschlage Dr. Ballods müßte es zur Entscheidung kommen, ob man die Grund- und Bodenfrage nach den Begriffen des römischen Rechts nur als eine Eigentumsfrage oder nach deutschen Ansichten als eine Platz- und Raumfrage betrachten will.

— p.

Juden und Chinesen.

II.

Nach dieser Abschweifung will ich den freundlichen Leser aus dem Hause des Opiumchinesen weiter führen auf einen freien Platz am Kanal. Hier stehen ein paar ältere kirchenähnliche Gebäude mit steinernen Drachenköpfen und ähnlichem Krimskram verziert. Dies sind aber nicht etwa Gotteshäuser, sondern die Versammlungsorte der verschiedenen Kongsies. Ein jeder Chinese, ob arm, ob reich, ob jung, ob alt, ob im Lande geboren oder neu eingewandert, vornehm oder gering, er muß einer Kongsie oder geheimen Gesellschaft angehören und hierin liegt zum Teil das Geheimnis der großen Macht des Chinesentums. Die Kongsie ist gut organisiert; die gewandtesten und reichsten Leute stehen an der Spitze, sie besitzen das nötige Geld und sind die Seele aller Unternehmungen. Die Kongsie stellt dem kleinen Kaufmann ein Betriebskapital zur Verfügung, dem Armeelieferanten schafft sie Bürgen bei Abschließung der Kontrakte, sie bezahlt auch den „soembayan", den Schmier", der zur glatten Abwickelung der Geschäfte nötig ist. Sie läßt manchmörlich aus China neue Menschen herüberkommen. Arm und bloß, der Landessprache nicht mächtig, landen sie trotz aller Einwanderungsverbote alljährlich zu tausenden. Die Leute stehen im Anfang ihrer Lauf-

Digitized by Google

bahn zu der betreffenden Kongsie in einem wirklichen Sklaververhältnisse und werden gebraucht, um . . . Geld zu verdienen. Der Kutscher und Hausdiener des Chinesen ist der eingeborene Javane. Der chinesische Kuli aber beginnt seine Laufbahn als Hausierer mit Eßwaren, mit Manufakturwaren und sonstigem unnützen Kram. Die Städter durchzieht er mit einlönigem Geschrei, auf die Gipfel der höchsten Berge kletert er und in die entlegensten Thäler findet er seinen Weg.

Der geschickteste Handwerker der Welt ist der Chinese. Es giebt durchaus keine Fertigkeit, sie möge Namen haben wie sie wolle, die ein Chinese nicht innerhalb einiger Monate kunstgerecht zu erlernen vermöchte. Ich habe beobachtet, daß ein neu eingewanderter Chinese aus Sagun, dessen Vater das Schiffermandwerk betrieb und der selbst auf dem Schiffe geboren war und noch niemals irgend etwas andreS kennen gelernt hatte, die Möbeltischlerei vom Ansehen erlernte. Wer nun gerieben genug ist, nun sich etwas zu erwerben, der gelangt auch innerhalb seiner Kongsie zu Einfluß und Ansehen. Und gar vielen gelingt es, sich ein Vermögen zu erwerben. Das Geheimnis dieses Erfolges liegt einfach darin, daß der Chinese nicht nur schachert, wie der Jude, sondern daß er auch Talent zu mechanischen Fertigkeiten hat, daß er ein geschickter Landbauer, Schiffer und Bergmann ist. Dazu kommt während seiner Beschäftigkeit eine unglaubliche Genügsamkeit und Sparsamkeit, die selbst die Genügsamkeit unsrer polnischen Landarbeiter übertrifft.

Der Chinese hat nur ein Ideal: Geld, nur ein Unterhaltungsthema: Geld. Auch die Reichen kennen nur dies Interesse, alles Uebrige ist ihnen vollständig gleichgiltig. Man wird es begreiflich finden und verstehen, daß gegen solche Mächte der einzelne, alleinstehende Europäer vollständig machtlos ist.

Kein Chinese ist im Stande, sich der Kongsie, der er einmal angehört, zu entziehen, und er hat auch gar kein Interesse daran, denn sie gewährt ihm einen Rückhalt ohne gleichen. Möchte er aber doch den Versuch machen, sich davon zu trennen oder ihre Geschäftsgeheimnisse an Unbersnene zu verraten, so sind seine Tage gezählt. Eine Revolverkugel, ein guter Dolchstoß oder einige Gramm Gift thun immer ihre Wirkung und weder Hahn noch Huhn kräht danach. So ist es dem gekommen, daß auf Java, Sumatra, Borneo, Celebes und den umliegenden kleineren Inseln, die vor einigen Jahrhunderten die Holländer mit Energie und Ausdauer und unter tausend Mühseligkeiten erobert haben, wo heute noch Ströme Blutes, auch deutschen Blutes, zur Aufrechthaltung der Herrschaft vergossen werden, sich die feigen, rohen und barbarischen Chinesen thatsächlich des Regiments bemächtigt haben. Die einträglichsten Dampferlinien sind in ihrem Besitz, die Kaffee- und Zuckerplantagen, deren Eigentümer durch die Krisis in den Jahren 1885, 86 und 87 zu Grunde gerichtet wurden, gehören ihnen, das faule und träge Beamtentum gehorcht ihren Winken. Zum Hohn heucheln sie dabei dem Europäer gegenüber, mit dem sie geschäftlich zu thun haben, eine Freundlichkeit und Unterwürfigkeit, daß man sich beständig versucht fühlt, sie gleich jenem Leutnant ins Gesicht zu schlagen. Stets ein freundliches Lächeln auf den Lippen, stets eine Artigkeit und stets — eine Lüge; denn die ganze Rasse ist fleischgewordene Verlogenheit, Feigheit, Grausamkeit und Laster.

Die Schilderungen der schauderhaften Spiel- und Lasterhöhlen aus San Franzisko, denen man häufig in den Zeitungen begegnet, treffen überall zu, wo Chinesen in größter Anzahl vereint leben. Ebenso sind die Schilderungen unerhörter Grausamkeit, die sie beständig begehen, nur zu wahr. Ich bin persönlich beteiligt gewesen bei der Verhaftung einer Anzahl junger Chinesen, die in einem öffentlichen Hause eines Hafenplatzes einen englischen Matrosen, mit dem sie in Streit geraten waren, unter einem umgestürzten Tisch buchstäblich zu Tode getrampelt hatten. Wer die malaische Sprache kennt, weiß, was prawan ist. Prawan ist nämlich ein Mägdlein von zehn Jahren. Und jeder, der die Verhältnisse auf den großen Sundainseln kennt, weiß auch, daß täglich solche eingeborene Mägdlein durch die eingeborenen Ortsvorsteher an die Chinesen für fünfzig bis achtzig Gulden das Stück verkauft werden, trotzdem der Sklavenhandel in Indien verboten ist. Wer einige Jahre lang die in den Hauptplätzen erscheinenden holländischen Zeitungen gelesen hat, z. B. „Javaboode" in Batavia oder „Locomotief" in Semarang, der wird sehr oft im lokalen Teil die Meldung finden, daß in dem aus dem chinesischen Viertel abfließenden Kanal wieder einmal die Leiche eines javanischen Mädchens gefunden wurde, ohne daß man jemals den Thäter entdeckte. Alles erlauben sie sich, wo sie in größerer Anzahl beieinanderwohnen. Das Protzentum, das z. B. bei Begräbnissen, Hochzeiten und religiösen Umzügen zu Tage tritt, ist geradezu ekelhaft.

Obwohl sie im Großen und Ganzen arbeitsam, nüchtern, sparsam bis zum Geiz und in allen Handhertigkeiten geschickt sind, erwerben die Chinesen ihr Vermögen doch nur zum kleinsten Teil durch ehrliche Arbeit. Die ungeheure Masse des Gedes stammt aus der raffinierten und herzlosen betrügerischen Ausbeutung des gutmütigen und vertrauensseligen Eingeborenen und einem großartig angelegten Bestechungssystem der europäischen Beamten. Mir ist ein Chinese bekannt, der arm und — im wahren Sinne des Wortes — nackt, nur mit einer Hose bekleidet, einwanderte und es in wenigen Jahren bis zum Kapitän der Chinesen in einem mittleren Bezirk im Innern des Landes brachte, obwohl der Kerl nicht einmal ordentlich malaisch und javanisch überhaupt nicht verstand.

In Deutschland stellt man sich die Mongolen im Allgemeinen dem Bilde entsprechend vor, das die Nippfiguren abgeben, die so gemütlich mit dem Kopfe wackeln und so dumm harmlos aussehen. Man täuscht sich aber nicht.

Wo ist der Ruf des holländischen Kaufmannes der letzten Jahren geblieben? Jan contant hieß er in allen Häfen, in China, in Japan, in Ostindien, am Kap der guten Hoffnung, in Nordamerika und Brasilien. Er hatte Faktoreien auf der ganzen Welt, lange ehe Engländer und andre Nationen sich des Welthandels bemächtigten. In den entlegensten Gegenden galt sein einfaches Wort mehr wie heute zehn Wechsel und Accepte. Jan contant en Zan cordaat. Jan bezahlt und Zan ist ehrlich und mutig. Und heute? Heute herrscht in Indien der Chinese und in Holland sein minderwertiger Vetter, der Jude.

Die Nachkommen der vor Zeiten von den Holländern so freundlich aufgenommenen portugiesischen Juden und die aus Polen und Galizien über Breslau, Berlin und Köln eingewanderten Wertheim, Pinkus und Silberstein beherrschen in Amsterdam und Rotterdam die Börse, den Kaffeehandel und das Diamantgeschäft. Sie sind in Holland und Indien Minister, Staatsrat, Offizier und Militärarzt. An Stelle des Jan contant von ehemals ist heute der amsterdamer Schwindler getreten, vor dem in allen Zeitungen der Welt gewarnt werden muß, der Schwindler, der leider meistens einen jog. deutschen Namen trägt und unser edes deutsches Volk bei den andern Völkern der Erde verhaßt macht.

Wenn der Tag kommt, an dem die Aufhebung der Judenemanzipation im Reichstage beantragt und angenommen wird, möge der Antragsteller doch das Verbot der Einwanderung der Juden auch gleich auf die Chinesen ausdehnen. Er wird zwar voraussichtlich mit einen Sturm von „Heiterkeit" und „Gelächter" auf allen Bänken des hohen Hauses entfesseln; an ironischen Zwischenrufen der erleuchteten und weltanschauenden „Führer" wird es nicht fehlen, und irgend ein „hervorragender Parlamentarier" wird ihm wahrscheinlich in „von köstlichem Humor durchwürzter Rede" vollständig zu Boden schmettern. Zu der Presse und bei unsern pflegmatischen Verhältnissen wird es gute und schlechte Witze hageln über den Augstmeier, der jetzt schon die Chinesen fürchtet. Möge er die faulen Witze mit Gleichmut über sich ergehen lassen, aber möge er sich mit dem Bewußtsein trösten, sein Volk vor einer großen und furchtbaren Gefahr gewarnt zu haben und möge er mit uns hoffen, daß die Witzbolde Recht behalten, und daß uns die bezopften Asiaten verschonen.

Zum Schlusse kann ich es nicht unterlassen, einige Stellen aus unsers großen Schiller vorzüglicher Abhandlung: „Die Sendung Moses" anzuführen. Schiller spricht darin von dem Aufenthalt der Juden in Aegypten und sagt: „Sie regierten sich nach nomadischer Art fort, der Hausvater die Familie, der

Digitized by Google

Stammfürst die Stämme, und machten auf diese Art einen Staat im Staate aus, der endlich durch seine ungeheure Vermehrung die Besorgnis der Könige erweckte." Von den Folgen des engen Zusammenlebens in der Provinz Gosen heißt es, es herrschten: „... höchste Unreinlichkeit und ansteckende Seuchen. Hier also wurde schon der erste Grund gelegt zu dem Übel, welches dieser Nation bis auf die heutigen Zeiten eigen geblieben ist; aber damals mußte es in einem fürchterlichen Grade walten. Die schrecklichste Plage des Himmelsstriches, der Aussatz, riß unter ihnen ein und erbte sich durch viele Generationen hinunter. Die Quellen des Lebens und der Zeugung wurden langsam durch ihn vergiftet, und aus einem zufälligen Übel entstand endlich eine erbliche Stammes-Konstitution. Wie allgemein dieses Übel gewesen, erhellt schon aus der Menge der Vorkehrungen, die der Gesetzgeber dagegen gemacht hat: und das einstimmige Zeugnis der Profanschriftsteller, des Aegypters Manethо, des Diodor von Sizilien, des Tacitus, des Lysimachus, Strabo und vieler anderer, welche von der jüdischen Nation fast gar nichts als die Volkskrankheit des Aussatzes kennen, beweist, wie allgemein und tief der Eindruck davon bei den Aegyptern gewesen sei. . . . Zu der Furcht und dem Widerwillen also, welche man in Aegypten von jeher gegen sie gehegt, gesellte sich noch Ekel und eine tiefe, zurückstoßende Verachtung."

Die vorstehende Schilderung stellt uns ein Freund unserer Sache zur Verfügung, der lange Jahre sich im indischen Archipel aufgehalten hat. Unser Leser werden daraus ersehen haben, daß die „Geschäftsführung" der Chinesen sich in nichts von der Art unterscheidet, die die Juden bei uns und überall dort, wo sie nicht unter sich sind, treiben

Vorläufig halten wir allerdings die „chinesische Gefahr" für uns noch nicht für eine unmittelbar drohende. Trotzdem meinen wir aber doch, daß es nötig ist, auf sie hinzuweisen und die Entwickelung des „himmlischen Reiches" scharf im Auge zu behalten.

Großstädtische Hypotheken-Verhältnisse

Die zunehmende Verschuldung des Grund und Bodens im Deutschen Reiche ist seit Jahrzehnten von allen wirklichen Sozial-Politikern ständig beklagt und besprochen. Die verschiedensten Mittel zur Abhilfe sind bereits vorgeschlagen, ohne daß je eins von ihnen zur Anwendung oder auch nur zur ernsthaften Erwägung in den maßgebenden Kreisen gekommen wäre. Die Beweglichkeit des Grund und Bodens wird vielmehr beim Beginn des neuen Jahrhunderts eine noch ausgedehntere werden durch die im Bürgerlichen Gesetzbuche neu geschaffene sogenannte Eigentümer-Hypothek. Es ist also vorläufig nicht daran zu denken, daß die Unverschuldbarkeit des Grundbesitzes bei uns zum Prinzip erhoben wird.

Wir müssen uns deshalb darauf beschränken, das Nächstliegendste zu erreichen, nämlich die Übernahme des Hypothekengeschäftes durch den Staat oder die Gemeinde. Der größte Wucher, der am deutschen Volke betrieben wird, ist der Hypothekenwucher, und wie es dabei in der Großstadt hergeht, wollen wir in folgendem zu schildern versuchen.

Wechselt irgend ein Grundstück den Besitzer, so glauben meistens Verkäufer sowohl als Käufer, ein gutes Geschäft gemacht zu haben. Gewöhnlich spielt es sich dann in der Weise ab, daß der Käufer nicht das ganze Gutshaben des Verkäufers anzahlt. Dieser bekommt vielmehr nur eine verhältnismäßig kleine Summe in Baar oder sogar nur in Hypothekenbriefen auf andre Grundstücke. Der Rest des Kaufgeldes bleibt als Hypothek stehen mit einem Zinssatze von nicht unter 5 v. H. von Seiten des Verkäufers unkündbar in den nächsten fünf Jahren, falls die Zinsen pünktlich entrichtet werden. Hauptsorge des Käufers ist es nunmehr, möglichst viel Mieten aus dem Grundstück herauszuschlagen, damit er seinen Verpflichtungen gerecht werden und sein Eigentum bald wieder zu einem höheren Preise an den Mann bringen kann. Jede hundert Mark mehr an Miete oder Überschuß steigert den Verkaufswert um zweitausend Mark und eine möglichst große Steigerung des Wertes ist das Endziel solcher Besitzer. Sie bilden also auf diese Weise das erste Glied in der Kette der Auswucherung des Grund und Bodens. Treiber des Besitzers sind die Hypotheken-Gläubiger. Der Umstand, daß für gewöhnlich die Hypotheken nur auf fünf Jahre von Seiten der Gläubiger aufkündbar sind, macht diese vollständig zu Herren der Schuldner.

Sind nämlich die fünf Jahre abgelaufen, so verlangt zuerst der Besitzer der Hypothek, die meistens in der Zwischenzeit schon in viele Hände war, sein Geld. Der Schuldner bemüht sich also einen neuen Darleiher ausfindig zu machen. Und nun tritt ein neuer Faktor in die Erscheinung: der Vermittler. Mehr oder minder elegant ansteretend, nähert er sich dem Darlehnsbedürftigen und läßt sich zuerst die Verhältnisse des Grundstückes bis in die kleinste Einzelheit schriftlich auseinandersetzen. Natürlich hat er große Kapitalien „auf Lager" und wird binnen kurzer Zeit die Sache regeln. So ganz nebenbei läßt er sich dann noch einen „Revers" unterschreiben, wonach er je nach der Höhe der gesuchten Summe ein bis zwei v. H. als Vermittlergebühr zu beanspruchen hat. Der Besitzer ist nun vollkommen beruhigt und wartet das Kommende ab.

Nun hat aber der Vermittler in den seltensten Fällen irgendwelche Gelder zur Verfügung. Er ist entweder nur Zutreiber für mit großen Geldgebern in Verbindung stehende andre Personen oder er fängt erst dann an Geldgeber zu suchen, nachdem er einen Auftrag bekommen hat. In beiden Fällen ist der Grundbesitzer sehr übel dran. Am Besten steht er sich noch im ersten Falle. Da erscheint der Geldgeber oder sein Vertrauter und erklärt, die Hypothek erwerben zu wollen, falls ihm ein bestimmtes „Damno" gezahlt werde. Er habe das Geld jetzt anderweitig besser angelegt, wolle aber gern helfen und müsse selbstverständlich dafür entschädigt werden. Dieses „Damno" beträgt tausend und mehr Mark und richtet sich ebenfalls nach der Höhe der Hypothek.

Wie die Verhandlungen sich dann weiter gestalten, mag ein thatsächlich in Berlin vorgekommener Fall zeigen, wobei es sich um eine bombensichere zweite Hypothek von ungefähr fünfzigtausend Mark handelte. Der Geldgeber verlangte dreitausend Mark „Damno" und Verzinsung mit 5 v. H. Der Besitzer erklärte darauf, eine solche Summe, die bei fünfjähriger Unkündbarkeit einen Zinsfuß von 6 v. H. darstellt, nicht zahlen zu können, da sein ganzes Vermögen im Grundstücke angelegt sei und dieses eine höhere Belastung wie 5 v. H. nicht zu ertragen vermöge. Der Vermittler warf darauf seine Karte auf den Tisch und erklärte im Abgehen: „Sie kommen noch zu mir, denn von andrer Seite erhalten Sie das Kapital in Berlin jetzt nicht!" Obwohl der betreffende Besitzer noch mehrere andre Agenten mit der Angelegenheit betraut und ständig in den in Frage kommenden Blättern eine entsprechende Anzeige stehen hatte, ließ sich auch thatsächlich keiner dieser Leute mehr sehen! Es liegt also klar auf der Hand, daß mindestens ein Teil der Agenten unter sich einen Ring bilden. Als der Zahlungstermin herangekommen war, stellte sich der Geldgeber — natürlich ein Jude — wieder ein und fragte höhnisch: „Na, haben Sie sichs überlegt?" Diesmal war die Sache durch Zufall anders gekommen, das Geld war ohne Vermittler beschafft und der Jude stog zur Thür hinaus. Aber wie, wenn der Besitzer auf Gnade und Ungnade solchen Raubrittern in die Hände gelefert ist? Mindestens hätte dann die Beschaffung der fünfzigtausend Mark auf fünf Jahre dreitausend Mark plus tausend Mark Vermittlergebühr gekostet.

Im zweiten Falle endet die Sache ebenso oder mangels Zahlung mit der Zwangsversteigerung. Der Vermittler sucht durch Anzeigen das Kapital. Findet er wirklich einen Geldgeber, so bleibt doch immer noch die hohe Gebühr zu entrichten, findet er aber keinen, so läßt er einfach nichts mehr von sich hören und der Besitzer kann zusehen, wie er sich mit seinem Gläubiger auseinandersetzt. Im günstigsten Falle läßt sich dieser gegen entsprechendes „Damno" auf eine Verlängerung auf weitere fünf Jahre ein. Sehr oft ist es bei der Kündigung auf dieses „Damno" auch nur abgesehen und Vermittler und Gläubiger teilen sich dann den Raub.

Digitized by Google

Die Agenten arbeiten in Berlin vorzugsweise mit Anzeigen in der „Vossischen Ztg." und im „Lokal-Anzeiger". Als Beweis für unsere Behauptung, daß der Agent selten Kapitalien zu vergeben hat, obwohl er seine Aufträgegber immer in diesem Glauben läßt, mögen hier einige Anzeigen Platz finden, die von ein und demselben Agenten in ein und derselben Zeitungsnummer veröffentlicht wurden:

930 000

Thaler 3½ Procent, in Posten anzulegen. Meldungen Potsdam 46 unter 981.

150 000

Mark zu 4—4¼ will auf gute Berliner zweite oder erste Hypothekenwechsel ausleihen. Angebote Postamt 10 unter Alm.

52 000

Mark à 4½ sucher erststellig auf Geschäftshaus mit hübschem Garten in Berlin-Lichterfelde bei Lage. Feuerkasse 75 000, Miethe 1300 Mark. Grundbücher 62 Quadratruthen. Adressen. Berlin Postamt 11 unter „Cäp."

20 000

Mark zu 5 hinter Thaler 42 000 Mark zu 4½ auf herrschaftliches, vermiethetes Wohnhaus Berlin-Schöneberg, guter Lage. Feuerkasse 310 000. Miethe 7200 Mark. Grundfläche 150 Quadratruthen. Offerten: Charlottenburg Postamt 4 unter „Elv."

Mit Damno

erstklas. 30 000 Mark zu 5, eingetragen hinter 150 000 à 4 auf vollständig vermiethetes Geschäft, guter Lage, nahe Leipzigerstraße. Feuerkasse 210 000 Mark. Grundfläche 32 Quadratruthen. Auskunft Postamt Dorotheenstadt unter „Al."

Der betreffende Agent hat seit Jahren an einzelnen Tagen ein Dutzend und mehr solcher Anzeigen in den Blättern stehen. Uns ist es unzweifelhaft, daß er weder 950 000 Thaler noch 150 000 Mark zu verleihen hat, wenn er zu gleicher Zeit einige hunderttausend Mark in kleinen Posten sucht. Aber auf diese Weise werden die Leute ermittelt, aus denen „Provision" und „Damno" herauszuholen ist.

Solche Geschäfte lassen sich aber auch noch auf andre Weise machen. Die Agenten, die es schon zu etwas gebracht haben, verschicken an die Tagesblätter „Wochenberichte" über den Hypotheken- und Grundstücksmarkt, natürlich mit genauer Angabe ihrer eigenen Adresse. In einem solchen Berichte des Agenten Heinrich Fränkel zu Berlin hieß es einst: „Amortisations-Hypotheken von 3½ v. H. an einschließlich Amortisation, jedoch bei schwankender Valuta-Gewährung." Der „Deutsche Oekonomist" zu Berlin sprach nun die Vermutung aus, daß dahinter etwas besonders stecke, denn nach Lage des Geldmarkts sei Herr Fränkel nicht im Stande, Amortisations-Darlehen zu 3½ v. H. einschließlich Amortisation zu beschaffen. Herr Fränkel gab darauf in einer Erwiderung des Rätsels Lösung: Er hatte nämlich den Geldsuchern mit 3 v. H. zu verzinsende Pfandbriefe anzubieten, die aber nur unter Anrechnung des Nennwertes abgegeben wurden. Thatsächlich standen diese Pfandbriefe aber 6 v. H. unter dem Nennwerte, was bei den Summen, um die es sich bei Berliner Hypotheken immer handelt, schon ein recht beträchtliches „Damno" ausmacht. (Die Belastung des Berliner Grundbesitzes beträgt ungefähr vierundzwanzigdreihundert Mill. und nimmt jährlich um mindestens hundert Millionen zu!)

Durch diese Verhältnisse auf dem Hypothekenmarkte der Großstadt befindet sich der Grundbesitzer ständig in einer Zwickmühle. Sollte er sich wirklich im Laufe der Zeit Geld erübrigt haben, so wird es ihm ganz gehörig von den Hypotheken-Gläubigern und den Vermittlern sein säuberlich wieder abgenommen, damit ja die Mietsschraube nicht locker gelassen werden kann.

Lohnt sich das Ausbeuten eines Hausbesitzers aber nicht mehr, so läßt man es einfach zur Zwangsversteigerung kommen. Es heißt dann in der Presse: „Die im letzten Vierteljahr ungemein zahlreichen Subhastationen haben den Grundbesitz wieder in kapitalkräftige Hände gebracht, wodurch entschieden eine Gesundung der ganzen Verhältnisse herbeigeführt wurde." Das Spiel beginnt aber bald wieder von neuem, denn ein Käufer mit einem kleinen Kapital ist rasch gefunden — nach fünf Jahren findet sich dann das Weitere!

Natürlich kommen diese Zustände durch die davon Betroffenen nach und nach an die Oeffentlichkeit, obwohl die Presse diese Schäden gar nicht oder nur verschämt beleuchtet, denn sonst blieben ja die schönen Einnahmen aus den Anzeigen fort!

Der Verein der Berliner Grundstücks- und Hypotheken-Makler hat selbst auf seiner Generalversammlung im vorigen Jahre es zur Sprache gebracht, in welcher Weise der unlautere Wettbewerb durch fingierte Kapitalangebote zu unmöglichen Zinssätzen die Grundbesitzer und die Kapitalisten einzufangen sucht. Der Verein hat dabei auch wohl erkannt, daß solche Angebote meistens dazu führen, den suchenden Eigentümer Geld zu jedem Preise aufzudrängen, und daß dieses von vornherein oft beabsichtigt war. Nach einer jüngsten Bekanntmachung des Vereins hat er auf Grund des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb in einem Falle die Klage eingeleitet. Wir sind auf das Ergebnis äußerst gespannt und hoffen, daß bei günstigem Ausgange der Maklerverein auch gegen dem Vermittler vorgehen wird, dessen Anzeigen wir oben gekennzeichnet haben.

Stellung zu der ganzen Sache will jetzt sogar der diesjährige Deutsche Juristentag nehmen, der vom 12. bis zum 14. September in Posen stattfindet, denn unter den zur Beratung stehenden Fragen befindet sich auch folgende: „Empfiehlt sich die gesetzliche Regelung des Gewerbes der Grund- und Hypotheken-Makler?" Berichterstatter sind: Justizrat Dr. Goldschmidt (Berlin) und Rechtsanwalt Dr. L. Fuld (Mainz).

Wenn Juristen eine solche Sache, die hauptsächlich ein Arbeitsfeld der Juden ist, in die Hand nehmen, kommt allemal nichts besseres heraus. Das hat uns die auf Grund der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches erlassene neue Subhastations-Ordnung bewiesen, die für den Laien so unverständlich wie möglich ist, und die gegenüber den wenigstens in Preußen geltenden Bestimmungen eine Verschlechterung des status quo zu Gunsten des Kapitals bedeutet. Das leider Gottes nun einmal bestehende Hypotheken-Unwesen kann nur dadurch einigermaßen gezügelt werden, daß der Staat, die Gemeinden oder große Provinzialverbände die Sache in die Hand nehmen, wenn es nicht dem Grundbesitz gelingt, sich selbst zu organisieren. Das halten wir aber vollständig für ausgeschlossen, weil das in den Hypotheken-Banken vereinigte Großkapital sich dagegen sträuben oder sich derart wieder einmischen (beteiligen) wird, daß für den reellen Grundbesitzer doch nichts gewonnen wäre.

Wir werden hoffentlich Gelegenheit haben, nach dem Juristentage wieder auf diesen Krebsschaden zurückzukommen Pl.

Die Lage in Österreich.

Durch die Obstruktion der deutsch-nationalen Abgeordneten hat die parlamentarische Arbeit unsers Nachbarstaates Österreich einen Stillstand erfahren, der für die ganze Monarchie verhängnisvoll werden kann. Die wichtigsten Haushaltungsetaten, der Ausgleich mit Ungarn usw. können keine befriedigende Lösung finden, von den nötigen Arbeiten auf sozialpolitischem Gebiete gar nicht zu reden.

Man spricht allerdings davon, die Regierung sei nunmehr bereit, die Sprachenverordnung aufzuheben; wir können aber nicht glauben, daß das bedingungslos geschehen wird. Denn dadurch hätte die Regierung nichts gewonnen, weil sie sich für die deutsche Opposition einfach die tschechische eintauschen würde. Außerdem ständen die Deutschen immer noch mißtrauisch und abwartend im Hintergrunde. Und sie hätten angesichts der Vorgänge in den letzten Jahren Recht dazu.

Irgend ein Ende muß diesem Wirrwarr aber bald gemacht werden.

Einstweilen arbeiten die Deutschen hauptsächlich im Egerlande kräftig weiter an der Stärkung ihrer Stellung. Am 21. v. M. veranstalteten sie in Asch einen Volkstag, zu dem auch zwei deutsche Reichstagsabgeordnete erschienen waren. Der Volkstag nahm einen würdigen Verlauf, trotzdem die Gendarmerie bedeutend verstärkt und das Militär zu Eger in Bereitschaft gehalten wurde. Eine längere Entschließung erklärt u. a.: „Mit Rücksicht auf die augenblickliche innerpolitische Lage spricht die Versammlung die Erwartung aus, daß auch nach allfällig erfolgter Aufhebung der Sprachenzwangsverordnungen die Opposition und Obstruktion so lange aufrecht erhalten bleibe, bis die sichere Gewähr dafür geschaffen, daß ein weiterer Eingriff in die Rechte des deutschen Ostmarkvolkes in Zukunft unmöglich ist und macht schließlich mit besonder Betonung im Interesse des deutschen Volkes und den des einheitlichen Fortbestandes des Staates, die Einführung der deutschen Sprache als Staatssprache, geltend."

Digitized by Google

Das ist ein deutlicher Fingerzeig für die Regierung! — Besonders bemerkenswert an dem Verlaufe des Volkstages erscheint es uns, daß die Abgg. Schönerer und Hofer nicht anwesend waren und letzterer anscheinend nicht einmal eine Begrüßung gesandt hatte, obwohl er nur wenige Kilometer von Asch seinen Wohnsitz hat. Erschienen war dagegen der Abg. Wolf (Wien). Es wäre sehr bedauerlich, wenn auch im Egerlande sich Mißhelligkeiten zwischen den Deutschnationalen eingeschlichen haben sollten. Durch innere Streitigkeiten könnte die Bewegung natürlich nicht gewinnen.

Daß sie vorläufig tüchtig vorwärts gehen, ersehen wir aus einer längeren Schilderung der „Agramer Ztg.", in der es heißt: „Eine sehr hochstehende Person soll unlängst einer noch höher stehenden auseinandergesetzt haben, daß der Schönerianismus in der Abnahme begriffen sei. Wäre es nur wahr! Aber es ist nicht wahr, er ist im Gegenteil im Zunehmen begriffen. Man urteilt nach einzelnen Vorfällen, die durchaus nichts beweisen. Man frage einmal die Bezirkshauptleute und Bezirkskommissäre in Nordwestböhmen, aber nicht amtlich, sondern in camera, und man wird andre Dinge zu hören bekommen. Amtlich werden die politischen Beamten erklärlich nicht eingestehen, daß die Gemeindevorsteher ihnen alle möglichen Schwierigkeiten machen, daß ganze Klassen der Bevölkerung sie förmlich boykottieren. Gestünden sie das ein, so würden sie riskieren, sich dann selbst als schwache Beamte hinzustellen, die pensions- oder versetzungsreif sind. Aber in Wahrheit ist es doch so und wird es von Tag zu Tag toller. Was soll da herauskommen? Was will das werden? Die Bezirkshauptleute können nicht die ganze Wahrheit sagen, um sich nicht selbst bloßzustellen, die höheren Instanzen sind in einer ähnlichen Lage. So wird denn ein ganz falsches und einseitiges Bild der Lage geboten, und die Folge ist, daß man eben die Krankheit leicht nimmt und sich über deren Zunehmen und die Folgen dieses Zunehmens täuscht."

Die Ansicht des Agramer Blattes trifft den Nagel auf den Kopf und ist um so wertvoller, als das Blatt Organ der kroatischen Regierung ist. Nichtet man in Wien seine Handlungen nach diesen Thatsachen ein, kann daraus allmählich sich eine Gesundung der österreichischen Verhältnisse entwickeln.

Die Folgen eines entgegengesetzten Verhaltens möchten wir hier nicht einmal andeuten. +

Die Änderung des Vor- und Familiennamens wird von den Juden als besondre Spezialität betrieben. Sie haben mit derartigen Anträgen bei den deutschen Behörden auch immer liebevolles Entgegenkommen gefunden. Statt weitläufiger Aufzählungen oder Wiederholungen aus früheren Jahrgängen der „Deutsch-Sozialen Blätter" weisen wir nur auf die Thatsache hin, daß die drei leiblichen Söhne eines Mannes namens Bittkowski heute drei verschiedene Namen tragen. Einer ist Oberbürgermeister von Posen und nennt sich Witting, der zweite giebt die „Zukunft" heraus und schreibt sich Maximilian Harden und der dritte soll irgendwo in Ostpreußen immer noch Bittkowski heißen.

Der preußische Minister des Innern fühlte sich aus Anlaß verschiedener Vorkommnisse am 12. März 1894 veranlaßt, einen Erlaß an die Regierungs-Präsidenten zu richten, in dem er darauf hinwies, „daß Anträgen auf Änderung von Familiennamen nicht ohne hinreichende Gründe stattzugeben" sei, und daß als ausreichende Begründung es nicht angesehen werden könne, „wenn es sich z. B. wesentlich darum handelt, zum Zwecke des leichteren Fortkommens oder mit Rücksicht auf die antisemitische Bewegung einen die jüdische Abstammung kennzeichnenden Namen mit einem andern zu vertauschen."

Seitdem ist aber die Vertauschung und Entstellung jüdischer Namen ruhig weitergegangen. Insbesondre haben die Juden es sich angelegen sein lassen, ihre schönen Vornamen (Leib, Aaron, Lewis, Seelig, Mauschc, Baruch) zu germanisieren. Sie konnten das bisher straflos thun, da unsre Gesetze einen solchen Fall nicht vorgesehen haben. Das soll nunmehr anders werden. Die offiziöse „Berliner Korresp" teilt nämlich mit: „Die Bestimmung in § 105 des preußischen Strafgesetzbuches wurde von den Gerichten dahin ausgelegt, daß nur der Gebrauch eines unrichtigen Familiennamens verboten, dagegen die Änderung des Vornamens, sofern keine betrügerische Absicht dabei vorliege, straflos sei.

Infolgedessen ist den zuständigen Behörden die Anweisung erteilt worden, sich lediglich mit der Änderung von Familiennamen zu befassen. Anträge auf Genehmigung zur Änderung von Vornamen aber durch Hinweisung auf jene gerichtliche Praxis, so lange diese sich nicht ändere oder nicht durch gesetzliche Vorschriften beseitigt werde, zu erledigen. Hieran ist bisher festgehalten. Demnach ist die Änderung von Vornamen mit der Wirkung, daß — wie bei der Änderung von Familiennamen — entsprechende Vermerke in die Standesregister eingetragen werden könnten, zur Zeit ausgeschlossen.

Das Reichsgericht hat neuerdings (Urteil vom 17. Septbr. 1897) in Übereinstimmung mit dem Landgericht zu Bromberg erkannt, daß der aus dem erwähnten § 105 entnommenen Strafbestimmung in § 360 Nr. 8 des Reichsstrafgesetzbuches auch derjenige verfällt, welcher sich einem zuständigen Beamten gegenüber einen ihm nicht zukommenden Vornamens bei richtiger Angabe des Familiennamens bedient.

Da anzunehmen ist, daß die gerichtliche Praxis sich der Auffassung des Reichsgerichts anschließen wird, sind nunmehr die zur Genehmigung der Änderung von Familiennamen zuständigen Behörden auch für die Genehmigung der Änderung von Vornamen für zuständig erklärt worden."

Um die Behörden in dieser veränderten Stellungnahme wirksam unterstützen zu können, ist es nötig, daß alle Änderungen von jüdischen Vor- und Familiennamen zur öffentlich Kenntnis gebracht werden. Wir bitten deshalb unsre Gesinnungsgenossen recht dringend, in ihrer Umgebung dauernd ein wachsames Auge auf die jüdischen Firmenschilder usw. zu haben und uns auffällige Veränderungen schleunigst mitzuteilen. Nur auf diesem Wege ist es möglich, die Juden zur Achtung unsrer Gesetze zu zwingen.

Zettelbanken bestehen im Deutschen Reiche neben der sogenannten „Reichsbank" noch sieben Stück. Sie verfügen zusammen über 219 672 300 Mark Aktienkapital und hatten am 30. Juni d. J. nach ihren eigenen Angaben für 2 458 838 500 Mark Papiergeld ausgegeben. Da ein Drittel dieser Summe durch Gold gedeckt sein muß, stellten also die deutschen Steuerzahler jenen Großbanken zinslos 1640 Millionen Mark zur Verfügung, um sich dann selbst für teures Geld in Form von Wechseln usw. Darlehen von den Zettelbanken gnädigst zu erbitten.

Zum bessern Verständnis hier ein kleines Verzeichnis:

№	Name der Bank	Aktienkapital	Am 30./6. 98 umlaufende Noten	Grenze des Noten-Umlaufs	Zeit, bis wann das Privilegium läuft
1	Reichsbank	120 000 000	1 265 900 000	unbeschränkt	1901
2	Frankfurter Bank	18 000 000	14 588 400	34 Mill	1899
3	Bayerische Notenbank (München)	7 500 000	63 878 000	70 „	1900
4	Sächsische Bank (Dresden)	30 000 000	60 334 300	unbeschränkt	1900
5	Württemb. Notenbank	9 000 000	23 278 000	24 Mill.	?
6	Badische Bank (Mannheim)	9 000 000	15 464 200	27 „	?
7	Bank für Süddeutschl. (Darmstadt)	15 672 300	13 287 600	37 „	1905
8	Braunschweig. Bank	10 500 000	2 099 000*)	10,5 „	1953

An den vier süddeutschen Banken, die ev. bei der Verstaatlichung der „Reichsbank" gefährdet wären (vergl. Nr. 522, Seite 258), ist nur bei einer, nämlich der Bayerischen Notenbank, die Regierung mit 1⅓ Mill. Mark beteiligt. Alle übrigen Banken sind reine Privatinstitute, und nur Bayern, Württemberg

*) Noten dürfen nur im Herzogtum Braunschweig umlaufen, daher der verhältnismäßig kleine Betrag.

Digitized by Google

und Baden haben einen rein verschwindenden Anteil an dem Reingewinn der betreffenden Banken. Für Bayern ist er erst 1891 eingeführt und betrug in diesem Jahre bei über eine Mill. Mark Reingewinn nur 27150 Mark, in Württemberg beträgt er jährlich ungefähr 30000 und in Baden 20 bis 30000 Mark. Diese Summen sind so klein, daß es wirklich unverständlich wird, wie jene Staaten sich ernstlich gegen eine Verstaatlichung der „Reichsbank" aussprechen können.

Dänische Frechheiten. Wir teilten am 18. v. M. unter dieser Spitzmarke mit, daß die in Hadersleben erscheinende dänische Zeitung „Dannevirke" unser preußisches Königslied „Heil Dir im Siegerkranz" ein „Aufruhrlied" genannt hatte. Darauf schreibt uns die Redaktion des „Dannevirke":

„Mit einem verbindlichen Dank für die Zusendung der Nummer 522 der Deutsch-Sozialen Blätter können wir der geehrten Redaktion versichern, daß es eine wohlgefütterte Ente ist, daß wir jemals das Lied „Heil Dir im Siegerkranz" das ja zur Ehre eines dänischen Königs gedichtet worden ist (!), ein Aufruhrlied genannt haben. Hier wird überhaupt nur ein Lied mit dieser Bezeichnung genannt, und welches Lied das ist, ist allen bekannt, die mit unsern Verhältnissen vertraulich (!) sind. Wir erlauben uns also die vermeintliche „Frechheit" zurück nach Leipzig zu schicken."

Das dänische Blatt hat demnach das herrliche Lied „Schleswig-Holstein meerumschlungen" gemeint, das als „Aufruhrlied" verboten war, als nach der ersten Erhebung der Schleswig-Holsteiner das Land geiweise wieder unter dänische Herrschaft geriet.

Dann ist die Frechheit noch ebenso groß!

Den Hadersleber Herren teilen wir im übrigen die betrübende Thatsache mit, daß wir eine ganze Anzahl Leute aus dem dänischen Sprachgebiete Schleswigs und aus Dänemark selbst kennen, mit denen wir in fröhlichem Beisammensein manchmal das „Aufruhrlied" ebenso begeistert gesungen haben, wie die Flensburger Schüler. Wir erinnern uns sogar, daß einer von diesen Sängern eine . . . dänischer Staatsbeamter war, aber nicht in Schleswig-Holstein, sondern jenseits Vambrup!

Wat jegste aber nu?

Zur Psychologie des Judentums giebt „Die Deutsche Schulreform" folgenden kräftigen Beitrag: „Wenn ein Psychologe aller Menschen Städte gesehen und aller Völker Sinn erkannt hätte, wenn er im Besitze der vollkommensten völkerpsychologischen Formeln wäre, so würde er gestehen müssen: Vom Feuerland bis zu dem grönländischen Eskimo, von der verlorensten Südseeinsel bis zum Nordkap, soweit nur menschliche Rede ertönt, ward kein größerer gemeinschaftspsychologischer Gegensatz erfunden, als das ethos hebraicum verglichen mit dem deutschen Gemüt und Gewissen.

Die Parasiten-Natur des auserwählten Volkes zeigt sich auch darin, daß überall die Juden versuchen, sich ihrer Umgebung in Äußerlichkeiten möglichst anzugleichen. So reden die Judenblätter sehr gern, als wenn es sich so gehörte, von „mosaischer Konfession", was gerade so musikert, als hätten die Kinder Israel auf dem Marburger Religionsgespräch, den Reichstagen zu Augsburg und Speier usw eine Hauptrolle gespielt. Ein Element, das den Mythologien der Indogermanen und ebenso den christlichen Konfessionen völlig mangelt, tritt in den hebräischen Religionsurkunden mit naiver, urwüchsiger Schroffheit zu Tage: jene uns Germanen so ergötzliche Rassenarroganz. Heute, wie zu den Zeiten Moses und Arons, zerfällt dem Hebräer die ganze Welt in Judentum und Nichtjudentum; er mag nicht anshören zu hoffen, daß Jahve ihm die Starken zum Raube geben werde. Die thatsächlichen Unterschiede der Konfession und die viel mächtigeren der Nationalität überspannend, sind die modernen Kulturvölker sich der Gemeinsamkeit ihres weltgeschichtlichen Berufes, ihrer tiefsten, sittlichen Triebe bewußt geblieben und drücken dieses ihr ursprüngliches Gemeinschaftsgefühl auch in dem Worte „Christenheit" aus. Sofort äfft das Volk Kanaans dies nach und redet nun seinerseits von „Judenheit". — Am Auffälligsten bleibt jedoch das Zurechtstutzen und Umschmelzen jüdischer Familiennamen. Da wird Kauer aus Kralauer, Singer aus Schlesinger, Barnay aus Baruch, Marx aus Mardochai, Brahm aus Abrahamsohn usw. Durch alles dieses fühlt man sich lebhaft erinnert an eine in der Zoologie unter dem Namen mimicry bekannte Erscheinung, daß nämlich gewisse Tiergattungen rasch die Farbe der Umgebung annehmen, innerhalb deren sie sich gerade befinden und so sich ihren Feinden unbemerkbar machen. Sollen doch auch die Läuse allemal die Färbung des Pelzes haben, in dem sie hausen."

Unter der Fülle der deutschen pädagogischen Zeitungen stellt „Die deutsche Schulreform" eine ganz neue Art dar. Sie will eine Wochenschrift sein für psychologische Politik und Pädagogik. Sie hat es auch thatsächlich bisher verstanden, ihrer Aufgabe gerecht zu werden. In einen großen Irrtum ist sie dagegen verfallen, wenn sie im Eingange der oben abgedruckten Wahrheiten über das Judentum zwischen jüdischen Deutschen und deutschen Juden unterscheidet. Sie sagt nämlich: „Ein jüdischer Deutscher ist ein Jude, der, dem Unterthanenverbande des deutschen Reiches angehörend, die Rechte und den Schutz der Reichsverfassung genießt und ihre Pflichten zu erfüllen hat; ein deutscher Jude ist ein Angehöriger der semitischen Rasse, der das Deutsche seine Muttersprache nennt."

Daß dieser Unterschied heute noch gemacht werden kann, ist lediglich die Frucht einer mißverständlichen Auffassung des deutschen Volkstums. Israel hat diese Auffassung natürlich gehegt und gepflegt. Es spricht immer nur von „deutschen Staatsbürgern jüdischen Glaubens", woraus sich dann der „jüdische Deutsche" entpuppt. Stellen wir uns doch einfach auf den Rassenstandpunkt, so wird es ohne weiteres klar, daß es jüdische Deutsche niemals geben, sondern daß immer nur von deutschen Juden die Rede sein kann. Wird ein Chinese, Japaner oder Botokude dadurch zum chinesischen, japanischen oder botokudischen Deutschen, weil er zufällig in den deutschen Unterthanenverband Aufnahme gefunden hat? Darum fort mit solchen verwirrenden Unterschieden, die das Volk doch niemals verstehen lernen wird. Will man mit Gewalt etwas anders sagen, so gehe man nicht über die Bezeichnung „deutscher Jude" hinaus, besser ist natürlich, man giebt den Juden seinen richtigen Namen und nennt ihn kurz und deutlich . . . Jude!

Unglaublich billig
Gut Schlafsofa, Sofas, Normalmatratze, nur garantirt frische Qual. bei Oskar Jahn, Spezial-Polstermöbel-Fabrik, Leipzig, Peterssteinweg 10. Preisliste kostenfrei!

Billige, dichte Dächer
liefert man bei der Firma Andernach's Asphalt-Steinpappen-Fabrik & Dachdeckungsmaterialien-Handlung A.W. Andernach & Comp. Neuss.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: P. Hogrefe, Berlin NW. 5, Kruppstr. 13.
Druck: G. Reusche, Leipzig.

Digitized by Google

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich **Mk. 1.50** bei den Postanstalten (Postzeitungsliste Nr. 1581) und Buchhandlungen. Unser Streifband **Mk. 2.**

Herausgegeben von Max Liebermann v. Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Anzeigen: die 4-gespaltene Petit-Zeile 25 Pfennige. Expedition: Hauptstraße Nr. 81, Leipzig.

XIII. Jahrgang. | **Leipzig, 8. September 1898.** | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Juden-Frage. Otto Glagau. | **Nr. 525.**

Inhalt: Der neugewählte Abgeordnete der deutschsozialen Reformpartei für den Wahlkreis Meißen. — Adelsverbrechen und Strafvollzug. — Lessing und die Juden. — Die Getreide-Spekulation in Nordamerika. — Deutschland und Rußland. — Von der guten alten Zeit. — Ist das Wort „Jude" eine Beleidigung? — Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. — Die Thätigkeit der europäischen Börsenjuden in der südamerikanischen Republik Bolivia. — Eine Massentaufe. — Eine neue Schwordnung der Frankfurter Judenschaft. — Ausland. — Mosaik. — Eine vorläufige Zusammenstellung der Ergebnisse der Reichstagswahlen. — Parteinachrichten. — Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen. — Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat. — Jüdische Ritter, Kommissions- und Kommerzienräte usw.

Der neugewählte Abgeordnete der deutschsozialen Reformpartei für den Wahlkreis Meißen,

Herr Gustav Gäbel, wurde am 28. April 1849 zu Eschdorf bei Schönfeld als Sohn eines Kleinbauern geboren. Er besuchte bis zu seinem dreizehnten Lebensjahre die Dorfschule in seinem Geburtsorte, um dann in Dresden-Friedrichstadt einige Jahre sich in einer Realschule weiterzubilden.

Nach seiner Einsegnung, die in der evangelisch-lutherischen Kirche zu Dresden-Friedrichstadt erfolgte, begab er sich auf den väterlichen Hof zurück, um dort die Landwirtschaft zu erlernen. Später war er eine Zeit lang als Verwalter auf größeren Gütern in Stellung.

Ende 1869 trat Gäbel bei dem Königl. sächsischen Train-Bataillon Nr. 12 ein und machte unter Führung des Hauptmanns Krauß den Feldzug gegen Frankreich im Verbande der Train-Begleitungs-Eskadron mit. Nach dem Friedensschlusse wurde er zum Unteroffizier befördert und als solcher im Herbst 1872 zur Reserve entlassen.

Nunmehr übernahm Gäbel als Oberverwalter dieselbe Stelle wieder, die er vor seiner Einziehung zum Militär innegehabt hatte; vor seiner am 18. Juni 1874 erfolgten Verheiratung war Gäbel noch als selbständiger Ökonomie-Inspektor auf dem Rittergute Choren bei Starrbach thätig. Am 1. Juli 1874 machte er sich durch Übernahme des Bauerngutes in Klessig selbständig. Er bewirtschaftet dasselbe Anwesen heute noch.

Das Vertrauen seiner Berufsgenossen übertrug ihm schon 1877 den Posten als Ortsrichter und Urkundsperson. Er hat dieses Amt seitdem ununterbrochen verwaltet. Er sitzt außerdem infolge wiederholter Wahl im Schul- und Kirchenvorstande und im Gemeinderate und gehört auch dem Bezirkstage der Amtshauptmannschaft Meißen an, in den ihn sechszehn Gemeinden seiner Umgebung wählten.

Als eifriger Bienenzüchter bekleidet Gäbel im Bienenwirtschaftlichen Hauptverein des Königreich Sachsens mehrere Ehrenämter und hat als Mitglied des Kreisvorstands für die Kreishauptmannschaft Dresden Sitz und Stimme bei den Beratungen des landwirtschaftlichen Kreisvereins Dresden.

Gäbel vertrat ursprünglich das politische Programm der Deutsch-Konservativen. Aber schon mitte der achtziger Jahre schloß er sich aus innerster Überzeugung der deutschsozialen Bewegung an. Bereits im Jahre 1893 hatten ihn die Parteifreunde in seinem Wahlkreise zum Kandidaten unserer Partei ausersehen. Er glaubte damals aber noch nicht abkömmlich zu sein und lehnte deshalb trotz aller dringenden Vorstellungen die Übernahme der Kandidatur ab.

Da der Bund der Landwirte im Königreich Sachsen bei den Zerwürfnissen zwischen der deutschsozialen Reformpartei und den Konservativen für die letzteren Partei ergriff, trat Gäbel anfang dieses Jahres aus dem Bunde aus. Die sächsischen Bauern sind konservativ bis auf die Knochen, politisch neigen sie aber zu der deutschsozialen Reformpartei und haben nicht Lust, sich von einigen gouvernementalen Hofräten am Gängelbande führen zu lassen. Der Bund der Landwirte würde sehr viel mehr Anhang im Königreich Sachsen finden, wenn die gegenwärtige Führung der konservativen Partei zurückträte. —

Auch dieses Mal weigerte sich Gäbel zunächst eine Kandidatur zu übernehmen, und erst nach wiederholten Vorstellungen gelang es den Parteifreunden, ihn von der Notwendigkeit zu überzeugen, daß die Partei seine Kraft nicht entbehren könne.

Daß mit der Person Gäbels kein Fehlgriff gethan war, zeigte das Wahlergebnis. Er verdrängte mit 6522 Stimmen den vom Bunde der Landwirte unterstützten konservativen Rittergutsbesitzer Sachse, der nur 6426 Stimmen erhielt, und kam mit dem sozialdemokratischen Juden Goldstein in die Stichwahl. In dieser siegte er leicht mit 12746 gegen 11574 Stimmen.

So ist mit Herrn Gäbel ein neuer tüchtiger Vertreter des deutschen Bauernstandes in den Reichstag eingezogen. Daß er nicht mehr dem Bunde der Landwirte angehört, wird seine Haltung in wirtschaftlichen Fragen in keiner Weise beeinflussen, denn die Forderungen des Bundes sind ja im Programm der deutschsozialen Reformpartei schon enthalten gewesen, ehe der Bund entstand. Der wirtschaftlichen Vereinigung wird Herr Gäbel im Reichstage beitreten.

Digitized by Google

Roheitsverbrechen und Strafvollzug.

Die Spalten unserer Skandalpresse sind fast tagtäglich mit ausführlichen Berichten über rohe Verbrechen gefüllt, die meistens in dem Schmutze der Großstadt ihren Ursprung haben. Eine ständige Vertretung in diesen Schilderungen bilden die Sittlichkeits-Verbrechen, die sogenannten Messerstechereien und die Ermordung öffentlicher Dirnen. Allein in Berlin sind seit einigen Jahren beinahe ein Dutzend solcher Morde noch ungesühnt, weil man die Thäter nicht zu entdecken vermochte.

Ein ganz grauenhafter Fall ist jüngst in Straßburg (Elsaß) vorgekommen. Zwei Zuhälter und eine Dirne haben nun wenige Groschen einem ruhig des Weges gehenden Mädchen buchstäblich den Hals abgeschnitten. Mit dem blutigen Messer wurde eine Flasche voll Wein geöffnet, die die Ermordete bei sich trug, und an ihrer Leiche trank das entmenschte Kleeblatt sich gegenseitig zu!

Es ist naturgemäß, daß man sich bei der Zunahme solcher Roheitsverbrechen fragt: Genügt demgegenüber unser Strafvollstreckung?

Das Strafgesetzbuch kennt nur ein Abschreckungsmittel, die Todesstrafe, im übrigen ist es auf dem Prinzip der Besserung aufgebaut. Dieses Prinzip ist, rein menschlich und theoretisch betrachtet, begreiflich. Es will denen die da fehlen, Gelegenheit geben, sich zu bessern und dadurch wieder zu brauchbaren Gliedern der Gesamtheit zu werden.

Nun ist aber der Strafvollzug in den letzten Jahrzehnten so „menschlich" geworden, daß er für die Mehrzahl der Verbrecher keine Strafe mehr bedeutet. Unsere Strafanstalten sind wahre Paläste und liegen meistens in der schönsten Gegend. Innere Einrichtung, Behandlung und Essen lassen nichts zu wünschen übrig. Die Gefangenen haben ihr gutes Lager und eine geräumige Zelle. Arbeit bekommen sie nach ihren Fähigkeiten zugewiesen, und wer es versteht, kann sich dabei täglich sogar zehn bis zwanzig Pfennige erübrigen. Von diesem Mehrverdienst dürfen die Gefangenen wöchentlich bis zu vierzig oder sechzig Pfennigen zu Ankäufen von Eßwaren benutzen, die sonst nicht gereicht werden. Ja, sie können sich selbst den Luxus einer Flasche Bier oder einer Zigarre leisten. Neben der Mittagspause giebt es noch besondere Freistunden und für die Stunden nach Feierabend stehen den Gefangenen Romane usw. zur Verfügung.

Infolge des Zustromens von Arbeitskräften aus der Provinz giebt es in und bei den Großstädten immer eine Anzahl Arbeitsloser, die zum großen Teil die besten Brüder auch nicht sind. Dieser Umstand bringt es mit sich, daß ein Teil der Gefangenen es in der Freiheit nicht so gut hat wie in den Strafanstalten. Erhalten sie nach Abbüßung einer Strafe nicht gleich lohnende oder — was die Hauptsache ist — ihnen zusagende Beschäftigung, so lassen sie sich einfach wieder einsperren. Eine derartige „Flucht in die Gefängnisse" ist hauptsächlich beim Beginn der schlechten Jahreszeit zu beobachten. Sie entspringt nicht etwa den „traurigen sozialen Verhältnissen", wie gewisse Auch-Sozialpolitiker glauben machen wollen, sondern lediglich der Thatsache, daß sich drinnen so gut lebt.

Kein Wunder, daß wir unsre Strafanstalten ständig vergrößern und unser Richterpersonal ständig vermehren müssen.

Zur Steuerung dieser Zustände und vor allem der Roheitsverbrechen halten wir deshalb eine schärfere Handhabung der Strafgewalt und des Strafvollzuges für unumgänglich nötig. Allerdings giebt es auch heute schon in den Gefängnissen verschiedene Strafarten. Gemeinsame Haft in größeren Zellen und gemeinsames Arbeiten in Arbeitssälen und Einzelhaft. Diese kann noch durch Anlegen einer Gesichtsmaske während des Aufenthalts außerhalb der Zelle und absolutes Verbot, sich mit andern Personen zu unterhalten, verschärft werden. Das sind aber Maßnahmen der Gefängnisverwaltung, die ganz nach Belieben angewandt werden können. Sie treffen deshalb nicht immer den Richtigen. Außerdem wird ihnen die Schärfe dadurch genommen, daß ein solcher Strafvollzug niemals während der ganzen Strafdauer angewandt werden darf. Er hat unsrer Ansicht nach also nur den Charakter einer Hausdisziplin.

Eine Verschärfung des Strafvollzuges muß deshalb bereits vom Richter ausgesprochen können, wenn er Erfolg haben soll. Als solche Verschärfungen schlagen wir vor: dauernde Einzelhaft auch schon bei Gefängnisstrafen, Entziehung jeglicher Vergünstigung zum Ankauf von besondern Lebensmitteln, Einführung von Fasttagen, der Prügelstrafe und Verschickung nach unsern Kolonien.

Alle vom Humanitätsdusel angestachelte Kathedergelehrten und die unwissenden Nachbeter der Judenzeitungen werden solche Forderungen selbstverständlich als mittelalterlich und reaktionär verschreien. Darum verlieren sie aber doch nichts an ihrer Berechtigung. Ein alter Verbrecher schaut nichts so sehr wie die vollständige Abschließung von seinen „Kollegen", ihm ist nichts unangenehmer als eine Beispränkung der Mahlzeiten oder sogar der wöchentlichen „Zubuhsen" und vor jeglicher Lumpenheit hat er einen Heidenrespekt. Deshalb geht er lieber ins Zuchthaus als ins Arbeitshaus. Stehen ihm nun noch zeitweise anstelle des warmen Abendbrotes einige Aktenstreiche in Aussicht, wird ihm der Aufenthalt im Gefängnisse nicht mehr so verlockend erscheinen.

Uns dünkt, bei den Zuhältern und ähnlichen Gelichter üben solche Erziehungsmittel eine bessere Wirkung aus als alle mündlichen Vermahnungen oder jahrelange Einsperrung nach dem heutigen System. Außerdem sind unsre Vorschläge keineswegs etwas neues. Bis auf die Prügelstrafe sind die Deportierung werden sie seit langem als Disziplinarstrafen in den Hausordnungen der preußischen Strafanstalten vorgeschrieben. Sie werden auch nicht selten den Verbrechern gegenüber angewendet, die sich den Anordnungen des Aufsichtspersonals nicht fügen wollen. Und wie oft ist nicht von fressiinger und sozialdemokratischer Seite die Prügelstrafe gefordert worden, wenn einmal einer ihrer Anhänger von einem Strolche angefallen oder irgendein bestialischer Lustmord gemeldet wurde.

Über die Verschickung nach unsern Kolonien kann man allerdings zweierlei Meinung sein, weil uns in dieser Hinsicht noch keinerlei Erfahrung zu Gebote steht. Aber weshalb soll hier nicht ein Versuch am Platze sein? Jedenfalls wird sich das Deutsche Reich besser dabei stehen, wenn es seine schweren rückfälligen Verbrecher durch Zwangsansiedelung in Afrika zu bessern sucht, als wenn sie hier nach einer Reihe von Jahren wieder auf die Menschen losgelassen werden.

Gift wird nur mit Gift vertrieben, gegen Gewalt hilft nur Gewalt und rohe Menschen wollen und müssen roh behandelt werden! L. H.

Lessing und die Juden.

Die Juden schlagen laut den Tam-Tam für „ihren" Lessing und suchen ihn als unbedingten Verfechter ihrer Nationaleigenheiten hinzustellen; auch manche Antisemiten halten ihn oft für einen großen Judenfreund. Das erste ist unverschämte Frechheit, das zweite ist Unrecht. Den Grund für seine Liebe sucht Juda, indem es den „Nathan" fälscht. Wer ist denn Nathan und welchen Zweck verfolgt Lessing mit dieser Gestalt?

Nathan ist vor allem ein edler Mensch, der eine andre Religion als die christliche und die muhamedanische besitzt, und diesen religiöse Toleranz so weit geht, daß er ein christliches Mädchen als seine Tochter auf christliche Weise von einer Christin erziehen läßt. In ihm verkörpert sich der Gedanke von der Gleichwertigkeit aller Religionen.

Nicht die Dogmen und der Kultus machen den Wert einer Religion aus, sondern der Adel und die Sittlichkeit der Gesinnung. Krasser aber konnte Lessing diese Idee nicht veranschaulichen, als indem er diesen edlen Menschen einen Juden und Nathan nannte. Zwar nur nannte, denn in Wirklichkeit ist Nathan ja gar kein Jude, weil ihm alle Merkmale dieser Rasse fehlen. Welch' riesige Kluft liegt doch zwischen Nathan und den Rassejuden Rothschild und Hirsch, diesen beiden Schwindsuchtsbazillen auf dem europäischen Geldbeutel. Findet man aber einen Juden wie Nathan, so soll man ihn auf Staatskosten in Sprit auf-

Digitized by Google

bewahren und kommenden Geschlechtern als achtes Weltwunder zeigen. Das ist aber leider das Unglück und zugleich bezeichnend für den Eigendünkel des auserwählten Volkes, daß seit Lessings Zeiten sich jeder Jude einen Nathan hält, während er in Wahrheit nichts anderes ist, als der o-beinige, krummnasige und manschelnde Hosenverkäufer oder Börsenjobber.

Lessing aber wollte nur sagen: Wenn die jüdische Religion der Art wäre, wie sie sich in der Person des Nathan zeigt, dann wäre sie den andern gleichwertig. Wohl wußte er, daß sie nicht von dieser Art, und daß Nathan nur eine Idealgestalt sei. Denn er läßt Al Hafi sprechen: „Es ist ein Jude übrigens, wie's nicht viel Juden giebt." Und Sittah sagt: „Wie? oder wär' es wirklich so, daß selbst der Beste seines Volks seinem Volk nicht ganz entsichten kann?" Das wirft ein nettes Licht auf dieses Volk!

Lessing zeigt auch weiter, daß er die Eigentümlichkeiten der Rasse genauer kennt. Der Tempelherr meint: „Seinem Volk ist reich und weise vielleicht das nämliche!" Und Sittah wieder läßt er sagen: „Ifts nur ein Jude wie ein Jude (d. h. wie sie sonst alle sind), gegen den wirst du dich doch nicht schämen, so zu scheinen, wie er die Menschen all sich denkt (nämlich ebenso schlecht wie er selbst); vielmehr, wer sich ihm besser zeigt, der zeigt sich ihm als Geck und Narr." Ein schlechteres Zeugnis für ihre Sittlichkeit kann man den Juden wohl nicht ausstellen.

Lessing ist also mit nichten ein Verteidiger jüdischer Rasseunarten, und sein Nathan ist eine Idealgestalt, zu der der Jude nur den Namen hergeben mußte. Lebte Lessing heute, er würde auch heute die Gefahren erkennen, die dem Germanentum durch das Judentum erwachsen, und mit eintreten in den Kampf, den wir führen gegen nationale Lauheit, Flauheit und Faulheit.

Die Getreide-Spekulation in Nordamerika.

Durch den vielverzweigten Nachrichtendienst ist in Nordamerika jedermann in die Lage versetzt, auch in den entferntesten Teilen der Union jederzeit die an den Riesenbörsen von Chicago und Newyork jeweilig notierten Preise zu erfahren, um seinerseits stets in das Börsenspiel wirksam einzugreifen. Es kommt dabei das Interesse der Privatgesellschaften für Telephon- und Telegraphendienst dem Spielbedürfnis entgegen; sie errichten möglichst viele Fernverkehrspielhöllen, denen gegenüber Monaco ein Bettel ist. Es sind besondre Telegraphendrähte von den Chicagoer und Newyorker Börsen aus gezogen, die alle mittelgroßen und größeren Städte in Amerika verbinden.

In diesen Städten befinden sich „Brockers" (Makler), die ein dem Zwecke besonders gewidmetes Kontor halten. Dieses Kontor ist folgendermaßen ausgestattet: Eine Wand ist völlig mit schwarz angestrichenen Tafeln (blackboards) bedeckt, die von oben nach unten mit weißen Strichen in eine Anzahl schmaler Felder eingeteilt sind. Der Kopf jeder dieser Abteilung ist mit Namen von Getreidearten, Monaten, Aktien usw. beschrieben und bleibt beständig stehen. In die Felder werden die täglichen Preisnotierungen mit Kreide eingeschrieben. Ungefähr ein bis drei Fuß über dem Fußboden befindet sich eine oben so breite Galerie, auf der die Angestellten, die die Preise ausrufen und anschreiben, sich hin- und herbewegen. In der Mitte vor der Galerie und den blackboards sind zwei selbstdruckende Telegraphenapparate angebracht, die die Preise, Wetterberichte, Mitteilungen über Verschiffungen, Bestände usw. überbringen. Sowie also ein Geschäft in irgendeinem Gegenstand in Chicago oder Newyork abgeschlossen ist, drücken die Telegraphisten an diesen Börsen an den oder die Anfangsbuchstaben und auf die Zahlen (des Preises) des gehandelten Gegenstandes und alle Maklerkontore in den Vereinigten Staaten sind augenblicklich von allem unterrichtet. Die Angestellten in den Kontor lesen die Neuigkeiten ab, rufen sie aus und schreiben die Preise an die Tafel. Es bleibt nun jedem Spieler überlassen, darnach zu kaufen oder zu verkaufen. Um Geschäfte abzuschließen, ist es also durchaus nicht notwendig, zur Börse zu gehen, man braucht nur ein Maklerkontor aufzusuchen, sich in einen Stuhl zu setzen, kann eine Zigarre dabei rauchen oder Zeitungen lesen und hat nur hin und wieder einen Blick nach der großen schwarzen Tafel zu richten, um zu sehen, wie sich die Preise auf und nieder bewegen.

Will jemand etwas handeln, so giebt er den Auftrag mündlich oder schriftlich dem Makler oder seinem Telegraphisten. Jeder Makler hat einen besonderen Telegraphendraht zu einem Chicagoer oder Newyorker Makler, wodurch die Aufträge ohne jeglichen Verzug an der Börse zum Abschluß gebracht werden; wenn ein Limit gesetzt ist, wird der Preis abgewartet, falls er eben im Laufe des Tages eintritt.

Angenommen, die augenblickliche Notierung für Mai-Weizen kommt von Chicago mit 93 c dieser Preis sei soeben an die Tafel angeschrieben worden), so lautet der Auftrag kurz und bündig: „Kaufe (verkaufe) tausend Bushel Mai-Weizen 93 c." Wenn nun die nächste Notierung von Chicago wieder mit 93 c kommt, ist der Auftrag ausgeführt, kommt der Preis hingegen etwas höher oder niedriger, so muß man abwarten bis 93 wieder zum Vorschein kommt oder ein neues Limit geben. Man kann auch den Auftrag zum „Marktpreis" geben, dann ist der folgende, von Chicago kommende Preis gemeint. Ist man Käufer und der Preis sinkt, oder ist man Verkäufer und der Preis geht höher, so kann man jeden Augenblick wieder abschließen, um sich vor größeren Verlusten zu schützen. Man braucht nur zu bestimmen, daß der nächste von Chicago kommende Preis maßgebend sein soll.

Ferner kann man bei den Aufträgen bestimmen, daß sie bei einer Bewegung von 2½ Pfennigen abgeschlossen werden sollen; steigt der Preis, so hat man einen kleinen Nutzen, fällt er, einen kleinen Verlust. Ehe man aber einen Auftrag hat, muß man eine gewisse Summe beim Broker hinterlegen, so z. B. für tausend Bushel (27220 kg) zehn bis zwanzig Doll. (41,50 bis 83 Mark) oder mehr. Unterläßt man bei einem Auftrage die Angabe eines bestimmten Abschlußpreises, so hält der Makler den Auftrag so lange in Kraft, bis im Verlustfalle der hinterlegte Betrag erschöpft ist und schließt dann ohne weiteres ab. Ergiebt sich ein Gewinn für den Spieler, so läßt er die Preise weiterlaufen, um größtmöglichen Vorteil zu erzielen. Ob es sich dabei um Tage oder Monate handelt, spielt keine Rolle.

Ist ein Geschäft abgeschlossen und der Preis bewegt sich in entgegengesetzter Richtung, so kann man bei einem Cent Unterschied eine Stop-order geben. Hat man z. B. tausend Bushel zu 93 c gekauft und der Preis fällt auf 92 c, so läßt man den Auftrag durch stop (anhalten) nicht mehr mitlaufen, bis der Preis auf 93 c wieder zurückkommt; steigt er dann auf 94 c, so hätte man einen Cent am Bushel Nutzen erzielt, würde er unter 92 c bleiben, so wäre der Verlust ebenfalls nur ein Cent am Bushel.

Ein Auftrag gilt nur für den Tag, an dem er gegeben wurde, wenn er nicht als „offen" bezeichnet ist. Dann bleibt er so lange in Kraft, bis der vorgeschriebene Preis erreicht ist und gelangt dann zur Ausführung. Ist jemand verhindert zum Makler zu gehen, so kann er sich durch die Fernsprech-Einrichtung, falls eine solche in seinem Hause oder Geschäft vorhanden ist, vom Stande des Preises beim Makler unterrichten und auch so seine Maßnahmen treffen.

Die Telegraphen-Gesellschaften berechnen für Benutzung aller dieser telegraphischen Einrichtungen monatlich einen bestimmten Betrag. Von dem Börsentelegraphendraht werden selbstredend so viele Zweigleitungen hergestellt, wie Maklerkontore in einer Stadt vorhanden sind. Besitzt der Makler ein größeres Kontor, so hat er auch mehrere Telegraphisten, die an verschiedenen Apparaten die Aufträge nach Chicago oder Newyork übermitteln. Der Makler berechnet wieder für jedes Geschäft (Ein- und Verkauf einschl.) einen gewissen Satz, so z. B. für tausend Bushel Getreide 1,25 Dollar, für zehn Akten 2,50 Dollar.

Natürlich sind diese Preise durch solch eine umfangreiche Spielerei gewaltigen Schwankungen unterworfen. Da nun seit vielen Jahren insbesondere die Weizenpreise der Newyorker und Chicagoer Börse für unsre Börsen bei Festsetzung der Preise

Digitized by Google

mitbestimmend sind, ergeben sich die Folgen von selbst. Die Hauptmacher an den großen Börsen sind selbstverständlich von derselben Art wie unsre Ritter und Blumensesd usw. Sie beuten auf diese Weise nicht nur die Produzenten und Konsumenten des Brotkorns aus, sondern lassen auch die Dollars der kleinen Spekulanten in ihre großen Taschen verschwinden. Solche Zustände möchte man auch gern bei uns einführen und deshalb weitert die Börsenpresse nach wie vor gegen das Verbot des Getreide-Terminhandels.

Deutschland und Rußland.

Der russische Statistiker D. Raiski sucht in den „Peterburgskije Wjedomosti“ an der Hand der Sterblichkeits-Statistik nachzuweisen, daß die russische Landbevölkerung physisch immer mehr entarte und so das ganze Volk langsam aber sicher seinem gänzlichen Verfall entgegen gehe. Die Zahl der von 1886 bis 1890 an Diphtheritis, Typhus, Pocken, Syphilis und andern vorübergehenden Krankheiten erkrankten und gestorbenen Personen zeigt allerdings eine von Jahr zu Jahr erschreckend steigende Richtung. Nach „den Berichten des medizinischen Departements“ sind die Zahlen für Diphtheritis in diesen Zeitraume folgende: 1886 erkrankten in 8 Gouvernements 25 756 Pers. u. starben 8 563

1887	„	„ 15	„	46 136	„	„	18 698
1888	„	„ 29	„	63 613	„	„	23 412
1889	„	„ 46	„	83 275	„	„	33 815
1890	„	„ 65	„	124 197	„	„	44 428

Das „Wln. Tagebl.“, das diese Zahlen und die Schilderungen Raiski's von der traurigen Lage der russischen Bauernschaft wiedergiebt, bricht zum Schlusse in die Klageworte aus: „Die Stärke des russischen Volkes, der russische Bauer, schwindet dahin unter dem Zeichen einer mächtig vorschreitenden Entartung!“ Hier, wo es sich um einen fremden Staat handelt, besitzt das „Wln. Tagebl.“ Sachlichkeit genug, um anzuerkennen, daß in der Landbevölkerung die Lebenskräfte jeder Nation wurzelu, daß mit der Entartung des platten Landes der unaufhaltbare Verfall eines Volks beginnt, daß es also die Pflicht einer jeden weitschauenden Regierung sein muß, diesen Verfall auf alle erdenkliche Weise zu verhüten, die Landbevölkerung lebenskräftig, kräftig und gesund zu erhalten. Hier giebt das Mosiesblatt ohne weiteres die Bedeutung des Bauernstandes im Staatsorganismus zu. Aber wenn es sich darum handelt, die Folgerungen daraus auch für unsre heimische Landwirtschaft zu ziehen, dann heißt es: „Ja Bauer, das ist etwas ganz anders.“ Dann führt man selbst die Pseudostatistik des Herrn Professor Lujo Brentano ins Treffen, um nachzuweisen, daß nicht nur in rein wirtschaftlicher Beziehung, sondern auch in Bezug auf die nationale Wehrhaftigkeit die Landwirtschaft ein überwundener Standpunkt und die Industrie die allein seligmachende Wirtschaftsform sei.

Was nun aber die Ausführungen des Herrn Raiski selbst anbetrifft, so sind sie offenbar viel zu bäter gehalten. Wer weiß, wie russische Statistik „gemacht“ wird, der wird auch selbst die angegebenen Zahlen nicht zu tragisch nehmen, und an der angeblichen Entartung der russischen Bauern etwas zweifeln, zumal wenn er Gelegenheit gehabt hat, sich durch eigenen Augenschein in vielen Gouvernements vom Gegenteil zu übergeugen und die kräftigen, schnigen Gestalten der russischen Soldaten zu bewundern. Wohl ist die Sterblichkeitsziffer der russischen Landbevölkerung, besonders für die ersten Lebensjahre, eine sehr hohe, da die Lebensbedingungen der Landbevölkerung ziemlich einfache und teilweise ungesunde sind. Andererseits steht dieser hohen Sterblichkeitsziffer aber auch eine hohe Geburtenziffer gegenüber, und das Menschenmaterial, das diesen ungünstigen Lebens- und Wachstumsbedingungen zum Trotz am Leben bleibt, ist vorzüglich abgehärtet, gegen alle Witterungsunbilden geradezu gefeit und in seiner Ernährung anspruchslos bis zur Unglaublichkeit.

Alle diese Gerüchte von einer Entartung, einem Niedergang des russischen Volkes verschleiern nur den klaren Blick für die Gefahr, die uns von unserm östlichen Nachbar in wirtschaftspolitischer und damit indirekt auch in politischer Beziehung droht. Als vor wenigen Wochen in Prag Tschechen und Russen, Polen und Ruthenen ihr „nationales Verbrüderungsfest“ feierten, als der Herausgeber des „Zwjet“, der gelesensten russischen Zeitung, Oberst Komaroff, unter dem Jubel der Versammlung seine deutschfeindlichen Kundgebungen zum besten gab, da konnte sich auch der noch so nüchtern und kühl urteilende Politiker doch nicht verhehlen, daß die „panslavistische Gefahr“ nicht nur ein eitles Schreckgespenst, die Ausgeburt der Phantasie ängstlicher Gemüter, sondern etwas thatsächlich bestehendes sei, ein Umstand, mit dem man sowohl hinsichtlich der wirtschaftlichen wie politischen Entwicklung Rußlands durchaus zu rechnen hat . . trotz aller „Friedensbotschaften“.

Nichts liegt uns ferner, als einen Streit mit unserm russischen Nachbar vom Zaune zu brechen, wir wollen gerne mit ihm in Frieden leben. Wir meinen aber, daß es höchst thöricht wäre, wenn man sich in vollkommene Sicherheit wiegen und die von dort unserm Vaterlande immerhin drohende Gefahr verschleiern wollte. Giebt man aber die Möglichkeit einer kriegerischen Verwicklung zu, so wird man von unsrer Seite am besten vorsorgen, wenn man die gänzliche wirtschaftliche Unabhängigkeit unsers Vaterlandes von unserm östlichen Nachbar zu erstreben trachtet.

Von der guten alten Zeit.

Wie oft hört man nicht Leute, die nach mühsamen und sorgenvollen Jahren den Erfolg ihrer Arbeit überschauen und nun die Entwickelung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der menschlichen Moral mit der vergangenen Zeit vergleichen, die Worte sprechen: „Ja, früher war es doch besser, da galt noch ein Wort, da überbot man sich nicht in Spitzfindigkeiten, da stellte man bescheidene Ansprüche an Bequemlichkeit und Genuß, der Kampf ums Dasein war noch nicht das allgemeine Feldgeschrei, man schätzte noch Tugend, Vaterlandsliebe, ideale Bestrebungen und Charaktere.“

Superkluge Menschen meinen dann, solche Empfindungen seien lediglich subjektiver Natur. In jedem Zeitalter, in Gegenwart und Vergangenheit und bei jedem Menschen rufe die Erinnerung an die Sorglosigkeit, Freiheit und Fröhlichkeit der Jugendjahre elegische Empfindungen wach, sobald das reifere Alter die Kehrseite des Lebens habe erkennen lassen. In geringem Maße mag das zutreffen, aber in weit höherem Grade beruht doch heute die Ansicht von der „guten, alten Zeit“ auf objektiver Grundlage, auf der historischen Entwickelung der letzten Jahrzehnte und den daraus geschöpften Erfahrungen.

Als wir 1870 Gut und Blut daran setzten, unsre deutsche Erde vor dem welschen Nachbar zu schützen, als Sieg auf Sieg sich an unsre Fahnen heftete, als das deutsche Kaiserreich wieder erstanden und ein bis dahin unerhörter Goldstrom sich über die Lande ergoß, da bildeten sich unter dem Einflusse der Ereignisse Bestrebungen, deren Verwirklichung im Laufe der Jahre schwere Schäden über unser Vaterland heraufbeschworen. Nicht nur die Sozialdemokratie wurde geschaffen, sondern auch die schlimmeren unwirtschaftlichen Krebsschäden des deutschen Volkes, die Vereinigung des Reichtums in einzelne Hände und die Macht des Judentums.

Kein Wunder, daß der pfiffige Semit, vom Baron herab bis zum Börsenjobber, mit Hilfe des lückenhaften Gesetzes, der Börse und ihrer Presse, sowie seiner talmudischen Moral sich die geschaffene Lage zu Nutze machte. Wir wollen nicht verhehlen, daß auch Deutsche (allerdings meist Judengenossen) sich dem schwindelnden Tanze anschlossen, aber mit dem Unterschiede, daß entweder sie selbst oder ihre betrogenen Brüder als Verlierende oder Schuldner des Judentums daraus hervorgingen. Ein Beispiel aus Vielen mag dies lehren.

Eine deutsche kleinstaatliche Regierung verkaufte — ob durch Zweckmäßigkeitsgründe bewogen, mag hier unerörtert bleiben, — einer jüdischen Firma eine Anzahl staatlicher Werke für fünfhunderttausend Thaler. Die erste Thätigkeit des Käufers bestand

Digitized by Google

darin, die Bestände schleunigst zu veräußern und einige Abteilungen der Werke auszuschlachten. Auf diese Weise schlug er in kurzer Zeit annähernd den Kaufwert heraus. Nun wurde eine Aktien-Gesellschaft gegründet, jedoch unter Ausschluß eines für den weiteren Bestand und die Ausdehnung der Werke wichtigen bedeutenden Bergwerks. Das Aktienkapital betrug sechshunderttausend Thaler, mindestens dreimal so viel, als die Werke bei dem Käufer noch zu Buche standen. Die Aktien wurden mit den bekannten erlaubten und unerlaubten Mitteln an der Börse und in der bezahlten Hilfspresse angepriesen und so bei dem verehrten Publikum untergebracht.

Bald aber stellte sich für die neue Aktien-Gesellschaft das Bedürfnis heraus, auf Erwerb der vorerthaltenen Bergwerke Bedacht zu nehmen, die ihr dann auch von dem jüdischen Besitzer mit größter Bereitwilligkeit abgetreten wurden gegen die Kleinigkeit von vierhunderttausend Thalern, die man als Obligation auf die gesamten Werke eintragen ließ. Wenn nachher der Betrieb diese hohe Belastung nicht zu tragen vermochte und der Wert der Aktien in der Hand der Besitzer fast auf Null zusammenschrumpfte, so ist das eben durchaus nicht erstaunlich, weil das Minus des Kurswertes sich als Plus in Form einiger Millionen Kapitalgewinn in der Tasche des Juden befand. Er hatte seine Wolle geschoren und das Uebrige kümmerte ihn nicht.

Nach diesem Rezepte ist in größerem oder geringerem Maßstabe hundertfach verfahren worden und wird auch heute noch verfahren. Millionen auf Millionen sind so in die Geldschränke jüdischer Gründungswucherer geflossen und der solide Deutsche, der sein Vermögen oder seine Arbeitersparnisse sicher untergebracht glaubte, war um das Seinige gebracht. Wie viel Elend und Kummer dadurch in zahlreiche Familien hineingetragen wurde, wird jedem klar sein, der den Zeitverhältnissen nicht blind gegenübersteht.

Man hat die Börse einen Geldbaum genannt. Das ist sie nur bedingt, denn sie ist auch ein mit dem Schweiße des fleißigen deutschen Arbeiters gedüngter Acker, auf dem das Judentum seinen Weizen in hundertfältiger Frucht erntet! Der Deutsche ist der unproduktiven semitischen Rasse tributpflichtig geworden. Sehen wir uns nur um, wie viele der größten deutschen Industriewerke nicht von jüdischen Aufsichtsräten und jüdischen Bank-Instituten beherrscht werden, wie viel landwirtschaftlicher Besitz nicht in jüdische Hände übergegangen oder dem Judentume zinsbar ist und in welchem Grade deutsche und außerdeutsche Staatswirtschaften nicht unter dem Einflusse jüdischer Finanzherrschaft stehen!

Wie selbst große Zeitungen, die sich auf ihre Haltung stets etwas zu Gute gethan haben, sich im Banne dieser Finanzherrschaft befinden, erzählten uns jüngst reichshauptstädtische Blätter. Die „Bln. Ztg." wortete nämlich mit folgender Geschichte auf: „Ein sensationeller Prozeß, über den uns bis zum Redaktionsschluß von andrer Seite leider kein Bericht zugegangen war, bildete heute, Sonnabend, an der Börse den Gegenstand der intimeren Unterhaltung. Es handelt sich dabei um eine Beleidigungsklage, die der in einflußreicher Stellung befindliche Handelsredakteur einer hiesigen Zeitung angestrengt hatte, um von seiner Person das Odium der Bestechlichkeit abzuwälzen. Als Zeugen waren unter anderm auch Vertreter unsrer ersten Bankhäuser erschienen, sie kamen aber nicht dazu, aus dem Schatz ihrer unangenehmen Erfahrungen etwas zum besten zu geben, da der Kläger es vorgezogen hatte, auf Urlaub zu gehen und auch sein Anwalt nicht zu dem heutigen Termin erschienen war. Es wurde deshalb von Amtswegen auf Klageabweisung erkannt."

Als Held der Geschichte wurde dann von andern Judenblättern der Handelsredakteur der „Vossischen Ztg." bezeichnet, die den Lessingschen Erben gehört und an deren Spitze ein Herr Lewi steht. . .

Nach dem unumstößlichen Satze, daß die Förderung des Wohlstandes die physische Entwicklung eines Volkes erhöht, hat die Steigerung des jüdischen Reichtums auch das Eindringen des Judentums in die höheren Laufbahnen, Medizin, Justiz und Verwaltung in erstaunlichem Maße begünstigt.

Und was sind die Beweggründe dieser bedenklichen Erscheinung?

Sollen wir etwa vom Judentum voraussetzen, daß es aus idealen Grundsätzen sich dem Staats- und Rechtsdienste widmet, sollen wir glauben, daß die internationale Krämerrasse Vaterlandsliebe besitze und frei von selbstsüchtigen Zwecken sei? Wissen wir nicht vielmehr, daß alles, was dieses Volk sinnt und thut, auf nichts weiter gerichtet ist, als auf Zusammenraffen von Reichtümern auf dem Arbeitsfelde der festsaßten Völker, auf Erlangung von Einfluß und Macht über die, die gutmütig genug waren, ihm als heimatlosen, nichts besitzenden Fremdling einst das Gastrecht zu gewähren?

Wo war der Jude vor hundert Jahren?

Man kannte damals weder einen Rothschild noch wußte man von einem wirtschaftlichen Einflusse, geschweige denn von einer Geldherrschaft des Judentums! Hätte man es bei seinen Befleidungsantiquitäten gelassen, fürwahr, es stände jetzt besser um unsre wirtschaftlichen Zustände!

Die gute alte Zeit!

Wir erinnern uns eines durch seine Gründungen reich gewordenen Juden, der bei der Eröffnung eines Aktienunternehmens seine Rede mit den Worten begann: „Die Dampfkraft un de Elektrissität, das sind de zwoi Motoren der Neuzait." Das war richtig, aber diese Motoren bewegen auch eine große Papierscheere, hinter der zahllose Sprößlinge aus dem Stamme Jacobs emsig bemüht sind, die Papierschnitzel in Gestalt von Zins- und Dividendenscheinen in Empfang zu nehmen, während der biedere Deutsche sich im Schweiße seines Angesichts abmüht, die Motoren in Betrieb zu erhalten und das nötige Papier auf die Scheere zu schleppen.

Die „alte Zeit" war also thatsächlich eine „gute", und wir könnten uns wirklich glücklich schätzen, wenn wir ihr Gutes sich bald wieder verwirklichen sähen.

Aber leider, leider! V.

Ist das Wort „Jude" eine Beleidigung? Über diese Frage ist schon viel Tinte verschrieben worden. In ihrer Nr. 34 vom 20. August d. J. nehmen die Mitteilungen des Vereins zur Abwehr unsrer Bestrebungen das Wort wieder dazu und zwar wie folgt:

Das Wort „Jude" auf einen Juden angewandt, ist von deutschen Gerichten schon mehrfach als Beleidigung erklärt und bestraft worden. Das in Hamburg erscheinende „Israel. Familienblatt" schreibt in seiner letzten Nummer, der vom 27. Juli: „Der Name Jude ist trotz allen Gegetzes und Gesetzes unsrer heidnischen Feinde (!) ein Ehrenname, ein Adelsdiplom, ein Adelsdiplom, dem gegenüber das der ältesten der adligen Geschlechter moderner Völker, einem dürren Blatte gleicht, das der leiseste Windhauch in den Kehricht weht." — Die „Staatsbürgerztg." (17. August) begeht die Unredlichkeit, darauf zu erwidern: „Wenn die Juden selbst einen so hohen Wert auf den Namen „Jude" legen, dann sollten, meinen wir, die Gerichte doch den Gebrauch des Ausdruckes, sofern Juden damit getroffen werden, für strafbar erklären. Nach obigen Auslassungen ist es doch auch wunderbar, daß die Juden unter solchen Umständen immer noch klagen." Und doch weiß das Blatt ganz gut, daß „Jude" als konfessioneller (wie steht's mit der Rasse? D. S. d. D.-S. Bl.) Begriff und „Jude" als Schimpfwort zweierlei sind. Ebenso wie letzteres wird beispielsweise das Wort „Christ" in Nordafrika gebraucht. Arabern zugerufen schreien den Europäern die Worte „Jude", „Christ" in einem Atemzuge hinterher. Nicht als Ehrenname, sondern als Schimpfwort! In Java heißt es beispielsweise auch: „Falsch wie ein Christ!" (s. Globus. Bd. 56. S. 43).

Aber auch das „Israel. Familienblatt" hätte besser gethan, seinen Hochmut zu dämpfen. Warum der bloße Name „Jude" schon ein Ehrenname sein soll, ist uns unverständlich. Es vermag doch auch nicht aus einem Schubiak einen anständigen Kerl zu machen. —

Digitized by Google

Ob die „Mitteilungen“ den Juden mit dem letzten Satze einen besonderen Gefallen haben thun wollen, konnten wir leider nicht feststellen. Feststellen wollen wir aber, daß heutigen Tages noch die Sprichwörter „Er ist wie ein Jude“ und „Er ist der reine Jude“ im Volke tagtäglich gebraucht werden. Was das Volk mit diesen Wendungen sagen will, das dürfte auch den „Mitteilungen“ bekannt sein, das deutsche Volk kennt den Sinn ganz genau.

Im übrigen haben die „Mitteilungen“ sich an eine falsche Adresse gewandt, als sie der „Staatsb.-Ztg.“ die obige Auslassung in die Schuhe schoben. Bis auf den letzten Satz ist die kleine Notiz schon wörtlich in unserer Nummer vom 11. August zu finden.

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. In einem Akrostichon hatte der „Genosse“ Stadtrat Noller zu Pforzheim eine mildere und gerechtere Auffassung der staatsmännischen Thätigkeit des Fürsten Bismarck bekundet, als wie sie den „Genossen“ von „oben“ herunter anbefohlen wurde, und sich dadurch eines schweren Staatsverbrechens schuldig gemacht. Man wandte deshalb das Parteiprinzip „Wer nicht pariert, fliegt hinaus“ auf ihn an. Sehr richtig sagt nun Noller in einer Entgegnung auf den ihn verdammenden Artikel des „Offenburger Volksfr.“: „Wenn auf diese Weise über Parteigenossen hergefallen wird, die sich erlauben, eine abweichende Meinung über die Errungenschaften unsers Gegners Bismarck zu haben und öffentlich zu bekunden, dann haben wir nicht mehr nötig über Bismarck und seine Gewaltpolitik zu schimpfen, da wäre er ja noch der reinste Friedensapostel dagegen. Fahren Sie nur fort, und alle denkenden und friedliebenden Menschen werden sich von Ihnen abwenden. Dann ist es Zeit, ein andres sozialdemokratisches Programm aufzustellen, darin der Satz 1 heißt: Anerotung des Tyrannen in uns selbst.“

Das nennt man „Freiheit“!

Bergarbeiter Brust, Vorsitzender des „Gewerkvereins christlicher(!) Bergleute“, erklärte neulich in einer Versammlung zu Altenessen, daß er „für lumpige 150 Mark Monatsgehalt“ nicht mehr „Führer“ spielen wolle. Wenn er nicht mehr bekomme, pfeife er auf die Bergleute. Herr Brust spielte bei dem Ausstande auf der Georgmarienhütte bei Osnabrück schon eine recht merkwürdige Rolle. Da er sich bei seiner Forderung nach Gehaltserhöhung jetzt auf die sozialdemokratischen Gewerkschaften beruft, scheint er sich zu den „Genossen“ durchmausern zu wollen.

Und von „Gleichheit“ spricht man nur, wenn die „lumpigen“ Arbeitergroschen gesammelt werden!

Zu Mannheim fragte vor einiger Zeit ein „Genosse“ den Reichstagsabgeordneten und Zigarrenhändler Dreesbach nach seinem Einkommen. Als Antwort packte „Genosse“ Dreesbach den Neugierigen an die Gurgel, wobei ihm die Worte entschlüpften: „Ich schlage Ihne auf die Schmut!“ Zwanzig Mark Geldstrafe muß der Reichstagsabgeordnete nunmehr zahlen.

Das nennt man „Brüderlichkeit“!

Die Thätigkeit der europäischen Börsenjuden in der südamerikanischen Republik Bolivia beschreibt ein Kaufmann in dem „Hamburger Vereinsblatt“ folgendermaßen: Im Jahre 1870 hatte die Regierung von Bolivia im Einverständnis mit Brasilien einem Nordamerikaner die Konzession für den Bau einer Bahn von San Antonio bis an den Rio Mamoré erteilt, in der richtigen Überzeugung, daß nur auf diesem Wege die schauderhaften Wasserfälle des Rio Madeira umgangen werden können und sodann für Bolivia der wichtige Weg nach dem atlantischen Ozean offen wäre. Der Unternehmer hatte sich selbst nach Kapitalisten umzusehen.

Nach vielen fruchtlosen Bemühungen gelang es ihm, zwei Pariser Bankhäuser für die Sache zu gewinnen, und mit einem Kapital von zwanzig Mill. Mark wurde, nachdem eine zuerst mit dem Bau beauftragt gewesene Londoner Gesellschaft erklärt hatte, die Ausführung nicht übernehmen zu können, von der Firma P. & J. Collins in Philadelphia im Jahre 1877 mit dem Bau dieser Bahn begonnen.

Nach San Antonio waren vorher schon dreitausend Tonnen Eisenbahnschienen nebst Zubehör und Lokomotiven gesandt worden. Mit Hilfe von tausend Arbeitern, größtenteils aus Negern und Indianern bestehend, waren im Herbst 1877 auch schon ca. 3½ Meilen Urwald entholzt und über eine Meile die Bahn fertiggestellt, als das ganze Unternehmen plötzlich in Frage gestellt wurde.

Zunächst fehlte es an Geld, die Arbeiter begannen zu desertieren, viele wurden infolge des mörderischen Klimas krank und starben, die Lebensmittel reichten nicht aus, und die brasilianische Regierung, die weitere Zuführung von Arbeitskräften versprochen hatte, widerrief ihr Versprechen.

Die Hauptsache war indeß wohl der Geldmangel, und dieser war durch ein schmutziges Komplott von Börsianern verursacht, die durch Verbreitung der ungünstigsten Berichte über das Unternehmen die für dasselbe von der bolivianischen Regierung gemachte Anleihe auf einen lächerlichen Preis heruntergedrückt hatten.

Noch einmal, im Jahre 1878, schien es, als könnte der Bau fortgeführt werden. Es waren wieder ungefähr tausend Mann an der Arbeit, die rüstig vorangriffe, als plötzlich der endgiltige Krach kam, wodurch das Unternehmen eingestellt werden mußte, und bis zum heutigen Tage die Arbeit nicht wieder aufgenommen werden konnte.

Dies war das Endresultat eines hochbedeutsamen Unternehmens. Wäre die Bahn zu Stande gekommen, so wäre mit einem Male der Norden Boliviens für den Verkehr nach dem atlantischen Ozean aufgeschlossen gewesen, und der Handel von und nach diesem Landesteile hätte sich sicherlich bedeutend gehoben. War doch mit der brasilianischen Regierung ein Kontrakt abgeschlossen worden, wonach sich in bestimmter Frist an den Bahnstrecken zehntausend Einwanderer ansiedeln sollten.

So haben aber die Börsenwölfe in schurkenhafter Weise mehr als fünfzehn Mill. Mark in ihre Taschen zu schaffen gewußt und die Entwickelung des Handels mit Nordbolivien auf Jahrzehnte hinaus zurückgeworfen, denn auf dem bisherigen Wege über die lebensgefährlichen Wasserfälle und Stromschnellen des Rio Madeira (ein andrer Weg existiert bis heute nicht) ist ein Aufschwung des Handels nie zu erwarten. —

Merkwürdigerweise ist das Blatt, das eine solche richtige Beurteilung der rasenden Thätigkeit des großen Börsekapitals bringt, das Organ des „Verein für Handlungskommis von 1858“ in Hamburg. Der Verein bekämpft den Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband seit seinem Bestehen in schärfster Weise, trotzdem doch gerade dieser gegen derartige Auswüchse in erster Linie mit Front macht. Aber die „Deutschnationalen“ lassen keine Juden zu und bei den „58er“ haben Juden einen maßgebenden Einfluß. Das erklärt alles.

Eine Wasserkur, aber ohne Aufsehen, wollten die Juden vor achtzig Jahren in Berlin in Szene setzen. Nach dem in Stuttgart erschienenen Buche: „Unsre Tante Napparb, ein Lebensbild mit Anhang ihrer eigenen Briefe von Dorothee von Hopfengärtner“, schrieb Adelheid v. Napparb geb. Freiin v. Massenbach am 9. September 1818 von Berlin aus unter anderm an ihre Schwester: „Die Juden wollen sich alle bekehren und haben eine Deputation ihrer Aeltesten an den Superintendenten Nicolai hier geschickt, der ihr Gesuch dem König vorlegen soll; sie bitten nämlich, da sie erkannten, daß die Zeit gekommen sei, wo nur ein Hirt und eine Heerde sein soll, wollten sie Christen werden, aber der König möchte es beschlen(!) das würde die Sache erleichtern. Das hat der König wie billig nicht gewollt, darauf haben sie sich in ein neues Handeln begeben und gebeten, die Taufe möchte ihnen erlassen werden wegen des großen Aufsehens. Das ist doch nun noch unmöglicher, und nun bedenken sie sich von neuem.

Digitized by Google

Pfuel bietet seine Schwimmanstalt") zur Taufe an und meint, ein Tag der Anwesenheit des Königs könnte füglich dazu bestimmt werden, so gebe es doch ein Schauspiel, das der König nicht in Petersburg gehabt (denn daran wird bestimmt gedacht), und dann könnten die Neugetauften den Schimpf beim Vorbeimarsch der Truppen machen" ... In einem Briefe vom 11. September heißt es: „Mit dem Taufen der Juden verhält es sich wirklich so, Pfuel ist der Sache auf den Grund gegangen; eine Spaltung unter ihnen hat den ersten Stoß gegeben, die Vornehmen wollen viele Neuerungen einführen, die das alte Testament umstoßen und durch nichts ersetzen. Das wollen sich die Altesten nicht gefallen lassen, und darüber sind sie alle zu dem Entschluß gekommen, Christen zu werden."

Preußen kann sich wirklich beglückwünschen, daß die Juden damals ihren Vorsaz nicht ausgeführt haben. Ernst scheint es ihnen damit auch nicht gewesen zu sein.

Aber eine neue Schutzordnung der Frankfurter Judenschaft berichtete die Mutter Johann Wolfgang Goethes im Jahre 1808 ihrem Sohne: „Unter den Christen giebts hier anjer Maszen und Casino Bällen nichts neues, aber das Voil Israhel zu deutsch die Juden sind an ihrem Messias etwas irre geworden Unser gnädigster Fürst Primas erlaubte ihnen zum Anfang Seiner Regierung die Spatiergänge vor den Thoren mit Christen gemeinschaftlich zu gebrauchen, da bildeten sie sich nun ein das es immer weiter gehen würde und sie sahen die Thore des neuen Jerusalems sich öffnen, aber da kam bey Barrentrapp und Wenner etwas gedruktes heraus, das dem neuen Jerusalem garnicht ähnlete und sie stuzig machte. Neue Stättigkeit und Schutz-Ordnung der Frankfurter Judenschaft, ein wahres Meisterstük in seiner Art. Bey Gelegenheit schicke ich dir es, nun kommen allerley Epigramen in Umlauf, witzig sind sie ob aber alles von ihnen kommt ist noch die Frage eins aber gefällt mir besonders, das sonst sogenandte Eischenheimer Thor heißt jezt das Carls Thor suach dem Fürst Primas] im hinausgehen liest ein lateinisches D, gucke ein maht sagte ein Jude zum andern: das erste Viertel, guck einmaht was draus steht, sagt der andre, C sist du nei es ists letzte Viertel."

Möchte das letzte Viertel der Judenherrlichkeit bald am deutschen Himmel zu sehen sein.

Ausland.

Österreich-Ungarn. Die fortschreitende Verjudung der Stadt Prag kann durch nichts besser bewiesen werden als durch die Statistik über den Besuch der höheren Schulen. Das verhältnismäßig judenreiche Gymnasium ist das in der Sleisonsgasse; dies zählt aber neben 188 nichtjüdischen auch schon 178 jüdische Schüler, also annähernd 50 v. H. Arger sieht es schon in der Handelsakademie aus, wo von 412 Schülern 235 Juden sind, also 57 v. H. Ziemlich gleich hoch ist der Prozentzahl steht das Gymnasium auf dem Graben, wo unter 355 Schülern 209 Juden sind, also 59 v. H. Auf dem Altstädter Gymnasium stehen gar 139 Juden nur 39 Nichtjuden gegenüber, die Juden machen also 83 v. H. aus. An dieser Schule giebt es in der Septima und Octava überhaupt keine Christen, in der sechsten Klasse einen, in der vierten Klasse zwei und in der fünften und dritten Klasse je sieben christliche Schüler, eine höhere Anzahl finden wir überhaupt nirgends. Christlicher Religions-Unterricht kann mithin in einzelnen Klassen gar nicht erteilt werden, weil keine christlichen Schüler da sind!

England. Der systematische Krieg der englischen Sozialdemokratie gegen die Arbeitgeber hat auf Veranlassung der Eisen- und Stahlwerke Schottlands zu einer Vereinigung der Schiffbau-, Maschinenbau-, Eisen- und Stahlindustriellen geführt. Man will sich dadurch mit vereinten Kräften der Anfeindungen seitens der Trade-Unions (Arbeiter-Vereinigungen) erwehren. Von einer einheitlichen Regelung der Preise in Rußland genommen, aber es ist beschlossen, jeder unberechtigten Lohnforderung einen lockout entgegenzusetzen. Da die verbündeten Industrien über sehr erhebliche Mittel verfügen, so bedeutet ihr Zusammenschluß eine nicht geringe zu veranschlagende Macht. Der Uebermut der sozialdemokratischen Arbeiteraufwiegler ist denn auch schon merklich herabgestimmt.

*) Die an der Oberspree liegt und noch heute besteht.

Mosaik.

Ein Bismarck-Wort. In dem Buche von Moritz Busch „Unser Reichskanzler" wird von einer Tisch-Unterhaltung erzählt, in der das Gespräch die auf Grund des Sozialisten-Gesetzes erfolgte Verhaftung der Sozialdemokraten Bebel und Liebknecht bildete. Graf Lehndorff fragte, ob man wohl etwas von der Einsteckung der beiden Genannten zu befürchten hätte, ob das viel Aufregung hervorrufen würde. „Nein", entgegnete der Kanzler, „davon ist nichts zu befürchten." Lehndorff: „Aber Jacoby, da gab's doch viel Lärm und Geschrei." — Kanzler: „Jude . . . und Königsberger. — Fassen Sie nur einen Juden an, da schreit's gleich in allen Ecken und Winkeln."

Der Herrscher aller Reußen hat gerugt, einen ausgezeichneten Witz zu machen, indem er die Anregung zu einer internationalen Friedens- und Abrüstungs-Konferenz in einem Augenblicke in die Welt setzt, wo Rußland gerade so sieberhaft an der Verstärkung seiner Flotte, an der Neubewaffnung seines Landheeres und am Ausbau seines strategischen Eisenbahnnetzes arbeitet.

Bertha Suttner aus Wien und Heinrich Rickert aus Berlin sollen beabsichtigen, gemeinsam nach Petersburg zu reisen, um dem Zaren das Protektorat über die Judenschutztruppe anzubieten.

Warnung. Seit Wochen sind in größeren und kleineren Blättern (z. B. „Deutsche Tageszig.", „Hannoversche Post", „Neue Westf. Volksztg.", „Staatsb. Ztg.") Anzeigen zu finden, die mit hochtrabenden Worten „Bankgeber zur Beteiligung an kreise, Difteile und Gemeindeverbinde" anpreisen. Unterzeichnet sind die Reklamen mit dem vertrauenerweckenden Titel „Deutsche Hypotheken- und Wechsel-Bank-Gesellschaft", Berlin W., Winterfeldtstr. 34 I. Selbstverständlich nimmt die „Gesellschaft" auch Wertpapiere zur Lombardierung an. Für die vielen „Abteilungen" werden „inaktive Offiziere, Beamte, Lehrer und angesehene Geschäftsleute bei hoher Provision als Vertreter aller Orten des Deutschen Reiches sofort zu engagieren gesucht." Zuhaber dieser wohlklingenden Firma ist der ehemalige Webergeselle J. Scholl, der sich vor Jahren schon einmal als „Bankdirektor" versuchte und erst vor kurzem wegen Betrugs eine mehrjährige Gefängnisstrafe verbüßt hat. Scholl steht in einem kleinen Zimmer mit zwei weiblichen Personen seinen „Abteilungen" allein vor. Wir warnen deshalb dringend vor jeder Geschäftsverbindung mit dieser feinen Firma. Bei dieser Gelegenheit können wir unsre Verwunderung nicht unterdrücken, daß die deutschnationalen Zeitungen nicht erst Erkundigungen über eine unbekannte Firma einziehen, ehe sie solche schwindelhaften Riesen-Anzeigen aufnehmen.

Der Dreyfus-Rummel in Frankreich hat eine neue Wendung genommen. Oberst Henry, der Chef des Spionagewesens im französischen Generalstabe, hat eingestanden, daß er einen nachträglichen Schuldbeweis gegen Dreyfus gefälscht habe und hat sich dann nach seiner Verhaftung getötet. Die gesamte europäische Judenpresse geberdet sich darob wie toll vor Freuden und thut so, als ob damit erwiesen ist, daß Dreyfus unschuldig verurteilt sei. Demgegenüber muß daran erinnert werden, daß die rechtskräftige Verurteilung des Juden Dreyfus im Jahre 1894, die Fälschung des Briefes durch Oberst Henry aber erst im Jahre 1896 erfolgte und den Zweck hatte, den deutschen Militärbevollmächtigten in Paris zu verdächtigen, als habe er sich des Dreyfus bedient, während dieser thatsächlich im russischen Solde spionieren haben soll. Es muß aber zugegeben werden, daß durch den Boykott Henrys die Glaubwürdigkeit der Zeugen aus dem französischen Generalstabe, auf deren Aussage Dreyfus seinerzeit verurteilt worden ist, stark erschüttert erscheint. Darum hatten auch wir eine Revision des Dreyfus-

Digitized by Google

Prozesses für angebracht, denn so weit geht unser Antisemitismus nicht, daß wir Juden unschuldig verurteilt sehen möchten. Wir wären schon sehr zufrieden, wenn kein schuldiger Jude dem strafenden Arm der Gerechtigkeit entginge.

Erfolge der Handelsverträge. Kürzlich machte die Nachricht die Runde durch alle freisinnigen Blätter, der russische Finanzminister Witte hätte einen großen Posten Lokomotiven im Auslande bestellt, dabei aber die deutsche Industrie völlig übergangen. An diese Nachricht wurden die gehässigsten Bemerkungen gegen das „unerklärliche Agrarlerium" geknüpft, das die preußische Regierung zu den strengen Sperrmaßregeln gegen Rußland gezwungen und so diese „russische Vergeltung provoziert habe". — Nun, wir meinen, die Russen hätten doch wahrlich keine Ursache, mit uns beispielsweise in der Tarif- und Gänse-Einfuhrfrage unzufrieden zu sein. Ob wir selbst keine Ursache dazu haben, diese Frage wollen wir freilich lieber ununtersucht lassen. Daß aber der Russe dem Ihm im Grunde des Herzens doch verhaßten „Niemez" nur dann etwas zu verdienen gehen würde, wenn er das betreffende Industrieerzeugnis von dem betreffenden Franzmann oder Belgier nicht in gleicher Güte erhalten könnte, das stand für jeden, der die Verhältnisse übersehen konnte und wollte, auch schon vor dem Abschluß des russischen Handelsvertrages fest. Was hat nun der ganze famose Handelsvertrag genützt? Wo bleiben die mit lothegorischer Bestimmtheit vorhergesagten großen Vorteile für unsre Industrie?

Ein neues Warenhaus hat die Firma Gebr. Barasch zu Königshütte (Oberschlesien) eröffnet. Während der Verkauf erst am 16. v. M. beginnen sollte, waren die Geschäftsräume schon am 15. abends dem lieben Publikum zur Besichtigung geöffnet. Und die Juden hatten ganz richtig spekuliert, denn trotz der großen Räume konnte ein Teil des Publikums keinen Einlaß finden und mußte wieder fortgehen. Als „Andenken" bekamen die Besucher elegante Lampenteller überreicht, und es waren nicht Hände genug vorhanden, die die Verteilung bewältigen konnten. In dem Warenhause sind Kurz-, Weiß- und Wollwaren, Wirtschaftsartikel, Galanterie-, Glas- und Porzellanwaren zu haben . . . also sozusagen alles!

Firmen-Verschleierung. Die Gesellschafter der offenen Handelsgesellschaft Jos. Hopmann & Co. zu Berlin sind die Kaufleute Josef Hopmann und Michael Cohn. —

Dieselben der Handelsgesellschaft Behmack & Co. zu Berlin der Kaufmann Philipp Abrahamsohn zu Berlin und die Witwe Emma Behmack zu Rothbus. Ersterer ist nur zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Dem Agenten Zisdor Abrahmsohn ist Prokura erteilt. —

Die persönlich haftenden Gesellschafter der Kommanditgesellschaft in Firma A. Ascher zu Berlin und Kolberg sind die Kaufleute Eduard Manasse, Hugo Ascher und Franz Manasse zu Berlin. —

Das unter der Firma J. Bertuch jr. zu Rödelheim bei Frankfurt (Main) betriebene Handelsgeschäft ist auf den Kaufmann Julius Nelken übergegangen, der es unter der bisherigen Firma fortführt. —

Inhaber des Herold-Depeschenbureaus zu Frankfurt (Main) ist der Kaufmann Felix Levy. —

Der Kaufmann Hans Bernstein zu Mühlhausen (Thüringen) firmiert Müller & Co., Sweatenfabrik. —

Klippstein & Co. zu Mühlhausen (Thüringen), die viel in der „Gartenlaube" und andern Familienblättern ihre Reklamen stehen haben, werden von dem Kaufmann Gustav Hermann gebildet. Herr Gustav Hermann arbeitet „en gros" unter seinem richtigen Namen.

Sozialdemokratisches. Der sächsische Wahlkreis Mittweida ist den Sozialdemokraten bei den letzten Wahlen verloren gegangen. Auf einer Zusammenkunft in Chemnitz gab man den Wahl-Flugblättern die Schuld an diesem Ergebnisse. Sie sollen nämlich zu lang und zu wenig „ruppig" gewesen sein. Das läßt tief blicken. —

In die Reihe der sozialdemokratischen Wühlenbeißer ist nunmehr auch der Reichstagsabgeordnete, Schneidermeister und Zeitungsverleger August Kühn zu Oberlungenbielau eingerückt. Sein Blatt, der „Proletarier aus dem Eulengebirge" hat ihm anscheinend so viel eingebracht, daß er sich jetzt zum nicht geringen Ärger seiner „Genossen" in Langenbielau ein stattliches Landhaus erbauen lassen kann. —

Der von den „Genossen" in Mannheim beliebte Verruf über die Brauereien „Durlacher Hof" und „Löwenkeller" zeitigt seltsame Blüten. In einem Flugblatte fordert die Berufs-Kommission die „Genossen" auf, in bestimmten Wirtshäusten kein Bier, sondern nur Wein oder Schorlemorie (Gemisch von Wein und Selterser) zu trinken. Ei, ei! —

Ein „Abschlappen" soll nach der Ansicht der „Genossen" zu Hohenstein-Ernstthal ihr chemnitzer Parteiblatt „Beobachter" sein. Solche Selbstkritik ist recht lobenswert, ob aber der Redakteur und Obergenosse Rosenow damit einverstanden ist, bezweifeln wir. —

Die „Sächs. Arbeiterztg." hatte etwas am „Vorwärts" auszusetzen gehabt, wofür dieser ihr eine deutliche Rüge erteilte. Darauf antwortete das sächsische Blatt: „Gäbe es ein Parteizuchthaus, der Schreiber dieser Zeilen wäre wohl schon im sichern Gewahrsam untergebracht!" Auf die nicht ganz unberechtigte Frage einiger nicht-sozialdemokratischer Blätter, ob die „Genossen" im Zukunftsstaate eben so sicher vor dem Zuchthause sein würden wie heute, wird die „Sächs. Arbeiterztg." recht ungemütlich. Man höre: „So sind diese Preßlakmäcken; ihr Geist riecht nach der Polizeiwachstube und ihre Sprache ist die der Diebe und Fälscher — zum Glück hat ihnen die Natur das Gehirn eines Maultieres verliehen." Die aus diesen Worten sprechende „geistige Überlegenheit" der Herren „Genossen" erkennen wir rückhaltlos an!

Jüdische Doppelnamen. Der Kaufmann Alexander Tscherleß zu Dubno (Südrußland) war angeklagt, sich unbefugterweise den Vornamen Alexander zugelegt zu haben, trotzdem er in den polizeilichen Listen als „Sender Tscherleß" geführt wurde. Er erklärte vor Gericht, Alexander zu heißen und sich auch immer so nennen zu wollen, welche Strafe man ihm auch auferlege. Gegen das thatsächlich erfolgende verurteilende Erkenntnis legte er beim Kiewer Appellhofe Berufung ein. Die „Sachverständigen" erklärten hier, der Name „Alexander" sei lange vor der christlichen Ära bei den Juden im Gebrauch gewesen. Sender sei nur das Verkleinerungswort dieses Namens. Daß Juden den Namen Alexander führten, lehre die Heilige Schrift, so z. B. die Apostelgeschichte 4, 6 und 19, 31 und 34. Der Apellhof sprach hierauf Alexander Tscherleß frei.

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. Der einzige judengegnerische Stadtverordnete sagte in Berlin vorige Woche in einer Versammlung, daß von zwölf Rednern in der Stadtverordneten-Versammlung acht immer Juden sind. Glückliches Berlin! —

Zum Stadtverordneten-Vorsteher in dem hannoverschen Städtchen Dransfeld ist Herr Hermann Rosenberg gewählt und zwar anstelle seines Bruders Karl, der Dransfeld verließ. Dessen Vorgänger war der Vater der beiden Brüder. Dransfeld zählt unter 1450 Einwohner nur 84 Juden! —

Schon besser mutet die Liste der Ordensverleihungen und Auszeichnungen an, die anläßlich des kaiserlichen Besuchs in der Provinz Hannover veröffentlicht wird. Wir finden unter der Unmenge Namen keinen einzigen jüdischen. —

Bei der Einweihung des neuen Judentempels in Marienburg (Westpreußen) trug der Seminarchor einige geistliche Lieder vor. Einen größeren Hohn auf den christlich-germanischen Staat konnten die Juden im Angesichte des alten Ordensschlosses, von dem die Bekehrung des Ostens zum Christentum ausging, nicht ersinnen.

Unglaublich billig
sind Strümpfe, Socken, Normalwäsche, nur garantirt fehlerfreie Qual., bei Oskar Jahn, Spezial-Versandhaus, Leipzig, Hainstrasse 16. — Preisliste kostenfrei! —

Billige, dichte Dächer
sowie alle hier nur aufgeführten Andernach's Asphalt-Erzeugnisse liefert in bester Qualität
A. Andernach & Comp., Köln.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königsstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe, Berlin NW. 5, Kruppstr. 13.
Druck: G. Reusche, Leipzig.

Digitized by Google

Deutsch-Soziale Blätter.

Herausgegeben von Max Liebermann v. Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Bezugs-Preis: vierteljährlich Mk. 1.50 bei den Postanstalten (Post-Zeitungsliste Nr. 1738) und Buchhandlungen Unter Streifband Mk. 2.

Anzeigen: die 4-gespaltene Petit-Zeile 25 Pfennige. Verlagsort: Königsstraße Nr. 27, Leipzig.

XIII. Jahrgang. | Leipzig, 15. September 1898. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Juden-Frage. Otto Glagau. | Nr. 526.

Inhalt: Gehet hin und thuet desgleichen. — Neues von Jionismus. — Eine alte Warnung vor dem Wucher der Juden. — Deutsche Ziele und Aufgaben. — Die Geschäftspraktiken der Warenhäuser. — Der Wert der Judenstatistik. — Parteinachrichten. — Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen. — Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat. — Jüdische Ritter, Kommissions- und Kommerzienräte usw. — Mosaik.

Gehet hin und thuet desgleichen.

Soziale Gegensätze tiefgehendster Art zerklüften unsre Zeit nicht zum Wenigsten auf den mannichfaltigen Gebieten des Geschäftslebens. Der Arbeitnehmer sieht den Arbeitgeber fast nur als Ausbeuter an, dem er seinerseits einen möglichst großen Teil der Beute als Lohn zu entreißen bestrebt sein muß, und eine große Zahl von Arbeitgebern rechtfertigt eine solche traurige Auffassung des Arbeitsverhältnisses vollauf durch ihr eigenes Verhalten. Die jüdische Denkungsart, die jeden Beruf zum Geschäft erniedrigt, verdrängt immer mehr den deutschen Begriff der Arbeits-Ehre, die jeden Erwerb und jedes Geschäft zum Beruf erhob, der dem Ausübenden nicht nur persönliche Vorteile und Rechte verschaffen sollte, sondern ihnen auch Pflichten gegen seine Mitmenschen insonderheit gegen seine Berufsgenossen auferlegte. Der politische und wirtschaftliche Liberalismus der letzten Jahrzehnte hat wohl verstanden veraltete Gebilde früherer Zeiten zu zerstören, er hat vielfach befreiend und lösend gewirkt, aber da in ihm der unfruchtbare jüdische Geist die Oberhand und Leitung bekam, so hat er nicht die Fähigkeit gehabt, das Gelöste wieder zu neuen lebenskräftigen Gebilden zusammenzufassen. Nahezu nur noch unter dem Gesichtspunkte gemeinsamer Raubgier oder der Abwehr gegen solche, tun sich unsre, im wüsten Kampfe aller gegen alle ringenden Volksgenossen zusammen. Die persönlichen Beziehungen vom Menschen zum Menschen lockern sich immer mehr, und alles Drängen und Hasten nach Erwerb für möglichst schrankenlosen Genuß treibt uns mehr und mehr dem Abgrunde der sozialen Revolution zu — Vor diesem Schicksal können uns nicht allein weise soziale Gesetze bewahren, die wieder eine Zusammenfassung der gleichartig thätigen Volksgenossen herbeiführen, sondern die Hilfe muß auch aus dem Volke herauskommen. An dem verderblichen Gifte undeutscher Gesinnung und undeutschen Wesens ist unser Volkskörper erkrankt, siech und elend geworden. Rückkehr zu unsrer eignen Volksnatur heißt den Weg der Genesung beschreiten. Werden wir wieder deutsch, dann wird unser Volk auch wieder gesunden.

Deutsch sein, heißt wie Uhland singt: „An unsrer Väter Thaten in Liebe sich erbau'n, fortpflanzen ihre Saaten, dem alten Grund vertrau'n."

Solche Gedanken bewegten uns, als wir das vor einiger Zeit herausgekommene Gedenkbuch zur Feier des 50jährigen Bestehens des Goldwaren-Hauses C. A. Schmitz in Elberfeld lasen, das der gegenwärtige Inhaber seinen zahlreichen Freunden gewidmet hat. Im Vorworte erklärt der Verfasser das Erscheinen der Festschrift mit dem Wunsche, dem Begründer des Hauses, seinem Großvater und dessen Nachfolger, seinem Vater, den Zoll schuldiger Dankbarkeit abzutragen, und ferner den zahlreichen Geschäfts-Freunden in allen Gauen Deutschlands eine Art von persönlicher Bekanntschaft in Wort und Bild mit dem Hause Schmitz zu vermitteln. Das geschmackvoll ausgestattete Buch bringt eine „Geschichte des Hauses", „einen Rundgang durch die Geschäftsräume" und endlich eine kurze Abhandlung über „die Goldschmiedekunst in Vergangenheit und Gegenwart". Zu dem letzteren Aufsatze gehört eine Tafel mit Darstellungen von Erzeugnissen der eigenen Werkstatt, in dem „Rundgang" sind wohlgelungene photographische Aufnahmen der Hauptgeschäftsräume und Gebäude eingelegt und die „Geschichte des Hauses" enthält die Bilder der drei bisherigen Geschäftsherren, der hauptsächlichsten Mitarbeiter und schließlich, auf einem Gruppenbilde vereinigt, alle gegenwärtigen im Hause thätigen Personen vom Inhaber bis zu den Lehrlingen.

Aus der von dem gegenwärtigen Geschäftsherrn verfaßten Geschichte des Hauses C. A. Schmitz tritt echt deutscher Bürgersinn in klarer schlichter Form dem Leser wohlthuend entgegen. Man fühlt mit dem Enkel den schönen Stolz auf die Ehrenhaftigkeit und Tüchtigkeit des Großvaters, der die edle Goldschmiedekunst handwerksmäßig betrieb und seinen Sohn darin unterwies und ausbildete. Man freut sich mit daran, wie der Verfasser in treuer Sohnesliebe seinen tüchtigen ehrenwerten Vater in seinem Ringen und Streben schildert, der unter schweren Mühen und Kämpfen den handwerksmäßigen Betrieb zum kaufmännischen erweiterte und der eigentliche Begründer der Geschäftshauses C. A. Schmitz geworden ist, und man sieht wie der Sohn „an seiner Väter Wirken in Liebe sich erbaut", ihnen nacheifert und ihr Werk fortsetzt und zu seinem gegenwärtigen, bedeutenden Umfange ausbaut. Aus demselben Mutterboden des deutschen Herzens, aus dem sein Familiensinn auffprießt, wächst auch das tiefgehende Verständnis des gegenwärtigen Geschäftsherrn für die Bedeutung eines treuen, genossenschaftlichen Zusammenwirkens aller Mitarbeiter in demselben Geschäftsbetriebe — Es ist echt deutsch gedacht, den Familienbegriff auch zu übertragen auf den Geschäftsbetrieb und die Angestellten aller Grade nicht nur als Söldner, die lediglich um Lohn arbeiten, sondern als Mitglieder einer Erwerbsfamilie anzusehen, von denen jeder entsprechenden Anteil an den wirtschaftlichen Erfolgen hat, aber auch volle Verpflichtung in seinen großen oder kleinen Wirkungsbereiche die Ehre des Hauses aufrecht zu erhalten und zu schützen. Die Zeiten, als man so im deutschen Kaufmannsstande dachte, liegen noch nicht allzuweit hinter uns. Gustav Freytag konnte uns in seinem Roman „Soll und Haben" ein aus eigenen Beobachtungen geschöpftes Bildes eines deutschen Kaufhauses dieser Art entwerfen.

Man soll nicht spötteln über vergebliche Versuche, uns in „mittelalterliche patriarchalische Zustände" zurückzuführen. Unsre kranke Zeit kann nur genesen, wenn wir uns selbst wiederfinden, wenn wieder an Stelle des rein äußerlichen Arbeitsvertrages: „für so und so viel Wert hast du das und das zu leisten und im übrigen sind wir geschiedene Leute", das lebendige Gefühl persönlicher Verantwortlichkeit des Geschäftsherrn für das Wohl und Wehe aller seiner Angestellten tritt und bei diesen das Bewußtsein engster Zugehörigkeit zu dem Betriebe, worin sie thätig sind, wie es einst die Regel in den kaufmännischen und Handwerksbetrieben war.

In solchem Sinne leitet Herr Karl August Schmitz seinen umfangreichen Betrieb. Zwei seiner langjährigen erprobten Mitarbeiter hat er bei Gelegenheit des Jubiläums als Teilhaber in die Firma aufgenommen. Aber schon seit mehreren Jahren findet eine grundsätzliche Gewinnbeteiligung aller Angestellten derart statt, daß jedem Angestellten sein Anteil in Form eines mit 5 vom Hundert verzinslichen Kapitals gut geschrieben wird. Die einzelnen Anteile haben bei den ältesten Angestellten schon eine beträchtliche

Digitized by Google

Höhe erreicht. Außerdem bethätigt der Geschäftsherr seine Fürsorge für die Angestellten auch noch in der Form, daß jeder, der zwei Jahre im Hause thätig ist, eine 10 vom Hundert seines Gehaltes betragende Zulage erhält, diese nach Wunsch zum Einkaufe in eine Lebensversicherung oder in eine Kranken- und Altersversorgungs-Kasse verwendet wird.

Ein derartiges Geschäftshaus gleicht natürlich nicht, wie leider heutzutage viele andre, einem Taubenschlage, wo fortwährend die eine Angestellte hinein- der andre herausfliegt. Da werden keine Geschäftsgeheimnisse verraten, keine Kunden von früheren Angestellten weggeschnappt, und was sonst noch für ähnliche Verhältnisse unserm Geschäftsleben der Gegenwart einen so unerfreulichen Stempel aufdrücken. — Wir sehen aus der Geschichte des Hauses, wie selten dort ein Wechsel im Personal eintritt und wie getreue ausgetretene Mitarbeiter bald und gern wieder dorthin zurückkehren. Der Werkmeister des Hauses ist zum Beispiel schon 22 Jahre bei der Firma thätig.

Natürlicherweise wissen wir, daß, Gott sei Dank, in Deutschland ähnliche Verhältnisse, wie sie im Hause C. A. Schmitz in Elberfeld herrschen, auch noch in andern Geschäftshäusern vorhanden sind, und es würde den bescheidenen graden Sinn unsers Freundes verletzen, wenn wir das, was er zu thun für seine deutsche Kaufmannspflicht hält, als etwas ganz besonders in überschwenglichen Worten preisen wollten. — Leider aber kann es nicht geleugnet werden, daß das, was die Regel sein sollte, zur Ausnahme geworden ist. Wir freuen uns, daß wir unter unsern Parteigenossen einen Mann zählen, der den Gedanken der sozialen Versöhnung, der sich durch unser ganzes Programm zieht, nicht nur als richtig anerkennt, sondern in wertgehender Weise auch in seinem Wirkungskreise zu verwirklichen bemüht ist.

In einer Beziehung aber macht das Geschäftshaus C. A. Schmitz eine rühmliche, nahezu einzig dastehende Ausnahme, und es wäre wohl zu wünschen, daß sein Beispiel in unserm gesamten ehrbaren Kaufmannsstande wohnbrechend wirken möge. — Es wird dort nicht nur deutsch gedacht und gehandelt, sondern auch deutsch gesprochen und geschrieben. Im Schreibsaal — sonst Komptoir oder bestenfalls Kontor genannt —, prangt in großen Buchstaben die Regel des deutschen Sprachvereins: „Kein Fremdwort für das, was deutsch gut ausgedrückt werden kann", und diese Vorschrift wird in den Geschäftsbüchern und Briefen genau befolgt. Was den gegewwärtigen Geschäftsherrn als Lehrling schon störte und peinlich berührte: die „effektuierten Ordres", die „Kommissionen" zu „limitierten" Preisen, die bekannten „Konditionen", „per Tratte" oder „Accept" drei Monate „a dato" oder „per medio" Februar „anni kurrentis" mit 10 „Prozent Skonto" oder „per Kassa" mit 2 „Prozent Rabatt", die „Faktura", die im „Memorial kopiert", deren „Summa" durchs „Journal" in das „Debet" des „Konto Korrents" übertragen wurde, alles dies und noch manches andre hat Herr Schmitz aus seinem Geschäftsbetriebe beseitigt. Die „Soll"-Vorgänge (Debet) werden nicht umständlich in ein Tagebuch (Memorial, Journal) eingetragen, sondern finden nur in einem Abdruckbuche (Kopierbuche) Aufnahme. Für das „Haben" (Kredit) liegen die Belege von Dritten vor.

Einfach, knapp, klar und deutsch wie die Buchführung ist auch manches andre im Hause Schmitz-Elberfeld eingerichtet. So lautet z. B. sein Wechsel-Vordruck folgendermaßen:

Elberfeld ..... *189* . *Mark* .....

Am ..... *189* *zahlen Sie mir gegen diesen Wechsel*

Mark .....

Herrn .....

.....

Es sind in diesem Vordruck mit kursiven und deutschen Worten die sieben gesetzlichen Erfordernisse des Wechsels enthalten; aber es gab damit zuerst allerlei Schwierigkeiten bei Banken und Geschäftsfreunden, bis endlich durch ein besondres Anerkenntnis des Reichsbank-Direktoriums vom Februar 1878 bestätigt wurde, daß gegen diesen Wechselvordruck nichts einzuwenden sei. Seither sind zwanzig Jahre verflossen, aber das gute Vorbild hat noch keine Nachahmung gefunden. Noch immer liest man auf den meisten Wechsel-Formularen ein unverständliches Kauderwälsch.

Vielleicht wird der eine oder der andre unsrer Freunde aus dem Kaufmannsstand durch unsern Aufsatz angeregt, den Versuch zu machen, auch in seinem Geschäftsbetriebe die unnötigen Fremdworte und verzopften Formen auszumerzen. —

Zu den Festlichkeiten aus Anlaß der Jubelfeier des Hauses C. A. Schmitz waren zahlreiche Gäste aus allen Gauen Deutschlands herbeigeeilt. Ein am Erscheinen verhinderter Freund des Geschäftsherrn sandte folgenden Drahtgruß, mit dem wir schließen wollen:

Des Jubelhauses Grundsatz war
Vom ersten Tag durch fünfzig Jahr':
„Dem Rechte hold,
Stets treu wie Gold,
Und fest und rein
Wie Edelstein."
Dem Hausherrn Heil zum Jubeltag
Dem guten Mann vom alten Schlag;
Aus seines Herzens gold'nem Schrein
Strahlt deutschen Sinnes Edelstein!

Neues vom Zionismus

In den letzten Tagen des August haben die Zionisten ihren zweiten Weltkongreß, und zwar wieder in Basel, abgehalten. Ihre Bewegung hat — das können selbst die deutschen Rabbinerblätter nicht leugnen — seit der ersten Tagung entschiedene Fortschritte gemacht. Waren im Vorjahre etwa 200 Zionisten in Basel versammelt, diesmal belief sich die Zahl der Abgesandten auf über 400. Vertreten waren fast aller Herren Länder, außer den europäischen Staaten u. a. auch Palästina, Algier, Tunis, Egypten, Transvaal, die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Nach dem Berichte des „Aktions-Komitees" hat die Bewegung im letzten Jahre um das Neunfache zugenommen. Die Zahl der Ortsgruppen, in denen die Anhänger gesammelt sind, ist auf 913 gestiegen. Auf die einzelnen Länder verteilen sich dieselben wie folgt: Rußland 373 (darunter 350 neue), Österreich 218 (176 neue), Rumänien 127 (100), England 26 (12), Bulgarien 16 (15), Amerika 60 (50); ferner (sämtlich neu): Deutschland 29, Ungarn 32, Italien 12, Schweiz 3, Frankreich 3, Transvaal 6, Belgien 2, Türkei 2, Egypten 2. Dänemark 1, Serbien 1 und Griechenland 1. Vierzig Rabbiner haben sich inzwischen öffentlich für den Zionismus erklärt, und „zahlreiche" Kultusgemeinden haben sich in corpore der neuen Bewegung angeschlossen. Dieselben sind aber wohl ausschließlich in Galizien, Rußland und Rumänien zu suchen, wo die Weideplätze für Israel zu eng geworden sind.

In Westeuropa ist es den Rabbinern bisher noch gelungen, die unbequeme Bewegung in mäßigen Schranken zu halten. Im Grunde genommen sind es bei uns bisher nur jüdische Studenten, die sich für die Errichtung eines jüdischen Nationalstaates begeistern. Die große Masse unsrer Juden hat nicht das geringste Verlangen danach, die fetten Fleischtöpfe Germaniens zu verlassen. „Im nächsten Jahre in Jerusalem", rufen sie sich freilich auch zu. Aber niemand nimmt das ernst. Und wer ein frommer Jude sein will, betet auch bei uns jeden Morgen:

„. . . Sammle, die auf dich hoffen von allen Seiten, und erfülle deine Verheißung: Ich werde euch sammeln und zurückführen . . ."

„. . . Bringe uns in Freuden aus allen vier Weltrichtungen und führe uns aufrecht in unser Land . . ."

„. . . Erhebe die Fahne, unsre Zerstreuten zu sammeln! Gelobt seiest du, Gott, der du die Zerstreuten deines Volkes Israel sammelst . . ."

„. . . Mögen, o Gott, bald in den Städten Judas und in den Straßen Jerusalems gehört werden die Hochzeitslieder der

Digitized by Google

vom Traubimmel hervortretenden Brautpaare und die Chöre der von ihren Gelagen kommenden Jugend . . ."

Aber die Rabbiner in Westeuropa beeilen sich, jetzt, wo allen Ernstes die Frage der Rückkehr nach Palästina behandelt wird, ihre Glaubensgenossen dahin zu belehren, diese Gebete seien nicht wörtlich, sondern nur „symbolisch" zu nehmen. Vorläufig habe ja das Judentum als der Messias der Welt noch die hohe Mission zu erfüllen, der Menschheit die Kultur und den Glauben an den einigen Gott zu vermitteln. Und weil sie sich gern überzeugen lassen wollen, pflichten unsere Juden den Rabbinern ohne Widerspruch bei. Die Zionisten wollen ja jetzt den Rabbinern ernstlich zu Leibe rücken, aber nennenswerte Erfolge werden sie mit ihrem Bestreben, den rabbinischen Einfluß zu erschüttern, nicht haben. Ihr Anhang ist ja in den westlichen Ländern ziemlich bedeutungslos, damit tröstet sich auch die „Allg. Ztg. des Judentums".

Eine neue Erwerbung haben die Zionisten aber gemacht, auf die sie stolz sind: den großen „genialen" Cesare Lombroso, Professor in Turin, dürfen sie zu den Ihrigen zählen. Vor einigen Jahren schrieb Lombroso eine Broschüre, in der er die Behauptung aufstellte und in seiner Manier „wissenschaftlich" begründete, jeder Antisemit leide an Syphilis. Damals sagten wir uns: entweder ist es Lombroso gegangen wie schon manchem Arzt und Wärter der Irren, die fortwährende Beschäftigung mit krankhaftigen Abnormitäten — das ist nämlich Lombrosos Spezialfach — hat ihn selbst um seinen Verstand gebracht, oder aber er ist selbst Jude. Jetzt hat nun Lombroso die Frage selbst entschieden. „Sagen Sie", so schrieb er an den Kongreß, „Ihren Anhängern, daß, wenn ich dreißig Jahre jünger wäre, niemand wärmer für die Idee eintreten würde, als ich."

Einer gewissen Komik entbehrt es nicht, daß die Friedensbotschaft des russischen Kaisers, die während des Kongresses bekannt wurde, unter den bis dahin so einträchtig tagenden Juden solchen Unfrieden stiftete, daß eine allgemeine Keilerei anzubrechen drohte. Bisher berauschte man sich, wenn man sich den zionistischen Zukunftsstaat ausmalte, auch gerne an dem Gedanken, wie man sich auch ein rein-jüdisches Heer halten würde, das die Grenzen Palästinas mit makkabäischer Tapferkeit schirmen sollte. Und manch einer aus dem jüngsten Israel sah sich im Geiste wohl schon als Offizier, vielleicht gar als General, an der Spitze der jüdischen Truppen. Aber die Friedensschalmeien sind für ein Volk, das nicht kühig ist, Helden hervorzubringen, doch lieblichere Musik als Schwerterklang und Schlachtengesang. Es war daher nicht weiter zu verwundern, daß ein Teilnehmer des Kongresses (Aschkenazy-Lille) beantragte, dem „großmächtigen Zaren" die Dankbarkeit des jüdischen Volkes für sein Friedensmanifest auszusprechen. Aber, leider war es der Herrscher des ungastlichen Rußland! In Rußland ist ja ein gewisser Antisemitismus sogar in den Regierungskreisen etwas Selbstverständliches! Ein russischer Jude sprang daher erregt auf und schrie in den Saal: „Non! Pfui! Schluß! Spitzel!" Große Aufregung entstand. Dr. Herzl und Dr. Nordau bemühten sich vergeblich, die Ruhe wieder herzustellen. Schließlich wollte Herzl den Antrag zur Abstimmung bringen, aber eine Aussprache darüber nicht zulassen. „Zur Geschäftsordnung! Zur Geschäftsordnung!" schrei es da von allen Seiten, alles drängt zur Tribüne, die Verhandlungen müssen vertagt werden. Nachher zollt man dem Rechtsanwalt Dr. Bodenheimer aus Köln Beifall. Dieser meinte, bisher liege ja nur eine unkontrollierbare Zeitungsmeldung vor, der Antrag sei also verfrüht. Selbstverständlich könne eine so bedeutungsvolle Maßnahme in einer so friedfertigen Bewegung, wie der Zionismus es sei, nicht ohne Widerhall bleiben. Mit dieser Feststellung könne man einfach zur Tagesordnung übergehen. (Stürm. Beifall.) Damit war der Zwischenfall erledigt, an den folgenden Tagen hat man es wohlweislich vermieden, auf die Sache zurückzukommen. — Wir fürchten, sehr viel anders wird es auf dem von Rußland geplanten Friedenskongreße auch nicht hergehen, nur daß man den parlamentarischen Bräuchen besser entsprechende Formen finden wird, um sich von der Undurchführbarkeit des „ewigen Friedens" zu überzeugen.

Aus den weiteren Verhandlungen des Kongresses heben wir hervor, was allgemeineres Interesse bietet. Dr. Herzl aus Wien, der natürlich wieder zum Vorsitzenden berufen wurde, sagte in seiner Begrüßungs-Ansprache:

Das jüdische Volk gab längst als tot und verschollen. Aber von Unglück zu Unglück stärkte sich das Volksbewußtsein des jüdischen Volkes. Der erste Kongreß war bereits eine Kundgebung des jüdischen Volkes. (Lebhafter Beifall.) Wir wollen nicht auf Schleichwegen vorgehen, sondern stellen unsre ganze Thätigkeit unter die Kontrole der Oeffentlichkeit. Jedes natürliche Volkstum, das nicht unter fremder Maske auftritt, hat Anspruch auf die Achtung anderer Völker. (Stürmischer Beifall.) Auf die Zeit des Wohlwollens ist in allen Ländern ein Rückschlag eingetreten. Der Antisemitismus läßt sich nicht wegleugnen. (Sehr richtig! Beifall.) Deshalb müssen wir danach streben, unserm Volke eine Heimstätte zu suchen. (Beifall.) Neben dem Volksbewußtsein muß der Volkswille erwachen. (Beifall.) In dem langen Elend hat sich das jüdische Volk seines Volkswillens entwöhnt, jetzt finden wir vielfach aus Trägheit bei den Juden passiven Widerstand. Wir stoßen aber auch auf offene Feindseligkeit jüdischer Kreise. Dahin gehört die Kundgebung jüdischer Rabbiner. (Beifall.) Es wird immer zu den Merkwürdigkeiten gehören, daß die Herren um Zion beten und gegen Zion agitieren. (Stürmischer, endloser Beifall.) Es kann nicht so bleiben, daß in den Gemeinden gegen den Zionismus gearbeitet wird. (Stürmischer Beifall.) Die Eroberung der jüdischen Gemeinden wird unsre nächste Aufgabe sein. Wir brauchen sehr viel Wohlwollen nichtjüdischer Kreise. Ohne unser Zuthun kann die auf vielen Ländern lastende Frage der Judennot nicht ihrer Lösung entgegengebracht werden. Überall finden wir den alten Judenhaß. Kein halbzivilisiertes Land ist so weit zurück, um nicht die meisten Schlagworte des Antisemitismus zu kennen. Darf man sich deshalb wundern, daß so viele Juden dem Umsturz zuneigen? Unsre Ansiedelung in Palästina würde dem osmanischen Reiche neue Kräfte geben. Die türkische Regierung hat auch unsre loyalen Bestrebungen anerkannt. (Beifall.) Wir wollen keine Ansiedler einschmuggeln, sondern vorherige Abmachungen treffen; denn wir haben kein Interesse an der wirtschaftlichen Widerherstellung der Türkei, sondern wir verlangen nach dem Grundsatz: do ut des Gegenleistungen. Als Mittel soll uns dazu die Kolonialbank dienen. In unsrer Reihe stehen nicht nur Künstler, Gelehrte, Aerzte, Anwälte, Techniker, sondern auch Bankleute aus allen Ländern. Zum ersten Male glaubt man, daß die Juden keine Bank machen können (Heiterkeit), die jüdische Kolonialbank wird aber noch in diesem Jahre ihre geschäftliche Thätigkeit eröffnen. (Stürmischer Beifall.)

Nächster Redner war Max Nordau (Südfeld). Daß er kürzlich eine nichtjüdische Frau, die Witwe eines dänischen Schriftstellers geheiratet hat, hat seinem Ansehen bei den Zionisten anscheinend keinen Abbruch gethan. Er hatte die Aufgabe, Bericht über die Gesamtlage des Judentums zu erstatten. Besonders beschäftigte er sich mit den französischen Verhältnissen.

„Das Frankreich, welches zuerst die Gleichberechtigung der Juden proklamierte, marschiere an der Spitze des Antisemitismus. Wenn dieser sich auch noch nicht in den amtlichen Handlungen dokumentiere, so mache sich doch die langsame Ausschießung der Juden aus allen Ehrenämtern geltend. Das gesellschaftliche Zurückgehen des Judentums in Frankreich in ein unsichtbares Ghetto sei im vollen Gange. In Algier lasse man es nicht blos mit der Beschimpfung bewenden, sondern es werde dort munter geplündert und sogar auch ein wenig gemordet. Den Anlaß für den Antisemitismus kennen Sie alle. Es ist der Fall Dreyfus."

Von der Existenz und der Thätigkeit des Dreyfus-Syndikates will Herr Nordau, trotzdem er in Paris wohnt, nichts wissen, denn er macht den Juden den Vorwurf, es unthätig mit angesehen zu haben, wie die Gerechtigkeit vertetzt worden sei. Als Redner den Namen Zolas erwähnt, springt die Versammlung wie elektrisiert auf, es werden Tücher geschwenkt, man springt auf die Tische und die Rufe „Hoch Zola!" „Vive Zola!" wiederholen sich ungezählte Male. „Ein Jude war es, der

Digitized by Google

den Ausspruch that: Mag Dreyfus unschuldig sein oder nicht, wir wollen von ihm nichts wissen. (Lebhafte Pfuirufe.) Da haben wir die ganze Zusammengehörigkeit der Juden! Das Volk, das zuerst den Gott der Gerechtigkeit angerufen hat, hält sich fern, nur weil es sich um einen Juden handelt(!) Die Antisemiten haben eine weit bessere Meinung von uns, als wir verdienen."

Nachdem französische und englische Teilnehmer die Forderung erhoben hatten, daß die Schriften der Zionisten nicht nur in deutscher, sondern auch in französischer und englischer Sprache erscheinen sollten, wies ein wiener Rabbiner unter wütendem Beifall und eben so wütendem Zischen darauf hin, daß die hebräische Sprache die eigentliche Sprache der Zionisten sein müsse. Sofort betrat ein russischer Rabbiner im Kaftan das Rednertribüne und hielt unter donnerndem Beifall eine hebräische Rede.

Hierauf berichtete Prof. Dr. Mandelstamm (Moskau) über die verschiedenen Strömungen innerhalb des Judentums. Im Osten, in Rußland, Bulgarien, Galizien, Ungarn, Rumänien usw. lebten von den 9—10 Millionen Juden ca. 7 Millionen Juden, die alle das Merkmal einer einzigen Nation tragen. Sie hängen zusammen durch gemeinsame Religion, Umgangssprache (Jargon), Schriftsprache (hebräisch) und Gebräuche. Dadurch seien die Juden des gesamten Ostens nicht nur eine Glaubensgemeinschaft, sondern eine geschlossene Nation. Dieser Mehrheit der Juden stehe eine Minderheit im Westen gegenüber, für die die Judenfrage vielfach gelöst erscheine. Bei diesen Juden komme man bei oberflächlicher Betrachtung zu der Ansicht, daß sie außer der Religion nichts Gemeinsames mit den Juden des Ostens haben. Sie haben die Landessitten und Landessprachen angenommen und tragen sie ostentativ zur Schau. Die Juden des Westens bilden sich ein, daß sie nichts als Deutsche, Franzosen, Italiener „mosaischer Konfession" seien. Nach ihnen giebt es höchstens 6—7 Millionen Bettler, die zufällig den Sabbath statt des Sonntags feiern, und einen besonderen Jargon mauscheln. Demgegenüber steht aber das Verhalten ihrer arischen Nachbarn, die die Juden durchaus nicht als gleichberechtigt anerkennen wollen und die sie durch kräftige Rippenstöße immer wieder daran erinnern, daß ihnen das Kainszeichen der Rasse auf das Gesicht gebrannt sei. Bei jeder Gelegenheit lassen sie ihre jüdischen Mitbürger es fühlen, daß sie Eindringlinge, Schmarotzer am arischen Körper seien, die vertilgt oder unschädlich gemacht werden müßten. Deshalb werden die Juden des Westens gezwungen werden, mit denen des Ostens an einem Strange zu ziehen. (Großer Beifall.) Die Assimilationsbestrebungen seien auch bisher nicht geeignet gewesen, das Judentum des Westens aufzulösen. Das Aufgehen des Judentums durch Taufe verhindere das fortwährende Zuströmen jüdischen Blutes aus dem Osten. (Stürmischer Beifall.) Verschiedene dem Juden innewohnende Eigenschaften, so die ihm durch die jahrtausendlange Einperrung angeborene Findigkeit usw. setzten ihn in Gegensatz zu den arischen Nachbarn und führten zu fortwährenden Reibungen. Der reiche Jude suche im Genuß einen Ersatz für die mancherlei Demütigungen, und der jüdische Gelehrte verschließe sich hinter seine Bücher. Das führe, gegenüber dem großen jüdischen Elend des Ostens, zu einem gewissenlosen Indifferentismus. Für viele Juden erscheine die soziale Frage als der Sündenbock für jedes Ungemach. (Beifall.) Die bisherigen Versuche der Juden, die Judenfrage zu lösen, seien verfehlt gewesen. Der Zionismus wolle daher das Judentum als Nation retten und eine rechtlich geschützte Heimstätte schaffen. Für die Zionisten ist der Kosmopolitismus ein Traum, der zum Indifferentismus führt. Wie jedes Volk und Völkchen, brauche auch die jüdische Nation ihr eigenes Land. Redner hofft zum Schluß, daß die gebildeten Christen aus Gerechtigkeitsgefühl die jüdische Nation in ihrem berechtigten Streben unterstützen werden. (Stürmischer Beifall.)

Dr. Mockin Kiew berichtet über den gegenwärtigen Zustand des jüdischen Palästina. Redner hat im Auftrage des Aktionskomitees Palästina, „das Land unsrer Hoffnungen", wie er es nennt, bereist, um die Verhältnisse an Ort und Stelle kennen zu lernen. Palästina sei ein Gemisch von Wildheit, Touristen- und Pilgerkultur. Die fruchtbarsten Landstriche seien von den Arabern besetzt, wenn auch nicht bebaut. Allgemein betrachtet man in der Judenschaft die Jerusalemer Juden als Faulenzer und Schnorrer, deren Dasein wie ein Fluch auf der Judenheit laste. Die Zahl der Juden in Jerusalem betrage 28 254. Von ihnen seien 2576 Arbeiter und Handwerker. Im allgemeinen herrsche ein unbeschreibliches Elend. Man könne weniger von einer Faulenzergesellschaft sprechen, als von einer arbeitslosen Masse. Die meisten Kolonisten sind noch immer auf Subventionen angewiesen, die von Rothschild, von der „Hirschschen Gesellschaft" und von der „Odessaer Gesellschaft" gewährt werden. Die Leistungen der Kolonien entsprechen den Anwendungen nicht. Redner tadelt sehr scharf, daß die „Alliance israélite" gewaltsam der französischen Sprache in Jerusalem Eingang als Verkehrssprache und daher auch als Unterrichtssprache in den Schule zu verschaffen suche. Er könne nicht verstehen, weshalb die jüdischen Schüler durchaus französisch sprechen sollten. (Beifall.) Pflicht der „Alliance israélite" wäre es, gerade dafür zu sorgen, daß in den jüdischen Schulen die hebräische Sprache gepflegt werde. (Stürmischer Beifall.) Da die „Alliance israélite" ihre Pflicht versäume, müßte der Zionismus dafür eintreten, daß überall, wo in den jüdischen Schulen ein Kampf um die Sprache stattfinde, die hebräische Sprache zum Siege gelange. (Großer Beifall.)

Eine alte Warnung vor dem Wucher der Juden.

Daß der Wucher in früheren Jahrhunderten die Haupt-Erwerbsquelle für die Juden gebildet hat, wird kaum von jemand bestritten. Nur suchen es judendienerische Schriften und Zeitungen geflissentlich zu hinzustellen, als ob die Juden aus Not sich den Wucher zugewandt hätten, weil ihnen jedes ehrliche Gewerbe verschlossen gewesen sei. Daß diese Darstellung der Berechtigung entbehrt, haben wir schon des öfteren nachgewiesen; widerlegt wird sie auch durch eine, vor mehr als 360 Jahren gedruckte „Warnung vor dem überschwänglichen Wucher der Juden". Der Einwand, man zwinge die Juden förmlich zum Wucher, indem man sie ein ehrliches Gewerbe nicht treiben lasse, war dazumal auch schon üblich. Darauf wird aber mit dürren Worten geantwortet: „Daß sie nicht Handwerk treiben und sich mit Arbeit ernähren, ist ihr guter Wille, und es wäre ihnen leid, wenn sie solches thun müßten. Denn der Wucher macht ihnen keine Blasen in den Händen."

Auch sonst ist das Schriftchen voll treffender Bemerkungen. Da es nicht umfangreich ist, wollen wir es im folgenden abdrucken. Erschienen ist es im Jahre 1531, wahrscheinlich in Frankfurt am Main (der Druckort ist nicht angegeben); es ist 16 Seiten klein 4° stark. Der Name des Verfassers ist nur angedeutet durch die Anfangsbuchstaben Anth. B.

Eigentümlich ist dem Büchlein, daß es überall auf die Heilige Schrift zurückgeht, die Zitate aus der Bibel sind sehr zahlreich.

Wir lassen zunächst den sehr ausführlichen Titel folgen:

Getrewliche warnung

Als alle gutherzige Christen / sich für dem schnöden gesuch[1]) vnd vberschwencklichen wucher der Juden zu verhüeten. Zusampt einem klaren bericht / wie vnd mit welcher gestalt oder weyse / die einfeltigen Christen von jnen durch jhre falschlistigkeit / mit guthen worte verfürt vnd betrogen werden. Nicht allein die bösen Juden / sondern auch die jenen so sich als from erzeygen / betreffende.

Vnd geschihet nicht aus neyd oder haß / sondern aus meiner Brüederlicher liebe / die wir Christen einander für schaden zu warnen / schuldig vnd verpflicht seind.

[1]) Zins.

Digitized by Google

Zum Leser.

Nym hyn du gütigster Leser mein /
Laß dir solchs ein treue warnung sein
Zu behüthen dich für disser Sect /
Hinder dero so viel boßheyt steckt,
Mit dem sie dich thun hinderstelcheyen.
Durch süsse wort den fuchsschwantz streychen [1]).
Als ob sie es meynten hertzlich guth /
Ja gleych wie der wolff den schaffen thut.
Auff solche weyß meynen sie dich auch.
Drumb leß mich wol merck eben drauff /
Verstehß mich recht / dich rewt nit der kauff.

Exodi / im XXV. Cap.[2])

Wan du gelt leihest meinem volck daß arm ist bey dir / so solt du nicht wucher auff sie dreyben.

Dann beginnt der Text wie folgt:

Allen gutherzigen

frommen Christen / zu trewer warnung geschrieben / durch Anth. B.

Wiewol viel vnd mancherley betriegung in weltlichen händeln / nicht allein von den juden / sondern auch bey vns die wir Christen (vnd vns gleichwol dessen nachvolger rümen / in welches mund keyn betrug ist erfunden worden) getrieben vnd gebraucht werden, so ist doch keine so groß vnd dem Gemeynen nutzen so schedlich / als der juden vngläliger vnd überschwencklicher betrieglicher wucher / damit sie land vnd leud zu verderblichen schaden aussaugen. Dan wie ists müglich daß derjenige so sich an die juden hencht / vnd gelt von jnen auff wucher entnimpt / gedeyen oder vffkummen kan / dieweil das gelt so die juden ausleyhen / vorhyn zehenfaltig gestoln vnd geraubt ist. Sie haben ye kein ander guth oder gelt / dan was sie täglich den Christen ab liegen vnd triegen das ist ye nit viel anderst oder besser / dan als wan ichs eyn heymlich aus dem beutel neme.

Auch sein sie von Gott verflucht mit aller jhrer hab / wie es dan im fünfften buch Mose im 27. vnd 28. cap.[3]) klärlich beschrieben steht. Wenn sie nicht die wort des Gesetz würden halten die er jenen gebeut / so würden sie in alle land zurstreut vnd verstucht sein.

Nu ists ye offentlich am tage / daß sie weder von Gott oder von Christo dem gesandten Messiah / der weit Heyland / etwas halten oder glauben. Dieweyl nu solchs vnlaugbar / muß ye gewißlich folgen / daß sie mit aller irer habe verbannt sein. Des han wir zeugnuß in der Ersten Epistel S. Paul. an die Chorinther im lenten cap. Da er also schleust. So yemand den HERRN Jesum Christum nit lieb hat / der sey verbant[4])

Dieweyl nu die juden under disem fluch auch begriffen werden / warumb haben wir dan so grosse gemeinschafft mit jhnen / so vns doch S. Paul. in gemelter Epistel im Fünfften cap.[5]) vermant / daß wir nicht zu schaffen sollen haben / mit den bulern / geytzigen / reubern vnd mit den abgöttischen ꝛc. Desgleychen schreibt auch S. Johan. in seiner andern Epistel[6]) daß man die jenen so die warhafftige Christliche lere nit haben / nicht zu hauß nemen / dazu auch nit grüssen sol. Seind nu die zumeysten so die lere nit haben / sovil destomee sol man disser müssig gohn die do stracks wider Gott vnd seynen Christum offentlich sünden / vnd jn als eyn lügner (daß doch ein sünd zum Doth ist) halten / vnd jm wissentlich widerstreben. Vnd wie wol sich hie vil einreden vnd entschüldigungen mit zu tragen / den vnzimlichen jüdischen wucher zu beschützen / wil ich zum theyl dieselbigen mit warheyt widerlegen.

Zum Ersten.

Wie ytzt gemeld / daß man die offnen sünder sol meyden vnd nichts mit jn zu schaffen haben / meinen etliche / es betreff die juden nit / dieweil S. Paul in gemelter Epistel schreybt[7]) / was yhn die dauffen (das sein die vnglaubigen) angehn. Das ist recht geredt / vnd ist die meynung Pauli nit anderst / dann daß er die Christen warnt / kein gemeinschafft zu haben mit denen die ausserhalb der Christlichen gemeyn sein.

Es ist aber drumb nit die meynung / daß man gar nit bey jnen wonen / sie verfolgen oder jhn sunst übels thun / solte. Sondern sie des jren lassen warten / vnd mit freuntlicher beywonung sich jnen als ein Christ / vnd mit wie ellicht mit tyrannischen geberden / vnd schmelichen scheltworten / ergetzen. Thun sie aber übels / so laß sie faren / jr richter wirt sie schlaffen. Was gehn dich die dauffen an. Halt du dich desto besser vnd fromlicher / so nemen sie ein guth exempel von dir. Wilt du aber ye mit jnen handeln / so sehe zu daß es nit wider Gott / vnd einer Christlichen gemeyn schedlich oder ergerlich sey.

Zum Andern.

Etliche sagen / die juden müssen von not wegen wuchern / man wolt sie kein hantwerck treiben lassen / vnd müssen gleichwol der Oberkeyt grossen tribut vnd schatzung geben.

Antwort.

Daß sie nit hantwerck treyben vnd sich mit arbeit neren / ist jr guter will / vnd wer jnen leid daß sie solches thun müsten. Dan der wucher macht jn kein blatern[8]) in den henden / so ists gewiß gelt / wirt jn der wucher mit dem hauptgut nicht / so haben sie das pfant / welches alzeyt zwey mal besser ist dann die hauptsum. Han sie aber kein pfant / so habens doch verschreybung /dan on pfant odder verschreybung leyhen sie selten gelt aus) die ligt in der kisten / vnd wuchert tag vnd nacht / wenn der arme man in seiner sauren arbeyt steht / kan er doch kaum so vil erwerben / daß er dem juden den wucher außrichtet / ich wil die hauptsum geschweygen. Solche hantirung treyben sie lieber / dann die hantwerck. So ists auch jnen nie gewert worden / sich mit jrer arbeyt zu neren.

So acht ich auch / es sey keyn Oberkeyt / die jnen etwz wider billigkeyt abnene / wo sie nit selbst so listig vnd geschickt weren / vnd den Herren selbs anbsten / oft daß sie bey jrer schalckheyt gehandhabt werden.

Wolt aber Gott / daß die Oberkeyt weste[9]) / wie grosser schad jren landen vnd vnderthanen / aus solcher beywonung der juden / entstünde. Sie würde sich solches gelts daß sie von den juden hat / nicht allein verzeyhen / sondern jnen noch so vil darzu schencken / daß sie aus jrer landschafft vnd gegent zögen. Godder aber ye dieselbigen / mit strengem ernst / vnd solchen schentlichen vnzimlichen wucher straffen. Ich wil aber die Oberkeyt hirinnen derhalben entschüldiget haben / dann dieweil keyn Kläger kumpt so ists auch vnbilig, das gericht zu vollstrecken. Ich achte wol wens einer Oberkeyt gründlich entdeckt würd / sie solte mit saumig erfunden werden / solchem grossen unrath mit ernst zu weren.

Zum Dritten.

Es ist noch ein geschlecht der menschen / die meinen / wann die juden mit jrem leyhen nit weren / so müste mancher kauffman entlauffen / vnd als ein lügner zu schanden werden / da er sunst durch hülff der juden bei ehren vnd glaubwirdiger handlung bleybt.

---

[1]) „Einem den Zuchsschwanz streichen", ursprünglich „einen mit dem Fuchsschwanz streichen" bedeutet: jemandem eine wohlthuende Empfindung bereiten, ihm schmeicheln, zu Gefallen reden.
[2]) 2. Mose 22, 25.
[3]) Vgl. 5. Mose 27, 26. 28, 15. 28, 64.
[4]) 1. Kor. 16, 22.
[5]) 1. Kor. 5, 9. 10.
[6]) 2. Joh. v. 10.
[7]) 1. Kor. 5, 12.
[8]) Blattern = Blasen.
[9]) wüßte.

Digitized by Google

Antwort.

Der es mit jnen versucht hat / schampt sichs zu berümen wie es jm gangen sey / also blevpt es stets vorschwigen. Ich hab aber noch keynen erfarn (der mit den juden gehandelt) dems nit zuletzt zu verderblichem schaden gereycht hab. So aber die juden mit jrem leyhen nit weren / würd es etwas pffrichtiger zugehn in den händeln. Es ist auch ein alts sprichwort daß sich nit übel hieher reumpt / das laut also.

Wann ein Diep oder ein steler:
Nicht weß[1]) ein getrewen heler /
Vor dem sein Diepstal wer verholn /
So blieb vil dinges vngestoln.

Dieweyl ein Diep dissen forteyl weyß / so ist er desto küner. Also ists auch mit manchem kauffmann / der zeuhgt gen Franckfurt / vnd nimpt yrget fur Tausent gulden wahr pff borg / die gelobt er pff ein bestimpte zeyt zu bezalen / ist der hoffnung / wen er die wahr schon nit all biß uff bestimpte zeyt vordrevb oddor verkauff / so finde er wol ein juden / der jm 4. oder 5. hundert gulden leihe / man er den solch gelt entlehent / so stehts vngefehrlich ein halb jar an / biß wider zu einer meß / alsdan bedörffet er widrumb leyhens / hat das vorige hauptgut sampt dem wucher noch nit abgelöst / also kumpt er fur sich / wie die krebs gehn. Wenn er aber dissen forteyl / beym juden / nit weste / so würde er nit mehr auff borg pff sich nemen / dann so vil er jm selb getrawet zu bezalen. Also möchten alle händel vnbeschwert / in jrem pffrichtigen vnd rechten brauch bleyben.

Zum Vierden.

Es möcht nu auch einer sagen / wie sol jm dan ein armer man thun / den die noth zwingt / hat das hauß vol kinder / ist seiner herschafft oder sunst eim andern schüldig / die wöllen stracks on verzug bezalt sein? Nu weiß er bey niemant sich zu vertrösten / dan bey den gotlosen juden / den wir Christen sein eins leyls so vnbarmhertzig / wenn man vns schon pfaut bringt / so wellen wir nichts druff leihen?

Antwort.

Wie muß dann der arme man thun / in den landen vnd stedten / da kein juden wonen? wer leyhet daselbst dem dürfftigen? thuns nicht die Christen?

Daß aber etliche vnder den Christen (welche billich vnchristen solten genent sein) nicht gern gelt pff pfant leihen / jrem negsten / macht nichts anders / dan der leydige eygennutz / vnd daß sie kein genieß daran wissen. Wenn sie aber on schand gleich wie die juden / den wucher daruon nemen dörfften / so betten sie wol gelt zuleyhen / vnd würde das pfant dem juden nicht zu haus kommen.

Wenns aber ye recht vnd göttlich wer (wie es dan nit ist) solchen teuffelischen wucher zu nemen / wer es zehen mal besser / vnd gemeynem nutzen erschiesslicher / daß die Christen von einander wucher nemen / so blieb doch das gelt im land. Nu so es den juden wirt / so verschwint es / dan sie haben nu etlich hundert jar in teutschen landen gewont / vnd sich keiner andern hantierung / dan des wuchers genert. Nu sein jr vil deren eyn yeder Tausent gulden järlich alle tag vff wucher hat ausstehn / was solch gelt järlich für ein geschuch tregt / ist wol ab zu nemen / in der tafel die hinten in diß büchlein gesetzt ist. Dieweyl ein einziger gulde in 20. jarn so vil / wie in gemelter tafeln angezeigt tregt / wie vil wer tragen dan die tausent gulden in solcher zeyt? Noch sicht man sie nichts bawen / noch kein eygenthum an ligenden gütheren zeugen / wo kumpt denn nur das gelt hyn? Ich halte dafür sie müssens aus dem land schicken / warzu oder warumb / das wissen sie am besten.

Das ist aber wol wissend / daß sie von gantzen hertzen / alle völcker zu beherschen geneigt sein. Solche hoffnung nemen sie aus den Propheten / wo dieselbigen dem geistlichen Israel etwas verheyssen / das glauben sie gantz fleyschlich nach dem buchstaben erfüllt zu werden. Dann wo die Propheten meldung thun / daß der HERR sein volck wolt wider in das land / darans er sie verstossen hat / füren / vnd daß sie jre feind beherschen sollen / disse vnd andere sprüche deuten sie vff sich / vnd tröstten sich vntereinander es werd alles so fleyschlich geschehen wie die wort lauten. So weyt aber der hymmel über die erden ist erhaben / so weyt feind auch jhre gedanncken / von des HERRN gedancken. Derhalben seyt gewarnt O jhr frommen Christen hüth euch vor dissem argen geschlecht / habt jr ein rechten glauben / so werdet jr solcher leut müssig gehen / wenn euch schon die gröste noth betrifft / werdet jr nicht hülff bey den gotlosen suchen / sondern die hülff des Hern / durch einen frommen Christen erwarten. Wilt jr nit daß der Herr vff die sicht / so jn förchten vnd jm vertrawen. psal. 34[1]). Wie wir jm aber glauben / also gehts uns / dieweil wir vnsern trost vff den gotlosen rorstab setzen / vnd vns daran stewern / so lest der Herr den stab zubrechen / vff dz er vnser falsche hoffnung offenbar vnd zu schanden mach.

Derwegen verderben auch alle die / so mit den juden wucherliche hantirung dreyben. Und wie vil ich jr gesehen hab / ist keiner reich darvon worden.

Vff daß aber jr listigkeyt verstanden werd / wil ich dir / wie volgt / anzeygen.

Die juden wissen vnd seins gewiß / daß keiner zu jnen kumpt / gelt zu entlehen / es geht jn den grosse not an / also daß er gelt haben mus. So dan einer kumpt vnd bringt ein pfant / erzeigt sich der jud gantz freuntlich / fragende was sein beger sey. Der arme man klagt sein noth / vnd daß er gern ein benennte sum gelts vff das pfant wolt gelihen haben. Nach dem aber der jud das pfant lang hin vnd her beschen hat / spricht er. Fürwar so vil leyhe ich nicht drauff / gibts jm also wider vnd geht daruon / mit ergeygung / als ob er nichts / oder ye gar wenig / drauff leyhen wolte. Des der arm man ser erschrickt / dieweil er gelt haben muß / spricht den juden mit zittern wider an / was oder wie vil er jm doch leyhen wolt / der jud nimpt das pfant wider / thut doch als ob jm mit jach darnach sey[2]) / vnd nach langer beschawung / beut er gar ein gering gelt darauff zu leyhen / so muß der arm benötiget man wol nemen ws jm werden mag / vnnd ist der hoffnung / sein pfant bald wider zu lösen / denn er hofft teglicher besserung / es ist aber nit wol möglich / dann dz gelt vnd der handel sein verstucht / wie oben gemelt.

Wann nu das pfant ein jar oder mehr ist gestannden / so hat der arm man nit so viel mit dem gelt gewunnen / daß er den wucher mit ablege. So er dann die hauptsum sampt dem wucher wil lassen ansteyn / so muß er dem juden mehr pfant oddor verschreybung geben / also kan er nimmermehr on verderblichen schaden von jm kommen.

(Schluß folgt.)

[1]) wüßte.

Deutsche Ziele und Aufgaben.

Nicht wenige unsrer Leser werden den von Dr. Stille verfaßten „Kampf gegen das Judentum“ kennen, der von Kundigen für eins der hervorragendsten Bücher der ganzen antisemitischen Litteratur gehalten wird und namentlich geeignet erscheint, als wirksames Agitationsmittel zu dienen. Dr. Stille hat nunmehr unter dem Titel „Deutsche Ziele und Aufgaben“[*]) eine neue Schrift verfaßt, die in demselben Geiste gehalten ist. Dr. Lindström hat sie in seiner „Heimat“ (Nr. 25) besprochen, wo er sich folgendermaßen ausläßt: „Die klare, sachliche Auffassung unsrer wirthschaftlichen Verhältnisse und unsers nationalen

[1]) Vgl. Psalm 31, 9. 10.

[2]) nicht viel daran liege.

[*]) Preis 2,40 M. Vorrätig in der Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königsstr. 27.

Digitized by Google

Lebens, die unbeugsame, unbestechliche Wahrheitsliebe, die ruhige, sichere und doch so anschauliche, packende Art der Darstellung, die den Kampf gegen das Judentum zu einer so überaus wertvollen Aufklärungsschrift gemacht haben, finden sich hier in erhöhtem Maße wieder. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir das Buch mit zu den besten Büchern unserer Bewegung rechnen.“ In ähnlicher Weise spricht sich Herr Dr. Giese über die Schrift aus: „Die Darstellung ist überall lebendig und anschaulich, überall knüpft der Verfasser an ganz bestimmte, unbestreitbare Thatsachen, oft an persönlich Erlebtes an. Viele Abschnitte des Buches sind wahre Leckerbissen für den Leser.“

Von der Reichhaltigkeit des Inhaltes werden die Kapitelüberschriften eine Vorstellung geben; sie lauten: Die Lage der Landwirtschaft; die Währungsfrage; Bevölkerungsfrage und Kolonialpolitik; das Großkapital; Börse und Presse; das Inseraten-Monopol; Steuerfragen; unsre finanzielle Rüstung; unsre Rechtspflege; das Irrenrecht; die Laien und die Halben; das Deutschtum außerhalb der Reichsgrenzen.

Der Hauptgedanke, der sich durch alle Abschnitte der Schrift hindurchzieht, ist die Forderung der Gerechtigkeit, die bisher in allzu vielen Beziehungen und Verhältnissen vermißt wird. Die deutsche Landwirtschaft, ohne eigenes Verschulden in eine Notlage geraten, hat Anspruch auf Hilfe von Seiten des Reiches; es muß für Kornpreise Sorge getragen werden, bei denen der Landmann bestehen kann. Während bisher durch die Gesetzgebung die Interessen der Industrie und des Handels vor allem Förderung und Schutz genossen haben, kommt es jetzt im wohlverstandenen Interesse der Gesamtheit darauf an, den Bauernstand in eine gesicherte Lage zu bringen. Um das zu erreichen, muß man auf verschiedenen Wegen gleichzeitig vorgehen. Es darf keine Bindung fremden Staaten gegenüber durch Handelsverträge wieder stattfinden, sondern Deutschland muß sich das Recht vorbehalten, die Kornzölle jeden Augenblick so festzusetzen, wie es das Interesse unsrer Landwirtschaft erfordert. Es muß auf eine Verminderung der immer mehr wachsenden öffentlichen Lasten, der Staats- und Gemeinde-Abgaben Bedacht genommen werden. Ferner ist der Zunahme der Hypothekenschulden ein Riegel vorzuschieben; wie dies anzufangen ist, wird in Kürze dargelegt. — Eine weitere schwere Schädigung erleidet die Landwirtschaft, wie die ganzen Produktivstände durch die Goldwährung. In einem besondern Kapitel wird die Entstehung der jetzigen Währung und ihre Folgen in allgemein verständlicher Form auseinandergesetzt. Wir glauben, daß dies Kapitel geeignet ist, den Wahn zu zerstören, die Währungsfrage sei so schwer zu verstehen, daß ein Laie lieber gar nicht den Versuch mache, in ihre Geheimnisse einzudringen. Die Hauptgesichtspunkte werden so klar dargestellt, daß für jedermann das Wesentliche der Frage verständlich werden muß.

Besonders scharf wird das Großkapital unter die Lupe genommen und gezeigt, daß von dieser Seite dem wirtschaftlichen Gedeihen, dem Allgemeinwohl die größte Gefahr droht, größer als von Seiten der Sozialdemokratie, deren Umwachsen so nur eine natürliche Folge des Zusammenballens großer Kapitalmassen in wenigen Händen ist. Es werden die Zusammenhänge beleuchtet, die zwischen einem ganz besonders bedenklichen Zweige des Großkapitals, dem mobilen, an der Börse Gewinn suchenden, meist jüdischen Kapital und der Presse bestehen; es wird gezeigt, wie die Korruption unsers Zeitungswesens eng mit dem Anzeigenteile der Blätter verknüpft ist; darum wird die Einführung des Inseraten-Monopols, das in dem frühern Programm der deutschsozialen Partei bereits gefordert wurde, befürwortet.

Das Großkapital ist bisher nicht ausreichend besteuert worden; es entspricht nur der Gerechtigkeit, daß ein größerer Teil der öffentlichen Lasten von leistungsfähigeren Personen getragen wird als bisher. Ist bei der Einkommensteuer bestehende, aber bei einem Einkommen von hunderttausend Mark aufhörende Progression auch immer weiter gehen; dadurch würde zugleich eine gewisse Hemmung der Kapitalanhäufung bei den Übereichen bewirkt werden, wenn man die Progression nicht allzu ängstlich bemessen würde. Bis ins Einzelne gehende Vorschläge veranschaulichen die Absichten des Verfassers. In ähnlicher Weise werden Vorschläge über eine Reform der Erbschafts- und Ergänzungssteuer gemacht, die bis jetzt ungerechterweise keine Progression nach Maßgabe der steigenden Kapitalsummen aufweisen. — Im Anschluß daran finden wir eine eingehende Besprechung der Luxussteuern (im neuen Parteiprogramm enthalten) und der Wehrsteuer (die in den früheren deutschsozialen Programm gefordert wurde).

In einem kurzen, aber sehr wichtigen Abschnitte wird unsre finanzielle Rüstung behandelt. Die darin erhobenen Forderungen sind unsres Wissens vorher noch nie gestellt worden. Und doch würde ihre Verwirklichung eine große Sicherung unsrer Finanzen in einem ausbrechenden Kriege bedeuten. Erst wenn die Vorschläge Stilles ausgeführt sein werden, sind wir nicht bloß militärisch, sondern auch finanziell auf die Führung eines großen Krieges richtig vorbereitet. Die Hauptforderungen, wegen deren Begründung wir auf das Studium des Buches verweisen müssen, sind aber: Bei Ausbruch eines Krieges hat der Staat das Recht, progressive Kriegssteuern, die sich an die oben geforderte progressive Einkommens- und Ergänzungssteuer anschließen, bis zur dreifachen Höhe der normalen direkten, im Frieden zu zahlenden Steuern zu erheben, und bei seinen ihm aus den Steuerlisten bekannten reicheren Einwohnern eine mit drei vom Hundert zu verzinsende Zwangsanleihe aufzunehmen. — Wir halten das für einen sehr glücklichen Gedanken, der gründliche Erwägung von seiten des Finanzministers verdient.

Unsrer Rechtspflege ist ein recht ausführliches Kapitel gewidmet, das sich in folgende Abschnitte gliedert: 1) Gleiches Recht für alle. 2) Gesetze und Rechtsprechung. 3) Geld und Recht. 4) Deutsche und Juden vor Gericht. 5) Deutsche und jüdische Juristen. — Es wird gezeigt, wie vieles in der Rechtspflege änderungsbedürftig ist: der Widerspruch zwischen der theoretischen Forderung „Gleiches Recht für alle“ und der thatsächlichen Ungleichheit der Behandlung verschiedener Bevölkerungsklassen vor Gericht; die Unzahl der Gesetze, die ein Laie mit dem besten Willen nicht kennen und verstehen kann, die kaum von den Juristen einigermaßen übersehen werden; die traurige Thatsache, daß oft der Angeklagte nach dem richterlichen Urteil moralisch verworfen, aber gesetzlich unangreifbar gehandelt hat; die Kostspieligkeit des Gerichtsverfahrens, die Armeren häufig jeden Prozeß scheuen läßt, möge ihre Sache noch so gerecht sein; die Unvernünftigkeit der gesetzlich bestehenden Geldstrafen, die nach einem beachtenswerten Vorschlage des Verfassers nach der Größe des Einkommens und des Vermögens sich zu richten hätten. Das wäre in der That wünschenswert. Vor kurzem ist Freiherr von Stumm in einem von Stöcker gegen ihn angestrengten Prozeß zu einer Geldstrafe von fünfhundert Mark verurteilt worden. Man wird uns nicht widersprechen, wenn wir behaupten, das Zahlen von fünfhundert Mark ist für den Großindustriellen vom Halbwege keine Strafe. Eine gleiche Geldstrafe könnte dagegen für einen kleinen Handwerker, für den wenig bemittelten Herausgeber einer kleinen Zeitschrift usw. den wirtschaftlichen Ruin bedeuten. Wenn man der Sache weiter nachdenkt, so erscheint es als eine Forderung der Gerechtigkeit, entweder alle Geldstrafen aufzuheben oder sie stets in Prozenten des Einkommens und Vermögens anzulegen. Wollte jemand dagegen einwenden, nicht die Zahlung der fünfhundert Mark, sondern die Verurteilung sei Stummß Strafe, so entgegnen wir: warum denn diese Form? ein gerichtlicher Verweis würde denselben Dienst thun. —

Von großem Interesse ist, was über die Juden in unsrer Rechtspflege (als passiv oder aktiv Beteiligte) gesagt wird. Hoffentlich werden die deutschen Juristen dadurch angespornt werden, den energischen Versuch zu machen, diese unwürdigen, unerträglichen Zustände baldigst gründlich zu ändern.

Der folgende, unser Irrenrecht behandelnde Abschnitt schließt sich eng dem vorigen an. An einem Beispiel — dem Fall Morris de Jonge, der unsern Lesern nicht unbekannt sein wird — wird dargestellt, wie wenig der deutsche Staatsbürger davor geschützt ist, bei völliger geistiger Gesundheit in eine Irrenanstalt gesperrt zu werden. Die zweifelhafte Rolle, die einige jüdische Psychiater in jener Angelegenheit gespielt haben, wird beleuchtet

Digitized by Google

und daran die Forderung geknüpft, daß Juden aus solchen autoritativen Stellungen, wie die der beamteten und Gerichtsärzte fernzuhalten sind.

Das folgende Kapitel, „Die Lauen und die Halben", stellt jene unentschlossenen, feigen Männer an den Pranger, die die Verderblichkeit des übermächtigen jüdischen Einflusses völlig oder doch bis zu einem gewissen Grade begreifen und dennoch weder Hand noch Fuß rühren, um bessere Zustände anzubahnen. Leider giebt es in unserm Volke allzu viele, die diese Lauheit für das Praktischste und für sie selbst Beste halten. Der Verfasser geißelt diese fischblütigen Egoisten mit scharfen Worten und zeigt, wie kurzsichtig ihr Thun ist.

Den Schluß bildet ein Aufsatz über das leider an so vielen Orten abbröckelnde Deutschtum außerhalb der Reichsgrenzen. Darin wird für wirksame Unterstützung unserer Brüder in Oesterreich-Ungarn und in andern Ländern, in denen sie ungerecht behandelt werden, energisch eingetreten.

Aus dieser kurzen Uebersicht werden unsre Leser ersehen, daß Dr. Stilles neues Buch einen sehr reichen und interessanten Inhalt hat. Jeder, der sich mit sozialen Fragen beschäftigt, vor allem aber jeder Anhänger unserer Partei, wird in der besprochenen Schrift wertvolles Material finden, das er anderswo vergebens sucht.

Um eine Probe der Schreibweise des Verfassers zu geben, kommen wir in der nächsten Nummer auf das Buch zurück.

„Die Geschäftspraktiken der Warenhäuser entfernten sich weit von den Grundsätzen des loyalen, anständigen Kaufmannsstandes." Diesen Ausspruch that der Kommerzienrat Lissauer (Berlin) auf der Generalversammlung des „Zentralverbandes deutscher Kaufleute" zu Wiesbaden. Darob natürlich großes Gezeter in der ganzen Judenpresse, obwohl sie sich doch sagen müßte, daß Herr Lissauer die Praktiken seiner Stammesgenossen am besten beurteilen kann. Aber wohl gerade aus diesem Grunde ruft der Berliner „Konfektionär", das Organ aller Großbazare und ihres Anhanges, den Kadi gegen den aus der Art geschlagenen Kommerzienrat an, indem er schreibt: „Diese Anklagen darf man nun nicht mehr mit Stillschweigen übergehen, denn sie wiederholen sich fast in jeder Rede, sei es dieses oder jenes ‚Zünftlers'. Wenn die Inhaber der Warenhäuser es bis jetzt noch nicht der Mühe für wert gehalten haben, gegen die gegen sie gerichteten Anklagen vorzugehen, so ist es doch endlich an der Zeit, endlich einmal Aufklärung darüber zu verlangen, welche Warenhäuser denn eigentlich mit diesen Anklagen gemeint sind. — Als ein bekannter antisemitischer Reichstagsabgeordneter vor kurzem das Warenhaus A. Wertheim in einer Versammlung in ähnlicher Weise beschuldigte, und als letzteres ihn darauf gerichtlich zur Verantwortung zog, erreichte die Firma A. Wertheim, daß nicht allein die Grundlosigkeit der Beschuldigungen festgestellt wurde, sondern der Abgeordnete wurde wegen falscher Beschuldigung zu einer recht empfindlichen Geldstrafe verurteilt."

Wie immer, ist hier sehr geschickt Wahres mit Falschem vermischt, um dem jüdischen Kommerzienrat gegenüber einen antisemitischen Abgeordneten ausspielen zu können. Wie unsre Leser wissen, betrifft der Fall Wertheim unsern Herausgeber. Nun ist es einfach unwahr, daß die „Grundlosigkeit der Beschuldigungen" vor Gericht festgestellt wurde. Im Gegenteil, das Gericht ließ in dem vom Wertheim angestrengten Zivilprozesse die Zeugen gar nicht vernehmen, die bekunden sollten, daß die „Beschuldigungen" schon wiederholt von andrer Seite ausgesprochen waren. Infolgedessen war es auch nicht möglich, die vollständig falsch formulierte Klage, in der zwei ganz verschiedene Sachen zusammengeworfen waren, zugenediglich richtig zu stellen. Und, was die Hauptsache ist: Die Zahlung einer Geldbuße — von einer Gefängnisstrafe kann in einem Zivilprozesse doch gar nicht die Rede sein — an die angeblich geschädigten Wertheims ist zwar ausgesprochen, das Urteil ist aber nur ein bedingtes. Unser Herausgeber hat erst dann die Kasse der armen Herren Wertheim um fünfhundert Mark zu bereichern, wenn das Urteil rechtskräftig geworden ist, und wenn die Wertheims den auferlegten Eid geschworen haben, nämlich daß ihnen durch die Rede unsers Herausgebers thatsächlich ein Schaden von fünfhundert Mark zugefügt wurde.

Bis heute hat nun weder das Urteil Rechtskraft erlangt, noch ist der Schwur geleistet worden. Der „Konfektionär" wird also gut thun, vorläufig diese Sache solange nicht als Beispiel heranzuziehen, bis das Kammergericht gesprochen hat.

Der Wert der Judenlaute, beleuchtet durch einen gelaufen Juden. Moritz Scherbel, seines Zeichens anschreinend Rabbiner in Ostpreußen erzählt in Nr. 36 der „Allg. Zeitung des Judentums" folgende Geschichte: „Jüngst trafen wir in einer unsrer Nachbargemeinden im Kreise einer gelegentlich zusammengewürfelten Gesellschaft einen Herrn Dr. L., der sich als Arzt vorstellte und auffallender Weise dabei die Bemerkung machte, daß er sich vor einigen Monaten getauft und nunmehr eine Christin geheiratet habe. (Daß er ‚sich getauft hat', also selbst, ist ein Schnitzer, der bei einem Dr. allerdings auffällig ist. D. Schr.) Angeregt durch die von ihm dargelegte Offenheit und auch sonst noch animiert durch den Ton, welchen der Herr unsrer Unterhaltung gab, konnte ich nicht umhin, im Laufe der weiteren Unterhaltung zu fragen, weshalb er das Judentum verlassen, da ja auch in diesem ihm als praktischer Arzt alle möglichen Chancen offen gestanden. Weil das Christentum Staatsreligion ist, antwortete er mir, und weil ich meinen Kindern eine freie, überall offene Bahn in ihrer einstigen Karriere schaffen wollte, und da mein Vater bereits eine Christin zur Frau hatte, so war die Etappe zum Übertritt bei mir bereits vorhanden. Übrigens' — fuhr der Herr mit folgenden drastischen Worten fort — ‚wenn ein geschmadter Jude Ihnen sagt, daß er sich aus Überzeugung geschmadt hat, so lügt er'. (‚Schmadten' heißt im Judendeutsch taufen D. Schr.) — Wir wollen's dem Herrn glauben."

So weit die „Allg. Ztg. des Judentums". Die Geschichte spricht für sich selbst. Und solche erschütternde Taufe sollte aus einem Juden einen andern Menschen machen? Nimmermehr! „Getaufter Jud' — beschnittener Christ", sagt ein altes deutsches Sprichwort.

Um den neuen Lesern

unsers Blattes auch die Anschaffung früherer Jahrgänge zu erleichtern, haben wir uns entschlossen, deren Preise erheblich herabzusetzen.

Wir liefern — soweit der Vorrat noch reicht — die

Jahrgänge 1890 bis 1895 für je 5 M. gebd., 3 M. ungebd.,
alle 6 Jahrgänge zusammen für 25 M. gebd., 15 M. ungebd.,
Jahrgang 1896 und 1897 gebd. für je 6 M., ungebd. 4 M.

frei zugesandt!

Die Jahrgänge der „Deutsch-Sozialen Blätter" bilden ein Nachschlagewerk von bedeutendem Werte. Wir müssen notwendigerweise die Leser öfters auf frühere Jahrgänge verweisen, da es nicht thunlich ist, alle wichtigen Fragen und Verbesserungen in jedem Jahrgange aufs neue zu behandeln.

Verlag der „Deutsch-Sozialen Blätter"
Leipzig, Königstr. 27.

Billige, dichte Dächer
Asphalt-Steinpappen
Asphalt-Dachpappen
Asphalt-Isolirpappen
Asphalt-Holzcement
Asphalt-Goudron
Asphalt-Lack
Asphalt-Firnis
Asphalt-Kitt
Asphalt-Isolirmasse
Asphalt-Klebemasse
Asphalt-Isolirplatten
Asphalt-Isolirsteine
Asphalt-Isolirmörtel
Asphalt-Isolirputz
Asphalt-Isolirestrich
Asphalt-Isolirbeton
Asphalt-Isolirmauerwerk
Asphalt-Isolirfundamente
Asphalt-Isolirkeller
Asphalt-Isolirgewölbe
Asphalt-Isolirwände
Asphalt-Isolirböden
Asphalt-Isolirdecken
Asphalt-Isolirdächer
Asphalt-Isolirrohre
Asphalt-Isolirkanäle
Asphalt-Isolirbehälter
Asphalt-Isolirbassins
Asphalt-Isolirbrunnen
Asphalt-Isolirpumpen
Asphalt-Isolirventile
Asphalt-Isolirhähne
Asphalt-Isolirschieber
Asphalt-Isolirflansche
Asphalt-Isolirdichtungen
Asphalt-Isolirpackungen
Asphalt-Isolirringe
Asphalt-Isolirscheiben
Asphalt-Isolirplatten
Asphalt-Isolirstreifen
Asphalt-Isolirbänder
Asphalt-Isolirgewebe
Asphalt-Isolirfilz
Asphalt-Isolirpapier
Asphalt-Isolirkarton
Asphalt-Isolirtafeln
Asphalt-Isolirblöcke
Asphalt-Isolirsteine
Asphalt-Isolirmörtel
Asphalt-Isolirputz
Asphalt-Isolirestrich
Asphalt-Isolirbeton
Asphalt-Isolirmauerwerk
Asphalt-Isolirfundamente
Asphalt-Isolirkeller
Asphalt-Isolirgewölbe
Asphalt-Isolirwände
Asphalt-Isolirböden
Asphalt-Isolirdecken
Asphalt-Isolirdächer
Asphalt-Isolirrohre
Asphalt-Isolirkanäle
Asphalt-Isolirbehälter
Asphalt-Isolirbassins
Asphalt-Isolirbrunnen
Asphalt-Isolirpumpen
Asphalt-Isolirventile
Asphalt-Isolirhähne
Asphalt-Isolirschieber
Asphalt-Isolirflansche
Asphalt-Isolirdichtungen
Asphalt-Isolirpackungen
Asphalt-Isolirringe
Asphalt-Isolirscheiben
Asphalt-Isolirplatten
Asphalt-Isolirstreifen
Asphalt-Isolirbänder
Asphalt-Isolirgewebe
Asphalt-Isolirfilz
Asphalt-Isolirpapier
Asphalt-Isolirkarton
Asphalt-Isolirtafeln
Asphalt-Isolirblöcke

Unglaublich billig
Stiefel, Schuhe, Roben, Normalwäsche, nur garantirt reine Qual. bei Oskar Jahn, Spezial-Versandhaus, Leipzig, Poniatowskystraße 16. Preisliste kostenfrei!

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe, Berlin NW. 5, Kruppstr. 13.
Druck: G. Reusche, Leipzig.

Digitized by Google

Deutsch-Soziale Blätter.

Herausgegeben von Max Liebermann v. Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Bezugs-Preis: vierteljährlich M. 1.50 bei den Postanstalten (Postbestellungsliste Nr. 1789) und Buchhandlungen. Einzel-Heft M. 2.

Anzeigen: die 4-gespaltene Petit-Zeile 25 Pfennige. Beilagen-Gebühr: Königsberg Nr. 30, Leipzig.

XIII. Jahrgang. | Leipzig, 22. September 1898. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Juden-Frage. Otto Glagau. | Nr. 527.

Inhalt: Das Endziel des Zionismus. — Die Preisgabe der stammverwandten Buren und des deutschen Einflusses in Südafrika zu Gunsten Englands. — Jüdische Religionsfibel. — Eine alte Warnung vor dem Wucher der Juden. (Schluß.) — Jüdische Wohlthätigkeit. — Industrie-Krankheiten. — Die Gleichberechtigung ist in Gefahr. — Der Jude als Korpsstudent. — Mosaik. — Aufruf. — Parteinachrichten. — Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen. — Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat. — Jüdischen Ritter, Kommissions- und Kommerzienrate usw.

Das Endziel des Zionismus

ist darauf gerichtet, durch Schaffung eines in seinem Bestande durch die europäischen Staaten gesicherten jüdischen Nationalstaates in Palästina eine endgiltige Lösung der Judenfrage herbeizuführen. Über die Schwierigkeiten, die sich diesem Streben entgegenstellen, und die hauptsächlich von Juden selbst ausgehen, haben wir schon des öfteren gesprochen. Abgesehen davon, daß die Mehrzahl der westeuropäischen Juden sich mit Händen und Füßen gegen die Rückführung ihres Volkes nach dem „gelobten Lande“ wehrt, kommt natürlich auch der Widerstand der Türkei in Betracht. In Konstantinopel ist man durchaus nicht gesonnen, den Juden bloß um ihrer langen Nasen willen einen wertvollen Teil des Reiches preiszugeben. Die türkische Regierung hat denn auch vor einiger Zeit dem Pascha von Jerusalem den strikten Befehl erteilt, die Einwanderung von Juden, namentlich von solchen, die aus Rußland, Österreich-Ungarn und Rumänien kommen, aufs strengste zu überwachen. Daraufhin ist denn in Jerusalem ein besonderer Überwachungs-Ausschuß gebildet worden, der darauf hält, daß jeder Jude, der nach Palästina kommt, binnen dreißig Tagen wieder das Land verläßt. Wer diese Verpflichtung nicht übernimmt und nicht tausend Franks Kaution stellt, darf überhaupt nicht landen.

Während des Zionisten-Kongresses meinte zwar ein Redner, wenn überhaupt jemand ein geschichtlich begründetes Anrecht auf Palästina habe, so könne es nur die jüdische Nation sein. Deutsche Judenblätter haben daraus schon erwidert, der Rechtstitel, kraft dessen jetzt die Türken das Land inne hätten, sei genau derselbe, auf den sich die Juden mit ihrem Begehren stützten.

Mit dem „kranken Mann“ glauben aber die Zionisten fertig zu werden. Sie pochen auf die Macht des blinkenden Goldes. Neben der Ausbreitung ihrer Ideen ist daher ihr nächstes Absehen auf die Sammlung einer Summe von 250 Millionen Franks gerichtet. Vorläufig hat man allerdings erst von 23 000 Personen vier Millionen zusammenbekommen, und diese vier Millionen stehen zum größten Teil fürs erste auch bloß auf dem Papier, wie die „Allg. Ztg. des Judentums“ boshaft hervorhebt. Eingezahlt sei erst der zehnte Teil des Gesbes.

Die Zionisten betrachten das allerdings schon als einen Riesenerfolg und haben daraufhin in Basel die Errichtung einer „jüdischen Kolonialbank“ mit dem Sitze in London beschlossen. Die Bank soll sich zwar von Spekulationsgeschäften fernhalten, aber doch befugt sein, ihre Mittel „vorläufig“ in „rentabeln Unternehmungen“ anzulegen. Eine Abgeordnete protestierte zwar dagegen, es sei der „großen Sache“ nicht würdig, allerlei Geschäfte mit der Bank zu machen. Er stand aber mit seinem Widerspruch allein. Immer mit der Einschränkung, daß eine „angemessene Rentabilität“ zu erwarten ist, soll die „Jüdische Kolonialbank“ die Aufgaben haben:

Schaffung industrieller Etablissements sowie von Versicherungs- und Schiffahrts-Gesellschaften im Orient, insbesondere in Palästina und Syrien, unter Heranziehung jüdischer Arbeitskräfte (mit den jüdischen Arbeitskräften wird es wohl hapern. D. Schr.); Unterstützung der jüdischen Ackerbaukolonien durch Gewährung von Darlehen, gegen Verpfändung oder Bürgschaft oder Wechsel an Kolonisten durch Ankauf und Parzellierung von Land usw.; Organisation des Aus- und Einfuhrhandels in Syrien und Palästina durch Unterstützung kaufmännischer Unternehmungen; Erwerb von Konzessionen für Bahnbau, Hafenanlagen, Bergbau und Handelsmonopolen im Orient; Errichtung von Kommanditierung von Bankinstituten zu vorbenannten Zwecke.

Vorläufig wird aber wohl das eingehende Geld in Europa aufgebraucht werden. In Basel richten sich die Zionisten nämlich ganz häuslich ein. Zunächst haben sie den Bau eines Kongreßhauses in maurischem Stile geplant. Es soll enthalten einen Sitzungssaal, Geschäfts- und Restaurations-Räumlichkeiten, ein großes Bibliothekzimmer für die Unterbringung der vom „Aktionskomitee“ angelegten jüdischen Nationalbibliothek, die bereits aus dem Nachlasse des Zionisten Prof. Dr. Schapira und Rabbiner Dr. Mohilever wertvolle Bücher besitzen soll. Es besteht ferner die Absicht, am Sitze der Nationalbibliothek eine hebräische Akademie zu errichten. Von einem Ingenieur ist bereits der Regierung eine Eingabe um Überlassung eines geeigneten Bauplatzes eingereicht worden.

Wir wünschen den Zionisten alles Glück in ihren Bestrebungen, deren Verwirklichung durch das Judentum wir allerdings nie erleben werden. Wir wir früher schon einmal schrieben, sprechen wir trotzdem der Bewegung nicht alle Bedeutung ab. Dieselbe erblicken wir aber einzig und allein darin, daß hier durch Juden der nichtjüdischen Welt der Weg gezeigt wird, auf dem allein eine befriedigende Lösung der Judenfrage zu erwarten ist, und dieser Weg ist: völlige Ausscheidung des jüdischen Elements aus dem europäischen Staatenleben. Wenn die Zionisten das erreichten, daß sie den Gedanken des jüdischen Staates in weiteren Kreisen populär machten, so würden sie sich damit ein hervorragendes Verdienst auch um den Antisemitismus erwerben.

Sn.

Die Preisgabe der stammverwandten Buren und des deutschen Einflusses in Südafrika zu Gunsten Englands

scheint leider als vollendete Thatsache angesehen werden müssen.

Wir gehen im Folgenden aus dem Bericht der „Alldeutschen Blätter“ denjenigen Teil wieder, der sich mit den Verhandlungen des Alldeutschen Verbandstages in München über diese tiefschmerzlichen Ereignisse beschäftigt und erklären unsre rückhaltslose Zustimmung zu den dort geäußerten Anschauungen.

Herr Dr. Reißmann-Grone berichtete über die niederdeutsche Frage in Europa und Südafrika. — Der Redner wies mit schmerzlicher Bewegung auf die Thatsache hin, daß aller Wahrscheinlichkeit nach ein Abkommen zwischen Deutschland und England getroffen ist, in dem unsre bisher mit soviel Geschick und Glück verteidigten Interessen offenbar preisgegeben sind. Während sich die Mißverständnisse zwischen dem Alldeutschen Verbande und dem Vlämischen Volkskrate vollständig geklärt haben, ist die Lage in Südafrika getrübter wie je. In ersterer Beziehung ist der nachfolgende Satz aus einem Briefe des vlämischen Volkskrates von hoher Bedeutung:

Wir danken Ihnen sehr für Ihre freundliche Einladung, der wir leider nicht folgen können, verschiern Sie aber unsrer

Digitized by Google

warmen Sympathie für alle Germanen im Allgemeinen und für unsere deutschen Stammverwandten insbesondere.

Das klingt freilich anders als der Brief vom vorigen Jahre! Auch Herr Prayon van Zuylen, der jenen Brief des vlämischen Volksrates veranlaßt hatte, hat einen Brief geschrieben, in dem sich sehr herzliche Teilnahmebekundungen befinden. Außerdem darf darauf hingewiesen werden, daß die Herausgabe der gemeinschaftlichen Zeitschrift „Germania“ die Verständigung zwischen hochdeutscher und niederdeutscher Seite zum Abschlusse bringen wird.

Ganz und gar anders sieht leider unser Verhältnis zu dem Transvaal. Redner kennzeichnete dann die Lage der Delagoabahn. Die Zukunft der von dieser Bahn erschlossenen Gebiete ist von hoher Bedeutung; mit der Delagoabahn fällt und steht daher ein Faum zu schildernde deutsches Interesse. Nicht minder wichtig ist die furchtbare Bewegung am Kap, wo das Kapital in den Indiern einen starken Bundesgenossen gewonnen hat. Wie dann die Engländer die Kaffern gegen ihre Herren aufgehetzt haben, wie die Fortschrittspartei unter einem liberalen Mäntelchen das internationale Kapital unterstützt, wie ihnen in den Afrikandern eine zielbewußte Volksbewegung entgegensteht. Glücklicherweise sind die Wahlen für die Afrikandern günstig verlaufen; Rhodes wird wenigstens von Amtswegen aus den Buren nicht mehr zu schaden vermögen.

In den beiden Burenstaaten dagegen ist die Rhodes'sche Politik von Chamberlain aufgenommen. Nur gehen Beide jetzt vorsichtiger zu Werke. Sie befestigen Platz für Platz die Grenze. Sie bewaffnen die englischen Freiwilligen am Kap, sie schicken Bataillon für Bataillon gegen den Transvaal vor. Die Buren wissen auch, daß der Krieg unvermeidlich ist. Aber sie fürchten die offene Feldschlacht nicht. Das Vereinigungswerk der beiden Freistaaten geht seiner Vollendung entgegen; Hindernisse finden sie lediglich noch in einigen örtlichen wirtschaftlichen Gegensätzen. Weder Präsident Steyn, noch Präsident Krüger sind bestätigt, von der alten unseligen Politik des Parikularismus zu lassen. Aber seit sie eingesehen haben, daß ihr wirtschaftliches Bündnis mit Kapland ihre politische Freundschaft stört, sind sie zur Auflösung dieses Vertragsverhältnisses bereit. Mit feinem Humor geißelte der Redner dann die thörichten Auslassungen einer gewissen deutschen Presse, die stets die Buren als eine beschränkte, fortschrittsfeindliche Agrarierpuppe bezeichnete, ohne den thatsächlichen Verhältnissen irgendwie Rechnung zu tragen, und widerlegte zifferenmäßig die Klagen über zu hohe Besteuerung der Randindustrie. Die Industrie hat sich im Transvaal im Gegenteile sehr vorteilhaft entwickelt; die Arbeiterzahl ist auf 87000 Mann gestiegen, darunter 11000 Weiße. Der Grund der zahlreichen Klagen liegt in Wahrheit in einer ganz schamlosen Gründerei. Die wirklich Gold fördernden Gesellschaften verzinsen ihr wirklich arbeitendes Kapital mit 70%, von Notlage also keine Rede. Die noch in der Entwickelung begriffenen Werke leiden an dem Übelstande der hohen Gründergewinne. Eine dritte Gruppe giebt sich überhaupt nicht die Mühe, zu fördern, sondern hat zwei Drittel ihres Kapitals als Gründergewinne verschleudert. Da liegt der wahre Grund der Klagen über die „dicken Köpfe der Buren“, weil diese Gründer Ursache haben einen dichten Schleier über die Thatsachen zu ziehen. Es ist sehr bedauerlich, daß die deutsche Presse unbesehen alle Nachrichten dieser Goldgräbergesellschaften aufnimmt, ohne ihren Ursprung zu prüfen.

Die Entscheidung über diese Frage liegt zweifellos in der Delagoabahn. Portugal ist außer stande, die ihm vom Berner Schiedsgerichte wahrscheinlich auferlegt werdende Entschädigung — auch wenn diese nicht die hohe Summe von 5 Millionen Pfund Sterling betragen sollte — zu bezahlen. Das Geld ist allerdings Portugal mehrfach von Europa angeboten worden. Die Gefahr liegt lediglich darin, daß Portugal unter dem Drucke englischer Rotschläge das englische Kapital annimmt. Dazu kommen die Schwierigkeiten, die den Portugiesen in Mozambique von den Eingeborenen bereitet werden.

Wir Deutschen haben das dringende Interesse daran, den status quo aufrecht zu erhalten. Wir haben an der Delagoabucht wohlbegründete Ansprüche; die Bahn ist wesentlich mit deutschem Gelde gebaut. Insbesondere aber haben wir unsere Schuldtitel gegen die portugiesischen Gläubiger. Wir haben an diesen 148 Millionen Mark an Zinsen und Kapital verloren. Alle Hilfsrufe der geschädigten kleinen Gläubiger sind bisher fruchtlos gewesen. Nach wie vor zahlen die Portugiesen nur den dritten Teil ihrer Zinspflichten, während ihre inneren Schuldtitel voll verzinst werden. Die letzte Anleihe nun, an der wir hauptsächlich beteiligt sind, ist nach dem Gesetze verwandt für die Kolonien; folglich haben wir auch ein Wort mitzureden, wenn Portugal sich anschickt, einen Teil dieser Kolonien zu verkaufen.

Nun komme ich, fährt der Redner fort, zu dem dunkelsten Punkte der Sache: dem deutsch-englischen Abkommen. Während in England alle Blätter frohlocken, schweigt unsere Regierungspresse in tötlicher Verlegenheit. Es ist also klar am Tage: wir haben die Buren preisgegeben. Denn das ist doch ein Hohn, wenn die offiziöse Presse uns jetzt verkündet, die Preisgabe der Delagoabucht bedeute keine Schädigung der Buren. Wie sollen sich denn diese der britischen Einschnürung entziehen?

Wo ist denn nun gegenüber diesem furchtbaren Verluste die Gegengabe?

Unsers Erachtens giebt es keine Kompensation, die das aufwiegt, was wir hier an deutschem Blute verlieren. Portugal kann uns nicht entschädigen, weil seine Gebiete tropisch sind. Hier in Südafrika lag die Zukunft unserer Auswanderung, und diese Gebiete giebt man jetzt preis. Südafrika ist englisch vom Tafelberge bis zum Tangamyka!

Und die Buren, die bisher auf uns vertraut haben, die wären von uns schmählich wortbrüchig verlassen! Eine Berachtung würde dann uns treffen gleichermit jener, die Deutschland auf dem Regensburger Reichstage sich seitens Blandenus und Brabants zugezogen hat.

Wenn man uns mit der lächerlichen Frage kommt: ob wir diesethalb Krieg führen wollten, so ist umgekehrt die Frage zu stellen, ob England diesethalb mit uns Krieg führen will. Das wird es bleiben lassen. Deutschland muß daher die Anerechterhaltung des status quo fordern. Der Verband hat daher die Pflicht, laut zu erklären: das was hier geschehen ist, ist viele Mal schlimmer, als der berüchtigte Zanzibarvertrag war. Die jetzige Haltung der Reichsregierung schlägt allen seierlichen Erklärungen des Freiherrn von Marschall geradezu in das Gesicht.

Lassen Sie mich das traurige Kapitel schließen! Ich hoffe, daß doch vielleicht nicht alles so schlecht endet, wie es sich anläßt, und daß doch vielleicht die Aufopferung eines deutschen Bruderstammes nicht eintritt. Sollte es aber eintreten, so begraben wir wieder einmal eine Hoffnung auf die deutsche Zukunft eines herrlichen Stückes fruchtbarer Erde! (Minutenlanger Beifall.)

Herr Professor Hasse bemerkt, daß möglicherweise und der Vorwurf gemacht werde, daß wir über Dinge verhandeln, die uns aktenmäßig nicht bekannt sind. Aber leider haben wir bei allen früheren Verträgen die Erfahrung gemacht, daß die Geheimhaltung den deutschen Interessen schweren Schaden gebracht hat. Wir wissen zudem, daß leider in Berlin heute wieder einmal ein englischer Wind weht. Wenn man die Engländer zu ihren Fortschritten am Nil beglückwünschen kann, so wird man sie folgerichtigerweise auch zu ihren Erfolgen am Kap beglückwünschen müssen.

Herr Dr. Wirth-Frankfurt a. M. bedauerte, daß gerade deutsche Blätter, wie die „Kölnische Zeitung“, burenfeindliche Aufsätze veröffentlichen, die sofort im englischen Lager verbreitet werden und das Angeschaftsentum in seinem Widerstande bestärken. Auf Grund seiner bekannten reichen Erfahrungen schilderte er den Charakter der Buren in genau demselben Sinne, wie Fritz Bley dies in seiner Schrift „Südafrika niederdeutsch“ (auf die wir angesichts der furchtbaren uns drohenden Gefahr hiermit dringend aufmerksam machen wollen) gethan hat, mit gutem Humor und unbefangener Objektivität. Er betonte im Interesse der deutschen Entwickelung die Notwendigkeit des Zusammenhaltens mit den Buren. Mit ihnen steht und fällt unsre Stellung in Südafrika.

Herr Professor Baisl beantwortet den Antrag Reismann; denn die hier auf dem Spiele stehenden Interessen stünden hoch über dem Buchstaben des formalen Rechtes.

Digitized by Google

Herr Referendar Gerstenhauer hat, bei der Protestbewegung gegen den Vertrag den Hinweis auf die Notwendigkeit einer Politik der Volksaufbreitung zu betonen.

Einstimmig wurde hierauf der Antrag Reismann in folgender Fassung angenommen:

1) Angesichts des unter Drohungen aufrechterhaltenen hohlosen Suzeränitäts-Anspruches der britischen Regierung über Transvaal, der offenen Kriegsansagung seitens der Führer der britischen Fortschrittspartei am Kap,
sowie der in der europäischen und auch deutschen Presse sich häufenden Angriffe auf die Transvaal-Regierung anläßlich ihrer Stellung zum Goldbergbau spricht der Alldeutsche Verbandstag den ihrer Vereinigung entgegengehenden Boerenstaaten als dem Bollwerk des Niederdeutschtums in Afrika, sowie den um ihre Stammesart kämpfenden Brüdern im Kaplande seine unverändert Liebe und festes Vertrauen auf ihren Sieg aus.
2) Das Hinüberführen der portugiesischen Provinz Mozambique, insbesondere ihres wertvollsten Teiles, der Delagoabucht, in den politischen und wirtschaftlichen Einfluß Englands bedroht die ebenbürtigen Ansprüche Deutschlands, sowie wohlerworbene Rechte deutscher Unterthanen und bedeutet den Beginn einer gegen die Boerenstaaten und die deutschen Kolonien gerichteten britischen Eroberungspolitik.
3) Der Alldeutsche Verbandstag hält die von den Zeitungen gemeldete Preisgabe der Delagoabucht und damit der Buren für unmöglich. Es ist keine Kompensation denkbar, welche eine solche Ausopferung deutscher Stammesgenossen aufwiegen könnte. Diese Preisgabe stünde im schärfsten Widerspruch zu früheren feierlichen Erklärungen des Reiches und ist mit den Interessen und der Ehre des deutschen Volkes unvereinbar.

Jüdische Religiosität.

Wie die Juden im allgemeinen als etwas ganz besonderes gelten wollen, so nehmen sie auch die Ehre für sich in Anspruch, religiöser zu sein wie alle Nichtjuden. Obwohl die jüdische Religion mit unserm Kampfe gegen die jüdische Rasse nicht das Geringste zu thun hat, ist zur Beurteilung der Juden es auch nötig, in dieser Hinsicht ihr Thun und Treiben nicht aus den Augen zu lassen. — Wie man in Israel über die Ehe und die Behandlung nichtjüdischer Frauen und Mädchen denkt, ist den Lesern durch unsre ständigen Aufzeichnungen über diese Punkte bekannt.

Zum Überfluß mag hier ein Erlebnis Platz finden, das der zweite Vorsitzende des Wahlvereins Berlin der deutschkonservativen Partei, Rechtsanwalt Ulrich, dieser Tage veröffentlichte. Danach antwortete im Zoologischen Garten zu Berlin ein zwanzigjähriger Jude auf die Frage seiner Mutter, ob er nicht auch Lust bekäme zu heiraten: „Das sei doch nicht nötig, wenn er Lust hätte, hätte er ja alle Tage Mädchen zum Gebrauche zur Verfügung, freilich mit Judinnen thäte er so etwas nicht, aber mit Christenmädchen, mit denen brauche man nur etwas zu tanzen, nachher gebe man ihnen ordentlich zu fressen und zu saufen, und wenn sie dann noch nicht geneigt wären, spendiere man noch eine halbe Flasche Wein, dann gingen sie sicher rau, und wenns vorbei wäre, gebe man ihnen einen Tritt. Dazu seien die Christenmädchen noch gut genug!“ —

Weniger bekannt als diese Thatsache dürfte es aber sein, daß Israel die eigenen Tempel heute ebenso wenig zur Austragung persönlicher Streitigkeiten und Abschließung von Geschäften benutzt wie zur Zeit Christi. Außerdem stellt der Gottesdienst für einige Juden ein reines Geschäft dar. Zu den hohen jüdischen Festen mieten solche irgendeinen Saal und veranstalten darin einen „Festgottesdienst mit Orgel und Predigt“. Der Eintritt ist nur gegen Bezahlung gestattet. Berührt so etwas einen Nichtjuden schon wenig angenehm, so wirkt es geradezu abstoßend, wenn man hört, daß sogar Prügeleien in den Tempeln vorkommen. In Frankfurt (Main) standen erst vor einigen Tagen Pinkus, Chaim Hirsch, Wolf, Iffer und Moritz Eichenberg vor Gericht, weil sie in einem Betsaale eine große Schlägerei vorgeführt hatten. Die seinen Herrschaften stammen sämtlich aus Galizien und ihr Benehmen gab den Anstoß dazu, daß viele von diesen „Galiziern“ — wie sie die Frankfurter Blätter wohlwollend nennen — polizeilich ausgewiesen wurden. Die „Allg. Ztg. des Judentums“ erhob darüber ein großes Lamento, mußte sich dann aber von einem Frankfurter Leser folgendermaßen belehren lassen: „Es werden nur wirklich lästige Personen ausgewiesen, aber keine sich ehrlich ernährenden. Den Beginn der Ausweisungen haben diese russisch-polnisch-galizischen Juden selber herbeigeführt. In ihrem Betlokale haben die sogenannten Chassidim wiederholt einen solchen Lärm vollführt, der sogar in Schlägereien ausartete, daß die Polizei einschreiten mußte. Daß ferner viele von ihnen sich untereinander bei der Polizei denunzierten, ist hier allgemein bekannt.“

Eine derartige „tiefe Religiosität“ ist uns natürlich etwas unverständlich. Noch unverständlicher erscheint aber der Umstand, daß das Amt eines Vorbeters (ob nur bei besondern Gelegenheiten oder immer, ist uns unbekannt) im Judentempel meistbietend versteigert wird, und daß auch hieraus sich schon häßliche Szenen in den Tempeln und vor Gericht entwickelt haben. Am unverständlichsten ist aber folgender Vorgang.

In der Strada Venatorului zu Bukarest steht ein Judentempel. Dieser wurde seinerzeit aus den Mitteln der zugehörigen jüdischen Gemeinde erbaut. Den Grund und Boden hatten vierzig Gemeindemitglieder für 1400 Lei angekauft. Zum Abschluß des amtlichen Kaufvertrages wurden aber nur drei Juden bestimmt, unter denen sich Herr Itzig Ilie befand. Die drei Vertragschließenden sind tot und nun beanspruchen die beiden Schwiegersöhne des Itzig Ilie den . . . Tempel für sich! Sie behaupten, durch ihren Heiratskontrakt sei ihnen der Tempel mit samt dem Grund und Boden überantwortet, da ihr Schwiegervater beides aus eigenen Mitteln gekauft habe. Thatsächlich ist auch vorläufig der Tempel auf Antrag der beiden Juden amtlich geschlossen. Abramovici und Bercovici nennen sich die Übeltäter. Ueber die erste Einspruchs-Verhandlung der jüdischen Gemeinde gegen die amtliche Schließung berichtet ein Bukarester Blatt: „Wenn all die Flüche, die seitens der gläubigen Israeliten am vorgestrigen Tage bloß auf das Haupt des gottlosen Abramowici herabbeschworen wurden, in Erfüllung gehen, so würden wir gewiß nicht wünschen, in seiner Haut zu stecken. Es soll seit Menschengedenken das erste mal sein, daß ein rechtgläubiger Jude eine Synagoge pfänden läßt, und kann man sich daher den Zorn der frommen Israeliten auf den habgierigen Glaubensgenossen erklären.“

Das sind einige kleine Züge von der Religiosität der nach Ansicht unsrer Philosemiten „smartlosen“ Juden.

e.

Eine alte Warnung vor dem Wucher der Juden.

(Schluß.)

Es seyn auch etliche juden also from / daß sie gelt on wucher hyn leyhen / wie oder warumb sie es thun / das merck.

Es ist fast yederman kunt / daß die juden von jrer jugent an biß ins alter / mit betrigerey vnd gehn. Derhalben sein sie dessen so wol geübt / wenns jnen schon an einer Dück[1]) felet so wissen sie zehen andere dargegen. Wenn sie mercken daß man sich vor jnen scheuhet / so stellen sie sich gantz fromlich / schmeycheln sich zu den Kauffleuten / vnd machen kunstschafft mit jnen / wen dann ein jud vermimpt ds jm der kauffman gewogen ist / erbeüt er sich jm 4. oder 5. hundert gulden zu leyhen ein halb jar / on gefuch oder wucher / solch erbieten betreugt den kauffman / daß er meint / der jud sey so from vnd getrew / dieweil er aber dißmal nit gelt bedarff / dancki er dem juden freundlich / vnd wenn er benötiget sey so wol er jn ansprechen / dessen sich der jud

[1]) Tücke.

Digitized by Google

gantz willig erzeigt / vnd wol zufriden ist. Es begibt sich nitter zeyt / daß es dem kauffman nötig ist / vnd wirt ingedencken des juden erbieten / kömpt zu jm vnd spricht. Lieber Jac du weyst wol wie du mir off ein zeyt zugesagt gelt zu leyhen / wo du mir yetzt die selbige zusag hieltest / thetest du mir ein groffen dienst / bedörffest du etwa meins diensts so wolt ichs wider verschulden. Der jud ist willig / klagt sich aber doch fast / wie es jm yetzt so gar unbequem sey / dann er dißmal übel bey geld sey / doch so wöl er thun als frommer jud / vnd ehe sein schaden thun off daß er jm sein zusag halte / so fern aber das er jm dargegen pfant eihnsetze / wie sich dann ein fall begeb (dieweil wir all sterblich wern) das er sein gelt wisset wider zu nemen. Der kauffman nimpt das gelt vnd setzt so viel wahr darfür eihn vnd meint nit anderst / dan der jud werd kein gesuch von jm nemen das halb jar.

Wann nu die zeyt kompt daß er das gelt wider sol geben / so hat er vielecht die wahr noch nit all verdrieben / da für er das entlehent gelt geben hat / sol er dann dem juden das gelt geben / so bedörffet ers wol weiter an andere wahr zu legen. Dissen mangel weyß der jud wol vnd sichts gern / geht zum kauffman vnd manth jn / spricht die zeyt sey nu verschienen / er bedörffe seins gelds wol / dessen der kauffman sehr erschrickt / bitt den juden gedult zu haben / er wöl es vmb sunst nit begern / der jud beflagt sich sehr / es sey jm groß von nöthen / vnd weiß nit wie grosser schad es jm sey geweyt / derhalben so solt er jm das gelt außrichten / oder das pfant sey verstanden.

Wann sich nu der kauffman dessen widert / daß er jhm den gesuch geben sol / so jms doch der jud on gesuch zu leihen zugesagt hat / als bald trawet[1]) jm der jud mit dem gericht / daß sich der kauffmann schampt / mit juden für gericht zu kommen. Wil er dan frid haben so muß er sich mit dem juden vertragen / vnd so ers lenger wil lassen anstehn / ein verschreybung / vmb gewönlichen gesuch / machen.

Wens nu aber vngeferlich ein halb jar ist gestanden / so ist des wuchers mehr worden / dann der gewin des kaufmans / so er mit dem geld hat gewunnen / da kan er allerst vil weniger von juden kommen / vnd muß zuletst darüber entlauffen. Darumb so gehe solcher frommen juden müssig / so bleybst du bey ehren.

Es begibt sich auch zu zeyten daß sich spennige[2]) sachen zwischen juden vnd Christen / etwa des wuchers oder pfants halber zutragen / dadurch sie ins gericht gespant werden / vnd so die sach nit mag mit zeugen erweißt werden / wirt dem juden ein eydt zu gelassen / nach seiner jüdischen weiß / welchen er gern vnd willig zu thun (ob er schon wissentlich vnrecht hat) geneygt ist / vnd ob er sich des eydts schon widert[3]) / so thut ers doch nit aus der forcht Gottes / sondern aus gleyßnerey / vnd daß er besorgt / sein falscheyt werde offenbar. Dann dieweyl es ein Christen betrifft / macht jm der jud kein gewissen darüber / den selbigen zu betriegen / dieweil den alten ward nachgelassen jhre feind zu hassen / wie es dann Christus Math. 5. bezeügt.[4])

Derhalben solt keynem juden nachgelassen werden / mit dem eydt / wider ein Christen zu bezeügen / dan so sie sich nit förchten / wider Gots gebot Exodi 22[5]) Levitici 19.[6]) Die fremdling so bey jnen wonen / zu schinden vnd betriegen / darzü auch von dem nichts halten / der jnen solchs gebotten hat / vil weniger werden sie wider ein Christen / den falschen eydt zu thun / scheühen. Denn wer sich nit scheühet zu stelen / der förcht sich auch des liegens nit.

Ende disser warnung / der juden wucher betreffend.

Es schliesst sich nun noch eine eindringliche Ermahnung an die Christenheit an, vor allen Dingen nicht selbst nach Judenart zu wuchern. Daß das böse Beispiel der Juden zur Nachahmung reizte, war ja nur natürlich. In der That hatte die „Hantierung des schändlichen Wuchers“ auch unter den Christen um sich gegriffen. Der Verfasser verweist seine Glaubensgenossen auf die Heilige Schrift, die Barmherzigkeit gegen den Nächsten fordert und jedes Zinsnehmen untersagt (Luc. 6,35: Leihet, daß ihr nichts dafür hoffet). Ebenso wie Luther (und auch das kanonische Recht) gegen jedes Zinsnehmen war, so will auch unser Schriftchen nichts davon wissen. Nur ein Pfund soll man nehmen dürfen, weil sonst „leichtfertige Leute viel entleihen und wenig wiedergeben würden“.

Wir heben die bezeichnendsten Stellen aus der folgenden Ermahnung heraus:

Es sein aber auch on zweyfel vil Christen / die auch fer mit dem juden spies stechen[1]) / sprechen darzu unverschampt es sey besser ein spies in der hand / dann ein adler off dem Dach. Nu wolan / du solt aber auch wissen / daß Luce. 12. geschrieben steht / wie der knecht der seins herrnn willen wol weiß / vnd kompt dem nit nach / mer dann derjenige so es nit weiß / schleg erleyden wirt. Meinst du daß dein Gott daß du dich rümest / ein blinder sey? Daß er die eytelkeyt deins falschen hertzens nit sehe oder verstehe? Neyn zwar / er wirt dirs nit vergessen / am tage des gerichts / wann er das verborgen der menschen eröffnen wirt / so wirdst du vor jm bestehn / wie schne in der sonnen.

Du kanst wol eim armen dürfftigen / on deinen schaden in seinen nöthen leyhen / thust du es nit / vnd lesset jn vngetröst mit dem pfand zum juden gehen / so bist du ein vrsach seins verderbens / wie will du es doch gegen Got verantworten? Du wilt von Got barmhertzigkeyt haben / wilt aber gegen deinen negsten / dieselbige nit auch beweisen / so doch von Christo nichts höher / dann die barmhertzigkeyt / gepreyst wirt. Du darffest nit denken daß dir anderst von Gott widerfar / dann wie du deynem negsten auch thust.

Weyst du nicht daß der HERR / am tage des gerichts Math. 25[2]) zu den vnbarmhertzigen sagen wirt? Gehet hyn von mir jr verfluchten in das ewig fewer)(Ich bin hungrig gewest / jr aber habt mich nit gespeyset)(. Hie muß du bekennen / was du eym armen Christen thust / daß es Christo selbst gethan sey / dann er sagt Marci. 9.[3]) Wann du dem geringsten aus den meynen / ein trunck wassers gibst / es sol dir nit vnbelont bleiben.

Derhalben magst du nu wol bey dir selber ausrechnen / ob du ein Christ seyest. Verschleüst du dein hand für dem dürfftigen / der eben den Gott förchtet / den du bekennest / so wirt auch Gott sein barmhertzigkeit für dir verschliessen / vnd seynen segen von dir nemen / hast du schon nie genug / so must du doch seiner huld mangeln / vnd nach deynem thod / müssens deine kindskinder entgelten. Es wirt ye Gott nit liegen / da er durch den Propheten sagt. Ich bin dein Gott / ein starcker eyferer / der do heymsucht der vätter mißdathen / biß in das dritte vnd vierdte glyd. Vnd so viel ich solcher leute kennet hab / ists keym zuletst wol gangen / entweder sie oder jre kinder sein verdorben.

Drumb sey gewarnt / was hülffs dich wan du schon aller well guth hettest / vnd dein seel müste nach dissem leben ewiglich in helltischer glut brennen. Du denckest aber der teuffel sei nit so greülich / wie er gemalt wirt. Nu wolan / glaubst du es nit / so wart biß du es erfarest / so hast du dann zu lang geharrt.

Ich hoff aber / es werden doch etliche disse warnung annemen / vnd sich hynfüro (nit vmb meiner willen / sondern vmb des HERRN willen) gegen jrem negsten / mit barm-

[1]) droht.
[2]) strittige.
[3]) weigert.
[4]) Matth. 5, 43.
[5]) 2. Mose 22, 21.
[6]) 3. Mose 19, 33.

[1]) „Mit dem Judenspieß rennen“, „mit dem Judenspieß stechen“ sind im 15. und 16. Jahrhundert weitverbreitete Redensarten. Die Posse der Juden, ihr Spieß, ist eben der Wucher; und wenn ein Christ Wucher treibt, so sticht er mit dem Judenspieß. Das Bild ist dem Turnierwesen entlehnt.
[2]) Matth. 25, 41 ff.
[3]) Marc 9, 41.

Digitized by Google

hertzigkeit erzeigen. Bringt dir einer ein pfant / so laß jn nit vngetröstet von dir gehn / dann du magst künlich glauben / daß jn Gott hat zu dir geschickt / das pfant magst du wol behalten / biß er dir dein gelt wider gibt / daß du aber wucher nemen solt / kan nit on sünd geschehen / dann wuchern ist sünd vnd von Gott verbotten / wie oben genugsam bewesst. Vnd wiewol auch Exo. 22. Luca 6. verboten ist pfant zu nemen [1]) / mus mans doch nach gelegenheyt der zeyt vnd personen / halten. Dann wo das solt geyant gehalten werden / würden sich viel leichtfertiger leudt finden / die viel entlehen / vnd wenig wider geben würden.

Beschluß.

Ob sich aber yemand ließ beduncken / er sey gleych ein jud oder ein Christ / dag ich jm disser warnung / die sach vngelimpflich vnd zu grob an griffen het / dieselbigen sollen mir mein vnwissenheyt verzeyhen / vnd im Leyen Spiegel [2]) weyter darvon lesen / da werden sie es gelimpflicher finnden.

Volgt nu die Tafel des gerechneten wuchers / wie viel ein gulde Franckfurter werung / in 20. jarn / von wucher zu wuchers wucher sampt dem hauptgut / gesuchs tregt / vnd ist der §.[3]) für 9. Franckf. helr. gerechnet.

Alle wochen 2. Franckf. hlr. von einem gülden[4]) / tregt

Ersten jar. gesuch / 11 fl. vnd 5. heller.
Andern j. floren. 4. fl. vnd 6. heller.
Dritten. 2. floren. vnd 6. fl.
Vierden 3. fl. 19 fl. vnd sechßhalben heller.
Fünfften. 6. fl. 3. fl. vnd drithalben heller.
Sechsten. 9. fl. 8. fl. siebenthalben hel.
Siebenden. 14. fl. 15. fl. vnd 8. heller.
Achten. 22. fl. 4. fl. vnd 8 hlr.
Neunden. 33. fl. 9. fl. vnd ein halben hlr.
Zehenden. 49. fl. 22. fl. vnd drithalbn heller.
Eylfften. 74. fl. 10. fl. vnd 7. heller.
Im Zwölfften. 110. fl. 18. fl. vnd 6. heller.
Dreyzehenden. 164. fl. 18. fl. vnd 5. heller.
Vierzehenden. 244. fl. 7. fl. vnd 8. hell.
Fünffzehenden. 362. fl. 10. fl. vnd 7. hell.
Sechzehenden. 537. fl. 10. fl. sechßthalben hell.
Siebenzehenden. 796. fl. 10. fl. vnd 6. hell.
Achtzehenden. 1180. fl. 18. fl. vierdhalben hell.
Neunzehenden. 1749 fl. 18. fl. vierdhal. hell.
Zweuntzigsten. 2592. fl. 17. fl. vnd 4. hell.
Ein vnd Zweintzig. 3841 fl. 13. fl. vierdhal. hel.
Zwei vnd Zweintz. 5691. fl. 16. fl. vierhal. hel.
Item. 20. fl. / in 20 jarn. 51854. fl. 13 fl. siebendhal. hell.

Es möcht aber einer sagen / es wer nit müglich daß ein gulde so lang vnabgelöst soll bleyben / vnd ob es sich schon also begeb / so würd doch dem juden solches nit bezalet.

Antwort.

Wenn schon der gulde nach dem ersten jar nit seyn gesuch bezalt wirt / so leyhet doch der jud dem ersten der im bekompt / solch gelt wider / vnd deß es also für vnd für wuchert.

Getruckt am 15. tag deß Wintermons. 1551.

[1]) Das Pfandnehmen an sich ist in diesen Bibelstellen nicht direkt untersagt. Nach 2. Mose 22, 26 f. soll man nicht ein Kleidungsstück, dessen der andre bedarf, als Pfand nehmen, und in der Stelle Luc. 6, 34. 35 wird verlangt, dem Nächsten auch dann zu leihen, wenn keine Gewähr für die Rückzahlung geboten ist.

[2]) Diese Schrift ist wohl verloren gegangen.

[3]) Schilling.

[4]) Das sind 43½ v. H. Dieser Zinssatz war den Juden erlaubt.

Jüdische Wohlthätigkeit.

Man schreibt uns aus Hechingen:

Seit einiger Zeit ist hier eine Volksspeiseanstalt eingerichtet, in welcher die meist aus den umliegenden Ortschaften in die hiesigen Fabriken kommenden Arbeiter und Arbeiterinnen für das billige Entgeld von 25 Pfg. reichliches und so kräftiges Mittagstisch erhalten, wie er in gegenwärtiger Zeit nicht in allen Bauernhäusern unserer Landorte gefunden werden dürfte. Diese Einrichtung wirkt gewiß segensreich, und es ist den um die gute Sache eifrig bemühten Herren Stadtpfarrer Mayer, Oberamtmann Lorgard und Physikus Stauß hoch anzurechnen, daß der Arbeiterwelt nun unter der kundigen, uneigennützigen und hingebenden Leitung und Fürsorge der Spittelschwestern ein warmes Mittagessen zu Teil wird an Stelle der früheren kalten Küche und oft mehr als zweifelhaften sonstigen Ersatzmittel.

Die meisten hiesigen Arbeiter und noch mehr die Arbeiterinnen sind in den im Besitz von Juden befindlichen Tuchfabriken und andern Fabriken beschäftigt. Es drängt sich deshalb unwillkürlich die Frage auf, wie stellen sich diese jüdischen Fabrikanten zu der im Interesse ihrer Arbeiter und Arbeiterinnen errichteten Speiseanstalt, die selbstverständlich zur Kräftigung der Lente dient und damit auch indirekt den Fabrikanten zu Gute kommt.

Da erscheinen die Herren Fabrikanten nun allerdings in einem merkwürdigen Lichte. Anfangs nämlich blieben sie kalt, ganz kalt bis ans Herz hinan. Was liegt denn auch an einem Arbeiter oder einer erst einige Zeit im Geschäfte gewesenen Arbeiterin! Die einmal vorgefundene Arbeitskraft nutzt man wohl aus, aber weitere Fürsorge für die Träger der verachteten Arbeit — a bah —, sind die alten verbraucht, dann kommen junge Kräfte.

Einer dieser jüdischen Fabrikanten soll sogar seine Zurückhaltung damit begründet haben, er scheue den „moralischen Einfluß" der Geistlichkeit auf seine Arbeiterinnen. „Das läßt tief blicken," wurde sein „Vetter," der „Genosse" Sabor sagen; denn es ist doch ein sonderbarer Volksbeglücker, dessen Bestrebungen die moralische Hebung seiner Arbeiterinnen im Wege steht.

Es schein nun ein kleiner Umschwung stattgefunden zu haben; wenigstens lesen wir in Nr. 137 der „Hohenzollerischen Blätter" nachstehendes:

> Herr Fabrikant Adolf Baruch sen. hat der hiesigen Speiseanstalt für Fabrikarbeiter den hohen Betrag von 2000 Mk. gespendet. Der Geber hat damit den Beweis seiner arbeiterfreundlichen edlen Gesinnung geliefert, der aufrichtigen Dank und rühmlichste Anerkennung verdient.

Diese lobspsalmartige Wohlthat des Herrn Baruch erscheint den „Hohenzollerischen Bl." selbst so augergewöhnlich, daß sie zwei Nummern später wiederholen zu müssen glauben, Adolf Baruch habe die „reiche dankenswerte Gabe" von zweitausend Mark im Namen der Firma B. Baruch & Söhne gespendet.

Gerade diese nicht nur unsere Ansicht nach marktschreierischen Lobeserhebungen geben zu denken und sind geeignet, kleine Erinnerungen aufzufrischen.

Die Baruchs sollen in die Millionen hineingewachsen sein. Einzelne der vier Inhaber der Firma konnten ihren Töchtern je achtzigtausend Mark Mitgift spenden. Wir fragen nun: Haben die Herren dieses große Vermögen nach Hohenzollern hereingebracht, oder haben sie es sich im Ländchen erworben? Haben sie es allein durch ihre so gern betonte Emsigkeit, Nührigkeit und Nüchternheit erworben, oder ist die Volksarbeitskraft auch Faktor dabei gewesen? Sind sie nicht im Ländchen und durch das Ländchen so reich geworden?

Wir fragen weiter: Grämmert sich denn gar niemand mehr der Thatsache, daß der Firma Baruch von Regierungswegen für damalige Zeit sehr hohe Geldbeträge unverzinslich zur Anschaffung der Webmaschinen gewährt worden sind? Hat denn niemand jene dahin weisenden Schilder an den Baruchschen Webthüchlen gesehen? Dem Volke haben die Baruchs Arbeit verschafft, so hört man sagen, aber wie sie selbst dabei fuhren, zeigt Figura! Und da macht man ein Aufsehens von ganzen

Digitized by Google

zweitausend Mark, gerade als wäre es eine heroische Schenkung, für die man sich unendlich bedanken müßte!

Gaben denn alle Jnden zusammen, so wie sie zur Zeit unser Land beglücken, je so viel für das Volk zu gemeinnützigen Zwecken und zur Linderung privater Not, wie die Baruchs allein vom Lande durch die Regierung direkt und indirekt empfangen haben?

O, diese geist- und gedankenlose Charakterschwäche unsers Volkes! Und der Vergleich mit andern Verhältnissen hätte doch so nahe gelegen!

Fast gleichzeitig erzählten nämlich unsre Lokalblätter, daß der Fabrikant Karl Behr im benachbarten Balingen aus Anlaß des fünfundzwanzigjährigen Bestehens seiner Fabrik hunderttausend Mark der Stadt Balingen zu gemeinnützigen Zwecken, insbesondere für die Arbeiterschaft und die Jugend gestiftet habe. Außerdem sind noch für viele andre Wohlfahrtseinrichtungen Gelder bereit gestellt. Baruchs Fabrik in der Friedrichsstraße ist 1862 gegründet, hat also anno 1887 ihr fünfundzwanzigjähriges Bestehen zu verzeichnen gehabt ... es sind Jahre später sistten die Baruchs großmütig ... zweitausend Mark! — Wo da ein Verständnis für soziale Pflichten besteht und wo Anerkennung und Lobeserhebung am Platze sind, wird der praktische Verstand des gewöhnlichsten Mannes klarer zu erkennen vermögen, als es der jetzigen Redaktion der „Hohenzollernschen Blätter" möglich zu sein scheint. Uns wundert es nur, daß man an zuständiger Stelle die Gabe des Großfabrikanten nicht von der Hand gewiesen hat, um zu zeigen, daß das Bestehen des edlen Werkes nicht vom Judengeld abhängig ist.

Wird dir nun auch der Grund klar, gutmütiger Landsmann, warum die der Hechinger Jndustrie ziemlich gleiche Gewerbsthätigkeit in Balingen und Ebingen den genannten Städten zum Heile und der Einwohnerschaft zum materiellen Wohle dient, während Hechingen zurückgeht und seine christlich-germanische Bevölkerung materiell mit den schwierigsten Verhältnissen zu kämpfen hat in der Mitte eines ausgesaugten und wenig kunfträftigen Landbezirks ohne Ersatz zu finden an der Jndustrie? In Ebingen und Balingen sind die Fabrikanten mit Land und Leuten verwachsen, sie fühlen sich und sind in der Heimat, sie bauen sich an und richten sich ein für alle Zeit, sie wollen nicht unter möglichster Ausnutzung ihrer Umgebung und ohne Rücksicht auf den wirtschaftlichen Ruin andrer schnell zu großem Reichtum gelangen, um baldigst dem ausgebeuteten Lande den Rücken zu kehren und in der Großstadt die Früchte des erworbenen Kapitals zu genießen, sie sind mit einem Worte keine Nomaden. Nein, in Ebingen und Balingen fühlen sich Fabrikant und Bürger eins und der Wohlstand des einen wirkt befruchtend auf das Erwerbsleben des andern. Von heimischen Banhandwerkern werden große den Zeiten und Verhältnissen entsprechende Banten für die Fabrikanten errichtet, die Einrichtungen bezieht man nicht von außen, sondern läßt sie am Orte selbst anfertigen, denn jene Rücksichtslosigkeit ist den deutschen Fabrikanten fremd, die den heimischen Handwerker nur zu Flickarbeiten gebraucht, bei Neuanschaffungen ihn aber zu Gunsten der Auswärtigen übergeht. Wie traurig sind diese Verhältnisse hier, wo der reichste jüdische Fabrikant in einer Behausung wohnt, in die man tellerartig von der Straße aus erst einige Stufen hinuntersteigen muß, hier, wo sogar der Damenkonfektion selbstverständlich abgesehen) fast alles bis zum täglichen Brot herab, ja selbst dieses teilweise noch, von auswärts bezogen wird. Wie sollen da unsre Bürger und Handwerker existenzfähig sein und ein entsprechendes Lager zu halten vermögen, wenn man sie systematisch umgeht und nur den Bedarf allenfalls der Dienstmagd bei ihnen deckt. Und doch meint dieses Judenvolk noch, man müsse ihm zu Dank verpflichtet sein, es halte die Leute in Nahrung! Wahrlich, eine starke Zumutung, der wohl jedermann kalt lächelnd gegenüber steht, denn solche Tölpel giebt es nicht, die da glauben, die Schornsteine der Juden rauchen im Jnteresse der Arbeiter; nein, die Suppe, die der Jude den Arbeitern reicht, ist eine blinde Suppe, da sind die Augen alle abgeschöpft, und wenn er heute seine Rechnung nicht mehr finden sollte, wird morgen das Rad still gestellt ohne Rücksicht auf die Zukunft der Arbeiter.

Wo wirkliches Jnteresse für die Arbeiter besteht, wo man sich mit väterlicher Fürsorge ihrer annimmt, zeigt weiter eine Notiz in derselben Nummer der „Hohenzollernschen Blätter", in der die verunglückte hohe Lobpreisung Baruchs enthalten ist, zu der wohl bald jeder mit ungetrübtem Blicke begabte Landsmann Stellung zu nehmen wissen wird.

Danach hat die Firma Groz Söhne, Nadelfabrik in Ebingen, der Gemeinde Bis zur Sicherung der wegen der erforderlichen großen Opfer fraglich erworbenen und doch so dringend nötigen Wasserleitung dreißigtausend Mark verwilligt und warum? weil genannte Fabrik in Bitz eine Filiale mit dreihundert Arbeitern besitzt, denen die geplante Anlage mit zu Gute kommt!

Wo bleibt da Baruch mit seiner „arbeiterfreundlichen edlen Gesinnung"?

Wir kondolieren, verehrte „Hohenzollernsche".

Jndustrie-Krankheiten. Jm Reichs-Versicherungs-Amt ist ein umfangreiches Tabellenwerk über die Ursache der Jnvalidität der Rentenempfänger im deutschen Reiche zusammengestellt worden. Daraus veröffentlicht die „Soz. Praxis" eine lehrreiche Zusammenstellung, der wir folgende Zahlen entnehmen. Jnsgesamt erhalten 158 462 Personen Jnvalidenrenten, von denen jedoch 7339 bei der Feststellung der Jnvaliden abzuziehen sind, weil sie über 70 Jahre alt sind und deshalb ohne weiteres zum Bezuge einer Rente berechtigt waren. Den Hauptanteil an den Ursachen der Jnvalidität tragen die Lungentuberkulose und die andern Krankheiten der Lunge, daneben auch Entkräftung, Blutarmut und Gelenkrheumatismus. Auf diese Krankheiten entfallen von je tausend Jnvaliden bei Männern 489 und bei Frauen 442 als Ursache. Bei dem weiblichen Teil der Jnvaliden spielen auch die Herzkrankheiten eine Rolle. — Der Beruf der Jnvaliden ist im Verhältnis zur Jnvalidität ebenfalls festgestellt worden; danach ergiebt sich, daß die Jnvaliden, die aus der Landwirtschaft hervorgehen, viel weniger von Lungenkrankheiten befallen sind, als die aus andern Berufen; namentlich der Jndustrie und dem Bergbau. Vor allem leiden die jüngeren Jnvaliden an Tuberkulose, so daß auf je tausend Jnvaliden unter dreißig Jahren über die Hälfte an Lungentuberkulose invalid geworden sind. Bei den Jnvaliden der Jndustrie sind die jüngeren Altersklassen mehr vertreten als die älteren, denn es entfallen fast ein Drittel Jnvaliden auf die Altersgrenze bis zu fünfzig Jahren. Soweit der Bericht. Wir wollen dem noch folgendes hinzufügen: Die über ganz Deutschland verbreitete Unterstützungskasse „Sensefelder Bund" für Lithographen, Steindrucker und verwandte Berufe giebt Vierteljahrsberichte heraus, die auch Totenlisten enthalten. Es sterben vierteljährlich in der Regel fünfzehn Mitglieder, und davon zwei Drittel an einem Lungenleiden. Diese Zahlen zeigen, daß die Lungenkrankheiten als die wahren Volkskrankheiten anzusehen sind, und daß Deutschland ein unglückliches Land werden wird, wenn die Leute maßgebend bleiben, die — natürlich in ihrem eigenen Jnteresse — die Großindustrie als allein selig machend preisen.

Wir haben schon wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß die Zahl der zum Militärdienst tauglichen jungen Männer sich nicht mehr in dem gleichen Wachstum befindet wie die Bevölkerung. Die ländlichen Arbeiter ziehen in die Großstädte. Die Volksgesundheit ist im Schwinden begriffen. So deuten alle Zeichen auf eine zunehmende Verjunzung unsers Volkstums hin. Und dabei besteht unsre moderne Jndustrie kaum seit einem Menschenalter; wir haben, sozusagen, noch die erste und die zweite industrielle Generation um uns. Wie mögen erst die künftigen Geschlechter aussehen, wenn man die Dinge sich so weiter „entwickeln" läßt?

Digitized by Google

Die Gleichberechtigung ist in Gefahr! Bei der Einweihung des neuen Judentempels in der alten Ordensstadt Marienburg am 30. v. M. erschien der Landrat als Vertreter der Regierung. In Dudersstadt nahm am 24. v. M. nicht nur der Landrat daran Teil, sondern auch der gesamte Magistrat und der Direktor des kgl. Gymnasiums und der Regierungspräsident zu Hildesheim hatte sein „lebhaftes Bedauern" darüber ausgedrückt, nicht kommen zu können, versicherte aber seine „wärmste Teilnahme" an dem „bedeutungsvollen Ereignisse". Zu Straßburg im Elsaß erbaute sich Israel auf einem von der Stadt geschenkten Platze einen Tempel, zu dem der Staat sechszigtausend Mark Baugelder spendete. Der Einweihung am 8. d. M. wohnten der laiserliche Statthalter, der Bürgermeister, der Staatssekretär, der Gouverneur usw. bei. Und in Berlin, der großen Judenstadt, erschienen drei Tage später bei der feierlichen Einweihung des fünften Judentempels nur der Ober-Bürgermeister Kirschner, der Stadtverordneten-Vorsteher Langerhans, die Stadtschulräte Fürstenau und Bertram, der Stadtsyndikus Weise und eine Anzahl von jüdischen Stadtverordneten und zwar in voller Amtstracht. Aber kein Geheimrat, kein Minister, kein General war zu erblicken oder hatte ein Entschuldigungsschreiben gesandt. Das ist doch unerhört. In den Reichsländern kommt selbst der unmittelbare Vertreter des Kaisers, in den preußischen Provinzen läßt sich wenigstens der Landrat sehen, wenn ein Judentempel der Benutzung übergeben wird und in der Reichshauptstadt soll man sich nur mit der so wie so verjudeten Stadtvertretung begnügen? Hier ist die „Gleichberechtigung" in Gefahr und deshalb darf eine derartige Zurücksetzung der berliner Judenschaft nicht geduldet werden. Wo ist der Mann, der im nächsten Landtage den preußischen Geheimräten ihr verfassungswidriges Verhalten gehörig vorhält? Hoffentlich wird Heinrich Rickert wieder gewählt und dann kann der Kultusminister etwas erleben! +

Der Jude als Korpsstudent. Fast alle Verbände und Korporationen auf deutschen Hochschulen huldigen antisemitischen Prinzipien, d. h. Juden werden nicht als Mitglieder aufgenommen. Merkwürdigerweise machen von diesem löblichen und selbstverständlichen Grundsatz hin und wieder einzelne Korps des Kösener S. C. Verbandes eine nicht gerade rühmenswerte Ausnahme. — In Würzburg hatte ein Jude mit sehr bekanntem Namen seinen Wohnsitz, der Baron von Hirsch. Er ist „alter Herr" des Korps Nassovia. Es ist nun eine stadtbekannte Thatsache, daß dies Korps, in dem jetzt ein stramm antisemitischer Geist herrscht, dem Sprößling des alten Hirsch, als sich dieser bei der Nassovia aktiv meldete, nahe legte, sein Eintrittsgesuch nicht zu stellen, da man Juden nicht mehr aufnehme. Hirsch der Jüngere befolgte diesen Wink und studierte nun verschiedene Semester als sogenannter „Bilder"; plötzlich erlebte Würzburg die Überraschung, ihn in einem weißen Stürmer „herumliegen" zu sehen: Das Korps Guestphalia hatte kein Bedenken getragen, den von der Nassovia refüsierten Juden zu rezipieren. Es ist das derselbe Baron Hirsch, der vor längerer Zeit ein Säbelduell mit einem deutschen Studenten ausfocht, der ihn angeblich in seinen „religiösen" Gefühlen gekränkt hatte; einige Tage nach der Mensur konnte man ihre Einzelheiten, die ein Israelit aus bester Familie, wie Löb Sonnemann geschmackvoll schrieb, auspaukte, mit allen Einzelheiten in der „Frankfurter Ztg." beschrieben finden.

Wir wissen aus bester Quelle, nämlich von Angehörigen der Korps selbst, daß es der großen Mehrzahl derselben angenehm ist, wenn derartige Mißbräuche offen ausgesprochen werden. Scheut sich ein Korps, wie in diesem Falle die Guestphalia in Würzburg nicht, ihre numerische Schwäche dadurch auf den Damm zu bringen, daß sie, entgegen der Gepflogenheit aller andern Korporationen, Juden aufnimmt, so thut es sich selbst und auch dem Verbande, dem es anzugehören die Ehre hat, keinen Gefallen. Machen sich erst die Juden im S. C. breit — und wo erst einer ist, folgen in kurzem andre nach — dann wird er bald nicht mehr die Stellung einnehmen, die er jetzt in der That inne hat; man wird, vielleicht zu spät, zu der Erkenntnis gelangen, daß das eine Korps, das durch sein Verfahren in so merkwürdiger Weise von den übrigen Korps abweicht, dadurch das Ganze in nicht mehr gut zu machender Weise schädigt. Es wäre dem Kösener S. C. Verbande dringend zu empfehlen, diesbezügliche bindende Entschlüsse für alle Korps sobald als möglich festzulegen. I.

Mosaik.

Die Fideikommisse in Preußen bilden bei den Agitatoren des Freisinns und der Sozialdemokratie ein Stückchen eisernes Inventar. Den gutgläubigen Zuhörern in den Versammlungen wird ein haarsträubendes Bild entworfen, welch ungeheurer Landbesitz auf diese Weise festgelegt ist und wieviel arme Arbeiter davon unterhalten werden könnten, wenn alles „aufgeteilt" würde. Wir haben mitunter sogar Leute in den Agrarparteien gefunden, die sich von solchen Phrasen hatten einfangen lassen. Wie steht es in Wahrheit mit dieser Behauptung? Ende 1897 waren im ganzen preußischen Staate Fideikommisse im Gesamtumfange von 2141949 Hektar vorhanden, die nur 6,15 v. H. der Staatsfläche darstellten. Von dieser fideikommissarisch gebundenen Fläche bestanden aber 962088 Hektar oder 44,92 v. H. aus Waldungen. Wieviel Wasserflächen oder Ödländereien sich unter dem übrig bleibenden Grund und Boden befinden, können wir leider nicht angeben. Trotzdem zeigen schon diese Zahlen, daß eine Zerschlagung der Fideikommisse nicht den Nutzen bringen würde, den sich manche Bierbank-Politiker davon versprechen.

Zunahme der Juden und Katholiken in Sachsen und Abnahme der Evangelischen. Von den Bewohnern des Königreichs Sachsen waren im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung:

	Evangl.-Luther.	Röm.-Kathol.	Juden
im Jahre 1834 =	98,09 v. H.	1,75 v. H.	0,05 v. H.
„ „ 1849 =	97,93 „ „	1,87 „ „	0,05 „ „
„ „ 1858 =	97,80 „ „	1,82 „ „	0,07 „ „
„ „ 1867 =	97,45 „ „	2,12 „ „	0,09 „ „
„ „ 1871 =	97,18 „ „	2,10 „ „	0,13 „ „
„ „ 1880 =	96,75 „ „	2,45 „ „	0,22 „ „
„ „ 1890 =	95,29 „ „	3,67 „ „	0,27 „ „
„ „ 1895 =	95,35 „ „	3,71 „ „	0,26 „ „

Aus der Tabelle erkennt man, wie die Zahl der Katholiken das stärkste Wachstum beibehalten hat. Und wenn die Verhältnisse sich so weiter entwickelt hätten, wie bis zum Jahre 1890, so hätte Sachsen bald seinen evangelischen Charakter verloren, denn die Evangelischen zeigten eine schnelle Abnahme. Im Jahre 1895 hatten sich, wie uns die dem Statistischen Jahrbuch für das Königreich Sachsen entnommene Tabelle lehrt, die Verhältnisse etwas gebessert, nur die Katholiken zeigen eine fast stetige Zunahme.

Ein Zentrumsorgan in Sachsen. Über das Wachstum des Katholizismus im Königreich Sachsen belehrt uns die obenstehende Tabelle. Jetzt ist, wie die „Leipz. Neuest. Nachr." melden, auch eine katholische Zeitung gegründet worden, deren Probenummer am 4. d. M. erschien. Das Blatt wird in Dresden gedruckt, während der Redakteur z. Z. noch in Bautzen wohnt. Das Blättchen ist klein in seinem Umfang und bietet außer einem sehr zahm gehaltenen Artikel gegen sogenannte unpolitische Zeitungen und dem Beitrag eines Geistlichen, der übrigens aus einer andern katholischen Zeitung stammt und der zur Mitarbeit auffordert, auf den drei Seiten Text recht herzlich wenig.

Industrie und Geisteskrankheiten. Im Statistischen Jahrbuch für das Königreich Sachsen von 1898 finden wir eine sehr lehrreiche Tabelle über die ungeheure Zunahme der Geisteskranken seit 1871. Danach gab es im Königreich Sachsen

im Jahre 1871 =	1652	Geisteskranke	
„ „ 1875 =	2314	„	„
„ „ 1880 =	2590	„	„
„ „ 1885 =	2772	„	„
„ „ 1890 =	3184	„	„
„ „ 1895 =	4703	„	„

Digitized by Google

Die Zahl der Geisteskranken ist demnach um rund 185 aufs Hundert gewachsen, während Sachsens Bevölkerung seit 1871 nur von 2556214 auf 3787688 Seelen oder um rund 48 v. H. gestiegen ist. Die Zahl der Geisteskranken wuchs also ungefähr fünf mal so schnell als die der Bevölkerung. Sicher hängt diese betrübende Thatsache mit der industriellen Hetze zusammen, die in keinem andern deutschen Lande sich so entwickelt hat wie in Sachsen. Die Großbetriebs-Sucht, der Großstadt-Kitzel, wie die fieberhafte Hast des modernen Lebens überhaupt dürften auch unter Sachsen zu dem Lande gemacht haben, das die meisten Selbstmörder hervorbringt. Und welcher denkende Mann beobachtet nicht mit Schrecken die unheimliche Zunahme der Nervenkrankheiten im allgemeinen? — Aber all die Zahlen, all das durch sie bewiesene Elend rühret jene Herren nicht, die sich durch unnatürliches Vorwärtsdrängen der Industrie, durch Bodenwucher und durch die Zusammenpferchung der Bevölkerung zu bereichern suchen. Ihr Spruch lautet: Nach uns die Sindflut! tzr.

Mit der Greifenhaftigkeit in der Partei muß endlich einmal aufgeräumt werden, rief zu Berlin der Vorsitzende einer freisinnigen Versammlung, in der die preußischen Landtagswahlen besprochen wurden. Wer ist nun gemeint? Virchow, Eugen, Knörcke oder Heinrich Rickert? Vielleicht ermitteln es die Anti-Anti-Mittelsingen bald. In derselben Versammlung behauptete ein Redakteur Cohn, daß bei der vorigen Wahl Betrügereien vorgekommen seien, um die jetzigen freisinnigen Abgeordneten durchzubringen, deshalb müsse dieses Mal für eine bessere Auswahl der Wahlmänner gesorgt werden. Wer schreit doch sonst immer über Wahlbeeinflussungen der rechtsstehenden Parteien? —

Ein schönes Bild der Zusammengehörigkeit liefern augenblicklich die Bäcker-Innungen. Für ihre bei dem durch die Sozialdemokraten zu Hamburg veranstalteten Brot-Boykott geschädigten Kollegen haben die in Innungen vereinigten Bäckermeister bisher schon über zwanzigtausend Mark gesammelt.

O diese Fremdwörter! In ein Barbiergeschäft in der Nähe des Brühls zu Leipzig, das, wie viele andre, auf großen Plakaten ankündigt, daß nur mit antisceptischer Seife rasiert werde, trat vor einigen Tagen ein zur Messe in der großen Seestadt weilender galizischer Jude. Er verlangte barbiert zu werden und ließ sich auf freundliche Einladung in den bereit gestellten Sessel nieder. Der Gehilfe traf die Vorbereitungen und der orientalische Kunde musterte inzwischen das Innere des Ladens. In dem Augenblicke, als die Hand des Barbiers beginnen wollte, ihn einzuseifen, sprang der Jude mit wütender Geberde auf, riß die Serviette ab und machte Miene, unter Protest das Lokal zu verlassen. Der erstaunte Gehilfe konnte das Benehmen des Fremden nicht fassen, suchte ihn aufzuhalten und drang in ihn, was ihm denn geschehen sei. Der wutschnaubende Gast ließ sich jedoch nicht bändigen, riß die Thüre auf und sprang auf die Straße mit dem Rufe: „Werd ich tragen mei Geld in e Geschäft, wo se rasieren mit antisemitischer Seife!“ Sprachs und verschmand — — —

Sozialdemokratisches. Ein Aktionär scheint der „Genosse“ und Stadtverordnete Krause zu Elmshorn zu sein. Er soll auf offener Straße beim Ansehen der Brüder J. und S. Oppenheim gesagt haben: „Da gehen auch so'n paar Juden“. Der eine Oppenheim wollte sich diesen Ehrentitel nicht gefallen lassen und versetzte dem „Genossen“ deshalb ein paar Ohrfeigen. Diese kosten ihm nun dreißig Mark und der „Jude“ dem Genossen zwanzig Mark. —

Die „Sächs. Arbeiterztg.“ zu Dresden hat den Mut, den Mörder der Österreichischen Kaiserin mit dem Fürsten Bismarck zu vergleichen. Das Blatt schreibt nämlich: „Luccheni und Bismarck! Der eine ein Meuchelmörder, der andre scheute sich seit einem Menschenalter nach einem Blutbad unter dem deutschen Volke und starb, ohne diesen Hochgenuß eines „eisernen“ Staatsmannes erlebt zu haben!“ Wo ist die Hundepeitsche? —

Als ächter Proletarier hat der österreichische Reichsratsabgeordnete, Jude und „Genosse“ Dr. Berkauf sich zur Erholung in die Sommerfrische Südtenthal bei Gomagnoi (Tirol) begeben. —

„Genosse“ Singer war von den Stadtverordneten Berlins in die Schuldeputation gewählt. Dafür haben die Herren jetzt einen jüdischen Rabenstein eingesteckt. Der Kultusminister hat nämlich einfach verfügt, daß Sozialdemokraten weder in Schuldeputationen noch in Schulvorstände eintreten dürfen.

Was Herr Rudolf Mosse alles vermittelt. Nicht nur von Gummiartikeln und pikanten Photographien kann man in den Anzeigen der Annoncen-Expedition von Rudolf Mosse lesen, sondern auch von andern merkwürdigen Sachen. Nachstehend zwei Proben aus der „Obessaer Ztg.“:

Als Courier,

wünscht Posten, hochgebildete, mehrere Sprachen, sprachenkundige, sehr versierte, äußerst sympathische Dame von eleganter, hübscher Erscheinung. Besitzt eiserne Gesundheit, schnell feine Stenogram, — ist auch perfekte Correspondentin und Maschinenschreiberin. Beste Referenzen. Gefl. Zuschriften sub . . . befördert **Rudolf Mosse, Wien I.**

Einen Lebenszweck.

Pflichtenkreis, sucht vollkommen alleinstehende, sich vereinigt fühlende, hochgebildete, elegante Dame von äußerst sympathischer, hübscher Erscheinung, — durch Reichthum an, wenn auch kränklichen Eltern vornehmen Herrn, eventuell mit mutterlosem Kind. — Da Dame selbst in gesicherter Lebensstellung ist, sucht sie daher nur reiche Persönlichkeit aus höheren Kreisen, der sie sich bei Convenienz vollkommen widmen könnte

Beste Referenzen. Gefl. Anträge sub Chiffre: . . . befördert **Rudolf Mosse. Wien I.**

Der Zusammenhang beider Anzeigen ist uns ebenso klar wie ihr Zweck. Dem Mosseschen Annoncenbureau ist natürlich nichts klar!

Der Jude als Höfling. D'Disraeli oder Lord Beaconsfield, wie er später hieß, war ein gar schlauer und glatter Höfling. Er verstand es wie keiner, der Königin Viktoria von England zu schmeicheln. Davon erzählt das jüngst erschienene Buch „Diary of a Politician“, das sich hauptsächlich mit Gladstone und D'Disraeli beschäftigt, folgende charakteristische Züge: Im letzten Jahre seines Lebens sagte Lord Beaconsfield zu Matthew Arnold: „Sie haben wohl gehört, daß man mir nachsagt, ich sei ein Schmeichler. Es ist wahr, ich bin ein Schmeichler. Ich habe es nützlich gefunden. Jeder hat Schmeichelei gern. Wenn man zu königlichen Herrschaften kommt, sollte man die Schmeichelei mit einer Kelle auftragen.“ Als Höfling leistete Lord Beaconsfield Ausgezeichnetes. Einmal soß er beim Mittagsmahl neben der Prinzessin von Wales. Er versuchte eine harte Semmel zu zerschneiden. Das Messer glitt ab und er schnitt sich in den Finger. Die Prinzessin von Wales nahm sofort ihr Taschentuch und verband damit den Finger. Der Alte stieß einen Seufzer aus und bemerkte: „Ich hatte um Brot gebeten und man gab mir einen Stein, aber ich hatte eine Prinzessin, um mir meine Wunden zu verbinden.“

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. Seines Namens ist der Amtsgerichtsrat Ernst Levinsohn zu Zehlendorf (Kr. Teltow) überdrüssig. Mit Genehmigung der Regierung wird er sich deshalb in Zukunft Laubhardt nennen. —

Der Männer-Turnverein zu Neumark (Westpreußen) hat den jüdischen Rechtsanwalt Lewinsky zum Vorsitzenden gewählt. —

„Herzliche Glückwünsche zum Neuen Jahre!“ sieht auf einer Ansichtspostkarte, die die Bilder der Themis, von Dreyfus und Zola zeigt. Das Machwerk ist uns pünktlich am 1. Tischri von unbekannter Seite zugegangen, natürlich namenlos und ungenügend frankiert, weshalb wir selbstverständlich die Annahme verweigerten. Der verehrte Jude hat also seinen Zweck nicht erreicht. —

Gar keine Juden hat der Kreis Eiderstedt in Schleswig-Holstein aufzuweisen. —

Im Westen Berlins leitete ein strenggläubiger Jude die Feier seiner silbernen Hochzeit mit dem Chorale „Jesus, meine Zuversicht“ ein!

Im Coseler Stadtblatte wird der Empfang von Spenden für die katholische Pfarrkirche bescheinigt. Darin heißt es: „Durch Frau Stißmann 120 Mark, gesammelt bei einer Anzahl jüdischer Familien zur Renovation des Kirchturms“. Und dabei ist Cosel noch eine der am wenigstens verjudeten Städte Oberschlesiens, denn sie zählt unter der sonst rein katholischen Bevölkerung nur 5 von Hundert Juden!

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königsstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Pogrese, Berlin NW. 5, Kruppstr. 13.
Druck: G. Reusche, Leipzig.

Digitized by Google

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich **Mk. 1.50** bei den Postanstalten (Post-Zeitungsliste Nr. 1788) und Buchhandlungen. Unter Streifband **Mk. 2.**

Herausgegeben von Max Liebermann v. Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Anzeigen: die 4-gespaltene Petit-Zeile **25 Pfennige.** Verlagsanstalt: Königstraße Nr. 27, Leipzig.

XIII. Jahrgang. | **Leipzig, 29. September 1898.** | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Juden-Frage. Otto Glagau. | **Nr. 528.**

Inhalt: Die Reichstagswahlen der letzten vier Legislaturperioden. — Der Kampf um das Deutschtum. — Jüdische Freisinnigkeit. — Bundesgenossen. — Winke für die preußischen Landtagswahlen. — Von der ermordeten Kaiserin Elisabeth — Fürst Bismarck gegen die Großstädte und Industriezentren. — Das Ghetto und die Juden in Rom. — Ausland. — Mosaik. — Parteinachrichten. — Zitoael im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Die Reichstagswahlen der letzten vier Legislaturperioden.

Als Ergänzung der bereits in Nr. 525 mitgeteilten Zahlen bringen wir heute eine vergleichende Übersicht der auf die einzelnen Parteien bei den Wahlen zum Deutschen Reichstage seit 1887 entfallenen Stimmen und zwar nach den amtlichen Ermittlungen.

Partei	1887	1890	1893	1898
Deutsch-Konservativ	1 147 200	890 144	1 038 353	847 863
Deutsche Reichspartei	759 389	485 959	438 435	343 642
Nationalliberal	1 677 979	1 187 669	996 980	971 302
Freisinnige Vereinigung	973 104	1 167 764	258 481	194 366
Freisinnige Volkspartei			666 439	559 630
Süddeutsche Volkspartei	88 818	147 570	196 757	198 528
Zentrum	1 516 222	1 340 719	1 468 501	1 455 139
Polen	219 973	246 773	229 531	244 128
Welfen	112 827	112 675	101 810	(105 161)
Elsässer	233 685	161 156	114 702	(107 415)
Dänen	12 360	13 672	14 363	(15 439)
Sozialdemokraten	763 128	1 427 323	1 786 738	2 107 076
Antisemiten	11 893	47 536	263 861	293 553
Bayerischer Bauernbund	—	—	66 392	140 304
National-Soziale	—	—	—	(27 052)
Bund der Landwirte	—	—	—	110 389
Unbestimmt	38 854	35 737	48 658	86 462
Andre Parteien	—	—	—	277 535
Zersplittert	8 826	15 005	13 672	13 846
Insgesamt	7 540 938	7 228 720	7 678 973	7 752 693
Wahlberechtigt waren	9 769 862	10 146 736	10 024 292	11 441 194
Bevölkerung	46 855 704	46 855 704	49 428 470	52 250 894

In den Zahlen unter dem gemeinsamen Namen „Antisemiten" sind 48 734 Stimmen enthalten, die auf christlichsoziale Kandidaten und 19 382 (gegen 22 255 im Jahre 1893) Stimmen, die auf Kandidaten entfielen, die nicht der deutschsozialen Reformpartei angehören. Die drei Bezeichnungen „Unbestimmt", „Andre Parteien" und „Zersplittert" schließen 105 161 welfische, 107 415 elsässische, 15 439 dänische und 27 052 nationalsoziale Stimmen ein. Zum Vergleich mit den Ergebnissen der frühreren Jahre haben wir diese Zahlen in Klammern der Aufstellung eingefügt.

Das Geschrei der Gegner über den „Rückgang des Antisemitismus" wird jetzt wohl verstummen. Kein Mensch wird uns widersprechen, wenn wir die bayerischen Bauernbündler auch als Antisemiten bezeichnen, und mit diesen zusammen zählen wir 434 000 antisemitische Stimmen, was gegen 1893 einen Zuwachs von mehr als hunderttausend Stimmen bedeutet. Gegenüber dem zum Teil sogar sehr starken Rückgange der philosemitischen Parteien und dem Verzichte, den wir zu Gunsten der Parteien der Konservativen, des Bundes der Landwirte und der Nationalliberalen in vielen Wahlkreisen geübt haben, wiegen diese hunderttausend fast doppelt so schwer.

Eine genaue Zusammenstellung der in den einzelnen Wahlkreisen abgegebenen Stimmen lassen wir in nächster Nummer folgen.

Der Kampf um das Deutschtum.

Von dem auf Veranlassung des Alldeutschen Verbandes herausgegebenen „Kampf um das Deutschtum" liegen drei weitere Hefte vor. Von Christian Petzet wird uns eine Schilderung der nationalen Kämpfe in den Ostmarken*) gegeben: Zunächst ein geschichtlicher Rückblick und sehr eingehende statistische Nachweise: sodann eine gründliche, nüchterne Darlegung der gegenwärtigen Verhältnisse, die durch die Anmaßung der Polen, namentlich ihrer Presse und ihrer geistlichen und adligen Führer so sehr zugespitzt sind, während doch die Polen allen Anlaß hätten, dankbar — was Slaven allerdings nie sind — die Segnungen der deutschen Verwaltung in Kirche und Schule, Verkehr und Handel, Gewerbe und Landwirtschaft anzuerkennen. Die Herren möchten das zwar alles ganz gern haben und behalten, uns aber, die wirs geschaffen haben, jetzt, als nunmehr überflüssig geworden, den Stuhl vor die Thüre setzen. Der Mohr hat seine Schuldigkeit gethan. Auch die Thätigkeit der Ansiedlungs- und Rentengut-Kommission findet ausführliche Würdigung.

Die Schrift ist also recht belehrend. Doch können wir auch mit unserm Widerspruche nicht zurückhalten.

Der Verfasser bemüht sich nachzuweisen, daß die Gerechtigkeit den Polen gegenüber nie und nirgends verletzt sei. Aber wir halten die Anschauung, von der er dabei ausgeht, für grundsätzlich falsch. Denn gebühren wirklich in einem Nationalstaate feindseligen Unterthanen fremden Stammes in allem gleiche Rechte wie den Volksangehörigen?

In einem weniger unpolitischen Volke als dem unsern würde darüber kein Zweifel sein. Und in der That ist es im Altertume den Völkern gar nicht eingefallen, Fremden Rechtsgleichheit zu gewähren. Auch wir werden ja mit den Jahren wieder zu solch gesunden Staatsanschauungen gelangen. Freilich, eine Weile wirds noch währen.

Nur Vorteil hätten die Polen von dem Ansiedelungswerke, nicht im mindesten bedrohe und schädige es sie, auch solle es sie durchaus nicht etwa ausrotten! Und so findet Petzet denn auch nichts dagegen einzuwenden, wenn der Staat „echt preußische Polen" vom Ankaufe von Rentengütern nicht ausschließt!

Aber wer das für möglich hält und dahin strebt, das national so leicht fanatisierbare Polenvolk dauernd zu zuverlässigen Unterthanen und guten Preußen zu machen, der baut an einem Kartenhause. Lehrt das die Geschichte denn nicht deutlich genug? Nein, wir bleiben dabei: Eine eyrliche Aussöhnung der Polen mit uns ist eine Unmöglichkeit.

Ihre Germanisierung aber ist doch gar nicht wünschenswert. Wollen wir denn unser germanisches Edelblut noch weiter mit treulosem Slaventume verschlechtern? Wo wir noch dazu für unsre eigenen Volksgenossen nicht mehr genügend Platz im Lande haben.

Verfasser kann sich der schon mehrfach in diesen Blättern ausgesprochenen Forderung nur anschließen: unser Ziel muß sein, die Polen aus Deutschland hinauszukolonisieren. Erst

*) 72 S., mit einer Sprachenkarte 1,20 M., für Abnehmer der ganzen Reihe 1 M.

Digitized by Google

dann wird der Osten unser sein, und erst dann können wir daran denken, unsre Grenzsteine weiter nach Osten vorzurücken und dort für unsre überschüssige Volkskraft so notwendiges Neuland zu erwerben.

Auch Fürst Bismarck scheint schon mit der Möglichkeit ihrer Ausweisung gerechnet zu haben, wie aus folgenden Worten der „Hamb. Nachr." zu schliessen ist: Ob es auf die Dauer bei jener vornehmen Art einer schonenden und allmählichen Germanisierung durch die höhere Kultur, zu der sich die preußische Staatsregierung bekannt hat, sein Bewenden wird haben können, das sind Erwägungen, die wir den polnischen Heißspornen anheim geben, die für die etwaigen unliebsamen Folgen allein verantwortlich zu machen sind.

Und noch eine Ausstellung haben wir zu machen: Eine Schilderung des nationalen Kampfes in unsern Ostmarken ohne Berücksichtigung der besondern Verhältnisse, die er durch die starke jüdische Bevölkerung dort annimmt, ist ganz unzugenügend.

Wenn der Verfasser dazu aber noch schreiben kann (S. 10): „Ihre Auswanderung bedeutet eine sehr wesentliche Einbuße des Deutschtums", dann hört doch alles auf. Dann entsteht der Zweifel, ob er die Verhältnisse wirklich aus eigner Anschauung so genügend kennt, daß er berechtigt ist, andre darüber zu belehren.

Tiefes Schweigen über unsre Schwächung in dem nationalen Kampfe durch das blutsaugerische Judentum ist um so weniger begreiflich, da schon die von allen Seiten und auch von ihm doch so hochgerühmte Deutschfrei Flottwells das unmißverständlich aussprich. Aber merkwürdig, diesen Absatz in ihr scheinen die allermeisten derer, die zum Kampfe gegen die Polen blasen, übersehen zu haben.

Es ist das in unserm Blatte schon früher wiederholt vom Allbeutschen Verbande wegen seiner ersten Flugschrift über die Polenfrage zum Vorwurfe gemacht worden, daß er sich um die Judenfrage aus seiner bekannten Judenfurcht herum drücke. Er hat sich indes damals schweigend aus der Klemme zu ziehen gewußt, und leider hat er auch in dieser von ihm veranlaßten Schrift den Mut nicht gefunden, der Wahrheit die Ehre zu geben und die Dinge ganz so zu zeigen, wie sie sind. —

Nicht gelungen ist das neunte Heft der Sammlung, Deutschtum und Madjarierung*). Es beginnt mit einem gut geschriebenen Abriß der Geschichte des Deutschtums in Ungarn und Siebenbürgen und behandelt dann ausführlich die rücksichtslose Gewaltherrschaft der Madjaren gegen alle sogenannten „fremden" Völkerschaften Ungarns, die sich vor allem natürlich gegen die Deutschen, als die bestgehaßten, richtet. Man faßt sich unwillkürlich an den Kopf, wie unter der Herrschaft eines Fürsten aus altem deutschem Stamme derartige Zustände möglich sein können.

Aus Unglaubliche grenzen die Bestimmungen über Wahlen und Wahlrecht in diesem von allen Juden und Judengenossen hochgerühmten liberalen Musterlande. Wenn man sie nicht in einem ernsten Buche lese, würde man meinen, sie stammten aus einer Bierzeitung. Oder klingt das nicht ganz wie ein politischer Witz, daß, wenn eine Stunde nach Eröffnung der Wahl erst ein Kandidat bei dem Wahlvorsitzenden angemeldet ist, dieser die Abstimmung sollen lassen und den einzigen Bewerber als gewählt ausrufen kann?

Die Wahlfreie bewegen sich zwischen 158 und 5720 Wählern, sind aber nicht etwa durch Gesetz festgelegt, sondern nach Belieben von den hohen Behörden des sogenannten madjarischen Kulturstaates verfügt worden. Auch bilden die Wahlkreise nicht geschlossene Gruppen, sondern schlängeln sich in langen Linien hin und brauchen schließlich auch nicht zusammen zu hängen, sondern werden nach Bedarf zurechtgeschnitten.

Den Ausschlag bei der Wahl geben Geld und Gewalt.

Daß die katholische Kirche sich mit Haut und Haaren dem Madjarentum verschrieben hat, nimmt uns ja nicht weiter wunder. Finden wir daselbe Bild doch auch bei dem niedern Klerus in unsern polnischen Gegenden.

Aber was soll man dazu sagen, wenn man hört, daß Ungarns protestantische Kirche (wohl zu scheiden von der Siebenbürgens, die eine besondere Gemeinschaft bildet) ebenfalls um die Wette mit ihr eifrig an des Deutschtums Ausrottung arbeitet!

Man wird es einst einsehen, zu weissagte auf der Kanzel in dem „Jubeljahre" 1896 ein sogenannter Geistlicher des deutschen Namens Hering in madjarischer Sprache, daß das madjarische Volk in höherem Grade auserwählt war als einst Israel, und daß Arpad dieselbe Verheißung empfangen hat wie Abraham. In der Predigt dieses Renegaten kam der Name Jesu kein einziges Mal vor, dafür wimmelte es von Lobhudeleien auf das madjarische Volk, das madjarische Vaterland, den madjarischen Patriotismus.

Daß dieser Hering uns Deutsche doch bald von der Schmach befreite, daß der Träger eines germanischen Namens so schamlos geredet hat, und daß er sich für 50 Kreuzer baldigst in einen edlen Vollblut-Hunnen verwandelte.

Die protestantischen Kirchenbehörden haben unlängst eine Denkschrift an das Ministerium um Erhöhung der Staatszuschüsse gerichtet, in der sie — natürlich etwas durch die Blume — versprachen, diese Unterstützungen an die Geistlichen und Lehrer zu verteilen nach dem Maße ihres Eifers für die Madjarisierung der deutschen und slowakischen Gemeinden. Wer aber nur seine kirchliche Pflicht zur Nächstenliebe seiner Thätigkeit nehmen oder gar noch Anhängerschaft an seine nicht madjarische Muttersprache und sein Volkstum verraten werde, der solle selbstverständlich leer ausgehen und überdies in jeder Weise verfolgt und aus der Kirche hinausgedrängt werden.

Das ist der madjarische Protestantismus, dem der deutsche Gustav-Adolf-Verein mit freigebiger Hand Jahrzehnte hindurch seine Unterstützung gewährt hat.

Daß bei solchem Eifer aller maßgebenden Stellen die Madjarisierung große Fortschritte gemacht hat, ist natürlich.

Unter den Deutschen in den Städten ist es schon geradezu Mode geworden, den Madjaren zu spielen und sich für 50 Kreuzer einen schönen neuen Namen zu kaufen.

Besser halten die Deutschen der Landgemeinden ihr Deutschtum fest, und sie bilden vier Fünftel aller ungarländischen Deutschen. Auch sie freilich sind arg bedrängt, teilweise durch Slawisierung, besonders in der Zips, in andern Gegenden durch die zahlreich einwandernden polnischen Juden. Viele wandern auch aus nach Österreich oder nach Amerika.

Alle die einzelnen deutschen Sprachinseln werden nun in unserer Schrift ausführlich besprochen und die Gründe ihrer Rückschritte oder Fortschritte.

Der Hauptschaden ist, daß kein Gemeingefühl unter den Deutschen Ungarns vor allem wegen ihrer Scheidung in Evangelische und Katholiken besteht wie unter Siebenbürgens Deutschen. Hinzu kommt die Aufhebung der deutschen Schulen und die Einrichtung von madjarischen Kindergärten, so daß sich Eltern und Kinder oft nur noch schlecht verständigen können.

Auch über den Anteil der Juden an der Untergrabung des Deutschtums wird hier freimütig und ohne die bekannte allbeutsche Ängstlichkeit gesprochen. —

Uneingeschränktes Lob verdient auch das sechste Heft dieses Werkes über das Deutschtum in Böhmen, Mähren und Schlesien*) aus der Feder des nationalen Reichstagsabgeordneten Karl Türk, zu dessen Empfehlung nur noch gesagt sein möge, daß es in Österreich verboten ist.

Schon Jahrhunderte alt ist der Kampf zwischen Germanentum und Slaventum um das Böhmerland, der jetzt vor unser aller Augen wieder so heftig entbrannt ist. Auch Hussens Persönlichkeit ist aus diesem Gegensatze heraus zu verstehen; es dürfte schwer zu entscheiden sein, welcher Trieb der stärkere in ihm gewesen ist, der nationale oder der religiöse. Die Deutschen

*) Von Dr. Gutram Schultheiß, mit einer Sprachenkarte; 1,40 M. Einzelpreis, 1,20 M. Vorzugspreis.

*) Mit einer Sprachenkarte. 1,20 M. Einzelpreis, 1 M Vorzugspreis.

Digitized by Google

haßte er glühend, darum vor allem hat man ihn auch in Kostnitz zum Tode verurteilt.

Und was damals die Tschechen gegen die Staatsgewalt zu erreichen suchten, die Unterdrückung und Versklavung der Deutschen, das versuchen sie heut heide im Bunde mit einander. Das ist das Geheimnis der Badenischen Sprachenverordnungen.

Oesterreich solle, das sei der Plan der leitenden Kreise, ein slavischer Staat werden. Ist dann nur erst das Deutschtum Böhmens vernichtet — die Deutschen selben dort zwei Fünftel der Bevölkerung! —, so ist auch den andern österreichischen Deutschen das Rückgrat ausgebrochen, ihre allmähliche Entdeutschung unvermeidlich.

Aber ob Deutschland, das um $1^1/_2$ Millionen elsässische Deutsche mit Frankreich auf Leben und Tod gekämpft hat, das so ruhig lächelnd gesehehen lassen würde? ob ein solcher Staat lebensfähig wäre? da Slaven bekanntlich nur so lange einig zu sein pflegen, wie es etwas zu zerstören giebt, was nicht slavisch ist, sich aber selbst zu Grunde richten, wenn es nichts mehr zu zerstören giebt.

Das sind Erwägungen, die die österreichischen Staatsmänner wohl wieder auf andre Bahnen führen werden.

Im Grunde haben wir Deutschen freilich bisher eigentlich keinen Grund, über die Sprachenverordnungen zu klagen. Denn sie haben dem österreichischen Deutschtume den unschätzbaren Dienst geleistet, es aus seinem dreihundertjährigen Traumleben gar unsanft aufzurütteln.

Baden verdient es wirklich, in allen deutschnationalen Vereinen zum Ehrenmitgliede ernannt zu werden. B.

Jüdische Feinfühligkeit.

Nach den „Hohenzollerischen Blättern“ hat der Regierungs-Präsident von Oertzen aus Sigmaringen, gelegentlich der feierlichen Einführung des neugewählten Stadtschulthaißen zu Hechingen in Begleitung des Oberamtmannes Longard die große Fabrik von B. Baruch & Söhne auf der Friedrichsstraße besichtigt, wobei Adolf Baruch jen. & Fabrikdirektor Baruch jr. als Führer gedient haben sollen. Der hohe Besucher, heißt es im genannten Lokalblättchen, habe das größte Interesse für alle einschlägigen Verhältnisse gezeigt und sich genau nach der Lage der Arbeiter erkundigt.

Da der hohe Herr sich hoffentlich auch nach der Lage und den Verhältnissen der Arbeiterinnen erkundigt haben wird, freuen wir uns dieses Besuches und der eingehenden Besichtigung von Herzen. Freilich müssen wir bekennen, daß die Wahl des Adolf Baruch jr. als Führer für den Regierungs-Präsidenten eine gradezu unnennbare Rücksichtslosigkeit seitens der Fabrik-Inhaber bedeutet, die uns Deutschen einfach unbegreiflich erscheinen muß, aber so recht geeignet ist, den großen Gegensatz zwischen den beiderseitigen Anschauungen festzustellen. Adolf Baruch jr. ist der Jude, dessen Thun und Treiben in den Nummern 503, 512, 515, 517 und 519 dieser Blätter gebührend von uns gekennzeichnet worden ist. Von seinem ersten Alimentationsprozesse bis auf die neueste Zeit, also eine lange Reihe von Jahren hindurch, bildet Baruch jr. den Mittelpunkt von Skandalgeschichten mit seinen Arbeiterinnen, die schon mehr als zur Tagesordnung gehörig, in Hechingen kaum noch besprochen werden. Die vor einiger Zeit erfolgten gerichtliche Vernehmung von Arbeiterinnen und die Selbstbekenntnisse eines von Baruch in frühester Jugend mißbrauchten Mädchens, die sich urschriftlich im Besitze der Schriftleitung befinden und die wohl geeignet sind noch vielen Staub aufzuwirbeln, haben längst gezeigt, daß der Führer des Regierungs-Präsidenten ganz wo anders am verdienten Platze wäre, als an der Seite des höchsten Beamten von Hohenzollern.

Gewiß kann dieser, der erst seit Kurzem als Nachfolger des Regierungs-Präsidenten von Schwarz in Hohenzollern weilt, nicht verantwortlich gemacht werden für die eigenartigen Gefühle, die nicht nur in der Hechinger Bevölkerung Angesichts der Bekomplimentierung dieses Baruch durch ihren Regierungschef, Platz gegriffen haben, da er die Verhältnisse nicht kennen kann und ihm die traurigen Einzelheiten aus dem Leben der mißbrauchten und mit den Judenspröißingen weggejagten armen Arbeiterinnen fremd sind.

Vielleicht ist ihm aber durch seinen Begleiter, dem in Hechingen ansäßigen Oberamtmann Longard, später einige Aufklärung geworden. Wenn dieser auch die Verhältnisse in Baruchs Fabrik nicht ganz zu überschauen vermag, sind ihm doch die Umstände nicht fremd geblieben, die der Alimentationsprozeß der Arbeiterin Therese Beck gegen Baruch jr. an das Tageslicht gebracht hat. Jene Verhandlungen vom 8. Juni 1895, sowie das Urteil vom 27. Juni desselben Jahres, durch das Baruch jr. zur Alimentation seines Sohnes gezwungen wurde, brandmarken ihn für alle Zeit und sind geeignet, seine Bethätigung zum Umgang mit dem Regierungs-Präsidenten in eigentümlichem Lichte erscheinen zu lassen.

Wenn trotz alledem die Fabrikherren keinen Würdigern unter sich aufzutreiben gewußt haben, um dem Vertreter der Regierung als Führer zu dienen, bleibt es höchstens fraglich, ob nicht eine frühzeitigere Aufklärung des Regierungs-Präsidenten unter den obwaltenden Umständen geboten gewesen wäre.

Bundesgenossen.

Häufig hat man die Frage aufgeworfen: Wie kommt es, daß das geistig so reich begabte intelligente Volk der Deutschen, so von dem fremden, ihm in keiner Weise überlegenen Volke der Juden sich in Fesseln schlagen lassen konnte? Mancherlei Gründe werden teils mit Recht, teils mit Unrecht, dafür angeführt; einem aber begegnet man verhältnismäßig selten und dieser soll uns hier beschäftigen.

Gerechtigkeit erhöht ein Volk! Gerechtigkeit auch dem größten Feinde gegenüber, soll und muß der Leitstern eines jeden Deutschen sein und bleiben. Nur wenn man sich die Vorteile und Vorzüge des Gegners zu eigen macht, ihn sozusagen mit den eigenen Waffen bekämpft, versetzt man sich in die Möglichkeit den Sieg zu erringen; namentlich wenn diese von so bedeutender Wichtigkeit sind, wie die von uns gemeinten. Sagen wir es frei heraus. Es ist die Nüchternheit, die außerordentliche Mäßigkeit der Juden in Bezug auf den Genuß alkoholischer Getränke.

Das deutsche Volk ist von jeher ein trunkfreudiges, feuchtfröhliches Volk gewesen; ja es hat sich sogar stets etwas darauf zu Gute gethan. Das beweist fast jedes Blatt der deutschen Kultur- und Sittengeschichte Wohl in keiner andern Litteratur irgend eines Volkes wird der Trunk, besonders des Weines, in einer solchen Weise verherrlicht und ideatisiert, wie in der deutschen. Hat doch z. B. Victor von Scheffel einen guten Teil seiner besten Kräfte der Trink- und Trunkpoesie gewidmet. Hand in Hand mit dieser Neigung geht der Hang zur Gemütlichkeit und Geselligkeit. Ein Gläschen Wein oder Bier; eine hübsche gemütliche Unterhaltung am Stammtisch, nichts geht darüber; da vergißt man unter Umständen Geschäft und Familie. „Wer nicht liebt Wein, Weib und Gesang, der bleibt ein Narr sein Lebelang“ und „die alten Deutschen tranken immer noch eins, ehe sie gingen.“ Wer diese Töne anschlägt, kann sicher sein, Widerhall in den Herzen der großen Masse zu erwecken.

So strebt der Jüngling dem Manne nach; so empfängt die heranwachsende Jugend Eindrücke und Beispiele, die sie im höchsten Grade nachahmenswert erachtet und mancher Vater freut sich im Stillen, wenn sein ofmals noch recht kleiner Sprößling einen tüchtigen Zug aus dem ihm gereichten Bierglase thut. Wir können uns keine Gemütlichkeit, keine Geselligkeit, keine Freude ohne den Genuß von Wein oder Bier denken. Das ist echt deutsche Anschauung, das sind echt deutsche Trinksitten die, man möchte sagen, zum Trinkzwange für den Einzelnen ausgeartet sind. Freude und Leid, Glück und Wohlergehen, Kummer und Sorgen alles, alles muß „begossen“ werden und dieser Hang wird täglich größer, er wächst fort und fort. Was den oberen Zehn-

Digitized by Google

tausend der Wein, das ist der großen breiten Masse das Bier, das ist den Armiten und Verkommenen der Fusel. Dafür zeugen die zahlreichen oftmals auf das prächtigste geschmückten Schnapsläden jeder Art, besonders die Bierpaläste. Größer und größer wird der Verbrauch an alkoholischen Getränken; höher und höher steigen die Dividenden der einzelnen Gesellschaften.

So ist es denn gekommen, daß im deutschen Reiche die Gesammtsumme, die in einem Jahre für alkoholische Getränke verausgabt wird, die ungeheure Höhe von 2500 Millionen Mark erreicht hat, eine Summe die ungefähr viermal so groß ist als unser Militärbudget. Wahrlich in diesem Meere könnten Malzsche Kontre tanzen! Wieviel Not, wieviel soziales Elend könnte auch nur mit der Hälfte dieser Summe beseitigt werden. Wir wollen gar nicht davon reden, welche Nachteile in gesundheitlicher und sittlicher Beziehung für unser deutsches Volk aus diesem Übermaß erwachsen.

Da kommt dann der schlaue, geriebene, zähe, geldgierige aber — nüchterne Jude, er, der als Hauptinteresse stets die Spekulation auf die Neigungen und Leidenschaften anderer verwendet. Beim weiblichen Geschlecht ist es die Eitelkeit, beim männlichen dieser unselige Hang zum Trinken, der ihm Mittel zum Zweck wird. Warum setzt der Güterschlächter mit Vorliebe seine Versteigerungen im Wirtshause an? Warum sucht der jüdische Geschäftsreisende seine Kunden mit Wein kirre zu machen? Warum that er das? Er, dessen Leben, dessen ganzes Sinnen und Trachten nichts ist als ein Rechenexempel. Oder wissen wir nicht, wie oft ein vom Juden dem Bauer „zur einstweiligen Aufbewahrung" übergebenes Fäßchen Schnaps der Anfang vom Ende geworden, den Bauer um Haus und Hof gebracht hat?

Auch der Berauschalter eines „Spielchens" weiß ganz genau, welche unschätzbare Bundesgenossen ihm einige Flaschen Sekt sind, um seine Opfer immer waghalsiger zu machen, bis sie alles verspielt haben und dem Biedermanne noch wechselverbindlich sind. Der Alkohol besitzt die Eigenschaft, lähmend auf die reflektorischen Bewegungen und Vorgänge im Menschen einzuwirken. Urteil und Überlegung werden geschwächt und herabgemindert und darauf baut man. Unzähliges Elend ist auf solche und ähnliche Weise schon über ganze Familien gekommen.

Man zeige uns den Juden, der bei einem Wochenverdienste von fünfzehn bis zwanzig Mark davon den vierten bis fünften Teil für alkoholische Getränke gebraucht, wie es bei unsern deutschen Arbeitern leider nur zu häufig der Fall ist. Das auf diese Weise ausgegebene Geld muß notwendigerweise bei solchen Einkommen auf der andern Seite fehlen und so fällt der Arbeiter denn oft den jüdischen Abzahlungsbazaren in die Hände, wenn er sich notwendige Bekleidungsartikel anschaffen muß. Der Jude mit dem Einkommen eines solchen Arbeiters denkt nicht daran, auch nur einen Pfennig in Alkohol umzusetzen. Ein Stückchen Brot mit Knoblauch, eine Tasse Kaffee genügt ihm. Ausdrücklich verwahren wir uns dagegen, als wenn wir eine solche Lebensweise als mustergültig für unsre Arbeiter hinstellen wollten. Zwischen zwei Gegenzügen liegt stets eine Mitte. — Und auch der besser gestellte, ja selbst der reiche Jude wird mäßig, wird nüchtern bleiben; lieber wird er einen Thaler in Essen anwenden als ihn vertrinken. Auf jeden Fall aber erhält er unter solcher Lebensweise seine ungetrübte, ungeschwächte Urteils- und Handlungsfähigkeit. Wohl wissen wir, daß es auch unter den Juden Ausnahmen giebt, namentlich in Börsenkreisen. Ausnahmen aber heben die Regel nicht auf.

Seine Nüchternheit also hat der Jude gegen uns benutzt und aus der Trunksucht und Trunksucht der Deutschen einen Strick gedreht. In diesen Umständen liegt zu einem wesentlichen Teil das Geheimnis zu den Erfolgen der Juden auf wirtschaftlichem Gebiete. Darum deutsches Volk: Sei auf der Hut! Werde mäßiger; werde nüchterner, damit man dich nicht fortgesetzt um die Früchte deiner Arbeit, deines Fleißes betrügt.

Man befindet sich allerdings mit solchen Ermahnungen leicht in der Lage des Predigers in der Wüste, doch kann uns dies nicht hindern unsre Stimme zu erheben und den Finger auf die Wunde zu legen. Wer Ohren hat zu hören, der höre! Das immer größer und größer werdende Übel hat aber bereits die Anfänge einer, wenn auch noch schüchternen Gegenwehr erzeugt. Besonders ist es der „Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke", der zu seinen Mitgliedern eine Reihe von bedeutenden Männern der Wissenschaft zählt, im großen Ganzen aber mehr die rein wissenschaftliche Seite der Frage betont. Mehr praktische Agitation treibend und sich an die große Masse wendend ist das Blaue Kreuz. Es steht in religiöser Beziehung auf positiv-christlichem Standpunkte. Die denkbar größten Fortschritte in kurzer Zeit aber hat in der neuesten Zeit der Guttemplerorden gemacht. Bis vor wenigen Jahren ein völliger, unbekannter Fremdling in deutschen Landen ist er von Dänemark herübergekommen und hat so bedeutende Fortschritte gemacht, daß er heute im Deutschen Reiche bereits ungefähr dreihundert Logen mit beinahe siebentausend Mitgliedern aufzuweisen hat. Die meisten Anhänger zählt er bis zur Stunde in Schleswig-Holstein und Hamburg, er ist aber im steten Vordringen nach den übrigen Teilen des deutschen Reiches. So hat Flensburg gegen sechshundert, Hamburg rund tausend Angehörige des Ordens. In Bremen, Bochum, Berlin, Elbing, Leipzig, Dresden, Chemnitz, Karlsruhe, Nürnberg, ja sogar in München hat er Eingang gefunden. Es kann hier nicht unsre Aufgabe sein, und darüber des Näheren zu verbreiten, zumal wir garnicht die Absicht haben, einer völligen und plötzlichen Entsagung aller alkoholischen Getränke das Wort zu reden. Wir bekämpfen vorläufig nur ihren unmäßigen Gebrauch. Wer sich aber für die Sache interessiert, dem empfehlen wir die Broschüre: „Forell: der Guttempler-Orden; ein sozialer Reformator" (Preis 15 Pf.) und Asmussen: „Was thut dem deutschen Volke not?" (Preis 10 Pf.), die jedenfalls durch alle Buchhandlungen sowie auch durch die einzelnen Guttemplerlogen zu beziehen sind.

Und nun zum Schluß: Nichts für ungut. Mache die Vorteile deiner Feinde auch dir zu eigen, du deutsches Volk; denn nur so kannst du siegen, denn nur so kannst du eine dauernde Gesundheit deiner Verhältnisse herbeiführen.

Winke für die preußischen Landtagswahlen.

In Nr. 523 brachten wir eine Anzahl von Bestimmungen über das preußische Drei-Klassen-Wahlsystem zur Kenntnis unsrer Leser, wobei wir verschentlich die Abänderungen aus dem Gesetze vom 29. Juni 1893 nicht berücksichtigt hatten. Diese Abänderungen kommen jetzt zum ersten Male zur Anwendung. Da sie von einschneidender Bedeutung sind und außerdem eine Anzahl Blätter unsre Ausführungen (natürlich ohne Quellenangabe) übernommen haben, wiederholen wir den ganzen Artikel und heben die Änderungen durch **fetten Druck** hervor.

Urwähler ist jeder selbständige Preuße, der das 24. Lebensjahr vollendet hat, im Vollbesitz der bürgerlichen Rechte ist und seine Armenunterstützung erhält. Wählen darf er in der Gemeinde, worin er seit sechs Monaten seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat.

Die Urwähler werden nach Maßgabe der von ihnen zu entrichtenden direkten **Staats-, Gemeinde-*), Kreis-, Bezirks- und Provinzialsteuern** gemeinde- oder bezirkoweise in drei Abteilungen geteilt. Auf jede zählt ein Drittteil der Gesamtsumme der Steuerbeträge aller Urwähler. **Für jede nicht zur Staatseinkommensteuer veranlagte Person ist an Stelle dieser Steuer ein Betrag von drei Mark zum Ansatz zu bringen.**

Zu diesem Zwecke hat die Gemeinde eine Urwählerliste aufzustellen, die drei Tage lang öffentlich auszulegen ist. Jedermann ist berechtigt, während der drei Tage die Richtigkeit oder Vollständigkeit der Liste anzuzweifeln. Die Einwendungen müssen schriftlich oder zu Protokoll angebracht werden.

Bei jedem einzelnen Namen in der Urwählerliste ist der Steuerbetrag anzugeben, den der Urwähler in der Gemeinde entrichtet.

Ist die öffentliche Auslegung beendet, werden die Abteilungen in folgender Weise ermittelt. Die Urwähler sind der

*) Wo direkte Gemeindesteuern nicht erhoben werden, treten an deren Stelle die vom Staate veranlagte Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer.

Digitized by Google

Höhe ihrer Steuern nach zu verzeichnen, und zwar der Höchstbesteuerte zuerst. Ist die Gesammtsumme aller Steuern berechnet, werden die Steuersummen der einzelnen Urwähler so lange zusammengezählt, bis das erste und dann das zweite Drittel der Gesammtsumme der Steuern erreicht ist. Die Urwähler, auf die das erste Drittel fällt, bilden die erste Klasse, die zum zweiten Drittel gehören, die zweite Klasse, und alle übrigen nebst denen, die zu einer Steuer nicht verantagt sind, die dritte Klasse.

Es kann nun vorkommen, daß durch den Ansatz von drei Mark für jede nicht zur Staatseinkommensteuer veranlagte Person die Gesammtsteuersumme der ersten und zweiten Klasse niedriger ist wie die der dritten. In diesem Falle findet die Bildung der beiden ersten Abteilungen in der Weise statt, daß der Unterschied von der Gesammtsteuersumme beider Abteilungen abgezogen wird und von dem Rest auf die erste und zweite Klasse je die Hälfte entfällt.

Beispiel: In einer Gemeinde zahlt ein Wähler (A) achtzig Mark, zwei Wähler (B, C) zahlen je siebzig Mark, einer (D) zahlt fünfzig Mark, fünf andre (E, F, G, H, I) zahlen je dreißig Mark, einer (K) soll zehn Mark Steuern entrichten und achtzig Wähler sind überhaupt nicht verantagt. Die zum Ansatz kommende Steuersumme setzt sich demnach folgendermaßen zusammen:

1 × 80	= 80	Mark
2 × 70	= 140	„
1 × 50	= 50	„
5 × 30	= 150	„
1 × 10	= 10	„
80 × 3	= 240	„
	= 670	Mark.

Auf jede der drei Abteilungen entfällt sonach der Betrag von 223⅓ Mark. Da nun die achtzig steuerfreien Wähler insgesamt mit 240 Mark angesetzt sind, müßte von dieser Summe 240—223⅓ = 16⅔ Mark der zweiten Klasse zugerechnet werden; sechs steuerfreie Wähler gehören also noch in diese Klasse. Weil sie aber nur in der dritten Klasse wählen dürfen, vertingert sich die Gesamtsteuersumme der beiden ersten Klassen (2 × 22⅓ = 446⅔ Mark) um 16⅔ Mark. Jede Klasse schließt infolgedessen mit 446⅔ = 215 Mark ab. Demnach bilden A, B, C die erste und D, E, F, G, H, I, K die zweite Wählerklasse. Ohne die Festsetzung der Summe von drei Mark für die steuerfreien Wähler würde auf jede der drei Klassen der Betrag von 400⅔ = 143⅓ Mark kommen und C nur ganz knapp zur ersten Klasse gehören, während G, H, K, L mit in der dritten Klasse zu wählen hätten.

Jede Klasse hat ein Drittel der Wahlmänner zu wählen, die in der betreffenden Gemeinde oder dem Bezirke überhaupt zu wählen sind. Ein Wahlmann entfällt auf 250 Seelen, und kein Urwahlbezirk darf weniger als 750 und mehr als 1749 Seelen umfassen.

Zur Wahlhandlung sind sämtliche Urwähler des Urwahlbezirkes zu einer vom Landrate oder der Gemeinde bestimmten Stunde des Wahltages zusammenberufen. Vor der Wahl sind die einschläglichen Bestimmungen des Gesetzes vom 30. Mai 1849 und der Verordnung vom 4. September 1882 und dann sämtliche Urwähler der Reihe nach zu verlesen. Jeder nicht Stimmberechtigte hat das Wahllokal zu verlassen. Nunmehr werden Protokollführer und Besitzer vom Wahlvorsteher ernannt und der Protokollführer ruft die Urwähler der dritten Klasse auf. Jeder einzelne Urwähler hat an den Tisch zu treten und den oder die Wahlmänner genau zu bezeichnen, denen er seine Stimme geben will. Der Protokollführer muß die Namen neben den Namen des Urwählers sofort eintragen. Der Urwähler ist aber berechtigt, diese Eintragung selbst zu machen.

Gewählt ist der Wahlmann, der mindestens eine Stimme über die Hälfte aller abgegebenen Stimmen erhalten hat, es ist also unter Umständen eine Stichwahl zwischen den beiden Wahlmännern nötig, die die meisten Stimmen auf sich vereinten. Kein Urwähler darf deshalb das Wahllokal vor Verkündigung des Ergebnisses verlassen, will er nicht den Gegnern den Sieg erleichtern. In der Wahlversammlung dürfen weder Besprechungen stattfinden, noch Beschlüsse gefaßt werden.

Die Urwahlbezirke sind so abzugrenzen, daß höchstens sechs Wahlmänner darin zu wählen sind, und daß die Zahl der Wahlmänner durch drei teilbar ist. Läßt sich dieses nicht ermöglichen und bleibt ein Wahlmann übrig, so wählt ihn die zweite Abteilung; bleiben zwei übrig, so kommt einer zur ersten und einer zur dritten Abteilung. **In Gemeinden, die in mehrere Urwahlbezirke geteilt sind, wird für jeden Urwahlbezirk eine besondere Abteilungsliste gebildet.** Dadurch wird verhindert, daß ein Wähler mit sehr hoher Steuerveranlagung auf die Klassengestaltung der ganzen Gemeinde einwirkt.

Wahlmann kann jeder stimmberechtigte Wähler des betreffenden Urwahlkreises werden ohne Rücksicht auf die Klassen-Einteilung. Die dritte Abteilung kann sich ihren Wahlmann also aus der ersten nehmen und die erste aus der dritten.

Die gewählten Wahlmänner sind von dem Wahlvorsteher entsprechend zu benachrichtigen und haben binnen drei Tagen zu erklären, ob sie die Wahl annehmen. Diese Erklärung können sie auch sofort mündlich im Wahllokale abgeben.

Zur Wahl des Abgeordneten werden sie schriftlich vom Wahlkommissar eingeladen. Genau wie bei der Wahlmänner-Wahl wird der Eingelne aufgerufen. Er muß dann an den Tisch des Wahlkommissars treten und den Namen des Wahlfähigen nennen, den er wählen will. Wahlfähig ist jeder Preuße, der das dreißigste Lebensjahr vollendet hat, die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt und mindestens ein Jahr dem preußischen Staatsverbande angehört. Die Wahl erfolgt nach absoluter Stimmenmehrheit.

Für Urwähler und Wahlmänner ist bei der Wahl als Hauptbedingung zu merken: **Pünktlich im Wahllokal erscheinen, laut und deutlich den Namen des von ihnen zu wählenden zu sagen und sich nicht eher zu entfernen bis der Wahlvorsteher die Wahl für beendet erklärt.**

L. H.

Von der ermordeten Kaiserin Elisabeth wird unter 1877 in der Wiener „N. Fr. Presse" in echt jüdischer Schreibweise triumphierend berichtet, daß sie 1854 sofort nach ihrem Einzuge in Wien einen jüdischen Lehrer der ungarischen Sprache erhalten habe, der bald in der Lage gewesen sei, sie gegen die „Reaktion", insbesondre gegen die Einwirkung von Seiten der ernst-religiösen Erzherzogin Sophie zu beeinflussen und ihr zur Aushändigung an ihren jungen Gemahl Schriften zu überbringen, die durch die Zensur verboten waren. Die Sache war leider zu glaublich, als daß man sie für eine Flunkerei des großen Judenblattes hätte halten können.

Außerdem erzählte man sich noch, wie uns ein älterer Leser schreibt, folgendes: Dem mit achtzehn Jahren auf den Thron gestiegenen Kaiser wurde von seinen Verwandten die ältere Schwester seiner späteren Lebens-Gefährtin zur Gemahlin bestimmt. Bei der ersten Zusammenkunft mit den bayrischen Herrschaften war die jüngere Schwester auch zugegen und der Kaiser entschied sich für diese, ohne die Einwendungen seiner nächsten Verwandten zu beachten. Dieses Ereignis wurde mit besonderem Behagen ständig von jüdischer Seite angeführt, so daß man in unterrichteten Kreisen zu der Annahme hinneigte, die ältere streng religiös erzogene und denkende Schwester sei den Juden als Herrscherin unangenehm gewesen.

Nach dem plötzlichen Ableben der Kaiserin ergeht sich die gesamte Judenpresse in widerlichem Byzantinismus, der in einem Berliner Blatte entschieden den Höhepunkt erreicht. Das „Kleine Journal" brachte nämlich am Beisetzungstage ein Gedicht mit der Überschrift „Heilige Elisabeth", in dem es unter andern heißt: „Gott hat wunderbar gewaltet, hat ihr edles Blut vergossen". Diese Blasphemie hat ihre Ursache in der schrankenlosen Verehrung, die die österreichische Kaiserin dem jüdischen Nationaltheiligen Heinrich Heine entgegenbrachte, dem sie einst auf ihrem Besitztume auf Korfu ein Denkmal errichten ließ. Wie Juda es verstanden hat, unmittelbar nach ihrer Vermählung mit Kaiser Franz Joseph einen der Ihrigen in die nächste Umgebung der so schmählich Ermordeten zu bringen, so war dies auch kurz vor ihrem Tode der Fall. Der Arzt, der sie in Bad Nauheim behandelte, war ebenfalls Jude und der letzte Besuch, den die unglückliche Fürstin machte, galt der Baronin Rothschild zu Genf.

Digitized by Google

Fürst Bismarck gegen die Großstädte und Industriezentren. In Nummer 68 der „Zeitung des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen" ist ein Artikel über Tarifwesen enthalten, in dem auch Bismarcks ablehnender Stellung den Differentialtarifen gegenüber gedacht wird. Bismarck schrieb über diesen Punkt am 7. Februar 1879 an den Bundesrat: „Ebenso wie diese Differentialtarife können auch solche Tarifdifferenzen die nationale Wirtschaft schädigen, welche, durch das Bestreben der Bahnen hervorgerufen Massentransporte — auch durch Herabgehen unter den normalen Transportgewinn, sogar bis unter die Grenzen der Selbstkosten — auf ihre Linien zu ziehen, ausländische Artikel vor den gleichartigen Artikeln der inländischen Produktion begünstigen."

Bismarck betonte dann wiederholt, daß durch solche Tarife die Gleichberechtigung, die eine Voraussetzung des Eisenbahnmonopols sei, empfindlich gestört werde.

Aber noch einen weiteren gewichtigen Grund machte er gegen solche Differentialtarife geltend. Da die Entstehung der wohlfeilen Differentialsätze es mit sich bringe, daß sie vorwiegend nur für Städte ersten Ranges und Mittelpunkte des Verkehrs wirksam seien, so hätten sie eine ungeheure Zusammenziehung des Verkehrs und der Industrie in einzelne große Orte zur Folge, die wirtschaftlich und politisch großen Bedenken unterworfen sei. — Ihrem wir nicht, so hat sich Bismarck schon auf dem Erfurter Parlamente ungefähr in dem Sinne ausgesprochen, daß die großen Städte von der Erde vertilgt werden müßten.

Über das Ghetto und die Juden in Rom schreibt der große Historiker Gregorovius, der Verfasser der „Geschichte der Stadt Rom im Mittelalter" in seinem kleineren Werke „Wanderjahre in Italien" (Bd. I. S. 51) folgendes:

„Titus hatte es übrigens verschmäht, sich noch seinem Triumph den Namen Judaicus beizulegen — ein Beweis, wie sehr er die Juden verachtete. . . .

Juvenal verspottet sie in seiner dritten, vierzehnten und sechsten Satyre; in den Versen der letzteren zeichnet der Satyriker ein so deutliches Bild vom jüdischen Wesen, daß wir ein gegenwärtiges Wesen, eine Rettet, wie wir sagen, leibhaftig vor uns zu sehen glauben. Die Schuld jener, in allen Zeiten gleich großen Judenverachtung lag wohl im Naturell der Hebräer selbst. Für den Europäer hat das echt jüdische Wesen wirklich etwas Karrikiertes, was oft mehr als Lachen erregt. Dazu kam der Stolz der Juden, das auserwählte Volk Gottes zu sein, ihre Verachtung gegen jeden andern Glauben und ihre Scheu vor der Berührung jedes andern Menschen. So begann dies Volk die Strafe seines Hochmuts und seiner lasterhaften Absonderung zu tragen, bis es von den Christen endlich in einen Ghetto gesperrt wurde. . . . .

Übrigens erlitten die Hebräer in Rom, vereinzelte Ausbrüche des Volkshasses ausgenommen, keine so blutige Verfolgung, wie in den übrigen Städten Europas. Allmählig gelangten sie in Rom zu einiger Bedeutung als Wechsler und Aerzte. . .

Doch hat auch dieses so verachtete Volk seine eigene Rache an der christlichen Welt vollzogen, indem es zu allen andern Symbolen seiner Religion noch ein mächtiges in die politische Geschichte eingefegt hat, — ich meine das goldene Kalb, um welches die Welt tanzt, wie das gewissagt ist in den Büchern Moses."

Ausland.

Rußland. Die niedre landwirtschaftliche Schule für die jüdische Bevölkerung des Chersonschen Gouvernements, zu deren Gründung bereits sechszigtausend Rubel gesammelt sind, wird noch den „Odessk. Nowosti" in der Kolonie Bobrowy Kut errichtet. Der Bau der erforderlichen Gebäude soll im nächsten Frühjahr in Angriff genommen werden. Der Unterhalt der Schule erfordert alljährlich zehntausend Rubel. Erreichen wird man damit aber nichts. —

Über die Vermehrung der jüdischen Bevölkerung finden wir in einem Artikel des „Kur. Codz." sehr interessante Daten. In ganz Rußland einschließlich Polen entfallen in den Zeitraum von 1883 bis 1892 auf hundert Todesfälle im Durchschnitt an Geburten: bei den Orthodoxen 138, bei den Protestanten 147, bei den Katholiken 156 und bei den Juden 171. Dieses Übergewicht bei den Juden wird gewöhnlich ihrer größeren Fruchtbarkeit zugeschrieben. Die Statistik beweist jedoch, daß diese Anschauung nicht richtig ist. Auf eine Ehe in Rußland entfallen bei Orthodoxen $5_{,3}$ Kinder, bei den Katholiken $4_{,3}$, bei den Juden $4_{,4}$ und bei den Protestanten $4_{,5}$. Deshalb muß die Ursache des Wachstums der jüdischen Bevölkerung eine andre sein, und zwar ist es die geringe Sterblichkeit der Kinder bei den Juden. Von tausend Kindern sterben im Durchschnitt bei den Orthodoxen $407_{,1}$, bei den Protestanten 282, bei den Juden $232_{,1}$ und bei den Katholiken $216_{,6}$. Demnach sind die jüdischen Ehen weniger fruchtbar, aber dafür bleibt eine größere Zahl von Kindern am Leben, weil die meist reichen oder doch wohlhabenden Juden ihren Kindern mehr Pflege zukommen lassen können, wie die Masse der armen Russen. — Beachtenswert ist auch der geringe Prozentsatz unehelich geborener Kinder bei den Juden: dieser beträgt bei den Orthodoxen $26_{,5}$, bei den Katholiken $34_{,4}$, bei den Protestanten $38_{,4}$, bei den Juden aber nur $2_{,4}$ p. M. Das beweist nicht die größere Sittlichkeit der Juden, sondern ihre größere „Neigung" zu außerehelichem Verkehr mit Nichtjüdinnen. In Warschau kommen auf tausend Christen jährlich 45 Geburten und 30 Todesfälle, so daß der natürliche Zuwachs 15 beträgt; auf tausend Juden kommen 55 Geburten und 25 Todesfälle, so daß der Zuwachs 30 beträgt. Demnach vermehren sich die Juden in Warschau doppelt so rasch wie die Christen.

Frankreich. Die in Straßburg erscheinende „Heimat" giebt eine neue Erklärung des Falles Dreyfus, die sie von einem vielgenannten und in der Dreyfuspresse überaus gefeierten Franzosen, einem der Hauptakteure im Zolapropesse, erhalten hat und die in ihrem ersten Teile mit den Mitteilungen übereinstimmt, die der „Zügl. Rundsch." vor einigen Monaten ein in London wohnender Diplomat zugehen ließ. Danach hatte die Dreyfus-Angelegenheit folgenden Verlauf genommen: Vor einigen Jahren brannte es in der russischen Botschaft zu Paris. Bei dieser Gelegenheit bemächtigte sich der französische Spionagedienst einer ganzen Reihe von geheimen Dokumenten, die sich auf russische Spionage in Frankreich bezogen. Des andern Tages forderte der Herr von Mohrenheim diese Papiere zurück, mit der Drohung, eine Kabinettsfrage daraus zu machen, wenn man sie ihm nicht zurückgebe. Die Papiere wurden dann auch zurückgegeben, doch hatte man seine Zeit gehabt, sie abzuphotographieren. Aus diesen Papieren gewann die französische Regierung die Überzeugung der Schuld von Dreyfus. On était sûr, qu'il n'était pas blanc, jagt der Gewährsmann. Sich des Dreyfus zu entledigen, habe nun die französische Militärverwaltung den als in jeder Weise käuflich bekannten Esterhazy benützt, um das Bordereau anfertigen zu lassen, das dem Dreyfus zugeschrieben und auf Grund dessen er verurteilt wurde. Hierfür habe Esterhazy zweihunderttausend Franks erhalten, die er aber in kurzer Zeit verjubelte und verspielte. Die schwierige Lage des französischen Staates bestehe darin, daß er eben keine Dokumente mehr in der Hand habe, wodurch er die Schuld des Dreyfus beweisen könne. Das Verbrechen der französischen Militärpartei sei aber dies, daß sie, um einen Schuldigen zu verurteilen, ein falsches Schriftstück habe herstellen lassen.

Mosaik.

Das Reichsbank-Privilegium soll thatsächlich ohne irgendwelche Gegenleistung auf weitere zehn Jahre verlängert werden. Nach der „Nationalztg.", die hierbei als wohlunterrichtet gelten kann, ist die entsprechende Vorlage für die nächste Tagung des Reichstages schon ausgearbeitet. Wir glauben eher wie nicht, denn wo sichs um die Interessen des jüdischen Großkapitals handelt, ist man allenthalben recht rasch und emsig an der Arbeit.

Digitized by Google

Herr von Podbielski hat in einer Verfügung an sämtliche Ober-Postdirektionen vor der Unterbeamten-Wochenschrift „Deutscher Postbote" gewarnt, weil dieses Blatt angeblich sozialdemokratische Tendenzen verfolge. Darüber kann man streiten. Nun ist aber der Herr Staatssekretär noch etwas weiter gegangen. Er hat für das zweifellos vorhandene Bedürfnis nach einer Unterbeamten-Zeitung eine solche neu geschaffen unter dem Titel „Neue Post". Merkwürdigerweise ist ihr Bezugspreis genau derselbe wie der des verfehmten „Postboten", nämlich 80 Pf. vierteljährlich. Vorläufig wird sich aber ein deutscher Postbeamter kaum für die „Neue Post" begeistern können, denn ihr Herausgeber ist ein Professor, ihr Verleger heißt Carl Heymann, der Drucker nennt sich Julius Sittenfeld und im Anzeigenteile begegnet man Firmen wie S. Schwarz, Jacques Raphaeli, M. Jacobsohn usw. Der Anzeigenteil des „Postboten" ist allerdings auch nicht ganz judenrein; das Blatt wird aber von Fachleuten geleitet und ist uns deshalb noch lieber wie die offizielle „Neue Post". Denn Reformen kommen heutzutage nicht mehr von oben, sondern werden meistens nur von unten angetrieben.

Antisemitismus im Heere hat der „Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" entdeckt. Am 22 Juli sollen nämlich einige Abteilungen Soldaten, die die Straße Kurfürstendamm zu Berlin entlang marschierten, ein Lied mit der Endstrophe „Wir brauchen keine Juden im Lokal" gesungen haben. Darüber führte der famose Verein Beschwerde beim kommandierenden General des Gardekorps. Und siehe da, dieser hielt jenes Lied weder für ein antisemitisches, noch den Verein für berechtigt, sich danach zu erkundigen, was gegen solche „rohe antisemitische Ausfälle" angeordnet sei. Jetzt üben die Judenhetzer sich im Schimpfen.

Nationalliberale Großmannssucht. Nach den Zeitungsmeldungen sollen zu der letzten Landesversammlung der Nationalliberalen Partei etwa achtzig Personen erschienen sein. Die Zusammenkunft fand im Sprechzimmer B des Reichstages statt, das ausgeräumt kaum achtzig Personen faßt. Nun enthielt es aber bei der Zusammenkunft vier große Tische und Sitzgelegenheit für etwa dreißig Herren. Bei vierzig Personen wäre das Zimmer demnach überfüllt gewesen und ein Teil der Erschienenen hätte stehen müssen. Wozu also eine solche Aufschneiderei?

Nur keine Zweideutigkeiten. Tulpenthal: Sie Schuft, Sie Gauner, Sie Betrüger, Sie Halsabschneider!

Leichenstuck: Reden Se von mir, was Se wollen, schreien Se aber keine solche Zweideutigkeiten herum.

Sozialdemokratisches. Die „Genossen" Cohn, Friedländer und Liepmann wünschen, daß der sozialdemokratische Parteitag, der im nächsten Monate in Stuttgart zusammentreten soll, sich gegen jede Sonder-Bestrebung der großen Barenhäuser ausspreche. Der Name der Antragsteller sagt genug. —

Gegen Rohheitsverbrechen und Anarchisten wollte die „Rhein-Westf.-Arbeiterztg." die Prügelstrafe angewandt wissen. Der „Vorwärts" hat dafür dem „Genossen" Redakteur Dr. Lütgenau einen gepfefferten Verweis erteilt, weil „die bezüglichen Auslassungen im schroffsten Widerspruche zu den bisher in der Partei hochgehaltenen Grundsätzen stehen." Dr. Lütgenau trat darauf „aus Gesundheitsrücksichten" von der Redaktion zurück. Wer nicht pariert, fliegt hinaus! —

Während hier also Prügel verfehmt sind, schlugen die „Genossen" Maler Großmann, Ladner und Meerjahn in Berlin einige Akkordeteure windelweich, weil sie nicht mit streiken wollten. Diese eigentümliche Auffassung von Freiheit brachte den drei Prügelhelden drei und zwei Monate Gefängnis ein, was aber den „Vorwärts" nicht abhalten wird, sie mit auf die monatliche Liste der „Märtyrer" zu setzen. —

Bei einem Maurerausstande zu Spandau waren an einem Bau heimlich Tafeln angebracht, auf denen zu lesen stand: „Wer Streik bricht, wird totgeschlagen." Ein „Genosse" versuchte sogar die Baracke in Brand zu stecken, die arbeitswillige Italiener beherbergte. In der Praxis geht also die „Internationalität" leicht in die Brüche.

Lauft nicht in die Judenläden! Im Schuhwarengeschäft **von W. Blumenthal** auf dem Breiten Wege zu Magdeburg wollte eine junge Frau für ihr dreijähriges Kind Schuhe kaufen. Als sie nichts passendes fand und sich deshalb unter höflicher Entschuldigung entfernen wollte, erhielt sie von dem jüdischen Verkäufer (oder Inhaber?) die freche Antwort: „Ja, es tut mir auch leid, daß Sie dumme Pute mich so lange aufgehalten haben!"

Zeichen der Zeit. Von den neuzeitlichen Angeklagten, mit der sich die nächste Schwurgerichtsperiode zu Magdeburg zu befassen hat, sind acht eines Sittlichkeitsvergehens, sechs des Meineids und eine des Kindesmordes beschuldigt.

Einen Reinfall hat sich die „Magdeburger Ztg." geleistet. Sie entrüstet sich über ein spaltenlanges Heiratsgesuch, das sie in „einem Provinzialblatte" entdeckt haben will und brachte Tags zuvor in ihrem eigenen Anzeigenteile jenes widerliche Machwerk!

Judendeutsch. Am Neckelingschen Neubau in der Mittelstraße zu Hagen (Westfalen) hängt ein großes Schild mit folgender Aufschrift:

Zur gefälligen Beachtung! Im Oktober eröffne ich hier ein großes Waarenhaus. Es werden folgende Waaren in der größten Auswahl zu enorm billigen Preisen geführt. Kleiderstoffe, Manufakturwaaren, Herren-Damen- und Kinder-Confection, Schuhwaaren, Weiß- Wollwaaren, Bettartikel, Pajamente, Haus-Küchengeräthe, Porzelan, Holzwaaren, Korbwaaren Bürstenwaaren Galanteriewaren, Spielwaaren, Otto Hirsch.

In der Elberfelderstraße zu Hagen eröffnen Heilbronn und Meyer im Oktober „ein großes Warenhaus für sämtliche Bedarfsartikel." Bereits in Thätigkeit sind Gebrüder Behrendt und Gebrüder David. Die Bahler des lauten Tagen können also demnächst auch singen: „Ach, wie schön ists doch hienieden, wo man ihnblickt, lauter Juden!"

Vom Meistbietungs-Unwesen. Die Schloßkaserne zu Küstrin soll umgebaut werden. Zur Herstellung der Bettstellen, Schränke usw. erboten sich sechs Unternehmer. Ihre Forderungen schwanken zwischen 458 Mark und 1902 Mark!

Vor großen Frevels gehen andre stets vorher; wer einmal aus den Schranken trat, der kann am Ende auch das Heiligste verletzen. Wie die Jugend, hat das Laster seine Grade; wie sah man noch unschuldige Schauderentheit zu solchem Frechheit plötzlich übergehen.

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. Des jüdischen Renjahrs wegen hat man zu Stargard (Pommern) die Stadtverordnetenwahl verlegt! —

Auf tausend Schüler und Schülerinnen der Volksschule kommt in Hamburg ein jüdisches Kind, während auf tausend Besucher der höheren Schulen 130 Juden entfallen. —

Die „Berliner Ztg." schreibt: „In Preußen ist der Junkerspuk eine feste Macht schon im Herrenhause gewährleistet." Es ist wirklich stark, was die Judenpresse sich heutzutage schon herausnehmen zu dürfen glaubt. —

Vor dem jüdischen Kleiderbazaar Heltinger & Co. zu Berlin müssen die Schaffner der „Neuen berliner Omnibus-Gesellschaft" den Namen der Firma als Haltestelle ausrufen. Die Omnibus-Gesellschaft ist natürlich auch in Judenhänden. —

Von ihrem Neujahrsfeste haben die Juden wenig oder gar keine Notiz genommen, so wohl aus übereinstimmend aus vielen Orten gemeldet. Ob Israel wohl Angst hatte, daß man sich ihre geschlossenen Läden merken würde oder geht das Geschäft so schlecht, daß die Groschen der Gojim auch an diesem hohen jüdischen Festtage nicht entbehrt werden konnten?

Großer Nutzen

erwächst unseren Bestrebungen dadurch, wenn unsere Leser die **„Deutsch-Sozialen Blätter"** nicht nur überall empfehlen, sondern sie auch in allen Bahnhofsbuchhandlungen, Wirtshäusern, Gasthöfen, Cafés usw. immer und immer wieder verlangen. Wo die „Deutsch-Sozialen Blätter" nicht gehalten werden, dringe man auf sofortige Bestellung.

Digitized by Google

CAFE MERKUR

Leipzig
An der Pleisse 8.
Geöffnet bis morgens ½4 Uhr.

300 Zeitungen, Depeschen u. Kurs-berichte, Städte-Adressbücher v. Berlin, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Hamburg-Altona, Halle a. S., Paris, sowie Handels-Adressbücher aller grösseren Staaten liegen zur gefl. Benutzung aus.

Jeden Vormittag Bouillon und Pasteten.

Hochachtungsvoll
W. Rählemann.

Deutsche Schänke, Leipzig,
Poststrasse 20
empfiehlt kräftigen Mittagstisch und gute Biere.
Gesellschaftszimmer.
Platz zur Aufbewahrung von Fahrrädern genügend vorhanden.
Hochachtungsvoll
H. Singer.

H. Heinze, Hutfabrik
gr. Fleischergasse 5, Eingang Grimm. Str. 1.
Spezialität: 2,80-Hüte.

4000 M.
bei gutem Zins sofort gesucht **U. 220** Geschäftsstelle d. Blattes

Frankfurt a. M.
Hotel Cölner Hof.
Besitzer: Herrmann Laas.
Gegenüber d. rechten Ausgange des Hauptbahnhofes.
60 Zimmer mit 90 Betten bei mässigen Preisen.
Bier- und Wein-Restaurant.
Jüdischer Besuch verbeten.

Wein-Groß-Handlung,
Import von Rum, Arrac, Cognac, von
Jede Flasche trägt diese Etiquette als Schutzmarke.
Berlin NW., I Stendaler Straße 1.
Fernsprecher: Amt Moabit 1376.
Gegründet 1877.

Vorzügl. Gelegenheit zur Selbständigkeit!

Buch und Musikalienhandl. m. Nebenhandlen, über 18 Mille Umsatz, Lager 20 Mille, in aufblühender Stadt Mitteldeutschlands mit dichtbevölkerter reicher Umgebung, in flottem Betriebe, noch sehr erweiterungsfähig, ist veränderungshalber zu verkaufen. Näheres für zahlungsfähige Selbstkäufer unter **K. P.** durch die Geschäftsst. d. Bl.

Billige, dichte Dächer
Muster etc. postfrei
Einen großen Dienst leistet man unserer Sache, wenn man seine Einkäufe bei solchen Handlungen deckt, die uns durch Ankündigungen unterstützen.

„Staatsbürger-Ztg.", „Deutsche Wacht", „Das Volk", „Deutsche Zeitung", „Deutsche Tageszig.", „Deutsch-Soziale Blätter", „Deutscher Michel" und viele andre deutschgesinnte Zeitungen liegen aus.

Schmitz & Co.
Kleine Proben und Preisliste umsonst.

Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig
Vollständig liegt vor:
Meyers Konversations-Lexikon.
Fünfte, gänzlich neubearbeitete und vermehrte Auflage.
Mehr als 147,100 Artikel und Verweisungen auf über 18,100 Seiten Text mit mehr als 10,500 Abbildungen, Karten und Plänen im Text und auf 1088 Tafeln, darunter 164 Farbendrucktafeln und 286 selbständige Kartenbeilagen.
17 Bände in Halbleder gebunden zu je 10 Mark.
Meyers Konversations-Lexikon ist das anerkannt neueste, reichhaltigste, bedeutendste und verbreitetste Werk seiner Art.
Der reich illustrierte Verlags-Katalog des Bibliographischen Instituts in Leipzig steht kostenfrei zu Diensten.
Zu beziehen durch die
Geschäftsstelle der „Deutsch-Sozialen Blätter".

Beeren-Weine
offeriert in I. Qualität und durchaus reiner Ware, in nur älteren, abgelagerten Jahrgängen, ab hier, geg. Nachn.:

Roten Johannisbeer-Dessert-Wein à	ℳ —,70	per ½ Ltr.-Fl.	
Beigen	„ „ „	—,75	„ „ „
Schwarzen	„ „ „	—,80	„ „ „
Stachelbeer-	„ „ „	—,75	„ „ „
Erdbeer-	„ „ „	—,85	„ „ „

Flaschen und Verpackung inbegriffen; Kisten zum Selbstkostenpreis. Verkauf von 20 Liter an. — Ärztlich verordnet. Zu Geschenken sehr geeignet. Hunderte von Attesten! Bester Ersatz für Südweine!

C. E. Schmidt, Beerenwein-keltere, **Lauffen a. Neckar.**
40 mal preisgekrönt!

Liefere ein Postfaß (9½ Pfund)
feine Leber-, Rot- und Sülzwurst
zu 7,50 M. franko.
H. Glauner, Fleischermstr.
Papenburg b. Leer (Ostfriesl.).
Ferner:
prima Hammelkeule u. Carrés
à Pfund 55 Pf.

Kaufen Sie
kein Pianino,
wenn Sie sich noch nicht den Katalog von **August Roth**. Kgl. Portug. u. Fürstl. Lipp. Hof-Pianofabrikant, **Hagen W. Nr. 21,** gratis haben kommen lassen.

Bismarck! Bismarck!

Für Postkarten-Sammler:
Bismarck-Glückwunsch-Karte.
Statt 30 Pf. nur 10 Pf., 10 Stück 50 Pf., 100 Stück 3 M.
Gegen vorherige Einsendung des Betrages (deutsche und österreichische Marken werden in Zahlung genommen) erfolgt portofreie Lieferung. Vorrat nur noch gering.
Leipzig. **herm. Beyer,** Verlags-Buchhandlung.

Der Glaube unserer Väter als Grundlage einer kräftigen vaterländischen Volkserziehung von **Dr. Herm. Hoffmeister.**
Statt 5 M für 3 M., so lange der geringe Vorrat reicht.
Herm. Beyer, Leipzig, Königsstr. 27.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königsstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe, Berlin NW. 5, Kruppstr. 13.
Druck: G. Reusche, Leipzig.

Digitized by Google

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich Mk. 1.50 bei den Postanstalten (Postbestellgebühr Nr. 7348) und Buchhandlungen. Unter Streifband Mk. 2.

Herausgegeben von Max Liebermann v. Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Anzeigen: die 4-gespaltene Petitzeile 25 Pfennige. Verlagshandlung: Königstraße Nr. 27, Leipzig.

XIII. Jahrgang. | Leipzig, 6. Oktober 1898. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Juden-Frage. Otto Glagau. | Nr. 529.

Inhalt: Der neugewählte Abgeordnete der deutschsozialen Reformpartei für den Wahlkreis Flensburg. — Die antisemitischen Stimmen bei der letzten Reichstagswahl. — Der Barmer Krakeelkrek. — Unsre Presse. — Jüdische Räuber im vorigen Jahrhundert. — Versuch über die Ungleichheit der Menschenrassen. — Mosait. — Amtliche Ergebnisse aus den Wahlkreisen, in denen die deutschsoziale Reformpartei am 15. Juni 1898 siegte oder zur Stichwahl kam. — Parteinachrichten. — Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen. — Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat. — Jüdische Ritter, Kommissions- und Kommerzienräte usw.

Der neugewählte Abgeordnete der deutschsozialen Reformpartei für den Wahlkreis Flensburg,

Friedrich Wilhelm Carl Ernst Raab, Porzellanmaler, evangel.-luth., wurde am 18. Mai 1859 zu Hamburg als zweitältester Sohn eines Handwerkers geboren. Er besuchte bis zu seiner Einsegnung im Jahre 1874 die Dunteiche Stiftungsschule und trat alsdann in die Lehre. Krankheit des Vaters zwang ihn, schon früh für die Erhaltung der Mutter und sechs jüngerer Geschwister zu sorgen.

Friedrich Wilhelm Carl Ernst Raab.

Von 1880 ab genügte er seiner Militärpflicht im 76. Infanterie-Regimente und wurde 1882 als Dispositionsurlauber entlassen.

Im Jahre 1886 erst konnte er an die Schaffung einer eigenen Existenz denken und begründete die noch heute betriebene Porzellanmalerei.

Seit 1890 verheiratet, ist Raab heute Vater dreier Kinder.

Schon an der antisemitischen Bewegung der siebziger Jahre nahm er lebhaften Anteil. Alles, was mit dieser Bewegung im Städte-Bereich Hamburg-Altona zusammenhängt, ist auch auf das Engste mit seinem Namen verknüpft. Im Jahre 1890 entstand daselbst, nachdem bereits andre Vereine unter andern Namen vorgearbeitet hatten, der „Antisemitische Wahlverein von 1890", der seit der erfolgten Einigung der beiden antisemitischen Strömungen den Namen „Verein der deutschsozialen Reformpartei" führt und dessen erster Vorsitzender Raab seit Beginn ist. Ebenso ist er Vorsitzender des seit zwei Jahren bestehenden Verbandes der Partei für Schleswig-Holstein und Hamburg. Auf diese Gebiete beschränkte er nun in der Hauptsache seine Thätigkeit, während er früher auch oft in andern Teilen unsers Vaterlandes rednerisch thätig war. Seine Arbeit wird unterstützt durch die in Hamburg erscheinende Zeitung „Deutsches Blatt", die seit 1893 im Besitze einer Genossenschaft ist, in deren Aufsichtsrat Raab den Vorsitz führt. Auch die 1892 begründete „Gewerbebank", ein auf der Grundlage einer Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht errichtetes und erfreulich aufblühendes Unternehmen verdankt in der Hauptsache Raab ihr Entstehen. Auch hier steht Raab an der Spitze des Aufsichtsrates.

Nachdem früher die Hamburg-Altonaer Gesinnungsgenossen nur die Reichspolitik ins Auge faßten, sind sie nunmehr dazu übergegangen, auch die Staats- und die Stadtpolitik nach Kräften zu fördern. Zu diesem Zwecke haben sich die Altonaer mit allseitigem Einverständnis von den Hambntgern getrennt.

In Hamburg sind auch bereits gute Erfolge erzielt. Im Juli 1897 wurde Raab in die gesetzgebende Körperschaft des Bundesstaates Hamburg, die sogenannte „Bürgerschaft", gewählt und bei den Wahlen in diesem Jahre sein Mandat auf weitere sechs Jahre verlängert, obgleich sich sämtliche Gegner zu seiner Bekämpfung zusammengethan hatten. Auch die übrigen, von der deutschsozialen Reformpartei aufgestellten Kandidaten errangen zum Teile eine große Stimmenzahl, so daß auf diesem Gebiete unsre Freunde bereits eine Macht geworden sind, mit der gerechnet werden muß.

Bei der Reichstagswahl gelang es Raab, an Stelle des bisherigen nationalliberalen Vertreters des Flensburger Wahlkreises, des Schiffsrheders Jebsen, mit dem Sozialdemokraten in die Stichwahl zu kommen, in der er dann leicht siegte. In Raab hat die Fraktion einen Mitarbeiter erhalten, der von der Pike auf gedient und in allen Partei- und Organisationsfragen eine reiche Erfahrung besitzt.

Bei aller Selbständigkeit des Denkens ist er ein Mann, der für die Bemühungen aller offenen oder versteckten Gegner, zwischen ihm und der Partei unüberbrückbare Gegensätze zusammenzufabeln, nur ein Lächeln übrig hat.

So schmeichelhaft für ihn die Umwerbung ist, mit der man ihn von allen Seiten — selbst von denen um Naumann — umgiebt, so wenig treffen ihre Voraussetzungen zu. Es ist nötig, das einmal klar zum Ausdruck zu bringen, um allen Legenden-Bildungen von vornherein vorzubeugen. Raab wird das Programm der deutschsozialen Reformpartei praktisch und parlamentarisch noch vertreten, wenn die Gebilde, die ihn heute gern für sich in Anspruch nehmen möchten, längst das Schicksal der Eintagsfliegen geteilt haben.

Digitized by Google

Die antisemitischen Stimmen bei der letzten Reichstagswahl.

Eine zusammenhängende Statistik der letzten Reichstagswahlen liegt noch nicht vor. Sie wird auch kaum vor Beginn der Reichstagssitzungen der Öffentlichkeit übergeben werden. Es ist aber für unsere Parteiangehörigen von großem Nutzen, schon jetzt die Zahlen aus den einzelnen Wahlkreisen kennen zu lernen, um den oft absichtlich falschen Darstellungen unserer Gegner entgegentreten zu können. Wir bringen deshalb an dieser Stelle eine vergleichende Übersicht zwischen den Zahlen von 1893 und 1898 mit den entsprechenden Bemerkungen, und zwar nach den amtlichen Ermittlungen.

Ein + vor dem Namen des Wahlkreises bedeutet, daß 1898 dort ein nicht zur deutschsozialen Reformpartei gehörender Antisemit kandidiert hat; die eingeklammerten Zahlen bezeichnen die christlichsozialen und in Bayern (ecfige Klammen) die bauernbündlerischen Stimmen.

Wahlkreis	1893	1898	
Königsberg (Preußen)	—	421	
Elbing-Marienburg (Westpreußen)	58	—	
+ Danzig	—	368	
Deutsch Krone	—	2562	
Berlin 1	38	— [1])	
„ 2	120	— [2])	
„ 3	4534	3809	
„ 4	174	—	(7273)
„ 5	5143	3285	
„ 6	206	—	(15554)
Westprignitz	—	1535	
Ruppin-Templin	—	1214	
Pyritzlang-Ungermünde	1111	2107	
Niederbarnim	2748	409	
Potsdam-Osthavelland-Spandau	2969	— [3])	
Westhavelland-Brandenburg	577	—	
Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg	7789	2080	
+ Arnswalde-Friedeberg	8046	6136	
Landsberg-Sobin	3067	— [4])	
Königsberg (Neumark)	—	979	
Ost- und West-Sternberg	565	2243	
Züllichau-Krossen	—	406	
Rothbus-Spremberg	—	548	
Demmin-Anklam	—	27	
Ueckermünde-Usedom-Wollin	—	5348	
Stettin	495	790	
+ Pyritz-Saatzig	1991	514[5])	
+ Belgard-Schivelbein-Dramburg	35	2230	
+ Neustettin	2535	3187	
+ Samter-Birnbaum-Obornick-Schwerin	1181	695	
Meseritz-Bomst	271	—	
Krotoschin-Kosch min	34	—	
Garnitau-Jitzehne-Kolmar	57	—	
Witzig-Schubin	80	—	
Inowrazlaw-Mogilno-Strelno	1124	—	
Großwartenberg-Oels	1758	2936	
Breslau-Ost	1484	507	
„ -West	1370	509	
„ Land-Neumarkt	—	629	
Frankenstein-Münsterberg	549	—	
Goldberg-Haynau-Liegnitz	326	—	
Landeshut-Jauer-Bolkenhain	268	306	
Kreuzburg-Rattenberg (Oberschlesien)	35	32	
Kattowitz-Zabrze	746	138	
Pleß-Rybnik	26	—	
Falkenberg-Grottlau	—	12	
Magdeburg	2869	3691	
Aschersleben-Kalbe	—	1237	
Oschersleben-Halberstadt-Wernigerode	299	1354	
Saalkreis-Halle (Saale)	—	795	
Mansfelder See- und Gebirgskreis	—	8	
Naumburg-Weißenfels-Zeitz	2070	— [6])	
Northausen-Grafschaft Hohenstein	4579	3544	
Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück	—	5106	
Apenrade-Flensburg	—	4424	
Tondern-Husum-Eiderstedt	—	97	

[1]) Gemeinsamer Kandidat (lanf.)
[2]) „ „ (kons.)
[3]) „ „ (wildkons.)
[4]) „ „ (kons.)
[5]) „ „ (kons.)
[6]) „ „ (Reichspartei)

Wahlkreis	1893	1898	
Pinneberg-Segeberg	718	2869	
Kiel-Rendsburg-Plön	36	4077	
Altona-Stormarn	2288	1754	
Osnabrück-Bersenbrück-Iburg	309	634	
Melle-Diepholz-Wittlage-Sulingen	258	—	
Hannover-Linden	3021	2153	
Hameln-Springe	618	2901	
Hildesheim-Marienburg-Alfeld-Gronau	800	— [1])	
Northeim-Einbeck-Osterode-Uslar	174	— [2])	
Göttingen-Duderstadt-Münden	1541	168	
Goslar-Zellerfeld-Zilfeld	—	2911	
Celle-Peine-Gifhorn-Burgdorf	652	901	
Harburg-Ratenburg-Jever	163	96	
Münster-Coesfeld	222	355	
Hersord-Halle (Westfalen)	77	—	(2532)
Bielefeld-Wiedenbrück	—	—	(1324)
Wittgenstein-Siegen-Biedenkopf	1077	—	(10551)
Olpe-Meschede-Arnsberg	—	—	(64)
+ Hagen-Schwelm	261	283	
Bochum-Gelsenkirchen-Hattingen	633	—	
Dortmund-Hörde	65	49	
Rinteln-Hofgeismar-Wolfhagen	3835	6035	
Kassel-Hessungen	—	2667	
Fritzlar-Homberg-Ziegenhain	6482	4818	
Eschwege-Schmalkalden-Rotenhausen	3809	2410	
+ Marburg-Frankenberg Kirchhain	6736	2818	
Hersfeld-Rotenburg-Hünfeld	3984	4317	
Fulda-Schlüchtern-Gersfeld	113	144	(42)
Hanau-Gelnhausen	2020	1335	
Obertaunus-Höchst-Usingen	353	—	
Wiesbaden-Rheingau-Untertaunus	1245	—	
Oberlahnkreis-Limburg	1562	—	
Dillkreis-Obertoerstermadt	1089	—	(2061)
Frankfurt (Main)	1448	1551	
Hegtar-Alsenkreis	3383	2762	(3041)
Kreuzau-Simmern	66	—	
Elbersetd-Barmen	—	—	(4852)
Solingen	48	87	
Düsseldorf	269	—	
Essen	181	—	
Duisburg-Mülheim-Ruhrort	5952	3827	
Gladbach-M. Gladbach	197	—	(66)
Krefeld	—	172	
Köln (Rhein)	533	113	
Mörrich-Bernkastel	28	—	
Sigmaringen	—	34	
+ München 1	—	98	
+ „ 2	—	143	
+ Landshut	—	145	
Neunburg vorm Wald	33	—	[3018]
Neustadt (Waldn.)-Naab	104	—	[1830]
Erlangen-Fürth	81	—	[45]
Neustadt (Saale)	63	—	[4206]
Schweinfurt	81	—	[4824]
Würzburg	596	—	[3143]
Augsburg	512	—	[378]
Löbau (Sachsen)	6318	—	
Bautzen-Kamenz	10572	10026	
Dresden rechts der Elbe	11151	5014	
„ links der Elbe	13805	8986	
„ -Land	11780	8626	
Meißen-Großenhain	7692	6522	
Pirna	7805	11118	
Leipzig-Stadt	7077	6061	
„ -Land	9146	2098	
Borna	—	1431	
Chemnitz	4955	— [3])	
Stollberg-Lößnitz-Schneeberg	—	9209	
Marienberg	—	4336	
Annaberg-Schwarzenberg	3063	— [4])	
Stuttgart	460	—	
Uebertingen-Mehlrich-Stockach-Konstanz	—	11	
Waldshut-Säckingen-Stockheim-Schönau	83	38	
Lörrach-Müllheim-Staufen-Breisach	1030	116	
Freiburg-Emmendingen-Waldkirch	337	127	
Offenburg-Oberkirch-Kehl	—	371	

[1]) Gemeinsamer Kandidat (Bund der Landwirte)
[2]) „ „ (Bund der Landwirte)
[3]) „ „ (national.)
[4]) „ „ (national.)

Digitized by Google

Wahlkreis	1893	1898
Karlsruhe-Bruchsal	210	874
Mannheim-Schwetzingen-Weinheim	815	2097
Heidelberg-Weinbach-Mosbach	1078	2715
Sinsheim-Eppingen-Bretten-Wiesloch	3573	— [1]
Gießen	5906	4718
Friedberg-Büdingen	3493	1883
Alsfeld-Lauterbach-Schotten	3811	2870
Darmstadt-Großgerau	3222	4345
Dieburg-Offenbach	2669	2228
Bensheim-Erbach	4693	2059
Worms	46	—
Bingen-Alzey	369	1008
Mainz-Oppenheim	270	202
Rastad-Boxberg	26	—
Weimar-Apolda	475	— [2]
Eisenach-Dermbach	1623	2698
Neustadt (Orla)	396	—
Oldenburg-Lübed-Birkenfeld	58	—
Delmenhorst-Wechta-Kloppenburg-Friesoythe	129	49
Braunschweig-Blankenburg	—	1887
Meiningen-Hildburghausen	1214	2331
Sonneberg-Saalfeld	111	126
Koburg	—	1852
Gotha	—	217
Bernburg-Dessau	—	814
Waldeck	2109	3394
Reuß ältere Linie	627	— (1374)
Schaumburg-Lippe	—	599
Lippe	—	80
Lübed	410	838
Bremen	555	383
Hamburg-Oft	2431	1933
„ -West	2646	1602
Geest- und Marschlande	4032	5515
Metz	3407	860

[1]) Gemeinsamer Kandidat (Bund der Landwirte)
[2]) „ „ (kons.)

Der Barmer Ärztestreik.

Über das Kapitel „die Sozialdemokraten als Arbeitgeber" ist schon viel geschrieben worden. Man weiß, daß sie alle Fehler, die sie den Unternehmern aus Kapitalisten-Kreisen vorwerfen, selbst in sehr erhöhtem Maße ihren Arbeitnehmern gegenüber zeigen. Sie geben häufig in Ausnutzung ihrer Machtstellung mit einer Brutalität vor, die alles weit hinter sich läßt, was protzige Großfabrikanten ihren Arbeitern bieten. Ein sehr bezeichnender Vorgang, der zeigt, wie sie auch mit höher Gebildeten umzuspringen belieben, ist der sogenannte Barmer Ärztestreik, über den wir in Kürze nach dem „Ärztlichen Vereinsblatt" berichten wollen.

Die Barmer Ortskrankenkasse zählt über 22000 Mitglieder; ihr Vorstand besteht aus waschechten Sozialdemokraten, der sich in der ganzen Angelegenheit durch den „Genossen" Dr. Landmann (Jude?) führen ließ. Dieser Herr hat bereits seit Jahren eine recht bedenkliche Rolle gespielt; er ist in Gegensatz zu der überwältigenden Mehrheit der Ärzte getreten, indem er versuchte, angeblich im Interesse der Krankenkassen, eine Art Oberaufsicht über die ärztliche Thätigkeit der Kassenärzte zu führen. Vor einigen Jahren haben sogar die Leipziger Krankenkassen den Dr. Landmann als „Vertrauensarzt" anstellen wollen, was nur dadurch verhindert wurde, daß die gesamte Ärzteschaft mit Niederlegung ihrer Stellen drohte.

Dieser Dr. Landmann will die Kassenarzt-Stellung in ganz andrer Weise geregelt wissen, als es bisher geschehen ist. In einer kleinen Schrift schlägt er vor, daß nicht mehr eine große Anzahl von Ärzten von den Kassen beschäftigt werden; vielmehr soll jede größere Stadt in Arztbezirke geteilt werden, so daß auf je dreitausend Mitglieder, mit Familien also mindestens sechstausend Köpfe, ein Arzt kommt. Jeder angestellte Arzt soll ein festes Einkommen von fünf- bis sechstausend Mark erhalten; dafür ist er ausschließlich der Kasse verpflichtet. Da Lebensstellungen mit einem derart gesicherten Einkommen sehr gesucht sein werden, wie L. meint, kann die Kasse unter Hunderten von Bewerbern die tüchtigsten auslesen, in der Regel solche, die ein Spezialfach beherrschen. Höchst charakteristisch für die sozialdemokratischen Anschauungen des ehrenwerten Doktors ist es, daß er die Meinung ausspricht, ein solcher Kassenarzt dürfe von fühlen Standesehrbegriffen nicht angekränkelt sein: er könne die Arbeiter am Krankenbette, in Vorträgen, in Artikeln in der Arbeiterpresse usw. aufklären über die hauptsächlichsten hygienischen Lehren. „Soviel ist jedenfalls sicher," schreibt Dr. Landmann,*) „mit den von der Last und Sorge ums tägliche Brot befreiten, aller Ansechtung der Konkurrenz entrückten, nur sich und ihren Gewissen verantwortlichen, wirtschaftlich und wissenschaftlich unabhängigen (wirtschaftlich unabhängig, wer von sozialdemokratischen Kassenvorständen auf Kündigung angestellt ist?!), beamteten Kassenärzten, die sich von den Schlacken ihrer Fachbildung(!) ebenso, wie von dem besondern Dünkel ihres Standes und ihrer Klasse freigemacht haben, die mit einer geläuterten Erkenntnis der sozialen Zustände und Zusammenhänge ihre Fachwissenschaft betrachten, denen ihr Beruf nicht mehr als bloßes Mittel zum Broterwerb, sondern vielmehr als eine Art öffentlicher Würde dient, auf welcher sie als wahre Helfer und Berater des Volkes thätig sind und den großen Einfluß, den gerade der Arzt auf das Denken und Fühlen der Massen gewinnen und ausüben kann, im Sinne einer Besserung unserer elenden sozialen Zustände zur Geltung bringen, die sich als Ärzte wie als Menschen voll ausleben können — mit solchen Ärzten wird die praktische Medizin voraussichtlich eine materielle und moralische Wiedergeburt erleben und die Krankenfürsorge auf eine höhere Stufe gehoben werden." Genug von Landmanns Zukunftsplänen, die so utopisch sind, wie der berühmte Zukunftsstaat.

Die Barmer Kassenärzte hatten ende Juni 1897 mit der allgemeinen Ortskrankenkasse einen Vertrag abgeschlossen, mit der mündlichen vertragsmäßigen Abmachung, daß der Vertrag mindestens ein Jahr, also bis Juli 1898 dauern sollte; übrigens war vierteljährliche Kündigung abgemacht, die also frühestens am 1. April 1898 stattfand war. Unterm 16. Februar d. J. erhielt aber Kassenarzt nun folgendes Schreiben von der Ortskrankenkasse:

„Wir benachrichtigen Sie, daß wir nach dem gegenwärtigen Stande der Verhandlungen mit unsern Apothekern mit der Wahrscheinlichkeit rechnen müssen, daß uns vom 1. April ab der Kredit entzogen wird.

Um dieser Eventualität zu begegnen, haben wir zunächst beschlossen, von dem genannten Zeitpunkt ab den Handverkauf in eigene Regie zu nehmen. Damit aber auch der Bezug der Rezeptur keine Störung erleidet, möchten wir uns jetzt schon der Mitwirkung unsrer Ärzte versichern. Wir richten daher an Sie die Anfrage, ob Sie geneigt sind, bei Rezeptverordnungen den betreffenden Patienten den Geldbetrag dafür einzuhändigen, wenn wir dafür Sorge tragen, daß Sie mit den Preisen Ihrer Rezepte vorher bekannt gemacht, nach Bedarf mit genügend kleiner Münze versehen, und im übrigen durch ein Ihnen später bekannt zu gebendes Verfahren in den Stand gesetzt werden, über die von Ihnen verlegten Beträge in einfacher und zuverlässiger Weise mit der Kasse abzurechnen.

Gleichzeitig fragen wir an, ob Sie damit einverstanden sind, daß wir in Ihrem Sprechzimmer einen Arzneischrank, enthaltend die gebräuchlichsten Handverkaufsartikel in festen Packungen, sowie sonstige Krankenbedarfsartikel zur direkten Verabfolgung an die Patienten zur Aufstellung bringen, und ob Sie bereit sind, die Abgabe von Medikamenten gegen eine entsprechende, nach Umfang des Verbrauchs zu bemessende Entschädigung zu besorgen.

Sollten Sie hierauf etwaige Rückfragen zu stellen haben, so bitten wir, dies gefl. umgehend zu thun; im übrigen erwarten wir Ihre definitive Antwort bis spätestens Dienstag, den 22. Februar Mittags."

*) Wir bitten unsre Leser, erst kräftig Atem zu holen, damit sie mit dem folgenden, bandwurmartigen Satze ordentlich fertig werden.

Digitized by Google

Hier wurde den Kassenärzten also zugemutet, in ungesetzlicher Weise zu diesponsieren und in einem beabsichtigten Apothekerstreik der Kasse Vorspanndienste zu leisten. Die Ärzte, 34 an der Zahl, lehnten diese Zumutung einstimmig ab; nur die Homöopathen, die jenes Schreiben nicht erhalten hatten, beteiligten sich nicht, sowie ein Dr. Rubensohn, der sich von Anfang an so weit von allen Standesbeziehungen abstellte, daß auf seine Mitwirkung verzichtet wurde. Die Antwort der Ärzte lautete:

„Auf Ihr Schreiben vom 16. Februar d. J. erwidern die unterzeichneten Kassenärzte, daß sie sich nicht veranlaßt fühlen, sich in den Streit, der nach Ihren Angaben voraussichtlich zwischen dem Vorstande der allgemeinen Ortskrankenkasse und den hiesigen Apothekern entbrennen wird, einzumischen und daß sie deshalb nicht in der Lage sind, auf Ihre Wünsche einzugehen."

Darauf erließ der Kassenvorstand am 25. Februar an die Ärzte nachstehenden Ukas:

„Von dem uns nach § 14 des bestehenden Vertrages mit den Ärzten zustehenden Rechte Gebrauch machend, kündigen wir Ihnen hiermit den Vertrag, so daß derselbe nach Ablauf von drei Monaten sein Ende erreicht.

Gleichzeitig teilen wir Ihnen mit, daß wir bereit sind, einen neuen Vertrag mit Ihnen zu schließen, der im Wesentlichen auf derselben Grundlage beruht, wie der bisherige, jedoch die Bedingung enthalten soll, daß Sie sich auf unsern Wunsch zur Mitwirkung bei der Arzneiversorgung der Kassenmitglieder, wie solche in unserm Schreiben von 16. d. M. angedeutet ist, verpflichten.

Wir ersuchen Sie ergebenst, uns bis Montag, den 28. d. M., in den Besitz Ihrer definitiven Äußerung hierzu zu setzen."

Die Ärzte beschlossen in gemeinsamer Sitzung am 28. Februar folgende Antwort zu geben:

„Dem Vorstande der allgemeinen Ortskrankenkasse Barmen teilen die unterzeichneten Kassenärzte mit, daß sie die Kündigung erst vom 1. Juli ab annehmen können, wie es die ausdrückliche mündliche Vereinbarung mit der Kasse gebietet. Zur Beratung eines neuen Vertrages, der selbstverständlich die von Ihnen gestellten, von uns bereits abgelehnten Bedingungen nicht enthalten darf, sind wir bereit, eine Kommission zu ernennen."

Dies Schreiben wurde von allen Kassenärzten mit Ausnahme des Dr. Ollendorf (Jude?) unterzeichnet. — Trotzdem der Kassenvorstand auf die einjährige Dauer des Vertrages aufmerksam gemacht war, kündigte er am 3. März den nicht in Barmen wohnenden Kassenärzten, die die Zumutung vom 16. Februar ebenfalls abgelehnt hatten, auf den 3. Juni.

Unterdessen hatte Dr. Landmann mitte Februar im Ärztlichen Zentral-Anzeiger zwei Anzeigen veröffentlicht: „Ärzte, die Kassenarztstellen von 5—6000 Mark haben wollen, mögen sich die Landmannsche Broschüre bei ihm selbst bestellen"; und: „Eine große Ortskrankenkasse sucht Ärzte mit festem Gehalt von 5—6000 Mark anzustellen." Daraufhin liefen bei Dr. Landmann zahlreiche Adressen von Ärzten ein, die teils aus Not, teils aus Bequemlichkeit auf die verlockenden Angebote(!) des Ausschreibens eingehen zu wollen, geneigt waren. Ein Teil dieser Zierden des ärztlichen Standes sollte event. schon am 1. April in Barmen erscheinen, um eine Landmannsche Kassenpolitikmit für Familienangehörige zu übernehmen. Die Erlaubnis dazu wurde vom Bezirksausschusse verfagt und die bestellten Ärzte wurden auf spätere Zeit, zuerst auf den 1. Juli, dann auf den 1. Oktober d. J. vertröstet.

Am 16. März erhielt der Vorsitzende des Ärzteausschusses vom Kassenvorstande einen Brief des Inhalts: da nunmehr fast alle Ursachen zur Kündigung geschwunden schienen, werde der Vorstand nächstens mit den Ärzten in Verhandlung treten, damit ehestens ein neuer Vertrag zu Stande komme. — Daher haben sich nach langem Warten die Kassenärzte veranlaßt, am 17. Juni folgenden Brief an die Kasse zu schicken:

„Nachdem wir unter dem 28. Februar d. J. die Kündigung des Vertragsverhältnisses seitens des Kassenvorstandes vom 25. Februar zum 1. Juli d. J. angenommen haben, weil nach mündlicher Vereinbarung der Kontrakt mindestens ein Jahr Gültigkeit haben sollte, und da bis jetzt kein neues Übereinkommen zwischen dem Kassenvorstande und uns über die ärztliche Behandlung der Kassenmitglieder zu Stande gekommen ist, machen wir darauf aufmerksam, daß wir vom 1. Juli ab keine Funktion als Kassenärzte mehr ausüben, insbesondere keine Krankenscheine mehr ausstellen können. Vom 1. Juli ab werden wir deshalb die uns konsultierenden Kassenmitglieder in derselben Weise behandeln, wie es bei Privatpatienten üblich ist."

Alle Kassenärzte außer den genannten Rubensohn und Ollendorf, sowie einem Homöopathen Dr. Reinbach unterzeichneten dies Schreiben. Es wurde am 20. Juni in den Lokalblättern veröffentlicht und verursachte große Aufregung. Darauf fand am 21. Juni eine Kommissions-Sitzung zwischen den Ärzten und der Kasse statt; erstere verlangten: dreijährigen Vertrag und Einfügung der Ausschußärzte als Vertrauensärzte zwischen Kasse und Kassenärzten, wenigstens mit beratender Stimme; ferner Anstellung aller Ärzte auf einen gleichen Vertrag, bei Neuanstellung Bevorzugung der bereits ansäßigen Ärzte. Der Kassenvorstand erklärte diese Forderung als unannehmbar. Am 22. Juni berichtete das sozialdemokratische Lokalblatt, die Ärzte wollten die Selbstverwaltung der Kasse angreifen; sie hätten verlangt, der Vorstand „solle sich selbst kastrieren"; sie hätten den Vorstand wie Strauchritter überfallen und ihm die Pistole auf die Brust gesetzt. — Am gleichen Tage erhielten alle Ärzte ein Schreiben vom Vorstande, worin er mitteilt, er sei bereit mit dem Ärzten einen Vertrag einzugehen, der im Wesentlichen auf derselben Grundlage beruhen solle, wie der bisherige. Die Ärzte antworteten, sie seien bereit, über die Dauer des Vertrages in Verhandlung zu treten, wenn alle ihre sonstigen Forderungen bewilligt würden.

Die städtische Aufsichtsbehörde hatte inzwischen dem Kassenvorstande aufgegeben, bis zum 25. Juni nachzuweisen, wieviel Ärzte vertragsmäßig verpflichtet seien. Außer den beiden „Streikbrechern" Rubensohn und Ollendorf und drei homöopathischen Ärzten konnten nur zwei zugiehende nachgewiesen werden. Darum wurde noch eine gemeinschaftliche Verhandlung beider Parteien auf dem 27. Juni anberaumt, in der die Forderungen der Ärzte vom Vorstande bewilligt wurden. Die Vertragsdauer sollte zwei Jahre sein. Alles schien geordnet; da lehnte am 27. abends die General-Versammlung der Kasse, nachdem zwei Drittel der Anwesenden bereits den Saal verlassen hatten und nur die „Zielbewußten" gebliehen waren, den ganzen Entwurf ab! Am 1. Juli legten nunmehr die bisherigen Kassenärzte mit Ausnahme der obengenannten ihre Funktionen nieder. Da nur fünf Ärzte von auswärts gekommen waren, liefen Hunderte von Beschwerden an die Aufsichtsbehörde ein. Deshalb ließ der Regierungspräsident zum 6. Juli die kassenärztliche Kommission, den Vorstand der Krankenkasse und die städtische Aufsichtsbehörde zu gemeinschaftlicher Sitzung auf das Rathaus laden. Hier eröffnete der Vertreter der Regierung den Anwesenden, daß nach Einlauf einer Beschwerde von mehr als dreißig Kassenmitgliedern die Regierung die Verpflichtung habe, nach Anhörung des Kassenvorstandes Abhilfe zu schaffen; daß die eventuellen Beschlüsse des Regierungspräsidenten keinen Appell an höhere Instanzen zulasse und daß die Königliche Regierung selbst zu urteilen habe, ob für genügende ärztliche Hilfe gesorgt sei, sowohl der Quantität als Qualität nach. Darauf beschloß der Vorstand einstimmig, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln bei der auf den 12. Juli berufenen Generalversammlung auf Annahme des am 27. Juni verabredeten Vertrages zu drängen. Das ist denn auch mit Erfolg geschehen.

So war denn der Streik schließlich zu Gunsten der Ärzte entschieden. Das wurde nur durch das energische Einschreiten der Regierung erreicht. Wenn Dr. Winkelmann aus Barmen in einem zusammenfassenden Urteil über den vielbesprochenen Ausstand meint (Ärztl. Vereinsblatt Nr. 381), die Ärztestchaft in der Stadt sei recht wohl in der Lage, erfolgreich im geeigneten Moment gegen die kapitalistische und politische Machtentfaltung der Kassenvorstände vorzugehen, wenn sie für ihre berechtigten Forderungen einig zusammenstehe und aushalte, so wird diese optimistische Ansicht durch den Verlauf des kurz darauf ausgebrochenen Ärztestreik zu Remscheid widerlegt. Hier siegte die

Digitized by Google

Kasse, indem sie sieben fremde Aerzte herbeizog, die mit je sechstausend Mark angestellt wurden und ausschließlich als Kassenärzte zu wirken haben — ganz nach Landmannschen Rezept. Der Sieg der Aerzte in Barmen ist also nur ein zufälliger, und wir fürchten, daß der von der Remscheider Kasse mit Erfolg beschrittene Weg bald von vielen andern betreten werden wird.

Offenbar besteht im Krankenkassengesetz eine folgenschwere Lücke. Denn die Aufsichtsbehörden sind nach der heutigen Lage der Gesetzgebung nur im stande, nach Eintritt von Benachteiligungen der Versicherten einzugreifen; sie können weder vorbeugen, noch die Ausnutzung der Kasse für politische Zwecke verhindern. Man kann deshalb der „Voss. Ztg." ausnahmsweise einmal beistimmen, wenn sie meint: „Ist es nicht nötig, daß wenigstens das Dringlichste über die Beziehungen zwischen den Aerzten und den Krankenkassen im Gesetz festgelegt wird? Bei der Abfassung und Beratung des Krankenkassen-Gesetzes ist der Aerztestand gradezu als quantité négligeable behandelt worden. . . . Am notwendigsten ist die Schaffung von Einigungsämtern und Gerichten, die in den Beziehungen zwischen Aerzten und Krankenkassen Ordnung zu schaffen hätten."

Sogar der „Vorwärts" meinte, das Recht sei in dem Barmer Streik auf Seiten der Aerzte gewesen, weil sie einfach ihre Berufsinteressen wahrgenommen hätten. Leider kann man dem sozialdemokratischen Blatte nicht Unrecht geben, wenn es behauptet: „Mögen die Aerzte ihren persönlichen Beziehungen nach zum Bürgertum zu zählen sein, ihrer ökonomischen Lage nach gehört die Mehrzahl zur arbeitenden Klasse, und die Zahl dieser Aerzte wird von Jahr zu Jahr immer größer." Um so notwendiger ist es, daß sie durch das Krankenkassen-Wesen nicht immer noch mehr proletarisiert werden; hat es doch jetzt schon auf die Stellung der Aerzte unheilvoll eingewirkt!

Wie aber die Sozialdemokraten mit zweierlei Maß messen, je nachdem sie Hammer oder Ambos, Arbeitgeber oder Arbeitnehmer sind, geht aus folgenden Thatsachen hervor. Ist von sozialdemokratisch geleiteten Arbeitern ein Streik proklamiert worden, so wissen die Parteiblätter nicht genug Worte der Entrüstung zu finden, um die „Streikbrecher", die Arbeitswilligen zu geißeln. In diesem Barmer Aerztestreik aber ist, so viel wir wissen, kein abfälliges Urteil über die „Streikbrecher" Rubensohn und Ollendorf in den sozialistischen Blättern laut geworden.

Wir haben früher an andrer Stelle (Der Kampf gegen das Judentum) bereits ausgesprochen, daß man echte Kollegialität bei jüdischen Aerzten vergebens suchen wird. Der Fall Rubensohn bestätigt diese Ansicht durchaus; denn der jüdische Arzt ließ seine Standesgenossen in dem schweren Kampf um ihr Recht im Stich. Doch haben die jüdischen Aerzte es verstanden, in vielen großen Städten die Kassenarztstellen in ungehöriicher Weise an sich zu reißen. Nach den Angaben eines jüdischen Blattes sind in Berlin, wo etwa ein Drittel der Aerzte aus Juden besteht (sieben bis achthundert jüdische Aerzte gegen fünfzehnhundert nichtjüdische), von den sechshundert Kassenarzt-Stellen fünfhundert durch Juden besetzt. Das nennt man Gleichberechtigung. Und dabei klagen unsre bescheidenen Mitbürger „mosaischer Konfession" noch stets über Zurücksetzung.

Der Jude ringt uns unter ew'ger Klage
Listig das Heft aus ungeschickter Hand!

Dr. G. Stille.

Unsre Presse.

Wohl kein zweites Volk hat solch traurige Preßzustände, kein andres eine so undeutsch gesinnte Presse, als das deutsche — das ist eine ziemlich allgemein bekannte und auch meistens zugestandene Thatsache. Von Fremden und daher in fremdem, undeutschem Sinne geleitet, hat sich grade diese jüdische und judenliberale Presse so sehr in das deutsche Volk eingefressen, daß eine Besserung und Gesundung in dieser Beziehung nur sehr langsam vor sich geht. In michelhafter Verschlafenheit und Gleichgiltigkeit kann sich der deutsche Zeitungsleser nicht losreißen von seiner alten, aber dummen Gewohnheit, auch dann noch festzuhalten an dem Blatte, wenn es seiner Neigung und Überzeugung nicht mehr vollständig entspricht, wenn er sogar ganz gut fühlt, daß von dieser Presse das echte und wahre Deutschtum in den Kot gezerrt, verleumdet und verdächtigt, oder zumindest totgeschwiegen wird. Er kann sich nicht trennen von seiner Gewohnheit, und so blühen die Judenblätter zur Freude ihrer Besitzer immer noch. —

Im vorigen Jahre haben wir in einer Zusammenstellung den Angehörigen und Freunden der deutschsozialen Reformpartei gezeigt, wie die große Vermehrung ausgelaufen ist, die unsre Parteipresse anfang dieses Jahrzehnts zu verzeichnen hatte. Das Bestreben der Parteimitglieder, die sich in irgendeinem größeren oder kleineren Verbande zusammengefunden haben, zur Ausbreitung und Festigung ihrer Organisation ein eigenes Blatt zu gründen, ist zweifellos berechtigt und entspricht vollkommen den Aufgaben, die man gemeinhin an das deutsche Parteiwesen stellt. Mit solch einer Neugründung ist es nun aber eine eigene Sache: kommt sie in die richtigen Hände, verlangt man — nach dem Sprichworte: Aller Anfang ist schwer — nicht sofort Unmögliches, so läßt sich auch mit ganz geringen Mitteln etwas Gedeihliches erreichen. Gewöhnlich aber hat man weder seine eigene Kraft, noch das Interesse der breiten Bevölkerungsschichten richtig eingeschätzt und an der unausbleiblichen Enttäuschung geht dann in dem betreffenden Bezirke alles zu Grunde — Zeitung, Organisation und das Vertrauen zur Partei. Diese Erfahrung haben wir in den letzten Jahren leider sehr oft machen müssen. Die Rückschläge bei den Wahlen sind denn auch nicht ausgeblieben.

Wie ist dem aber nun abzuhelfen? Die Antwort auf diese Frage ist sehr leicht und auch wieder sehr schwer, je nachdem man die Angelegenheit betrachtet. —

Man halte sich vor allen Dingen vor Augen, daß die nichts weniger als glänzenden Verhältnisse unsrer Parteikasse die Unterstützung irgendeines Preßunternehmens von Parteiwegen nicht zulassen. Wir sind auch der Meinung, daß die jetzt bestehende Parteipresse allen Ansprüchen vorläufig genügen kann. In Preußen haben wir mit Ausnahme von Ost- und Westpreußen, Posen, Pommern und Westfalen in jeder Provinz mindestens ein Organ, und ebenso steht es mit den größeren Bundesstaaten. Es liegt also fürs erste kein Grund vor, ohne genügende Mittel und ohne dringendes Bedürfnis neue Blätter zu schaffen, wenn es sich jeder Angehörige unsrer Partei nur zur Pflicht machen würde, mindestens die in seinem Landesteile erscheinende Parteizeitung zu halten. Ja, **wenn**!

Der Mann, der das Wenn und das Aber erdacht,
Hat aus Häckerling sicher schon Gold gemacht!

Grade in diesem Punkte hapert's ganz gewaltig und zwar überall. Während immer neue Blätter von philosemitischen oder direkt semitischem Geiste gegründet werden und dank einer skrupellosen Reklame bald eine sehr große Verbreitung finden, müssen deutsche Zeitungen zur Ermäßigung des Bezugspreises oder zur Verminderung ihres Inhalts greifen, um dem Wettbewerbe jener Blätter nicht ganz zu unterliegen. Das sind unhaltbare Zustände. Ist es da zu verwundern, wenn selbst die Parteifreunde, die von Anfang an in der Bewegung stehen, an ihrer Arbeit verzweifeln und mitunter aufseufzend sagen: „Es hilft ja doch nichts!"?

Wie schwer es ist, ein Zeitungsunternehmen weiter zu führen, das auf dem Boden des politischen Lebens die christlich-deutsche Weltanschauung zur Geltung bringen will und die Politik nicht als „Geschäft", sondern als heilige Pflicht der Fürsorge für unser Volkswohl, als Kampf „mit Gott für König und Vaterland" ansieht, das ist leider in weiten Kreisen unsrer Gesinnungsgenossen noch viel zu wenig bekannt und gewürdigt. Denn sonst müßte es besser um uns stehen.

Würden überall unsre Partei-Organisationen planmäßig vorgehen und den Mitgliedern es ans Herz legen, die maßgebenden Parteiblätter nicht nur zu halten und zu lesen, sondern auch für ihre Verbreitung zu sorgen, so wären wir schon ein gutes Stück

Digitized by Google

weiter. Leider vergessen viele gute Antisemiten das Gute über dem Schlechten und das Wollen über dem Können. Und so machen sie uns Zeitungsschreibern den Kopf und die Arbeit schwer. Der Eine will den Antisemitismus ausschließlich vom christlichen Standpunkt behandelt sehen, der Andre vom sozialen Standpunkt und der Dritte wünscht das Wörtlein „sozial" zu allen Teufeln, weil manchmal die noch im Dusselbanne der Judenzeitungen stehenden Wähler dahinter lauter Sozialdemokraten wittern oder unehrliche Gegner dergleichen behaupten. Noch Andre verbitten sich das „ewige Geschimpfe auf die Juden", während vielen neuen Parteianhängern nicht genug über die Juden gebracht wird.

Und so wirft mancher Gesinnungsgenosse wehleidig die Flinte ins Korn, wenn ihm etwas wider den Kopf geht. Wie rasch tritt eine herbe, ungerechte und nach Lage der Dinge oft gradezu unvernünftige Kritik zu Tage zur Freude der Gegner und zur Verwirrung der Freunde. Wie geben ja zu, daß mancher Artikel, manche Ansicht, mancher Ausdruck, manches Thun und manches Unterlassen in unsrer Presse dem oder jenem unsrer Freunde und Gesinnungsgenossen nicht paßt — er fühlt sich gekränkt. Wir möchten ihm erwidern: Heraus mit einer frischen Entgegnung! Wir sind nicht aus Glas und nicht aus Marzipan und können neben den Stößen der Feinde auch den Puff eines Freundes ertragen. Wie oft werden aber wir gekränkt und was wird uns „Feldsoldaten" oft im eigenen Lager geboten!

Diese Bahnen müssen verlassen werden, sollen wir zum Ziele gelangen. Eine festgefügte, opfervollige Minderheit, die ihren Führern unbedingt vertraut, wird im Laufe der Zeit eine planvolle arbeitende, opfer-unlustige und energielose Mehrheit vernichten. Dazu bedarf es aber vor allen Dingen Unterordnung, Selbst-Unterordnung, Vereins-Unterordnung, Partei-Unterordnung.

Das haben die „Genossen" sehr wohl erkannt und handeln ständig danach. Bei ihnen vergeht keine Versammlung, keine Nummer ihrer Presse geht hinaus ohne den Mahnruf: Sorget für die Verbreitung eurer Zeitungen!

Kann also hierzu an seinem Teile jeder Parteifreund besserende Hand anlegen, so müssen anderseits die deutschen Blätter sich auch gegenseitig mehr unterstützen. Das geschieht auf die einfachste Weise durch öfteres Erwähnen dieser oder jener Auslassung, und zwar mit deutlicher Quellenangabe. Nachgedruckt wird ja schon seit Jahren sehr viel, aber selten wird der Leser darüber unterrichtet, daß das Vorgelegte nicht eigene Arbeit ist. Das betrifft nicht nur unsre Parteipresse. Wir möchten deshalb auch keine Namen nennen, aber doch eine Äußerung hierhersetzen, die uns vor längerer Zeit zu Gesicht kam. Da schreibt jemand: „Es ist gegen mein Geschäftssprinzip, Sachen, die mir irgend Konkurrenz machen könnten, zu empfehlen."

Wir hoffen, daß ein solcher Standpunkt in unsrer Partei nie zur Anwendung kommen wird, denn das wäre der Anfang vom Ende.

Wie kein politischer Kampf ohne Geld möglich ist, so kann auch keine Presse bestehen ohne Leser, Mitarbeiter und Anzeigen. Das mögen sich alle Parteigenossen gesagt sein lassen, die ihre persönliche Mitarbeit nur in herber Kritik bethätigen.

Der Grundpfeiler jeder Partei ist und bleibt einmal ihre Presse, und diesen Grundpfeiler der deutschsozialen Reformpartei zu kräftigen, muß ständig die vornehmste Sorge jedes Parteiangehörigen sein. L. H.

Jüdische Räuber im vorigen Jahrhundert.

Außer ihrem Wucher-Handwerk betrieben die „armen und unterdrückten" Juden von Alters her auch die Räuberei im großen Stile. Besonders schlimm hatten unter den Thaten jüdischer Räuberbanden die östlichen Landesteile unsers Vaterlandes zu leiden. Eine solche Bande zog im Jahre 1771 durch Pommern, ohne daß es möglich gewesen wäre, sie zu erkennen oder abzufassen. Endlich sollte dieses aber gelingen. Dem Bürgermeister zu Stargard wurde im Dezember desselben Jahres von Bauern aus Lützin bei Gollnow gemeldet, daß zwölf „Polen" dort eingebrochen, eine große Summe Geldes geraubt und einen Fischer beinahe umgebracht hätten. Durch die energischen Maßregeln des Bürgermeisters gelang es bald, die Übelthäter zu ergreifen und da stellte sich heraus, daß die „Polen" unverfälschte Juden waren. Trotzdem sie durch einwandfreie Zeugen vollständig überführt waren, leugneten sie doch. Darum brachte man bei ihnen ein drastisches Mittel zur Anwendung, um sie zum Geständnis zu zwingen. Es wurden nämlich drei Holzkasten angefertigt, die die Lagerung eines Menschen gestatteten, ohne daß sich dieser aber rühren konnte. Hals und Füße wurden innerhalb und die Hände außerhalb des Kastens durch Eisen angeschlossen, während für das Gesicht im Deckel eine Öffnung blieb.

Diese „Folterträge" beherbergten die „Polen" Aaron Abraham und Wulff Salomon je dreiundvierzig und Elias Meyer dreißig Stunden. Dann gestanden sie ihre Schandthaten ein. Ebenso ging es ihren Spießgesellen Wulff Behr, David Hirsch, Itzig Hitzel, Joseph und Salomon Jacob, Daniel (Gedalje) Joseph, Levie (Leyser) Israel und Meyer Seelig. Man bewies ihnen Räubereien an vielen Orten und verurteilte sie zum Tode durch den Strang oder lebenslängliche Karrenarbeit. Salomon Jacob gelang es zu entfliehen, während alle andern die Strafe erleiden mußten.

Zwanzig Jahre später hausten solche Banden am Niederrhein. Sie thaten sich auf, als die französische Revolution sich über Frankreichs Grenzen hinaus bemerkbar machte. Nach der „Köln. Volksztg." hieß der Stammvater dieser zahlreichen Verbrecherbanden Jacob Wolfa. Er setzte ursprünglich in Groningen und räuberte Anfangs allein mit seiner Familie, bis dann nachher sämtliche Söhne und Schwiegersöhne sich als Leiter getrennter Banden selbständig machten. Der älteste Sohn Abraham, kommandierte z. B. später eine Räuberbande in der Nähe von Paris, der Mann seiner Tochter Rebekka, Losbeck, genannt Het Schippertje, führte in Gemeinschaft mit seinem Bruder eine berüchtigte holländische Bande. Die zweite Tochter Dina heiratete einen Picard, der zuweilen gemeinschaftlich mit Losbeck „arbeitend", für die deutschen Gebiete besonders furchtbar geworden ist. Er raubte in zwei Jahren mehrere Tausend Louisd'or an der Spitze einer bis an die Zähne bewaffneten Bande, erstürmte Städtchen und Flecken und schwelgte zwischendurch in Paris nobel als Grandseigneur.

Diese saubere Familie wurde zuerst in Brabant in ihren Thaten, nicht in ihren Gliedern, bemerkt, und erwuchs dort schließlich zu einer Landplage. Hier verübte sie mit einem festen Anhange von ungefähr vierzig Stammesgenossen besonders in den Jahren 1795 und 1796 eine Unmenge von Verbrechen und schleppte große Reichtümer aus einzelliegenden Häusern und Höfen hinweg. Ja, der Einwohnerschaft ganzer Flecken lieferten diese Juden nächtliche Gefechte, in denen sie infolge ihrer Übermacht in der Regel Sieger blieben. Als schließlich die Regierung in Paris energische Maßregeln traf, zerstreuten sich die Verbrecher. Einige, wie Picard, gerieten in die Gefangenschaft, kamen aber bald wieder, weil man ihre Persönlichkeit nicht feststellen konnte, oder durch falsche Pässe und geschickte Bestechung auf freien Fuß.

Ein Teil der in Brabant zerstreuten Bande siedelte sich unter des einen Losbeck und Picards Leitung in Meersen bei Maastricht an, wo sie aus der Einwohnerschaft, den Nachkommen der alten Bockreiter, genügenden Zuzug erhielt. Eine amtliche wichtige Persönlichkeit, die durch die Ausstellung falscher Pässe unschätzbare Dienste leistete, wurde als stiller Teilhaber gewonnen. Nach altbewährter Praxis ließ man auch hier die nächste Umgegend ausgekundschaftet und legte die Ziele der räuberischen Unternehmungen in weitere Ferne. Namentlich die reichen Bauerndörfer des Jülicher Landes wurden zur Brandschatzung auserkoren. Zu Trupps von etwa fünfzig Mann überfiel man die auserlesenen Orte und schleppte aus den vorher ausspionierten Örtlichkeiten, jeden Widerstand mit blutiger Gewalthat niederhaltend, große Schätze in Meersen zusammen.

Anfang 1797 dehnten die Meersener Juden ihre Züge bis

Digitized by Google

in die Düsseldorfer Gegend aus und kamen hierbei mit einer Räuberbande in Berührung, die sich selbständig gebildet hatte, der sogenannten Krefelder Bande, die anfangs nichts als eine Zusammenrottung spitzbübischen Gesindels, von Deserteuren, Hausierern und Scherenschleifern darstellte, deren Unternehmungsgeist sich an Jahrmarktsdiebstählen genügen ließ, das aber durch Verbindung mit den Meerseenen Juden Schulung und höheren Schwung erhielt. Unter den zahlreichen Verbrechen, die diese beiden Banden, häufig in Gemeinschaft verrichteten, zeichnen sich besonders der Einbruch bei dem Pfarrer Pithan in Ruhrort (20. April 1797) und der Überfall des Wechslers Aten in Eupen (Februar 1798) durch unerhörte Frechheit aus. In Ruhrort wurden die Räuber von der zusammengeströmten Einwohnerschaft und einquartiertem Militär nach lebhaftem Gefechte aus dem bereits erstürmten Hause vertrieben, entkamen aber alle bis auf den letzten Mann. In Eupen gelang es ihnen, nach dem Besitzen der Hauptstraßen, ungehindert sechzigtausend Frcs. in Baar wegzuschleppen. Dieser letzte Streich schlug dann schließlich den Fuß den Boden aus. Bei der fieberhaften Thätigkeit, die jetzt die Behörde zwecks Entdeckung der Schuldigen entwickelte, begannen die Meerseener Juden sich in ihrem Schlupfwinkel nicht mehr sicher zu fühlen.

Ihr Stamm zog deshalb ins übertheinische Land, ebenso die Hauptheiden der Krefelder oder Neußer Bande. Ein Teil beglückte die Essener und Elberfelder Gegend mit seiner Gegenwart, die Hauptmasse aber ging nach Neuwied, wo denn bald, Dank der hier sehr gemütlichen Polizei und der geheimen Unterstützung einzelner wichtiger Persönlichkeiten, ein herrliches Räuber-Reich aufblühte. Etwa fünf Jahre hat Neuwied, freilich unbewußt, den zweifelhaften Vorzug besessen, den alten Juden und ihrem Anhange als Schlupfwinkel zu dienen. Die Streifzüge der Gauner erstreckten sich durch die ganze Rheingegend aufwärts bis in die Umgegend von Wiesbaden, abwärts bis Holland. Nach Osten haben sie ihre Züge bis nach Kassel, nach Westen bis in ihre alten Reviere in der Aachener und Jülicher Gegend, ja, bis nach Flandern ausgedehnt. Vor Hauptdiebstählen, beispielsweise vor der auffehenerregenden Beraubung der Kölner Eilpost bei Langerfeld oder dem tollkühnen Zuge nach Daaden an der Sieg, fanden in Neuwied regelrechte Vorbereitungen statt, zu denen alte, in ihren frühern Sitzen verbliebene Hauptjuden mit Extrapost herbeieilten.

Die Neuwieder Herrlichkeit nahm ihr Ende, als die französische Regierung auf die Verwaltung der rechtsrheinischen Gebiete einen Druck zwecks Herbeiführung geschlossener, einheitlicher Maßregeln gegen das verbrecherische Gesindel ausübte. Einzelne der Juden fielen in die Hände der Justiz, und ihre Geständnisse boten eine Handhabe zur Erkennung und Verhaftung andrer, bisher unfaßbarer Verbrecher. Einen zeitweiligen Ruhepunkt erlangte der Rest der gesährlichen Krummnasen nochmals in einem Dorfe an der Rhön, wo ein hochadliger Amtmann ihnen gegen reichliche Sicherheits-Abgaben Schutz bot. Die letzten Spuren dieser niederländischen Juden führen in den Spessart, nach Schwaben und Bayern, und in Hauffs Wirtshaus im Spessart scheint eine Erinnerung an ihre wortige Wirtsamkeit wiederzuklingen.

Der Schaden, den diese niederländer Banden an Hab und Gut einer Menge wohlthabender Leute verursacht haben, ist ganz ungeheuer. Im Jahre 1804 schätzte der öffentliche Ankläger des Roer-Departements, Beil, auf Grund von etwa 360 ihm bekannt gewordenen Raubthaten die von den Juden weggeschleppte Gesamtsumme auf 3½ Millionen Frcs. Unter 205, durch ihn ermittelte Räuber waren 112 Juden. Beseitigt waren erst 81, nämlich auf die Galeeren gebracht 38, die Übrigen entweder in Deutschland und Holland gehängt oder in Frankreich geköpft. Der Rest war noch in Freiheit.

Heute hat Israel nicht mehr nötig so zu hausen, durch die Börse sassen sich große Raubzüge viel leichter und ungefährlicher ausführen. Und wenn man dumm ist und sich fassen läßt, dann kommt man höchstens nach Plötzensee, wie der Kommerzienrat Anton Wolff in Berlin. Wer dann Glück hat, wie er, der seit sechs Jahren schon so „totkrank" ist, daß er das Lazarett nicht verlassen kann, lebt dort einen sehr guten Tag. Unsre Juden haben es heute also in allen Teilen besser.

„Versuch über die Ungleichheit der Menschenrassen. In Nummer 498 dieser Blätter finden unsre Leser eine ausführliche Besprechung des denkwürdigen Werkes vom Grafen Gobineau und seine hohe Bedeutung für unsre Zeit und unsre Zukunft. Jetzt ist der zweite Band*) dem dort angezeigten ersten gefolgt; er enthält die Rassengeschichte der Hauptvölker des Orients (Assyrer, Hebräer, Phönizier; Ägypter, Inder, Chinesen).

Daß die Rasse den eigentlichen Schlüssel für die Geheimnisse der Geschichte biete, das Blut, das in den Adern der Völker fließt, die bewegende Kraft aller kulturgeschichtlichen Entwicklung bedeute, das ist eine Wahrheit, die in unsern Tagen sozusagen mit den Händen zu greifen ist, die aber auch für die Vergangenheit im weitesten Umfang und in all ihrer reichen Gliederung tiefsinnig ergründet und sichtvoll dargestellt zu haben, das unsterbliche Verdienst Gobineaus ist. Jeden, dem es darum zu thun ist, in diesen Dingen nicht bloße Schlagworte nachzureden, sondern sich hinsichtlich einer der wichtigsten, unsre Zeit bewegenden Fragen echte Einsicht und Kenntnisse zu erwerben, ist Gobineaus Werk, das eigentliche Grund- und Stammbuch auf diesem Gebiete, ein unentbehrliches Hilfsmittel.

Mosaik.

Die Juden sind ein zersetzende, Gährung erregendes, kosmopolitisches Element der menschlichen Völkerfamilie. Sie lassen sich von den Völkern nicht auffangen, sind aber geneigt und befähigt, Glauben, Sitte, Verfassung, Wirtschaft andrer Völker anzusaugen.

Von Rechtswegen wurden die „Neuen Hess. Volksblätter" zu Darmstadt zu einer Geldstrafe von drei Mark verurteilt, weil sie eine Berichtigung nicht aufgenommen hatten. Diese sollte die Darstellung einer Gerichtsverhandlung „berichtigen", deren Angaben in dem Verfahren als vollständig wahr bewiesen wurden. Der Staatsanwalt erkannte das unumwunden an, meinte aber, es müsse trotzdem eine Bestrafung erfolgen, da das Preßgesetz die unbedingte Aufnahme jeder Berichtigung verlange, wenn diese auch etwas objektiv falsches behaupte. Demgemäß ordnete das Gericht die Aufnahme an und brummte dem Redakteur drei Mark Buße auf.

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. Am 26. v. M. war der jüdische Viehhof zu Dortmund geschlossen, weil der Viehmarkt des jüdischen Feiertags wegen verlegt war. Die christlich-deutschen Fleischer wollten sich diese übergroße Rücksichtnahme auf die Juden aber nicht gefallen lassen, sondern verlangten Einlaß, um das Vieh der nichtjüdischen Händler besichtigen und taxieren zu können. Da sich der Schlachthaus-Inspektor aber zum Öffnen der Thüren nicht verstehen wollte, rückte man dem Ober-Bürgermeister auf den Leib und nun kamen die Fleischer endlich zu ihrem Rechte. Wenn man diese Thatsachen nicht in einem Judenblatte lesen könnte, würde man sie wirklich nicht glauben! —

Über eine Trauerfeier der deutschen Kolonie zu Jerusalem anläßlich des Todes Bismarcks berichtet der „Bote von Zion" mit dem Worten: „Es ist auf diesem Tag ein Fürst und Vater gefallen in Israel." —

In Württemberg hält ein Vikar Bernstein religiöse Wandervorträge. Er wird von evangelischen Kreisen warm empfohlen mit der Begründung, daß man in Preußen dem getauften russischen Juden die Naturalisation versagte und er darum weder das zweite theologische Examen hätte machen noch eine Anstellung als Pfarrer hätte finden können. Jetzt will ihn das Kgl. Konsistorium zu Stuttgart unter seine Fittige nehmen. Wir dächten, die evangelische Kirche hätte an den jüdischen Renegaten schon üble Erfahrungen genug gemacht! —

Gegen die Schweine-Grenzsperre legten sich in der Stadtverordneten-Versammlung zu Berlin drei Redner in Zeug. Sie nennen sich: Goldschmidt, Kalisch und Singer. Ob sie wohl Schweinefleisch essen? —

Fort mit dem „unberechtigten" Zwischenhandel! Nach dem Geschäftsbericht der Vereinigten Pommerschen Meiereien, Aktien-

*) **Versuch über die Ungleichheit der Menschenrassen.** Vom Grafen Gobineau. Deutsche Ausgabe von Ludwig Schemann. Zweiter Band. Stuttgart 1899. VI, 382 Seiten. Preis 4,20 Mark.

Digitized by Google

Gesellschaft, für das Geschäftsjahr 1897/98 hat die Gesellschaft mit einem Aktienkapital von 101500 Mark 39721 Mark, also, 39½ v. H. Gewinn vom 1. Juli 1897 bis 30. Juni 1898 zu erzielen vermocht. Die Judenblätter beeilen sich nun, diese Zahlen als Beweis dafür anzuführen, daß „landwirthschaftliche Unternehmungen trotz der agrarischen Klagen in unserer Zeit nicht ganz übel rentieren." Allerdings, aber nur dann, wenn wie hier der Verkehr zwischen Erzeuger und Verbraucher unmittelbar geschieht, wenn der Zwischenhandel möglichst ausgeschaltet wird. Die „39½ Gewinn", die sonst an den Fingern des Zwischenhandels hängen geblieben wären, hat die Vereinigung Pommerscher Meiereien verständigerweise in die eigene Tasche gesteckt, d. h. den Butterproduzenten zukommen lassen. So sollte es überall da geschehen, wo der Zwischenhandel eine über seine Bestimmung hinausgehende Rolle spielt, wo er den Einkaufspreis beim Erzeuger ganz erheblich drückt, während er vom Verbraucher einen verhältnismäßig hohen Verkaufspreis fordert.

Firmen-Verschleierung. Der Kaufmann Simon Löwenstein hat die Handelsgesellschaft H. Blumenfeld zu Berlin erworben und setzt das Geschäft unter unveränderter Firma fort. —

Die Gesellschafter der zu Berlin am 16. Mai 1898 gegründeten offenen Handelsgesellschaft: J. Freund & Co. sind: der Kaufmann Isidor Freund und der Schneidermeister Michaelis Schneeberg, beide in Berlin. Zur Vertretung der Gesellschaft ist nur der Kaufmann Isidor Freund berechtigt! —

Zur Vertretung der Firma Liebertnecht & Co. zu Eich wege ist nur der zweite Inhaber, Kaufmann Emil Bischheim, berechtigt, während der Kürschner Emil Liebertneckt als Namensgeber und erster Inhaber nichts zu sagen hat. —

Die Gesellschafterinnen der zu Berlin am 1. Mai 1898 gegründeten offenen Handelsgesellschaft: Biesenthal & Co., Berliner Bettfedern-Kompagnie, sind: Frau Cäcilie Biesenthal, geb. Bernstein, zu Leipzig und Frau Selma Cohn, geb. Bernstein, zu Bernburg. Dem Kaufmann Arthur Bernstein zu Berlin ist Prokura ertheilt.

Nach Palästina begleiten den Kaiser auch 130 Vertreter von Kirchen-Regierungen, kirchlichen Vereinen usw. Zu ihrer Überfahrt hat das Hofmarschallamt ein altes englisches Schiff gemietet, das der Norddeutsche Lloyd vor einigen Jahren als unbrauchbar verkaufte und das seitdem als Frachtkahn und zur Beförderung von Zwischendecks-Passagieren benützt wurde. Das kommt selbst der „Köln. Ztg." so wenig deutsch vor, daß sie einige scharfe Töne dagegen riefiert.

Sozialdemokratisches. Für den Parteitag, der am Montag in Stuttgart zusammentrat, haben die Bielefelder „Genossen" beantragt, diesmal von der Wahl des „Genossen" Singer als Vorsitzenden abzusehen, weil Singer durch seine „selbstherrliche Handlungsweise auf dem Hamburger Parteitage bewiesen habe, daß es vom demokratischen Standpunkte aus gut sei, nicht immer denselben Genossen zum Vorsitzenden zu wählen". Weh euch, ihr Bielefelder! —

In einer Besprechung der Reden unsers Kaisers in Westfalen, entschlüpft dem „Vorwärts" nachstehender Satz: „Das urdeutsche Westfalen zur Heimstätte von Polen, Galizien und Russen zu machen, den deutschen Wohlstand durch billige ausländische Arbeitskräfte zu unterwühlen, zeigen die Zechenbesitzer und Textilindustriellen Westfalens gerade das heißeste Verlangen." Eh, ei, und dabei liest man auf jedem sozialdemokratischen Parteitage in Riesenlettern die Inschrift „Proletarier aller Länder vereinigt euch!" —

„Schämen Sie sich, Sie Lümmel!" Diese Freundlichkeit wußte sich der Parteibeamte „Genosse" Lehmann auf dem Parteitage zu Bochum von einem Vertreter des sozialdemokratischen Zentralvorstandes aus Berlin gefallen lassen, als er sich gegen seine Entlassung wehrte. „Genosse" Lehmann hatte das große Verbrechen begangen, eine eigene Meinung zu haben. O Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit! —

Das Meistbietungs-Unwesen hat den Glasermeister Luft zu Freiburg in die Flucht getrieben. Er übernahm die Glaserarbeit für einen Kolonen-Neubau zu so billigen Preisen, daß er in Konkurs geriet, nach Amerika entwich und seine Familie im Elend zurückließ. Weshalb übergab die Bauverwaltung dem Manne überhaupt die Arbeiten, obwohl jeder Sachverständige wissen mußte, daß die gebotenen Preise keine sachgemäße Ausführung zuließen?

Kundenfang. Die Firma Hermann Herzfeld zu Dresden verspricht den Schneiderinnen, die sämtliche Zuthaten zur Damenschneiderei (ausschl. Zwirn) von ihr entnehmen und bis zum 1. Dezember 1899 für insgesamt dreihundert Mark gebraucht haben, „gratis einen großen eleganten Konfektionsspiegel". Wird die Summe von fünfhundert Mark erreicht, so soll man sogar eine Nähmaschine im Werte von 85 Mark geschenkt bekommen. Diese „Geschenke" müssen natürlich erst an der Ware verdient werden. Wer bürgt außerdem dafür, daß Herr Hermann Herzfeld nächstes Jahr seine Versprechungen noch erfüllen kann?

Sozialdemokratische Ehrenmänner. „Genosse" Bäckermeister Kahl zu Lemnitz bei Gera ist mit Hinterlassung beträchtlicher Schulden und seiner Ehefrau ausgerückt. Als Anhänger der freien Liebe nahm er sich eine „Genossin" aus Gera mit. —

Wegen Verbreitung aufrührerischer Flugschriften erhielt der „Genosse" Johann Dylong zu Beuthen (Oberschlesien) achtzehn Monate Gefängnis. Die Flugblätter stammten aus Berlin und führten eine solche Sprache, daß bei ihrer Verlesung die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden mußte.

Warum die Juden kein Schweinefleisch essen. Aus der Volksüberlieferung der Rumänen in der Bukowina teilt Professor Dr. Reinhl (Czernowitz) in der „Franks. Ztg." folgende Sage mit. Zur Zeit, als Jesus Christus gekreuzigt wurde, versammelten sich alle, die gegen seine Lehre waren und stritten mit seinem Anhängern über Jesus und seine Gesetze. Da erblickte einer der Feinde Christi in der Nähe eine Bache. Sofort rief er aus: „Freunde, ich will euch auf den richtigen Weg führen. Seht! wir legen diese Bache unter eine Mulde, und wenn Jesus der Sohn Gottes ist, so möge sich das Schwein in ein Weib verwandeln." Dieser Rat wurde befolgt. Die Leute fingen die Bache und brachten sie unter eine Mulde. Als sie hierauf diese aufhoben, da lag eine schwangere Frau da. So war der Beweis erbracht, daß Jesus der Sohn Gottes sei. Das Weib gebar aber zwei Kinder, von denen das Geschlecht der Juden herstammt. Weil deren Urmutter aber ein Schwein war, essen die Juden noch bis zum heutigen Tage kein Schweinefleisch.

Die „Franks. Ztg." meint, die „interessante Überlieferung" habe einen „etwas gehässigen Beigeschmack". Wahrscheinlich werden sich die Rumänen dabei seiner Zeit das Äußere der Juden zum Vorbilde genommen haben.

Was am Hypothekenwesen verdient wird. Die Preußische Hypotheken-Aktienbank zu Berlin hatte im Vorjahr einen Reingewinn von 1284960 Mark zu verzeichnen. Von dieser Summe bekamen die Aktionäre 6½ v. H., während dem Aufsichtsrat und der Direktion je 55646 Mark „Tantième" zufielen. Die Direktion bestand aus dem Kommerzienrat Ed. Sanden (Potsdam) und Heinrich Schmidt (Grunewald), der Aufsichtsrat aus acht Herren, unter denen sich der Wirkliche Geheime Rat, Exzellenz Freiherr von Cohn (Dessau) befindet. Jedes Direktionsmitglied erhielt also 27823 Mark und jeder der Herren Aufsichtsräte 6956 Mark. Diesen Summen gegenüber fällt der Betrag von 50000 Mark, den man dem Beamten-Pensionsfonds zukommen ließ, gar nicht ins Gewicht. Den großen Gewinn hatte die Bank lediglich aus städtischen (wohl meist Berliner) Grundstücken heraus, denn sie hatte ende Mai d. J. 312496249 Mark auf städtische und nur 2879301 Mark auf ländliche Grundstücke ausgeliehen. Man sieht also, wer den Gewinn aus den hohen Wohnungspreisen der Großstädte in die Tasche steckt.

Billige, dichte Dächer stellt man her aus Anderach's Asphalt-Steinpappen
A. M. Anderach jr. Neuss a. Rhein
Muster etc. postfrei
H. Heinze, Hutfabrik
gr. Fleischergasse 6, Burgstraßenecke 4.
Spezialität: 2,80-Hüte.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe, Berlin NW. 5, Kruppstr. 13.
Druck: G. Reusche, Leipzig.

Digitized by Google

Deutsch-Soziale Blätter.

Herausgegeben von Max Liebermann v. Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Bezugs-Preis: vierteljährlich Mk. 1.50 bei den Postanstalten (Postzeitungsliste Nr. 8766) und Buchhandlungen. Unser Stenerbond Mk. 5.

Anzeigen: die sechsgespaltene Garmond-Zeile 25 Pfennige. Verlag: Hammer-Verlag Leipzig, Königstraße Nr. 27, Leipzig.

XIII. Jahrgang. | Leipzig, 13. Oktober 1898. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute vornehmlich Juden-Frage. Otto Glagau. | Nr. 530.

Inhalt: Zum 18. Oktober. — Vierter Parteitag der deutschsozialen Reformpartei. — Das trauernde Ungarn. — Bismarcks Anteil an dem Kulturkampfe. — Das Warenhaus für deutsche Beamte. — Warum beantworten die Juden eine Frage immer mit einer Frage. — Mosaik. — Parteinachrichten. — Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen. — Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat. — Jüdische Ritter, Kommissions- und Kommerzienräte usw.

Zum 18. Oktober.

An unserer Väter Thaten
Mit Liebe sich erbau'n,
Fortpflanzen ihre Saaten,
Dem alten Grund vertrau'n.

Ein Volk, wie das deutsche, dem so große Thaten gelungen sind, hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, sich gelegentlich auf das Heldenzeitalter seiner Geschichte zu besinnen, einmal, um mit dem Gefühle tiefen Dankes seiner Befreier und Wohlthäter zu gedenken, ferner, um aus solchen Vorbildern den Antrieb zur Nacheiferung zu schöpfen und sich die Richtung für das eigne Thun vorzeichnen zu lassen.

Als vor 85 Jahren die Völkerschlacht drei Tage lang auf dem Blachfelde um Leipzig getobt hatte und es schließlich am Nachmittag des 18. Oktober den Truppen der drei verbündeten Monarchen gelungen war, die seit sechszehn Jahren als unüberwindlich gefürchtete Macht des korsischen Zäsaren zu brechen, da war dieser glänzende Triumph unsrer Kriegskunst und unsrer Tapferkeit doch nur das letzte Ergebnis einer langen Zeit des Ringens, der betrogenen Hoffnungen und der ehrlichsten, selbstlosesten Arbeit. Sieben Jahre zuvor hatte Napoleon mit einem wuchtigen Schlage bei Jena und Auerstedt den Staat Friedrichs des Großen zertrümmert, und fast schien es, als sollte sich Preußen nie wieder von diesem völligen materiellen und moralischen Bankrott erholen; viele teilten den Wahn: es ist keine Hoffnung mehr, der Hohenzollernstaat ist dem Untergange verfallen. Damals war es eine kleine erlesene Schar entschlossener, weiser deutscher Männer, die sich um das unglückliche Königspaar sammelten und in den Zeiten der schweren Not den rettenden Gedanken einer Neubildung des ganzen staatlichen und gesellschaftlichen Lebens hoch hielten. Inmitten der drückendsten materiellen Sorge und der tiefsten Demütigung schritten die preußischen Staatsmänner mit aller Entschlossenheit an die Umgestaltung des Heerwesens und die durchgreifende Reform der bäuerlichen Verhältnisse, der Städteordnung und der Verwaltung des Staates. In der nämlichen Zeit der Entsagung wurde die Universität zu Berlin gegründet. Ohne diese Reformen, die der König mit Stein, Scharnhorst und andern anbahnte, und, soweit es ging, durchführte, ohne diese Thaten staatsmännischer Weisheit wäre das Aufwachen des deutschen Volkes im Frühjahr 1813, dieses herzerhebende Kapitel der deutschen Geschichte, nicht möglich gewesen.

Diesen Männern ernstester Arbeitskraft, echt deutscher Gesinnung und hoher Weisheit soll in erster Linie ein ehrendes Andenken in den Herzen der dankbaren Nachkommen gesichert sein.

In den nun folgenden Tagen des heißen Kampfes heben sich aus der großen Menge der tapfern Freiheitskämpfer besonders die Heldengestalten Yorks, Blüchers und Gneisenaus hervor. Es ist überflüssig, diese Männer besonders zu preisen, aber darüber haben wir uns Klarheit zu verschaffen, welchen Wert die Erinnerung an die Kämpfe von 1813 heute noch für uns hat.

Noch niemals hat es für ein Volk eine natürlichere und wichtigere Aufgabe gegeben als die, daß es sich die heiligen Güter seiner Nationalität, Religion und Kultur frei von fremden Angriffen und fremden Beeinflussungen erhält. Wenn eine Nation es auf die Dauer erträgt, daß fremde Fremdlinge ihr diese Heiligtümer mit unbescheidener Hand antasten, dann muß ihr das nationale Ehrgefühl und der Instinkt für das eigene Volkstum verloren gehen, und rettungslos eilt sie dem Verfalle entgegen. Wie auch immer das fremdartige undeutsche Element beschaffen sei, das sich durch große Macht oder viel List mit Drohungen oder Waffen, mit den Künsten der Verführung oder hochtönenden Verlockungen unter uns drängt, um uns zu unterjochen, wir dürfen sein Joch niemals ertragen, wir haben vielmehr den letzten Atemzug, den letzten Blutstropfen daran zu setzen, um die Fremdlinge zu vertreiben oder unschädlich zu machen. Aber wir kennen dann auch kein erhabeneres Schauspiel, als das ist, wenn ein edles Volk sich aufbäumt gegen jremde Bedrückung, um im entschlossenen Kampfe entweder die Sklavenketten zu brechen und sein heiliges Gütter zu retten oder auf den Trümmern seiner Welt ein ihm unmöglich gewordenes Leben aufzugeben.

Lassen wir nun das Gefühl der schmerzvollen Freude auf uns wirken, das uns alle überkommt, wenn wir der in den Oktobertagen 1813 gesprierten Helden gedenken: sie zu feiern, sie zu ehren, die Gesinnung zu ehren, von der beseelt sie in den Tod gingen, ist fürwahr auch Gottesdienst.

Als Friedrich Wilhelm der Dritte im März 1813 in Breslau einzog, befand sich in seinem Gefolge auch sein zweiter Sohn, der Prinz Wilhelm. Die Meisterhand des Malers in dem Kuppelsaale der Ruhmeshalle zu Berlin zeigt uns den sechszehnjährigen Prinzen, wie er zu Roß hinter seinem Vater hält, als dieser zu Breslau den „Aufruf an mein Volk" verkünden läßt. Der junge Königssohn, der damals bewegte und leidensvolle Knabenjahre bereits hinter sich hatte, ahnte wohl kaum, daß an ihm sich der sinnige Satz bewähren sollte: Gott verleiht denen, die er sehr liebt, beides, den tiefsten Schmerz und das höchste Glück. — Es sollte sich zeigen, daß er in diesem Sinne sehr von Gott geliebt wurde. Oder war es nicht tiefster Schmerz, wenn er es erleben mußte, wie ein Menschenalter nach dem heiligen Kriege in seinem Lande die Hydra der Rebellion ihr häßliches Haupt erhob, wie man in undeutscher Treulosigkeit die freche Hand gegen den Königsthron richtete, um ihn umzustürzen? War es keine tiefschmerzliche Erfahrung, wenn später diese Rebellen und ihre geistigen Erben ihm seine größte organisatorische That verkümmern, es ihm unmöglich machen wollten, das Vaterland zu beschirmen und zu beschützen? Konnte seinem Herzen ein herberer Kummer bereitet werden, als dadurch, daß die aus demselben Geiste der Anarchie und Gesetzlosigkeit hervorgehende verbrecherische Gesinnung zweimal die Vorderhand gegen sein eigenes Haupt richtete?

Dafür ist ihm aber auch gegönnt worden, was das Schicksal selten in so reichem Maße gewährt. Als er, schon an der Schwelle des Greisenalters stehend, den leer gewordenen Thron übernahm, konnte er den schönsten Traum, den das deutsche Volk seit Jahrhunderten geträumt hatte, wahr machen, konnte er die schmerzlich gehegten Wünsche der deutschen Nation der Erfüllung entgegenführen. — —

Als die Kirchengloden und Freudenfeuer zum achtzehnten Male die Wiederkehr des Tages von Leipzig meldeten, schenkte

Digitized by Google

die Prinzessin Augusta, die Tochter Karl Augusts von Weimar, die Schülerin Goethes, dem Prinzen Wilhelm den ersten Sohn, den Erben der Krone, der als Kaiser Friedrich durch die falsche Behandlung eines Fremdlings so früh ins Grab sank.

Und ein 18. Oktober war es, als sich der nachmalige erste deutsche Kaiser in Königsberg die Königskrone aufs Haupt setzte.

So ist der 18. Oktober in dreifacher Weise ein wichtiger Gedenktag in der deutschen Geschichte.

Wenn am Dienstag die Männer hinausziehen nach dem Napoleonssteine bei Leipzig, um dort endlich durch den ersten Spatenstich zur Errichtung eines Völkerschlacht-Denkmals die Ehrenschuld abzutragen, an die uns 85 Jahre lang die ganze Umgebung Leipzigs gemahnt hat, so mögen sie sich auch dieser Gedenktage erinnern.

Das fertige Denkmal aber sei dereinst dem deutschen Volke ein ständiges Wahrzeichen für die Thatsache, daß es unter sich immer noch einen Fremdkörper duldet, dessen Ausscheidung einen ungleich schwereren Kampf erfordert, als es der von 1813 war.

+

Vierter Parteitag der deutschsozialen Reformpartei.

Sonnabend, den 8. Oktober, begann der Parteitag durch eine Vorbesprechung der anwesenden Stimmführer in „Schaubs Garten", die schon zahlreich besucht war. Herr Henning (Kassel) eröffnete im Namen des deutschsozialen Reformvereins Kassel die Sitzung durch eine Begrüßungs-Ansprache, in der er besonders an den vor genau vier Jahren in Eisenach erfolgten Zusammenschluß der deutschsozialen Partei und der deutschen Reformpartei erinnerte und den kommenden Beratungen ein gedeihliches Ende wünschte.

Herr Oswald Zimmermann (Dresden) — mit lebhaftem Beifall empfangen — bittet die Parteifreunde an den im Programm niedergelegten Gedanken festzuhalten. Bei den letzten Wahlen seien ja nicht so überraschende Erfolge erzielt wie vor fünf Jahren; nach dem damaligen großen Wellenschlage müßte aber ein Rückschlag kommen, der dennoch lange nicht so stark gewesen sei wie der, den die Sozialdemokratie seiner Zeit erlitten habe. Der Kampf sei mit Ehren bestanden und werde deutsch und beharrlich weitergeführt werden. Ein Mahnruf an die Lässigen sei deshalb sehr am Platze, denn in dem Vernichtungskampfe gegen die internationalen Gewalten könne keines Mannes Rat und Mitarbeit entbehrt werden. Redner wünscht, daß die Arbeit der deutschsozialen Reformpartei für Kaiser und Reich und für die Rechte unserer Stammesgenossen innerhalb und außerhalb der Reichsgrenzen ersprießlich sein möge und bittet die Anwesenden ein kräftiges „Heil" auf die Partei erschallen zu lassen.

Abg. Dr. Bielhaben meint, daß man mit dem Erzielten vollständig zufrieden sein könne, denn die Partei habe wohl an der Zahl nicht zugenommen, dafür aber an Güte. Der Kampf sei schwieriger geworden und darum seien die Leute mehr hervorgetreten, die sich sonst zurückgehalten hätten. An charakterfesten Männern, die unabhängig dastehen und energisch für uns eintreten, habe die Partei gewonnen, nur die Mitläufer seien auf der Strecke geblieben. Sein „Heil" galt den neugewonnenen Männern.

Abg. von Liebermann betont, daß dem Kollegen Werner und ihm der Parteitag insofern sehr ungelegen komme, als er sie in ihrer Arbeit für die Landtagswahlen störe, die die Scharte wieder auswetzen solle, die die Partei bei den Reichstagswahlen erlitten habe. Diese Scharte sei aber nur ein natürliches Ergebnis; die Ebbe, in der die Partei sich augenblicklich befände, stehe noch viel höher als die antisemitische Flut der achtziger Jahre, die damals den Gegnern böse Furcht einjagte. Man hätte deshalb keine Ursache kleinmütig zu sein. Im Hessenlande habe die Bewegung schon viel gebessert, denn seit der Antisemitismus eine parlamentarische Vertretung habe, seien die Juden bedeutend vorsichtiger geworden und die Bevölkerung habe den Vorteil davon. Dieser Umstand müsse mit froher Zuversicht für die Zukunft erfüllen. Im Großen und Ganzen könne man wohl sagen, daß durch unsre Bewegung das Stammesbewußtsein im Volke mächtig gewonnen habe. Was z. B. der Alldeutsche Verband an Erfolgen aufweisen könne, sei aus den Erfolgen der deutschsozialen Reformpartei herausgewirtschaftet, wenn der Alldeutsche Verband auch noch nicht dazu gekommen sei, den Juden im Vergleich zum Polen und Slaven als den größeren Feind zu betrachten. — Der ungemein gewachsene gesellschaftliche Antisemitismus habe die vorübergehenden Mißerfolge des politischen Antisemitismus verschuldet. Redner trinkt auf das Wohl derer, die in Ehren unterlegen sind, auf daß sie bald wieder in neuem Glanze auferstehen möchten.

Nachdem noch Graf Reventlow (Wulfshagen), Leutnant Wolff (Frankfurt, Main), Sorge (Straßburg, Elsaß), Böckler (Berlin), Weyer (Großenhain) und der Abg. Bindewald einige Worte an die Anwesenden gerichtet hatten, schloß man die Besprechung.

Zu den Verhandlungen sind u. a. erschienen: die Abgg. Bindewald, Gräfe, von Liebermann, Lohe, Müller, Raab, Dr. Bielhaben, Werner und der hessische Landtagsabg. Bähr. Man bemerkte außerdem den früheren sächsischen Landtagsabg. Theuerkorn (Chemnitz), Dr. Lindström (Hannover) usw.

Am Sonntage wurden die Verhandlungen im Saale der „Stadt Stockholm" morgens 11 Uhr durch den Redakteur Zimmermann (Dresden) mit einer kurzen zündenden Ansprache eröffnet, die in einem jubelnd aufgenommenen „Heil" auf den deutschen Kaiser gipfelte. Nachdem dieses „Heil" verklungen war, ehrten die Anwesenden das Andenken des Gründers und Baumeisters des deutschen Reiches", des Fürsten Bismarck, durch Erheben von den Sitzen.

Den Vorsitz übernahm nunmehr der Abg. Liebermann von Sonnenberg. Auf seinen Vorschlag wurde ohne Widerspruch Herr Dr. Lindström (Hannover) zum dritten Vorsitzenden gewählt, während durch Zuruf die Herren Götz (Darmstadt), Grimpen (Hamburg), Schaumburg (Kassel), Strumpf (Berlin), Weber (Peine) und Wiegand (Erfurt) zu Schriftführern bestimmt wurden. Die Präsenzliste weist 150 Teilnehmer auf, von denen 101 als Stimmführer von Wahlkreisen gelten.

Nunmehr wird in die Tagesordnung eingetreten. Herr Zimmermann (Dresden) erhält das Wort zum Rechenschaftsberichte über die Thätigkeit der Reichstagsfraktion und der Parteileitung. Redner führt aus:

Während der fünfjährigen Tagungszeit von 1893 bis 1898 hat unsre kleine Fraktion manche bittre Fehde bestanden, sie hat während dieser Zeit zwar durch Austritt infolge Meinungsverschiedenheit und Disziplinlosigkeit zwei Mitglieder (Dr. Förster und Lieber) verloren, aber unter dieser scheinbaren Schwächung nicht gelitten, so beklagenswert die Abspaltung von auf das Parteiprogramm hin gewählten Abgeordneten an sich sein mag, sondern die mühsam erkämpfte Stellung im parlamentarischen Leben zu behaupten gewußt. Wie in den vergangenen Perioden, so hat auch in der letzten Session des Reichstages die Fraktion nach bestem Wissen und Gewissen ihre Pflicht zu erfüllen gesucht und stellt in diesem Bewußtsein ihre Thätigkeit getrost einer sachlichen Beurteilung der Parteigenossen anheim.

Die fünfte Session der neunten Legislaturperiode umfaßte einschließlich der Weihnachts- und Osterferien die Zeit vom 30. November 1897 bis zum 6. Mai 1898. Es sind im ganzen 84 Sitzungen gehalten worden, von denen mehre, darunter auch die erste, durch Beschlußunfähigkeit sich leider kennzeichneten. In den Vordergrund des Interesses rückte von der Eröffnung des Reichstages an die Flottenvorlage, deren Schicksal unter Umständen ein vorzeitiges Ende des Reichstages hätte herbeiführen können. Der Gesetzentwurf über die deutsche Flotte gelangte noch vor der Etatsberatung zur ersten Beratung. Abg. Zimmermann legte unter entsprechender Reserve die Stellung der Gesamtpartei zur Vorlage dar und sagte eine wohlwollende Prüfung zu. Wenn er auch vom nationalen Gesichtspunkte aus die Wichtigkeit der Frage voll an-

Digitized by Google

erkannte, so unterdrückte er anderseits nicht die aus der Lage des Mittelstandes, des Handwerker- und Bauernstandes folgenden wirtschaftlichen Bedenken und warnte vor einer zweiten Auflage des Caprivismus. Im Geiste dieser Ausführungen hat Abg. Werner seine Stellung in der Kommission innegehalten. Insbesondere gelang es, hinsichtlich der Deckungsfrage wichtige Garantien in das Gesetz hineinzubringen. Es gehört zu den moralischen Erfolgen der deutschsozialen Reformpartei, daß der von ihr 1893 bei der Entscheidung über die Militärvorlage eingenommene Standpunkt nun auch erfolgreich von andern Parteien vertreten wurde. Trotzdem ließen die wirtschaftlichen Bedenken einzelner Mitglieder sich nicht überwinden. Die drei Abgeordneten aus dem Großherzogtum Hessen stimmten mit den Süddeutschen in zweiter Lesung gegen die Vorlage. Die Mehrheit, die der durch die Kommission gekünstelten Vorlage, wie es Abg. Zimmermann bei der ersten Lesung in Aussicht gestellt hatte, zustimmte, gelangte bei der zweiten Lesung durch den Abg. Liebermann von Sonnenberg zum Wort, während die Minderheit ihr ablehnendes Verhalten durch den Abg. Bindewald begründete. Für den Antrag Auer-Bebel, eine progressive Reichs-Einkommensteuer für die Kostendeckung vorzusehen, stimmte die Fraktion geschlossen. Bei der ersten Etatsberatung sprach namens der Partei, wie die Jahre zuvor, Abg. Zimmermann. Unsre Handelspolitik, die Lage der Landwirtschaft und des Gewerbes, die Arbeiterversicherung, die Petroleum-Monopols-Gefahr erfuhren eine scharfe Beleuchtung; zugleich stellte Redner die Mindestforderungen fest, die wir im Interesse der Gerechtigkeit gegenüber dem Judentum erheben. Zum Schluß berührte Redner, in Übereinstimmung mit der Entschließung des letzten Parteitages, eine Frage, die von keinem andern Etatsredner bis dahin berührt war: Wie stellen wir Reichsdeutsche uns zu der Lage unsrer Volksgenossen außerhalb der Reichsgrenze, insbesondre in Österreich? Die Parteien wie die Regierungen wurden dadurch zu Erklärungen gezwungen. Während Freiherr von Stumm in gewohnter Weise die bloße Erwähnung auswärtiger Fragen schon für ein Unglück hielt und der Weise Freiherr von Hodenberg durch seine kuriosen Vorschläge die Heiterkeit des Hauses entfesselte, trat Abg. Prof. Dr. Hasse (natl.) für unsre Volksgenossen in Böhmen lebhaft ein. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, v. Bülow, gab auf die Ausführung des Abg. Zimmermann eine sehr diplomatisch gehaltene Antwort, aus der aber die Stelle allgemeiner Beachtung wert scheint: „wie wir gegenüber den internen Vorgängen fremder Staaten innerlich fühlen, hat jeder mit sich selbst abzumachen; Gedanken sind zollfrei, und Gefühle sind es auch.“

Ein reiches Arbeitsmaterial hat die fünfte Session zu bewältigen gehabt, im Plenum wie in den Kommissionen haben die Abgeordneten der Partei nach besten Kräften daran mitgearbeitet. Unter den großen Gesetzentwürfen, die zur Vollendung kamen, dürfte die lang ersehnte Reform der Militärgerichtsordnung der hervorragendste sein. Die Wahlprüfungen sind sämtlich erledigt worden. Eine Reihe von Gesetzentwürfen, Anträgen und Petitionen hat aber nicht zur Verabschiedung gelangen können, wie dies, wohl auch infolge zu später Einberufung des Reichstages, fast alljährlich zu geschehen pflegt. Über die Mitwirkung unsrer Fraktion an den verschiedenen Arbeiten geben die folgende Rednerliste, die Mitteilungen über Abstimmungen und über Beteiligung an den Kommissionen Aufschluß. Die Fraktion der deutschsozialen Reformpartei im Reichstage zählte in der fünften Session zwölf Mitglieder, nämlich die Herren Bindewald, Gräfe, Ickrath, Hirschel, Niemm, Köhler, Liebermann von Sonnenberg, Lotze, Müller (Waldeck), Dr. Bielhaben, Werner, Zimmermann. Unser Anteil an den Kommissionssitzen ist und trotz der geringer gewordenen Mitgliederzahl ungeschmälert geblieben, weil bei der üblichen Berechnung uns mehre Bauernbünder und wilde Antisemiten zugezählt wurden. Die Initiativanträge der Fraktion sind durch die Herren Abgg. v. Dallwitz, Hilpert und Hüpeden mitunterzeichnet worden.

Von den Initiativanträgen, die die deutschsoziale Reformpartei einbrachte, waren drei Wiederholungen früherer Anträge, nämlich die beiden Gesetzentwürfe über die Einwanderung ausländischer Juden und über das Betäuben der Schlachttiere, sowie der Antrag auf Erweiterung des Wahlrechts zur Wahlpflicht. Wie alle Parteien, hat auch die deutschsoziale Reformpartei sich in der letzten Session Beschränkung auferlegen müssen: nur einer der Initiativanträge, der Antrag Müller (Waldeck) über staatliche Prüfung und Genehmigung der Versicherungsbedingungen der Privat-Versicherungs-Gesellschaften kam zur Beratung. In der 42. Sitzung des Reichstages (16. Februar 1898) begründete Abg. Müller (Waldeck) diesen Antrag. Es sprachen dazu die Abgg. Vogtherr (Soz.), v. Salisch (kons.), Gröber (Zentr.), Dr. Hammacher (natl.), Dr. Pieschel (natl.) und der Bundesbevollmächtigte Dr. v. Boetticher, Direktor im Reichsamt des Innern. In der Hauptsache ergab sich über die wichtige Materie volle Übereinstimmung des Hauses. Nach der Erklärung des Regierungsvertreters, daß ein Entwurf zur reichsgesetzlichen Regelung des Versicherungswesens in Vorbereitung sei, zog Abg. Liebermann von Sonnenberg den Antrag, gegen den auch formale Bedenken erhoben wurden, zurück. War doch der Zweck erreicht, eine Anregung zur Klärung dieser hochwichtigen Frage gegeben zu haben.

Auch in dieser Session sind mehre Anträge wegen Einstellung von Strafverfahren gegen Fraktionsgenossen nötig gewesen: sie wurden, wie üblich, debattelos angenommen. Einzelne Abänderungs-Anträge stellten wir in der zweiten Lesung der Gesetzesvorlagen. Gegenüber den Angriffen, denen die deutschsoziale Reformpartei wegen des persönlichen Antrages Dr. Bielhabens in der Kommission für das Bürgerliche Gesetzbuch (Kahlpfändungsrecht) ausgesetzt war, ist die Erinnerung wohl am Platze, daß die Fraktionsgenossen bei der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs wegen Änderung der Zivilprozeßordnung für den Antrag Dr. Böckels auf Erweiterung der nicht pfändbaren Gegenstände eintraten. Allerdings konnte dadurch nicht die Ablehnung der betr. Änderungen erreicht werden.

Der aus dem Schoße des Senioren-Konvents hervorgegangene schleunige Antrag v. Lyncker u. Gen. — die verbündeten Regierungen zu ersuchen, wegen Errichtung eines Standbildes für den hochseligen Kaiser Friedrich auf Reichsfonds den Reichstag baldigst eine Vorlage zu machen — wurde namens der Fraktion vom Abg. Zimmermann unterzeichnet; ebenso vom Abg. Werner als Mitglied der Budgetkommission die gemeinsame Entschließung zur dritten Beratung der Militär-Strafgerichtsordnung. Diese Entschließung forderte die verbündeten Regierungen auf, dem Reichstage in der nächsten Session alsbald nach dessen Zusammentreten den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen über die Berufung in Strafsachen, die vor den bürgerlichen Gerichten verhandelt werden.

Im Seniorenkonvent war auch in der letzten Session die Fraktion durch den Abg. Zimmermann vertreten. Die Beteiligung an den Kommissions-Arbeiten gestaltete sich folgendermaßen:

Petitionen: Müller (Waldeck).
Wahlprüfungen: Zimmermann.
Budget: Werner.
Änderung der Zivilprozeßordnung, der Konkursordnung und der Gerichtsverfassung: Ickrath, Dr. Bielhaben.
Militär-Strafgerichtsordnung: Liebermann von Sonnenberg, Ickrath.
Strafgesetzbuch: Ickrath.
Besteuerung des Saccharins: Lotze.
Postdampfschiffs-Verbindungen: Bindewald.
Bestimmungen über das Postwesen: Zimmermann.

Die Rednerliste der deutschsozialen Reformpartei im Reichstage stellt sich für die Session 1897/98 folgendermaßen:

Abg. Bindewald: 28. 3. 1898. Gesetzentwurf über deutsche Flotte. 3. Lesung, Generaldiskussion.
Abg. Gräfe: 11. 3. 1898. Postdampfschiffs-Verbindungen mit überseeischen Ländern. Verpflichtungen des Unternehmers (Rückfracht, Bemannung usw.)
Abg. Ickrath: Etatswesen, 22. 2. 1898. Verwaltung des Reichsheeres: Militärärzte zweimal, Manöverpflegung zweimal. 1. 3. 1898. Reichseisenbahnamt: Eisenbahnunfälle. 3. 3. 1898. Nichtcivile Beamte oder Hilfsarbeiter. — Etatswesen. 29. 3. 1898. Generaldiskussion. 30. 3. 1898. Patentamt und Militär-Intendanturen. — 28. 4. 1898. Antrag v. Salisch u. Gen. wegen Abänderungen und Ergänzungen der Straf- und Zivilprozeßordnung, sowie die Beitrafung wissentlich falscher unbeeideter Aussagen, zweite Lesung: Zeugnisverweigerung. Strafung der Geistlichen. 2. 5. 1898. Zivilprozeßordnung, zweite Lesung: Unterjagung des Vortrages bez.

Digitized by Google

der Verhandlung vor Gericht. — Strafgesetzbuch (lex Heinze), erste Lesung: 19. 1. 1898. Zweite Lesung: 26. 4. 1898 (Kuppelei), zweimal. — Im ganzen vierzehnmal.

Abg. Liebermann von Sonnenberg: Etatswesen. Post- und Telegraphen-Verwaltung. 4. 2. 1898. Staatssekretär, Verwaltung im allgemeinen. — Etatswesen. 31. 3. 1898. Artillerie- und Waffenwesen, Bemerkung vor der Tagesordnung. Post- und Telegraphen-Verwaltung, Dacharbeiten beim Fernsprechwesen. — 26. 3. 1898. Flottengesetz, zweite Lesung. 28. 3. 1898. Flottengesetz, dritte Lesung. Generaldiskussion, zweimal. — Militär-Strafgerichtsordnung. 17. 3. 1898. Beeidigung der Richter und deren Stellvertreter. 18. 3. 1898. Vorläufige Festnahme. — Versammlungs- und Vereinigungsrecht (Antrag Auer u. Gen.), 16. 2. 1898, Versammlungsrecht. — 16. 2. 1898. Versicherungswesen, Antrag Müller (Waldeck). — Im ganzen zehnmal.

Abg. Lotze: 29. 4. 1898. Baugewerbe, Beschäftigungsnachweis, Petitionen. — Besteuerung von Saccharin und verwandte Süßstoffe.

Abg. Müller (Waldeck): Als Berichterstatter der Petitions-Kommission. 29. 4. 1898. Garnisonbauschreiberstellen; internationale Bekämpfung des Mädchenhandels. Als Antragsteller. 16. 2. 1898. Versicherungswesen.

Abg. Werner: Etatswesen. Zweite Beratung. 22. 1. 1898. Staatssekretär im Reichsamt des Innern. 25. 1. 1898. Statistisches Amt. Bureaubeamte. 7. 2. 1898. Oberpostassistenten usw. Vorarte, Wohnungszuschuß. Unterbeamte, Landbriefträger. 3. 2. 1898. Postverwaltung. Staatssekretär. 9. 2. 1898. Auswärtiges Amt. 3. 3. 1898. Reichseisenbahnamt. 21. 3. 1898. Reichsinvalidenfonds, zweimal. Verwaltung der Eisenbahnen, Petitionen des Bureaupersonals. Etatswesen. 29. 3. 1898. Auswärtiges Amt, Etat, Ansprüche der Gebr. Denhardt, zweimal. 30. 3. 1898. Statistisches Amt, zweimal. Lieferungswesen im Reichsheer. 31. 3. 1898. Postassistenten. 4. 3. 1898. Diktaturparagraph in Elsaß-Lothringen (Antrag Charton und Gen.) 26. 3. 1898. Flottengesetz, zweite Lesung, Bindung bez. Deckung. 14. 1. 1898. Gerichtsverfassung und Strafprozeßordnung. 17. 12. 1897. Militär-Strafgerichtsordnung. Im Ganzen zwanzigmal.

Abg. Zimmermann: Etatswesen. 14. 2. 1897 erste Beratung, Generaldebatte. — 9. 12. 1897. Flottengesetz, erste Lesung. — 19. 1. 1898. Strafgesetzbuch (lex Heinze), erste Lesung, zweimal. — 7. 3. 1898. Änderungen betr. Postwesen. Im Ganzen fünfmal.

Abgesehen ist in dieser Aufstellung gänzlich von Bemerkungen zur Geschäftsordnung und persönlichen Bemerkungen. Von den zwölf Mitgliedern der Fraktion haben also auch in dieser Session das Wort ergriffen und zwar zusammen 56 Mal. Im Verhältnis zu den außerordentlichen Schwierigkeiten, mit denen wir zu kämpfen haben, ist die rednerische Beteiligung unserer Abgeordneten an den Verhandlungen eine durchaus erfreuliche. Keine der größeren Parteien ist in der Lage gewesen, zwei Drittel ihrer Mitglieder als Redner vorzuführen. Bei allen wichtigen Fragen ist die Fraktion zu Worte gekommen.

Nicht so erfreulich ist das Ergebnis über die zehn namentlichen Abstimmungen, die in der letzten Session vorgenommen worden sind. Wir erhalten folgendes Bild:

11. 3. 1898. Zusatzantrag Mollenbuhr zu § 4 des Entwurfes eines Gesetzes über die Postdampfschiffsverbindungen mit überseeischen Ländern (Verpflichtung des Unternehmers zur Anmusterung welser Schiffsmannschaften für die Ausreise nach Maßgabe der Besatzungsangaben im Handbuch für die deutsche Handelsmarine). Abgelehnt mit 172 gegen 39 Stimmen. 5 Ja, 2 beurlaubt, 5 fehlen.

11. 3. 1898 (in derselben Sitzung) Zusatzantrag Dr. v. Levetzow zum Antrag Dr. Heim zu § 4 des vorbezeichneten Gesetzentwurfes (Nichtbeförderung von Volle als Rückfrucht). Abgelehnt mit 157 gegen 47 Stimmen. 5 Ja, 2 beurlaubt, 5 fehlen.

15. 3. 1898. Antrag Mundel, Bech auf Streichung der Nr. 2 im § 2 des Entwurfes einer Militär-Strafgerichtsordnung (Militärgerichtsstand der Offiziere des Beurlaubtenstandes in Duellsachen). Haus nicht beschlußfähig. 6 Ja (gegen Antrag), 6 fehlen.

16. 3. 1898. Derselbe Antrag. Abgelehnt mit 143 gegen 84 Stimmen. 8 Ja (gegen Antrag), 1 beurlaubt, 3 fehlen.

16. 3. 1898 (in derselben Sitzung). Antrag Auer zum § 3 des vorbezeichneten Gesetzentwurfes (Zuständigkeit der bürgerlichen Gerichte für Straftaten, die vor Eintritt in das Militär begangen sind). Abgelehnt mit 172 gegen 55 Stimmen. 8 Nein, 1 beurlaubt, 3 fehlen.

22. 3. 1898. Über § 1 des Entwurfes eines Gesetzes, betr. die Entschädigung der im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochenen Personen. Angenommen mit 171 gegen 36 Stimmen. 7 Ja, 1 beurlaubt, 4 fehlen.

24. 3. 1898. Über § 1 des Flottengesetzes (Sollbestand der künftigen Flotte, jährliche Festsetzung der Neubauforderungen durch den Reichshaushalt). Angenommen mit 212 gegen 139 Stimmen. 8 Ja, 1 beurlaubt, 3 Nein.

26. 3. 1898. Über § 2 des Flottengesetzes (Ersatzbauten, Alternat, jährliche Festsetzung der erforderlichen Mittel). Angenommen mit 193 gegen 118 Stimmen. 7 Ja, 2 beurlaubt, 3 Nein.

4. 5. 1898. Über § 8 der Militär-Strafgerichtsordnung, nach dem Antrag Prinz v. Arenberg (Zuständigkeit der Militärgerichte für Beleidigung, Körperverletzung oder Herausforderung zum Zweikampf, die innerhalb eines Jahres nach dem Ausscheiden aus dem Militärverbande gegen einen früheren, noch aktiven Vorgesetzten begangen werden). Angenommen mit 150 gegen 101 Stimmen. 2 Ja, 3 Nein, 1 beurlaubt, 6 fehlen.

4. 5. 1898 (in derselben Sitzung) Gesamtabstimmung über die Militär-Strafgerichtsordnung. Angenommen mit 177 gegen 83 Stimmen. 5 Ja, 1 beurlaubt, 6 fehlen.

Diese Übersicht ergiebt, daß nicht bloß bei der Flottenvorlage, sondern auch hinsichtlich der Militär-Strafgerichtsordnung Gegensätze sich auftharten, die zu beschönigen verfehlt wäre. Es haben in der Flottenvorlage auch große Parteien, wie das Zentrum, sich gespalten, andrerseits hat die getrennte Einzelabstimmung über § 8 nicht die einige Zustimmung zur Militär-Strafgerichtsordnung verhindert, während Konservative wie von Limburg-Stirum, von Massow sogar gegen die ihnen zu weitgehende Reform mit den unbeirrbaren Gegnern stimmten. Trotzdem werden Mittel und Wege gesucht werden müssen, um der Wiederkehr solcher Stimmenzersplitterung vorzubeugen. (Beifall). Die freie Überzeugung des Einzelnen soll keineswegs gebrochen werden, aber in Fragen von so weittragender Bedeutung muß sich eine Übereinstimmung erzielen lassen. Sie wird am ehesten möglich sein, wenn die Gesinnungsgenossen sich nicht vorzeitig durch öffentliche Erklärungen und Entschließungen bei Begirtszusammenkünften binden lassen. (Sehr richtig). Vor allem muß auf einen regeren Besuch des Reichstages hingedrängt werden. Für uns als neue Partei ist es keine rechte Entschuldigung, daß die andern, die alten Parteien, im Schwanzen noch Erkleckliches leisten. Wohl wissen wir, daß unsre Partei hohe Aufgaben stellt an Männer, die durch ihren Beruf zumeist an die ferne Heimat gebunden sind. Die Diätenlosigkeit erschwert obendrein das längere Verweilen in Berlin. Die Organisation und Agitation verlangt die Gegenwart unsrer Abgeordneten bald hier, bald da. Die Vorbereitung der Neuwahlen nahm die Kräfte schon während der Session in Anspruch. So viel an Arbeitskraft und persönlichen Opfern verlangt wird, so wenig verstehen oft breitere Wählermassen, die stille, hingebende Thätigkeit an den Aufgaben des Reichstages zu würdigen. Aber furchtlos und unverzagt gilt es, die volle Kraft zur Vertretung und Verwirklichung unsrer Ziele einzusetzen, geleitet nicht von persönlicher Streblamkeit, sondern durch treue Pflichterfüllung gegen Volk und Vaterland. (Lebhafter Beifall).

Abg. Werner rügt das „Schwänzen“ einzelner Abgeordneten und vor allen Dingen die ständige Abwesenheit des Abg. Köhler, von dem er meint, daß er sich gegen die Flottenvorlage vorher gebunden habe, ohne den Wortlaut der Vorlage zu kennen. Wenn man den alten Parteien Vorwürfe mache über ihre Lässigkeit, so müsse man es vor allen Dingen besser machen. (Beifall.)

Abg. Bindewald verwahrt sich dagegen, als ob er sich auch vorher gebunden habe, was man nach den Worten des Abg. Werner vielleicht annehmen könne. Er habe die Vorlage genau geprüft und aus voller Überzeugung und aus patriotischen Gründen

Digitized by Google

dagegen gestimmt. Das Verhalten des Abg. Köhler wolle er ebenfalls nicht entschuldigen.

Abg. Dr. Biehaben bittet, die sachlichen Auseinandersetzungen nicht in persönliche ansarten zu lassen und vor allen Dingen die gemeinschaftliche Sache nicht aus den Augen zu verlieren. Im Übrigen habe der Abg. Köhler ebensogut seine Meinung gehabt, wie alle andern und diese Gründe habe Redner vom Standpunkte des Abg. Köhler als richtig anerkennen müssen.

Abg. Müller (Waldeck) hält es nicht für angebracht, so über den Abg. Köhler zu urteilen, wie es von Seiten des Abg. Werner geschehen sei. Der Standpunkt des Abg. Köhler sei zu verstehen, dem Redner selbst sei es als Landrat sehr schwer geworden, nach den Ausführungen des Staatssekretärs des Reichsmarineamtes für die Flottenvorlage zu stimmen, trotzdem habe er es gethan und zwar aus patriotischen Erwägungen.

Graf Reventlow (Blutshagen) ist der Meinung, daß bei den letzten Wahlen der Partei nichts mehr geschadet habe wie das „Schwänzen" der Abgeordneten und die Spaltung der Fraktion bei den einzelnen Abstimmungen.

O. H. Bödler (Berlin) hält das Verhalten der Süddeutschen nicht für richtig. Man scheine im Großherzogtum Hessen alles das als ein großes Übel anzusehen, was aus dem Norden, aus Preußen komme.

Abg. Gräfe rügt mit scharfen Worten die Abwesenheit des Abg. Köhler vom Parteitage, verteidigt aber zu gleicher Zeit den hessischen Partikularismus, der lediglich durch den preußischen hervorgerufen werde; das habe auch seiner Zeit Fürst Bismarck anerkannt, indem er den preußischen Partikularismus als den schlimmsten erklärte.

Ein Antrag auf Schluß der Rednerliste wird abgelehnt.

Abg. Werner hält seine Kritik über den Abg. Köhler aufrecht.

Abg. Bindewald: Mich berührt der sogenannte hessische Partikularismus nicht, da ich in erster Linie Deutscher und dann erst Hesse bin. Der Partikularismus der Herren Hirschel und Köhler stammt wohl hauptsächlich aus dem persönlichen Verkehr der Herren mit dem früheren Abgeordneten Sigl. Der Abg. Köhler ist ein Onerkopf, der und durch sein merkwürdiges Verhalten schon sehr geschadet hat, insbesondere dadurch, daß er sich jetzt beim Bureau des Reichstages als „demokratischer Bauernbündler, Hospitant der deutschsozialen Reformpartei" angemeldet hat, obwohl er seine Wahl nur der materiellen und persönlichen Hilfe der Partei verdankt. Der Parteitag hat entschieden Stellung dazu zu nehmen und den Abg. Köhler an den Eid zu erinnern, den er der Partei leistete. (Beifall).

Abg. Dr. Biehaben: Leider bin ich nicht in der Lage, ständig an den Verhandlungen des Reichstages teilzunehmen, da ich durch die Machenschaften der Juden zwei Drittel meiner Einnahmen eingebüßt habe und infolgedessen mich habe einschränken müssen. Wenn von uns verlangt wird, daß wir in jeder einzelnen Sitzung anwesend sein sollen, so muß ich mein Mandat niederlegen. Die Fraktion hat aber seiner Zeit es ausdrücklich anerkannt, daß uns die Männer fehlen, die so mit ihrer Zeit wirtschaften können.

Abg. Gräfe betont, daß Abg. Dr. Biehaben voll und ganz seine Schuldigkeit gethan habe. Das Verhalten des Abg. Köhler werde aber immer unverständlicher, wenn es wahr sei, daß er im Kreise Bensheim-Erbach die Parteigenossen zur Stimmenabgabe für den Gegner des Abg. Hirschel, den Kreisrat Haas (nationallib.) aufgefordert und im Kreise Friedberg-Büdingen den Grafen Oriola (nationallib.) gegen unsre Kandidaten unterstützt habe.

Bruhn (Berlin) bittet, dieses Thema zu verlassen.

Abg. Lotze bedauert es, daß sich die Aussprache zu einem Scherbengerichte gestaltet hat, trotzdem er das Verhalten des Abg. Köhler nicht für richtig halte. Über diesen müsse der Parteitag noch dem Gehörten entschieden sich schlüssig machen, ob er noch als zur Partei gehörig zu betrachten sei.

Wolff (Frankfurt, Main): Was ich über den Abg. Köhler hier gehört habe, ist für mich bestimmend, daß ich für ihn nicht mehr eintrete. Ich muß mich aber dagegen verwahren, als ob wir in Hessen so besonders partikularistisch gesonnen seien. Wir sind mindestens so deutsch wie die Berliner auch.

Wiegand (Friedrichsdorf) stellt dem Abg. Dr. Biehaben im Namen der Wählerschaft des Kreises Hofgeismar-Wolfhagen-Rinteln das Zeugnis aus, daß er in vollem Maße zu jeder Zeit seine Schuldigkeit gethan habe. Das Ergebnis der letzten Wahl sei denn auch eine große Vertrauenskundgebung für den Abg. Dr. Biehaben gewesen.

Kreutz (Magdeburg) beantragt, der Fraktion volles Vertrauen zu ihrer bisherigen Haltung auszusprechen.

Der Antrag wird unter großem Beifall einstimmig angenommen, ebenso ein Antrag Lotze, der Fraktion die Regelung des Falles Köhler zu überlassen. Hierauf tritt eine einstündige Mittagspause ein.

Das trauernde Ungarn.

Der Tod der Kaiserin Elisabeth, so bedauernswert er war, hat die Madjaren nicht abgehalten, ihre „Kultur" im vollsten Lichte glänzen zu lassen. Nach ihren Kundgebungen freilich war niemand so betrübt wie sie um „ihre Königin", ein — natürlich jüdisches — Blatt suchte sogar dem Herrgott, daß er den Mord nicht verhindert habe. Freilich hatten sie Grund zu trauern, denn die Kaiserin war es, die von Anfang an auf Ausführung des Hofes mit den Madjaren hingearbeitet hat, und so hat sie auch immer, wenn sie mit Madjaren zusammenkam, wenigstens geistig grün-weiß-rot getragen.

Dennoch könnte man es den so Verzogenen wohl glauben, wenn sie behaupten, man habe sein Entsetzen der Todesnachricht nur trauernde Gesichter gesehen; indessen hat Schreiber dieses nichts davon gemerkt, und die in denselben Blättern nach wie vor angekündigten Vorstellungen in „Alt-Ofen" und andern Pester Tingel-Tangeln sprechen auch nicht dafür, weshalb das Hauptblatt der Katholiken mit Recht von Krokodilsthränen redet. Echt — wie soll man anders sagen als — madjarisch ist dabei, daß sie gar den Wienern den Vorwurf machten, von ihren Theaterbesuchen nicht lassen zu können, während thatsächlich zu Wien in der Trauerwoche alles derartige geschlossen war.

Solche Aufschneidereien werden natürlich nicht die Wirkung haben, den kaiserlichen Hof für die Madjaren günstiger zu stimmen, sondern eher die entgegengesetzte Wirkung hervorbringen, zumal wenn man die Worte mit den Thaten vergleicht. Am 24. September sollte nämlich der mit großem Lärm angekündigte Gesetzentwurf über die „Eintragung des Ablebens der Kaiserin in das Gesetzblatt" verhandelt werden. Von den 26 Mitgliedern des Ausschusses waren jedoch nur acht erschienen, also noch nicht das zur Verhandlung erforderliche Drittel. Vier waren für die Fassung, die andern vier bekämpften das Wort „Kaiserin" auf das heftigste, und dieser Streit setzt sich im Landtage fort. Schon vorher bestürmten die Achtundvierziger den Ministerpräsidenten Banffy in den Blättern und im Landtage, weil auf der Sargschleife nur gestanden hatte: „Elisabeth, Kaiserin von Österreich." — Hierzu wurde, da „Magyarorszag" und Genossen ganz außer sich gerieten über das „Hofgesindel", in aller Eile noch zugefügt: Königin von Ungarn. Bei den Beileidskundgebungen von außerhalb Ungarns, die ausnahmslos nur die „Kaiserin" erwähnten, war das natürlich nicht möglich, und ebenso blieben die übrigen Angriffe auf Ungarns „Selbständigkeit" trotz des Jammerns der Blätter ungesühnt; der Innenminister wurde bei der Bestattung von Hofbeamten zurückgewiesen, auch nachdem er erklärt, wer er sei; die ganze Abordnung des Landtages wurde in eine Ecke gedrängt, von wo sie nichts sah und in ihren goldstrotzenden Ritalos nicht gesehen wurde usw.

Banffy erklärte das alles für kleine Vergehen, auf die man unter solchen Umständen kein Gewicht legen dürfe, und entfesselte damit einen noch heftigeren Sturm. Dieser erreichte seinen Höhepunkt, als der Kaiser zu Ehren und zur Erinnerung an seine Gemahlin wie an die heilige Elisabeth von Thüringen einen

Digitized by Google

Orden stiftete. „Mg." bemerkt dazu, es gebe gar keine Elisabeth von Thüringen, sondern nur eine Elisabeth von Ungarn (obgleich sie, Tochter eines ungarischen Königs, mit dem Landgrafen von Thüringen verheiratet war). Nach den Ordenssatzungen sollen den Orden nur Frauen des österreichisch-ungarischen Staatsverbandes bekommen. Einen solchen giebt es aber nicht nach madjarischen Begriffen. Die Ungarn als einen Staat für sich betrachten. Schließlich bemängeln die madjarisch-jüdischen Blätter, daß in der über die Verleihung des Ordens an die Gräfin Staray ausgestellten Urkunde die Gegenzeichnung des ungarischen Ministerpräsidenten fehle, was eine Verletzung der Verfassung sei.

Aber alles das war noch nichts gegen den Aufruhr über die Danksagung des Kaisers. Nicht wegen der Schlußmahnung zu gutem Einvernehmen, die sich nach den Madjaren nur mit Oesterreich bezieht, sondern wegen der Ueberschrift: „An Meine Völker." „Bud. Hirlap" schulmeistert darüber: Das ist die alte kaiserliche Ausdrucksweise. In Ungarn giebt es nicht Völker, sondern nur eins, das madjarische. „Völker" sind also nicht am Platze.

Demnach sind auch die Mauer-Anschläge zum Teil sogleich abgerissen oder wenigstens das Népeimhez („An meine Völker") in Népemhez („An mein Volk") umgeändert.

Man weiß nicht, soll man mehr staunen über die Verbohrtheit, die mit etwas Papier und Druckerschwärze alles tilgen zu können vermeint, was zehn Millionen Menschen das Teuerste ist, oder über die Unverschämtheit, die alles Ernstes verlangt, vernünftige Leute sollen sich diese Auffassung zu eigen machen. —

Mehrere gelesene Blätter, besonders eindringlich die Wiener „Reichswehr", diese sagar mit dem geheimnisvollen, wie eine Drohung klingenden Schlusse: Caveant populi! haben an den Tod der Kaiserin Mahnungen zum Frieden geknüpft, jedoch ohne Erfolg. Die Gegensätze haben sich nur noch mehr verschärft, und zumal unter den Deutschen, und hier wieder besonders in Böhmen, verbreitet sich, durch Plackereien und selbst Gewaltthätigkeiten der Regierung geschürt, eine Erbitterung, die dem tschechischen Fanatismus wenig oder nichts nachgiebt und früher oder später zu einem Ausbruche führen muß. —

Mit dem Ausgleich steht man noch immer am Anfange; Wien will ihn, also wird er zu stande kommen, das gestehen die unabhängigen Blätter, deren Ansichten wenigstens neun Zehntel aller Madjaren teilen, zähnefnirschend ob der thatsächlichen Ohnmacht des „staatsbildenden" Volkes.

Einen schlagenden Beweis für diese Anschauung hat die am 22. September zu Pest verhandelte Klage des Dr. Kelen gegen den früheren judenfreundlichen Abgeordneten Istoczy wieder aufgefrischt. Wie wir vor einem Jahre gemeldet haben, hat Istoczy öffentlich Kelens Vater angeklagt, den Tod seines Sohnes verschuldet zu haben. Der alte Kelen beging deshalb Selbstmord, und sein Sohn verklagte Istoczy wegen Verleumdung, erreichte auch seine Verurteilung, hauptsächlich wegen eines Aufsatzes, in dem es hieß: „Ich will damit nicht sagen, daß Kelen meinem Sohne geradezu die Lungenschwindsucht eingeimpft hat, aber im Hinblick auf die alle Verhältnisse durchsetzende schmachvolle Judenherrschaft, unter der wir Madjaren seufzen, und die alle, die sich ihr nicht beugen, als Parias behandelt . . . unter ihrem Drucke kann auch den stärksten Mann ein Schwindel erfassen, der, nachdem er vorüber, ihm nur Gift oder Kugel zur Wahl läßt."

Die Judenblätter bezeichnen diese Worte natürlich als aus dem finstern Mittelalter stammend; dennoch denken alle Madjaren so . . . die Judenknechte selbstverständlich ausgenommen. Die sollten sie auch nicht, finden sich doch unter den 65 Höchstbesteuerten der Stadt Großwardein z. B. nur sieben Madjaren, etwa ebensoviel fast ganz madjarisierte Deutsche, Rumänen oder Slawen; die übrigen zwei Drittel sind Juden. Und wie sie herrschen, zeigt am deutlichsten der Umstand, daß am 1. Oktober auch das sogenannte unabhängige Blatt, das bisher zuweilen, wenn auch äußerst vorsichtig, seine Abneigung gegen die Juden zeigte, den madjarischen Leiter ebenfalls durch einen Juden ersetzt hat! Von den „Geschäften" der letzten Zeit ist besonders lehrreich das der Brennereibesitzer Gebr. Sigmund in Klausenburg, denen man Steuerhinterziehungen von 454 000 Gulden grade zu der Zeit nachweisen konnte, als der eine Bruder das „Verdienst"kreuz erhielt. Die Verleihung wurde am selben Tage veröffentlicht, an dem der Bericht über den Betrug erschien, von dem die Steuerbeamten allerdings längst wußten. Doch wagten sie nicht Anzeige zu erstatten, um ihre Stelle nicht zu verlieren, bis sich die Geschichte nicht länger verheimlichen ließ.

Wie die Verwaltung, so ist auch die madjarische Rechtspflege jüngst in das richtige Licht gesetzt durch den Fall von Maria Radna. Dem dortigen versetzten Richter brachte noch vor seiner ersten Verhandlung ein Rumäne einen schönen Balschich, eingedenk des rumänischen Sprichwortes: Das Recht ist wie die Herren es machen. Der Richter warf den Mann hinaus, ging der Sache nach und kam zu der Einsicht, daß der Bachschich allgemein herrsche. Er sprach in einem Rundschreiben seine Verwunderung darüber aus und erklärte, derartiges als Bestechung strafrechtlich ahnden zu wollen. Die Madjaren schreien jetzt Zeter über die Bloßstellung, denn der ehrliche Richter heißt Roth und ist ein Deutscher.

Als Gegenstück dazu möge die Verhandlung vor dem Pester Schwurgericht vom 26. September dienen. Im „Bud. Hirlap" hatte nämlich der Jude Braun unter den Anstiftern einer „walachischen Verschwörung" den Rumänen Patitza genannt und war deshalb wegen Verleumdung und Anfreizung verklagt worden. Sein Verteidiger Leßi (früher Weiß, ebenfalls Jude) erklärte, Pattha habe mit der Klage eine Gemeinheit begangen. Vom Kläger wiederholt aufgefordert, die „Verschwörung" nachzuweisen, lehnt der Jude das als zu weit gehend ab; so etwas dürfe überhaupt niemand verlangen (!!) Dann lobte er den Patriotismus des edlen Braun, der sich durch Aufdeckung der (erdichteten) Verschwörung um das Vaterland verdient gemacht, und beschimpfte den Kläger derart, daß der Vorsitzende ihn zur Ordnung rief.

Unter dem Eindrucke dieser M—undwerks wurde aber Braun nicht nur freigesprochen, sondern dem Kläger Patitza sogar ein Verweis erteilt, weil er in der Anklage „grobe und ungehörige Ausdrücke gebraucht", indem er Braun als gemeinen Verleumder bezeichnete, wenn er die „Verschwörung" nicht nachweisen könne.

Wie durch solche Urteile das ohnehin schon sehr verbreitete Bewußtsein befestigt wird, als Madjar und Jude könne man sich alles erlauben, zumal gegenüber den Nichtmadjaren, leuchtet ein.

Neulich klagte ein wirklich madjarisches Blatt, daß die neue Ausgabe der Werke des Dichters Petöfi keinen Absatz finde. Das Blatt der Katholiken erklärte darauf, das komme daher, weil Petöfi durch die Renmadjaren verdrängt sei. Zum Beweise zählt es einige Dutzend der jetzt gelesensten Schriftsteller auf, sämtlich vom Samen Abrahams.

Natürlich ändert das an der Sache nichts. In Rumänien dagegen wird der Kampf gegen die Preßjuden so nachdrücklich geführt, daß er über kurz oder lang die Gesetzgebung beeinflussen wird.

Könnte im Deutschen Reiche auch nicht schaden!

Karl Friedrich.

Bismarcks Anteil an dem Kulturkampfe.

Wie bekannt, hat es Bismarck öfter betont, daß ihn nur die feste Verquickung der ultramontanen mit den polnischen Bestrebungen zum Beginne des Kulturkampfes bestimmt habe. In der soeben erschienenen, allerdings vielfach angegriffenen Schrift Buschs: „Bismarck und sein Werk"*) hören wir nun genaueres darüber.

„Wenn die Klerikalen dem Reichskanzler eine feindselige Gesinnung gegen die katholische Kirche andichteten, so würde das ungefähr zutreffen, wenn man es umkehrte und sagte: der Ultramontanismus, der sei einigen Jahrzehnten in jener Kirche das

*) Beiträge zur inneren Geschichte der letzten Jahre bis 1896, nach Tagebuchblättern. Leipzig. 129 Seiten. 2 Mark.

Digitized by Google

Wort führt, zeigte sich, wie er überhaupt jeden starken Staat, der seinen Zwecken nicht dienstbar zu sein braucht, mit allen Waffen bekämpfte, von Anfang an als erbitterter Gegner und Aufwiegler gegen die Schöpfung Bismarcks, das Deutsche Reich mit dem protestantischen Kaiser. Der Kanzler nahm in dem Streite nur die Stellung eines sich nothwendig Vertheidigenden ein.

Er verhehlte sich die Schwierigkeiten, die jeder Kampf der weltlichen Macht mit der geistlichen hat, durchaus nicht und wies anfänglich das Ansinnen, sich an diesem zu betheiligen, beharrlich von der Hand. Wenn er schließlich doch mit eingriff, so bewog ihn dazu nicht das neue Dogma von der Unfehlbarkeit des Papstes und überhaupt kein Gegenstand dogmatischer Natur, sondern etwas völlig anders, ein vorwiegend politischer Vorgang: die Unterstützung der polnischen Propaganda im Osten Preußens, die von der römischen Priesterschaft betrieben und von der katholischen Abtheilung im Kultusministerium nach Kräften gefördert, bedenkliche Erfolge gehabt hatte und mit gefährlichen Fortschritten drohte.

Hiergegen schritt er — sicherlich auch mit einem Blick auf Rußland, das sein Interesse in Polen von gleichen nationalkirchlichen Ränken unterwühlt sah und in dem deutschen Kanzler hier von neuem den natürlichen Bundesgenossen erblicken mußte — entschlossen ein, indem er den Antrag auf Beseitigung jener staatsgefährlichen Behörde stellte und diesem den seinerzeit auf Einführung der weltlichen Schulaufsicht folgen ließ. Endlich hat er auch die Verfassungsänderungen angeregt.

Dagegen ist seine Betheiligung an den eigentlichen Maigesetzen nur eine passive gewesen, und ich habe bei wiederholten Anlässen von ihm selbst vernommen, er habe, als diese Maßregeln nachträglich zu seiner Kenntnis gelangt seien, sofort „starke Zweifel an ihrem Werte und an ihrer Durchführbarkeit geäußert".

Und dem Abgeordneten Birchow erwiderte er 1881 auf dessen Vorwurf, er sei inkonsequent gewesen, weil er von dem zuvor so eifrig geführten Kampfe mit den Klerikalen abgelassen habe:

„Jeder Kampf hat seine Höhe und seine Höhe, aber der Kampf im Innern, zwischen Parteien und der Regierung, kann nicht als eine dauernde und nützliche Einrichtung behandelt werden. Ich muß ja Kämpfe führen, doch nur zu dem Zwecke, Frieden zu erlangen. Diese Kämpfe können sehr heiß werden, und das hängt nicht immer von mir allein ab, aber mein Endziel ist dabei doch immer der Friede.

Wenn ich glaube, diesem Frieden in der heutigen Zeit mit mehr Wahrscheinlichkeit nahe zu kommen, so ist es meine Pflicht, dem Frieden meine Aufmerksamkeit zuzuwenden, nicht aber weiter zu fechten, um zu fechten gleich einem politischen Raufbold. Kann ich ihn haben den Frieden mit Rom, kann ich auch nur einen Waffenstillstand, wie wir deren ja gehabt haben, die Jahrhunderte gedauert haben, durch einen annehmbaren modus vivendi erlangen, so würde ich pflichtwidrig handeln, wenn ich das nicht annehmen wollte."

Und ähnliche Ausführungen macht Busch zu den meisten wichtigen Ereignissen der letzten 35 Jahre. Besonders ausführlich behandelt er die Entstehung des französischen Krieges und die Emser Depesche.

Die „Hamb. Nachr." haben von dem Buche gesagt, das auf Grund von Aufzeichnungen geschrieben ist, die sich Busch unmittelbar nach seinen Gesprächen mit Bismarck gemacht hat, es enthalte erhebliche Irrtümer und könne daher nicht als Geschichtsquelle gelten. So ist die Behauptung unrichtig, der Kronprinz habe 1870 beabsichtigt, von Bayern und Württemberg weitgehende Zugeständnisse mit Gewalt zu erzwingen. Zudem hat Busch, was niemand gutheißen wird, Indiskretionen begangen, und er hat im Arger hingeworfene Worte Bismarcks, so über den Kaiser und die Kaiserin Friedrich, über Herrn von Roggenbach u. a., als dessen eigentliches Urteil über die Betreffenden hingestellt — und man weiß von sich, wie falsch das ist.

Aber die Gerechtigkeit erfordert es doch, auch das Gute an dem Buche anzuerkennen und darauf hinzuweisen, wie reiche politische Belehrung es uns bietet. Und die ist unsern Deutschen die ja so gar nicht politisch zu denken vermögen, so nötig wie das liebe Brot.

Dann wären solche empörenden Verträge unmöglich, wie wir anscheinend eben wieder einen mit den Engländern (über die Delagoabai) geschlossen haben. Solche dreimal lingen „Diplomaten", wie sie jetzt für unsers Volkes Zukunft sorgen, die würden dann von der allgemeinen Entrüstung hinweggewegt werden.

Wie werden alle andern Völker jetzt wieder lachen und höhnen über die dummen Deutschen, daß einem die Schamröte in die Wangen steigen muß!

B.

Das Warenhaus für deutsche Beamte schließt im letzten Betriebsjahre mit einem Gewinn von 26459 Mark (1896,97 26364 Mark) ab, woraus, wie im Vorjahre, 4 v. H. Dividende verteilt werden. Neben dem Aktienkapital von 250000 Mark hat die Gesellschaft an Schuldscheinen 947000 Mark und an Obligationen 871000 Mark im Umlauf. Außerdem ist eine Hypothekenschuld von 1250000 Mark vorhanden. Die sonstigen Verpflichtungen beliefen sich bei Jahresschluß auf 215679 Mark. Dagegen stehen sämtliche Immobilien mit 2450000 Mark zu Buche; an bar und Effekten waren vorhanden 311454 Mark, wozu an Warenbestand usw. 702012 Mark und an Außenständen 235665 Mark kommen.

Der Schuld von insgesamt 3533679 Mark steht also eine Forderung von 3699121 Mark gegenüber. Der Wert des Geschäfts beträgt demnach nur 165000 Mark, und ob diese Summe nicht infolgen lediglich auf dem Papiere steht, als für Grundstücke und Immobilien festen die gebuchten Werte erlöst werden, lassen wir dahingestellt sein. Da auch die Rückstellung für unvorhergesehene Fälle (Reserve) sich von 52036 auf 46744 Mark vermindert hat, ist das Ergebnis des Geschäftsbetriebes jedenfalls nicht dazu angethan, den Berufskassenleuten einen derartigen Wettbewerb zu bereiten. Bestände in Berlin eine Umsatzsteuer für Warenhäuser, so hätte das Warenhaus für deutsche Beamte in den letzten beiden Jahren (bei dem z. B. in Sachsen üblichen Satze von 2 v. H.) je hunderttausend Mark zugesetzt. Seine Tage wären also gezählt . . . jedenfalls nicht zum Unsegen des breiten Mittelstandes!

Warum beanworten die Juden eine Frage immer mit einer Frage? Auf eine solche Frage erwiderte einer hochgestellten Dame in einer Gesellschaft ein jüdischer Dr. phil. mit erstaunten Gesichte: „Nun, warum sollen sie nicht antworten mit einer Frage?" Diese etwas einfache Erklärung scheint nicht allen Juden genehm zu sein, denn der Rabbiner Karpeles (Berlin) kommt zu einem andern Schlusse. Er hat in diesem Jahre seine Ferienreise nach den Karpathen und zwar dem gelobten Ungarn ausgedehnt. In dem Bade Trentschin-Teplitz — der Herr Rabbiner schreibt natürlich madjarisch „Trencsin", obwohl er aus Mähren stammt und er dann folgerichtig auch „Teplicz" hätte schreiben müssen — entspinnt sich zwischen dem Herrn Rabbiner und einem jüdischen Dienstmanne folgendes Gespräch.

„Können Sie mir nicht sagen, ob hier ein jüdischer Friedhof ist?"

„Warum soll hier kein jüdischer Friedhof sein?"

„Wie lange besteht er?"

„Wie lange soll er bestehen? Vielleicht drei Jahre."

„Und wo hat man früher die jüdischen Toten begraben?"

„Wo soll man sie begraben haben? Auf den alten Friedhof."

„Kann man diesen alten Friedhof sehen?"

„Warum soll man ihn nicht sehen können?"

„Wo liegt er?"

„Wo soll er liegen? Dort draußen gleich hinterm Park."

„Ich möchte Sie doch bitten, mir etwas genauere Auskunft zu geben, da ich ein Fremder bin."

Digitized by Google

„So, ein Fremder sind Sie! Warum haben Sie das nicht gleich gesagt? Da werde ich Ihnen einen guten Rat geben: Gehn Sie nur zu Herrn Dubowitz."

„Wer ist Herr Dubowitz?"

„Kennen Sie Dubowitzen nicht, unsern Schammes?"

„Nein, wo wohnt er?"

„Wo soll er wohnen? Dort in der Gasse rechts, das fünfte Haus."

„Wird er jetzt zu Hause sein?"

„Warum soll er nicht zu Hause sein? Ich sag' Ihnen, gehn Sie ruhig hin." —

Herr Karpeles meint in der „Allgem. Ztg. des Judentums" dazu: „Wer sich aber darüber wundern möchte, daß die Juden immer mit einer Frage antworten, den möchte ich nur kurz darauf hinweisen, daß ja ihre ganze Existenz zu allen Zeiten eine einzige große Frage gewesen ist."

Gott über die Welt! Was doch mitunter für Wahrheiten zu Tage kommen, sobald Juda unter sich zu sein glaubt. Also die Existenz der Juden ist immer eine einzige große Frage gewesen. Dieser Überzeugung waren die Antisemiten aller Zeiten, verunglimpfte Menschen haben deshalb auch mit den semitischen Fragezeichen niemals etwas zu thun haben wollen, und trotzdem rechnet man es uns zum Verbrechen an, wenn wir die nach Herrn Karpeles Begriffen unter „eine einzige große Frage" fallenden Hebräer nicht unter uns dulden wollen?

Mosaik.

Der Geschäftsbericht der sozialdemokratischen Arbeiter-Konsumvereine von Leipzig und Umgebung verzeichnet für das Geschäftsjahr 1897/98 einen Umsatz von 8 909 665 Mark. Der Reingewinn betrug 946 526 Mark, die daraus an die Mitglieder verteilte Dividende 867 658 Mark. Die Zahl der Mitglieder ist von 23 337 im Jahre 1897 auf 28 884 im Jahre 1898 gestiegen. 66 Geschäftsstellen werden in Leipzig und seinen Vororten unterhalten. An Steuern sind gezahlt worden 44 975 Mark. Sollte eine 2prozentige Umsatzsteuer, die demnächst den Rat und die Stadtverordneten der Stadt Leipzig beschäftigen wird, eingeführt werden, so würden bei gleichem Umsatz in Zukunft noch rund 180 000 Mark zu bezahlen sein. — Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß eine Entwickelung, wie die vorliegende, eine sehr ernste Sprache spricht. — Das schreibt das nationalliberale „Leipziger Tageblt.", trotzdem der nationalliberale Oberbürgermeister von Leipzig wiederholt bestritten hat, daß der Leipziger Konsumverein sozialdemokratisch sei. Den Herren im Leipziger Rathause empfehlen wir obige Auslassung zur freundlichen Berücksichtigung, wenn es jemanden gelüsten sollte, sich auf den Standpunkt des Oberbürgermeisters zu stellen!

Dem Bernstein-Becker will die preußische Regierung sein Bernstein-Monopol dadurch brechen, daß sie ihm für zehn Millionen Mark die Ländereien abkauft, auf denen Bernstein gefunden wird. Dieser Preis ist unsers Erachtens um zwei Drittel zu hoch. Weshalb wendet man gegen Becker nicht das Enteignungsverfahren an? Und weshalb ist Becker nicht schon längst vor Gericht gezogen wegen den niederträchtigen Beschuldigungen, die er wiederholt öffentlich gegen preußische Beamte ausspruch? Steht der Kgl. preußische Kommerzienrat Becker über den Gesetzen, weil er Millionär und Jude ist? Oder hat er thatsächlich „den preußischen Staat in der Tasche", wie er schon vor Jahren behauptete?

Über den Gerichtsstand der Presse herrscht bei manchen Richtern doch eine der Wirklichkeit entsprechende Auffassung. Das Schöffengericht zu Schneidemühl hat jüngst die Klage eines polnischen Provbtes gegen ein Berliner Blatt kostenpflichtig abgewiesen, weil der verklagte Redakteur seinen Wohnsitz ebenfalls in Berlin hat. Ebenso denkt man in Hohenzollern, wo die Juden gern unsern Schriftsteller vor den Kadi schleppen möchten. Sie sind überall abgeblitzt und zwar ohne unser Zuthun. Das ist für die Antragsteller um so ärgerlicher, als man es nicht wagt, eine Privatklage anzustrengen!

Sozialdemokratisches. Ein Schmähgedicht auf Bismarck, das auf einem ultramontanen Feste zu Essen verbreitet wurde, druckte das sozialdemokratische „Volksblatt" zu Saalfeld (Saale) wörtlich ab. Der Schriftleiter heißt nämlich . . . Levy! —

„Genosse" Tischlermeister und Hausbesitzer Hornemann zu Langenweddingen hatte mit einem seiner Mieter einen Rechtsstreit. In diesem sagte ein Bahnwärter zu Gunsten des Mieters aus. Dafür zeigte „Genosse" Hornemann bei der Eisenbahn-Behörde an, daß der Bahnwärter an sozialdemokratischen Versammlungen teilgenommen und bei der letzten Wahl einen sozialdemokratischen Stimmzettel abgegeben habe. Das ist die Freiheit des Zukunftsstaates! —

Der Großkapitalismus ist unser Verbündeter, meinte „Genosse" Abg. Kloß auf dem Stuttgarter Parteitage der Sozialdemokraten. Er begründete diese Behauptung damit, daß die Stuttgarter-Vereinsbank in 25 Jahren von anderthalb auf achtzehn Millionen Mark Aktienkapital sich entwickelt habe. „Genosse" Kloß hat nicht Unrecht, aber wer steckt denn hinter diesem Großkapital? —

Weil der Großkapitalismus der Verbündete der Sozialdemokratie ist, haben die „Genossen" in der Stichwahl auch den Direktor der „Deutschen Bank" (Aktienkapital 180 Millionen Mark) Dr. Siemens in den Reichstag verholfen. Diese Thatsache und daß die Freisinnigen um die Stimmen der „Genossen" gebettelt, kam auch auf dem Parteitage in Stuttgart zur Sprache. —

Der erste Schritt der Rettung besteht darin, daß wir uns geistig vom Judentume losmachen.

Kapital und Arbeit. Der Gewinn der Aktien-Gesellschaft „Phönix" zu Laar bei Ruhrort betrug im letzten Geschäftsjahre 2 833 059 Mark. Davon erhalten Aufsichtsrat — an dessen Spitze Freiherr Albert von Oppenheim (Köln) steht — und Direktoren (insgesamt 21 Personen) 168 388 Mark, während für „gemeinnützige Zwecke" sechstausend Mark verwendet wurden. . .

Firmen-Verschleierung. Alleiniger Inhaber der Firma M. Labudda & Co. zu Berlin ist der Kaufmann Heinrich Leipziger. —

Die **Handelsgesellschaft** W. Eckstein & Co. zu Berlin ist aufgelöst. Frau Anna Eckstein, geb. Sommer, setzt das Geschäft unter unveränderter Firma fort. —

Die Firma O. Schellin zu Berlin wird von dem Kaufmann Max Zielinsky und die Firma William Rosenberg zu Berlin von dem Kaufmann Paul Mauß gebildet. —

Die Gesellschafter der offenen Handelsgesellschaft Ignaz Berger zu Frankfurt (Main) sind die Kaufleute Ferdinand Lissa und Philipp Berger.

Großer Nutzen

erwächst unseren Bestrebungen dadurch, wenn unsere Leser die **„Deutsch-Sozialen Blätter"** nicht nur überall empfehlen, sondern sie auch in allen Bahnhofsbuchhandlungen, Wirtshäusern, Gasthöfen, Cafés usw. immer und immer wieder verlangen. Wo die „Deutsch-Sozialen Blätter" nicht gehalten werden, dringe man auf sofortige Bestellung.

H. Heinze, Hutfabrik gr. Fischerstraße 6, Burgstraßseite 4. Spezialität: 2,80-Hüte.

Billige, dichte Dächer stets nach der neu Anderweite Asphalt-Steinpappen Muster etc. postfrei.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königsstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe, Berlin NW. 5, Kruppstr. 13.
Druck: G. Reusche, Leipzig.

Digitized by Google

Deutsch-Soziale Blätter.

Verlags-Preis: vierteljährlich Mk. 1.50 bei der Postanstalt (Postzeitungsliste Nr. 1788) und Buchhandlungen. Unter Streifband Mk. 2.

Herausgegeben von Max Liebermann v. Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Anzeigen: die 4-spaltige Petit-Zeile 25 Pfennige. Verlagshandlg.: Königstraße Nr. 27, Leipzig.

XIII. Jahrgang. | Leipzig, 20. Oktober 1898. | Nr. 531.

Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Juden-Frage. Otto Glagau.

Inhalt: Vierter Parteitag der deutschsozialen Reformpartei. II. — Allerlei Ernstes und Launiges von Bismarck. — Christenpflicht und Menschenpflicht. Das Monopol der großen Depeschen-Bureaus. — Ausland. — Parteinachrichten. — Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen. — Moskit.

Vierter Parteitag der deutschsozialen Reformpartei.

II.

Beim gemeinsamen Mittagessen, an dem sich fast alle Anwesenden beteiligten, brachte Abg. Lotze einen Trinkspruch auf die Partei-Vorsitzenden Zimmermann und Liebermann von Sonnenberg aus.

Um 3½ Uhr wurden unter Leitung des Herrn Dr. Lindström (Hannover) die Verhandlungen wieder aufgenommen und zwar mit Punkt 2 der Tagesordnung: Wahl der beiden Vorsitzenden. Nach dem Organisationsplane der Partei hat die Wahl eine geheime zu sein, sie hat deshalb durch Abgabe von Stimmzetteln zu erfolgen. Von 102 Stimmen erhalten Oswald Zimmermann (Dresden) und Abg. Liebermann von Sonnenberg 91 und 78, während der Rest sich folgendermaßen verteilt: Dr. Giese und Abg. Dr. Bielhaben je eine, die Abgg. Gräfe und Lotze je zwei, Pastor Jskraut und Abg. Raab je drei, Dr. Lindström vier und Abg. Werner achtzehn Stimmen.

Nachdem Herr Zimmermann (Dresden) und der Abg. von Liebermann die entsprechenden Erklärungen abgegeben haben, ruft Dr. Lindström (Hannover) die beiden Herren unter allseitigem Beifalle zu Partei-Vorsitzenden aus.

Es wird nunmehr infolgen eine Änderung in der Reihenfolge der Tagesordnung vorgenommen, als die Punkte 5 und 6 — Berichte der Landtags-Abgeordneten, des Kassenwarts und der Kassenprüfer und Wahl der Kassenprüfer zuerst zur Erledigung kommen.

Zu Punkt 5 erstattet Abg. Raab einen kurzen Bericht über seine Thätigkeit im Hamburger Parlamente, dabei hauptsächlich seine Bemühungen zur Verbesserung der Lage der Handlungsgehilfen und zur Einführung einer Umsatzsteuer für die großen Warenhäuser streifend.

Landtagsabg. Bähr erörtert in Abwesenheit des Abg. Köhler die Maßregeln, die die acht hessischen Landtags-Abgeordneten ergriffen haben, um die nationalliberale Mehrheit zu brechen.

Den Kassenbericht giebt Abg. Dr. Bielhaben in recht humoristischer Form. Nach der Verlesung der Berichte der Kassenprüfer wird dem Kassenwart einstimmig Entlastung erteilt. Zu Kassenprüfern werden wiedergewählt die Herren Jenzen (Kottbus), Schulz (Magdeburg) und Weber (Peine).

Der Parteitag kommt nunmehr zu Punkt 3 der Tagesordnung „Beratung über die Mittelstandsfrage". Der Berichterstatter, Herr Dr. Lindström (Hannover) führt aus:

Nur die Grundlinien unserer Auffassung der Mittelstandsfrage kann ich erörtern. Eine erschöpfende Behandlung dieser Frage wäre ja viel zu umfangreich, wäre gleichbedeutend mit einer Auslegung unsres gesamten Programms, denn das beruht auf der Erkenntnis, daß wir gegenüber dem kapitalistischen Faustrecht und dem Umsturzstreben des Proletariats die Lebensinteressen unsres deutschen Mittelstandes in Stadt und Land zu vertreten haben. Was heißt aber Mittelstand? Kaum ein Begriff wird so verschieden verstanden und so falsch angewandt, wie grade dieser. Der Wortbedeutung nach bezeichnet Mittelstand einen Stand, der zwischen zwei andren in der Mitte steht. Das heißt, geschichtlich verstanden, den Bürger- und Bauernstand, der zwischen Adlige und Hörige sich einschob und im Laufe unsrer Volksentwicklung sich immer lebenskräftiger ausgestaltete. In diesem Sinne hat das Wort seine Bedeutung in der Gegenwart verloren, gehört es der Vergangenheit, der Geschichte an.

Man hat deshalb versucht, künstliche Scheidegrenzen zwischen einer aristokratischen, mittelständischen und arbeiterständischen Gruppe in unserm Volksleben festzulegen, und zwar auf Grund der Besitzverhältnisse, oder vielmehr der Einkommensteuer. Diese mechanische äußere Sonderung reicht aber nirgends aus zur Kennzeichnung dessen, was wir unter Mittelstand verstehen; sie wird stets uns willkürlich erscheinen.

Die Sozialdemokratie spricht von einem Mittelstand als den niedergehenden Schichten zwischen „Unternehmer" und „Arbeiter", oder zwischen „Kapitalist" und „Proletarier". Begriffe, die so schief aufgefaßt sind und so gweideutig gebraucht werden, daß ihnen ja der Zweck politischer Falschmünzerei von vornherein aufgeprägt ist. Der Mittelstand, der daraus sich ergiebt, ist so wandelbar wie die Wetterwolke am Himmel.

Für uns liegt die Grenze nach oben in dem spekulativen Geschäftsunternehmertum, das nicht selbst arbeitet, das vielmehr andre für sich arbeiten läßt und durch Börsenspiel, Gründungen, Abschneiden ererbter Zinsabschnitte seinen mehr oder weniger glänzenden Lebensunterhalt hat. Die Höhe des Einkommens ist aber hier nicht das Entscheidende, sondern der Mangel schaffender Arbeit. Die Grenze nach unten würde gebildet werden von den unglücklichen Erzeugnissen unsrer wirtschaftlichen Mißwirtschaft, die wirklich als Proletarier zu bezeichnen sind, das heißt den Gelegenheitsarbeitern, die nichts, auch nicht erlernte Fertigkeiten, die sie verwerten können, ihr eigen nennen.

Mittelstand ist für uns der Teil unsres Volkes, der auf Grund eines Besitzes an äußern Gütern oder an erworbenen Fertigkeiten oder an beiden durch eigene Arbeit seinen Lebensunterhalt mehr oder weniger selbst und selbständig erwirbt. Der Mittelstandscharakter ist für uns mehr ein inneres Kennzeichen, als ein äußerliches Unterscheidungsmerkmal. Der Landarbeiter, der mit etwas eigenem Besitz durch seine Thätigkeit beim Gutsbesitzer seinen Lebensunterhalt erwirbt, der gelernte Schlosser, der in einer Fabrik seine gesicherte Stellung inne hat und in seiner Arbeit einen heimatlichen Lebensboden sich erworben hat, gehört ebensogut zum Mittelstand wie etwa ein verschuldeter Kleinbauer oder ein bedrängter Handwerksmeister. Darum handelt es sich, daß wir diese heimische, relativ selbständige und gesicherte Mittelstandsart deutscher Arbeit erhalten, wo sie bedroht ist, wieder gewinnen, wo sie zerstört ist.

Die Gefährdung des Mittelstandes ist allerdings im Zusammenhang mit dem technischen Umschwung durch eine verkehrte Gesetzgebung in heilloser Weise herbeigeführt worden. Um eine Erstarkung des Gesamtkörpers handelt es sich, hervorgerufen durch das kapitalistische Geschäftsunternehmertum mit seiner „gelbewußten" Handlangerin, der Sozialdemokratie. Die Zerreißung der Arbeitsgemeinschaft, die Erniedrigung des Arbeiters zum Werkzeug des Unternehmers, zum willenlosen Lohnsklaven trat zunächst in der Großindustrie ein, griff aber in Handwerk und Kleinkaufmannschaft über, zwang aber nicht nur den Arbeitnehmer, sondern ebenso den mittleren Fabrikanten, Meister und Kaufmann ins Joch der Abhängigkeit vom Spekulationshandel.

Digitized by Google

Der gleiche Prozeß hat sich beim Bauern vollzogen, während beim Beamtenthum die kapitalistische Unternehmerart eines Stephan und Genossen nicht zur Vollentfaltung kam. Die wirtschaftliche Geschichte der letzten Jahrzehnte in unserm Vaterlande ist wesentlich eine Geschichte der Zersetzung unsers Mittelstandes; was in der Arbeit zusammengehört, wurde gewaltsam geschieden in Arbeitgeber und Arbeitnehmer; die in der Heimat gegründeten Arbeitseristenzen wurden entwurzelt, um nun haltlos dem Spekulanten billiges Arbeitsmaterial zu liefern; der Handwerksmeister wurde möglichst seiner Selbständigkeit beraubt, der Kaufmann zum Agenten herabgedrückt, der Bauer durch Börsenwucher und Verschuldung ausgesogen. Hier liegt auch die nationale Gefahr für unser Volkstum, das in der Selbständigkeit und Gesundheit unserer Mittelstands-Existenzen allein seine sichere Grundlage hat. Durch die fieberhafte Entwicklung von Spekulations-Großunternehmungen wurden die tüchtigsten Arbeiter aus ihrem landwirtschaftlichen Wurzelboden herausgerissen, und Slaven in Massen ins Land gezogen. Immer gewaltiger entfaltete sich aber in dem allen die Vorherrschaft des stammfremden Judentums, in Börse und Industrie, in Geldbesitz und wirtschaftlicher Macht.

Was ist da zu thun? Unser Endziel bleibt eine nationale Wirtschaftspolitik, die unsre gesamte Gesetzgebung rücksichtslos unter dem Gesichtspunkt der Erhaltung und Wiedergewinnung des Mittelstands-Charakters für unser Volksleben regelt. Als Schutzmaßregeln verlangen wir scharfes Vorgehen gegen jeden Spekulations- und Spielhandel, Herstellung eines internationalen festen Verhältnisses zwischen dem Gold- und Silberpreise, Zurückdrängung der Machtbefugnisse der Banken, Bazare und Aktiengesellschaften, Verstaatlichung der Reichsbank mit dem Ziele staatlicher Regelung des Geldhandels, Regelung des Einfuhrhandels zum Schutz nationaler Arbeit. Unsre letzte Aufgabe bleibt, das Deutsche Reich mit seinen Kleinstel-Ländern möglichst auf sich selbst zu stellen, aus der Abhängigkeit von andern Staaten frei zu machen. Neben dem Schutze streben wir die Organisation des Mittelstandes an. Kleinhandel, Landwirtschaft, Handwerk und Industrie muß die Möglichkeit haben, wirtschaftlich wie politisch durch Zusammenschluß und geordnete Vertretung durchgreifend seine Interessen wahrnehmen zu können, ebenso wie diese Organisation auf dem Wege der Selbstverwaltung reinigend und regelnd im Innern des Standes zu wirken hat. Die Einführung der Umsatzsteuer und der Ausbau der Handwerks-Organisation sind im Augenblicke die dringendsten Aufgaben. (Lebhafter Beifall.)

Abg Müller (Waldbeck) als Gegen-Berichterstatter: Es ist über dieses Thema bereits so viel geredet und geschrieben, daß man kaum etwas neues bieten kann. Ich meine aber trotzdem, daß wir es immer und immer wieder erörtern müssen, wenn auch manchen Leuten, wie z. B. dem früheren Abg Prof. Dr. Förtier die Mittelstandsfrage langweilig erscheint. Die großartige Entwickelung unsrer Verkehrs- und Verhältnisse hat zu einer kapitalistischen Gestaltung unsrer gesamten Lebensgrundlagen geführt. Und grade das unpersönliche Kapital ist gewissermaßen bei uns tonangebend geworden, es tritt gradezu anbeutend auf. Daraus ist wieder die Sozialdemokratie entstanden, die nach und nach den deutschen Michel auf die Auswüchse des Großkapitals aufmerksam gemacht hat.

Ich rechne dem Mittelstand nicht die sozialdemokratische Fabrikarbeiter-Bevölkerung zu, wohl aber mit einzelnen Ausnahmen unsern Beamtenstand und die Geistlichen. — Wenn ich mich hier über die Verhältnisse des bäuerlichen Mittelstandes insbesondre äußern darf, so muß betont werden, daß dieser heute kaum das Nötige zu seiner Erhaltung verdient. Ich gehöre ja allerdings einer Gegend an, die noch nicht so sehr unter der Notlage zu leiden hat, denn wir treiben in Oldenburg und Ostfriesland hauptsächlich Viehzucht. Aber den Schutz, den wir auf Grund des Seuchengesetzes in Bezug auf die Einfuhr lebenden Viehes noch haben, will das Großkapital uns jetzt entziehen, wie man es in Bezug auf das Getreide bereits fertig gebracht hat.

Der Notstand auf landwirtschaftlichem Gebiete hat dazu geführt, daß die Ausfuhr industrieller Erzeugnisse stark gesteigert ist, und wir haben heute im auswärtigen Handel mit einer riesigen Unterbilanz zu rechnen. Daß solche Zustände auf die Dauer unhaltbar sind, wird jeder einsehen. An Gegenmaßregeln wird vor allen Dingen zu empfehlen sein, eine Zurückdrängung des unpersönlichen Kapitals, also der Aktien-Gesellschaften usw. Eine plötzliche Einschränkung der industriellen Entwickelung halte ich aber für gefährlich, wir können auf diesem Gebiete nur allmählich vorgehen. Mein Grundsatz ist dabei: Keine Begünstigung der Industrie auf Kosten der Landwirtschaft. Und da werden wir bei Abschluß der künftigen Handelsverträge auf dem Posten sein müssen.

Die kleinen Mittel zur Abhilfe des Notstandes im Mittelstande werden sehr oft als nicht besonders hilfreich hingestellt. Und doch giebt es einige, die dem deutschen Volke sehr viel nützen können. Da ist z. B. die Lebensversicherung. Ich habe schon wiederholt die Verstaatlichung der Lebensversicherung empfohlen und welche Summen dabei jetzt bei den Privatgesellschaften umgesetzt werden, bitte ich aus folgenden Zahlen zu entnehmen. Die vierzig Lebensversicherungsgesellschaften im deutschen Reiche hatten 1895 über eine Versicherungssumme von 1839 Mill. Mark zu verfügen und gaben ihren Aktionären bis zu 47 v. H. Dividende (Hört! Hört!). An Verwaltungskosten gaben sie 25 Mill. aus, während unsre 64 staatlichen Unfall-Berufsgenossenschaften nur 6,3 Mill. und die 31 Alters- und Invaliditätsanstalten sogar nur 5,6 Mill. Mark nötig hatten. An Prämien nahmen die Lebensversicherungen 1895 212,4 Mill. Mark ein, während an die Versicherten nur 92,5 Mill. Mark ausgezahlt wurden. Die Gesellschaften erhöhen also ihre Prämienreserve jährlich um ungefähr hundert Mill. Mark. Der indirekte Verlust, den das deutsche Volk durch die Aufgabe von Versicherungen alljährlich erleidet, beläuft sich ungefähr auf 140 Mill. Mark. Diese Summe stellt den Betrag der verfallenen Versicherungen dar. Der indirekte Verlust (an gezahlten Prämien) berechnet sich auf 38 Mill. Mark. Diese Summen betreffen aber nur die deutschen Versicherungsgesellschaften. Die amerikanische „Equitable" hat z. B. 1894 allein 194 Mill. Mark an „Abgang" zu verzeichnen. Das Kapital ist doch thatsächlich von den Versicherten fortgeworfen.

Als ein weiteres Mittel zur Hebung vor allen des bäuerlichen Mittelstandes halte ich die Pflege und den Ausbau unsers Kleinbahnnetzes und die Förderung von bäuerlichen Absatz-Genossenschaften, Konsumvereinen (zum gemeinsamen Einkauf von Düngeusw. Mitteln) und Spar- und Darlehnskassen. Selbstverständlich wollen wir dadurch niemals dem Kleinkaufmann irgend welchen Wettbewerb bereiten, da wir die Grundlage der Gesundung des Mittelstandes in dem Zusammenschluß aller seiner Erwerbsgruppen sehen.

Wecken wir also die Solidarität des Mittelstandes, um ihn zum gemeinsamen Kampfe gegen die großkapitalistische Entwickelung aufzurütteln. (Lebhafter Beifall!)

Zu der Mittelstandsfrage sind zwei Anträge aus Berlin gestellt. Sie lauten:

Die Herren Abgeordneten der deutschsozialen Reformpartei wollen sich mehr wie bisher mit den Interessen des Kleinkaufmannes gegenüber den Konsum-Vereinen und Bazars besonders beschäftigen; desgleichen das Interesse der zwangsinnungsfreien gegenüber der lohndrückenden Konkurrenz der Frauenarbeit im Komptoir und Ladengeschäften mehr wahrnehmen und mit allem Nachdruck im hohen Reichstage vertreten.

Die Herren Abgeordneten wollen im hohen Reichstage dahin wirken und mit allen Kraft dafür eintreten, daß die Beamten-, Offizier-Konsumvereine sofort aufgehoben werden und daß sämtliche bestehenden Privat-Spar- und Rabatt-Vereine gesetzlich aufgehoben oder zum mindesten unter strenge gesetzliche Kontrolle gestellt werden.

Kretzer (Charlottenburg) begründet diese beiden Anträge, während Abg. Raab in der Fassung „mehr wie bisher" eine vielleicht unbeabsichtigte Spitze gegen die Abgeordneten erblickt und die Streichung dieser Worte beantragt. Im Antrage 2 wünscht Redner die Worte „daß die Beamten-, Offizier-Konsumvereine sofort aufgehoben werden" gestrichen werden möchten. Der Bezeichnete habe dieselben Rechte wie jeder andre Staatsangehörige und dürfe deshalb nicht als Staatsbürger zweiter Klasse behandelt werden. Man müsse aber wünschen, daß kein Beamter in solchen Vereinen eine bevolgte oder unbevolgte Stelle einnehme, oder daß er ihnen in seiner freien Zeit seine Kräfte widme. Außerdem

Digitized by Google

müsse dahin gelenkt werden, daß kein staatliches Gebäude solchen Vereinen zur Verfügung gestellt und daß den Vereinen eine Umsatzsteuer auferlegt werde. Manche Beamten-Konsumvereine hätten sich heute über den gelunden genossenschaftlichen Gedanken zu großen Handelsunternehmen ausgestaltet. Jede Begünstigung und jede Bevorzugung der Beamtenkonsumvereine durch höhere Stellen müsse deshalb aufhören.

Bäckler (Berlin) ist entgegengesetzter Ansicht wie Abg. Raab und begründete diese in längerer Rede.

Abg. Gräfe: Ich möchte Protest dagegen einlegen, als ob die Fraktion auf dem Gebiete der Konsumvereinsfrage irgend etwas verstimmt habe. Die Abgg. Zimmermann und Dr. Bielhaben sowohl als ich selbst haben wiederholt in dieser Hinsicht sehr ausführlich das Wort ergriffen.

Abg. von Liebermann erinnert daran, wie er selbst sich so ausführlich mit den Ramsch- usw. Bazaren beschäftigt habe, daß er ev. dafür tausend Mark Geldbuße an die Firma Wertheim in Berlin zahlen müsse. Die Fraktion habe auch bei dieser Frage ihre Schuldigkeit gethan, der Antrag sei deshalb nicht nötig gewesen.

Da die Zeit inzwischen sehr weit vorgeschritten und für den Abend ein Kommers in Aussicht genommen ist, wird die Verhandlung auf Montag früh neun Uhr vertagt.

Der sehr gut besuchte Kommers stand unter der Leitung des Herrn Dr. Lindström (Hannover) und nahm einen vorzüglichen Verlauf. Ansprachen hielten Dr. Lindström, die Abgg. Zimmermann, von Liebermann, Gräfe und Werner und Sorge (Straßburg, Elsaß). In Anschluß an die begeisterten Worte des Abg. Gräfe, der der Stammesbrüder jenseits der Reichsgrenze gedachte, wurde unter brausendem Beifall die Absendung eines Begrüßungs-Telegramms an den Reichsrats-Abg. Wolf (Wien) beschlossen, das folgenden Wortlaut hat:

Eben ist auf dem Parteitage der deutschsozialen Reformpartei nach begeisternder Rede des Abgeordneten Gräfe der Treuschwur erschollen, daß wir in Nord und Süd, am Rhein wie an der Donau zusammenstehen wollen als Söhne der großen Mutter „Germania". Wir bitten Sie, den Volksgenossen in der Ostmark und ihren bewährten Vertretern die dankende Zustimmung deutscher Gesinnungsgenossen zu ihrem furchtlosen Eintreten für die Sache deutschen Volkstums zu übermitteln.

Montag früh 9½ Uhr wird die Sitzung durch Herrn Oswald Zimmermann eröffnet und in der „Beratung über die Mittelstandsfrage" fortgefahren.

Abg. Dr. Bielhaben: Mit den Ausführungen der beiden Herren Berichterstatter kann ich mich nicht ganz einverstanden erklären. Zu großen theoretischen Erörterungen ist allerdings der Parteitag nicht da, trotzdem muß ich mit einigen Worten meinen Standpunkt klarlegen. Wir waren früher ein Land, das sich lediglich von Landwirtschaft nährte. List gebrauchte einst das Bild, unser Land arbeite mit einem Arm, der zweite fehle, nämlich die Industrie. Dieser zweite Arm ist jetzt so stark geworden, daß wir in Gefahr sind, den Gebrauch des ersten zu verlernen.

Die Mittel zur Abhilfe fasse ich in folgenden Sätzen zusammen: Der Mittelstand muß in eigenen Organisationen zusammengeschlossen werden, aber nicht nach dem Vorbilde des neuen Handwerkergesetzes. Keine Polizei-Organisation, sondern Selbstverwaltung. Die Bevormundung durch den Staat hat aufzuhören. Der ganze Mittelstand ist in einer kompakten Masse zu organisieren. — Die Nationalökonomie sieht in dem Handel weiter nichts als eine Waren-Verteilungsanstalt. Das ist falsch, denn da thäten wir ja gut, lauter große Warenhäuser einzurichten. Durch den Zwischenhandel, durch die kleinen Kaufleute, Gewerbetreibende usw. wird das Interesse des Verbrauchers viel mehr wahrgenommen wie von den großen Warenhäusern. Der Handel hat also ganz andre sittliche Aufgaben, die nur durch den reellen Zwischenhandel gelöst werden können. Ein solcher Zwischenhandel liegt im Interesse der Verbraucher. Die konzentrierten Großbetriebe sind viel schlimmere Tyrannen wie die absoluten Herrscher. Man schilt dauernd über das Kapital und macht dieses oft für alle Mißstände verantwortlich. Das Kapital ist es aber nicht, sondern die Menschen, die durch verletzte Gesetze in die Lage kamen, das Kapital so anzuwenden, daß es allgemein schädlich werden konnte. Eine Änderung dieser Zustände ist möglich durch eine gewisse Einschränkung der Gewerbefreiheit.

Wir müssen deshalb überall den Mittelstand über seine Lage und das, was zur Besserung nötig ist, aufklären. — Wenig gefallen hat mir aber das Verhalten des Bundes der Landwirte, der auf der einen Seite den Mittelstand schützen will und auf der andern gegen den Zwischenhandel arbeitet, indem er die Gründung von Schlachterei- usw. Genossenschaften in Aussicht stellt, und damit die kleinen Schlächtermeister leicht vernichten kann. Der Bund wird bald erkennen, daß er mit diesen Sachen nicht auf dem richtigen Wege ist. (Beifall.) Selbstverständlich erkenne ich die berechtigten Bestrebungen des Bundes vollkommen an.

Bezüglich meiner Ausführungen über die Mittelstandsfrage erlaube ich mir eine Entschließung einzureichen.

Die Redezeit wird nunmehr auf zehn Minuten beschränkt.

Sorge (Straßburg) möchte das alte patriarchalische Verhältnis zwischen Bauern- und Handwerkerstand wieder eingeführt wissen. Redner wünscht außerdem dem Handwerk einen vernünftigen Gesellen- und Lehrlingsstand, wie man ihn noch zu seiner Zeit gekannt habe.

Dr. Winterstein (Kassel) spricht gegen die großen Warenhäuser, besonders vom Standpunkte der Kasseler Verhältnisse aus.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Graf Reventlow (Wulfshagen): Nach Ansicht eines Redners, der natürlich aus Berlin ist, gehöre ich als Graf mit zu denen, die insofern erblich belastet sind, als sie nichts vom praktischen Leben verstehen. Ich gestatte mir trotzdem dagegen Protest einzulegen, daß die Beamten anders behandelt werden sollen wie die übrigen Bürger. Ich bin deshalb nicht für den Antrag der Berliner: „Aufhebung der Beamten- usw. Konsumvereine".

Mühlfeld (Darmstadt): Ohne Aufhebung dieser Konsumvereine kann der Mittelstand nicht wieder in die Höhe kommen. Der Beamte erhält eine ausreichende Besoldung vom Staate und darf darum den übrigen Staatsbürgern keinen Wettbewerb bereiten.

Nunmehr wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Im Schlußwort führt Abg. Müller (Waldeck) aus, daß seine Auffassung über die Einrichtung von genossenschaftlichen Schlächtereien der Landwirte mißverstanden sei. Er denke gar nicht daran, derartige Genossenschaftsbildungen zu empfehlen. Es könne aber nicht ausbleiben, daß man in landwirtschaftlichen Kreisen auf solche Dinge komme, wenn man z. B. in Schlächtereikreisen so weiter gegen die Grenzsperren arbeite wie bisher.

Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen wird zur Abstimmung geschritten. Die Anträge Sünderhauf (Berlin) werden der Fraktion zur Kenntnisnahme überwiesen. Die Entschließung Dr. Bielhabens geht an einen Ausschuß von fünf Personen zur endgültigen Feststellung. Den Ausschuß bilden die Abgg. Raab und Lotze und die Herren Dr. Lindström (Hannover), Graf Reventlow (Wulfshagen) und Mühlfeld (Darmstadt).

Ueber Punkt 4 der Tagesordnung „Die preußischen Landtagswahlen" berichtet Abg. Werner: Wir sind in zwei Wahlkreisen in die Agitation eingetreten, in Rotenburg-Hersfeld und Homberg-Ziegenhain. Aber ohne größere Mittel als die uns bisher zur Verfügung stehenden, werden wir keine großen Erfolge haben. Ich bitte das zu bedenken, denn es handelt sich vor allen Dingen darum, daß unsre Partei endlich auch einmal im preußischen Landtage eine Vertretung hat.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg: In der „Kreuzztg." wird behauptet, die Konservativen in meinem Reichstagswahlkreise hätten sich bei der letzten Wahl für mich erklärt, wofür ich auf das Landtagsmandat verzichtet hätte. Das ist unwahr. Ich habe keinerlei Erklarungen abgegeben und infolgedessen haben die Konservativen einige Zeit vor dem 16. Juni einen eigenen Kandidaten aufgestellt. Nun versucht man auch den Bund der Landwirte gegen mich aufzuhetzen, indem man ihm zumuten will, von der Zentralstelle in Berlin aus auf die Kreiswahlteilung

Digitized by Google

zu Gunsten des konservativen Kandidaten einzuwirken. Ich hoffe, daß solche Mittel jetzt nicht mehr wirken werden; sollte aber der Bund sich gegen mich erklären, so würde mich das trotzdem nicht abhalten, die Bundesforderung auch in Zukunft zu vertreten. Aber nützlich für das Ansehen des Bundes im Lande wird es sich nicht erweisen, wenn er gegen alle eifrige Bundesmitglieder unduldsam und parteiisch verfahren wollte. Ich bitte den Parteitag nach Maßgabe der vorhandenen Mittel nur die beiden Kandidaturen in Homberg und Hersfeld als Ernst-Kandidaturen zu betrachten, denn jede Zersplitterung kann uns nur schaden.

Der Provinzialvorstand für Brandenburg und Berlin hat zu diesem Punkte beantragt:

> Der Parteitag wolle beschließen, den Parteigenossen zu empfehlen, bei den preußischen Landtagswahlen überall, wo nicht eigene Parteilandidaten aufgestellt sind oder für die Unterstützung entsprechende Kompensationen gewährt werden und auch die Bürgschaft vorhanden ist, daß Abmachungen von der andern Seite auch gehalten werden — strengstens Wahlenthaltung zu üben.

Böckler (Berlin) begründet diesen Antrag.

Mühlfeld (Darmstadt) und Brehm (Kassel) wünschen, daß der Parteitag neben den Kandidaturen von Liebermann und Werner noch die Kandidatur Scheld im Kreise Hofgeismar-Wolfhagen als Ernstkandidatur erklärt.

Abg. Bindewald tritt für den Antrag Brandenburg-Berlin ein.

Reinecker (Nordhausen) ist dagegen. Bei den nächsten Landtagswahlen werde das Bild sich vollständig verändern, weil die Sozialdemokratie sich zu Gunsten des Freisinns an den Wahlen beteilige, die Gefahr einer rein konservativen Mehrheit sei deshalb nicht vorhanden. Man erschwere aber mit Annahme des Antrages einzelnen Wahlkreisen die Arbeit bei der Reichstagswahl.

Abg. von Liebermann spricht sich gegen den Antrag aus, da eine solche Entscheidung lediglich den Landesverbänden zukomme, denen der Parteitag unmöglich Vorschriften machen dürfe. Wir verlangen nicht bloß ein Wahlrecht, sondern eine Wahlpflicht, und deshalb ist es doch unmöglich, unsern Parteigenossen allgemein die Wahlenthaltung zu empfehlen. Viel besser wäre es, für ganz Preußen unsern Organisationen zu empfehlen, möglichst viel Wahlmänner durchzubringen, um auf die einzelnen Kandidaten entsprechend einwirken zu können.

Reinecker (Nordhausen) bittet nochmals um Ablehnung des Berliner Antrages.

Ohlenschlager (Frankfurt, Main) tritt für die Kandidatur Scheld in Hofgeismar ein, während Wiegand (Friedrichsdorf) sich als Kreiseinwohner und Stimmführer des Kreises Hofgeismar dagegen erklärt, weil Herr Scheld sich schon als christlichsozial, nationalsozial oder sogar als konservativ bezeichnet habe. Seine Aussichten seien deshalb gleich Null.

Vorsitzender: Bisher ist weder dem Parteivorstande, noch dem Parteitage irgend etwas von der angeblichen Kandidatur Scheld bekannt geworden, und ich stelle den Beteiligten anheim, einen entsprechenden Antrag einzubringen.

Kreutz (Magdeburg) ist gegen den Antrag Berlin, mit dem nur leeres Stroh gedroschen würde.

Zimmermann (Dresden): Dringend bitte ich den Antrag abzulehnen, da wir den Parteigenossen im preußischen Staate in dieser Hinsicht vollständig freie Hand lassen müssen.

Abg. von Liebermann stimmt den Ausführungen des Herrn Wiegand in Bezug auf die Kandidatur Scheld zu.

An diese Erörterungen knüpfen sich eine ganze Reihe von persönlichen Bemerkungen. Der Berichterstatter Abg. Werner stellt im Schlußworte fest, daß sich der Bund der Landwirte in seinem Kreise mit großer Mehrheit für seine Kandidatur erklärt hat. Als Antragsteller bittet Böckler (Berlin) nochmals dringend um Annahme seines Antrages. Da trotz wiederholter Aufforderung vom Vorstandstische aus sich niemand findet, der wegen der Kandidatur Scheld einen Antrag einbringt, wird nunmehr einstimmig beschlossen, nur die Kandidaturen von Liebermann und Werner offiziell zu unterstützen. Der Antrag Berlin kommt dann mit 42 gegen 28 Stimmen zur Annahme.

Hierauf tritt eine einstündige Mittagspause ein.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen giebt der Vorsitzende Zimmermann eine Übersicht der durch Stimmführer vertretenen Wahlkreise. Es sind aus insgesamt 66 Wahlkreisen 108 Stimmführer anwesend, dazu acht Reichstagsabgeordnete und ebenso viele Vorsitzende von Landes- oder Provinzial-Verbänden.

Vom Abg. Werner ist ein Antrag eingelaufen, die Anträge über Änderung des Parteinamens bis zum nächsten Parteitage zurückzustellen, da die Reihen der Stimmführer sich im Laufe des Nachmittags bedeutend lichten würden.

Für Absetzung erklären sich die Abgg. Gräfe, von Liebermann und die Herren Dr. Lindstrom, Fischer (Braunschweig), Dr. Winterstein (Kassel) und Kreutz (Magdeburg). Auf Veranlassung des Vorsitzenden Zimmermann wird der Antrag mit dem Zusatze angenommen daß die zurückzustellenden Anträge als erster Punkt auf die Tagesordnung des Parteitages von 1899 zu kommen haben.

Der vormittags eingesetzte Ausschuß hat mittlerweile seine Arbeit beendet und schlägt als Schluß der Aussprache über die Mittelstandsfrage die Entschließung Dr. Bielhabens in nachstehendem Wortlaute vor:

1. Der gesamte Mittelstand ist zu organisieren und zwar im Wege der Gesetzgebung, wobei jedoch das Gesetz über die Organisation des Handwerks nicht als Vorbild dienen darf. Die Organisation soll keine Handhabe für die Regierung sein, die einzelnen Gewerbe zu verwalten, sondern soll die Berufs-Angehörigen befähigen, ihre Angelegenheiten selbst zu verwalten, indem ihnen die dazu erforderlichen Rechte und Machtmittel gegeben werden. Nicht Polizei-, sondern Selbstverwaltung der Gewerbe ist das Ziel.

2. Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des Mittelstandes durch einen gerechten Maßstab für die Besteuerung. Die Staatslasten werden heute hauptsächlich durch den Mittelstand getragen. Es ist namentlich bei der Neubewilligung von Ausgaben in den parlamentarischen Körperschaften von Seiten unserer Vertreter dahin zu wirken, daß nach Möglichkeit eine Änderung in den Steuerlasten im Sinne vorstehender Darlegung erreicht werde. Dahin gehört: eine Reichseinkommensteuer, eine höhere Besteuerung der Warenhäuser, Konsumvereine usw., Aufwendung von Staatsmitteln im Interesse des Mittelstandes.

3. Beseitigung der schrankenlosen Gewerbefreiheit auf dem Gebiete des Wettbewerbes. Erhaltung des Konkurrenzkampfes unter Abwehr unsittlicher Grundsätze.

4. Eine energische Aufklärungsarbeit hat die Angehörigen des Mittelstandes über die Gemeinsamkeit ihrer Interessen zu belehren, um ein einheitliches Vorgehen aller dem Mittelstande Angehörigen zu erwirken. Sie hat auf die Gefahren hinzuweisen, die dem Mittelstande wie der Gesamtheit drohen durch die gegenwärtige wirtschaftliche Entwicklung, die übermächtige Unternehmer auf der einen Seite, staatsfeindliche Proletarier auf der andern Seite schafft.

Gegen diese Entschließung ist nur ein Stimmführer.

Punkt 7 der Tagesordnung lautet: Bericht über die Wahlen.

Abg. Liebermann von Sonnenberg (als Berichterstatter) betont eingangs seiner Ausführungen, er wolle sich mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit möglichst kurz fassen und wolle von dem sehr reichhaltigen Material nur das vortragen, wodurch sich niemand persönlich verletzt fühlen könne. Das allerdings müsse vorausgeschickt werden, es sei verkehrt, die Ursachen für eigene Mißerfolge immer bei Andern zu suchen. Wir alle miteinander haben Fehler gemacht, darum sind die Erfolge der letzten Wahlen weit hinter unsern Hoffnungen zurückgeblieben. Der Redner stellt nun die Berufstreue fest. Die Fraktion habe zwölf Mandate am Schluß des Reichstages gehabt und kehre nur mit zehn wieder. Von den vier im Besitze der nicht zur Fraktion gehörenden Antisemiten befindlichen Mandate seien zwei verloren gegangen. Der Rückgang der rein antisemitischen Stimmen gegen 1893 beträge 19042. Zähle man als antisemitische Stimmen auch die christlichsozialen mit dazu, so ergebe es einen Gewinn von 29692 Stimmen. Aber auch die Stimmen des Bayerischen Bauernbundes seien im allgemeinen

Digitized by Google

als antisemitische in Anspruch zu nehmen. Für diesen seien 140304 Stimmen abgegeben. Diese zu der vorigen Zahl hinzugezählt, ergiebt 434000 Stimmen, also etwa die halbe Million, die Redner etwas unvorsichtigerweise im vorigen Reichstage den Antisemiten prophezeit habe. Ein Beweis, daß der Antisemitismus viel mehr Lebenskraft in sich habe als beispielsweise die beiden freisinnigen Gruppen zusammengenommen, läge darin, daß wir im ersten Wahlgange fünf Abgeordnete durchgebracht hätten, während dies jeder der beiden freisinnigen Gruppen nur mit einem gelungen sei. Auch die nationalliberale Partei mit ihren ungeheuer großen Geld- und Machtmitteln habe nur neun Mandate im ersten Wahlgange gewonnen.

Wie schwach es mit unsern Geldmitteln bestellt gewesen sei, habe der Kassenbericht bewiesen. In dieser Beziehung müsse mit aller Energie gearbeitet werden, damit die nächsten Wahlen uns in einer bessern Lage fänden. Wenn solle sich die Opferwilligkeit der sozialdemokratischen Arbeiter-Bevölkerung zum Vorbilde dienen lassen. Allerdings müsse anerkannt werden, daß die Sozialdemokratie vielfach die Mitgliederbeiträge durch eine Art von Zwang beitriebe, zu der andre Parteien nicht fähig sind, weil ihre Angehörigen nicht, wie die Sozialdemokraten, zum großen Teile in großen Werkstätten und Fabriken vereinigt sind. Auch die sozialdemokratischen von Parteiwegen betriebenen Preß-Unternehmungen würfen bedeutende Geldsummen ab. Unter den mancherlei Mitteln und Wegen, die zur Aufbesserung unsrer Kassenverhältnisse führen könnten, hob Redner besonders den neu gegründeten Verein „Quittungsmarke" hervor und ersuchte alle Anwesenden, dem Verein beizutreten und für ihn neue Mitglieder zu werben.

Daran, daß der politische Antisemitismus im Augenblicke bei den Wahlen eine etwas rückläufige Bewegung gezeigt habe, sei nicht zum wenigsten das gewaltige Anschwellen des gesellschaftlichen Antisemitismus schuld. Mit Recht habe der bekannte freisinnige Abg. Lenzmann einmal in einem unbewachten Augenblicke das Geständnis abgelegt: Jeder anständige Mensch ist heutzutage Antisemit. — Da nun in unsrer Partei selbst die positiven sozialen Aufgaben mehr in den Vordergrund gerückt und die rein antisemitische Agitation in den Hintergrund getreten sei, so glaubten viele Antisemiten, sie könnten auch im Rahmen andrer Parteien ihrer judengegnerischen Gesinnung Ausdruck geben. Wenn Redner empfehle, daß unsre Partei sich wieder in vollem Umfange ihres antisemitischen Ursprungs bewußt werde, und die antisemitische Agitation wieder lebhafter als bisher aufnehmen solle, so möchte er nicht dahin mißverstanden werden, als ob er etwa dem Radau- oder Sport-Antisemitismus irgendwie das Wort reden wolle. Er sei vielmehr dieses Anschreiertungen und Beiherlaufen schon seit Beginn der Bewegung, also seit nahezu zwanzig Jahren, entgegengetreten. Er meine vielmehr, man solle auf den Zusammenhang der Judenfrage mit der sozialen Frage immer wieder hinweisen und den unwesentlichen Gegensatz zwischen Judentum und Germanentum allen Kreisen der deutschen Bevölkerung immer wieder zu Gemüte führen. Die Kreise, die bisher nur den gesellschaftlichen Antisemitismus kennten, müßten für den politischen Antisemitismus herangezogen werden, dann sei der Sieg unser. (Beifall.)

Ein weiterer Grund unsrer Mißerfolge hinge eng mit dem Auftreten unsrer Partei zusammen. Wir hätten nach allen Seiten hin Front machen müssen und Feinde und Gegner ringsum gehabt. In Betämpfung unsrer Partei seien die verschiedenartigsten andern Parteigruppen einig gewesen. Nun sei Redner der letzte, der den Wunsch hege, daß unsre Partei auch nur ein Titelchen von ihrer Unabhängigkeit nach allen Seiten aufgeben solle, wohl aber schiene es ihm geboten, daß in der Form der Agitation gegenüber den Parteien, mit denen wir sachliche Berührungspunkte wirtschaftlicher oder politischer Art hätten, Formen gewählt und ein Ton angeschlagen würde, der ein Zusammengehen bei Stichwahlen nicht von vornherein erschwere oder unmöglich mache. Theoretisch sei eine liberal-antisemitische Partei sehr wohl denkbar, praktisch aber käme ein solcher antisemitischer Liberalismus oder liberaler Antisemitismus immer nur bei einzelnen Persönlichkeiten zum Vorschein. Die liberalen, demokratischen und sozialdemokratischen Parteien der Gegenwart seien samt und sonders derartig in Judenabhängigkeit geraten, daß sie parteiamtlich den Antisemitismus unter ihren Mitgliedern nicht dulden könnten. Daß trotzdem antisemitische Regungen im Lager der Nationalliberalen, unter denen um Richter und Rickert und sogar — wie der letzte sozialdemokratische Parteitag wieder bewiesen habe — auch unter den „Genossen" nicht selten sei, das hinge eben mit dem vorhin erwähnten gesellschaftlichen Antisemitismus zusammen. Aus diesen Erörterungen ergebe sich, nach welchen Seiten wir uns in der Form entgegenkommend zeigen dürften und nach welchen nicht. Wir müßten den Kampf mit unsern jüdischen Feinden mit aller Energie überall da aufnehmen, wo wir sie finden, im übrigen aber die Politik des nutzlosen Anrennens nach allen Seiten hin zu vermeiden suchen.

Im engen Zusammenhange damit stünde der Fehler, der unsererseits vielfach gemacht sei, indem wir unsre Kräfte überschätzt und auf Grund dieses Irrtums in Rede und Schrift einen Ton angeschlagen hätten, der nicht mit den späteren Leistungen im Einklange gestanden habe.

Auf Zwischenrufe aus der Versammlung, die diese Behauptung in Zweifel zu ziehen schienen, erwiderte Redner, er habe eine bogenlange Zusammenstellung von Einzelfällen vor sich, die für ihn bewiese, er wolle aber ohne Not nicht auf diese Beweisführung eingehen, um jeden Anlaß zu persönlicher Verletzung zu vermeiden. Ganz allgemein wolle er nur einen Fall erwähnen. Wenn z. B. ein Landesverband ein Jahr vor den Wahlen mit großem Aplomb erkläre, er würde den größten Teil der Wahlkreise seines Gebietes angreifen und nachher in diesem Gebiete nicht einmal die Kräfte und Mittel vorhanden seien, einen einzigen und noch dazu sehr günstigen Wahlkreis zu nehmen, so sei ein solches Mißverhältnis zwischen Selbstbewußtsein und Leistungsfähigkeit geeignet, uns lächerlich zu machen. Redner sei oft für große Worte in allerlei Kundgebungen vor der Oeffentlichkeit verantwortlich gemacht worden, an denen er ganz unschuldig gewesen sei. Es sei sehr viel besser, bescheiden aufzutreten und mehr zu leisten als man angekündigt habe, als umgekehrt.

Die fünfjährige Wahlperiode habe ihre einschläfernde Wirkung auch auf unsre Partei nicht verfehlt. Immerhin sei unsre Partei nächst der Sozialdemokratie, vielleicht auch noch vor dieser Partei, die agitatorisch rührigste gewesen. Aber die Organisation habe mit der Agitation nicht gleichen Schritt gehalten. Es sei leider viel zu wenig Verständnis für den Wert einer von langer Hand vorbereiteten Organisation zur Erringung von Wahlsiegen vorhanden gewesen. Redner habe in seiner langen, nun beinahe zwei Jahrzehnte umfassenden Arbeitsthätigkeit für die Partei leider einsehen müssen, daß es sehr schwer, wenn nicht gradezu unmöglich sei, durch Mitteilung der eignen Erfahrungen auf andre belehrend einzuwirken. Er freue sich, festitellen zu können, daß die ihm heute vorgelegten Organisationsskizzen eines rheinhessischen Wahlkreises genau übereinstimmten mit der Organisation, die er sei einer Reihe von Jahren für die kurhessischen Kreise geschaffen, und die sich durch den Erfolg als praktisch brauchbar erwiesen habe. Für die Folge müsse bei den Wahlen verlangt werden, daß nur solche Wahlkreise aus Parteimitteln Unterstützung beanspruchen dürften, die den Nachweis geliefert hätten, daß sie für den Wahltampf genügend organisiert seien. Von der Hauptgeschäftsstelle in Berlin aus könne das Land nicht organisiert werden, es müsse vielmehr an eine Dezentralisation gedacht und die Anstellung von Parteisekretären für die einzelnen Landesteile erstrebt werden. Ein großes Verdienst könne sich die Hauptgeschäftsstelle in Berlin erwerben, wenn sie etwa nach Muster des Bundes der Landwirte, der ja allerdings mit außerordentlich großen Mitteln arbeite, für die Ausbildung von Parteirednern Sorge trage, die bei den Wahlen nicht landsiedinen dürften, und für die Schulung von Burcaubeamten, die bei den allgemeinen Wahlen in den einzelnen Landesteilen die Einrichtung und Leitung der Wahlgeschäftsstellen besorgen könnten. Beides habe uns während der letzten Wahlen ganz außerordentlich gefehlt.

Eine Zersplitterung und Verzettelung der Mittel und Kräfte,

Digitized by Google

wie sie bei den vorigen Wahlen stattgefunden habe, dürfe nicht wieder vorkommen. Hätten wir statt 36 Ernst-Wahlkreise nach sorgfältiger Prüfung der Aussichten etwa nur zwanzig angegriffen, so würden wir aller Wahrscheinlichkeit nach einen Zuwachs an Mandaten erreicht haben. Man könne aber für diesen Fehler die Parteileitung nicht verantwortlich machen, sondern lediglich die Ueberschätzung der eigenen Kraft, deren sich die Parteigenossen in vielen Wahlkreisen schuldig machten und dann mit ungeheurer Entschiedenheit verlangten, daß ihr Wahlkreis als Ernst-Wahlkreis angesehen werden sollte.

Der Parteileitung standen keine Mittel zu Gebote, um den Beteiligten den Beweis zu führen, daß sie ihre Kräfte überschätzt hätten, das würde anders werden, wenn der Parteitag die Vorschläge annehme, die Redner jetzt machen wolle. Er wolle nur, um Mißverständnisse zu verhüten, noch bemerken, daß er nicht etwa der Meinung sei, als solle man im Lande nicht Zählkandidaturen aufstellen. Im Gegenteil befürworte er Zählkandidaturen möglichst in allen Wahlkreisen, aber diese dürften nicht Parteimittel und Parteikräfte in Anspruch nehmen. Nahezu kostenlos könne man Stimmen im Lande aufbringen, wenn von Seiten der Parteileitungen oder auch der einzelnen Parteigenossen auf die Namen von bekannten Parteiführern lautende Stimmzettel nach den einzelnen Kreisen an Bekannte versandt würden. Die „Deutsch-Sozialen Blätter" z. B. hätten auf diese Weise eine erkleckliche Anzahl antisemitische Wahlstimmen in wenigen über das ganze Reich zerstreuten Wahlkreisen aufgebracht.

Der Redner stelle seine Vorschläge in folgender Entschließung zusammen:

In Erkenntnis der Ursachen, die es verhindert haben, daß die stetig in allen Kreisen des deutschen Volkes wachsende antisemitische Strömung bei den letzten Reichstagswahlen zu vollem Ausdrucke gekommen ist, beschließt der Parteitag:

1. Die antisemitische Agitation soll wieder lebhafter als in den letzten Jahren betrieben werden.
2. Es soll mit allen möglich erscheinenden Mitteln erstrebt werden, einen ausreichenden Fonds für die nächsten allgemeinen Wahlen und für Durchführung einer zweckentsprechenden Organisation anzusammeln. Zu diesem Zwecke wird den anwesenden Parteigenossen empfohlen, dem Verein „Quittungsmarke" beizutreten und Mitglieder dafür in ihrem Einflußkreise zu werben.
3. Es ist nach Maßgabe der verfügbar werdenden Mittel als Ziel ins Auge zu fassen:
   a) Die Anstellung von Parteisekretären für die einzelnen Landesverbände, die sich zu gewissen dauernden und regelmäßigen Arbeitsleistungen verpflichten.
   b) Die Ausbildung und Anstellung von Parteirednern und Agitatoren, vor allen Dingen aber auch von Parteibeamten, die bei Wahlen die Leitung der Wahlgeschäfts-Stellen für einzelne Kreise oder für Landesverbände selbständig übernehmen können.
4. Als von Parteiwegen zu unterstützende Ernstwahlkreise sind in Zukunft außer dem Besitzstande der Partei, nur diejenigen Kreise anzusehen, die der Parteileitung den Nachweis für das Vorhandensein einer zweckmäßigen Organisation geliefert haben. Was als Mindestmaß in dieser Richtung verlangt werden muß, hat die Parteileitung festzustellen und den Wahlkreis-Obmännern mitzuteilen.

Zu diesem Thema sind folgende Anträge gestellt:

Vom Deutschen Verein zu Frankfurt (Main): Der Parteitag wolle beschließen, die Parteigenossen aufzufordern, in der Presse, wie in der Rede alles zu vermeiden, was eine Annäherung an die christlich-soziale Partei und ein Zusammengehen mit derselben bei den Wahlen erschweren könnte. Insbesondere soll in Kreisen, wo beide Parteien vertreten sind, vor den Wahlen eine Verständigung herbeigeführt werden, damit Bruderkämpfe wie bei den letzten Reichstagswahlen in Metzlar vermieden werden.

Vom Provinzial-Verbande für Brandenburg und Berlin: Der Parteitag wolle beschließen, die Abgeordneten zu ersuchen, im Reichstag einen Antrag zur Sicherung des geheimen Wahlrechts einzubringen, der die Forderungen nach amtlichen Umschlägen und Dunkelkammern wieder aufnimmt, mindestens aber vorschreibt, daß alle Stimmzettel eine gleiche, bestimmte Größe haben, daß die Wahlurnen sämtlich verschließbar sindet nur verschließbar) und daß Schutz der Wahlhandlung amtlich verfügt sind und daß jeder Wahlbezirk derart begrenzt wird, daß er nicht weniger als 150 Wähler umfaßt.

Abg. von Liebermann ist mit diesen Anträgen einverstanden bis auf den Satz, der von der Abgrenzung der Wahlkreise handelt.

Graf Reventlow (Wulfshagen): Auch ich bin gegen diese Fassung, da sie in der Praxis einfach undurchführbar ist. Im übrigen möchte ich bitten, für die Zukunft öfter daran zu denken, daß wir eine Oppositionspartei sind und es angesichts der Oeynhausen Rede noch mehr sein müssen.

Wolff (Stadecken): Der Mißerfolg der Wahlen hat seine Ursachen darin, daß alle Parteien sich gegen uns vereinigt hatten. Qualität haben wir trotzdem viel besser abgeschnitten wie manche Leute glauben machen wollen. Nötig wird es aber sein, daß wir die rädigen Schafe so schnell wie möglich abstoßen. — Unbegreiflich ist mir in Hessen das Verhalten des Bundes der Landwirte gewesen, der unter dem Vorsitze des jetzigen Abg. Lucke erst unsern Abgg. Köhler und Bindewald ein Vertrauensvotum erteilte und ihnen dann Gegenkandidaten stellte. — Von unserer Hauptgeschäftsstelle möchte ich wünschen, daß sie weniger schreibt und mehr handelt.

Bödler (Berlin): In der Judenfrage müssen wir allerdings radikaler auftreten. — Den Antrag über die Abgrenzung der Wahlbezirke bitte ich erstlich zu übergehen und nicht ohne weiteres von der Tagesordnung abzusetzen. Es ist in manchen Kreisen eine so merkwürdige Wahlgeometrie beliebt worden, daß für uns ganz günstige Orte gegentellig wählten.

Abg. Dr. Biel haben: Vorläufig kann ich mich nicht für die Annäherung an die christlichsoziale Partei erklären, da wir jo noch gar nicht wissen, welche Stellung Herr Hofprediger Stöcker im Reichstage zu uns einnehmen wird.

Wolff (Frankfurt) nimmt gegen Wolff (Stadecken) in Bezug auf die Deutschen der Hauptgeschäftsstelle Stellung. Die Annäherung an die christlichsoziale Partei bittet Redner im Interesse der deutschsozialen Reformpartei heute auszusprechen, denn mit ihr wäre z. B. in Wetzlar-Altenkirchen ein Sieg möglich gewesen. Vermeiden wir also alle Reibungen usw., die zu einer Entfremdung zwischen beiden Parteien führen könnten. (Beifall.)

Könnecke (Hamburg) bittet um Zustimmung zu den Ausführungen und Anträgen des Abg. von Liebermann.

Abg. Lotze: Suchen wir gemäß des Antrages Frankfurt (Main) unser Verhalten zur christlichsozialen Partei einzurichten, denn wir haben Bundesgenossen nötig und möchten deshalb nicht überall ancken. (Lebhafte Zustimmung.)

Zimmermann (Dresden): Mit den Ausführungen des Abg. von Liebermann bin ich einverstanden, möchte aber Widerspruch dagegen einlegen, als ob unser Antisemitismus in den letzten Jahren schwächer geworden wäre. Wir sind und bleiben die Alten. 1893 brachte uns der Caprivismus und die jüdischen Bankbrüche (Cohn und Sommerfeld usw.) einen sehr günstigen Resonanzboden. Nach den Wahlen haben uns die neuen Verbände — Bund der Landwirte, Alldeutscher Verband usw. — den Wind etwas aus den Segeln genommen, ein Grund zur Mißstimmung oder sogar Verzweiflung ist trotzdem ganz und gar nicht vorhanden. Aber zur Agitation im Volke ist die Hilfe der Presse nötig und da sieht es bei uns sehr schlecht aus. Auf diesem Gebiete muß viel mehr getban werden, was sich unsre Parteifreunde immer und immer wieder vor Augen halten müssen.

Abg. von Liebermann (im Schlußwort): Bei meinem Mahnrufe, die Agitation in antisemitischen Sinne nicht zu vergessen bitte ich an den Ausspruch Glagaus zu denken: Die soziale Frage ist wesentlich Judenfrage. — Ich bitte deshalb von meiner Entschließung nichts zu streichen.

Nach einer ganzen Flut von persönlichen Bemerkungen, die hauptsächlich durch das Verhalten eines jugendlichen Zuhörers hervorgerufen werden, wird der Antrag Frankfurt (Main) gegen eine Stimme angenommen, ebenso der Antrag Berlin, von dem nur der Schlußsatz „und daß jeder Wahlbezirk usw." gestrichen wird.

Den „Bericht über die organisatorischen Beschlüsse des Vorstandes und der Parteileitung" — Punkt 8 der Tagesordnung — erstattet Abg. Dr. Bielhaben. Er empfiehlt darin vor allen Dingen den Verein „Quittungsmarke", der gegründet ist, um das für die allgemeinen Wahlen nötige Geld zu

Digitized by Google

sammelu, von dem aber in gewöhnlichen Zeiten nichts angegriffen werden darf.

Hogrefe (Heidelberg) bittet die Hauptgeschäftsstelle beim Abfassen ihrer Drucksachen mehr die Verhältnisse in den einzelnen Landesteilen zu berücksichtigen. Die Versendung der Mitteilungen usw. geschieht nach Ansicht des Redners am Besten durch die Landesverbände.

Nach einigen kurzen Bemerkungen der Herren Liebrecht (Magdeburg), Zimmermann (Dresden), Böckler (Berlin) und Kreyer (Charlottenburg) wird dem Leiter der Hauptgeschäftsstelle zu Berlin, Herrn Dr. Giese, für seine aufopfernde Thätigkeit der Dank der Partei ausgesprochen.

Nunmehr kommen die von den einzelnen Parteigenossen gestellten Anträge zur Beratung.

Arwed Semerak (Skalung) beantragt: Die antisemitischen Reichstagsabgeordneten werden dringend gebeten, mit aller Entschiedenheit für ein Schächtverbot einzutreten

Und weiter: Die antisemitischen Reichstagsabgeordneten werden dringend gebeten, im Reichstage folgtig ihre Stimme zu erheben gegen jüdische Namensveränderung und Adelsverleihung.

Der erste Antrag wird für erledigt erklärt, weil bisher in jeder Session ein entsprechender Gesetzentwurf im Reichstage eingebracht worden ist. Dem zweiten Antrage geht es nicht besser, weil die Sache in die Einzellandtage gehöre. Graf Reventlow (Wulfshagen) bemerkt bei dieser Gelegenheit, daß man der Krone das Recht nicht nehmen könne, sich mit Adligen von der Art der Barone von Cohn usw. zu umgeben, wenn diese eben nur ihre schönen Namen auch behielten. (Heiterkeit.)

Über eine seiner Zeit durch die Presse gegangene merkwürdige Erklärung des Herrn Dr. Bock (Peine) entspinnt sich auf Anregung des Herrn Weber (Peine) im Rahmen der Geschäftsordnung eine Aussprache, die mit einer Verurteilung des Verhaltens des Herrn Dr. Bock endigt.

Der Provinzialverband für Brandenburg und Berlin beantragt: Der Parteitag wolle die Abgeordneten ersuchen, für die Unterdrückung schwerer, rücksichtsloser Verbrecher in Strafkolonien einzutreten.

Abg. von Liebermann bittet, doch nicht immer Anträge zu stellen, die längst im Programme zum Ausdruck gekommen seien.

Über den Antrag wird darauf zur Tagesordnung übergegangen.

Der Deutschsoziale Reformverein der Niederlausitz zu Kottbus beantragt: In Anbetracht der überhandnehmenden Verrohung unserer niedern Volkskreise, verursacht durch die jüdisch-freisinnige, jüdisch-sozialdemokratischen Presse und sozialdemokratische Literatur und in der Überzeugung, daß die Resultate von Lynchrecht und andre schwere Verbrechen gegen die staatliche und menschliche Ordnung als das Resultat dieser schlechten Presse anerkannt werden muß, bitten wir, einen Gesetzentwurf beim Reichstage einzubringen, der die Prügelstrafe für bestialische Verbrechen wieder einführt. Zugleich muß hierbei darauf hingewiesen werden, daß die Berichterstattung über die vorgekommenen Verbrechen, wie jetzt wieder über den Mörder Luetzeni, in der Weise, wie es in vielen Zeitungen leider geschieht, dazu angethan ist, diese Verbrechen und die Thäter derselben zu verherrlichen und andre Menschen zu verleiten, diese Verbrecher nachzuahmen, um gleichen „Ruhm" zu erlangen. Eventuell müßte die Berichterstattung über solche Verbrechen der Zensur unterliegen.

Wegen seiner unklaren Fassung wird dieser Antrag von der Tagesordnung abgesetzt, zumal auch von den Antragstellern niemand anwesend ist.

Die Parteigenossen in Magdeburg beantragen, die Parteitage künftig in die Zeit von Pfingsten bis September zu verlegen. Der Berichterstatter Abg. Lohe bittet in diesem Falle aber nicht die großen Ferien zu wählen.

Meyer (Großenhain) möchte den Antrag abgelehnt wissen ebenso der heissche Landtagsabg. Bähr und Graf Reventlow (Wulfshagen), die Rücksicht auf die Ernte zu nehmen bitten. Nach einer im Sinne des Antrages zustimmenden Bemerkung des Herrn Liebrecht (Magdeburg) wird der Antrag abgelehnt.

Der Provinzialverband Berlin beantragt: Der Parteitag wolle die Wege zur Beschaffung eines billigen Partei-Agitations Kalenders erwägen.

Auf Antrag Kreutz (Magdeburg) wird der Antrag der Fraktion zur thunlichsten Berücksichtigung überwiesen.

Abg. Liebermann von Sonnenberg beantragt, der Parteitag wolle die Grundsätze feststellen, wonach künftig die Zulassung der Vertreter der Presse zu den Parteitagen geregelt werden soll.

Antrag wird zurückgezogen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Das Schlußwort des Abg von Liebermann klingt in einem „Heil" auf das deutsche Vaterland und dem Absingen des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles" aus. Sorge (Straßburg, Elsaß) feiert die beiden Parteivorsitzenden, Wolff (Frankfurt, Main) die Opferwilligen in der Partei und Abg. Bindewald die Gesamtpartei. Dr. Lindström (Hannover) gedenkt der rastlosen Thätigkeit der Herren vom Bureau des Parteitages und Abg. von Liebermann der treuen Arbeit des dritten Vorsitzenden, Herrn Dr. Lindströms.

Schluß 8½ Uhr.

Eine Stunde später vereinigten sich die Teilnehmer des Parteitages, die erst im Laufe der Nacht oder des folgenden Tages abreisen konnten, noch zu einer fröhlichen Zusammenkunft.

L. H.

Allerlei Ernstes und Launiges von Bismarck.

I.

„So lange die Franzosen die allgemeine Wehrpflicht nicht bei sich einführen", so berichtete im Jahre 1868 der württembergische Bundestag-Gesandte Rieke seiner Frau den Inhalt eines Gesprächs mit Bismarck, „brauchen wir sie nicht zu fürchten. Das ist das ganze Geheimnis. Die Opfer, die die allgemeine Wehrpflicht fordert, treten weit zurück hinter dem Nutzen, den sie schafft.

Ich selbst bin ein verzogenes Muttersöhnchen gewesen und es hat mir sehr gut gethan, auf das Wohlleben, worin ich mich befand, verzichten, den Tornister auf den Rücken, die Muskete auf die Schulter nehmen und mitunter auf Stroh schlafen zu müssen. Sie glauben nicht, welche Wirkung es hat, wenn der Bauer sagen kann: Da, neben dem Junker bin ich in Reih und Glied gestanden. Auf fünf Meilen von meinem Gut hinaus, in unserm ganzen Werbebezirk, kenne ich insolgedessen die Leute persönlich; von der Militärzeit her sind mir die Bedürfnisse der verschiedenen Klassen bekannter geworden.

Daß das nachhält, setzt freilich voraus, daß man auf dem Lande bleibt und sein Gut selber bewirtschaftet. Das thut der pommersche Adel, und thuts einer nicht, lebt einer faul von seinen Renten, so besinnt man sich schon, ob man ihm die Tochter zur Frau giebt, und wäre es der Reichste.

Die allgemeine Wehrpflicht hebt auch den Offizierstand. Wo so viele gebildete Elemente unter den gemeinen Soldaten sind, muß der Offizier sich doppelt anstrengen."

Dann kam er auf die Stammesart der Deutschen. Er sprach davon, daß, während in Norddeutschland das Volk im Kampfe mit feindlichen Elementen und Nachbarn habe müssen gehorchen lernen, auch durch Mischung des deutschen mit fremdem Blute sügsamer geworden sei, in Süddeutschland der deutsche Charakter seine volle Reinheit bewahrt habe.

Das sei an sich sehr gut; allein, es zeige sich auch nirgends mehr als bei uns (d. h. den Süddeutschen) die Schattenseite, daß jeder für sich etwas Besonders haben wolle. Nirgends habe es früher mehr kleine Herrschaften: Reichsstädte, Reichsfürsten, Ritter usw, gegeben als bei uns.

Ich bemerkte, er scheine also von uns dasselbe zu denken, was noch nicht lange Kümelin geäußert habe, daß sich in Schwaben die Natur des Deutschen, seine guten und seine schlechten Eigenschaften in verstärktem Maße ausdrückten.

Er bestätigte das und meinte dann: Eine größere Einigung der Mehrzahl der Deutschen als zur Zeit, sei nur auf dem Wege der Gewalt oder dann zu erreichen, wenn sie eine gemeinsame äußere Gefahr in Zorn brächte.

Es sei das aber vielleicht von der Vorsehung weislich so geordnet. Denn hätten die Deutschen nicht ihren Absonderungsgeist gegeneinander, so würde neben ihnen keine andre Nation bestehen können.

Diese Mitteilungen stammen aus dem zweiten Bande des schon früher hier angezeigten Pfoschinger'schen Werkes: „Fürst Bismarck und der Bundesrat"*).

*) 2. Bd. Der Bundesrat des Zollvereins (1868—1870) und der Bundesrat des Deutschen Reiches (1871—1873). 427 S. Preis 8 Mark, in geschmackvollem Halbfranzband 10 Mark.

Digitized by Google

Wie damals schon erwähnt, erhalten wir hierin Kunde über Bismarcks Thätigkeit im Bundesrate, über sein Verhältnis zu den Männern, die bei Gründung des Reiches und Ausbau seiner Verfassung entscheidend mitgewirkt haben, also vor allem zu den höchsten Reichsbeamten und den preußischen und vielen der andern deutschen Minister und Räte (besonders interessant in diesem Bande sind Bismarcks Beziehungen zu Falk und zu Stosch, dem Reichskanzler-Kandidaten der Freisinnigen), über Vorbereitung, Entstehen und Hauptinhalt sämtlicher Reichsgesetze, auch der nur geplanten (besonders wichtig in diesem Bande sind u. a. die Verhandlungen über das Jesuitengesetz und die mecklenburgische Verfassungsfrage), deren Sinn und Geist nunmehr, nach Einsicht in ihr Werden erst voll verstanden werden kann.

In einer Sitzung, so berichtet der lippische Gesandte Flotwell, entspann sich über das Unfallgesetz eine interessante Debatte. Bismarck vertrat den Standpunkt, daß der Richter nach freiem Ermessen entscheiden sollte, erwähnte aber scherzend, daß manchmal dies freie Ermessen doch zu eigentümlichen Ergebnissen führe. So habe ein Gericht in einem Beleidigungsprozesse gegen ihn und das Ministerium in der Konstitutzeit dem Beleidiger mildernde Umstände zuerkannt, da „das Ministerium wirklich nichts tauge".

Zu dem württembergischen Minister von Suckow sagte Bismarck im Mai 1868 folgendes: „Wir tragen alle die nationale Einigung im Herzen, aber für den rechnenden Politiker kommt zuerst das Notwendige und dann das Wünschenswerte, also zuerst der Ausbau des Hauses und dann dessen Erweiterung. Erreicht Deutschland sein nationales Ziel noch im neunzehnten Jahrhundert, so erscheint mir das als etwas Großes, und wäre das in zehn oder gar in fünf Jahren, so wäre das etwas Außerordentliches, ein unverhofftes Gnadengeschenk von Gott.

Unsre ganze Sympathie gehört dem süddeutschen Bruder, dem wir jederzeit die Hand reichen wollen. Aber zwingen wollen und dürfen wir ihn nicht, sie zu ergreifen. Vielmehr bauen wir dreißig Millionen Deutsche unser Haus erst aus, dann werden die andern acht Millionen mit der Zeit verständlich werden, zumal wenn wir ihnen keinen Zwang anthun und so ihre Vorurteile Lügen strafen."

Eines Tages, so erzählt der Oberst v. Voigt-Rhetz, war bei Tische die Rede von der polnischen Wirtschaft auf den polnischen Edelhöfen, und es kam dabei auch die Rede auf die Hofjuden.

Der Fürst erzählte, daß diese Einrichtung gar nicht übel sei und daß er selbst auch einen sogenannten Hofjuden — ich glaube, er hieß Ikigiohn — gehabt habe, der ihm sehr ergeben gewesen und alles Mögliche und Unmögliche besorgt habe. So zum Beispiel habe er (der Fürst) während der Schonzeit dem Ikigiohn gegenüber einmal geäußert, daß er gar nichts zu schießen habe, da alle Katzen schon totgeschossen seien. Der Jude habe gesagt: „Wie haißt, Katzen jo viele Sie wollen, werde ich bringen."

Drei Tage später sei er vorgefahren, habe einen großen Sack, in dem es nur so gekrabbelt habe, abgeladen, und worin anderthalb Dutzend der verschiedensten Katzen gewesen seien, die von den Hunden gejagt, auf allen Bäumen im Garten gesessen hätten, so daß er nun hübsche Jagd gehabt habe.

Über die Stellung eines Bevollmächtigten zum Bundesrate und dessen Zusammensetzung äußerte er sich auf einem parlamentarischen Abend dem lübeckischen Abgeordneten Wichmann gegenüber: „Ich halte es für einen großen Vorzug unsrer Verfassung, daß das Reich aus sehr verschiedenen Staaten, großen und kleinen, besteht; der Bundesrat sollte nun die demnach verschiedenen Wünsche und Bestrebungen als ein Substrat des ganzen Reiches in einem Gesamtbilde zum Ausdruck bringen.

Ich vermisse aber schmerzlich, daß die kleinen Staaten und ihre Vertreter das nicht zu erkennen scheinen oder sich nicht auszusprechen wagen. Ich möchte in der That mehr Opposition haben und empfinde diese Zurückhaltung als einen Mangel an Vertrauen in meine ehrlichen Absichten.

Es ist eigentlich ein Unglück, daß Preußen 1866 so groß geworden ist, und ich für meinen Teil hätte sehr gerne Hannover, Hessen und Nassau als souveräne Staaten erhalten gesehen. Aber es ging leider nicht. Die Dynastien waren zu ganz verkommen, sie waren nicht mehr in der Lage, ihre Stellung und ihre Aufgabe zu verstehen. Die Thorheit ging so weit, daß sie die Menschen einteilten in Männer, Weiber und Fürsten.

Es hieß anfangs nach dem Frieden, der Kaiser habe die Absicht, mich mit einer ansehnlichen Dotation zu begnadigen und mich zum Herzog von Lauenburg zu machen. Ich hätte das sehr gerne gesehen und mich sehr gefreut, ein Stück souveränen Bodens unter den Füßen zu haben.

Ich würde dann ganz anders aufgetreten sein, wenn ich als solcher Mitglied des Bundesrats geworden wäre.

Im Bundesrate müßte, wie im Hause der englischen Lords, eine viel rücksichtslosere und festere Haltung der Einzelregierungen der Bundesregierung gegenüber sich geltend machen. Aber jetzt sitzen alle geschulte Bureaukraten darin, die immer erst hören wollen, wie die großen und mächtigen Staaten über die Sache denken.

Warum könnte nicht zum Beispiel der Fürst von Schwarzburg-Rudolstadt ebenso oppositionell auftreten wie ein englischer Lord?

Aber er fürchtet, wenn er zum Geburtstage des Kaisers oder zur Parade hierher kommt, von dem ein unfreundlich Gesicht zu sehen. Was kann ihn das viel kümmern? Ich würde mich außerdem gern verpflichten und alles dazu thun, daß mein gnädiger Herr von solchen Dingen, die im Bundesrate vorgehen, nichts erfährt.

Wir wäre es ganz recht, wenn in den Bundesrat demokratische Krakehler gewählt würden, die, ohne Rücksicht auf Preußen zu nehmen, ihre Ansichten scharf und rücksichtslos aussprächen.

Aus solchem Kampfe würde sich der große Vorzug, den nach meiner Ansicht unsre Verfassung hat, erst recht herausstellen, aber bei den Herren, wie sie jetzt sind, ist darauf nicht zu rechnen? Nun, mit der Zeit wird sich das auch wohl noch machen."

*

Christenpflicht und Menschenpflicht. Ein in der innern Mission beschäftigter Pastor brauchte, um der großen evangelischen Jubelfeier zu Wittenberg beiwohnen zu können, einen Stellvertreter. Für sein verantwortungsreiches Amt war es nicht leicht, den richtigen Mann zu finden. Endlich bekam er einen Kandidaten der Theologie, dessen Vater selbst ein höheres kirchliches Amt bekleidete. Wie es diesem Kandidaten nun auf der Reise zu seinem Bestimmungsorte ergangen ist, erzählt ein Freund jenes Geistlichen im „Volk".

Im Eisenbahn-Abteil hatte er einen unvermeidlichen Juden zu seinem Gegenüber gehabt, der sich zum Gaudium der Reisegesellschaft über Christentum und christliche Persönlichkeiten in spottender und wegwerfender Weise auslies. Als dabei der Blick des Juden auf sein Gegenüber fiel, bemerkte er dessen ernste und erzürnte Miene und sagte herausfordernd: „Das gefällt Ihnen wohl nicht, was ich sage?"

„Wie sollte mir das wohl gefallen, wenn Sie, der Sie ein Jude sind, über Christentum und christliche Personen, von denen Sie nichts verstehen, in dieser Weise urteilen?"

Im höchsten Zorn springt der Jude auf und giebt dem Kandidaten eine Ohrfeige und nachdem er sich wieder gesetzt hat und durch die Passivität, mit der der Geschlagene die Schmach erduldet, noch kühner gemacht, versetzt er höhnend: „In Ihrer heiligen Schrift steht ja geschrieben: Wenn dir jemand einen Streich giebt auf die rechte Backe, dann biete die andere auch dar." Der Kandidat erwidert, indem er ihm die linke Backe hinhält: „Hier ist sie!" und der Jude schlägt richtig zu.

Darauf lehnt sich der Kandidat zurück und sagt: „So, nun habe ich meine Christenpflicht erfüllt, nun will ich auch meine Menschenpflicht erfüllen!" Dies sagend, richtet er sich auf, faßt den Juden fest im Kragen, nimmt seinen Kopf zwischen die Beine und verabreicht ihm mit seinem Spazierstock eine ganz gehörige Tracht Prügel, ebenfalls zum Gaudium der Reisegesellschaft. —

Die Frechheit der Juden kennzeichnet dieser Vorfall in ausreichender Weise.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe, Berlin NW. 5, Kruppstr. 13.
Druck: G. Reusche, Leipzig.

Digitized by Google

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich Mk. 1.50 bei der Postanstalten (Post-Zeitungsliste Nr. 1780) und Buchhandlungen. Unter Streifband Mk. 2.

Herausgegeben von Max Liebermann v. Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Anzeigen: die 4-gespaltene Petit-Zeile 25 Pfennige. Verlagsleiter: Königstraße Nr. 27, Leipzig.

XIII. Jahrgang. | Leipzig, 27. Oktober 1898. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Juden-Frage. Otto Glagau. | Nr. 532.

Inhalt: Revision der Bedingungen der privaten Feuer-Versicherungs-Gesellschaften — Judenschulen. — Das Monopol der großen Depeschen-Bureaus. — Allerlei Ernstes und Launiges von Bismarck. II. — Geist und Gerechtigkeit des preußischen Landgemeindesystems. — „Hier ruht in Gott"? — Saccharin in der Armee. — Polakei. — Parteinachrichten. — Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Revision der Bedingungen der privaten Feuer-Versicherungs-Gesellschaften.

Die Zeit liegt noch nicht weit hinter uns, in der das Manchestertum in voller Blüte stand und die herrschende Stellung in den Fragen der Wirtschaftspolitik einnahm, jene Zeit, in der einer der höchsten preußischen Staatsbeamten einem Abgeordneten, der Beschränkungen auf dem Gebiete des großkapitalistischen Betriebes forderte, das geflügelte Wort zurief: Der Staat könne die Dummen nicht schützen, da sie eben nicht alle würden. — Inzwischen hat sich eine Umwandlung der Anschauungen vollzogen. An Stelle jenes lazen und doch schroffen „laissez-faire, laissez-aller" der Manchester-Schule ist eine von dieser reaktionär gescholtene, in Wirklichkeit aber liberalere Auffassung der Pflichten des Staates gegenüber den wirtschaftlich schwächeren Teilen der Bevölkerung zur Geltung gelangt, eine Auffassung, die vielsch allerdings über die Anfangsstadien der Extremitnis noch nicht hinausgelangt sein dürfte. — Immerhin mehren sich aller Orten die Anzeichen dafür, daß sich ein bedeutsamer Umschwung auf dem Gebiete der volkswirtschaftlichen Anschauungen vollzieht, und insbesondere ist dies auch hinsichtlich des Versicherungswesens der Fall, das ja einen so wichtigen und hervorragenden Teil der Volkswirtschaft bildet.

Diesen Anschauungen haben auch die Reichstags-Abgeordneten Müller und Liebermann von Sonnenberg Rechnung getragen, als sie in der Sitzung des deutschen Reichstages vom 16. Februar d. J. den Antrag stellten:

> die Reichsregierung möge einen Gesetzentwurf vorlegen, wonach für alle Privat-Versicherungs-Gesellschaften eine staatliche Prüfung und Genehmigung der von ihnen aufgestellten Versicherungs-Bedingungen vorgeschrieben werde.

Die Redner aller Parteien waren darin einig, daß dieser Gegenstand die höchste Beachtung verdiene; der Antrag wurde aber zurückgezogen, nachdem der anwesende Bevollmächtigte zum Bundesrate die Erklärung abgegeben hatte, daß der Entwurf zu einem Reichs-Versicherungs-Gesetz bereits ausgearbeitet sei, dessen Grundzüge mit „hervorragenden Fachmännern" im Reichsamte des Innern beraten worden seien, so daß zu hoffen stehe, den Entwurf dem Reichstage bald vorlegen zu können.

Ob nun auch die Versicherungs-Bedingungen darin eine genügende Berücksichtigung finden werden? Sie sind dringend reformbedürftig, weil sie im allgemeinen die Rechte und Pflichten zwischen Versicherern (den Gesellschaften) und den Versicherten nicht gerecht, d. h. zu Ungunsten dieser verteilen. — Ein Redner führte am 16. Februar im Reichstage aus, daß die besten Versicherungs-Bedingungen nichts helfen könnten, wenn das finanzielle Fundament fehle. Das ist wohl richtig; aber wir sagen dagegen: das beste finanzielle Fundament nützt nichts, wenn die Versicherungs-Bedingungen die Gesellschaft in einer Unzahl von Fällen in den Stand setzen, dem Beschädigten die Vergütung zu verweigern oder wenigstens zu verkürzen. Eine sehr beachtenswerte Abhandlung über diesen Gegenstand, die in Nr. 34 des laufenden Jahrganges der „Grenzboten" (Leipzig) abgedruckt ist, enthält eine Reihe von Vorschlägen, in welcher Weise jenem Übelstande bezüglich der Bedingungen der Aktien-Feuer-Versicherungs-Gesellschaften abgeholfen werden könne, wie die Versicherten besser zu schützen seien, ohne daß die Versicherungs-Gesellschaften zu sehr benachteiligt würden usw. Anstatt diese Vorschläge einer objektiven Prüfung zu unterziehen, stellt die den Aktien-Versicherungs-Gesellschaften dienstbare Presse jene Vorschläge unter Schmähungen des Verfassers einfach als unausführbar hin und dekretiert: Die Bedingungen, wie sie jetzt bestehen, sind gut, und es bleibt alles beim alten. — Nun, lieber Leser, du bist ja doch jedenfalls gegen Feuersgefahr versichert; mit den Gebäuden vielleicht bei der Landes-Brandkasse oder Provinzial-Sozietät, mit den Mobilien aber wahrscheinlich bei einer Aktien-Gesellschaft. Die Landes-Brandkassen und Provinzial-Sozietäten sind behördlich geleitete Institute, die lediglich der öffentlichen Wohlfahrt dienen, ohne Wahrnehmung irgendwelcher Sonder-Interessen. Sie mögen hier und da bezüglich ihrer Geschäftsführung reformbedürftig sein, aber sie drücken die Versicherten nicht mit unbilligen Bedingungen. — Was aber diese in nachstehendem gesagt ist, bezieht sich also auf die Feuerversicherungs-Aktien-Gesellschaften, die in den meisten Landesteilen in der Mobiliar-Versicherung bis jetzt das Geschäft noch beherrschen, weil die Sozietäten entweder die Mobiliar-Versicherung nicht betreiben oder sie erst seit kurzer Zeit aufgenommen haben. — Also, lieber Leser, nimm einmal deine Feuer-Versicherungs-Police zur Hand, so wirst du eine Seite voll in Perlschrift gedruckte „allgemeine Versicherungs-Bedingungen" finden, auf die du nunmehr deine Aufmerksamkeit lenken willst. Sie bilden mit dem Versicherungs-Antrage die Grundlage des Versicherungs-Vertrages, und wenn du im Falle eines Brandes Anspruch auf Schaden-Vergütung haben willst, mußt du die auf dem Vertrage entsprungenden Pflichten, also auch die Bedingungen getreulich erfüllen. Und das ist nicht so einfach. Denn die Fälle, wo die Versicherung erlischt oder ruht, sind nicht wenige. Da lautet es zunächst in § 3 der Bedingungen:

> „Wer eine Versicherung beantragt, ist verpflichtet, im Versicherungs-Antrage nach Anleitung seines eingedruckten Inhalts usw. die auf die Feuergefährlichkeit einwirkenden Umstände gewissenhaft anzuzeigen. Ist diese Verpflichtung nicht erfüllt, so hat die Gesellschaft keine Entschädigungs-Verpflichtung."

Wenn man nun das Antrags-Formular prüft, so findet man, daß außer vielen Fragen andern Inhalts Auskunft verlangt war über die Gewerbe, die bis auf einen Umkreis von dreißig und mehr Metern betrieben werden, desgleichen über das Vorhandensein leicht brennbarer Gegenstände und dergl. — Wer in aller Welt soll das so genau wissen? Man denke nur an die Mietshäuser großer Städte; aber auch in kleinen Verhältnissen ist die Beantwortung schwierig, zumal wenn man bedenkt, in welcher Hast solche Anträge öfter von den Agenten aufgenommen werden. Sind aber die Fragen unrichtig beantwortet und wird durch einen der betreffenden Umstände ein Brandschaden verursacht, so kann die Versicherungs-Gesellschaft die Vergütung versagen. — Deshalb meinen wir, wenn die Gesellschaften auf die Kenntnis solcher Umstände nicht verzichten können, so muß ihr Agent sie ermitteln und für die Richtigkeit verantwortlich sein.

Nach § 4 der Bedingungen wird die Versicherungs-Urkunde (Police) dem Antragsteller bei dem Agenten zur Verfügung ge-

Digitized by Google

stellt. Die Verpflichtung der Gesellschaft beginnt mit der Einlösung der Versicherungs-Urkunde, die Einlösung derselben wird durch Zahlung der Prämie bewirkt. Durch Annahme der Versicherungs-Urkunde hat der Versicherte sein Einverständnis mit ihrem gesamten Inhalte erklärt usw.

Vielfach schickt wohl der Agent die Police ins Haus, um die Prämie abholen zu lassen. Er ist aber nicht dazu verpflichtet, und wenn er es nicht thut, während der Versicherte darauf wartet, so ist dieser in der ganzen Zwischenzeit unversichert, und wenn er abbrennt, kann die Gesellschaft die Zahlung verweigern. Der Antragsteller hat also die dringendste Veranlassung, die Police so schnell als möglich einzulösen. Durch ihre Annahme unterwirft er sich aber ihrem ganzen Inhalte, und so bleibt ihm gar keine Zeit zu prüfen, was in der Police steht, ob die Höhe der Prämie und die festgesetzte Versicherungsdauer usw. mit seinen Absichten übereinstimmen, kurz . . . er ist auf jeden Fall gefangen und gebunden. Diese für den Versicherten sehr ungünstige Thatsache könnte dadurch gemildert werden, daß die Versicherung mit dem Zeitpunkte in Kraft tritt, zu dem die Gesellschaft die Police ausfertigt, und daß dem Versicherten drei Tage Frist gelassen werden, um die Police prüfen und unter Umständen von dem Vertrage zurücktreten zu können.

Der § 5 der Bedingungen ist besonders gefährlich für den Versicherten. Er lautet:

„Wenn der Versicherte im Laufe der Versicherung

1. eine Vermehrung der Feuergefährlichkeit herbeiführet oder zuläßt,
2. versicherte Gegenstände noch anderweit versichert,
3. sie in eine andre Lokalität als diejenige, wo sie versichert sind, verbringt oder sie verbringen läßt, oder wenn
4. versicherte Gegenstände, abgesehen von Erbschaftsfällen, den Eigentümer wechseln,

so ruht bis zur schriftlichen Genehmigung dieser Veränderungen seitens der Gesellschaft also die **Entschädigungs-Verpflichtung** usw. Erhattet der Versicherte die Anzeige, so ist die Gesellschaft, falls sie die Versicherung nicht fortsetzen will, **berechtigt**, sie durch schriftliche Anzeige mit Ablauf von zwei Wochen nach der Zustellung jener Anzeige **aufzuheben**.

Es ist wohl zu beachten, daß es heißt: Die Entschädigungsverpflichtung ruht, nicht: sie erlischt; denn dann könnte der Versicherte (oder wie es hier eigentlich heißen müßte: der Nichtversicherte) das Recht haben, sich anderweit Versicherung zu suchen. So ist er aber der Willkür und Gnade der Gesellschaft preisgegeben; sie kann ihn geben heißen, sie kann ihn gegen seinen Willen festhalten. Jedenfalls aber ist er in der Zwischenzeit, d. h. bis die Gesellschaft ihren Willen erklärt hat, **unversichert**. Was den unter Nr. 1 dieser Bedingung erwähnten Umstand (Vermehrung der Feuersgefahr) betrifft, so muß diese Verpflichtung dem Versicherten abgenommen werden. Hier gilt das schon bei der Bedingung Nr. 3 Gesagte in noch erhöhtem Maße. Wer kann dafür verantwortlich gemacht werden, wenn in einem Umkreise von dreißig und mehr Metern irgendwelche feuergefährlichen Handlungen vorgenommen werden? Will die Gesellschaft dies wissen, so muß der Agent darüber wachen. Die Bestimmungen zu 2 und 3 sind an sich natürlich, können aber auch zu großen Härten führen, sofern nicht eine der Billigkeit entsprechende milde Behandlung in irgendeiner bindenden Form in dem Versicherungs-Vertrage gewährleistet wird. Zu außerordentlich vielen Klagen seitens der Versicherungsnehmer führt Nr. 4 dieser Bedingungen, wonach bei Eigentumswechsel neue Eigentümer Anzeige an die Gesellschaft zu machen hat, und die Versicherung ruht, bis jene die Fortsetzung der Versicherung genehmigt hat. — Das natürliche Rechtsgefühl sagt dem Beteiligten, daß, wenn sich die Gesellschaft das Recht vorbehält, die Versicherung beim Eigentumswechsel fortzusetzen oder nicht, auch ihm, dem neuen Eigentümer, dieses Recht zustehen müsse. Die Richter haben dieser Ansicht auch teilweise zugestimmt, in andern Fällen aber wieder nicht. Schon daraus, daß diese Richtersprüche verschieden ausfallen, geht hervor, daß die Sache auch vom juristischen Standpunkte aus mindestens zweifelhaft ist. Nach dem Grundsatze „was dem einen recht, ist dem andern billig" ist aber eine Änderung dieser Bestimmung zu Gunsten der Versicherungsnehmer in dem hier angedeuteten Sinne dringend notwendig.

Um zu zeigen, welche Härten aus dieser Bestimmung weiterhin erwachsen können, mag nur einer von vielen möglichen Fällen angeführt werden. A. verkauft sein Haus an B. Er hat die Prämie bei der Gesellschaft auf mehre Jahre voraus gezahlt, wovon er dem B Mitteilung macht. Der wenig geschäftskundige B. hält die Sache damit für erledigt und unterläßt die Anzeige vom Eigentumswechsel; er erleidet nun nach Jahr und Tag einen Brandschaden und nun ist die Gesellschaft berechtigt, die Vergütung zu verweigern, weil sie von dem Eigentumswechsel keine Mitteilung erhalten hat, obwohl sie die Prämie für die ganze Zeit schon im voraus vereinnahmte und obgleich es der Gesellschaft ganz gleich sein kann, ob der Eigentümer A. oder B. heißt. — Diesem Mißverhältnis müßte entschieden abgeholfen werden. Hat die Gesellschaft die Prämie erhalten, so ist es ihre Sache, sich um die Eigentumsverhältnisse zu kümmern, was sie ganz gut durch ihre Agenten besorgen lassen kann. — Verfolgen wir nun den vorliegenden Fall weiter. B. läßt sich die Abweisung der Gesellschaft nicht gefallen und klagt. Da ist es nun sehr zweifelhaft, ob er der siegende Teil ist. Jedenfalls führt die Versicherungsgesellschaft den Prozeß durch alle Instanzen, denn ihr kommt es auf die Prozeßkosten nicht an; der Beschädigte aber kann bis zum endgiltigen Austrag der Sache ruiniert sein. Wahrscheinlich würde es für ihn besser sein, wenn er einen mageren Vergleich einginge; es fragt sich aber, ob ihm ein solcher überhaupt angeboten wird. — Um diesem Übelstande abzuhelfen, müßte den Versicherten **vertragsmäßig das Recht** zugebilligt werden, ein unparteiisch zusammengesetztes **Schiedsgericht** anrufen zu können, das über die Frage zu entscheiden hätte, ob dem Beschädigten die Vergütung zu verlagen sei oder nicht. Dadurch wäre auch bei diesem Punkte gleiches Recht geschaffen.

Was hier von der Feuerversicherung gesagt ist, gilt natürlich auch für die andern Versicherungszweige. Bei der Lebensversicherung müßte z. B. nach einer Reihe von Jahren der Vertrag unter allen Umständen einwandfrei zu Recht bestehen. Doch werden die vorstehenden Ausführungen genügen, um zu zeigen, wie dringend notwendig es ist, daß die Bedingungen der Privatversicherungsgesellschaften von Staatswegen einer Prüfung unterzogen werden. — Je mehr sich die Gesellschaften gegen eine Verbesserung der Stellung der Versicherten sträuben, desto mehr arbeiten sie ihrer gänzlichen Depossedierung und der Verstaatlichung des Versicherungswesens vor, die jetzt schon in verschiedenen Ländern (Bayern, Oesterreich, Schweiz) eifrig betrieben wird und die auch in dem Abg. Müller (Waldeck) auf dem letzten Parteitage der deutschsozialen Reformpartei einen eifrigen Verfechter fand. Leider ist bei manchen Leuten der Sinn für das Soziale so wenig entwickelt, daß sie glauben, solche Ausführungen berührten die Interessen einer Partei nur mittelbar!

Judenschulen.

In Berlin giebt es wenig humane Menschen, die ihre Kinder nicht in Berührung mit den Sprößlingen jüdischer Ehen bringen wollen und deshalb wegen der unerhört starken Verjudung der öffentlichen höheren Schulen solche Privat-Schulen bevorzugen, die judenrein sind und gehalten werden. Bei der von ihnen seit Jahrtausenden bewiesenen Bescheidenheit sind die Juden aber nicht im Stande, sich in diese Thatsache zu schicken, sie suchen vielmehr mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die in Betracht kommenden Schulleiter zu zwingen, auch Juden aufzunehmen. Zu diesem Zwecke haben sie nicht nur in der ihnen zugänglichen Presse einen Heidenlärm vollführt, sondern auch in der Stadtverordneten-Versammlung zu Berlin eine kleine Entrüstungs-Komödie aufgeführt.

Man muß es den Juden lassen: sie sind in Verfolgung ihres Zieles von einer eisernen Beharrlichkeit. Die Emanzipation scheint ihnen nicht vollkommen, wenn sie nicht auf allen Ge-

Digitized by Google

bieten die erste Geige spielen. Mit Recht glauben sie dann am schnellsten auf die Erfüllung ihrer Wünsche hoffen zu können, wenn sie bereits der deutschen Jugend die jüdischen Eigenarten einzupflanzen vermögen. Darum ist ihr Bestreben von jeher darauf gerichtet gewesen, möglichst viel jüdische Lehrkräfte an deutsche Schulen zu bringen und darum möchten sie jetzt die wenigen höheren Privat-Schulen, die noch judenrein geblieben sind, ebenfalls unter ihre Botmäßigkeit zwingen. Gelingt ihnen ein Ansturm nicht, versuchen sie es nach einiger Zeit wieder, sie hoffen und harren auf einen toleranten Mann in der Regierung, der die Empfindung nicht teilt, daß zwischen Deutschtum und Judentum ein unauslöschlicher Gegensatz besteht.

Dieser Gegensatz ist ihrer Ansicht nach selbstverständlich lediglich ein Produkt des bösen Antisemitismus. Daß das nicht ganz richtig ist, beweist das Verhalten Eugen Richters, der nicht dazu zu bewegen ist, den Juden einen seiner sichern Landtagssitze abzugeben. Aber auch über die Lehrthätigkeit der Juden und den Einfluß jüdischer Schüler auf ihre deutschen Kameraden sind selbst ganz einwandfreie, d. h. „tolerante" Leute unserer Meinung. Hören wir z. B., was der Geh. Ober-Regierungsrat Wiese im zweiten Bande seines Werkes „Lebenserinnerungen und Amtserfahrungen" (Berlin 1886 bei Wiegand & Grüben) darüber sagt. Er erzählt von seiner Amtsthätigkeit im Ministerium Falk, und daß Dr. Falk geneigt war, solche Personen in Amt und Würden zu bringen, die einen ausgeprägten kirchlichen Sinn nicht kundgaben. Dann heißt es weiter:

Aus dem Gesagten erklärt sich auch des Ministers Verhalten zu den gelegentlich Anstoßen der Juden. Seine Vorgänger hielten, da sie nicht bloß politische, sondern Kultusminister sein wollten, es darum auch für ihre Pflicht, gegenüber den die volle Konsequenz der bürgerlichen Gleichstellung verlangenden Juden und Judenfreunden die Idee der deutschen und christlichen Schule zu schützen. Dr. Falk trat auf die andre Seite; die ihm bei verschiedenen Gelegenheiten meinerseits vom nationalen sowie ethischen und religiösen Standpunkt aus geäußerten Bedenken hatten in seinen Augen geringe Bedeutung. Den konfessionellen Charakter einer höheren Schule, wo ein solcher überhaupt anzuerkennen, sah er durch die Anstellung einzelner jüdischer Lehrer nicht beeinträchtigt. Die Einheit des Geistes im Lehrerkollegium als höchstes Erfordernis für den Erziehungsberuf der Schule war ihm, verglichen mit der wissenschaftlichen Unterrichtsaufgabe, das weniger Wichtige, und bei nachgewiesener Befähigung wollte er jüdische Schulamtskandidaten und Lehrer von keinem Unterrichtsgegenstande, außer der christlichen Religion, ausgeschlossen wissen.

Er hatte Geduld mit meinen Einwendungen, aber sie machten ihn in seiner Auffassung nicht irre. Daß vor allen Bewegungskräften der Weltgeschichte die stärkste immer die Religion gewesen, und daß die Entwicklung des deutschen Volkstums nur durch das Christentum verständlich sei, wolle er mir nicht bestreiten, sagte er; aber darum brauche sich der Vortrag in der Weltgeschichte durch einen Juden in nichts von dem eines Christen zu unterscheiden. Ebensowenig kam seiner Meinung nach bei der Interpretation der alten Autoren das Religiöse und Ethische sonderlich in Betracht. Ich wies auf die griechischen Tragödien, auf platonische Dialoge und auf Schriften wie Ciceros Tusculanen und Officia hin, die herkömmlich in Prima gelesen werden, und erklärte eine auf die sprachliche Seite beschränkte Behandlung für unzureichend: solche Lektüre erfülle ihren Zweck erst, wenn den Schülern ein Verständnis des Unterschiedes eröffnet wird, der zwischen den religiösen und ethischen Vorstellungen der Alten und dem christlichen Glauben und daher auch den sittlichen Prinzipien der christlichen Welt besteht. Darüber, z. B. gelegentlich der genannten Schriften Ciceros sie über das Verhältnis der antiken Kardinaltugenden zu den christlichen zu belehren, sei aber ein Jude nicht wohl geeignet; wenigstens in der Schule nicht, auf der Universität vielleicht. Der Minister entgegnete: jeder gute Philolog, ohne Unterschied des Glaubens, würde dem Bedürfnis der Schule darin genügen können.

Auch den deutschen Unterricht in allen Klassen wollte er jüdischen Lehrern nicht vorenthalten. Zwar einige Erbieten von solchen, sich an der Herausgabe eines allgemeinen deutschen Lesebuchs zu beteiligen, lehnte er ab; aber stilistischen Unterricht und die Einführung in die deutsche Litteratur ihnen zu übertragen, fand er unbedenklich. Es half mir auch nichts, daß ich darauf hinwies, wie bei der jüdische Lehrer schon in der Wahl der Aufsatzthemata beschränkt sei, ebensowenig, daß ich auf die Eigenschaften der Schreib- und Darstellungsweise aufmerksam machte, die den jüdischen Schriftstellern unsrer Litteratur charakteristisch sind, und daß einer von ihnen, Lassalle, selbst gesagt hat: „Die Juden verderben das Deutsche"; auch nicht, daß in Schulverwaltungsberichten aus der Provinz Posen wiederholt über den schädlichen Einfluß geklagt worden sei, den eine starke Mischung der Klassenfrequenz mit jüdischen Elementen auf die Sprach- und Schreibweise der andern Schüler habe. Der Minister lachte darüber. Ebensowenig machte es einen Eindruck auf ihn, daß mir ein von ihm geachteter, selbst aus einer ehemals jüdischen Familie stammender Gymnasialdirektor in einem Briefe die Bitte ausgesprochen hatte, doch ja zu verhüten, daß Sprachunterricht oder Geschichte jüdischen Lehrern übertragen werde. Der Schluß solcher Gespräche war gewöhnlich: „Sie sollen sehen, was ich für unbestreitbares Recht der Juden halte, wird wenig zur Anwendung kommen." —

So urteilen praktische Schulmänner, von denen die Juden kaum werden behaupten können, daß sie „im Banne des Antisemitismus" gestanden haben. Wiese war einer von den deutschen Schulnämnern, die dafür eintraten, daß die Gelehrtenschule den Bedürfnissen des praktischen Lebens mehr gerecht werde. Er hätte sicher auch die Gründung von Judenschulen befürwortet, wenn er die Überflutung unsrer höheren Schulen mit jüdischen Elementen im Amte hätte erleben können. Weshalb mögen sich wohl die Juden gegen eine derartige Einrichtung so sehr sträuben?

Das Monopol der großen Depeschen-Bureaus.

Wiederholt hat die unabhängige deutsche Presse schon auf die Übelstände und Gefahren hingewiesen, die für die Gesamtheit aus der Monopolisierung des Drahtnachrichtenwesens durch die drei internationalen Telegraphenbureaus — das Wolffsche, die Agence Havas und Reuters office — erwachsen. Sobald irgend ein Ereignis in die Interessen der leitenden Persönlichkeiten dieser drei großen Geschäfte nicht hineinpaßt, entweckt der darüber von ihnen verbreitete Bericht leicht einen Eindruck, der ungefähr dem graden Gegenteil von dem entspricht, was thatsächlich geschehen ist. Oder aber die Meldung über dieses Ereignis bleibt vollständig aus. Als Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung mag ein Vorgang dienen, den die Lübecker „Eisenbahn-Zeitung" berichtet:

„Die Diskonto-Erhöhung, die der Präsident der Deutschen Reichsbank in gewisse Aussicht gestellt hat, ist von der Bayerischen Notenbank bereits vollzogen worden. Diese Maßregel und jene Warnung rechtfertigen sich durch die aus dem letzten Bankausweise hervorgehende Thatsache, daß die steuerfreie Notenreserve geschwunden, die Bank also auf dem Punkte, wo eine Erhöhung des Diskontos angezeigt scheint, angelangt war. Die Bank ist genötigt, ihren Goldstand zu verteidigen, den die Privatbanken durch Begünstigung des augenblicklichen Gründungsfiebers, vor dem der Bankpräsident ernstlich warnte, bedrohen. Merkwürdigerweise hat nun aber das Wolffsche Telegraphen-Bureau über die am vorigen Dienstag stattgehabte Sitzung des Zentral-Ausschusses der Reichsbank eine Mitteilung verbreitet, nach der sich eine Erhöhung des Diskontos noch für absehbare Zeit würde vermeiden lassen. Heute glauben wohl nur Wenige, daß diese Vorhersagung sich bewahrheiten werde, da die Reichsbank schon jetzt ablehnt Wechsel zu diskontieren, die aus Verbindlichkeiten hinsichtlich der neuen Gründungen herstammen. Diese Beschränkung des offiziellen Bankkredits setzt gewisse Gründungsbanken in die Notwendigkeit, den Beistand ihrer auswärtigen

Digitized by Google

Verbündeten in Anspruch zu nehmen; da aber in Paris, London, Petersburg usw. ebenfalls stark gegründet wird, so werden auch die dortigen offiziellen Banken genöthigt sein, ihren Barvorrat festzuhalten. Eine allgemeine Erhöhung der Bankrate dürfte also kaum zu vermeiden sein. Das hat sich auch jeder, in Finanzfragen nur einigermaßen Bewanderte schon seit einer Woche und länger sagen müssen.

Wie kommt es nun, daß das Wolffsche Bureau, das in internationalen Handelsangelegenheiten gewissermaßen das Nachrichten-Monopol besitzt und darum der Geschäftswelt eine Art von Orakel ist, eine so wenig begründete und so scharf von den Thatsachen widerlegte Meinung verbreiten konnte? Infolge des verbreiteten Irrtums über die allgemeine Finanzlage haben sich zahlreiche Kapitalisten und Rentiers, der bauernden Flüssigkeit des Geldstandes vertrauend, verleiten lassen, Aktien der neu emittierten Unternehmungen zu nehmen, nun müssen sie — manche mit Verlust — realisieren. Die Emissionshäuser dagegen haben, Dank der vom offiziellen Telegraphenbureau verbreiteten irrigen Darstellung der Lage, ihre neuen Werte zu hohen Kursen untergebracht und erhebliche Gewinne erzielt."

Man sieht, wie auch hier wieder das internationale Großkapital, das Dank unserer ganzen modernen Entwicklung zu einer gradezu verhängnisvollen Machtstellung in unserm Wirtschaftsleben gelangt ist, seine Macht nur dazu benutzt, um sich selbst auf Kosten der Allgemeinheit, hier der kleinen Rentiers, zu bereichern. Die Eigentümer dieser großen Telegraphenbureaus sind nämlich bekannte große Börsenfirmen, wie beim Wolffschen Bureau namentlich Bleichröder u. a. Diese aber sind in der Lage, wenn sie auch noch die Aktiengesellschaft „kontrollieren" (wie der Amerikaner sagt), die zugleich offizielles Telegraphenbureau ist, eine Rolle bei der Meinungsbildung des Publikums über finanzielle Angelegenheiten zu spielen, die auf die Dauer nicht geduldet werden darf. Keinem Geringeren als Eugen Richter gebührt das Verdienst, zuerst darauf hingewiesen zu haben, welche außerordentliche Schädigungen hieraus für die Gesamtheit erwachsen, während die großen Bankfirmen ganz absonderliche Gewinne daraus ziehen und wie trotzdem grade von Seiten der Regierungen diese dem internationalen Großkapital gehörenden Telegraphenbureaus umfassend unterstützt werden. (Siehe die stenographischen Berichte des deutschen Reichstages vom Jahre 1890/91, Bd. II, S. 1226 und Bd. III, S. 2020). Eugen Richter ging damals in seinen Ausführungen von der Thatsache aus, daß dem Wolffschen Bureau von der Reichstelegraphen-Verwaltung das Privileg gewährt sei, bei der Beförderung sogenannter A. C.-Telegramme, d. h. allgemeine Korrespondenz-Telegramme (im innern Verkehr) politischen Inhalts, bei dem gleichen Gebührensatze, andern Telegrammen gegenüber bevorzugt zu werden. Und er wies sofort mit Entschiedenheit darauf hin, daß hier Gelegenheit sei, sich gegen eine Liebesgabe zu wenden, die gewissen großen Firmen der Börse in ganz ungerechtfertigter Weise zukomme, und daß ihre Beseitigung gewissermaßen zu den berechtigtsten Forderungen der Börsenreform gehört. Durch diese Bevorzugung verhinderten die beteiligten Börsenfirmen zunächst das Aufkommen jedes Konkurrenz-Unternehmens. Weiter käme in Betracht, daß die Abhängigkeit des Telegraphenbureaus von diesen Firmen den Leiter zwänge, die Telegramme den Sonderinteressen der Börsenfirmen entsprechend zu färben. Auf diese Weise könnten — meint Herr Richter — an der Börse Hunderttausende und selbst Millionen von Seiten jener Börsenfirmen verdient und von andern verloren werden; und wenn man früher das Wort gebraucht habe: „Gelogen wie gedruckt!" so müsse es jetzt mitunter heißen: „Gelogen wie vom Wolffschen Bureau telegraphiert!"

Eugen Richter hatte damals auch den durchaus zutreffenden Vorschlag gemacht, zur Beseitigung der bezüglichen Uebelstände mit dem „Reichsanzeiger" ein staatliches telegraphisches Bureau zu verbinden. Dadurch würde vor allem die Objektivität umfassender gewahrt und die jetzt bestehende unheilvolle Verquickung amtlich-politischer Einrichtungen mit den Privat-Interessen des internationalen Großkapitals dann beseitigt werden. Eugen Richter versprach damals mit genaueren Anträgen zur Errichtung eines derartigen staatlichen Telegraphenbureaus vor den Reichstag zu treten. Leider ist dieses im Jahre 1891 gegebene Versprechen bis heute immer noch nicht eingelöst worden. In Richters Gesinnung zum internationalen Großkapital ist seitdem ein gewaltiger Umschwung eingetreten, da er inzwischen einer seiner eifrigsten Verfechter geworden ist. Vielleicht wird aber im Reichstage von andrer Seite auf diesen Richterschen Vorschlag zurückgegriffen werden, um die unhaltbaren Zustände im Telegraphenwesen, die einen so wesentlichen Einfluß auf das gesamte Wirtschaftsleben ausüben, abzuändern.

Die Debatten über die Verstaatlichung der Reichsbank werden sicher Gelegenheit geben, sich auch über diese Einrichtung zu unterhalten.

Gegen die Anarchie!

Eine Flut von Vorschlägen und noch mehr Artikel sind angesichts der Genfer Greuelthat durch die Blätter fast der ganzen Welt gegangen. Gewalt gegen Gewalt, das war der Kern aller Meinungen. Wie es gewöhnlich der Fall ist, hat auch diesmal der Schrecken jeden Vernunftgrund von vornherein unterdrückt, jede kühle Überlegung dieser europäische Existenzfrage in den Hintergrund gedrängt. Internationale Vereinbarungen zur Überwachung der anarchistischen Bewegung, welche Maßregeln wieder vorgeschlagen werden, halten wir für völlig unzureichend, und glauben, daß ein klares Erfassen der anarchistischen Bewegung selbst die wirksamsten und leicht zugänglichen Mittel der Abwehr in die Hand drücken wird.

Wie uns scheint, ist Henry Mackays Werk über die Anarchisten längst in Vergessenheit geraten, denn die wenigsten öffentlichen Organe haben sich durch die glänzenden Ausführungen dieses Sozialpolitikers leiten lassen. Man übersieht heute gewöhnlich eine naheliegende Zweiteilung der Anarchie, eine Zweiteilung, die an und für sich nicht das Richtige trifft, aber dennoch dem Richtigen ziemlich nahekommt.

Man unterscheide theoretische und praktische Anarchie.

Die praktische Anarchie bedeutet diesen Namen von vornherein nicht, sie ist Verbrechen, sie hilft dem Überschwang der Verneinung des Bestehenden durch die That, durch das Verbrechen ab, sie bedeutet eine krankhafte Individualität, einen grenzenlosen Egoismus, ein formgewordenes Phantom, sie ist somit die schlimmste Äußerung der böse humaine und ist als solche zu bekämpfen. Eine allgemeine Maßregel der Abwehr gegen die sogenannte praktische Anarchie ist also nur eine Erweiterung der allgemeinen Strafgewalt über Verbrecher. Der Grund des anarchistischen Verbrechens braucht dabei auf dem Gebiete der Strafrechtspflege keine neuen Gesichtspunkte zu schaffen, er braucht nur den Grad der öffentlichen Sicherheitsmaßregeln zu erhöhen, braucht dort planmäßig aufzutreten, wo planmäßige Verbrechen ganze „Übergangsklassen" vorliegen. Volkstümlich ausgedrückt, Vereinigung der Abwehr stehe gegen die Vereinigung des Verbrechens! Ob nun diese dringend nötige Vereinigung auf internationalem Wege, d. h. auf dem Wege des Staatsvertrages vollzogen wird, bleibt an sich gleichgiltig, wenn es auch als unabweislich erscheint, einige Grundsätze des Völkerrechts im modernen Sinne umzugestalten und zu verschärfen. (Absleedt der Schweiz usw.)

Ganz anders als das Verbrechen aus Gründen des Hasses gegen die Association, die bei allen anarchistischen Greuelthaten übereinstimmend vorliegen, ganz anders steht die theoretische Anarchie vor uns: Die theoretische Anarchie ist Weltanschauung, ist philosophisches System, wie jedes andre, ihre Gründe, ihre Entwicklungsgeschichte sind nicht wesentlich verschieden von denen der übrigen philosophischen Systeme. Anarchie ist ihrer Wesensart der Widerstand der Geistesfreiheit gegen die Autorität, ist der gesteigerte Ausdruck für jenes Gefühl, das immer und überall auftritt, wo das Verlassen eines Entwicklungsstadiums und der Übertritt in ein neues vor sich geht. Anarchie in ihrem Sinne war die Bewegung des Humanismus, anarchistisch gefärbt ist im Wesen jede geistige Bewegung im Vergleiche zu ihrer Gegner-

Digitized by Google

schoss. Anarchie des Einzelnen ist die Unzufriedenheit des Einzelnen gegen die Übermacht der Mehrheit, anarchistisch veranlagt ist schließlich die angeborene Leidenschaft des Menschen zum Egoismus. In diesem Sinne liegen die Gründe unsrer heutigen staatlichen und politischen Anarchie viel tiefer, als man in den gegen die „praktische Anarchie" beabsichtigten Maßregeln mit falscher Verallgemeinerung annimmt. Der wahre Grund liegt in der ewig entwicklungsbedürftigen Art des Individuums. Wie die Ansicht von der Sieghaftigkeit des Individuums sich ursprünglich in den Religionen auslebt, wie dann in der Entwicklung des Völkerlebens nach und nach andre Begriffe an die Stelle des religiösen Idealismus treten, wie die geistige Bewegung der Völker allmählich über das Abstrakte in Litteratur und Kunst hinauswächst, seine Fäden allmählich an die materielle Seite des Daseins knüpft, wie auf dem Gebiete der Philosophie die absolute Forschung nach dem Quell menschlicher Erkenntnis in die Erkenntnis der Form derselben übergeht, so hat auch die soziale Erkenntnis den Weg vom Abstrakten zur thatsächlichen Forschung durchgemacht, so hat auch der Gedanke der Individualität eingeleitet in diese Form der sozialen Erkenntnis, sich nicht gegen den Strom der allgemeinen Entwicklung gerichtet.

In diesem Sinne sind die Anarchisten Elysée Reclus, der anarchistische Vorfechter der deutsch-französischen Friedensidee, Carl Vogt in seinen „Tierstaaten" usw. Philosophen der Individualität. Nichtsdestoweniger halten wir auch die theoretische Anarchie losgelöst von ihrem rein philosophischen Charakter für gefährlich, nicht so sehr für das Gedeihen des Staatsgedankens, als für die Entwicklung des Individualismus, wie er sich als Endziel des großen, weltumfassenden Nationalismus darstellt.

Und hier wäre denn gewaltsames Vorgehen der Staaten schädlich und in ihren Folgen verhängnisvoll. Überall wo öffentliche Zusammenstöße mit der praktischen Anarchie auch die theoretische treffen werden, und das wird, solange sich die Begriffe über die anarchistische Bewegung nicht klären, überall der Fall sein — überall dort wird man nur das Produkt einer Entwicklung, nie aber den Grund der Anarchie beseitigt haben.

Seit Adam Smith, seit dem Erwachen des Manchesterliberalismus ist der Begriff des reinen Individualismus mit Wissen und Absicht getrübt worden, nicht nur auf wissenschaftlichem, auf volkswirtschaftlichem Gebiete, sondern im großen Bereiche des öffentlichen Lebens überhaupt; hier mag denn staatlich, hier mag auf dem Wege der Vereinigung die Axt an die Wurzel der theoretischen Anarchie gelegt werden.

Überträgt man die Zweiteilung, die man allgemein bei der Beurteilung der Anarchie einschlägt, auch in die Praxis, dann kommen wir dazu, die praktische Anarchie durch die Ausdehnung der staatlichen Strafgewalt abzuwehren, der theoretischen hingegen die staatliche Förderung jener Bewegung entgegenzusetzen, die die reine Ausprägung des Individualismus zum Ziele hat.

Staatliche Förderung des Nationalismus, das ist das beste Mittel gegen die Schreckensthaten der Anarchisten, wie gegen die schädlichen Einflüsse der mit der theoretischen Anarchie verknüpften sogenannten Freiheitssysteme!

* * *

Obwohl wir bei dem heutigen Stande der anarchistischen „Wissenschaft" uns von der Zweiteilung nichts versprechen, haben wir es doch für angezeigt gehalten, auch obigen Zeilen Raum zu geben. Die Ereignisse der letzten Jahre haben uns aber nicht von der Meinung abbringen können, daß man der anarchistischen Schlange am besten und sichersten den Garaus macht, wenn man ihr den Kopf zertritt. Jeder Anarchist der That gehört einfach vor ein Dutzend Gewehrmündungen und zwar ohne jede Untersuchung. Die Engländer sind auf diese Weise sehr leicht mit den indischen Thugs fertig geworden!

Allerlei Ernstes und Launiges von Bismarck.

II.*)

Wie falsch Bismarck im Anfange seines Wirkens auch von urteilsfähigen und gut deutsch gesinnten Männern beurteilt wurde, das zeigen die Aufzeichnungen des badischen Ministerpräsidenten Jolly.

In dessen Augen litt Preußen, von dem allein er eine Lösung der deutschen Frage erwartete, an zwei schweren Übeln: „Erstens hat der König einen engen Horizont. Er will keinen Krieg gegen seine Brüder führen, und Bismarck treibt ihn nur dadurch zu allen Kriegsmaßregeln, daß er ihm weis macht, es handle sich nur um einen Verteidigungskrieg. Bismarck kann deshalb nicht nach Belieben voran; er braucht irgendeinen Vorwand, um den Alten in Harnisch zu bringen.

Zweitens, Bismarck, der in seiner Art ein großer Patriot (für die Machtvermehrung seines Staates) ist, hat leider zugleich die Natur eines Spielers, und es fehlt ihm jeder Sinn und alles Verständnis für die moralischen Mächte im Volksleben. Er hat darum eine Liebhaberei daran, immer wieder eine neue Karte auszuspielen, in dem Bewußtsein, daß er, wenn sie fehlt, geschickt genug sei, wieder eine andre zu bringen.

Er persönlich würde allerlei liberale Konzessionen machen, dazu bringt er aber den König nicht, und ohne sehr reelle Konzessionen glaubt ihm natürlich kein Mensch im Volke, das selbst nachher voll Mißtrauen bliebe.

Die Fortschrittspartei verachtet Bismarck, seit sie sich politisch (zumal für auswärtige Dinge) in der That völlig unfähig erwiesen hat; ihre respektable Seite, ihr lebhaftes Gefühl für Freiheit und Recht versteht er nicht. Er rechnet darauf, nach Ausbruch des Krieges werde der preußische Patriotismus alles andre in den Hintergrund drängen; ich hoffe, er wird Recht behalten."

Und am 14. Mai 1866 sagte Jolly in der badischen Kammer: „Ich bin mit dem, was Preußen in Schleswig-Holstein anstrebt, nicht einverstanden und noch weniger mit der Form, wie es seine Ziele verfolgt. Ich glaube, wir können, solange wir als Männer auf unsre Ehre Wert legen, die Schritte, zu denen sich die Bismärckische Politik in Schleswig-Holstein genötigt sah, nicht billigen; noch weniger können wir uns freiwillig an einem Kampfe für diese Politik beteiligen.

Aber auch die Gegenseite verdient unsre Sympathie nicht. Ich kann das Wort nicht zurücknehmen — auch das Verfahren der Schleswig-Holsteiner ist schweren Vorwürfen ausgesetzt. Ich fürchte, es wird die Zeit kommen, wo sich jenes Volk an die Brust schlägt und klagend ausruft: Wir waren Thoren, daß wir in leidenschaftlichem Eigensinne ein kleines formelles Recht verteidigten und die große nationale Aufgabe vergaßen."

Darnach sprach er sich über Bismarcks gesamte Politik aus: „Ich beginne mit dem Bekenntnis, daß ich mit vielen Tausenden in Deutschland mich über diesen Mann lange Zeit sehr getäuscht habe. Als Herr von Bismarck seine Laufbahn in Preußen begann, war die Meinung sehr verbreitet, und ich bekenne mich, wie gesagt, als mitschuldig an dem Irrtum, er sei lediglich ein Phantast, ein Mann, der in maßloser Selbstüberschebung über alles das, was die Menschen gewöhnlich für recht ansehen oder für gut halten, sich hinaussetze und in der Verfolgung der öffentlichen Meinung seine Befriedigung und gewissermaßen sein Ziel finde.

Aber wie Napoleon, den man anfangs auch für einen lächerlichen Phantasten gehalten hat, so hat sich auch Herr von Bismarck in ganz andrer Weise entpuppt, als wir erwartet hatten. Es ist Zeit, sich von dem erkannten Vorurteil frei zu machen. Mir scheint, daß er ein Mann von ganz außergewöhnlicher Begabung, von einer ebenso seltenen wie schätzenswerten Willenskraft ist. Ich halte ihn für einen großen Patrioten, der mit unbedingtester

*) Entnommen dem dritten Bande von Poschinger: Fürst Bismarck und der Bundesrat. Der Bundesrat des Deutschen Reiches (1874 bis 1878). 436 Seiten. Preis 8 Mark, in geschmackvollem Halbfranzband 10 Mark.

Digitized by Google

Hingebung für die Größe seines Staates arbeitet, und für mich wenigstens ist die Macht Preußens von der Größe Deutschlands nicht getrennt zu denken."

Freilich könne Vertrauen zu ihm in einem nicht aufkommen wegen jenes Mangels an Verständnis für die moralischen Kräfte im Volke, für Recht und Freiheit. (!) „Er ist aber nicht Doktrinär der Reaktion. Ich verzweifle nicht, daß er auch in dieser Beziehung noch lernen wird."

Als Jolly dann in persönliche Berührung mit Bismarck kam, da schildert er von Versailles aus seiner Frau seinen Eindruck von ihm folgendermaßen: „Bismarck ist ein wunderbarer Mann, ganz anders, als man nach seinem öffentlichen Auftreten erwarten sollte, auch in seinem Äußern dadurch von unsrer sonst guten Photographie verschieden, daß er einen sehr viel weicheren, mitunter fast schwärmerischen Zug hat. . . . Ich muß es bekennen, ich bin von seiner Persönlichkeit entzückt."

Als er mit Bismarck über den Militärvertrag zu verhandeln hatte und bestimmte Antworten von ihm erzielen sollte, da war ihm etwas schwül zu Mute. „Ich ebnete mir den Weg durch Ueberreichung einer prachtvoll gearbeiteten, mit Diamanten geschmückten goldnen Feder, die der Fabrikant Bissinger in Pforzheim gemeinsam mit andern Bismarck zur Unterzeichnung des Friedens schickte. Er hatte wirklich eine naive Freude daran, und ich freute mich dann seiner ungemein präzisen Geschäftsformen, nachdem ich auf seine ersten allgemeinen Antworten meine bestimmten Fragen wiederholt hatte."

Schon im November verhandelte Thiers mit Bismarck über einen Waffenstillstand, wegen dessen Nichtzustandekommen dieser, so sehr er natürlich den Friedertigen spielen mußte, höchlich erfreut war. Auch Thiers schien dabei von den tollsten französischen Illusionen befangen. Bismarck erzählte höchst ergötzlich, wie selbst er nicht außer Zweifel zu sein scheine, ob es im preußischen Heere nicht eine halbwilde Völkerschaft von Ulanen gebe.

„Er ist wirklich ein höchst merkwürdiger Mann, um so anziehender, je öfter man ihn sieht. Seine neulichen Auseinandersetzungen waren ein Meisterstück von liebenswürdiger Lebendigkeit und Offenheit, und diese anscheinend ganz naive, aber, wie mir scheint, doch sehr berechnete Offenheit ist sein Hauptmittel, um sich nicht in die Karten sehen zu lassen, indem er mit höchster Unschuld alles mögliche ausplaudert und nur das Entscheidende verschweigt oder unter andern unkenntlich macht."

Am 1. Februar 1877 legte Bismarck dem Bundesrat den Gesetzentwurf über den Sitz des Reichsgerichts nebst Begründung vor.

Der einzige Paragraph des Gesetzes lautete: „Das Reichsgericht erhält seinen Sitz in Berlin." Zunächst eignete Berlin sich wegen seiner Lage dazu. Ferner sprachen dafür die reichen Hilfsmittel, die diese Stadt den Mitgliedern materiell wie geistig bietet. Zudem ist Berlin die Residenzstadt des Kaisers, hier tagen Bundesrat und Reichstag, und alle höchsten Reichsbehörden haben hier ihren Sitz. Fast in allen größern Staaten fällt der Sitz des höchsten Gerichts mit dem Sitz der Staatsregierung zusammen. „Aus allen diesen Erwägungen", hieß es schließlich, „sowie im Hinblick darauf, daß mit der weitern Entwicklung der Reichsinstitutionen sich immer mehr das Bedürfnis ergeben wird, in den Reichsbehörden auf die Mitwirkung von reichsrichterlichen Kräften zurückzugreifen, wird Berlin als Sitz des Reichsgerichts vorgeschlagen."

Der Justizausschuß, an den der Gesetzentwurf verwiesen wurde, beschloß in seiner Mehrheit dem preußischen Vorschlage gemäß. Der Bundesrat selbst dagegen entschied sich mit 30 gegen 28 Stimmen für Leipzig als Sitz des Reichsgerichts.

Dieser Beschluß erregte in weiten Kreisen großes Aufsehen. So schrieb die „Nat.-Ztg.": Der Beschluß des Bundesrats, der dem sächsischen Antrage gemäß Leipzig zum Sitze des Reichsgerichts bestimmte, wurde mit 30 gegen 28 Stimmen gefaßt. In der Minderheit stimmten Preußen und Waldeck, 18 Stimmen, Baden und Hessen, je 3 Stimmen, dann Anhalt und die drei freien Städte mit je einer Stimme. In der Mehrheit schlossen sich sämtliche andern Staaten den drei Königreichen an.

Wie wäre es, wenn man entsprechend das Reichskanzler-Amt nach München, das Reichs-Eisenbahn-Amt nach Stuttgart, das Auswärtige Amt nach Braunschweig verlegte? Für die kleinern Reichsämter richtete man einen Wanderlisch in Thüringen und Nachbarschaft ein. Dagegen könnte der Vorsitz im Bundesrats-Ausschusse für auswärtige Angelegenheiten Preußen für ewige Zeit mit dem Sitze in Berlin übertragen werden. Wir sehen mit Interesse dem Augenblicke entgegen, wenn die Minister der drei „führenden" Königreiche in Reichstage erschienen und die von ihnen ausgehende Vorlage vertreten werden; jedenfalls ist es bemerkenswert, wie die deutsche Reichsverfassung auszuwachsen beginnt. Nur eine Genugthuung bleibt uns diesen und verwandten Erscheinungen gegenüber: wenigstens die Reichsjustizgesetze haben wir in Sicherheit gebracht. . . . Nun gewinnen sie für uns noch eine höhere und neue Bedeutung.

Nach unserer Meinung, bemerkte hierauf die „Nordd. Allg. Ztg.", heißt es das Kind mit dem Bade ausschütten, wenn der Beschluß des Bundesrats als Anlaß zu einer solchen Polemik gegen die deutschen Regierungen benutzt wird, zumal da sich unter der Mehrheit auch solche Staaten befinden, die, wie z. B. beide Mecklenburg, entschieden nicht die Absicht haben, den Reichsorganismus irgendwie zum Frommen sonderstaatlicher Anwandlungen zu schädigen. . . . Auch darf nicht außer Acht gelassen werden, daß bisher nicht das Geringste verlautet hat, als habe Preußen durch Anwendung irgendwelchen politischen Druckes seinen Vorschlag zur Annahme bringen wollen. Vielmehr hat die Haltung Preußens im Bundesrate den sachlichen Gesichtspunkten von der einen wie von der andern Seite völlig unbefangen Raum gelassen. Der weitere Verlauf der Sache hängt übrigens zunächst von der Entschließung des Reichstages ab.

Die gut unterrichteten „Hamb. Nachr." meldeten: Fürst Bismarck erklärte schon vor der Abstimmung im Bundesrate jedem, der es hören wollte, daß er sich als deutscher Reichskanzler dabei neutral halte und keinerlei Druck auf die kleinen Regierungen ausüben werde. Es war ihm bekannt, daß die Souveräne der Mittelstaaten sich brieflich verabredet hatten und daß auch die thüringischen Vettern, sowie die hohen Herren von Mecklenburg und Oldenburg in die Verabredung hineingezogen waren. Gleichwohl hat er es verschmäht, irgendeinen Schritt zur Vereitlung dieser Wünsche zu thun, und Vorschläge, die diesetwegen an ihn herantraten, abgelehnt. Es ist also thöricht, von einer Niederlage bei einer Angelegenheit zu sprechen, bei der der Kanzler es nicht der Mühe wert hielt, einen Kampf überhaupt aufzunehmen.

Der Reichstag sprach sich in seiner aus Ultramontanen, Polen, Welfen, Sozialdemokraten usw. bestehenden Mehrheit gleich wie der Bundesrat für die Errichtung des obersten deutschen Gerichts in Leipzig aus.

Bedenkliche Folgen freilich sind nicht ausgeblieben. Am unangenehmsten ist, daß es jetzt schwer hält, die bedeutendsten Kräfte für das Reichsgericht zu gewinnen. —

Wie unrecht man Bismarck thut, wenn man ihn für allerhand verfehlte Gesetze verantwortlich macht, das lehrt seine immer wiederkehrende Klage, daß man ihm die Gesetzentwürfe erst zu einem Zeitpunkt vorlege, wo er keinen Einfluß mehr darauf ausüben könne und moralisch gezwungen sei, zu unterschreiben. Denn ein Recht hat der Ministerpräsident bei uns nicht, einen Minister zur Ausführung seiner Gedanken zu veranlassen; er kann ihn nur bitten. So wurden Jahre lang, wo Bismarck schon immer einen Umschwung unsrer Freihandelspolitik herbeizuführen wünschte, seine Vorschläge von den Ministern halb scherzend, halb verächtlich bei Seite geschoben. „In einer Sache blieben sieben, sage siebzehn Erinnerungs-Schreiben Bismarcks ohne Antwort. Durch rücksichtsloses Zu-den-Akten-schreiben hoffte man den lästigen Projektenmacher zu ermüden."

Und im preußischen Abgeordnetenhause erklärte er am 23. März 1878: „Ich hatte die Bewilligung der Sache im Prinzip von meinen Kollegen, ich hatte die Bewilligung der Sache im Prinzip vom ganzen Landtage und, obschon Ministerpräsident, habe ich mich gänzlich unfähig finden müssen, die Sache auch nur einen Schritt weiter zu bringen. . . . Ich bin in

Digitized by Google

einer Weise behandelt worden, die für mich geradezu persönlich kränkend war."

Der Vizepräsident des Staatsministeriums, Graf zu Stolberg-Wernigerode, dessen Verdienst es ist, den Kaiser endlich zur Einwilligung in ein deutsch-österreichisches Bündnis bewogen zu haben, bat Bismarck um Entlassung, weil er keine Befriedigung in seiner Stellung fände und keine Freudigkeit zu seiner wesentlich formellen Thätigkeit habe.

Bismarck erwiderte, auch für ihn beständen dringende Gründe, sein Amt aufzugeben. Aber „das Gesuch, Sr. Majestät dem Könige Verlegenheiten zu ersparen, und die Überzeugung, daß ein Minister nicht bloß für seine Amtsführung, sondern auch für seinen Rücktritt und dessen Folgen eine Verantwortlichkeit trägt, halten mich bisher in meiner Stellung. . . . Wenn Ew. Excellenz dabei, wie Sie sagen, die persönliche Freudigkeit fehlt, so kann ich Ihnen das sehr nachempfinden; ich kenne das Gefühl seit fast zehn Jahren nicht mehr, sondern nur das der Pflicht gegen Gott und Menschen, und zwar einer Pflicht, die ich nicht mit Liebe zur Sache erfülle, sondern unter dem Zwange meines eignen Gewissens."

Otto Bi

Geist und Gerechtigkeit des preußischen Landtagswahlsystems.

In den „Leipz. Neuest. Nachr." finden wir einen Artikel über die preußischen Landtagswahlen, aus dem wir folgenden Satz abdrucken:

In all den Ärger und all die Unbequemlichkeiten der Wahlzeit hat die unlängst erfolgte Aufstellung einiger aus dem preußischen Wahlrecht erfließenden Wunderlichkeiten eine heiter-versöhnliche Färbung gebracht. Da sind allerdings Erscheinungen aus den Geheimfächern des „elendesten aller Wahlsysteme" an das Tageslicht gezerrt worden, die doch wohl nur ein allgemeines Schütteln des Kopfes hervorrufen können. So wird in Altona der Oberbürgermeister nur in der dritten Klasse wählen, während in einem andern Bezirk derselben Stadt ein Brotträger in der ersten Wahlerklasse stimmt. Bekanntlich wird jeder Urwahlbezirk in drei Teile zerlegt nach Maßgabe der von seinen Bewohnern aufgebrachten Steuersumme unter Einbeziehung der Kommunalabgaben. So kommt es, daß in dem Teil der Berliner Wilhelmstraße, in dem die meisten Minister, zugleich aber auch einige reiche Bankiers wohnen, der Reichskanzler und die Minister Thielen, v. Bülow, Schönstedt, Graf Posadowsky, sowie der Obergewandkämmerer Graf Perponcher und Fürst Radziwill in der dritten Klasse wählen müssen, daß in einem andern Bezirk in der ersten Abteilung lediglich der Chef des Hauses Mendelssohn und in der zweiten Abteilung nur zwei seiner Kompagnons die Wahlmänner bestimmen, daß also diese drei Herren zwei Drittel aller Wahlmänner stellen, während Männer, die bis zu 80000 Mark jährlicher Steuern entrichten, zu der missera contribuens plebs der dritten Abteilung geworfen werden. Andererseits giebt es in Berlin Bezirke, in denen man schon, wenn man 195 Mark steuert, in der ersten, bei 18 Mark in der zweiten Klassen wählen darf. Dort ist also ein Arbeiter, der drei bis vier Mark Tagesverdienst hat, schon Wähler zweiter Güte, und wer 3000 Mark einnimmt, darf sich in dem Bewußtsein sonnen, Wähler erster Güte zu heißen. Eugen Richter rechnet sogar aus, daß in vierzig Bezirken Berlins die Grenze der oberen Klassen schon zurückgeht bis auf zwölf, in zwei Kreisen sogar bis auf 7 Mark. Daß hier selbst für den, der das plutokratische Wahlsystem sonst glühend verehrt, ein direkter Unsinn vorliegt, ist klar. Ist es doch Thatsache, daß jetzt ein Mann, der 12 Mark Steuern entrichtet, hundertfach mehr Wahlrecht ausübt, als der andre, der 80000 Mark bezahlt! Hübsch sind auch einige Beispiele, die die „Voss. Ztg." anführt: „In einem Teil der Wilhelmstraße ist man mit 1819, in dem andern mit 6240, in dem dritten erst mit 18845 Mark Steuerbetrag Wähler der zweiten Abteilung. Wer in der Lessingstraße 3 wohnt, kommt mit 2470 Mark Steuer in die zweite, sein nächster Nachbar von Nr. 4 mit derselben Summe oder auch mit 3546 Mark Steuer in die dritte Klasse. Wer Breite Straße 7 wohnt, muß wenigstens 1218,40 Mark Steuer zahlen, um in der zweiten Abteilung zu wählen, in der Breiten Straße 8 genügen schon 308 Mark, Falckensteinstraße 1 ist man mit 200 Mark Steuer in der dritten, Falckensteinstraße 17 in der zweiten und Falckensteinstraße 16 schon mit 25 Mark in der ersten Klasse. Aber die ganze Tiefe der Sinnigkeit dieses Wahlrechts eröffnet sich erst, wenn man sieht, daß der politische Einfluß auch davon abhängt, mit welchem Buchstaben der Name des Wählers anfängt. Wer zwölf Mark Steuer zahlt, wählt in der Falckenstraße 16 zwar in der zweiten Klasse, aber nur wenn sein Name höchstens mit Ka beginnt; heißt der unglückliche Wähler Schulze oder Weber oder selbst v. Zitzewitz, so ist er unabänderlich verurteilt, in der dritten Abteilung zu wählen."

Es ist selbstverständlich, daß der haarsträubende Unsinn, der in solchen Verhältnissen sich ausdrückt, eine Abstellung erfordert. Man darf keinen Zweifel daran hegen, daß die preußische Regierung, deren vornehmste Vertreter jetzt ja am eigenen Leibe ihre Erfahrungen machen werden, recht bald eine Novelle zum Wahlgesetz vorlegen wird. Es gilt ja schließlich nicht einen radikalen Umsturz des bestehenden Rechtes, wohl aber die Abstellung von Widersinnigkeiten, die doch recht stark an Schildbürg und Abdera gemahnen. —

Wir brauchen dem nichts hinzuzufügen.

„Hier ruht in Gott"? Es ist Abend. Ein rauher, kalter Wind fährt durch die Bäume, und auf den Gräbern tanzt das welke Laub. Ich gehe an den Gräbern vorüber, langsam — ganz langsam. In meiner Hand halte ich einen Strauß von Ästern für das Grab meiner Mutter. —

Zwei Jahre ist sie nun schon tot. „Sie starb an gebrochenem Herzen" sagten die Leute — und so war es auch. Wir hatten früher in einem kleinen Häuschen gewohnt, das dem reichen Agenten Goldstein gehörte. Als nun meine Mutter eines Monats die Miete nicht aufbringen konnte, wollte er uns auf die Straße setzen und dann wäre uns nichts anders übrig geblieben als betteln zu gehen. Nur unter einer Bedingung wollte er uns das Geld schenken — wenn meine Mutter zu ihm zöge. Sie war ja jung und schön, und der Vater war schon bald nach der Hochzeit gestorben. Sie that es nicht, sie konnte es nicht thun — aber da dachte sie an mich, an ihr Kind. Sie wollte mich nicht hungern, nicht betteln lassen, und darum that sie's endlich. Nun erhielten wir alles, was wir wollten. Meine Mutter bekam die schönsten Kleider — aber sie siechte langsam dahin, von Stunde zu Stunde, von Tag zu Tag. Da wurde er ihrer überdrüssig — und eines Tages schickte er uns doch auf die Straße. — — —

Ich gehe an den Gräbern vorüber, langsam — ganz langsam. Endlich bin ich an dem Grabe meiner Mutter. Ich lege den Strauß darauf nieder und weine. Ein kleines Holzkreuzchen steht auf dem Grab. Ich hatte es selbst gemacht und hatte darauf eingeschrieben:

„Hier ruht in Gott —"

Dann gehe ich weiter. Einen Augenblick bleibe ich noch stehen und sehe auf ein prächtiges Marmordenkmal mit der Inschrift:

„Hier ruht in Gott
Julius Goldstein."

Ich balle die Faust und stoße einen Fluch aus über den Mann, den das „Hier ruht in Gott" gesetzt ist. Und dann gehe ich wieder zurück. — — Es wird immer dunkler um mich her und über den kahlen Baumkronen stehen die goldenen Sterne . . .

M. Overweg.

Digitized by Google

Saccharin in der Armee. Die Firma Herzog & Fuchs zu Andernach, die nach einem Verzeichnisse auf der Rückseite ihrer Rechnungen an mehr als hundert Truppenteile Verpflegungsgegenstände liefert, hat jüngst an die Küchenverwaltungen eine neue Preisliste ihrer Artikel versandt. Sie bietet darin den Menage-Kommissionen auch Saccharin an, unter der Behauptung, Saccharin sei gesünder wie Zucker; gleichzeitig machen Herzog & Fuchs bekannt, daß ihnen der Verkauf des Saccharin in der Armee und Marine von der Firma Fahlberg, List & Co. zur ausschließlichen Ausübung übertragen sei. Der Preisliste liegt auch eine frankirte und vorgedruckte Bestellkarte für Kaffeewürze und Kristall-Saccharin bei. — Da es wohl den meisten Küchenvorständen der Truppenteile bekannt sein dürfte, daß Saccharin nicht den geringsten Nährwert hat, hoffen wir, daß seitens der Truppen Bestellungen auf Saccharin nicht erfolgen; es erscheint jedoch angezeigt, daß das Reichs-Marine-Amt und das Kriegsministerium den Küchenverwaltungen den Gebrauch von Saccharin statt des Zuckers ausdrücklich untersagen und eine entsprechende Bestimmung in die Friedensverpflegungs-Vorschrift aufnehmen.

Gewissen Lieferanten geht der Verdienst über alles, unbekümmert darum, ob unsern Soldaten statt des nahrhaften Zuckers ein minderwertiges Süßmittel verabreicht wird.

Mosaik.

Konservative und Reichstagswahlrecht. Im Konservativen Verein zu Leipzig ist am 3. Oktober eine Versammlung abgehalten worden, die sich u. a. mit der Abänderung des Reichstagswahlrechts beschäftigte. Der Vortragende, dem großer Beifall gezollt wurde, trat für ein Zusammenwirken der liberalen (?) und konservativen Parteien ein und wendete sich gegen die Nationalsozialen, Christlichsozialen und Sozialdemokraten. Er stellte das jetzige allgemeine Wahlrecht als ungerecht hin und meinte, nur durch eine Änderung könne Besserung herbeigeführt werden. — Da haben wir's!

Die Goldwährung in Ost-Asien. Japan beabsichtigt eine auswärtige Anleihe von zehn Millionen Pfund aufzunehmen. Ob die europäischen Kapitalisten darauf hineinfallen werden? Japan wird Kapital und Zinsen in Gold versprechen, aber die japanische Goldwährung ist unhaltbar. Die Zustände im Lande sind höchst bedenklich. Dem „Economist Européen" schreibt man aus Petersburg: „Eine monetäre Krisis wütet gegenwärtig in Japan. Im Monat übersteigt die Einfuhr die Ausfuhr um siebzig Millionen Rubel. Die Staatsbank leiht den Privatbanken Geld zu zehn v. H., diese den Privatleuten zu zwölf bis fünfzehn v. H. Man spricht von einer Anleihe in England, die englischen Kapitalisten sollen die Verpfändung der Zölle fordern." Man sieht, mit Japan, das der Silberwährung einen so stoumenswerten Aufschwung dankte, geht es furchtbar schnell bergab trotz des siegreichen Krieges und der chinesischen Zahlungen, seit es sich bethören ließ, die Goldwährung einzuführen. Es ist sicher anzunehmen, daß die Bernunft eines Tages die Oberhand gewinnt und Japan wieder zum Silber zurückkehrt. Dann wird es wieder kreditfähig. Denn für den Gläubiger ist ein Schuldner, der in Silber zahlt, vorteilhafter, wie ein solcher, der in Gold verspricht und bankrott macht. Das Beispiel des Silberlandes Mexiko und des Goldlandes Chile sollten die europäischen Kapitalisten beherzigen. Das besiegte China wird sich mit dem Silber emporarbeiten, das siegreiche Japan krankt am Golde. Nicht eine Anleihe, die nur ein Tropfen auf dem heißen Stein ist, sondern nur die Rückkehr zum Silber rettet Japan.

Firmen-Verschleierung. Frau Hedwig Cohn geb. Cohn zu Berlin firmiert Hed. Cohn! —

Die Firma Paul Köhler, Litterarisches Bureau zu Berlin, ist von dem Verlagsbuchhändler Dr. jur. Berthold Auerbach erworben, der sie unter unveränderter Firma fortsetzt. —

Inhaber der Firma Moritz Pach zu Berlin sind die Kaufleute Adolph Pyttheim, Max Ettlich und Leo Fürst. —

Zu Berlin, Guben, Brandenburg und Kottbus ist die Gesellschaft gegründet: „Heimchen", Seifen-Versandhaus, Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Gesellschafter sind: Kaufmann Max Lewin zu Berlin, Brandenburgstraße 44, und der Seifensieder Ed Jacoby zu Berlin, Hasenhaide 21. Die Zeichnung der Firma erfolgt nur durch den Geschäftsführer und dieser ist . . . Max Lewin.

Juden unter falschen Namen. Aus Dresden sind kürzlich die beiden russischen Juden Dr. Helphand und Dr. Marchlewsky ausgewiesen worden, die seit einigen Jahren an der „Sächsischen Arbeiterzeitung" ihr Wesen trieben. Besonders war es der erste, der unter dem Namen Dr. Parvus die häßlichsten Schmähartikel erscheinen ließ. Nach seiner Ausweisung erschien er auch auf dem sozialdemokratischen Parteitage in Stuttgart und zwar unter dem Namen Dr. Parvus. Die Redner nannten ihn auch nur „Genosse Dr. Parvus", und die Zeitungen berichteten demgemäß.

Wie ist es möglich, daß Jemand unter einem falschen Namen umherreisen kann? Was würde daraus werden, wenn sich heute alle Hinz in Kunz umtaufen und alle Kunz plötzlich Hinz nennen lassen würden? Die Polizei sieht doch sonst so sehr darauf, daß niemand einen falschen Namen führe. Warum erlaubt sie dem russischen Juden incognito zu reisen und zu reden? Gegen schriftstellerische Pseudonymität läßt sich im allgemeinen nicht viel sagen — aber, wenn erst öfter Redner unter falschen Namen herumreisen, da kann es ja zu netten Folgerungen kommen.

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. Der jüdische Gesellenverein zu Köln (Rhein) feierte dieser Tage sein erstes Stiftungsfest durch einen Simchas-Thora-Ball. Der Verein will die moralische und geistige Ausbildung seiner Mitglieder fördern. Wieviele wirklichte „Gesellen" ihm angehören, erfieht man nicht aus der „Köln. Ztg.", der wir obige Angaben entnehmen. Wir schätzen die Zahl nicht sehr hoch! —

Die in unserm Artikel „Barmer Ärztestreik" erwähnten Doktoren Ullendorf und Rubensohn sind Doktorjuden; ihr Verhalten gegenüber ihren Kollegen ist also erklärlich. Wie manche jüdische Ärzte ihren Beruf auffassen, zeigte ein andrer Kollege in Barmen. Er empfahl sich im Lehrbacher Bezirke durch Zurücklassen seiner Geschäftskarte in den Wirtshäusern.

Der Rabbiner S. N. Lunden erzählt in seiner Schrift „Unter jüdischen Proletariern", daß die jüdischen Proletarier in Lodz einst lange keine Arbeit bekamen, weil sie den Sabbat hatten wollen, und das den Fabrikanten nicht behagte. Endlich in der größten Not erklärten sie sich bereit, auch am Sonnabend zu arbeiten, worden aber trotzdem nicht angenommen, denn der konservative Rabbiner hatte das bei den Fabrikanten durchgesetzt. Ja, er soll sogar erklärt haben, solange er in Lodz lebe, werde am Sonnabend nicht gearbeitet werden. Und im Deutschen Reiche stehen Juden mit an der Spitze der Bewegung gegen die Sonntagsruhe. —

Eine „Deutsch-Israelitische Theatertruppe aus Amerika" gab während der Anwesenheit des Kaisers in der türkischen Hauptstadt dort Vorstellungen. —

Bei der Wahl eines Distrikts-Rabbiners zu Aschaffenburg wurden von 318 Wählern 319 Stimmzettel abgegeben.

Prima kleine
Gänsefedern
mit sämmtlichen Daunen, das Pfund zu M. 2.70, bei 5 Pfd. frei.
Garantie Zurücknahme.
J. Bartscher, Geflügelhdlg., Nienberg in Westfalen.

Billige, dichte
Dächer
Muster bei 25 Pfg. Briefmarken
Andernach's Asphalt-Dachpappen-Fabrik
Andernach a. Rhein.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königsstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe, Berlin NW. 5, Kruppstr. 13.
Druck: G. Pierschke, Leipzig.

Digitized by Google

Deutsch-Soziale Blätter.

Herausgegeben von Max Liebermann v. Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Bezugs-Preis: vierteljährlich Mk. 1.50 bei den Postanstalten (Post-Zeitungsliste Nr. 1738) und Buchhandlungen. Unter Streifband Mk. 2.

Anzeigen: die 4-gespaltene Petit-Zeile 25 Pfennige. Verantwortl.: Redaktionelle Nr. 27. Leipzig.

XIII. Jahrgang. | Leipzig, 3. November 1898. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Juden-Frage. Otto Glagau. | Nr. 533.

Inhalt: Die Abgeordnetenwahl zum preuß. Landtage. — Krankenpflege auf dem Lande. — Das Großkapital. — Vom Prozessieren. — Verbrecher-Verschickung. — Parteinachrichten. — Zitate! im Konflikt mit den Landesgesetzen. — Mosaik.

Die Abgeordnetenwahl zum preußischen Landtage

ist vollzogen, wenn unsre Leser heute dieses Blatt zu Gesicht bekommen. Wir hoffen, daß wenigstens im Kreise Hersfeld-Rotenburg der Abg. Werner das Mandat erringt, im Kreise Homberg-Ziegenhain ist leider die Niederlage unsers Landidaten, des Abg. von Liebermann, ganz sicher. Es ist heute schon möglich, ganz offen über die Ursachen dieser Niederlage zu sprechen.

Fehler auf unsrer Seite sind diesmal in erheblichem Maße nicht begangen worden. Es sei denn, daß man die allgemeine Gleichgiltigkeit und Unterschätzung der Bedeutung dieser Wahlen in der Partei als einen schwerwiegenden Fehler ansehen will.

Daß wir in dem Wahlkreise Homberg-Ziegenhain mit der Kandidatur v. Liebermann vorgehen mußten, ergab sich mit Notwendigkeit aus den Verhältnissen. Herr von Liebermann ist dort zum dritten Male in den Reichstag gewählt und erhielt das letzte Mal, ohne daß er irgendwelche Agitation im Kreise treiben konnte, mehr als drei Viertel aller abgegebenen Stimmen. Auch zur Landtagswahl hat er dort schon zweimal kandidiert. Das erste Mal bekam er 56, das zweite Mal 87 Stimmen, und die Wahlprüfungs-Kommission hatte auf Grund von Beschwerden die Mehrheit, mit der 1893 sein Gegner von Baumbach siegte, auf drei Stimmen berechnet. Danach schienen alle Bedingungen für eine erfolgreiche Wahlkampagne diesmal gegeben. Während aber die Gegner in richtiger Erkenntnis, daß ihr Mandat aufs Ernstlichste gefährdet sei, schon vor den Reichstagswahlen die Vorbereitungen zur Sicherung des Landtagsmandates begannen, konnte davon bei uns, aus den auf dem Parteitage genugsam erörterten Gründen, nämlich wegen Mangel an Arbeitskräften und noch mehr an ausreichenden Geldmitteln, nicht gedacht werden. Als dann endlich nach Feststehung des Wahltermins die Wahlarbeit mit privaten Mitteln begonnen wurde, hatten die Gegner einen Vorsprung, der nicht mehr einzuholen war.

Die beiden Landratsbezirke, aus denen der Wahlkreis sich zusammensetzt, bieten mancherlei Verschiedenheiten. Die Bevölkerung des Kreises Homberg ist niederhessischen Stammes, intelligent, arbeitsam, zäh und hartnäckig. Sie erfreut sich in den meisten Gegenden eines mäßigen Wohlstandes und hat bei aller Fügsamkeit gegen die Anordnungen der Obrigkeit doch ein bedeutendes Maß von eignem Urteil und Selbständigkeitsgefühl. Der junge Landrat des Kreises, der seinem Vater im Amte gefolgt ist, kennt Land und Leute, und es herrscht ein sehr gutes, für beide Teile ersprießliches Verhältnis zwischen ihm und den Kreis-Eingesessenen. Er ist viel zu klug und rechtlich denkend, um dieses gute Verhältnis durch plumpe Beeinträchtigung der Wahlfreiheit zu stören. Daß er als konservativer Mann persönlich seinen Einfluß im Sinne der konservativen Kandidatur in angemessenen Formen geltend macht, sind wir die Letzten, ihm zu verdenken.

So hat sich der Wettbewerb um das Mandat im Kreise Homberg durchaus so vollzogen, wie es der verfassungsmäßig gewährleisteten Wahlfreiheit entspricht. Herr von Baumbach ist umhergereist und hat persönlich für sich geworben, desgleichen unser Abg. von Liebermann. Das Ergebnis ist, daß etwa fünf Sechstel der Wahlmänner für von Liebermann und ein Sechstel für von Baumbach gewählt sind. Das entspricht etwa auch dem Stimmenverhältnis bei der Reichstagswahl. In unserm Nachteile ist aber der Kreis Homberg weit kleiner als der Ziegenhainer. Jener stellt 79, dieser aber 120 Wahlmänner. Der Kreis Ziegenhain wird in der Hauptsache von dem interessanten Volksstamme der Schwälmer, so benannt nach dem Flüßchen Schwalm, bewohnt. Sie tragen ihre eigene Landestracht, hängen fest an alten Sitten und Gebräuchen, sind fleißig, im Durchschnitt recht wohlhabend und vielfach sogar nach bäuerlichen Begriffen reich. Sie heiraten meist unter sich, schließen sich gegen die Nachbarkreise ab und sind ziemlich scheu und zurückhaltend im Verkehr mit Fremden. Es ist nicht leicht, ihr Vertrauen zu gewinnen. Ist es aber einmal gelungen, so bewahren sie diesen große persönliche Anhänglichkeit.

Der Abg. von Liebermann besitzt die Zuneigung der Schwälmer in hohem Maße. Das beweisen sie bei den Reichstagswahlen, und das zeigen sie dadurch, daß sie oft viele Stunden weit dahin pilgern, wo er Versammlungen abhält. Bei den Landtagswahlen aber tritt eine weniger angenehme Eigenschaft des schwälmer Volkscharakters hervor. Eine große Zahl rühmlicher Ausnahmen abgerechnet, ist der Schwälmer nämlich im Allgemeinen von Landratsfurcht geradezu besessen. Man erzählt zur Charakterisierung dieser Eigenschaft scherzweise, daß die schwälmer Bürgermeister, wenn sie aufs Landratsamt nach Ziegenhain bestellt sind, schon vor den Thoren der Stadt ihre Otterfellmütze abnehmen. Diese Eigenschaft, die sehr wenig zu dem stattlichen Äußern der Schwälmer paßt, hat unsre Niederlage vorzugsweise herbeigeführt.

Der Landrat des Kreises Ziegenhain ist ein Herr v. Schwertzell. Er stammt aus einer alten, seit vielen Jahrhunderten im Kreise angesessenen Familie, die auch heute dort noch bedeutendes Besitztum hat. Wir wissen es wohl zu würdigen, welchen Vorteil es für einen Kreis haben kann, wenn sein Landrat durch Geburt und Besitz mit den Interessen des Kreises und der Bevölkerung eng verknüpft ist, und wir kennen auch in dem ehemaligen Kurfürstentume Hessen Beispiele, wo ein solches Verhältnis segenbringend wirkt. Aber dann muß gegenseitiges Vertrauen das verknüpfende Band sein. So liegen die Dinge im Kreise Ziegenhain nicht. Wir haben noch niemals ein solches Maß von Erbittterung bei der Landbevölkerung gegen Großgrundbesitzer gefunden, wie es gegen die Familie von Schwertzell in vielen Ortschaften des Kreises Ziegenhain herrscht. Das beweist z. B. auch die nicht unbeträchtliche Anzahl der sozialdemokratischen Stimmen, die unter anderm im Dorfe Willingshausen, wo das Schwertzellsche Hauptgut liegt, bei der letzten Reichstagswahl abgegeben worden sind. Der Landrat von Schwertzell mag das wahrscheinlich selber gar nicht wissen, denn er sieht, wenn er mit seinen Kreis-Insassen in Berührung kommt, meistens nur gefügige Untergebene. Wir haben auch gar keinen besondern Grund anzunehmen, daß der Landrat von Schwertzell persönlich Eigenschaften besitzt, die geeignet sind, ihn besonders gefürchtet zu machen. Aber die Geschäfte des Landratsamtes führt ein gewisser Kreissekretär Brunner seit langen Jahren, und dieser Herr hat es verstanden, die erwähnte Charakter-Eigentümlichkeit der Schwälmer in einer Weise zu benutzen, daß Wahlfreiheit bei den Landtagswahlen im Kreise Ziegenhain ein überwundner Begriff ist.

Digitized by Google

Wie schon gesagt wurde, lag für die Landratspartei große Veranlassung vor, um ihr Landtagsmandat in Sorge zu sein. Der seitherige Abg. von Baumbach, Anteilsbesitzer an einem verpachteten Fideikommiß, also nicht ausübender Landwirt, als was er immer sälschlich in der konservativen Presse bezeichnet wird, ist durch Schwertzell'schen Einfluß zweimal gewählt worden. Er ist persönlich nicht unbeliebt, aber seine Thätigkeit im Landtage wird im Wahlkreise nicht besonders hoch bewertet, während die Anerkennung für die Leistungen des Abg. von Liebermann unter der Landbevölkerung stetig gestiegen ist. Herr Kreissekretär Brunner oder die Familie von Schwertzell — genau können wir das nicht wissen — ersannen nun einen verteufelt geschickten Plan, dessen Ausführung bereits im März d. J. begann. Man hatte den Provinzial-Vorsitzenden des Bundes der Landwirte für Hessen-Nassau, Herrn Felix von Gilsa, den Nachfolger des energischen und umsichtigen Oberamtmanns Oldenburg, zu folgendem meerwürdigen Verhalten bewogen. Herr von Gilsa leitete am 13. März eine Versammlung des Bundes für den Kreis Ziegenhain (nicht für den Wahlkreis Homberg-Ziegenhain), was doch eigentlich nicht Sache des Provinzial-Vorsitzenden, sondern des Kreis-Vorsitzenden gewesen wäre. In dieser von Schwertzellschen, Baumbachschen und wohl auch Dörnbergschen*) Pächtern besuchten Versammlung wurde beschlossen, bei der Reichstagswahl die Kandidatur des Abg. von Liebermann, für den Landtag die des Abg. von Baumbach zu unterstützen. Herrn von Gilsa war dabei vollständig entgangen, daß dieser Beschluß schon deshalb ganz unzulässig war, weil er nur von einer Hälfte des Wahlkreises und in Abwesenheit und ohne Vorwissen des Wahlkreis-Vorsitzenden gefaßt war. Aber er kam in die Zeitung und beeinflußte von vornherein die öffentliche Meinung, und das und nichts anders wollten die Schwertzells, die, beiläufig gesagt, nicht einmal Mitglieder des Bundes sind. Es fanden dann noch zwei Versammlungen von sogenannten konservativen und nationalliberalen „Vertrauensmännern" statt, die den gleichen Beschluß faßten. In einer dieser Versammlungen war, wie man uns berichtet hat, der Landrat zugegen, während sein Bruder August von Schwertzell die Versammlung leitete, zu der zahlreiche schwärmer Bürgermeister herangiziert waren. Diese sahen nun mit eigenen Augen, wie ihr hoher Chef für den Beschluß stimmte, das Reichstagsmandat dem Abg. von Liebermann, das Landtagsmandat hingegen Herrn von Baumbach zu lassen. Sie wußten nunmehr Bescheid über die Meinung des Landrats und die Orts-Oberhäupter, die nicht dabei gewesen waren, lasen es in den Kreisblättern. So wurde im Wahlkreise allmählich mit etwas Nachhilfe die Anschauung verbreitet, daß der Abg. von Liebermann gar nicht zum Landtage kandidieren werde. Etwa vierzehn Tage vor der Reichstagswahl wurde Herrn von Liebermann von dem Vorsitzenden der thatsächlich kaum vorhandnen „konservativen Partei im Wahlkreise Fritzlar-Homberg-Ziegenhain" die Zumutung gestellt, er solle die Unterstützung seiner Wahl durch die Konservativen für einen Verzicht auf die Landtagskandidatur eintauschen. Erklärlicherweise bekam man auf diese seltsame Zumutung keine Antwort, und so wurde dann im letzten Augenblicke noch eine konservative Kandidatur Baumbach proklamiert, die es auf etwa 25 Stimmen brachte. Andre 27 Stimmen von Konservativen fielen auf den Landrat von Gehren (Homberg) und die Mehrzahl der konservativen Herren enthielt sich der Wahl. Diese Thatsache hinderte aber einen Gewährsmann der „Kreuzztg.", der im Wahlkreise wohnt, nicht, bei Beginn unsrer Landtagswahl-Arbeit ihr die wissentlich falsche Nachricht zukommen zu lassen, daß die Konservativen den Abg. von Liebermann bei der Wahl „treulich" unterstützt hätten. Zuzwischen war die Legendenbildung von einem Verzicht des Abg. von Liebermann zu Gunsten des Abg. von Baumbach im ganzen Wahlkreise gefördert worden und wurde besonders bei den Schwälmern geglaubt. Das erleichterte dem Herrn von Baumbach seine im August begonnene Arbeit im Geheimen Unterschriften sür seine Wahl-Empfehlung in den Dörfern zu suchen und zu finden. Er suchte überall in den Schwalmdörfern die Bürgermeister auf, die ihn, den Freund des Landrats und den von diesem bestimmten Kandidaten zumeist mit großem Entgegenkommen empfingen und in der Ortschaft unter ihrer Autorität selbst Unterschriften sammelten. Besonders einflußreiche Dorf-Bürgermeister und Günstlinge des Herrn Landrats begleiteten wohl auch Herrn von Baumbach in andre Dörfer und wirkten auf die Kollegen ein. In einem Teile der Ortschaften besorgte die Sammlung der Unterschriften der Bürgermeister Bösser aus Ziegenhain, in einem andern der Metropolitan Gleim aus Neukirchen zusammen mit dem Kreissekretär Brunner. Wieder an andern Stellen der Revisor der ländlichen Gemeindekassen, Stuhlmann aus Ziegenhain. Mehrfach hat die Beschaffung von Unterschriften gradezu amtlichen Charakter getragen, so in Frielendorf, wo die Leute im Amtslokale des Bürgermeisters bei der Steuer-Veranlagung unterschreiben mußten, und so in Treysa, wo der Bürgermeister Ludwig den Stadtdiener die Unterschriften einsammeln ließ, so in Todenhausen, wo der Bürgermeister Haas in Amtsexpedit bei schon genannten Revisors Stuhlmann den Gemeinderechner Bähr zum Baumbachschen Vertrauensmann stempeln wollte.

Als der Abg. von Liebermann endlich ende September persönlich in den Wahlkreis kommen konnte, fand er diese Vorarbeit seiner Gegner schon gelegtet. Ein Teil seiner treuesten Anhänger im Kreise Ziegenhain, darunter nicht wenige Wahlmänner von der vorigen Wahl, hatten sich unter irrtümlichen Voraussetzungen für den Gegner verpflichtet.

Im Kreise Homberg stand die Sache günstiger, dort hatte Baumbach nur sehr wenige Unterschriften gefunden.

Wir können hier nicht alle Einzelheiten der Wahlbewegung durchgehen, wollen aber wenigstens zum Ausdruck bringen, daß ein solches Maß amtlicher Wahlbeeinflussungen wie diesmal im Kreise Ziegenhain kaum jemals in dem so viel verschrieenen Osten Preußens stattgefunden haben dürfte. Die Bundesflagge, die die Schwertzells mit List für ihren Kandidaten von Baumbach sich in der entscheidenden Versammlung zu Neukirchen verschafft hatten, entrich ihnen der Abg. von Liebermann in offnem Kampfe. In der Generalversammlung des Bundes zu Homberg am 16. v. M. wurde er mit sechzig gegen zwei Stimmen zum Kandidaten ernannt. Und als man dann acht Tage später nochmals einen Putsch versuchte und eine Versammlung von Baumbach-Leuten, unter der Firma „Generalversammlung des Bundes behufs Beschlußfassung über die Kandidatur" zusammengetrommelt hatte, gelang es wieder dem persönlichen Eingreifen des Abg. von Liebermann, den Plan der Gegner zu zerstören und selber den Erfolg davonzutragen. Trotzdem der dort auch erschienene Provinzial-Vorsitzende des Bundes, Herr von Gilsa, mehre Lanzen für die konservative Partei brach, trotzdem Herr von Baumbach in großer Erregung und wenig höflichen Formen seine Sache führte, erhoben sich bei einer improvisierten Abstimmung für ihn wieder nur zwei Hände, und das Ende war, daß der Homberger Beschluß also nachgiebend anerkannt wurde. Leider hat der Bund aber im Kreise Homberg-Ziegenhain noch nicht den Einfluß und das Ansehen, den er haben könnte, wenn er treu Hand in Hand mit der dort herrschenden deutschsozialen Reformpartei ginge. Der dortige Wahlkreis-Vorsitzende sieht das in vollem Umfange ein, aber er kann gegen die Machenschaften nicht aufkommen, die aus den Schwertzellschen Kreisen nach Berlin spielen.

Seinen Hauptstrumpf spielte der Landrat von Schwertzell am 18. Oktober aus. Während die Einteilung der Urwahlbezirke des Kreises Homberg bereits mitte September herausgekommen war, erschien sie für den Kreis Ziegenhain erst zehn Tage vor der Wahl und warf planmäßig alles über den Haufen. Von neunzehn Urwahlbezirken, die aus mehren Gemeinden bestehen, waren sechszehn neu gruppiert und dazu ein neuer geschaffen. (In ganzen Kreise Homberg war dagegen nur die Verlegung einer einzigen Ortschaft für nötig befunden worden.) Die Neu-Einteilung war mit raffinierter Geschicklichkeit so getroffen, daß unser ganzes, auf der früheren, seit langer Zeit bestandnen Einteilung beruhendes Vertrauensmänner-System vollständig vernichtet wurde. Seit den Erscheinen dieser Neu-Einteilung war unsre Niederlage besiegelt. Wir werden die

*) Diese drei Familien sind die Großgrundbesitzer des Kreises.

Digitized by Google

Wirkung dieser Einteilung später einmal zu allgemeinem Nutzen und Frommen darstellen und hoffen, daß sie ein Nagel zum Sarge des elendesten aller Wahlsysteme werden wird.

Je näher der Wahltag heranrückte, um so fieberhafter wurde die Thätigkeit des Ziegenhainer Landratsamtes. Auf jeder Kirmes trat man Landratsschreiber; die Gemeindekassen erwiesen sich als dringend revisionsbedürftig und der mehrfach erwähnte Herr Stuhlmann soff mehr auf dem Wagen als auf seinem Schreibstuhle. Er hat — wie uns eben mitgeteilt wird — sogar am Wahltage in dem von Herrn von Liebermann scheinbar zurückeroberten Bezirke Versa-Engelbach sich an Wahlmanipulationen beteiligt, die die Ungiltigkeit der Wahl herbeiführen müssen, falls sich ihre Wahrheit herausstellt. Auf den schmutzigsten Landstraßen konnte man nachts nach Ziegenhain zurückkehrende Landratsschreiber treffen, die schwerlich nur Mondscheinpromenaden unternehmen wollten. Der Kantor Schnell aus Ziegenhain, ein schon aus der vorigen Wahl bekannter Kämpe des Landrats von Schwertzell, schrieb Briefe an einzelne Lehrer, worin er die größte Dankbarkeit „von gewisser Seite" in Aussicht stellte, wenn der Betreffende sich „warm" für Baumbachs Wahl interessieren wollte. In Treysa hielt es das Stadt-Oberhaupt, Herr Bürgermeister Ludwig Ludwig, nicht für zu gering, in eigner Person die Wahlmännerliste der Baumbach-Partei zu verteilen. Und um den Lehrern noch eine letzte Stärkung zu verabreichen, wurde in Ziegenhain für den Vorabend der Wahl eine Lehrer-Konferenz angesetzt, zu der Herr von Baumbach aus einem unserer treuesten großen Dörfer die Lehrer mit seinem eignen Wagen abholte.

Das ist eine kleine Blumenlese von Einzelheiten aus dieser Muster-Wahl.

Daß die Judenschaft mit dem Landratsamte um die Wette für den konservativen Herrn von Baumbach agitierte, ist selbstverständlich. Es sind denn auch sogar zwei jüdische Wahlmänner gewählt, Moses Moses in Frielendorf und Juda Spier in Merzhausen, dem Wahlbezirke, wo das Schwertzellsche Hauptgut liegt!

Das Endergebnis ist immerhin für uns noch ehrenvoll genug, hundert Stimmen bilden die absolute Mehrheit, 95 haben wir erkämpft — ob sie am Wahltage sämtlich abgegeben werden, ist uns zweifelhaft, denn der Schwertzellsche Wahl-Apparat hat mit Hochdruck bis heute weiter gearbeitet.

Meldungen über Wahl-Unregelmäßigkeiten und Beeinflussungen liegen bereits in großer Anzahl vor. Ob die darauf sich gründenden Proteste nach Jahr und Tag zu einer Kassierung führen können, ist uns ziemlich gleichgiltig — was wir hoffen und wünschen ist, daß über das hier kurz geschilderte System amtlicher Wahl-Beeinflussungen endlich einmal eine unparteiische Instanz zu Gericht sitzen und dem Rechte zum Siege verhelfen möge.

Krankenpflege auf dem Lande.

Der Bauer geht lieber zum Advokaten als zum Arzte. So schnell er im allgemeinen bereit ist, sein wirkliches oder vermeintliches Recht bei dem Gerichte zu suchen, so schwer entschließt er sich, in Gesundheitsnöten den Arzt zu Rate zu ziehen. Es giebt Ausnahmen; aber sie sind verhältnismäßig selten. Oft plagt sich der Bauer Wochen, Monate und Jahre lang mit einem Leiden, ehe er zu seiner Heilung auch nur einen Nickel opfert. Höchstens kauft er eine Wunderalbe, ein Pflaster oder irgend einen scharfen „aufgesetzten" Schnaps. Holt er den Arzt, so soll dieser in drei Tagen ein Leiden kurieren, das vielleicht drei Jahre vernachlässigt ist; der Bauer ist in dieser Beziehung grade so wie viele Städter. Doch alle Mühen des Arztes sind in den Dörfern oft vergeblich, weil es dort meistens an jeder, auch nur die bescheidensten Ansprüche befriedigenden Krankenpflege fehlt. Der ohnehin schon viel geplagte Landarzt kann sich natürlich nicht stundenlang an jedes Krankenbett stellen, er kann nicht auch die eigentliche Krankenpflege noch mit übernehmen. Er kann der Umgebung des Patienten nur bei jedem Besuche das scharf einprägen, was zum Besten des Kranken gethan werden muß.

Es ist unglaublich, was trotz dieser sich immer wiederholenden eindringlichen Vorschriften und Ermahnungen des Arztes auf dem Gebiete der Krankenpflege gesündigt wird. Gegen die Unwissenheit und grobe Gleichgiltigkeit kämpft oft die Kunst des gewissenhaftesten und tüchtigsten Arztes vergeblich. Seinen Anordnungen wird kein Verständnis entgegengebracht. Alles, was lästig ist, glaubt man oft, sei nicht notwendig. Die einfachsten Anordnungen werden häufig überhaupt nicht oder gänzlich verkehrt ausgeführt. So führt der Landarzt nicht nur einen aufreibenden Kampf mit den Krankheiten, sondern auch mit der Umgebung des Kranken. Die Folgen sind für beide Teile üble. Der Arzt verbraucht seine Kraft weit früher, als bei einsichtsvoller Krankenpflege und die Kranken haben bei den gegenwärtigen Zuständen eine geringere Aussicht, gesund zu werden. Früher Tod und jahrelangen Siechtum sind oft lediglich die Folgen der mangelnden Krankenpflege.

In jeder größeren Fabrik giebt es heute einzelne, die bei Unglücksfällen und Erkrankungen die erste Hilfe leisten können; Verbandsstoffe, Apothekerwaren und ein passender Raum für den nächsten Aufenthalt des Kranken oder Verunglückten sind meistens vorhanden. Diese Fürsorge ist getroffen, obgleich in den Städten und Industriecentren ein Arzt schnell zu erreichen ist und auch verhältnismäßig bequeme Gelegenheit zum Transport des Kranken nicht fehlt. Auf dem Lande ist in dieser Beziehung Mangel an allem — mit wenigen Ausnahmen. Der Arzt wohnt oft in einem andern Orte und kann mit dem besten Willen erst nach Stunden, nicht selten auch erst am andern Tage eintreffen, denn nicht jeder Ort kann sein Telephon haben. Im ganzen Dorfe ist oft nicht eine Person, die auch nur die Anfangsgründe der Krankenpflege inne hätte; natürlich fehlt es auch an Arzneien, schmerz- und blutstillenden Mitteln, Verbandszeug usw. Der Tod würde in manche Familie nicht unerwartet eingekehrt sein, hätte man in dieser Beziehung besser vorgesorgt.

In der Stadt hält man Samariterkurse ab, in den eigentlichen Bauerndörfern ist das bisher, soweit wir wissen, nie geschehen. Aber mit den Samariterkursen allein würde auf dem Lande wenig gebient sein; sieht es doch oft selbst an einem geeigneten Raume zur Unterbringung des Kranken. Jedes Dorf hat heute wohl sein Spritzenhaus und meistens auch einen vergitterten Raum als Gefängnis, es hat seine Wirtshäuser und Tanzsäle; aber ein passendes Zimmer zur Unterbringung eines Kranken oder Verunglückten hat es nicht. Dieser Mangel führt oft zu Vorgängen, die gradezu barbarisch sind. Es ist nicht selten, daß plötzlich erkrankte Fremde auf dem Lande in irgend einem Stalle untergebracht werden. In einem Dorfe in Sachsen ereignete es sich vor einiger Zeit, daß die auf der Reise plötzlich lebensgefährlich erkrankte Ehefrau eines Arbeiters von den Bauern in den kalten Stall des Dorfwirtshauses auf Stroh gelagert wurde. Dort lag die Unglückliche bis zum andern Tage. Dann gelang es endlich den nachdrücklichen Bemühungen des Arztes, sie wenigstens in einem Bodenraum unterbringen zu lassen. Die Bauernfrauen wollten Betten und einen passenden Raum für die Kranke nicht hergeben. Das ist ein Fall von vielen. Jeder Landarzt weiß, wie traurige Zustände in dieser Beziehung oft herrschen.

Es liegt im Nutz und Frommen der bäuerlichen Gemeinde selbst, mit den gegenwärtigen Verhältnissen aufzuräumen. Es ist sowohl eine Pflicht der Menschlichkeit, wie eine Maßregel vorbeugender Armenpflege, darauf zu dringen, daß in jedem Dorfe wenigstens ein Raum zur Unterbringung solcher kranker oder verunglückter Personen vorhanden ist, die entweder fremd sind oder für die es in der eigenen Wohnung einen passenden Raum nicht giebt oder deren Krankheit eine Absonderung erfordert. Ein derartiges dörfliches Krankenzimmer muß auch mit den notwendigsten Geräten zur Krankenpflege, besonders aber mit Badewanne, gewissen Arzneimitteln, Verbandszeug usw. ausgerüstet sein. Vor allem aber ist es notwendig, daß in jedem Dorfe wenigstens eine männliche und eine weibliche Person vorhanden ist, die in der Krankenpflege sachgemäß ausgebildet und

Digitized by Google

bereit ist, entweder um Gotteslohn oder gegen angemessene Entschädigung am Krankenbett thätig zu sein. Wo eine Hebamme im Dorfe wohnt, kann sie die Thätigkeit der Krankenpflegerin vielleicht mit übernehmen; natürlich nur, wo sich das mit ihrem andern Amte vereinbaren läßt. In Sachsen sind in einzelnen Dörfern Schwestern des sich mit der Krankenpflege befassenden „Albertvereins“ thätig. Überall, wo dies der Fall ist, weiß auch die landwirtschaftliche Bevölkerung die äußerst segensreiche Arbeit dieser Samariterinnen zu schätzen. Es läßt sich also annehmen, daß auch in andern ländlichen Gegenden das Verständnis für eine geordnete und sachgemäße Krankenpflege mit dieser selbst kommen wird. Die Kosten für ihre Einrichtung sind so gering, daß es sich nur aus der erwähnten Gleichgiltigkeit erklärt, wenn die Gemeinden es fast überall versäumten, der hergebrachten Hilflosigkeit auf diesem Gebiete endlich ein Ende zu machen. Wo die Gemeinden keinen eigenen Raum, der sich als Krankenzimmer eignet, besitzen, da läßt sich für sehr wenig Geld ein solcher mieten. Die Einrichtungs- und Anschaffungskosten für Bett, Wanne, Arzneimittel betragen schwerlich mehr als einige hundert Mark. Die laufenden Unterhaltungskosten sind, auf den Kopf der Bevölkerung verteilt, selbst in armen Gemeinden kaum zu spüren. Auch die öffentliche Wohlthätigkeit wird nicht verfämen, derartige gemeinnützige Einrichtungen zu bedenken. So können die Kosten um so weniger eine Rolle spielen, da die eigentliche Krankenpflege nur in den Fällen von der Gemeinde zu bezahlen ist, wo es sich um Ortsarme handelt. Für diese zahlen die Gemeinden schon heute oft noch höhere Kosten, da derartige Kranke, weil es im Dorfe selbst an einem geeigneten Raume oder an zweckentsprechender Pflege fehlt, in das Krankenhaus der nächsten Stadt überführt werden müssen. Diese Überführungen — ganz gleich, ob es sich dabei um Ortsarme oder um einen reichen Ortseingesessenen handelt — müssen meistens auf gänzlich ungeeigneten Wagen vorgenommen werden, und nicht selten wird eine derartige Fahrt den Kranken oder Verunglückten verhängnisvoll. Es würde sich empfehlen, wenn die Verwaltungsbehörden sich zum Besten des öffentlichen Wohls einmal damit beschäftigen wollten, welche Verbesserungen eigentlich in den Dörfern für die Unterbringung, Verpflegung oder verunglückter Personen und für eine sachgemäße Krankenpflege getroffen sind. Vielleicht findet sich dann auch ein Weg, um den Gemeindevertretungen einen Tropfen gemeinnützigen Denkens einzuimpfen und mit Zuständen aufzuräumen, deren sich unire Zeit schämen muß.

Am sichersten und schnellsten käme man wohl zum Ziele, wenn man den angehenden Lehrern auf den Seminaren die entsprechende Ausbildung zu teil werden ließe, so daß sie befähigt wären, den Verunglückten oder Erkrankten wenigstens die erste Hilfe zu leisten.

Das Großkapital.*)

Es ist nicht zu verwundern, wenn es Leute giebt, die das Geld völlig abschaffen wollen; denn die Rolle, die es jetzt in der Welt spielt, hat etwas Unheimliches, Verabscheuungswertes. Für den schwer schaffenden Arbeiter ist der kärgliche, ungewisse Geldlohn das Mittel, um sich und seine Familie mit den Nötigsten kümmerlich zu versorgen. Für den Mittelstand dient der bescheidene Besitz, die kleine Rente, der etwas höhere Verdienst dazu, das Leben etwas behaglicher zu gestalten, die Stellung etwas gesichert zu machen. Dem Reichen verschafft seine große Einnahme die Möglichkeit, sich alle Genüsse zu erkaufen, die auf Erden käuflich sind. Wozu aber dient das massenhaft herbeiströmende Geld dem Überreichen, dem Großkapitalisten? Es erhöht nicht seine Genüsse, es dient nicht dazu, ihm mehr Bequemlichkeit und Behagen zu verschaffen; für ihn ist es fast ausschließlich ein Machtmittel. Das ist gerade das Unheimliche, daß der Geldbesitz Macht verleiht, daß er eine Herrscherstellung gewährt. Diese Macht haftet dem Gelde an sich an; mag es ererbt oder erworben, gerauft oder erschwindelt sein — wer es besitzt, gewinnt dadurch Macht über seine Mitmenschen; er gewinnt die Macht, seinen Besitz auf Kosten anderer fortwährend zu vergrößern. Verhielte es sich anders, wäre das Geld blos ein Mittel um sich Genüsse zu verschaffen, um sich das Leben angenehm zu machen, dann könnte man seine jetzige Verteilung noch ungerecht finden, aber sie wäre zu ertragen. Die Abhängigkeitsverhältnisse aber, die der Geldbesitz bewirkt, sind unerträglich. Unsre Zeit ist stolz darauf, daß sie die Sklaverei und Leibeigenschaft abgeschafft hat; und doch sind die Abhängigkeitsverhältnisse, in denen die heutigen Lohnarbeiter — dazu gehören nicht nur die „Männer der schwieligen Faust“, sondern auch sehr viele Kopfarbeiter — zum Großkapital stehen, häufig weit drückender und schwerer zu ertragen, als Hörigkeit und Sklaverei.

Dazu kommt, daß die Macht, die das Geld verleiht, progressiv mit der Größe des in einer Hand vereinigten Kapitals wächst. Ein Million ist mächtiger als zehn Personen, die zusammen eine Million besitzen; ein Milliardär ist mächtiger, als tausend Personen, die je eine Million besitzen. Nun liegen wir aber, daß in der Gegenwart ganz unerhört große Kapitalmassen in einzelnen Händen sich zusammenballen. Man muß immer und immer wieder mit dem Finger darauf hinweisen und unsern Zeitgenossen zurufen: Die Großkapitalisten, nicht die Sozialdemokraten sind es, die für die gegenwärtige Staats- und Gesellschafts-Ordnung die größte Gefahr bilden.

Das Großkapital ist es, nicht die proletarischen Volksmassen, das den Mittelstand mit Vernichtung bedroht; das Großkapital, das nach Art eines riesigen Schwammes das gesamte für das Leben des sozialen Körpers nötige Blut ansaugt.

Das Großkapital ist der Vampyr, der begierig dem ganzen Volkskörper alle Nahrungssäfte entzieht.

Das Großkapital ist es, das den Markt beherrscht, das die Produzenten durch seine Übermacht zwingt, ihre Produkte billig zu verkaufen, und die Konsumenten ihre Bedürfnisse teuer zu ersiehen.

Das Großkapital beherrscht die Presse und damit die öffentliche Meinung; das Großkapital beherrscht die Börse, d. h. den Geldmarkt und damit jeden, der des Geldes bedarf.

Nicht nur jeder einzelne Staatsbürger kommt so in eine Abhängigkeit vom Großkapital; auch der Staat selbst wird schließlich, wenn auch nicht für jeden sichtbar, vom Großkapital gelenkt; natürlich so, wie es für das Interesse des letzteren gut ist. — Wir bemerken hier kurz, ohne auf diese Seite der Frage einzugehen, daß heutzutage die Mehrzahl der Großkapitalisten dem auserwählten Volk angehört; daß wir alle, unser ganzer Staat, daher thatsächlich einer Fremdherrschaft unterliegen.

Man kann die Macht, die die Geldmänner über die Großen der Erde, Minister und Fürsten ausüben, nicht leicht überschätzen. Von wie vielen Prinzen und Kronenträgern ist es bekannt geworden, daß sie in der traurigsten Abhängigkeit von ihren Bankiers dahingelebt haben. Nur einige Beispiele aus der Neuzeit mögen hier Platz finden. Unsern Lesern wird es bekannt sein, wie verschuldet der unsinnige Ludwig II. von Bayern war, lange bevor sein Leben ein tragisches Ende nahm. Sie wissen wahrscheinlich um die Beziehungen, die der unglückliche Kronprinz Rudolf von Österreich zu einer miserablen Judenklique hatte; auch er steckte tief in Schulden, die er nicht abzutragen vermochte. Durch Ahlwardt ist es bekannt geworden, wie der edle Held und Dulder Friedrich III. viele Jahre bis zu seiner Thronbesteigung in den drückendsten Schuldverhältnissen gelebt hat. Von den lebenden Fürsten sind gewiß noch manche genau so dem Wucher verfallen, wie die genannten; von einigen nimmt es alle Welt an, ohne es zu wagen, darüber zu sprechen. Solche Verschuldungen sind natürlich Hemmschuhe und Fesseln für den freien Willen des Opfers. Wie dürfte ein jüdischen Geldgebern verschuldeter Fürst z. B. es wagen, seine etwaige antisemitische Gesinnung zu bethätigen? Es wäre ihm einfach unmöglich.

Wir sind gewiß die letzten, die die großen Thaten Bismarcks

*) Mit besonderer Erlaubnis des Verfassers aus dem in Nummer 526 eingehend besprochenen Buche „Deutsche Ziele und Aufgaben“ von Dr. O. Stille. Preis 2,40 Mark.

Digitized by Google

nicht anerkennten. Aber ein schwarzer Fleck auf seinem Ehrenschilde sind seine Beziehungen zu dem verstorbenen Bankier Bleichröder. Daß dieser, dem Herr von Diest-Daber erst vor kurzem wieder einen gelesteten Meineid nachgewiesen, den Altwardt ungestraft in seinen Schriften wiederholt für einen meineidigen Ehebrecher erklärt hat, als Hausfreund bei Bismarck aus- und eingehen konnte, ist eine so beträbende, unerklärliche Thatsache, daß sie manchen gut deutsch denkenden, ehrlichen Mann an unserm Alt-Reichskanzler völlig irre gemacht hat. Wir bezweifeln nicht, daß Bleichröder ein ausgezeichnet geschickter und glücklicher Verwalter des Bismarckschen Vermögens gewesen ist; wir wissen, daß Bleichröder wiederholt bei wichtigen finanziellen Angelegenheiten um seinen sachverständigen Rat angezogen ist. Das alles hätte aber den Fürsten nicht zu jenen jüdischen Großkapitalisten in ein so vertrauliches Verhältnis bringen können, wenn er immer die kerndeutsche Gesinnung festgehalten hätte, die er am Anfange seiner politischen Laufbahn auf dem vereinigten Landtage von 1847 so glänzend hervorkehrte.

Von den Riesenvermögen einiger Großkapitalisten hat jedermann etwas erfahren. Vielleicht hat er auch Zahlen gelesen; aber sie sind so schwindelerregend, daß die wenigsten sich eine deutliche Vorstellung von ihrer Riesengröße machen. Wir wollen nur einige Zahlen näher beleuchten, um an ihnen das Widersinnige des modernen Kapitalismus zu zeigen.

Der verstorbene Freund Bismarcks, der Berliner Bankier Bleichröder soll in wenigen Jahrzehnten durch seinen „Fleiß“ ein Vermögen von dreihundert Millionen Mark zusammengebracht und seinen glücklichen Erben hinterlassen haben.*) (Der Sozial-Politiker Rudolf Meyer behauptet, daß man ihn vor der Bismarck-Periode an der Berliner Börse auf einige hunderttausend Thaler geschätzt habe.) Wenn wir annehmen, daß dies Kapital blos vier v. H. Zinsen trage — in Börsenkreisen bringt es mitunter geschickter Börsen-Operationen, durch Schuldbuchvermittlung für kreditunwürdige Staaten und dergleichen nützliche Verwendungen weit mehr ein —, so nähme das Haus Bleichröder jährlich zwölf Millionen, also jeden Monat eine Million, jeden Tag über 33 000 Mark ein. Vergleichen wir damit, was ein deutscher Arbeiter in seinem ganzen Leben verdienen kann. Ein Arbeiter, der durch schwere körperliche Anstrengungen jährlich tausend Mark erwirbt, steht schon über dem Durchschnitt; nehmen wir an, er könne von seinem 15. bis 65. Lebensjahre alljährlich so viel verdienen, so würde sein gesammter Arbeitslohn in einem halben Jahrhundert 50 000 Mark betragen; genau so viel, als das Haus Bleichröder in je 36 Stunden an Zinsen einzunehmen hat. Wir glauben nicht, daß es außer einigen verdorbnen freisinnigen Manchestermännern in Deutschland jemand giebt, der einen sozialen Zustand mit so ungeheuerlichen Ungleichheiten für erträglich hält.

Bleichröder ist noch längst nicht der reichste Großkapitalist. Der Baron Hirsch (Türken-Hirsch † 1896), der die Früchte seines „Fleißes“ in Paris genoß, hat nach Drumont nicht weniger als fünfzehnhundert Mill. Franks, also zwölfhundert Mill. Mark im Vermögen. Er ist somit viermal so reich als Bleichröder; seine jährliche Renten-Einnahme würde bei einem Zinsfuß von vier Prozent nicht weniger als 48 Millionen betragen. Das macht im Monat vier Millionen, täglich 133 333 Mark. Die tägliche Zinsen-Einnahme dieses Großgauners betrug also so viel, als ein rüstig schaffender Arbeiter in 133 Jahren an Lohn verdienen könnte, wenn er lange genug lebte.

Es giebt noch reichere Leute, als den Türken-Hirsch. Die verschiedenen Zweige des Hauses Rothschild verfügen über erheblich größere Mittel. Der „ärmste“ dieser Finanzmänner, der Wiener Rothschild, soll nur tausend Millionen Gulden, also etwa siebenzehnhundert Mill. Mark besitzen. Nach Drumont hatte „Baron Alphons“ in Paris vor sechs Jahren bereits nicht weniger als drei Milliarden Franks oder 2 400 Millionen Mark. Er ist also doppelt so reich als Hirsch, nimmt bei dem gleichen niedrigen Zinsfuß von vier Prozent im Jahre 96 Millionen Renten ein; im Monat also acht Millionen, täglich 266 666 stündlich über 11 000 Mark! Ein Arbeiter muß also elf volle Jahre „schuften“, um so viel zu verdienen, als dieser Rothschild ohne jegliche Arbeit in jeder Stunde bei Tag und bei Nacht, im Schlafen und im Wachen an Renten einnimmt! Wir können es den Sozialdemokraten nicht verdenken, wenn sie im bittern Hohn von einer Gesellschafts-Ordnung reden, die solche unsinnige Vermögensverschiedenheiten entstehen läßt und gutheißt: wenn sie mit schneidender Ironie sie als die „beste der Welten“ verspotten.

Woher kommen denn die riesigen Renten der Rothschilds und ihresgleichen? Fallen sie etwa wie einst das Manna in der Wüste vom Himmel herab? O nein, sie werden erarbeitet durch fleißige Menschen, durch hunderttausende von „Lohnsklaven“, die durch unsre gegenwärtige Sozialordnung gezwungen werden, dem Kapital einen allzu großen Teil ihrer Arbeitsprodukte zu überlassen.

Wir erkennen genau so, wie die Sozialdemokraten, die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen sozialen Verhältnisse. Aber wir ziehen aus unsrer Erkenntnis eine andre Folgerung als sie. Während jene die jetzige großkapitalistische Wirtschaft unterstützen, um möglichst bald den Zeitpunkt zu erreichen, wo aller Besitz in wenig Hände zusammengestossen ist, weil dann der große „Kladderadatsch“, die „Expropriation der Expropriateure“ eintreten kann; während die Sozialdemokraten aus solchen Gründen Begünstiger der Börse und aller den Mittelstand vernichtenden Geldmächte sind, wollen wir Sozialreformer die Auswüchse der Kapitalwirtschaft beseitigen, wollen wir durch tief eingreifende Reformen den Mittelstand schützen, die Proletarisierung der Massen hindern. Und da giebt es kein andres Mittel, als mit aller Energie dem Großkapital zu Leibe zu gehen, durch progressive Einkommens- und Erbschafts-Steuer, eventuell auch Sequestration der eine öffentliche Gefahr bildenden Riesenvermögen. Wir wollen jetzt **sofort** das Los der untern Klassen, der Enterbten verbessern, während die Sozialdemokraten das erst in ihrem auf den Trümmern der gegenwärtigen Gesellschafts-ordnung zu errichtenden Zukunftsstaat können. Daher muß unser Programm für jeden Denkenden dem sozialdemokratischen weit überlegen erscheinen. Was hilft der heutigen Generation der schöne nach hundert Jahren vielleicht zu erwartende Zukunftsstaat? Wir ziehen es vor, bereits für uns jetzt Lebende ein besseres Los zu beanspruchen; wir wollen mit allem Ernst für uns und unsre Kinder, nicht aber für ferne proletarische Urenkel eine bessere soziale Ordnung eingerichtet haben. Das allerdringendste Erfordernis dafür aber ist, die wahnsinnigen Besitzanhäufungen durch gesetzgeberische Maßnahmen zu hemmen.

Wenn in einer Gesellschaft einmal die Rede auf das Großkapital kommt, so hört man häufig Äußerungen der Bewunderung, der Hochachtung, manchmal auch des Neides; selten aber vernimmt man eine Bemerkung über die Geschäftsscheu der Riesenvermögen, über die Möglichkeit, alle Gesellschaftskreise auszubeuten und über thatsächlich vorkommende Ausbeutungen. Uns ist es wiederholt vorgekommen, daß auf den Hinweis der Gemeingefährlichkeit des großen mobilen Kapitals geantwortet wurde: „Sie haben recht, das Großkapital ist gefährlich; aber doch nur für den, der sich mit ihm in Geschäfte einläßt. Ich hüte mich davor, in irgendeine Beziehung zu ihm zu treten und wüßte nicht, wie es mir dann etwas anhaben sollte.“ So sprechen und urteilen manche übrigens ganz verständige Männer. Sie wissen nicht, daß das Großkapital seine Hand in jedermanns Tasche hat. Wir alle, ob wir es wollen und wissen oder nicht, sind ihm tributpflichtig; das wollen wir in Kürze an einigen Beispielen zeigen.

Vielleicht bist du, geschätzter Leser, glücklicher Besitzer irgendeines Aente tragenden Papiers, sei es einer Staatsanleihe, einer Eisenbahn-Priorität oder einer Industrie-Aktie. Im heutigen Kurszettel kannst du dich übergugen, wie hoch man es gestern an der Börse bewertet hat. Damit weißt du aber noch nicht, was es morgen wert sein wird. Das hängt von mancherlei Umständen ab; in erster Linie aber davon, wie die an der Börse maßgebenden Geldmächte es in ihrem Interesse wünschen. Sie

*) Daß dem es in seinem ehebrecherischen Verhältnis zu der Frau Cromer einen echten, schmutzigen Judengeig; dieser reichste Mann Berlins krauserte und fälschte wie der gerissenste polnische Schacherjude.

Digitized by Google

haben es in der Hand, durch massenhafte Käufe den Kurs zu steigern oder durch Verkäufe ihn zu drücken. Solchen Manipulationen steht der Mittelstand völlig macht- und wehrlos gegenüber. Bei den Anleihen zahlungsfähiger Staaten, bei landschaftlichen Pfandbriefen und dergleichen ersten Sicherheiten, sind nun die Kursschwankungen meistens gering; die Großfinanz giebt sich nur ausnahmsweise, zu ganz besondern Zwecken, die Mühe, an solchen Papieren ihre Künste zu üben. Desto häufiger aber treibt sie die Kurse der Anleihen finanziell schlecht stehender Staaten und Städte, ferner die Industrietaktien, ganz besonders aber die eigentlichen Spielpapiere (wie „Franzosen", „Lombarden", „Kredit") bald zu schwindelnder Höhe hinauf, bald läßt sie sie wieder in wildem Sturze fallen. Wer also dergleichen Effekten besitzt, weiß nie, wie groß morgen sein Besitz sein wird; das hängt von der Willkür und Laune der Finanzmächte ab. Man kann daher gar nicht genug vor dem Ankauf solcher Papiere warnen. Vor allem höre man nie auf die schönen Empfehlungsworte der Presse, denn alles, was man da lesen kann, ist — mit verschwindenden Ausnahmen, die der Laie zu erkennen fast nie im stande ist — nichts als die Äußerung interessierter Banken und Großspekulanten. Der größte Teil der Presse, vor allem die liberale fast ausnahmslos, ist ein Fangnetz, das geriebene Großkapitalisten ausgespannt haben, um Gimpel darin zu fangen. Und dieser Fang glückt nur allzu gut. Immer und immer wieder, trotz aller üblen Erfahrungen, fällt der vertrauensselige Zeitungsleser in die mit großer Schlauheit gestellten Schlingen; denn was sein Leibblatt schreibt, das glaubt er aufs Wort. Der Gedanke, daß andre als die sachverständigen, das Beste ihrer Leser im Auge habenden Schriftleiter in seiner Zeitung sich vernehmlich machen, kommt ihm gar nicht. Die Beziehungen zwischen Großfinanz und Presse sind den wenigsten völlig bekannt. So kommt es, daß sich alljährlich dieselben Beutezüge wiederholen, daß immer wieder das mühsam erworbene Geld der fleißigen soliden Bürger in die Taschen der Börsenfürsten wandert, wobei die seile Presse die Vermittlerin dieses verschlungenen Betruges macht. Wir erinnern nur an die in den letzten Jahren erlittenen riesigen Verluste der deutschen Sparer an Argentiniern, Portugiesen, Griechen, Mexikanern und Goldminen-Aktien. Leider haben sehr viele kleine Kapitalisten die Gewohnheit, wenn sie in der Lage sind, sich eine kleine Rente zu kaufen, einen Bankier zu fragen, welches Papier sie wohl wählen sollen. Ist der Bankier ein Ehrenmann, dem Treu und Glauben mehr gilt als ein rascher Gewinn, so wird er einen guten Rat geben. Solche Männer sind aber dünn gesät. In den meisten Fällen wird das Papier empfohlen, an dem der Bankier am meisten verdient, oder das er am liebsten los sein will. Die Vertrauensseligkeit rächt sich dann bald in der empfindlichsten Weise.

Aber den großen Geldmächten sind nicht nur die tributpflichtig, die in der Lage sind, sich zinstragende Papiere zu kaufen; jeder irgendetwas produzierende oder konsumierende Staatsbürger wird von ihnen ausgebeutet. Der Kornhandel z. B. ist ganz in den Händen von (fast ausschließlich jüdischen) Großkapitalisten. Der Preis des Korns richtet sich nur zum geringen Teil danach, ob die Ernte gut oder schlecht ist; zum größten Teil wird er von den großen Finanzmächten willkürlich auf dem Wege des Terminhandels bestimmt. Wo der einzelne nicht stark genug ist, bilden sich zum Zwecke der gemeinsamen Ausbeutung der Produzenten sowohl wie der Konsumenten Konsortien, Syndikate, Ringe, die einfach die Preise nach ihrem Belieben machen. Und wo kein Getreidehandel, so geht es auch dem Handel mit andern notwendigen Lebensbedürfnissen; die Großkapitalisten bilden je nach Umständen Steinkohlen-, Eisen-, Kaffee-Ringe usw. Es hat vor einigen Jahren einen Kupfer-Ring gegeben, der den Preis dieses Metalls maßlos in die Höhe trieb und dessen endlicher Zusammenbruch viele Existenzen vernichtete. Das Quecksilber ist ein Monopol des Hauses Rothschild. Wir stehen anscheinend nahe vor einem zwischen den Rothschilds und der bekannten amerikanischen standard oil company abzuschließenden Petroleum-Monopol; wenn diese beiden riesigen Geldmächte über alles Petroleum der Welt verfügen, dann muß jeder Konsument, er mag wollen oder nicht, dazu beitragen, die Riesengewinne jener zu vergrößern; sie werden die Preise eben einfach vorschreiben können. — In den Vereinigten Staaten beuten die von den Großkapitalisten besessenen Bahnlinien Stadt und Land nach ihrem Gefallen aus; es bestehen schreiende Mißstände, deren wir durch das eingeführte Staatsbahn-System überhoben sind. Schlimm steht es bezüglich der Bahnen auch in Österreich; die Stadt Wien ist z. B. dem Hause Rothschild tributpflichtig, weil dies fast alleiniger Besitzer der Nordbahn ist und die Tarife so auspreßt, wie sie ihm am meisten einbringen. Wohin wir auch sehen, überall finden wir Ausbeutung durch das Großkapital.

(Schluß folgt.)

Vom Prozessieren.

In der Werkstatt zu arbeiten, am Schraubstock oder an der Hobelbank zu stehen oder hinter dem Pfluge herzugehen — wahrlich, das ist keine Mühe und kein Verdruß für den tüchtigen Mann. Wer thät' es nicht gerne! Aber es kommen andre Tage, und da heißt es, den guten Rock angethan und vor Gericht! Das will dann keinem recht behagen, mag er Kläger, Verklagter oder auch nur Zeuge sein: allemal hat es sein Unangenehmes. Zum Glück ist es so weise eingerichtet, daß das Klagen Geld kostet, viel Geld, ja unverschämt viel Geld, so daß es schon so gut wie eine Strafe ist, wenn einer einen Prozeß verliert, umgerechnet die viele Mühe, den Zeitverlust und den Verdruß; und so kommt es, daß man in vielen Fällen von dem Prozeß zurückschreckt, sich freiwillig in alles giebt. Auf viele Millionen ist die Gesamtsumme dieser Beträge zu schätzen, und nicht gering ist auch die Verbitterung anzuschlagen, die dadurch in die weiten Kreise aller derer getragen wird, die doch eigentlich die Güter dieser Welt schaffen.

Aber auch vor dem Strafrichter kann heutzutage nicht nur der Abgeordnete (vergl. die Klage der Firma Wertheim gegen den Abg. von Liebermann), sondern auch der Gewerbetreibende recht unangenehme Erfahrungen machen, auf die er gar nicht vorbereitet ist. In neuerer Zeit ist dies besonders gefährlich, wo das Gesetz über den „unlautern Wettbewerb" besteht und über manchen ahnungslosen Bürger der größte Schaden hereinbrechen kann.

Nun steht es freilich unzweifelhaft fest, daß der deutsche Richter unantastbar ist; jeder Zweifel an seiner strengsten Unparteilichkeit wäre so unberechtigt wie nur möglich; was aber trotzdem den Ausgang jeder Art von Prozessen (vor dem Strafwie vor dem Zivil-Richter) so zweifelhaft macht, daß sogar Anwälte selbst lieber alles zugeben anstatt zu prozessieren — das ist die ungeheure Zahl, die Weitschichtigkeit, schwere Verständlichkeit und durchaus nicht immer zweifelfreie Abfassung der Gesetze, die immer wieder und immer wieder von neuem durch „Novellen" angeblich verbessert und doch nur immer zweifelhafter gemacht werden, weil den eigentlichen Gesetzgebern in den Parlamenten das Verständnis für das wirkliche praktische Bedürfnis des täglichen Lebens gänzlich abgeht.

Dazu kommt die Einrichtung der Anwaltschaft, die nicht geringe Mißstände im Gefolge hat, weil die Anwälte bei der heutigen Art der Einrichtung allen ihren Witz und Scharfsinn aufbieten, um auch in zweifelhaften Fällen ihresteils durchzudringen. Vor Gericht und für den Ausgang einer Sache ist eben in erster Linie das maßgebend, was von den Parteien vorgebracht wird, und sehr wichtig ist auch, wie es vorgebracht wird. Somit wird vor Gericht immer der im Vorteil sein, der den gewiegteren oder berühmteren Anwalt zur Seite hat. Es kann wohl sein, daß er Unrecht hat und doch dem andern gegenüber Recht bekommt. Der gar, der ganz ohne Anwalt vor Gericht geht, ist seinem Gegner, der mit Anwalt erscheint, von vornherein im Nachteil, so daß es vorkommt, daß Richter selbst sagen: „Warum nehmen Sie sich keinen Anwalt?" —

Besser wär's deshalb schon, es gäbe keine Anwälte, und es würde ohne sie verhandelt. Niemand anders als Friedrich

Digitized by Google

der Größe hat schon so gedacht und es auch thatsächlich für Preußen durchgeführt, indem er die Anwälte abschaffte und sie durch Richter ersetzte. Es soll sich dies freilich „nicht bewährt" haben; wenn dies aber wirklich der Fall war, so lag dies eben daran, daß damals die ganze Gesetzgebung und Rechtsprechung dem Volke unverständlich bleiben mußte, während doch heute wenigstens die Absicht besteht, beides einfach und verständlich zu gestalten und inzwischen auch die mündliche und direkte Verhandlung mit den Parteien vor dem Richter eingeführt ist, die es damals nicht gab!

Da nun aber an die Verwirklichung des Planes Friedrichs des Zweiten nicht mehr zu denken ist, heißt es das Klagen und damit die Notwendigkeit zur Inanspruchnahme des Gerichts einzuschränken. Und das geht insbesondere sehr gut beim Handwerker und Gewerbetreibenden. Die großen Firmen und Aktiengesellschaften, die Privatpersonen mögen sich auch ferner an die Anwälte wenden; der kleinere Handwerker und Gewerbetreibende aber möge sich innerhalb der Innungen Schiedsgerichte schaffen und sich verpflichten, seine Streitigkeiten vor diese zu bringen. Da braucht es keiner Juristen und keiner gelehrten Gesetze, denn die Sachen, um die es sich dort handelt, sind zumeist einfacher Natur; der gesunde Menschenverstand allein genügt da vollständig, um Recht und Unrecht von einander zu scheiden. Ohne juristische Beihilfe werden ja auch die Geschäfte selbst abgeschlossen; sie müssen also auch ohne solche zum Austrage kommen können. Leicht werden sich Leute von Erfahrung und Ansehen finden, die solche Ehrenämter übernehmen. Der Handwerker usw. aber handelt richtig, indem er sich selbst hilft, wo ihm andre nicht helfen können, eingedenk des Wortes: „Hilf dir selbst, so hilft dir Gott."

Verbrecher-Verschickung.

In Posen hat mitte September der deutsche Juristentag „getagt" und sich auch mit der Frage der Verschickung von Verbrechern nach unsern Kolonien beschäftigt. Er nahm nach längeren Aussprachen eine Entschließung an, die sich gegen diese Verschickung erklärte. Zu den Verhandlungen schreibt die „Kreseldер Ztg.":

„Unverständlich ist uns, wie man leugnen kann, daß die Deportation sich als Strafmittel bewährte. Beweist denn die Erfahrung, die England mit den in Australien angesiedelten Verbrechern machte, nichts? Ist es nicht Thatsache, daß dort Tausende von Sträflingen durch eigene Arbeit zu achtenswerten Menschen wurden? Man lese, was der Reisende Eylers in seinem Reisewerk „An indischen Fürstenhöfen" über den Besuch der englischen Strafkolonien der Andamanen schrieb. Als er ende August 1891 von Port Blair nach einmonatlichem Aufenthalte schied, nahm er die Überzeugung mit: eine der segenbringendsten Institutionen (die Deportation) des indischen Kaiserreichs kennen gelernt zu haben. Gegen zweitausend Sträflinge, die sich gegen das Leben oder Gut ihrer Mitmenschen vergangen hatten und die in den engen Mauern eines Gefängnisses wahrscheinlich noch schlechter geworden wären, werden von hier, wo ihnen die Möglichkeit geboten wird, durch tugendhaften Lebenswandel ihr Los von Jahr zu Jahr erträglicher zu gestalten, als gebessert entlassen und der menschlichen Gesellschaft als Leute, die gelernt haben, sich im Schweiße ihres Angesichts ihr Brot auf ehrliche Weise zu verdienen, zurückgegeben.' Ein solches Urteil über den Einfluß kolonialer Arbeit auf Verbrecher ist unmöglich zu übersehen. In Posen aber hieß es: Die Zweckmäßigkeit der Zwangsansiedlung als Straf- und Besserungsmittel ist nirgends erwiesen! Wenn die Franzosen schlechte Erfahrungen machten, so lag es einerseits an der unqualifizierten Beschaffenheit der betreffenden Landgebiete (Cayenne), andrerseits an dem Ungeschick, womit man vorging. Am bedeutendsten ist noch der Einwand, daß eine Kolonie, die Verbrechern angewiesen wird, für die freie Einwanderung verloren sei. Zugegeben, die Gefahr liegt vor, wo ist denn aber heute etwas von einer freien Einwanderung in unsern Kolonien zu sehen? In Betracht käme zunächst Deutsch-Südwestafrika. Wir besitzen dieses weite Gebiet nun schon vierzehn Jahre. Was ist geschehen, um es zu beleben? Über kümmerliche Anfänge sind wir nicht hinausgekommen und einem Teile der Einwanderer ging es herzlich schlecht. Warum? Weil die Kolonie für die freie Einwanderung noch nicht hergerichtet ist. Es fehlt an Straßen, an Brunnen und allen sonstigen Anlagen, die eben nur durch eine vielbewußte Arbeit geschaffen werden können. Zu dieser vorbereitenden Thätigkeit fehlt es an Kräften, und sie werden noch lange fehlen. Das wäre grade der Vorteil einer Zwangsansiedlung von Sträflingen, daß mit ihnen diese vorbereitenden Arbeiten geleistet werden könnten und zwar in verhältnismäßig kurzer Zeit. Deutsch-Südwestafrika ist mehr als eineinhalbmal so groß als das Deutsche Reich. Schätzen wir das zu bewirtschaftende Gebiet etwa auf die Größe Preußens, so ergiebt sich daraus, wie lächerlich es ist, wenn man von der Einführung von Sträflingen (die doch nicht gleich zu vielen Tausenden hinkommen) eine Verseuchung des Landes und Verrüttung der Bevölkerung befürchtet. Man hat doch die Zahl der etwa zu verschickenden Sträflinge in der Hand, ebenso wie es ganz selbstverständlich ist, daß man nicht wahllos jeden mit der Zwangsverschickung bedenkt, sondern nur solche, die sich nach Charakter, Beruf usw. dazu eignen. Und wenn man nun mit etwa tausend oder zweitausend solcher Sträflinge einen Versuch machen würde, sie arbeiten ließ, wo es doch so not thut, daß gearbeitet wird — sollte damit ganz Deutsch-Südwestafrika zu Grunde gerichtet sein?! Die mit Urväterhausrat hochbepackte Juristerei hat es wieder glücklich fertig gebracht, sich eine Neuerung vom Halse zu halten. Sachen, die ihr zuwider sind, weiß die Juristerei rasch zu erledigen; sie stempelt sie als „Unsinn" schleunigst ab, und wer sich dann noch dazu ins Zeug zu legen wagt, der wird, wie es in Posen einem Redner (Prof. Bruck) ging, ausgelacht. Das ist bequem und wirkt unfehlbar."

Soweit das Krefelder Blatt. Wir wollen noch einiges hinzufügen. Aus den langen Ausführungen der Redner ist auch die Feststellung der Thatsache hervorzuheben, daß die Zahl der rückfälligen Verbrecher unverhältnismäßig wächst. Das müßte den Herren doch zu denken geben. Und wenn immer wieder betont wird, es sei unmenschlich, Verbrecher zu verschicken, weil viele zu Grunde gehen würden, so wollen wir nur die Herren auf gewisse Zweige unserer Industrie hinweisen, in denen brave, rechtschaffene Arbeiter tausendweise frühzeitig ihr Leben lassen müssen. Wo bleibt da die „Menschlichkeit"? Die Herren mögen sich einmal die Statistik ansehen und beobachten, wie die vielgepriesenen Großstädte und Industriebezirke die wenigsten Soldaten, also die wenigsten gesunden Menschen, aber die meisten Verbrecher hervorbringen. Und ist es etwa nicht unmenschlich, Leben und Eigentum seiner Mitmenschen zu bedrohen und zu vernichten?

Eine Zeitung brachte kürzlich ein Bild aus Indien, Sträflinge, die Welle einer Mühle treibend. Das wäre etwas! Man lasse die Leute durch ihre Kraft Elektrizität erzeugen. Da wird Kohle gespart und den armen Handwerkern und Gewerbetreibenden kein Wettbewerb durch die Zuchthaus- und Gefängnis-Arbeit gemacht.

Oberreichsanwalt Hamm hat auf dem Juristentage gesagt: Viele kleine Landwirte und kleine Gewerbetreibende bitten um Land in den Kolonien, da brauchen wir keine Deportation. Recht so, die Verbrecher behalten wir und jagen durch deren Mithilfe die kleinen Gewerbetreibenden hinaus aus dem deutschen Vaterlande. Verkehrte Welt!

Digitized by Google

Deutsche Schänke, Leipzig,
Poststrasse 20
empfiehlt kräftigen Mittagstisch und gute Biere.
Gesellschaftszimmer.
Platz zur Aufbewahrung von Fahrrädern genügend vorhanden.
Hochachtungsvoll H. Singer.

Frankfurt a/M.
Hotel Cölner Hof.
Besitzer: Herrmann Loos.
Gegenüber d. rechten Ausganges des Hauptbahnhofes.
60 Zimmer mit 90 Betten bei mäßigen Preisen.
Bier- und Wein-Restaurant.

Jüdischer Besuch verbeten.

„Staatsbürger-Ztg.", „Deutsche Wacht", „Das Volk", „Deutsche Zeitung", „Deutsche Tageztg.", „Deutsch-Soziale Blätter", „Deutscher Michel" und viele andre deutschgesinnte Zeitungen liegen aus.

Wein-Groß-Handlung,
Import von Rum, Arrac, Cognac, von

Etiquette als Schutzmarke.

Berlin NW., I. Stendaler-Straße 1.
Fernsprecher Amt Moabit 1376, Gegründet 1877.
1893er u. 95er Rhein- u. Moselweine, p. A. über 5 Mk. von 70 M. an.
1893er u. 95er Bordeaux-Weine von 1 M. an, sowie sämtliche in- und ausländische Weine usw. zu billigen Preisen. Für absolute Reinheit garantieren
Schmitz & Co.
Kleine Proben und Preisliste umsonst.

Beeren-Weine
offeriert in I. Qualität und durchaus reiner Ware, in nur älteren, abgelagerten Jahrgängen, ab hier, geg. Nachn.:

Roten Johannisberer-Dessert-Wein à			ℳ —,70	per ½ Ltr.-Fl.
Weißen	„	„	„ —,75	„ „ „
Schwarzen	„	„	„ —,80	„ „ „
Stachelbeer-	„	„	„ —,75	„ „ „
Erdbeer-	„	„	„ —,85	„ „ „

Flaschen und Verpackung inbegriffen; Kisten zum Selbstkostenpreis. Verkauf von 20 Liter an. — Ärztlich verordnet. Zu Geschenken sehr geeignet. Hunderte von Attesten! Bester Ersatz für Südweine!
C. E. Schmidt, Beerenwein-Kelterei, **Lauffen a. Neckar.**
40 mal preisgekrönt!

Wissen ist Macht!
Wer tief in das Wesen der **sozialen Frage** und der **Judenfrage** eindringen will, der lese, der studiere das vorzügliche Werk von **Theod. Fritsch:**
Bodenwucher u. Börse
Der Inhalt berührt unter anderm: Ariertum — Börse — Bürgerliches Gesetzbuch — Christus — Geheime Nebenregierung — Gründer-Schwindel — Henry George — Judenreich — Hypotheken-Tilgung — Judentum und Judenfrage — Juristentum — Praktisches Beispiel der Bodenreform — Religion — Rassenfrage — Römisches Recht — Semitismus — Theodor Stamm — Talmud — Währungsfrage — Zukunftsstaat.
Portofrei zu beziehen gegen Einsendung von
nur 2 Mark
durch jede Buchhandlung. Wer mit einer solchen nicht in Verbindung steht, wende sich an die Verlagsbuchhandlung von
Herm. Beyer, Leipzig, Königstr. 27.

en gros. en détail.
Fabrikzeichen.
Gustav Felix,
Leipzig, Reichsstraße 26,
Stahlwarenfabrik u. Hohlschleiferei i. Solingen
empfiehlt
Rasiermesser, Selbst-Rasierapparate, Streichriemen, Rasierschalen, Pinsel, sowie sämtliche Solinger Stahlwaren unter Garantie.

Heinrich Weigang
am Roßplatz ■ **Kurprinzstraße 1** ■ am Roßplatz
empfiehlt sein großes Lager
deutscher und englischer Stoffe zur Anfertigung eleganter und gut sitzender
Herren-Bekleidung nach Maß
Komplette Herren-Anzüge von 48 M. an.
Die für das Schaufenster extra zur Ansicht gestellten **Anzüge, Paletots, Röcken, Hosen und Schlafröcke** versende ich zum Selbstkostenpreis.
Heinrich Weigang, Leipzig, Kurprinzstraße 1.

Miniatur-Photographien
in Briefmarken- oder Medaillonform
15 Stück 1 M., 50 Stück 3 M., 100 Stück 5 M., 1000 Stück 35 M.
Auch in jedem Land beliebigen Formate. Vergrößerungen und Verkleinerungen. Gruppenaufnahmen und Reproduzierungen. Postkarten usw. mit Porträt — nach jed. uns einges. Bilde, welches unbeschädigt wieder zurückerhält, — Verzeichniß schöner und feiner Ausführung, getreueste Aehnlichkeit. Billigste Preise. Muster u. Preisliste postfreiest.
Photogr. Anstalt **Wilh. Liebich,** Leutzsch bei Leipzig.
Vertreter gesucht.

Reines Deutschtum.
Grundzüge einer nationalen Weltanschauung
von
Dr. **Friedrich Lange**
Herausgeber der „Deutschen Zeitung".
228 Seiten.
Preis 2 Mk. Geh. in Ganzlwd. Band 3 Mk.
Verlag von Herm. Beyer, Leipzig, Königsstr 27.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königsstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe, Berlin NW. 5, Kruppstr. 13.
Druck: G. Reusche, Leipzig.

Digitized by Google

Deutsch-Soziale Blätter.

Herausgegeben von Max Liebermann v. Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Bezugs-Preis: vierteljährlich M. 1.50 bei den Postanstalten (Postzeitungsliste Nr. 1749) und Buchhandlungen. Unter Streifband M. 2.

Anzeigen: die 4-gespaltene Petit-Zeile 25 Pfennige. Verlagsbuchhandlung: Königstraße Nr. 27, Leipzig.

XIII. Jahrgang. | Leipzig, 10. November 1898. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute vorwiegend Juden-Frage. Otto Glagau. | Nr. 534.

Inhalt: Wissenschaftlich-humanitäre Humanität. — Sittliche Reform. — Das Großkapital. II. — Aktien Ernstes und Launiges von Bismarck. III — Jüdische Ackerbau-Kolonien. — Die Polizeibeamten und die Wahlen. — Mosait. — Parteinachrichten. — Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen. — Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat. — Jüdische Ritter, Kommissions- und Kommerzienräte also.

Wissenschaftlich-humanitäre Humanität.

In Berlin bezw. Charlottenburg ist der Sitz eines „Wissenschaftlich humanitären Komitees", wie es sich nennt, das unser Volk mit einer neuen „humanen" Einrichtung beglücken will. Das Komitee verbindet an „Männer, deren Namen für den Ernst und die Lauterkeit ihrer Absichten bürgen" eine für den Reichstag bestimmte Eingabe zur Prüfung und Unterschrift. Es handelt sich um eine Sache, die schon einmal den Reichstag beschäftigt hat, aber nicht zur Erledigung gekommen ist. Sie ist so delikater Natur, daß wir sie am liebsten unbesprochen lassen möchten; da sich jedoch auch der Reichstag öffentlich damit zu befassen haben wird und der Inhalt der Petition nach unsrer Überzeugung eine schwere Gefahr für die sittlichen Anschauungen unsers Volkes und unsers Staatswesens in sich birgt, so halten wir es für unsre Pflicht, bei Zeiten auf diese Gefahr aufmerksam zu machen. Wir werden uns dabei größtmöglicher Deszenz befleißigen.

Die erwähnte Petition will angeblich aus „wissenschaftlich festgestellten Thatsachen" die „praktischen Konsequenzen" ziehen und die Forderung einer „verhängnisvollen Unhumanität" verhüten.

Worin diese „verhängnisvolle Unhumanität" sich äußert? — Darin, daß der § 175 des Reichs-Strafgesetzbuches geschlechtlichen Umgang zwischen männlichen Individuen mit Gefängnisstrafe bedroht! Dieser Paragraph soll nach dem Wunsch der Humanitären dahin abgeändert werden, daß nur dann Strafe einzutreten habe, wenn die Handlung unter Anwendung von Gewalt, wenn sie an Personen unter sechszehn Jahren, oder wenn sie in einer „öffentlichen Ärgernis" erregenden Weise ausgeübt worden ist.

Begründet wird die Eingabe insbesondre durch folgende Angaben: Der genannte Strafgesetz-Paragraph sei lediglich dem Betreiben einer vom irrigen Voraussetzungen ausgehenden Orthodoxie zu danken; der Verstoß gegen ihn beruhe auf „konstitutionellen Anlagen", so daß also von der Natur so beanlagte Liebhaber für die Bethätigung ihres natürlichen Drangs nicht verantwortlich gemacht werden könnten. Solchen Leidenschaften hätten erwiesenermaßen nicht nur im klassischen Altertum, sondern bis in unsre Zeiten „Männer und Frauen (?) von höchster geistiger Bedeutung" gehuldigt, so daß die vom § 175 angedrohte Strafe nur dahin führe, sehr viele „brave und nützliche Menschen ungerecht in Schande, Verzweiflung, ja Irrsinn und Tod zu jagen." Endlich, so wird behauptet, werde unter den jetzigen Verhältnissen einer höchst verwerflichen Prostitution und fortgesetzten Erpressungen Vorschub geleistet.

Diese Eingabe ist thatsächlich schon von einer sehr großen Anzahl von Männern unterzeichnet, deren Namen in Wissenschaft, Kunst und Litteratur einen vorzüglichen Klang haben. Es wäre darum frivol, wollte man ihnen allen eigennützige Absichten unterschieben. Zu denken giebt die große Anzahl orientalischer und orientalisch klingender Namen, unter denen sich natürlich auch solche „berühmter" Sozialdemokraten befinden. Diese sind vielleicht die eigentlichen „Entrepreneure" der „humanitären" Eingabe, da sie ja auch sonst immer die schrankenlose individuelle Freiheit predigen.

Wir rämmen dem einzelnen Individuum nur so viel Freiheit ein, als sie der Allgemeinheit keinen Schaden bringt und deshalb können wir uns keinesfalls mit der Petition befreunden; wir halten sie vielmehr als einen neuen Ausfluß jener Hyperhumanität, die nicht davor zurückschreckt, das ganze Gemeinwesen, das ganze Staatsgefüge ins Wanken und Schwanken zu bringen, um einer kleinen Bevölkerungsminderheit Annehmlichkeiten zu verschaffen oder Unannehmlichkeiten zu ersparen. Eine solche „Humanität" verdient die schroffste Zurückweisung seitens Derjenigen, denen die salus publica, die Wohlfahrt der Gesamtheit, als das höchste Gesetz gilt.

In dem der Eingabe beigefügten „Anhange" wird behauptet, daß von dem Reichstagsabgeordneten P. Schall in der Reichstagsverhandlung vom 19. Januar 1898 als einziger Einwand geltend gemacht worden sei, sie stehe mit den Anschauungen des Christentums im Widerspruch. Die Petenten bezeichnen dies als unrichtig, obwohl im ersten Römerbriefe mit großem Abscheu von Männern gesprochen wird, die „aneinander erhitzet sind in ihren Lüsten und haben Mann mit Mann Schande gewirket." Äußerdem beruhen die Anschauungen der christlichen Kirche über den sexuellen Verkehr auf den alttestamentarischen Bestimmungen, und die Gesetzgebung des Moses verbietet scharf und klar die Päderastie wie die Sodomie, und es ist eine grobe Blasphemie, wenn die „Wissenschaftlich-Humanitären" ihre Forderung auf den Bibelspruch: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst" zu stützen versuchen.

Stellen wir uns aber auf den ganz naturalistischen Standpunkt. Mantegazza, doch eine Autorität auf diesem Gebiete, spricht von dem homosexuellen Umgang in seinen „anthropologisch-kulturhistorischen Studien" meist als von einem „Laster". Nur an einer Stelle sagt er: „Die physische Sodomie ist kein Laster, sondern eine Leidenschaft, eine sündhafte, ekelhafte, widerwärtige Leidenschaft, wenn man will, aber doch eine Leidenschaft .... Die Sodomie also ist für das mitleidige, nachsichtige Auge des Arztes und Physiologen eine Krankheit, die geheilt sein will und die man häufig auch heilen kann."

Angenommen, hier läge eine bloße Leidenschaft, eine bloße Krankheit, eine heilbare Krankheit vor. Wie viele Leidenschaften müssen nicht unterdrückt werden, wenn ihre Bethätigung Dritten oder der ganzen Allgemeinheit schadet! Wie viele Kranke werden nicht, wenn ihr Leiden ansteckend ist, bis zu ihrer Heilung unschädlich gemacht! Wenn nun der konträrsexuelle Trieb eine heilbare Krankheit ist, so wird der vernünftige Arzt dem Kranken doch nicht noch extra recht viel Gelegenheit bieten, seine Krankheit einzuverleiben zu lassen. Man wird also den Konträrsexuellen behandeln müssen wie den Trunksüchtigen, dem man den Alkoholgenuß entzieht, und da hier ärztliche Ratschläge allein einen nennenswerten Erfolg nicht aufzuweisen haben würden, die Bethätigung der Krankheit aber großes Unheil auf die ganze Volksgemeinschaft herausbeschwört, so sind Regierung und Volksvertretung verpflichtet, durch Gesetzgebung hindernd oder wenigstens abschreckend einzugreifen. Daß die vom § 175 mit Strafe Bedrohten Erpressungsversuchen ausgesetzt sind, ist keine Ausnahme. Solchen „Gefahren" setzen sich alle aus, die sich einer strafbaren Handlung schuldig machen.

Digitized by Google

Im „Nachtrag" der Petition heißt es, juristischerseits werde geltend gemacht, der § 175 „stehe im Widerspruch mit den Grundsätzen des Rechtsstaates, der nur da strafen solle, wo Rechte verletzt werden. Wenn zwei Erwachsene in gegenseitiger Übereinstimmung im geheimen geschlechtliche Akte begehen, würden keines Dritten Rechte verletzt." — Wäre wirklich dieser Grundsatz absolut maßgebend für eine Gesetzgebung, warum wird denn das Duell mit Strafe bedroht? Auch hier kommen doch zwei Erwachsene überein, einen Streitfall in einer Art zu erledigen, daß außer ihnen beiden kein Andrer dadurch geschädigt wird! Und nach den Namen der Unterzeichner der Eingabe zu urteilen, dürften gerade die Herren „Humanitären" Freunde einer sehr strengen Bestrafung der Zweikampf-Übeltäter sein.

Auch andre Paragraphen des Strafgesetzbuches stimmen nicht mit dem oben behaupteten Grundsatz überein. So bedroht der § 331 einen Beamten mit Strafe, der ein Geschenk für eine amtliche Handlung annimmt, selbst wenn diese Handlung eine pflichtgemäße ist, obwohl doch hier auch niemand Schaden erleidet. Warum wird eine Polizeistunde für Wirtschaften verordnet, obwohl außer dem Wirt und dem Gast kein Dritter dadurch in Mitleidenschaft gezogen wird? Die Gesetzgebung hat einfach nicht nur die Pflicht, das einzelne Individuum vor Schaden zu schützen, sondern auch die Gesamtheit vor physischer wie moralischer Verseuchung. Daß solche Durchseuchung oder sonst üble Folgen in andern Ländern, wie Frankreich, Italien, Holland, wo keine Strafbestimmungen gegen Sodomiter vorhanden sind, nicht stattgefunden haben, wie die Petition ebenfalls behauptet, den Beweis sind die „Wissenschaftlich-Humanitären" noch schuldig. Gerade Italien und Frankreich mit ihrer sittlichen Verkommenheit müßten auch noch dieser Richtung abschreckend wirken. In griechischen und römischen Altertume war die Zeit des Blühens der Päderastie ebenfalls die Zeit des allgemeinen sittlichen Verfalls jener Völker, der auch den politischen Verfall gezeitigt hat.

Wir, als aufstrebendes Volk, müssen alles aufbieten, um den glücklicherweise in der Hauptsache noch gesunden Kern gesund zu erhalten. Welche Folge würde aber die Abänderung des § 175 des Reichsstrafgesetzbuches haben? Sie würde mit einem Schlage das, was bisher als große Schande betrachtet wurde, als unschuldige, „natürliche" Liebhaberei hinstellen, deren sich der nsändigste Mensch nicht zu schämen braucht. Daß dieser „natürliche Liebesdrang" dann in allen Volksschichten „populär" wird, dafür werden schon unsre „modernen" Dichter und Schriftsteller sorgen, ja es würden sich vielleicht ungeahnt viele Camille und Mortiale finden. Auch an Zeitschriften für die konträrsexuelle Lyrik dürfte es kaum fehlen. Wir denken da an das „Narrenschiff" und Blätter ähnlichen Kalibers.

So würde das Gift schnell in weiteste Kreise getragen werden, und im Gegensatz zu der Behauptung der „Humanitären" sind wir überzeugt, daß die männliche Prostitution ins Ungeheure wachsen wird, zumal keine natürlichen Folgen zu befürchten wären, die der weiblichen Prostitution immerhin eine gewisse Schranke auferlegen. Uns fällt da unwillkürlich der Ausspruch eines Universitätsprofessors ein, der behauptete, daß ohne die angedeuteten Folgen der sexuelle Verkehr schon längst „Gesellschaftsspiel" geworden wäre. Eine ähnliche Schranke würde mit der erbetenen Abänderung des § 175 fortfallen, sowohl für die „Cinedi" wie für die „Patici", wie sich die Herren Aktiven und Passiven im gelobten Italien nennen.

Jetzt können sich die ersteren den letzteren nur mit der allergrößten Vorsicht nahen, denn da sich „gleichgestimmte Seelen" wohl sehr selten zusammenfinden, so sind die Herren Cinedi auf Mietlinge angewiesen, auf deren Verschwiegenheit sie nicht fest bauen können. Demach würde das anders sein, wenn nach dem Fallenlassen der Strafbestimmung jener „konstitutionellen Leidenschaft" zur Ausübung keine Hindernisse in den Weg gelegt werden. Da wird das Gewerbe der „Patici" einen netten und leichten Nebenverdienst bilden, und besonders würden dann auch die Kasernen unsers Heeres in ganz besonders hervorragendem Maße gleichen „humanitären Zwecken" dienen, wie jetzt gewisse Häuser in abgelegenen Gassen, und mancher Gardist würde sich aus der Zeit, in der er dem Vaterlande als Krieger diente und des Königs Rock trug, einen hübschen „Sparpfennig" nach Hause mitnehmen.

Warum gehen die „Wissenschaftlich-Humanitären" nicht gleich noch weiter? Wenn ihre Behauptung wahr ist, daß bei konträrsexuellen Individuen der sexuelle Umgang mit dem Weibe „nicht natürlich, sondern naturwidrig" ist, warum beantragen sie logischerweise nicht gleich die gesetzliche Einführung der standesamtlichen Eheschließung zwischen Männern? Dann ohne diesen weitern gesetzgeberischen Schritt wären die Cinedi wie die Patici eben auch nur auf die Prostitution angewiesen, und die Prostitution muß man doch nach Kräften einzuschränken suchen, mag sie sich auf weibliche oder männliche Individuen erstrecken. Vielleicht aber sind die Herren Petenten mit einer festen Ehe überhaupt nicht einverstanden, vielleicht huldigen sie dem Prinzip der freien Kameradschaft? Alsdann freilich würden wir ihnen die logische Berechtigung für ihre Eingabe an den hohen Reichstag nicht absprechen können; andernfalls aber betrachten wir diese als den Ausfluß einer falschen Humanität, die, wenn die Volksvertretung ihr nachgeben wollte, für die ganze deutsche Nation sehr verhängnisvoll werden würde.

—l.

Sittliche Reform.

Von der Besserung der wirtschaftlichen Lage ist oft und viel die Rede; unsre soziale Gesetzgebung und die in ihrem Gefolge durchgeführten Reformen laufen in der Hauptsache darauf hinaus, wirtschaftlich Schwache zu heben, ihnen einen auskömmlichen Lohn und im Falle von Krankheit oder Invalidität die entsprechende Fürsorge zu sichern. Von der sittlichen Hebung ist weniger die Rede, und doch ist sie ebenso wichtig, ja, noch wichtiger als die der wirtschaftlichen Lage, weil erst mit der sittlichen Bildung der Boden für Glück und Zufriedenheit geschaffen wird. Wie aber soll die sittliche Hebung vor sich gehen? Durch Schulung unsrer Ansichten und Eigenschaften!

Wichtig ist vor allem die Schätzung von Fleiß und Arbeit. „Arbeit macht das Leben süß!" sagt ein altes, wahres Sprichwort. Wir sollen nicht allein deshalb arbeiten, um die Lebensbedürfnisse befriedigen zu können, sondern wir sollen auch zur Erhaltung geistiger und körperlicher Frische arbeiten. Wie das Herz den Kreislauf des Blutes regelt und den Körper vor Stockung bewahrt, so erhalten Arbeit und Fleiß die Kräfte des Geistes und Körpers rege. Arbeit gehört zu den Bedingungen einer richtigen Lebensweise, durch sie erlangen wir Heiterkeit und Gemütsfrieden. Und wenn wir uns an die Arbeit begeben, so müssen wir mit Leib und Seele, mit Lust, Liebe und Fleiß dabei sein, denn wer fleißig ist, kommt durch die Welt, und sei er noch so arm. Ein arbeitsames Leben zu führen, ist Bestimmung und Pflicht eines jeden Menschen; nur wer arbeitet, körperlich oder geistig, ist ein nützliches Glied der menschlichen Gesellschaft. Mit Arbeit und Fleiß hängt eng zusammen die Sparsamkeit. Wer das Kleinste verwertet, nichts umkommen läßt, das Vorhandene richtig einteilt, der kann auch für die Zeit der Not etwas zurücklegen.

Zu einer andern Gruppe von Eigenschaften gehört die Treue. Wir sollen Treue halten unserm angestammten Herrscher, der über unser Wohl und Wehe wacht, wir sollen Treue halten unserm Vaterlande. Wir sollen das unterstützen, was das Wohl des Vaterlandes fördert, und das bekämpfen, was es schädigt. Wo Treue ist, da hört die Lässigkeit auf, der Geist der Wahrheit erinnert uns an alles. Es ist zwar nicht immer leicht, die Wahrheit zu sagen, aber doch viel leichter, als sich aus einer Lüge herauszuwickeln, die den Lügner meist in die eigenen Netze verstrickt. Nun braucht man zwar nicht alle Wahrheit zu sagen, weil es Fälle giebt, in denen das Schweigen darüber zur Pflicht wird, aber man darf nichts als die Wahrheit sagen.

Digitized by Google

Die Wahrheit gegen andre ist aber wenig verdienstlich, wenn sie nicht zu gleicher Zeit gegen das eigne Herz geübt wird und zu aufrichtiger Selbsterkenntnis führt. Wie schnell und treffend ist oft unser Urteil über die Handlungen andrer, ja selbst über ihre Beweggründe, und wie unklar und beschönigend über die eignen. Wie oft hätten wir uns unter dem Gleichnis vom Splitter und Balken zu beugen, wenn wir nur daran dächten, statt uns zu vermessen, hoch über andre hinwegzusehen. Zur Wahrheit gegen andre wie gegen sich selbst gehört Mut, nicht jener kraftbewußte, körperliche Mut, sondern der moralische, der es vermag, für seine Überzeugungen einzustehen und mit allen sittlichen Kräften dafür zu kämpfen. In den meisten Schicksalsfügungen offenbart sich der Mut durch die Standhaftigkeit, mit der man auch Leiden und Unglück in Stillsein und Hoffen erträgt, und, das vorgesteckte Ziel fest im Auge behaltend, stets unbeirrt vorwärts schreitet.

Wo diese Eigenschaften festen Fuß gefaßt haben und sich mit Gottesfurcht verbinden, da ist die sittliche Reform durchgeführt, da gedeihen Zufriedenheit und Glück.

Das Großkapital.

I.

Daß Deutschland — gleich vielen andern Staaten! — in einer solchen Währungskalamität steckt, verdanken wir in erster Linie dem Großkapital und seinem gefügigen Anhang. Je mehr Staaten zur Goldwährung übergehen, um der zu hergen Golddecke zerren, einen um so größern Wert, einer um so größere Kaufkraft erhält das Goldgeld. Die Besitzenden und in erster Linie die viel Besitzenden, die Großkapitalisten haben also Vorteil von der Goldwährung; die ärmern Klassen, vor allem aber alle Verschuldeten haben den größten Nachteil, da ihre eingegangenen Zins-Verpflichtungen immer drückender werden, je größer die Kaufkraft des Goldes wird, d. h. je niedriger die Preise ihrer Produkte werden. Seit vielen Jahren führen einsichtige Männer einen energischen Kampf gegen die Goldwährung zu Gunsten der internationalen Doppelwährung; bis jetzt völlig vergebens. Die Großkapitalisten haben den bei weitem größten Teil der Presse zur Verfügung; sie wird benutzt, um das Volk und die Regierungen in dieser Frage im Dunkel zu erhalten und die Gegner niederzuschreien. Unsre Regierung besteht leider aus Männern, die entweder wirklich nicht wissen, welch schweres Unheil die Goldwährung unserm Volke bringt, oder die mit der Großfinanz gar zu enge Fühlung und mancherlei gemeinsame Interessen haben.

Der Einfluß und die persönlichen Beziehungen der großen Geldmächte reichen bis in die allerhöchsten Kreise; es wird von ihnen der größte Wert darauf gelegt, diese Beziehungen zu pflegen. Es bietet sich so leicht eine Gelegenheit, diesem hohen Herrn oder jenem Minister einen Wink in finanzieller Beziehung zu geben, der für den Betreffenden sehr wertvoll ist. Oder es wird die brutale Macht des großen Geldsacks hervorgekehrt: einem Finanzminister, der nicht nach dem Geschmack der maßgebenden Bankhäuser ist, der sich beikommen läßt, „wider den Stachel zu löcken", werden die notwendigen Anleihen verweigert oder nur zu sehr ungünstigen Bedingungen bewilligt. So werden die Übereifrigen thatsächlich Mitregenten, oft sogar eine geheime, dem Volke unsichtbare Oberregierung. Dann schüttelt mancher biedre Bürger sein Haupt über die unbegreiflichen Maßnahmen der Regierung, die, anstatt für das Volkswohl zu sorgen, das Großkapital begünstigt. Er weiß nicht, daß die Regierung einem Zwange gehorcht, dem sie sich gern entziehen möchte, wenn sie könnte.

Je mehr ein Staat in Schulden gerät, desto größer wird die Macht des Großkapitals über ihn. Die schwer verschuldeten Staaten, wie Italien, Österreich-Ungarn und viele andre, sind der Herrsch- und Habsucht des Großkapitals mit gebundnen Händen ausgeliefert. Seit wir im Deutschen Reiche und den deutschen Einzelstaaten uns immer tiefer in Schulden stürzen, wird auch hier die Macht des Großkapitals immer größer, immer bedrohlicher. Wir sehen, daß unsre Regierung mehr und mehr den Forderungen nachgiebt, die von Seiten der nimmersatten Großfinanz gestellt werden; sie steht unter dem Zeichen der Namen Bleichröder und Rothschild. Wenn nicht bald eine völlige Umkehr geschieht, wird auch bei uns eine geheime Nebenregierung mehr Macht haben, als die wechselnden Minister. Wir können es auch hier erleben, was in andern Staaten oft genug vorkommt, daß die Börse Ministerien stürzt, daß die großen Geldmächte bei der Neubildung eines Ministeriums gefragt werden, ob diese oder jene Persönlichkeit ihnen genehm sei.

Aus dem Gesagten geht hervor, daß die Sozialreformer auf zwei Dinge mit aller Kraft hinarbeiten müssen: erstens das Aufhören der Schuldenwirtschaft im Reiche, Staat, Provinz, Gemeinde; und zweitens die Verhinderung der immer weiter gehenden Zusammenballung maßlos großer Vermögen in einzelnen Händen. Der Kampf gegen das Großkapital ist ebenso wichtig für uns, als der Kampf gegen das Judentum. Zu einem großen Teile fallen ja beide zusammen; denn das große Kapital ist mit geringen Ausnahmen in den Händen von Juden; bei ihnen vermehrt es sich unaufhörlich, während die nichtjüdischen großen Vermögen im ganzen mindestens relativ zurückgehen.

Bilden also das Großkapital eine Gefahr für die ganze jetzige Wirtschaftsordnung; hat zumal der Mittelstand keinen schlimmern Feind als das in wenig Händen angehäufte Kapital, so drängt sich uns unabweisbar die Frage auf: Was muß geschehen, um das lawinenartige Anwachsen der Riesenvermögen zu hindern? Es wäre eine Feigheit, wenn wir diese Frage nicht zu beantworten versuchten; wenn wir nicht alle Mühe anwendeten, um unsre Mitbürger zu bewegen, mit uns den schweren, aber absolut notwendigen Kampf gegen das überwuchernde Großkapital auszufechten. Derselbe ist so wichtig für unsre ganze soziale Ordnung und Entwicklung, daß wir ihn nicht eher einstellen dürfen, als bis unser Gegner völlig besiegt am Boden liegt.

Wir sind nicht so unverständig, daß wir gleich gewissen Leuten gegen das Kapital donnern; denn das kann nicht abgeschafft werden, wenn man nicht in den Urzustand der Menschheit zurückkehren will. Wir sind auch keine Gegner des Privateigentums, das wir vielmehr bei der Beschaffenheit des menschlichen Geistes für unentbehrlich ansehen. Wir sind nur aus den früher angeführten Gründen Gegner maßloser Kapitals-Anhäufungen in den Händen einzelner, weil sie grade verursachen, daß es so viele Menschen ohne jedes Kapital giebt; weil sie zur Abhängigkeit der großen Mehrzahl der Staatsbürger von jenen Übereichen führen. Und die Herrschaft des Geldsacks ist weit drückender, weit unerträglicher, als jede andre. Die Entwicklung des Großkapitals ist aber bereits so weit vorgeschritten, daß es die höchste Zeit ist, mit gesetzlichen Mitteln dagegen anzukämpfen, wenn man blutige Umwälzungen, den Umsturz der ganzen jetzigen Gesellschaftsordnung verhindern will.

Das Ziel ist nicht durch eine Maßregel zu erreichen; man muß von verschiednen Seiten zugleich vorgehen. Wir halten folgende Punkte für die notwendigsten:

1. Verstaatlichung (oder Kommunalisierung) wichtiger Betriebe. Das Großkapital beutet durch mancherlei Betriebe die Allgemeinheit in grabezu maßloser Weise aus. Sowohl die Arbeiter in seinem Dienste als die Konsumenten unterliegen dieser Ausbeutung. Wir weisen nur auf die Kohlenbergwerke hin: in ihnen wird ein Produkt gewonnen, auf dessen Verbrauch der Arme wie der Reiche angewiesen ist. Der Besitzer der Bergwerke, oder auch häufiger die großen Kohlenhändler, bilden Ringe, die den Preis auf einer ihnen reichen Gewinn bringenden Höhe halten. Wie aber die Arbeiter geteilt sind, die die „schwarzen Diamanten" aus dem Innern der Erde heraufholen, darauf haben die großen Streiks der Bergleute in Deutschland und England, sowie die Verhandlungen des internationalen Bergarbeiter-Kongresses im Jahre 1894 ein helles Licht geworfen. Es giebt wenig Betriebe, die so dringend der Verstaatlichung bedürfen, und die so leicht verstaatlicht werden können. — Ähnlich verhält es sich mit den Straßenbahnen in unsern Großstädten: schlecht gelohnte Arbeiter werden ausgeschunden, um den Aktionären zu fetten Dividenden zu verhelfen. Diese Bahnen sollten von der

Digitized by Google

Stadtgemeinden in Betrieb genommen werden; sie könnten hübsche Einnahmen daraus erzielen und doch Muster-Betriebe hinsichtlich der Arbeiterverhältnisse herstellen. — Wir erwähnen nur kurz die Gasanstalten, die z. B. in Berlin und Wien zum Teil in den Händen englischer Gesellschaften sind und dazu dienen, ungeheure Gewinne aus den Taschen der Bürger dieser Städte herauszupressen. — Bei uns sind die Elektrizitäts-Betriebe größtenteils verstaatlicht; wo sie es noch nicht sind, sollte es sofort geschehen. Viele andre Großbetriebe sind durchaus geeignet, in die Verwaltung des Staates oder der Gemeinden überzugehen; wir erinnern nur an die Bergwerke aller Art, an die Licht-, Wasser- und Elektrizitäts-Versorgung der Städte; an die Getreide-Einfuhr und dergleichen.

2. Aufhören der Schulden-Wirtschaft in Staat, Provinz, Gemeinde und Verbänden aller Art. Nichts fördert das Anwachsen der Riesenvermögen so, als die moderne Schulden-Wirtschaft. Sie wird von den Organen des Großkapitals als etwas ganz Unschuldiges, ja Segenbringendes gepriesen; das muß für jeden Denkenden schon ein Hinweis sein, daß das Gegenteil wahrscheinlich zutreffend ist. Die in fast allen Staaten bestehende Verschuldung liefert sie auf Gnade und Ungnade der Willkür der großen Finanzmächte aus. Es giebt keinen großstaatlichen Finanzminister mehr, der nicht ängstlich auf die Börsenkurse der Staatspapiere schaut. Die Großfinanz hat es in der Hand, die Papiere eines jeden Staates steigen oder sollen zu lassen; damit besitzt sie ein unfehlbares Mittel, widerstrebende Minister und Staatsoberhäupter gefügig und sich dienstbar zu machen. Die Leichtgläubigkeit, womit alle Bedürfnisse für staats- und Gemeindezwecke durch Anleihen befriedigt werden können, verführt zu einer leichtsinnigen, verschwenderischen Wirtschaft; wenn man nur noch die Zinsen aufbringen kann, ist man zufrieden, an Rückzahlung des Kapitals wird in den seltensten Fällen gedacht. So entsteht eine die mittlern und untern Stände schwer drückende Steuerbelastung. Man bedenkt es selten, wie sehr das Vermögen des einzelnen durch die allgemeine Verschuldung in Mitleidenschaft gezogen wird. Machen wir uns das an einem kleinen Beispiele klar. Ein Landmann, der keine persönlichen und Hypotheken-Schulden hat, der sich also für völlig schuldenfrei hält, hat thatsächlich die folgenden Schulden mitzutragen: die Schuld des Reiches, die des Staates, der Provinz, seines Kreises, seiner Kirchen- und politischen Gemeinde; ferner noch die des Landstraßen-Verbandes, dem er angehört, des Schul-Verbandes, eventuell noch die eines Schleusen-, Deich-, Entwässrungs-Verbandes usw. Wenn die Anteile aller dieser Schulden nach Verhältnis des Besitzes repartiert würden, so würde unser sich für schuldenfrei haltender Landmann staunen, eine wie große Schuldsumme thatsächlich ihn oder seinen Besitz belastet.

Bei weitem der größte Teil aller in Frage kommenden Schuldverschreibungen von Staat, Gemeinden, Verbänden aller Art ist im Besitz der Großkapitalisten. Ein ungebührlich großer Teil alles dessen, was der Mittelstand unter schwerem Druck an Steuern und sonstigen Abgaben zahlt, wandert als Verzinsung für die aufgenommenen Schulden in die Geldschränke der Reichen und Überreichen um von neuem gegen „angemessne" Verzinsung an Staaten, Gemeinden und Verbände ausgeliehen zu werden.

Der Grund und Boden unsers Vaterlandes ist mit riesigen Summen belastet; siebzig Milliarden sollen als Hypotheken auf ihm ruhen! Eine große Anzahl von Hypotheken-Banken widmet sich dem Geschäft. Immobilien zu beleihen und das dazu nötige Geld durch den Verkauf von börsenfähigen Pfandbriefen aufzubringen. Auch diese sind zum bei weitem größten Teile in den Händen von Großkapitalisten; „Juden und Engländer" sind es, die in ihren Geldschränken die Papiere bewahren, welche ihnen Anspruch auf einen großen Teil des jährlich vom deutschen Volke Erarbeiteten gewähren. — Es ist eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialreform, das allgemeine Verschuldungs-System, das die Reichen reicher, die Armen ärmer macht, zu beseitigen. Damit würde man dem Anwachsen der Riesenvermögen einen starken Riegel vorschieben.

3. Eine wirksame Börsen-Gesetzgebung, die die Volksausbeutung, die die Großfinanz mittelst der Börsen-Geschäfte treibt, gründlich verhindert. Die Börse in ihrer jetzigen Gestalt hat ein preußischer Minister einen Giftbaum genannt; es ist wahr, sie wirkt vergiftend auf unser Volk und verbreitet Siechtum und Tod auf wirtschaftlichem Gebiete in weiten Kreisen. Wir haben sie an andrer Stelle eine Saugpumpe genannt; denn sie saugt aus allen Adern und Poren des Wirtschaftskörpers das Lebensblut auf. Andre haben sie mit einem riesigen Schwamm verglichen, der alles, was mit ihm in Berührung kommt, mit Gier in sich hineinzieht. Mit weit mehr Recht, als es einst ein Dichtermund bezüglich der Kirche gesagt hat, darf man von der Börse behaupten: sie hat einen guten Magen, hat ganze Länder aufgefressen und doch noch nie sich übergessen! Und diese „Akademie zur Umgehung der Gesetze", wie Lasalar sie einst so wahr bezeichnend nannte, hat man sich selbst überlassen. Bisher haben die Herren Börsianer sich ihre eignen Gesetze gegeben. Das darf nicht so bleiben; es muß eine genaue Überwachung des Börsentreibens von Seiten des Staates eintreten, damit die unverschämten Raub- und Beutezüge aufhören, die jetzt täglich in ungenierter Weise betrieben werden. Die das Allgemeinwohl schädigenden Spekulationen, wie sie im Differenzgeschäft mit den wichtigsten Nahrungsmitteln betrieben werden, müssen beseitigt werden. Strenge Gesetze müssen die gewissenlose Gründerei unmöglich machen; die verführerischen Gründungs-Prospekte dürfen nicht mehr für bloße lauschmänische Reklame angesehen werden, sondern für die darin gemachten Versprechungen müssen die Gründer haftbar gemacht werden. Die Staatsregierung kann nicht genau genug auf alle Manipulationen der Börsianer achten. Es müssen Gesetze von drakonischer Strenge gegen alle schwindelhaften Geschäfte erlassen und unnachsichtlich ausgeführt werden.

4 Progressive Einkommen- und Erbschafts-Steuer. In Kürze sei nur angedeutet, daß die richtige Anwendung dieser Steuern ein vorzüglich wirksames Mittel zur Verhindrung aller allzu großer Kapital-Anhäufungen bietet. Man darf allerdings nicht, wie es bei dem neuen preußischen Einkommensteuergesetz geschehen ist, die Progression bei hunderttausend Mark Einkommen und vier vom Hundert aufhören lassen; die Progression muß unaufhörlich weiter gehen. — Die Erbschaftssteuer ist in Preußen erst sehr ungenügend ausgebaut; man muß die Sache ganz anders anfassen, als es bisher geschehen ist.

5. Staatliche Beaufsichtigung aller Geschäfte der Großkapitalisten. Von einer gewissen Höhe des Geschäftskapitals an muß eine genaue Beaufsichtigung des gesamten Geschäfts durch Staatsbeamte stattfinden. Müssen schon jetzt alle größern Kaufleute und die Bankiers eine geordnete Buchführung haben, wenn sie nicht mit dem Strafgesetz in Konflikt kommen wollen, so muß man künftig verlangen, daß geschäftstreibende Großkapitalisten jeder Zeit ihre Bücher den zur Revision bestellten Staatsbeamten vorzulegen verpflichtet sind. Dann würden die Behörden stets in der Lage sein, sich zu überzeugen, welche Arten von Geschäften jeder Großkapitalist treibt und könnten die dem Allgemeinwohl verderblichen verhindern.

Diese Forderung wird heftigem Widerspruch in weiten Kreisen begegnen. Mit den Feinden jeder Sozialreform brauchen wir uns diesethalb nicht auseinanderzusetzen; wir wenden uns nur an solche Leser, die unsre jetzigen Zustände für unhaltbar erkannt haben und die daher von der Notwendigkeit sozialer Reformen überzeugt sind. Um diese in wirksame Weise einzuführen, dazu genügt es nicht, die Angehörigen des vierten Standes durch allerlei Versicherungen vor Notlagen oder vor dem Armenhause zu bewahren. Wollte man sich hierauf beschränken, wie man leider bisher gethan hat, so würde man den arg bedrohten Mittelstand durchaus nicht vor Ausbeutung durch die großen Geldmächte schützen. Zu einer wirksamen Sozialreform gehört es aber vor allen Dingen, den Mittelstand in seiner Stellung zu schützen. Er wird durch die Großkapitalisten in seiner Existenz bedroht; daher muß die Staatsgewalt jene am Mißbrauch ihrer wirtschaftlichen Übermacht hindern, und dazu ist eine genaue Überwachung ihrer Geschäfte unerläßlich.

6. Festsetzung einer Vermögensgrenze für Privatpersonen. Diese Forderung wird den Liberalen, die am laisser

Digitized by Google

faire festhalten, als etwas Ungeheuerliches erscheinen. Das kann uns aber nicht abhalten, sie mit allem Nachdruck zu stellen. Wir haben uns überzeugt, daß die in einer Hand befindlichen Riesenvermögen eine soziale Gefahr bilden, die alle andern an Größe und Verderblichkeit übertrifft. Da wir das Wohl der Gesamtheit höher stellen als das Privatinteresse jeder Einzelperson, so müssen wir fordern, daß man nach Milliarden zählende Vermögen nicht in einer Hand sich ansammeln läßt. Über die Höhe, bei der die Vermögen anfangen, eine öffentliche Gefahr zu werden, kann man verschiedner Meinung sein. Wir sind der Ansicht, daß zweifellos jeder über hundert Millionen Mark hinausgehende Besitz eine öffentliche Gefahr bedeutet, da er dem Inhaber eine zu große Macht über seine Mitmenschen verleiht. Es muß eine Bestimmung getroffen werden, daß Vermögen, soweit sie die festgesetzte Grenze übersteigen, sequestriert werden. Staatsbeamte müssen sie verwalten und die Einkünfte für öffentliche Zwecke verwandt werden.

Man wird uns einwenden, wenn Deutschland so gegen seine reichen Bewohner vorgehen wolle, würden sie schleunigst auswandern. Wir erwidern darauf: es wäre ein Glück, wenn die überreichen Juden möglichst bald unser Vaterland verließen. Da sie wohl alle großen Grundbesitz erworben haben, würde man diesen einzelnen und zu Staatsdomänen machen. — Nichtjuden mit einem hundert Millionen übersteigenden Besitz dürfte es kaum bei uns geben; daher wäre die von uns vorgeschlagene Bestimmung für alle Deutschen ohne Folgen.

Falls man die von uns vorgeschlagenen Mittel anwendete, könnte man die Schädlichkeit des Großkapitals und die Entstehung der das Gemeinwohl bedrohenden Finanzmächte außerordentlich eindämmen. Freilich gehören zur Durchführung solcher Reformen andre Männer, als wir jetzt an der Spitze der Regierung haben. Erst wenn überzeugte und rücksichtslose Sozialreformer das Heft in die Hand bekommen, kann man hoffen, daß dem jetzt allmächtigen Großkapital gegenüber Ernst gemacht wird. Hoffen wir, daß diese Zeit nicht mehr allzu fern sein möge und daß unserm Volke Retter erstehen, ehe es zu spät ist!

Allerlei Ernstes und Launiges von Bismarck.

III.

Christoph von Tiedemann, jetzt Regierungspräsident in Bromberg, früher Chef der Reichskanzlei und einer der Vertrautesten der Bismarckschen Familie, erzählt in seinen Erinnerungen*), wie er sie selbst nennt, Plaudereien über Leben und Arbeit in des Fürsten Hause, u. a. folgendes:

„Die geistige Schaffenskraft des Fürsten war so rastlos, daß sie auch beim Lesen nicht ruhte. Er las immer mit dem Bleistift in der Hand. Selbst zu den Leitartikeln der Zeitungen machte er seine Randbemerkungen und verschwendete bisweilen die geistreichsten und witzigsten Glossen an ganz bedeutungslose Leistungen eines beliebigen Tageblattes.

Aber nicht nur das. Er verbesserte auch mit seinem Bleistifte stilistische Versehen, wo er sie fand.

Wurde ihm ein Entwurf vorgelegt, so feilte er, auch wenn er ihn selbst diktiert hatte, mit der peinlichsten Sorgfalt daran; er mußte bisweilen zwei-, dreimal umgeschrieben werden. Er konnte sich nie genug thun in der Knappheit und Klarheit des Ausdrucks, und daher kommt es, daß alle Schriftstücke, die von ihm ausgegangen sind, ein geradezu klassisches Deutsch enthalten. Mit Recht hat man ihn einen der größten Prosaiker des deutschen Schrifttums genannt.

Dabei bediente er sich immer der einfachsten und natürlichsten Ausdrucksweise. Vom Kanzleistil findet sich nie eine Spur. Rücksichtslos beseitigte er alle Superlative; je schlichter das Wort, desto größer der Eindruck, behauptete er. Ich brauche nur an das geflügelte Wort vom ‚ehrlichen Maklerʻ zu erinnern, um darzuthun, wie zutreffend diese Auffassung ist …

Einmal hatte ein Großherzog um eine Unterredung gebeten und der Fürst hatte ihm antworten lassen, es würde ihm eine hohe Ehre sein, ihn um neun Uhr abends zu empfangen. Ich befand mich zum Vortrage beim Fürsten, als diese Stunde heranrückte. Er bat mich um Entschuldigung, wenn er seinen Anzug wechsle, entledigte sich seines Interimrockes und ließ sich einen Waffenrock bringen, woran der Kammerdiener das Großkreuz des großherzoglichen Ordens befestigt hatte. Die Uhr schlug neun und ich beeilte mich zu Ende zu kommen. Es wurde ein Viertel auf Zehn, der Großherzog war noch immer nicht da. Der Fürst rief seinem Kammerdiener: ‚Bringen Sie mir meinen Interimsrock wieder‘, und zu mir gewandt, ‚eine Königliche Hoheit soll nicht glauben, daß ich länger als eine Viertelstunde auf ihn gewartet habe.‘

Da erschien der Großherzog. Er ging, während ich mich entfernte und die Diener die Thüren aufrissen, an mir vorüber, und ich sah nur noch, wie der Fürst ruhig an seinem Schreibtische sitzen blieb, scheinbar in Aktenstücke vertieft. Der Großherzog trat an den Tisch, und der Fürst erhob sich mit tiefer Verneigung: Ich glaubte schon, Eure Königliche Hoheit würden mir nicht die Gnade erweisen, zu mir zu kommen. Die Uhr ist zwanzig Minuten nach neun.‘

Nur in seinem Familienleben, das gradezu ideal genannt werden muß, in seinem Verhältnis zu Frau und Kindern, war von berechnender Kälte nichts zu finden; hier herrschte eine gemütvolle Lässigkeit. Als Gatte und Vater konnte er schwach sein wie jeder andre Gatte und Vater, und in seinem eignen Hause ist der große Diplomat wohl auch einmal den kleinen diplomatischen Künsten erlegen, die gegen ihn von seinen Angehörigen in Szene gesetzt wurden.

Außer seiner Familie widmete er nur wenigen Auserwählten eine herzliche, aufrichtige Zuneigung. Dagegen war er ein großer Freund der Tiere, namentlich der Hunde, die sich im Bismarckschen Hause alles erlauben durften.

Mit grimmigen Worten äußerte er sich über die Vivisektoren, diese ‚Hundeschlächter‘, und jede gegen Tiere verübte Grausamkeit regte ihn leidenschaftlich auf. Als es mit seinem Sultan, seinem besten Freunde, zu Ende ging, fand ich ihn in seinem Arbeitszimmer auf dem Teppich sitzend, den sterbenden Hund im Schoße, dem er liebevoll den Kopf streichelte. Mehre Tage nachher hat er kein Wort gesprochen.“

Otto B.

*) Persönliche Erinnerungen an den Fürsten Bismarck. Mit einer Nachbildung seiner Handschrift. Leipzig 1898. 5½ S. Preis 1 Mark.

Jüdische Ackerbau-Kolonien.

Im Jahre 1888 entschlossen sich — auf Überredung von Agenten — achtzig jüdische Familien, die sich in Konstantinopel beschäftigungslos herumtrieben, nach Argentinien auszuwandern. Sie wurden mit Hilfe der Nationalregierung nach dem gelobten Lande gebracht und kamen in Buenos Ayres in die Hände eines Kolonisators, des Doktor Pedro Palacios, der mit den Einwandrern die üblichen Kontrakte abschloß und ihnen seine Kolonie in der Provinz Santa-Fé zuwies, woselbst sich die Juden niederließen, um Landwirtschaft zu treiben. Zur selben Zeit hatte sich Baron Moritz Hirsch in Paris entschlossen, die durch die russische Regierung vertriebenen jüdischen Familien nach Argentinien zu bringen, welches Land in Folge seiner fruchtbaren Erde, des gesunden Klimas und seines Fortschritts den besten Punkt für das große Unternehmen zu bilden schien.

Der Anfang wurde damit gemacht, daß eine Kommission von drei Herren nach Argentinien gesendet wurde, die die Provinzen bereiste und auch die Kolonie des Dr. Palacios eingehend untersuchte. Auf Grund der Berichte wurde im Jahre 1891 zu London die Aktiengesellschaft „The Jewish Colonisation Association“ mit einem Kapital von zwei Millionen Pfund Sterling gegründet.

Dr. Löwenthal, der erste Direktor, kam im Mai 1891 nach Buenos-Ayres, um hier Grundbesitz zu erwerben. Während

Digitized by Google

diese Vorarbeiten im Gange waren, hatten die Kommissionen, die in Europa im Interesse der Kolonisation thätig waren, viele Familien in Odessa und in andern Städten versammelt und veranlaßten die Überführung von ungefähr tausend Personen nach Buenos-Ayres. Dieses zusammengewürfelte Volk, das sehr viele nichtentsprechende Elemente enthielt und großenteils weder in physischer noch in moralischer Beziehung für das schwere und mühselige Leben eines Kolonisten geeignet war, langte in Buenos-Ayres zu einem Zeitpunkte an, in dem die Gesellschaft noch kein Stückchen Land ihr eigen nannte. Um die Masse nicht ganz verwildern zu lassen, wurde sie nach Mar del Plata — dem argentinischen Ostende — gebracht, wo die Hotels grade zu jener Zeit — im Winter — leer standen und verhältnismäßig billig gemietet wurden.

Hier stehen wir dem ersten verhängnisvollen Fehler gegenüber. Der erste Transport war höchst unglücklich gewählt, indem nur wenige Arbeitskräfte, hingegen viele Unmündige, Alte, Kranke, Witwen usw. vorhanden waren. Angelangt, fanden sie keine Beschäftigung und wurden — selbstverständlich auf Kosten der Gesellschaft — lange Zeit hindurch verpflegt, so daß die Lust zur Arbeit, die auch sonst nicht besonders lebhaft war, ganz und gar verloren ging. In diesen Nichtsthun, in dieser Tätziplinlosigkeit und in der schlechten Wahl der Elemente sind die hauptsächlichsten Gründe jener außerordentlichen Schwierigkeiten gelegen, mit denen das Unternehmen späterhin zu kämpfen hatte.

Erst Ende des Jahres 1891 wurden die ersten Besitzungen erworben, und zwar die Kolonie des Doktor Palacios. Hierdurch wurden die dortigen jüdischen Kolonisten vom Untergange errettet, denn mit den Landarbeiten nicht vertraut, hatten sich diese Leute nichts erworben und lebten im größten Jammer, sozusagen im Freien, unter den größten Entbehrungen, so daß die Kindersterblichkeit in erschreckendem Maße zunahm.

Im Januar 1892 wurde ein Campo in der Provinz Buenos-Ayres erworben, welches heute die Kolonie Mauricio bildet und einige Monate später die weitausgedehnteren Ländereien in der Provinz Entre-Rios, die größten, über die die Gesellschaft verfügt.

Die Einwandrer,, die in Mar del Plata ein beschauliches Leben geführt hatten, kamen aus dem Regen in die Traufe, denn auch jetzt hatten sie noch keine Beschäftigung und gingen auf dem Campo, wo die vorbereitenden Arbeiten im Gange waren, müßig herum. Die traurigen Folgen blieben nicht aus, bald zeigte es sich, daß mit diesen schwachen, verkümmerten, faulen und undisziplinierten Massen nichts anzufangen war und so sah sich die Direktion gezwungen, die unfähigen Elemente zu entfernen, um wenigstens den Bestand des Unternehmens nicht zu gefährden. Fast die Hälfte der Eingewanderten wurden nach Europa oder nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika gebracht, während ein Bruchteil in Buenos-Ayres verblieb, um dort Handel zu treiben.

Die bittern Erfahrungen hatten zur Folge, daß die Einwandrung nunmehr systematisch durchgeführt wurde. In Petersburg bildete sich eine Zentralkommission, einerseits um die Auswahl der auswandernden Elemente zu treffen, anderseits, um mit der russischen Regierung die nötigen Verhandlungen zu leiten. Damals war man noch der Ansicht, daß es gelingen würde, im Laufe von 25 Jahren zwei bis drei Millionen russische Juden zu kolonisieren und die russische Regierung gewährte alle möglichen Erleichterungen, um von den unbeliebten Elementen befreit zu werden. Die Subkommissionen, die in den verschiednen Städten Rußlands gebildet wurden, bemühten sich unter den Bittstellenden die auszuwählen, die nicht ganz mittellos waren und auch den übrigen Bedingungen einer Kolonisation entsprachen. Alte, kranke oder kinderlose Ehegatten wurden abgewiesen, und so wurden im Jahre 1894 und 1895 insgesamt 650 Familien nach Argentinien gebracht, von denen ungefähr vierzig in Moisesville (Provinz Santa-Fé), die übrigen an verschiednen Punkten der Provinz Entre-Rios untergebracht wurden. Bemerkenswert ist, daß diese neuen Gruppen von den früheren ganz abgesondert sind, damit ihre Entwicklung besser beobachtet und durch die Unzufriedenheit der ersten Eingewanderten nicht beeinträchtigt werde

Während im Jahre 1895 insgesamt 1355 Familien mit 7420 Personen angesiedelt waren, schmolz diese Zahl bis jetzt auf 910 Familien mit 6757 Seelen zusammen, unter denen sich 1282 Männer, 1292 Frauen, 2298 Knaben und 1885 Mädchen befanden. Seit dem Jahre 1895 finden keine neuen Ansiedlungen statt, da man erst die Resultate der letzten Kolonisationen abwarten will.

Dies Grundeigentum der Gesellschaft beträgt:

in der Provinz Buenos-Ayres	25000	Hektar,
" " " Santa-Fé	21786	"
" " " Entre-Rios	154833	"

also insgesamt 201619 Hektar, wovon ungefähr die Hälfte kolonisiert und 30000 Hektar bearbeitet sind. Bis Juli 1896 wurde für Grund und Boden 250000 Pfund und für Kolonisation 315000 Pfund Sterling ausgegeben, welche Summen einst durch die Angesiedelten zurückgezahlt werden sollen.

Betrachten wir nun die bisher erreichten Ergebnisse und vergleichen diese mit den Kosten, so wird es sofort klar, daß der Plan einer Massen-Auswandrung aus Rußland ganz unmöglich, ja vollständig ausgeschlossen erscheint. Es war dies ein Traum des Gründers, der auf ganz irrige Angaben baute und bald sah, daß sowohl die Kosten, als auch die zur Erhaltung einer Familie notwendige Grundfläche bedeutend größer sein mußte, als gedacht worden war. Im Anfange hatte man für jede einzelne Familie eine kleine Grundfläche angenommen und die Kolonien hauptsächlich auf Weizen- und Leinkultur berechnet. Es zeigte sich jedoch, daß die extensive Kultur, die in Argentinien allgemein ist, bedeutend größere Flächen erfordert, und ob schon heute die kleinste Parzelle 50 Hektar beträgt, ist es nicht die letzte Frage: wenn in Folge der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse in den Kolonien die Viehzucht eingeführt wird, woher werden die hierzu notwendigen großen Flächen in der Nähe der Ansiedlungen gewonnen?

Es muß noch hervorgehoben werden, daß unmittelbar vor den Ansiedlungen langwierige Studien und Debatten darüber geführt wurden, ob das Farmsystem — einzelnstehende Häuser mit umliegenden Land — oder das Dorfsystem einzuführen wäre. Zu Gunsten der Farm sprach die extensive Kultur des Landes und jedenfalls der nicht zusällige Umstand, daß in Argentinien allgemein Farmwirtschaften bestehen. Das Dorfsystem hingegen wurde auf Bitten der Einwandrer angenommen, die nach jüdischer Art beisammen bleiben wollten, umsomehr, als die Furcht vor Raub und Überfall nicht ganz unbegründet erschien. Anfänglich wurden daher Dörfer verschiedner Größe angelegt, 12, 24 bis 50 Häuser in einer Reihe angeordnet, doch zeigte sich bald, daß man das Unrichtige getroffen hatte. Ueberfälle der wilden Tagediebe, die sich im Campo umhertreiben, blieben trotzdem nicht aus und obwohl man die Ansiedler mit Waffen versah, konnten oder wollten sie ihre Waffen nicht benutzen. Wohl war es den Leuten angenehm, ein Gemeindehaus mit allerlei Einrichtungen zu besitzen, aber die Felder sind zu weit entfernt, die Bearbeitung erfordert mehr Zeit und Mühe, ist infolgedessen auch teurer. Nicht zu unterschätzen ist auch der moralische Gesichtspunkt, denn diese Gemeinden werden sich viel schwerer akklimatisieren, den häßlichen deutsch-russisch-jüdischen Jargon nur sehr langsam ablegen und die vielen Fehler, die in der mehrhundertjährigen Knechtschaft und Unterdrückung (?!) erworben wurden, nur mit großer Mühe abstreifen. Dieses Dorfsystem tritt nun auch der Einführung der Viehzucht als Hindernis entgegen, denn die gemeinsamen Weiden, die zu jedem Dorfe gehören, sind viel zu klein, und von den Wohnstätten weit entfernte Weiden anzulegen, ist nicht gut möglich.

Bevor die zwei letzten Transporte der Einwandrer ankamen, entschloß man sich, Farmen zu gründen und bildete diese in der Weise, daß in eine grade Linie Gruppen von je zwei, beziehungsweise vier Häusern angelegt wurden, die rechts und links von der breiten, guten Fahrstraße liegen. Neben jedem

Digitized by Google

einzelnen Hause liegt die Chacra, so daß der Landwirt seiner Besitzung fortwährend die größte Sorgfalt zuwenden kann und sowohl Wagen als Pferde nicht in Anspruch nehmen muß.

Für die ersten Kolonisten wurden die Häuser aus Lehmziegeln gebaut, ein Fehler, der sich bald rächte, indem die großen Stürme, Gewitter und Regengüsse den Bau von neuen Häusern notwendig machten. Nichtsdestoweniger stehen neben den netten, rohen Ziegelhäuser die alten, verfallenen Lehmhütten, denn für die großen, sich stark vermehrenden Familien sind alle diese Wohnstätten viel zu klein.

Jede Familie, die angesiedelt wurde, erhielt Haus und Hof, Land und Maschinen, Zugpferde, Ochsen, Kühe, Ziegen, Samen und Unterstützung in Geld. Ein Konsumverein besteht noch nicht, sondern auf jeder Kolonie ein Laden, in dem die Lebensmittel eingekauft werden. Da den Kolonisten jeder Handel verboten ist, sind diese, durch die Direktion beaufsichtigten Läden auch in nichtjüdischer Hand. Die durchschnittliche Schuld einer Familie beträgt ungefähr sechszehntausend Mark, wobei zu bemerken ist, daß die Schulden einmal bereits herabgesetzt worden und zwar so, daß die Kolonisten im Stande sein sollten, jährlich soviel abzuzahlen, daß auch bei mittelmäßiger Ernte die Schuld in zwanzig Jahren getilgt wäre. Bis jetzt ist aber noch niemals die jährliche Abzahlung innegehalten worden, die Einwandrer sind vielmehr noch unterstützt worden und zwar erhielt jede Familie für jedes erwachsene Familienmitglied monatlich 8 Pesos (ungefähr zwölf Mark) für den Lebensunterhalt und außerdem den Samen zum Anbau. Durch diese Unterstützungen werden die Schulden der Kolonisten erhöht, diese selbst haben aber von ihrem Verhältnisse zur Gesellschaft zumeist kein klares Bild.

Die Ursachen dieses langsamen Fortschrittes sind mannigfacher Art. In erster Reihe muß man in Betracht nehmen, daß die Elemente der Kolonisation wahrlich schlechte sind. Selbst die letzthin angesiedelten Familien kann man nicht als solche betrachten, die für die schwere Arbeit einer Kolonisation geeignet wären.

In den Städten an Handel gewöhnt, sahen sich die Juden plötzlich einer neuen Beschäftigung gegenüber, und während sie in ihrer alten Heimat höchstens auf dem Pulte saßen, sahen sie sich hier gezwungen, ein wirkliches, lebendes Pferd zu besteigen. Die Arbeit war ihnen fremd, der größte Teil hatte einen Pflug selbst noch nicht gesehen, von den Erntemaschinen und andern gar nicht zu reden. Einen höchst ungünstigen Einfluß übten die Frauen aus, die in den Städten an einen gewissen Luxus und an das enge, nahe Leben des Ghettos gewöhnt waren und nun in der großen, freien Natur, ohne nachbarlichen Verkehr, ohne Bequemlichkeiten sich nicht zurecht fanden. Die fortwährenden Klagen dieser Frauen verbitterten so manchem Familienvater die ersten Jahre des neuen Lebens und fanden jedenfalls einen lebhaften Widerhall. Es braucht nicht betont zu werden, daß das Hausweisen, der Hof, der Garten, die Geflügelzucht hierbei nicht vorwärtskamen. Der religiöse Fanatismus war auch hier — wie überall — nur schädlich. Die Leute klammerten sich z. B. an den althergebrachten Ritus. Um ein Huhn schächten zu lassen, machte der Kolonist mit den Pferden halbtägige Touren, ohne den Wert der verlorenen Zeit und Arbeit zu erwägen. Es ist selbstverständlich, daß der Schächter seine Lage auch ausnützte und aus den Leuten möglichst viel Geld herauspreßte.

Das Festhalten an den rituellen Festtagen ist auch von großem Nachteile. Zur Erntezeit, wo die rasche Abwicklung der Feldarbeiten — insbesondere unter den sengenden Strahlen und den heftigen Gewittern Argentiniens — besonders wichtig ist, regen die Leute an den Festtagen keine Hand und da sie keine Knechte haben, ruht die Arbeit vollständig.

Der häßliche Zargen wird auch als zur Religion gehörend betrachtet und so halten es — insbesondere die Alteren — für notwendig, das Mauscheln nicht zu vergessen. Der Verkehr mit der Außenwelt — namentlich nach der Ernte, wo die Leute selbst ihre Fechsung verkaufen — wird hierdurch ganz besonders erschwert.

Eine nicht geringe Schwierigkeit, diese Leute zu dirigieren, liegt in ihrer natürlichen Anlage, fortwährend zu meditieren, zu grübeln und Ursachen zur Unzufriedenheit zu finden. Sie werden hierin — insbesondere in Moisesville — von einigen Nachbarn unterstützt, die hierdurch den Ankauf ihrer Grundstücke durch die Gesellschaft erreichen wollen. Da grade in dieser Kolonie die schlechtesten Elemente vorhanden sind, hatten die Aufwiegelungen auch den erstrebten Erfolg. Die Kolonisten überfielen nämlich die Kasse und wollten diese berauben, indem sie behaupteten, daß die Gelder, die die Direktion für die Kolonisten bestimmte, ihnen vorenthalten würden. Die Aufwiegler und Rädelsführer sind entdeckt und harren nun ihrer Strafe.

— —

Diese Schilderung der jüdischen Kolonisations-Versuche in Argentinien giebt der „Pester Lloyd", ein ausgesprochen jüdisches Blatt — man hat also keine Ursache an den vorgebrachten Thatsachen zu zweifeln. Daß der Verfasser jener Zeilen aber seine Stammesgenossen auch richtig einschätzt, zeigt er in folgendem Schlußsatze:

Eines freilich ist noch abzuwarten: wenn sich der Wohlstand heben, die Kolonie sich entwickeln sollte, wird der Kolonist nicht seine Söhne „studieren" schicken und aus ihnen Ärzte und Advokaten bilden lassen? —

Es ist ein seltsames Untersaugen der Semiten und Philosemiten, immer und immer wieder zu behaupten, die Juden seien zum Ackerbau ebenso geeignet wie alle andern Völkerschaften. Es ist deshalb gut, daß von Zeit zu Zeit irgendein Stammesgenosse der Juden sie selbst so schildert, wie sie zu allen Zeiten von judengegnerischer Seite immer geschildert sind, um ihre Gesichtlichkeit für die Ackerbau-Staaten und ihre Unfähigkeit zum Ackerbau zu beweisen.

Die Postbeamten und die Wahlen. Ein hessischer Postverwalter schreibt uns: In einer mir eben zugesandten Nummer des Organs des Postassistenten-Verbandes finde ich in einer Rede des Verbandsleiters, die anfang Oktober zu Düsseldorf gehalten wurde, folgenden Satz: „Man kann nicht wissen, was unter Umständen passiert; daß etwas im Gange ist oben, werden Sie schon gemerkt haben. Wenn die Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhause so ausfallen sollten, daß die Konservativen die Oberhand haben, ist es nicht ausgeschlossen, daß uns ein Vereinsgesetz beschert wird, welches die Thätigkeit der Beamtenvereine lahm legt. . . . In der Genossenschaft würden wir Ersatz für die Verbands-Organisation finden." Der Verband will nämlich sein Warenhaus in eine Genossenschaft mit beschränkter Haftung umwandeln und sucht dazu Kapital bei seinen Mitgliedern. Über das Verhältnis solcher Beamten-Gründungen will ich mich heute nicht auslassen. Ich kaufe am Orte und was da nicht zu haben ist, in der nächsten größern Stadt bei soliden deutschen Handwerkern. Eins nur möchte ich hervorheben, was mir beim Lesen jener Zeilen auffiel. Der Verbands-Leiter spricht von der angeblichen Gefahr, die eine konservative Mehrheit im Abgeordnetenhause bedeute. Wie mag sich das damit zusammenreimen, daß ich unter dem Wahlaufrufe für den konservativen Gegenkandidaten des Abg. Liebermann von Sonnenberg mehre Postbeamte und Verbands-Mitglieder finde? Steht den Herren der konservative Landtags-Abgeordnete von Baumbach, der sicher keinen Assistenten vom Sekretär unterscheiden kann, so viel näher wie unser Abg. Liebermann von Sonnenberg? Das scheint mir thatsächlich so, wenn nicht etwa philosemitische Gründe dabei mitspielen. Postbeamte zusammen mit Juden als Vorkämpfer für einen Gegenkandidaten des Herrn Liebermann von Sonnenberg . . . wie gesagt, ich habe keine Lösung dafür und würde es gar nicht auffallend finden, wenn die deutschsoziale Reformpartei diese „Dautbarkeit" damit vergelten würde, daß sie in Zukunft sich unsern Wünschen gegenüber weniger entgegenkommend zeigte.*) Ich persönlich kann es aber nicht unterlassen, hier zu bekunden, daß die große Mehrheit der hessischen Postbeamten ganz genau

*) Da irrt der Herr Einsender. Die Schriftltg.

Digitized by Google

weiß, was sie den Abgeordneten der deutschsozialen Reformpartei verdankt und deshalb niemals ihre Gegner unterstützen wird. Im Kreise Hersfeld-Rotenburg haben das meine Kollegen auch gezeigt.

Mosaik.

Ein General-Adjutant des Kaisers hat (nach der „D. Ztg.") einem preußischen Beamten eine Besuchskarte zugeschickt, die den Titel folgendermaßen wiedergab: Général Aide-de-camp de S. M. l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse. — — — —

Ergelieu Fischer, ehemaliger Unter-Staatssekretär im Reichspostamte, ist stellvertretender Vorsitzender im Aufsichtsrate der Berliner Bank geworden, die mit einem Aktienkapitale von dreißig Millionen Mark arbeitet.

Die Taschen zu! Aus Westpreußen schreibt man uns, daß die dortige Gegend augenblicklich mit Prospekten der Mecklenburger Lotterie überschwemmt werde. Auf einem uns vorliegenden gedruckten Rundschreiben, das Georg Prerauer, Bankgeschäft, Neustrelitz, unterzeichnet, aber in Berlin zur Post gegeben ist, wird die angepriesene Lotterie eine „hier erlaubte Staatslotterie" genannt. Ein Rundschreiben von Rud. Wille, Berlin, Königsgrätzerstr. 25, nennt die Lotterie eine „vom Staate garantierte Geldverlosung". Dadurch soll offenbar bei Unkundigen die Meinung erweckt werden, das Spielen in der Mecklenburger Lotterie sei in Preußen gestattet. Das ist aber durchaus nicht der Fall. Wer sich ein Los kauft, macht sich damit strafbar. Also Vorsicht!

Die Firma A(nna) Louise Mohr zu Altona-Bahrenfeld ist dieser Tage mit einem Kapital von fünf Millionen Mark in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden. Sämtliche Geschäftszweige arbeiten bereits vom 1. Oktober ab für Rechnung der Aktiengesellschaft.

Wir schwachen Menschen leben lieber von den Vorschüssen, die wir der Zukunft abborgen, als von den zwar mäßigen aber sichern Renten der Vergangenheit.

Ein sonderbarer Heiliger In katholischen Gegenden findet ein buntes Bildchen Verbreitung. Dargestellt wird nach der Unterschrift „Der heilige Philipp Neri, Ordensstifter." Auf der Rückseite des Blattes findet man eine kurze Lebensbeschreibung des Heiligen. Da heißt es: „In Florenz geboren, in Rom als Theologe und Rechtsgelehrter gebildet, war Philipp schon als Jüngling ein Gefäß der Gnade. Häufig entsendete er heilige Seufzgebetlein wie feurige Pfeile zum Himmel, und so groß war die Kraft seiner Liebe zu Gott, daß sein Herz sich ausdehnte und im Drange nach freier Bewegung zwei Rippen zerbrach. Nur durch ein Wunder blieb der Heilige am Leben." — Die katholische Kirche sollte doch, um den Vorwurf der „Klerikalen Verdummungsarbeit" verstummen zu machen, die Verbreitung solcher albernen Geschichten ernstlich verhindern, die Macht hat sie doch dazu.

Die Gefahren der Abzahlungs-Geschäfte beleuchtete eine Verhandlung, die sich jüngst vor dem Schöffengerichte zu Köln abspielte. Ein Tagelöhner kaufte in einem Abzahlungsgeschäfte auf Abzahlung für 25 Mark eine Damenuhr, die Eigentum der Firma bleiben sollte bis zur vollen Bezahlung. Der Tagelöhner schenkte die Uhr seiner Braut, bezahlte aber nichts darauf. Nun zeigte ihn der Verkäufer wegen Betrugs an. Da der Angeklagte beim Ankaufe der Uhr aber gesagt hatte, er wolle sie für seine Braut haben, erfolgte Freisprechung. Das Gericht erwog, daß eine silberne Damenuhr, die 25 Mark kostet, ein Luxusartikel sei und daß Abzahlungsgeschäfte, die in dieser Weise betrieben würden, förmlich darauf ausgingen, arme Leute zu unnützen Ausgaben zu verleiten oder ihnen zu Betrügereien zu verhelfen.

Eine bayerische Verordnung. Im Namen Seiner Majestät des Königs. Es ist zur allerhöchsten Kenntnis gekommen, daß bei der Ausstellung von Pässen nicht allenthalben mit der erforderlichen Umsicht und Strenge verfahren werde, und daß sich deswegen die jüdischen Gauner durch das Vorgeben, ihren Paß verloren zu haben, Zeugnis von den Ortsvorständen und auf den Grund dieser Zeugnisse regelmäßige Pässe zu erschleichen wissen. Die sämmtliche K. Polizeibehörden des Ober-Main-Kreises werden daher in Gemäßheit eines Allerhöchsten Reskripts vom 2. d. M. wiederholt angewiesen, bei der Ausfertigung und Visierung von Pässen mit gehöriger Vorsicht zu verfahren, und nicht nur die über das Paßwesen im allgemeinen bestehenden Verordnungen, sondern auch die in dem Allerhöchsten Reskript vom 18. Juli d. J. im Betreff der in den deutschen Bundesstaaten verbreiteten jüdischen Gaunerbande — erneuerte Bekanntmachung vom 16. August 1809 über die in- und ausländischen Bettel-Juden — genau zu handhaben. Königliche Regierung des Ober-Main-Kreises. Kammer des Innern. W. v. Werden. Frhr. v. Maslenbach.

Um zu keinen Irrtümern Veranlassung zu geben, bemerken wir, daß die Verordnung aus dem April des Jahres 1824 stammt!

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. In Duisburg hat ein Herr Menno Mendelsohn die Erlaubnis erhalten, sich Menno Budde nennen zu dürfen. —

Kousmännischer Beirat der Intendantur des sechsten Armeekorps ist seit Jahren der Mühlenbesitzer und Kommissionsrat Heinrich Bruck zu Leobschütz! —

Paris hat fünf jüdische Theater-Direktoren, nämlich Frank (Theater Grand Guignol), Marx (Clany), M. Millaud (Theater de la Republique), Mussay (Palais Royal) und M. L. Nunes (Folies Dramatiques). —

In Wreschen wurde ein Jungfrauen-Verein gegründet. Der Vorstand besteht aus folgenden Damen: Frau Dr. Lewin, Ehren-Vorsitzende, Frl. Gundo Boas, Vorsitzende, Frl. Erna Türk, Frl. Jenny Ehrenfried und Frl. Marja Siebarth. Sonst pflegt man bei solchen jüdischen Gründungen einen „Renommier-Christen" hinzuzunehmen. In Wreschen scheint auch das nicht mehr nötig zu sein. —

Die Tochter des „großen" jüdischen Gelehrten Cesare Lombroso, Paula Lombroso, wurde wegen eines im Turiner „Guida del Popolo" veröffentlichten aufrührerischen Artikels zu drei Monaten und vierzehn Tagen Gefängnis, sowie zu hundert Lire Geldstrafe verurteilt. —

Der klassische Herr Prinzipal. Banker Lohn (ins Kontor tretend, zu seinen jungen Leuten, die sich unterhalten): „Immer was thun, meine Herr'n! . . . Was thun, spricht Zeus!"

Wissen ist Macht!

Wer tief in das Wesen der **sozialen Frage** und der **Judenfrage** eindringen will, der lese, der studiere das vorzügliche Werk von **Theod. Fritsch:**

Bodenwucher u. Börse

Der Inhalt berührt unter anderm: Ariertum — Börse — Bürgerliches Gesetzbuch — Christus — Geheime Nebenregierung — Gründer-Schwindel — Henry George — Jüdisches Reich — Hypotheken-Tilgung — Judentum und Judenfrage — Juristentum — Praktisches Beispiel der Bodenreform — Religion — Rassenfrage — Römisches Recht — Semitentum — Theodor Stamm — Talmud — Währungsfrage — Zukunftsstaat.

Portofrei zu beziehen gegen Einsendung von

nur 2 Mark

durch jede Buchhandlung. Wer mit einer solchen nicht in Verbindung steht, wende sich an die Verlagsbuchhandlung von

Herm. Beyer, Leipzig, Königsstr. 27.

Der Glaube unserer Väter als Grundlage einer kräftigen vaterländischen Volkserziehung von **D. Herm. Hoffmeister.**

Statt 5 M. für **3** M., so lange der geringe Vorrat reicht.

Herm. Beyer, Leipzig, Königsstr. 27.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königsstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe, Berlin NW. 5, Kruppstr. 13.
Druck: G. Reusche, Leipzig.

Digitized by Google

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich Mk. 1.50 bei der Postanstalten (Postbestellgeldliste Nr. 1740) und Buchhandlungen. Unser Streifband Mk. 2.

Herausgegeben von Max Liebermann v. Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Anzeigen: die 4-gespaltene Petit-Zeile 25 Pfennige. Verlagsbüro: Königstraße Nr. 27, Leipzig.

XIII. Jahrgang. | Leipzig, 17. November 1898. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Juden-Frage. Otto Glagau. | Nr. 535.

Inhalt: Semitischer Sprach- und Volksgeist — Reklame-Helden. — Chinas Zukunft. — Wahlbilder und Wahlbriefe aus Homberg-Ziegenhain. — „Es muß anders werden!“ — Die traurige Lage der kleinen Müller. — Jüdische Offizierstöchter. — Ausland. — Mosaik. — Parteinachrichten. — Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Semitischer Sprach- und Volksgeist.

Um in den Charakter eines Volkes oder Volksstammes tiefern Einblick zu nehmen, giebt es zwei Wege, einen praktischen und einen theoretischen. Der praktische oder Erfahrungsweg führt uns an der Hand der Geschichte durch die Vergangenheit und an der Hand der Beobachtung durch die Gegenwart, und indem er uns hier wie dort das Gebahren Einzelner, Mehrer oder Vieler vor Augen führt, giebt er uns die Möglichkeit, uns aus einer Reihe von Thatsachen ein um so treffenderes Bild von dem Charakter eines Volks zusammenstellen, je öfter wir gewisse Ereignisse sich wiederholen sehen und je öfter wir ihnen dieselben Beweggründe unterlegen können.

Während uns der praktische Weg den Volkscharakter kennen lehrt, leitet uns der theoretische dahin, ihn auch zu verstehen. Dieses Verständnis wird uns aber nicht durch Schlüsse vermittelt, die wir aus den Thaten Einzelner auf die Gesamtheit zu ziehen berechtigt und bemüssigt sind, sondern umgekehrt durch Schlüsse, die wir aus den Einrichtungen eines Volkes oder ganzen Volksstammes auf den Einzelnen ziehen dürfen. Es ist ja kein Zweifel, daß alle öffentlichen und die Gesamtheit eines Volkes betreffenden Einrichtungen nicht nur dadurch für den Volkscharakter bezeichnend sind, daß sie aus dem Volke hervorgegangen oder von ihm angenommen worden sind, sondern auch dadurch, daß sie auf jeden, der ihnen unterworfen ist und sie ausübt, ihre Wirkung äußern und unauslöschlichen Eindruck machen. Zu solchen Einrichtungen gehört die Religion, die auf volkstümlichen Rechte beruhenden Gesetze, Sitten und Gebräuche, kurz Alles, was für Alle gilt und dem Keiner sich entziehen kann, in erster Linie aber das Mittel, wodurch dies Alles zum Ausdrucke kommt — die Sprache.

Allerdings wollen wir uns nicht zu der verwegenen Behauptung versteigen, daß man ohne jeden andern Beweis aus der Sprache allein den Volkscharakter erschließen kann, oder auch, daß die Sprache allein die Macht haben könnte, den Volkscharakter zu bilden; aber das ist sicher, daß man das Verhältnis der Sprache zum Volkscharakter in eine bestimmte und allgemein giltige Formel bringen kann. Wie wir die Gemütsstimmung und das Temperament eines Menschen aus seiner raschen oder langsameren, gleichgiltigen oder ausdrucksvollen Sprechweise erkennen, wie wir aus den von ihm gebrauchten Worten und Wendungen auf seinen Ideenkreis und Bildungsgrad schließen, ebenso offenbaren sich uns durch die Sprache die Anlagen eines Volks im Großen.

Wie zur Feststellung der wechselseitigen Beziehungen zwischen Sprachgeist und Volksgeist eine Sprache mehr oder minder besser geeignet ist wie die andre, weil sie mehr oder minder durchsichtig ist, so giebt es auch Sprachen, die uns zu solchen Vergleichungen nicht die geringste Schwierigkeit entgegensetzen, ja die sich uns dazu von selbst aufdrängen. Solcher Art sind die semitischen Sprachen, deren scharf ausgeprägte Physiognomie sie vor allen andern Sprachen der Erde ebenso unterscheidet, wie die Völker, von denen sie gesprochen wurden und werden, sich durch gewisse geistige und körperliche Eigenheiten von allen andern Völkern der Erde unverkennbar abheben.

Das Charakteristische der semitischen Sprachen besteht darin, daß jedem Worte eine Wurzel oder vielmehr ein Stamm zu Grunde liegt, der aus drei Mitlautern, den sogenannten Radikalen, zusammengesetzt ist. Jeder, der in Bibel und Weltgeschichte ein wenig beiesen ist und — was heute gar nicht anders denkbar wäre — mit dem Judentume in Berührung kommt, kennt semitische Wörter genug, um das erwähnte Grundgesetz daraus ableiten zu können. Wir erinnern nur an die hebräischen Wörter Kascher, Pesach, Rebach, Schalom, Schochet (Schächter), David, Kohen (Kohn), Molech, Nathan, Rachel, und an die arabischen Islam, Koran, Achmed, Bek, Fatime, Halan (fälschlich Hassan geschrieben), aus denen allen ohne Mühe die drei Radikalen t, sch, r — p, s, ch — r, b, ch usw. herausgeschält werden können.

Da nun aber selbstverständlich nicht alle Mitlauter mathematisch genau und erschöpfend zur Bildung solcher dreikonsonantischen Gruppen herangezogen und verwendet wurden, sondern nur beiläufig der zwanzigste Teil aller möglichen Buchstabenternen gebildet wurde, so ist es klar, daß die semitischen Sprachen damit zur Bezeichnung aller Begriffe und Verhältnisse unmöglich hätten ausreichen können. So sind denn die Semiten, wie nicht anders zu erwarten, dem Bedürfnisse dadurch nachgekommen, daß sie aus den vorhandnen dreiradikaligen Wurzeln die notwendigen Wörter bildeten. Sie thaten dies aber nicht in dem Sinne freier Wortbildung, sondern nach strengen und für jede Wortwurzel gleich giltigen Gesetzen.

Der Semit kann zwar die verschiednen Verhältnisse ausdrücken, die aus der Grundbedeutung der dreiradikaligen Wurzeln abgeleitet werden können, aber er kann kein neues Wort bilden. Jede Beziehung hat ihre bestimmte Form, ihre Schablone. Wenn z. B. jeder der drei Radikale mit a gesprochen wird, also von der Wurzel t, t, t die Form tatala gebildet wird, so heißt das: er hat getötet; wird tatila gesprochen, so heißt das: er ist getötet worden; wird tatil gesprochen, so heißt das: ein Tötender, ein Mörder; wird maktul gesagt, so bedeutet das: ein Getöteter. Wie man sieht, spielt der Selbstlaut, als das die Beziehung bestimmende Element, eine große Rolle, da er es ist, der den Wurzellauten aktive oder passive Bedeutung giebt. Neben dem Selbstlaute hat der Semit nur noch zwei Mittel, der Wurzel eine bestimmte Bedeutung zu geben: Einschieblaute, wozu wir auch die Verdopplung eines Radikals rechnen können, und Vorsilben. Dadurch erhält die Grundbedeutung der Wurzel verschiedne Färbung, wie die der Intensität, der Gegenseitigkeit, der Veranlassung, des Wunsches usw., wie z. B. durch die Form tattal, taktatal, aktal, istaktal, oder es werden dadurch Hauptwörter von ganz bestimmter Bedeutung gebildet, wie maktal, der Ort, wo getötet wird, oder miktal, ein Ding, womit getötet wird usw. Und was von der Wurzel t, t, t gilt, das gilt auch von jeder andern.

Wenn es uns nun gelungen ist, den Bau der semitischen Sprachen genügend zu kennzeichnen, dann brauchen wir sicherlich nicht erst besonders zu betonen, daß man jedem semitischen Worte seine Herkunft ansehen muß. In der That muß Jeder, der sich für einen Semitologen ausgiebt, sofort erkennen, ob ein Wort semitisch ist und sein kann, oder nicht. Ein Raten und Achselzucken giebt es da ebensowenig, als der Semite zur Wortbildung nur eine beschränkte Anzahl ganz bestimmter Schablonen

Digitized by Google

zur Verfügung hat und nie und nimmer eine neue Wortform erfinden kann.

Müssen wir noch des Langen und Breiten erörtern, was es für eine Sprache und für ein Volk zu bedeuten hat, wenn keine neue Wortform mehr erfunden werden kann? Wenn das Wort nach der Schablone gebildet werden muß, ist der Phantasie der Weg zur freien und vollen Entfaltung versperrt, und wenn der Begriff sich in diese oder jene Form zwängen lassen muß, kann er naheliegender Weise über sie nicht hinauswagen.

Begrenzte Phantasie, begrenzte Begriffe, begrenzte Weltanschauung, das sind die notwendigen Ergebnisse des Jahrtausende langen Gebrauches einer, wenn auch technisch vollendeten, doch immerhin unfreien Sprache, wie es das Semitische ist. Darum hat der Semit sich niemals weit von dem Ursprunge entfernen können, von dem er ausgegangen ist, darum bewegt er sich stets in den althergebrachten Gedankenkreisen und bleibt beim Alten oder kehrt immer wieder zum Alten zurück. Daraus läßt es sich auch erklären, warum die Semiten, ob Araber oder Hebräer oder ein anders semitisches Volk, weder als Denker, noch als Künstler Großes geleistet haben. Mit klügelnden Spitzfindigkeiten haben arabische und jüdische Philosophen viele Bände angefüllt, aber mit wenig, vielleicht mit gar keinem neuen Gedanken; durch ihre Sprache war ja ihrem Denken eine Schranke gesetzt. Als Dolmetsch eines semitischen Volkes hatte Rabbi Akiba Recht und Grund, zu sagen: Alles schon dagewesen!

Mögen aber auch für die Juden die Zeiten jenes berühmten Rabbi schon vorüber sein, dessen zum geflügelten Worte gewordener Ausspruch gilt für sie heute noch. Alles schon dagewesen — kein neuer Gedanke! Freilich haben die in der Zerstreuung lebenden Juden größtenteils ihre Muttersprache aufgegeben und verlernt, und könnten, sollte man glauben, mit dem Gebrauche andrer Sprachen auch längst einen andern Geist angenommen haben. Aber, wie sie mit ihrer Religion ihre eigentümlichen Sitten und Gesetze und Traditionen durch Jahrtausende mitgeschleppt haben, so steckt auch noch der Geist ihrer Muttersprache in ihnen, ob sie diese nun schon ganz verlernt oder zu einem krüppelhaften Notwälsch verderbt und herabgewürdigt haben.

Der Gedankenkreis des heutigen Juden ist im Allgemeinen noch ebenso beschränkt, wie der des Juden vor dreitausend Jahren und der des heutigen Arabers. Allerdings giebt es noch immer Leute, die steif und fest behaupten, daß die Juden verständiger und klüger seien, als wir Arier. Eine solche Behauptung entspringt aber nur fauler Urteilslosigkeit oder einseitiger Beurteilung, ganz abgesehen davon, daß Jeder, der diese Ansicht zu verfechten wagt, sich selbst ein mehr als bedenkliches Zeugnis ausstellt.

Wie die jüdischen Philosophen mehr in klügelnden Spitzfindigkeiten als in neuen Gedanken stark waren, so galt und gilt dies vom jüdischen Volke im Großen und Ganzen. So kann es schon kommen, daß Einer, dessen Sinn auf das Höhere gerichtet ist, hinter dem Juden weit zurückbleibt, wo die Beachtung von kleinlichen Nebendingen in Betracht kommt. Wir möchten sagen, der Jude hat es von seiner Sprache her, daß er auf den Buchstaben achtet, während der Arier nicht auf das Wort, ja selbst nicht einmal auf den Satz sieht, sondern darauf Gewicht legt, ob der Satz aus seinem Herzen und seiner Überzeugung gesprochen ist.

Wer es bezweifelt und, nicht glauben will, daß der Jude oder der Semit überhaupt auf das I-Tüpfelchen zu sehen gewohnt ist, dem wollen wir davon einen kleinen Beweis geben.

Dieselbe innige Wechselbeziehung, die zwischen dem Semiten und seiner Sprache besteht, herrscht auch zwischen semitischer Sprache und Schrift. Wie dem Semiten in der Sprache die drei konsonantischen Radikale die Hauptsache sind, so ist ihm auch in der Schrift nur die Bezeichnung der Mitlauter von Wichtigkeit, und so hat er sich denn ein Alphabet gebildet, in dem nur die Zeichen für die Mitlauter, nicht aber auch solche für die Selbstlaute vorhanden sind. Wenn nun auch ein solches Alphabet für die semitischen Sprachen genügt, da ja der Zusammenhang eines Satzes leicht erkennen läßt, mit welchen Selbstlauten man dieses oder jenes Wort zu lesen hat, von der Vollkommenheit ist ein derartiges Schriftsystem doch weit entfernt. Es lassen sich ja immer Fälle denken, wo auch der Zusammenhang des Satzes nicht zwingend eine oder die andre Lesung verlangt, wo also immer Zweifel möglich sein können. Deshalb haben sich auch die Semiten bemüßigt gesehen, um allen Zweideutigkeiten in wichtigen Schriftstücken zu begegnen, ein Vokalisierungssystem zu erfinden, und so bezeichnen sie die Vokale, nicht immer, sondern nur wenn es notwendig erscheint, durch Strichlein, Pünktchen und andre kleine Zeichen über oder unter den Konsonanten. Ja, die Araber sind auch gezwungen, die Pünktchen zur Unterscheidung der Konsonanten zu verwenden, da von diesen auch mehre dieselbe Form haben.

Die Semiten haben aber nicht nur daran gedacht, durch die Anwendung von Strichlein und Pünktchen die Bedeutung der Worte in wichtigen Urkunden zu sichern, sie haben sich auch die Gelegenheit nicht entgehen lassen, die Strichlein und Pünktchen dem entgegengesetzten Zwecke dienstbar zu machen. Da gäbe es eine Menge von heitern und ernsten Buchstaben-Wortspielen anzuführen, da giebt es aber auch so manche Stelle in Bibel und Talmud, der je nach der Vokalisierung ein andrer Sinn untergelegt werden kann und in der That auch untergelegt wird. Da nun nach denselben Prinzipe und mit denselben Mitteln gewissen Stellen im Talmude auch ein harmloser Anstrich gegeben werden kann, unter dem nur die Eingeweihten den eigentlich beabsichtigten Sinn durchschimmern sehen, so ist daraus die Lehre zu ziehen, daß zwischen Talmud-Uebersetzung und Talmud-Uebersetzung manchmal ein großer Unterschied sein kann. Man kann den Talmud an gewissen Stellen ganz richtig und dabei auch ganz falsch übersetzen!

Semitischer Volksgeist, semitische Sprache, semitische Schrift — starr und unbeugsam auf der einen, behuhsam auf der andern Seite — stehen also zu einander in einem ursächlichen Verhältnisse und sind Eines durch das Andre bedingt.

Reklame-Helden.

Welches Gebiet im gewerblichen und wissenschaftlichen Leben, ja sogar in der Kunst wäre heute ohne Reklame denkbar? Aber es ist ein Unterschied in der Reklame. Die einfache und vornehme Ankündigung macht immer einen guten Eindruck, selbst wenn sie oft wiederholt wird. Anders mit den widerlichen und aufdringlichen Anreißereien, die auf alle die gemünzt sind, die nicht alle werden.

Daß es Pflicht der anständigen Presse ist, gegen solche Auswüchse aufzutreten, will manchen Leuten und auch den preußischen Gerichten nicht richtig erscheinen. Während in Österreich der Jude Schlesinger empfindlich bestraft wurde, weil er die heiligen Sakramente in ganz unverschämter Weise in seinen Reklamen mißbrauchte, nimmt bei uns kein Richter Anstoß daran, wenn ein Herr Cohn seine Anzeigen mit den Worten beginnt: „Gottes Segen bei Cohn".

Welche unhaltbaren Zustände sich in dieser Hinsicht herausgebildet haben, sollten wir zu unserm Schaden jüngst am eignen Leibe spüren.

Die Verjandtgeschäfte haben sich zum Nachteile des anfässigen Klein-Kaufmanns schon seit aller Industriezweige bemächtigt. So wird auch Kakao in Massen von einzelnen Firmen vertrieben und zwar unter der ganz unberechtigten und unwahren Beschuldigung der Klein-Kaufleute, daß diese nicht im stande seien, Kakao ordentlich zu behandeln. Wir nagelten in Nr. 493 dieses Verhalten durch Abdruck einer Bemerkung der „Kolonialwaren-Ztg." fest und nannten jene Behauptung, die vorzugsweise von der Firma „Kakao-Kompagnie" zu Halle gebraucht wurde, eine „Anschwärzung der Klein-Kaufleute". Hierdurch fühlte sich der

Digitized by Google

Inhaber jener „Kompagnie“ beleidigt und strenge eine Klage gegen unsern verantwortlichen Schriftleiter an.

Trotzdem dieser nun unzweifelhafte Beweise dafür anbot, daß die Reklame „Fingschriften“ der Kompagnie thatsächliche Unwahrheiten enthielten, trotzdem er Gutachten gerichtlicher Sachverständiger vorlegte, daß die Behauptung der „Kompagnie“-Reklame über die Lagerung des Kakaos bei den Klein-Kaufleuten nicht richtig sei, kam das Schöffengericht zu Berlin zu einer Verurteilung, weil der Inhaber der „Kompagnie“ als „Kaufmann“ durch die Vorwürfe beleidigt sei. Wahlgemerkt, nicht die von uns vorgebrachten Thatsachen über die Reklame der Halleschen Firma wurden als unrichtig hingestellt, sondern das Gericht bemängelte lediglich die Form der gewählten Worte. Das Köstliche dabei ist aber, daß der angeblich Beleidigte, der unserm Schriftleiter gänzlich unbekannt war und ist und dessen Name dem Gericht genannt war, weder Kaufmann im landläufigen Sinne ist, noch als solcher geferrt hat. Er ist weiter nichts als Händler und sein Teilhaber ist der Inhaber eines Berliner Annoncen-Bureaus, der für die nötige Reklame sorgt.

Das Urteil schien uns und dem Zentralverbande deutscher Kaufleute, der uns in der Angelegenheit mit dankenswerter Bereitwilligkeit zur Seite stand, so wenig haltbar, daß unser Schriftleiter dagegen Berufung einlegten. Aber weder das Landgericht noch das Kammergericht nahmen von den Beweis-Anträgen Notiz, dagegen nahm ersteres den Herrn Verteidiger in eine Ordnungsstrafe von dreißig Mark, weil er die Behandlung der Sache ebenso merkwürdig fand wie wir.

Unsern Lesern gegenüber brauchen wir wohl nicht nachzuweisen, daß wir in jeder Hinsicht die größtmöglichste Vorsicht bei unsern Auslassungen anwenden, und mancher unsrer Mitarbeiter ist durch die Streichung oder Milderung schärferer Wendungen uns zeitweise gram gewesen. Solche Urteile wie das vorliegende können aber insofern die Aufgabe der deutschnationalen Presse verschieben oder sogar illusorisch machen, als sie sie verhindern, das Schlechte schlecht zu nennen und den Schwindel als solchen zu bezeichnen. Wie sollen sich denn die einzelnen Berufsgruppen noch gegen derartige Angriffe wehren, wie sie die Kakao-Kompagnie gegen die Klein-Kaufleute schleudert?

Daß die Kakao-Kompagnie in ihrer Reklame nicht nachläßt und ganz in dem Stile der Herabwürdigung der Ware andrer Firmen weiter arbeitet, beweist sie durch ihr neuestes Reklameblatt, das wir sogar mit einem lobhudelnden redaktionellen Hinweise als Beilage der „Deutschen Tageszg.“ fanden! Die „Kolonialwaren-Ztg.“ nimmt dieses „Flugblatt“ folgendermaßen unter die Lupe:

„Die Kakao-Kompagnie Reichardt, früher Händler in Halle, jetzt Fabrikanten zu Waudsbek, sendet ein mit „Eine Umwälzung“ überschriebenes Reklameblatt in die Welt, worin sie ihren sogenannten „Doppel-Kakao“, „den edelsten der Welt, mit nur 15 Prozent Olgehalt“, ausposaunt, und gleichzeitig ihre Auslieferungsstellen in Berlin, Breslau, Kassel, Danzig, Dresden-A., Frankfurt a. M., Halle a. S., Hannover, Köln, München, Nürnberg, Stettin, Stuttgart, Leipzig zur Benutzung empfiehlt.

Wir würden der Kompagnie den Ruhm, einen „Doppel-Kakao“ erfunden zu haben, gern gönnen, wenn sie in ihrer Anpreisung nicht verfuchte, die bisher im Handel befindlichen Kakaofabrikate herabzuwürdigen, und auch, ihrer Gewohnheit gemäß, den Detailgeschäften einen Hieb zu geben. Während wir bezüglich des letzten Punktes auf früher Gesagtes verweisen, müssen wir uns den „Doppel-Kakao“ etwas näher ansehen.

Unter „Doppel-Kakao“ verstehen wir eine Ware, die doppelt so gut oder so stark usw. ist als die reguläre, während die Kompagnie folgenden Beweis für die Unrichtigkeit dieser Annahme, also auch für die Unrichtigkeit ihrer Bezeichnung antritt. Sie schreibt wörtlich:

Es ist also interessant, zwischen Reichardts Doppel-Kakao und van Houtens Kakao Vergleiche anzustellen. Nach uns vorliegenden Analysen enthält

	Proz.		Proz.
van Houtens Kakao	19,5 Eiweiß	und	31,7 Fett, während
Reichardts Doppel-Kakao	24,3 „	„	14,6 „
letzterer somit	4,8 Eiweiß mehr u.		17,1 Fett weniger.

Das Kakao-Öl erschwert die Verdauung, beeinträchtigt den Geschmack des Kakaos und seine Haltbarkeit, während er seinen Nährwert hauptsächlich dem Eiweiß verdankt. Aus dem Vergleich der Analysen ergiebt sich also, daß Reichardts Doppel-Kakao mehr Nährwert besitzt, während er von den erschwerenden Fettbestandteilen nur die halbe Menge enthält, daß er also verhältnismäßig nur halb so teuer ist als van Houten.“

Die Logik der Kompagnie ist köstlich, sie folgert also, daß die halbe Menge Fett den doppelten Wert giebt, und läßt ihr eigues Geständnis, daß der Kakao seinen Nährwert hauptsächlich dem Eiweiß verdankt, ganz außer Berechnung. Sollte der Name „Doppel-Kakao“ zutreffend sein, so müßte der Kompagnie-Kakao 39 Proz. Eiweiß enthalten, er hat aber nur 24,3 Proz.! Ob hier auf das Vertrauen der „Verbraucher“ gerechnet wird?

Nun aber zur Hauptsache, zum „nachteiligen“ Kakao-Öl, also zur Kakao-Butter. Wir gehen nicht so weit, wie ein Halleschen Professor, der die Kakao-Butter den wertvollsten Bestandteil des Kakaos nennt, — soviel steht aber fest, daß die Kakao-Butter, entgegen der Reichardtschen Behauptung, das Kakao-Getränk erst angenehm und — wie wir später sehen werden — bekömmlich macht!

Es ist ganz irrig, den Wert eines Nahrungsmittels nach der Analyse zu berechnen; wollte man chemisch leben, so würde man erstens seines Lebens nicht froh werden, und zweitens sehr bald einsehen, daß das überhaupt nicht möglich ist! So auch bei Kakao. Auch bei ihm ist das richtige Verhältnis der Bestandteile zueinander das Geheimnis seines Erfolges, und da der bisherige Butter-Prozentsatz an diesen Erfolgen nach der Erfahrung in vollem Umfange beteiligt ist, so ergiebt sich der Wert oder Unwert des Doppel-Kakaos von selbst.

Nun zur Wirkung der Kakao-Butter! Es ist allgemein bekannt, welch günstigen Einfluß das Fett auf die Erwärmung des menschlichen Körpers hat, und da die Kakao-Butter anerkannt das edelste aller Fette ist, so ergiebt sich ihr Wert von selbst. Ungleich wertvoller ist sie aber deshalb, weil die festen Bestandteile des Kakaos leicht zur Verstopfung führen, und somit, wie wir oben schon andeuteten, die notwendige gute Verdauung leicht zu verhindern vermögen. Je weniger nun Kakao-Butter im Getränk enthalten ist, desto leichter verstopft es.

Also nicht mangelhafte Erkenntnis oder Unvermögen, wie die Kompagnie in ihrer Überhebung sagt, ist der Grund für die Belassung von zirka 30 Proz. Kakao-Butter im Kakao-Pulver, sondern die unbedingte Notwendigkeit dieses Verhältnisses im Interesse des Wohlbefindens der Konsumenten.

Wir kommen in Anwendung der Logik Reichardts zu dem Schlusse, daß Reichardts Doppel-Kakao halb so verdaulich und deshalb halb so wertvoll ist als die normalen Kakao-Pulver, und deshalb Doppel-Kakao genannt wird!“ —

Die Klein-Kaufleute, deren Organ die „Kolonialwaren-Ztg.“ ist, machen also ganz energisch gegen solche Dreistigkeiten Front, und auch die großen deutschen Fabriken (vergl. beiliegendes Flugblatt) rafften sich endlich zur Abwehr auf.

Unserm Schriftleiter aber kostet sein Eintreten für den reellen Kaufmann dreißig Mark Geldstrafe und Gerichts- und Anwaltskosten durch drei Instanzen hindurch! +

Chinas Zukunft.

In den Nrn. 523 und 524 brachten wir die Schildrung eines Parteifreundes zum Abdruck, der auf Grund seiner Erfahrung mit den Chinesen in Ost-Indien vor der gelben Rasse warnte und die Befürchtung aussprach, daß uns der Chinamann noch allerlei zu raten aufgeben würde und deshalb für den Deutschen gefährlicher sei wie der Jude. Eine ganze Anzahl Zuschriften aus den Kreisen unsrer Leser haben den Ausführungen des Artikels zugestimmt und angesichts der Erwerbung Kiautschous die chinesische Gefahr für näher erklärt, als man in den Kreisen unsrer Bierphilister anzunehmen geneigt ist. Anderseits hat man aber auch unsre Forderung nach einem reichsgesetzlichen Verbote der Einwandrung von Chinesen belächelt und für zu weitgehend erachtet. Das hatten wir vorausgesehen und diesem Umstande deshalb schon in dem Artikel Rechnung getragen.

Digitized by Google

Nun wird uns aber das Novemberheft der Monatsschrift „Ost-Asien" zugesandt, die seit dem 1. April d. J. zu Berlin als „erste japanische Monatsschrift in Europa" erscheint. Sie enthält die Fortsetzung eines Aufsatzes über „Chinas Zukunft" von Liang-Chi-Chao aus Kanton. Dieser Aufsatz ist so lehrreich und stimmt mit unsern Schlußfolgerungen in Nr. 524 so überein, daß wir es für angebracht halten, ihn hier unsern Lesern zur Kenntnis zu bringen. Liang-Chi-Chao schreibt über sein Vaterland und seine Stammesgenossen:

„Zunächst behaupte ich, daß China in Zukunft viele junge Talente hervorbringen wird. Europas Stärke wurzelt in keiner andern Ursache als in seiner großen Menge von Talenten. Wenn man China, das seit Jahrhunderten in sich abgeschlossen und erstickt ist, mit Europa, das in alle Welt hinausgeht und alle Talente fördert, vergleichen wollte, so würde man sofort erwidern, dieser Vergleich sei verrückt. Übertreibt man sich jedoch alles ruhig, so ist der Vergleich keineswegs verrückt. Ich will das an einem Beispiel beweisen.

Vor mehren Jahren wurden junge Schüler von uns nach Amerika gesandt. Wie ich hörte, verstanden sie vor ihrer Ankunft in Amerika kein Wort Englisch, aber schon nach zwei Jahren traten sie sämtlich in ein Gymnasium ein und gehörten bald in allen Klassen zu den besten Schülern. Sie lernten so vorzüglich, daß alle Lehrer sich sehr verwunderten und sie außerordentlich belobten. Leider konnten sie ihre Studien auf dem Gymnasium nicht beenden, denn es trat vorher ein Umschwung in der Regierung ein, und sie mußten deshalb nach China zurückkehren. Mehre darunter haben sich jedoch aus eigner Kraft in bestimmten Fachwissenschaften weiter ausgebildet und werden bis auf den heutigen Tag von amerikanischen gelehrten Kreisen sehr geschätzt.

Außerdem sind andre junge Leute nach Europa gegangen und haben dort Gymnasien und Universitäten besucht. Auch darunter haben nicht wenige die europäischen Studenten übertroffen. Und dabei waren die Schüler, welche die Regierung ins Ausland geschickt hatte, nicht etwa unter den tüchtigsten ausgewählt, sondern noch unter dem Durchschnitt. In China geben nämlich alle Eltern, die ihre Kinder Beamte werden lassen wollen, denselben eine solche Erziehung, daß sie nur die vorgeschriebenen Prüfungen bestehen sollen. Diejenigen Schüler aber, die genug erlernt hatten, um die amtlichen Prüfungen bestehen zu können, weigerten sich entschieden, nach dem Ausland zu gehen, und es wurden nur solche fortgeschickt, die unsre Prüfungen nicht bestehen konnten. Es ist also klar, daß aus diesem Grunde unsre ins Ausland gesandten Studenten nicht zu vergleichen sind mit den japanischen, die als die klügsten Köpfe ausgewählt werden, bevor sie ins Ausland gehen. Da nun unsre kaum mittelmäßigen Studenten die besten amerikanischen übertrafen, so brauchten wir bloß unter den zweihundert Millionen männlichen Bewohnern von China die tauglichsten auszuwählen und sie in praktischen Wissenschaften zu erziehen, so würden wir in zehn Jahren alle Welt überstrahlen und alles sogar noch besser machen als die Weißen.

Die Unfähigkeit der Indier kommt daher, daß diese Rasse von Natur aus keine Anlage zur Kultur besitzt. Ebensowenig die rote, schwarze und gelbbraune Rasse. Alle diese Rassen sind gegen die Weißen weit zurück. Mit der weißen Rasse läßt sich nur unsre gelbe Rasse vergleichen. Denn alles, was die Weißen vermögen, können die Gelben auch machen. Der beste Beweis dafür ist, daß Japan seit vierzig Jahren alles Gute von Europa gelernt hat und jetzt alles ebenso fertig bringt. Die Japaner stammen jedoch zu einem großen Teile aus unserm China, und was die Japaner leisten, können wir natürlich erst recht leisten...

Ich habe gehört, mit tausend tüchtigen Talenten kann schon ein Reich bestehen und mit zehntausend tüchtigen Talenten sogar zu großer Macht gelangen. In unserm riesigen himmlischen Reiche, das eine so gute Rasse und Religion besitzt, wird es aber nicht schwer sein, unter je zwanzigtausend Männern ein tüchtiges Talent zu erhalten. Das ist also der erste Grund, warum China immer stärker und größer werden wird.

Den zweiten Grund bildet die große Masse unsrer billigen, sparsamen und fleißigen Arbeiter. Wenn wir das wirtschaftliche Getriebe der Welt überblicken, so finden wir in Europa mehr vornehme Leute als Arbeiter, dagegen in China weit mehr Arbeiter als Vornehme. Das ist der Hauptgrund unsrer Schwäche und Stärke in Ost und West. Aber Glück entsteht aus Unglück und Unglück aus Glück. Deshalb wird es nach zehn Jahren zu einem großen Zusammenstoß der beiden Rassen kommen, infolge der Übergabe der gelben über die weißen Arbeiter.

In Europa entwickeln sich die Maschinen mit jedem Jahre mehr, so daß die Arbeiterzahl in den Fabriken täglich wächst, und alle Arbeiter verlangen höhere Löhne und geringere Arbeitszeit. Daraus entstehen oft Drohungen mit Ausständen, und die Fabrikbesitzer haben darunter sehr zu leiden. Schritt für Schritt bringt diese Bewegung vorwärts. Sie ist eine Wirkung der allgemein verbreiteten Bildung des Volkes, und diese Bildung wird von Jahr zu Jahr größer. Diejenigen Leute aber, die von ihrer Bildung auch nur einen bescheidenen Unterhalt gewinnen können, wollen nicht mehr Arbeiter werden, und so vermindert sich mit der Zunahme der allgemeinen Bildung die Zahl der Arbeiter. Je weniger Arbeiter, desto teurer die Löhne und damit die Kosten der Fabrikation. Die Fabrikanten müssen jedoch möglichst schnell und billig liefern und darum die Löhne herabzusetzen suchen. Also wird der Streit zwischen Arbeitern und Fabrikanten immer bedeutender. Politiker und Gelehrte in Europa beschäftigen sich mit der Lohnfrage, und alle halten sie für die allergrößte Frage der Welt. Wenn aber jetzt schon zu wenig Arbeiter in Europa sind, wie soll das erst in zehn Jahren werden? Alle Preise steigen, man kommt in immer schlimmere Verlegenheit, die Staaten geraten in große Not, und alles verlangt nach Vermehrung der Arbeiter, damit die Löhne und alles andre billiger werden.

Von vierhundert Millionen Chinesen gehören über die Hälfte dem Arbeiterstande an, und unsre Arbeiter sind sehr fleißig und billig und können länger als die Europäer bei der Arbeit ausdauern. Deshalb wird China nach zehn Jahren dies Übergewicht benutzen und damit die Weißen unterdrücken. Dann wird die Bedeutung der chinesischen Arbeiter die Aufmerksamkeit der ganzen Welt erregen, und überall wird die Fabrikation zum größten Teil durch die Hände chinesischer Arbeiter erfolgen.

Japan hat nur etwas mehr als den zehnten Teil der Bevölkerung von China. An Fleiß und billigen Löhnen unterscheidet sich schon der japanische Arbeiter sehr von dem europäischen, der chinesische Arbeiter aber ist noch fleißiger und billiger als der japanische. Dabei spielen die Japaner seit mehr als zehn Jahren mit ihren Fabrikaten auf dem ostasiatischen Markte eine große Rolle und auf dem amerikanischen Markte beträgt ihr Umsatz jährlich mehre hundert Millionen. Hat man aber in Europa und Amerika schon vor dem kleinen Japan Angst, so wird man, da der Chinese noch wohlfeiler und fleißiger arbeitet, vor der Industrie des riesigen China noch eine weit größere Furcht haben müssen.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben aus diesem Grunde ein grausames Ausweisungsgesetz gegen unsre Arbeiter erlassen. Das Gesetz gefällt jedoch den amerikanischen Fabrikbesitzern keineswegs, und es ist auch nur wegen der Eifersucht der zahlreichen kleinen Arbeiter entstanden, da diese an Fleiß und Sparsamkeit die Chinesen nicht erreichen können. In Nordamerika hat man kein andres Mittel gehabt, als das grausame Gesetz, ein Beweis, wie sehr die Leistungsfähigkeit, der Fleiß und die Billigkeit unsrer Arbeiter die Amerikaner in Eifersucht und Schrecken versetzt haben. Obgleich sich aber die Amerikaner dadurch vorläufig geschützt haben, werden ihre Fabrikanten durch das Gesetz in große Not gebracht, und nach zehn Jahren schon wird deren Verlegenheit so groß werden, daß man das Ausweisungsgesetz wird aufheben müssen.

Ich komme nun zum dritten Grunde der künftigen Größe Chinas, indem ich behaupte, daß die Chinesen in den fremden Kolonialstaaten das Übergewicht erlangen werden.

Digitized by Google

Was hat Europa zu so hoher Macht verholfen? Nicht zum wenigsten der reiche Ertrag seiner Kolonien. Europa ist fast der kleinste von allen Erdteilen und dabei, den Norden von Rußland ausgenommen, am dichtesten bevölkert. Seit drei bis vier Jahrhunderten schon ist man wegen dieser Dichtheit in große Not geraten und hat darum andre Erdteile aufgesucht und entdeckt, wie Kolumbus Amerika u.s.w. Die weiße Rasse wanderte in alle vier andren Erdteile aus und erlangte überall Macht, Recht und Vorteil. So entstand ihre heutige Größe. Sie wäre an ihrer Fülle in Europa zu Grunde gegangen, wenn Europa sich selbst verschlossen hätte.

Wo hat aber der Weiße trotz jahrhundertelanger Kolonial-Politik gute Erfolge gehabt? Nur in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, nicht aber in Kanada, Australien, Afrika usw. Die europäischen Mutterländer treiben besonders seit den letzten Jahrzehnten sehr eifrig Kolonial-Politik, doch ohne entsprechenden Erfolg. Namentlich in Afrika, wie im Nordosten von Asien sieht man nur geringe Früchte ihrer Thätigkeit. Sind daran allein die vielen wüsten und unwirtlichen Landstriche schuld? — Nein!

Brasilien in Süd- und Mexiko in Mittelamerika erstrecken sich durch warme und heiße Zonen. Brasilien ist sechszehnmal und Mexiko dreimal größer als Frankreich. Dieses hat im Durchschnitt 72 Einwohner auf ein qkm, Mexiko indessen nur 5 und Brasilien gar nur 1,4! Diese beiden Länder haben ungefähr das gleiche Klima wie China und sind ebenso fruchtbar und außerordentlich reich an allerlei Erzeugnissen des Bodens. Länder, die an Naturschätzen reicher sind, giebt es überhaupt nicht, und trotzdem können die Weißen aus eigner Kraft diese Länder nicht tief genug durchdringen. Überall liegen weite Gegenden noch unbebaut, weil es an Menschen zu ihrer Bearbeitung fehlt und obwohl den europäischen Unternehmern beim Anblick der großartigen Naturschätze sozusagen das Wasser im Munde zusammenläuft, macht die Kultur aus Mangel an Arbeitern keinen bedeutenden Fortschritt. Europa hat dafür eine zu geringe Arbeiterzahl, und alle Arbeiter können nicht auswandern, um den Reichtum der ganzen Welt zusammenzuraffen.

Sämtliche europäischen Staaten, Rußland ausgenommen, besitzen viel vornehme Leute und wenig Arbeiter. Nach den Ländern, wo man schon vorgearbeitet hat, kann Europa noch genug Menschen entsenden, nicht aber dahin, wo noch alles im Urzustande ist. Dafür ist die Zahl der Europäer zu gering. Aus diesem Grunde richten sich die Europäer, wie unser Sprichwort sagt, mit tausend Händen und hundert Millionen Augen wohl nach Ost-Asien, nicht aber nach dem unbebauten Südamerika.

Es giebt fünf Rassen auf der Welt. Die rote Rasse wird mit der Zeit verschwinden. Die schwarze und die gelbbraune sind sehr faul und können sich nicht selbst ernähren, da sie nicht imstande sind, Entbehrungen zu ertragen und ernstlich zu arbeiten. Darum brauchen wir von diesen beiden Rassen nicht weiter zu sprechen, obwohl sie nicht untergehen werden. Die allertüchtigste, die weiße Rasse, ist trotzdem unfähig, unangebaute Länder zu kultivieren. Wer allein kann also diese Länder kultivieren und die ganze Erde reich und schön gestalten? Nur die gelbe Rasse. Ohne Chinesen hätte man bei der Kolonisierung von Nordamerika, Australien usw. nicht so schnelle Erfolge errungen. Die weiße Rasse behandelt aber die Chinesen so, wie man auf der Jagd den Hund nicht achtet, der den Hasen bringt, oder beim Fischen das Netz, das die Fische fängt. Grade so wenig beachten uns die Weißen. Trotzdem werden die Erfolge der Chinesen im Westen von Nordamerika und in Australien nicht verschwinden. Sie haben bis dahin nur für die Weißen gearbeitet, für sich selbst aber keinen Nutzen und Vorteil gehabt. Das ist die Folge, daß unser Reich so schwach ist und wir nicht wußten, wie schlau die Weißen sind. Darum haben wir alles Recht, das wir bekommen sollten, den Weißen überlassen. Alles haben wir bisher verloren, doch sind uns endlich die Augen aufgegangen und wir sind der Ueberzeugung gekommen, daß unsre Rasse nur für sich selbst immer tüchtig weiter arbeiten soll. Das ist der dritte Grund, warum China sicherlich immer bedeutender und mächtiger wird.

Um dieses Ziel zu erlangen, müssen wir vor allem unser Reich zu voller Kraft erheben. Man wird freilich sagen, die fremden Mächte haben schon fest beschlossen, China unter sich zu teilen, und die innere Bewirrung in China ist so groß, daß es scheint, als ob wir vor Sonnenuntergang stünden. Wie kann man also so nüchtern sein, über Chinas Zukunft zu schreiben? Selbst jedes Kind muß sehen, es ist unmöglich, unser Reich zu retten. Ich aber entgegne so:

Washington hat sieben Jahre gekämpft, um die Vereinigten Staaten zu befreien, und in neuerer Zeit haben die Nord- und Südstaaten vier Jahre miteinander gerungen, und doch hat Nordamerikas Macht keinen Schaden gelitten. Napoleon hat die Menschen gemäht, wie der Bauer das Gras, und wie oft hat Frankreich seit hundert Jahren die Verfassung geändert, doch hat dies Frankreichs Stärke nicht geschadet. Japan wurde vor wenig bis fünfzig Jahren von Rußland, Amerika und England an seinen Küsten bedroht und beschossen, und im Innern kämpften die Choshumer und Satsumaner mit allen übrigen Japanern, und trotzdem ist Japan nicht schwächer geworden. Darum hört, Ihr meine Leser, die Not wird auch unser himmlisches Reich wieder mit frischer Kraft erfüllen, es vom Tode zu neuem Leben erwecken und vom drohenden Untergang zu weiterem Fortbestand erheben. Es ist sehr schlimm, daß meine Landsleute zu wenig den Grund unsrer heutigen Gefahr erkennen, wenn sie ihn aber erkennen werden, so wird unser Reich bald aus aller Not gerettet sein."

Wer Ohren hat zu hören, der höre auf diesen Chinesen. Denn er hat nur zu Recht. Unser Heil liegt nicht im Osten, es liegt auch nicht in der heißen Zone, sondern in dem Westen, den schon Hunderttausende von Deutschen bewohnen. — Wegen einiger Unternehmungen der Aktien-Gesellschaft Siemens brauchen wir uns nicht in Konstantinopel stark zu engagieren; statt dessen wäre es Pflicht der maßgebenden Kreise, den alten Bismarckschen Plan wieder aufzunehmen und vorläufig Samoa zu besiegen, ehe uns der steile Dachs unterm Sternenbanner auch dort wieder zuvorkommt.

Aber wie man sich nicht dazu entschließen kann, im Innern durch Kaltstellung der Juden reinen Tisch zu schaffen, ist man auch nicht im Stande, nach außen eine zielbewußte und kraftvolle Politik zu verfolgen. Deshalb werden wir zu den lieben „deutschen Staatsbürgern jüdischen Glaubens" mit der Zeit auch noch solche „chinesischen Glaubens" bekommen.

Wahlbilder und Wahlbriefe aus Homberg-Ziegenhain.

In dem Orte R..... hausen wünschten die Gesinnungsfreunde dringend eine Versammlung, um zu verhüten, daß der Bürgermeister den Beeinflussungen des Landrats und der Beamten nachgebe. Bei einem Besuche des Abg. von Liebermann erklärte der Bürgermeister aber, er denke nicht daran, für den konservativen Kandidaten sich den Pelz zu zerreißen oder sogar für ihn zu stimmen. Die Wahlmänner für die deutschsoziale Reformpartei seien bereits bestimmt — er nannte sie auch —, und er werde schon für ihr Durchkommen sorgen. Am 27. Oktober wurden denn auch Wahlmänner für . . . den Abg von Baumbach gewählt und an ihrer Spitze der Herr Bürgermeister!

* * *

Die Kreisstadt Ziegenhain durfte natürlich nur konservative Wahlmänner stellen, und da bei der bisherigen Wahl-Einteilung die dritte Klasse sicher von der deutschsozialen Reformpartei genommen wäre, mußte eine andre Verteilung der Häuser Platz greifen. Aber auch so stand es noch nicht fest, ob nicht doch die Handwerker zusammen mit den Unterbeamten für die antisemitischen Wahlmänner eine Mehrheit bilden würden. Ausschlaggebend sind u. a. die Aufseher der Strafanstalt, und des-

Digitized by Google

hals stellte man in der dritten Klasse schleunigst den Vorsteher der Strafanstalt, der als Wähler in die erste gehört, mit auf und zwang so die Aufseher, ihren Vorgesetzten zu wählen. Angesichts dieser „freien“ Wahl verzichteten unsre Freunde überhaupt auf jede Beteiligung.

* * *

Kurz vor der Wahl erschien auf einem Bahnhofe im Kreise ein höherer Beamter der Eisenbahndirektion zu Kassel. Mitten in einem dienstlichen Gespräche mit einem Streckenbeamten sagt er plötzlich: „Ich habe in Kassel am Stammtische gehört, daß Sie hier alle antisemitisch wählten wollen — natürlich können Sie wählen wie Sie wollen! Im übrigen . . .“ Nun ging die dienstliche Unterhaltung fort. Endergebnis: Verlust zweier Wahlmänner in jenem Orte!

* * *

Von einem Wahlmann aus dem Kreise Homberg erhielten wir eine ausführliche Zuschrift, deren gelindeste Stelle wir hierher setzen:

„Leider sind unsre Bemühungen wieder vergebens gewesen, was mich um so mehr ärgert, als nicht etwa, wie sie ja auch wissen, die Gesinnung der Wähler, sondern die . . . . . des Herrn von Schwertzell Schuld daran ist. Gäbe es nicht gar zu viele Streber und Speichellecker, so hätte dem Herrn gezeigt werden müssen, daß er nichts vermag, doch sind die Leute im Kreise Ziegenhain teilweise zu große Augendiener.

Grüßen Sie bitte Herrn von Liebermann von mir und es wäre mir sehr leid, daß es so gekommen, doch würde es auch hier — so lange Schwertzell Landrat — nicht anders werden.“

* * *

Ein Wahlmann aus dem Kreise Ziegenhain schreibt:

„Hier leben wir leider in einer Gegend, in der es sehr wenig selbständige Menschen giebt, und es war deshalb unsern Gegnern ein Leichtes. Die Bürgermeister in hiesigem Kreise haben meiner Wahrnehmung nach zum größten Teile gegenüber der vorgesetzten Behörde noch mehr Furcht als ein reuiger Mörder vor dem Beile des Henkers. Die Dorf-Eingesessenen haben dann natürlich wieder Angst vor ihrem Bürgermeister, und da wagt es selten einer, seinen Willen zu äußern und zu zeigen, daß er selbst Mann ist.

Dann giebt es wieder andre, die sogenannten Speichellecker, und dies sind die Schlimmsten. Man sollte fast meinen, die Bauern hier seien noch Leibeigene der Schwertzells und Juden, man ertebt Sachen, die haarsträubend sind.

Die Gesinnung der Leute ist für uns, sie wagen aber nicht, damit herauszugehen. Bei den Wahlmänner-Wahlen sind viele vor Angst zu Hause geblieben, sonst hätten wir die Orte . . . . . sicher ganz gehabt, und das hätte genügt.“

* * *

Aus dem Briefe eines andern Wahlmannes:

„Es freut mich umsomehr, daß noch Hoffnung ist, Herrn von Liebermann durchzubringen, welches ich von Anfang an bezweifelte und auch heute noch. Denn wir haben es mit vielen Schleppenträgern, Juden und Judengenossen zu thun, wenn ich als Bürgermeister meine Schuldigkeit thue und meinen Bericht richtig machen kann, wo ich keinen Lehrer brauche, habe ich mich um keinen Landrat zu kümmern.

Sollte es der Himmel sügen, daß Herr Liebermann siegte, so würde das morgen einen rechten freudenvollen Tag geben.“

* * *

In einer Versammlung des Bundes der Landwirte zu Neukirchen (Kreis Ziegenhain) verlas der Abg von Liebermann folgenden Brief aus dem Dorfe Röllshausen, um zu beweisen, daß die Konservativen mit falschen Vorspiegelungen sich die Unterschriften für ihr Flugblatt erschlichen hatten: „Im Besitze Ihres werten Briefes vom 12. v. M. teile ich Ihnen ganz ergebenst mit, daß wir uns hier leider auf Anregung von Ziegenhain aus schon vor Wochen für Herrn von Baumbach unterschrieben haben, fast die Mehrzahl der hiesigen Wähler, es hieß ganz einfach Herr von Liebermann und Herr von Baumbach haben sich dahin geeinigt, daß Herr von Liebermann auf die Landtagswahl zu Gunsten des Herrn von Baumbach verzichtet, da Sie sich nun auch in der ganzen Zeit nicht einmal gemeldet haben, haben wir hier angenommen, daß die Sache in Wirklichkeit so wäre, und unsre Unterschriften unter den Wahlaufruf des Herrn von Baumbach gesetzt, deshalb wird also hier für diese Wahl nichts mehr zu machen sein, denn von hier, Schreckbach und Salmshäusen, haben sich die Herrn Bürgermeister nebst vielen Mitgliedern untergeichnet.“

Darauf setzte Herr von Baumbach sich schleunigst auf den Wagen, fuhr nach Röllshausen und ließ sich die Unterschriften „nochmals geben“, wie man uns sofort schrieb, und am Wahltage (!) erschien mit diesen Unterschriften nachstehende Erklärung im Kreisblatte: „In der gestrigen Versammlung in Neukirchen hat Herr Liebermann von Sonnenberg einen Brief aus Röllshausen, leider ohne Namensnennung des Briefschreibers, verlesen, wonach wir Röllshäuser auf Grund falscher Vorspieglungen uns bereit erklärt haben sollen, für Herrn von Baumbach den Wahlaufruf zu unterschreiben. Diese Unterschiebung erklären wir für unwahr. Wir haben uns freien Stücken unsre Unterschrift für den Wahlaufruf gegeben und treten auf das Entschiedenste für die Wahl des Herrn von Baumbach ein.“

Merkwürdigerweise wurde uns überall im Kreise Ziegenhain die Thatsache mitgeteilt, daß die landrätlichen Agitatoren die wissentlich unwahre Nachricht von der „Einigung“ der beiden Kandidaten immer unaufgefordert verbreiteten, um die Leute zur Unterschrift zu bewegen. Und am Tage nach der Wahlmänner-Wahl schrieb uns ein Wahlmann: „Das Baumbachsche Flugblatt enthält viele Unterschriften, die ohne Wissen der Betreffenden geschehen, u. a. auch die meines Freundes . . . . . der gestern seinen größten Unwillen darüber zum Ausdruck brachte. Also mit allen Dimensionen Schwindel getrieben.“

* * *

Der Anfang eines andern Briefes lautet: „Teile Ihnen mit, daß die Landtagswahl zu . . . . . ganz zu Ihren Gunsten wäre ausgefallen, wenn nicht die Wahl zu Gunsten Baumbachs hätte ausfallen sollen.“

* * *

Ein königlicher Förster versicherte beinahe am Schlusse der Wahlbewegung, daß sein ganzes Dorf einstimmig den Abg. von Liebermann wählen würde und bat zu diesem Zwecke dringend um . . . Stimmzettel!!

L. H.

„Es muß anders werden!“ darin sind die meisten einig.

„Es muß anders werden!“ sagen die Arbeiter, „das Kapital legt uns die Schlinge um den Hals, und wir werden verhungern.“

„Es muß anders werden!“ sagen die Kapitalisten, „es ist kein Geschäft mehr zu machen, die Industrie geht zurück, der Handel stockt.“

„Es muß anders werden!“ seufzt die arme Frau zu Hause; sie quält sich Tag und Nacht mit ihren Kindern, und ihr Mann trägt das Geld ins Wirtshaus.

„Es muß anders werden!“ deß sind sie alle einig: Arbeiter und Kapitalisten, Gläubige und Atheisten, Alte und Junge, und sie haben recht.

Aber was ist das „es“, das anders werden muß? Darüber ist man weniger einig. „Die Reichen“ müßen anders werden — „die Männer taugen nichts!“ — „Ja, wenn die Frauen anders wären!“ — „die Regierung ist schuld, fort mit diesem Staate!“ Der eine beschwert sich über den andern, und während man aufeinander schilt, gehts immer in dem alten Gleise weiter.

Man klagt über schlechte Zeiten, und jeder trinkt, raucht und jubelt drauf los. Man seufzt über das schlechte Leben und verbringt seine Zeit in Klubs und Kneipen. Man hält Reden über das Zurückgehen allen Familienlebens und ist selber

Digitized by Google

lieber auswärts als in der Familie. Man höhnt über die Narrheit der Mode und macht sie selber mit. Man beklagt sich über den zunehmenden Luxus der Feste und will doch selber nicht zurückstehen hinter den andern. Man schilt über die Unehrlichkeit in den Geschäften und ist selbst nicht reell. Ja,

„es muß anders werden!"

Aber was ist das „es"? Was muß denn anders werden? Es sind nicht die Verhältnisse, sondern der Mensch selber. Es sind nicht die andern, die Welt, die Menschen, sondern der einzelne Mensch selbst.

Bei den letzten Reichstagswahlen wurde einer unsrer Freunde gefragt: „Sind Sie nicht auch für Revolution?" — „Gewiß", antwortete er. — „Geben Sie mir die Hand, wir gehören zusammen." — „Immer langsam, ich muß das Ihnen erst auseinandersetzen. Sehen Sie, ich bin für eine radikale Revolution unsrer Herzen, weil unsre Herzen radikal verdorben sind. Wir haben da gar keine Zeit zu verlieren, und unsre Pflicht ist es, den Schaden sofort gründlich zu heilen. Wenn wir das thun, wird jeder mit uns zufrieden sein, und keiner wird sich über uns beschweren. Aber ohne diese Revolution werden alle andern Umwälzungen nichts nutzen, sie werden das Übel immer schlimmer machen."

„Ich glaube, Sie haben beinahe recht!" sagte nun der Revolutionsfreund, ertaunt über diese Antwort, und empfahl sich.

Die Erneuerung des einzelnen Menschen wird mit eine Grundlage werden für das Glück und den Frieden der ganzen Gesellschaft und des Staates.

Die traurige Lage der kleinen Müller ist schon öfter zum Gegenstande ernster Würdigung gemacht worden. Der Wettbewerb der Groß-Mehlfabrikanten, die, unterstützt durch Ausfuhrprämien und Zollfreiheit immer umfangreichere Geschäfte machen, sind die vierzigtausend kleinen Müller im Deutschen Reiche nicht mehr gewachsen. Das Fortbestehen dieser armen Leute wird durch die beinahe sprichwörtlich gewordne Beschäftigungslosigkeit ihrer Mühlen immer mehr in Frage gestellt und wenn hier nicht baldige Abhilfe geschieht, gehen tausende dem Mittelstande angehörende Existenzen einfach zu Grunde. In dieser Bedrängnis sind nun einige kleine Müller auf den Gedanken gekommen, mit dem Müllereigewerbe den Bäckereibetrieb zu vereinigen, um durch die Brotbäckereien ihrem Mehl einen größern Absatz zu verschaffen. Leicht verständlich ist es daher, wenn die hierüber erregten Bäcker in dem Vorhaben der kleinen Müller einen nicht berechtigten Wettbewerb erblicken wollen, denn ein gegen diese Bestrebungen gerichteter Artikel der „Allgem. Bäcker- und Konditorztg." schließt mit den Worten: „Seien wir also wachsam, daß uns nicht die Mühlenbäckereien über den Kopf wachsen und uns im wirklichen Sinne nicht das Brot nehmen." Man sieht also, wie hier ein Uebel gewissermaßen zum Exzeuger des zweiten wird. Ebenso wie in den Großwarenbazaren nicht nur eine Konkurrenz für den kleinen Kaufmann, sondern auch eine solche für das Handwerk zu erblicken ist, schädigen die Großmehlfabrikanten nicht nur den kleinen Müller, sondern sie sind auch im Begriff den Bäckereibetrieb in seiner Existenz zu benachteiligen. Um dem kleinen Müllereibetriebe wieder Luft zu schaffen, ist die Aufhebung der Zollfreiheit, der Ausfuhrprämien und der zollfreien Transitlager energisch zu fordern. Denn ist es nicht bezeichnend für die ungerechtfertigte Bevorzugung der Großmühlen-Industrie, wenn, wie Theodor Fritsch im „Deutschen Müller" den Nachweis geführt hat, „die Mehlexporteure im Durchschnitt der letzten beiden Jahre über 2½ Millionen mehr vergütet erhalten haben, als sie nach Wert und Korngehalt des ausgeführten Mehls beanspruchen konnten"? Diese Liebesgabe verteilt sich dabei, wie der Verfasser ausführt, auf nur einige zwanzig Großmühlenbesitzer, so daß auf jeden der Großmehlfabrikanten eine Summe von hunderttausend Mark kommt. Ein solches Staatsgeschenk bedingt aber wiederum die zollfreie Einfuhr von jährlich siebzigtausend Tonnen Getreide.

Hiernach ist es wohl die höchste Zeit, mit diesem für nur wenige Personen bestehenden Vorrechte zum Nachteile des kleinen Mühlenbetriebes endgiltig zu brechen. "

Jüdische Offiziersfrauen. Vor einiger Zeit meldeten holsteiner Blätter, daß sich ein Major der schleswiger Husaren mit einer Jüdin verheiratet hätte. Und im „Berliner Lokalanzeiger" vom 5. d. M. finden wir nachstehende Anzeige:

Die Verlobung ihrer Tochter **Margarete** mit dem Königlichen Leutnant im Magdeburgischen Pionier-Bataillon Nr. 4 Herrn **Franz Hummell** beehren sich ergebenst anzuzeigen

Victor Benary und Frau
Charlotte, geb. **Goldschmidt**.
Berlin, im September 1898.

Margarete Benary.
Franz Hummell.
Verlobte.

Ein Leser sendet uns diesen Ausschnitt mit der Mitteilung, der Kgl. Leutnant im vierten Pionier-Bataillon ziere als Photographhie seit langer Zeit den Schaukasten des Warenhauses Jandorf & Co. zu Berlin, das ein Dutzend „Visit" seinen Kunden nur mit 180 Pfennigen berechnet. Wir können nicht glauben, daß das ausgestellte Bild thatsächlich jenen Offizier darstellt, denn ein Leutnant, der sich mit der Tochter des reichen Benary und der Goldschmidt verbindet, kann sich doch sicher bessre Photographhien leisten. —

Unmittelbar vor obiger Anzeige liest man im „Lokalanzeiger"

Statt jeder besonderen Meldung.
Die Verlobung meiner einzigen Tochter
Käte mit Herrn **Oscar Cohn** beehre mich
ergebenst anzuzeigen.
Berlin, 1. Oktober 1898.
Putlitz-Ufer 5b.

Anna Rose verw. **Unger**
geb. **Behrendt.**
Empfangstag des 9. u. 23. Oktober.

Man beachte freundlichst die deutschen Vornamen in beiden Anzeigen: Margarete, Charlotte, Käte, Oskar, Anna!

Ist es außerdem nicht „echt deutsch", den Glückwünschenden zu bessrer Bequemlichkeit die „Empfangstage" vorzuschreiben?

Und solche höfliche Leute wollen die bösen Deutschen nicht unter sich dulden?

Ausland.

Rußland. Der Klerus ist angewiesen worden, in Zukunft keine Kirchenländereien mehr an Juden zu verpachten. Bisher ist das oft genug vorgekommen. Alle derartigen, ohne die erforderliche bischöfliche Genehmigung zum Abschluß gekommenen Kontrakte sollen aber dem „Pet. Wjed." zufolge als ungesetzlich auf gerichtlichem Wege aufgehoben werden. Ebenso müssen alle von Juden auf Kirchenländereien aufgeführten Bauten, sofern sie nicht sofort in andern Besitz übergehen, abgerissen werden.

Mosaik.

Tausende von Jünglingen erhalten sich nur dadurch Gesundheit und Unschuld, Kraft und Seelenfrieden, daß ihnen die materiellen Mittel zu rauschenden Vergnügungen und Ausschreitungen versagt sind, und daß der Zwang zur Arbeit sie vor Versuchungen bewahrt. O, wüßten doch alle Eltern, wie unendlich viele Söhne nur durch reiche Geldmittel ins Unglück geraten! Der übergroße Prozentsatz verdorbner und verlebter Existenzen unter den höhern Ständen rührt daher, daß man es verlernt hat, die Kinder streng, einfach und sparsam zu erziehen, während junge Leute aus den mittlern und einfachen Ständen sich durch energischen Handeln und strenge Sittlichkeit gewöhnlich weit rascher umfassende Kenntnisse, hohe Stellungen und größre Reichthümer zu verschaffen wissen; denn nicht Feinheit, sondern Reinheit der Sitte ist entscheidend für Glück und Wohlfahrt.

Digitized by Google

Die konservative Parteileitung von Berlin hat das „Berliner Fremdenblatt" zum Partei-Organ erklärt, obwohl dieses niemals konservative Anschauungen vertreten hat und in einer jüdischen Druckerei hergestellt wird.

Vom Bunde der Landwirte. Die „Frankf. Ztg." des Herrn Lbb Sonnemann berichtet aus Minden: „Ein eigenartiges Schauspiel war es, wie sich der Führer des Bundes der Landwirte bei den Führern der nationalliberalen und freisinnigen Partei bedankte, die ja seinem Kandidaten zwei Drittel Stimmen von allen geliefert hatten." — In Minden-Lübbecke wurde der Kandidat des Bundes gegen den konservativen Major a. D. Stroßer gewählt, trotzdem entgegengesetzte Abmachungen der beteiligten Wahlaufrufe vorlagen. In Homberg-Ziegenhain dagegen rührte der Provinzial-Vorsitzende des Bundes keinen Finger für den Abg. Liebermann von Sonnenberg, obwohl die Wahlkreis-Versammlungen sich beinahe einstimmig gegen den konservativen Kandidaten erklärt hatten. Die „Deutsche Tagesztg." ließ sich bielwehr wiederholt von einem Beauftragten des Nicht-Bundes-Mitgliedes von Schwerpell berichten, die allgemeine Stimmung sei gegen den Abg. von Liebermann. Dagegen ließ sie den wahrheitsgetreuen kurzen Bericht eines Mitgliedes des Bundes über den Ausfall der General-Versammlung zu Homberg einfach im Papierkorbe verschwinden. Und für die ungeheure Wahlmache des Ziegenhainer Landrates hatte sie kein Wort des Tadels.

Im Namen des Königs. In der Privatklagesache des Kaufmanns Friedrich Neumann in Halle a. S., Privatklägers, gegen den verantwortlichen Redakteur Louis Hagrefe in Berlin, geboren am 31. Oktober 1864 zu Rethmar, evangelisch, Angeklagten, wegen Beleidigung hat das Königliche Schöffengericht zu Berlin in seiner Sitzung vom 22. April 1898 für Recht erkannt: Der Angeklagte wird wegen öffentlicher Beleidigung zu 30 — dreißig — Mark Geldstrafe, im Nichtbeitreibungsfalle zu 10 — zehn — Tagen Gefängnis kostenpflichtig verurteilt. Der die Verurteilung enthaltende Teil dieses Urteils ist in den Deutschsozialen Blättern genau an derselben Stelle, in derselben Schrift, wie der inkriminierte Artikel auf Kosten des Angeklagten bekannt zu machen.

Die Nr. 493, 13. Jahrgang, vom 27. Januar 1898 der Deutschsozialen Blätter ist in allen Exemplaren, welche sich beim Herausgeber, Drucker, Versetzer befinden oder welche öffentlich ausliegen, einzuziehen.

Ein jüdischer National-Heiliger. In der Hauptstadt Polens werden nicht nur Dutzende von Broschüren, Novellen und Erzählungen über Dreyfus verbreitet, sondern auch Uhren und kleinere Schmuckſachen mit dem Bilde des „Gefangenen von der Teufelsinsel" und selbst Postkarten mit der Darstellung von Szenen, wie „Dreyfus auf der Teufelsinsel", „Dreyfus Degradierung", „Die Tame mit dem Schleier", „Der Selbstmord des Hauptmanns Henry" u. s. w. Diese Fabrikate werden in großer Menge hauptsächlich aus Berlin bezogen. —

In der Hauptstadt des deutschen Reiches brachte es ein evangelischer Geistlicher fertig, auf der Kanzel der Friedrich-Werderschen Kirche in seiner Predigt zu sagen: „In Paris hat man zwar einen Mann des schimpflichsten Verbrechens gezeihen und wahrscheinlich unschuldig, jedenfalls aber unter völliger Nichtachtung bestehender rechtlicher Grundsätze, zu entehrender Strafe verurteilt. Die wenigen Männer, welche in heiligem Zorn der Vergewaltigung der Wahrheit entgegentraten, hat man gesteinigt, und ein verblendetes Volk glaubte unter diesen Steinen die Wahrheit begraben zu haben. Heute beginnt die Wahrheit dort zu triumphieren und wird, wie wir hoffen dürfen, in kurzer Zeit Lüge und Niedertracht besiegt haben." — — — Mit Recht hat der Geistliche sich dafür ein Lob des . . . „Berliner Tagebl." zugezogen.

Der Antisemitismus ist im edlem Teile des Volkes fest begründet. Wenn ein edler Mensch eine unabhängige Stellung einnimmt, ist er öffentlich Antisemit. Leider zwingt gar viele die leidige Magenfrage, den Juden gegenüber eine verbindliche Form zu bewahren, selbst da, wo man sie verachtet.

Gustav Felix,

Leipzig, Reichsstraße 26,

Stahlwarenfabrik u. **Hohlschleiferei** i. **Solingen**

empfiehlt

Rasiermesser, Selbst-Rasierapparate, Streichriemen, Rasierschalen, Pinsel, sowie sämtliche Solinger Stahlwaren, unter Garantie.

Dächer Billige dichte

Asphalt-Holzpappen.

A. W. Andernach

in Boppard am Rhein.

Einen großen Dienst leistet man unserem Blatte und unserer Sache, wenn man seine Einkäufe bei solchen Handlungen deckt, die uns durch Ankündigungen unterstützen.

Kaufen Sie keln Planino,

wenn Sie sich noch nicht den Katalog von **August Roth,** Kgl. Portug. u. Fürstl. Lipp. Hof-Pianofabrikant, **Hagen W. Nr. 58,** gratis haben kommen lassen.

Zum Abonnement bestens empfohlen:

Monatsblätter für **deutsche Litteratur.**

Herausgegeben von **A. Warncke.**

Jährlich 12 Hefte. Preis für den Jahrgang **nur 5 Mark.** Die bereits vollständig erschienenen Jahrgänge sind auch **hübsch gebunden** zum Preise von **nur 6 Mark** zu beziehen.

Diese Zeitschrift hat sich die Aufgabe gestellt, eine Pflegestätte zu sein für die wahrheit deutscher, herzerwärmende und begeisternde Litteratur im Gegensatz zu der unbeutschen sog. modernen Richtung in unserm Schrifttume.

Wer für seine Mußestunden eine anregende Lektüre haben will, wer sich über die neuen Erscheinungen her wirklich schönen Litteratur fortlaufend unterrichten will, wen es interessiert, auch einmal allerlei Anregendes über das Leben und Dichten unserer großen deutschen Dichter und Schriftsteller der Vergangenheit und der Gegenwart zu lesen, kurz, wer sich überhaupt für die schöne Blume der idealen deutschen Dichtung zu begeistern vermag, dem seien die „Monatsblätter" aufs wärmste empfohlen.

Für die Familie sowohl als auch insbesondere für die heranwachsende Jugend bilden sie eine Schatzkammer des reinsten Genusses und der edelsten Bildung. Der Inhalt ist abwechslungsreich und mannigfaltig: Gute Erzählungen, interessante Abhandlungen und Studien über die mannigfachsten Gebiete der Litteratur, Nachrufe, Übertragungen deutscher Klassiker, neue Gedichte usw.

Für die Verschönung, deren sich die Zeitschrift selbst in den höchsten Kreisen erfreut, erhielt die Verlagshandlung erst in jüngster Zeit wieder Beweise. Es ging nämlich eine Bestellung **aus dem Kgl. Stadtschloß in Potsdam** ein **für die Kaiserlichen Prinzen** und eine solche aus Schwerin **für den Prinzregenten.**

Bestellungen nimmt jede Buchhandlung entgegen, falls eine solche am Platze nicht vorhanden, wende man sich direkt an die Verlagsbuchhandlung **Herm. Beyer** in **Leipzig.**

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe, Berlin NW. 5, Kruppstr. 13.
Druck: G. Reusche, Leipzig.

Digitized by Google

Deutsch-Soziale Blätter.

Herausgegeben von Max Liebermann v. Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Bezugs-Preis: vierteljährlich Mk. 1.50 bei den Postanstalten (Post-Zeitungsliste Nr. 1788) und Buchhandlungen. Unter Streifband Mk. 2.

Anzeigen: die 4-spaltige Petit-Zeile 25 Pfennige. Verlagsort: Königstraße Nr. 27, Leipzig.

XIII. Jahrgang. | Leipzig, 24. November 1898. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Juden-Frage. Otto Glagau. | Nr. 536.

Inhalt: Lueger oder Wolf? — Wie wird man jüdischer Journalist? — Anhäufung des Großkapitals. — Aus Neu-Palästina. — Jüdisches Klerikel. — Von den Schildbürgern. — Juden als Ackerbauer und Handwerker. — Liberalismus vor vierzig Jahren. — Von der Reise unseres Kaisers nach Jerusalem. — Ausland. — Mosaik. — Jüdische Wanderbettler. — Parteinachrichten. — Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen. — Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat. — Jüdische Ritter, Kommissions- und Kommerzienräte usw.

Lueger oder Wolf?

Zwischen diesen beiden Namen, jedem deutschen Judengegner wohl vertraut, liegt ein klaffender, unüberbrückbarer Riß.

Indes unsre Anhänger im Reiche nicht müde werden, beide zu bewundern, hassen und bekämpfen sich Lueger und Wolf und ihr beiderseitiger Anhang nicht minder glühend und erbittert, als sie je den gemeinsamen Feind hassen könnten. Das ist zwar bedauerlich, aber natürlich. Wohl mit Recht hat die deutschsoziale Reformpartei es bisher vermieden, sich allzuviel um diesen Bruderzwist im Hause Österreich zu kümmern und vorschnell Partei zu nehmen.

Wird das immer so bleiben können?

Gewiß, es handelt sich um politische Strömungen eines fremden Staates, aber das dürfte doch, wenn auch noch nicht unsrer Regierung, so doch jedem volks- und deutschbewußten Manne klar geworden sein, daß dort drüben nicht allein gekämpft wird um des Hauses Habsburg zusammengeleimte Hausmacht, sondern daß Höheres auf dem Spiele steht und daß des deutschen Volkes und Reiches eigenste Sache dort ausgefochten wird.

Wir wollen deutsch sein und wollen sozial sein. Es ist mit Freude zu begrüßen, daß in letzter Zeit in unsrer Partei grade die wirtschaftliche Umgestaltung und die positiven sozialen Ziele stark in den Vordergrund gestellt sind, aber teuer würden wir diesen Vorzug erkaufen, sollten deshalb die nationalen Aufgaben hintantreten. Eines thun und das andre nicht lassen!

Das Deutschbewußtsein ist Gott sei Dank in letzter Zeit ganz im Allgemeinen etwas mehr „in Flor“ gekommen, und die Partei wird am erfolgreichsten den Umsturz bekämpfen und ihre sozialreformerischen Gedanken zum Durchbruch bringen können, die — auf scharfumrissener wirtschaftlicher und sozialer Grundlage fußend — als die rücksichtslos und ausgeprägt nationalste in jeder Beziehung sich bethätigt. Daß hierzu auch die offne Bekennung des alldeutschen Gedankens gehört, möchte ich behaupten.

Wie stellen sich hierzu nun die einzelnen politischen Gruppen? Sozialdemokratie und Ultramontanismus (also das Zentrum mit verschwindenden Ausnahmen), sowie alle andern Fremdkörper am deutschen Leibe: Juden und Polen, Dänen (leider!) und Französlinge scheiden von vornherein aus. Ebenso fast die ganze Linie des Freisinns. Die Nationalliberalen kommen nur zu geringem Verhältnis in Betracht, soweit sie durch den Alldeutschen Verband beeinflußt sind, und die Konservativen?

Mit ihnen steht es in dieser Beziehung nicht besser. Sie leisten zum größten Teil in kurzsichtiger Überspannung des legitimistischen Staatsprinzips, dessen gesunde Vertretung an sich durchaus löblich ist, das Unglaublichste. Der Begriff der „Nation“ im Gegensatz zum Staatsbegriff ist den meisten von ihnen kaum aufgegangen. War doch der „Kreuzzeitung“, diesem „nationalen“ Blatte, der traurige Ruhm vorbehalten, den Verzweiflungskampf unsrer deutschen Brüder in der Donau-Monarchie mit dem Dreyfus-Skandale zu vergleichen, an dem man gewissermaßen nur noch pathologisches Interesse haben könne.

Wenn der Traum einer stramm-nationalen alldeutschen und reindeutschen Volkspartei in Erfüllung gehen soll, und warum sollte er nicht in Erfüllung gehen, so kann dieses nur auf dem Boden oder zum mindesten auf der Grundlage unsrer deutschsozialen Reformpartei geschehen. Dann wird aber freilich die Partei auch allen Ansprüchen genügen müssen, die man in nationaler Beziehung billigerweise an sie stellen darf. Sie wird ebenso, wie sie reindeutsch ist, auch alldeutsch sein müssen. Sie ist dieses trotz vielfacher unträglicher Anzeichen im vollen Umfange noch nicht, und daß die ausdrückliche und endgiltige Aufnahme des alldeutschen Gedankens in der Partei selbst auf Widerspruch stoßen würde, ist wahrscheinlich. Dennoch scheint nach dieser Richtung die natürliche Entwicklung hinzudrängen.*) Die Segel liegen im Winde, wollen wir ihn benutzen oder sollen wir andre die Fahrt machen lassen? Es handelt sich schlechterdings darum, ob wir die Führerschaft der alldeutschen Bewegung im Reiche haben wollen oder nicht. Fürchten wir doch nicht, daß durch scharfe Vertretung des alldeutschen Standpunktes unsre wirtschaftlichen Grundsätze verschwimmen, unser Antisemitismus geringer werden könnte. Im Gegenteil!

Wenn wir uns aber dessen bewußt sind, daß alle Deutschen, die auf der Erde wohnen, unser Interesse gebührt, dann werden wir notgedrungen auch den lebhaftesten Anteil an den Geschicken der Deutschen in Österreich und an ihren Führern nehmen müssen, es wird uns nicht gleichgiltig sein können, in welchem Sinne unsre Volksgenossen politisch geleitet werden. Die Beantwortung der Frage: „Lueger oder Wolf?“ „Christlichsozial oder deutschnational?“ wird dann auch uns wohl oder übel nicht erspart werden können.

Es mag sein, daß es auch jetzt noch nicht an der Zeit ist, hierüber endgiltig zu entscheiden, und die Parteileitung wird uns auch in dieser Beziehung, wenn sie es für nötig hält, schon bei Zeiten die richtige Losung angeben, aber das kann uns nicht verwehrt werden, uns persönlich darüber klar zu werden, ob sich hier die Wege scheiden oder nicht und auf welchem Pfade wir unsre Deutschen in Österreich gehen sehen und mit ihnen gehen wollen.

Dem Bürgermeister der Stadt Wien sind noch vor nicht langer Zeit Huldigungsgrüße auch von unsrer Seite aus gesendet worden als dem Befreier der Stadt Wien und dem wackern deutschen Manne. Jenes mag er im antisemitischen Sinne sein. Ist er auch dieses? Hat sich die Thatsache, daß das Sitzen auf Ministersesseln und Bürgermeisterstühlen oft selbst dem aufrechtesten Manne den Rücken krümmt, auch an

*) Daß übrigens deshalb die Partei ihren Namen ändern müsse, scheint dem Verfasser durchaus keine notwendige Folgerung zu sein, weder aus dem Grunde, weil man und leicht mit den Sozialdemokraten verwechseln könne, noch deshalb, weil der „deutschsozialen“ Gedanke im Namen zu wenig zum Ausdruck komme. Wir sind deutsch und sozial. Wie weit wir das Deutschtum und den sozialen Gedanken fassen wollen, ist unsre Sache und im übrigen ist Name Schall und Rauch, der Geist ist alles. An unsern Früchten soll man uns erkennen! Bringen wir nur den alldeutschen Gedanken mit Wort und That überall zum Ausdruck, dann können wir ruhig auch „deutschsozial“ bleiben. So schimm ist dieser Name nicht, und zudem macht es keinen guten Eindruck, wenn eine junge Partei so oft die Firma wechselt. Wir haben doch auch mit der alten ganz gute Geschäfte gemacht.

Digitized by Google

ihm gezeigt? Nehmen wir zu seiner Ehre an, daß er nichts weiter ist, als ein schwacher Mensch. Denn sanft wäre er ein gewaltiger Komödiant, der freventlich Mißbrauch trieb mit dem Vertrauen des deutschen Volkes und dem in absehbarer Zeit der Glarienschein von dem Haupte schwinden würde. Lueger ist zielbewußter Antisemit. Daran wenigstens hat er es nicht fehlen lassen. Aber Schönerer und Wolf sind es auch. Wer will behaupten, daß ihr Antisemitismus weniger echt und weniger tiefgegründet sei, wenn sie auch im Schimpfen nicht den unerreichbaren Rekord erzielen können, wie Dr. Luegers Heerschaaren?

Im Antisemitismus sind beide zum mindesten gleich! Und im sozialen Gedanken? Kämpfen nicht auch auf sozialem Gebiet die Deutschnationalen des Linzer Programms mit uns Schulter an Schulter? Wer will behaupten, daß sie es minder ernst meinen mit ihren sozialen Pflichten, denn die um Lueger? Daß sie in dieser Zeit nicht den Mut und die Lust zu wirtschaftlichen Reformvorschlägen haben, wo es sich um Leben oder Tod, um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes in Österreich handelt, soll man ihnen das zum Vorwurf machen?

Uns scheint es ihr Ruhm zu sein, daß sie die Wichtigkeit des Augenblicks fast allein von allen deutschen Parteien verkennen. In Kampfesnot soll man auf der Schanze stehen und nicht Kartoffeln graben! Wenn das Haus brennt, hört der Tischler auf, daran zu zimmern.

Wir sind Antisemiten und wollen es bleiben, wir sind Wirtschafts-Reformer und wollen es bleiben, wir sind sozial und wollen es bleiben. Aber letzten Endes sind wir doch Deutsche. Nach seiner ganzen deutschen Gesinnung bewerten wir doch den Mann. Oder etwa nicht? Lueger oder Wolf, wer ist der Deutschere? Unter dessen Geist wollen wir auch unsere deutschen Brüder in Österreich wissen.

* * *

Verhülle dein Haupt, Germania, wenn der Stadt Wien schöner Bürgermeister daherkammt. Römlinge sind seine Ohrenbläser, weihrauchbenebelt hulbigt ihm die Menge. Er ist ein gar großer Politiker geworden und hat sich gewöhnt, schmiegsam zu sein, wie ein Nationalliberaler. Er ist sogar deutsch, wenn er nicht anders kann, aber Rom ist ihm lieber als Bismarck. Er ist ein Tausendkünstler, denn er bringt es fertig, das Phantasiebild der österreichischen „Nation" an die Wand zu malen. Er ist glühender „Patriot", denn er denkt: „Gott erhalte Franz, den Kaiser", und indessen wird das Deutschtum mit Füßen getreten. Polacken und Tschechen, Madjaren und Slovenen sättigen sich an seinem Raube. Es zerbirst der ganze mühsam zusammengehaltene österreichische Staatsbau. Denn billigen Kaufs ergiebt sich der deutsche Michel nicht. Allein geht er nicht zu Grunde; wenn der Mantel fällt, muß der Herzog mit!

Können wir als Deutsche mit dem traurigen Geschick des schwergeprüften Greises Franz Josef wirklich aus vollem Herzen Mitgefühl haben? Als Menschen gewiß, als Deutsche nicht! Undank ist das Schwärzeste. Alles, was es ist und hat, dankt Habsburg deutschem Schwerte, deutscher Arbeit und deutscher Treue. Darum werden wir von Habsburg verraten und verkauft. Verwinde, wers kann, diesen „Dank vom Hause Österreich!" Der Bürgermeister von Wien aber, der große Patriot und wackre Deutsche sieht in eisiger Ruhe dem Kampfe seines Volkes zu, er entrüstet sich über den „Hochverrat" der Deutschnationalen, und Rom giebt seinen Segen dazu.

Ist nicht des Mannes höchstes Gut sein Volk? Gilt nicht Kriegsrecht im Kampfe und Notwehr gegen Gewalt? Glaubt man denn mit windewiegender „Taktik" gegen die rücksichtslose Gewaltpolitik und das abgekartete Spiel der slavischen Sippe etwas zu erreichen? Sie haben sich so gezeigt, die Folgen dieser „Taktik"! Dem Bürgermeister von Wien aber und seiner Klerisei ist selbst diese zahme Taktik vom Übel.

Die Rechte der Deutschen werden meistbietend versteigert, und Dr. Lueger sieht diesem Schacherzgeschäft in Seelenruhe und mit verschränkten Armen zu. Damit ist doch nichts gethan, daß er hier und da einmal den deutschen Mantel herauskehrt. In der Stunde der Not versagt er und die Seinen.

Was einem recht ist, das ist dem andern billig. Soll das eine „Hochverrat" heißen, dann ist das andre „Volksverrat".

Es ist ja in allen Zeitungen zu lesen, daß Wolf und Schönerer „nur vom Radau leben". Pfui! über die Schlafmützen von Deutschen, die still sein können zu solchem Volksjammer. Glauben denn die Herren Zeitungsschreiber, daß der Abg Wolf aus purem Vergnügen sich tagtäglich herumbalgt mit Pollacken und Tschechen, daß er eine wahre Wollust hat, mit ihnen Säbel zu fechten? Das hat er genug in seiner Studentenzeit gethan und er möchte vielleicht auch lieber zu Hause bei Mutters sitzen, bequemer wäre es schon! Aber er hat nicht die berumdernsmürdige Ruhe des Herrn Dr. Lueger. Daran liegts. Er ist ein Draufgänger und benimmt sich, nach Ansicht seiner Gegner, wie ein „Gassenbube".

Wenn wirklich noch einmal das deutsche Volk in Österreich aller Niedertracht, Gewalt und Tücke zum Trotz sich siegreich erheben sollte, wenn in oder außerhalb der Habsburgischen Monarchie nach einmal auf jenen Ländern der friedenspendende Hauch deutscher Gesittung ruhen, und deutsches Leben voll erblühen sollte, dann wird das deutsche Volk auch dieses „Gassenbuben" von Wien gedenken, der Volkes Treue hielt in Volkes Not.

Mag er vor der Pistole irgend eines Polacken gefallen, mag er, das Schwert in der Hand, als „Hochverräter" gefunken sein, mag er dem aufreibenden und verzehrenden täglichen Parlamentskampfe erlegen oder noch am Leben sein. Er wird als ein Beispiel aufopfernder Volksliebe dastehen, als ein Mann, der äußere Ehre und wahre Freude, Leben und Gesundheit für nichts achtete um seines Volkes willen.

Was man dann von Dr. Lueger sagen wird? Wer weiß. Es mag sein, daß dem einen hier Unrecht geschehe und dem andern zu viel Ehre gegeben ist, aber bei solcher Bewertung hat auch das natürliche Gefühl sein Recht. Wolfs nationales Wollen und Handeln, seine ehrliche, starke deutsche Rittelichkeit liegt vor uns wie ein offnes Buch. Lueger ist trotz seines Antisemitismus und seiner glänzenden Begabung in nationaler Beziehung im allergünstigsten Falle ein unsicherer Kantonist. Es handelt sich hier nicht allein um Personen und Parteien, sondern letzten Endes um Weltanschauungen, und, mag es richtig sein, daß irgendwelche einheitliche Stellungnahme für uns Deutsch-Soziale des Reiches in dieser Frage überhaupt oder zur Zeit noch unangebracht ist, wichtig genug ist die Sache, daß der Einzelne sich hier so oder so entscheide, sofern er überhaupt auf dem Standpunkte steht, daß die Dinge uns etwas angehen, um die im Wiener Parlament gekochten wird. Die Thatsache, daß die meisten reichsdeutschen Zeitungen Wolf als Popanz behandeln und Lueger zwar ungern, aber höflich ehrerbietig begegnen, sordem er zu Wien auf der Burg höflichig wurde, wird bei dieser Entscheidung nicht allein maßgebend sein dürfen.

Vielleicht taucht dann bei solchen Betrachtungen nebenbei auch in manchem Parteigenossen das Gefühl auf, daß unser Bündnis mit Oesterreich unter den obwalteuden Umständen nichts weiter zu sein scheint, als ein lästiger Hemmschuh, der das Reich an der Erfüllung seiner wichtigsten nationalen Pflichten hindert und es zu einer derartig weitgehenden Rücksichtnahme gegen den „Verbündeten" zu zwingen scheint, die einer deutschbewußten Gesinnung ebenso unverständlich wie unerträglich sein muß.

P.

Wie wird man jüdischer Journalist?

Israel und seine Schutzlölner haben nach Beendigung der Wahlen einmal wieder alle Hände voll zu thun, um durch philosemitische Büchlein und Zeitungs-Artikel gegen den noch immer nicht tatgerschlagnen Antisemitismus anzukämpfen. Es ist deshalb Mangel an jüdischen Schornalisten vorhanden, der durch die jüngsten Ausweisungen russisch-jüdischer und galizisch-jüdischer

Digitized by Google

„Genossen" aus Sachsen und Preußen einen großen Umfang angenommen hat.

Wir möchten darum in kurzen Worten Anleitung dazu geben, wie man rasch und billig die ersten Stufen der Leiter erklimmt, die in dem großen Lager „Preßkorruption" endet. Unsre vielen jüdischen und philosemitischen Leser, die die „Deutsch-Sozialen Blätter" so eifrig durchschnüffeln, um die Staatsanwälte nicht beschäftigungslos zu lassen, werden diese Winke gewiß gern benutzen.

Zuerst merke man, daß es nur „Radau-Antisemiten", keineswegs aber „Radau-Liberale" giebt. Wenn also in einer Versammlung die Antisemiten die Liberalen stören, so sind jene in den Berichten immer als „Radau-Antisemiten", „wüster Haufe", „Pöbel", „Hetzbande" usw. zu bezeichnen. Stören aber Liberale oder Sozialdemokraten eine antisemitische Versammlung, so muß es unter allen Umständen heißen, „daß die gutgesinnten und aufgeklärten Bürger den „konfessionellen" Frieden nicht gestört wissen wollten und deshalb den antisemitischen Hetzern energisch den Standpunkt klar machten". Als selbstredend muß man berichten, daß liberale Versammlungen stets „von der Elite der Gesellschaft" und „außerordentlich zahlreich" besucht sind (wenn weniger als zwanzig Personen anwesend waren, so sage man einfach „zahlreich"), während ebenso selbstredend antisemitische Versammlungen immer nur „von einem Häuflein wüster Schreier, die noch nicht trocken hinter den Ohren sind", besucht werden. Hierbei darf man ja nicht verschämen, die Namen der etwa anwesenden Beamten oder sonst abhängigen Leuten anzugeben, vielleicht gelingt es, sie dadurch von Amt und Brot zu bringen — natürlich nur aus Toleranz und Humanität. Ferner muß man sich merken, daß judenliberale Redner nur „lichtvoll", „zündend" und „geistreich" reden, antisemitische dagegen stets „wüste Hetzreden" halten. Bei Leibe aber gehe man nicht auf ihren Inhalt ein, denn sie zu widerlegen ist äußerst schwer, und das könnte schließlich auch der „liberalste" Leser merken! Sehr gut macht sich auch eine Schilderung der Person des judenliberalen Redners. Man bezeichnet ihn, je nach seinem Alter, entweder als „würdigen Greis" oder „kraftvolle männliche Gestalt" usw. und rühmt sein „sonores Organ" usw., von den Nasen und dem Untergestell spreche man dagegen lieber nicht.

Da es noch immer Gott sei Dank Leute giebt, denen man alles bieten darf, so jammre man namentlich stark über die „Verfolgung Andersgläubiger" und „Verhetzung der Konfessionen". Auf diese Weise ist schon manchen Studenten eingefangen worden und schon manchem Professor hat seine Stellungnahme für die „ihrer Religion wegen" verfolgten Juden eine unbegrenzte Hochachtung der gesamten tonangebenden Kritik eingebracht.

Der „liberale" Zeitungsleser ist viel zu „liberal", um zu merken, daß solche Herren vielleicht recht Anerkennenswertes in ihrem Fache leisten, sonst aber herzlich wenig davon wissen, wo dem Volke der Schuh drückt. Und dann — wehe ihnen, wenn sie sich anders aussprechen wollten! Sofort wären sie selbst „schnöde Hetzer", und kein judenliberales Blatt würde je wieder ihre Werke loben! Denn wer die Juden lobt, ist allemal ein „aufgeklärter", „hochangesehener", „hochgebildeter" und „hochverehrter" Mann. Alles hängt ja in Kunst, Wissenschaft und Litteratur von der Stellung zum Judentume ab!

Zu guterletzt wäre noch daran zu erinnern, daß die Erwähnung katholischer oder orthodox-protestantischer Geistlicher nur dann wirksam ist, wenn sie entweder lächerlich gemacht (man nenne sie z. B. der „geistliche Herr", „Pastor loci", der Hirte der frommen Schäflein" usw.) oder ordentlich beschimpft werden. Wir empfehlen zur gefälligen Auswahl: „Hetzkapläne", „schwarze Gensdarmen", „Knüppel-Pastoren", „Pfaffen," „Zeloten" usw. Erwähnt man aber jüdische oder christliche Rabbis, so nenne man sie „allverehrte Seelsorger", deren Worte „einen tiefen Eindruck" hinterlassen, „bei Jung und Alt beliebte humane und tolerante Geistliche" usw. Aber wie gesagt: Alles kommt auf ihre Stellung zum Judentume an, und der „liberale" Leser merkt so etwas nicht, sondern nimmt Alles für bare Münze.

Auf diese Weise, d. h. wenn man diese Andeutungen befolgt, wird man leicht und schnell sich aus irgendeiner nützlichen und produktiven Stellung als Händler mit Vieh, alten Kleidern, Hasenfellen usw. zum gewandten Tintenjuden aufschwingen, und sich damit die Aussicht eröffnen, später entweder ein „hochangesehener" Kritiker oder ein „epochemachender" Kunst- und Litteratur-Sachverständiger zu werden. Es ist von jeher Ehrenpflicht des deutschen Volkes gewesen, sich solche Juden zu Herren groß zu ziehen. Die böse Brut der dentschnationalen Schreiberseelen verschwindet so am allerleichtesten! Probatum est.

Anhäufung des Großkapitals

Besser als lange Artikel, besser als alle noch so überzeugend vorgebrachten Worte über die Anhäufung des Großkapitals und über die gewaltigen Summen, die in den Händen einzelner Personen oder in solchen der von einzelnen Personen geleiteten Aktien-Gesellschaften zusammenströmen, wirken knapp zusammengestellte Thatsachen. Wir haben aus diesem Grunde für den Monat September eine kleine Zusammenstellung aus den gerichtlichen Bekanntmachungen usw. angefertigt, die die augenblicklich im Deutschen Reiche herrschende große Goldklemme verständlich macht.

Der Elberfelder Bankverein erhöhte sein Aktienkapital um 1½ auf 2½ Millionen Mark.

Die Breslauer Diskonto-Bank, vorm. Heimann Guttmann, giebt neue Aktien im Betrage von zehn Millionen Mark aus, so daß das Grundkapital der Gesellschaft nunmehr vierzig Millionen Mark beträgt. —

Um zwei Millionen Mark vergrößerte die Schultheiß' Brauerei Aktien-Gesellschaft Berlin, Fürstenwalde und Dessau ihr Betriebskapital, das nunmehr die Höhe von neun Millionen Mark erreicht hat. —

Die Generalversammlung der Osnabrücker Bank hat beschlossen, das Grundkapital der Gesellschaft von vier auf fünf Millionen Mark zu erhöhen. —

Auf Beschluß des Aufsichtsrates der Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer & Co. zu Elberfeld werden von der Gesellschaft tausend neue Aktien zu je tausend Mark ausgegeben. Das Grundkapital steigt dadurch auf zwölf Millionen Mark. Die mit 150 Millionen Mark arbeitende Deutsche Bank zu Berlin hat dieser eine Million Mark zu einem festen Preise übernommen, mit der Verpflichtung, den Aktionären der Gesellschaft die Aktien zum Kurse von 200 v. H. zu überlassen. Das bedeutet ein Geschenk von ungefähr 130 v. H. an die Aktionäre, denn die Börse notiert die Aktien mit 330 v. H.! —

Durch Beschluß der ordentlichen Generalversammlung der Aktionäre der Aktien-Gesellschaft Harkortsche Bergwerke und chemische Fabriken zu Schwelm und Harkorten in Gotha vom 27. September 1898 ist das Grundkapital der Gesellschaft von 7042800 Mark auf zehn Millionen achthunderttausend Mark erhöht worden. —

Die Rheinische Kreditbank zu Mannheim, Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe, Konstanz, Baden-Baden und Kaiserslautern bringt durch die Ausgabe neuer Aktien im Betrage von 9900000 Mark ihr Grundkapital auf dreißig Millionen Mark. — 1995500 Mark nimmt die Königsberger Pferdeeisenbahn-Gesellschaft neu auf, so daß ihr Grundkapital nunmehr 3300000 Mark beträgt. —

Auf zehn Millionen Mark erhöhte die Ostdeutsche Bank, Akt.-Ges. vormals J. Simon Wwe. & Söhne zu Königsberg (Pr.) und Bromberg ihr Grundkapital. —

Die Kommerz-Bank zu Lübeck vermehrte ihr Aktienkapital von 1920000 Mark auf drei Millionen Mark. —

Das Gesamtkapital der Kommanditisten erhöhte die Diskonto-Gesellschaft zu Berlin um fünfzehn Millionen Mark, so daß es jetzt die Summe von einhunderttundreißig Millionen Mark erreicht hat. —

Durch die Ausgabe von 3600000 Mark neuer Aktien wird das Grundkapital der Berliner Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft vormals L. Schwarzkopff auf 10800000 Mark gebracht. —

Digitized by Google

Die außerordentliche Generalversammlung der Aktien-Gesellschaft Vereinigte Pommersche Eisengießerei und Hallesche Maschinenbau-Anstalt vorm. Baaß und Littmann zu Stralsund beschloß, durch die Firma Leopold Friedmann zu Berlin, für eine Million Mark neue Aktien auszugeben. Das Grundkapital beträgt nunmehr vier Millionen Mark. —

Laut Beschluß der Generalversammlung der Aktien-Gesellschaft Kunstmühle Rosenheim bei Traunstein wird das Aktienkapital um zweihunderttausend Mark, das ist von fünf auf siebenhunderttausend Mark erhöht. —

Auf Vollständigkeit macht diese Aufzählung natürlich keinen Anspruch, kleinere Gesellschaften sind auch ohne weiteres fortgelassen. Wir denken aber, diese aus einem Monate stammenden Zahlen werden unseren Lesern bei der Winterarbeit willkommen sein und manchem Zweifler die Augen öffnen.

Nun ein Gegenstück! Zur Tilgung der Geschäftsschulden und der Unter-Bilanz muß die Märkische Gewerbebank zu Eberswalde ihr Grundkapital um fünf Sechstel herabsetzen, das heißt: je 3600 Mark Aktien sind in Zukunft nur 600 Mark wert!

Riesen-Unternehmen zahlen unglaubliche Gewinn-Anteile und kleinere, vor allen Dingen Banken für Handwerk und Gewerbe, gehen zu Grunde und die Reichsbank ist gezwungen, den Zinsfuß für Wechsel auf 6 v. H. und den für Darlehen auf 7 v. H. zu erhöhen. +

Aus Neu-Palästina.

In Ofen-Pest giebt es über hunderttausend Juden und diese Zahl nimmt von Tag zu Tag immer mehr zu. Die Judenkolonie zu Pest hat, was ihre Größe anbelangt, schon längst alle andern Städte, wie Amsterdam, Berlin, Paris, überflügelt. Innerhalb dreißig Jahren hat sich die Zahl der Juden in Ofen-Pest um das Achtfache vermehrt, und während sie im Lande jährlich durchschnittlich um 1,87 v. H. zunehmen, beträgt ihre Zunahme in Ofen-Pest jährlich 3 v. H. Wenn diese außerordentliche Vermehrung noch einige Jahre fortdauert, wird man in Pest auf der Straße keine Christen mehr sehen, unterscheiden kann man sie schon jetzt nur sehr schwer unter der Unmasse von Juden.

Übrigens steht es in dieser Beziehung im Lande selbst auch nicht viel besser wie in der Hauptstadt, klagt das „Preßb. Tagebl.“. Die Vermehrung der Juden ist in fortwährender Zunahme. Sie ist von 3,37 v. H. im Jahre 1857 auf 4,67 v. H. im Jahre 1890 gestiegen. Und wie stehen wir heute? Ungarn, ohne Kroatien, hat im laufenden Jahre ungefähr sechsehalb Millionen Einwohner, unter denen sich infolge der seit 1892 andauernden starken Einwanderung der Juden aus Rußland und Galizien nach der Ansicht der jüdischen Zeitungen wenigstens eine Million Juden befinden. Dies ist aber dann nicht mehr das alte Verhältnis von 4,67 v. H. der Gesamtbevölkerung, sondern ein schon bedeutend höherer Satz, nämlich 6,25 v. H. In den acht Jahren von 1890 bis 1898 beträgt demnach die Steigerung des Prozentsatzes, den die Juden unter der Gesamtbevölkerung einnehmen 1,58 v. H. Diese Thatsache läßt uns nicht ohne Furcht in die Zukunft blicken, denn die Zunahme ist eine so furchtbare, daß wenn die Vermehrung weiter so fortschreitet, jährlich durch die Judenschaft 0,19 v. H. der alten Einwohner Ungarns verdrängt werden und wenn dieser Prozeß durch Hundert Jahre so fort geht, so werden die Juden 19 v. H. erreichen oder mehr als ein Viertel der Bevölkerung Ungarns bilden.

Dann wird kaum Jemand dieses Land noch für Ungarn halten.

Was die Judenzahl anbelangt, stehen wir ohnehin schon unter allen Staaten Europas mit unsern 6,25 v. H. Juden an der Spitze. Uns schließen sich dann die übrigen Staaten erst an und zwar in erster Reihe Rumänien mit 5,17 v. H. Juden der Gesamtbevölkerung, dann Österreich mit 4,8 v. H. (darunter Galizien mit 11,7 v. H. und Niederösterreich mit 4,8 v. H.), Rußland mit 3,5 v. H. (darunter Polen mit 13,7 v. H.), das deutsche Reich mit 1,1 v. H. (darunter Hessen mit 2,8 v. H. und Elsaß mit 2,5 v. H.), ferner die Schweiz mit 0,3 v. H., Griechenland mit 0,26 v. H., Serbien mit 0,20 v. H., Dänemark mit 0,17 v. H., Frankreich mit 0,18 v. H., Italien mit 0,13 v. H., Schweden mit 0,07 v. H. und Belgien mit 0,05 v. H.

Diese Zusammenstellung läßt das ganze Bild noch viel gefährlicher erscheinen, denn wir ersehen daraus, daß wir in Ungarn, was die Zahl der Juden anbelangt, alle andern Staaten Europas weit überholt haben; die betrährendste Erfahrung ist aber die, daß die Anzahl der Juden in allen (?) andern europäischen Staaten in ständiger Abnahme begriffen ist, während bei uns in Ungarn die Zahl der Juden nicht ab, sondern in beinahe wahnsinniger Höhe immer mehr und mehr zunimmt.

Die gesamten Juden von Nord- und Süd-, von Ost und West gravitieren immer mehr gegen Ungarn. Was das Ergebnis dieser neuesten Völkerwanderung sein wird, können wir jetzt freilich noch nicht wissen. Daß es aber ohne große Erschütterungen nicht eintreten kann und nicht eintreten wird, ist gewiß. —

Leider können wir der Annahme des Preßburger Blattes, daß die Juden anderswo beständig abnehmen, nicht beistimmen. Sie sind vielmehr überall in der Zunahme begriffen, wenn auch nicht im gleichen Maße wie in Ungarn, das in seinem madjarischen Teile nächstens völlig in ihren Händen ist.

In einem Romane „Die Herren des madjarischen Bodens“ schildert das in Großwardein erscheinende Blatt „Nagyvarad“ sehr wahrheitsgetreu, wie die Juden immer mehr Grundbesitz in die Finger bekommen. Dazu paßte es grade, als im vorigen Monate bekannt wurde, daß die Juden Weiße und Klein, die vor zwanzig Jahren noch in Lumpen gingen, wieder zwei schloßartige Häuser terreschwarer Madjaren (so ziemlich die letzten Adligen) für einen Spottpreis an sich gebracht hatten. Die von den Juden unabhängigen madjarischen Blätter besprachen die Thatsache denn auch sehr entrüstet.

Und wie die Juden in Ungarn zu Gelde kommen, zeigt folgendes Geschichtchen. Ein armer Handwerker in Debrecin klagte dem Domherrn Wolafka, daß ihn die Hausbesitzerin Orenstein wegen acht Gulden Miete auf die Straße setzen wolle. Der Domherr ließ die Jüdin kommen und da steigerte diese ihre Forderung kurzer Hand auf achtzig Gulden. Sie erhielt auch zwanzig und verklagte nun den Domherrn(!) um den Rest, unter der Voraussetzung, daß der Geistliche lieber zahlen, als mit dem Gerichte zu thun haben wolle. Die Jüdin irrte sich aber und wurde vom Richter natürlich abgewiesen. Als sie dann schließlich noch auderthalb Gulden Stempel zahlen mußte, beteuerte sie jammernd, weder auf Erden noch im Himmel so viel Geld zu besitzen, worauf ihr der Domherr einen Zehn-Gulden-Schein schenkte!

Wer die Verhältnisse nicht kennt, dem scheint ein solches Vorkommnis unglaublich; aber solcher Hasenherzen giebt es in Ungarn unzählige. Sie üben die Nächstenliebe grade da am meisten, wo etwas ganz anders am Platze wäre. Es ist überflüssig, darauf hinzuweisen, daß Juda sich dies überall zu Nutze macht.

Karl Friedrich.

Jüdisches Allerlei. Viel Vergnügen gewährt es immer, wenn man von Zeit zu Zeit ein jüdisches „Fachblatt“ liest. So haben wir eben vor uns die Nr. 44 der „Allgemeinen Israelitischen Wochenschrift“, Zeitschrift für die Gesamtinteressen des Judentums. Da wird zunächst in einem Artikel über die preußischen Landtagswahlen mit großer Befriedigung der Thatsache gedacht, daß zwei, vielleicht auch drei Juden in den Landtag einziehen werden. „Wir haben einen Teil besser erreicht, was wir erstrebt haben, aber noch lange nicht genug. Die Zahl der jüdischen Mitglieder im Abgeordnetenhause muß noch sehr wachsen, ehe sie das Maß erreicht, das wir nach unserm Anteil an der Bevölkerung und an der Steuerleistung (aha!) beanspruchen dürfen.“ So spricht das Klausnerblatt und führt dann Eugen Richter zu Gemüte, daß er die Pflicht habe, jüdische Kandidaturen aufzustellen. —

Digitized by Google

Zur „Dreyfussache" übergehend, ruft das Blatt aus: „Es giebt keinen jüdischen Verräter, dies Verbrechen wird uns allezeit fernbleiben — es stand für uns von vornherein fest: Dreyfus war kein Verräter, denn er ist Jude." —

Nun, nun, nicht so stürmisch! Wer kennt nicht Napoleons des Ersten Aussprüche über die Verwendung der Juden zum Spionagedienste? Doch für heute nur ein Beispiel aus der neuern Zeit.

Wir haben schon in Nr. 484 der „Deutsch-Sozialen Blätter" ein Beispiel aus dem deutsch-französischen Kriege gebracht, wir wollen es heute wiederholen zu Nutz und Frommen der Militärbehörden und zur Belehrung der „Israelitischen Wochenschrift". Als die Deutschen vor Paris angekommen waren, da verriet, wie Kürschner in seinem Buche über den „großen Krieg 1870/71" unterm 5. Oktober 1870 berichtet, ein aus Ungarn gebürtiger Israelit, Joseph Lunzer, der deutschen Heeresleitung die unterirdischen Minen und die im Bette der Seine liegenden Telegraphenkabel. Die Minen wurden vorgefunden und auch die Telegraphen-Verbindungen „unter Leitung Lunzers", der beim französischen General-Telegraphenbetrieb beschäftigt gewesen war, zerstört.

War der Jude nun ein Verräter oder nicht?

Warum zieht übrigens das Klausnerblatt nicht noch andre Schlüsse, so z. B. den: „Judas war kein Jude, weil er ein Verräter war"!? Es ist köstlich, zu sehen, wie die Leute mit der Logik umspringen. Das kann man auch an einem Artikel derselben Nummer über die Verhältnisse in Wien beobachten. Da heißt es u. a.: „In Wirklichkeit wütet die Pest des Antisemitismus in Wien weit schlimmer als die Beulenpest vermöchte. Der Antisemitismus hat die schöne Stadt um Jahrhunderte zurückgebracht in sittlicher und kultureller Hinsicht, er wird sie auch in ökonomischer Beziehung zerrütten und wirtschaftlich zu Grunde richten. Diese Strafe bleibt nicht aus — qui mange du juif en meurt." — Ganz recht, edle Zeitschrift für die Gesamtinteressen der Juden; wer vom Juden ißt, der stirbt daran. Da nun Wien zu viele Juden aufgenommen hatte, versucht es, sie nach und nach wieder auszuspucken. Hoffentlich kommen wir im Deutschen Reiche recht bald auch dazu!

Von den Schildbürgern. Was? Leben die denn auch noch? — O ja! An manchen Orten. Und wenn man nicht wüßte, daß Berlin die Hauptstadt des neuen Deutschen Reiches ist, würde man in Versuchung kommen, sie mitunter mit Schilda oder Schöppenstedt zu verwechseln. Einträglich saßen da jetzt Jude und Antisemit beisammen, um für eine Sache zu stimmen, die dem Magistrat und der Mehrheit der Stadtverordneten ganz anders erschien als jenen. Berlin hat neben sonstigen schönen Dingen auch eine Elektrizitäts-Gesellschaft in seinen Mauern, die sogar die Lichtspenderin für den hohen Reichstag ist. Diese Gesellschaft zieht jährlich allerlei Millionchen aus der Berechtigung, die Straßen der Stadt für ihre Kabelleitungen benutzen zu dürfen. Jetzt ist ihr Vertrag abgelaufen. Der Wunsch des Magistrats stimmt nun mit dem der Gesellschaft überein: Verlängerung auf viele Jahre. Der ehemalige Mäntelfabrikant und jetzige Führer des Proletariats, Herr Paul Singer, ist dagegen für eine Verstadtlichung dieser vielversprechenden Geldquelle und bietet seinen berechtigten Wunsch auch in einen entsprechenden Antrag, wofür Herr Singer sich von der „Freisinnigen Ztg." sagen lassen mußte, daß er sich „mausig" mache. Für den Antrag stimmte am 17. d. M. neben sämtlichen Sozialdemokraten auch der einzige Antisemit im Roten Hause zu Berlin, der Stadtverordnete Pretzel. Es nützte aber nichts, der hohe Magistrat hatte beschlossen und die jüdisch-freisinnige Mehrheit beugte in Demut ihr Haupt, so daß die Berliner Steuerzahler sich vergebens auf ein Nachlassen der Steuerschraube gefreut haben.

Jude und Antisemit im Kampfe gegen das Kapital, ist das nicht ein köstliches Stücklein aus unsrer schweren Zeit?

Man sollte meinen, daß etwas schönereres heutzutage nicht mehr vorkommen könnte. Und doch! Nicht weit vom Rathause der Reichshauptstadt, wo jener schwerwiegende Beschluß gefaßt wurde, liegt mitten im tosenden Lärme der Großstadt und unmittelbar an der Spree ein düsteres und stilles Gebäude, so man die Stadtwogtei benamset. In ihr hausen in stillen Kämmerlein allerlei Leute, die die heilige Hermandad für so wertvoll hält, daß sie die Wohnräume jener Leute gegen Einbruch fest versichern ließ und ihnen außerdem eine hübsch uniformierte Bedienung gestellt hat. Die düstere Stadtwogtei ist aber nach Ansicht der Regierung für seine Insassen gesundheitsschädlich. Man hat ihnen deshalb weit ab vom Getriebe der Stadt in der Tegeler Haide ein großes Schlößlein aufgebaut. Und um sie rasch und sicher dahin zu befördern, ohne daß sie mit der sündhaften Menschheit in allzunahe Berührung kommen, hat man einen Straßenbahn-Wagen angeschafft. Dieser kann auf neugelegten Schienen sowohl auf den Hof der Stadtwogtei als auch auf den des Tegeler Schlößleins gefahren und ist so den Blicken der profanen Menge bei der Beladung entzogen. Als aber der Wagen in voriger Woche das erste Mal in Dienst gestellt wurde, erwies sich das eigens zu diesem Zwecke von einem Regierungs-Baumeister neu erbaute Einfahrtsthor der Stadtwogtei . . . als zu klein. — —

Staunend stand das Publikum, und da that einer den tiefsinnigen Ausspruch: In Berlin ist doch alles möglich! — Wers nicht glaubt, gehe hin und überzeuge sich, noch sind die Spuren der Vergrößerung an den Thorpfeilern zu sehen.

e

Juden als Ackerbauer und Handwerker. Die Neu-Yorker Staatszeitung hat sich kürzlich auch mit den in Amerika eingewanderten russischen Juden beschäftigt und aufs Neue die Abneigung der Juden gegen den Ackerbau und die Vorliebe für den Handel festgestellt: „Der Schacher ist dem russischen Juden so sehr in Fleisch und Blut übergegangen, daß er nur in einem fortlaufenden Rollieren seines Kapitals, es mag noch so klein oder noch so groß sein, eine Befriedigung findet. Der Gedanke, im Frühjahr, oft schon im Herbst, den Boden in mannigfaltiger Form größere Summen zuzuführen und den Gewinn erst im nächsten Herbst einstreichen zu können, ist ihm nicht sympathisch, auch nicht einleuchtend."

Die Judenblätter, denen natürlich diese neue Feststellung recht unangenehm ist, brauchen nun die schon vielfach verwendete Redensart, man könne nicht in einigen Jahren eine ganze Generation umbilden. Die Juden seien Jahrhunderte lang auf den Schacher angewiesen gewesen und könnten nun nicht plötzlich dem ihnen so lange verschlossen gebliebenen Ackerbau Geschmack abgewinnen.

Genau dieselbe Redensart wird natürlich hervorgeholt, wenn man darüber klagt, daß die Juden auch im deutschen Reiche nicht Ackerbauer, selten Handwerker, aber fast immer „Handelsbeflissene" werden.

Ja, wer hat denn früher den Juden das Handwerk verschlossen? Das waren hauptsächlich die Innungen. Und wann entstanden diese Innungen und Zünfte? Diese entstanden erst seit dem zwölften Jahrhundert. Bis dahin durften die Juden Handwerk treiben — aber sie thatens nicht. Wir wissen ja schon aus der Bibel, wie sich die „Kinder Israel" in ihrer Ehre gekränkt fühlten, als sie in Ägypten Ziegel streichen mußten. Wir wissen ferner, wie Joseph einen schwungvollen Getreidehandel betrieb, und wie die Juden bei ihrem Auszuge den Ägyptern goldne und silberne Geräte, Kleider usw. stahlen und mitnahmen. Die fünf Bücher Mosis erzählen uns gar haarsträubende Dinge. Uns ist aber auch aus neuerer Zeit bekannt, wie es im östlichen Europa, in Bulgarien, Rumänien, Polen und Galizien den Juden nicht immer gelingt, nur im Dienste Merkurs ihr Brod zu verdienen. Daher giebt es in den Ländern auch viele jüdische Handwerker. Sobald diese aber ihrer Heimat den Rücken kehren und sich niederlassen in den Ländern gegen Sonnenuntergang, da ist das Handwerk vergessen, und der Schacherfasel ist das Zeichen, in dem der edle Hebräer auf seinem Wege zum Kommerzienrate siegreich vorwärts dringt. —

Digitized by Google

Doch von jüdischen Ackerbauern hatte die Neu-Yorker Zeitung geschrieben. Wer denkt da nicht an die vertrachten jüdischen Ackerbaukolonien des Türken-Hirsch in Argentinien? Aus unserem Blatte kann man eine Chronik dieser Gründung zusammenstellen. (Vgl. Seite 359).

Und wie steht's in Palästina? Wir haben schon im vorigen Jahre (in Nummer 483) der dortigen jüdischen Ackerbaukolonien gedacht und zwar auf Grund einer Schrift von Bambus.

Dieser erzählt von den Kolonistendörfern und ihren Bewohnern. Bei den meisten wird Weinbau, Seidenzucht (!) u. a. erwähnt und nur bei sieben „auch Ackerbau". Ja, in dem größten Dorfe, der Lieblingskolonie eines Rothschild, Sichron-Jakob genannt, „treibt nur noch (!) ein Kolonist" Getreidebau. — Übrigens brauchen wir gar nicht nach Palästina, nicht nach Amerika, nicht nach Süden oder Norden zu sehen. In gewissen Gegenden unsers deutschen Vaterlandes sitzen die Juden seit Jahrhunderten dichter und zahlreicher, als es für die deutsche Bevölkerung gut ist. Sie haben sich in den Besitz großer Ländereien und vieler Güter gebracht. Allerhand „Handel" bildet ihr Gewerbe. Sie schlachten die Güter aus und zerstücken sie, sie treiben Wucher mit den Grundstücken, Wucher mit dem Vieh des Bauern, Wucher mit dem Segen, den der Himmel des Landmanns Arbeit spendet — aber wirklichen Ackerbau, Ackerbau wie die deutschen Bauern ihn verstehen, sah man noch keinen Juden treiben.

Also: Warum in die Ferne schweifen,
Sieh, der Jude liegt so nah!

Liberalismus vor nerzig Jahren. Die „Augsburger Allgemeine Ztg.", die heute als „Münchner Allgemeine Ztg." immer noch erscheint, schrieb den 13. November 1858:

„Die Einsicht hat sich verbreitet, daß nicht Christen und Juden einander gegenüberstehen, sondern daß letztere in ihrem religiös-nationalen Verbande einen Staat im Staate bilden. Wenn es in Deutschland nicht gefällt, dessen Wegzichen stehen ja seine Hindernisse entgegen: patet exitus. Ganze Städte und Provinzen, in denen die Kanaanter bereits die Aristokratie abgeben, würden bei dieser Eventualität aufzuachen, obgleich ihr Eintritt sehr unwahrscheinlich ist, da es einem in Deutschland gar wohl geht. Trotzdem dürfte es heutzutage, bei der ziemlich allgemeinen Stimmung inbetreff Israels, zweckdienlich sein, wenn man möglichst wenig von sich reden machte."

Als vor einigen Wochen das „D. Volksbl." in München diese Auslassung wiedergab, aber Datum und Jahr hinzuzusetzen vergaß, versäumte die „Allgem. Ztg.", die heute stark für Dreyfus arbeitet, nicht, in einer Berichtigung zu erklären, daß sie Derartiges niemals gesagt habe. Natürlich ist es unangenehm, wenn solche alte wahrheitsgemäße Äußerungen wieder ans Licht gezogen werden. Ehe man sich aber so in die Nesseln setzt, wie hier die „Allgem. Ztg.", muß man sich doch genau erkundigen, ob der Gegner nicht die Wahrheit gesprochen hat. Und das wäre für die „Allgem. Ztg." um so leichter gewesen, als ihre antisemitische Äußerung aus dem Jahre 1858 bereits vor fünf Jahren gelegentlich der Judenflinten-Debatte im Reichstage durch die antisemitischen Blätter ging und zwar ohne Widerspruch zu erregen.

Zur Festnagelung der Wandlungen, die der Liberalismus in nur vier Jahrzehnten durchgemacht hat, ist eine Auffrischung dieser kleinen Angelegenheit nicht unangebracht.

Von der Reise unsers Kaisers nach Jerusalem. Wir erwähnten schon, daß ein vom Norddeutschen Lloyd als unbrauchbar verkaufter Dampfer, der jetzt unter englischer Flagge fährt, zur Beförderung der deutschen evangelischen Geistlichkeit benutzt wurde. Der konservative „Reichsbote" vervollständigt diese Thatsache wie folgt: Die zur Einweihung der evangelischen Erlöserkirche vom Kaiser eingeladenen Vertreter der evangelischen Kirche auf einem gemieteten alten englischen Dampfer und in Jerusalem einlogiert in einem französischen Kloster, wo sie sich scheuen mußten, eine evangelische Andacht zu halten und ein deutsches Lied zu singen: das ist für jedes deutsche und evangelische Empfinden ein sehr deprimierender Eindruck, und man fragt unwillkürlich: wer hat das zu verantworten?

Professor Ludwig Pietsch, der am Berliner Hofe wohlgelittene Hof-Berichterstatter der „Vossischen Ztg." erzählt vom Einzuge des Kaiserpaares in Jerusalem: Vier berittne Kawassen in blauer, goldgestickter Albanesentracht, die silberkaufigen Stäbe gegen den rechten Fuß gestemmt und mit den Knaufen weit ab in der Rechten gehalten, eröffneten den Zug. Dann aber sah man das Unglaubliche: an der Spitze ritten — der junge Cook im grauen Jackette und neben ihm sein Unterdirektor, ein Mensch, der wie ein ganz gemeiner Pferdemakler aussieht, in seiner gewohnten schäbig-schmutzigen, staubigen Werktag-Kleidung mit weiten, springriemenlosen Beinkleidern, die ihm an den Schienenbeinen herunterschlichten. Die Frechheit in diesem Auftreten der Engländer, denen man leider die Organisation der Palästina-Reise des Kaiserpaares anvertraut hat, während die Deutschen, Karl Stangen und seine Söhne, diesen Auftrag mindestens ebenso gut, auch wahrscheinlich um die Hälfte billiger und doppelt taktvoller und anständiger gelöst hätten, wirkte auf uns deutsche Zeugen der Szene wahrhaft empörend.

Ausland.

Österreich-Ungarn. Was in Österreich alles verboten ist, kann man sich im deutschen Reiche kaum denken. Bringt da am 10. d. M. die „Ostdeutsche Rundschau" in Wien in der Spalte „Neue Bücher" folgende Besprechung: „Die jüdische Moral und das Blutmysterium. Von Athanasius Fern. Die Schrift giebt nach glaubwürdigen Zeugnissen eine religionspsychologische Erklärung des scheußlichen Blutrituals der Talmudjuden und eine nach Jahren von 1071 bis 1891 geordnete Zusammenstellung aller auf Ritualmorde bezüglichen geschichtlichen Aufzeichnungen. Verlag von Hermann Beyer. Leipzig. Preis 50 Pfg." Wegen dieser wenigen Zeilen erfolgte die Beschlagnahme der „Ostd. Rundschau"! —

Der Reichsrat lehnte nach einer längeren Begründung seitens des Abg. Schönerer die Anträge auf Versetzung des ehemaligen Ministerpräsidenten Badeni in den Anklagezustand mit 143 gegen 174 Stimmen ab. Die Judenblätter müssen mit süß-saurer Miene erklären, daß die Rede Schönerers „unverfälschte deutsche Worte" gewesen seien.

Mosaik.

Ein jüdischer Offizier in der preußischen Armee. Die sechste Kompagnie des 129. Infanterie-Regiments zu Bromberg hat einen jüdischen Offizier aufzuweisen, Leutz Sommerfeld, Sohn des Isidor Sommerfeld zu Borkendorf im Posenschen. Mit diesem jüdischen Offizier hat es aber eine eigne Bewandtnis. Vorläufig lernt er unter Anleitung von Unteroffizieren das „Griffe-Klopfen" und wird auch sonst als Gemeiner behandelt. Und doch Offizier? Allerdings, leider aber nur amerikanischer. Während des spanisch-amerikanischen Krieges soll sich Herr Sommerfeld so durch Tapferkeit ausgezeichnet haben, daß er zum Offizier ernannt wurde. Näheres über seine Heldenthaten haben wir leider nicht in Erfahrung bringen können. Bei seiner Rückkehr nach dem Deutschen Reiche wurde Herr Sommerfeld eingezogen, um hier seiner Dienstpflicht zu genügen. Ob er sich auch wohl im preußischen Heere so hervorthun wird, daß er es zum Offizier bringt?

Wo bleibt das deutsche Geld? Die vor einer Reihe von Jahren von der Diskonto-Gesellschaft zu Berlin zum Kurse von 98 v. H. eingeführten Obligationen der Öste de Minas-Bahn in Brasilien werden zur Zeit nur noch mit 64 v. H. an der Berliner Börse gehandelt. Am 1. Oktober hat nämlich die Öste de Minas-Gesellschaft keine Zinsen mehr gezahlt. So sorgen unsre großen

Digitized by Google

Banken für praktische Verwendung des überflüssigen deutschen National-Vermögens.

„Anstößige Bilder" nennt das Kaiserliche Postamt 13 zu Leipzig die Darstellung von Charakterköpfen jüdischer Damen. Es meint, die Verwendung einer mit derartigen Bildern verzierten Postkarte zu dienstlichen Schreiben an Behörden sei „unschicklich". Es ist jammerschade, daß Herr Postdirektor Hänel nicht Staatsanwalt geworden ist, er würde sonst sicher zur nicht geringen Freude seiner Untergebenen die Urbilder jener Zeichnungen als „anstößig" längst über die Grenze geschafft haben. Oder sollte Herr Hänel noch nie den Brühl zur Messezeit genauer betrachtet haben?

Die Frage der **nationalen Erziehung der deutschen Jugend** ist grade im Verlaufe der jüngsten Zeit wiederholt angeregt und aus den verschiedensten Gesichtspunkten erörtert worden. Einem praktischen Versuche, zu ihrer Lösung beizutragen, entspringt ein Unternehmen, zu dessen Förderung sich nahezu alle nationalen Vereine Deutschlands und Oesterreichs, sowie eine große Anzahl hervorragender Männer zusammengeschlossen haben. Unter der Leitung des Jugendschriftstellers Julius Lohmeyer erscheint soeben zu München die reich illustrierte Vaterländische Jugendbücherei für Knaben und Mädchen. Vor Weihnachten gelangen fünf Bändchen zur Ausgabe. Die Namen von Felix Dahn, Wilhelm v. Hahn, Wildenradt, Charm, H. Hofmann, H. Seidel und vielen andern, die hier ihre Feder in den Dienst des deutschen Gedankens stellen, bürgen für deutschen, künstlerischen Wert der Werke. Möge das junge Unternehmen, daß an Stelle der phantasieerregenden Indianergeschichten, Werke von vaterländischer Bedeutung in edler Form setzen will, sein hohes Ziel zum Heile unserer Jugend erreichen.

Firmen-Verschleierung. Die Gesellschafter der am 2. August d. J. zu Berlin gegründeten Handels-Gesellschaft Krafft & Co. sind die Kaufleute Joseph Hönsberger und Anastasius Krafft. —

Das Handelsgeschäft Paul Letto zu Berlin ist auf den Kaufmann Arnold Worschauer übergegangen, der es unter unveränderter Firma fortsetzt. —

Inhaber der Firma Loewenberg & Bueiow zu Berlin ist der Kaufmann Benas Levy. —

Die Handels-Gesellschaft Johann Hoff zu Berlin wird gebildet durch die Kaufleute Moritz Eisner zu Berlin und Joseph Mendelsohn zu Neu-York. —

Die Kaufleute Benno, Max und Moritz Wertenberg zu Breslau bilden die Firma Max Reichmann zu Berlin.

Eine gesunde Schule scheint die Realschule zu Hechingen zu sein. Man schreibt uns nämlich von dort: Das anfangs der siebziger Jahre erbaute Gebäude der hiesigen Realschule wird westlich von der Schafstelfabrik der Herren Louis Maos und Adolf Rosenthal begrenzt. Die Fabrik liegt nun niedriger wie das Schulgebäude und da ihr Schornstein nur ungefähr einen Meter über den Dachfirst hinausragt und in Luftlinie kaum 25 Meter von den Schulräumen entfernt ist, so kann man sich denken, welche Luft in diesen herrscht. Anscheinend durch das Verbrennen von Leder-Abfällen entströmt dem Schornsteine ein grodezu pestilenzartiger Gestank, der durch den fast ständig wehenden Westwind direkt in die Schulklassen getrieben wird. Lehrer und Schüler empfinden diese entsetzliche Unannehmlichkeit auf Schwerste, denn eine Abdeckerei und Knochensiederei könnte nicht unangenehmer wirken. Mit Recht fragt man sich, giebts denn in Hechingen allein keine Gesundheitspolizei? Warum erwähnen die Hechinger Zeitungsschreiberle niemals diesen ihnen wohlbekannten Uebelstand? Ja, wenn es sich nicht um einen Rosenthal handelte! Aber wir meinen, die sonst so vielfach thätige Sanitätspolizei sollte sich nicht abhalten lassen, mit fester Hand da zuzugreifen, wo es die Gesundheit so vieler Menschen dringend fordert, wenn auch den Augen derufner Kontrolleure mitunter die Sonntagsarbeit in hiesigen Etablissements durch bissige Hofhunde entzogen wird. Den Gestank der Rosenthalschen Lederfabrik kann man auch von weitem spüren, ohne den Widerstand von Hofhunden überwinden zu müssen.

Jüdische Hausierer. Die Oldenburger „Nachrichten" lassen sich aus Delmenhorst schreiben: Sehr gewarnt werden muß vor einem Hausierer, anscheinend israelitischer Religion, welcher dieser Tage unsern Ort unsicher machte. Er beabsichtigte Herrenwäsche zu verkaufen, wurde dabei in verschiedenen Häusern sehr aufdringlich und belästigend. Einer Frau gegenüber, die er allein traf, verstieg er sich sogar zu einer Drohung. Der hinzukommende Ehemann beförderte ihn etwas unsanft die Treppe herunter, die der Jüngling erstaunlich rasch herunter beförderte. — Man faßt stets am besten in bekannten Geschäften an dem Orte, in welchem man selber sein Einkommen hat.

Gewisse Mängel sind notwendig zum Dasein des Einzelnen. Es würde uns unangenehm sein, wenn alle Freunde gewisse Eigenheiten ablegten.

Neues von Dr. Sigl. Er läßt sich in seinem „Bayr. Vaterland" also vernehmen: „Der ‚Nürnb. Ztg.' wird von hier geschrieben: ‚Dieser Tage wurde Dr. Sigl, nachdem er in einem Wehrlokal weiblich über die Juden geschimpft, beim Heimgehen erbärmlich durchgeprügelt.' — So prahlte der polnische Orientale Jakob Schulhoff in hiesigen Wirtshäusern herum, daß er der Tapfere gewesen sei, der den Dr. Sigl ‚geprügelt' habe! Wenn man sich das Exterieur dieses Helden ansieht, könnte man so was immerhin für möglich halten. In Wirklichkeit ist das eine dumme Erfindung des polnischen Orientalen, dessen Kadaver, wenn er je den Versuch gemacht hätte, den Dr. Sigl auch nur ‚anzupipsen', heute ungefähr so aussehe, wie eine Schützenscheibe nach dem Oktoberfest. Die Renommisterei kostet ihm nichts, da er zu einer Klage dem Dr. Sigl doch zu — feitig ist."

Konsumvereine. Seine sechsundfünfzigste Verkaufsstelle eröffnete am 7. d. M. der Konsumverein zu Breslau. Der Klein-Kaufmann wird dabei tüchtig in die Höhe kommen!

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. Die vereinigten Papierfabriken St. Krotoschin (Görlitz) geben als Neuestes dem Neuen, Anschicktaten für Selbstmörder heraus. „Ein elegant gefleideter Herr hängt an einem Baum, natürlich wie hingehangt." Die Gemeinheit der Idee und der gebotene Schund verdienen eine öffentliche, vernichtende Kritik.

Zum Besten des westpreußischen Diakonissen-Hauses sand im Remter des Franziskaner-Klosters zu Danzig ein Bazar statt. Das Leibblatt des Herrn Rickert, die „Danziger Neuesten Nachr." berichten darüber u. a.: „Schnell der Habanna Krout erstanden, das in verlockenden Enveloppes sich dem Käufer darbietet. Hier war Loeser — der Erlöser — aus der Not." Mit dem „Erlöser" ist die Firma Loeser & Wolff gemeint, die natürlich bei einem evangelischen Liebeswerke nicht fehlen durfte. —

Im vorigen Jahre sind im Königreiche Württemberg sechs Juden zur evangelischen Kirche übergetreten. —

Am 15. d. M. waren in Ermihalyfalva (Ungarn) 250 orthodoxe Rabbiner, großenteils „Bündeldoktoren", versammelt, um zu beraten, wie dem immer weiter um sich greifenden Abfalle der Juden zum madjarischen Liberalismus gesteuert werden könne. Da keiner der Wunderdoktoren madjarisch versteht, sind die madjarischen Blätter über diese „Einmischung" sehr erbost. Elues wünscht dem Vorsitzenden, der den schönen Namen Chananja Jomtew Lipa Teitelbaum führt, gar sünfundzwanzig irgendwo aufgezählt. —

Stadtverordneter Adolf Lesser zu Strelno (Posen) feierte vor kurzem sein fünfundzwanzigjähriges Jubiläum als Vorsteher der jüdischen Gemeinde. Diese veranstaltete dazu ein Festessen, bei dem der Orts-Bürgermeister mit dem Herrn Lesser Brüderschaft trank, um „das gute Einvernehmen zwischen den Angehörigen der verschiedenen Konfessionen" zu beweisen. Weiß der Herr Bürgermeister noch nicht, daß es eine jüdische „Konfession" überhaupt nicht giebt? —

An der Spitze des Berliner Lokalvereins zum Roten Kreuze steht der Kommerzienrat Emil Jacob und unter den 960 Mitgliedern des Vereins befinden sich 360 = 37,5 v. H. Stammesgenossen des Herrn Vorsitzenden. —

Die jüdische Gemeinde zu Atlantic City (Nordamerika) veranstaltete zur Feier der Zerstörung Jerusalems trotz des Widerspruches ihrer und andrer Rabbiner einen Ball, um zu zeigen, daß ihre Mitglieder sich nichts dabei denken, wenn sie sich am Tischabeam im Tempel zurufen: Nächstes Jahr in Jerusalem!

Nicht unberechtigt. Cohn: Hatte gehört, es soll werden eingeführt der Besähigungsnachweis für Handeltreibende? Levy: Wozu? Genügt dafür nicht der israelitische Geburtsschein?

Digitized by Google

Die Memoiren Bismarcks

erscheinen Ende November unter dem Titel:

Gedanken und Erinnerungen
von
Otto Fürst von Bismarck.

2 starke Bände. Fein gebunden 20 Mark.

Aus dem Inhalt hebe ich nachstehende besonders interessanten Kapitel hervor:

Das Jahr 1848. — Wochenblattspartei. — Krimkrieg. — Unterwegs zwischen Frankfurt und Berlin. — Besuch in Paris. — Rückblick auf die preußische Politik. — Konflikts-Ministerium. — Die Olmützer Konvention. — Der Frankfurter Fürstentag. — König Ludwig II von Bayern. — Schleswig-Holstein. — Mitolsburg. — Der Norddeutsche Bund. — Die Emser Depesche. — Versailles. — Kulturkampf. — Bruch mit den Konservativen. — Intriguen. — Der Berliner Kongreß. — Der Treibund. — Zukünftige Politik Rußlands. — Kaiser Wilhelm I. — Kaiser Friedrich III.

Daß mit einem Porträt des Fürsten nach Franz von Lenbach versehene Werk wird eine kurze Einleitung und erklärende Fußnoten von Prof. Dr. Horst Kohl enthalten, im übrigen aber die Darstellung des Fürsten Bismarck ungeändert und unverkürzt wiedergeben.

Fürst Bismarck spricht in den „Gedanken und Erinnerungen" ein letztes Mal zum deutschen Volke, zu der Welt. Mit der überlegenen Ruhe des Weisen, der ein großes, weltbewegendes Lebenswerk abgeschlossen hat, übt er am Ende seiner Laufbahn die Bilder seiner Erinnerung, die Ereignisse und die bei denselben Mithandelnden, die Freunde und Genossen wie die Gegner noch einmal an seinem geistigen Auge vorüberziehen, um sie, je nachdem es ihn dazu drängt, mehr oder weniger zu erläutern und zu beleuchten und seine „Gedanken" an dieselben zu knüpfen. In der Hauptsache sind es ernste „Gedanken und Erinnerungen", die der gewaltige Schöpfer der deutschen Einheit noch im Scheiden seinem Volke als letztes Vermächtnis hinterläßt.

Falls pünktliche Lieferung am Tage des Erscheinens gewünscht wird, ist es unbedingt notwendig, sofort zu bestellen, da ich nur dann für rechtzeitige Lieferung Gewähr leisten kann.

Herm. Beyer, Buchhandlung in Leipzig,
Königsstraße 27.

Heinrich Weigang

am Roßplatz ■ **Kurprinzstraße 1** ■ am Roßplatz

empfiehlt sein großes Lager

deutscher und englischer Stoffe zur Anfertigung eleganter und gut passender

Herren-Bekleidung nach Maß

Komplette Herren-Anzüge von 48 M. an.

Die für das Schaulenster extra zur Ansicht gefertigten **Anzüge, Paletots, Joppen, Hosen und Schlafröcke** verkaufe ich zum Selbstkostenpreis.

Heinrich Weigang, Leipzig, Kurprinzstraße 1.

Für Jedermann!

Das Praktischste zum sicheren Aufbewahren von Wertpapieren aller Art sind

Peukerts Dokumenten- oder Urkundenmappen.

Zu haben in drei Größen:

26×20	33×24	38×28½
3,—	3,50	4,—
—	mit Leinwandhalten	—
4,—	5,—	6,50

mit Schließschloß 1 M. mehr.

L. Peukert, Leipzig, Nürnb. Str. 57.

Leinen- und Baumwoll-Waren
von
Wilhelm Michael

Hainstrasse 7 **LEIPZIG** Hainstrasse 7.

Wäsche- und Aussteuer-Geschäft.

Leinen eigenes Fabrikat.

Inventur-Ausverkauf eines großen Postens **Tischzeug, Handtücher, Taschentücher, Gardinen- und Kongressstoffe, Kleiderstoffe** und **Teppiche** zu herabgesetzten Preisen.

Alleinverkauf
der echten Dr. Lahmannschen Unterkleidung.

Miniatur-Photographien
in Briefmarken- oder Medaillon-Größe
12 Stück 1 M., 50 Stück 3 M., 100 Stück 5 M., 1000 Stück 35 M.

Auch in jedem somit beliebigen Formate. Vergrößerungen und Vervielfältigungen. Gruppenaufnahmen und Erinnerungsbilder, Postkarten usw. mit Portrait — nach jed. aus einzel. Bilde, welches unbeschädigt wieder zurückerfolgt. — Verbindl. schriftl. und feine Ausführung, getreueste Aehnlichkeit. Billigste Preise. Muster u. Preisliste bereitet.

Photogr. Anstalt Wilh. Liebich,
Leutzschner (Sachsen).

Vertreter gesucht.

Vorzügliche Gelegenheit zur Selbständigkeit!

Buch- und Musikalienhandlung
mit Nebenbranchen, über 18 Mille Umsatz, in kl. bübsch gelegener Stadt Sachsen's mit Lehrer-Seminar, Amtsgericht und dicht bevölkerter reicher Umgebung, in flottem Betriebe, noch sehr erweiterungsfähig, zu verkaufen. Näheres für Selbstkäufer durch

Herm. Beyer, Leipzig.

Seiler-Bürsten-Besen en gros **u. Pinselwaren** en detail
Spezialität:
Polsterwaren.
Oscar Müller. Windmühlenstr. 25.

Gute polnische Romane oder Novellen.

die noch nicht überlegt sind, für deutsche Ausgaben gesucht.

Grobwardein, W. Rudow.
P. Lipie 237.

20 Mark täglich

können mit **Pferdebesitzern** in Verbindung stehende Personen durch Verkauf eines jedem Pferdebesitzer unentbehrlichen, im In- und Auslande patentamtlich geschützten Artikels verdienen. Es stellen Reisevertretern errichtet werden, also ist keine Konkurrenz zu fürchten. Nur tüchtige, strebsame Leute wollen sich melden an **A. L. Bebe, Barmen.** Nr 132.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königsstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe, Berlin NW. 5, Kruppstr. 13.
Druck: G. Reusche, Leipzig.

Digitized by Google

Deutsch-Soziale Blätter.

Herausgegeben von Max Liebermann v. Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Bezugs-Preis: vierteljährlich Mk. 1.50 bei den Postanstalten (Post-Zeitungsliste Nr. 1798) und Buchhandlungen. Unter Streifband Mk. 2.

Anzeigen: die 4-gespaltene Petit-Zeile 25 Pfennige. Verlagsbuchhandlung Königstraße Nr. 27, Leipzig.

XIII. Jahrgang. | Leipzig, 1. Dezember 1898. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Juden-Frage. Otto Glagau. | Nr. 537.

Inhalt: Weihnachten! — Ungarische Zustände. — Die Herabsetzung der christlichen Festtage. — Ein Bade-Jud aus Hohenzollern. — Aktiengesellschaften, Kartelle und Ringe. — Die Verjudung des Geschäftslebens. — Der wirtschaftliche Mittelweg. — Kaiser Wilhelm und die Juden. — Bismarck und die Juden. — Ausland. — Mosaik. — Die Rache der E. C. — Parteinachrichten. — Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen. — Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat. — Jüdische Ritter, Kommissions- und Kommerzienräte usw.

Weihnachten!

Weihnachten, das Fest der Kinder rückt heran, die Zeit der Gaben und Geschenke. Es ist ein echtes deutsches Fest, denn schon unsre Altvordern feierten die Weihenächte oder Julnächte mit Lichterglanz und Gabenfreudigkeit als die Zeit der Sonnenwende, als die Zeit des wiederkehrenden Lichts.

Es ist aber vor allen Dingen ein christliches Fest, ein Fest der Liebe, das mit all seinem Märchenzauber und geheimnisvollen Lichtschimmer eben nur uns Deutschen verständlich ist, für dessen Weihestimmung nur ein deutsches Gemüt empfänglich ist. Weder der Welsche noch der Slawe kennt den glänzenden, gabenbehangnen Lichterbaum, und wie sollte der Jude dazu kommen, ein Fest zu begehen, das ihm die Erinnerung an den Gekreuzigten von Golgatha vor Augen führt? Für den Juden ist Weihnachten lediglich die willkommne Gelegenheit zu einem einträglichen Geschäfte.

Da also das Weihnachtsfest ein deutsches und christliches ist, ziemt es uns, daß wir es in deutschem und christlichem Sinne begehen. Darum schallt unser Mahnruf jahraus, jahrein am dringendsten bei diesem Feste:

Kauft nur in christlich-deutschen Geschäften!

Diesen Mahnruf richten wir an die deutschen Väter und Mütter, an die deutsche Frau vor allem, die vorzugsweise die wonnigen Sorgen der Bescheerung auf sich nimmt.

Das Weihnachtsfest ist auch ein Familienfest. Gedenke man daher bei den Einkäufen für das Fest des Handwerkers und des Geschäftsmannes, der mit uns nicht nur durch die Sprache, sondern auch durch den gleichen Glauben und die gleiche Sitte ein große, die deutsche Familie bildet:

Kauft nur beim deutschen Handwerker, beim deutschen Geschäftsmanne!

Auch sie wollen eine heilige Weihnacht feiern, auch sie wollen ihren Lieben einen Christbaum anzünden und Gaben bescheeren. Aber gar manchem vergällt des Tages Not und Sorge und der Zeiten Ungunst die hehre Freude. Da sitzt er in seinem kleinen Laden und harret sehnsüchtig der Kunden, die ihm Verdienst bringen, ihn den Ausfall des ganzen Jahres einigermaßen vergessen lassen und ihm und den Seinen eine frohe Weihnacht schaffen sollen. Denn wie er sich auch während des ganzen Jahres gemüht und geplagt hat, der Lohn ist großenteils ausgeblieben. Mit der billigen Massenware, mit Schundzeug, mit Reklamen und ungeheurem Aufwande aller Art, die meistens Blendwerk sind, haben ihn schlauere Leute vom Markte verdrängt, er ist nicht mehr „konkurrenzfähig". Und auch jetzt wieder wollen sie ihn um den Ertrag seines Schweißes bringen, und sie locken zum christlichen Weihnachtsfeste die Käufer in ihre orientalisch aufgeputzten Weihnachtsbazare und Ausverkäufe.

Pflicht jedes Deutschen, dem Familiensinn und Stammestreue kein leerer Wahn ist, muß es darum sein, überall unsern Mahnruf zu befolgen und zu verbreiten:

Deutsche kauft nur bei Deutschen!

Das Weihnachtsfest ist ein Fest der Liebe. Man gedenke deshalb in christlicher Nächstenliebe seiner christlich-deutschen Mitbürger und lasse ihnen den Verdienst der Weihnachtswochen zukommen. Der deutsche Handwerker, der deutsche Kaufmann ist uns hundertmal näher als der jüdische Bazar-Inhaber, dem Weihnachten nur Mittel zum Zwecke . . . des Verdienens ist.

Lasse man sich nicht blenden durch die glänzenden Auslagen in den meterhohen Schaufenstern, durch die reiche Auswahl der oft nur für das Auge hergerichteten Waren. Lasse man sich nicht verlocken durch die bunten Zettel mit den meist auf Täuschung berechneten Worten „Weihnachts-Bazar" und „Weihnachts-Ausverkauf", lasse man sich nicht bethören durch die anscheinend billigen Preise, die nicht selten dort üblich sind, wo semitischer Geist zu Hause ist. Sondern man suche überall den bescheidnen, soliden und ehrlichen deutschen Geschäftsmann auf, dann erst wird man in dem Bewußtsein, seine Pflicht als Christ und Deutscher erfüllt zu haben, an den Gaben doppelte Freude haben, denn

Christgeschenke aus jüdischen Läden gehören nicht unter den deutschen Tannenbaum!

Digitized by Google

Ungarische Zustände

Im ungarischen Abgeordnetenhause ist am 29. Oktober über die Juden gesprochen worden, selbstverständlich nicht gegen sie. Der Abg. Frey verteidigte die Nationalpartei vielmehr gegen den ihr von den Liberalen gemachten Vorwurf des Antisemitismus und erzählte dabei folgendes Wahlgeschichtchen.

Ein liberaler Abgeordneter legte einem Juden die Frage vor, weshalb er nicht liberal wähle, da der Liberalismus doch grade für den Juden die einzig richtige Parteistellung sei. Der Jude antwortete, bei der letzten Wahl sei der Herr Abgeordnete allerdings sehr freundlich gewesen, habe jedem Mitgliede des Wahl-Ausschusses die Hand gedrückt und versichert, er mache keinen Unterschied zwischen Christen und Juden. Ob das wahr sei?

Gewiß, erwiderte der Abgeordnete. Aber darum . . .

O nein! fuhr der Jude fort. Aber als der Wähler-Ausschuß sich entfernt hatte, wurde der Herr Abgeordnete von seiner Frau zum Essen gerufen, wonauf der Herr Abgeordnete gesagt haben soll: Gleich, ich muß mir nur die Hand waschen, die ich so vielen Juden gereicht. (Ungeheure Heiterkeit links.) — Ist das wahr? —

Ja, antwortete der Abgeordnete. Ich begreife nur nicht, woher Sie das wissen, da außer mir und meiner Frau niemand es gehört hat. Wer hat es Ihnen denn gesagt?

Niemand, erklärte der Jude. Ich dachte es mir nur, weil das in Ungarn jetzt sehr oft vorkommt. — — —

Die große Heiterkeit der Nichtliberalen über diesen Vorfall ist nur die des Gehenkten, denn im Grunde können sie die Juden so wenig ausstehen wie die übrigen Madjaren, wovon wir uns zur Genüge überzeugt haben. Aber trotzdem buhlen die beiden mächtigsten Parteien des Landes so unverhüllt um die Gunst der Juden, daß sie sich gegenseitig den Vorwurf der Judenfeindschaft machen, um sich selbst natürlich als dicke Freunde der Juden aufzuspielen. Was die anständigen Madjaren angesichts dieses Schauspieles empfinden, kann man sich denken, aber sie dürfen sich eben nicht mucken.

Freilich kann man nicht wissen, inwieweit der angeblich nur gegen Banffy gerichtete Kampf auf Leben und Tod der Nichtliberalen gegen die Juden zielt, die dem Herrn Minister-Präsidenten die Millionen für seine Wahlen zur Verfügung gestellt haben.

Zum Ausbruch ist dieser Kampf erst ende Oktober gekommen, da Banffy über den Stand des Ausgleichs nichts mitteilen wollte. Ausdrücke wie „unverschämter, gemeiner Lump" flogen ihm nur so an den Kopf, ja sogar mit Ohrfeigen wurde er bedroht, als bekannt wurde, er habe den Oberstuhlrichter Desseffy, der sich weigerte für den liberalen Kandidaten zu stimmen, mit Maßregelung bedroht. Zur Rede gestellt, erklärte der Minister es für seine Aufgabe, für die liberale Partei zu wirken, welche Auffassung selbstverständlich einen Sturm der Entrüstung entfesselte.

Um diesen Sturm zu beschwören, eilte Banffy nach Wien und brachte die Freudenbotschaft heim, das „Schand-Denkmal" des Generals Henzi, der am 21. Mai 1849 mit dem Reste der Besatzung, 1906 Mann, bei Erstürmung der Ofener Burg durch die Madjaren gefallen ist, solle durch das der Kaiserin ersetzt werden. Unermeßlich war der Jubel, und die Blätter berieten schon, in welchen Winkel man das Denkmal stellen könne — Wien schien ihnen der geeignetste Ort — und vielleicht hätte auch der alte Kaiser, dem Banffy unerspießlich zu sein scheint, sich dazu bequemt. Aber im gemeinsamen Heere äußerte sich eine solche Entrüstung über diesen neuesten „Dank vom Hause Österreich", daß schon am 3. November ein Tagesbefehl erschien, den das „Armeeblatt" dahin erläuterte, das Henzi-Denkmal solle nichts von seiner Bedeutung verlieren. Vielmehr solle es gar nicht weit fort; die Gebeine Henzis und der Seinen sollten vor der Kadettenschule neu bestattet und darüber vom Kaiser ein würdiges Mausoleum errichtet werden. In oder vor demselben solle Henzis Standbild Platz finden, um den künftigen Offizieren als unvergängliches Denkmal der Pflichttreue beständig vor Augen zu stehen.

Die Blätter tobten natürlich über diese Beleidigung der „Nation", und daß Banffy sich dafür gar habe feiern lassen. Trotz alles Lärmens mußten sie sich mit der kaiserlichen Entschließung zufriedengeben.

Die Unerfättlichkeit der Madjaren zeigte sich hierbei wieder einmal in ihrem vollen Glanze. Nicht zufrieden mit dem einen, verlangten sie gleich auch die Entfernung der übrigen Denkmäler kaisertreuer Führer von 1848/49, besonders des Temeschburgers; der Abg. Barabas plante sogar eine großartige Feier für den 6. Oktober 1899 in Arad, wo fünzig Jahre früher die dreizehn madjarischen Führer hingerichtet sind, und hoffte, dabei werde auch der Kranz nicht fehlen, „den wir so lange ersehnt haben" — nämlich der des mit der „Nation" nunmehr völlig ausgesöhnten Herrschers.

Begreiflicherweise ist durch all diese Rechnungen nun ein dicker Strich gezogen.

Auch daß ihre Trauer um die Kaiserin nur Komödie war, bestätigt der Umstand, daß am 10. September, als die Kunde von der Ermordung der Kaiserin ankam, in einem Gastspaße (Sagi) zu Pest ein Staatsbeamter Vorrangi eine Rede hielt, worin er Luccheni pries und u. a sagte: Esisobeth ist noch nicht die dreizehnte, noch sind die dreizehn Opfer von Arad nicht mit dreizehn Habsburgern gesühnt. —

Diese Worte an sich könnte man einem einzelnen zuschieben; da aber die Blätter erst am 27. September, als der nette Beamte angezeigt wurde, darüber berichteten, machen sie sich zu Mitschuldigen, denn sie sagen selbst, die zahlreichen Anwesenden hätten sogleich den Saal verlassen. Also war das kein Geheimnis. —

Da Banffy sein Ehrenwort gegeben, den Neujahr wieder ablaufenden Ausgleich nur auf gesetzlichen Wege zu verlängern, und die Zeit drängt, drohte er, besonders nachdrücklich durch Tißa Sohn und Vater, mit Maulsperre und gar Auflösung des Landtages. Darauf antworteten seine Gegner wiederholt, er könne sogar ihrer aller Wiederwahl verhindern, aber eben deshalb wollten sie ihn nicht dazu kommen lassen und erklärten ihm den Kampf bis aufs Messer.

Das haben sie denn auch so kräftig besorgt, daß jetzt immer noch über die Geschäftsordnung gestritten wird und infolge des ungeheuren Skandals, der in den letzten Wochen im Parlament herrschte, dieses wahrscheinlich der Auflösung oder doch mindestens der Vertagung verfällt. Die Judenmittät muß anderseits aber wieder bis Neujahr bewilligt sein, sonst bleibt der Staatskarren einfach stecken.

Banffy erklärte daher auch, zunächst allerdings nur dem Minister Lukatsch, er sei den Streit müde, zumal auch unter seinen Liberalen viele nicht länger mit ihm durch Dick und Dünn gehen wollten. Dazu kommt, daß die Österreicher für die empfindlichen Lasten, die ihnen der neue Zoll- und Handelsvertrag auferlegt, wenigstens einige Entschädigung in Gestalt der Erhöhung der ungarischen Quote von 32 auf 38 verlangen. Der ungarische Ausschuß hat diese Forderung aber von vornherein abgewiesen, und selbst Regierungsblätter drohen, Ungarn werde sich lieber selbständig erklären als in diese Erhöhung willigen. — Auf der andern Seite hat Lueger am 5. v. M. im Reichsrate sehr entschieden mehr Rücksicht von den österreichischen Ministern verlangt; sie sollen nämlich den ungarischen nicht als Diener gegenübertreten, sonst will man sie fortjagen. — Selbst ungarische Blätter hören hieraus das Sterbeglöcklein des österreichischen Minister-Präsidenten Thun läuten.

Entweder wird also er fallen oder Banffy, dessen Beseitigung auch die Nationalpartei in einer Zuschrift vom Kaiser wünscht, da dessen Maß voll sei. Von Thun gilt daßelbe — wenigstens vom deutschen Standpunkte aus.

Viel besser würde es übrigens auch unter Lueger nicht werden, da er mit den Großgrundbesitzern die deutsche Gemeinbürgschaft gebrochen und entgegen dem Eqerer Volksschwure mit Thun in Verhandlungen getreten ist, ohne daß die Sprachenverordnungen zurückgezogen sind.

Angesichts des allseitigen Widerstandes gegen seinen Ausgleich hat Thun von Anfang der Tagung an die Deutschen auf alle Weise zu reizen gesucht. So sind die Dringlichkeits-Anträge,

Digitized by Google

die ihrem Namen nach allen andern vorgehen, noch im September ohne weiteres hinter die Regierungsvorlagen gestellt. Am 18. Oktober rechtfertigte der „Rechts"-Minister im Reichsrate die Strafversetzung des Gerichtsbeamten Machatti, der in dem deutschen Bezirke deutsch Recht gesprochen und eine tschechische Eingabe abgewiesen, damit, daß solches Vorgehen eine eminente Gefahr für die Rechtspflege sei. — Natürlich tschechisch muß sie sein!

So war es kein Wunder, daß Schönerer am 5. November erklärte, Österreich sei ihm nichts mehr und sein Kaiser sei Wilhelm II. Am 8. vergaß Abg. Jaworski (aus Polen, das noch nicht verloren!) Krokodilstränen über diesen „Hochverrat", wofür Schönerer ihn gebührend abstrafte. Wolf ließ sich sogar zu dem — übertreiben — Ausspruche hinreißen, die Polen seien ein Schmarotzervolk. Da dies thatsächlich nur vom polnischen Adel gilt, war die Empörung der Rechten nicht ganz unberechtigt, wohl aber die Prügelei, in der sie sich kundgab, zumal nachdem Wolf seinen Ausspruch berichtigt hatte.

Die Slawen fühlen sich eben als Herren im Hause, und dem muß ein Ende gemacht werden. Freilich nicht durch die „Vereinigten Staaten des Ostens", dem Lieblingsplane der katholischen Volkspartei, denn diese würden doch schließlich slawisch werden, noch durch das bloße Ausscheiden Galiziens und Dalmatiens aus Österreich (Luegers Vorschlag), sondern nur durch Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich. Und das wird um so schneller kommen, je mehr die Deutschen vergewaltigt werden. Jetzt steht dem ja kein Hindernis mehr im Wege, seit auch Baernreither, der letzte deutsche Minister, gegangen und durch den Römling Dipauli ersetzt ist.

Die Madjaren bieten inzwischen alles auf, dem Schicksale der Deutschen zu entgehen. Zunächst wollen sie ihre Sprache in die griechisch-katholische Kirche (der Rumänen und Ruthenen) einführen, dann diese durch die katholische Autonomie völlig mit (madjarischen) römisch-katholischen verschmelzen und durch Unterstützung der Geistlichen auch diese für ihren „Staatsgedanken", d. i. die Madjarisierung gewinnen, wie schon die Lehrer usw.

Doch ist der Liebe Müh meist vergeblich, wie besonders bei der neuesten patriotischen Gründung: der Darlehens-Genossenschaften für Gewerbe und Landwirtschaft. Diese mit großem Radau angekündigte „Hilfe für den Mittelstand" würde auch diesen nur völlig in die Hände der Regierung bringen, die mit den Genossenschaften nach Belieben umspringen könnte, wenn — es welche gäbe. Thatsächlich sollen die 2500, die der Landwirtschafts-Minister gezeichnet hat, den größern Teil der Einlagen ausmachen; und da die Zeit fast um ist, hat die Regierung kurzer Hand sämtliche Ortsvorstände aufgefordert, Genossenschaften zu bilden, und zwar überall; nur von ganz armen Gemeinden können sich zwei, höchstens drei zu einer Kasse zusammenschließen.

Das ist . . . Bauspy, wie er leibt und lebt.

Karl Friedrich.

Die Herabsetzung der christlichen Festtage

ist ein besonder Sport der jüdischen Blätter. Mit giftigem Hohne überschütten sie alles, was irgend mit der christlichen Kirche zusammenhängt. Sie gehen dabei von der richtigen Voraussetzung aus, daß der jüdische Weizen am besten blüht, wenn der Sinn für Religion und Sitte im Volke erstickt oder doch zurückgedrängt ist. Je frecher die Auslassungen der Judenblätter an unsern hohen kirchlichen Feiertagen sind, desto größer ist der jüdische Einfluß im öffentlichen Leben und desto geduldeter ist der Jude an allen Orten. Diese Erfahrung konnte man in den vielen Jahren sammeln, die seit dem Beginn der öffentlichen antisemitischen Bewegung im neuen Deutschen Reiche vergangen sind. Jahrelang hat sich Juda bescheiden zurückgehalten; jetzt glaubt es seine Zeit wieder gekommen.

Die von Leopold Ullstein herausgegebene „Berliner Ztg.", ein Blatt, das am liebsten knietief im Schmutze der Großstadt wühlt, erdreistete sich nämlich, am letzten Bußtage einen Artikel zu bringen, der die Überschrift trägt: „Termin zum Büßen und Beten". Schon diese Worte müssen für jedes christliche Gefühl verletzend wirken. Der Inhalt des Artikels aber kommt den berüchtigten „Mist"- und „Ausräucherungs"-Artikeln des „Berliner Tagebl." und der „Berliner Börsen-Zeitung" ziemlich nahe. Nachdem die „Berliner Ztg." bemerkt hat, daß es mit der Sünde „ganz und gar nicht so" stehe, wie die „offizielle „Heiligmacherei" es darstelle, schreibt sie:

Aber die Bußpredigten der Rufer im Streite für den Buchstaben wider den Geist denken an die Sittigung der Menschen durch eine abgekürzte, von den Schlacken des Dogmenglaubens befreite Weltanschauung ganz und gar nicht. Sie wollen weniger die Erlösung der Schäflein von dem Übel der Sündhaftigkeit, als die Märtung des Windbeutelschlagen der Charaktere, auf daß die Menschen willenlos dienen. Sie wollen die Dummheit der bildungslosen Massen ausnützen, um auf dem Wege der Unterordnung unter den der Vernunft abgewandten Buchstabenglauben die Knechtsfähigkeit zu stärken gegenüber denen, deren Reich ganz und gar von dieser Welt ist. Die Lehre von der Erbsünde hat sich als ein treffliches Stück in der Handgebrauchsrüstung der selbstsüchtigen Monarchenpolitik früherer Zeiten erwiesen. Mucker und Ducker wachsen auf einem Holz, so wie Stolz und Dummheit.

Wir bitten unsre Leser wegen des Abdrucks der vorstehenden Auslassungen um Entschuldigung; wir mußten sie wiedergeben, um zu zeigen, was jüdische Preßfrechheit den Christen heutzutage zu bieten wagt, wie sie die edle Jauche ihres ägyden Spottes auch über die erhabensten und heiligsten christlichen Geheimnisse auszugießen sich erkühnt und mit größter Frivolität dem Volke den Glauben an Christum aus dem Herzen zu reißen sucht. Derselbe Haß, der einst den Erlöser ans Kreuz schlug, zeitigt auch Schmähungen und Beschimpfungen, wie die vorstehenden, die die Feder niederzuschreiben sich sträubt. Es wende Niemand ein, das Blatt, das sie ausgesprochen, sei eines der widerlichsten Erzeugnisse jüdischer Preßfrechheit, anständige jüdische Organe würden dergleichen sich nicht herausnehmen: es ist derselbe christenfeindliche Geist, der die Judenpresse durchgängig erfüllt, wenn auch einzelne Blätter aus Klugheitsrücksichten vorsichtiger und nicht so plump wie die „Berliner Ztg." mit dem herausplatzen, wovon ihnen das „Herz voll ist". Und da will diese Presse noch über den Antisemitismus und dessen Ausschreitungen sich beklagen?! Was wollen die gröbsten antisemitischen Exzesse im Vergleich zu der Gemeinheit und Niedertracht bedeuten, die aus obigen Auslassungen spricht? Und wo wollen die Juden schließlich noch Schutz und Mitgefühl suchen, wenn die durch derartige Frechheiten aufs äußerste gereizte christlich-deutsche Bevölkerung zu einem übereilten, nicht zu billigenden Akte der Selbsthilfe schreitet?

Das Spiel, das im jüdischen Lager mit derartigen unerhörten Herausforderungen getrieben wird, dürfte den Herren Juden noch recht gefährlich werden.

Ob übrigens die „christliche" Judenschutz-Presse das Erröten der Entrüstung über Frivolitäten, wie die hier gerügte, bereits verlernt hat?

Traurig, recht traurig ist es aber, daß jenes Blatt sich rühmen kann, tausende und abertausende von Lesern unter den Bekennern der Religion zu haben, deren Lehren es so zu begeifern und zu beschimpfen wagt.

Ein Bade-Idyll aus Hohenzollern.

Man schreibt uns aus Immau in Hohenzollern: Unser Stahlbad war in diesem Jahre recht gut besucht und man kann mit Freuden einen ordentlichen Aufschwung des Unternehmens feststellen. Der neue Besitzer hat es verstanden, den allseitigen Wünschen gerecht zu werden und Immau ist wieder der Mittelpunkt der Geselligkeit für die ganze Umgebung, ja für ganz Hohenzollern, geworden. Hier giebt die bessere Gesellschaft sich

Digitized by Google

wieder ein Stellbichein und man kann wohl behaupten, niemand geht unbefriedigt von dannen, die berechtigten Wünsche der Gäste werden auf dem herrlichen, von der Natur reich ausgestatteten Fleckchen Erde vollauf erfüllt.

Wie ganz anders ists geworden gegen die letzten Jahre der Thätigkeit des frühern Badinhabers; dieser hatte zu viel verschiedenartige und sich widerstreitende Ideen im unternehmenslustigen Kopfe und verlor bald den Boden unter den Füßen, da er den richtigen Augenblick zur Wahrnehmung seiner Interessen nicht zu erfassen vermochte. Als er sich vollends auf politischem Gebiete einen Namen zu machen versuchte, ging es im Trabe bergab und die sämtlichen Badegäste kehrtierten sich zuletzt nur noch aus den alten Judenweibern von Haigerloch, Mühringen und Rexingen. Es war in der That kein schöner Anblick, diese Jüdinnen mit rot unterlaufenen Fischaugen in ihren mit weißem Zwirn durchzogenen schwarzen Perrücken in echt orientalischer Trägheit unthätig herumhocken zu sehen. Kein Wunder, daß anständigen Leuten der Appetit verging und das Bad dieser Kurgäste wegen ängstlich gemieden wurde. Wie wenig der frühere Inhaber des Bades die Ursache seines völligen Niedergangs verstand, beweist die Thatsache, daß sein letzter Versuch zur Hebung Imnaus . . . der Errichtung eines koscheren Speisehauses für Israel galt.

Der jetzige Besitzer wird an Beispielen, die in seiner engern und entfernten Umgebung nicht selten sind, leicht zu erkennen vermögen, daß derjenige sich selbst den Ruin bereitet, der sich in geschäftlicher Beziehung auf das Judenvolk zu stützen sucht. Erst schachern und feilschen sie in der ihnen nun einmal angebornen Weise um die Preise und verzehren dann so gut wie nichts, machen aber große Ansprüche, wie es eben nur reiche, ungebildete Protzen thun können, denen der elegante, moderne Anzug genau wie eine Maskerade ansteht.

Unter den diesjährigen Kurgästen hat sich besonders eine Jüdin aus dem benachbarten Hechingen auffallend hervorgethan und zwar nicht nur durch ihre Nadyahrtkunst, sondern auch durch ihr den zahlreich sich einstellenden schwarzen und blonden Besuchern und Sportsfreunden gegenüber bethätigtes freies Benehmen. Auf Befragen konnte man leicht erfahren, daß die Emanzipierte ein Fräulein Baruch sei. Bald stellte sich jedoch heraus, daß die Graziöse niemand anders war, als die Wittwe Bahl geb. Baruch aus Erfurt, die grade Gmnd genug gehabt hätte, sich nicht so demonstrativ den Blicken des Publikums auszusetzen.

Als vor Jahresfrist die Nachricht durch die Zeitungen ging, der Gemahl dieser Wittwe, Max Bahl, Teilhaber der Firma Moritz Bahl in Erfurt, habe sich nebst seinem Bruder und Teilhaber wegen geschäftlicher Schwierigkeiten erschossen, erregte sie nur unglaubliges Kopfschütteln und am Thatorte selbst, wo man es am besten wissen mußte, gab es über diesen Fall eine andre Lesart. Hiernach soll Max erst seinen Bruder in dessen Wohnung und zwar in Gegenwart seiner Gattin, und dann sich selbst erschossen haben.

An diese Lesart, deren ausführliche Darlegung man in Hechingen überall hören kann, wurde man durch das auffallende Hervordrängen des „Fräulein" Baruch in Imnau wieder erinnert und allgemein war das Bedauern, daß der Inhaber des Bades nichts dagegen thun konnte. Im Interesse Imnaus wünschen wir aber, daß derartige „Idylle nur vereinzelt bleiben, damit der Deutsche ohne Ärger in Imnau wirkliche Erholung findet. Wenn Juden und Jüdinnen ohne auffallendes Hervortreten ein Bad nicht besuchen zu können glauben, mögen sie sich doch eine koschere Sommerfrische einrichten oder nach Norderney oder Heringsdorf gehen. Dort läßt man sie gern unter sich.

Aktiengesellschaften, Kartelle und Ringe.

In der „Sozialen Praxis" hat Prof. Schmoller, der bekannte Sozialpolitiker einen lehrreichen Aufsatz über die Eisenbahnpolitik des Fürsten Bismarck veröffentlicht. Wir sehen, wie in andern Ländern die Bahnen noch in den Händen der Privaten sind, so daß z. B. in Österreich und Frankreich die Nordbahnen, die einnahmereichsten Bahnen der beiden Länder, von den Rothschilds „dirigiert" werden. Wir sehen, wie dort diese Leute Millionen mühelos verdienen, und wir begreifen, daß das Staatsbahnsystem den Juden ein Dorn im Auge ist. Daher auch das Geschimpfe von Seiten der Judenblätter auf die Staatsbahnverwaltungen. Wir lassen aus dem Artikel Schmollers einige Sätze folgen, da sie mit den von uns ständig vertretenen Anschauungen vollständig übereinstimmen: „Wir stehen heute nach fast 20 Jahren diesen Ereignissen schon so fern, daß die öffentliche Meinung naturgemäß sich mit Vorliebe fragt, welche Kehrseiten die Verstaatlichung der preußischen Bahnen gehabt habe. Und diese können natürlich, wie bei jeder menschlichen Einrichtung nicht fehlen. Die bureaukratische Behandlung hat die lauf männliche ersetzt; an dem ursprünglichen Wunsche Bismarcks, daß nur die Verkehrs-, nicht die Finanzinteressen regieren sollen, hat er selbst am wenigsten festgehalten. Die Millionen Eisenbahn-Überschüsse waren zu verführerisch für den Etat, der durch den Wechsel dieser Überschüsse in ein bedenkliches Schwanken kam. Die Erwartungen, daß die verstaatlichten Eisenbahnen sozial zu Musteranstalten würden, sind keineswegs erfüllt, obwohl die Verbesserung gegenüber der Aktienverwaltung evident ist. Aber alle diese kleinen Schattenseiten verschwinden gegen die Hauptseite des Vorteils.

Sie liegt in der Ermöglichung einer einheitlichen Eisenbahn- und Verkehrspolitik, wie sie kein andrer großer Staat der Welt jetzt treiben kann und in England bereits heute als ein Hauptvorzug der deutschen Volkswirtschaft anerkannt wird; — aber was vielleicht noch wichtiger ist, in der denkbar größten Machtverschiebung zwischen den volkswirtschaftlichen Kräften und Potenzen. Die großen zentralisirten Kreditinstitute, die großen Verkehrsanstalten und die großen industriellen Aktiengesellschaften, Kartelle und Ringe, das sind die drei Arten von Organisationen, die heute in den reichen Kulturstaaten mehr und mehr die Volkswirtschaft und bald auch den Staat beherrschen. Es sind Bildungen, die meist einen großen technischen und organisatorischen Fortschritt bedeuten, in der heutigen Zeit deshalb nicht aufzuhalten, sondern eher zu fördern sind; aber sie geben einer immer kleinern Zahl von Personen die größte wirtschaftliche Macht, häufig ein Monopol; sie können, im Gesamtinteresse geleitet, den größten Segen stiften, während sie im egoistischen Interesse gemißbraucht, zur wirtschaftlichen Tyrannei und zu Mißbräuchen aller Art führen. Zumächst sind häufig geniale, aber harte Geschäftsleute, oft wucherische und schwindelhafte Spekulanten an der Spitze, die um jeden Preis und ohne jede Rücksicht große Gewinne, Dividenden und Kurssteigerungen erzielen wollen. Daher die Mißstimmung über diese Bildungen, die sozialistische Klage, daß sie die Klassenherrschaft des Kapitals darstellen, besonders wenn diese Organisationen durch ihren Einfluß, ihr Geld, ja ihre Bestechung Regierung, Parlament, Presse, Gerichtshöfe und Verwaltung von sich abhängig machen, wie es in den Vereinigten Staaten, aber auch in Europa teilweise der Fall ist. Und deshalb die große moralische, politische und soziale Gefahr, die sich hier unter Umständen vorbereitet; vielleicht die größte, die der heutigen Volkswirtschaft und dem modernen Staate droht, wenn nicht Gegengewichte und Heilmittel gefunden werden. Sie können sehr verschiedenartig sein, wie das drohende Übel der Korruption, der Bestechung, des Monopols, des Machtmißbrauchs verschiedene Formen haben kann. Jedenfalls ist es gut, wenn in der Leitung dieser Organisationen das staatliche Gesamtinteresse ein Wort mitzusprechen hat, oder wenn ein Teil derselben, besonders die großen Verkehrsanstalten und die zentralisierten Kreditinstitute, direkt der Staatsleitung unterstellt werden, die Regierung und

Digitized by Google

Parlament beherrschen und das Publikum in ihrem und der Aktionäre Interesse brandschatzen: Die Bismarcksche Eisenbahnpolitik war in dieser Richtung die größte That unseres Jahrhunderts. Alles was man in andern Staaten in ähnlicher Richtung versuchte, bleibt unendlich weit dahinter zurück. Die Gefahren einer einseitigen Kapitalistenherrschaft sind damit in Preußen mehr als irgendwo anders in Westeuropa zurückgedrängt worden." —

Aus alledem geht für unser Volk die Mahnung hervor, alle großen Unternehmungen, als da sind: Eisenbahnen, Kleinbahnen, Straßenbahnen, Gasanstalten, Versicherungen u. dergl., ohne weiters von Staats- oder von Stadtwegen einzurichten.

Die Verjudung des Geschäftslebens

besteht nicht allein in der Steigerung des jüdischen Anteils am Geschäftsleben, sondern vor Allem darin, daß in den deutschen Geschäftbetrieb jüdische Geschäftsgewohnheiten eingeführt werden. Diese Gewohnheiten sind heute unter uns schon ganz und gäbe. Die deutsche Auffassung von Handel und Wandel, die sich in den alten Ordnungen der Gilden, in den alten Bestimmungen, nach denen „ein ehrbarer Kaufmann" handelte, in den Einrichtungen, Bräuchen und Gesetzen der Hansa ausspricht, ist gewichen und hat einer fremden jüdischen Auffassung Platz gemacht. Unsre Geschichte, insbesondre die Geschichte der Hansazeit giebt uns das Recht darauf, das Umwesen von heute als ein fremdes und zugetragnes zu bezeichnen, besonders wenn wir sehen und an vielen Einzelzügen erkennen, daß jüdischer Einfluß bei der Verschlechterung der Geschäftsgewohnheiten wirksam ist, wenn wir lernen sehen, daß auch in andern Teilen der Erde und in längst vergangnen Zeiten semitischer Einfluß ganz dieselben Erscheinungen geschaffen hat, die wir jetzt beklagen.

In Babylon, jener paradiesischen Landschaft, wo sich früh eine hohe Kultur entwickelte, brachte semitischer Einfluß vor Jahrtausenden auch ein Handelsleben zu Stande, das dem neuzeitlichen durchaus ähnlich sah. In Babylon erlebten die Juden ihre erste große Blütezeit in der Fremde. Babylon, Spanien und Jerusalem: mit diesen Namen verknüpfen sich die stolzesten Erinnerungen des Judenvolkes. In Babel waren sie, als Cyrus das babylonische Reich einnahm und den persischen und babylonischen Juden die Wiederaufrichtung eines jüdischen Staatswesens gestattete, zum Teil große Bankiers, reiche Börsianer usw. geworden und Esra und Nehemia fanden nur einen Teil der Juden willig, mit nach Judäa zu ziehen:

„Doch was zählt zur Haute volée,
Hausbesitzer und Bankier,
Hat optiert für Babel."

Die Inschriften, die man in den babylonischen Ruinen ausgefunden hat, lassen uns in das Geschäftsleben von Babylon einen genauern Einblick thun.

Die Geschäftsstatistik Babylons hatte dem Cyrus lebhaft zugejubelt, denn Er erwartete von seinem unternehmenden Geist neue Verbindungen und neue Handelswege; und der Perserkönig war ebenso von der babylonischen Kultur durchdrungen, wie seiner Zeit (d. h. so und so viele Jahrhunderte später) der Ostgote Theoderich von der römischen. So blieb Babylons Sprache, Babylons Börse, Babylons Geschäftsleben nach Cyrus wie vorher; in den zahlreichen Geschäftsurkunden aus der Zeit seines Vorgängers Nabonid und aus der Zeit des Cyrus und seines Nachfolgers lassen sich kaum irgend welche Unterschiede in der Rechtsauffassung und Rechtsbehandlung erkennen, und babylonisch blieb die Geschäftssprache.

Babylons Börse! Ein Geschäftsleben, so modern, wie man es nur denken kann. Einige große Bankhäuser beherrschten das Verkehrsleben. Bei ihnen hatten die Privatleute ihre Depots und zur Zahlung verwies man auf sie. Wechselähnliche Forderungen: Schuldscheine in der Art: 1 Mine 20 Scheckel, Forderung des A. gegen den B., gab es massenhaft (1 Mine hatte 60 Scheckel); die Forderungen konnten beliebig utilisiert, durch Übertragung der Urkunden (der Thontafeln) veräußert, verpfändet werden. Alles war mobilisiert, im lebhaftesten Fluß; man verpfändete Haus und Hof, verpfändete das Pfand wieder; der Schwiegervater machte Schulden, die Schwiegermutter löste seinen Fuß — so die Lösung des Fußes! Der Eintritt des Bürgen befreite den Schuldner, und davon sagte man, daß sein Fuß gelöst werde. Der schlaue Wucherer spielte schon damals seine widerliche Rolle — der gesetzliche Zinsfuß war übrigens volle 20 v. H.; der Wucherer weiß sich aber allmählich der Habe des Andern zu bemächtigen, und ein schlauer Geselle Schillibi weiß das Fräulein Kabta zu scheren und eine Mine um die andre in seinen Beutel gleiten zu lassen: man schließt trügerische Assoziationen mit angeblich gerechter Teilung, man macht arglistige Aufrechnungen von Unkosten und Auslagen, — alles zehrt am Marke des Andern, bis der Wucherer ihn ausgesogen hat und matt und kraftlos liegen läßt.

Daneben aber die Züge eines großen Welthandels: Handel auf Euphratschiffen, Handel in Karawanen; Gesellschaften thun sich zusammen, ein Sklave oder ein freier Kommissionär führt die Geschäfte. Babylon war Weltstadt, wie es seiner Zeit keine mehr gab; denn Rom war erst in der Zeit des letzten Tarquiniers und der Lucretia, oder eigentlich noch nicht einmal ganz so weit.

Daneben bestand der Landbau, und besonders als Palmbaumkultur; Felder waren in Pacht oder Teilpacht gegeben, andre wurden von Verwaltern bestellt; zahlreiche Thontafeln handeln von derartigen Verträgen und Abrechnungen — denn in der That, die Steine zeugen.

Das ist semitische Kultur, semitischer Handels- und Börsengeist, damals wie heute, heute wie damals. Von allen Völkern des Cyrus, „des Herrn von Babylon und der Länder", ist uns geblieben unverändert, unveränderlich: das Judenvolk. Alle Reiche von damals sind in Trümmer gefallen, die Völker sind kaum wieder zu erkennen, keins spielt eine Rolle, ausgenommen dies eine: das jüdische Volk, das heute das mächtigste Volk des Erdballs ist.

Heute noch! Aber hoffentlich nicht lange mehr. Die Empörung gegen jüdische Macht und jüdisches Geschäftsleben wird beiden bald ein Ende machen.

Der wirtschaftliche Mittelweg.

Einen Menschen, der unnützen Aufwand vermeidet und sein Hab und Gut gewissenhaft zusammenhält, nennen wir sparsam. Unnützen Aufwand macht aber der, der Geld ausgiebt für Dinge, die weder zur zeitlichen Wohlfahrt, noch zur geistigen und sittlichen Bildung seiner selbst noch andrer Menschen wahrhaft dienen können.

Wer sparsam ist, wird sich also in Bezug auf Nahrung, Kleidung, Möbel, Vergnügungen usw. auf das beschränken, was er zur nötigen Erhaltung und zum erlaubten Schmucke des Lebens bedarf, alles übrige aber vermeiden. Er wird dafür sorgen, daß sich seine Güter nicht vermindern, sondern vermehren; er wird daher alles, was er sein eigen nennt, sorgfältig bewahren und nichts verschleudern, was noch anderweitig gebraucht werden könnte. Der Sparsame ist nicht nur bestrebt, nicht mehr auszugeben, als wie er einnimmt, er legt sogar von seinen Einnahmen soviel zurück, als er, ohne sich selbst Entbehrungen aufzuerlegen, erübrigen kann: er thut dieses einmal, um sich und seine Angehörigen vor Not und plötzlicher Verlegenheit zu schützen, dann aber auch, um für Wohlthätigkeitszwecke etwas zur Verfügung zu haben. Kurz, er handelt nach dem Grundsatze: „Verschmähe das Überflüssige, und das Notwendige wird dir nie mangeln!"

Im Gegensatz zu dem Sparsamen steht der Verschwender. Die niedrigste Art der Verschwendung ist die, wenn ein Mensch für üppiges Essen und Trinken, für eine glänzende Wohnung, für kostbare Möbel, teure Kleider und ähnliche Dinge unverhältnismäßig hohe Summen ausgiebt, ohne eine gute und ver-

Digitized by Google

nünftige Absicht dabei zu haben, vielmehr lediglich zu dem Zwecke, seiner Eitelkeit, seinem Leichtsinn und seinen Leidenschaften zu fröhnen. Nicht minder gefährlich, wenn auch weniger verwerflich, sind jene Fälle der Verschwendung, wo man für feinere geistige Genüsse, für Konzerte, Theater und dergleichen Ausgaben macht, die mit dem Einkommen in keinem richtigen Verhältnis stehen. Eine scharfe Grenze, wo die Verschwendung anfängt, läßt sich nicht ziehen. Was für den Wohlhabenden ein nur mäßiger Aufwand ist, kann für einen weniger Bemittelten schon Verschwendung sein. Wie dem auch sei, jeder leichtsinnige und unverhältnismäßige Verbrauch der Einnahmen ist als Verschwendung zu bezeichnen und ist auch von den bedenklichsten Folgen begleitet.

Ein Haushalt, in dem mehr ausgegeben als eingenommen wird, kann auf die Dauer nicht bestehen; er muß, und wenn ihm auch noch so reiche Hilfsquellen zur Verfügung stehen, schließlich verarmen. Und was ist die Folge davon? Wenn der Verschwender sein üppiges Leben, an das er sich gewöhnt hat, nicht mehr weiter führen kann, fällt er leicht der Versuchung, die in mannigfaltigster Form herantritt, zum Opfer. Der eine wird zum Betrüger, er unterschlägt fremde Gelder, er begeht Urkundenfälschungen und bringt Hunderte von Leuten um ihr Hab und Gut. Ein andrer sucht durch falsches Spiel, ein dritter durch Diebstahl die Mittel zu gewinnen, die ihn in den Stand setzen, sein üppiges Leben fortzusetzen. Doch „der Krug geht so lange zu Wasser, bis er bricht." Schließlich wird der Verschwender dem Arm der Gerechtigkeit verfallen und in Not und Elend verkommen

Vielen Menschen kann man freilich nichts weniger zum Vorwurf machen als Verschwendung. Sie sehen allein in dem Besitz von irdischen Gütern das größte Glück, und ihr ganzes Sinnen und Streben ist nur darauf gerichtet, ihren Besitz zu vermehren. Sie vermeiden nicht nur die überflüssigen Ausgaben wie der Sparsame, sondern auch die notwendigen und pflichtmäßigen. Solche Menschen sind aber nicht sparsam, sie sind geizig. Der Geiz ist ein ebenso verwerfliches Laster wie die Verschwendung. Wie der Verschwender leicht auf Abwege gerät, so auch der Geizige, indem er in seiner Habgier vor unerlaubten Mitteln nicht zurückschreckt, wenn sie nur dazu führen, seinen Besitz zu vermehren. „Geiz ist die Wurzel alles Übels," — das bleibt ewig wahr. —

Man hüte sich daher vor den beiden Gegensätzen und bleibe auf dem goldnen Mittelwege.

Der Erfolg eines solchen wirtschaftlichen Sinnes kann nicht ausbleiben.

Kaiser Wilhelm und die Juden. Die Juden Jerusalems haben es sich nicht nehmen lassen, unsern Kaiser zu begrüßen. Die „Jüdische Presse" teilt darüber folgendes mit: „Schon vor einigen Monaten hatte sich ein aus Aschkenasim und Sephardim bestehendes Komitee gebildet, das die Aufnahme des geplanten Willkommengrußes in das offizielle Festprogramm erbat. Darauf kam aus Berlin die Antwort, daß „Se. Majestät der Kaiser sehr erfreut sein werde, die Begrüßung der Juden Jerusalems entgegenzunehmen". Nun wurde in der Jaffastraße ein Triumphbogen errichtet, unter welchem am 1. November beim Einzuge des Kaisers die Mitglieder des Komitees und andre jüdische Notabilitäten sich versammelten. Daneben hatten die Zöglinge des Deutsch-Israelitischen Waisenhauses und der Lämmelschule Aufstellung genommen. Beim Nahen des Kaisers sprachen die beiden Oberrabbiner Elsaschar und Salant den rituellen Segensspruch, und darauf sagte der erstere: „Die Juden Jerusalems entbieten Eurer Majestät und Ihrer Majestät der Kaiserin in tiefster Ehrerbietung herzliches Willkommen in dieser alten, ehrwürdigen Stadt, die durch die Geschichte des Volkes Israel geheiligt ist.*) Sodann überreichte der zweite Oberrabbiner mit hebräischen Worten eine Pergamentrolle, welche die in gleicher Sprache abgefaßte und ins Deutsche übertragene Adresse enthielt. Nachdem Direktor Cohen den Segensspruch, der deutsche Konsul die Ansprachen der Oberrabbiner ins Deutsche übersetzt hatte, antwortete der Kaiser: „Ich danke für die Adresse und für den Empfang seitens der Juden Jerusalems. Ich freue mich, daß es mir vergönnt ist, denselben Weg zu wandeln, wie mein hochseliger Vater und ihn aufrichtig erfreut über die liebenswürdige Aufnahme. Bestellen Sie der jüdischen Gemeinde meinen wärmsten Dank." Nun stimmten die Schulkinder eine hebräische Hymne an und sangen hierauf: „Heil Dir im Siegerkranz!"

*) Diese Bemerkung können wir nicht anders als eine grobe Taktlosigkeit bezeichnen. Für den Christen — und unser Kaiser ist doch ein Christ, noch dazu der oberste Bischof unsrer Landeskirche — ist der Boden Palästinas und Jerusalems geheiligt, weil er mit dem Leben seines Erlösers so eng verknüpft ist, nicht weil sich die Geschicke des jüdischen Volkes dort abgespielt hat.

Bismarck und die Juden. Herr Andrae-Roman, der dem Fürsten Bismarck in persönlicher Freundschaft sehr nahe gestanden hat, veröffentlicht im „Daheim" „Erinnerungen eines alten Mannes an den Fürsten Bismarck". In der letzten Nummer erzählt er u. a. folgendes:

Ich erinnere mich, daß ich einst zu Bismarcks kam, als sie noch höchst bescheiden in einer Stube mit Alkoven in der Behrenstraße 60 parterre wohnten, und mich Frau von Bismarck mit den Worten empfing: „Otto liegt zwar noch zu Bett; aber kommen sie nur herein, er muß doch einmal aufstehen." „Noch zu Bett?" rief ich erschrocken. „Es ist ja zehn Uhr, er ist doch nicht krank?" „Gesund ist er nicht," war die Antwort, „aber was ihm fehlt, kann ich nicht verstehen. Die ganze Nacht hat er sich umhergewälzt, und als ich ihn gegen Morgen frage: Warum stöhnst Du so, Otto? Was fehlt Dir denn eigentlich? antwortete er, als wenn ihm etwas weh thut: Er ist doch nur ein Jude!" In dem Augenblick rief Bismarck hinter dem Vorhang: „Ja, es ist leider wahr, er ist doch nur ein Jude!" „Wer denn?" rief ich ganz erstaunt. „Von wem sprechen Sie denn?" „Nun, wen soll ich meinen?" antwortete er. „Stahl meine ich, keinen andern." Darauf ich: „Von Stahl, diesem Fahnenträger der konservativen Partei, von einem unsrer ersten Führer wissen Sie nichts andres zu sagen, als daß er ein Jude ist?" „Jawohl," entgegnete Bismarck. „Führer, Fahnenträger ist er, weil Gerlach ihm zur Seite steht. Was meinen Sie, würde aus Stahl werden, wenn Gerlach (der Präsident) nicht neben ihm stände?" Dann setzte er mit auseinander, wie nahe Stahl schon oft daran gewesen wäre, auf gefährliche Bahnen zu geraten. Ein Fels dagegen sei Gerlach, auf den man sich in jeder Lage verlassen könne.

So weit Andrae-Roman. In der einen Redewendung „Nur ein Jude" kommt deutlich genug zum Ausdruck, wie Bismarck über das Judentum überhaupt dachte, und wie wenig berechtigt es war, wenn jüdische Blätter sich bei des Kanzlers Ableben beeilten, den Verstorbenen als Freund der Juden zu feiern. Allerdings muß zugegeben werden, daß Bismarck in seiner späteren Entwickelung im privaten wie im politischen Leben nicht immer den Standpunkt gegenüber dem Judentum mit Konsequenz innegehalten hat, der aus dem oben berichteten Vorfalle und mehr noch aus seiner bekannten Landtagsrede hervorleuchtet.

Ausland.

Rußland. Warschauer reiche Juden wollen nach einer Mitteilung des „Kur. Warsz." eine Aktiengesellschaft gründen zur Herausgabe von litterarischen Erzeugnissen in jüdischem Jargon nach dem Muster der bereits in Warschau bestehenden Verlagsfirma „Achasiaf". Die neue Gesellschaft gedenkt außer belletristischen Werken auch volkstümliche wissenschaftliche Werke herauszugeben. Aber alles nur durch „Aktien"!

D. Schriftltg.

Digitized by Google

England. Ein jüngst erschienenes Büchlein von Frank Hind „The Cry of the Children“ giebt über Kinderarbeit in London Aufschlüsse. In Ostende der Hauptstadt sind Kinder immer noch die ausgebeutetsten Lohnsklaven. Der Schulunterricht hört durchschnittlich im Alter von elf Jahren auf. Das Kind ist selbst während der wenigen Jahre, wo es die Schule besucht, genöthigt, nach den Schulstunden zum Unterhalt der Familie beizutragen. Am schlimmsten sieht es in der Streichholzschachtel-Industrie aus. Das Kind erhält $2^1/_4$ Pence für das Gros, muß aber selbst den Kleister bezahlen. Wenn eine Mutter nebst ihren sieben und neun Jahre alten Kindern von 7 Uhr morgens bis $11^1/_2$ Uhr nachts arbeitet, so kann sie $15^3/_4$ Pence (1 Pence = $8^1/_2$ Pf.) täglich verdienen. Das trockne Brot — denn daraus besteht die Nahrung — muß während der Arbeit eingenommen werden. Gürtel- und Regenschirmmachen wird noch schlechter bezahlt. Für Damengürtel erhält die Arbeiterin $1^1/_4$ Pence das Dutzend. Mehr als $^3/_4$ Pence die Stunde kann sie nicht verdienen. Der Lohn für das Beziehen von Regenschirmen, die in den Läden für zehn Schillinge (1 Schilling = 102 Pf) das Stück verkauft werden, ist 19 Pence das Dutzend. Troddeln müssen zu $^3/_4$ Pence das Dutzend angefertigt werden. Tütenmachen bringt auch nicht mehr ein. Für das Gros großer, steifer, blauer Tüten erhält der, welcher sie macht, $^3/_4$ Pence und 15 Pence für das Tausend kleiner Tüten. Sackmachen bringt $^1/_4$ Pence für den Sack ein. Der Arbeiter hat sein eignes Garn zu liefern. Künstliche Blumenmacherei wird auch erbärmlich belohnt. Der übliche Preis für ein Gros Veilchen beträgt $1^1/_4$ Pence und der für das Gros Rosen $2^1/_2$ Schillinge. Bei den Möbelmachern stehen die Verhältnisse auch nicht viel besser. Ehe die jüdischen Einwanderer aus Rußland in Konkurrenz traten, konnte ein Möbelpolierer 28 Schillinge die Woche verdienen. Jetzt verdient er höchstens die Hälfte.

Mosaik.

Vom Verdingungs-Unwesen. Für die zum Neubau der Eberts-brücke zu Berlin nöthige Notbrücke schwankten die auf Grund des öffentlichen Ausschreibens verlangten Preise zwischen 12633 und 5869 Mark; für die Landelader der eigentlichen Brücke zwischen 9900 und 4920 Mark, für die Eisen-Konstruktion zwischen 53016 und 45435 Mark usw. Für den Abbruch der alten Brücke lagen Angebote vor, die sich zwischen 6430 und 900 Mark bewegten, also ein Unterschied von 614 v. H.! Im Jahre 1889 kostete beim Bau der Moltkebrücke ein Kubikmeter Hinterfüllungs-Erde 3,30 Mark und bei der 1893 erbauten Ebertsbrücke nur 1,50 Mark. Bei der Moltkebrücke mußte das Tausend gewöhnlicher Mauersteine mit 50 Mark bezahlt werden, bei der Ebertsbrücke dagegen nur 29 Mark. Im Jahre 1890 kam der Kubikmeter Mauerwerk auf vier Mark. 1893 war er auf eine Mark gesunken. Das Quadratmeter Gerüst erforderte für die Moltkebrücke noch 56 Mark, bei der Ebertsbrücke aber nur 13 Mark. Das Einrammen eines Pfahles stellte sich hier auf dreißig, dort auf zehn Mark, und das Ausziehen eines Pfahls steht bei der Moltkebrücke mit fünfzehn, bei der Ebertsbrücke mit sechs Mark in Rechnung.

Ob das wohl gesunde Zustände sind?

„Berlin ist seinen freiheitlichen Traditionen treu geblieben,“ so jubelt das Judenschutzblatt, weil der Berliner Bierphilister unter der Knute der Singer, Stadthagen und Genossen auch einen Juden ins preußische Abgeordnetenhaus entsandte. Den Berlinern hätten wir neun Juden gewünscht!

Anhäufung des Großkapitals. Erhöht haben ihr Grundkapital in den letzten Wochen folgende Firmen: Aktien-Gesellschaft für Feinmechanik vormals Jetter & Scheerer zu Tuttlingen und Berlin von 2100000 auf 2600000 Mark, die Gesellschaft für Brauerei-, Spiritus- und Preßhefen-Fabrikation vormals G. Sinner zu Grünwinkel (Baden) von vier auf fünf Millionen Mark, die Thüringer Akkumulatorenund Elektrizitäts-Werke zu Görlitzmühle bei Saalfeld (Saale) von 335000 auf eine halbe Million Mark, die Aktien-Gesellschaft Dürener Volksbank zu Düren (Rheinland) um neunhunderttausend Mark und die Mitteldeutsche Brauereigesellschaft zu Koblenz und Andernach von 466000 auf 800000 Mark.

Sozialdemokratisches. Erhöhung seines monatlichen Gehalts um zehn Mark wünschte ein Verkäufer des sozialdemokratischen Konsumvereins zu Meuselwitz „Genosse“ Vorsheden des Aufsichtsrats bezeichnete diesen Wunsch als „eine große Frechheit“. —

Der Konsumverein zu Potschappel zeigt seine arbeiterfreundliche Gesinnung noch besser. Nach seiner Stallordnung müssen die beiden Kutscher im Sommer um $1^1/_2$ 5 und im Winter um 5 Uhr auf dem Posten sein. Die Arbeitszeit ist „unbeschränkt, so lange es das Interesse des Geschäfts erfordert“. So etwas nennen die „Genossen“ den „Genossen“ zu! Wir möchten jene aber mal schreien hören, wenn ein „Bourgeois“ so verfahren wollte. —

Um höhern Lohn zu verlangen, legten mehre Anstreicher des Malermeisters Plodti zu Berlin die Arbeit nieder. Die nicht ausständigen Kollegen wurden wiederholt belästigt und mit „Knochen entzweischlagen“ bedroht, der Anstreicher Wille sogar auf verwundet. Die „Genossen“ Graßmann, Lindner und Miedersdorf erhielten für diese „freiheitlichen“ Handlungen je sechs Wochen Gefängnis. —

Die sozialdemokratische „Neue Welt“ hat den Aufsatz „Überbleibsel aus der Urzeit“ (Verfasser: C. Schendking) in ihrer Nummer 42 fast wörtlich einem Aufsatze von Wilhelm Bölsche (Deutsche Ztg.) entnommen, ohne daß dieser oder die Quelle genannt wurde. Selbst als Herr Bölsche die „Neue Welt“ auf diese „Entlehnung“ aufmerksam machte, weigerte sich das sozialdemokratische Blatt, irgendwie öffentlich Notiz davon zu nehmen oder den wirklichen Verfasser zu Worte kommen zu lassen. Das nennt man sozialdemokratische Freiheit und Gleichheit! —

Die Wahlspflicht will das Herzogtum Braunschweig für seine Wahlen zum Landtage einführen. Daß sie in Preußen auch nötig ist, zeigen recht deutlich die Vorgänge bei den letzten Landtagswahlen. In Wetzlar und Wasenberg z. B. haben noch nicht zehn von hundert der Wahlberechtigten ihr staatsbürgerliches Recht ausgeübt. Insgesamt werden in ganz Preußen kaum sieben vom Hundert der Urwähler am 27. Oktobr. die Stimme abgegeben haben. Bemerkenswert dabei ist die große Zahl von Beamten oder abhängigen Personen unter den Wahlmännern. Von den 184 Wahlmännern des Kreises Wetzlar waren z. B. 126 Beamte. Gewählt wurde der Regierungs-Präsident. Die 113 Stimmen, die im Kreise Homberg-Ziegenhain gegen den Abg. von Liebermann dem konservativen Herrn von Baumbach wählten, werden u. a. gebildet durch 44 Bürgermeister, fünfzehn Beamte, fünf Lehrer, zwei Domänenpächter, einen Geistlichen usw. An der Spitze der Beamten stehen ein Landrat, zwei Forstmeister, ein Oberförster, ein Hüttendirektor. Wehe dem Bürgermeister, Lehrer oder Förster, der anders abgestimmt hätte, wie der Herr Landrat wollte! Die Stimmen für den Abg von Liebermann setzten sich dagegen aus 48 Bauern, zwölf Handwerkern, sechs Kaufleuten, drei Beamten, drei Lehrer und zwölf Bürgermeistern zusammen. Von den Lehrern und Bürgermeistern stammte keiner aus dem Kreise Ziegenhain, der so gewaltig unter landrätlicher Beeinflussung zu leiden hatte. Wie wäre wohl das preußische Abgeordnetenhaus zusammengesetzt, wenn wir selbst bei der gegenwärtigen Klassen-Einteilung der Urwähler geheime Abstimmung hätten?

Kapital und Arbeit. Die Aktien-Maigbowitz zu Landsberg (Warthe) zahlte bei einem Aktienkapital von neunhunderttausend Mark im letzten Geschäftsjahre 12 v. H. oder 108000 Mark Dividende und 6925,91 Mark Tantièmen an Aufsichtsrat, Vorstand usw. Dem Arbeiter-Unterstützungsfonds wurden dagegen 505 (fünfhundertfünf!) Mark 88 Pf. zugewiesen, so daß dieser jetzt die unheimliche Höhe von 2805 Mark 18 Pfennig erreicht hat.

Die Juden stehen uns (nach ihren eignen Ausführungen) als Angehörige einer fremden, wesentlich kosmopolisch angehauchten Nation gegenüber. Damit ist, glaube ich, der unwiderlegliche Beweis geliefert, daß wir bei der Wahl jener Männer, denen wir den Schutz und die Pflege unsrer höchsten nationalen Interessen anvertrauen, das jüdische Element in den Hintergrund zu drängen, durch die Pflicht der Selbsterhaltung gezwungen sind.

Franz Eduard v. Lißt.

Digitized by Google

Sonntagsruhe und Versandtgeschäfte. In Nürnberg konnten bisher die Ladenbesitzer an den vier Sonntagen vor Weihnachten ihre Geschäfte offen halten. Der Magistrat hat nun aber, auf eine Eingabe von zahlreichen Geschäftsleuten hin beschlossen, das Offenhalten der Läden nur an den beiden letzten Sonntagen vor Weihnachten zu gestatten. Dagegen soll es den Versandtgeschäften unbenommen bleiben, ihr Personal auch an den beiden ersten Adventsonntagen im geschlossnen Laden arbeiten zu lassen! Der Nürnberger Magistrat scheint eine merkwürdige Vorstellung von der Sonntags„ruhe" zu haben.

Etwas von der Margarine. In einer Verhandlung gegen die Gocher Margarinewerke, die am 26. Oktober vor dem Gericht zu Cleve stattfand — die Fabrik war beschuldigt, zurückgesandte verdorbne und eleterregende Ware wieder verarbeitet zu haben — wurde im Urteile ausgesprochen: In Folge der Bekundung der Sachverständigen muß es wohl als einwandfrei erachtet werden, wenn Retourware, von der die verdorbnen Teile durch Abtrahen entfernt worden sind, nach dem Umschmelzen und Erhitzen wieder zur Margarinefabrikation verwandt werden dürfen. Auch kann das so gewonnene Margarineprodukt wohl kaum als eleterregend betrachtet werden, wenn es auch nach der Beweisaufnahme zweifelhaft sein könnte, ob derartige Ware ohne Umschmelzen in die Kirne gebracht worden ist. —

Wir haben über den Begriff „eleterregend" doch andre Ansichten. Aber die Geschmäcker sind halt verschieden!

Eine hebräische Ackerbau-Kolonie soll nach einem soeben in Petersburg veröffentlichten Gesetze in Dschemen Abad, einem in Bessarabien gelegenen Gute des Barons Horace Günzburg, gegründet werden. Das fünfhundert Desjatinen große Gut wird zerstückelt. Die ersten vier Jahre brauchen die jüdischen Ansiedler keine Abgaben zu zahlen. — Dieser Versuch, aus Juden Bauern zu machen, wird wie alle frühern scheitern. Wie alle körperliche Arbeit, so wird auch der Ackerbau von den Juden verachtet. Wie die Juden darüber denken, zeigt ein Ausspruch des Juden Dr. Ernst. Dieser schrieb im Jahre 1897: „Der Landbau ist die primitivste menschliche Thätigkeit, die nur wenig Intelligenz fordert. Der Bauer ist ein unvernünftiges Vieh, der behaglich dahinlebt, da ihm der Boden ohne viel Arbeit, Mühe und Sorge seine Bedürfnisse trägt."

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. Daß die Juden im Tempel oft persönliche Streitigkeiten „schlagend" zum Austrag bringen, haben wir wiederholt berichtet. Daß sie aber etwas anders dort vornehmen, beweist folgende Anzeige, die wir einem Mainzer Blatte entnehmen: „Die Dame, welche am Versöhnungstage vor dem Platz 61 ein Gebetbuch mitnahm, ist erkannt und wird gebeten, dasselbe Kaiserstraße 35, 1. Stock, abzugeben." —

Der Kaiser von Österreich hat den Maler Leopold Horowitz zu Wien beauftragt, ein Bild der ermordeten Kaiserin in Lebensgröße zu malen. —

Die Judenblätter melden, daß der Einjährig-Freiwillige Meyer, ein Sohn des Landrabbiners Meyer in Hannover, zum Leutnant der Reserve im Chevauxleger-Regimente zu Nürnberg befördert sei. Der Sprung vom Einjährigen zum Leutnant scheint uns doch etwas zu hoch! —

Unter den wahlfähigen Mitgliedern der jüdischen Gemeinde zu Berlin befinden sich 716 Ärzte und 362 Rechtsanwälte. „Nur der schamloseste Antisemit dürfte es wagen, diese Zahl erzwungner Berufe gegen die Juden auszubeuten", schreibt die „Allgem. Ztg. des Judentums" dazu. Nun lernt doch alle Tage mehr, denn bis heute wußten wir noch nicht, daß die Juden gezwungen werden, sich als Ärzte oder Rechtsanwälte in der Reichshauptstadt niederzulassen. —

In Briesen, wo allerdings jeder achte Mensch ein Jude ist, wurden in der ersten Abteilung zu Stadtverordneten gewählt die Kaufleute S. Mojes, M. Götz, M. Joelsohn und Leop. J. Littmann. In der dritten Abteilung hielten Deutsche und Polen treulich zusammen gegen den gemeinsamen Feind, das Judentum, und es war ihnen ein Leichtes, ihre Kandidaten durchzubringen. In der zweiten Abteilung brachte die Judenpartei zwei ihrer Bewerber durch und zwei andre in Stichwahl.

Fabrik- zeichen.

Gustav Felix,

Leipzig, Reichsstraße 26,

Stahlwarenfabrik u. Hohlschleiferei i. Solingen

empfiehlt

Rasiermesser, Selbst-Rasierapparate, Streichriemen, Rasierschalen, Pinsel, sowie sämtliche Solinger Stahlwaren, unter Garantie.

Als
Fest-
geschenke
empfehle ich:
**Antisemiten-
Katechismus** 1 ℳ
**Dr. R. Stegemund,
Weihnachts-Buch für
deutsche Frauen u. Jungfrauen**
anhalt 2,60 ℳ kein geb. für 1,30 ℳ
**Max Liebermann von Sonnenberg,
ℳℳℳ Gedichte,** fein gebunden 3 Mark. ℳℳℳ
Ernst Moritz Arndts Werke, 6 Bände broschi. 7,50 ℳ,
fein gebunden in 3 Bänden 10 ℳ, in 6 Bänden 12 ℳ.

Herm. Beyer, Buchhandl., Leipzig.

Einen großen Dienst leistet man unserem Blatte und unserer Sache, wenn man seine Einkäufe bei solchen Handlungen deckt, die uns durch Anzeigen unterstützen.

Billige dichte Dächer aus Dachpappe, Kies, Asphalt und Cement nach Andernach's Asphalt-Steinpappen. Muster und Preislisten gratis und franko.
A. W. Andernach in Bonn am Rhein.

Prima kleine Gänsefedern
mit sämtlichen Daunen, das Pfund zu M. 2,70, bei 5 Pfd. frei.
Garantie Zurücknahme.
J. Bartscher, Geflügelhdlg.
Rietberg in Westfalen.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königsstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe, Berlin NW. 5, Kruppstr. 13.
Druck: G. Reusche, Leipzig.

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich Mk. 1.50 bei den Postanstalten Post-Zeitungsliste Nr. 1788) und Buchhandlungen. Einzel-Exemplar Mk. 1.

Herausgegeben von Max Liebermann v. Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Anzeigen: die 6-gespaltene Petit-Zeile 25 Pfennige. Verlagsbuchhandlung: Hohlgasse Nr. 27, Leipzig.

XIII. Jahrgang. | Leipzig, 8. Dezember 1898. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Juden-Frage. Otto Glagau. | Nr. 538.

Inhalt: Konfessionelle Kandidaturen. — Der Meistertitel der Handwerker. — Die Berliner Juden. — Sozialismus und Sozialdemokratie. — Ein „deutscher" Biedertanz. — Fleischnot und Fleischteuerung. — Weihnachten. — Das Deutsche Reich und die österreichischen Fragen. — Graf Thun. — Parteinachrichten. — Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen. — Mosaik. — Neue Bücher.

Konfessionelle Kandidaturen.

Schon bei den letzten Reichstagswahlen wurde von jüdischer Seite versucht, auf eine der Parteien einen Druck zu Gunsten einer jüdischen Kandidatur auszuüben, die von dem Geldbeutel der Juden abhängig sind. Bei der Sozialdemokratie ist eine solche Beeinflussung nicht nötig, sie steht unter jüdischer Leitung und hat darum auch einen tüchtigen Prozentsatz jüdischer „Obergenossen" in den Reichstag entsandt. Aber bei den Freisinnigen beider Richtungen war es bisher Mode, die jüdischen Kandidaten nach dem Vorbilde König Davids immer auf verlorne Posten zu stellen. Das fiel den Herren nachgrade auf und deshalb verlangten sie jetzt für ihr Geld einmal etwas Reales. Ein jüdischer Reichstagskandidat ist nun immer eine heikle Sache. Ein bischen Antisemit ist Jeder, wie Rechtsanwalt Lenzmann aus Hagen meint, und wenn's keiner sieht, dann steckt auch ein „Unentwegter" von der Rickertschen Farbe einen Stimmzettel gegen den Juden in die Wahlurne, sobald er zwischen diesem und einen Deutschen sich entscheiden soll.

Also das ging nicht und das sahen die Juden auch ein, und sie versteiften sich nicht auf ein Reichstagsmandat, zumal ja durch die Singer, Stadthagen Wurm, Herzfeldt und Konsorten ihr Interesse genügend gesichert erschien. Dagegen kamen sie um so energischer bei den Wahlen zum preußischen Landtage wieder. Und sie erreichtens auch! Der männermordende Kampf tobte allerdings — hauptsächlich in Berlin — ganz gewaltig, denn der große Eugen Richter, der in der Reichshauptstadt über die Landtagsmandate allein zu verfügen hat, wollte absolut nicht in den sauren Apfel beißen, zuletzt mußte er sich aber doch als neuen Kollegen Herrn Dr. Max Hirsch gefallen lassen, während die Kandidatur des Justizrats Friedemann grade durch die Juden zu Falle kam. In Posen dagegen hatten die Nationalliberalen es mit einem Juden versucht und da konnte Eugen feststellen, daß die Juden „ein glänzendes Beispiel für politische Ueberzeugungstreue" gegeben hätten, weil sie für seinen Kandidaten gegen ihren eigenen „Glaubens"genossen eingetreten waren. Die Judenblätter sind davon allerdings wenig erbaut und können es nicht unterlassen, Herrn Richter zu raten, dieses Eintreten der Juden für die freisinnige Volkspartei „in Erinnerung" zu behalten und „mit aller Entschiedenheit" dafür zu sorgen, „daß etwaige antisemitische Velleitäten sür immer aus dem Kreise der Partei verschwinden."

Armer Eugen, armer Lenzmann! —

Ein großer Streit hat sich im jüdischen Lager nun darüber entsponnen, ob jüdische Kandidaturen in der heutigen Zeit überhaupt von Vorteil sein könnten. Der „Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" und die Judenschutztruppe haben das natürlich eifrig bejaht. In jenem und in einigen Rabbiner-Blättern wurde zum Ueberfluß noch mit Emphase betont, daß grade dem immer mehr um sich greifenden latenten Antisemitismus gegenüber — man erinnerte an den nur mit Mühe und Not zu Fall gebrachten Assessoren-Paragraphen im preußischen Richter-Besoldungsgesetze —, unbedingt „konfessionelle Kandidaturen" erforderlich seien. Damit war das richtige Stichwort gefallen. Leider bewahrte die deutschnationale Presse nicht lange genug die nötige Zurückhaltung, so daß es den Juden bald zum Bewußtsein kam, wie sie durch das Betonen der „konfessionellen Kandidaturen" zu früh ihre Karten aufgedeckt hatten. Und nun machte sich bei den Juden selbst eine Gegnerschaft geltend. Mit denselben überschwänglichen Worten, mit denen man vorher von den „konfessionellen Kandidaturen" gesprochen hatte, suchte man jetzt den dummen Gojim weiß zu machen, daß die Juden nie jüdische Politik getrieben, sondern immer nur die politische Partei unterstützt hätten, zu der sie ihr politisches Empfinden hingedrängt hätte. Insbesondre verwahrte sich ein Rabbinerblatt dagegen, daß Eugen Richter in Posen die Juden aus dem Grunde sich in Anspruch nehmen wollte, weil die freisinnige Volkspartei für die „Gleichberechtigung" sei. „Dieser Versuch, die Juden für eine bestimmte politische Partei zu engagieren, muß entschieden zurückgewiesen werden", meint das Blatt. „Als Juden gehören wir gar keiner politischen Partei an, als deutsche Staatsbürger wählen wir unsre Parteistellung wie es jedem Einzelnen Recht scheint."

Hier hatte man sich auf jüdischer Seite also wieder gefunden. Man wiegelte kräftig ab unter geschickter Betonung des Deutschtums der lieben Juden und streute so dem guten Michel wieder Sand in die Augen. Aber kaum waren die Wahlen vorbei, fiel man abermals aus der Rolle. Ein kleiner Erfolg war ja da, man hatte zwei jüdische Abgeordnete, aber angesichts der großen Unterströmungen, die sich selbst in dem gepriesenen Berlin gezeigt hatten, wußte man nicht, ob man Freuden- oder Trauergesänge anstimmen sollte. Man wählte ein Mittelding, weinte mit dem einen Auge, lachte mit dem andern und erklärte, daß die Juden trotzdem noch immer nicht die Vertretung im preußischen Abgeordnetenhause hätten, die ihnen nach dem prozentuellen Anteile an der Bevölkerung gebühre.

Da war also wieder die rein jüdische Politik, die man im jüdischen Lager von vornherein mit den Worten „konfessionelle Kandidaturen" gekennzeichnet hatte.

Darf man angesichts dieser Vorgänge noch daran zweifeln, daß die Juden wie immer so auch bei diesen Vorgehen nur ihre eigenen Stammes-Interessen im Augen hatten?

Eine eigenartige Beleuchtung erfährt die ganze Angelegenheit noch durch das Vorspiel zu einer Stadtverordneten-Ergänzungswahl in Köln (Rhein). Dort war der einzige Jude gestorben, der in der Stadtvertretung saß und den man so gehätschelt hatte — er war Mitglied des Kuratoriums der höhern und mittlern Mädchenschulen, der Sparkassen-Kommission, der Kommission für städtische Bäder, der Finanz-Kommission, der Kommission für Feuerwehr, Fuhrwaat und Straßenreinigung, der Kommission für Sanitätswesen und vertrat die Stadt im Theater-Aktienverein —, daß der Ober-Bürgermeister Becker von ihm rühmen konnte, er sei bei allen Parteien „ein gern gesehenes Mitglied" gewesen, und das will in Köln viel heißen, wo Liberale und Ultramontanen sich so schroff gegenüberstehen.

Wenn ein Sitz im Kollegium frei wird, verschiedt man in Köln gewöhnlich die Ersatzwahl bis zur nächsten Erneuerungswahl. Diese findet erst ende nächsten Jahres statt, so daß also der Sitz des verstorbnen Juden bis dahin leer geblieben wäre. Das hätte wohl bei einem christlichen Deutschen gepaßt, nicht aber bei einem Juden und deshalb beantragten die Liberalen schon acht

Digitized by Google

Tage nach dem Tode des Juden die Vornahme der Ersatzwahl und zwar mit der ausdrücklichen Begründung, daß die „israelitischen Mitbürger" die Wahl wünschten, um nicht „während eines ganzen Jahres ohne Vertretung zu sein". Die Juden nahmen also den Sitz ohne weiters für sich in Anspruch und bekundeten auch durch den „Wunsch", nicht ohne Vertretung sein zu wollen, daß es ihnen lediglich um ihre eignen Interessen zu thun war.

Die Stadtverordneten stimmten dem „Wunsche" zu und so wurde die Ersatzwahl ausgeschrieben. Schleunigst benannten darauf die Juden einen der Ihren als Kandidaten. Als man dann aber in der christlich-deutschen Bürgerschaft gegen diese Anmaßung auftrat, geschah in Köln dasselbe was wir oben bei den preußischen Landtagswahlen geschildert haben. Eine zweite Versammlung von jüdischen Wählern nahm einen so interessanten Verlauf, daß wir nicht umhin können, hier einen längern Bericht der „Köln. Volksztg." abzudrucken. Der Bericht lautet:

Zur Besprechung der bevorstehenden Stadtverordneten-Ergänzungswahl der zweiten Klasse waren die israelitischen Wähler aller Klassen in den Krystallpalast eingeladen worden. Dieser Einladung war so zahlreich entsprochen worden, daß nicht allein sämtliche Sitzplätze des großen Saales besetzt waren, sondern auch ein zahlreiches Publikum sich mit Stehplätzen begnügen mußte. Herr Stern, zum Vorsitzenden gewählt, erklärte, daß nach einer Mitteilung der Herrn Dr. Cisbach und Eisel die politischen Parteien im Interesse der Judenschaft wünschten, daß diese drei Kandidaten benennne und es den Parteien überlasse, daraus den ihnen passenden sich auszuwählen. Gegen diesen Vorschlag wandten sich mehre Redner, die darauf hinwiesen, daß von einer bereits stattgehabten kleinern Versammlung jüdischer Wähler Herr Dr. Bock als Kandidat be zeichnet sei. An diese Kandidatur möge man festhalten. — Herr Rechtsanwalt Meyer beschäftigte sich zunächst mit der bereits erwähnten kleinern Versammlung, deren Stellungnahme er als eine verfehlte bezeichnete. Einen besondern Vertreter habe seines Erachtens die Judenschaft zur Wahrung ihrer speziellen Interessen in der Stadtverordnetenversammlung nicht nötig. Die Vertreter der politischen Parteien hatten Recht, als sie bei Besprechung der Ersatzwahl für Liebmann betonten, daß auch ohne das Vorhandensein eines jüdischen Stadtverordneten die Interessen der Juden im Kollegium voll und ganz vertreten seien, indem alle Stadtverordneten als Vertreter auch der jüdischen Mitbürger sich betrachteten. Er erkenne an, daß die politischen Parteien einen Akt der Toleranz bethätigten, wenn sie den Platz des Herrn Liebmann wieder einem Juden einräumen wollten, aber als Geschenk, für welches man vielleicht noch sich bedanken solle, vermöge er das nicht einzusehen. Den Juden würde nicht der Anteil an der städtischen Verwaltung zugestanden, der ihnen nach ihrer Befähigung, von ihrer Zahl ganz zu schweigen, gebühre. Der eine Jude würde in der Stadtverordneten-Versammlung doch im Verhältnis 1 : 44 stehen. Die Kandidaten-Frage könne vollständig aus der Diskussion ausscheiden. Im Gegensatz zu der in der Gruppen-Versammlung gegebnen Absicht, Herrn Dr. Bock als Kandidaten der Juden den politischen Parteien vorzuschlagen, erklärte er, daß die Judenschaft mit der Ausnahl der Kandidaten nichts zu thun habe. Er beantrage jedoch, in dieser Versammlung das Vertrauen zu den Kandidaten Stübben und Bock auszusprechen. — Herr Dr. Auerbach wurde die Judenschaft, sich selbst den gelben Lappen anzuheften und sich als besondere Kaste zu bezeichnen. Er gebe nichts auf das Geschenk, welches die Liberalen den Juden mit dem einen Stadtverordneten zu machen beabsichtigten, er fürchte die Tonart auch, wenn sie Geschenke brächten. (Stürmischer Beifall.) In der Stadtverordneten-Versammlung seien keine jüdischen Interessen wahrzunehmen, wohl aber in den einzelnen Deputationen und Kuratorien. Juden da hineinzubringen, lehnten die Liberalen aber ab. Die Juden dürften sich bei der Stadtverordneten-Wahl nicht absondern. Bei den politischen Wahlen fragten die Liberalen nicht nach der Konfession (!), und bedenklich sei es, daß es hier geschehe. Wenn die Juden den ihnen gemachten Vorschlag annähmen, dann seien sie für alle Zeiten gebunden. Er warne, auf den Leim zu gehen. Man möge sich auf die gewünschte Benennung der Kandidaten nicht einlassen und mit der Ablehnung des Vorschlages bekunden, daß man als Juden eine Vertretung in der Stadtverordneten-Versammlung nicht für nötig erachte. Hier handle es sich um die Ehre der Juden. Stehen bleibe es unbenommen, innerhalb der Partei, der er angehöre, sich an der Wahl zu beteiligen. Redner, welcher unter dem steigenden Beifall der ganzen Versammlung gesprochen hatte, beantragte eine Resolution, welche besagt:

„Die durch öffentliche Bekanntmachung behufs Stellungnahme zur Stadtverordneten-Wahl einberufne Versammlung der jüdischen Wähler sämtlicher Wählerklassen lehnt es ab, Kandidaten zu benennen, da sie dieses als Aufgabe der politischen Parteien ansieht. Die Versammlung kann insbesondere nicht anerkennen, daß ein jüdischer Stadtverordneter sich besser als Vertreter der jüdischen Interessen eigne, als ein Mitglied einer der in der Stadtverordneten-Versammlung vertretenen politischen Parteien."

Zu Gunsten dieser Resolution zog Herr Rechtsanwalt Meyer seinen Antrag zurück, und auch die übrigen Redner stellten sich auf den Boden der Auerbachschen Resolution. Der Vorsitzende erklärte, daß, wäre er ein Sänger, er singen möge vor Entzücken (!), daß die Sache eine solche Wendung genommen habe. Er habe das Empfinden, als ob von allen ein Alb genommen sei. Jeder habe gefühlt, daß man den Juden etwas zumutete, was sich nicht gezieme. Lange Jahre werde es dauern, bis man der Judenschaft wieder mit einem solch entwürdigenden Antrage komme.

Nachdem noch Herr Rechtsanwalt Gottschalk u. a. die von dem Vorredner angezogen Gedanken ausgeführt hatten, wurde die Frage aufgeworfen, wie die Stellung aufgegeben werden könne, welche die Gruppen-Versammlung eingenommen und durch Mitteilung eines Kandidaten kundgegeben habe. Herr Rechtsanwalt Callmann bezeichnete sich als einen der Veranlasser jener Versammlung und erklärte, daß die heutige Versammlung das erreicht habe, was er gewollt, aber nicht habe erzielen können. Er werde versuchen, die Mitglieder der ersten Zusammenkunft zu bestimmen, daß sie den Beschluß der heutigen Versammlung als den maßgebenden anerkennen. Am Schluß der Versammlung wurde die Resolution des Herrn Auerbach einstimmig angenommen, welches Resultat mit lebhafter Befriedigung aufgenommen wurde.

Aus allen Reden klingt die Angst, der deutsche Michel könnte merken, daß die Juden trotz und alledem nur jüdische Interessen verfolgen. Unter kaum ernst zu nehmenden Schmeichelworten für die „politischen Parteien" verzichtet man deshalb auf eine Kandidaten-Benennung, weil den Juden doch nicht der Anteil an der städtischen Verwaltung zugestanden würde, den sie nach ihrer Befähigung (!) und ihrer Zahl zu fordern hätten. Sie verlangen also eine Standes- oder besser gesagt Stammesvertretung, wobei sie auf ihre Steuerleistung pochen. Stimmt man ihrer Geldsackpolitik nicht zu, so ist die „Gleichberechtigung" in Gefahr oder man übt keine „Toleranz".

Auffallend ist, daß in Köln selbst das Zentrum „einen Angehörigen der israelitischen Gemeinde" das Mandat überlassen wollte. Wenn Israel von allen Seiten so umbuhlt ist, dann muß ihm ja der Kamm schwellen, dann muß es ja förmlich dazu gedrängt werden, immer wieder mit seinen „konfessionellen Kandidaturen" zu kommen!

Der Meistertitel der Handwerker.

Das Handwerkergesetz zwingt die von ihm Betroffnen allmählich dazu, auf Grund seiner Bestimmungen sich einzurichten. Die Frage, ob freie Innungen oder Zwangs-Innungen vorzuziehen sind, wird demnächst wohl überall entschieden sein, leider nicht immer zu Gunsten der Zwangs-Innung, die z. B. im Berliner Bäckergewerbe an dem Widerstande des Magistrats und der Regierung scheiterte.

Digitized by Google

Besondre Bestimmungen sind im Gesetze über den Meistertitel enthalten, so daß über diese Frage nach dem Inkrafttreten des Gesetzes keinerlei Dunkel mehr herrschen kann. Voraussetzungen für die Berechtigung der Führung des Meistertitels ist die Besugnis zur Anleitung von Lehrlingen (24. Lebensjahr, Lehrzeit und Gesellenprüfung oder aber fünfjähriger selbständiger Gewerbebetrieb) und die Ablegung der Meisterprüfung. Das Recht auf den Meistertitel gewährt dem Handwerker nur die Berechtigung zur Bezeichnung als Meister. Wer den gesetzlichen Voraussetzungen nicht genügt, darf sich lediglich Fleischer, Schuhmacher, Tischler, Schmied, Schneider nennen, aber nicht Fleischermeister, Schuhmachermeister, Tischlermeister usw. Andre Rechte aber sind mit dem Meistertitel nicht verbunden, insbesondre ist das Recht zur Anleitung und zum Halten von Lehrlingen von ganz andern Voraussetzungen abhängig.

Eine Meisterprüfung gab es bisher auch schon, aber nur mit einer nur für den Eingeweihten kenntlichen Bedeutung. Nach § 84 der Gewerbe-Ordnung war es nämlich den Innungen gestattet, in ihren Satzungen die Aufnahme der Innungsmitglieder von der Ablegung einer Prüfung abhängig zu machen, die sich auf den Nachweis der Befähigung zur selbständigen Ausführung der gewöhnlichen Arbeiten des Gewerbes erstrecken konnte. Das neue Gesetz hat dagegen die Meisterprüfung zur Voraussetzung für die Führung des Meistertitels erhoben und ihr damit eine viel größere Bedeutung gegen früher beigelegt, darin liegt der prinzipielle Unterschied der Neuregelung. Außerdem sind die Prüfungsforderungen bedeutend erhöht worden. Ein bei unsern Handwerkern nicht seltner Mißstand, der auch eine der Ursachen der bedrängten wirtschaftlichen Lage des Kleingewerbes ist, war die mangelhafte, oft auch gänzlich fehlende Ausbildung in den für die kaufmännische Seite des Gewerbebetriebes unentbehrlichen Kenntnissen. Der kleine Meister ist oft nicht imstande, richtig die Kosten einer größern Arbeit voraus zu berechnen. Die Folge ist eine die Existenz bedrohende Ausdehnung der Unterbietungen und Preisdrückereien. Hierin Wandel zu schaffen, war eine der dringlichsten und zugleich vornehmsten Aufgaben des neuen Gesetzes. Daher ist der Kreis der Prüfungsgegenstände dahin erweitert worden, daß bei der Meisterprüfung neben dem Nachweis der Befähigung zur selbständigen Ausführung der gewöhnlichen Arbeiten des Gewerbes auch der Nachweis der Befähigung zur Kostenberechnung und insbesondre auch zur Buch- und Rechnungsführung zu erbringen ist.

Die Prüfung nimmt eine besondre Prüfungs-Kommission vor, die nach Anhörung der Handwerkskammer durch Verfügung der höhern Verwaltungsbehörde errichtet wird. Diese hat auch die Mitglieder zu ernennen. Von dem Ernennungsrechte glaubte man die Innungen und Innungs-Ausschüsse ausschließen zu müssen, da sie dem Prüfling gegenüber insofern nicht unbeteiligt sind, da er ja Meister und damit Konkurrent werden will. Außerdem glaubte man der Gefahr einer mißbräuchlichen Handhabung der Prüfungs-Bestimmungen wirksam vorbauen zu können, wenn man die Voraussetzungen für das Recht zur Führung des Meistertitels für alle Handwerker desselben Handwerks thunlichst gleichmäßig und einheitlich regelte. Den letzten Grund kann man als ungefähr richtig annehmen, jenen aber nicht, denn für so heruntergekommen halten wir das Handwerk doch noch nicht, daß seine Mitglieder einen unbescholtnen Gesellen den Meistertitel verlagen sollten, wenn er im übrigen allen Anforderungen genügt. Infolge dieses Polizei-Grundsatzes haben nunmehr die Handwerker mit der Prüfungs-Kommission nichts weiter zu schaffen, als daß die Handwerkskammer die Prüfungs-Ordnung aufstellen, durch die das Verfahren vor der Kommission, der Gang der Prüfung und die Höhe der Prüfungs-Gebühren geregelt wird. Die Kosten der Prüfungs-Kommissionen trägt die Handwerkskammer, der dafür die Prüfungs-Gebühren zufließen. Die Zeugnisse über die Meisterprüfung sind kosten- und stempelfrei. —

Als kleines Zugeständnis ist neben dieser staatlichen Meisterprüfung den Innungen das Recht belassen worden, auch ihrerseits Meisterprüfungen abzuhalten, deren alleiniges Bestehen aber nicht zur Führung des Meistertitels berechtigt. Im wesentlichen haben daher diese Meisterprüfungen nur Bedeutung für Innungen von Nicht-Handwerkern.

Auf die unbefugte Führung des Meistertitels steht eine Geldstrafe bis zu 150 Mark oder Haft bis zu vier Wochen.

Diese Bestimmungen greifen also in die alten Verhältnisse recht schneidend ein, deshalb war es auch geboten, für die Übergangszeit besondre Anordnungen zu treffen, um ältere Rechte nicht zu schädigen. Wer beim Inkrafttreten des Gesetzes persönlich ein Handwerk selbständig ausübt, ist ohne weiteres befugt, den Meistertitel zu führen, wenn er in seinem Gewerbe die Erlaubnis zur Anleitung von Lehrlingen besitzt, also das 24. Lebensjahr vollendet und mindestens eine zweijährige Lehrzeit hinter sich hat. Der Handwerker, der sein Gewerbe beim Inkrafttreten des Gesetzes nicht selbständig ausübt, muß dagegen, um den Meistertitel führen zu können, die Prüfung ablegen. Indessen darf die Behörde in gewissen Fällen während der Übergangszeit von den Anforderungen absehen.

Wenn wir auch diese Bestimmungen ebensowenig für eine durchgreifende Hilfe für das Handwerk halten, wie die übrigen Anordnungen des Gesetzes, weil die Prüfung lediglich eine fakultative ist, so hoffen wir doch, daß damit ein fester Boden geschaffen werden wird, auf dem wir bis zum Befähigungsnachweis weiter bauen können.

Die Berliner Juden.

Die Berliner Stutzer und junge Geistrte, die keinen Zutritt zu den Vornehmen haben oder suchen, wenden sich zum Ersatz an reiche jüdische Häuser. Die Gebildeten dieser Nation machen eine besondre Klasse aus, die gegenwärtig mehr Einfluß gewinnt, als ihre getauften Mitglieder ihnen zugestehen möchten.

Wenn unter diesem Samen Abrahams, der immer zahlreich wie der Sand am Meere gewesen ist, sich einige gute spekulative Köpfe ausgezeichnet haben, so ist das unter der ungeheuren Menge immer sehr wenig, und sie sind auch unaussprechlich eitel darauf. Ewig vergessen sie es nicht, daß sie einen Moses Mendelsohn gehabt haben, und Juden und Judengenossen beugen noch immer ihre Kniee vor diesem ihren Lumen, indes hunderte ebenso verdienstvolle Gelehrte, die aber keine solche Einzelerscheinungen waren, vergessen sind. Streben nach Bildung ist ihnen nicht abzusprechen. Besonders zeichnen sich die jüdischen Frauen durch einen gewissen Anstrich von Geistesbildung und Empfänglichkeit für Schöne vor ihren christlichen Rivalinnen aus, doch sind sie in Wahrheit weit ab von dem wahren Geschmack, der ist, wie sie thun, in Extreme und Übertreibungen verfällt. Sie mögen sich hüten die Töchter Israels! Schon streifen sie hart an Verbildung. Durch den häufigen Umgang mit Gelehrten sind sie verleitet worden, die höhern Stufen der Kultur ersteigen zu wollen, ohne die mittlern berührt zu haben; und Kant und Philosophie, und Goethe, Kunst, Geschmack und Italien sind die Stichwörter ihrer Aufklärung, die sie gern bei den alltäglichsten Erscheinungen hoch tönen lassen.

Ueberhaupt sind sie, ein Geschlecht wie das andre, oft vorlauter und arroganter, als es ihr Verhältnis zur Gesellschaft ihnen gestattet. Dies Verhältnis in ein die Menschheit ehrendes Gleichgewicht zu setzen, dazu wird ihnen weder Goethe noch Kant behilflich sein, sondern nur ein ganz schlichtes humanes Benehmen und vernunftmäßiges Entgegenkommen durch einen gesunden Menschenverstand und Ablegen des anspruchvollen Starrsinns, der sie stets zum Vorwurf der Abneigung aller ältern und neuern Völker gemacht hat.

Aber wie kann das geschehen?

Die Verständigen unter ihnen halten sich still und wollen nicht den Vorwurf der Abtrünnigkeit bei der Gemeinde auf sich ziehen, die andern wähnen sich in ihrer unsäglichen Abgeschmacktheit schon gut genug zu sein.

Wir entnehmen diese Auslassungen einem Briefe über die sozialen Zustände Berlins, dessen Verfasser wohl die meisten

Digitized by Google

Leser im Lager der heutigen Antisemiten zu suchen geneigt sein dürften. Dort steckt er aber nicht, sondern der Brief ist verfaßt von einer Dame und vor genau hundert Jahren veröffentlicht in der Zeitschrift „Jahrbücher der preußischen Monarchie unter der Regierung Friedrich Wilhelms des Dritten“. Allerdings könnte er ebenso gut heute geschrieben sein, Beweis genug, daß die Ausnahmestellung, die die Juden auf der ganzen Erde zu allen Zeiten und unter allen Völkern eingenommen haben, durchaus keine ihnen aufgedrungene, sondern eine von ihnen selbst mit Bewußtsein herbeigeführte und beanspruchte ist, und daß es die Geschichte auf das Gröblichste verkennen oder gar fälschen heißt, wenn immer und immer wieder behauptet wird, daß der allenthalben auf ihnen lastende Druck sie erst zu dem gemacht, was sie so abstoßend erscheinen läßt.

Die Möglichkeit, in einer Nation aufzugehen, hat den Juden eigentlich nie gefehlt, sie haben es einfach nie gewollt und wollen es auch heute nicht. Darum war auch die Emanzipation der Juden ein überaus großer Fehler, denn sie beruht auf der grundfalschen Voraussetzung, daß den Juden die Möglichkeit gegeben werden müsse, uns gleich zu werden. Nicht die Möglichkeit, nein den Willen hätte man ihnen geben müssen, und da man das nicht konnte, so hätte man gemäß der jüdischen Anschauung die ganze Sache danach regeln sollen, daß der Jude eine Ausnahmestellung durchaus verlangt!

Auf dieser Linie kann sich demgemäß unsre zukünftige Gesetzgebung auch nur bewegen. +

Sozialismus und Sozialdemokratie.

Diese beiden Begriffe werden vielfach gleichartig angesehen, so völlig unrichtig das auch ist. Der Sozialismus ist eine Wirtschaftsform, die den gesamten Arbeitsbetrieb nicht mehr einzeln, sondern von der Gesamtheit betrieben wissen will. Die Sozialdemokratie aber ist eine radikale politische Parteibildung, die in wirtschaftlicher Beziehung den Sozialismus als Programmpunkt aufgenommen hat. Dies können ebensogut auch andre Parteien thun. Das heißt: Man kann ein strenger Royalist und doch ein Sozialist sein. Wem dies nicht einleuchtet, der hat das Wesen des Sozialismus nicht begriffen, der, wie gesagt, lediglich eine Wirtschaftsform ist. Wirtschaftsformen aber wechseln je nach der Entwicklung der Menschheit und können dies auch, unbeschadet der höchsten Güter eines Volkes, die dadurch in keiner Weise berührt zu werden brauchen.

Ist nun der Sozialismus, der augenblicklich so energisch in den Vordergrund tritt, dem Millionen folgen, ein künstliches Erzeugnis, das wieder vergehen wird? Mit nichten. Die Entstehung des Sozialismus war naturnotwendig mit der Entstehung und dem Anwachsen des maschinellen Dampfbetriebes. Dieser erfordert große Geldmittel; er kann also nur von reichen Leuten, ja meistens sogar nur durch das Zusammentreten vieler reicher Leute in die Hand genommen werden. Dann aber bringt er hundertfältige Frucht. Der maschinelle Dampfbetrieb macht also das an sich starke, leistungsfähige und zeugungskräftige Kapital gewissenmaßen im Quadrat stärker, während es der einzelnen, menschlichen, nicht mit Kapital ausgerüsteten Arbeitskraft allgemein genommen, einfach unmöglich ist — Ausnahmen bestätigen nur die Regel —, sich zu einem Kapitalisten hinaufzuarbeiten. Rechnet man hierzu, daß unsre Millionäre sich zwar gern ihrer Millionen freuen, sich aber nur selten der Pflichten des Reichtums bewußt sein wollen, so ist es kein Wunder, daß das Maschinen-Menschen-Proletariat sich gewissermaßen nach Erlösung aus diesem Zustande und nach einer Wirtschaftsform sehnt, die es ihm ermöglicht, auch ohne Kapitalbesitz zu einem bestimmten materiellen Sein zu gelangen.

Welches Interesse hat nun die Krone an der Sache? Für die Krone ist die Wirtschaftsform an sich gleichgiltig. Eine starke Monarchie verträgt jede Wirtschaftsform. Eine volksfreundliche Monarchie aber wird naturgemäß die Wirtschaftsform wählen, bei der das Volk sich am wohlsten fühlen kann. Je größer das materielle Wohlbehagen der Bevölkerung ist, desto fester wurzelt die Monarchie im Herzen des Volkes. All die Schlachten und Siege Heinrichs IV. hat der französische Bauer vergessen; aber unvergessen blieb bei ihm hasten, daß der König angeblich gesagt, in seinem Lande solle der Bauer Sonntags ein Huhn im Topfe haben. Die einzelnen Individuen sind für den Monarchen nur Unterthanen, die seinem Herzen gleich teuer sind. Wenn ein Fabrikherr und tausend Arbeiter sich streiten, so wird der Monarch an dem Gesichte der tausend Arbeiter ein tausendfach größeres Interesse nehmen, als an dem des einen Fabrikherrn. Dies ist natürlich cum grano salis zu verstehen. Es wird neben der Person immer noch schwer in das Gewicht fallen, was sie im besondern für das Königtum und für das Vaterland leistet, oder ob sie sonst irgend einen Anspruch auf besondre Behandlung erheben kann. Das Königtum hat des weitern gar kein Interesse an Millionären und erst recht nicht an mehrfachen Millionären. Es hat im Gegenteil lediglich Interesse an kleinen Vermögen, bei gegenwärtiger Geldlage etwa an solchen von dreißig- bis hunderttausend Mark. Stiege mit dem Reichtum des einzelnen auch der hohe Sinn und das Pflichtgefühl, dann hätten Krone und Staat allerdings ein lebhaftes Interesse, Millionäre zu erzeugen. Gewöhnlich aber pflegt das Umgekehrte der Fall zu sein, und Krone und Staat haben daher lediglich ein Interesse daran, das Anhäufen des Geldes bei einzelnen Personen durch gesetzgeberische Maßnahmen thunlichst zu verhindern. Übermäßig reiche Leute sind für die Monarchie von sehr zweifelhaftem Werte. Vermögen, wie die Rothschildschen, sind aber geradezu staatsgefährlich.

Welche Wirtschaftsform für das Volk am wohlthätigsten sei, das zu erkennen ist für den Monarchen allerdings sehr schwer. Von 1868 bis 1878 wurde in Preußen-Deutschland eine Wirtschaftsform gehandhabt, unter der das Land zu verarmen anfing, das Manchestertum, ein Kind des Liberalismus. Es bleibt ein unvergessenes Verdienst des Fürsten Bismarck, daß er durch in seinen Vortrag bei dem alten Kaiser eine neue Wirtschaftsform Vorschlag brachte, unter der das Deutsche Reich wenigstens materiell wieder gedieh. Jetzt stehen wir vor der Thatsache, daß abermals eine neue Wirtschaftsform notwendig werden wird —: Wer hält diesen Vortrag?

Der Sozialismus als Wirtschaftsform findet seine natürliche Grenze: es ist dies das menschliche Wohlbefinden. Er darf niemals politischer oder sonstiger Selbstzweck werden, sondern er darf nur Wirtschaftsform sein, um Behagen zu erzeugen. Tief im menschlichen Herzen haftet die Freude am Eigentum. Wir müssen daher zwischen einem radikaleu Sozialismus und einem bedingten unterscheiden. Der radikale strebt die vollständige Aufhebung des Einzelnen, das mit allen Arbeitsmitteln in den gemeinsamen Besitz der Nation übergeht, und dem Einzelnen seine Arbeit und den Lohn dafür zumißt. Diese Art Sozialismus ist undurchführbar, er würde sehr bald an den allgemeinen Unwillen wieder zusammenbrechen, wenn man ihn wirklich einführen wollte, denn er trägt nicht dem Wohlbehagen des Einzelnen Rechnung. Der bedingte Sozialismus aber, der die wirklich großen maschinellen Betriebe der Gesamtheit überweist, wird nach unsrer Ansicht unzweifelhaft die Wirtschaftsform der Zukunft sein. Es sieht auch sicher nichts im Wege, diesen Sozialismus zu verkörpern. Freilich darf dabei nicht fiskalisch, sondern es muß wirklich sozial verfahren werden. Eine große sozialistische That, die Verstaatlichung der Eisenbahnen — denn was ist sie bei anders als Sozialismus? — haben wir hinter uns. Sie ist ohne Schwierigkeiten von Statten gegangen. Aber sie hat ihren vollen Segen nicht im Gefolge gehabt; sie ist bisher noch zu sehr fiskalisch durchgeführt worden. Anstatt, daß in erster Linie darauf gesehen wird, daß die gesamten Betriebsbeamten bis zum kleinsten Arbeiter herab gut gestellt werden — denn sie sind am Ende die nächsten dazu —, sind die Hauptsache die „Überschüsse“, die der Eisenbahn-Etat liefert. Aehnlich steht es mit der Post, die auch jährlich erkleckliche Überschüsse liefert, dafür einen Teil ihrer Beamten körperlich enorm in Anspruch nimmt, und doch nur mäßig bezahlt. Ein solcher fiskalischer Sozialismus macht keine zufriedenen Leute.

Digitized by Google

Die Hunderttausende unsrer Arbeiter sind, abgesehen von einigen „bewußten" Führern, nicht Sozialdemokraten, aber sie sind Sozialisten bis auf die Knochen; und wer sie der Sozialdemokratie abwendig machen will, muß ihnen den Sozialismus bieten. Unfall-Gesetz und Invaliden-Versicherung sind arbeiterfreundliche Gesetze; aber den Kernpunkt treffen sie nicht. Sie haben weiten Kreisen große Lasten auferlegt, und doch keinen Sozialdemokraten gewonnen. Die Arbeiterschutz-Gesetze greifen schon tiefer; aber den Sozialismus bringen sie auch nicht. Der Sozialismus aber bildet die Zähne und Krallen der Raubtiers Sozialdemokratie. Man beraube sie dieser scharfen Waffen, und sie wird vergehen, wie der Schnee in der Sonne. Die Partei hat die Zukunft in Deutschland, die sich den Sozialismus inkorporiert.

Und nun die nächsten Zielpunkte. Festzuhalten bleibt, daß ein rechter und gesunder Sozialismus immer nur ein bedingter sein kann. Er wird sich auf die großen Maschinenbetriebe beschränken und den Handbetrieb immer dem Individualismus überlassen müssen. Auch die Landwirtschaft ist kein Objekt des Sozialismus. Die Anbauung des Bodens ist ein Handbetrieb. Sie ist so mühsam und so wenig lohnend, daß sie in der Freude am Eigentum einen naturgemäßen Ansgleich haben muß. Der Boden bedarf auferdem, wenn er gut tragen soll, liebevoller Behandlung, und diese wird um so stärker, je mehr sie sich vom Vater auf den Sohn vererbt. Für den Landbau also ist der beste Sozialismus beseitigter Grundbesitz, für das Ritter-, wie für das Bauerngut. Aber dem Gemeinbetriebe könnten übergeben werden — in wenigen Jahren und ohne große Störungen — die Hütten-Industrie, die Eisen-Industrie, die Textil-Industrie und vor allem das Versicherungswesen und die Hypotheken-Banken. Wenn das in wirklich sozialer und nicht wieder fiskalischer Weise geschieht, so wäre es ein Stoß in das Herz der Sozialdemokratie. Welch ein volkswirtschaftlicher Segen überdies, wenn diese Gegenstände dem Börsenspiel entzogen würden. Es wäre zugleich eine natürliche Lösung der Judenfrage; denn die Börsianer würden dann auswandern.

Aber wo ist der Mann, der für diese Lösung an ausschlaggebender Stelle auftreten kann? Und wo ist der Mann, der die neue Wirtschaftsform dann mit fester Hand zur Durchführung bringt?

Ein „deutscher" Liederkranz.

In Haigerloch, dem Hohenzollernschen Ursitze der Hebräer, wo sie noch unversälscht durch moderne Kultur sich in ihrer Stammes-Eigentümlichkeit erhalten haben, machte sich längere Zeit eine wunderbare Bewegung unter den Juden geltend. Durch einige neuerungssüchtige, jüngere Elemente, die sich in der Welt etwas umgesehen hatten, scheinen Reform-Ideen in die sonst starr orthodoxe Judengemeinde hineingetragen worden zu sein. Es kam zu gewaltigen lärmenden Szenen im Judentempel und dem aus der Polakei bezogenen Rabbiner wurde das Amtieren recht sauer gemacht. Schließlich erlebte man sogar eine allgemeine Rauferei vor dem Tempel, wobei nicht nur ein unnachahmlicher entsetzlicher Lärm gemacht, sondern auch tüchtig Schläge ausgeteilt wurden. In der Haigerlocher Judenschaft scheint noch etwas von den altestamentarischen Makkabäer-Eigenschaften haften geblieben zu sein — die beiderseitige Tapferkeit der Orthodoxen und Reformer läßt sich nicht gut anders erklären. Vor dem Forum des Landgerichts zu Hechingen hatte die Schlacht im Haag (so heißt der jüdische Stadtteil Haigerlochs) später ein kleines Nachspiel.

Jetzt ist wieder Friede in die Judenschaft eingekehrt, auf das Schlagen scheint nach dem bekannten deutschen Sprichworte das Vertragen gefolgt zu sein, wenigstens ist im Frieden die Fahnenweihe und das zehnte Stiftungsfest des (jüdischen) Liederkranzes gefeiert worden. Der Festbericht im „Haigerlocher Boten" ist so orientalisch angehaucht, daß es uns wie die Schilderungen eines Flavius Josephus anmutet. Die Leistungen der Mitglieder waren, wie „gewöhnlich", gut, die Reden „mustergiltig", die Kostüme „pomphaft", das Bild „bezaubernd", der Reiz „bestrickend" — oh, was waren die Olympischen Spiele im klassischen Athen für zwerghafte Leistungen gegen die großartigen Darstellungen der Orientalen im Haag zu Haigerloch!

Die Festrede des Herrn Nathan Levi war denn auch dementsprechend. Von einem „morgenländischen Sprichworte" schloß er auf das, was „deutsche Sitte und deutscher Brauch seit altersgrauer Vorzeit" gewesen. Vom „deutschen Liede" und „deutschen Klassikern" wußte Herr Levi nicht genug zu erzählen; seine Stammesgenossin Emma Ullmann nannte er sogar „unsre Lerche" — weshalb er hier das Beiwort „deutsche" fortließ, war uns unerfindlich — und zum Schluß rief er mit Emphase: „Der liebe Gott segne das Banner! Er segne die Sänger!" — — —

Wie mag den anwesenden deutschen Christen wohl zu Mute gewesen sein, als sie diesen Segensspruch aus jüdischem Munde über sich ergehen lassen mußten?

Und der Leiter eines solchen Vereins ist ein Mann, der in den Kreisen sachverständiger Tonkünstler sich als Redakteur der „Neuen Musikztg" (Köln) einen Namen gemacht hat. Sollte es ihm wirklich nicht aufgefallen sein, daß seine Bestrebungen für die Hebung der deutschen Tonkunst bei allen Deutschen nur unter den Lobeserhebungen der Viehhändler aus dem Haag leiden müssen? Wenn diese ohne einen eignen Liederkranz nicht auskommen können, so soll man sie einfach unter sich lassen!

Fleischnot und Fleischteurung.

In der freisinnigen und sozialdemokratischen Presse findet man — wie vor einiger Zeit über Brotteurung — augenblicklich über Fleischteurung die bittersten Klagen. Dadurch soll die städtische Bevölkerung gegen den „begehrlichen Agrarier" aufgehetzt werden, der natürlich an allem schuld ist, weil er sich „dem Staat an die Roschchöße hängt und Zollschutz nebst Absperrung vom Ausland auf allen Gebieten verlangt".

Von dem angeblichen „Brotwucher der Agrarier" ist es stiller geworden, sei es, daß man in unsrer schnell lebenden Zeit die Agitationsmittel ebenso rasch wechselt wie die Mode, oder weil die Thatsachen und Ereignisse des letzten Jahres auf diesem Gebiete auch jenen Kreisen die Ueberzeugung aufgedrängt haben, daß der „Brotwucherer" nicht der Landwirt ist, sondern daß er dem sogenannten Freisinn näher steht als der Landwirtschaft.

Wie steht es nun mit der Fleischnot? Haben wir zur Zeit Fleischnot und wodurch ist sie entstanden? Haben wir gegenwärtig höhere Preise fürs Schlachtvieh als früher, und wodurch sind sie bedingt? Nimmt man eine politische oder landwirtschaftliche Zeitung zur Hand und sieht die Berichte über Viehmärkte auf dem Lande oder in den städtischen Schlachthöfen durch, so ist dort gar zu häufig zu lesen: „Handel blieb flau, trotz durchgehends fallender Preise" — „Geschäftsgang schleppend" — „Es blieben noch so und so viel Stück als Überstand (Husum meldet z. B. am 28. September „808 Stück Hornvieh unverkauft")" — „Zum Schluß verstaute der Markt und wurden Schweine unter Notiz eingekauft" — „Geschäftsgang mittelmäßig". Daraus geht deutlich hervor, daß es am Zutrieb von Tieren nicht fehlt.

Der Ueberfüllung der Viehmärkte entsprechend sind auch die Viehpreise seit Jahresfrist mit wenigen Ausnahmen zurückgegangen, nach der amtlichen Statistik sind z. B. die Preise am Berliner Viehmarkte pro 100 Kilo vom September 1897 bis Juni 1898 für Rinder von 120 auf 112 Mark, für Schweine von 116 auf 104 Mark für je hundert Kilo gefallen.

Schlimmer aber noch wie an den großen Märkten liegen Preise und Absatzmöglichkeit für Schlachtvieh auch dem Lande. Die Landwirte, die in der Händlerpresse die schwersten Klagen über Vieh- und Fleischnot lesen, müssen sich erstaunt fragen, ob sie denn am hellichten Tage träumen. Mit Ausnahme von Schweinefleisch sind die jetzigen Fleischpreise wesentlich billiger als in den Jahren 1870 bis 1882. Die Nachfrage nach Rind

Digitized by Google

vieh und Kälbern ist eine sehr geringe, Hammel sind überhaupt kaum loszuwerden. Während früher für Ochsen und gute Bullen z. B. in der Provinz Brandenburg 36 bis 40 Mark für hundert Pfund Lebendgewicht bezahlt wurden, sind jetzt kaum 27 bis 31 Mark zu erlangen. Hammel kosteten 33 bis 42 Mark, jetzt 20 bis 25 Mark, Schweine 40 bis 48 Mark, jetzt 42 bis 45 Mark. Dabei werden die Händler damals nicht so wählerisch wie heute, wo durchschnittlich bessere und jüngere Ware zum Markte kommt. Die Märkte Ostpreußens werden durchweg mit gutem Schlachtvieh in solcher Menge beschickt, wie noch in keinem Jahre zuvor. Von Händlern und Fleischern wird kaum ein Viertel des Auftriebes zum Transport nach Großstädten aufgelaufst. Dementsprechend sind die Preise recht gering. Es werden für hundert Pfund Lebendgewicht 18 bis 24 Mark und nur für allerfeinste Ware — junge, fette Färsen — 24 bis 26 Mark gezahlt. Die harmoniert nun das starke Angebot mit dem angeblichen Mangel an Schlachtvieh, wie vertragen sich diese geringen Preise mit der sogenannten Fleischteuerung? In Thorn kostet das Schweinefleisch 80 Pf., für Mastschweine werden aber auf dem Markte für hundert Pfund Lebendgewicht mit 3 v. H. Tara nur 40 Mark gezahlt, was allerhöchstens einen Preis von 55 bis 60 Pf. für das Pfund Fleisch rechtfertigen würde.

Und nicht nur im Osten ist es so, sondern auch im Westen. Die Bremer Vieh-Kommissionäre geben nämlich auf Grund ihrer Bücher für die Jahre 1894 bis 98 folgende Septemberpreise für Schlachtvieh für hundert Pfund Fleischgewicht an: Der Höchstpreis in den genannten fünf Jahren betrug für Stiere 62, 64, 54, 57, 58 Mark; für Ochsen 68, 68, 59, 64, 64 Mark; für Kühe 65, 65, 56, 59, 60 Mark; Queuen 67, 67, 58, 62, 62 Mark; Schweine 60, 49, 50, 61, 61 Mark; Kälber 90, 85, 70, 80, 85 Mark; Schafe 70, 65, 60, 65, 65 Mark. Nach diesen aus den Büchern der Vieh-Kommissionäre und nicht etwa aus agrarischen Quellen stammenden Preisangaben müßten die Leute in Bremen ihr gesamtes Fleischbedürfnis in diesem angeblichen Notjahre durchschnittlich billiger befriedigen können, als in den Jahren 1894 bis 1895, denn mit alleiniger Ausnahme der Schweine sind die Schlachtvieh-Preise im September d. J. um 5 bis 6 Mark niedriger gewesen als in den genannten Jahren.

Ebenso sieht es in Süddeutschland aus.

Woher stammt also das Geschrei über teure Preise? Das Großhändlertum hat einen Ring gebildet, um dergestalt die ihm lästigen Einfuhr-Beschränkungen für lebendes Vieh loszuwerden. Nun sind aber Gesetze zum Schutze des einheimischen Viehbandels gegenüber dem Auslande in den letzten Jahren überhaupt nicht erlassen worden, also können alle Ausfälle der Manchesterpresse nur darauf abzielen, der längst bestehenden Seuchen-Gesetzgebung den Garaus zu machen. Anscheinend handelt es sich vorläufig um die Beseitigung der Verfügung der deutschen Regierung vom 18. Februar d. J., die die Rückweisung der durch die Tuberkulinprobe als tuberkelverdächtig ermittelten dänischen Rinder anordnete. Also nicht für dänisches Schlachtvieh überhaupt, sondern nur für solches Schlachtvieh ist die Grenze gesperrt, das bei der amtlichen Tuberkulinprobe als tuberkelverdächtig sich erwiesen hat und das daher nicht einmal von der dänischen Regierung ins eigene Land zurückgelassen wird.

In unterrichteten Kreisen glaubt man aber nicht daran, daß sich die Aktion der Händler usw. im allgemeinen gegen die Seuchen-Gesetzgebung richtet, sondern daß es sich um ganz andre Interessen handelt.

Seit längerer Zeit ist nämlich ein Gesetz über eine Reichs-Fleischschau geplant. Der Entwurf wird sehr gehein gehalten und ist im Deutschen Reiche niemandem als den Bundes-Regierungen bekannt. In Amerika kennt man ihn merkwürdigerweise desto besser und allgemeiner. Der Gesetz-Entwurf ist bei uns von Geheimräten und Tierärzten angefertigt, ohne daß die Landwirte und namentlich die Schlächter, die doch später praktisch damit umgehen sollen, irgendwie gehört wurden. Entschieden praktischer sassen aber die Amerikaner die Sache an, denn die amerikanische Regierung hat einen in der Theorie ebenso wie in der Praxis erfahrenen Mann, Professor Stiles, der amerikanischen Botschaft in Berlin beigeordnet, sozusagen als Schweinefleisch-Attachee! Unter dem Vorwande, die Beschwerden der deutschen Regierung über die Trichinenfunde zu prüfen, hat er sich überall einzudrängen verstanden und ist obendrein sogar noch liebenswürdig aufgenommen, weil er sich den Anschein zu geben wußte, als ob er die Beschwerden der deutschen Bevölkerung über das amerikanische Fleisch in der Hauptsache für begründet erachte. Er hat sich nicht nur auf gelehrte Schriften, wie unsre Regierungsvertreter das gethan haben würden, beschränkt, sondern er gab, um die Verbreitung des amerikanischen Fleisches im Deutschen Reiche zu fördern, Gutachten mit einem wissenschaftlichen Anstrich, damit sie von den deutschen Importeuren als Reklame für die amerikanischen Fleischwaren benutzt werden konnten.

Sobald Herr Stiles alles gesehen hatte, was er sehen wollte, und erfahren hatte, was er wünschte, erschienen plötzlich vier Direktoren der ersten Fleischausfuhr-Gesellschaften Amerikas in Deutschland. Sie fuhren vier Wochen lang zwischen der amerikanischen Botschaft in Berlin, der Herr Stilles beigeordnet ist, und Hamburg hin und her. Es waren das die Direktoren der North Packing u. Provisions-Co., Swift & Co., Cudahy & Co. und selbst Mr. Kirschheimer von der Firma Schwarzschild u. Sulzberger Co., der sich erst kürzlich verheiratet, hatte seine Hochzeitsreise unterbrochen, um das Deutsche Reich zu besuchen. Etwa vier oder fünf Wochen nach ihrem Erscheinen wurde Anno Louise Mohr, der nationalliberale Abgeordnete, der im Nebenamte Margarine herstellt, in eine Aktiengesellschaft mit sieben Millionen Mark Kapital umgewandelt, ebenso die Haupt-Einfuhr-Firma amerikanischer Produkte, Schaub & Co. mit sieben Millionen Mark. Ferner erschien auf der Bildfläche ein Vertreter der Firma Simon Pfannenberg in London, die einen großen internationalen Handel mit amerikanischen Fleischwaren und Fetten treibt, und in aller Stille werden eine größere Anzahl Dampfer für den Fleischtransport hergerichtet.

Fragt man, was diese Leute, die nur mit Millionen zu operieren gewohnt sind, bei uns wollen, so erhält man die Antwort darauf in den amerikanischen Fachzeitungen. Sie erklären, daß zwar diese Herren vor ihrer Abreise geflissentlich das Gerücht verbreitet hätten, sie wären zum Vergnügen nach Deutschland gereist, aber unter allen Interessenten des Fleischhandels sei genügend bekannt, daß sie nach Deutschland gegangen seien to land big contracts zum fette Kontrakte aufs Trockne zu bringen. Verfolgt man einigermaßen die amerikanischen Zeitungen, so sieht man, wie sich dort alles damit beschäftigt, das erwartete Fleischschau-Gesetz usw. zu einem großartigen Geschäft für Amerika auszunutzen. Die Zeitungen wissen zu berichten, daß es bereits gelungen sei, durch Drohung mit Wiedervergeltungs-Maßregeln die Bestimmungen des ersten Entwurfs abzuändern, die besonders der amerikanischen Einfuhr nachteilig waren. Ebenso soll der deutsche Gesandte in Washington auf einem ihm zu Ehren gegebenen Diner die Thatsache zum Ausdruck gebracht haben, daß das neue Fleischschau-Gesetz eine den amerikanischen Interessen günstige Fassung erhalten werde. Nach einem offenbar von der Regierung inspirierten Artikel der „Hamburger Nachrichten“ vom 13. November, überschrieben: „Das Fleischbeschauwesen“, scheint diese Angabe der amerikanischen Zeitungen nicht ohne Hintergrund zu sein. Man darf wohl billig fragen, welche Vorteile das Deutsche Reich etwa für seine Zugeständnisse in der Fleischschau-Frage eintauschen wird: Merkwürdigerweise verlautet darüber bis jetzt noch garnichts, weder bei uns, noch in Amerika, wo man doch sonst über die Verhandlungen so gut unterrichtet ist.

Aus dieser kurzen Darstellung des Treibens auf amerikanischer Seite ist ersichtlich, welch ungeheure Gefahr dem deutschen Landmann, Schlächter und — Fleischesser von Auslande her droht. Dem Fleischesser, weil fast kein Tag vergeht, an dem nicht in amerikanischen Fleischwaren Trichinen entdeckt werden, weil das Fleisch minderwertig, vielfach giftig ist. — Wir aber streiten uns über die Grenzsperre für lebendes Vieh. Gegen diese wird die öffentliche Meinung von der freisinnig-manchesterlichen Presse mit großer Wucht unter dem Schlagworte „Fleisch-

Digitized by Google

not" getrieben. Das ist ein Scheinmanöver, bestimmt, die Aufmerksamkeit von dem Hauptangriff, dem durch die Fleischeinfuhr drohende Gefahr zu übersehen, obgleich sie die weitaus größere ist, denn Fleischtransport ist viel billiger als Viehtransport. Unsere Landwirte, unsere Schlächter und unser Publikum haben aber alle Ursache, zu verlangen, daß man sie bei den schwebenden Verhandlungen höre, denn was die amtlichen deutschen Unterhändler bei Abschluß der letzten Handelsverträge, des Sanzibar- und Delagoabai-Vertrages geleistet haben, ist wirklich nicht der Art, daß es zu blindem Vertrauen ermuntern könnte!

Bei den Amerikanern handelt es sich vor allem um die Einfuhr von Schweinefleisch. Und grade dabei ist unser kleiner und mittlerer Bauer am meisten beteiligt. Von den 8 850 000 Schweinen, die am 1. Dezember v. J. in Preußen gezählt wurden, befanden sich nämlich im Besitz ganz kleiner Leute mit weniger als einem Hektar Acker 1 740 659. Auf Besitzungen unter zehn Hektar befanden sich weitere 3 347 000 Stück Schweine. Diese kleinen und kleinsten Bauern besaßen also zusammen fünf Achtel des gesamten Schweinebestandes in Preußen. Die mittlern Bauern mit zehn bis fünfzig Hektar Grundbesitz hatten weitere 2 659 031, die etwas größern mit fünfzig bis hundert Hektar Besitz 415 129 Stück Schweine. Es bleiben mithin für alle preußischen Landwirte mit mehr als hundert Hektar Besitz, die man doch auch nur zum kleinern Teil zu den Großgrundbesitzern rechnen kann, kaum zehn v. H. des Gesamt-Schweinebestandes im Lande übrig. Noch diesen unanfechtbaren Angaben wird es doch wohl klar sein, daß grade die kleinen und kleinsten Ackerbauern, Landarbeiter und ländlichen Handwerker das bei weitem größte Interesse daran haben, daß unsre heimische Schweinezucht vor der schweren Schädigung durch die Einfuhr minderwertigen amerikanischen Fleisches geschützt werden muß.

Zu Weihnachten wird Israel — wie immer — das beste Geschäft machen. Das ist ja auch gar nicht anders zu erwarten, denn jüdische Bazare und jüdische Kaufläden schießen wie Pilze aus der Erde und ziehen die lieben deutschen Michel so unwiderstehlich an, wie etwa ein kleiner Nachtfalter sich die elektrische Lampe zum Ziel nimmt.

Wann endlich wird der deutsche Christ einsehen, daß er durch sein Laufen zum Juden und sein Kaufen beim Juden an seinem eignen Volke ein schweres Unrecht begeht?

Denkt die deutsche Hausfrau, denkt das deutsche Mädchen nicht daran, wie mancher Schweißtropfen grade an jüdischer Ware hängt? Weiß sie, ob grade an dem aus einem solchen Bazare erstandnen Stücke, das sie einem ihrer Lieben unter den Christbaum legt, nicht vielleicht die Ehre einer ihrer Mitschwestern hängt? Denkt sie daran, wie sie dadurch auch dem reellen deutschen Kaufmann jeden ehrlichen Wettbewerb unmöglich macht?

Die Juden haben nichts mit unserm christlich-deutschen Weihnachtsfeste zu thun, deshalb sollen sie es auch nicht zur Bereicherung ihrer Taschen benutzen! Wer es also ehrlich mit sich und seinem Nächsten meint, der kaufe nur in deutschen Geschäften, nur beim ehrlichen Handwerker und nicht bei denen, die lügenhafte Reklamen unter die Leute bringen.

Das Deutsche Reich und die österreichischen Fragen. Unter diesem Titel hat ein Albert Lefranc in einem in der Revue du droit public (und als auch Sonderabdruck) erschienenen Artikel seine Meinung niedergelegt, deren Kernpunkt in folgenden Sätzen gipfelt:

Die deutsche Regierung wird niemals die österreichischen Politiker unterstützen können, die (wie Schönerer) das Reich des Verbündeten, Franz Josefs, teilen wollen. Sie will den Frieden. Aber wird sie auf die Dauer der großdeutschen Bewegung widerstehen können? Wenn nicht, wird sie eingreifen müssen. Die Folge wäre die Aneignung Böhmens; die aber wird Europa niemals zulassen, denn die Veste, die ganz Mittel-Europa beherrscht, wird man nicht in die Hände des kriegerischsten Volkes gelangen lassen. Dann stünde ja den Deutschen der Weg nach Wien, ja bis zu den Südslaven offen, das Land von Hamburg bis Triest wäre deutsch! —

Der Verfasser thut so, als ob die Deutschen es nötig hätten, sich den Weg nach Wien und selbst nach Triest zu bahnen! Wer steht ihnen denn da im Wege? —

Herr Lefranc scheint das auch zu fühlen, er sucht deshalb die Großdeutschen durch den Hinweis auf die bevorstehende schreckliche Gefahr einzuschüchtern, die „den Hauptstützen" des Reiches, dem Handel und Gewerbe, durch England, Nordamerika und die Sozialisten bereitet werde.

„Diese Gefahr zu beseitigen, muß Deutschland alle Kräfte aufbieten, und deshalb kann es sich nicht in Abenteuer einlassen."

Wir haben demgegenüber nur von neuem darauf hinzuweisen, daß wir Englands Wettbewerb nicht mehr und den Nordamerikas nicht zu befürchten brauchen; daß aber die den Deutschen Österreichs und Ungarns drohende Erdrosselung für uns eine Gefahr ist, wogegen alle andern gar nicht in Betracht kommen — von unsrer Volksehre nicht zu reden.

Diese Erdrosselung kann auch die von Herrn Lefranc als einzige Lösung vorgeschlagne Verwandlung Österreichs in einen Staatenbund nicht aufhalten, da die Slawen im jetzigen Österreich die Übergahl haben.

Deshalb giebt es keine andre mit der Ehre und dem Bestehen des deutschen Volkes vereinbare Lösung als Österreich, sei es mit oder ohne Galizien, mit oder ohne das noch wesentlich deutsche Ungarn rechts der Donau, an das Deutsche Reich anzugliedern. Und davon werden wir uns weder durch Bertinet, noch durch Wiener, noch durch Pariser Einschüchterungen abbringen lassen.

W. R.

Deutschsoziale Reformpartei.

Die Parteileitung und der Gesamtvorstand haben in ihren Sitzungen zu Gotha vom 27. und 28. August 1898 unter dem Namen

Antisemitischer Verein „Quittungsmarke"

eine Vereinigung ins Leben gerufen, die es sich zur Aufgabe macht, die für die Agitation und den Ausbau unsrer Partei erforderlichen Geldmittel aufzubringen. Der Jahresbeitrag besteht sich auf 5 Mark, Mitglied kann jeder Deutsche werden, der sich als Anhänger der deutschsozialen Reformpartei bekennt oder ausweist. — Der Gesamtbetrag wird ein Fünftel der Einnahme für den Verein selbst verwendet, zwei Fünftel für Parteiagitation, die letzten beiden Fünftel fließen dem nur bei allgemeinen Reichstagswahlen anzugrreifenden Wahlfonds zu.

Der Anlaß zu der allgemeinen Reichstagswahlen hat gezeigt, daß unsre Partei mehr Zentralisation und vor allem eine gut gefüllte Kriegskasse braucht. Wer dazu beitragen will, ihr helfen zu schaffen, wird hiermit eingeladen, den neuen Verein beizutreten. Wir wenden uns mit dieser Einladung unter anderm auch an die Gesinnungsgenossen, die unsern lokalen Organisationen bisher nicht angehören: ihnen soll der neue Verein Gelegenheit geben, Anschluß an die Partei zu finden und das Ihrige zu deren Weiterentwicklung beizutragen. Grade im Hinblick auf diese vereinzelten Freunde unsrer Sache erlassen wir diese öffentliche Einladung.

Anmeldungen (deren der Einfachheit halber gleich die satzungsmäßig erforderliche Versicherung hinzugefügt werden sollte, daß der Angemeldete „die Bestrebungen der deutschsozialen Reformpartei billigt") und Anfragen, die den Verein betreffen, sind an die Hauptgeschäftsstelle der deutschsozialen Reformpartei, Berlin W., Kurfürstenstr. 44, zu richten.

Für den Gesamtvorstand der deutschsozialen Reformpartei.
Liebermann von Sonnenberg. Zimmermann.

Großer Nutzen

erwächst unseren Bestrebungen dadurch, wenn unsere Leser die **„Deutsch-Sozialen Blätter"** nicht nur überall empfehlen, sondern sie auch in allen Bahnhofsbuchhandlungen, Wirtshäusern, Gasthöfen, Cafés usw. immer und immer wieder verlangen. Wo die „Deutsch-Sozialen Blätter" nicht gehalten werden, dringe man auf sofortige Bestellung.

Digitized by Google

LEIPZIG
Johannisplatz 3.
(Fernsprecher 4582)

Thilo Hühne

LEIPZIG
Reichsstraße 16,
(Fernsprecher 4071.)

(Fernsprecher 4583) Gohlis, Leipzigerstraße 3.

Größte Spezial-Geschäfte

elegantester fertiger Herren- und Knaben-Garderobe.

Herren-Anzüge in hochfeiner, aller Preislage entsprechender Verarbeitung von . . . . . 20—45 Mk.
Herren-Paletots in Cheviot, Ratsherr, Diagonal u. Kammgarn . . . . . 15—45 Mk.
Herren-Winterröcke . . . . . 5—16 „
Herren-Paletots in Cheviot, Ratsherr, Diagonal u. Kammgarn . . . . . 15—45 Mk.
Jüngere (lange englische Paletots) von 28—38 „

Feine Maßschneiderei

Anfertigung nach Maß unter Garantie tadellosen Sitzes.

Knaben-Anzüge und Paletots für das Alter von drei Jahren bis zur Herrengröße in einfacher bis elegantester Ausführung.

Umtausch nach Weihnachten gern gestattet

Rädergetriebe-Großhandlg. **S. Heydeck** Leipzig, Thomaskirchhof, Sortimente, Ersatzteile, Gläser, Emaille-Schilder, Preislisten, Lampen, Pflanzen, Kaffeemühlen, Nähmaschinen, Scheren und Solinger Messer und Säbel. Schleifservice an Private.

Carl **Braul**, Auerbach. Hm. Kompl. Betten und Möbel nach eigenen Zeichn. und Modellen.

Soeben erschien:

Ferdinand Hirt's Weihnachts-Katalog.

Jede Buchhandlung liefert denselben kostenfrei, unmittelbar portofrei auch die Verlagsbuchhandlung von Ferdinand Hirt & Sohn in Leipzig.

H. Heinze, Hutfabrik
gr. Fleischergasse 5, Ecke Ritterstraße 4.
Spezialität: 2,80-Hüte.

Seiler- Bürsten- Besen- en gros u. Pinselwaren en detail
Spezialität:
Polsterwaren.
Oscar Mühler. Windmühlenstr. 25.

Miniatur-Photographien
in Briefmarken- oder Medaillon-Größe
15 Stück 1 M., 50 Stück 3 M., 100 Stück 5 M., 1000 Stück 33 M.
Auch in jeden sonst beliebigen Formate. Vergrößerungen und Reproduktionen. Gratulations- und Erinnerungskarten, Postkarten usw. mit Porträt — noch nie und einzig. Bilder, welche unbedingt wieder zurückerfolgt, — Vorzüglich schriftliche und feine Ausführung, getreueste Aehnlichkeit. Billigste Preise. Muster u. Preisliste kostenfrei.
Photogr. Anstalt Wilh. Kliefsch, Lautenhof (Sachsen).
Vertreter gesucht.

Als Festgeschenke empfehle ich:
Antisemiten-Katechismus (M.)
Dr. R. Stegemund,
Weihnachts-Buch für deutsche Frauen u. Jungfrauen
anstatt 2,40 M. fein geb. für 1,30 M.
Max Liebermann von Sonnenberg,
Geschichte, fein gebunden 3 Mark
Ernst Moritz Arndts Werke, 6 Bände brosch. 7,50 M.
fein gebunden in 3 Bänden 10 M., in 6 Bänden 12 M.
Herm. Beyer, Buchhandl., Leipzig.

Prima feine
Gänsefedern
mit sämtlichen Daunen, das Pfund zu M. 2,70, bei 5 Pfd. frei.
Garantie Zurücknahme.
J. Bartscher, Geflügelzdlg.
Rietberg in Westfalen

Weltruf
Hohen
westfäl. Fleischwaren
(Winterware).
Feinste westf. Cervelatwurst p. M. 1,20 M.
„ „ Schinken „ „ 1,15 „
„ „ Plockw. „ „ 1,10 „
„ „ Mettw. „ „ 0,90 „
„ „ Schinken „ „ 0,95 „
Beste Räucherung.
Garantie Zurücknahme.
J. Bartscher, Rietberg
(Westfalen).

Wer einmal Bolan verkauft hat, weiß ihn sicher seinen Bekannten zu empfehlen.

Bolan.

Ein hochmoderner Herrenstoff für feine Anzüge und Überzieher. Bolan verdrängt Cheviot und Kammgarn, ist vornehm-apart und sehr haltbar.

Druckfreie Musterwahl auf Verlangen frei unser Versandhaus.

Man adressiere:
Bartzkes' Tuchhaus in Döbeln I
(Bez. Dresden.)

Etwa nicht gefallende Stoffe nehme auf meine Kosten zurück. Also kein Wagnis.

Biete verkäufliche Anerkennungen.

Zu Güte und Preis unübertroffen

Billige dichte Dächer
sofort, sowie jede Art von Bedachungen liefert
Andernach's Asphalt-Steinpappen.
Wasser- und Dampfdichtung jeglicher in Verwendung.
A. W. Andernach
in Deutschland und Rheinland.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königsstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe, Berlin NW. 5, Kruppstr. 13.
Druck: G. Reusche, Leipzig.

Digitized by Google

Deutsch-Soziale Blätter.

Herausgegeben von Max Liebermann v. Sonnenberg.
Begründet von Theod. Fritsch.

Bezugs-Preis: vierteljährlich Mk. 1.50 bei der Postanstalten (Postzeitungsliste Nr. 1765) und Buchhandlungen. Erster Quartal Mk. 2.

Anzeigen: die 6-gespaltene Petitzeile 25 Pfennige. Verlagsort: Königstraße Nr. 27, Leipzig.

XIII. Jahrgang. | Leipzig, 15. Dezember 1898. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Juden-Frage. Otto Glagau. | Nr. 539.

Inhalt: Unser bürgerliches Recht in Sprichwörtern. — Die Juden in Ungarn. — Weltverbesserer. — Ein Brief Luthers. — Adel und Großgrundbesitz. — Jüdische Arbeiterfreundlichkeit. — Jüdische Reklame zur Weihnachtszeit. — Ausland. — Mosaik. — Parteinachrichten. — Zitrael im Konflikt mit den Landesgesetzen. — Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat. — Jüdische Ritter, Kommissions- und Kommerzienräte usw. — Neue Bücher.

Unser bürgerliches Recht in Sprichwörtern.

I.

Das Volk spricht nicht gern in nüchternen Sätzen, wenn es eine Wahrheit, eine Regel aussprechen will, sondern bedient sich dabei einer besondern Ausdrucksweise. Das sind die sogenannten Sprichwörter. Sie sagen alles meist „kurz und gut", wissen sich also mit wenigen Worten schlagend auszudrücken und zeichnen sich jedenfalls durch ein schelmisches, zuweilen auch derbes Wesen aus, ohne aber zu verletzen. Sinnig, fromm und ehrlich, gemütvertiefend, träumerisch und ahnungsvoll sind die Aussprüche. Mit Vorliebe reden sie in Versen, Wortspielen und Gleichnissen; nicht selten allerdings sind sie allzu deutungsreich und rätselartig und darum unklar. In der Regel aber zeichnen sie sich durch eigenartige Fassung, kurze Gegensätze, kühne Wortbildungen und überraschende Wendungen aus. Dadurch packen sie derartig, daß sie, einmal gehört, nicht so leicht vergessen werden. Das bedeutet jedenfalls einen großen praktischen Nutzen.

Eine Folge der Gerichtsverfassung unsrer Vorfahren, bei denen Männer aus dem Volke, die Schöffen, nach alten Ueberlieferungen und aus sich selbst Recht fanden, ist das Vorhandensein zahlreicher Rechtssprichwörter, die von Mund zu Mund, von einem Geschlechte auf das andre überliefert wurden. So kleidete ein jugendliches Volk den trocknen Rechtsstoff in ein eigenartiges Gewand und schmückte ihn mit den Frühlingsblumen einer bilderreichen Sprache; die „Poesie im Recht" nennt sie Jakob Grimm treffend. Nur muß man sich hüten, in ihnen stets eine deutliche, gründliche Fassung des Rechts zu suchen. Die krystallne Durchsichtigkeit logischer Gedanken gewährt erst die Sprache der neuern Gesetze, die abstrakte Regeln in dürre Worte zu fassen vermögen. Dafür ist es jedoch dem heutigen Geschlecht so gut wie ganz verlagt, neue Rechtssprichwörter zu bilden. Selbst von dem Schatze der uns überlieferten Rechtssprichwörter leben jetzt nur wenige im Munde des Volkes. Um sie der gänzlichen Vergessenheit zu entreißen, sind sie von verschiednen Gelehrten gesammelt worden. Die zuerst deutsche Rechtssprichwörter behandelnde und noch jetzt brauchbare Samlung stammt von Eisenhart, der im Jahre 1759 ein Buch erschienen ließ unter dem Titel: „Grundsätze der deutschen Rechte in Sprichwörtern." Von neuen Werken über diesen Gegenstand sind zu nennen die von Hillebrand, von Osenbrüggen, namentlich aber das den Stoff ziemlich erschöpfende von Graf und Diethert.

Mit den Sprichwörtern verwandt, jedoch mehr künstliche Erzeugnisse sind Sprüch und Sentenz. Sie passen besser in unsre Zeit, ebenso wie sie schon bei den nüchtern angelegten Römern im Rechtsleben ungefähr dasselbe bedeuteten wie die deutschen Rechtssprichwörter. Da nun aber unser gegenwärtiges Recht und in Zukunft auch unser bürgerliches Gesetzbuch wesentlich auf römischer Grundlage beruht, so besitzen diese Rechtssprüche ebensalls Bedeutung für uns.

Ein großer Teil der Rechtssprichwörter und »Regeln ist natürlich veraltet. In folgendem soll nun versucht werden, alle die zusammenzustellen, die vom 1. Januar 1900 an, also mit dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches, noch Geltung innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches besitzen werden.

Bei dem Bestreben nach möglichst umfassenden, lückenlosen Bestimmungen, das unsrer heutigen Gesetzessprache eigen ist, leidet auch das Bürgerliche Gesetzbuch Mangel an kurzen Sätzen, die sich dem Gedächtnis gut einprägen. Die wenigen, die es aufzuweisen hat, sollen ebensalls hier berücksichtigt werden, sofern sie wichtigere Bestimmungen treffen.

1. Allgemeiner Teil.

Zur Einleitung mögen einige allgemeine Sprichwörter dienen: „Gott ist Recht", „Was dem Einen Recht ist, ist dem Andern billig," „Zuviel Recht ist Unrecht" (summum jus summa injuria), „Das Recht schiert haarscharf", „Von schlimmen Sitten kommen gute Gesetze", aber auch „Je mehr Gesetz, je mehr Sünde" und „Je weniger Gesetz, je besser Recht". „Jeder muß sein Recht wissen", „Das Recht wisse, oder deinen Vorteil misse". Das ist grade im heutigen Rechtsleben ein Hauptgrundsatz.

Ganz anders klingt gleich der erste Paragraph des Bürgerlichen Gesetzbuches: Die Rechtsfähigkeit des Menschen beginnt mit der Geburt. — Ein Rechtssprichwort würde diesen Satz ungefähr so gefaßt haben: „Geburt giebt Recht".

„Pfennig ist Pfennigs Bruder", umfaßt nur einen Teil des § 91 des Bürgerliches Gesetzbuches. Er lautet nämlich: Vertretbare Sachen im Sinne des Gesetzes sind bewegliche Sachen, die im Verkehr nach Zahl, Maß und Gewicht bestimmt zu werden pflegen. — Es ist das nicht nur Geld, sondern auch z. B. Getreide, Oel, Wein. Den im Bürgerlichen Gesetzbuch nicht enthaltnen Begriff der beweglichen Sachen bestimmt das Sprichwort dahin: „Was man treiben und tragen mag, ist fahrende Habe."

„Was noch auf dem Acker steht, folget dem Erbe", „Alle Gebäude folgen dem Grunde", Superficies solo cedit (d. h. was im Boden steckt, gehört zu ihm), „Zum Haus gehört, was Niet und Nagel begreift". Diese Sätze drückt § 94 des Bürgerlichen Gesetzbuches folgendermaßen aus: Zu den wesentlichen Bestandteilen eines Grundstücks gehören die mit dem Grund und Boden fest verbundnen Sachen, insbesondre Gebäude sowie die Erzeugnisse des Grundstücks, so lange sie mit dem Grund und Boden zusammenhängen. . . . Zu den wesentlichen Bestandteilen eines Gebäudes gehören die zur Herstellung des Gebäudes eingefügten Sachen.

„Eine Jungfer steht für einen Mann", d. h. ein selbständiges Mädchen hat dieselben Rechte im Gebiete des Privatrechts wie ein Mann. „Sieben Jahr ein Kind" — § 104 des Bürgerlichen Gesetzbuches: Geschäftsunfähig ist: 1) wer nicht das siebente Lebensjahr vollendet hat . . .

„Der Wille ist des Werkes Seele", bezieht sich auf Rechtsgeschäfte, die nichtig oder anfechtbar sind, weil ihnen der Wille beim Vertragsschluß gefehlt hat; denn was von Anfang an fehlerhaft ist, kann später nicht in Ordnung gebracht werden. Die Römer drücken das in den Satze aus: Quod ab initio vitiosum est, non potest tractu temporis convalescere.

Im einzelnen trifft der zweite Titel des dritten Abschnitts vom ersten Buch des Bürgerlichen Gesetzbuches Bestimmungen über Willensmängel. So im § 117, Absatz 1: Wird eine Willenserklärung, die einem Andern gegenüber abzugeben ist, mit dessen Einverständnis nur zum Schein abgegeben, so ist sie nichtig.

Digitized by Google

— Das Sprichwort sagt bezüglich Schringeschäfte von einer andern Seite an und sagt: „Man giebt nicht viel Goldes um ein Ei". Treffend ist der Satz: „Narrenspiel will Raum haben". In modernen Gesetzesprache lautet er § 118 des Bürgerlichen Gesetzbuches): Eine nicht ernstlich gemeinte Willenserklärung, die in der Erwartung abgegeben wird, der Mangel der Ernstlichkeit werde nicht verkannt werden, ist nichtig.

„Vertrag ist frei zu machen", „Gewalt macht schnellen Vertrag", „Genötetes besteht nicht", „Wenn die Füße gebunden, läuft die Zunge am meisten" — § 123, Absatz 1: Wer zur Abgabe einer Willenserklärung . . . widerrechtlich durch Drohung bestimmt werden ist, kann die Erklärung ansechten.

„Ein schlimmer Vertrag kann nicht bestehen" — § 144: Ein Rechtsgeschäft, das gegen ein gesetzliches Verbot verstößt, ist nichtig, wenn sich nicht aus dem Gesetze ein anders ergiebt; und § 138, Absatz 1: Ein Rechtsgeschäft, das gegen die guten Sitten verstößt, ist nichtig. — Ebenso braucht auch unmöglliches nicht gelestet zu werden: Impossibilium nulla est obligatio. Giltiges darf durch ungiltiges keinen Schaden leiden: Utile per inutile non vitiatur. Die §§ 139 und 140 drücken das in folgenden Sätzen aus: Ist ein Teil eines Rechtsgeschäfts nichtig, so ist das ganze Rechtsgeschäft nichtig, wenn nicht anzunehmen ist, daß es auch ohne den nichtigen Teil vorgenommen sein würde. Entspricht ein nichtiges Rechtsgeschäft den Erfordernissen eines andern Rechtsgeschäfts, so gilt das letztere, wenn anzunehmen ist, daß dessen Geltung bei Kenntnis der Nichtigkeit gewollt sein würde.

Für Verträge und Erbschaften gilt der allgemeine Grundsatz, daß niemand einem Andern mehr Recht übertragen kann, als er selbst besitzt: Nemo plus juris transferre potest quam ipse habet. Auf Verträge insbesondre beziehen sich die Sätze: „Zusagen macht Schuld", „Wenn das Wort heraus ist, so ist es eines Andern", „Schweigt Du stille, so ists Dein Wille", „Wer schweigt, bejaht." Qui tacet consentire videtur „Keine Antwort ist auch eine Antwort" — § 151: Der Vertrag kommt durch die Annahme des Vertrages zustande, ohne daß die Annahme den Antragenden gegenüber erklärt zu werden braucht, wenn eine solche Erklärung, nach der Verkehrssitte nicht zu erwarten ist oder der Antragende auf sie verzichtet hat. Eine Bestimmung von weittragender Bedeutung trifft § 157: Verträge sind so auszulegen, wie Treu und Glauben mit Rücksicht auf die Verkehrssitte es erfordern. — In der Regel bedürfen Verträge zu ihrem Zustandekommen keiner Form; denn „Ein Wort muß so gut sein als ein Brief und Siegel." „Ein Mann ein Wort".

Um Zahlungstermine kommt man nicht herum, „Der Teufel hält keinen Zahltag". Dies interpellat pro homine, d. h. wörtlich: Der Tag mahnt statt des Menschen; ein feststehender Termin muß also inne gehalten werden, ohne daß es dazu noch einer vorgängigen besondern Aufforderung bedarf.

Die regelmäßige Verjährungsfrist beträgt dreißig Jahre; so bestimmt § 195 und deutet damit zugleich an, daß Ausnahmen zugelassen sind. So u. a. die Verjährung erleidet eine Unterbrechung, sie ruht also, wenn der ihr Unterliegende an der Anstellung der Klage verhindert ist. Der Römer sprach das aus mit den Worten: „Agere non valenti non currit praescriptio."

Besondre Bestimmungen treffen hier die §§ 202, und 203. Die Verjährung ist gehemmt, so lange die Leistung gestundet oder der Verpflichtete aus einem andern Grunde vorübergehend zur Verweigerung der Leistung berechtigt ist. Die Verjährung ist gehemmt, so lange der Berechtigte durch Stillstand der Rechtspflege innerhalb der letzten sechs Monate der Verjährungsfrist an der Rechtsverfolgung verhindert ist. Das Gleiche gilt, wenn eine solche Verhinderung in andrer Weise durch höhere Gewalt herbeigeführt wird.

Das Verbot nutzloser Ränke, der sog. Chikane, ist im § 226 enthalten: Die Ausübung eines Rechts ist unzulässig, wenn sie nur den Zweck haben kann, einem Andern Schaden zuzufügen.

„Wer sich in Gefahr begiebt, kommt darin um", „Gewalt muß Gewalt vertreiben", „Gewalt geht vor Recht", „Not kennt kein Gebot", „Ein Notschlag ist kein Totschlag", „Gegen Notwehr giebt es keine Notwehr"; diese Sätze beziehen sich sowohl auf die zivil- als auch auf die strafrechtliche Seite der Notwehr. Eine durch Notwehr gebotne Handlung ist nicht widerrechtlich — so bestimmt § 227,. Im zweiten Absatz wird der Begriff der Notwehr folgendermaßen angegeben: Notwehr ist diejenige Verteidigung, welche erforderlich ist, um einen gegenwärtigen rechtswidrigen Angriff von sich oder einem Andern abzuwenden. — Danach ist es also auch erlaubt, Andern in der Notwehr beizustehen, für sie einzutreten, oder, wie das Sprichwort schon sagt: „Ritterschaft ist keine Sünde". Die obigen Sätze beziehen sich auch auf die erlaubte Selbsthilfe in gewissen Lebenslagen. Sie wird in den §§ 228 u. 229 des nähern behandelt.

Die Juden in Ungarn.

In keinem Staate der Welt erfreuen sich die Juden eines bessern Schutzes wie in Ungarn. Wie sie diesen Schutz heute auszunützen wissen, haben wir wiederholt gezeigt. Zur vollständigen Beurteilung der Verhältnisse in Ungarn gehört es aber auch, daß man sich vergegenwärtigt, wie die Emanzipation der Juden in Ungarn verlief. In der Schrift „Enthüllungen aus der Zeit der ungarischen Revolution und Emigration 1848 bis 1861" macht der Verfasser, ein Honvéd-Offizier, darüber folgende Angaben.

Der Genuß des Gleichheitsrechtes erweckte auch bei der Pester Judenschaft ähnliche Wünsche; allein die Bürger dieser Stadt wiesen — wie dies schon früher in Preßburg geschah — die Gleichstellung der Juden mit ihnen ebenfalls zurück, und es entstand eine Gährung im Volke. In den Straßen Pests erschollen die Rufe: „Nieder mit den Juden!" Die Volkswunge wuchs sichtlich; sie nahm in der Nähe des Juden-Ghetto, das heißt Königsgasse, bereits eine drohende Haltung an und schickte sich eben an, einen Angriff zu machen, als der Ministerpräsident Graf Ludwig Batthyanyi an der Spitze einer Grenadier-Kompagnie heranmarschierte und die Menge zum Auseinandergehen aufforderte, hinzufügend, sie möge die im Reichstage erfolgende Lösung der Judenfrage geduldig abwarten. Wer zur Zeit dieser Unruhen, gleich dem Schreiber dieser Zeilen, Zeuge dessen war, wie die Juden zitterten und sich zu verbergen suchten, der hätte nie geglaubt, daß eine Zeit kommen würde, in der, wie es im Jahre 1894 in Ofen-Pest den nach der Sitzung auf die Straße gelangenden Oberhaus-Mitgliedern widerfuhr, die Juden diejenigen — auch Frauen nicht ausgeschlossen —, deren Vorfahren im Jahre 1848 zu ihrem Schutze herbeieilten, mit Kot und anderm Unflat bewerfen würden.

Im 1848er Reichstage wurde bezüglich der Juden-Emanzipation beschlossen, daß an den Rechten der Gleichheit nur die bis dahin rezipierten Konfessionen beteiligt werden, nicht aber die bloß tolerierten Juden. Diese Frage wurde in dem mittlerweile nach Szegedin verlegten Reichstage neuerdings aufgeworfen. Die Juden-Emanzipation wurde nach dem Vorschlage des Ministers des Innern, Bartholomäus Szemere, zwar angenommen, konnte jedoch nicht zur Rechtskraft gelangen; denn einige Tage darauf, beim Heranmahen der russischen Armeen, ging der Reichstag auseinander, und jeder flüchtete, wohin er konnte. Unter dem Bach-System wiederholten die Juden zwar öfters ihre Versuche um Erlangung der Emanzipation, stießen aber stets auf taube Ohren, obschon sie unaufhörlich ihre vollen Geldsäcke erklingen ließen. Offenbar dachte die damalige Regierung so: „Die Juden, einmal emanzipiert, würden zufolge ihrer Habgier dem Volke die Haut abziehen, wodurch auch der Körper absterben muß." Endlich, anläßlich des Ausgleichs vom Jahre 1867, ging der lang ersehnte Wunsch der Juden in Erfüllung: sie wurden emanzipiert, mit welch schädlichen Folgen für uns, zeigen die Erfahrungen, die uns unwillkürlich an die bezüglich der Juden-Emanzipation an Baron Eötvös gerichteten Worte des wahrhaftig weisen Szechenyi erinnern: „Wer wird dann uns von der Bedrückung der Juden befreien?!"

Die Juden-Emanzipation, als noch nicht zeitgemäß, hatten

Digitized by Google

auch die orthodoxen Juden für schädlich erklärt, was durch folgendes bewiesen wird. Nachdem die Juden-Emanzipation die königliche Sanktionierung erhalten hatte, wurde infolge ministerieller Verordnung die Judenschaft von ihren Rabbinern ausgefordert, nach Pest eine Versammlung einzuberufen, um die durch den Zeitgeist erforderte Verbesserung der kirchlichen Organisation zu beraten. Die Versammlung berathschlagte sich im Saale des „Hotel Tiger“; die orthodoxen Rabbiner nahmen die Emanzipation nicht mit Freuden an, ja, sie haben selbe für die Juden sogar schädlich erklärt. Als die Debatte über diesen Gegenstand von Zeit zu Zeit lebhafter wurde, hat mancher fanatische orthodoxe Rabbiner, mit glühenden Augen krampfhaft die Fingernägel dem Gesichte eines neologen Rabbiners hinhaltend, aus voller Kraft geschrieen: „Ihr kennt unsern Stamm, der, infolge seines habsüchtigen Naturells die Dummheit der christlichen Masse benützend, dieselbe dem Ruin zuführen wird, wovon das Ende sein wird, was schon in andern Ländern so oft vorgekommen ist, daß wir auch von hier hinausgejagt werden.“ —

Der Rabbiner und alle andern Gegner der Emanzipation haben Recht behalten. Im Laufe der Zeit ist die Judenherrschaft im Lande des Paprika so drückend geworden, daß für die Zukunft Ungarns das Allerschlimmste zu befürchten steht. — Leider ist es bei uns im Deutschen Reiche nicht viel besser!

Weltverbesserer.

Ist die Welt, so wie sie ist, die beste der möglichen Welten, oder könnte sie vollkommner sein?

Alte und neue, große und kleine Philosophen haben sich die Beantwortung dieser Frage angelegen sein lassen und die einen sind zu diesem, die andern zu jenem Ergebnisse gelangt. Ein Beweis, daß diese sehr hypothetischer Natur sind!

Es versteht sich von selbst, daß die Welt, die hier in Frage kommt, nicht den unendlichen Kosmos, sondern nur jenes kleine Teilchen von ihm bedeutet, das mit so und so viel Meilen Durchmesser so und so viel Millionen Menschen mit ihren Leiden und Freuden trägt. Mit ihren Leiden und Freuden! Das ist es eben, was uns nachdenklich macht. Wenn uns das Schicksal nur immer den süßen Becher der Freude entgegenbräte, was fänden wir wohl in diesem glücklichen Falle an der Welt noch zu verbessern? Dann könnten sogar die Sonne bei Nacht und der Mond am Tage scheinen, ohne daß der größte Nitromonn oder der tiefste Denker daran etwas zu tadeln hätte. Wenn nur die Menschen glücklich sind, glücklich das ganze Geschlecht, glücklich das Individuum! Aber der bittre Tropfen des Leides ist jedem bereitet, und der ihn grade kostet, knirscht empört mit den Zähnen und fragt wohl mit geballter Faust, warum es nicht anders und ob es denn nicht besser sein könne?

Begütigungs-Philosophen (deren es zu allen Zeiten gegeben hat, und die nie aussterben werden), sind mit der Antwort rasch zur Hand. Ohne Leid, behaupten sie, giebt es auch keine Freude, denn, wie könnte der Mensch die Freude als solche fühlen, wenn er nicht durch Erfahrung wüßte, daß es auch einen Gegensatz dazu, das Leid, giebt? Um Freude fühlen zu können, müßte man das Leid empfunden haben, sonst ginge es einem, wie dem Blindgebornen, dessen unmachtetem Auge man den Unterschied zwischen Hell und Dunkel vergebens begreiflich zu machen sucht. — Bedankt man sich für diese Belehrung mit der Erwiderung, daß man als denkender Mensch unschwer selbst logische Gegensätze sich bilden könne, und daß man mit der reinen Vorstellung des Bösen eben genug hätte, so schüttelt wieder ein Andrer ebenso geringschätzend und entschieden den Kopf. Wissen Sie, fragt er schulmeisterlich, was Stoff ist? — Nun, ja! — Wissen Sie auch, was man unter Kraft versteht? — Natürlich! — Dann kann es Ihnen nicht entgangen sein, das Kraft und Stoff Eins ist? — Zugegeben, — wenigstens vermutet man so. — Und daß Kraft und Stoff ewig sind, wissen Sie auch? — Selbstverständlich! — Nun sehen Sie, belehrt nun der Sokratesweise, so wenig aus der Welt ein einziges Atom verschwindet und die geringste Kraftmenge verloren geht, so wenig kann ein einziges Lebens-Atom mehr zu Grunde gehen, als jemals entstanden sind. Es wird kein Schmerz-Atom mehr entstehen, als sich Freuden-Atome gebildet haben, und die Summe aller jemals entstandnen und noch entstehenden Leiden ist unter dieser Voraussetzung gleich der Summe aller entstandnen und noch entstehenden Freuden. — Ist man nun ein guter Mensch, der jedem gern Recht läßt, so nickt man zwar freundlichen Dank, aber ein kleines Bedenken kann man doch nicht unterdrücken. Wie steht es denn mit der Verteilung dieser „Atome von Freuden und Leiden“? Warum traf es denn grade mich, alle meine lieben Verwandten durch den Tod zu verlieren, während ein Andrer glücklich in der Mitte einer zahlreichen Familie steht? Wie kam im vorigen Jahre mein armer Nachbar dazu, das grade sein Haus verbrannte?

Man frage aber ja nicht weiter, weder diesen noch jenen Philosophen; alle diese Beschwichtigungslehren haben ihr nisi! Wenn nichts anders übrig bleibt, werden die vorhandnen Hindernisse dem gebuldigen Prügelknaben „Schicksal“ aufgeladen, und alle Einwürfe sind stumm und tot gemacht. Damit scheint aber die Frage, ob die Welt nicht besser eingerichtet sein könne, nicht gelöst, sondern der Zeitpunkt zu ihrer Beantwortung nur verschoben. Zwischen dem Optimismus Leibnitz', der die Leiden nur als negative Freuden betrachtete, und dem Pessimismus Schopenhauers, dem die Freuden nur negative Leiden schienen, zwischen diesen besteht eine Kluft, die nie ausgefüllt werden wird. So viele es auch noch versuchen werden, sie werden sich schließlich eingestehen müssen, daß ihre Arbeit in einen bodenlosen Abgrund gefallen ist.

Ja, wer in Utopien oder im gesegneten Schlaraffenland zu Hause wäre, der brauchte sich über derlei Kleinigkeiten nicht den Kopf zu zerbrechen. Wo einem die gebratnen Tauben in den Mund fliegen, da braucht man überhaupt nicht mehr zu denken und am allerwenigsten darüber, ob und wie es noch besser sein könnte. Das Märchen vom Schlaraffenlande ist durchaus nicht so dumm, als man glauben möchte. Ein philosophischer Geist hat es erfunden, der wußte, daß sich die soziale Frage um das tägliche Brot und die Art und Weise seiner Erwerbung dreht. Ohne Neid essen zu können, ist zweifellos die Grundbedingung des menschliches Glückes.

Doch neidlos zu sein, ist nur den Göttern vorbehalten und der denkende Mensch hat noch andre Bedürfnisse, als des täglichen Brotes. Eine Jahrtausende lange Erziehung hat das Menschengeschlecht hoch über den Punkt erhoben, auf dem es sich zuerst im aufrechten Gange übte, und wir können uns keine Vorstellung mehr machen von dem, was wir erst gewesen sind. Mit unsrer Ausbildung sind auch unsre Bedürfnisse gewachsen. Wir begnügen uns nicht damit, die Gesetze der Ethik und Aesthetik ergründet zu haben, wir wollen sie auch angewendet sehen und fühlen uns unglücklich, wenn wir im Leben nur auf ihre negativen Seiten stoßen. In der Frage, warum es uns nicht wenigstens freisteht, wenn wir das Gute und das Schöne als das einzig Berechtigte erkannt haben, dem Bösen und Häßlichen aus dem Wege zu gehen, kommt der Schmerz über das Bestehende am bittersten zum Ausdruck. Es unterliegt doch keinem Zweifel, daß von der Welt, in der wir leben, auch an uns etwas haften bleibt; und besser sein zu wollen, als man sein kann, ist gewiß ein tragisches Geschick. Wir alle sind ihm ohne Ausnahme unterworfen, denn unsre gesellschaftlichen Verhältnisse lassen eine Isolierung des Individuums nicht nur nicht zu, sondern belegen sie vielmehr mit Acht und Bann, ja, unter Umständen sogar mit Strafe!

Mit den Wölfen heulen, ist die praktische Anschauung aller Zeiten. Wer ihre Erbärmlichkeit eingesehen hat, der ist über die Frage, ob es besser sein könnte, schon hinaus, er fragt nur mehr um das Wie der Verbesserung. Wie viele Millionen mögen schon hingegangen sein, die mit diesem Kapitel ihren Geist beschäftigten? Wenige haben uns in ihre Gedanken Einblick gewährt, noch Wenige sind mit hypothetischen Plänen herausgerückt, die Wenigsten haben positive Vorschläge gebracht.

Wenn die Welt so oder so eingerichtet wäre, wie wäre es

Digitized by Google

dann schön und was für eine Lust zu leben! — das ist der ewige Sehnsuchtsseufzer der unglücklichen oder unzufrieden Menschheit, dem jeder nach seinem Naturell und Temperament Ausdruck giebt. Aber alle, die da die Welt verbessert haben wollen, stimmen darüberein, daß ein sorgenloses Leben das wünschenswerteste sei. Wenn dem in der That so wäre, dann hätte der lebensfrohe Schwärmer nicht ganz Unrecht, der sich wünschte, bis zum zwanzigstens Lebensjahre ein reiches und schönes Mädchen, bis zum dreißigsten ein schmucker Kavallerie-Offizier und vom dreißigsten bis an sein seliges Lebensende ein Rentner zu sein. Doch leider hat die Menschheit noch andre Bedürfnisse, als zu tanzen, zu reiten und zu beten, und überdies hätte jener anspruchsvolle Utopist auch zu bedenken, daß gar manches schöne Mädchen trotz seines Reichtums seine Schmerzen, mancher Kavallerie-Offizier seine Sorgen und mancher Rentner seinen Ärger hat. So unsinnig jener Wunsch auch klingen mag, er hat doch sinnige Bedeutung, denn er umfaßt alles, um was sich die soziale Frage dreht: das Verlangen des Magens und das Verlangen des Herzens. Das sind auch die beiden großen Gebiete, auf denen Sozial-Reformatoren und Sozial-Philosophen mit dem ganzen Eifer wahrer oder falscher Begeisterung thätig sind.

Fleisch in den Topf! rufen die einen; freie Liebe! verlangen die andern. Damit jenes ermöglicht werde, sollen Reiche und Arme, Fleißige und Faule, Begabte und Unbegabte in einem großen Staatskessel durcheinander gerührt und mit demselben Glanzlack bestrichen wieder herausgezogen werden als Zeuge der Gleichheit! Und damit niemand unter dem berüchtigten Ehejoche seufze und seiner an unglücklichem Herzen zu Grunde gehe, soll die Ehe abgeschafft werden und jeder sozusagen liebesfähige Mensch soll einen Freipaß erhalten, seinem Herzen heute die und morgen eine andre Richtung zu geben; die nächste Generation wäre dann ohne Zweifel ein Volk von musterhafter Gleichheit, wie ihre Väter und Mütter echte Vertreter der Freiheit wären. Der glückliche Staat der gleichförmig lackierten „Brüderlichen" hätte natürlich für ihre unzeitgemäßen Sprößlinge zu sorgen! —

Das ist nichts zum Lachen, verehrter Leser, das ist „soziale" Zukunftsmusik, und wer nicht daran glaubt, läuft Gefahr, in den Geruch eines beschränkten Zopfes oder Finsterlings zu kommen, dem der Zeitgeist mit seiner Posaune umsonst in die verstopften Ohren bläst.

Wem aber an solchem Vorwurfe nichts liegt, der harre aus mit seinen altväterlichen Ansichten und sei getrost: dieser Zeitgeist wird auch zu blasen aufhören, ohne Recht und Sitte wegeblasen zu haben.

Gleichheit und Freiheit, das mögen die Weltverbesserer bedenken, sind zwei einander widerstreitende Begriffe, denn wenn alle von oben herab in die Zwangsjacke der Gleichheit gesteckt werden, dann sind sie erst recht unfrei, denn wer sich nicht emporheben darf, wenn er die Fähigkeit dazu hat, ist kein freier Mensch, sondern ein an die Kette geschmiedeter Sklave.

Eine andre Frage ist natürlich die, ob die Armen und Elenden, denen es immer gegeben hat und immer geben wird, ein Recht auf die Hilfe und Unterstützung ihrer vom Schicksale begünstigten vermögenden Mitbürger haben, und eine ganz andre, jedoch sehr unernste Frage ist die, ob jeder Mensch den gleichen Anspruch auf das Leben und seine künstlichen Bedürfnisse hat, oder ob es nicht den Reichen wie den Armen gleicherweise zur Zierde gereicht, wenn sie ihre Ansprüche möglichst tief stellen. Wenn der Arme immer bedächte, daß des Reichen überflüssige Ausgaben dem ganzen Staatswesen zu gute kommen, dann könnte mancher, der zu leben hat und dem Neid und Eitelkeit am Herzen fressen, sich glücklicher fühlen. Wenn nur des Lebens Bedürfnisse gesichert sind, mögen sie auch unter Arbeit und Sorgen erkämpft sein, dann bedarf die Welt keiner Verbesserung. Anspruchslosigkeit ist die Quelle der Zufriedenheit, und „nichts bedürfen ist göttlich" hat ein weiser Mann sehr wahr gesagt, nur für unsre menschlichen Verhältnisse leider nicht ganz zutreffend.

Man braucht nicht grade ein Zyniker zu sein, aber man kann unbeschadet seiner Gesinnungstreue und seines bürgerlichen Ansehens recht gut ein anspruchsloser Mensch sein und die Welt so gut und schlecht sein lassen, wie sie eben geschaffen ist. Nur die Unzufriedenen, die Ungenügsamen wollen die Welt verbessern, und zur Unzufriedenheit und Ungenügsamkeit gehört nicht grade Armut, denn zu diesen Jammertriete bekennen sich auch genug Reiche, die vom Schicksal mehr verlangen zu dürfen glauben, als ihnen eben zuteil geworden ist.

Lieber gelassen, gearbeitet und gesorgt und stolz auf die Erfolge der Arbeit und Geduld und auf die überstandenen Leiden zurückgeblickt, als gejammert und dem lieben Herrgott Vorschläge gemacht, wie er die Welt verbessern könnte!

Weltverbesserer wird es geben, so lange Menschen auf der Erde leben, und wenn, wie man hört, auch der Mars bewohnt ist, so wird diese Gattung Menschen auch dort Gelegenheit nehmen, das Licht ihrer Weisheit leuchten zu lassen. Das Schicksal ist ja auch über den Sternen zu Hause, und wo es weilt und wirkt, da giebt es wohl stets Zweifel und Bedenken.

Ein Brief Luthers

Wie Luther über die Juden dachte, beweist hinlänglich dessen Schrift: „Von denen jüden und deren Lügen". Daß Luther entschiedner Antisemit war, lehrt auch ein Schreiben an den Kurfürsten Joachim vom Brandenburg, einen Ahn unsers Kaisers. Aus dem Briefe ist zu ersehen, daß die Juden es damals wie heute verstanden, sich die Liebhabereien und Narrheiten ihrer Zeitgenossen zu Nutze zu machen. Damals war es das Gebiet der Alchymie und Zauberei, das sie, dem Zuge der Zeit folgend, mit Vorliebe bearbeiteten und ausbeuteten. — Der Brief Luthers ist gerichtet an den „Durchlauchtigsten Hochgebornen Fürsten und Herrn, Herrn Joachim, Marggrafen zu Brandenburg, des Heil. Röm. Reichs Erzkämmerer und Kurfürsten, Herzogen zu Stettin, Pommern rc., Fürsten zu Rügen, meinem gnedigsten Herrn" und lautet wörtlich*):

Gnade und Friede[n] im Herrn und mein arm Patronsster. Durchlauchtigster, hochgeborner Fürst, gnädigster Herr! Mir hat der würdige Herr George Buchholzer, zu Berlin Probst, angezeigt, daß mir Eure Kurfürstliche Gnaden durch ihn läßt ihren gnädigen Gruß sagen, und sich wundert, daß ich E. K. F. G. nichts schreibe, auch begehret, daß ich wollt ein Büchlein lassen ausgehen wider die Zweiwerdigen. Erstlich danke ich demüthiglich E. K. F. G. (für) gnädigen Gruß. Daß ich aber E. K. F. G. nichts schreibe, sollen mir E. K. F. G. ja nicht deuten, als geschehe es aus Unwillen. Denn mein Herz stehet je also, daß ich keinem Menschen auf Erden feind oder abgünstig bin; sonderlich euch Fürsten und Herren kann ich nicht abgünstig sein, weil ich täglich für euch beten muß, wie St. Paulus lehret 1. Timoth. 2. Sehe auch wohl, was für ein arm Ding ist um einen Regenten zu dieser schändlichen Zeit, da so groß Untreu ist unter den Räthen, und der Hofeuesel ein gewaltiger Herr ist: daher Zwietracht und Unlust zwischen allen Königen und Fürsten sich entspinnet. So hab ich auch keine sonderlichen Ursachen gehabt E. K. F. G. zu schreiben. Darum sollen E. K. F. G. gewiß sein, daß es aus keinem Unwillen nachbleibt (unterbleibt). Ich habs oft gesagt und gepredigt, daß ich auch dem Kardinal zu Mainz**) nicht gram bin. Ja, ich wünschte nicht, das er meinen Catarrhum sollt eine Stunde haben, wiewohl ich ihn hart angreife; denn ich nicht gerne sehe, daß er also eilet und rennet zur Hölle zu, als hätte er Sorge, er möchte sie verlaufen, so er doch zeitlich genug hineinkommen kann, wenn er schon langsam Fuß für Fuß hinein trachtet. Aber es will keine Vermahnung da etwas schaffen.

Für Eure K. F. G. habe ich wohl große Sorge, daß die Juden einmal ihre jüdische Tücke möchten beweisen. Aber E. K. F. G. haben ein solchen starken Glauben und Vertrauen auf sie, daß mein Schreiben doch umsonst wäre; ich aber

*) Die in Klammern dem Texte eingefügten Worte sind — zum besseren Verständnis — Zusätze der Schriftleitung.

**) Markgraf Albrecht von Brandenburg, Oheim des Kurfürsten Joachim II.

Digitized by Google

(habe) gar keinen Glauben: darum bitte ich Gott, daß er E. K. F. G. wollte gnädiglich vor ihnen behüten, auch die jungen Markgrafen, daß E. K. F. G. Glauben nicht zu stark sei hierinnen, damit nicht etwas geschehe, welches uns darnach allen zu bangsam und vergeblich leid sein würde. Der Probst gefällt mir über die Maßen wohl, daß er so hestig auf die Juden ist. Er hat E. K. F. G. mit Ernst lieb, das spür ich wohl, und meinet sie mit Treuen (meint es gut). Und ich hab ihn auch dazu gestärkt, daß er auf der Bahn bleiben soll. Denn das (was) sie mit der Alchymei fürgeben (vorgeben), ist ein großer, schändlicher Trug. Man weiß wohl, daß Alchymei nichts ist und kein Gold machen kann, das kein Feuer hält (aushält), wie ander Gold, welches auch wohl etliche Goldschmiede (machen) können.

Auch hat mich Dr. George vermahnet und gebeten: ich wollte (wolle) E. K. F. G. für ihn schreiben und bitten, daß E. K. F. G. wollten seinen zween Söhnen gnädiglich etwa ein geistlich Leben zuwerfen (verleihen), damit sie zum Studio möchten gehalten werden. Schade wäre es, daß sie sollten versäumet und verlassen werden.

Summa E. K. F. G. halten mich nicht für einen Feind. Aber ich kann das nicht glauben, daß E. K. F. G. glauben kann, nämlich daß die Juden E. K. F. G. mit Treuen meinen (es treu meinen mit E. K. G.). Und die Alchymisten gewißlich mit E. K. F. G. spielen, daß sie alles, und E. K. F. G. das Nichte (Nichtige) gewinnen. Dr. Jeckel macht mich fromm (ist mir förderlich), als mir viel Andere gesagt haben.

Hiermit dem lieben Gott befohlen samt der jungen Herrschaft und dem ganzen Regiment, Amen. Am 9. März 1545.

E. K. F. G. williger
Martinus Luther, D(oktor).

Adel und Großgrundbesitz.

Von Zeit zu Zeit wird der blöden Menge von demokratischer und sozialdemokratischer Seite von neuem vorgeredet und vorgerechnet, der Adel und der mit ihm verbundne Großgrundbesitz sei die Grundursache alles Übels. Nur zu leicht wird so etwas geglaubt, denn der Durchschnitts-Philister ist gar zu gern geneigt, das zu glauben, wovon er am wenigsten versteht. Außerdem macht es sich für die Versammlungsredner zweiter, dritter und vierter Garnitur nicht schlecht, wenn sie mit dem Brustione der Überzeugung kräftig über die „Junker“ und „Pfaffen“ herziehen können. Bei diesem Thema sind sie dank der jahrelangen Hetzarbeit der verjudeten Presse immer des Beifalls ihrer Zuhörerschaft sicher. Leider ist auch in Kreisen, die zu den eben erwähnten in genissem Gegensatze stehen und sich — sehr oft nicht mit Unrecht — mit zu den nationalen Deutschen rechnen, mitunter eine Auffassung über Adel und Großgrundbesitz vorhanden, die sich von der der Sozialdemokratie und des Freisinns in nichts unterscheidet.

Die Schlagworte „Bevorzugung des Adels“ und „Latifundien-Wirtschaft“ können auch den gebildeten „Bierbank-Politiker — und davon giebts nicht wenige unter den lieben Deutschen — so in Erregung versetzen, daß er darüber nicht selten sogar das pünktliche Nachhause-Gehen vergißt, den abendlichen Durchschnitt mit etlichen Schoppen überschreitet und so seinen Ärger hinunterspült. Kaum einer von all diesen Leuten hat aber auch nur die geringste Ahnung von den wirklichen Verhältnissen, man glaubt eben den Phrasen seines Leibblattes aufs Wort, und dagegen streiten hieße Eulen nach Athen tragen. —

Die „Freisinnige Ztg.“ Eugen Richters ist jüngst wieder bemüht gewesen, ihren Lesern vorzurechnen, daß der adlige Bewerber im preußischen Verwaltungsdienste überaus bevorzugt werde. Der Prozentsatz der adligen zu den bürgerlichen Beamten soll sich im letzten Jahre nicht nur erheblich zu Gunsten jener verschoben, sondern das Verhältnis sich um so günstiger für den Adel gestaltet haben, um je höhere Verwaltungsstellen es sich handelt. Als Beispiel zieht die „Freis. Ztg.“ die Zahl der Regierungs-Referendare an. Das Blatt giebt aber diese falsch auf 230 an, um eine für seine Beweisführung günstige Berechnung zu erzielen. In Wirklichkeit ist die Gesamtzahl um zehn höher. Ganz unberücksichtigt hat die „Freis. Ztg.“ aber den Umstand gelassen, daß die Zahl der adligen Referendare von 1894 bis ende 1896 von 125 auf 104 gesunken, die der bürgerlichen dagegen von 168 auf 187 gestiegen ist. Die Thatsache ferner, daß unter den höhern Ministerialbeamten sich nur 22,8 v. H. adlige befinden und daß dieser Prozentsatz in den letzten Jahren sogar zurückgegangen ist, kann die „Freis. Ztg.“ zwar nicht verschweigen, sie erklärt sie aber dadurch, daß zu diesen „arbeitsvollen Stellungen“ der Andrang des Adels weniger stark sei. Völlig unerwähnt läßt die „Freis. Ztg.“ die weitere Thatsache, daß unter den Oberverwaltungsgerichts-Räten nur ein ganz verschwindend geringer Prozentsatz adliger vorhanden ist. Unter den seit dem Jahre 1893 angestellten Oberverwaltungsgerichts-Räten befinden sich 7 adlige und 25 bürgerliche.

Die Quintessenz dieser Klagen scheint uns in der . . . Judenfrage zu liegen. Wir sind überzeugt, daß Herr Eugen Richter sofort zufrieden gestellt sein würde, wenn nur recht viele Juden oder doch mindestens waschechte Freisinnige in der Regierung säßen.

Sehr viel Nachdruck legt die „Freis. Ztg.“ noch auf das erst in den letzten Jahren hervorgetretne Übergewicht der adligen Landräte. Dieser Umstand findet in dem Vorschlagsrechte der Kreistage seine ausreichende Erklärung, denn es ist wohl selbstverständlich, daß die Kreistags-Abgeordneten ihr Augenmerk immer zunächst auf Mitglieder der im Kreise ansässigen grundbesitzenden Familien richten, unter denen die Zahl der Adligen bisher noch überwiegt. Und wir können wohl sagen, daß uns ein mit den Interessen des Kreises eng verbundner adliger Landrat lieber ist, als irgendein jüdischer oder nichtagrarischer Bürgerlicher. Von dieser letzten Sorte haben wir leider nur zu viel.

Es kann für den Staat ganz und gar nicht gleichgiltig sein, wenn Adel und Großgrundbesitz für seinen Nachwuchs mehr in der Armee und im Beamtentume sorgen können. Und grade hierin liegt ihre Wichtigkeit und Bedeutung. Es ist bei der heutigen Zeitlage nicht leicht, sich unbefangen über dieses Thema auszusprechen, wir wagen es aber doch, auf die Gefahr hin, daß das Judenschutzblatt wieder behauptet, uns sei ein „Kuckucksei“ ins Nest gelegt. Jenes Blättlein greift zu dieser Behauptung nämlich immer dann, wenn ihm in unsern Spalten Gedanken begegnen, die der Judengegner nach der Vorstellung der Juden nicht haben darf oder kann. Für alle jene, die sich nicht zu den auf der äußersten Linken stehenden Parteien rechnen, aber Adel und Grundbesitz aber ebenso denken wie diese, und zur Rechtfertigung unsers Standpunktes lassen wir hier einige Aussprüche von Männern folgen, die nach allgemeiner Auffassung weder zu den „Junkern“ noch zu den „Latifundien“-Besitzern gehörten.

Am 22. Januar 1883 sagte die kleine Excellenz, der Abg. Dr. Windhorst, im Reichstage:

Die Bevorzugung des Adels in Preußen finde ich bezüglich wegen dessen von der Geschichte bewährenen militärischen Auszeichnungen. Natürlich können auch Bürgerliche sich auszeichnen, gesetzliche und reglementarische Vorschriften zur Bevorzugung des Adels existieren nicht. Nun gebe ich übergebührliche Berücksichtigungen in früherer Zeit zu, in neuerer Zeit nicht. Ich sehe zu meinem Bedauern, daß sich bürgerliche Elemente in solchem Maße zum Militär drängen und dadurch andern Beschäftigungen und Beamtenstellungen zu viel tüchtige geistige Kräfte entziehen. Ein andrer Gesichtspunkt ist, daß in einem monarchischen Staate die Elemente des Großgrundbesitzes und althistorische Namen besonders herangezogen werden. Das liegt an der Vorliebe der historischen Monarchie für historische Stände. Man kann nicht den Monarchen auf eine hohe Spitze stellen, ohne daß auch gewisse Stafseln hinaufführen. Sonst wird der Thron zu sehr isoliert. Der adlige Stand giebt sich noch nicht in dem Grade den Geschäften hin wie der bürgerliche. (Zuruf: Leider!) Mit dem „leider“ ist die Sache nicht geändert. Geschichte und Sitte lassen sich nicht einfach beseitigen.

Digitized by Google

Wenn der Dienst in dem Gardekorps auch weiter so kostspielig sein sollte, so werden bald nicht Adlige, sondern Angehörige der Finanzwelt die Offizierstellen innehaben, und da ziehe ich doch die Adligen vor. (Sehr gut rechts und im Zentrum.)

Feldmarschall Graf Moltke bemerkte am 24. April 1884 an derselben Stelle:

Das größte Kontingent für das Offizierkorps stellt der kleine preußische Adel, der vormals begütert war, sich aber im Staatsdienst zu Grunde gerichtet hat; er ist arm geworden, weit er von jeher den ehrenvollen, aber wenig einträglichen Dienst in der Armee zu seinem Lebensberuf gemacht hat.

Und zwei Jahre später (am 23. Februar 1886) erklärte Windhorst:

Ich habe so eine Ahnung, daß wir außer den bisher versuchten noch außerordentliche Maßregeln ergreifen müssen, damit nicht eine große Zahl von Grundbesitzern im Osten unter den Hammer gebracht werden und die Familien im Besitze bleiben, die bisher vorzugsweise an dem Verwaltungsregiment dieser Provinzen teilgenommen, die uns eine sehr große Anzahl von Söhnen zur preußischen Armee geliefert haben und somit ruhmreich in der Geschichte Preußens dastehen. Überlegen Sie wohl, was es heißt, wenn auch diese Güter später Gefahr laufen könnten, unter den Hammer zu kommen.

Ähnlich sprach sich der Zentrumsführer Frhr. v. Schorlemer-Alst am 5. Mai 1887 im preußischen Abgeordnetenhause aus:

Wollen denn die Herren (links) den größern Grundbesitz zu Grund gehen lassen, soll der alte ruiniert werden? Was soll denn an die Stelle treten? Hat er denn nicht ein Recht zu existieren? Ist er nicht notwendig für den Staat, für die gesellschaftliche Ordnung, selbst — ich möchte sagen — in gewissem Sinne für die Monarchie?

Die drei Abgeordneten, deren Worte wir hier anführten, sind tot, ihre Ansichten über den größern Grundbesitz sind aber heute noch ebenso richtig wie damals. Daß unsre Land-Bevölkerung noch nicht der Sozialdemokratie verfallen ist, ist wesentlich mit dem Einflusse des größern Grundbesitzes zu verdanken, die Industrie-Orte sind dagegen fast ausschließlich Hochburgen der Herren Singer, Wurm, Stadthagen und „Genossen". Eine Aufteilung der Groß- und Kleingrundbesitzer, wie er selbst in deutschnationalen Kreisen vorgeschlagen wird, würde dieses Verhältnis bald ändern; es würde in ganz kurzer Zeit einfach zur Herrschaft des Kapitals führen, und auf diese Weise hätten wir bald wieder einen Großgrundbesitz, gegen den die ärgsten Ausschreitungen irgendeines „Junkers" noch Kinderspiel wäre.

+

Jüdische Arbeiterfreundlichkeit. Als im Jahre 1895 die Nachwahl im Kreise Eschwege-Schmalkalden-Witzenhausen nahe bevorstand, spielte sich der Zigarrenfabrikant L. Wolff in Hamburg als ganz besonderer Wohlthäter des Kreises auf. Er hat nämlich in verschiedenen Orten kleine Arbeitsstuben errichtet, in denen unter Leitung Hamburger Werkführer die Zigarren hergestellt werden, die als „echte Hamburger" später unters Publikum kommen. Natürlich hat Herr L. Wolff jene Arbeitsstätten nur aus reiner Menschenfreundlichkeit erbaut und darum forderte er damals von den Kreis-Eingesessenen, daß sie den freisinnigen Kandidaten, den „berühmten" Professor Stengel, wählen sollten, da nur seine Wahl eine neue Tabaksteuer verhindern könne. Würde aber der böse Antisemit die Mehrheit haben, so wäre er „leider zu sofortigen großen Arbeiter-Entlassungen gezwungen", um abzuwarten, wie sich das Geschäft gestalte. Bei der Wahl selbst gaben sich die Werkführer des Herrn L. Wolff die größte Mühe, den Absichten ihres Prinzipals entsprechend zu wirken; sie teilten deshalb am Wahltage freisinnige Zettel an ihre Arbeiter und Arbeiterinnen (!) und am Stichwahltage sozialdemokratische Zettel aus. — Böse Menschen behaupten nun, daß Herr L. Wolff weniger aus Menschen- oder Arbeiterfreundlichkeit in den Kreisen Witzenhausen und Schmalkalden Arbeitsstuben hat, sondern weil er dort die Arbeitskräfte um ein Erkleckliches billiger haben kann wie in Hamburg. Das hielt Herrn L. Wolff aber nicht ab, den Leuten weißzumachen, daß sie durch ihn aus der bitteren Armut" zum Wohlstande gelangt seien. Kurzsichtige Leute und nicht zum wenigsten die Herren „Genossen" haben ihm damals geglaubt, und sie kämpften Schulter an Schulter mit dem großen Fabrikanten Wolff.

Aber kaum vier Jahre sind ins Land gegangen und schon zeigt Herr Wolff ein andres Gesicht. Die Zeitschrift „Der Tabakarbeiter" weiß von einem „Erlaß" des Herrn Wolff an seine Arbeiter in Waldkappel (Kr. Witzenhausen) zu berichten, der sich mit den Arbeiter-Organisationen beschäftigt und in dem zu lesen steht:

„. . . wenn Ihr den Einflüsterungen solcher Leute erliegen solltet, dies zu Eurem eignen Schaden und zum Schaden des ganzen Ortes führen würde, da mir Orte genug angeboten werden, um solche Orte verlassen zu können, wo der Friede untergraben ist. Auch eigne Grundstücke fesseln mich nicht, wie ich schon in Celle bewiesen habe, wo ich nach zwölfjähriger angestrengter Thätigkeit, obgleich ich ein teures Grundstück und gut geschulte Arbeiter dort hatte, die Fabrik geschlossen habe, weil die Arbeiter sich einer sehr nützlichen Verbesserung trotz meiner ernsten Mahnung widersetzen wollten."

So sieht die wahre „Arbeiterfreundlichkeit" des Herrn Wolff aus und so denkt er über das Koalitionsrecht seiner frühern Verbündeten. Und damit ja alle seine „Anordnungen" ohne Mucken befolgt werden, droht er mit einer Schädigung des ganzen Ortes, genau so wie er es schon 1895 bei der Reichstagswahl machte. Damals wurde dem „Befehle" des Herrn Wolff ohne weiters gehorcht, und heute wird es nicht anders kommen, denn die „Genossen" sind einmal an die jüdische Knute gewöhnt, und andre Leute haben keinen Mut, den Anmaßungen des Judentums gebührend entgegenzutreten.

e.

Jüdische Reklame zur Weihnachtszeit. Geschäft, Geschäft und immer nur Geschäft ist die Losung Israels, wenn der Dezember herankommt. Und wilder und wilder wird seine Reklame, je mehr wir uns dem Weihnachtsfeste nähern. Man sucht die Käufer mit Mitteln heranzuziehen, an die ein deutscher Kaufmann nie denken würde. So liest man z. B. im „General-Anzeiger für Halle und den Saalkreis" in auffallenden Lettern:

Allgemeine Frauen-Versammlung findet von morgen ab täglich (auch Sonntag) in den großen Geschäftsräumen der Firma Geschw. Loewendahl statt. Zweck der Versammlung: Beim Einkauf Geld zu sparen. Tagesordnung: Jackets und Kragen usw. Außerordentliches: Die Firma hat einen großen Posten usw.

Im Weihnachts-Anzeiger der „St. Johann-Saarbrücker Volkszig." erläßt „Das Waren- und Möbel-Kredit-Haus zum Bergmann" eine mit dem Kreuze geschmückte Riesenanzeige, die beim ersten Ansehen nur die Worte „Stille Nacht, heilige Nacht" hervortreten läßt. Diese niederträchtige Reklame des „reellsten, billigsten, populärsten und volkstümlichsten Unternehmens" — so nennt der Abzahlungs-Jude sich selbst — hat „Das älteste und größte Waren- und Möbel-Kredit-Haus I. Ranges von Ludwig Blumenreich" zu Duisburg so begeistert, daß es sie im „General-Anzeiger für Duisburg und Umgegend" in der Form genau nachahmt, nur das Kreuz fließt der Duisburger Jude fort.

Die Firma P. Sieberling zu Mainz hat den Kampf gegen die Warenhäuser aufgenommen. Sie veröffentlicht im „Neuesten Anzeiger" folgende Anfrage:

Gewerbe-Freiheit oder Gewerbe-Frechheit?

Die Firma Leonhard Tietz verkauft zu dem Schleuderpreis von Mk. 2,90 Heiligenbeiler, trotzdem die Fabrik in Leipzig jedem Kunden vorschreibt, daß die Ware nicht unter Mk. 3,— verkauft werden darf.

Digitized by Google

Was würde ein Teil der hiesigen Bevölkerung sagen, wenn ich den „Talmud" zu einem Schleuderpreis in mein Schaufenster legen würde?

Ist diese Art der Ausstellung für Christen nicht Ärgernis erregend?

Über diese Einsicht in nicht ausgesprochen antisemitischen Kreisen kann man sich nur freuen. Unsre Saat geht langsam, aber sicher auf.

Das Warenhaus Hermann Tietz zu Hamburg, am großen Burstah, ließ durch seinen Geschäftsführer den Leiter einer Mädchen-Volksschule einladen, mit den Schülerinnen seine „kunstvolle" Weihnachts-Ausstellung zu besuchen. Natürlich erlebte Herr Tietz einen gründlichen Abfall. Für die Frechheit der Herren Warenhaus-Inhaber ist dieser Vorgang aber sehr bezeichnend.

In Berlin erhält man jetzt in den Großbazaren eine Tasse Kaffee und Chokolade in „stilvoll" eingerichteten Räumen umsonst, demnächst sollen sogar überall Badestuben eingerichtet werden zur Benutzung der Leute, die sich etwa anklärisch fühlen!

Einen ganz gewöhnlichen Trick leistet sich Herr Ehrenfeld zu Frankfurt (Main). Er hält einen „Weihnachts-Ausverkauf zu jedem annehmbaren Preise" ab und zwar wegen einer Mietssteigerung von sechzigtausend Mark. Natürlich bindet Herr Ehrenfeld dem lieben Publikum nicht auf, daß sich diese Summe auf zehn Jahre verteilt.

Diese Proben werden genügen, um unsern Lesern die Mahnung ins Gedächtnis zurückzurufen: **Kauft Christgeschenke nur bei christlichen Deutschen!**

Ausland.

Österreich-Ungarn. Wie sehr die Wiener Universität bereits verjudet ist, zeigt ein Blick in ihr letztes Vorlesungs-Verzeichnis. Danach sind 14 Professoren und Dozenten der juristischen, 58 der medizinischen und 23 der philosophischen Fakultät Juden. Außerdem weisen die medizinischen Anstalten der Universität 150 jüdische Assistenten auf. Die antisemitischen Abgeordneten der Stadt Wien haben nun im Reichsrat einen Antrag eingebracht, dahin gehend, die Regierung solle dem bedenklichen Überwuchern des jüdischen Elementes Einhalt thun. In der Begründung des Antrages u. a. über das Judentum in der Medizin heißt es: „Vor der Gründung der Wiener Universität im Jahre 1314 gab es in Wien jüdische Ärzte, allein sie wurden nicht graduiert (als Doktoren bestätigt), da sie den Eid „de immaculata conceptione" (über die unbefleckte Empfängnis) nicht ablegen konnten. Eine päpstliche Bulle verbot den Christen, sich der Hilfe eines Judenarztes zu bedienen. Erst Kaiser Max verordnete 1517, daß auswärtige jüdische Ärzte in Wien die Praxis ausüben dürften. Der erste jüdische Arzt in Wien war Ganzhäuser, der aber im Jahre 1403 wegen verschiedener Unzukömmlichkeiten seine Praxis aufgeben mußte. Die jüdischen Ärzte suchten nun den Hof für sich zu gewinnen, und in der That gelang dies ihnen. Bereits Kaiser Friedrich III. hatte einen jüdischen Arzt, namens Jechiel Loans, während der Leibarzt der Tochter Friedrich I. der Jude Lazarus war. In dieser Familie vererbte sich der Stand des Vaters auf den Sohn, und so kam es, daß sich der ärztliche Beruf vom Großvater auf den Urenkel vererbte. Dies war auch bei der jüdischen Ärzte-Familie Moor der Fall. Der erste Arzt dieser Familie hieß Mojses Moor Katon (geistorben 1611), ihm folgte sein Sohn Aron (gestorben 1643) und sodann Juda Löb Katon, welcher bereits Hofarzt wurde. Zu Anfang des siebzehnten Jahrhunderts war im Bürgerviertel der Jude Elia Hasonas Arzt. Die Kaiserin Maria Theresia verordnete 1750 und 1773, daß nur jene Ärzte, die auf der Wiener Universität graduiert wurden, in Wien die Praxis ausüben dürften; daher konnten die Juden, die den Eid auf die unbefleckte Empfängnis nicht ablegen konnten, auch nicht graduiert werden. Wie sehr die medizinische Fakultät gegen die Juden Stellung nahm, geht daraus hervor, daß selbst Samuel Oppenheim, ein Enkel des allmächtigen Hoffaktors, der den Doktorgrad in Utrecht erworben und in Pest die Prüfung gut bestanden hat, in Wien auf Veranlassung der medizinischen Fakultät die Praxis nicht ausüben durfte. Erst Kaiser Josef II. hob am 12. Februar 1786 diese Vorschrift auf und verordnete, daß Oppenheim in den gesamten Erbländern die praxim medicam uneingeschränkt ausüben durfte. Außerdem beseitigte der Kaiser den Eid „de immaculata conceptione". Von diesem Augenblicke an nahm die Verzudung des ärztlichen Standes in enormer Weise zu, bis sie die heutige Höhe erreichte."

Frankreich. In der Provinz Algier hat der Antisemitismus solche Erfolge zu verzeichnen, daß der judenfreundliche Stattholter einem andern weichen mußte und die Hauptstadt nunmehr auch einen antisemitischen Bürgermeister aufzuweisen hat. Über das „Woher" dieser Stimmung giebt ein längerer Artikel der „Deutschen Wacht" Auskunft, in dem es heißt: Der gesamte Handel im Innern Algeriens liegt heute in jüdischen Händen. Daß die Juden ihre Macht dort in der rücksichtslosesten Weise ausüben, erleuchtet aus einem Beispiele, das der Verfasser dieses erlebt hat. Ein Jude Moise in Er Richa (großer Atlas, eine Tagereise von Laghouat) verkaufte dem Verfasser einen Hammel geschlachtet für 18 Francs, den er wenige Minuten vorher von einem Araber für 1 Francs 25 Centimes erstanden hatte! — Wie der Jude in Algerien Geschäfte mit den Garnisonen macht, die ausschließlich fast auf ihn angewiesen sind, erhellt aus einem andern Prozesse. Da war ein hebräischer Militärlieferant unter Anklage gestellt worden, weil er die Garnison insofern betrogen hatte, als er unterhalb der Wage einen Bindfaden angebracht und durch die Ladentosel gezogen hatte, und auf diese sehr einfache Weise einen erheblichen Fehlbetrag des Gewichts veranlaßt hatte. — Das sind so kleine Manöver, wie sie der Jude in Algerien ausgeführt hat und noch ausführt — der Talmud gestattet es ihm ja.

Daß das Volk durch solche Ausbeutungen im höchsten Grade gegen diese Sippschaft aufgebracht ist, faßt sich denken. Und wenn die Araber rechtlos diesen Wucherern preisgegeben sind, so versuchen sie es naturgemäß durch Anwendung von Gewalt, diese Unzunft des Schicksals wett zu machen. Daher die Tumulte seiner Zeit, daher auch die ausgesprochene antisemitische Stimmung, die heute ganz Algerien beherrscht.

Mosaik.

Handwerker-Innungen. Um einen Überblick über die Zahl und örtliche Verteilung der Handwerker und damit ein Urteil über die Zusammensetzung der Handwerkskammern zu erlangen, hat der preußische Minister für Handel und Gewerbe Ermittlungen anstellen lassen. Hierbei hat sich ergeben, daß in Preußen von einer ungeführen Gesamtzahl von 788 027 Handwerkern 218 121 in 7755 Innungen und 43 976 in Gewerbevereinen sich zusammengeschlossen haben. Da 13 777 Handwerker gleichzeitig Mitglieder von Gewerbevereinen und Innungen sind, so beträgt die Gesamtzahl der organisierten Handwerker 248 320. Damit ist die Mär endgiltig widerlegt, daß nur ein geringer Teil der Handwerker noch in Innungen vereinigt sei und die „traditionären Zünftler" höchstens ein Zehntel sämtlicher Handwerker hinter sich hätten.

Von den Beamten-Konsumvereinen. Bei der Verteilung der diesjährigen Dividende des Eisenbahn-Konsumvereins zu Stendal erhielt ein pensionierter Eisenbahn-Beamter 99 Mark 60 Pfg.! Danach müßte er für dreizehnhundert Mark Waren entnommen haben! Kann man sich diese Summe mit den Lebensverhältnissen und mit den gesetzlichen Bestimmungen zusammenreimen?

Sozialdemokratisches. Ausgewiesen wurde der Redakteur vom „Vorwärts", Dr. Adolf Braun, ein Jude österreichischer Herkunft, der eine Zeit lang in Wien an der „Gleichheit" eine Rolle spielte. An seine Stelle trat ein Jude aus Marburg, der dort in demokratischer Volksbeglückung machte und jetzt seine Vorarbeit dem ... Nationalsozialen von Gerlach überläßt. —

Bei der Stadtverordnetenwahl zu Mainz war der Bankier Dr. Bamberger, ein Neffe des bekannten Loeb Bamberger, nicht wieder als Kandidat aufgestellt worden. Dafür nahmen ihn die

Digitized by Google

Sozialdemokraten in ihre Liste auf und brachten ihn mit großer Mehrheit durch. —

Abgewirthschaftet haben die „Genossen" in Salzungen. Selbst ihr Führer unterlag bei der letzten Stadtverordnetenwahl, so daß vom 1. Januar 1899 ab kein „Genosse" mehr in der Stadtvertretung sitzt. —

In Debschwitz bei Gera wird dagegen der Gemeinderath vom nächsten Jahre ab nur aus „Genossen" bestehen. Wie geben ihnen höchstens zwei Jahre Zeit, dann werden die Debschwitzer die Zukunftsstaaten ebenso zum Teufel gejagt haben, wie es die Bürger von Wurzen machten. —

Die „Genossen" beklagten sich in der Generalversammlung des Konsumvereins zu Giebichenstein über die zu hohen Gehälter der Verkäuferinnen, weil nämlich nur eine Dividende von $1/2$ v. H. zur Vertheilung gelangt. Und welche Gehälter bezahlen die Herren „Genossen"? Monatlich fünfzig bis sechzig Mark! Ja, ja, in Geldsachen hört selbst bei den Zielbewußten die Gemüthlichkeit auf.

Zeichen der Zeit. Das Schwurgericht, das am 5. d. M. in Braunschweig seine Tagung begann, hat fünfzehn Fälle abzuurtheilen und zwar fast nur Meineids- und Sittlichkeits-Verbrechen!

Wie man sich eine deutsche Firma verschafft. Das kgl. Amtsgericht IV. 2 zu Frankfurt (Main) erläßt unterm 29. November nachstehende Bekanntmachung: In das Handelsregister ist eingetragen worden: 15842. Carl Klos & Cie. Das unter dieser Firma in offener Handelsgesellschaft, die am 20. August 1898 begonnen hat, bisher mit dem Sitze zu Wiesbaden betriebene Handelsgeschäft ist nach Frankfurt a. M. verlegt und daselbst zunächst von den bisherigen Gesellschaftern, den dahier wohnhaften Kaufleuten Carl Klos und Eduard Löwenthal unter unveränderter Firma in offener Handelsgesellschaft weiter geführt worden. Am 24. November 1898 ist der Gesellschafter Carl Klos ausgeschieden und gleichzeitig der dahier wohnhafte Kaufmann Siegfried Löwenthal als Gesellschafter eingetreten. Dieser letztere und der verbleibende Gesellschafter Kaufmann Eduard Löwenthal führen das Handelsgeschäft unter unveränderter Firma in offener Handelsgesellschaft weiter.

Galizische Kulturzustände. In einem Aufruf, durch den der katholische Pfarrer in Turka bei Chyrow um Beiträge für den Bau einer Kirche bittet, wird folgende Thatsache hervorgehoben: Im Sprengel der römischkatholischen Pfarrei Turka, die 82 Gemeinden umfaßt, giebt es dreihundert jüdische Schänken, aber nur zwölf Schulen!

Der Jude als Landwirt. Im Gouvernement Warschau ist ein Waldschutzgesetz zur Einführung gelangt, das die Abholzung von Waldungen in bedeutendem Maße einschränkt. Das Gesetz hat in ungeahnter Weise bei den jüdischen „Landwirten" seine Wirkung ausgeübt. Nach einer Mittheilung des „Warsch. Dnew." haben zahlreiche Juden, die Landgüter und noch darauf vorhandne Waldungen besitzen, begonnen, ihre Wälder und Güter zum Verkauf zu bringen, da sie unter den jetzigen Bedingungen die Landwirthschaft als „unvortheilhaft" ansehen. Trotz der großen Zahl solcher von Vermittlern zum Verkauf ausgebotnen Güter finden sich nur sehr wenige Käufer, da diese Güter äußerst abgewirthschaftet und erschöpft sind. — Die „Landwirthschaft" des Juden ist also weiter nichts als ein Raubbau!

Kleine Mittheilungen zur Judenfrage. In Oberstyło wurden bei der Stadtverordnetenwahl in der ersten Abtheilung gewählt die Kaufleute L. Ansmalder, S. Löwinsohn, Julius Schlimmer und H. Cohn. —

Bochum schächtet im städtischen Schlachthause den Juden zu Liebe mehr als ein Viertel des gesamten Schlachtviehes, obwohl nur 2 v. H. der Bevölkerung Juden sind! —

Der Amtsrichter Braun zu Würzburg trat mit seiner Familie zur katholischen Kirche über. Die Taufe vollzog der Prinz Max von Sachsen, der grade in Würzburg seinen Doktor der Theologie machte. —

Fabrik-zeichen.

Gustav Felix,

Leipzig, Reichsstraße 26,

Stahlwaren-Fabrik in Solingen,

empfiehlt

Tischmesser, Gabeln, Löffel, Taschenmesser, Rasiermesser, usw. usw.

in großer Auswahl unter Garantie.

Für diejenigen Bismarck-Freunde, denen das zweibändige Original-Memoiren-Werk Bismarcks zu teuer oder zu umfangreich ist, empfehle ich das noch rechtzeitig vor Weihnachten erschienende Werk

Bismarck-Memoiren

nach seinen „Gedanken und Erinnerungen", Briefen, Reden und sonstigen Kundgebungen ergänzt und erläutert.

Mit einem Lebensbilde versehen von

Dr. Paul Liman.

Preis 3,50 Mark. Hübsch gebunden.

Dr. P. Liman, der bekannte Chefredakteur der „Leipziger Neuesten Nachrichten", der dieser Zeitung den Ruf eines der bedeutendsten Bismarck-Blätter erworben hat, giebt in diesem Werke eine volkstümliche übersichtliche Zusammenstellung alles dessen, was Fürst Bismarck an kostbaren Beiträgen zur Geschichte seiner Zeit und seiner Thaten in seinen „Gedanken und Erinnerungen", Briefen, Reden, Gesprächen geliefert hat.

Gefl. Bestellungen erbitte eiligst.

Herm. Beyer, Buchhandlung, Leipzig.

Miniatur-Photographien

in Briefcouverts- oder Medaillon-Briefe

15 Stück 1 Mk., 50 Stück 3 Mk., 100 Stück 5 Mk., 1000 Stück 35 Mk.

Auch in jedem sonst beliebigen Formate. Vergrößerungen und Verweißlungen. Gratulations- und Trauerkarten, Postkarten usw. mit Portrait — nach jed. und einzel. Bilde, welches unbeschädigt wieder zurückerfolgt. — Verfolgt schnelle und feine Ausführung, getreueste Aehnlichkeit. Billigste Preise. Muster u. Preisliste bekommt.

Photogr. Anstalt Wilh. Fleischer, Kaufmannsdorf (Sachsen).

Vertreter gesucht.

Seiler-Bürsten-Besen- u. Pinselwaren

Spezialität:

Polsterwaren.

Oscar Mühler. Windmühlenstr. 23

Billige dichte Dächer

eisern nach Art des Anderach's Asphalt-Steinpappe. Muster und Beschreibung versendet franco

A. W. Andernach in Bonn a. Rhein.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Pogrefe, Berlin NW. 5, Kruppstr. 13.
Druck: G. Reusche, Leipzig.

Digitized by Google

Deutsch-Soziale Blätter.

Herausgegeben von Max Liebermann v. Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Bezugs-Preis: vierteljährlich Mk. 1.50 bei den Postanstalten (Postzeitungsliste Nr. 1760) und Buchhandlungen. Unter Streifband Mk. 2.

Anzeigen: die 6-gespaltene Petit-Zeile 25 Pfennige. Verlagsbuchh.: Königstraße Nr. 27, Leipzig.

XIII. Jahrgang. | Leipzig, 22. Dezember 1898. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Juden-Frage. Otto Glagau. | Nr. 540/41.

Inhalt: Pythia auf dem Dreifuß. — Postalische Sozialpolitik. — Die Etatsrede des Abgeordneten Liebermann von Sonnenberg. — Jüdische Ackerbau-Kolonien. — Unser bürgerliches Recht in Sprichwörtern. II. — Der Maximal-Arbeitstag im Bäckergewerbe. — Sacharin in der Armee. — Rußland. — Parteinachrichten. — Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen. — Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat. — Neue Bücher.

Die nächste Nummer unsers Blattes erscheint am 5. Januar.

Pythia auf dem Dreifuß.

So lange Zeit wie heutzutage hat die gute Dame wohl anno dazumal in Delphi nie gebraucht, um vom Dreifuß aus Geheimnisse zu enthüllen. Heutzutage sitzt sie schon über ein Jahr drauf und kann das Rätsel nicht lösen.

Jede Prophetenstimme schweigt, wenn man die gegenwärtigen Verhältnisse in Frankreich betrachtet. Es ist z. B. ganz unmöglich, aus der französischen Presse sich zu orientieren. Der Kampf ist ein so toller und wüster geworden, daß man jetzt keiner Silbe von dem, was in Frankreich gedruckt wird, Glauben schenken darf, weder dem von der einen noch von der andern Partei. Was Thatsächliches dem ganzen Handel zu Grunde liegt, weiß im Deutschen Reiche bis zur Stunde kein Mensch mit Sicherheit.

Die Zurückhaltung des französischen Generalstabs bleibt uns unverständlich. Es handelt sich um Schurkereien eines Geheimpolizisten. Daß ihre völlige Entblößung geeignet sein könnte, das ganze Staatswesen zu erschüttern, will niemandem recht einleuchten. Daß der Jude Dreyfus Verrat geübt hat, ist allen unbefangen Urteilenden höchst glaubhaft. Aber hat man wirklich juristisch ausreichende Beweise? Wenn der Jude, wie wahrscheinlich, das Werkzeug der jüdischen Geheimregierung, des Kahal, war, so werden die Fäden der Intrigue und des Verrats vielleicht zu fein gesponnen sein, als daß sie sobald ans Sonnenlicht kämen. Hat die Verzweiflung darüber, einem unfaßbaren Verbrecher gegenüberzustehen, dessen Thätigkeit zerrüttend auf die nationale Verteidigung wirkte, den französischen Generalstab zu einem summarischen Verfahren veranlaßt, das sich mit den strengen Anforderungen der Frau Themis nicht ganz deckte?

Ignoramus.

Der Kampf hat verschiedne Phasen durchlaufen. Im Juli dieses Jahres glaubte der Kriegsminister auf Grund von Urkunden, an deren Echtheit er nicht zweifelte, vor versammeltem Parlamente den vernichtenden Schlag auf den Gegner geführt zu haben. Die Entdeckung, daß diese Urkunden gefälscht waren, von einem andern Mitgliede der Geheimpolizei, allerdings erst zwei Jahre nach der Verurteilung des Verräters, hob dann wieder alles auf. Der Druck des Judentums auf die französische Regierung wurde so stark, daß das Ministerium sich opferte, um die Revision des Prozesses herbeizuführen. Diese Revision ist noch im Gange. Kein Mensch im Deutschen Reiche weiß ihr Resultat, weiß auch nur den Stand der Sache. Inzwischen überschüttet die Judenpresse das deutsche Publikum mit Lügen und Verleumdungen, und der Ausdruck „Fälscherbande“ für den französischen Generalstab, der selbst rücksichtslos die Fälschung aufgedeckt hat, hat sich beim deutschen Philister schon glücklich für alle Zeiten festgesetzt.

Eins ist klar aus dem ganzen Gewirr. Es handelt sich nicht mehr um den Juden Dreyfus, ob er unschuldig verurteilt ist oder nicht. Unschuldig auch nur in den Augen des Verräterstums ist Dreyfus ganz gewiß nicht. Nicht wegen seinen Verrätereien, das waren vom Standpunkte des Kahals ja verdienstliche Thaten, nein er ist schuldig, weil er ungeschickt gewesen ist, weil er sich hat fangen lassen und nun den Kahal diese rasende Mühe und diese Millionen von Kosten macht. Wahrlich, das verdient eine Strafe exemplarischer Art, und so ist es gar nicht unmöglich, daß der Kahal den Frevler erst mal drei Jahre ruhig hat auf der Teufelsinsel sitzen lassen, ehe er sich für seine Befreiung rührte, damit Meister Dreyfus doch wenigstens ein gehöriges Andenken erhielte, das ihn für künftige Fälle witzigte. Aber als sich dann die ungünstigen Wirkungen der Verurteilung auf die Stellung des Judentums allzu deutlich zeigten, als man in Frankreich begann, die Armee zu reinigen von dem hebräischen Gesindel, das sich schon allenthalben eingenistet hatte, da wurde schließlich ein entscheidender Beschluß gefaßt. Der Kahal erklärte der französischen Armee den Krieg.

Der Fall Dreyfus erschien als geeignet, die feindliche Position zu erschüttern. Offenbar wies die Verteidigungslinie des Feindes hier schwache Stellen auf. Auf jede Art, sei es die verbrecherischste und verräterischste, suchte man die Bresche zu erweitern. Und jetzt tobt der Kampf auf der ganzen Linie. Frankreichs Drillamme ist in Gefahr, in die schmutzigen Krallen der Ausbeuter-Rasse zu fallen. Man glaube nur nicht, daß der Widerstand gegen diesen jüdischen Angriff leicht ist. Das französische Volk ist unberechenbar. Seine Launenhaftigkeit macht die öffentliche Meinung dort zum unzuverlässigen Faktor. Ein kleiner Anstoß genügt, um die Stimmung von einem Extrem ins andre umschlagen zu lassen. Die Entlarvung des Henry war ein solcher Anstoß und zwar der gefährlichsten Art. Er hemmte den Elan der Nationalisten, er machte ihre.

Seitdem haben die Juden und ihre Verbündeten ihr Haupt bis in die Wolken erhoben. Die ausschweifendsten Hoffnungen sind laut geworden. Längst paßt die gesellschaftliche Ordnung Frankreichs dem kommunistisch und anarchistisch gesinnten Proletariat nicht mehr. Wer sich in Frankreich blamiert, verliert überhaupt die Widerstandskraft. Eine Freisprechung des Dreyfus würde die Armee blamieren und damit die festeste Säule des Landes bersten machen. Das weiß die Anarchie ganz genau.

Daß die Hefe des Volkes im Grunde auf Seiten der Hebräer steht, ist ein Umstand, der vieles in der Haltung der französischen Nationalpartei erklärlich macht. Das stets bis zum Überdruß wiederholte Revanche-Verlangen, die ewige Trauer um den von Barbaren geschändeten und zerstückelten französischen Boden, die wilden Haßäußerungen gegen das Deutsche Reich und deutsches Volkstum sind großenteils vom Standpunkte derjenigen, von denen sie ausgehen, nicht so ganz ernst gemeint und nicht ganz freiwillig. Man würde sich wesentlich anders ausdrücken, wenn man nicht drastischer Mittel bedürfte, um die untern Volksmassen bei der Fahne des Patriotismus zu halten. Der wach gehaltne Haß gegen das Deutsche Reich, die eiternde Wunde „Elsaß-Lothringen“ wirken für die französische Nation zusammenhaltend. Es ist für die Republik fast ein Glück gewesen, daß die Affekte des Schmerzes, der Sehnsucht und Hoffnung immer die Pöbelmassen davon zurückhielten, den Bestand des Staates anzutasten, was sie sonst längst gethan haben würden.

Die Hoffnung auf ein einiges Deutschland hat der deutschen Jugend als Triebfeder gedient, bis sie sich erfüllt hat. Jetzt ist ihre Haltung wesentlich weniger begeistert als in den Zeiten, wo die Wogen hoch gingen.

Digitized by Google

So stehts auch in Frankreich. Elsaß-Lothringen ist zum nationalen Ideal geworden, und jedes Streben nach einem Ideal idealisiert den Strebet.

Der große französische Philosoph und Staatsmann Gobineau drückt sich über die Festigkeit des Gefüges im französischen Volksleben sehr pessimistisch aus. Er sagt (Races humaines, Bd. I, S. 133): „Der Untergrund des französischen Volkes hat nur wenige Punkte mit den Oberschichten gemeinsam. Die französische Zivilisation schwebt über einem Abgrund und die Gewässer unten im Schlunde werden sich eines Tages als unwiderstehliche Auflösungsmittel beweisen. Die Zivilisation ist jenen auf Zeit auftauchenden Eilanden vergleichbar, die die Gewalt unterseeischer Vulkane über den Meeresspiegel emporteleibt. Lassen diese Kräfte einmal nach, so versinken die Trümmer in den siegreichen Fluten." — Nun, Elsaß-Lothringen und der Haß gegen das Deutsche Reich ist eine solche vulkanische Kraft, die die Oberschicht hoch hält. Die antideutsche Bewegung kehrt thatsächlich ihre Spitze weniger gegen das Deutsche Reich als gegen die Anarchie. — Schon jetzt ist die Lage der Nationalisten in den großen Städten Frankreichs keine rosige. Darüber können alle Fanfaren der „Libre Parole" nicht hinwegtäuschen, daß der Hebräer in dem Pariser Pöbel eine außerordentlich ergiebige Kräftequelle findet. Was für den erregbaren Gallier so wichtig ist — „äußerliches Gepränge" —, das verschafft der Pöbel dem Hebräer.

Das jüdische Syndikat wird allerdings für die Teilnahme an öffentlichen Massen-Demonstrationen hohen Sold zahlen, aber auch der höchste Sold würde ihm nichts nützen, wenn nicht die Massen sich freiwillig anböten. So braucht das Syndikat nur zu kommandieren, und ein paar tausend Burschen erscheinen jetzt auf den öffentlichen Plätzen in Paris und brüllen: „Nieder mit der Armee." Wenn dann später die Judenblätter behaupten, das seien Studenten, Hochschüler, die Blüte der Nation gewesen, wer will den Gegenbeweis führen? Und leider sind derartige Behauptungen thatsächlich nicht einmal vollständig erlogen. Die anarchistische Bewegung hat in Frankreich die Schichten der höheren Bildung ergriffen und angesteckt. Professorentum, Journalisten, Litteraten, emanzipierte Blaustrümpfe giebts in Frankreich ebensogut wie bei uns, und vielleicht dort noch in demoralisierterm Grade.

Das französische Volk ist durchaus ehrenwert und edel, seine Landwirtschaft und sein Bürgerstand sind von einer seltnen Tüchtigkeit und Integrität. Wie hoch steht die französische Industrie immer noch über unsrer so elenden Export-Industrie in Ramschwaren, die an Gewicht und Volumen beinahe das Fünffache der französischen beträgt bei gleichem Werte. Wieviel können unsre Landwirte von den Kollegen in der Normandie und Picardie lernen! Und daß der französische Soldat tapfer und brav ist und ein glühendes Ehrgefühl hat, wer möchte das bestreiten?

Aber die feine Welt in Paris, die haute finance, das höhere Beamtentum, die Litteraturkreise: das trägt alles den Stempel der Demi monde! — Und mit diesen faulenden und gährenden Stoffen im Volksleben muß der französische Politiker rechnen. Sie in Zaum zu halten, dazu bedarf es der äußersten Mittel. Ein Paktieren mit diesen Mächten ist unmöglich. Es ist ein Streit um die Existenz. Der französische Patriot hat keine Wahl. Er muß Revanche-Patriot sein, wenn er nicht Kommunard sein will. —

Wir im Deutschen Reiche haben von diesen Verhältnissen heftigen Nachteil. Unsre wirtschaftlichen Interessen harmonieren so mit den französischen bis in die kleinsten Einzelheiten hinein, daß wir uns erst dann werden frei entwickeln können, wenn wir gut Freund mit Frankreich sind. Bis dahin bleiben wir unter der ausbeutenden Direktive Englands und damit des Großkapitals. Wir brauchen die Kontinentalsperre, allerdings auf andrer Basis als wie bei Napoleon I., um uns von den Umarmungen eines Polypen zu befreien.

Insbesondre ist unsre antisemitische Bewegung ohne eine gesunde Unterlage, solange sie nicht europäisch international organisiert ist. Der nationale Antisemitismus schöpft ins Faß der Danaiden. Was zeitweilig an einer Stelle gewonnen wird, geht durch den Einfluß des Auslandes über kurz oder lang doch wieder in Trümmer. Wir brauchen einen Bund aller Antisemiten Europas, so wie ja auch die sämtlichen Semiten gegen uns verbündet sind. Statt dessen müssen wir leider Feinde sein. Die rechtzeitige Anwendung des Erisapfels, das ist die jüdische hohe Politik. Überall wo die Völker sich einander wähnen, verzehrt der Hebräer ein Hindernis dazwischen zu schleudern. Das war jetzt der Dreyfusskandal, dessen sentimentale Darstellung durch die liberale Presse so recht geeignet war, die Albernheit und Schwachköpfigkeit des deutschen Philisters in Flammen zu setzen. Humanität und Menschenfreundlichkeit sind immer noch ganz famose Zugmittel für ihn. Selbst übt er sie wenig, aber wenn man ihm vorredet, ein andrer verletze sie, dann brüllt er aus vollem Halse. Selbstverständlich frägt er nicht nach Beweisen für derartige Behauptungen. Es genügt, wenn sein Leibblatt sie aufstellt. Er glaubt den darin stehenden Thatsachen, auch wenn sie andern Tags widerrufen werden. Von den schädlichen Wirkungen der Lüge hebt der Widerruf nur einen Bruchteil auf, und er ist ganz wirkungslos, wenn er längere Zeit ausbleibt.

Spielball in den Händen des Judentums, das ist unsre öffentliche Meinung. Erst wird gehetzt gegen Frankreich. Die Presse geht auf den Leim und bringt verletzende Artikel gegen unsre Nachbarn. Sofort werden sie an der Seine kolportiert und erregen dort die gallische Empfindlichkeit, die es dann ihrerseits an verletzenden Äußerungen nicht fehlen läßt. So mit Grazie in infinitum.

Das Ergebnis ist dann, daß die, die Schulter an Schulter zusammenarbeiten sollten, sich hassen und meiden wie die Pest, und daß der Hebräer, wenn ihm in einem Lande scharf zu Leibe gegangen wird, im Nachbar-Lande an der öffentlichen Meinung einen Rückhalt hat. Käme es jetzt in Frankreich dazu, daß das französische Volk den Abzug der Krummnasen erzwänge, so würde im Deutschen Reiche ein Sturm des Mitleidens und der Entrüstung losbrechen. Mit offnen Armen würde man das Gesindel bei uns aufnehmen und verhätscheln, bis man dann nach dreißig Jahren merkt, wie man sich ins eigne Fleisch geschnitten hat. Dann bricht vielleicht im Deutschen Reiche der Volksimmwille mit elementarer Gewalt los, aber dann . . . verhält sich Frankreich kühl und gewährt seinerseits der Gaunerrasse Schutz und Sympathie. —

Genasführt sind wir in der erbärmlichsten Weise, auf den alleroffensichtlichsten Leim getrochen! Juda kämpft in Paris, aber die Siegestrophäen . . ., heißt es bei uns ein. Tagegzählte Millionen wird der Kahal in diesen Jahren haben aufbringen müssen für alle seine Werke der Bestechung, des Betruges, der Fälschung. Aber diese Kosten rentieren sich. Es sind Geschäftskunkosten, die sich allein schon durch die verbesserte Stellung des Judentums im Deutschen Reiche bezahlt machen. Ich habe in meinem Bekanntenkreise von gut antisemitischen Männern die Äußerung gehört: „Wenn Dreyfus freigesprochen wird, trete ich aus der antisemitischen Partei aus." So wirkt das Gift bei Strohköpfen, und an Strohköpfen ist bei uns weiß Gott kein Mangel.

Es scheinen bestimmte Verbrechen zu sein, wegen deren der Kahal eine Verfolgung des jüdischen Attentäters durch die Gojimregierung nicht duldet.

Wenn ein jüdischer Bankier mal auf eine längere Reihe von Jahren wegen allzu grober Gaunereien hinter die schwedischen Gardinen verschwindet, daraus macht sich die Öberleitung gar nichts. Den verdienten Stammesgenossen kann man ja später entschädigen. Die Gojim vergessen bald, und, um mit Büppchen zuzusprechen, „der Zahn der Zeit läßt über diese Wunde bald das nötige Gras wachsen", ebenso wie er die Thränen der Begaunerten trocknet. Aber Hochverrat und Ritualmord, das scheinen beim Kahal kitzliche Punkte zu sein. Der Kahal scheint anzunehmen, daß hier die Empfindlichkeit der Gojim gelegentlich explosiv wirken kann. Begangen werden müssen diese Verbrechen ja, das geht nun einmal nicht anders. Aber bitte, mit Vorsicht! Nur von geschickten Leuten! Es sind die Nationalheiden der Rasse, für deren Thätigkeit diese beiden Branchen reserviert sind. Passiert ihnen nun doch dabei ein Malheur, dann . . . setzt der Kahal Himmel und Hölle in

Digitized by Google

Bewegung, um die armen Märtyrer loszureißen, und bis jetzt ists ihm noch immer gelungen!

Was muß das für ein erhebendes Gefühl für den jüdischen Hochverräter sein, wie muß es seine Schritte sicher und fest machen, daß er in jedem Augenblicke weiß: Meine ganze Rasse steht hinter mir! — Die unbedingte Solidarität der ganzen Rasse bei diesen beiden Verbrechen, die den Bestand der Gesellschaft in Frage stellen, ist eben ein deutlicher Hinweis darauf, gegen wen sich eintretenden Falles die Kriminal-Untersuchung zu richten hat. Diese Verbrechen begeht der einzelne Jude als solcher überhaupt nicht, wenigstens nicht aus eignem Antriebe. Hier hat man nur mit Mandataren zu thun, denen im Gelingensfalle ein Ehrenplatz in Abrahams Schoß unverbrüchlich garantiert ist. L. W.

Postalische Sozialpolitik.

Fürst Bismarck hat in seinen Erinnerungen die auch sehr oft von unsrer Seite geäußerte Ansicht bestätigt, daß Herr von Stephan ein von seinem eignen Werke zu sehr überzeugter Mann war, der sich nicht scheute, selbst dem Staats-Oberhaupte gegenüber Eigenmächtigkeiten zu begehen. Bei ihm kannte man deshalb die seltsame Behandlung seiner untern Beamten wenigstens einigermaßen begreiflich finden, zumal wenn man den eigentümlichen Einfluß seines Adlatus Fischer in Betracht zieht. Anders steht die Sache heute. Der Nachfolger Stephans ist kein verknöcherter Bureaukrat und geizt anscheinend auch nicht so sehr nach Anerkennung von oben, die bei Stephan so notwendig war wie das tägliche Brot. Und doch durchlief vor einigen Wochen eine seltsame Nachricht die Blätter. Sämtlichen Unterbeamten des Postamts zu Hameln sollte der Dienst gekündigt sein, weil sie das Fachblatt „Deutscher Postbote" bezogen, vor den der Herr Staatssekretär gewarnt hatte. Wir konnten diese Nachricht nicht glauben, und nun wird sie von Herrn von Podbielski selber in einem Erlaß an sämtliche Ober-Postdirektionen zugegeben. Die Kündigungen hat er „ausnahmsweise" bis auf eine zurückgenommen, er spricht dabei aber die Erwartung aus, daß die Unterbeamten „künftig ein besseres Verständnis für die Pflichten ihres Amtes bekunden werden."

Diese Mahnung mutet uns etwas merkwürdig an. Der Thatbestand ist doch einfach der, daß Herr von Podbielski seinen Unterbeamten nicht verboten hat, den „Postboten" zu halten oder zu lesen, sondern nur vor ihm warnen ließ. Beziehen die Unterbeamten das Blatt privatim weiter, so ist das noch lange keine Verletzung der Disziplin. Es wird erst eine solche, wenn das Reichspostamt das Halten und Lesen des „Postboten" unter Hinweis auf die etwaigen Folgen direkt verbietet. Das ist bisher nicht geschehen und wird auch wohl nicht geschehen, denn eine solche Maßregel wäre im Zeitalter des Verkehrs nicht nur lächerlich, sondern auch einfach undurchführbar. Wie wollte z. B. die Postbehörde ihre Beamten in den großen Städten kontrollieren, wie ihre Fahrbeamten usw.? Was wollte Herr von Podbielski machen, wenn plötzlich sämtliche Ehefrauen seiner Briefträger und Schaffner den „Postboten" sich durch die Kaiserliche Post bestellen ließen?

Allerdings ist das Feer der Postbeamten militärisch organisiert, aber nicht in disziplinarischer Hinsicht. Der Chef der Reichspost-Verwaltung hat deshalb auch nicht die Berechtigung, den Beamten vorzuschreiben, was sie in ihrer Behausung lesen oder sonst thun und lassen sollen, sofange ihr Verhalten nicht mit den Grundgesetzen des Staates in Widerspruch steht. Opposition gegen die Postbehörde treiben aus mehr oder minder lautern Gründen sehr viele Zeitungen. Eine Anzahl davon haben sogar Verbindungen bis ins Reichspostamt hinein, das beweisen die geheimen Verfügungen, die man sehr oft in der sozialdemokratischen und freisinnigen Presse abgedruckt findet. Bisher ist aber in der Postbehörde noch niemals vor diesen Blättern gewarnt worden, noch ist irgend ein Beamter deshalb entlassen worden, weil er durch die Vermittlung des Assistenten-Verbandes die „Volkszig." des Herrn Cohn hielt, die in prinzipieller Gegnerschaft zu dem Reichspostamte steht und sich sehr guter Verbindungen in postalischen Kreisen rühmen kann. Und dabei finden diese Zeitungen besonders unter den Postbeamten Berlins nicht wenige Leser.

Wir glauben nicht, daß jene Maßregelung in Hameln oder der Erlaß Herrn von Podbielskis gegen den „Postboten" seine Unterbeamten abhalten läßt, diesem Blatte weiter ihre Aufmerksamkeit zu widmen. Es wird im Gegenteil sich um so größerer Beliebtheit erfreuen, jemehr das Reichspostamt dagegen wettert. Diese Erfahrung hat Herr von Stephan verschiedentlich machen müssen, und sie wird auch seinem Nachfolger nicht erspart bleiben, wenn er seine Sozialpolitik so weiter treiben will. Ob der „Postbote" einzelne der höhern Postbeamten auf Grund von zutreffenden oder übertriebnen Thatsachen angegriffen hat, kommt bei Beurteilung dieser Angelegenheit nicht in Betracht. Der „Vorwärts" hat schon andre Sachen zum Abdruck gebracht und wird trotzdem auf allen Berliner Postämtern gelesen. Außerdem ist zugestandnermaßen bei der Post manches reformbedürftig. Wozu also solche Thatsachen verschleiern? Die Verhältnisse liegen nun einmal so, daß kein Unterbeamter sich mit seinen Beschwerden an die offiziöse „Deutsche Verkehrszig." wendet, sondern sie dort anbringt, wo er weiß, daß sein Name nicht seinem Vorgesetzten bekannt wird. Bei dieser Lage der Dinge hätte das Reichspostamt alle Ursache, sich einem Blatte der Unterbeamten obwartend gegenüberzustellen, seine Angaben nurteilsfrei zu prüfen und ev. für Richtigstellung unzutreffender Behauptungen zu sorgen.

Wir selbst haben keinerlei Bedürfnis, und ganz besonders des „Postboten" anzunehmen, denn er schwimmt im jüdisch-freisinnigen Fahrwasser; trotzdem treten wir für ihn ein, weil es uns nicht einerlei sein kann, ob Herr von Podbielski mit seinem Angriffe gegen die staatsbürgerliche Freiheit des einzelnen Beamten und gegen die Preßfreiheit Erfolg hat oder nicht. Denn die Verrufserklärung, die heute den „Postboten" trifft, kann morgen über eine andre Zeitung verhängt werden.

Herr v. Podbielski hat sich bei Beginn seines Staatssekretariats sehr gut eingeführt. Er hat bewiesen, daß er den Verkehrsbedürfnissen Rechnung tragen will. Infolgedessen wird er zweifellos ebenso popular werden wie sein Vorgänger. Dieser hat es aber im Laufe der Zeit verstanden, sich dadurch seines Nimbus zu entkleiden, daß er infolge seiner Maßregeln und Maßregelungen auf dem Gebiete des Personalwesens sich eine an Haß grenzende Unbeliebtheit bei seinen Beamten schaffte. Wenn Herr von Podbielski so fortfährt, kann ihm dasselbe Schicksal blühen, und das sollte uns sehr leid thun. g.

Über die Etatsrede des Abgeordneten Liebermann von Sonnenberg

in der Reichstagssitzung vom 15. Dezember

fanden wir in einigen Tageszeitungen die Bemerkung, daß Herr v. L., der sonst stets das Ohr des Hauses habe, diesmal als letzter Redner unter der Ferienstimmung zu leiden gehabt habe. Das ist nicht ganz zutreffend. Eine große Anzahl von Abgeordneten von allen Parteien saßen auf ihren Plätzen und hörten mit gespannter Aufmerksamkeit zu. Die unbefriedigten Störungen wurden veranlaßt durch laute Unterhaltungen, die der Abgeordnete von Kardorff mit andern Abgeordneten der nationalliberalen und konservativen Partei in einer Form führte, die keinen Zweifel darüber ließ, daß es planmäßig geschah um den antisemitischen Redner zu verwirren. Das gelang allerdings in keiner Weise. Herr von Liebermann übertönte das summende Gerücht fortgesetzt mit seiner Stimme, so daß jedes seiner Worte auf den Tribünen verständlich war. Die Form, die Herr von Kardorf gewählt hat, um seiner aus der letzten Wahl stammenden Verstimmung gegen die Antisemiten Ausdruck zu geben, hat etwas stark geeignetes an sich. Da die Ungültigkeits-Erklärung seines Mandats in sicherer Aussicht steht, so wird es gut sein, wenn unsere Parteigenossen in Schlesien schon jetzt mit den Vorbereitungen beginnen, ihm in den Ruhestand zu

Digitized by Google

verhelfen. — Wir lassen den Wortlaut der Rede des Herrn von Liebermanns hier folgen:

Meine Herren, zu den mannigfachen Überraschungen, die uns die diesmalige Beratung des Reichshaushalts gebracht hat, gehört, wenigstens für die Herren, die neu in das Haus eingetreten sind, wohl in erster Reihe die Rede des Herrn Abgeordneten von Vollmar. Maßvoll und höflich in der Form, sachlich ohne weitgehende Übertreibungen, stach seine Rede sehr grell ab gegen die leidenschaftlichen Angriffe, die man sonst von jener Seite bei der Etatsberatung gegen die bestehende Gesellschaftsordnung zu hören gewohnt war. Mir war diese Rede in ihrer mäßigen Form keine besondere Überraschung, weil ich zufällig aus Königsberg in Preußen die Nachricht bekommen hatte, daß dortige Führer der Sozialdemokratie erzählt hätten, ihre Partei wolle diesmal in der Form schroffe Angriffe Herrn Eugen Richter überlassen und ihrerseits „staatsmännisch" gemäßigt auftreten.

Nicht nur Herr von Vollmar hat diese Taktik befolgt, sondern sogar sein Kollege Bebel hat heute für seine Verhältnisse außerordentlich gemäßigt gesprochen. Allerdings nur für die, die ihn von früher kennen. Dem einen oder andern der neueingetretenen Mitglieder mag seine heutige Rede nicht allzu mäßig vorgekommen sein.

Herr von Vollmar hat meines Erachtens ganz zutreffend geurteilt über die Abrüstungsvorschläge Seiner Majestät des Kaisers von Rußland: er hat gemeint, der Zar sei gerade am allermeisten einer starken Heeresmacht bedürftig, um seinen Absolutismus aufrecht zu erhalten. Wenn man die russischen Verhältnisse einigermaßen versteht hat, wenn man weiß, wie emsig der Bau der strategisch so überaus wichtigen sibirischen Bahn betrieben wird, wie die großen russischen Anlehehebedürfnisse meist daraus entstehen, daß man die Vollendung dieses Schienenweges schnell fördern will; wenn man trotz der strengen russischen Zensur sehr viel in den Zeitungen über die fieberhafte Thätigkeit in den Armee- und Marinewerkstätten liest; wenn man das Vorgehen Rußlands in Ostasien beobachtet, wenn man sieht, wie Rußland Schritt für Schritt der englischen Interessensphäre in Indien sich nähert: dann muß man, wenn man Sinn für Humor hat, zugestehen, daß Seine Majestät der Zar mit seinen Abrüstungsvorschlägen im gegenwärtigen Augenblick, den Besitz einer starken humoristischen Ader bekundet hat.

Wenn nun aber der Herr Abgeordnete von Vollmar Deutschland das nobile officium zuerteilen möchte, feinerseits mit der Abrüstung anzufangen oder wenigstens einen Stillstand in den Rüstungen eintreten zu lassen, so muß ich gestehen, daß mich diese außerordentlich harmlose Anschauung eines sonst so praktischen und scharfsinnigen politischen Mannes einigermaßen in Erstaunen setzt. Für Deutschland würde das nichts anderes bedeuten, als daß es sich zur Belohnung für seine Friedensbetriebungen von seinen Nachbarn aufteilen lassen müßte. Deutschland, im Herzen Europas, mit seinen langen Landgrenzen, umgeben von mißgünstigen Nachbarn, ist der letzte Staat, der mit Abrüstungen zu beginnen in der Lage wäre.

Was die von Herrn von Vollmar gewünschte allmählige Verkürzung der Dienstzeit betrifft, so glaube ich, daß man zufrieden sein muß, wenn die zweijährige aufrecht zu erhalten ist, ohne daß die Schlagfertigkeit des Heeres leidet.

Herr von Vollmar sagt, wir sollen allmählich zur Schaffung eines Volkfheeres gelangen. Ja, wir Deutschen haben doch gerade ein Volksheer im besten Sinne des Wortes aufgebaut auf den Gedanken der allgemeinen Wehrpflicht; und dieser Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht in Verbindung mit der noch stetig wachsenden Bevölkerungszunahme nötigt geradezu zu schrittweiser Verstärkung des Heeres und auch dazu, daß man den letzten wehrfähigen Mann wehrhaft zu machen sich bemüht. Dem steht allerdings der Kostenpunkt, die Belastung des Volkes entgegen, und darum läßt sich die Theorie der allgemeinen Wehrpflicht nicht völlig durchführen.

Herr von Vollmar hat mit vieler Wärme mehrfach den Ausdruck „Vaterland" gebraucht und mit großer Entschiedenheit in Anspruch genommen, daß auch er und seine Freunde die Berechtigung hätten, einzutreten für das Deutschum und für das Ansehen des deutschen Vaterlandes. Er täuscht sich aber, glaube ich, wenn er annehmen schien, daß man seitens der bürgerlichen Parteien im Hause ihm diese Berechtigung absprechen wollte. Im Gegenteil, man würde außerordentlich erfreut sein, wenn diese seine Gesinnung möglichst auch bei vielen Mitgliedern seiner Partei Platz griffe. Vorläufig scheint das aber noch nicht der Fall zu sein, wie das kürzlich in einer sozialdemokratischen Versammlung stattgehabte Scherbengericht gegen den Herrn Kollegen Heine beweist, der ja schließlich auch nichts anderes verbrochen hatte, als in einem unbewachten Augenblicke von seinem Deutschewußtsein zu sprechen. Herr von Vollmar wird aber nicht leugnen können, daß er sich mit seinen neulichen Ausführungen doch nicht in Einklang befindet mit anderen hervorragenden Führern seiner Partei. Z. B. hat seiner Zeit Herr Wilhelm Liebknecht geschrieben:

Das Wort „Vaterland", das ihr im Munde führt, hat keinen Zauber. Vaterland in eurem Sinne ist uns ein überwundener Standpunkt, ein reaktionärer, kulturfeindlicher Begriff.

Sollte sich Herr Liebknecht inzwischen zum Standpunkt des Herrn von Vollmar durchgemausert haben? Ich wage das zu bezweifeln.

Herr von Vollmar kritisierte die Ausweisungen in schärfster Weise. Nun, ich will auf diese rein preußische Angelegenheit hier im Reichstage nicht des näheren eingehen; ich meine nur: wir sollen Herren bleiben im eigenen Hause, wir sollen ohne unnötige Härte, aber auch ohne unnötige Sentimentalität uns von denjenigen Elementen befreien, die für unser Staatswesen schädlich werden können. Wenn in dieser Beziehung Herr Bebel in dasselbe Horn stieß, so glaube ich, war das nicht ganz logisch. Er müßte geradezu die Ausgewiesenen, Dänen, Czechen u. s. w. dazu beglückwünschen, daß sie einem Staate den Rücken kehren durften, wo die Verhältnisse so scheußlich sind, wie er sie uns heute wieder geschildert hat.

Auch auf das fluchwürdige Attentat in Genf kam Herr von Vollmar zu sprechen. Er betonte mit Bestimmtheit, die Sozialdemokratie habe damit nichts zu thun gehabt, und als von der rechten Seite des Hauses Zweifel dagegen laut wurden, verlangte er, man möge ihm sozialdemokratische Preßerzeugnisse vorlegen, die das Gegenteil bewiesen. Er hat durchaus recht mit seiner Behauptung gehabt: die sozialdemokratische Presse hat meines Wissens in keiner Weise dies Attentat zu billigen oder zu entschuldigen versucht. Im Gegenteil, sie hat es — es mag dahingestellt bleiben, aus welchen Rücksichten — durchaus verdammt. Wenn aber Herr von Vollmar den Standpunkt seiner Partei dahin festlegte: sie verdamme die Gewaltthat gegen gekrönte Häupter ebenso wie gegen jede Privatperson, so habe ich zwar keinen Anlaß zu bezweifeln, daß er so denkt; aber ich muß auch hier hervorheben, daß er sich mit dieser Auffassung in Gegensatz zu autoritativen Stellen seiner eigenen Partei stellt. Herr Bebel hat noch nie Gelegenheit genommen, dagegen zu protestieren, wenn man seinen hier im Reichstage getanen Ausspruch zitiert:

daß die Pariser Kommune stellenweise noch mit einer Mäßigung verfahren sei, die die Sozialdemokraten in einem ähnlichen Fall in Deutschland schwerlich anwenden würden.

Nun, Herr von Vollmar war schon schwer verwundet, als ein Teil der deutschen Armee vor Paris mit eigenen Augen die „Mäßigung" der Kommune bewundern konnte; wir haben Paris in Flammen gesehen, wir haben manchmal sogar das Jammergeschrei der hingemordeten Priester, Weiber und Kinder herausschallen gehört, die man dort dem Moloch der Kommune abschlachtete. Ich meine wirklich, wir haben keinen Anlaß, es sonderlich zu wünschen, daß der von Herrn Bebel für 1898 prophezeite „Kladderadatsch" noch in den Reichstagsferien dieses Jahres eintritt.

Der Herr Abgeordnete Bebel hat eine etwas schärfere Tonart angeschlagen als Herr von Vollmar, die aber immerhin, wie ich schon vorhin sagte, im Vergleich zu früher mäßig genannt werden konnte. An einer Stelle aber brach sein altes

Temperament durch, als er von einem Kaiserlichen Erlasse aus letzter Zeit sagte, es sei ein Hohn auf die darin betonte christliche Duldung gewesen. Herr Bebel soll gerecht sein. Man kann doch schließlich duldsam nur gegen diejenigen sein, die ihrerseits auch Duldsamkeit ausüben. Wer längerer Zeit hat einmal im französischen Parlament, als die Abschaffung der Todesstrafe auf der Tagesordnung stand und lebhaft befürwortet wurde, ein Abgeordneter gesagt: mögen doch die Herren Meuchelmörder anfangen! Sobald man sicher sein wird, daß seitens der Sozialdemokratie umstürzlerische Bestrebungen wirklich nicht mehr geplant werden, kann man auch duldsamer gegen sie sein, als es jetzt tätlich erscheint.

Ich will mich aber heute nicht viel mit dem Herrn Abgeordneten Bebel beschäftigen, sondern nur noch ein paar Einzelbemerkungen an seine heutigen Ausführungen knüpfen. Daß es Brauch in der Armee gewesen sein soll, zuerst über die Köpfe von Aufrührern hinweg zu schießen, hat der Herr Kriegsminister bereits in das Reich der Fabel verwiesen. Ich möchte dem Herrn Abgeordneten Bebel dazu nur noch darauf aufmerksam machen, daß bei uns die Truppen doch nicht mit Platzpatronen schießen, sondern mit weittragenden Gewehren. Wenn ein Führer die Thorheit begehen wollte, über die Köpfe von Aufständischen hinweg schießen zu lassen, so könnten leicht in weiten Entfernungen sehr viel unschuldige Menschen getroffen werden; schießt man aber tief und auf die vordersten Reihen, wo die Rädelsführer eigentlich stehen müßten, so hat man wenigstens die Aussicht, die Schuldigen zu treffen. Das von Herrn Bebel befürwortete Verfahren wäre außerordentlich verlehet und sehr inhuman. Die größtmögliche Entschiedenheit in der Unterdrückung revolutionärer Putsche dient am besten der Humanität und spart viel Blut.

Der Herr Abgeordnete Bebel hat schon seit längerer Zeit mit den Schriftstücken, die er produziert, wenig Glück gehabt; es scheint fast so, als ob irgend ein Wißbold geheime Schriftstücke für ihn fabrizlert und sie ihm zuspielen läßt. Es ist nahezu unbegreiflich, wie er auf den Leim gehen und an einen Geheimerlaß mit der Gegenzeichnung das früheren Kriegsministers und des Chefs des Militärkabinets glauben konnte.

Genug von Herrn Bebel. Einem Satz aus der Rede des Herrn von Vollmar kann ich mit einer kleinen Ergänzung durchaus zustimmen. Er sagte ungefähr, der gesellschaftliche Internationalismus sei der Internationalismus des ausbeutenden Kapitals. Wenn der Herr Abgeordnete von Vollmar noch die weitere Konsequenz ziehen und sich klarmachen wollte, daß fast ausschließlich das internationale Judentum jenes internationale ausbeutende Kapital in Händen hat, dann könnte ich jenen Satz auch unterschreiben.

Ich sagte schon: eine Mauserung der Sozialdemokratie nach der Seite des Herrn von Vollmar wäre zwar sehr wünschenswert, aber sie ist auch sehr unwahrscheinlich. Darum ist es verständlich, wenn von den verschiedenen Rednern Besorgnisse über das Anwachsen der Sozialdemokratie hier im Hause und im Lande geäußert worden sind. Der Herr Abgeordnete Bassermann hat das Anwachsen beklagt, aber kein Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie angegeben. Der Herr Abgeordnete von Kardorff sprach die Ansicht aus, man solle wieder auf das alte Sozialistengesetz zurückgehen. Ich muß nun auf die Gefahr hin, von der Sozialdemokratie gelobt zu werden, meinerseits erklären, daß ich den Kardorff'schen Vorschlag in diesem Augenblicke nicht für den richtigen Weg halten würde. Ich meine, man kann auch auf dem Wege friedlicher Einwirkung und durch die Verbesserung mancher Gesetze die Sozialdemokratie überwinden und herbeiführen, daß die Herren im Hause eine weniger zahlreiche Vertretung haben als gegenwärtig. Wir möchten dem hohen Hause durch unsere Anträge auf Einführung der Reichstagswahlgeheimnisses Gelegenheit geben, sich über diese Frage einmal auszusprechen. Seit ich diesen Antrag vor längeren Jahren einmal zum ersten Male in die Debatte warf, hat sich die Stellung dazu in der Presse der Parteien allmählich immer freundlicher gestaltet, so daß er, wenn auch noch nicht jetzt, so doch vielleicht in absehbarer Zeit Aussicht auf Verwirklichung gewinnen könnte. Ich meine, im Staate der allgemeinen Wehrpflicht und der allgemeinen Schulpflicht brauchen wir nicht ein allgemeines gleiches direktes Reichstagswahlrecht, sondern eine allgemeine gleiche Reichstagswahlpflicht. Ich meine, der Staat sollte im Kampfe gegen die grundstürzende Sozialdemokratie seine alten Reserven endlich mobil machen. Die Wahlfaulheit lehrt, daß nahezu ein Drittel der Wahlberechtigten zu Hause bleiben, und daß nur ein geringer Prozentsatz der Abgeordneten mit mehr als 50 Prozent aller Wahlberechtigten gewählt wird. Die zu Hause Gebliebenen sind keine Sozialdemokraten. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß nach gesetzlicher Einführung der Wahlpflicht die Leute, die früher von der Urne weg blieben, sich bei den Stichwahlen stets gegen die sozialdemokratischen Kandidaten entscheiden werden und diese Partei dann auf eine geringere Anzahl von Sitzen im Hause beschränkt wird. Ganz verschwinden lassen möchte ich, selbst wenn ich das könnte, die sozialdemokratischen Vertreter hier nicht eher, als bis die Ursachen, aus denen die Sozialdemokratie entstanden ist, beseitigt sind, damit nicht etwa das Gewissen der besitzenden und gebildeten Klassen wieder einschläft.

(Bravo!)

Mit der Wahlpflicht würde gleichzeitig ein weitergehender Schutz des Wahlgeheimnisses als bisher zu verbinden sein. Sie müßte auch die Diätenzahlung an die Reichstagsabgeordneten noch sich ziehen, damit ein größerer Prozentsatz von Leuten im Lande sich wählen lassen kann. Jetzt ist der Kreis derselben ein zu beschränkter, und die Sozialdemokratie, die über die reichsten Mittel verfügt, wird durch jene, ihretwegen seinerzeit eingeführte Maßregel in keiner Weise getroffen. Ich glaube, daß ein Reichstag der Zukunft, der sich anstand auf allgemeine Wahlpflicht, in erhöhtem Maße in der Lage und fähig sein wird, die wirklichen Bedürfnisse aller Volksklassen zu würdigen und die geeigneten Gesetze zu ihrer Befriedigung zu finden. Wir haben es aber nicht mit dem Reichstag der Zukunft, sondern mit dem Reichstag der Gegenwart und den Aufgaben zu thun, die die Thronrede diesem Reichstage stellt, sowie mit den Aufgaben, die er sich selber stellen muß, um Lücken in der Gesetzgebung, die vielfach hervorgetreten sind, auszufüllen und um anderseitig auch Anregungen zu geben, damit die Regierungen an die Lösung mancher brennenden Fragen herangehen. Wir freuen uns, daß in der Thronrede eine Novelle zum Alters- und Invaliditätsversorgungsgesetz angekündigt worden ist. Das sogenannte Alters- und Invaliditätsversorgungsgesetz wird in der That in großen Kreisen unseres Volkes schon seit langer Zeit geradezu als eine Landplage empfunden. Wir gehen in unseren Wünschen ja allerdings sehr viel weiter, als die Regierungsvorlage mutmaßlich gehen wird. Unser Ideal ist eine allgemeine Volksversicherung, wofür die Beiträge aus den Steuerquoten jedes einzelnen Steuerzahlers entnommen werden. Wir glauben nicht, daß die Regierung jetzt schon in diese Bahnen einlenken wird, und sind daher auch mit Abschlagszahlungen zufrieden. Wir werden uns freuen, wenn wenigstens die hauptsächlichsten Mängel des Alters- und Invaliditätsversorgungsgesetzes beseitigt worden.

Mit den allerwärmsten Sympathien begrüßen wir die Ankündigung einer Ergänzungsvorlage zur Gewerbeordnung. Wir freuen uns, daß man den Schutz für die Sittlichkeit, Gesundheit und das Leben auch auszudehnen will auf die Angestellten des Handelsgewerbes, und daß man auch den in der Konfektionsindustrie hervorgetretenen Übelständen entgegentreten will. Die Handelsangestellten leiden im Augenblick wesentlich unter folgenden Übelständen: einmal unter der ganz unverantwortlichen Lehrlingszüchterei, die vielfach eingerissen ist, zweitens unter der mangelhaften Ausgestaltung des Fortbildungswesens, drittens unter den Fehlen geeigneter Schiedsgerichte, und endlich neuerdings auch unter dem Anwachsen der weiblichen Konkurrenz. Für die weiblichen Angestellten im Handelsgewerbe würde ein Höchstarbeitstag gesetzlich festzulegen sein, während die männlichen Handlungsgehilfen befriedigt sein würden durch die Festsetzung einer bestimmten Ladenschlußstunde, die ja auch schon von anderer Seite hier angeregt worden ist. Für den Schutz der Sittlichkeit der weiblichen Angestellten einzutreten, ist uns von parteiwegen

Digitized by Google

aufgegeben auf dem Parteitage in Nordhausen; dort wurde ausdrücklich Beschluß gefaßt, die Abgeordneten der Partei zu ersuchen, im Reichstag dahin zu wirken, daß scharfe Strafbestimmungen gegen die Prinzipale geschaffen werden, die ihre wirtschaftliche Überlegenheit benutzen zum Mißbrauch ihrer weiblichen Angestellten.

M. H., wir haben auch mit großer Befriedigung die bestimmte Erklärung entgegengenommen, daß bei dem Gesetz zum Schutz der Arbeitswilligen nicht davon gedacht ist, das bestehende Koalitionsrecht anzutasten. Es wird nötig sein, eine Prüfung darüber eintreten zu lassen, ob denn die bestehenden Gesetze bei geeigneter Anwendung thatsächlich nicht ausreichend sind. Uns sind beweiskräftige Fälle, wo das bestehende Gesetz keine ausreichende Sühne gestattet hätte, nicht bekannt. Die Regierung wird daher Beweismaterial für die Notwendigkeit der Gesetzesnovelle beizubringen haben. Man wird in der Kommission, die für dieses Gesetz niedergesetzt werden muß, gut thun, sich von vornherein darüber klar zu werden, daß die zur Zeit bestehenden schroffen Gegensätze zwischen Arbeitern und Arbeitgebern im wesentlichen eine Folge des falschen wirtschaftlichen Liberalismus sind, der Jahrzehnte bei uns geherrscht hat, und der unter der Devise „Freies Spiel der Kräfte" im ganzen Reiche den Kampf aller gegen alle entfesselt hat. Gegensätze zwischen Arbeitern und Arbeitgebern sind naturgemäß, sie lassen sich nie gänzlich beseitigen, sie lassen sich aber mildern, lassen sich überbrücken. Wenn man das will, dann muß vor allem an die Organisation im großen herangegangen werden. Organisierte Verbände werden ihre Streitigkeiten in anderen, besseren Formen austragen als unorganisierte Haufen, ebenso wie geschulte Truppen eine andere Kampfesform haben, als sie bei Franktireurs und im Guerillakrieg und als sie im Straßenkampf in die Erscheinung treten. Darum bedauern wir es ganz außerordentlich, daß der Bundesrat es abgelehnt hat, dem Reichstagsbeschluß vom 12. Dezember 1896 bezüglich der Regelung der Rechtsverhältnisse der Berufsvereine Folge zu geben.

Bei Beratung des in Aussicht stehenden Gesetzentwurfs wird aber auch der Gesichtspunkt nicht aus dem Auge zu lassen sein, daß eine Behinderung Arbeitswilliger nicht immer allein von den streikenden Arbeitern ausgeht, sondern daß sehr häufig auch Arbeitgeber derartige Handlungen begehen, und daß diese unter Umständen garnicht einmal als strafwürdig angesehen werden können. Ich denke dabei an das Vorgehen des Buchdruckerprinzipalsvereins, der um der unlauteren Konkurrenz, der Schmutzkonkurrenz zu begegnen und um gleichzeitig die Einhaltung der Tarife zu erzwingen, an die Arbeiter die Aufforderung erließ, in den nicht tarifreuen Druckereien die Arbeiten niederzulegen, allerdings sich auch erbot, die brotlos gewordenen Arbeiter anderweitig unterzubringen. Es muß auch betont werden, daß seitens der Arbeitgeber Aussperrungen vielfach stattgefunden haben, die vollständig auch unter den Begriff der Verhinderung Arbeitswilliger an der Arbeit sollen werden; und die schwarze Liste der Arbeitgeber kann man vielleicht auf die gleiche Stufe stellen mit den Berufsverklärungen seitens der streikenden Arbeiter. Man sieht aus diesen kurzen Andeutungen, daß eine sehr sorgfältige Prüfung der zu erwartenden Regierungsvorschläge unerläßlich ist.

Ich wende mich m. H., nun mit wenigen Worten dem Bankgesetz zu. Eine Novelle zum Bankgesetz wird mit Rücksicht auf das ablaufende Privilegium der Reichsbank in der Thronrede angekündigt, und es wird dabei betont, daß an den „bewährten Grundlagen unseres Bankwesens" möglichst nicht gerüttelt werden solle. Nun, m. H., über die bewährten Grundlagen unseres Bankwesens sind die Anschauungen im Lande außerordentlich geteilt. Ich möchte im Namen meiner politischen Freunde, aber wohl auch sehr großer Kreise im Lande betonen, daß wir meinen, ohne eine Verstaatlichung der Reichsbank wird es nicht abgehen können, wenn man dieses Institut wirklich zu dem machen will, was sein Name besagt, nämlich zu einer Anstalt, die allen arbeitenden und schaffenden Klassen unseres Volkes im Deutschen Reiche billige Kredite vermittelt. Es wird bei den Verhandlungen, die sich an das neue Bankgesetz knüpfen, auch die Währungsfrage einer besonderen Erörterung bedürfen. Z. B. wäre es doch interessant, wenn die Regierung angeben könnte, ob es ihr bekannt ist, in welchem Umfang die deutschen Silberthaler im Auslande zum Schaden unseres Nationalvermögens nachgeprägt werden; denn daß dies geschieht, scheint zweifellos, wenn man sich vergegenwärtigt, welch hoher Profit dabei zu machen ist. Elemente, die stets bereit sind, solche Profite wahrzunehmen, giebt es in allen Staaten nur zu reichlich.

Wir glauben nicht, daß das angekündigte Postscheckgesetz in einer Weise das erfüllen wird, was ihm in der Thronrede zugedacht ist, daß es nämlich eine Art Ersatz sein soll für diejenigen Schichten der Bevölkerung, die ein Girokonto bei der Reichsbank nicht einlegen können. Wir glauben vielmehr, daß dieses Postscheckgesetz vornehmlich den großen Versandgeschäften zu gute kommen wird; ich habe übrigens auch verlauten hören, daß auch diesen Kreisen die Anregung zu dem Vorschlag gekommen sein soll. Wir werden objektiv die Gründe der Regierung prüfen; überzeugt man uns, daß wirklich dem Mittelstand in irgend einer Form durch dieses neue Gesetz Vorteile geboten werden, so werden wir ihm zustimmen. Über weitere postalische Angelegenheiten gedenke ich mich heute hier nicht zu verbreiten.

Wenn die Thronrede mit Befriedigung der dauernd sich erhöhenden Reichseinnahmen gedenkt, so möchte ich doch zur Erwägung geben, daß diese erhöhten Reichseinnahmen leider in der Hauptsache sich aus den Zöllen ergeben, die von ausländischen landwirtschaftlichen Produkten erhoben werden, die dann, wenn sie die Grenze passiert haben, unsere heimischen Landwirtschaft schlimme Konkurrenz machen. Unsre Landwirtschaft also ist der Leidtragende bei den steigenden Reichseinnahmen. Wenn wir daher nur mit gemischten Empfindungen der Steigerung der Reichseinnahmen gegenüberstehen, so empfinden wir wir doch ungemischte Freude darüber, daß bedeutende Posten eingestellt sind für die Gehaltsaufbesserung großer Kreise der unteren Beamtenschichten. Wir freuen uns insonderheit, daß unsre alten, Schutzbefohlenen, die untern Postbeamten, endlich die langersehnte Zukage erhalten werden. Diese Aufbesserung der Beamtengehälter wird die Zufriedenheit in großen Kreisen der Bevölkerung wieder befestigen.

Als die Grundlage eines geordneten Staatswesens bezeichnete der Fürst Bismarck einmal die Dreiheit: geordnete Finanzen, Zufriedenheit im Lande und ein starkes Heer.

Damit komme ich zu der geplanten Heeresverstärkung. Die allgemeine Wehrpflicht, wie ich schon eingangs sagte, zwingt dazu, ob und zu Heeresvermehrungen vorzunehmen. Die Kosten solcher Vermehrungen müssen aber jorgfältig erwogen werden, damit sie nicht allzu sehr die Schultern der untern und mittlern Schichten der Bevölkerung drücken. Gerade die deutsche Landwirtschaft, wie es mehrfach hervorgehoben wurde, trägt am meisten an den Lasten, die das Heerwesen dem Volke auferlegt. Ich will mich auf die heutigen statistischen Auseinandersetzungen zwischen den Herren Dr. Lieber und von Kardorff nicht einlassen. Ich meine, es sei erwiesen, daß die Landwirtschaft prozentualiter die meisten Rekruten stellt, und daß ein beträchtlicher Teil dieser Rekruten nach Ableistung der Militärdienstpflicht nicht in die alte Heimat wiederkehrt, sondern in den großen Städten bleibt und dadurch dem Arbeitermangel auf dem Lande verschärft. Es ist aber noch nicht erwähnt, daß die Landwirtschaft auch insofern durch die Aushebung schwerer belastet wird als andere Bevölkerungskreise, weil aus ihr heraus gerade die pferdeverständigen Rekruten genommen werden, die in der Kavallerie und reitenden Artillerie 3 Jahre dienen müssen, also länger ihrem Berufe entzogen werden. Aber trotz alledem sagen wir uns, daß aus nationalen Gründen die Heeresverstärkung bewilligt werden muß. Die Zeichen der Zeit sind ernst. Aus den Friedensschalmeien, die überall wie auf Kommando geblasen werden, können politisch Feinhörige deutlich bange Kriegsbefürchtungen heraushören, und es ist sehr wichtig und sehr nützlich, daß wir uns des Wortes erinnern, das der greise Feldmarschall Moltke in einer seiner letzten Reden hier aussprach: „Sicherheit finden wir schließlich nur

Digitized by Google

bei uns selber." Ich meine auch, es ist viel besser, sich auf die Wucht und Schärfe des deutschen Schwertes zu verlassen als auf allerlei auswärtige Bündnisse.

M. H., nun aber der Kostenpunkt! Wir wünschen dringend, und ich richte die Bitte an die führenden Parteien im Hause, sie möchten doch, wie im vorigen Reichstage in der Marinevorlage, so auch in diese Heeresverstärkungsvorlage einen Paragraphen einfügen, der gesetzlich festlegt, daß, wenn die Reichseinnahmen sich einmal nicht auf dem aufsteigenden Ast wie gegenwärtig, befinden, dennoch nicht zu Steuern gegriffen werden darf zur Deckung der Militärkunsten, die die Schultern der untern und mittlern Schichten des Volkes belasten.

M. H., ich glaube, daß eine moralische Verstärkung der Schlagfertigkeit des Heeres auch darin liegt, wenn in Friedenszeit die Fürsorge für die Kriegsinvaliden nicht vernachlässigt wird. Die Empfindungen der jungen Soldaten, die ins Feld ziehen, werden wesentlich freudigerer Art sein, wenn sie wissen, daß das Vaterland es für eine Ehrenpflicht hält, für die Hinterbliebenen der Gefallenen in ausgiebiger Weise zu sorgen und den Verkrüppelten einen sorgenlosen Lebensabend zu bereiten. Ich meine, der neue Reichstag sollte auch wieder die an ihn vielfach herantretenden Bitten aus den Kreisen der Kriegsinvaliden wohlwollend prüfen und möglichst erfüllen. Vor allen Dingen wird die unglückliche gesetzliche Bestimmung im Lande schwer und unbequem empfunden, daß die Militärpensionen bei Staatsbeamten auf das Gehalt angerechnet werden, während Kommunalbeamte und sonstige Angestellte die volle Militärpension neben ihren Gehältern weiter beziehen. Diese Bestimmung widerspricht geradezu dem gesunden Menschenverstand, und je eher sie fällt, um so förderlicher wird dies für die Zufriedenheit im Lande sein.

M. H., ich halte es aber auch für eine Ehrenpflicht unserer Militär- und Marinevermaltung, dafür zu sorgen, daß die Heeresbedürfnisse in noch weit höherm Maße als zur Zeit von den Produzenten direkt eingekauft werden, und vor allen Dingen, daß die Verproviantierung unserer Schiffe und die Beköstigung unserer Mannschaften nicht mit ausländischen Fleischwaren, mit amerikanischem Fleisch erfolgt. Das ist aber leider der Fall. Ein amerikanisches Fachblatt, das ich hier zur Stelle habe, schreibt, daß die Schiffe, die den Prinzen Heinrich nach Kiautschou begleitet hätten, sämtlich mit amerikanischem Fleisch verproviantiert gewesen seien, und macht die höhnische Bemerkung, daß dies doch eigentlich eine merkwürdige Konsequenz der deutschen Regierung sei, die ihrerseits vor den amerikanischen Fleischwaren warne. Dieser Hohn, meine Herren, ist nicht ganz unberechtigt. Es ist auch in den Schlächterkreisen Hamburgs trotz des offiziellen Dementis die Meinung bestehen geblieben, daß die bekannten Erkrankungen bei dem Altonaer Regiment auf den Genuß amerikanischen Fleisches zurückzuführen gewesen sind. Die Schlächterinnung in Hamburg hat die Intendantur früher schon in dieser Richtung gewarnt. Ich halte es für wahrscheinlich, daß die Intendanturbeamten selbst getäuscht worden sind, daß man ohne ihr Wissen amerikanisches Fleisch in die Mengen eingeschmuggelt hat. Wellekeit ist die Bestimmung, daß nur halbe Schweine und Vierteltinder von den Truppen abgenommen werden dürfen (das amerikanische Fleisch kommt nämlich nur in kleinern Stücken an), dadurch umgangen werden, daß man Schweinehälften und Rindbulertel erst lieferte, und daß dann bei dem Zerkleinern Stücke amerikanischen Fleisches untergeschoben sind. Ich spreche damit nur eine Vermutung aus, die aber vielleicht Anlaß geben kann, in dieser Richtung Nachforschungen anzustellen.

M. H., diese Betrachtungen bringen mich auf das in der Thronrede angekündigte Gesetz über Schlachtvieh-Untersuchung und Fleischbeschau. Zu meinem großen Bedauern findet sich in der Thronrede dabei der Passus: „Wie Wir hoffen, wird dieses Gesetz noch in der gegenwärtigen Tagung den Reichstag beschäftigen". Ich hoffe, daß diese Hoffnung nicht zu Schanden wird. Denn wie man ohne ein solches sorgfältig durchberatenes Gesetz einen Handelsvertrag mit Amerika abschließen will, das ist mir schlechterdings unbegreiflich

Wie die Zustände drüben in Amerika sind, darauf werde ich mit wenigen Ausführungen eingehen müssen. Herr Graf Posadowsky hat uns mitgeteilt, daß er einen Sachverständigen nach Amerika entsendet habe. Auch aus dem Ministerium des Innern und dem Ministerium für Handel und Gewerbe sind neuerdings Erlasse ergangen, man solle häufiger die amerikanischen Fette einer Untersuchung unterwerfen. Leider Gottes ist da nun wieder ein unpraktisches Verfahren von unserer Bureaukratie eingeschlagen. Man hat außerordentlich sorgfältige, bestimmte Untersuchungs-Methoden vorgeschrieben, deren Kenntnis auch den Amerikanern zugänglich ist, und die in Amerika gradezu großartig ausgebildete Nahrungsmittel-Chemie hat sich schnell auf diese Rezepte eingerichtet und fälscht die Nahrungsmittel in in Formen, die ihrer durch die vorgeschriebenen Untersuchungsmethoden festgestellt werden können.

(Sehr richtig! rechts)

M. H., es wird so zweifellos seitens des deutschen Sachverständigen, der in Amerika weilt, ein besonders Augenmerk auf die amerikanische Fachpresse gelegt werden, und zweifellos wird auch der Herr Staatssekretär Graf von Posadowsky von seinem Bevollmächtigten das Jahrbuch der landwirtschaftlichen Abteilung der Vereinigten Staaten vorgelegt erhalten. Es ist ein ganz außerordentlich lehrreiches Buch für die Staatsmänner, die den Handelsvertrag mit Amerika abschließen sollen. Unter andern kann man sich daraus auch über die amerikanische Trichinen-Untersuchung unterrichten. Es ist sogar eine Photographie eines Saales, wo Trichinen-Untersuchung stattfindet, darin enthalten. Dicht gedrängt sitzen hübsche junge Damen vor den Mikroskopen. Ich werde mir erlauben, dieses Bild auf den Tisch des Hauses niederzulegen. Sie werden nach Betrachtung desselben vielleicht dem Hamburger Herrn Recht geben, der neulich in einem Gespräch mit einem Amerikaner, der die Vorzüge der heimatlichen Trichinenschau pries, antwortete: mit Scheinen diese jungen Mädchen mehr geneigt, nach Liebhabern als nach Trichinen zu suchen. Man kann bei sorgfältigem Studium dieses Jahrbuches allerlei praktische Winke darüber erhalten, wie wir uns gegen die amerikanische Konkurrenz einigermaßen schützen können.

Aber auch in der Fachpresse der amerikanischen Fleischwaren-Versand-Industrie findet man auf ganz festsame Sachen. Auf Anregung eines amerikanischen Fachjournals hat ein Sachverständiger alle bedeutenden Schlachtereien und Konservenfabriken besucht und dann ein Rezeptbuch herausgegeben, wie man Schmalz macht und fälscht. Sie werden mir zugeben, m. H., daß es immerhin einigermaßen bedenklich erscheint, wenn wir derartige Fette ins Land hereinkommen lassen.

Ich muß mir erlauben, so wenig appetitlich der Gegenstand auch sein mag, einige kurze Andeutungen aus amerikanischen Fachzeitungen Ihnen zu unterbreiten. Ein bedeutender Sachkenner veröffentlicht in einem Fachjournal ein Rezept, wie man „das schönste geruchlose, klare Schmalz" aus kranierten Schweinen bereiten kann. Der Verfasser erzählt: er habe in Chicago auf der Rampe der Schlachthöfe krepierte Schweine liegen sehen, die schon bis aufs Doppelte ihres natürlichen Umfanges aufgedunsen, die in der Mitte schon aufgeplatzt waren und die man trotzdem mit großem Gewinne verwerten könne; allerdings warnt er seine Landsleute eindringlich davor, diese Tierkadaver etwa mit bloßen Händen anzufassen, sondern höchstens mit Haken oder Handschuhen, denn sonst könnten sich gefährliche Blutvergiftungen einstellen.

In einem andern Artikel des Blattes, aus dem ich die Notiz über die Schiffe des Prinzen Heinrich vorlas, schildert ein Fachmann ersten Ranges eine große Pferdefleischfabrik in der Nähe von New-York, wo man jede Woche hunderte von Pferden schlachtet, einsalzt und als „begehrtes Salzfleisch" nach Deutschland verschickt. „wo", wie der Verfasser sagt, „das Publikum gewöhnt ist, solches Fleisch ohne Widerwillen zu genießen." Wenn man hier in Deutschland wüßte, was man eigentlich verspeist, würde sich der Widerwillen so leicht nicht einstellen. — Die abgetrockenen Pferde, die man aus den Abdeckereien zum Schlachten kauft, werden, wie eingehend geschildert wird, durch Eingraben in die Erde weich und schmackhaft gemacht. Das thut man ja auch hier bei uns mit Auerhähnen und der-

Digitized by Google

gleichen, aber dies war mir neu. Nur die allerschlechtesten Pferde, die zu gar keiner Verwendung im Stande der Amerikaner sich mehr eignen, die selbst für die Verschiffung nach Deutschland zu schlecht sind, werden an einem besondern Ort vergraben, den der Verfasser mit gutem Humor „Hippopolis“ nennt. Ich glaube, über solche Thatsachen, die nicht etwa aus dem bekannten Witzblatt, dem „Arkzons-Kicker“, sondern aus ersten Fachjournalen entnommen sind, kann man nicht gut hinwegkommen; und darum wiederhole ich: erst muß das Fleischbeschaugesetz in Deutschland unter Dach und Fach gebracht werden, ehe es möglich ist, einen Handelsvertrag mit Amerika abzuschließen.

M. H., ich komme nun zu den Kundigungen der Thronrede in Bezug auf die Kolonialpolitik. Der Herr Reichstagsabgeordnete Richter hat den Herrn Grafen Caprivi, der seiner Zeit Afrika nicht geschenkt haben wollte, noch weit übertroffen; er will sogar gerne einige unserer Kolonien verschenken — nicht „veräußern“, wie Herr von Kardorff verstanden hat. Der Herr Abgeordnete Richter war neulich in der Gebelaune. Diese Anschauungen werden in den nationalen Kreisen unsers Volkes schwerlich geteilt. Deutschland hat einen sehr erheblichen, alljährlich sich steigernden Volksüberschuß, der eine beträchtliche regelmäßige Auswanderung mit sich bringt. Wir müssen daher geeignete Ansiedlungsgebiete haben, die jenen Volksüberschuß aufnehmen können. Nationale Interessen zwingen uns andererseits, dafür zu sorgen, daß unsre Volksgenossen, die übers Meer strömen, dem Deutschtum erhalten bleiben und nicht, wie es jetzt leider noch der Fall ist, meist in der zweiten Generation schon von dem Angelsachsentum aufgesogen werden. Wenn wir das wollen, dann müssen wir aber auch allerdings von den ältern Kolonialmächten lernen, wie man praktisch kolonisiert; wir müssen dafür sorgen, daß in unsern Kolonien das beseitigt wird, was man mit einem Schlagwort den „Assessorismus“ genannt hat.

M. H., die in den Kolonien heranwachsenden deutschen Gemeinwesen müssen von vornherein mehr, als es bisher geschehen ist, zur Selbstregierung erzogen werden; sie müssen lernen, ihre eigenen Interessen selbst zu vertreten und zu verwalten. Wenn, wie es scheint, in Klautschau ein Anfang mit einer praktischen Verwaltungsform, als sie bisher üblich war, gemacht worden ist, so wird uns das in hohem Maße zur Befriedigung gereichen. — Es liegt mir übrigens sehr fern, mit diesen Bemerkungen einen Angriff gegen die leitenden Männer in unsrer Kolonialabteilung richten zu wollen. Im Gegenteil, ich weiß, daß in der letzten Zeit sehr Vieles doch besser geworden ist. Ich hoffe, daß mit der wachsenden Bedeutung unsers Kolonialwesens sich auch sehr bald die Notwendigkeit herausstellen wird, ein ganz selbständiges Kolonial-Ministerium zu schaffen, wo dann für die Kolonialpolitiker unsrer Regierung Raum und Gelegenheit sein wird, die Wahrheit des Satzes zu erweisen: „Es wächst der Mensch mit seinen höhern Zwecken.“

M. H., das wären die wesentlichen Punkte der Thronrede, auf die ich eingehen wollte, mit Ausnahme der auswärtigen Politik, auf die ich ganz kurz noch später mit einigen Worten zurückkommen will. Ich muß aber vorher Stellung nehmen zu den sonstigen Schilderungen der beiden Herren Staatssekretäre von Thielmann und Graf von Posadowsky. So glänzend sind die Verhältnisse bei uns im Lande leider nicht, wenn ich auch gern zugeben will, daß wir in Deutschland Freiheiten und Rechte besitzen, die wir vor manchen andern Völkern voraushaben. Aber die wirtschaftlichen Verhältnisse sind nicht so erfreuliche Art, wie es nach den Ausführungen der beiden Herren scheinen könnte.

Von der auch in der Rede des Herrn Staatssekretärs von Thielmann erwähnten Erhöhung unsrer Reichseinnahmen um sechs vom Hundert sagte ich schon, daß sie im wesentlichen auf kosten der landwirtschaftlichen Bevölkerung erfolgt ist. Man kann auch nicht ohne weiteres von einer Erhöhung der Steuern auf ein Wachstum des Volksvermögens schließen. Wenn Tausende verarmen und wenige Tausende das gewinnen, was jene verloren haben, so ist das keine Vermehrung des Volksvermögens. Aber jene Tausende zahlen noch lange den Steuerstoß, zu dem sie veranlaßt worden sind, als sie noch mehr Einkünfte hatten, zum Teil, weil sie sich selber scheuen, ihre Verarmung einzugestehen, zum Teil, weil die Steuerbehörden sehr zähe sind und sich nicht gleich vom Nachgang der Einnahme eines Privatmannes überzeugen lassen.

Wenn der Herr Graf von Posadowsky nicht durch seine volksfremdliche Gesinnung, die er vielfach bewiesen hat, geschützt wäre vor einem solchen Verdachte, so könnte man sein rosarotes und himmelblaues Gemälde von unsern wirtschaftlichen Zuständen geradezu für eine bittre Ironie ansehen gegenüber der wirtschaftlichen Not unsers Mittelstandes, die in den Kreisen der Landwirtschaft, in den Kreisen der redlichen Gewerbetreibenden und in großen Kreisen unsrer Beamtenschaft noch heute herrscht und die dort nirgend Zufriedenheit aufkommen läßt. Ich will diese Klagen aber heute nicht zur Sprache bringen, es werden sich dazu mehr als genug andere Gelegenheiten finden; ich will nur den Herrn Grafen von Posadowsky darauf aufmerksam machen, daß er die Möglichkeit hat, in seiner allernächsten Umgebung sich zu überzeugen, daß Beamte, denen er stets ein wohlwollender Chef gewesen ist, und die das auch im weitesten Maße anerkennen, Beamte wie die Kanzlei-sekretäre in den dem Reichsamt des Innern zugeordneten Reichsämtern, trotz jahrelanger Bitten noch nicht eine von ihrem Standpunkte aus durchaus gerechtfertigte Verbesserung ihrer Lage haben erreichen können. Ein gewisses Maß von Optimismus ist ja ganz gewiß gut, auch für einen Minister; es mag dessen Arbeitsfreudigkeit erhöhen. Aber „Maß zu halten ist gut“, sagt irgend ein alter griechischer Weiser — ich glaube, es war Pittakus von Mitylene. Gute Gesinnung für den Mittelstand sehe ich bei der Regierung voraus; ich möchte nur bitten, daß dieselbe in etwas schnellerem Tempo sich in Thaten umsetzen möge, damit die Unzufriedenheit im Lande nicht lawinenartig wächst.

M. H., es ist manche Vorlage ausgeblieben, auf die wir gehofft haben, z. B. die schon erwähnte Aufhebung des Verbots der Verbindung unter politischen Vereinen, die gleichmäßig für alle Parteien notwendig ist. Auch auf eine Reform des Privatversicherungswesens haben wir gehofft. Ich würde dankbar sein, wenn der Herr Staatssekretär Graf von Posadowsky vielleicht kurz Auskunft geben könnte, wie weit diese Angelegenheit gediehen ist, und ich spreche die Hoffnung großer Kreise im Lande aus, wenn ich sage: hoffentlich sind als Sachverständige für dieses Thema nicht nur Angestellte von Privatversicherungen berufen worden; denn sonst würden allerdings sehr wenige Mängel bei diesen Privatgesellschaften sich feststellen lassen.

M. H., ich komme nicht, wie Herr Staatssekretär von Bülow, aus dem Morgenlande; aber ich kann doch nicht umhin, ein Stück orientalischer Frage hier zu entrollen.

(Heiterkeit.)

Allerdings spielt diese orientalische Frage nicht auf der Balkanhalbinsel, sondern im Occident, aber „Orient und Occident sind nicht mehr zu trennen“, sagte vor siebzig Jahren schon unser alter Goethe, und sagte vor einigen Tagen unser neuer Herr Staatssekretär des Auswärtigen Amts, und beide haben leider recht. Jener gefährliche Internationalismus des ausbeutenden Kapitals, von dem der Herr Abgeordnete von Vollmar in flammender Rede sprach, ist augenblicklich unter den Völkern des Occidents an der Arbeit, um sie wirtschaftlich zu unterjochen. Wenn z. B. Herr von Thielemann erwähnte, daß der hohe Diskontsatz der Reichsbank zum teil darauf zurückzuführen sei, daß der Geldmarkt außerordentliche Anforderungen gestellt habe, im wesentlichen auch zur Begründung von großen Elektrizitätswerken, so habe ich geradezu erschreckende Prospekte und Zeitungsnotizen hier zur Hand, die ich aber der vorgerückten Stunde wegen nur erwähnen, nicht verlesen will, aus denen hervorgeht, daß massenhaft liberall es das jüdische Kapital ist, das sich dieser neuen Naturkraft bemächtigt hat, die, wenn man sie richtig verwenden und leiten wollte, wohl geeignet wäre, manche Wunde zu heilen, die der König Dampf im Zeitraum seiner Alleinherrschaft großen Volkskreisen geschlagen hat.

Über die großen Bazare erheben sich in den Mittelständen die allerschlimmsten Klagen; der gewerbliche Mittelstand wird durch jene in furchtbarer Weise in seinem Erwerb beeinträchtigt,

Digitized by Google

und es wird notwendig sein, die bestehenden gesetzlichen Vorschriften zu ergänzen und zu verbessern, sodaß sie den Mittelstand schützen und erhalten. Das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb hat sich, wie der Vertreter meiner Partei hier im Reichstage vorhersagte, nicht ausreichend bewährt; und die Gerichtsentscheidungen, die vielfach in den Angelegenheiten des unlauteren Wettbewerbs ergehen, zeigen oft, wie zutreffend jener Staatsrechtslehrer urteilt, der seinen Hörern bei Beginn der Kollegia zu sagen pflegte: wenn Sie Juristen werden wollen, müssen Sie sich zuerst den juristischen Verstand ausund den gesunden Menschenverstand abgewöhnen.

Mehr oder noch als dieses Gesetz über den unlauteren Wettbewerb einer Ergänzung seiner vielsachen Lücken bedarf, muß an das Börsengesetz besserndе Hand gelegt werden. Da sind viele klaffende Risse und Lücken, durch welche die vielgewandten Börsenjuden hindurchzuschlüpfen vermögen. Die Begriffserklärungen, die man gerichtsseitig für Börsenusancen und dergleichen formuliert, sind sehr verschiedener Art. Das Reichsgericht entscheidet sehr oft anders, als vorher andere Gerichtsinstanzen entschieden haben. Es muß, meine ich — und das liegt im Interesse aller derjenigen, die in einem Rechtsstaat zu leben wünschen — endlich einmal festgestellt werden, ob hier in Deutschland jedermann dem Gesetze unterthan sein muß, oder ob die Börsenjuden eine Ausnahmestellung einnehmen. Die Verhältnisse im Heiligengeistspothal fordern gebieterisch eine solche Feststellung.

Aber, m. H., wenn Sie versuchen werden, an den erwähnten Gesetzen die vorhandenen Lücken zu schließen, so werden Sie immer mehr auf den Gedanken kommen müssen, daß es sehr schwierig ist, in einem Staate gleichmäßig wirksame Gesetze für zwei so ungleiche Bevölkerungsteile zu geben, wie es die Deutschen und die unter und lebenden Juden sind. Es wird bei fortdauernder Gleichberechtigung schließlich naturnotwendig derjenige Teil die anderen wirtschaftlich unterjochen und Mehrberechtigung erlangen, der gewissenloser ist und mehr die Schwächen der Gesetze herauszufinden sich bemüht, als daß er davon durchdrungen ist, daß die Gesetze gegeben sind, um befolgt zu werden.

Nun, m. H., zum Schluß einige Worte über die auswärtigen Angelegenheiten, über die der Herr Staatssekretär von Bülow neulich trotz der vorgerückten Stunde mit größter Bereitwilligkeit auf Anfrage von Herrn Richter Auskunft zu erteilen sich erbot, um dann in längerer, eleganter Rede — — nichts zu sagen, was wir nicht eigentlich schon längst wissen konnten. Er hat, glaube ich, durch seine glänzende Rede der von mir durchaus geteilten Auffassung nur einen neuen Beweis hinzugefügt, daß man auswärtige Politik im offenen Parlament nicht treiben kann, es sei denn, daß über vollendete Thatsachen Mitteilungen gemacht werden oder daß man die Öffentlichkeit zur Mitwirkung heranziehen will zu irgend einer politischen Aktion nach außen. Dies letztere, was Fürst Bismarck öfters that — ich erinnere nur an sein berühmtes Wort: „Wir Deutsche fürchten Gott und sonst nichts auf der Welt“ — dies letztere hat Herr von Bülow nicht beabsichtigt. Die Kriegskunst ist eben veränderlich und ebenso auch die Diplomatie. Die Hauptsache bleibt, daß Erfolge erzielt werden; und wenn die freundliche Aufnahme, die diese letzte Rede des Herrn von Bülow in der Presse des Auslandes gefunden hat, dazu führen sollte, daß uns daraus in unseren Beziehungen zu den auswärtigen Staaten Vorteile erwachsen, so wird niemand darüber froher sein als ich.

Ich bin einigermaßen erstaunt, daß kein Redner aus diesem Hause, kein Redner der anderen Parteien die bedenkliche Lage gestreift hat, in der wir uns Amerika gegenüber befinden; denn diejenigen Herren Redner, die von Amerika sprachen, haben zu meinem großen Erstaunen einen ganz anderen Ton angeschlagen. Herr von Kardorff hatte richtig gesagt, den Amerikanern imponiere Entgegenkommen und besondere Freundlichkeit gar nicht, sie halten das für Zeichen von Schwäche; dann hat er aber selber in sehr liebenswürdiger Form von Amerika gesprochen, hat ihm die besten Wünsche für seine fernere Entwicklung auf dem Wege zur Flottengroßmacht dargebracht und sich damit eigentlich in Gegensatz zu seinen eigenen Worten gesetzt. Auch aus der Rede des Grafen zu Stolberg klang mir nicht die Entschiedenheit des Tones heraus, die in diesem Hause wünschenswert gewesen wäre, wenn wir den Amerikanern gegenüber Vorteile bei dem demnächst abzuschließenden Handelsvertrage erreichen wollen. In ihrer bekannten Bescheidenheit rühmen sich die Amerikaner immer, die Kornkammer Europas zu sein; und in der That wächst die Einfuhr der amerikanischen landwirtschaftlichen Produkte ganz gewaltig. Ich habe die Zustände in der Fleischversendungsindustrie Amerikas bereits flüchtig skizziert. Unsere Landwirtschaft wird, wenn nicht bald Abhilfe kommt, thatsächlich ihren Todesstoß von Amerika aus empfangen. Nun werde ich wohl nicht der einzige in diesem Hause sein, dem es aufgefallen ist, daß die Tonart, in der der Herr Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von unseren Beziehungen zu Amerika sprach, und die Tonart, die Präsident Mac Kinley bei der Eröffnung des Kongresses über dieselbe Materie angeschlagen hat, eine sehr verschiedene war. Dort außerordentliches Selbstbewußtsein, hier eine Höflichkeit, die mir etwas zu weit zu gehen scheint; aber, wie gesagt, die heutige Diplomatie scheint da lauwarme Umschläge anzuwenden, wo Fürst Bismarck mit kalten Wasserstrahlen operierte — mir sagte die Bismarckische Methode mehr zu.

Ich glaube, ein solcher kalter Wasserstrahl wäre auch erfolgt, wenn der österreichische Minister Graf Thun seine mehrfach erwähnte Rede zur Zeit des Fürsten Bismarck gehalten hätte; man würde sich diese Repressalienbroschüre nicht so sanftmütig haben gefallen lassen wie diesmal. Ich will ja nicht bestreiten, daß die sehr elegant eingewickelte und stark verzuckerte Pille, welche Herr von Bülow seinem auswärtigen Kollegen neulich zu kosten gab, auch im Grunde aus sehr bitteren Substanzen bestand; aber es läßt sich darüber streiten, ob allzu große Höflichkeit gegenüber Österreich am Platze ist. So höflich war Napoleon III. im Jahr 1866 nicht, als er das österreichische Bündnis mit den Worten zurückwies: „ich kann mich nicht mit einem Kadaver alliieren“.

Ich freue mich, daß ich in diesem Augenblick kein verantwortlicher Diplomat bin, sondern ein ganz deutliches und deutsches Wort gegenüber dem brüsken Angriff des Grafen Thun auf unsere Regierung und unser ganzes Volk sprechen darf. Wenn man bedenkt, daß uns der österreichisch-ungarische Handelsvertrag vor allem dadurch schmackhaft gemacht wurde, daß Graf Caprivi uns mahnte, doch unsern Bundesgenossen wirtschaftlich so zu stärken, daß er in der Stunde der Gefahr uns gegenüber die Leistungen erfüllen könne, die wir von ihm verlangen; wenn sich thatsächlich ein Reichstag fand, der auf diese Vorstellungen hin den wirtschaftlichen Interessen Österreichs Vorschub leistete auf Kosten Deutschlands, besonders unserer Landwirtschaft, so ist es nicht zu hart, wenn man sagt: aus den Äußerungen des Grafen Thun klingt ein hoher Grad von Undankbarkeit heraus und nebenbei auch eine ganz starke Unklugheit. Denn Deutschland ist weitaus der stärkere Partner und als Bundesgenosse zweifellos gesuchter als das heutige Österreich.

Über die gegenwärtigen Verhältnisse des Dreibundes mich auszulassen, ist nicht meines Amtes. Wir sehen aus den Memoiren des Fürsten Bismarck, daß auch er dies sein Werk nicht als für die Ewigkeit gefügt ansah, und daß er mit klarem Blick schon die Schwierigkeiten und Gefahren voraussehen konnte, die sich aus dem bunten Völkergemisch des österreichischen Staats entwickeln würden. Auch an der Beleuchtung, die Herr von Bollmar den italienischen Verhältnissen angedeihen ließ, ist mancherlei Wahres; das sollte wohl für uns eine Mahnung sein, uns im wesentlichen auf unsere eigene Kraft zu verlassen und uns selbst so stark als möglich zu machen — der Stärke ist am mächtigsten allein.

Und nun wenige Sätze zum Schlusse, worin ich Empfindungen Ausdruck geben möchte, die in großen Kreisen unseres Volkes immer mächtiger die Herzen bewegen. Ich gebe zu, daß die Formen, in denen die Deutschnationalen drüben in Österreich ihre schweren Kämpfe um die Vorherrschaft des Deutschtums führen, aus der Entfernung angesehen, nicht jedermann sympathisch erscheinen mögen; aber man darf nicht vergessen, daß es ein

Digitized by Google

Verzweiflungskampf des Deutschtums ist, der dort geführt wird von einem kleinen Häuflein von Vorkämpfern. In solchem Verzweiflungskampf greift man, wenn das Schwert zerbrochen ist, zu jedem Gegenstand, der im Augenblick zur Hand ist und als Waffe dienen kann. In der Sache selbst stehen Millionen in Reichsdeutschland hinter jenen Männern der Ostmark mit ihren wärmsten Sympathien. Denn was auf Österreich werden würde, wenn die Vorherrschaft des Deutschtums dort aufhört, davon hat uns die Rede des Grafen Thun einen Vorgeschmack gegeben. Ich glaube nicht, daß ein solches Österreich unter nichtdeutscher Führung für uns noch ein wünschenswerter Bundesgenosse sein könnte. Wir fühlen uns mit den Deutschen Österreichs eines Blutes — Blut aber ist wärmer als die kühle Tinte der Diplomaten. Was man auch heute noch dagegen sagen mag — eine der vornehmsten Aufgaben für erleuchtete Staatsmänner des kommenden Jahrhunderts wird es sein, in irgend einer Form dafür zu sorgen, daß wieder zu vereinigen, was vor einem Menschenalter unter dem Zwange harter Notwendigkeit getrennt werden mußte. Das ganze Deutschland soll es sein, vom Belt bis zur Adria.

Jüdische Ackerbau-Kolonien.

Vor einiger Zeit konnten wir über den Stand der jüdischen Kolonien in Argentinien, die hauptsächlich mit russischen Juden bevölkert sind, berichten. Heute sind wir in der Lage, die Verhältnisse der jüdischen Kolonien im russischen Gouvernement Cherson zu schildern. Dort bestehen sechs solcher Kolonien und zwar Islutschitsoja, Kamenka, Novo Kowno, Novo Podolsk, Novo Chitomir und Novo Witebsk. Diese Kolonien bestehen schon mindestens vierzig Jahre. Land haben unsre jüdischen Kolonisten, so schreibt ein deutscher Musterwirt aus Podolsk, dreißig Dessjatinen (ungefähr 32 Morgen) auf die Familie. Sie hatten anfänglich vierzig Dessjätinen, doch hat ihnen die Regierung zehn Dessjätinen wieder abgenommen, weil sie nicht so viel Land bearbeiten konnten. Jetzt schreien die Juden um mehr Land, aber in Wahrheit brauchen sie auch jetzt noch nicht mehr, denn sie bearbeiten die ihnen gebliebenen dreißig Dessjätinen noch lange nicht so, wie es sich gehört. In unsrer Kolonie wurden ursprünglich 66 jüdische Wirte angesiedelt, davon sind jetzt, nach vierzig Jahren, noch 22 vorhanden, die übrigen sind ausgeschlossen worden, oder sind selbst ausgeschieden. — Von den andern Kolonien kann ich keine Zahlen angeben, doch stehen dort die Dinge ähnlich wie bei uns. — Wie es bei den Juden mit der Landwirtschaft bestellt ist, geht aus folgendem hervor. Von den 22 jüdischen Wirten unsers Dorfes bearbeiten nur zehn ihr Land selbst und von diesen sechs auch noch sehr schlecht, während nur vier nicht nur ihr eignes Land bewirtschaften, sondern solches auch noch von den andern pachten. Die zwölf Wirte, die keinen Landbau betreiben, sind sehr arm, so daß sie fast jeden Winter am Hungertuche nagen. Auch die sechs schwachen Wirte haben kaum das Notdürftigste. Saatgetreide haben sie niemals, auch nicht nach den besten Ernten, weil jedes Korn zu Geld gemacht wird. Und doch haben sie nicht so viel, daß sie jeden Tag Thee ohne Zucker, geschweige denn mit Zucker trinken können. — Aber Tabak rauchen und Branntwein trinken, das thun alle unsre jüdischen Kolonisten. Sie sind ein zänkisches, mißgünstiges Volk, schlagen und beißen sich sogar. Dies beweist schon, wie arm sie sind, denn „magre Hunde beißen sich." Ein Schulze (Ortsvorsteher) hält selten seine Zeit aus, sie lassen ihn nicht warm werden. Aus Furcht, er könnte sich irgendeinen Vorteil schaffen, setzen sie ihm so lange zu, bis er weg ist. Die Armen, die keine Landwirtschaft betreiben, verpachten oft ihr Land oft zwei- bis dreimal. Ihre Beschäftigung ist der Schacher; andre sind Schlächter, Schuster, Schneider. Am liebsten aber befassen sie sich mit unehrlicher oder gemeiner Hantierung, kaufen — oder stehlen mitunter auch — schlechte Pferde, verschachern sie wieder oder töten sie und verkaufen das Fleisch zur Fütterung von Jagdhunden, die Haut aber an herumstehende Lederhändler.

In allem herrscht die größte Unordnung; nichts wird zur rechten Zeit gemacht oder gethan. Ist im Zimmer ein Ofen zu reparieren oder neu zu setzen, so macht der Jude diese Arbeit gewiß nicht im Sommer oder Herbst, sondern erst im Winter, wenn ihn der Frost nachdrücklich erinnert, was er zu thun hat.

Ihre Töchter sind seine Fräuleins und können nicht arbeiten. Hat ein jüdischer Kolonist viele Töchter, so ist er der unglücklichste Mensch unter der Sonne; sein Lebtag bleibt er bettelarm. Denn mit nur, daß die Töchter nichts arbeiten, er muß auch für jede noch „Noden" (Mitgift) schaffen, ohne die keine an den Mann gebracht werden kann. Die letzte Kuh muß er verkaufen, um „Noden" geben zu können; und wenn er hungern muß, es nützt ihm nichts. Wie viele Kolonisten sind schon durch ihre Töchter zu Grunde gegangen!

Nein, die jüdischen Kolonisten sind nicht zu beneiden, obgleich dies von den russischen Bauern wegen des vielen Landes, das die Juden besitzen, oft geschieht. Das ist sicher, hätten sie — die russischen Bauern — so viel Land, sie wären wohrscheinlich alle wohlhabend. In unsrer Kolonie ist nur ein Reicher, ein gewisser M., der sogar in Odessa ein Haus für 5700 Rubel erworben hat. Aber wie ist er reich geworden? Er besaß zwei Branntweinniederlagen, besaße sich mit Viehhandel u. dgl. Ein zweiter noch besitzt vielleicht fünftausend Rubel, sonst sind die Kolonisten, wie gesagt, durchweg arm. Häuser, Höfe, Gärten, Zäune sind vernachlässigt bis aufs Äußerste. Wenn aber eine Kommission aus Petersburg kommt, dann wird geschafft. Die Häuser werden geschmiert und getüncht, Holz auf Gemeindespriche hin geborgt, — weil der eingene keinen Kredit hat — und die Zäune neu hergestellt. In frühern Jahren entliehen sie bei solchen Gelegenheiten von den deutschen Musterwirten auch landwirtschaftliche Geräte und stellten sie als die ihrigen aus, denn jeder wollte der erste sein. Eitel sind sie so alle, wie ein Frauenzimmer. Als vor sechs Jahren der Minister Ostrowski bei uns war, wurden auch alle Zäune erneuert, das Holz sind sie aber bis heute noch schuldig, obgleich von den Zäunen selbst kaum noch eine Spur vorhanden ist; sie sind größtenteils verbrannt worden. Will der Jude eine Theemaschine auftellen und hat kein Holz zum Anzünden, so nimmt er ein Beil — nota bene wenn er eins hat —, geht zu der Umzäunung und spoltet sich Holz von den Pfosten, so lange noch ein Spahn übrig ist. Es wäre jetzt Zeit, daß wieder eine Kommission käme, damit die liederlichen Häuser wieder repariert würden; denn durch die zerrissenen Dächer pfeift der Wind und Regen und Schnee dringen ungehindert ein. Zwei der hiesigen Kolonien, Kamenka und Islutschitsaja sind schon on hundert Jahre alt, wirtschaften aber auch nicht besser, als die andern. Am besten wird das Land in Novo-Kowno bearbeitet; hier wird kein Land verpachtet, do jeder das Seinige selbst bewirtschaftet. In den andern Kolonien geben die Meisten ihr Land ab; denn bis zur nächsten Ernte zu warten, währt dem Juden zu lang, er zieht Baargeld vor. Wenn er fünf Rubel für eine Dessjätine bekommt, so kann er damit Geschäfte machen und das ist sein Element. Kommt dann der Winter heran, dann heißt es freilich wieder hungern. Aber was thuts? Er schnallt den Gürtel enger und wartet geduldig, bis sich wieder „was machen läßt.". Dennoch kann man behaupten, daß gewiß schon manche Hungers gestorben wären, wenn die deutschen Musterwirte nicht in den Judenkolonien wohnten. Im äußersten Falle wendet er sich eben an diese.

Wir Musterwirte haben unter den Juden einen schweren Stand. Es fehlt ihnen immer an allem, was der Bauer braucht; da muß man dann immer helfen. Und was für eine Plage hat man mit ihren Pferden und ihrem Vieh zu erleiden. Weder bei Tag noch bei Nacht sind die Tiere unter Obhut oder in einem verschließbaren Raum. In Obst- und Gemüsegärten machen sie uns sehr viel Schaden. Beschweren wir uns beim Fürsorger oder in

Digitized by Google

Odessa bei der Domänenverwaltung, so werden die Juden stets in Schutz genommen. „Ihr wohnt dort," sagt man uns, „habt wenig zu zahlen, da müßt ihr euch schon etwas gefallen lassen. Ihr habt vierzig Dessjätinen Land und zahlt davon nur vierzig Kopeken für die Dessjätine jährlich; wer wohnt so billig?" — Das ist nun allerdings richtig; aber warum wir das Unsrige deshalb den jüdischen Lotterwirten preisgeben sollen, ist auch nicht einzusehen, zumal diese davon ja auch keinen rechten Nutzen haben. Und was die Zahlung von vierzig Kopeken anbelangt, so will ich hier noch ein Stückchen zum besten geben, das beweist, daß es unter Umständen auch höher kommen kann. Wir zahlten Jahrzehnte lang diese vierzig Kopeken an die jüdischen Schulzen, weil sonst niemand von uns das Geld forderte. Mit einemmal machte die Domänenverwaltung in Odessa eine Forderung auf Tausende an uns geltend — (auf die Höhe der Summe kann ich mich augenblicklich nicht mehr besinnen). Was stellte sich nun heraus? Die jüdischen Schulzen hatten das eingezogene Geld einfach nicht abgeliefert. Durch das kaiserliche Manifest wurde uns diese Schuld zwar erlassen; aber es ist doch nicht angenehm für uns, unter dem Verdacht zu stehen, als hätten wir nicht gezahlt, was wir zu zahlen schuldig waren. Seitdem zahlen wir an die Domänenverwaltung in Odessa und nicht mehr an die jüdischen Schulzen.

So sind die jüdischen Ackerbaukolonien in der Wirklichkeit; wie sie den Kommissionen gezeigt werden, ist Dunst. Der Leser wird nun auch wissen, was von den neuen Bestrebungen, die Juden zur Landwirtschaft heranzuziehen, zu halten ist. —

Dieses Urteil eines deutschen Bauern, der sich in harter Arbeit in Südrußland sein Brot verdient, stimmt genau mit dem überein, das ein Jude über die russischen Juden in Argentinien gab. Vielleicht ist die Judenschutztruppe in der Lage, unsern vielseitigen Feststellungen gegenüber uns nun endlich einmal eine jüdische Musterkolonie zu zeigen; sie darf aber nicht erst von gestern sein, sondern muß mindestens einige Jahrzehnte auf dem Rücken haben, wie jene in Rußland und Argentinien.

Unser bürgerliches Recht in Sprichwörtern.

II.

2. Schuldverhältnisse.

„Kauf erfordert Kaufmannsgut", „Verlegne Waren gelten kein Geld", „Faule Eier sind keine Kaufmannswährung". Damit decken sich ungefähr die §§ 242 u. 243: Der Schuldner ist verpflichtet, die Leistung so zu bewirken, wie Treue und Glauben mit Rücksicht auf die Verkehrssitte es erfordern. Wer eine nur der Gattung nach bestimmte Sache schuldet, hat eine Sache von mittlerer Art und Güte zu leisten. — Ähnlich heißt es im Handelsgesetzbuche Artikel 335: Ist im Vertrage über die Beschaffenheit und Güte der Ware nichts näheres bestimmt, so hat der Verpflichtete Handelsgut mittlerer Art und Güte zu gewähren. „So gut gewesselt wurde, so gut muß bezahlt werden" — § 245: Ist eine Geldschuld in einer bestimmten Münzsorte zu zahlen, die sich zur Zeit der Zahlung nicht mehr im Umlaufe befindet, so ist die Zahlung so gut zu leisten, wie wenn die Münzsorte nicht bestimmt wäre. „Zins kann nicht Zins zahlen" — § 289,1: Von Zinsen sind Verzugszinsen nicht zu entrichten.

Bisweilen sucht man die Erfüllung von Verträgen durch Festsetzung einer Vertragsstrafe, des sog. Reugeldes zu sichern. Darauf zielt das Sprichwort. „Gottespfennig besiegelt den Kauf". Früher hieß es hierbei: „Mit Rücklauf kann man erfallen, was man nicht bezahlen will." Dagegen droht § 340,1 das Wahlrecht um: Hat der Schuldner die Strafe für den Fall versprochen, daß er seine Verbindlichkeit nicht erfüllt, so kann der Gläubiger die verwirkte Strafe statt der Erfüllung verlangen.

„Abgerechnet ist gut bezahlt." Umständlicher, aber auch eingehender drückt sich hier § 387 aus: Schulden zwei Personen einander Leistungen, die ihrem Gegenstand nach gleichartig sind, so kann jeder Teil seine Forderung gegegen die Forderung des andern Teils aufrechnen, so bald er die ihm gebührende Leistung fordern und die ihm obliegende Leistung bewirken kann. Auf die Abrechnung beziehen sich noch drei Sätze, die mit wenigem viel sagen, darunter zwei lateinische Sätze, die zum compensatur (Die Kompensation. Aufrechnung geschieht ganz von selbst. — § 389: Die Aufrechnung bewirkt, daß die Forderungen, so weit sie sich decken, als in dem Zeitpunkt erloschen gelten, in welchem sie zur Aufrechnung geeignet einander gegenübergetreten sind. — „Geld vor, Recht nach," oder noch genauer, Liquidum illiquido non vitiatur (Fälliges soll fälligem nicht im Wege stehen). — § 390,1: Eine Forderung, der eine Einrede entgegensteht, kann nicht aufgerechnet werden.

„Auf seinen Vorteil kann jeder verzichten" — § 397: Das Schuldverhältnis erlischt, wenn der Gläubiger dem Schuldner durch Vertrag die Schuld erläßt (Erlaß).

Auf eine Mehrheit von Schuldnern beziehen sich die Sprichwörter: „Borgt man zu gemeinem Gute, so zahlt man von gemeinem Gute" und: „Was ein Geselle borgt, muß der andre bezahlen." Das B. G.B. drückt das in den §§ 421 und 431 folgendermaßen aus: Schulden mehre eine Leistung in der Weise, daß jeder die ganze Leistung zu bewirken verpflichtet, der Gläubiger aber die Leistung nur einmal zu fordern berechtigt ist (Gesamtschuldner), so kann der Gläubiger die Leistung nach seinem Belieben von jedem der Schuldner ganz oder zu einem Teile fordern. Bis zur Bewirkung der ganzen Leistung bleiben sämtliche Schuldner verpflichtet. Schulden mehre eine unteilbare Leistung, so haften sie als Gesamtschuldner.

Für den Kauf gilt zunächst im allgemeinen: „Fordern und Bieten macht den Kauf", „das Besehen hat man umsonst." — Der Verkäufer ist verpflichtet, dem Käufer den verkauften Gegenstand frei von Rechten zu verschaffen, die von Dritten gegen den Käufer geltend gemacht werden können. (§ 434.)

Umfassender ist der Satz: „Alle Käufer wollen Gewer" (d. h. Gewährleistung) Darin liegt zugleich die Forderung, daß der Verkäufer für jedweden Mangel aufkommen muß. Das schränkt § 460 ein: Der Verkäufer hat einen Mangel der verkauften Sache nicht zu vertreten, wenn der Käufer den Mangel bei dem Abschlusse des Kaufs kennt. Ist dem Käufer ein Mangel infolge grober Fahrlässigkeit unbekannt geblieben, so haftet der Verkäufer, sofern er nicht die Abwesenheit des Fehlers zugesichert hat, nur, wenn er den Fehler arglistig verschwiegen hat. Also: „Augen auf oder Beutel auf," „Augen auf, Kauf ist Kauf", „Augen für Geld." Wegen eines Mangels, den der Verkäufer . . . zu vertreten hat, kann der Käufer Rückgängigmachung des Kaufs (Wandlung) oder Herabsetzung des Kaufpreises (Minderung) verlangen (§ 462). Nur auf Wandlung bezieht sich das Sprichwort: „Wo das Gewicht fehlt, muß das Geld lehren." Mit der Übergabe der verkauften Sache geht die Gefahr des zufälligen Untergangs und einer zufälligen Verschlechterung auf den Käufer über (§ 446,1.) Im römischen Recht heißt es hierüber: Periculum est emtoris (der Käufer trägt die Gefahr), jedoch nicht sogleich, sondern erst von dem Zeitpunkt der Uebergabe ab; das ist der Sinn des deutschen Sprichwortes: „Die Ware passiert die Schale." Eine Folge dieser Bestimmung und ein Gebot der Billigkeit ist der nächste Satz im § 446: Von der Übergabe an gebühren dem Käufer die Nutzungen . . . Cujus periculum eius commodum (wer die Gefahr zu tragen hat, dem kommt auch der Nutzen zu Gute). Der Käufer ist verpflichtet, den Kaufpreis von dem Zeitpunkt an zu verzinsen, von welchem an die Nutzungen des gekauften Gegenstandes ihm gebühren, sofern nicht der Kaufpreis gestundet ist (§ 452). Also „Bar Geld kauft wohlfeil."

Eine Schenkung ist nicht zu vermuten, d. h. ein jedes Rechtsgeschäft muß als ein gegen Entgelt geschlossenes Geschäft angesehen werden, so lange das Gegenteil nicht feststeht; denn nach alter Erfahrung gilt der Satz: „Es übergiebt sich niemand leicht." Auch durch Ablauf eines langen Zeitraums wird dem Schuldner seine Verpflichtung zur Leistung nicht erlassen; denn „Geborgt ist nicht geschenkt." Anderseits kommt eine Schenkung nur zustande, wenn der Bedachte darein willigt: „Wider Willen kann man niemand etwas geben." Obiges ist im § 516,1 zu-

Digitized by Google

sammengefaßt: Eine Zuwendung, durch die jemand aus seinem Vermögen einen andern bereichert, ist Schenkung, wenn beide Teile darüber einig sind, daß die Zuwendung unentgeltlich erfolgt. — Die Verpflichtungen des Schenkers gegenüber dem Beschenkten sind natürlich geringer, als wenn es sich um einen andern Vertrag handelte. Daher bestimmt § 521: Der Schenker hat nur Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit zu vertreten. — Für kleine Mängel ist er nicht verantwortlich, „Geschenktem Gaul sieh' nicht ins Maul". Dagegen: „Was geschenkt ist, bleibt geschenkt und kommt nicht wieder ins Haus gerennt." Jedoch ist Widerruf der Schenkung gestattet bei eingetretener großer Bedürftigkeit des Schenkers oder bei grobem Undank des Beschenkten (§§ 528—534).

„Geliehen Gut ist eigen Gut"; mit geliehenen oder gemieteten Sachen soll man sorgfältig umgehen, als wären es eigne.

„Miete geht vor Kauf" oder „Kauf bricht nicht Miete" ist ein wichtiger, für unser neues bürgerliches Recht unter großen Kämpfen zurückeroberter alter deutscher Rechtssatz. In der Sprache des B. G.-B. lautet er recht umständlich in den §§ 571,4 und 580: Wird das vermietete Grundstück nach der Überlassung an den Mieter von dem Vermieter an einen Dritten veräußert, so tritt der Erwerber an Stelle des Vermieters an die sich während der Dauer seines Eigentums aus dem Mietsverhältnis ergebenden Rechte und Verpflichtungen ein. Die Vorschriften über die Miete von Grundstücken gelten auch für die Miete von Wohnräumen und andern Räumen.

„Kuh muß an Kuh satt kommen" (sog. Immerkuh). „Eisern Vieh stirbt nie." Diese dem Pächterverhältnis angehörige Bestimmung wird im § 586 a. E. mit folgendem wiedergegeben: Der Pächter hat . . . . den gewöhnlichen Abgang der zu dem Inventar gehörenden Tiere aus den Jungen insoweit zu ersetzen als dies einer ordnungsmäßigen Wirtschaft entspricht.

Die Gefahr des zufälligen Unterganges einer nicht vertretbaren Sache (vgl. § 91) trägt der Gläubiger. Species perit ei cui debetur, oder Casum sentit dominus (unter Zufall hat der Eigentümer zu leiden). Dagegen Genus perire non censetur (Vertretbare Sachen gehen nicht unter). Daher heißt es auch im § 588,1: Der Pächter trägt die Gefahr des zufälligen Unterganges und einer zufälligen Verschlechterung des Inventars — und in § 607,1 über Darlehen: Wer Geld oder andre vertretbare Sachen als Darlehen empfangen hat, ist verpflichtet, dem Darleiher das Empfangne in Sachen von gleicher Art, Güte und Menge zurückzuerstatten. — In dem Titel über den Werkvertrag gilt der römische Spruch Periculum est locatoris die Gefahr trägt der Unternehmer) — § 644,2: Der Unternehmer trägt die Gefahr bis zur Abnahme des Werks.

„Wem etwas befohlen wird, der soll sein warten"; das bezieht sich namentlich auf die Verwahrung anvertrauter Sachen (§§ 688—700). Im besondern gilt hier: „Getreue Hand muß allzeit offen stehen" — § 695: Der Hinterleger kann die hinterlegte Sache jederzeit zurückfordern, auch wenn für die Aufbewahrung eine Zeit bestimmt ist. „Was der Hirt in seiner Hut verliert, das muß er bezahlen". Das gilt auch im übertragnen Sinne gemäß § 701,1: ein Gastwirt, der gewerbsmäßig Fremde zur Beherbergung aufnimmt, hat einem im Betriebe dieses Gewerbes aufgenommenen Gaste den Schaden zu ersetzen, den der Gast durch den Verlust oder die Beschädigung eingebrachter Sachen erleidet.

Durch Spiel oder durch Wette wird eine Verbindlichkeit nicht begründet (§ 762,1) — „Um Spielgeld hilft man keines Rechts." Jedoch „Was einmal redlich gegeben ist, das sieht nicht wieder zu nehmen," oder, wie Satz 2 im § 762 es ausdrückt: Das auf Grund des Spiels oder der Wette Geleistete kann nicht deshalb zurückgefordert werden, weil eine Verbindlichkeit nicht bestanden hat.

„Wer Bürge ward, antwortet zur Sache", „Bürgen soll man würgen" — § 765,1: Durch den Bürgschaftsvertrag verpflichtet sich der Bürge gegenüber dem Gläubiger eines Dritten, für die Erfüllung der Verbindlichkeit des Dritten einzustehen. § 769: Verbürgen sich mehre für dieselbe Verbindlichkeit, so haften sie als Gesamtschuldner, auch wenn sie die Bürgschaft nicht gemeinschaftlich übernahmen. — Wohl ebenso klar, nur kürzer ist hier das Sprichwort: „Was an einem Bürgen gebricht, das müssen die andern erfüllen." § 771: Der Bürge kann die Befriedigung des Gläubigers verweigern, so lange nicht der Gläubiger eine Zwangsvollstreckung gegen den Hauptschuldner ohne Erfolg versucht hat (Einrede der Vorausklage). „Der Schuldner wird zuerst betagt, bevor man dem Bürgen klagt."

„Anweisung ist nicht Zahlung"; sie verpflichtet nur einen Dritten zu einer Leistung.

Die sog. ungerechtfertigte Bereicherung behandelt das in hübschem Gegensatze gefaßte Sprichwort: „Was man mit Unrecht giebt, fordert man mit Recht zurück". — § 812,1: Wer durch die Leistung eines Andern oder in sonstiger Weise auf dessen Kosten etwas ohne rechtlichen Grund erlangt, ist ihm zur Herausgabe verpflichtet.

Über unerlaubte Handlungen giebt es verschiedne Sprichwörter, die sich, der Natur des Gegenstandes entsprechend, in ihrer Mehrzahl zugleich auch für das Strafrecht verwerten lassen. „Wer Schaden thut, muß Schaden verbessern", „Verlohen ist auch verspielt", „Wenn der Wurf aus der Hand ist, so ist er des Teufels" — § 823,1: Wer vorsätzlich oder fahrlässig das Leben, den Körper, die Gesundheit, die Freiheit, das Eigentum oder ein sonstiges Recht eines Andern widerrechtlich verletzt, ist dem Andern zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet. — Die beiden zuletzt aufgeführten Sprichwörter beziehen sich auf fahrlässige Verletzungen. Fahrlässigkeit schützt auch nicht bei Verleumdungen. Es wird nämlich im § 824,1 bestimmt: Wer der Wahrheit zuwieder eine Thatsache behauptet oder verbreitet, die geeignet ist, den Kredit eines Andern zu gefährden oder sonstige Nachteile für den Erwerb oder Fortkommen herbeizuführen, hat dem Andern den daraus entstehenden Schaden auch dann zu ersetzen, wenn er die Unwahrheit zwar nicht kennt, aber kennen muß." — „Von Hören und Sagen wird mancher aufs Maul geschlagen", „Gewährsmann haben hilft nicht". Haben mehre durch eine gemeinschaftlich begangne unerlaubte Handlung einen Schaden verursacht, so ist jeder für den Schaden verantwortlich (§ 830,1). Da gilt eben „Mitgegangen, mitgehangen", „Mitgefündigt, mitgebüßt". Der zweite Absatz desselben Paragraphen deckt sich ebenfalls mit den bezüglichen Bestimmungen des Strafgesetzbuches: Anstifter und Gehilfen stehen Mitthätern gleich — „Wer Schaden stiftet und Schaden thut, sind beide gleich gut", „Der mit hat helfen einbrocken, muß mit auch helfen ausessen." § 831,1: Wer einen Andern zu einer Verrichtung bestellt, ist zum Ersatze des Schadens verpflichtet, den der Andre in Ausführung der Verrichtung einem Dritten widerrechtlich zufügt. — „Stiehlt der Knecht, so zahlt der Bauer." Hiervon giebt es jedoch Ausnahmen aus Billigkeitsrücksichten (vgl. § 831,4). Dagegen gilt ohne Einschränkung die Bestimmung: „Das Tier geht auf Schaden des Herrn." § 833: Wird durch ein Tier ein Mensch getötet oder der Körper oder die Gesundheit eines Menschen verletzt oder eine Sache beschädigt, so ist derjenige, welcher das Tier hält, verpflichtet, dem Verletzten den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen. — An die berühmte Hasenklausel im Reichstage bei Gelegenheit der dritten Beratung des B. G.-B. wird man lebhaft erinnert, durch die auch zukünftig noch zutreffende Bemerkung unsrer Vorfahren: „Wo Edelleute sind, da sind auch Hasen." Konservative und Zentrum haben es damals im § 835 durchgesetzt, daß der durch Hasen verursachte Flurschaden nicht vergütet zu werden braucht. Im allgemeinen gilt für diesen Abschnitt der Grundsatz: Niemand kann eines Andern Gut mehr in Obacht nehmen als sein eignes." Für Zufall und höhere Gewalt braucht jedenfalls niemand einzugestehen: „Was man nicht kann meiden, muß man ruhig leiden", Casus a nullo praestantur (für Zufall kommt niemand auf), Casum sentit dominus (s. oben).

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königsstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe, Berlin NW. 5, Kruppstr. 13.
Druck: H. Reusche, Leipzig.

Digitized by Google

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Leipzig, 6. Januar 1898. Nr. 490.

Die deutschen Nationalfeste.

Die Verfechter des Gedankens der deutschen Nationalfeste*) wollen durch diese die Volksgesundheit und damit die Volksheiterkeit und Volksfreudigkeit wieder heben. Mit Schrecken sehen sie unser Volk körperlich zurückgehen und schließen aus diesem Umstande mit Recht auf die verderblichsten Folgen. Sie weisen darauf hin, daß die Zahl der zum Militärdienst tauglichen jungen Männer nicht gleichen Schritt halte mit dem Wachsthum der Bevölkerung und wollen dieser körperlichen Verarmung begegnen durch alle fünf Jahre abzuhaltende Nationalfeste, von denen sie eine Anregung zu erhöhter Pflege der Leibesübungen und des Sports hoffen.

Die „Deutsch-Sozialen Blätter" haben sich schon seit Jahren**) mit all den tausenderlei Anzeichen beschäftigt, die uns nicht nur die körperliche, sondern auch die geistige Verarmung unseres Volkes in erschreckender Weise fund thun. Die ungeheure Zunahme der jugendlichen Verbrecher in den Großstädten zeigt, wohin wir mit einer Erziehung kommen, die nur der heutigen Wirthschaftspolitik angepaßt ist und mit der einseitigen Schärfung der Verstandeskräfte nur den „Trieb nach Gelderwerb um jeden Preis" entwickelt. — —

Wir behalten uns vor, in längeren Ausführungen auf das Thema zurückzukommen und wollen für heute nur sagen, daß wir uns durch die Nationalfeste keine Heilung der vielen sozialen Wunden versprechen können, die die liberale Wirthschaft unserem Volke geschlagen hat. So lange man noch die Großstädte und Export-Großindustrie sich weiter „entwickeln" läßt, unser Volk vom platten Lande hereinholt und als Lohnsklaven in die „Industriezentren" zusammenpreßt, so lange die Vernichtung der kleinen und mittleren selbständigen Existenzen weitergeht und das Kapital sich in immer weniger Hände zusammendrängt, so lange man Polen, Tschechen, Italiener und Juden tausendweise im Lande willkommen heißt, weil das Kapital sie als „lautere" Konkurrenten des deutschen Namens betrachtet — so lange werden uns auch deutsche Nationalfeste keine Volksgesundheit und keine Volksheiterkeit wiederbringen, und wenn in allen deutschen Gauen ein deutsches Olympia erstünde.

Die Stadt Leipzig wird gut thun, wenn sie nicht ein schönes Wiesenareal „der Bebauung preisgiebt" (was das für eine Großstadt bedeutet, weiß jeder); sie wird gut thun, wenn sie nicht „unter beträchtlichen Opfern" einen Platz für die Feste herrichten läßt. Die schönen Wiesen und die Schrebergärten sind dienlicher, als ein sich aller fünf Jahre wiederholender „großstädtischer Nummel", den wir gar nicht brauchen, denn wir haben deutsche Turn-, Schützen-, Sänger-, Kegler-, Radfahrerfeste in Großstädten, wir haben sogenannte Kreis- und Gaufeste mit Wettkämpfen aller Art in kleineren Orten, und wenn diese Feste etwa auch reformbedürftig sein sollten, so sange man da an.

K. Tzr.

*) Die deutschen Nationalfeste (deutschnationales Olympia) in Leipzig. Leipzig, Verlag von Max Hesse. Preis 50 Pf.

**) Vgl. u. a. Nr. 395, 429, 443, 450, 486.

Parteinachrichten.

Breslau. Der Wahlausschuß der deutschsozialen Reformpartei für Schlesien hat beschlossen, in Breslau-West den A. „. Liebermann von Sonnenberg und in Oels-Wartenberg den Leutnant a. D. Jenzen (Cottbus) die Kandidatur für nächsten Wahlen zu übertragen. Beide Herren haben jetzt ihre Zustimmung zu erkennen gegeben.

Cüstrin. Für unseren Wahlkreis, den jetzt der Vorsitzende der konservativen Reichstagsfraktion, Herr von Levetzow, vertritt, ist von den Vertrauensmännern der deutschsozialen Reformpartei endgültig der Obermeister der Berliner Fuhrherrn-Innung Herr Emil Bed, aufgestellt.

Aus Hessen. Im Kreise Bingen sind Abg. Bindewald und Herr M. Wolf VI. (Stadecken) noch kurz vor Weihnachten thätig gewesen und zwar in dem Orte Sauerschwabenheim. Trotzdem die Versammlung übervoll war, versuchte doch niemand, den Ausführungen beider Redner entgegenzutreten.

Aus Kurhessen. Die Vertrauensmänner-Versammlung des Wahlkreises Marburg-Kirchhain-Frankenberg-Böhl findet bereits am 8. d. M. in Marburg statt. —

Für den Wahlkreis Cassel-Melsungen wird auf einstimmigen Beschluß der Vertrauensmänner unserer Partei Herr Kaufmann Wilh. Schack (Hamburg) bei den Neuwahlen kandidieren. —

Sicherem Vernehmen nach werden die bisherigen Abgeordneten-Istkraut, von Liebermann, Dr. Bielhaben und Werner bei den kommenden Wahlen von dem Bunde der Landwirte unterstützt werden, weil sie ihren Verpflichtungen dem Bunde gegenüber in jeder Weise nachgekommen sind. —

Herr Scheld (Cassel) hielt am 22. v. M. in Harle (Kr. Melsungen) einen mit vielem Beifall aufgenommenen Vortrag, während Abg. Werner am 30. v. M. in Sterkelshausen und Oberellenbach, am 2. d. M. in Eitterfeld und am 3. in Oberuphausen, Ransbach und Lautenhausen den Bäklern Bericht über seine parlamentarische Thätigkeit erstatteten.

Hans Gustav Erdmannsdörffer — so schreibt der „Deutsche Volksbote" in Mannheim — dessen Hauptverdienst es ist, ein Verwandter des Universitäts-Professors Erdmannsdörffer zu sein, war Anfang der 90er Jahre Redakteur an der Erwin Bauer'schen „Neuen Deutschen Zeitung" in Leipzig, wo es seine Hauptbeschäftigung war, mit geradezu rührender Sorgfalt künstlerisch und peinlich sauber Zeitungsausschnitte aus anderen Blättern herauszuschneiden und dann zu beschneiden und mit etwa so großer Sorgfalt und Sauberkeit auf Papier zu kleben. Selbständige Gedanken waren ihm nicht geläufig, sie waren nur der Abklatsch der Gedanken seines Herrn und Meisters Erwin Bauer. Wie dieser suchte auch er sich durch Broschüren „berühmt" zu machen, doch während die Schriften des Herrn Bauer Geist sprühten und klassisch vollendet waren, so kann man z. B. von der Hans Gustav Erdmannsdörffer'schen Broschüre „Die Juden und die Cholera" nur sagen, daß sie im Ahlwardt'schen Radauantisemitenton geschrieben und vom medizinischen Standpunkte aus zum Teil direkt lächerlich gewesen ist. Nach dem Eingehen der „Neuen Deutschen Zeitung" debütierte Herr Erdmannsdörffer noch eine zeitlang an der „Deutschnationalen Ztg." in Düsseldorf, worauf er Jahr und Tag für seine früheren Bekannten verschollen war, bis er schließlich in der „Deutschen Warte" in Berlin wieder auftauchte, wo er sich, nachdem er kurze Zeit an der „Deutschen Zeitung" Gastrollen gegeben hatte, noch jetzt befindet. Auch hier glaubte er es seinem früheren Meister nachthun zu müssen, der aus Gründen, die wir hier nicht weiter erörtern wollen, zur konservativen Partei abschwenkte. Und wie dieser, hat auch er das Bedürfnis gefühlt, nunmehr seine früheren Grundsätze zu verleugnen und die zu bekämpfen, die diesen Grundsätzen treu geblieben sind. Und wie Erwin Bauer zu diesem Zweck eine Broschüre geschrieben hat: „Am Rande des Abgrunds", so hat Herr Erdmannsdörffer als tüchtiger Lehrling jetzt eine Broschüre verübt: „Dem Abgrunde zu". Aber trotz der Ähnlichkeit der Titel sieht man auch hier den Unterschied zwischen Meister- und Lehrlingsarbeit deutlich. Während die Bauer'sche Schrift groß angelegt ist, findet man in der des Herrn Hans Gustav Erdmannsdörffer nur kleinliche Nörgeleien und Denunziationen, die bei jedem verständigen Menschen nur ein

Digitized by Google

mittelbiges Achselzucken erregen können. Wir behalten uns vor*), auf den Inhalt derselben noch ausführlicher zu sprechen zu kommen. Da die Judenpresse auch die dümmsten Schreibereien, wenn sie nur gegen den Antisemitismus gerichtet sind, zu Erzeugnissen hervorragender Geistesgröße stempelt, so haben wir es für angebracht gehalten, die Vorgeschichte dieser Broschüre des Herrn Erdmannsdörfer, über den wir selbst Charakterstudien zu machen Gelegenheit gehabt haben, zu skizzieren. — Bemerkt zu werden verdient schließlich noch, daß die „Deutsche Warte“ sich hin und wieder auch einen antisemitischen Anstrich giebt.

*

Versammlungskalender. Herr W. Schack (Hamburg) spricht am 9. in Melsungen und am 10 in Cassel, Abg. Ickraut am 14. in Berlin (Moabit).

Aus der Handlungsgehilfenbewegung.

Der **Deutsch-nationale Handlungsgehilfen-Verband** (Hamburg) hat im abgelaufenen Jahre in 132 Städten insgesamt 226 größere öffentliche Versammlungen abgehalten. In ihnen sprachen die Herren W. Schack (Hamburg) 79 mal, Franz Schneider (Hamburg) 65 mal, von Pein (Altona, Elbe) 63 mal, J. Irwahn (Hamburg) 8 mal, C. Glahn (Stuttgart) 6 mal und fünf andere Redner je einmal. Rechnet man dazu das Auftreten deutschnationaler Handlungsgehilfen in gegnerischen Versammlungen usw., so kommt eine umfassende öffentliche Thätigkeit des Verbandes heraus, deren Erfolge in der Vermehrung der Mitgliederzahl ihren Ausdruck fand. Der Verband hatte nämlich am Anfang des Jahres 2353 Mitglieder; er schrieb im Laufe des Jahres die Mitgliedsmarken 2565—8263 aus, hat also 5699 Mitglieder neu aufgenommen. Am Schlusse des Jahres waren noch Abzug aller erforderlichen Streichungen 7737 Mitglieder vorhanden. Trotz der Erhöhung des Beitrages sind in diesem Jahre im Verhältnis zur Mitgliederzahl bedeutend weniger ausgetreten, als im Vorjahre, und damals war diese Zahl anderen Vereinen gegenüben schon außerordentlich gering. Für die Versicherung gegen Stellenlosigkeit sind über sechstausend Mark auf der Sparkasse hinterlegt, während die Hauptkasse des Verbandes voraussichtlich mit einem verhältnismäßig recht hübschen Überschuß abschließen wird. Die Zahl der unterstützenden Mitglieder stieg von 97 auf 385. Von der Thätigkeit der Verbandsgeschäftsstelle in Hamburg zeugen folgende Zahlen: Es gingen dort ein etwa 16 500 Postsendungen gegen 5380 im Vorjahre, es gingen aus etwa 25 500 Postsendungen gegen 7693 im Vorjahre; bei den Eingängen sind rund 2000 Postanweisungen nicht mitgerechnet, bei den Ausgängen rund 130 000 Nummern der „Handels-Wacht“, die versandt wurden, außer acht gelassen. Diese wenigen Zahlen geben ein anschauliches Bild von dem Fortschreiten der Bewegung.

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Entwischt sind der preußischen Polizei drei Juden, Jankel Kuber, Leib Duved Undelmann und Rinke Altmann, die aus Rußland kamen und auf dem Auswanderer-Bahnhof in Rubleben bei Spandau festgehalten wurden, weil sie ohne Barmittel und ohne Päße waren. Sie sollten deshalb zwangsweise wieder zurückgeführt werden, zogen es aber vor, auszureißen. Und nun stellt sich heraus, daß sie wegen einer schweren Verbrechens von den russischen Behörden gesucht werden. Hoffentlich finden wir die drei Auswanderer als angebliche deutsche Mitbürger jüdischen Glaubens bald wieder.

Hierbunden! Spiele gefälschter Karten beschlagnahmte der Polizei-Inspektor Plagin bei einem Juden in Odessa.

Wegen Nichtbeschäftigung und Fälschung hat Herr Siltberberg, Kassierer der Kopenhagener Zweigstelle der Rennyorker „Mutual Life“, zwei Jahre Zuchthaus abzumachen.

Bestechlichkeitsaffären im großen Stil beging Herr Martin Friedberg in Toledo, O. Als die Sache ruchbar wurde, erschoß er sich und jetzt heißt es in allen amerikanischen Zeitungen: „Ein bekannter Deutscher usw.“

*) Auch wir behalten uns vor, auf das Büchlein, von dessen Existenz wir erst durch die „Anti-Anti-Mitt.“ Kenntnis erhielten, zurückzukommen.
Schriftl. der „D. S. Bl.“

Mosaik.

In der **Zwangsarbeitsanstalt zu Leipzig** haben sich in der einen Nacht vom 30. zum 31. Dez. v. J. allein 99 Personen als obdachlos gemeldet, nachdem das Asyl für Obdachlose überfüllt war. — Merkwürdige Verhältnisse! Auf dem Lande bekommen die Landwirte keine Arbeiter und sind genötigt, Ausländer zu beschäftigen, und in den Großstädten laufen die Arbeitslosen und die Obdachlosen massenhaft herum. Die Armenlasten größerer Städte betragen, wie die „L. N. N.“ melden, auf den Kopf der Bevölkerung (für das Jahr berechnet) 1895/96 in:

Hamburg	. . .	7 M. 51 Pf.	Leipzig	. . .	2 M. 71 Pf.
Frankfurt (Main)	4 „	40 „	Zwickau (Sa.)	2 „	49 „
Bremen	. . .	4 „ 18 „	Karlsruhe (Baden)	2 „	34 „
Wiesbaden	. . .	3 „ 73 „	Charlottenburg	2 „	14 „
Berlin	. . .	3 „ 54 „	Freiburg (Breisg.)	2 „	12 „
Dresden	. . .	3 „ 47 „	Chemnitz	. . .	2 „ 9 „
Mannheim	. . .	3 „ 28 „	Plauen (Vgtl.)	. . .	1 „ 61 „

Für Bremen, Mannheim, Zwickau, Karlsruhe, Charlottenburg, Freiburg und Plauen ist hierbei der Gesamtaufwand für 1895/96 in Rechnung gezogen, während für Hamburg und die anderen Städte nur der Aufwand für die offene Armenpflege, d. h. ohne die Hospitals-, Krankenhaus- und Irrenhauspflege berechnet ist.

Café Merkur
Leipzig
An der Pleisse 8.
300 Zeitungen, Depeschen und Tarifberichte, Börse-Fernsprecher v. Berlin, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Hamburg-Altona, Halle a/S., Paris, sowie Handels-Adressbücher aller größeren Plätze liegen zur gefl. Benutzung aus. Jeden Termintag Konzert v. Pariaten. Hochachtungsvoll W. Rühlemann.

Deutsche Schänke von Ad. Klemm
Leipzig, Poststraße 20
empfiehlt kräftigen Mittagstisch und gute Biere.

Uhren liefert zu äußerst billigen Preisen unter reeller Garantie
Gustav Kaniss
Uhrmacher
LEIPZIG, Tauchaerstr. 6.

Albert-Theater
(Hotel Stadt Nürnberg),
Bayerische Straße 8/10.
Täglich abends 8 Uhr:
Zusammen-Gastspiel
der großen Leipziger Ausstellungspossе
„Die Tiroler Bergfahrt“
mit Gesang und Tanz in 1 Vorspiel und 4 Bildern von Hans Thomas und Rudolf Zabel, Musik v. Thomas Frank und Bruno Decker, bearbeitet und in Szene gesetzt von Oberregisseur Bruno Decker. Regie: Eduard Solwin. Dirigent: Bruno Decker.
Preise der Plätze: Loge 3 M.; Sperrsitz (Stuhlreihen) 2 M.; Sperrsitz (an Tischen) 1,50 M.; 1. Parquet 1 M.; 2. Parquet 75 Pf.; Balkon 1 M.; Parterre 50 Pf.
Eintrittskarten-Vorverkauf ohne Aufgeld täglich an der Tageskasse von 11—4 Uhr im Theaterbureau (Bayerische Straße 10, part.).

Die Meierei Stendorf bei Salzelb i. Holstein empfiehlt ihre hochfeine holsteinische **Tafelbutter** in Postkolli täglich frisch.
Die Verwaltung: Reese.

Kaufen Sie
keln Planino,
wenn Sie sich noch nicht den Katalog von August Roth Nachf. I. W., Königl. Hof-Pianofabrikant, gratis haben kommen lassen.

Einen großen Dienst leistet man unserem Blatte und unserer Sache, wenn man seine Einkäufe bei solchen Handlungen deckt, die uns durch Anzeigen unterstützen.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königsstr 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe in Berlin NW. 5, Stendalerstr. 1.
Druck: G. Reusche in Leipzig.

Digitized by Google

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Leipzig, 13. Januar 1898. Nr. 491.

Innerpolitisches.

Der „tote" Antisemitismus macht den Gegnern hüben und drüben viel Kopfschmerzen. Die jüdisch-liberale Presse ist fieberhaft gespannt darauf, wie wohl der konservative Parteitag in Dresden verlaufen werde. Ob der Bund der Landwirte vor den Konservativen zu Kreuze kriechen wird oder umgekehrt und vor allen Dingen, ob man den ✝✝✝ Antisemiten den Vernichtungskrieg erklären wird. Eine konservative Partei unter jüdischer Führung, die die „Schmach des Jahrhunderts" von sich abschüttelt und die „Agrardemagogen" verleugnet, würde man sich allenfalls gefallen lassen und gelegentlich beloben wie den Musterkonservativen der Berliner Stadtvertretung, Herrn Spinola, oder den weiland berühmten Parlamentarier von Helldorf.

Auch in der konservativen Presse selbst und zwischen ihr und der dem Bunde der Landwirte nahestehenden „Deutschen Tageszeitung" tobt der Streit um den Antisemitismus. In der „Kreuzztg.", die noch vor kurzem es als Aufgabe der Konservativen bezeichnete, den Kampf gegen das Judentum zu führen, woza sich die Antisemiten als unfähig bewiesen hätten, und deren zweiter Redakteur, Prof. Kropatschek, das Feldgeschrei „Gegen Juden und Revolution" ausgab, scheint der „Chefredakteur" Gegenordre erteilt zu haben. Man hat den Versuch aufgegeben, der deutschsozialen Reformpartei den antisemitischen Wind aus den Segeln zu nehmen. Augenscheinlich hat die sächsisch-jüdische Richtung der Herren Mehnert und Graf Limburg im Augenblick Oberwasser und führt, man sollte es kaum für glaublich halten, den Fürsten Bismarck gegen die antisemitische Bewegung ins Treffen. Die Sache ist so spaßhaft, daß wir es uns nicht versagen dürfen, in der nächsten Nummer im Zusammenhange über dieses neukonservative Stückleın zu berichten. Heute wollen wir nur die Thatsache feststellen, daß die „Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus" einen Artikel der „Konservativen Korresp.", der die Überschrift trägt: „Fürst Bismarck und die Antisemiten", wörtlich abdrucken und demselben vollen Beifall zollen. Der „Deutschen Tageszeitung" ist diese neueste Schwenkung der konservativen Politik doch zu ungeheuerlich, um sie mitzumachen. Sie weiß, daß der Antisemitismus im Bunde der Landwirte tiefe und kräftige Wurzeln geschlagen hat und hält nun den Zitaten aus angeblichen Tischgesprächen und aus Artikeln der „Hamburger Nachrichten", die ad hoc dort hineingeschmuggelt worden sind, beglaubigte Aussprüche Bismarcks aus seinen Reden entgegen.

Uns soll es keinen Kummer machen, wenn der jüdische Graf auf dem Dresdener Parteitage die unbestrittene Führung in der konservativen Partei erhält. Wir werden dann bald ihre lachenden Erben sein.

Parteinachrichten.

Berlin. Der Wahlverein Berlin der deutschsozialen Reformpartei veranstaltet am 21. d. M. drei große Volksversammlungen und zwar bei Buggenhagen (Moritzplatz), bei Leindecker (Sophienstraße 34) und in den Viktoria-Sälen (Leipzigerstr. 134). Thema in allen drei Versammlungen: Der Vernichtungskampf der kleinen Gewerbetreibenden gegen die Raubschazare. —

Die Christlich-Sozialen feierten am 3. d. M. die Wiederkehr des Tages, an dem vor zwanzig Jahren der Hofprediger Stöcker im „Gisteler" zu Berlin die christlichsoziale Partei begründet hatte. Es waren etwa zweitausend Personen erschienen, einige Bürgervereine hatten Glückwunsch-Abordnungen entsandt, in deren Auftrag der Stadtverordnete Prehsel sprach. Er hob unseres Erachtens sehr richtig hervor, daß die christlichsoziale Bewegung deswegen nicht vorwärts gekommen sei, weil der Hofprediger Stöcker keinen Gehilfen neben sich gehabt habe, der seine gewaltigen agitatorischen Erfolge in Organisationen umzusetzen verstanden hätte. Herr Stöcker hielt eine glänzende Rede und schloß mit der Hoffnung, daß die „Berliner Bewegung" wieder erwachen werde. Wir wünschten das auch, sind aber in dieser Beziehung weniger hoffnungsfreudig. Von den alten Mitkämpfern Stöckers aus dem Beginn der Bewegung war außer Herrn Prysel auch noch Prof. Ad. Wagner anwesend.

Der dritte Mann, dessen Name neben Stöcker und Wagner in den ersten achtziger Jahren ständig genannt wurde, wenn von der „Berliner Bewegung" die Rede war, Herr Christoph Joseph Cremer, lag an diesem Erinnerungstage bereits hoffnungslos darnieder und ist zwei Tage später heimgegangen. Er war schon bei seinen Lebzeiten politisch ein toter Mann, und wir wollen die Geschichte seines Abfalls von der Sache, der er mit Eifer und Erfolg anfangs gedient hatte, nicht ausgraben. Am Tage nach dem Begräbnis Cremers verstarb, erst 46 Jahre alt, am Gehirnschlage Herr Rud. Herzog, der Chef des bekannten Bankhauses. Auch er war dereinst, wenngleich in zweiter Linie, eifrig für die „Berliner Bewegung" thätig gewesen. Das Andenken an seine liebenswürdige Persönlichkeit wird bei allen denen in Ehren bleiben, die ihn in jener besten Zeit seines Lebens näher kennen gelernt haben.

Den babylonischen Talmud, den ein junger Mann, namens Lazarus Goldschmidt, in achtzig Lieferungen herausgiebt, hatten wir nach Erscheinen der ersten Lieferung am 10. September 1896 einer scharfen Kritik unterzogen. Herr Lazarus Goldschmidt und sein Verleger Hugo Bloch (Berlin) fühlten sich dadurch an ihrer Ehre gekränkt und strengten gegen den Verfasser der Besprechung, Herrn Dr. Bischoff (Leipzig), und unseren Schriftleiter eine Beleidigungsklage an. Nach Jahr und Tag eröffnete das Gericht gegen die Beklagten endlich das Hauptverfahren, erachtete aber den Verleger zur Klage nicht berechtigt, weil sein Name absolut nicht genannt war, so daß nur Herr Lazarus Goldschmidt übersblieb. Am 8. d. M. war die erste Verhandlung vor dem Schöffengericht in Berlin. Trotzdem diese zwei Stunden in Anspruch nahm, kam es nicht zu einer Beweisaufnahme. Merkwürdigerweise versuchte der Rechtsbeistand des Klägers die Sache auf das antisemitische Gebiet hinüberzuspielen und daraus, daß unsere Kritik des Goldschmidtschen Werkes ebenso vernichtend ausgefallen war als die rein jüdischen Blätter, die Absicht der Beleidigung zu konstruieren. Herr Lazarus Goldschmidt aber glaubte seine Sache nicht besser führen zu können, als daß er Herrn Dr. Bischoff als „Mietling" eines Dr. Kahen (Leipzig) bezeichnete und Worte, wie „unverschämte Lüge" und „direkte Unwahrheit" gebrauchte. Die Verhandlungen wurden endlich vertagt und beschlossen, als Zeugen und Sachverständige zu laden: Bibliotheksdirektor Dr. von Gebhardt (Berlin), Rabbiner Dr. Hahn (Charlottenburg) und Prof. Dr. Streck (Großlichterfelde). Die von dem Beklagten weiter vorgeschlagenen Sachverständigen Dr. Kahen (Leipzig) und Dr. Fischer (Jena) — beides Juden — wurden von Herrn Lazarus Goldschmidt als „bestochen" abgelehnt!

Dresden. Die nationalsoziale „Hilfe" schreibt: „Eine erfreuliche Reichstagskandidatur wird aus Dresden-Neustadt mitgeteilt, das im Reichstag bisher durch den antisemitischen Kaufmann Klemm vertreten ist. Dort hat sich ein unparteiisches Wahlkomitee, dem Angehörige der verschiedensten Berufe angehören, aufgethan und die Kandidatur des bekannten Sozialpolitikers Prof. Dr. Wittor Böhmert für den 4. Kreis proklamiert. Unsere Dresdener Freunde werden einem Kandidaten, der unseren Ideen so nahe steht, gewiß gern ihre Stimmen geben." Die „Deutsche Tagesztg." dagegen meldet: „Die Aufstellung des Geh. Regierungsrats Dr. Böhmert im 4. sächsischen Wahlkreise ist ohne Zustimmung der nationalliberalen Parteileitung erfolgt. In politischen Kreisen nimmt man

Digitized by Google

die Kandidatur nicht ernst." — Es scheint sich also weniger um ein unparteiisches als um ein nationalsozialen Wahlmanöver zu handeln.

Suhl. Den Verleger des „Thür. Landboten", Herr H. Kurzhals, wollte der Amtsanwalt in Wasungen bestraft wissen, weil er nach einer Versammlung in dem meining'schen Orte Stinnershausen Bezieher für sein Blatt gesammelt hatte. Die Denunziation blieb aber ohne Erfolg, da Herr Kurzhals vorsichtshalber schon längst mit politeilicher Erlaubnis versehen war.

Jauer. In der Hauptversammlung des deutschsozialen Reformvereins, die einstimmig den bisherigen Vorstand wiederwählte, teilte der Vorsitzende, Herr W. Schlosse, mit, daß als Kandidat für den Wahlkreis Landeshut-Jauer-Bolkenhain Herr Rechtsanwalt Dr. Müller (Bremen) in Aussicht genommen sein.

Posewalk. In einer am 9. d. M. hier abgehaltenen Vertrauensmännersitzung der deutschsozialen Reformpartei, in der der Abg. Liebermann von Sonnenberg den Vorsitz führte, wurde der Rittergutsbesitzer Schröder (Poggelow) als Kandidat für den Wahlkreis Uckermünde-Usedom-Wollin aufgestellt. Es ist die begründete Aussicht vorhanden, daß der Bund der Landwirte sich dieser Kandidatur anschließen wird.

Aus Hessen. Unter der Firma „Hessische Druckerei und Verlagsanstalt" ist in Offenbach (Main) für die Herstellung der beiden Zeitungen „Deutsche Volkswacht" und „Frankfurter Post" eine eigene Druckerei gegründet worden. —

Abg. Hirschel sprach in einer Versammlung des Mitteldeutschen Bauernbundes in Bergen über die Aufgaben des Bauernbundes, während Herr Ad. Wolff (Frankfurt, Main) in längeren Ausführungen vor den semitischen und philosemitischen Schundblättern warnte.

Aus Kurhessen. Eine sehr zahlreich besuchte Versammlung der Vertrauensmänner des Wahlkreises Marburg-Frankenberg-Kirchhain, der auch der Abg. Hirschel beiwohnte, berief am 8. d. M. in Marburg den Bauern Karl Wiegand jr. (Friedrichsdorf) zum Reichstagskandidaten des Kreises. Herr Wiegand war selbst erschienen und fand mit seiner Ausführungen lebhaften Beifall. Die anwesenden Mitglieder des Bundes der Landwirte entschieden sich der Abstimmung. Das kam daher, weil kurz vor unserer Versammlung die Nationalliberalen den Landwirt Rauch (Wittelsberg) als ihren Kandidaten aufstellten und durch eine Sonderausgabe der „Oberhess. Ztg." die Nachricht verbreiten ließen, ihr Kandidat sei der von den Konservativen und dem Bund der Landwirte unterstützte. Pflichtschuldigst meldet nun die „Köln. Ztg.", die Kandidatur Wiegand sei jetzt aussichtslos. Das Entgegengesetzte ist unserer Ansicht nach richtig, da wir der Kandidatur Rauch absolut keine Lebe utung beimessen. Möglich war sie nur, weil unsere Vertrauensmänner-Versammlung des Weihnachtsfestes und anderer Umstände wegen mehrere Male verschoben werden mußte und durch verstümmte Zeitungsäußerungen der Name unseres Kandidaten den nationalliberalen Quertreiberleuten bekannt wurde.

Cresfeld. Die „Große Karnevals-Gesellschaft" hat ihren jüdischen Mitgliedern zu Liebe den Schriftsteller der hiesigen antisemitischen „Crefelder Ztg.", Herrn Jakob Töfen, aus der Gesellschaft hinausgeworfen. Dabei war Herr Töfen seit sechzehn Jahren Mitglied der Gesellschaft und seit fünfzehn Jahren Sprecher des „Kleinen Rats"!

Oldenburg (Gr.). Aus Anlaß der in Nr. 486 erwähnten Versammlung, in der über die Einrichtung einer Handwerkerkammer für das Herzogtum beraten wurde, erhielt der Abg. Müller (Walded) verschiedene Einladungen auswärtiger Innungen, um bei ihnen über die Organisation des Handwerks zu sprechen. Ein derartiger Vortrag fand unter Leitung des Herrn Bäckermeister Steindt in Burhave statt. Dieser sowohl als auch der Herr Abgeordnete forderte die Handwerker auf, sich zu einer gemeinsamen Innung zusammenzuschließen, da heute nur ein vereintes Wirken zum Ziele führe. Die aus dem ganzen Butjadinger Lande zahlreich beschickte Versammlung nahm die Ausführungen der beiden Redner mit vielem Beifall auf. Die anwesenden Handwerker traten am Schluß zu einer gemeinsamen Innung zusammen. —

Einen ähnlichen Vortrag hielt Abg. Müller in Jever. Auch hier riet er den Handwerkern, den Einflüssen aus der Landeshauptstadt nicht nachzugeben und auf die Gründung einer eigenen Handwerkerkammer zu bestehen. Den Nationalliberalen und Freisinnigen paßt eine solche selbständige Regung der Handwerker natürlich nicht, und sie schreien deshalb schon in Vorahnung der kommenden Dinge, daß durch ein gesonderstes Vorgehen der Handwerker usw. bei den Reichstagswahlen der Wahlkreis Varel-Jever den Sozialdemokraten ausgeliefert werde. Abwarten!

Hamburg. Im deutschnationalen Arbeiterbunde besprach am 5. d. M. der Herr Jul. Wilde das Thema „Welches Interesse hat der Arbeiterstand an der dem Reichstage vorliegenden Flottenfrage?" Der Vortragende erklärte, der deutsche Arbeiterstand müsse dieser Vorlage zustimmen, denn man dürfe nicht vergessen, daß durch die Flottenvermehrung auch für den Arbeiter sich die Produktion vermehre. Eine Stärkung der deutschen Kriegsflotte bedeute die Förderung des deutschen Schiffbaues und damit eine vermehrte Arbeitsgelegenheit. Er hoffe, daß die Marinevorlage zum Gesetz erhoben werde, zum Segen des Vaterlandes und auch der Arbeiterbevölkerung. Diese Ausführungen waren bestimmend für die Annahme folgender Erklärung: „Die Versammlung erkennt die Notwendigkeit einer Verstärkung der deutschen Kriegsmarine an und hofft, daß der Reichstag den Wünschen der Regierung Rechnung tragen wird. Sie erwartet jedoch von der Reichsregierung, sowie vom Reichstage bei einer etwa durch die Flottenvorlage notwendig werdenden Steuer, daß die gesetzgebenden Faktoren nur einer progressiven Reichseinkommensteuer ihre Zustimmung geben werden." —

In der letzten Sitzung der Bürgerschaft kam es zu einem kleinen Zwischenfalle, als Herr Fr. Raab die Unterschiede zwischen den Gehältern der unteren und höheren Zollbeamten beleuchtete und die persönliche Zulage (4000 Mark) des Generalzolldirektors geißelte. Der Senat wollte, weil dieser absolut keine besondere Kraft sei. Die Bürgerschaftsmitglieder fuhren ihren antisemitischen Kollegen aber in die Parade und schlossen schleunigst die Debatte, nachdem noch der jüdische Herr Präsident Herrn Dr. die Vorlesung eines Bundesratsbeschlusses untersagt hatte: durch den Beschluß wird nämlich der Generalzolldirektor arg bloßgestellt!

Kiel. Unter dem Vorsitz des Grafen Reventlow hielt der deutschsoziale Reformverein am 5. d. M. im „Kolosseum" eine öffentliche Versammlung ab, in der Abg. Werner das Parteiprogramm erörterte. Redner trat dabei warm für die Flottenvermehrung ein, die nötig sei, um den Deutschen im Auslande den nötigen Schutz zu gewähren. Der reiche Beifall, den die Ausführungen spendeten, benahm den anwesenden „Genossen" usw. die Lust, eine freie Aussprache zu beginnen.

Aus Baden. Der Parteitag für Baden, Pfalz und Elsaß-Lothringen, der unter dem Vorsitz des Herrn Konsul Köster (Heidelberg) am 9. in Kehl zusammentrat, war von mehr als hundert Personen aus allen Teilen des Verbandsgebietes besucht. Besonders zahlreiche Vertreter stellte das Hanauerland und Straßburg. Nach Erledigung der üblichen geschäftlichen Sachen gab der Generalsekretär, Herr F. Goebel (Mannheim) einen umfassenden Bericht über die Parteitätigkeit im vergangenen Jahre. Wie Genugtuung konnte er feststellen, daß die antisemitische Bewegung weitere Fortschritte gemacht, und daß Dank der umfassenden Thätigkeit im Verbandsgebiete, mit der wohl kein anderer Verband der Partei wetteifern könne, es gelungen sei, den Nationalliberalen durch Abnahme eines zweiten Landtagssitzes weiteren Abbruch zu thun. Als Beweis für das unaufhaltsame Vordringen des Antisemitismus gab Redner die Äußerung eines hohen Beamten wieder, der einem des Antisemitismus „verdächtigen" Unterbeamten gesagt habe: „Der Antisemitismus ist nun einmal die herrschende Zeitströmung, machen Sie es aber nicht zu arg." Zum Schluß bat Redner die Parteifreunde um kräftige materielle Unterstützung der Partei und um weiteres Ausharren in dem schweren Kampfe. Der Bericht über die letzte Session des Badischen Landtags mußte leider von der Tagesordnung abgesetzt werden, da Abg. Pfister extrankt war. Der Kassenbericht stellte eine kleine durch die Landtagswahlen hervorgerufene Unterbilanz fest. Als Ort für den nächsten Parteitag wurde dann einstimmig Karlsruhe gewählt, während die Neuwahl des Parteivorstandes die Wiederwahl des bisherigen ersten Vorsitzenden, Herrn Konsul Köster (Heidelberg), und fast des ge-

Digitized by Google

sammten alten Vorstandes ergab. Bei einigen Herren mußte aus dienstlichen und geschäftlichen Gründen von einer Wiederwahl abgesehen werden. In der Mittagspause wurde ein Huldigungstelegramm an den Großherzog gesendet. Nachmittags beschloß man nach einem Vortrage des Herrn Kraßert (Heidelberg) einen das ganze Verbandsgebiet umfassenden Wahlverein zu bilden, dem jeder Parteifreund mit einem selbst zu bestimmenden Jahresbeitrage angehören könne. Für die nächsten Reichstagswahlen kam es zu bindenden Beschlüssen, die aber vorläufig noch nicht veröffentlicht werden sollen. Zur Förderung des Zeitungsunternehmens setzte man einen Ausschuß von zehn Mitgliedern ein und nahm dann zu Gunsten der badischen Lehrer eine Entschließung an. Mit einem dreifachen Heil auf Kaiser und Landesfürst schloß nun sieben Uhr abends der einheilig verlaufene Tag.

*

Versammlungskalender. Abg. von Liebermann spricht am 14., 15., 16. und 17. in Nordhausen und Umgegend und am 18. in Hannover; Herr L. Schumann (Berlin) spricht am 15. und 16. in Halberstadt, am 17. in Wernigerode, am 18. in Ilsenburg, am 19. in Stittstedt und am 20. in Oschersleben; Abg. Werner spricht am 16. in Lispenhausen und Rämmelhausen (Kr. Rotenburg).

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Einen Akt hat sich der Hahnetschnitter Benjamin Abraham zu Berlin zugelegt. Er nannte sich auf seinem Schilde „Dr." Abraham und darin erblickte die Behörde eine Irreführung des Publikums, das leicht auf den Gedanken kommen könne, Abraham sei Dr. med. Fünfzig Mark Geldstrafe muß deshalb Herr Abraham zahlen.

Kautionsschwindeleien, die der Kaufmann Richard Abraham vor fünf Jahren in Breslau begangen hatte, fanden erst jetzt ihre Sühne. Abraham war so lange im Auslande gewesen und kam nun nach Berlin, weil er meinte, daß die Strafthaten verjährt seien. Das war aber ein Irrtum, denn die Staatsanwaltschaft hatte seinerzeit einen Steckbrief erlassen. Den Irrtum muß Abraham nun mit sieben Monaten Gefängnis büßen.

Gemeinsam widerlegt hatten sich Josef Zuld, Oskar und Moritz Sommer und Hermann Hirschmann nebst seinem Sohne Isaak in Frankfurt (Main) den Anordnungen eines Schutzmanns, der Oskar Sommer zur Wache schaffen wollte. Dafür standen sie vor Gericht. Angeklagt soll der Streit durch „eine antisemitische Äußerung" entstanden sein. Wie diese gelautet und wer sie getan haben soll, darüber schweigen die jüdischen Blätter noch, wohl aber, daß Oskar Sommer wegen Beleidigung und Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu fünf Wochen Gefängnis und die beiden Heimenänner zu dreifig und zwanzig Mark Geldstrafe verdonnert wurden.

Ausgerissen ist der Lederhändler Zidor Frankfurter aus Stuttgart. Er hat bedeutende Wechselfälschungen verübt und nicht wenig Geld mitgenommen.

„Ihre Stadtverordneten kann ich nur für fünf Pfennige", sagte der Stadtverordnete und Kaufmann Moritz Brasch in Pempelburg (Westpreußen) zu dem deutschen Gastwirt Belau. Als Wunsch darüber in der Stadtverordneten-Versammlung zur Rede gestellt wurde, bestritt er nicht nur diese Äußerung, sondern nannte sie eine „infame Lüge". Er trieb die Sache so weit, den Belau wegen verleumderischer Beleidigung vorfladen. Dieser aber konnte durch Zeugen beweisen, daß Brasch die fragliche Äußerung wirklich getan hatte. Er wurde natürlich freigesprochen, verklagte nun aber seinerseits Brasch wegen der „infamen Lüge", wofür dieser mit 150 Mark Geldstrafe, sowie zur Zahlung sämtlicher Kosten verurteilt wurde. Brasch aber legte Berufung ein und wollte noch einmal beweisen, daß Belaus Behauptung eine „infame Lüge" sei, was ihm aber gründlich vorbei gelang, weshalb die Strafsammer das erste Urteil bestätigte. Die Stadtverordneten haben sich daggegen die Beleidigung ruhig gefallen lassen.

Die Amtsbekleidung eines evangelischen Geistlichen legte der jüdische Kultusbeamte Lewithan in Riesenburg (Westpreußen) bei einer jüdischen Besattungsfeierlichkeit unbefugt an. Dafür hatte ihm die Polizei sünfzig Mark Strafe auferlegt. Infolge der eingelegten Berufung erkannte das Gericht aber auf Freisprechung, weil die evangelischen Geistlichen nicht als Beamte im Sinne des Strafgesetzbuches anzusehen seien!

Mosaik.

Über die Heiligkeit der Ehe bei den Juden weiß der „Jeschend-Kurier" folgenden charakteristischen Fall zu erzählen. Zwei Juden bewarben sich um die Hand der Tochter eines reichen Kaufmanns an der Nalewski-Straße zu Warschau. Die beiden Konkurrenten waren sowohl dem Vater als auch der Tochter gleich genehm, und da der Vater die Wahl der Tochter überließ, diese aber erklärte, daß es ihr gleichgiltig sei, wen sie heiraten solle, so beschlossen die Bewerber, die Braut durch eine Lotterie zu verspielen. Es wurden hundert Lose angefertigt, die sie zu gleichen Teilen unter sich verteilten, und nun warten die Konkurrenten die Ziehung der fünften Klasse der polnischen Klassenlotterie ab. Die beiden letzten Zahlen der Nummer des Loses, auf das bei der Hauptgewinn fällt, entscheiden für die „Braut"!

Sozialdemokratisches. Die Mannheimer gebeerdeten sich von jeher als Demokraten vom reinsten Wasser. Jetzt sind sie Sozialdemokraten geworden und ihre Obcren führen so eine Art Schreckensregiment. „Genosse" Landtagsabgeordneter Dreesbach hat nämlich kürzlich nach der „Deutschen Wirtszig." gesagt, „die sozialdemokratische Partei sei für die Einführung der Bedürfnisfrage bei Erteilung neuer Schankerlaubnisse nicht zu haben. Alle, die nicht mit dem Strom schwimmen könnten, müßten eben untergehen". Um diesen Ausspruch richtig würdigen zu können, muß man wissen, daß „Genosse", Stadtrat und Landtagsabgeordneter Greiß vor einigen Wochen die große Wirtschaft „Zur Zentralhalle" übernommen hat, die ihm die Badische Brauerei einrichtete! —

Ein jeder Mensch kann irren; im Irrtum verharren kann nur der Unsinnige.

Firmen-Verschleierung. Der Inhaber des Manufakturwarengeschäftes H. Kamnitzer in Buchholz (Sachsen) ist Herr Hirsch Kamnitzer, trotzdem steht auf dem polizeilich vorgeschriebenen kleinen Firmenschildchen an der Ladenthür: Hermann Kamnitzer!

Ein Zeichen der Zeit. Die vom 10. bis zum 15. d. M. währende Schwurgerichtsperiode in Halle (Saale) hat über sechs Verbrechen abzuurteilen und zwar handelt es sich dreimal um Meineid und dreimal um Notzucht!!

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. Das Warenhaus A. Wertheim zu Berlin, die große Blendlaterne, wie es ein Blatt jüngst zutreffend nannte, soll nunmehr mit Hilfe der Nationalbank für Deutschland „gegründet" werden. Von denen, die durch die Nationalbank griechische Papiere erwarben, wird sicher keiner der Blendlaterne zu nahe kommen. —

Der Berliner Generalkonsul des Negerstaates Haiti, Wilkham Schönlank, ist gestorben. Ein Lokalberichterstatter lobt seine „großen" Verdienste um den „deutschen" Handel und die nichtjüdischen Blätter drucken's ruhig nach! —

Frih heraus ist der Hofprediger Georg Liebling, der wegen eines „schlagenden" Angriffs auf einen Berliner Musikkritiker zu vierzehn Tagen Gefängnis verurteilt war. Auf ein Gnadengesuch hat der preußische König die Freiheitsstrafe in eine Geldstrafe (fünfhundert Mark) verwandelt. —

Schlechte Bezahlung ihrer Angestellten hatte die „Bayer. Bürgerztg." der Münchener Privatpost (Böttcher & Co.) vorgeworfen und sich deshalb eine Beleidigungsklage von Seiten der jüdischen Firma zugezogen. Die Klage wurde aber zurückgewiesen, so daß die Beklagte es öffentlich bedauert, nicht durch ihre Zeugen den Wahrheitsbeweis antreten zu können. —

Briefkasten der Schriftleitung.

Herrn P. K., Leipzig. Mangels einer genauen Adresse kann ich Ihnen nicht direktlich danken. Der heilige Michel hat auch innerhalb der Reichstagswen Gelegenheit genug, mit seinem Flammenschwert dreinzuschlagen. v. L.

Jugendbund Hannover. Dank und Heil. Auf Wiedersehen am 18. Januar. v. L.

Den Freunden auf dem Wegkburg bei Dransfeld Gruß und Dank. v. L.

W., Breslau. Freundlichen Dank für die Mitteilung!

C. W., Borgholzhausen; J., Kochwege; H. P., Kiel; Sn.; F. s, Cassel; K. F., Breith; K. Wahl; L. B., Xanten; R. G., Odenwg R. G., Grosswardein; K. Talr., Leipzig. Die Wünsche zum Jahreswechsel erwidere bestens. Heil! L. H.

Ludwig u. G. Besten Dank. Kommen Sie nicht wieder einmal nach hier? Heil! H.

G. in O. Zur Rechnung kommen noch 8 M. für Sdg. an Gr. — Beyer.

Osenhalthal. Bitte, der Kravatten-Nadeln erhalten Sie auf meine Bezeichnung von Bln. aus Angebote. H.

S., Itzehoe Wir hatten es auch schon bemerkt, daß die „Hilfe" von dem sozialdemokratischen Reichstagskandidaten für den fünften Holstein-Wahlkreis schreibt: „Herr Marktke ist kein gefährlicher Gegner" und einige

Digitized by Google

Zeilen weiter auf derselben Seite: „Marxitte ist kein zu unterschätzender Gegner".

Nach Rietberg. Die Juden in der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage sind: 1) Rechtsanwalt Hugo Haase (Königsberg), Abg. für Königsberg-Stadt; 2) Redakteur Dr. Bruno Schönlank (Leipzig), Abg. für Breslau-West; 3) Privatier Paul Singer (Berlin), Abg. für Berlin 4; 4) der frühere Rechtsanwalt und jetzige Redakteur am „Vorwärts" Arthur Stadthagen (Berlin), Abg. für Niederbarnim; 5) der Chemiker und Schriftsteller Emanuel Wurm (Berlin), Abg. für Neuß jüngere Linie. Haase, Singer, Stadthagen und Wurm bezeichnen sich als „mosaisch", Schönlank als „evangelisch". — Variirung in angelsächsischen Kreisen.

H., Berlin. Die Sache verhielt sich so: Der Polizeiassistent Deutschmann aus Potsdam schrieb einen an sämtliches Personal gerichteten Schreibebrief, worin er unseren Herausgeber beschimpfte. Dieser wollte den anscheinend unzeitigen jungen Mann nicht gerichtlich belangen und dadurch in seiner Lebensstellung schädigen. Er antwortete darum an dieser Stelle in einer Form, die nur dem Herrn Polizeiassistenten verständlich sein konnte, wenn dieser so klug war, stillschweigen. Stattdessen hat er, wie wir aus den „Anti-Anti-Mitteil." entnehmen, in dem Blatte des Herrn Haus von Mosch ein Klagelied über die ihm widerfahrene Behandlung angestimmt. Sollte er aufs neue sich Belehrungen zu schulden kommen lassen, so müssen wir nunmehr nichts anderes übrig bleiben, als ihn gerichtlich belangen zu lassen.

Dr. W., Kassel. Auskunft mit Dank benutzt.

H. L., Grevesmühlen. Ist in deutschen Händen — so viel wir wissen. Eine Fabrik ist es wohl nicht.

Auskünfte.

Der eine Inhaber der Firma Bonneß & Hachfeld in Potsdam soll Jude sein.

Heft 73 des „Kulturkämpfer"

schildert das gewaltige Heraufkommen der Börse im letzten Viertel-jahrhundert, ihre staats- und gemeingefährliche Uebermacht und Allgewalt. Verfasser verbeut also weit hinaus über den Antrag, den jetzt Konservative und Centrum zu Recht sag eingebracht haben.

Preis 60 Pfg.

Zu beziehen durch **Herm. Beyer, Leipzig,** Königsstrasse 27.

Uhren liefert zu äußerst billigen Preisen unter reeller Garantie **Gustav Kaniss** staatl. Uhrmacher Obermeister **LEIPZIG, Tauchaerstr 6.**

Stoffe zu Anzügen PALETOTS etc. versendet

Reich haltige Musterzendung unberechnet und portofrei an Jedermann.

in TUCH, Buckskin, Kammgarn, CHEVIOT etc. Meter 2-15 Mark.

Unerreicht billige Preise! Beweis: Vergleich mit anderen Collectionen

Auf Wunsch Lieferung aller erforderlichen Futterstoffe und Zuthaten.

Versand durchaus reell!

Beweis: ca. 6000 Anerkennungsschreiben aus dem Kundenkreise.

CHRISTIAN GUNTHER Tuchversandgeschäft **LEIPZIG-PLAGWITZ**

Der Glaube unserer Väter als Grundlage einer kräftigen vaterländischen Volkserziehung von **Dr. Herm. Hoffmeister.** Statt 5 M. für 3 M., so lange der geringe Vorrat reicht. **Herm. Beyer, Leipzig, Königsstr. 27.**

Deutsche Schänke von **Ad. Klemm** Leipzig, Poststraße 20 empfiehlt **kräftigen Mittagstisch** und **gute Biere.**

Café Merkur Leipzig An der Pleisse 8. 300 Zeitungen, Depeschen und Correspondenzen, Bücher, Lexikon über v. Berlin, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Hamburg-Altona, Halle a/S., Paris, neues Handels-Adress-Bücher aller grösseren Staaten liegen zur gefl. Benutzung aus. Jedes Vormittag Bouillon a. Fleischea. Hochachtungsvoll W. Rühlemann.

Albert-Theater (Hotel Stadt Nürnberg), Bayersche Straße 8/10. **Täglich abends 8 Uhr:** **Zusammen-Gastspiel** der großen Leipziger Aufstellungspoesie **„Die Tiroler Bergfahrt"** mit Gesang und Tanz in 1 Vorspiel und 4 Bildern von **Hans Thenau** und **Rudolf Zobel,** Musik v. **Thomas Franz** und **Bruno Decker,** Inszenierung und in Scene gesetzt vom Obermeister **Bruno Decker. Regie:** Eduard Solvin. **Dirigent:** Bruno Decker. **Preise der Plätze:** Loge 3 M.; Sperrsitz (Stuhlreihen) 2 M.; Sperrsitz (an Tischen) 1,50 M.; 1. Parquet 1 M.; 2. Parquet 75 Pf.; Balkon 1 M.; Parterre 50 Pf. Eintrittskarten-Vorverkauf ohne Aufgeld **täglich** an der Tageskasse von 11—4 Uhr im Theaterbureau (Bayerische Straße 10, part.).

Jung-Deutschland Bitter-Liqueur. ●●●● à Liter 2 Mark. ●●●● Wiederverkäufern bei größerer Abnahme Rabatt. Alleiniger Fabrikant: **Emil Schükerk.** **Neu-Ruppin,** Groß-Destillation u. Weinhandl.

Liefere ein Postkoll (9½ Pfund) **feine Leber, Rot- und Sülzwurst** zu 7,50 M. franko. **H. Glauner,** Fleischermstr. **Papenburg** b. Leer (Ostfriesl.). Ferner: **prima Hammelkeule u. Carrés** à Pfund 55 Pf.

Wilhelm Boetzkes Rheinisches Tuchhaus, ◆ **Düren I,** ◆ Bezirk Aachen, verwendet zu den billigsten Preisen die berühmten, vielfach ausgezeichneten Aachener und Dürener Tuchwaren, sowie andere deutsche und engl. bewährte Qualitäten.

Die neuen Muster	3 m Cheviot	Tuch.	Stoff z. Anz.
werden liefert, Ober- und Kleiderstoffe frei,	3 „ Loden-Chev.	47 „	M. 10,90
zugeklamt, damit jedermann sich ohne	3 „ Cheviot	47 „	„ 12,75
Kosten von der große und Billigkeit über-	3 „ Melton	50 „	„ 12,90
zeuge. Man schreibe eine Postkarte.	bei 12 M. per Meter.		13,50
			Jeder Muk.

Beim Vergleich beachte man besonders die Qualität.

Cacao garant. rein, sehr ergiebig, wohlschmeckend und leicht verdaulich. à Pfd. 1,60 M. Ferner f. Rekonvaleszenten, Magenschwache u. Blutarme: **Elexircacao,** à Pfd. 2,40 M., **Hafercacao,** à Pfd. 1.— u. 1,60 M., **Albumin-Cacao,** à Pfd. 2,60 M., **Dr. Lahmanns Nährsalz-Cacao,** à Pfd. 2,90 M., **Prof. Merings Kraftcacao,** à Pfd. 2,50 M., **Dr. Michaelis' Eichelcacao,** à Pfd. 2,50 M., versendet gegen Nachnahme, bei 9 Pfd. franko. **Otto Heln** vorm. **A. F Fomm,** Cacao- u. Chocoladen-Versand-Haus, **Leipzig,** Kurprinzstr. 1.

Die **Meierei Stubenborn** bei **Süßeld** i. Hessen empfiehlt **hochfeine holsteinische Tafelbutter** in Postkollis täglich frisch. **Die Verwaltung: Reese.**

Kaufen Sie keln Planino, wenn Sie sich noch nicht den Katalog von **August Roth. Hagen I. W.** i. Königl. Hof-Pianofabrikant, gratis haben kommen lassen.

Hauptagenten von deutsch. Feb.-Berf., Gesellsch. allerorts geg. hohe Provis. u. Reisesp. gel. Ev. Firm. Off. u. F. 100 an die Geschäftsst. d. Bl.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königstr 27. — Verantwortlicher Schriftsteller: L. Hogrefe in Berlin NW. 5, Stendalerstr. 1.
Druck: G. Reusche in Leipzig.

Digitized by Google

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Leipzig, 20. Januar 1898. Nr. 492.

Fürst Bismarcks Stellung zum Antisemitismus

ist in letzter Zeit wieder einmal viel in der Presse besprochen worden, und zwar wetteifernden konservative, liberale und jüdische Blätter förmlich darin angebliche Äußerungen des Altreichskanzlers gegen die antisemitische Bewegung und gegen unsere deutschsoziale Reformpartei auszuschlachten.

Wir haben diese thörichten Treibereien bisher keiner Erwiderung für wert gehalten. Da aber ein sogenanntes Weltblatt aus unserem Schweigen den Schluß ziehen möchte, daß uns jene „Enthüllungen" in große Verlegenheit versetzt hätten, so wollen wir uns nachträglich darüber aussprechen:

Ein süddeutscher Politiker, dessen Name nicht genannt wird, hat angebliche Äußerungen des Fürsten Bismarck aus den achtziger Jahren, die er sich bei Tischgesprächen in Kissingen notiert haben will, der Wiener „Neuen Freien Presse" zur Verfügung gestellt. Der vorsichtige anonyme Herr schickt aber voraus, daß „seine Notierungen wenn auch nicht den Wortlaut, so doch den Sinn mit einiger Genauigkeit wiedergeben". Was danach der Fürst über die Judenfrage gesagt haben soll, lassen wir hier folgen:

„Er halte die Beimischung des jüdischen Elementes zu dem germanischen für nützlich. Es stecke in den Juden etwas drin, was wir nicht hätten. Sie gäben der Bevölkerung, namentlich der großen Städte, ein Mouffeur, das sonst fehlen würde, Antriebe und Beweglichkeit, die sonst kaum in dem Maße vorhanden wären. Und dann sehe er auch, abgesehen von allen Erwägungen der Gerechtigkeit und Menschlichkeit, keinen Weg, auf dem die Ziele der Antisemiten zu verwirklichen wären. Wenn man sie nach der Ausführung ihrer Pläne in der Wirklichkeit fragt, so ging es ihnen ähnlich wie den Sozialdemokraten, sie wüßten nichts praktisch Ausführbares vorzuschlagen; ihre Rezepte seien im heutigen Staatsorganismus nicht anwendbar. Was könne man überhaupt machen? Maßregeln, wie die Bartholomäusnacht oder die sizilianische Vesper, würden die Antisemiten kaum selbst in Vorschlag zu bringen wagen. Ausweisen könnten wir die Juden auch nicht, ohne unsern Nationalwohlstand schwer zu schädigen. Andere Maßregeln, wie etwa die Ausschließung der Juden von richterlichen und anderen Staatsstellen, würde das Übel, das die Antisemiten beseitigen zu müssen glaubten, nur verschärfen; denn dann würde sich diejenige jüdische Intelligenz, welcher sich die staatliche Karriere verschließe, auch noch auf diejenigen Gebiete werfen, auf denen das Uebergewicht der Juden von den Antisemiten schon jetzt als unerträglich bezeichnet werden, nämlich auf die geschäftlichen. Der Fürst führte dann aus, daß seiner Ansicht nach die Judenbewegung in der Hauptsache weniger religiösen und auch nicht so sehr Rassen-instinkten entspränge, sondern doch mehr wirtschaftlichen Gründen. Er bezeichnet es als Thatsache, daß die Juden im Gelderwerb anderen Elementen der Bevölkerung vielfach überlegen seien. Die Überlegenheit beruhe auf Stammeseigenschaften, die, ob sie uns nun gefielen oder nicht, durch staatliche Mittel nicht zu beseitigen seien. Die Juden wären infolge natürlicher Veranlagung in Geldsachen meist klüger und geschickter als die Christen. Auch wären sie, wenigstens so lange sie noch nicht zu Vermögen gelangt seien, wenn auch vielleicht nicht arbeitsamer, so doch genügsamer und sparsamer als ihre christlichen Mitbewerber. Dazu kommt, daß der Jude, um einen geschäftlichen Vorteil zu erlangen, leichter einmal etwas riskiere und in der Anwendung seiner Mittel zum Zwecke mitunter auch wohl etwas weitherziger verfahre als sein christlicher Konkurrent. Das alles gäbe ihm geschäftlich einen Vorsprung, der sich gesetzlich nicht beseitigen lasse. Auch die Antisemiten hätten bisher nichts vorzuschlagen gewußt, was diesen Vorsprung und dessen Wirkung auf das wirtschaftliche Leben der Nation paralysiere. Was sie bisher vorgeschlagen hätten, wäre unwirksam, und es würde sich keine Regierung finden, die dies ausführen könnte. Es sei auch durchaus widerrätlich, dem jüdischen Triebe nach Erwerb und Vermögensbildung von staatlicher Seite Hindernisse in den Weg zu legen, denn dadurch würden die übrigen Bevölkerungs-Elemente ebenso betroffen, und der Nationalwohlstand würde zurückgehen. Man brauche sich die Juden deshalb nicht über den Kopf wachsen zu lassen oder sich finanziell von ihnen in einem Maße abhängig zu machen, wie dies in manchen Staaten der Fall sei. Bei seinen eigenen Beziehungen zur Haute finance als Minister sei immer diese, niemals er der verpflichtete Teil gewesen."

Uns bringen diese „Enthüllungen" durchaus nichts Neues, denn vor etwa vier Jahren wurden völlig inhaltsgleiche Aufzeichnungen durch die Presse gejagt. Damals hatte aber der Aufzeichner stellenweise auch den „Wortlaut" mit „einiger Genauigkeit" wiedergegeben, und so konnten wir mit Befriedigung die Wertschätzung der jüdischen Nation seitens des Fürsten aus dem echt bismarckischen Satze ableiten: **„Das richtige Wanzenmittel haben die Antisemiten auch noch nicht erfunden."**

Außer der Wiener „Neuen Freien Presse" hat auch das amtliche Organ der deutschkonservativen Partei Reißig zu dem Scheiterhaufen, auf dem wir verbrannt werden sollten, herbeizutragen sich bemüht. —

Unter der Spitzmarke Fürst Bismarck und die Antisemiten schreibt die „Kons. Korresp.": „Auf antisemitischer Seite sucht man unter Berufung auf den Namen des Fürsten Bismarck Parteigeschäfte zu machen. Diesem Unfug kann nicht nachdrücklich genug entgegengetreten werden. Wie man in Friedrichsruh von den antisemitischen Quertreibereien denkt, geht aus einem Artikel der ‚Hamburger Nachrichten' von 16. Dezember v. J. hervor. In diesem werden die Antisemiten ein ‚Element der Zersetzung, einer Zersetzung, die nur der radikalen Linken zu Gute kommen kann', genannt, und wird betont, daß man schon vor Jahren bei einer Nachwahl in Pommern Gelegenheit hatte, die hochgradige Unzuverlässigkeit der Antisemiten kennen zu lernen. Ferner heißt es in den bemerkenswerten Artikel:

‚Gelingt es, die Vertreter der verschiedenen Gruppen unseres nationalen Wirtschaftslebens gegenseitig an eine gerechte Würdigung ihrer Interessen zu gewöhnen, und sie, was die Beurteilung von rechtswegen zu ergreifender handelspolitischer Maßnahmen anlangt, auf einer mittleren Linie zu vereinigen, so darf davon auch ein fördernder Einfluß auf die politische Wiederaufrüstung aller wirklich nationalgesinnten Kreise erhofft werden. Erste Vorbedingung einer solchen Entwicklung ist natürlich, daß man demagogische Extravaganzen jeder Art zu verhindern trachtet. In dieser Erkenntnis haben die Konservativen im Königreich Sachsen schon vor Jahren jede Verbindung mit der antisemitischen Partei gelöst. In der antisemitischen ‚deutschsozialen Reformpartei' befinden sich viele, namentlich konservative Elemente, die nur in einem Zustande politischer Verwirrung in das Fahrwasser einer Bewegung geraten sind, welche sich in ihren thatsächlichen Wirkungen von der sozialdemokratischen nur zu oft kaum noch unterscheidet.'

Mit diesen Worten ist für alle, welche in dem Alt-Reichskanzler den getreuen Eckart erblicken, der im Sachsenwalde mit scharfem Blicke über die Geschichte des deutschen Vaterlandes wacht, das Urteil über die antisemitische Bewegung gesprochen."

Diese parteiamtliche Kundgebung der ‚Deutschkonservativen zeigt, zusammengehalten mit der von Herrn Professor Kropatschek auf dem Brandenburger Parteitage ausgegebenen Wahlparole

Digitized by Google

„Gegen Juden und Revolution", ein heiteres Bild von der Einheitlichkeit der Anschauungen innerhalb jener Partei, und um den Humor der Sache noch zu krönen, drucken die „Mitteilungen" der Judenschutztruppe den Artikel der „Konservativen Korresp." mit Behagen wörtlich ab und rufen Arm in Arm mit dem gräflichen Halbjuden Limburg, den „getreuen Eckard im Sachsenwalde" gegen den bösen Antisemitismus in die Schranken.

Wir glauben nämlich nicht fehlzugreifen, wenn wir den edeln Limburger sowohl für die obigen Äußerungen der „Konservativen Korresp." als für den darin angezogenen Artikel der „Hamburger Nachr." verantwortlich machen.

Für wie thöricht muß der Herr doch seine Parteigenossen halten, wenn er ihnen zumutet, zu glauben, der Fürst Bismarck, der bekanntlich im Dezember recht krank war, habe von seinem Schmerzenslager aus jenen Artikel in die „Hamburger Nachr." lanciert. — Es liegt hier vielmehr ein echt jüdischer Preßkniff vor. Man schmuggelt in ein Blatt, das gelegentlich von Fürsten Bismarck zur Verbreitung seiner Ansichten benutzt wird, ein Artikelchen eigener Fabrik ein und sucht dann „unter Berufung auf den Namen des Fürsten Bismarck Parteigeschäfte zu machen. Diesem Unfug kann nicht nachdrücklich genug entgegengetreten werden".

Wo sich unsere Parteigenossen auf das Urteil Bismarcks berufen, haben sie unanfechtbare Unterlagen dafür, nämlich seine Reden aus dem Jahre 1847 im vereinigten preußischen Landtage gegen die Juden-Emanzipation. Hätte sein weiter Blick über die kurzsichtigen Politiker jener Tage den Sieg davongetragen, so stünde es heute in vieler Beziehung besser in deutschen Landen. Namentlich hätten wir dann auch wohl nicht so viele Träger adliger Namen, die in ihrem Alliance-Wappen ein halbes goldenes Kalb zu führen berechtigt sind.

Übrigens haben wir auch volles Verständnis für die scheinbare Wandlung, die sich in den Anschauungen Bismarcks zwischen dem Jahre 1847 und den achtziger Jahren vollzogen hat. Sie läßt sich kurz kennzeichnen durch den Ausspruch eines dem Kanzler sehr nahestehenden Mannes, der im Jahre 1885 auf die Frage, ob der Fürst denn nicht bald an eine Zurückdämmung der jüdischen Anmaßung herangehen werde, die Antwort gab: „Wo denken Sie hin; wir haben schon Feinde genug von allen Seiten auf dem Halse; da können wir uns jetzt nicht auch noch die Juden verfeinden." Wir beklagen von unserem Standpunkte aus diese Auffassung, weil darin nicht die ungeheure Unterstützung richtig bewertet wird, die ein Staatsmann durch Aufruf der antisemitischen Kräfte im Volke, für eine deutsche Politik sich erwerben könnte — aber wir verstehen sie. — Die Politik ist die Kunst, das Mögliche mit den gegebenen Mitteln zu erreichen, und ein leitender Staatsmann muß selbst beurteilen, was er für möglich hält.

Daß der Fürst Bismarck aber seinen alten Idealen auch in den achtziger Jahren nicht völlig fremd geworden war, bewies folgender Ausspruch, den er während der Fürsterschen Petitions-Bewegung zu einem damals vielgenannten süddeutschen Politiker that: „Sagen Sie den Herren, die sich um die Petition bemühen, sie möchten nicht mutlos werden, wenn ihre Forderungen nicht gleich alle Erfüllung finden. Sie kämpfen für eine Sache, die wohl des Schweißes der Edeln wert ist und ganz ohne Erfolg, das kann ich versprechen, wird die Petition nicht sein." Der Fürst hat Wort gehalten. Eine der vier Forderungen wurde durch Wiedereinführung der Judenstatistik erfüllt.

Wir aber halten es noch heute des Schweißes der Edeln wert, weiter zu kämpfen, bis auch die anderen drei Forderungen jener von (267000) zweihundert sieben und sechzig tausend wahlmündigen Deutschen unterschriebenen Petition erfüllt sein werden, daß nämlich nur christliche Deutsche über uns richten, nur christlich-deutsche Lehrer unsere deutsche Jugend erziehen und daß unsere Grenzen gesperrt werden gegen den Zuzug ausländischer Juden.

Parteinachrichten.

Parlamentarisches. Bei der ersten Beratung der Novelle zur Zivilprozeßordnung wollte der Abg. Dr. Bielhaben auch das Wort ergreifen und hatte sich deshalb rechtzeitig gemeldet. Durch die Zwischenlegung eines sogen. Schwerinstages wurde die Beratung länger verzögert, als voraussehen war und deshalb war der Abg. Dr. Bielhaben, als ihm am 14. d. M. der Präsident das Wort erteilte, nicht anwesend. Daran haben unsere Gegner natürlich allerlei hämische Folgerungen geknüpft. Um diesen nun ein für allemal die Spitze abzubrechen, bittet uns Herr Dr. Bielhaben um Veröffentlichung folgender Zeilen: „Am Mittwoch, dem zweiten Tage der Verhandlung über die Prozeßordnung war ich, wie das auch der Gerechtigkeit entsprechen dürfte, nach den Rednern der größeren Parteien auf die Rednerliste gesetzt, und der Herr Präsident hatte die Freundlichkeit gehabt, mich durch einen Diener unterrichten zu lassen, daß ich nach dem Abg. Haase sprechen würde. Höchst verwundert war ich daher, als der Herr Vizepräsident Spahn den zweiten Redner des Zentrums, den Abg. Trimborn, mir vorzog. Als ich, recht peinlich berührt durch diesen Vorgang, den Fraktionsgenossen v. Liebermann fragte, was dies bedeute, meldete mir ein Diener, es läge ein Versehen des Herrn Vizepräsidenten Spahn vor. Bald darauf trat Herr Lenzmann an mich heran mit dem Ersuchen, ihn vor mir sprechen zu lassen, weil sich von seiner Partei der Abg. Bach noch zum Worte gemeldet habe und es sich sonderbar aussehen würde, wenn zwei Redner derselben Partei nacheinander sprechen würden. Nach der Zurücksetzung durch den Herrn Vizepräsidenten, — so wenigstens empfand ich in dem Moment das Übersehen — war ich um so geneigter, dem freundlichen Ansuchen zu entsprechen, als Herr Lenzmann erklärte, er werde nicht länger als zehn Minuten sprechen. Inzwischen sprach Herr Trimborn ziemlich geraume Zeit und nach ihm Herr Lenzmann, der es nicht immer in seiner Macht hat, gute Vorsätze auszuführen, fünfzig Minuten. Darüber war es sechs Uhr geworden, und konnte ich mich einem eingelaufenen Vertagungsantrage billigerweise nicht widersetzen. Auf dem Heimwege war ich mit darüber klar geworden, daß ich die Geduld des Reichstags nicht noch an einem dritten Tage für denselben Gegenstand in Anspruch nehmen dürfe, und daß ich auch voraussichtlich vor einem vollständig leeren Hause sprechen würde. Ich hatte daher die Absicht, mit einer mottivierten Erklärung auf das Wort zu verzichten. Durch eine plötzliche Abberufung nach Hamburg wegen einer dringenden Familienangelegenheit bin ich daran zu meinem Bedauern verhindert worden."

Aus Nordhausen schreibt man uns: Die Wahlagitation hat bei uns begonnen. Wir sind als die ersten auf dem Plane erschienen. Unser Herr Kandidat, der Abgeordnete von Liebermann, sprach am 11. Januar im großen Saale des Krystallpalastes, der von Männern aller Stände bis auf den letzten Platz besetzt war. Er erörterte Eingangs die Entstehung des gegenwärtig vorhandenen Zwiespalts zwischen der konservativen Partei und der unsrigen und ging dann zur Erörterung unseres Programms über. Der lebhafte und allseitige Beifall, den seine Ausführungen fanden, überzeugte um so mehr als notorisch eine große Anzahl konservativer und freisinniger Versammlungsbesucher sich im Saale befanden. Wir haben augenscheinlich einen glücklichen Griff damit gethan und sind unserm verehrten Abgeordneten jetzt dankbar dafür, daß er es übernommen hat, außer in seinem alten Wahlkreise auch bei uns zu kandidieren. —

Der nächste Tag galt einem Vortrage in Nachbarkreise Zörbig, der zum Reichstagswahlbezirk Gostar gehört. Von der Gemeinde Urbach, wo die Versammlung stattfand, waren alle wahlberechtigten Männer erschienen, so daß aus dem Kreise Sangerhausen 311 Personen der Rede des Herrn v. L. lauschten und ihr stürmischen Beifall zollten. Nach dem Vortrage blieb alles noch beisammen. Begrüßungen an den früher dort stationierten allverehrten Pfarrer S. und an den Reichstagskandidaten Dr. Lindström wurden ausgetauscht, beschlossen und abgetendet und mehr als einmal konnten wir von erfahrenen Männern die Versicherung hören, daß Urbach einstimmig und geschlossen für Dr. Lindström bei der Wahl eintreten würde —

Der Sonntag brachte zwei wichtige Versammlungen. Die eine

Digitized by Google

in Güngerode (Kr. Nordhausen), die andere in der Stadt. In Güngerode sprach Herr v. L. vor einer Versammlung, worin die einflußreichsten Landleute der ganzen Umgegend vertreten waren und wer die Stimmung dort beobachtet hat, kann mit froher Zuversicht der Wahl entgegensehen. Gleichzeitig tagte in Nordhausen eine Vertrauensmänner-Versammlung des Bundes der Landwirte zwecks Beschlußfassung über die Reichstagswahl. Sie war schwach besucht und die dem Bunde angehörigen Mitglieder unserer Partei hatten die Mehrheit. Man hätte also schon die Unterstützung unserer Kandidatur durch den Bund beschließen können, aber in dem Gefühl unserer starken Position willigten wir ein, daß noch eine gemeinsame Sitzung der Wahlkreis-Vorstände des Bundes, der Konservativen und unserer Partei stattfinden solle. Der in Aussicht genommene konservative Kandidat, Herr Professor Albrecht aus Halle hat abgelehnt und da wir nicht mit leeren Händen kommen, sondern da es unbestritten von unserer Unterstützung abhängt, ob der konservative Landtags-Abgeordnete auch das nächste Mal durchkommt oder nicht, so werden die Herren Konservativen nicht so unklug sein, uns vor den Kopf zu stoßen. —

Am 17. fand die letzte Versammlung auf der „Rüxleber Zoll" statt, zu der aus allen umliegenden Gemeinden trotz des dunklen Abends zu Fuß und zu Wagen sehr viele Landleute erschienen waren. Auch die Stadt Sondershausen und die nächstliegenden schwarzburgischen Dörfer hatten zahlreiche Besucher entsendet. Darunter den Landtags-Abgeordneten unseres Kreises, Herr Kortum. Der Erfolg war geradezu großartig und die Begeisterung, die der Redner hier zu erwecken wußte, wird sicher fortwirken bis zu den Wahlen und gute Früchte tragen. —

Die Versammlung hat uns aber auch belehrt, daß die Stimmung in der Unterherrschaft des Fürstentums Sondershausen für unsre Partei äußerst günstig ist. Von der Oberherrschaft wissen wir es ohnehin und wir werden nun nicht mehr zögern, mit den Freunden aus Stadt zusammen eine Wahlbewegung auch im Kreise Sondershausen ins Leben zu rufen. —

Wir Nordhäuser wollen uns nicht selber loben, aber wir wünschen, daß die Arbeitsfreudigkeit und Begeisterung für unsre Sache überall so wäre wie in unsrer Stadt. Dann dürften wir für die Zukunft unsrer Partei die allerschönsten Hoffnungen hegen.

Magdeburg. Nach der Neuen Reichstadt hatte der Landesverband der deutschsozialen Reformpartei zum 12. d. M. eine Versammlung einberufen, die von Herrn Schneidermeister Liebrecht geleitet wurde. Herr Redakteur Kreutz besprach die Not des Mittelstandes. Am Schluß der Versammlung traten eine ganze Anzahl Herren dem Landesverbande als Mitglieder bei.

Neuruppin. Eine Vertrauensmännerversammlung der deutschsozialen Reformpartei hat einstimmig Herrn Emil Schüler (Neuruppin) als Kandidaten für die nächsten Reichstagswahlen aufgestellt. Die konservative Partei will es mit dem Seminardirektor Vogt (Halberstadt) versuchen. Sie hat sich auch wegen eines Zusammengehens an unsere Partei gewendet, aber erst nachdem die Kandidatur Vogt schon feststand. Dieser vollendeten Thatsache gegenüber blieb uns nichts anderes übrig, als wieder selbständig vorzugehen, umsomehr als unsere Organisation seit der letzten Nachwahl bedeutende Fortschritte gemacht hat.

Köthen (Anhalt). „Wie wählen wir und was thut dem Mittelstande not?" Dieses Thema behandelte Herr Dr. Lindström (Goslar) am 16. d. M. hier vor einer Zuhörerschaft von beinahe zweihundert Personen. Seine Worte fanden lebhaften Widerhall bei den Anwesenden, so daß selbst ein „Genosse" Müller sich dem Eindrucke nicht entziehen konnte und Herrn Dr. Lindström . . . Schmeichelreien sagen zu müssen glaubte. Der Erfolg der Versammlung wird wahrscheinlich in der Gründung eines deutschsozialen Reformvereins bestehen.

Den Versuch, **ein Kartell auf nationaler Grundlage** in einzelnen Wahlkreisen herzustellen, hat die deutschsoziale Reformpartei zum zweiten Male gemacht. Im Wahlkreise Apenrode-Flensburg hatten nationale Quertreibereien eine große Prellaktion gegen den von uns aufgestellten Kandidaten, Herrn Fr. Raab (Hamburg), veranlaßt. Alle Schwärmer für das „Deutschkartell" beteiligten sich an den Preßerörterungen und erklärten die Kandidatur Raab für so verfehlt als möglich, trotzdem man auf der anderen Seite weder Kandidaten nannte, noch in Verhandlungen eintrat. Endlich schritt man auf unserer Seite zur That und schlug Herrn Pastor Jacobsen (Scherrebeck) vor, einen Mann, der in Nordschleswig als thatkräftiger Bekämpfer der dänischen Bestrebungen bekannt ist, der aber unserer Partei bisher nicht angehört hatte. Nach langem Besinnen haben die Herren Nationalliberalen nunmehr diesen Vermittlungsvorschlag rundweg abgelehnt. Selbstverständlich halten wir infolgedessen an der Kandidatur Raab fest und werden nicht verfehlen, das Verhalten der Nationalliberalen in Duisburg-Mülheim und Apenrade-Flensburg dann als warnende Beispiele hinzustellen, wenn man uns irgendwo wieder für ein „Deutschkartell" einfangen will.

Chemnitz. Der deutschsoziale Wahlverein hielt am 14. d. M. seine Jahresversammlung ab. Nach den Berichten über den Parteitag in Nordhausen, über die Thätigkeit des Vereins im verflossenen Jahre und nach einer Übersicht über die Kassenverhältnisse wurde Herr Curt Michael zum ersten Vorsitzenden wieder- und Herr Teodor Schubert zum zweiten Vorsitzenden neugewählt.

Hannover, 18. Jan. 1898. Heute tagte hier unter dem Vorsitze von Dr. Lindström der Vorstand des Provinzialverbandes der deutschsozialen Reformpartei für die Provinz Hannover. Gegenstand der Beratung waren die bevorstehenden Wahlen zum Reichstage. Abends sprachen in stark besuchter Versammlung und unter großem Beifall die Herren Dr. Lindström und Abg. v. Liebermann. An die Versammlung schloß sich ein Festkommers zur Erinnerung an die Gründung des Reiches.

Breslau. Herr B. H. Welcker (Dresden) sprach vor einer gut besuchten Versammlung im „Tivoli" über das Thema „Die Not der Zeit und der Weg zur Besserung". Die beifällige Aufnahme, die die Ausführungen des Redners fanden, veranlaßten den Vorsitzenden, Herrn L. Th. Wolff, Herrn Welcker den besonderen Dank der Erschienenen auszusprechen.

Oels. An drei Orten ist bereits der für unseren Wahlkreis aufgestellte Kandidat der deutschsozialen Reformpartei, Herr Jenzen (Kottbus), öffentlich aufgetreten und zwar mit Erfolg. Zuerst fand hier eine Versammlung statt, in der Herr B. H. Welcker (Dresden) die Hauptansprache hielt, während Herr Jenzen erst in zweiter Linie kam. Die Anwesenden waren einstimmig mit seiner Kandidatur einverstanden. Die zweite Versammlung war in Bernstadt, wo Herr L. Th. Wolff (Breslau) Herrn Jenzen mit einer längeren Rede einführte, und die dritte in Hundsfeld, die trotz mancherlei Umstände doch sehr gut besucht war. Herr G. Gockisch (Breslau) machte hier die Zuhörer mit unserem Programm bekannt. Gegen die Kandidatur Jenzen war hier nur eine Stimme.

Aus Kurhessen. In Nothfelden und Altenhasungen (Kr. Wolfshagen) hielt am 8. d. M. Herr Tischlermeister Scheld (Cassel) sehr gut besuchte Versammlungen ab. —

Mit der Aufstellung des Bauern Wiegand (Friedrichsdorf) im Kreise Marburg-Frankenberg hat dort auch die öffentliche Agitation begonnen. Herr Wiegand sprach nacheinander in Frankenberg, Cölbe, Niederweimar, Fronhausen und Niederwalgern. Überall fand er trotz der Schimpfereien und Verdächtigungen der „Hess. Landesztg." in Marburg sehr gute Aufnahme, die in Fronhausen und Niederwalgern sich in stürmische Hochrufe auf den Kandidaten und unsere Sache äußerten. In Fronhausen, einer alten Hochburg des Antisemitismus, war auch Abg. Hirschel erschienen.

Versammlungskalender. Herr L. Schumann (Berlin) spricht am 21. in Wegeleben, am 22. in Wasserleben, am 23. in Osterwieck (Harz), am 24. in Hornburg und am 25. in Abbenrode bei Bienenburg; Herr Scheld (Cassel) spricht am 21. in Kirchhanna (Kr. Cassel) und am 22. in Ehringen (Kr. Wolfshagen).

Digitized by Google

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Den Versuch einer Bestechung hat der Konditor Max Lenny zu Berlin gelegentlich einer Übertretung des Gesetzes über die Sonntagsruhe gemacht. Dafür soll er nun zehn Mark Geldstrafe zahlen, während für das zweite Vergehen der Gerichtshof eine Buße von einer Mark für ausreichend hält.

Erlogen hat der Schächter Isaak Roß aus Großkarben in Sachsenhausen bei Frankfurt (Main) den Tapezierer Otto Schmidt. Er stand deshalb jüngst vor dem Schwurgericht. Da der Hauptzeuge tot ist, gelang es, die Geschworenen davon zu überzeugen, daß Roß in der Notwehr gehandelt habe, und so kam er mit einem Tage Gefängnis davon.

Eine Fastschmarotzerbande, deren Mitglieder sämtlich Juden aus Melitopol waren, stand in Simferopol (Krim) vor Gericht. Einige Angeklagte wurden freigesprochen, die übrigen zur Verschickung nach Sibirien verurteilt und zwar teilweise behufs Ansiedelung, teilweise zur Zwangsarbeit.

Briefkasten der Schriftleitung.

Fr. H., Muskau. Schloß Rosenau bei Zwettl.

Rostock. Ergebensten Dank!

Stegltz. Das beweist eben, daß man die „Deutsch-Sozialen Blätter" nicht gern zitiert. Die Nachrichten aus Polewall und Jauer, für die das betreffende Blatt eine andere Zeitung als Quelle angab, sind unserer Nr. 491 entnommen. — Die Wahlbeeinflussungen bei der Stadtverordnetenwahl in Berlin sind von uns schon in Nr. 487 vom 16. Dezember v. J. mit Namensnennung gerügt.

H. K. Nein, dort haust der Schmutzverband gegen agrarische Übergriffe.

A. H., Stuttgart. Ich schreibe in diesen Tagen ausführlich. Heil!

H. B., Bln. In diesem Falle thun Sie den Anti-Anti-Mitteilungen doch wohl Unrecht. Sie meinen, der „nichtdeutsche Jude", den man dort den Namen des verstorbenen Ministerpräsidenten „Badenke" schreibe, leite den Namen wohl aus einer Zusammensetzung der Wörter „bade" und „nie" ab und halte seinen Träger jedenfalls für einen unreinlichen Menschen. So boshaft sind wir nicht. Sonst ist ja richtig Badeni geschrieben. — Es wird Ihnen vielleicht Freude machen, zu hören, daß das Anti-Anti-Blatt den Herrschern von Österreich vor einiger Zeit „Kaiser Josef" nannte. Sie würden natürlich gleich sagen, das Prinz ist fortgelassen, weil „Kaiser Josef" jüdischen Ohren angenehmer klingt. Heil!

Auskünfte.

Die Verlagsbuchhandlung von Bonnes & Hachfeld in Potsdam ist vollständig in deutschen Händen, was wir zur Berichtigung unserer Auskunft in voriger Nummer hier gern mitteilen.

Bitte.

Durch zahlreiche Neubestellungen sind unsere Vorräte der ersten Nummer dieses Jahrganges (Nr. 490) erschöpft. Wer sich unser Blatt nicht aufhebt und einbinden läßt, sende uns doch die Nr. 490 freundlichst zurück. Im Voraus besten Dank.

Leipzig, Königsstr. 27.

Deutschen Gruß!

Verlag der „Deutsch-Sozialen Blätter".

Das neue Recht

des

Handlungsgehilfen

vom 1. Januar 1898 an

von

Böhm, Rechtsanwalt in **Ratibor.**

50 Pfg.

Herm. Beyer, Leipzig, Königsstr. 27.

Ich wünsche zu verkaufen:
Vogt, Jll. Weltgeschichte, 6 Bände 15 ℳ
Schenk, Mythologie aller Völker, 7 Bände 12 ℳ
Mehrere Tausend Schriften antisemitischen, volkswirtschaftl., politischen und naturwissenschaftl. Inhalts sehr billig.
G. Himmelsberb, Berlin SW. 61, Gitschinerstr. 93 II.

Die **Meierei Stubenbora** bei **Salzfeld** i. Holstein empfiehlt
hochfeine holsteinische
Tafelbutter
in Postkistlis täglich frisch.
Die Verwaltung: Reese.

Hauptagenten von deutsch. Leb.-Vers.-Gesellsch. allerorts ges. hohe Provis. u. Reisesp. gel. (Ev. Fitum. Dss. u. **F. 100** an die Geschäftsst. d. Bl.

Kaufen Sie
keln Planino,
wenn Sie sich noch nicht dem Katalog von **August Roth. Hagen i. W.,** Königl. Hof-Pianofabrikant, gratis haben kommen lassen.

Einbanddecken

zu den

Deutsch-Soz. Blättern

1897.

(Leinwand mit reicher Gold- und Schwarzpressung.)

Preis 1,25 Mark.

Sammel-Kästen

zu den Deutsch-Sozialen Blättern

hochfein ausgestattet!

Preis 1 Mark.

Deutsch-Soziale Blätter 1897.

Vollständiger Jahrgang, fein gebunden. **Preis 7.50 Mark.**

Lese-Mappen

für die Deutsch-Sozialen Blätter à 70 Pfg.

Der Glaube unserer Väter als Grundlage einer kräftigen vaterländischen Volkserziehung von **Dr. Herm. Hoffmeister.** Statt 5 M. für 3 M., so lange der geringe Vorrat reicht.

Herm. Beyer, Leipzig, Königsstr. 27.

Um zu erfahren, was in der Welt wirklich vorgeht, muß man eine antisemitische Zeitung halten, die antisemitischen Blätter sind die einzigen, die über die geheimen Triebfedern der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Bewegungen rückhaltlosen Aufschluß geben. Alle anderen Blätter täuschen ihr Publikum in gewissen Punkten. — Man bestelle bei der nächsten Buchhandlung, Postanstalt oder bei den Zeitungsträgern

Deutsch-Soziale Blätter.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königsstr 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe in Berlin NW. 5, Stendalerstr. 1.
Druck: G. Reusche in Leipzig.

Digitized by Google

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Leipzig, 27. Januar 1898. Nr. 493.

Innerpolitisches.

Der Parteitag der Konservativen wird in Dresden am 2. Februar vor sich gehen. Es ist bezeichnend für die Lage, daß die Anträge auf Eintrittskarten lediglich an den Hofrat Meyner in Dresden zu richten sind und daß dieser willkürlich in der Lage ist, den Eintritt zu gewähren oder zu verweigern. Jede andere Partei läßt die Besucher ihrer Parteitage durch die Lokalorganisationen der Wahlkreise legitimieren und läßt stimmführende Abgesandte durch die genannten Organisationen wählen oder ernennen. Das kann die konservative Partei nicht, denn sie entbehrt jeder Organisation. Die dem Namen nach vorhandenen Provinzialvorstände verjagen, wenn ihre Entscheidung oder Mitwirkung zwecks allgemeiner Verständigung über Wahlen und dergl. angerufen werden, regelmäßig und gestehen zu, gar keinen Einfluß auf die einzelnen Wahlkreise zu haben. Es ist auch ein sogenannter Gesamt-Vorstand des Wahlvereins der Deutsch-Konservativen vorhanden, der noch einflußloser als die Provinzialvorstände ist. Ein hochbetagter, würdiger Herr erhält als Parteisekretär (d. h. er hat wohl einen hochklingenden Titel) ein hohes Gehalt und verwendet die Muße, die ihm sein Amt gestattet, zur Anfertigung einer Familiengeschichte seines Geschlechtes. In der „Konservativen Korrespondenz", dem eigentlichen Regierungsorgan der Partei, ist ein verantwortlicher Redakteur mit der Besprechung angestellt, die verschiedenartigsten Meinungs-Äußerungen der einzelnen Führer zu verantworten. — Graf Limburg und Graf Mirbach, Herr v. Manteuffel und besonders Herr Meyner, außerdem noch eine Reihe von Göttern minderen Ranges lassen sich dort vernehmen „bald so, bald so, wie sich's trifft". Die konservative Provinzialpresse ist genügsam und druckt ab, was sie bekommt, und so schlingert die öffentliche Meinung, soweit sie von der konservativen Parteipresse beeinflußt wird, fortwährend hin und her.

Man sollte nun meinen, daß eine so beschaffene Partei die Organisations-Frage als das Wichtigste ansehen müßte, was auf dem Parteitage verhandelt werden sollte. Aber weit gefehlt. Die durch die Gnade Herrn Meyners zugelassenen Besucher (wir schätzen ihre Zahl auf 5—600, und ihre Zusammensetzung auf 100 aus dem Reiche, 200 aus dem Königreich Sachsen und der Rest aus Dresden) werden das Vergnügen haben, Herrn von Manteuffel über die „Allgemeine Stellung der Partei", Herrn Dr. Klasing über Sozialpolitik, Herrn Grafen Kanitz über Wirtschaftspolitik und Herrn Grafen Limburg über die Reichstagswahlen sprechen zu hören. Nimmt man hinzu, daß in der „Schlesischen Zeitung" auch noch ein Scherbengericht über den „Bund der Landwirte" angekündigt worden ist, so ergiebt sich, wenn man für dieses und für jeden Redner 1 Stunde rechnet, eine Verhandlungszeit von 5 Stunden. Um 11 beginnt der Parteitag, um 4 Uhr dürften die Herren Hunger verspüren und um 6 Uhr nach Sättigung kaum noch geneigt sein, Anträge und Äußerungen aus der Partei selbst anzuhören und zu besprechen. Das Ganze läuft also auf eine Demonstrationsveranstaltung hinaus, bei der die Zuhörer den Eindruck gewinnen dürften, daß Dr. Klasing ein kenntnisreicher und wirkungsvoller Redner, Herr von Manteuffel ein jovialer Herr und Graf Kanitz ein grundgescheuter Gelehrter ist, während der halbjüdische Graf Limburg sich seinem Organe nach mehr zum Mitglieds eines Sängerchors in St. Peter oder im Serail als zum Parlaments- oder Volksredner eignet. — Wenn die gegenwärtige sogenannte Leitung der konservativen Partei müßte, was im wirklichen Interesse derselben liegt, so würde sie einen Parteitag veranstaltet haben, auf dem Zeit und Gelegenheit gegeben war, ein Bild von der Stimmung und den Wünschen der Wähler in dem bisherigen Besitzstande der Partei zu gewinnen, und wo praktische Männer sich darüber beraten konnten, wie durch eine zweck- und zeitgemäße Organisation „die konservative Weltanschauung" wirksamer als bisher im Volke, in der Presse und in den Parlamenten vertreten werden könnte. — Dann würde man auch dazu kommen müssen, die deutsch-antisemitische Bewegung im Allgemeinen und die deutsch-soziale Reformpartei im Besonderen unter einem anderen Gesichtswinkel anzusehen als gegenwärtig.

Wenn es dem Herrn von Manteuffel ein Bedürfnis sein sollte, sich über „die allgemeine Stellung der konservativen Partei", bevor er darüber redet, selbst ein objektives Urteil zu verschaffen, so würden wir ihm raten, sich aus der „Konservativen Korrespondenz", der „Kreuzzeitung", der „Schlesischen Zeitung", der „Leipziger Zeitung", den „Dresdner Nachrichten" und dem sächsischen „Vaterland" aus den letzten zwei Jahren alle Artikel und Notizen ausschneiden zu lassen, die sich mit unserer Partei beschäftigen. Wenn er dann noch der objektiven Ueberzeugung ist, daß wir keine Ursache zur Erbitterung über die konservative Partei haben, so mag er noch an die Thätigkeit der Herren v. Langen, Renß, Meyner, Dr. Löck, v. Hollenfer u. a. denken. Dann wird er vielleicht in die Stimmung kommen, so in Dresden zu sprechen, daß daraus nicht neue Verbitterung entsteht.

Dem Grafen Limburg empfehlen wir ein sorgfältiges Studium unserer Artikel über die „Westpriegnitzer Wahl", worin wir den zahlenmäßigen Nachweis geführt haben, daß die deswegen gegen uns veranstaltete Hetze ungerechtfertigt war. Außerdem unterbreiten wir ihm auch noch folgenden Auszug aus der amtlichen Wahlstatistik über die letzte Reichstagswahl im Königreich Sachsen. Im Jahre 1893 wurden dort abgegeben für:

die Sozialdemokraten	270 654	Stimmen
die Deutschkonservativen	126 727	„
die Deutschsozialen Reformer	93 364	„
die Nationalliberalen	49 554	„
die freisinnige Volkspartei	30 293	„
die Reichspartei	21 045	„
das Zentrum	518	„

Bei dieser Zusammenstellung steht unsere Partei an dritter Stelle. Berücksichtigt man aber, daß in den Wahlkreisen der Herren Abgeordneten Merbach, Sachse, Hauffe-Dahlen, v. Frege, v. Herder, v. Polenz (in der Nachwahl an die Sozialdemokraten verloren) unsere Parteigenossen schon im ersten Wahlgange mit den Konservativen gingen, also hier eine sehr beträchtliche Stimmenzahl uns zu- und den Deutschkonservativen (bez. der Reichspartei) abgerechnet werden müssen, so rückt, was das Stärkeverhältnis betrifft, die deutschsoziale Reformpartei in die zweite Stelle.

Ist es nun nicht geradezu frevelhaft, wenn man eine so starke Partei planmäßig, wie es in der Presse des Grafen Limburg und des Herrn Meyner verkündet wird, von dem sogenannten Ordnungskartell abdrängen will? Was bei den sächsischen Reichstagswahlen herauskommen muß, wenn unsere dortigen Parteigenossen die volle Konsequenz aus der Taktik des Herrn Meyner ziehen wollten, brauchen wir hier nicht zu entwickeln.

Schließlich möchten wir noch den Grafen Limburg bitten, sich zu erinnern, daß nachgewiesenermaßen 18 Abgeordnete der Rechten durch antisemitische Hilfe in den Reichstag gelangt sind und daß sich der uns vorgeworfene Einbruch in den konservativen Besitzstand im Hinblick auf den gegenwärtigen Stand der Wahlvorbereitungen so stellt, daß die Konservativen in 6 Wahlkreisen unser es Besitzstandes, wir dagegen erst in einem konservativen Wahlkreise Kandidaten aufgestellt haben. Wer bricht also ein?

Digitized by Google

Parteinachrichten.

Parlamentarisches. Am 14. d. M. nahm der Abg. Werner bei Beratung der Anträge über Wiedereinführung der Berufung gegen die Urteile der Strafkammern das Wort, um der Regierung die Beseitigung des Zeugniszwanges und des fliegenden Gerichtsstandes der Presse dringend ans Herz zu legen. Am 19. d. M. sprach der Abg. Istrauf über die lox Heinze in längerer Rede (vergl. Hauptblatt), während Abg. Zimmermann wiederholt unrichtige Behauptungen zurückweisen mußte, die Bebel über das Dresdner Bundesfest deutscher Kegler gemacht hatte. Bebel wußte sich in seiner Erwiderung für eine beleidigende Äußerung über den Abg. Istrauf einen Ordnungsruf gefallen lassen. Am 22. d. M. trat Abg. Werner beim Etat des Reichsamts des Innern für Beseitigung der Zuchthausarbeit zu Gunsten der Handwerker und für bessere Maßregeln gegen die Maul- und Klauenseuche ein.

Berlin. Der Wahlverein Berlin der deutschsozialen Reformpartei veranstaltet seinen diesjährigen großen antisemitischen Mostenboll Sonnabend, den 12. Februar, abends 8½ Uhr, in den Concordia-Prachtsälen, Andreasstraße 64. Geboten soll werden ein großer humoristisch-satirischer Festzug „Ein Wohlthätigkeitsfest in der Börse oder wozu das Geseire", Darstellung lebender Bilder aus der Geschichte der Neuzeit und eine Verlosung reizender Gewinne. Die Festrede hat der Abg. Liebermann von Sonnenberg übernommen. —

Gegen Ramschhazare und alles was damit zusammenhängt hielt der Wahlverein Berlin der deutschsozialen Reformpartei am 21. d. M. drei große Volksversammlungen im Norden, Westen und Süden ab. Am Moritzplatz bei Buggenhagen sprach Abg. Liebermann von Sonnenberg unter dem Vorsitze des Herrn L. Schmitz. Diese Versammlung war die am stärksten besuchte und verlief ziemlich anregend, da in der freien Aussprache mehrere Handwerksmeister sich zustimmend äußerten. Ein Redner, namens Bormann, brachte die Schmutzkonkurrenz durch den Herrn Erdmannsdörfer gegen die deutschsoziale Reformpartei zur Sprache, insbesondere die Beschuldigung, daß antisemitische Abgeordnete jüdischen Berichterstattern Nachrichten verkauften. Abg. von Liebermann antwortete darauf, daß er das Buch überhaupt mit dem verdienten Stillschweigen hätte übergehen wollen. Nachdem aber ein Freund oder Abgesandter des Herrn Erdmannsdörfer sich über die Sache ausgelassen hatte, mit der ausgesprochenen Absicht unsere Bewegung dadurch in Mißkredit zu bringen, sehe er sich zu folgender Erklärung genötigt: Wenn Herr Erdmannsdörfer nunmehr nicht Namen nenne, so daß die Betreffenen die Sache gerichtlich zum Austrag bringen können, so würde er in den berechtigten Verdacht kommen, Verleumdungen in die Welt gesetzt zu haben. Auf eine weitere Anzapfung wegen der jüdischen Anzeigen der „Staatsb.-Ztg." erwiderte Abg. von Liebermann, die „Staatsb.-Ztg." sei ein von der Partei und der Parteileitung ganz unabhängiges Blatt, das in dankenswerter Weise die Bestrebungen der Partei unterstütze. Auch ihn und allen Antisemiten berühre es empfindlich, daß eine Zeitung die geschäftliche Verbindung mit Juden nicht ganz ablehne, aber darauf sei die Partei völlig einflußlos. Das beste Mittel, um hier Änderung zu schaffen, wurde sein, wenn die Gesinnungsgenossen der „Staatsb.-Ztg." so viel Anzeigen zuwendeten, daß sie auf jüdische Anzeigen verzichten könnte. Die Versammlung schloß äußerst harmonisch mit einem Heil auf die Mutter Germania. —

Die zweite Versammlung unter Leitung des Herrn Johnarzt Strumpf war in den Viktoria-Sälen (Leipzigerstr.). Hier brachte Herr Bödler reiches Material über das verderbliche Wirken der großen Warenhäuser usw. bei. Die Anwesenden folgten aufmerksam den Ausführungen des Redners. —

Im Norden hielt Abg. Istrauf einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag, in dem er unter rauschender Zustimmung die Ramschhazare und Warenhäuser mit Zwingburgen verglich. Zum Schluß wurde fast einstimmig nachstehende Entschließung angenommen: „Die heute bei Leydecker (Spyhenstr.) versammelten zahlreichen deutschen Frauen und Männer sind nach einem Vortrage des Reichstagsabgeordneten, Pastor Istrauf, der Ansicht, daß die herrschenden Zustände auf dem Gebiete des Erwerbslebens dringend der Reform bedürfen. Die Versammlung verlangt deshalb: 1) eine Beschränkung der Bazarwirtschaft und großen Warenhäuser durch Einführung einer progressiven Umsatzsteuer; 2) eine bessere Hilfe für die kleinen und mittleren Existenzen im Handwerker- und Kaufmannsstande durch Umgestaltung der Reichsbank, die nicht nur für die großkapitalistischen Einrichtungen eine Hilfsquelle sein soll; 3) eine Organisation durch Zusammenschluß der einzelnen Berufsstände." Sämtliche Kundgebungen schlossen mit der Absingung unseres alten Kampfliedes „Deutschland über alles". —

Auf dem Kommerse, den der Verein deutscher Studenten am 20. d. M. im Krolschen Theater zur Feier seines siebzehnten Stiftungsfestes veranstaltete, dankte der Abg. Liebermann von Sonnenberg im Namen der erschienenen Deutschen Jugendbünde für die freundliche Einladung.

Ein „Kartell der staatserhaltenden Parteien" ist in Sachsen durch Zusammenschluß der Konservativen und Nationalliberalen begründet worden. Daß die deutschsoziale Reformpartei, die bei den letzten Wahlen an zweiter Stelle stand, nicht zu den staatserhaltenden Parteien zählt, weiß man aus dem Munde der „staatserhaltenden" Männer, die hinter der „Kons. Korr.", der „Kreuz-Ztg." und dem dresdener „Vaterland" stehen, schon lange. Das Kartell soll sich gegen die „Feinde der staatlichen Ordnung" — also doch wohl gegen die Sozialdemokratie richten — so wird in die Welt hinausposaunt, thatsächlich ist es lediglich gegen die deutsch-soziale Reformpartei ins Leben gerufen. Nur ein Beweis: In Chemnitz sind durch das gesondete Auftreten der Kartellleute sämtliche „Genossen" in die Stadtverordnetenversammlung eingezogen, so daß bei einer Gesamtzahl von 48 Stadtverordneten die zwanzig Antisemiten leicht an die Wand gedrückt werden können. Am 20. d. M. fanden nun die Wahlen zu den einzelnen Abteilungen statt und da ergab es sich, daß die den Antisemiten gegenüberstehenden sozialdemokratischen Kandidaten über die sieben Stimmen mehr erhielten als überhaupt „Gesinnte" anwesend waren. Dieses Mehr stammt also von den Kartellmännern, die da behaupten, sie seien der einzige Damm gegen den Umsturz, und die die Lüge in die Welt setzen, die Antisemiten hätten sich bei den letzten Landtagswahlen in Sachsen mit den Sozialdemokraten verbündet. Wird angesichts solcher Vorgänge die „Kreuz-Ztg." noch immer ihren Lesern das Märchen aufbinden, die deutschsoziale Reformpartei sei die Vorkneckt der Sozialdemokratie? **„Das niedrige Niveau der antisemitischen Finanzpolitik"** überschreibt die „Konserv. Korr." einen Schimpfartikel, in dem die Behauptung aufgestellt wird, Abg. Werner habe in der Budgetkommission gesagt: „Das Reichskanzlergehalt müsse doch wohl genügen, da selbst Fürst Bismarck, der bekanntlich gern Geld genommen habe, seine Erhöhung beanspruchi habe!" Wie uns Abg. Werner mitteilt, ist diese Angabe erfunden.

Wie Kandidaturen entstehen. In Nr. 491 vom 13. d. M. konnten wir aus Jauer berichten, daß der deutschsoziale Reformverein Herrn Rechtsanwalt Dr. Müller (Bremen) als Kandidaten für den Wahlkreis Landesbut-Jauer-Bolkenhain in Aussicht genommen habe. Die „Deutsche Ztg.", die wahrscheinlich unsere Auslassung nicht genau gelesen hatte, brachte einige Tage später die Notiz, daß Dr. Müller von der deutschsozialen Reformpartei aufgestellt sei und wieder einige Tage später kam die „Staatsb.-Ztg." unter Angabe der „Deutschen Ztg." als Quelle mit dieser Nachricht. Die „Hann. Post" erklärt dagegen jetzt, daß von einer festgestellten Kandidatur des Herrn Dr. Müller in Bremen nichts bekannt sei. Wir können diese Angabe nur bestätigen, über die ersten Schritte ist vorläufig die Sache noch nicht hinausgekommen.

Schwerge. Die freisinnige „Fulda-Werra-Ztg." bereitet auf den Wahlkampf vor, indem sie die Lebensbeschreibung des freisinnigen Kandidaten, Rechtsanwalt Dr. Heiß (Frankfurt, Main), bringt und gehoerrt darin druckt: „Sohn eines evangelischen Geistlichen". Böse Gerüchte müssen der Zeitung, die uns immer in der wildesten Weise bekämpfte, zu Ohren gekommen sein, daß sie diesen Umstand besonders betonen zu müssen glaubt. Außerdem teilt das freisinnige Blättlein mit, Dr. Heiß würde sich „in nicht zu ferner Zeit seinen(!) Wählern vorstellen und mit seiner Hand das ganze Lügengewebe der Dunkelmänner zerreißen und ihnen die Zensur erteilen, die sie verdienen". Bisher war es

Digitized by Google

immer so, daß die Wähler dem Abgeordneten die Jenjur ertelten, aber Herr Dr. Helff scheint mit den Freunden der „Fulda-Werra-Ztg." anderer Ansicht zu sein. Wenn es ihm nur nicht so geht wie seinem Vorgänger, dem Prof. Stengel, dem die Wähler eine sehr schlechte Nummer gaben, so daß er sie nachher auforderte, zu geschlossen Sozialdemokraten zu wählen, damit der „Plaffer" Zukunft nicht in den Reichstag komme, und nun ist Herrn Stengels Nachfolger der Sohn eines „Plaffen"! Wenn die „Fulda-Werra-Ztg." demnächst wieder das Bedürfnis haben sollte, etwas „geistliches" an ihrem Kandidaten herauszufuchen, so bitten wir, nicht zu vergessen, daß Herr Dr. Helff der Kompagnon des jüdischen Rechtsanwalts Meier in Frankfurt ist. Das wird zweifellos die Wähler auch sehr interessieren!

Duisburg. Am 18. d. M. hielt der deutschsozialen Reformverein seine Generalversammlung ab, die den alten Vorstand einstimmig wiederwählte. Die Anwesenden waren hoch erfreut, als ihnen die Mitteilung gemacht wurde, daß eine Vertrauensmänner-Versammlung des Wahlkreises am 16. in Oberhausen einhellig Herrn Dr. König (Witten) als Kandidaten für den Kreis Mülheim (Ruhr)-Duisburg aufstellte, und daß Herr Dr. König seine Zustimmung bereits erteilt habe. Die nächste größere Wählerversammlung wird in Meiderich stattfinden.

Hamburg. Herr F. Raab sollte vor einiger Zeit in St. Pauli ekllig verhaften sein, weil er sich angeblich in einem öffentlichen Lokale unanständig benommen hatte. Trotzdem von Herrn Raab die Unwahrheit der ganzen Geschichte sofort festgestellt wurde, verbreiteten die Judenblätter die Lüge ruhig weiter. Infolgedessen blieb nichts anderes übrig, als den betreffenden Zeitungen gerichtlich einen kleinen Denkzettel zu geben. Nachdem vor einiger Zeit schon ein auswärtiges Blatt hatte Abbitte leisten müssen, kam jetzt die „Neue Hamburger Ztg." an die Reihe. Die Verhandlung vor dem Schöffengerichte endete mit einem Vergleich. Der Redakteur Stangenberger mußte sich verpflichten, in mehreren Zeitungen zu erklären, daß die damaligen Mitteilungen vollständig auf Irrtümern beruhten und daß er die ehrenkränkenden Schlußfolgerungen bedaure. Außerdem erklärt Stangenberger sich bereit, bis zum 1. Februar an die Unterstützungskasse des „Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes" als Sühne die Summe von 250 Mark zu bezahlen. —

Der Uhlenhorster Bürgerverein hat für die kommenden Bürgerschaftswahlen die Herren Rechtsanwalt Edm. Jacobsen und Tischlermeister Wink als Kandidaten aufgestellt.

Flensburg. In der Generalversammlung des deutschsozialen Reformvereins leitete der Vorsitzende, Herr Unruh (Efstrupfof), mit, daß die Partei an der Kondidatur des Herrn F. Raab (Hamburg) für den Wahlkreis Apenrade-Flensburg festhalten werde, da die Nationalliberalen wohl ein Entgegenkommen unjererseits beansprnchen, aber selbst stark auf ihrem Standpunkt beharrten.

*

Versammlungskalender. Herr Dr. Lindström (Go slar) spricht am 4. l. M. in Mühlhausen (Thüringen).

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Einen ausländischen Juden sucht die Reichspostverwaltung, wie aus folgender Bekanntmachung hervorgeht:

Am 8. d. M. ist auf Veranlassung der Firma H. Wolff in Berlin von der Deutschen Bank daselbst an Herrn H. Wolff in Königsberg (Preußen), Hotel zur Elchdan, ein Geldbrief über 31617 Mk. 80 Pf. abgesandt worden. Die Aushändigung des Aviserungsscheines zu diesem Briefe hat seitens des Geldbriefträgers an eine Person stattgefunden, die bereits seit Mitte Dezember vorigen Jahres im Hotel zur Elchdan gewohnt und während dieser Zeit verschiedene Nachnahmebriefe unter der Firmirift H. Wolff, sowie auch einen Geldbrief über 5000 Mk. aus Berlin 44 erhalten hatte. Dem Briefträger gegenüber hat sich Wolff durch Vorlegung eines Gewerbescheines ausgewiesen. Von dem bei der Aushändigung des Aviserungsscheines über 31617 Mk. 80 Pf. hinzugezogenen Hotelwirte ist der Schein als „Bürge" mit unterschrieben worden. Die sich nunmehr herausgestellt hat, ist der Geldbrief auf Grund des vollgegenen Aviserungsscheines einem Betrüger ausgehändigt worden, der nach Empfang des Geldbriefes angeblich nach Braunsberg (Ostpr.) abgereist ist. Auch in Pillau und Insterburg soll der Schwindler, der deutsch und russisch sprach, gesessen sein. Die kaiserlichen Verkehrsanstalten werden auf den Schwindler, dessen Personalbeschreibung unten folgt, hierdurch aufmerksam gemacht und vor ihm gewarnt mit der Anweisung, auf ihn zu fahnden, die Polizeibehörde zu benachrichtigen und den Schwindler im Betretungsfalle an die nächste Polizeibehörde abzuliefern, sowie vom Geschehenen mit sofort telegraphischer Anzeige zu erstatten. — Personalbeschreibung: Alter: etwa 21 Jahre, Größe: steine Statur. Aussehen: jüdisch. Haare: schwarz, Augen: dunkel, etwas gerötet, Bart: schwacher schwarzer Schnurrbart, Kleidung: dunkler (Ueberzieher) Anzug, grauer Hawelok ohne Kragen, brauner weicher Hut. Besondere Kennzeichen: Trag am linken kleinen Finger einen Ring mit blauem Stein. — Es ist unerhört, daß die Reichspostverwaltung „jüdische Aussehen" als besonderes Kennzeichen anführt. Solche „Israelitenzeichen", hätten wir von einer Reichsbehörde nicht erwartet!

Eine Taschendiebin fand in Berlin dieser Tage vor Gericht. Eine angeblich aus Rußland stammende Frau Rachel Stopjien war in der Zentralmarkthalle „bei der Arbeit" abgefaßt worden. In ihrer Wohnung fand die Polizei soviel Juwelen, Gold- und Silbersachen, daß an ihrer Zugehörigkeit zu einer ganzen Bande nicht zu zweifeln war. Da man ihr aber nur zwei Diebstähle nachweisen konnte, mußte das Gericht es bei sechs Monaten Gefängnis belassen.

Praktische Eierjuden haben sohlüßlicher Weise in dem Güterschuppen des bayerischen Bahnhofs zu Leipzig einen Brand verursacht, der sie mehr als 150 000 Mark Schaden anrichtete. Laibel Schreier, Isaak Beodt und Arou Ullmann heißen die Herren aus dem fernen Osten. Da ihnen nicht viel nachgewiesen werden konnte, gelang es nur Isaak Beodt so zu überführen, daß er nun einen Monat brummen muß. Und wer bezahlt den Schaden?

Alles unsonst wollte der Kaufmann Abraham Strauß in Chemnitz seinen Kunden geben, aber nur an einem von ihm zu bestimmenden Tage. Die Sache sollte so eingerichtet werden, daß jeder Käufer eine Rechnung über die gekauften Waren erhielt und am Monatsschluß dann ein Tag ausgewählt wurde, für den jeder Käufer den Betrag seines Einkaufs baar zu entrichten hatte. In diesem Kundenfang ist das Gericht den Veranstalter einer unerlaubten Lotterie und nahm deshalb Herrn Abraham Strauß in fünfzig Mark Geldstrafe.

„Ihr seid alle Lumpen" rief Herr Alfred Neumann in Berlin den Mitgliedern eines Vereins zu, der seine Juden in seiner Mitte behalten will. Da Herr Alfred auf der Stelle die entsprechende „handgreifliche" Belehrung für seine Schimpferei erhielt, so kam es vor Gericht mit drei Mt. Geldstrafe weg. Kurz vor der Gerichtsverhandlung verbreitete der Bater Alfreds, der Getreidehändler Max Neumann, unter Hinteilassung von einigen hunderttausend Mk. Schulden!

Wegen unbefugter Nachahmung der Zettel auf den Puderschachteln eines Kölner Fabrikanten hatten sich im Barschauer Kommergericht die Barschauer Postimmerie Wild und Sommer zu verantworten. Das Gericht erkannte die Anklage als vollkommen begründet an und räumte den Fabrikanten Mülkens aus Köln das Recht ein, auf zivilgerichtlichem Wege seine Entschädigungsforderung geltend zu machen.

Bücher ist eine jüdische gefährliche Lotterie von der Geheimpolizei in Warschau entdeckt worden; diesmal aber keine Geld-, sondern eine Pfandlotterie. Es wurden, wie die Ausschrift auf den Losen besagt, Uhren, Ketten und andere Wertsachen ausgespielt, deren Zahl genau der Anzahl der Gewinne in der polnischen Klassenlotterie gleich war, und auch die Nummern der Gewinnsale waren dieselben wie in der Klassenlotterie. Obgleich die Lose nur einen bis fünf Kopeken kosteten, brachte die Lotterie doch recht hübsche Summen ein, da in jeder Klasse nicht weniger als 20 000 Lose verkauft wurden. Viele Kunden nahmen ganze Serien von fünfzig bis hundert Stück auf einmal. Die Geheimpolizei hatte erfahren, daß die Lose bei Rozwadower in Nalewki gedruckt wurden, und überraschte dort einen Schriftsetzer gerade bei der Arbeit. Von ihm erfuhr die Polizei auch die Namen der beiden Juden, die die Lose besetzt hatten. Sie sind beide verhaftet und dem Gericht übergeben.

Mosaik.

Einige hübsche Judenstückchen teilt man uns aus Hechingen mit und zwar von drei verschiedenen Seiten, nachdem es dort bekannt wurde, daß der Fabrikant Adolf Rosenthal unseren Schriftleiter benungiert hatte. Zuvel von diesen Zuschriften lassen wir hier folgen, den Rest müssen wir auf die nächsten Nummern verteilen. Also: Der kürzlich hier nach schweren Leiden verstorbene Moses Rosenthal*), Vater des Fabrikanten Adolf Rosenthal, hatte vor nicht langer Zeit bei einem Geschäft wenig Glück. Im Dorfe Stetten unter Holstein (Oberamt Hechingen) kam auf sein Betreiben ein Wohnhaus mit Scheune und Stallung zum Zwangsverkauf. Das ganze Anwesen erwarb Rosenthal denn auch als Meistbietender und suchte es wieder loszuwerden; da aber die Ortsbürger einig waren, konnte er keinen Käufer finden. Nun ließ Rosenthal das Wohnhaus verfallen und nahm die notwendigen Reparaturen auch dann nicht vor, als sie ihm polizeilich aufgegeben waren. Weil aber in dem Hause eine Schwester des Vorbesitzers das Einwohnungsrecht für ein Dachzimmer hatte, schien der Polizei

*) Er ließ eigentlich Drenfus und man sagte in Hechingen, der Ex-Kapitän Drenfus, um den der große Rummel jetzt in Frankreich gemacht wird, stamme aus Hechingen.

Digitized by Google

die Sache wohl etwas gefährlich, denn sie ließ plötzlich auf Kosten des Rosenthal das ganze Gebäude wegen Baufälligkeit dem Erdboden gleich machen. Damit war die Sache aber nicht erledigt, Rosenthal mußte auch der nun obdachlos gewordenen Einwohnerin eine hohe Entschädigung für das ihr genommene Recht geben! Mehr Glück hatte Rosenthal im nahen Melchingen. Bei Gelegenheit des Bleymarktes besuchte er auch den Haber-Steffen: bald aber rief Rosenthal aus dem Fenster um Hilfe, weil ihn der „Steffe" angeblich totschlagen wollte. Steffen kam dieser Auseinandersetzung wegen einige Monate hinter Schloß und Riegel und ist nun auch schon tot. Wer von beiden damals im Recht war, mögen die Leser beurteilen!

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. Die Lieferung des Rindfleisches für die Armenfleischschule und das Garnisonlazareth zu Biebrich wurde für die Zeit vom 1. Januar bis Ende Juni d. J. dem Juden Kahn zu Kastel übertragen. Konnte mit der Lieferung nicht einer der in Biebrich wohnenden deutschen Metzger beauftragt werden? —

Oberstleutnant von Egidy wird auf Einladung des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus in Wien demnächst einen Vortrag halten! —

Bei der Weihnachtsfeier des Sängerbundes zu Tülmen sang der Chor unter Leitung des jüdischen Lehrers Dublon christliche Weihnachtslieder und eine Jüdin trug ein „passendes" Gedicht vor. —

Briefkasten der Schriftleitung.

Druckfehler-Berichtigung. In Nr. 492 ist auf S. 20, 2. Spalte Z. 6 v. u. zu lesen „Standesbewußtsein" statt „Staatsbewußtsein".

Im Briefkasten derselben Nummer unter R. S., Bln. muß es heißen: „Der „reichsdeutsche Jude', den man dort den Namen des verflossenen Ministerpräsidenten „Badenige" schreiben ließe."

v. Sch., St. Beim Durchblättern des alten Jahrgangs ist Ihnen in der Beilage zu Nr. 450 die Notiz „Auf dem nicht mehr ungewöhnlichen Wege" aufgefallen. Sie haben Recht, so wie es da steht, ist allerdings kein Witz dabei. Der Mann, der geirrt wurde, sollte „jüdischer Konfektion" sein.

J. B., Duisburg. Freundlichen Dank! Vielleicht halten Sie uns auf dem Laufenden. Heil!

Wir werden gebeten, darauf aufmerksam zu machen, daß die in vorliger Nummer besprochene Schrift „Gegenwart und Zukunft des israelitischen Unterrichts auf den Gymnasien" von Dr. Lenz zum Preise von 40 Pfgn. durch unseren Verlag oder durch jede Buchhandlung zu beziehen ist.

Hofgeismar. Sie irren! Die Notiz hat zuerst in der „Kons. Korr." Nr. 3 vom 16. d. M. gestanden und daraus hat sie dann die „Köln. Ztg." übernommen. Sie ist also nicht nationalliberales Machwerk. Heil!

Café Merkur Leipzig An der Pleisse 8.
300 Zeitungen, Depeschen und Kurberichte, Bläter-Correspondenz v. Berlin, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Hamburg-Altona, Halle a/S., Paris, sowie Handelsadressbücher aller grösseren Städte liegen zur gefl. Benutzung aus. Jeden Vormittag Restitus v. Postchen. Hochachtungsvoll W. Rühlemann.

Uhren liefert zu äußerst billigen Preisen unter reeller Garantie **Gustav Kantss** Uhrmacher LEIPZIG, Tauchnerstr 6.

Stoffe zu Anzügen PALETOTS etc. Versandhaus — Unerreicht billige Preise! Beweis: Vergleich mit anderen Collectionen.
Reich haltige Musterzendung anberechnet und portofrei an Jedermann. in TUCH, Buckskin, Kammgarn, CHEVIOT etc. Meter 2-15 Mark. Auf Wunsch Lieferung aller erforderlichen Futterstoffe und Zuthaten.
Versand durchaus reell! Beweis: ca. 5000 Anerkennungsschreiben aus dem Kundenkreise. CHRISTIAN GÜNTHER Tuchversandgeschäft LEIPZIG-PLAGWITZ

Deutsche Schänke von Ad. Klemm Leipzig, Poststraße 20 empfiehlt kräftigen Mittagstisch und gute Biere.

Albert-Theater (Hotel Stadt Nürnberg), Bayersche Straße 8/10. Täglich abends 8 Uhr: Zusammen-Gastspiel der Decker'schen Gesellschaft.
Zur Aufführung kommen Operetten, Lustspiele und Possen unter Mitwirkung erster Kräfte.
Dirigent: Bruno Decker.
Preise der Plätze: Loge 3 M.; Sperrsitz (Stuhlreihen) 2 M.; Sperrsitz (an Tischen) 1,50 M.; 1. Parquet 1 M.; 2. Parquet 75 Pf.; Balkon 1 M.; Parterre 50 Pf.
Eintrittsbleten - Vorverkauf ohne Aufgeld täglich an der Tageskasse von 11—4 Uhr im Theaterbureau (Bayersche Straße 10, part.).

Deutscher Krug. Antisemiten-Kneipe, Chemnitz. Lohgasse 3, Parterre und 1. Etage.
Ausschank:
Böhmisch, Lichtenhainer, Tuchersches Dunkel und Pilsner Bräu.
Speisen vorzügl. Flotte Bedienung. Hochachtungsvoll **Emil Krug.**

Liefere ein Postfoli (9½ Pfund) **feine Leber, Rot- und Sülzwurst** zu 7,50 M. franko.
H. Glauner, Fleischermstr. Papenburg b. Leer (Ostfriesld.).
Ferner: **prima Hammelkeule u Carrés** à Pfund 55 Pf.

Die **Meierei Stwenborn** bei **Süfeld** i. Holstein empfiehlt **hochfeine holsteinische Tafelbutter** in Postfolis täglich frisch.
Die Verwaltung: **Reese.**

Hauptagenten von deutsch. Lebens-Versich.-Ges. für solid. allerorts geg. hohe Provis. u. Reisesp. ges. Ed. Ztzm. Off. u. F. 100 an die Geschäftsst. d. Bl.

Cacao garant. rein, sehr ergiebig, wohlschmeckend und leicht verdaulich. à Pfd. 1,60 M.
Ferner f. Rekonvaleszenten, Magenschwache u. Illuminare: **Eisencacao,** à Pfd. 2,50 M., **Hafercacao,** à Pfd. 1.— u. 1,60 M., **Albumin-Cacao,** à Pfd. 2,60 M., **Dr. Lahmanns Nährsalz-Cacao,** à Pfd. 2,90 M., **Prof. Merings Kraftcacao,** à Pfd. 2,50 M. **Dr. Michaelis' Eiweißcacao,** à Pfd. 2,50 M., versendet gegen Nachnahme, bei 9 Pfd. franko,
Otto Heln vorm. **A. F. Fomm,** Cacao- u. Chocolade-Versand-Haus, **Leipzig,** Kurprinzstr. 1.

Weltruf haben **westf. Fleischwaaren** feinste westf. Schinken 0,90 ℳ p. Pfd.
„ „ **Gervetwaw.** 1.20 „ „ „
„ „ **Schinkenw.** 1.15 „ „ „
„ „ **Mettw.** 1.10 „ „ „
„ „ **Mettw.** 0.90 „ „ „
(beste Räucherung).
Garantie Zurücknahme
J. Bartsoher, Nietberg, Westf.

Ich wünsche zu verkaufen:
Vogt, Lit. Weltgeschichte, 6 Bände 15 ℳ.
Schenkl, Mythologie aller Völker, 7 Bände 12 ℳ.
Mehrere Tausend Schriften antisem., volkswirtschaftl., politischen und naturwissenschaftl. Inhalts sehr billig.
G. Himmelsberk, Berlin SW. 61, Gitschinerstr. 93 II.

Kaufen Sie keln Planino, wenn Sie sich noch nicht den Katalog von **August Roth, Hagen I. Wf.,** Königl. Hof-Pianofabrikant, grats. haben kommen lassen.

Wilhelm Boetzkes Rheinisches Tuchhaus, ◆ Düren I, ◆ Bezirk Aachen, versendet an den billigsten Preisen die bestbekannten, vielfach ausgezeichneten Aachener und Dürener Tuchwaaren, sowie andere deutsche und engl. bewährte Herrenstoffe.

Die neuen Muster	Anz.	Elsaß z. Mtr.
werden sofort, Ohne und Nachporto frei,	40	M. 10.80
eingesandt, damit jedermann sich ohne	47	„ 12.15
Kosten von der Güte und Billigkeit überzeuge. Man schreibe eine Postkarte.	48	„ 13.90
	50	„ 13.90

a m Cheviot
b „ Loden-Chev.
c „ Kammgarn
d „ Moltos
bis 12 M. per Meter. Jedes Maß.

Beim Vergleich beachte man besonders die Qualität.

Kommissions-Verlag: Herm. Hexer in Leipzig, Königsstr 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe in Berlin NW. 5, Stendalerstr. 1.
Druck: G. Reusche in Leipzig.

Digitized by Google

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Leipzig, 3. Februar 1898. Nr. 494.

Die Antisemiten und der Bund der Landwirte im Regierungsbezirk Cassel.

In Cassel fand Sonntag, den 30. Januar, nachmittags, im Saale des evangelischen Vereinshauses eine aus Stadt und Provinz stark besuchte Versammlung des Bundes der Landwirte statt, die einen für unsere Partei sehr erfreulichen Verlauf nahm. Die Leitung lag in Händen des Freiherrn von Gilsa, der kürzlich an Stelle des nach Sondershausen übergesiedelten Oekonomierats Oldenburg zum Provinzial-Vorsitzenden des Bundes für Hessen-Nassau gewählt worden ist. Als Redner war der Direktor des Bundes Dr. Diederich Hahn erschienen und sprach unter lebhaftem Beifall über die Stellung des Bundes zu den politischen Parteien. Besonders warme Zustimmung fand seine an die Adresse der Konservativen in Hessen gerichtete Mahnung, den Besitzstand der deutschsozialen Reformpartei zu respektieren. Ein solches Verhalten würde gute Früchte für Ost-Deutschland tragen und es dem Bunde ermöglichen, dort zwischen den beiden ihm gleich nahestehenden Parteien zu vermitteln und die gegenseitige Bekämpfung, wenn nicht ganz zu verhindern, so doch wenigstens zu lokalisieren. Auf die Lage in den einzelnen Wahlkreisen und die Personenfragen ging Dr. Hahn nicht ein.

Bezeichnend für die antisemitische Grundstimmung der Versammlung war der stürmische Jubel, der den Reichstagsabgeordneten von Liebermann begrüßte, als er die Rednertribüne betrat. Herr von Liebermann sprach in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Landesverbandes der deutschsozialen Reformpartei für Kurhessen und Waldeck und als altes Mitglied des Bundes der Landwirte die Hoffnung aus, daß hier in der Provinz Hessen sich überall ein Zusammenarbeiten des Bundes mit den Antisemiten werde ermöglichen lassen. Sollte indessen in irgend einem Wahlkreise sich dies als unmöglich herausstellen, so bäte er, daß sich der Bund dann neutral verhalten wolle, damit nicht ein unliebsamer Grenzkrieg zwischen dem Hessischen Bauernverein und dem Bunde entfesselt würde. Auch Herr von Liebermann hielt seine Ausführungen im allgemeinen Rahmen und ging nicht auf die Verhältnisse der einzelnen Wahlkreise ein. So würde die Versammlung wahrscheinlich ein sehr ruhiges Ende genommen haben, wenn nicht Herr von Löbbecke, der Führer der Casseler Konservativen, eine unerwartete Wendung herbeigeführt hätte. Er trat plötzlich auf und erklärte: die Konservativen im Kreise Cassel-Meßungen hätten „eine Vorliebe der Sammlung“ begonnen, indem sie sich — mit den Nationalliberalen dahin geeinigt hätten, den nationalliberalen Kommerzienrat Wegemann als gemeinsamen Kandidaten aufzustellen, der im Falle seiner Wahl keiner Fraktion beitreten wolle. Herr Wegemann sei bereit, die Kandidatur anzunehmen, wenn sich auch der Bund der Landwirte für ihn erkläre, was doch jedenfalls geschehen werde. Die allgemeine Unruhe und zahlreiche Zwischenrufe wie: „was, einen Kommerzienrat sollen wir wählen?“ und dergl. mehr, hatten Herrn von Löbbecke noch nicht darüber belehrt, daß es ein Mißgriff gewesen war, in dieser Versammlung diesen Kandidaten zu proklamieren; er hielt vielmehr den Landleuten noch als Zugabe eine Vorlesung darüber, daß man auf dem Lande meistens nicht fähig sei, die städtischen und industriellen Verhältnisse richtig zu beurteilen, was Dr. Hahn scharf zurückwies. — Nun entspann sich ein lebhafter Meinungsaustausch. Der Abg. von Liebermann griff sofort ein und erinnerte Herrn von Löbbecke daran, daß die Konservativen die schwächste Partei im Wahlkreise seien. In der Nachwahl 1891 wären für sie nur etwa 1300 Stimmen abgegeben, während die Antisemiten viertausend und einige hundert erhalten und nur wenige hundert Stimmen hinter den vereinigten Liberalen zurückgeblieben wären. — Der gegenwärtige Abgeordnete des Kreises Prof. Hüpeden, habe seine Wahl vornehmlich der rührigen Arbeit unserer Partei zu verdanken, und wir hätten daher begründete Ansprüche, bei der Aufstellung eines sogenannten Sammlungskandidaten auch zu Rate gezogen zu werden. Da Herr von Löbbecke nun dem Bunde einen nationalliberalen Kandidaten präsentiert habe, so folge er diesem Beispiele und präsentiere als Kandidaten der deutschsozialen Reformpartei für Cassel-Meßungen den verdienstvollen Begründer des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes Herrn Kaufmann Schack aus Hamburg. Herr Schack sei in der Versammlung anwesend und könne sich, wenn es gewünscht würde, gleich vorstellen. Ja wohl, die Versammlung wünschte es. Herr Schack trat auf, sprach kurz, klar, packend und erntete großen Beifall. An der weiteren Besprechung beteiligte sich nun noch Dr. Hahn, Abg. von Liebermann, Abg. Hüpeden, Gutsbesitzer Mertens, der stellvertretende Provinzialvorsitzende des Bundes; alle gegen den armen Herrn von Löbbecke, der nicht die mindeste Gegenliebe für seinen Kandidaten fand. Es wurden allerlei sittliche Fragen aufgeworfen. Z. B. warum denn der Herr Kommerzienrat sich nicht heute hierher bemüht hätte? Er sei „verhindert“ gewesen, erklärte Herr von Löbbecke unter verständnisvoller Heiterkeit der Versammlung. Ob Herr Wegemann die Forderung des Bundes anerkenne? Ja wohl! Ob er denn Mitglied des Bundes sei? Noch nicht. — Allgemeines Aha! und die Erklärung Dr. Hahns: der Bund liebe im allgemeinen nicht solche Herren als Kandidaten, die erst, wenn sie sich aufstellen lassen wollten, ihr agrarisches Herz entdeckten und Mitglieder würden. Herrn Schack könne er dagegen das Zeugnis nicht vorenthalten, daß er schon Jahrelang mit Energie und Geschick für die Bundessache gefochten habe. Auch die Frage nach des Herrn Kommerzienrats Stellung zum Antisemitismus wurde aufgeworfen. Darüber, meinte Herr von Löbbecke, sei er Herrn von Liebermann keine Rechenschaft schuldig. Sehr richtig, antwortete dieser, dann soll Herr Wegemann aber auch nicht auf unsere Stimmen spekulieren. Gerade hier in der Hauptstadt des Hessenlandes muß der Kandidat den Mut haben, offen zu erklären: die Juden sind unser Unglück in Deutschland und insonderheit in Hessen. Brausende Zustimmung. — Als nach einem kurzen Schlußwort Dr. Hahns Herr von Löbbecke noch einmal das Bedürfnis fühlte, etwas vorzubringen, hörte niemand mehr zu.

Damit ist die Kandidatur Wegemann wohl begraben, vorausgesetzt nämlich, daß der Herr Kommerzienrat wirklich sie von der Zustimmung des Bundes abhängig macht. Diese Voraussetzung ist unerfüllbar geworden.

Der eigentliche spiritus rector des verteufelt feinen Planes, den Bund und die Konservativen als Vorspann für einen Bildliberalen zu benutzen, Herr Rechtsanwalt Harnier, soll nicht sonderlich von dieser Probe diplomatischen und taktischen Geschickes seines konservativen Bundesgenossen von Löbbecke entzückt sein. — Die Aussichten für unsern Schack sind aber durch diese Einführung seiner Kandidatur erheblich gestiegen.

Parteinachrichten.

Herr Hans Erdmannsdörffer erklärt uns unter „Einschreiben“ durch die Berliner Privatpost, daß der Redner, namens Bormann, der am 21. v. M. in einer Versammlung des Wahlvereins Berlin die Behauptungen der Erdmannsdörfferschen Broschüre zur Sprache brachte, ihm völlig unbekannt und sein Auftreten weder direkt noch indirekt von ihm veranlaßt sei. Herr Hans E. hat bei dieser Gelegenheit leider etwas vergessen. An derselben Stelle, wo in voriger Nummer der von ihm jetzt beanstandete Satz stand, hieß es: „Wenn Herr E. nunmehr nicht Namen nenne — nämlich von den Abgeordneten der Fraktion der deutschsozialen Reformpartei, die interessante Nachrichten an jüdische Parlamentsjournalisten ver-

Digitized by Google

lauften —, so würde er in den berechtigten Verdacht kommen, Verleumdungen in die Welt gesetzt zu haben." Herr E. hat bisher keine Namen genannt, sondern nur etwas Nebensächliches berichtigt!

Zu verschiedenen judenfreundlichen Blättern, so in der „Nordhäuser Ztg." und den „Bremer Nachr.", wird dem Abg. Jskraut ein Satz unterschoben, den er angeblich bei der Debatte über die lex Heinze im Reichstage ausgesprochen haben soll. Dieser Satz lautet wortwörtlich übereinstimmend in allen philosemitischen Blättern: „Wenn unsere Wähler wüßten, wo wir hier überall hingehen, würde mancher von uns nicht wieder hierher kommen." Und dann machen diese Preßerzeugnisse ihre Glossen nach Art der „Nordh. Ztg." dazu, die da schreibt: „Der Antisemit Jskraut scheint in Berlin recht eingehende Studien in Sittlichkeitsfragen gemacht zu haben." Thatsächlich lautet nun der betreffende Teil der Rede folgendermaßen: „Ich möchte dem Herrn Kollegen Dr. Pleschel aber doch sagen: ich weiß nicht, ob in seinem Wahlkreise es so ist, aber von meinem glaube ich: wenn unsere Wähler wüßten, wo wir hingingen, wo wir zu finden wären, wenn wir dem Wunsche des Herrn Abg. Pleschel folgten, dann würde mancher von uns mit nicht wieder in den Reichstag von seinen Wählern gewählt werden." Man sieht aus dieser Gegenüberstellung, in welch hämischer Weise unsere Gegner arbeiten. Daß all die Blätter, die diese Unwahrheit ihren Lesern vorgesetzt haben, nunmehr sich selber berichtigen sollten, kann man von ihnen nicht verlangen. Von solchen „Irrtümern" leben sie ja gerade!

Im Wahlkreise **Teltow-Beeskow-Storkow** hat die deutschsoziale Reformpartei den Kaufmann und Stadtverordneten Herrn Frölich (Potsdam) als Kandidaten aufgestellt, nachdem in Spandau-Osthavelland durch ein Compromiß seine Kandidatur zurückgezogen war. Herr Frölich hat seine erste Versammlung im Wahlkreise bereits abgehalten. Er sprach dieser Tage mit gutem Erfolge in Steglitz. Der Wahlkreis enthält über 90 000 Stimmberechtigte und ging 1893 mit 36 000 gegen 30 000 Stimmen aus konservativen in sozialdemokratische Hände über.

Tharandt. Für den Wahlkreis Dresden-Land waren hier am 23. Januar die Vertrauensmänner zusammengekommen, um sich über die künftige Arbeit auszusprechen. Nachmittags fand eine öffentliche Versammlung statt, in der Herr Welder (Dresden) sich über das Thema „Wie schützen wir den Bauern- und Bürgerstand" verbreitete.

Pirna. Abg. Lotze, der Vertreter unseres Wahlkreises im Reichstage, erstattete am 29. und 30. Januar in zwei besuchten Versammlungen zu Sebnitz und Schandau den Wählern Bericht über sein Wirken und über die Thätigkeit der deutschsozialen Reformpartei. Beide Versammlungen, die vom Deutschen Reformvereein für Sachsen einberufen waren und in denen Abg. Zimmermann längere Ausführungen über die allgemeine politische Lage machte, verliefen ausgezeichnet, so daß am Schluß jedesmal die Gründung neuer Vereine zur Thatsache wurde.

Aus West-Thüringen. In Themar (Meiningen) sollen die Antisemiten auf Antrag der jüdischen Mitglieder der Schützengilde nur dann den Schützenhausball wieder benutzen dürfen, wenn sie versprechen, nicht über die Judenfrage zu reden! Das hat uns natürlich nicht abgehalten, ruhig weiter zu arbeiten, denn schon am 23. v. M. sprach Herr H. Kurzhals (Suhl) in Rentwertshausen und Rittschenhausen über das Thema „Welche Partei vertritt am besten den Mittelstand?" Beide Orte hatten noch keine antisemitische Versammlung gesehen und deshalb war der gute Besuch geradezu überraschend. —

In Elsenach-Dermbach hat unsere Partei eine große Flugblatt-Agitation begonnen. Die freisinnige „Eisen. Tagespost" ist darob so erbost, daß sie ihr ganzes Schimpfregister zieht und über „zweifelhafte Figuren" und „dunkle Ehrenmänner" orakelt. —

Weimar. Ein Jude, namens Klar, hat unter beifälligem Lachen seiner deutschfreisinnigen Freunde im „Sächsischen Hof", dem Vereinslokal des „Deutschen Vereins", eine Nummer der „Deutsch-Sozialen Blätter" zerrissen. Damit Herr Klar nicht wieder Gelegenheit hat, das Eigentum fremder Leute mutwillig zu vernichten, stellen wir ihm hiermit gegen Einsendung von 2,25 Mk. (unsere Selbstkosten) eine Fünf-Kilo-Packet alter Nummern unseres Blattes postfrei zur Verfügung. Er kann dann in ganz Weimar und Umgegend seiner Reißwut nach Herzenslust fröhnen.

Halberstadt. Der erste Vorstoß der deutschsozialen Reformpartei in unserem Wahlkreise ist zu vollständigen Zufriedenheit aller Beteiligten verlaufen. Unser Kandidat, Herr Obermeister L. Schumann (Berlin), hat an zehn Orten gesprochen und den besten Eindruck mit nach Haus genommen. Am 15. und 16. v. M. waren hier zwei Versammlungen, die unter Leitung der Herren Henneberg und Hoffmann (Wegeleben) sehr viel zur Klärung der Lage beitrugen. Am 17. kam es in Wernigerode zu einem kleinen Gepläntel mit dem Führer der Sozialdemokraten, Malermeister Bartels, der merkwürdigerweise die Behauptung aufstellte, daß das Programm der deutschsozialen Reformpartei bis auf einige unwesentliche Punkte vollständig dem der Sozialdemokratie gleiche. Herr Schumann konnte den „Genossen" leicht eines Besseren belehren. Nach der Versammlung fand eine anregende Nachsitzung statt, die uns unter den Wernigeroder Bürgern noch manchen Freund erwarb. Am folgenden Tage gings nach Ilsenburg, wo meistens Arbeiter erschienen waren und den Vortrag ohne Widerspruch anhörten. Während es am 19. in Schierstedt recht friedlich herging, kam am 20. in Eschersleben schon mehr Leben in die Sache. Trotzdem wegen zu spät erteilter polizeilicher Erlaubnis die Bekanntmachungen erst in letzter Stunde angeschlagen werden konnten, hatten sich doch viele Handwerker eingefunden, die aufmerksam zuhörten. Nach der Rede des Herrn Schumann erklärte der Herr Schneider-Obermeister Hofer, daß er bisher nicht gewußt hätte, welcher Partei er seine Stimme geben solle; konservativ könne er nicht wählen, freisinnig auch nicht, weil diese Partei zu judenfreundlich sei, er hätte also entweder gar nicht oder sozialistisch gewählt, nunmehr wähle er aber Schumann! Am 21. im Schwanenbeck an die Reihe, wo die zahlreich Erschienenen dem Redner lebhaften Beifall spendeten, ebenso am 22. in Wasserleben. Sonntag, den 23. waren zwei Versammlungen angesetzt, nachmittags in Berßel und abends in Osterwieck (Harz). Beide bekundeten einen vollen Erfolg für uns, der in Osterwieck noch einigen kräftigen ermahnenden Worten des Herrn Pastor Lindner durch Abfingen des Liedes „Deutschland über alles" Ausdruck fand. Inzwischen war Herr Schumann von den Handwerkern Halberstadts noch einmal zu einem Vortrage eingeladen worden. Dieser fand am 24. statt. Obermeister Schumann wurde nach seinen ausführlichen Darlegungen über die neue Handwerkergesetzgebung dort von der Schuhmacher-Innung einstimmig zum Ehrenmitglied ernannt. Die letzte Versammlung war in der äußersten Ecke des Wahlkreises, in Hornburg. Hier waren so viele Leute erschienen, daß eine ganze Anzahl stehen und noch viel mehr wieder umkehren mußten. Widerspruch wurde nicht laut, dafür spendete der Herr Ortsgeistliche aber den Ausführungen des Herrn Schumann in warmen Worten Beifall. Alles in allem sind unsere Hoffnungen nicht herabgestimmt; wir haben die Leute aufgerüttelt, und daß den Gegnern das unangenehm ist, zeigen die Lügen und Verdrehungen in ihren Zeitungen.

Aus Hessen. Das Mandat des christlichsozialen Landtagsabgeordneten Weidner (Schotten-Gedern) war infolge eines Formfehlers für ungültig erklärt worden. Um die Wiederwahl auf alle Fälle zu sichern, trat der Kandidat der deutschsozialen Reformpartei, Herr Bürgermeister Metten heimer, zurück, mit dem Erfolg, daß am 28. v. M. Herr Weidner mit zwanzig gegen acht Stimmen wiedergewählt wurde. —

Im Kreise Bingen sprachen jüngst Abg. Hirschel und Herr Wolf IV (Stadecken) unter Vorsitz des Herrn Dr. Stöcker (Frankfurt, Main) in den Orten Großwinternheim und Budenheim.

Abg. Hirschel hielt in Hochstadt und Bruchköbel (Kr. Hanau) und in Klein-Umstadt (Kr. Dieburg) Vortrag über die Lage des Bauernstandes und seine wahren Freunde.

In Rixfeld, Eschenrod, Langenhain und Stockhausen im Kreise Lauterbach erstattete Abg. Bindewald vorige Woche den Wählern Bericht über seine Thätigkeit und über die Vorgänge im Reichstage.

Aus Kurhessen. Abg. Werner erstattete in Lispenhausen und Asmushausen den Wählern Bericht über seine parlamen-

Digitized by Google

tarische Thatigkeit. Die auch aus dem benachbarten Rotenburg und Bramnhausen gut besuchten Versammlungen verliefen vorzüglich. —

In Kirchhasuna (Kr. Cassel) und Ehrlingen (Kr. Wolfshagen) fanden am 21. und 22. Januar recht gut verlaufene Versammlungen statt, in denen Herr Scheld (Cassel) die soziale Frage im Programm der einzelnen Parteien erläuterte. —

Hamburg. Die Wahlen zur Bürgerschaft stehen bevor, deshalb kann man täglich jetzt alle möglichen Leute sich versammeln sehen. Aber während die verschiedenen herrschenden Fraktionen nur notdürftig ihre Leute herbeitrommeln, hat die deutschsoziale Reformpartei immer volle Häuser. Im 19. Bezirk (St. Pauli) sprachen am 27. Januar Herr Fr. Raab und unser Kandidat für den Bezirk, Herr Schornsteinfegermeister F. Bansen. Bemerkenswert war, daß in der freien Aussprache sich „Genosse" Redakteur Heine gegen eine Umsatzsteuer für Warenhäuser aus. erklärte. Natürlich, wes Brot ich eß, des Lied ich sing'! —

Am 28. Januar sprach Herr Raab in Eppendorf, wo die Herren Tischermstr. Fr. Oetker und Rechtsanwalt C. Jacobsen aufgestellt sind. Letzterer machte die Wähler mit unserem Programm bekannt und erzielte wiederholten Beifall.

Güstrow. Auf der Generalversammlung des konservativen Landeswahlvereins für beide Mecklenburg äußerte sich der konservative Abgeordnete für den Wahlkreis Rostock-Doberan, Obertandesgerichtsrat Dr. von Buchka, die Antisemiten seien nach den letzten Reichstagsersatzwahlen „gänzlich ins freisinnige Lager eingeschwenkt." Zweitens meinte derselbe Herr: „In Mecklenburg habe man mit einer antisemitischen Partei nicht zu rechnen; in anderen Gegenden aber müßten die Antisemiten bis aufs äußerste bekämpft werden, da das Streben der Letzteren dahin gehe, die Konservativen zu ruinieren." Wenn ein Mann, dem wir etwas mehr Urteilsfähigkeit und Kenntnis der politischen Lage zutrauen könnten, als den obengenannten Herrn, jene Behauptung vom Einschwenken der Antisemiten ins freisinnige Lager öffentlich aussprechen hätte, so würden wir nicht anstehen, ihn einer groben, mitleidigen Unwahrheit zu zeihen. Bei Herrn von Buchka ist es nichts als ..... Ahnungslosigkeit. — Eine organisierte antisemitische Partei ist in Mecklenburg allerdings noch nicht vorhanden, aber die Aeußerungen von Buchkas zeigen uns, wie nötig es ist, dies baldmöglichst nachzuholen. Wer bei dem Kampf „aufs äußerste" den Kürzeren ziehen wird, die Antisemiten oder die Konservativen, das werden die nächsten Reichstagswahlen zeigen.

In **Schaumburg-Lippe** macht unsere Bewegung erfreuliche Fortschritte. Herr Dr. Lindström (Goslar) hielt am 22. u. 23. v. M. Versammlungen ab in Steinhude und Hagenburg, die sehr gut besucht waren und recht anregend verliefen.

Rathenow. Der deutschsoziale Reformverein erzielte am 24. v. M. mit einer Versammlung, in der Herr W. Schack (Hamburg) das zeitgemäße Thema „Warenhäuser, Filialgeschäfte und Umsatzsteuer" behandelte, einen durchschlagenden Erfolg. Der „Kaufm. Verein" und die „Gewerbe-Schutzvereinigung" wollen gemeinsam mit dem deutschsozialen Reformverein die Stadtvertretung bitten, auf Einführung einer solchen Steuer Bedacht zu nehmen.

Fleusburg. In Nr. 492 heißt es bei Besprechung der Vorgänge in unserem Wahlkreise, daß Herr Pastor Jacobsen (Scherrebek) von der deutschsozialen Reformpartei als Kompromißkandidat vorgeschlagen sei. Das ist nicht ganz richtig; der Vorschlag ging vom Bunde der Landwirte aus, die Deutsch-Sozialen schlossen sich nur an, um die Probe aufs Exempel zu machen und trophdem lehnten die Nationalliberalen ab. (Die Sache ist also noch viel schlimmer! D. Schriftltg.)

Kiel. Der deutschsoziale Reformverein hatte dem Stadtverordneten-Kollegium ein Gesuch eingereicht, worin um eine Umsatzsteuer für Konsumvereine, Warenhäuser usw. gebeten wurde. Darauf ist geantwortet worden, „daß die Stadtverordneten beschlossen haben, den Magistrat zu ersuchen, im Hinblick auf die üble Lage des Kleingewerbes in Kiel, die Einführung einer besonderen Gewerbesteuer in Erwägung zu ziehen." Und bis vor kurzem war der Stadtverordneten-Vorsteher in Kiel ein Freisinniger!

Unsere Presse. Vom 5. d. M. ab erscheint in Hannover „Die Heimat", Wochenschrift für deutsches Leben in Niedersachsen. Das von Herrn Dr. Lindström (Goslar) herausgegebene Blatt kostet vierteljährlich 50 Pf. (durch die Post) und soll im Geiste deutschsozialer Reformen besonders aus den wirtschaftlichen und politischen Bewegungen im Hannoverlande Uebersicht, Aufsätze und Nachrichten bringen.

*

Versammlungskalender. Herr Dr. Lindström (Goslar) spricht am 4. in Mühlhausen (Thür.); Herr Dr. König (Witten) am 6. in Meidrich; Abg. Werner am 6. in Grossenstadt und und Steinbach (Kr. Hünfeld); Abg. v. Liebermann am 7. in Bromberg; Abg. Ickraut am 8. in Berlin (bei Henkel, Brunnenstr.).

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Mädchenhändler. Ein Jude, namens Stieglitz, verkaufte in Pest ein hübsches Mädchen für ze dreißig Gulden an zwei andere Juden. Das Geld teilte er sich mit dem Mädchen, das nicht an ihren Bestimmungsort abreiste. Wegen Ausbleibens der „Ware" wurden die jüdischen Käufer so wild, daß sie die Staatsanwaltschaft anriefen, und das Gericht legte infolgedessen dem Stieglitz ein Jahr Gefängnis auf und dem Mädchen zehn Gulden Strafe. Die Staatsanwaltschaft langte sich nun nicht etwa die ganze Gesellschaft wegen Mädchenhandels, sondern legte Berufung ein, weil ihr das Strafmaß zu gering erschien!

Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat.

In der Zeit vom 11. bis einschl. 30. Sept. 1897 wurde über folgende Firmen usw. der Konkurs eröffnet:

Handelsfrau Anna Clara Lewinsohn zu Bahbelsin. — M. D. Pinkcher zu Nitzing (Ostpr.), Kl. Bergstr. — Kaufmann Emanuel Adler i. Fa. Adler & Fuch zu Ehemnitz. — B. Landshut zu Gotha. — Kaufmann Emil Marcus i. Fa. Zentralbazar zu Stuttgart, Calwerstr. 41. — Kaufmann Jacob Moses zu Grandberg, Unterthornerstr. 5 6. — Kaufmann Siegfried Meyer zu Halle (Saale), Gr. Ulrichstr. 36. — Kaufmann Simon Feist zu Leer. — Kaufmann David Wolff zu Rastkischen bei Tilsit. — Kaufmann Julius Abrahamsen i. Fa. Julius Heimann sen. zu Brandenburg (Havel) Kaufmann Wilhelm Herz i. Fa. Wilh. Herz & Co. zu Magdeburg.

Aufgehoben wurden in derselben Zeit nachstehende Konkurse:

Firma M. Herz & Goetz zu Berlin, Kronenstr. 33 (Zwangsvergl.). — Kaufmann Louis Cohn i. Fa. J. A. Cohn zu Erfurt (Zwangsvergl.). — Kartenhändler Wolf Sam zu Hamburg (Zwangsvergl.). — Bazarbesitzer Julius Kleinschneyng zu Warlard, Elbeh. — Kaufmann Daniel Schlesinger zu Zirtau. — Kaufmann Max Hamburger zu Berlin, Kaiser Wilhelmstr. 47. — Kaufmann Simon Silberdraht zu Braunschweig (Zwangsvergl.). — Kaufmann Moritz Baruch zu Posen (Zwangsvergl.). — Mendel Simon Zgierski zu Bremen (Zwangsvergl.). — Kaufmann Jacob Scheia Ringel zu Altona, Schulterblatt 30. — A. Bieber, Inhaberin: Ehefrau des Kaufmanns Moses Bieber, Agnes, geb. Feldmann zu Bottrop. — Kaufmann Josef Alexander zu Düsseldorf. — Kaufmann Theodor Abraham zu Berlin, Schönhauser Allee 56 und 63. — Kaufmann Max Bachauer zu Berlin, Innerstr. 9 (Zwangsvergl.). — Restaurateur Emil Hirschfeld zu Charlottenburg (Zwangsvergl.). — Handelsfrau Berty Jacobson i. Fa. B. A. Jacobsohn zu Halle, Saale. — Kaufmann Salo Stransfeld zu Simmenau bei Konstanz (Zwangsvergl.). — Kaufmann Daniel gen. Michael Nathan i. Fa. Fleischmann & Co. zu Köln. — Richard Hirschmann zu Bayreuth. — Kaufmann Ikdor Meyer zu Friedrichsberg bei Berlin. — Kaufmann Wilhelm Rudinstein zu Leipzig. — Pferdehändler S. J. Roy zu Corbach. — Kaufmann Josef Moses zu Berlin, Neue Königsstr. 78.

*

Konkurs Rosenstein & Breslauer, Berlin. Den 14. 720 Mark Schulden stehen 33164 Mark Aktiven gegenüber.

Konkurs Kaufmann Moses Hirsch, Berlin. Auf 36700 Mark Schulden dürften höchstens 6 v. H. zur Verteilung kommen.

Konkurs Julius Josephsohn, Berlin. Die Gläubiger haben auf ihre 40100 Mark Forderungen 26 bis 27 v. H. zu erwarten.

Konkurs Arthur Heinemann, Berlin. Auf 110655 Mark werden voraussichtlich 22 v. H. zur Verteilung kommen.

Konkurs Joseph Chaim & Ollzpi, Filiale Aachen. Gebr. M. Neumann, Berlin und Charlottenburg. An Schulden sind 89931 Mark vorhanden, denen 9730 Mark Aktiven = 10,8 v. H. gegenüberstehen.

Konkurs Leo Mendelsohn, Berlin. Zur Verteilung kommen auf die 24800 Mark Schulden 23 v. H.

Konkurs des Handelsmanns Abraham Weiß, Berlin. Die Gläubiger haben höchstens auf 20 v. H. zu rechnen.

Konkurs Siegfried Steuer, Berlin. Den 24000 Mark Schulden werden 9 v. H. in Aussicht gestellt.

Wegen betrügerischen Bankerotts usw. wurde auf Veranlassung des Untersuchungsrichters in Stolzenau der Kaufmann Heymann Gotz in Erefeld verhaftet. Gotz betrieb früher in Hoyum ein Kleidergeschäft.

Der Kleiderhändler P. Abramovici in Jassichan und der Manufakturwarenhändler **Leopold Blumberg** in Russischut (Rumänien) sind wegen betrügerischen Bankerotts verhaftet. Letzterer wurde gegen eine Bürgschaft von 30000 Franken wieder auf freien Fuß gesetzt.

Digitized by Google

Jüdische Ritter, Kommissions- und Kommerzienräte usw.

Verliehen wurde: dem Fabrikanten Leipziger zu Ostrowit der rote Adlerorden vierter Klasse;

dem Lehrer Simon Lohnhoff in Duderstadt der Adler des Hausordens von Hohenzollern;

dem Bankier G. Coppel zu Solingen der Charakter als Kommerzienrat;

den Rechtsanwälten J. Ph. Benfey und Ascher zu Hannover der Titel Justizrat;

dem Prof. M. Gernsheim zu Berlin der rote Adlerorden vierter Klasse;

Ernannt wurde: der Privatdozent Dr. Max Friedländer zu Berlin zum Direktorial-Assistenten bei den Kgl. Museen;

der Bezirksvorsteher Dr. Feigl zu Wien zum Landesgerichtsrat;

die Gerichtsreferenten Köpfs, Goldmann, Löwner, Rittermann, Sachs, Tschakny in Wollenstein zu Räten zu Landesgerichtsräten;

Prof. Dr. Hermann Cohen zu Marburg zum Geheimen Regierungsrat;

M. Gero zum Generaldirektor des Handelsmuseums zu Serajewo.

Neue Bücher.

(Alle hier angezeigten Schriften sind durch unsere Geschäftsstelle, sowie durch jede Buchhandlung zu beziehen.)

Landeskirchentum und soziale Frage. Vortrag, gehalten auf der kirchlich-sozialen Konferenz in Barmen am 10. November 1897 von Dietrich von Oertzen. Berlin 1897. 20 S. 50 Pf.

Der Vortrag hat und in unserer Überzeugung bekärkt, daß es nötig ist, die evangelische Kirche möglichst von der staatlichen Bevormundung zu befreien. Es ist richtig, die „staatsfreie Kirche im kirchenfreien Staat" würde auch an der heutigen Lage der sozialen Schäden ganz anders mitarbeiten können, als es die Staatskirche zu thun vermag. —un.

Das neue Recht des Handlungsgehilfen vom 1. Januar 1898 an. Von Rechtsanwalt H. Böhm. Frankfurt (Oder) 1897. 30 Seiten.

In dieser Schrift werden die zur Zeit geltenden, auf das Rechtsverhältnis der Handlungsgehilfen und Handlungslehrlinge zum Prinzipal sich beziehenden reichsgesetzlichen Vorschriften dargelegt. Die Sprache der Schrift ist klar und gemeinverständlich; die dargelegten Vorschriften sind übersichtlich geordnet. Allen Kaufleuten kann die Anschaffung der Schrift empfohlen werden — falls sie sich nicht daran stoßen, daß der Verfasser Jude ist. Für eine etwa zu veranstaltende neue Auflage sei daraus hingewiesen, daß auf S. 27 ein Irrtum sich insofern eingeschlichen hat, als es dort heißt, die betreffs der Handlungsgehilfen gegebenen Vorschriften über die Verpflichtung des Prinzipals zur Ausstellung eines Dienstzeugnisses (die in § 73 des neuen Handelsgesetzbuches enthalten sind) gelten auch betreffs der Handlungslehrlinge: was nicht der Fall ist. F. B.

Briefkasten der Schriftleitung.

D., Oschersleben. Nein, Rechtsanwalt Heine (Berlin), einer der neuen sozialdemokratischen Kandidaten für die nächste Reichstagswahl, ist kein Jude, aber auch kein Antisemit. Im Kriege hatte er Offizier und wohnt in einer Gegend, an deren Bewohnerschaft weder Mittelstand noch Proletariat „tippen" können.

W. E. In Judenhänden ist die „Times" nicht, drehen Sie aber bitte den Namen um, so finden Sie das Richtige. Die „Dresdener Neuesten Nachrichten" sind auch nicht in Judenhänden, aus gegenüber treibt es das Blatt aber mindestens so schlimm als sei es ein jüdisches. Über die anderen beiden erhalten Sie in nächster Nummer Auskunft.

A. W., Leipzig. Die Partei kann das nicht in die Hand nehmen, dazu muß sich ein geweigter Berleger finden.

A. Durlach. Freundlichen Dank! Findet gelegentlich Verwendung.

B. S., Nienb. (Weser). Die „Beilage 22 der Provinzialmissbordnung" ist von uns schon am 24. Dezember v. J. ermähnt. Die „Jüdische Presse" entnahm die Notiz, wie so viele andere Zeitungen, ohne Quellenangabe unserem Blatte und nun geht die Sache in anderer Form wieder durch alle Zeitungen. Wir sind das Totschweigen gewohnt! Heil!

H., Helmstedt. Nein, die Reichstagsabgeordneten haben nur freie Fahrt in bestehiger Wagenklasse von ihrem Wohnorte nach Berlin.

Germanicus, Emden. Mit bestem Dank empfangen!

Seanak. Anzeige betreffs Böhm sofort gefruchten. Ich wußte nicht, daß Böhm Jude ist. Der Beleg Lemwischo & Sohn ist sowie gut deutsch. Heil! H. Beyer.

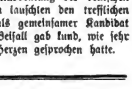
Eingegangene Anfragen.

Ist die Firma Blume & Co., Zigarrenfabrik in Seesen (Harz) in deutschen Händen?

Nachtrag.

Erfurt. Am 1. Februar sprach Herr Schack (Hamburg) hier im Alten Ratskeller über das Thema: „Stadt und Land im gemeinsamen Kampfe gegen die wirtschaftliche Ausbeutung des deutschen Volkes". Gegen 250 bis 300 Personen lauschten den trefflichen Ausführungen des Herrn Schack, der als gemeinsamer Kandidat für Erfurt vorgeschlagen. Rauschender Beifall gab kund, wie sehr Herr Schack den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte.

Ist das Radfahren gesund?



Ärztliche Gutachten über das Radfahren.
Herausgegeben von **Theoph. Weber.**
2 Auflage.
Um mit dem geringen Restvorrate zu räumen, statt 2 Mk. für
1 Mark.
Herm. Beyer, Leipzig, Königsstr. 27.

Hotel Stadt Nürnberg
Bayrische Straße 8—10
in unmittelbarer Nähe des Bayr. Bahnhofs, Straßenbahn-Verbindung nach allen Stadtteilen.

Mein Hotel ist mit allen der Neuzeit entsprechenden Einrichtungen ausgestattet; Zimmer mit vorzüglichen Betten und elektrischem Licht; aufmerksamste Bedienung, beste Küche und gepflegte Getränke.

Zugleich empfehle ich meine großen Räumlichkeiten, Saal und Wintergarten, ebenfalls auf das reichste ausgeschmückt, zur Abhaltung von Festlichkeiten aller Art.

Zur Unterhaltung meiner Gäste wie zum Besuche für jedermann habe ich in diesem Jahre **das Dreßler-Theater** für mich zu gewinnen gewußt. Näheres über die Vorstellungen bitte aus den Tagesgeltungen, Anschlagsäulen usw. zu entnehmen.

Hochachtungsvoll
G. Hoffmeister.

Schmitz & Co., Weingroßhandl., Zuwort von Rom, Kreuznacherstr., Berlin, Steinbiederstr. 3. Preisliste, Anstl. Nr. 1896. Besonders empfehlen: Ingelheimer u. Ober Ingelheimer u. Ober Rheinau. Moselweine, p. St. ohne p. Ltr. von 1 M. an. Ingelheimer u. Ober Bordeaux-Weine von 1 M. an, sowie sämtliche in- und ausländische Weine usw. zu soliden Preisen. Alte abgelagerte Rotweine garantieren

Schmitz & Co.
Kleine Proben und Preisliste umsonst.

Ich wünsche zu verkaufen:
Vogt, Ill. Weltgeschichte,
6 Bände 15 ℳ
Scherr, Mythologie aller Völker,
7 Bände 12 ℳ
Mehrere Tausend Schriften antisemitischen, volkswirtschaftl., politischen und naturwissenschaftl. Inhalts sehr billig.
G. Himmelsberg, Berlin SW. 61,
Gitschinerstr. 93 II.

Wilhelm Boetzkes
Rheinisches Tuchhaus, ◆ Düren I, ◆ Bezirk Aachen,
verkauft zu den billigsten Preisen die bestbewährten, vielfach ausgezeichneten Aachener und Dürener Tuchwaren, sowie andere deutsche und engl. bewährte Herrenstoffe.

Die neuen Muster		Cant. Stoff 3 Mtr.
werden sofort, stets mit Muster frei,	3 m Cheviot	60 Mk. 10,80
angekauft, damit jedermann sich ohne	3 „ Loden-Chev.	45 „ 12,75
Kosten von der Güte und Billigkeit über-	3 „ Kammgarn	48 „ 12,90
zeuge. Man schreibe eine Postkarte.	3 „ Melton	48 „ 13,50
	bis 12 M. per Meter.	Jedes Mark.

Beim Vergleich beachte man besonders die Qualität.

Kaufen Sie
kein Planino,
wenn Sie sich noch nicht den Katalog von **August Roth, Ingen I. Wi.** Königl. Hof-Pianofabrikant, gratis haben kommen lassen.

Billige, dichte Dächer
werden nur mit der echten **Andernach's Asphalt-Steinpappe** Muster & Bedachungsanweisung gratis und franco
J. Andernach & Sohn, Neuwied.

Muster etc. gratis.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königsstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogreve in Berlin NW. 5, Stendalerstr. 1.
Druck: G. Reusche in Leipzig.

Digitized by Google

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Leipzig, 10. Februar 1898. Nr. 495.

Der konservative Parteitag

hat in Dresden am 2. Februar programmmäßig stattgefunden. Unsere Prophezeiung in Nr. 493 bezüglich des Besuches sowohl als auch in Bezug auf die Dauer der Verhandlungen ist genau eingetroffen. Es waren rund 500 Besucher erschienen und die Tagung dauerte fünf Stunden. Um 4 Uhr ging man zum Essen. — Unsere Leser verlieren nichts, wenn wir sie bitten, auf die Besprechung der Dresdener Vorgänge bis zur nächsten Nummer zu warten. Wir hoffen, daß bis dahin vielleicht ein parteiamtlicher Bericht erschrint, damit man erfährt, was die Hauptredner, insonderheit Herr von Manteuffel, eigentlich gesprochen haben wollen. Gegenwärtig befinden wir uns noch in der Zeit der Dementis.

Der Gesamteindruck, den die Verhandlungen auf uns gemacht haben, läßt sich etwa wiedergeben durch das bekannte Wort, das einem ältren Manteuffel in den Mund gelegt wird:

„Der Starke weicht mutig einen Schritt zurück."

Parteinachrichten.

Berlin. Über den Verzweiflungskampf der Handwerker und Gewerbetreibenden gegen die Schleuder- und Ramschbazare sprechen am 14. d. M. die Abgg. Istraut und Liebermann von Sonnenberg im großen Saale des „Artushof", Perlebergerstraße 23. —

Der Vorstand des Wahlvereins Berlin der deutschsozialen Reformpartei hat beschlossen, in sämtlichen sechs Wahlkreisen der Stadt Berlin eigene Kandidaturen aufzustellen.

Eine Liste von achtundfünfzig Kandidaturen der „Antisemitischen Partei" führen die Judenblätter ihren Lesern zur „energischen Bekämpfung" vor. Leider können wir sie nicht als richtig anerkennen, so gern wir im nächsten Reichstage 58 Mitglieder der deutschsozialen Reformpartei sähen. Für unsere Leser wird es genügen, wenn wir aus dieser Liste folgendes ausziehen. In Meißen ist demnach von uns aufgestellt Abg. Lohe (thatsächlich Gutsbesitzer Göbel), in Dresden-Land Abg. Lieber (thatsächlich Baumeister Hartwig), unser Kandidat in Neustettin wird als „Dr. Aschersdorf" bezeichnet (richtig: Gutsbesitzer E. Aschendorff) usw. Außerdem werden und schlankweg die Kandidaturen des Bundes der Landwirte zugezählt. — Es ist naturgemäß, daß ein abschließendes Urteil über unser Vorgehen bei den nächsten Wahlen noch nicht möglich ist, da sich in vielen Wahlkreisen die Angelegenheit noch im Stadium der Vorbereitung befindet. Daran bitten wir zu denken, wenn unseren Freunden manche in den Blättern umherspukende „antisemitische" Kandidatur recht „spanisch" vorkommen sollte.

Zossen. Die zweite Versammlung im Wahlkreise Teltow-Beeskow-Storkow war nach hier einberufen. Der Kandidat, Herr Kaufmann Frölich (Potsdam), entwickelte in sich beredter Weise die Forderungen unseres Programms, daß ein Widerspruch unter den Erschienenen nicht laut wurde.

Dresden-Löbtau. Herr Schriftleiter Welcker (Dresden) hielt am 4. d. M. hier auf Einladung des deutschsozialen Reformvereins einen Vortrag über „Soziale Reform und soziale Revolution". Die „Genossen" hatten den Befehl erhalten, hübsch zu Hause zu bleiben; einige schienen aber ihren „Oberbonzen" nicht gehorcht zu haben, denn der Vorsitzende, Herr M. England, sah sich genötigt, einen gar zu vorlauten Roten an die frische Luft setzen zu lassen. Im Übrigen verlief die Versammlung in bester Ordnung.

Breslau. In Hinsicht auf die Wahlen veranstaltete der „Deutsch-Soziale Verein am 30. Jan. eine öffentliche Versammlung, in der der Vorsitzende des Vereins, Herr Kaufmann und Stadtverordnete Wolff, über das Thema: „Sozialdemokratie, Konsum-Vereine und Ramschbazare" sprach. Der gut besuchten Versammlung wurde nochmals bekannt gegeben, daß für Breslau-Ost Herr Schulz (Berlin) und für Breslau-West der Abg. Liebermann von Sonnenberg aufgestellt sei. Die Bestrebungen der Sozialdemokratie wurden einer eingehenden Beleuchtung unterzogen, die Schäden der Konsum-Vereine und Ramschbazare durch Belege dargethan und das vernichtende Zusammenwirken dieser drei Faktoren für den Mittelstand geschildert. Die erschienenen Führer der Sozialdemokratie versuchten in bekannter Weise eine Abschwächung des Vortrages herbeizuführen, doch vergebens. Die Herren erlitten eine völlige Niederlage, trotzdem wollen wir hoffen, daß sie recht bald wiederkommen, die Versammlungen erweckn erst nach außen hin größeres Interesse, wenn die Herren ihre Weisheit vortragen. Die Wahlarbeit des Vereins beginnt in weiten Kreisen immer größeres Interesse zu erregen, hoffentlich erzielen wir in dem seit langen Jahren von Sozialdemokraten vertretenen Breslau einen praktischen Erfolg. Unsere besten Agitatoren sind die hier bestehenden großen jüdischen Ramschbazare.

Mühlhausen (Thüringen). Die Arbeit für unsere Sache ist in hiesiger Stadt mit großen Schwierigkeiten verbunden. Einmal gilt es, die in weiten Kreisen unserer Bürgerschaft herrschende Teilnahmlosigkeit an politischen Leben zu überwinden, und zweitens haben wir mit der Angst zu rechnen, die zahlreiche geheime Freunde unserer Sache zum Teil berechtigter, größtenteils aber unberechtigter Weise vor den Juden und ihren hiesigen freisinnigen Schützern, einigen reichen Fabrikanten, haben. Unter diesen Umständen ist es ein schöner Erfolg, daß die vom „Deutschen Verein" auf den 1. d. M. einberufene Versammlung, in der Herr Dr. Lindström (Goslar) über das Thema „Der Kampf für den deutschen Mittelstand" sprach, von ungefähr hundert Personen besucht war. Der ebenso zündende wie maßvolle Vortrag erregte lebhaften Beifall. Mancher bisherige Gegner fand sich zu dem Eingeständnis bereit, wir Antisemiten seien eigentlich doch ganz vernünftige und gemäßigte Leute. Durch den Vortrag wurden unserm „Deutschen Verein" zehn neue Mitglieder gewonnen. So schreitet auch in unserer Stadt die deutschsoziale Sache, wenn auch langsam, so doch sicher vorwärts. Die hiesigen beiden Zeitungen können deshalb auch nicht umhin, unserer Bewegung — im Gegensatz zu bisher — Beachtung zu schenken. Wie nicht anders zu erwarten, ist allerdings der Bericht der „Mühlhäuser Zeitung" nicht ohne hämische Bemerkungen, und der Lindström'sche Vortrag unvollständig, besonders an den wichtigsten Stellen tendenziös verkürzt wiedergegeben. Im Gegensatze hierzu ist der Bericht des rechtsnationalliberalen „Mühlhäuser Anzeigers" durchaus sachlich, und, wenn auch nicht ohne kleine Irrtümer, so doch im allgemeinen richtig und sehr eingehend.

Delitzsch. In der letzten Jahreshauptversammlung des deutschsozialen Reformvereins für Delitzsch und Umgegend wurden auf Vorschlag des Herrn Schirmer (Neuhaus) die bisherigen Vorstandsmitglieder wiedergewählt und dem Kassenwart, der von einem hübschen Überschuß berichten konnte, Entlastung erteilt. In Bezug auf die bevorstehenden Reichstagswahlen kam man nach einer lebhaften Aussprache auf Vorschlag des Provinzialvorsitzenden des Bundes der Landvirte, Herrn Schirmer (Neuhaus) schließlich zu dem Entschluß, einer Abordnung die nötige Aussprache mit dem jetzigen Vertreter des Kreises, Herr Fabrikbesitzer Bauermeister, zu übertragen. Die Aussprache hat stattgefunden, worauf in der Wahlversammlung der Konservativen von unserer Seite nochmals durch Herrn Redakteur Kreutz (Magdeburg) unser Standpunkt dargelegt wurde. Nach wiederholter Rede und Gegenrede gaben wir die Zusage, die Kandidatur Bauermeister zu unterstützen. Wäre eine Einigung nicht erzielt, dann hätten wir einen eigenen Kandidaten aufgestellt. In allgemeinen war die Stimmung für uns Deutsch-Soziale in der Versammlung eine ganz vorzügliche, was schon daraus hervorgeht, daß Herr Kreutz von Seiten Bauer-

Digitized by Google

meister's zu Wahlversammlungen mit herangezogen werden soll. Dem Landesverbande traten mehrere Mitglieder bei.

Hildesheim. Auf einer Versammlung des Bundes der Landwirte, die Herr Holbeslier Behrens (Kremma) leitete, hielt Herr Dr. Lindström (Goslar) den Hauptvortrag über die gemeinsamen Interessen in Stadt und Land, indem er den Gedanken vertrat, daß sich der Mittelstand zur Erhaltung seiner wirtschaftlichen und nationalen Lebensinteressen ebenso zusammenschließen müsse, wie das Spekulationskapital und das Proletariat. Gegenüber verschiedenen Zeitungsnachrichten gab Abg. Dr. Hahn als Bundesdirektor die Erklärung ab, daß die Grundgedanken des Antrages Kanitz keineswegs fallen gelassen seien.

Perleberg. Ende v. M. hat unser Wahlverein mit dem Abg. Bindewald einige Wanderversammlungen abgehalten, die sämtlich einen recht erfreulichen Verlauf nahmen und den Beweis lieferten, daß bei dauernder Arbeit der Wahlkreis Westprignitz wohl zu nehmen ist. Abg. Bindewald sprach in Havelberg, Sückow, Großwoyz, Lenzen (Elbe), Großbreese, Welsen, Kumlosen, Putlitz, Hohenvier, Laaslich, Klegtze, Tügow, und Lutzhöbel. In den kleineren Orten traten nur die Herren Gesinnungsgenossen oder Amtsvorsteher zu Gunsten der konservativen Partei ein, sonst war eine nennenswerte Gegnerschaft nirgends vorhanden.

Aus Hessen. Eine ausgedehnte Agitation ist in den letzten Wochen bei uns getrieben. Außer den bereits gemeldeten wurden noch Versammlungen abgehalten vom Abg. Hirschel in Stadecken (Kr. Mainz) und Harpertshausen und Kleestadt (Kr. Dieburg) und von Herrn Weinbauer Wolf (Stadecken) in Jugenheim und Engelstadt (Kr. Bingen) und Partenheim und Oberhilbersheim (Kr. Oppenheim). Daneben haben noch in einer ganzen Anzahl von Orten kleinere Zusammenkünfte stattgefunden. —

Abg. Bindewald gab in Stockhausen (Kr. Lauterbach) den Wählern einen ausführlichen Bericht von der Thätigkeit der Partei im allgemeinen und von seinem Wirken im besonderen. —

Im „Kölner Hof" zu Frankfurt (Main) hielt der Landesverband seine Jahresversammlung ab, die aus den verschiedenen Wahlkreisen sehr gut beschickt war. Nachdem man mit Befriedigung von der bisher geleisteten Arbeit und von dem Stande der Kasse Kenntnis genommen hatte, wurde Abg. Hirschel zum ersten und Herr Stadtverordneter Bormet (Darmstadt) zum zweiten Vorsitzenden gewählt. Außerdem wurde beschlossen, den Wahlkreis Marburg-Frankenberg mit allen Kräften bei den nächsten Wahlen zu unterstützen. —

Einen interessanten Vortrag über die Organisation des Handwerks und das neue Gesetz hielt Herr Tapezierermeister Ohienschlager (Frankfurt, Main) am 6. d. M. in Reichelsheim (Kr. Erbach), während Abg. Hirschel unter lebhafter Zustimmung die allgemeine politische Lage besprach. —

An demselben Tage hielten Abg. Weidner und Herr Bürgermeister Mattenheimer (Eichelsachsen) in Herchenhain (Kr. Schotten) mit bestem Erfolg eine Versammlung ab.

Aus Kurhessen. Die erste öffentliche Versammlung unseres Kandidaten für den Wahlkreis Kassel-Melsungen, Herrn Kaufmann B. Schad (Hamburg), in Kassel verlief ausgezeichnet. Man lernte den Kandidaten nicht allein als guten, sondern in der freien Aussprache auch als schlagfertigen Redner kennen. —

Eine sehr gut besuchte Zusammenkunft der Vertrauensmänner des Wahlkreises Rotenberg-Hersfeld-Hünfeld fand am 30. v. M. im „Deutschen Hause" zu Bebra statt. Die Ausführungen des Abg. Werner gaben den Erschienenen oft zu lebhaften Beifallskundgebungen Gelegenheit. Die vertraulichen Beschlüsse über die einzuschlagende Wahltaktik wurden einstimmig gefaßt. —

In Burghasungen und Wenigenhasungen (Kr. Wolfhagen) hatten sich am 2. d. M. eine große Anzahl Wähler eingefunden, um die Ausführungen des Abg. Werner über die wirtschaftlichen Forderungen der deutschfreisinnigen Reformpartei anzuhören. Ein „Genosse" mußte dabei an die Luft befördert werden.

Hamburg. Zu den für den 15. d. M. anberaumten Bürgerschaftswahlen hat unsere Partei in neunzehn Bezirken vierzehn Kandidaten aufgestellt. Versammlungen werden fast täglich mehrere abgehalten, allein für diese Woche sind zwölf Stück anberaumt. Sehr zu statten kommt und dabei die Verhandlung der Bürgerschaft vom 3. d. M. über den Antrag Raab: „Die Bürgerschaft ersucht den Senat um baldmöglichste Vorlage eines Gesetzentwurfes behufs progressiver Besteuerung des Umsatzes solcher Großgeschäfte, die ihre Waren hauptsächlich unmittelbar an die Verbraucher absetzen (Warenhäuser, Bazare, Filialgeschäfte, Konsumvereine usw.)." Die Sache hat den freisinnigen Herren schon viel Kopfschmerzen verursacht: angesichts der bevorstehenden Wahl hatten sie aber doch nicht den Mut, den Antrag unter den Tisch fallen zu lassen, wie sie das vor einigen Monaten mit Erfolg thaten. Herr Raab schlug in längerer Rede vor, einen Umsatz bis zu 200 000 Mark steuerfrei zu lassen, dann 1 v. H. zu erheben und diesen Satz bei jeden weiteren 40 000 Mark um ein Zehntel v. H. zu steigern, so daß bei einem Brutto-Umsatz von drei Millionen Mark acht v. H. oder 240 000 Mark an Steuern zu entrichten sind. Die Herren von der Bürgerschaft konnten sich trotz mancher Gegenrede der Ansicht nicht verschließen, daß eine Ausschußberatung nötig sei, und so wurde dann der Antrag einer elfgliedrigen Kommission überwiesen.

*

Versammlungskalender. Herr Dr. Lindström (Goslar) spricht am 10. in Kottbus; Herr Dr. König (Bitten) am 13. in Meiderich; Abg. Ickroth am 14. in Berlin; Abg. Zimmermann am 14 in Magdeburg; Abg. von Liebermann am 14. in Berlin; Herr P. Wichmann, Schriftleiter des „Fleischbeschauers", am 11. im deutschsozialen Reformverein Leipzig über: „Ist die Einführung der obligatorischen Fleischbeschau für das deutsche Reich eine Notwendigkeit?" (unter besonderer Berücksichtigung der durch die Firma A. L. Mohr-Bahrenfeld von Amerika eingeführten, zum Teil trichinösen Wurstwaren.

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

„Dis Hund schlage ich tot!" Diese vertrauenerweckende Äußerung rief der Getreidehändler Siegfried Abrahamsohn seinem Kollegen Cohn auf der Berliner Produktenbörse zu. Der „Tatschläger" fand deshalb wegen Bedrohung mit einem Verbrechen vor Gericht, wo der mit „Hund" Angeredete aber erklärte, daß er nicht an die Ausführung der Drohung gedacht habe. Da nunmehr nur eine einfache Beleidigung vorlag, hörte Cohn aber seinen Strafantrag gestellt hatte und auch keinen stellen wollte, so wurde das Verfahren eingestellt. Damit aber die Sache doch nicht ungerochen blieb, tagte das Gericht Herrn Cohn die Kosten auf.

Ein ungeirener Teilhaber war Herr Theodor Mendelsohn zu Berlin. Er beschwindelte seinen Geschäftsfreund beim Einkauf um dreißig Mark, dafür muß er nun denselben Betrag als Strafe zahlen.

Fittliche Juden. Die Berliner Staatsanwaltschaft hat hinter dem flüchtig gewordenen Fabrikbesitzer Dr. Leo Knopf einen Steckbrief wegen wiederholter Verbrechen gegen die Sittlichkeit erlassen. Knopf lebte von seiner Frau getrennt die Heiligkeit der Ehe bei den Juden!) und führte ein solches Leben, daß seine Mitmenschen ihn denunzierten. Außerdem war er schon zu einem Jahre Zuchthaus verurteilt, das Gericht hatte aber dem Antrage des Staatsanwalts auf sofortige Verhaftung keine Folge gegeben! —

Ertrinkt hat sich der 65 Jahre alte Löb Kaufmann zu Lichtenau (Baden), weil er wegen eines Sittlichkeitsverbrechens zur Rechenschaft gezogen werden sollte. —

Wegen Beleidigung des Pianisten Eugen d'Albert in Weimar ist der Königliche Hofzeugmeister Dr. Lassen schon wieder einmal und zwar zu zweihundert Mark Geldstrafe verurteilt worden.

Zunnlerstuchtes Fleisch führte der Viehhändler Benno Kaufmann aus Memmelsdorf in Neuses (Coburg-Gotha) ein. Dafür muß er zehn Mark Strafe zahlen.

Wegen Verletzung der Wehrpflicht werden gesucht: Viehhändler Lazarh Hanem aus Forbach, Handelsmann Fernand Levy aus Hellimer und der Handlungsgehilfe Hirsch Hommel aus Fulda.

Einen tauberen Diener nahm der Kaufmann Benedikt Martin zu Butarest in sein Haus auf. Nathan Bechtler hieß der gute Mann, der schon wiederholt wegen Diebstahls und Einbruchs eingesperrt war. Er war kaum einige Tage in seiner neuen Stellung warm, als schon für tausend Lei Waren fehlten. Die Polizei begrüßte Fernand Nathan als alten Bekannten und konnte auch bald das gestohlene Gut bei Herrn Basco Grünberg mit Beschlag belegen. Nun sitzen beide Juden wieder hinter Schloß und Riegel.

Zehntausend Franken unterschlagen hat der Buchhalter Berru Weismann zu Paschcani (Rumänien). Man verhaftete ihn deswegen.

Spurlos verschwunden ist der Kaufierer Moritz Orenstein aus New-York, nachdem er seinen Herren für tausend Mark Juwelen entwendet hatte.

Wegen Lebensüberdrusses müssen Rebekka Schüß, zweite Avenue 234, und Bertha Goldschläger, Worcestir. 107, zu New-York neunzig Tage sitzen, während Rebekka Goldfeder und Jette Sannewip wegen desselben Vergehens vorläufig eingesteckt wurden

Digitized by Google

Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat.

In der Zeit vom 1. bis einschl. 15. Oktober 1897 wurde über folgende Firmen usw. der Konkurs eröffnet:

Kaufmann Viktor Lewy zu Remagen. — Ziegeleibesitzer Salo Bry zu Thorn. — Kaufmann Isidor Israel zu Erfurt. — Kaufmann Mannheim Swarzenski zu Neuenmarkel. — Kaufmann Willy Lichtenstein zu Prositen. — Wäsche- und Weißwarenhändler B. Pinlower zu Königsberg (Nr.). — Kaufmann John Cohen zu Altona (Elbe), Große Rosenstr. 61. — Joseph Chaim & Cliphi zu Berlin, Friedrichstr. 106, und Charlottenburg, Berliner Straße 126 B. — Kaufmann Juda Kleinhaus zu München, Reichenbachstraße 5 0. — Gasthausbesitzer Aron Lachmann zu Gleiwitz-Petersdorf. — Weiß- und Manufakturwarenhändler Marcus (Marks) zu Hamburg-Uhlenhorst, Kanalstr. 5. — Fonds-Maklersirma Albert Kreitzer zu Marktisse. — Kaufmann Moritz Hornig i. Fa. Horwitz & Saatfeld zu Charlottenburg, Kaiserdruthstraße 4.

Aufgehoben wurden in derselben Zeit nachstehende Konkurse:

Kaufmann Siegfried Weiß i. Fa. H. A. Scheibelmig Nachf. zu Halle (Saale). — Handelsfrau Rosa Salomon zu Strehno. — Kaufmann D. Schwiebner zu Hannover. — Leopold Salm zu Köln (mangels Masse ?). — Gastwirt, früherer Bier- und Mobenwarenhändlers, sowie Theaterpächters und Direktors Adolf Löwengard zu Hamburg. — Kaufmann Paul Benjamin Heymann zu Berlin. — Kaufmann Adolf Seelig zu Berlin, Kaiserstraße 34. — Korsettwarenfabrikant Julius Isidor Berthold zu Kappel, Sachsen (Zwangsvergl.). — Kaufmann Leo Königer zu Dresden. — Modistin Zeitchen Wexer, geb. Blum, zu Eidel. — Kaufmann Georg Epstein zu Berlin, Annenstr. 14. — Kaufmann Leo Israel i. Fa. Huth & Co. zu Kassel. — Kaufmann Adolf Langzier zu Kattowitz.

*

Konkurs David Schendel zu Berlin. Infolge eines Zwangsvergleichs bekommen die Gläubiger 12 v. H. ihres Guthabens statt 4 v. H. der Masse.

Konkurs Kaufmann Simon Fuchs zu Berlin. Auf 41 513 M. Schulden sind nur 12 580 Mark verfügbar.

Konkurs des Kaufmanns Willy Stein in Firma Medenzar Guttmann Nachfolger zu Berlin. Den Gläubigern stehen auf ihre Forderungen von 60 000 Mark höchstens 24 v. H. zur Verfügung.

Wegen betrügerischen Bankrotts müssen die Weichhändler Samuel genannt Siegfried de Beies in Leer (Ostfriesland) je fünf Tage Gefängnis abmachen.

Jüdische Ritter, Kommissions- und Kommerzienräte usw.

Verliehen wurde: den Kaufmann und Generalkonsul der Republik Paraguay Manfred Hecht zu Frankfurt (Main) das Ritterkreuz des Ordens der Kgl. italienischen Krone;

den Juwelier Dr. jur. Landau zu Ramsau der Rote Adlerorden vierter Klasse;

dem Fabrikbesitzer Ferdinand Lewin zu Göttingen der Charakter als Kommerzienrat;

dem Rentier Simon Lippmann zu Berlin der Rote Adlerorden vierter Klasse;

dem außerordentlichen Professor an der Kaiser-Wilhelms-Universität zu Straßburg Dr. Cahn das Komthurkreuz des Großherzogl. meckl.-schwerinschen Greifen-Ordens.

*

Ernannt wurde: der Bankier Lucian Mannheimer zu Colmar (Elsaß) zum Handelsrichter;

Dr. Ludwig Balla zu Wien zum Sektionsrat im Handelsministerium.

Mosaik.

Der Nationalsoziale von Gerlach als Schleppenträger der Sozialdemokraten. In einer Stuttgarter Zeitschrift, dem „Politischen Wochenblatt", schildert Herr v. Gerlach „Charakterköpfe vom sozialdemokratischen Parteitag". Max Schippel wäre danach „ein ebenso gewandter wie grundlicher Schriftsteller, dessen Schriften der Parteiliteratur zur Ehre gereichen". Der Privatdozent Dr. Arons „ist nicht so hervorgetreten, wie es seiner Bedeutung entsprochen hätte"; er ist „als Mensch, wie als Gelehrter gleich unanfechtbar". Der Sattler Auer „würde seinen Fähigkeiten nach jedem Ministersessel zur Zierde gereichen". Zu den Größen, die „eine Einzeldarstellung verdienen", gehört auch „der eifrige Simon Kahenstein", Redakteur in Mainz und Reichstagskandidat für Bingen-Alzey. Was Klara Zetlin sprach, „das war die blanke Vernunft". Paul Singer war „wie immer" als Vorsitzender „erstklassig". — Wenn Herr v. Gerlach sich so weiter entwickelt, dürfte es nicht mehr lange dauern, bis er sich der „erstklassigen" Führung Singers ganz unterzuordnen.

Das beste Scherzwort paßt nicht für alle Ohren, paßt nicht für jede Stunde und paßt nicht in jeden Mund; und für manche Ohren und Stunden paßt überhaupt keines, auch nicht das aus dem Munde des Weisen.

Zur Verherrlichung der 48er Märzrevolution wollten Magistrat und Stadtverordnete der Reichshauptstadt aus städtischen Mitteln ein Denkmal herstellen lassen. Dem Magistrat ist die Sache anscheinend aber leid geworden, so daß er sich einem entsprechenden Beschlusse der Stadtverordneten nicht angeschlossen, sondern ihn etwas gemildert hat. Trotzdem auch in dieser Form unsichere eine Demonstration gegen die Monarchie zu erkennen ist, sind die Stadtverordneten nicht damit zufrieden. Der Denkstein sollte auf dem sogenannten „Friedhof der Märzgefallenen" errichtet werden. Wohin die Wünsche der Juden, Demokraten und Sozialdemokraten aber gehen, zeigt die Rede, die „Genosse" Paul Singer am 3. d. M. im Berliner Rathause bei Beratung dieses Gegenstandes hielt. Er sagte: „Ich hätte mir wohl einen besseren Platz denken können, z. B. vor den Fenstern, von wo der damalige König, ehrfurchtsvoll das Haupt entblößend, den Leichenzug grüßte." Diese unverschämte Dreistigkeit reiht sich würdig der Äußerung des früheren Teilhabers des ehemaligen Mäntelfabrikanten Singer an, der seine Arbeiterinnen auf den Weg der Schande verwies. Kennzeichnen für die Herren Stadtverordneten Berlins ist es aber, daß Singers Worte mit „lebhafter Zustimmung" begrüßt wurden!

Eine ehemalige freisinnige Größe, die mit ihren Reden einst sehr viel zur Erbetterung der Reichstagsmitglieder beitrug, ist vollends in die Versenkung verschwunden. Herr Dr. Alexander Meyer, ehemaliger Abgeordneter der Stadt Halle, erhielt bei einer Stadtverordneten-Ersatzwahl in Charlottenburg nur 67 Stimmen, während der auch von den Konservativen unterstützte Kandidat mit 136 Stimmen gewählt wurde. Und das war nicht etwa in der dritten, sondern in der zweiten Wähler-Abteilung!

Die „Konservative Korrespondenz" erklärt Herr von Binger, der Schriftsteller der konservativen „Elbinger Ztg.", für „das am schlechtesten redigierte Blatt Europas". Wir können diesem Urteile nur beistimmen.

Der deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband hat im Monat Januar über fünfzehnhundert neue Mitglieder aufgenommen. Dem Verein für Handlungs-Kommis von 1858 (Hamburg) sind im vorigen Jahre 9787 Mitglieder und Lehrlinge neu beigetreten, dagegen sind wieder ausgetreten und mußten gestrichen werden nicht weniger als 8153 Mitglieder, so daß die absolute Vermehrung der Mitgliederzahl im abgelaufenen Jahre nur 1634 beträgt, 1896 der absolute Zuwachs 2958, 1895 sogar noch 3043 Mitglieder. Der deutschnationale Verband hat im letzten Jahre dagegen eine absolute Zunahme von 5385 Mitgliedern (ohne Lehrlinge!) zu verzeichnen, also 3751 Mitglieder mehr als der „Verein für Handlungs-Kommis von 1858". Und dabei wird der deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband von den anderen kaufmännischen Vereinen, die im Gegensatz zu ihm Juden aufnehmen, seit Jahren als „Eintagsfliege" bezeichnet!

Die Lehrerfreundlichkeit des Freisinns erhält eine neue treffende Illustration durch einen Vorfall, der aus Elberfeld gemeldet wird. Dort wurde bei den letzten Stadtverordnetenwahlen ein Mittelschullehrer Linz gewählt. Als kürzlich ein Sitz in der Schuldeputation erledigt war, rechneten die Lehrer mit Bestimmtheit darauf, daß ihr Amtsgenosse Linz als der einzige Schulmann in dem Stadtverordneten-Kollegium in diese Körperschaft gewählt werden würde. Aber der Freisinn, unter Führung eines Herrn O. Ewerg, wandte sich mit Entschiedenheit dagegen. Er habe gegen die Person des Herrn Linz nichts einzuwenden, aber in die Schuldeputation könne man ihn nicht wählen, weil — man höre und staune — weil er Lehrer sei! Es ist der freisinnigen Partei mit Unterstützung des Zentrums und eines Teiles der Nationalliberalen thatsächlich auch gelungen, die Wahl des Herrn Linz zu vereiteln.

Den Gipfel der Unverfrorenheit hat entschieden Herr Leschkiner in Firma „Goldene 34" zu Beuthen (Oberschlesien) erreicht. Er läßt nachstehende Anzeige los:

Bekanntmachung. Infolge Auseinandersetzung mit unseren Gläubigern sind uns von diesen die Hälfte von ihren Guthaben erlassen. Um unserer werten Kundschaft auch diese Vergünstigung zukommen zu lassen, eröffnen wir von heute ab zwar keinen

Digitized by Google

Konkurs-Ausverkauf oder etwa eine Versteigerung, sondern geboten Herren- und Knaben-Garderoben auch zur Hälfte der bisherigen Preise ab. Goldene 34, Beuthen, O.-S.

Herr Leschziner hat also eben mit 60 v. H. mit seinen Gläubigern „akkordiert" und benutzt diesen Umstand zu einer großen Reklame. Für gewöhnlich pflegt der Kaufmann, der infolge widriger Umstände seinen Verpflichtungen nicht nachkommen konnte und darum von seinen Gläubigern einen Nachlaß erbitten oder den Konkurs anmelden mußte, froh zu sein, wenn die Sache im kleinen Kreise bleibt. Mit diesen peraltesten Anschauungen hat also Israel dank seiner größeren Anpassungsfähigkeit und seinem großartigen Geschäftssinn endgiltig gebrochen. Den dummen Ariern und ehrlichen Geschäftsleuten wird nun nichts weiter übrig bleiben als bei Leuten nach der Art des Herrn Leschziner in die Lehre zu gehen, wenn sie es nicht vorziehen, ihnen auf irgend eine Weise das Handwerk zu legen.

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. Beim Begräbnis eines Juden in Schwabach (Mittelfranken) ließ der Magistrat die Musik vom Turm der evangelischen Stadtpfarrkirche blasen. Mit Recht hat das evangelische Dekanat dagegen Widerspruch eingelegt. —

Ein zivilrechtlich verklagter Zimmermeister ließ sich in der Verhandlung vor dem Amtsgerichte in Bamberg hinreißen, den klägerischen Anwalt Dr. August Mainzer infolge wiederholter Meinungsverschiedenheiten als „frechen Juden" zu bezeichnen. Herr Mainzer versetzte darauf seinem Gegner eine Ohrfeige und dieser wurde . . . in einer sitzt zu vollstreckende vierundzwanzigstündige Haftstrafe genommen!! —

Die „Allgemeine Zeitung des Judentums" druckt einer russischen Zeitung, die auch in unserer Nr. 489 enthaltenen Mitteilungen über die jüdische Bevölkerung in Kiew nach, unterschlägt dabei aber den Satz „. . . da die Juden alle einschränkenden Bestimmungen zu umgehen wissen". Das ist echt jüdische Berichterstattung!

Neue Bücher.

Ethisch-sozialwissenschaftliche Vortragskurse, Bd. 7: Über die Grundthatsachen des sozialen Lebens. Von Dr. F. Tönnies. Bern 1897. 75 S. Preis 60 Pf.

Als die beiden hauptsächlichsten Grundthatsachen des sozialen Lebens werden in dem Buch die Ehe und das Eigentum bezeichnet, und es wird mit wissenschaftlicher Gründlichkeit dargelegen versucht, wie Ehe und Eigentum sich entwickelt haben und welche Bedeutung sie für das Volksleben besitzen. Den heutigen Kampf der Arbeiterklasse um Verbesserung ihrer Lage nennt der Verfasser einen Kampf um die Frage, was höher steht, die Person und die Vollendung der Person in der Ehe oder das Eigentum. Die Erhaltung oder Wiederherstellung von Ehe und Eigentum hält er für das eigentliche und wesentliche Problem der gegenwärtigen Zivilisation; wobei er unter Wiederherstellung des Eigentums, mit Marx, die Aufhebung des Privateigentums an den Mitteln der sozialen Produktion und deren Überführung in das Gesellschaftseigentum versteht.

F. B.

Briefkasten der Schriftleitung.

Druckfehler-Berichtigung. In dem Artikel Seite 37 der vorigen Nummer „Großstadt-Herrlichkeiten oder Wohnungsnot" sind leider sinnentstellende Druckfehler stehen geblieben. Zeile 1 muß es heißen: Ortsblätter anstatt Amtsblätter. Die beiden letzten Zeilen müssen lauten: dem großspatalistisch-anarchistischen Treiben zurzeit: Bis hierher und nicht weiter!

Herrn **G. L.** in **M.** Besonders Sie sich doch um den im Anzeigenteile ausgeschriebenen Hauptagenten-Posten. Sie bekämen dadurch eine sehr lukrative Nebeneinnahme. Die Bewerbung ist gut deutsch.

Delitzsch. Besten Dank, findet gelegentliche Verwendung. Ihr Brief kostete uns 20 Pf. „Strafporto".

Pforzheim. Ihre Zusendung Büchlein ist ja ein kostbarer Blödsinn. Vielleicht kommen wir mit einigen Zeilen darauf zurück, obwohl das Geschriebsel es nicht wert ist. Heil!

Th. F., Zwickau. Mit herzl. Dank benutzt.

W., Breslau. Wir bitten zur Vermeidung von Verzögerungen die Berichte freundlichst nur an die Schriftleitung nach Berlin zu richten und zwar möglichst bis Dienstag jeder Woche.

An mehrere Einsender. Den mannigfachen Zuschriften und Anfragen über den Dreyfus-Skandal zur Nachricht, daß wir nach Abschluß der Verhandlungen gegen Zola die Angelegenheit ausführlich erörtern werden. Vorläufig ist in der Sache nichts weniger als Klarheit vorhanden.

E. B., Sigmaringen. Freundlichen Dank! Unsere Redaktionsmappe enthält noch allerlei Stoff über die Hochtinger Juden. Einem Kranken darf aber die verordnete Arznei nicht auf einmal gegeben werden; deshalb lassen auch wir unsere Pillen nur stückweise folgen. Heil!

Deutsch-sozialer Reformverein Leipzig.

Einladung zur Wochenversammlung im Elbsaale (Wasserbahnhofstr.) Freitag, den 11. Febr., Abends 8½ Uhr.

Vortrag: „Ist die Einführung der obligatorischen Fleischbeschau für das Deutsche Reich eine Notwendigkeit?" (unter besonderer Berücksichtigung der durch die Firma R. L. Mohr-Bahrenfeld von Amerika eingeführten, zum Teil trichinösen Wurstwaren). Ref. Herr P. Wichmann, Redakteur des „Fleischbeschauer." Gäste sind willkommen. Der Vorstand.

Café Merkur
Leipzig
An der Pleisse 8.

300 Zeitungen, Depeschen und Kurzberichte, Städte-Adressbücher v. Berlin, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Handwerker-Listen, Halle a/S., Paris, sowie Handels-Adressbücher aller größeren Staaten liegen zur gefl. Benutzung aus. Jeden Vormittag Familien u. Passanten-Hochzeitsmenuett
W. Hüttemann.

Deutsche Schänke von Ad. Klemm
Leipzig, Poststraße 20
empfiehlt **kräftigen Mittagstisch** und **gute Biere.**

Hotel Stadt Nürnberg
Bayrische Straße 8—10
in unmittelbarer Nähe des Bayr. Bahnhofs, Straßenbahn-Verbindung nach allen Stadtteilen.
Mein Hotel ist mit allen der Neuzeit entsprechenden Einrichtungen ausgestattet; Zimmer mit vorzüglichen Betten und elektrischem Licht; aufmerksamste Bedienung, beste Küche und gepflegte Getränke.
Zugleich empfehle ich meine großen Räumlichkeiten, Saal und Wintergarten, ebenfalls auf das reichste ausgestattet, zur Abhaltung von Festlichkeiten aller Art.
Zur Unterhaltung meiner Gäste wie zum Besuche für jedermann habe ich in diesem Jahre das **Dreher-Theater** für mich zu gewinnen gewußt. Näheres über die Vorstellungen bitte aus den Tageszeitungen, Anschlagsäulen usw. zu entnehmen.
Hochachtungsvoll
G. Hoffmeister.

Wein-Groß-Handlung,
Import von Rum, Kirsch, Cognac, von

Jede Flasche trägt diese Schutzmarke als Schutzmarke.
Berlin NW, 1 Stendaler-Straße 1.
Fernsprecher: Amt Moabit 1876.
Gegründet 1877.
1895er u. 96er Rhein- u. Moselweine, v. M. ober 3. Ltr. an 70 Pf. an.
1895er u. 96er Bordeaux-Weine von 1 M. an, sowie sämtliche in- und ausländische Weine usw. zu soliden Preisen. Alle offerierte Qualität garantieren
Schmitz & Co.
Kleine Proben und Preisliste umsonst.

Stoffe zu Anzügen PALETOTS etc. versendet
Reicht haltige Mustersendung unberechnet und portofrei an Jedermann.
Unerreicht billige Preise!
Beweis: Vergleich mit anderen Collectionen
in TUCH, Buckskin, Kammgarn, CHEVIOT etc. Meter 2-15 Mark.
Auf Wunsch Lieferung aller erforderlichen Futterstoffe und Zutaten.
Versand durchaus reell!
Beweis: ca. 5000 Anerkennungsschreiben aus dem Kundenkreise.
CHRISTIAN GÜNTHER
Tuchversandgeschäft
LEIPZIG-PLAGWITZ

Deutscher Krug.
Antisemiten-Kneipe. Ehemnitz.
Lohgasse 3, Parterre und 1. Etage.
Aufenthalt:
Böhmisch, Lichtenhainer, Tuchersches Dunkel und Bischorbräu.
Speisen vorzügl. Flotte Bedienung.
Hochachtungsvoll **Emil Krug.**

Weltruf
haben weltf. Fleischwaaren
feinste weltf. Schinken 0.90 „ 1.20
„ „ Cervelatwurst 1.20 „ „ „
„ „ Schinkenwurst 1.15 „ „ „
„ „ Blockwurst 1.10 „ „ „
„ „ Mettwurst 0.90 „ „ „
beste Räucherungsart
Garantie Zurücknahme
J. Bartscher, Nienberg, Weser.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe in Berlin NW. 5, Stendalerstr. 1.
Druck: G. Reusche in Leipzig.

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Leipzig, 17. Februar 1898. Nr. 496.

Ansprache des Abg. Liebermann von Sonnenberg auf der Generalversammlung des Bundes der Landwirte

im Zirkus Busch zu Berlin am 14. Februar 1898.

(Nach einem autorisierten Stenogramm.)

Meine verehrten Freunde und Herren! Es ist für mich alljährlich ein Erholungstag, wenn ich hierher kommen und ein paar Worte zu Ihnen sprechen darf, die Sie aus allen Gauen unseres Vaterlandes hierher geeilt sind. Wenn ich im Reiche an Orten auftrete, wo man mich noch nicht kennt, höre ich nach den Versammlungen manchmal, daß man vorausgesetzt hätte, ich würde mehr auf die Juden schelten. Hier in dieser Versammlung brauche ich mich mit diesem unerquicklichen Thema überhaupt nicht zu beschäftigen, das besorgen jedesmal und auch heute meine verehrten Vorredner in ausgiebigstem Maße.

(Große Heiterkeit!)

Der Bund der Landwirte hat rasch die Kinderschuhe ausgezogen, in denen er während seines Entstehungsjahres noch steckte. Damals hat man den Schlagworten „Toleranz" und „Humanität" noch so weit Einfluß eingeräumt, daß man auch Mitglieder aufnahm, deren Vorfahren von den Ufern des Jordans stammten. Man hat bald genug eingesehen, daß es ebenso verkehrt wäre, Toleranzrücksichten auf die zu nehmen, die unser deutsches Volk aussaugen, vornehmlich unsere Bauern aussaugen und von Haus und Hof jagen, als wenn man die Reblaus, den Koloradokäfer, die Trichine und die berühmte Schildlaus der Obhut des Tierschutzvereins anempfehlen wollte.

(Stürmisches Bravo!)

Die Stimmung in diesen Versammlungen beweist alljährlich, daß der Antisemitismus der Boden ist, auf dem sich eine praktische Politik der Sammlung uns West setzen läßt.

(Bravo!)

Mein verehrter Herr Vorredner, Herr von Loën, hat es beklagt, daß hier in Berlin so wenig Mitglieder des Bundes der Landwirte vorhanden seien. Da könnte Abhilfe geschaffen werden. Zahlreiche meiner Parteigenossen würden sich wohl bereit finden lassen, in den Bund einzutreten. Aber die „Politik der Sammlung" in Berlin müßte dann etwas anders betrieben werden als es auf dem letzten Parteitage der Berliner Konservativen erfolgt ist.

(Sehr richtig!)

Als ich heute aus unserem Reichstagsrunkhau am Königsplatz hierher ging, fiel mein Blick im Vorübergehen noch auf zwei große Glasbilder im Treppenhause des Portals 5. Das eine stellt zwei Idealgestalten in germanischer Tracht dar, die mit innig ineinandergeschlungenen Händen sich treu und liebevoll in die Augen schauen. Zu ihren Füßen schnäbelt sich ein Turtelstaubenpaar und Schalmeien blasende Engelsköpfe bilden den Rahmen. Darüber steht der bekannte lateinische Spruch, der in deutscher Übersetzung lautet: Durch Einigkeit wachsen die kleinsten Sachen. Das Gegenstück dazu stellt einen Mann in roter Tracht dar, der mit gezücktem Dolch in der Hand sich von einer Frauengestalt abwendet, die mit wutverzerrten Zügen vor ihm steht. Ein Kampfhahn bläht zu ihren Füßen sein Gefieder, eine grüngoldige Schlange mit einem Teufelskopf ringelt von einem danebenstehenden Baum herab und grinsende Teufelsfratzen umrahmen das ganze Bild. Hier lautet der Sinnspruch: Durch Zwietracht werden die größten Sachen zerstört. — Wenn ich ab und zu Freunde und Bekannte durch unsere Prunkräume führe, habe ich mir wohl manchmal den Scherz gestattet, zu sagen, das Bild Nr. 1 stelle den Traum von der großen liberalen Partei vor, das Bild Nr. 2 vergegenwärtige das zur Zeit bestehende Verhältnis zwischen dem Freisinn männlicher und weiblicher Richtung, zwischen Wasserstiefeln und Wadenstrümpfen, zwischen Eugen und Heinrich.

(Große Heiterkeit!)

Ja, m. H., an uns ist es aber, sich zu hüten, daß jene Deutung nicht am Ende auch auf uns angewendet werde. Man hat seit etwa Jahresfrist mit Schlauheit und leider nicht ohne Erfolg versucht, Zwietracht zu säen zwischen nahestehenden Parteien. Ein gewisser Ring — hat sich gebildet, der Verleumdungen und Beschimpfungen über die Partei verbreitet, der ich anzugehören die Ehre habe, und ich muß daher die gebotene Gelegenheit benutzen, hier ein Wort der Verteidigung zu sagen. Es ist nicht wahr, daß ich jemals den Satz ausgesprochen habe, man solle lieber freisinnig als konservativ wählen. Und doch ist diese Umwahrheit durch eine Unzahl von Zeitungen gegangen und hat viel böses Blut erregt. Wenn ich aber nach der Quelle frage, weiß sie mir niemand anzugeben. Ein solcher Satz würde ausdrücklich den Anschauungen widersprechen, in denen ich aufgewachsen und erzogen bin. Ich nehme aber auch für die ganze deutschsoziale Reformpartei in Anspruch, daß sie durchaus auf dem Boden christlicher Weltanschauung und staatserhaltender Politik steht. Wir dürfen von uns mit demselben Recht dasselbe Wort sagen, was sich in einer Resolution des konservativen Dresdner Parteitages findet: „Unsere Partei will erhalten, aber nicht alles was ist, sondern nur was gut ist." Erhalten wollen wir die alten guten Grundlagen, auf denen unser mächtiger Staatsbau bisher fest und sicher geruht hat. Es ist eine schöne Aufgabe, die sich der Bund der Landwirte gestellt hat, als Vermittler auftretend zwischen den gleichartig strebenden Parteien. Dieser Versuch kann viel Segen stiften, wenn er von Erfolg begleitet ist. Er kann aber auch die Verwirrung erhöhen und dem Vermittler selber die schlimmsten Angriffe von beiden Seiten zuziehen, wenn er mißglückt, und darum muß diese Vermittlung im Geiste streng abwägender Gerechtigkeit und mit großer Vorsicht geübt werden. Man spricht gegenwärtig so viel von einer Politik der Sammlung, und auch der Bund der Landwirte hat heute diese Parole aufgenommen. Aber es werden mitunter seltsame Dinge unter dieser Flagge getrieben. Blicken Sie hin nach dem Königreich Sachsen. Dort sind im Jahre 1893 rund 590000 Stimmen abgegeben. 270000 entfielen allein auf die Sozialdemokratie, 30000 auf die freisinnige Volkspartei, die man als Bundesgenossin der Sozialdemokratie im allgemeinen bezeichnen kann — wenigstens für die Stichwahlen. Die Deutsch-Konservativen haben 126000, die Frei-Konservativen 21000, die Nationalliberalen 49000 Stimmen erhalten. Auf Kandidaten der Antisemiten entfielen 93000 Stimmen. Viele tausende antisemitischer Stimmen sind außerdem wegen der damaligen politischen Lage schon im ersten Wahlgange für die Konservativen abgegeben. In Sachsen nennt man es nun Politik der Sammlung, wenn man diese 93000 Stimmen planmäßig ausschließt von einer Vereinigung aller staatserhaltenden Parteien.

(Unruhe und Rufe des Erstaunens.)

Ja, m. H., in der „Schles. Ztg." und in den „Dresdner Nachrichten" konnte man ausdrücklich lesen, die Antisemiten sollten zu den Sozialdemokraten abgedrängt werden, wohin sie eigentlich auch gehörten. M. H., das nennt man eine „Politik der Sammlung"! Da hat der Bund eine schöne, dankenswerte Aufgabe, Ordnung zu schaffen; wenn das geschehen ist, wird überhaupt ein friedlicher Zustand zwischen den verwandten Parteien sich wiederherstellen lassen. Wir bitten also den Bund nicht, — um Hilfe und Unterstützung, sondern um gerechte Ausübung seiner Vermittlung. Wir beabsichtigen nicht, unter die Fittige des Bundes zu kriechen. Wir wollen uns auch nicht an den Schweif des Pferdes klammern, auf dem Herr von Ploetz, wie ein Bild des „Kladderadatsch" es darstellt, in den Reichstag

Digitized by Google

reitet, sondern wir verlangen nur, daß uns unser Recht werde. „Ein Feigling, wer nicht um sein Recht kämpft", hat Herr Dr. Oertel vorhin gesagt, das ist auch unsere Meinung!

(Großer Beifall!)

Ich gebe, ebenso wie der Führer der Konservativen auf dem Dresdner Parteitage, hiermit das Versprechen, daß unsere Partei nur Kandidaten aufstellen wird, die für alle Bundesforderungen einzutreten bereit sind, und wir werden dies Versprechen so treu erfüllen, wir wir es bisher gethan haben und wie es auch von seiten des Bundes öffentlich anerkannt ist. Wir können diese Zusage leicht und mit gutem Gewissen geben, denn unsere Partei hat diese Forderungen schon im politischen Leben jahrelang vertreten, ehe der Bund entstand.

Auf die uns vorgeschlagene Resolution komme ich noch zurück und wende mich nun zu einigen allgemeinen Betrachtungen. Es ist von dem Herrn Direktor des Bundes mit Recht gewarnt worden, man solle den Umschlag, der sich in leitenden Kreisen zu Gunsten des Bundes vollzogen zu haben scheint, nicht zu hoch bewerten, so lange das praktische Entgegenkommen fehlt. Es ist wahr. Das Kräutlein „Vertrauen" fängt wieder an, im Herzen des Volkes Wurzel zu schlagen und ringt sich schüchtern zum Tageslicht empor. Aber die zarte Pflanze braucht, um zu gedeihen und zu erstarken, um voll aufzublühen und Frucht zu tragen, nicht nur den lauen Frühlingswind freundlicher Worte vom Regierungstische, sondern auch befruchtenden Regen und warmen Sonnenschein rettender Thaten.

(Stürmischer Beifall!)

Darum wiederhole ich die Warnung des Herrn Dr. Hahn: kein vorzeitiges Entgegenkommen.

Es wundert mich, daß man noch immer hüben und drüben nach einer wirksamen Wahlparole sucht, ich meine, eine Wahlparole, auf die sich die Landwirtschaft und der gewerbliche Mittelstand einigen könnte, müßte lauten: Kampf um die Reichsbank. — Im nächsten Reichstage wird es sich entscheiden, ob die Reichsbank in ihrer gegenwärtigen Verfassung erhalten bleiben soll, oder ob sie zu einer wirklichen Staatsbank umgeformt wird, die mit Staatsmitteln arbeitet, deren Gewinne dem gesamten Staate zu gute kommen und deren Neugestaltung so beschaffen sein muß, daß sie dem Kreditbedürfnis aller Gruppen des deutschen Mittelstandes nützlich und förderlich ist. In ihrer heutigen Verfassung dient sie nur großkapitalistischen Interessen. Der Staat hat die Verkehrsmittel — Post, Telegraphie und Eisenbahnen — verstaatlicht. Aber das größte Verkehrsmittel ist und bleibt das Geld, und Israels Macht besteht heute nur noch durch das Geld. Die Verstaatlichung der Reichsbank wäre der erste Schritt dazu, die unheimliche jüdische Weltmacht zu brechen und den Staat wieder einzusetzen in das Mänzhoheitsrecht, das ihm gebührt. Man predigt heute so viel von einer Interessengemeinschaft der Großindustrie und der Landwirtschaft. Das ist nicht ganz unrichtig, denn alle Berufsgruppen in einem Staate haben schließlich einige Berührungspunkte und einige gemeinsame Interessen. Aber die deutsche Landwirtschaft hat hundertmal mehr gemeinsame Interessen mit dem gewerblichen Mittelstande, mit dem Handwerk und dem kleinen und mittleren Kaufmannsstande als mit der Großindustrie.

(Beifall und Zustimmung.)

Ich würde es für ein Unglück halten, wenn die deutsche Landwirtschaft als Preis für ein Wahlkartell mit der Großindustrie Verzicht auf die Verstaatlichung der Reichsbank leistete. Dabei wären alle Vorteile auf Seiten des industriellen und mobilen Kapitals.

Ich komme zum Schluß. Die beiden ersteren Punkte der Resolution*), die uns vom Vorstande des Bundes vorgeschlagen wird, können wir alle — auch meine politischen Freunde — gern annehmen. Ich rate auch zur Annahme des dritten Punktes und verspreche gern für meine Partei, daß wir nicht in übertriebener Weise parteipolitische Gegensätze betonen werden. Aber ich setze dabei voraus, daß der Bund nunmehr auch seinen ganzen Einfluß einsetzen wird, um die schon erfolgten unberechtigten Einbrüche in unseren Besitzstand rückgängig zu machen und neue Einbrüche zu verhindern. Dann wird es auch uns möglich sein, die in der Resolution ausgesprochene Mahnung zu befolgen. Ich bin aber zu alter Politiker, um mich übertriebenen Hoffnungen in dieser Beziehung hinzugeben und darum sage ich, daß, wenn es dem Bunde bei allem guten Willen nicht gelingen sollte, eine friedliche Einigung der streitenden Parteien herbeizuführen, er am zweckmäßigsten handeln würde, Neutralität zu bewahren, was ihm — recht verstanden — eigentlich durch seine Satzungen geradezu vorgeschrieben ist. Dadurch wird unnötige Verbitterung vermieden und es wird sich dann immer noch eine Verständigung von Fall zu Fall oder Landschaftsweise erzielen lassen, wie das in erfreulichster Weise an verschiedenen Stellen bereits geglückt ist.

Ich komme zum Schluß und erkläre, meine Partei ist bereit, einem Ausgleich zuzustimmen, bei dem wir nicht in unserm Recht geschädigt werden. Im übrigen wird für den bevorstehenden Wahlkampf unsere Losung sein:

Wer Gott vertraut,
Fest um sich baut,
Kann nicht zu Schanden werden.
(Stürmischer, wiederholter Beifall!)

*) I. Im Gegensatze zu Kundgebungen, die zu einer Politik der Sammlung auffordern, ohne bestimmte und klare Ziele erkennen zu lassen, vertritt der B. d. L. die Politik einer Sammlung, die zur Stärkung Deutschlands im Innern wie nach außen den Schutz der gesamten vaterländischen schaffenden Arbeit gegen unvölkischen Wettbewerb und ihländische Ausbeutung erstrebt. Er verlangt die Wiedergewinnung einer erträglichen Konkurrenzlage für die deutsche Landwirtschaft gegenüber dem Auslande und die Wiederherstellung gesicherter Existenzbedingungen für den in Landwirtschaft, Gewerbe und Handel in gleicher Weise in seinem Dasein bedrohten Mittelstand.

II. Die bisherige unsichere und schwankende Haltung unserer Regierungen in wirtschaftlichen Fragen erfordert mehr als je starke Majoritäten im Reichstage wie in den deutschen Landesvertretungen, die auf dem Boden einer nationalen Wirtschaftspolitik stehen.

III. Um bei den nächsten Wahlen solche Mehrheiten zu erzielen, ist der Zusammenschluß aller derer, die auf diesem Boden stehen, dringend erforderlich. Der B. d. L. richtet deshalb an die politischen Parteien, die seinen Bestrebungen nahestehen, die Aufforderung, die Politik der Sammlung des B. d. L. wirksam zu unterstützen und die bevorstehenden Wahlen nicht durch übertriebene Betonung parteipolitischer Gegensätze und durch unberechtigten Einbruch in solche Wahlkreise nahestehender Parteien zu gefährden, die zur Zeit im Sinne des B. d. L. wirtschaftspolitisch gut vertreten sind.

Digitized by Google

An der Generalversammlung des Bundes der Landwirte nahmen auch die Abgg. Istraut, Liebermann v. Sonnenberg, Lotze und Müller (Waldeck) teil.

Die „Konservative Korrespondenz“ erlaubt sich, uns ein Blatt von „beschämend niedrigem Niveau“ zu nennen. Unsere kurze Bemerkung in voriger Nummer (an der Spitze der Beilage) über den Dresdner Parteitag der Konservativen gab dem offiziellen Organ der konservativen Partei Anlaß zu dieser Schmähung. Mit Recht sagt die „Tägl. Rundsch.“ dazu: „Daß derselbe Gedanke zugleich von Vielen anderen bedeutenden nichtkonservativen Blättern ausgesprochen worden ist, verschweigt das konservative Organ nebenbei.“ Wir aber möchten statt langer Erwiderungen hier nur wiederholen, daß die konservative „Elbinger Ztg.“ erst kürzlich die „Kons. Korr.“ „das am schlechtesten redigierte Blatt Europas“ nannte.

Prenzlau. Eine stark besuchte Vertrauensmänner-Versammlung unseres Wahlkreises beschloß am 15. d. M. einstimmig, Herrn O. H. Böckler (Berlin) als Kandidaten unserer Partei aufzustellen. Der mit Herrn Christoffers (Berlin) als Vertreter des Provinzialverbandes anwesende Herr Böckler hielt vor der Abstimmung einen ausführlichen Vortrag über das Programm der deutschsozialen Reformpartei.

Ochsmersleben. Der Landrat von Hasselbach hatte in einer konservativen Versammlung den Antisemitismus als den größten Feind bezeichnet. Infolgedessen veranstaltete der Landesverband der deutschsozialen Reformpartei am 13. d. M. hier eine Versammlung, in der Herr Redakteur Kreutz (Magdeburg) unter Leitung des Herrn Kaufmann Hübner das Programm dieses „größten Feindes“ erläuterte. Die Zuhörer schienen entgegengesetzter Ansicht zu sein als der Herr Landrat, denn sie spendeten dem Redner wiederholt Beifall!

Erfurt. Am letzten Sonntage war hier eine Zusammenkunft der Vertrauensmänner der Nationalliberalen, Konservativen und deutschsozialen Reformpartei einberufen, die über die Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten für die nächste Reichstagswahl beraten sollte. Den Verlauf der Besprechung konnte jeder Kundige beim Betreten des Saales voraussehen. Trotzdem der betreffende Aufschub Einladungen in gleicher Anzahl an sämtliche Parteien versandt hatte und obwohl die Karten den Vermerk trugen „Nur diese Einladung berechtigt zum Eintritt“, standen ungefähr 120 Konservative je 25 Nationalliberalen und Antisemiten gegenüber. Der Konservative Verein hatte nämlich besondere Karten drucken und einen Vortrag des Abg. Jacobskötter ankündigen lassen. Natürlich wurde dieser Herr mit „großer Mehrheit“ zum Kandidaten gewählt; im Namen der Vertreter der deutschsozialen Reformpartei erklärte darauf Herr H. Kunzhals (Suhl), daß seine Partei diesen Beschluß nicht anerkennen und in der Person des Herrn W. Schad (Hamburg) einen eigenen Kandidaten aufstelle. Und die Nationalliberalen brachten, obwiert über die Machtmache der Konservativen, eine Entschließung, die „auf das Entschiedenste das Vorgehen einiger Vorstandsmitglieder des Konservativen Vereins“ mißbilligt. Diese Entschließung fand Annahme und damit war der erste Akt dieser eigenartigen „Politik der Sammlung“ zu Ende.

Meißen. Eine Vertrauensmänner-Versammlung unserer Partei, der auch der Abg. Zimmermann beiwohnte, stellte für unseren Wahlkreis einstimmig Herrn Gutsbesitzer G. Gäbel (Kleissig) als Kandidaten auf. Der Beginn der Agitation gegen den von konservativer Seite uns entgegengeschleuderten Abg. Sachße, der in seinem jetzigen Wahlkreise kein Aussicht auf eine Wiederwahl hat, wird nicht lange auf sich warten.

Meiderich. Auf einen großen Erfolg kann unsere Partei zurückblicken. Der am 13. veranstaltete Vortrag des Herrn Dr. König (Witten) über das Thema „Wen wählen wir bei der nächsten Reichstagswahl?“ war sehr gut besucht. Redner verstand es vorzüglich, den Standpunkt der deutschsozialen Reformpartei und das schmutzige Verhalten der Nationalliberalen in unserem Wahlkreise klarzulegen. Die von Herrn Bodenkerk (Duisburg) geleitete Versammlung hat unseren Kandidaten sehr viele Sympathien erworben.

Küstrin. Mehr als fünfhundert Personen hatten sich am 10. d. M. im „Gesellschaftshaus“ eingefunden, um die Vorträge des Abg. Zimmermann und des Herrn Oberweister E. Bed (Berlin) anzuhören. Abg. Zimmermann beleuchtete in wirksamer Weise die Zustände, die zur Entstehung der deutschsozialen Reformpartei geführt haben und bat unter lebhaftem Beifall zum Schluß, bei den nächsten Wahlen Herrn Bed die Stimme geben zu wollen. Dieser unterwarf namentlich die konservative, freisinnige und sozialdemokratische Partei einer kurzen Kritik, betonte, daß er lange Jahre hindurch konservativer Vertrauensmann gewesen, aber durch die gouvernementalen Fehler, die die Konservativen auch noch heute machen, zu der Überzeugung gekommen sei, durch die konservative Lauheit könne für den Mittelstand nichts erreicht werden. Mehrere Beispiele aus seiner eigenen Praxis verdeutlichten die Ansicht, daß noch viel in sozialreformatorischer Beziehung zu schaffen sei und dem Handwerker und kleinen Gewerbetreibenden mit gesetzgeberischen Maßregeln zur Hand gegangen werden müsse, um die Schmutzkonkurrenz, Schwindelbazare usw. erfolgreich zu bekämpfen. Die Versammlung dankte beiden Rednern für ihre übergegangenen Worte durch Erheben von den Sitzen.

In **Bromberg** fand am 8. d. M. eine sehr stark besuchte, von der deutschsozialen Reformpartei einberufene Wähler-Versammlung statt, worin der Abg. Liebermann von Sonnenberg einen zweistündigen, sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über die bevorstehenden Reichstagswahlen hielt. Der Vorsitzende, Herr Neumann, erklärte, die deutschsoziale Reformpartei sei bereit, zu Gunsten eines gemeinsamen deutschen Kandidaten auf eine eigene Kandidatur zu verzichten und stelle nur die Forderung, daß der Kandidat sich verpflichte, für eine Grenzsperre gegen Judeneinwanderung zu stimmen. Die Versammlung stimmte dem zu. Nur der Vorsitzende der Nationalliberalen, Prof. Wiesener, erhob Bedenken gegen diese „extreme Forderung“, die in der Schärfe eine Absplitterung freisinniger Stimmen herbeiführen würde und ließ keinen Zweifel darüber, daß er damit die freisinnigen Juden meinte. Abg. von Liebermann betonte, es handle sich um eine nationale Forderung und man könne von seiner Partei nicht verlangen, daß sie sich mit den Juden gegen die Polen verbinden solle. — Unter den Klängen des Liedes „Deutschland über alles“ trennte sich die Versammlung.

Hamburg. Neunzehn Versammlungen hielt die deutschsoziale Reformpartei vom 7. bis einschl. 14. d. M. ab, um den Wählern ihre Kandidaten für die am 15. stattfindenden Bürgerschaftswahlen vorzustellen. Hauptredner waren die Herren F. Raab, Alfr. Jacobsen und Rechtsanwalt Edm. Jacobsen.

Wegen groben Unfugs denunzierten die Juden in Mannheim und Hannover den Schriftleiter des „Deutschen Volksboten“, Herrn F. Goebel, und Herrn Apotheker Ad. Oehlmann (Wülfel). Dieser ist sogar noch der Beleidigung und des unlauteren Wettbewerbes beschuldigt. Verletzt fühlen die Herren Juden sich durch die Weihnachtsflugblätter, die von den Denunzierten verantwortlich gezeichnet waren.

*

Versammlungskalender. Herr Obermeister L. Schumann spricht am 19. in Ströbed, am 20. in Halberstadt, am 21. in Hamersleben, am 22. in Ottleben, am 23. in Hornhausen und am 24. in Heudeber; Abg. Werner spricht am 20. in Bergen (Kr. Hanau); Herr Fröllich (Potsdam) spricht am 20. in Teltow.

Notiz.

Hofprediger Stöcker wurde, nachdem er in Greiz in zwei Versammlungen gesprochen hatte, von dem regierenden Fürsten von Reuß ä. L. in einer längeren Audienz empfangen.

Die Mitteilungen aus dem Vereine zur Abwehr des „Antisemitismus“ sind von Professor L. Landau zu einer Berichtigung veranlaßt, wonach es thatsächlich unrichtig ist, daß die Juden aus der „Berliner gynäkologischen Gesellschaft“ ausgetreten sind, nachdem zweien ihrer Stammesgenossen die Aufnahme in den Verein versagt wurde. (Vgl. die Notiz in Nr. 494.) Die Aufregung der Anti-Anti-Mitteilungen über die „konfessionelle Medizin“ und die Verhunzung der deutschen Sprache war also überflüssig.

Freisinn und Sozialdemokratie. Um die Unterstützung der Sozialdemokratie bei der Stichwahl hat der Kandidat der freisinnigen Volkspartei für den Wahlkreis Bitterfeld-Delitzsch, Herr

Digitized by Google

Kammergerichtsrat Dr. Müller (Berlin), in einer Versammlung zu Gräfenhainichen. Dafür stellte er die freisinnigen Stimmen zur Verfügung, falls der „Genosse" in die engere Wahl kommen sollte. Dieser kgl. preußische Richter stellt sich damit würdig dem kgl. preußischen Professor Stengel zur Seite, der 1895 in Eschwege-Schmalkalden-Wibenhausen öffentlich zur Wahl des „Genossen" Huhn gegen den Pfarrer Jäkrout aufforderte.

Firmen-Verschleierung. Das Amtsgericht zu Wetzlar macht am 28. Januar bekannt: „In unser Gesellschaftsregister ist heute unter Nr. 99 die offene Handelsgesellschaft Eduard Gerth u. Co. mit dem Sitze in Wetzlar eingetragen worden. Die Gesellschaft hat am 24. Januar 1898 begonnen. Gesellschafter sind: Kaufmann Ludwig Lazarus und Kaufmann Eduard Gerth, beide in Wetzlar." Schon am 30. Januar folgten nachstehende Veröffentlichungen: „1. In das Gesellschaftsregister des unterzeichneten Gerichts ist bei Nr. 99 betr. Firma Eduard Gerth u. Co. in Wetzlar eingetragen: Die Gesellschaft ist durch das Ausscheiden des Kaufmanns Gerth hier und in Folge Übereinkunft der beiden Gesellschafter aufgelöst. Kaufmann Ludwig Lazarus setzt das Handelsgeschäft unter unveränderter Firma fort. 2. In das Firmenregister ist heute unter Nr. 268 die Firma Eduard Gerth u. Co. hier und als Firmen-Inhaber Kaufmann Ludwig Lazarus hier eingetragen worden." Ist hier die Meinung nicht berechtigt, daß das ganze etwas umständliche Verfahren in Szene gesetzt ist, um Herrn Ludwig Lazarus zur bequemen Verstecken seines alttestamentlichen Namens zu verhelfen? Gegen solche unlautere Machenschaften kann nur auf gesetzlichem Wege Abhilfe geschaffen werden.

Briefkasten der Schriftleitung.

Hechingen. Der uns freundlichst eingesandte Artikel „Hechinger Juden und ihre Moral" eignet sich nicht zur Aufnahme in unser Blatt. Er enthält zu wenig thatsächliche Angaben. Uebrigens würden unsere Leser aus Ihren Schilderungen nichts neues erfahren. So treiben es die Juden leider aller Orten. Wenn Sie uns aber positives, beweisbares Material schicken, also etwa die Namen der Hechinger Juden, die wegen Sittlichkeitsvergehen verurteilt sind und den Thatbestand jener Vergehen mitteilen, dann wollen wir es gern bringen. Von Interesse wäre es auch, die Namen der Personen aus der sogenannten „besseren Gesellschaft" kennen zu lernen, die mit derartigen Juden verkehren. — Brachten Sie, bitte, doch sich unsere Schriftstellung in Berlin befindet.

Herr Georg Schneider, Reichenbach (Odenwald). Ihre freundl. Sendung haben wir erhalten. Herr v. L. kommt bald nach Süddeutschland und hofft Sie dann zu sprechen.

O. P., Bornheyden. Frdl. Dank für das Eingesandte.

Alte Pink, Göttingen. Wird benutzt. Heil!

Brehmer Verden. Tausche sehr gern um.

Bernberg, Bielefe. Ihre Mitteilungen zu Zeit und Rücksichten auf den event. Kürzer bedauere ich Ihren Wünschen betr. Adressen nicht nachkommen zu können.

Nachtrag.

Leipzig. Am 24. d. M. spricht Herr Schriftleiter Belcker aus Dresden im großen Saale der „Centralhalle" zu Leipzig. Näheres wurde uns bis zum Schlusse dieser Nummer vom Vorstande des Reformvereins nicht mitgeteilt.

Café Merkur
Leipzig
An der Pleisse 8.
200 Zeitungen, Depeschen und Kurzberichte, Städte-Adressbücher v. Berlin, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Hamburg-Altona, Halle a/S., Paris, sowie Handels-Adress-Bücher aller größeren Staaten liegen zur gefl. Benutzung aus.
Jeden Vormittag Frühstück a. Patentes.
Hochachtungsvoll
W. Rühlemann.

Deutsche Schänke von Ad. Klemm
Leipzig, Poststraße 20
empfiehlt kräftigen Mittagstisch und gute Biere.

Deutscher Krug.
Antisemiten-Kneipe, Chemnitz.
Lohgasse 3, Parterre und 1. Etage.
Ausschank:
Böhmisch, Bichtenhainer, Tucherisches Dunkel und Pschorrbräu.
Speisen vorzügl. Flotte Bedienung.
Hochachtungsvoll Emil Krug.

Wein-Groß-Handlung,
Import von Rum, Arrac, Cognac,
von
Jede Flasche trägt diese Etiquette als Schutzmarke.
Schmitz & Co.
Berlin NW., 7 Stendaler Straße 7.
Fernsprecher: Amt Moabit 1370.
Gegründet 1877.
Lager u. Büro: Rheine a. Ems, Bahnhof, 2. Hauptgeleise, 2. Haus links.
Versender von Rum, Arrac, Cognac, Weine und Likören, sowie künstlichen und natürlichen Mineralwässern, Limonaden, Bier, Cigarren und Tabak.
Preislisten und Proben gratis und franko.
Vertreter gesucht.

Hotel Stadt Nürnberg
Bayerische Straße 8—10
in unmittelbarer Nähe des Bayr. Bahnhofs, der Straßenbahn-Verbindung nach allen Stadtteilen.
Mein Hotel ist mit allen der Neuzeit entsprechenden Einrichtungen ausgestattet; Zimmer mit vorzüglichen Betten und elektrischem Licht; aufmerksame Bedienung, breite Küche und gepflegte Getränke.
Zugleich empfehle ich meine großen Räumlichkeiten, Saal und Wintergarten, ebenfalls auf das freundlichste ausgeschmückt, zur Abhaltung von Festlichkeiten aller Art.
Zur Unterhaltung meiner Gäste wie zum Besuche für jedermann habe ich in diesem Jahre das Dreschler-Theater für mich und zu genießen gewußt. Näheres über die Vorstellungen bitte aus den Tagesberichten, Anschlagsäulen usw. zu entnehmen.
Hochachtungsvoll
G. Hoffmeister.

Weltruf
haben weltf. Fleischwaaren
feinste weltf. Schinken 0.90 M. p. Pfd.
„ „ Cervelatw. 1.20 „ „ „
„ „ Zungenw. 1.15 „ „ „
„ „ Plockw. 1.10 „ „ „
„ „ Mettw. 0.90 „ „ „
(beste Mischung).
Garantie Zurücknahme
J. Bartscher, Nienberg, Weltf.

Wilhelm Boetzkes
Rheinisches Tuchhaus, ◆ Düren I, ◆ Bezirk Aachen,
versendet zu den billigsten Preisen die berühmten, vielfach ausgezeichneten Aachener und Dürener Tuchwaren, sowie andere deutsche und engl. bewährte Herrenstoffe.

Die neuen Muster	3 m Cheviot	Cat. M	Elegt. Mass. M
werden sofort, Hin- und Rückporto frei,	3 „ Loden-Chev.	47	10.90
eingesandt, damit jedermann sich ohne	3 „ Kammgarn	48	12.75
Kosten von der Güte und Billigkeit über-	3 „ Melton	60	14.90
zeuge. Man schreibe eine Postkarte.		bis 12 M. der Meter.	Jedes Maß.

Beim Bezuge bitte man besonders die Qualität.

Für meine Schwester (25 Jahre; 1 Jahr in Frankreich in Stellung) suche ich in gutem deutschen Hause Stelle als Stütze der Hausfrau, womöglich mit Gelegenheit, sich in der feinen Küche auszubilden.
Familien-Anschluß erwünscht; auf Gehalt wird unter Umständen verzichtet.
Gefällige Anerbieten Künzleau, Polstad 25, (Württemberg).

Kohlen, Koks und Brikets
für Hausbedarf liefert jede Quantität
A. M. Reimann,
L.-Reudnitz-Neufelb.
Teleph.-Amt I, Nr. 1943.
Äußere Tauchaer Straße 19.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe in Berlin NW. 5, Stendalerstr. 1.
Druck: G. Reusche in Leipzig.

Digitized by Google

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Leipzig, 24. Februar 1898. Nr. 497.

Die „Konservative Korrespondenz",

das, nach dem öffentlich abgegebenen Urteil eines konservativen Zeitungs-Fachmannes „am schlechtesten redigierte Blatt Europas" wurde neulich von der „Täglichen Rundschau" (Nr. 38 vom 15. Febr.) in derber und gleichzeitig gebührend verächtlicher Form folgendermaßen zurechtgewiesen:

> Die „Konservative Korrespondenz" fühlt wieder einmal das Bedürfnis, ihrer Feindseligkeit gegen uns Luft zu machen, und zwar nach gewohnter Art mittels einer boshaften Entstellung. Unsere „Zeitungsschau" in Nr. 36, die eine Übersicht über die am vorigen Freitag Morgen vorliegenden Preßstimmen giebt, enthielt folgende Stelle:
>
> Die „Deutsch-sozialen Blätter" beziehen sich noch mit einer kurzen Bemerkung über den konservativen Parteitag: „Der Gesamteindruck, den die Verhandlungen auf uns gemacht haben, läßt sich etwa wiedergeben durch das bekannte Wort, das einem älteren Manneffel in den Mund gelegt wird: „Der Starke weicht mutig einen Schritt zurück."
>
> Die „Deutsch-sozialen Blätter" sind bekanntlich das Organ des einflußreichsten und rührigsten Führers der deutsch-sozialen Reformpartei, des Herrn Liebermann von Sonnenberg; sie erscheinen wöchentlich einmal und gelangen jeden Freitag Morgen in unsere Hände. Es war also ganz selbstverständlich, daß wir das Urteil dieses Blattes über den konservativen Parteitag in dem Teil unserer Zeitung erwähnten, der dazu bestimmt ist, dem Leser fremde Preßstimmen vorzuführen, gleichviel welche Stellung dazu zu nehmen ist, und das um so mehr, als wir an derselben Stelle die Äußerungen des „Reichsboten", der „Kreuzzeitung", der „Hamburger Nachr.", sowie natürlich auch der wichtigsten nichtkonservativen Blätter bereits ohne jeden Kommentar gebracht hatten. Höchstens hätte sich Herr Liebermann v. Sonnenberg über uns beschweren können, daß wir nur seinen zusammenfassenden Schlußsatz abgedruckt, dagegen die vorhergehenden Unfreundlichkeiten über die konservative Partei verschwiegen haben. Die „Kons. Korr." nun sagt diesen einfachen Sachverhalt in folgender niederträchtigen Weise gegen uns aus: Sie schilt zuerst auf die „Deutsch-sozialen Blätter" als ein Blatt von „beschämend niedrigem Niveau" und giebt dann dessen Äußerung über den konservativen Parteitag unverkürzt wieder, — wie es heißt: „zur Erhellerung der Parteistgnstellnehmer", diese verbrauchte Phrase nämlich liebt die „Kons. Korr." in ihrer Polemik sehr, wenn sie dem Gegner nichts Ernsthaftes zu erwidern weiß. Dann fügt sie hinzu: „Diese hervorragende Leistung, — die, so viel wir feststellen konnten, nur von einem Blatte, nämlich von der „Täglichen Rundschau" ernst genommen worden ist — u. s w." Der Leser der Korrespondenz soll also den Eindruck erhalten, das wir jene ganze Auslassung der „Deutsch-sozialen Blätter" übernommen und besprochen hätten: auf diese Weise sollen wir in den Augen konservativer Leser für eine Äußerung von „beschämend niedrigem Niveau" mit verantwortlich gemacht werden. Daß derselbe Gedanke zugleich von vielen anderen bedeutenden nichtkonservativen Blättern ausgesprochen worden ist, verschweigt das konservative Organ nebenbei. Leider kann aber das Niveau eines Blattes nicht als Maßstab für seine Bedeutung dienen: sonst würden wir uns nicht mit der „Konserv. Korr." zu beschäftigen haben. Die trotz ihres „beschämend niedrigen Niveaus" offizielles Organ der Partei ist. So sind wir also gezwungen, ihre Bemerkung über uns als eine Unterstellung niedrigster Charakters zu kennzeichnen, die offenbar der Absicht gemeiner Verleumdung entspringt."

Auf diese Zurechtweisung, die an Deutlichkeit kaum etwas zu wünschen übrig läßt, antwortet das parteiamtliche Organ der Deutsch-Konservativen folgendes:

> Die „Tägliche Rundschau" hat sich über unsere Bemerkung, daß sie allein in der deutschen Presse die abgeschmackte Äußerung der „Deutsch-sozialen Blätter" über den Dresdener Parteitag ernst genommen habe, sehr aufgeregt. Dazu lag gar keine Veranlassung vor. Unsere Feststellung richtete sich allein gegen das genannte antisemitische Organ; von jeder „Feindseligkeit" gegenüber der „Täglichen Rundschau" sind wir weit entfernt. Wenn dieses Blatt aber die von uns den „Deutsch-sozialen Blättern" gegenüber gebrauchte Wendung, dieses Organ stehe auf einem beschämend niedrigen Niveau, bemängelt, so scheint es die — man verzeihe die Anwendung des in diesem Falle einzig richtigen Ausdrucks — gemeinen persönlichen Angriffe, welche die „Deutsch-sozialen Blätter" gegen einzelne konservative Führer gerichtet, nicht gelesen zu haben. Uns liegt es fern, ein so geschätztes Blatt wie die „Tägliche Rundschau" mit einem „Radau"-Organ, wie die „Deutsch-sozialen Blätter", in Zusammenhang zu bringen; dieser Umstand hätte aber auch ohne die — uns übrigens völlig kühl lassenden — Unhöflichkeiten, mit denen uns die „Tägliche Rundschau" ganz unbegründeterweise bedient hat, festgestellt werden können."

Die „Tägliche Rundschau" quittiert diese „Abbitte wegen von ihr erhaltener Fußtritte" mit beredtem Schweigen. — Wir hängen den neuen Untergang gegen uns hiermit einfach niedriger und bemerken sachlich nur, daß eine schärfere Tonart gegen die konservative Partei und ihre Führer in unseren Spalten aus Gründen der Notwehr erst seit wenigen Monaten Platz gegriffen hat; die „Konservative Korrespondenz" hingegen leistet schon seit Jahren Unglaubliches in Bezug auf Verdächtigung und Beschimpfung unserer Führer. Die Mischung von Speichelleckerei und Frechheit in der obigen Auslassung der „Kons. Korr." kennzeichnet die Quelle, woraus sie geflossen ist. Das ist die Stimme des Pintes. —

Parteinachrichten.

Parlamentarisches. Über den Abg. Müller (Waldeck), insbesondere über dessen Begründung des Antrages, auf bessere statistische Überwachung der Versicherungsgesellschaften (vergl. Hauptblatt) äußert sich das christlich-soziale „Volk" in seinem Reichstagsbericht vom 16. Februar wie folgt:

> „Verletzt nicht das schwarzweiße aufschenkende Bändchen des Eisernen Kreuzes im Knopfloch des Feldzugsveteranen, so könnte man den Abg. Müller mit seinem fuchsen braunen Vollbart und seinem von der Landluft gesund gerötheten Gesicht wohl noch der jüngeren Generation zurechnen. Er spricht selten im Reichstage, meist nur zu landwirtschaftlichen Fragen, wie Margarinegesetz und dergl., dann aber mit großer Sachkenntnis und biedermännischer Ruhe, gleich weit entfernt von der agitatorischen Schärfe Zimmermanns und dem schlagenden Humor Liebermanns. Auch heute bietet er eine rein sachliche, aber gerade dadurch wirksame Auseinandersetzung über die Schäden, welche soule Versicherungs-Aktiengesellschaften anrichten. Gegen seine Gründe zu sprechen, wäre nicht nur schwer, sondern auch wenig volkstümlich, und so beeilen sich nahezu alle Parteien, von den Sozialdemokraten bis zu den Konservativen, ihre grundsätzliche Übereinstimmung mit dem Redner kundzugeben. Die von ihm verlangte staatliche Prüfung und Genehmigung der Versicherungsbedingungen erscheint plausibel und selbst seine durchaus staatssozialistische Erklärung, am liebsten jähe er es, wenn die Privatgesellschaften überhaupt verschwänden und von Reiche abgelöst würden, findet keinen erheblichen Widerspruch."

Im badischen Landtage gab der Abg. Pfisterer die Erklärung ab, daß er und sein Kollege Wampel die Forderungen für den evangelischen als auch katholischen Kultus anstandslos bewilligen würden, nicht aber die für den jüdischen Kultus, so lange nicht der Schulchan-aruch staatlich überzeugt sei. —

Digitized by Google

Im Reichstage kam es am 22. d. M. zu einem Zusammenstoße zwischen dem Abg. Istraut und den „Genossen“ Bebel und Haase, wobei vorzüglich Herr Haase sich kriegerisch in die Nessela setzte. Wir kommen auf die Angelegenheit noch zurück.

Berlin. In einer christlichsozialen Versammlung, in der Hofprediger Stöcker über die Notwendigkeit sprach, die Berliner Bewegung zu erneuern, wurde der Beschluß gefaßt: „Die Versammlung beauftragt den Vorstand, mit den Führern der Konservativen und Deutsch-Sozialen zum Zwecke eines gemeinsamen Vorgehens bei den Reichstagswahlen in Verbindung zu treten.“ Wir glauben, daß es für die deutschsoziale Reformpartei in Berlin so lange kein „in Verbindung treten“ mit den Konservativen geben kann, als diese nicht energisch gegen die Beschimpfungen Front gemacht haben, mit denen der Abg. von der Groeben auf dem Parteitage der Berliner Konservativen die Antisemiten bedachte.

Die „Kreuzztg.“ hat in einer Nachschrift zu einer längeren Berichtigung, die ihr der Abg. von Liebermann neulich hatte zugehen lassen, den geistreichen Einfall gehabt, ihre unrichtige Behauptung, die konservative Partei habe im antisemitischen Besitzstande noch keine Kandidatur aufgestellt, damit zu begründen, daß Marburg (Dr. Böckel), Neustettin (Prof. Förster) und Meisen (Abg Lieber) nicht zum Besitzstande unserer Partei gehöre, denn die betreffenden Abgeordneten seien ja aus der Fraktion ausgetreten. Mit welcher Wut würde die „Kreuzztg.“ wohl gegen den Stachel „löcken“, wenn wir etwa behaupten wollten, die Wahlkreise Fischhausen (Graf Dönhoff) und Züllichau (Abg. Uhden) seien nicht konservativer Besitzstand, weil die betreffenden Abgeordneten aus der Partei entsernt wurden. Es scheint auch so, als ob die „Kreuz-Ztg.“ von ihren eigenen Parteigenossen über politische Vorgänge in seiner Weise mehr auf dem Laufenden erhalten wird, sonst könnte sie nicht in der erwähnten Nachschrift das Entgegenkommen der Konservativen im Kreise Eilenach als so besonders rühmenswert hinstellen, weil diese dort ja stärker seien als die Antisemiten. Die in der Nachwahl auf Dr. Nösicke abgegebenen Stimmen waren nur zu einem verschwindend kleinen Teil Konservative. Wenn sich die „Kreuzztg.“ eine amtliche Wahlstatistik vom Jahre 1893 borgen will, wird sie daraus sehen können, daß bei der allgemeinen Wahl in Eilenach keine konservativen, sondern nur nationalliberale, freisinnige, Zentrums-, sozialdemokratische und antisemitische Stimmen abgegeben worden sind. Es scheint dem verehrlichen Ehsefcharakteur aber auch völlig unbekannt geblieben zu sein, daß die Eilenacher Einigung ihre Gegenleistung in der Unterstützung der konservativen Kandidaturen in den beiden anderen Kreisen des Großherzogtums Weimar gefunden hat. Unrichtig war auch die Behauptung, die Konservativen hätten sich im Kreise Ueckermünde für den deutschsozialen Kandidaten erklärt. Diese Thatsache hat sich, wie mit der „Kreuzztg.“ zu ihrer Beleyrung mitteilen wollen, erst am 20., also mehrere Tage nach jenem Kreuzzeitungsartikel vollzogen. Daß das genannte Blatt neulich eine von Fehlern wimmelnde angebliche Kandidatenliste der deutschsozialen Reformpartei aus dem Blatte des nicht zur Partei gehörenden Herrn Sedlatzek abdruckte, wollen wir nur nebenbei erwähnen, um dann der „Kreuzztg.“ eine Antwort auf die von ihr aufgeworfene Frage zu erteilen, wie man wohl die antisemitische Kandidatur im Kreise Prenzlau zu rechtfertigen suchen würde. Auf dem Parteitage in Dresden wurde auf Antrag des Grafen Limburg-Stirum eine Erklärung beschlossen, die mit folgenden Sätzen begann: „Bei den nächsten Reichstagswahlen ist überall als vornehmstes Ziel die Bekämpfung der Sozialdemokratie und ihrer Helfershelfer ins Auge zu fassen. In den Wahlkreisen ist ein Zusammengehen der Ordnungsparteien gegen die Sozialdemokraten unter voller gegenseitiger Respekterung der Selbständigkeit und des Besitzstandes der Parteien zu fördern. Wo dies nicht gelingt, ist auch in bisher nicht konservativ vertretenen Wahlkreisen, soweit es angeht, die Aufstellung von eigenen Kandidaten zu empfehlen, damit bei den Stichwahlen der Einfluß unserer Partei in die Wagschale geworfen werden kann. Wir bitten die „Kreuzztg.“, in dem obigen Zitat nur das Wort „konservativ“ durch „antisemitisch“ zu ersehen, und sie hat dann unsere „Rechtfertigung“.

Herr **Hans Erdmannsdörffer** hat angekündigt, wie die „Mitteil. aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ schon am 19. Febr. zu melden wußten, den Abg. Istraut wegen Beleidigung verklagt. Bis heute weiß der Herr Abgeordnete davon weder etwas, noch hat er irgendeine Zuschrift in dieser Angelegenheit bekommen.

Dresden. Über die kommenden Reichstagswahlen und die eigenartige Politik der Sammlung der sächsischen Konservativen sprach Herr Schriftleiter B. H. Welcker am 16. d. M. im „Kolosseum“.

Meißen. Eine von angeblich hundert Vertrauensmännern besuchte Versammlung, die Abg. Zimmermann leitete, stellte am 20 d. M. mit allen gegen drei Stimmen Herrn Gutsbesitzer G. Gäbel (Klessig) als Kandidaten der deutschsozialen Reformpartei auf. Herr Gäbel sowohl als auch Abg. Zimmermann erzielten mit ihren Ansprachen lebhafte Zustimmung.

Magdeburg. Abg. Zimmermann hielt auf Einladung des deutschsozialen Reformvereins hier vor mehr als tausend Personen einen Vortrag über die Stellung unserer Partei zur Flottenfrage. Der Herr Abgeordnete ließ keinen Zweifel darüber, daß seine Partei alles bewilligen werde, was zur Aufrechterhaltung der Größe und des Ansehens des Reiches notwendig sei. Die Ausführungen über den zersetzenden Einfluß des Judentums fanden in der von Herrn Schneidermeister Liebrecht geleiteten Versammlung lebhaften Beifall.

Halberstadt. Herr Obermeister L. Schumann (Berlin) weilt seit Ende voriger Woche zu einem zweiten Vortrag in unserem Wahlkreise. Am 19. begann er seine Agitation in Ströbeck, dem berühmten Schachspieldorfe. Die Versammlung war gut besucht und verlief zur vollsten Zufriedenheit. Die zweite Versammlung war am 20. in Harsleben, einem Vororte von Halberstadt, der hauptsächlich „Genossen“ und freisinnige Demokraten enthält. Dementsprechend war auch die Zusammensetzung der Zuhörer. Trotzdem gelang es Herrn Schumann Stimmung für uns zu machen, so daß er sicher auf eine ganze Anzahl Stimmen in dem Orte rechnen kann. Montag, den 21. d. M. fand hier in Halberstadt eine Besprechung mit den Konservativen und einigen Handwerkervertretern statt.

Aus West-Thüringen. Herr A. Sondheimer (Meiningen) hielt am 7. d. M. in Treißlagder einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über unser Programm. Da an dem Orte noch keine antisemitische Versammlung stattgefunden hatte, glaubte der Herr Schultheiß diese einfach verbieten zu können. Nach einer entsprechenden Rechtsbelehrung von unserer Seite gab aber der Herr Ortsgewaltige seine Absicht auf. —

In Melningen kam es am 18. d. M. in einer nationalsozialen Versammlung zu einem hübschen Zwischenfall. Herr Pfarrer Naumann sprach über „Vaterland und Freiheit“, wobei ihn Herr H. Kutzhals (Suhl) fragte, wie er über die Judenfrage denke. Herr Naumann erklärte, einen politischen Antisemitismus erkenne er nicht an und einen gesellschaftlichen mache er nicht mit. — Nun weiß mans ja!

Aus Kurhessen. In Bockenheim gelang es in einer sehr gut besuchten Versammlung dem Abg. Bindewald den Führer der „Genossen“ mit dem Urteil in Sachen Rosenthal-Singer so zu bucken, daß er auch nicht ein Wort mehr sagte. Die Versammlung hat uns eine Menge Freunde geworben.

Swinemünde. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten beantragten mehrere zur Judenschutztruppe gehörende Mitglieder die Freigabe des Kurhaussaales zu politischen Versammlungen. Sämtlichen Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokratie soll der Saal zur Verfügung stehen. Der Antrag wurde damit begründet, daß der einzige große Saal in der Stadt, nämlich das „Elysium“, in den Händen der Antisemiten sei. Ihr deutschsozialer Reformverein tage dort, der Wirt gebire sogar dem Verein an und deshalb sei zu befürchten, daß den Liberalen der Saal nicht zur Verfügung stehen würde. Der Gastwirt Krausch, der selber Stadtverordneter ist, erklärte sofort, in seinem „Elysium“ könnten die Liberalen so viel tagen, wie sie wollten. Trotzdem ging der Antrag mit zwölf gegen zehn Stimmen durch. Bei der Debatte meinte der Stadtverordnete Plötz, das Treiben der Antisemiten in Swinemünde sei efelerregend. Bei den Reichstags- und Stadtverordnetenwahlen wird die Quittung für diese Beschimpfung erfolgen. — Bemerkenswert ist aber die Angst der Liberalen. Sie entspringt

lediglich der Thatsache, daß der früher hier allmächtige liberale Wahlverein es jahrelang fertig brachte, antisemitischen Rednern alle Säle abzutreiben; nun fürchtet man nur sich. Man sucht niemand hinter dem Busche, hinter dem man nicht selber stecke, das möge sich die noch liberale Mehrheit der Stadtverordneten gesagt sein lassen

Hamburg. „Bei den Bürgerschaftswahlen bekanntlich die Antisemiten lediglich das von ihnen unregehabte Mandat", so weiß das Blatt der Judenschutztruppe von hier zu berichten. Das stimmt! Herr Raab siegte gegen die vereinigten Liberalen mit 483 gegen 477 Stimmen, aber wie sah es in den anderen Wahlkreisen aus? In Winterhude-Eppendorf blieb Herr Edm. Jacobsen mit nur neun Stimmen in der Minderheit, in Barmbeck fehlten Herrn Raab nur achtzehn Stimmen am Siege, während in Uhlenhorst und Eimsbüttel so große Minoritäten auf unsere Kandidaten fielen, daß das nächste Mal an einem Siege nicht zu zweifeln ist. Insgesamt fielen von 26 860 Stimmen 4007 auf die deutschsoziale Reformpartei, 3261 auf die Sozialdemokratie und der Rest auf die vereinigten Liberalen. Wir meinen, das ist für eine Partei, die sich zum ersten Male an den Bürgerschaftswahlen beteiligt, ein großer Erfolg, der um so höher anzuschlagen ist, als die antisemitischen Stimmen selbst die sozialdemokratischen um ein Bedeutendes übertragen.

*

Versammlungskalender. Herr Dr. Lindström (Goslar) spricht am 25. in Nordhausen und am 26., 27. und 28. im Kreise Ilfeld; Herr Oberamtsrichter L. Schumann (Berlin) spricht am 25. in Großquenstedt, am 26. in Schlanstedt, am 28. (voraussichtlich) in Badersleben und am 1. März in Crottorf; Frhr. von Liebermann spricht am 24. in Mannheim, am 25. in Karlsruhe und vom 27. bis zum 6. d. M. in verschiedenen Orten Badens; Herr Herm. Kurzhals (Zuhl) spricht am 27. in Marrisfeld und Schmeheim (Meiningen).

Im Deutschsozialen Reformverein zu Leipzig spricht am Donnerstag, den 24. d. M., abends 8½ Uhr, im großen Saale der Centralhalle Herr B. H. Welcker über „Umsturz, Reaktion und Judentum".

Mosaik.

National-Soziales. In einer Versammlung zu Leipzig meinte Herr Pastor a. D. Göhre, die Höhe der Getreidepreise könne den ländlichen Arbeitern gleich sein, da diese doch für ihre Arbeit Geld und kein Getreide bekämen. Des weiteren war Herr Göhre der Ansicht, daß die Konsumvereine keineswegs die Arbeitslöhne drückten, weil die Vereine zu ihre Arbeiter nicht schlechter zahlten als andere Arbeitgeber. Herr Göhre ist Sachse und als solcher sollte er wenigstens über die Wirkung der Konsumvereine etwas aufgeklärt sein; seine Auslassungen über die Getreidepreise kann man ihm nicht übel nehmen, er stimmt darin mit Sankt Manchester und allen seinen Anhängern bis hinunter nach Bebel und Liebknecht überein. — In derselben Versammlung erwähnte Herr Göhre auch die Schmähschrift des Herrn Hans Erdmannsdörfer gegen die deutschsoziale Reformpartei und erklärte dabei, der Verfasser würde — wie er aus sicherer Quelle wisse — sich zu den National-Sozialen schlagen. — Das soll uns recht sein, obwohl wir noch der lobpreisenden Rede über die Sozialdemokratie, die Herr Hans Erdmannsdörfer jüngst im „Artushof" zu Berlin hielt, erwartet hätten, daß er sich den „Genossen" anschließen würde. Was aber nicht ist, kann ja noch werden, denn wir sind überzeugt, daß Herr Hans Erdmannsdörfer es bei denen um Gerlach und Naumann auch nicht lange aushält.

Ein nobler Jude. „Noble Juden giebt's überhaupt nicht", sagen die bösen Antisemiten. Und doch giebt es solche; davon aus jüngster Zeit ein Beispiel. In einer thüringischen Residenzstadt hatte ein jüdischer Konfektionär, bei dem das Geschäft, dank der Lauheit deutscher Frauen, recht flott ging, sich ein eigenes Grundstück erworben. Natürlich sollte das neue Geschäftslokal rein koscher aussehen. Ein Handwerksmeister wurde deshalb mit der Ausstellung eines Kostenanschlages beauftragt. Trotzdem dieser seine Preise niedrigst bemessen hatte, wollte der jüdische Herr noch davon ein hübsches Sümmchen herunter handeln. Damit war der Handwerker jedoch nicht einverstanden, und infolgedessen erhielt er auch die Ausführung der Arbeit nicht. Aber er sollte seinen Kostenanschlag nicht umsonst gemacht haben, denn umsonst verlangt dergleichen ein Jude doch nicht. Nun wirst du meinen, lieber Leser, der Herr Konfektionär griff in sein Säckel und zahlte in Silber oder Gold. Weit gefehlt! Viel, viel nobler war er. Er bot dem Handwerksmeister als seiner Mühe Lohn eine ..... Zigarre an. Ob's eine aus der Kiste war, der er den Bedarf für eigenen Gebrauch entnimmt oder eine besondere Sorte, sog. Präsent-Zigarren, wissen wir nicht. Der Handwerker kann's auch nicht sagen, denn er lehnte dankend die Annahme der fürstlichen Entlohnung ab!

Firmen-Verschleierung. Die in Nr. 491 gerügte falsche Firma des Herrn Hirsch Kamniker in Buchholz (Sachsen), der ruhig Hermann Kamniker auf sein Schild geschrieben hatte, ist seit einigen Tagen verschwunden. Man liest jetzt deutlich: Hirsch Kamniker.

Jüdischer Abonnentenfang. Die Besitzer des „Cassseler Tageblatt und Anzeiger", die Juden Gebr. Gotthelf, Königliche Hofbuchdrucker, haben auf einer Polizei-Wachtstube in Cassel eine Liste auflegen lassen, um die Schupleute als Bezieher für ihre Zeitung zu gewinnen. Das Blatt, das sonst drei Mark vierteljährlich kostet, wollen die Juden den Herren Schutzleuten zu einer Mark 50 Pfg. ablassen; ob die Herren Gebr. Gotthelf diese Preisermäßigung aus reiner Menschenliebe mit Rücksicht auf das geringe Einkommen der Schutzleute bewilligen wollen, oder ob sie ihre Abonnentenzahl möglichst in die Höhe schrauben möchten, oder welche sonstigen Beweggründe die Gebr. Gotthelf haben, darüber ist man sich in den Cassseler Schutzmannskreisen noch nicht einig. — Bis jetzt haben die Schutzleute in richtiger Erkenntnis, daß in ein deutsches Haus keine jüdische Zeitung gehört, das Anerbieten der Juden nicht angenommen und werden dies hoffentlich auch niemals thun.

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. Bei der Ausschreibung der Arztstelle für das Armenhaus in Kaiserslautern blieb der praktische Arzt Dr. Wertheimer mit einer Forderung von 120 Mk. jährlich der Mindestbietende und erhielt infolgedessen den Zuschlag! —

Der Reichsgerichts-Senatspräsident Kayser ist gestorben. Wegen seiner unheilvollen Thätigkeit in der deutschen Kolonialverwaltung wird sein Name so leicht nicht von den Freunden des Deutschtums vergessen werden. —

Zum Mitglied des niederösterreichischen Landesschulrats wurde der Vizepräsident der jüdischen Kultusgemeinde in Wien, Dr. Gustav Kohn, ernannt. —

Nach der „Meyer Ztg." sind sämtliche jüdische Offiziere aus den französischen Garnisonen an der deutschen Grenze ins Innere und nach dem Süden Frankreichs versetzt worden. Der französische Kriegsminister scheint seinen Juden nicht über den Weg zu trauen! —

Für den neuen Judentempel in Budapest hat die jüdische Gemeinde zwei Millionen Baukosten ausgeworfen. Den Bauplatz schenkte die Stadtgemeinde. —

In Beuthen ist Dr. med. Mannheimer einstimmig zum Stadtverordneten-Vorsteher gewählt worden, er bekleidet dies Amt schon seit 30 Jahren. Gleichfalls einen jüdischen Vorsteher haben sich die Stadtverordneten von Inowrazlaw in der Person des Fabrikbesitzers S. Levy und die Stadtverordneten von Karlsruhe (Baden) mit Prof. Goldschmit t erkoren. — Daß an der Spitze der Stadtverordneten von Posen seit 25 Jahren ein Jude Ortzler steht, berichteten wir schon neulich. —

Ein Sekundaner der Koburger Realschule zeigte seinen bei der jüngsten Abschlußprüfung erlittenen Durchfall mehreren Personen, darunter auch einem seiner Lehrer, durch einen Brief mit den Worten an: „Teilnehmenden Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß ich beim Examen durchgefallen bin. Richard Löwenherz." Briefbogen und Umschlag waren mit einem Trauerrand versehen. Solche Frechheit bringt auch nur ein Jude fertig! —

Der Verlagsbuchhändler Isaak Maas in Hamburg verlegt ein Bismarck-Album, das nur Anzeigen nichtjüdischer Firmen aufnahm. Falls jüdische Firmen, „denen ja alles gelinge," sich doch

Digitized by Google

einschleichen würden, erklärt der Verlag sich für nicht haftbar! Herr Isaak „Maus scheint seine Stammesgenossen sehr gut zu kennen!

Briefkasten der Schriftleitung.

Dr. K. M. Beunruhigen Sie sich nicht! Der Abg. v. Liebermann landbleibt wieder in seinem alten Wahlkreise, und wird dort auch wieder gewählt werden. Wenn er in der „Deutschen Ztg." vom 18. Febr. nicht eigenannt ist unter den antisemitischen Abgeordneten, die sich aufs neue um ein Mandat bewerben, so kann nur ein Versehen zu Grunde liegen.

Gutsbesitzer M. in H. Sie wundern sich, daß das Provinzamt zu Cassel seine Bekanntmachungen über Verkauf von Aliez, Brottrümel, Heu-Abfälle, Fußmehl usw. stets in allen nicht sozialdemokratischen Cassler Zeitungen veröffentlicht, aber den ebenfalls in Cassel erscheinenden „Hessischen Volksboten", der in dänerlichen Kreisen der nächsten Umgebung viel gehalten wird, niemals berücksichtigt. Wie Sie aus Nr. 488 dieser Blätter ersehen haben werden, beklagte sich ein antisemitischer Beirat und, daß im Geschäftszimmer des Königlichen Provinzamtes Cassel durch eine Wandtafel, wie solche das „Berliner Tageblatt" seinen Bezahlern liefere, Reklame für diese Zeitung gemacht werde. Das „Berliner Tageblatt" zu dienen kann bekanntlich jüdischen Interessen und dürfte es Ihnen verständlich erscheinen, weshalb das Provinz-Amt Cassel in einem antisemitischen Blatte seine Anzeigen aufgiebt, auch wenn die Zeitung noch so geeignet für den angestrebten Zweck erscheint. — Wir bedauern Ihre Handlungsweise des Provinz-Amts Cassel gegenüber, Abhilfe kann jedoch nur die vorgesetzte Behörde des Provinz Amts — die Intendantur des 11. Armeekorps — schaffen.

B. H., Leipz.-Gohlis. Frdl. Dank für die „Coburger".

Rel., Breslau. Die Mitteilungen waren in sehr interessant. Wir werden die Sache im Auge behalten und ev. handeln!

G. G. Die Anti-Anti-Mitteilungen schreiben allerdings in ihrer Nummer vom 6. März 1897, daß sie eine hündige Propaganda für die „Verbreiterung" ihres Blattes machen (natürlich meinten sie Vermehrung). Viel Glück scheinen sie aber nicht damit gehabt zu haben. Denn während es früher immer hieß, das Blatt habe „ca. 9000 feste Abonnenten", ist in dem Jahresberichte für 1899 nur noch von „ca. 8000" die Rede.

Stud. P. H. Der Berliner „Strafprofessor" Pool beschreibt, Jude zu sein. Ob er damit meint, er gehöre gegewordrig nicht der jüdischen Religion an, oder ob er sagen will, er stamme nicht von Juden ab, wissen wir natürlich nicht. — Der Berliner „Strafprofessor" Arnhold ist zwar nicht Parteiantisemit, sagte aber 1893 bei einer Sitzung eines Wahlvereins, daß er angeblich: „99 Prozent aller Deutschen sind antisemitisch". Zu den 99 Prozent wird er sich natürlich auch rechnen.

Café Merkur
Leipzig
An der Pleisse 8.

300 Zeitungen, Deutsche und Auslandische, Illustrierte, Fachblätter, Revuen, Broschüren, Bücher, Journale, Leipzig, Chemnitz, Hamburg, Altona, Halle a. S., Paris, usw. Handels-Adress-Bücher aller Orte und Branchen liegen zur gefl. Benutzung aus.
Jeden Vormittag Postsachen. Nachmittag vollzählig.
W. Ruhlemann.

Dampf-Molkerei Liemehna

versendet ff. **Tafelbutter** roh, gegen Nachnahme, Postkoll zu 8 Pfd. Inhalt.
Bestellungen nimmt entgegen
Molkerei Leipzig-N.,
Lohgarbenstr. 53.
NB. Es werden daselbst auch einzelne Stückchen abgegeben.

Bitte um Postkoll (9½ Pfund)
feine Leber-, Rot- und Sülzwurst
zu 7,50 M. franko.
H. Glauner, Fleischermstr.
Papenburg b. Leer (Ostfriesl.).
Ferner:
prima Hammelkeule u. Carrés
à Pfund 55 Pf.

Kohlen, Koks und Brikets
für Hausbedarf liefert jede Quantität
A. M. Reimann,
L.-Neuschönefeld.
Telephon-Amt I, Nr. 1943.
Äußere Tauchaer Straße 19.

Familien-Nachrichten.

Heute wurde uns ein gesunder

Knabe

geboren.

Leipzig, 18. Februar 1898.

Herm. Beyer
und Frau geb. Hunger.

Einladung
zur
öffentlichen Versammlung
des **Deutschsoz. Ref.-Vereins**
zu Leipzig, Donnerstag, 24. Febr.,
abends 8½ Uhr, im großen Saale der Centralhalle.
Vortrag des Herrn **Viktor Hugo Weleker** über „Umsturz, Reaktion und Judentum".

Einen großen Dienst leistet man unserem Blatte und unserer Sache, wenn man seine Einkäufe bei solchen Handlungen deckt, die uns durch Anzeigen unterstützen.

Deutsche Schänke von **Ad. Klemm**
Leipzig, Poststraße 20
empfiehlt **kräftigen Mittagstisch** und **gute Biere.**

Hotel Stadt Nürnberg
Bayerische Straße 10
in unmittelbarer Nähe des Bayr. Bahnhofs, Straßenbahn-Verbindung nach allen Stadteilen.
Mein Hotel ist mit allen der Neuzeit entsprechenden Einrichtungen ausgestattet: Zimmer mit vorzüglichen Betten und elektrischen Licht; antwerflamste Bedienung, beste Küche und gepflegte Getränke.
Zugleich empfehle ich meine großen Kämmtlichkeiten, Saal und Winter-garten, ebenfalls auf das leichte ausgeschmückt, zur Abhaltung von Festlichkeiten aller Art.
Zur Unterhaltung meiner Gäste wie zum Besuche für jedermann habe ich in diesem Jahre das **Dreßler-Theater** für mich zu gewinnen gewußt. Näheres über die Vorstellungen bitte aus den Tagesgezeitungen. Anschlagsäulen usw. zu entnehmen.
Hochachtungsvoll
G. Hoffmeister.

Deutscher Krug.
Antisemiten-Kneipe, Chemnitz.
Lohgasse 3, Parterre und 1. Etage.
Ausschank:
Böhmisch, Lichtenhainer, Tuchersches Dunkel und Pilsnerbräu.
Speisen vorzüglich. Flotte Bedienung.
Hochachtungsvoll **Emil Krug.**

Verlobt
Ernst Hanschmann
Ida Hanschmann
geb. Wetzel
Verlobte.
Leipzig, Ostern 1898.

Gesucht:
Schmeltzners Internationale Monatsschrift, Jahrgang 1882 ganz, von 1883 vom April – Dezember, 1884 ganz;
Das Zwanzigste Jahrhundert, erster Jahrgang, Nr. 1, 2, 3, 4, 9, 12, dritter Jahrgang, Nr. 4, 5, 6, 10, 11, 12.
Gefällige Angebote bitte an den Verlag der „Deutsch-Soz. Blätter" zu richten, von April – Dezember.
Herm. Beyer, Leipzig.
Königstr. 27.

Stoffe zu Anzügen PALETOTS **versendet**
Unerreicht billige Preise!
Vergleich mit anderen Collectionen
Beweis:
Reich haltige Mustersendung unberechnet und portofrei an Jedermann.
in **TUCH,** Buckskin, Kammgarn, **CHEVIOT** etc. Meter 2-15 Mark.
Auf Wunsch Lieferung aller einfarbigen Futterstoffe und Zuthaten.
Versand durchaus reell!
Beweis: ca. 5000 Anerkennungsschreiben aus dem Kundenkreise.
CHRISTIAN GÜNTHER Tuchversandgeschäft **LEIPZIG-PLAGWITZ**

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königstr 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: A. Hogrefe in Berlin NW. 5, Stendalerstr. 1.
Druck: G. Reusche in Leipzig.

Digitized by Google

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Leipzig, 3. März 1898. Nr. 498.

Großer Nutzen

erwächst unseren Bestrebungen dadurch, wenn unsere Leser die **„Deutsch-Sozialen Blätter"** nicht nur überall empfehlen, sondern sie auch in allen Bahnhofsbuchhandlungen, Wirtshäusern, Gasthöfen, Cafés usw. immer und immer wieder verlangen. Wo die „Deutsch-Sozialen Blätter" nicht gehalten werden, bringe man auf sofortige Bestellung.

Parteinachrichten.

Parlamentarisches. Der Abg. Werner erklärte in der Budget-Kommission bei Beratung der sogen. Flotten-Vorlage, daß seine Partei in Hinblick auf die sich ergänzenden Auslassungen der Regierungsvertreter und des Abg. Dr. Lieber wahrscheinlich geschlossen für die Vorlage eintreten werde. —

In der badischen Kammer nahm am 25. v. M. Abg. Mampel Gelegenheit sich dem darniederliegenden Tabakbau in der Pfalz, ein Wort einzulegen und um den nöthigen Schutzzoll zu bitten, ebenso befürwortete er die weitere Errichtung von landwirthschaftlichen Winterschulen, Beförderung der Viehversicherung und sprach sich zuletzt für den Antrag Kontz aus. Abg. Pfisterer bat, an der Landwirthschaft nicht mit kleinen Mitteln herumzudoktern, da ihr nur große durchdringende Reformen nützen könnten. —

Leipzig. Eine von Herrn W. Wüstling geleitete öffentliche Versammlung des deutschsozialen Reformvereins, die zum 24. v. M. nach der Zentralhalle einberufen war, war verhältnismäßig gut besucht. Herr Schriftleiter B. H. Welcker (Dresden) erörterte die Begriffe Sozialdemokratie, Reaktion und Judentum. Obwohl sich nicht wenige Gegner unter den Zuhörern befanden, wagte es doch keiner, nach dem Vortrage das Wort zu ergreifen.

Altenburg (Sa.-Altbg.). Im deutschsozialen Reformverein hielt letzthin der Vereins-Schriftführer einen Vortrag über die Organisation im Wahlkreise. Auf der Hauptversammlung wurde festgestellt, daß der Verein eine ganze Anzahl neuer Mitglieder gewonnen und im letzten Jahre eine sehr rege Thätigkeit entfaltet hatte. Das neue Vereinsjahr gestaltet sich hoffentlich noch frischer.

Magdeburg. Unser Landesverband hielt am letzten Sonntage in Halle (Saale) eine Vertrauensmänner-Sitzung ab, die nach Anhörung der Berichte über die Mitglieder- und Kassenverhältnisse zu den Reichstagswahlen Stellung nahm. Man beschloß außer den bereits feststehenden Kandidaturen hier und in Aschersleben-Halberstadt-Wernigerode Zählkandidaturen aufzustellen in Salzwedel, Gardelegen, Osterburg-Stendal, Oschersleben-Jerbst und Bernburg-Ballenstedt. Zum Letztgenannten-Bitterfeld wurde die Unterstützung des Abg. Bauermeister (Reichsp.) endgültig zugesichert.

Halberstadt. In der letzten Woche bewegte sich die Agitation unseres Reichstagskandidaten, des Herrn Obermeisters L. Schumann (Berlin), vorwiegend im Kreise Halberstadt. Der ursprünglich von der Wahlkreisleitung vorgesehene Reiseplan konnte nicht innegehalten werden, da an manchen Orten infolge verschiedener Einflüsse keine Säle zu haben waren. Dafür war der Verlauf der Versammlungen in Dannstedt, Dingelstedt, Badersleben, Großquenstedt und Rhoden geradezu vorzüglich zu nennen. Die Einwohner hatten unsere Gegner natürlich vor den bösen Antisemiten recht gruselig gemacht, als aber Herr Obermeister Schumann seine Ansichten entwickelte, merkte man, daß er nur das ausgesprochen hatte, was alle Welt hier schon lange bewegte. In Dingelstedt und Badersleben war der Erfolg ein so nachhaltiger, daß Herr Schumann von den Handwerkern mit den Vorarbeiten für die Gründung einer Gesamtinnung betraut wurde.

Jever. Die einige Zeit unterbrochene Agitation unseres deutschsozialen Reformvereins wurde am 20. v. M. mit einem Vortrage des Herrn W. Schlooke in Bürgsdorf wieder aufgenommen. Am 27. folgte ein solcher in Jägerdorf und am 2. d. M. in Herzogswoldau. Der Erfolg war überall augenscheinlich. Merkwürdigerweise läßt sich die „Deutsche Ztg." von hier am 27. v. M. wieder berichten, daß „die Antisemiten" Rechtsanwalt Müller aufgestellt hätten. Wir haben schon einmal berichtet — und die „Deutsche Ztg." hat auch davon Kenntnis genommen —, daß über eine Kandidatur der deutschsozialen Reformpartei im hiesigen Kreise noch kein irgendwie bindender Beschluß gefaßt ist. Nachhaft ist es deshalb, wenn die „Deutsche Ztg." schreibt: „Von vornherein aussichtslos ist die antisemitische Kandidatur." Wenn der Herr Berichterstatter der „Deutschen Ztg." überhaupt im Kreise wohnen oder auch nur hier Bescheid wissen sollte, so müßte er wissen, daß nur ein Antisemit im Stande ist, dem Schlangen-Hermes das Maulzu zu entreißen. Selbst wenn hier die berühmte, so auch von der „Deutschen Ztg." so sehr gerühmte „Politik der Sammlung", nicht zu Stande kommen sollte, hat eine antisemitische Sonderkandidatur immer noch mehr Erfolg als die konservative Kandidatur Scholz.

Preußen. Am 23. v. M. wurde die Agitation für unseren Reichstagskandidaten, Herrn C. H. Bödler (Berlin), mit einer Versammlung in Angermünde eröffnet. Während in diesem Städtchen alles in Ruhe verging und der Redner wiederholten Beifall erhielt, kam es am 24. in Schwedt zu einem richtigen Radau. Von den Tabakjuden waren die „Genossen" dergestalt mit Spiritus behandelt, daß sie ihrer Sinne nicht mehr mächtig und deshalb willenloses Werkzeug in den Händen der Freibierspender waren. Sie hielten den Saal besetzt und brüllten ihr übliches „Bierwahl!". Als der Vorsitzende erklärte, ausnahmsweise die Leitung in die Hände der Versammlung legen zu wollen, wenn kein Jude ins Bureau gewählt würde, drangen die Juden schimpfend auf ihn ein, so daß nur durch das energische Auftreten der Polizei Ruhe geschafft werden konnte. Die drei „Genossen", die dann das „Bureau" bildeten, begannen ihre Thätigkeit mit den Worten: „Laßt den Antisemiten doch ruhig reden, den Kohl kennen wir ja!" Als aber der Redner auf den Ring der jüdischen Tabakhändler zu sprechen kam, wurde die Lage derart gefahrvoll, daß er sich unter den Schutz der Polizei stellen mußte. Die Versammlung verlief der Auflösung. Dieselbe Bande stellte sich — hundert Mann stark — am folgenden Tage unter jüdischer Führung wieder ein. Herr Bödler sollte in Vierraden sprechen. Der Spaß, den sie vorhatten und wozu sie sich wieder Mut ange... trunken hatten, wurde aber den „Genossen" verdorben, denn Herr Bödler teilte den Anwesenden unter dem Beifall der Ortseinwohner mit, daß die Zusammensetzung der Versammlung es ihm nicht ermögliche, den Vortrag zu halten. Nur durch das beherzte Zugreifen einiger besonnenen Leute gelang es dem Redner, dem sich nunmehr entwickelnden Ansturm zu entgehen. Nach ellenlei vergeblichen Lärmen zogen die betrunkenen „Genossen" unter dem Ruf „Die Republik lebe hoch" von dannen. Unter den Zurückbleibenden, zu denen auch der Kreisvorsitzende des Bundes der Landwirte gehörte, fand dann noch eine längere Aussprache statt. Die nächsten Versammlungen in Berkholz und Lüderdorf nahmen einen guten Verlauf. Die Schwedter Juden aber sollen ihr Geld nicht umsonst gespitzt haben: demnächst finden an Stelle der gesprengten neue Versammlungen statt, wozu Juden und Judengenossen keinen Zutritt erhalten.

Elberfeld. In einer sehr stark besuchten Versammlung wurde am 27. v. M. von der deutschsozialen Reformpartei und der christlichsozialen Partei in der Person des Vorsitzenden des christlichsozialen Vereins, Herrn Heistermann, ein gemeinsamer Reichstagskandidat aufgestellt.

Aus Hessen. Die Deutschen Jugendbünde in Hessen hatten ihren zweiten Gautag am 6. d. M. in Gießen ab. —

Digitized by Google

Eine recht rege Thätigkeit entfaltete unsere Partei während der letzten Wochen. Herr M. Wolf (Stadecken) hielt am 19. und 20. v. M. in Niederjaulheim und Wörrstadt (Kr. Oppenheim) Vorträge und am 21. u. 23. in Flachheim und Wendelsheim (Kr. Alzey), in den letzten drei Orten unterstützt von dem Abg. Bindewald. Die Zustimmung an allen Orten zeigte ein erfreuliches Anwachsen unserer Anhänger. Auf dem Stiftungsfeste der Ortsgruppe Bergen (Kr. Hanau) des Mitteldeutschen Bauernbundes waren u. a. die Abgg. Hirschel und Werner anwesend, die zu wartigen Festansprachen das Wort ergriffen. Im dritte Friedberg eröffneten am 20. v. M. Abg. Hirschel und Herr Landwirt Leopard (Melbach) in Dortelweil unser Programm und in Rendel Abg. Werner. Herr Dr. Stöcker (Frankfurt, Main) führte hier den Vorsitz. Die erste antisemitische Versammlung in dem bisher liberalen Dorfe Dudenhofen (Kr. Offenbach) fand am 23. v. M. mit Abg. Hirschel als Redner statt. Erfolg: Gründung einer Ortsgruppe des Mitteldeutschen Bauernbundes, der sofort 23 Mitglieder beitraten.

Aus Kurhessen. In Grebenstein (Kr. Hofgeismar) und Wertesfingen (Kr. Wolfhagen) fanden Ende v. M. gut besuchte Zusammenkünfte unserer Partei statt, in denen Herr Scheld (Kassel) laufende Zeitfragen behandelte. —

Zu den Stadtverordnetenwahlen in Kassel ist von unseren Parteifreunden Herr Hauptkassen-Assistent Kreiß aufgestellt worden.

Hamburg. Über die Frage „Soll ein Babyprotest erhoben werden oder nicht?“ sprach Herr F. Raab am 25. v. M. in Winterhude-Eppendorf, wo unser Kandidat bei den Bürgerschaftswahlen mit neun Stimmen unterlag. Da sich gewichtige Gründe für die Besahung der Frage ergaben, stimmten die Anwesenden für Einlegung des Protestes. —

Als ein bemerkenswertes Nachspiel zu den Bürgerschaftswahlen sei hier mitgeteilt, daß unserem Kandidaten für den 8. und 19. Bezirk, Herrn Schornsteinfegermeister Ferd. Bonsen, in einer ganzen Reihe von Häusern die Arbeit entzogen wurde, und zwar zu Gunsten seines jüdischen Kollegen Blumenthal! —

Die „Allgem. Ztg. des Judentums“, die schon so oft von uns bei einer Unrichtigkeit ertappt ist, aber niemals sich selbst berichtigte, schreibt in ihrer letzten Nummer: „Bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen behaupteten die Antisemiten lediglich das von ihnen innegehabte Mandat. Sie hatten im ganzen 21 Kandidaten aufgestellt.“ Das ist eine Unwahrheit! Aufgestellt waren nur dreizehn Kandidaten in neunzehn Bezirken. Ohne eine kleine Schwindelei gehts bei Juda nun einmal nicht!

Versammlungskalender. Herr W. Schloske (Jauer) spricht am 6. in Kauder; die Abgg. Bindewald und Hirschel sprechen am 6. in Reichenbach und Gadernheim (Kr. Bensheim); Abg. von Liebermann spricht am 6. in Heidelberg und Eberbach; Herr Herm. Kurzhals (Suhl) spricht am 7. in Suhl und am 8. in Meiningen.

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Einen tollen Hypothekenschwindel verübte der „Bauunternehmer“ Siegmund Silberstein zu Berlin. Die „Mecklenburgische Hypothekenbank“ war mit 9660 Mark die Leidtragende, wofür der Herr Bauunternehmer drei Monate drummen muß.

Unser Ausschuß der Öffentlichkeit, den seine Berteidiger selbst de antragt hatten, wurde der Apotheker Erwin Lewinsohn in Berlin zu zwei Monaten Festungshaft verurteilt. Er hatte in Bezug auf den Kaiser einen beleidigenden Vergleich in einem Gespräch angestellt.

Zahrelang betrogen hat der Kaufmann Felix Hirsch zu Berlin seine Arbeitgeber, die ihn auf Empfehlung einer Gesängnis-Direktion als Stadtreisenden mit durchaus gutem Gehalt beschäftigten. Hirsch ist schon dreimal wegen Betrugs mit insgesamt 6½ Jahren Gefängnis vorbestraft, deshalb erkannte das Landgericht diesmal auf vier Jahre drei sofortiger Verhaftung.

Radfahrer-bomben, deren Versendung durch die Post verboten ist, hatte der Kaufmann David Rosenthal in einer Kiste bei dem Postamt 26 zu Berlin aufgegeben. Die Sendung ging schon bei der Annahme auf dem Potsdamer Bahnhofe in die Luft, verwundete einen Postschaffner schwer und zertrümmerte eine Anzahl Packete. Rosenthal, gegen den der Staatsanwalt zwei Monate Gefängnis beantragte, muß deshalb dreihundert Mark Geldbuße zahlen.

Eine schwere persönliche Beleidigung hat der Getreidehändler Salomon Borchardt zu Dresden einem Kollegen zugefügt, wofür er 150 Mark Strafe zahlen darf.

Wegen vorsätzlicher Brandstiftung verhaftete man den Kaufmann Moritz Bülow zu Aschersleben, der vor einiger Zeit wegen allzugroßer Zärtlichkeit gegenüber seinem weiblichen Personal drei Monate hinter schwedischen Gardinen zubringen konnte.

Nahrungsmittelfälscher. Die Düsseldorfer Staatsanwaltschaft giebt bekannt, daß Adolf Silberstein, Salomon Simons, Leopold Palm und Moses Samuel wegen Fuschpeis von sogen. ment preserve zu Hackfleisch zu Gefängnis verurteilt sind. —

Aus Wasser, Sprit und einigen Essenzen stellte Henry Rothschild zu Frankfurt (Main) ein Flüssigkeit her, die er als „Rum“ verkaufte. Fünfzig Mark Geldstrafe darf er deshalb zahlen.

Wegen Urkunden- und Wechselfälschung steckte man den Pferdehändler Herz Wiesenfelder in Eitersleb (Kr. Hünfeld) ein.

Gewerbsmäßige Hehlerei brachte dem Händler David Mendelsohn zu Thorn zwei Jahre Zuchthaus ein. Der gewiegte Geschäftsmann hatte eine ganze Anzahl Leute veranlaßt, auf dem Artillerie-Schießplatze die Sprengstücke zu stehlen und sie ihm billig zu überlassen.

Jüdische Revolutionäre Im Hotel Neptun zu Teplitz waren im vorigen Jahre eine Anzahl deutschnationale Wähler versammelt. Da ohne Einladungskarte niemand hineingelassen wurde, bombardierten die Tschechen unter Anführung der Juden den Saal. Jetzt sind zum neben einer Tschechin und einem Tschechen vier Juden wegen Landfriedensbruch verurteilt, nämlich Emil Bloch und Getränkehändler Max Cohn zu je vier Monaten, Siegfried Heller zu sechs Monaten und Restaurateur Max Kohn zu sieben Monaten Zuchthaus, verschärft durch zwei Fasttage jeden Monate.

Für hundert Mark einen Meineid geschworen haben der Pferdehändler Hermann Faber und der Handelsmann Benjamin Behr aus Rees. Die Strafkammer in Duisburg war deshalb der Meinung, daß die saubern Zeugen uns Zuchthaus gehörten und zwar Faber dreißig und Behr zweiundzwanzig Monate.

Sittliche Juden Der 75jährige Geldwechsler Hermann Lazare zu Trier beschuldigte im August v. J. seine 21jährige Haushälterin des Mordversuchs. Das Mädchen wurde deshalb verhaftet. Bald stellte sich aber heraus, daß der alte „Herr“ unter erschwerenden Umständen ein Sittlichkeitsverbrechen versucht hatte. Für die bewiesene Gemeinheit und den geschworenen Meineid erhielt er jetzt ein Jahr Gefängnis. —

Julius Cohn, Inhaber der Firma S. Bolat, Magdeburg, erschoß sich, weil er sich an einem sinnlosen Spiele deutschen Offizieren beteiligt hatte. Von dem Preise des Revolvers, mit dem sich Cohn uns Leben brachte, handelte er beim Kauf noch zwei Mark ab! —

Wegen Verletzung der Wehrpflicht werden gesucht: Nathan Hesse, genannt Fischer, Hugo Kohn, Josef Hirsch und Leo Weil aus Straßburg (Elsaß).

Ein Meisterheld. Der fünfzehnjährige Lehrling David Malmann in Wien brachte einem anderen Lehrling, der ihn neckte, mit einem Messer vier Wunden bei, die den Verletzten nötigten, 20 Tage im Krankenhause zuzubringen. Außerdem war er längere Zeit arbeitsunfähig, da sich der Arm nur schwer bewegen ließ und solche Schmerzen verursachte. Trotzdem meinte das Judenblatt „Neue Freie Presse“, die Verletzungen waren an und für sich leichter Natur“! Das Gericht sahen ähnlicher Ansicht zu sein, denn Malmann kam wegen Überschreitung der Notwehr (?) mit einer Woche Arrest davon.

Der Zug nach den Westen. In Dortmund war der aus Galizien stammende Hausierer Sul Segal wegen Unterschlagung einer goldenen Uhr zu sechzig Mark Geldstrafe verurteilt. Er hatte dagegen Berufung eingelegt. In der Verhandlung, die übrigens mit der Verwerfung der Berufung endete, bat der Verteidiger, ein Rechtsanwalt Stock, um Freisprechung des Angeklagten, weil dieser zu jener Kategorie von Leuten gehöre, die mit einem Gulden in der Tasche in die Welt geschickt würden, um sich draußen im fremden Lande auf redliche Weise ihr Brot zu verdienen und als tüchtige Männer zurückzukehren. Durch seine Bestrafung wäre dem zugendlichen Angeklagten die Heimkehr abgeschnitten! Ist das noch rührend?

Der Schnorrer Abraham Mayer aus Mosbau wurde in Remagen wegen Bettelns zu sechs Wochen Haft verurteilt.

Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat.

In der Zeit vom 16. bis einschl. 31. Oktober 1897 wurde über folgende Firmen usw. der Konkurs eröffnet:

Brosby & Streblow zu Berlin, Alte Jacobstr. 91. — Kaufmann Louis Schragenheim zu Hamburg (Barmbek). — Goldene 10, Gebr. Gabriel, 33 Burgen, Jahrgänge 10. — Kaufmann Aronstein zu Frankfurt (Main), Neue Krämer 7. — Viehhändler Jüdor Bloch zu Biesheim. — Gasthausbesitzer Aron Lachmann zu Gleiwitz Petersdorf. — Kaufmann D. Tichauer zu Wilhelmsmühle (Oberschlesien). — Kaufmann David Baruth zu Posen, Wilhelmsplatz 6. — Lowmann Abraham Rosinsky zu Ruh. — Strumpf- und Wollwarenhändler Moses Nathan zu Hamburg, Steinmeggspaisage 1. — Kaufmann Salomon Auerbach & Ja. Louis Berg zu Elberfeld, Herzogstraße 6. — Marcus & Buksiger zu Wollmeresdorf bei Bremen. — Schuhwarenhändler Salomon (Sally) Müller zu Berlin, Bodstr. 37. — Berliner Knopfhandel (Inh. Nathan Tangier & Meyer Mendelsohn) zu Berlin, Quantenstr. 178.

Digitized by Google

Aufgehoben worden in derselben Zeit nachfolgende Konkurse:
Kommanditgesellschaft Salomon Heumann & Co. zu Altona (mangels Masse!). — Salomon Heumann zu Hamburg (mangels Masse!). — Salomon Heumann zu Altona (mangels Masse!). — Kaufmann Gustav Pintus zu Berlin, Müllerstr. 165a und 166 (Zwangsvergl.). — Jacob J. F. Heymann zu Schneidemühl. — Kaufmann Ernst Benas zu Friedrichsdagen. — Kaufmann Isidor Kaminsky zu Berlin, Reinickendorferstr. 60. — Kaufmann Lewin Hirschfeldt zu Fürstenwalde, Brauner (Zwangsvergl.). — Lehrling Kann zu Zwickau, Sachsen. — Kaufmann Natalie Cohn zu Anklam. — Kaufmann Herm. Pincus zu Berlin, Thurmstr. 33. — Kaufmann Elias Felsenthal zu Oldenburg (Zwangsvergl.). — Kaufmann Max Rosenbaum zu Wiesbaden. — Manufakturwarenhändler Raphael Seidin zu Hamburg. — Martin Ohrenstein zu München, Reichenbachstr. 3 (Zwangsvergl.).

Jüdische Ritter, Kommissions- und Kommerzienräte usw.

Verliehen wurde: Dem kgl. großherzl. Konsul a. D., Generaldirektor der Kurverwaltung zu Schweiningen Goldbed das Ehrenkreuz 2. Klasse des fürstl. hohenzollernschen Hausordens;

dem Kantor Abr. Braunschweig zu Homburg v. d. H. der Kronenorden 4. Klasse;

dem Kaufmann Franz H. Mayer zu Berlin der rote Adlerorden 4. Klasse;

dem Kaufmann M. Mamroth zu Kalisch der russische St. Annenorden 3. Klasse;

dem Obergerichtsanwalt und Justizrat des deutschen Generalkonsulats zu Kopenhagen, G. Oppenheim, der rote Adlerorden 4. Klasse;

dem Etatsrat und Bankdirektor J. Gildesstadt zu Kevenhagen der schwedische St. Olafsorden 1. Klasse.

Ernannt wurde: Siegmund Friedmann zu Breslau zum Konsul mit honorem der Vereinigten Staaten von Venezuela;

der bisherige außerordentliche Professor in der medizinischen Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin, Dr. Hermann Munk, Mitglied der Akademie der Wissenschaften, zum ordentlichen Honorar-Professor in derselben Fakultät;

der Rechtsanwalt Jacobsohn zu Zusterburg zum Notar;
der Gerichtsassessor Theodor Cohn (Danzig) zum Amtsrichter zu Rudnik;
der Rechtsanwalt Lewin zu Wittenberg zum Notar;
Gustav Bauer, Vertreter des Hauses Rotschield in Madrid, zum österreich-ungarischen Generalkonsul.

In die Liste der Rechtsanwälte wurden eingetragen: Rechtsanwalt Dr. Nathan Rosenberg zu Essen (Ruhr). — Rechtsanwalt Dr. Karl Mannheimer aus Magdeburg zu Berlin. — Rechtsanwalt Dr. Arthur Rubensohn zu Ursig. — Rechtsanwalt Friedrich Lipmann-Wulf zu Berlin. — Rechtsanwalt Hugo Wiener aus Glogau zu Breslau. — Gerichtsassessor Leo Perl zu Breslau.

Neue Bücher.

(Alle hier angezeigten Schriften sind durch unsere Geschäftsstelle, sowie durch jede Buchhandlung zu beziehen.)

Über die wirkliche Entlehnung der Kapitalien. Von Dr. jur. C. Junnitschek, Berlin 1897. 144 S. Preis 3 Mark.

In dem Buche werden scharfsinnige, streng wissenschaftliche Erörterungen darüber angestellt, welche Umstände es bewirken, daß neue Kapitalien in den Händen der Menschen sich bilden können. Die Erörterungen führen zu dem Schlusse, die Möglichkeit der Kapitalbildung beruhe auf zwei Gründen: erstens darauf, daß Robmaterial in der Natur vorhanden ist, zweitens darauf, daß das Nahrungsmittel wegen des Wertes der daraus hergestellbaren Sachen mit gewissen Preisen bezahlt wird. Die Marx'schen Behauptungen, daß die Arbeit alle Werte ergenge und daß die Kapitalien nur durch Ausbeutung der Arbeiter entstehen, werden in übergegangener Weise als solch nachgewiesen, wobei zugleich die meisach unbestimmte Ausdrucksweise von Marx mit Recht gegeißelt wird. Der Verfasser bekämpft das auf Gleichförmigkeit der Lebensverhältnisse aller Menschen gerichtete Streben der Sozialisten und weist darauf hin, daß eine derartige Gleichförmigkeit und die Beseitigung jeder Hülfe mit dem vom Staate Empfangenen sich begnügen, der Menschennatur widersprickt und deshalb unausführbar ist. Er meint, unter der Herrschaft der kapitalistischen Produktionsform sei es gar nicht anders möglich, als daß durch die Zunahme des Reichtums in der Kapitalistenklasse auch die Armutsklasse an Reichtum zunehme, und diese Produktionsform verhelfe der Menschheit noch viel Glück und Segen. Unleugbar sei das ist, darf man doch nie vergessen, daß eine gute Verteilung der in einem Volke sich ansammelnden Reichtümer unter die Kapitalisten und Arbeiter nicht von selbst, ohne besondere darauf hinwirkende Maßregeln, sich vollzieht. F. B.

Böhmerland deutsches Land! Kampflieder aus der Ostmark von Heinrich Gutbertet. Leipzig. 49 Seiten. Preis 1 Mark.

Feurige, vom Hurrahpatriotismus eingegebene Lieder voll trutziger Kampfeslust, geeignet, die Streiter zu weiterem Ringen anzuspornen, die Lauen und Halben mit fortzureißen. Wen die Bedrängnisse unserer Brüder in der Ostmark nicht kalt lassen, der wird seine Lust haben an diesen markigen Liedern. —nn.

Die friedliche soziale Revolution am Anfange des zwanzigsten Jahrhunderts. Ein Zukunftsbild von einem Menschenfreunde. 2. Auflage. München und Leipzig, o. J. 87 S. 1 M.

Von den „utopistischen, auf ganz undurchführbaren Annahmen beruhenden Vorschlägen", die zur Lösung der sozialen Frage bereits gemacht sind, spricht der Verf. in der Einleitung. Tatsender als mit diesen Worten können wir seine eigenen Ideen nicht charakterisieren. Das Allheilmittel, das er anpreist, ist der unbewußteste Völkerfriede. Damit will er nicht nur das soziale Problem lösen, sondern so en passant werden auch die Frauenfrage, Judenfrage und wer weiß was sonst noch für Fragen aus der Welt geschafft. Die Sache ist verblüffend einfach. Die Staaten Europas setzen gemeinsam ein Schiedsgericht ein und rüsten ab. Die Ausgaben für Heer und Marine schrumpfen mit der Zeit auf ein Minimum zusammen. Außerdem werden ungeheure Summen an den Zinsen für die Staatsschulden gespart. Da infolge der erhöhten Sicherheit die Nachfrage nach Staatspapieren sehr lebhaft ist, macht es keine Schwierigkeit, den Zinsfuß allmählich bis auf 1% herabzusetzen. Die sinkende Bewegung des Zinsfußes wird allgemein, die Unternehmer müssen sich mit einem niedrigeren Gewinn begnügen, die Löhne steigen. Der Staat verwendet seine Ersparnisse für den Bau von Kanälen, Eisenbahnen u. dgl., sowie für allerlei soziale Maßregelungen. Jeder, der arbeiten will, findet Arbeit, jedes Weib hat Gelegenheit zum Heiraten. Der ärmste Europäer ist jetzt ein Krösus gegenüber den Armen des 19. Jahrhunderts." — Da die Staaten sich jetzt nicht mehr bekriegen, lernen die Menschen sich auch untereinander verragen, ihr oberster Grundsatz ist die Toleranz. Wenn sich aber doch so etwas wie Antisemitismus regen sollte, so haben die Regierungen dem „beizeiten und mit Energie" entgegenzutreten.

Ein Eingehen auf das einzelne dieser Gedanken können wir uns ersparen, da dieser ganze Zukunftsstaat auf einem nebelhaften Traumgebilde aufgebaut ist. Denn etwas anderes ist der unbewußteste Völkerfriede nicht. So lange es mehrere Staaten in der Welt giebt, werden auch die Kriege nicht aufhören. In Fragen untergeordneter Bedeutung kann sich ein Staat, unbeschadet seiner Souveränität, wohl dem Spruche eines Schiedsgerichts fügen; aber, wenn es sich bei ihm um Sein oder Nichtsein handelt, dann wird er auch in aller Zukunft zu den Waffen greifen. Sn.

Briefkasten der Schriftleitung.

Wir erhalten in letzter Zeit dauernd von den verschiedensten Seiten eine in ihrer Gesamtheit sehr große Anzahl von Adressen zugesandt, denen wir bestimmte Nummern unseres Blattes zugehen lassen sollen. Wir sind bisher allen Anforderungen gerecht geworden, müssen aber für die Zukunft bitten, wenigstens die Portobeträge in Marken solchen Wünschen beizufügen. Des weiteren bitten wir dringend, bei Zuschriften an uns das Rückporto nicht zu vergessen, da wir sonst bei der Masse der täglich bei uns eingehenden Briefe nur an dieser Stelle antworten können.

B. Berlin. Das hatten wir thatsächlich übersehen; sie können sich aber beruhigen, einen „General-Superintendenten" Pazig giebt es unseres Wissens in der nationalliberalen Partei nicht. Wenn der Sonderbericht bei „Staats-Ztg." in Nr. 89 davon spricht, so ist das ein großer Irrtum. Gemeint ist sicher der nationalliberale Generalsekretär Dr. Pazig (Berlin).

Hoehlagen A. Wir sind wohl lange nicht fertig. Gewiß ist N. als Zeuge vernommen und auch vereidigt worden. Das Weitere wird die Verhandlung ergeben. Falls er seine eigenen Worte bezüglich seines Hauptmanns abgeleugnet haben sollte, dürfen Sie sich auf ein sehr interessantes Nachspiel gefaßt machen.

Hoehlagen II. Kann nicht zum Konkurs, sondern die Angelegenheit wurde durch einen Vergleich erledigt, wobei die Gläubiger nicht schlecht wegkamen, das Vermögen der Frau (80000 M.) wurde gar nicht in Mitleidenschaft gezogen, da es, wie bei deren Leuten erfahrungsmäßig immer geschieht, geschickt war. Der ältere verheiratete B. wohnte überhaupt nicht im Gesichäft, sondern im sogen. noblen Viertel, eine halbe Stunde vom Geschäft. Betroffen wurde die Frau jedoch vom Ehemann im Geschäftshaus beim Anprobieren. Im Hause selbst wohnt der jüdische Rgt Dr. Löwenthal. Alles weitere stimmt ganz genau und ist stadtbekannt, trotz aller Vertuschungsversuche.

Bt. 492 ist seinerzeit schon an die aufgegebene Adresse gesandt. Im übrigen vollständig vergriffen. Anfrage ging direkt an die maßgebende Stelle.

Herrn **Max Serge,** Str. M. 4 bankend erhalten. Heil! H. B.

Kurzhals. Betr. ist mir leider unbekannt. Wenden Sie sich doch einmal an den hiesigen Reformvereins-Vorstand mit Ihrer Anfrage.

Eingegangene Anfragen.

Die Firma Richard Eller (Eller & Stünkel Nachf.) zu Malaga versendet an Adressen in Deutschland Preislisten von spanischen Weinen. Ist die Firma in deutschen Händen? Kann mir jemand über die Reellität der Firma und Güte ihrer Weine etwas Näheres angeben?

Digitized by Google

Wein-Groß-Handlung,
Import von Rum, Arrac, Cognac,
von

Jede Flasche trägt diese Etiquette als Schutzmarke.

Berlin NW., 1 Stendaler-Straße 1.
Fernsprecher: Amt Moabit 1376.
Gegründet 1877.

1893er u. 95er Rhein- u. Moselweine, p. Fl. über p. Ltr. von 70 Pf. an.
1889er u. 95er Bordeaux-Weine von 1 M. an, sowie sämtliche in- und ausländische Weine usw. zu soliden Preisen. Für absolute Reinheit garantiert.
Schmitz & Co.
Kleine Proben und Preisliste umsonst.

Deutscher Krug.
Antisemiten-Kneipe, Chemnitz,
Lohgasse 3, Parterre und 1. Etage.
Ausschank:
Böhmisch, Lichtenhainer, Tucherisches Dunkel und Pschorrbräu.
Speisen verzügl. Flotte Bedienung.
Hochachtungsvoll **Emil Krug.**

Liefere ein Postkoll (9½ Pfund)
feine Leber-, Rot- und Sülzwurst
zu 7,50 M. franko.
H. Glauner, Fleischermstr.
Papenburg b. Leer (Ostfriesld.).
Ferner:
prima Hammelkeule u. Carrés
à Pfund 55 Pf.

Weltruf
haben westf. Fleischwaaren
feinste westf. Schinken 0,90 Æ p. Pfd.
„ „ **Cervelatw.** 1,20 „ „ „
„ „ **Schinkenw.** 1,15 „ „ „
„ „ **Blockw.** 1,10 „ „ „
„ „ **Mettw.** 0,90 „ „ „
(beste Räucherung).
Garantie Zurücknahme
J. Bartscher, Rietberg, Westf.

Die **Meierei Stuvenborn** bei **Süsfeld** i. Holstein empfiehlt
hochfeine holsteinische
Tafelbutter
in Postkolli täglich frisch.
Die Verwaltung: Reese.

Kaufen Sie

kein Planino,
wenn Sie sich noch nicht den Katalog von **August Roth, Hagen i. W.,** Königl. Hof-Pianofabrikant, gratis haben kommen lassen.

Café Merkur
Leipzig
An der Pleisse 8.

200 Zeitungen, Depeschen und Kurzberichte, Städte-Adressbücher v. Berlin, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Hamburg-Altona, Halle a/S., Paris, sowie Handels-Adressbücher aller größeren Städte liegen zur gefl. Benutzung aus.
Jeden Vormittag Semmeln u. Patisserie.
Hochachtungsvoll
W. Rühlemann.

Deutsche Schänke von **Ad. Klemm**
Leipzig, Poststraße 20
empfiehlt **kräftigen Mittagstisch** und **gute Biere.**

Leinen- und Baumwoll-Waren
von
Wilhelm Michael
Hainstrasse 7, ~~Ecke~~ **LEIPZIG,** ~~Ecke~~ Hainstrasse 7.
Wäsche- und Ausstreuer-Geschäft.
Leinen eigener Fabrikat.

Ausverkauf eines großen Postens **Tischzeug, Handtücher, Taschentücher, Gardinen-** und **Kongressstoffe, Kleiderstoffe** und **Teppiche** zu bedeutend billigen Preisen.

Alleinverkauf
der echten Dr. Lahmannschen Unterkleidung.

Uhren liefert zu äußerst billigen Preisen unter reeller Garantie
Gustav Kaniss
staatl. Uhrmacher Mstr.
LEIPZIG, Tauchaerstr 6.

Wegen eines zunehmenden Augenleidens beabsichtige ich meinen gef. amtl. Verlag mit Bestellungsrechten und Steroxyp-Platten zu verkaufen. Mein auf die antisemitische Bewegung bezügliches Adressen-Material und Sammlungen werden mit abgegeben.
Leipzig, Königstr. 27. **Herm. Beyer.**

Stoffe zu Anzügen PALETOTS etc. versendet
Unerreicht billige Preise!
Beweis: Vergleich mit anderen Collectionen
Reich haltige Musterzusendung umberechnet und portofrei an Jedermann.
IN TUCH, Buckskin, Kammgarn, CHEVIOT etc. Meter 2-15 Mark,
Auf Wunsch Lieferung aller erforderlichen Futterstoffe und Zuthaten.
Versand durchaus reell!
Beweis: ca. 5000 Anerkennungsschreiben aus dem Kundenkreise.
CHRISTIAN GÜNTHER Tuchversandgeschäft **LEIPZIG-PLAGWITZ**

Kohlen, Koks und Brikets
für Hausbedarf liefert jede Quantität
L.-Neuschönefeld. Telephon-Amt I, Nr. 1943.
A. M. Reimann,
Äußere Tauchaer Straße 19.

Dampf-Molkerei Liemehna
versendet **ff. Tafelbutter** frk. gegen Nachnahme, Postkoll zu 5 Pfd. Inhalt.
Bestellungen nimmt entgegen
Molkerei Leipzig-N.,
Kohlgartenstr. 53.
NB. Es werden daselbst auch einzelne Stückchen abgegeben.

Heinrich Thiessen
Schneidermeister
Ritterstr. 23 Plätzenhof, Pt. r. I., **Ritterstr. 23**
Zeugnisse Amt I, 2221.
liefert als Specialität nach Maß nur gute Herrenstoffe, aber selbst die billigsten, zu den Preisen der Confection, in Winter- und Sommer-Überzieher von 30—55 M unter Garantie für guten Sitz und guten Stoff. Ueberzieht: Mut nehme für einen Anzug nur 27 M.
Bestellungen in 24 Stunden. Bei Selbstlieferung des Stoffes

Seifen-, Bürsten-, Besen-
Detail u. **Pinselwaren** Engros
Spezialität.: **Polster-Waren.**
Oscar Mühler, Windm.-Str. 25.

H. Heinze, Hutfabrik
(v. Aschersleben) 8, Burgstraße 8.
Spezialität: **2,80-Hüte.**

Zu vermieten
sauberes Garçon-Logis
bei ruhigen alten Leuten (einzige Vermietung) sofort oder später zu beziehen.
Leipzig, Sophienstr. 14, 3 rechts.

Hauptagenten von deutsch. Leb.-Vers.-Gesellsch. allerorts geg. hohe Provis. u. Reisesp. ges. Ev. Firm. Off. u. F. 100 an die Geschäftsst. d. Bl.

Einen großen Dienst leistet man unserem Blatte und unserer Sache, wenn man seine Einkäufe bei solchen Handlungen deckt, die uns durch Anzeigen unterstützen.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königstr 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe in Berlin NW. 5, Stendalerstr. 1.
Druck: G. Reusche in Leipzig.

Digitized by Google

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Leipzig, 10. März 1898. Nr. 499.

Unsere Kandidaten für die nächste Reichstagswahl.

Fast tagtäglich fragt man bei uns an, in welchen Wahlkreisen bisher von der deutschsozialen Reformpartei Kandidaten aufgestellt sind und welche Wahlkreise noch in Angriff genommen werden sollen. Da jetzt schon verschiedene Listen angeblich „antisemitischer" Kandidaturen durch die Blätter gehen, halten wir es für angebracht, ein vorläufiges Verzeichnis der Wahlkreise zu veröffentlichen, in denen die Anhänger unserer Partei sich bereits auf einen Kandidaten vereinigt haben, oder in denen — nach unseren Nachrichten — demnächst solches zu erwarten ist. Hierbei möchten wir schon jetzt bemerken, daß eigentlich die Regel sein sollte: in jedem Wahlkreise mindestens ein Zählkandidat zur Sammlung unserer Anhänger. Wo mit anderen Parteien auf irgendwelcher Grundlage Verabredungen getroffen sind, die das unthunlich erscheinen lassen, unterbleibt es natürlich. Wir werden kaum bei den kommenden Wahlen dieses Ziel erreichen, darauf hingestrebt muß aber werden!

In den Wahlkreisen in nachstehender Zusammenstellung, die vor der laufenden Nummer mit einem Stern (*) versehen sind, wird der von der deutschsozialen Reformpartei vorgeschlagene Kandidat von allen rechtsstehenden Parteien unterstützt; ein Kreuz (†) bedeutet, daß uns die Unterstützung des Bundes der Landwirte sicher ist.

Lfde. Nr.	Wahlkreis	Kandidat	Jetzt vertreten
	Westpreußen:		
1	Thorn-Kulm-Briesen	Oberlehrer Benjamin (Thorn)	poln.
	Brandenburg:		
2	Berlin 3		soz.
3	Berlin 5		soz.
4	Westprignitz	Rechtsanw. Dr. Wohlfarth (Mathenow)	freis. Volksp.
5	Ruppin-Templin	Kaufmann Schlieck (Neuruppin)	freis. Vereinig.
6	Prenzlau-Angermünde	O. H. Böckler (Berlin)	kons.
*7	Potsdam-Ost-Westhavelland-Spandau	Tischlermeister Paulk (Potsdam)	kons.
8	Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg	Kaufmann E. Fröhlich (Potsdam)	soz.
9	Königsberg (Neumark)	Oberamtm. G. Beck (Berlin)	kons.
	Pommern:		
*10	Ueckermünde-Usedom-Wollin	Gutsbesitzer Schröder (Poggelow)	freis. Vereinig.
11	Stettin	Rittm. Liebermann von Sonnenberg	soz.
12	Neustettin	Gutsbesitzer E. Eichendorff (Gerstkow)	antisem.
	Schlesien:		
13	Wartenberg-Oels	Lieut. z. D. Jenzen (Gottbus)	Reichsp.
14	Breslau, ländlicher Teil	Rentier Schulz (Berlin)	nationallib.
15	Breslau, westlicher Teil	Rittm. Liebermann von Sonnenberg	soz.
16	Landeshut-Bauer-Bolkenhain		freis. Volksp.
	Sachsen:		
17	Magdeburg	Dr. Lindström (Goslar)	soz.
18	Aschersleben-Calbe	Jahnarzt A. Stumpf (Berlin)	nationallib.
19	Oschersleben-Halberstadt-Wernigerode	Schuhmacher-Obermeister L. Schumann (Berlin)	nationallib.
20	Nordhausen	Rittm. Liebermann von Sonnenberg	freis. Volksp.
21	Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück	Kaufmann W. Schack (Hamburg)	kons.
	Schleswig-Holstein:		
22	Apenrade-Flensburg	Porzellanmaler F. Raab (Hamburg)	nationallib.
23	Schleswig-Eckernförde	Gutsbes. Graf L. Reventlow (Wulfshagen)	freis. Vereinig.
24	Pinneberg-Segeberg	Ziegeleibes. Herm. Exler (Elmshorn)	soz.
25	Kiel-Rendsburg-Plön		soz.
26	Altona-Stormarn	Rbg. Liebermann von Sonnenberg	soz.
	Hannover:		
†27	Bersenbrück-Osnabrück-Iburg		nationallib.
†28	Hannover-Linden	Dr. Lindström (Goslar)	soz.
†29	Hameln-Springe		nationallib.
†30	Hildesheim		welf.
†31	Northeim-Einbeck-Osterode-Uelzer		nationallib.
†32	Göttingen-Duderstadt-Münden	Hofbes. A. Bode (Barmissen)	welf.
†33	Goslar-Zellerfeld-Zelle	Dr. Lindström (Goslar)	Reichsp.
34	Celle-Peine-Gifhorn-Burgdorf	Dr. med. Best (Peine)	nationallib.
	Hessen-Nassau:		
†35	Rinteln-Hofgeismar-Wolfhagen	Rbg. Dr. Viethahn	antisem.
36	Kassel-Melsungen	Kaufmann W. Schack (Hamburg)	christl.-soz.
†37	Fritzlar-Homb.-Ziegenhain	Rbg. Liebermann von Sonnenberg	antisem.
†38	Eschwege-Schmalkalden-Witzenhausen	Rbg. Zöpfchut	antisem.
39	Marburg-Frankenberg-Kirchhain	Bauer Karl Weigand jr. (Friedrichsdorf)	antisem.
†40	Hersfeld-Rotenburg-Hünfeld	Rbg. L. Werner	antisem.
41	Hanau-Gelnhausen		kons.
42	Frankfurt (Main)	Rbg. Liebermann von Sonnenberg	soz.
	Rheinprovinz:		
43	Mühlheim (Ruhr)-Duisburg	Dr. med. König (Witten)	nationallib.
44	Wesplar-Altenkirchen		nationallib.
	Königr. Sachsen:		
45	Löbau		freis. Volksp.
46	Bautzen-Kamenz	Rbg. Gräfe	antisem.
47	Dresden rechts der Elbe	Rbg. Zimmermann	antisem.
48	Dresden links der Elbe	Baumeister Hartwig (Dresden)	antisem.
49	Dresden-Land		soz.
50	Meißen-Großenhain	Gutsbesitzer O. Gäbel (Kleißig)	antisem.
51	Pirna	Rbg. Lehe	antisem.
52	Döbeln		kons.
53	Leipzig-Stadt		nationallib.
54	Chemnitz		soz.
55	Annaberg-Schwarzenberg		nationallib.
	Baden:		
56	Bürrach-Müllheim-Staufen-Breisach		nationallib.
57	Mannheim-Schwetzingen-Weinheim	Kaufl. Köster (Heidelberg)	nationallib.
58	Heidelberg-Eberbach-Mosbach		nationallib.
59	Bretten-Eppingen-Sinsheim		kons.
	Hessen:		
60	Gießen	Rbg. Köhler	antisem.
61	Friedberg-Büdingen	Gutsbesitzer Georg Leopard (Melbach)	nationallib.
62	Lauterb.-Alsfld.-Schotten	Rbg. Bindewald	antisem.
63	Darmstadt-Großgerau	Hauptkassenassistent Schlosser F. Bonnet (Darmstadt)	nationallib.
64	Dieburg-Offenbach		soz.
65	Bensheim-Erbach	Rbg. Hirschel	antisem.
66	Bingen-Alzey	Weinbauer M. Bost VI (Sladecken)	freis. Volksp.

Digitized by Google

Lfde. №	Wahlkreis	Kandidat	Jetzt vertreten
67	Mainz-Oppenheim		Zentrum
	Sachsen-Weimar:		
468	Eisenach-Dermbach	Rittergutsbes. R. Schrader (Zechlau)	freis. Volksp.
	Oldenburg:		
469	Oldenburg-Lübeck-Birkenfld.		nationallib.
470	Borel-Jever		freis. Volksp.
	Sachsen-Meiningen:		
71	Meiningen-Hildburghausen	Kaufmann Herm. Kurzhals (Sudl)	nationallib
	Sachsen-Coburg-Gotha:		
72	Coburg	Abg. Liebermann von Sonnenberg	freis. Volksp.
73	Gotha		soz.
74	**Schwarzburg-Sondershsn.**		nationallib
475	**Waldeck**	Abg. Müller	antisem.
76	**Schaumburg-Lippe**		freis. Vereinig.
	Freie Städte:		
77	Lübeck		freis. Vereinig.
78	Bremen	Abg. Dr. Pieldaben	freis. Vereinig.
79	Hamburg-Ost		soz.
80	Hamburg-West		soz.
81	Geest- und Marschlande		soz.

Parteinachrichten.

Parlamentarisches. Am 2. d. M. kam in der Petitionskommission des Reichstages eine Bittschrift um staatliche Übersetzung des Schulehan auch zur Beratung. Während der Abg. Müller (Waldeck) als Berichterstatter für die Überweisung der Bittschrift an die Regierung sprach, wollte der Gegenberichterstatter Abg. Dr. von Bolzlegier — der einstens als Deutscher, ehe er sein polnisches Herz entdeckte, einfach Wollschläger hieß — sie durch Übergang zur Tagesordnung erledigen. Die Kommission beschloß denn auch dementsprechend.

Die „**Konservative Korrespondenz**" läßt sich aus Marburg berichten, daß der Kandidat der deutschsozialen Reformpartei für den Wahlkreis Marburg-Kirchhain-Frankenberg, Bauer Karl Wiegand, in einer Versammlung zu Frohnhausen gesagt habe: „Mitglied des Bundes der Landwirte bin ich auch, ja Vorsitzender einer Zweigabteilung. Aber unser Bund der Landwirte, das ist ein ganz anderer, als der, der hier mit den Konservativen geht; der Bund der Landwirte östlich der Elbe richtet sich auch den ostelbischen Großgrundbesitzern — wir hier im Westen sind der wahre Bund der Landwirte nur für Kleinbauern!" — Das ist genau so unwahr wie alle anderen Schimpfartikel, die das Organ des Herrn von Mantenffel blühet über die deutschsoziale Reformpartei in die Welt setzte. Herr Wiegand hat nie einen Gedankengang ausgesprochen, der eine solche infame Unterstellung zuließe. Es war deshalb auch unnütz, daß die „D. Tagesztg." dazu bemerkte: „Wenn die Konserv. Korr." richtig berichtet ist, so stehen wir nicht an, diese Art von Agitation auf das entschiedenste zu mißbilligen." Der „D. Tageszig." standen eine ganze Anzahl Quellen zur Verfügung, wo sie sich sofort hätte unterrichten können, wie Herr Wiegand über die Interessengemeinschaft von Groß- und Kleingrundbesitz denkt. Nach allen Erfahrungen der letzten Zeit sollte doch das Organ des Bundes den „Mitteilungen", des Organs des Herrn von Mantenffel, etwas stetsig gegenüberstehen und nicht gleich alles für bare Münze nehmen, was die Hintermänner der „Konf. Korr." sich aus den Fingern zu saugen belieben.

Charlottenburg. Am 28. v. Monats fand die zweite Versammlung des deutschsozialen Reformvereins statt, in der Abg. Bindewald der Hauptredner war, während in der ersten unser Kandidat, Herr Kaufmann Fröhlich (Potsdam) sich den Wählern vorstellte. Am 28. kam es nun zu einem Zusammenstoße mit den Konservativen. Dabei erregte es auf allen Seiten allgemeine Entrüstung, als ein Berliner Antisemit aus dem Leipziger „Vaterland" vom 25. Februar einen Artikel vorlas, der in der widerwärtigsten Weise die Abgeordneten der deutschsozialen Reformpartei angreift. Wir hätten nur gewünscht, der Artikelschreiber wäre in der Versammlung zugegen gewesen und hätte sich zu erkennen gegeben!

Magdeburg. In einer Wanderversammlung des Landesverbandes, die zum 3. d. M. nach der Wilhelmstadt einberufen war, sprach Herr B. Kreutz über die Erhaltung des Mittelstandes und über den Dreyfus-Skandal. Die zahlreichen Anwesenden spendeten wiederholt lebhaften Beifall.

Kötzen (Anhalt). Vor zahlreichen Zuhörern hielt am 26. v. M. Abg. Bindewald unter dem Vorsitze des Herrn Schneidermeister Liebrecht (Magdeburg) einen Vortrag über die Ziele unserer Partei.

Wilsdruff. In einer öffentlichen Wahlversammlung hielt am 27. v. M. Herr B. H. Welcker (Dresden) einen Vortrag über die kommenden Reichstagswahlen. Redner betonte besonders, daß sich der Kampf der deutschsozialen Reformpartei hauptsächlich gegen die Juckerherrschaft der Sozialdemokratie richte, daß die Partei sich aber auch nicht scheue, energisch gegen die Quertreibereien gewisser Leute vorzugehen, die sich wohl als „konservativ" bezeichneten, aber nichts weniger als das wären.

Jauer. Die Versammlung in Kauder, wo Herr W. Schlosle am 6. d. M. über „die wahre Vertretung des Arbeiter- und Mittelstandes im Reichstage und unser Programm" sprach, nahm wieder einen guten Verlauf. Es zeigt sich immer mehr, daß lediglich unsere Partei im Stande ist, in die herrschende Hochburg Breche zu legen. Daß der konservative Kandidat, Herr Gutsbesitzer Scholz, nicht der geeignete Mann ist, hat nicht allein der Umstand bewiesen, daß ein Teil der Konservativen sich eine Sonderkandidatur leisten zu müssen glaubt, sondern auch, daß Herr Scholz jüngst in einer seiner Versammlungen mitten in der Rede abbrach und den Sozialdemokraten das Feld überließ!

Aus Hessen. Der im vorigen Jahre gegründete Reformverein Rheinhessen, der seinen Sitz in Mainz hat, zählt bereits 150 Mitglieder. Auf der letzten Hauptversammlung wurden Herr Postsekretär Dr. Herberg (Mainz) zum ersten und Herr Geometer Wolf (Stadecken) zum zweiten Vorsitzenden gewählt.

Im Kreise Darmstadt fanden im letzten Monate drei Versammlungen statt, und zwar in Griesheim, Braunshardt und Schneppenhausen. In allen drei Orten sprach unser Kandidat, Herr F. Vomel (Darmstadt), mit dem erwünschten Erfolge. In Griesheim versuchte ein südischer Lehrer die Anwesenden gegen die Antisemiten einzunehmen, mußte sich aber von dem Abg. Bindewald so gründlich abführen lassen, daß die Versammlung nicht aus dem Lachen herauskam. Ein unfreiwilliges Ende nahm ein Vortrag in Ginsheim (St. Großgerau), wo nach den Ausführungen des Abg. Bindewald „Genosse" Katzenstein durch seine Äußerungen eine solche Unruhe erzeugte, daß der Bürgermeister beim Eintritt der Polizeistunde die Versammlung schloß. Herr Bormet kam infolgedessen nicht zu Worte.

Die Agitation in Friedberg Büdingen, wo die Vertrauensmänner am 26. v. M. zu Friedberg einstimmig die Aufstellung des Landwirts Herrn Georg Leopard (Melbach) beschloß, hat begonnen.

Abg. Bindewald sprach in Großkarben, Herr Bürgermeister Mettenheimer (Griesheschen) in Borsdorf und Abg. Hitzel in Niederrosbach. Obwohl ja niemand in die Zukunft sehen kann, ist der Glaube an den Erfolg unserer Partei fast allgemein.

Eine merkwürdige Szhebung verbuchten die Nationalliberalen im Wahlkreise Bensheim-Erbach. Da sie bisher keinen Kandidaten finden konnten, der dem Abg. Hitzel entgegentreten wollte, jagten sie die Nachricht durch die Blätter, der Kreisrat Haas (Ostenbach) habe die Kandidatur angenommen. Nun ist Herr Haas jüngst an Stelle des nationalliberalen Abg. Wolfskehl zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses gewählt worden, weil die Antisemiten keinen Juden an der Spitze der Kammer sehen wollten. Es wäre also sehr merkwürdig gewesen, wenn die Nationalliberalen den „Eindringling" Haas auf einmal aufgestellt hätten. Thatsächlich hat Herr Haas auch nunmehr erklärt, es sei gar nicht seine Absicht gegen die Antisemiten zu kandidieren, zumal

Digitized by Google

ihm von seiner Seite das Mandat angetragen sei. Wer mag denn wohl hinter dieser Tartarennachricht stecken?

Im Kreise Oppenheim erörterte Herr M. Wolf (Stadecken) in Schornsheim und Obersantheim das Programm der deutschsozialen Reformpartei und zwar in letzterem Orte mit dem Erfolge, daß der Herr Bürgermeister ihm den Dank der Zuhörer aussprach. In dem Wahlkreise Bingen-Alzey, wo Herr Wolf aufgestellt ist, hat er bereits sechsundzwanzig Versammlungen in neunzehn Orten abgehalten. Durchgängig fanden jetzt jede Woche zwei bis drei Vorträge statt, zuletzt in Eisenheim, Wallerheim, Gensingen, Neubramberg, Sprendlingen und Oberingelheim. Es ist zu hoffen, daß durch diese Arbeit dem Freisinn der Kreis abgenommen wird, zumal die Nationalliberalen nicht die geringste Aussicht haben.

Aus Kurhessen. Das „Bilzenhauser Kreisblatt" bringt ein längeres „Eingesandt" über eine Versammlung der Konservativen in Niederhone. In ganz gewöhnlichen Schimpfereien erging man sich danach in dieser Versammlung über die Antisemiten im allgemeinen und den Abg. Ickrath im besonderen. Es sei eine politische Notwendigkeit, den Antisemiten einen Gegenkandidaten entgegenzustellen. Natürlich, nachdem die Nationalliberalen mit ihrem Dr. Peters das letzte Mal so kläglich Fiasko gemacht haben, glauben sie nunmehr die Zeit für gekommen, um unter der Flagge „konservativ" Duertreibereien zu veranstalten. Der von ihnen aufgestellte Kandidat, der freikonservative Landtagsabgeordnete von Christen unterlag 1890 den Freisinnigen und 1893 den Antisemiten. In der Nachwahl 1895 lehnte er deshalb eine Kandidatur ab und die Nationalliberalen kamen glücklich an die letzte Stelle, während der Sozialdemokrat von der letzten an die erste rückte. Und jetzt glauben die Mittelparteiler wieder an einen Erfolg? Ja, einen Erfolg haben sie vielleicht, aber einen anderen wie sie erwarteten, nämlich den Sieg der „Genossen"! Ein großer Teil der Arbeiter im Kreise ist jahraus jahrein vom Herbst bis zum Frühjahr in den westfälischen Kohlenbergwerken beschäftigt und bringt von dort das sozialdemokratische Gift mit nach Hause. Die konservative Sonderkandidatur bringt also vielleicht den ersten ländlichen Wahlkreis in die Hände der Roten, denn daß von Christen siegen sollte, ist einfach ausgeschlossen. Uns können diese Einbrüche in unsere Kreise nur recht sein, wissen wir doch, was wir von den Herren zu gewärtigen haben!

Hamburg. Der von Herrn F. Raab in der Bürgerschaft gestellte Antrag auf Besteuerung der Warenhäuser usw. ist von dem eingesetzten Ausschusse zur Annahme empfohlen worden. Die Angst vor den Antisemiten wirkt mitunter doch Wunder! —

In einer Versammlung zu Barmbeck, die von mehr als tausend Personen besucht war, wurde nach Vorträgen der Herren F. Raab und A. M. Jacobsen festgestellt, daß einer der liberalen Führer gesagt habe: „Etwas mehr oder weniger antisemitisch sind wir alle!" Derselbe Herr Mirow, der diese Äußerung von sich gab, nannte im „Fremdenblatt" die Versammlungen der deutschsozialen Reformpartei „Radauversammlungen". Herr Mirow hätte es verdient, im Reichstage neben seinem Parteifreunde Lenzmann zu sitzen! —

Der neugegründete „Bürgerverein zu Barmbeck" wählte Herrn Rechtsanwalt A. M. Jacobsen zum Vorsitzenden und der „Uhlenhorster Bürgerverein" ernannte Herrn F. Raab zum Ehrenmitgliede.

Infolge des sächsischen Bußtages mußte diese Nummer bereits am 8. fertiggestellt werden. Die am Dienstag sonst noch einlaufenden Nachrichten können deshalb dieses Mal nicht berücksichtigt werden.

Versammlungskalender. Abg. Hirschel spricht am 10. in Altheim (Kr. Dieburg); Abg. von Liebermann am 10. in Frankfurt (Main) und am 11. in Hanau; Herr W. Schlotke (Jauer) am 13. in Altreichenau; Abg. Werner und Herr Dr. Lindström (Goslar) am 13. in Hersfeld; Herr Dr. König (Witten) am 13. in Oberhausen (Ruhr); Herr W. Schack (Homburg) am 13., 14. und 15. im Kreise Kassel und am 16. in Erfurt.

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Akersleb Schmiedeck als Inzreiber eines Häusermaklers hat der Agent S. Israelsohn zu Berlin getrieben. Fünfzehn Monate Gefängnis soll er jetzt deswegen abmachen und da er fluchtverdächtig ist, wurde er sofort eingesponnen.

Sittliche Juden. Der Kaufmann Jakob Hirsch zu Berlin hegte einen unaufständigen Angriff gegen eine Frau in einem öffentlichen Gasthause! Zweihundert Mark Geldstrafe mußte er deshalb wegen Körperbeleidigung zahlen, nachdem er schon fünfzig Mark Buße an die Armenkasse abgeführt hatte, damit die Berlegte die Beleidigungsklage zurücknehme. Der Staatsanwalt wollte auf einen Monat Gefängnis erkannt wissen.

Eine schamlose Belebigung eines jungen (natürlich nichtjüdischen) Mädchens mußte der Kaufmann Bruno Mendelsohn in Berlin mit zwei Monaten Gefängnis büßen.

Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat.

In der Zeit vom 1. bis einschl. 14. November 1897 wurde über folgende Firmen usw. der Konkurs eröffnet:

Kaufmann Jul. Mannheim zu Berlin, Friedrichstr. 44. — Kaufmann Hermann Fuchs zu Friedland (Opr.). — Kaufmann Martin Jakobsohn zu Berlin, Prenzlauer Allee 36 B. — Kürschner Adolf Cohn zu Bromberg, Friedrichstr. 16. — Kaufmann Eitmar Meyer zu Kopperhorn bei Jever. — Kaufmann Alexander Kaufmann zu Kummer. — Kleiderparadies Carl Schulze & Co., Inh. Louis Cassirer zu Dresden, Schefferstr. 12. — Handelsmann Ephraim Liebenstein zu Hüttenheim. — Manufakturwarenhändler Max Meseck zu Wolmerdhausen bei Bremen. — Kaufmann Max Bloch zu Verden.

Aufgehoben wurden in derselben Zeit nachfolgende Konkurse:

Kaufmann Joseph Wolff zu Oberwesalle — Kaufmann Sally Jacoby zu Andernach (Zwangsvergl.). — Schneidermeister Siegmund Bernstein zu Emd. — Kaufmann Gotthold Levy zu Belgard, Pertante (Zwangsvergl.). — Herrengarderoben- und Schuhwarenhändler Adolph Cohn zu Hamburg (Zwangsvergl.). — Ww. Auguste Bergamenter, geb. Frantz zu Koethen, Anh. — Louis Wolff, Modebazar zu Hamburg. — Kaufmann Israel Kaufhers zu Usch (Zwangsvergl.). — Hut- und Pelzwarenhändler Sabo Danziger zu Elberfeld. — Kaufmann Moritz Friedland zu Köln, Rhein (Zwangsvergl.). — Kaufmann Siegfried Friedenstein, i. Fa. Berliner Warenhaus A. Brasch Nachf. zu Köpenick. — Kaufmann Louis Preuß zu Schönlanke. — Frau Sarah Wreschi, geb. Meyer zu Schönlanke. — Kaufmann Adolph Simons zu Leipzig, Hainstr. 3—5 (Zwangsvergl.). — Schlächter Moses Friedmann zu Marktbreit (Zwangsvergl.). — Kaufmann Julius Bernstein zu Charlottenburg (Zwangsvergl.). — Kaufmann Isidor Levoin zu Saarlouis und Ibar.

Jüdische Ritter, Kommissions- und Kommerzienräte usw.

Verliehen wurden: dem Generaldirektor der Gesellschaft Ludwig Loewe & Co. zu Berlin, Jsidor Loewe, das Ritterkreuz des Ordens der Königl. württembergischen Krone und der Charakter als Kommerzienrat;

dem Mitgliede des österreichischen Herrenhauses Freiherrn von Oppenheimer der Kgl. Kronenorden zweiter Klasse mit dem Sternen;

dem Bankier W. Beer zu Ilsen (Ruhr) der Charakter als Kommerzienrat;

dem außerordentlichen Universitätsprofessor Dr. Wilhelm Wintersnitz zu Kakenteugchen der Titel „Regierungsrat";

dem Advokaten Dr. Ferdinand Kaufmann zu Znaim das Ritterkreuz des Franz-Josef-Ordens.

*

Ernannt wurde: Professor Friedrich Gernsheim zu Berlin zum Mitgliede des Senats der Kunst-Akademie;

Dr. Julius Cohn zu Bonn zum Finanz-Obertommissar;

Staatsanwalt Dr. Jsidor Baumgarten zu Ostenfelt zum Sektionsrat im Justizministerium;

William H. Cohen zum Richter am obersten Gerichtshof des Staates New-York;

Adolf Frankenthal aus Lübeck zum amerikanischen Konsul in Bera.

*

In die Liste der Rechtsanwälte wurden eingetragen: Rechtsanwalt Nathan Blumenthal aus Ziegenhof zu Kulm. — Gerichtsassessor Georg Peiser aus Ottmachau zu Breslau. — Rechtsanwalt Emil Lehmann zu Dresden.

Briefkasten der Schriftleitung.

Apolda. Es ist Thatsache, daß die „Viktoria" für jeden Juden, der bei ihr eine Versicherung kommt, eine entsprechende Vergütung an die Versorgungskasse der Rabbiner zahlt. Sie können also der Klage ruhig entgegensehen. Wenn es so weit ist, werden wir Ihnen zur Herbeischaffung des Beweise gern behilflich sein.

Heckingen. Das Verzeichnis der Mitglieder des jüdischen Weltbundes bringen wir noch in diesem Monate und zwar zusammen mit anderen Aktenstücken über den Bund. Selbst Sie werden sich wundern! Heil!

S. P. in M. Wenn Sie den Brief frankieren, ist weiter nichts nötig, die Post besördert ihn sowieso als „Einschreiben". Im übrigen wie folgt:

Digitized by Google

Allerdurchlauchtigster Großmächtigster Kaiser und König, Allergnädigster Kaiser, König und Herr! — Ihre Kaiserliche Königliche Majestät allergnädigst (huldvollst, huldreichst, allerunterthänigst, ehrfurchtsvoll). — In tiefster Ehrfurcht verharret Eurer Kaiserlichen Königlichen Majestät allerunterthänigster. — Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser und Könige von Preußen oder: An des Kaisers und Königs Majestät.

Lzg-Thoßberg. Besten Dank!

H D. Frankfurt (Main). Wir freuen uns, daß Sie Ihre Mitarbeit wieder aufnahmen. Beachten Sie aber, bitte, daß die Schriftleitung sich in Berlin befindet. Heil!

B. Duisburg. Besten Dank. Erwarte Bericht. Heil!

A. F. Leer. Der Bilderbogen „Flottengegner" ist für 30 Pf. von uns zu beziehen.

E. Schlettau. Ausschnitt erhalten. Wir berichten über den Fall in nächster Nummer.

Harmuthsachsen. Besten Dank! Die Gesellschaft ist keinen Schuß Pulver wert!

Wels, H. Leider noch niemand gefunden. Nehme deshalb Anzeige nochmals auf. Gruß H. B.

Dr. C. Verb. Schultheiß Deutschtum erscheint erst im Herbst. B.

Empfangs-Bescheinigung.

Infolge des in voriger Nummer unter der Überschrift „Ein Opfer der Ramschbasare" abgedruckten Briefes sind bei mir eingegangen: F. S. 28 5 ℳ; Eine, der das soziale Elend wehe thut, Kassel 4 ℳ; H., Zwickau (Sachsen) 10 ℳ; H. H., Steglitz 2 ℳ; Sch., Berlin 10 ℳ; drei Polsbrante Berlin 2,50 ℳ; G. H., Berlin 10 ℳ; C. M., Sachsen 12 ℳ; Gerieger, Schweidnitz 5 ℳ; R. M., Steglitz 5 ℳ; C. T., Berlin 5 ℳ; H. Sch., Kran 1 ℳ; Ungenannt Charlottenburg 1,20 ℳ; G. H., Riesengebirge 1,50 ℳ; H. D., Helmstedt 10 ℳ; B. D. P. von 1381, Berlin 10 ℳ; G., Berlin 16 ℳ; S., Berlin 1 ℳ; gesammelt im B. M. 3,50 ℳ; W., Berlin 3 ℳ; Ostend. 5 ℳ; C. R., Naumburg 5 ℳ; R., Berlin 1 ℳ; Ungenannt Berlin 1 ℳ

Allen Gebern sage ich auf diesem Wege im Namen der Briefschreiberin herzlichen Dank!

Berlin NW., Stendalerstr. 1. L. Schmitz.

Tapeten. / Linoleum.

Nur beste Fabrikate.

Muster frei. — Bei Mehrbedarf hohen Rabatt. — Muster frei.

Stirnemann & Krausche,

LEIPZIG.

Hofmarschall. Steinweg — 3 mal Goldene — Peterskirchhof
Lichtenst. Lazarus, part. u. 1. St. — Hinter der Reichsbank, Lehmann Petersstr.

Die Meierei Stuvenborn bei Süderlü i. Holstein empfiehlt wohlfeine vollsteinliche

Tafelbutter

in Postollis täglich frisch.

Die Verwaltung: Reese.

Liefere ein Quantum 9% Pfund

feine Leber-, Rot- und Sülzwurst

zu 7,50 M. franko.

H. Glauner, Fleischermstr.

Papenburg b. Leer (Ostfriesld.).

Ferner:

prima Hammeltalg u. Carrés

à Pfund 55 Pf.

Gardinen Fabrik gegr. 1869.

Gardinen
Teppiche
Möbelstoffe
Decorationen
illustr. Kataloge etc.
franco

Tisch- und Divan-Decken etc.

A. Drews Nachf. P. Meusel & Co.
Leipzig, Königsplatz.
Man verlange illustr. Katalog.

Wilhelm Boetzkes

Rheinisches Tuchhaus, ◆ Düren I. ◆ Bezirk Aachen,

versendet an den billigsten Preisen die bekannten, preisch ausgesuchten Aachener und Dürener Tuchwaren, sowie andere deutsche und engl. bewährte Herrenstoffe.

Die neuen Muster	3 m Cheviot	Anz.	Rest 3 Mts.
werden sofort, Hose- und Rockstoffe frei,	3 „ Loden-Chev.	40	M 10,80
ungefragt, damit jedermann sich ohne	3 „ Kammgarn	47	„ 12,70
Reisen von der Güte und Billigkeit über-	3 „ Melton	65	„ 17,90
zeuge. Man wünsche eine Postkarte.		50	„ 13,50

bis 12 M. der Meter. Jedes Maß.

Beim Herausch brachte man besonders die Cassinet

Deutsche Schränke von **Ad. Klemm**

Leipzig, Poststraße 20

empfiehlt **kräftigen Mittagstisch** und **gute Biere.**

Café Merkur

Leipzig

An der Pleisse 8.

200 Zeitungen, Depes hen und Correspondenz, Städte-Adressbücher v. Berlin, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Hamburg-Altona, Halle a/S., Paris, sowie Handels-Adressbücher aller erdenklichen Staaten liegen zur gefl. Benutzung aus.

Jedes Tarmittag Real-Ion v. Passieten.

Hochachtungsvoll

W. Rühlemann.

Deutscher Krug.

Antisemiten-Kneipe, Chemnitz.

Lobgasse 3, Parterre und 1. Etage.

Ausschank:

Böhmisch, Lichtenhainer, Tuchersches Dunkel und Pschorrbräu.

Speisen vorzügl. Flotte Bedienung.

Hochachtungsvoll **Emil Krug.**

Weltruf

haben wegen Fleischwaaren

seitdem **weltl. Schinken** 0,90 ℳ p. Pfd.

„ **Cervelatw.** 1,20 „ „ „

„ **„ Schinkenw.** 1,15 „ „ „

„ **„ Plockw.** 1,10 „ „ „

„ **„ Mettw.** 0,90 „ „ „

(Beste Räucherung).

Garantie Zurücknahme

J. Bartscher, Nienberg, Weser.

Hauptagenten von deutsch. Lebs-Versich.-Gesellsch. allerorts geg. hohe Provis. u. Reisesp. ges. Co. Firum. Off. u. **F. 100** an die Geschäftsst. d. Bl.

Wein-Groß-Handlung,

Import von Rum, Arrac, Cognac,

von

Jede Flasche trägt diese Etiquette auf Schutzmarke.

Berlin NW., 1 Stendaler-Straße 1.

Fernsprecher: Amt Moabit 1376.

eingetragen 1877.

1895er u. 96er Rhein- u. Moselweine, p. Fl. oder p. Ltr. von 75 Pf. an.

1893er u. 96er Bordeaux-Weine von 1 M. an, sowie sämtliche in- und ausländische Weine offe. zu soliden Preisen. Alle gebotene Mittel zu garantieren

Schmitz & Co.

Kleine Proben und Preisliste umsonst.

Verlobt

Hausfrauen

und Mädchen aus Kochen-Ausstattungsgeschäften P. Heydack, Leipzig, Feuerwerkerstr. 34, ist ihre bekanntlich bestbewährte Stahlwolle empfohlen

Gratis Proben sind direkt Postkarte zu senden. Gewünscht in Gemüsehandlungen und in Ihrer Nähe. Porzellan-, Steingut- u. Emaillewaren geschirre, Holzwaren, Zaliniger Messer und Gabel, Gläser, Bestecke, Wringmaschinen, franz. Kaffeemühlen, Reibmaschinen, Nähmaschinen, Nähmaschinen, Bratpfannen, Platten und gedämmten Böden, Lampen Petroleumbrenner, Glühlichter Brennstoff usw.

Zu vermieten

sauberes Garçon-Logis

bei ruhigen alten Leuten (einzige Bewirtung) sofort oder später zu beziehen. Die süßeren Vieter wohnten viele lange Zeit zur größten Zufriedenheit desselb. Preis nach Übereinkunft.

Leipzig, Sophienstr. 14, 3 rechts

Vertreter-Gesuch.

Ein Produzent (Anisl.) in Schwenzinger **Spargel** sucht für Leipzig und Dresden sich sammende Saison einen gleichsituierten Vertreter. Derselbe müßte in Hotels, Restaurants u. Privathäusern gut eingeführt sein. Angebote unter W. W. 270 an die Geschäftsstelle d. Bl. Der Schwetzinger Spargel wird etwas früher als der Braunschweiger reif und ist aus diesem Grunde leichter Absatz zu erzielen.

Kohlen, Koks und Brikets

für Hausbedarf liefert jede Quantität

A. M. Reimann,

Äußere Tauchaer Straße 19.

L.-Neuschönefeld.

Telephon Amt I, Nr. 1943.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe in Berlin NW. 5, Stendalerstr. 1.
Druck: G. Reusche in Leipzig.

Digitized by Google

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Leipzig, 17. März 1898. Nr. 500.

Großer Nutzen

erwächst unseren Bestrebungen dadurch, wenn unsere Leser die **„Deutsch-Sozialen Blätter"** nicht nur überall empfehlen, sondern sie auch in allen Bahnhofsbuchhandlungen, Wirtshäusern, Gasthöfen, Cafés usw. immer und immer wieder verlangen. Wo die „Deutsch-Sozialen Blätter" nicht gehalten werden, dringe man auf sofortige Bestellung.

Parteinachrichten.

Berlin. Ein treues Mitglied unserer Partei, ein eifriger Arbeiter im Dienste unserer guten Sache, Herr Julius Schmidt aus Pankow, wurde am 10. d. M. im Mariendorf zur Ruhe bestattet. Der Provinzialvorband für Brandenburg und Berlin ließ durch seinen stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Christoffers, einen Kranz am Grabe niederlegen. —

Am 14. d. M. hielten die Führer der Christlich-Sozialen, der Bürgervereine und des Wahlvereins Berlin der Deutschsozialen Reformpartei eine Beratung ab, in der ein Zusammengehen bei den nächsten Wahlen beschlossen wurde. Ein entsprechender Antrag erfolgt dieser Tage.

Kottbus. Am 7. d. M. hielt unser Verein unter Leitung des Herrn Leutenant a. D. Jenzen eine von etwa 150 Personen besuchte Versammlung ab, für die Herr Schriftleiter V. H. Welcker (Dresden) als Redner gewonnen war. Der recht beifällig aufgenommene Vortrag behandelte die Bedeutung des Judentums im wirtschaftlichen und politischen Leben der Völker.

Dresden. Wenn die Flottenfrage dazu beigetragen hat, das nationale Gefühl zu wecken, so freuen wir uns dessen für den Aufgang der nächsten Wahlen, weil wir die Stärkung des nationalen Geistes für nötig halten zur Erlangung wirtschaftlicher Reformen für den arbeitenden Mittelstand. Wie im Jahre 1893, so geht auch jetzt Hand in Hand der wirtschaftliche Aufschwung mit der antisemitisch-reformerischen Bewegung, deren heilige Ziele das Wohl des Vaterlandes und Läuterung des Deutschtums sind. Auch diesmal werden wir den Wahlkampf aufnehmen furchtlos und treu wie immer! — So schloß Abg. Zimmermann einen Vortrag, den er am 8. d. M. im Tivoli-Saale unter dem Vorsitz des Herrn Rechtsanwalt Dr. Haeckel über die Entscheidung in der Flottenfrage und unsere zukünftige Wirtschaftspolitik hielt.

Lommatzsch. Die erste öffentliche Versammlung mit dem Kandidaten unserer Partei, Herrn Gutsbesitzer G. Gäbel (Klessig), fand am 6. d. M. hier statt. Herr Gäbel wurde von dem Vorsitzenden, Herrn Kaufmann Klitzsch, den Erschienenen vorgestellt und entwickelte dann in längeren Ausführungen seinen politischen Werdegang. Insbesondere betonte er, daß er ein sehr reges Mitglied des Bundes der Landwirte gewesen, aber ausgetreten sei, weil er nicht das eine Mal hätte ausgesprochener Parteimann sein können, und das andere Mal sich parteilos zu geben. Er verurteile den Kampf zwischen Konservative und Antisemiten, halte ihn aber den jetzigen Führern der Konservativen in Sachsen gegenüber für nötig. Der Wahlkreis Meißen sei antisemitischer Besitzstand, und er hoffe ihn auch gegen den konservativen Herrn Schäfe zu halten. Die Versammlung zollte dem Redner wiederholt lebhaften Beifall.

Großenhain. Unser Kandidat, Herr Gutsbesitzer G. Gäbel (Klessig), wurde am 8. d. M. in einer sehr gut besuchten Versammlung durch Herrn Kaufmann Meyer den Wählern vorgestellt. Herr Gäbel entwickelte dann in längerer Rede das Programm der Partei und legte die Gründe dar, die ihn bewogen hätten, sich um das Mandat des Kreises Meißen zu bewerben. Darauf erhielt Herr Schriftsteiter Welcker (Dresden) das Wort, um die einzelnen Parteien und ihr Verhalten zu den nächsten Wahlen zu beleuchten. Seine Ausführungen veranlaßte „Genosse" und Landtagsabgeordneter Goldstein zu widerlegen. Er sprach aber so matt, daß seine eigenen Anhänger unzufrieden waren und es den Herren Gäbel und Welcker leicht wurde, ihn gehörig abzufuhren.

Halle (Saale). Unter dem Vorsitz des Herrn Ad. Zeising sprach hier am 9. d. M. Herr Redakteur B. Kreutz (Magdeburg) über Zola und das Judentum. Mehr als sechshundert Personen lauschten den Worten des Redners und nahmen nach dem Vortrage eine Entschließung gegen das Treiben des Wolffschen Depeschenbureaus an.

Halberstadt. Den Schluß der zweiten Rundreise unseres Reichstagskandidaten, des Herrn Obermeisters L. Schumann (Berlin), bildeten Versammlungen in Kroppstedt, Rohrsheim, Dardesheim, Hamersleben und Anderbeck. Mit Ausnahme von Rohrsheim (das sogenannte Millionendorf, wo die schwerreichen Bauern anscheinend an eine Not noch nicht recht glauben wollen) war überall eine große und dankbare Zuhörerschaft. In Rohrsheim erschienen nur sechzig bis siebenzig Personen, die allerdings den Ausführungen des Herrn Schumann gegenüber nicht mit Beifall kargten. Ende dieses Monats wird Herr Schumann zum dritten Male im Kreise anwesend sein und hoffentlich ebensoviel Erfolg erzielen, wie bisher.

Breslau. Der ewige Jude im Lichte des Purimfestes" war das Thema, das Herr Stadtverordneter L. Th. Wolff am 8. d. M. in einer Versammlung bei Friedrich erörterte. Zum Schluß wurde eine Entschließung angenommen, die eine staatliche Überwachung des Schächtens ernst fordert.

Strehlen (Schlesien). Eine Versammlung, die der Provinzial-Wahlausschuß der deutschsozialen Reformpartei am 8. d. M. hier veranstaltete, nahm ein vorzeitiges Ende. Herr Stadtverordneter L. Th. Wolff (Breslau) hatte über das Purimfest gesprochen. Als vor der freien Aussprache erklärt wurde, daß der Abg. Zimmermann als Kandidat der deutschsozialen Reformpartei in Aussicht genommen sei, entstand eine derartige Unruhe, daß der Vorsitzende es vorzog, die Versammlung zu schließen. — Nachträglich haben die Wahlkreis-Vertrauensmänner der Partei erklärt, daß die Kandidatur Zimmermann ohne ihre Zustimmung veröffentlicht sei, und daß sie an den bereits veröffentlichten Beschluß, die Kandidatur des konservativen Abg. Rother zu unterstützen, festhalten müßten. Die „Deutsche Wacht" schreibt dementsprechend, daß Abg. Zimmermann ohne sein Zuthun aufgestellt sei. (Derartige Zwitzigkeiten müssen unbedingt ein schiefes Licht auf die Partei werfen. Wir möchten deshalb dringend raten, Kandidaturen nur nach reiflicher Überlegung und unter Mitwirkung aller in Betracht kommenden Faktoren aufzustellen. T. Schriftltg.)

Jauer. Der glatte Verlauf aller Wanderversammlungen unseres deutschsozialen Reformvereins zwingt noch und noch unsere Gegner, sich mit uns zu beschäftigen. Da sie es aber nicht wagen, öffentlich gegen uns aufzutreten, beschimpfen sie unsere Partei in ihren freisinnigen Lokalblättern. Das hätt uns natürlich nicht ab, ruhig weiter zu arbeiten und die Bauern über unsere Ziele aufzuklären. Herr W. Schloske hielt am 9. in Kolbnitz, am 13. in Altreichenau und am 16. in Polschwitz Vorträge über das Programm der deutschsozialen Reformpartei.

Hannover. Nach dem Festmahl des Arbeitervereins hatte der deutschsoziale Reformverein am 11. d. M. eine Versammlung einberufen. Herr Dr. Lindström (Goslar) hielt unter dem Vorsitz des Herrn Apotheker Cohlmann einen sonnvollendeten Vortrag über das Thema „Der Entscheidungskampf des deutschen Mittelstandes". Einen „Genossen", der alle Lohnarbeiter als „Proletarier" bezeichnete und einen anderen, der die Sozialdemokratie das „naturnotwendigste Produkt der Gegenwart" nannte, widerlegte Redner in seinem Schlußworte treffend und schlagend.

Digitized by Google

Peine. Die erste Wahlversammlung in unserem Wahlkreise fand am Sonntag, den 13. d. M. in Oberg statt. Unser Kandidat, Herr Dr. med. Bock (Peine) sprach über die Ziele und Aufgaben unserer Partei, die Herren Bröer und Behrens über unser Verhältnis zu den übrigen Parteien usw. Die äußerst zahlreiche Versammlung folgte den Ausführungen mit gespannter Aufmerksamkeit, und der reiche Beifall, wie auch der den Rednern öffentlich ausgesprochene Dank zeigten, daß unsere Ideen auch in hiesiger Gegend siegreich Einzug gehalten haben.

Prenzlau. Im Kreise Angermünde hielt Herr O. H. Böckler (Berlin) eine weitere Reihe von Vorträgen ab. Zuerst in Greiffenberg (Mark), wo nach dem unanfechtbaren Zeugnis der „Angerm. Ztg." das Auftreten des Redners vielen Beifall fand. In Lunow erregte die Schilderung der Machenschaften der Tabakjuden lebhafte Zustimmung, ebenso in Hohenfaaten und Stolpe. In Choriuchen dagegen wurde die Versammlung durch das Eingreifen einiger Juden aus Eberswalde und durch das übliche Freibier aufgelöst. Zwei Tage später war Herr Böckler aber schon wieder da und konnte nun unter Leitung des Herrn Gemeindevorstehers ruhig sein Programm entwickeln. In Brüz wehrten sich die Ortseinwohner so energisch gegen die Störungsversuche der Eberswalder Juden, daß alles in schönster Ordnung verlief. Merkwürdigerweise weiß die konservative „Prenzlauer Ztg." mitzuteilen, die Führer der deutschsozialen Reformpartei wurden die Kandidatur nicht annehmen, und die „Deutsche Tageszig." läßt sich schreiben, die Kreis-Vertrauensmänner seien mit der Kandidatur Böckler nicht einverstanden. Wir möchten deshalb darauf hinweisen, daß Herr Böckler in einer vollbesuchten Versammlung von den Vertrauensmännern des Wahlkreises einstimmig aufgestellt wurde. An diesem Beschlusse kann die Parteileitung nichts ändern.

Küstrin. Sehr gut besuchte Versammlungen hielt am 6. d. M. der hiesige deutschsoziale Reformverein unter Leitung seines Vorsitzenden, Herr A. Timmer, in Fürstenfelde und Bärwalde ab. Neben unserem Kandidaten, Herrn Oberamtmann E. Bod (Berlin), sprach Abg. Werner. Beide Redner erzielten namentlich in dem freisinnigen Bärwalde einen nachhaltigen Erfolg, so daß schon in nächster Zeit weitere Vorträge an anderen Orten erfolgen sollen.

Aus Hessen. In Bingen-Alzey will der Bund der Landwirte eine Kandidatur des Kreisrats Haas (Offenbach) unterstützen. Herr Haas hat als Nationalliberaler in einem bisher radikal freisinnigen Kreise keine Aussicht, zumal ihm noch ein Antisemit gegenüberspricht. Herr M. Wolf (Stadecken) hat bereits in zahlreichen Versammlungen bewiesen, daß er wohl geeignet ist, die Sache der Landwirtschaft zu vertreten, und daß in seinen Händen (als Kreiseingesessenen) das Mandat auch gut ruht. Möge der Bund deshalb erst wägen und dann wagen. Herr Wolf sprach zuletzt in Eisenheim und Neuhamberg mit außerordentlichem Erfolge. —

Herr Bürgermeister Mertenheimer (Eichelsachsen) hielt in Stumpertenrod und Bobenhausen (Kr. Schotten) zusammen mit Herrn Zulauf (Ebersrod) ein paar vorzüglich verlaufene Versammlungen ab, die beide mit einem Hoch auf den Abg. Bindewald endeten. Am 13. sprach Herr Zulauf außerdem in Bleidenrod. —

Abg. Liebermann von Sonnenberg sprach am 11. d. M. in einer stürmischen Versammlung zu Friedberg zu Gunsten unseres Kandidaten, Herrn Gutsbesitzer Leopard (Melbach).

Aus Kurhessen und Waldeck. Abg. Müller bereist augenblicklich seinen Wahlkreis. Er erstattete in Arnsfeld, Albertshausen, Lehne, Ueyre, Braunsen, Twiste, Mühlhausen, Wirmighausen, Athenegge und Sudeck Bericht über seine parlamentarische Thätigkeit. Stimmung und Besuch war überall sehr günstig. Ein Zusammenstoß mit einem konservativen Agrarier in Wirmighausen endete mit glänzender Niederlage des Gegners. —

Unter reger Beteiligung fand am 6. d. M. in Gießen der zweite Gautag „Deutscher Jugendbünde in Hessen" statt. Vertreten waren die Bünde Darmstadt, Frankfurt, Kassel und Offenbach. —

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Kassel wurde Abg. Prof. Hüpeden mit 1850 Stimmen gewählt, während die beiden Kandidaten der Deutschsozialen Reformpartei, Schreinermeister Scheld und Assistent Kreiß, mit 1189 und 1184 um 13 Stimmen hinter dem sozialdemokratischen Kandidaten zurückblieben. Das ist für das erste Mal ein erfreulicher Achtungserfolg.

Die Vertrauensmänner des Bundes der Landwirte für den Kreis Rinteln haben beschlossen, die Kandidatur des Abg. Dr. Diethoben zu unterstützen. —

Abg Liebermann von Sonnenberg wurde noch einem Vortrage über unser Programm am 10. d. M. in Frankfurt (Main) einstimmig zum Kandidaten der Deutschsozialen Reformpartei ernannt, die Versammlung mußte wegen Überfüllung polizeilich geschert werden! —

In **Hesse** (Kr. Fritzlar) besprach Herr Scheld (Kassel) vor zahlreicher Zuhörerschaft die soziale Frage und das Programm der einzelnen Parteien. —

Herr Altnar Henn (Sachsenhausen) erörterte in der Monatsversammlung des Deutschen Vereins zu Frankfurt (Main) die Bedeutung des Parimfestes.

Stuttgart. Die Vertrauensmänner der Schwäbischen Reformpartei haben am 6. d. M. einstimmig beschlossen, sich als selbständige Partei aufzulösen und der deutschsozialen Reformpartei für Baden, die Pfalz und Elsaß-Lothringen sich anzuschließen. Hoffentlich kommt dadurch die antisemitische Bewegung in Württemberg, die schon einmal einen vielversprechenden Anlauf nahm, wieder in Fluß.

Oberhausen (Rheinland). Die Parteigenossen im Wahlkreise Duisburg sind eifrig an der Arbeit. Am vorigen Sonntag hielt Herr Dr. König (Witten), der nunmehr die Kandidatur endgiltig angenommen hat, hier einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über das Thema „Der Antisemitismus, eine Pestbeule am deutschen Volkskörper". So hatte nämlich früher der nationalliberale Gegenkandidat, Kommerzienrat Möller, sich ausgedrückt beliebt. Herr Dr. König unterzog den Philosemitismus des Herrn Möller und seiner Freunde einer vernichtenden Kritik und wies an der Hand der Geschichte und des verderblichen Einflusses des internationalen Judentums die Notwendigkeit und sittliche Berechtigung des Antisemitismus schlagend nach. Die Verleumdung des Dreyfus-Zola-Schwindels und die Stellung der deutschen Presse hierzu bot viel neues und interessantes für einen großen Teil der Zuhörer, die keine Ahnung von der Nationalität des Herrn Dreyfus hatten. Auch das von den Juden gefeierte Purimfest und die darin liegende Intoleranz auch des modernen Judentums wurde gebührend beleuchtet. Treffend bemerkte Redner, wie wohl die Judenblätter über Intoleranz zetern würden, wenn heute noch die Katholiken jährlich ein kirchliches Fest zum Andenken an die Bartholomäusnacht feiern würden. — Die Versammlung, die von Herrn J. Bovenkerk (Duisburg) geleitet wurde, war gut besucht und spendete Herrn Dr. König lebhaften Beifall. Zum Schluß wurden einige neue Vertrauensmänner gewonnen.

Hameln. Ein Wahlaufruf zu Gunsten des vom deutschsozialen Reformverein und einer Vereinigung von Männern des Mittelstandes aufgestellten Hofbesitzers Herrn H. Holzgrefe (Eldagsen) hat bereits siebenhundert Unterschriften gefunden. Die Kandidatur wird hoffentlich der Zustimmung des Bundes der Landwirte finden, damit wir endlich einmal die nationalliberale Vertretung los werden.

Straßburg (Elsaß). In einer Versammlung, in der Abg. Liebermann von Sonnenberg am 8. d. M. sprach, erwähnte Redner auch den Fall Zola, wobei er die französischen Offiziere in Schutz nahm, die den Verräter Dreyfus verurteilt haben. Es ist bezeichnend für die hiesige Presse, daß lediglich das „Elsässische Journal" in seinem französisch geschriebenen Teile diese Thatsache und den Umstand zu erwähnen wagt, daß die deutschen Zuhörer lebhaften Beifall spendeten.

Aus Schleswig-Holstein. Was für Mittelchen herhalten müssen, wenn es gilt, der deutschsozialen Reformpartei etwas am Zeuge zu flicken, ist oft erstaunlich und belustigend zugleich. Die früher nationalsozialen, jetzt unparteiischen „Kieler Neuesten Nachrichten" lassen sich aus Schleswig melden, der Kandidat der Deutschsozialen im Kreise Schleswig-Eckernförde, Graf Reventlow-Wulfshagen, könne auf keine größere Anzahl von Stimmen rechnen, weil er sich „seit Jahr und Tag nicht im Wahlkreise habe sehen lassen". Wenn das Blatt geschrieben hätte, Graf Reventlow sei seit Jahr und Tag nicht aus dem Wahlkreise herausgekommen, so

Digitized by Google

würde das der Wirklichkeit eher entsprechen; denn der Graf ist im Kreise angesehen und bewirtschaftet hier sein Gut. Daß Graf Reventlow „seit Jahr und Tag" im Wahlkreise Versammlungen abgehalten hat, und zwar mehr als irgend ein anderer Politiker, weiß das „unparteiische" Blatt natürlich auch nicht. —

In Friedrichstadt hielt Herr Tierarzt Möller am 8. d. M. einen Vortrag über die Bedeutung des Parlmfestes, der einen prächtigen Verlauf nahm. —

Herr Fr. Raab (Hamburg) hielt auf Veranlassung des deutschsozialen Reformvereins in Flensburg einen Vortrag über die Schädlichkeit der Warenhäuser. Die Versammlung, die Herr Hofbesitzer L. Unruh (Ehrenpflug) leitete, mußte in der starken Diskussion eine ganze Anzahl unklarer Redensarten eines „Genossen" anhören. —

Die Vertrauensmänner des Bundes der Landwirte für den Wahlkreis Elmshorn-Pinneberg haben in Gegenwart des Provinzial-Vorsitzenden einstimmig beschlossen, die Kandidatur der deutschsozialen Reformpartei zu unterstützen.

Steinhude. Der Vorsitzende des Deutschen Vereins, Herr F. Helmke, erklärte am 10. d. M. in öffentlicher Versammlung die Grundbegriffe des Antisemitismus, wobei er auch das Purimfest der Juden streifte.

Hamburg. In Eimsbüttel ist ein Bürgerverein mit vorläufig 84 Mitgliedern gegründet, der nur unbescholtene Männer christlich-deutscher Abstammung aufnimmt. —

Das liberale Bürgerschaftsmitglied, Herr A. H. G Mirow, hat seine in voriger Nummer erwähnte Äußerung „Etwas antisemitisch sind wir mehr oder weniger alle" öffentlich abgeleugnet. Demgegenüber hält Herr H. Scheller, der diese Tatsache zuerst in einer Versammlung erwähnte, sie ausdrücklich aufrecht und zwar unter genauer Bezeichnung des Ortes, wo diese Worte fielen Herr Lenzmann hat also einen Kollegen gefunden! —

Die Gewer ebank, eine Spar- und Vorschußkasse für den kleinen Gewerbetreibenden und Handwerker, hat im letzten Jahre einen Umsatz von über zwei Millionen Mark gehabt. Im Jahre 1894 betrug der Gesamtumsatz dagegen nur zweihunderttausend Mark. Während damals 71 Spareinleger gezählt wurden, sind diese jetzt auf 2168 angewachsen. An der Spitze des Aufsichtsrats der Bank steht Herr F. Raab.

Erfunden? Wie wir erst jetzt bemerken, hat das Organ des Herrn von Manteuffel, die „Kons. Korr.", uns unter dieser Spitzmarke mit folgenden Auslassungen angerempelt: „In den „Deutschsozialen Blättern" erklärt der antisemitische Abgeordnete Werner, seine von uns der „Freisinnigen Zeitung" entnommene Äußerung in der Budgetkommission: „Das Reichsstrafgesetzbuch müsse doch wohl genügen, da selbst Fürst Bismarck, der bekanntlich gern Geld genommen habe, keine Erhöhung beantragt habe", sür erfunden. Wir wollen abwarten, ob das Organ des Herrn Eugen Richter die Angabe des Herrn Werner bestätigen wird. Jedenfalls wäre es wirklamer gewesen, wenn der deutschsoziale Abgeordnete sich mit seiner Berichtigung an die Freis. Ztg.' direkt gewendet hätte; im antisemitischen Lager pflegt man ja sonst mit allerlei Berichtigungen' nicht eben sparsam zu sein."

Das Organ des Herrn von Manteuffel verkriegt sich hier also hinter die „Freis. Ztg.", obwohl es in der betreffenden Notiz (Nr. 5 der „Kons. Korr." vom 11. Januar d. J.) das Richter'sche Blatt mit keinem Worte erwähnt! Solche Kunststückchen nennt dann die „Kons. Korr." eine „anständige" Kampfesweise. Wir bedauern nur die Blätter, die sich von der „Kons. Korr." füttern lassen müssen.

Druckfehler-Berichtigung. In voriger Nummer müssen in der Notiz über die „Kons. Korr." in der dritten und vierten Zeile von unten hinter den Worten „Manteuffel" und „Mitteilungen" die Interpunktionszeichen wegfallen. Der Satz heißt demnach: Nach allen Erfahrungen der letzten Zeit sollte doch das Organ des Bundes den „Mitteilungen" des Organs des Herrn von Manteuffel etwas skeptisch gegenüberstehen und nicht gleich alles für baare Münze nehmen, was die Hintermänner der „Kons. Korr." sich aus den Fingern zu saugen belieben.

Versammlungskalender. Herr W. Schack (Hamburg) spricht am 20. in Schleusingen und Suhl; Herr Fr. Raab (Hamburg) am 20. in Oldesloe; Abgg. Bindewald und Hirschel am 20. in Reichenbach und Oedernheim (Kr. Bensheim).

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Jüdische Anwerksorenehelt warf ein Dr. med. B. Frankl zu Berlin dem Inhaber eines großen Warenhauses, Jacques Raphaell, vor. Dieser hatte ihm ein paar Zweifel nicht umtauschen wollen, die angeblich schlecht waren. Der „Antisemit" Frank erhielt für die Beleidigung sechzig Mark Strafe, wobei sich herausstellte, daß er selbst von jüdischen Eltern abstammte und jetzt noch bei seiner jüdischen Mutter wohnt!

Versicherungsschwindel. Unter dem Vorgeben, Darlehen beschaffen zu können, veranlaßte der Agent Alexander Citig zu Berlin verschiedene Personen bei ihm einen Lebensversicherungs-Vertrag abzuschließen. Das versprochene Darlehn blieb natürlich immer aus, da es dem Agenten nur um die Vermittelergebühr zu thun war. Strafe: vier Monate Gefängnis.

Deutsche Mädchen in jüdischen Geschäften. Der Bäckereibesitzer Siegfried Heymann-Jon zu Berlin beschimpfte und ohrfeigte die Tochter eines Briefträgers, die in seinem Geschäfte thätig war. Das Gericht legte ihm für diese wörtliche und thätliche Beleidigung fünfhundert Mark Geldstrafe auf, die in der Berufungsverhandlung auf hundert Mark herabgesetzt wurde. Bei einer Anzeige gegen ein anderes Mädchen hatte Heymann wohl die Behauptung auf, die Briefträgers-Tochter habe ihn bestohlen. Da er den Beweis aber schuldig blieb — es handelte sich um einen großen Bogen Papier! — erhielt er wegen übler Nachrede fünfzig Mark Geldstrafe, wurde aber sofort wegen Verleitung freigesprochen, weil er in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe und ihm die Absicht der Beleidigung nicht nachzuweisen sei! —

Herr Braun von der Firma Braun & Co., Berlin, Bildnacherei, pflegte alle im Keller seines Hauses eine vierzehnjährige Briefträgerin, weil sie von einem Umwange zulässig die Preisauszeichnung abgetrennt hatte. —

Sittlichkeitlich verlogt wegen Meineids und betrügerischen Bankerotts wird der Fabrikant und Agent Samuel Weinmann, der zuletzt in Charlottenburg sein Wesen trieb. Er ist anscheinend in seine Heimat Russland entkommen.

Adolfe leisten in Gegenwart eines Unterbeamten, eines Assistenten, eines Direktors und eines Polizeipflectors mußte Herr Neumann in Gottbus, der vor einiger Zeit in Meiningen die Postbeamten „genarrte Kerls" geschimpft hatte. Außerdem durfte Neumann noch fünfzig Mark Buße zahlen.

Wegen unlauteren Wettbewerbs müssen die Inhaberin der Cigarettenfabrik Kosanetz zu Berlin, Neue Jacobstr. 6, und Alfred Zweig, Inhaber der Schuhfirma Conrad Tack zu Burg (Kr. Magdeburg) je 150 Mark Geldstrafe zahlen. —

Der Kieler Geschäftsführer der Firma Tack & Co. zu Burg hatte sich wegen boshaften Vergehens vor Gericht zu verantworten. In einer Anzeige bot er Herrschaftsschuhe zu 2,50 M. an, ohne sie den Käufern verabreichen zu können. Hundert Mark erachtete der Richter für genügende Buße.

Wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz hat der wegen Beleidigung vorbestrafte Viehhändler Moses Kaiser zu Zimmau zunächst Vierhundert Mark Strafe zu entrichten oder hundert Tage zu sitzen. Die hohe Strafe fällt auf einen ziemlich ernsten Fall schiefen!

Wie Juda die öffentliche Meinung fabriziert. Wegen Beleidigung in drei Fällen und wegen unbefugter Führung des Doktortitels wurde der Rechtsanwalt Dr. Heimann-Orlando — wurde er schon 1896 in Hamburg zu vierzig Mark Geldstrafe verurteilt. In Düren soll er sich auch nach dem Bericht eines Dürrtetestkommissars als Heiratsschwindler verhaftet und als ungarischen oder italienischen Grafen ausgegeben haben. In Frankfurt (Main) hatte sich seine jetzige Ehefrau wegen eine Abtreibung wegen Unterschlagung und Diebstahls bevor.

Unlauterer Wettbewerb. In Nr. 485 konnten wir über eine Anzeige berichten, in der ein Herr Isidor Leschziner zu Beuthen (Oberschlesien) eine Waren „zur Hälfte der bisherigen Preise" ausbot, weil seine Gläubiger die Hälfte von dem Gutboden erlassen hätten. Herr Leschziner stand deshalb wegen Irreführung des Publikums unter Anklage. Dabei führte er zu seiner Verteidigung an, daß er thatsächlich 8232 Mark durch Vergleich mit seinen Gläubigern bewilligt habe. Als Forderungen bis wieviel Mark seien von ihm voll beglichen, die übrigen aber nur mit 50 v. H. Er habe auch nichts unwahres behauptet, denn mit der Angabe „zur Hälfte der bisherigen Preise" habe er die Hälfte der vorgeschlagenen Preise gemeint und im Herren-Herbstwohn-Geschäft sei es üblich, das Dreifache vorzuschlagen. Sein Kontorrent Isidor Tworoger, dem er die Anzeige verdankt, habe erst kürzlich für einen Anzug im Werte von zwanzig Mark sechzig Mark verlangt. Das Gericht hielt Herrn Isidor Leschziner vor, daß diese Art des Ausschlags als eine sehr unreelle bezeichnet werden müsse, da damit der Käufer benachteiligt werde, der nicht zu handeln gewohnt sei. Im übrigen könne man die Anzeige des Angeklagten nur eine

Digitized by Google

Unverfrorenheit ohne Gleichen nennen, weshalb auch eine Strafe von dreihundert Mark angebracht sei. — Die hier enthüllte Praxis der „Kleiderparadiese“ „Kleiderpaschas“, „Goldene 110“ usw. wird man sich etwas merken müssen.

Ein neuer großer Spieler- und Bucherprozeß steht in Hannover bevor. Beteiligt sind viele Offiziere der Reitschule. Ein Agent Adolph Löwenstein von auswärts ist verhaftet. Ein großes Restaurant und viele Privatwohnungen in Hannover sind durchsucht. — So zu lesen in allen Zeitungen.

Ein findiger Jude. In Frankfurt a. M. „gründete“ ein gewisser Siegmund Goldstaub, Direktor des allgemeinen deutschen Chorsängerverbandes, ein Depeschenbureau; d. h. er ließ sich von einigen sünfzehn- und sechszehnjährigen Russlustern der „Frankfurter Zeitung“ die Büstenhalter der neuesten Depeschen aushändigen und bediente damit eine Anzahl auswärtige Leitungen, die nun die Meldungen früher bringen konnten als die „Frankfurter Ztg.“ selbst. Dadurch, daß eine Depesche von des „Frankfurter Ztg.“ zurückgegeben wurde, in anderen Leitungen aber stand, kam der Schwindel an den Tag. Das Gericht nahm nicht Diebstahl an, sondern übertretung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb an und verurteilte Goldstaub zu vier Monaten Gefängnis. Die Depeschenlehrlinge wurden zu ihrem Glücke freigesprochen.

Es gab nicht bald so viel Stehler,
Wenn der Jud nicht wachte den Hehler.

Der wegen **Nahrungsmittelfälschung** zu vierzehn Tagen Gefängnis und tausend Mark Geldstrafe verurteilte Mühlenbesitzer Albert Meyer zu Elbing hat seine Mühle verkauft und sich ins Ausland begeben. Der deutsche Michel schaut betrübt hinterher!

Sie kannten den Brief nicht abschicken, nämlich Benjamin Oppenheimer und Louis Löb, also sie zu Aschaffenburg den Zuhörerraum des Landgerichts betraten. Da sie anscheinend deutsche Sitte nicht kannten, nahm sie das Gericht in sünfundzwanzig und zwanzig Mark Strafe und hielt ihnen dazu eine kleine Vorlesung über den Wert eines anständigen Benehmens.

Schändlich bestohlen hat der Kaufmann Alfred Strauß jahrelang den Gastwirt und Metzgermeister Koch zu Friedberg. Mit einem Nachschlüssel öffnete er Tag für Tag die Kasse, um ihr bald größere, bald kleinere Geldbeträge zu entnehmen. Nach Änderungen einer elektrischen Klingel wurde der nette Hausbewohner eines schönen Morgens ertappt. Der Staatsanwalt beantragte dreißig Monate Gefängnis, während das Gericht aber auf sechsunddreißig Monate erkannte. In der Verhandlung versuchte Strauß einen Zeugen zu verdächtigen, indem er ihn einen Rauschgiften nannte. Bei den Richtern verfing das aber nicht, denn der Verfpiende meinte trocken; „Da ist Lenge zu in diesem Falle an den Richtigen gekommen!“

Stilvolle Juden. Der Bankier Rosenstamm in Hamburg erhielt 2250 Mark Geldstrafe, weil er ein junges Mädchen in Italia-Zeppelin in schamloser Weise belästigt hatte. Wir können es uns nicht verzagen, bei dieser Gelegenheit wieder auf den italienischen Obstgurrenhändler hinzuweisen, der wegen eines Kusses mehrere Monate im Gefängnis zubringen mußte.

Eine Ärgunden-Fälschung sollte Herr Aron Fischer aus Gailgien betrieben haben, der in Berlin gaiizisches Gesindel verkauft. Er hatte die Frankfurter geändert und dadurch seinen Teilhaber geschädigt. Da Aron aber erklärte, von der Änderungswirklich keine Vorgeheng keine Ahnung gehabt zu haben, sprachen ihn die Geschworenen frei.

Wegen Verletzung der Fürsorgepflicht wurden gerichtet: Josef Kahn aus Lichtenau, Jakob Hirsch aus Kuttenl (Kr. Schrimm) und Siegfried Einstein aus Lowitsch.

Wasche mit Lust. Unter diesem Imperativ kam vor einigen Jahren unter großer Reklame eine sogenannte „Handwaschmaschine“ auf den Markt, die weder „Maschine“ war noch praktische Brauchbarkeit hatte. Hauptmacher des Rummels war der Kaufmann Josef W. aus Köln. Da er seine „Waschinen“ mit dem Buchstaben „D. R. P. u. A. Nr. ....“ versehen hatte, trotzdem das Patentamt die Patenterteilung längst abgelehnt hatte, wurde er zu 100 Mark Geldbuße und wegen Betrugs zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. In den Akten befand sich aber ein „gegenrichter“ Schreiben, wonach es kam die Sache damals vor die Elberfelder Strafkammer, die die sechs Monate in dreihundert Mark Geldstrafe verwandelte.

Ein jüdischer Oktzier. Herr Moritz Goldberg, früher Offizier im österreichischen Heere, wohnt jetzt in München und nennt sich „Antiquitätenhändler“. Am 22. Januar besuchte er das Bankgeschäft von Müller & Co., um angeblich ein Loos für seinen Sohn zu kaufen, der in Pest Einjährig-Freiwilliger sein soll. Als Herr Moritz Goldberg sich unbeobachtet glaubte, eignete er sich mit einem kühnen Griff aus der Ladenkasse 80 Mark an und verschwand schleunigst. Man ermittelte ihn aber anderen Tages; trotzdem er leugnete und sich auf seine „Offizierehre“ berief, muß er sechs Wochen brummen, weil er schon einmal einem Dienstmädchen 60 Pf. mauste, wofür er einen Tag Haft abbüßte. Als das Urteil gesprochen war, erklärte der ehemalige Leutnant . . . . es anwichmen zu wollen!

Erschlagen hat der Lackierermeister Alois Schwarz zu Wien einen Christen bei einem Raufhaus. Dafür liegt ihm das Schwurgericht ein Jahr Zuchthaus auf.

Gegen jüdische Brandstifterbanden hat die Neuyarker Polizei einen neuen Feldzug eröffnet. Vor mehreren Jahren gelang es, eine ganze Anzahl Juden zu verhaften, die brandenmäßig Läden eröffneten, das Warenlager hoch versicherten und dann in Brand setzten. Gesucht wurden damals leider nur die zwölf Rädelsführer, die alle polnische Juden waren. Einer von ihnen, Abolf Hirschkopf, erhielt lebenslängliche Zuchthausstrafe, während die anderen mit Gefängnis von neun bis achtundvierzig Jahren davonkamen. Jüngst hat man nun den Goldwarenhändler Jacob Goldstein nebst seinem Helfershelfen festgelegt und hofft dadurch noch mehr von diesen unartigen Europäern fassen zu können.

Briefkasten der Schriftleitung.

Lichtenberg, Köln-Riehl. Wenden Sie sich an die antisemitische Buchhandlung von Th. Henfel, Köln, Komödienstr. 51. Die dürfte Ihnen Gewünschtes vermitteln können. Haben Sie denn schon auf den dortigen Bibliotheken Nachfrage gehalten? Ist das Werk nicht vorhanden, so sind öftere Nachfragen doch Anlaß zur Anschaffung. Heil!

Kr. Wenn die Konservativen nicht den Vorwurf auf sich sitzen lassen wollen, daß sie selbst „Radau-Antisemitismus“ getrieben haben, dann müssen sie sich schon mit der „Kreuzztg.“ auseinandersetzen. Das genannte Blatt stellt am 2. März, „ohne von irgendwelcher Seite begründeten Widerspruch befürchten zu dürfen“, fest, daß die Aufnahme der Judenfrage in das konservative Programm „der erste Schritt einer Scheidung von dem Radau-Antisemitismus gewesen ist“. Wenn man sich von jemandem scheidet, muß man natürlich vorher mit ihm gemeinsame Sache gemacht haben. Ob die „Kreuzztg.“ dabei an die Beziehungen gedacht hat, die ihre Parteigenossen zu Ahlwardt gehabt haben, können wir Ihnen nicht verraten.

J. Lehn. Jude ist Zolo nicht. Er ist in Dalmatien, das bekanntlich zu Österreich gehört, von italienischen Eltern geboren und später in Frankreich naturalisiert. Seiner Herkunft nach ist er also „international“.

Eingegangene Anfragen.

Sind folgende Firmen in deutschen Händen: J. Weipert & Söhne, Maschinenfabrik und Eisengießerei; Chr. Hey, Maschinenfabrik, Zweibrücken.

Ist Prof. Freiherr v. Spiegel in Erlangen arischer Abkunft?

☞ Dieser Nummer liegt ein Preisverzeichnis über Weine von unserem Gesinnungsgenossen **W. Wolf**, Weinhandel in **Stadecken** b. Nieder-Olm bei.

Wegen eines zunehmenden Augenleidens beabsichtige ich meinen gesamten, antisemitischen Verlagsbestand mit Stereotyp-Platten zu verkaufen. Mein auf die antisemitische Bewegung bezügliches Adressen-Material und Sammlungen werden mit abgegeben.

Leipzig, Königsstr. 27. **Herm. Beyer.**

Uhren liefert zu äußerst billigen Preisen unter reeller Garantie

Gustav Kaniss

Uhrmacher

LEIPZIG, Tauchaerstr. 6.

Vertreter-Gesuch.

Ein Produzent (Artik.) in Schwabinger **Spargel** sucht für Leipzig und Dresden bis sommende Saison einen gleichgesinnten Vertreter. Derselbe müßte in Hotels, Restaurants u. Privathäusern gut eingeführt sein. Angebote unter **W. W. 700** an die Geschäftsstelle d. Bl. Der Schwabinger Spargel wird etwas früher als der Braunschweiger reif und ist aus diesem Grunde leichter Absatz zu erzielen.

Buchhalter

mit schöner Handschrift und militärfrei für ein Kolonialwaren-Import-Geschäft Rheinlands gesucht.

Streng antisemitische Gesinnung Bedingung.

Angabe mit Zeugnis-Abschriften und Gehaltsanspruchen befördert unter **K. Z.** die Gesch.-Stelle ds. Blattes.

Kohlen, Koks und Brikets

für Hausbedarf liefert jede Quantität

Albert Reimann,

Leipzig-Reudnitz, Fernsprech-Amt I, Nr. 1913

Äußere Tauchaer Straße 19.

Kommissionsverlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königsstr. 27. — Verantwortlicher Schriftsteller: L. Hogrefe in Berlin NW. 5, Kruppstr. 13 p. Druck: G. Reusche in Leipzig.

Digitized by Google

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Leipzig, 24. März 1898. Nr. 501.

Die Politik der Sammlung

ist bekanntlich vom Minister von Miquel als Wahlparole ausgegeben. Nachdem monatelang in offiziösen Zeitungen in mehr oder weniger geschickter Form Stimmung gemacht worden ist, hat vor etwa vierzehn Tagen folgendes Schriftstück das Licht der Welt erblickt:

> Am 31. Dezember 1903 laufen unsere Handelsverträge mit Belgien, Italien, Oesterreich-Ungarn, Rumänien, Rußland, der Schweiz und Serbien ab, und wir werden vorher rechtzeitig auch in eine Prüfung unserer außervertraglich Handelsvorträge eingetreten haben. Bei dem erneuten Abschluß solcher Verträge erscheint es aber zweifelhaft, ob die bestehende Meistbegünstigungsklausel, die allen Staaten auch solche Konzessionen ohne Entgelt zufallen läßt, welche dritte Vertragsmächte mit wirtschaftlichen Opfern von uns erkauft haben, in der bisherigen Form fernerhin aufrecht zu erhalten sein wird.
>
> Die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands hängt von der künftigen Gestaltung unserer handelspolitischen Beziehungen zum Auslande ab. Die Reichsregierung hat durch Begründung des wirtschaftlichen Ausschusses und durch wiederholte ausdrückliche Erklärungen den festen Willen bekundet, die vielseitigen und schwierigen Fragen unseres Erwerbslebens zu vertiefen und begründeten Forderungen nach wirksamem Schutze unserer schaffenden Arbeit gerecht zu werden.
>
> Der Reichsregierung auf diese Bahn zu folgen, liegt im gemeinsamen Interesse aller Stände.
>
> Die Entscheidung aber liegt bei dem neu zu wählenden Reichstage, der sowohl über den zeitgemäßen Ausbau unseres Zolltarifs, wie über den Abschluß neuer Handelsverträge zu beschließen haben wird. Von dem Anfall der Reichstagsmandate hängt die Durchführung einer nationalen Wirtschaftspolitik ab.
>
> Daher ist die Sammlung aller der Parteien und wirtschaftlichen Gruppen, die an Stelle des Kampfes der Interessen gegen einander den friedlichen Ausgleich derselben erstreben, für die bevorstehenden Wahlen geboten.
>
> Die Vertreter von Industrie, Landwirtschaft, Handel und Gewerbe müssen sich vereinigen, innerhalb der einzelnen politischen Parteien nur für solche Kandidaten einzutreten, die fest auf dem altbewährten Programm des Schutzes der nationalen Arbeit und gleichmäßiger Berücksichtigung aller Zweige des Erwerbslebens stehen.
>
> An alle Anhänger des Schutzes der nationalen Arbeit ergeht daher die dringende Aufforderung, schon bei der Aufstellung der Kandidaten sich über die Wahl von Männern zu einigen, die rückhaltlos auf dem Boden der nationalen Wirtschaftspolitik stehen.

Der Wortlaut ist zwischen einigen konservativen und nationalliberalen Politikern, von denen wir nur den Grafen Schwerin und den Kommerzienrat Möller nennen wollen, vereinbart worden und hat auch die Zustimmung des Fürsten Bismarck gefunden. Auf die Autorität des Altreichskanzlers hin haben etwa 1500 im politischen Leben stehende Männer die obige Kundgebung unterzeichnet. Neue Unterschriften werden noch geworben und es ist möglich, daß sich bis zur Ausschreibung der Wahlen eine recht stattliche Anzahl zusammenfinden wird. Die konservativen Abgeordneten beider Richtungen haben, wie es scheint, ausnahmslos unterschrieben. Von den Nationalliberalen fehlen die alten Führer und deren nächster Anhang. Das Zentrum hat gleichfalls eine Anzahl Unterzeichner gestellt und von der deutschsozialen Reformpartei haben die Abgg. Zimmermann, Lotze, Klemm, Gräfe und Werner unterschrieben.

Der Inhalt des Aufrufs entspricht durchaus den Anschauungen, die unsere deutschsoziale Reformpartei stets vertreten hat. Wir waren vom ersten Augenblicke an scharfe Gegner der Caprivi-Marschallschen Handelsverträge und sind selbstverständlicherweise jetzt dafür, daß die im Jahre 1903 abzuschließenden Verträge sorgfältig vorbereitet und auf anderer Grundlage aufgebaut werden. Die Vorschläge des Aufrufs billigen wir.

Ebenso hat sich unsere Partei stets, sowohl in ihrem Programm als in ihrer politischen Thätigkeit zu einer „nationalen Wirtschaftspolitik" bekannt und wünscht „an Stelle des Kampfes der sim Staate berechtigten) Interessen gegen einander, einen friedlichen Ausgleich derselben".

Wir sind „innerhalb unserer Partei" auch ganz einig darüber, daß wir nur Männer als Kandidaten aufstellen werden, „die fest auf dem altbewährten Programm des Schutzes der nationalen Arbeit und gleichmäßigen Berücksichtigung aller Zweige des Erwerbslebens stehen".

Schließlich haben wir auch nicht das Mindeste dagegen, wenn die Anhänger anderer Parteien unseren Kandidaten, die alle „rückhaltlos auf dem Boden der nationalen Wirtschaftspolitik stehen", ihre Stimme zuführen und sind außerhalb unserer Interessen-Sphäre zu Gegendiensten gern bereit.

Somit ist durchaus nichts dagegen einzuwenden, wenn Abgeordnete und Anhänger unserer Partei jenen Aufruf unterschrieben haben. Aber ebenwenig läßt sich dagegen sagen, wenn andere ihn nicht unterzeichnen, weil sie das Bekenntnis zu den darin aufgestellten Grundsätzen für jeden deutschsozialen Reformer für selbstverständlich halten.

Daß der Aufruf irgendeine nachhaltige Wirkung auf die bevorstehenden Wahlen ausüben wird, glauben wir nicht, wohl aber fürchten wir, daß er, besonders von nationalliberaler Seite, als eine Art „Mandatsversicherung auf Gegenseitigkeit" angesehen und gemißbraucht werden soll.

Uns mutet es seltsam an, daß derselbe Mann, der ganz allgemein als der Berater des Grafen Caprivi bei Abschluß der zur Zeit bestehenden Handelsverträge gilt, daß der nationalliberale Kommerzienrat und frühere Reichstagsabgeordnete Möller sich jetzt auf einmal für Handelsverträge auf ganz anderer Grundlage ins Zeug legt. Dieser vielseitige Herr bewirbt sich im Kreise Duisburg Mülheim um das Reichstagsmandat, man wird es aber nach dem Gefallen begreifen, daß wir uns um diesen Kandidaten, obwohl er Vater des Sammelaufrufes ist, nicht sammeln können. Wir werden ihn vielmehr mit aller Entschiedenheit zu bekämpfen haben, und sollte unser wirklich „rückhaltlos auf dem Boden der nationalen Wirtschaftspolitik" stehender Kandidat in jenem Kreise, Herr Dr. König (Witten), nicht in die Stichwahl kommen, so werden unsere Parteifreunde dort wie ein Mann für den Gegner des Herrn Möller zu stimmen haben, wenn dieser kein Sozialdemokrat ist. Das wird unseren Freunden im Rheinlande um so leichter fallen, als Herr Möller ja seine Auffassung über Sammlung aller nationalen Elemente genügend durch die Bezeichnung des Antisemitismus als eine „Pestbeule am deutschen Volkskörper" gekennzeichnet hat.

Herrn Möllers Unterschrift gehört nach unserer Meinung viel besser unter den folgenden Aufruf, den, wie es heißt, Herr Kommerzienrat Goldberger, der ruhmbedeckte Veranstalter der verkrachten Berliner Gewerbeausstellung, ins Leben gerufen hat:

> Der Zeitpunkt der Reichstagswahlen ist nahegerückt. Die Wahlen werden — wie über andere wichtige Fragen — über die zukünftige Gestaltung der Wirtschaftspolitik des Deutschen Reiches entscheiden.
>
> Die Erfüllung agrarischer Sonderforderungen zieht notwendigerweise eine Verteuerung der Lebenshaltung der breiten Schichten des Volkes nach sich. Hierdurch würde die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands geschwächt und nicht nur Industrie und Handel, sondern auch die Landwirtschaft beeinträchtigt werden. Wenn auch einzelnen Produktionszweigen durch weitere Erhöhung der Schutzzölle und den Abschluß des ausnahmsweise Vorteile zu gewinnen sind, so würden diese Vorteile schließlich zu fassen, so würden doch die arbeitenden Klassen und das Erwerbsleben in seiner Gesamtheit, insbesondere die Exportindustrie auf allen Märkten der Welt schwer darunter zu leiden haben.
>
> Deutschlands wachsende Bevölkerung bedarf im Interesse aller Produktionszweige der Erhaltung und Ausdehnung der heimischen Industrie, die exportfähig bleiben muß, soll dem Aufschwunge der letzten Jahrzehnte nicht ein verhängnisvoller Rückschritt folgen.
>
> Nur Handelsverträge von langer Dauer mit gegenseitiger Bindung der Tarifsätze können jene Stabilität gewährleisten, die für die gesunde Entwicklung unseres nationalen Wirtschaftslebens unerläßlich ist. Durch das Recht der Meistbegünstigung muß der deutsche Export dagegen geschützt werden, daß ihm durch Bevorzugung anderer Nationen der Wettbewerb nicht erschwert oder unmöglich gemacht wird. Deutschland hatten wir fest an der Handelspolitik der letzten Jahre, deren Fortführung und Ausbau wir erstreben.
>
> Wir wollen die Förderung der gesamten nationalen Arbeit, nicht die Bevorzugung weniger auf Kosten der Allgemeinheit. Der Deutschlands

Digitized by Google

wirtschaftliche und politische Machtstellung erhalten und erhöht wissen will, der sorge an seinem Teile dafür, daß aus den kommenden Wahlen ein Reichstag hervorgehe, der die Zumutungen einer unter dem irreführenden Schlagworte der „Sammlungspolitik“ auftretenden einseitigen Wirtschaftspolitik zurückweist und ein volles Verständnis für die Bedeutung und die Tragweite einer wahrhaft nationalen Wirtschaftspolitik besitzt.

Die Unterschriften unter diesem Schriftstücke sind minder zahlreich als unter dem ersten. Aber hinter ihrer Zahl stehen die Nullen vieler Millionen-Vermögen.

Auf eine Kritik dieses Wahlerlasses können wir verzichten. Es ist darin der Anspruch, daß die Interessen der großen Geldsäcke einzig und allein als maßgebend anzusehen sein sollen, mit so naiver Unverschämtheit ausgesprochen, daß man dafür nur dankbar sein kann. Der kluge Ernten Richter macht darum diesen Schachzug nicht mit.

Unsere Partei braucht nun eine wirksame Wahlparole nicht verlegen zu sein. Unser ganzes Programm ist ein Wahlaufruf zum Schutze der nationalen Arbeit, zur Förderung nationaler Wirtschaftspolitik, zur Befestigung des deutschen Mittelstandes in Stadt und Land.

Auf diesem Boden können sich alle nationalgesinnten Männer sammeln.

Parteinachrichten.

Parlamentarisches. Am 1. d. M. nahm der Abg. Istrout bei Beratung des Etats für das Reichseisenbahnamt das Wort, um den Einfluß der Juristen im Eisenbahnbetriebe zu bekämpfen. Am 3. hatte der Abg. Werner in dieselbe Kerbe. Am 4. erklärte sich Abg. Werner namens der Partei zur Aufhebung des Diktaturparagraphen in Elsaß-Lothringen, während Abg. Zimmermann am 7. für eine Änderung des Postzeitungstarifes und für Nichtberücksichtigung der Beamten der Privatposten bei Durchführung des Postzwanges für verschlossene Briefe eintrat. Am 10. wurde der Antrag auf Einstellung eines Privatklage-Verfahrens für die Dauer der Session angenommen, das gegen den Abg. Müller (Waldeck) vor dem Amtsgericht zu Delmenhorst schwebt. Am 17. sprach sich Abg. von Liebermann bei Beratung der Militärstrafgerichtsordnung für die konfessionelle Eidesformel aus. Ein Strafverfahren wegen Beleidigung gegen den Abg. Hirschel wurde am 18. vorläufig eingestellt. Abg. von Liebermann nahm am selben Tage die Gelegenheit war, die Abgg. Bebel und Mundel mit ihren Geschäftskenntnissen festzunageln. (Vergl. Hauptblatt.) —

Der Kommission zur Vorberatung eines Gesetzes über das Postwesen gehört auch der Abg. Zimmermann an. —

Bei der Wahlrechtsdebatte im badischen Landtage trat der Abg. Rampel in längerer Rede für das direkte Wahlverfahren ein.

Berlin. Der von uns in voriger Nummer angekündigte Aufruf der christlichsozialen Partei, der Bürgerpartei und der deutschsozialen Reformpartei ist erschienen. Er lautet: „Weit nur bei einem Zusammenschluß aller nationalen Elemente gegenüber den von jüdischfreisinnigen und sozialen Demokraten verhetzten Massen ein Wahlerfolg denkbar ist, fordern wir die Mitglieder unserer Partei-Organisationen zu einem gemeinschaftlichen, einmütigen Zusammengehen bei den bevorstehenden Wahlkämpfen in allen sechs Berliner Reichstagswahlkreisen auf. — Wir erwarten auch von den unsern Organisationen nicht angehörenden christlichen, königstreuen, deutschen Männern aller staatserhaltenden Richtungen, daß sie uns nach ihren Vermögen durch Mitarbeit unterstützen und uns ihre Adresse angeben.“ Um Irrtümer zu vermeiden, möchten wir hier feststellen, daß an ein Zusammengehen der deutschsozialen Reformpartei mit den Berliner Konservativen so lange nicht zu denken ist, wie diese nicht die Schimpfworte widerrufen haben, die der Abg. v. d. Gröben auf der letzten Hauptversammlung zu Berlin gegen die deutschsoziale Reformpartei ausstieß. Bei diesem Zusammengehen handelt es sich aber auch gar nicht um die Konservativen, sondern nur um die in den Deutschen Bürgervereinen zusammengeschlossenen Gegner der Juden, Liberalen und Sozialdemokraten. Mit diesen geht der Wahlverein Berlin der deutschsozialen Reformpartei zusammen. Es ist also mit einem Worte weiter nichts als ein Aufleben der alten „Berliner Bewegung“. —

Der Abg. Werner veröffentlicht folgende Zeilen: Hiermit erkläre ich, daß die in der Einladung des „Deutschen Antisemitenbundes“ zur Versammlung am 8. d. M. im Hotel-Restaurant „Lutzenhof“ gegen den Wahlverein Berlin der deutschsozialen Reformpartei bezüglich meiner Person gemachten Angaben den thatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechen. —

Konservative Niederträchtigkeit. Durch die konservativen Blätter geht eine Notiz nachstehenden Inhalts: „In einer Versammlung der deutsch-sozialen Reformpartei hat, wie das Großhainer Tageblatt‘ meldet, der Redakteur Welcker von der ‚Deutschen Wacht‘ des Reichstags-Abgeordneten Zimmermann gesagt: ‚Bei der Stichwahl enthalte man sich der Wahl; man gebe seine Stimme weder dem Sozialdemokraten noch dem Konservativen; wenigstens mache ich es so.‘ — Die ‚Deutsche Tageszeitung‘ hält diese Äußerung für ‚kaum glaublich.‘ Die ‚Kreuzztg.‘ findet das keineswegs; die Äußerung entspricht, so schreibt sie, durchaus der Entwicklung, die die deutsch-soziale Reformpartei unter der Führung der Herren Zimmermann, Werner, Bindewald, Böckler usw. genommen hat.“ — Wir hätten von dieser Perfidie keine Kenntnis genommen, wenn sie nicht unbeanstandet noch in den konservativen Blättern zu finden wäre, obwohl die Unwahrheit der ganzen Behauptung durch die „D. W.“ längst festgestellt ist.

Aus der bayerischen antisemitischen Bewegung ist folgende bedeutsame Kundgebung zu verzeichnen:

Erklärung.

In Wort und Schrift glaube ich den Beweis geliefert zu haben, daß ich ein eifriger Anhänger und warmer Freund der bauernbündlerischen Sache bin. Aber ich habe die Überzeugung — und die Zeit wird mir Recht geben —, daß als die Hauptfeinde des Bauernstandes und daher als die am meisten zu bekämpfenden Gegner desselben die Juden und die im Dienste derselben stehenden Parteien — Demokratie, Freisinn und in vieler Beziehung auch das Zentrum — zu betrachten sind. Aus diesem Grunde ist es mir klar geworden, daß nur auf antisemitischer Grundlage das Endziel des Bauernbundes erreicht werden kann. Leider wird diese meine Überzeugung bei den maßgebenden Faktoren des Bauernbundes nicht geteilt. Ich mußte es mit ansehen, daß bei der letzten Delegiertenversammlung in München der bekannte Juden-Demokrat Rieblinger und der Münchner Redakteur der „Frankfurter Zeitung“ den Juden Löb Sonnemann zur Beratung zugezogen wurden. Das veranlaßte mich, offen zur antisemitischen Fahne. Bayernpartei zu stehen und die Reichstagskandidatur für Kissingen-Gerolzhofen als Vertreter dieser Partei anzunehmen. Ich werde selbstverständlich, wie bisher, in der Hauptsache die Interessen des Bauernstandes auch in dieser Form vertreten; aber es war nötig, daß ich ähnlich wie in Oberbayern Herr Riebenack, meinen Standpunkt als überzeugter Antisemit offen manifestiere, da nach meiner Ansicht nur in dieser Erkenntnis im Interesse des Bauernstandes Ersprießliches geschaffen werden kann. Der Jude ist der Hauptfeind des Bauern, und wer sich zu dieser Überzeugung nicht durchgerungen hat und nicht den Mut besitzt, dieselbe in der Öffentlichkeit zu vertreten, kann als ein wahrer Freund der Bauern nicht angesehen werden.

Ich schließe mit dem Wunsche, daß der „bayer. Bauernbund“ recht bald in derselben Weise den Antisemitismus auf sein Banner schreiben möge, wie es seiteus des „Bundes der Landwirte“ längst geschehen ist.

Großstadt, im März 1898.

Dr. Dingselder, prakt. Arzt.

Aus Kurhessen. Herr W. Schad (Hamburg), Kandidat unserer Partei im Kreise Kassel-Melsungen, stellte sich den Wählern in gut besuchten Versammlungen zu Malsfeld, Kassel, Guxhagen und Oberkaufungen vor. Nirgends traten Gegner den Ausführungen des Herrn Schad entgegen. Da der Bund der Landwirte sich mit allen gegen eine Stimme für die Kandidatur Schad erklärt hat, sind die Aussichten nicht schlecht. —

Herr Scheld (Kassel) sprach am 10. in Wabern (Kr. Fritzlar), am 20. in Eschenstruth und Helsa (Kr. Kassel) und am 21. in Uttershausen (Kr. Fritzlar). Störungen kamen nur in Eschenstruth und Helsa vor, wo die „Genossen“ alles unterwühlt haben. —

Digitized by Google

Wegen Erkrankung konnte Herr Dr. Lindström (Goslar) am 13. d. M. nicht in Hersfeld anwesend sein, wofür Abg. Bindewald die allgemeine politische Lage erörterte, während Abg. Werner Bericht erstattete über seine parlamentarische Thätigkeit.

Versammlungskalender. Herr B. Kreutz (Magdeburg) spricht am 24. in Großottersleben; Abg Ickraut am 25. in Magdeburg; Herr O. H. Bödler (Berlin) am 25. in Gerswalde, am 26. in Potzlow, am 27. in Großfredenwalde und Flieth und am 28. in Stegelitz (Kr. Templin); Herr W. Schloske (Sauer) am 27. in Hohenhelmsdorf.

Briefkasten der Schriftleitung.

Wegen Raummangel mußten einige Parteinachrichten, so längere Berichte aus West-Thüringen und Hessen zurückbleiben.

Pastor J. Für Ihre freundlichen Wünsche besten Dank. Inhaltsverzeichnis für 1896 u. 97, sowie Oencral-Verz. konnte leider noch nicht ersch. Wäre gute Aufgabe für die Hauptgeschäftsstelle, ein solches anfertigen zu lassen. In den älteren Jahrgängen der „A. C." und „D.-S. W." steckt unsichtbares Material. Heil! Ihr H. H.

K. O., Götting. Besten Dank!

C. R., Hellbronn. Wird benutzt. Frdl. Dank!

H. St., Erfurt. Erhalten. Vergl. den Artikel über den Zola-Rummel.

Göttingen, Café National. Dank und Gegengruß!

H., Hannover. Werde sehen, was sich thun läßt.

A. B., Stuttgart. Besten Dank! Möge Ihr Wunsch in Erfüllung gehen. Heil!

G. H., Dortmund. Bericht über die badische Reise erfolgt in nächster Nummer. Über Westfalen ist uns nichts bekannt. T. Ehr.!

A. W., Bromberg. Wie Sie sehen, kam und die Zusendung sehr zur rechten Zeit. Frdl. Dank!

Empfangs-Bescheinigung.

Für die Wahl des Herrn Dr. König in Duisburg-Mülheim erbieit ich unter dem Motto „Sieg dem braven Streiter für deutsches Recht" aus Lugano (Schweiz) hundert Mark.

Heil und Dank dem Geber!

Duisburg. J. Bovenkerk.

Dieser Nummer liegt eine Ankündigung der „Monatsblätter für deutsche Litteratur" bei.

Wilhelm Boetzkes

Rheinisches Tuchhaus, ◆ Düren I, ◆ Bezirk Aachen,

verbindet zu den billigsten Preisen die berühmten, vielfach ausgezeichneten Aachener und Dürener Tuchwaren, sowie andere deutsche und engl. bewährte Herrenstoffe.

Die neuen Muster	Cmtr.	Elstr. 1 Brt.
werden heute, Hüte und Wäsche per Mk.	3 m Cheviot	40 M 10,80
ausgesandt, damit jedermann sich ohne	3 „ Loden-Chev.	45 „ 12,15
Kosten von der Güte und billigkeit über-	3 „ Kammgarn	48 „ 12,90
zeuge. Man schreibe eine Postkarte.	3 „ Melton	50 „ 13,50
	3 „ Buckskin	bis 12 M. der Mtr. Jedes Maß.

Beim Vergleich beachte man besonders die Qualität.

Verlobt in wenigen Tagen sind hiermit der Aachen-Münchener Feuerversicherungsgesellschaft in Leipzig, Filialdirektion Fr. Meyer-Leipzig, Fernsprecher Nr. 81, als eine der vorteilhaftesten Einlösestellen empfohlen.

Große Vorteile und reiche Auswahl in sowohl Gewehr- u. Gewehr-Einsetzen von 1—21 M., Vorstehhunde, Stöberhunde, Schweißhunde, Saufinder, Hühnerhunde, Terrier, Dachshunde, Teckel, Spaniels, Retriever, Pudel, Windhunde, Bracken, Bernhardiner, Neufundländer, Pinscher, Schnauzer, Pudel, Bologneser, Schoßhunde, Affen, Papageien, Sittiche, Kanarienvögel, Finken, Amseln, Drosseln, Nachtigallen, Lerchen, Meisen, Stieglitze, Zeisige, Hänflinge, Rotkehlchen, Goldammern, Ammern, Grasmücken, Rotschwänzchen, Bachstelzen, Pirole, Kreuzschnäbel, Kernbeißer, Spechte, Kuckucke, Eisvögel, Wiedehopfe, Schwalben, Mauersegler, Nachtschwalben, Rauchschwalben, Uferschwalben, Rotschwänzchen, Steinschmätzer, Wiesenschmätzer, Braunellen, Grasmücken, Laubsänger, Zaunkönige, Baumläufer, Kleiber, Meisen, Beutelmeisen, Pirole, Würger, Fliegenschnäpper, Rotkehlchen, Nachtigallen

Reeller Ausverkauf

wegen Aufgabe der fertigen Herren- und Knaben- Garderoben.

Mein von Jahr zu Jahr sich vergrößerndes **Maßgeschäft für Herren-Moden** veranlaßt mich, um dieses nur allein in größerem Umfang betreiben zu können, die am Lager befindlichen **fertigen Herren- und Knaben-Kleider** gänzlich auszugeben. Um nun in möglichst kurzer Zeit das **enorme Lager** zu räumen, verkaufe ich von heute an die zum größten Teil von den besten Stoffen selbst angefertigten

Herren- und Knaben-Garderoben

der Kürze halber zu **jedem nur annehmbaren Preise**.

Am Lager befinden sich:

Herren-Rock-Anzüge,
„ **Jacket-Anzüge,**
„ **Gehrock-Anzüge,**
„ **Gehröcke, einzeln,**
„ **Jackets, einzeln,**
„ **Loden-Joppen** mit u. ohne Futter,
„ **Haus- und Garten-Joppen** in Wolle und Baumwolle,

Herren-Paletots, Winter,
„ **Paletots, Sommer,**
„ **Kragen-Mäntel,**
„ **Havelocks,**
„ **Gummi-Mäntel,**
„ **Schlafröcke,**
„ **Lüstre-Jackets** mit u. ohne Futter,
„ **Stoff-Hosen.**

Große Auswahl

Konfirmanden-Anzüge.

Knaben-Anzüge von 2—8 Jahren und 9—14 Jahren.

Knaben- und Burschen-Mäntel, Paletots, Joppen und Hosen.

Heinrich Weigang

Kurprinzstrasse 1, am Rossplatz.

Gardinen-Fabrik (gegr. 1869).

Gardinen
Teppiche
Möbelstoffe
Decorationen
illustr. Kataloge etc. franco

Tisch- und Divan-Decken etc.

A. Drews Nachf. P. Meusel & Co.
Leipzig, Königsplatz.
Man verlange illustr. Katalog.

Kaufen Sie

keln Planino.
wenn Sie sich noch nicht den Katalog von **August Roth, Hagen i. W.,** Königl. Hof-Pianofabrikant, gratis haben kommen lassen.

Heinrich Thiessen,

Telephon Amt I, 2232
Schneidermeister
Brühl 23 (Blauenscher Hof), Tr. A, II, **Brühl 23**
liefert **nur nach Maß** und nur **gegen bare Zahlung**, aber dafür zu den **billigsten Preisen elegante Anzüge** von 42—75 M., **Sommer-Überzieher** von 36—55 M. unter Garantie für gute Arbeit und guten Sitz. **Großes Stofflager.** Lieferzeit: Auf Verlangen in 24 Stunden. Bei Selbstlieferung des Stoffes rechne für einen Anzug nur 27 M.

Uhren liefert in äußerst billigen Preisen unter reeller Garantie
Gustav Kaniss
Uhrmacher
LEIPZIG, Tauchaerstr. 6.

Kohlen, Koks und Brikets

für Hausbedarf liefert jede Quantität
Albert Reimann,
Leipzig-Neustadt. Telephon-Amt I, Nr. 1943. **Äußere Tauchaer Straße 19.**

H. Heinze, Hutfabrik
gr. Fleischergasse 5, Burgringstraße 4.
Spezialität: 2,80-Hüte.

Sehr zu empfehlen nach Einnahme von Speisen ist
Ludwigs Magenwasser
ein feiner Likör.
Zu beziehen in ½, ¼-Flaschen à Mk. 1,50, in Gebinden von 8 Ltr an à Mk. 1,30 Mk. excl. Kiste u. Faß.
Ludwigs Magenwasser- u. Likörfabrik
Inh.: Herm. Ludwig
Clingen-Greußen.
Preisliste div. anderer Liköre gratis und franko.

Zins-Haus

Leipzig O 8 zu verkaufen. Preis 68 000 M. bei 10 000 M. Anzahl. Rest kann stehen bleiben. Anzahlung vergnügt sich zu 12—13 %. Näheres durch die Geschäftsstelle d. Bl.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königsstr 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hagrese in Berlin NW. 5, Kruppstr. 13 p.
Druck: G. Reusche in Leipzig.

Digitized by Google

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Leipzig, 31. März 1898. Nr. 502.

Jüdische Ritter des eisernen Kreuzes.

Am 23. d. M. verhandelte das Landgericht II zu Leipzig gegen unseren verantwortlichen Schriftleiter wegen angeblicher Beleidigung des Fabrikanten Ad. Rosenthal zu Hechingen. Dem Strafantrage lag ein Artikel zu Grunde, der in Nr. 466 der „Deutsch-Sozialen Blätter" zum Abdruck kam. Es war darin gesagt, daß „der Jude Rosenthal aus Hechingen" in der Schlacht bei Gravelotte seinen verwundeten Hauptmann aus dem Gefecht getragen, dann bei ihm gebliebeu und sich nicht wieder in die Sturmkolonne eingereiht habe. Dafür sei ihm das eiserne Kreuz verliehen.

Rosenthal behauptete, die Angaben des Artikels beruhten auf Unwahrheit und stellte deshalb zuerst in Hechingen (!) Strafantrag. Dort wurde er abgewiesen. Die Leipziger Staatsanwaltschaft aber nahm die Sache auf und erhob öffentliche Anklage. Darüber kann man verwundert sein, wenn man bedenkt, daß gegen die antisemitischen Abgeordneten usw. fast tagtäglich in den Blättern der Gegner die gemeinsten Schimpfworte gebraucht werden, ohne daß jemals ein Staatsanwalt dagegen eingeschritten wäre. — Der Antrag unseres Schriftleiters, die Sache vor dem Berliner Gericht zum Austrag zu bringen, wurde ohne weiteres abgelehnt, während zu gleicher Zeit das Berliner Gericht es ablehnte, die Privatklage des Herrn Goldschmidt gegen Herrn Dr. Bischoff und unseren Schriftleiter in Leipzig zu verhandeln.

Am 23. nun beantragte der Staatsanwalt eine Geldstrafe, ohne irgendeinen Betrag zu nennen. Er meinte, der Artikel sei im „ironischen Tone" gehalten und da der Wahrheitsbeweis als nicht gelungen zu betrachten sei, enthalte er subjektiv und objektiv eine Beleidigung. Das Gericht kam dagegen nach kurzer Beratung zu dem Schluß, daß der in besonders „gehässigem Tone" geschriebene Artikel dem Angegriffenen „schwere Qual und Nachteile" bereitet habe und deshalb auf eine Strafe von einem Monat Gefängnis zu erkennen sei.

Da die Begründung des Urteils noch nicht vorliegt, beschränken wir uns vorläufig darauf, folgendes zu bemerken:

1. Ist der Artikel von einer Person eingesandt, die ihrer ganzen Stellung nach als vertrauenswürdig betrachtet werden mußte.

2. Hatte der Artikel nach Angabe des Einsenders bereits vor längerer Zeit im „Badischen Volksboten" gestanden.

3. Bekundeten drei Zeugen, daß in Hechingen allgemein die Sache mit dem Hauptmann so erzählt werde, wie sie im Artikel geschildert sei.

4. Ist unser Schriftleiter bisher noch vollkommen unbestraft. — — — — —

Parteinachrichten.

Mit dieser Nummer schließt das laufende Vierteljahr. Die nächsten drei Monate bringen uns wahrscheinlich die Reichstagswahlen, sicher aber die solchen Wahlen vorhergehende umfangreiche Agitation. Dazu ist es nötig, daß jeder Parteifreund nicht nur sich über den Stand und den Fortgang unserer Bewegung unterrichtet, sondern sich auch mit dem nötigen Material versieht, um unsern Widersachern entgegentreten zu können. Beides findet er in ausreichendem Maße in „Deutsch-Sozialen Blättern". Beweis dafür ist, daß unsre Nachrichten und Aufsätze in ausgiebiger Weise die Spalten andrer Blätter füllen helfen müssen.

Die Verbreitung der „Deutsch-Sozialen Blätter" so viel als möglich zu fördern ist deshalb Pflicht aller unserer Leser und Freunde, denen ein Erfolg unserer Partei bei den diesjährigen Wahlen am Herzen liegt.

Berlin. Der Wahlverein Berlin der deutschsozialen Reformpartei hielt am 21. im Osten und am 23. im Norden unter dem Vorsitz des Herrn L. Schmitz je eine Vollsversammlung ab, in der die Abgg. Liebermann von Sonnenberg und Bindewald und Herr C. H. Böckler gegen die Schleuder- und Ramschbazare sprachen. Von beiden Versammlungen wurde nachstehende Entschließung angenommen: In Übereinstimmung mit dem Vorgehen der Regierungen in Bayern, Sachsen und Hamburg beschließen die versammelten Männer und Frauen, den Magistrat der hiesigen königlichen Haupt- und Residenzstadt zu ersuchen, baldmöglichst der Einführung einer Umsatzsteuer für Großbazare, Konsumvereine und Filialgeschäfte näher zu treten. —

Die von der Kommanditgesellschaft Wertheim gegen die Abg. Liebermann von Sonnenberg und Istkraut angestrengte Klage wegen Geschäftsschädigung wurde am 26. d. M. vor dem Handelsgericht verhandelt. Gegen den Abgeordneten Istkraut wollte der Vertreter Wertheims, Rechtsanwalt Meschelsohn, die Klage zurücknehmen, was aber an dem Einspruche des Verklagten scheiterte. Zum Zwecke der Beweisaufnahme wurde dann die Sache vertagt.

Gegen den Abg. Werner sind in der Presse seit einiger Zeit lebhafte Angriffe erfolgt und zwar auf eine Meldung des Wolffschen Telegraphenbureaus hin, daß der Herr Abg. in der Budgetkommission bei Beratung des Flottengesetzes mit den Sozialdemokraten gegen den § 9 (Deckungsfrage) gestimmt habe. Obwohl das Wolffsche Bureau sich sofort selbst berichtigte und Abg. Werner sogar einigen Zeitungen Berichtigungen sandte, hören die Angriffe nicht auf. Wir halten es deshalb für geboten, eine Antwort zu veröffentlichen, die Abg. Werner am 26. d. M. vom Wolffschen Bureau erhielt: „Zu Angelegenheit Ihres gefl. Schreibens vom 26. d. M. teilen wir mit, daß wir die von uns verbreitete allerdings unrichtige Meldung über Ihre Abstimmung zum Antrag Lieber-Bennigsen in der Budgetkommission des Reichstages nicht nur sofort am nächsten Tage berichtigt haben, sondern, da infolge eines instruktionswidrigen Verfahrens des betreffenden Redakteurs die Berichtigung nicht allen Berliner Zeitungen zugegangen ist, wir dieselbe am 19. d. M. noch einmal allen Blättern gegenüber wiederholten. Wenn nicht die gesamte Presse davon Notiz genommen hat, so mögen daran Umstände die Schuld tragen, die nicht bei uns liegen. Mehr können wir jedenfalls nicht thun. Wir können doch unmöglich die Zeitungen zwingen, die von uns ausgegebenen Berichtigungen zu veröffentlichen. Das „Meißner Tageblatt" hat die Depesche von hier gar nicht direkt erhalten; mit der nationalliberalen Korrespondenz haben wir nicht das geringste zu thun. Wir unserseits haben auf der von uns in Berlin veröffentlichten Depeschenangabe die unrichtige Meldung gar nicht gebraucht, sondern dieselbe nur in Durchschrift den Zeitungsredaktionen zugestellt und die Berichtigung auf ebendemselben Wege nicht nur einmal, sondern, wie gesagt, zweimal an die Zeitungsredaktionen gelangen lassen. Mehr kann unmöglich von uns verlangt werden. Bei den Blättern, die zwar die unrichtige Meldung nachgedruckt, nicht aber die Berichtigung nachgedruckt haben, können wir leider nichts unternehmen, weil uns ja diesen gegenüber der § 11 des Gesetzes nicht zur Verfügung steht. Wir haben übrigens heute bei der Abstimmung im Plenum unsre politische Redaktion zu einer bezüglichen Notiz veranlaßt und hoffen Sie dadurch befriedigt zu haben." Wenn also jetzt nationalliberale und konservative Blätter noch weiter mit der unrichtigen Meldung hausieren gehen, wird man sie dreist der wissentlichen Unwahrheit beschuldigen können.

Digitized by Google

Die Abstimmung über die Flottenvorlage nimmt die konservative „Neue Westf. Volksztg." zu Bielefeld als Anlaß, um ihrem Hasse gegen die deutschfreisinnige Reformpartei Ausdruck zu geben, indem sie schreibt: „Von den zwölf Mitgliedern der Fraktion stimmten acht dafür, drei dagegen und eins fehlte. Im ganzen beträgt also der antisemitische Stimmenzuwachs zu Gunsten der Flottenfrage nicht mehr als vier." Daß 8—3 = 4 sind, haben wohl die meisten unserer Leser noch nicht gewußt. Sie wissen aber sicher aus verschiedenen Nummern unseres Blattes, daß die „Neue Westf. Volksztg." heute noch mit einem Kapital des Abg. Istrant arbeitet und daß dieses konservative Blatte seine Dankbarkeit nicht besser ausdrücken kann, als bei jeder Gelegenheit seinen Gläubiger und die deutschfreisinnige Reformpartei aufs infamste anzugreifen, ohne aber jemals von selbst irgendwelche Berichtigungen zu bringen.

Sebnitz (Sachsen). Der neugegründete Reformverein hatte am 18. d. M. zu einem Vortrage eingeladen, den Herr Schriftleiter B. H. Welcker über die deutsche Welt- und Wirtschaftspolitik halten sollte. Die Erschienenen wurden durch die volkstümliche Redeweise des Vortragenden wiederholt zu lauten Beifallskundgebungen hingerissen, so daß „Genosse" Landtagsabg. Fräßdorf mit seinen Redensarten kein Glück hatte.

Magdeburg. Der Landesverband wählte in seiner letzten Sitzung den Vorstand für Magdeburg und beschloß in den Wahlkreisen Kalbe-Aschersleben und Osterburg-Stendal demnächst die Agitation aufzunehmen. —

Vor einer Zuhörerschaft von über 1200 Personen sprach am 25. d. M. Abg. Istrant über den von den Ramschbazaren und Warenhäusern verursachten Schaden. Eine ganze Anzahl Waren lagen als Beweis vor der Versammlung, so unter anderem ein bei einem Juden gekaufter Küchentisch für eine Mark! Sachverständige bezeugten, daß mit diesem Preise nicht die Arbeit bezahlt sei, von dem Material usw. nicht zu reden. Gegen diese Art von unlauteren Wettbewerb bedeutet die Riesen-Versammlung einen großen Erfolg.

Dreileben. Die Politik der Sammlung und die kommenden Reichstagswahlen erörterte am 20. d. M. Herr Redakteur B. Kreutz (Magdeburg) hier vor ungefähr zweihundert Personen. Die Zuhörer gaben ihre Befriedigung durch wiederholten Beifall zu erkennen.

Großquenstedten. Herr Redakteur B. Kreutz (Magdeburg) hielt am 26. d. M. hier einen sehr anregenden Vortrag über die Politik der Sammlung bei den nächsten Wahlen.

Delitzsch. In der Monatsversammlung des deutschsozialen Reformvereins hielt Herr Oberlehrer Rosenstedt einen Vortrag über „die Bedeutung des Parimisses". Die sehr interessanten, über eine Stunde dauernden Ausführungen wurden mit großer Aufmerksamkeit angehört. Dem Verein traten wieder neue Mitglieder bei.

Aus West-Thüringen. Herr W. Schad (Hamburg) bereiste vorige Woche den Wahlkreis Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück. Am 16. sprach er in Wühlsleben, am 17. in Waltichleben; wo der Bezirksvorsitzende des Bundes der Landwirte die Versammlung leitete, und am 18. in Bindersleben. Hier waren der „Ober-Genosse" Noack mit einem starken Anhange erschienen, ohne jedoch etwas ausrichten zu können. „Genosse" Noack hat seiner Zeit in Leipzig erklärt: „Wir werden die Juden mit unseren Leibern decken!" Er kam aber diesmal nicht zu diesem rühmlichen Werke, da die Antisemiten ihm keine Gelegenheit gaben, Juden zu decken. Am 20. waren Versammlungen in Schmiedefeld und Suhl. Auch hier machte sich eine starke Sprengkolonne der „Genossen" breit, die aber trotz ihres wüsten Geschreies ihre Absicht nicht ausführen konnten. Den letzten und glänzendsten Vortrag hielt Herr Schad am 21. in Erfurt und zwar über die Ramschbazare. In der freien Aussprache erlebte „Genosse" Abg. Reißhaus einen schlimmen Reinfall. Zuerst stellte er fest, daß „man bekanntlich nur das zitiere, was einem passe, er wisse das ganz genau", und dann sagte er: „Genosse Singer ist ein armer, aber edler Mensch, wer anders sage, lüge!" (Diesen Satz haben wir wörtlich schon an den verschiedensten Orten im Deutschen Reiche gehört, so daß wir jetzt bald glauben, er ist den „Genossen" von der Berliner Zentralleitung eingehaucht oder sogar vorgeschrieben. D. Schriftg.) Herr Schack antwortete unter stürmischem Beifall: „Der Weg dieses Mannes zum Reichtum ist mit der Schande von Hunderten von Mädchen gepflastert!" —

Im Kreise Meiningen-Hildburghausen stellte der Kandidat unserer Partei, Herr Herm. Kurzhals (Suhl), sich am 26. in Frauenbreitungen vor, wo Herr Inspektor Altenstein (Farnbach) mit warmen Worten für unsere Partei eintrat, und am 27. in Neubrunn. Beide Versammlungen waren von bestem Erfolge begleitet. —

Von den verbissigten Antisemiten, Konservativen und Bauernbündlern ist für Gotha der Landtagsabg. Kaufmann Emil Weyerbusch (Elberfeld) als Reichstagskandidat aufgestellt. So klagt die freisinnige Presse, die vereinigten Wasserstiefler und Badenstrümpfler wollen nämlich den Oberbürgermeister von Gotha gern aufstellen.

Altenburg (Sa.-Alt.). Am 24. d. M. veranstaltete der deutschsoziale Reformverein einen Familienabend, der recht gut besucht war. Neben Klavier-, Harmonium-, Cello- und Gesangsvorträgen bot das Programm einen Vortrag über „Deutscher Frauen Theil an deutscher Lande Theil". Außerdem gelangte noch eine von einem Mitgliede verfaßte dramatische Szene zur Aufführung, die in drastischer Weise den Reinfall eines Bauern bei Einkäufen in Judenläden schilderte. Besonders glanzvoll gestaltete sich die Ehrung unseres Altreichskanzlers, der außer einem Trinkspruch durch Stellung eines wirkungsvollen lebenden Bildes gefeiert wurde. Daß unseres Kaisers und Landesfürsten, sowie des Vaterlandes in beredten Worten gedacht wurde, das braucht wohl nicht besonders betont zu werden. Wie wäre auch bei uns ein Fest ohne diese Trinksprüche denkbar?! Jedenfalls kann der Vorstand sich rühmen, mit dem Familienabend — der erste, den er veranstaltete — einen glücklichen Wurf gethan zu haben. Denn, daß es allen gefallen hatte, das konnte man wieder und immer wieder hören. Der Verein selbst hat durch Zuwachs an Mitgliedern durch die Veranstaltung gewonnen. Mögen aber auch die mahnenden Worte an unsere Frauen in den Kampf gegen das Judentum mit eintreten zu wollen, nicht nutzlos gesprochen worden sein! Haben wir vermocht, ihnen für immer die Lust zu nehmen, bei Juden zu kaufen, dann hatte der Familienabend den herrlichsten Erfolg. Th. K.

Breslau. Den Zusammenhalt und die Macht des internationalen Judentums beleuchtete Herr G. Gockisch am 24. d. M. an der Hand des Falles Dreyfus vor einer zahlreichen Zuhörerschaft.

Jauer. Der Vorsitzende des deutschsozialen Reformvereins, Herr J. Springer, und Herr Wilh. Schlosse sind dauernd mit Erfolg thätig, um den Boden für eine Kandidatur unserer Partei vorzubereiten. Herr Schlosse hielt in der letzten Woche Versammlungen ab, am 20. d. M. in Nimmersatt, am 23. in Henneredorf, am 27. in Hohenhelmsdorf und am 30. in Prosen. Die Kandidatenfrage, um die sich bereits Berliner Blätter unsere Köpfe zerbrochen haben, wird in den nächsten Wochen eine befriedigende Lösung finden. Bei dieser Gelegenheit möchten wir feststellen, daß die „Deutsche Tagesztg." ruhig weiter eine Kandidatur des Herrn Rechtsanwalt Müller (Bremen) für Jauer-Bolkenhain aufzählt, trotzdem diese Kandidatur nie aufgestellt ist und diese Thatsache auch wiederholt von uns berichtet wurde.

Für **Strehlen** hält der sächsische Provinzial-Wahlausschuß der deutschsozialen Reformpartei die Kandidatur des Abg. Zimmermann gegen den konservativen Abg. Rother aufrecht. Herr Rother sei seiner Zeit mit Hilfe der Deutsch-Sozialen gewählt und stehe jetzt trotzdem jedes, auch das kleinste Zugeständnis an die deutschsoziale Reformpartei ab. Zudem seien die Gegner der Kandidatur Zimmermann in Strehlen nicht mehr maßgebend für die Partei.

Aus Hessen. In Friedberg-Büdingen haben die National-Sozialen ihren Parteisekretär, Pastor a. D. Wenck (Leipzig), aufgestellt.

Herr M. Wolf (Stadecken) sprach jüngst in Eichloch (Kr. Oppenheim), einem Dorfe, das bisher stets rein freisinnig war, mit solchem Erfolge, daß man ihm am Schluß ein Hoch ausbrachte —

Eine hübsch verlaufene Versammlung fand am 20. d. M. in Reichenbach (Kr. Bensheim) statt, wo die Abgg. Bindewald und Hirschel Maßregeln zum Schutz der nationalen Arbeit erörterten.

Digitized by Google

wobei sie hauptsächlich auf die Verhältnisse im Odenwalde Rücksicht nahmen. Herr Georg Schneider I gedachte nach dem Vortrage in begeisterten Worten unserer Führer und Herr Wolff (Frankfurt, Main) der treuen Reichsbotscher Anhängers. Abends tedeten beide Abgeordnete noch in den benachbarten Gudernheim. —

In Freienseinau (Kr. Lauterbach) erstattete am 21. d. M. Abg. Bindewald den Wählern Bericht über seine öffentliche Thätigkeit, während Abg. Hirschel die Lage des Bauernstandes besprach.

Aus Kurhessen. Da sie sonst nichts ausrichten können, versuchen es unsere Gegner jetzt mit Lügen. Der Demokrat Bader, der sich selbst als „der wahre Nachfolger Dr. Bödels“ bezeichnet, erklärt in seiner „Oberhess. Landes-Ztg.“, daß der Bauer Wiegand zurücktreten würde, um einem „noch konservativeren Liebermannianer“ Platz zu machen. Die Verhandlungen seien durch den Abg. Klemm (Dresden) schon eingeleitet, der zu diesem Zwecke persönlich in Marburg gewesen sei. Natürlich ist an der ganzen Geschichte kein wahres Wort. Wo die Agitation Baders hinaus soll, zeigt die letzte Nummer der nationalsozialen „Hilfe“, in der „ein angesehener Anhänger Baders“ zum Zusammengehen mit den National-Sozialen auffordert. — Herr Wiegand sprach am 26. in Lühlbach, am 27. in Frankenau, Allendorf und Geismar, am 28. in Kloster Haina und am 29. in Gemünden (Wohra), sämtlich im Kreise Frankenberg. Die Versammlungen waren sehr stark besucht. —

Im Kreise Kassel hielt Herr Scheld (Kassel) am 27. zu Grossenritte einen längeren Vortrag über unser Programm.

Pericberg. Wegen Beleidigung des Abg. Liebermann von Sonnenberg hatte das Schöffengericht dem Schriftleiter des hiesigen Kreisblattes eine Geldstrafe von zehn Mark auf.

Mannheim. Der Schriftleiter des „Deutschen Volksboten“, Herr F. Göbel, soll wegen groben Unfugs 25 Mark Strafe zahlen, weil er vor Weihnachten an seine Leser die Aufforderung richtete, nicht in jüdischen Ramschbazaren zu kaufen. Denunzianten waren die Firmen L. Steinthal, S. Feis und Jos. Oberländer. Bald kann man nach berühmten Muster sagen:

Was man nicht denunzieren kann,
Steht man als „groben Unfug“ an!

Hamburg. Der deutschnationale Arbeiterbund wählte in der letzten Jahres-Hauptversammlung die bisherigen Vorstandsmitglieder wieder und beschloß an die Errichtung eines Rechtsschutzamtes und einer Krankenzuschußkasse zu gehen. —

Die Wahl zur Bürgerschaft im Bezirke Eimsbüttel ist für ungiltig erklärt: da Herr F. Raab nur mit 22 Stimmen hieter dem liberalen Kandidaten zurückblieb, ist also Aussicht vorhanden, daß die Bürgerschaft demnächst den zweiten Antisemiten unter sich sieht. —

Gegen Großbazare, Konsumvereine und Filialen nahm der Verein gegen Unwesen im Handel und Gewerbe in einer gut besuchten Versammlung Stellung. Als Hauptredner traten auf die Herren Edm. Jacobsen und F. Raab. —

Nach einem Vortrage des Herrn Fr. Raab wurde am 21. für den Stadtteil St. Pauli ein Bürgerverein gegründet.

Altona (Elbe). In einer vom Innungsausschuß einberufenen Versammlung von Handwerkern und Gewerbetreibenden hielt Herr F. Raab (Hamburg) einen Vortrag über die schaffenden Stände und die neuere Wirtschaftspolitik. Die zahlreichen Zuhörer nahmen einstimmig eine Entschließung des Herrn Korbmachermeisters Kerking an, die energisch zur Vertretung der Kandidatur Raab bei den nächsten Reichstagswahlen auffordert. Nach einem kräftigen Schlußworte des Herrn Obermeisters Knüppel fand der offizielle Teil der Versammlung sein Ende.

Oldesloe. Unter dem Vorsitz des Herrn von Pein (Altona) sprach sich Herr Fr. Raab (Hamburg) vor mehr als dreihundert Personen am 21. d. M. über den „Kampf der ehrlichen Arbeit in Stadt und Land um ihr Recht“ aus. Natürlich versuchten die „Genossen“ die übliche Störung durch die Rufe „Birowahl“, die Herren Gleichheitsbrüder fielen damit aber glänzend ab. Als später die freie Aussprache losgehen sollte, war kein Mensch zum Reden zu bewegen.

Gaarden bei Kiel. Graf Reventlow sprach am 15. d. M. hier vor ungefähr 150 Personen über die nächsten Reichstagswahlen und die Marinevorlage. In der freien Aussprache erklärte ein Arbeiter, daß die Sozialdemokratie unbedingt bei der Wahl an Stimmenzahl einbüßen würde.

Stadthagen. In einer Mühlenversammlung am 27. d. M. wurde nach einem ausführlichen Vortrage des Herrn Dr. Lindström (Goslar) als Kandidat der deutsch-sozialen Reformpartei für den Wahlkreis Schaumburg-Lippe Herr Pastor Jacobsen (Scherrebeck) aufgestellt. Der Herr Kandidat hat sich verpflichtet, im Falle seiner Wahl der Fraktion als Hospitant beizutreten.

Versammlungskalender. Herr Schlosse (Jauer) spricht am 3. f. M. in Leipe; Abg. Werner am 3. in Helmboldshausen und Philippsthal (Kr. Hersfeld) und am 4. in Archelsdorf und Hönebach (Kr. Rotenburg); Abg. Bindewald am 1. in Königsaue, am 2. in Nachterstedt und Hedersleben (Kr. Aschersleben) und am 5. in Schönebeck (Elbe); Abg. Hirschel am 2. in Altheim (Kr. Dieburg).

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Einen Israelenkes sahte man in der Person des Kaufmanns Paul Heymann zu Berlin. Der gefährliche Mensch wanderte auf drei Jahre ins Zuchthaus.

Verlobt, verheiratet und dann durchgebrannt ist Herr Josef Silberbuch aus Borschau. Natürlich hat er seine junge Frau sitzen lassen, aber die Mitgift im Betrage von 30000 Rubel nicht vergessen. Durch Zufall erfuhr der Schwiegervater, daß sein Eidam sich mit einem seiner Fabrikmädchen unter falschem Namen in Charlottenburg aufhielt; er reiste nach Berlin, fatzte den famosen Silberbuch, nahm ihm das noch vorhandene Geld ab und ließ dann den zukünftigen Kommerzienrat laufen.

Empfangs-Bescheinigung.

„Ein Opfer der Ramschbazare.“ Es gingen ferner bei mir ein: A. Sch., Breslau 3 ℳ; Z., Kassel 5 ℳ; Ein kößliges Pferd dem Juden ramische, aber ein siebenfaches Pfud den „deutschen“ Schandvedeiern, die durch Einkäufe die Raubzüge der Juden unterstützen, 5 ℳ; M. St., Gera 2,50 ℳ; H. K., Beißstein 5 ℳ; Frau M. K., Steglitz 2 ℳ; Gesammelt in einer Versammlung des rheinischen Landesverbandes 17 ℳ; B. N., Berlin W. 3 ℳ; M. G., Mühlhausen (Th.) 5 ℳ; Dr. Tr., Guben 10 ℳ; M., Dortmund 10 ℳ; W. B., Stralsund 3 ℳ; W. Sch., Reinickendorf 10 ℳ; W. B., Charlottenburg 3 ℳ; B., Schöneberg 2 ℳ; v. L. in D. 3 ℳ; E. in W. 1 ℳ; Ungenannt, Halle 5 ℳ; H. in L. 5 ℳ; L. A., Berlin 3 ℳ; C. W., Magdeburg 3 ℳ; B., Berlin 5 ℳ; W. in W. 5 ℳ; v. L., Altona 5 ℳ; Frickenau 1,40 ℳ; G. H., Wüstheim 10,20 ℳ; P. B., Berlin 4 ℳ; B. H., Berlin 5 ℳ; T. B., Berlin 3,75 ℳ; N., Charlottenburg 7 ℳ; C. E., Mannheim 2 ℳ; W., Thirowo 18 ℳ; M., Kassel 41 ℳ; K., Delitzsch 7,60 ℳ; J. N., Chemnitz 20 ℳ; W. H., Zugenheim 1 ℳ.

Aller Gebern sage ich im Namen der Briefschreiberin herzlichen Dank und schließe hiermit die Sammlung.

Berlin NW., Stendalerstr. 1. L. Schmitz.

Tapeten. / Linoleum.
Nur beste Fabrikate.
Muster frei. — Bei Mehrbedarf hohen Rabatt. — Muster frei.
Stirnemann & Krausche,
LEIPZIG.
Gelmmalsch. Straßenbahn Zwei Geschäfte Hofersteinhof
Eichhorn Tapetenfabr. port. u. l. St. Hinter der Reichsbank, Eichhorn Petersstr.

Heinrich Thiessen,
Telephon Amt I, 2721.
Schneidermeister
Brühl 23 (Pfauenscher Hof), Tr. I, II. Brühl 23
liefert nur noch Maß und nur gegen bare Zahlung, aber dafür zu den billigsten Preisen elegante Anzüge von 42—75 M., Sommer-Überzieher von 36—55 ℳ unter Garantie für gute Arbeit und guten Sitz. Großes Stofflager. Ueberzeugt Euch! Verlangen in 24 Stunden. Bei Selbstlieferung des Stoffes rechne für einen Anzug nur 27 ℳ

Digitized by Google

CAFE MERKUR

Leipzig ✦ ✦ ✦ ✦
✦ ✦ **An der Pleisse 8.**

300 Zeitungen, Depeschen u. Kursberichte, Städte-Adressbücher v. Berlin, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Hamburg-Altona, Halle a. S., Paris, sowie Handeln-Adressbücher aller grösseren Staaten liegen zur gefl. Benutzung aus.

Jeden Vormittag Bouillon und Pasteten.

Geöffnet bis morgens 3/4 4 Uhr.

Hochachtungsvoll
W. Rühlemann.

Deutsche Schänke von **Rd. Klemm**
Leipzig, Poststraße 20
empfiehlt **kräftigen Mittagstisch** und **gute Biere.**

Bad Kissingen

Logirhaus Renner
jenseits der Saale
Garitzer Straße 24
empfiehlt schön frei gelegene Wohnungen zu billigen Preisen.

Deutscher Krug.
Antisemiten-Kneipe, Chemnitz.
Lohgasse 3, Parterre und 1. Etage.
Ausschank:
Böhmisch, Lichtenhainer, Tuchersches Dunkel und Pilsnerbräu.
Speisen vorzüglich. Flotte Bedienung.
Hochachtungsvoll **Emil Krug**

Biete ein Postpfund (9½ Pfund)
feine Leber-, Rot- und Sülzwurst
zu 7,50 M. franko.
H. Glauner, Fleischermstr.
Lapenburg b. Leer (Ostfriesl.).
Ferner:
prima Hammelkeule u. Carrés
à Pfund 55 Pf.

Weltruf
haben weltf. Fleischwaaren
feinste weltf. Schinken 0,95 ℳ p. Pfd.
„ „ **Cervelatw.** 1,25 „ „ „
„ „ **Zahnfleisch** 1,20 „ „ „
„ „ **Plockw.** 1,15 „ „ „
„ „ **Mettw.** 0,95 „ „ „
(theils Räucherung).
Garantie Zurücknahme.
J. Bartscher, Rietberg, Westf.

Ludwigs Magenwasser
ein feiner Likör besonders nach Einnahme von Speisen sehr zu empfehlen. In Fassohen à Ltr. Mk. 1,50, in Literflaschen Mk. 1,50 excl. Flaschen und Fässchen.
Ludwig's Magenwasser- und Likörfabrik
Ind. Hagen i. Lothringen
Citegen-Greussen

Stoffe zu Anzugen PALETOTS etc. versendet
Unerreicht billige Preise!
Beweis: Vergleich mit anderen Collectionen
Reich haltige Musterzendung unberechtet und portofrei an Jedermann.
in **TUCH**, Buckskin, Kammgarn, **CHEVIOTS** Meter 2-15 Mark.
Auf Wunsch Lieferung alles erforderlichen Futterstoffe und Zuthaten.
Versand durchaus reell!
Beweis: ca. 3000 Anerkennungsschreiben aus dem Kundenkreise.
CHRISTIAN GUNTHER
Tuchversandgeschäft
LEIPZIG-PLAGWITZ

Die **Meierei Stuvenborn** bei **Süderlid** i. Holstein empfiehlt
hocheine vollständige
Tafelbutter
in Postcolli täglich frisch.
Die Verwaltung: Reese.

Zins-Haus
Leipzig Ost zu verkaufen. Preis 158 000 M. bei 10 000 M Anzahl. Rest kann stehen bleiben. Anzahlung vermittelt sich zu 12—13%. Näheres durch die Geschäftsstelle d. Bl.

Wilhelm Boetzkes
Rheinisches Tuchhaus, **Düren I.** Bezirk Aachen,
versendet an den billigsten Preisen die bestbewährten, vielfach ausgezeichneten Rocheuer und Dürener Tuchwaaren, sowie andere deutsche und engl. bewährte Herrenstoffe.

Die neuen Muster	Anz.	Qual.	Elle à Anz.
werden soeben versandt. Elite- und Reichspreise frei.	1	Elbethal	40	20,00
Ausgewählt, damit jedermann sich ohne	2	Loden-Chev.	47	12,50
Risiko von der Güte und Billigkeit aber-	3	Kammgarn	48	12,00
zeuge. Neue Muster alle Monate.	4	Melton	50	13,50
		Elle 80 cm breit.		Jedes Maß.

Billige Bezugsquelle brauche man heutzutage die Concurrenz!

Leinen- und Baumwoll-Waaren
von
Wilhelm Michael
Hainstrasse 7, **LEIPZIG**, Hainstrasse 7.
Wäsche- und Ausstreuer-Geschäft.
Leinen eigenes Fabrikat.
Ausverkauf eines großen Postens Tischzeug, Handtücher, Taschentücher, Gardinen- und Kongressstoffe, Kleiderstoffe und Teppiche zu herabgesetzten Preisen.
Alleinverkauf
der echten Dr. Lahmannschen Unterkleidung.

Bismarcks Wahlparole:
Birnen und Drohnen.
Politischer Bilderbogen Nr. 25, mit ausführl. Text 30 Pf.
Kaufen wirksam für die **Reichstagswahl** bei **Bauern** und **Gutsbesitzern**, stelle in jeden **Gasthof** auf dem Lande ausgelegt werden!
Gegen Einsendung von 30 Pf. zu beziehen von der
Druckerei Gödig, Dresden A.
Ferner **vorzüglich** zur Agitation geeignet:
Ausjug der Juden aus Deutschland 30 Pf.
Der Bauernfeind 30 Pf.
Der Teufel in Deutschland 30 Pf.
Falsche Freunde (gegen d. Sozialdemokraten) 30 Pf.
Die Juden in **Friedrichsruh** 30 Pf.
Alle Bilderbogen mit ausführl. Text. — Im ganzen erschienen 24 Nrn. in annähernd **3000000 Exemplaren.**
Man bestelle einige Plätter zur Probe für Agitationszwecke! Einzelblatt 30 Pf.

Vorstehende Schriften halte stets auf Lager und können von mir jederzeit geliefert werden
Herm. Beyer, Leipzig, Königsstr. 27.

Kaufen Sie
kein Planino.
wenn Sie sich noch nicht den Katalog von **August Roth, Hagen i. W.**, Königl. Hof-Pianofabrikant, gratis haben kommen lassen.

Kohlen, Koks und Brikets
für Hausbedarf liefert jede Quantität
Albert Reimann,
Leipzig-Neustadt. Telephon-Amt I, Nr. 1943. **Äußere Tauchaer Straße 19.**

Gardinen-Fabrik gegr. 1869.
Gardinen
Teppiche Möbelstoffe Decorationen etc.
Illustr. Kataloge franco
Tisch- und Divan-Decken etc.
A. Drews Nachf. P. Meunst & Co.
Leipzig, Königsplatz.
Man verlange illustr. Katalog.

H. Heinze, Hutfabrik
gr. Fleischergasse 5, Durchgang 6.
Specialität: 2,80-Hüte.

Wein-Groß-Handlung,
Import von Rum, Arrac, Cognac,
von
Jede Flasche trägt diese Etiquette als Schutzmarke.
Schmitz & Co
Berlin NW., 1 Stendaler Straße 1.
Fernsprecher: Amt Moabit 1876.
Gegründet 1857.
1893er u. 95er Rhein- u. Moselweine, p. Fl. über p. Ltr. von 75 Pf. an.
1893er u. 95er Bordeaux-Weine von 1 M. an, sowie Ungarische und einheimische Weine alle, als leichten Tischwein. Für absolute Reinheit garantieren
Schmitz & Co.
Kleine Proben und Preisliste umsonst.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königsstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe in Berlin NW. 5, Kruppstr. 13 p.
Druck: G. Reusche in Leipzig.

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Leipzig, 7. April 1898. Nr. 503.

Um den neuen Lesern

unseres Blattes auch die Anschaffung früherer Jahrgänge zu erleichtern, haben wir uns entschlossen, deren Preise erheblich herabzusetzen.

Wir liefern — soweit der Vorrat noch reicht — die

Jahrgänge 1890 bis 1895 für je 5 M. gebd., 3 M. ungebd.,
alle 6 Jahrgänge zusammen für 25 M. gebd., 15 M. ungebd.,
Jahrgang 1896 und 1897 gebd. für je 6 M., ungebd. 4 M

frei zugesandt.

Die Jahrgänge der „Deutsch-Sozialen Blätter" bilden ein hochaktuelles und hervorragendes Werk. Wir müssen notwendigerweise die Leser öfters auf frühere Jahrgänge verweisen, da es nicht tunlich ist, alle wichtigen Fragen und Verbesserungen in jedem Jahrgange aufs neue zu behandeln.

Verlag der „Deutsch-Sozialen Blätter"
Leipzig, Königstr. 27.

Parteinachrichten.

Magdeburg. Gegen die Ramschhaxe nahm eine stark besuchte Versammlung, die unter dem Vorsitze des Herrn Tischlermeisters Rolle lagte, eine gegharnischte Entschließung an. Den einleitenden Vortrag hielt Herr Redakteur Krenz. —

Zur Feier des Geburtstages des Altreichskanzlers veranstaltete der deutschsoziale Reformverein einen Kommers, den Herr Schneidermeister Liebrecht leitete. Herr Hauptmann a. D. von Schirp hielt die Festrede, die in herrlichen und begeisterten Worten die Verdienste des Fürsten Bismarck pries.

Halle (Saale). Auf dem Bismarck-Kommers des deutschsozialen Reformvereins machte der Herr Vorsitzende bekannt, daß die deutschsoziale Reformpartei in der Person des Schriftleiters R. H. Welcker (Dresden) einen eigenen Kandidaten zur Reichstagswahl aufgestellt habe.

Riesa. Die Agitation im Wahlkreise Meißen hat am 28. v. M. hier durch eine sehr gut gelungene Versammlung des Reformvereins einen neuen Anstoß erhalten. Unser Kandidat, Herr Gutsbesitzer G. Gabel (Klessig), und Herr Schriftleiter Welcker (Dresden) gefielen so, daß das konservative „Großenhainer Tageblt." nicht umhin konnte zu schreiben: „Den Anhängern der (konservativen!) Kandidatur Sachße (Meerschwitz) dürfte sehr zu empfehlen sein, nunmehr auch für ihren Kandidaten energisch und und unermüdlich hier zu agitieren. Daß die Reformer Herrn Gabel jetzt schon hier sprechen hören, war sehr geschickt gemacht."

Peine. In einer sehr stark besuchten Versammlung des deutschsozialen Reformvereins hielt an Stelle des verhinderten Abg. Liebermann von Sonnenberg der Abg. Istraut einen äußerst beifällig aufgenommenen Vortrag über die Zwecke und Ziele der Partei.

In **Schaumburg-Lippe** ist die Arbeit für unsern Kandidaten, Herrn Pastor Jacobsen (Scherrebeck), in einer Versammlung zu Lindhorst durch Herrn Dr. Lindström (Gostar) fortgesetzt. Die Aufnahme des Redners von Seiten der Erschienenen war sehr vielversprechend.

Neuruppin. In einigen Versammlungen, die Herr O. H. Bödler (Berlin) in unserm Wahlkreise jüngst abhielt, traten auch verschiedene konservative Herren als Redner auf. Während die meisten sich großer Sachlichkeit befleißigten, glaubte der Kandidat der Konservativen, Herr Rechtsanwalt Dietrich (Prenzlau), in Flieth (Kr. Templin) mit dem groben Geschütz der Verleumdung arbeiten zu müssen. Er benutzte dazu anscheinend das nationalliberale Handbuch. Hübsch war es, daß Herr Dietrich zugab, „es gefalle auch ihm Vieles bei den Konservativen nicht", er werde aber dafür sorgen, daß künftig der kleine Mann etwas mehr gehört werde, und daß „die Parteigrundsätze auch wirklich befolgt würden". Selbstverständlich nagelte Herr Bödler diese Anschauungen genügend fest. — Außer in Flieth sprach Herr Bödler noch in Gerswalde und in Fredenwalde.

Thorn. Um nicht unter den Angebereien gewisser freundlicher Böhler zu leiden, hat Herr Gymnasial-Oberlehrer Bensemer seine Kandidatur für den Wahlkreis Thorn-Kulm zurückgezogen. Dafür hat der antisemitische Wahlausschuß jetzt den Maurermeister und Stadtverordneten Herrn G. Plewe (Thorn) aufgestellt. In einer längeren Erklärung rechtfertigt der Aufstich sein gesondertes Vorgehen damit, daß es nach den bisherigen Erfahrungen einfach unmöglich ist, den Polen durch einen gemeinsamen deutschen Kandidaten schon in der Hauptwahl zu verdrängen. Es sei deshalb unbedingt nötig, daß jede Partei ihren eigenen Kandidaten aufstelle und dafür mit aller Kraft arbeite, um in der Stichwahl sämtliche deutsche Stimmen gegen die Polen in die Wagschale zu werfen. Die deutschsoziale Reformpartei sei zu diesem Vorgehen aber auch gezwungen, da man in der Versammlung zu Kulmsee, wo die Ernennung eines deutschen (liberalen) Kandidaten stattfand, keine Notiz davon nahm, daß die Antisemiten schon vor längerer Zeit Herrn Oberlehrer Bensemer aufgestellt hatten.

Aus Hessen. Die Hauptversammlung des Mitteldeutschen Bauernbundes, die in Langenselbold (Kr. Hanau) abgehalten wurde, verlief einmütig und zeigte, daß die hessischen Bauern nach wie vor fest zusammenstehen. Nach Erledigung des geschäftlichen Teils hielt Herr Redakteur Memminger (Würzburg) als Vertreter des bayerischen Bauernbundes die Hauptrede. Zum Vorsitzenden des Bauernbundes wurde der Abg. Köhler wiedergewählt. —

Herr M. Wolf VI. (Stadecken) erörterte am 27. v. M. in Albig (Kr. Alzey) und in Spiesheim (Kr. Oppenheim) das Programm der deutschsozialen Reformpartei. —

Im Wahlkreise Alsfeld-Lauterbach-Schotten hat der Bund der Landwirte dem Abg. Bindewald einen Gegenkandidaten gegenübergestellt. Dabei erinnern wir uns, daß derselbe Bund der Landwirte vor nicht langer Zeit dem Abg. Bindewald für seine Thätigkeit ein Anerkennungsschreiben zugehen ließ!

Krefeld. In Anwesenheit des Leiters des Wahlvereins für Duisburg-Mülheim, Herrn J. Bovenkerk, tagte hier am 31. v. M. der deutschsoziale Reformverein, um die allgemeine Lage zu besprechen. Es wurde beschlossen, demnächst eine große Volksversammlung abzuhalten und zwar möglichst mit dem Abg. Werner als Redner.

Aus **Schleswig-Holstein.** Graf Reventlow (Wulfshagen) sprach am 26. v. M. in Eckernförde und am 30. in Kappeln (Schlei). An beiden Orten war von einer Gegnerschaft nichts zu spüren. —

Am 28. v. M. leitete Graf Reventlow in Kiel eine große Versammlung, in der Herr W. Schad (Hamburg) das Thema „Warenhäuser und Ramschbazare" behandelte. An der sehr lebhaften Aussprache beteiligten sich u. a. auch ein Stadtverordneter im zustimmenden Sinne. —

Im Wahlkreise Flensburg fanden drei Versammlungen statt, in denen unser Kandidat, Herr Fr. Raab (Hamburg), sich eine große Anzahl neuer Freunde erwarb. Am 27. hielt er in Uneewatt, am 28. in Großquern und am 29. in Krusau Vortrag. In diesen bisher freisinnigen Orten wurde besonders das Verhalten der Freisinnigen gehörig vorgenommen. Demnächst wird der Abg. Liebermann von Sonnenberg im Wahlkreise verschiedentlich sprechen.

Hamburg. In der Hauptversammlung des Vereins der deutschsozialen Reformpartei für Hamburg-Altona wurde auf Antrag des Herrn von Pein (Altona) beschlossen, den Wahlkreis Altona-Stormarn von der Hamburger Organisation zu trennen. Diese Maßregel erschien nötig, um die Arbeit für die Wahl des Herrn Fr. Raab energisch betreiben zu können. Aus dem Jahresbericht des Vereins ist hervorzuheben, daß ungefähr sechstausend Mark

Digitized by Google

eingenommen und über 150 000 Flugblätter zur Verteilung gekommen sind.

München. Als Sammelpunkt aller strammen völkischen Bestrebungen hat sich Ende verflossenen Jahres hier ein deutschvölkischer Verein „Thin" gegründet, der sich die Pflege und Förderung des deutschen Wesens in jeder Beziehung angelegen sein läßt und die Verbreitung und Festigung des allbeutschen Gefühls und der rücksichtslosen Vaterlandsliebe als Hauptaufgabe betrachtet. Diesem hehren Ziele sucht der Verein durch die Veranstaltung von wöchentlichen Zusammenkünften, durch die Feier völkischer Fest- und Gedenktage, sowie durch größere Versammlungen mit aufklärenden Vorträgen zuzustreben. Überdies wird dieser Verband für die Verbreitung guter völkischer Schriften und Zeitungen sorgen, alle wirtschaftlichen und künstlerischen Bestrebungen, die auf reiner nationaler Grundlage ruhen, kräftig zu unterstützen suchen und im deutschen Reiche, insonderheit in München, die richtige Erkenntnis über die Daseinskämpfe der außerhalb des geeinten Vaterlandes lebenden deutschen Brudestämme vermitteln. Vorläufig befindet sich das Vereinsheim im Kaffeehause „Merkur" (Eisenmann-Str. 1), wo an jedem Montag abends Mitglieder zu treffen sind. Gesinnungsgenossen finden jederzeit die freudigste und herzlichste Aufnahme.

* * *

Die deutschnationalen Handlungsgehilfen versammeln sich in den Ostertagen zu Leipzig, um über das Wohl und Wehe ihres Standes zu beraten. Ihr Verband hat trotz der schärfsten Anfeindung von den anderen im Deutschen Reiche vorhandenen Handlungsgehilfen-Vereinigungen in den fünf Jahren seines Bestehens es auf mehr als zwölftausend Mitglieder und 106 Ortsgruppen gebracht. Der Haushalts-Voranschlag für 1898 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 60 500 Mark ab und das Verbandsblatt „Die Deutsche Handelswacht" kommt halbmonatlich in 13 000 Exemplaren zur Versendung. Wir wünschen dem Verbande, dessen Vorsteher als Kandidat der deutschsozialen Reformpartei für die Wahlkreise Kassel-Melsungen und Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück auftritt, fernerhin ein kräftiges Wachsen, Blühen und Gedeihen!

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Eine Erinnerung an die Berliner Gewerbe-Ausstellung. Den Direktor des verkrachten Theaters Alt-Berlin, Paul Blumenreich, der nachher dem Theater des Westens vorstand, beschuldigte man der schweren Urkundenfälschung und der Veruntreuung. Ersterl wandte Herr Blumenreich sich nach dem Auslande, so daß die Staatsanwaltschaft ihn steckbrieflich verfolgte. Nachher erschien er wieder und wurde zu neun Monaten Gefängnis und sinnzig Mark Geldstrafe verurteilt. Dagegen schrieb er dann Broschüren usw. Genutzt scheint es aber nichts zu haben, denn das Reichsgericht hat nunmehr die Strafe endgültig festgesetzt. Herr Blumenreich aber ist zeyt mit Hinterlassung einer Bürgschaftsimmme von vierundzwölf Mark ausgerückt.

Wegen Anterschlagung von 8300 Mark wurde der früher in Konkurs „geratene" Kaufmann 16. Lichtenstein in Leipzig zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. L. hatte in einem Kaufmannsgenossenschafte Stellung mit einem Jahresseinkommen von rund fünftausend Mark. Am Stammtisch zu Leipzig-Gohlis sagte man dem Limiender dieser Notiz immer: „Was wollen Sie nur mit Ihrer Judenfrage. Schen Sie hier den L', der ist doch ebenso anständig wie alle Christen!"

Ausgerissen ist der Kohlenhändler Sigmund Wolfstein aus Leipzig, der zahlreicher Betrügereien halber zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt und gegen Bürgschaft aus der Haft entlassen wurde. Jetzt wird er von der Staatsanwaltschaft steckbrieflich verfolgt.

Wegen Bedrohung und wiederholter öffentlicher Beleidigung von Beamten des kgl. Saalbaues Simon erhielten die Kaufleute Julius und Eugen Abraham aus Berlin 120 und fünfzig Mark Geldstrafe. Man vergleiche damit das Urteil des Leipziger Landgerichts gegen unsern Schriftleiter!

Sittliche Juden. Eine angehende Schauspielerin, die Herr Leopold Frank, Magdeburg, Moltkestr. 5a, unter allerlei Versprechungen und Geschenken davon abhielt, eine Stelle anzunehmen, hat er jetzt mit nicht wenig Schulden in der gemieteten bochmodernen Wohnung sitzen lassen. —

Der prakt. Arzt Dr. Willi Tändler zu Nürnberg besitzt trotz seines jugendlichen Alters von 24 Jahren schon eine Frauenklinik. Seine Wärterin beherzigte er eines Nachts in ihrem Schlafzimmer derart, daß das Mädchen in der leichtesten Bekleidung zum Fenster hinausSprang. Als der menschenfreundliche Arzt merkte, daß es ihm an den Kragen gehen sollte, beschuldigte er das Mädchen des Diebstahls und der Beleidigung, sie aber selbstverständlich mit seiner Anzeige ab. Dafür erhielt er selbst jetzt eine Woche Gefängnis! —

Der 23jährige B. Moran und der 16jährige Joseph Schapiro wurden zu New-York verhaftet, weil sie sich an sechzehnjährigen Kindern vergangen hatten. —

Wegen fünf Verbrechen gegen die Sittlichkeit wurde der Bankier Ludwig Stinn aus München steckbrieflich verfolgt. —

Wegen Verletzung der Bahnpolizei werden gesucht: Adolf Freudenberger aus Mühlhausen (Elsaß), Josef Salla aus Mulhausen, Isidor Dreyfus aus Sierenz, M. Bloch aus Mülhausen (Elsaß), Nathan Dreyfus aus Illsheim, Ikaak Bottegau aus Illsheim, Alfred Eichenlaub aus Mülhausen (Elsaß), Jacob Kalkbacher aus Pfastatt, Siegfried Josef König aus Mülhausen (Elsaß), Josef Dreyfus aus Habsheim, Georg Levy, Karl Wolff, Josef Jacob und Josef Siegfried aus Mülhausen (Elsaß).

Herr Samuel Rosenthal zu Chemnitz hat sich des unlauteren Wettbewerbes schuldig gemacht und darf deshalb die Staatskasse um 150 Mark bereichern.

Ein vielseitiger Jude. Der Aufsichtsrat der „Deutschen Pensions- und Sterbekasse für Chemnitzlieder" teilt seinen Mitgliedern mit, daß der Kassierer der Kasse Siegmund Goldschlaub zu Frankfurt (Main) verhaftet wurde, weil er der Kasse sinnzigtausend Mark unterschlug. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats erhielt von der Frankfurter Gewerbekasse den Kontokorrentauszug, aus welchem hervorging, daß Goldschlaub Gelder für die Pensionskasse und für den Allgemeinen Chorsängerverband anlegte. Somit hatte er Gelder, welche, sich zwei Checkformulare zu verschaffen. Was er für den Verband anlegte, wurde nicht gebucht, bei den Revisionen wurde nur das Quittungs- und Checkbuch für die Pensionskasse vorgelegt, so daß alles mit den Bilanzen übereinstimmte. Goldschlaub ist erst kürzlich wegen Depeschendiebstahls verurteilt worden!

Am dreifachen Mark geschädigt hat der Reisende Hermann Strauß aus Arvenhausen die Firma N. Schloß zu Rodach. Strauß ist ausgerissen.

Erschossen. Bei offener Straße schoß Emil Gutzmann zu New-York einen Arbeiter nieder. Als dieser, schon durch den ersten Schuß tödlich verwundet, am Boden lag, sagte ihm der Jude noch vier Schüsse in den Leib.

Samuel Bertheimer zu New-York benandte eine ganze Anzahl Bohnungen und wurde dafür vom Polizeigericht in der Centrestr. eingesetzt.

Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat.

In der Zeit vom 15. bis einschl. 30. November 1897 wurde über folgende Firmen usw. der Konkurs eröffnet:

Tuchhändler Paul Weinert zu Lauban. — Kaufmann Samuel Lewinsky zu Stettin, Reisschlägerstr. 1. — Viehhändler Moses David de Beer zu Leer (Ostfr.). — Handelsmann Salomon Löwenstein zu Jgstadt. — Schuhwarenhändler Samson Meyer zu Altona (Elbe), Schulterblatt 77. — Kaufmann Julius Heymann zu Grunberg. — Rentier Reich, geb. Berend, 1. Fa. G. Reich & Co. zu Berlin, Invalidenstr. 156. — Kaufmann Willy Hirschfeld zu Rybdo. — Kaufmann Simon Gottfeld zu Rybort. — Kaufmann Sally Schendel zu Braunschweig, Ladpartie. 8. — Herrengarderobenhändler Wolf Tarzgner zu Bremen, Bahnhofstr. 6. — Handelsmann Jenny Marcus zu Magdeburg, Jakobstr 46. — Handelsmann Wolfgang Max zu Selb. — Hopfenhändler und Kommissionär Samuel Dreifuß zu München, Heustr. 16/1. — Kaufmann Julius Heymann zu Stettin, Schulzenstr. 13/14. — Kaufmann Salomon Schlesinger, 1. Fa. H. & Bamm Nachf. zu Hannover. — Händler Salo Schindler zu Pyzelsta. — Kaufmann Sally Israel zu Jedwahne (Ostpr.).

Aufgehoben wurden in derselben Zeit nachstehende Konkurse:

Kaufmann Ludwig Weinert zu Berlin, Jägerstr. 66 (mangels Masse?). — Kaufmann Simon Hannuer, i. Fa. Gebr. Hannuer zu Lingen (Zwangsvergleich). — Kaufmann D. Lichtenstein zu Margarethowa. — Kaufmann Willy Levy zu Berlin, Marstallstr. 2. — Viehhändler Jakob Bloch zu Bindheim. — Kaufmann Heinrich Wiener zu Rastdor (Zwangsvergl.) — Geschw. Cohn zu Dortmund (Zwangsvergl.). — Kaufmann Samuel Schmul zu Dobrzyn (Zwangsvergl.). — Kaufmann Kagenstein zu Bodenwerder (Zwangsvergl.). — Kaufmann Julius Strauß zu Nienburg, Weser. — Modewarenhändler Samuel Weil zu Colmar, Elsaß. — Kaufmann Jsidor Bollner zu Erfurt. — Synagogendiener Gustav Glinsburger zu Saarunion. — Kaufmann Samuel Klein zu Mittelstein (Zwangsvergl.). — Kaufmann Max Kahn zu Limburg, Lahn (Zwangsvergl.).

* * *

Konkurs des Garderobenhändlers Julius Wolff zu Berlin. Auf 7900 Mark Schulden kommen 4 v. H. zur Verteilung.

Konkurs Kaufmann Alfred Wiener zu Berlin. Den Forderungen ohne Vorrecht im Gesamtbetrage von 125 000 Mark stehen 19,9 v. H. in Aussicht.

Konkurs des Kaufmanns Leo Mendelsohn zu Berlin. Die Gläubiger erhalten für ihre 28 000 Mark vielleicht 14 v. H.

Konkurs der Kauffrau Selma Levy, in Firma Arthur Wasservogel Nachf. 6930 Mark Schulden sind vorhanden, auf die im günstigsten Falle 5½ v. H. zur Verteilung kommen.

Digitized by Google

Jüdische Ritter, Kommissions- und Kommerzienräte usw.

Verliehen wurde: dem Geheimen Regierungsrat und ordentlichen Professor an der Universität zu Breslau Dr. Cohn der rote Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife;

dem Konsul der Republiken Peru und Uruguay Sebastian Taylor zu Frankfurt (Main) das Ritterkreuz des Ordens der kgl. italienischen Krone;

dem Geh. Regierungsrat Dr. Picd, Mitglied der Eisenbahn-Direktion zu Altona die zweite Klasse des russischen St. Stanislaus-Ordens;

dem Maler Max Liebermann zu Berlin das Ritterkreuz des schwedischen Nordstern-Ordens;

dem Dr. Abraham Berliner zu Berlin das Großkreuz des Ordens der italienischen Krone;

dem Polizeirat Bernhard Frankel zu Wien der Titel „Regierungsrat".

*

Ernannt wurde: Dr. Otto Köbner zu Berlin zum Hilfsarbeiter im Reichsmarineamte;

Fabrikbesitzer Louis Lebermann zu Ostaschkin (Schlesien) zum Kommerzienrat;

Richard Tautzig, Arnold Jilger, Theodor Stern, Siegmund Hirsch und Maximilian Jerusalem zu Wien zu Assistenzärzten in der Armee;

Professor Dr. Gulland zu Charlottenburg zum Ehrenmitgliede der histerischen Gesellschaft zu Utrecht;

Dr. Michael Spitzkopf zu Wiener Neustadt zum Landesgerichtsrat.

Briefkasten der Schriftleitung.

Br., Frankf. Es ist allerdings köstlich, wenn „Die Hilfe" erzählt, die Antisemiten in Frankfurt (Main) hätten ihren Kandidaten Liebermann von Sonnenberg in „ziemlich geheim gehaltener Versammlung" aufgestellt. Die Versammlung am 10. März war so geheim, daß der Saal wegen Überfüllung von der Polizei geschlossen wurde. Die National-Sozialen wären jedenfalls sehr zufrieden, wenn sie auch einmal solche „geheime" Versammlung zu stande bekämen. Denn ihre letzten Versammlungen im Frankfurter Wahlkreise, zu denen eine beschränkte Zahl von Wählern besonders eingeladen war, in Niederrad, Oberrad und im Nordend, waren — nach demselben Berichte der „Hilfe" — von 80, 30 und die dritte von „wenigen" Personen besucht. Diese nationalsozialen Versammlungen waren also geheim in des Wortes verneugenster Bedeutung.

Ilg. Aus durchaus zuverlässiger Quelle erfahren wir, daß die Karte von Ungarn in Andreeé Handatlas für die jetzt erscheinende vierte Auflage umgearbeitet werden wird. Dabei sollen die deutschen Namen der Städte an erster Stelle und die madjarischen Namen an zweiter Stelle in Klammern gesetzt werden. Wie wir uns übrigens selbst überzeugt haben, steht auch in dem von Ihnen gegen Andree ins Feld geführten Handatlas von Perthes (Stieler) nicht immer der deutsche Ortsname zuerst. Es steht dort nicht Ofen-Pest, sondern Budapest, ferner Zagrab (Agram), Venezia (Venedig), Jurjew (Dorpat) usw., allerdings aber auch Kronstadt (Brassó), Hermannstadt (Nagy-Szeben) usw.

Glauchau. „Dresdener Rasse." erhalten. Das Schimpforgan ist ja schon gebührend von der „D. Wacht" abgethan, und widerstreben es deshalb, uns einzutreten mit dem Chauvinismus noch besonders zu beschäftigen.

F., Kassel. Besten Dank!

S., Hannover, Seesir. Wird gern benutzt. Heil!

Kattowitz. Die sogenannte Schönerer-Gruppe im österreichischen Reichsrate besteht aus den Abgg. Hofer, Iro, Rittel, Schönerer, Türk und Wolf.

Zeila st. Bi. 1) Leider stimmt Ihre Vermutung. Die Sache ist aber noch nicht zu Ende. 2) Ja, weiß und bekannt ist. Wir werden aber noch einmal antworten. 3) Besprechen ist bereits im Druck. Heil!

Rotock. Ergebensten Dank! Wird gern benutzt. — Der Herr besitzt nicht das Reichspräsidkat. Übrigens wird der „Anzeiger" Recht haben, denn es wird kaum für den Abg. von Buchka noch eine Ersatzwahl stattfinden.

v. A., Düsseldorf. Wird benutzt. Deutschen Gruß!

Krohn in H. 2,50. H. Beyer.

G. St., Bln. Das Wort „Intellektuelle", das Sie in Nr. 13 der Anti-Anti-Mitteilungen gefunden haben, ist wohl dem „Judendeutsch" entnommen. Es soll wohl dasselbe besagen wie das sonst übliche „Intellektuelle". „Intellekt" mauschelt sich leichter als „Intellekt".

Heinrich Thiessen,
Telephon Amt I, 2291.
Schneidermeister
Adalbertstr. 23 (Blauenscher Hof), Tr. A, II, Adalbertstr. 23
liefert nur nach Maß und nur gegen bare Zahlung, aber dafür zu den billigsten Preisen elegante Anzüge von 42—75 M., Sommer-Überzieher von 36—55 M. unter Garantie für gute Arbeit und guten Sitz. Großes Stofflager. Lieferzeit: Auf Verlangen in 24 Stunden. Bei Selbstlieferung des Stoffes rechne für einen Anzug nur 27 M.

Wilhelm Boetzkes
Rheinisches Tuchhaus, ◆ Düren I. ◆ Bezirk Aachen,
verkauft zu den billigsten Preisen die berühmten, vielfach nachgerechneten Aachener und Dürener Tuchwaren, sowie andere deutsche und engl. bewährte Herrenstoffe.

			Cassa	Stoff z. 1 Anz.
Die neuen Muster	3 m	Cheviot	40	M 10,80
werden sofort, Ohn- und Rückporto frei,	3 „	Loden-Uber.	47	„ 12,75
angeboten, damit jedermann sich ohne	3 „	Kammgarn	48	„ 12,90
Besten nun der Güte und billigsten Preis-	3 „	Melton	60	„ 15,90
setzung. Man schreibe eine Postkarte.		bis 12 M. der Meter.		Jedes Maß.

Beim Bezgleich beachte man besonders die Qualität.

H. Heinze, Hutfabrik
gr. Reichsstraße 5, Kurprinzstraße 4.
Spezialität: 2,80-Güte.

Kaufen Sie kein Pfannino,
wenn Sie sich noch nicht den Katalog von **August Roth Hagen i. W.,** Königl. Hof-Pianofabrikant, gratis haben kommen lassen.

Verlobt sein werden sich Frankfurt und Hannover durch Ihre Vermählung. Ihre Verlobungsgeschäftsen F. Hesdorf, Leipzig, Ferdinandstraße 31, empfehlen sich bestens.
Ferner werden sämtliche Variate und reiche Auswahl in Lampen, Gravüre- u. Glasstich-Rahmen von 1—21 M., Porzellan-, Steingut- u. Emaillegeschirr, Holzwaren, Bestecken, Messer und Gabel, Löffel, Putzwaren, Schirmständen, Leder-Reisemäntel, Reisemäntelkoffern, Kochtöpfen, Bronzefiguren, Bildern mit passenden Rahmen und vielen anderen praktischen Verkaufsartikeln zu sehr billigen Preisen empfohlen.

Bismarcks Wahlparole:
Bienen und Drohnen.
Politischer Bilderbogen Nr. 25, mit ausführl. Text 20 Pf.
Äußerst wirksam für die Reichstagswahl bei Bauern und Gutsbesitzern, sollte in jedem Gasthof auf dem Lande ausgelegt werden!
Gegen Einsendung von 30 Pf. zu beziehen von der
Druckerei Glöß, Dresden A.
Ferner vorzüglich zur Agitation geeignet:
Ausgang der Juden aus Deutschland 30 Pf.
Der Bauernfeind 30 Pf.
Der Teufel in Deutschland 30 Pf.
Falsche Freunde (gegen d. Sozialdemokraten) 30 Pf.
Die Juden in Friedrichsruh 30 Pf.
Alle Bilderbogen mit ausführl. Text — Im ganzen erschienen 26 Nrn. in annähernd 3000000 Exemplaren.
Man bestelle einige Blätter zur Probe. Fürsthatoren-Partiepreise! Einzelblatt 30 Pf.

Vorstehende Schriften halte stets auf Lager und können von mir postwend geliefert werden.
Herm. Beyer, Leipzig, Königsstr. 27.

Lesenswert
für jeden, der **Interesse** an der **sozialen Frage** hat.
Gustav de Llagre. Wohnungen für Unbemittelte . . . . . 50 Pf.
Hermann Kotzschke, Der christliche Standpunkt in der Frauenfrage 50 Pf.
Graf Wartensleben, Die von der Sozialdemokratie geforderten Eigentums- und Produktionszustände . . . . . 50 Pf.
10 Stück, entweder eines Werkes oder beliebig aus allen drei zusammengestellt, liefere ich für nur 3 M.
Herm. Beyer, Leipzig, Königsstr. 27.

Stoffe zu Anzügen PALETOTS etc. versendet
Unerreicht billige Preise!
Beweis: *Vergleich mit anderen Collectionen*
Reich haltige Mustersendung unberechtet und portofrei an Jedermann.
in TUCH, Buckskin, Kammgarn, CHEVIOT etc. Meter 2-15 Mark.
Auf Wunsch Lieferung aller erforderlichen Futterstoffe und Zutaten.
Versand durchaus reell!
Beweis: ca. 5000 Anerkennungsschreiben aus allen Kundenkreisen.
CHRISTIAN GÜNTHER Tuchversandgeschäft LEIPZIG-PLAGWITZ.

Digitized by Google

Fortsetzung meines Ausverkaufs
fertiger
Herren- und Knaben-Garderoben
zu jedem nur annehmbaren Preise.
Heinrich Weigang
Kurprinzstraße 1.

Soeben erschienen:
Übervölkerung?
Eine sozialpolitische Betrachtung von
H. H. Herbens, Pfarrer.
● Preis 50 Pf. ●
Das „Korrespondenzblatt der evangelischen Konferenz für d. Großherzogt. vom Hebro" schreibt:
Es ist in das Thema der Broschüre etwas oft genug hineingetragen worden, aber kaum jemals so klar, mit so warmem Ernste und hier, wie ich kaum bezweifeln möchte, nur einer recht guten Verbreitung würdigen.
Zu haben in allen Buchhandlungen oder gegen Einsendung des Betrages direkt vom Verlag Hoffer's Buchhandlung, Inhaber: W. Graf, Hofbuch- u. Kaufm.

CAFE MERKUR
Leipzig An der Pleisse 8.
300 Zeitungen. Depeschen u. Kurberichte, Städte-Adressbücher v. Berlin, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Hamburg-Altona, Halle a. S., Paris, sowie Handels-Adressbücher aller grösseren Staaten liegen zur gefl. Benutzung aus.
Jeden Vormittag Bouillon und Pasteten.
Geöffnet bis morgens 1/4 4 Uhr.
Hochachtungsvoll
W. Rühlemann.

Eldorado
Pfaffendorferstrasse 4, LEIPZIG. Fernspr. Amt I, Nr. 2162.
Restaurant und Gesellschaftshaus 1. Ranges.
Vereinslokal des Deutsch-sozialen Reform-Vereins.
Versammlungslokal der Deutsch-nationalen Handlungsgehilfen.
Spezialität:
Vorzügliche Küche, 2/3 Portionen mit Suppe 80 Pf.
Abend-Stamm von 30 Pf. an.
Zimmer von 1.50 M. an.
Adalbert Heinrich.

Bad Kissingen
Logirhaus Renner
jenseits der Saale
●● Garitzer Straße 24 ●●
empfiehlt schön frei gelegene Wohnungen zu billigen Preisen.

Deutscher Krug.
Antisemiten-Kneipe, Chemnitz.
Lohgasse 3, Parterre und 1. Etage.
Ausschank:
Böhmisch, Lichtenhainer, Tuchersches Dunkel und Pschorrbräu.
Preisen vorzügl. Kalte Bolierung.
Hochachtungsvoll Emil Krug

Weltruf
haben westf. Fleischwaaren
feinste westf. Schinken 0,95 ℳ p. Pfd.
„ „ Gervelatw. 1,25 „ „ „
„ „ Schinkenw. 1,20 „ „ „
„ „ Plockw. 1,15 „ „ „
„ „ Mettw. 0,95 „ „ „
(beste Räucherung).
Garantie Zurücknahme
J. Bartscher, Rietberg, Westf.

Die Meierei Etzwenborn bei Eckfeld i. Holstein empfiehlt
hochfeine holsteinische
Tafelbutter
in Postkollo täglich frisch.
Die Verwaltung: Reese.

Deutsche Schränke von Ad. Klemm
Leipzig, Poststraße 20
empfiehlt kräftigen Mittagstisch und gute Biere.

Bietere ein Postkoll (9½ Pfund)
feine Leber-, Rot- und Sülzwurst
zu 7,50 M. franko.
H. Glauner, Fleischermstr.
Papenburg b. Leer (Ostfriesld.).
Ferner:
prima Hammelkeule u. Carrés
à Pfund 55 Pf.

Wein-Groß-Handlung,
Import von Rum, Arrac, Cognac,
von
Jede Flasche trägt diese Etiquette als Schutzmarke.
Berlin NW. 1 Stendaler Straße 1
Fernsprecher: Amt Moabit 1376.
Gegründet 1857.
1892er u. 93er Rheine- u. Moselweine, p. M. ohne p. Ltr. von 70 Pf. an.
1893er u. 94er Bordeaux-Weine von 1 ℳ an, ferner sämtliche ein- und ausländische Weine also, zu soliden Preisen. Aller ärztlicher Attest garantieren.
Schmitz & Co.
Reine Proben und Preisliste umsonst.

Sehr zu empfehlen nach Einnahme von Speisen ist
Ludwigs Magenwasser
ein feiner Likör.
Zu beziehen in 1/1 Ltr.-Flaschen à Mk. 1,50, in Gebinden von 8 Ltr. an à Mk. 1,30 Mk. excl. Kiste u. Zoll.
Ludwigs Magenwasser- u. Likörfabrik
Inh.: Herm. Ludwig
Clingen-Grenzen.
Preisliste div. anderer Liköre gratis und franko.

Zins-Haus
Leipzig-Ost zu verkaufen. Preis 68 000 M. bei 10 000 M. Anzahl. Rest kann stehen bleiben. Anzahlung vermittelt sich zu 12 - 13 M. Näheres durch die Geschäftsstelle d. Bl.

Tapeten. / Linoleum.
Nur beste Fabrikate.
Muster frei. — Bei Mehrbedarf hohen Rabatt. — Muster frei.
Stirnemann & Krausche,
LEIPZIG.
Gehmmalstr. Stolmweg
Schaus Laterr. heut. u. 1. Et.
Zwei Geschäfte
Postadresse:
Hinter der Reichsbank, Schaus Petersstr.

Bemittelte Offerten für Lieferungen von mit Rundrad versehenen **Streifmaterialien** ꝛc. sofort einzureichen.
Gr. Breden'er Ziegelei Sirkorade, P. T. u. Bahnst.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe in Berlin NW. 5, Kruppstr. 13 p.
Druck: G. Reusche in Leipzig.

Digitized by Google

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Leipzig, 14. April 1898. Nr. 504.

Der dritte deutsche Handlungsgehilfentag

fand in den Osterfeiertagen zu Leipzig statt und gab ein überaus erfreuliches Bild von dem gewaltigen Aufschwunge der deutschnationalen Handlungsgehilfen-Bewegung. In wenigen Jahren hat es der Verband, Dank der Rührigkeit und Tüchtigkeit seiner Begründer, auf zwölftausend Mitglieder gebracht und wächst lawinenartig immer weiter.

Es waren diesmal 326 Städte vertreten.

Der Zweigverein Leipzig hatte als Gastgeber keine Mühe und Kosten gescheut, um den auswärtigen Kollegen einen würdigen Empfang zu bereiten und ihnen den Aufenthalt in der schönen Pleißenstadt recht angenehm zu machen. Schon am Sonnabend, den 9. April, waren zahlreiche Stimmführer erschienen und nahmen an dem Begrüßungsabend im „Eldorado" teil. — Am ersten Ostertage, nach Beendigung des Gottesdienstes, fanden in mehrstündiger Sitzung eine Reihe innerer Verbands-Angelegenheiten ihre Erledigung. Als besonders wichtig sei der Beschluß erwähnt, eine Verbands-Krankenkasse zu begründen.

Bei dem Festkommers am Abend reichten die großen Säle des Hotel de Pologne nicht annähernd hin, um die zu vielen Hunderten erschienenen Herren und Damen bequem aufzunehmen. Aber trotz der drangvoll fürchterlichen Enge verloren Frohsinn und Gemütlichkeit keinen Augenblick ihr Szepter. Mit Begeisterung lauschten die Versammelten der stimmungsvollen Festrede des Verbandsleiters W. Schad aus Hamburg, ertreuten sich an dem patriotischen Festspiele und vereinten sich zu gemeinsamen Chorgesängen.

Mit rühmenswerter Pünktlichkeit begannen am 11. April vormittags 10½ Uhr die Verhandlungen im großen Saale des Hotel de Pologne. Als Gäste waren außer zahlreichen Vertretern der Presse auch der Handelskammer-Sekretär Dr. Genfel und der Reichstags-Abgeordnete Professor Hasse erschienen. Die Wahlen stehen vor der Thür und der Leipziger Zweigverein des Verbandes zählt 7—800 rührige Mitglieder. Da lohnt schon der Versuch, einmal aus den nationalliberalen Höhen zum Volke herabzusteigen. Als die Ehrung für den Kaiser und den König von Sachsen in einem dreifachen brausenden „Heilrufe" erklang, wechselten die beiden Augurен der nationalliberalen Partei einen stummen und doch sehr beredten Blick. „O weh" konnte man darin lesen, „sind wir auch hier unter die Antisemiten geraten? Schanderhaft." — Die Tagesordnung wickelte sich glatt ab. Es sprachen über „die Ladenschlußbewegung" Herr Franz Schneider, über „kaufmännische Schiedsgerichte" Herr A. von Pein, über „Alters- und Invaliditäts-Versicherung" Herr R. Döring und endlich über „den Einfluß der Handlungsgehilfen auf die Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften" der Verbands-Vorsitzende Herr W. Schad.

Sämtliche Redner bewiesen sich als außerordentlich gut über ihr Thema unterrichtet und verstanden es, kurz und in abgerundeter Form ihre Anschauungen darzulegen. Jeder Redner beantragte am Schluß seiner Ausführungen die Annahme einer „Entschließung", die zur Besprechung gestellt wurde. Auch die hierbei auftretenden Redner aus der Versammlung begründeten knapp und klar die von ihnen beantragten Zusätze oder Abänderungen. Die vier Entschließungen, deren Wortlaut wir hier nicht wiedergeben wollen, wurden einstimmig oder mit großer Mehrheit angenommen.

Als nach der ersten Rede der Vorsitzende bekannt gab, daß der Abg. Liebermann v. Sonnenberg eingetroffen sei, beantwortete die Versammlung diese Mitteilung mit lautem Heilruf, und wieder schauten sich die beiden nationalliberalen Wahlkrieger mit wehmütigen Blicken an: „O weh! nun kommt gar der noch und verwirrt uns unsere Reihe."

Vor dem vierten Gegenstande der Tagesordnung erhielt der Abg. Liebermann von Sonnenberg das Wort und wurde von der Versammlung in lebhaftester Weise begrüßt. Er dankte kurz im eigenen Namen und im Namen seiner Fraktionskollegen für die freundliche Einladung und betonte, daß wie bisher, so auch für die Folge die berechtigten Forderungen der Handlungsgehilfen von der deutschsozialen Reformpartei unterstützt und befürwortet werden würden. Das entspräche dem Programm derselben, worin, lange bevor die deutschnationale Handlungsgehilfen-Bewegung entstanden sei, bereits die Forderung: „Besserung der sozialen Lage der Handlungsgehilfen" Aufnahme gefunden habe. Es wolle keine parteipolitischen Bestrebungen in diese Versammlung hineintragen, aber in der Wahl des Themas zu dem Vortrage, den Herr Schad halten solle, läge ja die Erkenntnis, daß die nächsten Wahlen sich im Wesentlichen unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten vollziehen würden. Er riete daher dem Verbande dringend, ebenso wie es die Berufsorganisation der Landwirte, Handwerker und Industriellen thäten, sich auch an die Kandidaten der Parteien zu wenden und genaue Auskunft von ihnen zu verlangen, wie sie sich zu den Forderungen der Handlungsgehilfen stellten. Damit seine Partei immer darüber aus bester Quelle unterrichtet sei, bäte er die versammelten Vertreter des Verbandes obertreudig und mit Anspannung aller Kräfte dafür zu arbeiten, daß der verdienstvolle Verbandsvorsteher Herr Wilh. Schad, der in zwei Wahlkreisen als Kandidat der deutschsozialen Reformpartei aufgestellt sei, auch wirklich als Abgeordneter in den Reichstag einziehe. Brausender stürmischer Beifall folgte diesen Ausführungen. Die Zuversichtlichkeit, die sich in den Zügen der beiden nationalliberalen Leipziger Führern bei der Mitteilung abmalte, daß Herr Schad sogar deutschsozialer Reichstagskandidat sei, hatte für den Beobachter etwas unbeschreiblich komisches. Nach der kurzen aber inhaltsreichen Rede Herrn Schad's betonte Herr Mobet-Breslau, daß es Pflicht der nationalen Handlungsgehilfen sei, die Ausbreitung der Sozialdemokratie im Gehilfenstande mit Energie zu bekämpfen.

Darauf wurde die von Herrn Schad vorgeschlagene Entschließung einmütig angenommen. Inzwischen waren nach langen Flüstern und Tuscheln die Herren Genfel und Hasse sich darüber klar geworden, daß auch ihrerseits ein Sprüchlein aufgesagt werden müßte. Herr Prof. Hasse entledigte sich dieser, nach Lage der Dinge nicht gerade beneidenswerten Aufgabe, in folgender Weise. Er bekundete, daß er noch niemals eine Versammlung mitgemacht hätte, in der alle Referenten in so hohem Maße ihr Thema beherrscht und in so glänzender Weise rednerisch zum Ausdruck gebracht hätten. (Das wundert uns nicht; in den nationalliberalen Versammlungen, die Herr Hasse mitzumachen pflegt, herrscht allerdings die abgedroschene Phrase und die bleierne Langweile. Anm. d. Schriftltg.). Ihn habe aber, fuhr Herr Hasse fort, ganz besonders gefreut, daß der deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband die Pflege seiner Berufsinteressen in so patriotischer Weise mit dem Wohle der Gesamtheit zu verknüpfen wisse. Das zeichne den Verband sehr vor andren Berufsorganisationen aus, deren Versammlungen Herr Hasse öfters beizuwohnen genötigt sei. Im Zeichen dieser nationalen Gesinnung würde der Verband siegreich seine Forderungen erkämpfen. Die nahelegende Frage, ob die nationalliberale Partei die Handlungsgehilfen dabei unterstützen würde, überging Herr Hasse mit Stillschweigen. Desgleichen blieb es für den aufmerksamen Zuhörer im Unklaren, gegen welche Berufsorganisationen Herr Hasse den Vorwurf gemünzt habe, daß sie ohne Rücksicht auf das Gesamtinteresse des Volks und in nicht patriotischer Weise die eigenen Berufsinteressen vertreten. Meinte er den Bund der Landwirte oder den Handwerkerbund oder die Verbände der Großindustriellen oder richtete er den Vorwurf gegen alle drei? Da der Herr Professor unsres Wissens Versammlungen der Handwerker und des Bundes der Landwirte mitzumachen wenig Veranlassung hat, so ist anzu-

Digitized by Google

nehmen, daß sein strafendes Wort den Erfahrungen entspricht, die er in Versammlungen der nationalliberalen Industriellen und Großkaufleuten gesammelt hat. Mögen diese sich mit ihm darüber auseinander setzen. Die Liebenswürdigkeiten, die Herr Hasse der Versammlung gesagt hatte, erwiderte diese durch freundlichen Beifall. Möge dieser ihn über den total verunglückten Wahlfischzug zu Gunsten der nationalliberalen Partei trösten.

Nachdem noch die Wahl des Ausschusses vollzogen und Cassel als Ort für den nächsten Handlungsgehilfentag bestimmt war, schloß die Versammlung mit einem dreifachen Heil auf das Vaterland und stehend sangen alle Anwesenden die drei Verse des Sturm- und Schlachtliedes der ganzen, großen deutschnationalen Bewegung, deren jüngstes Glied der Verband ist: „Deutschland über alles".

Das gemeinsame Mittagessen im „Eldorado" verlief, wie am Tage vorher, in warmherziger, gemütlicher Stimmung, gewürzt durch zahlreiche Vorträge ernster und launiger Art. dann zogen die frohen Scharen nach dem Reichsgericht und dem Schlachtenpanorama. Abends vereinigten sich die Teilnehmer mit ihren Damen nochmals zum heiteren Beisammensein im „Eldorado", dessen Räume wieder überfüllt waren. Ein kleines drolliges Lustspiel kam zur Aufführung, ebenso komische Vorträge, die mit Ansprachen und gemeinsamen Gesängen abwechselten.

Den Abschluß bildete ein fröhlicher Tanz, der bis zum Morgen währte. Es sei noch erwähnt, daß etwa 100 Begrüßungsschreiben und Depeschen zum Teil auch sehr weiter Ferne, Australien, Amerika, Honkong, Holland, Schweiz, Österreich, eingegangen und zu verschiedenen Zeiten zur Verlesung gekommen waren. Unbeschreiblichen Jubel erregte das Montag in später Abendstunde eingehende Danktelegramm König Alberts auf den telegraphischen Huldigungsgruß des Handlungsgehilfentages. Wie der für den dritten Ostertag geplante Ausflug nach den Schlachtfeldern und der Gosenschänke in Eutritzsch verlaufen ist, kann der Berichterstatter nicht aus eigener Wahrnehmung schildern. Er ist aber davon überzeugt, daß der reichlich niederströmende Regen den heiteren Frohsinn und sprühenden Humor nicht zu auslöschen im Stande gewesen ist. Eine freudige Wahrnehmung soll zum Schlusse nicht verschwiegen bleiben. Im Gegensatz zu den Zoten und den mehr oder minder unverhüllten Schlüpfrigkeiten, die leider in unserer Zeit unter dem Einflusse jüdischen Geistes sich bei Festlichkeiten der verschiedensten Art in allen Ständen breit zu machen pflegen, herrschte bei allen Veranstaltungen der nationalen Handlungsgehilfenschaft, trotzdem jugendliche Heiterkeit und Ausgelassenheit voll zu ihrem Rechte kam, ein so keuscher, reiner deutscher Geist, daß jeder Vaterlandsfreund daran seine helle Freude haben mußte. In diesem Zeichen allein kann und wird die deutsche Jugend siegen und dereinst eine bessere Zukunft für unser Vaterland heraufführen. Heil!

Sehr geehrter Herr Rickert!

Würden Sie die große Güte haben, der unterzeichneten Schriftleitung eine Benachrichtigung darüber zugehen zu lassen, wo der als „Verleger und verantwortlicher Redakteur" für die „Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus" zeichnende Herr Ludwig Scharf eigentlich wohnt. In der preßgesetzlich vorgeschriebenen Angabe unter dem genannten Blatte ist seine Wohnung als in der Magdeburgerstr. 13 befindlich bezeichnet. Dort ist er aber, einem an uns gelangten Schreiben der Abteilung 150 des Kgl. Amtsgerichts I Berlin zufolge, nicht zu ermitteln. Sie erinnern sich gewiß noch, wie vor einigen Jahren gerichtlich festgestellt wurde, daß ein ehemaliger Tischlergeselle an Ihrem Blatte gleichzeitig Redaktionsbote und verantwortlicher Redakteur war? Sollten gegenwärtig wieder ähnliche Fälle vorliegen? Da müßten Sie doch eigentlich Wandel schaffen, denn Sie werden zugeben müssen, daß derartige Zustände in dem Blatte des von Ihnen geleiteten Vereins für Sie kompromittierend sind. Man muß annehmen, daß Sie keinen anständigen Menschen mehr finden können, der bereit ist, den Inhalt der „Mitteilungen" zu vertreten.

Ihrer gefälligen Antwort sieht mit Vergnügen entgegen

Die Schriftleitung der „Deutsch-Sozialen Blätter"
Berlin NW. 5, Kruppstr. 13.

Parteinachrichten.

Herr Hans G. Erdmannsdörffer, der nunmehr bei den National-Sozialen untergekommen ist, veröffentlicht in der „Hilfe" folgende Mitteilung:

„In meiner vor einigen Monaten erschienenen Schrift: ‚Dem Abgrund zu', in der ich mich kritisch mit der deutsch-sozialen Reformpartei auseinandersetzte, ist auch folgender Passus enthalten:

. . . ‚Der enragierte, durch die Agitation zur vollendeten Einseitigkeit erzogene Antisemit . . . . wird es . . . . für ein schweres Vergehen gegen den Parteigeist erachten, wenn er erfährt, daß antisemitische Abgeordnete des Reichstags sich nicht im geringsten scheuen, mit jüdischen ‚Parlaments-Journalisten geschäftlichen Beziehungen derart zu unterhalten, daß sie ihnen interessante Nachrichten gegen Entgelt zugehen lassen.'

Diese Notiz war m. E. zur Vervollständigung des von mir gezeichneten Bildes der deutschsozialen Reformpartei unerläßlich. Die in Frage kommenden Herren aber mit Namen zu nennen und dadurch in eine unangenehme Situation zu bringen, war für meinen einzigen Zweck, die Kennzeichnung der Partei, nicht nötig und lag auch gar nicht in meiner Absicht. Nun ist mir aber von Herrn Liebermann von Sonnenberg, dann zu wiederholten Malen in beiden Organ, den ‚Deutsch-Sozialen Blättern', schließlich in Volksversammlungen der Vorwurf gemacht worden, ich setzte mich dem Verdacht der Verleumdung aus, wenn ich die Namen der betreffenden Abgeordneten nicht nennte. Diese fortgesetzten Angriffe auf meine Ehre zwingen mich zu meinem lebhaften Bedauern, aus meiner Reserve herauszutreten und den von mir bisher sorgsam vermiedenen Weg der persönlichen Auseinandersetzungen zu beschreiten. Ich sehe mich daher jetzt genötigt, die Namen jener Abgeordneten zu nennen: gemeint waren die Herren Werner und Hirschel.'

Herr E. hat, wie wir das von früher an ihm kennen, die liebenswürdige Schwäche der Vergeßlichkeit. Er hat auch diesmal wieder vergessen, die Beweise für seine Behauptung beizubringen. Wir hatten also keine Veranlassung, seine Mitteilungen ernster zu nehmen als das von ihm verbreitete Ammenmärchen, daß die deutschsoziale Reformpartei den Antrag Kanitz eigentlich nur zaghaft unterstützt habe. To aber die Judenpresse sicher sich der Angelegenheit bemächtigen wird, halten wir es für nötig, nachstehender Erklärung des Abg. Werner Raum zu geben:

Soeben sehe ich in der Naumann'schen „Hilfe", daß der genügsam bekannte H. G. Erdmannsdörffer in derselben unter Bezugnahme auf seine unter Ausschluß der Öffentlichkeit erschienene Broschüre „Dem Abgrund zu" schreibt, „daß die darin erwähnten Abgeordneten der deutschsozialen Reformpartei, die mit jüdischen Parlaments-Journalisten geschäftliche Beziehungen derart unterhalten, daß sie ihnen interessante Nachrichten gegen Entgelt zugehen lassen, die Herren Hirschel und Werner" seien.

Diese Behauptung ist unwahr.

Ich habe niemals interessante Nachrichten gegen Entgelt jüdischen Parlamentsjournalisten zugehen lassen, sonach auch keine geschäftlichen Beziehungen zu denselben gehabt. Dasselbe gilt auch vom Kollegen Hirschel. Berichte über die Verhandlungen der Budget-Kommission habe ich, wie hinlänglich bekannt, dem deutschen Berichterstatter der „Staats-Ztg." übergeben. Diese Berichte nehmen keinen politischen Standpunkt ein, sondern geben in durchaus objektiver Weise die Verhandlungen der fraglichen Kommission wieder. Wenn der Herr Berichterstatter diese Berichte auch andern Zeitungen zugestellt hat, so war das sein gutes Recht; ich habe indes davon keinen besonderen pekuniären Nutzen gehabt. Ich habe, wie ich das

Digitized by Google

gern zugestehe, einen festen Satz für jeden Bericht erhalten. Diese bescheidene Einnahme für schriftstellerische Leistungen hat mir die Möglichkeit gegeben, regelmäßig an den Verhandlungen der Budget-Kommission und des Reichstages teilzunehmen und meine Kenntnisse in Budgetsachen zum Nutzen meiner Partei zu erweitern. Das ist der Thatbestand.

Herr Erdmannsdörffer wird von mir in Kassel demnächst wegen Beleidigung verklagt werden. Das weitere wird sich dann schon finden.

Abg. Hirschel teilt uns mit, daß er vor Jahren nur kurze Zeit mit dem Berichterstatter der „Staatsbs. Ztg." in ähnlicher Verbindung gestanden hat, wie Abg Werner. Herrn Erdmannsdörffer überlassen wir jetzt den National-Sozialen!!

Aufruf!

Alle Gesinnungsgenossen, die in irgendwelcher Eigenschaft im Infantrie-Regiment Nr. 33 die Schlacht bei Gravelotte am 18. August 1870 mitgemacht haben, werden dringend gebeten, ihre Adressen an die Schriftleitung der „Deutsch-Sozialen Blätter," Berlin NW. 5, gelangen zu lassen, damit man in eiliger und wichtiger Angelegenheit sofort brieflich mit ihnen in Verbindung treten kann.

Briefkasten der Schriftleitung.

Wegen Raummangel mußten mehrere Parteinachrichten, so aus Hessen, Breslau, Prenzlau, Lübeck, Aschersleben usw., zurückbleiben.

Rauenstein. Frdl. Dank! Daß die freisinnige Sonnebergerin sich die „Macht und Größe unsres Vaterlandes" nicht ohne den großen Eugen denken kann, ist so recht bezeichnend für die Ueberhebung jener Kreise. Deshalb ist Sonneberg-Saalfeld ja auch von Lasterleben auf den Reichstag gekommen!

Breslau. Wir bedauern, Ihnen nicht zustimmen zu können. Wir halten es einfach für selbstverständlich, daß das Beförderm verschlossener Briefe Staatsmonopol ist. Wenn die vorige Leitung des Reichspostamts sich das Monopol durchbrechen ließ, so sehen wir nicht ein, weshalb jetzt darin nicht Änderung geschaffen werden soll. Gerade Sie dort in Breslau sollten doch an der letzten jüdischen Neujahrsmarke Ihrer „Hausse" genug von der Geschäftsgewandtheit mancher Privatpostanstalten haben!

Einer von der alten Garde, Giessen Warum namenlos? Lesen Sie freundlichst unser Blatt von Nr. 491 ab nach, und da werden Sie finden, daß in der Nähung Ihres letzten Vorschlages von unsern Freunden vergeblich Versuche gemacht sind.

Antisemit, Striehlen. Namenlos und daher unbrauchbar!

Dr. K. über den Alpin-Verein erfahren Sie Näheres bei Herrn Ober-Bergrat Dr. Busse zu Koblenz.

Heinrich Thiessen,
Telephon Amt I, 2221.
Schneidermeister
Straße 23 (Bäumlers Hof), Tr. A, II, Straße 23
liefert nur nach Maß und nur gegen bar oder Zahlung, aber dafür zu den billigsten Preisen elegante Anzüge von 42—75 M., Sommer-Überzieher von 36—55 ℳ unter Garantie für gute Arbeit und guten Sitz. Großes Stofflager. Lieferzeit: Auf Verlangen in 24 Stunden. Bei Selbstlieferung des Stoffes reichne für einen Anzug nur 27 ℳ

Stoffe zu Anzügen PALETOTS etc. versendet
Unerreicht billige Preise! Vergleich mit anderen Collectionen.
Reichhaltige Mustersendung umsonst und portofrei an Jedermann.
in TUCH, Buckskin, Kammgarn, CHEVIOTS etc. Meter 2-15 Mark.
Auf Wunsch Lieferung aller erforderlichen Futterstoffe und Zuthaten.
Versand durchaus reell!
Beweis: ca. 3000 Anerkennungsschreiben aus dem Kundenkreise.
CHRISTIAN GUNTHER Tuchversandgeschäft LEIPZIG-PLAGWITZ.

Leinen- und Baumwoll-Waren
von
Wilhelm Michael
Hainstrasse 7, LEIPZIG, Hainstrasse 7.
Wäsche- und Aussteuer-Geschäft.
Leinen eigenes Fabrikat.
Ausverkauf eines großen Postens Tischzeug, Handtücher, Taschentücher, Gardinen- und Kongressstoffe, Kleiderstoffe und Teppiche zu herabgesetzten Preisen.
Alleinverkauf der echten Dr. Lahmannschen Unterkleidung.

Uhren liefert zu äußerst billigen Preisen unter reeller Garantie
Gustav Kaniss
Uhrmacher
LEIPZIG, Tauchaerstr. 6.

Tapeten. / Linoleum.
Nur beste Fabrikate.
Muster frei. — Bei Mehrbedarf hohen Rabatt. — Muster frei.
Stirnemann & Krausche,
LEIPZIG.
Zwei Geschäfte:
Grimmaisch. Steinweg Gehäuse Tuchfirr. part. u. 1. Et. — Petersstrasse Hinter der Reichsbank, Gehäuse Brühl

Soeben erschienen:
Übervölkerung?
Eine sozialpolitische Betrachtung von
H. H. Seelbens, Pfarrer.
● Preis 50 Pf. ●
Das „Korrespondenzblatt der evangelischen Konferenz für d. Großherzogtum Hessen" schreibt:
„... als ist so hoch Thema der Broschüre schon oft genug behandelt worden, aber kaum jemals so klar, mit so warmem Herzen wie hier. Kurz, ich kann dem Büchlein nur eine recht weite Verbreitung wünschen.
Zu haben in allen Buchhandlungen oder gegen Einsendung des Betrages direkt vom Verlag Löster's Buchhandlung, Inhaber: W. Graf, Höchst am Main.

Bismarcks Wahlparole: Bienen und Drohnen.
Politischer Bilderbogen Nr. 25, mit ausführl. Text 30 Pf.
Äußerst witzsam für die Reichstagswahl bei Bauern und Gutsbesitzern, sollte in jedem Gasthof auf dem Lande ausgelegt werden!
Gegen Einsendung von 30 Pf. zu beziehen von der
Druckerei Glöß, Dresden R.
Ferner vorzüglich zur Agitation geeignet:
Ausbeutung der Juden aus Deutschland 30 Pf.
Der Bauernfeind 30 Pf.
Der Teufel in Deutschland 30 Pf.
Falsche Freunde (gegen d. Sozialdemokraten) 30 Pf.
Die Juden in Friedrichsruh 30 Pf.
Alle Bilderbogen mit ausführl. Text. — Im ganzen erschienen 26 Nrn. in annähernd 300000 Exemplaren.
Wenn bestellt einige Blätter zur Probe Für Agitatoren Partiepreise! Einzelblatt 30 Pf.

Heifer-, Bürsten-, Besen-
Detail u. **Pinselwaren** Engros
Spezialität: **Holster-Waren.**
Oscar Mühler, Windm.-Str. 25.

Bewährte Offerten für Lieferungen von mit Ausdruck versehenen **Schreibmaterialien** ꝛc. sofort einzureichen.
Gr. Werder'er Ziegelei Stirkrade, P., T.-u. Bahnhof.

Vorstehende Schriften halte stets auf Lager und können von mir postwend. geliefert werden.
Herm. Beyer, Leipzig, Königsstr. 27.

Digitized by Google

Bad Kissingen

Logirhaus Renner

jenseits der Saale

●● Gariser Straße 24 ●●

empfiehlt schön frei gelegene Wohnungen zu billigen Preisen.

Neu angelegter großer Garten.

Deutscher Krug.

Antisemiten-Kneipe. Chemnitz.

Lehgasse 3, Parterre und 1. Etage.

Ausschank:

Böhmisch, Dichtenhainer, Tucherschen Dunkel und Pilsner Bräu.

Speisen vorzügl. Flotte Bedienung.

Hochachtungsvoll **Emil Krug**

Wein-Groß-Handlung,

Import von Rum, Arrac, Cognac,

von

Jede Flasche trägt diese Etiquette als Schutzmarke.

Berlin NW., 1 Stendaler-Straße 1.

Fernsprecher: Amt Moabit 1376.

Gegründet 1877.

100er u. 95er Rhein- u. Mosselweine, p. Fl. oder p. Ltr. von 75 Pf. an.

100er u. 95er Bordeaux-Weine von 1 M. an, sowie sämtliche in- und ausländische Weine stets zu billigen Preisen. Für absolute Reinheit garantiren

Schmitz & Co.

Reiche Proben und Preisliste umsonst.

Sämtliche

Delikatessen, Südfrüchte, Gemüse-Konserven, frische, geräucherte, gesalzene, marinirte und konservirte **Aust- u. Strüsche. ff. Wurst- u. Fleischwaren** versendet in Waggon-, Bahn- und Postsendungen p. Nachnahme

Markworth & Co.

Magdeburg.

Bisher ein Postpfd. (9½ Pfund)

feine Leber-, Rot- und Sülzwurst

zu 7,50 M. franko.

H. Glauner, Fleischermstr.

Papenburg b. Leer (Ostfriesld.).

Ferner:

prima Hammelkeule u. Carrés

à Pfund 55 Pf.

Die **Molkerei Stukenbrock** bei **Sülfeld** i. Holstein empfiehlt

hochfeine holsteinische

Tafelbutter

in Portionsstücken täglich frisch.

Die Verwaltung: Reese.

Fortsetzung meines Ausverkaufs

fertiger

Herren- und Knaben-Garderoben

zu jedem nur annehmbaren Preise.

Heinrich Weigang

| Kurprinzstraße |.

Deutsche Schänke von **Ad. Klemm**

Leipzig, Poststraße 20

empfiehlt **kräftigen Mittagstisch** und **gute Biere.**

H. Heinze, Hutfabrik

gr. Fleischergasse 5, Kurprinzstraße 4.

Spezialität: 2,80-Hüte.

Eldorado

Pfaffendorferstrasse 4, **LEIPZIG.** Fernspr. Amt I, Nr. 2162.

Restaurant und Gesellschaftshaus 1. Ranges.

Vereinslokal des Deutsch-sozialen Reform-Vereins.
Versammlungslokal der Deutsch-nationalen Handlungsgehilfen.

Spezialität:

Vorzügliche Küche, ½ Portionen mit Suppe 80 Pf.

Abend-Stamm von 30 Pf. an.

Zimmer von 1,50 M. an.

Adalbert Heinrich.

Ludwigs Magenwasser

ein feiner Likör besonders nach Einnahme von Speisen sehr zu empfehlen. In Fläschchen à Ltr. Mk. 1,30, in ½ Literflaschen à Mk. 1,50 excl. Flaschen und Fässchen.

Ludwig's Magenwasser- und Likörfabrik

Inh.: Herm. Ludwig

Clingen-Greussen.

CAFE MERKUR

Leipzig An der Pleisse 8.

300 Zeitungen. Depeschen u. Kursberichte, Städte-Adressbücher v. Berlin, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Hamburg-Altona, Halle a. S., Paris, sowie **Handels-Adressbücher aller grösseren Staaten** liegen zur gefl. Benutzung aus.

Jeden Vormittag Bouillon und Pasteten.

Geöffnet bis morgens ½4 Uhr.

Hochachtungsvoll

W. Rühlemann.

Weltruf

haben westf. Fleischwaren

feinste **westf. Schinken** 0,95 ℳ p. Pfd.

„ **Cervelatw.** 1,25 „ „ „

„ **Schinkenw.** 1,20 „ „ „

„ **Plockw.** 1,15 „ „ „

„ **Mettw.** 0,95 „ „ „

(beste Räucherung).

Garantie Zurücknahme.

J. Bartscher, Rietberg, Westf.

Kaufen Sie

kein Planino,

wenn Sie sich noch nicht den Katalog von **August Roth, Hagen i. W.,** Königl. Hof-Pianofabrikant, gratis haben kommen lassen.

Wilhelm Boetzkes

Rheinisches Tuchhaus, ◆ Düren I. ◆ Bezirk Aachen,

versendet an den billigsten Preisen die berühmten, plötzlich autokratisierenden Kochherde und Zitronen Tuchwaren, sowie andere deutsche und engl. bewährte Herrenstoffe.

	Die neuen Muster	Dmtr.	Stoff z. Rck.
3 m	**Cheviot**	60	M. 10,80
3 „	**Loden-Chev.**	67	„ 12,75
3 „	**Kammgarn**	68	„ 12,90
3 „	**Melton**	80	„ 15,30

bis 12 M. der Meter. Jedes Muster

beim Bezuge brachte man besonders die Qualität.

Billige, dichte Dächer stets aus der aus **Angermann's Asphalt-Steinpappen** Asphaltfabrik Hannover-Linden. A. Angermann's Nachf. Hann.

Muster etc. postfrei

Dachpappen

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königsstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe in Berlin NW. 5, Kruppstr. 13 p.
Druck: Gb. Reuscher in Leipzig.

Digitized by Google

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Leipzig, 21. April 1898. Nr. 505.

Großer Nutzen

erwächst unseren Bestrebungen dadurch, wenn unsere Leser die **„Deutsch-Sozialen Blätter"** nicht nur überall empfehlen, sondern sie auch in allen Bahnhofsbuchhandlungen, Wirtshäusern, Gasthöfen, Cafés usw. immer und immer wieder verlangen. Wo die „Deutsch-Sozialen Blätter" nicht gehalten werden, dringe man auf sofortige Bestellung.

Parteinachrichten.

Parlamentarisches. Am 18. d. M. kam es im Reichstage bei Gelegenheit der Beratung des § 172 der Militärstrafprozeßordnung (Befugnis zur vorläufigen Festnahme) zu einer kleinen Revolutionsdebatte (vergl. Nr. 501). Am 21. ergriff Abg. Werner wiederholt das Wort, um für die berechtigten Wünsche der Militärinvaliden einzutreten. Am 24. mußte der Abg. von Liebermann bei der zweiten Beratung des Flottengesetzes öffentlich feststellen, daß der deutschsozialen Reformpartei das Wort abgeschnitten sei. Am 26. sprach sich Abg. Werner im Namen der Fraktion für den Kosten-Deckungsantrag Bennigsen-Lieber aus und geißelte dabei die falsche Berichterstattung des Wolffschen Telegraphenbureaus über seine Kommissions-Abstimmung. Am 28. kam endlich der Abg. von Liebermann zu Wort zur Klarlegung des Standpunktes der Mehrheit der Fraktion (vgl. Seite 105 und 113), während Abg. Bindewald in kurzen Ausführungen die Abstimmung der Minderheit verteidigte. Am 29. trat Abg. Istkraut gegen den Bau eines eigenen Reichstags-Präsidialgebäudes und gegen die Erhöhung der Repräsentationsfonds des Reichskanzlers auf. Am 29. regte Abg. Werner beim Kolonialetat wiederholt die Witu-Angelegenheit der Gebr. Denhardt an, indem er energisch für eine baldige Entschädigung der Herren eintrat, am 30. hob er die berechtigten Forderungen der Sekretariatsassistenten beim Kaiserl. Statistischen Amte hervor und befürwortete beim Militäretat eine Berücksichtigung der kleinen Tuchlieferanten, während Abg. Istkraut sich gegen einen Angriff des jüdischen Sozialdemokraten Haase verwahrte (vergl. Nr. 501). Am 31. gab der Abg. von Liebermann vor Eintritt in die Tagesordnung eine Erklärung in Sachen der Judensünden-Angelegenheit ab, da sich tags zuvor der Abg. Ahlwardt auf eine Notiz aus Nr. 480 dieser Blätter berufen hatte. Bei der dritten Beratung des Postetats am selben Tage gab der Herr Abg. der Beschwerde der Dachdeckermeister in Frankfurt (Main) Ausdruck, die sich dagegen verwahrten, daß die Ober-Postdirektion alle Dachdeckerarbeiten bei den Fernsprechleitungen durch eigene Arbeiter ausführen läßt, und Abg. Werner fragte an, ob es nicht möglich sei, die Postassistenten nach neunjähriger Dienstzeit unkündbar anzustellen, statt wie bisher mit dreimonatlicher Kündigung. Dann vertagte sich der Reichstag bis zum 26. d. M.

Dresden. Gegen die durch die zweite Kammer beschlossene Verkürzung des Vereins- und Versammlungsrechtes hatte der Deutsche Reformverein am 16. d. M. eine öffentliche Versammlung einberufen. Mehr als tausend Personen waren erschienen, um den Vortrag des Abg. Zimmermann anzuhören. Die eingehende Besprechung des Kammerbeschlusses entlockte den anwesenden „Genossen" unartikulierte Laute. Der Vorsitzende, Abg. Lohe, brachte die Krakehler aber bald zur Ruhe. In der freien Aussprache konnten dann die „Genossen" nicht einmal die ihnen zur Verfügung gestellte Zeit durch Reden ausfüllen, sie gaben deshalb nur Erklärungen gegen die von den Antisemiten geübte „Beschränkung" der Redefreiheit ab! Die Erwiderung des Abg. Zimmermann und der Gesang des Liedes „Deutschland über alles" zeigte den roten Brüdern aber, daß sie in dieser Versammlung keine Seide gesponnen hatten.

Chemnitz. Der deutschsoziale Wahlverein hat sich bereit erklärt, von einer eigenen Kandidatur für die Reichstagswahlen abzusehen und im Interesse des Kampfes gegen den Umsturz für den nationalliberalen Justizrat Dr. Enzmann einzutreten.

Magdeburg-Buckau. Welche Angst doch die „Genossen" vor den so viel geschmähten Antisemiten haben, konnte man am 14. d. M. hier sehen. Der Landesverband der deutschsozialen Reformpartei hatte nach dem „Schwarzen Adler" eine Versammlung einberufen, wozu einige „Genossen" unter Führung des Stadtverordneten Gärtner Bewachungsposten gestellt hatten, so daß die meisten kleineren Geschäftsleute sich nicht in das Lokal wagten. Den achtzig Erschienenen führte Herr Redakteur Kreutz an dieser „Duldsamkeit" das verderbliche Treiben der Sozialdemokratie vor Augen.

Aschersleben. Nachdem der Abg. Bindewald vor kurzem hier einen Vortrag gehalten, an dem der hiesige Radsiner derart Anstoß genommen hatte, daß er seinen Gefühlen in einer Zeitungsanzeige Luft machte, hat unser Kandidat am 4. in Quedlinburg und am 5. in Schönebeck (Elbe) sich den Wählern vorgestellt. Beide Versammlungen leitete Herr Boldt jr. (Aschersleben). In Quedlinburg machte sich sozialdemokratische und freisinnige Gegnerschaft bemerkbar, wobei es erwähnenswert ist, daß in dem Rufe nach „Virowahl" auch ein Postbeamter kräftig mit einstimmte. In Schönebeck mußte der sozialdemokratische Abg. Schmidt aus dem Saal entfernt werden, weil die „Genossen" von vornherein ausgeschlossen waren, da die Losung ausgegeben war, die Versammlung zu sprengen. Außer in den genannten Städten sprach Abg. Bindewald noch in Königsaa, Hedersleben, Eickendorf und Ahendorf.

Jauer. Langsam aber sicher dringen wir auf dem Lande vor. Unser unermüdlicher Herr W. Schloske konnte mit Erfolg am 7. in Girlachsdorf, am 11. in Gräfsau und am 17. in Pombsen sprechen. Von den beiden konservativen Kandidaten hört man dagegen so gut wie gar nichts!

Hannover. In der Provinziel-Versammlung des Bundes der Landwirte am 17. d. M. hielt Herr Dr. Lindström (Goslar) einen Vortrag über den wirtschaftlichen Aufruf und die Politik der Sammlung.

Im Wahlkreise **Celle-Peine-Gifhorn**, wo unsere Partei den praktischen Arzt Dr. Bod (Peine) als Kandidaten aufgestellt hat, sonden am 3., 4. und 5. d. M. in Peine, Hohenhameln und Celle sehr zahlreich besuchte Versammlungen statt, in denen Herr Dr. Bod und der Abg. von Liebermann unter großer allgemeiner Zustimmung Vorträge hielten. Die Stimmung für unsern Kandidaten ist überall im Wachsen, so daß bei sorgespitzter eifriger Arbeit ein Sieg für uns sehr wahrscheinlich wird. — Herr Grothe (Clanen), der vom Bunde der Landwirte erkorene waschechte Nationalliberale hat in dankenswerter Weise Farbe bekannt. In einer Wahlversammlung zu Celle verkündete er, daß er sein Programm dem Geheimen Kommerzienrat Meyer in Hannover übergens kein Jude) vorgelegt und dafür dessen Billigung erholten habe. — Da, wie verlautet, auch der freisinnige Kandidat, Herr Hade, in gleicher Weise für sein Programm die Billigung des Herrn Kommerzienrat Meyer nachgesucht und erhalten hat, so wissen die Landleute genau, wen sie nicht wählen dürfen. — Das Ansehen des Bundes hat durch den unbegreiflichen Mißgriff in der Kandidatur, im Wahlkreise nicht gerade gewonnen.

In **Fallersleben** fand am 15. d. M. die erste Versammlung unsrer Partei statt, die infolge mangelhafter Bekanntmachung nur schwach besucht war, aber trotzdem einen für unsre Sache Erfolg versprechenden Verlauf nahm. Die vierzig Zuhörer gruppierten sich um eine lange Tafel und es gelang dem Abg. v Liebermann

Digitized by Google

und unserm Kandidaten Herrn Dr. Boc vortrefflich, die Anwesenden unserer Partei bekannt zu machen und zur Mitarbeit zu werben. Auch der bekannte hannoversche Vorkämpfer für Doppelwährung, Herr Baring-Ersehoff war erschienen und beteiligte sich bei der Besprechung. Wir haben in Fallersleben einen tüchtigen Stamm gewonnen. Einer folgenden Versammlung wird es vorbehalten bleiben, die Masse der Wähler zu werben.

Prenzlau. Der konservative Abg. von Winterfeldt soll nach der ebenfalls konservativen „Prenzlauer Ztg." in einer Versammlung geäußert haben, die Führer der Antisemiten hätten ihm erklärt, „daß sie positiv gegen die Kandidatur des Herr Böckler seien und einen eigenen Kandidaten ihm gegenüber nicht aufstellen würden". Es wäre nicht unangebracht, wenn Herr von Winterfeldt seine Angabe durch Namhaftmachung der „Führer der Antisemiten", die ihm diese Versicherung gegeben haben, vervollständigen würde.

Breslau. Gegen den großen Limburg-Stirum ist im Wahlkreise Breslau Land-Neumarkt von antisemitischer Seite Herr Rentner Tittmer (Strehlen) aufgestellt, der schon wiederholt sich den Wählern vorstellte, so u. a. am 5. d. M. in Kattern und am 14. in Großtschansch. Die Konservativen haben in verschiedenen Orten es fertig gebracht, daß unserm Kandidaten die Säle verweigert wurden.

In **Süddeutschland** hat der Abg. Liebermann v. Sonnenberg in der Zeit vom 24. Februar bis zum 11. März an dreizehn Orten gesprochen und zwar in Mannheim, Karlsruhe, Sedenheim, Schwetzingen, Wiesloch, Hoffenheim, Handschuchsheim, Ebingen, Heidelberg, Eberbach, Straßburg (Elsaß), Frankfurt (Main) und Friedberg (Hessen). Alle Versammlungen waren sehr gut besucht und verliefen vortrefflich. Es besteht begründeter Anlaß zu der Hoffnung, daß unsre Partei in Süddeutschland recht erfreuliche Wahlerfolge erringen wird. Der Stimmungs-Umschlag in den ehemals nationalliberalen Kreisen ist in hohem Maße bemerkbar.

Aus Hessen. In Friedberg-Büdingen haben nun auch noch die National-Sozialen in der Person ihres Vereinssekretärs des Herrn Wenck einen Kandidaten aufgestellt. Daß ihm dort keine großen Erfolge winkten, davon wird sich Herr Wenck wohl schon selbst überzeugt haben, als er Ende Januar den Wahlkreis bereiste. Er berichtete ja seiner Zeit selbst darüber in der „Hilfe". In Büdingen hatte er vor ganzen vierzig Zuhörern gesprochen. — Übrigens scheint uns Herr Wenck kein Meister der Logik zu sein. In dem erwähnten Berichte sagte er, die ländliche Bevölkerung sei vielfach durch antisemitische Schönrednereien entäußert worden, um dann hinterher zuzugeben: „Nur der Antisemit könnte uns den Rang ablaufen." Wie reimt sich beides zusammen? Übrigens sind unsere Leute tüchtig an der Arbeit. Am 31. v. M. sprach Ab. Hirschel in Kaichen (Kr. Friedberg) unter dem Vorsitze des Herrn Gemeinderat Schuch. Die Versammlung verlief ausgezeichnet, und brachte allein mehr als zwanzig neue Mitglieder für den Bauernbund.—

In Altheim (Kr. Dieburg) hielten die Abg. Hirschel und Ohl Vorträge, welche von den zahlreich erschienenen Zuhörern wiederholt mit Beifall begrüßt wurden. —

Unter sehr schwierigen Verhältnissen hielt Herr M. Wolf (Stadecken) am 3. d. M. in dem fast rein freisinnigen Wolfsheim (Kr. Oppenheim) eine Versammlung ab, die aber trotzdem nicht nur gut besucht, sondern auch recht erfolgreich war. Am 14. gings nach Ingelheim (Kr. Bingen), am 15. nach Schwedlingen (Kr. Alzay) und am 17. nach Niederhilbersheim und Horrweiler (Kr. Bingen).

Aus Kurhessen. Die konservative Presse nennt die Verhältnisse im Wahlkreise Marburg „verworren" und meint, eine Klärung könne erst Ende dieses Monats eintreten, da man hoffe, bis dahin einen konservativen Bundeskandidaten gefunden zu haben. Die Herren verschweigen dabei aber geflissentlich, daß ihnen schon zwei Kandidaten davongelaufen sind! Unser Kandidat Herr Bauer Karl Wiegand, hat noch vor Ostern einen erheblichen Teil des Kreises Kirchhain besucht. So sprach Herr Wiegand am 3. in Rauschenberg, Halsdorf und Bohra, am 4. in Emsdorf und Allendorf — überall unterstützt von dem Abg Werner und Herrn Dr. Stöcker (Frankfurt, Main) — und am 5. in Schweinsberg. In fast allen Orten waren die Herren von dem Demokraten Bader aus Marburg und dem nationalsozialen von Gerlach begleitet. Daß diese Widersacher unter dem Beifall der Bauern sich überall Niederlagen holten, brauchen wir nicht besonders zu betonen. Gleich nach dem Feste wurde die Agitation durch Versammlungen in Battenhausen und Dodenhausen (Kr. Frankenberg) und Josbach (Kr. Kirchhain) fortgesetzt. Wenn auch der nationalsoziale Herr von Gerlach in der „Hilfe" schreibt: „Die Antisemiten halten ihre Versammlungen gehegt ab", so zeigt unser Empfang überall, daß dauernde Arbeit uns doch den Sieg bringen wird.

Aus Baden. Daß der Antisemitismus im Kreise Heidelberg tiefe Wurzeln geschlagen hat, bewies zur Genüge die Gemeinderatswahl, die am 13. d. M. in Gaiberg stattfand. Die Liberalen machten zwar die größten Anstrengungen, um als Sieger aus dem Kampfe hervorzugehen, allein sie erlitten eine schwere Niederlage. Im Ganzen wurden je 99 Stimmen abgegeben. Davon erhielten Johann Georg Arnold 57, Michael Schuhmacher 64 und Johann Hessenauer 92 Stimmen. Alle drei Gemeinderäte gehören der deutschsozialen Reformpartei an.

Hamburg. Im Eimsbütteler Bürgerverein besprach Herr Fr. Raab am 4. d. M. die merkwürdigen Schulverhältnisse dieses Vororts. —

Liberale und Juden haben in der Bürgerschaft am 6. d. M. ihre eigenen Grundsätze — wenn man bei diesen Herren überhaupt noch von Grundsätzen reden darf — mit Füßen getreten. In Vorwahrt waren bei den letzten Wahlen die Wahlvorschriften derart behandelt, daß der Wahlprüfungs-Ausschuß einstimmig beantragt hatte, die in Frage kommenden beiden Mandate für ungiltig zu erklären. Im Plenum aber sprach sich der jüdische Herr Beit im entgegengesetzten Sinne aus, und nach dieser jüdischen Pfeife tanzte denn auch die große Mehrheit der Bürgerschafts-Abgeordneten der freien und Hansa-Stadt Hamburg. Dieses Ergebnis schien selbst dem jüdischen Herrn Präsidenten so unglaublich, daß er die Abstimmung wiederholte, ohne sie natürlich ändern zu können. Und woher kam das? Weil eine Neuwahl wahrscheinlich den Sieg zweier Antisemiten zur Folge gehabt hätte! Selbst der „Vorwärts" muß erklären: „Dieses Vorgehen der Majorität der Bürgerschaft ist ein geradezu unerhörtes, um so unerhörter, als es sich nur erklären läßt aus einer Furcht der Linken der Bürgerschaft vor den Antisemiten, die bei einer etwaigen Nachwahl in Barmbeck sehr gute Aussichten hätten". —

Mit einer öffentlichen Versammlung im Conventgarten leitete unsere Partei gestern hier die Reichstagswahl-Bewegung ein. Es ist geradezu erstaunlich, welche Menschenmassen hier immer in Bewegung kommen, wenn der Abg. Liebermann von Sonnenberg als Redner angekündigt ist. Auch gestern füllten wieder tausende die weiten Räume. Alle drei Galerien und alle Logen waren besetzt. Die Versammelten spendeten den Ausführungen des Redners über die Bedeutung der nächsten Reichstagswahlen stürmischen Beifall und nahmen einstimmig eine den Inhalt der Rede kurz zusammenfassende Entschließung an. Gegner waren nicht vorhanden. — Es unterliegt keinem Zweifel, daß die antisemitischen Wahlstimmen hier wieder um ein beträchtliches steigen werden.

Bremen. Eine eigenartige Feier veranstaltet am 24. d. M. der Deutsche Reformverein. Er wird nämlich in der „Union"sein Stiftungsfest durch einen Bazar begehen, der in allen Stücken eine Wiedergabe des altbeliebten Bremer Freimarkt darstellt. Um den geplanten Überraschungen nicht vorzugreifen, dürfen wir über das Programm vorläufig keine näheren Mitteilungen machen. Das Fest beginnt um 5 Uhr Nachmittags und kostet der Eintritt nur eine Mark. Der Reinertrag ist für einen patriotischen Zweck bestimmt.

Lübeck. Da der Reichstagswahlverein hier einen nationalliberalen Kandidaten aufstellte, der nach seiner eigenen Angabe oft auf dem dem Standpunkte der Freisinnigen steht, so haben Mitglieder des Bundes der Landwirte und der deutschsozialen Reformpartei in der Person des Herrn F. C. Lauenstein (Schönbücken) einen eigenen Kandidaten den Wählern präsentiert.

In **Curhaven**, wo am 1. d. M. unter dem Vorsitz des Herrn Zahnarzt Steffen ein deutschnationaler Radfahrerverein mit

Digitized by Google

53 Mitgliedern ins Leben trat, hielt Herr Rechtsanwalt Edm. Jacobsen (Hamburg) am 14. d. M. einen Vortrag über die Schäden der Großbazare, Konsumvereine usw. Wenn auch nur ungefähr anderthalb Hundert Zuhörer erschienen waren, so zeigte der wiederholte Beifall doch, daß die Worte des Redners auf fruchtbaren Boden fielen.

Altona (Elbe). Der Verein der deutschsozialen Reformpartei für den Wahlkreis Altona-Stormarn hat sich durch einen Vortrag des Herrn Franz Schneider über die Judenfrage gut eingeführt. Zum ersten Vorsitzenden wählte man Herrn H. v. Pein.

*

Versammlungskalender. Abg. von Liebermann spricht am 22. in Nordhausen, am 23. in Mohra, am 24. in Niedersachswerfen und Ilfeld und am 25. in Neustadt unterm Hohnstein; Henr Redakteur Kreutz (Magdeburg) spricht am 23. in Osterburg und am 24. in Seehausen (Altmark); die Herren Kurzbalz (Suhl) und W. Schack sprechen am 26. in Schleusingen, am 27. in Schwarza und am 28. in Kühndorf.

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Von Treue und Glauben im geschäftlichen Leben scheint der Kaufmann Markus Hirschfeld zu Danzig eine merkwürdige Auffassung zu haben. Er war Vermittler an der Danziger Getreidebörse, und als solcher bot er am 27. August v. J. drei Sorten Weizen aus, den er aus Dirschau bezogen hatte. Der Kommerzienrat Stoddart sandte die bessere und nun mittlere Hirschfeld unter die vergezogene Probe einen Teil der geringwertigen Sorte und stellte die so erstellte Ausnahmsprobe dem Käufer auf den Tisch. Herr Markus Hirschfeld war aber beobachtet worden und stand deshalb am 31. v. M. unter der Anschuldigung des versuchten Betrugs vor dem Landgerichte. Er gab den Thatbestand zu und erklärte, daß er in totaler Gedankenlosigkeit gehandelt habe, die ein krankhafter Zustand bei ihm sei! Während die Staatsanwaltschaft diesen Zustand mit einem Monat Gefängnis gesühnt wissen wollte, nahm das Gericht mildernde Umstände an und erkannte auf fünfhundert Mark Geldstrafe. Hirschfeld hat auch seinen eigenen Angaben zufolge jährlich bis sechshunderttausend Mark Vermögen, was bedeuten da fünfhundert Mark!!

So handelt sie! Der Geschäftsvertreter an den Marktingen zu Neumark (Wpr.) hat, wie der „Thorner Presse" berichtet wird, Anlaß zu einer Gerichtsverhandlung vor den Schöffengericht gegeben, das in der Begründung seinen Extenntnisses vom 23. März u. a. folgendes ausführt: „... Dagegen haben an dem Gebahren des Markus nicht nur der Verkäufer und die drei Enten handelnden Frauen, sondern auch noch andere Marktbesucher Ärgernis genommen, und dies um so mehr, als besonders unter den jüdischen Händlern in Neumark die Ansitte überhand nimmt, den mit ihren Erzeugnissen den Markt besuchenden Landleuten ihre Waren ohne weiteres vom Wagen und mit nach Hause zu nehmen. Die Verkäufer sind dann gezwungen, alles andre im Stiche zu lassen und zu folgen. Dort — meist im Laden — angekommen, erhalten sie in seltenen Fällen Geld und auch dann nur einen sehr niedrigen Preis; meist werden ihnen aber geringwertige Waren in einer Art und Menge aufgeschwatzt, wie sie dieselben z. B. weder gebrauchen, noch bezahlen können. Anstatt auf dem Markte Geld zu lösen, haben sie sich dann in unnötige, drückende Schulden gestürzt." — Der Zentralverein der „Deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens" hat sich die hohe Aufgabe gestellt, möglichst zeeen einen Prozeß anzuhängen, der irgend etwas gegen die Juden, von allen Quarten ferne Juden sagt. Wir empfehlen nun seiner Rechtsschutzkommission dieses Erkenntnis zu aufmerksamem Studium; vielleicht versucht sie es mit einer Denunziation gegen die Mitglieder des Schöffengericht auf Grund von § 130 oder 360, Abs. 11 (Aufreizung zu Gewaltthätigkeiten, grober Unfug) des Strafgesetzbuches.

Neue Bücher.

(Alle hier angezeigten Schriften sind durch unsere Geschäftsstelle, sowie durch jede Buchhandlung zu beziehen.)

Der Schulmeister und sein Sohn. Eine Erzählung aus dem 30jährigen Kriege von K. H. Caspari (Bd. 132 der „Deutschen Jugend- und Volksbibliothek" von J. F. Steinkopf, Stuttgart.) 14. Aufl. Kart. 75 Pfg.

An Volkserzählungen ist ja eigentlich kein Mangel, auch nicht an solchen, die von christlichem Geiste getragen sind. Oft aber bleibt ihr Wert hinter der guten Absicht, mit der sie geschrieben sind, zurück. Das Büchlein, das uns vorliegt, ist zwar nicht ganz neu, die erste Auflage erschien schon 1851. Es verdient es aber, wenn wir die Aufmerksamkeit unserer Leser heute darauf lenken: denn es darf als Muster für die christliche Volkserzählung hingestellt werden. Wem die Zusammenstellung und Pflege von Volksbüchereien obliegt, der sorge dafür, daß es angeschafft wird, wo es noch fehlen sollte.

Wahlverein Berlin der deutschsozialen Reformpartei. In der diesjährigen Hauptversammlung am 15. d. M. wurde beschlossen, das „Nachrichtenblatt" eingehen zu lassen und dafür den Mitgliedern allwöchentlich die „Deutsch-Sozialen Blätter" auf Kosten des Vereins zu liefern. Der Beschluß kommt mit dieser Nummer zum ersten Male zur Ausführung, wobei wir unsre Mitglieder darauf aufmerksam machen, daß unsre Nachrichten regelmäßig an dieser Stelle zu finden sind. — Die Hauptversammlung mußte wegen der reichhaltigen Tagesordnung abgebrochen werden. Fortsetzung: Freitag, den 6. Mai, abends 8½ Uhr in der „Hopfenblüte" (Unter den Linden 27). Zur Beratung steht u. a. Antrag Kolshorn, Errichtung einer Sterbekasse. — Mit Ausnahme der Herren, die erklärten, ein Amt im Vorstande nicht wieder annehmen zu können, wurden sämtliche Vorstandsmitglieder wiedergewählt. —

Die nächste Vorstandssitzung findet Freitag, den 21. April, in der „Hopfenblüte" statt. Tagesordnung wird in der Sitzung bekannt gegeben. —

Alle Zuschriften über Vereinsnachrichten usw. sind für die Folge nur an den ersten Vorsitzenden, Herrn L. Schmitz, Berlin N. W., Stendalerstr. 1 zu richten. Insbesondere werden die Herren Abteilungs-Vorsitzenden gebeten, baldmöglichst Zeit, Ort und Tagesordnung für die nächsten Abteilungs-Versammlungen anzugeben. —

Die Abteilung VI. (Moabit) hält am 26. d. M. im Deutschen Wirtshause, Stendalerstr. 1, eine Sitzung ab. Da die Neuwahl des Vorstandes vorzunehmen ist, wird um vollzähliges Erscheinen gebeten. Am 1. Mai, abends 7 Uhr, veranstaltet die Abteilung im oberen Saale des Ausshofes, Perlebergerstr. 23, ihr letztes Wintervergnügen in Gestalt eines Familien-Abends. Tanz, Gesang, humoristische Vorträge, Festrede. Eintrittspreis 20 Pf., einschl. Garderobe. Der Reinertrag ist für die Reichstagswahlen bestimmt, weshalb zahlreiche Beteiligung sehr erwünscht ist. —

Unsre Mitglieder werden dringend gebeten, die fälligen Beiträge bei ihren Angehörigen usw. zu hinterlegen, damit dem Vereinsboten vergebliche Wege erspart bleiben. —

Abt. VI. Um baldige Abrechnung über die seiner Zeit in Kommission erhaltenen Kalender werden die betreffenden Herren ersucht vom Vorsitzenden J. Bongarz, Beiserstr. 22, und vom Kassenwart G. Banse, Brunnenstr. 195.

Mosaik.

Das verjudete Berlin. Das Französische Gymnasium war am 1. Februar dieses Jahres von 148 evang., 8 kathol., 2 dissid. und 136 jüdischen Schülern besucht, die Vorschule von 49 evang., 3 kathol. und 48 jüdischen Schülern. Zu Michaelis verließen 5 evang. und 6 jüdische Abiturienten die Anstalt, zu Ostern 1898 3 evang., 1 kath. und 4 jüdische Abiturienten. Die Abiturienten des Französischen Gymnasiums sind also thatsächlich schon in der Mehrheit Juden. —

Das Königl. Wilhelms-Gymnasium liegt in der „vornehmsten" Gegend von Berlin, natürlich hat es daher auch einen starken Prozentsatz von jüdischen Schülern. Neben 345 evangelischen, 18 katholischen und 2 anglikanischen zählte es am 1. Februar 291 jüdische Schüler. Die Vorschule war gleichzeitig von 86 ev., 6 kath., 1 diss. und 86 jüdischen Schülern besucht. Unter den Abiturienten des letzten Herbstes waren 12 evangelische und 8 jüdische. Zum Ester-Termin verließen die Anstalt mit dem Zeugnis der Reife 7 Evang., 1 Kathol. und 7 Juden. Wie haben wirs doch so herrlich weit gebracht in der Reichshauptstadt Berlin!

„Noli me tangere circulos meos" sagte Archimedes, da hatte ihn jemand an seine Objekte gestoßen.

Die Fürstin Pauline von Metternich, deren Ehemann unter den zweiten Kaiserreiche österreichischer Gesandter zu Paris war, that sich in ihren Äußerungen selten Zwang an. Sie hatte diese Offenheit anscheinend von ihrem Vater, dem Grafen Moriz Sandor, geerbt, der als der tollste Sportsmann in Wien bekannt war und dessen Ruhm weit über die Grenzen Österreich-Ungarns erklang. Nun hatte und hat leider jetzt noch jede einigermaßen wohlhabende

Digitized by Google

Familie in Galizien und Polen ihren Hausjuden, „Faktor“ genannt, der alles und jedes zu besorgen hat — natürlich nicht ohne den nötigen Nebbes, der sehr oft bald das ganze Eigentum der Familie verschlingt. Baron Adolf von Rothschild zu Wien, Bruder des verschlagenen Nathaniel von Rothschild, rühmte sich nun, mit der Familie Metternich seit langem befreundet zu sein. Die Fürstin Pauline dachte über die „Freundschaft“ aber anscheinend etwas anders, denn als sie einst von Paris aus wieder nach Wien zurückkam, war die erste Frage an ihren Haushofmeister: „War mein Hausjude in meiner Abwesenheit hier?“

Briefkasten der Schriftleitung.

Ludwig u. Genossen. Die freundlichen Grüße erwidre bestens. Was machts Magenwasser? Heil! Beyer.

Dr. C. V. Das bedeutendste Wert von Dr. Friedrich Lange (Herausgeber der „Deutschen Zig.“) hat den Titel „Reines Deutschtum“. Grundzüge einer nationalen Weltanschauung. Preis 2 M., gebd. 3 M. Unsere Geschäftsstelle liefert Ihnen auf Wunsch das Buch.

St., Königsberg (Pr.). Ihr Wunsch wird gern erfüllt. Heil!

Lpz.-Gohlis. Die Handbuchanfrage wird in den nächsten acht Tagen gelöst werden und zwar ganz in Ihrem Sinne.

Empfangs-Bescheinigung.

Für den Wahlfond gingen ein beim Kassenwart Herrn Dr. Bielhaben C. A. F. in H. 10 ℳ, von den Altenburgern 60 ℳ, B. Knaup, Berlin 5,10 ℳ, durch Herrn Ehlers (Versteeg) gesammelt im Gasthof zur guten Quelle 4 ℳ, von neu zugekommenen waschechten Antisemiten 2,05 ℳ, deutschsozialer Aesurmverein für Cöslehn und Umgegend 15,71 ℳ.

Bei der Hauptgeschäftsstelle gingen ein: A. J. in Konkendorf 1 ℳ, M. in Greifswald 1,50 ℳ, v. S. in Dresden 65 Pf.

Bei Herrn O. H. Böckler für den Wahlkreis Prenzlau-Angermünde (gesammelt in Angermünde) 12 ℳ

Für die Bücherei des Antisemiten.

A. Wyking, Die Juden Berlins.

Nach historischen Quellen bearbeitet. — 2. Auflage. — Preis 1 Mark. Zu beziehen durch die **Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königsstr. 27.** Bei vorheriger Einsendung des Betrages (deutsche und österreichische Marken werden in Zahlung genommen) erfolgt portofreie Lieferung.

Wilhelm Boetzkes

Rheinisches Tuchhaus, ◆ Düren I, ◆ Bezirk Aachen,

versendet an den billigsten Preisen die berühmten, bestens eingeführten Aachener und Dürener Tuchwaren, sowie andere deutsche und engl. bewährte Herrenstoffe.

Die neuen Muster	Anz.	Qual.	Stoff 3 Mtr.
werden sofort, Hut- und Mützenstoffe frei,	1	Oberlot	40 M. 10,80
jagdstoffe, damit jedermann sich ohne	2	Loden-Ober.	47 „ 12,75
Kosten von der Güte und billigkeit über-	3	Kammgarn	45 „ 12,50
zeugt. Man schreibe eine Postkarte.	4	Bolton	50 „ 13,50
		bis 12 M. der Meter.	Jedes Maß.

Beim Vergleich beachte man besonders die Qualität.

Zur Beurteilung der antisemitischen Strömungen Frankreichs empfehlen wir das berühmte Werk des Herausgebers der „Libre parole“, **Edouard Drumont:**

◆ Das verjudete Frankreich. ▶

2. Bände. 800 Seiten. Preis 2 M.

Wir haben nur noch einige Exemplare abzugeben.

Geschäftsstelle der „Deutsch-Sozialen Blätter“.

Tapeten. / Linoleum.

Nur beste Fabrikate.

Muster frei. — Bei Mehrbedarf hohen Rabatt. — Muster frei.

Stirnemann & Krausche,

LEIPZIG.

Zwei Geschäfte:

Grimmasch. Steinweg Ecke Nr. 1. Et. | Peterssteinweg Hinter der Reichsbank, Ecke Peterstr.

Uhren liefert zu äußerst billigen Preisen unter reeller Garantie

Gustav Kaniss

Uhrmacher Ühr.

LEIPZIG, Tauchaerstr. 6.

Heinrich Thiessen,

Telephon Amt I, 2281.

Schneidermeister

Fräulein 23 (Blauenscher Hof), Tr. A, II, Fräulein 23

liefert nur nach Maß und nur gegen bare Zahlung, aber bestens zu den billigsten Preisen elegante Anzüge von 42—75 M., Sommer-Überzieher von 36—55 ℳ unter Garantie für gute Arbeit und guten Sitz. Großes Stofflager. Lieferzeit: Auf Verlangen in 24 Stunden. Bei Selbstlieferung des Stoffes rechne für einen Anzug nur 27 ℳ

Verlobten werden Haushaben ist auch hiermit bei Küchen-Ausstattungsgeschäft von F. Reydack, Leipzig, Hermannstraße 21, als eine der vorteilhaftesten Einkaufsstellen empfohlen.

Große Vorräte und prompte Ausführung in kompl. Gebrauchs- u. Gemüse-Einrichtungen von 1—21 M., Porzellan-, Steingut- u. Emaillegeschirr, Holzwaren, Solinger Messer und Gabel, Glaswaren, Wringmaschinen, franz. Kaffeemühlen, Reibmaschinen, Nähtischlampen, Brotkapseln, Bildern mit gesticktem Vers, Lampen unter Garantie vorzüglichen Brennens usw.

Kaufen Sie keln Planino,

wenn Sie sich noch nicht den Katalog von **August Roth. Hagen i. W.,** Königl. Hof-Pianofabrikant, gratis haben kommen lassen.

Einen großen Dienst leistet man unserem Blatte und unserer Sache, wenn man seine Einkäufe bei solchen Handlungen deckt, die uns durch Anzeigen unterstützen.

Leinen- und Baumwoll-Waren

von

Wilhelm Michael

Hainstrasse 7, LEIPZIG, Hainstrasse 7.

Wäsche- und Aussteuer-Geschäft.

Seinen eigenes Fabrikat.

Ausverkauf eines großen Postens Tischzeug, Handtücher, Taschentücher, Gardinen- und Kongressstoffe, Kleiderstoffe und Teppiche zu herabgesetzten Preisen.

Alleinverkauf

der echten Dr. Lahmannschen Unterkleidung.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königsstr 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe in Berlin NW. 5, Kruppstr. 13 p.
Druck: O. Reusche in Leipzig.

Digitized by Google

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Leipzig, 28. April 1898. Nr. 506.

Um den neuen Lesern

unsres Blattes auch die Anschaffung früherer Jahrgänge zu erleichtern, haben wir uns entschlossen, deren Preise erheblich herabzusetzen.

Wir liefern — soweit der Vorrat noch reicht — die

Jahrgänge 1890 bis 1895 für je 5 M. gebd., 3 M. ungebd.,

alle 6 Jahrgänge zusammen für 25 M. gebd., 15 M. ungebd.,

Jahrgang 1896 und 1897 gebd. für je 6 M., ungebd. 4 M.

frei zugeland!

Die Jahrgänge der „Deutsch-Sozialen Blätter" bilden ein **Nachschlagewerk von dauerndem Werte.** Wir müssen notwendigerweise die Leser öfters auf frühere Jahrgänge verweisen, da es nicht thunlich ist, alle wichtigen Fragen und Verbesserungen in jedem Jahrgange aufs neue zu behandeln.

Verlag der „Deutsch-Sozialen Blätter"
Leipzig, Königsstr. 27.

Parteinachrichten.

Leipzig. Gegenüber den Treibereien von den verschiedensten Seiten hat nunmehr die deutschsozziale Reformpartei in der Person des Herrn Dr. med. Max Haedicke einen eigenen Kandidaten für die Reichstagswahl aufgestellt. Die Wahlarbeit soll sofort energisch begonnen werden.

Herr Erdmannsdörffer kann sich immer noch nicht beruhigen und die nationalsoziale „Hilfe" öffnet ihm zu seinen „Erklärungen" gern ihre Spalten, trotzdem Herr E. vorgiebt, noch nicht Nationalsozialer zu sein. Dann war also Herr Wenk schlecht unterrichtet, als er vor einiger Zeit in Leipzig das Gegenteil behauptete. — Herr E. hält seine Angaben gegenüber dem Abg. Werner „in vollem Umfange" aufrecht. Gegen den Abg. Hirschel also nicht mehr ... Beweis dafür, wie leichtfertig Herr E. Behauptungen in die Welt setzt! Herr E. meint, die Darlegung des Abg. Werner sei nach seiner „Informatiön ganz schief". Wir müssen es uns verzagen, weiter auf die Sache einzugehen, bemerken aber nochmals, daß nicht ein Angeschuldigter den Beweis für seine Unschuld zu bringen hat, **sondern umgekehrt!** Wenn Herr E. seine Sache hätte, würde er sich nicht auf allgemeine Andeutungen beschränken, sondern die Namen der jüdischen Journalisten nennen, die Abg. Werner angeblich bedient haben soll. Seine „Informatiönen" scheinen uns aber lediglich Klatsch von der Journalisten-Tribüne des Reichstags oder aus irgend einer Kaffee-Ecke zu sein. Damit ist für uns die Sache abgethan, so lange Herr E. nicht mit positiven Beweisen kommt.

Magdeburg. Die Politik der Sammlung und „Judenschwindel in Magdeburg" lautete das Thema, mit dem sich Redakteur Kreutz am 20. d. M. in einer Versammlung auf dem Grosen Werder beschäftigte.

Halberstadt. Ein Thema, das die Handwerkerkreise augenblicklich am meisten interessiert, ist das neue Handwerkergesetz. Unser Reichstagsabgeordnet, Herr Obermeister L. Schumann (Berlin), erhielt deshalb die Aufforderung, sich hierüber in den größeren Orten unsres Wahlkreises eingehend zu äußern. Zu diesem Zwecke waren von den einzelnen Innungsvorständen in Dschersleben, Wernigerode, Halberstadt und Wegeleben zum 13., 14., 15. und 16. d. M. Handwerker-Versammlungen einberufen, die von den verschiedenen Innungs-Obermeistern geleitet wurden. Überall erläuterte Herr Schumann das Wesen, die Vorteile und Nachteile des Gesetzes, um zum Schluß jedesmal die Zwangsinnung zu empfehlen.

Erfurt. Daß die „Genossen" nicht gewillt sind, mit dem Gegner sachlich sich auseinanderzusetzen, bewiesen sie am 20. d. M. wieder recht schlagend. Sie drangen unter Führung des Abg. Reißhaus in die antisemitische Versammlung und brüllten, nachdem dieser eine längere Rede geschwungen, die Marseillaise. Infolgedessen verfiel die Versammlung der Auflösung. Die zweitsinnigen sachlichen Ausführungen des Herrn W. Schack (Hamburg) haben aber doch ihre Wirkung nicht verfehlt, wenn auch „Genosse" Reißhaus durch seinen Trick Herrn Schack an der Erwiderung hinderte. Aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben!

Breslau. Es geht doch nichts über Gesinnungstüchtigkeit! In Wüstendorf war von der deutschsozialen Reformpartei zum 16. ein Saal gemietet, um unsern Kandidaten für Breslau, Land-Neumarkt, Herr Dittmer (Strehlen), den Wählern vorzustellen. Als die Versammlung beginnen sollte, war aber der Wirt nicht dazu zu bewegen, Licht zu machen. Da Herr Dittmer in einem dunklen Raume natürlich nicht sprechen konnte, fiel der Vortrag aus. Helle soll es in den Köpfen der Wähler des Grafen Limburg-Stirum aber doch werden! Zwei Versammlungen, die am folgenden Tage in Clarencranft und Großnädlitz stattfanden, waren darum um so erfolgreicher. Die Herren Dittmer und Gadsch (Breslau) fanden wiederholte stürmische Zustimmung.

Rothenow. Auf Veranlassung des Innungs-Ausschusses hielt Herr Schuhmacher-Obermeister L. Schumann (Berlin) am 12. d. M. einen Vortrag über die neue Handwerker-Organisation.

Thorn. Der Aufschub für die Wahl des Herrn Maurermeister G. Plehwe hat im Restaurant von Ed. Kohnert, Windstr. 5, ein eigenes Wahllokreau eingerichtet, wohin alle Anfragen usw. zu richten sind.

Jauer. Einen sehr erfreulichen Verlauf nahm eine Versammlung in Seichau, die von Herrn Stellenbesitzer Springer geleitet wurde. Herr W. Schloske hielt in vollstümlicher Weise Vortrag über die Ziele unsrer Partei. Seine Worte hatten den Erfolg, daß sich eine Anzahl Bauern zur Mitarbeit meldeten.

Peine. Am 23. d. M. hielt der Wahl-Ausschuß der deutschsozialen Reformpartei in Uetze und am 25. in Sievershausen Versammlungen ab, zu denen Abg. Ickraut den Vortrag übernommen hatte. Während in Uetze alles auf Beste verlief, waren in Sievershausen einige „Genossen" aus Lehrte erschienen, die als wahre Internationale natürlich beim Kaiserhoch fiyen blieben. Infolgedessen durften sie sich des Lokal von außen besehen. In beiden Versammlungen fanden die Ausführungen unsers Kandidaten, Herrn Dr. med. Bock, allseitige Anerkennung.

Aus Hessen. Im Kreise Alsfeld kam es am 11. und 12. d. M. in Nieder- und Oberofleiden, Dannenrod und Hörigen zu einem Zusammenstoß mit dem Bund der Landwirte. Von unsrer Seite sprachen die Herren Bürgermeister Mettenheimer und Landwirt Zulauf für die Wiederwahl des Abg. Bindewald, während für den Bund der Landtagsabg. Bruyer auftrat. Er erreichte aber nirgends etwas, selbst in seinem Wohnorte Oberofleiden protestierten die Bauern gegen sein Auftreten. —

Herr Michel Wolf (Stadecken) hielt in Enshein (Kr. Oppenheim) unter dem Vorsitz des Herrn Chr. Bayer eine gut besuchte Versammlung ab. —

Der Reformverein zu Darmstadt veranstaltete am 23. und 24. im Großgerau zu Trebur, Bauschheim und Astheim Versammlungen mit durchschlagendem Erfolg. Herr F. Bormet (Darmstadt) fand mit seinen Ausführungen über unser Programm rückhaltlose Zustimmung. —

Abg. Hirschel bereist seinen Wahlkreis. Am 23. und 24. erstattete er in Schöllenbach, Heiselbach und Kailbach (Kr. Erbach) den Wählern Bericht über seine Thätigkeit. —

Unter dem Vorsitz des Abg. Köhler wurde in Langsdorf ein Zuchtverein für Simmenthaler Vieh im Kreise Gießen gegründet. Am 29. August soll in Langsdorf die erste Bezirks-Viehschau stattfinden.

Aus Kurhessen. Recht bemerkenswert ist der Verlauf der Wahlbewegung im Kreise Kassel-Melsungen. Die Generalversamm-

Digitized by Google

lung des Bundes der Landwirte, die am 17. d. M. in Meffungen abgehalten wurde, trat unter Führung des Herrn Oberamtmann Petsolzki, eines früheren Gegners der Antisemiten, energisch für unsern Kandidaten, Herrn W. Schack (Hamburg), ein. Dieser hielt den Anwesenden einen Vortrag über die wichtigsten Aufgaben der Regierung für den Schutz der Landwirte. Andeutungen versuchten in der öffentlichen Versammlung zum Schluß angetrunkene und kaum wahlfähige „Genossen" ihre Knüppeltaktik anzuwenden, sie begnügten sich aber angesichts der prompt eingetroffenen Polizei die Marseillaise zu grölen. Die Lage war so kritisch, daß die Antisemiten auf dem Wege zum Bahnhofe von der Polizei geleitet werden mußten! Am 18. sprach Herr Schack in Kassel gegen Kousumvereine, Bareuhäuser usw. Außerdem fanden noch in Oberzwehren, Heckershausen und Simmershausen, Ihringshausen und Altenbauna Versammlungen statt. Da die Nationalliberalen anscheinend immer noch nicht den richtigen Kandidaten gefunden haben, kommt gegen den Sozialdemokraten nur Herr Schack ernstlich in Betracht.

Aus Baden. Der Bund der Landwirte hat in Bretten-Eppingen-Sinsheim den Gutsbesitzer Lucke (Vatershausen) als Kandidaten gegenüber unserm Herrn Dr. Vogel (Lörrach) aufgestellt. Über seine Ansichten lesen wir im „Pfälzer Boten": „Die Agitatoren des Bundes predigen z. B. schon allsonntäglich in unirer Gegend, und es könnte schon sein, daß da, wo man den Herrn Lucke nicht persönlich gesehen und gehört hat, er viele Stimmen bekommt; sein Programm wäre nicht so übel, aber sein Organ und seine Sprache stoßen uns ab . . . Im ersten Wahlgange wird wohl der antisemitische Kandidat Dr. Vogel die meisten Stimmen bekommen; bei der letzten Reichstagswahl sind schon 3600 antisemitische Stimmen abgegeben worden und es scheint uns unwahrscheinlich, daß ein Rückgang eingetreten sei, vielmehr spricht alles für eine Zunahme der antisemitischen Ideen."

Krefeld. Auf einen sehr gut besuchten und verlaufenen Vortragsabend kann der deutschsoziale Reformverein zurückblicken. Am 18. d. M. sprach hier nämlich der Abg. Werner über den Kampf des Handwerks gegen das jüdische Großkapital. Seine Ausführungen fanden keinen Widerspruch, verantlaßten dagegen eine Anzahl Zuhörer, sich als Mitglieder des Vereins zu melden.

Hamburg. Macht geht vor Recht! So dachte auch die Hamburger Bürgerschaft und erklärte zwei Wahlen für giltig, trotzdem der Wahlprüfungs-Ausschuß einstimmig sich für Ungiltigkeit ausgesprochen hatte. Als nun am 20. d. M. Herr F. Raab in der Bürgerschaft die Anfrage stellte, wie sich der Ausschuß nach diesem Beschlusse des Plenums zu verhalten gedenke, entzog ihm der jüdische Präsident Herr Hinrichsen ohne Beachtung der Geschäftsordnung nicht nur das Wort, sondern erteilte ihm auch wiederrechtlich einen Ordnungsruf. Sachlich stellen sich selbst die liberalen Blätter auf Seite des Herrn Raab, nur die „Hamb. Nachr." glauben für Herrn Sigm. Hinrichsen eine Lanze brechen zu müssen!

Swinemünde. Der deutschsoziale Reformverein wählte in seiner Hauptversammlung am 21. d. M. fast den ganzen bisherigen Vorstand einstimmig wieder. Für die Wahlarbeit in Neckermünde-Usedom-Wollin ist hier im „Einsiom" nunmehr eine Wahlgeschäftsstelle eröffnet.

•

Versammlungskalender. Herr Obermeister L. Schumann (Berlin) spricht am 28. in Torgelow, am 29. in Neckermünde und am 30. in Swinemünde; Abg. Zimmermann am 29. in Berlin; Abg. Werner am 1. Mai in Hönebach (Kr. Rotenburg) und Heimboldshausen und Philippsthal (Kr. Hersfeld); Abg. Hirschel am 1. Mai in Birkenau (Kr. Heppenheim); Herr W. Schack (Hamburg) am 30. in Westheiden und am 1. Mai in Spangenberg und Altmorschen (Kr. Meßungen).

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Sittliche Juden. Anna Blum, Julie Heublum, Mechel Heublum und Titus Setasin zu Pobgorze (Galizien) verschacherten an den „Mädchenkirchen" Jakob Ehrlich zu Salomitsch vier minderjährige nichtjüdische Mädchen, die nachweislich zu unsittlichen Zwecken mißbraucht wurden. Das Strafgericht zu Krakau verurteilte deshalb die Blum und Heublum zu je einem Monate Zuchthaus und Serafin, der Polizeibeamter ist, zu drei Monaten, Ehrlich nebst Frau hatten es vorgezogen, nicht zu erscheinen. —

In Königsberg (Preußen) wurde ein Herr Kap, Inhaber eines großen Bazars gegenüber dem Krönungsschlosse der preußischen Könige, verhaftet, weil er seinen Verkäuferinnen unsittliche Zumutungen stellte. Gegen hohe Bürgschaft, man spricht von hundettausend Mark, setzte man ihn aber wieder auf freien Fuß. Die sozialdemokratische „Volkstribüne" bringt in derselben Nummer, in der sie dieses Ereignis meldet, eine große Reklame für den „Bazar Kap"! —

Samuel Löw Goldschmidt zu Frankfurt (Main) lebte vier Jahre mit einem Schiffer in wilder Ehe, ließ sich dann scheiden und heiratete, um zu heiraten. Da verheiratete er sich mit einer Stammesgenossin, natürlich ohne seine alten Verpflichtungen und Versprechungen einzulösen. Als die Anna Schiffer ihn daran erinnerte, prügelte er sie auf der Straße durch, was ihm zweihundert Mark Geldstrafe einbrachte. Später drohte die Schiffer, alles seiner nunmehrigen Frau zu erzählen, falls er nicht die versprochene Summe zahle. Nun nahm Goldschmidt die Hilfe der Staatsanwaltschaft in Anspruch und die Behörde erhielt wegen dieses „Erpressungsversuchs" acht Monate Gefängnis! —

Unter den Verdachte, sich sittlich an einem neunjährigen Mädchen vergangen zu haben, verhaftete die Polizei den Bäckermeister Lazarus Kaufmann zu Hüls bei Krefeld. —

Der Händler und Reisende Samuel Freundlich zu Hamburg verführte sein siebzehnjähriges Dienstmädchen unter dem Versprechen, es nach dem Tode seiner Frau zu heiraten. Das geschah natürlich nicht, ebenso wie er sich weigerte, die Alimente zu zahlen. Vor Gericht erklärte Herr Freundlich, er dächte kein Christenmädchen heiraten, da er aus dem Stamme Levi sei. Dafür darf Herr Freundlich zeja bei drei Monate brummen. —

Der erst seit einem Jahre verheiratete Lederhändler Moritz Hoffmann zu Waldenburg (Schlesien) wurde wegen Vergewaltigung seines sechszehnjährigen (natürlich deutschen) Dienstmädchens verhaftet. Bei dieser Gelegenheit stellte sich heraus, daß der Jude schon früher an einem andern Dienstmädchen dasselbe Verbrechen begangen hatte. —

Im „Arbeiter-Generalanz." ist nachstehende Anzeige zu lesen: „Suche für meine im 19. Jahre stehende Tochter (katzol.) Stellung in einem hiesigen Putz- und Mode-Geschäft zur weiteren Ausbildung der Letzteren. Juden ausgeschlossen. Sedtige war schon bereits 1 Jahr in einem hiesigen jüdischen Geschäft als Lehrmädchen in der Modebranche thätig, jedoch habe ich das Lehrverhältnis wegen Mißbrauchs plötzlich gelöst." —

Eine unglitige Rückfahrkarte wollte der Kaufmann Hermann Sturmthal aus Krefeld für die Strecke von Lindern nach Krefeld benutzen. Er hatte dadurch höchstens eine Mark gespart. Nun muß er außer dem erhöhten Fahrgelde wegen Betrugsversuch noch dreihundert Mark Geldstrafe zahlen. Da die benutzte Strecke nur 17 Kilometer lang ist, kommt Herrn Sturmthal ein Kilometer auf mehr als zehn Mark zu stehen. Haibt' nen Geschäft!

Wegen Verletzung der Sittenpolizei wurden gesucht: Isidor Strauß aus Bischheim, Abraham Bloch aus Pörrheim, zur Zeit in Amerika, Jonas Levy aus Thann, Benjamin Kap aus Fulda und Lehmann Kap aus Fulda.

Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat.

In der Zeit vom 1. bis einschl. 31. Dezember 1897 wurde über folgende Firmen usw. der Konkurs eröffnet:

Kaufmann Arthur Heinemann zu Berlin, Johannisstr. 3, und Friedrichstraße 108. — Kaufmann Leopold Katzenellenbogen zu Posen, Lindenstr. 9. — Kaufmann Rudolf Levin zu Stargard (Mecklenb.). — Kaufmann Julius Josephsohn zu Berlin, Gemeindestr. 21 und 24. — Modist in Fränkel, Herren- und Knabengarderoben-Geschäft zu Hannover, Alte Cellerheerstr. 8. — Kaufmann Josef Wollmann zu Bitsch, Kreis. 20. — Rosa Bach, Optisches Institut zu München, Maximiliansplatz 2. — Kaufmann Adolf Jacobsohn zu Lebe. — Kaufmann Cäsar Meyzner zu Stettin. — Kaufmann Paul Levy zu Schlewig. — Händler Seelig Türk zu Czerkk (Wpr.). — Tapezierer Julius Löwenstein zu Berlin, Spandauerstr. 32. — Kaufmann Hermann Guttmann zu Gleiwitz. — Kaufmann Elt Davidsohn zu Gleiwitz. — Kaufmann Siegfried Steuer zu Berlin, Belle-Allianceplatz 22. — Kaufmann Karl Mosch zu Königshütte (Oberschles.). — Kaufmann Jacob Seligmann zu Stuttgart. — Buchdruckereibesitzer in Laura Bell zu Dresden. — Salomon Jacob Moses, 1 Fa. B. Philipp Moses „Au pensionne" zur Stralsburg (Uckm.). — Kaufmann Leo Wendelsohn zu Berlin, Thaerstr. 47 und 14a. — Kaufmann Moritz Levser 1. Fa. Wwe. H. Cohn zu Kosten. — Leopold Levy & Sohn, Manufakturwarenhandlung zu Straßburg (Elsaß), Kleberplatz 23. — Kaufmann Moritz Ernstfurter 1 Fa. Ihder Frankfurter zu Stuttgart, Weinstraße 13. — Händler Louis Heymann zu Warnemünde. — Handelsmann Salo Schneidler 1. Fa. Rosa Weiß zu Königshütte (Oberschles.). — Kaufmann Ihder Hirschfeld 1. Fa. Gebr. Behr Nachf. zu Pyloman. — Kaufmann Max Blener zu Deutsch Eylau. — Rejsenstein & Breslauer zu Berlin, Beuthstr. 10. — Kaufmann Isaak Graw zu Berlin, Zimmerstr. 22 und Friedrichstr. 203. — Kaufmann Cooper Cohn zu Schleuenau, Ohaussestr. 14. — Kaufmann Salomon Hirschbruch zu Strasburg (Wpr.). — Tröder Josef Guttmann zu Königsberg (Pr.).

Aufgehoben wurden in derselben Zeit nachstehende Konkurse:

Handelsfrau Elise Jacobsohn zu Tremmin. — Kaufmann Bertha Heymann zu Lauban. — Kaufmann Sigmund Heinemann zu Magdeburg-Buckau, Thierstr. 1. — Kaufmann Moritz Joseph gen. Meyer zu Thorn

Digitized by Google

(Zwangsvergl.). — Handelsmann Benjamin Seligmann zu Gilgenburg (Zwangsvergl.). — Rosalie Marcus zu Gollub (Zwangsvergl.). — Kaufmann Samuel Hirsch Oppenheim zu Berlin, Stegligerstr. 49. — Woll- und Weißwarenhändler Abraham Stern zu Hamburg (Zwangsvergl.). — R. A. Kap, Fahrradhandlung zu Worms (mangels Masse!). — Kaufmann Simon Hehdörfer zu Auerbach, Bayern (Zwangsvergl.). — Kaufmann Moritz Jacoby zu Berlin, Hofjägerallee. 14 und 60. — Kaufmann Emil Löwenbaum zu Griesheim. — Kaufmann Gustav Bloch zu Mülhausen, Elsaß (Zwangsvergleich). — Kaufmann Siegfried Fischel zu Spandau, Markt 5. — Lederausschnittgeschäft Casimir David zu München (Zwangsvergl.). — Kaufmann Pinkus Freundlich zu Pr. Friedland (Zwangsvergl.). — Möbelhändler Hugo Wittkowsky zu Berlin, Friedrichstr. 214 (Zwangsvergl.). — Kaufmann Karl Goldschmidt zu Köln (Zwangsvergl.). — Isaak Friedland zu Köln (Zwangsvergleich). — Kaufmann Meyer Rosenberg zu Stade. — Altwährer Ephraim Pepon zu Hannover-Linden. — Schneidermeister Louis Lewin zu Charlottenburg. — Kaufmann Carl August Calmsohn i. Fa. Moses Menke Nachf. zu Gifhorn. — Kaufmann Julius Kohn zu Dresden. — Handelsmann Emanuel Oppenheimer zu Sennfeld. — Handelsmann Albert Seeliger zu Markisch. (Zwangsvergl.). — Handelsmann Hermann Rosenthal zu Ortmachau. — Kaufmann Samuel Lewinsky zu Stettin.

*

Konkurs Moritz Lewkowitz zu Berlin. Den Forderungen ohne Vorrecht von insgesamt 34 000 Mark stehen 27,75 v. H. in Aussicht.

Konkurs Julius Grünberg zu Berlin. Auf die Masse von 21 000 Mark sollen 20 v. H. verteilt werden.

Der Konkurs des Versandhauses Merkur zu Berlin, das jahrelang eine tolle Reklame betrieb, bringt den Gläubigern für ihre 215 000 Mark acht bis zwölf v. H.!

Jüdische Ritter, Kommissions- und Kommerzienräte usw.

Verliehen wurde: den Rechtsanwälten Loewenstein zu Frankfurt (Oder) und Benseler und Richter zu Hannover der Charakter als Justizrat;

dem Kreis-Physikus Dr. Siegfried Wolfsberg zu Tilsit der Charakter als Sanitätsrat;

dem Landesrabbiner Dr. Feilchenfeld zu Schwerin (Mecklb.) die Erinnerungsmedaille an den verstorbenen Großherzog Friedrich Franz III.;

dem Legationsrat Dr. Kahn zu Berlin der Titel eines Geheimen Legationsrats;

den Handelsrichtern Jakob Weltenfeld und Julius Jungler zu Osenpeit der Titel Kommerzienrat.

*

Ernannt wurde: Der Kaufmann Julius Lewissohn zu Berlin zum Handelsrichter;

der Gerichtsassessor Dr. Emil Cohn zum Amtsrichter in Flensburg;

Rechtsanwalt Eugen Kullmann zu Berlin zum Notar;

der außerordentliche Professor Dr. Gustav Born zu Berlin zum ordentlichen Honorarprofessor der Anatomie;

Rechtsanwalt Dr. Louis Wolff zu Berlin zum Notar.

Mosaik.

Friedrich Wilhelm der Erste mit seinem gesunden Menschenverstande und seinem strengen Sinne für Recht und Gerechtigkeit wußte den Juden natürlich keine gute Seite abzugewinnen. Seine Abneigung gegen das auserwählte Volk äußerte sich mitunter auch in derben Späßen. So kam es in Berlin wohl vor, daß auf des Königs Veranlassung die bei den Hofjagden erlegten Wildschweine, für die man im Augenblick keine Verwendung wußte, wohlhabenden Juden ins Haus gebracht wurden. Sie mußten das Fleisch zu dem tagesüblichen Preise kaufen; was sie dann damit anfingen, war ihre Sache. — Wie der König über jüdische Ärzte dachte, geht daraus hervor, daß in dem „Allgemeinen und neueingeschärften Medizinaledikt vom 27. September 1725" kurzerhand bestimmt wurde: „Studenten der Medizin, Destillateure, Stöhrer von allerhand Profession, Juden und alte Weiber" dürfen nicht praktizieren. Jüdische Ärzte hat es denn auch zu Friedrich Wilhelms des Ersten Zeiten kaum gegeben, wenigstens in Berlin nicht.

Der Glaube unserer Väter als Grundlage einer kräftigen vaterländischen Volkserziehung von Dr. Herm. Hoffmeister
Statt 5 M. für 3 M., so lange der geringe Vorrat reicht.
Herm. Beyer, Leipzig, Königsstr. 27.

Wahlverein Berlin der deutschsozialen Reformpartei.

Fortsetzung der **Hauptversammlung**, Freitag, den 6. Mai, abends 8½ Uhr in der „Hopfenblüte" (Unter den Linden 27). Tagesordnung: Antrag Kolskorn (Sterbekasse), Besprechung der Reichstagswahl, Antrag Schmitz und Genossen, Verschiedenes. Die Wichtigkeit der Beratungsgegenstände erfordert das Erscheinen aller Mitglieder! —

Alle Zuschriften über Vereinsnachrichten usw. sind für die Folge nur an den ersten Vorsitzenden, Herrn L. Schmitz, Berlin NW., Stendalerstr. 1, zu richten. Insbesondere werden die Herren Abteilungs-Vorsitzenden gebeten, baldmöglichst Zeit, Ort und Tagesordnung für die nächsten Abteilungs-Versammlungen anzuzeigen. —

Unsere Mitglieder werden dringend gebeten, die fälligen Beiträge bei ihren Angehörigen usw. zu hinterlegen, damit dem Vertrauensmann vergebliche Wege erspart bleiben. —

Beschwerden über unrichtige oder verspätete Zustellung dieser Blätter, die allen unsern Mitgliedern regelmäßig jede Woche zugehen müssen, sind lediglich bei Herrn A. Strumpf, Berlin SW., Wilhelmstr. 27, anzubringen. —

Die Abteilung IV[a] berief in ihrer Sitzung vom 21. d. M. in den Vorstand die Herren E. Minuth (erster Vorsitzender), St. Tamitzky (zweiter Vorsitzender), P. Koppe (erster Schriftführer), R. Sahlschmidt (zweiter Schriftführer) und H. Seyffarth (Kassenwart). Die nächste Sitzung findet am 12. Mai im Deutschen Wirtshause, Stallherstr. 38, statt. Herr A. Strumpf wird über die kommenden Reichstagswahlen sprechen. —

In der Abteilung VI[a] erstattete am 20. d. M. der Herr Vorsitzende den Jahresbericht. Wir entnehmen daraus, daß die Abteilung außer zehn Mitgliederversammlungen und mehren Volksversammlungen unter zahlreicher Teilnahme der Freunde eine Reihe von Familienabenden und Ausflügen veranstaltete. Außerdem beteiligte man sich hervorragend bei den Stadtverordneten-Wahlen im 32. und 38. Bezirk und bei den Kirchenwahlen in den verschiedenen Parochien. In den Vorstand wurden gewählt die Herren Bongartz und Buch zu Vorsitzenden, Hürtgen und Karing zu Schriftführern, C. Müller und Voß zu Kassierer und Witte zum Bücherwart. — Mit Rücksicht auf die Hauptversammlung wird die nächste Sitzung zum 3. Mai, abends 8½ Uhr, nach Bongartz, Schönhauserallee 173, einberufen. Tagesordnung: Die Vorgänge in der letzten Hauptversammlung, Pfingstausflug usw., Verschiedenes. — Vom Juni ab finden die Sitzungen jeden ersten Donnerstag im Monat statt, wenn jedoch der Monatsanfang auf einen Donnerstag fällt, erst am zweiten Donnerstag. —

Die Abteilung VI[b] (Moabit) veranstaltet am 1. Mai, abends 7 Uhr, im oberen Saale des Artushofes, Perlebergerstr. 23, ihr letztes Wintervergnügen in Gestalt eines Familien-Abends. Tanz, Gesang, humoristische Vorträge, Festrede. Eintrittspreis 20 Pf. einschl. Garderobe. Der Reinertrag ist für die Reichstagswahlen bestimmt, weshalb zahlreiche Beteiligung sehr erwünscht ist.

Neue Bücher.

(Alle hier angezeigten Schriften sind durch unsere Geschäftsstelle, sowie durch jede Buchhandlung zu beziehen.)

Wöltlecnus, **Kernpunkt der Flottenfrage?** Berlin und Leipzig 1898. 60 Pf.

Von sachkundiger Hand wird hier im Rahmen eines nicht zu umfangreichen Druckwerkes das Wissenswerteste über die Flottenfrage vorgeführt. Das Werkchen ist anregend und mit einer gewissen seemännischen Frische geschrieben, die beim Leser einen angenehmen Eindruck hinterläßt. In acht Abschnitten spricht der Verfasser über den Zweck der Kriegsflotten, über die Grundbegriffe und Schlagworte in der Flottenfrage, über Schlachtschiffe und Kreuzer, über die Seemächte, über alte und neue Flottenpläne, über Seepotitik und die Gefahren, die unserm Vaterlande drohen, wenn es bei künftigen kriegerischen Verwicklungen keine genügende Flotte hat. Die Aufsätze wurden zuerst in der „Schlesischen Zeitung" veröffentlicht. Daß sie in Buchform einem weiteren Leserkreise zugänglich gemacht sind, ist um so freudiger zu begrüßen, als gegenwärtig jeden Deutschen die Bekanntschaft mit den Kernpunkten der Flottenfrage ermöglicht werden muß.

Sedlaczek, **Übervölkerung!** Eine sozial-politische Betrachtung. Höchst am Main. 50 Pf.

Wie der Staatsmann das rote Gespenst, so fürchtet der Volkswirtschaftler die Übervölkerung, von der ihm besonders unser Vaterland bedroht

zu sein scheint. Seebens, der die Frage der Übersölterung in seinem Schriftchen mit warmer Teilnahme und, wie uns scheint, mit sachlichem Verständnis behandelt, findet, daß das unverhältnismäßige, rasche Anschwellen gewisser Städte der Hauptgrund für die Besorgnis ist, die in weiten Kreisen herrscht. Nachdem der Verfasser Mittel angegeben, der Menschenmassen der Städte Herr zu werden, bespricht er in anregender Weise die „innere Kolonisation", die ja in der That ein wichtiges Mittel ist, dem ungeheuren Zufluß zu den Städten eine wirksamen Schranken zu verschaffen. Wir empfehlen die kleine Schrift der Beachtung unserer Leser.

Briefkasten der Schriftleitung.

Sch., Königsberg (Pr.). Besten Dank!
Dortmund. Das Blatt erhielt eine Berichtigung. Wir bitten auf ihren Abdruck zu achten. Deutschen Gruß!
Dr. St., Kassel. Wir bitten freundlichst davon Kenntnis zu nehmen, daß sich die Schriftleitung seit Jahr und Tag in Berlin befindet.
Rostock. Ergebensten Dank! Gern benutzt.
Waldeck (Schl.). Mit Dank benutzt.

Empfangs-Bescheinigung.

Für den Wahlfonds gingen ein beim Kassenwart Dr. Viethaben (Hamburg): Ein Zionist 10 ℳ; Fröhlein in Berlin 14 ℳ; A. H., Groß-Lichterfelde 50 Pf.; Nu aber raus! 2,50 ℳ; L. J., Beeskow 15 ℳ; H. M., Charlottenburg 5 ℳ; N. N. zum Wahlfonds 3,50 ℳ; Für Verbandsquittungsmarken 20,05 ℳ; „Zionist", 2. Wochenbeitrag 10 ℳ; N. K. Bremen 1 ℳ.; Säubre Dein Heim! 5 ℳ; Gesammelt am Bord der „Potosi" 25 Mk.; M. N., Ruhla 7,50 ℳ; Jungdietrich 1 ℳ.; Kein Kepin 1,50 ℳ

Für die Bücherei des Antisemiten.

Das Judentum im Hopfenhandel

von **Diamyn Damyer** Preis 50 Pf.

Zu beziehen durch die **Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstr. 27.** Bei vorheriger Einsendung des Betrages (deutsche und österreichische Marken werden in Zahlung genommen) erfolgt portofreie Lieferung.

Deutsche Schänke von **Ad. Klemm**
Leipzig, Poststraße 20
empfiehlt **kräftigen Mittagstisch** und **gute Biere.**

Eldorado
Pfaffendorferstrasse 4, **LEIPZIG.** Fernspr. Amt I, Nr. 2162.
Restaurant und Gesellschaftshaus 1. Ranges.
Vereinslokal des Deutsch-sozialen Reform-Vereins.
Versammlungslokal der Deutsch-nationalen Handlungsgehilfen.
Spezialität:
Vorzügliche Küche, ℳ Portionen mit Suppe 80 Pf.
Abend-Stamm von 30 Pf. an.
Zimmer von 1.50 M. an.
Adalbert Heinrich.

CAFE MERKUR
Leipzig ★ ★ ★ ★
★ ★ **An der Pleisse 8.**
Geöffnet bis morgens ½4 Uhr.
300 Zeitungen, Depeschen u. Kursberichte, Städte-Adressbücher v. Berlin, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Hamburg-Altona, Halle a. S., Paris, sowie **Handels-Adressbücher aller grösseren Staaten** liegen zur gefl. Benutzung aus.
Jeden Vormittag Bouillon und Pasteten.
Hochachtungsvoll
W. Rühlemann.

Bad Kissingen
Logirhaus Renner
jenseits der Saale
Gartner Straße 24
empfiehlt schön frei gelegene Wohnungen zu billigen Preisen.
Neu angelegter großer Garten.

Deutscher Krug.
Antisemiten-Kneipe, Chemnitz.
Lohgasse 3, Parterre und 1. Etage.
Ausschank:
Böhmisch, Lichtenhainer, Tuchersches Dunkel und Pilsner Urbräu.
Speisen vorzügl. Flotte Bedienung.
Hochachtungsvoll **Emil Krug.**

Wein-Groß-Handlung,
Import von Rum, Arac, Cognac,
von

Berlin NW., 1 Stendaler-Straße 1.
Fernsprecher: Amt Moabit 1376.
Gegründet 1877.
100 Ltr. a. Bord Bordeaux-Weine aus 1 M. an, sowie sämtliche in- und ausländische Weine usw. zu soliden Preisen. Für absolute Reinheit garantieren
Schmitz & Co.
Kleine Proben und Preisliste umsonst.

Sämtliche
Delikatessen, Südfrüchte, Gemüse-**Konserven**, frische, geräucherte, gesalzene, marinierte und konservierte **Fisch- u. Fischsch. ff. Wurst- u. Fleischwaren** versendet in Waggon-, Bahn- und Postsendungen p. Nachnahme
Markworth & Co.
Magdeburg.

Seiler-, Bürsten-, Besen-
Detail u. **Pinselwaren** Engros
Spezialität: **Polster-Waren.**
Oscar Mühler, Bindm.-Str. 25.

Deutsche Bürger und Bauern
deckt euern Bedarf an **Wein** direkt beim Winzer, nicht beim jüdischen Schmierer und Pantscher!
Empfehle meine selbstgezogenen reinen Weine in Flaschen und im Faß zum billigsten Preise.
Proben umsonst.
Johann Schmitt-Fels,
Heddesheim b. Bingerbrück (Rhein)

Ludwigs Magenwasser
ein feiner Likör besonders nach Einnahme von Speisen sehr zu empfehlen. In Fläschen à Ltr. Mk. 1,20, in ½ Literflaschen à Mk. 1,50 excl. Flaschen und Fässchen.
Ludwigs Magenwasser- und Likörfabrik
Inh.: Herm. Ludwig
Elbgen-Grossen.

Weltruf
haben westf. Fleischwaaren
feinste weiß. Schinken 1,00 ℳ p. Pfd.
„ „ Cervelatw. 1,30 „ „ „
„ „ Schinkenw. 1,20 „ „ „
„ „ Plockw. 1,15 „ „ „
„ „ Mettw. 0,95 „ „ „
(beste Räucherung).
Garantie Zurücknahme
J. Bartscher, Altberg, Westf.
Liefere ein Postfaß (9½ Pfund)
feine Leber-, Rot- und Sülzwurst
zu 7,50 M. franko.
H. Glauner, Fleischermstr.
Papenburg b. Leer (Ostfriesl.).
Ferner:
prima Hammelkeule u. Carrée
à Pfund 55 Pf.

Zins-Haus
Leipzig-Ost zu verkaufen. Preis 68 000 M. bei 10000 M. Anzahl. Rest kann stehen bleiben. Anzahlung verzinst sich zu 12—13%. Näheres durch die Geschäftsstelle d. Bl.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königstr 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe in Berlin NW. 5, Kruppstr. 13 p.
Druck: G. Reusche in Leipzig.

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Leipzig, 5. Mai 1898. Nr. 507.

Herr Böckel kandidiert in Marburg,

das ist die neueste Wahlüberraschung. Er hat einem Abgeordneten unserer Partei gegenüber am 2. Mai diese Absicht selbst kundgethan und als Hauptgrund dafür angegeben, er könne es nicht mehr ansehen, wie der Demokraten-Führer Bader dort sich als seinen Nachfolger aufspiele und seinen (Böckels) Namen zum schlimmsten Bauernfang benutzt. Herr Bader stellt die Sache anders dar. Er schreibt unter der Spitzmarke „Der Plan des Vater Ploetz" in seiner „Hessischen Landeszig." folgendes:

Der Plan des „Vater" Ploetz.

Den Mitgliedern und Vertrauensmännern des Bundes der „Landwirte" ist in diesen Tagen von Seiten des Bundes die Anfrage zugegangen, ob sie lieber Wiegand oder — — — — — — — — — — — — — — Böckel die Stimme geben wollen. Wenn die Mehrheit der eingehenden Antworten sich für Böckel entscheidet, wird der konservative Bund der Großgrundbesitzer seinen früheren schärfsten Gegner und jetzigen abhängigen Bundesbeamten Dr. Otto Böckel als Kandidat für seine konservativ-nationalliberale Sammlungspolitik aufstellen.

Und wenn Böckel wirklich eine Kandidatur annehmen sollte, die ihm von den erbittertsten Feinden seiner früheren Wähler angeboten würde, dann würde sich in unserm Wahlkreis ein Kampf entwickeln, der in ganz Deutschland seines Gleichen nicht gehabt hätte, so lange es überhaupt ein Wahlrecht irgend einer Art giebt.

Alles wäre auf den Kopf gestellt!

Alle Konservativen, Nationalliberalen und Manschettenbauern, die den „Volksverhetzer" Böckel, den radikalen Demokraten, früher bis aufs Blut bekämpft haben, würden in Lobgesängen auf ihn jetzt kein Ende finden; und all die Tausende der Bedrückten und Gequälten, die in Böckel früher mit Recht ihren Erwecker und Retter sahen, würden ihre Verehrung jäh in dem Ekelsodem erkalten sehen, der von dem Abgefallenen ausginge, und würden schnell lernen, die früheren Segenssprüche in grimme Flüche umzuwandeln. . . . .

Böckel als Kandidat der Großgrundbesitzer, als Kandidat der konservativen Schutztruppe, als Kandidat der Reaktion, als Kandidat der Sammlungspolitik . . . . Man kann es sich wirklich nicht vorstellen!

Böckel als Kandidat derjenigen, die uns unser geheimes Reichstagswahlrecht rauben wollen — man greift sich an den Kopf und kann es nicht verstehen . . . .

Ob es eintreten wird, ob sich Böckel von den Mannen der Reaktion als Sturmbock benutzen lassen wird, der den radikal „verhetzten" Wahlkreis mit „Grimm" wieder in ordnungsparteiliche Bahnen zurücklenken soll? Wer kann es wissen?

Böckel war vorvorige Woche einige Tage in Marburg und hat an zwei Abenden mit Bader eine mehr als sechsstündige Besprechung gehabt. Bader hat zugesagt, von dem materiellen Inhalt der Unterredungen vorläufig keinen Gebrauch zu machen, und wird das Versprechen halten so lange, bis das Interesse der Wählerschaft den Bruch desselben gebieterisch fordert.

Das Eine dürfen wir aber heute schon sagen, daß Böckel im Falle seiner Kandidatur nur gezwungen zu einer Aussage Ja sagt, die ihm, dem überzeugungslosen Heuchler aller Bedrücker, gegen seine ganze Überzeugung und gegen seine ganze Vergangenheit geht. Anders aber dann als Bundeskandidat ist Böckel in unserem Wahlkreis aus Gründen seiner Bundesbeamtenstellung als Kandidat überhaupt nicht zu denken.

Opfert Böckel seiner sicheren Stellung zu Liebe seine Überzeugung, so geschieht es unter dem Zwang seiner Brotgeber. Und wenn er selber sich dann zu dem Amt des Totengräbers der eigenen Sache hergeben sollte — die eine Gewißheit haben wir: 8000 ländliche und städtische Wähler lassen sich nicht so leicht begraben. Sie werden mit uns im Innersten den Mann bedauern, der durch eigene Schuld (Umfall in der Militärvorlage) und dann durch die Machinationen der Liebermänner*) an den Bettelstab gebracht worden ist, und dem nunmehr die Zumutung gestellt wird, die von ihm selbst gesäte Saat zu zerstampfen, aber sie werden daraus die Ermunterung und die Genugthuung schöpfen, nun erst recht die Volkssache zum Siege zu führen gegen die Liebermänner und gegen doppeltes Bündlertum.

Die Sache über alles!

Die nächste Zukunft wird beweisen, daß wir Recht haben. Wir wollen den unfreiwilligen Humor in den obigen Auslassungen nicht durch lange Zusätze abschwächen. Es scheint uns völlig unglaublich, daß Herr Dr. Roesicke, der zweite Vorsitzende des Bundes der Landwirte, zu diesen Aeußerungen auch Kurhessen gehört, wirklich — wie in Berlin behauptet wird — in dieser Weise den Versuch machen will, einen Wahlkreis zu bekommen. Eine Spekulation, dahingehend, daß Herr Böckel im Falle seiner Wahl zurücktreten und Herrn Roesicke Platz machen sollte, wäre außerordentlich verkehrt. Von besonders diplomatischem Talent zeugt es jedenfalls nicht, daß Herr Böckel zweimal sechs Stunden mit dem Demokraten Bader konferiert hat, den er angeblich bekämpfen will. Er scheint diesem allerlei schöne Dinge erzählt zu haben, denn ganz kann sich Herr Bader seine Behauptungen doch nicht aus den Fingern saugen.

Selbstverständlich hält unsre Partei die Kandidatur Wiegand aufrecht.

*) So nennt Herr Bader ständig unsre Parteifreunde im Wahlkreise, die für die Kandidatur des Landwirts Wiegand arbeiten.

Parteinachrichten.

Parlamentarisches. Am 26. v. M. ergriff der Abg. Istrati wiederholt das Wort, um bei Beratung der sogenannten lex Heintze einen von ihm gestellten Antrag zu verteidigen, am folgenden Tage sprach derselbe Herr Abgeordnete zum Antrage Salisch und Genossen (konfessionelle Eidesleistung) über das Beichtgeheimnis der Geistlichen. Am 27. trat Abg. Lotze bei Beratung von Bittschriften der vereinigten Bauhandwerker-Innung und des Innungsverbandes deutscher Baugewerksmeister für den Befähigungsnachweis im Baugewerbe ein, während Abg. Müller (Waldeck) als Kommissions-Berichterstatter für die Berücksichtigung einer Bittschrift zweier Garnison-Bauschreiber sprach und Abg. Lotze entsprechend dem Antrage Paasche und Genossen einem Verbot des Zusatzes von Saccharin zu Nahrungsmitteln das Wort redete. — Morgen wird der Reichstag geschlossen.

Freiwillige Helfer werden für die Wahlen in Kurhessen und Waldeck gebraucht. Für das diesmal ganz besonders ausgedehnte Agitationsgebiet — in sieben Wahlkreisen sind Ernst-Kandidaturen aufgestellt — soll ein Zentral-Wahlbureau eingerichtet werden. Bei den geringen Mitteln, die der Partei zu Gebote stehen, ist sie darauf angewiesen, sich noch freiwilliger Hilfe umzusehen. Wer also auf dem Bureau arbeiten will oder Lust hat, die Versammlungen usw. auf dem Lande vorzubereiten und die Verteilung der Flugblätter zu überwachen, melde sich umgehend bei der Schriftleitung der „Deutsch-Sozialen Blätter", Berlin N. W. 5, Kruppstraße 13.

Großenhain. In unserm Wahlkreise hatten wir die Ehre, den Abg. Müller (Waldeck) für die Unterstützung der Kandidatur des Herrn Gutsbesitzer Gäbel (Kliesig) wirken zu sehen. Der Herr Abgeordnete sprach mit vielem Erfolge an vier verschiedenen Orten.

Oschersleben. Kürzlich sprach hier Herr Redakteur Kreutz (Magdeburg) über die Erhaltung des Mittelstandes. Die allerdings nicht sehr zahlreichen Zuhörer gaben ihre Zustimmung zu

Digitized by Google

erlennen. Im benachbarten Seehusen haben die Freisinnigen als echte Freiheitspartei uns den Saal abgetrieben, so daß dort eine Versammlung nicht stattfinden konnte.

Bischofswerda (Sachsen). In einer Vertrauensmänner-Versammlung, der auch der Abg. Zimmermann beiwohnte, wurde unter dem Vorsitze des Herrn Dr. med. Rohr (Bautzen) die Organisation für die Wiederwahl des Abg. Gräfe beschlossen.

Aus Westthüringen. Nach dem Streich der „Genossen" in Erfurt, die am 20. v. M. unsern Kandidaten durch das „Singen" der Marseillaise das Schlußwort und damit die Erwiderung gegen ihren Ober-„Genossen" Reißhaus abschnitten, fanden in Mühlberg, Aloch, Klingleben, Dachwig, Elrleben, Büßleben, Rohr, Schleusingen und Erfau Versammlungen statt. Überall war die Anstachme eine vorzügliche. Ein „Genosse", der von Erfurt aus Herrn Schaef ständig folgte, konnte nirgends Anklang finden. —

Einen hübschen Verlauf nahm ein Vortrag, den Herr H. Kurzhals (Suhl) am 1. d. M. in Eisfeld abhielt. An diesem Orte sind bei der letzten Wahl für den freisinnigen Kandidaten 491 Stimmen abgegeben, denen nur 9 antisemitische, 10 sozialdemokratische und 25 nationalliberale gegenüberstanden. Der Verlauf der Versammlung war denn auch eine recht stürmische. Ein freisinniger Herr Dr. Geue brachte seine Weisheit aus dem Richterschen Handbuche vor und erklärte mit vor Erregung zitternder Stimme: „Wir wollen die Juden, unsre Mitbürger, bei uns behalten." Als ihm darauf Herr Kurzhals alle Juden in sein Haus wünschte „zum Saltdekommen", meinte der freundliche Herr Doktor, er würde gern alle Juden aufnehmen, wenn sein Haus groß genug wäre, weil er sich dann wenigstens in ehrenwerter Gesellschaft befände, was man nicht sagen könnte, wenn man lauter Antisemiten beisammen hätte. Im Schlußworte beschränkte Herr Kurzhals diese unglaubliche Überhebung entsprechend und wurde dafür von einem Zuhörer mit Prügel bedroht. Diese Wut der Juden und Judengenossen zeigt deutlich, daß unsre Arbeit auch in Eisfeld nicht umsonst war. —

Im Kreise Eisenach-Dermbach war unser Kandidat in letzter Woche mit Unterstützung des Herrn Herm. Kurzhals (Suhl) in mehreren Orten mit Erfolg thätig. Insgesamt wurden sechs Versammlungen abgehalten. —

Die Vertrauensmänner des Bundes der Landwirte und der deutschsozialen Reformpartei im Wahlkreise Koburg stellten am 30. v. M. zu Koburg fast einstimmig Herrn Dr. Kreubel (Halle) als Kandidaten auf. Am folgenden Tage wurde dieser in öffentlicher Versammlung vorgestellt, während Herr Kurzhals (Suhl) über die politische Lage und die nächsten Wahlen sprach. Die von der Maßregel begeisterten „Genossen" ließen es sich natürlich nicht nehmen, den entsprechenden Radau zu machen.

Zuner. Einstimmig haben unsere Vertrauensmänner am 1. d. M. als Reichstagskandidaten für den Kreis Zauer-Buckenbain Herrn Maurer- und Zimmermeister Timm (Hirschberg, Schlesien) aufgestellt. Herr Schlosse, unser unermüdlicher Vorkämpfer, hielt am selben Tag in Haselbach einen von den Erschienenen recht beifällig aufgenommenen Vortrag über unser Programm.

Pasewalk. Der Wahlkampf hat begonnen. Die erste Versammlung unserer Partei, zu der Herr Obermeister L. Schumann (Berlin) den Vortrag übernommen hatte, verlief recht anregend. Da hier ein Maurer-Aufstand ausgebrochen ist, zu dessen Unterstützung ein Hamburger „Genosse" hier weilt, so hatten sich die „Genossen" in hellen Haufen eingefunden. Sie mußten aber zu ihrem Schrecken erfahren, daß sowohl der Vorsitzende, Herr Lefèvre, als auch Herr Schumann ihnen gewachsen waren. Für diese Niederlage wollten sie sich rächen. Deshalb kommandierten sie ihren Hamburger Wühler nebst einer großen Sprenglolonne nach Jatznick, wo Herr Schumann am nächsten Tage (27. v. M.) sprechen sollte. Der Hamburger benahm sich dort so unanständig, daß Herr Lefèvre ihm das Wort entzog und dann die Versammlung schloß, da die „Genossen" einen bösen Tumult verübten. Am 28. sollte es noch Torgelow geben, einem Hauptbrutneste der Sozialdemokratie. In den dortigen Eisenhüttenwerken gab es im Tezbr. v. J. einen Aufstand, bei welcher Gelegenheit die „Genossen" ein aufsührliches Überwachungs-System eingerichtet und an ihre Posten sogar Revolver verteilt hatten. Vierzig dieser Freiheitsbrüder standen jetzt wegen Landfriedensbruches und Totschlages vor dem Schwurgerichte zu Stettin. Sie wurden mit schweren Strafen belegt. Man warnte uns deshalb. Bange machen gilt aber nicht! Unter der energischen Leitung des Herrn Lefèvre gabs bald Ruhe und Herr Schumann wurde darauf widerspruchslos angehört. Am 29. hatten wir dann noch Gelegenheit in Ueckermünde eine sehr ruhige und aufmerksam zuhörende Bevölkerung kennen zu lernen.

Aus Kurhessen. In der äußersten Ecke des Kreises Frankenberg hatte Herr Karl Wiegand (Friedrichsdorf) am 24. und 25. v. M. Gelegenheit in Basdorf, Herzhausen, Niederorte und Thalitter zu sprechen. In den beiden ersten Orten trat ihm ein nationalsozialer Student entgegen, der aber nur bei zwei Juden Beifall fand. — Der große Volksmann Bader, der sich selbst als den „Nachfolger" Bockels bezeichnet, so lange Bockel in Hessen herrschte, griff ihn sein jetziger „Lehr" recht kräftig an, hat sich endlich im Frontansturm selbst zum Reichstagskandidaten ernannt. Zur besseren Zeichnung dieses eigenartigen „Volksmannes" sei aus seinem „Programm" folgende Stelle erwähnt: „Insbesondere soll unser Kandidat eintreten für den Schutz der ländlichen Bevölkerung, hauptsächlich für eine Verstaatlichung des Getreidehandels, damit dem Bauer sein gerechter Lohn werde und er nicht durch die Machenschaften des Zwischenhandels um einen beträchtlichen Teil desselben gekürzt werde. Damit ist vor allem der Antrag Kanitz gerichtet, dem nur die Bündler, ob Konservative, Liebermänner oder Nationalliberale ist gleichgiltig, anhängen." Wir haben wirklich nicht geglaubt, daß der Bajazer einer im dreizehnten Jahrgange erscheinenden Tageszeitung solch einen Blödsinn schreiben könnte! Herr Bader spricht und schreibt aber den sogenannten Antrag Kanitz und hat ihn wonnigklich noch nicht einmal gelesen. Verstanden hat er ihn sicher nicht. Und mit solchen Leuten muß man sich öffentlich herumschlagen! —

Abg. Werner erklärte am 1. d. M. in Hönebach (Kr. Rotenburg), Helmboldshausen und Philippsthal (Kr. Hersfeld) und am 2. in Ronshausen (Kr. Rotenburg) den Wählern Bericht über seine Thätigkeit im Reichstage.

Aus Schleswig-Holstein. Im Wahlkreise Flensburg-Apenrade fand am 19. v. M. in Apenrade eine sehr stark besuchte Versammlung statt, in der der Abg. Liebermann von Sonnenberg unter dem Vorsitze des Herrn Hofbesitzers Unruh (Eitrupshof) die Grundsätze und Forderungen unsrer Partei erläuterte und die Kandidatur des Herrn Fr. Raab (Hamburg) empfahl. Die sehr ruhige Bevölkerung war schließlich recht warm geworden und die Aussichten unsers Kandidaten stehen dort nicht schlecht. Am nächsten Tage hatten sich die Landleute aus der berühmten Landschaft Angeln in dem Dorfe Sörup so zahlreich versammelt, wie man es bei uns im Lande nicht gewohnt ist. Auch hier sprach der Abg. von Liebermann. Die Stimmung steigerte sich zu einer Begeisterung, wie man sie in Schleswig-Holstein nur findet, wenn eine Angelegenheit die Herzen tief ergreifen soll. Die nächste Versammlung war am 21. in Flensburg mit demselben Redner und derselben Stimmung. Ein bemerkenswerter Zwischenfall ereignete sich dort. Nach Schluß des Vortrages erklärte der Vorsitzende, Herr Unruh, etwa folgendes: „Zu meiner großen Genugthuung sehe ich Herrn Gutsbesitzer Pröich hier sitzen. Er wird zweifellos Gelegenheit nehmen, die von ihm in den Versammlungen herumgetragene Behauptung, daß unser Kandidat, Herr F. Raab (Hamburg), den achtstündigen Arbeitstag für die Landwirtschaft einführen wolle, unter Beweis zu stellen." Herr Pröich rückte verlegen auf dem Stuhle umher und rief halblaut: „Herr Unruh, Sie irren sich in der Person." Darauf wurde die Versammlung auf fünf Minuten vertagt. Nach Wiedereröffnung der Versammlung war Herr Pröich verschwunden und Herr Unruh konnte unter lebhaftem Beifall feststellen, daß außer ihm noch zwei Mitglieder anwesend seien, die bezeugen konnten, Herr Pröich habe jene Äußerung thatsächlich gethan. — Herr Pröich dürfte nunmehr etwas an Vertrauen in jener Gegend eingebüßt haben.

Am 22. April war eine Vertrauensmänner-Versammlung des Bundes der Landwirte in Flensburg versammelt und entschied sich ganz im Gegensatz zu der wirklichen Stimmung im Wahlkreise statt für das bewährte Bundesmitglied Raab für einen Landesversicherungsrat Hansen (nationalliberal). Die Bundeszeitungen wußten zu berichten, daß Herr Hansen versprochen habe, in allen wirtschaftlichen

Digitized by Google

Fingen den Rat des Bundes-Ehmannes im dortigen Kreise einzuholen, und Herr Dr. Friedrich Lange berichtete in seiner „Deutschen Ztg." sogar von einer neuen „nationalen" Sammelkandidatur. Nun hat aber unmittelbar auf diese Bekanntmachung Herr Hansen in der „Deutschen Tageszig." berichtigend erklärt, daß er keine derartigen Versprechungen abgegeben habe. Es ergiebt sich also für den Kreis Flensburg-Apenrade das schlimme Verhältnis, daß der Bund offiziell Stellung gegen eines seiner verdientesten Mitglieder zu Gunsten eines wolfenchten Nationalliberalen genommen hat, der kein Bundesmitglied und nebenbei — wie andre Mitteilungen besagen — begeisterter Anhänger der Caprivischen Handelsverträge ist. Wir im Wahlkreise stehen der Entwicklung der Dinge mit ruhigem Humor gegenüber, weil wir wissen, was wir an Fr. Raab haben und auf unsre gute Sache vertrauen. —

Graf Reventlow hat in Schleswig-Eckernförde seine Landbahnen niedergelegt, weil der Bund der Landwirte sich für einen freikonservativen Herrn entschieden hat. Wir bedauern diesen Schritt unsres verdienstvollen Mitstreiters, weil er von unsern vielen Talmi-Freunden falsch gedeutet werden wird.

In Altona-Stormarn ist die Wahlarbeit im besten Gange. Günstig verlaufene Versammlungen werden aus Oldesloe, Bargteheide und Wandsbeck gemeldet.

Nordhausen. Von Flensburg kommend hielt der Abg. Liebermann von Sonnenberg am 22. d. M. in unserm Verein einen Vortrag und berichtigte die freisinnigen Ausstreuungen, daß er seine Kandidatur im hiesigen Kreise zurückgezogen habe. Am 23. sprach unser Kandidat zu Nohra in einer zahlreich besuchten ländlichen Versammlung mit durchschlagendem Erfolge. Die nächsten beiden Tage waren der Hilfsarbeit im Kreise des Herrn Dr. Lindström (Osterode) gewidmet. Sonntag, den 24. fanden zwei Versammlungen statt, nämlich in Niedersachswerfen und in Ilfeld. In beiden sprachen die Herren v. Liebermann und Dr. Lindström, die bei den zahlreichen Zuhörern warme Anerkennung fanden. Am 25. ging's nach dem Fleden Neustadt, wo Abg. v. Liebermann ebenfalls den Vortrag hielt und in dieser freisinnigen Hochburg lebhaften Beifall fand. Herr Schrader (Jechlau), Kandidat unsrer Partei für Eisenach, wohnte der Versammlung bei.

Mühlheim (Ruhr). Die Christlich-Sozialen beschlossen am 27. d. M einstimmig von der Aufstellung eines eigenen Kandidaten abzusehen und mit aller Energie für Herrn Dr. König (Witten) einzutreten.

Küstrin. Der Kandidat unsrer Partei, Herr Obermeister Beck (Berlin), hielt am 1. d. M. zwei Versammlungen in unserm Wahlkreise ab, zu denen auch der Abg. Liebermann von Sonnenberg erschienen war. Sowohl in Schönfließ als auch in Königsberg (Neumark) waren die Säle geradezu überfüllt und der Verlauf der Vorträge überraschend günstig für uns. Es ist bezeichnend, daß in Königsberg, wo bisher der Freisinn vorgeherrscht hatte, auch nicht ein einziger Gegenredner es unternahm, diese Partei zu verteidigen. Wenn man aus den Stimmungen in diesen Versammlungen schließen dürfte, wäre der Sieg unsers Kandidaten sicher, aber wir wissen wohl, daß dazu noch mehr gehört als stimmungsvolle Versammlungen. Wir werden hier thun, was wir können, um unsrer Sache den Erfolg zu sichern.

* * *

Der Kuschuß des Deutschen Handlungsgehilfen-Tages, der zu Ostern in Leipzig versammelt war, legt Wert darauf, festzustellen, daß unser Bericht über den Verlauf der Tagung (vergl. Nr. 500) nicht aus seinen Reihen gekommen ist. Wir erklären deshalb, die „Deutsch-Sozialen Blätter" hatten ihren eigenen Berichterstatter auf dem Handlungsgehilfen-Tage, der im Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbande weder eine führende Stellung noch irgendeinen Posten bekleidet.

„Idiael im Konflikt mit den Landesgesetzen", „Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat", „Jüdische Ritter, Kommissions- und Kommerzienräte usw.", sowie einige Parteinachrichten mußten wegen Mangel an Raum zurückbleiben.

Wahlverein Berlin der deutschsozialen Reformpartei.

Fortsetzung der **Hauptversammlung,** Freitag, den 6. Mai, abends 8½ Uhr in der „Hopfenblüte" (Unter den Linden 27). Tagesordnung: Antrag Kolshorn (Sterbekasse), Vortrag über die Reichstagsvorlage, Antrag Schmidt 39 und Genossen, Verschiedenes. Die Wichtigkeit der Beratungsgegenstände erfordert das Erscheinen aller Mitglieder." —

Alle Zuschriften über Vereinsnachrichten usw. sind für die Folge nur an den ersten Vorsitzenden, Herrn L. Schmitz, Berlin NW., Stendalerstr. 1, zu richten. Insbesondere werden die Herren Abteilungs-Vorsitzenden gebeten, baldmöglichst Zeit, Ort und Tagesordnung für die nächsten Abteilungs-Versammlungen anzuzeigen.

Unsre Mitglieder werden dringend gebeten, die fälligen Beiträge bei ihren Angehörigen usw zu hinterlegen, damit dem Vertrauensmann verspätete Wege erspart bleiben. Sollte der Vereinsbote im Laufe des Monats versehentlich einmal nicht erscheinen, hinten wir, den Beitrag unter Abzug des Portos, durch die Packerfahrt an den Hauptkassierer, Herrn Rietschel, Willibaldstr. 27 zu senden. —

Beschwerden über unrichtige oder verspätete Zustellung dieser Blätter, die allen unsern Mitgliedern an Stelle des eingegangenen Nachrichten-Blattes regelmäßig jede Woche zugehen müssen, sind lediglich bei Herrn A. Strumpf, Berlin SW., Wilhelmstr. 27, anzubringen. Darthin ist auch ungesäumt jeder Wohnungswechsel anzuzeigen, da sonst auf eine pünktliche Zustellung unsers Vereinsblattes nicht gerechnet werden kann. —

Die Abteilung 2b wählte in ihrer Sitzung vom 20. d. M. die Herren Koch und Strumpf zu Vorsitzenden, Stahn und Brauns zu Schriftführern, Hütter zum Kassewart und Bütow zum Bücherwart. — Die Abteilungssitzungen finden jeden zweiten Mittwoch im Monate statt, die nächste also am 11. d. M. bei Rudolph, Mittenwaldstr. 15. Da eine wichtige Angelegenheit vorliegt, werden die Mitglieder ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. —

Die Abteilung 62 (Moabit) hielt am 1. d. M. unter zahlreicher Beteiligung für dieses Winterhalbjahr ihr letztes Familienkränzchen ab. Die Begrüßungsansprache des ersten Vorsitzenden des Wahlvereins wandte sich zunächst an die Männer mit der Bitte, bei den Wahlen ihre volle Schuldigkeit zu thun, keine Mühe und Arbeit und kein Opfer zu scheuen, damit es auch in Berlin endlich gelinge der Deutschnationalen, antisemitischen Sache zum Siege zu verhelfen. In humorvoller Weise erörterte Redner das antisemitische ABC für die Frauen und Jungfrauen. Diese könnten praktischen Antisemitismus treiben, wenn sie die Mahnung beherzigen wollten: Geht zu euren christlich-deutschen Mitbrüdern und lauft nicht in die Schlender- und Ramschbazare und nicht zum Juden! In das zum Schluß auf den Kaiser ausgebrachte Hoch stimmten die Anwesenden jubelnd ein. — Zu dem Gelingen des Festes trugen die humoristischen und ernsten Gesangsvorträge wesentlich bei, besonders hervorzuheben waren die Leistungen von Fräulein Schmidt. Erst nach Mitternacht trennte man sich in dem Bewußtsein, einen schönen Abend verlebt zu haben.

Briefkasten der Schriftleitung.

Druckfehler-Berichtigung. Auf S. 130, 2. Spalte, Z. 13 v. u. muß es statt „Bebgedr" heißen „Bebrgedr".

Herrn Ober-Postassistent **E. P.** in **K.** Die Frage lautete nicht, wer überhaupt die Schlacht bei **G.** mitgemacht habe, sondern damals beim Füsilier-Regiment Nr. 33 gestanden hat.

Herrn **C. u. L.** in **M.-Gl,** Sendung erhalten. In diesem Reichstage nichts mehr zu machen.

Herrn **F Sp.** in **Breslau.** Sendung erhalten. In diesem Reichstage nicht mehr möglich. Beim nächstjährigen Postetat. Schriftstücke werden aufbewahrt. v. L.

Herrn **W. Lauenroth, Cassel.** In diesem Reichstage ist nichts mehr zu machen. Später gern. v. L.

Annen. Besten Dank für die Adr. Mitt

Langfuhr. Wird gelegentlich verwandt. Besorgen Sie, bitte, die Haltung der Herren weiter!

C. K., Stuttgart. Frdl. Dank für die Kundschaft, daß die Firma J. Beichert & Söhne zu Heidbronn sich in deutschen Händen befindet.

Digitized by Google

N. in Br. Jawohl, Herr Lucke ist derselbe, der vor Jahren die Domäne Lauten bei Wrein in Masuren nach dem Konkurse des Domänenpächters St. verwaltete. Die gewünschten Auskünfte werden besorgt. D.

Empfangs-Bescheinigung.

Für den Wahlfonds gingen ein beim Kassenwart Dr. Bielhaben (Hamburg): P. Krauß, Berlin 5,10 ℳ; Theod. Liebich, Greiz 5 ℳ; W. Barthler, Rietberg 10 ℳ; Dr. Friedrich, München 3 ℳ; „Zionist" 3. Wochenrate 10 ℳ; B. S., Birmingham 5,15 ℳ; R. K. in H. 3 ℳ; N. N. in Stade 0,50 ℳ; B. K., Tempelburg 1 ℳ. Gesammelt bei M. N., Dresden 15,60 ℳ; J. T., Prenzlau 5 ℳ; G. P., Oesterwünde 12 ℳ; H. in J. 20 ℳ; C. L. in Str. i. E. 10 ℳ

* * *

Zur Anschaffung von Aufklärungs-Schriften für die bevorstehenden Reichstags-Wahlen: Th. V. 10 ℳ

Wahlkreis Kassel: K. 1,70 ℳ

Bei der Zahlung bitte stets zu bemerken für welchen Wahlkreis der Betrag zu verwenden ist. Wird nichts vorgeschrieben, verwende ich nach Bedarf.

H. Beyer.

Geschäftsstelle der „Deutsch-Sozialen Blätter".

Für die Bücherei des Antisemiten.

Prof. Dr. Ad. Wahrmund.

Der Kulturkampf zwischen Asien u. Europa.

Preis 1 Mark.

Zu beziehen durch die **Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königsstr. 27.** Bei vorheriger Einsendung des Betrages (deutsche und österreichische Marken werden in Zahlung genommen) erfolgt portofreie Lieferung.

Uhren liefert zu äußerst billigen Preisen unter reeller Garantie

Gustav Kaniss

Uhrmacher

LEIPZIG, Tauchaerstr. 6.

Der Glaube unserer Väter als Grundlage einer kräftigen vaterländischen Volkserziehung von Dr. Herm. Hoffmeister

Statt 5 M für 3 M., so lange der geringe Vorrat reicht.

Herm. Beyer, Leipzig, Königsstr. 27.

Heiler-, Bürsten-, Besen- Detail u. **Pinselwaren** Engros

Spezialität.: **Polster-Waren.**

Oscar Mühler, Windm.-Str. 25.

H. Heinze, Hutfabrik

gr. Fleischergasse 5, Kurzwarenstraße 4.

Spezialität: 2,80-Hüte.

Zins-Haus

Leipzig-Ost zu verkaufen. Preis 68 000 M. bei 10000 M. Anzahl. Rest kann stehen bleiben. Anzahlung verzinst sich zu 12—13%. Näheres durch die Geschäftsstelle d. Bl.

Einen großen Dienst leistet man unserem Blatte und unserer Sache, wenn man seine Einkäufe bei solchen Handlungen deckt, die uns durch Ankündigungen unterstützen.

Tapeten. / Linoleum

Nur beste Fabrikate.

Muster frei. — Bei Mehrbedarf hohen Rabatt. — Muster frei.

Stirnemann & Krausche,

LEIPZIG.

Gelmaltle. Stelnweg — Zwei Geschäfte: Hierarchenhof

Eckhaus Carolin. port. u. 1. Et — Hinter der Reichsbank, Eckhaus Petersstr.

Lesenswert

für jeden, der **Interesse** an der **sozialen Frage** hat.

Gustav de Llagre, Wohnungen für Unbemittelte . . . . . 40 Pf.
Hermann Kötzschke, Der christliche Standpunkt in der Frauenfrage 50 Pf.
Graf Wartensleben, Die von der Sozialdemokratie geforderten Eigentums- und Produktionszustände . . . . . 50 Pf.

10 Stück, entweder eines Werkes oder beliebig aus allen drei zusammengestellt, liefere ich für nur 3 M.

Herm. Beyer, Leipzig, Königsstr. 27.

Heinrich Thiessen,

Telephon Amt I, 9921.

Schneidermeister

Brühl 23 (Blauescher Hof), Tr. A. II, **Brühl 23**

liefert nur nach Maß und nur gegen bare Zahlung, aber dafür zu den billigsten Preisen elegante Anzüge von 42—75 M., Sommer-Überzieher von 36—55 ℳ unter Garantie für gute Arbeit und guten Sitz. Großes Stofflager. Lieferzeit: Auf Verlangen in 24 Stunden. Bei Selbstlieferung des Stoffes rechne für einen Anzug nur 27 ℳ.

Erprobte

Herrenstoffe

zu Anzügen und Paletots. Umfangvolle neueste Musterwahl franko.

Wilhelm Battzkos, Düren 1. (*Christl. Tuchversand.*)

Anerkannt beste und billigste Bedienung.

Fortsetzung meines Ausverkaufs

fertiger

Herren- und Knaben-Garderoben

zu jedem nur annehmbaren Preise.

Heinrich Weigang

I. Kurprinzstraße I.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königsstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe in Berlin NW. 5, Kruppstr. 13 p.
Druck: G. Reusche in Leipzig

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Leipzig, 12. Mai 1898. Nr. 508.

☛ Die nächste Nummer der „Deutsch-Sozialen Blätter" erscheint wegen Himmelfahrt am Dienstag, den 17. Mai.

Parteinachrichten.

Leipzig. Die Wahlarbeit unserer Partei hat mit einer recht erfolgreichen Versammlung am 5. d. M. eingesetzt. Neben unserm Kandidaten, Herrn Dr. med. Haebicke, hielten die Herren Rechtsanwalt Schwanß und Schriftleiter Welcker (Dresden) längere Vorträge, in denen vor allen Dingen der wirtschaftliche Teil unsers Programms eingehende Berücksichtigung fand. Der Beifall der Anwesenden ließ keinen Zweifel darüber, wie man über die Quertreibereien der Herrn Luchardt und Erwin Bauer dachte.

Dresden. Herr Baumeister Hartwig hat wegen eines Todesfalles in seiner Familie seine Kandidatur Dresden-Land zurückgezogen. An seine Stelle ist Herr Schriftleiter Welcker getreten. —

Abg. Klemm kann aus geschäftlichen Rücksichten sich nicht wieder um das Mandat im Kreise Dresden rechts der Elbe bewerben. Eine Vertrauensmänner-Versammlung stellte deshalb am 8. d. M. Herrn Rentner Tieß (Radeberg) auf.

Pirna. Unter dem Vorsitze des Abg. Lohe berieten am 1. d. M. die Vertrauensmänner die nötigen Wahlvorbereitungen usw.

Magdeburg. In der neuen Neustadt erörterte am 4. d. M. Herr Redakteur Kreuz die Aussichten für Einführung einer Umsatzsteuer. Die verhältnismäßig gering besuchte Versammlung verlief trotzdem sehr anregend.

Aschersleben. Die Vertrauensmänner des Bundes haben beschlossen, gegenüber dem Kandidaten der Nationalliberalen und dem Abg. Bindewald keinerlei Entscheidung zu treffen, sondern sich bei den kommenden Reichstagswahl neutral zu verhalten. Nach der Stimmung im Wahlkreise zu urteilen, werden aber die meisten Bundesmitglieder für unsern Kandidaten eintreten.

Dessau. In unserm jetzt durch den liberalen Dr. Noeske vertretenen Wahlkreise werden die Antisemiten am 16. Juni ihre Stimmen auf den Abg. Liebermann von Sonnenberg vereinigen.

Aus West-Thüringen. In Nr. 502 konnten wir berichten, daß in Gotha der freikonservative Landtagsabg. Beyerbusch (Elberfeld) als gemeinsamer Kandidat des Bundes und der deutschsozialen Reformpartei aufgestellt sei. Herr Beyerbusch hatte sich als Gegenleistung verpflichtet, im Reichstage „wild" zu bleiben und für ein Verbot der Auswanderung ausländischer Juden zu stimmen. Die bindenden Erklärungen hat er aber am 3. d. M. zurückgezogen, so daß damit auch die zugesagte Unterstützung der deutschsozialen Reformpartei hinfällig wird. Unsere Freunde werden nun mit einer eigenen Kandidatur vorgehen.

Greiz. Deutsch-Soziale, Christlich-Soziale, Bund der Landwirte und verschiedene Innungen beschlossen einstimmig, einen eigenen Kandidaten aufzustellen und zwar Herrn Kaufmann Franz Wagner (Greiz), der der christlichsozialen Partei angehört.

Herr Karl Paasch ersucht die „Deutsche Wacht" um die Mitteilung, daß er nicht der Verfasser der Schmähschrift „Herunter mit der Maske" ist.

Breslau. Die Konservativen fahren fort, uns das Leben schwer zu machen. In Pilsnitz mußte eine bereits anberaumte Versammlung unterbleiben, weil der Amtsvorsteher Geheimrat von Woyrsch sich weigerte, die Anmeldung 36 Stunden vorher entgegen zu nehmen, da eine solche drei Tage vorher eingereicht werden müsse. Der Herr Geheimrat möge sich für die Zukunft freundlichst den § 1 des Gesetzes vom 11. März 1850 ansehen! In Karlowitz erklärte der Besitzer des schon gemieteten Saales einige Stunden vor Beginn der Versammlung, daß er seine Räume für die Antisemiten nicht hergebe. Die Versammlungen in Herrnprotsch, Canth, Pohlanowitz und Willow waren dagegen sehr erfolgreich. Unser Kandidat, Herr Dittmer (Strehlen), und Herr Gosch (Breslau), hielten die Vorträge.

Von einem Bündnisse zwischen den Antisemiten und dem Bund der Landwirte fabelu die „Hamb. Nachr.". Die Bundesleitung solle den Antisemiten überall da freie Hand lassen, wo sie jetzt im Besitze der Mandate seien. Um zu beweisen, daß unsre Parteileitung leinerlei derartige Abmachungen mit der Bundesleitung getroffen hat, brauchen wir wohl nur auf die Vorgänge im Königreich Sachsen und im Kreise Marburg hinzuweisen. Wir vermuten hinter dem Gewährsmann der „Hamb. Nachr." denselben Legenden-Erfinder, der auch in der „Schles. Ztg." und im „Hann. Kurier" sein Unwesen treibt.

Alle Halbheit und Lauheit, aber auch jede Rücksicht muß ein Ende nehmen, mit starkem Willen und opferbereit müssen wir aufstehen zu nachhaltiger, zielbewußter Verteidigung, zu notgedrungener Abwehr! In entschiedener Selbstwehr allein liegt unsre Zukunft!

Aus Kurhessen und Waldeck. Die Nationalliberalen in Waldeck-Pyrmont haben ihren Dr. Böttcher endgiltig sollen lassen. Um den verhaßten Antisemiten auszustechen, brachten sie dem Bunde der Landwirte den Kreistag Haas (Offenbach, Main) als gemeinsamen Kandidaten in Vorschlag. Eine sehr stark besuchte Vertrauensmänner-Versammlung des Bundes, die am 8. d. M. in Corbach tagte, erklärte aber mit allen gegen drei Stimmen an der Kandidatur des Abg. Müller festzuhalten. Die Waldeckischen Bauern haben damit die nationalliberalen Bestrebungen in ihrem Lande auf schmerzlose Weise begraben. —

Die „D. Tagesztg." schreibt: „Durch die Presse geht dieser Tage die Notiz, daß der Bund der Landwirte im Wahlkreise Marburg-Frankenberg-Kirchhain durch den Vorstand — einige Blätter nannten speziell Herrn Dr. Rösicke — angewiesen worden sei, die Kandidatur des Herrn Dr. Böckel aufzustellen. — Wir sind in der Lage, authentisch mitteilen zu können, daß an diesen Gerüchten kein wahres Wort ist. Wir hören allerdings, daß Herr Dr. Böckel die Kandidatur im Wahlkreise Marburg-Frankenberg-Kirchhain für den Reichstag wieder übernehmen wird, jedoch ist dies eine gänzlich unparteiische Kandidatur, lediglich aus dem Wahlkreise selbst heraus veranlaßt. Herrn Dr. Böckel an der Uebernahme dieser Kandidatur zu verhindern hat der Vorstand des Bundes kein Recht." Wir bemerken dazu: Der zweite Vorsitzende des Bundes im Kreise Marburg hat in einem gedruckten Rundschreiben die Ortsgruppen aufgefordert, ihm mitzuteilen, ob sie für Böckel oder Wiegand eintreten wollten. Damals war noch keine Rede davon, daß Herr Böckel „aus dem Wahlkreise heraus" wieder aufgestellt werden sollte. Das Rundschreiben wurde erst dann losgelassen, als dem Bunde und den Konservativen zwei Kandidaten davongelaufen waren. Herr Böckel ist Beamter des Bundes und seinerzeit (soviel wir wissen) unter der ausdrücklichen Bedingung angestellt, daß er nicht ohne Zustimmung der Bundesleitung wieder kandidieren darf. Diese hat aber jetzt Herrn Böckel zur Vorbereitung seiner Kandidatur beurlaubt und Herr Böckel will nach dem erwähnten Rundschreiben kandidieren, „falls er seine Stellung beim Bund der Landwirte behalten kann". Der gewöhnliche Menschenverstand kann hierin nur eine ausdrückliche Billigung der Kandidatur Böckel durch den Bundesvorstand finden. Der Bund der Landwirte gestattet also einem seiner Beamten einem verdienstvollen Mitglieds und Bezirksvorsitzenden entgegenzutreten. — Herr Wiegand läßt sich durch diese Vorkommnisse natürlich nicht abhalten, weiter zu arbeiten. Zuletzt sprach er in Elmelrod, Böhl, Höringhausen und Altenlotheim (Kr. Frankenberg). Bemerkenswert war in Höringhausen das Verhalten der Juden. Nachdem der Lehrer Alexander zum größten Schrecken seiner Stammesgenossen sich furchtbar blamiert hatte, ließ Herr Süssel Löwenstern „unsern Kandi-

Digitized by Google

daten von Gerlach" hochleben. In diesen Hoch auf den nationalsozialen Herrn stimmen aber leider nur . . . Juden ein! Das hat Herr von Gerlach wirklich nicht verdient. —

In Kassel-Melsungen kann unser Kandidat, Herr Wilh. Schad (Hamburg), auf eine Anzahl bestens verlaufener Versammlungen zurückblicken und zwar in Wehlheiden, Oberkaufungen, Niederkaufungen, Beiseförth, Heinebach, Wollrade, Körle und Altmorschen. Die Nationalliberalen rührten sich nicht und die Genossen machten sich höchstens einmal durch Zwischenrufe bemerkbar.

Frankfurt (Main). Zu Ehren des Barschieden unsers „Deutschen Vereins", Herrn Leutnant a. D. Wolff, der dieser Tage seine silberne Hochzeit feiert, wird am 14. d. M. im „Kölner Hof" ein gemeinschaftliches Festessen veranstaltet. Die Beteiligung der Parteifreunde wird bei der Beliebtheit des Herrn Wolff und seiner Frau Gemahlin eine sehr zahlreiche werden.

Braunschweig. Im ersten Bolksreise unsers Herzogtums werden die Anhänger der deutschsozialen Reformpartei ihre Stimmen auf Herrn Obermeister L. Schumann (Berlin) vereinigen. Auf einen großen Erfolg ist gegenüber dem Terrorismus der Sozialdemakratie nicht zu hoffen, wir betrachten aber diese Sammlung unsrer Freunde als eine Vorarbeit für künftige Zeiten.

Swinemünde. Herr Obermeister L. Schumann (Berlin) sprach im weiteren Verlauf seiner Werbereise durch unsern Wahlkreis am 30. v. M. in Neuwarp, wo er in den Fischern und Handwerkern dankbare Zuhörer fand. Am 1. d. M. fand dann eine kleine Versammlung in Ostswine und am nächsten Tage hier eine größere statt. Die zahlreichen Anwesenden folgten dem Vortrage des Redners mit gespannter Aufmerksamkeit und brachen am Schluß in jubelnden Beifall aus. Ein „liberaler" Handwerksgenosse des Herrn Schumann wurde von diesem kräftig abgefuhrt. Mit einer Versammlung in Usedom am 3. d. M. verabschiedete sich unser unermüdlicher Werbekämpfer vorläufig von uns. Unser Kandidat, Herr Dr. Schröder (Poggelow), und der Arzt Liebermann von Sannenberg bereiten augenblicklich den Kreis Ulebom-Wollin.

Flensburg. Herr Fr. Raab (Hamburg), der so wenig Aussicht haben sollte, wird nun endlich auf einstimmigen Beschluß der Vertrauensmänner des Bundes der Landwirte auch von diesem „mit ganzer Energie" unterstützt. Aus den oft recht lebhaften Berichten, die man in den Berliner „nationalen" Blättern finden konnte, ist nun weiter nichts herausgesprungen, als daß die Nationalliberalen trotz unsers wiederhalten Entgegenkommens heute noch immer . . . seinen Kandidaten haben. Bisher sollten wir durch unser Festhalten an Herrn Raab den Wahlkreis den Danen ausgeliefert haben und jetzt heißt es: Raab hat durch den Beschluß des Bundes wohl Aussichten in der Hauptwahl, aber keine in der Stichwahl. — Sollte also Herr Raab mit dem Dänen aber dem Sozialdemokraten in die engere Wahl kommen, werden demnach die Nationalliberalen für einen von diesen beiden stimmen, denn anders läßt sich jener Satz doch wohl nicht verstehen. Das wird man sich zu merken haben!

Hamburg. Den Liberalen ist die widerrechtliche Giltigkeitserklärung der Bürgerschaftswahlen in Barmbeck doch in die Knochen gefahren. Um der Sache einen Schein von Recht zu geben, veranstalteten sie eine Zusammenkunft, zu der nur Mitglieder ihrer Vereine Zutritt hatten. Zur besseren Vernichtung der bösen Antisemiten waren die Herren F. Raab, A. M. Jacobsen und Edm. Jacobsen besonders eingeladen. Diese nahmen denn auch kein Blatt vor den Mund, und als zum Schluß eine Vertrauensentschließung für die liberalen Bürgerschafts-Mitglieder vorgelegt wurde, fiel sie mit 35 gegen 28 Stimmen durch. Die Verblüffung der Herren war groß, sie wird aber die zu Unrecht ihr Amt ausübenden beiden Bürgerschafts-Abgeordneten nicht hindern, ihr Mandat weiter zu behalten. —

Für die drei Wahlkreise unserer freien und Hansestadt ist Herr Fr. Raab als Zählkandidat aufgestellt worden.

München. Der Deutschpöbltische Verein „Odin" hat sein Vereinslokal in die Pschorrbierhalle, Neuhauserstr., verlegt, wo jeden Montag Abend Vereinssitzungen stattfinden. Gesinnungsgenossen sind stets willkommen! Zuschriften an den Verein bittet man nach dem neuen Vereinsheim zu richten.

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Wegen Verletzung der Sittlichkeit wurden gestern verhaftet: Julius Heimann aus Niederlangenau (Kr. Görlitz), Hermann Adamowsky aus Görlitz und Jakob Leib aus Trier.

Einen niederträchtigen Betrug führte der Fleischergeselle Jakob Herz in Hannover aus. Er kam eben aus dem Gefängnis, wo er schon wiederholt wegen Diebstahls gesessen hatte, und schwindelte einigen Gesellen vor, er sei von Amerika geschickt, um gehn Fleischer nach dort anzuwerben. Insolge seiner Versicherungen versetzten eine Anzahl Gehilfen ihre Sachen zur Beschaffung von Reisegeld für sich und Herz. Da sich der Schwindel aber bald herausstellte, steckte man Herz ein und brummte ihm weitere drei Monate Gefängnis auf.

Irrkunig will der wegen Unterschlagung usw. in Untersuchungshaft sitzende Agent Löwenstein in Hannover sein, wesdhalb man ihn zur Beobachtung nach Hildesheim überführte. Merkwürdig, daß unter Juden stets an ihrem gesunden Verstande gezweifelt, wenn sie bei einer Gaunerei ertappt werden!

Eine unglaubliche Züchtigung auf den entblößten Unterkörper ließ der Gymnasial-Dir. Alfred Aldenberg seinem lediglehnsfähigen Lehrlinge zu teil werden, und zwar nach Geschäftsschluß in einem entlegenen und abgeschlossenen Zimmer. Der treue Lehrherr hat für diese Mißhandlung hundert Mark Geldstrafe zu zahlen.

Sittliche Taten. Ein zweimal wegen Körperverletzung und einmal wegen Betrugs vorbestrafter jüdischer Pferdehändler hatte in Margonin zweimal gewaltsam eine siebzehnjährige Lehrerstochter. Im Wirtshause rühmte Herr Louis Hirsch aus Kolmar (Posen) sich noch seiner That. Wegen Beleidigung erkannte das Gericht gegen den sittlichen Hebräer nur auf drei Wochen Gefängnis. Wie erinnern an den Fall Bleichröder, daß ein italienischer Gipsfigurenhändler in Dresden sechs Monate Gefängnis bekam, weil er ein jungen Mädchen widerrechtlich gekißt hatte! —

Wegen Verbreitung und Feilhaltung unsittlicher Schriften muß der Buchhändler Hamburger zu Flensburg vier Monate brummen und dreihundert Mark Geldstrafe zahlen. —

Der in Nr 506 an dieser Stelle erwähnte Kaufmann Kay aus Königsberg (Pr.) erläßt eine öffentliche Erklärung, wonach alle Gerüchte über ihn unwahr sind, da gegen ihn bei der Staatsanwaltschaft nichts vorliege. Die Nachricht von der Verhaftung des Herrn Kay war mit allen Einzelheiten seit durch die gesamte Presse des Ostens gegangen. Selbst die sozialdemokratische „Volkswacht" in Königsberg (Pr.) hatte davon Kenntnis genommen. Alle das möglich sein konnte, obwohl die Geschichte nicht wahr ist, scheint uns wenig wahrscheinlich!

Wegen Wechselfälschung in zwanzig Fällen verurteilte die Strafkammer zu Wronberg den Händler Selig zu dreijähriger Zuchthausstrafe und neunhundert Mark Geldstrafe. Selig fertigte im vorigen Jahre, um sich Geld zu verschaffen, zwanzig Wechsel an, verlah sie mit den Accepterweweln von Händlern, Trockenlegern, einen Trockenkastwerk und eines in Wirklichkeit nicht vorhandenen Namens und gab sie an den Bankschwindler weiter. Als seine verbrecherischen Machenschaften wurden, flüchtete er nach Amerika, kam aber nach einigen Monaten von dort zurück und stellte sich selbst dem Gerichte.

Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat.

In der Zeit vom 1. bis einschl. 15. Januar 1898 wurde über folgende Firmen usw. der Konkurs eröffnet:

Handelsmann Abraham Bieß zu Berlin, Reinickendorferstr. 6 und Brunnenstr. 6. — Kurzwarenhändler Jacob Feldblum zu Chemnitz. — Kaufmann S. Rosenberg zu Dahlhausen (Ruhr). — Kaufmann Hermann Bernhard Schlesinger zu Meerane (Sa.). — Kaufmann Will Hirsch zu Berlin, Lothringerstr. 25. — Kaufmann Siegfried Mandelbaum zu Breslau, Höfchenstr. 50. — Handelsfrau J. Blum zu Siegburg. — Kaufmann Hermann Fürst zu Solingen. — Händler Moritz Jaffe zu Berlin, Rolenthalerstr. 68. — Kaufmann Willy Stein, I. Fa. Modebazar Guttmann Nachf. zu Berlin, Landsbergerstr. 96 und Weißenburgerstr. 30. — Kaufmann Moses Fürstenau Berlin, Potsdamerstr. 105a. — Kaufmann Louis Rosenberg zu Berlin, Bergmannstr. 20. — Kaufmann Max Salomon zu Bischofswerder. — Frl. D. Goldstand zu Hohensteim (Opr.). — Kaufmann Israel Pursich zu Zittau. — Lederwarenfabrikant Heinr. Weinberger zu Berlin, Dragonerstr. 15. — Kaufmann Simon Jacobi zu Berlin, Kaiserstr. 28. — Kaufmann Julius Moritz zu Berlin, Besserstr. 11. — Kaufmann Martin Levi zu Ruhrort. — Fabrikant Samuel Pines zu Reichenbach (Schles.). — Schuhwarenhändler Moritz Hofenfeld zu Mühringen (Bpr.). — Kaufmann Max Goslner zu Stettin, Berlinerstr. 41/42. — Kaufmann Louis Abraham zu Dramburg. — Kaufmann Moritz Bütow zu Rixdorf.

Aufgehoben wurden in derselben Zeit nachfolgende Konkurse:

Kaufmann Emil Salomon, i. Fa. Emil Salomon & Co. zu Hannover (Zwangsvergl.). — Kaufmann Daniel Friedenstein zu Berlin, Friedrichsgrachtstraße (Zwangsvergl.). — Kaufmann May Meyerstein zu Frankenhausen, Kyffh. — Kaufmann E. Aronstein zu Frankfurt, Main, neue Krämer 7 (mangels Masse!). — Kurzwarenhändler Heimann Levy zu Mannheim (Zwangsvergl.). — Kaufmann Zidor Cohn zu Bischofswerder (Zwangsvergleich). Aron Kronenberger zu Hoppstädten, Birkenfeld. — Lazarus und Esther Leiser zu Trove bei Düren (Zwangsvergl.) — Kaufmann Moses genannt Moritz Staatz zu Beleield (Zwangsvergl.). — Kaufmannsfrau Cohn, i. Fa. Handlung G. Rosenbaum zu Köslin (Zwangsvergl.). — Kaufmann Mathes Simonsohn zu Berlin, Königstr. 31 (Zwangsvergl. i. — Handels-

Digitized by Google

geselischaft Moritz Oppenheimer zu Berlin, Königstr. 37 (Zwangsvergl.). — Handelsmann Jacob Lebensbaum zu Soly (Hessen). — Kaufmann David Wolff zu Nattheicken (Zwangsvergl.). — Kaufmann Max Kronheim zu Berlin, Steinmetzstr. 28. — Bertha Reich, geb. Freund, i. Fa. S. Reich & Co. zu Berlin, Jerusalemstr. 56. — Geschäftsagent Theodor Bloch zu Straßburg, Elisab. Große Spitzengasse (Zwangsvergl.). — Schuhmarenhändler Moritz Süßkind zu Köln. — Kaufmann Moritz Rosenwald zu Berlin, Friedrichstr. 204. — Kaufmann Victor Levy zu Remagen (Zwangsvergl.). — Kaufmann Isaac Danziger zu Rostock, Mecklenburg.

Jüdische Ritter, Kommissions- und Kommerzienräte usw.

Verliehen wurde: dem Hof-Militärschneider Adolf Weiner zu Pest das Verdikat als Kgl. preuß. Hoflieferant;

dem Generaldirektor Julius Deutsch zu Ofenpest der Österreich-Kaiserl. Orden der Eisernen Krone dritter Klasse;

dem Geh. Kommerzienrat Jul. Schwabach zu Berlin das Großkreuz des Kaiserl. österreich. Franz Joseph-Ordens;

demselben das Großkreuz des Ordens der Kgl. italienischen Krone;

dem Kgl. sächs. General-Konsul Bankier Frhrn. von Oppenheim zu Köln (Rhein) das Großoffizierkreuz des Kgl. italienischen St. Mauritius- und Lazarus-Ordens;

dem General-Direktor der Aktien-Gesellschaft Ludwig Loewe & Co., Isidor Löwe zu Berlin der Kgl. spanische Militär-Verdienst-Orden dritter Klasse.

•

In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen: Rechtsanwalt Simon Herbolzheimer zu Nürnberg; Assessor Max Levy zu Berlin; Assessor Dr. Theodor Abraham zu Berlin; Assessor Dr. Oskar Cohn zu Berlin; Rechtsanwalt Max Hirschberger zu Tegernsee; Rechtsanwalt Alexander Cohn zu Berlin; Rechtsanwalt Benno Stahl zu Berlin; Rechtsanwalt Dr. Leo Lachmann zu Berlin.

Neue Bücher.

(Alle hier angezeigten Schriften sind durch unsere Geschäftsstelle, sowie durch jede Buchhandlung zu beziehen.)

Wohin gehen wir in die Sommerfrische? Immer mehr verbreitet sich bei den Stadtbewohnern der Gebrauch, Sommerfrischen aufzusuchen: man will anstatt grauer Gebäude und rauchender Schornsteine grüne Wälder und blumige Wiesen sehen, statt des Rasselns der Wagen den Gesang der Vögel vernehmen und ländliche Ruhe genießen. Der Freund des Bergsteigens sehnt sich nach einem Gebirgsdorf, ein anderer zieht bequeme Spaziergänge vor, ein dritter schwärmt für Fluß und See, einem vierten ist nichts so verlockend als wohlgeger Rudelbusch. Dabei wünscht man billiges, doch behagliches Unterkommen, leidliche Kost, umgangsmenen Verkehr mit den Ortsbewohnern und andern Sommergästen. Nach hervorragenden Sehenswürdigkeiten und teuren Vergnügungen verlangt man nicht.

Wo aber findet man solche Orte?

Um allen, die sich nach einer wahren Sommerfrische sehnen, einen zuverlässigen Ratgeber zu bieten, wird von dem Woerishen Reisebücher-Verlag in Würzburg und Leipzig die Herausgabe eines Werkchens geplant, das den Titel führen soll: „Wohin gehen wir in die Sommerfrische?“ Reiches Material hierzu ist bereits gesammelt; dennoch dürfte mancher regende Ort unberücksichtigt geblieben sein. Der Herausgeber richtet an alle, die auf eigener Erfahrung beruhende Notizen geben können, die Bitte, ihm in seinem Unternehmen zu unterstützen und ihm Angaben zu machen über: Lage des Ortes, Wohnungsverhältnisse, Beköstigung, Preise, Umgebung usw. (selbstverständlich ohne Verbindlichkeit).

Jede diesbezügliche Mitteilung ist an Woerls Reisebücher-Verlag zu richten und wird mit Dank entgegengenommen.

Im Verlage von Walther Fiedler zu Leipzig ist das erste Monatsheft der „Internationalen Ausstellungsrevue“ erschienen. „Allgemeine Ausstellungsrundschau“ würde zwar dasselbe sagen, indessen wollen wir darüber nicht rechten, da das Blatt durch den reichen Inhalt seinen Nebentitel: „Handels- und Ausstellungsblatt, Organ für Erfindungen und Neuheiten, Erste Fachzeitschrift für Ausstellen und Ausstellungsreklame“ durchaus rechtfertigt: Zum Gelesene; der „praktische“ Nutzen der Ausstellungen, Ausstellungen April—Dezember 1898; Ausstellungskalender 1898; Ausstellungen 1893—97; Ausstellungsmarken; nachrichten; Ausstellungsschwindel (aus.. Jerusalem!) Erfindungen, Neuheiten und kurtige Berichte.

Mehr kann man offenbar von der ersten Nummer einer ganz neuartigen Zeitschrift nicht verlangen; und der Name des Leiters, Emil Thomas, bürgt dafür, daß er auch für dies Blatt wie für seine „Internat. Litteraturberichte“ weiterhin tüchtige Kräfte gewinnen wird.

Somit sei das Blatt, das jährlich nur 4, für Ausland 5 M. kostet, den Handels- und Gewerbe-Treibenden bestens empfohlen!

W. Rudow.

Wahlverein Berlin der deutschsozialen Reformpartei.

Alle Zuschriften über Vereinsnachrichten usw. sind für die Folge nur an Herrn Oberstleutnant a. D. von der Planitz, Berlin, Fennstr. 52/53, zu richten. Insbesondere werden die Herren Abteilungs-Vorsitzenden aufgefordert, rechtzeitig die nächsten Abteilungs-Versammlungen anzuzeigen. —

Unsre Mitglieder werden dringend gebeten, die fälligen Beiträge bei ihren Angehörigen usw. zu hinterlegen, damit dem Vertrauensmann vergebliche Wege erspart bleiben. Sollte der Vereinsbote im Laufe des Monats versehentlich einmal nicht erscheinen, bitten wir, den Beitrag unter Abzug des Portos, durch die Packetfahrt an den Hauptkassierer, Herrn Rieschel, Willibald-Alexisstr. 27 zu senden. —

Beschwerden über unrichtige oder verspätete Zustellung dieser Blätter, die allen unsern Mitgliedern an Stelle des eingegangenen Nachrichten-Blattes regelmäßig jede Woche zugehen müssen, sind lediglich bei Herrn A. Strumpf, Berlin SW., Wilhelmstr. 27, anzubringen. Darthin ist auch ungesäumt jeder Wohnungswechsel anzuzeigen, da sonst auf eine pünktliche Zustellung unsers Vereinsblattes nicht gerechnet werden kann. —

Der Schluß der Hauptversammlung fand am 6. d. M. statt. Zuerst wurde der Antrag — Kolshorn — Errichtung einer Sterbekasse — bis nach den Wahlen zurückgestellt. Über die Wahlen selbst berichtete der Vorsitzende, Herr L. Schmitz, daß im Reiche alles im guten Fortgange begriffen sei. Allgemeine Entrüstung erregte die Mitteilung von der Kandidatur Böckels in Marburg. Der Vorsitzende machte es den Mitgliedern zur Pflicht, auf alle Fälle für einen guten Erfolg in den beiden in Berlin in Angriff genommenen Wahlkreisen zu sorgen und vor allen Dingen jetzt alle persönlichen und kleinlichen Gegensätze aus dem Spiele zu lassen, damit in der Reichstagsaufstadt endlich etwas positives geschaffen werde. Herr Oberstleutner Schumann stellte sich für den fünften Wahlkreis für acht Vorträge zur Verfügung. Zum Schluß übergab Herr Schmitz für die nächste Zeit dem dritten Vorsitzenden, Herrn Oberstleutnant a. D. von der Planitz, Fennstr. 52/53, die Geschäfte, da er in Wahlangelegenheiten längere Zeit von Berlin abwesend sein wird. Alle Zuschriften sind deshalb vorläufig an Herrn v. d. Planitz zu richten.

Briefkasten der Schriftleitung.

Antrage Es wünscht jemand zu wissen, wo die Broschüre „Interessante Abstimmungen der Fortschritts- und freisinnigen Presse“ erschienen oder zu haben ist. Für eine baldige Nachricht wären wir recht dankbar.

F., Kassel. Besten Dank! Wird besorgt.

H., Dortmund. Der Bericht des Blattes ist frei erfunden. Vergl. heutige Nummer.

H., Bochum. Wie ich schon wiederholt an dieser Stelle mitgeteilt habe, sind die Inhaber Deutsche. Weshalb wollen Sie Ihren Bedarf nicht dort decken, sondern ein den Mittelstand ruinierendes Warenhaus unterstützen? Aufserdem sind die Waren in diesem Geschäfte sehr teuer. Heil!

B.

Empfangs-Bescheinigung.

Für den Wahlfonds gingen ein beim Kassenwart Dr. Wiesbaden (Hamburg.): Von E. K. in Str. i. E. für Nimtein-Hofgeismar 40 ℳ; R. A. Groeger, Schneidnitz 20 ℳ; deutschsoz. Reformverein für Pirmasens u. Umg. 25 ℳ; deutschsoz. Reformverein Delitzsch 50 ℳ, Zinnlik, 4 Wochenrate, 10 ℳ; A. H., Neuhaldensleben, 1,50 ℳ; H. G., Altenburg, 3 ℳ; Drei Grazien 8 ℳ; H. v. W., Schleswig, 6,05 ℳ; G. L., B . . . ch, 8 ℳ; durch Briefmarkenverkauf 7,65 ℳ; W. B. in M. 4 ℳ; K. K., Hamm, 7,50 ℳ

Für die Bücherei des Antisemiten.

Germaniens.

Die Bank- und Bankiers-Diebstähle und die Aufklärung von Eigentum und Besitz in Scheinbefitz.

Preis 1,50 Mark.

Zu beziehen durch die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstr 27. Bei vorheriger Einsendung des Betrages (deutsche und österreichische Marken werden in Zahlung genommen) erfolgt portofreie Lieferung.

Digitized by Google

Deutsche Schänke

von **Ad. Klemm**
Leipzig, Poststraße 20

empfiehlt **kräftigen Mittagstisch** und **gute Biere.**

CAFE MERKUR

Leipzig
An der Pleisse 8.

300 Zeitungen, Depeschen u. Kursberichte, Stäcks-Adressbücher v. Berlin, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Hamburg-Altona, Halle a. S., Paris, sowie Handels-Adressbücher aller grösseren Staaten liegen zur gefl. Benutzung aus.

Jeden Vormittag Bouillon und Pasteten.

Geöffnet bis morgens 1/4 4 Uhr.

Hochachtungsvoll
W. Rühlemann.

Heinrich Thiessen,

Telephon Amt I, 2221.
Schneidermeister
Brühl 23 (Blauenscher Hof), Tr. A, II, **Brühl 23**
liefert **nur nach Maß** und nur **gegen bare Zahlung**, aber dafür zu den billigsten Preisen elegante Anzüge von 42—75 M., Sommer-Überzieher von 36—55 ℳ unter Garantie für gute Arbeit und guten Sitz. **Großes Stofflager.** Lieferzeit: Auf Verlangen in 24 Stunden. Bei Selbstlieferung des Stoffes rechnet für einen Anzug nur 27 ℳ.

Bad Kissingen

Logierhaus Renner

jenseits der Saale
Gartner Straße 24
empfiehlt schön frei gelegene Wohnungen zu billigen Preisen.
Neu angelegter großer Garten.

Deutscher Krug.

Antisemiten-Kneipe, Chemnitz,
Lohgasse 3, Parterre und 1. Etage.
Ausschank:
Böhmisch, Lichtenhainer, Tuchersches Dunkel und Pschorrbräu.
Speisen verzügl. Flotte Bedienung.
Hochachtungsvoll **Emil Krug.**

Weltruf

haben wellf. Fleischwaaren
feinste wellf. Schinken 1,00 ℳ p. Pfd.
„ „ Cervelatw. 1.30 „ „ „
„ „ Schinkenw. 1.20 „ „ „
„ „ Plockw. 1.15 „ „ „
„ „ Mettw. 0.95 „ „ „
(beste Räucherung).
Garantie Zurücknahme
J. Bartscher, Nieberg, Westf.

Sämtliche

Delikatessen, Südfrüchte, Gemüse-Konserven, frische, geräucherte, gesalzene, marinierte und konservierte Fisch- u. Seefische, ff. Wurst- u. Fleischwaren versenden in Waggons, Bahn- und Postsendungen p. Nachnahme
Markwerth & Co.
Magdeburg.

Wein-Groß-Handlung,

Import von Rum, Arrac, Cognac, von

Etiquette mit Schutzmarke.

Jede Flasche trägt diese

Berlin NW., 1 Stendaler-Straße 1.
Fernsprecher: Amt Moabit 1576.
Gestiftet 1877.
1893er u. 95er Rhein- u. Moselweine,
2. Fl. oder p. Ltr. von 70 Pf. an.
1885er u. 86er Bordeaux-Weine von 1 M. an, sowie Ungarische in- und ausländische Weine alter, zu billigen Preisen. Für absolute Reinheit garantieren
Schmitz & Co.
Kleine Proben und Preisliste umsonst.

Deutsche Bürger
und Bauern

denkt euern Bedarf an **Wein** direkt beim Winzer, nicht beim jüdischen Schmierer und Pantscher! Empfehle meine selbstgezogenen reinen Weine in Flaschen und im Faß zum billigsten Preise. Proben umsonst.

Johann Schmitt-Fels,
Heddesheim b. Bingerbrück (Rhein)

Ludwigs

ℳ **Magenwasser**

ein feiner Likör besonders nach Einnahme von Speisen sehr zu empfehlen. In Fässchen à Ltr. Mk. 1.30, in 1/2 Literflaschen à Mk. 1.50 excl. Flaschen und Fässchen.

Ludwigs Magenwasser- und Likörfabrik
Inh.: Herm. Ludwig
Clingen-Greussen.

Seiler-, Bürsten-, Besen-,

Dentil u. **Pinselwaren** Engros
Spezialität: **Pößner-Waren.**
Oscar Mühler, Windm.-Str. 25.

Erprobte
Herrenstoffe

zu Anzügen und Paletots. Prachtvolle neueste Musterwahl franko.

Wilhelm Bætzkes, Düren 1. *(Christl. Tuchversand.)*
Anerkannt beste und billigste Bedienung.

Das Judentum im Hopfenhandel

von **Dionys Danzer**
Preis 50 Pf.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung, sowie gegen vorherige Einsendung des Betrages in Marken (solche aller europ. Länder werden in Zahlung genommen) unmittelbar vom Verleger

Herm. Beyer, Leipzig. Königsstr. 27.

Stoffe zu Anzügen PALETOTS etc. versendet

Unerreicht billige Preise!
Beweis: Vergleich mit anderen Collectionen.
Reich haltige Musterlendung unberechnet und portofrei an Jedermann.
in TUCH, Buckskin, Kammgarn, CHEVIOT etc. Meter 2-15 Mark.
Auf Wunsch Lieferung aller erforderlichen Futterstoffe und Zuthaten.
Versand durchaus reell!
Beweis: ca. 5000 Anerkennungsschreiben aus dem Kundenkreise.
CHRISTIAN GUNTHER
Tuchversandgeschäft
LEIPZIG-PLAGWITZ

Tapeten. Linoleum.

Nur beste Fabrikate.
Muster frei. — Bei Mehrbedarf hohen Rabatt. — Muster frei.
Stirnemann & Krausche,
LEIPZIG.
Zwei Geschäfte:
Geismaische, Ecke Salomonstr. — Peterssteinweg, Ecke Peterskirchhof
Gefl. Adresse genau beachten! Hinter der Reichsbank, Gebaus Peterstor

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königsstr 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe in Berlin NW. 5, Kruppstr. 13 p.
Druck: G. Reusche in Leipzig.

Digitized by Google

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Leipzig, 19. Mai 1898. Nr. 509.

Innerpolitisches.

Karlchen Mießnick, der ewige Untergquartaner des Kladderadatsch ist in die Redaktion der „Kreuz-Zeitung" eingetreten und hat dort in Nr. 221 einen Leitartikel über den „Wahlaufruf der deutschsozialen Reformpartei" verbrochen. Er reißt einige Sätze aus den Zusammenhange und versucht seinen Quartaner Witz daran.

Zunächst scheint es ihm bemerkenswert genug, daß die Unterschriften des Aufrufes in der Reihenfolge Zimmermann-Liebermann vollzogen seien. Ja, Karlchen, wenn zwei ein Schriftstück unterzeichnen, muß einer doch vorn sein. Das ist aber bei uns nicht so verstehen wie in Quarta, wo die Plätze nach dem letzten Extemporale verteilt werden. Weiter meint Karlchen: die Antisemiten hätten den übrigen Parteien diesmal den Portritt gelassen, um aus deren Aufrufen die „Rosinen" für den eigenen Kuchen herauszunehmen, er unterläßt es aber, diese Behauptung durch Beispiele zu unterstützen. Denn wenn er am Ende seiner Schreiberei noch einmal das Gleichnis wiederholt und den Antrag gegen unbeschränkte Juden-Einwanderung als Rosine aus dem konservativen Wahlkuchen bezeichnet, so vergißt er dabei, daß er Eingangs behauptet hatte, wir hätten aus den Wahlaufrufen der anderen Parteien die Rosinen herausgenommen, um unsern Kuchen damit zu würzen. Im Wahlaufrufe der Konservativen sieht aber nichts von Juden-Einwanderung. — Ein zutreffenderes Bild würde es sein, wenn man jenen Antrag als eine von der konservativen Partei im Stiche gelassene, von uns neu besetzte und verteidigte Schanze bezeichnen wollte. —

Ferner vermißt der junge Mann in unserm Wahlaufruf „große Grundgedanken" und meint, er trüge „einen wesentlich negierenden Charakter". Damit stimmt allerdings wenig, daß er wenige Zeilen später richtig betont, der Aufruf trüge „einen rein wirtschaftlichen Grundzug". Wir vermuten, der hoffnungsvolle Untergquartaner hat hier ein Fremdwort benutzt, dessen Sinn er nicht versteht. Denn „Abschluß neuer, dem deutschen Volke nützlicher Handelsverträge, Schaffung einer wirklich nationalen Reichsbank, Schutz der deutschen Landwirtschaft vor den Erzeugnissen russischen und amerikanischen Raubbaus, Wahrung des Hausrechts gegen ausländische Juden, Verbot der Einfuhr ausländischer Fleischprodukte, Schutz aller ehrlichen deutschen Arbeit in Stadt und Land, Erhaltung des Reichstagswahlrechtes, Ausbau des Vereins- und Versammlungsrechtes," alle diese in unserm Wahlaufrufe enthaltenen Forderungen sind positiver und nicht negativer Art.

Was aber den angeblichen Mangel an „großen Grundgedanken" betrifft, so haben wir, um nicht in unnötige Wiederholungen zu verfallen, im Aufrufe auf unser Programm verwiesen, worin unsre Grundsätze entwickelt sind; die konservative Partei hat ihren Aufruf hergestellt, indem sie einige Grundsätze ihres Programms einfach abschrieb und sich über alle Einzelfragen ausschwieg. Ob man es so oder so machen soll, ist lediglich eine Zweckmäßigkeitsfrage.

Die Thatsache, daß die konservative Presse sich oft und zwar mit Recht gegen die frühere Kartellpolitik und gegen den Mißbrauch ausgesprochen hat, den die nationalliberale Partei mit dem Worte „national" für Wahlzwecke oftmals trieb, hindert den Leitartikel nicht, denselben Gedankengang bei uns zu bekämpfen. „Logik haben wir noch nicht in Untergquarta" kann Karlchen hier als Entschuldigung allerdings anführen. Aber die folgenden Zeilen setzen allem die Krone auf:

> Es nimmt sich daneben sehr eigentümlich aus, daß der antisemitische Wahlaufruf fernerhin behaupten, die Reformpartei glaube „die beste nationale Politik zu treiben", wenn sie empfehle, die Wahlkandidaten in erster Linie auf ihre Stellung zu den wirtschaftlichen Schäden der Zeit zu prüfen. Das ist nämlich eine Politik, die derjenigen, welche Fürst Bismarck empfiehlt, schnurstracks zuwiderläuft. Die Frage aber, wo die beste nationale Politik zu treiben wohl bessere Gewähr biete, der Eiserne Kanzler oder die Herren Zimmermann v. Liebermann, wird in der Wählerschaft nur eine Antwort finden, die nicht zu Gunsten der antisemitischen Führer ausfällt.

Wir drucken den besseren Verständnisses halber die Stelle des antisemitischen Wahlaufrufes, um die es sich hier handelt, ab. Sie lautet:

„Auf Grund der Überzeugung, daß nur ein in seinen verschiedenen Erwerbsgruppen wirtschaftlich gesundes Volk die Macht des Deutschen Reiches nach außen und seine Blüte im Innern dauernd zu gewährleisten vermag, glauben wir die beste nationale Politik zu treiben, wenn wir den Wählern empfehlen, die Wahlkandidaten in erster Linie auf ihre Stellung zu den wirtschaftlichen Schäden der Zeit zu prüfen."

Das soll also, nach Karlchen Mießnick „eine Politik sein, die derjenigen, welche Fürst Bismarck empfiehlt, schnurstracks zuwiderläuft".

Danach müßte also Fürst Bismarck empfohlen haben, die Wahlkandidaten vornehmlich und zuerst auf ihre Zugehörigkeit zu einer politischen Richtung zu prüfen. Wie erinnern uns aber seines bekannten Wortes: La recherche de la fraction est entredite. Karlchen möge sich das durch die Herren Löck und Kropatschek (wir nennen die geistigen Leiter der „Kreuzzeitung" in dieser Reihenfolge) verdeutschen lassen.

Nach dieser Musterleistung macht der jugendliche Politiker noch einige weitere Scherze. Er nennt es eine unrichtige Behauptung, daß seine andre Partei außer uns die Verfassatschung der Reichsbank offen und frei vertreten habe und nimmt dies Verdienst besonders für die konservative Partei in Anspruch. Wir geben ihm dies für eine ziemlich weit zurückliegende Vergangenheit zu. In der Gegenwart aber, besonders im gegenwärtigen Wahlkampfe, verlagen die Konservativen in dieser wie in manchen andern wichtigen Fragen vollkommen. So gab es auch eine Zeit, wo der Jude als „Bedrücker und Ausbeuter des schaffenden Volkes" auch in der „Kreuzzeitung" angeredet wurde. Heute bezeichnet Karlchen Mießnick diese Ausdrücke in unserm Aufrufe als „der Sozialdemokratie entlehnte Schlagworte".

Auch was über die von uns mehr als von den alten Parteien betriebene Verbreitung unsers Programms im Aufrufe gesagt ist, wird in der „Kreuzzeitung" als unrichtig angegriffen. Die konservative Partei verbreite auch ihr Programm „fortgesetzt in hundertausenden von Exemplaren".

Da wird also viel Porto weggeworfen, denn 100000 Kreuzbänder kosten 3000 Mark. Wir verteilen das Aufrufe jahraus, jahrein in hunderten von zahlreich besuchten Versammlungen. Das ist billiger und wirksamer. Aber dazu muß man freilich erst Versammlungen und Zuhörer haben. Recht kindlich ist der Einwand gegen unsre Feststellung, daß „von allen Parteien die deutschsoziale Reformpartei allein die Caprivischen Handelsverträge geschlossen bekämpft" habe.

„Im Jahre 1891 bezw 92", meint die „Kreuzzeitung", „hat es noch keine „Reformpartei" gegeben, damals saßen im Reichstage im ganzen fünf wilde Antisemiten, von denen zur Zeit nur 3 der Reformpartei angehören."

Wird damit etwa die Thatsache widerlegt, daß jene fünf „wilden" Antisemiten sämtlich gegen die Handelsverträge stimmten, wie sie es dann später als Partei auch geschlossen thaten?

„Zum Schlusse entschlüpft der Feder Karlchen Mießnicks das Geständnis: „Wenn man nur erst einmal wüßte, was die Reformer unter Reformen verstehen." — Ja, Karlchen, mancher lernt's nie. Der Mittelstand in Stadt und Land hat es aber schon längst begriffen, weil unser Programm sich darüber in klarer Weise ausspricht. Für Leute, die niemals die geistige Reife für Obergquarta erreichen, ist es allerdings nicht geschrieben.

Digitized by Google

Parteinachrichten.

Dresden. Durch eine große Versammlung wurde am 13. d. M. die Wahlarbeit in Dresden links der Elbe eingeleitet. Beinahe zweitausend Personen lauschten den Worten des Abg. Zimmermann. Unter lebhafter Zustimmung erklärte Redner u. a.: „Hatten früher alle Gesetze einen semitischen Geist, so kann man von denen im Laufe der 90er Jahre geschaffenen behaupten, daß sie von antisemitischem Geiste durchdrungen sind. Man fragt so oft: Was haben die Antisemiten geleistet? Es ist möglich gewesen, daß durch unsern Eintritt die Gesetzgebung mehr und mehr von einem neuen Geiste durchweht wurde, das ist der Anfang, der uns zum Ziele führen muß. Erst müssen die alten Gesetze beseitigt werden, um dann neue Gesetze zum Schutze der produktiven Arbeit schaffen zu können."

Der Inhalt des Vortrages und die Stimmung der Zuhörer ließ es die in der Stärke von zweihundert Mann erschienenen „Genossen" natürlich erscheinen, sich gerauschvoll zu . . . . drücken, nachdem ihre Anfe nach „Birowahl" durch den Vorsitzenden, Herrn Rechtsanwalt Dr. Hackel, zurückgewiesen waren. Dieser Ausgang der Versammlung scheint uns eine gute Vorbedeutung zu sein. —

In Dresden-Land sprach Herr Weidner am 12. d. M. in Niedersedlitz.

Meißen. Auch hier wagte es in der Wahlversammlung am 11. d. M. kein Gegner für die Kandidatur des konservativen Abg. Sachße einzutreten. Dagegen gelang es unserm Herrn Gutsbesitzer Gäbel (Kleiß), durch seine Ausführungen den lauten Beifall der mehr als fünfhundert Zuhörer zu gewinnen.

Aus **West-Thüringen.** Die neueste Überraschung ist für Meiningen eine beiondere Kandidatur des Bundes der Landwirte! Herr Kurzhals (Suhl) wird infolgedessen aber nicht zurücktreten, sondern schaf auf dem gewonnenen Boden weiter arbeiten. Er sprach am 8. in Stedtlingen und Sülzfeld. —

Im Kreise Erfurt-Schleusingen ist neben Herrn Schack (Hamburg) jetzt auch Herr Schneider (Hamburg) thätig. Dabei sind die „Genossen" ihm gegenüber wiederholt thatlich geworden, so in Suhler Neundorf, wo sie mit Steinen warfen, und in Albrechts, wo man ihnen das Licht ausblasen ließ, um dann mit Biergläsern Fangball zu spielen. Eine nette Gesellschaft! Die Versammlungen in Christes, Altendammbach, Wichtshausen, Rühndorf und Viernau verliefen dagegen zur vollen Zufriedenheit. Herr Schack sprach ohne Störung in Erfurt, Bittenda, Tachwig, Andisleben, Hochheim, Liebstedt, Liebengrün, Ziegenrück und nochmals in Erfurt zusammen mit dem Abg. Werner. Unsre Sache steht gut, zumal die Konservativen bisher fast nichts thaten.

Halberstadt. Anläßlich der Anwesenheit des Herrn Oberpräsidenten L. Schumann (Berlin) hielt Herr Redakteur Kreutz (Magdeburg) am 12. d. M. hier einen langeren Vortrag über die Erhaltung des Mittelstandes. Über den leider nur schwachen Besuch wurden die Redner durch umso größere Aufmerksamkeit der Anwesenden getröstet.

Breslau. Gegen den Grafen Limburg-Stirum hielten die Herren Dittmer (Strehlen) und Gosch (Breslau) am 8. in Bongern, am 11. in Jackschönau und am 12. in Deutsch-Lissa Versammlungen ab. Trotzdem überall Gegner anwesend waren und auch das Wort ergriffen, gelang es unserm Kandidaten immer seinen Ausführungen Geltung zu verschaffen. Die Stimmung ist uns entschieden günstig; können wir bis zur Wahl unbehelligt durch die Scalobrebereien der Hofservativen so weiter arbeiten, ist an einen Sieg des Herrn Grafen nicht zu denken.

Jauer. Die Aufstellung des Herrn Baumeisters Timm (Hirschberg) als Kandidaten der deutschsozialen Reformpartei ist unsern Gegnern sehr unangenehm. Das nützt aber nichts, wir arbeiten unverdrossen weiter. Am 14. und 15. sprachen die Herren Timm und Schlosle in Reichhennersdorf, Rudelstadt und Ruhbank. Überall mit positivem Erfolg.

Preußlau. Nachdem bisher unser Kandidat, Herr O. H. Böckler (Berlin) allein eine ganze Anzahl Versammlungen im Wahlkreise abgehalten hatte, unterstützte ihn in den letzten Tagen auch der Abg. Lindewald. Am 8. sprachen sie in Günterberg und Greiffenberg und am 9. hier. Vorzüglich der letzte Vortrag fand vielen Beifall. Der konservative Abg. Jakobskötter krebst auch hier herum, er mußte sich aber in Angermünde eine derbe Absage gefallen lassen, denn eine gleichzeitig tagende Handwerker-Versammlung, in der ein Berliner Obermeister Vortrag hielt, hatte sich Herrn Böckler besonders eingeladen. In Schwedt war unsre letzte Versammlung gesprengt, wofür die Juden Goldschmidt und Meinhard eine Geldstrafe zahlen dürfen und ein Knecht Goldschmidts sind sage zu sitzen hat. Dieses Mal ging deshalb alles glatt und Abg. Lindewald und Herr Böckler konnten um 11. in aller Ruhe den vielen Zuhörern ihr Programm entwickeln.

Aus Hessen. Eine gut besuchte Vertrauensmänner-Versammlung in Hanburg stellte nach einem einleitenden Vortrage des Abg. Hirschel für den Wahlkreis Hanau-Gelnhausen Herrn Bürgermeister Meckendeimer (Eichelsachsen) als Kandidaten auf, der sich am 14. d. M. in Bergen und am 15. in Roßdorf und Bruchköbel den Wählern vorstellte. Der Verlauf dieser drei Versammlungen war vielversprechend. —

Abg. Hirschel erläutete den Wählern in Linnenbach und Ettenbach (Kr. Heppenheim) Bericht über seine Thätigkeit. —

In den Kreisen Bingen-Alzey und Mainz-Oppenheim entfaltet Herr Michael Wolff (Stadecken) eine umfangreiche Thätigkeit. Zuletzt hielt er Versammlungen ab in Bendersheim und Wallertheim (Kr. Oppenheim) und in St. Johann, Weinsheim und Kettenheim (Kr. Alzey). Die Versammlung gegen den israelitischen Abg. Schmidt ist im Bachieu. —

Zu einem kleinen Zusammenstoße zwischen den Abgg. Hirschel und Köhler und dem sozialdemokratischen Kandidaten kam es letzten Sonntag in Langsdorf. Die „Genossen" mußten sich für geschlagen erklären! —

Der von den National-Sozialen auch in Angriff genommene Kreis Friedberg-Büdingen wird langsam, aber sicher von dem Kandidaten, Herrn Gutsbesitzer Leopard, bearbeitet. Mit Unterstützung des Abg. Hirschel sprach Herr Leopard jüngst in Münzenberg und Hochweiler (Kr. Friedberg) und Mittelgründau (Kr. Büdingen). —

Der von dem National-Sozialen auch in Angriff genommene Kreis Friedberg-Büdingen wird langsam, aber sicher von dem Kandidaten, Herrn Gutsbesitzer Leopard, bearbeitet. Mit Unterstützung des Abg. Hirschel sprach Herr Leopard jüngst in Münzenberg und Hochweiler (Kr. Friedberg) und Mittelgründau (Kr. Büdingen). —

Herr Vormeel (Darmstadt) stellte sich den Wählern in Oberramstedt vor und erzielte einen durchschlagenden Erfolg.

Aus Kurhessen. Was wir voraussagten, ist eingetroffen, der nationalliberale Kandidat, Herr Prof. Cunecrus, ist in Kassel-Melsungen zurückgetreten und hat Herrn Sanitätsrat Endemann (Kassel) Platz gemacht; ob dieser mehr Erfolg haben wird, bezweifeln wir! Herr Schack entwickelt eine ungeheure Arbeitskraft. Er sprach zuletzt in Mönchshausen, Spangenberg, Altmorschen und Wahlershausen. —

Abg. Werner erstolteten am 15. in Steinbach und Neukirchen und am 16. in Rothenkirchen und Behrda (Kr. Hünfeld) den Wählern Bericht über seine parlamentarische Thätigkeit. —

Den konservativen Landtagsabg. Christen, der gegen den Abg. Ickraut kandidieren will, benutzt die „Hamb. Nachr." als Vorspann. Er sagt darin, daß zwischen dem Bunde der Landwirte und den Antisemiten ein Bündnis bestände, weil ihm der Abg. Dr. Hahn erklärt hat, daß der Bund sich bereits für den Abg. Ickraut festgelegt habe, da dieser Inhaber des Mandats sei. Herr Christen beruft sich darauf, daß er ein „altes" Bundesmitglied sei und deshalb zweifl Berücksichtigung verdiene. Ob Herr Christen ein so „altes" Mitglied des Bundes ist, bezweifeln wir, daß er aber als Bundesmitglied noch nicht weiß, was die letzte Generalversammlung des Bundes beschlossen hat, wundert uns. Hatte er die von dem Abg. Hahn eingebrachte und einstimmig angenommene Entschließung gelesen, würde er die merkwürdigen Auslassungen in den „Hamb. Nachr." sicher unterlassen haben. —

In Waldern (Bez. Kassel) ist ein Deutschsozialer Wahlbureau für Kurhessen und Waldeck eingerichtet. Freiwillige Hilfe von Freunden unsrer Partei ist dort jederzeit willkommen.

Bayern. Nach eingehenden Besprechungen haben die Angehörigen unsrer Partei beschlossen, den Abg. Zimmermann zu bitten, die Kandidatur für den Reichstag zu übernehmen. Der Herr Abgeordnete hat zugesagt und bereits augenblicklich den Kreis.

Digitized by Google

Die ersten Versammlungen in Rodheim, Waldgirmes und Hörnsheim verliefen ausgezeichnet.

Oels. Endlich ist die deutschsoziale Reformpartei wieder auf dem Plane erschienen. Man glaubte schon, sie habe ganz auf ihre Kandidatur im hiesigen Kreise verzichtet. Daß dem aber nicht so ist, sahen wir jetzt. Herr Leutnant a. D. Jenzen (Kottbus) stellte sich am 10. d. M. in Hundsfeld, am 11. in Großwartenberg und am 13. in Sibyllenort den Wählern vor. Unterstützung fand er in den Herren Blobel und Wolff (Breslau). Hoffentlich haben wir jetzt öfter Gelegenheit, unsern Kandidaten im Kreise zu sehen.

Küstrin. In sehr ausführlichen Vorträge besprach unser Kandidat, Herr Obermeister Beck (Berlin) am 9. d. M. hier in gut besuchter Versammlung die Fehler und Sünden der alten Parteien und das Programm der deutschsozialen Reformpartei. Der Abg. Jakobskötter versucht auch hier uns die Handwerker abwendig zu machen, hat aber damit wenig Glück, denn sein Vortrag am 8. d. M. war nur von siebzig Personen besucht. Daß die konservativen Herren dadurch keine andere Meinung aufkommen lassen wollen, bewiesen sie dadurch, indem sie einem unserer Anhänger „wegen vorgerückter Zeit" das Wort abschnitten.

Aus **Schleswig-Holstein.** Für Kiel-Rendsburg ist Graf Reventlow (Wulfshagen) als gemeinsamer Kandidat der deutschsozialen Reformpartei und des Bundes der Landwirte aufgestellt worden. —

Herr Ziegeleibesitzer H. Euler (Elmshorn) wird unterstützt vom Bunde der Landwirte; dieser Umstand ruft der Wahlkreisvorsitzende des Bundes im Kreise Elmshorn-Pinneberg den Bundesmitgliedern erneut ins Gedächtnis. Herr Euler sprach mit Unterstützung des Herrn F. Raab (Hamburg) dieser Tage in Niendorf und Blankenese. —

In Flensburg hat der Innungs-Ausschuß mit erdrückender Mehrheit beschlossen, für Herrn Fr. Raab (Hamburg) einzutreten.

Swinemünde. Am 7. d. M. sprach Abg. Liebermann von Sonnenberg im hiesigen Etablissement vor etwa 400 Zuhörern. Er erläuterte die wichtigsten Forderungen unsere Programms in glänzender Rede und wies unsern Reichstags-Kandidaten, Herrn Dr. Schröder (Poggelow), den Wählern vor. Seinen Ausführungen folgte minutenlanger Beifall. Nachdem Herr Dr. Schröder erklärt hatte, im Falle seiner Wahl sich das Programm als Leitstern dienen lassen und sich der deutschsozialen Reformpartei anschließen zu wollen, eröffnete der Vorsitzende, Herr Kreisausschuß-Sekretär Fradke die freie Aussprache. Da sich jedoch niemand zum Worte meldete, schloß Abg. von Liebermann die so schön verlaufene Versammlung mit einem dreifachen Heil auf die Mutter Germania, worauf die Anwesenden stehend: „Deutschland, Deutschland über Alles!" sangen. —

Am 8. fand eine Versammlung in dem Fabrikorte Kaltofen auf Wollin statt. Auch diese war gut besucht und hatte einen vollbefriedigenden Verlauf, so daß dort die Gründung eines deutschsozialen Reformvereins in Aussicht steht. Die dritte Versammlung wurde am 8. in dem stark verjudeten Wollin abgehalten. Dort einen Saal zu erhalten, war natürlich mit großen Schwierigkeiten verbunden, doch gelang es, den Wirt des ersten Hotels „Stadt Worms" zur Hergabe zu bewegen. Es waren etwa 200 Zuhörer erschienen, nach deren Haltung anzunehmen ist, daß es auch in Wollin zu tagen beginnt! In der Diskussion stunte ein „freisinniger" Lehrer seine, eingestandener Maßen aus dem „Reichsblatt" gelernte Weisheit über Schutzzölle und Handwerkerfrage aus, wurde aber durch den Abg. von Liebermann vollständig ad absurdum geführt.

Münster (Westfalen). Um die Anhänger unserer Partei zu zählen, ist der Abg. Liebermann von Sonnenberg für den Wahlkreis Münster-Koesfeld als Reichstagskandidat aufgestellt worden.

Hamburg. Die Wahlversammlungen häufen sich jetzt, selbst die Liberalen kommen aus Tageslicht. Unsre Partei nimmt hauptsächlich die Vororte vor, so fanden mit Herrn F. Raab als Redner letzte Woche in Bergedorf, Hamm und Fuhlsbüttel Vorträge statt.

Wahlverein Berlin der deutschsozialen Reformpartei.

Alle Zuschriften über Vereinsnachrichten usw. sind für die Folge nur an Herrn Oberstleutnant a. D. von der Planitz, Berlin, Fransstr. 52/53, zu richten. Insbesondere werden die Herren Abteilungs-Vorsitzenden aufgefordert, rechtzeitig die nächsten Abteilungs-Versammlungen anzuzeigen. —

Unsre Mitglieder werden dringend gebeten, die fälligen Beiträge bei ihren Angehörigen usw. zu hinterlegen, damit dem Vertrauensmann vergebliche Wege erspart bleiben. Sollte der Vereinsbote im Laufe des Monats versehentlich einmal nicht erscheinen, bitten wir, den Beitrag unter Abzug des Portos, durch die Packetfahrt an den Hauptkassierer, Herrn Rietschel, Wilhelmstr. Alexisstr. 27 zu senden. —

Beschwerden über unrichtige oder verspätete Zustellung dieser Blätter, die allen unsern Mitgliedern an Stelle des eingegangenen Nachrichten-Blattes regelmäßig jede Woche zugehen müssen, sind lediglich bei Herrn A. Strumpf, Berlin SW., Wilhelmstr. 27, anzubringen. Dorthin ist auch ungesäumt jeder Wohnungswechsel anzuzeigen, da sonst auf eine pünktliche Zustellung unsers Vereinsblattes nicht gerechnet werden kann. —

Dringend und herzlich bitten wir insbesondere unsre Mitglieder im fünften Wahlkreise, sich kräftig und allseitig an der Wahlarbeit zu beteiligen. Es ist absolut unmöglich, etwas zu erreichen, wenn nicht Alles auf den Posten ist. Wer nicht persönlich mitarbeiten kann, komme wenigstens in die Versammlungen, in denen der Kandidat, unser Mitglied A. Strumpf, spricht. Diese Kleinigkeit müssen wir von allen Mitgliedern verlangen. Sollen wir uns von den „Genossen" beschämen lassen? Niemals! Deshalb auf zur That

---

Aufruf!

Nur wenige Wochen trennen uns noch von den allgemeinen Reichstagswahlen. In ungefähr neunzig Wahlkreisen steht unsre Partei im Kampfe. Wir hoffen auf die Eroberung einer Reihe neuer Reichstagssitze. Die stetig zunehmende Ausbreitung der antisemitischen Anschauungen, die Fortschritte, die unsre Organisation in den letzten fünf Jahren gemacht hat, die allgemeine Gunst der politischen Lage berechtigt uns dazu. Alle alten Parteien leiden unter dem Mangel einer Wahlparole, uns fehlt es an einer solchen nicht, denn der Kampf dreht sich um die wirtschaftlichen Fragen, die den Kernpunkt unsers Programms bilden.

Aber zum Kriegführen gehört Geld. Es ist natürlich, daß bei unserer jungen Partei die verfügbaren Mittel zunächst für die Agitation und den Ausbau der Organisation verwendet worden sind. Einzelnen Landesverbänden sind in den letzten Wochen beträchtliche Summen zugeflossen, für die außerordentlichen Anforderungen, die der Wahlkampf diesmal stellt, reichen sie aber noch nicht aus.

Hunderttausende von Gesinnungsgenossen im ganzen Reiche, die selbst nicht praktisch am Wahlkampfe teilnehmen können, weil sie dadurch ihre Existenz gefährden würden, weil ihnen die Neigung oder die Begabung für die öffentliche Thätigkeit fehlt, oder weil in ihrem Wahlkreise kein Kandidat aufgestellt ist, sehen mit Spannung dem Ausfall der Wahlen entgegen. An diese stillen Gesinnungsgenossen vor allen Dingen wenden wir uns mit der Bitte und mit der Mahnung, wenn sie schon jetzt nicht mitarbeiten können, wenigstens durch Geldunterstützungen dafür zu sorgen, daß es denen, die nun schon seit Wochen im Kampfe stehen und bereits Zahlreiche Opfer aller Art gebracht haben, im entscheidenden Augenblicke an den für den Kampf nun einmal erforderlichen Geldmitteln nicht gebricht.

Beiträge für den Wahlfonds sind zu senden an den Kassenwart der Partei, Herrn Rechtsanwalt Dr. Bielhaben, Hamburg, Hohe Bleichen 31.

Die Parteileitung der deutschsozialen Reformpartei.
M. Liebermann von Sonnenberg. Osw. Zimmermann.

Digitized by Google

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Aufklärung zum Pfeilstoß und Fehlerei brachten dem Handlungsgehilfen Oskar Blumenthal zu Magdeburg acht Tage Gefängnis ein.

Ausgewiesen ist aus Berlin der angebliche Student der Theologie S. Rosenthal, „ein gebürtiger Russe", wie die Judenblätter verschämt schreiben.

Wegen verübten und versuchten Betruges muß der Kaufmann Heinrich Labischin aus Berlin einhundert Mark Geldstrafe zahlen. Er hat einen Bahnwärter und den Postverwalter in Schraplau bei der Bestellung von Waren übervorteilt.

Verfehlung vom Militär ist in den östlichen Staaten eine Spezialität jüdischer Agenten. Ihre meisten Kunden finden sie natürlich unter den eigenen Stammesgenossen. Ein solcher Geschäftsmann wurde in der Person des Salomon Hornung jüngst in Temesvar (Ungarn) verhaftet. Die Sache erregt wegen der Masse der Beteiligten berechtigtes Aufsehen.

Neue Bücher.

(Alle hier angezeigten Schriften sind durch unsere Geschäftsstelle, sowie durch jede Buchhandlung zu beziehen.)

Sozial-Moral, kriminalpolitische Aufsätze von A. Dix, Leipzig 1898, 66 Seiten.

Der Verfasser führt in den einzelnen Aufsätzen des interessanten Buches namentlich aus, daß die in einem Volke vorkommenden strafbaren Handlungen in engem Zusammenhange mit den sozialen Zuständen des betreffenden Volkes stehen, und daß die Ansichten darüber, welche Handlungen strafwürdig und wie sie zu bestrafen sind, zu verschiedenen Zeiten und bei verschiedenen Völkern von einander abweichen. Zu billigen ist die Forderung des Verfassers, daß die gewerbsmäßigen Verbrecher grundsätzlich mit andern strengeren Strafen belegt werden als die Gelegenheitsverbrecher. Am Schlusse des Buches befinden sich einige statistische Übersichten, aus denen u. a. die erschreckende Thatsache hervorgeht, daß im deutschen Reiche von 100 000 zwölf bis fünfzehnjährigen Knaben durchschnittlich 680 innerhalb eines Jahres wegen Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgesetze verurteilt werden.

F. B.

Kosmologie und Religion von Prof. Bernh. Duhm. 31 S., 80 Pf. Basel 1892.

Wer die unlängst hier empfohlene Abhandlung von Duhm über das Gebetsmotiv in der Religion gelesen hat, der wird mit Spannung auch nach dieser seiner Schrift greifen, ohne weitere Empfehlung. Für andre sei bemerkt, daß die bis zwei der sehr dünn gesäten Bücher sind, woraus wir lernen können, was eigentlich das Wesentliche in der Religion sei, kein Spekulieren und Denken (d. i. Theologie), sondern „Sehen und Hören", das Erfahren Gottes.

Die Erschütterung der Religion in unsern Tagen rührt aus ihrer falschen, aber festen Verknüpfung mit dem Welt- und Naturerkennen früherer Zeiten her, während sie doch allein ein rein persönliches Verhältnis zwischen dem übersinnlichen Wesen und den Menschen ist.

Es dürfte mancher Zweifler durch diese Ausführungen den Weg finden zur Gewißheit und zum Frieden.

B.

Briefkasten der Schriftleitung.

E. K. in M. Bis jetzt konnten wir nicht ermitteln, ob dort Dr. K. aufgestellt ist. Aber immerhin stimmen Sie nur für ihn. Heil und besten Dank.

Anfrage. Ist die herausgeberin der „Radlerin": Frau Wagner Edle von Heilwerth, geb. Scharschmidt Edle von Adlerturn deutscher Abkunft?

Alle Zusendungen für den Inhalt unserer Zeitung bitten wir zur Vermeidung von Verspätungen ohne irgendeine Namensangabe nur an die Schriftleitung, Berlin NW. 5, zu senden.

Empfangs-Bescheinigung.

Für den Wahlfonds gingen ein beim Kassenwart Dr. Bleibaben (Hamburg): Von einem Altenburger 20 ℳ; Amtsrichter F. G., Dortmund, 10 ℳ; ein Stat 3,50 ℳ; Zwei Pirmaner 2 ℳ; Dr. B., Magdeburg, 15 ℳ; Bergassessor H. 15 ℳ; ein Briefträger 50 Pf.; Sammlung-Sammlung 4 ℳ; ein „Zionist", 5. Wochenrate, 10 ℳ; G. Sch., Berlin, 2. Wochenrate, 2 ℳ; R. B., Stolberg, 5 ℳ; G. K., Georgenburg, 3 ℳ; R. D., Berlin, 10,05 ℳ; R. Z., Charlottenburg, 6 ℳ; S., Frankfurt a. M., 5,05 ℳ; 3 Hammerbräder, Stargenhain, 4,05 ℳ; Dr. H., Jerlohn, 3 ℳ; L. Z. in An. 6 ℳ; B. 100 aus Anklam, 1. Rate, 10 ℳ.

Zur Anschaffung von Aufklärungs-Schriften für die Wahlen gingen ein: Weibert 6 ℳ; Thol. 4 ℳ; Hopp. 3 ℳ; Goedde 3 ℳ; Liste 30 2,25 ℳ; 486; 2 ℳ; Fuchs 2,80 ℳ; 118; 20 ℳ; Dr. E. 1 ℳ; Schröter 10 ℳ; Medhorf 75 ₰; 2994; 3,40 ℳ; Heinpe 3 ℳ; Kirsten 2 ℳ; Debereg 5 ℳ

Für die Bücherei des Antisemiten.

Prof. Dr. Aug. Rohling,

Die Polemik und das Menschenopfer des Rabbinismus.

Preis 1,60 Mark.

Zu beziehen durch die **Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstr. 27.** Bei vorheriger Einsendung des Betrages (deutsche und österreichische Marken werden in Zahlung genommen) erfolgt portofreie Lieferung.

Russische Cigaretten.

● Spezialgeschäft. ●

Anerkannt vorzügliches, bestens eingeführtes, eigenes Fabrikat.

Cigarren nach vorzüglicher Auswahl in jeder Hinsicht **preiswert.**

Leipzig, Wintergartenstr. 20. **M. Früchtel,** Leipzig, Wintergartenstr. 20.

Heinrich Thiessen,

Telephon Amt I, 2221.

Schneidermeister

Brühl 23 (Pfaumenhof Hof, Tr. A, II, **Brühl 23**

liefert **nur nach Maß** und **nur gegen bar Zahlung,** aber dafür zu den **billigsten Preisen elegante Anzüge** von 42—75 M., **Sommer-Überzieher** von 36—55 ℳ unter Garantie für gute Arbeit und guten Sitz. **Großes Stofflager.** Livrierzeit: Auf Verlangen in 24 Stunden. Bei Selbstlieferung des Stoffes rechne für einen Anzug nur 27 ℳ

Verlobi [illegible] Rosenkranz G. auch Hermit das Nähere Lau[illegible]-Konsumgeschäft von F. Heydeck, Leipzig, Bernhardstr. 24, als gute der bestempfohlenen Einkaufsstellen empfehlen.

Große Vorräte und reiche Auswahl in sämtl. Spezitäten u. Gemüsekonserven von [illegible] M., Hausmann, Steinguts- u. Emaillegeschirr, Holzwaren, Fullager Messer und Gabel, Tafel, pa. Weingmachsleder, franz. Kaffeemühlen, Fleischmaschinen, Knabenkasten, Bonbonpaten, Platten und gedrechselten Tellern. Comptoir unter Garantie best[illegible] Fabrikate wie

Heinze, Hutfabrik

gr. Fleischergasse 8, Kurzwarenhandlung 4.

Spezialität: 2,80-Hüte.

Betanntmachung.

In der Strafsache gegen den Redakteur Karl Heinrich Friedrich Wilhelm Louis Hogrete aus Rethmar, wegen Vergehen im Sinne des § 186 des Strafgesetzbuchs, hat die II. Strafkammer des Königl. Landgerichts zu Leipzig am 23. März 1898 für Recht erkannt:

Der Angeklagte Karl Heinrich Friedrich Wilhelm Louis Hogrete wird wegen Beleidigung des Fabrikanten Adolf Rosenthal in Hechingen zu einem Monat Gefängnis verurteilt, und hat die Kosten des Verfahrens zu tragen.

Leipzig, den 9. Mai 1898.

Königliche Staatsanwaltschaft. Hänschel.

Seifen-, Bürsten-, Besen-

Detail u. **Pinselwaren** Engros

Spezialit.: **Polster-Waren.**

Oscar Mühler, Windm.-Str. 25.

Zins-Haus

Leipzig Ost zu verkaufen. Preis 68 000 M. bei 10 000 M. Anzahl. Rest kann stehen bleiben. Anzahlung verzinst sich zu 12—13%. Näheres durch die Geschäftsstelle d. Bl.

Erprobte

Herrenstoffe

zu Anzügen und Paletots. Prachtvolle neueste Musterwahl franko.

Wilhelm Bartzkes, Düren I. (Christl. Tuchversand.)

Anerkannt beste und billigste Bezugsquelle.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hegrete in Berlin NW. 5, Kruppstr. 13 p. Druck: G. Reusche in Leipzig.

Digitized by Google

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Leipzig, 26. Mai 1898. Nr. 510.

Parteinachrichten.

An alle Ferienreisenden. Je näher der Wahltag rückt, desto mehr häuft sich die Arbeit in den einzelnen Wahlkreisen und desto fühlbarer wird der Mangel an Hilfskräften. Insbesondere sehlt es in Kurhessen und Waldeck an dem geeigneten Personal. Die Kandidaten und Wahlausschüsse sind voll belastet, sie können nicht mehr leisten. Deshalb ergeht an alle Freunde der deutschnationalen Sache der dringende Ruf, sich für einige Zeit dem Wahlbureau in Wabern (Bezirk Kassel) zur Verfügung zu stellen. Anmeldungen, Zuschriften usw. sind direkt an das Deutschsoziale Wahlbureau zu richten.

Im 19. sächs. Reichstagswahlkreise (Stollberg-Schneeberg) ist als gemeinsamer Kandidat der Ordnungsparteien Herr Patentanwalt Theuerkorn aus Chemnitz ausersehen.

Bautzen. Unser bisheriger Abgeordneter, Herr Gräfe, hat letzthin an sieben Orten gesprochen, bis zur Wahl gedenkt er noch 17 weitere Versammlungen im Wahlkreise abzuhalten.

Aus West-Thüringen. Einen Reinfall haben die Querköpfe im Meininger Vorstande des Bundes zu verzeichnen, ihr Kandidat hat die „Sammel-Kandidatur" abgelehnt. Da sich Abg. Paasche dem Bunde gegenüber zu nichts verpflichten will, sind wir begierig, worauf die Herren jetzt verfallen werden, um das Bundesmitglied Kurzhals, das bei ihnen deshalb nicht für voll gilt, weil es Antisemit ist, zu Fall zu bringen. Herr Kurzhals (Suhl) hat in der letzten Woche die Umgegend von Römhild bereist und bearbeitet. —

Im Wahlkreise Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück ist auch Herr Jakobskötter endlich auf dem Plane erschienen. Er beriet in unserm Kandidaten immer nur „der junge Handlungsgehilfe aus dem Auslande." Dieses Mädchen zieht heute leider nicht mehr. Herr Jakobskötter! Wenn Sie aber einmal wieder in der Mark oder Königreich Sachsen konservative Reden halten, werden unsre Parteifreunde dafür sorgen, daß Ihnen diese Auslanderei entsprechend zu Gemüte geführt wird. Der „junge Handlungsgehilfe" sprach am 19. in Mühlberg und Möbisburg, am 20. in Melchendorf und Egstedt, am 21. in Tiefthal und Kühnhansen und am 22. in Trachtelborn, Zimmern supra. Friesstädt und Schmiera. Die „Genossen" lassen sich jetzt in Ruhe und laufen Herrn Jakobskötter nach, der sie aber in seinen Versammlungen nicht zu Worte kommen läßt. Während Herr Schack so im Kreise Ziegenrück arbeitet, organisiert Herr Fr. Schneider (Hamburg) den Kreis Schleusingen weiter mit Erfolg. Ohne Störung durch die „Genossen" konnte er in Heinrichs, Goldlauter, Schmiedefeld und Beerhausen sprechen. Die „Genossen" glauben jetzt etwas ganz besonderes zu thun, wenn sie öffentlich Herrn Schack zu ihren Versammlungen einladen! —

Abg. Liebermann von Sonnenberg war diese Woche zusammen mit Herrn Gutsbesitzer Schrader (Lechlum) im Eisenacher Oberlande thätig.

Eisenach. Die Nationalliberalen unsres Wahlkreises haben auch das Bedürfnis, es vor aller Welt zu zeigen, wie rapide es mit ihrer einstigen Herrlichkeit zu Ende geht. Bei der letzten allgemeinen Wahl brachten sie noch mehr als 5300 Stimmen auf, früher war der Kreis sogar nationalliberal vertreten, und jetzt wagen sie gar nicht mehr, ihr Banner zu entrollen, nicht ein Fünfen von Kampfesmut ist ihnen geblieben. Einen Kandidaten haben sie zwar noch nach vielem Mühen gefunden, aber dieser, Herr Gymnasiallehrer Dr. Flex, erklärte in einer Versammlung des nationalliberalen Reichsvereins, „er gäbe sich auch nur dazu her, eine Besürchtung, gewählt zu werden, habe er nicht. Versammlungen werde er daher nicht abhalten. Die Sache sei aussichtslos". — Übrigens scheint Herr Dr. Flex über ein ganz hervorragendes Maß von Naivetät zu verfügen. Nach den „Eisenacher Nachrichten" hat er in jener Versammlung auch gesagt, „es sei doch zu stark, daß der Antisemit über die Köpfe der nationalliberalen Partei hinweg aufgestellt wäre". Wie dachten Sie es sich denn, Herr Dr. Flex? Meinten Sie, die jugendkräftigen Antisemiten müßten die abgelebte nationalliberale Partei erst um Erlaubnis fragen, ob sie einen Kandidaten aufstellen dürften? Dann waren Sie allerdings sehr im Irrtum. — Ueber die Arbeit unsrer Parteigenossen lesen wir in den „Eisenacher Nachr.": „Die Herren Schrader und Kurzhals sprachen in Neuenhof, Mihla, Dankmarshausen, Pferdsdorf bei Bache und Sünna. Herr Dr. Kreubel vom Bund d. L. in Bacha, Dermbach und Borsch; die Herren Kaiser und Noll in Bigerode, Gospenrode, Horschlitt, Brunnhardtshausen und Tiedorf. Die Versammlungen waren gut besucht, die Redner fanden überall herzliche Aufnahme, ihre Ausführungen aufrichtige Zustimmung. Groß ist die Freude der Bauern über die Einigung der Antisemiten mit dem „Bunde"; man zweifelt nicht, jetzt den Sieg zu erlangen. In der That sind die Aussichten, soviel man bis jetzt übersehen kann, sehr günstig. Der Hauptkampf entbrennt wahrscheinlich zwischen Antisemiten und Sozialdemokraten."

Nordhausen. Deutsch-Soziale, Bund der Landwirte und Konservative haben sich dahin geeinigt, einen Kompromißkandidaten in der Person des Gutsbesitzers Aschendorff aufzustellen. Die „Kreuz-Ztg." thut darüber sehr ungehalten. Das ist aber fürs erste die einzige Möglichkeit, den Kreis der freisinnigen Partei zu entreißen. Wir wollen doch nicht hoffen, daß sich die „Kreuz-Ztg." in ihrem Hasse gegen die Antisemiten so weit vergißt, daß sie dem Kreis lieber durch einen Freisinnigen als durch Herrn Aschendorff vertreten sieht.

Güstrow. Die Vertrauensmänner-Versammlung der deutschsozialen Reformpartei stellte als Kandidaten Herrn Kanzlei-Inspektor Rey aus Berlin auf.

Halle a. S. In Halle und dem Saalkreis ist der Wahlkampf jetzt von allen Parteien aufgenommen. Zuerst waren die Sozialdemokraten auf dem Plan, die den hiesigen Reichstagsabgeordneten Kunert wieder aufgestellt haben. Seit der letzten Wahl haben die Sozialdemokraten durch die Gründung eines Gewerkschaftskartells viel gewonnen, und auch auf dem Lande sind sie gut organisiert. Neuen Sie auch bei den hiesigen Stadtverordnetenwahlen eine Niederlage erlitten, so haben sie doch in allen Nachbarorten ihre Anhänger in die Gemeindevertretungen gebracht. Von der freisinnigen Volkspartei, oder, wie es hier heißt, von dem Verein der Liberalen, ist der Stärkefabrikant und Stadtverordnete Schmidt aufgestellt, der, wie das hiesige „Volksblatt" sagte, von allen Stadtverordneten den Sozialdemokraten am nächsten steht. Die Nationalliberalen, die bei der letzten Ersatzwahl vor zwei Jahren den Dr. Alexander Meyer unterstützten, haben diesmal einen eigenen Kandidaten in der Person des geheimen Regierungsrats Dugend aus Berlin aufgestellt; derselbe findet wenig Sympathie bei der Wählerschaft. Trotzdem wird er von den Konservativen, die vor zwei Jahren sich noch zwei selbständige Kandidaten leisteten, und was noch verwunderlicher ist, auch vom „Bund der Landwirte" unterstützt, aus „taktischen Gründen", wie es heißt. Unser Kandidat, Herr Schriftleiter Welcker aus Dresden, hat nicht schlechte Aussichten im Wahlkampfe. Nachdem Herr Welcker am 28. April das Programm der deutschsozialen Reformpartei in einer gut besuchten Versammlung entwickelt hatte, sprach er am 17. d. M. über „die Not des Volkes und die politischen Parteien". Durch Radiahrer wird schon seit längerer Zeit die Flugblätter-Agitation auf dem Lande betrieben, so daß wir hoffen dürfen, auch aus den Kreisen der Landwirte viele Stimmen zu bekommen. Daß auch nicht alle Konservativen für den Nationalliberalen eintreten werden, geht schon daraus hervor, daß die Führer in der letzten Versammlung sagte: „Ich würde mich sehr freuen, wenn Herr Welcker gewählt würde." Möge ihm und uns diese Freude zuteil werden!!!

Digitized by Google

Cottbus. Als Kandidat der deutschsozialen Reformpartei ist für den Wahlkreis Cottbus-Spremberg Herr Schneidermeister Ferdinand Liebrecht aus Magdeburg aufgestellt worden.

Breslau. In einer öffentlichen Versammlung, in der Herr Stadtverordneter L. Th. Wolff den Wahlaufruf der deutschsozialen Reformpartei erörterte, wurde mitgeteilt, daß der für Breslau-Ost in Aussicht genommene Kandidat seine Kandidatur zurückgezogen habe. An seine Stelle trat der Abg. Zimmermann. —

Unsre erste Versammlung in Neumarkt (Schlesien) stand unter einem ungünstigen Stern. An demselben Tage fand nämlich ein Fackelzug statt, der Feuerwehr und Turner abhielt, so daß nur etwa hundert Personen erschienen waren, um die Ausführungen der Herren Wolff und Dittmer (Strehlen) anzuhören. Wenn auch unsre Gegnerschaft nicht auftrat, so ist ein zweiter Vortrag doch nötig, damit der erzielte kleine Erfolg auch nachhaltig wirke.

Jauer. Es scheint, als ob der Freisinn selbst es nicht wagt, sich uns zu stellen, und dafür die „Genossen" vorschickt. Diese brachten es denn auch in einer Versammlung zu Reichenneersdorf fertig, daß sie wegen vorgerückter Zeit aufgelöst wurde. Dieser maßlosen Ausnutzung der Redefreiheit, die uns in den sozialdemokratischen Versammlungen selbstverständlich nie zustehl, werden wir in Zukunft zu begegnen wissen. Alle andern Reden unsres Kandidaten, Herrn Baumeisters Timm (Hirschberg) und des Herrn Schlosser in Rudelstadt, Ruhbaut, Lobris, Semmelwitz und Boltenhain verliefen äußerst erfolgreich.

Arnsdorf (Riesengebirge). Auf Einladung der hiesigen Freunde unsrer Partei sprach hier und im benachbarten Steinseiffen am 15. d. M. Herr Gockich (Breslau) über „Brennende Fragen der Gegenwart". Dieser Vortrag in unserm rein freisinnigen Kreise wird gute Früchte tragen, denn nach der Haltung der Zuhörer schienen diese vollauf befriedigt zu sein.

Orte. Unter der thätigen Mithilfe des Herrn L. Th. Wolff (Breslau) hielt Herr Jenzen (Kottbus) am 18. in Großweigelsdorf und am 19. in Neumittelwalde zwei durchschlagende Vorträge ab. In ersterem Orte wurde die Stimmung durch das ungeschickte Eingreifen eines konservativen Herrn auffallend günstig für uns, so daß wir nur wünschen können, solche Gegner öfter zu haben.

Die National-Sozialen behaupten von sich in ihrem Organ, der „Hilfe", sie führen den Wahlkampf „schon rein äußerlich anders", und zwar „vornehmer" als die alten Parteien. Die „Vornehmheit" kommt aber nur den Sozialdemokraten und Freisinnigen zu gute; die Antisemiten spezielt werden von den National-Sozialen womöglich noch mehr verunglimpft als selbst von Freisinnigen und Sozialdemokraten. Auch dieselbe „Hilfe", die die vornehme Ausdrucksart predigt, schlieft sich davon nicht aus. Was soll man z. B. dazu sagen, wenn sie unsre Partei als die der „Kirche—4. Bär, Wolf und Bewardern" verhöhnt? Wie nennt man doch solche Leute, Herr Bend, die ohne jede Berechtigung sich für besser ausgeben als andre Menschen?

Aus Kurhessen und Waldeck. Dr. Böckel arbeitet trotz alledem und alledem ruhig weiter! In Berlin erklärt er, daß er die Unentreiberei des Demokraten Bader nicht dulden könne, und in Marburg hat er nicht allein stundenlange vertrauliche Unterredungen mit dem Demokraten Bader, sondern wohnte auch tagelang bei ihm. Und in den Versammlungen beschimpfen sie sich gegenseitig. Wie der Bund der Landwirte ein derartiges Benehmen von einem seiner Beamten dulden kann, ist allen kreiseingesessenen Bauern ein Rätsel. Der Rückschlag wird natürlich nicht ausbleiben, und wenn der Kreis auf diese Weise wirklich an den Demokraten Bader verloren gehen sollte, ist das lediglich dem Bunde der Landwirte zuzuschreiben. Dann wird aber der Bund auch den Demokraten Böckel nicht von seinen Rockschößen abschütteln können! Unser Kandidat, Herr Biegand (Friedrichsdorf) besucht Dorf für Dorf und wird nach Pfingsten seine Versammlungsthätigkeit wieder aufnehmen. In der letzten Woche leistete er im Kreise Wegdar-Altenkirchen Hilfe. —

Abg. Istraut ist im Kreise Schmalkalden seit vierzehn Tagen thätig. Er hielt bereits in Altersbach, Rotterode, Unterschönau, Steinbach-Hallenberg und Berubach Versammlungen ab, um über seine Thätigkeit Bericht zu erstatten. Für den Freisinn arbeitet neben dem Kandidaten Helfi, dem Teilhaber eines Juden, ein Herr Fränkel, den die „Genossen" in Oberschönau nicht sehr sanft behandelt haben sollen. —

Die Konservativen in Kassel haben sich endlich für den linksliberalen Sanitätsrat Endemann erklärt, womit sie natürlich ein elendes Fiasko dieser Kandidatur nicht verhindern können. In der Stadt Kassel wird ja der städtische Apparat noch allerlei Stimmen für Endemann herausdrücken, aber auf dem Lande ist mit ihm und dem ganzen Nationalliberalismus vorbei! Daß die paar Auch-Konservativen in Kassel sich gegen unsere Kandidatur erklären, kann uns nur nützlich sein. Herr Schack erzielt überall derartige Zustimmung, daß der Rechtsanwalt Martin, der Kandidat der Rechtspartei (hessische Welfen), kürzlich selbst zugestand, für ihn sei nichts mehr zu machen, er kandidiere nur noch der Sache wegen. Herr Schack sprach zuletzt in Wahlershausen, Rotenditmold, Neuenbrunslar und Gentungen. Am dritten Pfingsttage wird auf dem Baunsberge bei Grossenritte eine große Bauernversammlung abgehalten. —

Dem Abg. Werner ist nun auch ein Gegenkandidat in der Person des Landtagsabg. Jzenburg erstanden. Das hat aber nichts zu sagen, denn auf diese Weise kommt Herr Jzenburg um so sicherer auch aus dem Landtage heraus! Abg. Werner trat in der vergangenen Woche mit seinen Wählern in Iba, Rotenburg (Fulda), Bebra und Niederaula in Verbindung. Alle Vorträge waren gut besucht und zeigten die allergünstigste Stimmung. —

Bisher glaubte man, daß die Nationalliberalen in Waldeck noch einen Kandidaten aus dem Fürstentume aufstellen würden. Es scheint aber niemand zum Durchfallen Lust zu haben, denn am letzten Sonntage haben die Herren einstimmig in Korbach den Senator Fink aus Hannover aufs Schild erhoben. O Jrrwie des Schicksals! Als 1895 der wiegelethe Böttcher von uns hinausgewählt werden sollte, trat der nationalliberale Abg. Sattler in Korbach auf und redete den Waldeckern eindringlichst zu, den „fremden Agitatoren" nicht zu folgen und nur ihren Landsmann Böttcher zu wählen. Und heute holt man einen „Fremden" ins Land und bietet ihm de- und wehmütig das Mandat an! Damit haben die Herren sich ja ihres besten Agitationsmittels beraubt. Uns aber wird es leicht werden, den Waldecker Bauern das merkwürdige Verhalten der Nationalliberalen vor Augen zu führen und diese mit ihren eigenen Waffen zu schlagen, denn Senator Fink ist abhängiger Beamter, unser Abg. Müller aber nicht!

Großherzogtum Hessen. Der Kandidat der Deutsch-Sozialen in Offenbach-Dieburg ist der Landwirt Gg. Haud III in Schaafheim. —

In Büdingen sprach Pastor Göhre für die nationalsoziale Kandidatur. Die Versammlung war von 44 Personen (darunter 17 Gesinnungsgenossen) besucht. In seinem eigentlichen Vortrage ließ Göhre die Antisemiten ungeschoren, dafür benutzte er aber das Schlußwort zu den heftigsten Ausfällen gegen dieselben. Der „Deutsche Michel" bemerkt dazu: „Göhre hat in Büdingen noch allzugroßen Mut den gesürchteten Antisemiten gegenüber gezeigt. Wie leicht hätte ihm trotz aller getroffenen Vorsichtsmaßregeln doch noch die gebührende Erwiderung erteilt werden können! Er ist deshalb entschlossen, von nun an behufsamer vorzugehen und die Angriffe gegen die Antisemiten, die er in seiner eigentlichen Rede nicht vorzubringen wagt, bei der Heimfahrt vom Eisenbahnwagen aus zu schleudern, und zwar erst dann, wenn der Stationsvorsteher den Zug schon abgepfiffen hat."

Osnabrück. In einer Vertrauensmänner-Versammlung wurde Herr Bergmann, Generalsekretär des landwirtschaftlichen Hauptvereins, einstimmig zum Kandidaten der Mittelstandspartei ernannt.

Hamburg. Am 16. Mai war im 17. Bezirk zu St. Pauli eine Ersatzwahl zur Bürgerschaft vorzunehmen. Wie es nicht anders zu erwarten war, siegte der Kandidat der vereinigten Liberalen, der 323 Stimmen erhielt. Die deutschsozialen Antisemiten haben trotzdem allen Grund, mit dem Ausfall der Wahl zufrieden zu sein; denn sie sind die einzige Partei, die einen Zuwachs zu verzeichnen hat. Auf Herrn Rechtsanwalt Jacobsen fielen nämlich 100 Stimmen, während bei der Hauptwahl am 15. Febr.

Digitized by Google

nur 85 Stimmen für den antisemitischen Bewerber abgegeben wurden. Verhältnismäßig die größte Einbuße an Stimmen erlitten die Sozialdemokraten. Am 15. Febr. vereinigten sich auf ihren Bewerber 86 Stimmen, diesmal waren es nur noch 54, und das ist doch auch ein erfreuliches Zeichen. —

In einer am 15. Mai in Cuxhaven abgehaltenen Versammlung beschlossen die Mitglieder des Bundes der Landwirte einstimmig, bei der Reichstagswahl für den deutschsozialen Raab einzutreten. — In Adrensburg sprach am 19. Herr v. Pein vor gut besuchter Versammlung. Die Stimmung für die deutschsoziale Sache war vorzüglich. —

Für die drei Hamburgischen Wahlkreise ist ein deutschsoziales Wahlbureau eingerichtet. Dasselbe befindet sich bis auf weiteres Rödingsmarkt 22/23. Parteigenossen, die bei der Wahlarbeit helfen wollen, werden gebeten, sich dort zu melden.

Flensburg-Apenrade. In einer Versammlung, die am 15. Mai in Flensburg von „Bunde der Landwirte" veranstaltet wurde, sprach der 1. Vorsitzende des Bundes, Herr v. Plötz, zu Gunsten der Kandidatur Raab. — In Apenrade hielten am 14. Mai die Handwerker des Stadt und die Mitglieder des „Bundes der Landwirte" eine Versammlung ab. Man entschied sich einstimmig dahin, für Raab einzutreten.

Kiel-Neubdburg. Der konservative Verein in Kiel hat den Beschluß gefaßt, die deutschsoziale Kandidatur zu unterstützen. — Graf Revent low-Wulfshagen, der deutschsoziale Kandidat, sprach am 14. Mai mit gutem Erfolge in einer von sozialdemokratischer Seite einberufenen Versammlung in Bit bei Kiel. Die Ausführungen des deutschsozialen Redners mochten auf einen Teil der „Genossen" sichtlich Eindruck. Die ihnen beigebrachte Schlappe suchten die „Zielbewußten" dadurch weit zu machen, daß sie das Eigentum des Grafen Reventlow beschädigten. Sie zerschnitten nämlich den auf seinem Wagen liegenden Fußsack. Das ist sozialdemokratische Kampfesweise!

* * *

Wie die „Antis. Korrespondenz" lügt. Diese Schimpf-Marke gebraucht das Organ des Herrn Rickert und der Judenschutztruppe, wenn ihm eine thatsächliche Behauptung der „Deutsch-Sozialen Blätter" unangenehm ist. So machen es die Anti-Anti-Mitteilungen auch in ihrer letzten Nummer. Wir hatten in Nr. 507 ein Vorkommnis erzählt, das unser Gewährsmann in Elberfeld persönlich erlebte. Eine Gesellschaft hatte sich gelegentlich in den Juden beschäftigt und bei dieser Gelegenheit war ein Unbekannter zu der Entscheidung gekommen, daß die „Bande" aufgehangen werden müsse. Wörtlich heißt es dann: „Als die Judenfrage sich also abgethan war, brach man auf. Zuvor jedoch erkundigte unser Gewährsmann sich aber bei dem Elberfelder Begleiter des Unbekannten, wer denn dieser eigentlich sei. Die Antwort lautete: Herz aus Frankfurt (Main), Schuhfabrikant und Jude'..."

Dazu schreibt nun das Judenschutzblatt nach den üblichen vorhergehenden Schimpfereien auf unsern Herausgeber und uns: „Die Geschichte ist eine echt antisemitische Fabel. Es kann nur die Firma Otto Herz & Co. in Frankfurt a. M. in Betracht kommen. Erkundigungen haben ergeben, daß keiner der Firmeninhaber überhaupt in Elberfeld gewesen ist." — Das kann schon sein, aber ein Vertreter der Firma Otto Herz & Co. ist sicher in Elberfeld gewesen und das hätten die Firmeninhaber doch wohl leicht feststellen können. Wir wollen ihnen und dem Judenschutzblatte nun auf die Sprünge helfen und den Namen des Frankfurter Herrn nennen, er hieß Heilbronn, reiste für die Firma Otto Herz & Co. zu Frankfurt (Main) und hat jene Äußerung vom „Aufhängen" in Elberfeld thatsächlich gethan. Unser Schlußsatz in Nr. 507 hätte lauten sollen: „Von Herz aus Frankfurt (Main) also." Dieser kleine Irrtum ändert an der Thatsache nichts, nämlich, daß ein Jude noch antisemitischer als die Deutschen ist, wenn er in eine antisemitische Gesellschaft gerät und nicht so leicht erkannt werden kann. Lediglich auf den Zeitstellung dieses Umstandes lag und liegt es uns, der Name ist in diesem Falle — wie immer bei uns — lediglich ein Beweisobjekt.

Wer nun „gelogen" hat, überlassen wir der Beurteilung derer, die nicht die talmudische Spitzfindigkeit im Auslegen besitzen wie gewisse Leute!

Wahlverein Berlin der deutschsozialen Reformpartei.

Die Abteilung 68 hält ihre nächste Mitgliederversammlung am 2. Juni bei Bongarz, Schönhauser Allee 173, ab. — Am ersten Pfingstfeiertag unternimmt die Abteilung 62 einen Ausflug nach Haselhorst-Saatwinkel. Sammelplatz: Bahnhof Jungfernhaide. Zeit: 9½ Uhr. Für Nachzügler ist vom Bahnhof Jungfernhaide der Weg folgender: Tegeler Weg, Königsdamm bis Haselhorst, daselbst Berliner Chaussee bis Restaurant Bakel. Liederbücher mitbringen. Bei ungünstiger Witterung findet obends 7½ Uhr bei Bongarz ein Familienabend statt. —

Die Abteilung 62 wählte in ihrer Sitzung am 10. Mai die Herren C. Beese und Frank zu Vorsitzenden, Herrn Moeritus zum Schriftführer und Herrn v. d. Planitz zum Kassenwart. —

Die Abteilung V wählte in ihrer zahlreich besuchten Sitzung am 16. Mai die Herren Silberstorff und Bormkam zu Vorsitzenden, Nahl und Horn zu Schriftführern, Anders zum Kassenwart und Lex zum Bücherwart. —

Wir ersuchen unsre Mitglieder, die sich im Besitze von Sammellisten befinden, die eingegangenen Beträge umgehend an den zweiten Kassenwart, Herrn O. Müller, Schönhauser Allee 34, abzuführen. Etwa gewünschte Quittung wird an dieser Stelle veröffentlicht. —

Alle Zuschriften über Vereinsnachrichten usw. sind für die Folge nur an Herrn A. Strumpf, Berlin SW. 48, Wilhelmstraße 27, zu richten. Insbesondere werden die Herren Abteilungs-Vorsitzenden aufgefordert, rechtzeitig die nächsten Abteilungs-Versammlungen anzuzeigen. —

Unsre Mitglieder werden dringend gebeten, die fälligen Beiträge bei ihren Angehörigen usw. zu hinterlegen, damit dem Vertrauensmann hergebliche Wege erspart bleiben. Sollte der Vereinsbote im Laufe des Monats versehentlich einmal nicht erscheinen, bitten wir, den Beitrag unter Abzug des Portos, durch die Packetfahrt an den zweiten Kassierer, Herrn O. Müller, Schönhauser Allee 34, zu senden. —

Beschwerden über unrichtige oder verspätete Zustellung dieser Blätter, die allen unsern Mitgliedern an Stelle des eingegangenen Nachrichten-Blattes regelmäßig jede Woche zugehen müssen, sind lediglich bei Herrn A. Strumpf, Berlin SW., Wilhelmstr. 27, anzubringen. Dorthin ist auch umgekehrt jeder Wohnungswechsel anzuzeigen, da sonst auf eine pünktliche Zustellung unsers Vereinsblattes nicht gerechnet werden kann. —

Aus der Jugendbundbewegung.

Am ersten und zweiten Pfingsttag feiert die **Jugendbundes-Bewegung**, die im Wartburg-Bunde ihre eindeutsche Vertretung sich geschaffen hat, zu Goslar ihren diesjährigen Bundestag.

Es sind ernste, entscheidungsschwere Zeiten, in denen wir in diesen Tagen stehen. Rings rüstet man in deutschen Landen zu den Reichstagswahlen, um den Kampf für die wirtschaftliche und innerliche Erneuerung unsers Volkstums mit neuer Kraft aufzunehmen. Immer machtvoller und sieghafter bricht die vaterländische Gesinnung in den verschiedenen wirtschaftlichen Berufsvereinigungen sich Bahn. Es will Frühling werden in unsern Landen! Der Wartburg-Bund hält sich als solcher fern von rein politischen und wirtschaftlichen Bestrebungen. Er will die heilige Flamme deutscher Art und Gesinnung in den Herzen unsrer Jugend pflegen und starken, er will unsre jugendlichen Volksgenossen zur lebendigen Gemeinschaft im deutschen Namen zusammenschließen. Hehr ist das Ziel, schwer ist das Werk! Darum werden alle, die sich um das Banner des Bundes geschart haben, zu den Beratungen nach Goslar eingeladen. Der erste Tag wird ausklingen in eine erhebende Weihestunde im Kaiserhause und in einen festlichen, gemeinsamen Abendtrunk. Nach den Verhandlungen des zweiten Tages wird ein Ausflug in den Harz unternommen. Mögen die herrlichen Erinnerungen unsrer alten Kaiserstadt, möge die prangende Schönheit des Bergvolkes die Goslarer Tagung weihevoll umrahmen und durchrauschen, daß sie ihren Eisenacher Vorgängern würdig sich an die Seite stellen kann!

Digitized by Google

Neue Bücher.

(Alle hier angezeigten Schriften sind durch unsere Geschäftsstelle, sowie durch jede Buchhandlung zu beziehen.)

Wahn und Wirklichkeit. Eine Streitschrift für und gegen die Juden. Von **Hermann Bender.** Berlin (1898). 50 Pfg.

Unter dem Scheine der Unparteilichkeit, den der Titel zu wecken weiß, tritt und hier der vulgäre Judenschutz entgegen, der vom Antisemitismus wenig oder nichts verliert und den Mangel an beweisbringenden Gedanken durch ausgiebiges Schimpfen auf die Antisemiten ersetzt. Wie sich der Verf. die Geschichte des „Naddi Jeschu Ben Joseph von Nazareth" zurechtlegt, das haben wir nicht gelesen, ohne ein gewisses Mitleid — natürlich mit dem Verf. — Nach der eigentlichen Abhandlung (Seite 5—42) folgt Seite 3—29 der zweite Teil der Broschüre, „Schriften von Hermann Bender" überschrieben. Hier läßt der Verf. lobende Besprechungen seiner sonstigen Schriften abdrucken. U. a. wird es da gepriesen als einer der „neuen Sterne, die hell und glänzend an dem Himmel deutscher Dichtkunst aufgegangen sind, die in den edlen Cirkeln des Alltagstebens als erfreuliche Lichtpunkte auftauchen". Man fragt sich: In welchem Zusammenhange steht das mit dem Vorhergehenden? Soll das etwa auch unter den Titel „Wahn und Wirklichkeit" fallen?

Lehet den Kindern. Praktischer Ratgeber für Eltern und Erzieher von **Martin Böttcher.** VI und 200 S. Güterstoh, 1897. 2,40 M., geb. 3 M.

Das ist ein Buch, dem wir wünschen, daß es den Weg in recht viele Häuser finden möge. Es will Väter und Mütter — an diese wendet es sich in erster Linie — in der Kunst unterweisen, „ihre Kinder zu guten, tüchtigen, zufriedenen, wahrhaft glücklichen Menschen" zu erziehen. Dabei hält es, was es im Titel verspricht; es ist ein praktischer Ratgeber. Der Verf. begnügt sich nie damit, allgemeine Grundsätze für die Erziehung aufzustellen, sondern stets macht er die Anwendung auf das praktische Leben. So äußert er sich über Lohn und Strafe als Erziehungsmittel, über Spielzeug und Bekleidung, über die Denkmethode und deren Beeinflussung, über „Lungern" (Boe-sicht-hindrälen) der Kinder in seinem Segen und Nachteil und noch über vieles andre, worüber gewissenhafte Eltern gern im klaren sind. Es wird seiner gezeigt, wie man Gottesfurcht und Vaterlandsliebe in den jungen Herzen pflanzt, wie man zu Pflichtgefühlen, zur Wahrheitsliebe, zur Bescheidenheit und Gerechtigkeit führt. Doch, wir können nicht alles aufzählen. Bei aller Reichhaltigkeit des Buches haben wir aber eins vermißt. Die Erfahrung lehrt, daß die meisten Eltern wohlig rasch sind darüber, wie sie die geschlechtlichen Dinge vor ihren Kindern zu behandeln haben. In einen praktischen Ratgeber hätte auch darüber ein Kapitel gehört. — Auch Lehrer und Erzieher werden dem Buche manche Anregung entnehmen können.

Bn.

Baumann, Dr. und ord. Prof. der Philosophie an der Universität Göttingen. **Die grundlegenden Thatsachen zu einer wissenschaftlichen Welt- und Lebensansicht.** Ein Boden der Gemeinsamkeit im Streit der Weltanschauungen. Stuttgart, Verlag von Paul Neff.

Ein Buch mit solchem Titel und solchem Autorennamen erregt jedes Gebildeten erregen, der am modernen Geistesleben, seinen Kämpfen und Ringen innerlich Anteil nimmt. Ja, welches sind wohl die grundlegenden, feststehenden Thatsachen in dem großen Durcheinander widersprechender Meinungen, oder was hält ein Gelehrter, der ein solches Buch zu schreiben unternimmt, für feststehend? Es ist eine große Fülle aus allen Gebieten des Wissens zusammengetragen, besonders neuerer interessanter Thatsachen, die und hier in übergehn Kapiteln vorgeführt werden. Nach einleitenden Begriffsbestimmungen und Hinweisen auf den Unterschied von Glauben und Wissen unterzieht unser Bahnbrechungen nach, die nur praktisch-biologische Bedeutung haben, und spricht von der Beschaffenheit der Materie, ihrer Atome und Molekule. Er ergäbt von der Geschichte der Erde und unsers Planetensystems und zeigt die Möglichkeit der Kant-Laplaceschen Hypothese, die aber immer nach die wahrscheinlichste bleibt. Im 5. Kap., wo vom Verhältnis des Organischen zum Unorganischen die Rede ist, hören wir, daß „nichts berechtigt, das Lebende aus dem Leblosen entstanden zu denken," die „Zeitlösste alle etwas Eigentümliches sind". Dennoch will Verfasser die Spannung nicht aufgeben, „die sogenannten Zeltlösste durch physikalisch-chemische zu verdrängen". Aus dem 6. Kap., über die Darwinische Entwicklungslehre handelnd, seien die Einzelheiten hervorgehoben, daß „nach gemeinsamer Anschauung kaum größere Wichtigkeit der Biologen" diese Lehre „die reine Entstehung des Organs nicht zu erklären vermag," daß „erworbene Eigenschaften nicht vererbt werden," aber „der Keim durch Syphilis und Alkohol afiziert werden kann"! Wertvoll ist aus Kap. 7 mit der Überschrift: „Ist der Mensch blos eine Fortsetzung des Tierreichs oder noch etwas darüber hinaus?" das Zugeständnis, daß „man in der That den Materialismus so gut wie allgemein aufgegeben hat." In den nächsten Kapiteln werden Thatsachen angeführt, die darthun sollen, daß alles Geistige, das Ich, welches in anormalen Fällen gut und mehrfach sein kann, und das Moralische körperlich bedingt sind, daß aber jeder Monismus wissenschaftlich unhaltbar sei.

Im 13. Kap. endlich wird vom Somnambulismus und Spiritismus gehandelt, die aber wohl nicht richtig gedeutet werden, obgleich der Verfasser dabei „langsam, Schritt für Schritt vorgehen will, um nicht übereilt abzusprechen". Leider werden in den einzelnen Kapiteln auch religiöse Erscheinungen psychologisch und physiologisch erklärt, aber „den an sich subjektiven Religionen doch eine Art objektiven Hintergrundes" zugeschrieben. Welcher Art dieser Hintergrund ist, wird leider nicht gesagt.

Nach dieser Zusammenstellung einiger Ergebnisse und besonders interessanter Thatsachen, die sich noch hätten bedeutend vermehren lassen, mag jeder entscheiden, ob das Buch für ihn Wert hat. Ob allen, was als Thatsache angeführt wird, wirklich allgemein Gültigkeit zukommt, kann nur der Fachmann im einzelnen Falle entscheiden. Schwerlich aber wird sich über so mannigfaltigen Übereinstimmung herrschen, geschweige denn über die Deutung der „Thatsachen".

Die Schreibart ist nicht so schwerfällig, wie häufig in philosophischen Werken, wozu das Buch auch eigentlich nicht gehören will, dafür erschwert aber die manchmal viel vorausgesetzte Kürze der Thatsachenangabe und besonders die große Menge der Fremdwörter an mehren Stellen das Verständnis ungemein. Doch sind diesellen zum Teil auf Rechnung des Verfassers zu setzen, da wissenschaftliche, besonders medizinische Werke von fremdwörtlichen Fachausdrücken zu strotzen pflegen. Aber auch im Ausdruck und Satzbau zeigt sich oft eine störende Nachlässigkeit. Klm.

Briefkasten der Schriftleitung.

Apoth. Schmidt. Ihren Gruß von der Grabstätte Hoffmann von Fallersleebens habe ich erhalten. Freundlichen Gegengruß! v. L.

W. Schack. Die Schrift „Verschleierungsmanöver" war nicht gemeint. Die kennen wir selbst als vorzügliches Agitationsmaterial und machen angesichts der bevorstehenden Wahlen gerne darauf aufmerksam. Sie ist bei Neuher in Bonn erschienen und kostet 60 Pf.

Gotha. Natürlich muß es in der Beilage zu Nr. 508 unter „Weiß-Thüringen" heißen, daß sich Herr Weberbusch geweigert hat, für ein Verbot der Einwanderung ausländischer Juden zu stimmen. „Ausnahmerung" war ein Druckfehler.

Unsre Freunde im ganzen Lande bitten wir um Berichte über die Wahlbewegung. Wenn in Versammlungen nicht besonders Erwähnung Wertes vorkommt, genügt eine kurze Mitteilung auf einer Postkarte. Wer nicht schreiben mag, schicke uns wenigstens Zeitungen, in denen über Versammlungen berichtet ist. Auch über bemerkenswerte Vorgänge in andern Parteien bitten wir zu berichten. Alle Sendungen sind zu adressieren an unsre Schriftleitung, Berlin NW. 5.

A. B. str. 43. „Bürger-Ztg." erhalten, findet Verwendung. Weiteres geht an Ihre Adresse.

Ustrzyki Dolne. Wie Sie sich als Antisemit zum Zionismus? Die galizischen Juden zu stellen haben, wollen Sie wissen. Die zionistische Bewegung kann und Antisemiten nur willkommen sein, leider hat sie den einen Fehler, daß sie keine Aussicht auf Verwirklichung ihres Zieles bietet. Wenn wir durch den Zionismus die Juden los würden, so könnte es und Antisemiten doch nur recht sein. Dazu wird es aber nicht kommen, weil der Zionismus in der Mehrzahl der Juden seine größten Gegner hat. Sie müssen nicht eine denken, daß es überall so ist wie bei Ihnen in Galizien, wo der Zionismus vielen Anklang bei der jüdischen Bevölkerung findet.

Markwalt, Halle (Saale), Osmadrück. Zusendungen dankend erhalten.

Empfangs-Bescheinigung.

Für den Wahlfonds gingen ein beim Kassenwart Dr. Wiethahn (Hamburg): E. H., Str., E. 50,05 ℳ; Paul Strenge, Berlin, 100 ℳ; Für des Reiches Herrlichkeit 5,05 ℳ; Heinrich Timlee, Jena, 100 ℳ; Furchtlos und treu 28 ℳ; P. Burckhardt, Langenlalza 5 ℳ; Nat. Ver. Jung-Deutschland, Berlin, 50 ℳ; Jlmnit, 6. Wochenrate, 10 ℳ; W. H. Wechselberg 3,05 ℳ; H. S., Magdeburg, 5 ℳ; D. M., Halle a. S., 2 ℳ; G. Sch., Berlin, 3. Wochenrate, 2 ℳ; H. K., Glückstadt, 6 ℳ; Die Thore, die Thora 20,05 ℳ; M. Ct., Erfurt, 5 ℳ; L. Sch., Bonnte, Wochenbeitrag, 1,50 ℳ; Antisemitischer Stahlhut Gingen i. Th. 6,20 ℳ

Zur Anschaffung von Aufklärungs-Schriften für die Wahlen gingen ein: Liste 577: 3 ℳ; Habermann 6,40 ℳ; Wepler 10 ℳ; 928812 Skat 6 ℳ; Jacob 1,70 ℳ; Aus Gingen 8,40 ℳ; Frank 1 ℳ; Wenk 5 ℳ; Clonis 3 ℳ; 242: 5 ℳ; 1857: 10 ℳ; 108: 1 ℳ

Weitere Zuwendungen erwünscht. Doppelt giebt, wer schnell giebt.

Leipzig, Königsstr. 27. Geschäftsst. d. „Deutsch-Soz. Bl."

Für die Bücherei des Antisemiten.

Gustav Stille,

Der Kampf gegen das Judentum.

Preis 1,20 Mark.

Zu beziehen durch die **Geschäftsstelle d. Bl. Leipzig, Königsstr. 27.** Bei vorheriger Einsendung des Betrages (deutsche und österreichische Marken werden in Zahlung genommen) erfolgt portofreie Lieferung.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königsstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe in Berlin NW. 5, Kruppstr. 13 p.
Druck: G. Reusche in Leipzig.

Digitized by Google

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Leipzig, 2. Juni 1898. Nr. 511.

Parteinachrichten.

Stimmzettel usw. auf die Namen der Abgg. Istraut und Liebermann von Sonnenberg mit den Herrn W. Schack (Hamburg) sind gegen Erstattung des Portos vom deutschsozialen Wahlbureau zu Wabern (Bezirk Kassel) jederzeit zu beziehen.

Berlin. Abg. Istraut war von Herrn Hans Erdmannsdörffer wegen angeblicher Beleidigung vertagt. Die Verhandlung endete mit einer Verurteilung des Abg. Istraut zu 25 Mark Geldstrafe. Dieses Ergebnis, das von den Judenblättern und Herrn Erdmannsdörffer natürlich weidlich ausgenutzt wird, konnte nur dadurch entstehen, daß Abg. Istraut irrtümlicherweise das Gericht gebeten hatte, ihn vom persönlichen Erscheinen zu entbinden, statt eine Verlegung des Termins zu beantragen. Abg. Istraut befindet sich nämlich seit drei Wochen in seinem Wahlkreise und seine beiden Entlastungszeugen sind deruflich ebenfalls von Berlin abwesend, so daß sie die gerichtliche Vorladung nicht erreichte. Selbstverständlich ist sofort die zweite Instanz angerufen worden.

Freiwillige Helfer sind in den Kreisen Eschwege, Schmalkalden, Witzenhausen, Waldeck und Pyrmont besonders in der Zeit vom 8. bis zum 16. d. M. dringend nötig. Unsre Freunde aus den angrenzenden Landesteilen oder von weiterher, die sich ein paar Tage für die Wahl zur Verfügung stellen können, werden dringend um baldgefl. Meldung im Wahlbureau zu Wabern (Bezirk Kassel) gebeten.

Aus West-Thüringen. Die Arbeit im Kreise Ziegenrück hat nunmehr Herr von Pein (Altona) übernommen. Letzte Woche wurden hauptsächlich die Enklaven bereist, die an das Königreich Sachsen anstoßen. Am 23. v. M. fand eine großartig verlaufene Versammlung in Gefell statt, wo man allseitig erklärte, „konservativ wählen wir nicht wieder!" Die Ausführungen des Herrn Schack fanden wiederholt lebhafte Zustimmung. Am folgenden Tage sprach Herr Schack zum zweiten Male in Ziegenrück, am 25. in einer Versammlung königstreuer Bergleute zu Goßwitz und am 26. in Ermstedt und Hochseim. Hier mußte eine Rotte radaulüsterner „Genossen" an die frische Luft gesetzt werden. Herr von Pein hielt am 26. in Trogitz, am 27. in Liebengrün und am 28. in Paska Vorträge ab. Im Kreise Schleusingen haben sich die „Genossen" besonnen und laufen wie ein tollerndes Puter wieder hinter unserm Redner, Herrn F. Schneider (Hamburg) her. Nach einem Vortrage in Stützerbach am 20. v. M. bewarf man den Gendarmerie-Wachtmeister mit Steinen; in Frauenwald am 21. und Waldau und Oberroh am 22. ging es dagegen ruhig zu. Am 23. machten aber die „Genossen" in Hinternach einen derartigen Krawall, daß die Versammlung der polizeilichen Auflösung verfiel. Erfolg erzielte Herr Schneider in den folgenden Tagen dann in Gethles, Ratscher, Gerhardtsgereuth und Wiedersbach. Durch alle Zeitungen geht die Nachricht, daß sich der Bund der Landwirte „einstimmig" für Herrn Jakobskötter erklärt habe. Das ist einfach eine grobe Flunkerei, denn eine Abstimmung hat überhaupt nicht stattgefunden, weil nämlich die Hälfte der zwanzig Bundes-Vertrauensmänner, die an jener Zusammenkunft teilnahmen, schon unsre Vertrauensmänner waren und einfach erklären mußten: bei uns wird Schack gewählt! —

Aus Eisenach schreibt man uns in Ergänzung unserer Mitteilungen in der vorigen Nummer, daß der nationalliberale Kandidat Dr. Flex Judenschwager ist, und daß der Wortführer des Nationalliberalen in Eisenach den Namen Löwenstein trägt. Und dieser Jude, heißt es, könnte seiner Gesinnung nach ein abkommandierter Freisinniger sein. Das erklärt alledings alles, aber recht kurzsichtig ist die nationalliberale Politik darum doch, auch vom nationalliberalen Standpunkte. Zunächst wird das Verhalten der Herren Löwenstein, Flex und Genossen im Kreise Jena seine Folgen zeitigen. Dort wollten nämlich die deutschsozialen Reformer in den sonern Apfel beißen und den nationalliberalen Führer Bassermann ihre Stimmen geben. Angesichts der Kandidatur Flex aber will man in Jena mit einer antisemitisch-bündlerischen Kandidatur vorgehen. Uns soll's recht sein.

Unsern Kreis bereisten in der vergangenen Woche unser Führer, der Abg. von Liebermann und unser Kandidat Herr Schrader. Überall, wo sie sich setzen ließen, wurden durchschlagende Erfolge erzielt, so in Markhausen, Kreuzburg, Mihla, Tiefenort, Wacha usw. Allgemein gefällt Herr Schrader durch seine vom Herzen kommende und zu Herzen gehende Beredsamkeit, sowie durch seine schlichte gerade Art außerordentlich.

Ausgezeichnete Kunstdruckbilder (in Kabinetformat) des Abg. Liebermann von Sonnenberg mit Unterschrift werden als Agitationsmittel den Wahlkreisen empfohlen, die den genannten Abgeordneten als Zählkandidaten aufgestellt haben. Hundert Stück dieser Bilder (auf Glanzkarton) werden portofrei zu fünfzehn Mark abgegeben. Bei Bestellung geringerer Mengen wird das Stück mit zwanzig Pfennigen ausschl. Porto berechnet. Gegen Vorbereinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme zu beziehen von der Wahlgeschäftsstelle zu Wabern (Bezirk Kassel).

Jauer. Unermüdlich wird für unsern Kandidaten, Herrn Baumeister Timm (Hirschberg), weiter gearbeitet. Das neueste mit dem Bilde des Herrn Timm geschmückte Zugblatt findet überall sehr freundliche Aufnahme.

Oels. Herr Jenzen (Kottbus) setzte seine Vorträge unter Beihilfe des Herrn L. Th. Wolff (Breslau) in Lindewiese, Juliusburg und Patschkei fort. Besuch und Stimmung ließ nichts zu wünschen übrig.

Unsre Kandidaturen. In dem Verzeichnis an der Spitze des Hauptblattes ist in der Provinz Hannover nachzutragen der jetzt weitsich vertretene Wahlkreis Neustadt-Fallingbostel-Nienburg-Stolzenau und als Kandidat Abg. Liebermann von Sonnenberg.

Aus Hessen. In Bingen-Alzey ist Herr M. Wolf (Stadecken) tüchtig an der Arbeit. In der letzten Woche sprach er in Elsheim, Wöllstein und Gau-Weinheim. Die Freisinnigen haben bereits solche Angst vor den Antisemiten, daß sie in Rundschreiben vor dem Besuche unserer Versammlungen warnen. — Für den Wahlkreis Mainz-Oppenheim ernannte eine Vertrauensmännerversammlung den Abg. Bindewald zum Reichstags-Kandidaten. — In Offenbach-Dieburg hat der Reichstags-Kandidat Herr Abg. Hauck III. die Agitation begonnen. Die erste Versammlung hielt er in Schlierbach ab. Er verstand es, die Bäuer dieses Ortes, die bisher dem Antisemitismus kühl gegenüberstanden, für unsre Sache zu begeistern.

Aus Kurhessen und **Waldeck.** Kurz vor Pfingsten besuchte Herr W. Schack (Hamburg) noch die an der Grenze des Hombergers Kreises belegenen Ortschaften Niedermöllrich und Lohre, wo seine Vorträge derart ansprachen, daß ihm in Niedermöllrich der Bürgermeister ein Hoch ausbrachte. Die große Bauernversammlung, die am dritten Pfingstfeiertage auf dem Baumsberge abgehalten wurde, war leider vom Wetter nicht besonders begünstigt. —

Am zweiten Pfingstfeiertage pilgerten die Bauern zu hunderten nach Wabern, wo unter freiem Himmel der Abg. Liebermann v. Sonnenberg zu den Wählern sprach. Trotz des strömenden Regens hörte die große Menschenmenge unter steigendem Beifall die dreiviertelstündige Rede ihres Abg. an, ohne sich vom Platze zu rühren. Die begeisterten Worte klangen in einem dreifachen „Heil" auf den Kaiser aus, worauf die Anwesenden sämtliche Verse von „Deutschland über alles" sangen. In den Gasthäusern des Ortes wurde später, da der Himmel seine Schleusen nicht schließen wollte, noch manches schönes Wort zwischen dem Herrn Abg. und seinen Wählern ausgetauscht. Die Besucher der Versammlung stammten nicht nur aus den Kreisen Homberg, Fritzlar und Ziegenhain, sondern auch aus Meisungen und Waldeck. —

Digitized by Google

Der Bund der Landwirte im Kreise Rotenburg hat beschlossen, nicht den konservativen Landtagskdtn. Isenburg, sondern für die Reichstags- als auch für die Landtagswahl den Abg. Werner zu unterstützen. Dieser sprach am 30. v. M. in Burghaun und am 31. in Beiershausen (Kr. Hersfeld).

Im Wahlkreise Vechta-Altenkirchen wurde die Agitation für Herrn Abg. Zimmermann fortgesetzt von den Herren Wiegand-Friedrichsdorf und Harmony-Marburg. Montag, den 23. fand eine Besprechung in Bonbaden, Dienstag, den 24. in Dutenhofen, Munchholzhausen, Großrechtenbach und Lützenlinden statt. Am 25. sprachen die Herren Wiegand und Harmony vor der gesamten Bäckerschaft von Oberursenbach, am 26. in einer stark besuchten Versammlung zu Edingen. Beiversprechungen fanden statt am 17. Mai in Alm und Katzenfurt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Herr Zimmermann zur Stichwahl kommen und dann auch gewählt wird.

Swinemünde. Eine kleine Abwechslung in den Vorbereitungen zur Reichstagswahl stellten die Stadtverordneten-Nachwahlen dar, die am 25. und 26. v. M. stattfanden. Die liberale Mehrheit der Stadtväter hatte nämlich im November v. J. die Mandate dreier unsrer Gesinnungsgenossen für ungiltig erklärt, weil der Wahlvorsteher einen Formfehler gemacht haben sollte. Juda und seine Stinktruppe nahm nun alle Kraft zusammen und es entspann sich hauptsächlich am zweiten Tage ein Wahlkampf wie ihn unser gutes Swinemünde noch nicht gesehen hat. Man hätte meinen können, das Wahllokal (die frühere hohere Töchterschule) läge am Mühlendamm. Als gelte es, „hochfeine Herrenanzüge" zu verkaufen, so schleppten die Söhne Israels ihre Töpferlämmer heran: Kohlenarbeiter, Schuhknechte und sonstige Absänglinge. Ein süßer Knoblauchsduft wehte unter den moleyrünen Bäumen des Kirchplatzes. Aber der antisemitische Geist — „Hamansgeist" nannten ihn hier am letzten Purimfeste die Juden — war ihnen zu mächtig. Wir gewannen, wenn auch mit knapper Mehrheit, für unsre Kandidaten wiederum den Sieg, obwohl (wie gerüchtweise verlautet) eine ganze Anzahl Wähler mit je hundert Reichspfennigen „beteiligt" wurden. An Stimmen vereinigten auf sich Herr Schmackendorf 195, Herr Korbmachermeister Stechow 193 und Herr Bäckermeister Lange der Altere 192, während die höchste Stimmenzahl auf gegnerischer Seite 185 betrug. Dieser Erfolg stärkt unsre Stellung bei der Reichstagswahl ganz bedeutend!

Kiel-Rendsburg. Die Aussichten für unsern Kandidaten, den Grafen Reventlow-Wulfshagen, bessern sich zusehends. Neuerdings haben sich auch die Werftarbeiter, zum nicht geringen Aerger der Sozialdemokraten, für den deutschsozialen Bewerber ausgesprochen. Mit gutem Erfolg sprach Graf Reventlow in Suchsdorf und in Rendsburg. Die letztere Versammlung, in der die „Genossen" in der Mehrzahl waren, verlief noch langer Tanzer (gegen 1½ Uhr morgens) der polizeilichen Auflösung. Gerade das vobelhafte Benehmen der Sozialdemokraten, die unter Führung des bisherigen Abg. Legien erschienen waren, hat und viele Anhänger aus dem Bürgerstande zugeführt.

Flensburg-Apenrade. Herr Raab aus Hamburg hielt weitere Versammlungen ab in Rinkenäß, Maaßbüll, Munchbarup, Norder-Hastedt und Groß Wiehe. Überall zeigte sich, daß die Bevölkerung den Deutschsozialen große Sympathien entgegen bringt. Das „Hamburger Fremdenblatt" schreibt: „Man nimmt allgemein an, daß der seitherige Abg. Jebsen-Apenrade nach dem Abfall der Mitglieder des Bundes der Landwirte und der Antisemiten derjenige Kandidat sein wird, der die kleinste Stimmenzahl auf sich vereinigt." Das dürfte stimmen; denn auch hier haben die Nationalliberalen gründlich abgewirtschaftet.

Die eigentliche Wahlarbeit in unserm Kreise wurde am Himmelfahrtstage durch eine Versammlung in Oversee eröffnet, die auf nachmittags 4 Uhr einberufen war, um einen Vortrag des Reichstags-Kandidaten Friedrich Raab zu hören. Abends um 8 Uhr sollte der sozialdemokratische Reichstags-Kandidat Holzhäusser in demselben Orte sprechen. Herr Holzhäusser hatte sich mit einer Wagenladung „Genossen" schon zeitig eingefunden; sobald das Kaiserhoch verklungen war, betraten die Roten den Saal. Nach Herrn Raab ergriffen vier „Genossen" das Wort: auf die Ausführungen des deutschsozialen Redners gingen sie aber so gut wie gar nicht ein. Dagegen stellten sie eine gründliche Widerlegung in den am Abend stattfindenden sozialdemokratischen Versammlung in Aussicht, zu der Herr Raab eingeladen wurde. Die Schlaumeier wußten nämlich, daß Raab abends in dem benachbarten Billichau einen Vortrag halten wollte. Wer beschreibt daher den Schrecken der „Genossen", als Herr Raab erklärte, er nehme die freundliche Einladung an und werde den Besuch der Roten erwidern! Die Versammlung in Billichau mußte nämlich ohnehin ausfallen. Die Folge war, daß Herr Holzhäusser von der angedrohten Widerlegung Raabs Abstand nahm. Natürlich machten dann die „Genossen" auch noch allerlei Ausflüchte, um Raab am Reden zu verhindern. Raab sprach aber zu wiederholten Malen und hatte die Versammlung auf seiner Seite. Schließlich wurde mit allen gegen die Stimmen der aus Flensburg mit Holzhäusser gekommenen „Genossen" folgende Entschließung angenommen: „Die heute in Oversee auf sozialdemokratischer Veranlassung stattfindende Wählerversammlung spricht sich gegen die Sozialdemokratie aus und bekämpft, mit voller Kraft für die deutschsoziale Reformpartei zu wirken." Die „Genossen" verließen Oversee mit ähnlichen Gefühlen wie die Tänen anno 64.

Heidelberg. Vor 300 Wählern erörterte der deutschsoziale Kandidat Dr. Rudolf Vogel aus Oberweiler die brennenden wirtschaftlichen Fragen. Seine klaren Ausführungen fanden fort und fort stürmischen Beifall. An der Debatte beteiligte sich auch der durch seine sorgfältigen statistischen Arbeiten bekannte Herr Scifarth, der nur in unwesentlichen Punkten anderer Meinung war. Auch er erntete lebhaften Beifall.

Versammlungskalender. Es sprechen: Graf Reventlow (Wulfshagen) am 6. Juni in Hamburg-Eimsbüttel; Schiffsteiler Krenz (Magdeburg) am 3. Juni in Holle a. S., 4. Juni in Korthus; 5. Juni in Burg im Spreewalde und in Werben.

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Anrüchige Bilder hatte der Kaufmann Isaak Rosenthal zu Frankfurt (Main) verkauft. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit fand die Gerichtsverhandlung statt, in der er zu 20 M. Geldstrafe und Konfiskation der Bilder verurteilt wurde.

Ein jüdischer Mädchenhändler, namens Mordko Thofet, wurde in Czernowitz in der Bukowina noch rechtzeitig gefaßt. Er wollte eben mit 5 jungen Mädchen über die rumänische Grenze fahren.

Leichtfüße.

Die Gährungen um 1848 herum zeitigten auch eine reiche Poesie. Nicht wenige der damals entstandenen Gedichte wenden sich gegen das Judentum, dessen unheilvoller Einfluß in jenen Tagen manchen Vaterlandsfreund mit banger Sorge erfüllte. Kürzlich stießen wir auf folgendes, Rothbart-Rothschild überschriebenes, Gedicht:

Was spricht die Sage vom Kyffhäuser.
Von Kaiser Rothbarts Auferstehen?
Man braucht jetzt keinen Heldenkaiser,
Die Sag' ist anders zu verstehen.

Zu viel Erinnerung an Germanen
Im Namen Kaiser Rothbart ist,
Auch folgte er den Kreuzeszahnen,
Er war ein Deutscher und ein Christ.

Und über diese beiden Worte
Erging der Bann des Zeitgerichts,
Drum seht euch um nach andrem Horte,
Denn mit dem Rothbart ist es nichts.

Doch wer wird euch das Rätsel deuten?
Ihr Deutschen, wenn ihr's wissen wollt,
So fragt nur an bei „unsern Leuten",
Da wird die Wahrheit euch entrollt.

Wollt ihr ein Reich der Neuzeit gründen,
So baut's auf Gold und auf Papier.
Drum kurz, ich will es euch verkünden,
Rothbart — Rothschild — begreift ihr?

Digitized by Google

Ja, Rothschild sei der Neuzeit Kaiser,
Steckt ennen alten Rothbart ein,
Er schlafe ewig im Kuffhäuser
Rothschild muß deutscher Kaiser sein.

Neue Bücher.

Der Depositen-, Kontokorrent- und Check-Verkehr von Georg Obst ist eine verdienstvolle Arbeit und kann allen angehenden Kaufleuten, Beamten und Privatleuten, die sich über die einschlägigen Verhältnisse zu unterrichten wünschen, nur empfohlen werden. Dem gewiegten Kaufmann bietet sie selbstverständlich nichts Neues. W.-S.

Briefkasten der Schriftleitung.

Wilh. Kretzer. Wir haben gerne davon Kenntnis genommen, daß die in der Empfangsbescheinigung der vorigen Nummer unter „Paul Strengz, Berlin" gebuchten 100 Mark von dem „Deutschen Antisemiten-Bunde" in Berlin herrühren, dessen Kassenwart Herr Strenge ist.

Druckfehler-Berichtigung. In Nr. 510, 2. 167, 1. Spalte, Z. 5 v. u. ist für „Hoppenstädt" zu lesen „Hoppstädter".

Halberstadt. Also, Bebel wohnte neulich in Halberstadt bei Dr. Cohn, und auch Frau Dr. Cohn ließ es sich nicht nehmen, den sozialdemokratischen Führer zur Bahn zu geleiten. Haben Sie denn von Bebel etwas anders erwartet?

Arehitekt A. H. 8. Sie haben eine graphische Darstellung der Ergebnisse der Reichstagswahlen von 1872 bis 93 angefertigt und daraus die wahrscheinlichen Ergebnisse der bevorstehenden Wahlen berechnet. Sie kommen zu dem Ergebnis, das Zentrum werde im neuen Reichstage über 95 Sitze verfügen, die Konservativen über 75, Freikonservativen über 35, Nationalliberalen gleichfalls über 35, die Sozialdemokraten über 50, die Freisinnigen über 15, die südd. Volkspartei über 11 und die Antisemiten über 45. Hoffentlich bezahlen Sie recht. Aber es wählen doch 397 und nicht, wie bei Ihrer Aufstellung, 364 Abgeordnete insgesamt herauskommen?

E. v. St. Dreyfus und immer wieder Dreyfus, das hängt einem nachgerade allerdings zum Halse heraus. Gegen den Unfug, daß die illustrierten Zeitungen jede Kleinigkeit, die sie über den auf der Teufelsinsel inhaftierten Spion erfahren, den Lesern in sogenannten Privat-Depeschen mitteilen, als wenn es sich mindestens um eine Majestät handelte, können sich nur die Leser selbst wehren, indem sie den Redaktionen mit Entziehung des Abonnements drohen. Mit Mittel Gilt. Frdl. Gruß und besten Dank!

Klingbeil, H Besten Dank. Nachricht von L habe leider noch nicht erhalten. Heil! B.

Empfangs-Bescheinigung.

Für den Wahlfonds gingen ein beim Kassenwart Dr. Bielhaben, Hamburg, Hohe Bleichen 31: H. G., Charlottenburg, 30 ℳ; Lübbecke, Hertford, 10 ℳ; N. N. durch Rib. Gr. 50 ℳ; H. Schildwächter, Lüdenhortmund, 150 ℳ; E. Hensel, Köln, 20 ℳ; „Fünfenpfeffer" 10,05 ℳ; Kreblin, Treptow, 10 ℳ; Germanus, Leipzig, 5 ℳ; L. Brandes, Nonneburg, 2,05 ℳ; B. Wittmack, Segeberg, 50 ℳ; Deutschtag, Reformverein Heide i. H., 15 ℳ; Deutschtag, Reformverein Hagen a. Ilmg. 10 ℳ; L. K. 2,30 ℳ; Deutschtag, Reformverein Essen a. R. 30 ℳ; N. N., Berlin, Böttherstr., 5 ℳ; Deutschtag, Reformverein Münster i. W., 1. Rate 100 ℳ; Ein Deutsch Sozialer 5 ℳ; Zinnik, 7. Wochenrate 10 ℳ; W. B., Altenburg, 3 ℳ; B. F., Oldenburg, 7,50 ℳ; G. Sch., Berlin, 4. Wochenbeitrag, 2 ℳ; Hammerstat 4,75 ℳ; K. F., Glückstadt, 2. Sammlung, 5,45 ℳ; E. G., Frankfurt a. M., 10,05 ℳ; B. F., Cammin, 2 ℳ; L. Sch., Wormß, Wochenbeitrag 3 ℳ; E. J., Steglen, 3,05 ℳ; Th. R., Uslar, 5 ℳ; Dr. M. D., Zimenau, 2 M.

Beim Wahlbureau in Bayern (Bz. Cassel) gingen ein: Nr. 19: 20 ℳ; J. J. 10 ℳ; H. H., 10 ℳ; Odessa 12 ℳ; Dr. W. 3 ℳ; Sondershausen 2,80 ℳ; Lautier und Heppenz 20 ℳ; Schl. 56 ℳ; Straßburg 40 ℳ; R. Sch., Aachen, 3 ℳ

Für die Wahlagitation gingen ein: Zwickauer Antis. 3 ℳ; Hildschle 5 ℳ; Post 5 ℳ; Emeling 4 ℳ; Augsburg 5 ℳ; Jürgensmeyer 5 ℳ; Baumgart 5 ℳ

Leipzig, Königsstr. 27. Geschäftsst. d. „Deutsch-Soz. Bl." Herm. Beyer.

Für die Bücherei des Antisemiten.

Otto Glagau,

Liberale Freiheiten.

2. Auflage. Preis —,50 Mark.

Zu beziehen durch die **Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königsstr. 27.** Bei vorheriger Einsendung des Betrages deutsche und österreichische Marken werden in Zahlung genommen; erfolgt portofreie Lieferung.

Wahlverein Berlin der deutschsozialen Reformpartei.

Wir ersuchen unsre Mitglieder, die sich im Besitze von Sammellisten befinden, die eingegangenen Beträge umgehend an Herrn Carl Christoffers, Dresdenerstraße 123, abzuführen. Etwa gewünschte Quittung wird an dieser Stelle veröffentlicht. —

Alle Zuschriften über Vereinsnachrichten usw. sind für die Folge nur an Herrn A. Strumpf, Berlin SW. 48, Wilhelmstraße 27, zu richten. Insbesondere werden die Herren Abteilungs-Vorsitzenden aufgefordert, rechtzeitig die nächsten Abteilungs-Versammlungen anzuzeigen. —

Unsre Mitglieder werden dringend gebeten, die fälligen Beiträge bei ihren Angehörigen usw. zu hinterlegen, damit dem Vertrauensmann vergebliche Wege erspart bleiben. —

Abteilung IIb. Nächste Sitzung am Mittwoch, den 8. Juni, 8½ Uhr bei Rudolph, Mittenwaldstr. 15. Aus der Tagesordnung sei hervorgehoben: Vortrag des Reichstags-Kandidaten für den 5. Wahlkreis, des Herrn A. Strumpf über „Unsere Aussichten bei den Reichstagswahlen".

Abteilung VIc (Wedding-Gesundbrunnen). Nächste Sitzung am Dienstag, den 7. Juni, 8½ Uhr, bei Ballschmieder, Badstr. 16. Gäste herzlich willkommen.

Die Abteilung V hielt am 16. v. M. ihre Monatssitzung ab, in welcher die Neuwahl des Vorstandes vorgenommen wurde. Gewählt wurden die Herren Silberstorff, Linien 201, und Bormkamm zu Vorsitzenden, Naß und Horn zu Schriftführern, Anders zum Rendanten und Petz zum Bücherwart. Herr Naß gab einen ausführlichen Bericht über die Thätigkeit der Abteilung im verflossenen Jahre, und hob namentlich die Mitarbeit bei der Kirchenwahl in Sophien sowie bei der Stadtverordnetenwahl im 3. Kommunalbezirk, in welchem Herr Stadtverordneter Pretzel wiedergewählt worden ist, hervor. Der Reichstags-Kandidat im 5. Wahlkreise, Herr Zahnarzt Strumpf, hielt den in der Einladung angekündigten Vortrag über „Die nächsten und sichern Freunde des Mittelstandes". Der hochinteressante Vortrag wurde von der zuhörsuchten Versammlung mit großem Beifall aufgenommen. An der anschließenden, sehr lebhaften Besprechung beteiligten sich die Herren Anders, Bormkamm, Petz und Naß. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Anwesenden auf, sich recht eifrig an der Wahlarbeit zu beteiligen, weil begründete Hoffnung vorhanden sei, unsern Kandidaten in die Stichwahl zu bringen. Mit einem Hoch auf unsern Kandidaten sowie auf die deutschsoziale Reformpartei schloß der Vorsitzende die Sitzung.

Ladebeck's

selbstthätige

Sitz-Douche

Patentiert in allen Kulturstaaten.

Dieser sanitäre Reinlichkeits-Apparat ist in jedem Zimmer **ohne Heizvorrichtung** o. **Wasserleitung** stets fertig zum Gebrauch, **bedarf** selbst zu mehrmaliger Benutzung **nur 2 Liter Wasser,** erfordert kein vollständiges Auskleiden **und ersetzt vollkommen Sitzwanne, Bidet, Fussbad etc.**

Von medizinischen Autoritäten empfohlen. Zahlreiche Anerkennungsschreiben. Gebrauchsanweisung wird beigegeben.

Preis 28 Mark per Nachnahme.

Hauptdepot:

H. Ladebeck, Leipzig,

Alexanderstrasse 14.

Vertreter im Auslande gesucht.

Digitized by Google

Bad Kissingen

Logierhaus Renner

jenseits der Saale

●● Gustav Straße 24 ●●

empfiehlt schön frei gelegene Wohnungen zu billigsten Preisen.

Neu angelegter großer Garten.

Deutscher Krug.

Antisemiten-Kneipe, Chemnitz,

Lohgasse 3, Parterre und 1. Etage.

Ausschank:

Böhmisch, Lichtenhainer, Tucherisches Dunkel und Pschorrbräu.

Speisen vorzügl. Flotte Bedienung.

Hochachtungsvoll **Emil Krug.**

Wein-Groß-Handlung,

Import von Rum, Arrac, Cognac, Rum

Jede Flasche trägt diese Etiquette als Schutzmarke.

Berlin NW., 1 Stendaler-Straße 1.
Fernsprecher: Amt Moabit 1376.
Gegründet 1857.

1892er u. 93er Rhein- u. Moselweine, p. Fl. oder p. Ltr. von 70 Pf. an.
1893er u. 93er Bordeaux-Weine von 1 M. an, sowie sämtliche in- und ausländische Weine etc. zu soliden Preisen. Für absolute Reinheit garantieren

Schmitz & Co.

Kleine Proben und Preisliste umsonst.

Vielfach prämiirt.

Vielfach prämiirt.

Vielfach prämiirt

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Leipzig, 9. Juni 1898. Nr. 512.

1000 Flugblätter,

verschiedene Sorten gemischt, zur Aufklärung der Wähler, liefern wie für 5 Mark portofrei, so lange die vorhandenen Vorräte reichen.

Leipzig, Königstr. 27.

Geschäftsstelle der „Deutsch-Sozialen Blätter".

Parteinachrichten.

Stimmzettel usw. auf Ihr Namen der Abgg. Ickrath und Liebermann von Sonnenberg, Müller und Dr. Biethahen und des Herrn W. Schad (Homburg) sind gegen Erstattung des Portos vom **deutschsozialen Wahlbureau zu Wabern** (Bez. Kassel) jederzeit zu beziehen. Für die Wahlkreise der genannten Herren erfolgt die Abgabe selbstverständlich kostenfrei.

Die Wahlergebnisse aus Kurhessen, Waldeck und Thüringen werden am 16. Juni abends beim Hauptwahlbureau zu Wabern (Bez. Kassel) bekannt sein. Wenn unsere Freunde im Reiche die telegraphische Übermittlung wünschen, mögen sie ihre entsprechenden Wünsche unter Beifügung der ungefähr 80 Pfennige bis eine Mark betragenden Gebühr an das Wahlbureau zu Wabern richten. Alle Wahlbureaus unserer Partei bitten wir bei dieser Gelegenheit möglichst rasch ihre Wahlergebnisse nach Wabern mitzuteilen, um einen Überblick über die nötige Arbeit für die Stichwahlen zu gewinnen. Ein großer Teil unserer Abgeordneten wird am 15. und 16. Juni in Wabern sein. Das Postamt zu Wabern hält an beiden Tagen bis ein Uhr nachts Dienst ab.

Ausgezeichnete Kunstdruckbilder (in Kabinettformat) des Abg. Liebermann von Sonnenberg mit Unterschrift werden als Agitationsmittel den Wahlkreisen empfohlen, die den genannten Abgeordneten als Zahlkandidaten aufgestellt haben. Hundert Stück dieser Bilder (auf Glanzkarton) werden portofrei zu fünfzehn Mark abgegeben. Bei Bestellung geringerer Mengen wird das Stück mit zwanzig Pfennigen ausschl. Porto berechnet. Gegen Vorhereinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme zu beziehen von der Wahlgeschäftsstelle zu Wabern (Bezirk Kassel).

Magdeburg. In einer von mindestens 600 bis 700 Personen besuchten Versammlung stellte sich der deutschsoziale Kandidat Herr Dr. Lindström den Wählern vor. Widerspruch wurde nicht laut; dagegen gaben verschiedene Redner ihrer Zustimmung zu den gehörten Ausführungen Ausdruck.

Halberstadt. Herr Obermeister Schumann (Berlin) entfaltet eine rührige Thätigkeit, die bei dem Alter unsers Kandidaten wirklich anerkennenswert ist. Die Gegner sind darüber ebenso erstaunt wie entrüstet und geben sich alle Mühe, den von uns überall erzielten Erfolg durch bezondere Machenschaften wieder zu vernichten. Hoffentlich erreichen sie das nicht, so daß wir Herrn Schumann in die unausbleibliche Stichwahl bekommen. Die lieben „Genossen" haben ihren Bobel uns vorgeführt, um zu retten, was noch zu retten ist.

Braunschweig. Ein äußerst belebendes Moment ist durch die Aufstellung des Herrn Obermeisters L. Schumann (Berlin) hier in die Wahlbewegung hineingetragen worden. In der ersten Versammlung, wo Herr Schumann vorgestellt wurde, erhoben die „Genossen" unter Führung eines Juden einen derartigen Höllenlärm, daß man kein eigenes Wort nicht verstehen konnte. Eine zweite Versammlung, in der Herr Schneider (Homburg) sprechen sollte, verfiel wegen des widerlichen Benehmens der Freiheits- und Gleichheitsbrüder der Auflösung, ohne daß Herr Schneider seinen Vortrag hätte beginnen können. In Blankenburg (Harz) ge-

lang es dagegen diesen Judenschützern nicht, die Ausführungen Herrn Schumanns zu stören. Aus Angst holte man den großen „Proletarier" Singer zur Hilfe, der seine Braunschweiger Hammelherde vor dem Auseinanderlaufen bewahren soll. Vielleicht gelingts ihm noch einmal, vielleicht auch nicht!

Uebigau. In einer Versammlung der deutschsozialen Partei, die hier im Schützenhause tagte, wurde nach einem Vortrage des Redakteurs Kreuz beschlossen, von der Aufstellung eines eigenen Kandidaten für diesmal Abstand zu nehmen und für den Konservativen v. Kröcher einzutreten, falls dieser sich verpflichtet, für ein Verbot der Judeneinwanderung zu stimmen.

Aus **West-Thüringen.** In einer Versammlung zu Kaltennordheim bekannte ein sozialdemokratischer Arbeiter, daß bei der Nachwahl im Jahre 1895 ein antisemitischer Redner ihm erklärt habe, er rede in jeder Versammlung immer anders. In jüdischen Versammlungen schimpfe er auf den Bund, in ländlichen sei er für den Antrag Kanitz, in katholischen lobe er die Jesuiten und in evangelischen thue er das Gegenteil. Da die Ausführungen des Mannes den Eindruck der Glaubwürdigkeit machten, forderte der Vorsitzende, Herr Bürgermeister Kayser, ihn auf, den Namen zu nennen und erhielt die Antwort, daß dieser angeblich antisemitische Redner Andres geheißen habe. Herr Kayser stellte darauf fest, daß ein Mann dieses Namens lediglich als Zettelverteiler im Kreise beschäftigt worden sei, und daß die Partei nicht für die Schmähreden so untergeordneter Leute verantwortlich gemacht werden könne. Er sah aber auch keinen Zweifel darüber, daß wir eine derartige Agitationsmethode aufs schärfste mißbilligen und sie gern unsern Gegnern überlassen wollen. — Herr Oberlehrer Dr. Merbach (Wiesbaden) sprach zu Gunsten der Kandidatur Schrader am 3. d. M. in Lauchröden, am 4. in Kittelsthal und am 5. in Großenlupnitz und Berka. Sämtliche Christgesinnten liegen in den Auseinandersetzungen und Erläuterungen, die dadurch der Vortrag des Herrn Kurzhals (Suhl) vollständig vereitelt wurde. Da wir aber nicht ermangelt haben, das Verhalten der Juden und Judengenossen in das rechte Licht zu setzen, hat uns dieser Skandal nur genutzt. Für den nationalliberalen Herrn Paasche will der Bund der Landwirte eintreten, so beschloß er am 28. v. M. Der Bund hat wiederholt Proteste-Versammlungen gegen Herrn Paasche abgehalten und Herr Paasche hat noch jüngst den Bund heftig angegriffen. Deshalb hat dieser Beschluß auch nichts zu sagen, denn die kleinen Bundesmitglieder wählen doch antisemitisch! —

Die Stadt **Erfurt** sah jüngst große Straßenkrawalle, deren verhaftete Teilnehmer behaupteten, „das bedrohte Reichstagswahlrecht" habe sie zu ihrer Handlungsweise veranlaßt. Daß dieser eigenartige Wahltrick den „Genossen" keine sonderlichen Früchte trägt, konnte man in einer Versammlung sehen, die der Abg. von Liebermann dort am 25. v. M. abhielt, denn es wagte kein Gegner aufzutreten. Auch der nächste Vortrag, in dem Herr F. Raab (Homburg) Heuptreiner war, verlief in voller Ruhe und zu unsrer besten Zufriedenheit. Im Kreise Ziegenrück hatte Herr von Pelin (Altona) in Blankenburg, Altenbeuthen, Eßbach und Reichmannsdorf vorzüglich verlaufene Zusammenkünfte. Die Stimmung bei den Konservativen ist bis zur Siedehitze gediehen!

Digitized by Google

Bialystok. Nachdem der Kandidat des Bundes der Landwirte sich auf die Punkte 1, 13 und 14 unsers Programms und für ein Verbot der Judeneinwanderung öffentlich verpflichtet hat, ist die Kandidatur des Abg. Liebermann von Sonnenberg zurückgezogen.

Meißen. Hier kamen neulich einige nationalliberale Herren zusammen, um einen Verein ihrer Richtung für den 7. sächsischen Reichstagswahlkreis ins Leben zu rufen. Das gelang denn auch glücklich. Seine Thätigkeit eröffnete der neubegründete Verein damit, daß er die nationale Kandidatur des Herrn von Eynern zurückzog und auf jedes eigene Eingreifen in den Wahlkampf verzichtete. Ein vielversprechender Anfang!

Im Kreise Marienberg hat die deutschsoziale Partei die Agitation mit einer Versammlung in Ehrenfriedersdorf eröffnet. Ihr Kandidat, Herr Baumeister Hartwig aus Dresden, entwickelte sein Programm. Die zahlreich in der Versammlung anwesenden Sozialdemokraten machten den üblichen Radau, 30 Minuten Redezeit für ihren Kandidaten, den jugendlichen Herrn Rosenow aus Chemnitz, war ihnen nicht genug. Eigentlich sollten sie aber froh sein, daß ihr „Genosse" nicht länger sprechen durfte, denn in der halben Stunde hatte er sich schon gerade genug blamiert.

Breslau. Graf Limburg-Stirum hat in Kattern am 31. v. M. erklärt, in der deutschsozialen Reformpartei erblicke er seinen größten Gegner. Da hat der Herr Graf recht, wir werden es ans die größte Errungenschaft dieser Wahlen betrachten, wenn wir ihn ausrechnen können!

Unser Kandidat, Herr Dittmar (Striegau), hielt am 1. d. M. in Koberwitz einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag ab.

Jauer Die hier bisher so ruhig verlaufene Wahlbewegung hat durch die Nervosität der Freisinnigen zu einer kleinen Explosion geführt. In Liebau machten in einer Versammlung, wo unser Herr Kandidat, Baumeister Timm (Hirschberg), und die Herren Schloske (Jauer) und Gockich (Breslau) sprachen, die „Genossen" sich so breit, daß die Hauptkrakeler an die frische Luft befördert werden mußten. Die Unverfrorenen hielten mit ihrer Entrüstung über diese freisinnige Schutzgarde nicht zurück und spendeten unsern Rednern um so nachhaltiger Beifall. Ganz ruhig ging's dagegen in stark besuchten Versammlungen zu Trautliebersdorf und Schömberg her. Unsre Aussichten sind nicht schlecht!

Zwei Prozesse gegen Antisemiten nahmen einen für die Beklagten günstigen Ausgang. Herr Apotheker Oehlmann, der Vorsitzende des „Deutschvölkischen Reform-Vereins" zu Hannover hatte sich von der Strafkammer I des dortigen Landgerichtes wegen öffentlicher Beleidigung und groben Unfugs zu verantworten. Die Beleidigung wurde in dem Inhalte eines Flugblattes gefunden, für das Herr Oehlmann als Verleger verantwortlich war. In dem Flugblatte wurden die christlichen Deutschen aufgefordert, ihre Weihnachtseinkäufe nicht in jüdischen Geschäften zu besorgen. Auf der Rückseite des Blattes wurde das Anwachsen der jüdischen Geschäfte in Hannover durch eine Zeichnung veranschlicht, aus der hervorging, daß sich die vier jüdischen Geschäfte, die Hannover 1872 aufwies, in der Zeit bis 1897 um das achtzehnfache vermehrt haben. Der grobe Unfug sollte dadurch begangen sein, daß die Mutter auf Oehlmanns Veranlassung öffentlich verbreitet wurden. Das Gericht sprach Herrn Oehlmann sowie den mitangeklagten Drucker kostenlos frei — Eine ganz ähnliche Klage fand ungefähr gleichzeitig in Heidelberg ihren Abschluß. Angeklagt war hier der frühere Schriftleiter des „Deutschen Volksboten", Herr F. Göbel. Er wurde ebenfalls freigesprochen, den 17 jüdischen Nebenklägern wurden die Kosten aufgebrummt.

Aus Hessen. Eine in Gießen tagende, aus allen Teilen des Wahlkreises beschickte Vertrauensmänner-Versammlung hat den bisherigen Abgeordneten Köhler als Kandidaten aufgestellt. Den vereinigten Freisinnigen und Nationalliberalen ist es endlich gelungen, einen Kandidaten aufzutreiben. Es ist ein Dr. Frank. In einer Versammlung, in der der Genannte sein Programm entwickelte, betonte Rechtsanwalt Dr. Jung (freisinnig), bei einer etwaigen Stichwahl zwischen Köhler und dem Sozialdemokraten müßten alle Liberalen ohne Bedenken dem letzteren die Stimme geben. Herr Rechtsanwalt Dr. Fuhr (nationalliberal) teilte mit, auf dem Lande würde man seine Agitation treiben, da dort nur die Leute verhetzt. (Wie rücksichtsvoll!) Schließlich meinte Herr Privatdozent Dr. Peter aus Heidelberg, wenn er in Gießen zu wählen hätte, würde er nur dem Dr. Frank seine Stimme geben. (Dr. Frank ist nämlich sein Schwiegervater!)

Aus Starkenfien und Waldeck. Herr Wilh. Schack sprach in den letzten Tagen in Bretterbach, Rengershausen, Niederzwehren, Oberzwehren und Bettenhausen zu den Wählern. Wegen des guten Wetters, das jetzt nach einer langen Regenperiode eingetreten ist, ließ der Besuch zu wünschen übrig. Eine große Wahlversammlung in Kassel konnte aber nicht über Mangel an Zuhörern klagen. Herr F. Raab (Hamburg) sprach über die Aussichtslosigkeit der Sozialdemokratie. Von den besonders eingeladenen „Obergenossen" war natürlich niemand erschienen, dafür hatten sie ein rotes Plakat an die Aufschlagsäulen kleben lassen, das in hochtrabenden Redensarten ihre Drückebergerei entschuldigen sollte. Bemerkenswert in der Versammlung war eine Erklärung des jetzigen Vertreters für Kassel-Melsungen, Prof. Hübeden, der die Kandidatur Schack warm empfahl. —

Im Kreise **Eschwege-Schmalkalden** ist Abg. Ickrant angestrengt thätig. Die Herren Landräte haben uns die Kreisblätter gesperrt, so daß unsere Wahlaufrufe nur als Flugblätter erscheinen können. Wenn die Herren nur bedenken wollten, was dabei herauskommen kann! —

Die erste Wahlversammlung im Kreise **Hofgeismar** fand in Hofgeismar selbst statt. Abg. Dr. Bielshaben, der bis jetzt außer den Sozialdemokraten noch keinen Gegenkandidaten hat, wird in kommender Woche noch täglich Vorträge usw. abhalten. An seinem Steg ist nicht zu zweifeln. Abg. Werner sprach für seinen Kollegen in Hohenkirchen und Hümme. —

Ein merkwürdiges Schauspiel zeigt **Waldeck**. Zuerst hieß es, daß sich alle „Liberalen" auf einen „Fremden", den Senator Fink (Hannover) vereinigt hätten und nun teilt auf einmal Herr Heinrich Rickert auf den Plan und erklärt sich für den „einzig wirklich Liberalen!" Um den Waldeckern seine Kandidatur mundgerechter zu machen, läßt er überall ausposaunen, daß er sich in Waldeck „angekauft" habe. Steht es wirklich in Danzig so schlecht, daß Sie um die Waldecker Antisemiten werben müssen, Herr Rickert? Auf diese Weise setzen sie sich zwischen zwei Stühle! — Abg. Müller bereist seit etwa vierzehn Tagen wieder das Land und hielt schon eine ganze Anzahl Versammlungen ab, hauptsächlich im Ederkreise, in dem das Bad Wildungen liegt. Abg. von Liebermann sprach am 7. hier und in Rhoden.

Königsberg Pr. Der deutschsoziale Reformverein beschloß einstimmig, Herrn Obermeister L. Schumann (Berlin) als Kandidaten aufzustellen. Damit sind alle Gerüchte widerlegt, die unsre Partei in den Verdacht bringen wollten, als ob sie mit den Konservativen paktiert hätte, die mit dem liberalen Kommerzienrat Frentzel (Berlin) „Sammlungspolitik" treiben wollen.

Im **Preußaner Wahlkreise** ist der Wahlkampf — und wie es scheint, nicht ohne Erfolg — an der Arbeit. In der „Preuß. Ztg." stellen, so teilt man uns von dort mit, geheimnisvolle Andeutungen erschienen, daß die Kandidatur des Antisemiten, Herrn Böckler (Berlin), nicht von der Parteileitung gebilligt werde, und daß darüber „Briefe aus dem Reichstage" vorhanden seien. — Unsre Gesinnungsgenossen aber, sind darüber zu lachen, auf die parteiamtliche Bekanntmachung der Kandidatur in der „Deutschen Wacht" und den „Deutsch-Sozialen Bl." hinzuweisen und energisch die Veröffentlichung der Beweise zu verlangen, halten „Stunden" ab und fuhrwerken, wer wohl der „Führer" sein möge, der über die Köpfe der Kreisvertrauensmänner mit den Konservativen paktiert habe. Bleibt hernach der Erfolg aus, dann ist nicht die Unzulänglichkeit der eigenen Arbeit, sondern der geheimnisvolle Verrat der Führer schuld. — Die armen Führer!

Aus Ostfriesland schreibt man uns: Bis jetzt führt man in unserm Kreise von der Reichstagswahl noch so gut wie nichts. Besonders im Kreise Norden ist, abgesehen von der Verteilung eines sozialdemokratischen Flugblattes (im Februar), noch rein gar nichts gethan. Zu bedauern ist, daß der bisherige Mandatsinhaber, Graf Knyphausen (Hospitant der Konservativen), anscheinend zu vornehm denkt, um Wahlreden, wenigstens doch in den drei Städten unsers Kreises, in Lee, Emden und Norden, abzu-

Digitized by Google

halten, obwohl dies dringend zu wünschen wäre und die Unterlassung jeder mündlichen Agitation leicht zu einer Stichwahl mit dem Kandidaten der vereinigten Liberalen (Nationalliberale, Badenstrümpfler und Wasserstiefler) führen kann. — Aus taktischen Gründen werden die Deutsch-Sozialen auch jetzt wieder mit dem Bunde der Landwirte die Kandidatur Kunyhausen unterstützen, um mit vereinter Kraft den gemeinsamen Gegner zur Strecke zu bringen. Hoffentlich bewährt sich auch diesmal die gesunde Vernunft der ostfriesischen Wähler und ertellen sie dem radikalen Freihändler, Judenfreund, Protestanten-Vereinler und politisch linksliberalen Parteigänger, eine endgültige Absage. Was will die ostfriesische Landbevölkerung auch mit einem solchen Vorarbeiter der Sozialdemokratie? — Aus dem Wahlkreise Aurich-Wilhelmshafen hört man wenig. Dort kandidieren außer dem bisherigen nationalliberalen Vertreter, ein Sozialdemokrat, ein Wasserstiefler und vom Bunde der Landwirte Herr Wisering, dessen Vater den Kreis schon einige Male als nationalliberaler Abgeordneter vertreten hat. Die Aussichten für den Bundes-Agitator wären gar nicht so gering, wenn nur der antisemitische Charakter des Bundes etwas lebhafter betont würde. Es sind in dem Wahlkreise nicht wenige Antisemiten, könnte Herr Wisering deren Stimmen zu sich herüber ziehen, dann käme er wahrscheinlich mit dem Nationalliberalen in Stichwahl. Schade ist außerdem, daß die religiöse Stellung des Herrn Wisering nicht eine solche ist, um die Wähler der mehr unbedeutenden, streng kirchlich gesinnten Bezirke für seine Wahl zu interessieren, brächte er dies fertig, dann hätte er gewonnenes Spiel.

Das Ende vom Liede wird bei der allgemeinen Unthätigkeit voraussichtlich Stichwahl in beiden ostfriesischen Kreisen sein.

Hamburg. Der hiesige „Deutschnationale Arbeiterbund" entschied sich in einer stark besuchten Versammlung unter Vorsitz des Herrn Wille einstimmig dafür, die Kandidatur Raab mit allen Kräften zu fördern. In einem eigenen Flugblatte wird sich der Arbeiterbund an die gesamte Arbeiterschaft Hamburgs wenden. — Die Freisinnigen bieder Richtungen haben für den dritten Hamburger Wahlkreis einen waschechten Juden, den Rechtsanwalt Dr. Türkheim, einen „Demokraten durch und durch", wie ihn der „General-Anz." nannte, aufgestellt. Wir bewundern den Mut der Freisinnigen; zum dritten Wahlkreise gehören nämlich alle ländlichen Ortschaften, die um Hamburg herumliegen. Die Landwirte werden sich hüten, einem jüdischen Advokaten ihre Stimme zu geben. — Die deutsch-sozialen Reformer arbeiten rüstig weiter. In einer sehr stark besuchten Wählerversammlung unterzog Herr Friedrich Raab den Liberalismus und die Sozialdemokratie einer kritischen Betrachtung. — Das „Berliner Tageblt." ließ sich neulich aus Hamburg schreiben, auf die Bezeichnung „Partei" könnten die dortigen Antisemiten eigentlich keinen Anspruch machen. Der Korrespondent sieht die letzten Jahre, namentlich die Bürgerschaftswahlen, ganz verschlossen an haben.

Kiel-Neudoburg. Graf Reventlow stellte sich den Wählern in Kiel, Nortorf, Preetz und Bordesholm vor. Sozialdemokratische Gegner machten sich zwar meist in den Versammlungen bemerkbar; es war aber für den deutschsozialen Redner ein Leichtes, die Unhörer von der Haltlosigkeit der sozialdemokratischen Ideen zu überzeugen.

Swinemünde. Der Freisinn entdeckt vor den Wahlen auch sein handwerkerfreundliches Herz. Die Handwerker werden aber nicht darauf hineinfallen. Denn wer der Versammlung beiwohnte, in der hier Dr. Pachnicke sprach, der ging mit dem Eindruck nach Hause: Selbst wenn die Freisinnigen uns helfen wollten, so können sie es doch nicht, weil sie von Handwerkerfragen gar nichts verstehen. Um nur eins hervorzuheben, Dr. Pachnick meinte: „Eine Legende sei auch die Anfreibung des Handwerks und Mittelstandes durch den Maschinen- und Großbetrieb; es gäbe jetzt mehr kleine Betriebe als je." Das Gegenteil davon entspricht aber der Wahrheit, denn nach der Gewerbestatistik gab es 1882 in Handwerk und Industrie 2175857 Betriebe, die bis zu 5 Gehilfen beschäftigten, 1895 waren es nur noch 1989572, es sind also 186285 Kleinbetriebe im Laufe von 13 Jahren vernichtet worden.

Unsere Kandidaturen. Das Verzeichnis, das wir in der vorigen Nummer brachten bedarf noch einiger Ergänzungen. Der deutsche soziale Kandidat für Marienberg-Olbernhau, dessen Name noch in unserer Liste fehlte, ist Herr Bauweister Hartwig (Dresden). — In Niederbarnim ist Herr Ludwig Werner deutschsozialer Zählkandidat. — Für Bruchsal-Karlsruhe kandidiert seitens der Deutsch-Sozialen Herr Dr. Ratz (Blankenloch). — In Leipzig-Land ist der Abg. Liebermann von Sonnenberg Kandidat der Deutsch-Sozialen. — Für den Wahlkreis Krossen-Züllichau-Schwiebus ist der Abg. Zimmermann deutschsozialer Zählkandidat.

Wahlverein Berlin der deutschsozialen Reformpartei.

Wir ersuchen unsere Mitglieder, die sich im Besitze von Sammellisten befinden, die eingegangenen Beträge umgehend an Herrn Carl Christoffers, Dorotheenstraße 23, abzuführen. Etwa gewünschte Quittung wird an dieser Stelle veröffentlicht. —

Alle Zuschriften über Vereinsnachrichten usw. sind für die Folge nur an Herrn A. Strumpf, Berlin SW. 48, Wilhelmstraße 27, zu richten. Insbesondere werden die Herren Abteilungs-Vorsitzenden aufgefordert, rechtzeitig die nächsten Abteilungs-Versammlungen anzuzeigen. —

Unsere Mitglieder werden dringend gebeten, die fälligen Beiträge bei ihren Angehörigen usw. zu hinterlegen, damit dem Vertrauensmann vergebliche Wege erspart bleiben. —

Wir bitten unsere Mitglieder, sich an der Wahlarbeit im 5. Berliner Reichstagswahlkreise nach Kräften zu beteiligen. Unser Kandidat, Herr A. Strumpf, kommt, wenn uns die nötigen Mittel und Kräfte zur Verfügung gestellt werden, möglicherweise in die Stichwahl. Wer seine persönliche Kraft zum Opfer bringen will, möge sich melden im Wahlbureau, Johannisstr. 14/15, wer uns mit Geld unterstützen will, sende dasselbe an Herrn Carl Christoffers, Dorotheenstr. 23, mit der Bemerkung: „Für den 5. Berl. Reichstagswahlkreis." Doppelt giebt, wer schnell giebt!

Am Dienstag, den 14. Juni, abends 8½ Uhr, findet die letzte große Wählerversammlung in dem großen Saale des Handwerkervereins, Spoltestr. 15, statt. Unsern Mitgliedern rufen wir zu: „Alle Mann auf Deck!"

Am Freitag, den 10. Juni, 8½ Uhr abends, findet eine Sitzung des Wahlausschusses, Johannisstr. 14 15, statt. Alle Mitglieder sind dazu eingeladen.

Am Sonntag, den 12. Juni, werden freiwillige Hilfskräfte gebraucht, je mehr, desto besser, darum Freiwillige vor! Antritt: von früh 9 Uhr an bei Bormkamm, Johannisstr. 14 15.

Für den 5. Berliner Reichstagswahlkreis sind eingegangen als gezeichnet auf dem H. T. A. (Liste 27) 11,75 M. Dem Sammler Dank und auch den Gebern!

Briefkasten der Schriftleitung.

Druckfehler-Berichtigung. S. 172, 2. Spalte, Zeile 30 v. o. muß es „fortgesetzten Bemühungen" heißen statt „fortgesetzten".

Unsere Freunde bitten wir um Einsendung von Wahlaufrufblättern, namentlich von solchen der gegnerischen Parteien, an unsre Schriftleitung, Berlin SW. 5.

C. R. Jr. Wenn Sie sich Stimmzettel gebrauchen können, lassen Sie sich solche schleunigst vom Deutschsozialen Wahlbureau zu Wabern (Bz. Kassel) kommen. Sorgen Sie doch dafür, daß auch einige auf die umliegenden Dörfer kommen.

F. Hbg. Die Finanzlage aus der Zeitungsfabrik des Predigers Hülle in Berlin sind zum Teil nicht übel. Aber, weshalb wollen Sie nicht die von unsern Blättern herausgegebenen, die sicher viel wirksamer sind, verwenden? Zudem könnten Sie sich bei Benutzung der hülleschen Blätter leicht Unannehmlichkeiten aussetzen. Auf vielen ist kein verantwortlicher Redakteur genannt; die Angabe „Verlag der Schriftenvertriebsanstalt" dürfte schwerlich den Anforderungen des Preßgesetzes genügen.

Für die Bücherei des Antisemiten.

Die Ziele des Antisemitismus.

Ein Resumé in Gestalt des stenographischen Berichts über den zweiten antisemitischen Kongreß in Chemnitz.

Preis 1 Mark.

Zu beziehen durch die **Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstr. 27.** Bei vorheriger Einsendung des Betrages deutsche und österreichische Marken werden in Zahlung genommen) exkolt portofreie Lieferung.

Digitized by Google

Eldorado

Pfaffendorferstrasse 4, **LEIPZIG.** Fernspr. Amt I, Nr. 2162.

Restaurant und Gesellschaftshaus 1. Ranges.

Vereinslokal des Deutsch-sozialen Reform-Vereins.
Versammlungslokal der Deutsch-nationalen Handlungsgehilfen.

Spezialität:
Vorzügliche Küche, z. B. Portionen mit Suppe 80 Pf.
Abend-Stamm von 30 Pf. an.
Zimmer von 1,50 M. an.

Adalbert Heinrich.

CAFE MERKUR

Leipzig ★ ★ ★ ★ ★
★ ★ An der Pleisse 8. ★ ★

300 Zeitungen. Depeschen u. Kursberichte. Städte-Adressbücher v. Berlin, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Hamburg-Altona, Halle a. S., Paris, sowie Handels-Adressbücher aller grösseren Staaten liegen zur gefl. Benutzung aus.

Jeden Vormittag Bouillon und Pasteten.

Geöffnet bis morgens ¼4 Uhr.

Hochachtungsvoll
W. Rühlemann.

Bad Kissingen

Logierhaus Renner

jenseits der Saale
●● Gartner Straße 24 ●●
empfiehlt schön frei gelegene Wohnungen zu billigen Preisen.
Neu angelegter großer Garten.

Deutscher Krug.

Antisemiten-Kneipe, Chemnitz.
Lobgasse 3, Parterre und 1. Etage.
Auskunft:
Böhmisch, Lichtenhainer, Tucherisches Dunkel und Elchorterbräu.
Speisen vorzügl. Flotte Bedienung.
Hochachtungsvoll **Emil Krug.**

Russische Cigaretten.

● Spezialgeschäft. ●

Anerkannt vorzügliches, bestens eingeführtes, eigenes Fabrikat.
Cigarren nach vorzüglicher Auswahl in jeder Hinsicht preiswert.

Leipzig, Wintergartenstr. 10. **M. Früchtel,** Leipzig, Wintergartenstr. 10.

Wein-Groß-Handlung,
Import von Rum, Arrac, Cognac, von

Berlin NW., 1 Stendaler-Straße 1.
Fernsprecher: Amt Moabit 1876.
Gegründet 1877.

1883er a. Oder Rhein- u. Moselwein, p. M. oder p. Ltr. von 75 Pf. an.
1884er a. Oder Bordeaux-Weine von 1,20 an, sowie sämmtliche alte und andere diese Weine ähnliche Sorten. Aller offerirte Artikel garantirt rein.

Schmitz & Co.
Beste Bezugsquelle für Private und Wiederverkäufer.

Hoher Verdienst durch neue patentamtl. gesetzlich geschützte Erfindung. Kein Laden, kein Betriebskapital. Off. „Alleinverkauf" Nr. 729 postl. Aachen.

Weltruf

haben weltf. Fleischwaaren
feinste weltf. Schinken 1.00 ℳ p. Pfd.
„ „ Cervelatw. 1.35 „ „ „
„ „ Zähnchenw. 1.25 „ „ „
„ „ Plockw. 1.20 „ „ „
„ „ Mettw. 1.00 „ „ „
(Beste Mittelwaare).
Gänzlic Zurückgabe.
J. Bartscher, Nienberg, Westf.

Liefere ein Postfaß (9½ Pfund) **feine Leber-, Rot- und Sülzwurst**
zu 7,50 M. franko.
H. Glauner, Fleischermstr.
Papenburg b. Leer (Ostfriesl.).
Ferner:
prima Hammelkeule u. Carrés
à Pfund 55 Pf.

H. Heinze, Hutfabrik
gr. Fleischergasse 6, Durchfahrstraße 4.
Spezialität: 2,80-Hüte.

Unglaublich billig
und Strümpfe, Socken, Normalwäsche, nur garantirt reelle Qual. bei Oskar Jahn,
Engros-Detailhaus Leipzig, Poniatowskistraße 19.
— Preisliste folgt gratis. —

Kaufen Sie

keln Plantno.
wenn Sie sich noch nicht den Katalog von **August Roth, Hagen i. W.,** Königl. Hof-Pianofabrikant, gratis haben kommen lassen.

Seiler-, Bürsten-, Besen-
Detail u. **Pinselwaren** Engros
Spezialität: **Polster-Waren.**
Oscar Mühler, Bindm.-Str. 25.

Antisemit.

Postkarten,

4 Sujets,
à Hundert 7 Mark franko gegen Nachnahme, empfiehlt
Carl Zanger, Freiburg i. B.
Postkarten u. Schreibmaterialien en gros.

Antisemitische Pfeifen
mit Ornamenten und Sprüchen aus Elfenbein-Steingut, à Stück portofrei gegen Einsendung von 65 Pf. in Briefmarken.
J. Korzilius, Hofliefrant, **Köln-Ehrenfeld.**

Ladebeck's
selbstthätige
Sitz-Douche

Patentiert in allen Kulturstaaten.
Dieser sanitäre Reinlichkeits-Apparat ist in jedem Zimmer **ohne Heizvorrichtung Wasserleitung** stets fertig zum Gebrauch, **bedarf** selbst zu mehrmaliger Benutzung **nur 2 Eimer Wasser,** erfordert kein vollständiges Auskleiden **und ersetzt vollkommen Sitzwanne, Bidet, Fussbad etc.**

Von medizinischen Autoritäten empfohlen. Zahlreiche Anerkennungsschreiben. Gebrauchsanweisung wird beigegeben.

Preis 28 Mark per Nachnahme.
Hauptdepot:
H. Ladebeck, Leipzig,
Alexanderstrasse 14.
Vertreter im Auslande gesucht.

Erprobte
Herrenstoffe
zu Anzügen und Paletots.
Prachtvolle neueste Musterwahl franko.
Wilhelm Batzkes, Düren 1. *(Christl. Tuchversand.)*
Anerkannt beste und billigste Bedienung.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königstr 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe in Berlin NW. 5, Kruppstr. 13b.
Druck: G. Reusche in Leipzig.

Digitized by Google

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Leipzig, 16. Juni 1898. **Nr. 513.**

Parteinachrichten.

Das Wahlbureau für Kurhessen, Waldeck und Thüringen zu Wabern (Bz. Kassel) bittet alle Parteifreunde dringend, die Ergebnisse aus den einzelnen Wahlkreisen sofort telegraphisch oder brieflich zu melden. Für die Stichwahlen sind diese Angaben unbedingt notwendig.

Die amtlichen Ergebnisse werden spätens am 20. d. M. von den Wahlkommissaren ermittelt. Auch diese Zahlen bitten wir umgehend zu melden.

Leipzig. Am Freitag Abend hielt der Deutschsoziale Reformverein im Sanssouci-Saale eine von 1500 Personen besuchte Wähler-Versammlung ab, in der unter großem Beifall die Herren Dr. Haedicke und Abg. Zimmermann sprachen, der erste Redner über die Aufgaben des nächsten, der zweite über die Thätigkeit des verflossenen Reichstages. — In der Pause erklärte Herr Verlagsbuchhändler Luckhardt unter großem Jubel, daß er seine Kandidatur zurückzöge zu Gunsten von Dr. Haedicke, und Herr Dr. Lange vom „Unabhängigen Reichstagswahlverein“ gab unter allseitiger Zustimmung bekannt, daß der Verein für Dr. Haedicke eintreten werde. — Am Donnerstag haben die Nationalliberalen bei verschlossenen Thüren die Leipziger Handwerker durch ihre Obermeister auf Prof. Hasse zu verpflichten versucht. —

Die Impfgegner fordern ihre Anhänger in den beiden Kreisen Leipzig-Stadt und Leipzig-Land auf, für die sozialdemokratischen Bewerber zu stimmen (!).

Dresden. Die am vorigen Sonnabend abgehaltene Versammlung, in der der Abg. Zimmermann darlegte, in welcher Weise die Deutsch-Sozialen eine Gesundung der produktiven Stände herbeiführen wollen, nahm zunächst den allerbesten Verlauf. Gegen den Schluß des Vortrages rückten die sozialdemokratischen Sprengkolonnen an, die der Versammlung sofort einen stürmischen Charakter aufdrückten. Als die „Genossen“ dann noch von den Diskussionsrednern einige bittere Wahrheiten zu hören bekamen, vergrissen sie sich sogar thätlich an den Beamten, die die Ruhe herzustellen suchten. Das war auch der Grund, weshalb die Versammlung der polizeilichen Auflösung verfiel. — Auch in der folgenden Versammlung, die am Sonntag Vormittag stattfand, und in der wieder Herr Zimmermann sprach, ließen es die Genossen an Radau nicht fehlen. In der freien Aussprache erging sich ein sozialdemokratischer Redner in beleidigenden Ausdrücken. Ihm wurde das Wort entzogen, diese Maßregel veranlaßte die Genossen, einen Heidenlärm zu vollführen. Um den Roten zu zeigen, daß sie nicht die Herren in der Versammlung seien, schloß Herr Dr. Haedel, in dessen Händen die Leitung lag, die Versammlung sofort.

Marienberg-Olbernhau. Den Sozialdemokraten scheinen ihre „geistigen Waffen“, deren sie sich stets rühmen, ausgegangen zu sein. Oder rechnen sie das auch noch zu dem Kampfe mit „geistigen Waffen“, wenn sie in unserm Wahlkreise ihre Wut gegen die antisemitischen Plakatanschläge ausloffen? Mehrfach ist es hier vorgekommen, daß sie die angeklebten Wahlaufrufe der deutschsozialen Partei sowie deren Versammlungs-Einladungen unter dem Schutze der Nacht mit roter Farbe überzinselten. Welche Heldenthat!

Altenburg (Sa.-Alt.). Die Monats-Versammlung des Deutschsozialen Reformvereins am 26. v. M. war gut besucht, insonderheit hatten sich eine größere Anzahl Handwerker sowie Vertreter des Bürgervorstandes usw. auf ergangene Einladung eingefunden. Nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten hielt Herr Regierungs- und Baurat Wandel einen Vortrag über „Submissionswesen“. Auf Grund zwanzigjähriger praktischer Erfahrungen schilderte er sowohl die auf Seiten der Baubehörden als auch die auf Seiten der Gewerken in dieser Beziehung liegenden Mißstände und deren Ursachen, empfahl Wege zu deren Beseitigung oder Milderung und erteilte schließlich allgemeine Ratschläge zur Herbeiführung gesünderer Verhältnisse im Handwerk. Lebhafter Beifall und Debatte bewiesen das außerordentliche Interesse, das die Anwesenden an dieser brennenden Frage nahmen.

Aus Süd-Thüringen. Der Bund der Landwirte hat sich in Meiningen für unsern Kandidaten Kurzhals (Suhl) erklärt. Die Aussichten des Herrn Pfarrer Kurzhals sind dadurch noch mehr gestiegen. Herr Kurzhals entfaltete in der letzten Woche eine große Rührigkeit, über seine Vorträge kann unmöglich einzeln berichtet werden, da er an manchen Tagen fünf und mehr Ortschaften besuchte. —

Der Kreis Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück wurde dauernd durch die Herren von Pein (Altona) und Schneider (Homburg) „in Aufregung gehalten“, wie die gegnerischen Blätter schaudernd berichten. In Erfurt selbst ergriff Herr Schack am 7. d. M. in einer konservativen Versammlung nach einem längeren Vortrag des Abg. Jakobskötter das Wort; er trieb dabei diesen so in die Enge, daß Herr Jakobskötter auf das Schlußwort verzichtete. Herr Schack behielt sonach das letzte Wort und es war nur eine logische Folge, daß darauf die nach vielen Hunderten zählenden Zuhörer stehend unser Kampflied „Deutschland über alles“ sangen. —

Aus Kurhessen und Waldeck. Dem Abg. Werner sind in letzter Stunde zwei neue Gegenkandidaten erstanden. Das Zentrum hat den „Reichsregenten“ Dr. Lieber aufgestellt und die vereinigten Konservativen, Nationalliberalen und Freisinnigen haben einen Katasterinspektor Schmelisser aufs Schild erhoben, wofür der konservative Landtagsabg. Ifenburg zurücktrat. Wir bleiben aber trotzdem der im Leitartikel ausgesprochenen Überzeugung, daß Abg. Werner im ersten Wahlgange siegt. Er hielt noch in Sontra, Ufen, Reichelsdorf, Friedewald und Hersfeld Versammlungen ab. —

Abg. Dr. Bielhaben trat im hess. Oldendorf, Rinteln, Obernkirchen, Rehren, Rodenberg, Sachsenhagen, Grabenstein, Hofgeismar, Detfel und Trendelburg in öffentlichen Versammlungen auf und hielt außerdem eine ganze Anzahl vertraulicher Besprechungen ab. Ein konservativer-liberaler Gegenkandidat ist ihm nicht mehr erwachsen, so daß seine Wahl heute sicher ist. Abg. Werner sprach für ihn in Oberlistingen, Wettesingen, Breuna und Wolfhagen. —

In Fritzlar-Homberg-Ziegenhain steht es anders. Der Vorsitzende des konservertiven Wahlvereins erklärte in einem Rundschreiben vom 11. d. M., daß der Landtagsabg. von Baumbach (Nopperhausen) „als unser Kandidat für den Reichstag zu proklamieren“ sei. Unsre Vermutung (vergl. Leitartikel) ist also eingetroffen. An dem Ergebnis der Wahl wird dadurch aber nichts geändert. Im Gegenteil! —

Die Nationalliberalen, Freisinnigen und Konservativen in Kassel-Melsungen suchen die Bauern für sich einzunehmen, indem sie die Unwahrheit verbreiten, in Erfurt habe der Bund der Landwirte sich einstimmig gegen Herrn Schack erklärt. Zugleich wird überall erzählt, Schack sei zu Gunsten des Mischmaschkandidaten Endemann zurückgetreten. Wer dieses Gerücht in Umlauf setzte, war noch nicht zu ermitteln, daß es aber Wahrmache ist, ist klar, denn Herr Schack dentt nicht daran, auf die Frucht seiner wochenlangen Arbeit zu verzichten. Er sprach noch in Vollmarshausen, Wolfsanger und Wehlheiden. —

In Eschwege-Schmalkalden machen unsre Gegner unerhörte Anstrengungen. So weit es überhaupt möglich war, sind von uns alle Verdächtigungen und Ausstreuungen, die wie immer im letzten Augenblicke über den Abg. Istrant erschienen, widerlegt. Pfarrer Istrant hat gethan was er konnte, liegt trotzdem die Landratspartei, so hat sie es eben ihren weitreichenden Verbindungen zu verdanken. —

Ganz ruhig wickelt sich alles in Waldeck ab. Abg. Müller

Digitized by Google

hielt noch einige Dutzend Versammlungen und Besprechungen ab, so daß für den ersten Wahlgang das Beste zu hoffen ist.

Aus Hessen. „Einer, der sich auskennt", erläßt in der „Neuen Friedberger Ztg." einen Aufruf an die Juden des Kreises Friedberg-Büdingen. Daraus geht hervor, daß der Kandidat der Juden der frühere evangelische Pfarrer Wend ist.

Berlin. Der Provinzialvorstandsausschuß forderte die Parteifreunde auf, in den schlesischen Wahlkreisen, wo nicht andre antisemitische Kandidaten aufgestellt sind, für den Abg. Liebermann von Sonnenberg zu stimmen.

Jauer. Wir haben noch kraftig gearbeitet! Die Herren Timm (Hirschberg), Gosch (Breslau) und unser unermüdlicher Schloske hielten in Wernersdorf, Mittelkonradswaldau, Haasel, Gräbel und Niederpeterwitz Versammlungen ab. In Mittelkonradswaldau, einem Orte im Landeshuter Kohlenrevier, mußten die Herren auf Veranlassung des Wirtes das Vortragslokal durch eine Seitenthür verlassen, da vor dem Haupteingange die Freiheits- und Gleichheitsbrüder lärmten.

Oels. Herr von Kardorff hat in seinem Rechenschaftsbericht, den er am 7. hier erstattete, ausdrücklich die Juden-Emanzipation für berechtigt anerkannt. Folgerichtig müßte er nun auch die Bambergischen Lehren über die Rücksichtnahme unserer Gesinnung anerkennen. Herr von Kardorff erklärte weiter, daß er veranlaßt durch das außerordentlich nationale Wirken des Zentrums seine Stellung zum Zesuitengesetz geändert habe. — Die Herren Jenzen (Rothbus), Gosch und Wolff (Berlin), sorgten in Stroun, Graben und Süßwinkel in großen Vorträgen für Aufklärung der Wähler.

Hannover. Über die „Reichstagswahlen" sprach Herr Dr. Lindström in einer außerordentlich stark besuchten Versammlung. Daß der Redner den meisten der Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte, konnte man an dem langanhaltenden Beifall erkennen, der ihm gezollt wurde. Zwei „Genossen", die es nicht lassen konnten, ihre unverdaute Weisheit auszukramen, holten sich eine gründliche Abfertigung.

Bezlar-Altenkirchen. Der bisherige Abgeordnete Kraemer, den die Nationalliberalen und Freisinnigen wieder auf den Schild erhoben haben, wollte in Rodheim a. d. Biber eine Versammlung abhalten. Dieselbe konnte aber aus Mangel an Beteiligung nicht zu stande kommen. Es hatten sich nämlich überhaupt nur vier Zuhörer eingefunden. Als der Abg. Zimmermann dagegen Mitte Mai hier sprach, war der Saal bis auf den letzten Platz besetzt.

Königsberg (Pr.). Durch die Zeitungen geht die Meldung, daß Herr Obermeister L. Schumann (Berlin) auch in Königsberg-Land als Zählkandidat aufgestellt sei. Das ist unrichtig; seine Kandidatur gilt lediglich für die Stadt.

Hamburg. Eine polnische Wählerversammlung war von sozialdemokratischer Seite nach Schiffbek einberufen worden. Der Redner, der für die Wahl Frohmes Stimmung machte, fand unerwarteten Widerstand. Ein polnischer Arbeiter tadelte es, daß die Sozialdemokratie, statt gegen die Ausbeuter der Arbeiterschaft, die Juden, zu kämpfen, gegen den Antisemitismus ausstrate. Seine Landsleute sollten lieber dem Antisemiten ihre Stimmen geben.

Flensburg. In Großsolt fand neulich eine freisinnige Versammlung statt. Dieselbe nahm einen recht kläglichen Verlauf. Trotzdem war am folgenden Tage in den „Flensburger Nachr." ein Bericht über die „glänzend verlaufene" Versammlung zu lesen. U. a. hieß es: „Der Vortrag des Herrn Dr. mod. Tank wurde mit großer Begeisterung aufgenommen und dem Redner lebhafte Anerkennung gezollt. Einem Hoch, auf die Partei und den Kandidaten ausgebracht, stimmten alle Anwesenden begeistert zu. Interpellationen erfolgten nicht." Nun mußte aber das biedere Blatt das Mißgeschick erleben, daß ihm von einem Leser, dem die Flunkereien denn doch zu stark waren, eine Berichtigung zuging, in der folgendes gesagt war: „Schreiber dieser Zeilen wohnte der Versammlung vom Anfang bis zum Schluß bei, hat aber mit keinem Wort etwas von der Begeisterung vernommen. Auch nicht ein Wort der Anerkennung habe ich im Saale der Versammlung .... gehört. Von einem begeisterten Hoch habe ich ebenfalls nichts vernommen, denn die Versammlung verließ den Saal wider alles Erwarten sehr ruhig. Nur das ist richtig, daß keine Interpellation folgte. Damit ward, wie ich deutlich hörte, die Versammlung geschlossen." — Jeder blamiert sich, so gut er kann; die Freisinnigen leisten darin jedenfalls recht Anschnliches.

Neumünster. Ein leichtes Stück war es für unsern Kandidaten, Herrn Grafen Reventlow, nicht, hier zu sprechen. Denn in der großen Versammlung, die den Kaiserhof bis auf den letzten Platz füllte, waren die „Genossen" sehr zahlreich vertreten, und an Lärmen und Toben ließen sie es nicht fehlen. Zum Glück verlegte aber Graf Reventlow über eine gute Lunge, so daß er seinen Vortrag zu Ende führen konnte. Außerdem waren doch einige der „Genossen" im Lauf des Vortrags recht aufmerksame Zuhörer geworden, ja der Redner erntete einen wilder alles Erwarten reichen Beifall am Schlusse seiner Ausführungen.

München. Zu einer von dem jüdischen Rechtsanwalt Leo Benario einberufenen öffentlichen Versammlung der demokratischen („Deutschen Volks"-) Partei hatten sich ganze 6 Zuhörer eingefunden. Die Redner zogen es daher vor, ihre Weisheit für sich zu behalten.

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Von der Berliner Börse wurde der Inhaber der Bankfirma J. J. Hirschberg auf sechs Monate ausgeschlossen. Grund: Er hatte Geschäfte, die zu seinen Ungunsten ausgefallen waren, abgeleugnet.

Einer internationalen Diebes- und Hehlerbande gelobte der mehrfach vorbestrafte 62jährige Kaufmann Noel Laterner an, der im Oktober vorigen Jahres in Hannover verhaftet wurde, nachdem er in dortigen Bankhäusern gefundene Wertpapiere verkauft hatte. Bei ihm wurde eine ganze Anzahl von Wertpapieren gefunden, die aus Einbrüchen in Paris, Marseille usw. herrührten. Ferner wurde festgestellt, daß Laterner in London unter der Firma „N. Laterner & Co., Siberian Mining Co. Ltd." ein Geschäft betrieben hatte, das für Diebe aller Länder eine Absquoelle war. Wegen Hehlerei konnte der saubere Patron aber nicht bestraft werden, da die Delikte im Auslande begangen waren. So kam er mit der gestuften Strafe von neun Monaten Gefängnis davon.

Ein Bankrott brachte dem Kaufmann S. Moses genannt Mosis zu Straßburg i. E. sechs Monate Gefängnis ein. Herr Moses hatte im Dezember Konkurs gemacht. Bei der Revision der Geschäftsbücher stellte es sich heraus, daß Herr Moses wenige Tage vor der Anmeldung des Konkurses 10 000 Mark unter den verschiedensten, oder durchweg erdichteten Begründungen als Ausgabeposten hatte eintragen lassen. Überhaupt war die Buchführung die denkbar liederlichste. Kopierbücher fehlten gänzlich, Bilanz und Inventar waren nie aufgestellt worden.

Ekelhaftes Fleisch hatte der Schmierjudenschächter Jidor und Sally Goldschmidt zu Schöneberg in den Handel gebracht. Jidor muß 50, Sally 30 Mark Strafe zahlen. Der Staatsanwalt hatte gegen beide vierzehn Tage Gefängnis beantragt.

Gewerbsmäßiger Bucher brachte den Privatier Raphael Mayer aus Hannelburg auf die Anklagebank. Mayer hatte u. a. dem Gutsbesitzer und Posthalter Spänkuch in Cuerhausen gegen einen Wechsel über 9000 Mark nur 7800 Mark eingerändigt und sich als Sicherheit noch das ganze Inventar des Spänkuch nebst dreißig Pferden verpfänden lassen. Einem Kaufmannspostboten hatte Mayer gegen einen Wechsel über 360 Mark nur 200 Mark gegeben, später ließ er sich, da der Postbote nicht zahlen konnte, von diesem einen Schuldschein über 950 Mark ausstellen. Als dann ein Erbonkel des Postboten in Amerika gestorben sein sollte, ließ sich Mayer von dieser Erbschaft 10 000 Mark versichreiben. Einem Zahnarzt schob er gegen einen Wechsel über 580 Mark zur Einlösung einer Lebensversicherungspolice 400 Mark vor. Das Urteil des Landgerichts zu Würzburg lautete auf vier Monate Gefangnis, 500 Mark Geldstrafe und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren.

Wegen Wechselfälschung war der jüdische Agent Eckstein in Würzburg in Haft genommen worden. Er entzog sich der Bestrafung durch Selbstmord in seiner Zelle.

Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat.

In der Zeit vom 16. bis einschl. 31. Januar 1898 wurde über folgende Firmen usw. der Konkurs eröffnet:

Kaufmann Moritz Arenstein zu Glogau. — Bayarinhaber Eugen Schwarzhrund zu Hof. — Offene Handelsgesellschaft i. F. Landau & Lauterbach zu Berlin, Neue Promenade 8. — Kaufmann Stadler zu Gösterow. — Kaufmann Arthur Blumenthal zu Berlin, Leipzigerstr. 60/61. — Kaufmann Gustav Salomon, i. Fa Franz Dreilig Nachf. zu Berlin, Ritterst. 21. — Handelsmann Jidor Moses zu Rehweiler. — Kaufmann Jakob Abraham Jacob, i. Fa. Julius Jacob zu Magdeburg, Alter Markt 3 u. 4. — Kaufmann Samuel Bejg in Ilch. — Wirtschaftsvorsteherschrient Jakob Hirsch zu Tannstatt. — Kaufmann Eugen Gothbiem zu Königsbütte (O.-Schl.). — Handelsmann Nathan Dreilig zu Hoeleck. — Handelsgel. Leo Glaser & Josch zu Posen. — Kaufmann Max Neumann zu Ober-Glogau. —

Digitized by Google

Getreidehändler Max Neumann aus Lerchin, unbekannten Aufenthalts. — Knabengarderoben-Händler Leopold Eiteles zu Hamburg, ABC-Straße 57c. Gastwirt Moses Lindemann zu Mitchau b. Karthaus. — Handelsmann Salomon Löb Berliner zu Mesritsch bei Hammelburg. — Kaufmann Benno Schleswinsky zu Stettin, Falkenwalderstr. 1. — Kaufmann Felix Karfunkel, i. Fa. Badrian & Bergstein zu Glogau. — Kaufmann James Behrend zu Berlin, Wilsonstr. 58. — Posamentierer-Händler Julius Bernstein zu Kolonie Grunewald, Trabenerstr. 54. — Kaufmann Aron Joseph Tuchhändler, i. Fa. J. Tuchländler zu Hamburg, Hüxter 15. — Garderobenhändler Julius Wolff zu Berlin, Brunnenstr. 170.

Aufgehobene wurden in derselben Zeit nachfolgende Konkurse:

Kaufmann und Lederhändler Samuel Fischer zu Allenstein (Zwangsvergleich). — Ehefrau des Kaufmanns Simon Cohn, Johanne, geb. Jakobi, Inhaberin der Firma Bergfeld & Co., zu Hannover, Marktstr. 48 (Zwangsvergleich). — Handelsmann Hermann Rosenthal zu Ottmachau (Zwangsvergleich). — Frau Pauline Schapier, geb. Aronheim zu Schöneberg bei Berlin, Erdmannstr. 10. — Händlerin Witwe Frank, geb. Levy, zu Wall (Zwangsvergl.). — Dr. Otto Loewe zu Herrnstadt bei Magdeburg (mangels Masse). — Offene Handelsgesellschaft Julius Leopold & Co., zu Berlin, Grünstr. 21. — Handelsgesl. Max Heimann & Co. zu Magdeburg, Kaiserstraße 11, mit Zweigniederlassung zu Kottbus unter Firma Gustav Saalmann & Co. (Zwangsvergl.). — Berchel. Sophie Goldstein, geb. Neumann, i. Fa. S. Goldstein zu Neutzig a. C. — Handelsmann Markus Weichmann zu Pakosch. — Kaufmann Julius Goldstein zu Breslau, Goldene Radegasse 26. — Kaufmann Louis Rosenberg zu Berlin, Bergmannstr. 20 (mangels Masse). — Moses Roos zu Fritzki bei Braubach. — Kaufmann Siegmund Grüner zu Charlottenburg, Kantstr. 28 (Zwangsvergl.). — Handelsmann Ephraim Liebenstein zu Hüttenheym b. Marktbreit (Zwangsvergl.). — Kaufmann Max Stern zu Herford, i. Fa. de Bries & Stern. — P. M. Manasse & Sohn zu Mainzard (Zwangsvergl.). — Kaufmann Georg Franz zu Martin. — Kaufmann Eduard Meyer zu Reisch. — Berliner Modehaus D. Meyer zu Küstrin II. — Handelsfrau Hedwig Heymann, geb. Goldstein zu Berlin, Hüxter 19. — Kaufmann Julius Segall, i. Fa. Segall & Co. zu Düsseldorf, Schadowstr. 57.

Jüdische Ritter, Kommissions- und Kommerzienräte usw.

Verliehen wurde: dem Regierungsrat a. D. Ernst Magnus in Berlin der Kronenorden dritter Klasse;

dem belgischen Konsul in Gibraltar Moyses G. Bergel das Ritterkreuz des Leopoldordens;

dem persischen Konsul Josef Laudau in Warschau der russische Annenorden zweiter Klasse;

dem Ober-Postkassenbuchhalter Krohn in Breslau der Charakter als Rechnungsrat;

dem Abteilungsvorstand bei der Generaldirektion der bayerischen Staatseisenbahnen Regierungsdirektor Jakob Heutle zu München das Ritterkreuz des Verdienstordens der bayrischen Krone und damit der persönliche Adel;

dem Bankman Marcus Samuel, Chef der Bankfirma Samuel Samuel & Co. in Japan, die englische Ritterwürde;

dem Assistenten am Kochschen Institut für Infektionskrankheiten Dr. A. Wassermann der Titel eines Professors.

Ernannt wurden: Salomon Cohen zum Departements-Kommandeur der Armee für Kalifornien und Nevada;

Frau Dr. Lydia Rabinowitsch zum „ordentlichen Professor" an der Hochschule zu Philadelphia;

der Regierungsbaumeister Emil Ploske in Lissa zum Kgl. Gewerbe-Inspektor;

der Rechtsanwalt Dr. Moritz Staub in Berlin zum korrespondierenden Mitgliede der Akademie der Wissenschaften in Budapest;

die Privatdozenten an der Wiener Hochschule Dr. Moritz Heitler und Dr. Lothar Frankl zu außerordentlichen Professoren;

der bayrische Kommerzienrat und sächsische Generalkonsul Max Ritter von Tollmersdorffer in München vom König von Sachsen zum „Geheimen Kommerzienrat";

Kapitän Samuel Baxter vom 12. Inf.-Regiment in Bombay zum Major;

Dr. Witkor Walich in Paris zum Professor der Medizin an der Sorbonne.

Lesenswert

für jeden, der **Interesse** an der **sozialen Frage** hat.

Gustav de Llagre, Wohnungen für Unbemittelte. . . . . 40 Pf.
Hermann Kötzschke, Der christliche Standpunkt in der Frauenfrage 50 Pf.
Graf Wartensleben, Die von der Sozialdemokratie geforderten Eigentums- und Produktionszustände. . . . . 50 Pf.

10 Stück, entweder eines Werkes oder beliebig aus allen drei zusammengestellt, liefere ich für nur 3 M.

R. Neuern. Beyer, Leipzig, Königsstr. 27.

Wahlverein Berlin der deutschsozialen Reformpartei.

Wir ersuchen unsere Mitglieder, die sich im Besitze von Sammellisten befinden, die eingegangenen Beträge umgehend an Herrn Carl Christoffers, Dersflingerstraße 23, abzuführen. Etwa gewünschte Quittung wird an dieser Stelle veröffentlicht. —

Alle Zuschriften über Vereinsnachrichten usw. sind für die Folge nur an Herrn A. Strumpf, Berlin SW. 48, Hildesheimstraße 27, zu richten. Insbesondere werden die Herren Abteilungs-Vorsitzenden aufgefordert, rechtzeitig die nächsten Abteilungs-Versammlungen anzuzeigen. —

Unsere Mitglieder werden dringend gebeten, die fälligen Beiträge bei ihren Angehörigen usw. zu hinterlegen, damit dem Vertrauensmann vergebliche Wege erspart bleiben. —

Beschwerden über unrichtige oder verspätete Zustellung dieser Blätter, die allen unsern Mitgliedern an Stelle des eingegangenen Nachrichten-Blattes regelmäßig jede Woche zugehen müssen, sind lediglich bei Herrn A. Strumpf, Berlin SW., Hildesheimstr. 27, anzubringen. Dorthin ist auch umgehend jeder Wohnungswechsel anzuzeigen, da sonst auf eine pünktliche Zustellung unsers Vereinsblattes nicht gerechnet werden kann. —

Neue Mitglieder können jederzeit aufgenommen werden. Meldungen sind an Herrn Carl Christoffers, Dersflingerstr. 23, zu richten.

Briefkasten der Schriftleitung.

Bitte. Die Wohlergebnisse der einzelnen Ortschaften werden meist in den Lokalblättern der betr. Wahlkreise, tabellarisch zusammengestellt, veröffentlicht. Wir bitten unsere Gesinnungsgenossen herzlich, die Zeitungsnummern, die solche Zusammenstellungen enthalten, an unsere Schriftleitung, Berlin NW 5, einzusenden, auch aus solchen Wahlkreisen, in denen wir diesmal noch nicht mit einem eigenen Kandidaten oder nur mit einem Zählkandidaten beteiligt waren. Für künftige Wahlen sind solche Verzeichnisse wertvoll.

Druckfehler-Berichtigung. Seite 182, 1. Spalte, 3. 27 v. o. muß es „Homberg" statt „Bomburg" heißen. — In der Beilage der vorigen Nummer S. 88 ist unter „Weißen", 5. Zeile, zu lesen „nationalliberale Kandidatur" statt „nationale").

P. L., Ulm. Sie schicken uns zum Abdruck eine Notiz „Jüdische Frechheit", die gegenwärtig die Runde durch die judengegnerische Presse macht. Wenn Sie die „D.-S. Bl." aufmerksam lasen, würden Sie darin sofort einen alten Bekannten gefunden haben. Wir haben die Sache nämlich schon in unserer Nummer vom 31. März gebracht, und darum ist sie jetzt auf Nimmegen in die übrigen antisemitischen Zeitungen übergegangen.

Wildeshausen. Gewiß, solche Zuschriften sind uns stets willkommen Sie dürfen sich aber dadurch nicht abschrecken lassen, wenn einmal etwas in unserm Blatte keine Verwendung findet. Was der Ostindenbeschäftigt Rude über den p. Schäfer veröffentlicht, gehört für uns schon zu den „ollen Kamellen", es hat früher bereits in unserm Blatte gestanden. Zeitungen können Sie aber doch auch Anstrich der bemerkenswerten Stellen) ruhig als Drucksache senden. Heil!

A. L., Hazen Also, Herr Schäfer ist jetzt als Parteisekretär bei den Jüdisch-Freisinnigen in Hagen angestellt? Wenn sich Eugen Richter schon auf solche Leute stützt, dann muß es allerdings recht wackelig mit ihm stehen.

K. Fr. Über den berüchtigten Jakob Rosenthal alias Jacques Saint-Cère können Sie Näheres nachlesen in unserer Nr. 309 in dem Artikel „Vom Typhus eines Zeitungs-Juden".

Eingegangene Anfragen.

Wer kann uns die jetzige Adresse eines Herrn Carl Himpel, früher in Klingenthal, später in Leipzig, angeben?

Geschäftsf. der „Deutsch-Soz. Bl."

Wer kann uns über Rechener Verhältnisse Auskunft geben?

Geschäftsf. der „Deutsch-Soz. Bl."

Empfangs-Bescheinigung.

Für den Wahlfonds gingen ein beim Kassenwart Dr. Bleibaben, Hamburg, Hohe Bleichen 31: Deutschsoz. Reformverein für Altenburg und Umg. 100 ℳ; C. D., Berlin, 10 ℳ; Gesammelt in Berlin 20 ℳ; Rechtsanwalt Kattenburg, Berlin, 10 ℳ; F. Umbach, Zeitverlagsanst. 5 ℳ; G. Kurz, Gerabdo, 1 ℳ; ein Deutsch-Sozialer 5 ℳ; R. v. Deutsch, Schöneberg bei Berlin 30 ℳ; einige Germanen 10,10 ℳ; Deutschsoz. Reformverein Münster i. W., 2. Rate, 100 ℳ; Statt-Dreiband „Kornblume", Magdeburg, 15 ℳ; Adam, Freiburg, 3 ℳ; Drei Waldbrüder 15 ℳ; Otto Schmidt, Leipzig, 20 ℳ; R. B., Celle, 10 ℳ; H. L. in Worms 5 ℳ; R. N. durch R.-A. Jacobsen (Hamburg) 300 ℳ; O. v. B., Karlsruhe 5 ℳ;

Digitized by Google

H. K. in Schwerin 2,05 M.; Zionist, 8. Wochenrate, 10 M.; G. G. in Ilsenburg 3 M.; H. K., Glückstadt, 3. Sammlung 8,80 M.; H. N. in Magdeburg 5 M.; M. Sch. Berlin, 5. Wochenrate, 1 M.; Drei Hammerbrüder, Wochenstat, 2,60 M.; J. L., Kiel, 6 M.; G. L. in Lübeck-ich 5 M.; L. Sch., Worms, Wochenbeitrag, 5 M.; A. B. Potsdam, 3 M.; Beichen, Waldheim, 3 M.; Chr. Meyer, Rentmeisthausen, 2,50 M.

Den Räuber in Pennup 20,05 M.; Th. M. 5,05 M.; Roßlaer Gesinnungsgenossen 10,50 M.; L. Hader, Markneukirchen, 5 M.; H. W. in M. 40 M.; H. Legd 2 M.; Carichen 5 M.; Stat beim Hermann in Hotel Leipzig zu Glauchau 6,80 M.; Heil und Sieg! Ein deutscher Turner 5 M.; Meister Karl, Waldheim, 2 M.; Griesbaud, Waldheim 1 M.; Otto, Waldheim 2 M.; Richard, Waldheim, 5 M.; D. Schl. Beverungen für Kassel-Messungen 5,05 M.; H. Schulz, Kren, 10 M.; Georg Buschmann, Schalke, 10 M.; Paul Wandrey, Grottlau, 10 M.; P. Meyer, Spandau, 15 M.; Festversammlung aus Bayern 1 M.; Ein Gruß, Waldheim, 1 M.; Rudolph, Waldheim, 1 M.; Kaufmann M. B., Anklam, 3 M.; Hermann Baltze jr., Anklam, —,50 M.; F. Sch., Anklam, 1 M.; Deutschtag. Reformverein Glauchau 30 M.; H. H. 1 M.; B. Sch., Hamburg, 2,50 M.; Zionist, 9. Wochenrate, 10,05 M.; G. W. in Iserlohn 5 M.; Hammerbrüder, Stahlgewinn, 6,50 M.; G. Sch., Bln. (Stahl.), 6. Wochenrate, 2 M.; A. D. in Gr.-Lichterfelde 3 M.; H. K. in Glückstadt, letzte Sammlung, 10,05 M.; v. K., Leipzig, 4 M.; O. J. in Koblenz 2 M.; L. Sch. in Worms, Wochenbeitrag, 2 M.; M. M. in Berlin 5 M.; L. N., Minden, 6 M.; E. G., Gr.-Lichterfelde, 17 M.

Zur Anschaffung von Aufklärungsschriften für die Wahlagitation gingen ein: Dr. Franz 14 M.; Karnitzel 4 M.; Semerak 5 M.; J. 100: 5 M.; Nagel 2 M.; Kirchhoff 1 M.; Trbe. 3 M.; Christopp 9 M.; Hilfsprediger N. N. 2 M.; Specht 1 M.; 220: 3 M.; 234: 3 M.; 563 32,50 M.; Lück 3 M.; E. B. 1 M.; Pfeiffer 1 M.; Altenkirch 1 M.; Hirsch 1,50 M.; Müller 2 M.; Seifert 4 M., Gabriel 2,70 M.; Schaf 5,50 M.; Dr. F. S. 3 M.; G. F. Dr. 20 M.; B. Sch. f. N. J. 3 M.; C. K. 5 M.; Tetche. Schänke 1 M.; B. P. 5 M.; Sitzemann 3 M.; B. K. 50 Pf.; A. Klemm 2 M.; Christmann 1 M.; Böhme 5 M.; Behrend 1,50 M.; 1252: 1,60 M.; Berger 10 M.; G. M. in L. 5 M.; Deutsche Eiche 3 M.; Linden-tanz 8 M.; Bäsier 1 M.; 49: 1 M.; Mohde 1 M.; 1016: 2 M.; Rühl 6 M.; Steckel 2,20 M.; Es lebe der Antisemitismus 4,80 M.; Pastor B., Gewinn aus dem Vertauf antisemitischer Schriften 20 M.

Leipzig, Königstr. 27. Geschäftsst. d. „Deutsch-Soz. Bl." Herm. Beyer.

Für die Bücherei des Antisemiten.

Der Vorläufer ● ● ● ●

zum Kulturkämpfer.

Inhalt: Zur Emanzipation der Eingeborenen. — Klippen der neuen Justizgesetze. — Die künstliche Teuerung. — Von Gilthaum der Börse.

Preis 1 Mark.

Zu beziehen durch die **Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstr. 27.** Bei vorheriger Einsendung des Betrages (deutsche und österreichische Marken werden in Zahlung genommen) erfolgt portofreie Lieferung.

Erprobte

Herrenstoffe

zu Anzügen und Paletots. Prachtvolle moderne Musterwahl franko.

Wilhelm Batzkes, Düren 1. *(Christl. Tuchversand.)*

Anerkannt beste und billigste Bedienung.

Sauberes großes Zimmer

mit Schreibtisch, Klavier, auf Wunsch mit Schlafstube, zum 1. Juli zu vermieten. Einzige Bevorzugung. Preis nach Uebereinkunft.

Emilienstraße 19 I. Beyer.

Deutsche Schänke, Leipzig,

Poststrasse 20,

empfiehlt **kräftigen Mittagstisch** und **gute Biere.** Gesellschaftszimmer noch einige Tage frei.

Hochachtungsvoll *H. Singer.*

Bierre ein Postfoll (9½ Pfund)

feine Leber-, Rot- und Sülzwurst

zu 7,50 M. franko.

H. Glauner, Fleischermstr.

Papenburg b. Leer (Ostfriesld.).

Ferner:

prime Hammelkeule u. Carrés

à Pfund 55 Pf.

Seiler-, Bürsten-, Besen-Detail u. **Finselwaren** Engros

Spezialität.: **Polster-Waren.**

Oscar Mühler, Windm.-Str. 25.

H. Heinze, Hutfabrik

gr. Fleischergasse 5, Kurrentgasse 6.

Spezialität: 2,80-Hüte.

Antisemitische Pfeifen

mit Ornamenten und Sprüchen aus Elfenbein-Steingut, à Stück portofrei gegen Einsendung von 65 Pf. in Briefmarken.

J. Korzilius, Hoflieferant, **Köln-Ehrenfeld.**

Ladebeck's

selbstthätige

Sitz-Douche

Patentiert in allen Kulturstaaten.

Dieser sanitäre Haushaltungs-**Apparat** ist in jedem Zimmer **ohne Heizvorrichtung o. Wasserleitung** stets fertig zum Gebrauch, **bedarf** selbst zu mehrmaliger Benutzung **nur 2 Eimer Wasser,** erfordert kein vollständiges Auskleiden **und ersetzt vollkommen Sitzwanne, Bidet, Fussbad etc.**

Von medizinischen Autoritäten empfohlen. Zahlreiche Anerkennungsschreiben. Gebrauchsanweisung wird beigegeben.

Preis 28 Mark per Nachnahme.

Hauptdepot:

H. Ladebeck, Leipzig,

Alexanderstrasse 14.

Vertreter im Auslande gesucht.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königsstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe in Berlin NW. 5, Kruppstr. 13p.
Druck: G. Reusche in Leipzig.

Digitized by Google

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Leipzig, 23. Juni 1898. Nr. 514.

Parteinachrichten.

Bei den Reichstagswahlen sind – soweit uns die Ergebnisse vorliegen — für unsere Partei an Stimmen abgegeben in Berlin 3 3720, Berlin 5 3223, Ueckermünde-Usedom-Wollin 5416, Magdeburg 3691, Halle (Saale) 840, Nordhausen 3554, Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück 5106, Apenrade-Flensburg 1424, Pinneberg-Segeberg 2810, Kiel-Rendsburg-Plön 1024, Altona-Stormarn 1741, Bersenbrück-Osnabrück-Iburg 341, Hannover-Linden 2183, Hameln-Springe 1711, Goslar-Zellerfeld-Ilfeld 2616, Celle-Peine-Gifhorn 909, Minteln-Hofgeismar-Wolfhagen 6012, Kassel-Meisungen 4726, Fritzlar-Homberg-Ziegenhain 1798, Eschwege-Schmalkalden-Witzenhausen 2406, Hersfeld-Rotenburg-Hünfeld 3200, Hanau-Gelnhausen 1500 (?), Frankfurt (Main) 1739, Bautzen-Namenz 10045, Dresden r. d. E. 5005, Dresden l. d. E. 8986, Dresden-Land 8720, Meißen-Großenhain 6522, Pirna 11132, Leipzig-Stadt 6062, Leipzig-Land 2068, Borna 1434, Stollberg-Lößnitz-Schneeberg 9370, Marienberg 3326, Pirrach-Mallheim (Baden) 235, Kehl-Ebertirch-Offenburg 369, Mannheim-Weinheim 2134, Heidelberg-Eberbach 2607, Eisenach-Dermbach 2500, Braunschweig-Blankenburg 1794, Meiningen 2800, Sonneberg-Saalfeld 113, Waldeck 3394 (die absolute Mehrheit beträgt 3572!), Hamburg 9018, Metz 867.

Natürlich fehlen noch eine ganze Anzahl Wahlkreise, auch die hier angegebenen Zahlen sind nur zum Teil die amtlichen. Um aber den Judenblättern und dem offiziösen Telegraphen einigermaßen ein Paroli zu bieten, veröffentlichen wir schon jetzt die unvollkommenen Ergebnisse. Eine genaue Zusammenstellung wird folgen, sobald die genauen amtlichen Zahlen feststehen.

Daß die deutschsozialen Antisemiten von den Bunde der Landwirte hohe Geld-Unterstützungen bekommen, soll ein Brief des bekannten Herrn Erwin Bauer beweisen, der der sozialdemokratischen „Volksstimme" zu Burgstädt in die Hände gefallen und von diesem Blatte sofort veröffentlicht ist. In dem an Herrn Oswin Schmidt, Direktor des B. d. L. für das Königreich Sachsen, gerichteten Schreiben ist die Rede von 500 M., die Herr Bauer haben will oder auch schon bekommen hat. — Bekanntlich gehört Herr Bauer schon seit einer Reihe von Jahren nicht mehr zur deutschsozialen Partei, sondern hat gegen dieselbe gearbeitet. Wenn der Brief aber überhaupt etwas beweist, so ist es das Gegenteil von dem, was er beweisen soll.

Berlin. Die Wahlen in der Reichshauptstadt haben das Ergebnis gehabt, das vorauszusehen war. Es bleibt bei derselben unwürdigen Vertretung, die Berlin bisher schon gehabt hat. Den vierten und sechsten Wahlkreis haben die Sozialdemokraten Singer und Liebknecht mühelos behauptet, in den vier übrigen Wahlkreisen hat eine engere Wahl zu entscheiden zwischen den Freisinnigen und Sozialdemokraten. Aller Voraussicht nach werden sämtliche Berliner Stichwahlen, genau wie 1893, günstig für die Sozialdemokratie ausfallen, so daß die Residenzstadt Berlin nach wie vor durch einen Freisinnigen und fünf Sozialdemokraten im Reichstage vertreten sein dürfte.

Der bemerkenswerteste Zug an den Berliner Wahlen war die schwache Teilnahme der Wähler. In den fünf ersten Wahlkreisen wurden weniger Stimmen abgegeben als vor 5 Jahren. Nur in dem sechsten Bezirke ist die Anzahl der abgegebenen gültigen Stimmen um 5814 gestiegen, dafür hat sich aber auch die Anzahl der Wahlberechtigten von 121 564 auf 142 226, also um 20 662 erhöht. Unter der Wahlmüdigkeit hatten alle Parteien zu leiden. Am schlechtesten haben aber die Freisinnigen abgeschnitten, denn sie haben in allen Berliner Wahlkreisen an Stimmen erheblich eingebüßt. Die vereinigten Freisinnigen und Nationalliberalen verloren im ersten Kreise 643, im zweiten 1473, im dritten 867, im vierten 2124, im fünften 643, im sechsten 2310 Stimmen, das sind zusammen 8060 Stimmen weniger als 1893.

Auch die Sozialdemokratie ist in dem größten Teile Berlins im Rückgange begriffen. Zugenommen hat sie im sechsten Bezirke um 720 und im fünften um 295 Stimmen. Im übrigen Berlin haben die Sozialdemokraten weniger Stimmen aufgebracht als 1893. Erfahrungsgemäß leidet die sozialdemokratische Partei nicht unter der Wahlmüdigkeit; bei ihr deckt sich vielmehr die Anzahl der abgegebenen Stimmen mit der ihrer wahlberechtigten Anhänger. Man kann auch nicht sagen, daß die Sozialdemokratie an Anstrengungen habe fehlen lassen. All die Herren Pennbrüder wurden aus ihrer beschaulichen Ruhe aufgescheucht, und die knallroten Mädchen, die als Zettelverteilerinnen angestellt waren, mußten zur besonderen Reklame dienen. Es sollte um jeden Preis dargethan werden, daß sich die Sozialdemokratie auf einem unaufhaltsamen Siegeszuge befinde. Dieser Beweis ist für die ersten vier Wahlkreise mißlungen. Im ersten Kreise sind die Sozialdemokraten um 432, im zweiten um 398, im dritten um 1321, im vierten, der Hochburg Singers, um 1063 Stimmen zurückgegangen.

Den Nationalsozialen mußte der erste Wahlkreis-als Verlustfeld dienen. Sie thaten auch vor den Wahlen, als sei ihnen ein Erfolg mehr als gewiß. Schließlich sind für sie aber nur 1008 Stimmen herausgekommen, noch etwa 700 weniger als Herr v. Egidy vor 5 Jahren erhielt.

Leider sind auch die antisemitischen Stimmen im dritten Wahlkreise um 725 und im fünften um 1858 zurückgegangen. Hofprediger Stöcker dagegen hat im sechsten Wahlkreise 15554 Stimmen auf sich vereinigt, noch einige mehr als der konservative Kandidat 1893.

Siegen. Von Wahlmüdigkeit war hier nichts zu spüren. Es wurden fast eben so viele Stimmen abgegeben als im Jahr 1893. Hofprediger Stöcker erhielt 10 550 Stimmen, d. h. noch 261 mehr, als bei der letzten Wahl zusammen für ihn und Böckel abgegeben waren. Gewiß ein erfreuliches Zeichen, um so erfreulicher, als die anderen Parteien — vom Zentrum abgesehen — zurückgegangen sind. Die nationalliberalen Stimmen sanken von 6780 auf 5529, die freisinnigen von 2277 auf 2210 (1890 wurden noch 5384 freisinnige Stimmen abgegeben), die sozialdemokratischen von 400 auf 393. In der Stichwahl ist Stöckers Sieg sicher, es fehlten ihm ja nur 116 Stimmen, so wäre er gleich im ersten Wahlgange gewählt. Daß die 2240 Zentrums-Stimmen dem Nationalliberalen zufallen konnten, ist ausgeschlossen. Stöcker siegt also mit einer beträchtlichen Mehrheit, auch dann, wenn das Zentrum sich für Wahlenthaltung entscheidet.

Kreuzburg-Rosenberg, O.-S. Hier wurden 32 Zettel auf den Namen Liebermann von Sonnenberg abgegeben. — Bemerkenswert ist die überaus geringe Wahlbeteiligung. In Kreuzstadt z. B. übten von 648 Wahlberechtigten nur 185 ihr Wahlrecht aus, das sind etwa 28 v. H.

Aus Hessen. In einer Versammlung, die Herr Hirschel am Montag vor der Wahl in Gernsheim a. Rh. abhielt, ergriff auch ein Nationalliberaler, der Prokurist der dortigen chemischen Fabrik, das Wort. Als er bei seinen Ausführungen mehrmals von dem Stadtrat Dr. Ehrmann unterbrochen wurde, warf er nach diesem Herrn mit einem Glase, zum Glück, ohne zu treffen. Unter großem Tumult mußte die Versammlung polizeilich geschlossen werden. Bisher hatten wir immer geglaubt, die Sitte, mit Gläsern nach einem politischen Gegner zu werfen, sei nur bei den Sozialdemokraten üblich; jetzt haben wir uns aber überzeugen müssen, daß diese Art der Kampfesweise auch in den Reihen der „nach Bildung und Besitz maßgebenden Partei" Vertreter hat.

Digitized by Google

Fulda-Schlüchtern-Gersfeld. In dem Wahlbezirk, der die Ortschaften Romsdorf, Vollmerz und Hinkelhof umfaßt, wurden 53 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf Liebermann von Sonnenberg 48, auf Herold (Zentr.) 4 und Sieg (kons.) 1. Die ganze Agitation hatte darin bestanden, daß an einen Vertrauensmann 60 Stimmzettel geschickt wurden.

Neuruppin. Die freisinnige „Neuruppiner Ztg." hat sich vor einiger Zeit einen besonders schneidigen Redakteur, Hans Offenbach mit Namen, zugelegt. Diese auserlesene Kraft sollte auch in einer konservativen Wählerversammlung als Gegenredner auftreten. Herrn Offenbach wurde aber das Wort verweigert, weil er noch nicht wahlberechtigt sei. Er sei jedenfalls in der Wählerliste nur vergessen worden, erwiderte darauf der freisinnige Held. Der Vorsitzende der Versammlung zeigte sich aber besser unterrichtet, er wußte genau Tag und Jahr von Offenbachs Geburt und stellte fest, daß derselbe erst 23 Jahre alt sei. Tief gekränkt zog Hänschen von dannen.

Cüstrin. Wenn es unsrer Partei beim ersten Anlauf auch nicht gelungen ist, ihren Kandidaten in die engere Wahl zu bringen, so hat derselbe doch an manchen Orten eine recht ansehnliche Zahl von Stimmen auf sich vereinigt. Wir heben nur zwei Orte hervor. In Schönfließ fielen dem deutschfreisinnigen Bewerber, Herrn E. Beck 161 Stimmen zu, der Konservative v. Levetzow erhielt 68, der Freisinnige Werner 70, der Sozialdemokrat Goecke 89 Stimmen. In Alt-Rüdnitz bekam Beck 99, von Levetzow 43, Werner 21, Goecke 28 Stimmen. In Cüstrin selbst vereinigte Herr Beck 231 Stimmen auf sich. Wenn man berücksichtigt, daß die Organisation des Wahlkreises beim Beginn der Wahlagitation noch völlig fehlte, und daß Herr Beck fast ausschließlich auf sich selber angewiesen war, so muß man die annähernd 1300 Stimmen, die für ihn aufgebracht sind, für einen schönen Achtungserfolg ansehen.

Nienburg-Syenrade. Von Einzel-Ergebnissen aus unserm Wahlkreise heben wir die folgenden hervor: In Husbh erhielt Herr Roesicke von 152 abgegebenen Stimmen 136; in Grenndhof 102 Stimmen, die Gegner 6; in Ausacker 55, die Gegner 21; in Langbollig 124, die Gegner 7; in Dollerup 118, die Gegner 22.

Hechingen. Die „Mech. Tricotweberei Hechingen, Liebmann & Levi" verlangt auf Grund des § 11 des Preßgesetzes von uns die Mitteilung, daß Herr L. Liebmann in Hamburg am 21. April 1887 aus der Firma ausgeschieden ist. — Wir bringen diese Thatsache gern zur Kenntnis unsrer Leser, vermögen darin aber eine Abschwächung unsrer Angaben in Nr. 512 nicht zu erblicken. Wir hatten lediglich unsrer Verwunderung darüber Ausdruck gegeben, daß die Hechinger Blätter wohl die Verurteilung unsers Redakteurs mit unverkennbarem Behagen breitgetreten, aber von der eines alten Bekannten aus Hechingen, des Herrn Leopold Liebmann, keine Notiz genommen hatten.

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Verfehmg der Konkursordnung wird dem Kaufmann David Casper zu Berlin, am Bredowschen Markt 2, zur Last gelegt. Casper hat das Weite gesucht, die Staatsanwaltschaft verfolgt ihn steckbrieflich. Die hinterlassenen Schulden belaufen sich auf 160 000 Mark.

Auf einem bei Israel nicht ungewöhnlichen Wege hatte der Hausierer Michaelis Löwenberg aus Berlin, geboren im Posenschen und wegen Diebstahls mehrfach vorbestraft, seine Waren an den Mann gebracht. Mittels erfundener Unglücksfälle bettelte er sich sie zusammen und gleichzeitig das Fuhrwerk in eine außerordentliche Billigkeit der angebotenen Waren hervorzurufen. Darauf waren zwei Gaswirte in Landsberg a. W. reingefallen, hinterher mußten sie sich von Sachverständigen sagen lassen, die „billig" erstandenen Stoffe lohnten nicht der Verarbeitung zum Anzügen. Herr Löwenberg wird wegen dieses Betruges auf Gerichtsbeschluß für ein Jahr unschädlich gemacht, außerdem darf er 300 Mark Geldstrafe zahlen.

Amtliche Anfrage hatte der verbrecherische Kaufmann und Viehhändler Josef Kantke in Hannover, Ecke Engelbostelerdamm und Talpenstr. wohnhaft, 17- und 15jährigen Mädchen gemacht, die in seinem Laden einkaufen wollten. Um Monat bestrangnis wurde dem schamlosen Patron zudiktiert.

Auf offener Straße geknüt hatte der Pferdehändler Louis Hirsch aus Rastow i. M. die Tochter eines Lehrers. Das Schöffengericht zu Margonin belehrte ihn darüber, daß im Occident so etwas nicht gestattet sei, und verurteilte ihn zu drei Wochen Gefängnis. Das kam dem Hirsch doch zu hart vor, und er legte Berufung ein. Die Strafsammer zu Schneidemühl aber brummte ihm sechs Wochen Gefängnis auf. Recht so!

Durch verdorbenes Fleisch, das er in den Handel gebracht, hatte der Metzger Elser aus Kalk den Tod von zwei Menschen verursacht und außerdem eine größere Anzahl von Personen an ihrer Gesundheit geschädigt. Strafe: drei Monate Gefängnis.

Neue Bücher.

(Alle hier angezeigten Schriften sind durch unsere Geschäftsstelle, sowie durch jede Buchhandlung zu beziehen.)

Ein kaiserliches Zukunftsbild im Gegensatz zu den Zukunftsbildern, durch die die Sozialdemokraten auf die Massen einzuwirken sucht, entwirft der „Politische Bilderbogen" Nr. 28. Seit nahezu dreißig Jahren verkünden die Sozialdemokraten bekanntlich den Zusammenbruch der Monarchie. Zur Zeit der Most und Hasselmann und der 1875er Kaiserattentate glaubte kein richtiger „Genosse", daß auf Wilhelm I. jemals noch ein Wilhelm II. folgen werde; Bebel prophezeit auch heute noch einen „großen Kladderadatsch", dessen Eintritt er von Jahr zu Jahr erwartet. Um diesen geschichtlichen Vorstellungen zu begegnen, weist der Bilderbogen darauf hin, daß Deutschland im nächsten Jahrhundert nicht sozialistisch, sondern ebenso kaiserlich wird regiert worden sein wie heute. Nicht ein Bebelscher „Genosse", sondern ein Wilhelm III. oder ein Kaiser Friedrich Wilhelm I. werde der Mann der Zukunft sein, denn wie Preußen einen Kurfürsten und einen König Friedrich Wilhelm hatte, so werde es gewiß auch einen Kaiser Friedrich Wilhelm I. haben. Gesunde Staaten wachsen nicht anders wie Bäume, indem sie ähnliche Dinge ansetzen, wie sie hier in Kurfürstentum, Königtum und Kaisertum geschichtlich vorgezeichnet sind. Der Bilderbogen bringt denn auch die männlich schöne Gestalt eines solchen Zukunftskaisers, der kernig und festgereckt gegen die Sozialdemokratie und das mit ihr verwandte Judentum auftritt, die gründlich durch Zukunftsgesetzen höchst ansehnlich dargestellt sind. Die Ansprache, die der Kaiser an diese richtet, befindet sich auf der Rückseite des Blattes, das mit diesem ausführlichen Text nur 20 Pfennig kostet und von der Geschäftsstelle dieses Blattes zu beziehen ist.

Bulgarische Sittenbilder. Mitteilungen über die Vorgänge am Hofe des Fürsten Ferdinand, in der bulgarischen Gesellschaft und im Lande von Bresnik von Sydacoff. 2. Auflage. Berlin und Leipzig 1887. 75 S. Preis 1 Mark.

Durch den Prozeß Bosnioff, der vor einem Jahre in ganz Europa berechtigtes Aufsehen hervorrief, wurde ein gelles Schlaglicht auf die bulgarische Gesellschaft, aber auch auf die am Hofe des Fürsten Ferdinand selber herrschenden Zustände geworfen. Besonders denjenigen Einblick wie das Momentbild, das wir bei jener Gelegenheit empfingen, rufen die Sittenrichtiger Unsitten-) Gemälde hervor, die in dem vorliegenden Druckheft vor unsern Augen entrollt werden. Altertümlich hat man das Gesindel, als habe der Verfasser vielen pikanten Klatsch restlos aufgenommen. Wenn er z. B. erzählt, Fürst Ferdinand habe in einem Lokale von Demi-Monde zu Paris Prügel bekommen, die seinem, ihm zum Verwechseln ähnlichen, Gebeimsekretär, einem gewissen Jaden Fürst, zugedacht waren, so ist das ja ganz amüsant zu lesen, aber doch sehr unwahrscheinlich. — Das Buch wimmelt übrigens von Druck- und Interpunktionsfehlern. —ni.

Briefkasten der Schriftleitung.

K., Saalfeld (Saale). Freundlichen Dank für die Benachrichtigung. Ich werde sehen, was sich thun läßt.

Würzb. Danke ebenfalls. Ihre Ansicht teilen wir. Heil!

H. M. Sie wollen in der Stichwahl weder dem Sozialdemokraten, noch dem Freisinnigen Ihre Stimme geben. Ihr Wahlrecht aber doch ausüben. Da bleibt nichts andres übrig, als daß Sie einen ungiltigen Zettel abgeben. Machen Sie also ein weißes Stück Papier ab, oder schreiben Sie den Namen eines aussichtslosen Parteiführers darauf, oder, wenn Sie das lieber wollen, können Sie auch den Zettel mit den Worten versehen: „Die Juden sind unser Unglück".

Ph. Nr. an angegebene Adresse soeben gesandt. Das Ergebnis hat denkende Männer nicht überrascht. In Vollsversammlungen kommen schließlich immer wieder dieselben Leute. Angebörige der besser gestellten Kreise kann man nur durch regelrechte Bearbeitung mit Schriften gewinnen, und diese wichtige Art der Aufklärungsarbeit ist in den letzten Jahren vernachlässigt worden. Durch Fritsch hat seinerzeit jährlich Hunderttausende von Flugblättern und Broschüren verbreitet. Das hat natürlich gewaltig gewirkt. Da wir nicht über gröhere Summen verfügen, die in jedes Haus bringen, muß man Schriften verbreiten. In Vollsversammlungen zu gehen, fehlt vielen Leuten die Zeit und Lust. Heil!

Elsleth. Verbindlichsten Dank!

Dr. F. in G. Die größte von Dr. Böckel erschienene Schrift führt den Titel: „Die europäische Judengefahr". Neu ist das Buch nicht mehr zu erhalten. Ein gebrauchtes Stück kann ich für 1,50 M. beschaffen.

B.

Stronger. 14 Mark zur Begleichung Ihres Cto. dankend empfangen. Auch Bücher und Schriften andrer Richtung können Sie durch mich beziehen. Heil!

B-yer.

Digitized by Google

Empfangs-Bescheinigung.

Für den Wahlfonds gingen bei dem Kassenwart Herrn Dr. Pietbaden, Hamburg, Hohe Bleichen 31, ein: Von Assessor H. 30 ℳ; gesammelt von C. Höckert 16,30 ℳ; P. Krauß, Berlin, 5,10 ℳ; Deutschsoz. Reformverein Oberspree 50,05 ℳ; Deutschsoz. Reformverein Reichenbach 25 ℳ; Rechtsanwalt L. in Z. 15 ℳ; Deutschsoz. Reformverein Wabrode 50 ℳ; Deutschsoz. Reformverein Bromberg, 1. Rate, 10,80 ℳ; H. Werner, Berlin, 20 ℳ; Sieg der deutschen Sache 5 ℳ; A. W. und O. Z. 5,05 ℳ; L. Günther, Schaag, 5 ℳ; Ein einig Volk von Brüdern 20 ℳ; C. Hahn, Lübeck, 1,50 ℳ; 2 Mitglieder des antisemitischen Vereins Wabrode 50 ℳ; X., Charlottenburg, 1. ℳ; Kreisrichter Herrmann, Altweiler, 10,05 ℳ; Zimmer deutsch, Waldheim, 3 ℳ; Stiftung für Schwiegermutter 3 ℳ; J. Bretden, Bonn, 10 ℳ.

Für den Wahlverein Königsberg: Germane, Greiz, 5 ℳ.

An alle deutschgesinnten Radfahrer.

Auch in diesem Frühjahre tritt der Deutschnationale Radfahrer-Verband wieder an alle deutschgesinnten Radfahrer mit der herzlichen Bitte heran, sich ihm anzuschließen. Mit Riesenschritten erobert sich das Fahrrad die Welt, und immer größer werden die Radfahrer-Vereinigungen. Immer größer, aber auch immer gemischter. In den alten Verbänden ist jeder Radfahrer willkommen, einerlei, welcher Gesinnung und Abstammung, und solche Vereinigungen können niemals veredelnd oder fördernd auf den einzelnen oder auf das gesamte Volkstum wirken.

Darum war die Gründung unsers Verbandes eine Notwendigkeit für jeden deutschvölkisch Gesinnten, und jeder Radfahrer, der deutsch fühlt und denkt, sollte sich uns anschließen. Wir wollen nur der großen deutschen Sache dienen. Es ist das Fahrrad uns Mittel und Zweck, um unsern Körper zu stählen und den Geist zu erfrischen, damit ein kräftiges, deutsches Geschlecht erzogen werde.

Jedes Mitglied wird bei uns zugleich Mitkämpfer für Alldeutschlands Ruhm und Herrlichkeit. Mit Stolz kann jeder unser Abzeichen mit den schwarz-rot-goldenen Farben tragen, weil es nur an völkisch gesinnte Stammesbrüder vergeben wird. Darum, ihr deutschen Radfahrer, tretet nur einer wahrhaft deutschen Vereinigung bei.

Satzungen, Anmeldebogen und Probenummern der Zeitschrift stehen jedem Stammesbruder kostenfrei zur Verfügung.

Mit treudeutschem „All Heil"
Der Vorstand des D.-R. R.-B.
i. A.: Hugo Jordan, Schriftwart,
Hamburg, St. G., Langereihe 115.

Für die Bücherei des Antisemiten.

Die Judenfrage im preußischen Abgeordnetenhause.

Wörtlicher Abdruck der stenographischen Berichte vom 20. und 22. Nov. 1890. 206 Seiten, statt 60 Pf. jetzt 25 Pf., 10 Stück 1,80 M.

Zu beziehen durch die **Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstr. 27.** Bei vorheriger Einsendung des Betrages deutsche und österreichische Marken werden in Zahlung genommen) erfolgt portofreie Lieferung.

An die Leipziger Antisemiten!

Wählt alle Hasse! Er ist ja **auch Antisemit** und hat versprochen, **gegen Einwanderung von Juden** und Slawen zu wirken.

Bedenkt, daß bei der Hauptwahl über 1000 Sozialdemokraten **abkommandiert** waren, um Hasse und nicht Haeblee gegen den Sozialdemokraten in die Stichwahl zu bringen, und daß die Leipziger Juden aus gleichem Grunde auch Hasse gewählt haben.

Diese Stimmen gehen alle bei der Stichwahl auf den Sozialdemokraten über!

Darum wählt Hasse!

Wahlverein Berlin der deutschsozialen Reformpartei.

Wir ersuchen unsere Mitglieder, die sich im Besitze von Sammellisten befinden, die eingegangenen Beträge umgehend an Herrn Carl Christoffers, Dersflingerstraße 23, abzuführen. Etwa gewünschte Quittung wird an dieser Stelle veröffentlicht. —

Alle Zuschriften über Vereinsnachrichten usw. sind für die Folge nur an Herrn A. Strumpf, Berlin SW. 48, Wilhelmstraße 27, zu richten. Insbesondere werden die Herren Abteilungs-Vorsitzenden aufgefordert, rechtzeitig die nächsten Abteilungs-Versammlungen anzuzeigen. —

Unsre Mitglieder werden dringend gebeten, die fälligen Beiträge bei ihren Angehörigen usw. zu hinterlegen, damit dem Vertrauensmann vergebliche Wege erspart bleiben. —

Beschwerden über unrichtige oder verspätete Zustellung dieser Blätter, die allen unsern Mitgliedern an Stelle des eingegangenen Nachrichten-Blattes regelmäßig jede Woche zugehen müssen, sind lediglich bei Herrn A. Strumpf, Berlin SW., Wilhelmstr. 27, anzubringen. Dorthin ist auch ungesäumt jeder Wohnungswechsel anzuzeigen, da sonst auf eine pünktliche Zustellung unsers Vereinsblattes nicht gerechnet werden kann. —

Neue Mitglieder können jederzeit aufgenommen werden. Meldungen sind an Herrn Carl Christoffers, Dersflingerstr. 23, zu richten.

Erprobte
Herrenstoffe
zu Anzügen und Paletots. Prachtvolle neueste Musterwahl franko.
Wilhelm Bätzkes, Düren 1. (Christl. Tuchversand.)
Anerkannt beste und billigste Bezugsquelle.

Antisemit. Postkarten,
4 Sujets,
100 Hundert 7 Mark franko gegen Nachnahme, empfiehlt
Carl Zanger, Freiburg i. B.
Postkarten u. Schreibmaterialien en gros.

Kaufen Sie
keln Pianino.
wenn Sie sich noch nicht den Katalog von August Roth, Hagen i. W., Königl. Hof-Pianofabrikant, gratis haben kommen lassen.

Sauberes großes Zimmer
mit Schreibtisch, Klavier, auf Wunsch mit Schlafstube, zum 1. Juli zu vermieten. Einzige Vermietung. Preis nach Übereinkunft.
Emilienstraße 19 I. Beyer.

Digitized by Google

An die Leipziger Gesinnungsgenossen!

Die Hauptwahlen sind vorüber. An uns tritt nun die Pflicht heran, zu prüfen, welches Verhalten wir in der Stichwahl beobachten sollen.

Es gilt die Wahl zwischen **Nationalliberalismus** und **Sozialdemokratie.** Beide Parteien stehen uns fast gleich fern. Keine erfüllt die Anforderungen, die wir an eine **wahrhaft deutsche** und **wahrhaft soziale** Partei stellen müssen, keine will **ernstlich** von den Reformen etwas wissen, die wir zur Wiedergeburt unseres Volkes für unbedingt notwendig halten, und die schon zum kleinen Teile durch den Drang **unserer** Parteibewegung von den Gesetzgebern berücksichtigt worden sind (Börsenreform, Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb, Verbot des Getreidetermingeschäfts usw.). —

Unser Kandidat, Herr Dr. Mag Haehicke, ist am Wahltage, also zu einer Zeit, wo er sich nicht mehr verteidigen konnte in Anzeigen und Artikeln tiefster nationalliberaler Blätter in persönlich angegriffen und beleidigt worden, daß man von ihm nicht erwarten kann, er solle seine Wähler zur Stimmenabgabe für den Kartellkandidaten auffordern.

Außerdem hat man sich nicht gescheut, einzelne Mitglieder unserer Partei zu beschimpfen und von der deutsch-sozialen Reformpartei selbst Unwahrheiten zu behaupten.

Wir sind an diesen Ton der Überhebung und Nichtachtung gewöhnt, der sich immer nur kündet während der Zeit, die zwischen Hauptwahl und Stichwahl liegt. Wir sind aber auch übergeugt, daß solchem Treiben der nationalliberale Kandidat, Herr Prof. Dr. Hasse, persönlich fernsteht, wie er auch versichert hat, er befinde sich im Reichstage in wirtschaftlichen Fragen oft im Gegensatze zu seiner Partei und sei auch in Leipzig oft auf Widerspruch gestoßen. —

Die Wähler des Herrn Dr. Haehicke sind **selbständig denkende Männer,** die sich **nicht vorschreiben** lassen werden, wem sie ihre Stimmen geben sollen — gewiß! Aber eine **Bitte** darf man an sie richten.

Und so geht denn unsre Bitte dahin: Fehle niemand von unsern Gesinnungsgenossen bei der Wahl am 23. Juni, sondern vereinigt Eure Stimmen einmütig auf

Prof. Dr. Ernst Hasse!

A. Richter. Hermann Beyer. K. Tänzler.

Antisemitische Pfeifen

mit Ornamenten und Sprüchen aus Elfenbein-Steingut, à Stück portofrei gegen Einsendung von 65 Pf. in Briefmarken.

J. Korzilius, Hoflieferant, Köln-Ehrenfeld

Ladebeck's

selbsthätige

Sitz-Douche

Patentiert in allen Kulturstaaten. **Dieser** einfache Reinlichkeits-**Apparat** ist in jedem Zimmer **ohne Heizvorrichtung** o. **Wasserleitung** stets fertig zum Gebrauch, **bedarf** selbst zu mehrmaliger Benutzung **nur 2 Eimer Wasser,** erfordert kein vollständiges Auskleiden **und ersetzt vollkommen Sitzwanne, Bidet, Fussbad etc.**

Von medizinischen Autoritäten empfohlen. Zahlreiche Anerkennungsschreiben. Gebrauchsanweisung wird beigegeben.

Preis 28 Mark per Nachnahme.

Hauptdepot:

H. Ladebeck, Leipzig,

Alexanderstrasse 14.

Vertreter im Auslande gesucht.

Deutsche Schänke, Leipzig,

Poststrasse 20,

empfiehlt **kräftigen Mittagstisch** und **gute Biere.** **Gesellschaftszimmer** noch einige Tage frei.

Hochachtungsvoll *H. Singer.*

CAFE MERKUR

Leipzig ★ ★ ★ ★

★ ★ **An der Pleisse 8.**

Geöffnet bis morgens 1/4 4 Uhr.

300 Zeitungen. Depeschen u. Kursberichte. Städte-Adressbücher v. Berlin, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Hamburg-Altona, Halle a. S., Paris, sowie Handels-Adressbücher aller grösseren Staaten liegen zur gefl. Benutzung aus.

Jeden Vormittag Bouillon and Pasteten.

Hochachtungsvoll

W. Rühlemann.

Eldorado

Pfaffendorferstrasse 4, **LEIPZIG.** Fernspr. Amt I, Nr. 2162.

Restaurant und Gesellschaftshaus 1. Ranges.

Vereinslokal des Deutsch-sozialen Reform-Vereins.
Versammlungslokal der Deutsch-nationalen Handlungsgehilfen.

Spezialität:

Vorzügliche Küche, 2/3 Portionen mit Suppe 80 Pf.

Abend-Stamm von 30 Pf. an.

Zimmer von 1,50 M. an.

Adalbert Heinrich.

Bad Kissingen

Logierhaus Renner

jenseits der Saale

oo Gartier Straße 24 oo

empfiehlt schön hell gelegene Wohnungen zu billigen Preisen.

Neu angelegter großer Garten.

Wein-Groß-Handlung,

Import von Rum, Arrac, Cognac,

von

Jede Flasche trägt diese Marke

(Schutzmarke als Schutzmarke.)

Berlin NW., 1 Stendaler Straße 1.

Fernsprecher Amt Moabit 1376.

Gegründet 1877.

1893er u. 92er Rhein- u. Moselweine, p. Fl. ohne Glas, für von Pf. an.

1889er u. 95er Bordeaux-Weine von 1 M. an, ferner sämtliche im- und ausländische Weine also, zu soliden Preisen. Zur absoluten Reinheit garantieren

Schmitz & Co.

Kleine Proben und Preisliste umsonst.

H. Heinze, Hutfabrik

gr. Fleischergasse 8, Kurzestrasse 4.

Spezialität: 2,80-Hüte.

Deutscher Krug.

Antiquitäten-Kneipe, Chemnitz,

Lohgasse 3, Parterre und 1. Etage.

Ausschank:

Böhmisch, Lichtenhainer, Tuchersches Dunkel und Pschorrbräu.

Speisen vorzügl. Stolle Bedienung.

Hochachtungsvoll **Emil Krug.**

Weltruf

haben westf. Fleischwaaren

feinste **weit. Schinken** 1.00 M. p. Pfd.

„ **Cervelatw.** 1.35 „ „ „

„ **„ Schinkenw** 1.25 „ „ „

„ **„ Plockw.** 1.20 „ „ „

„ **„ Mettw.** 1.00 „ „ „

(beste Räucherung).

Garantie Zurücknahme

J. Bartscher, Nienberg, Westf.

Liefere ein Postfaß (9½ Pfund)

feine Leber-, Rot- und Sülzwurst

zu 7,50 M. franko.

H. Glauner, Fleischermstr.

Papenburg b. Leer (Ostfriesl.).

Ferner:

prima Hammelkeule u. Carrés

à Pfund 55 Pf.

Seiler-, Bürsten-, Besen-

Dreh- u. **Pinselwaren** Engros

Spezialit.: **Polster-Waren.**

Oscar Mühler, Windm.-Str. 25.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königstr 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe in Berlin NW. 5, Kruppstr. 13p.
Druck: G. Reusche in Leipzig.

Digitized by Google

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Leipzig, 30. Juni 1898. Nr. 515.

Bei den politischen Kämpfen,

die sich ja heute vorzugsweise auf dem sozialen Gebiete abzuspielen haben, handelt es sich vor allem darum, die Gleichgiltigen zu gewinnen, möglichst große Massen in Mitleidenschaft zu ziehen, sie gewissermaßen für die zu erstrebenden Ziele zu erziehen.

Das ist der einzige Weg für eine sozialpolitische Partei, um zum Siege zu gelangen. Redensarten und Kannegießern am Biertische bringen uns nicht weiter auf dem eingeschlagenen Wege.

Aber auch das gesprochene Wort thut es nicht allein; wenn dies nachhaltig wirken und die Geister zum Nachdenken zwingen soll, so ist es nötig, daß wir mit der Presse nachhelfen.

Und da fehlt es gerade bei uns am allermeisten! Wenn auch nur die Hälfte derer, die ihrer antisemitischen Gesinnung bei den Wahlen Ausdruck gegeben haben, eins der anerkannten Parteiblätter halten, lesen und unterstützen würde, so stände es anders mit uns.

Was nützt es uns, daß am Wahltage ein Stimmzettel in unserm Sinne in die Urne geworfen wird, wenn der Abstimmende sonst sich mit der Kost sogenannter „parteiloser" Blätter begnügt und daraus seine Weisheit schöpft?

Unterstützt deshalb die Parteipresse, sorgt für ihre Weiterverbreitung und vor allen Dingen: lest sie und handelt danach!

Professor Paul Förster

versucht in der Zeitung des Herrn H. von Mosch in einigen Artikeln den Nachweis zu führen, daß alle Welt sonst, nur nicht er selber, schuld an seiner Wahlniederlage in Neustettin sei. Daß er dabei auch die deutschsoziale Reformpartei und meine Person mit Beschimpfungen überhäuft, versteht sich bei ihm von selbst.

Nicht weil ich es für nötig halte, unsre Partei gegen Herrn Förster zu verteidigen, sondern um Legendenbildungen vorzubeugen, lasse ich einen Teil seiner Herzensergießungen hier folgen und stelle sie richtig:

„Noch Eines ist zur Sprache zu bringen. Der Landrat hat auch behauptet: In Stettin ist zwischen den Konservativen und der Parteileitung der deutschsozialen Reformpartei eine Vereinbarung zu Stande gekommen, und Herr Liebermann von Sonnenberg, der Vorsitzer jener Partei, hat versprochen, daß diese bei allen Haupt- und Stichwahlen die konservativen Kandidaten in Pommern unterstützen wolle. Es sei also jeder Anhänger der Reformpartei verpflichtet, für ihn zu stimmen und zu wirken!

Dagegen steht der Beschluß der Reformpartei, ihren Bewerber Aschendorf zurückzuziehen und ihre Anhänger anzuweisen, für mich einzutreten.

Wir erhalten da einen schönen Einblick in die Wirtschaft, die in der deutschsozialen Reformpartei herrscht: Nichts, als Verworrenheit, Hinterlist, Doppelzüngigkeit, Rachsucht. Und dem entspricht der saubere Streich, daß an einen Vertreter der konservativen Partei in Neustettin von einem gewissen Herrn in Stettin ein Brief gerichtet worden ist, worin ihm Waffen gegen mich, wenn auch stumpfe und unwirksame, geliefert werden sollten."

Zwischen den Konservativen und uns sind überhaupt keine Vereinbarungen getroffen, wohl aber hat am 23. Januar eine Besprechung zwischen dem Provinzial-Vorsitzenden des Bundes in Pommern und mir unter beiderseitiger Zuziehung von Vertrauensmännern stattgefunden. Das Ergebnis war kurz: der Bund tritt für die Kandidatur Schröder in Uechom-Wollin ein, versucht die Acceptierung der Kandidatur Aschendorf in Neustettin bei den dortigen Bundes-Vertrauensmännern durchzusetzen und befürwortet die gemeinsame Kandidatur des Herrn Pretzel-Berlin im Kreise Randow-Greifenhagen. Gelingt es, diese drei Kandidaturen zu vereinbaren, so verzichtet die deutschsoziale Reformpartei diesmal auf Aufstellung weiterer Kandidaten in Pommern. Das war ein durchaus verständiges und praktisches Abkommen. Leider scheiterte es. Die Konservativen in Randow-Greifenhagen gingen auf die Kandidatur Pretzel nicht ein und die Vertrauensmänner des Bundes der Landwirte im Kreise Neustettin erklärten sich, in Gegenwart unsers Kandidaten, einstimmig für den Landrat von Bonin. Unter dem Eindruck dieser Erklärung trat Herr Aschendorf leider von der Kandidatur zurück. Ich habe in meinem Briefwechsel mit dem Provinzial-Vorsitzenden des Bundes in Pommern und mit dem Kreisvorsitzenden von Neustettin darüber nicht den mindesten Zweifel gelassen, daß meine Partei nicht die mindeste Verpflichtung habe, sich dem Beschlusse der Bundesvertrauensmänner zu fügen und daß wir nunmehr wieder völlig freie Hand hätten.

Leider besaßen wir aber keine geeigneten Kandidaten für Neustettin und andere pommersche Kreise, die das Zeug gehabt hätten, sich die Mandate ohne Hilfe zu erobern. Wir mußten daher aus der Not eine Tugend machen und Herrn Förster den Wahlkreis überlassen.

Ein Beschluß der Reformpartei, ihre Anhänger anzuweisen, für Förster einzutreten, ist nie gefaßt worden.

Aus dieser in jedem Punkte beweisbaren Darstellung ergiebt sich, wie man die oben wiedergegebenen Schimpfereien zu beurteilen hat.

M. v. Liebermann.

Parteinachrichten.

Berlin. Wider alles Erwarten ist es den Freisinnigen gelungen, den Sozialdemokraten den zweiten und fünften Wahlkreis abzunehmen. Möglich ist das freilich nur dadurch geworden, daß die rechtsstehenden Parteien in übertriebener Selbstverleugnung einmütig für die Freisinnigen eintraten. Das „Berl. Tageblatt" giebt mit süß-saurer Miene zu, daß die Freisinnigen ihren Sieg nur den Launen der Konservativen und Antisemiten verdanken. Übrigens ist es mehr als wahrscheinlich, daß im zweiten und fünften Kreise die Wahlen für ungiltig erklärt werden. Im zweiten Kreise

Digitized by Google

ist der Freisinnige Kreitling bei mehr als 58 000 abgegebenen Stimmen mit einer Mehrheit von nur 15 Stimmen gewählt worden. Gegen die Wahl des Stadtschicht-Inspektors Zwick im fünften Wahlkreise haben die Sozialdemokraten bereits am Abend der Stichwahl einen Protest aufgesetzt. Zwick siegte mit 10 955 Stimmen über seinen sozialdemokratischen Gegner, der 10 900 Stimmen erhielt. — Auch bei den Stichwahlen trat es mit Deutlichkeit hervor, daß in der Berliner sozialdemokratischen Bewegung nicht nur ein Stillstand, sondern schon ein Rückgang eingetreten ist. Im ersten Wahlkreise wurden in der Stichwahl 1893 abgegeben 5248 sozialdemokratische Stimmen, 1898 dagegen nur 3968 (— 1280), im zweiten Wahlkreise 1893: 29 359, 1898 dagegen: 29 105 (— 254), im dritten Wahlkreise 1893: 14 068, 1898 dagegen 12 746 (— 1322), im fünften Wahlkreise endlich 1893: 14 245, 1898 dagegen 10 900 (— 345). Also ein Rückgang auf der ganzen Linie!

Der Abg. Werner erhielt am 20. d. M. nachstehendes Telegramm: Euer Hochwohlgeboren gestatten sich die in Hannover versammelten Delegierten des Verbandes deutscher Militär-Anwärter und Invaliden herzlichen Gruß zu entbieten unter dem Ausdruck der tiefsten Dankbarkeit für das von Euer Hochwohlgeboren den Militär-Anwärtern und Invaliden Deutschlands bewiesene Wohlwollen.

Leipzig. Die am 23. Juni in Leipzig vollzogene Stichwahl ergab einen Sieg des bisherigen Abgeordneten Prof. Dr. Ernst Hasse mit 17 055 Stimmen gegenüber 14 408 Stimmen des Sozialdemokraten. Aus dem Vergleiche der Stimmenzahl ergiebt sich, daß die Antisemiten Leipzig Mann für Mann für Prof. Hasse eingetreten sind, daß also die Nationalliberalen den Leipziger Sieg nur der antisemitischen Hilfe zu verdanken haben. Übrigens betrachten wir die Stimmenzahl, die unser Kandidat Dr. Haedicke bei der Hauptwahl am 16. Juni erhalten hat (6061), immerhin als einen großen Erfolg. Wir haben in Leipzig keine Zeitung, die uns vertritt, und durch die Reibereien, die vor etwa 5 Jahren in die Kreise unserer Parteigenossen hineingetragen wurden, war vielfach Mißmut eingezogen und Stillstand der Bewegung eingetreten. Auch die Handwerker waren, wie wir schon in Nummer 513 feststellten, durch geschickte nationalliberale Wahlmache uns entfremdet worden. Über die Leipziger Wahlen im Stadt- und Landkreise wollen wir demnächst in einem längeren Artikel ausführlich berichten.

Marienberg (Sachsen). Die „Deutsche Tagesztg." ereifert sich über „den Einbruch der Deutschsozialen Reformpartei" in unsern „konservativen Wahlkreis". Dem genannten Blatte fehlen es ganz unbekannt zu sein, daß Herr v. Herder im Jahre 1893 als gemeinsamer Kandidat der Konservativen und Deutsch-Sozialen gewählt wurde und sich dementsprechend in den Parlaments-Almanach als „konservativ mit deutschsozialer Richtung" eingetragen. Da Herr v. Herder in seinem Auftreten in nichts an die deutschsoziale Richtung erinnerte, es ihm vielmehr beliebte, verschiedentlich von „einem gewissen Zimmermann" zu sprechen, hatte unsere Partei nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, einen eigenen Kandidaten aufzustellen. Daß ohne dies Vorgehen der Sozialdemokrat schon im ersten Wahlgange den Sieg davongetragen hätte, ist so selbstverständlich, daß es überflüssig sein sollte, darüber überhaupt ein Wort zu verlieren. Die Wahlbeteiligung ist in allen Fällen um so größer, je mehr Kandidaten vorhanden sind. Wäre Hartwig nicht noch aufgestellt worden, so wären viele Wähler zu Hause geblieben und der Sozialdemokrat hätte im ersten Wahlgange den Sieg davon getragen. Wenn der nicht allzu beliebte Herder in der Stichwahl unterlegen ist, so trifft die Deutschsoziale Partei nicht die geringste Schuld; sie hat gethan, was sie konnte, indem sie die Wähler Hartwigs aufforderte, in der Stichwahl für v. Herder einzutreten. — Der Ausfall der Hauptwahl bewies uns, daß wir die beste Aussicht haben, das nächste Mal den Kreis der Sozialdemokratie abzunehmen. Denn die 4326 Wähler, die Hartwig ihre Stimmen gaben, wurden in einer Agitation von nur zehn Tagen gewonnen. In einzelnen Bezirken hatte Hartwig die Mehrheit für sich, z. B im Bezirke Sayda war das Ergebnis: Hartwig 1815, v. Herder 713, Nefenow 1178 Stimmen.

Stollberg-Lößnitz-Schneeberg. Infolge des Eingreifens der deutschsozialen Reformer ist hier ein deutlicher Rückgang der Sozialdemokratie zu verzeichnen. Der Sozialdemokrat Seifert wurde mit seinen 13 730 Stimmen zwar noch im ersten Wahlgange gewählt, aber gegen 1893 hat er doch 655 Stimmen verloren. Herr Stadtrat Theuerkorn dagegen, der deutschsoziale Bewerber, den alle Ordnungsparteien unterstützten, brachte es auf 9209 Stimmen, das sind 161 Stimmen mehr, als bei der letzten Wahl der Kartellkandidat Amtshauptmann Dr. Rumpelt auf sich vereinigte. Wäre der deutschsoziale Kandidat nicht erst 14 Tage vor der Wahl aufgestellt, so hätte sich seine Stimmenzahl zweifelsohne noch bedeutend erhöht. Zum Beweise deß drucken wir die Ergebnisse aus einigen Ortschaften ab, in denen Herr Theuerkorn sich den Wählern vorstellen konnte. Es erhielten:

	1893		1898	
	Rumpelt	Seifert	Theuerkorn	Seifert
Zwönitz	219	290	350	211
Elterlein	148	161	153	124
Kühnhaide	102	100	124	53
Affalter	29	60	39	43
Stollberg	481	681	502	623
Niederhaslau u. Wielau	175	1272	252	1206
Lößnitz u. Oberwürschnitz	589	1430	825	1126
Mittelbord	52	77	83	61
Hartenstein	171	229	196	181
Lugau	333	861	438	822
Kirchberg	60	173	69	156

Öls. Nach dem amtlichen Wahlergebnis hat v. Kardorff nur mit einer Mehrheit von zwei Stimmen gesiegt. Zweifellos wird die Wahl für ungültig erklärt werden. Wir bitten unsere Freunde, alle Unregelmäßigkeiten, die etwa vorgekommen sind, schon jetzt, so lange die Vorgänge noch allen genau gegenwärtig sind, zu Protokoll zu bringen, damit später ein Protest beim Reichstag eingereicht werden kann.

Siegen. In der Stichwahl drang Hofprediger Stöcker mit 12 106 Stimmen durch, für seinen nationalliberalen Gegner wurden 12 055 Stimmen abgegeben. Das Zentrum hat, um Stöcker zu Fall zu bringen, seine ganze Vergangenheit verleugnet und für einen nationalliberalen Kulturkämpfer gestimmt.

Schlüchtern. Der überwiegend evangelische Kreis Schlüchtern hat mit den beiden steckkatholischen Kreisen Fulda und Gersfeld zusammen einen Abgeordneten zu wählen. Die Wahl des Zentrumsmannes steht von vornherein fest. Die Folge davon ist eine mehr und mehr zunehmende Gleichgiltigkeit gegen alles Wählen im Kreise Schlüchtern. Es giebt hier eine Reihe von Ortschaften, in denen auch nicht ein einziger Stimmzettel abgegeben wird. Und wo sich einige Leute zur Wahl beanemen, da zersplittern sich meist die Stimmen. Man sagt sich eben, es hat ja doch keinen Zweck. In Schlüchtern selbst z. B. üben 39 Personen ihr Wahlrecht aus, von den 39 Stimmen erhielt der Zentrumskandidat 9, Pfarrer Naumann 2, und die übrigen teilen auf verschiedene angesehene Personen aus Stadt und Umgegend. — Für Liebermann von Sonnenberg wurden im Wahlkreise 143 Stimmen abgegeben, außerdem für Hofprediger Stöcker 12 und Professor Hüneden 232. — Die sozialdemokratischen Stimmen sind übrigens seit 1893 von 764 gesunken auf 291.

Krefeld. Für Herrn Dr. Viebahn. der hier zwei Tage vor der Wahl als Zählkandidat aufgestellt wurde, wurden 171 Stimmen abgegeben.

Oldenburg. In Wildeshausen (3. oldenb. Wahlkreis) erhielt Liebermann von Sonnenberg ohne jede Agitation 18 Stimmen. Graf Galen (Zentrum) bekam 105, der Sozialdemokrat 17, der Nationalliberale 5 Stimmen. Bei der vorhergehenden Wahl wurden 52 nationale Stimmen abgegeben.

Rostock (Mecklbg.). Selbst die trübseligsten Wahlen haben ihren Humor. So wurde hier ein Stimmzettel abgegeben mit dem Vermerk „Jes. 11, 24". Schlägt man die Bibel auf, so findet man an der angeführten Stelle die Worte: „Siehe, ihr seid aus nichts; und euer Thun ist auch nichts; und euch wählen ist ein Greuel." Kürzer und treffender läßt sich die diesjährige

Digitized by Google

Wahl in unserm Kreise gar nicht beurteilen, als es mit diesem Worte der Heiligen Schrift geschieht. Begeistern konnte man sich für keinen der aufgestellten Kandidaten. Auch die Sozialdemokraten hätten ihre Stimmen lieber einem andern Manne gegeben als einem jüdischen Advokaten. Ein anscheinend dem Arbeiterstande angehörender junger Mensch meinte, als auf der Straße das Ergebnis der Hauptwahl besprochen wurde: „De Jud' kann und ot nich helpen; de will blot Schmu maken." Für die Person des Dr. Herzfeld, wie gesagt, konnten sich die Sozialdemokraten nicht besonders erwärmen, sie wählten ihn nur, weil er zu ihrer Partei gehörte und weil es die Parteileitung so wünschte. Gegen die strafe Disziplin, die die Partei ausübt, vermögen solche Bedenken, die in der Person des empfohlenen Kandidaten ihren Ausgangspunkt haben, so gut wie nichts. Wie es nach dem Ausfall am 16. Juni voraussehen war, ist es gekommen: Der Dr. Herzfeld ist aus der Stichwahl als Sieger hervorgegangen. Früher durfte hier in Rostock ein Jude ohne besondere polizeiliche Genehmigung nicht einmal nächtigen und jetzt schickt Rostock als seinen Vertreter in den deutschen Reichstag einen Juden! O quae mutatio rerum!

Die mecklenburgische Rechtspartei brachte für ihren Zahlkandidaten v. Oertzen 254 Stimmen auf, in der Stadt Rostock allein 140. (1893 waren es im ganzen Wahlkreise nur 99.) Manch einer hat diesmal dem Herrn v. Oertzen seine Stimme gegeben, weil er den Eindruck hatte: das ist unter allen Bewerbern der einzige, der mit seiner ganzen Person für seine Überzeugung eintritt, das ist ein Charakter. — Daß die Rechtspartei jemals festen Boden hier im Volke fasste, ist so gut wie ausgeschlossen.

Die verschiedenen Wahlbureaus sind jetzt aufgelöst. In Angelegenheiten, die bisher von dem Wahlbureau in Wabern (Bez. Kassel) erledigt sind, richte man etwa noch notwendig werdende Zuschriften an die Schriftleitung dieser Blätter, Berlin NW. 5.

Flensburg. In der Stichwahl siegte Friedr. Raab mit 8145 Stimmen über den Sozialdemokraten Holzhäuser, der 5451 Stimmen erhielt. Ein Teil der Freisinnigen ist offenbar für den Sozialdemokraten eingetreten, denn in Flensburg, wo am 16. Juni 2934 sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden, erhielt der Sozialdemokrat in der Stichwahl 3757, ebenso in Apenrade 296 Stimmen gegen 96 bei der Hauptwahl. Für Raab wurden in Flensburg 2037 (651), in Apenrade 173 (95) Stimmen abgegeben. In den Ortschaften Frydendal, Nordhastedt, Linnau, Riesbrief, Hörup, Kleinwiehe, Schobüll, Sillerup, Jörl, Grumbhof, Neukirchen, Esgrus, Gelde, Brunsholm, Niesgrau, Ries, Borsmark, Hönkus, Bedstedt und Klixbüll wurden nur Stimmen für Raab abgegeben. In Husby erhielt Raab 153 Stimmen, der Sozialdemokrat 1; in Hürup Raab 149, Holzhäuser 5; in Dollerup Raab 149, Holzhäuser 1; in Sterup Raab 157, Holzhäuser 5; in Kalleby Raab 119, Holzhäuser 2 Stimmen usw. Beachtenswert ist, daß in einzelnen Ortschaften die Sozialdemokratie weniger Stimmen aufbrachte als bei der Hauptwahl; z. B. in Krusau wurden anstatt 65 nur 58 sozialdemokratische Stimmen abgegeben.

Würzburg. Der von der bayrischen antisemitischen Volkspartei und dem Bauernbunde gemeinsam aufgestellte Schriftleiter Memminger erhielt im ganzen 3159 Stimmen, 1107 aus dem Landgebiete und 1752 aus den Stadt Würzburg. Die letzteren dürften vorwiegend die antisemitischen, die ersteren die bauernbündlerischen Stimmen sein. 1893 wurden im Wahlkreise nur 596 antisemitische Stimmen abgegeben. Memminger war im letzten Augenblick aufgestellt und trotzdem fehlten ihm nur 666 Stimmen, um statt des Sozialdemokraten in die Stichwahl zu kommen.

Versammlungskalender. Der „Verein der deutschsozialen Reformpartei zu Hamburg" feiert sein Stiftungsfest am Sonntag, den 3. Juli, in Harburg im Schützenpark auf dem Schwarzenberge. Ansprache des Reichstagsabg. Friedr. Raab.

Wahlverein Berlin der deutschsozialen Reformpartei.

Die nächste allgemeine Mitglieder-Versammlung wird abgehalten bei H. Mieprich, Unter den Linden 24, am Freitag, den 8. Juli, abends 8½ Uhr. Tagesordnung: 1) Neuwahl des ersten Vorsitzenden. 2) Die verflossenen Reichstagswahlen und unsre Aufgabe für die Zukunft. 3) Verschiedenes. Die Mitglieder werden dringend ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. —

Alle Zuschriften über Vereinsnachrichten usw. sind an Herrn A. Strumpf, Berlin SW. 48, Wilhelmstraße 27, zu richten. Insbesondere werden die Herren Abteilungs-Vorsitzenden aufgefordert, rechtzeitig die nächsten Abteilungs-Versammlungen anzuzeigen. —

Unsre Mitglieder werden dringend gebeten, die fälligen Beiträge bei ihren Angehörigen usw. zu hinterlegen, damit dem Vertrauensmann vergebliche Wege erspart bleiben. —

Beschwerden über unrichtige oder verspätete Zustellung dieser Blätter, die allen unsern Mitgliedern an Stelle des eingegangenen Nachrichten-Blattes regelmäßig jede Woche zugehen müssen, sind lediglich bei Herrn A. Strumpf, Berlin SW., Wilhelmstr. 27, anzubringen. Dorthin ist auch ungefäumt jeder Wohnungswechsel anzuzeigen, da sonst auf eine pünktliche Zustellung unsers Vereinsblattes nicht gerechnet werden kann. —

Neue Mitglieder können jederzeit aufgenommen werden. Meldungen sind an Herrn Carl Christoffers, Dersflingerstr. 23, zu richten.

Auf die Sammellisten unsers Vereins sind folgende Beträge eingegangen: Liste 2: 31,50 ℳ; Liste 3: 7 ℳ; Liste 7: 5 ℳ; Liste 8: 15,50 ℳ; Liste 18: 9,30 ℳ; Liste 19: 1 ℳ; Liste 21: 4,56 ℳ; Liste 22/28: 9,59 ℳ; Liste 27: 11,75 ℳ. Allen Gebern sei im Namen unsrer guten Sache hiermit herzlich gedankt. Die noch ausstehenden Listen sind bis zum 10. Juli d. J. an den Schatzmeister Okt. Müller, Schönhauser Allee 34, einzusenden.

Über die Beträge, welche auf Listen für den V. Wahlkreis gezeichnet sind, wird in der nächsten Nummer Quittung geleistet werden.

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Ein jüdischer Millionär, Edwin Reiß in Heidelberg, wurde wegen Hinterziehung von Rentensteuer zu 3500 Mark Strafe, sowie zur Nachzahlung der Steuern verurteilt.

Jüdische Ritter, Kommissions- und Kommerzienräte usw.

Verliehen wurde: dem türkischen Konsul in Breslau, Zigarrenfabrikanten Josef Przedeck, der Ökonomie-Rat den dritter Klasse;

dem Bruder des Genannten, Ludwig Przedeck, der Medjidie-Orden vierter Klasse;

der Charakter eines Justizrates den Rechtsanwälten und Notaren Dr. Eugen Apolant, A. Brühl, Dr. G. Israel, h. Stern I und F. Rosenbaum zu Berlin, C. Cassirer zu Breslau, Dr. Stern zu Magdeburg, Dr. Baer zu Frankfurt (Main), Dr. Loeb zu Wiesbaden.

dem Ingenieur Moritz Guthalmer in Warschau der Stanislaus-Orden dritter Klasse;

den Professoren am Johannes-Gymnasium zu Breslau Dr. Badt und Dr. Harczyk der Rang eines Rates vierter Klasse;

dem Sanitätsrat Dr. Friedrich Stern zu Karlsbad das Ritterkreuz des Franz-Josef-Ordens.

Ernannt wurde: der Rabbiner Raphael Levy zu Paris zum Ritter der Ehrenlegion.

Mosaik.

Welche Rolle dem Judentum bei dem Empfang des Kaiserpaares in Altona zugedacht war, und dasselbe vermutlich auch gespielt hat, mag man aus folgender Notiz des „Hamburger Fremdenblattes" ermessen: „Zum Besuche des Kaiserpaares, das bekanntlich zur Einweihung des Kaiser Wilhelm-Denkmal am Sonnabend, den 18. Juni, unsere Stadt mit seinem Besuche beehren wird, sind an die evangelisch-lutherische sowie an die katholische

Digitized by Google

Geistlichkeit und an den Oberrabbiner Dr. Lerner Einladungen ergangen. Desgleichen an mehrere Honoratioren der Hochdeutsch-israelitischen Gemeinde, an das gesamte Lehrerkollegium der Israelitischen Gemeindeschule, welche sämtlich ihre Plätze angewiesen erhielten. Eines der Mädchen der 1. Klasse der Israelitischen Gemeindeschule ist von der ausersehenen Schar von Schülerinnen zum speziellen Empfang der Kaiserin designiert."

Ein flotter Geschäft. Am 21. Juni wurde laut Bekanntmachung des Amtsgerichtes das Kaufhaus H. Levy zu Elbing in das Firmenregister eingetragen. Eine Tag später, also am 22. Juni, wurde, ebenfalls laut gerichtlicher Bekanntmachung, der Konkurs über das Kaufhaus H. Levy verhängt. An Ziegeln kann die Firma H. Levy wohl nicht gut übertroffen werden.

Neue Bücher.

Anleitung zum Pflissamelu. Unter Mitwirkung mehrerer Lehrer herausgegeben von Ernst Heyden. Mit 5 Tafeln, enthaltend 17 der am häufigsten vorkommenden ethaaren, verdächtigen und giftigen Pilze, naturgetreu gemalt von Herm. Dischler und in Dreifarbendruckdruck hergestellt. — Verlag von Emil Stock in Zwenkau. — Elegante Ausstattung. 8° Taschenformat. Im Ganzleinwand geb. 1 M. — Zu Partien noch billiger.

Dem vorliegenden elegant ausgestatteten, mit prachtvollen, in Dreifarbendruckdruck hergestellten Tafeln versehenem Buche liegt vor allem die Absicht zu Grunde, noch mehr als es bisher geschieht, zum Sammeln der eßbaren Pilze anzuregen.

Es ist eine erfreuliche Thatsache, daß endlich auch in Deutschland, wie in allen übrigen Ländern schon längst, in allen Volkskreisen das rege Bestreben besteht, sichere und eingehendere Kenntnis dieses billigen und häufig hochdelikatesten Volksnahrungsmittels zu erlangen und zu verbreiten. Letzteres zu erzielen, war bis jetzt nicht möglich, da die gut kolorierten Pilzführer viel zu teuer sind, um einer Massenverbreitung sicher zu sein. Diesem Hindernis soll nun durch vorliegende billige Ausgabe, welche textlich alles für den Laien Wissenswürdige und vor allem Praktische, bildlich nur tadellose, naturgetreue Abbildungen in seinem Dreifarbendruckdruck enthält, begegnet werden.

Das Buch verdient in der That eine Massenverbreitung und wird dieselbe, seiner Billigkeit, tadellosen Ausstattung und praktischen Anleitung wegen sicher auch finden.

Briefkasten der Schriftleitung.

Druckfehler-Berichtigung. In der Beilage der vorigen Nummer muß es auf S. 90, zweite Spalte, Z. 7 v. o. 7209 heißen statt 720. — Etwas weiter sind einige Worte ausgefallen. Der Satz muß richtig heißen: „Aller Botansicht nach werden sämtliche Berliner Stichwahlen mit Ausnahme der im ersten Wahlkreise gültig für die Sozialdemokratie ausfallen."

H. Kl. Es war voranzusehen, daß die Nationalliberalen versuchen würden, die Äußerung ihres Kandidaten in Norden-Emden-Leer, des Herrn Justizrat Franzius, abzuleugnen. Der genannte Herr hat aber thatsächlich die Worte gebraucht: „Wenn ihr mich nicht wählen wollt, so wählt lieber einen Sozialdemokraten als Graf Bismarckhasten." Der Multimillionär und Hausbesitzer König in Nordernen, der das aus dem Munde des Herrn Franzius gehört hat, hat sich zu Protokoll bereit erklärt, es nötigenfalls unter seinem Eide zu bezeugen.

M., Prenzlau. Sie teilen uns die Anzeige des Herrn Bajhorn Voll (Schönfeld) in der „Prenzlauer Ztg." mit, wonach dessen „kräftiger Junge bald nach der öffentlichen Impfung an Blutvergiftung erkrankte" und nach „kurchtbaren Qualen" gestorben ist. — Solche Fälle stehen leider nicht vereinzelt da, wir sind daher für Aufklärung des Impfzwanges.

Fischer. Daß der Prediger Dr. Schulze in Berlin sich in öffentlicher Versammlung für die freisinnige Partei erklärte, haben wir gelesen. Von dem Antisemitismus, den der Herr als „unchristlich" verdammte, verlautet er nichts; das geht wohl auf den beiden daraus hervor, daß er den Antisemiten die Absicht zuschreibt, sie wollten die Religionsfreiheit antasten!

v. St. Pastor H. ist und früher mehrfach als übereugter Antisemit bezeichnet worden. Für Ihre ausführlichen Mitteilungen verbindlichsten Dank!

Herrn Klönne, Kassel. Die Antwort auf Ihre „freundliche" Karte mögen Sie aus einem Artikel entnehmen, der in einer der nächsten Nummern unseres Blattes stehen wird, und der Ihnen und andern Freunden Ihrer Art die gebührende Anerkennung zollen wird.

B., Göttingen. Daß die Wahl in Göttingen für ungiltig erklärt werden wird, glauben wir auch. Kleine Unregelmäßigkeiten kommen bei jeder Wahl vor, eine geringe Anzahl von Stimmen läßt sich überall als ungiltig nachweisen. Das Ergebnis, zu dem der Wahlprüfungsausschuß des Reichstages nach Prüfung der Wahlakten und Nachzählung der Stimmen gelangt, weicht meist schon von dem amtlich verkündeten etwas ab, ohne daß überhaupt die etwa vorgekommenen Unregelmäßigkeiten beeinflussend wirken. — Die Zahlen von Ost-Bautenberg hoffen wir in der nächsten Nummer bringen zu können. Heil!

Abonnent, Leipzig. Die Zufriedenheit ist von dem bisherigen Inhaber allerdings an den Nagel gehängt worden, weil er an die Luft gesetzt wurde.*) Die Pflasterung einer Straße dauert in Leipzig etwas lange, wird aber doch mit der Zeit fertig. Umso größer ist dann die Freude. Die K. Anstalt ist eine sehr segensreiche Einrichtung und führt keinen Menschen, am allerwenigsten die Hausbewohner. Beweis dafür ist, daß einzelne Familien zwanzig bis vierzig Jahre daselbst wohnen. Die Lage läßt auch nichts zu wünschen übrig. Die Strehe gehört zu einer der vornehmsten in der Stadt. Rauhe Schalen bergen oft einen schönen Kern. Sie hätten immerhin einen Besuch daselbst machen können, um sich Ihr Vorurteil nehmen zu lassen. Heil! B.

*) Es hat sich sehr, sehr vieles geändert.

Empfangs-Bescheinigung.

Vor den Wahlen gingen noch ein beim Wahlbureau in Baden: Anonymus Bln. 20 ℳ; Schl. 3 ℳ; Deutschsozialer Reformverein Alsfeld 100 ℳ; Schl. 60 ℳ; Deutschsozialer Reformverein Naumburg 30 ℳ; gesammelt in Stuttgart 30 ℳ; Wenter (Ruhr) 10 ℳ.

Für den Wahlfonds gingen bei dem Kassenwart Herrn Dr. Bielbaden, Hamburg, noch ein: Von „Verwirrte immer, rücksichtslos nimmer" 12 ℳ; ein Ziemlich in Bochum 7,50 ℳ; Deutschsozialer Reformverein Bromberg 17 ℳ; Germanus, Leipzig, 6 ℳ; Kleiner deutscher Verein 10 ℳ; Carl Chr. Frank aus Leipzig, z. Zt. Rosa 37,50 ℳ; Hoffmann, Torgau, für Stichwahl in Waldeck 1 ℳ; C. Schütt, Nordhausen, 3,05 ℳ; Deutschsozialer Reformverein Naumburg 40 ℳ; Bruno Liebig, Freiwaldau, 5 ℳ; M. A. Capelle, Harburg, 45 ℳ; Deutscher Reformverein Münster 100 ℳ; Homann, Kassel, 2 ℳ; Hirschl, Ilmenau, 20 ℳ.

Für die Wahl in Metz gingen bei mir ein: von S., Straßburg (Elsaß), 10 ℳ, W. J., Straßburg (Elsaß), 16,80 ℳ; Bürgerverein Moabit 30 ℳ. Heil und Dank den Gebern!

L. Schmitz.

Für die Bücherei des Antisemiten.

Die Bombe.

Enthüllungen über den Bau und die Verwaltung der serbischen Staatsbahnen. Von **Mon amin.** Aus dem Serbischen (Belgrad 1889) übersetzt von **B. Rudow.** Mit einem Vorwort von **Carl Paasch,** Verfasser von „Eine jüdisch-deutsche Gelandbschaft". — Preis 1,20 Pf.

Zu beziehen durch die **Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstr. 27.** Bei vorheriger Einsendung des Betrages (deutsche und österreichische Marken werden in Zahlung genommen) erfolgt portofreie Lieferung.

Erprobte

Herrenstoffe

zu Anzügen und Paletots. Prachtvolle neueste Musterwahl franko.

Wilhelm Batzkos, Düren 1. (*Christl. Tuchversand.*)

Anerkannt beste und billigste Bedienung.

Seifen-, Bürsten-, Besen-
Detail u. **Pinselwaren** Engros
Spezialit.: **Polster-Waren.**
Oscar Kühler, Windm.-Str.25.

Kaufen Sie
kein Planino,
wenn Sie sich noch nicht den Katalog von **August Roth, Hagen i. W.,** Königl. Hof-Pianofabrikant, gratis haben kommen lassen.

Antisemit.

Postkarten,

4 Sujets,
d. Hundert 7 Mark franko gegen Nachnahme, empfiehlt
Carl Zanger, Freiburg i. B.
Postkarten u. Schreibmaterialien en gros.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königstr 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: E. Hogrefe in Berlin NW. 5, Kruppstr. 13p.
Druck: G. Reusche in Leipzig.

Digitized by Google

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Leipzig, 7. Juli 1898. Nr. 516.

Die Ergebnisse der Wahlen

werden wir unsern Lesern aus allen den Kreisen, in denen die deutschsoziale Reformpartei eingegriffen hat, in dieser und den nächsten Nummern vorführen. Wir bemerken aber im voraus, daß nicht alle der mitgeteilten Zahlen zuverlässig sind. Die Berichterstattung über die Wahlen ist im Deutschen Reiche recht mangelhaft. Der „Reichsanzeiger" hat zwar zwei Tage nach Ermittelung des amtlichen Resultates eine, zudem nicht fehlerfreie, Übersicht über den Ausfall gebracht, aber ohne die Anzahl der Stimmen, die den einzelnen Bewerbern zugefallen sind. Wir sind daher auf private Ermittelung angewiesen. Sollte unsre Liste Fehler oder Lücken enthalten, so bitten wir unsre Leser in den betreffenden Wahlkreisen um Benachrichtigung und Berichtigung.

Wir beginnen mit dem

Königreich Sachsen.

Bautzen-Kamenz: Gräfe (deutschsozial) 10058, Höppner (Soz.-Dem.) 4805, Porsch (Zentr.) 1070, Steiger (kons.) 71. Gewählt Gräfe.

Dresden-Neust.: Hönerbach (kons.) 10248, Dietz (deutschsozial) 5014, Böhmert (nat.-lib.) 4196, Porsch (Zentr.) 153, Kaden (Soz.-Dem.) 18094. In der Stichwahl siegte der Sozialdemokrat Kaden mit 21729 Stimmen über den Konservativen, der 18657 erhielt.

Dresden-Altstadt: Weidenbach (kons.) 9372, Zimmermann (deutschsozial) 8986, Porsch (Zentr.) 413, Träger (freis.) 34, Grabmaner (Soz.-Dem.) 17113. In der Stichwahl siegte der Jude Grabmaner mit 19677 Stimmen über den Konservativen mit 18539.

Dresden-Land: Andrä (B. d. Landw.) 9659, Welcker (deutschsozial) 8626, Horn (Soz.-Dem.) 22335. Gewählt Horn.

Meißen-Großenhain: Göbel (deutschsozial) 6522, Sachße (kons., B. d. Landw.) 6426, Goldstein (Soz.-Dem.) 10332. In der Stichwahl siegte Göbel mit 12746 gegen 11574 über den Juden Goldstein.

Pirna-Sebnitz: Lotze (deutschsozial) 11118, Fräßdorf (Soz.-Dem.) 10007, Fischbeck (freis.) 652. Gewählt Lotze.

Leipzig-Stadt: Dr. Hasse (nat.-lib.) 11876, Dr. Hackdicke (deutschsozial) 6061, Munckel (freis.) 192, Dr. Schmidt (Soz.-Dem.) 11739, Lorenz (nat.-soz.) 809. In der Stichwahl siegte Dr. Hasse mit 17055 gegen 14408 sozialdemokratische Stimmen.

Leipzig-Land: Liebermann von Sonnenberg 2098. Borna-Pegau: Zimmermann 1431.

Stollberg-Schneeberg: Stadtrat Thenerkorn-Chemnitz (deutschsozial) 9209, Seifert (Soz.-Dem.) 13730. Gewählt Seifert.

Zschopau-Marienberg: v. Herder (kons., B. d. Landw.) 6066, Hartwig (deutschsozial) 4336, Rosenow (Soz.-Dem.) 8999. In der Stichwahl siegte Rosenow mit 10262 Stimmen über v. Herder, der 10162 erhielt.

Insgesamt sind im Königreich Sachsen am 16. Juni für die deutschsoziale Reformpartei 73459 Stimmen abgegeben worden gegen 93364 im Jahre 1893, das sind 19905 weniger. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß unsre Partei diesmal in den Kreisen Löbau, Freiberg, Chemnitz und Annaberg auf eigene Kandidaturen zu Gunsten der Ordnungsparteien verzichtet hatte. In diesen Kreisen wurden 1893 zusammen 19257 deutschsoziale Stimmen abgegeben.

Schleswig-Holstein und Hamburg.

Apenrade-Hadersleben: Raab (deutschsozial) 4424, Holzhäußer (Soz.-Dem.) 4016, Jebsen (nat.-lib.) 3747, Wolff (Däne) 3349, Dinus (freis.) 2521. In der Stichwahl siegte Raab mit 8145 Stimmen über Holzhäußer, der 5451 erhielt.

Tondern-Husum: Raab 97.

Pinneberg-Segeberg: Cyler 2869.

Kiel-Rendsburg: Legien (Soz.-Dem.) 19419, Prof. Hänel (freis.) 12682, Graf Reventlow (deutschsozial) 4077, Groth (nat.-lib.) 2579, zersplt. 278. In der Stichwahl siegte Hänel.

Altona-Stormarn: Raab 1755

Hamburg Ost: Raab 1933.

Hamburg West: Raab 1602.

Hamburg Geest- und Marschlande: Raab 5515.

Vorausgesetzt, daß obige Zusammenstellung vollständig ist, wurden am 16. Juni in Schleswig-Holstein insgesamt 13222 deutschsoziale Stimmen abgegeben, das sind 10210 mehr als 1893; denn damals erhielten wir nur 3012.

In den drei Hamburger Kreisen wurden 1898 zusammen 9050 deutschsoziale Stimmen abgegeben, das sind 82 mehr als 1893 — die natürliche Ursache der Abwesenheit der Herren Raab, Schneider und Schack, die sämtlich in andern Wahlkreisen zu arbeiten hatten.

Ausland.

Österreich-Ungarn. In Bezug auf den im Vordergrunde der politischen Ereignisse stehenden Kampf gegen die Sprachenzwangs-Verordnungen erklärte der Abg. Schönerer am 23. v. M. auf einer Versammlung des „Bundes deutscher Landwirte in der Cismark" zu Barzdorf in Österreich-Schlesien: „Es ist meine Pflicht, zu kämpfen für meines, des deutschen Volkes verbriefte Naturrechte. Wir werden nicht ruhen und rasten, sondern fortkämpfen, bis die Sprachenerklärung gefallen sein werden. Jetzt ist die Zeit der Gemeinbürgschaft, des Zusammenhaltens. Gewiß, wenn die deutsche Gemeinbürgschaft zum Ausdrucke kommt auf nationaler Grundlage, zu nationalem Zwecke, dann werden wir Schönerianer, wie ich schon wiederholt sagte, selbstlos mitarbeiten und uns mit jedem uns in diesem Kampfe zugereihten Platze zufriedenstellen. Wenn aber die Gemeinbürgschaft so gemeint sein sollte, irgendwelchen selbstsüchtigen Streben hinzuspielen, dann werde ich, wenns sein muß, allein diese Gemeinbürgschaft brechen, denn höher als eine solche steht mir die Bethätigung des nationalen Pflichtgefühles."

Parteinachrichten.

Unsre Freunde bitten wir wiederholt dringend, uns alle erreichbaren amtlichen Bekanntmachungen über den Ausfall der Haupt- und Stichwahl zukommen zu lassen. Wo derartige Blätter usw. nicht mehr zu haben sind, erbitten wir Abschrift der amtlichen Zahlen. Die Berichterstattung des „Reichsanzeigers" ist in dieser Hinsicht so mangelhaft, daß wir auf die Mithilfe unsrer Leser angewiesen sind, um möglichst rasch eine einigermaßen richtige Übersicht des Wahlausfalles zu bekommen. Insbesondere erbitten wir die Ergebnisse aus den Kreisen, wo antisemitische Stimmen abgegeben sind.

Berlin. Zu dem Münchener Wochenblatt „Deutsches Volksblatt" wird in einem Leitartikel das Wahlergebnis besprochen. Der Artikel enthält derartige Unrichtigkeiten, daß man wirklich in Versuchung gerät, hinter dem Artikelschreiber einen großen Feind unsrer Bewegung zu vermuten. Zuerst wird das alte Märchen von dem „radikalen" Raab wieder aufgewärmt, dann heißt es, Raab sei in Kassel nur dem Ansturm der vereinigten

Digitized by Google

Gegner erlegen, während doch jeder halbwegs unterrichtete Antisemit wissen könnte, daß wir in Kassel Herrn W. Schack aufgestellt hatten. Weiter spricht das „Deutsche Volksbl." von den „Antisemiten" Dr. Stöcker (gemeint ist der Hofprediger Stöcker) und Frhr. von Langen! Dr. Böckel wird als „das geistige Haupt" des „radikalen volkstümlichen Antisemitismus" gepriesen und von ihm besonderer „Einfluß" auf „die Verhetzungen der antisemitischen Bewegung im Reichstage" erhofft. Daß es daneben an den nötigen Seitenhieben auf die „Liebermannschen Deutsch-Sozialen" nicht mangelt und die „unverantwortliche Schlappheit der Fraktion" wieder als Paradeserd vorgeritten wird, kann nur den wundern, der nicht weiß, welche unglaubliche Unwissenheit bei manchen süddeutschen „Antisemiten" über norddeutsche Verhältnisse herrscht. Wir erwähnen diesen Artikel nicht, weil wir ihn für bedeutungsvoll oder gar geschickt halten, sondern nur um zu zeigen, daß man uns oft Leute an die Rockschöße hängt, die keinen blassen Schimmer von den wirklichen Verhältnissen in unsern Reihen haben. —

Eine von unparteiischer Seite veröffentlichte Statistik der letzten Reichstagswahlen berechnet den Zuwachs der antisemitischen Stimmen auf ungefähr fünfzigtausend, so daß wir thatsächlich dreihunderttausend überschritten und damit in der Reihe der Parteien von der siebenten in die sechste Stelle gerückt wären. Weit hinter uns ständen dann Reichspartei, Rickertsche Freisinnige, Polen und Süddeutsche Volkspartei. So sieht der „vollständige Zusammenbruch" der antisemitischen Partei in Wirklichkeit aus!

Von der Wahlarbeit erwähnen wir noch nachträglich folgende Vorträge des Abg. von Liebermann. Er sprach am 11. v. M. in sehr stürmischer Versammlung in Frankfurt (Main), wo hunderte von Sozialdemokraten unter jüdischer Führung durch wüstes Lärmen sich vergeblich bemühten, eine Sprengung herbeizuführen. Sonntag, den 12. Juni sprach von Liebermann mit dem Kandidaten für Eisenach, Gutsbesitzer R. Schrader (Jechlau), zusammen in dem zu jenem Wahlkreise gehörenden Orte Gerstungen. Montag, den 13. Juni hielt er eine vortrefflich verlaufene Versammlung in Eisenach ab und sprach nachts von dort über Berlin nach Pommern, wo er am 14. Juni abends in stürmischer aber sehr erfolgreicher Versammlung in Pasewalk zusammen mit dem Kandidaten für Uckermünde, Herr Rittergutsbesitzer Schröder auftrat. Die beiden Herren hielten dann am 15. Juni gemeinsam drei Versammlungen ab und zwar in Ferdinandswalde morgens von 9 bis 11, in Eggesin nachmittags 2 Uhr und abends 8½ Uhr in Uckermünde. Alle drei waren gut besucht, die letzte sogar überfüllt und alle drei führten — wie die Einzelergebnisse ferner beweisen haben — zu sehr günstigen Erfolgen. Am 16. Juni früh fuhr Abg. von Liebermann nach Berlin, genügte dort seiner Wahlpflicht, reiste nachts nach Hessen und traf am 17. früh im Wahlbureau zu Wabern ein. Nachdem dort die notwendigen Vorarbeiten für die Stichwahl in Waldeck erledigt waren, reiste er am 19. über Berlin wieder nach Swinemünde, hatte dort am 20. abends eine Vertrauensmänner-Versammlung, sprach am 21. in einer sehr erregten Versammlung in dem Fabrikorte Torgelow und schließlich 22. in dem Städtchen Neuwarp. Aus den Einzelergebnissen der Stichwahl geht hervor, daß es ihm gelungen war, mehr als zweihundert Sozialdemokraten zu bewegen, entgegen der Parteiparole nicht für den Freisinnigen zu stimmen, sondern für unsern Kandidaten. In Neuwarp war durch die Versammlung die Minderheit für Schröder in der Hauptwahl in eine stattliche Mehrheit in der Stichwahl umgewandelt worden.

Irrtümer. Die „Deutsche Tageszig." bringt eine Liste der bisherigen Ergebnisse der deutschen Reichstagswahlen", in der elf „Deutsch-Soziale" aufgeführt sind. Da unmittelbar unter dieser Liste als in der Stichwahl gewählt richtig angegeben wird „5 Reformpartei", nehmen wir an, daß dieser wiederholte Irrtum, uns den Abg. Dr. Böckel zuzuzählen, als Irrtum schon erkannt ist. —

Eine ähnliche Zusammenstellung druckt die „Deutsche Ztg." ab und da heißt es von der deutschsozialen Reformpartei „Bestand am 1. Februar 1898: 14". Die „Deutsche Ztg." könnte auch wissen, daß diese Angabe einfach ein grober Irrtum ist, denn die deutschsoziale Reformpartei zählte damals thatsächlich nur zwölf Abgeordnete.

Nordhausen. Die Stichwahl hat das voraussichtliche Ergebnis gehabt, daß der „Genosse" haben sich geschlossen auf die Seite des Redakteurs der „Freis. Ztg." Dr. Wiemer gestellten. Dieser erhielt 5820 Stimmen, während auf unsern Kandidaten, Herrn Emil Aschendorff nur 4201 fielen. Die Mehrheit für den nunmehrigen jüdisch-freisinnig-sozialdemokratischen Abgeordneten brachte allein die Stadt Nordhausen, während wir auf dem Lande 860 Stimmen Vorsprung hatten. Einen derartigen Sieg braucht der große Engen nicht mit Viktoria-Schießen zu begrüßen!

Vom **Badischen Bauernde** schreibt man uns: In dem so ichön und reizend im Seekadthal gelegenen, größtenteils nationalliberalgesinnten, mit Juden reich gesegneten und durch elektrisches Licht hell erleuchteten Dörfchen Sennfeld schnell ein neuer Stern aufgehen zu wollen, denn bei der Reichstagswahl wurde ein Stimmzettel mit folgenden Zeilen in der Urne gefunden:

Ich wähl' nicht Zehnter, Klein noch Buol,
Auf einen deutschen Reichstagsstuhl:
Auch Ahlwardt, Richter usw.
Sind nicht die echten deutschen Streiter,
Ein deutscher Mann nur paßt fürs Werk:
May Liebermann von Sonnenberg.

W. H.

Swinemünde. Die Wahlschlacht ist geschlagen, wir sind wohl unterlegen, aber keineswegs geschlagen! Die absolute Mehrheit beträgt 6552 Stimmen, während auf den freisinnigen Amtsrichter Gaulke (Berlin) 6921 Stimmen fielen. Eine Absprengung von 370 Stimmen hätte ihn also zu Fall gebracht. Auf dieses Ergebnis können wir, die wir in der Hauptwahl nur 4665 Stimmen gegen 5348 freisinnige und 3247 sozialdemokratische erhielten, wahrlich stolz sein. Ein Tag nur hätte uns noch zur Verfügung stehen sollen und der Kreis wäre sicher unser gewesen. Der kgl. preußische Amtsgerichtsrat Gaulke suchte den „Genossen" seine Person dadurch angenehmer zu machen, daß er sich als „Auch ein solch vaterlandsloser Geselle" vorstellte. Dem Professor Stengel und andern freisinnigen Größen reicht sich Gaulke damit würdig an.

Eine willkommene Ergänzung zu seinem Staatsbürger-Atlas hat unser Parteifreund Paul Langhans in Gotha unmittelbar nach Abschluß der Stichwahlen herausgegeben. In dem nicht genug zu empfehlenden Staatsbürger-Atlas befindet sich eine farbige Darstellung der Zusammensetzung des Reichstages im Jahre 1895. Herr Langhans hat sich nunmehr der Mühe unterzogen, unter dem Titel „Der alte und der neue Reichstag", eine vergleichende Übersicht des 93er und des 98er Wahlergebnisses erscheinen zu lassen. Die geschmackvoll ausgeführten Karten zeigen in handlicher Form auf den ersten Blick, wie der einzelne Wahlkreis vertreten ist, ob der betreffende Abgeordnete im ersten Wahlgange gewählt wurde oder welcher Richtung der unterlegene Stichwahl-Gegner angehörte. Das Heftchen kostet nur 40 Pfg.

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Einen verfluchten Betrug hat der wiederholt vorbestrafte Tapezierer Siegfried Freund in Berlin mit einem Jahre Gefängnis büßen.

„Ich bin der Moses Goldstein, lassen Sie mich zufrieden, ich habe die Sachen recht gestaut!" Also jammerte ein Mann, den ein Kriminalbeamter zusammen mit einem diebstahlsarten Dieb absatzte. Herr Moses Goldstein trug einen Sack voll Seidenstoffe, die natürlich gestohlen waren. Außerdem stellte sich heraus, daß der „rechte" Hehler dem 11. Fuß-Artillerie-Regiment in Thorn ausgerissen war und schon seit sieben Wochen gesucht wurde.

Als Zechpreller und Fahrrad-Dieb entpuppte sich der Kaufmann Lessinsohn zu Wittenberge. Er verübte die Streichthaten unter dem Namen Schmidt und rückte dann nach Perleberg aus; hier nahm sich seiner aber liebevoll die Polizei an, als er das gemauste Rad verkaufen wollte.

Ein Goldonkel aus Australien wollte der 24 Jahre alte „Bankier" Hugo Liebmann in Stuttgart sein. Mit dieje Weise erschwindelte er sich nahezu achtzigtausend Mark, die er in kaum vierzehn Monaten in Gesellschaft einer ganzen Anzahl von „Freundinnen" vollständig verjubelte. Seine Opfer verlieren alles. Er selbst darf 4½ Jahre ins Zuchthaus wandern.

Digitized by Google

Ein verhafteter Schmuggler. In Jassy wurde der polnische Jude J. Rosenkranz, der den Cigaretten-Schmuggel in großem Maße betrieb, verhaftet. Bei der Haussuchung im Absteigequartier des Juden (Hotel Nationale) entdeckte man Cigaretten im Werthe von 60,000 Lei. Nachweislich hat Rosenkranz die Cigaretten im Auslande angekauft und dann über die rumänische Grenze geschmuggelt, worauf er die Ware in Jassy an den Mann zu bringen gedachte. Der Schmuggel kommt dem Rosenkranz jetzt sehr teuer zu stehen, da ihm nicht nur die ganze Ware beschlagnahmt wurde, sondern er außerdem noch den jedenfalls bedeutenden Betrag der sonst zu entrichtenden Zollgebühren zu bezahlen hat.

Sittliche Juden. Mehre junge Mädchen und ihre eigene Stiefmutter führte Regine Thebner, Frau eines christlichen Barbiers in Wien, der Schande zu. Vier Monate Gefängniß wurden ihr deshalb zuerkannt. —

Der Handelsmann Moses Schümann aus Lösenich erhielt vom Schwurgericht zu Trier zwei Jahre Gefängniß, weil er sich in zahlreichen Fällen an Kindern vergriffen hatte. Die Verurtheilte ist 75 Jahre alt! —

Einen Menschenschlächterladen verhaftete die österreichische Polizei in der Person des Fleischergehilfen Meilech Toppermann in Brody. —

Anderthalb Jahr Zuchthaus hielt das Schwurgericht zu Kolberg für ausreichende Sühne für den Handelsmann und Metzger Leo Schwarz aus Spantekow, der verschiedener Sittlichkeitsverbrechen an Minderjährigen überführt war. —

J. Rosenblatt lief in Tarnopol der Polizei in die Arme, als er gerade mit einer Anzahl junger Mädchen nach der türkischen Hauptstadt abdampfen wollte.

Gewerbsmäßige Brandstiftung ist ein besonderes Feld der Juden in Rußland und Amerika. Einen ganz besondern Fall entdeckte die Polizei in Lodz (Russisch Polen). Die Trikotagenfabrik von Salo Baruch in der Zielonastraße war mit 160,000 Mark versichert. Am 28. Mai hatte man infolge einer namenlosen Anzeige einen Herrn Lebensjohn ab, als er eben im Begriff war, im zweiten Stockwerke der Fabrik eine Kerze anzuzünden. Diese Kerze war mit einem Pappdeckel umgeben, so daß man ihr Licht von außen nicht sehen konnte, und steckte in einem Pappkasten. Unmittelbar daneben standen eine Kiste voll Schmieröl, in mehren Kübeln diesen, große Mengen Benzin, mehre Eimer voll Naphta und Haufen von Baumwoll- und Wollabfällen und Garnen. Der Besitzer der Fabrik wohnte während dieses Vorganges einer Gebetsfeier im Judentempel bei, wahrscheinlich um sein Alibi vorzubereiten. Trotzdem drachte man auf Grund der Aussage des Lebensjohn sowohl ihn als auch seinen Teilhaber Abraham Sand bald nach Nummer Sicher.

Nach New-York entkommen ist der Kaufmann Alexander Cohn aus Bielitz, den die Wiener Polizei wegen Unterschlagung von siebentausend Gulden sucht.

Briefkasten der Schriftleitung.

An unsere Leser! Herausgeber und Schriftleiter befinden sich auf Urlaub, um sich von den Anstrengungen der Wahlarbeit zu erholen. Wir bitten deshalb um Entschuldigung, wenn die nächsten Nummern etwas weniger inhaltreich sein sollten. Wir holen alles, was vielleicht versäumt worden sollte, in den nächsten Monaten nach.

S. in Berlin. Man muß nicht nur Bücher selbst lesen, sondern auch für die Verbreitung sorgen durch Weiterempfehlung oder, wenn man dazu die nötigen Mittel hat, durch Weiterversendung, besonders ist dies bei politischen Schriften notwendig, und wünde „Ranches“ besser sein, wenn die nationalen Parteien etwas mehr in dieser Beziehung von der Sozialdemokratie lernen wollten!

Nach **Künzelsau, Stuttgart** und **Urach.** Besten Dank. Findet Verwendung.

Rostock. Vergl. diese Nummer. Ergebensten Dank!

Hildg. Die letzte Sendung kostete des Schriftstückes wegen sogenannten Strafporto, also Versehen!

Fixlair. Der Abg. von Liebermann ist erkrankt und deshalb augenblicklich nicht im Stande zu reisen oder gar Versammlungen abzuhalten.

Empfangs-Bescheinigung.

Beim Kassenwart Dr. Bielhaben (Hamburg) gingen weiter ein für die Wahlen: Deutschsozialer Reformverein Norden 16 ℳ

Für die Bücherei des Antisemiten.

v. Blavier.

Adreßbuch der Juden Berlins.

Preis 50 Pf.

Zu beziehen durch die **Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstr. 27.** Bei vorheriger Einsendung des Betrages (deutsche und österreichische Marken werden in Zahlung genommen) erfolgt portofreie Lieferung.

Wahlverein Berlin der deutschsozialen Reformpartei.

Die nächste allgemeine Mitglieder-Versammlung findet in der „Hopfenblüte“, Unter den Linden 24, am Freitag, den 8. Juli, abends 8½ Uhr statt. Tagesordnung: 1) Neuwahl des ersten Vorsitzenden. 2) Die verstoffenen Reichstagswahlen und unsre Aufgabe für die Zukunft. 3) Verschiedenes. Die Mitglieder werden dringend ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. —

Alle Zuschriften über Vereinsnachrichten usw. sind an Herrn A. Strumpf, Berlin SW. 48, Wilhelmstraße 27, zu richten. Insbesondere werden die Herren Abteilungs-Vorsitzenden aufgefordert, rechtzeitig die nächsten Abteilungs-Versammlungen anzuzeigen. —

Unsre Mitglieder werden dringend gebeten, die fälligen Beiträge bei ihren Angehörigen usw. zu hinterlegen, damit dem Vertrauensmann vergebliche Wege erspart bleiben. —

Beschwerden über unrichtige oder verspätete Zustellung dieser Blätter, die allen unsern Mitgliedern an Stelle des eingegangenen Nachrichten-Blattes regelmäßig jede Woche zugehen müssen, sind lediglich bei Herrn A. Strumpf, Berlin SW., Wilhelmstr. 27, anzubringen. Dorthin ist auch umgesäumt jeder Wohnungswechsel anzuzeigen, da sonst auf eine pünktliche Zustellung unsers Vereinsblattes nicht gerechnet werden kann. —

Neue Mitglieder können jederzeit aufgenommen werden. Meldungen sind an Herrn Carl Christoffers, Dessauerstr. 23, zu richten. —

Wir beabsichtigen über den Ausfall der Wahl in Berlin einen längeren Artikel zu bringen. Zu diesem Zwecke ersuchen wir unsre Mitglieder und Freunde dringend, uns ihre Beobachtungen und Erlebnisse baldigst zur Verfügung zu stellen.

Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat.

In der Zeit vom 1. bis einschl. 15. Februar 1898 wurde über folgende Firmen usw. der Konkurs eröffnet:

Anna Marie Sophie Oberste vereheel. Singer, Inhaberin der Leder- und Schuhwarenartikel-Handlung Th. Singer in Leipzig, Körnerstr. 31. — Kaufmann Sally Silberstein zu Berlin, Kurstr. 32. — Kaufmann Julius Eilender zu Guben, Frankfurterstr. 39/40. — Max Levin, i. Fa. M. Levin jr. zu Berlin, Waffstr. 24. — Louis Schwarz, i. Fa. Louis Schwarz & Co. zu Berlin, Auenufer 23. — Handelsjud Heinrich Theodor Heymann zu Halberstadt bei Lengeleld 1. Geb. — Zigarrenhändler Joh. Schimmel zu Frankfurt (Oder), Oderstr. 87. — Restaurateur Leib (Leopold) Glaser zu Hamburg, Kaiser Wilhelmstr. 41. — Oberste Schaz zu Bernheim. — Kaufmann Hirsch zu Gangenbacher zu Tauberrettersheim. — Kaufmann Karl Hirsch zu Berlin, Große Frankfurterstr. 107. — Lederhändler Heinrich Bernheim zu Hamburg, Kohlhöfen 6. — Nachlaß des Bankiers Moritz Baruch zu Hamburg, Gerhoofte. 7/9. — Pferdehändler Gustav Heyne zu Neuenburg. — Kaufmann Hugo Heimann zu Schleusenau. — Handelsmann Meyer (genannt Max) Jacks zu Frendenfest bei Dt.-Krone. — Kaufmann Julius Abrahamsohn zu Halberstadt, Holzmarkt 12. — Kaufmann Julius Stern zu Berlin, Reichenbergerstr. 154. — Handelsfrau Flora Rosin, vormund gewesene Weißenberg, geborene Rosenthal zu Groß-Strehlitz. — Ebefrau Therese Löwenthal, geb. Josephson, Inhaberin der Firma J. Cohn jr. zu Kiel, Holstenstr. 10. — Kaufmann Gustav Herzfeld, Neue Königstr. 66, inhekannten Aufenthalts. — Blechschmied Benjamin Bloch zu Zehden. — Handelsgesellschaft Eichenberg & Sohn zu Eschwege. — Kaufmann Hermann Tichauer zu Lublinitz. — Kolonialwaren-Händler Isidor und Magdalena Ottmaier zu Ruhdorf. — Kaufmann Seelig David zu Thorn. — Bein- und Hopfenhändler Baruch Warmser zu Bischweiler. — Kaufmann Josef Meyenfurter zu Bogen. — Manufakturwaren-Händler Samuel Heinrich Buchmann, Inhaber der Firma S. H. Buchmann in Hamburg-Barmbeck, Hamburgerstr. 53, sowie der Firma S. H. Buchmann & Meyer zu Marne. — Margarete Landau, Inhaberin der Firma Fr. H. Landau zu Mannheim. — Wirt und Händler Georg Josef Kuhn zu Ulmitein bei Neustadt a. d. Haardt. — Handelsmann Marcus Baden zu Stettin, Bollwerk 12/14.

Aufgehoben wurden in derselben Zeit nachstehende Konkurse:

Kurzwarenhändlerin Marie Heydenreich zu Kolmar i. E. — Kaufmann Leo Glaser und Kaufmann Siegbert Jodky zu Berlin, Baumgarts-Manufakturmasse?). — Kaufmann Adolf Schmalz zu Schönlanke. — Gastwirt Carl Lippmann zu Siegburg (Zwangsvergl.). — Gustav Salomon, i. Fa. Franz Beilig Nachf. zu Berlin, Alterstr. 21 (mangels einer Masse?). — Firma Max Kay & Co. und deren Inhaber Max Kay und Moritz Seemann zu Kassel (Zwangsvergl.). — Schuhwarenfabrikant M. Cohn zu Altona (Zwangsvergl.). — Oskar Baer zu Berlin, Bernauerstr. 38. — Kaufmann Gustav Weil, früher in Konken, jetzt zu St. Wendel. — Alexander Hein, i. Fa. Berliner Waren-Verlandhaus A. Hein zu Berlin, Raupachstr. 13. — Metzger Michael

Digitized by Google

Levy zu Bingerbrücken (Zwangsbergl.). — Trödler Leopold Breit zu München (Zwangsbergl.). — Handelsmann Moses Regensteiner zu Nördlingen (Zwangsbergl.). — Fabrikant Louis Weiß zu Seligenstadt (Zwangsbergl.). — David Friedländer, Inhaber der Firma D. Friedländer zu Posen — Kleiderhändler Ludwig Schwarzbaum zu Liegnitz. — Wäsche- und Weißwarenhändler B. Prowner zu Königsberg i. Pr. (Zwangsbergl.). — Handelsmann Simon Cohn zu Hirschhorn bei Fürstenberg (Oder). — Kaufmann Sally Israel zu Jedwabna (Zwangsbergl.). — Hemdette verehelichte Süßkind, geb. Jacobowitz zu Swau (Zwangsbergl.). — Kaufmann J. Obrebski, Inhaber der Firma M. Reich Nachf. zu Gnadow, Oder (Zwangsbergl.).

Konkurs Josef Stern Söhne zu Bingen, Inhaber Isaak Stern und David Stern. Nach dem Generalanzeiger der Stadt Kreuznach betrugen die nicht bevorrechtigten Forderungen 121 694,19 Mark, der verfügbare Massebestand dagegen 578,35 Mark! Die armen Gläubiger! ruft das Kreuznacher Blatt bedauernd aus.

Neue Bücher.

(Alle hier angezeigten Schriften sind durch unsere Geschäftsstelle, sowie durch jede Buchhandlung zu beziehen.)

Arbeit und Boden. System der politischen Ökonomie von Dr. med. C. Effertz. Berlin 1897. 3 Teile (von 348, 394 und 127 Seiten) in einem Bande. Preis 3 Mark.

Alle Ausführungen des Buches beruhen auf dem an die Spitze gestellten Satze, daß die schaffenden Kräfte jeder menschlichen Wirtschaft und folglich auch der Wirtschaft eines Volkes in letzter Linie der Mensch und die Natur sind, d. h. die Arbeit des Menschen und der Boden der Erde. Auf diesem Satze baut der Verfasser ein neues System der Volkswirtschaftslehre auf, und er bekämpft von da aus die Lehren sowohl der bürgerlichen als auch der sozialistischen Nationalökonomie. Näher auf seine Darlegungen einzugehen, würde zu weit führen. Es sei nur allgemein bemerkt, daß der Ausgangspunkt des Buches richtig erscheint, und daß auch einem großen Teile der daraus gezogenen Schlußfolgerungen wird zugestimmt werden können. Im übrigen sind einige wenige Einzelheiten besonders hervorzuheben. Zur Erläuterung des Ausspruches, daß die wirtschaftliche Konkurrenz auf die menschlichen Eigenschaften, mit denen er ausgekämpft wird, vergröbernd, führt der Verfasser an, daß ein Konkurrenzkampf, der mit Preise, Reklame, Schwindel und Aufdringlichkeit geführt wird, die Talente zu Preise, Reklame, Schwindel und Aufdringlichkeit vermehre. Gelegentlich eines Hinweises auf die den Handlerern heutigen Tages in gewissen Schichten der Bevölkerung gezollte hohe Achtung bemerkt er scherzend, daß ja auch „Großpapa Rothschild“ noch zu den Hausierern gehört habe. Er hält es für ausgeschlossen, daß bei sozialistischer Ordnung der Gesellschaft den einzelnen Menschen mehr Nahrungsmittel zu Gebote stehen würden als jetzt. Betreffs des Zusammenlebens verschiedener Rassen in ein und demselben Lande meint der Verfasser — der, seiner Angabe nach, bei diesem Urteile auf vielfältige Erfahrungen sich stützt, die er im Verkehr mit den meisten Völkern der Welt gesammelt hat — ein derartiges Zusammenleben auf dem Fuße vollständiger Gleichheit sei eine Unmöglichkeit, und er spricht seine Verwunderung über die Rassenblindheit der heutigen Sozialisten aus, für die es nur Klassen, keine Rassen gebe. Alles in allem ist das Buch lesenswert. Gemeinverständlich allerdings kann es, namentlich wegen der darin vorkommenden vielen Fremdwörter und der eingestreuten mathematischen Formeln und Berechnungen, nicht genannt werden. F. B.

Ich sterbe und lebe doch! Ich habe lange heftig gezweifelt, aber, bei Gott, es giebt ein bewußtes persönliches Fortleben nach dem Tode! Wunderbare Beweise in meiner eigenen Familie. Mit sechs Abbildungen. Von Karl v. Ardelsen. 175 S. 2,40 M. 2. Aufl.

Ein Buch, wohlgeeignet zur Einführung in den Spiritismus. Zwar trennen sich über diesen Gegenstand und über die Wahrheit der in dem Buche erzählten wunderbaren Begebnisse sein eigenes Urteil zu fällen. Jeder wird kann sich indes wohl sagen, daß sich durchaus den Eindruck gebracht haben der Mann, der hier schreibt, ist wahrhaftig und von seinen Erlebnissen selbst tief überzeugt. Er erzählt uns, wie er durch wunderbare Ereignisse beim Tode seines Sohnes von einem Freigeisten durch den Spiritismus zum christlichen Glauben bekehrt wurde. Der erste und Hauptteil des Buches schildert wunderbare spiritistische Vorgänge in des Verfassers eigener Familie, der zweite enthält eine Zusammenstellung der Mitteilungen über das Leben im Jenseits, die er, wie er sagt, von den Geistern empfangen hat. F.

Innere Mission auf dem Lande oder ländliche Wohlfahrtspflege in christlich-sittlicher Beleuchtung. Referat, gehalten auf der Frühjahrskonferenz der Diözese Nienburg, Kreise von Pastor Hartnit Nienburg. Hannover, C. Meyer. Kreisdirig. L. S. 1897. 24 S. Preis 20 Pf. — Die Schulreform im zwanzigsten Jahrhundert. Vortrag, gehalten von dem Landesverband Sachsen Thüringen im deutschen Schriftstellerverband am 3. Dezember 1896 von Berthold Otto. Leipzig 1896. Preis 50 Pf.

Sofortige Schmerzstillung durch Handgriffe, zur Erlernung für jedermann gemeinverständlich beschrieben und durch neun Abbildungen erläutert von Reinhold Gerling. 2. Aufl. 32 S. Preis 50 Pf.

Daß man durch einfache Handgriffe Schmerzen lindern und beseitigen könne, hat der Schweizer Dr. Otto Naegeli vor einigen Jahren entdeckt. In dem vorliegenden Büchlein sind die einzelnen Griffe in einer dem Laien leichtverständlichen Weise beschrieben, natürlich ist auch angegeben, bei welchen Krankheitserscheinungen sie Anwendung finden. —m.

Von den bekannten **Börtscher Reisebüchern** liegen in neuen Auflagen vor: Berlin, Hamburg, Hannover, Weimar. Preis à 50 Pf. Pläne, Karten und Ansichten sind den hübsch ausgestatteten Bändchen beigegeben.

Erprobte

Herrenstoffe

zu Anzügen und Paletots.
Prachtvolle neueste Musterwahl franko.

Wilhelm Bætzkes, Düren I. (Christl. Tuchversand.)
Anerkannt beste und billigste Bedienung.

Frankfurt a M.

Hotel Cölner Hof.
Besitzer: Herrmann Laas.
Gegenüber d. rechten Ausgangs des Hauptbahnhofs.
60 Zimmer mit 90 Betten bei mäßigen Preisen.
Bier- und Wein-Restaurant.
Jüdischer Besuch verbeten.

„Frankfurter Ztg.“, „Deutsche Presse“, „Das Volk“, „Deutsche Zeitung“, „Deutsche Tageszeitg.“, „Deutsch-Soziale Blätter“, „Deutscher Reichs“ und viele andere deutschsinnige Zeitungen liegen aus.

H. Heintze, Hutfabrik
gr. Ackerstraße 5, Parterre, Hofgebäude 4.
Spezialität: 2,80-Hüte.

Seifen-, Bürsten-, Besen-
Detail u. **Pinselwaren** Engros
Spezialität: **Pinsel-Waren.**
Oscar Mühler, Bindm.-Str. 25.

Kaufen Sie
kein Piano,
wenn Sie sich noch nicht den Katalog von **August Roth Nachf. L. W.,** Königl. Hof-Pianofabrikant, gratis haben kommen lassen.

Broschüren
von Theod. Fritsch, v. Egidy, Dr. Förster, Dr. König (Bilzen), Liebermann v. Sonnenberg, G. v. Schönerer, Hofprediger Stöcker usw.
10 Stück gemischt 5 80 M. 100 Stück gemischt 10 M.

Zur Verbreitung von gediegenen, einschneidenden Ideen empfiehlt es sich, diese in geschickter Form der Öffentlichkeit zu übergeben. Wir, wo die Preise so viel im Haus gebracht erhalten. Bücher etc. Prospekte leicht anbringen.
Gegen vorherige Einsendung des Betrages zu beziehen von der
Geschäftsstelle der „Deutsch-Soz. Blätter“,
Leipzig Königsstr. 27.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königsstr 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe in Berlin NW. 5, Kruppstr. 13p.
Druck: G. Reusche in Leipzig.

Digitized by Google

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Leipzig, 14. Juli 1898. Nr. 517.

Die Ergebnisse der Wahlen

Herzogtum Sachsen-Meiningen.

Meiningen-Hildburghausen: Prof. Paasche (nat.-lib.) 4945, Amtsrichter Müller (freis.) 4716, Beyder (Soz.-Dem.) 3348, Kurzhals, Suhl (deutschsozial) 2831. In der Stichwahl siegte der Freisinnige Müller mit 9833 Stimmen über Paasche, der 6411 erhielt.

Sonneberg-Saalfeld: Liebermann von Sonnenberg 126.

Zusammen wurden demnach im Herzogtum Sachsen-Meiningen 2957 deutschsoziale Stimmen abgegeben, das sind 1632 mehr als im Jahre 1893.

Westfalen.

Münster-Koesfeld: Liebermann v. Sonnenberg 355.

Dortmund-Hörde: W. Schad 49.

Zusammen 404 Stimmen. Außer diesen für die deutschsoziale Reformpartei abgegebenen Stimmen kommen als antisemitische noch in Betracht die christlichsozialen, nämlich 10551 für Hofprediger Stöcker in Siegen, 64 für denselben in Olpe-Arnsberg und 2532 in Herford-Halle, ferner 1324 für Hunjendiel in Bielefeld-Wiedenbrück, das sind zusammen 14471 christlichsoziale Stimmen. — Der wilde Antisemit Ahlwardt bekam in Hagen 283 Stimmen. — Zählt man die 14471 christlichsozialen, 404 deutschsozialen und 283 wildantisemitischen Stimmen zusammen, so ergiebt sich als Gesammtsumme der antisemitischen Stimmen in Westfalen 15158.

Großherzogtum Baden.

Konstanz: Dr. Rudolf Vogel 11.

Waldshut-Säckingen: Bindewald 38.

Lörrach-Müllheim: Liebermann v Sonnenberg 116.

Freiburg-Waldkirch: Liebermann v. Sonnenberg 148.

Offenburg-Kehl: Dr. Vogel 369.

Karlsruhe-Bruchsal: Schmidt (Karlsruhe) 873.

Mannheim-Schwetzingen-Weinheim: Dreesbach (Soz.-Dem.) 15105, Bassermann (nat.-lib.) 8623, König (Zentr.) 4601, Vogel (Demokr.) 2349, Köster (deutschsozial) 1956. In der Stichwahl siegte der Sozialdemokrat mit 19054 gegen 14369 Stimmen.

Heidelberg-Eberbach-Mosbach: Beck (nat.-lib.) 6520, Armbruster (Zentr.) 3788, Pfeifle (Soz.-Dem.) 2584, Dr. Vogel (deutschsozial) 2403. In der Stichwahl erhielt der Nationalliberale 12750, das Zentrum 7175 Stimmen.

Insgesamt sind im Großherzogtum Baden am 16. Juni 5914 Stimmen für die deutschsoziale Reformpartei abgegeben worden, das sind 1212 weniger als 1893. Der Rückgang erklärt sich daraus, daß diesmal in dem Kreise, der 1893 die meisten antisemitischen Stimmen aufbrachte, nämlich Sinsheim-Bretten (3573), die Antisemiten leider von einer eigenen Kandidatur Abstand nahmen. Die Agitation der Deutsch-Sozialen beschränkte sich diesmal auf die beiden Kreise Mannheim und Heidelberg. In Mannheim stiegen die antisemitischen Stimmen von 815 auf 1956, also um 1141, in Heidelberg von 1078 auf 2403, also um 1325.

Parteinachrichten.

Berlin. Wegen Beleidigung des Abgeordneten Liebermann von Sonnenberg hatte sich der Redakteur Matten von den „Mainzer Neuesten Nachrichten" hier vor dem Schöffengericht zu verantworten. Er wurde zu einer Geldstrafe von 100 Mark verurteilt.

Dresden. Der hiesige Reform-Verein hielt am letzten Freitag unter Vorsitz des Herrn Reichstagsabgeordneten Lohse seine Jahres-Hauptversammlung ab. Nachdem der geschäftliche Teil erledigt war, hielt der Ehrenvorsitzende des Vereins, Herr Oswald Zimmermann, eine Ansprache, in der er die Gründe für den Mißerfolg in Dresden darlegte.

Meiningen. Hier in der Stadt Meiningen wurden am 16. Juni 316 antisemitische Stimmen abgegeben gegen 56 im Jahre 1893, im ganzen Wahlkreise stiegen die antisemitischen Stimmen von 1214 auf 2831. Das ist ja ein ganz schöner Erfolg, unser Landbund, Herr Kurzhals aus Suhl, hätte aber eben so gut in die Stichwahl und damit zum Siege gelangen können, wenn nicht der „Bund der Landwirte" uns einen Strich durch die Rechnung gemacht hätte. Der Landesvorsitzende des Bundes, Herr Dantzworth in Unterhop gab die Parole aus, für den nationalliberalen Paasche einzutreten. Erst unmittelbar vor der Wahl kam von der Zentrale des Bundes in Berlin ein Telegramm, worin der Wunsch ausgedrückt wurde, die Bundesmitglieder möchten nicht für Paasche, sondern für den Antisemiten stimmen. Dies Telegramm wurde den Mitgliedern des Bundes aber nicht bekannt gegeben, vielmehr konnten die Nationalliberalen sich auf ein Telegramm des Herrn Dantzworth berufen, das das Gegenteil besagte. Die annähernd 25000 Bundesmitglieder, die im Wahlkreise vorhanden sind, haben daher fast ausnahmslos für Paasche gestimmt. Hätte Herr Kurzhals auch nur einen Teil der Bundesstimmen, sagen wir 1500, bekommen, so wäre er in eine aussichtsvolle Stichwahl gekommen. — Gegen die Wahl wird übrigens von unserer Seite Protest erhoben. In der Hoffnung, daß sie vom Reichstage für ungiltig erklärt werden wird, haben wir die Agitation sofort wieder aufgenommen. Am 2. Juli bereits sprachen die Herren Kurzhals-Suhl und Sondheimer-Meiningen in Wallbors bei Meiningen. Es wurde ein Deutschsozialer Reform-Verein mit 140 Mitgliedern gegründet.

Siegen. Die Christlich-Sozialen wollen sich hier ein eigenes Organ gründen. Die „Köln. Ztg." findet das höchst überflüssig. Es wird ja auch wohl ohne den Segen der „Kölnischen" gehen.

Heidelberg. Einer unsrer rührigsten Parteifreunde, Mitbegründer des hiesigen Reformvereins, Herr Julius Wettstein, konnte vor kurzem auf seine fünfzigjährige Mitgliedschaft beim „Heidelberger Liederkranz" zurückblicken. Herr Wettstein gehört heute noch dem Liederkranz, dessen erster Vorsitzender er lange Jahre war, als aktiver Sänger an. Dieses seltene Fest wurde denn auch in gebührender Weise gefeiert. Der „Liederkranz" veranstaltete auf dem Schlosse zu Ehren des Herrn Wettstein einen großen Liederabend mit italienischer Nacht und vorher ein offizielles Festessen. Kein Geringerer als Viktor von Scheffel, dessen Denkmal vom Schloßberge aus ins Neckarthal hinabschaut, hat dem Liederkranz folgende Zeilen gewidmet:

Anfrecht und stolz, wie's Deutschen ziemt,
Und pfälzisch froh in Wort und Wort,
Und stets die Melden hell gestimmt:
So singt man in Alt-Heidelberg.

Möge Herr Wettstein diesem Verse noch viele Jahre gerecht werden zum Lobe der edlen Sangeskunst und der deutschen Sache!

Hamburg. In der Bürgerschafts-Sitzung am vorigen Mittwoch ergriff auch der Deutschsoziale Raab zu wiederholten Malen das Wort. Bei dem Punkte „Vermehrung des Beamten-

Digitized by Google

Personals des Gewerbegerichtes" bemängelte er es, daß die anzustellenden Beamten in Hamburg noch Kaution leisten sollen, während man sonst überall anderswo dazu übergehe, die Kautionsleistung abzuschaffen. Ferner sprach Herr Raab zu Gunsten einiger Beamten, er wünschte, daß dieses für außerordentliche Mehrarbeit eine Entschädigung gewährt werde. Einem andern Redner, der es nicht für notwendig hielt, für das Gewerbegericht einen eigenen Kassenbeamten anzustellen, da das Gewerbegericht ohnehin schon recht kostspielig sei, erwiderte Herr Raab: Man möge doch die Einrichtung des Gewerbegerichtes nicht unterschätzen. Wenn darauf hingewiesen wurde, daß die geringen Klage-Objekte in einem Mißverhältnis zu den Kosten des Gerichtes ständen, so darf dieser Gesichtspunkt keine ausschlaggebende Rolle spielen. Die Arbeiter sowohl als die Arbeitgeber haben ein Recht darauf, daß möglichst schnell und gut ihre Sachen erledigt werden. Durch die Beschleunigung entstehen ja wohl mancherlei Mehrkosten, die aber nicht gescheut werden dürfen. Wenn es sich meist nur um geringe Beträge handelt, um die gestritten wird, so muß man doch bedenken, daß auch die kleinen Summen für den Arbeiter schon von großer Bedeutung sein können. Das Gewerbegericht hat eine wichtige soziale Aufgabe zu erfüllen, und ich möchte nur wünschen, daß es noch mehr als bisher dazu in den Stand gesetzt werde. Namentlich erscheint es uns wünschenswert, daß es öfter als Einigungsamt bei Lohnstreitigkeiten und dergleichen wirken könnte. Dazu findet das Gericht, dem ja formell die Möglichkeit zusteht, als Einigungsamt zu wirken, aber gar nicht die Zeit, da es kaum die Sachen erledigen kann, die ihm offiziell zugewiesen werden oder zugehen. Wer diese so soziale Bedeutung des Gewerbegerichtes erkennt, kann nur seine weitere Ausgestaltung wünschen! — Leider drang Herr Raab mit seinen Anschauungen nicht durch. Der Senats-Antrag, einen besonderen Kassenbeamten anzustellen, wurde abgelehnt, die linke Seite stimmte fast geschlossen dagegen.

•

Der Deutschnationale Radfahrer-Verband hielt in den Tagen vom 18. bis 20. Juni in Berlin seinen zweiten Verbandstag ab. Die Versammlungen leitete Herr Rechtsanwalt A. M. Jacobsen-Hamburg. Aus dem Jahresbericht ersehen wir, daß die Mitgliederzahl im verflossenen Jahre von 203 auf 312 gestiegen ist. Von diesen entfallen 56 auf Hamburg, 45 auf Berlin und 53 auf Schlesien. Deutschnationale Radfahrer-Vereine sind neu entstanden in Charlottenburg, Graz, Innsbruck, Breslau, Berlin, Cuxhaven, Hannover, Lübeck und Rostock. In nächster Zeit wird der Verband seinen Mitgliedern auch wirtschaftliche Vorteile durch Abschluß günstiger Versicherungsbedingungen bieten. Als Ort für den nächsten Verbandstag wurde auf Antrag des Herrn Dittmer aus Strehlen Breslau bestimmt. Zwei Tameu aus Hamburg hatten den 300 Kilometer weiten Weg zu Rad zurückgelegt. Eine gemeinsame Radfahrt nach Lehnin mußte des ortanarrigen Gegenwindes wegen in Waldmannslust abgebrochen werden. Ein Kommers hielt am Abend des zweiten Tages die Teilnehmer in fröhlichster Stimmung lange zusammen.

Aus der Handlungsgehilfenbewegung.

Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband. Auf Veranlassung des Zweigvereins Leipzig, jur. Pers., hatten sich am vergangenen Sonntag die Vertreter der sächsischen Ortsgruppen im „Schloßgarten" zu Chemnitz zusammengefunden, um über die Gründung eines Gaues Königreich Sachsen zu beraten und dieselbe vorzunehmen. Die Versammlung begann mit einem mit großer Begeisterung aufgenommenen „Heil" auf König und Vaterland und wurde von Herrn Böhme (Leipzig) geleitet. Nach einem kurzen Vortrage des Verbandsmitgliedes Hesse (Leipzig) und nach einer ziemlich lebhaften Debatte über den Punkt 2: „Gründung eines Gaues" wurde der vom zweiten Vorsitzenden Trübenbach der Ortsgruppe Chemnitz eingebrachte Antrag ohne Gegenstimmen angenommen und die Gründung des Gaues bewirkt. Die übrigen Punkte der Tagesordnung fanden schnelle Erledigung und wurden die eingebrachten Anträge einstimmig angenommen. Zum Schluß der Versammlung richtete der Vorsitzende in begeisterten Worten die Bitte an die Anwesenden, wie bisher so auch in Zukunft ihre Arbeitskraft der guten Sache des Verbandes zu widmen, damit auch dieser Gau zum Segen des Verbandes gereichen möge. Im Verlaufe der Versammlung trafen zahlreiche Telegramme ein und wurden solche abgeschickt und zwar an S. M. den König Albert, den Fürsten Bismarck, den Verbandsvorsteher Schack und den Vorsitzenden des Aufsichtsrats Irwahn.

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Sittliche Juden. Der Großkaufmann Heimann zu Saargemünd, 63 Jahre alt, der reichste Mann in der ganzen Gegend (man schätzt ihr auf sind bis sechs Millionen) hatte ein 15jähriges Mädchen vergewaltigt. Das Gericht verurteilte ihn zu sechs Monaten Gefängnis. Vor einigen Jahren schon machte Herr Heimann viel von sich reden, es handelte sich damals um eine Kohlmeyerjudge, die schließlich seinem Bureau-Vorsteher eine längere Gefängnisstrafe einbrachte. Somit wird von ihm noch berichtet, daß er eifrig Propaganda machte für seinen „ami Dreyfouse le martyr français". —

So wahr mir Gott helfe, ich habe ihr nichts getan", mit diesen Worten schloß seine Anklage der jüdische Kaufmann Albert Schuhbäer, Vizewachmeister der Reserve des zweiten Train-Bataillons. Schuhbäer stand als Angeklagter vor dem Landgerichte zu Würzburg. Er sollte sich wegen Vergehens wider die Sittlichkeit, begangen an seiner 19jährigen Dienstmagd, verantworten. Gleich an dem Tage, an dem das Mädchen seinen Dienst antrat, sollte das erste Vergehen stattgefunden haben. Die beiden weiteren Vergewaltigungen, die die Anklage dem p. Schuhbäer zur Last legte, fanden einige Tage später statt. Die Ehefrau des Angeklagten, die, mit Diamanten geschmückt, den Gerichtssaal betrat, suchte die Glaubwürdigkeit der Dienstbotenaussagen zu erschüttern. Das Gericht nahm aber zwei Fälle als erwiesen an und verurteilte den Angeklagten zu einem Jahre Gefängnis. Vor dem Termin war versucht worden, den Schwager des Mädchens zu veranlassen, dieses für „närrisch" zu erklären oder mit ihm fortzugehen. 5000 Mark waren für diesen Zweck geboten worden. Aber umsonst!

Hohe Tage gebrauchte das Schwurgericht zu Frankfurt (Main) für die Verhandlung gegen den Kaufmann Siddi Schwarzenberger, den Gründer der deutsch-überseeischen Handelsgesellschaft. Drei Jahre Zuchthaus und 6000 Mark Geldstrafe wegen betrügerischen Bankerots und Betruges war das Ergebnis.

Amerikanische Sitten wollte Herr Gustav Mayer, stud. chem., aus New-York, in Würzburg einführen. In einem Wortwechsel mit seiner Wirtin hatte er dieser eine Ohrfeige gegeben. Für diese Liebenswürdigkeit darf er 30 Mark Strafe zahlen oder 16 Tage sitzen.

Jüdische Ritter, Kommissions- und Kommerzienräte usw.

Verliehen wurde: dem Direktor der südrussischen Industriebank W. N. Rubinstein vom Fürsten von Bulgarien das Offizierkreuz dritter Klasse und dem Verwaltungsmitglieder der genannten Bank M. D. Rumin das Offizierkreuz vierter Klasse, beiden wegen ihrer Verdienste um das Zustandekommen einer Filiale der Bank in Sofia;

dem Stadtverordneten-Vorsteher Dr. med. zu Beuthen, O.-S., der Rote Adlerorden vierter Klasse;

der Frau Charlotte Raschig-Eibenschütz zu Oden-Pest das goldene Verdienstkreuz mit der Krone;

dem Kaufmann Ignaz Brieg zu Olmütz das Offizierskreuz des belgischen Leopold-Ordens;

dem Vorsteher der jüdischen Gemeinde zu Stadtengosch Jakob Buhrn I vom Großherzog von Sachsen-Weimar die silberne Verdienstmedaille.

•

Ernannt wurde: Leonard Levi zum Kapitän einer Freiwilligen-Brigade (?) aus Pennsylvanien.

Mosaik.

Konservative Kampfesweise. Die sächsischen Konservativen sind in ihrem Streben, den deutschsozialen Reformern um jeden Preis etwas anzuhängen, mitunter geradezu wie verblendet. Das „Vaterland", das Organ des konservativen Landesvereins, beschuldigt in seiner letzten Nummer Herr Stadtrat Theuerkorn, er habe sich im 19. sächsischen Wahlkreise, in dem er bekanntlich kandidierte, „ganz unqualifizierbar" den Konservativen gegenüber benommen. Er habe dieselben vielfach geradezu beleidigt. So habe er ihnen wiederholt den Vorwurf gemacht, daß sie

Digitized by Google

vor allen Dingen das allgemeine Wahlrecht abschaffen wollten, wie sie schon das sächsische Wahlrecht verschlechtert hätten, während er dagegen im Landtag mannhaft angekämpft habe. Sein Auftreten in Aue habe diesbezüglich geradezu Kopfschütteln, teilweise Entrüstung erregt. — Damit wird also Herrn Theuerkorn vorgeworfen, er habe die Konservativen beleidigt durch Verbreitung der Unwahrheit, sie wollten das allgemeine Wahlrecht abschaffen. Daß sie das gerne möchten, daraus haben aber die Konservativen hier zu Lande nie ein Hehl gemacht. Ja, dasselbe „Vaterland“ schreibt — und das ist das Köstliche bei der Sache — in derselben Nummer im Leitartikel folgende Worte: „Was wir aber wünschen, ist, daß mit dem bestehenden Wahlrecht gründlich aufgeräumt werde. Es wurde eingeführt, als man die Existenz einer großen, direkt vaterlandsfeindlichen Partei nicht voraussehen konnte; nachdem diese unerhörte Thatsache aber in die Erscheinung getreten, ist es Pflicht der Reichsregierung, Wandel zu schaffen und die Maßnahmen zu treffen, welche das Wohl des Vaterlandes gebieterisch erheischt.“ — Urteilsfähigkeit scheint das konservative Organ bei seinen Lesern danach nicht voraussetzen. Es kann ja auch nur darauf an, den Deutschsozialen etwas am Zeuge zu flicken.

Sozialdemokratische Vergewaltigung. In Löbtau bei Dresden haben zehn sozialdemokratische Arbeiter die nach Feierabend auf einem benachbarten Bauplatze arbeitenden Bauhandwerker überfallen und aufs gröblichste mißhandelt, so daß einige sehr erhebliche Verletzungen davon trugen. Das nennt die Sozialdemokratie „Kampf mit geistigen Waffen“.

Der Gemeinde Brotterode, die infolge des großen Brandes eine hohe Schuldenlast zu tragen hat, ist vom Kaiser als Beitrag zu den Zinsen ein Jahreszuschuß von 15 000 Mark bis zum Jahre 1900 bewilligt worden. — Die Unterstützung gönnen wir der Stadt von Herzen, wir müssen aber doch sagen, es berührt eigentümlich, wenn die Einwohner von Brotterode zum Danke für die vielen kaiserlichen Gnaden-Erweisungen fast durchweg sozialdemokratisch wählen, wie es am 16. Juni wieder der Fall war.

Briefkasten der Schriftleitung.

Alle für die Schriftleitung bestimmten Sendungen sind zu richten nach Berlin NW. 5.

A. Z. T. Beide Briefe erhalten. Für den zweiten mußten wir zwanzig Pfennige „Strafporto“ zahlen, da er 18 g wog. Im übrigen sind wir über den Streit zu wenig unterrichtet, um uns selbst handelnd einmischen zu können. Ihre Voraussetzung, daß wir von der „Korrespion“ wohl genau Bescheid wissen würden, trifft nicht zu. Wir lesen die von Ihnen namhaft gemachten Blätter nicht und stehen auch mit niemandem dort in Verbindung. Es ist immer eine mißliche Sache, in solchen Fällen einseitig Partei zu ergreifen. Dazu müßte man die Vorgeschichten usw. genau kennen, und das könnte man nur, wenn man an Ort und Stelle wäre. Heil!

Eingegangene Anfrage.

Wer kann uns eine Stadt (mögl. Mittel-Deutschland) namhaft machen, in der ein deutsches Weißwarengeschäft mit Erfolg eröffnet werden könnte? Oder wer weiß ein deutsches Weißwarengeschäft zu verkaufen?

Deutsch-Soziale Blätter.

Empfangs-Bescheinigung.

Zur Anschaffung von Aufklärungsschriften gingen ferner bei uns ein: Krüger 8 ℳ; Rudl 1 ℳ; Ehrenhaus 20 ₰; Pinter 5 ℳ; Hamisch 3 ℳ; v. Schl. 3 ℳ; Weß 50 Pf; Auguinn 5 ℳ; Mencke 1 ℳ; Wiesner 5 ℳ; B. Th. 5 ℳ; Tannert 10 M; B. in L. G. 3 ℳ; M. H. 5 ℳ; Edelmann 3 ℳ; Biale 2 ℳ; L. 389 2 ℳ

Geschäftsstelle der „Deutsch-Soz. Blätter“.

Wahlverein Berlin der deutschsozialen Reformpartei.

Alle Zuschriften über Vereinsnachrichten usw. sind an Herrn A. Strumpf, Berlin SW. 48, Wilhelmstraße 27, zu richten. Insbesondere werden die Herren Abteilungs-Vorsitzenden aufgefordert, rechtzeitig die nächsten Abteilungs-Versammlungen anzuzeigen.

Unsre Mitglieder werden dringend gebeten, die fälligen Beiträge bei ihren Angehörigen usw. zu hinterlegen, damit dem Vertrauensmann vergebliche Wege erspart bleiben.

Neue Mitglieder können jederzeit aufgenommen werden. Meldungen sind an Herrn Carl Christoffers, Derfflingerstr. 23, zu richten.

Für die Reichstagswahl im 5. Berliner Wahlkreise sind folgende Beträge auf Sammellisten eingegangen: Kolshorn 10,50 M.; Pittner 3 M.; Chr. 3 M.; G. S. 1 M.; O. M. 55 M.; v. d. Planitz 81 M. Zusammen 153,50 M. Den freundlichen Gebern sei im Namen der guten Sache bestens gedankt.

Der Wahlumschlag für den 5. Wahlkreis.

Es wird dringend gebeten, die noch ausstehenden Sammellisten umgehend an den Schatzmeister Herrn O. Müller, Schönhauser Allee 34, abzuführen.

Neue Bücher.

(Alle hier angezeigten Schriften sind durch unsere Geschäftsstelle, sowie durch jede Buchhandlung zu beziehen.)

Grundzüge der Agrarpolitik unter besonderer Berücksichtigung der kleinen und großen Mittel. Von Dr. A. Buchenberger. Berlin 1897. 306 Seiten. Preis 8 M.

Nachdem in einem einleitenden Kapitel die Grundeigentumsverfassung und der Landwirtschaftsbetrieb in ihrem geschichtlichen Werdegange dargestellt sind, handelt das Buch in fünf weiteren Kapiteln von folgenden Gegenständen: von dem Grund und Boden im Güterverkehr, wobei u. a. die Fideikommisse und das bäuerliche Anerbenrecht besprochen werden; von dem Grund- und Betriebskapital, dem Grund- und Betriebsrente, der Verschuldung und Entschuldung des Grundbesitzes; von der landwirtschaftlichen Betriebstechnik und dem Einfluß der technischen Landwirtschaftspflege; von den Ausgaben und Lasten des landwirtschaftlichen Betriebes, insbesondere von den Löhnen der landwirtschaftlichen Arbeiter und den Unfall- und Versicherungslasten und den öffentlichen Abgaben der Landwirte; endlich von den Einnahmen des landwirtschaftlichen Betriebes, insbesondere von der Marktpreisbildung landwirtschaftlicher Erzeugnisse und ihrer Beeinflussung durch die allgemeine Wirtschaftspolitik, wobei namentlich die bestehenden Getreidezölle, die ansangs der neunziger Jahre abgeschlossenen Handelsverträge, die politischen Lager für ausländisches Getreide (die sog. Transitlager), der Identitätsnachweis bei zur Ausfuhr bestimmtem Getreide, die Anlage genossenschaftlicher Kornhäuser, der Getreideterminhandel, der Antrag Kanitz und die Währungsfrage eingehend besprochen werden. Der Verfasser nimmt einen landwirtschaftsfreundlichen Standpunkt ein, sucht jedoch allen Erwerbszweigen gerecht zu werden und von jeder Einseitigkeit sich fern zu halten. Während er z. B. auf der einen Seite die Ansicht der „nichtagrarischen“ Kreise, daß jedes Eingreifen des Staates zu Gunsten der Landwirtschaft vom Übel ist, als falsch bekämpft, wirft er andererseits den „Agrariern“ vor, daß sie von der Hilfe des Staates zu viel erwarten; während er die Politik des Freihandels eine für die mitteleuropäischen Völker unter den Verhältnissen der Gegenwart unmögliche Politik nennt, und während er das Verbot des Getreideterminhandels gerechtfertigt findet, will er von dem Antrag Kanitz, überhaupt von einer Verstaatlichung des Getreidehandels nichts wissen. Mag man die Ausführungen des Verfassers im einzelnen teilen oder nicht, jedenfalls verdient sein Buch das Lob, daß es alle wichtigen Fragen der Agrarpolitik scharfsinnig und in klarer, gemeinverständlicher Sprache erörtert, daß es daher, der Absicht des Verfassers entsprechend, weiteren Kreisen „in dem Irrgarten agrarpolitischer Fragen ein Wegweiser“ sein kann.

F. B.

Regeln und Ferordnungen für die Soldaten der Heilsarmee vom General. 100 S. Preis 20 Pf.

Zehn Jahre Krieg in Frankreich und der Schweiz unter der Fahne der Heilsarmee von Booth-Clibborn. X u. 148 S. Preis 75 Pf.

Es wird so viel über die Heilsarmee geredet, gelchrieben und ge—logen, daß gewiß mancher, dem es um ein gerechtes Urteil zu thun ist, gern nach diesen beiden billigen Schriften greifen wird, um selbst zu prüfen. Und mit freigender Verwunderung wird er sich dann fragen, wie Leute, die so glaubensmächtig und gebetsstark, so voll lebendiger, aufopfernder Liebe sind zu Gott und den Menschen, und gerade zu den verwortetsten unter ihnen, und die schon so aufsorderndliche Erfolge aufzuweisen haben, wie die, auch von Frommen, so verachtet und oft verleumdet werden können. Wie heißt es doch: Nicht an der richtigen Lehre, nicht an den äußeren Formen, sondern an ihren Früchten soll man sie erkennen. Wer in großen Städten

Digitized by Google

die Möglichkeit hat, ihren altabentlichen Versammlungen beizuwohnen, versäume es doch nicht — jede aber nicht auf die Äußerlichkeiten, sondern suche den Kern der Sache zu erfassen. Dann wird er dann auch die richtige Verschätzung des Äußeren gewinnen. — Man gehe aber allein hin, da sich sonst leicht einer vor dem andern seiner Gefühle schämt.

B.

Agrarier, Arbeiter, Armee, als innerer Treibsand der Bogelschen; ein politisches Aktionsprogramm von B. Otto. Leipzig 1898. 74 Seiten. Preis 1 M.

Der Verfasser stellt sich zur Aufgabe den Nachweis, daß Agrarier, Arbeiter und Armee im wesentlichen die gleichen Interessen haben und gut thun würden, zur Erreichung ihrer Ziele einen Bund mit einander zu schließen, einen „inneren Treibsand". Als nächste Ziele eines derartigen Bundes bezeichnet er: Weltpolitik, Getreidemonopol und Recht auf Arbeit. Es finden sich in dem Buche viele treffende Sätze aufgesprochen und näher ausgeführt, so z. B. der Satz, daß die ganze liberale Gesetzgebung in wirtschaftlicher Hinsicht den Erfolg gehabt hat, die Interessen des Händlertums auf Kosten aller übrigen Interessen zu fördern, und der Satz, daß die Landwirtschaft das Bestreben der bürgerlichen Gesellschaftsordnung ist. Alles in allem verdienen die Ausführungen des Buches die Beachtung der Politiker, wenngleich die darin aufgestellten Grundsätze als brauchbares politisches Aktionsprogramm zur Zeit schon um deswillen nicht gelten können, weil gegenwärtig die Mehrheit der Arbeiter zu sehr von sozialdemokratischen Anschauungen beherrscht wird. F. B.

Für die Bücherei des Antisemiten.

Der Antisemitismus,

Berechtigung und Notwendigkeit ● ● ● ● ● ● ● ● ● ● ● ● ● ● ● ● sowie Zwecke und Ziele desselben.

Preis 50 Pf.

Zu beziehen durch die **Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstr. 27.** Bei vorheriger Einsendung des Betrages (deutsche und österreichische Marken werden in Zahlung genommen) erfolgt postofreie Lieferung.

Erprobte

Herrenstoffe

zu Anzügen und Paletots. Prachtvolle persönl. Musterwahl franko.

Wilhelm Bartzkes, Düren 1. *(Christl. Tuchversand.)*

Anerkannt beste und billigste Bedienung.

Biefere ein Postfoll (9½ Pfund)

feine Leber-, Rot- und Sülzwurst

zu 7,50 M. franko.

H. Glauner, Fleischermstr.

Papenburg b. Leer (Ostfriesl.).

Ferner:

prima Hammelkeule u. Carrés

à Pfund 55 Pf.

Seifer-, Bürsten-, Besen-

Detail u. **Pinselwaren** Engros

Spezialität.: **Polster-Waren.**

Oscar Mühler, Windm.-Str. 25.

Kaufen Sie

keln Planino,

wenn Sie sich noch nicht den Katalog von **August Roth, Hagen i. W.,** Königl. Hof-Pianofabrikant, gratis haben kommen lassen.

H. Heinze, Hutfabrik

gr. Fleischergasse 5, Kurzestraße 4.

Spezialität: 2,50-Hüte.

Einen großen Dienst leistet man unserem Blatte und unserer Sache, wenn man seine Einkäufe bei solchen Handlungen deckt, die uns durch Ankündigungen unterstützen.

CAFE MERKUR

Leipzig ★ ★ ★ ★

★ ★ **An der Pleiße 8.**

Geöffnet bis morgens ½4 Uhr.

Hochachtungsvoll

W. Rühlemann.

300 Zeitungen, Depeschen u. Kursberichte, Städte-Adressbücher v. Berlin, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Hamburg-Altona, Halle a. S., Paris, sowie **Handels-Adressbücher** aller grösseren Staaten liegen zur gefl. Benutzung aus.

Jeden Vermittag Bouillon und Pastetchen.

Deutsche Schänke, Leipzig,

Poststrasse 20.

empfiehlt **kräftigen Mittagstisch** und **gute Biere.** Gesellschaftszimmer noch einige Tage frei.

Hochachtungsvoll *H. Singer.*

Bad Kissingen

Logierhaus Renner

jenseits der Saale

Gartner Straße 24

empfiehlt schön frei gelegene Wohnungen zu billigen Preisen.

Neu angelegter großer Garten.

Weltruf

haben weltf. Fleischwaaren

(Winterware)

feinste weltf. Schinken I. 1,05 ℳ p. Pfd.

„ „ Schinken II. 1,35 „ „ „

„ „ Bücklinge 1,50 „ „ „

„ „ Mettw. 1,00 „ „ „

(beste Räucherung).

Garantie Zurücknahme

J. Bartscher, Riesberg, Westf.

Frankfurt a/M.

Hotel Cölner Hof.

Besitzer: **Hermann Cahn.**

Gegenüber d. rechten Ausganges des Hauptbahnhofes.

60 Zimmer mit 90 Betten bei mäßigen Preisen.

Bier- und Wein-Restaurant.

Jüdischer Besuch verbeten.

„Staatsbürger-Ztg.", „Deutsche Wacht", „Das Volk", „Deutsche Zeitung", „Deutsche Tagesztg.", „Deutsch-Soziale Blätter", „Deutscher Michel" und viele andre deutschgesinnte Zeitungen liegen aus.

Der Glaube unserer Väter als Grundlage einer kräftigen vaterländischen Volkserziehung von **Dr. Herm Hoffmeister**

Statt 5 M für 3 M., so lange der geringe Vorrat reicht.

Herm. Beyer, Leipzig, Königsstr. 27.

Für die Reisezeit:

Meisses u. Schnoykes

Aktuelle Scherze und solchen Schmoregel fürs außerwählte Volk.

Preis 1 M.

Lustige Ringellocken.

Eine Sammlung heiterer Erzählungen.

Preis 1 M.

Leipzig. ***Herm. Beyer.***

Wein-Groß-Handlung,

Import von Rum, Arrac, Cognac, von

Jede Flasche trägt diese (Etiquette als Schutzmarke.

Berlin NW., 1 Stendaler-Straße 1.

Fernsprecher: Amt Moabit 1376.

Gegründet 1877.

1895er u. 96er Rhein- u. Moselweine, p. M. ohne p. Ltr. von 75 Pf. an.

1895er u. 96er Bordeaux-Weine von 1 M. an, sowie klassische und ausländische Weine aller, auf besonderen Preisliste. Über edelsüße Weinpreise garantieren

Schmitz & Co.

Kleine Proben und Preisliste umsonst.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königstr 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe in Berlin NW. 5, Kruppstr. 13b. Druck: G. Reusche in Leipzig.

Digitized by Google

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Leipzig, 21. Juli 1898. Nr. 518.

Die Ergebnisse der Wahlen.

Regierungsbezirk Kassel.

Rinteln-Hofgeismar-Wolfhagen: Dr. Bielhaben (deutschsozial) 6012, Garbe (Soz.-Dem.) 2762, zersplittert 603. (Am 15. Juni 1893 wurden 3835 antisemitische Stimmen abgegeben.)

Kassel-Melsungen: Thiel (Soz.-Dem.) 10357, Endemann (nat.-lib., freis., kons.) 6268, Schack (deutschsozial) 5087, Martin (hess. Rechtspartei) 1240, Müller (Zentr.) 483. — In der Stichwahl wurde Endemann gewählt.

Fritzlar-Homberg-Ziegenhain: Wahlberechtigt 15667, abgegebene giltige Stimmen 6328, **Liebermann von Sonnenberg** 4818, Martin (hess. Rechtspartei) 833, Jordan (Soz.-Dem.) 523, Müller (Zentr.) 83, zersplittert 71, ungiltig 17. (Im Jahre 1893 erhielt v. Liebermann 6482 Stimmen, also 1664 mehr als diesmal. Trotzdem ist das diesjährige Ergebnis im Verhältnis günstiger; denn 1893 machten die antisemitischen Stimmen 61,5 v. H. der abgegebenen Stimmen aus, 1898 dagegen 76,1 v. H.)

Eschwege-Schmalkalden-Wipenhausen: Wahlberechtigt 23054, abgegebene giltige Stimmen 14195, Hugo (Soz.-Dem.) 5246, v. Christen (freikons.) 3431, Helff (freis.) 3071, Jokraut (deutschsozial) 2410, zersplittert 20.

Hersfeld-Rotenburg-Hünfeld: Werner (deutschsozial) 4367, Schmeisser (nat.-lib.) 1227, Dr. Lieber (Zentr.) 2185, Trise (Soz.-Dem.) 791.

Fulda-Schlüchtern-Gersfeld: Liebermann von Sonnenberg 143.

Hanau-Gelnhausen: Bürgermeister Mettenheimer 1692.

Insgesamt wurden für die deutschsoziale Reformpartei im Regierungskreise Kassel 24529 Stimmen abgegeben, das sind 4284 mehr als im Jahre 1893.

Parteinachrichten.

Chemnitz. Nach längerer Pause hielt der hiesige Deutschsoziale (antisem.) Wahlverein am vorigen Dienstag eine öffentliche Versammlung ab, in der Herr Reichstagsabgeordneter Bindewald über das Thema: „Was lehren uns die letzten Reichstagswahlen, und was wird der neue Reichstag bringen?“ einen Vortrag hielt. Die Versammlung nahm einen angeregten Verlauf, lebhafter Beifall begleitete die Ausführungen des Redners. Ein Impfzwang-Gegner erhielt von Herrn Bindewald die Zusicherung, daß er für Aufhebung des Impfzwanges eintrete.

Olbernhau. Am vorigen Sonntag fand nachmittags in Kämmerswalde eine öffentliche Versammlung statt, welche trotz des anhaltenden Regens sehr gut, auch aus der Umgegend, besucht war. In etwa einstündiger, mit warmem Beifall aufgenommener Rede beleuchtete Herr Zimmermann die Reichstagswahlen und die Ziele der Reformpartei. Gegner meldeten sich nicht zum Wort. In seinen Schlußworten mahnte Herr Zimmermann zur Organisation, und zwar mit dem Erfolge, daß sich sofort über 50 Herren zur Gründung eines Deutsch-sozialen Reformvereins bereit erklärten. Bei dem nachfolgenden Kommerse brachte ein Deutschböhme dem Herrn Zimmermann in dankbarer Anerkennung seines Eintretens für die deutsch-nationale Sache Namens seiner Landsleute ein dreifaches Heil. —

Am Abend desselben Tages fand in Olbernhau eine Besprechung von Gesinnungsgenossen statt, an der in später Stunde auch Herr Zimmermann teilnahm. Mitglieder des alten Deutschsozialen Vereins und neugewonnene Mitarbeiter vereinten sich, um auch in Olbernhau die Organisation in die rechten Wege zu leiten.

Suhl. Der hiesige Reformverein hielt am 11. Juli seine erste Versammlung nach den Wahlen ab. Der zweite Vorsitzende, Herr Kurzhals, sprach über: „Ein Rückblick auf die Wahlen, besonders in Thüringen.“ Bemerkenswert ist die Thatsache, daß bei der letzten Wahl unsere Partei in Thüringen gegen 1893 rund 10000 Stimmen gewonnen hat. Begrüßungen wurden von der Versammlung an die Herren Zimmermann und Schack gerichtet.

Hamburg. Aus Anlaß des Turnfestes hat die Polizeibehörde für den 24. Juli die Sonntagsruhe eingeschränkt und verfügt, daß im Handelsgewerbe eine Beschäftigung auch nachmittags von 4 bis 9 Uhr stattfinden dürfe. Viele Ladeninhaber haben sich gegen diese Polizeiverordnung ausgesprochen, selbst solche, die mit Zigarren und Blumen handeln, also am ehesten noch auf Umsatz zu rechnen hätten. Ausnahmslos sind die Handlungsgehilfen, unter denen sich zahlreiche Turner befinden, gegen die Verkürzung ihrer Sonntagsruhe. Herr Raab hatte in der Bürgerschaft den Antrag gestellt, den Senat zu ersuchen, auf die Zurücknahme der Polizeiverfügung hinzuwirken. Dieser Antrag kam in einer außerordentlichen Sitzung der Bürgerschaft zur Verhandlung. In seiner Begründung konnte sich Herr Raab auf die Eingaben zahlreicher Ladeninhaber und Handlungsgehilfen berufen. Gegen den Antrag sprach namentlich ein Herr Prahl, welcher meinte, die Konsumente, die ihren Laden geschlossen halten wollten, das seien die „Faulen“, die Faulen dürfe man nicht auf Kosten der Fleißigen bestürfen. Einem andern Redner, der den Antrag bekämpfte, konnte Herr Raab erwidern, daß er (der Gegenredner) persönlich ein hohes Interesse am Offenhalten der Laden habe. Schließlich wurde der Antrag Raab mit allen gegen etwa 10 Stimmen verworfen. Übrigens ein sonderbarer Herr, der oben erwähnte Herr Prahl! In derselben Sitzung mußte er sich von zwei Rednern der Unwahrhaftigkeit zeihen lassen. Prahl bestritt nämlich, Vorsitzender eines von der Bürgerschaft eingesetzten geschäftlichen Ausschusses zu sein, bis schließlich der Präsident aus den Akten der Kanzlei feststellte, daß Prahl in der That Vorsitzender des Ausschusses sei. Daß ein Mitglied einer Volksvertretung seine Wahl zum Vorsitzenden eines Ausschusses ganz „vergessen“ hat und zu wiederholten Malen in öffentlicher Sitzung bewußter Unwahrheiten beschuldigt wird, dieser Fall dürfte im parlamentarischen Leben wohl vereinzelt dastehen.

Die Beschränkung der Sonntagsruhe am 24. Juli bot auch dem „Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbande“ Anlaß, eine Protestversammlung einzuberufen. Zu der Versammlung war durch öffentliche Plakate eingeladen worden. Diese Plakate schienen jedoch der Hamburgischen Polizeibehörde nicht zu gefallen: denn man konnte am Abend vor der Versammlung beobachten, wie Arbeiter in Begleitung von Polizeibeamten eifrig damit beschäftigt waren, die Anschläge abzuwaschen, bezw. unleserlich zu machen. Gleichzeitig wurde durch den „Hambg. Korr.“ die Nachricht verbreitet, die Versammlung sei polizeilich verboten. Wenn auch mancher durch diese Mitteilung irregeführt sein mag, so war die Versammlung doch recht gut besucht. Nach Vorträgen der Herren Franz Schneider und Raab wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, die das Vorgehen der Polizeibehörde verurteilt und die Erwartung ausspricht, daß die Ladeninhaber am 24. Juli ihre Geschäfte in der üblichen Weise schließen werden.

Aus der Handlungsgehilfenbewegung.

Heidelberg. Die deutschnationalen Handlungsgehilfen Badens hatten sich zwecks Gründung eines Gauverbandes am Sonntag, den 10. Juli hier im „Hotel Adler“ zusammengefunden. An den Verhandlungen nahmen auch unsre badischen Landtagsabgeordneten

Digitized by Google

Mampel und Pfisterer teil. Der Gauverband erhielt den Namen „Badisch-pfälzischer Gau des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes".

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Leipzig brachte dem Kaufmann Adolf Jaffé, früher in Dresden, zuletzt in Berlin wohnhaft und wegen Hausfriedensbruches und Bankerotts vorbestraft, drei Monate Gefängnis ein.

Ein südlicher Forbeter und Religionslehrer, Jakob Ziegler aus Steinbach, hatte sich eine Uhr, einen Mantel und andre Gegenstände erschwindelt. Die Strafkammer zu Kaiserslautern verurteilte ihn deshalb wegen Betruges zu einem Jahre und vier Monaten Gefängnis.

Unter allerlei falschen Vorspiegelungen hatten der Bankier und Magistratsrat Elias Kohn zu Wasserleidingen und der Kommissionär Heinrich Fülst zu Teuchtlingen dem Bauernsohn Schwent zu Lohhof ein dem Kohn gehöriges Grundstück zu einem viel zu hohen Preise aufgeschwatzt. Die Strafkammer zu Rudolstadt verurteilte den wegen Sittlichkeitsverbrechen und Unterschlagung vorbestraften Fürst zu drei Monaten Gefängnis, Kohn zu 600 Mark Geldstrafe oder sechzig Tagen Gefängnis.

Wegen wiederholter Zollhinterziehungen mußte dem Kaufmann Heinrich Rosenweig, Inhaber der Firma H. J. Rosenweig & Co., zu Hamburg die Erlaubnis zur Lagerung von Waren im Freihafengebiet entzogen werden.

„Rassenkauf" war unausgesetzt im Schaufenstern des Manufakturwaren-Geschäfts von Siegfried Littenthal in Hamburg zu lesen. Der „Verein zur Bekämpfung von Unwesen in Handel und Gewerbe" erzielte seine Bestrafung mit 200 Mark Geldstrafe auf Grund des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb. Darauf hielt Littenthal eine Auktion über den Rest seines Warenlagers ab. Weil er bei dieser Gelegenheit minderwertige Ware für „prima Vallesche" ausgegeben hat, ist er nun wegen Betruges zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Ein südlicher Kaufmann-Händler, namens Brenneisen, wurde in Zürich festgenommen, als er gerade mit seinen Schuldverbindungen nach Süd-Amerika abreisen wollte. Da er von der Staatsanwaltschaft zu Straßburg (Elsaß) steckbrieflich verfolgt wurde, ist er nach Deutschland ausgeliefert worden.

Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat.

In der Zeit vom 16. bis einschl. 28. Februar 1898 wurde über folgende Firmen usw. der Konkurs eröffnet:

Kaufmann Max Saphirstein zu Trempen. — Garderobenhändler Simon Seligmann zu Köln. — Camilla, Ehefrau des Blechschmiedes Benjamin Buch, geb. Levy zu Jabern. — Klein & Schlesinger zu Berlin, Jerusalemerstraße 22, und Annaberg (Sachs.). — Schuhwarenhändler Salomon Kaufmann, i. Fa. S. Kaufmann jr. zu Hamburg, Großer Neumarkt 31 a. — Handelsfrau Ida Singer, geb. Kornblum, i. Fa. A. Silbermann zu Kottbus. — Kaufmann Max Mannheim zu Breslau, Neuschetr. 56. — Kaufmann A. Silbermich, i. Fa. Th. Schellhaas Nachf. zu Geislingen. — Frau Sali Raaber, i. Fa. S. Raabers Herren- und Knaben-Kleidermagazin zu München. — Kauffrau Sarah Burchardy, geb. Krebs, i. Fa. S. Burchardy zu Stargard (Pommern). — Kaufmann Eduard Treutsch zu Kroppitz (C.-S.). — Kürschner Elias Thal zu Posen. — Kaufmann M. Hertwig zu Glöddeck. — Frl. Bertha Levy, i. Fa. Ernst Schwartze & Co. zu Elberfeld, Albrechtstraße 21. — Hausierer Jlaac Feldmann zu Zabern. — Schnittwarenhändler Moritz Roth zu Berlin, Brunnenstr. 76. — Schnittwarenhändlerin Auguste verehel. Tag, geb. Bruger zu Gera. — Garderobenhändler Louis Bennigson zu Königsberg (Pr.), Roßgarten. 24. — Kaufmann Marcus Baumgart zu Thorn. — Kaufmann Salo Levy, i. Fa. S. Levy zu Bittenberge. — Kaufmann Mathias Beglar zu Altona, Lefevre Passage 6. — Kaufmann Alfred Wiener zu Berlin, Prenzlauerstr. 12. — Handelsmann Simon Bruttler zu Groß-Lindchen. — Kaufmann Sally Korn zu Halle (Saale), Große Klausstr. 1. — Kaufmann Julius Salomon zu Siegen. — Pferdehändler Hermann Rawsay zu Minsen a. d. Luhe. — Kaufmann Ephraim Weil zu Bolchen. — Kaufmann Max Aber zu Badenburg (Schles.).

Aufgehoben wurden in derselben Zeit nachstehende Konkurse:

Kleiderhandlers-Eheleute Moritz und Regine Weiß zu München. — Handelsmann Joseph Fröhlich zu Planen. — Kaufmann Julius Fintenstein zu Danzig, Langgasse 80 (Zwangsvergl.). — Kürmer Anton Braunschweiger zu Vorbruck. — Händler Joseph Rakowiczki zu Lobsens. — Hanny Silbermann, geb. Segall, i. Fa. F. Silbermann zu Rosfeld (Mecklbg.). — Kaufmann Paul London zu Herdain.

Jüdische Ritter, Kommissions- und Kommerzienräte usw.

Verliehen wurde: dem Kaufmann Adolf Kantorowicz zu Posen der Titel eines Kommerzienrats;

dem Lehrer Abrahams Plant zu Detmold das kippliche silberne Verdienstkreuz.

Ernannt wurden: der Bibliothekar Dr. Markus Zucker zum Oberbibliothekar an der Universität Erlangen;

der Sekretär Philipp Stein zum Bibliothekar, gleichfalls an der Universitäts-Bibliothek zu Erlangen;

A. Nelson zum Kabinetschef im französischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten;

Edouard Ignace zum Kabinetschef im französischen Marine-Ministerium;

Oberst Eduard Ritter von Schweiger zum Kommandeur des 26. österreichischen Infanterie-Regiments.

Mosaik.

In die Kirche hat das Zentrum in Berlin seine Wahlagitation verlegt. In der Hedwigskirche wurden am Sonntag vor der Wahl allen Kirchgängern beim Betreten und Verlassen des Gotteshauses Wahlaufrufe für den Zentrumskandidaten in die Hand gedrückt. Außerdem waren in der Vorhalle der Kirche große Plakate angebracht mit den Worten: „Wählt den Zentrumskandidaten". — Was würde wohl Christus zu solcher Entwürdigung des Gotteshauses sagen, wenn er noch auf Erden wandelte? Würde er nicht die Geißel nehmen und in heiligem Zorn dazwischen fahren, gerade so wie er es bei den Wechslern und Krämern im Tempel zu Jerusalem that?

Freisinn und Sozialdemokratie. Der Reichstags-Abgeordnete für Glogau, Hoffmeister, ein Verteter des Nickertschen Freisinns, bedankt sich öffentlich bei „den Anhängern der Sozialdemokratie, welche in wohlverstandenem eigenen Interesse bei der Stichwahl einmütig an unserer Seite gestanden haben." „In wohlverstandenem eigenen Interesse", das kann doch nicht anders aufgefaßt werden, als daß der Freisinn das Interesse der Sozialdemokratie fördere, daß er am letzten Ende demselben Ziele zusteuere, wie die Sozialdemokratie. Das ist es ja, was wir immer behauptet haben. Es ist aber gut, daß es auch aus freisinnigem Munde bestätigt wird. Wo eine Stichwahl zwischen Freisinn und Sozialdemokratie stattfindet, da spielen sich die Nickertschen und Richterschen freilich als die wütendsten „Sozialistentöter" auf; Michel glaubt ihnen, um „das Vaterland zu retten", tritt er für den Freisinnigen ein, und nachher kommt er dahinter, daß der Mann seiner Wahl sich eigentlich wenig von den Umsturzlern unterscheidet, und das nächste Mal — macht er es wieder so!

Auf das vielgepriesene jüdische Eheleben, das den christlichen Deutschen oft als Muster vorgehalten wird, wirft eine Gerichtsverhandlung ein eigenes Licht, die kürzlich vor dem Schwurgericht in Hamburg stattfand. Bei einer reichen Kaufmannsfamilie in Rotherbaum, einem Vororte Hamburgs, trat im Februar ein junges Dienstmädchen in Stellung. Schon nach fünf Tagen verließ es dieselbe jedoch, weil es sich vor den unsittlichen Belästigungen des „jungen Herrn", eines 20jährigen Burschen, nicht mehr retten konnte. Es klagte auf Lohnzahlung und ließ auch durch seinen Vater gegen den „jungen Herrn" Strafantrag wegen thätlicher Beleidigung stellen. In beiden Prozessen, sowohl vor dem Zivil- wie vor dem Strafgericht, wurde auf Vorschlag des Mädchens die etwa 45jährige Köchin darüber vernommen, ob das Mädchen von dem 20jährigen Sohn des Hauses auf unsittliche Weise belästigt sei. Beide Male bestritt die Köchin das unter ihrem Eide. Da jedoch durch andere Momente die Behauptungen des Dienstmädchens bestätigt wurden, namentlich dadurch, daß auch die Vorgängerinnen des Mädchens eidlich erklärten, auch sie seien in der gemeinsten Weise vom Sohne des Hauses belästigt worden, und zwar in Gegenwart der Köchin, wurde diese wegen Meineids angeklagt. Die Angeklagte blieb dabei, die Wahrheit gesagt zu haben, und von der Herrschaft, der Kaufmannswitwe Phöbe Haberer und ihrem Schwiegersohne, dem Kaufmann Heinrich Kahn, waren ganze Lobungen von Schmutz aufgeboten, die die gegen die Köchin und gegen den 20jährigen Lüstling Nanrus Haberer, den Sohn der Witwe Haberer und Schwager des Kahn, ausgegangen Dienstmädchen in den Augen des Gerichts und der Geschworenen herabsetzen sollten. Die Sache gestaltete sich aber immer schlimmer für die Angeklagte, und auf Anraten ihres Verteidigers Dr. Sure legte dieselbe schließlich ein Geständnis ab. In demselben

Digitized by Google

erklärte sie, sie sei von Frau Haberer und deren Schwiegersohn aufgefordert, „für sie" auszusagen, damit der junge Haberer nicht ins Gefängnis brauche. Sie habe sich erst geweigert. Da habe die Herrschaft aber furchtbar geschimpft. Nun habe sie mit ihrer Hände Arbeit drei Kinder zu ernähren, deshalb habe sie die Stellung gern behalten wollen, und als man ihr noch Geldversprechungen gemacht hätte, habe sie sich schließlich zu den unwahren Aussagen bestimmen lassen. Die Folge dieses Geständnisses war, daß die Frau Haberer, die in Sammet und Seide und mit kostbaren Brillanten an den Fingern in den Schwurgerichtssaal hereinrauschte, und ihr Schwiegersohn Heinrich Kahn, Inhaber eines großen Hamburger Export- und Importgeschäftes, die als Zeugen geladen waren, auf Befehl des Staatsanwalts sofort wegen dringenden Verdachts der Anstiftung zum Meineide in Untersuchungshaft abgeführt wurden. Die bedauernswerte Köchin wurde zu einer Zuchthausstrafe von 1½ Jahren verurteilt. Daß der Frau Haberer das unzüchtige Treiben ihres Sprößlings entgangen sei, daß sie dasselbe mißbilligt habe, ist nach alledem schwerlich anzunehmen. Das erinnert uns an einen Fall in Berlin, der sich vor einigen Jahren zutrug. Ein Jude gab dem Hauslehrer, den er für seinen Jungen hielt, drei Mark, mit dem Auftrage, er solle das Geld seinem Zögling geben und ihn anweisen, damit zu seiner Hure zu gehen. Kommt in christlich-deutschen Familien auch so etwas vor?

Sozialdemokratische Berichterstattung. Dem Fall Schulhöfer, über den wir in der vorigen Nummer unter der Rubrik „Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen" berichtet haben, widmet die sozialdemokratische „Schwäbische Tagwacht" folgende Zeilen: „Wehe einer, Würzburg, 4. Juli. Der Großhändler Schulhöfer hier wurde wegen fortgesetzter Sittlichkeitsvergehen, begangen an seinem Dienstmädchen, vom Schwurgerichte zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Würzburg ist bekanntlich gut katholisch". — Schulhöfer ist bekanntlich Jude. Durch seinen letzten Satz will aber das sozialdemokratische Blatt bei den Lesern offenbar von vornherein den Argwohn ausschließen, daß der Lüstling zu den geliebten Juden gehören könne. Einen andern Zweck kann die Hervorhebung des „gut katholischen" Charakters der Stadt Würzburg doch nicht haben als den, dem Schulhöfer der katholischen Kirche an die Rockschöße zu hängen. — Genau nach derselben Methode arbeitete seiner Zeit Bebel, als er den Fall des Rhederei Schiff in Elsfleth im Reichstage zur Sprache brachte. Schiff hatte an einen Kapitän einen Brief geschrieben, in dem folgende Stelle vorkam: „Hugo" und „Rebecca" (zwei Schiffe) habe ich verloren und freue mich, die Versicherungsgelder eingehemmt zu haben; leider ist bei den Schiffen die Mannschaft gerettet." Aus der Rettung der Mannschaft erwuchs dem menschenfreundlichen Arbeitgeber nämlich die Pflicht, die Leute auf seine Kosten nach Hause zu schaffen, Fahrt und Unterhalt für sie zu zu bezahlen. „Und das war dem frommen Christen Schiff außerordentlich schmerzlich", sagte Bebel im Reichstage. Er wurde aber auf der Stelle darüber belehrt, daß Schiff Jude sei, und fuhr daher fort: „Es wird mir eben gesagt, es wird ein Jude sein; — (Heiterkeit), wenn das sein sollte, ändert es an meinem Urteil nichts." Mit einer ähnlichen Nebenwendung wird sich auch wohl die „Schwäbische Tagwacht" aus der Affaire zu ziehen suchen, wenn sie überhaupt — was nicht gerade wahrscheinlich ist — noch einmal auf die Sache zu sprechen kommt. — Charakteristisch für die sozialdemokratische Taktik ist es jedenfalls, daß zunächst immer der Versuch gemacht wird, den „frommen Christen" eins auszuwischen, wenn sich ein Jude eine Gemeinheit hat zu schulden kommen lassen.

Ein pflichteifriger Pfarrer. In dem Orte Deißlingen (O.-A. Rottweil) sollte einige Tage vor der Hauptwahl ein Kind beerdigt werden; als schon alles auf dem Friedhof versammelt war, fehlte nur noch der . . . Herr Pfarrer, der auch trotz längeren Wartens nicht kam. Dafür wurde durch den Meßner der Versammlung mitgeteilt, daß der Herr Pfarrer auf Agitationsreisen für den Zentrumskandidaten abwesend sei. — Was würden wohl die Zentrumsblätter sagen, wenn das bei einem evangelischen Geistlichen passiert wäre?

Wahlverein Berlin der deutschsozialen Reformpartei.

Alle Zuschriften über Vereinsnachrichten usw. sind an Herrn A. Strumpf, Berlin SW. 48, Wilhelmstraße 27, zu richten. Insbesondere werden die Herren Abteilungs-Vorsitzenden aufgefordert, rechtzeitig die nächsten Abteilungs-Versammlungen anzuzeigen. —

Unsre Mitglieder werden dringend gebeten, die fälligen Beiträge bei ihren Angehörigen usw. zu hinterlegen, damit dem Vertrauensmann vergebliche Wege erspart bleiben. —

Neue Mitglieder können jederzeit aufgenommen werden. Meldungen sind an Herrn Carl Christoffers, Derfflingerstr. 23, zu richten. —

Es wird dringend gebeten, die noch ausstehenden Sammellisten umgehend an den Schatzmeister Herrn O. Müller, Schönhauser Allee 34, abzuliefern.

* * *

Diejenigen Mitglieder des Wahlvereins, welche die „Deutsch-Sozialen Blätter" weiter zu lesen wünschen, werden gebeten, sie für die Monate August und September bei der Post, einer Buchhandlung oder einem Zeitungsspediteure zu bestellen. Der Bezugspreis beträgt für zwei Monate eine Mark.

Neue Bücher.

(Alle hier angezeigten Schriften sind durch unsere Geschäftsstelle, sowie durch jede Buchhandlung zu beziehen.)

Kritische Skizzen in die Tiefen wirtschaftlicher und sozialer Fragen der Gegenwart, von C. Wiederhall. Köln a. Rh. 1898, 31 Seiten Preis 1 M.

Der Verfasser legt die Daseinsbedingungen der wirtschaftlichen Betriebe dar und knüpft an diese Darlegung, unter Nutzanwendung auf die bisherige Entwicklung von Landwirtschaft, Industrie und Handel namentlich in Deutschland, einige praktische Schlußfolgerungen. Er folgert u. a., daß die deutsche Landwirtschaft noch lange einer kräftigen Schutzzollpolitik bedarf, daß unsre Landwirtschaft und Industrie von dem Zwischenhandel unabhängig zu stellen sind und der Anteil des Zwischenhandels an dem Gesamterwerbe der Nation auf ein beschiedenes Maß herabgedrückt werden muß, sowie daß eine Verstärkung der Wehrkraft des Deutschen Reiches zu Wasser und zu Lande für eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung des Volkes notwendig ist. Die in der Schrift vertretenen Ansichten sind größtenteils zu billigen. Das Lesen der Schrift kann daher empfohlen werden.

F. B.

Robert Wilhelms, Die Warenhäuser und ihre Bekämpfung. Straßburg i. E. 1898. 12 Seiten. 30 Pf.

Wie der Verfasser des Schriftchens ausführt, besteht in Deutschland eine Notwendigkeit für die Existenz der großen Warenhäuser nicht, vielmehr wird sie von ihren Inhabern nur mit Steinzahlen gerechtfertigt, und unser Staat darf im Interesse der Allgemeinheit wie seiner Einwohner dem ganzen Treiben nicht mit verschränkten Armen zusehen. In andern Ländern, wo die Warenhäuser unter der Herrschaft der liberalsten Grundsätze schon längere Zeit bestehen, machen sich bedeutende Strömungen gegen sie geltend. Im Anschluß an eine gelegentliche Mahregel der französischen Deputiertenkammer wird die einfache oder noch besser die progressive Branchensteuer solgender Art empfohlen: Jedes Geschäft hat das Recht, wie Warenbranchen sie auch führen; sobald es mehr derselben führt, ist es als Warenhaus zu betrachten und zahlt für jede weitere Warenbranche je einen Steuerzuschlag, wenn sie den gewissen Jahresumsatz eine bestimmte Höhe erreicht; dagegen haben die Geschäfte mit kleinerem Umsatz keine besondere Warenhaussteuer zu entrichten, was indessen dem den Konsumenten an Plätzen mit schwacher Bevölkerung zu gute kommt, die von Spezialartikeln nicht leben können. Auch einer Vereinigung von Branchensteuer und Umsatzsteuer würde der Verfasser nicht abgeneigt sein.

G. S.

Der Freude an guten deutschen Büchern hat, lasse sich eine Probenummer des „Büchervereins für Deutschgesinnte" kommen, die unentgeltlich von dem Herausgeber und Verleger Louis Hüffer, Weimar, Schillerstr. 8, an jeden Interessenten versichickt wird. Der „Büchervote" verzeichnet in anregender Form alle Neuerscheinungen seines Gebietes und bringt auch ältere gute Bücher deutscher Gesinnung zur Geltung, so daß er als Nachschlagewerk und Ratgeber bei Bücherkauf von hohem Werte ist. Wir empfehlen unsern Lesern das Unternehmen aufs beste.

Repetitorium der Nationalökonomie nebst kurzgefaßter Darstellung ihres Entwicklungsganges, für Studierende und Prüfungskandidaten; von Dr. L. H. Schmidt. Dritte Aufl. Leipzig 1898. 148 S. Preis 2 M.

Obgleich das Buch in erster Linie für Studierende und Prüfungskandidaten bestimmt und seine ganze Anlage auf diesen Zweck berechnet ist, eignet es sich doch auch recht wohl dazu, weiteren Kreisen einen Überblick über die Lehren und die Geschichte der Nationalökonomie zu verschaffen. Die Stellungnahme des Verfassers zu den verschiedenen wirtschaftlichen Fragen und Erscheinungen kann freilich in mehreren Hinsicht nicht gebilligt

Digitized by Google

werden. Beispielsweise ist ihm darin nicht zuzustimmen, daß die Wuchergesetze nach allen Seiten hin ihren Zweck verfehlt haben, so wenig wie darin, daß die Agrarier den naturwirtschaftlichen Feudalstaat an die Stelle der „liberalen Volks- und Geldwirtschaft“ und des „liberalen Staates“ setzen wollen. F. B.

Briefkasten der Schriftleitung.

Druckfehler-Berichtigung. In der Beilage der vorigen Nummer muß es unter Meiningen heißen „2500 Bundesmitglieder“ und nicht 25 000.

A. Lpld. Für Ihre Bemühung verbindlichsten Dank!

Lörrach. Granulliert der „Oberländer Bote“ allen Rechtsstandidaten, die glücklich das Referendar-Examen bestanden haben, oder wird nur bei dem „jungen Mitbürger Leo Nordmann, Sohn des Herrn Joseph Nordmann“, eine Ausnahme gemacht?

Saarbrücken. Ihre „Saarbr. Ztg.“ meint, die Angabe der antisemitischen Blätter stimme nicht, daß sich unter den neugewählten sozialdemokratischen Abgeordneten acht Juden befinden. Schönlank sei getauft, und „die meisten übrigen (vielleicht alle bis auf Singer)“ seien Dissidenten. Als ob dadurch auch nur das Geringste an der Sachlage geändert würde! Wenn sich ein Jude als „Dissident“ bezeichnet, so bleibt er darum doch Jude. Wenn wir von jemanden behaupten, er sei Jude, so denken wir dabei nie an seine Zugehörigkeit zur jüdischen (israelitischen, mosaischen) Religion, sondern und kommt es nur auf die Zugehörigkeit zum Judenvolke an. Uebrigens können Sie die „Saarbr. Ztg.“ beleihren, daß sich wenigstens Singer, Stadthagen und Wurm auch ausdrücklich als „mosaisch“ in den Parlamentskalmanach eingezeichnet haben.

Schwenningen a. N. Besten Dank für die Zusendung!

Otto L., Elberfeld. Die jüdisch-sozialdemokratischen Abgeordneten finden Sie an anderer Stelle in dieser Nummer. Über die Wahlen zum Abgeordnetenhaus ein andermal! Heil!

A. Z. Jedenfalls eine hohe Ehre für Saargemünd, daß dort eine Straße ihren Namen nach dem Bolksführ Heimann hat, der jetzt wegen Sittlichkeitsverbrechens zu einer Gefängnisstrafe verurteilt ist!

Eingegangene Anfrage.

Wer kann uns die jetzige Adresse des Inspektors H. Weimar angeben? Früher war derselbe in Freiburg (Baden), Beförstr. 38, Gastwirtschaft Burger.

Für die Bücherei des Antisemiten.

Der Antisemitismus und das Alte Testament.

Preis 30 Pf.

Zu beziehen durch die **Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstr. 27.** Bei vorheriger Einsendung des Betrages (deutsche und österreichische Marken werden in Zahlung genommen) erfolgt portofreie Lieferung.

Deutsche Schänke, Leipzig,
Poststrasse 20
empfiehlt **kräftigen Mittagstisch** und **gute Biere.**
Gesellschaftszimmer noch einige Tage frei.
Hochachtungsvoll *H. Singer.*

CAFE MERKUR
Leipzig
* * An der Pleiße 8. * *
Geöffnet bis morgens 4/4 Uhr.
300 Zeitungen, Depeschen u. Kursberichte, Städte-Adressbücher v. Berlin, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Hamburg-Altona, Halle a. S., Paris, sowie **Handels-Adressbücher aller grösseren Staaten** liegen zur gefl. Benutzung aus.
Jeden Vormittag Bouillon und Pasteten.
Hochachtungsvoll
W. Rühlemann.

Bad Kissingen
Logierhaus Renner
jenseits der Saale
Gartiger Straße 24
empfiehlt schön frei gelegene Wohnungen zu billigen Preisen.
Neu angelegter großer Garten.

Liefere ein Postfoll (9½ Pfund)
feine Leber-, Rot- und Sülzwurst
zu 7,50 M. franko.
H. Glauner, Fleischermstr.
Papenburg b. Leer (Ostfriesld.).
Ferner:
prima Hammelkeule u. Carrés
à Pfund 55 Pf.

Wer
in zwei Jahren
in den Feierabendstunden
in spielend leichter Arbeit
für 50 Pf. monatlich
Latein lernen
oder
lehren
will, der bestelle
Berthold Ottos
Lateinbriefe.
Monatlich erscheint ein Brief à 50 Pf.
Leipzig, Königstr. 27.
Herm. Beyer.

Frankfurt a M.
Hotel Cölner Hof.
Besitzer: **Herrmann Laas.**
Gegenüber d. rechten Ausgangs d. Hauptbahnhofes.
60 Zimmer mit 90 Betten bei mäßigen Preisen.
Bier- und Wein-Restaurant.
Jüdischer Besuch verbeten.

„Staatsbürger-Ztg.“, „Deutsche Wacht“, „Das Volk“, „Deutsche Zeitung“, „Deutsche Tageszeitung“, „Deutsch“ „Soziale Blätter“, „Deutscher Michel“ und viele andre deutschgesinnte Zeitungen liegen aus.

Wein-Groß-Handlung,
Import von Rum, Arrac, Cognac,
von

Berlin SW., Lindenstraße 1.
Fernsprecher: Amt Moabit 1376.
Gegründet 1877.
1893er u. 94er Rhein- u. Moselweine,
p. Fl. oder p. Ltr. von 70 Pf. an.
1893er u. 94er Bordeaux-Weine von 1 M. an, sowie sämtliche ins- und ausländische Weine usw. zu soliden Preisen. Für absolute Reinheit garantieren
Schmitz & Co.
Kleine Proben und Preisliste umsonst.

Antisemitische Pfeifen
mit Ornamenten und Sprüchen aus Elfenbein-Steingut, à Stück portofrei gegen Einsendung von 65 Pf. in Briefmarken.
J. Korzilius, Hoflieferant, **Köln-Ehrenfeld.**

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königstr 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: i. V. Herm. Beyer, Leipzig.
Druck: G. Reusche in Leipzig.

Digitized by Google

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Leipzig, 28. Juli 1898. Nr. 519.

Die Ergebnisse der Wahlen.

Provinz Sachsen.

Stadt Magdeburg: Pfannkuch (Soz.-Dem.) 20125, Zuckschwerdt (nat.-lib.) 10638, Roßbach (freis.) 4191, Dr. Lindström (deutschsozial) 3961, Lieber (Zentr.) 549, zersipl. 8. Gewählt Pfannkuch.

Oschersleben-Halberstadt-Wernigerode: Paul (Soz.-Dem.) 11262, Rimpau (nat.-lib.) 7815, Schlüter (freik. Vd. d. Landw.) 4434, Otto (freis.) 4102, Obermeister Schumann (deutschsozial) 1354, Lieber (Zentr.) 214, zersipl. 7. In der Stichwahl wurde Rimpau gewählt.

Saalkreis-Halle a. S.: Melcher 810.

Nordhausen: Wiemer (freis.) 5781, Aschendorff (deutschsozial, Vd. d. Landw.) 3544, Glocke (Soz.-Dem.) 3409, zersipl. 10, ungiltig 47. In der Stichwahl erhielt Aschendorff 4201, Wiemer 5820 Stimmen. Gewählt Wiemer.

Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück: Schulz (Soz.-Dem.) 11733, Jacobskötter (kons., Vd. d. Landw.) 9725, Schack (deutschsozial) 5106, Lieber (Zentr.) 712, Träger (freis.) 675, zersipl. 16, ungiltig 63. In der Stichwahl siegte Jacobskötter.

Aschersleben-Kalbe: Bindewald 1237.

Insgesamt wurden in der Provinz Sachsen 16012 Stimmen für die deutschsoziale Reformpartei abgegeben, das sind 6195 mehr als im Jahre 1893.

Schlesien.

Breslau-Ost: Zimmermann 507.

Breslau-West: Liebermann von Sonnenberg 569.

Breslau-Land-Neumarkt: Rentier Dittmer (Strehlen) 629.

Groß-Wartenberg-Öls: v. Kardorff (freikonservativ) 6685, Jenzen (deutschsozial) 2933, v. Donat (Zentr.) 2056, Preiß (freis.) 1132, Giesmann (Soz.-Dem.) 536, zersplittert 16, ungiltig 27.

Kreuzburg-Rosenberg: Liebermann von Sonnenberg 32.

Landeshut-Jauer-Bolkenhain: Maurermeister Timm (Hirschberg, Schles.) 3609.

Insgesamt wurden für die deutschsoziale Reformpartei in Schlesien 4916 Stimmen abgegeben gegen 5962 im Jahre 1893.

Parteinachrichten.

Aus dem Kreise Alzey-Bingen schreibt man uns: Der Erfolg, den die deutschsoziale Reformpartei in unserm Kreise bei der Wahl erzielt hat, hat zwar nicht alle Hoffnungen erfüllt, ist aber trotzdem, wenn man alle begleitenden Umstände in Betracht zieht, zum mindesten zufriedenstellend. Wäre nicht das Zentrum in letzter Stunde für den freisinnigen Schmidt eingetreten, so wäre an dessen Sieg gar nicht zu denken gewesen. Den katholischen Wählern — 1893 wurden für den Zentrumskandidaten 4474 Stimmen abgegeben — blieb nichts anderes übrig, als der von dem Zentrum ausgegebenen Parole Folge zu leisten; denn in einem Flugblatte stellte das Zentrum nur gestützt worden, die vitalsten Interessen der katholischen Kirche würden nur bei der Wahl Schmidts gewahrt werden können. Hätte das Zentrum einen eigenen Kandidaten aufgestellt, so wäre Schmidt höchstens an die dritte Stelle gelangt. Andererseits hat uns auch der nationalliberale Landrats-Kandidat viel Abbruch gethan; für ihn arbeiteten der amtliche Wahlvorsteher, die Darlehnskassen und die Konsumvereine, außerdem stand ihm die Amtspresse zur Verfügung. So kam es, daß der Kompromiß-Kandidat des Zentrums und Freisinns mit den Nationalliberalen in Stichwahl gelangte und schließlich wieder der Mann gewählt wurde, mit dessen Haltung bei den Handelsverträgen und bei der Ehrung Bismarcks 3/4 der Wähler nicht einverstanden sind. — Die antisemitischen Stimmen sind seit 1893 von 389 auf 1068 angewachsen. Vergeblich wird die rastlose Arbeit unsres Kandidaten M. Wolf (Stadecken), der in 52 Versammlungen gesprochen hat, sicher nicht sein, die Zukunft wird das schon zeigen.

Beine. Ein interessanter Prozeß steht hier bevor. Unser Parteigenosse **Georg Weber** ist aus dem Kriegerverein und dem Landwehrverein ausgeschlossen worden, weil er gelegentlich einer am Tage vor der Stichwahl stattgehabten, von der deutschhannoverschen Partei einberufenen, Versammlung die Äußerung gethan hat, er könne die Weisen als „Reichsfeinde“ nicht betrachten. Herr Weber wird, wie verlautet, gegen beide Vereine im Klagewege vorgehen.

Hamburg. Der Verein der Deutschsozialen Reformpartei für Hamburg hielt am vorigen Montag eine Versammlung ab, in der der Reichstagsabgeordnete **Friedrich Raab** über „den Streitpunkt in der letzten Wahlbewegung, die sogenannten ‚agrarischen‘ Forderungen“, sprach. In seinen ausführlichen Darlegungen kam der Redner zu dem Ergebnis, die „agrarischen“ Fragen seien eigentlich solche des ganzen Volkes, auch solche unsres nationalen Bestandes und unsrer Volksgesundheit, und deshalb sei es Aufgabe der Deutschsozialen Reformpartei, in diesen Dingen die exforderliche Aufklärung auch in den Städten zu schaffen. Die soziale Frage der Landwirtschaft sei ein Teil der sozialen Frage überhaupt, die im Ganzen und für jeden einzelnen Berufsstand gelöst werden müsse. Wer nur seine eigenen Interessen selbstsüchtig vertrete, der verdiene nicht den Namen eines Sozialreformers. Möge es uns, so schloß der Redner seinen Vortrag, gelingen, den Lug und Trug zu zerstreuen, womit die Feinde unsres Vaterlandes die agrarischen Forderungen umgeben haben. Lebhafter Beifall, der schon oft den Vortrag unterbrochen hatte, folgte den Worten des Redners Raab. In der freien Aussprache schlossen sich noch mehrere Redner, darunter die Herren Wilcke, Jordan, Könecke und Lebermann dem Gehörten an. — Der zweite Punkt der Tagesordnung, die Organisation der Parteiarbeit, konnte der vorgerückten Zeit halber nur noch kurz berührt werden und soll in einer später folgenden Versammlung weiter beraten werden.

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

30000 Mark Kaution hatte der Johaber des Kaiser-Cafés in Köln, Hecht, vor einigen Jahren stellen müssen, um in Würzburg aus der Untersuchungshaft entlassen zu werden. Hecht hielt die Kaution im Stiche und floh ins Ausland. Natürlich erklärte das Gericht die Kaution für verfallen. Später kehrte der Flüchtling zurück, stellte sich freiwillig dem Gerichte und — wurde freigesprochen. Nun wollte er auch gerne seine 30000 Mark zurückhaben und klagte auf deren Rückerstattung. Die Strafkammer in Würzburg und ebenso neuerdings das Oberlandesgericht in Würzburg wiesen ihn aber ab. Nu woiß?

Wegen unlauteren Wettbewerbes wurde Benjamin Kohmann & Co. Kohmann & Meuer, zu Köln-Sülz zu 1000 Mark Geldstrafe bezw. 100 Tagen Gefängnis verurteilt. Kohmann hatte über die Konkurrenzfirma C. W. Taub in Langerfeld die unwahre Behauptung verbreitet, deren Gummiware anbieten statt der vertragsmäßig von einer Firma in Wüttenberg ausbedungenen 92 Gummiffäden nur 84.

Betrügerische Schulden. In Höhe von 7000 Gulden hat der 58jährige Salomon Spielmann zu Triest gemacht und hat dann das Weite gesucht.

Durchgebrannt nach Amerika ist der 48jährige Faktor Leon Silberstein, um dessen Verhaftung das Landgericht zu Krakau ersucht. Silberstein wird folgender Delikte beschuldigt: dem Josef Baruch in Lemberg hat er 712 Gulden vorgestreckt, dem Lemberger Advokaten Dr. Leon Bawech unterschlug er 1300 Gulden und der Gelda Lea Günsberg 100 Gulden. Außerdem betrog er die Günsberg dadurch, daß er bei ihr einen Wechsel auf 1000 Gulden mit den gefälschten Unterschriften der Paulina Undelda und David Schaan eskomptierte.

Digitized by Google

Mosaik.

Daß das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb noch vielfach verlangt und daher verbesserungsbedürftig ist, das hat die bisherige Rechtsprechung klar erwiesen. Underseits sind aber doch auch die legendreichen Wirkungen des Gesetzes unverkennbar. Diese treten deutlich hervor in der Zusammenstellung von einigen richterlichen Entscheidungen, die in dem amtlichen Organ einer preußischen Handelskammer veröffentlicht wird. Die dort mitgeteilten Erkenntnisse besagen kurz folgendes: Die Ankündigung von Waren mit der Bemerkung, sie seien bei einem Brande durch Wasser beschädigt worden und daher zu herabgesetzten Preisen zu haben, verstößt gegen § 1 des Gesetzes, wenn die Waren den bezeichneten Schaden nicht erlitten haben und auch eine Preisherabsetzung nicht stattgefunden hat. Aber auch, wenn beides der Fall war, ist die Angabe einzustellen, sobald jene Vorräte ausverkauft sind. — In dem Ausbieten gewisser Waren unter dem Einkaufspreise zur Herunziehung von Kunden erkannte das Schöffengericht einen Verstoß gegen das Gesetz und verurteilte den Verklagten. — Die öffentliche Ankündigung: „nur ein Preis" verpflichtet den Ladeninhaber, für alle Waren nur einen Preis zu nehmen. Zuschläge sind unstatthaft. Das Zuwiderhandeln hatte die Verurteilung zur Folge. — Wer Medaillen auf Briefen, Karten, Preisverzeichnissen führt, muß deren Charakter genau bezeichnen, um nicht Täuschung zu erregen. — „Zu Fabrikpreisen" verkaufen heißt den Preis fordern, den der Wiederverkäufer der Fabrik zahlt. — Die Waren müssen zu den im Schaufenster verzeichneten Preisen auf Verlangen der Kunden in jeder nachweislich vorhandenen Menge verkauft werden. — „Großer Umsatz, kleiner Nutzen", diese Anpreisungen dürfen nur von dem gebraucht werden, der für diese Behauptungen die Beweise beibringen kann. — Die „wegen Eheschließung, zurückgegangener Verlobung, plötzlicher Abreise usw." veranstalteten Möbelverkäufe erregen immer die Vorstellung einer besonders günstigen Kaufgelegenheit, während sie vielfach nur ein Mittel sind, minderwertige Waren zu verkaufen. Im Falle einer Anzeige muß in jedem Falle das Zutreffende des Lockmittels von seiten des Verkäufers nachgewiesen werden. — Ansichten auf Geschäftspapieren von eigenen Fabriken und Räumen müssen, da sie als Reklame dienen, auch den thatsächlichen Verhältnissen entsprechen und dürfen keine irrige Vorstellung erwecken. — Mit dem Zusatz „fehlerfrei" wurden billige Waren angeboten. Auf Grund einer Prüfung dieser Waren wurde der Geschäftsinhaber verklagt und verurteilt, die Bezeichnung der Waren als „fehlerfrei" künftig zu unterlassen. — Beweistaft für den behaupteten unlauteren Wettbewerb trifft immer den Kläger.

Ein Zeugniszwang-Verfahren, das die gesamte Presse im höchsten Grade beunruhigen muß, wird aus Magdeburg berichtet. Der jetzige verantwortliche Leiter der deutschsozialen „Sachsenschau", Bruno Kreutz, wurde wegen Zeugnisverweigerung in Haft genommen. Es handelt sich um einen von einem Lehrer eingesandten Artikel, der im vorigen Jahre in der „Sachsenschau" veröffentlicht wurde. Zunächst wurden die damaligen Redakteure der „Sachsenschau", Kreutz und Faßhauer mit je 300 Mk. bestraft, später wurde die Strafe auf 50 Mk. ermäßigt. Dann wurde der damalige Redakteur Faßhauer in Haft genommen und hat die zulässige Höchsthaft von sechs Monaten absitzen müssen. Faßhauer ist dann aus der Redaktion ausgeschieden, was er schon vor seiner Inhaftnahme zu thun beabsichtigte, und nunmehr ist in derselben Angelegenheit der jetzige alleinige Redakteur der „Sachsenschau" Kreutz auch in Zwangshaft genommen worden. Zum Verständnis der Sache heben wir noch folgendes hervor: Gegen den Verfasser des betr. Artikels, dessenwegen die „Sachsenschau" überdies Haussuchungen, Beschlagnahme der Abonnentenlisten, zahllose Vernehmungen usw. zu bestehen hatte, ist eine Strafsache wider „Unbekannt" wegen Beleidigung eingeleitet worden, und die Redakteure der „Sachsenschau" verweigerten ihr Zeugnis über den Namen des Einsenders, dem ehrenwörtlich vorher Geheimhaltung seines Namens im Briefkasten der „Sachsenschau" zugesagt war. Der Artikel sollte angeblich eine Beleidigung der Magdeburger Schulräte enthalten, im ganzen waren 5 Artikel beanstandet, von denen sich Kreutz für drei ausdrücklich als Verfasser bekannte, mit dem Wunsche, daß deshalb gegen ihn Anklage erhoben werden möchte, er wolle den Wahrheitsbeweis antreten. Eine Anklage gegen Kreutz ist aber bisher nicht erfolgt. — Unires Wissens liegt hier der erste Fall vor, daß über die Person des verantwortlichen Redakteurs hinaus ein anderer Redakteur in Zwangshaft genommen wird, nachdem er überdies in der Sache schon zu einer Geldstrafe verurteilt ist. In ähnlichen Fällen sind die in Haft genommenen verantwortlichen Redakteure gewöhnlich nach 3 bis 14 Tagen entlassen worden, hier läßt man den verantwortlichen Redakteur volle sechs Monate absitzen und sperrt dann noch einen anderen Redakteur ein! Der Fall dürfte damit nicht erledigt sein.

Auch ein Grund. Cohn: „Nu sag aber Meyer, weshalb giebst Du Deinen Sohn Moses zu der Artillerie?" — Meyer: „Nu — damit er sich langsam gewöhnt ans Krachen."

Jüdische Offiziere. Ein freisinniges Blatt des Ostens benutzt die Sommerruhe, um den Eintritt der Juden in unser Offizierkorps zu empfehlen. Es setzt auseinander, daß wir die Juden behalten müßten, da wir bei einer Auswanderung nicht nur an Kapital, sondern auch an „Intelligenz und Initiative" ungeheuer viel verlören, und daß unsre jetzige Haltung kleinlich, ungerecht und eines mächtiges Volkes unwürdig sei. Aus diesen Erwägungen heraus empfiehlt es dem obersten Kriegsherrn, daß er durch die Regimentskommandeure veranlasse, jüdische Avantageure anzunehmen, da die Juden im Heere „den staatserhaltenden Parteien neue Elemente" zuführen würden. — Das Umgekehrte würde wohl eher richtig kein! Nicht die staatserhaltenden Elemente würden durch jüdische Offiziere gestärkt werden, sondern die Zersetzung würde auch in das Offizierkorps hineingetragen werden. Im übrigen verlohnt es sich ja nicht, auf die Sache näher einzugehen, da eine Erfüllung der jüdischen Forderung bei uns ja, Gott sei Dank, ausgeschlossen ist. Die Erfahrungen, die Frankreich mit seinen jüdischen Offizieren gemacht hat, sind gerade nicht dazu angethan, einen Versuch mit den Einstellungen jüdischer Avantageure zu empfehlen.

Aus Mainz wird uns geschrieben: In dem Prozesse zwischen dem Militär Kasino Mainz und dessen früheren Restaurateur hat der Verwaltungsgrat des Kasinos die Prozeßführung einem jüdischen Rechtsanwalt übertragen. Das Deutschbund-Adreßbuch von Mainz weist über 20 deutsch-christliche Rechtsanwälte nach, darunter solche, deren große Tüchtigkeit weit und breit anerkannt ist, ein Grund, die deutschen Rechtsanwälte unberücksichtigt zu lassen und den Verdienst den stammfremden Juden zuzuwenden, lag also schwerlich vor. Selber wird man über auch gar oft die Wahrnehmung machen, daß deutsche Offizierfrauen und die Offiziere selbst ihre Bekleidungsstücke, Schuhwaren, Wäsche usw. regelmäßig bei Juden einkaufen.

Mädchenhandel en gros. Der Statthalterei zu Lemberg ist aus Buenos-Ayres amtlich die Meldung zugegangen, daß fünfzig jüdische Agenten sich nach Europa eingeschifft haben, um für die Freudenhäuser in Argentinien „frische Ware" zu besorgen. Hauptsächlich ist es auf Bauernmädchen aus Galizien abgesehen.

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. Ein neues Anti-Antisemitenblatt erschienen seit dem 1. Juli alle 14 Tage in Zizkow bei Prag in tschechischer Sprache. Es führt den Titel „Volnó Ideo. Casopis protiantisemitsky" (zu deutsch: „Freie Idee. Zeitschrift gegen den Antisemitismus"). — Wenn das Blättchen seinen in deutscher Sprache geschriebenen Vorbildern nachartet, wird es allerdings wohl frei von Ideen sein und seinen Namen mit Recht führen.

Neue Bücher.

Alle hier angezeigten Schriften sind durch unsere Geschäftsstelle, sowie durch jede Buchhandlung zu beziehen.)

Geschichte des deutschen Volkes seit dem dreizehnten Jahrhundert bis zum Ausgang des Mittelalters von C. Michael, S. J., **Bd. I:** Deutschlands wirtschaftliche, gesellschaftliche und rechtliche Zustände während des dreizehnten Jahrhunderts. Freiburg i. B.; dritte Aufl., 1897, 368 S., Preis 5 M., geb. 6 M. 80 Pf.

Das Buch ist nach Art und im Geiste der bekannten Janssen'schen „Geschichte des deutschen Volks" geschrieben und hat mit dieser einerseits

Digitized by Google

große Selbständigkeit und Gründlichkeit der Forschung, andererseits ein starkes Betonen des volkstümlichen, dem protestantischen Geschichtsschreiben selten gebührend gewürdigten Einflusses der katholischen Geistlichkeit auf die seelische Entwicklung des deutschen Volkes gemein. Da das Buch einen Beitrag zur Geschichte der sozialen Frage enthält und manchen Fingerzeig für die Lösung dieser Frage sich daraus entnehmen läßt, so verdient es gerade gegenwärtig besondere Beachtung. Die rechtliche und gesellschaftliche Stellung der in Deutschland lebenden Juden während des dreizehnten Jahrhunderts hätte etwas eingehender behandelt werden können. Beispielsweise wäre wohl zu erwähnen gewesen, inwieweit die um den vierten lateranischen Konzil von Innozenz III. i. J. 1215 erlassene Vorschrift, daß alle Juden und Jüdinnen in der ganzen Christenheit sich durch ihre Kleidung von den anderen Nationen unterscheiden sollten, in Deutschland zur Durchführung gekommen ist. Übrigens hat der Verfasser, obgleich er die Juden nur wenig berücksichtigt, hervorzuheben nicht unterlassen, schon vom zwölften Jahrhundert an habe in Deutschland sich die Vorstellung gebildet, daß Jude und Wucherer sich decken, und es habe seines Erachtens nicht erst das Mittelalter die Juden zu dem gemacht, was sie jetzt sind. Hoffentlich gelingt dem Verfasser die Verwirklichung seiner Absicht, die vorliegende Geschichte bis zu dem Zeitpunkte, mit dem Zansisen begonnen hat, nämlich bis zum Ausgange des Mittelalters, demnächst weiter zu führen.

F. B.

Das Leben. Vierteljahrsschrift für Gesellschaftswissenschaften und soziale Kultur, herausgegeben von Dr. F. von Welchs. Preis des einzelnen Heftes 2 M.

Das Juli-Heft enthält folgende Aufsätze: Taures Brot von Dr. F. von Welchs. Moderne Völkerbewegungen v. Harold Arjuna von Zoltenode. Die Agrarbewegung in Ungarn v. St. Bernat. Die Wahrheit in der Kunst v. Christ. Frhr. v. Ehrenfels. Das Attentwesen und seine Bekämpfung im heute herrschenden Wirtschaftssystem v. Franz Graf Kuefstein. Die Weltsprache-Idee und das Volapük v. Prof. Bibmar. Bekenntnisse Herrschsüchtige von Karl Seefeld. Wirtschaftliche und politische Parteien v. Dr. Ludwig Fuld. Über das Rauchen v. P. J. Möbius.

Deutschland und die handelspolitik der Vereinigten Staaten von Amerika (Heft II der Schriften der Zentralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen), von A. Sartorius und Frhr. v. Waltershausen. Berlin 1898. 84 Seiten. Preis 2 M.

Das Buch handelt zunächst in 5 Abschnitten von dem Wirtschaftsgebiete der Vereinigten Staaten von Nordamerika und deren Wettbewerb mit Europa, von dem amerikanischen Schutzsystem, von dem Dingley-Gesetze, von dem preußisch amerikanischen Handelsvertrage aus dem Jahre 1828 und von Altamerika; ein letzter, der sechste, Abschnitt, bringt einen Vorschlag zur Abwehr der von den Vereinigten Staaten und drohenden Schädigung unserer Landwirtschaft und unserer Exportindustrie. Die in den ersten fünf Abschnitten enthaltenen mannigfachen statistischen Angaben sind für jeden, der über unsre handelspolitischen Vorgehen gegenüber den Vereinigten Staaten sich ein Urteil bilden will, von Wert. Der im letzten Abschnitte gemachte Vorschlag — der dahin geht, das Deutsche Reich solle mit Österreich-Ungarn, Frankreich, Belgien, der Schweiz, den Niederlanden, Italien, Spanien, Portugal, Dänemark und Skandinavien, womöglich auch mit Rumänien, Bulgarien und Serbien einen Schutzvertrag abschließen, wodurch es mit diesen Staaten wechselseitige Zollvergünstigungen und ein gleichmäßiges Verhalten gegenüber den Vereinigten Staaten vereinbart — ist seinem Grundgedanken nach gut, und es wäre zu wünschen, daß die Reichsregierung das Ihrige dazu beitrüge, das Zustandekommen einer Vereinigung der bezeichneten Art zu ermöglichen.

F. B.

Karte der deutschen Reichstagswahlen von 1898 nebst vier übersichtlichen Zusammenstellung der Wahlresultate von 1871—1893. Preis 80 Pf.

Die Karte ist übersichtlich und anschaulich. Die Wahl der Farben ist geschickt, so daß man auf ihnen die Verwandtschaft der Parteien sofort zu erkennen vermag. Besonders interessant und dankenswert ist die Zusammenstellung der Ergebnisse aller Wahlen zum deutschen Reichstage seit der Begründung des Reichs. Man erfreut daraus mit einem Blick, welche Wandlungen in parteipolitischer Hinsicht die einzelnen Wahlkreise seit 1871 durchgemacht haben. So enthält die Karte ein Gesamtbild der Entwicklung der Parteien, gewissermaßen eine Geschichte der Wahlbewegung und des Parteilebens in graphischer Darstellung.

Für die Bücherei des Antisemiten.

Rich. Andree,

Zur Volkskunde der Juden.

Mit einer Karte

über die Verbreitung der Juden in Mitteleuropa.

Stark 5 M. nur 1,50 M.

Zu beziehen durch die **Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstr. 27.** Bei vorheriger Einsendung des Betrages (deutsche und österreichische Marken werden in Zahlung genommen) erfolgt portofreie Lieferung.

Wahlverein Berlin der deutschsozialen Reformpartei.

Am Freitag, den 29. Juli, abends 8½ Uhr, findet bei Reprich, Unter den Linden 24, eine Sitzung des Gesamtvorstandes statt. Tagesordnung: 1) Aufnahme neuer Mitglieder; 2) Bericht der Kassenprüfungskommission; 3) Bericht des Vergnügungs-Ausschusses; 4) Ergänzungswahl zum Hauptvorstand; 5) Ergänzungswahl zum Renner-Ausschuß; 6) Regelung der Kalender-Angelegenheiten; 7) Verschiedenes.

Ich ersuche die Mitglieder des Gesamtvorstandes, pünktlich zu erscheinen.

A. Strumpf, 1. Vorsitzender.

Die Abteilung 6a hält am Mittwoch, den 17. August, bei J. Bongop, Schönhauser Allee 173, eine Mitgliederversammlung ab, zu der Gäste herzlich willkommen sind. Herr O. G. Böcker spricht über: „Die letzten Reichstagswahlen und unsere nächste Aufgabe". Um zahlreichen Besuch wird gebeten.

Alle Zuschriften über Vereinsnachrichten usw. sind an Herrn A. Strumpf, Berlin SW. 48, Wilhelmstraße 27. zu richten. Insbesondern werden die Herren Abteilungs-Vorsitzenden aufgefordert, rechtzeitig die nächsten Abteilungs-Versammlungen anzuzeigen. —

Unsre Mitglieder werden dringend gebeten, die fälligen Beiträge bei ihren Angehörigen usw. zu hinterlegen, damit dem Vertrauensmann vergebliche Wege erspart bleiben. —

Neue Mitglieder können jederzeit aufgenommen werden. Meldungen sind an Herrn Carl Christoffers, Dorfstingerstr. 23, zu richten. —

Es wird dringend gebeten, die noch ausstehenden Sammellisten umgehend an den Schatzmeister Herrn C. Müller, Schönhauser Allee 34, abzuführen.

* * *

Diejenigen Mitglieder des Wahlvereins, welche die „Deutsch-Sozialen Blätter" weiter zu lesen wünschen, werden gebeten, für die Monate August und September bei der Post, einer Buchhandlung oder einem Zeitungsspediteur zu bestellen. Der Bezugspreis beträgt für zwei Monate eine Mark. Bestellzettel liegt dieser Nummer bei.

Briefkasten der Schriftleitung.

Alle für die Schriftleitung bestimmten Sendungen sind zu richten nach Berlin NW. 5.

Druckfehler-Berichtigung. In der Beilage bese vorigen Nummer S. 113, erste Spalte, Z. 22 v. u. muß es „einer" heißen statt „seiner".

Ein Leser macht und darauf aufmerksam, daß mit den „Parteien" in dem Aufsatze „Der Juden gute Tugend" in der vorigen Nummer nur Borden — Franzen gemeint sein können.

A. Z. T. Daß in der Sprachenfrage die Deutsch-Nationalen die allein richtige Stellung einnehmen, muß ohne weiteres zugegeben werden. Bedingungslose Zurücknahme der berüchtigten Verordnungen muß von der Regierung gefordert werden, eher kann man sich auf keine Verhandlungen einlassen, wenn man sich nicht am Deutschtum versündigen will. — Für letzter Brief war mir ja schwer. Deutschen Gruß!

H. L. In Kreuznach-Simmern, wo infolge des Todes v. Cunns eine Nachwahl stattgefunden hat, wurden bei der letzten Wahl wohl keine antisemitischen Stimmen abgegeben. 1893 erhielt der antisemitische Häfblandidat 65 Stimmen.

Ludwig u. Gen. Besten Dank für die Ansichtskarte und freundlichen Gruß. Wollen Sie nicht die Vertretung für eine Zigarrenfabrik übernehmen? Hätte doch für Sie.

Thüringer Antisemit. Wollen Sie nicht den Versuch machen, unter Ihren Bekannten und bei den Vereinsmitgliedern antisemitische Schriften zu verbreiten? Ich sende Ihnen gern ein Packet zum kommissionsweisen Vertrieb zu. Abrechnung über das Verkaufte vierteljährlich erwünscht. Die Schriften wirken im Volke und die Agitation bei den nächsten Wahlen wird uns dann um so leichter. Heil!

Beyer.

Aus Bädern und Sommerfrischen.

Ein Gesinnungsgenosse schreibt uns: Allen deutschgesinnten Männern, die sich nach den alltäglichen Mühen des Lebens mit oder ohne Familie wirklich erholen und ihr Geld nicht, wie es oft genug vorkommt, zwecklos verpulvern wollen, sei die Sommerfrische des praktischen Arztes Rudolph Vogel in Oberweiler (Baden) auf das Wärmste empfohlen. Häufig kommt es vor — dem Schreiber dieser Zeilen ist es wiederholt so ergangen —, daß man

Digitized by Google

in die erste beste Sommerstriche läuft und hereinfällt, oder aber, in Ermangelung steter ärztlicher Überwachung, gerade das Gegenteil von dem thut, was für die Gesundheit des Erholungsbedürftigen erforderlich gewesen wäre. Es ist deshalb von ganz besonderer Wichtigkeit, daß auch weniger Kranke, z. B. Nervöse — und wer ist heutzutage nicht nervös? — sich für die Erholungszeit Verhaltungsmaßregeln geben und ärztlich beobachten lassen. Nur dann wird man das erreichen, was man erstrebt: eine Erholung, die viele Monate vorhält! Wer das will, gehe in das Kurhaus nach Oberweiler bei Müllheim i. B. Die Bahn geht direkt bis vor das Kurhaus Oberweiler (Station Haagenburg), zu dem man über eine Brücke gelangt, unter der der Klemmbach durchrauscht. Inmitten eines herrlichen Parkes mit unzähligen lauschigen Plätzchen liegt das gegen alle rauhen Winde geschützte Kurhaus, das, von dem Besitzer in der denkbar sorgfältigsten Weise erbaut, in sanitärer Beziehung unerreicht dasteht. Jedes der sorgfältig eingerichteten Zimmer hat vom offene und hinten geschlossene Terrasse. Ein entzückender Blick bietet sich auf die gegenüberliegende Gebirgskette, auf den Blauen und das auf einer Anhöhe liegende, nur zehn Minuten entfernte, liebliche Badenweiler. Infolge der unmittelbaren Nähe hat man zu gleicher Zeit alle dortselbst gebotenen Genüsse: den herrlichen Park, täglich dreimal Konzert, das großartige Thermalmarmorbad, das schon zu Römerzeiten berühmt war, ungastliche nahe und entfernte Ausflugsorte, ohne deshalb die manchmal recht Unannehmlichkeiten und das sehr teure Leben dasselbst in Kauf nehmen zu müssen. Der Besitzer des Kurhauses steht seit mehr als einem Jahrzehnt in der deutschnationalen Bewegung an hervorragender Stelle; bekannt und gefürchtet ist sein nie versiegender Witz. — Selbstredend ist Juden der Aufenthalt im Kurhause nicht gestattet.

Liefere ein Postroll (9½ Pfund)

feine Leber-, Rot- und Sülzwurst

zu 7,50 M. franko.

H. Glauner, Fleischermstr.

Papenburg b. Leer (Ostfriesld.).

Ferner:

prima Hammelkeule u. Carrés

à Pfund 55 Pf.

Kaufen Sie

kein Planino,

wenn Sie sich noch nicht den Katalog von **August Roth, Hagen i. W.,** Königl. Hof-Pianofabrikant, gratis haben kommen lassen.

Wein-Groß-Handlung,

Import von Rum, Arrac, Cognac, von

Berlin NW., 1 Stendaler-Straße 1.

Fernsprecher: Amt Moabit 1376.

Gegründet 1877.

1893er u. 92er Rhein- u. Moselweine, p. Fl. ohne 9, 12½, 15 u. 20 Pf.

1893er u. 92er Bordeaux-Weine von 1 M. an, ferner sämtliche In- und ausländische Weine usw. zu soliden Preisen. Für absolute Reinheit garantieren

Schmitz & Co.

Kleine Proben und Preisliste umsonst.

CAFE MERKUR

Leipzig

★ ★ An der Pleisse S.

Geöffnet bis morgens ½4 Uhr.

300 Zeitungen, Depeschen u. Kursberichte, Städte-Adressbücher v. Berlin, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Hamburg-Altona, Halle a. S., Paris, sowie **Handels-Adressbücher aller grösseren Staaten** liegen zur gefl. Benutzung aus.

Jedes Vormittag Bouillon und Pasteten.

Hochachtungsvoll

W. Rühlemann.

Deutsche Schänke, Leipzig,

Poststrasse 20

empfiehlt **kräftigen Mittagstisch** und **gute Biere.** Gesellschaftszimmer noch einige Tage frei.

Hochachtungsvoll

H. Singer.

Frankfurt a. M.

Hotel Cölner Hof.

Besitzer **Hermann Laas.**

Gegenüber d. rechten Ausganges des Hauptbahnhofes.

90 Zimmer mit 90 Betten bei mäßigen Preisen.

Bier- und Wein-Restaurant.

Jüdischer Besuch verbeten.

„Staatsbürger-Ztg.", „Deutsche Wacht", „Das Volk", „Deutsche Zeitung", „Deutsche Tageszig.", „Deutsch-Soziale Blätter", „Deutscher Michel" und viele andre deutschgesinnte Zeitungen liegen aus.

Bad Kissingen

Logierhaus Renner

jenseits der Saale

Gartner Straße 24

empfiehlt schön frei gelegene Wohnungen zu billigen Preisen.

Neu angelegter großer Garten.

Deutschen Rotwein

selbstgezogen und selbstgekeltert

garantiert rein

flaschenreif und billig

empfiehlt

M. Wolf VI, Weinbauer, Sladecken (Rheinhessen).

Kirchplatz 45.

NB. **Vertreter** für Rot- und Weißweine stets gesucht.

Antisemitische Pfeifen

mit Ornamenten und Sprüchen aus Elfenbein-Steingut, à Stück portofrei gegen Einsendung von 65 Pf. in Briefmarken.

J. Korzilius, Hofieferant, **Köln-Ehrenfeld.**

Unglaublich billig

sind Stöcke, Röcke, Normalwäsche, nur garantiert reinste Qualität bei Oskar Jahn, Spezial-Versandhaus, Leipzig, Poniatowskistraße 16. — Preislisten kostenfrei! —

Einen großen Dienst leistet man unserem Blatte und unserer Sache, wenn man seine Einkäufe bei solchen Handlungen deckt, die uns durch Ankündigungen unterstützen.

Erprobte

Herrenstoffe

zu Anzügen und Paletots. Prachtvolle neueste Musterwahl franko.

Wilhelm Bartzkes, Düren 1. *(Christl. Tuchversand.)*

Anerkannt beste und billigste Bedienung.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königstr 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: i. V. Herm. Beyer, Leipzig.
Druck: G. Reusche in Leipzig.

Digitized by Google

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Leipzig, 4. August 1898. Nr. 520.

Vater Plötz ist tot!

Mir kam diese Trauerbotschaft nicht ganz unerwartet. Seit ich von der Erkrankung des Heimgegangenen an Brustfell-Entzündung gelesen hatte, konnte ich mich der Befürchtung nicht erwehren, sein durch übermenschliche Arbeitsleistungen geschwächter Körper werde nicht mehr im Stande sein, der tückischen Krankheit zu widerstehen.

An den Wunden, die er in ehrenvollem Kampfe erhielt, ist Berthold von Plötz gestorben, ein tapferer, treuer Ritter im Dienste der großen Sache, der er sein Leben geweiht hatte. — In diesem Dienste kannte er kein Ermatten und Erlahmen, keine Rücksicht auf die eigene Person. Keine Arbeit war ihm dafür zu schwer oder zu gering. — So hat er in dem letzten Wahlkampfe nicht nur die nervenaufreibende, sorgen- und mühevolle Thätigkeit als Führer des großen Bundes der Landwirte ausgeübt, sondern auch in erster Reihe in den Versammlungen gefochten und allen körperlichen Anstrengungen des Wahlkampfes sich unterzogen.

Wer die Anforderungen kennt, die während der letzten 7 Jahre an die geistige und körperliche Arbeitskraft und an die seelische Widerstandsfähigkeit unseres Vater Plötz gestellt worden sind, wird sich nicht wundern, daß auch seine gewaltige Lebenskraft endlich aufgebraucht war.

Unser Plötz hatte Feinde wie Sand am Meer. Allerdings galt diese Feindschaft eigentlich nicht ihm persönlich, sondern dem Führer und Organisator der zum Bewußtsein ihrer Kraft und Bedeutung erwachten deutschen Landwirtschaft.

Aber er persönlich war sein Begründung des Bundes die Zielscheibe, nach der täglich hunderte von Zeitungs-Juden und Preßsündern ihre vergifteten Pfeile richteten.

Alle Vertreter der Anschauung, daß Deutschland ein Industrie-Staat sei oder werden müsse, und die daher besondere Berücksichtigung industrieller Interessen von der Gesetzgebung wünschen, alle geborenen, gebungenen oder gezwungenen Vorkämpfer des beweglichen Börsenkapitals und der jüdischen Weltherrschaft, und nicht zum wenigsten auch die geschworenen Feinde der bürgerlichen Gesellschaft, die Sozialdemokraten, waren seine erbitterten Feinde.

Sie alle erkennen mit Recht in einer organisierten und zweckbewußt geführten Agrarpartei ein unüberwindliches Hindernis für Verwirklichung ihrer Ausbeutungs- oder Umsturzpläne und haßten und befeindeten in Plötz den Mann, dessen Geistes- und Herzenseigenschaften den Kitt zwischen den Landwirten des Westens und Südens und denen des Nordens und Ostens bildeten.

Doch nicht nur die Gegner machten den Verstorbenen für alles verantwortlich, was der Bund that und ließ. Auch alle die unzähligen kleinen und größeren Reibungen zwischen dem Bunde und den befreundeten Parteien, die aus der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse in den Ortsgruppen des Bundes in den einzelnen Gauen Deutschlands sich ergeben, mußte Plötz vermitteln oder ausfechten. — Welches schier unerschöpfliche Maß von Geduld, persönlicher Liebenswürdigkeit und Gefälligkeit der Vereewigte dabei entfaltete, das können nur diejenigen ermessen, die, so wie ich, häufig in der Lage gewesen sind, solche Verhandlungen häufig mit ihm führen zu müssen.

Entgegenkommend und versöhnlich in der Form und nachgiebig in Nebensachen, blieb er doch stets fest und bestimmt bei Wahrung der Stellung des Bundes zu den einzelnen Parteien.

Er war ein gut konservativer Mann und hat nie, wie böswilligerweise gelegentlich verbreitet wurde, eine Sprengung der konservativen Partei geplant oder vorbereitet; aber er gab sich auch nicht dazu her, den Bund zur Filiale jener Partei zu machen.

Strenge Gerechtigkeitsliebe war ein Grundzug seines Charakters. Es soll ihm von seiten unserer Partei unvergessen bleiben, daß er auf dem konservativen Parteitage in Dresden, wo man den Antisemitismus in aller Form hinrichten wollte, klipp und klar bekundete: die deutschsoziale Reformpartei habe sich stets zuverlässig in der Vertretung der Bundesforderungen bewiesen. Dort zerstörte er auch in tanlenswerter Weise das von Juden und Judengenossen in die Welt gesetzte Märlein, daß die Antisemiten ihre Agitation aus den Geldmitteln des Bundes der Landwirte bestritten.

Berthold v. Plötz war als echter preußischer Edelmann königstreu bis ins innerste Mark, aber er war nichts weniger als Höfling. — Ödes Nörgeln und grundsätzliche Neinsagerei lagen ihm fern; aber er war anderseits auch nicht regierungsfromm auf alle Fälle. Wo es sein mußte, vertrat Plötz die Lebensinteressen der deutschen Landwirtschaft mit rücksichtsloser Offenheit auch gegen die Anschauungen der jeweiligen Regierung, in deren Kreisen man ihn persönlich für jedes scharfe Wort verantwortlich zu machen suchte, das in irgend einem deutschen Gau von Mitgliedern des Bundes oder von bundesfreundlichen Zeitungen gegen die Regierung gebraucht wurde.

Darum war er auch nicht gerade „beliebt“ nach oben hin, und daraus wieder ergaben sich mancherlei Reibungen zwischen ihm und einzelnen Mitgliedern der konservativen Partei, die ihn mehr schmerzten und kränkten als alle Angriffe und Verlästerungen der Gegner.

Vater Plötz war nicht das, was man heutzutage unter einem „gewandten Redner“ versteht; die giebt es in unserm schwatzsrohen Zeitalter hundert Dutzendweise. Er war mehr. Er war eine in sich geschlossene kraftvolle Persönlichkeit, ein ganzer Mann, der an das glaubte, was er sagte, das that, woran er glaubte, und stets den vollen Mut der Verantwortung besaß für das, was er that. — Er war der rechte Mann, der zur rechten Stunde an den rechten Platz kam.

So unendlich groß die aus der Stammesart, der Staats- und Parteizugehörigkeit entspringende Verschiedenartigkeit der Mitglieder des Bundes der Landwirte in Deutschland auch sein mochte, in der Verehrung und herzlichen Innigung und im Vertrauen zu Vater Plötz waren sie alle einig.

Jetzt ist im Laufe der Jahre, Dank seiner Arbeit, das Zusammengehörigkeitsgefühl im Bunde schon so erstarkt, daß der Feinde Macht und List vergeblich daran rütteln wird. Des schöne, dem Bunde von dem Heimgegangenen hinterlassene Erbe, wird sein Nachfolger vor allen Dingen zu hüten und zu wahren haben.

Mitten aus dem Wahlkampfe heraus schrieb Vater Plötz an mich und sprach den Wunsch aus, gleich nach den Wahlen mit mir über die zukünftige gemeinsame Arbeit zu verhandeln. Meine eigene Erkrankung verhinderte mich, ihn in Berlin aufzusuchen, und so habe ich ihn im Leben nicht wiedergesehen. — Ich weiß, daß ihm ebenso wie mir das Ziel vorschwebte, über die bestehenden Vereinbarungen und Beschlüssen hinaus die Form zu finden, in der, unbeschadet berechtigter Eigentümlichkeiten der einzelnen Gruppen, die staatserhaltenden und staatsgestaltenden Kräfte Deutschlands zusammengefaßt werden können zum gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Feind.

In diesem Sinne werde ich weiter arbeiten, so lange meine Kraft reicht.

Das Andenken des edeln, tapferen Toten wird nicht nur von den zahlreichen Mitgliedern unserer Partei, die dem Bunde angehören, hoch in Ehren gehalten werden, sondern alle Antisemiten Deutschlands betrauern in ihm einen treuen Bundesgenossen im Kampfe für die große Sache.

Er ging dahin; uns bleibt, was er geschaffen.
Den Lorbeerkranz aufs Grab dem teuren Streiter!
Dann aber auf, mit seinen guten Waffen
Vorwärts zum Kampf! Wir ringen rüstig weiter!

z. Z.: Jassen in Pommern, Ende Juli 1898.

Liebermann v. Sonnenberg.

Digitized by Google

Parteinachrichten.

Aus dem 20. sächsischen Wahlkreise. Am letzten Sonntag hat sich in Cämmerswalde im Erzgebirge ein Verein unter Richtung gebildet mit dem Namen „Deutscher Reformverein für Cämmerswalde, Clausnitz und Umgegend". Die Mitgliederzahl überstieg schon 60.

Siegen. Stöckers Wahl haben die Nationalliberalen angefochten. Es ist möglich, daß sie bei der geringen Mehrheit, mit der Stöcker gewählt wurde, für ungiltig erklärt wird. Aber jetzt sind auch die Aussichten besser als je zuvor, daß Stöcker bei einer Neuwahl gleich im ersten Wahlgange durchdringt.

Stollberg. Herr Reichstagsabgeordneter Bindewald hielt hier am 19. Juli einen Vortrag. Den Sozialdemokraten ist der Verlauf der Versammlung dermaßen in die Knochen gefahren, daß der „Beobachter" seine Leser auffordert, in Zukunft den antisemitischen Versammlungen fern zu bleiben, denn Bindewald sei mit dem „Genossen" Frenzel „fürchterlich ins Gericht gegangen".

Kassel. Dem hier bestehenden „Evangelischen Arbeiter-Verein" will man, wie es scheint, ganz in das nationalsozialе Lager überführen. Nach Erhöhung des Beitrages wird den Mitgliedern jetzt regelmäßig ein nationalsozialеs Blättchen der „Hess.-Nassauische Volksbote" zugestellt. Das Blatt vertritt ganz Naumanns Standpunkt, auch seinen Philosemitismus!

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Rolyalt hatte der hebräische Weinhändler Emanuel Hahn zu Würzburg begangen. Strafe: neun Monate Gefängnis und Verlust der Ehrenrechte auf fünf Jahre.

Einen Millionenschwindel hat im vorigen Monat ein deutscher Jude, namens **Leopold**, in Yokahama ins Werk gesetzt. Leopold war bei den Agenten des Nordostlichen Lloyd, den Herren Ahrens & Co. Nachf., seit dreizehn Jahren angestellt und genoß großes Vertrauen seitens der Firma. Leopold machte daselbst auf eigene Rechnung Geschäfte durch den Export von Seeotter-Fellen. Mehrmals hat er nun folgenden Betrug verübt. Er gab vor, eine Ladung von Seeotter-Fellen nach London verschifft zu haben, was den Thatsachen nicht entsprach, stellte sich Ladescheine für den Norddeutschen Lloyddampfer aus, fälschte einen Steuermanns-Empfangsschein und sich die Ladescheine dann vom Chef der Firma H. Ahrens & Co. unterzeichnen. Dieser ahnte den Betrug nicht; wie konnte er auch, war doch Leopold sein dreizehn Jahren Vertrauensmann der Firma und Schiffsklerk des Norddeutschen Lloyd gewesen. Leopold stellte sich alsdann der Versicherungspolize sowie Trane aus, um sich gegen seine fingierte Verschiffung auf die Ladungsempfänger zu erholen. Durch solche Manöver ist die Firma Ahrens & Co. um über eine Million Mark geschädigt worden.

Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat.

In der Zeit vom 1. bis einschl. 15. März 1898 wurde über folgende Firmen usw. der Konkurs eröffnet:

Kaufmann Paul Redlich, i. Fa. Redlich & Co. zu Kottbus. — Kaufmann Max Oppenheimer zu Osnabrück, Großstr. 3. — Kaufmann Karl Bieck zu Zissik. — Zigarrenhändler Heinrich Rosenthal zu Düsseldorf, Bilkerallee 171. — Kaufmann Eduard Wolf zu Halle (Saale), Zwingerstr. 11. — Kaufmann Max Schacher zu Weißwasser. — Frau Selma Levy, i. Fa. „Arthur Wasservogel Nachf. Selma Levy" zu Berlin, Köpenickerstr. 169a. — Kaufmann Hermann Silbermann zu Breslau, Ritolaistr. 69. — Kaufmann Max Hirsch zu Dirschau. — Zigarrenhändler Jacob Nathan, i. Fa. Martin & Co. zu Hamburg, Rödingsmarkt 42. — Kaufmann Wilhelm Peiser, i. Fa. „Dampf-Möbelfabrik Victoria" zu Zerbst. — Kaufmann W. Blumenthal zu Rauxenberg. — Kaufmann Julius Saalfeld zu Swinemünde. — Max Löwenstein zu Bruchsal. — Buch- und Kunsthandlung Zeichaal & Lippmann in Leipzig Selterhausen. — Handelsfrau Frieda Meidel, zuletzt in Mikultschütz. — Fräulein Bertha Reiß zu Berlin, Kommandantenstr 45.

Aufgehoben wurden in derselben Zeit nachfolgende Konkurse:

Händler J. Jlaschoop zu Krefeldt bei Rotenberg, Wpr. — Kaufmann Bernhard Herzfeld, inhelmiten Kaufenhalle, früher zu Steinheim. — Handelsmann Heymann Wainger zu Ebertswalde. — Kaufmann Emil Salomon zu Lübenschleid (Zwangsvergl.). — Kaufmann Bernhard Baer jr. zu Straßburg, Elsaß (Zwangsvergl.). — Tröbler Julius Bornstein zu Berlin, Oranienstr. 15. — Frau Selma Hermine Jersche, geb. Leo, i. Fa. Selma Leo zu Greiz. — Kaufmann Rudolf Bielefeld zu Hannover, Alte Celler Heerstr. 36. — Kaufmann Samuel Schmal, i. Fa. M. Berg & Co. zu Halle, Saale, Leibzigerstr. 87 (Zwangsvergl.). — Kaufmann Jsidor Zacharias zu Bischwitz (Zwangsvergl.). — Rhabilitationsgeschäfts-Inhaber Curt Reiß zu Hof (Zwangsvergl.). — Schuhwarenlaubler Albert Heil zu Mannheim. — Kaufmann Todd Schendel zu Berlin, Gr. Frankfurterstr. 133 (Zwangsvergleich). — Kürschnermeister Wolf Bernstein zu Neustadt, Wpr. — Kürschner meister Samuel Jacobius in Pr.-Stargard. — Zigarrenfabrikant Salo Bry in Thorn (Zwangsvergl.). — Kaufmann Salo Oelsner zu Dresden, Stephanienstraße 40.

•

Konkurs der Frau Jeanette Gollober, geb. Boas, i. Fa. M. Jacoby & Co., zu Berlin. Für die Forderungen ohne Vorrecht ist eine Dividende von 12 v. H. in Aussicht gestellt.

Konkurs Samuel Louis Jaffé. Auf die Forderungen ohne Vorrecht in Höhe von 28 600 Mark ist eine Dividende von 8,50 v. H. zu erwarten.

Jüdische Ritter, Kommissions- und Kommerzienräte usw.

Verliehen wurde: dem Kaufmann H. Goldschmidt zu Berlin das Ritterkreuz des schwedischen Wasa-Ordens;

dem hänischen Konsul J. Friedländer zu Breslau das Ritterkreuz des Danebrog-Ordens;

dem Kaufmann Max Neumann zu Berlin der Kronenorden vierter Klasse;

dem belgischen Konsul E. Bauer zu Breslau das Ritterkreuz des belgischen Leopold-Ordens;

dem Maler M. Auerbach zu Berlin die herbliche goldene Medaille mit der Krone.

•

Ernannt wurden: Dr. Paul Schwabach, Mitinhaber der Firma S. Bleichröder zu Berlin, zum Großbritannischen Generalkonsul;

der außerordentliche Professor der Chemie an der technischen Hochschule zu Prag B. Reinitzer zum ordentlichen Professor;

zu Offizieren der Ehrenlegion Dr. med. Bidal zu Hyères; Bataillons-Chef Salomon Strauß vom Genietorps zu Madagaskar; Major Jules Baumann vom 75. franz. Infanterie-Regiment;

zu Rittern der Ehrenlegion Etienne Bidal, Kapitän im 30. Infanterie-Regiment; Alphonse Abraham, Kapitän im 13. Infanterie-Regiment; Josef Baumgartner, Kapitän im 6. Kürassier-Regiment; Octave Arsène Dury, Leutnant bei der Gendarmerie; Georges Beer, Batterie-Chef in Algier;

Edmond Cahen zum Kursleitar des Seine-Departements;

M. Weill zum Unterpräfekten von Meaux;

Fräulein Esther Bonomi zu Genua zum Doktor der Medizin.

Mosaik.

Der Reichskanzler Fürst Hohenlohe hat bekanntlich in Rußland ausgedehnte Besitzungen, die Güter Berki und Raliboki. Kürzlich stand der Fürst mit einem Grafen Kapnist in Verkaufsverhandlungen, die auch zu einem Abschluß führten. Die russische Regierung erhob aber Einwendungen gegen den Besitzwechsel, da es ihr nicht entgangen war, daß der Graf Kapnist nur vorgeschoben war. Der eigentliche Käufer war der Bankier Treabotti, ein italienischer Jude, und den wollte die Regierung als Eigentümer nicht anerkennen. Das Geschäft konnte daher nicht abgeschlossen werden.

Mommsen über Heine. Vor einigen Jahren, als die Juden ihrem „grausen Dichter" Heinrich Heine durchaus auf deutschem Boden ein Denkmal setzen wollten, hat ein Herr Hans Fischer verschiedene Persönlichkeiten um eine Äußerung über ihre Stellung zu der Frage gebeten. Unter anderen hatte er sich auch an Prof. Mommsen gewandt. Dessen Gutachten, das erst jetzt von Herrn Fischer bekannt gegeben ist, lautet: „Ihre Aufforderung, hinsichtlich des Heine-Denkmals, mich zu äußern, kann ich nicht folgen, und ich bitte Sie, mir kurz eine Darlegung meiner Gründe gestatten zu wollen. Daß Heine zu unsern allerersten Dichtern gehört und die Schefel und Freiligrath usw. gegen ihn Kleinmeister sind, ist zweifellos. Aber leider ist er nicht blos ein ungezogener Liebling der Grazien, sondern auch kein Mensch rechter Ehre. Was ich von seiner persönlichen Haltung und seinem politischen Thun weiß, ist schmählich, und wenn das Genie alle Verirrungen deckt, so gilt dies doch nicht von chrlosem Thun. Wenn mich dies verhindert, mich zu Gunsten der Denkmals-Errichtung auszusprechen, so möchte ich, auch nicht öffentlich dagegen auftreten. . . ." — Weshalb Mommsens Urteil nicht gleich veröffentlicht wurde, bedarf wohl keiner näheren Untersuchung.

Übrigens hat nun Heine doch noch in Düsseldorf sein Denkmal gefriegt. Vor einigen Tagen bemerkten in aller Frühe Spaziergänger in dem Weiher an der Jägerhof-Allee eine Puppe in

Digitized by Google

Lebensgröße, die an dem Springbrunnen in der Mitte befestigt war. Auf einer Tafel war zu lesen: „Dem großen Heinrich Heine das dankbare Düsseldorf." Die Polizei war nicht imstande, das Denkmal zu entfernen, und so übte der lustige Studentenstreich so lange seine Wirkung, bis die Feuerwehr kam und durch Ausbrechen der Fontäne das Denkmal in die Luft sprengte. Mit dem Denkmal war's also wieder nichts! Armer Heine!

Professor Kausch in Halle scheint sehr besorgt zu sein, daß die Biedergabe einiger Gedanken aus seiner Rektoratsrede in antisemitischen Blättern (s. vorige Nummer) ihn in den Verdacht bringen könnte, als gehöre er selbst zu den Antisemiten. Er erklärt in einer, an die „Tgl. Rundschau" gerichteten, Zuschrift, daß seine Rede „mit antisemitischen Tendenzen in dem jetzt üblichen Sinne des Wortes schlechterdings nichts zu thun habe". — Da Prof. Kausch selbst nicht Antisemit ist, ist sein Urteil natürlich um so wertvoller.

Jüdisches Geschäftsgebahren. Bekanntlich ist jeder Geschäftsmann verpflichtet, die im Schaufenster ausgestellten Waren zu den angegebenen Preisen in jeder nachweisbar vorhandenen Menge abzugeben. Hauptsächlich in jüdischen Geschäften kommt es aber oft vor, daß Waren mit Angabe eines auffallend billigen Preises als „Lockvogel" in das Schaufenster gestellt werden. Will man sie kaufen, so heißt es in der Regel, „aus Versehen" sei der Preis zu niedrig ausgezeichnet. So gelchah es auch neulich in Dresden. In dem Geschäfte des Mäntelhändlers F. Cohn, König Johannstraße 4b, erschien eine einfach gekleidete Frau, um einen Rock zu kaufen, dessen Preis mit 4,50 Mark im Schaufenster angegeben war. Zunächst wurde ihr gelagt, der Rock sei zu teuer für sie, sie habe doch nicht so viel Geld, um ihn bezahlen zu können. Die Frau ging zur Wohlfahrtspolizei, teilte dieser das Erlebte mit, und ein Wohlfahrtsbeamter betrat dann an der Seite der Frau das Geschäft, um den Kleiderrock für den ausgezeichneten Preis von 4,50 Mark zu erlangen. Bei diesem Geschäft mag es etwas laut zugegangen zu sein, so daß sich in kürzester Zeit die Menschen derartig ansammelten, daß sogar der Straßenbahnverkehr auf längere Zeit unterbrochen werden mußte. Aus dem Geschäft wurden die zunächst Stehenden mit Wasser beschüttet. Das trug natürlich nicht zur Beruhigung der angesammelten Menschenmenge bei. Schließlich mußte die Feuerwehr, vier Züge stark, anrücken, um durch vorläufiges Schließen des Geschäfts die Ruhe herzustellen. Der Wert des mit 4,50 Mark ausgezeichneten Rockes wurde übrigens von Sachverständigen auf 12 Mark geschätzt. — Genau derselbe Vorgang spielte sich einige Stunden später in demselben Geschäfte ab. Es fand wieder eine bedeutende Menschen-Ansammlung statt, so daß Gendarmen zu Fuß und Pferde herbeieilen mußten, um die Massen zu zerstreuen. — Dem Treiben des Hebräers sollte die Staatsanwaltschaft doch ein Ende bereiten, zumal noch mehre andere Fälle derart bekannt geworden sind.

Hechingen. Im Anschluß an die in diesen Blättern endlich einmal öffentlich mit dem richtigen Namen genannte Paschawirtschaft des Adolf Baruch sei hier mitgeteilt, daß sein Umgang mit den Arbeiterinnen in der Friedrichstraße kein Unikum ist, sondern daß so ziemlich dieselben Zustände auch in andern Fabriken bestehen. Um sich ein richtiges Bild über den Umgang der Judenjünglinge mit ihren jugendlichen Arbeiterinnen zu machen, braucht man nur auf eine der hier üblichen öffentlichen Festlichkeiten, wie etwa eine Fastnachtsfeier, zu gehen, um zu sehen, wie so ein Fabrikantensohn öffentlich mit seiner Arbeiterin verkehrt. Gerade durch die Juden sind derartige, früher harmlose, Festlichkeiten, die jeder anständige Mensch unbedenklich besuchen konnte, dermaßen heruntergekommen, daß ein gesitteter Mensch sich ingrimmig davon abwenden muß. Nicht in den hintersten Winkeln herum treiben sich diese „Herren" mit den zu selten Mehen gemachten Arbeiterinnen, nein, das Laster macht sich am Tische, im öffentlichen Saale hinter gefüllten Champagnergläsern breit, es hält sich nicht mehr in der Verborgenheit, sondern fängt zu herrschen an und setzt sich an erste Stelle. Der Jude ist und bleibt überall gleich, und mit einiger Modifikation ist Rabbi Blochs Wort völlig zutreffend. Wie man das Kamel kennt an seinem Höcker, den Esel an seinen langen Ohren, die Sau am Rüssel, so erkennt man den Juden allerwegen an seiner zur Schau getragenen, gemeinen, hündischen Sinnlichkeit.

Den Impfzwang aufzuheben hat das englische Unterhaus beschlossen. Die zahlreichen Impfzwang-Gegner in Deutschland werden aus diesem Erfolge neue Anregung zu ihrer Agitation schöpfen.

Sozialdemokratisches. In einer von der deutschsozialen Reformpartei im Kreise Beylar veranstalteten Wählerversammlung, die im Freien stattfand, hatte ein Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei, der Buchhalter G. aus Ehringshausen, bei dem Kaffeebech den Hut auf dem Kopfe behalten und dadurch höhnisch gelächelt. Er wurde dieserhalb wegen Majestätsbeleidigung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Neue Bücher.

(Alle hier angezeigten Schriften sind durch unsere Geschäftsstelle, sowie durch jede Buchhandlung zu beziehen.)

Wie studiert man Pädagogik? Ein praktischer Wegweiser von Dr. Hans Zimmer. Leipzig 1898. 42 S. Preis 80 Pf.

Jungen Studenten, die nicht recht wissen, welche Vorlesungen sie hören, welche Bücher sie durcharbeiten sollen, kann das Schriftchen als ein guter Führer zur zweckentsprechenden Einrichtung des Studiums der Pädagogik bestens empfohlen werden. —nn.

Bericht über die zweite **Hauptversammlung des Ausschusses für Wohlfahrtspflege auf dem Lande.** Berlin 1898. 86 S. Preis 80 Pf.

Wenn es noch zweifelhaft sein könnte, daß das Ziel des i. J. 1895 in Berlin begründeten „Ausschusses für Wohlfahrtspflege auf dem Lande" in hohem Maße gemeinnützig ist und die Unterstützung des Vaterlandsfreundes verdient, dann würde der Beweis hierfür durch den vorliegenden Bericht geliefert, der so recht zeigt, wie umfassend die Aufgaben sind, die jener Ausschuß sich gestellt hat, und mit welcher Umsicht und Liebe er die Erledigung seiner Aufgaben betreibt. F. B.

Briefkasten der Schriftleitung.

Alle für die Schriftleitung bestimmten Sendungen sind zu richten nach Berlin SW. 5.

Lux. Die von vielen Blättern gebrachte Nachricht, Liebknechts Sohn sei zum Amtsrichter in Seelow ernannt worden, ist natürlich unrichtig. Er ist zu früh zürstlich Assessor geworden. Nach Seelow ist er allerdings versetzt worden, es handelt sich aber nur um eine unentgeltliche Beschäftigung bei dem dortigen Amtsgerichte zwecks weiterer Ausbildung.

Eingegangene Anfragen.

Welche deutsche Firma fertigt Lichtdruck-Postkarten?
Wer kann uns die jetzige Adresse von Kurt Casper, bisher in Waldenburg (Schles.), Ring 1, angeben?

Für die Bücherei des Antisemiten.

F. Arlanus.

Ist die Judenfrage eine Glaubens- oder Magenfrage?

Preis 30 Pf.

Zu beziehen durch die **Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstr. 27.** Bei vorheriger Einsendung des Betrages (deutsche und österreichische Marken werden in Zahlung genommen) erfolgt portofreie Lieferung.

Erprobte
Herrenstoffe
zu Anzügen und Paletots.
Prachtvolle neueste Musterwahl franko.
Wilhelm Batzkes, Düren 1. (Christl. Tuchversand.)
Anerkannt beste und billigste Bedienung.

Digitized by Google

Die Buchhandlung
von Herm. Beyer, Leipzig Königsstr. 27.
empfiehlt hochinteressante

Aufklärungsschriften

Geschichte des Hauses Rothschild.
Von
Fr. Edlen v. Schoeb.
Preis 2 Mark.

Das verjudete Frankreich.
Von
Edouard Drumont.
2 Bände. 860 Seiten.
Statt 7,20 M nur 2 M.

An der Hand eines überaus reichhaltigen und sehr klaren statistischen Materials entwirft der Verfasser ein Bild von der wahrhaft erschreckenden, die Zukunft schwer bedrohenden Machtstellung, die die Nachkommen von den 15 Millionen Israeliten aus der Staatsurzeit Judäa's auch im Laufe unserer Jahrhunderte zu sich gerissen haben. Der Verfasser, ein Antisemitenführer, hat allein noch zu Worte gebracht, nämlich erstmalig, was die arrogierte Presse den unterdrückten Judenbekämpfern über das Rothschild zum innern Feind Gesagt hat zu seiner Verunglimpfung. — 3. Band: Der Jude im Privatleben. — 4. Band: Der Jude im Staatsleben und sein Ende. — Inhalt des ganzen Werkes. — 5. Band: Verzeichnis der Namen und ihre Deutungen. — 6. Band: Das jüdische Vermögen.

Am ersten Abschnitte werden in sachverständiger Weise die ganz gefährlichen Gegensätze zwischen und insonderer Kameradschaft geschildert. Dann erhält man ein Bild der sehr interessanten Geschichte der Juden in Frankreich, die der Verfasser nach den verschiedenen Quellen verfolgt hat. Im letzten Teil wird das furchtbare Judenleben des jüdischen Mädchens, der Revolutionen und die dunkle politische Rothschilds in der Jetztzeit mit den dunklen Bourgeoismittel ausgestattet. Schließlich ist ein Teil — 7. Buch: Die Juden im allgemeinen. 8. Buch: Der Jude im Privatverkehr. Charakter. — 9. Buch: Gründung und Ende. — Inhalt des ganzen Werkes. — 10. Buch: Verzeichnis der Namen und ihre Deutungen. — 11. Buch: Das jüdische Vermögen.

Familien-Nachrichten

— Umsunst —
ist aller Menschen Witz und Kunst
Es sollte gern ein Mägdlein sein
und ist doch wieder ein Knäbelein.
— In Gottes Hut: — auch so ist's gut! —
zumalen Mutter und Kind gar wohlbehalten sind.

Mit Grüßen empfehlen sich

Gautzsch b. Leipzig, den 28. Juli 1898.

Theodor Fritsch und Frau.

Frankfurt a M.

Hotel Cölner Hof.
Besitzer: Hermann Laas.
Gegenüber d. rechten Ausganges des Hauptbahnhofes.
60 Zimmer mit 90 Betten bei mäßigen Preisen.
Bier- und Wein-Restaurant.

Jüdischer Verleih verboten.

„Staatsbürger-Ztg.", „Deutsche Wacht", „Das Volk", „Deutsche Zeitung", „Deutsche Tageszeitung", „Deutsch-Soziale Blätter", „Deutscher Michel" und viele andre deutschgesinnte Zeitungen liegen aus.

CAFE MERKUR

Leipzig
An der Pleisse 8.
Geöffnet bis morgens 4 Uhr.

300 Zeitungen, Depeschen u. Kursberichte, Städte-Adressbücher v. Berlin, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Hamburg-Altona, Halle a. S., Paris, sowie Handels-Adressbücher allergrösseren Staaten liegen zur gefl. Benutzung aus.

Jeden Vormittag Bouillon und Pasteten.

Hochachtungsvoll
W. Rühlemann.

Bad Kissingen

Logierhaus Renner
jenseits der Saale
Gartner Straße 24
empfiehlt schön frei gelegene Wohnungen zu billigen Preisen.
Neu angelegter großer Garten.

Deutschen Rotwein

selbstgezogen und selbstgekeltert
garantiert rein
flaschenreif und billig
empfiehlt
M. Wolf VI, Weinbauer,
Stadecken (Rheinhessen),
Kirchplatz 45.
NB. Vertreter für Rot- und Weißweine stets gesucht.

Deutsche Schänke, Leipzig,

Poststrasse 20
empfiehlt kräftigen Mittagstisch und gute Biere.
Gesellschaftszimmer noch einige Tage frei.
Hochachtungsvoll
W. Singer.

Unglaublich billig

sind Strümpfe, Socken, Normalwäsche, nur garantiert reines Qual., bei Oskar Jahn, Spezial-Versandhaus, Leipzig, Poniatowskistraße 16.
Preisliste fugenfrei!

Liefere ein Postfaß (9½ Pfund)
feine Leber-, Rot- und Sülzwurst
zu 7,50 M. franko.
H. Glauner, Fleischermstr.
Papenburg b. Leer (Ostfriesld.).
Ferner:
prima Hammelkeule u. Carrés
à Pfund 55 Pf.

Kaufen Sie

keln Planino,
wenn Sie sich noch nicht den Katalog von August Roth, Hagen i. W., Königl. Hof-Pianofabrikant, gratis haben kommen lassen.

Wein-Groß-Handlung,

Import von Rum, Arrac, Cognac, von

Etiquette als Schutzmarke.

Jede Flasche trägt diese

Berlin NW, 1 Stendaler-Straße 1.
Fernsprecher: Amt Moabit 1316.
Gegründet 1877.

1892er u. 95er Rhein- u. Moselweine, p. M. oder p. Ltr. von 70 Pf. an.
1893er u. 95er Bordeaux-Weine von 1 M. an, sowie sämtliche in- und ausländische Weine usw. zu billigen Preisen. Für absolute Reinheit garantieren

Schmitz & Co.

Kleine Proben und Preisliste umsonst.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königsstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: i. V. Herm. Beyer, Leipzig.
Druck: G. Reusche in Leipzig.

Digitized by Google

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Leipzig, 11. August 1898. Nr. 521.

Parteinachrichten.

Befreien muß sich jeder Deutsche endlich endgiltig von dem Einflusse der Hebräer-Blätter. Dazu ist es nötig, daß nur gute, ehrliche, deutsche, antisemitische Zeitungen gehalten und gelesen werden. Neben einer deutschnationalen Tageszeitung kommt dabei in erster Linie die Wochenschrift in Frage, die in zielbewußter und systematischer Weise dem Judentum auf allen Gebieten zu Leibe rückt. Sie heißt „Deutsch-Soziale Blätter". Darauf möge jeder Gesinnungsfreund sein Augenmerk richten.

Berlin. Der Ausschuß des Bundes der Landwirte hat an Stelle des verstorbenen Abg. von Plötz am 8. d. M. den bisherigen Provinzialvorsitzenden für Pommern, Freiherrn von Wangenheim (Kleinsiplegel), zum ersten Vorsitzenden gewählt, nachdem der bisherige zweite Vorsitzende die auf ihn gefallene Wahl dankend abgelehnt hatte.

Aus Hessen. In Semd (Kreis Dieburg) siegten bei den Gemeinderatswahlen unsre Parteigenossen, ebenso in Schaafsheim, wo Herr Hch. Haud (der Bruder unsres Reichstagskandidaten) und unser Landtagswahlmann Schmiedemstr. Amend gewählt wurden.

Die christlich-soziale Partei will am 11. Oktober in Gießen ihren Parteitag abhalten

Aus der Handlungsgehilfenbewegung.

In Leer (Ostfriesland) veranstaltete die kürzlich begründete Ortsgruppe eine öffentliche Versammlung. Herr F. Schneider-Hamburg sprach über „Die soziale Lage der Handlungsgehilfen". Einige Mitglieder des 58er Vereins verstehen durch dreiviertelstündige Vorlesung einer Broschüre den Anschauungen des Redners entgegenzutreten, hatten damit aber nicht den geringsten Erfolg. Mit dem Bemerken: „Gegen den Menschen ist gar nicht anzukommen," verließen sie den Saal, während 10 Herren der Ortsgruppe Leer beitraten. In Emden gestaltete sich die Sache nicht minder interessant. Ein blutjunger Jude leistete in Unverschämtheit große Stücke, konnte indessen nicht die Gründung einer Ortsgruppe Emden mit vorläufig 12 Mitgliedern verhindern.

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Wegen Verletzung der Wehrpflicht hat das Landgericht zu Potsdam die Heeresverpflichtigen Karl Heymann und Max Heymann aus Brandenburg (Havel) zu je 180 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Hymännner sind natürlich nicht zu finden. —

Wegen gleichen Vergehens ist der Kaufmann Hugo Hermann Cahn aus Magdeburg, zuletzt in Berlin und Bremen, zu 180 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Berliner Staatsanwaltschaft wünscht ihn deshalb zu sprechen.

Jüdische Ehe-Idylle. Frau Jeanette Seligmann, geb. Heß, zu Stuttgart klagt gegen ihren mit zudeutantem Rufenthalt abwesenden Ehemann, den Kaufmann Jakob Seligmann, früher in Stuttgart, mit dem Antrage zu erkennen: „daß die zwischen den Parteien am 28. Juli 1891 zu Heidelberg geschlossene Ehe wegen Desertion des Beklagten, Verweigerung der Subsistenzmittel an die Klägerin, Verweigerung des debitum conjugale und wegen Verbrechens des Beklagten, das ihn zwang, landesflüchtig zu werden, zu scheiden sei, eventuell, daß Beklagter verpflichtet sei, das ehrliche Leben wieder herzustellen, auch daß Beklagter die Kosten des Rechtsstreites zu tragen habe." —

In Gießen hat Herr Albert Löwenstein seine bessere Hälfte Mathilde geb. Hammerschlag verlassen. Frau Mathilde hält sich zur Zeit in Nordhausen auf und fordert den Verschwundenen durch den Rechtsanwalt Dr. Gustesich auf, sich zum Zwecke der Ehescheidung zu stellen. —

Wegen Verlagung des Unterhalts wünscht Frau Rosalie Neumann, geb. Klein, zu Berlin, von ihrem Ehemanne, dem Schuhmachermeister (!) Siman Neumann, gerichtlich getrennt zu werden. Herr Siman ist aber nicht aufzufinden. —

Aus demselben Grunde klagt zu Liegnitz Frau Linnet Seelig, geb. Borschauer, ihren Ehemann Glaser(!) Siman Seelig vor den Richter laden.

Israel im Heere. Der jüdische Einjährig-Freiwillige Stadthagen vom Kaiserin Augusta Garde-Grenadier-Regiment Nr. 4, angeblich ein Verwandter des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten gleichen Namens, ist wegen Aufreizung seiner Kameraden und andrer Dinge in Untersuchungsarrest gekommen.

Jüdische Nahrungsmittelfälscher. Der Milchhändler Bernhard Cahn zu Köln (Rhein) wurde in der Berufungsinstanz wegen fahrlässiger Milchfälschung zu einer Geldbuße von zehn Mark verurteilt, weil Milch, die bei ihm gefunden worden, nach der Analyse des Chemikers Dr. Juckenbuhl einen erheblichen Wasserzusatz aufwies und eine zweite Probe zudem auch teilweise entrahmt war. —

Hamig hatte der Handelsmann Israel Seidmann zu Köln (Rhein) nachgemacht und verkäuflich und dieses verdorbene Zeug als „Spezialwig" in den Handel gebracht. Dafür kann er mit einer gelinden Geldstrafe, nämlich fünfzig Mark, weg.

Ausgerissen ist der Kaufmann S. Friedmann zu Kassel, Mattenstr. 7, ohne seine Schulden zu bezahlen. Der Großherzoglich Th. Amtsrat zu Hamburg, Bantstr. 85, sucht ihn wegen einer Forderung von 1132 Mark.

Aufgehoben ist die am 3. Mai angeordnete Beschlagnahme des Vermögens des Produktenhändlers Aron Steinberg aus Osnabrück, weil die von ihm begangene Hehlerei verjährt ist. Steinberg befand sich jenseits des großen Wassers in Sicherheit und kann jetzt also ungestörthet wiederkommen.

Ein ehemaliger österreichischer Offizier stand in der Person des Händlers Mario Goldberg aus Leipzig vor dem Landgerichte I zu München. Unter der Vorspiegelung, er sei österreichischer Hof-Antiquar und müsse für seinen Erzherzog Altertümer anschaffen, beschwindelte er den Kunsthändler Adalbert Boschan um mehre wertvolle Karten und Stiche. Da Goldberg wegen Diebstahls schon wiederholt vorbestraft ist, treffen ihn diesmal dreieinhalb Monate Gefängnis.

Unter dem dringenden Verdacht der Anstiftung zu Meineide wurden, wie wir seiner Zeit berichteten (vgl. Nr. 515 unter „Mosaik"), der Kaufmann Heinrich Kahn und seine Schwiegermutter, die Witwe Pfade Haderer, zu Hamburg verhaftet. Die beiden Angeklagten sind jetzt ohne Kaution entlassen worden. Man traut also den sehr wahrhaben Angeklagten nicht zu, daß sie sich der ihnen voraussichtlich harrenden Zuchthausstrafe durch die Flucht entziehen werden.

Durch unwahre Angaben über die Art des Scheines hatten der Kaufmann Magnus Levy und seine Ehefrau Emmy zu Hamburg von einer armen Wäscherin die Unterschrift auf einen Wechsel erlangt. Ferner hat der Ehemann L. einem Juwelier einen Schmuck im Werte von 64 M. abgeschwindelt. Schließlich wurden dem Ehepaar noch vier Betrugsversuche zur Last gelegt, deren sie ebensalls überführt wurden. Das Gericht erkannte gegen den Ehemann L. auf vier, gegen die Ehefrau L. auf drei Monate Gefängnis.

Absconsi vergegen ist der Kaufmann Emil Wallstein aus Hamburg, ohne einen Schan am 8. Januar v. J. fälligen Wechsel über 210 Mk bezahlt zu haben. Das Gericht sucht Herrn Wallstein jetzt.

Jüdische Juden. Der Umsicht des Zugführers des sogenannten Bremner-Luxuszuges (Wien-Rom) ist es gelungen, einer Bande Mädchenhändler auf die Spur zu kommen. Der Beamte hatte wiederholt bemerkt, daß in den Tiroler Orten Franzensfeste und Jundbruck zwei Juden einstiegen, die jedesmal mehre junge Mädchen, und zwar immer andre, bei sich hatten. Als die Juden vor kurzem wieder erschienen, machte der Zugführer auf der Grenzstation Ala die italienische Polizei auf sie aufmerksam. Sie hatten drei Mädchenmen bei sich und nannten sich Moritz Engel und Frau Schönfeld. Da sie vorgaben, den Mädchen in Mailand Arbeit zu verschaffen, ließ man sie weiterfahren, benachrichtigte aber die Polizei in Verona telegraphisch. Richtig verließen hier die Jude Engel zu entwichen, obwohl seine Karte nach Mailand lautete. Man zwang ihn aber wieder in den Zug und verhaftete ihn dann in Mailand, wobei es dem andern Juden mit den Mädchen zu entkommen gelang. Trotzdem hat man infolge dieses Fanges einer ganzen Bande von Händlern mit Menschenfleisch ihr sauberes Handwerk legen können.

Der Handelsmann Moses Schwann in Lösnich, der nebenbei auch noch Synagogen-Vorsteher gewesen sein soll, hatte mit kleinen Mädchen, natürlich nicht jüdischen, Unzucht getrieben. Das Schwurgericht zu Trier verurteilte ihn zu zwei Jahren Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für fünf Jahre. —

Wegen dringenden Verdachts eines Sittlichkeitsverbrechens, begangen an einem kleinen Mädchen, wurde der Kaufmann Levin in Berlin, Landsbergerstr. 23 wohnhaft, in Untersuchungshaft genommen.

Unter dem Verdacht der Hehlerei verhaftete die römische Polizei auf Ansuchen der Wiener Polizeidirektion den Bankdiner Dr. Samuel Grün. Einer in Bozen wohnhaften adligen Dame waren von ihrem Neffen Wertpapiere im Betrage von siebenzigtausend Gulden gestohlen worden. Der Herr Neffe hatte sie in Wien verführt und war dann selbst nach der italienischen Hauptstadt abgereist, während der Dieb über Bremen mit der „Fulda" nach New-York zu entkommen versuchte.

Digitized by Google

120 v. H. Wuchersinsen nahm der jüdische Trödler Nathan Blumenkranz aus Bochum in Gestigen von seinen Opfern, die den armen und allerärmsten Bevölkerungsschichten angehörten. Von einem Gulden mußten monatlich zehn Kreuzer Zinsen entrichtet werden, das war Geschäftsregel. Wenn sich jemand in sehr großer Not befand und sehr dringend Geld bedurfte, steigerte der Wucherer den Zinsfuß auf 200 v. H. und noch mehr. Der Strafrichter Amtsrat Hadrich hatte z. B. für zwei Gulden monatlich vierzig Kreuzer an Zinsen entrichten müssen. Außerdem bezauberte der Jude seine Opfer noch dadurch, daß er bei Erteilung des Darlehns Zinsen im voraus in Abzug brachte und später bei Auslösung des Pfandes sich zum zweiten Male entrichten ließ. Nachdem die Untersuchung eingeleitet war, suchten Blumenkranz und seine Gattin die beschädigten Zeugen zu falschen Aussagen zu verleiten, sie sollten aussagen, Blumenkranz hätte sich seine Zinsen ausbedungen, sondern nur bar genommen, was ihm seine Schuldner gutwillig gegeben hätten. Damit hatten sie aber kein Glück. Das Gericht verurteilte Blumenkranz zu drei Monaten schweren Kerkers, verschärft durch Hasten, seine Frau Tone wurden drei Wochen Kerker, verschärft durch drei Fastage, zudiktiert. Angesichts des gefällten Strafmaßes beriefe sich das Gaunerpaar, die Strafe sofort anzutreten.

Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat.

In der Zeit vom 16. bis einschl. 23. März 1898 wurde über folgende Firmen usw. der Konkurs eröffnet:

Handelsgesellschaft Elias & Co. zu Forst. — Handelsmann S. Adam zu Mülheim. — Handelsmann Jakob Salinger & Eheleute zu Großfelden (Elsaß.). — Kaufmann Jacob Kaufmann zu Wernigerode. — Schuhwarenhändler Isidor Grünberg zu Berlin, Cimbernstr. 1 und Thurmstr. 47a. — Kaufmann Simon Meyerowsky zu Memel. — Kaufmann Moses Schwarz, i. Fa. M. Schwarz vorm. D. Wisch zu Berlin, Neue Schönhauserstr. 11. — Kaufmann Hermann Zadek, letzte Wohnung zu Charlottenburg, Göthestraße 85, letztes Geschäftslokal zu Berlin, Kaiser Wilhelmstr. 43, jetzt flüchtig. — Markus Löw zu Ulm. — Handelsmann Jakob Strauß zu Schmalwasser. — Kaufmann Samuel Boege zu Schneidemühl.

Aufgehoben wurden in derselben Zeit nachstehende Konkurse:

Herren- und Knabenkleider-Fabrikanten S. Stern jr. zu Aschaffenburg. — Kaufmann S. Jacobsohn, i. Fa. L. Cohn zu Lesten. — Kaufmann Martin Jacobsohn zu Berlin, Prenzlauer Allee 36 b (Zwangsvergl.). — Buchdruckereibesitzer Max Ebel zu Mannheim. — Kaufmann Mannheim Swarzenski zu Neunmühlen. — Kaufmann Simon Gottfried zu Hildesheim (Zwangsvergl.). — Gebr. Schalem zu Dudweiler. — Schuhwarenhändler J. Wertheimer zu Straßburg, Elsaß. — Kaufmann Arthur Sakolny zu Frankfurt, Main, Zeil 11 (mangels Masse!). — Bankbändler Julius Kaufmann zu Kleinlissen. — Kaufmann Abraham Lewin gen. Knopp (!) zu Neudorf. — Kaufmann Salomon Siegfried Schlamme zu Werdau (Zwangsvergl.). — Kaufmann Sally Schendel zu Braunschweig (Zwangsvergl.). — Kaufmann Bernhard Blumenthal, vormals zu Plauen, jetzt in Berlin. — Kaufmann Heymann Simsohn zu Schönlanke (Zwangsvergl.).

*

Über den **Zusammenbruch einer Tuchfirma** melden jüdische Blätter aus Prag: In Humpoletz hat der Zusammenbruch der dortigen bedeutenden Tuchfirma Bittner & Spitzer eine hochgradige Aufregung hervorgerufen, da eine Reihe von größtenteils unbemittelten Tuchmachern in empfindlichster Weise geschädigt erscheint. Die israelitischen Bewohner der Stadt (etwa dreißig bis vierzig Familien) beherrschen Ausschreitungen, nachdem der Bürgermeister erklärte, daß er für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung keine Bürgschaft übernehmen könne. Aus diesem Grunde wurde das schwache Gendarmerieposten-Kommando erheblich verstärkt, indem aus Deutschbrod 32 Gendarmen nach Humpoletz dirigiert wurden. Die Chefs der zusammengebrochenen Firma, Max Bittner und Julius Spitzer, wurden verhaftet, und wird das Haus der Letzteren, in dem sie interniert sind, scharf bewacht. — Also weil ein paar Juden in gemeinster Weise eine ganze Anzahl armer Weber um ihren Lohn betrogen, muß die Gendarmerie verstärkt werden, und die Betrüger werden nicht dem Gesängnis zugeführt, sondern in ihrem eigenen Hause „scharf" bewacht!!

*

Jüdische Ritter, Kommissions- und Kommerzienräte usw.

Verliehen wurde: dem Direktor der österreichischen Bodenkreditanstalt Julius Herz das Komthurkreuz des Franz-Josef-Ordens;

den Rechtsanwälten Dr. Baer zu Frankfurt (Main), Dr. Loeb zu Wiesbaden, Dr. Stern zu Magdeburg und Beermann zu Stettin der Charakter als Justizrat;

dem Bijeljonjil Moriz Marx zu Modran der Rote Adler-Orden vierter Klasse;

dem Rechtsanwalt Dr. Ludwig Oppenheim zu Mainz der Rote Adler-Orden vierter Klasse;

dem Stadtverordneten-Vorsteher Dr. med. Mannheimer zu Beuthen (Oberschl.) der Rote Adler-Orden vierter Klasse.

*

Ernannt wurden: Eugène Simon zu Paris, Vizepräsident des Generalsyndikats für Handel und Industrie, zum Ritter der Ehrenlegion; der Referendar Hermann Levinger (getauft) zum Amtmann in Überlingen.

*

In die Liste der **Rechtsanwälte** wurden eingetragen: Rechtsanwalt Dr. Alexander Leander zu Berlin; Rechtsanwalt Dr. Leo Davidsohn zu Berlin; Rechtsanwalt Hugo Heymann zu Berlin.

Mosaik.

Firmen-Verschleierung. Inhaber der Firma E. Engel & Co. zu Berlin ist Frau Eva Engel, geb. Fabian. —

Der Kaufmann Isidor Borchardt zu Berlin ist alleiniger Inhaber der drei Firmen Gebr. Borchardt, Magnus-Aisleben und Sachs & Gottschall. —

Das Firmenregister des Amtsgerichts I zu Berlin verzeichnet als Inhaberin der Firma B. Neuländer & Co. eine Frau Bertha Neuländer, geb. Bielschowsky. Prokurist ist der Kaufmann Salo Neuländer. —

Inhaber der Firma J. Becker & Co. zu Berlin ist der Kaufmann Alfred Löwenthal. —

Die Handelsgesellschaft Laer & Sohn in Berlin wird gebildet durch den Fabrikbesitzer Emil Abraham und dem Dr. jur. Ernst Abraham. —

Persönlich haftende Gesellschafterin der Kommanditgesellschaft Schanzer & Co. zu Dortmund ist Frau Balaska Schanzer, geb. Eppstein, die ihrem Ehemann Prokura erteilt hat. —

Im Mannheimer Firmenregister ist folgender Vermerk eingetragen: „Firma Gebr. Ladenburger in Mannheim. Der Firmeninhaber Kaufmann Abraham Löb, genannt Albert Ladenburger, hat seiner Mutter Lazarus genannt Leopold Ladenburger Witwe Johanna, geb. Kaufmann, in Mannheim, Prokura erteilt." Man beachte die Namen! —

Frau Schuhwarenfabrikant Selma Levy, geb. Prinz, zu Berlin, in Firma S. Levy, hat dem Hirsch Levy zu Berlin Prokura erteilt.

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. In Tabasbusch in Finnland war das Schächten verboten worden. Den Juden gelang es jedoch, bald wieder eine Aufhebung des Verbotes zu erzielen.

In der Gedächtnisfeier für den verstorbenen Fürsten Bismarck, die in der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche abgehalten wurde, waren seitens der Berliner Stadtvertretung auch einige Juden abgesandt, so die Stadtverordneten Jacobi und Cassel, von einigen getauften ganz abgesehen. Wir meinen, bei der Auswahl der Vertreter hätte wohl etwas mehr Taktgefühl bewiesen werden können.

Abschreckungs-Theorie. Simon Katzenstock aus Neustadt bei Pinne kommt bei einem Gewoffer vorbei und erblickt am Ufer eine Tafel mit der Inschrift: „Das Baden ist bei 10 Mark Strafe verboten." Da ruft er aus: „10 Mark Strafe — viel zu wenig!"

*

Neue Bücher.

(Alle hier angezeigten Schriften sind durch unsere Geschäftsstelle, sowie durch jede Buchhandlung zu beziehen.)

Kommende Weltwirtschaftspolitik. Von P. Dehn. Berlin 1898. 139 Seiten. Preis 1 Mark.

Als Weltwirtschaft bezeichnet der Verfasser den bei den Kulturvölkern gegenwärtig bestehenden Zustand der Weltwirtschaft, der eine wechselseitige Abhängigkeit der Völker in wirtschaftlichen Dingen mit sich bringe und in der grabartigen neueren Entwicklung des Verkehrs und der Industrie seinen Grund habe. Aus dem Vorhandensein dieses Zustandes, so legt der Verfasser des Näheren dar, ergebe sich für alle europäischen Mächte, insbesondere auch für das Deutsche Reich, die Nötigung, Weltwirtschaftspolitik zu treiben und hierauf hinweiderum die Notwendigkeit des Besitzes einer seetüchtigen Flotte. Von dem reichen Inhalte der Schrift seien noch besonders hervorgehoben die Abschnitte über die englische Handelspolitik, über Kolonien, über Absatzen und über die Deutschen im überseeischen Auslande. In dem letzteren Abschnitte tadelt der Verfasser

Digitized by Google

mit Recht, daß man im Deutschen Reiche sich zu wenig um die im Auslande wohnenden Deutschen kümmert, während man „zweifelhafte Elemente aus dem Osten" (womit er jedenfalls die russischen Juden meint) ungehindert nach Deutschland einwandern lasse und ihnen sogar alle staatsbürgerlichen Rechte gewähre, ohne nach ihrer Art zu fragen. F. B.

Berthold Otto's Lesebriefe. Vollständig in 25 Briefen von je 16 Seiten. Preis des Briefes 50 Pf.

Die ersten beiden Briefe sind erschienen. In dem beigegebenen Prospekt verspricht die Verlagsanstalt, daß bei der hier angewandten eigenartigen Methode des Unterrichts jeder ohne Vorkenntnisse in zwei Jahren zu viel gelesen wird, daß er die lateinische Sprache völlig beherrscht. — Ein eigenes Urteil können wir noch nicht abgeben.

Rechtsschutz der Zeitungs- und Bücher-Titel. Von Dr. W. Brandis. Berlin 1898. 88 Seiten.

Der Verlagsbuchhändler Franz Lipperheide in Berlin, der seit 1865 die bekannte Zeitung „Die Modenwelt" herausgibt, hatte in einer Klage gegen den Verlagsbuchhändler Schwerin in Berlin, der seit 1889 beim 1892 zwei ähnliche Zeitungen unter den Titeln „Kleine Modenwelt" und „Große Modenwelt" herausgibt, beantragt, dem Schwerin den ferneren Gebrauch des Wortes „Modenwelt" bei Bezeichnung seiner beiden Zeitungen zu untersagen, ist jedoch mit diesem Antrage von den angerufenen Gerichten abgewiesen worden; wobei die Gerichte davon ausgegangen sind, daß zwar Schwerin bei Begründung seiner Zeitungen die Titel „Kleine Modenwelt" und „Große Modenwelt" gewählt habe, um Verwechslungen mit der Lipperheideschen „Modenwelt" hervorzurufen und überdurch Abonnenten zu gewinnen, daß ihm jedoch, da lange das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb gelte, d. i. seit dem 1. Juli 1896, eine derartige Absicht nicht mehr unterstehe, weil seine beiden Zeitungen schon vor dem 1. Juli 1896 sich im Publikum seit eingebürgert hätten, und daß deshalb die Fortführung der streitigen Titel einen Verstoß gegen das erwähnte Gesetz nicht enthalte. In der vorliegenden Schrift wird nun nachzuweisen gesucht, daß Schwerin auch jetzt noch zum Zwecke unlauteren Wettbewerbes durch der Titel „Kleine Modenwelt" und „Große Modenwelt" bediene, und daß, sollte er auch nur ehedem bei Annahme der Titel sich von der Absicht unlauteren Wettbewerbes haben leiten lassen, ihm auf Grund des damals geltenden, inzwischen nicht außer Kraft getretenen Rechts die Fortführung der Titel verboten werden müsse. Die Ausführungen des Verfassers sind für jeden Gebildeten verständlich und sind von allgemeinerem Wert. Das geschilderte Parkommnis zeigt einmal wieder recht deutlich, mit was für Mitteln manche Geschäftsleute den Wettbewerb betreiben. F. B.

Die deutschen Nationalfeste. Von den Mitteilungen und Schriften des Reichsausschusses ist am 1. Juli d. J. im Verlage von R. Oldenbourg in München das sechste Heft erschienen und zum Preise von 70 Pfennig durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

Dieses sechste Heft ist außerordentlich reichhaltig und mächtig gegliedert, da es die Berichte über die vierzehntägigen Sitzungen des Reichsausschusses enthält, in denen bekanntlich entschieden wurde, die deutschen Nationalfeste bei Rüdesheim abzuhalten. Ferner erfahren wir, daß die deutschen Nationalfeste im Jahre 1900 zum ersten Male gefeiert werden und sich dann alle vier bis fünf Jahre, stets mit dem ersten September-Montage beginnend, wiederholen sollen. Die Festplätze Rüdesheim-Niederwald wird und durch einen Artikel, eine Karte des westlichen Rheingaues und einen grösseren Plan des Festplatzes vor Augen geführt. Wer sich über die Feste genauer unterrichten will, der kaufe sich das erwähnte Heft. Im Übrigen sei nochmals darauf verwiesen, was wir in Nr. 490 zu der Frage der Nationalfeste gesagt haben.

Das wirtschaftliche und sittlich-religiöse Verhältnis zwischen der Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Vortrag, gehalten auf der Pastoral- und Kirchen-Konferenz zu Meißen am 21. Juni 1898 von L. Niethammer, Geh. Kommerzienrat in Kriebitzsch. Auf Beschluß der Konferenz in Druck gegeben. Leipzig 1898. 25 Seiten. Preis 50 Pf.

Briefkasten der Schriftleitung.

N., Köln. Daß „Parsiten" ein Druckfehler für „Praktisen" ist, ist sehr unwahrscheinlich, da sich das Wort auch noch an andrer Stelle der Schrift findet. — Über die „Juden von Köln" vergleichen Sie „Allg. Ztg. des Judentums" vom 5. August. — Den freundlichst in Aussicht gestellten Artikel bitte bald zu senden. D. Gruß!

Phil. Die Rechnung stimmt, Bismarck ist in der That 1000 Monate alt geworden. Ganz streng genommen hätte er freilich noch den 31. Juli erleben müssen. — Vielleicht interessiert Sie auch der Hinweis, daß man das Lebensalter von Bismarck (83 Jahre) erhält, wenn man die Ziffern des Datums seiner Geburt (1. 4. 1815) und seines Todes (30. 7. 1898) untereinander schreibt und zusammenzählt.

Druckfehler-Berichtigung. Auf Seite 247, 1. Spalte, Zeile 2 v. u. muß es statt „Rechte" heißen „Rechte" (= Räte).

Familien Lück u. Tänzler. Besten Dank für die Ansichtskarte vom deutschen Rhein. Heil!

Tekr. Der Graf Kapnist, der die Hohenloheschen Besitzungen in Rußland kaufen wollte, ist der Schwiegersohn des Juden Tradotti.

L., Bln Daß der Abg. Rosenow ebenfalls Jude sei, haben auch wir mehrfach gelesen. Wenn es richtig ist, betrüge die Zahl der Juden unter den sozialdemokratischen Abgeordneten neun. Vielleicht kann uns ein Leser zuverlässige Auskunft geben?

A. Z. T. Sie betlagen sich darüber, daß wir über den christlich-sozialen Gemeinderat Pürsch nichts bringen. Authentisches Material steht uns auch zur Verfügung. Schreiben Sie uns doch einen Artikel und sagen Sie das nötige Beweismaterial bei; sofern der Artikel in den Rahmen unseres Blattes paßt, würden wir ihn gern aufnehmen. Natürlich müssen Sie vorher das Visier aufklappen und sich zu erkennen geben.

Eingegangene Anfragen.

Ist die Firma Dom. Ringelstein, Korkfabrik, Korkstuhl b. Niederzwehen (Bayern) in christlichen Händen?

Für die Bücherei des Antisemiten.

Theologische Bedenken.

Wie und welcher Gestalt christliche Obrigkeiten den Juden unter Christen zu wohnen gestatten können, und wie mit ihnen zu verfahren sei.

Preis 30 Pf.

Zu beziehen durch die **Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstr. 27.** Bei vorheriger Einsendung des Betrages (deutsche und österreichische Marken werden in Zahlung genommen) erfolgt portofreie Lieferung.

H. Heinze, Hutfabrik
gr. Fleischergasse 8, Kurzestrasse 4.
Spezialität: 2,80-Hüte.

Billige, dichte Dächer
stets vorrätig
Anderwachs
Asphalt-Steinpappen
Muster u. Druckvorschriften gratis und franko
M. Lindenau & Sohn, Zeitz

Muster etc.

Die Buchhandlung
von **herm. Beyer**, Leipzig, Königstr. 27,
empfiehlt hochinteressante

Aufklärungsschriften

Geschichte des Hauses Rothschild.
Von Fr. Edm. v. Scherb.
Preis 2 Mark.

Das verjudete Frankreich.
Von Edouard Drumont.
2 Bände. 860 Seiten.
Statt 7,20 M. nur 2 M.

An der Hand eines überaus reichhaltigen und durchaus unanfechtbaren Materials entwirft der Verfasser ein Bild von der ungeheuren Machtstellung, die der Nachkommen des alten Mosis Amschel aus der Frankfurter Judengasse im Laufe unseres Jahrhunderts an sich gerissen haben. Der Verfasser, als Börsenredakteur mit allen maßgebenden Börsenkreisen mit allen und zur Zeit gebot, innigst vertraut, war die geeignetste Person, den umgebenden Börsenkreisen mit allen und Hauses Rothschild zum ersten Male Anfange bis zu jener abgerundeten Macht darzustellen. Das mit großem Fleiße zusammengetragene geschichtliche Material bildet eine Reihe von Tatsachen, die unbedingt annehmen das Wirken Rothschild in den Augen aller ehrlich Denkenden moralisch vernichten.

In ersten Abschnitte werden in scharfzeichnender Weise die ganz eigenartigen ursprünglich arischen und jüdischen Charakterzüge geschildert. Daran erhält man ein Bild der sehr interessanten Geschichte der Juden in Frankreich, der der Verfasser nach den verschiedenen Epochen eingehend hat. In letzten Teil wird das tragikomische Kapitel der jüdischen Macht nach der Revolution und die brutale volksverderbliche Herrschaft Rothschilds in der Jetztzeit mit den Farben Demosthenes ausgeführt. — Inhaltlos reichen Teils. — 1. Buch. Die Juden im allgemeinen. — 2. Buch. Der Jude in der französischen Gesellschaft. — 3. Buch. Gambetta und sein Hof. — Inhalt des zweiten Teils. — 4. Buch: Ernest Cornut und seine Memoiren. — 5. Buch. Das verjudete Paris. — 6. Buch. Der jüdische Verrat.

Digitized by Google

Deutsche Schänke, Leipzig,
Poststrasse 20
empfiehlt kräftigen Mittagstisch und gute Biere. Gesellschaftszimmer noch einige Tage frei.
Hochachtungsvoll
H. Singer.

CAFE MERKUR
300 Zeitungen, Depeschen u. Kurberichte, Städte-Adressbücher v. Berlin, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Hamburg-Altona, Halle a. S., Paris, sowie Handels-Adressbücher aller grösseren Staaten liegen zur gefl. Benutzung aus.
Leipzig An der Pleisse 8.
Jeden Vormittag Bouillon und Pasteten.
Geöffnet bis morgens 1/4 4 Uhr.
Hochachtungsvoll
W. Rühlemann.

Bismarck! Bismarck!
Für Postkarten-Sammler:
Bismarck-Glückwunsch-Karte.
Statt 30 Pf. nur 10 Pf., 10 Stück 50 Pf., 100 Stück 3 M.
Gegen vorherige Einsendung des Betrages (deutsche und österreichische Marken werden in Zahlung genommen) erfolgt portofreie Lieferung. Vorrat nur noch gering.
Leipzig. **Herm. Beyer,** Verlags-Buchhandlung.

Deutschen Rotwein
selbstgezogen und selbstgekeltert
garantiert rein
flaschenreif und billig
empfiehlt
M. Wolf VI, Weinbauer,
Stadecken (Rheinhessen),
Kirchplatz 45.
NB. Vertreter für Rot- und Weißweine stets gesucht.

Unglaublich billig
Gut Strümpfe, Socken, Normalwäsche, nur garantiert leinene Qual., bei Oskar Jahn, Spezial-Versandhaus, Leipzig, Poniatowskystrasse 10.
— Preisliste fordern! —

Bad Kissingen
Logierhaus Renner
jenseits der Saale
Gartner Strasse 24
empfiehlt schön frei gelegene Wohnungen zu billigen Preisen.
Neu angelegter grosser Garten.

Frankfurt a/M.
Hotel Cölner Hof.
Besitzer: Hermann Laas.
Gegenüber d. rechten Ausgangs des Hauptbahnhofes.
60 Zimmer mit 90 Betten bei mäßigen Preisen.
Bier- und Wein-Restaurant.

Für die Reisezeit:
Meißes u. Schnohkes
Rituelle Scherze und lockere Schwänke fürs außerwählte Volk.
Preis 1 M.
Lustige Ringellocken
Eine Sammlung heiterer Erzählungen.
Preis 1 M.
Leipzig. *Herm. Beyer*

Wein-Groß-Handlung,
Import von Rum, Arrac, Cognac, von
Jeder Flasche klebt diese Etiquette als Schutzmarke an.
Berlin NW., 1. Stendaler-Strasse 1.
Fernsprecher: Amt Moabit 1376.
Gegründet 1877.
1802er u. 03er Rhein- u. Moselweine, p. Fl. über 9 Dtz. von 76 Pf. an.
1802er u. 03er Bordeaux-Weine von 1 M. an, sowie ähnliche ital. und südfranzösische Weine usw. zu billigen Preisen. Für absolute Reinheit garantieren
Schmitz & Co.
Kleine Proben und Preisliste umsonst.

Jüdischer Besuch verbeten.
„Staatsbürger-Ztg.", „Deutsche Wacht", „Das Volk", „Deutsche Zeitung", „Deutsche Tageszig.", „Deutsch-Soziale Blätter", „Deutscher Michel" und viele andre deutschgesinnte Zeitungen liegen aus.

Kaufen Sie
kein Planino.
wenn Sie sich noch nicht den Katalog von **August Roth,** Kgl. Portug. u. Fürstl. Lipp. Hof-Pianofabrikant, **Hagen W. Nr. 88,** gratis haben kommen lassen.

Liefere ein Postkoffi (9½ Pfund)
feine Leber-, Rot- und Sülzwurst
zu 7,50 M. franko.
H. Glauner, Fleischermstr.
Papenburg b. Leer (Ostfriesl.).
Ferner:
prima Hammelkeule u. Carrés
à Pfund 55 Pf.

Erprobte
Herrenstoffe
zu Anzügen und Paletots. Prachtvolle neueste Musterkoffer franko.
Wilhelm Bartzkes, Düren 1. (Christl. Tuchversand.)
Anerkannt beste und billigste Bedienung.

Wer in zwei Jahren Latein lernen will,
der bestelle
Berthold Ottos Lateinbriefe.
Monatlich erscheint ein Brief à 50 Pf.
Leipzig, Königstr. 27.
Herm. Beyer.

In der Fortsetzung ist Lateinisch leichter als Deutsch.
• für 50 Pf. monatlich •
über
lernen

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königstr 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: . B. Herm. Beyer, Leipzig.
Druck: G. Reusche in Leipzig.

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Leipzig, 18. August 1898. Nr. 522.

Die Zustände, die die französische Revolution verschuldet haben, werden in einem jüngst erschienenen Buche folgendermaßen geschildert:

„Es sei nur beispielsweise auf die überraschenden Aufschlüsse über den Hofhalt Ludwigs XVI. und Marie Antoinettens hingewiesen. Da erfahren wir, daß der erste Küchenchef außer seinem Gehalt noch 84 000 Livres jährlich an „Emolumenten" verdient, daß sich die Oberkammerfrauen der Königin durch den Verkauf angezündeter, nicht ausgebrannter Wachskerzen 50 000 Livres verschafften, daß ein Geheimsekretär mit 900 Franks Gehalt eine Nebeneinnahme von 200 000 Franks genießt, daß der Jagdkapitän von Fontainebleau am Verkauf von Lapins 20 000 Franks verdient, daß die Gouvernante der Kinder des Königs ihr Gehalt bis auf 115 000 Livres hinaufschraubt, daß der Herzog von Gevres an einem einzigen Feuerwerk bei Hofe für Ueberbleibsel, Gerüste usw. 50 000 Thaler profitiert, daß an Pensionen für Hofdamen während einer einzigen Woche 128 000 Livres ausbezahlt werden, während die Offiziere seit langem keine Pension erhalten hatten, daß der Hofhalt der beiden Brüder des Königs 8 300 000 Livres, der der Königin 4 Millionen, der der königlichen Tante 3½ Millionen kostet usw. Wie bereits sind diese aus den zuverlässigsten Quellen gezogenen Ziffern! Welche grelle Streiflichter sollen auf die Gewissenlosen, die eine Hetze, die sie beschüren sollten, bis auf die letzte Flocke ihrer Wolle beraubten! Den schroffen Gegensatz, der sich in der Stellung der höheren Prälaten und des niedrigen Klerus zur revolutionären Bewegung kundgab, kann man erst verstehen, wenn man von Tatsachen in die mehr als ärmlichen Pfarrhäuser geführt wird, deren zwei oder drei steingepflasterte Zimmerchen abscheulichen Kellerräumen gleichen würden, wenn sie nicht für Wind und Wetter offen ständen, — und dann den Luxus der Prälaten kennen lernt, die über pomphafte Paläste und eine halbe Million Rente verfügen, das kostbare Jagdzeug des Bischofs von Evreux, die fatinbekleideten Beichtstühle des Bischofs von Troyes, das übereiche Silbergeschirr des Bischofs von Straßburg usw. Es werden uns nicht nur die Hauptpersonen der Handlung porträtiert, wir schauen das ganze Volk." —

Treitschke beginnt die Besprechung des Buches von v. Beech „Aus alter und neuer Zeit" mit den Worten: „Jahre lang pflegten die deutschen Kritiker in Ermangelung eigener Gedanken bei der Besprechung einer neuen Sammlung vermischter Aufsätze ernsthaft die Frage zu erörtern, ob der Schriftsteller überhaupt das Recht habe, seine zerstreuten Abhandlungen als ein Buch herauszugeben, und es hat lange gewährt, bis das öffentliche Urteil sich endlich vereinigte zu der einfachen Antwort: „Gewiß, wenn die Aufsätze der Aufbewahrung wert sind." Und solch bleibenden Wert haben zweifellos die in dem Werke*) vereinigten Aufsätze über geschichtliche, künstlerische und politische Fragen, dem wir obige Zeilen entnahmen. Aus der nachfolgenden Inhaltsübersicht kann jeder Geschichtsfreund ersehen, ob das Buch auch für ihn Wertvolles enthält: Hippolyte Taine. Der geweihte Degen des Marschalls Daun. Ein armenischer Abenteurer am kurpfälzischen Hofe. Die deutsche Politik während des Krimkrieges. Zur Charakteristik Kaiser Leopolds 1. Ein deutscher Bericht über den Hof Peters des Großen. Die Ehescheidung Napoleons I. und Josephinens. Die Wittelsbachische Hausunion von 1724. Archivwesen und Geschichtsforschung. Der angebliche Mannheimer Verrat von 1791. Erinnerungen eines alten Soldaten aus den Feldzügen von 1809—1815. Die französische Revolution und die bildende Kunst. Das Grabmal Kaiser Ludwigs des Bayern in der Münchener Frauenkirche. Die Bavaria auf der Holzgartenrotunde zu München. Der Grabstein des Orlando di Lasso: Ein Recht, — ein Recht.

*) Geschichtliche Bilder und Skizzen von Prof. Karl Theodor Heigel, München, 411 S., ungebd. 6 Mark, halbltz. 8 Mark.

Parteinachrichten.

Die amtlichen Wahlergebnisse aus folgenden Wahlkreisen fehlen uns noch: Königsberg (Pr.), Ragnit-Pillkallen, Elbing-Marienburg, Danzig, Thorn-Kulm-Briesen, Schlochau-Flatow, Westprignitz, Ruppin-Templin, Prenzlau-Angermünde, Niederbarnim, Westhavelland, Arnswalde-Friedeberg, Landsberg-Soldin, Ost- und Weststernberg, Sorau, Kottbus-Spremberg, Stettin, Pyrit-Saatzig, Bütow-Rummelsburg-Schlawe, Belgard-Schivelbein-Dramburg, Sanmter-Birnbaum, Meseritz-Bomst, Krotoschin-Koschmin, Czarnikau-Filehne, Wirsitz-Schubin, Jowrazlaw-Mogilno, Chlau-Rimptsch-Strehlen, Frankenstein-Münsterberg, Goldberg-Hainau-Liegnitz, Lauban-Görlitz, Kattowitz-Zabrze, Pleß-Rybnik, Mondsheer Seeund Gebirgskreis, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Melle-Twyhoty, Hildesheim, Northeim-Einbeck, Marburg, Oberlahnnus-Höchst, Wiesbaden, Oberlahnkreis-Limburg, Dillkreis, Frankfurt (Main), Bepklar-Altenkirchen, Kreuznach-Simmern, Solingen, Düsseldorf, Essen Duisburg-Mülheim, M. Gladbach, Mörs-Bernkastel.

Außerdem aus den bayerischen Wahlkreisen, in denen antisemitische oder Bauernbunds-Kandidaten aufstraten, aus Stuttgart, Oldenburg-Lübeck, Reuß, Lippe, Lübeck und Bremen.

Wir bitten unsre Leser und Freunde in den genannten oder benachbarten Wahlkreisen uns baldigst die entsprechenden Angaben zugehen zu lassen.

Aus Thüringen. Mit großen Schwierigkeiten hatten unsre Freunde in dem Orte Hellingen (Sachsen-Meiningen) zu kämpfen, als sie Herrn Herm. Kurzhals (Suhl) zu einem Vortrage einluden. Trotzdem bei der letzten Wahl auf Herrn Kurzhals von 123 abgegebenen Stimmen 104 fielen, machte nicht allein der Bürgermeister Schwierigkeiten, sondern sämtliche Gastwirte verweigerten auch die Säle. Die Versammlung mußte deshalb im Freien abgehalten werden. Herr Kurzhals erörterte vor einer großen Zuhörerschaft die nächsten Aufgaben unsrer Partei-Organisation und gründete nach dem Vortrage eine Ortsgruppe, der sofort 55 Mitglieder beitraten. Das ist bereits die vierte Ortsgruppe, die noch den Wahlen im Wahlkreise Meiningen-Hildburghausen ins Leben gerufen wurde.

Peine. Der in Nr. 519 in Aussicht gestellte Prozeß gegen den Krieger- und Landwehrverein findet nicht statt. Herr Weber hatte vorerst die Generalversammlung angerufen und diese hat jetzt mit großer Stimmenmehrheit den vom Vorstande verfügten Ausschluß Herrn Webers nicht gutgeheißen. Wir können eine solche Lösung der für den Verein recht unerquicklichen Angelegenheit nur mit Freuden begrüßen, weil auch wir der Ansicht sind, daß zwischen Welfen und Welfen ein Unterschied zu machen ist. Nicht jeder ist „Reichsfeind", der in welfischem Sinne einen Stimmzettel in die Wahlurne wirft. Und vollends ist diese Bezeichnung dann nicht am Platze, wenn der hannoversche Bauer oder Handwerker nur die Wahl hat zwischen einem nationalliberalen Manchestermann und einem welfischen Adligen. Die „Reichsfeinde" unter den sogenannten Welfen sipen hinter den stadthannoverschen Hervorganen, aber nicht in den Kreisen der Bauern und Bürger. Können jene erst kein Geschäft mehr mit dem Schimpfen auf die „Preußen" (Preuße ist jeder, der nicht ihre Sonder-Ansichten teilt) machen, wird sich die Sachlage bald ändern. Der Hannoveraner ist im wahren Sinne des Wortes hochkonservativ. Das erklärt ganz einfach die „Erfolge" der Welfen!

Sommerliche Stille ist überall im Lebeu der politischen Parteien eingetreten. Diese Zeit ist so recht geeignet, unsren Bestrebungen ohne großen Aufwand an Zeit, Mühe und Kosten Eingang in weiteren Kreisen zu verschaffen. Eine Anzahl Flugblätter ist leicht beschafft. Wo dem Einzelnen solche nicht angängig erscheinen, thut es eine neuere oder ältere Nummer der „Deutsch-Sozialen Blätter", wovon wir gegen Ersatz der Postgebühren umsonst gern eine Anzahl zur Verfügung stellen. Überall wo man verkehrt, lasse man davon ein Stück zurück oder gebe sie Bekannten

Digitized by Google

und Freunden. Alle Adressen, die man während der Ferien oder in der Sommerfrische gesammelt hat, werden durch die Post besichidt. Dabei sind einzelne Stellen oder Artikel durch farbigen Anstrich besonders kenntlich zu machen.

Diese Art der Aufklärung hat uns die Reichspost durch die Drei-Pfennig-Marke leicht und billig gemacht und — was die Hauptsache ist —, sie wirkt sicher, sobald sie planmäßig betrieben wird. Ein Einzelner kann auf diese Weise in kurzer Zeit seine ganze Umgebung bekehren. Als Handwerkzeug ist weiter nichts nötig als einige Drei-Pfennig-Marken, etwas Klebstoff und die entsprechenden Aufklärungsschriften. Der beste Versendungstag ist der Sonntag, weil Montags nirgends politische Zeitungen erscheinen und deshalb die unverhofft erhaltenen Blätter um so leichter gelesen werden.

Also Hand ans Werk!

* * *

Berlin. Der Reichstagsabgeordnete v. d. Gröben-Arenstein, Mitglied des preußischen Herrenhauses, ist ohne Angabe von Gründen aus dem Bunde der Landwirte ausgeschieden. Herr v. d. Gröben war bis vor kurzem Provinzial Vorsitzender für Ostpreußen und pries als solcher wiederholt die Bundessache, die Bundesziele und die leitenden Bundes Männer in den höchsten Tönen. Zu gleicher Zeit hielt er es aber auch für angebracht, die deutschsoziale Reformpartei auf dem Parteitage der Berliner Konservativen in gröbster Weise zu beschimpfen. Wer Herrn v. d. Gröben kannte, wunderte sich damals nicht wenig, daß die Berliner sich gerade ihn als Hauptredner verschrieben hatten. Da sieht die Judenblätter den neuesten Einfall des Herrn v. d. Gröben in langen Erörterungen für ihre Zwecke auszunutzen versuchen, machen wir nur darauf aufmerksam, daß der „Konsul" René aus Stettin zu den näheren Freunden des Herr v. d. Gröben gehört.

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

„Betügerin" nannte der Kaufmann Salo Böhm zu Berlin eine Verkäuferin, weil sie ihm ein Dütz Erdbeeren nicht gegen Gurken umtauschen wollte. Die jüdische Beschwerdeinstanz verfällte Herrn Salo Böhm auch noch dazu, die ertrichtete Strafe dem Mädchen und nicht der Kasse zu zahlen. Diese Juwohnmenheit hat er nun mit sechzig Mark Geldstrafe zu büßen.

Ein Taschendieb wurde im Mai d. J. zu Berlin bei der „Arbeit" abgefaßt. Er nannte sich Seguin Wolf, treibe Aktie und Militärschneider sein. Aktienschneider hieß er aber Marks Heimann und hatte schon allerlei auf dem Kerbholze, weshalb er nun achtzehn Monate auf Kosten der preußischen Steuerzahler in Plötzensee Quartier zu nehmen hat.

Steckbrief. Gegen den Kaufmann Siegmund (anscheinend Simon) Kohn, geboren am 26. Oktober 1857 zu Heisberg, zuletzt in Berlin, Magazinstraße 12a wohnhaft gewesen, jüdischer Religion und Abstammung, welcher flüchtig ist, ist in den Akten U. R. I. 111.98. die Untersuchungshaft wegen schwerer Urkundenfälschung, Betruges und betrügerischen Bankerotts verhängt. Es wird ersucht, den Kohn zu verhaften und in das Untersuchungsgefängnis zu Berlin, Alt-Moabit 12a, abzuliefern. — Besondere Kennzeichen: Augenbrauen: grau; Nase: dick und gebogen, kurzes, starkes Gewicht, etwas nach vorn gemigte Gestalt.

Wer von Juden ist, sieht daran! Zusammen mit dem Rentier Samuel Moses wurde in Potsdam ein Polizeikriminalbeamter verhaftet, weil er sich von den Juden zu einem Amtsvergehen hatte verführen lassen.

Sittliche Juden. Entschossen hat sich angeblich der flüchtig gewordene Kaufmann Emil Meisner aus Magdeburg. Er hatte sich wiederholt an deutschen Kindern vergriffen. —

Eine Anklage wegen Körperverletzung, die gegen den Kaufmann Karl Jobst zu Berlin verhandelt wurde, ergab, daß sein Freund Isidor Levy seine Ehefrau betrunken gemacht, sie dann verführt und den Ehebruch lange Zeit fortgesetzt hatte. Ein netter „Freund"! —

Wegen Verletzung der Fürsorgepflicht sind Julius Heymann aus Niederlangenau und Hermann Abramowsky aus Görlitz zu je 150 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Aufzuführen sind die saubren Maßstäbe aber nicht.

Frau Rosa Adler zu Straßburg (Elsaß) sucht ihren verschollenen Ehemann Fedor Richter zwecks Kuremondversetzung der Vermögensverhältnisse.

Für die **Verleihung eines Prokuraton** wünscht der Kaufmannsbelehlung Bernstein zu Königsberg i. Pr. einer volkstümlichen Bürgerschaft-Einrichtung zwanzig Mark zuwenden. Andernfalls hatte man ihn vor den Kadi geschleppt.

Einen Brand-Assuranz wollte anscheinend der Kaufmann Itzig zu Kulmsee verantwortlich, denn ein Bretenlager fing eines schönen Nachmittags in voriger Woche zu brennen an. Da Hitze aber gleich zur Stelle war, wurde das Feuer rasch gelöscht, wobei man merkte, daß ein Wölweicht die Waren mit Petroleum begossen hatte. Leider konnte kein anderer Schuldiger ermittelt werden, so daß Herr Itzig vorläufig ins Polizei-Gewahrsam kam. Schade um die sechzigtausend Mark Versicherungsgelder!

Im Gerichtsgefängnis zu Zülzelsau befindet sich ein Mann, der vorgiebt Jakob Wurtz zu heißen, in Rußland geboren, Israelit, Kaufmann zu sein und bisher in England und Frankreich als Hausierer durchgegen zu haben. Er trägt ein sichtlich verfälschtes, von der Mairie Epinal ausgestelltes Arbeitsbuch bei sich. Er ist etwa 37 Jahre alt, 1,67 m groß, hat schwarze Haare, schwarzen Vollbart und braune Augen.

Der Aufgenannte bittet um Nachricht über diesen Mann.

Ein nicht seltener Trick der Juden besteht darin, daß sie nach Verübung von Verbrechen verschwinden und von den zurückgebliebenen Angehörigen als tot ausgegeben werden. Irgendeiner irgendwo aufgefunden Leiche wird als die des Ausgerissenen „erkannt" und damit die Thätigkeit der Polizei und der Gläubiger lahmgelegt. Ein solcher Fall machte vor einigen Jahren in Wien von sich reden. Dort verschwand der Bankier Bettelheim und mit ihm eine halbe Million Gulden. Zwei Tage später wurde eine Leiche aus der Donau gefischt, die der Frau von Bettelheim als die ihres Mannes bezeichnete. Die Frau gab sich seitdem auch als Witwe aus. Vierzehn Tage später sahen aber einige Wiener, die sich in Neu-York befanden, den angeblichen Toten in einem dortigen Kaffee, wo eine Verhaftung nicht erfolgte, daß er an seine Frau geschrieben habe. Unterdeß hatte man nichts weiter von ihm gehört. Jetzt hat die Neu-Yorker Polizei einen wegen vieler Betrügereien gesuchten Direktionswechselungs-Agenten Adolf Bodesch verhaftet, in dem ein bei Gericht zufällig anwesender Wiener . . . Herrn Bettelheim erkannte, der nun auch sein Leugnen aufgeben mußte.

Mädchenhändler sind aus Argentinien unterwegs. Die Juden Goldmann und Hersch Bervan haben sich mit dem Dampfer „Lipagne" auf eine „geschäftsreise" nach Europa begeben und werden mit ihren Geschäften das Elsaß, die Schweiz und Österreich-Ungarn unsicher machen. Die Polizeiverwaltung von Buenos-Ayres warnt vor ihnen.

Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat.

In der Zeit vom 24. März bis einschl. 15. April 1898 wurde über folgende Firmen usw. der Konkurs eröffnet:

Kaufmann Benno Herzberg zu Gardelegen. — Emanuel Loeb zu Giesen, früher zu Friedberg. — Kaufmann Hermann Simon, i. Fa. H. Simon & Co. zu Berlin, Heidestr. 57. — Buchhändler Magnus Grün zu Berlin, Stegerlitzerstraße 24 und Alexanderstr. 24. — Kaufmann Samuel Pinkuskohn, i. Fa. S. Pinkuskohn & Co. in Emden. — Kaufmann Salomon Herrer zu München, Baumstr. 6. — Kaufmann Hermann Cohn zu Argenau. — Kaufmann Max Loeser zu Lieg. — Kaufmann Adolf Markus zu Königshütte. — Kaufmann Ferdinand Tichauer zu Teil. — Hofgeschäfter Hermann Feldbach zu Posen. — Kaufmann Isidor Klonower zu Danzig, Holzmarkt 27. — Handelsmann Franz Simon zu Eberfeld. — Margarethe Davidsohn, i. Fa. S. & M. Davidsohn zu Hamburg, Steinbamm 146. — Fabrikant Louis Neumann zu Nienburg (Weser). — Herren-Garderoben-Händler Abraham Satonower zu Erfurt, Marktstr. 27. — Landesprodukten-Händler Samuel Lazarus zu Offenbach (Gien). — Manufakturwaren-Händler Julius David zu Aachen, Markt 47. — Kaufmann Hermann Meyer zu Mannheim, L. 14, 8. — Gehrtel Bernheim, Inhaber der Firma Gebrüder Bernheim, — Schuhwarenfabrikant Hirsch Levy zu Berlin, Gollnowstr. 39. — Kaufmann Adolf Bittner zu Lipine. — Kaufmann Alfred Samuelson zu Hannover, Sedanstr. 27 a. — Kaufmann Isidor Mendel zu Großkommerzit.

Aufgehoben wurden in derselben Zeit nachstehende Konkurse:

Privatmann Bachrach, genannt Bernhard Knopf zu Hamburg. — Kaufmann Willy Wolff Perlmutterhof zu Berlin, Marstallstr. 11 und Ehefrau Frankfurterstr. 86 (Zwangsvergl.). — Kaufmann Max Blumenthal zu Danzig, zweiter Damm 8. — Kaufmann Johann Schefiger zu Schlochau. — Handelsmann Moses Katz, Salomons Sohn zu Diemerode bei Sontra (Zwangsvergleich). — Handelsmann Moses Löwenstein, Isaak Sohn zu Diemerode bei Sontra. — Bankier Moritz Liebschütz zu Altenburg (Zwangsvergl.). — Handelsfrau Riele Salomon, geb. Koppel, i. Fa. W. & R. Koppel zu Hamburg. — Kaufmann Leopold Loeser, früher zu Charlottenburg, jetzt zu Berlin. — Uhrenhändler Joseph Gutmann zu Königsberg, Nr. (Zwangsvergl.). — Kaufmann Liepa Wien zu Braunschweig. — Kaufmann Nathan Nußbaum zu München. — Kaufmann Willy Hirschfeld zu Apolda. — Kaufmann James Behrend zu Berlin, Bülowstr. 58 III (mangels Masse!). — Möbelhändler Hermann Kaufmann zu Köln, Rhein. — Kaufmann David Baruth zu Posen (Zwangsvergl.).

* * *

Im Konkurse des Kaufmanns Max Hamburger zu Berlin werden auf 27 427,28 Mark zugelassene 6172,28 Mark verteilt.

Im Konkurse des Kaufmanns Wolff Cohen-Jaan hat einen „schönen" Konkurs gemacht. Seinen Gläubigern werden nämlich für ihre 12950 Mark kaum $^1/_3$ v. H. zur Verfügung stehen!

Konkurs des Tedenwarenfabrikanten Arthur Weinberger zu Berlin. Auf die nicht bevorrechtigten Forderungen von insgesamt 39 430 Mark werden 9 v. H. entfallen.

Konkurs Julius Kreisner zu Berlin. Gegenüber 529 000 Mark Schulden stehen nur 600 (sechshundert) Mark zur Verfügung!

Konkurs des Kaufmanns Israel Japhet zu Berlin. Auf 5070 Mark kommen 8,83 v. H. zur Verteilung.

Konkurs Leon Nürnberger zu Berlin. Den Forderungen von 13 000 Mark stehen 11 v. H. im Aussicht.

Digitized by Google

Konkurs Kaufmann Moses Kirstein zu Berlin. Die Gläubiger erhalten für ihre 36 500 Mark höchstens 11 v. H.

•

Fünf Wochen vor seiner Zahlungseinstellung bestellte der Kaufmann Jacoby zu Berlin, Rosenthalerstr., noch einen größeren Posten Waren. Die Gläubiger erhielten später nur 14 v. H. ihrer Forderungen, weshalb die zuletzt hineingelockte Firma den Schuldner vor den Strafrichter brachte. Dieser hielt einen Betrug für vorliegend und erkannte auf sechs Wochen Gefängnis.

Jüdische Ritter, Kommissions- und Kommerzienräte usw.

Verliehen wurde: dem Professor an der technischen Hochschule zu Berlin Dr. phil. Hirschwald zu Charlottenburg der Rote Adler-Orden vierter Klasse;

dem Fabrikbesitzer Ernst Elias zu Kottbus der Charakter als Kommerzienrat;

den Rechtsanwälten und Notaren Dr. Apolant, Dr. Israel, Dr. Sello, Stern & Rosenbaum zu Berlin der Charakter als Justizrat;

dem Ober-Ingenieur der Orientalischen Eisenbahnen, Goldstücker, zu Konstantinopel der Großherzl. türkische Medschidje-Orden zweiter Klasse.

•

Ernannt wurde: der Privatdozent Dr. Herm. Hecht zu Berlin zum Kaiserl. Regierungsrat und Mitgliede des Patentamtes;

der Landrichter Hirschberg zu Thorn zum Landgerichtsrat;

die Rechtsanwälte Leyniche zu Lüben und Goldschmidt zu Freiburg i. Schlesien, zu Notaren;

der Privatdozent in der medizinischen Fakultät der Universität Königsberg Dr. Rudolf Lohn zum „Professor";

der Kaufmann Blumenthal in Frankfurt (Main), der Kaufmann Salomon Kauffmann in Breslau, der Kaufmann Scharff in Frankfurt (Main), der Bankier Goldschmidt in Frankfurt (Main), der Kaufmann Jakob Samuel in Stettin zu Handelsrichtern.

•

In die Liste der **Rechtsanwälte** wurden eingetragen: Rechtsanwalt Dr. Isaak Hasburger zu München; Rechtsanwalt Felix Rosenberg aus Berlin zu Hameln; Rechtsanwalt Jakob Schachtel II zu Friedrichsberg bei Berlin; Rechtsanwalt Arthur Rosenfeld zu Berlin; Rechtsanwalt Dr. Emil Hirschfeld zu Berlin.

Neue Bücher.

(Alle hier angezeigten Schriften sind durch unsere Geschäftsstelle, sowie durch jede Buchhandlung zu beziehen.)

Es war zu Kissingen im Jahre 1891, als Bismarck, der fleischlichen Tagesläppse müde, die halb scherzhafte Äußerung that: „Ich wünsche mir nichts mehr auf dieser Welt, als eine passende Grabschrift!" Bald darauf erschienen denn auch in einem kleinen Münchner Verlage gegen achtzig **„Grabschriften auf Bismarck"**. Der Fürst schrieb noch in demselben Jahre aus Varzin an den Verfasser, Max Bewer, voll guten Humors, daß er die Sammlung mit Interesse gelesen, aber doch noch keinen Gebrauch zu machen hoffe! Nun ist er hinübergegangen, und wehmütig stimmen uns jene Grabschriften, wie sie der Eigenart des großen Toten gerecht zu werden suchen. So spielt auf die ungedrochene Kampfluft Bismarcks die Inschrift an:

Nun sied der erste Stein auf Ihn, den Er nicht
zurückschleudern kann.

Von Shakespearescher Färbung sind die nachstehenden Sprüche:

Shakespeare, Speerschwinger,
Nimm die Lanzenspitzen in die Hände!
Streitbar singe und von Bismarcks Ende
Schildre seines Geistes Herrlichkeit!

Der von Geist, wie Hamlet sprühte,
Feurig wie Othello glühte,
Und wie Lydait seine Klinge schlug;
Freundschaft wie Horatio pflegte,
Stolz wie Cäsar sich bewegte,
Den man hier wie Lear zu Grabe trug!

Ferner:

Er war so voller Humor,
Daß er seine Freunde trübselig fand:
Er war so voller Geist,
Daß er seine Feinde ermüdig sand.
Er war so voller Charakter,
Daß er die Welt erdärmlich fand.

Auf Bismarcks wohlverdiente Ruhe endlich geht folgender Spruch:

Sobald der Himmel aufgestürmt,
Liegt rings die Welt im Sonnenschein;
Wie tief und rein muß wohl der Schlaf
Nach diesem Sturm von Leben sein!

Faienverstand und Rechtsprechung. Von Prof. Dr. Danz. Jena 1898. G. Fischer. 128 Seiten. Preis 2,50 Mark.

Ein ausgezeichnetes Buch, das namentlich von jedem deutschen Richter gelesen werden sollte. Es wird darin die Bedeutung und hohe Wichtigkeit der §§ 157 und 242 des Bürgerlichen Gesetzbuches dargelegt, wonach Verträge so auszulegen oder schuldige Leistungen seitens des Schuldners so zu bewirken sind, wie Treu und Glauben mit Rücksicht auf die Verkehrssitte es erfordern. Nur bei richtiger Anwendung dieser Vorschriften durch unsre Gerichte wird, wie der Verfasser übertreffend ausführt, das Ideal aller Rechtsprechung erreicht werden können, daß die Rechtsprechung sich in Einklang mit dem Rechtsgefühl des Volks befindet. Die Ausführungen des Verfassers nötigen, da jedes Volk ein besonders Rechtsgefühl hat, zu dem Schlusse, daß bei Belegung unsrer Gerichte mit jüdischen Richtern eine das deutsche Rechtsgefühl dejedigende Rechtsprechung ausgeschlossen erscheint.

F. B

Briefkasten der Schriftleitung.

Nach Stettin. Besten Dank für die eingesandten Zeitungen.

G. H., Leipzig. Selbstverständlich ist beides unmaßt. Der angebliche „Meineid" ist so oft Gegenstand gerichtlicher Verhandlungen geweiea, daß nur Unverstand oder Bosheit heute noch damit hausieren gehen kann. Und ebenso verhält es sich mit dem Briefe — Wenn jeder im politischen Leben öffentlich auftretende Mann jedesmal Klage erheben müßte, sobald ihm irgendetwas nachgesagt oder untergeschoben wird, dann hiebe den Leuten für andre Arbeit keine Zeit übrig, ganz abgesehen von den Geldosten!

Dr. F., München. Wer Pech angreift, besudelt sich. Unser Kampf geht nach einer andern Richtung! Freundlichen Dank für die Aufschnitte.

Bloedberger. Die Firma Steigerwald & Kaiser ist in guten deutschen Händen.

B.

Gärtner. Osw. Faber, Turngeräte-Fabrik, Leipzig-Lindenau, ist Deutscher.

B.

Eingegangene Anfragen.

Ist „Aliance" in Berlin, Unfallversicherung, in deutschen Händen?

Für die Bücherei des Antisemiten.

O. Beta,

Warum liegen wir Deutsche in den Ketten der Schuldknechtschaft?

Preis 30 Pf.

Zu beziehen durch die **Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstr. 27.** Bei vorheriger Einsendung des Betrages (deutsche und österreichische Marken werden in Zahlung genommen) erfolgt portofreie Lieferung.

Liefere ein Postfaß (9½ Pfund)

feine Leber-, Rot- und Sülzwurst

zu 7,50 M. franko.

H. Glauner, Fleischermstr.

Papenburg b. Leer (Ostfriesl.).

Ferner:

prima Hammelkeule u. Carrés

à Pfund 55 Pf.

Kaufen Sie

keln Planino,

wenn Sie sich noch nicht den Katalog von **August Roth,** Kgl. Portug. u. Fürstl. Lipp. Hof-Pianofabrikant, **Hagen W. Nr. 35,** gratis haben kommen lassen.

Digitized by Google

CAFE MERKUR

Leipzig ★ ★ ★ ★ ★
★ ★ **An der Pleisse 8.**

Geöffnet bis morgens ½4 Uhr.

300 Zeitungen, Depeschen u. Kursberichte, Städte-Adressbücher v. Berlin, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Hamburg-Altona, Halle a. S., Paris, sowie Handels-Adressbücher aller grösseren Staaten liegen zur gefl. Benutzung aus.

Jeden Vormittag Bouillon und Pasteten.

Hochachtungsvoll
W. Rühlemann.

Frankfurt a/M.

Hotel Cölner Hof.
Besitzer: Hermann Laas.
Gegenüber d. rechten Ausgange des Hauptbahnhofes.

60 Zimmer mit 90 Betten bei mäßigen Preisen.

Bier- und Wein-Restaurant.

„Jüdischer Besuch verbeten.“

„Staatsbürger-Ztg.“, „Deutsche Wacht“, „Das Volk“, „Deutsche Zeitung“, „Deutsche Tagesztg.“, „Deutsch-Soziale Blätter“, „Deutscher Michel“ und viele andre deutschgesinnte Zeitungen liegen aus.

Für die Reisezeit:

Meißes u. Schnokkes
Aktuelle Scherze und koschere Schmonzes für's anderwärtige Volk.
Preis 1 M.

Lustige Ringellocken
Eine Sammlung heiterer Erzählungen.
Preis 1 M.
Leipzig. *Herm. Beyer.*

Deutsche Schänke, Leipzig,
Poststrasse 20
empfiehlt kräftigen Mittagstisch und gute Biere.
Gesellschaftszimmer noch einige Tage frei.
Hochachtungsvoll
H. Singer.

Bad Kissingen

Logierhaus Renner
jenseits der Saale
Gartier Straße 24
empfiehlt schön frei gelegene Wohnungen zu billigen Preisen.
Neu angelegter großer Garten.

Wein-Groß-Handlung,
Import von Rum, Arrac, Cognac,
von

Berlin NW., 1 Stendaler-Straße 1.
Fernsprecher: Amt Moabit 1376.
Gegründet 1877.

1893er u. 92er Rhein- u. Moselweine,
p. Fl. oder p. Ltr. von 75 Pf. an.
1868er u. 92er Bordeaux-Weine von 1 M. an, sowie sämtliche in- und ausländische Weine alte, zu billigen Preisen. Für edelste Reinheit garantieren
Schmitz & Co.
Kleine Proben und Preisliste umsonst.

Deutschen Rotwein

selbstgezogen und selbstgekeltert
garantiert rein
flaschenreif und billig
empfiehlt
M. Wolf VI, Weinbauer,
Stadecken (Rheinhessen).
Kirchplatz 45.
NB. **Vertreter** für Rot- und Weißweine stets gesucht.

Bismarck! Bismarck!

Für Postkarten-Sammler:

Bismarck-Glückwunsch-Karte.

Statt 30 Pf. nur 10 Pf., 10 Stück 50 Pf., 100 Stück 3 M.

Gegen vorherige Einsendung des Betrages (deutsche und österreichische Marken werden in Zahlung genommen) erfolgt portofreie Lieferung. Vorrat nur noch gering.

Leipzig. **Herm. Beyer.** Verlags-Buchhandlung.

Unglaublich billig
sind Strümpfe, Socken, Normalwäsche, nur garantirt reine Qualität bei
Oskar Jahn,
Special-Versandhaus, Leipzig,
Poststrasse 16.
— Preisliste kostenfrei! —

Einen großen Dienst leistet man unserem Blatte und unserer Sache, wenn man seine Einkäufe bei solchen Handlungen deckt, die uns durch Ankündigungen unterstützen.

Glagau: „Der Kulturkämpfer“.

Der „Kulturkämpfer“ ist in Bezug auf die Judenfrage ein förmliches **Hand- und Nachschlagebuch**, er liefert **ein wertvolles Waffenmaterial gegen Israel.**

Wir können Glagaus Schriften aber nicht nur allein mit einem Zeughause für „Geisteswaffen gegen das Judentum“ bezeichnen, sondern müssen auch hervorheben, daß die Hefte in allen Sachen der **Sozialpolitik** ein maßgebendes Nachschlagewerk bilden.

Da nun einige Hefte vergriffen sind, so liefere ich bis auf weiteres **100 verschiedene Hefte für 10 M.** Jedes einzelne Heft ist vollständig in sich abgeschlossen und bildet, namentlich bei einem so billigen Preise, ein wertvolles „Verbreitungsmittel unserer Gesinnung“.

Da der Vorrat jedoch bald gänzlich vergriffen sein dürfte, so bitte ich möglichst bald zu bestellen. Es bietet sich Ihnen eine wohl nie wiederkehrende günstige Gelegenheit, Ihre Bibliothek zu bereichern.

„Der Kulturkämpfer“, herausgegeben von Otto Glagau, ist und bleibt eine Zierde jeder Bibliothek.

Mit deutschem Gruß

Herm. Beyer, Leipzig, Königsstraße 27.

Auch durch jede Buchhandlung zu beziehen.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königsstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: i. V. Herm. Beyer, Leipzig.
Druck: G. Reusche in Leipzig.

Digitized by Google

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Leipzig, 25. August 1898. Nr. 523.

Zu meinem fünfzigsten Geburtstage,

am 21. August d. J., sind mir aus allen Gegenden Deutschlands freundliche Glückwünsche, Grüße, Gedichte, Blumenspenden u. dergl. m. in überaus großer Anzahl zugegangen.

Aus allen Kundgebungen klingt erfreulicherweise als gemeinsamer Grundton ungebrochener Kampfesmut und fester Glaube an den endlichen Sieg unserer Sache heraus.

Ich sage allen Vereinen und Einzelpersonen, die mich durch ihre Zuschriften erfreut und geehrt haben, herzlichen Dank. Mit meiner Gesundheit geht es wieder gut, und so darf ich hoffen, noch einige weitere Jahre auf meinem Posten ausharren zu können.

Wir haben Alle „keine Zeit, müde zu sein".

Gr. Lichterfelde, 23. August 1898.

Max Liebermann v. Sonnenberg.

Winke für die preußischen Landtagswahlen.

Urwähler ist jeder selbständige Preuße, der das 24. Lebensjahr vollendet hat, im Vollbesitz der bürgerlichen Rechte ist und keine Armenunterstützung erhält. Wählen darf er in der Gemeinde, worin er seit sechs Monaten seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat.

Die Urwähler werden nach Maßgabe der von ihnen zu entrichtenden direkten Staatssteuern (Klassensteuer, klassifizierte Einkommensteuer, Grundsteuer, Gebäudesteuer und Gewerbesteuer) gemeinde- oder bezirksweise in drei Abteilungen geteilt. Auf jede fällt ein Drittel der Gesamtsumme der Steuerbeträge aller Urwähler.

Zu diesem Zwecke hat die Gemeinde eine Urwählerliste aufzustellen, die drei Tage lang öffentlich auszulegen ist. Jedermann ist berechtigt, während der drei Tage die Richtigkeit oder Vollständigkeit der Liste anzuzweifeln. Die Einwendungen müssen schriftlich oder zu Protokoll angebracht werden.

Bei jedem einzelnen Namen in der Urwählerliste ist der Steuerbetrag anzugeben, den der Urwähler in der Gemeinde entrichtet.

Ist die öffentliche Auslegung beendet, werden die Abteilungen in folgender Weise ermittelt. Die Urwähler sind der Höhe ihrer Steuern nach zu verzeichnen, und zwar der Höchstbesteuerte zuerst. Ist die Gesamtsumme aller Steuern berechnet, werden die Steuersummen der einzelnen Urwähler so lange zusammengezählt, bis das erste und dann das zweite Drittel der Gesamtsumme der Steuern erreicht ist. Die Urwähler, auf die das erste Drittel fällt, bilden die erste Klasse, die zum zweiten Drittel gehören, die zweite Klasse und alle übrigen nebst denen die keine Steuern zahlen, die dritte Klasse.

Jede Klasse hat ein Drittel der Wahlmänner zu wählen, die in der betreffenden Gemeinde oder dem Bezirke überhaupt zu wählen sind. Ein Wahlmann entfällt auf 250 Seelen und kein Urwahlbezirk darf weniger als 750 und mehr als 1749 Seelen umfassen.

Zur Wahlhandlung sind sämtliche Urwähler des Urwahlbezirkes zu einer vom Landrate oder der Gemeinde bestimmten Stunde des Wahltages zusammenberufen. Vor der Wahl sind die einschlägigen Bestimmungen des Gesetzes vom 30. Mai 1849 und der Verordnung vom 4. September 1882 und dann sämtliche Urwähler der Reihe nach zu verlesen. Jeder nicht Stimmberechtigte hat das Wahllokal zu verlassen. Nunmehr werden Protokollführer und Besitzer vom Wahlvorsteher ernannt und der Protokollführer ruft die Urwähler der dritten Klasse auf. Jeder einzelne Urwähler hat an den Tisch zu treten und den oder die Wahlmänner genau zu bezeichnen, denen er seine Stimme geben will. Der Protokollführer muß die Namen neben den Namen des Urwählers sofort eintragen. Der Urwähler ist aber berechtigt, diese Eintragung selbst zu machen.

Gewählt ist der Wahlmann, der mindestens eine Stimme über die Hälfte aller abgegebenen Stimmen erhalten hat, es ist also unter Umständen eine Stichwahl zwischen den beiden Wahlmännern nötig, die die meisten Stimmen auf sich vereinten. Kein Urwähler darf deshalb das Wahllokal vor Verkündigung des Ergebnisses verlassen, will er nicht den Gegnern den Sieg erleichtern. In der Wahlversammlung dürfen weder Besprechungen stattfinden, noch Beschlüsse gefaßt werden.

Die Urwahlbezirke sind so abzugrenzen, daß höchstens sechs Wahlmänner darin zu wählen sind, und daß die Zahl der Wahlmänner durch drei teilbar ist. Läßt sich dieses nicht ermöglichen und bleibt ein Wahlmann übrig, so wählt ihn die zweite Abteilung; bleiben zwei übrig, so kommt einer zur ersten und einer zur dritten Abteilung.

Wahlmann kann jeder stimmberechtigte Wähler des betreffenden Urwahlkreises werden ohne Rücksicht auf die Klassen-Einteilung. Die dritte Abteilung kann sich ihren Wahlmann also aus der ersten nehmen und die erste aus der dritten.

Die gewählten Wahlmänner sind von dem Wahlvorsteher entsprechend zu benachrichtigen und haben binnen drei Tagen zu erklären, ob sie die Wahl annehmen. Diese Erklärung können sie auch sofort mündlich im Wahllokale abgeben.

Zur Wahl des Abgeordneten werden sie schriftlich vom Wahlkommissar eingeladen. Genau wie bei der Wahlmänner-Wahl wird der Einzelne aufgerufen. Er muß dann an den Tisch des Wahlkommissars treten und den Namen des Wahlfähigen nennen, den er wählen will. Wahlfähig ist jeder Preuße, der das dreißigste Lebensjahr vollendet hat, die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt und mindestens ein Jahr dem preußischen Staatsverbande angehört. Die Wahl erfolgt nach absoluter Stimmenmehrheit.

Für Urwähler und Wahlmänner ist bei der Wahl als Hauptbedingung zu merken: Pünktlich im Wahllokal erscheinen, laut und deutlich den Namen des Wählenden zu sagen und sich nicht eher zu entfernen bis der Wahlvorsteher die Wahl für beendet erklärt.

H. v. Gerlach und die Wahrheit geraten allmählich auf immer gespannteren Fuß mit einander. In dem wiener Blatte „Die Zeit" hat er sich, wie wir den „Mitteilungen aus der Judenschutztruppe" entnehmen, folgendermaßen über die deutschen Antisemiten geäußert:

„Die Antisemiten sind von 16 Mandaten auf 10 hinabgeglitten. Für eine junge Partei ist ein solcher Verlust zwar nicht der Tod, aber eine unheilbare Wunde. Sie haben sie redlich verdient. Was diese Partei an Verhetzung, Unwahrhaftigkeit, wirtschaftlicher Nichtständigkeit und politischer Unreife geleistet hat, darin kann keine andere mit ihr konkurrieren. Im Reichstage nimmt man sie schon lange nicht mehr ernst. Auch im Lande, wo sie bisher vielfach vom Volksinstinkt getragen wurde, wird die Wahlniederlage lähmend für sie wirken. Daran kann das nichts ändern, daß sie einen sehr tüchtigen Mann hereinbekommen hat, den Porzellanmaler Raab aus Hamburg. Das ist ein Mann voll wirklichen Verständnisses für die Arbeiterfrage. Aber gerade weil er das ist, birgt sein Eintritt in die antisemitische Fraktion den Keim zu den schwersten Zerwürfnissen in sich. Daß Raab sich den Liebermann v. Sonnenberg und Dr. Vielhaben, diesen nichts — als — Mittelstandspolitikern und Rückschrittlern fügen sollte, ist nach seiner Vergangenheit nicht anzu-

Digitized by Google

nehmen. Lebhafte Auseinandersetzungen sind unausbleiblich. Die bisherigen Führer der Antisemiten konnten bei der Kunde von Raabs Erfolg ausrufen: O weh! wir haben gesiegt."

Gerlach muß wissen, daß die thatsächlichen Angaben in dieser Notiz falsch sind. Die Fraktion der deutschsozialen Reformpartei im Reichstage hatte nie 16 Mitglieder, sondern am Schlusse der Session nur zwölf. Meint Gerlach also die Fraktion, so hat sie nur zwei Mandate verloren. Hat er aber alle antisemitischen Abgeordneten bei seiner Behauptung im Auge gehabt, so stimmt die Angabe wieder nicht. Er muß dann auch die beiden Fraktionslosen mitzählen. Dann giebt es zwölf Antisemiten im gegenwärtigen Reichstag und der Verlust beträgt vier. Die Wahl des Abg. Raab hat bei den „bisherigen Führern" ganz außerordentliche Freude hervorgerufen und Herr Raab selbst wird auf Wunsch dem Herrn v. Gerlach gern bestätigen, daß der Abg. von Liebermann mit gutem Erfolge für die Wahl im Kreise Flensburg thätig gewesen ist.

Im übrigen mag sich v. Gerlach trösten. Die Herren Raab, von Liebermann usw. werden noch treu Schulter an Schulter fechten, wenn v. Gerlach durch die Zwischenstufe der Sozialdemokratie hindurch längst bei einer „Partei" angelangt sein wird, die nur noch aus ihm allein besteht.

Parteinachrichten.

Wiederholt bitten wir unsre Freunde und Leser, alle erreichbaren amtlichen Wahlergebnisse, insbesondere solche aus den in voriger Nummer aufgeführten Wahlkreisen, umgehend an unsre Schriftleitung (Berlin NW. 5) einzusenden.

Das wirksamste Mittel zur Aufklärung der Massen ist die Presse. Wir kämpfen für wahres Christentum, Deutschtum und deutschnationale Politik. Tapp bitten wir um den Beistand unsrer Freunde. Mögen sie überall die „Deutsch-Sozialen Blätter" empfehlen, sie unermüdlich in den Gasthäusern, Bahnhofs-Buchhandlungen usw. forden. Wo die „Deutsch-Sozialen Blätter" nicht gehalten werden, bringe man auf ihre sofortige Bestellung. Nehme man sich hierin das Verhalten unsrer Gegner zum Vorbilde!

Der fünfzigste Geburtstag unsers Herausgebers hat einer ganzen Anzahl von Zeitungen Gelegenheit zu freundlichen Kundgebungen geboten. So schreibt z. B. die „Heimat" des Herrn Dr. Lindström: Am 21. August vollendet der Reichstagsabgeordnete Max Liebermann von Sonnenberg sein fünfzigstes Lebensjahr. Im Namen der Heimatleser und aller niedersächsischen Gesinnungsfreunde bringen wir unserm verehrten Vorkämpfer zu diesem Tage den herzlichsten Glückwunsch dar. Es giebt ja wenig Städte im Sachsenlande, in denen er nicht schon mannhaft und freudig für die wirtschaftliche und nationale Reform unsers Volkes gewirkt hätte. Jubelnde Begeisterung ist ihm zu Nord und Süd, in Ost und West zuteil geworden; aber auch so mancher ist durch ihn zu ernsterer, treuerer Arbeit für sein Volkstum wachgerufen worden. Es sind nicht wenige unter uns, die am 21. August ihm herzlich Dank wissen für das, was er ihnen im deutschen Namen gebracht hat.

Wir treiben keinen Personenkultus, aber das wollen wir doch rückhaltlos heute aussprechen, es stände schimm, sehr schimm um unser Volk, wenn es nicht mehr solche Männer hätte, wie er einer ist, Männer, die rücksichtslos ihre ganze Kraft, ihr Geld und Gut, ja oft ihren guten Namen um des Vaterlandes willen in die Schanze werfen, Männer, die unerschrocken nach unten wie oben die Stimme der deutschen Nation zur Geltung bringen.

Herr von Liebermann hat wie wenige den Haß und die Feindschaft seiner Gegner erfahren, er ist auch wie wenige von unverständigen und unlauteren Leuten aus den eigenen Reihen geschmäht und angegriffen worden. Nun möge heute an seinem Ehrentage das Bewußtsein ihn erheben und starken, daß tausende und abertausende im deutschen Volke dankbar und treu zu ihm stehen und ihre Wünsche dahin vereinigen: Gott erhalte ihn uns wie bisher: tapfer und freudig, wehrhaft und treu! Heil unserm Liebermann!

Der Gesamtvorstand der deutschsozialen Reformpartei hält am 28. d. M. zu Gotha eine Sitzung ab, in der auch über den Ort des nächsten Parteitages Bestimmung getroffen wird.

Magdeburg. Nach einer Haft von beinahe ein Monat ist endlich der Schriftleiter der „Sachsenschau", Herr B. Kreutz, aus dem Gefängnis entlassen worden. Welche Umstände die Staatsanwaltschaft zu diesem Schritte veranlaßt haben, ist noch nicht ausreichend bekannt geworden.

Polizei und Politik. Unser Parteigenosse Herr Georg Weber zu Peine ist nun doch durch eine außerordentliche Generalversammlung des Kriegervereins aus diesem ausgeschlossen worden und zwar angeblich (wie die „Hannoversche Post" mitteilt), auf Grund nachstehender polizeilicher Verfügung:

„In einer am 22. Juni stattgehabten öffentlichen Versammlung hat nach einer Rede eines sozialdemokratischen Agitators, der die nicht zur Stichwahl gekommenen Parteien zum Eintritt für den welfischen Reichstagskandidaten aufforderte, das Mitglied des Vereins, Kaufmann Georg Weber, eine Rede gegen die Wahl des zur Stichwahl stehenden reichstreuen Kandidaten gehalten und unter anderem wörtlich erklärt, er könne die Welfen nicht für Reichsfeinde halten und, wenn er auch den Kandidaten derselben nicht empfehlen wolle, so würden seine Parteifreunde am 24. doch wissen, was sie zu thun hätten. Mit dieser Rede ist Herr Weber für die Wahl eines Welfen thätig eingetreten, des Anhängers einer Partei, deren Ziel die Zertrümmerung des preußischen Staates in seinem jetzigen Bestande bildet, deren Bestrebungen landesverräterische sind. Sein Verhalten setzt sich in Widerspruch mit der Pflege und Bethätigung der Liebe zu Kaiser und Reich, König und Vaterland. Da bedauerlicherweise die Generalversammlung des Vereins am 6. d. M. die Entfernung des p. Weber und dem Verein nicht gebilligt hat, ersuchen wir nunmehr um Ausschluß desselben innerhalb einer Woche bei Meidung der Auflösung des Vereins als Kriegerverein und der Entziehung des Rechts zur Führung der Fahne."

Wir können vorläufig an einen Polizei-Ulk mit solchem Wortlaute nicht glauben. Sollte er aber wirklich ergangen sein, so bedarf im Reichs- und Landtage Aufklärung darüber verlangt werden. Zunächst hätte aber das zuständige Gericht zu entscheiden.

Herr Jakobskötter hat auf dem dreizehnten deutschen Schneidertage zu Kassel die Einführung der Zwangs-Innungen und des Befähigungsnachweises gefordert. Am 31. März 1897 trat der Abg. Jakobskötter im Reichstage für die neue Handwerkerordnung ein, die nichts von dem Befähigungsnachweis enthält. Bei dieser Gelegenheit betonte der Abg. Jakobskötter, er habe sich immer für den Befähigungsnachweis „im milderen Sinne" ausgesprochen, weil er nicht für alle Gewerbe dieselben Folgen habe. Als notwendig bezeichnete der Abg Jakobskötter damals den Befähigungsnachweis nur für die Gewerbe, bei denen „es sich um ein öffentliches Interesse handelt", er hatte da z. B. das Baugewerbe im Auge.

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Rheinpfennig hat der Kaufmann Hugo Freudenberg zu Berlin einen Apotheker, der es nur rund zehntausend Mark prellte. Das Geld sollte als Sicherheit für eine Verkaufsofferte in der Berliner Gewerbe-Ausstellung bei der Berliner Bank hinterlegt werden. Freudenberg verbrauchte es aber. Hierin sah das Gericht Betrug und Unterschlagung und schickte den bereits vorbestraften Schwindler auf zwei Jahre ins Gefängnis.

Gegen die Botschrift verfuhrte der Kaufmann Eduard Löwenberg zu Berlin leicht entzündbare Knallpatronen durch die Post. Das Packet ging bereits auf dem Potsdamer Bahnhofe in Trümmern und verletzte einen Postschaffner sehr schwer. Trotzdem leugnete L. wurde, daß Löwenberg die beabsichtigte Bestimmung genau kannte, kam er doch mit der geringen Geldbuße von 150 Mark weg.

Wegen Verletzung der Wehrpflicht werden gesucht: Benjamin Weil aus Weilhausen, zur Zeit in Mexiko, Ernst Bloch aus Büttlenheim, zur Zeit in Amerika, Alfons Leyser aus Gießweiler, Leopold Levy aus Scharrachbergheim, Moritz Guthmann und Max Kohn aus Straßburg (Elsaß).

Im Namen des Königs! In der Strafsache gegen den Fahrradhändler John Possel-burg zu Frankfurt (Main), geboren am 14. Dezember 1862 zu Arwa, Jude, wegen Vergehens gegen das Warenzeichen-Gesetz, hat die erste Strafkammer des Kgl. Landgerichts zu Frankfurt (Main) in der Sitzung vom 23. Februar 1898 für Recht erkannt: Angeklagter wird wegen Vergehens gegen das Gesetz zum Schutz der Warenbezeichnungen verurteilt zu einer Geldstrafe von dreihundert Mark im Unvermögensfalle

Digitized by Google

zu einer Gefängnisstrafe von sechzig Tagen und zur Tragung der Kosten des Verfahrens.

Bezüglich der im Besitz des Angeklagten befindlichen, mit „Pionier“ oder „Posselburg's Pionier“ bezeichneten Fahrräder und Preisisten wird auf Beteiligung dieser Kennzeichnung erkannt.

Der Kaufmann M. Lohmeyer zu Posen ist bringt, die Verurteilung des Angeklagten auf dessen Kosten durch je einmalige Einrückung des entscheidenden Teils die es Urteils in den „General-Anzeiger der Stadt Frankfurt (Main)“ und den „Deutschen Reichs-Anzeiger“ binnen einem Monat nach Zustellung einer Ausfertigung des rechtskräftigen Urteils an den Kaufmann M. Lohmeyer in Posen öffentlich bekannt zu machen.

B. B. B.

Einen fahrlässigen Meineid schwur der Fabrikant Adolph Merzbach zu Darmstadt. Dafür erhielt er vier Wochen Gefängnis. — Unser Schriftsteller bilam für eine einfache Beleidigung eines jüdischen Fabrikanten einen Monat Gefängnis!

Ausgerissen und in Konkurs ist Herr Mose S Simon aus Neuteningen. Seine Ehefrau sendert ihm behufs Güterverwaltung vor Gericht. Hoffentlich wird diese bald ausgesprochen, damit die Ehefrau nicht zu lange getrennt sind.

Einen „Winkelkonsulenten“ nannte der Rechtsanwalt Schachtel II den Kaufmann Siegmund Wissenstädt, der des unlauteren Wettbewerbs angeklagt war. Da er ein solche Thätigkeit niemals ausgeübt hatte, war Herr Wissenstädt über diese falsche Bezeichnung seines Stammvergnügen natürlich sehr erbost. Bei einem Diner im Hotel Continental verlieh er seiner Entrüstung Herrn Schachtel gegenüber „schiegenden“ Ausdruck. Das kostet ihm jetzt zwanzig Mark.

Stilische Juden. Der 73jährige jüdische Hopfenhändler Baer aus Heidelberg wurde in Mannheim zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, weil er sich an einem zwölfjährigen Mädchen vergriffen hatte. Die Juden hatten die Sache durch Geld zu vertuschen versucht, doch war die Staatsanwaltschaft dreist dahinter gekommen. Der alte Wollüstling ist gegen eine Sicherstellung von zehntausend Mark leider auf freiem Fuß gelassen.

Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat.

In der Zeit vom 16 bis einschl. 30. April 1898 wurde über folgende Firmen usw. der Konkurs eröffnet:

Ehrlean des Kaufmanns Isidor Mayer, Hedwig, geb. Guthelm, i. Fa. H. Mayer zu Frankfurt (Main), Bornheimerlandstr. 54. — Kaufmann Max Sterneberg zu Kreseld. — Kaufmann Moritz Stern, i. Fa. M. Stern & Sohn zu Lüdenberg (Rhld.). — Kaufmann Salomon Lichtenfelder zu Frankfurt (Main), Reinecktr. 21. — Kaufmann Adolf Hollaender zu Königshütte (Oberschles.). — Ehefrau Mathilde Mannheimer, geb. Hirschfeld, i. Fa. M. Mannheimer zu Hamburg, Langestr. 69. — Schuhwarenhändler M. Guttmann Sohn zu Wilhelmsburg (Elsaß). — Zigarrenhändler Max Littwitz zu Berlin, Naunynstr. 6, und Stallgeschr. 108. — Kaufmann Hermann Wolff zu Schöneberg, Erdmannstr. 10. — Wittwe Eva Goldschmidt zu Tolkemit. — Handelsfrau J. Jacoby zu Wanne. — Kaufmann Samuel Levy zu Andorf (Bayern). — Eisenschleifer Marcus Elis zu Pfinnberg. — Kaufmann Rudolf Nachmann zu Tremessen. — Kleiderhändler J. M. Hechmann zu Weinheim. — Kaufmann Max Rosenberg zu Hannover. — Kaufmann John Frankenthal zu Altona (Elbe), gr. Bergstr. 61. — Kaufmann Leo Schwarz, i. Fa. J. Hirschfeld Nachf. zu Hersfeld. — Kaufmann David Schatzkell zu Gumbinnen. — Kaufmann Josef Behrendt zu Schöneberg bei Berlin, Helmstr. 1. — Kaufmann Ph. Rosenthal zu Grauderz. — Ehefrau von Aron Levy, Lvo, geb. Laemi zu Mülhausen (Elsaß). — Kaufmann Adolf Oberschütz zu Nauen. — Kaufmann Moses Bissenberg, geb. Kozminska zu Posen. — Kaufmann Hermann Rosendorff zu Berlin, Brunnenstr. 14 und 185. — Kaufmann Siegfried Königsberger zu Wohlau. — Kürschnermeister Isidor Lewin zu Wongrowitz. — Schuhwarenhändler Jakob Markowski zu Berlin, Wollmeistr. 27 a.

Aufgehoben wurden in derselben Zeit nachfolgende Konkurse:

Kaufmann Isidor Israel, i. Fa. Geschwister Sternberg Nachf. zu Erfurt (Zwangsvergl.). — Kaufmann Alexander Kallmann zu Kulmsee. — Kaufmann Paul Jacobsohn zu Wartenburg. — Kaufmann Max Mendes zu Insterburg, Sa. — Getreidehändler Louis Kassirer, i. Fa. Kleinkopenhagen Znd. Carl Schultze & Co. (!) zu Dresden. — Gutmann & Weisch, Schirmfabrik zu München (Zwangsvergl.). — Leopold Levy & Felix zu Straßburg, Elsaß (Zwangsvergl.). — Handelsfrau Helene Goldstein zu Zülow (Zwangsvergleich). — Kaufmann Gustav Landau zu Gumbinnen (Zwangsvergl.). — Hausierer Isaac Feldmann zu Zabern, Elsaß (Zwangsvergl.). — Ehefrau Benjamin & Kamilla Bloch zu Zabern, Elsaß. — Herrengarderobenhändler Wolf Torczyner zu Bremen (Zwangsvergl.). — Kaufmann Jacob Moses zu Strasburg (Zwangsvergl.). — Kaufmann Carl Lewin zu Halle, Saale. — Kaufmann M. Simon zu Wilhelmshaven (Zwangsvergl.). — Handelsfrau Jenny Marcus zu Magdeburg, Jacobstr. 46. — Kaufmann Julius Abrahheim, i. Fa. Julius Heimann sen. zu Brandenburg, Havel (Zwangsvergleich). — Witze Wally Heidbrink zu Erfurt.

*

Berichtigung. Der Kaufmann Karl Pieck zu Tilsit (vergl. Nr. 520) ist Deutscher.

*

Konkurs des Kaufmanns Moritz Cohn & F. W. Cohn jr. zu Berlin. Ten Forderungen ohne Vorrecht von etwa 122 000 Mark stehen 28,4 v. H. in Aussicht.

Jüdische Ritter, Kommissions- und Kommerzienräte usw.

Verliehen wurde: dem Direktor des Exportverbands deutscher Maschinenfabriken und Hüttenwerke Felix Moral zu Berlin das silberne Ritterkreuz des Königlich griechischen Erlöser-Ordens;

dem Redakteur Ludwig Feldermann zu Baden das Ritterkreuz des Kaiserl. österreichischen Franz-Josef-Ordens;

dem Schauspieler Adalbert (Abraham P.) Strisser bisher am Kgl. Theater zu Kassel die schwerzburg-sondershausensche silberne Medaille für Verdienst um Kunst und Wissenschaft am blauen Bande;

dem Rechtsanwalt Dr. L. Oppenheim zu Mainz der Rote Adler-Orden vierter Klasse.

*

Ernannt wurde: der Gerichtsassessor Saling (Berlin) zum Landrichter in Prenzlau;

der Gerichtsassessor Dr. Bloch (Posen) zum Amtsrichter in Soldau (Ostpr.);

der Regierungsassessor Dr. Heimann zu Köln (Rhein) zum Regierungsrat;

der Rechtsanwalt Lewinsky zu Neumark (Westpr.) zum Notar.

*

Berichtigung. Der Bizefeuil Moritz Marx zu Moskau (vergl. Nr. 521) ist Deutscher, sein Bruder war sogar preußischer Offizier.

Mosaik.

Lauft nicht in die Judenslaben! Einen Hausburschen, der wegen Stellenlosigkeit die fällige Rate für einen in dem Abzahlungsgeschäfte von S. Oswald zu Dresden, Marienstraße 12, gekauften Anzug nicht bezahlen konnte, schrieb die Firma: „Falls ich nicht innerhalb 24 Stunden in den Besitz der bereits am 1. fällig gewordenen Rate gelange, gebe ich telephonisch Auftrag, Sie wegen Kreditbetruges zu verhaften. Wer pumpt, muß bezahlen. Mir ist es nur Recht, wenn Sie sofort das Geld schicken Verstanden? S. Oswald.“ Gegenüber dieser Drohung wäre es wohl angebracht, wenn die Staatsanwaltschaft sich mit dem Inhaber der Firma, Herrn Siegfried Simon Lewkowicz, etwas näher beschäftigte. —

„Gänzlicher Ausverkauf wegen Geschäftsaufgabe“ stand an dem Schaufenster der Handlung von C. J. zu Clausnitz zu lesen. Als aber jemand eine in diesem Schaufenster mit 50 Pf. ausgezeichnete Schleife haben wollte, wurde ihm in wenig höflichem Tone die Auskunft: „Die sind nicht im Ausverkauf und kosten jetzt 60 Pf.“ Nun entfernte sich natürlich der Käufer und bemerkte dabei, daß er zu dem Preise auch wohl in andern Geschäften kaufen könne. Antwort des Juden: „Dann wünsche ich Ihnen viel Glück. Sie sehen ja überhaupt gleich so dumm aus!“ —

Von **„konkurrenzlosen Preisen“** ist in einer Reklame die Rede, die ein Spremberger Tuchversand-Geschäft verbreitet. An der Spitze der „Anerkennungen“ steht eine solche von „Meister Julius Krojch, Reichstagsabgeordneter“ und die Reklame liegt der nationalsozialen „Hilfe“ bei!

Firmen-Verschleierung. Als Inhaber der Firma B. & J. Joseph zu Berlin ist eingetragen der Kaufmann Simon Bogen. —

Frau Liebelt (!) Abrahamsohn ist alleiniger Inhaber der Firma L. Abrahamsohn zu Berlin und hat dem Kaufmann William Abrahamsohn Prokura erteilt. —

Das Handelsgeschäft Ph. Rosenkranz zu Charlottenburg ist unter unveränderter Firma auf Frau Dora Rosenkranz, geb. Abraham übergegangen. —

In das Berliner Firmenregister ist eingetragen die Firma Vereinigte Norddeutsche Verbandsstoff- und Gummiwaren-Fabrik Ludwig Spielhagen mit dem Sitze zu Berlin und als deren Inhaber der Kaufmann Max Rosenbaum zu Berlin. —

Weiter: Die Firma H. Kirsten und als deren Inhaberin Frau Henriette Kirsten, geb. Jacobsohn, zu Berlin. Dem Kaufmann Moses Kirsten zu Berlin ist für diese Firma Prokura erteilt. —

Das „Brandenburger Tageblatt“, das bisher „Kahle & Co.“ firmierte, ist in Schiemann & Co. umgewandelt. Inhaber sind: Kaufmann Adolph Altenhum (dem die alte Firma allein gehörte!) und Redakteur Paul Schiemann. —

„Rheinisches Warenhaus E. Schmidt & Co.“ nennt sich eine Firma zu Ratingen, deren Gesellschafter Lisar Schmul und Hermann Heymann heißen!

Digitized by Google

Sie handeln mit Allem! Zwischen Haus- und Küchengeräten stellt der jüdische Bogar von A. Münzer zu Krefeld im Schaufenster Weihwasser-Töpfchen. Kruzifixe usw. aus. Außerdem giebts Leckerbissen aller Art zu schauen.

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. Aus Frankfurt (Main) sind eine Anzahl jüdische aus Galizien stammende Hausierer ausgewiesen. Sie machten hauptsächlich Oberhessen unsicher. —

Die Kaiserin von Oesterreich, deren Lieblingsdichter Heinrich Heine ist, wird bei ihrer Kur in dem deutschen Bade Nauheim von dem jüdischen Arzte Dr. Schott behandelt. —

Am Kurtheater zu Reichenhall giebt augenblicklich der Schauspieler Adalbert Steffter Gastrollen, der ein wiener Jude sein soll und bisher dem kgl. Theater zu Kassel angehörte. Infolge seines „großen Erfolgs" in dem bayerischen Bade durfte er dort vor der Prinzessin Marie von Schwarzburg-Sondershausen „Vortragsabende" abhalten und wurde dann wiederholt zur Hofloge gezogen. —

In dem Bade Brinkenau (Unterfranken) sind 70 v. H. der Badegäste Juden. Das geht ja noch über Heringsdorf und Norderney! —

Briefkasten der Schriftleitung.

B., Berlin. Ausschnitte aus der „Hilfe" und der „Kreuzztg." erhalten. Die Anzeige „Lunge und Hals" ist von uns schon wiederholt als großer Schwindel gekennzeichnet. Sie wird aber gut bezahlt!

Nach Suhl und Duisburg. Ich vermisse Antwort auf meine letzten Anfragen.

Alle Zuschriften für die Schriftleitung sind nur nach Berlin NW. 5 zu richten, da sonst Irrtümer und Verspätungen unausbleiblich sind.

Für die Bücherei des Antisemiten.

O. Beta,

Wir und die Konservativen.

Mit einem Tableau der Bodenbesitzreform.

Preis 20 Pf.

Zu beziehen durch die **Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstr. 27.** Bei vorheriger Einsendung des Betrages (deutsche und österreichische Marken werden in Zahlung genommen) erfolgt postfreie Lieferung.

Bad Kissingen

Logierhaus Renner

jenseits der Saale

Garitzer Straße 24

empfiehlt schön frei gelegene Wohnungen zu billigen Preisen.

Neu angelegter großer Garten.

Kaufen Sie

keln Planino,

wenn Sie sich noch nicht den Katalog von **August Roth,** Kgl. Portug. u. Fürstl. Lipp. Hof-Pianofabrikant, **Hagen W. Nr. 21,** gratis haben kommen lassen.

Vergleichen Sie

alle Angebote in Herrenkleiderstoffen in Bezug auf **Auswahl, Qualität und Preise,** dann kaufen Sie bestimmt bei

Christian Günther

Leipzig-Plagwitz

Fordern Sie mit 5 Pfg-Karte kostenlose Zusendung von Mustern.

Deutsche Schänke, Leipzig,

Poststrasse 20

empfiehlt **kräftigen Mittagstisch** und **gute Biere.** Gesellschaftszimmer noch einige Tage frei.

Hochachtungsvoll *H. Singer.*

CAFE MERKUR

Leipzig ★ ★ ★ ★ ★

★ ★ **An der Pleisse 8.**

Geöffnet bis morgens 1/4 4 Uhr.

300 Zeitungen, Depeschen u. Kurberichte, Städte-Adressbücher v. Berlin, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Hamburg-Altona, Halle a. S., Paris, sowie **Handels-Adressbücher** aller grösseren Staaten liegen zur gefl. Benutzung aus.

Jeden Vormittag Bouillon und Pasteten.

Hochachtungsvoll

W. Rühlemann.

Frankfurt a. M.

Hotel Cölner Hof.

Besitzer: **Herrmann Caas.**

Gegenüber d. rechten Ausganges des Hauptbahnhofes.

60 Zimmer mit 90 Betten bei mäßigen Preisen.

Bier- und Wein-Restaurant.

Jüdischer Besuch verbeten.

„Staatsbürger-Ztg.", „Deutsche Wacht", „Das Reich", „Deutsche Zeitung", „Deutsche Tageszig.", „Deutsch-Soziale Blätter", „Deutscher Michel" und viele andre deutschgesinnte Zeitungen liegen aus.

Wein-Groß-Handlung,

Import von Rum, Arrac, Cognac, von

Eine Flasche trägt Nete

Etiquette als Schutzmarke.

Berlin NW., I Stendaler-Straße 1.

Fernsprecher: Amt Moabit 1376.

Gegründet 1877.

1897er u. 98er Rhein- u. Moselweine, p. M. über 2. Ltr. von 70 Pf. an.

1895er u. 96er Bordeaux-Weine von 1 M. an, sowie sämtliche in- und ausländische Weine usw. zu soliden Preisen. Für absolute Reinheit garantieren

Schmaltz & Co.

Kleine Proben und Preisliste umsonst.

Wer einmal Bolan versucht hat, wird ihn sicher seinen Bekannten empfehlen.

Bolan.

Ein hochmoderner Cerevisit für feine Anzüge und Überzieher. **Bolan** verhindert Ölrost und Kammgarn, ist vorzüglich-apart und sehr haltbar.

Prachtvolle Musterwahl auf Verlangen frei unter Kreuzband.

Man adressiere:

Bertzkes' Tuchhaus in Düren 1

(Rhy. Rachen.)

Etwa nicht gefallende Stoffe nehme auf meine Kosten zurück. Also kein Wagnis.

Viele freiwillige Anerkennungen.

In Güte und gerne umtauschen wir.

Deutschen Rotwein

selbstgezogen und selbstgekeltert

garantiert rein

flaschenreif und billig

empfiehlt

M. Wolf VI, Weinbauer,

Stadecken (Rheinhessen),

Kirchplatz 45.

NB. **Fertreter** für Rot- und Weißweine stets gesucht.

Liefere ein Postpfund (9½ Pfund)

feine Leber-, Rot- und Sülzwurst

zu 7,50 M. franko.

H. Glauner, Fleischermstr.

Papenburg b. Leer (Ostfriesld.).

Ferner:

prima Hammelkeule u. Carrés

à Pfund 55 Pf.

Unglaublich billig

sind **Stahlspitz, Sodens, Normalwäscher,** nur garantiert feinste Qual., bei **Oskar Jahn,** Spezial-Versandhaus, **Leipzig,** Poststrasse 10. — Preisliste kostenfrei! —

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe, Berlin NW. 5, Kruppstr. 13. Druck: G. Reusche in Leipzig.

Digitized by Google

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Leipzig, 1. September 1898. Nr. 534.

Parteinachrichten.

Berlin. In der „Deutschen Ztg." vom 23. v. M. ist zu lesen: „Aus Kreisen der deutschsozialen Parteileitung werden wir ersucht mitzuteilen, daß die Aufstellung des Herrn Professor Förster im Kreise Prenz-Saarbg nicht von der deutschsozialen Reformpartei ausgeht." — Wir stellen fest, daß kein Mitglied der Parteileitung diese Mitteilung in der „Deutschen Ztg" veranlaßt hat. Prof. Förster gehört seit geraumer Zeit der deutschsozialen Partei nicht mehr an und kann deshalb von ihr auch nirgends aufgestellt werden. Eine entsprechende Erklärung wäre also vollständig überflüssig. —

Der Gesamtvorstand der deutschsozialen Reformpartei hat in seiner letzten Sitzung zu Gotha beschlossen, den allgemeinen Parteitag zum 8., 9. und 10. Oktober nach Kassel einzuberufen. Als Tagesordnung ist festgestellt:

1. Rechenschaftsbericht über die Thätigkeit der Reichstagsfraktion und der Parteileitung. Berichterstatter: Abg. Liebermann von Sonnenberg.
2. Wahl der beiden Vorsitzenden.
3. Beratung über die Mittelstandsfrage. Berichterstatter: die Abgg. Werner und Müller.
4. Die preußischen Landtagswahlen. Berichterstatter: Abg. Werner.
5. Berichte der Landtags-Abgeordneten, des Kassenwarts und der Kassenrevisoren.
6. Wahl der Kassenrevisoren.
7. Bericht über die Wahlen. Berichterstatter: Abg. Liebermann von Sonnenberg.
8. Bericht über die organisatorischen Beschlüsse des Vorstandes und der Parteileitung. Berichterstatter: Abg. Dr. Vielhaben.
9. Verschiedenes.

Anträge für den Parteitag sind bis zum 30. September an die Hauptgeschäftsstelle zu Berlin, W. 35 einzusenden. Später einlaufende Anträge werden nicht mehr in die Tagesordnung aufgenommen.

Antisemitischer Verein „Einigungsmarke". Unter diesem Namen wurde am 28. v. M. zu Gotha eine neue Vereinigung gegründet, die für die Agitation und den Ausbau der deutschsozialen Reformpartei die erforderlichen Geldmittel aufbringen will. Mitglied des Vereins kann jeder Deutsche werden, der sich als Anhänger der Partei bekennt. Der Jahresbeitrag ist auf fünf Mark festgesetzt, wovon ein Fünftel für den Verein selbst verwendet wird, während je zwei Fünftel zur Agitation und zur Bildung eines Wahlfonds benutzt werden. Dieser darf nur bei allgemeinen Wahlen angegriffen werden. Der Verein hat seinen Sitz in Berlin. Anfragen usw. sind an die Hauptgeschäftsstelle (Berlin W. 35) zu richten. Sämtliche Teilnehmer an der Gesamtvorstandssitzung zu Gotha sind dem Verein sofort beigetreten.

Über nationalliberale Kampfesweise schreibt uns ein alter Handwerksmeister: Herr Georg Weber (Pleine) soll aus dem Kriegervereine ausgeschlossen werden, weil er die Weisen nicht ohne weiteres als Reichsfeinde betrachtet wissen will. In die Generalversammlung dem Ansinnen des Vorstandes nicht Folge giebt, schickt man dem Verein die Polizei auf den Hals und setzt auf diese Weise den Ausschluß durch. Das geschieht in einer Zeit, in der durch alle Zeitungen die Nachricht geht, daß der letzige Bethenführer Windthorst einst zur Schmälerung eines preußischen Ministerfestes ausersehen war! Als Minister kann ein Weise werden, wenn aber ein Antisemit in der Stichwahl zwischen einem Weisen und einem Nationalliberalen diesem nicht aus der Patsche helfen will, muß er aus dem Kriegerverein ausgestoßen werden. Und wenn die Mitglieder sich den nationalliberalen Wünschen nicht gleich gefügig zeigen, wird die Polizei geholt zur Abstrafung des unangenehmen Gegners, und zur Abschreckung für Andre!

In solcher persönlichen Schädigung der Antisemiten seitens der Nationalliberalen scheint System zu liegen. Fast aus allen Wahlkreisen, wo sich Judengegner und Nationalliberale gegenüberstanden, stößt man auf Fälle, aus denen man schließen muß, daß in der Hauptsache zwei Mittel gegen uns angewandt werden: allgemeine Lügen über die Partei und Schädigung der einzelnen Personen. Davon aus der Leipziger Wahlbewegung einige Beispiele.

Daß die nationalliberalen Flugblätter voll von Unwahrheit waren, versteht sich bei dieser Partei von selbst. Sie erklärte z. B., die Antisemiten wären mit Sozialdemokraten Hand in Hand gegangen, ohne auch nur eine Spur von Beweis vorzubringen. Unter den Aufrufen waren eine Menge Namen zu finden, deren Träger niemals um ihr Einverständnis gefragt oder sogar seit längerer Zeit verstorben waren. Als ein ehrbarer Milchhändler diese Angelegenheit in einer Versammlung zur Sprache brachte, bezichtigte man ihn am Wahltage (!) in einer Anzeige der Unwahrheit. Er selbst wurde als „Milchfieber" bezeichnet, welcher Titel jedenfalls gewählt war, um den Mann in den Verdacht eines unehrlichen Geschäftsbetriebes zu bringen. Unterzeichnet war die Anzeige von dem Kassierer des Völkerschlacht-Denkmals! — Wie schützen wir uns gegen derartige Räubereien? Gelehrtaten bezahlen jene Herren mit Leichtigkeit, weil sie es ja dazu haben. Deshalb wäre gegen derartige Ehrabschneidereien eigentlich das „Fonfirecht" am Platze, sonst schlachtet die Spitzschaft ungestroft einen nach dem andern von unsern Gesinnungsgenossen ab.

Oder weiß jemand noch ein wirksameres Mittel?

Chemnitz. Die hier erscheinende „Sächs. Bürgerztg." giebt seit dem 1. d. M. zusammen mit dem Buchdruckereibesitzer Karl Boßler zu Einsiedel unter dem Namen „Einsiedler Anzeiger" ein neues Lokalblatt heraus. Es ist für das untere Zwönitzthal bestimmt und wird zur Einführung während des Monats September an alle Haushaltungen des Verbreitungs-Bezirks unentgeltlich vertheilt.

Hannover. In der Schlosser-Innung hielt Herr Dr. Lindström am 22. v. M. auf allgemeinen Wunsch einen belehrenden Vortrag über das neue Handwerkergesetz. Die anwelenden Innungsmeister schienen der Zwangsinnung zuzuneigen.

Magdeburg. Über seine Erlebnisse in der Zwangshaft sprach am 25. v. M. Herr Redakteur B. Kreutz vor einer zahlreich besuchten Versammlung des deutschsozialen Reformvereins.

Professor Dr. Paasche, der bei den allgemeinen Wahlen in Meiningen und Rostock glänzend durchfiel, hat nun doch noch ein Mandat errungen. Bei der Ersatzwahl in Kreuznach-Simmern an Stelle des verstorbenen Abg. von Cuny fielen auf ihn von 8777 abgegebenen Stimmen 8293, während Professor Virchow nur 212 erhielt.

Hamburg. Den Rabattgesellschaften will man hier jetzt energisch zu Leibe gehen. Eine Versammlung des Eilbeker Bürgervereins, in der Herr Rechtsanwalt A. M. Jacobsen die Schädlichkeit dieser Gesellschaften beleuchtete, nahm folgende Entschließung an: „Die Versammlung erklärt, daß die unbeschränkte Gewerbefreiheit zu vielen Auswüchsen im Erwerbsleben geführt hat, daß insbesondere das System der Warenrabatt-Gesellschaft als ein verwerfliches bezeichnet werden muß, weil dadurch ein unlauteres Geschäftsgebahren in weitestem Umfange verbreitet wird. Die Versammlung erklärt sich im Prinzip gegen jedes Rabattgeben und bittet die gesetzgebenden Faktoren zwecks Abwehr der unsolden Eingriffe in das Erwerbsleben, Branchen-Organisationen mit gesetzlichem Schutz zu versehen, wodurch allein Auswüchse, wie das System der Warenrabatt-Gesellschaft, im Kreise der Interessenten beseitigt werden können."

Digitized by Google

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Schwindelbank. Vor einigen Jahren machte die Bankfirma Kupz & Co. zu Berlin, Friedrichstr. 25/26 viel von sich reden. In marktschreierischen Anzeigen und dickstrichigen Lettern führte sie dem Publikum die „Vorteile" der Termin-Spekulationen vor Augen und bot sich zugleich als sichere Depotstelle für Privatkapitalien an. Mancher Gimpel wird auf diesen Leim gekrochen sein, denn wir fanden die Anzeigen sogar in deutschnationalen Blättern. Als das Geschäft nicht mehr ziehen wollte, entstand aus Kupz & Co. die „Allgemeine deutsche Kredit- und Effekten-Versicherungsbank", die auf ihren Aktien bescheinigten, daß sie von Kupz & Co. 420000 Mark erhalten habe. Der andere Teilhaber war Eugen Lachs, dem aber merkwürdigerweise beide Firmen gehörten, wenn auch die Aktien der Versicherungsbank von einem Moritz Meyer ausgestellt waren. Eugen Lachs machte in unsauberer Geschäfte, daß ihn bald die Berliner Börse ausschloß, und jetzt ist er sowohl als Moritz Meyer von der Bildfläche überhaupt verschwunden. Gerichtsvollzieher und Staatsanwalt haben das Nachsehen und die vielen Gläubiger erst recht. Der angerichtete Schaden soll sich auf Millionen belaufen, die Dummen sind unter den Juden natürlich nicht zu finden! Der Bankhändigkeit halber mag hier erwähnt werden, daß der Schwiegervater von Eugen Lachs, ein Schuhwarenfabrikant Bernhard Bohlauer, wegen Anstiftung zum Meineide aus Breslau entfloh. Der gestellte Bürgschaft ist er damals im Stich.

Ausgerissen ist der Kaufmann Simon Schindler, zuletzt in Berlin, Neue Grünstr. 23 wohnhaft, ohne drei Wechsel über je hundert Mark bezahlt zu haben. Der Gläubiger, Bureauvorsteher Hasse, läßt ihn jetzt gerichtlich verfolgen.

Steckbrief. Gegen den Kaufmann Jacob Ifldor Simanfan, geboren am 13. Mai 1853 zu Allenstein, zuletzt in Waldmannslust a. Nordbahn in Stellung, welcher flüchtig ist, ist in den Akten 1. K. II. 204. 98 die Untersuchungshaft wegen Verdachts dess. Anstiftung zum Betrug verhängt. Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das Untersuchungsgefängnis zu Berlin, Alt-Moabit 12a, abzuliefern.

Der Gerechte erbarmt sich seines Viehes. Dem „Tägl. Anzeiger" zu Darmstadt wird berichtet: „Einen Akt schrecklicher Viehvorgesessenheit hatten jüdische Händler begangen. Vierzehen Kuhkälber auf dem Darmstädter Viehmarkt neun Stück meist trächtiges Vieh. Dasselbe wurde am Dienstag Vormittag 11 Uhr bei größter Hitze verladen und der vollgepfropfte Wagen dicht verschlossen. Als er abends 7 Uhr auf dem Bahnhofe Höchst eintraf, hatte sämtliches Vieh den Erstickungstod gefunden. Es war ein grauenhafter Anblick, die verendeten Tiere zu betrachten; die Köpfe waren hoch gerichtet, gleichsam nach Luft schnappend, und der ganze Leib sowie die Geschlechtsteile aufgetrieben. Herr Assistent Spieß machte sofort am Gerichte Anzeige, und hier die Sache somit an gerichtliches Nachspiel haben und die Händler (wegen Tierquälerei) eine gebührende Strafe empfangen. Man findet es begreiflich, daß die Herren nun niemand bedauern werden."

Josef Baruch Rosenbusch, Baruchs Sohn zu Borken, ist „z. Z. in unbekannter Ferne abwesend" — wie das Amtsgericht zu Marburg schreibt — und hat dabei eine Kuh sich angeeignet, die einem Ackermann aus Gombeth rechtlich gehört. Herr Baruch soll deshalb in Marburg an Gerichtsstelle erscheinen. Ob er es wohl wird?

Ein internationaler Bauernfänger wurde von der Strafkammer zu Aachen auf einige Zeit unschädlich gemacht. Er nennt sich Harrach Bruno, will Holländer sein und wurde verhaftet, als er in einem Trödlergeschäft ein mit Diamanten besetztes Armband zum Kaufe anbot. Aber den Erwerb desselben zowie einer Goldbrosche, der sich bei ihm vorfand, vermochte er bis nicht nachweisen. Dagegen wurde noch festgestellt, daß er kurz vorher auch eine mit Diamanten besetzte goldene Vorsteckadel zu verkaufen versucht hatte. Über die Persönlichkeit des Verhafteten konnte Definitives nicht in Erfahrung gebracht werden; es besteht eine überraschende Ähnlichkeit mit dem im Verbrecher-Album befindlichen Bilde eines berüchtigten englisch-jüdischen Taschendiebes. Auch Lage der Sache wurde er nur wegen einfacher Hehlerei verurteilt und erhielt sechs Monate Gefängnis.

Falsches amerikanisches Geld hat im Wiesbaden ein Fremder, der sich Ludwig Hesse aus Minneapolis nannte, verausgabt. Der angebliche Hesse wird geschildert als etwa 1,69 m groß, schwächtig, mit schwarzem, gekräuseltem Haar ohne Scheitel, schwarzen Schnurrbärtchen, etwas gebogener Nase, gebildeter Gesichtsfarbe, jüdischem Aussehen. Er trägt bellgrauen Anzug, Umlegtragen, weiße Weste, schwarze Lackschuhe, weiche Glanzschuhe und spricht verschiedene Sprachen.

Wegen Verletzung der Wehrpflicht wird gesucht: der Kaufmannslehrling Meyer Kaufmann aus Lissnik bei Bernkastel, Sohn Wolff aus Neuerbach (Kr. Heidenheim), Handlungsgehilfe Benno Julius Burg aus Breslau, Handelsmann Samuel Marx aus Bindheim, jetzt zu Lyon, Händler Salomon Kahn aus Bollweiler, Nathan Dreyfuß und Joseph Isaac aus Schweiler.

Einen Schwurrer sucht der Großherzogl. Untersuchungsrichter zu Mannheim mit folgender Bekanntmachung: In der Zeit von Anfang März bis Ende Juni d. J. verübte ein sogenannter Schwerzjude, der angebliche Jakob Goldstein aus Russland, in Mannheim und Umgebung in der Stelle Schwindeleien, daß er evangelische Prediger auftuchte und sich von ihnen durch die Vorspiegelung, er sei aus Russland seines Glaubens willen ausgewiesen worden, wodurch er sein ganzes Vermögen verloren habe, in Deutschland sei er evangelischer Christ geworden und wolle ein solides Geschäft anfangen, wozu ihm die nötigen Barmittel fehlten, teils barer Geldbetrag, teils Empfehlungsschreiben an evangelische Glaubensgenossen ausfolgen ließ, die er sodann ebenfalls aufsuchte und in derselben Weise beschwindelte. Ich ersuche alle die Personen, an welche der angebliche Goldstein sich in der angegebenen Weise gewendet hat, die Kriminalpolizei dahier hievon zu benachrichtigen. Das Deutsch dieser Bekanntmachung ist gerade nicht besonders, aber Herr Goldstein wird es wohl verstehen und sich schleunigst dünne machen.

Jüdisches Familienleben. Die Ehefrau Julius Rosenbaum, Sidonie, geb. Frank, zu Meiningen, vertreten durch Rechtsanwalt Landa zu Eisenach, klagt gegen ihren Ehemann, den Kaufmann Julius Rosenbaum, früher in Meiningen, zur Zeit ohne bekannten Aufenthaltsort, wegen grober Beleidigungen, Bedrohungen usw. mit dem Antrage auf Ehescheidung.

Mosaik.

Wie's gemacht wird. Unter dieser Spitzmarke bringt der „Kunstwart", dessen Auslieferung für Berlin übrigens der Verlag von B. Behr, Inh. Dr. Bloch (!), hat, in seiner ersten Juli-Nummer die nachstehende bemerkenswerte Notiz: „Das folgende hübsche Stückchen erfahren wir spät, aber es ist doch bestens, es wird jetzt noch, als gar nicht festgenagelt. In der „Neuen Musik-Presse" hatte Ziegler aus Berlin nicht allzu günstig über die Meiningensche Hofkapelle berichtet. Darauf schrieb die Meiningensche Intendanz an das Wiener Blatt in einem ausführlichen Briefe, sie würde es gerne halten, wenn es das Fiegesche Urteil durch Aufnahme eines den Thatsachen besser entsprechenden Artikels rektifizieren wolle. Also der köstliche Preis eines ganzen lebendigen Abonnenten für ein bischen — nun, wie nennen wir's gleich? Was für Gesinnungslumpen müssen die meisten Litteraten sein, daß ein Herr vom Theater so etwas wagen kann! Aber der Herzogl. Sachs. Meiningensche Intendant kennt ja die Journalistik, heißt er doch Paul Lindau." — Das ist ein nettes Stückein aus dem schon so lange spielenden Drama „Die Juden in der Kunst".

Welche Ausdehnung der Wasserkopf Berlin nimmt, beweist die Vorlage des Magistrats, behufs Erbauung eines neuen großen städtischen Bureau-Dienst-Gebäudes zusammen 32 Grundstücke in der Jüden-, Parochial- und Stralauerstraße anzukaufen. Dabei umfaßt das zu klein gewordene Berliner Rathaus allein ein ganzes Straßenviertel!

Indenlicht. Am 21. April ist zu Breslau die Gesellschaft „Hera Internationale Gesellschaft für Acetylenbeleuchtung, Abteilung Schlesien, Gesellschaft mit beschränkter Haftung" handelsgerichtlich eingetragen. Als Gesellschafter werden bezeichnet: Banquier David Staub zu Königshütte, Kaufmann Julius Jaredi, Kaufmann Siegmund Sachs, Bankier Georg Bohlauer, praktischer Arzt Dr. Martin Chopen, Bankier Isidor Freund, Rentier James Rosenthal, Professor Dr. med. Julius Braut, Bankier Benas Keller und Kaufmann Max Jaredi, sämtlich zu Breslau. Geschäftsführer der Gesellschaft sind: Herrmann Graf von Posadowsky-Wehner und Kaufmann Alfred Fabian zu Breslau. — Alles Männer jüdischen Blutes, denn auch der Graf Posadowsky ist Halbjude.

Herr Paul David Fischer, Untersekretär a. D., ist in den Vorstand des Zoologischen Gartens zu Berlin eingetreten.

Die Tantieme des aus neun Personen bestehenden Aufsichtsrats der Gesellschaft für elektrische Unternehmungen zu Berlin betrug im letzten Rechnungsjahre 135 203,67 Mark, so daß auf jedes Mitglied rund vierzehntausend Mark entfallen. Der Aufsichtsrat setzt sich aus folgenden Herren zusammen: Bankier Alfred Lent, Sigismund Born, Herrmann Bachstein, Konsul Eugen Gutmann, Robert Imelmann, Regierungsrat a. D. Gustav Köhler, Kommerzienrat Isidor Loewe, Direktor Louis Magee, Direktor Richard Michelet, sämtlich zu Berlin wohnhaft. Die Gesellschaft baut oder betreibt keinerlei elektrische Unternehmungen, sondern kauft nur Aktien andrer Gesellschaften auf, um Kursgewinne und Dividenden dabei herauszuschlagen. Sie besitzt auf diese Weise Aktien von Straßenbahnen in Deutschland, Österreich-Ungarn, Italien, Belgien, England, Argentinien und Chile. Das Großkapital findet doch immer neue Wege, sich zu bereichern!

Firmen-Verschleierung. Inhaber der Firma S. Rosenbaum zu Menden ist der Kaufmann Robert Eichengrün. —

Zur Vertretung der am 1. April zu Berlin begründeten offenen Handelsgesellschaft Waltz & Co. ist nur der Mitinhaber Kaufmann Max Altmann berechtigt, während der Mechaniker Louis Waltz nichts zu sagen hat. —

Digitized by Google

Die Gesellschafter der Firma „Goldwaren-Industrie Belmonte & Co" zu Berlin sind der Kaufmann Israel Abendana Belmonte und der Goldarbeiter Adolf Levy. Letzterer darf allein die Firma vertreten! —

Ernst Schulz, Drahtzaunfabrik zu Berlin, ist in die Hände des Kaufmanns Georg Pintus übergegangen, der das Geschäft unter unveränderter Firma fortsetzt. —

Der Kaufmann Max Wolfsohn zu Beuthen (Oberschlesien) hat die Firma J. Schlesinger erworben. An dem Namen der Firma wird nichts geändert. —

Die Handelsgesellschaft M. Ebinger & Co. zu Berlin ist aufgelöst. Der Kaufmann Julius Goldschmidt zu Berlin setzt das Handelsgeschäft unter unveränderter Firma fort. —

In das Firmenregister zu Berlin ist mit dem Sitze zu Berlin eingetragen die Firma Kreckows Patent-Tisch-Fabrik S. Gellhaar und als deren Inhaber der Kaufmann Sally Gellhaar zu Berlin.

Wie tief ist Frankreich gesunken? Drei Fuß! (Dreifuß.) — Wer hat die Papiere? Either hat sie! (Etherhaz.)

Ein netter Jugendbildner. Der Oberlehrer Adalbert Lorenz zu Eichelsberg (Kr. Eger), der sich als tschechischer Deutschenfresser sehr bemerkbar machte, zeigte am 14. Januar d. J. „gramgebeugt" das Ableben seiner „unglücklichen Gattin" an. Am 3. Februar hat er bereits den Bezirksschulrat zu Eger um Urlaub für seine Trauung mit seiner Wirtschafterin Margaretha Englert und am 5. August konnte er die freudige Nachricht von der Geburt einer Tochter mitteilen!

Begangene Fehler können besser nicht entschuldigt werden, als mit dem Geständnis, daß man als solche wirklich sie erkenne.

Sozialdemokratisches Beweismittel. Die „Genossen" haben in Mannheim zwei Brauereien in Verruf erklärt. Vorsitzender der Verrufs-Kommission ist „Genosse" Kleiderhändler und Jude Albert Süßkind. Jüngst soll dieser in einem Kaffee zu Mannheim und kam mit einem Fruchthändler aus Schwetzingen über den Verruf in ein Gespräch. Da der Schwetzinger nicht der Meinung des „Genossen" Süßkind war, schlug ihn dieser mit der Faust ins Gesicht, daß sofort Blut floß. Der tapfere Maltakäber wird sich demnächst vor Gericht zu verantworten haben.

Die Kasseler Haferkakao-Fabrik Hausen & Co. zu Kassel bildeten die Herren Siegmund Rahmer, Georg Krüger und J. Berlit. Letzterer ist jetzt ausgetreten und erklärt seinen Austritt in der „Kolonialwaren-Ztg." damit, daß Herr Siegmund Rahmer „wegen Betrugs, Urkundenfälschung, betrügerischen Bankrotts und andrer Vergehen zu langjähriger Zuchthausstrafe und langjährigem Ehrverlust verurteilt worden war." Herr J. Berlit war bei der letzten Reichstagswahl der Hauptreiber gegen die Kandidatur Schad. Vielleicht sieht er heute ein, daß der Antisemitismus doch etwas Berechtigung hat.

Jüdische Arbeitgeber. In einer Gerichtsverhandlung zu Kiel wurde festgestellt, daß eine junge Verkäuferin bei der Firma Gebr. Behr (Neumünster) monatlich fünfzehn Mark „Gehalt" erhielt! Inhaberin dieser menschenfreundlichen Firma ist eine Frau Isaak. —

Mit den Kosenamen „verruchte Bande" und „Rindvieh" belegt Herr David Karfiol in Firma Gebr. Karfiol zu Magdeburg seine weiblichen Angestellten. Ein junges Mädchen, die Herrn Karfiol weder besuchen noch mit ihm ausgehen wollte, wurde recht schmeichelhaft mit „Miststück" bezeichnet.

Wahnsinn oder höchste Intelligenz? Die Richter zu X. beschäftigten unlängst eine Irrenanstalt. Eine Patientin überreichte ihnen eine Schrift, worin sie zu beweisen suchte, daß sie bei gesundem Verstande sei. Nachdem die Richter die Anzeichnungen teilweise durchgelesen hatten, gelangten sie zu dem Schlusse, daß die ungeheuerlichen Redensarten der Schreiberin allein schon einen Beweis für ihren Irrsinn lieferten. Bei einer sorgfältigeren Untersuchung der Bittschrift entdeckte man aber, daß sie . . . fast wörtlich dem Leitartikel einer der gelesensten Zeitungen der Stadt entnommen war!

Die Arbeiter-Ausstände in Österreich haben im Jahre 1896 den feiernden Arbeitern einen Lohnverlust von 717 000 Gulden, 2372 Arbeiter unfreiwillig zum Aufhören gebracht und 3517 Arbeiter brotlos gemacht. Welche Summe von Elend stellen diese Zahlen dar!

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. Auf einer vor der Speisewirtschaft von Samuel zu Kottbus, Lausitzerstr. 5, angebrachten schwarzen Tafel stand am letzten Donnerstag zu lesen: „Schweinsklöhen mit Glöfern". Sollte das vielleicht „Schweinsknochel mit Klößen" bedeuten, fragt unser Gewährsmann. Wir glauben nicht, denn alles schweinerne ist doch unkoscher! —

Zum Generalpostmeister von Kuba habe die Amerikaner den Juden Louis Kempner aus Newyork gemacht. Die Kubaner kommen also vom Regen in die Traufe. —

Der Apotheker Julius Mendelsohn zu Schidelbein darf sich mit obrigkeitlicher Erlaubnis künftig „Bubde" nennen. —

Die in voriger Nummer erwähnte Aktien-Gesellschaft „Neues Hanfinvertet" bietet ihre Aktien dem verehrlichen Publikum mit einem Aufgeld von 17 v. H. an. Das macht bei 3 600 000 Mark Aktienkapital die Kleinigkeit von 612 000 Mark, die die Gründer einheimsen, ehe sie dafür etwas geleistet haben. Den seitenlangen Prospekt dieser neuen Bodenverteuerungs-Gesellschaft bringen als Anzeige zu gleicher Zeit „Deutsche Tageszig.", „Tägl. Rundschau", „Staats-Ztg." und „Deutsche Zeitung". Die „Tägl. Rundschau" enthält in derselben Nummer verschiedene Artikel gegen die Hausbesitzer und die Wohnungsverteuerung in Berlin. —

Eine traurige Folge der antisemitischen Verhetzungsperiode nennt die „Allgem. Ztg. des Judentums" die Ausweisung einer Anzahl russischer und galizischer Juden aus Frankfurt (Main), weil diese Maßregel auf Grund einer Denunziation von jüdischer Seite erfolgt ist. —

Der Leiter des Sängervereins zu Lasdehnen (Ostpreußen) ist ein Jude (getauft) und noch dazu der einzige, den der Flecken seiner Zeit aufweisen konnte. Bei der Bannerweihe des Vereins im Juli d. J. hielt der . . . Pfarrer Mai die Festrede. Sollte in Lasdehnen wirklich kein christlich-deutscher Musikverständiger zu finden sein? —

In einer Gesellschaft kam vor einiger Zeit die Rede auf das Blatt „Berliner Aktionär" und dessen Geschäftspraxis. Ein Berliner jüdischer Professor wurde auch um seine Meinung gefragt. Die Antwort lautete mit einer entsprechenden Handbewegung: „Ach, das ist Judenblatt!" —

Den roten Adler-Orden vierter Klasse erhielt der Rechtsanwalt Dr. L. Oppenheim zu Mainz, dem der Verwaltungsrat des dortigen Militär-Kasinos jüngst die Prozeßführung gegen einen früheren Ökonomen übertragen hatte. Diese Ordens-Auszeichnung wird gewöhnlich den höheren Subalternbeamten nach langjähriger vorzüglicher Dienstführung bei Versetzung in den Ruhestand verliehen.—

Herr Isidor Löwy, Wäsche-Ausstattungs-Magazin zu Breslau, giebt in den Zeitungen bekannt, daß die bei ihm für die Ausstattung der Prinzessin Feodora von Sachsen-Meiningen angefertigte Wäsche in seinem Geschäftslokale öffentlich ausgestellt ist. —

Den Ofthalfohn, der zur Zeit Schüler des Technikums zu Jlmenau ist, giebt sich überall als Rumäne und rumänischer Offizier aus. Er hat sich sogar in der Uniform des zweiten rumänischen Genie-Regimentes photographieren lassen. Auf eine Anfrage der in Jlmenau studierenden wirklichen Rumänen hat der Oberst des Regiments geantwortet, ein Offizier Ghidalfohn sei im Regimente unbekannt. Der edle Don hat also mächtig gestunkert, er ist weiter nicht als ein . . . rumänischer Jude!

Der Juden Traditionen sind so, daß sie uns hassen müssen; nicht individuell, aber in unserm Prinzip. Denn wir sind die Anhänger und Nachfolger des Gottes, den sie gekreuzigt haben. Diese Kreuzigung setzen sie fort, so viel an ihnen ist, indem sie die Lehre vom Kreuz zu vernichten suchen. In der Litteratur und Journalistik, in den schönsten Künsten und Wissenschaften wimmelt es von Juden, die zum Teil mit Gewinn und Talent, zum Teil mit frecher Unwissenheit, jeder in andrer Weise, das Christentum zerfetzen, verfälschen, beengen, ignorieren, verleumden, verhöhnen, mit einem Worte: das Ihre thun, um es zu beseitigen.

(Ida Gräfin Hahn-Hahn.)

Digitized by Google

Briefkasten der Schriftleitung.

H. Füge. Für die schöne Ansichtskarte vom Nordseestrande besten Dank. Hoffentlich bekommt Ihnen die Kur recht gut. Freundl. Gruß! Ihr H. B.

Pfarrer, Lehen. Dank für Ihre Karte vom Zionisten-Kongreß in Basel. Erkannten denn die Juden Sie nicht? Heil! Ihr B.

D., Kottbus. Freundlichen Dank!

Kl., Lzg. Die „Deutsch-Sozialen Bl." sind die einzigen gewesen, die die Lotterie-Geschichte mit Kuellenangabe abgedruckt und dadurch weiter verbreitet haben. Die Nr. 20 ist das zweite Stück, das ich von dem Blatte in die Hände bekomme. Wir empfehlen alles, was dem wahren Deutschtum förderlich sein kann. Leider finde ich in der übersandten Nummer eine Juden-Anzeige!

Assessor H. Gewünschte Liste erscheint demnächst. Ihre Beschaffung ist nicht leicht. Besten Dank! Sind Sie versetzt oder auf Urlaub?

x². Sie befinden sich immer noch in dem Irrtum, daß wir dort besondere Verbindungen hätten. Mit W. haben wir gar keine Beziehungen. Wo diese liegen, zeigen unsre Artikel. Für die Ausschnitte sind und waren wir stets dankbar; wir möchten es aber vermeiden, uns in Streitigkeiten einzulassen, die mit unserer eigentlichen Aufgabe nichts zu thun haben. Wir haben in dieser Hinsicht der traurigsten Erfahrungen gemacht, so daß wir höchstens gelegentlich auf solche Sachen zurückkommen. Sobald uns etwas Zeit übrig bleibt, senden wir Ihnen einen ausführlichen Brief. Ihre letzte Zuschickung wird erwartet! Heil!

Eingegangene Anfragen.

Weiß jemand über die „Norddeutsche Tiefbohrgesellschaft" zu Hannover Auskunft zu geben? Gründer sind Bankier Simon Kuh und Dr. jur. Baron Julius von Königswarter.

Wer sind die Inhaber der Firma „Deutsche Hypotheken- und Wechsel-Bank-Gesellschaft" zu Berlin W., Winterfeldtstr. 34, und was ist über ihre Geschäftsführung bekannt?

Für die Bücherei des Antisemiten.

Dr. Erich Bischoff,

Die Juden und ✱✱✱ das Christenblut.

Preis 30 Pf.

Zu beziehen durch die **Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstr. 27.** Bei vorheriger Einsendung des Betrages (deutsche und österreichische Marken werden in Zahlung genommen) erfolgt portofreie Lieferung.

Liefere ein Postkoll (9½ Pfund)
feine Leber-, Rot- und Sülzwurst
zu 7,50 M. franko.
H. Glauner, Fleischermstr.
Papenburg b. Leer (Ostfriesl.).
Ferner:
prima Hammelkeule u. Carrés
à Pfund 55 Pf.

Kaufen Sie
keln Planino,
wenn Sie sich noch nicht den Katalog von **August Roth,** Kgl. Portug. u. Fürstl. Lipp. Hof-Pianofabrikant, **Hagen W. Nr. 21,** gratis haben kommen lassen.

Deutschen
Rotwein
selbstgezogen und selbstgekeltert
garantiert rein
flaschenreif und billig
empfiehlt
M. Wolf VI, Weinbauer,
Stadecken (Rheinhessen).
Kirchplatz 45.
NB. **Vertreter** für Rot- und Weißweine stets gesucht.

CAFE MERKUR
Leipzig ★ ★ ★ ★
★ ★ **An der Pleisse 8.**
Geöffnet bis morgens ¼4 Uhr.
Hochachtungsvoll
W. Rühlemann.

300 Zeitungen, Depeschen u. Kursberichte, Städte-Adressbücher v. Berlin, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Hamburg-Altona, Halle a/S., Paris, sowie **Handels-Adressbücher aller grösseren Staaten** liegen zur gefl. Benutzung aus.
Jeden Vormittag Bouillon und Pasteten.

Deutsche Schänke, Leipzig,
Poststrasse 20
empfiehlt **kräftigen Mittagstisch** und **gute Biere.**
Gesellschaftszimmer noch einige Tage frei.
Hochachtungsvoll
A. Singer.

Beeren-Weine
offeriert in 1. Qualität und durchaus reiner Ware, in nur älteren, abgelagerten Jahrgängen, ab hier, geg. Nachn.:

Roten Johannisbeer-Dessert-Wein	à ℳ	—,70	per ½ Ltr.-Fl.
Weißen	„	—,75	„ „ „ „
Schwarzen	„	—,80	„ „ „ „
Stachelbeer-	„	—,70	„ „ „ „
Erdbeer-	„	—,85	„ „ „ „

Fässchen und Verpackung inbegriffen; Kisten zum Selbstkostenpreis. Versand von 20 **Liter** an. — Ärztlich verordnet. Zu Geschenken sehr geeignet. Hunderte von Attesten! Bester Ersatz für Südweine!
C. E. Schmidt, Beerenwein-keltere, **Lauffen a. Neckar.**
40 mal preisgekrönt!

Frankfurt a/M.
Hotel Cölner Hof.
Besitzer: **Hermann Laas.**
Gegenüber d. rechten Ausganges des Hauptbahnhofes.
60 Zimmer mit 90 Betten bei mäßigen Preisen.
Bier- und Wein-Restaurant.

Jüdischer Besuch verbeten.

Wein-Groß-Handlung,
Import von Rum, Arrac, Cognac,
von

Jede Flasche trägt diese Etikette als Schutzmarke.

Berlin NW., I Stendaler-Straße 1.
Fernsprecher: Amt Moabit 1376.
Gegründet 1877.

1892er u. 95er Rhein- u. Moselweine,
p. Fl. oder p. Ltr. von 70 Pf. an.
1893er u. 95er Bordeaux-Weine von 1 M. an, sowie sämtliche in- und ausländische Weine alle zu soliden Preisen. Für obersten Weinbeer garantieren
Schmitz & Co.
Kleine Proben und Preisliste umsonst.

Wer einmal Gelegenheit hat, wird ihn sicher seinen Bekannten empfehlen.

Bolan.
Ein hochmoderner Herrenduft für feine Anzüge und Überzieher. **Bolan** verdrängt Ubelriech und Kammgarn, ist vornehm sport und sehr haltbar.
Wochenvolle Mütterwohl auf Verlangen frei unter Kreuzband.
Man adressiere:
Bertzkes' Tuchhaus in Düren 1
(Bez. Aachen.)

Etwa nicht gefallende Stoffe nehme auf meine Rechnung zurück. Alte kein Wagnis.

Viele freiwillige Anerkennungen.

In Güte und Preis unübertroffen.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe, Berlin NW. 5, Kruppstr. 13.
Druck: G. Reusche in Leipzig.

Digitized by Google

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Leipzig, 8. September 1898. Nr. 525.

Eine vorläufige Zusammenstellung der Ergebnisse der Reichstagswahlen

nach den Hauptwahlen, ausgearbeitet im Bureau des Reichstages, ist jetzt veröffentlicht worden. Nehmen wir sie vorläufig einmal als Grundlage zu einer allgemeinen Übersicht — ohne damit ihre völlige Richtigkeit, insbesondere in Bezug auf unsre Partei, anzuerkennen —, so ergiebt sich (alles in annähernd runden Summen ausgedrückt), daß

	1893	1898
wahlberechtigt waren:	$10^1/_2$ Mill.	$11^1/_2$ Mill. Wähler
abgegeben wurden:	$7^2/_3$ „	$7^3/_4$ „ Stimmen

Nachstehend bringen wir nun eine vergleichende Zusammenstellung der auf die einzelnen Parteien 1893 und 1898 abgegebenen Stimmen und das sich daraus ergebende Verlust- und Gewinnkonto der Parteien. Von den abgegebenen $7^3/_4$ Mill. Gesamtstimmen entfallen auf jeden der 397 Abgeordneten rund 20000 Stimmen. — Wir machen deshalb anschließend an die gegebene Übersicht eine Aufstellung darüber, wie viel Sitze die einzelnen Parteien nach ihrer Stimmenzahl haben müßten, wie viel sie 1893 hatten und wie viel ihnen 1898 zugefallen sind.

Partei	1893 erhalt. St.	1898 erhalt. St.	Gewinn oder Verlust	Bemerkungen	müßten nach ihrer Stimmenzahl haben	hatten 1893	erhielten 1898	Besitzen also zu viel (+) oder zu wenig (—) Sitze
	alles in Tausenden							
Deutsch-Konservative	1039	873	—166	Verlust der Konservativen 273 Tausend.	44 Abg.	70 Abg.	57 Abg.	+13
Reichspartei	439	332	—107		17 „	27 „	20 „	+ 3
Antisemiten deutschsoziale	294	223	— 41	ausgeglichen durch Band d. Landw. u. Bauernbdl.	12 „	12 „	12 „	—
Antisemiten radikale	—	20	+ 20					
Zentrum	1468	1455	— 14	gleicht sich aus.	73 „	99 „	104 „	+31
Polen	230	244	+ 14		12 „	19 „	14 „	+ 2
Nationalliberale	997	976	— 21		49 „	52 „	49 „	—
Vereinigte	259	195	— 64	härtester Verlust, weil am wenigsten erwartet.	41 „	36 „	40 „	— 1
Freisinnige Volkspartei	667	554	—113					
Unbestimmt	—	66	+ 66					
Süddeutsche Volkspartei	167	109	— 58		5 „	11 „	8 „	+ 3
Sozialdemokraten	1787	2106	+319		105 „	44 „	57 „	—48
Bund der Landwirte	—	122	+122		6 „	— „	4 „	— 2
Bauernbund	120	141	+ 21		7 „	3 „	4 „	— 3
Elsaß-Lothringer	115	108	— 7		5 „	8 „	10 „	+ 5
Welfen	102	106	+ 4		5 „	7 „	9 „	+ 4
Dänen	15	16	+ 1	kaum 1 „	1 „	1 „	1 „	—
Christl.-Soz.		49						
Fraktionslose National-Soz.	124	24	116		6 „	8 „	5 „	— 1
Unbest. u. zersplitt.		43						

Parteinachrichten.

Zum Vierteljahres-Wechsel muß jeder Freund unsrer Sache immer wieder auf Zurückdrängung der Judenpresse hinarbeiten. Nach dem 15. erneuert der deutsche Philister wieder den Bezug auf sein Leib-Judenblatt. Diese Gelegenheit muß man benutzen, um die Gedankenschwachen einigermaßen über Preßverhältnisse aufzuklären. Vorzüglich eignen sich dazu die „Deutsch-Sozialen Blätter" mit entsprechenden Flugblättern. Jeder Parteigenosse sollte um diese Zeit eine Anzahl Flugschriften usw. mit der nötigen Hervorhebung einzelner Stellen unter Streifband an solche Leute versenden, von denen er weiß, daß sie noch im Dusselbanne der Judenphrase stehen. Wer sich dieser geringen Mühe nicht unterziehen mag oder kann, sende uns die Adressen und füge für jede eine 3 Pf.-Marke bei. Wir besorgen dann alles aufs beste!

Der vierte allgemeine Parteitag der deutschsozialen Reformpartei ist zum 8. bis 10. Oktober nach Kassel einberufen und zwar mit folgender Tagesordnung:

1. Rechenschaftsbericht über die Thätigkeit der Reichstagsfraktion und der Parteileitung. Berichterstatter: Abg. Liebermann von Sonnenberg.
2. Wahl der beiden Vorsitzenden.
3. Beratung über die Mittelstandsfrage. Berichterstatter: die Abgg. Werner und Müller.
4. Die preußischen Landtagswahlen. Berichterstatter: Abg. Werner.
5. Berichte der Landtags-Abgeordneten, des Kassenwarts und der Kassenprüfer.
6. Wahl der Kassenprüfer.
7. Bericht über die Wahlen. Berichterstatter Abg. Liebermann von Sonnenberg.
8. Bericht über die organisatorischen Beschlüsse des Vorstandes und der Parteileitung. Berichterstatter Abg. Dr Bielhaben.
9. Verschiedenes.

Anträge für den Parteitag sind bis zum 30. September an die Hauptgeschäftsstelle zu Berlin W. 35 einzusenden. Später einlaufende Anträge werden nicht mehr in die Tagesordnung aufgenommen.

Berlin. In einer gut besuchten Versammlung des Wahlvereins Berlin der deutschsozialen Reformpartei besprach Herr O. H. Bödler die jüngsten Namensänderungen in jüdischen Kreisen. Er forderte unter großem Beifall die deutschen Träger des Namens Budde auf, sich dagegen zu wehren, daß ihr Name ohne weiteres von Juden mit Beschlag belegt werde. —

Am 3. September hielt der Wahlverein im „Prater" eine recht anregend verlaufene Sedanfeier ab, deren Ertrag zur Deckung von Wahlschulden Verwendung findet.

Plauen (Vogtland). An der großen Festlichkeit, die hier zur Feier des Sedantages vom Alldeutschen Verbande und dem Bunde der Deutschen in Böhmen veranstaltet wurde, nahm auch Abg. Lotze als Gast teil.

Aus Baden. Der Vorstand der deutschsozialen Reformpartei für Baden, die Pfalz und Elsaß-Lothringen hielt am 4. d. M. zu Bretten eine Sitzung ab, der auch Mitglieder des Parteivorstandes für Hessen beiwohnten. Die Beratungen betrafen innere Parteiangelegenheiten.

Neujahr 5659 feiern die Juden am 17. und 18. September als besondern Beweis dafür, daß sie „ächte Deutsche" sind. Das Fest ist ein strenges, das selbst der in Bezug auf religiöse Dinge freisinnigste Jude streng feiert. Da ihre Geschäftslokale deshalb

Digitized by Google

geschlossen sind, kann man genau erkennen, wer Jude ist. Unsre Vereine mögen sich darum diese Gelegenheit nicht entgehen lassen, ihre Verzeichnisse usw. zu ergänzen.

* * *

Wachet auf! Ruft Euch die Stimme
Des Wächters von der hohen Zinne,
Wacht auf, Ihr weites deutsches Land!
Die Ihr an der Donau hauset,
Und wo der Rhein durch Felsen brauset
Und wo sich türmt der Dünne Sand.
Habt Wacht am Heimatsherd,
In treuer Hand das Schwert,
Jede Stunde
Zu scharfem Streit macht Euch bereit,
Der Tag des Kampfes ist nicht weit.

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Sittliche Juden. Ein wegen Notzucht und Erpressung von der Staatsanwaltschaft zu Naumburg (Saale) gesuchter Jude, der sich Ludewig nennt, wurde in Rixdorf verhaftet. Er trägt auf dem rechten Oberarme die eingätzten Buchstaben H. L., so daß die Vermutung gerechtfertigt ist, daß er Heymann Levi heißt, zumal er sich auch die Namen Jack und Blumenfeld beilegte.

Von der Heiligkeit der jüdischen Ehe Selma Rosenberg geb. Buchholz zu Hamburg klagt gegen ihren Ehemann, den Kaufmann Jacob Rosenberg, unbekannten Aufenthalts, wegen böslicher Verlassung mit dem Antrage, dem Beklagten aufzuerlegen, die Klägerin binnen gerichtsseitig zu bestimmender Frist bei sich aufzunehmen oder die Klägerin zurückzuführen, im Entscheidungsfalle die Ehe der Parteien unter Verurteilung des Beklagten in die Prozeßkosten vom Bande zu scheiden.

Schlechter Wein, und zwar achtzig Glück, sollten die Weinhändler Gebr. Scheitel zu Gemünden im Keller liegen haben. Da der Weinhändler Moritz Simon 11 zu Bingen diese von ihm verbreitete Behauptung nicht beweisen konnte, durfte er auf Veranlassung des Schöffengerichts 150 Mark Strafe zahlen.

Aus dem Reichsgebiet: ausgewiesen sind der Barbeter Mendel Baumgart aus Sopowlna (russisch Polen), der Buchdrucker Julius Brosz aus Ostrowo und der Buchdrucker Samuel Klein aus Ostrowo. Alle drei sind bereits wegen Betteins und Landstreichens abgestraft.

Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat.

In der Zeit vom 1. bis einschl. 14. Mai 1898 wurde über folgende Firmen usw. der Konkurs eröffnet:

Kaufmann Julius Simon, i. Fa. Bernhard Behr Nachf. zu Demmin. — Bijouteriehändler David Goldhammer zu Pinzbeheim. — Kaufmann Leo Rosenberger zu Ohlau. — Kaufmann Siegfried Phillipsohn, i. Fa. A. Moses Nachf. zu Tolkemit. — Kaufmann Berthold Julius Berger zu Krossen (Oder). — Kaufmann J. Chymnowitz zu Stuhm. — Kleiderhändler und Trödler Gustav Wendelchen zu Königsberg (Nr.), Hakerstr. 12/13 u. 25. — Schuhwarenhändler Josef Treitel zu Berlin, Kaiserstr. 35 und Landsbergerstr. 41. — Kaufmann Louis Liepmann, i. Fa. Liepmann & Co. zu Halberstadt. — Kaufmann Richard Friedländer zu Berlin, Elisabethufer 44 und Neue Jacobstraße 16. — Kaufmann Joseph Brosz zu Stuhm. — Holz- und Galanteriewarenhändler Wilhelm Loewenberg zu Charlottenburg. — Kaufmann Max Epstein zu Plauen (Vogtld.). — Viehhändler Herm. Kahn zu Züllich. — Kaufmann Paul Hamburger zu Landsberg (Lech). — Schuh- und Wollwarenhändler Rud. Goldschmidt zu Halberstadt. — Kaufmann Emil Pinkus zu Halberstadt. — Haus- und Affekuranzmakler Salomon Tobias Selig zu Hamburg, Schauenburgerstr. 17.

Aufgehoben wurden in derselben Zeit nachstehende Konkurse:

Kaufmann Max Wiener zu Deutsch Eylau. — Privatier David Schwarzwälder zu Schlüchtern (Baden). — Kaufmann Emil Marcus zu Stuttgart. — Kaufmann Julius Josephsohn zu Berlin, Grenadierstr. 31 und 34. — Kaufmann Nathan Neustadt zu Halle, Saale. — Kaufmann Josef Marx zu Cretzhen, Anhalt. — Kaufmann Jakob Abraham Jacob zu Magdeburg, Alter Markt 3/4. — Kaufmann Arthur Heimemann zu Berlin, Johannisstr. und Friedrichstr. 108 (Zwangsvergl.). — Kaufmann Hermann Jachs zu Friedland, Ostpr. — Kaufmann Simon Glaser zu Gilstrow. — Kaufmann Moritz Schwarz zu Walldorf, Meiningen. — Kaufmann Max Wolf zu Frankfurt, Main (Zwangsvergl.). — Händler Siegfried Bagarus aus Dirschau, jetzt in Bromberg. — Handelsmann Salomon Lyb Berliner zu Westhetim. — Kaufmann Oskar Fränkel zu Kattowitz. — Kaufmann Moritz Meisler, i. Fa. Wm. H. Cohn zu Kosten (Zwangsvergl.). — Kaufmann Salomon Auerbacher, i. Fa. Louis Berg zu Elberfeld (Zwangsvergl.).

*

In dem Konkurs über den Nachlaß des verstorbenen Kaufmanns Hermann Simon zu Berlin klüften auf die bisher angemeldeten Forderungen von 2600000 Mark nur 28000 Mark oder 1,7 v. H. zur Verteilung gelangen!

Konkurs des Kaufmanns Israel Japhet zu Berlin. Den Gläubigern stehen für ihre 5070 Mark 10,55 v. H. zur Verfügung.

Konkurs Hermann Hirschfeld zu Berlin. 11,37 v. H. entfallen auf die Schulden von insgesamt 10629 Mark.

Jüdische Ritter, Kommissions- und Kommerzienräte usw.

Verliehen wurde: dem Rechtsanwalt Dr. Siegfried Herrmann zu Berlin der Großherzoglich türkische Medschidje-Orden dritter Klasse;

dem Kommerzienrat Hugo Landau zu Berlin das Kommandeurkreuz des Kgl. serbischen Takowo-Ordens;

dem Kaufmann Fritz Samter zu Amsterdam die vierte Klasse des venezuelanischen Ordens der Büste Bolivars;

dem Lehrer Magnus Rogasky zu Scheibnig (Wpr.) der Adler der Inhaber des Kgl. Hausordens von Hohenzollern;

dem Kommerzienrat Lewin (Louis) Simon zu Berlin der Charakter als Geh. Kommerzienrat;

dem Justizrat Siegmund Loewy zu Berlin der Rote Adler-Orden vierter Klasse.

*

Ernannt wurde: Gerichtsassessor Dr. Salinger (Graudenz) zum Landrichter in Konitz.

*

In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen: Rechtsanwalt Richard Kantorowicz zu Bartenstein; Rechtspraktikant Dr. Bamberger zu München; Rechtsanwalt Abraham Goldschmidt zu München; Rechtsanwalt Isidor Werner zu Jarotschin; Rechtsanwalt Eduard Guttmann zu Magdeburg; Rechtspraktikant Hugo Weil zu Landau (Pfalz); Rechtspraktikant Siegfried Schwab zu Würzburg; Gerichtsassessor Felix Landsberger zu Cöln; Rechtsanwalt Georg Pinn zu Berlin; Gerichtsassessor Siegfried Sommer zu Görlitz; Rechtsanwalt Bruno Grünfeld zu Berlin; Rechtsanwalt Dr. Georg Mühsam zu Berlin.

Mosaik.

Hausierer en gros. Aus der Prignitz erhalten wir von einem Kaufmann folgenden Entrüstungsbrief: Ich las einmal nachstehende Anzeige:

Unsre Kausleut' thun sich nicht genieren
Mit Petroleum zu hausieren,
Donnerwetter noraplie,
Meine Besen hausier' ich nie!

An diesen Knittelverses eines geplagten Bürstenbinders wurde ich erinnert als ich in einer Stadt unsrer Prignitz einen Mann traf, der dort für eine berliner Firma mit . . . Petroleum hausierte. Er verkaufte solches in Kannen zu fünfzehn Liter, das Liter mit 22 Pf. frei Haus. Thatsächlich setzte er in der Stadt (viertausend Einwohner) etwa 120 Kannen ab, obgleich das Petroleum an Ort und Stelle nur 18 bis 20 Pf. kostet. Nun kommt alle vierzehn Tage ein Wagen von Berlin mit drei Pferden bespannt und ungefähr 250 Kannen beladen, um die Kundschaft zu bedienen. Glauben die Abnehmer vielleicht, daß die Firma aus Berlin ihre Wagen umsonst 135 Kilometer weit schickt? Und wer hastet für richtiges Maß? Aber so ist das verehrliche Publikum und insbesondere das sogenannte „bessere". Dem Manne und der Fremde werden anstandslos vier Pfennige mehr bewilligt und dem billigeren Kaufmanne am Orte ruhig der Verdienst entzogen. Und dann wundert man sich, wenn die Gewerbetreibenden sich immer mehr aus den kleinen Städten zurückziehen!

Die sittlich-rechtlich schwächste Seite des Judentums ist der Mangel an Scham, mit dem die Masse der Juden ohne Rücksicht auf Ehre und Pflicht an den Nasen- und Glaubensgenossen festhält und sie für den Zweck ihres Gemeinschaftslebens als rein anerkennt, auch wenn sie triefen vom Schlamme der Ehrlosigkeit und Pflichtwidrigkeit gegen Moral und Gesetz.

Digitized by Google

Neue Bücher.

(Alle hier angezeigten Schriften sind durch unsere Geschäftsstelle, sowie durch jede Buchhandlung zu beziehen.)

Warenhaus und Kleinhandel. Von P. Erfurth. Berlin 1898. Verlag von Hugo Spamer. 47 Seiten. Preis 1 M.

Der Verfasser hält die weit verbreitete Ansicht, daß der Zunahme der Warenhäuser durch eine Ausnahmebesteuerung entgegengetreten werden könne, für irrig. Seines Erachtens kann man dem Kleinhandels- und Handwerkerstande nur dadurch wirksam helfen, daß man ihn in die Lage versetzt, ebenbürtig mit den Warenhäusern den Wettbewerb aufzunehmen. Als die zur Erreichung dieses Zieles einzig tauglichen Mittel bezeichnet er: „Organisation im großen, Ordnung im Einzelbetriebe und Sicherheit in der Familie." Die Organisation im großen habe darin zu bestehen, daß in ganz Deutschland oder Preußen zwangsweise für jeden Zweig des Kleinhandels und für jedes Handwerk besondere Kleinhandels-Berufsgenossenschaften gebildet werden, denen die doppelte Aufgabe zufiele, erstens als Versicherungsanstalten und Krankenkassen für die Mitglieder und deren Familie zu wirken, zweitens den gemeinschaftlichen Einkauf, sowie das Kredit- und Sparwesen der Mitglieder zu besorgen. „Ordnung im Einzelbetriebe" sei dadurch herzustellen, daß jeder Kleinhändler und Handwerker gesetzlich verpflichtet werde, über seine Einnahmen und Ausgaben geordnete Bücher zu führen, die „Sicherheit in der Familie" aber dadurch, daß die genannten Genossenschaften ihre Mitglieder und deren Familien gegen Krankheit und andre Unglücksfälle versichern. Die Vorschläge des Verfassers sind sehr beachtenswert. Sein Grundgedanke ist richtig: das wirtschaftliche Übergewicht der Besitzer großen Kapitals muß vor allem dadurch beschnitzt werden, daß die Besitzer kleiner Kapitalien gruppenweise sich zu Körperschaften zusammenschließen und, unter Wahrung ihrer Selbständigkeit, die Verwaltung ihrer Kapitalien innerhalb bestimmter Grenzen auf diese Körperschaften übertragen.

Durchs heilige Land. Tagebuchblätter von C. v. Orelli, Professor der Theologie. 4. Aufl. Mit einer Karte von Palästina und sechs Ansichten. XII und 290 S. Preis 3,20 Mark.

Die verweltlichende Reise des deutschen Kaisers nach Palästina richtet wieder aller Blicke auf das Land, nach dessen Besuch das Sehnen so manches Christen geht. Aber, wie wenige sind mit irdischen Gütern so gesegnet, daß sie sich die kostspielige Reise dorthin gestatten können! Die meisten müssen es sich genügen lassen, wenn sie im Geiste unter bewährter Leitung die Stätten aufsuchen können, die ihnen seit den Tagen der Kindheit aus Kirche und Schule lieb und vertraut sind. Solchen bietet sich das vorliegende Buch als Führer dar. Es ist nicht nach Art eines Bädeker gehalten, sondern, für christliche Leser geschrieben, hat es zugleich einen erbaulichen Zug. Ueberall wird darauf zusammenfassend gemacht, wo die einzelnen Orte und ihre Sehenswürdigkeiten in der heiligen Geschichte vorkommen, und die ganze Betrachtung wird unter das Licht des göttlichen Wortes gestellt.

Verlässig erfahren wir auch einiges über die Juden. So z. B., daß sie in Jerusalem, etwa 15 000 an Zahl, jetzt schon die Mehrheit der gesamten Bevölkerung ausmachen, während es vor 50 Jahren nur gegen hundert jüdische Familien in der Stadt gab. Da sie großenteils durch ihre europäischen Stammesgenossen unterhalten würden, sei viel müßiges Gesindel unter ihnen, und die Missionäre, die sie evangelische Mission unter den Juden Jerusalems mache, seien meist zweifelhaften Werts. Sn.

Der Alldeutsche Verband, seine Geschichte, seine Bestrebungen und Erfolge. Von H. Greil. München 1898. 25 Seiten. Preis 40 Pf.

Die im Auftrage des Alldeutschen Verbandes herausgegebene Schrift kann einem jeden, der über deren Bestrebungen sich zu unterrichten wünscht, empfohlen werden.

F. B.

Briefstasten der Schriftleitung.

Für unsre Mitarbeiter! Schreibe kurz und klar, ohne überflüssige Worte und ohne unnötige und allzuviele Höflichkeits-Redensarten.

Ohne Umschweife sofort auf die Hauptsache losgehen. Lange Briefe mit langen Einleitungen bleiben meist ungelesen, denn bedenke, was einem Zeitungsschreiber täglich nicht alles zugemutet wird.

Vergiß nicht, öfters ein Komma oder noch besser einen Punkt zu setzen; dadurch werden die Gedanken abgegrenzt und das Ganze übersichtlicher gestaltet. Dabei schadet es gar nicht, wenn öfters einmal ein Satz mit einer neuen Zeile beginnt.

Für den Druck bestimmte Sachen sind stets einseitig und nicht zu eng zu schreiben. Auch ist ein entsprechender Rand — mindestens zwei Finger breit — zu lassen, damit für Einschaltungen Raum vorhanden ist. Die eingelegten Blätter sind mit fortlaufenden Seitenzahlen zu versehen.

Alle Namen von Personen und Orten schreibe so deutlich, daß man jeden Buchstaben einzeln lesen kann, sintemal die Buchstaben dazu da sind, daß man sie unterscheide, nicht aber, damit sie alle einander ähnlich seien.

Aber das kleine lateinische u lege stets einen Bogen, denn sonst ist die Verwechslung mit dem n fast unausbleiblich.

Vergiß auch nicht, in jedem Briefe usw. deine volle Adresse anzubringen — Name, Wohnort, Straße und Hausnummer —, sonst muß der arme Empfänger erst sein Buch nachschlagen und verliert dadurch seine kostbare Zeit.

Willst du Antwort haben, so lege die nötige Marke bei, sonst mußt du bis zur nächsten Nummer warten, wo an dieser Stelle dann die erbetene Auskunft erfolgt.

W., Stettin. Beide Sendungen mit bestem Dank erhalten. Heil!

Ragnit. Heil und Dank!

Dr. W. Wird geprüft. Die andre Sache hat selbstverständlich Zeit bis Oktober.

Nahl. Der „Berliner Lokal-Anzeiger" ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Kapital: sieben Millionen Mark. Der Hauptbesitzer August Scherl ist kein Jude.

S., Posen. Nein, das ist genau begrenzt.

„Rituelle" Scherze.

Woßu? Was hast de gekauft, Schmul?
Nu, was soll ich gekauft hab'n? Seif' hab' ich gekauft.
Seif'! Seif'? Woßu die Seif'?
Wie heißt woßu? Zum Schachern natürlich.

* * *

In der Bade-Anstalt. Moses Turtelbaum zu Itzig Blumenthal: Wie schnell doch die Zeit vergeht, Itzig! Vergangenes Johr, grad' um die Zeit, ham mer uns auch gebadt.

* * *

Variatio delectat, sagte Schmul, da wandte er am Passahfest sein Hemd.

* * *

Kosten Se's nich machen billiger? 50 Pfennig für ein Bad is mer zu thaier.
Nehmen Se doch gleich 12 Karten, Herr Mosessohn, dann haben Se das Stück zu 30 Pfennig.
Wie heißt, 12 Stück? So lang leb' ich ja gar nicht.

* * *

Gelbe Rüben hast de heut' gegessen, Rosenthal.
Gelbe Rüben? Das stimmt nich.
Nu, 's pikt ja aber noch an dei'm Bart.
Laß es piken, 's wird wohl noch sein von de vorige Woch'.

* * *

Verrücktheit. Du solltest doch emol nehmen ein Bad, Levysohn, du stinkst ja schon.
So verrückt zu sein, all mein Geld ins Wasser zu traun.

* * *

Obige Witze haben wir nicht etwa aus antisemitischen Blättern zusammengetragen, sondern sie sind einer Sammlung von „rituellen Scherzen und koscheren Schmonzes"*) entnommen, die natürlich, von Juden herausgegeben, für Juden berechnet ist. Vielfach sind die „rituellen Scherze" so zotig, daß wir unser Papier damit nicht besudeln können. Den Ausdruck haben wir übrigens etwas abgeändert.

*) Meines und Schnobles. Rituelle Scherze und koschere Schmonzes fürs auserwählte Volk.

Für die Bücherei des Antisemiten.

Blätter der Erkenntnis.

Preis 60 Pf.

Zu beziehen durch die **Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstr. 27.**
Bei vorheriger Einsendung des Betrages (deutsche und österreichische Marken werden in Zahlung genommen) erfolgt portofreie Lieferung.

Digitized by Google

Deutsche Schänke, Leipzig,
Poststrasse 20
empfiehlt kräftigen Mittagstisch und gute Biere.
Gesellschaftszimmer.
Platz zur Aufbewahrung von Fahrrädern genügend vorhanden.
Hochachtungsvoll *H. Singer.*

CAFE MERKUR
Leipzig An der Pleisse 8.
Geöffnet bis morgens 3/4 4 Uhr.
300 Zeitungen. Depeschen u. Kursberichte. Städte-Adressbücher v. Berlin, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Hamburg-Altona, Halle a. S., Paris, sowie Handels-Adressbücher aller grösseren Staaten liegen zur gefl. Benutzung aus.
Jeden Vormittag Bouillon und Pasteten.
Hochachtungsvoll
W. Rühlemann.

Frankfurt a/m.
Hotel Cölner Hof.
Besitzer Herrmann Laas.
Gegenüber d. rechten Ausganges des Hauptbahnhofes.
60 Zimmer mit 90 Betten bei mässigen Preisen.
Bier- und Wein-Restaurant.
Jüdischer Verein verbeten.

„Staatsbürger-Ztg.", „Deutsche Wacht", „Das Volk", „Deutsche Zeitung", „Deutsche Tageszig.", „Deutsch-Soziale Blätter", „Deutscher Michel" und viele andre deutschgesinnte Zeitungen liegen aus.

Wein-Groß-Handlung,
Import von Rum, Arrac, Cognac, von
Jede Flasche trägt diese Etiquette als Schutzmarke.
Etiquette als Schutzmarke.
Berlin NW., I. Stendaler-Straße 1.
Fernsprecher: Amt Moabit 1376.
Gegründet 1877.
1890er u. 95er Rhein- u. Moselweine, p. Fl. oder p. Ltr. von 70 Pf. an.
1893er u. 95er Bordeaux-Weine von 1 M. an, sowie sämtliche in- und ausländische Weine usw. zu soliden Preisen. Für absolute Reinheit garantieren
Schmitz & Co.
Kleine Proben und Preisliste umsonst.

Beeren-Weine
offeriert in I. Qualität und durchaus reiner Ware, in nur älteren, abgelagerten Jahrgängen, ab hier, geg. Nachn.:
Roten Johannisbeer-Dessert-Wein à M —,70 per 1/1 Ltr.-Fl.
Weißen " " " " —,75 " " "
Schwarzen " " " " —,80 " " "
Stachelbeer- " " " " —,75 " " "
Erdbeer- " " " " —,85 " " "
Flaschen und Verpackung inbegriffen; Kisten zum Selbstkostenpreis.
Versand von 20 Liter an. — Ärztlich verordnet. Zu Geschenken sehr geeignet. Hunderte von Attesten! Besser Ersatz für Südweine!
C. E. Schmidt, Beerenwein-kelterei, **Lauffen a. Neckar.**
40 mal preisgekrönt!

Liefere ein Postfaß (9 1/2 Pfund)
feine Leber-, Rot- und Sülzwurst
zu 7,50 M. franko.
H. Glauner, Fleischermstr.
Papenburg b. Leer (Ostfriesl.).
Ferner:
prima Hammelkeule u. Carrés
à Pfund 55 Pf.

Kaufen Sie keln Planino,
wenn Sie sich noch nicht den Katalog von **August Roth,** Kgl. Portug. u. Fürstl. Lipp. Hof-Pianofabrikant, **Hagen W. Nr. 21,** gratis haben kommen lassen.

Wer einmal Bolan versucht hat, wird ihn stets seinen Bekannten empfehlen.
Bolan.
Ein hochunserer Herrenhut für feine Anzüge und Überzieher. Bolan verdrängt Cheviot und Kammgarn, ist vornehm-sport und sehr haltbar.
Prachtvolle Musterwahl auf Verlangen frei unter Kreuzband.
Man adressiere:
Bortzkes' Tuchhaus in Düren 1
(Reg. Aachen.)
Etwa nicht gefallende Stoffe nehme auf meine Kosten zurück. Alle brit Magazin.
Viele freiwillige Anerkennungen.
In Güte und Preis unübertroffen.

Im Verlage v. **Fr. Richter-Leipzig** erschienen von
Dr. Heinrich Seyfarth,
Pfarrer zu Herbsleben i. Thür.,
Merkerke für die Arbeit der inneren Mission.
● ● Preis 1 M. 20 Pf. ● ●
Hinter eisernen Gittern.
Ein Bild in die Verbrecherwelt.
● ● Preis 2 M. ● ●
Beide Werke von der gelamten christlichen Presse wärmstens empfohlen.
Zu beziehen durch alle Buchhandl.

Hoher Verdienst durch neue patentamtl. geschützte Erfindung. Kein Laden, kein Betriebskapital. Fabrik J. van Acken, Evingen i. Westf.

Meißes u. Schnohkes
Rituelle Scherze und koschere Schmonzes für auserwählte Volk.
▲▲▲▲ Preis 1 M. ▲▲▲▲
Lustige Ringellocken.
Eine Sammlung heiterer Erzählungen.
▲▲▲▲ Preis 1 M. ▲▲▲▲
Leipzig. *Herm. Beyer.*

Lesenswert
für jeden, der **Interesse** an der **sozialen Frage** hat.
Gustav de Lingre, Wohnungen für Unbemittelte. . . . . 40 Pf.
Hermann Kötzschke, Der christliche Standpunkt in der Frauenfrage 50 Pf.
Graf Wartensleben, Die von der Sozialdemokratie geforderten Eigentums- und Produktionszustände. . . . . 50 Pf.
10 Stück, entweder eines Werkes oder beliebig aus allen drei zusammengestellt, liefere ich für nur 3 M.
Herm. Beyer, Leipzig, Königstr. 27.

Für Postkarten-Sammler:
Bismarck-Glückwunsch-Karte.
Statt 30 Pf. nur 10 Pf., 10 Stück 50 Pf., 100 Stück 3 M.
Gegen vorherige Einsendung des Betrages (deutsche und österreichische Marken werden in Zahlung genommen) erfolgt portofreie Lieferung. Vorrat nur noch gering.
Leipzig. **Herm. Beyer,** Verlags-Buchhandlung.

H. Heinze, Hutfabrik
gr. Fleischergasse 4, Burgstrassenecke 4.
Spezialität: 2,80-Hüte.

Bismarck! Bismarck!

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königsstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe, Berlin NW. 5, Kruppstr. 13.
Druck: G. Reusche in Leipzig.

Digitized by Google

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Leipzig, 15. September 1898. Nr. 526.

Der europäische Verbrecher-Keller,

die sogenannte freie Schweiz, hat wieder einmal die Augen der ganzen Welt auf sich gezogen. Am 10. September hat ein anarchistischer Mordbube die Kaiserin von Oesterreich, die zum Besuche der Frau Rothschild nach Genf gekommen war, am hellen Tage auf einer belebten Straße mit einer dreieckigen Feile niedergestochen. Er ist ergriffen, freut sich seiner Schandthat und noch mehr des Umstandes, daß es im Kanton Genf keine Todesstrafe giebt. Man wird also Herrn Luccheni, wenn das sein richtiger Name sein sollte, in ein „humanes" Gefängnis einsperren und ihn dort verpflegen, bis er stirbt, oder bis ihn einen schönen Tages seine Spießgesellen befreien. Ein Ehrenplatz im sozialdemokratischen Kalender wird ihm nicht entgehen, wenn auch im Augenblicke der „Vorwärts" es nicht wagt, ihn in Schutz zu nehmen, sondern den Mörder als Wahnsinnigen hinstellen möchte. Es ist aber Methode in diesem Wahnsinn, und die Methode entstammt den Lehren der sozialdemokratischen Partei.

Was soll nun geschehen? Werden die europäischen Großmächte endlich einsehen, daß sie sich über ein gemeinsames Vorgehen gegen die Schweiz einigen müssen, daß man nicht mitten in Europa einen Schlupfwinkel dulden kann, wo alles das Verbrechergesindel Schutz genießt, das versteht, seinen Raub-, Mord- oder Verleumdungsgelüsten ein politisches Deckmäntelchen umzuhängen. Die „freie Schweiz" ist nicht nur das Sicherheits-Asyl der politischen Meuchelmörder, die mit Gift, Dolch oder Dynamit arbeiten, sondern auch das gemeinste Verleumder-Gesindel hockt dort zusammen und treibt von dort aus unter dem Schutze des Asylrechts sein litterarisches Unwesen.

Jetzt heißt es handeln. Den Machtzuwachs, den Italien, Deutschland und Frankreich dadurch erhalten würden, wenn man die Schweiz etwa nach den Sprachgebieten aufteilen wollte, dürfte wirklich nicht so erheblich sein, daß sich deswegen das europäische Gleichgewicht verschiebt und die leer ausgehenden Mächte Ursache hätten, neidisch zu werden. Kann man sich aber auf einen solchen Ausdruck europäischen Selbsterhaltungstriebes nicht einigen, so möge man wenigstens den Verbrecher-Keller unter europäische Polizeiaufsicht stellen. Man zwinge die Schweiz zur Aufhebung des Asylrechts und diktiere ihr eine geeignete Justiz- und Polizeigesetzgebung.

Wenn der Zar seine Friedensbestrebungen auf diesem Gebiete praktisch verwirklichen will, so werden ihm dabei die Sympathien aller verständigen Leute nicht fehlen.

Parteinachrichten.

Fort mit den Judenblättern. In den nächsten vierzehn Tagen werden leider Gottes wieder hunderttausende deutscher Michel zur Post eilen, um ihr altgewohntes Leibblatt in Gestalt einer Judenzeitung zu bestellen. Mehrere Millionen Mark fließen auf diese Weise wieder aus deutschen Taschen in jüdische. Und dabei haben alle die Hunderttausende kaum eine Ahnung, daß sie ihr Geld zum Juden schicken, wenn sie das „Berliner Tagebl.", die „Berliner Morgenztg.", die „Volksztg." oder irgendeinen Generalanzeiger halten. Sie werden wieder ein Vierteljahr lang von Juden angelogen werden, gegen die Regierung und ihre eigenen Stammesbrüder sich aufhetzen lassen und gar nicht ahnen, daß sie nur Puppen in den Händen der Juden sind. Gegen diese Volksverdummung kann nur durch Verbreitung entsprechender Flugblätter (die von unserm Verlage zu beziehen sind) und Probenummern deutsch-nationaler Zeitungen angekämpft werden, denn die mündliche Agitation nützt wenig oder gar nichts, wenn nicht das gedruckte Wort nachhilft. Probenummern der „Deutsch-Sozialen Blätter" stellen wir gern gegen Ersatz des Portos zur Verfügung.

Über den Parteitag in Kassel, der, wie schon gemeldet wurde, in den Tagen vom 8. bis 10. Oktober stattfinden wird, erfahren wir folgendes:

Am 8. Oktober findet Empfang der Teilnehmer Ausschußsitzungen 2c. statt. Abend von 1/2 9 Uhr ist ein zwanglloses geselliges Beisammensein vorgesehen. Am 9. Oktober finden die Verhandlungen im Saale der „Stadt Stockholm". Ecke Mittel- und Entengasse, von Vormittags 10 bis Abends 8 Uhr statt. Um 8 1/2 Uhr Abends beginnt der Festkommers in dem gleichen Saale. Am 10. Oktober von Morgens 9 Uhr ab werden die Verhandlungen fortgesetzt. — Wie in früheren Jahren sollen Zutritt nur Personen haben, die sich als Gesinnungsgenossen, sei es durch Mitgliedskarte eines zur Partei gehörigen Vereins oder eines Einladungsschreibens von einem Mitgliede des Gesamtvorstandes oder durch Zeugnis eines bekannten Gesinnungsgenossen, oder endlich durch ehrenwörtliche Versicherung auf dem Boden des Parteiprogrammes zu stehen, ausweisen können. — Über die Zulassung der Vertreter der Presse sollen Bestimmungen noch veröffentlicht werden. Als Stimmführer darf jeder Wahlkreis zwei Personen entsenden, die im Wahlkreise wohnen müssen. Die näheren Bestimmungen über die Ernennung und Ausweispapiere der Stimmführer können von der Hauptgeschäftsstelle der Partei Berlin W. 35, Kurfürstenstr. 44, bezogen werden. Auf der Tagesordnung stehen unter Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten und Rechenschaftsberichten über die Thätigkeit der Parteileitung, der Fraktion, der Geschäftsstelle, Berichte über die Wahlen und Besprechungen der Mittelstandsfrage. — Anträge für den Parteitag sollen bis zum 30. September bei der Hauptgeschäftsstelle eingereicht werden.

Die parteiamtliche Bekanntmachung über den Parteitag wird demnächst in unsern Parteiblättern erscheinen. —

Eine neue Hetze gegen den Pfarrer Istraut möchte Herr Hans G. Erdmannsdörffer in Szene setzen. Er trat am 14. Februar d. J. in einer berliner Versammlung gegen die Ramschdazare, in der Pfarrer Istraut den Hauptvortrag hielt, so aufsallend und beleidigend auf, daß ihm auf Wunsch der Anwesenden das Wort entzogen werden mußte. Pfarrer Istraut behandelte ihn deshalb als kleinen Gernegroß, worauf Herr Erdmannsdörffer wegen Beleidigung klagte. In der Verhandlung vor dem Schöffengerichte zu Berlin kam es im Mai d. J. zu einer Vertretung des Pfarrers Istraut zu 25 Mark Geldstrafe, da weder der Beklagte noch seine Entlastungszeugen in Berlin anwesend waren und darum auch nicht vor Gericht erscheinen konnten. Herr Erdmannsdörffer legte Berufung ein, weil er seine Ehre höher einschätze, und Pfarrer Istraut, weil er in Anbetracht der von Herrn Erdmannsdörffer zuerst ausgeworfenen Beleidigungen seine Bestrafung für ungerecht hielt. Am 12. d. M. trafen sich beide Parteien vor dem Landgerichte I zu Berlin. Nachdem der Vergleichs-Vorschlag des Vorsitzenden an den maßlosen Forderungen des Herrn Erdmannsdörffer gescheitert waren, ließ dieser durch seinen Rechtsbeistand die Wahrheitsliebe des Pfarrers Istraut bezweifeln und beantragte, die Akten des kgl. Konsistoriums zu Berlin über die Vorgänge bei der Wahl Istrauts zum Pfarrer an der Sophienkirche einzuforderen und insbesondere den Beschluß zu verlesen, der zur Nichtbestätigung dieser Wahl geführt habe. Da diese ganze Angelegenheit in der Versammlung am 14. Februar weder erwähnt, noch in irgend einem Zusammenhange mit der Klage steht, widersprachen Pfarrer Istraut sowohl als sein Rechtsbeistand diesem Antrage. Das Gericht entschied im entgegengesetzten Sinne, stimmte aber zugleich den Ausführungen Istrauts bei, daß nunmehr auch die Verlesung der Leumundszeugnisse seiner früheren Gemeinden usw. nötig sei. Man sieht, daß das in letzter Zeit bei ganz einfachen und klar liegenden Beleidigungsprozessen üblich gewordene Durchschnüffeln der Vergangenheit des Klägers oder Beklagten Schule macht. — Recht bemerkenswert erscheint uns noch ein Vorgang aus der Verhandlung. Herr Erdmannsdörffer erklärte nämlich, ohne weiteres und ohne daß eine Zeugenvernehmung stattgefunden

Digitized by Google

hatte, von vornherein jede eidliche Auslage für falsch, die die Darstellung des Pfarrers Ickraut über den Verlauf der Versammlung beizitigen würde! Haben Sie Worte?

Über die Ausschließung unsers Parteigenossen Weber aus dem Kriegerverein zu Peine schreibt man uns aus Süddhannover. Wir hannoverschen Anhänger der deutschsozialen Reformpartei verfechten sehr wohl die Äußerung des Vertrauensmannes unserer Partei zu Peine, des Herrn Weber, daß er die Weisen (das heißt: die welfischen Wähler) nicht als Reichsfeinde ansehen könne, und sind wohl mit ihm einverstanden. Wir erachten es als einen großen Fehler der Regierung, daß sie dem Einfluß der meistens liberalen Städtevertretungen nachgegeben hat und im Gegensatz zu dem hannoverschen Bauern und Kleinbürger, die konservativ bis in die Knochen sind, den Nationalliberalismus in Hannover großgezogen hat und auch heute noch unterstützt. Denn dieser hat es nie verstanden, die an ihrem Königshause hängenden sogenannten welfischen Hannoveraner mit den neuen Verhältnissen auszusöhnen, wozu noch dem großen Kriege 1870/71 die beste Gelegenheit war. Statt dessen hat die Regierung es fortig gebracht, durch ihre Teilnahme an der liberalen Gesetzgebung und dem Kulturkampf weite Kreise, die durch die Waffenbrüderschaft im Kriege anfingen, sich in das Bestehende zu schicken, durch wirtschaftliche Mißeren wieder den welfischen Agitatoren in die Arme zu treiben. Die nationalliberale Partei Hannovers hat es ebensalls nicht verstanden, die Gegensätze zu überbrücken, sondern sie hat die Kluft nur vergrößert. Unsre Pflicht als Deutsch-Soziale ist es, stets darauf hinzuwirken und in Wort und Schrift es zu betonen, daß wir die echt königstreuen Alt-Hannoveraner nicht als Reichsfeinde betrachten, sondern dadurch, daß wir unsre Reformen in wirtschaftlicher und politischer Beziehung durchführen, es ihnen leicht machen, sich mit den neuen Verhältnissen auszusöhnen. Nur in diesem Sinne hat Herr Weber, der, so weit wir ihn kennen, ein durch und durch deutsch und kaisertreu gesinnter Mann ist, seine Ausführungen gemeint, und darin müssen wir ihm vollständig beipflichten. Schreiber dieses, der allen drei Kaisern treu gedient hat und vollständig auf deutsch-nationalem Boden steht, ist weit entfernt davon, welfischen Hetzapostaten das Wort zu reden, aber er ist mit den Ausführungen des Herrn Weber vollkommen einverstanden, besonders gegenüber der nationalliberalen Partei, die ihre politische Unfähigkeit den Hannoveranern gegenüber so schlagend bei jeden Wahlen bewiesen hat und immer aufs neue beweisen wird!

Aus Baden. In der erweiterten Vorstandssitzung der deutschsozialen Reformpartei für Baden, die Pfalz und Elsaß-Lothringen, die am 4. d. M. zu Bretten tagte, wurde Herr Th. Reuther (Knielingen) einstimmig aus der Partei ausgeschlossen.

Neujahr ihrer Zeitrechnung begehen die Juden am 17. September (1. Tischri 5659). Der vorgeschriebenen strengen Feier dieses Tages entzieht sich selten ein Jude, weshalb man am jüdischen Neujahr selbst die Geschäfte der Juden geschlossen finden wird, die sich um ihren Sabbath niemals kümmern. Man kann also am 17. September feststellen, wer zu Israel gehört.

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Betrug und Rechtsverfälschung verübte Herr David Heimann zu Berlin, der eingelich aus Frankreich stammt. Da die Betrachten einen groben Vertrauensbruch darstellen, mag Herr Heimann drei Monate in Plötzensee verbringen.

Mehrfache Anterschlagungen verübte der Handlungsgehilfe Julius Heymann zu Berlin. Den Raub verbrachte er in schlechter Gesellschaft. Bei der Gerichtsverhandlung wurde der Angeklagte plötzlich so geschäftsschwach, daß er zur Untersuchung seines Geisteszustandes aus der Haft entlassen wurde, trotzdem der Staatsanwalt drei Jahre Gefängnis beantragtet

Vier Engländer hatten sich gegenseitig gepfändet, beschimpft, bespuckt und verhauen und zwar in der Wohnung des einen Engländers, zu Berlin, Grenadierstr., im Keller. Daraus entspann sich eine Anklage wegen Körperverletzung und Beleidigung. Das Gericht nahm eine kleine Familienzwistigkeit an und brummte den Schönen Jakob, Isidor und der Mutter Kati Engländer je zehn Mark Strafe auf, während der Vater Moses Engländer freigesprochen wurde.

Sittliche Juden. Gegen den Viehhändler Kahn zu Rohrbach bei Heidelberg ist die Untersuchung eröffnet, weil er im Verdacht steht, mit Mädchenhändlern Verbindung zu haben. —

Der Kaufmann Adolf Lesser zu Berlin verübte gewaltsam eine schmutzige Handlung an einem vierzehnjährigen deutschen Mädchen. Zur Belohnung legte ihm das Gericht leider nur drei Monate Gefängnis auf und verfügte keine sofortige Verhaftung. —

Zwei Monate Gefängnis erhielt der sechzehnjährige Hugo Schütz zu Schweinfurt, weil er seine unzuchtem Gelüste einem vierzehnjährigen Mädchen gegenüber nicht bezwingen konnte. Schütz besucht noch das Gymnasium!

Unlauterer Wettbewerb. Herr Th. Stidermann zu Weimar ist Geschäftsführer einer Filiale der Firma J. Leschziner (Erfurt). Als solcher hatte er vor Ostern dieses Jahres durch Anzeigen usw. Konfirmanden-Anzüge zum Preise von 6,50 Mark angekündigt, deren „Güte" zwar diesem Preis entsprach, die aber nicht, wie die Reklamen behaupten, als solide, gute und haltbare Ware gelten konnten. Es hatte daraus eine Irreführung des Publikums durch wesentlich unwahre Angaben thatsächlicher Natur über die Beschaffenheit und Herstellungsart der Ware stattgefunden, die § 4 des Gesetzes vom 27. Mai 1896 unter Strafe stellt. Infolge eines Strafantrages des Gewerbevereins zu Weimar legte das Landgericht dem wahrheitgetreuen Herrn eine Geldstrafe von dreihundert Mark auf.

Und die Moral von der Geschichte?

Traut jüdischen Reklamen nicht!

Ein Einbrecher wurde in der Person des Handelsmannes Sally Spielmann zu Celle auf frischer That ertappt. Man fand bei dem aus Rußland stammenden Verbrecher, der sich auch Anton Mai nannte, eine größere Summe Geld und zwei goldene Uhren.

Freigesprochen von der Anklage des Betruges wurde der Lederhändler Gustav Salomon aus Neu-Ruppin, der jetzt in Berlin sein Geschäft aufhielt. Er bereiste vor mehreren Jahren das deutsche Reich, um seine Eigenartikel in Lack-, Zebra- und Kängurub-Leder an den Mann zu bringen. Die Firma Siegel & Tegeler zu Düsseldorf ließ sich durch seine Anpreisungen bewegen, für etwa 2500 Mark zu bestellen. Die Firma wollte daraufhin ein gutes Lackleder haben und bestellte nur, weil Salomon erklärte, sein Lack springe nie und im deutschen Reiche könne seine Ware gar nicht hergestellt werden. Als dann das Bestellte kam, schien es den Empfängern nicht den vorgelegten Mustern zu entsprechen. Salomon wollte sich aber auf nichts ein und nun suchten die Empfangsfallenen durch Anzeigen Leidensgefährten. Als sie eine Anzahl zusammen hatten, erhoben sie Anklage wegen Betrugs. Während der Staatsanwalt ein Gefängnis von 3000 Mark beantragte, erkannte das Gericht auf Freisprechung, trotzdem ausdrücklich im Urteil hervorgehoben wurde, daß die bei Abschluß des Vertrags gemachten übermäßigen Anpreisungen vor dem Forum des Gewissens nicht als berechtigt anzuerkennen seien. Solche zu weit gehende Versprechungen seien aber im kaufmännischen Leben vielfach Brauch. Wenn auch eine Verurteilungsschädigung vorliegt, sei sie doch nur auf zivilrechtlichem Wege haftbar und nicht auf strafrechtlichem. — Mit den deutschen Begriffen deckt sich eine derartige Auffassung von Treu und Glauben im Kaufmannsstande unsers Erachtens wohl!

Wiederholte Lotterie-Vergehen lasteten den Lotsbändlern Julius und Louis Rosenthal zu Frankfurt (Main) dreißig und einhundert Mark Geldstrafe.

Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat.

In der Zeit vom 16. bis einschl. 31. Mai 1898 wurde über folgende Firmen usw. der Konkurs eröffnet:

Joseph Stein zu Köln (Rhein). — Handelsfrau Moses Baum, Johanna, geb. Ermann zu Essen bei Rohfelden. — Frl. Wanda Wolff zu Tilsit. — Kaufmann Wilhelm Feingold zu Friedrichsberg bei Berlin, Frankfurter Chaussee 106 und 124. — Rhabdhändgroßhändler Isidor Katzanski zu Hamburg, Marienstr. 76. — Kaufmann Robert Heimann zu Charlottenburg. — Kaufmann Israel Japhet zu Berlin, Rosenthalerstr. 19 und Spandauerbrücke 11B. — Kaufmann Samuel Mojes Marx zu Badenscheuern. — Kaufmann Karl Karfiol zu Eibesseld, Herzogstr. 19. — Kaufmann Max Stern zu Berlin, Klopstr. 22 und Neue Friedrichstr. 3. — Manufaktur- und Weißwarenhändler Jak (Jacob) Rosenberg zu Hamburg, Wandsbecker Chaussee 87. — Trödler Bernhard Kaufmann zu München, Sendlingerstr. 17. — Händler Samuel Silzmann zu Budwertben. — Händler David Levy zu Herten bei Recklinghausen. — Kaufmann Albert Levy zu Pinneberg. — Tapetenhändler Louis Lewy zu Stettin, gr. Wollweberstr. 41. — Kaufmann Siegfried Beisel zu Parschdau. — Kaufmann Daniel Klein zu Perleberg. — Kaufmann David Casper zu Berlin, Berbesicher Markt 21. — Kaufmann Markus Ferris zu Mannheim. — Kaufmann David Guggenheimer zu Sackingen. — Kaufmann Daniel Kirschner zu Berlin, Belle Alliancestr. 101. — Kaufmann Siegmund Kaufmann zu Glewitz, Tarnowitzerstr. 16.

Aufgehoben wurden in derselben Zeit nachstehende Konkurse:

Kaufmann S. Silberstein zu Hattingen-Ruhrthal (Zwangsvergl.). — Händler Nathan Treitsch zu Hetzloch (Zwangsvergl.). — Handelsfrau Bertha Lewinsohn zu Chojno bei Wronke (mangels Masse!). — Kaufmann Hugo Dresdner zu Berlin, Münzstr. 16. — Kaufmann Rudolf Levin zu Stargard (Zwangsvergl.). — Schuhwarenhändler Adolf Wiesmann zu Ehrenstrauenberg (Zwangsvergl.). — Händlerin A. Lichtenstein zu Bentschen. — Kaufmann Hermann Bernhard Schlesinger, i. Fa. H. Schlesingers Bazar zu Meerane, Sachsen (Zwangsvergl.). — Kaufmann Max Neumann zu Obergleguy (Zwangsvergl.). — Handelsmann Samuel Hoheim zu Wilcoslaro (Zwangsvergleich). — Fabrikant Max Bamburger zu Berlin, Ritterstr. 71. — Kaufmann Julius Heymann zu Graudenz (Zwangsvergl.). — Kaufmann Gustav Löwenstein zu Wermelskirchen. — Handlung Wolff Lewin & Sohn zu Gembitz. — Kaufmann Leopold Kahnenellendogen zu Posen (Zwangsvergl.)

Digitized by Google

— Joseph Ubaim & Cliffi zu Berlin, Friedrichstr. 106 (Zwangsverkauf.) — Kaufmann Arthur Blumenthal zu Berlin, Leipzigerstr. 69/71. — Wein- und Hopfenhändler Baruch Hirschmeier zu Bischweiler (Zwangsverkauf.). — Kaufmann Simon Loeser zu Trier.

Jüdische Ritter, Kommissions- und Kommerzienräte usw.

Verliehen wurde: dem jüdischen Religionslehrer Dr. Samuel Oppenheim zu Berlin der Kgl. Kronen-Orden vierter Klasse;

dem Kursmakler Julius Rothstein zu Berlin der Rote Adler-Orden vierter Klasse;

dem Dr. med. Zidor Oestreich zu Thüren der Charakter als Sanitätsrat;

dem dem General-Konsulat zu Kairo attachierten Regierungs-Assessor Freiherrn von Oppenheim das Ritterkreuz erster Klasse des Herzoglich sachsen-ernestinischen Haus-Ordens;

dem Kgl. preuß. Hofschauspieler Heinrich Grünfeld zu Berlin das öfterr. goldene Verdienstkreuz mit der Krone;

dem Dr. Margulies zu Florenz der italienische St. Mauritius- und Lazarus-Orden.

*

In die Liste der Rechtsanwälte wurden eingetragen: Rechtsanwalt Dr. Emil Epstein zu Ringbung; Rechtsanwalt Eduard Gumpmann zu Magdeburg; Rechtskandidat Zidor Werner zu Jarotschin; Rechtsanwalt Siegfried Flamme (?) zu Hötensleben.

Mosaik.

Kapital und Arbeit. Die Aktiengesellschaft Nix & Genest zu Berlin verteilt für das letzte Jahr 150 000 Mark (10 v. H.) Dividenden, 12 447 Mark Tantième an den Aufsichtsrat, 34 275 Mark Tantième an die Direktion usw. und zweitausend Mark bekommt der Unterstützungsverein für Arbeiter!

Zwierlei Maß. Der Schriftleiter des Blattes „Der Gastwirtsgehilfe" wurde wegen Ausnahme eines Artikels, der eine empörende Gotteslästerung enthielt, vom Landgericht I zu Berlin zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Dieselbe Strafe erhielt unser Schriftleiter für die angebliche Beleidigung eines jüdischen Fabrikanten!

Russische Juden, etwa zwanzig an Zahl, kamen Mitte des des vorigen Monats mit dem Dampfer „Libau-Pudet" in Stettin an. Der Kapitän hatte sie im Gepäckraume versteckt. Sie wurden aber rechtzeitig von der Polizei entdeckt und dem Kapitän wieder zur Verfügung gestellt, so daß er sie wohl oder übel wieder mit nach Rußland nehmen mußte. Vorher hatte sich der Rabbiner Dr. Vogelstein bei der Polizeidirektion bemüht, eine Zurücknahme des Landesverbotes zu erwirken. Hier abgewiesen, beschwerte er sich bei dem Regierungs-Präsidenten. Dieser hat dem Rabbiner aber folgenden Bescheid erteilt: „Die Polizeidirektion hat, da die gedachten Ausländer, entgegen den Vorschriften des Herrn Ministers des Innern, nicht mit den erforderlichen Legitimationspapieren und Mitteln versehen waren, durchaus zutreffend verfahren, wenn sie dieselben von einem Aufenthalt in Preußen ausschloß und nach ihrer Heimat wieder abschob. Die Gestattung von Ausnahmen kann in solchen Fällen niemals zugelassen werden." Bravo! Hoffentlich verfahren die Behörden in Zukunft immer so!

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. Einer großen Steuerhinterziehung ist man in Heidelberg auf die Spur gekommen. Der Fabrikant Wilhelm Reis hat ständig nur ein Vermögen von 280 000 Mark zur Steuer angemeldet, während er nachweisbar im Jahre 1894 schon 1½ Millionen besaß. Hoffentlich nimmt die badische Regierung den Herrn gehörig hoch! —

Sehr viel Hochachtung scheint die Firma Lange & Münzer zu Magdeburg zur ihr Personal zu hegen, denn einer der Inhaber sagte jüngst in Gegenwart der Angestellten: „Ich werde die ganze faule Christenbande herauswichsen!" —

Etwas ähnliches wird uns aus Berlin berichtet. Dort saß sich eine Frau das Schaufenster eines jüdischen Geschäftes an. Der Herr Chef kam sofort herausgehüpft und fragte süß lächelnd: „Gnädige Frau, etwas zur Einsegnung*) gefällig?" Auf die erstaunte Gegenfrage: „Was haben Sie denn mit unsrer Einsegnung zu thun?" wurde aus dem dienernden Juden ein streitbarer Makkabaer. Noch eine ganze Weile hörte man ihn vom „Ausschuß der Menschheit, der aufgehängt werden müßte" usw. schimpfen. —

Unsre Schüler kennen das jüdische Alphabet nicht, weil oft ihre Lehrer es selber nicht kennen" schreibt die „Allg. Ztg des Judentums". Auf die Bildung der jüdischen Lehrer wirft das gerade kein günstiges Licht. —

Kobylagora in Posen hat seit 25 Jahren einen Juden zum Gemeindevorsteher, den Gastwirt Hirschel.

Briefkasten der Schriftleitung.

Für unsre Mitarbeiter! Schreibe kurz und klar, ohne überflüssige Worte und ohne unnötige und allzuviele Hülfszeits-Redensarten.

Ohne Umschweife sofort auf die Hauptsache losgehen. Lange Briefe mit langen Einleitungen bleiben meist ungelesen, denn bedenke, was einem Zeitungsschreiber täglich nicht alles zugemutet wird.

Bezüglich nicht, ältere ein Komma oder noch besser einen Punkt zu setzen; dadurch werden die Gedanken abgegrenzt und das Ganze übersichtlicher gestaltet. Dabei schadet es gar nicht, wenn öfters einmal ein Satz mit einer neuen Zeile beginnt.

Für den Druck bestimmte Sachen sind stets einseitig und nicht zu eng zu schreiben. Auch ist ein entsprechender Rand — mindestens zwei Finger breit — zu lassen, damit für Einschaltungen Raum vorhanden ist. Die einzelnen Blätter sind mit fortlaufenden Seitenzahlen zu versehen.

Alle Namen von Personen und Orten schreibe so deutlich, daß man jeden Buchstaben einzeln lesen kann, sintemal die Buchstaben dazu da sind, daß man sie unterscheide, nicht aber, damit sie alle einander ähnlich sehen.

Über das kleine lateinische u setze stets einen Bogen, denn sonst ist die Verwechselung mit dem n fast unausbleiblich.

Bezüglich auch nicht, in jedem Briefe usw. deine volle Adresse anzubringen — Name, Wohnort, Straße und Hausnummer —, sonst muß der arme Empfänger erst sein Buch nachschlagen und verliert dadurch seine kostbare Zeit.

Willst du Antwort haben, so lege die nötige Marke bei, sonst macht du bis zur nächsten Nummer warten, wo an dieser Stelle dann die erbetene Auskunft erfolgt.

A kloaner Düonhun in Wien. Hvo, sum kaster Starn pao en anten, titomubier sig selv!

B., Alfeld. Wird besorgt. Bitte die Angelegenheit weiter verfolgen.

Würzburg. War für diese Nummer zu spät. Im übrigen werden wir Ihnen brieflich auskünften antworten.

Bz. Besten Dank! Ihre Zusendung für die nächste Nummer zurückgestellt. Brieflich dann mehr!

Heehingen. Erhalten! Alle Aufträge kommen pünktlich zur Erledigung.

Rauenstein. Ihre Äußerung freut uns. Heil!

Nr. 19. Gewünschtes wird in Ihrem Besitze sein, war ganze Arbeit! Ich habe übrigens noch drei eine Anzahl Einzelnummern gesandt. Wenn Sie noch hier kommen, bitte um Nachricht, wann und wo, da Ihr Abg. Sie auch sprechen möchte. Heil!

Alte Fink. Wie Sie sehen, gern verwendet. Treffen wir uns in Kassel? Brief kostete 15 Reichspfennige sogenannte „Strafporto". Deutschen Gruß!

Fürth. Deutschnationale Blätter im Deutschen Reiche und Österreich haben den Fall aus Ilch ganz anders dargestellt. Wir glauben deshalb vorläufig noch nicht, daß der Musiker ein Jude war und provokatorisch aufgetreten ist.

Dr. B., Leipzig. Frdl. Dank für den Ausschnitt, der in nächster Nummer Verwendung findet.

Zörbig. Nach unsern bisherigen Ermittlungen ist die Firma in deutschen Händen. Aber weshalb berücksichtigen Sie nicht die bei uns anzeigenden Firmen, wie Schmitz & Co. usw.

Eingegangene Anfragen.

Ist die Wein-Großhandlung von Eduard Bergmann, Berlin NO., Frankfurterstr. 63, in deutschen Händen?

Für die Bücherei des Antisemiten.

F. Carley,

Bausteine zur Geschichte ●●● ●●● des Antisemitismus.

Preis 20 Pf.

Zu beziehen durch die **Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstr 27.** Bei vorheriger Einsendung des Betrages (deutsche und österreichische Marken werden in Zahlung genommen) erfolgt portofreie Lieferung.

*) In Berlin findet eine solche auch im September statt

Digitized by Google

CAFE MERKUR

Leipzig ★ ★ ★ ★
★ ★ An der Pleisse 8.

300 Zeitungen, Depeschen u. Kursberichte, Städte-Adressbücher v. Berlin, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Hamburg-Altona, Halle a. S., Paris, sowie Handels-Adressbücher aller grösseren Staaten liegen zur gefl. Benutzung aus.

Jeden Vormittag Bouillon und Pasteten.

Geöffnet bis morgens 1/4 4 Uhr.
Hochachtungsvoll
W. Rühlemann.

Deutsche Schänke, Leipzig,
Poststrasse 20
empfiehlt **kräftigen Mittagstisch** und **gute Biere.**
Gesellschaftszimmer.
Platz zur Aufbewahrung von Fahrrädern genügend vorhanden.
Hochachtungsvoll
H. Singer.

Bierer ein Postfoll (9½ Pfund)
feine Leber-, Rot- und Sülzwurst
zu 7,50 M. franko.
H. Glauner, Fleischermstr.
Papenburg b. Leer (Ostfriesld.).
Ferner:
prima Hammelkeule u. Carrés
à Pfund 55 Pf.

Kaufen Sie
kein Pianino,
wenn Sie sich noch nicht den Katalog von **August Roth,** Kgl. Portug. u. Fürstl. Lipp. Hof-Pianofabrikant, **Hagen W. Nr. 21,** gratis haben kommen lassen.

Frankfurt a M.
Hotel Cölner Hof.
Besitzer: Herrmann Loos.
Gegenüber d. rechten Ausgange des Hauptbahnhofes.
60 Zimmer mit 90 Betten bei mässigen Preisen.
Bier- und Wein-Restaurant.
Jüdischer Besuch verbeten.

„Staatsbürger-Ztg.", „Deutsche Wacht", „Das Volk", „Deutsche Zeitung", „Deutsche Tageszig.", „Teutsch", „Soziale Blätter", „Deutscher Michel" und viele andre deutschgesinnte Zeitungen liegen aus.

Wein-Groß-Handlung,
Import von Rum, Arrac, Cognac, von
Jede Flasche trägt diese Etiquette als Schutzmarke.
Berlin NW., I Stendaler-Straße 1.
Fernsprecher: Amt Moabit 1376.
Gegründet 1877.
1893er u. 95er Rhein- u. Moselweine, p. Fl. über 70 Pf. an.
1893er u. 95er Bordeaux-Weine von 1 M. an, sowie sämtliche in- und ausländische Weine stets, zu soliden Preisen. Für absolute Reinheit garantieren
Sebnitz & Co.
Kleine Proben und Preisliste umsonst.

Beeren-Weine
offeriert in 1. Qualität und durchaus reiner Ware, in nur älteren, abgelagerten Jahrgängen, ab hier, geg. Nachn.:

Roten Johannisbeer-Dessert Wein à			ℳ 70 per	1/1 Ltr.-Fl.
Weißen	„	„	„ „	75 „ „ „
Schwarzen	„	„	„ „	80 „ „ „
Stachelbeer-	„	„	„ „	80 „ „ „
Erdbeer-	„	„	„ „	85 „ „ „

Flaschen und Verpackung inbegriffen: Kisten zum Selbstkostenpreis. Verkauf von 20 Liter an. — Ärztlich verordnet. Zu Geschenken sehr geeignet Hunderte von Attesten! Bester Ersatz für Südweine!
C. E. Schmidt, Beerenwein-kelterei, **Lauffen a. Neckar.**
40 mal preisgekrönt!

Wer einmal Bolan verlangt hat, wird ihn sicher seinen Bekannten empfehlen.

Bolan.

Ein hochmoderner Herrenstoff für feine Anzüge und überzieher. **Bolan** verdichtet sich und kämmgarn, ist vorzüglich appret und sehr haltbar.

Prachtvolle Musterwahl auf Verlangen frei unter Kreuzband.

Wen abreisender
Bertzkes Tuchhaus in Düren 1
(Reg. Aachen.)

Etwa nicht gefallende Stoffe können auf meine Kosten zurück. Alle drin Wagnis.

Viele freiwillige Anerkennungen.

Im Gute und Preis unübertroffen

Vorzügl. Gelegenheit zur Selbständigkeit!

Buch- und Musikalienhandl. m. Nebenbranchen, über 18 Mille Umsatz, Lager 9⁰⁰ Mille, in aufblühender Stadt Mitteldeutschlands mit dichtbevölkerter reicher Umgebung, in flottem Betriebe, noch sehr erweiterungsfähig, ist veränderungshalber zu verkaufen. Näheres für zahlungsfähige Selbstkäufer unter **K. P.** durch die Geschäftsst. d. Bl.

4000 M.
bei gutem Zins sofort gesucht **H. 220** Geschäftsstelle d. Blattes

H. Heinze, Hutfabrik
gr. Fleischergasse 5, Burgstrassenecke 4.
Spezialität: 2,80-Hüte.

Im Verlage v. **Fr. Richter-Leipzig** erschienen von
Dr. Heinrich Seyfarth,
Pfarrer zu Herbeleben i. Thür.,
Meerbeute für die Arbeit der inneren Mission.
● ● Preis 1 M. 20 Pf. ● ●
Hinter eisernen Gittern.
Ein Blick in die Verbrecherwelt.
● ● Preis 2 M. ● ●
Beide Werke von der gesamten christlichen Presse wärmstens empfohlen.
Zu beziehen durch alle Buchhandl.

Hoher Verdienst durch neue patentamtl. geschützte Erfindung. Kein Laden, kein Betriebskapital. Fabrik J. van Aken, Eupen i. Belg.

Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig.
Vollständig liegt vor:
Meyers Konversations-Lexikon.
Fünfte, gänzlich neubearbeitete und vermehrte Auflage.
Mehr als 147,100 Artikel und Verweisungen auf über 18,100 Seiten Text mit mehr als 10,500 Abbildungen, Karten und Plänen im Text und auf 1088 Tafeln, darunter 164 Farbendrucktafeln und 286 selbständige Kartenbeilagen.
17 Bände in Halbleder gebunden zu je 10 Mark.
Meyers Konversations-Lexikon ist das anerkannt neueste, reichhaltigste, bedeutendste und verbreitetste Werk seiner Art.
Der reich illustrierte Verlags-Katalog des Bibliographischen Instituts in Leipzig steht kostenfrei zu Diensten.
Zu beziehen durch die
Geschäftsstelle der „Deutsch-Sozialen Blätter".

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königsstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe, Berlin NW. 5, Kruppstr. 13.
Druck: G. Reusche in Leipzig.

Digitized by Google

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Leipzig, 22. September 1898. Nr. 527.

Aufruf!

Am 27. Oktober werden die Wahlmänner zum preußischen Landtage gewählt; die Abgeordnetenwahl findet am 3. November statt. —

Es ist für die Zukunft unserer Partei von allergrößter Bedeutung, daß wir diesmal endlich auch im preußischen Abgeordnetenhause einige Sitze erringen, weil eine Reihe wichtiger Forderungen unseres Programms besser in den Landtagen der Einzelstaaten, als im Reichstage geltend gemacht werden können.

Bei den Wahlen im Jahre 1893 erreichten bereits drei Kandidaten unserer Partei, die Reichstagsabgeordneten von Liebermann und Werner und der Patentanwalt Dr. Häberlein sehr günstige Erfolge. Letzterer erhielt 56 Stimmen im Kreise Ninteln. — Die Wahlprüfungs-Kommission des Abgeordnetenhauses rechnete auf Grund von Wahlprotesten, die aus dem Kreise Hombergs-Ziegenhain eingelaufen waren, für den Gegner des Abgeordneten von Liebermann nur noch eine Mehrheit von drei Stimmen heraus. Auch diese wäre hinfällig geworden, wenn das Beweismaterial für einige Unregelmäßigkeiten rechtzeitig der Kommission zugegangen wäre. Bei der Nachwahl im Kreise Rothenburg-Hersfeld im Jahre 1896 unterlag unser Reichstagsabgeordneter Werner, der dort wiederum kandidierte, nur mit zwei Stimmen.

So stehen unsre Aussichten nicht ungünstig, wenn wir eine energische Agitation entfalten können. Dazu gehören aber nicht unerhebliche Wahlmittel, um deren schleunige Aufbringung wir uns an die Parteigenossen im Lande wenden. An der Unzulänglichkeit der Mittel sind wir bei den Reichstagswahlen in einer Reihe von Kreisen gescheitert. Möge es gelingen, diese Mißerfolge bei den preußischen Landtagswahlen auszugleichen.

Spenden sind an den Kassenwart der Partei, Herrn Dr. Bielhaben, Hamburg, Hohe Bleichen 31, zu richten.

Doppelt giebt, wer schnell giebt.

Berlin, Mitte September 1898.

Im Auftrage des Parteivorstandes der deutschsozialen Reformpartei.

Liebermann von Sonnenberg, Oswald Zimmermann,
Vorsitzende.

Parteinachrichten.

Wir bitten unsre Leser, ihre Bestellungen auf das kommende Vierteljahr bei der Post sofort zu erneuern, damit keine Unterbrechung in der Lieferung eintritt.

Der vierte allgemeine Parteitag ist zum 8., 9. und 10. Oktober nach Kassel einberufen. Am 8. werden die einzelnen Ausschüsse Sitzungen abhalten, abends von 8½ Uhr an ist zwanglose geselliges Beisammensein. Sonntag, den 9. Oktober, früh zehn Uhr beginnen die Hauptverhandlungen in der „Stadt Stockholm", abends 8½ Uhr schließt sich daran ein Festkommers. Am 10. werden die Hauptverhandlungen früh neun Uhr fortgesetzt. Für diese ist nachstehende Ordnung vorgesehen:

1. Rechenschaftsbericht über die Thätigkeit der Reichstagsfraktion und der Parteileitung. Berichterstatter: Abg. Liebermann von Sonnenberg.
2. Wahl der beiden Vorsitzenden.
3. Beratung über die Mittelstandsfrage. Berichterstatter: die Abgg. Werner und Müller.
4. Die preußischen Landtagswahlen. Berichterstatter: Abg. Werner.
5. Berichte der Landtags-Abgeordneten, des Kassenwarts und der Kassenprüfer.
6. Wahl der Kassenprüfer.
7. Bericht über die Wahlen. Berichterstatter Abg. Liebermann von Sonnenberg.
8. Bericht über die organisatorischen Beschlüsse des Vorstandes und der Parteileitung. Berichterstatter Abg. Dr Bielhaben.
9. Verschiedenes.

Anträge, zu deren Einbringung jeder Parteigenosse berechtigt ist, sind bis zum 30. d. Mts. der Hauptgeschäftsstelle (Berlin W. 35) vorzulegen. Auf dem Parteitage selbst sind nur die Stimmführer zur Stellung neuer Anträge berechtigt. Jeder Wahlkreis kann zwei Stimmführer entsenden, die einen von dem betreffenden Landesverbande ausgestellten Ausweis besitzen müssen. Es ist deshalb nötig, daß die Wahl der Stimmführer sofort vorgenommen wird.

Zutritt zum Parteitage haben nur Gesinnungsgenossen, die sich als solche ausweisen. Das kann geschehen durch Vorzeigen eines von einem Mitgliede des Gesamtvorstandes unterzeichneten Einladungsschreibens oder der Mitgliedskarte eines zur Partei gehörigen Vereins, durch das Zeugnis eines Gesinnungsgenossen, der der sich als solcher bereits ausgewiesen hat, oder durch die Versicherung des Einlaß Begehrenden auf Ehrenwort, daß er auf dem Boden unsres Programmes stehe.

Der Brandenburgische Verbandstag der deutschsozialen Reformpartei (Haupt-Versammlung des Provinzial-Verbandes für Brandenburg und Berlin) findet am 24. und 25. d. Mts. zu Berlin im oberen Saale der Wirtschaft von F. H. Rieprich, Unter den Linden 27, statt. Am 24. d., abends 9 Uhr ist Sitzung des Gesamtvorstandes: Vorbesprechungen zur Haupt-Versammlung, zu den Vorstandswahlen und über Anträge zum Kasseler Parteitag. Am 25. d. nachm. 2 Uhr ist die Hauptversammlung des Verbandes, zu der von Mitgliedern Gäste einführt werden können. Tagesordnung: 1. Bericht über die Thätigkeit im Verbandsgebiet (C. H. Böckler). 2. Bericht der Obmänner aus den einzelnen Wahlkreisen. 3. Kassenbericht (Franke). 4. Entlastung des Vorstandes und Neuwahlen. 5. Der Parteitag in Kassel. Anträge zu demselben. 6. Einsetzen der Winterarbeit. — Anträge für den Parteitag in Kassel, für die die Unterstützung des Verbandes gewünscht wird, sind bis zum 24. d. Mts. schriftlich beim stellvertretenden Verbandsvorsitzenden, Herrn Karl Christoffers, Berlin W, Derfflingerstr. 23 einzureichen. Die Beteiligung am Kasseler Parteitag wird allem Anschein nach aus Berlin und Brandenburg ziemlich stark sein.

Aus Kurhessen. Die Wahlarbeit im Landtagswahlkreise Hersfeld-Rotenburg hat am 25. d. Mts. durch eine gut besuchte Vertrauensmänner-Versammlung in Bebra begonnen. Der Abg. Werner wohnte den Beratungen bei.

Auf den Landtags-Wahlkreis Bentheim-Lingen haben die National-Sozialen seit langem ein Auge geworfen. Es sind dort eigenartige Verhältnisse. Der bisherige Vertreter ist ein konservativer Bauer; dabei ist die konservative Partei wohl die schwächste von allen im Wahlkreise. Wenn wir nicht irren, rührten von den Stimmen, die bei der letzten Wahl auf Daminl fielen, nur 13 von Konservativen her; alle übrigen stellte das Zentrum. Aus eigener Kraft kann nämlich das Zentrum seinen Kandidaten durchbringen, und, um den Sieg eines Nationalliberalen zu verhindern, hat es bisher für den Konservativen Daminl gestimmt. Nun tragen sich die Naumänner mit der Hoffnung, daß das Zentrum ihnen seine Stimmen zuwenden werde, zumal ihr Bewerber Herr v. Gerlach ist, dessen Klerikalismus mit dem Zentrum bekannt ist. (Er soll sogar Mitarbeiter der „Kölnischen Volkszeitung" sein.) In der That scheint auch die Zentrumsleitung nicht übel Lust zu haben, für

Digitized by Google

v. Gerlach einzutreten; die „Köln. Volksztg." stellte das schon im Herbste vorigen Jahres in Aussicht. Es ist nur sehr die Frage, ob die national-sozialen Ideen so viel Werbekraft haben, die etwa 10 Stimmen, die außer denen des Zentrums zum Siege erforderlich sind, aufzubringen. — Kürzlich hat Pfarrer Naumann den Kreis bereist, um für Gerlachs Kandidatur Stimmung zu machen.

Versammlungskalender. Herr O. Zimmermann spricht am 22. zu Dresden. Abg. F. Raab am 26. und 27. zu Hamburg.

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Herr Lazarus, in Firma Gb. Gerth & Co. zu Meplar, verkaufte „Gloriosheim", das Stück zu drei Mark. „Reeller Wert" sollte nach Angabe einer Anzeige fünf Mark sein. Da aber gerichtlich bewiesen wurde, daß jede Hose im Einkauf nur 2,30 Mark kostete — wieviel mag da der Schneider betommen? —, so muß Herr Lazarus jetzt wegen unlauteren Wettbewerbes fünfzig Mark Strafe zahlen.

Fluch „geheckter" Sühn. Die Wagner, das Heidelberg, zu Hamburg ladet ihren Ehemann Chaim Wagner, unbekannten Aufenthalts, zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die sechste Zivilkammer des Landgerichts zu Hamburg, Gerichtsgebäude, Admiralitätstraße, auf den 9. Dezember 1898. —

Frau Louise Stein, geb. Schwab, zu Frankfurt (Main) klagt gegen ihren früheren Ehemann, den Journalisten Adolf Stein, früher zu Frankfurt (Main), zuletzt in London, jetzt unbekannten Aufenthalts, unter der Behauptung, daß nach rechtskräftiger Trennung der zwischen den Parteien bestandenen Ehe und Schuldigerklärung des Beklagten, ferner wegen mangelnder Fürsorge für seine Kinder der Beklagte das Erziehungsrecht über diese verwirkt habe. Klägerin wünscht das ausschließliche Recht der Erziehung der beiden aus der Ehe mit dem Beklagten hervorgegangenen Kinder. —

Die verehelichte Kaufmann Auguste Singer zu Johannisthal beschuldigt ihren Ehemann, den Kaufmann Max Singer, früher zu Berlin, jetzt unbekannten Aufenthalts, der böslichen Verlassung, unsittenlicher Lebensart und Verletzung des Unterhalts. Sie wünscht deshalb die Trennung der Ehe.

Mit der Falschmünzerei gefangen ist der Kaufmann Simon Löwenmayer aus London, jetzt unbekannten Aufenthalts. Der Hotelier Chr. Tiersamm zu Stuttgart wünscht den Löwenmayer jetzt vor Gericht zu sprechen.

Falschmünzer. Der Warschauer Geheimpolizei gelang es nach langen, anstrengenden Nachforschungen, eine Werkstätte zur Herstellung und Wiederaufbarmachung schon benutzter Stempelmarken zu entdecken. Ein gewisser Feidel Grim belastete sich mit der Beseitigung des Stempels auf den schon im Gebrauch gewesenen Marken und hatte es darin bis zu einer solchen Meisterschaft gebracht, daß seine Marken nur schwer von den echten zu unterscheiden waren. Bei der Haussuchung wurden mehr als fünfzehnhundert Stück alter Marken verschiedenen Wertes und zwei Flaschen einer Säure, mit der der Jude arbeitete, beschlagnahmt.

Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat.

In der Zeit vom 1. bis einschl. 30. Juni 1898 wurde über folgende Firmen usw. der Konkurs eröffnet:

Galanteriewaren-Händler Ell, genannt Eugen Baumheim zu Altona-Ottensen, Bismarckstr. 3. — Hugo Franke & Co. zu Eschwege. — Kaufmann Herm. Hirschfeld zu Berlin, Holzmarktstr. 67. — Wäsche- und Weißwarenhändler Moritz Jonas zu Fa. Marrit (?) Jonas zu Berlin, Neue Friedrichsstr. 21 III. — Händler mit Herrengarderobe Abraham Bergholz zu Altona, Schulterblatt 67. — Kaufmann Siegmund Altmann zu Berlin, Rosenthalerstraße 9 und 65. — Kaufmann Leon Nürnberger zu Berlin, Fürstenstr. 4. — Henriette Hirsch, geb. Mayr zu Bingen. — Kaufmann Siegismund Cohn zu Opeln. — Kaufmann Salin Binniger zu Beuthen (Oberschles.). — Handelsfrau Fanny Friedmann, geb. Koberstein zu Posen. — Kaufmann Max Neumann zu Schönberg bei Berlin, Neue Winterfeldtstr. 10. — Kaufmann Julius Gurau zu Berlin, Bischofstr. 12. — Kaufmann David Gerson zu Dresden, Bettinusstr. 16. — Kaufmann Sally Michaelis zu Oberschöneide. — Kaufmann Hermann Kronsohn zu Jastrow. — Handelsmann Abraham Braumann zu Unterlatterheim (Unterfranken). — Möbelhändler Siegfried Richer zu Eisen (Ruhr). — Kaufmann Adolf Kapenstein zu Lehe, Hafenstr. 48. — Kaufmann Abraham Czarnicki zu Preußen (Opr.). — Kaufmann Louis Guttentag zu Berlin, Neue Schönhäuserstr. 16. — Handelsmann Moses Neugarten zu Gnadenberg. — Kaufmann Cerf-Levy zu Straßburg (Elsaß), Gerbergraben 11. — Witwe J. J. Levy zu Straßburg (Elsaß), Langestr. — Kaufmann Julius Wolff zu Pleß. — Kaufmann Max Levin zu Rydzeck. — Kaufmann Louis Oberschäpkin, Herrengarderoben und Schuhwaren, zu Altona, Schulterblatt 80, Hamburg, Bartelsstr. 5 und Biederstr. 121, und Lüneburg. — Kaufmann Karl Bernstein zu Penarth. — Kaufmann Moritz Cohn, i. F. M. Cohn jr. zu Berlin, Spandauerstr. 76. — Kaufmann Samuel Breslauer, Inhaber der Firma Töchener Kunstwerzigschäft zu Cöthen (Anh.). — Schneidermeister und Handelsmann Julius Manasse zu Breschen. — Salinger & Hanke, Möbeltischlerwerkstatt zu Berlin, Adlerstr. 132/133. — Kaufmann Alfred Nathan zu Berlin, Reichenbergerstr. 19 und 163. — Kaufmann Max Selchow zu Ostingerstleben. — Kaufmann Isael Lublinsky, i. Fa. Lublinsky & Co. zu Hameln. — Kaufleute Alfred & Max Parbon zu Kuin. — Krämer Seligmann Levy zu Niederbrumm (Elsaß). — Materialwaren-Händler Heimermann, i. Fa. J. W. Heimermann zu Düsseldorf, Birkenallee 84. — Wolf Rauner, Kleider- und Schuhwarenhändler zu Ludwigshafen (Rhein). — Kleidergeschäfts-Inhaber Abraham Hayes Bloch zu München, Zweibrückenstr. 15. — Kaufmann Wolf Steinberg zu Bleicha. — Schuhwarenhändler A. Falkenrowsch zu Westenfeld. — Conn Gebrüder, Im- und Export von Bettmutter und Steinnüssen zu Hamburg, Herrengraben 24. — Kaufmann Arthur Caro zu Berlin, Wrangelstr. 29. — Kaufmann Josef Laskowsky zu Bleznig, Breslauerstr. — Kaufmann Jacob Levy, i. Fa. Deutsche Herrenmoden zu Pfersheim, Nahestr. 2. — Kaufmann Samuel Louis Josse zu Berlin, Blumenstr. 77. — Kaufmann Julius Hallgarten zu Bingen. — Kaufmann Hermann Levy zu Elbing. — Kaufmann Julius Lewin zu Rastatt (Mekl.). — Fräulein Else Lewinsky zu Stettin, Schützenstr. 9. — Kaufmann Julius Jüdel de Haas zu Jülich. — Schirmfabrikant Aron Morgenstern zu Sprendlingen. — Kaufmann Josef Rosenthal zu Schöneberg bei Berlin, Hauptstr. 22a. — Lud Liebmann Ebeleute zu Affenheim (Kr. Friedberg). — Händler Isaac Gottfeld zu Kulmsee. — Kaufmann Emil Levy zu Berlin, Neue Königstr. 89.

Aufgehoben wurden in derselben Zeit nachfolgende Konkurse:

Kaufmann Heinr. Cohn zu Rawitsch. — Kaufmann Abraham Rodnitzki zu Ruß (Zwangsvergl.). — Kaufmann David Graw zu Berlin, Zimmerstr. 22 und Friedrichstr. 203 (Zwangsvergl.) — Schuhwarenhändler Salomon (Salli) Wilder zu Berlin, Brunnenstr. 37. — Handelsmann David Kapenstein — und Ehefrau Malchen, geb. Stern zu Minden bei Burgkamp. — Knaben-Garderobenhändler Leopold Eiteles zu Hamburg (Zwangsvergl.). — Kaufmann Eugen Schwab in Firma Jul. Schwab & Co. zu Mannheim (Zwangsvergl.). — Sotie Nauder, Herren- und Knabenkleider-Magazin zu München. — Kaufmann Samuel Weiß zu Lüben. — Kaufmann Josef Edelmann zu Straßburg (Elsaß), Kornenckerstr. 29. — Holz- und Kohlenhändler Otto Sachs zu Berlin, Fischstr. 4 (Zwangsvergl.). — Kürschner Elias Thal zu Rakel. — Kaufmann Löbar Alexander, in Firma L. Löbner zu Stargard. — Kaufmann Herm. Fürst zu Lissingen (Zwangsvergl.). — Kaufmann Nathan Danziger zu Zittau (Zwangsvergl.). — Händler Wilh. Stern zu Ilsenburg. — Kaufmann S. Glaman zu Blotho. — Kaufmann Max Cahn zu Bernastel. — Halsbänder Benno Lewinski zu Briesen (Zwangsvergl.). — Kaufmann Rudolf Leiser, in Firma Gebrüder & Leiser zu Magdeburg (Zwangsvergl.). — Kaufmann Karl Callmann zu Berlin, Niedenwallstr. 16. — Bolte & Fraenkel, Herren- und Knaben-Garderobengeschäft zu Hannover (Zwangsvergleich). — Handelsmann Karl Marx zu Altenkirchen. — Schneidermeister Robert Hirsch zu Berlin, Jungfernstr. 35. — Garderobenhändler Julius Wolff zu Berlin, Brunnenstr. 170. — Kaufmann Julius Mantheim zu Berlin, Friedrichstr. 44 (Zwangsvergl.). — Juwelier Hugo Silberstein zu Charlottenburg. — Agent David Landau zu Chemnitz. — Handelsmann Abraham Levinsky zu Weißtirchen. — Handelsmann Jacob Arnstein zu Wallburg. — Kaufmann Gustav Herzfeld zu Berlin, Barnimstr. 26 und Neue Königstr 66, zur Zeit unbekannten Aufenthalts. — Mafurisches Brauhaus, Adolf Rosenberg zu Lötzen. — Kaufleute Lesmann und Levy Salomon, i. Fa. Eberfelder Juwelenhof Gebr. Salomon zu Elberfeld. — Kaufmann Willy Lichenstein zu Prosten. — Kaufmann Sally Silberstein zu Berlin, Kurstr. 32. — Handelsfrau Julie Lasch, geb. Caro, i. Fa. J. Caro zu Berlin, Greifswalderstr. 202 (Zwangsvergl.). — Kaufmann Wilh. Herz, i. Fa Wilh. Herz & Co. zu Magdeburg, Hasselbachstr. 6 (Zwangsvergl.). — Schuhwarenhändler Herm. Grünebaum zu Chemnitz. — Garderobenhändler Leon Bennigson, i. Fa. Bennigson et Co. zu Königsberg, Pr.

•

Konkurs des Kleiderhändlers David Glanternick zu Berlin. Den Forderungen ohne Vorrecht von insgesamt 8763 Mark stehen etwa 6,8 v. H. in Aussicht.

Konkurs des Kaufmanns S. Altmann zu Berlin. Den vorrechtslosen Forderungen von 33 000 Mark sollen etwa 9,75 v. H. zufließen.

Jüdische Ritter, Kommissions- und Kommerzienräte usw

Verliehen wurde: dem Rechtsanwalt Dr. jur. Rudolf Herz zu Hamburg das Ritterkreuz zweiter Klasse des Herzoglich braunschweigischen Ordens Heinrichs des Löwen, das Ritterkreuz erster Klasse des Herzoglich sachsen-ernestinischen Haus-Ordens und die dritte Klasse des Kgl. siamesischen Kronen-Ordens;

dem Ober-Baudirektor Dr. Ritter zu Rotterdam der Ritterorden des niederländischen Löwen;

dem Hauptmann a. D. Stern zu Posen der Rote Adlerorden vierter Klasse;

Digitized by Google

den Sanitätsräten Dr. S. Cora zu Breslau, Dr. Emanuel Aufrecht zu Magdeburg und Dr. Julius Somelsohn zu Köln (Rhein) der Charakter als Geheimer Sanitätsrat.

Neue Bücher.

(Alle hier angezeigten Schriften sind durch unsere Geschäftsstelle, sowie durch jede Buchhandlung zu beziehen.)

Die nationalökonomischen Wissenschaft und der deutsche Kaufmannsstand. Von Dr. A. Wiemnghaus. Jena 1898. G. Fischer. 39 Seiten. Preis 1 M.

Der Verfasser macht der deutschen Kaufmannschaft — gemeint den kaufmännischen Kreisen Deutschlands, die in wichtigeren Stellungen, nämlich als Inhaber, Direktoren, Geschäftsführer oder sonstige höhere Angestellte größerer Handelshäuser, industrielle Werke, Bankinstitute, Versicherungsanstalten usw. thätig sind — den Vorwurf, daß sie die nationalökonomische Wissenschaft zu sehr vernachlässigen. Die Schuld an dieser Vernachlässigung misst er zwar teilweise den nationalökonomischen Fachgelehrten bei, deren einige seines Erachtens dem Kaufmannsstande, dessen Anschauungskreise und Lebensinteressen fremd und teilnahmslos gegenüberstehen; den größeren Teil der Schuld aber findet er bei der Kaufmannschaft selbst. Wie notwendig es für die Kaufleute ist, sich mit der Nationalökonomie eingehender zu beschäftigen, wird in überzeugender Weise auseinandergesetzt. Als Mittel, dem jetzigen Zustande abzuhelfen, empfiehlt der Verfasser namentlich die Errichtung selbständiger Handelshochschulen, an denen außer Nationalökonomie alle die wissenschaftlichen Fächer Berücksichtigung finden, die für den kaufmännischen Betrieb von Wichtigkeit sind. Hoffentlich finden die Ausführungen und Vorschläge des sachkundigen Verfassers bei allen, die sie angehen, die verdiente Beachtung. F. B.

Warum giebt es in Deutschland eine Judenfrage? Eine Antwort in 19 graphischen Tafeln. Hannover, Verlag „Heimat"; 1898. Preis 1,80 Mark.

Die im Titel gestellte Frage wird durch die Ergebnisse der Statistik beantwortet. Da erfahrungsgemäß viele Leute eine unüberwindliche Abneigung gegen das Studium trockener Zahlen haben und es schließlich auch nicht jedermanns Sache ist, sich damit abzugeben, hat der ungenannte Verfasser den Weg gewählt, das, was die Zahlen sagen, in geeignlichen Darstellungen vorzuführen. Durch einen Blick auf die sauber ausgeführten Tafeln sieht man, wie sich die Juden auf die einzelnen Berufsstände verteilen, wie viel jüdische Soldaten es giebt und geben müßte, welchen Anteil die Juden an den einzelnen Verbrechen haben und nach Maßgabe ihrer Bevölkerungsdichte haben dürften ꝛc. Ferner erkennt man, wie das Judentum einzelne Erwerbszweige ganz oder fast ganz monopolisiert hat. Jüdische Kaufleute, Bankiers und Rentner nehmen an Zahl stetig zu, während die jüdischen Handwerker und Dienstboten auf dem Aussterbe-Etat stehen. So ist das Büchlein wohl geeignet, manchem schnell Verständnis für die Judenfrage zu eröffnen. Die nötigen Erläuterungen für die graphischen Darstellungen werden in knapper Form auf 18 Seiten Textes geboten.

Leider verwertet der Verf. nicht immer das neueste zugängliche Material, z. B. geht er auf die Berufszählung von 1882 zurück. Warum werden nicht die Ergebnisse der letzten Zählung berücksichtigt? Ebenso ist bei der Verteilung der Juden und Nichtjuden auf den höheren Schulen die Statistik von 1891 herangezogen ꝛc. Immerhin erfüllt das Büchlein auch so seinen Zweck und kann zur Verbreitung bestens empfohlen werden. —nn.

Woerls Reisehandbücher. Führer durch Kassel und Umgebung nebst Wilhelmshöhe. Preis 50 Pf. Die Woerlschen Bücher zeichnen sich durch treffliche Form und knappe und doch verständliche Darstellung aus. Der Führer durch Kassel enthält z. B. auf 45 kleinen Seiten alles für einen vorübergehenden Besuch wissenswerte, sogar eine genaue Aufzählung der 812 Bilder der Gemäldegalerie. Da dem Berichten außerdem ein sehr übersichtlicher Stadtplan beigegeben ist, können wir es allen Teilnehmern an dem Parteitage bestens empfehlen.

Briefkasten der Schriftleitung.

Rittmstr. v. A. Freundlichen Dank! Ist benutzt.

A. Z., Ingen. Findet in nächster Nummer Verwendung. Heilo!

P. C., Leipzig. Soll gern aufgenommen werden.

Dr. B., Leipzig. Wird gern berücksichtigt, obwohl wir es bisher für unnötig hielten, da unser Standpunkt doch bekannt ist.

F. B., Leipzig. Ihre Bemerkung über den Mörder teilen wir nicht.

Für unsre Mitarbeiter! Schreibe kurz und klar, ohne überflüssige Worte und ohne unnötige und allzuviele Höflichkeits-Redensarten.

Ohne sinnlose sofort auf die Hauptsache losgehen. Lange Briefe mit langen Einleitungen bleiben meist ungelesen, denn bedenke, was einem Zeitungsschreiber täglich nicht alles zugemutet wird.

Bergiß nicht, öfters ein Komma oder noch besser einen Punkt zu setzen; bedenke wenden die Gedanken abzugrenzt und das Ganze übersichtlicher gestaltet. Dabei schadet es gar nicht, wenn öfters einmal ein Satz mit einer neuen Zeile beginnt.

Für den Druck bestimmte Sachen sind stets einseitig und nicht zu eng zu schreiben. Auch ist ein entsprechender Rand — mindestens zwei Finger breit — zu lassen, damit für Einschaltungen Raum vorhanden ist. Die einzelnen Blätter sind mit fortlaufenden Seitenzahlen zu versehen.

Alle Namen von Personen und Orten schreibe so deutlich, daß man jeden Buchstaben einzeln lesen kann, sintemal die Buchstaben dazu da sind, daß man sie unterscheide, nicht aber, damit sie alle einander ähnlich sehen.

Aber das kleine lateinische u sehe stets einen Bogen, denn sonst ist die Verwechslung mit dem n fast unausbleiblich.

Bergiß auch nicht, in jedem Briefe usw. deine volle Adresse anzubringen — Name, Wohnort, Straße und Hausnummer —, sonst muß der arme Empfänger erst sein Buch nachschlagen und verliert dadurch seine kostbare Zeit.

Willst du Antwort haben, so lege die nötige Marke bei, sonst mußt du bis zur nächsten Nummer warten, wo an dieser Stelle dann die erbetene Auskunft erfolgt.

Empfangs-Bescheinigung.

Nachträglich zur Königsberger Wahl auf Sammelbuch Nr. 15 bei der H.-G.-Stelle eingelaufen M. 5,15.

Für die Bücherei des Anlisemiten.

Prof. Dr. Rebbert,

Christenschutz, nicht Judenhatz.

Preis 15 Pf.

Zu beziehen durch die **Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstr. 27.** Bei vorheriger Einsendung des Betrages (deutsche und österreichische Marken werden in Zahlung genommen) erfolgt portofreie Lieferung.

Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig.

Vollständig liegt vor:

Meyers Konversations-Lexikon.

Fünfte, gänzlich neubearbeitete und vermehrte Auflage.

Mehr als 147,100 Artikel und Verweisungen auf über 18,100 Seiten Text mit mehr als 19,500 Abbildungen, Karten und Plänen im Text und auf 1088 Tafeln, darunter 164 Farbendrucktafeln und 296 selbständige Kartenbeilagen.

17 Bände in Halbleder gebunden zu je 10 Mark.

Meyers Konversations-Lexikon ist das anerkannt neueste, reichhaltigste, bedeutendste und verbreitetste Werk seiner Art.

Der reich illustrierte Verlags-Katalog des Bibliographischen Instituts in Leipzig steht kostenfrei zu Diensten.

Zu beziehen durch die

Geschäftsstelle der „Deutsch-Sozialen Blätter".

Digitized by Google

CAFE MERKUR

300 Zeitungen. Depeschen u. Kurs-berichte, Städte-Adressbücher v. Berlin, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Hamburg-Altona, Halle a. S., Paris, sowie Handels-Adressbücher aller grösseren Staaten liegen zur gefl. Benutzung aus.

Leipzig ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ An der Pleisse 8.

Jeden Vormittag Bouillon und Pasteten.

Geöffnet bis morgens ¼4 Uhr.

Hochachtungsvoll
W. Rählemann.

Deutsche Schänke, Leipzig,
Poststrasse 20
empfiehlt kräftigen Mittagstisch und gute Biere.
Gesellschaftszimmer.
Platz zur Aufbewahrung von Fahrrädern genügend vorhanden.
Hochachtungsvoll
H. Singer.

Frankfurt a/M.

Hotel Cölner Hof.
Besitzer: Hermann Loos.
Gegenüber d. rechten Ausgange des Hauptbahnhofes.
60 Zimmer mit 90 Betten bei mässigen Preisen.
Bier- und Wein-Restaurant.
Jüdischer Besuch verbeten.

„Staatsbürger-Ztg.", „Deutsche Wacht", „Das Volk", „Deutsche Zeitung", „Deutsche Tageszig.", „Deutsch-Soziale Blätter", „Deutscher Michel" und viele andre deutschgesinnte Zeitungen liegen aus.

Unsere ein Postkolli (9½ Pfund)
feine Leber-, Rot- und Sülzwurst
zu 7,50 M. franko.
H. Glauner, Fleischermstr.
Papenburg b. Leer (Ostfriesl.).
Ferner:
prima Hammelkeule u. Carrés à Pfund 55 Pf.

H. Heinze, Hutfabrik
gr. Fleischergasse 8, Kurprinzstrasse 4.
Spezialität: 2,80-Hüte.

Wein-Groß-Handlung,
Import von Rum, Arrac, Cognac,
von
Etiquette als Schutzmarke.
Jede Flasche trägt diese
Berlin NW., Stendaler-Straße 1.
Fernsprecher: Amt Moabit 1376.
Gegründet 1872.

Vorzügl. Gelegenheit zur Selbständigkeit!
Buch- und Musikalienhandl. m. Nebenbranchen, über 18 Mille Umsatz. Lager 9½ Mille, in aufblühender Stadt Mitteldeutschlands mit dichtbevölkerter reicher Umgebung, in flottem Betriebe, noch sehr erweiterungsfähig, ist veränderungshalber zu verkaufen. Näheres für zahlungsfähige Selbstkäufer unter K. P. durch die Geschäftsst. d. Bl.

4000 M.
bei gutem Zins sofort gesucht H. 229 Geschäftsstelle d. Blattes.

Billige, dichte
Dächer
stets aus der gut
Andernach's
Asphalt-Dachpappen
Muster u. Preisliste postfrei.
A. H. Andernach & Sohn, Rhein.

Einen großen Dienst leistet man unserem Blatte und unserer Sache, wenn man seine Einkäufe bei solchen Handlungen deckt, die uns durch Ankündigungen unterstützen.

Beeren-Weine
offeriert in I. Qualität und durchaus reiner Ware, in nur älteren, abgelagerten Jahrgängen, ab hier, exkl. Nachn.:

Rotem Johannisbeer-Dessert-Wein	à ℳ	—,70	per ½ Ltr.-Fl.
Bersten	„	—,75	„ „ „ „
Schwarzen	„	—,80	„ „ „ „
Stachelbeer-	„	—,75	„ „ „ „
Erdbeer-	„	—,85	„ „ „ „

Flaschen und Verpackung inbegriffen; Kisten zum Selbstkostenpreis. Versand von 20 Liter an. — Kräftig verordnet. Zu Geschenken sehr geeignet. Hunderte von Attesten! Bester Ersatz für Südweine!

C. E. Schmidt, Beerenwein-kelterei, Lauffen a. Neckar.
40 mal preisgekrönt!

Am 18. d. Mts. verschied nach schwerem Leiden Herr Kaufmann
Oscar Jahn.
Unsere Bewegung verliert in ihm einen treuen Anhänger, der deutschsoziale Reform-Verein zu Leipzig einen seiner thätigsten Mitglieder.

Kaufen Sie keln Planino,
wenn Sie sich noch nicht den Katalog von **August Roth**, Kgl. Portug. u. Fürstl. Lipp. Hof-Pianofabrikant, **Hagen W. Nr. 21,** gratis haben kommen lassen.

Der reichste Kaufmann.

Preisend mit viel schönen Reden
Der Geschäfte Wert und Stand,
Saßen viel bekannte Juden
Auf der Börse bei einand'.

„Herrlich", sprach der reiche Nathan,
„Wie mein Bankgeschäft floriert,
Meine Aktien sind gestiegen
Und mein Konkurrent falliert."

„Meinen Laden sollt Ihr sehen",
Sagte Moses Mandelbaum,
„Vollgepfropft mit Garderoben
Ist der ungeheure Raum."

„Neulich kauft ich", sprach der alte
Pferdehändler Silberstein,
„Für die Hälfte ihres Wertes
Zwanzig junge Rappen ein."

„Ich hab' keinen großen Laden",
Veilel Lilienthal begann,
„Handle bloß mit alten Sachen
Und was sonst ich kriegen kann.

Doch es hat mein kleiner Laden
Mir genug schon eingebracht;
Denn ich hab' in einem Jahre
Siebenmal Konkurs gemacht."

Und es rief der reiche Nathan,
Mandelbaum und Silberstein:
„Lilienthal, Du bist der Reichste,
Dein Geschäft bringt's Meiste ein!"

Wer einmal Bolan verbraucht hat, wird ihn sicher seinen Bekannten empfehlen.

Bolan.

Ein hochwertvoller Heilmittel für feine Knöpfe und Lederjäcken. **Bolan** verdrängt Chrysol und Hammarin, ist vorzüglich-sport und sehr haltbar.

Probeflasche Musterwichst auf Verlangen frei unter Kreuzband.

Viele freiwillige Anerkennungen.

Man adressiere
Bertzkes' Tuchhaus in Düren I
(Bez. Aachen.)

Etwa nicht gefallende Stoffe nehme auf meine Kosten zurück. Risiko kein Wagnis.

In Güte und Preis unübertroffen

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe, Berlin NW. 5, Kruppstr. 13.
Druck: O. Reusche in Leipzig.

Digitized by Google

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Leipzig, 29. September 1898. Nr. 528.

Aufruf!

Am 27. Oktober werden die Wahlmänner zum preußischen Landtage gewählt; die Abgeordnetenwahl findet am 3. November statt. —

Es ist für die Zukunft unserer Partei von allergrößter Bedeutung, daß wir diesmal endlich auch im preußischen Abgeordnetenhause einige Sitze erringen, weil eine Reihe wichtiger Forderungen unseres Programms besser in den Landtagen der Einzelstaaten, als im Reichstage geltend gemacht werden können.

Bei den Wahlen im Jahre 1893 erreichten bereits drei Kandidaten unserer Partei, die Reichstagsabgeordneten von Liebermann und Werner und der Patentanwalt Dr. Häberlein sehr günstige Erfolge. Letzterer erhielt 56 Stimmen im Kreise Nimtsch. — Die Wahlprüfungs-Kommission des Abgeordnetenhauses rechnete auf Grund von Wahlprotesten, die aus dem Kreise Hombera-Ziegenhain eingelaufen waren, für den Gegner des Abgeordneten von Liebermann nur noch eine Mehrheit von drei Stimmen heraus. Auch diese wäre hinfällig geworden, wenn das Beweismaterial für einige Unregelmäßigkeiten rechtzeitig der Kommission zugegangen wäre. Bei der Nachwahl im Kreise Rothenburg-Hoyerswerda im Jahre 1896 unterlag unser Reichstagsabgeordneter Werner, der dort wiederum kandidierte, nur mit zwei Stimmen.

So stehen unsere Aussichten nicht ungünstig, wenn wir eine energische Agitation entfalten können. Dazu gehören aber nicht unerhebliche Wahlmittel, um deren schleunige Aufbringung wir uns an die Parteigenossen im Lande wenden. An der Unzulänglichkeit der Mittel sind wir bei den Reichstagswahlen in einer Reihe von Kreisen gescheitert. Möge es gelingen, diese Mißerfolge bei den preußischen Landtagswahlen auszugleichen.

Spenden sind an den Kassenwart der Partei, Herrn Dr. Bielhaben, Hamburg, Hohe Bleichen 31, zu richten.

Doppelt giebt, wer schnell giebt.

Berlin, Mitte September 1898.

Im Auftrage des Parteivorstandes der deutschsozialen Reformpartei.

Liebermann von Sonnenberg, Oswald Zimmermann,
Vorsitzende.

Parteinachrichten.

Berlin. Der Provinzialverband für Brandenburg und Berlin tagte hier am 25. d. M. Ein umfassender Bericht über die letzten Wahlen ließ erkennen, daß die Arbeit in den einzelnen Wahlkreisen für die Zukunft nicht verloren ist, wenn man auch vorläufig insofern keinen sichtbaren Erfolg erzielte, als ein Mandat nicht errungen werden konnte. Über das Verhalten der Konservativen in der Provinz wurden recht erbitterte Klagen geführt. Bei der Vorstandswahl wählte man Herrn C. H. Böckler (Berlin) zum ersten Vorsitzenden. — Herr Bodorra (Sommerfeld) stellte für den Parteitag in Kassel den Antrag, aus dem Namen der Partei das Wörtlein „sozial“ zu streichen, da bei der Wahlbewegung die deutschsoziale Reformpartei von den Gegnern oft mit der Sozialdemokratie in einen Topf geworfen sei. Nach einer lebhaften Aussprache kam dieser Antrag zur Annahme, ebenso ein Antrag, der die Parteileitung ersucht, alljährlich einen Parteikalender herauszugeben. Zwei andre Anträge über eine größere Sicherung des Reichstagswahlrechtes und über die preußischen Landtagswahlen fanden ebenfalls eine Mehrheit, während Anträge über die Einführung der Prügelstrafe für Roheitsverbrechen und eines Normal-Arbeitstages für Staatsbeamte abgelehnt wurden.

Vierter allgemeiner Parteitag zu Kassel. Vom 8. Oktober nachmittags ab wird der Empfangs-Ausschuß ständig am Ausgange des Bahnhofes zu Kassel vertreten sein, um den ankommenden Teilnehmern in jeder Hinsicht behilflich sein zu können. Das Bureau des Ausschusses befindet sich bis Sonnabend Abend in Schaubs Garten, Wolfsschlucht 23, wohin alle Wünsche wegen Besorgung von Quartier 2c. richten sind. Die Mitglieder des Empfangs-Ausschusses tragen als Erkennungszeichen eine schwarz-weiß-rote Schleife nebst Kornblume. Die zwanglose Zusammenkunft wird ebenfalls in Schaubs Garten sein.

Von Sonntag, den 9. Oktober, früh, ab nimmt das Büreau des Parteitages in Stadt Stockholm, Ecke Mittel- und Entengasse, seinen Sitz. Hier beginnen auch um zehn Uhr die Verhandlungen und zwar mit nachstehender Tagesordnung:

1. Rechenschaftsbericht über die Thätigkeit der Reichstagsfraktion und der Parteileitung. Berichterstatter: Herr Oswald Zimmermann (Dresden).
2. Wahl der beiden Vorsitzenden.
3. Beratung über die Mittelstandsfrage. Berichterstatter: Herr Dr. Lindström (Hannover) und Abg. Müller.
4. Die preußischen Landtagswahlen. Berichterstatter: Abg. Werner.
5. Berichte der Landtags-Abgeordneten, des Kassenwarts und der Kassenprüfer.
6. Wahl der Kassenprüfer.
7. Bericht über die Wahlen. Berichterstatter Abg. Liebermann von Sonnenberg.
8. Bericht über die organisatorischen Beschlüsse des Vorstandes und der Parteileitung. Berichterstatter Abg. Dr Bielhaben.
9. Verschiedenes.

An festlichen Veranstaltungen sind vorgesehen: Am ersten Verhandlungstage abends 8½ Uhr ein Festkommers in der Stadt Stockholm und am 11. Oktober (Dienstag) früh 10½ Uhr ein Ausflug nach Wilhelmshöhe und zwar mittels Sonderzuges der Straßenbahn.

Die Frist zur Einbringung der Anträge läuft am 30. d. M. ab.

Hamburg. Der diesjährige Verbandstag der deutschsozialen Reformpartei für Schleswig-Holstein und Hamburg wird am Sonntag, 16. Oktober, nachmittags 3½ Uhr, im „Kaiserhof“ zu Neumünster abgehalten werden und zwar mit nachstehender

Tagesordnung:

1. Bericht der Wahlkreisobmänner und des Verbands-Vorsitzenden.
2. Kassenbericht und Bericht der Kassenprüfer.
3. Beratung von Organisations- und Kassenangelegenheiten.
4. Neuwahlen.
5. Bericht über den Parteitag in Kassel.
6. Unsre Presse.
7. Anträge.
8. Verschiedenes.

Anträge müssen bis zum 9. Oktober in den Händen des Abg. Raab sein. Zum Besuche des Verbandstages, sowie zur Stellung von Anträgen sind die im Verbandsgebiete wohnhaften Mitglieder aller Vereine berechtigt, die auf dem Boden der deutschsozialen Reformpartei stehen. Andre Personen, die dem Verbandstag beiwohnen wollen, bedürfen der vorher einzuholenden Zustimmung des ersten Verbands-Vorsitzenden. Die Teilnehmerkarten werden am Eingange zum Verhandlungssaal gegen Entrichtung von 50 Pfg. die zur Deckung der Kosten bestimmt sind, ausgestellt.

Dresden. Vor zahlreichen Zuhörern sprach Herr Oswald Zimmermann am 22. d. M. in einer vom deutschen Reformverein einberufenen Versammlung über „Bismarcks Erbe und die

Digitized by Google

rote und goldne Internationale". Redner gab eine ausführliche Übersicht der letzten politischen Ereignisse und betonte zum Schluß, daß eine nationale Politik dahin streben müsse, wieder die feste politische Haltung einzunehmen, die uns Bismarck so unvergleichlich gezeigt habe. Nötig sei es vor allen Dingen bei Erlaß der sozialen Gesetze nicht nur das Interesse der Arbeiter, sondern auch die Bedürfnisse des schaffenden Mittelstandes zu berücksichtigen. Warmen Beifall schenkten die unter der thatkräftigen Leitung des Abg Lotze stehenden Anwesenden dem Herrn Vortragenden für seine anregenden Ausführungen.

Zu **Leipzig** starb am 18. September eines der ältesten Mitglieder des Leipziger Reformvereins, Herr **Kaufmann Oskar Jahn**, im 45. Lebensjahre. Als im Oktober des Jahres 1885 Theodor Fritsch die erste Nummer der „Antijemitischen Correspondenz" (seit 1889 „Deutsch-Soziale Blätter" genannt) erscheinen ließ, da fanden sich unter dem einleitenden Vorwort an die Leser außer dem Namen Fritschs auch die Namen Oskar Jahn, Fritz Jahn, und Prof. Dr. v. Zahn. Auf den Nummern 1 bis 12 zeichnete als Redakteur der nunmehr verstorbene Jahn und von Nummer 13 ab fand man Theodor Fritschs Namen als Schriftleiter am Fuße des Blattes verzeichnet. — Oskar Jahn war durch Kränklichkeit verhindert, sogenannte laute Agitation zu treiben. Er war daheim aber desto eifriger und hat unsrer Bewegung ungemein genützt. Er richtete mit Fritsch eine planmäßige Schriftenverbreitung ein, die nicht nur die von uns vertretenen Ideen hinaus in die Lande trug, sondern auch der Kasse der Partei in Leipzig manche hübsche Summe einbrachte. Bis zu seinem Tode hat er treu ausgehalten auf seinem Posten, ein wackrer Streiter für das Wohl des deutschen Volkes. Unser Dank folgt ihm über das Grab hinaus.

Antisemitische Statistik. Diese Überschrift trägt ein Artikel in der letzten Nummer der Judenschutz-Mitteilungen, der dem in Hannover erschienenen Büchlein „Warum giebt es in Deutschland eine Judenfrage?" gewidmet ist. Auf die unwahre Angabe hin, der Abg. Liebermann von Sonnenberg habe vor den Wahlen „in geheimnisvollen Andeutungen von einem neuen Führer der antisemitischen Partei" gesprochen, der „erst nach den Wahlen hervortreten werde und der sogar Prinzenrasse gewesen sei" wird Herr Dr. Lindström (Hannover) ohne weiteres zum Verfasser der Broschüre gemacht. Alles nur zu dem Zwecke, um einmal einen Kübel von Schmutz über ihn auszugießen. Die Dummheit bei den Machern des Judenblattes ist ebensalls so groß, wie ihr lügnerisches Talent, sonst würden sie ohne irgendwelchen Beweis annehmen, daß der Verfasser einer Broschüre auch mit dem Verleger indentisch sein muß, trotzdem das Entgegengesetzte in dem Buche zu lesen ist. Herr Dr. Lindström hat seine Arbeiten noch niemals namenlos erscheinen lassen. In der Judenschutztruppe versteht man sich dagegen ständig hinter Skrzedakteuren, so daß die wahren Verfasser der Schmähartikel nie zu fassen sind.

Magdeburg. In einer öffentlichen Versammlung wurden am 22. d. M. die Herren Maurermeister Remmler und Redakteur Kretzschmar zu Stimmführern für den Parteitag zu Kassel gewählt. An die Wahl schloß sich eine Besprechung des deutschsozialen Reformvereins über städtische Angelegenheiten.

Aus Westthüringen. Die Verbandsgeschäftsstelle und die Leitung des „Thüringer Landboten" werden am 1. Oktober von Suhl nach Meiningen, Anton Ulrichstr. 10 verlegt.

Auf dem fünften Verbandstage des rheinischen Provinzialverbandes, der am 18. d. M. zu Elberfeld stattfand, wurde der bisherige Vorstand mit Herrn T. H. Tebau (Düsseldorf) als Vorsitzenden wiedergewählt. Ein Antrag für den Parteitag in Kassel, künftig auch der nicht auf dem Parteistandpunkte stehenden Presse den Zutritt zu den Verhandlungen der allgemeinen Parteitage zu gewähren, fand einstimmige Annahme. Ebenso einmütig wurden die übrigen Punkte der Tagesordnung erledigt.

Rosenberg (Ostpreußen). Am jüdischen Neujahrstage sprach hier Herr O. Glockich (Berlin) über „die Juden, die Könige unsrer Zeit." Trotzdem ausdrücklich nur christlich-deutsche Frauen und Männer eingeladen waren, erschienen doch zwei Juden, die dann erst durch energisches Vorgehen der Polizei entfernt werden konnten. Bezeichnend für jüdisches Denken war das Verhalten des einen Juden, der zehn Pfennig Eintrittsgeld zurückverlangte, trotzdem er zugestandenermaßen nichts bezahlt hatte! Der Verlauf der Versammlung selbst war sehr erfreulich.

Aus Hessen. Eine Besprechung der Land-Bürgermeister, in der der Abg. Köhler den Vorsitz führte, sprach sich gegen Einführung des Notariatszwanges aus. Die Regierung will nämlich die in der Regel durch die Bürgermeister verwalteten Ortsgerichte aufheben und dafür Notariate einsetzen. Selbstverständlich kann nicht jedes Ortsgericht durch einen Notar ersetzt werden, so daß durch die geplante Maßregel die Bauern unnötig belästigt und belastet werden. — Gegen die Spinnstuben, d. h. die abendlichen Zusammenkünfte der jungen Leute wenden nicht nur von den Behörden, sondern auch von den Geistlichen Einwendungen erhoben. Einerseits gelten die Spinnstuben als etwas Altergebrachtes, andrerseits herrschte thatsächlich in ihnen an manchen Orten ein bedenklicher Geist, so daß ihre Aufhebung nicht ungerechtfertigt erschien. Eine solche Maßregel führte aber wieder zum vermehrten Wirtshausbesuch. Die Bürgermeister kamen deshalb überein, den Eltern und Vormündern solle empfohlen werden, den Töchtern den Besuch der Wirtshäuser zu untersagen. Dafür wird man sich angelegen sein lassen, die Spinnstuben-Gesellschaften neu zu errichten, die aber unter die Aufsicht von älteren und angesehenen Gemeinde-Mitgliedern gestellt werden sollen.

Jüdische Ritter, Kommissions- und Kommerzienräte usw.

Verliehen wurde: dem Großhändler Emil Ullmann de Baranyvar zu Ofenpest der Titel „Kgl. Rat";
dem Oberlandesgerichtsrat Dr. Litten zu Hamm (Westfalen) der Rote Adlerorden vierter Klasse;
dem Professor Dr. Schott zu Bad Nauheim der Kaiserl. österr. Orden der eisernen Krone;
dem Advokaten Raphael Hassan zu Oran der Orden Karls des Dritten von Spanien;
dem Eduard Foa zu Paris die große goldene Medaille der geographischen Gesellschaft.

•

Ernannt wurde: Dr. med. J. Tuwim zu St. Petersburg zum Kollegien-Assessor;
Dr. med. H. Goldschmidt zu Breslau zum Sanitätsrat;
Dr. med. H. Fradkin zu Jaroslav zum Hofrat;
der Redaktionssekretär des „Petit Parisien", Weil zu Paris zum Ritter der Ehrenlegion.

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Erhängt und zwar mit seinem Hosenträger hat sich der wegen Meineids verhaftete Moritz Feigenspan zu Posen.

Mit Hammer und Strandschlüssel bearbeiteten Hermann und Moses Simon zu Elberfeld ihren früheren Mietsherrn Eduard Hein sen. Dafür müssen sie jetzt 150 und 75 Mark Geldstrafe zahlen, während Emanuel Simon als dritter im Bunde freigesprochen wurde. Herr Eduard Hein gehörte seither zur judenschützerischen Richtung in der freisinnigen Partei. Die von den Simons gegen seinen Kopf geführten Schläge werden ihn jetzt wohl davon überzeugt haben, daß es nicht nur „smartisle" Juden giebt.

Als gefährliche Strolche entlarvte die Polizei in Wien eine Bande von Juden. Sie führen die schönen Namen Ghula Liebermann, Armin Kohn, Hermann Feuer, Rosa Rainer, Hanni Jakubowicz, Josef Goldstein, Nathan Eltinger und Sulim Weißmann. Die ganze Gesellschaft wurde teils in Wien, teils in Lemberg und Pest verhaftet.

Diebstahl, Anterschlagung und Anterschlagung wurden den Handlungsgehilfen Otto Heynemann und Joseph Gerson zu Magdeburg nachgewiesen. Urteil: neun Monate und zwei Monate Gefängnis.

Aus unterbestellten Mitteln verhaftete man den Rechtsanwalt Dr. Dettenie zu Hamburg. Weil der Beschuldigte Irrsinn heuchelte, setzte man ihn wieder auf freien Fuß und brachte ihn dann in eine Irrenanstalt. Hier hat sich der Schwindel herausgestellt und nun sitzt Dettenie wieder hinter schwedischen Gardinen.

Neue Bücher.

Das britische Weltreich und der deutsche Weltverkehr. Von Dr. Bodberg-Bedow (Heft I der Schriften der Zentralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen), zweite Aufl. Berlin 1888. 75 S. Preis 1 Mark.

Die Schrift bringt eingehende Angaben über die Gliederung und den Umfang des britischen Weltreiches, über die Handelspolitik Englands und seiner Kolonien seit den Regierungsantritte der Königin Viktoria, über den

Digitized by Google

Wettbewerb des deutschen Handels und der deutschen Industrie mit dem Handel und der Industrie Englands, sowie endlich über die auf Begründung eines deutschen Reichskolloverein gerichteten Bestrebungen. Jeder, der von den bezeichneten Gegenständen genauere Kenntniß zu erlangen wünscht, wird die Schrift mit Nutzen zur Hand nehmen. Natürliche in Bezug auf die vom Deutschen Reiche gegenüber England jetzt zu befolgende Handelspolitik erteilt der Verfasser nicht; er macht nur zum Schluß die treffende Bemerkung, unsre wirtschaftliche Zukunft liege zum guten Teil in uns selbst, und wenn wir uns dessen bewußt würden, könnten wir die Bemühungen der ausländischen Handelspolitik ruhig an uns herankommen lassen. F. B.

Die Lebensfähigkeit der städtischen und ländlichen Bevölkerung. Von Dr. C. Ballod; Leipzig 1897. 63 Seiten, Preis 2,20 Mark.

Der Verfasser sucht, gestützt auf viele statistische Ermittelungen hauptsächlich aus dem Anfang der neunziger Jahre, wissenschaftlich festzustellen, ob die städtische oder ländliche Bevölkerung lebensfähiger ist, und kommt hierbei zu dem (bisher, wie er sagt, streng wissenschaftlich noch nicht bewiesenen) Ergebnis, daß der ländlichen Bevölkerung größere Lebenskraft innewohnt. Er hat, um ein Beispiel anzuführen, berechnet, daß i. J. 1890/91 in 98 preußischen Städten über 20000 Einwohnern die Sterblichkeit um 6 v. H. für das weibliche und um 16 v. H. für das unehnliche Geschlecht höher war als in den preußischen Landgemeinden und Gutsbezirken. Als Hauptgründe der größeren Sterblichkeiten in den Städten führt der Verfasser mit Recht an, daß zu den städtischen Wohnungen Luft und Licht weniger Zutritt haben als zu den ländlichen, und daß die städtische Bevölkerung vorwiegend in geschlossenen Räumen, die ländliche hingegen fast immer im Freien arbeitet. F. B.

Briefkasten der Schriftleitung.

Für unsre Mitarbeiter! Schreibe kurz und klar, ohne überflüssige Worte und Fremdwörter, sowie ohne unnötige und allzuviele Höflichkeitsredensarten.

Ohne Umschweife sofort auf die Hauptsache lobgehen. Lange Briefe mit langen Einleitungen zu bleiben meist ungelesen, denn bedenke, was einem Zeitungsschreiber täglich nicht alles zugemutet wird.

Vergiß nicht, öfters ein Komma oder noch besser einen Punkt zu setzen; dadurch werden die Gedanken abgegrenzt und das Ganze übersichtlicher gestaltet. Dabei schadet es gar nicht, wenn öfters einmal ein Satz mit einer neuen Zeile beginnt.

Für den Druck bestimmte Sachen sind stets einseitig und nicht zu eng zu schreiben. Auch ist ein entsprechender Rand — mindestens zwei Finger breit — zu lassen, damit die Einschaltungen Raum vorhanden ist. Die einzelnen Blätter sind mit fortlaufenden Seitenzahlen zu versehen.

Alle Namen von Personen und Orten schreibe so deutlich, daß man jeden Buchstaben einzeln lesen kann, sintemal die Buchstaben dazu da sind, daß man sie unterscheide, nicht aber, damit sie alle einander ähnlich sehen.

Aber das kleine lateinische u lese stets einen Bogen, denn sonst ist die Verwechslung mit dem n fast unausbleiblich.

Vergiß auch nicht, in jedem Briefe usw. deine volle Adresse anzubringen — Name, Wohnort, Straße und Hausnummer —, sonst muß der arme Empfänger erst sein Buch nachschlagen und verliert dadurch seine kostbare Zeit.

Willst du Antwort haben, so lege die nötige Marke bei, sonst mußt du bis zur nächsten Nummer warten, wo an dieser Stelle dann die erbetene Auskunft erfolgt.

U., Delitzsch. Besten Dank! Haben Sie doch auf Heymann ein wachsames Auge.

Sigwaringen. Die freundlichst übersandte Frankf. Ztg. wird mit Dank benutzt.

W., Erfurt. Karte erhalten, sehr schade. Hoffentlich sehen wir uns in Kassel.

K. W., Baden. Mark 5,80 empfangen. Heil! B.

Empfangs-Bescheinigung.

Für die Landtagswahlen gingen ein beim Kassenwart Dr. Bielhaben, Hamburg, Hohe Bleichen 31: M. Gr. Groegert, Schweidnitz M. 10; G. M. in Prenzlau M. 5; Deutscher Verein, Nordhausen M. 50.

Für die Bücherei des Antisemiten.

Dämonen der Unzucht!

Notschrei einer deutschen Frau

Preis 1 Mark.

Zu beziehen durch die **Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstr 27.** Bei vorheriger Einsendung des Betrages (deutsche und österreichische Marken werden in Zahlung genommen) erfolgt portofreie Lieferung.

Wissen ist Macht!

Wer tief in das Wesen der **sozialen Frage** und der **Judenfrage** eindringen will, der lese, der studiere das vorzügliche Werk von **Theod. Fritsch:**

Bodenwucher u. Börse

Der Inhalt berührt unter anderm: Arbeitsnot — Börse — Bürgerliches Gesetzbuch — Christus — Geheime Nebenregierung — Gründer-Schwindel — Henry George — Judäo-Reich — Hypothekentilgung — Judentum und Judenfrage — Juristentum — Praktisches Beispiel der Bodenreform — Religion — Rassenfrage — Römisches Recht — Semitentum — Theodor Stamm — Talmud — Währungsfrage — Zukunftsstadt.

Portofrei zu beziehen gegen Einsendung von

nur 2 Mark

durch jede Buchhandlung. Wer mit einer solchen nicht in Verbindung steht, wende sich an die Verlagsbuchhandlung von

Herm. Beyer, Leipzig, Königsstr. 27.

Deutsche Wacht.

Tageszeitung f. nationale Politik, wirtschaftliche Reform und deutsche Kunst.

Die „Deutsche Wacht" erscheint täglich früh und kostet vierteljährlich bei allen Postanstalten im Reiche 2,75 Mark, mit Bestellgeld 3,15 Mark.

Postzeitungsliste 1936.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Dresden-A., Circusstr. 37.

Wöchentlich erhalten die Leser drei Beilagen: „Jung-Deutschland", für die Jugend, „Montags-Erzähler" für die Frauenwelt und „Deutsche Reiseblätter".

Neben seiner freimütigen politischen Haltung zeichnet sich das Blatt aus durch eine vornehme Kunst- u. Theaterkritik, einen reichhaltig. Unterhaltungsteil, eine schnelle Berichterstattung auf allen Gebieten und einen sorgfältig überwachten Börsen- u. Handelsteil nebst Ziehungslisten der Königl. Sächs. Landeslotterie.

Jeder Deutsche, der sich mit täglich einmaligem Lesen zuverlässig über Weltbegebenheiten u. Tagesereignisse aus einer unabhängigen Zeitung unterrichten, der zu billigem Preise ein ehrliches Volksblatt von unerschrockener Haltung lesen will, der bestelle die „Deutsche Wacht" b. nächsten Postamt.

Inserate haben größten Erfolg, weil sie von den Lesern eifrig beachtet werden. Schon die Aufnahme in der „Deutschen Wacht" gilt bei Tausenden als eine Empfehlung.

Probenummern unentgeltlich und postfrei.

Miniatur-Photographien

in Briefumschlag- oder Medaillonformat

15 Stück 1 M., 30 Stück 2 M., 100 Stück 5 M., 1000 Stück 35 M.

Auch in jedem Land beliebigen Formate. Vergrößerungen und Vervielfältigungen. Decorationen und Rahmenzugaben, Postkarten usw. mit Porträt — auch solche sind eingetroffen, wieder zurückgeschickt. — Berichtigt schnelle und feine Ausführung, gefertigte Schmuckblätter. Billigste Preise. Muster u. Preisliste kostenfrei.

Photogr. Anstalt **Wilh. Liebrich,** Kunstverlag, Crossen/Oder (Bezirk Frankfurt).

Vertreter gesucht.

Wer in zwei Jahren in den Feierabendstunden in spielend leichter Arbeit • für 50 Pf. monatlich • Latein lernen oder lehren will, der bestelle

Berthold Ottos Lateinbriefe.

Monatlich erscheint ein Brief à 50 Pf.

Leipzig, Königstr. 27.

Herm. Beyer.

Wer einmal Bolan versucht hat, weiß die sicher seinen Bekannten empfehlen.

Bolan.

Ein hochmoderner Vertreter für feine Anzüge und Überzieher. **Bolan** verdrängt Cheviot und Kammgarn, ist vornehm, apart und sehr haltbar.

Preisfreie Musterwahl auf Verlangen frei unter Kreuzband.

Man adressiere:

Bertzkes' Tuchhaus in Düren 1 (Bez. Aachen.)

Etwa nicht gefallende Stoffe nehme auf meine Kosten zurück. Alles beim Waarin.

Viele freiwillige Anerkennungen.

In Güte und Preis unübertroffen

Gustav Böhmer,

Schädige Niemand ohne Not!

Ein allgemein gültiges Moralprinzip.

Preis 1.80 Mark.

„Die neue Zeit des Antisemitismus hat philosophische Vertreter in reichem Maße, man denke nur an Lagarde, Wahrmund, den Rembrandt-Deutschen, Theod. Fritsch und Andenken. Noch mehr aber an praktischen Männer, in Eingaben, Reden, Broschüren und Büchern nicht in der Lage kommen. Die ersten Versuche, auf rein wissenschaftlichem Wege im Sinne des abgeklärten Antisemitismus systematisch vorzugehen, finden wir bei Gust. Böhmer." (Aus einer längeren Besprechung in den „Deutsch-Sozialen Blättern".)

Bauer und Jude.

Soziales Lebensbild von Clemens Kreisau.

Preis 50 Pf.

Ein gediegener Unterhaltungsstoff, der von lauterer deutscher Gesinnung getragen, die Zeitverhältnisse ohne tendenziöse Entstellung beleuchtet.

Vorzügliches Geschenk für Dienstboten und Landleute.

Liederbuch.

64 der beliebtesten Lieder patriotischen und antisemitischen Inhalts.

Fein geheftet mit runden Ecken 20 Pfg.
In Partien à 10 Pfg.

W. Wernich (Milwaukee),

Moderne Ökonomen.

Preis 75 Pf., fein gebd. 1 Mk.

Ein vornehmer vaterländischer Geist weht durch diese herrliche Erzählung und macht den Herz eines Deutschen höher schlagen.

B. Ark.

Historische Enthüllungen über die Judenmonarchie und das Blutgeheimniß.

Preis 50 Pfg.

Wie der Deutsche hebenmal arbeitet und der Jude neunmal dabei verdient.

Antisemitischer Bilderbogen (bunt).

Preis 10 Pfg. — 10 Stück 50 Pfg.

Reines Deutschtum.

Grundsätze einer nationalen Weltanschauung.

Von

Friedrich Lange.

Preis 2 Mk.

Juden und Junker.

Von **Germanicus.**

Preis 50 Pfg.

In Zukunft darf es nicht mehr heißen „Junker und Juden — sondern Junker **gegen** Juden."

Juden und Sozialdemokraten.

Von **Wilh. Marr.**

Preis 50 Pfg.

Neu! Neu!

Dr. theol. Graue,

Die sittlichen Aufgaben des kaufmännischen Berufs.

Preis 25 Pfg.

„Unter vorstehendem Titel ist soeben ein Traktätlein erschienen, dessen Anschaffung wie jedem deutschen Kaufmanne, bei er Geschäftsbücher, Gebiete oder Verteilung, so A aus Herz legen möchten."

(Elsässer Zeitung, 6. Aug. 1895.)

Sammlung deutsch-sozialer Flugschriften.

Nr. 1. **Gustav Uhl,** Die Not des Handwerks und der Weg zur Rettung. (8. bis 8. Tausend.) (31 S.) Preis 20 Pf.

„ 2. **Der Fall Bleichröder.** (11. bis 15. Tausend.) (32 S.) Preis 20 Pf.

„ 3. **Max Liebermann von Sonnenberg,** Die Schädigung des deutschen Nationalgefühls durch die jüdische Nation. (37 S.) Preis 20 Pf.

„ 4. **Dr. Paul Förster,** Unsere deutsch-sozialen Grundsätze und Forderungen. (28 S.) Preis 20 Pf.

„ 5/6. **Die Juden und das Christenblut.** Geschichtliche Belege zur Frage des jüdischen Blutritualis. (64 S.) Preis 40 Pf.

„ 7. **Unsere Bewegungsfrage.** 20 Pf.

„ 8. **Die Judenfrage in Österreich.** 50 Pf.

Um die Erde.

Eine Auswahl der schönsten und kennzeichnendsten Dichtungen der wichtigsten Kulturssprachen.

Übersetzt von

W. Rudow.

Fein gebunden 3 Mk.

W. Rudow, Martin der Maschinenführer. Ein Sang aus dem Westen. Fein gbd. 1,50 Mk.

—, Rumänische Volkslieder. 2,50 Mk.

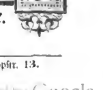
—, Harzblüten. Stimmungsbilder u. Balladen Geb. 1,60 Mk.

—. Mädchenliebe und Mannesliebe Gebd 1 Mk.

—, Wittekind, der Sachsenherzog. Vaterländische Dichtung. Gebd 2 Mk.

„Jeder Gelang ein Erzeugnis, reifen Stolzen des aufgeklärtesten Homers solche von entsprechender Trefflichkeit."

(Zeitgeist. Berlin. 1889.)



Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt von **Hermann Beyer,** Leipzig, Königstr. 27.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogreife, Berlin NW. 5, Kruppstr. 13.
Druck: G. Reusche in Leipzig.

Digitized by Google

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Leipzig, 6. Oktober 1898. **Nr. 529.**

Amtliche Ergebnisse aus den Wahlkreisen, in denen die deutschsoziale Reformpartei am 15. Juni 1898 siegte oder zur Stichwahl kam.

Wahlkreis	Oberbarnim-Niederes Teltow	Nordhausen	Flensburg-Apenrade	Minden-Lübbecke: Soziald. unser Wahlkandidat	Frankfurt-Lebus: Soziald. Parteisekretär	Bersenbrück-Meppen: Zentrum	Bauern-Kommern	Weißenfels-Großenhain	Pirna	Gießen	Arnsfeld-Lauterbach-Schlüchtern	Waldeck
Wahlberechtigt	23104	15049	24836	21357	13657	15696	20035	29925	30442	24587	17630	11732
Abgegeb. Stimmen: gültige	13404	13103	12044	10013	8670	11596	9984	6328	8536	16058	23341	24274	21789	13463	14369	7613	9154	7147	7208
ungültige	37	25	47	169	17	79	29	17	24	83	147	55	68	27	24	13	17	19	42
Deutsch-Konservativ	—	—	—	—	—	—	—	—	—	71	6426	—	—	—	—	—	—	—	—
Deutschsoziale Reformpartei	5348	6182	3544	4224	4424	8145	6035	4818	4317	10020	6922	12707	11118	4718	8839	2870	5222	3394	4251
Zentrum	137	—	—	—	—	—	287	83	2185	1070	49	—	—	79	—	320	—	53	—
Nationalliberal	—	—	—	—	3747	—	130	—	1226	—	—	—	—	4159	—	2220	3632	1498	2957
Freisinnige Vereinigung	—	—	—	5789	2521	—	139	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1057	—
Freisinnige Volkspartei	4665	6921	3781	—	—	—	—	—	—	—	—	—	653	—	—	1298	—	—	—
Sozialdemokraten	3247	—	3409	—	4016	3451	2762	523	772	4806	10322	11567	10007	4495	5467	899	—	1169	—
Zersplittert	7	—	10	—	13	—	41	71	50	85	12	—	12	12	—	25	—	12	—
					7 Zersp.	—	Zersp.	Zersp.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
					3349		117	833											

Heil!

Zum vierten Male seit dem Eisenacher Zusammenschlusse versammeln sich die Vertreter der geeinigten deutschsozialen Reformpartei zu gemeinsamer Tagung, und die Hauptstadt des alten Chattenlandes öffnet ihnen diesmal ihre gastlichen Mauern. —

Auf dem Boden, wo der Antisemitismus vor nunmehr elf Jahren den ersten Wahlerfolg errang, wollen wir miteinander zu Rate gehen, wie wir den Mißerfolg, den uns der letzte Wahlfeldzug gebracht hat, wieder ausgleichen können. Da mag es wohl am Platze sein, einmal sich zu vergegenwärtigen, was einst der alte Römer Tacitus in seiner Germania über die „Chatten", die Stammväter des Hessenvolks, schrieb:

Weiterhin nach Norden wohnen die Chatten. Ihr Gebiet beginnt beim herzynischen Walde, es ist nicht so flach und sumpfig, wie die meisten andern Länder im weiten Germanien; denn die Anhöhen ziehen sich ununterbrochen hindurch und verflachen sich nur allmählich; der herzynische Gebirgswald begleitet seine Chatten und hört mit ihnen auf. Es ist ein abgehärteter Menschenschlag mit gedrungenem Gliederbau, trotzigem Blick und großer Thatkraft, für Germanen recht an Besonnenheit und Ueberlegung. Davon zeugt die Wahl von Führern, der Gehorsam gegen die Oberen, die Kenntnis der Schlachtordnung, die richtige Benutzung des günstigen Augenblicks, der Aufschub des Angriffs, die Anordnung von Tageswachen, die Verschanzung zur Nachtzeit und der Grundsatz, nicht auf des Glückes Unbestand, sondern auf den sichern Wert der Tapferkeit zu bauen; endlich — was das Seltenste von allem und sonst nur der römischen Kriegszucht eigen ist —, ihnen gilt der Heerführer mehr als das Heer. Ihre ganze Stärke liegt im Fußvolke, das außer der Rüstung noch Schanzzeug und Lebensmittel trägt. Die übrigen Stämme ziehen, kann man sagen, zur Schlacht, die Chatten zum Kriege aus; lose Streifzüge und zufällige Scharmützel sind seltene Ausnahme. Und in der That kommt es eher einer Reiterrotte zu, schnell den Sieg zu erkämpfen oder schnell zu weichen. Halt ist der Furcht verwandt, Bedachtsamkeit dem Mute. —

Wir überlassen es jedem einzelnen Leser die aus der Vergangenheit des Chattenvolkes sich ergebenden Lehren sinngemäß auf die Gegenwart anzuwenden. —

Möge der Antisemitismus gleich dem Riesen Antäos der griechischen Sage durch Berührung mit dem Boden, dem er entsprossen ist, neue Kraft zu neuen Siegen gewinnen! p. L.

Parteinachrichten.

Dieser allgemeiner Parteitag zu Kassel. Vom 8. Oktober nachmittags ab wird der Empfangs-Ausschuß ständig am Ausgange des Bahnhofes zu Kassel vertreten sein, um den ankommenden Teilnehmern in jeder Hinsicht behilflich sein zu können. Das Bureau des Ausschusses befindet sich bis Sonnabend Abend in Schaubs Garten, Wolfsschlucht 23, wohin alle Wünsche wegen Besorgung von Quartier usw. zu richten sind. Die Mitglieder des Empfangs-Ausschusses tragen als Erkennungszeichen eine schwarz-weiß-rote Schleife nebst Kornblume. Die zwanglose Zusammenkunft wird ebenfalls in Schaubs Garten sein.

Von Sonntag, den 9. Oktober, früh, ab nimmt das Büreau des Parteitages in Stadt Stockholm, Ecke Mittel- und Untergasse, seinen Sitz. Hier beginnen auch um zehn Uhr die Verhandlungen und zwar mit nachstehender Tagesordnung:

1. Rechenschaftsbericht über die Thätigkeit der Reichstagsfraktion und der Parteileitung. Berichterstatter: Herr Oswald Zimmermann (Dresden).
2. Wahl der beiden Vorsitzenden.
3. Beratung über die Mittelstandsfrage. Berichterstatter: Herr Dr. Lindström (Hannover) und Abg. Müller.
4. Die preußischen Landtagswahlen. Berichterstatter: Abg. Werner.
5. Berichte der Landtags-Abgeordneten, des Kassenwarts und der Kassenprüfer.
6. Wahl der Kassenprüfer.
7. Bericht über die Wahlen. Berichterstatter Abg. Liebermann von Sonnenberg.
8. Bericht über die organisatorischen Beschlüsse des Vorstandes und der Parteileitung. Berichterstatter Abg. Dr. Bielhaben.
9. Verschiedenes.

Am Sonntag Abend werden die Verhandlungen punkt acht Uhr geschlossen, da eine halbe Stunde später die Festtreize beginnt. Am Montag früh neun Uhr ist Fortsetzung der Beratung, Dienstag früh gemeinschaftlicher Ausflug nach Wilhelmshöhe.

Anträge für den Parteitag. Abg. Liebermann von Sonnenberg beantragt: Der Parteitag wolle die Grundsätze feststellen, wonach künftig die Zulassung der Vertreter der Presse zu den Parteitagen geregelt werden soll.

Arwed Semerak (Stalung) beantragt: Die antisemitischen Reichstags-Abgeordneten werden dringend gebeten, mit aller Ent-

Digitized by Google

schiedenheit für ein Schachtverbot einzutreten und im Reichstage kräftig ihre Stimme zu erheben gegen jüdische Namensänderung und Adelsverleihung.

Dr. Bod (Peine) beantragt: Abschaffung der einjährigfreiwilligen Dienstzeit als Forderung ins Programm aufzunehmen.

Der „deutsch-soziale Reformverein der Niederlausitz" (Kottbus) beantragt: Das Wort „sozial" in der Parteibenennung zu streichen und die Partei „deutsche Partei" oder „deutsche Reformpartei" zu nennen.

Begründung: Es steht fest, daß heute in den ländlichen Kreisen ein Verhältnis für das Wort „sozial" nicht vorhanden ist (?) und daß durch dieses Wort unsre Partei vielfach mit der Sozialdemokratie auf eine Stufe gestellt wird. Die letzten Wahlen haben dies wieder bewiesen und es ist gewiß allen, die in der Wahlarbeit gestanden, schwer geworden, das Mißtrauen der ländlichen Wähler gegen die „soziale" Partei zu überwinden.

Derselbe Verein beantragt: In Anbetracht der überhandnehmenden Verrohung unserer niederen Volkskreise, verursacht durch die jüdisch-freisinnige, jüdisch-sozialdemokratische Presse und sozialdemokratische Litteratur und in der Überzeugung, daß die Ermordung der Kaiserin von Österreich und andre schwere Verbrechen gegen die staatliche und menschliche Ordnung als das Ergebnis dieser schlechten Presse anerkannt werden muß, bitten wir, einen Gesetzentwurf beim Reichstage einzubringen, der die Prügelstrafe für bestialische Verbrechen wieder einführt. Zugleich muß hierbei darauf hingewiesen werden, daß die Berichterstattung über die vorgekommenen Verbrechen, wie jetzt wieder über den Mörder Luccheni, in der Weise, wie es in vielen Zeitungen leider geschieht, dazu angethan ist, diese Verbrechen und ihre Thäter verselben zu verherrlichen und andre Menschen zu verleiten, diese Verbrechen nachzuahmen, um gleichen „Ruhm" zu erlangen. — Eventl. müßte die Berichterstattung über solche Verbrechen der Zensur unterliegen.

Sänderhauf (Berlin) beantragt: Die Herren Abgeordneten der deutschsozialen Reformpartei wollen sich mehr wie bisher mit den Interessen des Kleinhandwerks, gegenüber den Konsumvereinen und Ramschbazaren beschäftigen, desgleichen das Interesse der Handlungsgehilfen gegenüber der Lohn drückenden Konkurrenz der Frauenarbeit im Komptoir und in Ladengeschäften mehr wahrnehmen und mit allem Nachdruck im Reichstage vertreten.

Die Herren Abgeordneten wollen im Reichstage dahin wirken und mit aller Kraft dafür eintreten, daß die Beamten-Offizierkonsumvereine sofort aufgehoben werden; daß sämtliche bestehenden Privat-, Spar- und Rabattvereine gesetzlich aufgehoben oder zum mindesten unter strenge, gesetzliche Kontrolle gestellt werden.

Der deutsche Verein zu Frankfurt (Main) beantragt: Der Parteitag wolle beschließen, die Parteigenossen aufzufordern, in der Presse wie in der Rede alles zu vermeiden, was eine Annäherung an die christlichsoziale Partei und ein Zusammengehen mit derselben bei den Wahlen erschweren könnte, insbesondere soll in Kreisen, wo beide Parteien vertreten sind, vor den Wahlen eine Verständigung herbeigeführt werden, damit Vorkommnisse wie bei den letzten Reichstagswahlen in Wetzlar vermieden werden.

Rüttinger (Waldorf) beantragt im Namen der dortigen Gesinnungsgenossen: Die Partei führt in Zukunft den Namen: „Deutschvölkische Reformpartei" bezw. „Deutsch-völkische Partei."

Der Satz im Programm: „Die deutschsoziale Reformpartei steht auf deutsch-nationalem, monarchischem und christlichem Boden" erhält folgenden Wortlaut: „Die deutsch-völkische Reformpartei steht auf dem Boden des Deutschtums und Alldeutschtums, weil nur durch die Einwirkung auf unser deutsches Volk im volkstümlichen Sinne die nationale Wiedergeburt derselben zu erwarten ist und weil die völkische Erziehung (Erziehung in politischer Beziehung gemeint) die Erziehung zum eignen Volkstum ist — mit einem Worte, weil diese Einwirkung natürlich ist und der Volksseele angeboren."

Der deutschsoziale Verein zu Bromberg beantragt, daß die Partei fortan den Namen „Deutsche Reformpartei" zu führen hat.

Der Provinzialverband für Brandenburg und Berlin beantragt: Der Parteitag wolle beschließen, die Abgeordneten zu ersuchen, im Reichstag einen Antrag zur Sicherung des geheimen Wahlrechts einzubringen, der die Forderungen nach amtlichen Umschlägen und Dunkelkammern wieder aufnimmt, mindestens aber vorschreibt, daß alle Stimmzettel eine gleiche, bestimmte Größe haben, daß die Wahlurnen sämtlich verschließbar (nicht nur schließbar) und bis Schluß der Wahlhandlung amtlich versiegelt sind und daß jeder Wahlbezirk derart begrenzt wird, daß er nicht weniger als 150 Wähler umfaßt.

Der Parteitag wolle beschließen, den Parteigenossen zu empfehlen, bei den preußischen Landtagswahlen überall, wo nicht eigene Parteilandidaten aufgestellt sind oder für die Unterstützung entsprechende Kompensationen gewährt werden und auch die Bürgschaft vorhanden ist, daß Abmachungen von der andern Seite auch gehalten werden, — strengstens Wahlenthaltung zu üben.

Der Parteitag wolle die Wege zur Beschaffung eines billigen Partei-Agitations-Kalenders erwägen.

Der Parteitag wolle beschließen, das Wort „sozial" aus dem Parteinamen zu streichen.

Der Parteitag wolle die Abgeordneten ersuchen, für die Unterbringung schwerer, rückfälliger Verbrecher in Strafkolonien einzutreten.

Die Landtagswahlbewegung im Kreise Homberg-Ziegenhain ist im vollen Gange. Der von unsrer Partei dort als Kandidat aufgestellte Reichstags-Abgeordnete Liebermann v. Sonnenberg bereist seit vierzehn Tagen die Ortschaften. Die Aussichten scheinen sehr gute zu sein. In Homberg beschloß zum Beispiel eine zahlreich von Städtern und Landleuten besuchte Versammlung einstimmig die Kandidatur zu unterstützen und unterzeichnete Mann für Mann den Wahlaufruf. Auch der Bund der Landwirte steht in überwiegender Mehrheit trotz aller Gegenanstrengungen von „einflußreicher Seite" auf Seiten des Abgeordneten v. Liebermann.

Es scheint für den gesunden Menschenverstand in auch durchaus natürlich, daß in einem Wahlkreise, wo zum Reichstage der Abgeordnete mit mehr als dreiviertel aller abgegebenen Stimmen wiedergewählt wurde, ohne daß er eine einzige Wahlversammlung abzuhalten brauchte, dieselben Wähler auch bei der Landtagswahl mit Leichtigkeit den Mann ihres Vertrauens durchbringen können. — Aber das preußische Landtagswahlgesetz zeitigt manchmal Ergebnisse, die gegen den gesunden Menschenverstand streiten. — Da wird manchmal in Wahlgeometrie bei der Einteilung der Urwahlbezirke das Unglaublichste geleistet. Die Nebenverschiebungen werden den Wahlkreisen gelegentlich so zugeteilt, daß die einen Urwahlbezirken ihnen zunächst liegenden Wahlort passieren müssen, um den ferner liegenden Wahlort, dem sie zugeteilt sind, zu erreichen und unterwegs kreuzen sie eine Kolonne aus einem andren Orte, der das gleiche Schicksal hat. Ein Austausch, der beiden Dörfern die Anfahrung ihres Wahlrechtes erleichtern wird, wird nicht beliebt. In einem andren Falle wieder wird die Gruppierung der Urwahlbezirke geändert, ohne daß man einen sachhaltigen Grund dafür erkennen kann. Denn daß es geschehen sein sollte, um Orte, die antisemitisch gewählt haben, in eine andre Verbindung zu bringen, wo sie majorisiert werden können, ist natürlich ganz ausgeschlossen. — Ausgeschlossen ist es selbstverständlicher Weise auch, daß der Herr Landrat des Kreises oder der Kreissekretär etwa einen Ortsbürgermeister oder sonst einen Urwähler schlecht behandeln könnte, weil er anders gewählt hat als es jene Herren für gut halten. Aber Thatsache ist trotzdem, daß solche verkehrten Befruchtungen in ländlichen Kreisen manchmal sehr stark verbreitet sind, und daß daher die öffentlichen Abstimmungen oft gar nicht ein richtiges Bild von der Stimmung der Wähler geben. —

Im Wahlkreise Homberg-Ziegenhain ist die gegen unsern Kandidaten arbeitende Partei zwar der Zahl nach klein, aber mächtig, rührig und in den Mitteln nicht allzu wählerisch. — Der Sieg ist dort für den antisemitischen Kandidaten zu erringen. Aber der Kampf ist ein sehr harter. Mögen die Parteigenossen überall im Lande eingedenk sein, daß sie hierbei ihren Führer nicht im Stiche lassen dürfen. Am 27. Oktober ist bereits die entscheidende Wahl.

Für die Landtagswahl im hessischen Kreise Homberg-Ziegenhain ist in Treysa (Bezirk Kassel) ein Deutsch-soziales Wahlbüreau errichtet worden. Alle Anfragen in Wahlangelegenheiten sind dorthin zu richten.

Digitized by Google

Aus Kurhessen und Waldeck. Aus dem Dorfe Massenhausen bei Arolsen bringt die „Corbacher Ztg." folgende weiterschütternde Nachricht: „Unser altverehrter Mitbürger Herr David Kaß, welcher seit Anfang der 60er Jahre ansässig ist, hat sein Anwesen an den Hrn. Fuhrunternehmer Carl Heinemann zu Benthausen verkauft. Herr Kaß siedelt nach Arolsen über, woselbst ein verheirateter Sohn desselben wohnt. Man sieht den Scheidenden ungern von hier ziehen, weil er ein guter Gesellschafter und friedliebender Nachbar war. Wie ich höre, soll zu Ehren des Hrn. K. nächsten Sonnabend ein Abschiedsfest stattfinden." Dazu schreibt uns ein Arolser: Wir gönnen dem Verfasser dieser Zeilen seine „allverehrten Mitbürger" mosaischer Konfession sehr gern, wir Arolser müssen und jedoch für solche orientalischen Zugvögler bestens bedanken, da wir der Bären, Löwen, Katzen und andrer bereits mehr als genug haben. Obwohl sich die überwiegende Mehrheit des waldeckigen Volkes zu wiederholten Malen bei der Reichstagswahl gegen die Juden und gegen die Art und Weise, wie sich die Hebräer zu bereichern wissen, ausgesprochen hat, so wagt es die „Corbacher Ztg." doch, die Zwischenhändlerthätigkeit, der auch Herr Kaß ergeben war, sogar noch zu verherrlichen! Das ist gewiß ein starkes Stück! Wahrlich, wenn der Verfasser dieses Machwerks kein Jude sein sollte, so verdiente er einer zu sein. Vergessen wollen wir aber auch nicht, daß in Massenhausen immer 75 v. H. der Wähler antisemitisch abstimmten! —

Hamburg. Der diesjährige Verbandstag der deutschsozialen Reformpartei für Schleswig-Holstein und Hamburg wird am Sonntag, 16. Oktober, nachmittags 3½ Uhr, im „Kaiserhof" zu Neumünster abgehalten werden und zwar mit nachstehender

Tagesordnung:

1. Bericht der Wahlkreisobmänner und des Verbands-Vorsitzenden.
2. Kassenbericht und Bericht der Kassenprüfer.
3. Beratung von Organisations- und Kassenangelegenheiten.
4. Neuwahlen.
5. Bericht über den Parteitag in Kassel.
6. Unsre Presse.
7. Anträge.
8. Verschiedenes.

Anträge müssen bis zum 9. Oktober in den Händen des Abg. Raab sein. Zum Besuche des Verbandstages, sowie zur Stellung von Anträgen sind die im Verbandsgebiete wohnhaften Mitglieder aller Vereine berechtigt, die auf dem Boden der deutschsozialen Reformpartei stehen. Andre Personen, die dem Verbandstag beiwohnen wollen, bedürfen der vorher einzuholenden Zustimmung des ersten Verbands-Vorsitzenden. Die Teilnehmerkarten werden am Eingange zum Verhandlungssaal gegen Entrichtung von 50 Pfg., die zur Deckung der Kosten bestimmt sind, ausgefolgt.

Hamburg. Auf drei gut verlaufene Versammlungen (vom 26. und 27. v. M. und 4. d. M.) kann der Verein der deutschsozialen Reformpartei zurückblicken. Den Vortrag hatte jedesmal der Abg. Raab übernommen, der das Thema erörterte: „Wollen wir die Politik der Arbeit oder des Schachers, Juden- oder Bauernpolitik treiben?" Der Herr Abgeordnete streifte in seinen Ausführungen fast alle Fragen, die unser Wirtschaftsleben augenblicklich bewegen. Großagrarial gegen Mittelstand, Antrag Kanitz, Schweine-Einfuhrverbot usw. Die außerordentlich günstige Aufnahme, die Abg. Raab mit seinem Vortrage fand, bewies, wie auch in Hamburg es zu dämmern beginnt, daß ohne eine vernünftige Agrarpolitik unser Gemeinwesen nicht bestehen kann. Unsre Partei kann mit diesem Anfange der Winterarbeit sehr zufrieden sein.

Aus Schleswig-Holstein. Graf Reventlow (Bulfshagen), unser Kandidat für den Reichstagswahlkreis Kiel, wurde von den Vertrauensmännern des Bundes der Landwirte einstimmig zum Kreisvorsitzenden des Kreises Eckernförde gewählt.

Der Deutsche Reformverein für Bauen und Umgegend hielt, nach der „D. Wacht", am 26. v. M. seine diesjährige Hauptversammlung ab. Nach Bekanntgabe des Rechnungs- und Jahresberichts fanden die Wahlen der ausscheidenden Vorstandsmitglieder und zwar des ersten und dritten Vorsitzenden, des stellvertretenden Schriftführers und des Kassierers statt, die sogleich wiedergewählt wurden und erfreulicherweise sich zur Wiederannahme bereit erklarten. Die alten, treu bewährten Kräfte sind demnach dem Verein erhalten geblieben.

Dresden. Über die Sicherung der Bauhandwerker-Forderungen hielt der deutsche Reformverein in seiner letzten Mitgliederversammlung eine lebhaftere Aussprache ab. Sodann wurden Anträge zum Kasseler Parteitage erörtert.

Druckfehler-Berichtigung. In der kleinen Notiz „Antisemitische Statistik" (vergl. vorige Nummer) steht in der siebenten Zeile von unten das Wörtlein „nicht". Der Satz muß also richtig heißen:

Die Dummheit bei den Machern des Judenschutzblattes ist ebenfalls so groß, wie ihr lügnerisches Talent, sonst würden sie nicht ohne irgendwelchen Beweis annehmen, daß der Verfasser einer Broschüre auch mit dem Verleger identisch sein muß, trotzdem das Entgegengesetzte in dem Buche zu lesen ist.

Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat.

In der Zeit vom 1. bis einschl. 15. Juli 1898 wurde über folgende Firmen usw. der Konkurs eröffnet:

Kaufmann Siegfried Nirschfeld, i. Fa. M. Simons Nachf. 6. Hirschfeld, in Berlin. — Schuhmachermeister Simon Ehrlich zu Berlin, Invalidenstraße 150. — Pferdehändler Julius Wolff zu Büchingen (Pfalz). — Kaufmann Simon Meyer, früher Mitinhaber der Firma Marburg & Meyer zu Frankfurt (Main). — Kauffrau Sophie Loeloo, geb. Scheimann zu Rixdorf. — Kaufmann Samuel Wannes zu Dederan. — Frau Jeanette Gollüber, geb. Boas, i. Fa. M. Jacoby & Co. zu Berlin, Oranienstr. 12 und Große Frankfurterstr. 146. — Hausbaisbäckchen-Händler Samuel Salomon zu Hamburg, Thalstr. 8 — Gebr. Levy, Wagenfabrik und Handlung zu Hamburg, Gr. Drehbahn 13, und Uttenau, Sophienstr. 14. — Möbelhändler Rahmann Moise genannt Moritz Janower, i. Fa. M. Janower zu Bremen, Hanierstr 29. — Kaufmann Samuel Salinger, i. Fa. J. Lehre Nachf. zu Berlin, Brandenburgstr. 64. — Handelsfrau Margarethe Löwinsohn, geb. Abraham zu Berlin, Holzmarktstr. 3. — Kaufmann Alfred Prager zu Neiße. — Handelsmann Josef Benjamin zu Hönbeim. — Kaufmann Bruno Neumann zu Breslau. — Michaelis Wolff, Händler mit holländischen Waren und Herrengarderoben zu Rothenburgsort, Bertändorfer. 49. — Kaufmann Siegfried Kantorowicz zu Berlin, Am Carlsbad 13a. — Kaufmann Siegfried Salzmann zu Berlin, Lichterfelderstr. 3 und Belle-Alliancestr. 84. — Händler Marcus Arndtein zu Plieschen. — Handelsmann Zidor Lindemann zu Lauenburg (Pommern). — Gastwirtsehepaar Hugo Wolff zu Lissa. — Kaufmann Tuger Hecht zu Breslau, Friedrich Wilhelmstr. 14 b und 28. — Kaufmann Ph. Markus zu Gelsenkirchen. — Kaufmann Otto Bloch zu Bromberg. — Kaufmann Max Mamroth zu Forst. — Möbeln-, Betten- und Federnhändler Samuel Israel zu Hamburg, Schäfer. 5. — Kaufmann Arthur Lewinsohn zu Lissnig. — Kaufmann Georg Rosenbaum zu Duisburg. — Kaufmann Wolff Oppenheim zu Berlin, Gr. Frankfurterstr 112. —

Aufgehoben wurden in derselben Zeit nachstehende Konkurse:

Kaufmann D. Salomon zu Stettin, Große Domstr. 21. — Handelsmann Samuel Aram zu Mikolaiw (Zwangsvergl.). — Hamburger Zuckermann, geb. Ebstein zu Stuttgart. — Vorsitzhändler Rudolf Nachmann zu Tremessen (Zwangsvergl.). — Kaufmann Julius Bartau zu Berlin, Bischofstraße 12. — Bank-Kommandit-Gesellschaft Adolf Calm zu Bernburg. — Kaufmann Israel Parisch zu Zittau. — Kaufmann Hermann Tichauer zu Lublinitz (Zwangsvergl.). — Kaufmann Ephraim Welt zu Bolchen (Zwangsvergleich). — Kaufmann Louis Abraham zu Duisburg. — Handelsfrau Ida Singer, geb. Kornblum, in Firma A. Silbermann zu Kotbus. — Kaufmann Max Golmer zu Stettin, Breitestr. 41/42 (Zwangsvergl.). — Kaufmann Max Bloch zu Berdau. — Mineralwasser-Fabrikant Jakob Hirsch zu Czarnikau (Zwangsvergl.). — Frau Ida Dietrich, geb. Rosenfeld, i. Fa. Louis Rosenfeld zu Königsberg, Pr. (Zwangsvergl.). — Berspwarenhändler in Margarethe Davidsohn zu Königsberg, Pr. (Zwangsvergl.). — Kaufmann Simon Zuche zu Berlin, Kaiserstr. 23 (Zwangsvergl.).

Konkurs des Kaufmanns Emil Levy zu Berlin. Die Gläubiger erhalten von ihrer 100600 Mark kaum 1,5 v. H.!!

Jüdische Ritter, Kommissions- und Kommerzienräte usw.

Verliehen wurde: dem praktischen Arzt, Geheimen Sanitätsrat Dr. Blumenthal zu Berlin das Kommandeurkreuz erster Klasse des Königlich spanischen Ordens Zisabellas der Katholischen;

dem Sektionsrat Ludwig Ballat zu Pest die dritte Klasse des österreichischen Ordens der eisernen Krone;

dem Geschäftsinhaber der Berliner Handelsgesellschaft General-Konsul Knud Oranje-Freistaats Hermann Rosenberg zu Berlin das Kommandeurkreuz zweiter Klasse des Königlich württembergischen Friedrichs-Ordens;

dem Handelskammer-Präsidenten Alois Neumann zu Reichenberg die dritte Klasse des österreichischen Ordens der eisernen Krone;

dem Lehrer J. Guttmann zu Blotho der Adler der Inhaber des Hohenzollernschen Hausordens.

Digitized by Google

Ernannt wurde: der bisherige Privatdozent in der medizinischen Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin, Professor Dr. Alfred Goldscheider zum außerordentlichen Professor in derselben Fakultät;

Dr. med. Silberberg zu Ansbach zum Stabsarzt;

Premier-Leutnant Albert Levy (vom 8. franzöf. Artill.-Reg.) zum Kriegsrat in Nancy;

der Oberst und Kommandeur des österreich. Festungs-Artill.-Reg. Nr. 6 zum Festungsartillerie-Direktor zu Krakau.

Briefkasten der Schriftleitung.

R. Erbitte das Angekoterte. Heilo!
B. Ich werde an P. schreiben. Besten Dank.
Dr. B., Leipzig. Dankend erhalten.
Würzburg. Libre Parolo lese ich. Das Andre gern verwandt.

Empfangs-Bescheinigung.

Für die Landtagswahlen gingen ein beim Kassenwart Dr. Bielhaben, Hamburg, Hohe Bleichen 31: H. P. in Ill. M. 10; L. Gindler, Oschatz, M 5.

•

Mit der speziellen Zweckbestimmung für den Landtags-Wahlkreis Homberg-Ziegenhain gingen bei mir ein aus Nordhausen von N. S. 10 M.; vom Deutschen Verein 50 M., worüber ich dankend quittiere.

Treysa, Bez. Kassel. v. L.

(Nachkommenswert! D. Schriftltg.)

Reines Deutschtum.

Grundzüge einer nationalen Weltanschauung

von

Dr. Friedrich Lange

Herausgeber der „Deutschen Zeitung".

228 Seiten.

Preis 2 Mk. Geh. in Ganzlwd.-Band 3 Mk.

Verlag von Herm. Beyer, Leipzig, Königstr. 27.

Miniatur-Photographien

in Visitenkarten- oder Medaillon-Größe

15 Stück 1 M., 50 Stück 3 M., 100 Stück 5 M., 1000 Stück 45 M.

Auch in jedem Land beliebigen Formate. Vergrößerungen und Verkleinerungen. Gruppen, Interieurs und Reproduktionen. Porträts nur mit Porträt — nach 60 Jahr. erfahrt. Bilder, welche unbrauchbar wurden zurückgeschickt. Verdorbene Negative und feine Ausführungen, sorgfältige Schattierung. Prächtige Porträts. Muster u. Preisliste kostenfrei.

Photogr. Anstalt **Wilh. Klebsch,** Lauterabad i. Sachsen.

Vertreter gesucht.

Über einmal Dagewesenes hat, wird ihn stärker denken Erkennen empfehlen.

Bolan.

Ein bekanntes Hausmittel für kalte Füße und Überanstrengung. **Bolan** verbessert Schweiß und Stimmung, es vermehrt Appetit und Lebhaftigkeit.

Glänzende Anerkennungen auf Verlangen frei unter Versiegelung.

Man adressiere:

Bertzkes Tuchhaus in Düren I

Preis Mark 3.

Ärzte nicht gefälschte Packung nehme auf welche Seiten aufmerksam. Alle beim Versand.

Zu erhalten und Lager in allen Apotheken.

Nicolaistr. 10, **Leipzig**, Nicolaistr 10,

Stadt Hamburg

Sehenswertestes historisches Bier-Restaurant und Wiener Café.

Anerkannt gute Küche. Exquisite Biere. Weine erster Firmen.

Bernh. Polster.

CAFE MERKUR

Leipzig ★ ★ ★ ★

Ecke Ritterstraße und An der Pleiße 8.

Geöffnet bis morgens ½4 Uhr.

300 Zeitungen. Depeschen u. Kursberichte, Städte-Adressbücher v. Berlin, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Hamburg-Altona, Halle a. S., Paris, sowie Handels-Adressbücher aller grösseren Staaten liegen zur gefl. Benutzung aus.

Jeden Vormittag Bouillon und Pasteten.

Hochachtungsvoll

W. Rühlemann.

Deutsche Schänke, Leipzig,

Poststrasse 20

empfiehlt kräftigen Mittagstisch und gute Biere.

Gesellschaftszimmer.

Platz zur Aufbewahrung von Fahrrädern genügend vorhanden.

Hochachtungsvoll

A. Singer.

Wein-Groß-Handlung,

Import von Rum, Arrac, Cognac, von

Der Flasche trägt diese Etikette als Schutzmarke.

Berlin SW., 1 Stendaler-Straße 1.

Fernsprecher: Amt Moabit 1376.

Gegründet 1877.

1892er u. 93er Rhein- u. Moselweine, p. M. aber p. Ltr. von 70 Pf. an.

1887er u. 93er Bordeaux-Weine von 1 M. an, feine Qualitäten in- und ausländische Weine sehr zu soliden Preisen. Für absolute Reinheit garantieren

Schmitz & Co.

Kleine Posten und Probeflaschen versenden.

Liefere ein Postkolli (9½ Pfund)

feine Leber-, Rot- und Sülzwurst

zu 7,50 M. franko.

H. Glauner, Fleischermstr.

Papenburg b. Leer (Ostfriesl.).

Ferner:

prima Hammelkeule u. Carrés

à Pfund 55 Pf.

Kaufen Sie

keln Planino,

wenn Sie sich noch nicht den Katalog von **August Roth,** Kgl. Portug. u. Fürstl. Lipp. Hof-Pianofabrikant, **Hagen W. Nr. 21,** gratis haben können lassen.

Beeren-Weine

offeriert in I. Qualität und durchaus reiner Ware, in nur älteren, angelagerten Jahrgängen, ab hier, geg. Nachn.:

Roten Johannisbeer-Dessert-Wein	à M.	—,70	per ¾ Ltr. Fl.
Bessen	„	—,75	„ „ „ „
Schwarzen	„	—,80	„ „ „ „
Stachelbeer-	„	—,75	„ „ „ „
Erdbeer-	„	—,80	„ „ „ „

Flaschen und Verpackung inbegriffen: Kisten zum Selbstkostenpreis. Verkauf von 20 Liter an. — Täglich verordnet. Zu Geschenken sehr geeignet. Hunderte von Attesten! Bester Ersatz für Südweine!

C. E. Schmidt, Beerenwein-Kelterei, **Lauffen a. Neckar.**

40 mal preisgekrönt!

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hopfgarten, Berlin SW. 5, Kruppstr. 13.
Druck: G. Reusche in Leipzig.

Digitized by Google

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Leipzig, 13. Oktober 1898. Nr. 530.

Parteinachrichten.

Dem Parteitage zu Kassel wohnten 109 Stimmführer, acht Reichstagsabgeordnete und ein Landtagsabgeordneter der Partei bei. Die Stimmführer vertraten 66 Wahlkreise. Insgesamt waren stimmberechtigt auf dem Parteitage 125 Personen. Telegraphische Begrüßungen erhielt der Parteitag u. a. aus Berlin (Jung-Deutschland und Dr. Bachler), Chemnitz (Deutschsozialer Reformverein und deutschnationale Handlungsgehilfen), Dahlen, Delitzsch, Duisburg, Düsseldorf, Erfurt, Frankfurt (Main), Gelsenkirchen, Glauchau, Goslar, Hamburg (Radfahrer-Verband und Rothenburgsorter-Beddeler Bürgerverein), Moskau, München, Münster (Westfalen), Renzendorf, Ruhrort, Sommerfeld, Storrbach, Stuttgart, Swinemünde, Bacha, Wittenberge, Zeitz und Zella St. Blasii.

† **Zwei treue, vortreffliche Gesinnungsgenossen** hat der Tod in den letzten Wochen abberufen.

Herr Hauptmann a. D. Graf Görz zu Brisberg starb am 28. September zu Berlin, wo er seit 1897 Vorstand der neuen Militär-Arrest-Anstalt war. — Der Verewigte war im Jahre 1851 zu Brunkensen im Herzogtume Braunschweig geboren; er erwarb 1870 als Jähnrich im dritten Garde-Regimente zu Fuß beim Sturm auf St. Privot das eiserne Kreuz. Nachdem er eine Reihe von Jahren dem aktiven Heeresdienste angehört hatte, mußte er eines Herzleidens wegen den Abschied nehmen und zog nach Hameln. Dort wurde er stiftiges Mitglied des deutschsozialen Reformvereins und bald dessen Vorsitzender. Im Jahre 1893 erhielt er als Zählkandidat unserer Partei für den Wahlkreis Hameln 618 Stimmen. — Im Jahre 1897 wurde er in die oben bezeichnete Stellung berufen. Seine schwankende Gesundheit schien sich im letzten Jahre wesentlich gekräftigt zu haben. Ganz unerwartet machte ein Gehirnschlag seinem Leben ein Ende. Mit militärischen Ehren wurde er auf dem Invaliden-Kirchhofe bestattet.

Graf Görz war ein Mann von lautester Gesinnung und von hervorragender persönlicher Liebenswürdigkeit. Echte Frömmigkeit und glühende Liebe zu König, Volk und Vaterland zeichneten ihn aus. Für alles Schöne und Edle schlug sein Herz. Er war ein deutscher Edelmann im besten Sinne des Wortes. Alle, die den Verewigten kannten; sind in tiefe, aufrichtige Herzensetrauer durch seinen plötzlichen Heimgang versetzt. Ehre seinem Andenken. Friede seiner Asche. —

Noch einen zweiten schweren Verlust hat unsre Partei in dem kürzlich zu Liegnitz verstorbenen Fabrikbesitzer und Rechtsanwalt Herrn Dr. Julius Arndt erlitten. Der Verstorbene gehörte zu den Mitbegründern des Vereins deutscher Studenten zu Berlin und ist den Gesinnungen, die ihn als Jüngling beim Aufodern der großen deutschen Bewegung im Jahre 1880 beseelten, treu geblieben bis zu seinem letzten Atemzuge. Andauerndes, schweres rheumatisches Leiden verhinderte ihn in den letzten Jahren, sich so dem Dienste unsrer Partei zu widmen, wie er es selber gern gethan hätte. Unsre Hoffnung, ihn einmal als Abgeordneten der Partei in den Reichstag ziehen zu sehen, hat der Tod zu nichte gemacht. Wir werden das Andenken des treuen Toten in Ehren halten.

Der Landesverein der deutschsozialen Reformpartei im Königreich Sachsen hält seine ordentliche Hauptversammlung Sonntag, den 13. November, zu Chemnitz ab. Auf der Tagesordnung stehen außer den üblichen geschäftlichen Sachen: Mitteilungen vom Kasseler Parteitage, Berichte aus den sächsischen Wahlkreisen seitens der Reichstagsabgeordneten und der aufgestellt gewesenen Bewerber, Änderung der Satzungen des Landesvereins. — Anträge seitens der Parteigenossen sind bis zum 1. November an den Abg. Lohe (Dresden) zu senden.

Sie schimpfen ganz gewaltig, die Mitteilungen der Judenschutztruppe und insbesondere haben sie die bösen „Deutschsozialen Blätter" aufs Korn genommen. Unverfrorenheit, Lügenblatt, Frivolität, Infamie, Hüpelstil, Hetzblatt . . . in diesen geschmackvollen Worten offenbart sich in der letzten Nummer der anständige Ton der Anti-Anti-Mitteilungen. An andern Schmeichelworten über die Antisemiten enthält dieselbe Nummer jenes vornehmen Blattes folgende:

Halbhergrötter, Dunkelmänner, Ausdünstung einer unsäglich niederträchtigen und erbärmlichen Seele, prahlerische Kampagne, Verbrechen, Unsittlichkeit, Eigensinn, Herrschsucht, Verheerelein und Schimpfereien, Verleumdung, Indianergeheul, Revolverblätter, blödsinnige Märchen, grommer Ärger, antisemitischer Fanatismus, Mutgeschrei, bauerer Ulan, Bödinn, blasphemische Anschlachtungen, widerlicher Fanatismus, Frivolität, „Kare" Köpfe, bekanntlich herrscht in der antisemitischen Führerschaft große Klein Übersluß an „einwandfreien" Männern, Unverfrorenheit, Lüge, Unehrlichkeit, antisemitisches Fälschekonfortium, Gipfel der Komik. — — — Das wird für einmal genügen!

Aus Kurhessen. In den beiden von unsrer Partei in Anspruch genommenen Landtags-Wahlkreisen Rotenburg-Hersfeld und Homberg-Ziegenhain ist die Wahlarbeit in vollem Gange. Die konservative Partei greift zu bedauerlichen Mitteln, um im Kreise Homberg-Ziegenhain ihr Mandat zu retten. Es wird dort, wider besseres Wissen, verbreitet, der Abg. v. Liebermann habe sich verpflichtet, die konservative Kandidatur zu unterstützen, weil die Konservativen bei den Reichstagswahlen für ihn geftimmt hätten. Diese plumpe Lüge wird hier und dort wirklich geglaubt und auch in der „Konservativen Korrespondenz" wiedergegeben. Thatsächlich liegt die Sache, wie man der „Staatsbürger-Zeitung" aus dem Kreise von gut unterrichteter Seite schreibt, folgendermaßen: „Die Leute in der „Kons. Korr." haben augenscheinlich gar keine Ahnung, wie die Verhältnisse hier im Wahlkreise liegen. Vor der Reichstagswahl stellte der Bruder des Ziegenhainer Landrats, Rittergutsbesitzer August v. Schwertzell, im Namen der konservativen Partei an Herrn v. Liebermann das Ansinnen, die konservative Unterstützung seiner Kandidatur zum Reichstage gegen Verzicht auf die Kandidatur einzutauschen. Als Herr v. Liebermann, was ihm kein vernünftiger Mensch verdenken kann, auf diesen sonderbaren Vorschlag gar nicht antwortete, proklamierte Herr August v. Schwertzell als konservativen Reichstagskandidaten den bisherigen Landtagsabgeordneten Herrn v. Baumbach mittels Rundschreibens. Der Erfolg war, daß im ganzen 71 (einundsiebenzig) konservative Stimmen in Frislar-Homberg-Ziegenhain abgegeben wurden. Aber auch von diesen entfiel nur etwas mehr als die Hälfte auf den Herrn v. Baumbach. In Homberg hatte man dem dortigen Landrat v. Gehren 27 Stimmen zugewendet. — Herr v. Liebermann aber erhielt trotz der konservativen Gegenkandidatur und trotzdem er nicht eine einzige Wahlversammlung im Kreise abgehalten hatte, mehr als Dreiviertel aller abgegebenen Stimmen. Er würde Neunzehntel bekommen haben, wenn er für seine Wahl persönlich agitiert und die Dörfer bereist hätte." Der Artikel der „Staats-Zeitung" bringt noch eine spaltenlange interessante Darstellung der Verhältnisse im Wahlkreise Homberg-Ziegenhain, die wir aus Raummangel heute nicht abdrucken können. — Parteigenossen, thut Eure Schuldigkeit zur Unterstützung der Wahl! (Vergl. Aufruf.)

Schneidemühl. Zünf Versammlungen hielt der Abg. Bindewald vorige Woche in unserm Wahlkreise ab. Er sprach in Margonin, Samotschin, Radwonke, Lindenwerder und Ratschin und zwar überall vor einer äußerst zahlreichen Zuhörerschaft, die seinem Vortrage mit gespannter Aufmerksamkeit folgte und wiederholt lebhaften Beifall spendete. In Ratschin stimmte sogar der Vertrauensmann des Riekertschen „Bauern"-Vereins Nordost mit in das Hoch auf den Abg. Bindewald ein. Der Hauptanteil an den Erfolgen dieser Versammlungen gebührt ihren Veranstaltern, den Herren Reichelt (Margonin) und Bruck (Samotschin).

Digitized by Google

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Mösslicher Verfassung klagt die Frau Helene Uhly, geb. Moses mann, zu Berlin ihren Ehemann, den Kaufmann Alfred Uhly, an. Sie klagt deshalb auf Ehetrennung.

Steckbrief. Gegen den Handelsmann Lesser Abler, am 20. November 1857 zu Pleck in Russland geboren, muss sich, der sich verborgen hält, ist von der Königlichen Staatsanwaltschaft beim Landgericht I zu Berlin die Untersuchungshaft wegen Betruges verhängt. Besondere Kennzeichen: Strohe Glatze. Rote etwas gebogen, worn sich.

Darum können sie immer so billig verkaufen. Der Kaufmann Salomon Pieck betrieb zu Potsdam ein Manufakturwarengeschäft, das auch nahmsweise billige Waren führte. Sein Sohn Arthur war in Berlin in der Lehre und ihn entsandte man eines Tages, als er ein Stück Seidenband verschwinden sah. Bei der nun vorgenommenen Haussuchung in dem elterlichen Geschäfte wurde noch eine größere Menge Waren entdeckt, die zweifellos alle der junge Pieck seinem Lehrherrn entwendet hatte. Seine Eltern leugneten natürlich, irgendetwas von der Herkunft der Waren gewußt zu haben. Das Gericht war aber anderer Meinung, weshalb Pieck sen. und Frau je achtzehn Monate Zuchthaus und Pieck der Jüngere ein Jahr Gefängnis bekam. Eine feine Familie!

Wegen Verletzung der Fürsorgepflicht wird gesucht: Max Cohn aus Kirchhain (Kr. Kottbus).

Betrug im Rückfalle verübte Sada Rebekka Miriam März aus Gostig, indem sie sich als die Witwe eines Hauptmanns ausgab und auf diese Weise Waren erschwindelte. Sechs Monate Gefängnis legte ihr deshalb das Landgericht zu Dresden auf.

Die Gefangenheit war zu günstig. Drei Kälber hatte der Viehhändler Julius Rothheld aus Illigungen, nach Würzburg verkauft. Als er von jüdischen Viehgenossen die Mitteilung erhielt, daß er, daß eines der Kälber achtzig Pfund wog. Die Gefangenheit war zu günstig, als daß sie der talentvolle junge Mann nicht hätte ausnützen sollen. Mit seinem Schwung machte er an die unschuldige Welt ein gutes Schwindzeichen und die „Neue" war fertig. Die neun Pfund machen ungefähr fünf Mark aus, die ihm der Metzger zu viel bezahlen mußte. Es war nicht viel, aber es freute ihn doch. Leider wog der Metzger das Kalb nach, der Schwindel kam heraus und der Jude vor Gericht. Das Urteil lautete auf drei Monate Gefängnis und drei Mal Gelbstrafe.

In bezahlen vergessen hat der Kaufmann Wendel Lasser (Lazer), früher zu London, jetzt unbekannten Aufenthalts, den Rechtsanwalt und Notar Leopold Dorn zu Berlin, der ihn in einer Klage gegen den preußischen Fiskus vertreten hat. Herr Wendel Lasser wird jetzt gesucht.

Ausgerückt ist der Kaufmann Simon Löwenmayer, früher zu London, dem Bankier Robert Seligmann zu Frankfurt (Main) mit 150 Mark. Dieser wünscht ihn nun vor Gericht zu sprechen.

Ein Fischer der Nation. Er schwarmte sich durch das ganze deutsche Reich. Er gab überall an, er sei russischer Jude und sei aus Rußland wegen Teilnahme an stundistischen Versammlungen ausgewiesen worden. Seine Angehörigen seien nach Sibirien in die Verbannung geschickt, und er habe durch die Ausweisung sein ganzes Vermögen verloren. Nun sei er zum Christentum übergetreten und beabsichtige bei den lieben und toleranten Deutschen ein kleines Geschäft anfangen, wozu er etwas Betriebskapital bedürfe. Verzugsweise bemühte er evangelische Geistliche. Zumeist erbielt er Geldbeträge bis zu sechs Mark. Mitunter gab man ihm zwanzig oder fünfzig Mark und in einem Falle sogar achtzig Mark. Von seiner Unverfrorenheit ein Beispiel: Als ihm die Krankenschwester Frieda Hamm zu Ebingen drei Mark gab, erwiderte er, das reiche ja kaum für die Zehrung, er brauche mindestens fünfzig Mark. Selbstverständlich flog er hinaus. Als er verhaftet wurde, hatte er noch über hundert Mark im Besitz. Und nun fand er als Handelsmann Jakob Goldhein aus Breslau bei Kowno vor der Mannheimer Strafkammer, die ihm 57 Betrugsfälle nachwies. Der gänzlich ungebildete Angeklagte, der weder recht Russisch noch ordentlich Deutsch verstehe und nur wenig schreiben und lesen kann, wurde zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt.

Bismarcks Memoiren erscheinen Ende November.
2 Bände gebunden 20 Mark. Der Betrag kann auch in zehn monatlichen Raten, à 2 Mark, beglichen werden. Bestellungen werden schon jetzt entgegengenommen.

Leipzig, Königstraße 27.

Geschäftsstelle der „Deutsch-Sozialen Blätter".

Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat.

In der Zeit vom 16. bis einschl. 31. Juli 1898 wurde über folgende Firmen usw. der Konkurs eröffnet:

Kaufmann Moritz Pinkuß zu Zerpen bei Elbing. — Kaufmanns-Eheleute Salomon gen. Siegfried und Pauline Schwab zu Nürnberg. — Kommanditgesellschaft S. Schwab & Co. zu Nürnberg. — Kaufmann Julius Rosenthal, i. Fa. S. M. Davidsohn zu Breslau, Matthiasstr. 46. — Handelsgesellschaft Gebr. Hirsch zu Hörde. — Kaufmann Elias Jacob zu Bremerhaven, Fährstraße 22. — Fabrikbesitzer David Silanowski zu Berlin, Skalitzerstr. 125. — Schneiderartikel-Händler Salomon gen. Sally Strelm zu Hamburg, Neustädter Fuhlenwiete 63. — Kaufmann R. Richer zu Gütersow. — Kaufmann Moses gen. Max Krup zu Köln (Rhein). — Krämer Moses Jacob zu Nellingen. — Kaufmann Leopold Auerbach zu Pankow bei Berlin, zur Zeit in Untersuchungshaft. — Kaufmann Moritz Lindenberg zu Berlin, Brüderstr. 12 — Kaufmann Theodor Stern zu Beilstein.

Aufgehoben wurden in derselben Zeit nachfolgende Konkurse:

Handelsmann Abraham Weiß zu Berlin, Reinickendorferstr. 6 und Brunnenstr 6 (Zwangsvergl.). — Kaufmann Meyer Kohn zu Chemnitz. — Emanuel Löb zu Siegen. — Bäcker, Wein- und Branntweinhändler Julius Goldmann zu Hamburg (Zwangsvergl.). — Frl. Dorie Goldstand zu Hohenstein, Ostpr. — Kaufmann Albert Cohn zu Pyrmeberg (Zwangsvergl.). — Kaufmann Julius Saatfeld zu Simmenube (Zwangsvergl.). — Kaufmann Elli Davidsohn zu Grimmen. — Kaufmann Salomon Herrer, Rauchfabrik zu München. — Schnittwarenhändler Moritz Reiß zu Berlin, Brunnenstr. 76 (Zwangsvergl.). — Kaufmann Siegfried Steuer zu Berlin, Belle-Allianceстraße 22 und 74. — Kaufmann Sarah Burchardt zu Starzard, Pommern (Zwangsvergl.). — Rosenstern 4 Breslauer zu Berlin, Burtstr. 10 (Zwangsvergleich) — Kürschner Adolf Cohn zu Bromberg (Zwangsvergl.). — Handelsfrau Julie Lasch, i. Fa. J. Caro zu Berlin, Greifswalderstr. 202. — Kaufmann Max Mendelsohn zu Frankfurt, Main, Schillerstr. 4. — Handelsmann Wolf Nie zu Berlin. — Kaufmann Karl Hirsch zu Berlin, Große Frankfurterstraße 107 (Zwangsvergl.). — Kaufmann Nathalie Braunsberg zu Breslau. — Kaufmann Simon Fuchs zu Berlin, Kaiserstr. 23 (Zwangsvergl.).

Jüdische Ritter, Kommissions- und Kommerzienräte usw.

Verliehen wurde: dem Sanitätsrat Dr. E. Aufrecht zu Magdeburg der Charakter als Geheimer Sanitätsrat;

dem emeritierten Lehrer an der jüdischen Volksschule zu Schrimm, Neufeld, der Adler der Inhaber des Hohenzollernschen Hausordens;

dem Regimentsarzt Dr. Leopold Berg zu Wien das österreichische goldene Verdienstkreuz mit der Krone;

dem Rentner J. Binnenthal zu Münster (Westfalen) der Kgl. Kronen-Orden vierter Klasse;

dem Legationsrat Dr. Eduard Pollak zu Tetto das österreichische goldene Verdienstkreuz mit der Krone.

*

Ernannt wurde: Marco Alatri zu Rom zum Direktor der Bank von Italien

*

In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen: Rechtsanwalt Dr. Daniel Danziger zu Bremen; Rechtsanwalt Adolf Rothenberg zu Schneidemühl; Rechtsanwalt Hugo Caro zu Berlin; Rechtsanwalt Adolf Rothenberg II zu Berlin; Gerichtsassessor Alex Goldin zu Schneidemühl.

Neue Bücher.

(Alle hier angezeigten Schriften sind durch unsere Geschäftsstelle, sowie durch jede Buchhandlung zu beziehen.)

Die Brotfrage und ihre Lösung. Von Dr. Freiherrn zu Reichs-Slon. Leipzig 1898. 110 Seiten. Preis 2,20 Mark

Nach Ansicht des Verfassers liegt heutzutage in der Kulturfrage eine Brotfrage insofern vor, als in Preßte, Vereinen und Parlamenten die Einen mit Recht billiges, sicheres Brot für das arbeitende, besitzlose Volk, die Andern mit gleichem Rechte, zur Bewahrung der Bauern vor dem Untergange, hohe Getreidepreise fordern, und als diese beiden Forderungen scheinbar in unlöslichem Widerspruch miteinander stehen. Als Mittel zur gleichzeitigen Erfüllung beider Forderungen schlägt der Verfasser vor, daß in allen Orten mit wenigstens zweitausend Einwohnern auf Staatslosten Brotlaboriten gebaut und unentgeltlich den Gemeinden zum Betriebe überwiesen, die bestehenden Bäckereien aber, soweit deren Besitzer dem zustimmen (also nicht zwangsweise), abgelöst werden, und daß dabei den Gemeinden die ausschließliche Verwendung aus inländischem Getreide hergestellten Mehls beim Brotbacken zur Pflicht gemacht wird. Dem Verfasser ist darin beizustimmen, daß in den Kulturstaaten die öffentlichen Gewalten es sich zur Aufgabe machen sollten, die, zur Zeit keineswegs gesicherte, stetige Versorgung des ganzen Volkes mit gutem, nicht zu teurem Brote sicher zu stellen. Es wäre dem Gemeinwohle dienlich, wenn man die Brotbäckereien wieder, der alten christlich-germanischen Auffassung entsprechend, als ein Amt behandelte, das zum Besten der Gesamtheit verwaltet werden muß. Der Vorschlag des Verfassers und dessen Begründung verdienen jedenfalls ernste Erwägung. Für weitere Kreise lehrreich sind die in

Digitized by Google

dem Buche sich findenden Angaben über den Herzang des Brotbackens und über den Unterschied zwischen Brot- und Brötchenpreisen. Die vom Verfasser einzuwerfenden, zur Aufdeckung verschiedener Übelstände bei der heutigen Brotbereitung bestimmten höhlichen „Backstuben Bilder" geben hoffentlich Schülern die bei einer kleinen Minderheit deutscher Bäckereien bestehenden Zustände richtig wieder; schon in diesem Falle nötigen Vorkommnisse der vom Verfasser berichteten Art allerdings schlimm genug.

Zu der evangelische Christ von der kritischen Behandlung der Bibel etwas zu sürchten! Ein Wort zur Verständigung von J. Petran, Pastor. 31 Seiten. Preis 30 Mark.

Recht geschickt weiß der Verfasser dieser kleinen Schrift in gemeinverständlicher Sprache die Besürchtung zurück, als ob die Bibel durch die von den Professoren an ihr geübte Kritik an Hoheit und an Wert für unsern Glauben verlöre — im Gegenteil, sie gewänne dadurch nur an beiden.

Zunächst sührt er uns in die Textkritik, d. h. in die Arbeit zur Herstellung eines richtigen Bibeltextes, und giebt dann im zweiten Teile eine Schilderung und Rechtfertigung der Sachkritik über die Echtheit ganzer Bücher und einzelner Stellen. Dem Verfasser sind Absassungszeit usw.

Wenn aber wirklich unsre Theologen auf alle Kritik verzichten würden, was wäre der Erfolg? — Daß andre Leute an ihrer Stelle träten, nun aber nicht nur, „um ehr ich den Thatbestand der den Christen unvergleichlich teuren Schriften zu erforschen, sondern um an ihnen Lüge, Heuchelei, Dummheit und dergl. nachzuweisen". Was wir dann zu erwarten hätten, können erhalten wir ja jetzt schon einen Vorgeschmack in den Schriften der Sozialdemokraten über die Bibel. B.

Kleine Schriften zur Zeitgeschichte und Politik. Von Freiherr von Hertling. Freiburg i. B. 1897. 573 Seiten. Preis 5 Mark, geb. 6,80 Mark.

Das Buch enthält, außer einigen Gelegenheitsreden, eine größere Zahl Aufsätze und Abhandlungen des Verfassers, eines bekannten Zentrumsabgeordneten, die sämtlich in den letzten Jahrgängen enthanden und zum anderweitig veröffentlicht sind. Es ist recht lesenswert, und zwar nicht nur für Katholiken, da die darin vertretenen Anschauungen großenteils von Protestanten geteilt werden können. Besonders erwähnt seien die Abhandlungen über Freiheit, Gleichheit, Demokratie, Monarchie und Aristokratie, die zahlreichen Abhandlungen über „Naturrecht und Sozialpolitik" — die u. a. auf Begriff, Notwendigkeit und Geltungsbereich des natürlichen Rechts, auf das Recht der Erziehung und die Arbeiterschutzgesetzgebung, auf das „Recht auf Arbeit" und auf die Erhaltung des Mittelstandes sich beziehen — sowie der Aufsatz über das Bildungsbedürfnis der Katholiken in Bayern. Im übrigen sei von dem reichen Inhalt des Buches noch hervorgehoben, daß der Verfasser mit übergroßender Wärme die Meinung verteidigt, es gebe ein staatliches Recht, das höher dem Namen verdient, und einen andern, der als eine erzwingbare willkürliche Anordnung, nur darum, weil es ein natürliches Recht giebt, und daß er die große Wichtigkeit der Erhaltung eines zahlreichen bäuerlichen und gewerblichen Mittelstandes betont. In Bezug auf die dauerliche Besitzerung sagt er zutreffend, daß deren Lage den eigentlichen Maßstab für die Macht eines Staates bilde. Den weit verbreiteten Glauben an einen Naturprozeß, der unaufhaltsam den gewerblichen Mittelstand seiner Auflösung entgegentreibt, teilt er nicht; wohl aber teilt er die in diesen Blättern vertretene Ansicht, daß die, die zum Gunsten die fortschreitende Entwicklung des Großbetriebes auf gewerblichem und landwirtschaftlichem Gebiete zuletzt beitilft, die großen Geldmächte sind, „die Bankiers und die Banken, die Rothschilds und Genossen".

Das moderne Papstium in den Kirchen der Reformation, oder: Das evangelische Pfarramt und das Kirchen-Regiment. Von E. Schall, Pastor in Bahndorf. 1898. 67 Seiten. Preis 1 Mark.

Das Büchlein weist auf die schweren Schäden hin, die für unser religiöses Leben aus dem unter den Pfarrern immer größere Geltung gewinnenden Dogma von der Unfehlbarkeit hoher Königlicher Behörden erwüchsen; viel weniger geschärfich sei das Dogma von der Unfehlbarkeit des Papstes, dessen Zuvel doch immerhin die Förderung des Reiches Gottes und nicht eines weltlichen Staates sei. Die Folge sei, daß für solchen Geistlichen nicht mehr sein durch Gottes Wort bestimmtes Gewissen in erster Reihe entscheidend sei, sondern die Verfügungen der Behörden.

Das Predigtamt sei das höchste Amt in der Kirche, von der Gemeinde (nach Jesu Stiftung), nicht von der Behörde sei es übertragen; das Kirchenregiment habe ihm nur Schutz und Stütze zu sein und darüber zu wachen, daß der Dienst am Worte von den Pfarrern treulich erfüllt werde. Ein Pastor dürfe darum nicht abgesetzt oder sonst bestraft werden, wenn er um des Gewissens willen Verschriften seiner Vorgesetzten über äußere Ordnungen den Gehorsam verweigere; wenn er z. B. in der Politik eine andre Stellung einnehme als „oben" zur Zeit gerade erwünscht ist, oder wenn er „den Frieden und die Ruhe gestört hat", weil er schonungslos auch hochgestellte Leute Sünden gestraft hat.

Es sei gar kein Zweifel, daß heutzutage für Luthers Freimut und sein Verwerfen aller Menschensatzungen gegenüber der alleinigen Autorität des Wortes Gottes in der nach ihm genannten Kirche kein Platz wäre. Eine Gemeinschaft aber, die den Geist ihres Gründers in sich unterdrückt, grabe ihre Wurzeln ab.

Unter unsern höheren Beamten hat bereits allgemeine Anschauung geworden, daß die Kirche vor allem Gehilfin des Staates sei zur Erreichung seiner Zwecke. Daß ihr Zweck Förderung unsrer Seligkeit sei, das sei ihnen kaum noch bewußt.

Wem seine evangelische Religion und Kirche lieb ist, dem sei das Schriftchen empfohlen. B.

Briefkasten der Schriftleitung.

Für unsere Mitarbeiter! Schreibe kurz und klar, ohne überflüssige Worte und Fremdwörter, sowie ohne unnötige und allzuviele Hülfszeitwörter.

Ohne Umschweife sofort auf die Hauptsache losgehen. Lange Reihe mit langen Einleitungen bieben meist ungelesen, denn bedenke, was einem Zeitungsschreiber täglich nicht alles zugemutet wird.

Vergiß nicht, öfters ein Komma oder noch besser einen Punkt zu setzen; dadurch werden die Gedanken übersichtlicher und die Sätze überflüssiger gestaltet. Dabei schadet es gar nicht, wenn öfters einmal ein Satz mit einer neuen Zeile beginnt.

Für den Druck bestimmte Sachen sind stets einseitig und nicht zu eng zu schreiben. Auch ist ein entsprechender Rand — mindestens zwei Finger breit — zu lassen, damit für Einschaltungen Raum vorhanden ist. Die einzelnen Blätter sind mit fortlaufenden Seitenzahlen zu versehen.

Alle Namen von Personen und Orten schreibe so deutlich, daß man jeden Buchstaben einzeln lesen kann, sintemal die Buchstaben dazu da sind, daß man sie unterscheide, nicht aber, damit sie alle einander ähnlich sehen.

Über das kleine lateinische u lege stets einen Bogen, denn sonst ist die Verwechselung mit dem n fast unausbleiblich.

Vergiß auch nicht, in jedem Briefe usw. deine volle Adresse anzuhringen — Name, Wohnort, Straße und Hausnummer —, sonst muß der arme Empfänger erst sein Buch nachschlagen und verliert dadurch seine kostbare Zeit.

Willst du Antwort haben, so lege die nötige Marke bei, sonst mußt du dich zur nächsten Nummer warten, wo an dieser Stelle dann die erbetene Auskunft erfolgt.

Empfangs-Bescheinigung.

Für die Landtagswahlen gingen ein beim Kassenwart Dr. Bielhaben, Hamburg, Hohe Bleichen 31: Amtsrichter Lattmann, Freiburg M. 10; B. Wachberger, Bonndorf M. 5; Deutschsozialer Reformverein Delitzsch u. Umg. M. 15; C. S. in H. M. 5,05; Claus, Strehlen, M. 5; S. H. M. 2,50.

Für die Bücherei des Anfiemilen.

Deutschland auf dem Monde.

Ein Sommernachtstraum von * „ *.

●●●● Preis 50 Pf. ●●●●

Zu beziehen durch die **Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstr. 27.**
Bei vorheriger Einsendung des Betrages (deutsche und österreichische Marken werden in Zahlung genommen) erfolgt portofreie Lieferung.

Wer einmal Bolan versucht hat, wird ihn stets seinen Bekannten empfehlen.

Bolan.

Ein hochanständiger Herrenstoff für feine Anzüge und Überzieher. Bolan verbindet Eleganz und Kammgarn, ist vornehm-sparsam und sehr haltbar.

Tuchstelle Musterwahl auf Verlangen frei unter Kreuzband.

Man adressiere:

Bretzkes' Tuchhaus in Dürrn 1

(Bez. Aachen.)

Etwa nicht gefallende Stoffe nehme auf meine Kosten zurück. Also kein Wagnis.

Viele freiwillige Anerkennungen.

In Güte und Preis unübertroffen

Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig.

= Vollständig liegt vor: =

Meyers Konversations-Lexikon.

Fünfte, gänzlich neubearbeitete und vermehrte Auflage.

Mehr als 147,100 Artikel und Verweisungen auf über 18,100 Seiten Text mit mehr als 10,500 Abbildungen, Karten und Plänen im Text und auf 1088 Tafeln, darunter 164 Farbendrucktafeln und 296 selbständige Kartenbeilagen.

17 Bände in Halbleder gebunden zu je 10 Mark.

Meyers Konversations-Lexikon ist das anerkannt neueste, reichhaltigste bedeutendste und verbreitetste Werk seiner Art.

Der reich illustrierte Verlags-Katalog des Bibliographischen Instituts in Leipzig steht kostenfrei zu Diensten.

Zu beziehen durch die
Geschäftsstelle der „Deutsch-Sozialen Blätter".

Digitized by Google

CAFE MERKUR

300 Zeitungen, Depeschen u. Kursberichte, Städte-Adressbücher v. Berlin, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Hamburg-Altona, Halle a. S., Paris, sowie Handels-Adressbücher aller grösseren Staaten liegen zur gefl. Benutzung aus.

Leipzig ★ ★ ★ ★ ★ **An der Pleisse 8.**

Jeden Vormittag Bouillon und Pasteten.

Geöffnet bis morgens 3/4 4 Uhr.

Hochachtungsvoll

W. Rühlemann.

Deutsche Schänke, Leipzig,

Poststrasse 20

empfiehlt kräftigen Mittagstisch und gute Biere.

Gesellschaftszimmer.

Platz zur Aufbewahrung von Fahrrädern genügend vorhanden.

Hochachtungsvoll

H. Singer.

Nicolaistr. 10, **Leipzig**, Nicolaistr 10,

Stadt Hamburg

Sehenswertestes historisches Bier-Restaurant und Wiener Café.

Anerkannt gute Küche. Exquisite Biere. Weine erster Firmen.

Bernh. Polster.

Wein-Groß-Handlung,

Import von Rum, Arrac, Cognac, von

Berlin NW., 1 Stendaler-Straße 1.

Fernsprecher: Amt Moabit 1356.

Gegründet 1877.

1893er u. 95er Rhein- u. Moselweine, à Fl. über 9 Mk. von 9 Mk. an.

1893er u. 95er Bordeaux-Weine von 1 Mk. an, sowie sämtliche in- und ausländische Weine usw. zu billigen Preisen. Für absolute Reinheit garantieren

Schmitz & Co.

Kleine Proben und Preisliste umsonst.

Bisserer ein Postkolli (9½ Pfund)

feine Leber-, Rot- und Sülzwurst

zu 7,50 M. franko.

H. Glauner, Fleischermstr.

Papenburg b. Leer (Ostfriesl.).

Ferner:

prima Hammelkeule u. Carrés

à Pfund 55 Pf.

Kaufen Sie

keln Pianino,

wenn Sie sich noch nicht den Katalog von **August Roth**, Kgl. Portug. u. Fürstl. Lipp. Hof-Pianofabrikant, **Hagen W. Nr. 21**, gratis haben kommen lassen.

Beeren-Weine

offeriert in 1. Lauafistt und durchaus reiner Ware, in nur älteren, abgelagerten Jahrgängen, ab hier, geg. Nachn.:

Roten Johannisbeer-Dessert-Wein à ℳ	—,70	per ½ Liter			
Weißen	„	„	„	—,70	„ „ „
Schwarzen	„	„	„	—,80	„ „ „
Stachelbeer-	„	„	„	—,75	„ „ „
Erdbeer-	„	„	„	—,85	„ „ „

Flaschen und Verpackung inbegriffen; Kisten zum Selbstostenpreis. Versand von 20 Liter an. — Kräftig verdünnt. Zu Geschenken sehr geeignet. Hunderte von Attesten! Bester Ersatz für Südweine!

C. E. Schmidt, Beerenwein-kelterei, **Lauffen a. Neckar.**

40 mal preisgekrönt!

Heinrich Weigang

am Roßplatz, **Kurprinzstraße 1,** am Roßplatz,

empfiehlt sein großes Lager

deutscher und englischer Stoffe zur Anfertigung eleganter und gut passender

Herren-Bekleidung nach Maß

Komplette Herren-Anzüge von 48 M. an.

Die für das Schaufenster extra zur Ansicht gefertigten **Anzüge, Paletots, Joppen, Hosen und Schlafröcke** verkaufe ich zum Kostenpreis.

Heinrich Weigang, Leipzig,

Kurprinzstraße 1.

Prima kleine

Gänsefedern

mit sämtlichen Daunen, das Pfund zu M. 2,70, bei 5 Pfd. frei.

Garantie Zurücknahme.

J. Burtscher, Geflügelhdlg., Rietberg in Westfalen.

Miniatur-Photographien

in Briefmarken- oder Medaillon-Größe

12 Stück 1 M., 50 Stück 3 M., 100 Stück 5 M., 1000 Stück 35 M.

Auch in jedem sonst beliebigen Formate. Vergrößerungen und Reproduktionen. Gratulations- und Trauerkarten, Postkarten usw. mit Porträt — nach leb. und einges. Bilde, welches unbeschädigt wieder zurückerfolgt. — Bestätigt schriftlich und beim Ausführung. getreueste Aehnlichkeit. Billigste Preise. Muster u. Preisliste kostenfrei.

Photogr. Anstalt Wilh. Fleisch, Kunstverlag, Dresden.

Vertreter gesucht.

Lerne Latein!

Dann kann dich niemand mehr ungebildet schelten! Noch hält es jeder für unmöglich, die Sprache ohne jedes Studium zu bewältigen. Aber

es ist leicht

wenn man **Ottos Lateinbriefe** hat. Sie ziehen hervor, was man weiß, und machen so das Studium beinem

und amüsant.

Monatl. erscheint 1 Brief, 1 Bog. stark; 25 Briefe umfaßt der ganze Kursus. Und wer schon Latein kann, lernt, wie er es rasch und amüsant lehren kann.

Jeder Brief, auch einzeln, **50 Pf.** Zu beziehen durch

Herm. Beyer, Leipzig,

Königstr. 27.

Der Glaube unserer Väter als Grundlage einer kräftigen vaterländischen Volkserziehung von **Dr. Herm Hoffmeister.**

Statt 5 M für 3 M., so lange der geringe Vorrat reicht.

Herm. Beyer, Leipzig, Königsstr. 27.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königsstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hograefe, Berlin NW. 5, Kruppstr. 13.
Druck: G. Reusche in Leipzig.

Digitized by Google

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Leipzig, 20. Oktober 1898. Nr. 531.

Ausland.

Österreich-Ungarn. Von den Deutschen Ungarns. Die Sachsen haben ihre Abgeordneten auf Anlaß des Gesetzes über die Madjarisierung der Ortsnamen aufgefordert, aus der Regierungspartei auszutreten. Alle Welt glaubte daher, daß in dem frei gewordenen sächsischen Hermannstädter Kreise nun auch ein Sachse gewählt gewählt werden würde; die altsächsische Weisheit hat jedoch den Obergespan Jekabffy, der selbstverständlich Liberaler ist, mit 350 Stimmen gewählt, während der wackere Jungsachse Obert nur 100 erhielt. Freilich ist der Obergespan ein gar mächtiger Herr, und die altsächsischen Kirchtiere thun daher von ihrem Standpunkt aus gut, ihn nicht zu reizen. Sie sind nicht mehr viel besser als die Schwaben, die jetzt auch in Szendebely sich madjarisch predigen lassen. —

Die Auflösung des Gemeinderats zu Groß hat sich, wie es für jeden Verständigen von vornherein feststand, als ein Schlag ins Wasser erwiesen. Bei den kürzlich vollzogenen Neuwahlen siegten die Deutschnationalen in allen drei Wahlkörpern mit überwältigender Mehrheit. Eine deutsche Bevölkerung läßt sich durch Zwangsmaßregeln ihre Gesinnung nicht verkümmern. Das hätte die österreichische Regierung eigentlich wohl schon wissen können.

Von den ungarischen Kaisermanövern bei Buziasch. Sehr bemerkt wurde, daß die rumänischen Bischöfe den Kaiser nicht begrüßt haben, obgleich die Gegend so rumänisch ist, daß der Kaiser selbst ausgerufen hat: Wenn ich nicht wüßte, daß ich in Ungarn bin, würde ich glauben, in Rumänien zu sein! Der Unterrichtsminister Wlaschitsch sagte beim Anblick der Dreißigtausend, die insolge der Anwesenheit des Kaisers zusammengeströmt waren: Um Himmelswillen, das sind ja lauter Rumänen! Ein Szekler endlich fing an zu donnerwettern, was für ein Ungarn das sei, das er seit sechs Wochen durchgiehe, ohne einem Ungarn zu begegnen!

Von Wlaschitsch, der ein geborner Kroate ist, berichtet übrigens ein Augenzeuge, er habe sich unbillig an die Vertreter der fremden Mächte gedrängt, und als er ihnen am Tage der Abreise beim Abendbrot auf dem Temeschburger Bahnhofe wieder madjarische Witze nebst Tabaksdampf ins Gesicht blies, äußerte Graf Moltke ganz vernehmlich: Echt ungarisch! —

Bei den (abgelogten) Manövern zu Leutschau wollte der Rabbiner Abr. Grünburg den Kaiser hebräisch begrüßen und hat dazu auch die Einwilligung der Hofkanzlei erreicht. —

Nach „Bud. Hirlap" droht in Ungarn der Staatskrach, wenn die Ausgaben nicht vermindert und die Steuern nicht rücksichtslos eingetrieben werden. —

Den von Wilhelm II. so gerühmten madjarischen Kanal durchs Eiserne Thor kann schon seit Ende August kein Schiff mehr befahren.

Parteinachrichten.

Auf dem Parteitage zu Kassel waren vertreten die Wahlkreise Berlin 1, 2, 3, 4, 6, Niederbarnim, Potsdam-Osthavelland-Spandau, Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg, Königsberg (Neumark), Magdeburg, Saalkreis-Halle (Saale), Nordhausen-Grafschaft Hohenstein, Mühlhausen-Langensalza-Weißensee, Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück, Pyrmonter-Segeberg, Kiel-Rendsburg-Plön, Altona-Stormarn, Oenabrück-Bersenbrück-Iburg, Neustadt-Zabingbostel-Nienburg-Stolzenau, Hannover-Linden, Hildesheim-Marienburg-Alfeld-Gronau, Göttingen-Duderstadt-Münden, Celle-Peine-Gifhorn-Burgdorf, Lüneburg-Winsen-Bleckede-Soltau, Münster-Kreisfeld, Minden-Lübbecke, Hagen-Schwelm, Rinteln-Hofgeismar-Wolfhagen, Kassel-Melsungen, Fritzlar-Homberg-Ziegenhain, Eschwege-Schmalkalden-Witzenhausen, Marburg-Frankenberg-Kirchhain, Hersfeld-Rotenburg-Hünfeld, Hanau-Gelnhausen, Obertaunus-Höchst-Usingen, Frankfurt (Main), Adenau-Kochem-Zell, Elberfeld-Barmen, Düsseldorf, Duisburg-Mülheim-Ruhrort, Rheinbach Bonn, Dresden rechts der Elbe, Dresden links der Elbe, Dresden Land-Dippoldiswalde, Meißen-Großenhain, Vitzno, Leipzig, Chemnitz, Heidelberg-Eberbach-Mosbach, Friedberg-Büdingen, Alsfeld-Lauterbach Schotten, Darmstadt-Großgerau, Dieburg-Offenbach, Bingen-Alzey, Weimar-Apolda, Eisenach-Dermbach, Neustadt (Orla), Braunschweig-Blankenburg, Meiningen-Hildburghausen, Dessau-Zerbst, Waldeck, Reuß ältere Linie, Hamburg-Ost, Hamburg-West, Geest- und Marschlande, Straßburg (Elsaß).

Besonders vertreten waren die Landesverbände Brandenburg-Berlin, Sachsen-Anhalt, Nordwest-Thüringen, West-Thüringen, Schleswig-Holstein und Hamburg, Hannover, Kurhessen, Rheinland und Königreich Sachsen.

Über unsern Parteitag lesen wir in der nationalliberalen „Ostdeutschen Presse" nachstehende Kritik:

Einen geradezu kläglichen Eindruck macht der in Kassel abgehaltene Parteitag der Antisemiten. Ein so ödes Hinundhergerede über die gewaltigen wirtschaftspolitischen Probleme unserer Zeit, wie es sich diese haltlos schwankende Gesellschaft von Zunftschwärmern geleistet hat, ist selbst auf früheren deutsch sozialen „Tagen" noch nicht dagewesen. Diese Leute wissen nicht, was sie wollen. Sie schimpfen über die Bazare und verlangen ihre Vertilgung, aber einige Redner wollten doch die Offizierswarenhäuser erhalten wissen; die seien nicht so schlimm. Die thörichte Intonsequenz erklärt sich mit der verschwommenen Gefühlspolitik der Antisemiten. Was ihnen an festen Grundsätzen und an klarer Anschauung fehlt, wollen sie durch eine möglichst große Anhängerschaft ersetzen. Auf die arbeitenden Schichten hat es auch der Antisemitismus abgesehen, aber wenn es gilt, Farbe zu bekennen, drückt er sich, so bei der Bäckereiverordnung, wo das günstlerische Bedegeschrei im Antisemitenlager das lauteste Echo fand. Jetzt, bei der Frage der Warenhäuser, wird sogar die „Mittelstandsbewegung" preisgegeben.

Wir können nicht verhehlen, daß dieses schiefe Urteil der Bromberger Zeitung einigermaßen erklärlich wird, wenn man annimmt, daß die Redaktion einen der unglaublich ungeschickten Berichte über den Parteitag in die Hände bekommen hat, die dieses Mal in verschiedenen Zeitungen erschienen sind. Wir werden gelegentlich noch auf diese Angelegenheit zurückkommen müssen, um Anregung zu einer Regelung der Berichterstatter-Frage für unsre künftigen Parteitage zu geben.

Die christlichsoziale Partei hat auf ihrem Parteitage zu Gießen auf Antrag des Pfarrers Bernbeck (Staden) und nach warmer Unterstützung seitens des Pfarrers Wahl (Langen) folgende Erklärung beschlossen: „Der Parteitag wolle die Gesinnungsgenossen auffordern, in Presse und Rede alles zu vermeiden, was eine Annäherung an die deutschsoziale Reformpartei und ein Zusammengehen bei Wahlen erschweren kann. In Kreisen, wo beide Parteien vertreten sind, soll eine Verständigung herbeigeführt werden."

Dieser Beschluß deckt sich mit dem auf unserem Parteitage angenommenen Antrage des „Deutschen Vereins" zu Frankfurt (Main) und wird zweifellos überall freudig begrüßt werden.

Aus Kurhessen. Die konservative Presse bemüht sich krankhaft, auf Grund falscher Berichte, den Bund der Landwirte für die konservativen Kandidaturen in Homberg-Ziegenhain und Hersfeld-Rotenburg einzufangen. Für Homberg ist ihr das nun nicht gelungen. Die General-Versammlung des Bundes der Landwirte für die Kreise Homberg und Ziegenhain hat am 16. d. M. vielmehr zu Homberg mit überwältigender Mehrheit beschlossen, nur für den Abg. Liebermann von Sonnenberg bei den kommenden Landtagswahlen einzutreten. Die Versammlung nahm in mancher Hinsicht einen bemerkenswerten Verlauf. Abg. von Liebermann legte in längerer Rede seinen Standpunkt dar und widerlegte vor

Digitized by Google

allen Dingen die unwahren Mitteilungen der „Kreuz-Ztg.“, als habe er bei der Reichstagswahl irgendwelche Unterstützung von den Konservativen erhalten und sich dafür verpflichtet, ihnen das Landtagsmandat zu überlassen. Zugleich stellte er aber auch fest, daß die Konservativen im Kreise mit der wissentlich falschen Behauptung krebsen gehen, er und der bisherige konservative Landtagsabg. von Baumbach hätten sich „verglichen“ und dieser sei alleiniger Kandidat! Für von Baumbach, der trotz schriftlicher Einladung nicht erschienen war, trat Herr Gutsbesitzer Nöll (Holthausen) ein. Er meinte, der Bund habe zwischen den beiden Kandidaten zu wählen und nach den Vorschriften des Zentral-Vorstandes dann den unterlegenen Kandidaten zum Rücktritt zu bewegen. Als dann bei der Abstimmung nur zwei Bundesmitglieder sich für von Baumbach erhoben, beantragte Herr Nöll ganz naiv, das Ergebnis der Generalversammlung geheim zu halten, damit auf die Bundesmitglieder keinerlei Zwang ausgeübt werde! Von einer Aufforderung zum Rücktritt an den unterlegenen Herrn von Baumbach war aber keine Rede mehr! Der Vorsitzende, Herr Rittergutsbesitzer Teichmann (Lembach), erklärte natürlich, daß von einer Geheimhaltung des Beschlusses keine Rede sein könne und nun verlongte Herr Nöll, daß dann wenigstens das Stimmenverhältnis in der Bekanntmachung angegeben sei. Das wurde natürlich gern zugestanden und so kam es zu nachstehender Erklärung, die in den Kreisblättern zu veröffentlichen ist:

„Die ordnungsmäßig eingeladene Generalversammlung des Bundes der Landwirte für Ziegenhain und Homberg beschloß mit 60 gegen 2 Stimmen, Herrn Liebermann von Sonnenberg als Kandidaten für den Landtag aufzustellen, einen Druck dagegen auf die Mindetheit der Bundes-Mitglieder nicht auszuüben.

Der Wahlkreis-Vorsitzende für Ziegenhain und Homberg.
Rittmeister Teichmann, Lembach.“

Ausdrücklich stellte noch der Herr Vorsitzende fest, daß vor der Reichstagswahl wohl eine Versammlung von Bundes-Mitgliedern in Ziegenhain getagt habe, daß diese aber von den Nicht-Mitgliede von Schwerfell ohne seine Zustimmung und ohne daß er etwas von der Zusammenkunft gewußt habe, einberufen gewesen sei. Jene Versammlung sei also für den Bund in keiner Weise maßgebend. —

Im Kreise Hersfeld-Rotenburg ist Abg. Werner thätig an der Arbeit. Er hielt Versammlungen ab in Asbach, Friedlingen, Kirchheim, Hattendach und Niederaula. Die Nationalliberalen sind den Konservativen zur Hilfe geeilt, sie haben den bei der Reichstagswahl durchgefallenen Steuer-Inspektor Schmelzer als Kandidaten aufgestellt und sich mit den Konservativen dahin geeinigt, daß bei der Wahl des Abgeordneten die beiderseitigen Wahlmänner gegen den Abg. Werner zu stimmen haben. Die ganze Geschichte ist nur ein Wahlrick, der die Bauern irreführen soll!

Kiel. Am letzten Sonntage fand zu Neumünster der Verbandstag des deutschsozialen Landesverbandes für Hamburg und Schleswig-Holsteinische, die drei hamburglichen und drei hannoversche Wahlkreise vertreten. Wie die Odmänner und der Verbandsvorsitzende, Abg. Raab, berichteten, sind die deutschsozialen Stimmen von 13000 im Jahre 1893 bei der letzten Wahl auf 23000, also um 80 v. H. gestiegen, alle übrigen bürgerlichen Parteien haben abgenommen und die Sozialdemokratie hat nur um 12 v. H. zugenommen. Gewählt ist Raab in Flensburg. Die Kandidatur des Grafen Reventlow für Kiel hat wenigstens bewirkt, daß der Kreis in der Stichwahl den Sozialdemokraten entrissen werden konnte. Daß hier der Erfolg nicht noch größer war, wurde auf das Verhalten des Rendsburger Landrats zurückgeführt, der — angeblich — für den Freisinnigen eingetreten ist. — In Hamburg hat Abg. Raab einen Sitz in der Bürgerschaft gewonnen und ihn in diesem Jahre trotz aller Anstrengungen der verbündeten Gegner behauptet.

Der Verband zählt gegenwärtig 3700 Mitglieder.

Die Vertrauensmänner wurden durch Zuruf meist wiedergewählt. Der Vorstand besteht wie bisher aus den Herren Abg. Raab, Graf Reventlow (Wulfshagen), Rechtsanwalt A. Jakobsen (Homburg) und Kaufmann Schad (Hamburg).

Im Anschluß an den Bericht des Vorstehenden über den Verlauf des Parteitages zu Kassel stellte Graf Reventlow drei Anträge: 1) Der Parteiverband ist vollständig einverstanden mit der bisher von der Fraktion vertretenen Politik für den Mittelstand in Stadt und Land. 2) Die Fraktion wird gebeten, mehr als bisher für den vierten Stand einzutreten und gegenüber der Thatenlosigkeit der Regierung auf den Ausbau der sozialen Gesetzgebung zu dringen. 3) In der etwaigen Beseitigung des Wortes „sozial“ in der Parteibenennung erblicke die Versammlung eine Gefährdung des Parteibestandes. — Zu Punkt 2 und 3 äußerten sich die Herren Amtsrichter Lattmann (Freiburg), Arbeiter Könnecke (Hamburg) und Kaufmann Weber (Hamburg) sehr zustimmend. Die Anträge wurden denn auch einstimmig angenommen; ebenso eine Entschließung gegen das Vorgehen der Preußischen Eisenbahnverwaltung in Sachen der Fahrräder.

Ein weiterer Antrag „das Koalitionsrecht der Arbeiter zwecks Erlangung besserer Arbeits- und Lohnbedingungen ist zu schützen. In der einfachen Aufforderung zur Einstellung der Arbeit ist nur ein Ausfluß des bestehenden Koalitionsrechtes zu erblicken. Der Schutz der Arbeitswilligen ist durch die bestehenden Gesetze hinreichend gesichert“ fand ebensolls die einstimmige Billigung des Verbandstages. In der Ausprache wurde der königstreue, patriotische Standpunkt der Partei wiederholt betont.

Nachdem man sich noch für den 9 Uhr-Ladenschluß erklärt und die Aussichten der Partei bei den preußischen Landtagswahlen besprochen hatte, wurde die Sitzung geschlossen.

Hann. Münden. Auf der Reise zum Parteitage hielt Abg. Raab am 7. d. M. hier einen Vortrag über die Aussichtslosigkeit der Sozialdemokratie. Durch das Eingreifen des „Genossen“ Meyer gestaltete sich die sehr gut besuchte Versammlung zu einem durchschlagenden Erfolg für unsre Sache.

Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat.

In der Zeit vom 1. bis einschl. 15. August 1898 wurde über folgende Firmen usw. der Konkurs eröffnet:

M. A. Marcus zu Homburg. Kaufmann Zuckelmeyer 3. — Kaufmann Simon Elias zu Bernburg. — Kaufleute Leopold Cohn und Richard Eisner, i. Fa. Ehrentrieb & Cohn zu Breslau, Karlsstr. 12. — Kaufmann Nathan Rosenfeld zu Königsberg (Pr.), Königsstr. 83a. — Kaufmann Max Meyer Schmoker zu Pinnen (Bgl.). — Kaufmann Berthold Goldberg zu Neuhaus (Elbe). — Kaufmann Siegmund Emanuel Marcus zu Varel (Oldenburg). — Glasermeister Elias Bloch zu Königshütte (Oberschles.). — Handelsfrau J. Feldmann, geb. Schatze, zu Stolp.

Aufgehoben wurden in derselben Zeit nachfolgende Konkurse:

Isaak & David Stern zu Bingen. — Kaufmann Seelig David zu Thorn. — Kaufmann Salomon Fleischmann zu Straßburg, Westpr. (Zwangsvergleich). — Therese Löwenthal, geb. Josephsohn, i. Fa. J. Cohn jr. zu Kiel. — Handelsmann Jakob Rothschild III zu Hörstein. — Kleiderhändler J. A. Heckmann zu Wennheim (Zwangsvergl.). — Handelsgesellschaft L. Weinert & Cohn zu Berlin, Weberstr. 36. — Kaufmann Karl Bernstein zu Penkerth. — Krämer Seligmann Levy zu Niederbrona (Zwangsvergl.). — Kaufmann Sigismund Cohn zu Oppeln (Zwangsvergl.). — Kaufmann Willi Hirsch zu Berlin, Veteranenstr. 25 (Zwangsvergl.). — Kognakfabrik Kahnke Rosenblatt, i. Fa. Freye & Co. zu Homburg (Zwangsvergl.). — Händler Markus Rosenberg zu Homburg (Zwangsvergl.). — Handelsmann Markus Baden zu Stettin (Zwangsvergl.) — Kaufmann Theodor Abrahamsohn zu Labischin — Kaufmann Isidor Mendel zu Gerolkommorst (Zwangsvergl.). — Kaufmann Samuel Weißmann aus Gelsenkirchen, z. Zt. Osnabrück. — Kaufleute Isidor & Jacob Simon, i. Fa. Lion Simon zu Trier. — Kaufmann Gustav Leib zu Bonn. — Kommanditgesellschaft Golinski & Co. zu Berlin, Jüdenstr. 12/14 (Zwangsvergl.). — Kaufmann Paul Hamburger zu Landsberg, Lech (Zwangsvergl.).

Mosaik.

Eugen Richter ist von seinem nationalliberalen Gegner bei der letzten Reichstagswahl der groben Beleidigung angeklagt worden und zwar in seiner Hochburg Hagen (Westfalen) selbst. Sein Fraktionskollege, der heimische Antisemit Lenzmann, verteidigte den großen Volkstribunen, konnte aber nicht verhindern, daß das Gericht ihm fünfzig Mark Geldstrafe auferlegte. Eugen Richter hatte in einer Wahlrede den nationalliberalen Kandidaten „Denunziant“ genannt und daran noch allerlei beleidigende Redensarten geknüpft. Der arme Eugen!

Digitized by Google

Dem Abrüstvorschlage des Zaren stimmen alle Mächte begeistert zu. England will hinfort keine Kriegsschiffe mehr bauen, wenn die übrigen Mächte ihm ihre Flotten ausliefern. Frankreich will der Kriegsbereitschaft entsagen, wenn Deutschland ihm freiwillig Elsaß-Lothringen zurückgebt und wenn England aus Egypten abzieht. Italien will abrüsten, wenn der Papst sich zufrieden giebt und der Negus von Abessinien ruhig zu sein verspricht. Spanien will kein Heer mehr halten, wenn ihm seine Kolonien und Kriegsschiffe zurückgegeben werden. Der Sulton will alle Kanonen verkaufen, wenn Österreich seine Schulden bezahlt. Österreich will sich mit der Hälfte seiner heutigen Regimenter begnügen, wenn sich seine Tschechen, Polen, Madjaren und Deutschen ewige Liebe schwören. Das Deutsche Reich will auf die Gründung neuer Armeekorps verzichten, wenn die Franzosen ihre Geschütze mit Ziegenböckchen bespannen und den Generalstab aus lauter Juden zusammensetzen. Rußland selbst endlich will zwei Drittel seiner Kriegsmacht an die Grenzen Chinas und Indiens verlegen, wenn das übrige Europa ihm in Asien freie Hand läßt. So ganz ausschlußlos ist also der menschenfreundliche Vorschlag des Zaren nicht.

„Beteiligung" der Zeitungen an allerlei sauten Gründungen kamen schon seinerzeit in der Börsen-Enquete-Kommission zur Sprache. Seit einigen Tagen gehen wieder Nachrichten durch die Presse, die an einige von der „Deutschen Tageszeitung" gegen die freisinnige „Vossische Zeitung" erhobenen Beschuldigungen anknüpfen. Der Handelsredakteur der „Vossischen Zeitung", Herr Tunz, wird klipp und klar bezichtigt, Beziehungen zu verschiedenen Berliner Banken und Bankiers unterhalten zu haben, die mit seiner journalistischen Berufsehre nicht vereinbar seien; er sit auf diesen Verdacht hin von der „Voss. Ztg." seines Amtes enthoben worden und nunmehr aus der Schriftleitung jenes freisinnigen Blattes ausgeschieden. Aber auch das Verhalten des Chefredakteurs der „Voss. Ztg." in dieser Angelegenheit hatte die „Deutsche Tageszeitung" in einer Weise bemängelt, die Herrn Stephany veranlaßt hat, Klage gegen die „Deutsche Tageszeitung" zu erheben. Herr Tunz hatte gegen den Urheber jener Gerüchte ebenfalls geklagt, ohne aber seine Sache zu Ende zu führen. Hoffentlich kommt es in dem gegen die „D. Tagesztg." angekündigten Verfahren wirklich zur Verhandlung, damit man endlich einmal weiß, woran man ist.

Die welterschütternde Thatsache, daß der Einjährig-Freiwillige Oskar Cohn aus Arnswalde am 26. v. M. beim vierten Garde-Regimente z. F. zum Unteroffizier befördert wurde, ist in allen Judenblättern zu lesen. Solch ein Ereignis muß doch selten vorkommen, sonst würde Juda es nicht mit großem Geschrei begrüßen.

Jüdische Firmen-Verschleierung. In Wien handelt eine Firma Carl Fritz & Cie. mit Kirchen-Paramenten. Ihren Preislisten ist ein Abdruck des Taufscheines von Carl Fritz beigefügt. Das Mißtrauen, das die unaufgefordert Veröffentlichung des Taufscheines erweckt, ist durchaus berechtigt. Denn, geht man der Sache auf den Grund, so erfährt man, daß der Carl Fritz, der der Firma den Namen gegeben hat, Arbeiter ist, während der allein zur Zeichnung berechtigte Inhaber der Firma Simon Feichtmann heißt und Jude ist.

Judendeutsch. Ein „Souvenir zum Andenken" erhielt nach einer öffentlichen Ankündigung jedermann, der am Eröffnungstage das Warenhaus von Heilbuth in Hamburg besuchte.

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. Die Verwaltung der Kgl. Schauspiele zu Berlin hat der Firma Hugo Baruch die gesamten Arbeiten für die Theatergarderoben übergeben, wodurch die bisher im Tagelohn beschäftigten Schneider brotlos geworden sind. Ist das nicht recht nett von einem aus der Kgl. Schatulle unterstützten Unternehmen? —

Gebr. Blum zu Weingarten liefern seit Jahren den Hafer für den großherzoglich badischen Marstall, während die Pferde von Stammesgenossen der Blum aus München und Frankfurt (Main) entnommen werden. —

Dem „Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens", der sich insbesondere mit der Denunziation antisemitischer Schriftsteller, Schriften und Zeitungen beschäftigt, gehören neuntausend Mitglieder und sechzig jüdische Gemeinden an. Dafür hat er bis jetzt recht wenig geleistet. Um seinen Mitgliedern nun wenigstens eine kleine Entschädigung zu bieten, will der Verein jetzt eigne Kandidaten bei der preußischen Landtagswahl aufstellen. Wir wünschen diesem Bestreben den besten Erfolg! —

Mit hoher obrigkeitlicher Genehmigung darf sich der Justizrat Goldstücker zu Görlitz von jetzt ab „Golm" nennen. —

Wie der Troppauer „Deutschen Wehr" telephonisch aus Witkowitz berichtet wird, hat dort ein Jude einer Anzahl vier- bis sechsjährigen Mädchen aus verschiedenen Körperteilen Blut abgezapft. Bis jetzt wurden sechs Mädchen vernommen. Der Jude wurde dem Kriegsgerichte zu Neutitschein eingeliefert. Sein Vertreter bot tausend Gulden Bürgschaft, doch wurde der Beschuldigte nicht entlassen. —

Posen genießt die Ehre, den ersten jüdischen Kandidaten für die preußischen Landtagswahlen aufgestellt zu haben. Es ist ein Justizrat Dr. Lewinski, den Nationalliberale, Freisinnige und . . . Konservative ertrühlen, gegen den aber . . . Eugen Richter Front macht. Darob allgemeines Schütteln des Kopfes! —

Eine zweite jüdische Kandidatur ist die des Landgerichtsrats Peltasohn aus Bromberg im Wahlkreise Mogilno-Wongrowitz.

Briefkasten der Schriftleitung.

S., Wetter (Ruhr). Dankend erhalten. Hoffentlich hat die lange Sitzung nicht geschadet.

W. B., Chemnitz. Wir haben eine sehr gute Stellung schon immer eingenommen. Durch Verbreitung unsers Blattes sorgen Sie auch für Ausbreitung jener Grundsätze.

A. St., Bremen. Die Firma ist nicht in jüdischen Händen. — Ihre Anregung hoffen wir demnächst zur Ausführung bringen zu können. D. Dir.

E. Sch., D. Von Glagau's „Börsen- und Gründungs-Schwindel" ist ein dritter Band leider nicht erschienen. Von kleinern Werken giebt es von Glagau noch: „Bankrott des Nationalliberalismus" (1 M.), „Liberale Freiheiten" (50 Pf.), „Deutsches Handwerk" (1 M.), „Spaziergänge durch Lauenburg und Lübeck" (4,50 M.), „Die russische Literatur und Iwan Turgenjew" (statt 3 M. für 1,50 M.).

Eingegangene Anfragen.

Sind folgende Firmen in deutschen Händen: S. Schwarz, Berlin, Neue Jakobstr. 9; Acetylen-Apparate-Fabrik, Berlin SW. 87, von Hans Berger, Kaiserin Augusta-Allee 15/16.

Empfangs-Bescheinigung.

Für die Landtagswahl in Homberg-Ziegenhain gingen beim Deutschsozialen Wahlbureau zu Treysa (Bez. Kassel) ein: Parteigenosse in Kiel 10 M.; Ergebnis einer Feuerlöschübung in Schwenningen 3 M.; F., Mainz 3 M.; Dr. F., München 3 M.

•

Für die Landtagswahlen gingen ein beim Kassenwart Dr. Bielhaben, Hamburg, Hohe Bleichen 31: J. Bovenkerk, Duisburg 32,50 M.; J. Spangenberg, Kassenwart des deutschhannoverschen Reformvereins Halle, 10,05 M.; von demselben 6,05 M.; Deutsch-Sozialer, Dortmund 5 M.; H. Laaß, Frankfurt (Main) 20 M.; S., Straßburg 3 M.; Ungenannt 1 M.

Digitized by Google

Nicolaistr. 10, **Leipzig**, Nicolaistr 10,

Stadt Hamburg

Sehenswertestes historisches Bier-Restaurant und Wiener Café.

Anerkannt gute Küche. Exquisite Biere. Weine erster Firmen.

Bernh. Polster.

Frankfurt a/M.

Hotel Cölner Hof.

Besitzer: **Herrmann Laas.**

Gegenüber d. rechten Ausganges des Hauptbahnhofes.

60 Zimmer mit 90 Betten bei mäßigen Preisen.

Bier- und Wein-Restaurant.

Jüdischer Besuch verbeten.

„Staatsbürger-Ztg.", „Deutsche Wacht", „Das Volk", „Deutsche Zeitung", „Deutsche Tageszig.", „Deutsch-Soziale Blätter", „Deutscher Michel" und viele andre deutschgesinnte Zeitungen liegen aus.

Wein-Groß-Handlung,
Import von Rum, Arrac, Cognac, Sprit

Jede Flasche trägt diese Etiquette als Schutzmarke.

Berlin NW., 1 Stendaler-Straße 1.

Fernsprecher: Amt Moabit 1376.
Gegründet 1877.

1892er u. 93er Rhein- u. Moselweine,
p. Fl. oder p. Ltr. von 70 Pf. an.
1885er u. 86er Bordeaux-Weine von 1 M. an, sowie sämtliche in- und ausländische Weine stets zu soliden Preisen. Für absolute Reinheit garantieren

Schmitz & Co.

Kleine Proben und Preisliste umsonst.

Heinrich Weigang

am Roßplatz, **Kurprinzstraße 1**, am Roßplatz,

empfiehlt sein großes Lager

deutscher und englischer Stoffe zur Anfertigung eleganter und gut passender

Herren-Bekleidung nach Maß

Komplette Herren-Anzüge von 48 M. an.

Die für das Schauenster extra zur Ansicht gefertigten **Anzüge, Paletots, Jaquets, Hosen und Schlafröcke** verkaufe ich zum Selbstkostenpreis.

Heinrich Weigang, Leipzig,
Kurprinzstraße 1.

Prima kleine

Gänsefedern

mit sämtlichen Daunen, das Pfund zu M. 2,70, bei 5 Pfd. frei.

Garantie Zurücknahme.

J. Bartscher, Geflügelzhdlg., Rietberg in Westfalen

Billige, dichte Dächer

sowie man vor sich **Andernach's Asphalt-Dachpappen** dauernd herstellen kann.

Andernach-Rhein.

Muster etc. postfrei.

Deutsche Schänke, Leipzig,

Poststrasse 20

empfiehlt **kräftigen Mittagstisch** und **gute Biere.**

Gesellschaftszimmer.

Platz zur Aufbewahrung von Fahrrädern genügend vorhanden.

Hochachtungsvoll

H. Singer.

CAFE MERKUR

Leipzig
An der Pleisse 8.

Geöffnet bis morgens ½4 Uhr.

300 Zeitungen. Depeschen u. Kursberichte, Städte-Adressbücher v. Berlin, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Hamburg-Altona, Halle a. S., Paris, sowie **Handels-Adressbücher aller grösseren Staaten** liegen zur gefl. Benutzung aus.

Jeden Vormittag Bouillon und Pasteten.

Hochachtungsvoll

W. Rühlemann.

Biliere ein Postfaß (9½ Pfund)

feine Leber-, Rot- und Sülzwurst

zu 7,50 M. franko.

H. Glauner, Fleischermstr.
Rabenburg b. Leer (Ostfriesl.).

Ferner:

prima Hammelkeule u. Carrés

à Pfund 55 Pf.

Kaufen Sie

kein Planino,

wenn Sie sich noch nicht den Katalog von **August Roth**, Kgl. Portug. u. Fürstl. Lipp. Hof-Pianofabrikant, **Buren W. Nr. 21**, gratis haben kommen lassen.

Beeren-Weine

offeriert in I. Qualität und durchaus reiner Ware, in nur älteren, abgelagerten Jahrgängen, ab hier, geg. Nachn.:

Roten Johannisbeer-Dessert-Wein	à	—	70 per ½ Ltr.-Fl.
Weißen	„	„ „	—,70 „ „ „
Schwarzen	„	„ „	—,80 „ „ „
Stachelbeer-	„	„ „	—,75 „ „ „
Erdbeer-	„	„ „	—,85 „ „ „

Flaschen und Verpackung inbegriffen; Kisten zum Selbstkostenpreis. Versand von 20 Liter an. — Kräftig verordnet. Zu Geschenken sehr geeignet. Hunderte von Aerzten! Bester Ersatz für Südweine!

C. E. Schmidt, Beerenwein-kelterei, **Lausken a. Neckar.**

40 mal preisgekrönt!

Miniatur-Photographien

in Brieftaschen- oder Albumform, Gruppirungen.

15 Stück 1 M., 30 Stück 2 M., 100 Stück 5 M., 1000 Stück 35 M.

Auch in jedem Land beliebiges Format. Vergrößerungen und Vervielfältigungen. Gratulations- und Trauerkarten-Photos, Postkarten usw. mit Portrait — nach jed. uns eingel. Bilde, welches unbeschädigt wieder zurückerfolgt. — Verbürgt schnelle und feine Ausführung, garantirte Aehnlichkeit. Billigste Preise. Muster u. Preisliste kostenfrei.

Photogr. Anstalt Wilh. Liebsch,
Kamenz i/Sachsen.

Vertreter gesucht.

H. Heinze, Hutfabrik

gr. Fleischergasse 9, Ecke Burgstraße 4.

Spezialität: 2,80-Hüte.

Einen großen Dienst leistet man unserem Blatte und unserer Sache, wenn man seine Einkäufe bei solchen Handlungen deckt, die uns durch Ankündigungen unterstützen.

Wer einmal Bolan versucht hat, sucht ihn sicher seinen Bekannten zu empfehlen.

Bolan.

Ein hochmoderner Herrenfilz für feine Anzüge und Überzieher. **Bolan** verdrängt Cheviot und Kammgarn, ist vornehm-apart und sehr haltbar.

Preisfrei Musterwahl auf Verlangen frei unter Kreuzband.

Viele freiwillige Anerkennungen.

Man adressiere:

Bartzkes' Tuchhaus in Düren I

(Bez. Aachen.)

Etwa nicht gefallende Stoffe nehme auf meine Kosten zurück. Also kein Wagnis.

In Güte und Preis unübertroffen

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königstr. 27. — Verantwortlicher Schriftsteller: L. Hogrefe, Berlin NW. 5, Kruppstr. 13.
Druck: G. Reusche in Leipzig.

Digitized by Google

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Leipzig, 27. Oktober 1898. Nr. 532.

Aufruf!

Heute werden die Wahlmänner zum preußischen Landtage gewählt; die Abgeordnetenwahl findet am 3. November statt.

Es ist für die Zukunft unserer Partei von allergrößter Bedeutung, daß wir diesmal endlich auch im preußischen Abgeordnetenhause einige Sitze erringen, weil eine Reihe wichtiger Forderungen unseres Programmes besser in den Landtagen der Einzelstaaten, als im Reichstage geltend gemacht werden können.

Bei den Wahlen im Jahre 1893 erreichten bereits drei Kandidaten unserer Partei, die Reichstagsabgeordneten von Liebermann und Werner und der Patentanwalt Dr. Häberlein sehr günstige Erfolge. Die Wahlprüfungs-Kommission des Abgeordnetenhauses rechnete auf Grund von Wahlprotesten, die aus dem Kreise Homberg-Ziegenhain eingelaufen waren, für den Gegner des Abgeordneten von Liebermann nur noch eine Mehrheit von drei Stimmen heraus. Auch diese wäre hinfällig geworden, wenn das Beweismaterial für einige Unregelmäßigkeiten rechtzeitig der Kommission zugegangen wäre. Bei der Nachwahl im Kreise Rothenburg-Hersfeld im Jahre 1896 unterlag unser Reichstagsabgeordneter Werner, der dort wiederum kandidierte, nur mit zwei Stimmen.

So stehen unsre Aussichten nicht ungünstig, wenn wir eine energische Agitation entfalten können. Dazu gehören aber nicht unerhebliche Wahlmittel, um deren schleunige Aufbringung wir uns an die Parteigenossen im Lande wenden. An der Unzulänglichkeit der Mittel sind wir bei den Reichstagswahlen in einer Reihe von Kreisen gescheitert. Möge es gelingen, diese Mißerfolge bei den preußischen Landtagswahlen auszugleichen.

Spenden sind an den Kassenwart der Partei, Herrn Dr. Vielhaben, Hamburg, Hohe Bleichen 31, zu richten.

Doppelt giebt, wer schnell giebt.

Im Auftrage des Parteivorstandes der deutschsozialen Reformpartei.

Liebermann von Sonnenberg, Oswald Zimmermann,
Vorsitzende.

Parteinachrichten.

Erklärung. Den Verhandlungen des Parteitages der deutschsozialen Reformpartei zu Kassel habe ich laut dort abgegebener Erklärung als Vorstandsmitglied des Allgemeinen Deutschen Handwerkerbundes ad referendum beigewohnt und bin von dem Standpunkte aus für die Handwerker-Kandidatur Scheld eingetreten.

Frankfurt (Main). J. W. Ohlenschlager.

Aus Kurhessen. Die Wahlbewegung im Kreise Homberg-Ziegenhain nimmt einen Verlauf, den man bei ihrem Beginn nicht voraussehen konnte. Der Wahlkommissar und Landrat des Kreises Ziegenhain, Herr von Schwertzell, wirft seinen ganzen amtlichen Einfluß zu Gunsten der Kandidatur des konservativen Gegners des Abg. von Liebermann in die Wagschale. Und da der Kreis Ziegenhain von den 199 Wahlmännern allein 120 zu wählen hat, wird man verstehen, welche Bedeutung diesem Vorgehen beizumessen ist. Bei der Zusammensetzung der einzelnen Urwahlbezirke hat der Landrat bewiesen, daß er Wahl zu machen versteht. Es ist nicht etwa die Einteilung der vorigen Wahl beibehalten, sondern fast alles geändert worden, und zwar sind immer grade Dörfer davon betroffen, die das letzte Mal sich für den Abg. von Liebermann erklärt hatten. Daneben hat man bekannte Anhänger unserer Partei dadurch zur Unterschrift für den konservativen Kandidaten veranlaßt, daß man ihnen wider besseres Wissen erzählte, der Abg. von Liebermann habe sich mit seinem Gegner geeinigt und werde sich nicht um das Landtagsmandat bewerben. Aber man ist noch weiter gegangen. In einem in letzter Stunde für den konservativen Kandidaten verbreiteten Flugblatte, das unter Mißachtung der gesetzlichen Vorschrift über die Sonntagsruhe am letzten Sonntage in der Druckerei des Kreisblattes zu Ziegenhain hergestellt wurde, wird behauptet, der Bund der Landwirte habe sich für den konservativen Kandidaten erklärt. Thatsächlich ist das Umgekehrte der Fall, und grade zu der Stunde, wo jenes Flugblatt in der Maschine war, trat die Bundesversammlung zu Neukirchen (Kr. Ziegenhain) in Anwesenheit beider Kandidaten mit gewaltiger Mehrheit wieder für den Abg. von Liebermann ein. — Einer solchen Wahlmache gegenüber kann natürlich auch die beste Organisation nicht aufkommen. Hoffentlich brechen diese Vorkommnisse den Machern aber endgiltig den Hals!

Der Abg. von Liebermann hielt noch am 22. zu Treysa und am 23. zu Neukirchen je eine Versammlung ab. Letztere war aus Stadt und Land äußerst zahlreich besucht und hatte guten Erfolg. Unmittelbar daran schloß sich die oben erwähnte Bezirksversammlung des Bundes der Landwirte, die einen äußerst interessanten Verlauf nahm, da man von konservativer Seite hoffte, den Generalversammlungs-Beschluß vom 16. d. M. umstoßen zu können. Diese Hoffnung wurd aber elendiglich zu Wasser. Zwischen dem Abg. von Liebermann und dem konservativen Kandidaten von Baumbach kam es zu einem Zusammenstoße, in dem dieser durch Heftigkeit zu ersetzen suchte, was ihm an sachlichen Gründen gegen unsre Kandidatur fehlte. Bei der Abstimmung erhoben sich für Herrn von Baumbach . . . zwei Mann! — — —

Im Kreise Hersfeld-Rotenburg hat der Abg. Werner nicht mit solchen Schwierigkeiten zu kämpfen. Trotzdem arbeitet er unermüdlich. Er sprach letzte Woche unter anderm in Obergande, Niedergande, Braach, Baumbach und Hersfeld. Insgesamt hat der Herr Abgeordnete bis jetzt über fünfzig Versammlungen abgehalten.

Braunschweig. Der deutschsoziale Reformverein veranstaltete am 20. d. M. im „Wilhelmsgarten" einen Gesellschaftsabend, der sehr lebhaften Zuspruch fand und einen recht gelungenen Verlauf nahm.

Zwickau (Sachsen). Herr Dr. Lindström (Hannover) hielt hier am 18. d. M. einen Vortrag über die Lage des deutschen Mittelstandes. Leider ließ der Besuch zu wünschen übrig. Es lag das an mancherlei Gründen, die vom Vorsitzenden auch erörtert wurden. Die hiesige Presse aber sucht dafür die . . . Fraktion verantwortlich zu machen und kommt mit abgestandenen Behauptungen, die auch dem etwas anrüchigen Arsenal der Judenschutztruppe stammen. Näher darauf einzugehen, lohnt sich nicht, da wir sonst längst gesagtes wiederholen müßten.

Wir bitten unsre Leser bringend, den Aufruf in dieser Nummer zu beachten. Heute sind allerdings schon die Wahlmänner-Wahlen, es gilt aber bis zum 3. k. M. die Agitation mit ungeschwächten Kräften fortzusetzen, um etwaige Wankelmütige zu befestigen und den Druck auszugleichen, der zweifellos von gegnerischer Seite auf unsre Wahlmänner ausgeübt wird.

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Jüdische Wucherer scheinen meist an einem Fehler im Gehirn zu leiden. Dem Kaufmann Heinrich Parisier zu Berlin kann man trotz jahrelanger Verfolgung nichts anhaben, weil er irrsinnig sein soll. Böse Menschen behaupten allerdings das Gegenteil und vermuten hinter seiner Straffreiheit höhere Einflüsse. In Bunzlau sagte man vor einiger Zeit den Agenten Adolf Löwenstein ab. In der Unterhaltungsbeilage geberdete er sich so wild, daß man ihn in die Irrenanstalt nach Hildesheim schaffte. Dort er-

Digitized by Google

tannte man bald sein falsches Spiel und ließ ihn wieder nach Hannover bringen, wobei er sich die Freiheit herausnahm, ihm im begleitenden Kriminal-Schutzmann ins Gesicht zu spucken. Zu der Anklage wegen Diebstahl kommt insofernbestehen eine solche wegen thätlicher Beleidigung. Fünfundzwanzig auf einen gewissen Körperteil wären hier viel besser angebracht!

Fröhlich bekakket ist die Ehefrau Emma Bernstein zu Berlin nach Auszage des Sanitätsrats Lewandowski. Sie mußte insofernbestehen freigesprochen werden, obwohl sie bei einem Lebensdiebstahle auf frischer That ertappt war.

Ausgerissen ist der Kaufmann Abraham Taßmann aus Berlin, Königstr. 50. Mitgenommen hat er für mehr als zehntausend Mark Waren, um die er die Firma R. Baumann zu Sangerhausen schädigte.

Der Jude als Verführer. Gegen den Polizeikretär Stephan zu Potsdam, der vor etwa zwei Monaten in Gemeinschaft mit dem achtzigjährigen Rentier S. Moses verhaftet wurde, weil er im Verdacht des Amtsverbrechens stand, wird demnächst verhandelt werden. Im Laufe der Voruntersuchung hat sich herausgestellt, daß Stephan seit Jahren viele unredliche Handlungen im Amte vorgenommen hat. Es liegen ihm über hundert Fälle zur Last. Stephan hatte seit langer Zeit das Paßwesen unter sich und mußte gleichzeitig auch den Personen, die einen Wandergewerbeschein bei der Regierung beantragten, bescheinigen, daß sie unbestraft sind. Moses, der selber Paßsicher war, besorgte nun für seine nicht ganz vorwurfsfreien Kollegen und Rassengenossen von Stephan die Leumundsbescheinigungen und betrieb damit einen schwunghaften Handel, bei dem Stephan Teilhaber war. Anfänglich hatte Moses nur wenig Besonderes gegen Stephan aufgezeigt und erst gutept umfangreiche, für Stephan schwerwiegende Belastungsfälle gemacht.

Ein namenreicher Jude. Der „Kaufmann" K. Rapaport, genannt Hand aus Wien, der sich auch des Namens Löwy „bediente", wurde am 17. Oktober vom Kgl. Landgerichte zu Leipzig wegen Urkundenfälschung, Betrug und Unterschlagung zu 2½ Jahren Gefängnis verurteilt.

Ein netter Religionsdiener ist der Kantor T. zu Grobgig. Aus Ärger darüber, daß ihm seine Stummelzeugnisse nicht endgiltig anstellen wollten, zerschnitt er die Lehrbettenpelz die Gardinen, einen Lüstervorhang, eine Sandbeck, einen Gebetmantel usw. Zwei Monate und dren Tage darf er dafür hinter schwedischen Gardinen sitzen, die nicht so leicht zu zerschneiden sein sollen.

Wegen gewaltiger Schwindeleien hat die Staatsanwaltschaft zu Bahren hinter den jüdischen Brüdern K. Weill und seine Ehefrau aus Krautergrößrin einen Steckbrief erlassen.

Die alte Geschichte. Bei der Feststellung des Gewichts zweier Ochsen, die er von einem Bauer in Heringen (Werra) gekauft hatte, hast der Metzger Salomon Heilbronn aus Eisenach mit dem Knie etwas nach. So erschienen die Tiere um ungefähr zwanzig Kilo leichter. Für diesen kleinen Betrug verhängte das Gericht über den erfindersichen Juden vierzehn Tage Gefängnis und fünfzig Mark Geldstrafe.

Wegen betrügerischen Bankrotts siedte die Kgl. Staatsanwaltschaft zu Köln (Rhein) den Kaufmann Kaufmann, Inhaber der Firma Kaufmann & Ullmann ein.

Unerhört! Im „Stadtanzeiger" der Kölnischen Zeitung liest man: „Einen zu Niederstätten im Wörtemberg geborenen israelitischen Kaufmann von hier verurteilte das Gericht wegen Unterschlagung zu einem Monat Gefängnis. Der Beschuldigte war bis zum 13. März 1894 am hiesigen Platze mit dem Kommissionsgeschäft von Hopfolsten-Zertifikaten für die Preuß. Versicherungs-Aktiengesellschaft zu Berlin betraut. In dieser Stellung verstigte er, nachdem ihm bereits brieflich und telegraphisch das Kommissionslager entzogen worden, über noch in seinem Gewahrsam befindliche 1700 ℳ Zertifikate. Der Wert dasür ist später von den Verwandten gedeckt worden."

Den „Anti-Anti-Mitteilungen" ist es unerfindlich, weshalb die „Rheinische" das „israelitische" bevorhebt betont. Uns auch!

Herr Goldsinger, der sich in Dortmund schlecht und recht als Agent ernährt, wollte seine Kenntnisse benutzen und zeigte sich den großen Wassers Gouth mit buddeln heilen. Da ihm aber vorläufig die nötige Kasse fehlte, um die weite Reise antreten zu können, verantasse er einen jungen Gehilfen zur Unterschlagung von zwölfhundert Mark. Aber schon in Holland lasste man die Autrefiter werden, und nun muß Herr Goldsinger sechs Monate brummen.

Ein Hasttoffelt ist gegen den Agenten S. Borowski, früher zu Essen (Ruhr), zegt unbekannten Aufenthalts, erlassen, weil er verdächtig ist, sich 6500 Mark rechtswidrig angeeignet zu haben.

Stiftliche Juden. Den Kaufmann Ildoe Goldschmidt zu Mainz treffen sechs Monate Gefängnis, weil er sich gegen den § 176,3 des Strafgesetzbuches vergangen hat.

Knypeler wurde dem Handlungsgehilfen Arthur Rosenbaum zu Dresden bewiesen. Neun Monate hat er nun die goldne Freiheit zu entbehren. —

Ohne jede Veranlassung beschlägte der Jude Leo Fichtmann am hellen Tage eine anständige Frau auf der Straße. Da das Gericht annahm, daß der feine Herr von der Straße durch das Wort „Judenjunge" ebenfalls beleidigt sei, kam Herr Fichtmann mit dreißig Mark Geldstrafe davon.

Jüdische Ritter, Kommissions- und Kommerzienräte usw.

Verliehen wurde: dem Kommerzienrat Isidor Loewe zu Berlin das Offizierkreuz des Königlich belgischen Leopold-Ordens;

dem Bankier Mag Baer zu Frankfurt (Main) das Ritterkreuz zweiter Klasse des Großherzoglich oldenburgischen Haus- und Verdienst-Ordens des Herzogs Peter Friedrich Ludwig;

dem Geheimen Kommerzienrat Ernst von Mendelssohn-Bartholdy zu Berlin das Kommandeurkreuz erster Klasse des Königlich dänischen Danebrog-Ordens.

Neue Bücher.

(Alle hier angezeigten Schriften sind durch unsere Geschäftsstelle sowie durch jede Buchhandlung zu beziehen.)

Deutsches Wörterbuch auf etymologischer Grundlage, mit Berücksichtigung wichtigerer Mundart- und Fremd-Wörter, sowie vieler Eigennamen bearbeitet und herausgegeben von Paul Imm. Fuchs, Pädagogen an der Lateinschule zu Murrhardt Stuttgart 1898. XII und 860 Seiten. 4°. Preis geheftet 3,25 Mark, einfach gebunden 3,75 Mark.

Das Werk ist berechnet für die Bedürfnisse „aller Lehrer und Freunde unserer Sprache, die nach einem Führer auf den vielverschlungenen Pfaden der Sprachforschung Begehr tragen, ohne zu eigentlichen Studien auf diesem Gebiete Muße und Gelegenheit zu besitzen." Vor allem kommt es dem Verfasser darauf an, die Abstammung der einzelnen Wörter und ihre Verwandtschaft mit anderen klarzustellen und so das richtige Verständnis für ihre Bedeutung herbeizuführen. Er hat daher stammverwandte Wörter um ein Stamm- oder Stichwort gruppiert. Das Aufsuchen der einzelnen Wörter wird dadurch freilich etwas erschwert. Wer sich aber einmal die Mühe genommen hat, sich mit der Anlage des Buches vertraut zu machen, der wird meistens leicht finden, was er grade haben will, oder auch dahe er sich erst aus der alphabetischen Anordnung, die ja für alle Fälle nebenherläuft, Rats erholt, wo das betreffende Wort steht.

Von Vollständigkeit kann natürlich bei dem Umfange des Werkes nicht wohl die Rede sein. Immerhin findet man in ihm mehr, als man erwortet. Nicht nur, daß auch die meistgebrauchten Fremdwörter aufgenommen sind, auch auch den verschiedenen nieder- und oberdeutschen Mundarten ist eine große Menge von Wörtern herbeigezogen. So wird und ein Einblick in den unerschöpflichen Reichtum unserer Muttersprache eröffnet, und die Liebe zu ihr wird geweckt und gefördert.

Durch einige Stichproben haben wir uns überzeugt, daß die Arbeit das Ergebnis gründlicher wissenschaftlicher Forschung ist. Gn.

Kgl. Sächs. Gesetz betr. das Vereins- und Versammlungs-Recht nebst Ausführungs-Verordnung. Unter Berücksichtigung der Motive und der einschlägenden Entscheidungen der Gerichts- und Verwaltungsbehörden erläutert von Wilhelm Förstendorg, Polizeiinspektor in Leipzig. Preis 2 ℳ.

Das Buch enthält eine Neuausgabe des Gesetzes betreffend das Vereins- und Versammlungsrecht für das Königreich Sachsen vom 22. November 1850 mit den Abänderungen des Gesetzes vom 21. Juni 1869. Der Herausgeber ist der Leipziger Polizeiinspektor Wilhelm Förstenberg, ein auf dem Gebiete des öffentlichen Vereins- und Versammlungslebens durch langjährige Thätigkeit erfahrener Praktiker. Er hat das Gesetz und die zurzeit in Kraft liegenden Ausführungs-Verordnungen und Polizeivorschriften, die er teils den vorliegenden wichtigeren Entscheidungen der Gerichts- und Verwaltungsbehörden, teils — und das ist sehr wichtig — dem reichen Schatze seiner praktischen Erfahrungen entnimmt. Letztere lassen den verfasser vor vielen anderen berufen erscheinen, ein praktisches Handbuch unseres Vereinsrechtes auf den Markt zu bringen. Es wird sich für viele als ein unentbehrlicher Ratgeber herausstellen, und zwar nicht nur für Beamte, deren Beruf sie auf die Beschäftigung mit unserem Vereinsleben verweist, sondern sie jeden, den Interesse oder Verhandlungen auf das Vereins- und Versammlungsleben hinlenken, und namentlich auch jeden Politiker. Ausgefügt sind dem mit einem alphabetischen Sachregister versehenen Buche das Leipziger Regulativ über Musikaufführungen, Tanzvergnügen usw., sowie die Bestimmungen der Art über Überwachung der Tanzlustbarkeiten in Dresden zu gutgeheißen Gebühren.

Die Schwierigkeiten unserer Muttersprache. Übersichtliche Zusammenstellung der zweifelhaften Fälle im mündlichen und schriftlichen Sprachgebrauche, mit besonderer Berücksichtigung der kaufmännischen Sprache. Von Dr. M. Benrath und A. Link. Leipzig. G. A. Gloeckner 1898. 284 Seiten. Preis 2 ℳ, gut und schön gebunden 2,50 ℳ.

Wie andern den ganzen Titel des vortrefflichen Buches hierher gesetzt, weil sich daraus am besten erkennen läßt, welchem Zwecke die Verfasser mit der Herausgabe des Werkes zu dienen suchen. Es soll vor allem die allenthalben erwachende Teilnahme für gesunde Entwicklung unserer Muttersprache auch in die Kreise der Kaufmannschaft tragen und sich daher der Geschäftssprache besondre Beachtung zu Teil werden. Der bei weitem größere Teil der Beispiele aus der Wort- und Satzlehre ist Lehr- und Handbüchern der deutschen Handelssprache und des kaufmännischen Briefwechsels entnommen. Für die vollständige Beherrschung des hierher gehörigen Stoffes dürfte der Lehrbücherei des Mitverfassers Dr. R. Benrenig an der Handelsschule zu Leipzig. Es ist Thatsache, daß hauptsächlich die schriftliche Berkehr unserer Kaufleute und Handelshäuser in Wort und Stil manche häßliche Schlacke

Digitized by Google

aufweist, und man muß sich freuen, wenn sich jemand findet, der auch hier eingreift, um Besserung zu schaffen. Aber nicht nur der Kaufmann kann reiche Belehrung aus dem Buche ziehen, sondern auch der Schriftsteller, zumal der Tagesschriftsteller. Und wer wollte leugnen, daß gerade in der Tagespresse, sei es aus Unkenntnis, sei es aus Nachlässigkeit an unserer Sprache ungeheuer gesündigt wird? Wustmanns Ausdruck von den „Sprachdummheiten" ist zum geflügelten Worte geworden, aber sein scharfer Tadel hat gute Früchte getragen. Die Litteratur, die unser Volk auf diesem Gebiete zu einem höheren Ziele führen will, wird immer größer, und dem Besten, das bisher erschienen ist, darf sich das Bennewitz-Linsche Buch getrost an die Seite stellen.

Ein ausführliches, zwanzig Seiten umfassendes alphabetisches Inhaltsverzeichnis, das mit rund 1900 Stichworten auf die gesuchten Ausdrücke verweist, erhöht den Wert des Buches für den praktischen Gebrauch noch ganz bedeutend: es giebt ihm einen Vorzug vor ähnlichen andern Büchern und macht es zu einem äußerst wertvollen und vielfach zu gebrauchenden Hilfsmittel sowohl im Geschäftszimmer, wie auch in der heimischen Schreibstube.

tzr.

Briefkasten der Schriftleitung.

Für unsre Mitarbeiter! Schreibe kurz und klar, ohne überflüssige Worte und Fremdwörter, sowie ohne unnötige und allzuviele Höflichkeits-Redensarten.

Ohne Umschweife sofort auf die Hauptsache losgehen. Lange Briefe mit langen Einleitungen bleiben meist ungelesen, denn bedeute, was einem Zeitungsschreiber täglich nicht alles zugemutet wird.

Vergiß nicht, öfters ein Komma oder noch besser einen Punkt zu setzen; dadurch werden die Gedanken abgegrenzt und das Ganze übersichtlicher gehalten. Dabei schadet es gar nicht, wenn öfters einmal ein Satz mit einer neuen Zeile beginnt.

Für den Druck bestimmte Sachen sind stets einseitig und nicht zu eng zu schreiben. Auch ist ein entsprechender Rand — mindestens zwei Finger breit — zu lassen, damit für Einschaltungen Raum vorhanden ist. Die einzelnen Blätter sind mit fortlaufenden Seitenzahlen zu versehen.

Alle Namen von Personen und Orten schreibe so deutlich, daß man jeden Buchstaben einzeln lesen kann, sintemal die Buchstaben dazu da sind, daß man sie unterscheide, nicht aber, damit sie alle einander ähnlich sehen. Über das Reine tolerinsche u setze stets einen Bogen, denn sonst ist die Verwechslung mit dem a fast unausbleiblich.

Vergiß auch nicht, in jedem Briefe also deine volle Adresse anzuführen — Name, Wohnort, Straße und Hausnummer —, sonst muß der arme Empfänger erst sein Buch nachschlagen und vertiert dadurch seine kostbare Zeit.

Willst du Antwort haben, so lege die nötige Marke bei, sonst muß du die zur nächsten Nummer warten, wo an dieser Stelle dann die erbetene Auskunft erfolgt.

Maasdorff. 1 Mark dankend empfangen. Können Sie in Bekanntenkreisen nicht etwas für die Verbreitung des Buches thun? Jede dortige Buchhandlung liefert Ihnen dasselbe auf Bestellung auch. Heil! B.

Semarah. Kiima ist gefund. Die beste Auskunft dürfte Ihnen der deutsche Konsul Hopmann in Tiflis geben können. Deutschen Gruß! B.

Eingegangene Anfragen.

Ist die Firma P. J. Valkenberg, Weinhandlung in Worms (Rhein), in deutschen Händen?

Welcher Geisteszeitgenosse kennt die Gegend bei Wladikawkas am Kaukasus? Ist es ratsam, sich dort niederzulassen und Land anzukaufen? Es sollen dort viele Deutsche wohnen.

Empfangs-Bescheinigung.

Für die Landtagswahlen gingen ein beim Kassenwart Dr. Bielhoben, Hamburg, Hohe Bleichen 31: J. A. M. 1 ℳ; Bl., Poschned 1 ℳ; M. A. L. in Z. 3,05 ℳ; P. Kraup, Berlin 5 ℳ; Gesammelt auf dem Parteitage in Kassel 120 ℳ; „Deutsch" 50 Pf.; Postmann 3 ℳ; L. H. Schnitzler, Elberfeld 1,50 ℳ

Für die Bücherei des Anlisemiten.

Ed. Drumont,

Das verjudete Frankreich.

7. Auflage. 864 Seiten Statt 3,60 M. nur 2 M.

Zu beziehen durch die **Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstr. 27.** Bei vorheriger Einsendung des Betrages (deutsche und österreichische Marken werden in Zahlung genommen) erfolgt portofreie Lieferung.

Dieser Nummer liegt ein Preisverzeichnis unsers Gesinnungsgenossen **M. Wolf,** Weinbauer in **Stadecken** (Rheinhessen) bei.

Bismarcks Memoiren

erscheinen Ende November d. J. unter dem Titel:

Gedanken und Erinnerungen

des

Fürsten Otto v. Bismarck.

2 Bände, gebunden 20 Mark. (Nach auswärts portofrei.) Lieferung am Tage des Erscheinens nur verbürgt, wenn rechtzeitige Bestellung.

Herm. Beyer, Leipzig,
Königsstraße 27.

Wer einmal Bolan versucht hat, wird ihn sicher lernen.

Bolan.

Ein hochmoderner Herrenhut für feine Anzüge und Überzieher. Bolan verdrängt Chevrot und Kammgarn, ist verreden- sport und sehr haltbar.

Prachtvolle Musterwahl auf Verlangen frei unter Kreuzband.

Man überlasse Bolan nicht Hattzkes' Tuchhaus in Düren 1 (Bez. Aachen.)

Etwa nicht gefallende Stoffe nehme auf meine Kosten zurück wie kein Wagnis.

Viele freiwillige Anerkennungen.

Zu Gute und Preis unübertroffen

H. Heinze, Hutfabrik
gr. Fleischergasse 2, Kurzestraße 4.
Spezialität: 2,50-Hüte.

Miniatur-Photographien
in Briefmarken- oder Medaillon-Größe
15 Stück 1 M., 50 Stück 3 M., 100 Stück 5 M., 1000 Stück 35 M.

Auch in jedem sonst beliebigen Formate. Vergrößerungen und Vervielfältigungen, Ansichtskarten- und Erinnerungsblätter, Postkarten usw. mit Porträt — nach jeder gut eingel. Bilde, welcher unbeschädigt wieder zurückerfolgt. — Verdrängt lichtecht und feine Ausführung, getreueste Ähnlichkeit, billigste Preise. Muster u. Preisliste kostenfrei.

Photogr. Anstalt **Mitch. Fleisch,**
Vertreter gesucht. Crottendorf i. Sachsen.

Vorzügliche Gelegenheit zur Selbständigkeit!

Buch- und Musikalienhandlung mit Nebenbranchen, über 18 Mille Umsatz, in K. hübsch gelegener Stadt Sachsens mit Lehrer Seminar, Amtsgericht und dicht bevölkerter reicher Umgebung, in flottem Betriebe, noch sehr erweiterungsfähig, zu verkaufen. Näheres für Selbstkäufer durch

Herm. Beyer, Leipzig.

Verlegern und Schriftstellern

polnischer Romane (nur besserer Litteratur von litterarischem Wert) kann ich eine Verlagsbehandlung nachweisen, die das Übersetzungsrecht kauft.

Leipzig, Königstr. 27.

Herm. Beyer.

CAFE MERKUR

300 Zeitungen, Depeschen u. Kursberichte, Städte-Adressbücher v. Berlin, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Hamburg-Altona, Halle a. S., Paris, sowie Handels-Adressbücher aller grösseren Staaten liegen zur gefl. Benutzung aus.

Leipzig ★ ★ ★ ★ ★ ★ **An der Pleisse 8.**

Jeden Vormittag Bouillon und Pasteten.

Geöffnet bis morgens ¼4 Uhr.

Hochachtungsvoll

W. Rühlemann.

Nicolaistr. 10, **Leipzig**, Nicolaistr. 10,

Stadt Hamburg

Sehenswertestes historisches Bier-Restaurant und Wiener Café.

Anerkannt gute Küche. Exquisite Biere. Weine erster Firmen.

Bernh. Polster.

Deutsche Schänke, Leipzig,

Poststrasse 20

empfiehlt **kräftigen Mittagstisch** und **gute Biere.**

Gesellschaftszimmer.

Platz zur Aufbewahrung von Fahrrädern genügend vorhanden.

Hochachtungsvoll *H. Singer.*

Wein-Groß-Handlung,

Import von Rum, Arrac, Cognac, Jamaica

Jede Flasche trägt diese Etiquette als Schutzmarke.

Berlin NW., Stendaler Straße 1.

Fernsprecher Amt Moabit 1316.

Gegründet 1877.

Lager u. Büro: Kirch- u. Moselstr., n. Bl. über d. Ufer von 70 Pf. an. Inwiler u. über Bordeaux-Weine von 1 M. an, sowie Mosel- und ausländische Weine aller Preislagen. Für absolute Reinheit garantieren

Schmitz & Co.

Kleine Proben und Preisliste umsonst.

Frankfurt a. M.

Hotel Cölner Hof.

Besitzer **Heermann Lang.**

Gegenüber d. rechten Ausgange des Hauptbahnhofes.

60 Zimmer mit 90 Betten bei mäßigen Preisen.

Bier- und Wein-Restaurant.

Jüdischer Verkehr verbeten.

„Staatsbürger-Ztg.", „Deutsche Wacht", „Das Volk", „Deutsche Zeitung", „Deutsche Tages-Ztg.", „Deutsch-Soziale Blätter", „Deutscher Michel" und viele andre deutschgesinnte Zeitungen liegen aus.

Bismarck! Bismarck!

Für Postkarten-Sammler:

Bismarck-Glückwunsch-Karte.

Statt 30 Pf. nur 10 Pf., 10 Stück 50 Pf., 100 Stück 3 M.

Gegen vorherige Einsendung des Betrages ähnliche und österreichische Marken werden in Zahlung genommen) erfolgt portofreie Lieferung. Vorrat nur noch gering.

Leipzig. **herm. Beyer.** Verlags-Buchhandlung.

Fabrikzeichen.

Gustav Felix,

Leipzig, Reichsstraße 26,

Stahlwarenfabrik u. Hohlschleiferei i. Solingen

empfiehlt

Rasiermesser, Selbst-Rasierapparate, Streichriemen, Rasierschalen, Pinsel, sowie sämtliche Solinger Stahlwaren unter Garantie.

Kaufen Sie

keln Planino,

wenn Sie sich noch nicht den Katalog von **August Roth**, Kgl. Portug. u. Fürstl. Lipp. Hof-Pianofabrikant, **Hagen W. Nr. 88,** gratis haben kommen lassen.

Liefere ein Postfaß (9½ Pfund)

feine Leber-, Rot- und Sülzwurst

zu 7,50 M. franko.

H. Glauner, Fleischermstr.

Papenburg b. Leer (Ostfriesld.).

Ferner:

prima Hammelkeule u. Carrés

à Pfund 55 Pf.

Zum Abonnement bestens empfohlen:

Monatsblätter

für

deutsche Litteratur.

Herausgegeben von **A. Warncke.**

Jährlich 12 Hefte. Preis für den Jahrgang nur 5 Mark. Die bereits vollständig erschienenen Jahrgänge sind auch hübsch gebunden zum Preise von nur 6 Mark zu beziehen.

Diese Zeitschrift hat sich die Aufgabe gestellt, eine Pflegestätte zu sein für die wahrhaft deutsche, herzerquickende und begeisternde Litteratur im Gegensatz zu der undeutschen sog. modernen Richtung in unserm Schriftthume.

Wer für seine Mußestunden eine anregende Lektüre haben will, wer sich über die neuen Erscheinungen der wirklich schönen Litteratur fortlaufend unterrichten will, wen es interessiert, auch einmal allerlei Anregendes über das Leben und Dichten unserer großen deutschen Dichter und Schriftsteller der Vergangenheit und der Gegenwart zu lesen, kurz, wer sich überhaupt für die schöne Blume der idealen deutschen Dichtung zu begeistern vermag, dem seien die „Monatsblätter" aufs wärmste empfohlen.

Für die Familie sowohl als auch insbesondere für die heranwachsende Jugend bilden sie eine Schatzkammer des reinsten Genusses und der edelsten Bildung. Der Inhalt ist abwechslungsreich und mannigfaltig: Gute Erzählungen, interessante Abhandlungen und Studien über die mannigfachen Gebiete der Litteratur, Dichterschilderungen deutscher Klassiker, neue Gedichte usw.

Aus der Zahl der Mitarbeiter ernähnen wir die Namen: Jul. Lohmeier, C. Busse, H. Eschelbach, O. Mühle, R. E. Knodt, M. Weichaupt, Th. Fontane, R. Giesebrecht, Martin Greif, F. v. Kapper, H. Lingg, J. Pape, Anna Ritter, Frida Schanz, G. Scherer, E. v. Wildenbruch usw.

Bestellungen nimmt jede Buchhandlung entgegen, falls eine solche am Platze nicht vorhanden, wende man sich direkt an die Verlagsbuchhandlung **Herm. Beyer** in **Leipzig.**

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe, Berlin NW. 5, Kruppstr. 13.
Druck: G. Reusche in Leipzig.

Digitized by Google

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Leipzig, 3. November 1898. Nr. 533.

Um den neuen Lesern

unseres Blattes auch die Anschaffung früherer Jahrgänge zu erleichtern, haben wir uns entschlossen, deren Preise erheblich herabzusetzen.

Wir liefern — soweit der Vorrat noch reicht — die

Jahrgänge 1890 bis 1895 für je 5 M. gebd., 3 M. ungebd., alle 6 Jahrgänge zusammen für 25 M. gebd., 15 M. ungebd., Jahrgang 1896 und 1897 gebd. für je 6 M., ungebd. 4 M.

frei zugesandt!

Die Jahrgänge der „Deutsch-Sozialen Blätter" bilden ein Nachschlagewerk von hervorragendem Werte. Wir müssen notwendigerweise die Leser öfters auf frühere Jahrgänge verweisen, da es nicht thunlich ist, alle wichtigen Fragen und Verbesserungen in jedem Jahrgange aufs neue zu behandeln.

Verlag der „Deutsch-Sozialen Blätter"
Leipzig, Königsstr. 27.

Parteinachrichten.

Das Wahlbureau zu Treysa ist nach Beendigung der Landtagswahlen aufgehoben. Etwaige Zuschriften werden nach Berlin NW. 5, Kruppstr. 13, erbeten.

Sächsischer Parteitag. Der Landesverein der deutschsozialen Reformpartei im Königreich Sachsen hält Sonntag, den 13. d. M., von 11 Uhr vormittags an zu Chemnitz im Saale des Gasthofes „Zur Linde" seine diesjährige ordentliche Hauptversammlung ab. Die Tagesordnung ist wie folgt festgesetzt:

1. Geschäftsbericht.
2. Kassenbericht und Rechnungslegung.
3. Entlastung des Vorstandes.
4. Änderungen der Satzungen.
5. Neuwahl des engeren Vorstandes.
6. Unsre Parteipresse.
7. Berichte über die Reichstagswahlen, erstattet von den sächsischen Abgeordneten und Kandidaten der deutschsozialen Reformpartei.
8. Etwaige Anträge.

Anträge, die mit zur Beratung gestellt werden sollen, sind bis zum 5. November an den Abg. Lohe, Dresden-Neustadt, einzureichen.

Dresden. Herr Dr. Lindström (Hannover) sprach hier jüngst über die Handwerker-Bewegung und das neue Handwerker-Gesetz. Den Ausführungen des Redners zollten die Anwesenden lebhaften Beifall. —

Unter dem Vorsitz des Abg. Lohe hatten sich am 25. v. M. eine große Anzahl von Mitgliedern des Deutschen Reformvereins zusammengefunden, um einen Vortrag über das zeitgemäße Thema „Wanderungen durch Sibirien und Palästina" anzuhören. Der Herr Vortragende sprach aus eigner Erfahrung, da er über sechs Jahre sich im Oriente aufgehalten.

Ein Talmud-Prozeß wird sich an ein Flugblatt anknüpfen, das der Deutsche Antisemiten-Bund zu Berlin über den Wert des jüdischen Eides verbreitete. In Landsberg (Warthe) ist das vom Staatsanwalt eingeleitete Verfahren lediglich zu einem Antrage auf Einziehung des Flugblattes zusammengeschrumpft, während in Berlin jetzt auch gegen den Vorsitzenden des Deutschen Antisemiten-Bundes vorgegangen werden soll. Urheber der Anklage ist der Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens! Da das Flugblatt aber schon sechs Jahre alt ist, wird die ganze Sache einfach — wie schon so oft — im Sande verlaufen.

Aus Schleswig-Holstein. Vom Parteitage des Landesverbandes wird uns nachträglich mitgeteilt, daß der Schlußsatz des Antrages Graf Reventlow „Der Schutz der Arbeitswilligen ist durch die bestehenden Gesetze hinlänglich gesichert" nicht einstimmig (vgl. Nr. 531), sondern durch Mehrheitsbeschluß angenommen worden.

Aus der Handlungsgehilfenbewegung.

Leipzig. Der riesige Aufschwung, den die hiesige Ortsgruppe des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes genommen hat, und die dadurch immer größer werdende Last der Verwaltungsgeschäfte hat die Errichtung einer besonderen Geschäftsstelle an hiesigem Platze dringend notwendig gemacht. Am 1. November ist diese erste Geschäftsstelle, die der junge rührige Verband außerhalb seines Hauptsitzes Hamburg errichtet, eröffnet worden. Das Lokal befindet sich Brühl 39, zweites Stock (Ecke der Halleschen Straße). Geschäftszeit 8½—5 Uhr.

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Urkundenfälschung und Betrug hat der Kaufmann Sally Cohn aus Berlin begangen und dadurch seinen Stammesgenossen Albert Schlesinger in Brandenburg geschädigt. Cohn wußte ohne Gehalt für Schlesinger reisen und bekam nur für jedes Dutzend Wollsweden, das er an den Mann brachte, dreißig Mark und für alle andern verkauften Artikel . . . nichts. Die Wollsweden kosteten das Stück 7,50 Mark, während sie nur 1,85 Mark wert waren! Natürlich konnte Cohn von seinem Verdienste kaum die Reisekosten bestreiten, und seine Familie wollte doch auch leben. Er stiftete deshalb Beiseitigkeit und sein Prokurist — oder nennt man ihn besser anders? — zeigte ihn deshalb an. Da Cohn schon vorbestraft ist, erhielt er drei Jahre Zuchthaus und sechshundert Mark Geldstrafe.

Betrügerische Handlungen wurden den Kaufleuten Weinert und Leopold Auerbach zu Berlin nachgewiesen, weshalb sie neun und drei Monate brummen müssen. Später werden sie sich noch wegen betrügerischen Bankrotts zu verantworten haben.

Unsaubrer Weltbewerb. Der Kaufmann Leo Sal. Mayer zu Frankfurt (Main) verbreitete unwahrer und irreführender Weise, daß er angeblich in Paris gelernt haben will. Da ihm die unerlaubte Anfertigung des Gegenstandes nicht nachgewiesen werden konnte, kam er mit hundert Mark Geldstrafe davon, während die Staatsanwaltschaft dreihundert Mark beantragt hatte.

Wegen Erpressung legte das Landgericht zu Göttingen den Bankiers Max Katz und Hammerschlach je zwei Monate Gefängnis auf. Sie hatten mitten in der Nacht einen Gastwirt aus dem Bette geholt und ihn und seine Tante durch die Drohung mit Verhaftung einen Wechsel abgepreßt. Die gegen das Urteil eingelegte Revision verwarf das Reichsgericht, da als festgestellt erachtet wurde, daß die Angeklagten sich der Rechtswidrigkeit ihres Verhaltens bewußt gewesen waren.

Ausgerückt ist der Handelsmann Isidor Cahn aus Westhofen, zuletzt in Metz, seinem Stammesgenossen Carl Israel zu Straßburg (Elsaß) mit 193,36 Mark. Herr Carl-Hirsch sucht nunmehr den Isidor.

Flechtrieb. Gegen den Kaufmann Isaak Isidor Simonson, geboren am 13. Mai 1853 zu Altenstein, zuletzt in Waidmannslust a. Nordbahn in Stellung, welcher flüchtig ist, ist die Untersuchungshaft wegen Beihilfe beim Anstiftung zum Betrug verhängt. Besonders Kennzeichen: Schielpendes Auge.

Sittliche Juden. Über die Verhaftung eines Mädchenhändlers berichtet die „Rhein.-Westf. Ztg." aus Emmerich: Der hiesigen Polizei gelang es, auf dem Perron der Eisenbahnstation im letzten Augenblick vor Abgang eines Zuges nach Holland einen Mädchenhändler abzufassen, der im Begriffe stand, ein von ihm überredetes Mädchen nach dort zu entführen. Der Mensch tritt äußerst nobel auf, ist Israelit und nennt sich Levy. Seinem gegenwärtigen Opfer hatte er vorgespiegelt, es würde durch seine Vermittlung in Holland eine Stelle als Plätterin gegen neunhundert Mark Lohn erhalten. —

Das Schwurgericht zu Freiburg (Breisgau) verurteilte den Handlungsreisenden Emil Rosenstein aus Trupen zu fünfzehn Monaten Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust, weil er zu Ringsheim eine verheiratete Frau vergewaltigt hatte.

Digitized by Google

Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat.

In der Zeit vom 16. bis einschl. 31. August 1898 wurde über folgende Firmen usw. der Konkurs eröffnet:

Kaufmann Alfred Neumann zu Berlin, Stalitzerstr 145 und Luisenufer 40. — Handschuhfabrikant Jakob Stieber zu Dresden. — Rohstoffe & Steinhardt zu Fürth. — Eduard Nathan zu Hamburg, Valentinskamp 23/24. — Kleiderhändler Hermann Danziger zu Wöhne (Westf.).

Aufgehoben wurden in derselben Zeit nachfolgende Konkurse:

Händler Moritz Joffe zu Berlin, Rosenthalerstr. 68. — Bankier Raphael Levy zu Ingweiler. — Kaufmann Ph. Rosenthal zu Grauberg (Zwangsvergleich). — Strumpf- und Wollwarenhändler Moses Nathan zu Hamburg (Zwangsvergl.). — Kaufmann Salomon Rosenbaum zu Krnstadt (Zwangsvergleich). — Kaufmann A. Abraham zu Friedrichsfeld, Ostpr. — Kaufmann Max Adler zu Waldenburg, Schles. (Zwangsvergl.). — Kaufmann Joseph Dobriner zu Berlin, Stralauerstr. 34. — Kaufmann Alfred Neumann zu Berlin, Stalitzerstr. 145 und Luisenufer 40 (mangels Masse!). — Kaufmann Berthold Juliusburger zu Krossen (Zwangsvergl.). — Handelsmann Samuel Adam zu Mössbaum. — Kaufmann Salomon Lichtenhäuser zu Frankfurt Main (Zwangsvergl.). — Händler Albert Wolf zu Lüdenscheid (mangels Masse!). — Theiraa Roso Engländer zu Altona (Zwangsvergl.). — Kaufmann John Coben zu Altona. — Kaufmann Eugen Goldstein zu Königshütte (Zwangsvergl.). — Kaufmann David Schrubsti zu Wittstock (Zwangsvergleich). — Kaufmann Louis Schwarz zu Berlin, Neue Jakobstr. 9 (Zwangsvergl.). — Selma Levy zu Berlin, Alexanderstr. 66 und 109a. — Kaufmann Max Sopherstein zu Krempen (Zwangsvergl.). — Abzahlungshändler Zidor Kastanski zu Hamburg (Zwangsvergl.). — Kaufmann Samuel Pinkusohn zu Emden (Zwangsvergl.)

•

Eine feste Pfeife hat Dr. Portheim, der Inhaber einer größern lithographischen Kunstanstalt zu Leipzig gemacht. Die Passiven betragen 602000 Mark. Anscheinend wird der Pleitier als einfant terrible des ganzen Kunstbuchgeschäfts bezeichnet, da er durch unerhörte Preisschleuderei das ganze Geschäft verdorben habe. 602000 Passiven und Preisschleuderei — Kunststück! Aber wer hat den Schaden?

Freigesprochen! Der Kaufmann Adolf Schanzer zu Dortmund war wegen Vergehens gegen die Konkursordnung zu einer Gefängnisstrafe von einem Monat verurteilt. Er sollte seine Bilanz gezogen haben, wozu er als Kaufmann verpflichtet war. Gegen das Urteil legte er Berufung ein, die auch von Erfolg war; das Reichsgericht hob das Urteil auf und wies die Sache an die Berufungsinstanz zurück. Schanzer wies nun auf einmal sämtliche gewünschte Bilanzen vor, was um so auffallender erschien, als der Angeklagte in der ersten Hauptverhandlung die Bilanzen nicht vorlegen konnte und daher verurteilt wurde. Der Angeschuldigte erklärte, er habe die Bilanz schon vor der ersten Verhandlung gehabt und sie inzwischen unter seinen Papieren wiedergefunden. Da der Einwand des Angeklagten nicht widerlegt werden konnte, blieb dem Gerichtshofe nichts anders übrig, als auf Freisprechung zu erkennen.

Jüdische Ritter, Kommissions- und Kommerzienräte usw.

Bestehen wurde: dem Geheimen Sanitätsrat Dr. Adolf Abraham zu Berlin der Rote Adler Orden vierter Klasse,

den Kreisphysikern Dr. med. Julius Tandetzky zu Spremberg, Dr. Teodor Strassner zu Magdeburg und dem Stadt-Krankenhaus-Arzte Dr. med. Siegfried Weiß zu Osnabrück der Charakter als Sanitätsrat;

dem Photographen Julius Jacob zu Wiesbaden das Prädikat eines Kgl. Hof-Photographen;

dem Hauptmann a. D. Stern zu Posen, bisher von der Infanterie 1. Aufgebots, der Rote Adler-Orden vierter Klasse

•

Ernannt wurde: Rechtsanwalt Arnheim zu Königsberg (Pr) und Rechtsanwalt Nürnberg zu Lissa (Posen) zu Notaren.

Mosaik.

Verlegung der Fabriken auf's platte Land. Diese Forderung wurde 1891 in den vorläufigen Entwurf des deutschsozialen Parteiprogramms für den Leipziger Parteitag aufgenommen. Später ließ man sie wieder fallen. Es ist damals viel darüber gespöttelt worden und sicher mit Unrecht. Jetzt scheint man einen Anfang mit etwas ähnlichem zu machen, nämlich mit der Hebung der Industrie im Nordosten Deutschlands. Der Oberpräsident v. Goßler soll schon mit seinen Plänen weit vorwärts gekommen sein.

Wir würden uns freuen, wenn aus der Sache etwas werden würde. Sie würde dem unheilvollen Zuge unsrer Bevölkerung nach den westlichen Industriebezirken Einhalt thun und so manchen Schaden heilen und verhüten, der aus der ungeheuren Zusammenströmung großer Volksmassen stets entstehen muß.

Der deutsche Kaiser, Dreyfus und die Judenpresse. Von Wiener Judenblättern wurde vor einigen Tagen die Nachricht verbreitet, der deutsche Kaiser habe mit dem Direktor der Anatolischen Bahn, Baurat von Kapp, über die „Dreyfus-Sache" gesprochen und u. a geäußert, Dreyfus sei unschuldig. Jetzt hat Baurat von Kapp der „N. Fr. Pr." mitgeteilt, der Kaiser habe überhaupt nicht mit ihm über Dreyfus gesprochen. Das haben sich vernünftige Leute schon im voraus gesagt. Vernünftige Leute fragen aber auch noch, warum hier kein Staatsanwalt einschreitet.

Handelskammern und Sonntagsruhe. Die Handelskammer in Olmütz hatte sich an die österreichische Eisenbahndirektion wegen Einschränkung der Sonntagsruhe im Eisenbahnbetriebe gewendet, sie ist aber vom Eisenbahnminister abgewiesen worden. Nunmehr haben eine ganze Anzahl österreichischer Handelskammern beschlossen, gemeinsam in der Sache vorzugehen.

Wenn viele Juden in diesen Kammern sitzen, dann ist uns die Sache begreiflich, denn die Juden feiern ja am Sonnabend. Und da in deutschen Handelskammern die Juden neben den Großindustriellen zahlreich vertreten sind, so werden sie wohl in den österreichischen eine noch größere Rolle spielen. Man kann sich also schon denken, wer die Hetze gegen die Sonntagsruhe macht. Vor etlichen Jahren hatten ja auch eine Anzahl Leipziger Juden eine Eingabe an die Oberpostdirektion gerichtet, sie möge am Sedansfest — das damals in vielen Leipziger Geschäftshäusern den ganzen Tag, bei der Post während der zweiten Tagesstunde „gefeiert" wurde — Nachmittags auch noch Briefe austragen lassen.

Merkt's euch, ihr Eisenbahner und Postbeamte!

Sozialdemokratische Ehrenmänner. Der frühere Lehrer, „Genosse", Redakteur und Reichstagsabgeordneter Thiele in Halle (Saale) erhielt wegen einer groben Beleidigung seines nationalliberalen Gegenkandidaten zwei Monate Gefängnis. —

Sechs Monate bekam der Stadtverordnete und Schutzmacher „Genosse" Hermann Grunow zu Bremerhaven, weil er sich an der Kasse des sozialdemokratischen Vereins vergriffen und ihr etwa neunhundert Mark entliehen hatte. Diese Zukunftsmusik paßte den Zukunftsstaatlern nicht und sie übergaben deshalb den lieben Obergenossen dem sonst so gehaßten Arm der Bourgeois. —

Den Antisemitismus der „Köln. Ztg." hatten die „Mitteilungen" aus dem Abwehrverein erst vor kurzem gerügt und es für recht merkwürdig gefunden, daß die rheinische Tante einen jüdischen Schwindler als „israelitischen Kaufmann" bezeichnete. Nunmehr beginnt das „Weltblatt" eine Theaterkritik folgendermaßen: „Kölner Stadttheater. Es wird Herrn Goldmark nicht allzu oft begegnet sein, am nämlichen Theater an zwei aufeinanderfolgenden Abenden mit zwei verschiedenen Opern aufwarten zu dürfen. Dem Heinrichen am Herd ging am 12. Oktober die Königin von Saba voran, wodurch die Theaterbesucher, die außerdem noch zweimal in dieser Woche auf die dünne Geisteskost der Herren Blumenthal und Kadelburg gesetzt sind, vollends zu einer Potäštlnarreise gelangten. Man wird nicht behaupten können, daß unser Stadttheater antisemitisch angehaucht ist . . ." Was meint das verehrte Blatt der Berliner Judenschutztruppe zu diesem Durchbruch des arischen Instinktes?

Rheinische Industrielle und Vertreter von Handelskammern haben sich neulich in Köln versammelt und dabei auch Entschließungen gegen die bei den Kirchweihfesten zu Tage tretende Vergnügungssucht der Arbeiter gefaßt. Diese Kirchweihfeiern, ein alter deutscher Brauch, sollen „zu ernsten Störungen der Industrie" Veranlassung gegeben haben!

Recht so, das deutsche Volkstum muß auch auf dem Lande mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden! Wir haben ja Ersatz in den Großstädten, wo Tingel-Tangel echt deutschen Humor pflegen, wo Variété-Theater sogar Kindervorstellungen geben dürfen, bei denen „jeder Erwachsene ein Kind frei" hat. Da haben wir ferner die Tanzsalons und die unzähligen Kneipen. Bei all diesen Dingen und in all den vielen „Lokalen" können die Arbeiter sich in solidester, einfachster Weise und ohne Geld aufgeben zu müssen über den Verlust der „Kirmse" trösten. Kirmse zu feiern ist doch ganz unmodern und ganz unzeitgemäß! Wozu soll man den Arbeitern auch noch so alte unmoderne Gebräuche erhalten? Die tschechischen, polnischen und italienischen Arbeiter verstehen doch

Digitized by Google

nichts von der deutschen Kirchweih. Nicht wahr, ihr Herren vom Rheine?

Deutschvölkische Postkarten. Bei der Anwesenheit des österreichischen Reichsrats-Abgeordneten Wolf in München im Mai d. J. erstand von der Hand des Bismarckmalers Professor Gustav Mönacher ein Bild Wolfs, das ihn so naturgetreu zeigt, wie es die beste Photographie nicht vermag. Der Deutschvölkische Verein „Odin" zu München giebt dieses Bild in zwei Größen heraus und zwar in Folio zum Preise von drei Mark und Kabinet zum Preise von einer Mark. Gleichzeitig sind nach demselben Bilde Lichtdruck-Postkarten erschienen, die im Einzelverkaufe 10 Pf. kosten. Bestellungen auf Bilder und Postkarten nimmt die Geschäftsstelle der „Deutschsozialen Blätter" entgegen.

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. Dem Getreidehändler Adolf Cohn zu Berlin, Brückenallee 3, paßt sein Name nicht mehr. Er hat infolgedessen den bedeutend schöneren Familiennamen Kant angenommen. —

Die verstorbene Königin von Dänemark nehmen die Juden ganz besonders für sich in Anspruch, weil sie lange Jahre hindurch fast täglich mit der Frau des Generalkonsuls Salomonsen . . . vierhändig gespielt hat! Deshalb habe auch, so schreibt ein Nabbinerblatt, der „höflichste Ausdruck des hohen politischen Lebens unsers Jahrhunderts, der Antisemitismus", in Dänemark nicht Wurzel fassen können.

Neue Bücher.

(Alle hier angezeigten Schriften sind durch unsere Geschäftsstelle sowie durch jede Buchhandlung zu beziehen.)

Die Flucht vor den Juden aus Österreich, oder: Hat die sogenannte „Schandfleck" des XIX. Jahrhunderts eine Existenzberechtigung? Von einem katholischen Geistlichen Österreichs. Aachen. 56 S. Preis 25 Pf.

In Österreich ist im vorigen Jahre ein Druckbogen durchschnaubnt worden, weil es aus unwiderlegbaren Thatsachen den Schluß zog, jeder verständige Mensch müsse Antisemit werden. Da der Verfasser der vorliegenden Broschüre zu demselben Ergebnis kommt, hat er es nicht gewagt, die Druckerei in Österreich besorgen zu lassen, sondern hat sich nach dem Deutschen Reiche gestüchtet.

Den Antisemitismus, dem der ungeheuerste katholische Geistliche das Wort redet, nennt er im Unterschied von andern Arten den „christlichen Antisemitismus". Als unchristlich wird namentlich der sogenannte Rassen-Antisemitismus abgelehnt. Dabei weicht aber der hier empfohlene „christliche Antisemitismus" in der Sache, zumal in seinen nächsten Zielen, wenig von dem verfeinerten Rassen-Antisemitismus ab. Der ganze Unterschied dürfte darin beruhen, daß der Verfasser von jedem bekehrten Juden, solange nicht der Gegenbeweis erbracht ist, anzunehmen gewengt ist, er habe sich aus innerer Überzeugung taufen lassen, während der Rassen-Antisemit den Fall nur als seltene Ausnahme gelten läßt, daß die Taufe den Ausdruck dessen bildet, daß der betreffende Jude alle jüdischen Untugenden abgelegt hat oder auch nur ernstlich gewillt ist, sich von ihnen loszumachen.

Im sprachlichen Ausdruck finden sich manche Rauhigkeiten. Z. B. wird S. 49 gesagt: „Das Gebet der Selbstliebe besteht dem Christen, daß er sich gegen Übervorteilung der Juden schütze usw." Daß dem Christen die Selbstliebe irgendwo zur Pflicht gemacht sei, kann der Verfasser als Geistlicher doch wohl kaum annehmen. Wahrscheinlich hat er sagen wollen der Selbsterhaltungstrieb mache den Kampf gegen das Judentum nötig. — Ferner ist S. 54 zu lesen: „Judenhaß und Gewaltthätigkeit gegen die Juden ist durchaus kein wesentlicher Teil des christlichen Antisemitismus." Der Verfasser wird es niemandem verübeln können, wenn er aus diesem Satze die Folgerung zieht, Haß und Gewaltthätigkeiten gegen den einzelnen Juden bilden zwar keinen wesentlichen Teil des christlichen Antisemitismus, aber sie gehören doch mit dazu. Einen gebildeten Vertreter des bösen Rassen-Antisemitismus haben mir dergleichen nie empfehlen hören. Somit wäre, wenn nicht ein lapsus linguae vorliegt, der Rassen-Antisemit christlicher als der „geistliche" Antisemit. —m.

Fünf Horaz-Oden für Quartaner lesbar gemacht. Nebst den Prolegomena für einen psychologischen Unterricht und dem Leergerüst der lateinischen Formenlehre von Berthold Otto. Leipzig, 1898. 44 S.

Wie? Quartaner sollen den Horaz lesen, der doch Primanern noch genug Kopfzerbrechen macht? Der Verfasser zeigt, daß es geht, wenn man die Sache richtig angreift. Seine Methode beruht darauf, daß sich der Lehrer jeden Satz und jedes Wort genau daraufhin ansieht, welche Schwierigkeiten sie für den Schüler bieten. Die Schwierigkeiten werden dann „stolliert", d. h. sie werden in vorbereitenden Übungen eine nach dem andern, jede für sich, bewältigt, so daß bei der eigentlichen Lektüre keine Schwierigkeiten mehr vorhanden sind. Der hier vorgeschlagene Versuch darf als gelungen bezeichnet werden. Jeder Lehrer wird das Heft mit Interesse lesen und ihm manche Anregung für den Unterricht entnehmen. —m.

Erfurth, Paul, **Barenfaus und Kleinhandel.** Die einzige praktische Lösung der sozialen Frage. Preis 1 Mark.

Horn, Karl, **Die deutsche Volkspolitik.** 1. Das Wehrstaaten-System. Preis 1,50 Mark.

Bourmy, Georg, **Kapital und Schulden.** Preis 1 Mark.

Was ist Rational-Sozial? Eine Antwort von Adolf Damaschke. Preis 25 Pf.

Wilhelm, Robert, **Die Warenhäuser und ihre Bekämpfung.** Preis 30 Pf.

Wolf, Dr. Gottfried, **Das Judentum in Bayern.** Skizzen aus der Vergangenheit und Vorschläge für die Zukunft. Preis 1 Mark.

Karst, A., **Der praktische Versammlungsleiter.** Praktisches Hilfsbuch für Vereins-Vorstände und Vorstands-Mitglieder. Preis 80 Pfge

Freese, Heinrich, **Der Schutz der Hausbesitzer.** Betrachtungen über die Gesetzentwürfe zur Sicherung der Bauforderungen. Preis 65 Pfge.

Müller, Dr. Ernst F., **Zu Recht entmündigt.** Die Geschichte der Entmündigung eines preußischen Staatsbürgers als Unterlage für dessen Vorschläge zur Reform des Entmündigungs-Verfahrens zu Nutz und Frommen aller Stände und Berufsklassen, insonderheit der Mediziner und Juristen, nach den Akten dargestellt. Preis 2 Mark.

Briefkasten der Schriftleitung.

Für unsre Mitarbeiter! Schreibe kurz und klar, ohne überflüssige Worte und Fremdwörter, sowie ohne unnötige und allzuviele Höflichkeits-Redensarten.

Dein Umschweife sofort auf die Hauptsache losgehen. Lange Briefe mit langen Einleitungen bleiben meist ungelesen, denn bedenke, was einem Zeitungsschreiber täglich nicht alles zugemutet wird.

Vergiß nicht, öfters ein Komma oder auch besser einen Punkt zu setzen; dadurch werden die Gedanken abgegrenzt und das Ganze übersichtlicher gestaltet. Dabei schadet es gar nicht, wenn öfters einmal ein Satz mit einer neuen Zeile beginnt.

Für den Druck bestimmte Sachen sind stets einseitig und nicht zu eng zu schreiben. Auch ist ein entsprechender Rand — mindestens zwei Finger breit — zu lassen, damit für Einschaltungen Raum vorhanden ist. Die eingeirrten Blätter sind mit fortlaufenden Seitenzahlen zu versehen.

Alle Namen von Personen und Orten schreibe so deutlich, daß man jeden Buchstaben einzeln lesen kann, sintemal die Buchstaben bose da sind, daß wenn sie unterscheide, nicht aber, damit sie alle einander ähnlich sehen.

Über das kleine lateinische o sehe stets einen Bogen, denn sonst ist die Verwechslung mit dem n fast unausbleiblich.

Vergiß auch nicht, in jeden Briefe usw. deine volle Adresse anzubringen — Name, Wohnort, Straße und Hausnummer —, sonst muß der arme Empfänger erst sein Buch nachschlagen und verliert dadurch seine kostbare Zeit.

Willst du Antwort haben, so lege die nötige Marke bei, sonst mußt du bis zur nächsten Nummer warten, wo an dieser Stelle dann die erbetene Auskunft erfolgt.

A. B. Schlesien war in Kassel nicht vertreten.

U. Stuttgart. Ist längst ausgetreten und schreibt heute große Artikel gegen uns.

Kiel. Freundlichen Dank!

x. y. Erhalten und gern gelesen. Einmischen möchten wir uns trotzdem nicht. Heilo!

Für die Bücherei des Antisemiten.

Bernhard Förster,

Eine Schrift zum Andenken und zur Rechtfertigung.

Herausgegeben von deutschen Freunden.

Preis 50 Pf.

Zu beziehen durch die **Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstr. 27.** Bei vorheriger Einsendung des Betrages (deutsche und österreichische Marken werden in Zahlung genommen) erfolgt portofreie Lieferung.

Großer Nutzen

erwächst unseren Bestrebungen dadurch, wenn unsere Leser die **„Deutsch-Sozialen Blätter"** nicht nur überall empfehlen, sondern sie auch in allen Bahnhofsbuchhandlungen, Wirtshäusern, Gasthöfen, Cafés usw. immer und immer wieder verlangen. Wo die „Deutsch-Sozialen Blätter" nicht gehalten werden, bringe man auf sofortige Bestellung

Digitized by Google

CAFE MERKUR

Leipzig ★ ★ ★ ★
★ ★ **An der Pleisse 8.**
Geöffnet bis morgens ½4 Uhr.

300 Zeitungen. Depeschen u. Kursberichte, Städte-Adressbücher v. Berlin, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Hamburg-Altona, Halle a. S., Paris, sowie Handels-Adressbücher aller grösseren Staaten liegen zur gefl. Benutzung aus.

Jeden Vormittag Bouillon und Pasteten.

Hochachtungsvoll
W. Rühlemann.

Zum Abonnement bestens empfohlen:

Monatsblätter
für
deutsche Litteratur.

Herausgegeben von **A. Warnckc.**

Jährlich 12 Hefte. Preis für den Jahrgang nur 5 Mark. Die bereits vollständig erschienenen Jahrgänge sind auch hübsch gebunden zum Preise von nur 6 Mark zu beziehen.

Diese Zeitschrift hat sich die Aufgabe gestellt, eine Pflegestätte zu sein für die wahrhaft deutsche, herzerquickende und begeisternde Litteratur im Gegensatz zu der undeutschen sog. modernen Richtung in unserm Schrifttume.

Wer für seine Mußestunden eine anregende Lektüre haben will, wer sich über die neuen Erscheinungen der wirklich schönen Litteratur fortlaufend unterrichten will, wem es interessiert, auch einmal allerlei Anregendes über das Leben und Dichten unsrer großen deutschen Dichter und Schriftsteller der Vergangenheit und der Gegenwart zu lesen, kurz, wer sich überhaupt für die schöne Blume der theuren deutschen Dichtung zu begeistern vermag, dem seien die „Monatsblätter" aufs wärmste empfohlen.

Für die Familie sowohl als auch insbesondre für die heranwachsende Jugend bilden sie eine Schatzkammer des reinsten Genusses und der edelsten Bildung. Der Inhalt ist abwechslungsreich und mannigfaltig: Gute Erzählungen, interessante Abhandlungen und Studien über die mannigfachsten Gebiete der Litteratur, Nacherzählungen deutscher Klassiker, neue Gedichte usw.

Aus der Zahl der Mitarbeiter erwähnen wir die Namen: Jul. Lohmeyer, C. Busse, H. Eschelbach, O. Mühle, K. E. Knodt, M. Beilshaupt, Th. Fontane, A. Giesebrecht, Martin Greif, F. v. Köppen, H. Linga, J. Pape, Anna Ritter, Frida Schanz, G. Scherer, C. v. Wildenbruch usw.

Bestellungen nimmt jede Buchhandlung entgegen, falls eine solche am Platze nicht vorhanden, wende man sich direkt an die Verlagsbuchhandlung **Herm. Beyer** in **Leipzig.**

Wer einmal Bolan verbraucht hat, wird ihn fischer keinen Bekannten empfehlen.

Bolan.

Ein hochmoderner Herrenhoff für feine Anzüge und Überzieher. **Bolan** verdrängt Chevrot und Kammgarn, ist vornehm- sport und sehr haltbar.

Preisfreie Musterwahl auf Verlangen frei unter Kreuzband.

Viele freiwillige Anerkennungen.

Man adressiere:
Bortzkes' Tuchhaus in Düren 1
(Bez. Aachen.)

Etwa nicht gefallende Stoffe nehme auf meine Kosten gerückt. Alle frei. Wegnis.

In Güte und Preis unübertroffen

Der Glaube unserer Väter als Grundlage einer kräftigen vaterländischen Volkserziehung von **D. Herm. Hoffmeister.**
Statt 5 M für 3 M, so lange der geringe Vorrat reicht.
Herm. Beyer, Leipzig, Königsstr. 27.

Bismarcks Memoiren

erscheinen Ende November d. J. unter dem Titel:

Gedanken und Erinnerungen
des
Fürsten Otto v. Bismarck.

2 Bände, gebunden 20 Mark. (Nach auswärts portofrei.) Lieferung am Tage des Erscheinens nur verbürgt, wenn rechtzeitige Bestellung.

Herm. Beyer, Leipzig,
Königsstraße 27.

Liefere ein Postkoll (9½ Pfund)
feine Leber-, Rot- und Sülzwurst
zu 7,50 M. franko.
H. Glauner, Fleischermstr.
Papenburg b. Leer (OstfriesL.).
Ferner:
prima Hammelkeule u. Carrés
à Pfund 55 Pf.

H. Heinze, Hutfabrik
gr. Fleischergasse 5, Kurvenstraße 4.
Spezialität: 2,80-Hüte.

Prima kleine
Gänsefedern
mit sämtlichen Daunen, das Pfund zu M. 2.70, bei 5 Pfd. frei.
Garantie Zurücknahme.
J. Bartscher, Gestügelzhdlg.,
Rietberg in Westfalen.

Vorzügliche Gelegenheit zur Selbständigkeit!
Buch- und Musikalienhandlung mit Nebenbranchen, über 18 Mille Umsatz, in k. hübsch gelegener Stadt Sachsens mit Lehrer-Seminar, Amtsgericht und dicht bevölkerter reicher Umgebung, in flottem Betriebe, noch sehr erweiterungsfähig, zu verkaufen. Näheres für Selbstkäufer durch
Herm. Beyer, Leipzig.

Wer
in zwei Jahren
in den Feierabendstunden in spielend leichter Methode
● für 50 Pf. monatlich ●
Latein lernen
oder
lehren
will, der bestelle
Berthold Ottos
Lateinbriefe.
Monatlich erscheint ein Brief à 50 Pf.
Leipzig, Königsstr. 27.
Herm. Beyer.

Verlegern und Schriftstellern
polnischer Romane (nur besserer Litteratur von litterarischem Wert) kann ich eine Verlagshandlung nachweisen, die das Übersetzungsrecht kauft.
Leipzig, Königsstr. 27.
Herm. Beyer.

Kaufen Sie
keln Planino,
wenn Sie sich noch nicht den Katalog von **August Roth.** Kgl. Portug. u. Fürstl. Lipp. Hof-Pianofabrikant, **Hagen W. Nr. 58,** gratis haben kommen lassen.

Die Juden
und der
Deutsche Staat.
13. Auflage.
Von **H. Rauh.**

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königsstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe, Berlin NW. 5, Kruppstr. 13.
Druck: G. Reusche in Leipzig.

Digitized by Google

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Leipzig, 10. November 1898. Nr. 534.

Der erste Antisemit im preußischen Landtage.

In der vorigen Nummer mußten wir über die unerhörten amtlichen Beeinflussungen und unanständigen Umtriebe berichten, wodurch die Wahl des Reichstags-Abgeordneten von Liebermann im Kreise Homberg-Ziegenhain vereitelt worden ist. Diesmal können wir dafür den glänzenden Wahlsieg des Reichstags-Abgeordneten Ludwig Werner im Kreise Hersfeld-Rotenburg melden, der mit 155 Stimmen gegen den konservativen bisherigen Abgeordneten Isenburg, der 39 Stimmen erhielt, und gegen einen Nationalliberalen, der auch 28 Stimmen fielen, gewählt worden ist.

Der Abg. Werner hat sich den Landtagssitz redlich verdient und erkämpft. Er hat im Laufe der Jahre jede Gelegenheit wahrgenommen, seinem Reichstagswahlkreise zu nützen, und er hat dauernd die engste Fühlung mit seinen Wählern gehalten. Die letzte Reichstagswahl, bei der ihm plötzlich das Zentrum einen Gegenkandidaten stellte, zwang ihn zu einer außerordentlich sorgfältigen Klein-Agitation, die jetzt bei der Landtagswahl für ihn die besten Früchte getragen hat.

Bei Beginn der Wahlbewegung starb der Landrat des Kreises Rotenburg, wodurch Herr Werner seinen energischsten Gegner verlor. Der zur vorläufigen Verwaltung des Landratsamtes kommandierte Assessor gab sich zwar alle Mühe, für die Wahl des konservativen Bewerbers Stimmung zu machen, aber er erzielte nichts, weil die Ortsbürgermeister wußten, daß sie nicht dauernd mit dem Herrn zu thun haben würden. Der Sieg unsers Abg. Werner ist von grundsätzlicher Bedeutung für die Zukunft. Er zeigt, daß es für unsre Partei auch bei dem schlechtesten aller Wahlsysteme möglich ist, Erfolge zu erringen, und er weist auch die Wege, auf denen dies möglich ist. — Unser Landtags-Abgeordneter wird, daran hegen wir keinen Zweifel, es verstehen, sich durch seine persönliche Tüchtigkeit in dem neuen Wirkungskreise sehr bald die gebührende Geltung zu verschaffen.

Parteinachrichten.

Sächsischer Parteitag. Der Landesverein der deutschsozialen Reformpartei im Königreich Sachsen hält Sonntag, den 13. d. M., von 11 Uhr vormittags an zu Chemnitz im Saale des Gasthofes „Zur Linde" seine diesjährige ordentliche Hauptversammlung ab. Die Tagesordnung ist wie folgt festgelegt:

1. Geschäftsbericht.
2. Kassenbericht und Rechnungslegung.
3. Entlastung des Vorstandes.
4. Änderungen der Satzungen.
5. Neuwahl des engeren Vorstandes.
6. Unsre Parteipresse.
7. Berichte über die Reichstagswahlen, erstattet von den sächsischen Abgeordneten und Kandidaten der deutschsozialen Reformpartei.
8. Etwaige Anträge.

Unsre Parteifreunde in Sachsen werden um zahlreiche Beteiligung gebeten. Stimmberechtigt ist jedes Mitglied des Landesverbandes.

Rast ich, so rost ich! Nachdem die Aufregung und Unruhe der Wahlen sich einigermaßen gelegt hat, ist es nötig, wieder der kleinen Werbearbeit zu gedenken, die die parlamentarischen Erfolge vorbereiten muß. Vor allen Dingen ist es da der Winter, der unsern Bestrebungen insofern günstiger ist als die andern Jahreszeiten, weil der Bauer und kleine Handwerker an den langen Abenden eher zum Lesen von Zeitungen und Flugschriften Muße findet. Im Sommer und Herbst kann er au so etwas nicht denken. Deshalb müssen unsre Vereine usw. jetzt energisch wieder die Schriften-Agitation betreiben. Sie ist billig, nimmt nicht viel Zeit in Anspruch und hat um so nachhaltigere Wirkung, je planmäßiger sie zur Aus- und Durchführung kommt. Unser Verlag ist gern bereit, in dieser Hinsicht mit Ratschlägen zu dienen. Mögen unsre Vereine eine solche stille Werbe-Arbeit vielleicht zu Gunsten großer Versammlungen nicht unterlassen. Ohne jene bleiben diese erfolglos.

Chemnitz. Die Hauptversammlung des Deutschsozialen (Antisemitischen) Wahlvereins nahm einen glatten Verlauf. Sowohl der Jahresbericht, als auch der Bericht über die Kassenverhältnisse beriedigten allgemein und gaben keine Veranlassung zu Ausstellungen. Die Neuwahlen vollzogen sich in einer im Vereinsleben fast ungewohnten Weise, da sich niemand gegen seine Wieder- und Neuwahl sträubte, sondern jeder Gewählte sich ohne weiteres bereit erklärte seines Amtes zu walten. —

Bei den Stadtverordneten-Wahlen ging die mit dem Wahlverein aufgestellte Liste gegen die der Sozialdemokraten mit großer Mehrheit durch.

Im Fürstentume Schaumburg-Lippe hat am 5. d. M. für den verstorbenen Reichstagsabgeordneten Biesantz (freis. Volkspartei) eine Ersatzwahl stattfinden müssen. Insgesamt wurden dabei 5960 Stimmen abgegeben. Davon erhielten Müller (fr. Volksp.) 2584, Stroßer (kons.) 2336, Reichenbach (Soz.) 591 und Boecker (deutschsoz. Reformp.) 442 Stimmen. Bei Mitteilung dieser Zahlen bemerkt die „Deutsche Tagesztg.", ein Sieg des konservativen Kandidaten, Major a. D. Stroßer, sei nicht ausgeschlossen, wenn in der Stichwahl „die Antisemiten ihre Schuldigkeit thun." Der Wahlkreis zählt ungefähr 9000 Wahlberechtigte und bis jetzt haben in der Stichwahl beinahe 90 v. H. gewählt, davon 1890 57,2 v. H. und 1893 53,6 v. H. für den Freisinn, obwohl 1893 dieser bei der Hauptwahl um 8,3 v. H. hinter den Konservativen zurückblieb. Wie do angesichts dieser Thatsache und der Zahlen vom 5. d. M. die Antisemiten mit ihrer im letzten Augenblicke aufgestellten Zählkandidatur so ihre Schuldigkeit thun sollen, daß Herr Stroßer siegt, bleibt Geheimnis der „Deutschen Tagesztg." Nun kommt aber noch ein Umstand hinzu. Herr Stroßer ist so sehr „beliebt", daß er schon in der allgemeinen Wahl im Juni d. J. durchfiel, und daß der Bund der Landvolte ihn bei der Landtagswahl am 3. d. M. im Wahlkreise Münden-Lübbecke durchfallen ließ und mit Hilfe der freisinnigen Wahlmänner im zweiten Wahlgange ihren im ersten Wahlgange in der Minderheit gebliebenen eigenen Kandidaten Retzlung durchbrachten. Wir erwähnen die ganze Angelegenheit hier nur, damit man nach dem wahrscheinlichen Unterliegen der konservativen Partei nicht wieder den bösen Antisemiten die Schuld geben kann. Hier liegt sie nur an dem Kandidaten selbst, der mit zu denen gehört, die den Hofprediger Stöcker aus Münden-Lübbecke hinausgedrängt haben.

Stettin. Der deutschsoziale Reformverein beging am 5. d. M. sein Stiftungsfest, das von den Mitgliedern und Parteifreunden recht zahlreich besucht wurde. Die fröhliche Stimmung wurde durch die Nachricht von dem Siege des Abg. Werner noch mehr gehoben und allseitig gab man sich der Hoffnung kin, den ersten Landtagsabgeordneten der deutschsozialen Reformpartei bald in Pommerns Hauptstadt begrüßen zu können.

Versammlungs-Kalender. Graf Reventlow (Wolfshagen) spricht am 17. d. M. zu Hamburg.

Digitized by Google

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Ein gewiegter Geschäftsmann. Eine Hanauer Bürstenfabrik hatte dem Agenten Dav. Löb zu Frankfurt (Main) die Vertretung ihrer Waren übertragen und ihm einen Musterkoffer mit etwa hundert Bürsten zugeschickt. Nach mehren Monaten wollte die Fabrik einen andern Vertreter anstellen und forderte Koffer und Muster zurück. L. verweigerte die Herausgabe, weil er angeblich noch Provision zu beanspruchen hatte. Die Fabrik wollte ihm auch noch acht Mark zubilligen, die er bei Zurücksendung der Muster nachnehmen sollte. Da Löb aber mehr verlangte und die Muster nicht zurückgab, stellte die Fabrik Strafantrag gegen ihn. Ergebnis: drei Wochen Gefängnis.

Es bleibt beim Alten. Der Handelsmann Isaak Schlesinger zu Dortmund war von dem Landgerichte wegen Unterschlagung zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten verurteilt, jedoch war das Urteil vom Reichsgerichte aufgehoben und an die Verurteilung zurückverwiesen worden, weil es an einer genügenden Feststellung mangelte. Schlesinger hatte von einem Lackierer zwei Schränke zum Verkauf übernommen und zwar für den festen Preis von achtzig Mark. Den Erlös lieferte Schlesinger aber nicht ab, sondern verwendete ihn für sich, weil er sich dazu berechtigt glaubte, da er angeblich an den Lackierer eine Forderung hatte. Der Gerichtshof nahm dagegen in der erneuten Verhandlung an, daß der Angeklagte von vornherein vorhatte, den Lackierer um das Geld zu betrügen, es sogen demnach die Merkmale des Betruges vor. Deshalb erhielt Schlesinger wieder drei Monate Gefängnis.

Steuer-Hinterziehung. Sehr schlau meinten die Kaufleute Edwin und Wilhelm Reis zu Heidelberg zu sein, als sie zahlreiche ihr Vermögen und Einkommen zu gering angaben. Wegen brauchten die Brüder auch von ihrem Gelde einen Teil für die Aufgemeindesteuer abgegeben? Dazu sind ja die dummen Goims da. Nun hat die armen Juden doch ihr Schicksal ereicht. Sie haben vorläufig dem Staate an Kapitalrenten-, Gewerbe- und Einkommensteuer 15537 Mark nachzuzahlen. Die Stadt Heidelberg wird ihre Rechnung später noch vorgelegt bekommen.

Wegen Verletzung der Wehrpflicht sucht man den Kaufmann David Maier aus Taubertbischofsheim (Baden).

Unlauterer Wettbewerb, Verstoß gegen das Warenzeichengesetz und Unterschlagung. Dieser Vorgehen war der Zigarettenmacher Nathan Bernstein zu Münster auf einmal beschuldigt. Da gegen ihn umfangreiches belastendes Material vorlagen, hatte er die Staatskasse um zweihundert Mark bereichern und außerdem fünf Monate in Haft. Wegen Unterschlagung sich auszuhalten.

Ihr Gotteshaus bleiben in Polen zwei Juden für den geringsten Ort, ihre Streitigkeiten zum Austrag zu bringen und sich gegenseitig tant zu beschimpfen. Einer von ihnen, Salomon Kronthal mit Namen, wird dafür einen Monat brummen; der andre ist, bevor ihm das Gericht eine Strafe zudiktieren konnte, bereits gestorben.

Sie schwört. In New-York Nahrung suchte sie einen dort zur Kur weilenden Amerikaner auf und lockte ihm hundert Mark ab unter der Vorspiegelung, ihr kranken Mann müsse mit ihr und ihren vier kleinen Kindern nach ihrer Heimat New-Yyrk zurückkehren, sie seien aber völlig mittellos und bedürften zur Rückreise 250 Mark. Einige Tage später mußte sie denselben wieder aufsuchen bem Borgchen, ihr Mann sei doch wohl und munter in New-York besand, sei in dem benachbarten Friedberg gestorben, nochmals zur Herzgabe von hundert Mark zu bestimmen. Bei einer andern Amerikanerin versuchte sie ein ähnliches Manöver, erreichte aber ihren Zweck nicht. Sie schwört sich Rosa Levi, geb. Hirsch und besteht vor Gericht natürlich jede Schuld. Durch die Aussagen der Zeugen kam der Richter aber zu andrer Ueberzeugung und verurteilte Frau Levi zu zwei Monaten und zwei Wochen Gefängnis.

Eine unverschämte Reklame hat vor dem Schwurgerichte zu Wien ihre Sühne erhalten. Der Jude Schlesinger hatte in der „N. Fr. Pr." eine Anzeige unter der Überschrift: „Das erste Bulletin vom Kriegsschauplatze" veröffentlicht, das folgenden Inhalt hatte: „Der einmal zum Tische des Herrn gegangen ist nim, der wird gemeine ödliche Kost verschmähen, und wer einmal Paprika und Schuhe vom Paprika-Schlesinger bezogen, der wird nie mehr anderswo Betriebigung suchen und finden." Darin sah die Staatsanwaltschaft mit Recht eine Verhöhnung des Sakramentes des Altars und forderte sowohl Schlesinger wie den verantwortlichen Redakteur der „N. Fr. Pr." vor Gericht. In scharfer Weise geißelte bei der Verhandlung der Staatsanwalt jene schamlose Presse, die der Unsittlichkeit ihre Spalten öffne und in denen es von schmutzigen Anzeigen förmlich wimmle. Schlesinger bekam einen Monat strengen Arrest und der Redakteur des Wiener Organs der Allianz Israelite fünfzig Gulden Geldstrafe.

Das Branntwein-Monopol in Rußland ist den Juden sehr unangenehm Sie suchen es möglichst zu umgehen durch Einrichtung geheimer Schankstätten. Täglich kann man in den russischen Blättern von der Entdeckung derartiger Geschäftslokale lesen. An einem Tage berichtet z. B. die „Odessaer Ztg." von der Aufhebung eines geheimen Spritwaren-Verkaufs bei S. Hlad auf dem Sredobitzplatze und eines bei M. Klopmann auf dem Priwos Nr. 62 Außerdem wird aus dem Gouvernement Kiew mitgeteilt, daß in den einzelnen Städten der ungeheuere Handel namentlich in den Stadtteilen blüht, in denen die Bauern mit ihren Juhren einzukehren pflegen. In einem einzigen Stadtteile von Uman sind jüngst elf solcher geheimer Getränke-Auslaufen von der Polizei aufgehoben worden So äußert sich die wahre Kultur-Mission Israels!

Einen internationalen Taschendieb Salomon Liebeskind aus Barbutti bei Lodz, der sich auch Jakob Schula aus Sternowice nennt, verurteilte das Landgericht zu Köln wegen eines am 14. Mai auf dem dortigen Hauptbahnhofe verübten Taschendiebstahls zu achtzehn Monaten Gefängnis. Der Angeklagte gehört anscheinend zu einer Bande von Taschendieben jüdisch-polnischer Herkunft, die von London aus das Festland unsicher machen und ihre Thätigkeit hauptsächlich in den D-Zügen ausüben Auf dem Kölner Hauptbahnhofe wurden im Monate Mai verschiedene Personen bestohlen, und zwar stets in den am Bahnsteige abfahrenden D-Zügen. Die kriminalpolizei überwachte deshalb mit Hilfe der Gepäckträger diese Züge. Als nun am 14. Mai einem Herrn, der kurz nach zehn Uhr mit dem Hamburger D-Zuge fahren wollte, die Brieftasche mit einem Banknotenscheine entwendet wurde, stellten sich der Verdacht gegen Liebeskind ein. Er war nämlich beobachtet worden, wie er durch den ganzen Hamburger D-Zug gegangen war. Als er den Zug wieder verließ, entstand an dem Eingange des letzten Wagens ein Gedränge, und bei dieser Gelegenheit wurde der Diebstahl ausgeführt. Man fand den Angeklagten in dem zur Abfahrt bereitstehenden Berliner D-Zuge sitzen. In seiner Tasche fand sich ein Hundertmarkschein, nicht aber die Brieftasche, die erst in Berlin unter einer Bank dieses Zuges entdeckt wurde. Liebeskind, der ein einfaches Billet nach Düsseldorf besaß, wurde zugleich mit seinem mutmaßlichen Geschäftsgenossen und Reisegenossen, einem gewissen Lisowsky oder Steinau aus London verhaftet, den man aber wieder losließ. Kurz darauf ließ sich der Polizeibehörde von London aus ein Brief ein, worin gesagt war, die beiden Verhafteten seien zwei der berüchtigsten Taschendiebe!

Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat.

In der Zeit vom 1. bis einschl. 14. Sept. 1898 wurde über folgende Firmen usw. der Konkurs eröffnet:

Kaufmann Isaak Rosenbach zu Rachen. — Kaufmann Moses Kuhn zu Hasloch (Haych). — Kaufmann Max Grünfeld zu Berlin, Alexanderstraße 34. — Salli Simon (in Firma Simon & Co.) und Ehefrau Rachel, geb. Cohen, Stolp (Pommern). — Max Cohn, Viktoria zu Rixdorf bei Berlin zu Hönheim (Elsaß). — Handelsmann David Silbermann zu Breslau, Oderstr. 16 und Riemerzeile 16. — Kaufmann Albert Eisenstädt zu Cüstrin. — Kaufmann Siegmund Köhler zu Großmannsdorf. — Hotelier J. F. Bennrich zu Hausbruch. — Händler Hermann Goldner zu München. — Kaufmann Adolf Cohn (in Firma F. M. Fischer Nachf.) zu Rheydt. — Fabrikant Louis Leibfried zu Sindelfingen. — Kaufmann Julius Schlesinger zu Jittau.

Aufgehoben wurden in derselben Zeit nachstehende Konkurse:

Hotelpächter Hermann Goldbach zu Posen (Zwangsvergl.). — Kaufmann Felix Barkuntel, in Firma Badrian & Bergstein zu Glogau. — Kaufmann W. Blumenthal zu Rautenberg. — Kaufmann Meier Lehmann aus Ulfenheim. — Kaufmann Moses Kitzeln zu Berlin, Potsdamerstr. 105a. — Möbelhändler Schatz genannt Sigmund Ebner zu Bremen (Zwangsvergl.). — Bankier Marcus Kirsch zu Hamburg. — Handelsmann Joseph Benjamin zu Hönheim (Zwangsvergl.). — Handelsmann Salomon Monat zu Wachenheim (mangels Masse!). — Kaufmann Hermann Schottländer zu Göppingen.

Jüdische Ritter, Kommissions- und Kommerzienräte usw.

Ernannt wurde: der Bankier Neander Alexander zu Breslau zum Bizekonsul der Vereinigten Staaten von Amerika;

der Kaufmann Max Baer zu Frankfurt (Main) zum schwedisch-norwegischen Generalkonsul.

*

Berichtigung: Der in Nr. 533 erwähnte Kreisphysikus Dr. Feodor Straßner (Halberstadt) ist Deutscher.

*

In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen: Gerichts-Assessor Dr. Jakob Ascher zu Dessau; Rechtsanwalt Dr. Adolf Rothschild aus Eisenach zu Ximenau; Rechtsanwalt Max Dresdner zu Sonnenburg.

Neue Bücher.

(Alle hier angezeigten Schriften sind durch unsere Geschäftsstelle sowie durch jede Buchhandlung zu beziehen.)

Wirtshaus-Reform in England, Norwegen und Schweden. Von Dr. W. Bode. Berlin 1898. 108 Seiten. Preis 1,60 Mark.

In der sehr lesenswerten Schrift wird ausführlich geschildert, auf welche Weise und mit welchem Erfolge in England, Norwegen und Schweden während der letzten Jahrzehnte durch Errichtung von Wirtschaften ohne alkoholhaltige Getränke (Mäßigkeitswirtschaften) und durch Uebertragung der Betriebs zum Wirtschaftsbetrieb auf gemeinnützige Gesellschaften die Trunksucht bekämpft und der Alkoholgenuß eingeschränkt worden ist. Beispielsweise erfahren wir aus der Schrift, daß im Jahre 1894 in Norwegen nur noch auf 6000 Einwohner eine Branntweinverkaufsstelle kam, während Preußen

Digitized by Google

damals auf je 187 Einwohner eine Branntweinverkaufsstelle bestand, daß von 1871 bis 1896 in Norwegen der Branntweinverbrauch um mehr als die Hälfte abgenommen hat und verhältnismäßig nur noch etwa den vierten Teil so groß ist wie der Branntweinverbrauch im Deutschen Reiche, sowie daß die norwegischen gemeinnützigen Gesellschaften zum Ausschank alkoholhaltiger Getränke aus ihren Ueberschüssen erhebliche Aufwendungen für Schulen, Krankenhäuser, Straßen, Wasserwerke, Theater und andere öffentliche Anlagen machen. Möchte die Schrift manchen deutschen Leser veranlassen, nach Kräften auch in unserm Vaterlande die Errichtung alkoholfreier Wirthshäuser und den Uebergang der Wirthshäuser aus den Händen gewinnsüchtiger Kapitalisten auf gemeinnützige Gesellschaften zu befördern. F. B.

Briefkasten der Schriftleitung.

P. in N. Die lieben Gesinnungsgenossen halten sehr häufig eine Klage gegen eine x beliebige Person oder Zeitung für „unumgänglich erforderlich", die einem Parteiführer beschimpft hat. Sie vergessen aber gewöhnlich dabei, welcher Zeitverlust, welche Unbequemlichkeiten und vor allen Dingen welche Kosten dem Kläger daraus erwachsen. Selbst ein gewonnener Beleidigungsprozeß lohnt dem Gewinner Summen, die er nicht zurückerhalten kann. Besitzt er aber, was auch in Fällen möglich ist, wo der Kläger sonnenklares Recht zu haben glaubt, so erreichen die Kosten eine unbequeme Höhe. — Hier zwei Beispiele aus letzter Zeit. Der Abg. von Liebermann war vor Jahr und Tag bei einer Nachwahl in der Westpriegnitz thätig und wurde, wie üblich, von den gegnerischen Zeitungen beschimpft. Die dortigen Parteigenossen hielten eine Klage gegen ein in Perleberg erscheinendes Blatt für „unbedingt erforderlich im Partei-Interesse". Herr von Liebermann gab nach und klagte. Ergebnis: der Verklagte wurde in erster Instanz zu einer kleinen Geldbusse verurteilt, in zweiter Instanz freigesprochen und die Revision schließlich vom Kammergericht verworfen. Gerichtskosten 123 Mark. — Zweitens. Ebenso in der Westpriegnitz verhielt in einer Wahlversammlung ein konservativer Pfarrer einen, den nicht anwesenden Abg. von Liebermann beschimpfenden Artikel der „Kreuzztg.". Die Parteigenossen entrüsteten sich und verlangten stürmisch Klage. Diese erfolgt. Das Gericht stellt fest, daß der Artikel eine schwere Beleidigung enthalte — aber dem Vorsitzer habe das Bewußtsein der Beleidigung gefehlt, darum sei auf Abweisung der Klage zu erkennen. Kostenpunkt einige zwanzig Mark. — Die entrüsteten Gesinnungsgenossen haben die Sachen längst vergessen, aber der „Parteiführer" hat 150 Mark Reichswährung an die Gerichtskasse zu zahlen. In Anbetracht dieser Sachlage sollten die politischen Freunde sich daran gewöhnen, es den Beleidigten stets selbst zu überlassen, ob er klagen will oder nicht.

M. S. Die Angaben über die Zahl der in Jerusalem wohnenden Juden schwanken stark. Nach dem Guide Indicateur des Sanctuaires Hiérosolymes de la Terre-Sainte hat Jerusalem rechnend Bevölkerung mit den 73 000 Einwohnern 55 000 Juden. Vor dreißig Jahren gab es kaum 9000 Juden in Jerusalem, im vorigen Jahrhundert wurden ihrer höchstens 300 dort gedultet.

Philologus. Selbstverständlich hat jede Behörde einem Beamten oder Lehrer, der Reichstags-Abgeordneter ist, Urlaub für die ganze Dauer einer Session zu erteilen. Der Beamte hat nicht einmal nötig, um Urlaub zu bitten; er braucht nur anzuzeigen, daß er von dem und dem Zeitpunkte ab in den Reichstag eintreten wird. Vergl. auch Artikel 21 der Verfassung des Deutschen Reiches.

Für unsre Mitarbeiter! Schreibe kurz und klar, ohne überflüssige Worte und Fremdwörter, sowie ohne unnötige und altzuviele Höflichkeits-Redensarten.

Ohne Umschweife sofort auf die Hauptsache losgehen. Lange Briefe mit langen Einleitungen bleiben meist ungelesen, denn bedenke, was einem Zeitungsschreiber täglich nicht alles zugemutet wird.

Vergiß nicht, öfters ein Komma oder noch besser einen Punkt zu setzen; dadurch werden die Gedanken abgegrenzt und das Ganze übersichtlicher gestaltet. Dabei schadet es gar nicht, wenn öfters einmal ein Satz mit einer neuen Zeile beginnt.

Für den Druck bestimmte Sachen sind stets einzeitig und nicht zu eng zu schreiben. Auch ist ein entsprechender Rand — mindestens zwei Finger breit — zu lassen, damit für Einschaltungen Raum vorhanden ist. Die einzelnen Blätter sind mit fortlaufenden Seitenzahlen zu versehen.

Alle Namen von Personen und Orten schreibe so deutlich, daß man jeden Buchstaben einzeln lesen kann, sintemal die Buchstaben dazu da sind, daß man sie unterscheide, nicht aber, damit sie alle einander ähnlich sehen. Ueber das kleine lateinische u setze stets einen Bogen, denn sonst ist die Verwechslung mit dem n fast unausbleiblich.

Vergiß auch nicht, in jedem Briefe uns deine volle Adresse anzugeben — Name, Wohnort, Straße und Hausnummer —, sonst muß der arme Empfänger erst sein Buch nachschlagen und verliert dadurch seine kostbare Zeit.

Willst du Antwort haben, so lege die nötige Marke bei, sonst mußt du bis zur nächsten Nummer warten, wo an dieser Stelle dann die erbetene Auskunft erfolgt.

Empfangs-Bescheinigung.

Für die Landtagswahlen gingen beim Kassenwart Dr. Bielhaben, Hamburg, noch ein in der Zeit vom 24. bis 31. Oktober: J. P. in Güstrin II. 1 ℳ; R. A. Geiger, Schneidnitz, 10 ℳ; G. N., Prenzlau, 5 ℳ; Friedr. Wilhelm Krug, Ober-Kleba 5 ℳ

Für die Bücherei des Antisemiten.

Zwei Freisprechungen wegen antisemitischer Agitation.

Preis 10 Pf.

Zu beziehen durch die **Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstr. 27.** Bei vorheriger Einsendung des Betrages (deutsche und österreichische Marken werden in Zahlung genommen) erfolgt portofreie Lieferung.

Liefere ein Postfaß (9½ Pfund)
feine Leber-, Rot- und Sülzwurst
zu 7,50 M. franko.
H. Glauner, Fleischermstr.
Papenburg b. Leer (Ostfriesld.).
Ferner:
prima Hammelkeule u. Carrés
à Pfund 55 Pf.

H. Heinze, Hutfabrik
ex. Filzschuhfabrik b. Kurprinzenstr. 4.
Spezialität: 2,80-Hüte.

Prima kleine
Gänsefedern
mit sämtlichen Daunen, das Pfund zu M. 2,70, bei 5 Pfd. frei.
Garantie Zurücknahme.
J. Bartscher, Gestügelhdlg., Rietzberg in Westfalen.

Miniatur- ★★★★★★★★★
★★★ **Photographien**
in Briefmarken- oder Medaillon-Größe
15 Stück 1 M., 50 Stück 3 M., 100 Stück 5 M., 1000 Stück 35 M.
Auch in jedem sonst beliebigen Formate. Vergrößerungen und Verkleinerungen. Postkarten und Erinnerungskarten, Postkarten usw. mit Portrait — nach jed. uns einges. Bilde, welches unbeschädigt wieder zurückerfolgt. — Sorgfältigst behandelte und feine Ausführung, getreueste Aehnlichkeit. Billigste Preise. Muster u. Preisliste kostenfrei!
Photogr. Anstalt **Willy Fleisch**, Leutersdorf (Sachsen).
Vertreter gesucht.

Vorzügliche Gelegenheit zur Selbständigkeit!
Buch- und Musikalienhandlung
mit Nebenbranchen, über 18 Mille Umsatz, in fl. hübsch gelegener Stadt Sachsens mit Lehrer-Seminar, Amtsgericht und dicht bevölkerter reicher Umgebung, in flottem Betriebe, noch sehr erweiterungsfähig, zu verkaufen. Näheres für Selbstkäufer durch
Herm. Beyer, Leipzig.

Kaufen Sie
keln Planino,
wenn Sie sich noch nicht den Katalog von **August Roth**, Kgl. Portug. u. Fürstl. Lipp. Hof-Pianofabrikant, **Hagen W. Nr. 38**, gratis haben kommen lassen.

Verlegern und Schriftstellern
polnischer Romane (nur besserer Litteratur von litterarischem Wert) kann ich eine Verlagshandlung nachweisen, die das Übersetzungsrecht kauft.
Leipzig, Königstr. 27.
Herm. Beyer.

▲▲▲▲▲▲▲▲▲▲
Lerne Latein!
Dann kann dich niemand mehr ungebildet scheiten! Noch hält es jeder für unmöglich, die Sprache ohne jedes Studium zu bewältigen. Aber
es ist leicht
wenn man **Ottos Lateinbriefe** hat. Sie ziehen hervor, was man weiß, knüpfen daran, was man nicht weiß und machen so das Studium beinahe
und amüsant.
Monatl. erscheint 1 Brief, 1 Bog. stark; 25 Briefe umfaßt der ganze Kursus. Und wer schon Latein kann, lernt, wie er es leicht und amüsant lehren kann. Jeder Brief, auch einzeln, 50 Pf. Zu beziehen durch
Herm. Beyer, Leipzig,
Königstr. 27.
▼▼▼▼▼▼▼▼▼▼

Einen großen Dienst leistet man unserem Blatte und unserer Sache, wenn man seine Einkäufe bei solchen Handlungen deckt, die uns durch Ankündigungen unterstützen.

Digitized by Google

CAFE MERKUR

300 Zeitungen, Depeschen u. Kursberichts, Städte-Adressbücher v. Berlin, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Hamburg-Altona, Halle a. S., Paris, sowie Handels-Adressbücher aller grösseren Staaten liegen zur gefl. Benutzung aus.

Leipzig ★ ★ ★ ★ ★
An der Pleisse 8.
Geöffnet bis morgens ½4 Uhr.

Jeden Vormittag Bouillon und Pasteten.
Hochachtungsvoll
W. Rühlemann.

Leinen- und Baumwoll-Waren
von
Wilhelm Michael
Hainstrasse 7 LEIPZIG Hainstrasse 7.
Wäsche- und Aussteuer-Geschäft.
Leinen eigenes Fabrikat.
Inventur-Ausverkauf eines großen Postens Tischzeug, Handtücher, Taschentücher, Gardinen- und Kongressstoffe, Kleiderstoffe und Teppiche zu herabgesetzten Preisen.
Alleinverkauf
der echten Dr. Lahmannschen Unterkleidung.

Deutsche Schänke, Leipzig,
Poststrasse 20
empfiehlt **kräftigen Mittagstisch** und **gute Biere.**
Gesellschaftszimmer.
Platz zur Aufbewahrung von Fahrrädern genügend vorhanden.
Hochachtungsvoll
H. Singer.

Heinrich Weigang
am Roßplatz ✱ **Kurprinzstraße 1** ✱ am Roßplatz
empfiehlt sein großes Lager
deutscher und englischer Stoffe zur Anfertigung eleganter und gut passender
Herren-Bekleidung nach Maß
Komplette Herren-Anzüge von 48 M. an.
Die für das Schaufenster extra zur Ansicht gestellten **Anzüge, Paletots, Joppen, Hosen und Schlafröcke** verkaufe ich zum Selbstkostenpreis.
Heinrich Weigang, Leipzig, Kurprinzstraße 1.

Germanikus-Verlag, Leipzig, Königstr. 27.
Auch durch jede Buchhandlung zu beziehen.

Alle 5 Broschüren zusammen bezogen M. 1.50.

Stille, Unsere Währungsfrage.
30 Pf.

Uhl, Die Not des Handwerks.
20 Pf.

Fahrkarten-Schwindel auf den Bahnen.
50 Pf.

Prof. Dr. Paul Förster,
Talmud und Schulchan aruch.
80 Pf.

Juden und Christenblut,
Geschlicht. Beiträge z. Frage d. jüdischen Blutrituals.
40 Pf.

Vergleichen Sie
alle Angebote in Herrenkleiderstoffen in Bezug auf Auswahl, Qualität und Preise, dann kaufen Sie bestimmt bei
Christian Günther
LEIPZIG-PLAGWITZ
Bedeutendstes Tuch-Versandgeschäft.
Fordern Sie mit 5 Pfg.-Karte kostenlose Zusendung von Mustern.

Frankfurt a/M.
Hotel Cölner Hof.
Besitzer: Hermann Laas.
Gegenüber d. rechten Ausganges des Hauptbahnhofes.
60 Zimmer mit 90 Betten bei mäßigen Preisen.
Bier- und Wein-Restaurant.
Jüdischer Besuch verbeten.

Wein-Groß-Handlung,
Import von Rum, Arrac, Cognac,
sowie
Jede Flasche trägt diese Etiquette als Schutzmarke.
Berlin NW., Stendaler-Straße 1.
Fernsprecher: Amt Moabit 1376.
Gegründet 1877.
1892er u. 93er Rhein- u. Mosselweine,
p. Fl. oder p. Ltr. von 70 Pf. an.
1893er u. 94er Bordeaux-Weine von 1 M. an, sowie sämtliche in- und ausländische Weine etc. zu soliden Preisen. Für absolute Reinheit garantieren
Schmitz & Co.
Kleine Proben und Preisliste umsonst.

Wer einmal Bolan verbraucht hat, wird ihn sicher seinen Bekannten empfehlen.

Bolan.
Ein hochrenommierter Herrenhut für feine Anzüge und Ueberzieher. Bolan bevorzugt Oberhut und Kammgarn, ist vornehm-sport und sehr haltbar.
Prachtvolle Musterwahl auf Verlangen frei unter Kreuzband.
Man adressiere
Bortzkes' Tuchhaus in Düren 1
(Rhg. Aachen.)

Etwa nicht gefallende Stoffe nehme auf meine Kosten zurück. Alle kein Wagnis.

Viele freiwillige Anerkennungen.

In Güte und Preis unübertroffen.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe, Berlin NW. 5, Kruppstr. 13.
Druck: G. Reusche in Leipzig.

Digitized by Google

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Leipzig, 17. November 1898. Nr. 535.

Parteinachrichten.

Weihnachten! Auf Veranlassung des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes (Hamburg) möchten wir unsere Leser darauf hinweisen, daß es eine außerordentliche Erleichterung für die Geschäftsinhaber und ihre Angestellten bedeutet, wenn die Einkäufe nach Möglichkeit nicht in den späten Abendstunden und den letzten Tagen vor Weihnachten besorgt werden. Wenn man bedenkt, wie sich die Angestellten der meisten Ladengeschäfte die letzten vierzehn Tage vor dem Feste bis in die sinkende Nacht hinein plagen müssen, wie durch die unvermeidliche geistige und körperliche Abspannung nach solcher Überarbeitung das Weihnachtsfest für sie nur bedingungsweise das schöne Fest genannt werden darf, wird man die herzliche Bitte des Handlungsgehilfen-Verbandes verständlich finden und sie auch gern erfüllen. Also nicht am späten Abend und nicht im letzten Augenblicke die Geschenke einkaufen!

Eine freisinnige Verleumdung. Sehr unangenehm ist es den Herrn Judenschützern, daß das neue Heim des preußischen Landtags auch ein Mitglied der deutschsozialen Reformpartei beziehen wird. Deshalb muß von vornherein Mißtrauen gegen den Neugewählten gesät werden, was die freisinnige „Posener Ztg." mit folgenden Worten besorgt: „Herr Werner, der einzige Antisemit im neuen Hause (der einzige aber nur im Fraktionssinne) hat mit bündlerischer Hilfe über einen Konservativen gesiegt. Es ist das derselbe Herr Werner, den im Reichstag kaum der Vorstand und die Beamten kennen, weil er fast nie da ist. Dem Hause der Abgeordneten angehören ist ehrenvoll und ist Gewinn; denn hier giebt es Diäten. Aber die kann man auch beziehen, wenn man schwänzt."

Die ganze Unwissenheit der Sorte von Zeitungsschreibern, wie sie in der „Posener Ztg." und Blättern ähnlichen Kalibers ihr Unwesen treiben dürfen, spricht aus diesen Zeilen. Mit solcher Tummheit kämpfen Götter selbst vergebens. Wir beschränken uns darum nur auf die thatsächliche Berichtigung, daß

1) der Abg. Werner nicht „mit bündlerischer Hilfe", sondern aus eigner Kraft nach fünfjähriger ununterbrochner Arbeit gesiegt hat und Kraft nach

2) der Abg. Werner im Reichstage fast nie fehlte — als Schriftführer der Budget-Kommission hätte er wohl kaum fehlen können, ohne sein Amt loszuwerden.

Nachgedruckt haben eine Anzahl Zeitungen unserer Notiz über das Ausrücken des Handelsmannes Isidor Cohn aus Metz (vergl. Nr. 533), ohne zu bemerken, daß der Drudfeder-Teufel aus Corf Israel einen Corf Israel gemacht hatte. Gedankenlos lautete deshalb auch in jenen Blättern der Nachsatz: „Herr Corf-Hirsch sucht nunmehr den Isidor," obwohl man doch wissen könnte, daß der französische Hirsch sich immer noch so corf nennt.

Krefeld. Der verantwortliche Redakteur der hiesigen „Deutschen Zeitung" wurde am 5. Juli d. J. vom Landgerichte von der Anklage freigesprochen, die jüdische Religionsgesellschaft und ihre Einrichtungen beschimpft zu haben. In der „Deutschen Ztg." hatte nämlich am 10. Dezember 1897 gestanden: „Jüdische Sittenlehre. Der Jude kann sich durch einen Rabbi von jedem Eide oder Schwure losprechen lassen; er kann also immer falsch schwören!" Der Angeklagte entnahm diese Sätze einem ihm zugegangnen Flugblatte, das dem ersten Richter auch vorgelegt wurde. Das Flugblatt enthält einen Auszug aus dem Talmud und auch die Bemerkung, das jüdische Col nidre-Gebet enthalte thatsächlich die Lossprechung von allen Eiden. Nach der Auffassung des Richters liege das Charakteristische der Beschimpfung immer in der Roheit des Ausdruckes, davon könne aber hier keine Rede sein, überdies sei dem Angeklagten zu glauben, daß er den beanstandeten Satz für thatsächlich wahr gehalten und ihn nur zur Aufklärung seiner Leser abgedruckt habe. Gegen dieses Urteil legte die Staatsanwaltschaft Revision ein und rügte, es fehle an einer Untersuchung, ob nicht aus der Form der Äußerung eine Beschimpfung herzuleiten sei. Der Reichsanwalt hielt diese Beschwerde für ungerechtfertigt, denn der erste Richter stehe mit Recht auf dem Standpunkte eines Urteils des vierten Strafsenats des Reichsgerichts, das eine besonders rohe verletende Form verlangt, sowie des von ähnlichen Voraussetzungen ausgehenden dritten Strafsenats. Die beschwerdeführende Staatsanwaltschaft dagegen mache sich die Auffassung des zweiten Strafsenats zu eigen, wonach der Begriff der Beschimpfung bereits erfüllt ist durch die Behauptung ehrenrühriger Thatsachen. Hier habe der erste Richter nun thatsächlich festgestellt, daß der Angeklagte subjektiv nicht die Absicht hatte, strafbar zu handeln. Der Ausschluß des Verwußtseins der Beschimpfung sei thatsächlicher Natur, also durch die Revision nicht anfechtbar. Gegen den Antrag des Reichsanwalts hob jedoch der erste Strafsenat das Urteil auf und verwies die Sache zur anderweiten Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht Düsseldorf zurück.

Magdeburg. In seiner letzten Sitzung beschäftigte sich der Deutschsoziale Reformverein mit den bevorstehenden hiesigen Stadtverordneten-Wahlen. Nach einem ausführlichen Vortrage des Herrn Redakteur Kreutz und einer lebhaften Aussprache faßte man entsprechende Beschlüsse.

Harburg (Elbe). Zum 6. d. M war eine öffentliche Versammlung geplant, in der Abg. Raab über das Thema „Der Kampf gegen Sozialdemokratie und Judentum" sprechen sollte. Trotz hatte man den „Gewissen" eine große Anzahl von Eintrittskarten umsonst zur Verfügung gestellt, trotzdem lehnten die tapfern Leutchen jede Beteiligung ab. Die hiesigen Zeitungen waren ebenso tapfer, denn sie stellten bei Aufnahme der Anzeige die Bedingung, das anstößige Wort „Judentum" müsse wegfallen. Ein Säulen-Anschlag war dagegen überhaupt nicht zu erreichen, da der Pächter unsrer Anschlags-Säulen ein Jude ist. Trotz dieser vielen Hindernisse war die Versammlung gut besucht und nahm auch unter dem Vorsitze des Herrn W. Schack (Hamburg) einen hübschen Verlauf.

Erfolge der Judenpresse. Während die deutschnationalen Zeitungen dauernd mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben, die sich meist in der Verringerung des Umfanges, der Einschränkung der Mitarbeiter oder der Herabsetzung des Bezugspreises äußern, steht sich die gegnerische Presse nicht schlecht. Vor allen Dingen blühen die Blätter ganz ungemein, die in irgend einem Zusammenhange mit der Börse stehen. So hat z. B. die Aktien-Gesellschaft „Berliner Börsen-Kurier" im letzten Geschäftsjahre bei einem Aktien-Kapitale von 525 000 Mark einen Reingewinn von 115 099 Mark 60 Pf. zu verzeichnen, das sind 22 p. H. des angelegten Kapitals. Dabei stehen noch 5 v. H. des Aktien-Kapitals in Reserve.

Wir bitten unsere Parteifreunde dringend, über diese Zahlen einmal genauer nachzudenken und für unsere Partei daraus die nötigen Schlüsse zu ziehen.

Hamburg. Eine rege Thätigkeit entfalten der Verein der Deutschsozialen Reformpartei und der einzelnen Bürgervereine zur Einleitung der Winter-Arbeit. Abg. Raab sprach in den letzten Wochen z. B. in Hoheluft-Harvestehude, in Borgfelde und im Eimsbütteler Bürgerverein. In letzterem hielt auch Herr Rechtsanwalt Jacobson einen Vortrag über das Unwesen der Rabatt-Marken-Vereine. —

In der Bürgerschaft kam es am 9. d. M. zu einem Zusammenstoße zwischen dem unserm Leser von der Transvaal-Angelegenheit her bekannten Herrn Veit, in Firma Falk David Veit, und dem Abg. Raab. Es war beantragt, die Verhandlungen der Bürgerschaft in Zukunft stenographisch aufzunehmen. Herr Veit sprach dafür und erboste sich bei der Ge-

Digitized by Google

legenheit an der Thatsache, daß unser „Deutsches Blatt“ die Reden des Abg. Raab faſt immer wörtlich bringe, während es alle andern ſehr abkürze. Dabei ſpielte Herr Beit ſich als „Chriſten“ auf und war ſehr freundlich, dem „deutſchen Blatte“ vorzuwerfen, es greife ihn und „Andersgläubige“ „pöbelhaft“ an und ſei im übrigen „parzellan-agrariſch“. Abg. Raab antwortete kurz und bündig: „Herrn Beit möchte ich den Rat geben, nicht Angriffe gegen mich und meine Partei an den Haaren herbei zu ziehen. Ich bekümmere mich auch um ihn nicht, und mir würde es ganz gleichgültig ſein, wenn die Reden des Herrn Beit wortgetreu im „Israelitiſchen Familienblatt“ abgedruckt würden.“ Natürlich wurde nun Herr Beit fuchsteufelswild und ſeine Freunde riefen „Pfui“. — Was welchem Geiſte die unter dem Präſidium eines Juden ſtehende Bürgerſchaft beſeelt iſt, kann man daraus erſehen, daß ſie in derſelben Sitzung die Einführung der Gleichberechtigung der Beamten mit den andern Bürgern ablehnte. Die Beamten haben alſo nach wie vor das paſſive, nicht aber das aktive Wahlrecht. So handeln die Liberalen, wo ſie am Ruder ſind!

Israel im Konflikt mit den Landesgeſetzen.

Eine grobe Beleidigung des Ober-Regierungsrates von Woy zu Marienwerder ſah das Landgericht I zu Berlin in der Behauptung des Zeitungs-Berichterſtatters Felix Selbſt, von Beh habe „Grundbuch-Schacher“ getrieben und die für ihn thätigen Handwerker benachteiligt. Da Selbſt für ſeine Angaben keinerlei Beweiſe beibringen konnte, muß er auf ſechs Monate in Plötzenſee ſeine Wohnſtätte aufſchlagen. Bei der Verhandlung wurde bekannt, daß ſich Herr von Woy zur Vermittlung ſeiner Grundſtücksgeſchäfte in Berlin und Umgegend lediglich eines Herrn Silberberg bedient, und daß ſich der Jude Selbſt faſtlich als Diſſident bezeichnete und als Antiſemit auftrete!

Juniorer Weltbewerb. Die Firma Caſſirer u. Danziger zu Berlin benutzte zu einem in ihrem Verlage erſchienenen Buche den Titel eines ſeit Jahren von einer Leipziger Firma vertriebenen Werkes. Bei einer Strafe von fünfhundert Mark für jeden einzelnen Fall iſt ihr das nunmehr gerichtlich verboten worden.

Gegenſeitig beſchimpft — und zwar wie es bei manchen Juden Mode iſt, ſogar vor dem Judentempel — haben ſich Bertha Löwy und Roſa Singer. Sie müſſen dafür fünf Tage und einen Tag die ſüße Freiheit entbehren.

Fahnenflüchtig iſt der Einjährig-Freiwillige Cohn vom Infanterie-Regimente Graf Bose zu Altona (Elbe).

Einen falſchen Paß benutzte der Kaufmann Nathan Garber, der aus Oeſterreich-Ungarn nach Odeſſa ausgewieſen war und ſich dort D. Berner nannte. Die ruſſiſche Polizei ſtellte ihn dafür ein.

Mosaik.

Die Einführung eines Abzeichens für Hauſierer, das die maßgebende Behörde anzuzeigen und das ſichtbar zu tragen iſt, wünſchte der Verein der Krämer und Spezereihändler zu München. Der Magiſtrat der bayeriſchen Hauptſtadt wendete ſich deshalb an die dortige Polizeibehörde und bieſe bat die Handels- und Gewerbekammer um ein Gutachten. Obwohl mehre Mitglieder der Kammer der Meinung waren, daß der Hauſierer ebenſogut polizeilich durch ein Abzeichen kenntlich gemacht werden könne, wie der Gewerbetreibende an ſeinem Laden uſw. deutlich die Firma anzubringen habe, kam die Kammer doch zu einem ablehnenden Beſchluſſe. Ausſchlaggebend war die Meinung des Sekretärs Dr. Kohn (!), der eine derartige Vorſchrift nicht mit der Gewerbeordnung vereinbar hielt. — Dieſe Anſicht iſt aber nichts weniger als ſtichhaltend, denn genau ſo wie die Behörden ein Firmierungs-Gebot erlaſſen können, haben ſie auch die Befugnis, den Hauſierern eine „Firma“ in Geſtalt eines Abzeichens vorzuſchreiben.

Ein findiger Kopf. Große Verlegenheit herrſchte in der galliſchen Judengemeinde z. Man war von einer benachbarten Judengemeinde in Preußiſch-Schleſien um die Verleihung eines Schofars (Blashorn) für ein großes religiöſes Feſt gebeten worden und wollte den Glaubensgenoſſen auch damit zu Hilfe kommen; leider aber wurde an der Grenze für ein ſolches Inſtrument Zoll verlangt. Man beratſchlagte lange hin und her, ohne einen Ausweg zu finden. Endlich kam die Kunde von der Sache auch an das älteſte Gemeindemitglied. Gegen eine kleine Belohnung erklärte es ſich im Stande, das Schofar durch den preußiſchen Zoll zu bringen. Mit einigen ihn ſtützenden Begleitern machte er ſich auf den Weg, wobei er zur Beſtätigung der übrigen das Schofar affen in der Hand trug. So kam man an die Grenze. „Haben Sie etwas Zollbares?“ fragte die Wache. „Was ſagen Sie?“ entgegnete der alte Moſes, und ſetzte das Horn als Hörrohr an. Die Wache ließ ihn nun paſſieren und ſo gelangte das Schofar zur Freude der Gemeinde unverzollt an den Ort ſeiner Beſtimmung. Si non o vero, e ben trovato! (Jugend.)

Ultra montes. Der katholiſche Pfarrer Liebe in St. Jur (Lothringen) glaubte ſeiner Predigt die Warnung einflößen zu müſſen: „Wenn die Truppen dieſe Woche zum Manöver einrücken, ſo achtet auf eure Partemonnaies und eure Kinder.“ Das Landgericht zu Metz legte dem ſehr ehrenwerten Geiſtlichen leider nur vierzehn Tage Gefängnis auf.

Jüdiſche Kolonien in Paläſtina. Aus Anlaß der Reiſe unſers Kaiſers nach dem gelobten Lande iſt wieder einmal viel die Rede von den dortigen jüdiſchen Kolonien. Ein Herr Chitrowa giebt in ſeinen in den „Moskowiſſija Wedomosti“ abgedruckten Paläſtina-Briefen die Zahl dieſer Kolonien auf 32 an, die ungefähr 25 000 Hektar Land beſitzen und fünftauſend jüdiſche Kolonieſen zählen. Die Einrichtungskoſten hat alle Rothſchild bezahlt, der damit aber eine recht ſchlechte Kapitalanlage gemacht hat. Solange Rothſchild Geld hergab, ging alles gut, doch als von den Kolonieſten Arbeit verlangt wurde, . . . änderte ſich alles mit einem Schlage. Herr Chitrowa iſt der Anſicht, daß die zioniſtiſche Bewegung dadurch in Fluß gekommen iſt, daß Rothſchild ſeine Kolonien entweder nicht länger halten kann oder will und ſie daher loswerden möchte. — In Argentinien, in Rußland und in Paläſtina ſieht man überall dieſelben Mißerfolge, und doch glauben es die Judenſchützer immer noch nicht, daß ihre Schützlinge niemals zu Ackerbauern erzogen werden können und deshalb auch nicht mit uns die gleichen Rechte haben dürfen.

Ein Juden-Streik. Zu Kolomea in Galizien beſteht eine eigenartige Textil-Induſtrie. Die dortigen Fabriken beſchäftigen ſich faſt ausſchließlich mit der Herſtellung der jüdiſchen Gebetsmäntel, Taleß genannt. Fabrikanten und Arbeiter ſind Juden. Die Unternehmer haben große Reichtümer angehäuft, während die Arbeiter darben. Der wöchentliche Verdienſt der letztern ſchwankt zwiſchen zwei und vier Gulden bei einer täglichen Arbeitszeit von 6 Uhr morgens bis 10 Uhr abends. Die jüdiſchen Arbeiter haben ſich jetzt gegen ihre Ausbeuter erhoben und ſind ausſtändiſch geworden. Im „Worwärts“ wird um Unterſtützung der notleidenden Juden gebeten. — Den ſtreikenden Juden gönnen wir die etwa einlaufenden Gelder, da zweifellos ein Notſtand vorliegt, vorausgeſetzt, daß die Verhältniſſe richtig geſchildert ſind. Für richtiger würden wir es aber halten, die Streikenden klopften erſt bei ihren wohlhabenden Stammesgenoſſen an, die ja ſo gerne mit ihrem Wohlthätigkeitsſinn protzen, als daß ſie die Hilfe der deutſchen Arbeiter in Anſpruch nehmen. Das werden ſich unſre Arbeiter hoffentlich auch ſagen. Indem iſt es ja durchaus nicht ſicher, ob man es nicht mit einem Schwindel zu thun hat. Die Gelder ſollen nämlich direkt nach Galizien an die Adreſſe eines Juden geſchickt werden. Alſo Vorſicht, deutſche Arbeiter!

Sozialdemokratiſches. Der Führer der Sozialdemokraten zu Sammenberg (Böhmen) benutzte eine Anzahl Kinder zum Flachsrupfen und entſchädigte ſie dafür täglich mit zehn Kreuzer. Was wäre dem Bourgeois wohl paſſiert, der ſolche Ausbeutung getrieben hätte? —

Ende dieſes Jahres ſcheiden aus dem Stadtverordneten-Kollegium zu Burzen die letzten „Genoſſen“, die noch vor wenigen Jahren dort die Mehrheit hatten. So raſch verſtehen die Herren Zukunftsſtaatler abzuwirtſchaften. —

Nach der Ausweiſung der beiden ruſſiſchen Juden Dr. Helphand und Marchlewsky aus Dresden und dem Königreiche Sachſen tauchte die ſozialdemokratiſche „Sächſiſche Arbeiterztg.“ von der Jüdin Roſa Luxemburg geleitet. Nun iſt ſie von den Obergenoſſen zu Berlin abgelegt, weil ſie nicht parieren wollte. Die ſächſiſchen Sozialdemokraten müſſen ſich alſo einen andern Juden ſuchen, denn ohne Juden gehts nun einmal nicht. —

Digitized by Google

Firmen-Verschleierung. Der Kaufmann Heinrich Levin Schneidemühl zu Berlin firmiert nur Heinrich Schneidemühl. Warum wohl? —

In das Firmenregister des Königlichen Amtsgerichts zu Schwerte ist die Firma Schwerter Hutbazar, Herren- und Knaben-Garderoben-Geschäft und als deren Inhaber der Kaufmann Bernhard Stern zu Schwerte eingetragen. —

Inhaber der Handelsgesellschaft Oberseit & Co. zu Berlin sind die Kaufleute Arthur Weigt und Eduard Marcus. —

Das Ausstattungs-Magazin von Julius Glogau zu Berlin betreibt der Kaufmann Marcus Schragenheim, der es nunmehr in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung umwandelte. —

Fräulein Paula Lewin zu Sangerhausen firmiert einfach P. Lewin! —

Die Firma der Handelsgesellschaft Gebr. H. Benjamin ist in Gebr. Köhler geändert.

Von Roheiten polnischer, tschechischer und italienischer Arbeiter berichten jetzt die Zeitungen fast tagtäglich. So ist es jüngst auch bei Bremen zu einem großen Tumult gekommen, wobei die polnischen Arbeiter geschrieen haben: Schlagt die Deutschen tot! Zwei Arbeiter sind erstochen worden. — Das Messer spielt bei unsern slavischen Vettern überhaupt eine große Rolle. In den rheinischen Industriebezirken vergeht fast keine Woche, ohne daß ein Deutscher von einem polnischen Arbeiter durch Messerstiche schwer verletzt wird. Und anderwärts im Deutschen Reiche herrschen ähnliche Zustände. — Wie lange noch??

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. Sein fünfzigjähriges Bürgerjubiläum feierte zu Ziegenhals der Kaufmann Josef Fränkel. Bei dem zu seinen Ehren veranstalteten „glänzenden" Kommers nannte ihn ein Graf Zieten (Arnoldsdorf) „Freund der Landwirtschaft und des Mittlirs." Schade, daß der Herr Graf diese Freundschaft nicht zahlenmäßig belegt hat. —

Unter den 160 weiblichen Studenten der Berliner Universität befinden sich 47 Jüdinnen = 30 v. H. —

Die Medizinische Gesellschaft zu Magdeburg nahm nach zweimaliger Meldung einen jüdischen Arzt nicht auf, weil er Jude ist. Es ist eigentlich unglaublich, daß sich jemand wiederholt einer Gesellschaft aufdrängen möchte, wenn sie nichts von ihm wissen will. Aber hier wird die Sache verständlich, denn die Magdeburger Krankenkassen nehmen keinen Arzt an, der nicht Mitglied der Medizinischen Gesellschaft ist! —

Ein Junge des praktischen Arztes Dr. Seligmann zu Frankfurt (Main) hatte im dortigen Zoologischen Garten allerlei Unfug getrieben. Da sein Vater sich prügelscheu, den ungezogenen Burschen zu bestrafen oder zu einer Entschuldigung anzuhalten, schloß man ihn einfach vom Besuche des Gartens aus. Herr Dr. Seligmann hatte aber die Stirn, diese Verfügung auf dem Klagewege anzufechten und drang auch damit durch, weil die Satzungen der Garten-Gesellschaft keine Bestimmungen über das Hausrecht enthalten. Würde ein Deutscher sich so verhalten? —

Die beitragspflichtigen Mitglieder der jüdischen Gemeinde zu Berlin sind seit dem 1. April 1895 um fünftausend gewachsen; sie betrugen nämlich am 1. April d. J. 21 389 und vor drei Jahren nur 16 235. —

Briefkasten der Schriftleitung.

Liberaler Ender Delfspucker. Die Kapriolen der „Weser-Ztg." und anderer Liberaler vom Schlage des Bareler „Gemeinnützigen" — vielleicht kennen Sie auch den Spitznamen für dieses Blatt — boden uns eine heitre Viertelstunde bereitet. Wenn es nur in Ostfriesland ganz tagen möchte. Interessant war uns, daß selbst die Wahlmänner von Borkum liberal wählten. Das wird man sich merken müssen.

x. y. z. Nein, Sie irren! Wir kürchten absolut nicht den Griff ins Wespennest, und Sie werden schon bald sehen, daß Sie Unrecht haben. Heil!

Berichtigung. Der Hinweis „vergl. heiligenden Flugblatt") im Artikel „Reklame-Helden" war lediglich für die Schriftleitung bestimmt und ist nur versehentlich im Satze stehen geblieben.

A P. Erhalten und wird verwandt. Brief dieser Tage.

G. in O. 1899 kosten unter Streifband 3 Mark. Für die Mitteilungen habe schon einen Nachfeier Ich will sehen, ob ich Ihnen dennoch beschaffen kann. Heil! B.

Eingegangene Anfragen.

Wer kann uns mitteilen, wo bei Tacitus die Stelle vom odium generis humani steht?

Empfangs-Bescheinigung.

Für die Landtagswahlen gingen noch ein beim Kassenwart Dr. Bielhaben, Hamburg, Hohe Bleichen 31: P. Krug, Berlin, 5 ℳ; Prof. Dr. Jungfer, Berlin, 3,05 ℳ.

Bei der Haupt-Geschäftsstelle ging ein für die Parteikasse von Wilh. M. in Hannover 1 ℳ

Für die Bücherei des Antisemiten.

Die Fremdlinge in unserm Heim.

Ein Mahnwort an das deutsche Volk.

Von einem Berliner Bürger.

●●●● Preis 60 Pf. ●●●●

Zu beziehen durch die **Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstr. 27.** Bei vorheriger Einsendung des Betrages (deutsche und österreichische Marken werden in Zahlung genommen) erfolgt portofreie Lieferung.

Heinrich Weigang

am Roßplatz ■ Kurprinzstraße 1 ■ am Roßplatz

empfiehlt sein großes Lager

deutscher und englischer Stoffe zur Anfertigung eleganter

Herren-Bekleidung nach Maß

Komplette Herren-Anzüge von 48 M. an.

Die für das Schauenster extra zur Ansicht gefertigten **Anzüge, Paletots, Joppen, Hosen und ☞ Schlafröcke** verkaufe ich zum Selbstkostenpreis

Heinrich Weigang, Leipzig, Kurprinzstraße 1.

20 Mark täglich

können mit Pferdebesitzern in Verbindung stehende Personen durch Verkauf eines jedem Pferdebesitzer unentbehrlichen, im In- und Auslande patentamtl. geschützten Artikels verdienen. Es sollen Alleinverkaufsstellen errichtet werden, also ist keine Konkurrenz zu fürchten. Nur tüchtige, strebsame Leute wollen sich wenden an A. L. Bleibe, Barmen. Nr. 172.

H. Heintze, Hutfabrik

gr. Fleischergasse 5, Kurprinzstraße 5.

Spezialität: 2,80-Hüte.

Miniatur-Photographien

in Briefmarken- oder Medaillon-Größe

15 Stück 1 M., 50 Stück 3 M., 100 Stück 5 M., 1000 Stück 35 M.

Auch in jedem noch beliebigen Formate. Vergrößerungen von Vereinsfahnen, Gruppenaufnahmen, Postkarten usw. mit Porträt — auch ganz einzel. beide, welches unbeschädigt wieder zurückerfolgt. — Verdorgt schnellste und feine Ausführung, getreueste Aehnlichkeit, billigste Preise. Muster u. Preisliste kostenfrei.

Photogr. Anstalt Wilh. Liebich,

Lauenhain (Sachsen).

Vertreter gesucht.

Vergleichen Sie

alle Angebote in Herrenkleiderstoffen in Bezug auf Auswahl, Qualität und Preise, dann kaufen Sie bestimmt bei

Christian Günther

Leipzig-Plagwitz

Bekanntestes Tuch-Versandgeschäft.

Fordern Sie mit 5 Pfg-Karte kostenlose Zusendung von Mustern.

Deutsche Schänke, Leipzig,
Poststrasse 20,
empfiehlt **kräftigen Mittagstisch** und **gute Biere.**
Gesellschaftszimmer.
Platz zur Aufbewahrung von Fahrrädern genügend vorhanden.
Hochachtungsvoll
H. Singer.

CAFE MERKUR
300 Zeitungen, Depeschen u. Kursberichte, Städte-Adressbücher v. Berlin, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Hamburg-Altona, Halle a. S., Paris, sowie Handels-Adressbücher aller grösseren Staaten liegen zur gefl. Benutzung aus.
Leipzig ★ ★ ★ ★ ★ ★ **An der Pleisse 8.**
Jeden Vormittag Bouillon und Pasteten.
Geöffnet bis morgens 4 Uhr.
Hochachtungsvoll
W. Rühlemann.

Frankfurt a. M.
Hotel Cölner Hof.
Besitzer: **Hermann Loos.**
Gegenüber d. rechten Ausgange des Hauptbahnhofes.
60 Zimmer mit 90 Betten bei mässigen Preisen.
Bier- und Wein-Restaurant.
Jüdischer Besuch verbeten.

„Staatsbürger-Ztg.", „Deutsche Wacht", „Das Volk", „Deutsche Zeitung", „Deutsche Tageszig.", „Deutsch-Soziale Blätter", „Deutscher Michel" und viele andre deutschgesinnte Zeitungen liegen aus.

Wein-Groß-Handlung,
Import von Rum, Arrac, Cognac,
von

Berlin NW., 1 Stendaler-Straße 1.
Fernsprecher: Amt Moabit 1376.
Gegründet 1877.
1893er u. 95er Rhein- u. Moselweine, p. Fl. über 1 Ltr. von 70 Pf. an.
1896er u. 95er Bordeaux-Weine von 1 M. an, sowie sämtliche in- und ausländische Weine usw. zu soliden Preisen. Für absolute Reinheit garantieren
Schmitz & Co.
Kleine Proben und Preisliste umsonst.

Beeren-Weine
offeriert in I. Qualität und du-chaus reiner Ware, in nur älteren, abgelagerten Jahrgängen, ab hier, geg. Nachn.:

Roten Johannisbeer-Dessert-Wein à M.		—,70	per ½ Lit.-Fl.
Weißen	„	—,75	„ „ „
Schwarzen	„	—,80	„ „ „
Stachelbeer-	„	—,75	„ „ „
Erdbeer-	„	—,85	„ „ „

Fischen und Verpackung inbegriffen; Kisten zum Selbstkostenpreis. Versand von 20 Liter an. — Ärztlich verordnet. Zu Geschenken sehr geeignet. Hunderte von Attesten! Bester Ersatz für Südweine!
C. E. Schmidt, Beerenwein-Keltere, **Lauffen a. Neckar.**
40 mal preisgekrönt!

Vorzügliche Gelegenheit zur Selbständigkeit!
Buch- und Musikalienhandlung
mit Nebenbranchen, über 18 Mille Umsatz, in fl. hübsch gelegener Stadt Sachsen's mit lebhaft. Sommer-, Kurbesuch und dicht bevölkerter reicher Umgebung, in flottem Betriebe, noch sehr erweiterungsfähig, zu verkaufen. Näheres für Selbstkäufer durch
Herm. Beyer, Leipzig.

Liefere ein Postfaß (9½ Pfund)
feine Leber-, Rot- und Sülzwurst
zu 7,50 M. franko.
H. Glauner, Fleischermstr.
Papenburg b. Leer (Ostfriesl.).
Ferner:
prima Hammelkeule u. Carrés à Pfund 55 Pf.

Die Memoiren Bismarcks

erscheinen Ende November unter dem Titel:

Gedanken und Erinnerungen
von
Otto Fürst von Bismarck.

2 starke Bände. Fein gebunden 20 Mark.

Aus dem Inhalt hebe ich nachstehende besonders interessanten Kapitel hervor:

Das Jahr 1848. — Wochenblattspartei. — Krimkrieg. — Unterwegs zwischen Frankfurt und Berlin. — Besuch in Paris. — Rückblick auf die preußische Politik. — Konflikts-Ministerium. — Die Alvenslebensche Konvention. — Der Frankfurter Fürstentag. — König Ludwig II von Bayern. — Schleswig-Holstein. — Nikolsburg. — Der Norddeutsche Bund. — Die Emser Depesche. — Versailles. — Kulturkampf. — Bruch mit den Konservativen. — Intriguen. — Der Berliner Kongreß. — Der Dreibund. — Zukünftige Politik Rußlands. — Kaiser Wilhelm I. — Kaiser Friedrich III.

Das mit einem Porträt des Fürsten nach Franz von Lenbach versehene Werk wird eine lange Einleitung und erklärende Fußnoten von Prof. Dr. Horst Kohl enthalten, im übrigen aber die Darstellung des Fürsten Bismarck ungetrübt und unverkürzt wiedergeben.

Fürst Bismarck spricht in den „Gedanken und Erinnerungen" ein letztes Mal zum deutschen Volke, zu der Welt. Mit der überlegenen Ruhe des Weisen, der ein großes, weltbewegendes Lebenswerk abgeschlossen hat, blickt er am Ende seiner Laufbahn die Bilder seiner Erinnerung, die Ereignisse und die bei denselben Mithandelnden, die Freunde und Genossen wie die Gegner noch einmal an seinem geistigen Auge vorüberziehen, um sie, je nachdem es ihn dazu drängt, mehr oder weniger zu erläutern und zu beleuchten und seine „Gedanken" an dieselben zu knüpfen. In der Hauptsache sind es ernste „Gedanken und Erinnerungen", die der gewaltige Schöpfer der deutschen Einheit noch im Scheiden seinem Volke als letztes Vermächtnis hinterläßt.

Falls pünktliche Lieferung am Tage des Erscheinens gewünscht wird, ist es unbedingt notwendig, sofort zu bestellen, da ich nur dann für rechtzeitige Lieferung Gewähr leisten kann.

Herm. Beyer, Buchhandlung in Leipzig,
Königsstraße 27.

Prima feine
Gänsefedern
mit sämtlichen Daunen, das Pfund zu M. 2,70, bei 5 Pfd. frei.
Garantie Zurücknahme.
J. Bartscher, Gefügelzhdlg., Rietberg in Westfalen.

Seiler-Bürsten-Besen- en gros **u. Pinselwaren** en detail
Spezialität:
Polsterwaren.
Oscar Mühler, Windmühlenstr. 25.

Wer einmal Bolan verlucht hat, wird ihn sicher keinen Bekannten empfehlen.

Bolan.

Ein hochmoderner Herrenhut für feine Anzüge und Überzieher. Bolan verdrängt Chevrot und Kammgarn, ist vornehm-elegant und sehr haltbar.

Preisfrei alle Musterwahl auf Verlangen frei unter Kreuzband.

Man überfreue.

Hertzkes' Tuchhaus in Düren I
(Bez. Aachen.)

Etwas nicht gefallende Stoffe nehme auf meine Kosten zurück. Also kein Wagnis.

Viele tiefwillige Anerkennungen.

In Güte und Preis unübertroffen

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königsstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe, Berlin NW. 5, Kruppstr. 13.
Druck: G. Reusche in Leipzig.

Digitized by Google

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Leipzig, 24. November 1898. Nr. 536.

Jüdische Wanderbettler. Unter der Spitzmarke „Selbsthilfe der Juden" finden wir in Nr. 43 der Mittheilungen des Abwehrvereins folgendes lehrreiche Artikelchen: Über jüdische Wanderbettelei sprach auf dem letzten Verbandstage des deutschen israelitischen Gemeindebundes Privatier Rosenstiel-Berlin. Nach seinen Ausführungen giebt es viele heimat- und obdachlose Schnorrer, die von Ort zu Ort ziehen, ihre Glaubensgenossen anbetteln, deren Wohlthätigkeitsanstalten in überreichem Maße in Anspruch nehmen und überall schon durch ihr Äußeres Anstoß erregen. Neben vielen Unglücklichen sind nicht wenig professionsmäßige Schnorrer darunter, die das Betteln als Gewerbe, mitunter sogar auf Grund ersichlicher oder gar gefälschter Atteste betreiben und zu einer wahren Landplage geworden sind. Das Gros dieser Leute kommt von jenseits der Grenze aus Rußland und Galizien. In Berlin meldeten sich im letzten Jahre 2498 jüdische Wanderbettler, von denen 1437 aus Rußland und 90 aus Österreich waren, sie erhielten je sechs Mark pro Mann. Bisher haben alle Mittel gegen die Wanderbettelei nur geringen Erfolg gehabt. Es gelte neue, schärfere Maßnahmen zu treffen, in erster Linie durch Arbeitsnachweise nach Berliner Muster, wie durch eine Reorganisation der Armenpflege oder auch durch Schaffung besondrer Vereine zur Bekämpfung des Wanderbettelns. —

Soweit das genannte Blatt. Wie man sieht, gehen alle Einrichtungen des Judentums immer mehr darauf hinaus, auch die einwandernden ausländischen Juden im Deutschen Reiche festhaft zu machen. Wieviel eingeborne deutsche Brüder durch den unaufhörlichen Zuzug dieser russischen und polnischen Juden aus ihren Städten verdrängt und über „das große Wasser" oder in Elend und Tod getrieben werden — darüber reiflich nachzudenken, dürfte nun höchste Zeit für die deutschen Regierungen sein.

Parteinachrichten.

Zwei Beleidigungsprozesse des Abg. von Liebermann haben in der vorigen Woche vor dem Schöffengerichte zu Berlin Erledigung gefunden. Im ersten Prozesse, der Montag, den 14. d. M., verhandelt wurde, waren die Herren Professor Kropatschek von der „Kreuz-Ztg." und Clar von der „Konservativen Korrespondenz" die Beklagten. Im Januar brachte das in Dresden erscheinende „Vaterland", das offizielle Organ der konservativen Partei in Sachsen, einen heftigen Artikel gegen die Antisemiten, insbesondere gegen den Abg. Liebermann von Sonnenberg, und erörterte die Frage, „was die Konservativen von den reinen Antisemiten zu erwarten haben". Es wurde darin Herr Liebermann von Sonnenberg in irgendwelche Beziehungen zu einem Streit des Schriftleiters der „Deutschen Wacht", Welcker, mit einem Führer der antisemitischen Bewegung in Baden, Vogel, gebracht und angedeutet, daß er schlimme Enthüllungen zu fürchten habe, zu deren Vermeidung er plötzlich eine politische Schwenkung gemacht habe. Es sei nun für Eingeweihte kein Geheimnis, daß er aus diesem Grunde „leibeigner" seiner frühern Gegner geworden sei, daß er das thun müsse, was diese wollen usw.". Der Artikel ging in die Nr. 6 der „Konservativen Korrespondenz" und aus dieser in die Nr. 27 der „Kreuzztg." vom 18. Januar d. J. über und hat zu der Privatklage Veranlassung gegeben. Dem Privatkläger stand Rechtsanwalt Kattenbusch zur Seite, die Angeklagten vertrat Rechtsanwalt Eschenbach. Ein Wahrheitsbeweis wurde von den Verklagten nicht einmal versucht. Der Antrag des Klägers, ihm nunmehr zu gestatten, den Beweis zu führen, daß alle jene Behauptungen jeder Begründung entbehrten, wurde vom Gericht als unzulässig bezeichnet. Der Gerichtshof war aber der Ansicht, daß der Artikel über die im Kampfe politischer Gegner erlaubten Grenzen hinausgehe und die darin enthaltene Verdächtigung geeignet sei, das bürgerliche Ansehen des Privatklägers zu schmälern. Da die Angeklagten nicht im stande seien, diesen Verdacht irgendwie zu erhärten, so müsse ihn das Gericht für völlig grundlos halten. Der Artikel stelle positive Behauptungen nicht auf, und deshalb sei nur § 185 anwendbar. Mit Rücksicht auf die ganze Sachlage habe der Gerichtshof auf je 50 Mark Geldstrafe oder je zehn Tage Gefängnis, Publikationsbefugnis für den Beleidigten und Unbrauchbarmachung der Platten und Formen erkannt.

Die zweite Klage, die Sonnabend, den 19. November, zur Verhandlung kam, richtete sich gegen den verantwortlichen Schriftleiter der „Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus", einen gewissen Herrn Scharf. Das Blatt hatte einen Schimpfartikel einer Mainzer Zeitung übernommen, die vor einigen Monaten bereits mit hundert Mark Geldbuße dafür bestraft worden ist. Herr Scharf kam mit der Hälfte davon. Bei Angabe seiner Personalien erklärte er „katholisch" zu sein. Seit wann dies der Fall sei, wurde er nicht gefragt, obwohl diese Frage auf Grund seiner äußern Erscheinung nahe lag.

Der Reichstag wird spätestens am 1. Dezember zusammentreten.

Dresden. In der letzten Versammlung des Deutschen Reformvereins hielt Herr Oswald Zimmermann einen Vortrag über politische und wirtschaftliche Vorkommnisse der jüngsten Zeit. Im Eingange seiner Rede erklärte Herr Zimmermann, daß er keineswegs die Absicht habe, Dresden zu verlassen, was gute Freunde von ihm behaupteten. — Die weitern Ausführungen des Redners berührten die Transvaal-Angelegenheit, die Rüstungen Englands, die Erhöhung des Diskonts der Reichsbank und die Lippische Streitsache. Nachdem Redner dann noch die Steuervorlage gestreift hatte, durch die den kleinen Handel- und Gewerbetreibenden Schutz gegen das Großkapital geboten werden soll, ging er über zu dem jüngst in Dresden gegründeten Postassistenten-Bezirksverein und knüpfte an seine Gründung die Hoffnung, daß die Unternehmungen des neuen Vereins nicht hinausgehen mögen über den Rahmen seiner berechtigten Bestrebungen, insonderheit er sich nicht verleiten lasse, durch wirtschaftliche Vereinigungen die Existenz der einheimischen Gewerbe- und Handeltreibenden zu untergraben. Zum Schlusse seiner vielfach von Beifall unterbrochnen Rede erklärte Herr Zimmermann: Eine Partei wie die unsre, die die Reform der wirtschaftlichen Verhältnisse auf ihre Fahne geschrieben hat, darf nicht erlahmen in ihrer Thätigkeit, wir haben den erworbnen Boden nicht nur zu behaupten, sondern müssen auch danach streben, ihn zu erweitern. Wir müssen und wollen unabhängig bleiben, aber im Interesse der nationalen Wohlfahrt sind wir gern bereit, auch andern Parteien die Hand zu bieten zur Erreichung dieses oder jenes Zweckes gegenüber den internationalen Mächten, im übrigen jedoch gehen wir unsre eignen Wege. Unsre Partei würde sich selbst aufgeben, wenn sie vergessen wollte, daß sie ein notwendiges Erzeugnis der Gegenwart ist, daß sie notwendig ist, weil die alten Parteien nicht genügt haben, und das Zusammenfassen aller monarchischen und reformerischen Kreise notwendiger denn je ist.

— Als zweiter Redner trat der Vize-Vorsicher der Stadtverordneten, Herr Bannwitzer Hartwig, auf. Er besprach in längern Ausführungen die Entwicklung der städtischen Verwaltung in Dresden. Die sehr anregende Versammlung wurde erst nach Mitternacht von dem Vorsitzenden, Abg. Lotze, geschlossen.

Chemnitz. Der dritte Parteitag der deutschsozialen Reformpartei im Königreich Sachsen fand am 13. d. M. hier unter zweifellos großer Beteiligung statt. Anwesend waren u. a. die Abgg. Gräfe und Lotze und von den bei den Reichstags-

Digitized by Google

wahlen in den einzelnen Kreisen unterlegenen Kandidaten die Herren Dieß (Nadeberg), Dr. Hädicke (Leipzig), Theuerkorn (Ebermitz) und Zimmermann (Dresden). Letzterer leitete die Tagung, die mit einem Heil auf Kaiser und König eröffnet wurde. Nach einer weihevollen Ansprache, die dem Gedenken des Fürsten Bismarck gewidmet war, erstattete der Vorsitzende den Geschäftsbericht, der leider wenig erfreuliches enthielt. Herr Zimmermann klagte, daß ihn der seiner Zeit in Freiberg gewählte Gesamtvorstand des Landesverbandes nicht genügend bei der Geschäftsführung unterstützt habe, so daß er gezwungen gewesen sei, den Vorsitz niederzulegen. In engem Zusammenhange damit ständen die Mißerfolge bei den Landtags- und Reichstagswahlen, denn die Führer und Redner der Partei hätten die thatkräftige Hilfe der Vereine und Einzelmitglieder an manchen Orten entbehren müssen (Ebenso sei es mit der Unterstützung unserer Presse. Wo nütze es, wenn im Reichstage unsre Abgeordneten ihre Schuldigkeit thun, davon aber nichts in die Öffentlichkeit komme, weil die gegnerische Presse alles totschweigt und die Parteipresse nicht die genügende Verbreitung habe. — In Sachsen könne es jetzt durch das neue Vereinsgesetz besser werden, da man nunmehr alle Vereine zu einem großen Landesverbande zusammenzuschließen vermöge. Der von Herrn Blumenau (Dresden) erstattete Kassenbericht weist einen Fehlbetrag von 1500 Mark auf.

Die vorgelegten Satzungen des neuen Landesverbandes fanden keinen Widerspruch. Die Neuwahl des engern Vorstandes ergab die Herren Zimmermann (Dresden) als ersten, Kämmitz (Dresden) als zweiten und Klemm (Mohsdorf) als dritten Vorsitzenden.

Nach einer eingehenden Besprechung des Themas „Unsre Presse" schloß Herr Zimmermann den Parteitag mit einem „Heil" auf das deutsche Vaterland.

In **Königsbrück** wurde ein Deutscher Reformverein gegründet, dem sofort sechzig Mitglieder beitraten.

Die Ergebnisse der Reichstagswahlen liegen jetzt in einer amtlichen Zusammenstellung des Statistischen Amtes vor. Die amtlichen Zahlen zeigen nur einzelne geringe Abweichungen gegenüber den von uns in Nr. 528 veröffentlichten Ergebnissen. Insbesondere betreffen diese Abweichungen die antisemitischen Stimmen, die wir auf 293553 bezifferten, während das Statistische Amt uns nur 281250 zubilligt. Abgeteilt hat es uns die Kreise Nordhausen (3541), Osnabrück (562), Hameln (2601), Koburg (1852) und Lübeck (838). Mit diesen würde sich die Schlußsumme der antisemitischen Stimmen auf 293647 Stimmen stellen, also ein Mehr gegen 1893 von 29786. Da aber in jenen 293647 Stimmen auch die auf christlichsoziale Kandidaten entfallenen 48734 Stimmen stecken, so ergiebt sich ein Verlust an rein antisemitischen Stimmen von 18948 Stimmen, worüber wir uns gar nicht so sehr kümmen, da wir ja in einer ganzen Anzahl von Wahlkreisen von vornherein zu Gunsten anderer Parteien auf eigne Kandidaten verzichteten.

Die Judenschutztruppe schlägt vor Freuden verschiedene Purzelbäume über diesen „Rückgang" des Antisemitismus, unterläßt aber wohlweislich die Mitteilung, daß sie selbst 62799 Stimmen oder beinahe 25 v. H. eingebüßt hat, während unser Verlust nach den amtlichen Berechnungen nur 10 v. H. und nach unsern sogar nur 7 v. H. ausmacht. Und während 1893 die freisinnige Vereinigung nur um 5386 Stimmen hinter uns zurückblieb, beträgt der Unterschied diesmal vierzigtausend Stimmen. Will das Organ des Abwehrvereins diese Zahlen seinen Lesern nicht auch einmal vorführen??

Magdeburg. In den Stadtverordneten-Wahlen, die seit Montag hier vor sich gehen, hat unsre Partei in der Person des Kaufmanns Karl Schulz einen eignen Kandidaten aufgestellt.

Aus Kurhessen. Bemerkenswert ist die Wandlung, die seit 1893 in dem nunmehr durch den Abg. Werner vertretenen Wahlkreise Hersfeld-Rotenburg sich unter den Wahlmännern vollzogen hat. Damals unterlag Abg. Werner mit 61 gegen 157 Stimmen dem konservativen Abg. Seyffarth. Als dieser 1896 starb erhielt Abg. Werner 100 und der konservative Kandidat Major Ilenburg 105 Stimmen. Das war um so auffallender, als es sich um dieselben Wahlmänner handelte, die drei Jahre vorher den Abg Seyffarth auf Schild erhoben hatten. Jetzt fielen auf den Abg Werner 155 Stimmen, auf Major Ilenburg 39 (darunter vier jüdische) und den nationalliberalen Kandidaten Schmeißer 28 (darunter drei Juden und allein 19 aus der Stadt Hersfeld). Deutlich ist hier zu sehen, wie die landrätliche Beeinflussung wirken kann. Während sich nämlich in Hersfeld-Rotenburg die Landräte fast vollständig passiv verhielten und die Bauern deshalb nach ihrer Überzeugung wählen konnten, war im Kreise Ziegenhain das Entgegengesetzte der Fall. Unter 119 Wahlmännern stimmten hier nach dem Willen des Landrats konservativ 41 Bürgermeister, 8 Beamte, 4 Lehrer, ein Geistlicher, zwei Juden und drei große Besitzer. Dazu kamen noch drei Bürgermeister und vier Beamte aus dem Homberger Kreise, so daß sich die konservative Mehrheit lediglich aus Leuten zusammensetzte, die zum größten Teile direkt vom Landrate abhängen. Noch deutlicher wird die landrätliche Beeinflussung, wenn man die beiden Kreise gegenüberstellt. Im Kreise Homberg bekam der Abg. v. Liebermann 60 Stimmen, sein Gegner 18, im Kreise Ziegenhain dagegen nur 24 und sein Gegner 95. Ob man da noch von „freier" Wahl sprechen kann, lassen wir dahingestellt sein.

Mit nächster Nummer beginnt der letzte Monat dieses Jahres, der zu einem Probe-Bezuge unsers Blattes wie geschaffen ist. Für 65 Pf. versenden wir an jede uns aufgegebene Adresse sofort nach Erscheinen ein Exemplar der „Deutsch-Sozialen Blätter". Unsre Freunde haben dadurch die beste Gelegenheit, mit geringen Mitteln uns neue Freunde zuzuführen.

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Billige Kleidungsstücke verschaffte sich der Student der Medizin Ernst Straßmann zu Berlin, indem er sie auf dem Geschäfte von Gebr. Rose zu Fürth (Bayern) bezog, aber keine Gegenleistung dafür spendete. Jetzt ist der Herr Student verurtheilt.

Sittliche Juden. Anstiftung zum Diebstahl, zur Hehlerei und zur Unsittlichkeit brachte dem Handelsmann Siegfried Jacisch zu Berlin achtzehn Monate Gefängnis bei sofortiger Verhaftung ein. Sein Opfer war ein siebzehnjähriger Lehrling.

Sachs und Pollack zu Chen-Felt haben wegen Verbreitung unsittlicher Schriften je einhundert Gulden Strafe zu entrichten.

Mit der Miete durchgegangen ist dem Hausbesitzer Gustav Bubweg und dem Hausbesitzer Otto Meyer zu Berlin der Kaufmann David Wunsiewer.

Verbrechen im Amte. Vor der Strafkammer zu Potsdam hatte sich der Gehilfe der Polizeidirektion Hermann Stephan zu verantworten. Mit ihm zugleich stand der Schlächter Reutter, früherer Handelsmann Samuel Moses aus Potsdam wegen Anstiftung und der Lithiarius Handelsgerichten Richard Seidel wegen Beihilfe vor dem Gerichtshofe. Stephan war in Potsdam die selbständige Leitung des Bureaus für das Paß- und Gewerbe anvertraut worden. In der Zeit von 1891 bis 1895 hat er nun in 108 Fällen, und zwar gegen Annahme von Geschenken unrichtige Bescheinigungen für Wander-Gewerbescheine ausgestellt haben. Moses, der früher selber hausierte und deshalb einen Wander-Gewerbeschein brauchte, war dadurch mit Stephan bekannt geworden. Der Jude besaß namentlich unter seinen aus Galizien kommenden Stammesgenossen einen großen Bekanntenkreis, den er sich auf folgende Weise nutzbar zu machen verstand. Er beantragte für seine „Kollegen" Wander-Gewerbescheine, indem er seine Wohnung als die der neuen deutschen „Staatsbürger" angab. Stephan wußte, daß dieses unrichtig war und doch trug er es ohne weiteres in die Formulare und Register ein. Moses wollte nur „behördliche" Schrift schreiben können und veranlaßte deshalb den Angestellten Seidel, die Anträge zu schreiben. Stephan hat nun vielfach serienweise diese Wander-Gewerbescheine ausgestellt. Er erhielt dafür von Moses auskömmlichen Stoff zu Kleidungsstücken, denen für jeden Schein zum Markt Entschädigung, im ganzen etwa achthundert Mark. Moses aber zog außer der Gewerbesteuer von den Galiziern für jeden Gewerbeschein, den er vermittelte, noch eine „Entschädigung" von vierzig Mark ein. Der Staatsanwalt fand keine Veranlassung, den Angeklagten mildernde Umstände zu bewilligen, da durch ihre Handlungsweise unlautere Elemente in das Land kamen. Stephan und Moses erhielten deshalb je drei Jahre, während Seidel mit einem Jahre Gefängnis davonkam. Der jüdische Verführer hätte entschieden mehr verdient. Was geschieht aber nun mit den Juden, die unrechtmäßig mit ksl. preußischer Erlaubnis hier hantieren?

Die Heiligkeit der jüdischen Ehe. Der Handelsmann und Synagogendiener Alexander Wendt zu Dettwerder klagt gegen seine Ehefrau Melanie, geb. Hirsch, ohne bekannten Wohn- und Aufenthaltsort, wegen Ehescheidung, mit dem Antrage, die zwischen Parteien vor dem Standesbeamten zu Ohligsheim am 3. Juni 1884 geschlossene Ehe wegen Verschulden der Beklagten für aufgelöst zu erklären und der Beklagten die Kosten aufzuerlegen —

— Die minderjährige Emma Frieda Kummer zu Dahlewitz bei Rangwitz klagt gegen Moritz Hirsch zu Neuendorf, zeht unbekannten Aufenthalts,

Digitized by Google

wegen Ansprüche aus außerehelicher Schwängerung mit dem Antrage, den Beklagten für den Vater der von der unverehelichten Ida Kummer am 11. Januar 1898 geborenen Klägerin zu erklären und den Beklagten zu verurtheilen, an monatlichen Alimenten neun Mark von der Geburt bis zum zurückgelegten vierzehnten Lebensjahre an den Vormund zu zahlen.

Betrug und Kautionsschwindeleien hat der Rechtsanwalt Dr. Dellevie zu Hamburg begangen. Der 62jährige Angeklagte bekam zwei Jahre Gefängniß und fünf Jahre Ehrverlust. Die Hamburger Blätter verschweigen traumhaft den Namen des Verurtheilten.

Wegen Verletzung der Ehrfurcht wurden gestern Acher Loewenheim aus Bromke, zuletzt in Posen und Siegfried Weinberg aus Dirschau.

Ein famoser Steuereinnehmer. Zur Feier der langen Nacht begaben sich in diesem Jahre eine sehr große Anzahl Juden von Lodz und Umgebung nach Nieuborowo, um am Grabe des Rabbiners Danziger zu beten. Als die Gläubigen zu Wagen oder zu Fuß, wie es einem jeden die Verhältnisse erlaubten, die Rückreise zu den heimischen Penaten antraten, wurden sie auf der Landstraße nach Lodz von einer unangenehmen Überraschung heimgesucht. Etliche Kilometer vom Nieuborowo hatte sich nämlich ein Steuereinnehmer mit einer ganzen Mannschaft von Gehilfen aufgestellt, die merkwürdigerweise alle Stammesgenossen der heimkehrenden Gläubigen waren. Jeder Fußgänger und jeder Wagen wurde angehalten und von jeder Person eine Paßsteuer gefordert. Wer nicht gleich genügend bekrappte, gegen den wurde Gewalt angewendet. So verlor der Chaim Dawidowicz die Mütze, der Benjamin Lewkowie einen Reisekoffer mit verschiedenen Sachen und der Mendel Ehrenstein seinen Pelzrock, wofür er vier Rubel bieten mußte oder sich sofort ausziehen und herausfinden sollte. Natürlich, ist bisher nicht mit Gewißheit festgestellt worden. Die Untersuchung hat ergeben, daß ein gewisser Mendel Goldberg aus Alexandrow mit Hilfe seiner Arbeiter diese famose Steuereinnehmerei bewerkstelligte. Außer ihm ist noch sein Bruder Aktif Goldberg nebst einigen andern verhaftet und vorläufig in Lodz eingeliefert worden.

Im Gefängniß zu Dresden machte der Handlungsgehilfe Isidor Bernat aus Wien die Bekanntschaft eines Häftlers. Als er entlassen war, benutzte er die Kenntnis der Verhältnisse seines Mitgefangenen, um diesen um seine gesamten Ersparnisse zu beschwindeln. Isidor wird nun weitere zehn Monate auf Kosten des sächsischen Staates verpflegt und dann nach Oesterreich abgeschoben, weil er bei der Wiener Polizei auch noch einen Schinken im Satze hat.

Ohne alle Mittel begründete der galizische Jude Pinkus Weber ein Holzgeschäft. Durch seine Agenten kaufte er den Bauern große Holzvorräte ab und bezahlte sie mit mehrmonatlichen Wechseln. Das Holz wurde scheinzeigt verschlendert, das Geld bei Sitte geschafft und dann flugs Konkurs angemeldet. Das Gericht legte ihm vier Jahre Gefängnis auf. Was macht's? Das erschindete Geld macht ungemein warmer, und der Pinkus ist, wenn er das Gefängnis verläßt, ein reicher Mann.

Neunzehnfache Brandstiftung wurde von dem Gerichte zu Lemberg dem Juden Peisach Gimpel nachgewiesen. Der Vater des Peisach hatte die Gebäudeschäden, Bauern in seine Schnapsbude zu locken, um mit ihnen um ihre Grundstücke zu schachern. Wenn die Bauern auf des alten Gimpel Vorschläge nicht einglingen, zündete des Gimpel Sohn ihnen die Häuser an. Nicht etwa aus Rache, sondern das war nur Geschäftsgewandtheit. Die Voranssicht, daß die abgebrannten Bauern, die saß nie darob Geld in den Händen haben, um jeden Preis der Lust losschlagen würden, erwies sich in den seltensten Fällen als irrig. Das Gericht war mit diesem Geschäftsbetriebe doch nicht recht einverstanden und verurteilte den Peisach Gimpel zu fünfzehn Jahren Zuchthaus.

Eine Werkstatt zur Fälschung von Stempelmarken hat dieser Tage die Polizei nach einjährigen Nachforschungen in Worms entdeckt. Diese Werkstätte befand sich im Hause Nr. 48 an der Rowolpie-Straße, in der Wohnung des Juden Fischel Chilew Grün, der die Kunst des Wegbeizens der Farbe und Tinte von schon abgestempelten Marken im Großen betrieb. Die aus der Werkstätte Grüns herausgegangenen Marken sind schwer von den noch ungebrauchten zu unterscheiden. Das Material für die Markenfälschungen lieferten die Doppel der Frachtbriefe, von denen Grün die Zehn- und Fünfzehnpfen-Marken löste, sie darauf mit irgend einer Säure behandelte und dann als neue Stempelmarken zu anmeldbaren Preise adjetzte. In der Wohnung Grüns wurden über tausend Marken, von denen die Hälfte schon gereinigt war, und zwei Fläschen Säure gefunden.

Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat.

In der Zeit vom 16. bis einschl. 30. Sept. 1898 wurde über folgende Firmen usw. der Konkurs eröffnet:

Kaufmann Max Schwenner, in Firma Max Schwenner & Co zu Hagen (Westfalen). — Pferdehändler Max Kauffmann zu Königsberg (Pr.), Steindamm 108. — Kaufmann Julius Cohn zu Pelzin — Kaufmann Louis Markus Bischoff zu Sonneberg (Sa.-Mein.). — Kaufmann Nathan Herrfeld zu Würzchen, Hauptr. 221. — Kaufmann Alexander Sack zu Berlin, Turmstr 40. — Konfektion- und Manufakturwaren-Händler Isaac Rothenburg zu Hamburg, Hohe Bleichen 21. — Kaufmann Leo Wachsner zu Berlin, Blankenfelderstr. 15 L. — Pferdehändler Soltmann Friedheim zu Münder (Deister). — Kaufmann Wilhelm Pinesus zu Berlin, Müllerstr. 157. — Handelsgesellschaft Mayer-Hechinger zu München, Marienplatz 1. — Kaufmann Karl Weiß zu Krautergersheim.

Aufgehoben wurden in derselben Zeit nachfolgende Konkurse:

Schuhwarenhändlerin Wilhelmine verw. Herschel, geb. Seniel zu Lucka. — Kaufmann Siegfried Philipson zu Tollkemit (Zwangsvergl.). — Schuhwarenhändler Josef Treidler zu Berlin, Kaiserstr. 35 und Handelsgerstr. 41. — Ehefrau David Klein, Rosa, geb. Kahn zu Hönheim, Elsaß (mangels Masse). — Kaufmann M. Simon zu Wilhelmshaven. — Kaufmann Moritz Pfingst zu Allenstein, jetzt zu Marienwerder, Westpr. — Kaufmann Leopold Feith zu Schöneberg, jetzt zu Berlin, Feldes Neudeuten-Terrebot, Sedelstr. 5 und Charlottenstr. 63. — Kaufmann Adolf Kahenstein zu Lehe (Zwangsvergleich). — Kauffrau Rosa Bromberg, geb. Krzymowska zu Posen. — Kaufmann Max Hirsch zu Dirschau. — Kaufmann Martin Levi zu Ruhrort (Zwangsvergl.). — Handelsmann Levi Buchheim und Ehefrau, Jette, geb. Westheim zu Rosenthal. — Schuhwarenhändler M. Gutmann Sohn zu Wilhelmsburg. — Elsaß (Zwangsvergl. — Kaufmann Siegfried Königsberger zu Boblan (Zwangsvergl.). — Schuhwarenhändler Isidor Gründerg zu Berlin, Embenerstr. 1 und Thurmstr. 47. — Kaufmann Max Rosenberg zu Hannover (Zwangsvergl.). — Kaufmann Louis Marcus zu Badyschin.

Jüdische Ritter, Kommissions- und Kommerzienräte usw.

Verliehen wurde: dem Fabrikbesitzer Isidor London zu Mogilno der Kgl. Kronen-Orden dritter Klasse;

dem Leiter Gutmann zu Blothe der Adler der Inhaber des Kgl. Haus-Ordens von Hohenzollern;

dem Untersuchungsrichter der Finanzen Leone Wolkemberg zu Rom das Kommandeurkreuz des Ordens der Italienischen Krone;

dem Standesrat Dr. Sigismund Laro zu Breslau der Charakter als Geheimer Sanitätsrat;

dem Rabbiner Jakob A. Mendels zu Amsterdam der Orden Wilhelms von Oranien-Nassau;

den Ärzten Dr. Wilhelm Meyer zu Schöneberg und Dr. med. Heimann Goldschmidt zu Breslau der Charakter als Sanitätsrat.

* * *

Ernannt wurde: der Gerichts-Assessor Levinstein (Berlin) zum Amtsrichter in Küstberge-Rüdersdorf;

der Privatdozent Dr. Adler zu Wien zum außerordentlichen Professor des österreichischen Zivilrechts an der Universität zu Czernowitz;

der Gerichts-Assessor Heilbrun (Kassel) zum Amtsrichter in Gelsenkirchen;

Oskar Straus zum Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika bei der Hohen Pforte;

Max J. Baer zu Kehl zum Konsul der Vereinigten Staaten von Amerika;

Professor Dr. Josenstein zu Leuden zum Ehrendoktor der Universität Cleveburg.

* * *

In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen: Rechtsanwalt Dr. Herm. Cohn zu Dessau; Gerichts-Assessor Dr. Fredor Marcus zu Dessau; Rechtsanwalt Emil Salomon zu Schöneberg bei Berlin.

Neue Bücher.

Alle hier angezeigten Schriften sind durch unsere Geschäftsstelle sowie durch jede Buchhandlung zu beziehen.)

Die Politik der Handelsverträge. Von Dr. Bodberg-Rekow. (Heft III der Schriften der Zentralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen.) Berlin 1898. 189 Seiten. Preis 4 Mark.

Das Buch handelt hauptsächlich von dem Inhalte und der Bedeutung der Handelsverträge und von den verschiedenen handelspolitischen Systemen, sowie, im Anschlusse daran, von den Verhältnissen der Handelsvertrags-Politik zur Freihandels- und Schutzzoll-Politik und von der Agrarfrage. Der Verfasser bekennt sich als entschiedenen Freund der Vertragspolitik und verteidigt diesen seinen Standpunkt in geschickter und maßvoller Weise. Bei seiner Stellungnahme zur Agrarfrage geht er einerseits von der wenig günstigen Auffassung aus, daß wir in Deutschland einer entwickelten, lustigen Landwirtschaft nicht entraten können, andererseits von der ungutreffenden Ansicht, daß die deutsche Landwirtschaft zur Ernährung der gesamten heimischen Bevölkerung nicht im Stande sei. Am Ende des Buches findet sich ein Verzeichnis der zur Zeit gültigen Handelsverträge des Deutschen Reiches, Übersichten über die Beteiligung Deutschlands an der Ein- und Ausfuhr der wichtigsten Welthandelsgüter und ein Verzeichnis der einschlägigen Litteratur.

F. B.

Ellis Hübners Geographisch-Kalistische Tabellen für das Jahr 1898. Frankfurt (Main). Preis 1,20 Mark.

Ein alter Bekannter erscheint mit neuen Schätzen reich beladen wieder an unserer Seite. Immer mehr zieht das wirtschaftliche Leben der Völker das Interesse der Gebildeten auf sich. Um dieses Leben und Weben recht verstehen zu können, braucht man die Statistik, diese seit noch nicht zu langer Zeit so sorgfältig gepflegte Wissenschaft. Für den Politiker ist sie unentbehrlich. Ein treuer, zuverlässiger Berater bei der Beschäftigung mit wirtschaftspolitischen Dingen sind die Hübnerschen Tabellen. Wie empfehlen sie allen Lesern, die sich über Flächeninhalt, Bevölkerung, Ein- und Auswanderung, Staate Einnahmen und -Ausgaben, Staatsschulden, Banknoten, Heer, Flotte, Ein- und Ausfuhr, Münzen, Maße und Gewichte, Briefe, Zeitungen, Telegramme, Schulen, Volksbildung, Produkte usw. usw. der Länder unserer Erde unterrichten wollen.

Digitized by Google

Der bildliche Ausdruck in den Reden des Fürsten Bismarck. Von Hugo Blümner, Professor der klass. Philologie an der Universität Zürich. Leipzig 1891. 198 Seiten. Preis 2,80 Mark.

Der Verfasser hat in diesem Buche die Bilder und Metaphern in Bismarcks Reden, ein Schmuck, woran sie bekanntlich sehr reich sind, gesammelt und nach einheitlichen Gesichtspunkten geordnet.

Außer der wissenschaftlichen Absicht, die ihn dabei leitete, war es sein Wunsch, daß durch dieses Buch der eine oder der andre, der bisher Bismarcks Reden aus seiner andern Quelle als seinergeit aus der Zeitung kennen gelernt hatten, bewogen werden möge, sich einzudenken mit ihnen zu beschäftigen und dadurch sich in der Bewunderung und Dankbarkeit für den Schöpfer unsers geeinigten Deutschen Reiches aufs neue zu stärken.

Recht und Sprache, ein Beitrag zum Thema vom Juristendeutsch. Von Prof. Dr. L. Günther. Berlin 1898. 360 Seiten. Preis 7 Mark.

Das Buch zerfällt in zwei ungleiche Teile verschiedenen Inhalts. Sein erster nur 57 Seiten umfassender Teil bringt eine wohl geordnete Abhandlung über die Hauptmängel der Sprache unsrer Gesetze, Gerichte und Rechtsgelehrten; wobei auch auf die Ursachen dieser Mängel eingegangen und der Unterschied zwischen der modernen und der alten deutschen Rechtssprache hervorgehoben wird. Der zweite, 259 Seiten umfassende Teil dagegen bringt Belegstellen für die Angaben des ersten Teiles und ausführliche Hinweise auf die einschlägige Litteratur. Der Verfasser spricht die Hoffnung aus, daß die von ihm dargelegten Mängel allmählich verschwinden werden. Diese Hoffnung erscheint begründet, wenn man bedenkt, wie sehr sich die Juristensprache, insbesondre die Sprache unsrer Gesetze, während der letzten Jahrzehnte bereits gebessert hat. Bücher, wie das des Verfassers, helfen die Besserung beschleunigen. Es wäre zu wünschen, daß auch über die Sprache der „deutschen" Kaufleute und der „deutschen" Heizungen, die wahrlich nicht besser ist als die der Juristen, einmal ein ähnliches Buch geschrieben würde. — Ein Verstoß des Verfassers selbst soll nicht ungerügt bleiben. Der Verfasser verstößt nämlich (wie das sonst leider oft geschieht) gegen die Regel, daß in dem zweiten Ungewissen ausdrückenden Vordersatze eines Bedingungssatzes der einfache Konjunktivus des Imperfekts stehen muß, nicht aber die mit „würde" gebildete Konjunktivform (der Konditionalis; er bildet z. B. folgenden ist(ersetzenden Vordersatz): „wenn die obersten Behörden . . . . den Beamten mit guten Beispiele vorangehen würden", während er hätte schreiben müssen: „vorangingen".

Briefkasten der Schriftleitung.

Langfuhr. Freundlichen Dank! Wir Sie sehen, gern benutzt.

Nach Uechingen. Die Belobigung und Belohnung des Karl Löwengard seitens der Hof-Verwaltung zu Sigmaringen für seine Thätigkeit beim Feuerverbande zu Stetten haben wir gelesen. Auch die Briefe des Jünglings an die Schauspielerin sind glücklich übergekommen, ebenso die Mitteilungen über die Frau G., die sich genötigt sah, vom Hause Löwengard für eine gewisse Zeit noch der schwächlichen Hauptstadt überzusiedeln. Die Bestleitigkeit gewisser Leute wird demnächst entsprechend behandelt; weiteres finden Sie im heutigen Briefe.

Für die Bücherei des Antisemiten.

Der neueste Raub am deutschen Nationalwohlstand.

●●●● Preis 60 Pf. ●●●●

Zu beziehen durch die **Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstr. 27.** Bei vorheriger Einsendung des Betrages (deutsche und österreichische Marken werden in Zahlung genommen) erfolgt portofreie Lieferung.

Wer einmal Bolan verlucht hat, weiß ihn sicher seinen Bekannten zu empfehlen.

Bolan.

Ein hochwohlerner Herrenstoff für feine Anzüge und Überzieher. Bolan verdrängt Cheviot und Kammgarn, ist verarbeitet, sieht und hält besser.

Prachtvolle Musterwahl auf Verlangen frei unter Beifügung

Muster abschneiden

Bertzkes' Tuchhaus in Düren i. (Reg. Aachen.)

Etwas nicht gefallende Stoffe nehme auf meine Kosten zurück. Alle drei Wochen

Wochen

Eine freiwillige Anerkennung.

In Güte und Preis unübertroffen

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe, Berlin NW. 5, Kruppstr. 13.
Druck: G. Reusche in Leipzig.

CAFE MERKUR

Leipzig ✦ ✦ ✦ ✦
✦ ✦ An der Pleisse 8.
Geöffnet bis morgens ½4 Uhr.

300 Zeitungen. Depeschen u. Kursberichte, Städte-Adressbücher v. Berlin, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Hamburg-Altona, Halle a. S., Paris, sowie Handels-Adressbücher aller grösseren Staaten liegen zur gefl. Benutzung aus.

Jeden Vormittag Bouillon und Pasteten.

Hochachtungsvoll
W. Rühlemann.

Deutsche Schänke, Leipzig,
Poststrasse 20
empfiehlt Kräftigen Mittagstisch und gute Biere.
Gesellschafterzimmer.
Platz zur Aufbewahrung von Fahrrädern genügend vorhanden.
Hochachtungsvoll
H. Singer.

Frankfurt a M.

Hotel Cölner Hof.
Besitzer Hermann Laas.
Gegenüber d. rechten Ausganges des Hauptbahnhofes.
60 Zimmer mit 90 Betten bei mäßigen Preisen.
Bier- und Wein-Restaurant.

Jüdischer Besuch verbeten.

„Staatsbürger-Ztg.", „Deutsche Wacht", „Das Volk", „Deutsche Zeitung", „Deutsche Tageztg.", „Deutsch" Soziale Blätter", „Deutscher Michel" und viele andre deutschgesinnte Zeitungen liegen aus.

Wein-Groß-Handlung,
Import von Rum, Arrac, Cognac, von

Jede Flasche trägt diese Etiquette als Schutzmarke.

Berlin NW., 1 Stendaler-Straße 1.
Fernsprecher: Amt Moabit 1876.
Gegründet 1877.

1892er u. 93er Rhein- u. Moselweine, p. Fl. oder p. Ltr. von 70 Pf. an.
1893er p. Vieux Bordeaux-Weine von 1 M. an, sowie sämtliche in- und ausländische Weine usw. zu soliden Preisen. Für absolute Reinheit garantieren

Schmitz & Co.
Kleine Proben und Preisliste umsonst.

H. Heinze, Hutfabrik
gr. Fleischergasse 8, Burgstrasse 4.
Spezialität: 2,80-Hüte.

Weltruf
haben
westfäl. Fleischwaren
(Winterware).
Feinste westf. Cervelatw. p. ℔ 1,20 ℳ
„ „ Schinkenw. „ „ 1,15 „
„ „ Bindfl. „ „ 1,10 „
„ „ Mettw. „ „ 0,90 „
Schinken vom Dezember ab.
Beste Räucherung.
Garantie Zurücknahme.
J. Bartscher, Nienberg (Westfalen).
Prima kleine

Letztere ein Postkoffi (9⅘ Pfund)
feine Leber-, Rot- und Sülzwurst
zu 7,50 M. franko.
H. Glauner, Fleischermstr.
Papenburg b. Leer (Ostfriesl.).
Ferner:
prima Hammelkeule u. Carrés
à Pfund 55 Pf.

Antisemitische ● ● ● ● Correspondenz
(Deutsch-Soziale Blätter), Jahrgang 1890, 1891, 1892 zu verkaufen.
Assessor Schröter, Naumburg a. S.

Kaufen Sie kein Planino,
wenn Sie sich noch nicht den Katalog von **August Roth,** Kgl. Portug. u. Fürstl. Lipp. Hof-Pianofabrikant, **Hagen W. Nr. 88,** gratis haben kommen lassen.

Billige dichte Dächer
werden nur aus den bekannten
Anderusch's
Asphalt-Steinpappen,
Dauer- und Isolirfilzpappen
hergestellt.
A. W. Anderusch
in Soest am Hhein.

Digitized by Google

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Leipzig, 1. Dezember 1898. Nr. 537.

* * *

Die Rache der C. C. Ganz im verborgenen erscheint im Westens Berlins die zur Füllung der konservativen Provinzial-Zeitungen bestimmte „Konservative Korrespondenz", für gewöhnlich nur „K. C." genannt, weil sie ihre geistigen Erzeugnisse mit diesen Buchstaben zu kennzeichnen pflegt. Die C. C. bildet seit langer Zeit die Ablagerungsstätte aller Angriffe, die von bestimmter Seite gegen die deutschsoziale Reformpartei gerichtet werden. Man würde von diesen Angriffen selten Kenntnis bekommen, da die C. C. von der unabhängigen konservativen Presse absolut nicht ernst genommen wird, bezeichnete doch vor gar nicht langer Zeit die konservative „Elbinger Ztg" die C. C. als „das am schlechtesten redigierte Blatt Europas". Es giebt aber doch einige konservative Zeitungen, die aus Mangel an sonstigem Stoff oder weil der betreffende Redakteur den einen oder andern Führer der deutschsozialen Reformpartei besonders haßt, die Ergüsse der C. C. gegen die Antisemiten abdrucken. Dadurch erfährt man mitunter wieder etwas von der C. C. Eine geraume Zeit hat sie geschwiegen, weil der Abg. Liebermann v. Sonnenberg sie wegen des Abdrucks eines beleidigenden Artikels des Leipziger Blattes „Vaterland" gerichtlich zur Verantwortung gezogen hatte. Nachdem nun aber eine Verurteilung erfolgt ist, schreint die C. C. nur darauf gewartet zu haben, Rache zu üben an den bösen Antisemiten, deren einer Führer es gewagt hatte, sie vor den Richter zu schleppen.

Und der Tag der Rache kam!

In Chemnitz tagte jüngst der sächsische Landesverband der deutschsozialen Reformpartei und da sagte der Vorsitzende den Lässigen und Säumigen in der Partei einmal die Wahrheit und bat um engern Zusammenschluß und stärkere Unterstützung der Führer. Für den teilweisen Rückgang der Partei im Königreiche Sachsen machte er dabei auch mit Recht den Umstand verantwortlich, daß der Antisemitismus heute alle andern Parteien durchdringen habe und deshalb unsre Arbeit von jenen geerntet sei. Diese Wahrheit ließ den Hintermännern der C. C. keine Ruhe. Sie schrieben deshalb in der ihnen eigenen vornehmen Weise: „Man wird bei einer solchen Bemerkung vernoundert den Kopf schütteln und sich fragen, welche neuen Gedanken die sich „Reformpartei" nennende Richtung denn schon ans Tageslicht gefördert habe. Bei allem Nachdenken wird man aber außer der Parteibezeichnung, die übrigens auch nicht einmal neu ist, sondern an andern Firmen, wie „Reform-Restaurant", „Reform-Bettstellen" usw. anklingt, keinen neuen antisemitischen Gedanken finden. Da ist es denn verdienstvoll, daß Herr Zimmermann darauf hinweist, daß die „bäuerliche Bewegung" von der „Reformpartei" ins Leben gerufen sei, und daß der Bund der Landwirte sein Programm dem der Antisemiten angeglicht habe; ebenso sei es mit der Handwerkerbewegung! Alle Achtung vor dieser regen Phantasie! Freilich ist die ganze antisemitische Bewegung schon zu alt, als daß Herr Zimmermann noch imstande sein könnte, sich der Entstehung des antisemitischen Programms und der Quellen zu erinnern, aus welchen die dort aufgespeicherte antisemitische Weisheit und der ganze antisemitische Gedankenreichtum geschöpft ist."

Jetzt ist die deutschsoziale Reformpartei natürlich vollständig vernichtet und die C. C. hat ihre Rache für die fünfzig Mark, die ihr Redakteur wegen Beleidigung eines antisemitischen Abgeordneten zahlen muß. Wir aber meinen, die „sächsische" Kampfesweise des amtlichen Organs der konservativen Partei, die in den obigen Zeilen so hübsch zum Ausdruck kommt, läßt sich am besten dadurch kennzeichnen, daß man sie in Zukunft einfach nach dem Rezepte der „Elbinger Ztg." behandelt.

Parteinachrichten.

Leipzig. Frei von persönlichen Angriffen sollte der Wahlkampf bei den letzten Reichstagswahlen geführt werden. Diesen Abmachungen entgegen erschien am Wahltage in den „Neuesten Nachrichten" und im „Tageblatt" eine namenlose Anzeige, die folgenden Satz enthielt: „Auch einzelne Kandidaten setzhn lassen sich dazu drängen, ihre Mitbewerber zu verdächtigen, so Herr Dr. Haedicke und Herr Max Lorenz Herrn Prof. Hasse wegen des allgemeinen Wahlrechtes. Das ist nicht hübsch! Von der sozialdemokratischen Presse ist man ja den beleidigendsten und volksverhetzenden Ton gewöhnt, er ekelt jeden anständigen Menschen an." Unser Kandidat, Herr Dr. Haedicke, faßte diese Äußerung als Beleidigung auf und erhob gegen den mutmaßlichen Verfasser, Rechtsrat Klemens Thieme, Privatklage. Vor dem Schöffengericht suchte sich Thieme dadurch zu decken, daß für den namenlosen Artikel nicht er, sondern das „Tageblatt" oder die „Neuesten Nachrichten" verantwortlich seien. Diese merkwürdige Ausrede ließ das Gericht aber nicht gelten. Der nationalliberale „Ordnungsmann" muß vielmehr zwanzig Mark Geldstrafe zahlen. Unserm Herrn Kandidaten log nichts an einer Bestrafung, sondern nur an der Feststellung der Thatsache, daß der Führer des „ordnungsparteilichen" Wahlausschusses entgegen den getroffenen Abmachungen ihn aus dem Hinterhalte angegriffen hatte.

Dem Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens ist es unangenehm, daß in den Straßen Berlins antisemitische Flugblätter verteilt werden dürfen und die Polizeiposten auf Verlangen einzelner Juden nicht gleich einschreiten. Er hat sich darum an das Polizei-Präsidium gewandt, hier aber nicht die erwartete Gegenliebe gefunden. Wohlgemerkt sagt der sozialdemokratische „Vorwärts" dazu: „Wie lange noch will der merkwürdige Verein durch seine ewigen Demunziationen das Judentum diskreditieren?"

Der Reichstag ist nunmehr endgiltig zum 6. d. M. zusammenberufen worden.

Erfolge bei Stadtverordneten-Wahlen. In Frankfurt (Main) zieht der erste Antisemit in die Stadtverordneten-Versammlung ein. In Chemnitz siegte die Liste des deutschsozialen Wahlvereins, in Magdeburg kam unser Kandidat in die Stichwahl und in Sebnitz (Sachsen) wurden die vier Kandidaten des deutschen Reformvereins gewählt.

Hannover. Zum vorjährigen Weihnachtsfeste hatte der deutschsoziale Reformverein ein Flugblatt „Die Judengefahr in Hannover", herausgegeben, das bildlich die jüdischen Geschäfte in unserer Stadt vor einem Vierteljahrhundert und jetzt veranschaulichte. Dadurch fühlten sich vierzehn Juden beleidigt und riefen die Staatsanwaltschaft an. Die Herren Apotheker Oehlmann (als Verleger) und Buchdrucker Ahlfeld (als Drucker) wurden auch richtig angeklagt, aber sowohl vom Landgerichte als vom Ober-Landesgerichte freigesprochen. Das Reichsgericht verwies die Sache aber an das Landgericht zurück und dieses kam am 26. v. M. wieder zu einer Freisprechung, obwohl der Vertreter der als Nebenkläger auftretenden vierzehn Juden noch besonders für jeden eine Entschädigung von hundert Mark beanspruchte. Das Urteil kommt gerade zur rechten Zeit, um einer Massenverbreitung des beanstandeten Flugblattes die Wege zu ebnen.

Hamburg. In Nr. 535 muß am Schlusse des Berichts über die Bürgerschaftsitzung vom 9. v. M. eine Umstellung der Worte „passiv" und „aktiv" vorgenommen werden, denn die Hamburger Beamten haben wohl das aktive, nicht aber das passive Wahlrecht. —

Eine sehr stark besuchte Versammlung des deutschsozialen Reformvereins beschäftigte sich eingehend mit dem Thema „Agrar-Politik und Volkswohl". Den Hauptvortrag hatte Graf Reventlow (Wulfshagen) übernommen, der als Großgrundbesitzer seine Auffassung von dem freisinnigen Popanz „Fleischteuerung" in längerer Rede begründete. Redner forderte zur Gesundung der Landwirtschaft eine Bodenpolitik, wie sie unsre Partei anstrebt, also An-

Digitized by Google

erbenrecht, Ablösung der Grundschulden, Bruch mit der römisch-rechtlichen Auffassung von der Beweglichkeit des Grund und Bodens und Schutzzölle. An der Hand von amtlichen Zahlen wies der Herr Vortragende dann die Angaben der freisinnigen Blätter über die angebliche „Fleischnot" scharf zurück, um zum Schluß den Einfluß des Judentums bei all diesen Zuständen zu beleuchten. In der freien Aussprache nahm auch ein National-Sozialer aus Berlin das Wort. Er stellte die merkwürdige Behauptung auf, daß ein Steigen der Brotkornpreise auch eine Erhöhung der Grundrente zu Folge haben müßte, weshalb die Schutzzölle zu verwerfen seien! Ihm antwortete Abg. Raab ausführlich und zwar unserer Ansicht nach zu ausführlich. Ganz kurz fertigte Graf Reventlow den Herrn Nationał-Sozialen ab, worauf die Versammlung mit einem Heil auf das deutsche Vaterland auseinander ging. —

Die National-Sozialen schienen aber an den Worten ihres Redners Damaschke an diesem Abende nicht genug zu haben. Sie beriefen deshalb eine eigne Versammlung ein, die sie bescheiden als „Fortsetzung der Reventlow-Versammlung" ankündigten. Das Ergebnis war aber für die Herren sehr dürftig, denn einstimmig nahmen die Erschienenen nach ausführlicher Begründung seitens unsres Parteigenossen Doering nachstehende Entschließung an: „Die heutige Versammlung erklärt, daß für eine nationalsoziale Agitation in Hamburg und Umgegend kein Bedürfnis vorliegt, da die hierselbst seit Jahren thätige deutschsoziale Reformpartei nach Kräften für soziale Reformen zu Gunsten aller arbeitenden Stände eintritt, in der Judenfrage und in der Abwehr sozialdemokratischer Bestrebungen auch einen einwandsfreieren Standpunkt einnimmt. Die anwesenden deutschsozialen Reformer erklären jedoch, daß sie den National-Sozialen in Zukunft nur herausgefordert entgegen treten werden, da sie im Hinblick auf die Zersplitterung unsers Parteiwesens ihrerseits nicht mitschuldig sein möchten, wenn in Folge unnötiger Reibungen eine gereizte Stimmung zwischen den Anhängern zweier, in wichtigen Punkten einigen Richtungen erzeugt würde."

Stettin. Bei den Wahlen, die am 23. v. M. hier vorgenommen wurden, gelang es der Bürgerpartei in der dritten Abteilung der Bezirke 2 bis 6, ihre Kandidaten durchzubringen, während im 1. Bezirke eine Stichwahl mit den Sozialdemokraten und im 7. Bezirke eine solche mit den Liberalen nötig ist. Die deutschsoziale Reformpartei unterstützte die Kandidaten der Bürgerpartei überall energisch, während die Herren des „Deutschen Volksbundes" es vorgezogen hatten, im 4. Bezirke einen eignen Kandidaten aufzustellen, ohne natürlich durchdringen zu können. Die Stichwahlen sind zum 12. d. M. anberaumt.

Am 8. d. M. hält der deutschsoziale Reformverein eine Mitglieder-Versammlung ab, zu der der reichhaltigen Tagesordnung wegen um recht zahlreichen Besuch gebeten wird.

Durch alle Blätter geht eine Notiz mit der überschrift „Die Zahl der Doppel-Mandatare im preußischen Abgeordnetenhause", dessen Schlußsatz lautet: „Von den Wilden treten als Träger eines Doppelmandats noch hinzu: der Antisemit Werner, der Däne Johansen und der Bündler Dr. Hahn. Das hiesige konservative Organ, die „Pommersche Reichspost" hat diesen Satz einfach gestrichen, wohl des „Antisemiten Werner" wegen. Daß dabei auch Herr Dr. Hahn weggelassen werden mußte, hat insofern einen ironischen Beigeschmack als der Leiter der „Reichspost" zugleich Geschäftsführer des Bundes der Landwirte ist!

Aus Baden. Bei den diesjährigen Kreiswahlen wurden u. a. in den Bezirken Heidelberg und Eppingen eine große Anzahl Antisemiten gewählt. —

Am 27. d. M. erstattete Landtags-Abgeordneter Pfisterer zu Bolkheim in einer zahlreich besuchten Versammlung den Wählern Bericht über seine parlamentarische Thätigkeit.

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Zu bezahlen vergessen hat der Pferdehändler Siegfried Lichtenstein, seßhaft zu Berlin, jetzt mbelanntem Aufenthalt, das Futter für seine Pferde. Deshalb hat ihn der Fouragehändler Borchert wegen 209,40 Mark verklagt.

Steckbriefs-Erneuerung. Der gegen den Handelsmann Albert Croner wegen Betrugs und Unterschlagung am 13. Februar 1890 erlassene Steckbrief wird vom Untersuchungsrichter des Königlichen Landgerichts I zu Berlin erneuert.

Mit der Provision ausgeprellt ist der Handschuhfabrikant Hugo Rothschild, früher zu Grenoble, jetzt unbekannten Aufenthalts, seinem Agenten S. Stern zu Berlin. Zuvorkommend Mart forderet dieser auf dem Klagewege von dem abwesenden Rothschild.

Betrug verübte der Agent David Lindenfeld zu Berlin, früher in Dresden. Das Schäffengericht in der sächsischen Hauptstadt nahm ihn dafür in dreißig Mark Geldstrafe

Recht ungeschickt benommen hatte sich der Zahnkünstler Abraham Rotenthal aus Berlin in Dresden, als er dort in einer schönen Zulinacht eine Kneipe aufsuchte. Da er nicht gutwillig ging, setzte man ihn an die Luft, wobei er den Gastwirt blutig schlug. Zwei Monate und eine Woche Gefängniß und drei Tage Haft war der Lohn für diese edle That.

Prahlhans. Der Bankier, Rönig Johannsitr. 4 b. hat auf seinen Briefbogen als auch auf seinem Firmenschilde stehen „Zitlaie Chrasmp, Königstraße 5", obwohl diese Filiale schon seit zwei Jahren nicht mehr besteht.

Nochzeitig gestorben ist der Verlagsbuchhändler Morgenstern zu Breslau, den man wegen großer Unterschlagungen verhaftet hatte. Er vergiftete sich im Gefängnisse. Morgenstern war eine gewaltige Stütze des Freisinns.

Einen schmierigen Judenjungen nannte der Rechtsanwalt Pfeiffer vor dem Landgerichte zu Hannover seinen Klienten Rd. Löwenstein in der Verteidigungsrede. Der schmierige Judenjunge war des gewerbs- und gewohnheitsmäßigen Wuchers, der Beleidigung und eines Erpressungsversuchs angeklagt und wurde deshalb auch zu 32 Monaten Gefängniß und dreitausend Mark Geldstrafe verurteilt. Daß ein Jude schmierig ist und wegen Wuchers vor Gericht steht, wäre ja nichts neues, auch daß er, wie in diesem Falle, seine Opfer lediglich in christlichen Ständen gefunden hat, scheint nicht auffallend. Auffallend ist dagegen die Haltung des Verteidigers und des Angeklagten selbst. Jener brach schamlosigkeit über den Juden und seine halbabschiedsherschen Geschäfte den Stab, und der Jude führte während der zweitägigen Verhandlung mit eisemer Konfequenz eine Komödie auf, wie sie eben nur ein Jude fertig bringt. Schon gleich nach seiner Verhaftung spielte er den Verrückten, so daß man ihn thatsächlich wochenlang in der Irrenanstalt zu Hildesheim beobachtete. Man durchschaute ihn aber bald, und mit erschiedener Deutlichkeit machten die beteiligten Aerzte vor Gericht ihre Aussagen. Löwenstein wollte aber mit Gewalt verrückt sein. Während der Verhandlung brüllte, bellte, fluchte, heulte, tobte und weinte er mit solcher Ausdauer, daß ihn der Richter wiederholt abführen lassen mußte, da ein ruhiges Durchführen der Verhandlung sonst unmöglich gewesen wäre. Zehnmal erhielt der Jude eine dreitägige Haftstrafe wegen Ungebühr vor Gericht und doch gelang es ihm, sich „klein" zu kriegen. Alle oft mögen Richter und Staatsanwalt bedauert haben, daß die Prügelstrafe nur ein Disziplinarmittel der Gefängnisse ist. Wer der Verhandlung beiwohnte und vorher noch Judenfreund war, ist es heute sicher nicht mehr, denn noch nie hat sich der jüdischen Natur unverhüllter gezeigt als hier. Bedauerlich bleibt es nur, daß sich so viele Offiziere mit dem „schmierigen Judenjungen" abgoben, wenn auch nur geschäftlich. Im Gefängnisse ist Löwenstein jetzt endlich zu Kreuze gekrochen.

Zwölf Jahre Ehen. Dem Handelsmann Leiser Stubzinski zu Thorn (Posen) ist seine Ehefrau Hanne, verwitwet gewesene Fuchs, geb. Lemmchen, ausgerückt. Er möchte sie nun gern auch offiziell loswerden und klagt deshalb auf Ehescheidung —

Drei Jahre und Tag hat der Samuel Israel seine Ehefrau Marie Israel zu Usch gemartert und nichts mehr von sich hören lassen. Frau Marie ladet nunmehr ihren pflichtvergessenen Ehemann vor das Landgericht zu Schneidemühl. —

In der „Staated-Ztg." ist nachstehende Anzeige zu finden: „Klagefläge Rimenteinforderung auf Koulmann Willy Samuel, Berlin, Ritterstr. 52, von 574 Mark zu vertaufen. Schneidermeister Eduard Schulz, Wortgotenstraße 96.

Als Häscher ist der Jude ebenso groß wie als Wucherer oder Mädchenhändler. Die österreichische Finanzbehörde stellte vor den Jahren bei Prüfung der Geschäftsbücher von Wiener Bankhäusern fest, daß von Mai 1893 bis zum Mai 1895 insgesamt 2363 Türkenlose — die unseligen Erzeugnisse des Türken-Hirsch — mit falschen Stempeln in Wien verkauft waren. Als die Geschäften wurden ermittelt: Wechselstuben-Besitzer Leopold Steiner, Juda Tassel, Trafikant Moses Neufeld, Eierhändler Alexander Bernstein, Wechsler Isaak Neufeld, Wechsler Abraham Hirsch, Samuel Pak, Wechsler Chaim Lednizer, Schankwirt Joseph Springarn, und Kommis Sofie Reinhold, sämtlich zu Krakau und Rubin Neufeld aus Ubszowow. Am 24. v. M. standen diese Herrschaften vor dem Krakauer Gerichte.

Schwere Kellerei hat sich die Jüdin Sofja Broit zu Odessa durch den Einbruch von Sachen zu schulden kommen lassen, von denen sie wußte, daß sie gestohlen waren. Sie gestand das auch ein. Das Verdikt der Geschwornen lautete: schuldig, und das Bezirksgericht verurteilte die Sofja Broit zu drei Monaten Arrest

Falschspiel. Ein Z. Rotenthal wurde zu Odessa verhaftet, weil er im Verdacht steht, im Hotel Commerz dem Rentenden M. Jewgin eine goldene Uhr nebst Kette gestohlen zu haben.

Digitized by Google

Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat.

In der Zeit vom 1. bis einschl. 15. Okt. 1898 wurde über folgende Firmen usw. der Konkurs eröffnet:

Kaufmann Adolf Pelz zu Dessau. — Kaufmann Gustav Michaelis zu Gueten. — Kaufmann Leopold Goldschmidt zu Posen, Schuhmacherstr. 12. — Stern & Co. zu Frankfurt (Main, Allerheiligenstr. 78 und Bergerstr. 273. — Kaufmann Adolf Friedmann zu Neunkirchen (Bez. Trier). — Handelsmann Aron Lurch zu Oppau. — Julius Meyer & Co. zu Neiße. — Bauunternehmer Peser zu Gleiwitz. — Max Strouh zu München, Dienerstr. 6 l. — Kaufmann Moritz Sommerfeld zu Danzig. — Handelsmann Josef Ginsstein zu Buchau (Württemberg). — Handelsmann Siegmund Einstein zu Buchau (Württemberg). — Soester Schuhfabrik M. Gerber & Co. zu Soest. — Kaufmann J. Bieber zu Kupferdreh. — Kaufmann Sally Lewy zu Magdeburg-Sudenburg, Breiteweg 41. — Kaufmann Karl Blumenthal zu Bottrop — Margarete Peser, geb. Jakob, zu Gleiwitz. — Wäschehändler Israel Lang zu Hamburg, neuer Steinweg 72. — Kaufmann Liebmann Koz zu Glogau.

Aufgehoben wurden in derselben Zeit nachstehende Konkurse:

Hopfenhändler und Kommissionär Samuel Preisuß zu München (Zwangsvergleich). — Kaufmann Julius Dondy zu Aschaffenburg (Zwangsvergl.). — Kaufmann Samuel Moritz Marx zu Bodenteichwerm (Zwangsvergl.). — Handelsfrau Emma Bernstein, geb. Saulmann zu Halle, Saale. — Kaufmann Siegfried Brüx zu Pleschkau (Zwangsvergl.). — Fabrikant Samuel Pinnes zu Reichenbach, Vogtl. — Kaufmann Fritz Sterno zu Lundeberg, Warthe. — Rosalie verw. Opelt, geb. Nürnberger, zu Gera (Zwangsvergl.). — Kaufmann Julius Abrahamsohn zu Halberstadt. — Kaufmann Emil Pinthus zu Halberstadt (Zwangsvergl.). — Bianda Wolff zu Tilsit (Zwangsvergl.). — Kaufmann Sally Michaelis zu Eberswalde (Zwangsvergl.). — Handelsmann Max Schwager Schwenenschlaenig. — Handelsmann Salomon Salz Schmiedber, in Firma Kalo Weiß zu Königshütte. — Kaufmann Wilhelm Cohn zu Wortenburg (Zwangsvergl.). — Polamentierwarenhändler Julius Bernstein zu Grunewald, Trabenerstr. 54. — Tröbler Gustav Mendelsohn zu Königsberg, Pr. (Zwangsvergl.). — Kaufmann Samuel Manres zu Oderau (zwangsvergleich).

•

Bethaftet wurde wegen Verdachts, vor der Konkurseröffnung am 10. November Waren im Werte von mehreren tausend Mark bei Seite geschafft zu haben, der Kaufmann Abraham Kaufmann zu Duisburg-Hochfeld.

Jüdische Ritter, Kommissions- und Kommerzienräte usw.

Verliehen wurde: dem Dr. med. Heinrich Stern zu Breslau der Charakter als Sanitätsrat;

dem Ehren-Sekretär der italienischen Gemeinde zu Konstantinopel, Leon Piperno, der türkische Osmanie-Orden;

dem Bankier Karl Levy zu Berlin der Rote Adler-Orden vierter Klasse; dem niederländischen General-Konsul zu Paris, J. H. von Lier das Kommandeur-Kreuz des Ordens Wilhelm von Oranien;

dem Bankdirektor Landauer zu Gerabronn die württembergische Karl-Olga-Medaille in Silber;

dem Leibarzt des Prinzen Georg von Preußen, Geheimen Sanitätsrat Dr. Kroner der Rote Adler-Orden vierter Klasse.

•

Ernannt wurde: der Kaufmann Siegfried Haber zu Breslau zum Handelsrichter;

der Kapitän Matthew Nathan, Vorstandsmitglied der Anglo Jewish Association zu London zum Major;

die Kaufleute Jacob Heimberg zu Berlin, Adolf Schwerin zu Breslau und Moritz Jaffé zu Posen zu stellvertretenden Handelsrichtern;

Gerichts-Sekretär Salamon Jurowitz zu Krakau zum Landgerichtsrat;

der Bankier Max Leon zu Berlin zum persischen Generalkonsul.

•

In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen: Rechtspraktikant Moriz Leiber zu Schweinfurt; Rechtsanwalt Dr. David Auerbach zu Schöneberg bei Berlin; Gerichts-Assessor Dr. Levy zu Görlitz; Rechtsanwalt Isidor Graf zu Münsingen; Rechtsanwalt Siegfried Reich zu Kattowitz.

Briefkasten der Schriftleitung.

S. in Sk. Fünf Mark gingen leider Fehl richtig ein. — Einen besonderen Monat können wir Ihnen jetzt noch nicht begleichen, da Sie Vorlagen den Abgeordneten ja noch nicht zugegangen sind. Bald Ihnen ende Januar oder Februar nicht, dann Mai oder Juni. Wenden Sie sich nur an uns.

Köln-Riehl. Wir erbitten das Material.

W. J., Strassburg (Elsass). Soviel und bekannt ist, sind die Firmen judenrein. Wir werden aber noch Erkundigungen einziehen

H., Halle (Saale). Besten Dank! Wird verwertet

Müller, K. Besten Dank. Bis ende September 1899 ist jetzt beglichen. Heil! B.

Neue Bücher.

Mit einem eigenartigen Werke, wie es noch kein andres Volk aufzuweisen hat, tritt soeben das bibliographische Institut in Leipzig und Wien vor die Lesewelt Deutschlands: vor einigen Tagen erschien die erste Lieferung des unter Mitwirkung hervorragender Fachgelehrten von Dr. Hans Meyer herausgegebenen **„Deutschen Volksbuches"**. Seit Friedrich Ludwig Jahn hat niemand die wichtige Frage: „Was ist deutsch?" zu lösen versucht, aber jetzt, wo dies zum ersten Male erstrebt wird, soll es auch gleich in umfassendster Weise geschehen Die erste Lieferung des patriotischen Werkes enthält aus der Feder des Herausgebers in Form einer sorglältigen und wohlgelungnen Analyse des deutschen Volkscharakters gleichsam das Programm des Ganzen, und die folgenden Abschnitte sollen diesen Volkscharakter und sein Wolten in der deutschen Geschichte, Sprache, Religion, Musik, Dichtung, Sitte usw. nachweisen. Jedem der einzelnen Abschnitte werden einige Tafeln in Farbendruck, Holzschnitt oder Kupferstzung beigegeben, die die hervorragenden Bethätigungen des deutschen Volkstums zur Anschauung bringen, und ein sorglältiges Register soll das wertvolle Werk gleichgeitig zu einem vielseitigen Nachschlagewerk machen. Das Buch, von dem man in der That sagen kann, daß es in keinem deutschen Hause fehlen sollte, wenigstens nicht da, wo die Pflege des vaterländischen Gedankens als erste Pflicht gilt, wird breißen Lieferungen zu je 1 Mark umfassen und vollständig so rechtzeitig vor dem Feste erscheinen, daß es (in eleganten Halbleinenband zum Preise von 15 Mark) eine Zierde des Weihnachtstisches bilden kann.

Der Jude des 19. Jahrhunderts oder Warum sind wir Antisemiten? Von J. Seidl. Graz, 1899. 115 S. Preis 70 Pfg.

Ein katholischer Geistlicher, der die antisemitische Litteratur fleißig gelesen hat, macht in mehr als dreißig kleinern Abhandlungen in meist recht geschickter Weise die Berechtigung des Antisemitismus nach. Wir wünden das Buch empfehlen, wenn ro nicht überaus gehässige Angriffe gegen die deutschnationalen Antisemiten enthielte. Die „Vaterlandsverein Voell, Schiemer und Genossen" werden in dem Kapitel „Der jüdische Jude" einfach als Judenfreunde behandelt. Das geht denn doch über die Hutschnur! Es liegt uns durchaus fern, einseitig für die „deutschvölkische" Partei einzugreifen zu wollen. Wenn uns persönlich auch der Antisemitismus, der der Ausfluß lebendigen Nationalgefühles ist, immer noch als der christlichzziale, so sind wir doch vorurteilsfrei genug, diesem volle Berechtigkeit widerfahren zu lassen und seine Erfolge unumwunden anzuerkennen. Uns in die oft rein persönlichen Reibereien zwischen den einzelnen Richtungen des österreichischen Antisemitismus einzumischen, haben wir bisher immer abgelehnt. Wenn aber ein Christlichzziale, wie es hier geschieht, nicht anders als in den verächtlichsten Ausdrücken über die Deutschnationalen spricht, so müssen wir das als ungehörig zurückweisen. Bedauerlich ist es nur, daß reichsdeutsche Blätter oftmal ihre Verwahrung fortlaufend ganze Abschnitte aus dem Buche abdrucken und damit mit zur Verbreitung eines gehässigen Angriffes gegen Volksvertreter beitragen, die man anderweits zu Vorträgen wieder einladet.

Der christliche Hausfreund. Ein Adreßkalender für das liebe Christenvolk deutscher Zunge auf das Jahr 1899, mit biblischen Betrachtungen für jeden Tag, Erzählungen und Geschichten. Zum Besten des Deutschener Erziehungsvereins in Verbindung mit einer Reihe von Mitarbeitern herausgegeben von A. Haarbeck, Pastor und Inspektor des Erziehungsvereins zu Neukirchen bei Mörs, und J. Haarbeck, Pastor zu Elberfeld. Preis 75 Pf.

Der echt christlich deutsche Geist, der aus den Betrachtungen und Erzählungen der einzelnen Adreßblätter und entgegenleuchtet, macht den hübsch und doch einfach ausgestatteten Kalender zu einem wertvollen Zimmerschmucke. Wir empfehlen ihn allen Lesern aufs Beste, zumal die Erträgnisse aus dem Vertriebe einem wirklich wohlthätigen Zwecke zu Gute kommen.

Für die Bücherei des Antisemiten.

W. Glese,

Antisemitisches Handbuch.

Preis 2 Mark.

Zu beziehen durch die **Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstr. 27.**

Bei vorheriger Einsendung des Betrages (deutsche und österreichische Marken werden in Zahlung genommen) erfolgt portofreie Lieferung.

Miniatur-Photographien in Visitenkarten- oder Medaillon-Größe 15 Stück 1 Mk., 30 Stück 2 Mk., 100 Stück 5 Mk., 1000 Stück 35 Mk.

Auch in jedem noch beliebigem Formate. Vergrößerungen und Verbesserungen jeder Art, Retouchieren und Kolorieren nach Oelgemälden, Porzellanen usw. mit Porträt — nach jed. aus einigermaßen gute, weshalb unbedingt wieder zurückerfolgt. — Verbürgt schnelle und feine Ausführung, getreueste Aehnlichkeit. Billigste Preise. Muster u. Preisliste kostenfrei.

Photogr. Anstalt Wilh. Fleisch, Kreisrichter (Sachsen).

Vertreter gesucht.

H. Heinze, Hutfabrik
gegründet 1875
Spezialität: 2,80-Hüte.

Seiler-Bürsten-Besen- u. Pinselwaren
en gros & en detail
Spezialität:
Polsterwaren.
Oscar Mühler, Windmühlenstr. 25

Digitized by Google

Deutsche Schänke, Leipzig,
Poststrasse 20
empfiehlt kräftigen Mittagstisch und gute Biere.
Gesellschaftszimmer.
Platz zur Aufbewahrung von Fahrrädern genügend vorhanden.
Hochachtungsvoll
H. Singer.

Soeben erschien:
Ferdinand Hirt's Weihnachts-Katalog.
Jede Buchhandlung liefert denselben kostenfrei, nennenswerthe postfrei und die Verlagsbuchhandlung von Ferdinand Hirt & Sohn in Leipzig.

CAFE MERKUR
300 Zeitungen. Dapnechen u. Kursberichte, Städte-Adressbücher v. Berlin, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Hamburg-Altona, Halle a. S., Paris, sowie Handels-Adressbücher aller grösseren Staaten liegen zur gefl. Benutzung aus.
Leipzig
Au der Pleisse 8.
Geöffnet bis morgens 1/4 Uhr.
Jeden Vormittag Bouillon und Pasteten.
Hochachtungsvoll
W. Rühlemann.

Für Jedermann!

Das Praktischste zum Ordnen Aufbewahren von Briefpapieren aller Art sind
Peukerts Dokumenten- oder Urkundenmappen.
Zu haben in drei Größen:
26×20 31×24 38×28½,
4.— 5.— 6.50
3.50 4.—
mit Leinwandklappen
4.— 5.— 6.50
mit Schreibschloß 1 M. mehr.
L. Peukert, Leipzig, Nürnb. Str. 57.

Beeren-Weine
offeriert in I. Qualität und durchaus reiner Ware, in nur älteren, abgelagerten Jahrgängen, ab hier, geg. Nachn.:
Roten Johannisberer-Dessert-Wein à M —,70 per 1/1 Ltr.-Fl.
Weißen „ „ „ „ —,75 „ „ „
Schwarzen „ „ „ „ —,80 „ „ „
Stachelbeer „ „ „ „ —,75 „ „ „
Erdbeer- „ „ „ „ —,85 „ „ „
Flaschen und Verpackung inbegriffen; Kisten zum Selbstkostenpreis. Verkauf von 20 Liter an. — Ärztlich verordnet. Zu Geschenken sehr geeignet. Hunderte von Attesten! Bester Ersatz für Südweine!
C. E. Schmidt, Beerenweinkelterei, **Lauffen a. Neckar.**
40 mal preisgekrönt!

Nächstgelegene Großhandlung, Leipzig, Sternwartenstr. Hervorragend Gut Bier Glas Emailliert Holzw. Weingewächs. Pumpen Pfützen Kellerwohnungen Reinmachbürsten Löffel und Fullinger Messer und Säbel Bierverlauf an Private. Spez. Braut-Ausstatt. Um. Export. [illegible] Bier. Bräuhaus.
S. Heydeck
Kaufen Sie
keln Planino,
wenn Sie sich noch nicht den Katalog von **August Roth** Kgl. Portug. u. Fürstl. Lipp. Hof-Pianofabrikant, **Hagen W. Nr. 84,** gratis haben kommen lassen.

Frankfurt a/M.
Hotel Cölner Hof.
Besitzer Beermann Loos.
Gegenüber d. rechten Ausganges des Hauptbahnhofes.
60 Zimmer mit 90 Betten bei mäßigen Preisen.
Bier- und Wein-Restaurant.
Jüdischer Besuch verbeten.

Wein-Groß-Handlung,
Import von Rum, Arrac, Cognac, von

Jede Flasche trägt Nebi
Etiquette als Schutzmarke.
Berlin NW., 1 Stendaler Straße 1.
Fernsprecher Amt Moabit 1326.
Gegründet 1877.
1892er u. 93er Rhein- u. Moselweine, 1. M. aber p. Ltr. von 70 Pf. an.
1893er u. 95er Bordeaux-Weine von 1 M. an, sowie sämmtliche in- und ausländische Weine alte, zu soliden Preisen. Für absolute Reinheit garantieren
Schmitz & Co.
Kleine Proben und Preisliste umsonst.

„Staatsbürger-Ztg.", „Deutsche Blacht", „Das Volk", „Deutsche Zeitung", „Deutsche Tageszig.", „Deutsch-Soziale Blätter", „Deutscher Wächter" und viele andre deutschgesinnte Zeitungen liegen aus.

Heinrich Weigang
am Roßplatz ✻ **Kurprinzstraße 1** ✻ am Roßplatz
empfiehlt sein großes Lager
deutscher und englischer Stoffe zur Anfertigung eleganter und gut passender
Herren-Bekleidung nach Maß
Komplette Herren-Anzüge von 48 M. an.
Die für das Schaufenster extra zur Ansicht gestellten **Anzüge, Paletots, Joppen, Hosen und Schlafröcke** verkaufe ich zum Selbstkostenpreis.
Heinrich Weigang, Leipzig, Kurprinzstraße 1.

Weltruf
haben
westfäl. Fleischwaren
(Dauerwaare).
Feinste westf. Cervelatw. p. ½ 1,20 M.
„ „ Schinkenw. „ „ 1,15 „
„ „ Plockw. „ „ 1,10 „
„ Mettw. „ „ 0,90 „
Schinken von Dezember ab.
Beste Räucherung.
Garantie Zurücknahme.
J. Bartscher, Rietberg (Westfalen).

Liefere ein Postfaß (9½ Pfund)
feine Leber-, Rot- und Sülzwurst
zu 7,50 M. franko.
H. Glauner, Fleischermstr.
Papenburg b. Leer (Ostfriesld.).
Ferner:
prima Hammelkeule u. Carrés
à Pfund 55 Pf.

Gute polnische Romane oder Novellen,
die noch nicht überliefert sind, für deutsche Ausgaben gesucht.
Großmardein, W. Rudow.
A Pipe 251.

Antisemitische
Correspondenz
(Deutsch-Soziale Blätter), Jahrgang 1890, 1891, 1892 zu verkaufen.
Assessor **Schrödter, Naumburg a/S.**

Wer einmal Bolan versucht hat, wird ihn sicher seinen Bekannten empfehlen.
Bolan.
Ein hochmoderner Herrenhut für feine Anzüge und Überzieher. **Bolan** verdrängt Cheviot und Kammgarn, ist porös, sport und sehr haltbar.
Prachtvolle Musterwahl auf Verlangen frei unter Kreuzband.
Man adressiere:
Bolzkes' Tuchhaus in Düren 1
(Bez. Aachen.)
Viele freiwillige Anerkennungen.
Etwa nicht gefallende Hüte nehme auf meine Kosten zurück. Also kein Wagnis.
In Güte und Preis unübertroffen

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königsstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe, Berlin NW. 5, Kruppstr. 13.
Druck: G. Reusche in Leipzig.

Digitized by Google

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Leipzig, 8. Dezember 1898. Nr. 538.

Graf Thun, der österreichische Ministerpräsident, hat im Reichsrat den Mund recht voll genommen, weil das Deutsche Reich einige mißliebige österreichische Juden und unnütze Wenzelsbrüder über die Grenze spedierte. Graf Thun glaubt den Wiener Geldmächten einen besondern Gefallen zu erweisen, wenn er dem Deutschen Reiche eine Faust macht und ihm mit Vergeltungsmaßregeln droht. Graf Thun irrt sich aber, wenn er vielleicht angenommen haben sollte, daß man sich im Deutschen Reiche vor seinen Worten fürchten und die Politik der Reinigung von ausländischen Juden, Tschechen und ähnlichem Gesindel einstellen würde. Graf Thun und seine Auftraggeber irren sich noch viel mehr, wenn sie ihre Stellungnahme dem Deutschen Reiche gegenüber aus dem Grunde eingenommen haben sollten, daß uns an dem Bündnisse von Österreich-Ungarn sehr viel gelegen sei und wir deshalb vor den Worten aus Wien schleunigst zu Kreuze kriechen würden. Dem Grafen Thun mag es gejagt sein, daß sein Österreich nur durch die deutsche Handelsvertrags-Politik noch zahlungsfähig ist, und daß die Caprivische Regierung seiner Zeit diesen Umstand als Hauptgrund für den Abschluß jenes unseligen Handelsvertrages vorbrachte. Das heutige Oesterreich gleicht dem Oesterreich, das Bismarck damals mit in den Dreibund aufnahm, ganz und gar nicht. Wir haben darum auch nicht die geringste Veranlassung, uns für das heutige Österreich den Pelz zu zerreißen. Will Graf Thun wirklich seinen Worten die That folgen lassen, sind wir auch nicht böse. Das Deutsche Reich beherbergt so viele galizische Juden und noch mehr Tschechen, daß wir herzensfroh sind, wenn wir diese Landplage auf anständige Weise wieder hinter die schwarz-gelben Grenzpfähle abschieben können.

Parteinachrichten.

Parlamentarisches. Im Reichstage sind sofort nach seinem Zusammentreten vom Bunde der Landwirte folgende Anfragen eingebracht worden:

1. Ist der Herr Reichskanzler bereit, Auskunft darüber zu geben, ob und wie der zur Zeit in Berlin ohne das Vorhandensein einer staatlich beaufsichtigten Produktenbörse stattfindende Getreideverkehr mit den Bestimmungen des Reichs-Börsengesetzes vom 22. Juni 1896 vereinbar ist?

Ist der Herr Reichskanzler bereit, Auskunft darüber zu geben, ob es ihm bekannt ist, daß an der unter der Aufsicht des königlich preußischen Börsenkommissars für die Berliner Börse stehenden Effektenbörse in Berlin fortgesetzt börsenmäßige Termingeschäfte in solchen Wertpapieren stattfinden, für die nach den Bestimmungen des Reichs-Börsengesetzes vom 22. Juni 1896 diese Form des Handels verboten ist?

2. Ist der Herr Reichskanzler bereit, Auskunft darüber zu geben, ob die zur Zeit in verschiedenen deutschen Bundesstaaten stattfindenden Erhebungen über Vorhandensein und Ausdehnung einer angeblichen Fleischnot von ihm veranlaßt worden sind, und, wenn dies der Fall, aus welchen Gründen: gegenüber der Thatsache, daß noch den Ergebnissen der reichsamtlichen Statistik eine über die Vermehrung der Bevölkerung im Verhältnis hinausgehende Vermehrung der Viehbestände im Deutschen Reiche und der Fleischeinfuhr in das Reichsgebiet stattgefunden hat?

3. Ist der Herr Reichskanzler bereit, dem Reichstage gesetzgeberische Maßnahmen in Vorschlag zu bringen, die geeignet erscheinen, den derzeitigen hohen Bankdiskont der deutschen Reichsbank auf einen dem Bankdiskont andrer Länder entsprechenden Stand herabzudrücken, um dadurch zur Verbesserung der Konkurrenzlage der gesamten nationalen Produktion des Deutschen Reiches gegenüber dem Auslande beizutragen?

Diese Anfragen sind unter anderm auch von den Abgg. Bindewald, Gabel, Gräfe, Liebermann von Sonnenberg, Lohe, Müller (Waldeck), Raab und Werner unterzeichnet worden.

Dieselben Herren Abgeordneten unterstützen einen Antrag, den der Zentrumsabgeordnete Dr. Rinteln zwecks Einführung der Berufung in Strafsachen eingebracht hat.

Die Fraktionsrechte der deutschsozialen Reformpartei sind im Reichstage gesichert. Der Partei lassen sich nämlich zuzählen: die fünf bayerischen Bauernbündler und der Abg. Pauli, der als „Wilder" im Kreise Osthavelland mit unserer Hilfe gewählt wurde. Damit ist die Zahl 15 überschritten, die im Reichstage nötig ist, um einer Gruppe das Recht zu sichern, bei Besetzung der Kommissionen usw. entsprechend berücksichtigt zu werden. Die Freude unsrer Gegner, die die deutschsoziale Reformpartei schon verschwunden wähnten, ist also wieder einmal zu Wasser geworden.

Fünf Leipziger Antisemiten sind bei den diesjährigen Stadtverordnetenwahlen in der 2. und 3. Abteilung gewählt worden.

Altenburg (Sa.-Alt.). Am 27. v. M. trat der deutschsoziale Reformverein nach längerer Zeit wieder vor die breite Oeffentlichkeit und zwar mit einem Vortrage des Herrn B. H. Welcker (Dresden), der bei der allerdings nicht zahlreichen Zuhörerschaft lebhaften Anklang fand.

Aus Baden. Die deutschsoziale Reformpartei in Baden hat zum 8. Januar 1899 einen Parteitag nach Karlsruhe (Kassee Nowack) einberufen. Für die Tagesordnung sind vorläufig folgende Punkte vorgesehen:

1. Thätigkeitsbericht der Abgeordneten, des Parteivorstandes usw.
2. Kassenbericht und Entlastung des Vorstandes.
3. Anträge auf etwaige Abänderungen der Satzungen.
4. Neuwahl des Vorstandes.
5. Die kommenden Landtagswahlen.
6. Anträge.

Alle Anträge, die auf dem Parteitage zur Beratung kommen sollen, sind vierzehn Tage vorher der Partei-Geschäftsstelle zu Heidelberg, Bahnhofstr. 9, einzureichen.

Bayern. Drei sehr gut besuchte Versammlungen hielt Herr Redakteur Hirschel (Offenbach, Main) jüngst in unserm Kreise ab. Er sprach in Prach, Hochheim und Odenhausen. Bemerkenswert war, daß Herr Lehmann a. D. Wolff (Frankfurt, Main) in Odenhausen erklären konnte, die christlichsoziale Partei wolle das nächste Mal mit unsrer Partei zusammen vorgehen.

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Steckbrief. Gegen den Kaufmann Max Cronheim, zuletzt zu Berlin, Friedrichstraße 34, wohnhaft gewesen, hat das Kgl. Landgericht I zu Berlin die Untersuchungshaft wegen wiederholter Unterschlagung verhängt. Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das Untersuchungs-Gefängnis zu Berlin, Alt-Moabit Nr. 12 a, abzuliefern

Herr Emil Cohn, früher zu Berlin, jetzt unbekannten Aufenthalts, ist dem Kaufmann Otto Uhlig zu Halle (Saale) mit 491 Mark durchgegangen.

Er will nicht raus. Trotzdem der türkische Jude N. J. Aktalai zu Altona (Elbe) aus dem preußischen Staatsgebiete ausgewiesen war, ging er nicht. Da auch die verhängten Geldstrafen von insgesamt dreihundert Mark nicht bezahlt wurden, nahm man den hartnäckigen Juden erst in Haft, um ihn dann per Schub über die Grenze zu bringen.

Wegen Verletzung der Wehrpflicht sucht man Siegfried Wetterberg aus Dirschau.

Mit zwei Pfeilern legte der Viehhändler Simon Zucker aus Thüngen einen Gänsheimer Bauern rein. Zucker behandelte nämlich, die Ochsenlein zugleich und ans Joch gewöhnt. Da das der Wahrheit widersprach, dacht der Schmuser drei Tage hinter schwedischen Gardinen über die böse Welt nachdenken.

Reichsanzeiger sollte die Kuh sein, die der Handelsmann Ephraim Lehrberger zu Borken (Bezirk Kassel) an einen Bauern in Trockenerfurth

Digitized by Google

verkaufte. Thatsächlich hatte das Tier aber schon vor sechs Monaten gekalbt. Da der Jude diese Thatsache gekannt, muß er auf Anordnung des Schiffsgerichts zu Gorken sämtliche Mark Strafe abladen. Lehrberger sieht in guten Verhältnissen, hat weder große Familie noch sonstige Sorgen; trotzdem hält er es für angebracht, solche unreelle Geschäfte zu machen, ja er wird sogar beschuldigt, einem Ritterguthsbesitzer einen Pflug unterschlagen oder entwendet zu haben. Diese Angelegenheit schwebt aber noch.

Von einem „schlauen" Juden, der sich der Wehrpflicht zu entziehen gedachte, erzählt die „Nordwestländische Ztg." in Dorpat: Der betreffende militärpflichtige Hebräer wollte unsere Stadt mit der Eisenbahn verlassen. Er hielt sich auf dem Bahnhof auf, bis der Zug sich in Bewegung setzte, und sprang dann auf die Plattform eines Waggons; der Revisor-Aufseher hat hatte ihn aber bemerkt und sprang ebenfalls auf den Zug. Es wurden nun alle Waggons nach dem Flüchtigen durchsucht, aber zuerst vergeblich; darauf war der Station Tahdiver entdeckte man den Flüchtling oben in einem Waggon auf dem für das Gepäck bestimmten Regal.

Achtzigtausend Gulden Waisengelder hat der Kreisschatzleer Ignaz Grünfeld aus Fogaraich (Ungarn) sich angeeignet, ehe er das Weite suchte.

„Geistreiche Witze" und andere Mediokrametie und Trivialität, die teilweise auch in deutschen Blättern angepriesen werden, bilden einen schwunghaften Handelsartikel der in London wohnenden Gebrüder Richard, Leonhard und Eduard Ehrimes, dreier jüdischer Schnorrer. Das Geschäft ging vorzüglich, zumal die Mittel den Frauen in genossen nicht näher zu bezeichnenden Umständen spurlose Erlösung aus allen Verlegenheiten bringen sollten. Nicht zufrieden mit dem reichen Erlöse gingen die findigen Geschäftsleute schließlich daran, den etwa 8000 Frauen, die zu ihren Abnehmern zählten, Drohbriefe zu schreiben des Inhalts, daß sie wegen Gebrauchs der genannten Medikamente sich eines Verbrechens wider das kriminelle Leben schuldig gemacht hätten und deshalb angezeigt würden, wenn sie nicht sofort 42 Mark abladen würden. Einige Frauen machten Anzeige, das Nest wurde ausgehoben und die drei Jüngline müssen nun auf einige Jahre in das Zuchthaus. Und was das Schmerzlichste für sie ist, das zusammengeschwindelte Geld wurde ihnen von dem unbarmherzigen Gerichte wieder abgenommen.

Mosaik.

3,2 Millionen Hektar Ödland und geringer Hütungen giebt es allein in Preußen, von denen die Landwirtschaft bisher keinen oder nur einen ganz minimalen Gewinn zieht. Wie viel Tausenden von bäuerlichen Familien böten doch diese 3 Millionen Hektar eine Existenzstätte, welch gewaltige Mengen von Brotgetreide und Viehprodukte vermöchten aus diesen drei Millionen Hektar dem Konsum des deutschen Volks zugeführt werden! Es wäre wahrlich für unsre Staatsregierung eine schöne und nützliche Aufgabe, zugleich mit der Erhaltung und Sicherung der bestehenden landwirtschaftlichen Betriebe die Urbarmachung dieser weiten, der wirtschaftlichen Erschließung noch harrenden Teile unsers deutschen Vaterlandes zu fördern.

Die Besteuerung unsrer Warenhäuser ist offenbar doch nicht ganz so wirkungslos, wie man den Verfechtern der Umsatzsteuer gern glauben machen will, wenigstens entlockt ein dahingehender Beschluß des bayerischen Steuerausschusses der bekannten Firma Tietz in München einen Hilferuf, den sie im Anzeigenteile der nationalliberalen, freisinnigen und demokratischen Blätter „an alle Kaufleute Deutschlands" richtet, und in dem sie erklärt, dieser Beschluß „vernichte mit einem Schlage nicht nur ganze Kategorien von Geschäften, sondern auch die ganze Gewerbefreiheit." Wer da weiß, was man unter dieser „Gewerbefreiheit" zu verstehen hat, wird durch diesen Hilferuf nicht sehr gerührt werden.

Sozialdemokratische Wissenschaftlichkeit. In der vorigen Nummer stellten wir bereits fest, daß „Die Neue Welt", die Sonntagsbeilage des „Vorwärts" einen Aufsatz zum Abdruck gebracht hatte, der fast wörtlich aus der „Deutschen Ztg." stammte. Wenn bei solchen „Entlehnungen" die Quelle und der Verfasser angegeben werden, haben diese selten etwas dagegen einzuwenden. Beides ist aber in diesem Falle nicht geschehen, obwohl jener Aufsatz in der „Deutschen Ztg." ausdrücklich den Vermerk trug „Nachdruck verboten". In der „Neuen Welt" gab vielmehr ein C. Schenkling den Aufsatz mit der Überschrift „Überbleibsel aus der Urzeit" als eigne Arbeit aus. Die Redaktion der „Neuen Welt" setzte der ganzen Sache die Krone auf durch die Weigerung, nachträglich den Sachverhalt aufzuklären. Sie nahm weder eine entsprechende Zuschrift des wirklichen Verfassers auf, noch brachte sie selbst eine redaktionelle Notiz. Das Zentral-Organ der Sozialdemokratie hat sich dadurch eines Plagiats schuldig gemacht, das unter anständigen Menschen gewöhnlich als „Diebstahl" bezeichnet wird. Der „wissenschaftliche Genosse" Schenkling nennt sich auch C. Schenkling-Prerödt, Sigmund Schenkling usw. Er ist als litterarischer Strauchdieb bereits bekannt, denn seiner Zeit hat er Werke des Leipziger Zoologen Professor B. Marshall in der schamlosesten Weise seiten- und absatzweise abgeschrieben und als eigne Erzeugnisse an den Mann gebracht. Und das nennt sich dann Vorkämpfer für eine neue Weltordnung!

Kapital und Arbeit. Die Porzellan- und Papierstofffabriken Niederkaufungen verteilten auf sechzehnhundertfünf Mark Aktienkapital im letzten Geschäftsjahre 17,5 v. H. Dividende. Zu diesen 105 000 Mark kamen 25 792,31 Mark Tantièmen an Aufsichtsrat, Direktion usw. Diesen gewaltigen Summen gegenüber, die mehr als ein Fünftel des gesamten Aktienkapital darstellen, weist die Bilanz für Arbeiterunterstützung den unsäglichen Betrag von 30 (dreißig) Mark auf, der aber nicht etwa aus dem Gewinne des letzten Jahres stammt, sondern aus der Arbeiterunterstützungs-Kasse, die 1556,18 Mark Bestand aufweist und von dem letztjährigen Überschusse der Fabrik keinen Pfennig zugewiesen erhielt. — Im Landkreise Kassel aber, wo die Fabrik Niederkaufungen liegt, sieht bei jeder Wahl die Sozialdemokratie mit in der Stichwahl!

Ein Judenbund. Die „Schneidemühler Ztg." vom 3. d. M. berichtet: „Am Sonnabend wird hierselbst ein Odd-Fellow-Bund gegründet. Zu derselben gehörten bisher Kaufmann Louis Anbach und Dr. Wildowitzer. Den aufgenommen wurden am Dienstag in Posen Kaufmann Louis Schneider, Schuhdirektor Ernst, Buchhändler Mottet, Buchdruckereibesitzer Havemann und Zahnarzt Biber. Die Feier findet in Markwalds Hotel (Inhaber Bischoff) statt." Den freisinnigen Reichstagsabgeordneten Ernst haben die Herren Juden hoffentlich nicht als Renommier-Christen aufgenommen!

Neue Bücher.

(Alle hier angezeigten Schriften sind durch unsere Geschäftsstelle sowie durch jede Buchhandlung zu beziehen.)

Milder aus der deutschen Seekrieg-Geschichte. Von Vize-Admiral a. D. R. Werner. München 1898. 618 S. Preis 9 Mark, gebunden 10 Mark.

Zum ersten Male wird hier von einem hervorragenden Fachmann eine zusammenhängende Geschichte der Entwicklung der deutschen Flotte von den ältesten Zeiten bis auf den heutigen Tag geboten. Das Buch bietet für Alt und Jung eine Fülle der Belehrung, Anregung und Begeisterung. Doch schlägt das Herz bei der Schilderung solcher Heldenthaten, deren furchtloser Wagemut und todesverachtende Kühnheit Thaten vollbracht haben, die uns schier unglaublich scheinen. Und Stolz erfüllt uns, daß wir ihres Blutes, daß auch wir Deutsche sind.

Werner schildert uns, wie die deutsche Hansa eine Weltmacht wurde und England ihre Gesetze aufzwang, wie die nordischen Könige nur mit Erlaubnis der Hansa ihre Kronen annehmen durften. Das Eintracht stark gemacht, zerfiel durch Zwietracht und mit der Stärke der Hansa ging auch der blühende deutsche Handel zu Grunde. Der große Aufstieg hatte weitdickend die Bedeutung der Flotte wieder erkannt und bot alles auf, sie zu heben und ein Kolonialreich zu schaffen — leider vergeblich. Erst zweihundert Jahre später wurde sein Werk wieder fortgesetzt. Der Flottengründung im Jahre 1848, der Nordeutschen und der Reichsflotte ist ein breiter Raum gewidmet. Wenn die Flotte auch noch keine Gelegenheit hatte, in großen Schlachten ihre Kraft zu erproben, so ist sie, wie wir auch hier erkennen lernen, doch in Dutzenden von Fällen kraftvoll für die Interessen des Reiches eingetreten. Werners Erzählergabe tritt auch in diesem Buche, das ihr recht sehr empfehlen kann, glänzend zu Tage. Es ist noch rechtzeitig vor Weihnachten erschienen und wird gewiß jedem, der es bekommt, viel Freude machen.

B.

Fürst Bismarcks Lebenswerk. Drei Kindern und dem Volke erzählt von Berthold Otto. 1898. Preis 1 Mark.

Ein sehr empfehlenswertes Büchlein. Aber, bitte, den Titel zu beachten: Kindern und dem Volke erzählt. Wer bereits aus andern Schriften Bismarck und sein Werk hat kennen lernen, wird hier nicht viel Neues finden. Wer aber eine kurze, gemeinverständliche Darstellung seiner Bedeutung und seiner Schöpfung, unsers Reiches mit seinen Einrichtungen, haben will, der wird in diesem sehr ansprechend und mit großem pädagogischem Geschicke verfaßten Büchlein, das zuerst in der „Deutschen Schulreform" erschienen ist, finden, was er sucht.

Es ist dazu gutzuheißen, daß es auch ohne sachkundigen Erklärer am Feierabend im Familienkreise vorgelesen werden kann, und recht geeignet, auch Frauen Bismarcks Wirken verständlich und zugleich die Summe unsrer weltweislich von ihm geschaffenen politischen Einrichtungen klar und wert zu machen. Auch zu Besprechungen in Jünglingsvereinen bietet es viel passenden Stoff.

B.

Digitized by Google

Kann ich die österreichisch-ungarische Armee den Einflüssen der Nationalitätenkämpfe ziehen?!? Von Karl Schwarzenberg. Preis 60 Pf.

Zum ersten Male wagt es ein gründlicher Kenner der österreichischen Armee, den undurchdringlichen Schleier zu lüften, der über ihr lagert. Er zeigt, wie die Parteikämpfe, deren wahe Form wir zu in letzter Zeit oft zu beobachten Gelegenheit hatten, in der Kaserne weitergetämpft werden. Kameradschaftlichkeit, Zusammenhalten, eine gemeinsame Kommandosprache giebt es nur noch auf dem Papiere. Bei dem letzten Kaiser-Manöver in Gegenwart Kaiser Wilhelms II. sei der beschämende Ausgang nur darauf zurückzuführen, daß die Mannschaften sowohl wie die Offiziere die deutschen Kommandos thatsächlich nicht verstanden. Wie groß daher der Wert als Bundesgenosse für das Deutsche Reich im Ernstfalle ist, kann sich Jeder selbst sagen. Nicht nur für Militärs, sondern für jeden, der auf den Dreibund pocht, ist diese Schrift von höchstem Interesse. Bgt.

Kiesewetter, Dr. F., Die Krankenpflege in der Familie. Zur Aufklärung und Unterstützung in der häuslichen Krankenpflege und als Lektüre für jedermann. 4. Aufl. Bearbeitet von Prof. Dr. Benninghoven. Mit zahlreichen Abbildungen. Gebunden 5 Mark

Dieses altbewährte Buch, das nunmehr in vierter Auflage vorliegt, möchten wir besonders denen unserer Leser empfehlen, die auf dem Lande wohnen. Es ist eine häufige Klage der Ärzte, daß alle ihre Kunst und Mühe so oft umsonst sei, weil die Angehörigen der Kranken nicht einmal in die allereinfachsten Elemente der Krankenpflege eingeweiht seien. Deshalb sollte es jeder Hausvater als seine unabweisliche Pflicht erachten, ein derartiges Werk für die Hausbibliothek anzuschaffen, damit man in Krankheitsfällen in den ein Rüstzeug besitze. Und man sollte seine erwachsenen Tochter, die oft, anstatt sich nützlich zu beschäftigen, ihre Zeit mit Romanlesen vergeuden, dazu anhalten, sich durch das Studium derartiger Bücher gleichsam zu machen, in Fällen der Not ihren Mitmenschen helfend zur Seite zu stehen. W.

Der Alldeutsche Verband, seine Geschichte, seine Bestrebungen und Erfolge. Von Hugo Grell. Preis 40 Pf.

Dieses Büchlein führt uns die Geschichte, Thätigkeit, Ziele und Erfolge des Alldeutschen Verbandes recht anschaulich vor Augen. Es ist streng sachlich und doch warm geschrieben. Jeder nationale Deutsche fühlt, daß der Verband die Bestrebungen verfolgt, die er selbst im Innern gehegt und für das Wohl seines Volkes erhofft hat. Es sollte sich jeder, der sich für nationale Fragen zu erwärmen vermag, dieses billige Heftchen zulegen, um sich dadurch zum Eintritt in den Verband als thätiges Mitglied werben zu lassen. Bgt.

Die Frauenkrankheiten jeder Altersstufe, ihre Ursachen, Verhütung, Behandlung und Heilung nach den Grundsätzen der Naturheilmethode. Von Max Canitz-Berlin. 1898. 490 Seiten. Preis 8,50 Mark.

Auch das vorliegende neueste Werk von Max Canitz ist mit großer Sorgfalt gearbeitet. Bei aller Gemeinverständlichkeit und bemüht, streng wissenschaftlich nach den Grundsätzen der reinen Naturheilmethode zu schreiben, ist eine besondre lobenswerte Eigentümlichkeit des Herrn Autors. In dem Werke werden nicht nur die Ursachen und Erscheinungen, sowie Behandlung und Heilung aller sogen. Frauenkrankheiten gründlich behandelt, sondern überhaupt alles, was die Frauen angeht, so z. B die Ehe und das Eheleben. Die Pflege der Frauen in gesunden Tagen. Die Gefahren der Impfung für die Kinder. Die schädliche Einwirkung des Kaffees, Thees, Alkohols und Tabaks. Die Frauenbekleidung. Ein Kochbuch für Anfänger der naturgemäßen Ernährungsweise. Da sich ferner das Werk durch eine geschickte Anordnung des Stoffes, durch Übersichtlichkeit, sowie vorzügliche Ausstattung mit mehr als hundert guten Illustrationen auszeichnet, wäre es wünschenswert, daß dasselbe in keiner Familie fehle. Als Weihnachtsgeschenk für junge Frauen eignet es sich ohne Zweifel umsomehr, da die ganze schwierige Materie bezeit gehalten ist.

Briefkasten der Schriftleitung.

Borken. Besten Dank! Das Büchlein kannte ich schon, sein Herausgeber ist längst vom Schauplatze verschwunden. — Alles andre wird besorgt, auch die Versammlung. Heil!

Dannbrück. Kunstblumenschmuck ist gut und billig bei Pfarrer Langguth zu Steinheid (Thüringen) zu haben. Die Sachen werden zu Gunsten der Postbeamten, die zugleich auch die Erzeuger sind, vertrieben.

Würzburg. Wir bedauern, Ihnen nicht zustimmen zu können. Die Artikel haben nicht recht. Das Blatt lassen wir übrigens so auf, wie es von den Meisten seiner Leser aufgefaßt wird, als willkommne Abwechslung in dem ewigen Einerlei der Judenblätter. Ernst haben wir es nie genommen. Wie steht es übrigens mit Ihrer Urlaubsreise?

Ig. Leides schon verlegt? Wie gehts sonst?

E. R. Was Sie uns als „Neuestes" mitteilen, ist schon recht alt und in dieser Form — nicht richtig. Den Namen A. v. Rodbeim, der auf den Frankfurter Thalern zu lesen ist, hat eine Gelichte Rothschilds nicht getragen; derselbe rührt er von dem Künstler her, der die Frankfurtin modelliert hat. Als Modell hat diesem allerdings eine Geliebte Rothschilds, die Schauspielerin Januschek, gedient. Das ist das Wahre an der Sache.

x y z. Sendungen erhalten. Sie können jetzt mit uns aber zufrieden sein. Heilo!

H. Dörste. Für Romane habe ich leider keine Verwendung. Romanverleger sind: Pierson-Dresden, List-Leipzig u. v. a. Jeder dortige Buchhändler wird Ihnen weitere Firmen nennen können. Boyer.

Für diejenigen Bismarck-Freunde, denen das zweibändige Original-Memoiren-Werk Bismarcks zu teuer oder zu umfangreich ist, empfehle ich das noch rechtzeitig vor Weihnachten erscheinende Werk

Bismarck-Memoiren

nach seinen „Gedanken und Erinnerungen", Briefen, Reden und sonstigen Kundgebungen ergänzt und erläutert.

Mit einem Lebensbilde versehen von

Dr. Paul Liman.

Preis 3,50 Mark. Hübsch gebunden.

Dr. P. Liman, der bekannte Chefredakteur der „Leipziger Neuesten Nachrichten", der dieser Zeitung den Ruf eines der bedeutendsten Bismarck-Blätter erworben hat, giebt in diesem Werke eine volkstümliche übersichtliche Zusammenstellung alles dessen, was Fürst Bismarck an kostbaren Beiträgen zur Geschichte seiner Zeit und seiner Thaten in seinen „Gedanken und Erinnerungen", Briefen, Reden, Gesprächen geliefert hat.

Gest Bestellungen erbitte elligst.

Herm. Beyer, Buchhandlung, Leipzig.

Heinrich Weigang

am Roßplatz ✻ **Kurprinzstraße 1** ✕ am Roßplatz

empfiehlt sein großes Lager

deutscher und englischer Stoffe zur Anfertigung eleganter und gut passender

Herren-Bekleidung nach Maß

Komplette Herren-Anzüge von 48 M. an.

Die für das Schaufenster extra zur Ansicht gefertigten **Anzüge, Paletots, Jopen, Hosen und Schlafröcke** verkaufe ich zum Selbstkostenpreis.

Heinrich Weigang, Leipzig, Kurprinzstraße 1.

Digitized by Google

CAFE MERKUR

Leipzig ★ ★ ★ ★
★ ★ **An der Pleiße 8.**
Geöffnet bis morgens ¼4 Uhr.

300 Zeitungen. Depeschen u. Kurs-berichte, Städte-Adressbücher v. Berlin, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Hamburg-Altona, Halle a. S., Paris, sowie Handels-Adressbücher aller grösseren Staates liegen zur gefl. Benutzung aus.

Jeden Vormittag Bouillon und Pasteten.

Hochachtungsvoll
W. Rühlemann.

Deutsche Schänke, Leipzig,
Poststraße 20
empfiehlt **kräftigen Mittagstisch** und **gute Biere.**
Gesellschaftszimmer.
Platz zur Aufbewahrung von Fahrrädern genügend vorhanden.
Hochachtungsvoll
H. Singer.

Frankfurt a/m.

Hotel Cölner Hof.
Besitzer: **Hermann Loos.**
Gegenüber d. rechten Ausganges des Hauptbahnhofes.
60 Zimmer mit 90 Betten bei mäßigen Preisen.
Bier- und Wein-Restaurant.

Jüdischer Besuch verbeten.

„Staatsbürger-Ztg.", „Deutsche Wacht", „Das Volk", „Deutsche Zeitung", „Deutsche Tageszig.", „Deutsch-Soziale Blätter", „Deutscher Michel" und viele andre deutschgesinnte Zeitungen liegen aus.

Wein-Groß-Handlung,
Import von Rum, Arrac, Cognac, von

Jede Flasche trägt diese Etiquette als Schutzmarke.

Berlin NW., 1 Stendaler-Straße 1.
Fernsprecher: Amt Moabit 1376.
Gegründet 1877.
1898er u. 97er Rhein- u. Moselweine, z. Zt. ab b. Ufer, von 70 Pf. an.
1896er u. 95er Bordeaux-Weine von 1 M. an, sowie sämtliche in- und ausländische Weine usw. zu soliden Preisen. Für absolute Reinheit garantieren
Schmitz & Co.
Kleine Proben und Preisliste umsonst.

Leinen- und Baumwoll-Waren
von
Wilhelm Michael
Hainstrasse 7 **LEIPZIG** Hainstrasse 7.
Wäsche- und Aussteuer-Geschäft.
Leinen eigenes Fabrikat.
Inventur-Ausverkauf eines großen Postens **Tischzeug, Handtücher, Taschentücher, Gardinen-** und **Kongressstoffe, Kleiderstoffe** und **Teppiche** zu herabgesetzten Preisen.
Alleinverkauf
der echten Dr. Lahmannschen Unterkleidung.

Einen großen Dienst leistet man unserem Blatte und unserer Sache, wenn man seine Einkäufe bei solchen Handlungen deckt, die uns durch Ankündigungen unterstützen.

Vorzügliche Gelegenheit zur Selbständigkeit!
Buch- und Musikalienhandlung mit Nebenbranchen, über 18 Mille Umsatz, in II. hübsch gelegener Stadt Sachsens mit Lehrer-Seminar, Amtsgericht und dicht bevölkerter reicher Umgebung, im flottem Betriebe, noch sehr erweiterungsfähig, zu verkaufen. Näheres für Selbstkäufer durch
Herm. Beyer, Leipzig.

Fabrik- zeichen.

Gustav Felix,

Leipzig, Reichsstraße 26,
Stahlwaren-Fabrik in Solingen,
empfiehlt
Tischmesser, Gabeln, Löffel, Taschenmesser, Rasirmesser usw. usw.
in großer Auswahl unter Garantie.

Was schenke ich

den Meinigen und mir selbst zur Weihnacht?

Wählen Sie ein Jahres-Abonnement auf die

Monatsblätter für deutsche Litteratur

12 hübsch ausgestattete Hefte. Preis ganzjährlich nur 5 Mark.

Was wollen die „Monatsblätter für deutsche Litteratur"?

Sie wollen die edle deutsche Dichtkunst, die in unserm Vaterlande herabgewürdigt ist zur Dienerin der tierischen Gelüste, zur Vermittlerin des Gemeinen, wieder nur dem Geiste der Reinheit und Wahrheit, mit dem Geiste des echten Deutschtums und des echten Christentums erfüllen helfen. Sie wollen, soweit es in ihren Kräften steht, das öffentliche Urteil in litterarischen Fragen in christlich-deutschem Sinne beeinflussen. Sie wollen aber auch dem strebenden Geiste der Jugend das Verständnis vermitteln für die edlen Schätze unsers deutschen Schrifttums in Vergangenheit und Gegenwart.

Wie wollen die „Monatsblätter für deutsche Litteratur" das erreichen?

Mit Unterstützung einer großen Anzahl von Mitarbeitern, unter denen sich viele Namen von ersten Dichtern der Gegenwart befinden, bringen die „Monatsblätter" Gedichte, Erzählungen, litterarische Abhandlungen von allgemeinem Interesse, Lebensbeschreibungen großer deutscher Dichter und ferner als Besonderheit: Nacherzählungen der alten deutschen Heldenlieder in heutiger Prosa.

Das alles in künstlerischer und litterarisch wertvoller Form.

Sind das nicht ideale Ziele, die der thatkräftigen Unterstützung und Förderung jedes Deutschnationalen wert sind, der weiß, wie wichtig die Entwicklung eines starken und deutschen Schrifttums für die Zukunft unsers Volksgrieftes und für unser Vaterland ist?

Deshalb bestelle jeder Deutschnationale, der Freude hat an den Blüten der deutschen Dichtkunst und bei ihr Erquickung sucht nach der Last der Tagesarbeit, für sich und die Seinigen diese echt deutsche Zeitschrift. Aber er sorge auch dafür, daß sie in seinen Bekanntenkreisen immer weiter verbreitet werde, denn **das beste Mittel zur wahren und innerlichen Deutscherziehung unsers Volkes sind die Schätze unsers edlen deutschen Schrifttums.**

Probenummern umsonst und postfrei.

Bestellungen bei der nächsten Buchhandlung oder direkt vom Verleger.

Mit deutschem Gruße!

Die Schriftleitung.
Alb. Barnick, Helmstedt.

Der Verlag.
Herm. Beyer, Leipzig,
Königstrasse 27.

Den durch die Post oder unter Streifband direkt von der Verlagshandlung bezogenen Exemplaren liegt ein Weihnachts-Katalog der Firma **Herm. Beyer in Leipzig** bei; sonstigen Interessenten steht derselbe auf Verlangen umsonst und postfrei zu Diensten.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe, Berlin NW. 5, Kruppstr. 13.
Druck: G. Reusche in Leipzig.

Digitized by Google

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Leipzig, 15. Dezember 1898. Nr. 539.

Mit nächster Nummer

schließt dieser Jahrgang unsers Blattes. Wir bitten die Bestellung für 1899 schon jetzt bewirken zu wollen, damit keine Unterbrechung in der Zusendung eintritt. Zum Jahreswechsel läuft sich die Arbeit auf der Post und kann da leicht eine Bestellung in Verlust geraten. Die Postnummer der „Deutsch-Sozialen Blätter" für das neue Jahr ist 1777.

Parteinachrichten.

Parlamentarisches. Die Fraktion der deutschsozialen Reformpartei im Reichstage umfaßt unter dem Vorsitze der Abgg. von Liebermann und Lohe die Abgg. Bindewald, Gäbel, Gräfe, Müller (Waldeck), Raab, Dr. Bielhaben und Werner. Der Abg. Köhler, der in der ersten Sitzung der Fraktion persönlich anwesend war, hat um Aufnahme als Hospitant. Die Fraktion beschloß dementsprechend. —

Mit Unterstützung der Abgg. Bachmaier, Eßlinger, Hilpert, Lonzinger, Pauli (Potsdam), Dr. Ratzinger und Stöcker hat die deutschsoziale Reformpartei drei Anträge eingebracht. Diese lauten:

Antrag Liebermann von Sonnenberg. Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach: das allgemeine und gleiche Reichstagswahlrecht zu einer Reichstagswahlpflicht erweitert wird.

Antrag Liebermann von Sonnenberg, Lohe und Genossen. Der Reichstag wolle beschließen: dem nachstehenden Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen:

§ 1. Beim Schlachten aller Tiere, mit Ausnahme des Federviehs, muß der Blutentziehung die Betäubung vorausgehen.

Ausgenommen bleiben die wegen Unglücksfällen und plötzlicher Erkrankungen notwendig werdenden Nothschlachtungen, sobald sich die Betäubung nach den thatsächlichen Verhältnissen nicht ausführen läßt.

§ 2. Beim Rinde soll die Betäubung unter Benutzung der Schlachtmaske ausgeführt werden, soweit nicht beim Jungvieh die ungenügende Entwicklung des Schädels eine Ausnahme erfordert.

§ 3. Alle Schlachtungen, mit Ausnahme der nicht aufzuschiebenden Nothschlachtungen, dürfen nur von des Schlachtens durchaus kundigen Personen, oder doch unter deren Aufsicht und Mithilfe ausgeführt werden.

§ 4. Alles Schlachten hat in geschlossenen, dem Publikum nicht zugänglichen Räumen stattzufinden. Nur wo solche nicht in genügender Weise zur Verfügung stehen, darf das nicht gewerbsmäßige Schlachten im Freien geschehen, ist aber auch dann derart vorzunehmen, daß es nicht von öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen aus zu sehen ist.

§ 5. Zuwiderhandlungen gegen dieses Gesetz werden mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haftstrafe geahndet.

§ 6. Den einzelnen Bundesregierungen bleibt der Erlaß der zur Ausführung und Sicherstellung des Vollzuges dieses Gesetzes erforderlichen Verordnungen überlassen.

§ 7. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündigung in Kraft.

Antrag Liebermann von Sonnenberg, Lohe und Genossen. Der Reichstag wolle beschließen: dem nachstehenden Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen:

§ 1. Die Einwandrung von Juden, die nicht im Deutschen Reiche staatsangehörig sind, ist untersagt.

§ 2. Ausländische Juden, die sich bei Inkrafttreten dieses Gesetzes im Deutschen Reiche aufhalten, um sich dauernd niederzulassen, ohne bisher in einem deutschen Bundesstaate die Staatsangehörigkeit erworben zu haben, und nicht schon vor dem .... ein selbstständiges Gewerbe oder Geschäft im Deutschen Reiche betreiben, sollen alsbald aus dem Gebiete des Deutschen Reiches ausgewiesen werden.

§ 3. Die Gewährung der Staatsangehörigkeit in einem deutschen Bundesstaate an ausländische Juden ist untersagt.

§ 4. Die Begünstigung der Einwandrung fremder Juden wird mit Geldstrafe von 500 bis 1000 Mark oder mit Gefängnis bestraft.

§ 5. Der Bundesrat erläßt die zur Ausführung und Sicherstellung des Vollzugs dieses Gesetzes erforderlichen Anordnungen.

§ 6. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündigung in Kraft.

Berlin. Veranlaßt durch mehrfache Anfragen, wer an der Spitze des Vereins „Quittungsmarke" stehe, teilt die Hauptgeschäftsstelle der deutschsozialen Reformpartei mit, daß satzungsmäßig die Parteileitung als solche Vorstand des Vereins ist. Somit sind die Herren O. Zimmermann (Dresden) und Abg. Liebermann von Sonnenberg Vorsitzende, die Abgg. Werner und Bindewald, Schriftführer und Abg. Dr. Bielhaben Kassenwart des Vereins.

Dresden. Auf dem letzten Vortragsabende des Deutschen Reformvereins hielt unter Leitung des Herrn Kämnitz Abg. Bindewald eine Ansprache über die wirtschaftlichen Ziele der Parteien in Theorie und Praxis. —

Allerlei Gerüchten, die über die „Deutsche Wacht" in gegnerischen Blättern verbreitet werden, tritt der Vorstand der „Deutschen Wacht" mit nachstehender Auslassung entgegen:

Es ist unwahr, daß eine außerordentliche Generalversammlung der Aktionäre der „Deutschen Wacht" über die Liquidation der Gesellschaft beraten soll.

Es ist unwahr, daß ein Teil des Aufsichtsrates für, der andre gegen die Liquidation eintritt.

Es ist unwahr, daß sich ein Konsortium bildet, daß die „Deutsche Wacht" in Privatbesitz übernimmt.

Für den Weihnachtstisch empfehlen wir allen deutschen Familien und insbesondere unsern Parteifreunden ein Büchlein unsers Gesinnungsgenossen Dr. Rud. Vogel. Es betitelt sich „Frau Märe, Märchen und Schwänke für Jung und Alt" und ist den besten Märchenbüchern gleich zu achten, die unsre Litteratur aufzuweisen hat. Dabei hat es sür sich den Vorteil einer echt christlich-deutschen Gesinnung, die man heutzutage bei der Übersüllung des Büchermarktes leider nicht allen Jugendschriften nachrühmen kann. Druck, Papier und äußere Ausstattung des Buches sind mustergiltig und lassen den Preis von 2,50 Mark nicht zu hoch erscheinen, so daß wir hoffen, mit diesem Hinweise unsern Freunden, die ihre Bücher nicht pfundweise in Ramschbazaren kaufen, einen Gefallen gethan zu haben. Da die einzelnen Erzählungen nicht nur Märchen und Schwänke im gewöhnlichen Sinne des Wortes sind, eignet sich das Buch auch zu Geschenken an Erwachsene.

Erfolge bei Stadtverordneten-Wahlen. In Dresden siegte die Liste des Reformvereins, in Samotschin wurde in der Person des Rentners R. Neudorff der zweite Antisemit gewählt und in Margonin unterlag unser Kandidat mit nur zwei Stimmen dem Polen, weil sieben Deutsche so pflichtvergessen waren, diesem ihre Stimme zu geben.

Oederan. „Deutsche Welt- und Wirtschaftspolitik" hieß das Thema, das Herr H. Becker (Dresden) hier vor einer gut besuchten Versammlung behandelte. Der am Schluß erfolgende wiederholte Beifall bewies, daß der Redner den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte.

Sebnitz (Sachsen). Einen sehr ansprechenden Verlauf nahm eine vom deutschsozialen Reformverein am 8. d. M. einberufne Versammlung, deren Leitung dem Herrn Fabrikanten Biebach oblag. Abg. Bindewald hatte den „Vortrag über-

Digitized by Google

nommen. Er besprach die politischen und wirtschaftlichen Ziele der deutschsozialen Reformpartei, wobei die Mittelstandsfrage ganz besondere Berücksichtigung erfuhr. Die warme Anteilnahme der Anwesenden gab sich in mehrfachen Anfragen kund, die von dem Herrn Abgeordneten ausführlich und sachgemäß beantwortet wurden.

Altona (Elbe). Schon wieder haben wir einen Zusammenstoß mit den National-Sozialen zu melden. Obwohl die „Hilfe" vom 4. d. M. wutentbrannt mit den nötigen Schelmworten erklärt: „Mit Herrn Raab sind wir fertig", erschienen doch zwei National-Soziale in einer Zusammenkunft unsers Vereins vom 6. d. M. Herr Döring erläuterte den Zusammenhang des Antisemitismus mit der sozialen Frage. In der freien Aussprache förderten die Herren National-Sozialen derartige logische Gedanken zu Tage, daß die Anwesenden nicht aus dem Lachen herauskamen. Die Herren Döring, Schack und Schneider bleuchteten diese Thatsache denn auch in gebührender Weise.

Frankfurt (Main). Nach einem Vortrage über die „Fleischnot" nahm der Deutsche Verein in seiner November-Monatsversammlung nachstehende Entschließung an: „Die Versammlung erblickt in der Agitation gegen die sogenannte Fleischnot lediglich eine jüdische Mache zu dem Zwecke, die werkthätigen Stände zu verhetzen. Die eigentlichen Fleischbetreiber sind in den Reihen der meist jüdischen Groß- und Zwischenhändler zu suchen, in deren Bekämpfung die Versammlung eine wirksame Maßregel erblickt, aller Fleischverteuerung abzuhelfen. Die Versammlung erwartet daher von der Regierung und den gesetzgebenden Körperschaften, daß sie sich durch die jüdische Agitation nicht beirren lassen, sondern fest auf dem Boden der deutschen Arbeit beharren werden."

Einige Liebenswürdigkeiten sagt der deutschsozialen Reformpartei der „Illustrierte Germania-Kalender 1899", der im Verlage von Schlimpert in Meisen erschien. Es heißt dort in einem Artikel über die Parteien im Deutschen Reichstage: „Die antisemitische Richtung der Deutschen Reformpartei gefällt sich in einem Demokratentum, das in demagogischer Weise agitiert und in den Kreisen der Handwerker, Kleingrundbesitzer und niederen Beamten die Unzufriedenheit erregt und Hoffnungen erweckt, die nie erfüllt werden können. Die christlichsziale Richtung der Stöckerschen Partei ist aber durch die nationalsoziale Strömung Naumanns in ein Fahrwasser geraten, das direkt in das Lager der Sozialdemokraten führt." Der Herr Artikelschreiber, der die Nationalliberalen und Konservativen ins ungemessene lobt, scheint die politische Weisheit mit Löffeln gegessen zu haben.

Recht merkwürdige Anschauungen über die deutschsoziale Reformpartei fördert die „Bayerische Volkswacht" zu Tage. Das Blatt ist das Organ eines Teils der bayerischen Antisemiten, die sich unter dem Namen „Volkswirtschaftliche Mittelstandspartei" zusammengeschlossen haben. Anläßlich der Chemnitzer Tagung des Landesverbandes der deutschsozialen Reformpartei im Königreiche Sachsen schreibt es nun: „Ueber die Jahresversammlung des Landesverbandes der deutschsozialen Reformpartei machen sich unsre liberalen M. N. N. wegen der von derselben heute beobachteten Bescheidenheit lustig und meinen, von dem vor Jahren an den Tag gelegten Großmachtsdünkel sei heute wenig mehr wahrzunehmen. Die Partei sei entschieden im Rückgange. Es ist ja richtig, daß diese Partei das nicht mehr ist, was sie war, ihre Organe kommen allmählich ganz in das liberale Fahrwasser, und liberal werden will das Sachsenvolk eben so wenig wie wir in Bayern und unsre hessischen Nachbarn. Eine Reformpartei kann und darf nur eine wirtschaftliche, eine reine Volkspartei sein und das ist es, was wir bei der deutschen Reformpartei leider allzusehr vermissen."

Von der deutschsozialen Reformpartei hat man schon allerlei behauptet, aber noch niemals ist von ihr gesagt worden, daß sie sich dem „Liberalismus" auch nur genähert hätte. Die „Bayerische Volkswacht" wird nicht umhin können, für ihre Behauptungen den Beweis zu erbringen, wenn sie sich nicht dem Vorwurfe aussetzen will, unüberlegt gehandelt zu haben.

Erklärung. Seit einiger Zeit geht durch die jüdische und judengenössische Presse, von der „Schleswig-Holst. Volkszeitung" bis zum „Berliner Tageblatt", eine mich persönlich angreifende Notiz mit Bezug auf die Verhältnisse der Schule zu Blicksiedt, deren Patronat dem Eigentümer des Gutes Wulfshagen zusteht. In der genannten Presse wird behauptet: 1) Seitdem im September dieses Jahres das Schulhaus abgebrannt sei, sei der Lehrer „auf Lebtag" gesetzt worden", und zwar, wie jeder Lehrer annehmen muß, durch das Patronat. — Dies ist unwahr! Der Lehrer ist in gerichtliche Untersuchung wegen Verdachts der Brandstiftung geraten und für die Dauer derselben durch die Regierung zu Schleswig zum Amte suspendiert worden, womit nach gesetzlicher Bestimmung der Verlust des halben Gehaltes verbunden ist. 2) Es sei nicht gelungen, die Schuljugend in benachbarte Schulen unterzubringen, weil ich nichts habe bezahlen wollen. — Diese Behauptung ist unwahr. 3) Ich sei nicht zu bewegen, vorhandene geeignete Räumlichkeiten zur zeitweiligen Unterbringung der Schule herzugeben. — Auch diese Behauptung ist unwahr. Sobald mir von der vorgesetzten Behörde mitgeteilt wurde, daß die Bestellung eines kommissarischen Stellvertreters für den suspendierten Lehrer erfolgen könne, habe ich mich bereit erklärt, private Räumlichkeiten von hinreichender Größe als Schulzimmer und andre als Wohnung für den stellvertretenden Lehrer herzugeben. — Ich wage nicht, bei der erwähnten Presse das Maß von Anstand voraussetzen, daß sie veranlassen müßte, von diesen Berichtigung Notiz zu nehmen. Es handelt sich ja um einen Gegner.

Wulfshagen bei Gettorf. Graf Reventlow.

Israel im Konflikt mit den Landesgesetzen.

Inkulanter Pfiffikus. In dem Schaufenster des Kaufmanns Levi Borenberg zu Saarbrücken sah man ein Packet Handschuhe liegen, die mit der Aufschrift „10 Pf." versehen waren. Kam aber jemand und verlangte von der billigen Ware, so erhielt er nur dann ein Paar, wenn er zu gleicher Zeit auch andre Gegenstände kaufte, somit verwigerte man noch Anordnung des Geschäfts-Inhabers die Abgabe. Ebenso machte es Herr Levi Borenberg mit Regenschirmen. Eine solche Handlungsweise sah das Landgericht und das Reichsgericht als Mittel zum Kundenfangen an, so daß Herr Levi Borenberg auf Grund des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb die Staatskasse um fünfzig Mark und noch mehr Gerichtskosten bereichern darf.

Zechprellerei beging der Agent der „Wiener Sportstag," Alfred Meyer zu Frankfurt (Main), weshalb er sechs Monate Zuchthaus bekam.

Schwerer Hehlerei wird die Lumpenhändlerin Schreiber zu Würzburg beschuldigt, weshalb ihr die Polizei vorläufig ein Frei-Quartier besorgte.

Wenig Hehlsinn benahm sich der Viehhändler Stadt zu Bamberg einem Strohgenossen-Schaffner gegenüber, was ihm vor Gericht dreißig Mark Geldstrafe eintrug.

Wegen Verletzung der Wehrpflicht werden gesucht: Julius Wolf aus Fürth, Joseph Hecht aus Reichshofen und Isaak Levy aus Schweighausen.

Dem Fridolein seine Krone. Der Schriftsteller und Schornastein Josef Penizek zu Wien, der seine Fähigkeiten in den Dienst der tschechischen Sache gestellt hat, wurde wegen Beleidigung der Beamten des Kaiserlichen Central-Telephon-Amtes zu Wien vom Bezirksgerichte Innere Stadt in fünfzig Gulden Geldstrafe genommen. Acht Tage später ernannte ihn die Regierung zum Kaiserlichen Rat!!! Bosheit ist übertroumpft!

Bezahlt die Juden billig verkaufen können. Samuel Lurie erschien kürzlich in der Verhandlung der Firma Wagan zu Wien, wo man ihn gut kannte, kaufte dort für tausend Rubel Thee und begehrte ihn mit gestempelten Wechselformularen, die ohne Widerrede angenommen wurden, weil die Handlung vielen Käufern Thee auf Kredit gegen Wechsel verabfolgt und daher die Formulare gut verwenden konnte. Die gekaufte Ware verschleuderte der Jude bereits in den nächsten Tagen für die Hälfte des Wertes. Derartige Geschäfte führte er noch bei vielen Kiewer Firmen mit gleichem Erfolg aus. Nachdem Lurie sich dergestalt eine beträchtliche Summe „verdient" hatte, begab er sich nach Odessa. Dort wurde die Polizei auf die Sache aufmerksam, forschte nach und stellte fest, daß Juden Lurien mit Wechselformularen bezahlten und das Erworbne darauf für den halben Preis weiter verkauften. Die Untersuchung der Formulare durch Sachverständige ergab, daß man aus den staatlichen Formularen zu fünf Kopeken solche zu fünf Rubel und aus denen zu fünf Rubel solche zu fünfzig Rubel gemacht hatte, indem die echten Stempel durch eine Lösung von Potasche entfernt und darauf neue Stempel mit Tusche aufgedruckt wurden. Bei Lurie fand man eine bedeutende Summe solcher Fälschungen, sowie ein Notizbuch, in dem seine zahlreichen, in verschiedenen Städten wohnhaften Abnehmer verzeichnet waren. Natürlich nahm man den erfindungsreichen Juden in Haft.

Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat.

In der Zeit vom 16. bis einschl. 31. Okt. 1898 wurde über folgende Firmen usw. der Konkurs eröffnet:

Kaufmann Julius Saalfeld zu Berlin, Blumenstr. 78 und Draxlenstr. 61.
— Kauffrau Agnes Hirschfelder zu Glatz. — Moritz Wolff, Händler mit

Digitized by Google

Herren- und Knaben-Garderoben zu Hamburg, Altstädter Fuhlentwiete 29, 30, 35. — Lederhändler Ludwig Schwabe zu Weißenfels. — Kaufmann J. M. Seligmüller zu Tangerhütte. — Kaufmann Hermann Cohn, in Firma M. Kassel zu Meißen. — Kaufmann Abraham Ettlinger zu Frankfurt a/Main). — Schuhhändler Benjamin Kahn zu St. Ludwig. — Kaufmann Konrad Lewinsohn zu Halle (Saale), Große Ulrichstr. 52. — Handelsgesellschaft „Julius Wolff Wwe" und deren Gesellschafter, als 1) Emma, geb. Lehmann, Wittwe erster Ehe von Julius Wolff, jetzige Ehefrau des Kaufmanns Simon Friedländer, Handelsmann zu Krenzenach, und 2) Julius Lehmann, Kaufmann zu Kreuznach — Handelsfrau Sara Goldstrom, geb. Richer zu Löbau. — Kaufmann Arthur Neumann zu Magdeburg, Alte Ulrichstr. 15a. — Cäsar Rosenberg zu Dresden, Marschallstr. 14. — Kaufmann Siegfried Falkenstein zu Friedrichshagen, in Firma Gebr. Falkenstein zu Berlin, Friedrichstr. 143/149.

Aufgehoben wurden in derselben Zeit nachstehende Konkurse:

Kaufmann Sally Korn zu Halle, Saale. — Viehhändler Siegfried de Vries zu Leer. — Kleidergeschäfts-Inhaber Moses Abraham Bloch zu München (Zwangsvergl.). — Kaufmann Arthur Kleinfeld zu Posen (Zwangsvergleich). — Viehhändler Joel Pinzger Hermann Kahn zu Jülpich. — Handelsmann Abraham Braymann zu Unteralterthein (Zwangsvergl.). — Kaufmann Israel Japhet zu Berlin, Rosenthalerstr. 19. — Kaufmann Samuel Goetze zu Schneidemühl (Zwangsvergl.). — Händlerin Selma Brieg zu Berlin, Brehmstr. 34 I und Seydelstr. 29 (Zwangsvergl.). — Kaufmann Julius Salomon, früher zu Siegen, jetzt zu Chemnitz (Zwangsvergl.). — Hausmakler Salomon Tobias Seelig zu Hamburg (Zwangsvergl.). — Elias & Co. zu Forst (Zwangsvergl.). — Frau Bertha Landshut, geb. Ehrenberg, zu Gorlitz. — Kaufmann Adolf Lindner zu Königshütte. — Frl. Bertha Levy, in Firma Ernst Schwartze & Co. zu Elberfeld (Zwangsvergl.). — Kaufmann Siegfried Fischer zu Landshut.

Jüdische Ritter, Kommissions- und Kommerzienräte usw.

Verliehen wurde: dem Freiherrn von Oppenheim zu Köln (Rhein) der Kgl. Kronen-Orden vierter Klasse;

dem Ober-Ingenieur Moses Burstyn zu Wien das Ritterkreuz des Franz-Josefs-Ordens;

dem Professor Dr. Gustav Born zu Breslau der Rote Adler-Orden vierter Klasse;

dem Rechtsanwalt J. A. Levy zu Rotterdam zum Ritter des Ordens vom niederländischen Löwen;

dem Generaldirektor der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft zu Berlin, Emil Rathenau, der Kronen-Orden vierter Klasse;

dem Direktor der Dampfschiffahrts-Gesellschaft zu Arnheim, J. J. Prins, das Offizierkreuz des Ordens vom niederländischen Löwen.

•

Ernannt wurde: der Privatdozent Dr. L. William Stern zum außerordentlichen Professor an der Universität zu Breslau;

der Direktor der Artillerieschule bei 15. französischen Armeekorps, Eskadron-Chef Baladrèque, zum Ober-Leutnant;

die Privatdozenten Dr. Rudolph Pollack und Dr. Armin Ehrenzweig zu Wien zu Mitgliedern der Staats-Prüfungs-Kommission;

Professor Max Liebermann zu Berlin zum Ehrenmitgliede der Kgl. bayerischen Akademie der bildenden Künste.

•

In die Liste der Rechtsanwälte wurden eingetragen: Rechtsanwalt Ibbor Werner zu Berlin; Rechtsanwalt Samuel Rosenfeld zu Berlin; Rechtsanwalt Dr. Siegfried Heidenfeld zu Berlin; Rechtsanwalt Leonhard Guttmann zu Berlin; Rechtsanwalt Dr. Hugo Arnheim zu Berlin.

Neue Bücher.

(Alle hier angezeigten Schriften sind durch unsere Geschäftsstelle sowie durch jede Buchhandlung zu beziehen.)

Tafel deutscher Bodenklage. Herausgegeben im Auftrage des deutsch-sozialen Reformvereins von Dr. Winkelstein, Kassel, Humboldstr. 30. Preis 15 Pf., 5 Stück 45 Pf., 10 Stück 80 Pf.

Die Tafel ist geschmackvoll gedruckt und wird zweifellos manchem Vereine ein willkommenes Hilfsmittel sein. Wirkungsvoller machte sie sich entschieden, wenn sie auf Karton gedruckt oder doch aufgezogen wäre, zumal sie nicht nur für ein Jahr berechnet, sondern so abgefaßt ist, daß sie dauernd gebraucht werden kann.

Die Landjugend. Herausgegeben im Auftrage des Ausschusses zur Volkshygiene-Pflege auf dem Lande von Heinrich Sohnrey. Mit Unterstützung der namhaftesten Schriftsteller. Dritter Jahrgang. Mit vielen Text- und Vollbildern. Oktavformat. — 208 Seiten in hübschem Leinwandband. Preis bei Einzelbestellung 1,25 Mark. Bei Bezug von 20 Exemplaren 1,10 M., von 50 Exemplaren 1 M.

Ein treffliches Weihnachtsgeschenk in schmuckem Gewande, kernig-frische, gesunde Lektüre für Jung und Alt!

Briefkasten der Schriftleitung.

Elberfeld. Über die Herkunft Picquarts hat dem „Volk" einer seiner Leser kürzlich folgendes geschrieben: „Die Wahrheit ist, daß Picquart nicht, wie das B. T. behauptet, in Straßburg, sondern in Markirch im Elsaß geboren ist, allwo sein Papa einen schwunghaften Handel in Daunen- und Ziegenfellen, Lumpen und Knochen getrieben, aber auch das Fell der Bauern durch „Hosse in der Nor" gehörig gegerbt hat. Ehren-Picquart hat sich allerdings lassen lassen, ist wie Tarrieux, Thevenet, Rane usw. protestantischer Jude. Papa Picquart war noch nicht getauft; Großpapa hatte den leisenen Namen Urvy Braunschvig (Braunschweig), wovon es noch viele im Elsaß giebt."

B., Duisburg. Sie erhalten direkt Nachricht. Heilo!

Auskünfte.

Herr Johannes Ohlig, Weinhändler in Winkel (Rheingau), teilt uns mit, daß er Deutscher sei. Über sein religiöses Bekenntnis macht er keine Angaben.

Für die Bücherei des Antisemiten.

Otto Glagau,

Der Bankerott des Nationalliberalismus und die „Reaktion".

6. Auflage. Preis 1 Mark.

Zu beziehen durch die **Geschäftsstelle d. Bl. Leipzig, Königstr. 27.** Bei vorheriger Einsendung des Betrages (deutsche und österreichische Marken werden in Zahlung genommen) erfolgt portofreie Lieferung.

Als
Fest-
geschenke
empfehle ich:
Antisemiten-
Katechismus à 50 ₰
Dr. R. Siegemund,
Weihnachts-Buch für
deutsche Frauen u. Jungfrauen
antwortet 2,60 ℳ fein gebd. für 1,30 ℳ
Max Liebermann von Sonnenberg,
AAA Geschichte, fein gebunden 3 Mark. AAA
Ernst Moritz Arndts Werke, 6 Bände broch. 7,50 ℳ,
fein gebunden in 3 Bänden 10 ℳ, in 6 Bänden 12 ℳ.

Herm. Beyer, Buchhandl., Leipzig.

Kaufen Sie
kein Planino,
wenn Sie sich noch nicht den Katalog von **August Roth**, Kgl. Portug. u. Fürstl. Lipp. Hof-Pianofabrikant, **Hagen W. Nr. 88**, gratis haben kommen lassen.

Vorzügliche Gelegenheit zur Selbständigkeit!
Buch- und Musikalienhandlung mit Nebenbranchen, über 18 Mille Umsatz, in kl. hübsch gelegener Stadt Sachsens mit Lehrer-Seminar, Amtsgericht und dicht bevölkerter reicher Umgebung, in flottem Betriebe, noch sehr erweiterungsfähig, zu verkaufen. Näheres für Selbstkäufer durch
Herm. Beyer, Leipzig.

Wer einmal Bolan verwandt hat, wird ihn sicher seinen Bekannten empfehlen.

Bolan.

Ein bedeutender Fortschritt für feine Anzüge und Ueberzieher. **Bolan** verdrängt Cheviot und Kammgarn, ist vornehm-apart und sehr haltbar.

Erstaunliche Musterwahl auf Verlangen frei unter Kreuzband.

Man adressiere:
Bertzkes' Tuchhaus in Düren 1
(Reg. Aachen.)

Etwas nicht gefallendes Bolan-Muster nehme auf meine Kosten zurück. Also kein Wagnis.

Viele freiwillige Anerkennungen.

In Güte und Preis unübertroffen.

Digitized by Google

Deutsche Schänke, Leipzig,
Poststrasse 20
empfiehlt kräftigen Mittagstisch und gute Biere.
Gesellschaftszimmer.
Platz zur Aufbewahrung von Fahrrädern genügend vorhanden.
Hochachtungsvoll
H. Geiger.

CAFE MERKUR
Leipzig
An der Pleisse 8.
Geöffnet bis morgens ¼4 Uhr.
300 Zeitungen, Depeschen u. Kursberichte, Städte-Adressbücher v. Berlin, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Hamburg-Altona, Halle a/S., Paris, sowie Handels-Adressbücher aller grösseren Staaten liegen zur gefl. Benutzung aus.
Jeden Vormittag Bouillon und Pasteten.
Hochachtungsvoll
W. Rählemann.

Beeren-Weine
offeriert in I. Qualität und durchaus reiner Ware, in nur älteren, abgelagerten Jahrgängen, ab hier, geg. Nachn.:

Rotem Johannisbeer-Dessert-Wein	à A	—,70	per ¹/₁ Ltr.-Fl.
Weissen	"	"	"	—,75	" " "
Schwarzen	"	"	"	—,80	" " "
Stachelbeer-	"	"	"	—,75	" " "
Erdbeer-	"	"	"	—,85	" " "

Flaschen und Verpackung inbegriffen; Kisten zum Selbstkostenpreis.
Versand von 20 Liter an. — Bisher verordnet. Zu Geschenken sehr geeignet. Hunderte von Attesten! Bester Ersatz für Südweine!
C. E. Schmidt, Beerenweinkelterei, **Lauffen a. Neckar.**
40 mal preisgekrönt!

Frankfurt a/M.
Hotel Cölner Hof.
Besitzer: Hermann Laas.
Gegenüber d. rechten Ausganges des Hauptbahnhofes.
60 Zimmer mit 90 Betten bei mässigen Preisen.
Bier- und Wein-Restaurant.
Jüdischer Besuch verbeten.

„Staatsbürger-Ztg.", „Deutsche Woche", „Das Volk", „Deutsche Zeitung", „Deutsche Tageztg.", „Deutsch-Soziale Blätter", „Deutscher Bücher" und viele andre deutschgesinnte Zeitungen liegen aus.

Wein-Groß-Handlung,
Import von Rum, Arrac, Cognac, von
Jede Flasche trägt diese Etiquette als Schutzmarke.
Berlin NW., I Stendaler-Straße 1.
Fernsprecher: Amt Moabit 1376.
Gegründet 1877.
Inhaber u. Ober Rhein- u. Moselweine, à Fl. 60 Pf. per Ltr. von 70 Pf. an. 1865er u. 65er Bordeaux-Weine von 1 M. an, sowie sämtliche in- und ausländische Weine aller, zu soliden Preisen. Für absolute Reinheit garantieren
Schultz & Co.
Kleine Proben und Preisliste umsonst.

Weltruf
haben
westfäl. Fleischwaren
(Winterwurst).
Feinste weiß Gervelatw. p/M 1,20,40
" " Schinkenw. " " 1,15 "
" " Plockw " " 1,10 "
" " Mettw. " " —,90 "
" " Schinken " " —,95 "
Bahn-Versandung.
Garantie Zurücknahme
J. Bartscher, Nienberg
(Westfalen).

Bestens empfehle Postkolli (9½ Pfund)
feine Leber-, Rot- und Sülzwurst
zu 7,50 M. franko
H. Glauner, Fleischermstr.
Papenburg b. Leer (Ostfriesl.).
Ferner:
prima Hammelkeule u. Carrés
à Pfund 55 Pf.

Leinen- und Baumwoll-Waren
von
Wilhelm Michael
Hainstrasse 7 LEIPZIG Hainstrasse 7.
Wäsche- und Aussteuer-Geschäft.
Leinen eigenes Fabrikat.
Inventur-Ausverkauf eines großen Postens Tischzeug, Handtücher, Taschentücher, Gardinen- und Kongressstoffe, Kleiderstoffe und Teppiche zu herabgesetzten Preisen.
Alleinverkauf
der echten Dr. Lahmannschen Unterkleidung.

Heinrich Weigang
am Roßplatz Kurprinzstraße 1 am Roßplatz
empfiehlt sein großes Lager
deutscher und englischer Stoffe zur Anfertigung eleganter und gut passender
Herren-Bekleidung nach Maß
Komplette Herren-Anzüge von 48 M. an.
Die für das Schaufenster extra zur Ansicht gefertigten Anzüge, Paletots, Joppen, Hosen und Schlafröcke verkaufe ich zum Selbstkostenpreis.
Heinrich Weigang, Leipzig, Kurprinzstraße 1.

Küchenrequisite. Preisbuch. gratis. Illustr. Preisverzeichn. ü. Porzellan Eisenguß Glas Emaille Holzw. Bürstenwaren Lampen Plätten Kaffeemühlen Nähmaschinen Uhren und Bestecke Solinger Messer und Gabel empfiehlt direkt an Private
S. Hepdeck
Berlin, Neukölln.
Braut-Ausstattungen
werden auch nach auswärts gut, billig und reell geliefert.

Prima kleine Gänsefedern
mit sämtlichen Daunen, das Pfund zu M. 2,70, bei 5 Pfd. frei.
Garantie Zurücknahme.
J. Bartscher, Gestügelhdlg., Nienberg in Westfalen.

H. Heinze, Hutfabrik
gr. Fleischergasse 9, Kurprinzstraße 4.
Spezialität: 280-Hüte.

Einen großen Dienst leistet man unserem Blatte und unserer Sache, wenn man seine Einkäufe bei solchen Handlungen deckt, die uns durch Ankündigungen unterstützen.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königsstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe, Berlin NW. 5, Kruppstr. 13.
Druck: G. Neusche in Leipzig.

Digitized by Google

Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern.

Leipzig, 22. Dezember 1898. Nr. 540/41.

Allen unsern Freunden im Lande

unsern Mitarbeitern und Lesern wünschen wir ein fröhliches Weihnachtsfest und ein Heil zum neuen Jahre!

Wir bitten sie uns ihre Freundschaft und Mitarbeit auch im neuen Jahre zu erhalten. Möge jeder im Kreise seiner Bekannten für Verbreitung unsers Blattes sorgen und es uns dadurch ermöglichen, es fortwährend zu verbessern.

Berlin und Leipzig, am Weihnachten 1898.

Heil!

Schriftleitung und Verlag der „Deutsch-Sozialen Blätter".

* * *

Über den Maximal-Arbeitstag im Bäckerei-Gewerbe erstattete der Oberweister Simon (Leipzig) auf dem außerordentlichen Verbandstage des Zentral-Verbandes deutscher Bäcker-Innungen einen längern Bericht. Er beantwortete dabei die Frage „Warum ist der Maximal-Arbeitstag über uns verhängt?" folgendermaßen: Den Gesellen ist nichts genützt; denn daß infolge der Verordnung mehr Gesellen eingestellt werden müßten, hat sich nicht erfüllt. Manche Meister, der einen Werkmeister hielt, hat denselben entlassen. Denn wenn der Meister nicht immer dabei ist, wird die Zeit nicht eingehalten, und wenn ich einmal dabei sein muß, kann ich auch die Arbeit selber machen. Viele der besten Stellen sind dadurch den Gesellen verloren gegangen. In größern Bäckereien führte man Schichtwechsel ein, schaffte Maschinen an und ging zum Großbetriebe über; daß die Gesellen aber in den infolge des Maximal-Arbeitstages errichteten Großbetrieben am schwersten geschädigt sind, davon von vielen nur ein Beispiel. Bei uns giebt es drei Großbetriebe. Die Konsumbäckerei hat nun laut ihres Geschäftsberichts im vorigen Geschäftsjahre einen Umsatz in der Bäckerei von gegen 1 200 000 Mark gehabt. Rechnen wir nun eine mittlere Bäckerei mit 30 000 Mark Umsatz, so sind das mindestens vierzig Bäckereien, die wieder jede außer dem Meister noch mindestens drei Gesellen beschäftigen, was einer Personenzahl, die Meister eingerechnet, von 160 Bäckern entspricht. Die Konsumbäckerei beschäftigt aber nur 58 Gesellen, es geht also ungefähr hundert Bäckern die Arbeit verloren. Wenn aber nun die Freunde des Maximal-Arbeitstages behaupten, daß dadurch auch das Brot billiger wird, so ist eher das Gegenteil der Fall. Dieser (sozialdemokratische) Konsumverein berechnete einen Brotpreis, wie ihn ein Meister gar nicht zu nehmen getraut. Aber das scheert den Arbeiter hier nicht, das Solidaritätsgefühl treibt sie dahin. Aber auch der Staat ist geschädigt, denn was gehen ihm dadurch für Steuern verloren, einen Nutzen haben bloß die dort auf Ruhepoften angestellten sozialdemokratischen Agitatoren. Durch diese eine Bäckerei ist mindestens vierzig Gesellen die Gelegenheit genommen, je selbständig zu werden.

Saccharin in der Armee. Schon in Nr. 532 machten wir darauf aufmerksam, daß die Saccharinfabriken mit allen Kräften bemüht sind, für ihre Erzeugnisse Abnehmer bei den Militär-Kantinen oder Menage-Kommissionen der einzelnen Regimenter zu finden. Diese Bemühungen werden dauernd fortgesetzt, obwohl das Militär-Ökonomie-Departement des Kriegsministeriums schon einmal die General-Kommandos zum Bericht aufgefordert hat, ob die Angabe einer Zeitung richtig sei, daß Truppenteile in Hessen, Baden, in der Pfalz und in Elsaß-Lothringen anstatt des Zuckers Saccharin verbrauchten. Das Kriegsministerium erklärte dabei, die Versuche, ob Saccharin als Versüßungsmittel angewandt werden könne, hätten zu dem Ergebnis geführt, daß dem Zucker wegen seines angenehmern Geschmackes der Vorzug zu geben sei. — Ein Verbot des Saccharins ist dennoch nicht erfolgt, obwohl es sicher gerechtfertigt wäre, denn heute beziehen noch eine ganze Anzahl Truppenteile durch Vermittlung der Firma Herzog & Fuchs zu Andernach nicht geringe Mengen von Saccharin, trotzdem sie durch das Urteil von Sachverständigen und durch das erwähnte Rundschreiben davon unterrichtet sind, daß Saccharin nicht den geringsten Nährwert hat. Hier ist wohl die Aufwerfung der Frage berechtigt: Wohin soll es führen, wenn unsern Soldaten, die seit Einführung der zweijährigen Dienstzeit erhöhte Anstrengungen ertragen müssen, der Billigkeit halber statt eines Nahrungsmittels ein gehaltloses Versüßungsmittel verabreicht wird?

Es ist dringend erforderlich, daß die Heeresverwaltung den Küchenvorständen den weitern Verbrauch von minderwertigen Lebensmitteln wie Saccharin, Margarine usw. ausdrücklich verbietet. + _

Ausland.

Rußland. In Bessarabien haben Ausschreitungen gegen die Juden stattgefunden. Die „Nov. Wr." zu St. Petersburg benutzt diese Gelegenheit, um für die Beseitigung aller jüdischen Einrichtungen einzutreten, die das Sonderleben der Juden zu fördern geeignet erscheinen.

Was geht uns, fragt das Blatt, die hebräische Rechtgläubigkeit an, was geht es uns an, ob die Hebräer koscheres oder anders Fleisch essen, ob sie im Talmud unterrichtet werden und ihm treu bleiben? Wenn sie besondre hebräische Schulen haben wollen, so mag es sein, der Unterricht in diesen Schulen muß aber in russischer Sprache und unter der Aufsicht der russischen Behörden vor sich gehen. Natürlicherweise wird es geheime Schulen geben — anfangs werden ihrer wahrscheinlich sogar sehr viele sein — mit jedem Jahre werden sie aber abnehmen. Wir sagen ja nicht, daß die „Judenfrage" binnen kurzer Zeit mit einem Federstriche gelöst werden könne. Die Sache ist langwierig, man muß aber ohne Aufschub mit ihr beginnen. Alle gesetzlich bestimmten besondern jüdischen Steuern müssen aufgehoben werden und neue können nur als freiwillige Gaben gestattet werden. — Von diesem russischen Blatte können manche nichtrussische „Staatsmänner" noch lernen!

Parteinachrichten.

Mit dieser Nummer schließt der dreizehnte Jahrgang der „Deutsch-sozialen Blätter." Wir bitten unsre Freunde dringend, rechtzeitig den Bezug auf das kommende Vierteljahr zu erneuern, damit in der Zustellung keine Unterbrechung eintritt. Ebenso dringend bitten wir, die Werbung neuer Bezieher nicht zu vergessen, denn nur durch die Presse ist es möglich, ständig dauernde Anhänger zu gewinnen.

Magdeburg. Auf die Angaben der Eltern eines in dem Geschäfte des Kaufmanns Lange bedienstet gewesenen Mädchens hin hatte die „Sachsenschau" gegen jenes Geschäft den Vorwurf erhoben, es verführe seine Kabernimen zur Unsittlichkeit. Das Schöffengericht erkannte darum gegen den Redakteur Kreuß wegen Beleidigung auf eine Woche Gefängnis, die nunmehr das Land-

Digitized by Google

gerichtet in fünfhundert Mark Geldstrafe oder fünfzig Tage Gefängnis umgewandelt. In der unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführten Verhandlung wurde es erwiesen, daß dem Angeklagten die thatsächlichen Angaben von dritter Seite gemacht waren und trotzdem die hohe Strafe, denn daß das Urteil des Landgerichts dem des Schöffengerichts gegenüber eine bejondere Ermäßigung, darstellt, wird keinem unjrer Parteifreunde einleuchten.

Erfolge bei Stadtverordneten-Wahlen. In Magdeburg erlag unser Kandidat, Herr Kaufmann Schulz, in der Stichwahl den vereinigten Freisinnigen und Sozialdemokraten. In Bischofswerda dagegen siegten Abg. Gräfe mit vier seiner Parteifreunde mit großer Stimmen-Mehrheit, trotzdem die Gegner bedeutenden Anstrengungen machten.

Aus Kurhessen. Gegen die Wahl des freikonservativen Abg. von Christen (Eschwege-Schmalkalden-Rotenhausen) hat die deutschsoziale Reformpartei des Kreises rechtzeitig Einspruch erhoben. Vollgiltige Beweise über gesetzwidrige Verfügungen des Landrats zu Rotenhausen sind dem Reichstage vorgelegt, so daß an eine Ungiltigkeits-Erklärung der Wahl nicht zu zweifeln ist.

Marburg (Hessen). Die hiesige „Hessische Landeszeitung" geht zum 1. Januar in den Besitz des Herrn v. Gerlach über. Sein Mitbesitz bei den Reichstags- und Landtags-Wahlen scheint Herrn v. G. noch nicht ernüchtert haben.

S Würzburg. Ein sogenanntes „Bürger-Komitee zur Wahrung religiöser Toleranz" verlendet an die Geschäftsleute, die ihm Waren in der antisemitischen „N. Bayr. Landesztg." anpreisen, Drohbriefe: Bei weiterer Benutzung des genannten Blattes werde „weder ein christlicher noch ein jüdischer Bürger" das Geschäft betreten. Bange machen gilt hier aber nicht! Wir jetzt hat sich noch keiner der Kunden der „N. Bayr. Landesztg." einschüchtern lassen. Das Blatt setzt aber trotzdem, um dem Treiben Einhalt zu thun, auf Ermittelung des Thäters eine Belohnung aus.

Israel auf dem Wege zum Kommerzienrat.

In der Zeit vom 1. bis einschl. 14. Nov. 1898 wurde über folgende Firmen usw. der Konkurs eröffnet:

Kaufmann Sally Schönfeld zu Berlin, Marstallstr. 22 und Holzmarktstraße 69/70. — Kaufmann Louis Itzig zu Kulmsee. — Handelsfrau Anna Herrmann-Isaac zu Stettin, Wallstraß 25. — Kaufmann Max Meinert zu Augerburg. — Kaufmann Leo Mendelsohn zu Stettin, Breitestr. 8 — Kaufmann Julius Elkan zu Berlin, Höchstestr. 4 und Georgenkirchstr. 64. — Lederhändler Ferdinand Seligmann zu Neuen. — Buchbinder Alfred Silbermann zu Düsseldorf, Friedrichstr. 51. — Kaufmann Isidor Neumann zu Fordona bei Landsberg (Oberschles.). — Kaufmann Salo Kamm zu Tworog. — Kaufmann Sally Cohn zu Berlin, Alexstr. 27. — Kaufmann Moritz Bett zu Düsseldorf, Bolkerstr. 22. — Handelsmann Salo Hirsch zu Miloslaw. — Kaufmann Max Hirsch zu Rattingen. — Kaufmann Jakob Leininger zu Königsberg. — Kaufmann Moritz Oberschnitzky zu Itzehoe. — Pferdehändler Leo Lieblich zu Lübbecke. — Kaufmann Emil Salomon zu Straßburg (Wpr.). — Kaufmann Abraham Kaufmann zu Tuisburg.

Aufgehoben wurden in derselben Zeit nachstehende Konkurse:

Handelsgesellschaft Adolf Lewy jun. zu Berlin, Potsdr. 9. — Restaurateur Emil Hecht zu Frankfurt, Oder. — Gastwirtseheuten-Händler Wilhelm Loewenberg zu Charlottenburg. — Kurzwaren-Händler Jakob Feldblum zu Thorn (mosaisch Mosseh). — Kaufmann David Gerson zu Dresden, Wettinerstr 16 (Zwangsvergl.). — Leid, genannt Louis Salomonsky zu Homburg (mosaisch Mosse). — Kaufmann Max Loeser zu Sieg. — Handelsfirma Fanny Friedenwald, geb. Kobe-stein zu Breslau (Zwangsvergl.). — Kaufmann Isaac Rosenbach zu Aachen (Zwangsvergl.). — Handelsgesellschaft Martus & Bukofzer zu Bottmerzeugen bei Bremen. — Kaufmann Siegfried Meyer zu Lasse, Saale. — Kaufmann Salo Hirsch zu Meppen. — Kaufmann Julius Heinrich zu Halberstadt. — R. Heimann zu Stolp, Pommern. — Kaufmann S. Mendel zu Jmmend.

Mosaik.

Buchhandel und Warenhäuser. Hervorregend sind die Mißstände, die die Warenhäuser im Buchhandel hervorgerufen haben; denn hier ist der Sortimenter verpflichtet, den Ladenpreis einzuhalten, während z. B Wertheim in Berlin Bilderbücher zu einem zuhalten, während z. B Wertheim in Berlin Bilderbücher zu einem noch viel niedrigeren Preise verkauft, als sie vom Verleger dem Sortimenter geliefert werden. Der Börsenverein für den deutschen Buchhandel ist diesen Machenschaften gegenüber bis jetzt machtlos gewesen. Selange allerdings Schriftsteller von Ruf sich mit dieser Schleuderkonkurrenz verbinden, kann der Börsenverein nichts wollen, er müßte dann zu dem Radikalmittel greifen und die Werke solcher Schriftsteller überhaupt nicht mehr vertreiben. Die Firma Wertheim in Berlin hat in ihrem Verlage u. a. Arbeiten von Ernst Eckstein, Arthur Achleitner, Emil Peschkau, Hermann Heiberg, Friedrich Spielhagen und einen Damenkalender von Otto Franz Gensichen.

Kapital und Arbeit. Die Attila-Fahrrad-Werke zu Dresden-Teplitz verteilen für das letzte Geschäftsjahr 9 v. H. Dividende, dem Vorstande und Aufsichtsrate fielen je 7664,79 Mark zu und den Beamten 3000 Mark Die Arbeiter aber gingen leer aus! —

Für das dreijehnte Geschäftsjahr schütten die Berliner Elektrizitäts-Werke 13 v. H. Dividende aus (1638 000 Mark), je 81 900 Mark erhalten Vorstand und Aufsichtsrat und mit derselben Summe ist das Konto „Gratifikation für die Beamten, Dotation (!) der Krankenkasse und des Pensionsfonds" ausgestattet. Ganze dreißigtausend Mark werden dagegen als „Beiteuer zu der Stiftung für weibliche Angestellte und Angehörige resp. Hinterbliebene von Angestellten" verausgabt. Von den Arbeitern im besondern ist dagegen keine Rede und doch hätte der Bezicht auf 1 v. H. Dividende diesen schon 126 000 Mark gebracht. Die armen Aktionäre werden diese aber wohl nicht entbehren können.

Zur Bekämpfung der gewerbsmäßigen Güterschlächterei hat der Tierschutzkassen-Verein zu Erfurt beim nürttembergischen Bezirke Besigheim einen nachnahmenswerten Beschluß gefaßt. Man will nämlich den Satzungen eine Bestimmung einfügen, daß jedes Mitglied sofort aus der Genossenschaft ausgeschlossen wird, das mit einem Güterschlächter sich in Geschäftsverbindungen einläßt. Außerdem kann niemand mehr als Bürge beim Verein auftreten, der irgendwelche Verträge usw. mit derartigen Leuten eingegangen ist. Dieser Schritt bedeutet eine gerechtfertigte Notwehr, da durch die Praxis der Händler in den letzten Jahren die Preise für Grund und Boden im Bezirke Besigheim unheimlich in die Höhe getrieben wurden.

Konfession und Religion. Ein einfacher Handwerksmeister schreibt uns: Den in Nr. 536 der „Deutsch-Sozialen Blätter" bereits gekennzeichneten Irrtum erlaube ich mir hiermit nochmals zu erörtern.

Oft wird eine Zurück- oder Zurechtweisung jüdischer Vorrechte oder Frechheiten als Benachteiligung oder Hintenansetzung der Interessen einer andern „Konfession" betrachtet und beklagt. Sogar von Ministern habe ich lesen müssen, daß sie das Judentum einfach eine „Konfession" nannten. Im Interesse der christlichen Kirche sowie der Herr Herren selbst, möchte ich davor warnen, die Begriffe Religion und Konfession so zu verwechseln und dadurch zu mißbrauchen. Das Christentum ist eine Religion, die sich aus verschiedenen Konfessionen zusammensetzt. Das Judentum ist auch eine Religion für sich und dazu im schärfsten Gegensatze zur christlichen Kirche. Das Judentum eine „Konfession" zu nennen, es als eine Sonderrichtung des Christentums zu bezeichnen ist 1. eine offenbare Lüge und 2. eine arge Verleumdung alles Christlichen. Das sollten Anhänger dieser Kirche aber doch bieiben lassen.

Hoffentlich genügt dieser gellnde Rippenstoß, um derartige Verwechslungen in Zukunft zu vermeiden. Es ist aber schlimm genug, daß so etwas erst nötig ist.

Betont muß aber immer werden, daß unser Kampf sich nicht gegen das Judentum als Religion, sondern als Rasse richte.
B. W.

Zweierlei Maß. Ein Ehrenmitglied des Kriegervereins zu Apolda, der Kommerzienrat Wiedemann, erklärte bei der letzten Reichstagswahl öffentlich, daß er bei einer etwaigen Stichwahl zwischen einem Konservativen und einem Sozialdemokraten diesen wählen würde. Den Antrag einiger Reserve-Offiziere, den seltsamen Herrn aus dem Verein zu entfernen, lehnte das Bezirkskommando ab. In Peine dagegen mußte seiner Zeit auf Anordnung der Behörde der Vorsitzende des deutschsozialen Reformvereins aus dem Kriegerverein ausgeschlossen werden, weil er die weisischen Wähler nicht für Staatsfeinde ansehen wollte.

Reelle Heirat! Einem tücht. jungen Mann (Israelit) wird Gelegenheit geboten in ein gutgehendes Möbel-Ausstattungsgeschäft

Digitized by Google

hineinzuheiraten in einer Stadt von 10—12,000 Einwohnern. Gefl. Anerbietungen bitte unter Beschreibungen des Lebenslaufes usw. — Die "Allgem. Ztg. des Judentums" enthält diese Anzeige. Das Geschäft ist doch beim Juden stets und ständig die Hauptsache so daß in solchen Heiratsgesuchen nicht einmal von dem zu vergebenden Mädchen die Rede ist. So kommen dann die vielgerühmten jüdischen Ehen zu Stande.

Sozialdemokratische Ehrenmänner. Verhaftet wurde „Genosse" Heinrich Lienau zum Hamburg-Eimsbüttel. Er war Kassierer verschiedener sozialdemokratischen Verbände und hat als solcher ungefähr 650 Mark unterschlagen. —

Der Führer der „Genossen" in Neukirchen bei Chemnitz, Strumpfwirker Grunert, erhielt neun Monate Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust, weil er sich ein Jahr lang ständig an einem dreijährigen Mädchen vergriffen hatte. —

Um einen Bauern hineinzulegen, der seine Flugblätter nicht auf dem Hofe dulden wollte, schwor „Genosse" Steinhauer Heinrich Schramm aus Springe wissentlich falsch. Das Schwurgericht zu Hannover belegte ihn deshalb mit drei Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust. —

Nach Veruntreuung von Kassengeldern ist der Vorsitzende der Allgemeinen Gesellen-Krankenkasse zu Spandau, „Genosse" Günther, flüchtig geworden.

Kleine Mitteilungen zur Judenfrage. Der Herausgeber der seit einiger Zeit in Berlin erscheinenden „Asiatischen Korrespondenz" nennt sich Woan Wei Li, thatsächlich führt er aber den weniger chinesisch klingenden schönen Namen Cohn! —

Bei der Einweihung des jüdischen Gymnasiums zu Bukarest wird die Festfolge als sechsten Punkt „Gebet für Thron und Land" und als letzten die „Nationalhymne, gesungen vom Tempelchor" auf. —

Für die am 11. d. M. durch das Kaiserpaar eingeweihte Trinitatiskirche zu Charlottenburg stiftete die streng orthodoxe Firma Nathan Israel zu Berlin den Altarteppich. Ob wohl irgendein Judentempel mit Gegenständen aus christlichen Handlungen geschmückt ist? —

Der Italienische Senat hat sieben jüdische Mitglieder aufzuweisen, nämlich die Senatoren Ascoli, Astom, Fano, Malvans, Masserani, Levi und Pisa. —

Neue Bücher.

Der vorliegende zweimdliebzigste Jahrgang von **Trowitzsches Volkskalender** (1899, Preis gebunden 1 Mark) erweist sich wieder als ein guter, echt deutsches Volksbuch. Aus dem ungewöhnlich reichen Inhalt bieten Erzählungen und Humoresken von Arthur Achleitner, J. Zinf-Waldorf, T. von Horst usw., sinnige Gedichte, meist illustrierte Anekdoten usw. eine seltene Fülle von Unterhaltungsstoff, dann aber schätzenswerte Belehrung unter Vermeidung trockener Lehrhaftigkeit die Beiträge: Was bringt das Bürgerliche Gesetzbuch? Neue Hilfsmittel für die Küche; Wie sollen wir Klavier üben? —

Ferdinand Hirts Weihnachts-Katalog ist wieder erschienen und durch jede Buchhandlung oder auch direkt von Ferd. Hirt & Sohn in Leipzig umsonst und postfrei zu beziehen. Der um die gute Jugendliteratur so verdiente bekannte Verlag bietet eine reiche Auswahl passenden Lesestoffes für Knaben und Mädchen jeden Alters; alles in nationalem Geiste und gehaltvoll gehalten. Wie können daher alle Eltern, die in der Wahl des Lesestoffes für ihre Familie sorglich zu Werke gehen wollen, nur empfehlen, vertrauensvoll zu den Büchern der Firma Hirt & Sohn zu greifen, sie werden nicht enttäuscht sein. Auch für Ermachsene bietet das hübsch ausgestattete und reich illustrierte Verzeichnis eine reiche Auswahl gediegener Geschenkwerke.

Briefkasten der Schriftleitung.

Elberfeld. „Das Volk" veröffentlichte neuerdings eine Zuschrift, die die jüdische Abstammung Picquarts wieder bestreitet. Danach wäre er in Genderthein bei Straßburg als Sohn eines katholischen Rentmeisters geboren. Wir wundern uns darüber, daß es so schwierig ist, zuverlässiges über die Herkunft dieses Ehrenmannes festzustellen.

S., Friedenau. Gütinicke ist längst tot, er endete durch Selbstmord. Seine Kur war zum großen Teile Schwindel. Über den Verein ist uns nichts bekannt, ein Flugblatt eines früheren Gehilfen Gütnickes (E. Krap, Altonaerstr. 10) urteilt nicht besonders darüber.

Weimar. Die von Ihnen gewünschte Neugestaltung hat noch nicht durchgeführt werden können. Sie erhalten dieser Tage brieflich ausführliche Nachricht. Heil!

Zella St. Bl. Ich bekomme jene Zeitung auch. Ich werde mich aber an Sie wenden, wenn mir mal eine Nummer fehlt. Vielleicht lassen Sie mir mit kurzen Worten die an B. gerichteten Beschwerden auch zukommen. Ich werde für richtige Anwendung sorgen. Über H. weiß ich nichts, trotzdem ich wiederholt mich nach ihm erkundigte, ich sah ihn zuletzt Oktober 97. D. Gr.!

x³. Der letzte Brief kostete 20 Pf. „Strafporto!

J. H., Köln. Besten Dank!

Schlesch. Für 1899 ist bis jetzt weder das antis. Jahrbuch noch ein antis. Kalender erschienen. Heil!

Beyer.

Für die Bücherei des Antisemiten.

Antisemitische Harfenklänge.

Ernste und heitere Lieder und Deklamationen.

232 Seiten. Preis 80 Pf.

Zu beziehen durch die **Geschäftsstelle d. Bl. Leipzig, Königstr. 27**. Bei vorheriger Einsendung des Betrages (deutsche und österreichische Marken werden in Zahlung genommen) erfolgt portofreie Lieferung.

Einbanddecken

zu den

Deutsch-Soz. Blättern

1898.

(Leinwand mit reicher Gold- und Schwarzpressung.)

Preis 1,25 Mark.

Sammel-Kästen

zu den Deutsch-Sozialen Blättern

hochfein ausgestattet!

Preis 1 Mark.

Deutsch-Soziale Blätter 1898.

Vollständiger Jahrgang, fein gebunden. **Preis 7,50 Mark.**

Lese-Mappen

für die **Deutsch-Sozialen Blätter** à 70 Pfg.

Wer einmal Bolan verkauft hat, weiß ihn sicher seinen Bekannten empfehlen.

Bolan.

Ein hochmoderner Herrenstoff für feine Anzüge und Überzieher. **Bolan** verbindet Eleganz und Kammgarn, ist vornehm-apart und sehr haltbar.

Prachtvolle Musterwahl sofort auf Verlangen frei unter Kreuzband.

Man adressiere:

Bertzkes' Tuchhaus in Düren 1

(Bez. Aachen.)

Etwa nicht gefallende Stücke nehme auf meine Kosten zurück. Alles fein. Wagnis.

Viele freiwillige Anerkennungen.

In Güte und Preis unübertroffen

Digitized by Google

CAFE MERKUR

300 Zeitungen, Depeschen a. Kursberichte, Städte-Adressbücher v. Berlin, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Hamburg-Altona, Halle a. S., Paris, sowie Handels-Adressbücher aller grösseren Staaten liegen zur gefl. Benutzung aus.

Leipzig An der Pleisse 8.

Jeden Vormittag Bouillon und Pasteten.

Geöffnet bis morgens 1/4 4 Uhr.

Hochachtungsvoll
W. Rühlemann.

Heinrich Weigang

am Roßplatz ■ Kurprinzstraße 1 ■ am Roßplatz

empfiehlt sein großes Lager

deutscher und englischer Stoffe zur Anfertigung eleganter und gut passender

Herren-Bekleidung nach Maß

Komplette Herren-Anzüge von 48 M. an.

Die für das Schaufenster extra zur Ansicht gefertigten **Anzüge, Paletots, Joppen, Hosen und Schlafröcke** verkaufe ich zum Selbstkostenpreis.

Heinrich Weigang, Leipzig, Kurprinzstraße 1.

Deutsche Schänke, Leipzig,

Poststrasse 20

empfiehlt **kräftigen Mittagstisch** und **gute Biere.**

Gesellschaftszimmer.

Platz zur Aufbewahrung von Fahrrädern genügend vorhanden.

Hochachtungsvoll
H. Singer.

Frankfurt a/M.

Hotel Cölner Hof.

Besitzer: Herrmann Loos.

Gegenüber d. rechten Ausganges des Hauptbahnhofes.

60 Zimmer mit 90 Betten bei mäßigen Preisen.

Bier- und Wein-Restaurant.

Jüdischer Besuch verbeten.

„Staatsbürger-Ztg.", „Deutsche Wacht", „Das Volk", „Deutsche Zeitung", „Deutsche Tageszig.", „Deutsch-Soziale Blätter", „Deutscher Michel" und viele andre deutschgesinnte Zeitungen liegen aus.

Wein-Groß-Handlung,

Import von Rum, Arrac, Cognac, von

Den Fischer trägt diese Etiquette auf Schaumwein.

Berlin NW, 1 Stendaler-Straße 1.

Fernsprecher: Amt Moabit 1276.

Gegründet 1877.

1893er u. 95er Rhein- u. Moselweine, i. Fl. aber p. Ltr. von 1 M. an.

1889er u. 95er Bordeaux-Weine von 1 M. an, sowie ähnliche ital. und südfranzösische Weine usw. zu billigen Preisen. Für absolute Reinheit garantieren

Schmitz & Co.

Kleine Proben und Preisliste umsonst.

Liefere ein Postpfd (9½ Pfund)

feine Leber-, Rot- und Sülzwurst

zu 7,50 M. franko.

H. Glauner, Fleischermstr.

Papenburg b. Leer (Ostfriesl.).

Ferner:

prima Hammelkeule u. Carrés

à Pfund 55 Pf.

Weltruf

haben

westfäl. Fleischwaren

(Wintervorrat).

Feinste westf. Cervelatw. p. M. 1,20 ℳ

„ „ **Schinkenw.** „ „ 1,15 „

„ „ **Plockw.** „ „ 1,10 „

„ „ **Mettw.** „ „ 0,90 „

„ „ **Zehnerw.** „ „ 0,95 „

Beste Räucherung.

Garantie Zurücknahme.

J. Bartscher, Rietberg

(Westfalen)

Beeren-Weine

offeriert in I. Qualität und durchaus reiner Ware, in nur älteren, abgelagerten Jahrgängen, ab hier, geg. Nachn.:

Roten Johannisbeer-Dessert-Wein	à ℳ	—,70	per ½ Ltr.-Fl.
Weißen	„	„	„	—,75	„	„	„
Schwarzen	„	„	„	—,80	„	„	„
Stachelbeer-	„	„	„	—,75	„	„	„
Erdbeer-	„	„	„	—,85	„	„	„

Flaschen und Verpackung inbegriffen; Kisten zum Selbstkostenpreis. Verkauf von 20 Liter an. — Rezepte verordnet. Zu Geschenken sehr geeignet. Hunderte von Attesten! Bester Ersatz für Südweine!

C. E. Schmidt, Beerenwein-keltere, **Lauffen a. Neckar.**

40 mal preisgekrönt!

S. Heydeck

Küchengeräte, Glas, Porzellan, Eisenwaren, Stahlwaren, Haus- und Küchenmöbel, Lampen, Bilder, Korbwaren, Reisekoffer, Nähmaschinen, Löffel und Gabel, Wirtschaftsartikel, Bürsten, Besen, Spielwaren, Schuhwaren usw.

Spezialität: **Braut-Ausstattungen.**

H. Heinze, Hutfabrik

en gros, Fürstenstraße 6, Barfußgäßchen 4, Spezialität: **280-Hüte.**

Seiler-Bürsten-Besen-

u. Pinselwaren

Spezialität:

Polsterwaren.

Oscar Kühler, Windmühlenstr. 23.

Prima kleine

Gänsefedern

mit sämtlichen Daunen, das Pfund zu M. 2,70, bei 5 Pfd. frei.

Garantie Zurücknahme.

J. Bartscher, Gestügelhdlg., Rietberg in Westfalen

Kaufen Sie

keln Planino.

wenn Sie sich noch nicht den Katalog von **August Roth,** Kgl. Portug. u. Fürstl. Lipp. Hof-Pianofabrikant, **Hagen W. Nr. 88,** gratis haben kommen lassen.

Leinen- und Baumwoll-Waren

von

Wilhelm Michael

Hainstrasse 7 LEIPZIG Hainstrasse 7.

Wäsche- und Aussteuer-Geschäft.

Leinen eigenes Fabrikat.

Inventur-Ausverkauf eines großen Postens **Tischzeug, Handtücher, Taschentücher, Gardinen- und Kongressstoffe, Kleiderstoffe und Teppiche** zu herabgesetzten Preisen.

Alleinverkauf

der echten Dr. Lahmannschen Unterkleidung.

Miniatur-Photographien

in Visitenkarten- oder Medaillon-Größe

15 Stück 1 M., 30 Stück 2 M., 100 Stück 5 M., 1000 Stück 35 M.

Auch ist jedem sonst beliebigen Formate, Vergrößerungen und Verkleinerungen, Postkarten usw. mit Porträt — nach jed. evtl. gute, technisch unbrauchbar wieder zurückerfolgt. — Versand schnellste und feine Ausführung, getreueste Aehnlichkeit, billigste Preise. Muster u. Preisliste bereitwilligst.

Photogr. Anstalt Alfr. Fleisch,

Lengenfeld (Sachsen).

Vertreter gesucht.

Billige, dichte

Dächer

liefert man bei uns nach Andernach's Asphalt-Steinpappen. Muster und Beschreibung postfrei u. unverbindl.

A. W. Andernach

in Düsseldorf am Rhein.

Einen großen Dienst leistet man unserem Blatte und unserer Sache, wenn man seine Einkäufe bei solchen Handlungen deckt, die uns durch Ankündigungen unterstützen.

Kommissions-Verlag: Herm. Beyer in Leipzig, Königstr. 27. — Verantwortlicher Schriftleiter: L. Hogrefe, Berlin NW. 5, Kruppstr. 13.
Druck: G. Reusche in Leipzig.

Digitized by Google

203.

Deutsch-Soziale Blätter.

Bezugs-Preis: vierteljährlich Mk. 1.50 bei den Postanstalten Post-Zeitungsliste Nr. 1696 und Buchhandlungen. Unter Streifband Mk. 2.

Herausgegeben von Max Liebermann v. Sonnenberg.

Begründet von Theod. Fritsch.

Anzeigen: die 4-gespaltene Petit-Zeile 25 Pfennige. Beilagebriefe. Königstraße Nr. 27, Leipzig.

X. Jahrgang. | Leipzig, 28. März 1895. | Leitwort: Die soziale Frage ist heute wesentlich Juden-Frage. Otto Glagau. | Nr 345.

Inhalt: Bismarck-Lied. — Ein Tag der Schmach für den Deutschen Reichstag. — Die judengegnerische Bewegung 1815—1819. (Fortsetzung.) — Gefälligkeit gegen die jüdische Freundschaft. — Erste israelitische Landessynode. — Die Debatten im Reichstage über das Verbot der Einwanderung fremder Juden. — Ausland — Mosaik. — Neue Bücher. — Innerpolitisches. — Parteinachrichten. — Israel in Konflikt mit den Landesgesetzen. — Jüdische Ritter, Kommissions- und Kommerzienräte usw. — Sprechsaal. — Briefkasten rc. — Anzeigen.

Bismarck-Lied.

Einem Ritter ohne Gleichen
Klingt heut rings in deutschen Reichen
Hell des Liedes Jubelschall,
Deutschlands stärkstem, besten Sohne,
Der die Wacht am Kaiserthrone
Hielt als treuer Reichsvasall.

Freund der That, Feind von Geflunker,
Jeder Zoll ein preuß'scher Junker,
Zäh und fest wie Eichenholz,
Tief im Herzen Gottvertrauen,
Menschenfurcht macht nie ihm Grauen,
Königstreue ist sein Stolz.

König Wilhelms Zollernauge
Späht', wer ihm als Helfer tauge,
Hatt' erkannt des Mannes Wert.
Und in schwerer Zeit berufen,
Ward er zu des Thrones Stufen
Mit zu schärfen Preußen Schwert.

Trotz dem Parlamentsgejammer
Schwang er seinen mächt'gen Hammer,
Deutschlands starker Waffenschmied,
Ob die gernegroßen Kleinen
Zerrten ihn an seinen Beinen,
Wuchtig ging er seinen Schritt.

Ob sich noch so sicher wähne
Hinter Wall und Meer der Däne,
Spürt er doch, was Bismarck kann.
Österreichs alter Hochmut rächt sich,
Er spielt' mit ihm sechs und sechzig,
Sieben Stiche — und gewann.

Rasch zu heilen Zwietrachts Schäden
Spinnt der Kanzler still die Fäden
Zu den Brüdern überm Main,
Als der Franzmann seine Klauen
Streckt' nach unsres Rheines Gauen,
Hielt Alldeutschland Wacht am Rhein.

So lang in der Welthistorie
In der Kaiserkrone Glorie
Deutschland strahlt in Glück und Macht,
Wird in gleichem Ruhmesrahmen
Mit des ersten Kaisers Namen
Auch des Kanzlers treu gedacht.

Was des Kriegers Schwert erworben,
Hat die Feder nie verdorben
Seit des großen Kanzlers Zeit.
Nie trug er des Diplomaten
Frack, er fühlt sich als Soldaten
In des Königs Waffenkleid.

Preußens Schwert ließ er nicht rosten,
Späht' nach Süden, West und Osten,
Gab nach Innen scharfe Acht;
Gegen Feindes List und Sinnen,
Droht's von Außen oder Innen,
Hielt gepanzert Bismarck Wacht.

Wem ist dieses Lied erklungen?
Allen Alten, allen Jungen
Von germanischem Geblüt,
Daß mit hellem Klang sie preisen
Jenen Mann von Stahl und Eisen;
Gott in Gnaden ihn behüt.

Max Liebermann v. Sonnenberg.

Verlag von Hermann Beyer. Druck von W. Reusche. Beide in Leipzig, Königstr. 27.

Digitized by Google

v. Bismarck

Unverfälschte deutsche Worte. Dem, der sie sprach, zur Ehre, dem deutschen Volke zu dauerndem Gedächtniß!

„Ich gönne den Juden alle Rechte, nur nicht das, in einem christlichen Staate ein obrigkeitliches Amt zu bekleiten."

„Denn, wenn ich mir als Repräsentanten der geheiligten Majestät des Königs gegenüber einen Juden denke, dem ich gehorchen soll, so muß ich bekennen, daß ich mich tief niedergedrückt und gebeugt fühlen würde, daß mich die Freudigkeit und das aufrechte Ehrgefühl verlassen würden, mit welchen ich jetzt meine Pflichten gegen den Staat zu erfüllen bemüht bin. — Ich teile diese Empfindung mit der Masse der niederen Schichten des Volkes und schäme mich dieser Gemeinschaft nicht. Warum es den Juden nicht gelungen ist, in vielen Jahrhunderten sich die Sympathie der Bevölkerung in höherem Grade zu verschaffen, das will ich nicht genau untersuchen."

„Wir haben es nicht mit den Makkabäern der Vorzeit, noch mit den Juden der Zukunft zu thun, sondern mit den Juden der Gegenwart, wie sie jetzt sind." —

„Ich will ein Beispiel geben, in welchem eine ganze Geschichte der Verhältnisse zwischen Juden und Christen liegt. — Ich kenne eine Gegend, wo die jüdische Bevölkerung auf dem Lande zahlreich ist, wo es Bauern gibt, die nichts ihr Eigentum nennen auf ihrem ganzen Grundstücke; von dem Bette bis zur Ofengabel gehört alles Mobiliar dem Juden. Das Vieh im Stalle gehört dem Juden, und der Bauer bezahlt für jedes Einzelne seine tägliche Miete. Das Korn auf dem Felde und in der Scheune gehört dem Juden, und der Jude verkauft den Bauern das Brot-, Saat- und Futterkorn metzenweis. Von einem ähnlichen christlichen Wucher habe ich wenigstens in meiner Praxis noch nie gehört! . ."

„Steht die Freiheit Deutschlands so niedrig im Preise, daß es nicht der Mühe lohnt, dafür zu sterben, auch wenn man keine Emanzipation der Juden damit erreicht?"

„Es war lediglich meine Absicht, zu bestreiten, daß die Emanzipation der Juden ein Fortschritt sei."

(v. Bismarck im vereinigt. Landtage 1847.)

Wer die Schäden der Zeit in ihren Wurzeln kennen lernen und beseitigen helfen will, der bestelle die **„Deutsch-sozialen Blätter"**. Herausgegeben vom Reichstags-Abgeordneten **Liebermann von Sonnenberg**. Verlag von Herm. Beyer in Leipzig (Königsstr. 27). Das Blatt gehört zu den interessantesten der Gegenwart; es führt eine rücksichtslos offene Sprache. — Probe-Nummern auf Wunsch unentgeltlich! — Das Blatt erscheint wöchentlich, kostet vierteljährlich Mk. 1.50 und kann durch alle Post-Anstalten und Buchhandlungen, sowie direkt durch den Verleger bezogen werden.

205
31. März 1898

Mahnruf
an die Mitglieder und Freunde der Deutsch-sozialen Reformpartei.

Die Zeit der Reichstagswahlen rückt heran!

Auch unsere Partei muß daran denken, Mittel zum Wahlkampfe zu beschaffen.

In Ostpreußen dürfte bei der nächsten Reichstagswahl eine Kandidatur unserer Partei nur für Königsberg in Betracht kommen. Bei der letzten Ersatzwahl stimmten trotz der Hetze der jüdischliberalen Blätter für unseren Kandidaten 2160 Wähler, die wegen des Mangels jeder anderen Unterstützung ausschließlich Anhänger der „Deutsch-sozialen Reformpartei" waren. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß die Stimmenzahl bei der nächsten Wahl sich verdappeln dürfte, wenn wir in den Stand gesetzt werden, die Wähler des Mittel- und Arbeiterstandes über unsere Ziele genügend aufzuklären.

Jeder zielbewußte christliche deutsche Mann müßte unserer Partei angehören.

Mit heuchlerischer Entrüstung zeihen uns die judenliberalen Zeitungen der Intoleranz und des Klassenhasses, wir schürten Unfrieden, wir erregten Religionshaß. Wa giebt es heute Jemand, der seinen Nebenmenschen hassen könnte, weil er sich zu einer anderen Religion bekennt? **Was wir bekämpfen, ist der jüdische Geist der Unduldsamkeit, der christliches Fühlen und Denken verspottet, der zersetzend auf unser Volk einwirkt.** Jeder wahrhaft christliche deutsche Mann ist es seinem Gott, seinem Volke und seiner Familie schuldig, daß er mitkämpfen hilft gegen die Verwüstung und Verödung, welche eine glaubenslose und vaterlandslose Genossenschaft auf dem Gebiete des Geisteslebens unseres Volkes anrichtet, jener Genossenschaft, welche alle Ideale über Bord geworfen hat, welche anstatt des Heiligen das Gemeine erhebt, statt frommer Zucht und Sitte die Zuchtlosigkeit und Unsittlichkeit auf den Schild hebt, die statt des Märchentraumes der deutschen Minne die Koketterie der Halbwelt preist, jene Genossenschaft, welche es darauf anlegt, die sinnlichen Triebe zu entfesseln, die schnödesten Lüste zu zu feiern, jede göttliche und menschliche Autorität zu untergraben, die Selbstsucht und den Genuß als höchste Tugend und den Kampf ums Dasein als höchstes und letztes Lebensgesetz zu preisen bestrebt ist. Soll das das erstrebenswerthe Ziel unseres Volkes sein, welches dem Menschenbergen keinen besseren Trost zu geben weiß als: **Geniehe wie die andern dein Leben im Sumpfe der Gemeinheit und dann stirb?** „Kein Jenseits giebts, kein Auferstehen, keinen Gott giebt es, keinen Himmel, keine Vergeltung, kein Gut und Böse."

Das sind die Ideale, die dem deutschen Volke vorgehalten werden von den Führern eines großen Theiles des Volkes, von den Trägern der modernen Bildung und Kultur.

Und giebt es nicht Tausende in unserem Volke, welche jenen lärmenden Materialisten Beifall zurufen! Ehren nicht Tausende jene verkumpften Existenzen der Großstadt als Geisteshelden und Führer? Soll als Hauptzweck des Lebens nur Essen, Trinken und Genießen gelten? Wehe dem Volke, wehe dem Einzelnen, der darin seinen Lebenszweck erfüllt sieht!

Wer hat für die arbeitenden deutschen Bürger mehr gethan, als unser hochseelige Kaiser Wilhelm, indem er die Wohlfahrtsgesetze schuf und so eine Fülle von Segen dem Volke zu eigen machte? Wer waren die Gegner der Arbeiterschutzgesetze? Diejenigen, die das Wohl des arbeitenden Volkes, die Verbesserung der Lage der Arbeiter auf ihre Fahne schreiben, in Wahrheit aber ist es jenen nur um die Arbeitergroschen zu thun, die ihnen eine willkommene Beute sind.

Mit Freuden begrüßt unsere Partei die Zusicherung unseres jetzigen Kaisers, die er im vorigen Jahre in Bielefeld gegeben, daß dem **Mittel- und Arbeiterstande kräftig geholfen werden solle.**

In unserem Programm ist gerade diesem Ziele die breiteste Grundlage gegeben.

Wir wollen nicht allein die materielle Hebung des werkthätigen Volkes erstreben, sondern die geistig sittliche Förderung, die echt christlich deutsche Pflege des Geisteslebens wecken.

Digitized by Google

Diese Schätze, Gesinnungsgenossen, helft uns bei unsern deutschen Brüdern heben, sie liegen nicht zu tief. In jeder deutschen Brust, möge sie mit einem noch so schlechten Kittel bekleidet sein, schlägt das deutsche Herz in alter Treue; es muß nur von den Schlacken befreit werden, dann tritt der Edelstein zu Tage.

Nicht Kampf gegen den Juden, wohl aber Kampf gegen den uns Unheil bringenden jüdischen Einfluß soll uns verbinden.

Auf, ermannt Euch, laßt die deutschen Funken in Euren Herzen zur lodernden Flamme entfachen, schließt Euch Gleichgesinnten an! Verbannt die jüdisch-demokratischen Zeitungen aus Euren Häusern, lest deutsche Blätter, lest deutsche Bücher. Verbannt die Sudeleien, die Euch den öden Materialismus predigen und so Euren Geist vergiften.

Unsere Volksseele ist erkrankt, aber es gibt ein Heilmittel, welches sie retten kann; das Heilmittel liegt in der Pflege des deutschen Gemüths, in der Pflege des wahrhaft christlichen Geistes.

Auf, deutsche Brüder, die Ihr mit uns gleich fühlt, schließt Euch uns an, damit wir erstarken, den fremden undeutschen Geist zu bekämpfen, damit wir wahr machen, was unser Hort im Sachsenwalde sagte:

„Wir Deutsche fürchten Gott, sonst Niemand auf der Welt."

Gesinnungsgenossen! Diesen Kampf zu führen, brauchen wir Geld. Wir richten nun die herzliche Bitte an Alle, uns in diesem Kampfe gegen den Judenliberalismus nach Kräften mit Geldmitteln unterstützen zu wollen. Meldungen zum Beitritt nimmt unser Vorsitzender Herr Hauptmann a. D. **v. Puttkamer,** Ziegelstraße 7, entgegen.

Geldsendungen für den Wahlfonds bitten wir an Herrn Postsekretär a. D. **Deutsch,** Sackheimer Hintergasse Nr. 37a richten zu wollen.

Mit treu deutschem Gruß

Der Vorstand
der Deutsch-sozialen Reformpartei in Königsberg.

Druck von G. Kemsies, Königsberg i. Pr.

Digitized by Google

Gegenwart!

Juden-Hymne.

Gedichtet von **Jeiteles Sonnemann.**

Es braust ein Lied im Mauschelton,
Als säng' es Rothschild oder Kohn:
Am Main, am Main, am deutschen Main,
Da soll der grause Giftbaum stahn.
Du deutsches Volk mußt ruhig sein:
Fest stahlt die Juden-, Judenböds am Main!

Es braust ein Lied im Mauschelton,
Wie von Bleichröder oder Kohn:
Am deutschen Spree- und Pankestrand
Fließt Milch wie im gelobten Land.
Du deutsches Volk mußt ruhig sein:
Berlin ist Zion, Zion ganz allein!

Saust plumpe Deutsche euer Bier,
Nur nach Champagner dürsten wir.
Zu Fuße wandert früh und spat,
Dem Gründer ziemt das Gummirad.
Du deutsches Volk mußt ruhig sein:
Die Kette schleift dir nach, dir nach am Bein!

Theater, Villen und Concert
Sind bald dem Deutschen ganz gesperrt,
Und Kammermädchen ohne Zahl
Verschafft uns unser Kapital.
Du deutsches Volk mußt ruhig sein:
Wir pressen sie aus deinen, deinen Reih'n!

Die Künstler-, Literatenwelt
Wird zum Mäceneles bestellt;
Beamte, Offizierchen auch,
Die kirrt man nach erprobtem Brauch.
Du deutsches Volk mußt ruhig sein:
Ihr schmunzelt doch bei unserm, unserm Wein

Im Lande ringsum welche Noth!
Man bettelt um verschimmelt Brot.
Die Herrn von Sem berührt das nicht:
Der Hunger ist Germanenpflicht.
Du deutsches Volk mußt ruhig sein:
Wir halten ja das Maul, das Maul dir rein!

Und schreit das Volk, dann heißt's Geduld!
Das Militär allein ist schuld!
Mit Mauschels Einfluß, Mauschels Geld
War's freilich schöner nie bestellt!
Du deutsches Volk mußt ruhig sein:
Bei Juden fällst du ewig, ewig 'rein!

Und öfters halten wir für gut,
Zu zeigen unsern Edelmuth:
Wir schleudern Brocken hier und dort,
Das wird hinausgeschrien sofort.
Du deutsches Volk mußt ruhig sein:
Mit Großmuth lödern, lödern wir dich fein!

Den Fraisinn halten wir in Pacht,
Drum schimpfen wir auf Rom mit Macht,
Doch was der Talmud albern spricht,
Bemäkeln unsre Blätter nicht.
Du deutsches Volk mußt ruhig sein:
Du klebst ja nur am äußern, äußern Schein!

Auch Fraiheit und Gerechtigkeit
Sind stets die Phrasen unserer Leit'.
Die Sorge für den Armen dann
Betont der Börsensonne Mann.
Du deutsches Volk mußt ruhig sein:
Ein Schlagwort schläfert, schläfert stets dich ein!

Zu Fixen, Jobbern, Hauff und Baiff,
Da fabrizir' ich Jeiteles
Ein falsch Gerücht, ein Telegramm,
Dann lauf' ich wie ein Fleischschwamm.
Du deutsches Volk mußt ruhig sein:
Hast kein Talent, Talent zu Schmuserei'n!

Du machst doch nur, leichtgläubig Pack,
Die Faust im beinah leeren Sack,
Indeß mit Wucher wir gewandt
Beschuppen dich um Geld und Land.
Du deutsches Volk mußt ruhig sein:
So kriegen wir dich straflos, straflos klein!

Das Handwerk, spricht der Deutsche wahr,
Hat einen goldnen Boden gar;
Das Handwerk zinset uns zur Frohn'
Und uns gehört der goldne Lohn.
Du deutsches Volk mußt ruhig sein:
Die schwere Arbeit, Arbeit bleibet dein!

Des Deutschen Korn und Hopfenfeld
Wird für den Juden nur bestellt;
Ihr dienet uns als Magd und Knecht,
Denn unser ist das Herrenrecht.
Du deutsches Volk mußt ruhig sein:
Denn du bist unrein, unrein, wir sind rein!

Das Geld, ihr Deutsche, merkt es wohl,
Schafft ein Erziehungs-Monopol;
Was willst du, armer Schollentritt?
Der Reichthum schleppt die Bildung mit!
Du deutsches Volk mußt ruhig sein:
Cultur geziemt nur uns, nur uns allein.

So wirst du mehr und mehr verdrängt,
In Sklavenketten eingezwängt;
Doch schmähst du uns, dann lügen wir:
„Der Glaubenshaß nur spricht aus dir."
Du deutsches Volk mußt ruhig sein:
So stellt man dir mit „Toleranz" ein Bein.

Bedroht der Feind das deutsche Land,
Nu! Kriegerruhm ist doch nur Tand.
Beschummeln kann ich so wie so,
Der Name Vaterland ist Stroh.
Du deutsches Volk mußt ruhig sein:
Marschirt, Franzosen, lustig, lustig ein!

Was hilft, Germane, dein Gebrumm?
Wir ziehn dich an der Nase 'rum.
Nach unserer Presse tanze schnell,
Das schickt sich für das Bärenfell.
Du deutsches Volk mußt ruhig sein:
Der Zeitungs-Pinkus, -Pinkus fängt dich ein!

Doch horch, was donnert unverwandt?
Und Flammen leuchten durch das Land!
Das Herz mir in die Hosen fällt,
Denn kein Talent hab' ich zum Held!
Du deutsches Volk mußt ruhig sein:
Willst du mich hauen, hauen kurz und klein?

Waih! wie das Herz mir zitternd schlug! —
's war ein Studenten-Fackelzug.
Die Kugel, die da rollend fiel:
Philister schoben Kegelspiel.
Du deutsches Volk mußt ruhig sein:
Fest stahlt das Juden-, Judenthum allein!

(Aus der „Schlesischen Volkszeitung" in Breslau.)

Digitized by Google

Zukunft!

Germanen-Lied.

Von **John H. Becker.**

Laut noch krächzen heut die Raben
Um den Berg, in dem begraben
Liegt der Götterfürst der Recken.
Ist er nicht mehr zu erwecken?
Thur der Rotbart, Gott der Ahnen,
Sind dein Volk noch die Germanen?

Witzelnd höhnen fade Gecken
Eselgleich den Gott der Recken
Rotbart Thur, als toten Löwen!
Habet acht! Schon schwingen Möwen
Schnelle Flügel in den Winden,
Möwen, die den Sturm verkünden.

Ha! Ihr fangt schon an zu lauschen!
Hört Ihr's in den Wipfeln rauschen?
Hört Ihr's in der Tiefe grollen?
Hört Ihr dumpfe Donner rollen?
Thur der Rotbart reckt die Glieder!
Unser Gott erweckt sich wieder!

Thur der Rotbart redet wieder,
Ruft mit Sturmesstimme nieder:
„Wollt Ihr frei sein, meine Krieger?"
„Kämpft und bleibt im Kampfe Sieger!"
„Tapfre nur sind meine Kinder!"
„Und der Feige ist ein Sünder!"

Hört Ihr seine Worte brausen?
Ihre Wucht im Winde sausen?
Seiner Rede Donnerwetter
Fegt des Waldes welke Blätter
Vor sich, flücht'ge Millionen, —
Bricht der Höhe stolze Kronen!

Feige fliehn die faden Gecken
Vor dem Rotbart, Gott der Recken;
Kriechen keifend in die Ecken,
Suchen schlau sich zu verstecken,
Winseln hündisch kirre Reue,
Schwören zitternd Sklaventreue.

Betend wimmern sie um Gnade,
Um ihr Dasein einer Made!
Thur der Sieger, sieht sie beben:
„Wollt den Strohtod*) Ihr erleben?"
„Fort mit Euch! Zum Düngerstalle!"
„Dort nur hab' ich Raum für Alle!"

*) Strohtod bedeutet den faulen Tod auf dem Strohlager, im Gegensatz zu dem Heldentod in der Schlacht.

Die große bewegende Kraft der Gegenwart ist der Kampf zwischen **Germanenthum** und **Semitenthum.**

Die Parteien, die mit den Juden gehen, sind des deutschen Volkes **Verderben.** Bis zum heutigen Tage hat nur **eine** Partei den Kampf gegen die **Verjudung** offen auf ihr Schild geschrieben: Es ist die **antisemitische deutsch-sociale Partei.**

Ihr Candidat für den Reichstags-Wahlkreis **Leipzig-Stadt** ist der

Techniker **Theodor Fritsch** in **Leipzig.**

Wer seine Zeit versteht, der wählt ihn!

Verlag der „Deutsch-socialen Blätter", Leipzig, Windmühlenstraße 28. — Druck von Brückner & Niemann in Leipzig.

Digitized by Google

Digitized by Google

32101 064459280

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google